Kriegsbuch.

Die Kriegsgesetze mit der amtlichen Begründung und der gesamten Rechtsprechung und Rechtslehre.

Begründet von Dr. Georg Güthe und Dr. Franz Schlegelberger.

Herausgegeben

von

Dr. Franz Schlegelberger,
Kammergerichtsrat.

Fünfter Band.

Sonderband des Jahrbuchs des Deutschen Rechtes.

Berlin, 1917.
Verlag von Franz Vahlen.
W 9, Linkstraße 16.



Ewiger Bund

https://www.ewigerbund.org



Vaterländischer Hilfsdienst

https://www.hilfsdienst.net/

Vorwort.

Die Trennung der Berichte über die Kriegswirtschaft und das im engeren Sinne außerwirtschaftliche Kriegsrecht, wie sie im dritten und vierten Bande des Kriegsbuches durchgeführt ist, hat sich bewährt und ist auch für den weiteren Verlauf des Jahres 1917 beibehalten. Der fünfte Band entspricht dem dritten. Anknüpfend an dessen Fortsetzung im zweiten Teil des vierten Bandes berichtet er — unter Ausschließung der Wirtschaftsgesetze — über das gesamte Kriegsrecht aus der Zeit vom 16. Februar bis zum 15. August 1917. In wenigen Monaten folgt in einem sechsten Bande der Wirtschaftsbericht und eine Fortführung des hiermit der Öffentlichkeit übergebenen fünften Bandes bis zur Gegenwart.

Eine fast überwältigende Fülle an Arbeit ist in der Berichtszeit auf allen Gebieten des Rechts geleistet. Mit staunenswerter Anpassungsfähigkeit haben Gesetzgebung und Wissenschaft gleichen Schritt gehalten. Die Rechtsprechung darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, die vielfach noch durch den Staub der Werkstatt verschleierten neuen Gedanken der Kriegsgesetzgebung geklärt und oft in vorbildlicher Weise vertieft zu haben. Das Kriegsbuch legt auch in dem neuen Bande hierüber Rechenschaft ab getreu seiner Aufgabe, eine Schatzkammer zu werden für die Kriegsgewinne des deutschen Rechts.

Berlin, Weihnachten 1917.

Franz Schlegelberger.

Inhaltsübersicht zu Band 1 bis 5.

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
A. Das Sonderrecht der Kriegsteilnehmer	1	1	1	735	1
I. Das Sonderrecht der deutschen Kriegsteilnehmer	1	1	1	735	1
II. Das Sonderrecht der österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer	166	54	—	—	19
B. Geltendmachung von Ansprüchen während der Kriegszeit	171	56	43	740	20
I. Maßnahmen zugunsten des Schuldners .	172	57	45	740	22
II. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers .	382	139	122	—	128
III. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers und des Schuldners	392	141	124	752	130
C. Handelssachen und gewerbliches Eigentum . .	436	159	151	756	142
I. Handelspolitik	437	—	—	—	—
II. Handelsstand	439	160	154	—	146
III. Handelsgesellschaften, Gesellschaften m.b.H., Genossenschaften	441	160	—	—	148
IV. Handelsgeschäfte	456	161	154	760	148
V. Gewerbliches Eigentum	461	196	258	778	263
D. Finanzgesetze	468	199	263	779	269
E. Beschaffung und Verwertung der Rohstoffe, Nahrungs-, Futter- und Gebrauchsmittel, Preisregelung	531	265	565	—	—
1. Organisatorische Maßnahmen	—	—	—	1	—
2. Beschaffung der Rohstoffe, Nahrungs-, Futter- und Gebrauchsmittel	535	274	—	7	—
3. Vorratserhebungen und statistische Hilfsaufnahmen	559	277	—	66	—
4. Verwertung der Rohstoffe, Nahrungs-, Futter- und Gebrauchsmittel — Preisregelung	570	278	—	83	—
5. Übergangswirtschaft	—	—	—	644	—
F. Beschaffung und Verteilung der Arbeitskräfte, Arbeiterschutz — Kriegswohlfahrtspflege, Kriegsschädenersatz, Wiederaufbau Ostpreußens	796	299	567	797	431
G. Vergeltungsmaßregeln	868	403	704	814	508
H. Heeresversorgung	919	449	732	821	542
J. Paßwesen. Post-, Eisenbahn- und Schiffsverkehr	932	460	745	—	548
K. Entlastung der Gerichte, Änderung der Kostengesetze, Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft, Gnadenerweise aus Anlaß des Krieges	—	462	754	823	552
L. Wiederherstellung vernichteter Standesregister, Grundbücher und Grundbuchblätter — Verordnungen verschiedenen Inhalts	—	526	803	835	561

	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
M. Vaterländischer Hilfsdienst	—	—	811	839	570
I. Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst	—	—	811	839	570
A. Begründung.	—	—	815	—	—
B. Bericht über die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstags	—	—	818	—	—
C. Bericht über die Verhandlungen im Reichstag		—	844	—	—
II. Bek., betr. Übergangsbest. zu §§ 9, 10 des Gesetzes	—	—	897	—	—
III. Vorschriften z. Ausführung des Gesetzes .	—	—	898	839	640
Nachträge	937	526	900	—	—
Wortverzeichnis	949	537	1029	867	663

Vorbemerkungen.

Ein **Literaturverzeichnis** ist, soweit nötig, dem einzelnen Gesetze beigegeben. Die Abkürzung: „a. a. O." (am angeführten Ort) in Verbindung mit dem Namen eines Schriftstellers weist auf eine Schrift hin, die in dem Literaturverzeichnis unter dem Namen dieses Schriftstellers angeführt ist. Die in verschiedenen Zeitschriften sich findenden Übersichten über das kriegsrechtliche Schrifttum sind nicht besonders verzeichnet; von ihnen verdienen die sorgfältigen Zusammenstellungen der kriegsrechtlichen Entscheidungen und Zeitschriftenaufsätze besondere Hervorhebung, die die Deutsche Rechtsanwalts-Zeitung in jeder Nummer bringt.

Die stets wiederkehrenden Eingangsworte: „Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (RGBl. 327) folgende Verordnung erlassen" sind durch folgende Kürzung ersetzt: [BR.]. Ist die Verordnung von dem Reichskanzler erlassen, so ist das durch die Kürzung RK. mit Zufügung der gekürzten in den Eingangsworten der VO. angegebenen Zuständigkeitsquellen gekennzeichnet; z. B. [RK. § 2 SilberVO. 10. 5. 17.].

D. = Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges (Nr. 26 der Drucksachen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914).

D. N. I, II usw. bis X = Erster bis Zehnter Nachtrag zu der Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges, Nr. 44, 73, 74, 107, 147, 162, 225, 403, 625 der Drucksachen des Reichstags, 13. Legislaturperiode, II. Session 1914/1917.

Im übrigen sind die üblichen, insbesondere die von dem Deutschen Juristentage vorgeschlagenen Abkürzungen verwendet. — Das Zeichen * in der Übersicht einer Abteilung weist darauf hin, daß der fünfte Band Erläuterungen zu der betreffenden Verordnung enthält.

Die Tage der Verkündung der Gesetze usw. sind in Klammern [ ] hinter das Wort „Verkündung" in den Wortlaut eingefügt. → Dabei sei bemerkt, daß die verbindliche Kraft einer Verordnung, die „mit dem Tage der Verkündung" in Kraft tritt, nicht mit dem Ablauf dieses Tages (so KG. JW. 16, 1545, Oertmann, JW. 17, 617), sondern mit dessen Anfang beginnt (so München LeipzZ. 17, 98 und Engelmann das.). Zu vgl. auch die durch WTB. verbreitete „authentische Auskunft" des Staatssekretär des Innern: „Der Tag, an dem ein Stück des RGBl. in Berlin ausgegeben wird, ist der Tag der Verkündung für die darin enthaltenen Gesetze und Verordnungen. Die Geltung einer Verordnung, die die Bestimmung enthält: „Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft" beginnt daher mit dem Ausgabetage" (NorddAllgZtg. v. 18. Juli 1917 Nr. 196 1. Ausg.). ←

Verzeichnis der Kriegsgesetze nach der Zeitfolge.

Nr.	1914. (31. Juli bis 4. August.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
1	VO., betr. das Verbot der Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen v. 31. Juli 1914 (RGBl. 259)	919				
2	VO., betr. das Verbot der Ausfuhr von Verpflegungs-, Streu- und Futtermitteln v. 31. Juli 1914 (RGBl. 260)	919				
3	VO., betr. das Verbot der Ausfuhr von Kraftfahrzeugen (Motorwagen, Motorfahrrädern und Teilen davon) und von Mineralien, Steinkohlenteer und allen aus diesen hergestellten Ölen, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 260)	919				
4	VO., betr. die vorübergehende Einführung der Paßpflicht, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 264). .	932				
5	VO., betr. das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfs und von Gegenständen, die zur Herstellung von Kriegsbedarfsartikeln dienen, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 265)	920				
6	VO., betr. das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Eisenbahnmaterial aller Art, von Telegraphen- und Fernsprechgerät sowie von Teilen davon, von Luftschiffgerät aller Art, von Fahrzeugen und Teilen davon, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 266)	920				
7	VO., betr. das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 267)	920				
8	VO., betr. das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Verband- und Arzneimitteln sowie von ärztlichen Instrumenten und Geräten, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 268)	920				
9	VO., betr. das Verbot der Einfuhr und der Ausfuhr von Tauben, v. 31. Juli 1914 (RGBl. 269)	920				
10	Gesetz, betr. die Ergänzung der Reichsschuldenordnung, v. 4. August 1914 (RGBl. 325). .	478				
11	Gesetz, betr. Änderung des Münzgesetzes, v. 4. August 1914 (RGBl. 326)	475				

Nr.	1914. (4. August bis 7. August.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
12	Gesetz, betr. Änderung des Bankgesetzes, v. 4. August 1914 (RGBl. 327)	477				
13	Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse, v. 4. August 1914 (RGBl. 327)	392	141	124	—	130
14	Gesetz, betr. den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, v. 4. August 1914 (RGBl. 328) .	1	1	1	—	1
15	Gesetz zur Änderung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 28. Februar 1888, v. 4. August 1914 (RGBl. 332)	861	363	629	812	—
16	Gesetz, betr. Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, v. 4. August 1914 (RGBl. 333)	808	—	—	—	436
17	Gesetz, betr. Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, v. 4. August 1914 (RGBl. 334)	814	306	—	576	438
18	Gesetz über die Kriegsversorgung von Zivilbeamten, v. 4. August 1914 (RGBl. 335) . . .	860				
19	Gesetz, betr. die Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren, v. 4. August 1914 (RGBl. 336)	456	—	154	—	148
20	Gesetz, betr. Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, v. 4. August 1914 (RGBl. 337)	819	307	577	801	—
21	Gesetz, betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen, v. 4. August 1914 (RGBl. 338). . .	543				
22	Gesetz, betr. Höchstpreise, v. 4. August 1914 (RGBl. 339) in der Fassung der Bek. v. 17. Dezember 1914 (RGBl 516).	747	161	155	760	148
23	Darlehnskassengesetz v. 4. August 1914 (RGBl. 340)	480				
24	Gesetz, betr. die Reichskassenscheine und die Banknoten, v. 4. August 1914 (RGBl. 347). . .	470				
25	Gesetz, betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, v. 4. August 1914 (RGBl. 348)	811				
26	Bek., betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen für Fleisch, v. 4. August 1914 (RGBl. 350) .	548				
27	Bek., betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen, v. 4. August 1914 (RGBl. 352) . .	544				
28	Bek., betr. Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts, v. 6. August 1914 (RGBl. 357).	399				
29	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 6. August 1914 (RGBl. 357) .	404				
30	Bek. über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen, v. 7. August 1914 (RGBl. 359), in der Fassung der BO. v. 20. Mai 1915 (RGBl. 290)	172	57	45	—	22

Nr.	1914. (7. August bis 29. August.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
31	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 7. August 1914 (RGBl. 360) . . .	299	82	103	—	44
32	Bek., betr. die Verlängerung der Fristen für wechsel- und scheckrechtliche Handlungen, v. 7. August 1914 (RGBl. 361)	397				
33	Bek., betr. die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens, v. 8. August 1914 (RGBl. 363)	326	97	108	—	—
34	Bek., betr. die zeitweilige Außerkraftsetzung einzelner Vorschriften des Handelsgesetzbuchs usw., v. 8. August 1914 (RGBl. 365)	441				
35	Bek., betr. die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche, v. 10. August 1914 (RGBl. 367) . . .	437				
36	Bek., betr. die Wirkung des Außerkrafttretens von Handelsverträgen, v. 10. August 1914 (RGBl. 367)	437				
37	Bek. über die Fälligkeit im Ausland ausgestellter Wechsel v. 10. August 1914 (RGBl. 368) . . .	407	—	—	753	131
38	Bek., betr. vorübergehende Änderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung, v. 10. August 1914 (RGBl. 368)	935				
39	Bek., betr. Auslandswechsel, v. 12. August 1914 (RGBl. 369)	407		—	753	131
40	Bek., betr. die Abtretung und Pfändung der Forderungen an die Kriegskasse aus der Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren, v. 12. August 1914 (RGBl. 370)	382	—	122	—	—
41	Bek. über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung v. 18. August 1914 (RGBl. 377) in der Fassung der VO. v. 20. Mai 1915 (RGBl. 292)	275	74	54	743	—
42	Bek., betr. die Befreiung von der Reichsstempelabgabe zugunsten von Gesellschaften, welche die Befriedigung des geschäftlichen Kreditbedürfnisses bezwecken, v. 19. August 1914 (RGBl. 380)	522				
43	Bek., betr. die Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren, v. 24. August 1914 (RGBl. 381)	458	—	154	—	148
44	Bek. über Vorratserhebungen v. 24. August 1914 (RGBl. 382)	560				
45	Bek., betr. Bestimmung der Hauptmarktorte, v. 24. August 1914 (RGBl. 384)	760				
46	Bek. über die Zahlung der Vergütung für die Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren an die Militärbehörde, v. 24. August 1914 (RGBl. 384).	385				
47	Bek., betr. weitere Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckverkehrs, v. 29. August 1914 (RGBl. 387)	397				

Nr.	1914. (31. August bis 27. September)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
48	Bek., betr. die Ausstellung von Darlehnskassenscheinen auf Beträge von 2 und 1 Mark, v. 31. August 1914 (RGBl. 393)	512				
49	Bek., betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen für Jutesäcke, v. 3. September 1914 (RGBl. 395)	553				
50	Bek., betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, v. 4. September 1914 (RGBl. 395)	812				
51	Bek., betr. Festsetzung der Ortslöhne, v. 4. September 1914 (RGBl. 396)	813				
52	Bek., betr. die Überwachung ausländischer Unternehmungen, v. 4. September 1914 (RGBl. 397)	869	404	—	—	—
53	Bek., betr. weitere Verlängerung der wechselrechtlichen Fristen für Domizilwechsel, die im Stadtkreis Danzig zahlbar sind, v. 8. September 1914 (RGBl. 399)	402				
54	Bek., betr. die Revision der eingetragenen Genossenschaften, v. 8. September 1914 (RGBl. 400)	453				
55	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 8. September 1914 (RGBl. 401) . .	404				
56	Bek., betr. vorübergehende Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts, v. 10. September 1914 (RGBl. 403).	461	196	258	—	263
57	Bek., betr. das vorzeitige Inkrafttreten einer Vorschrift aus dem Gesetze v. 10. Juni 1914 zur Änderung der §§ 74, 75 usw. des Handelsgesetzbuchs, v. 10. September 1914 (RGBl. 404) .	439				
58	Bek., betr. Verbot des vorzeitigen Schlachtens von Vieh, v. 11. September 1914 (RGBl. 405) .	681				
59	Bek. über die Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetze, betr. Kaufmannsgerichte, v. 17. September 1914 (RGBl. 409)	441				
60	Bek., betr. die Befreiung von Hypothekenpfandbriefen von der Reichsstempelabgabe, v. 18. September 1914 (RGBl. 411)	518				
61	Bek., betr. weitere Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 24. September 1914 (RGBl. 413).	402				
62	Bek., betr. die Befreiung von der Reichsstempelabgabe zugunsten von Gesellschaften, welche die Befriedigung eines wirtschaftlichen Kreditbedürfnisses oder die Beschaffung, Verteilung und Verwertung von Rohstoffen für die Landesverteidigung bezwecken, v. 25. September 1914 (RGBl. 415)	523				
63	Bek., betr. Zollbefreiung verdorbener Waren zur Verwendung als Viehfutter, v. 25. September 1914 (RGBl. 416)	551				
64	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 27. September 1914 (RGBl. 419) .	404				

Nr.	1914. (28. September bis 22. Oktober.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
65	Bek. über die Unverbindlichkeit gewisser Zahlungsvereinbarungen v. 28. September 1914 (RGBl. 417)	368				
66	Bek., betr. Zahlungsverbot gegen England, v. 30. September 1914 (RGBl. 421)	887	411	717	—	—
67	Bek. über das Mindestgebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen, v. 8. Oktober 1914 (RGBl. 427)	372				
68	Bek. über die Ladung zur Gesellschafterversammlung einer Gesellschaft mbH. v. 8. Oktober 1914 (RGBl. 428)	447	160	—	—	148
69	Bek. über die Zahlung von Brandentschädigungen in der Preußischen Provinz Ostpreußen und dem Kreise Rosenberg in Westpreußen v. 13. Oktober 1914 (RGBl. 431)	867				
70	Bek., betr. Zollerlaß für Gerstenmalz, v. 13. Oktober 1914 (RGBl. 433)	552				
71	Bek., betr. die Regelung der wirtschaftlichen Betriebsverhältnisse der Branntweinbrennereien und der Betriebsauflagevergütungen für das Betriebsjahr 1914/15, v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 434)	636				
72	Bek., betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 438)	915				
73	Bek. über Vorratserhebungen v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 440)	560				
74	Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Frankreich, v. 20. Oktober 1914 (RGBl. 443)	904				
75	Bek., betr. die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomasschlacke gemahlen oder Thomasschlackenmehl gelagert wird, v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 445)	809				
76	Bek., betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie, v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 446)	809				
77	Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts in ausländischen Staaten, v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 450)	464				
78	Bek., betr. die Überwachung ausländischer Unternehmungen, v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 447)	875				
79	Bek. über die Fälligkeit im Ausland ausgestellter Wechsel v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 448)	407	—	—	753	131
80	Bek., betr. weitere Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 449)	402				
81	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 449)	316				
82	Bek. über die Ausdehnung des Gesetzes, betr. den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung					

Nr.	1914. (22. Oktober bis 23. November.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	ihrer Rechte behinderten Personen, v. 4. August 1914 (RGBl. 328) auf Kriegsbeteiligte Österreich-Ungarns v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 450)	166				
83	Bek., betr. vorübergehende Änderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung, v. 24. Oktober 1914 (RGBl. 455)	935				
84	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20 März 1914, v. 26. Oktober 1914 (RGBl. 457)	404				
85	Bek. über Höchstpreise v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 458)	749				
86	Bek. über den Verkehr mit Brot v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 459)	572				
87	Bek. über das Verfüttern von Brotgetreide und Mehl v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 460)	571				
88	Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 461)	571				
89	Bek. über die Höchstpreise für Getreide und Kleie v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 462) in der Fassung der Bek. v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 527, 530)	765				
90	Bek. über die privatrechtlichen Verhältnisse von Genossenschaften zum Zwecke der Bodenverbesserung v. 28. Oktober 1914 (RGBl. 466)	535				
91	Bek., betr. statistische Aufnahmen der Vorräte von Getreide und Erzeugnissen der Getreidemüllerei, v. 29. Oktober 1914 (RGBl. 466)	561				
92	Bek., betr. Regelung des Verkehrs mit Zucker und der Verwertung der Zuckergewinnung im Betriebsjahr 1914/15, v. 31. Oktober 1914 (RGBl. 467) in der Fassung der Bek. v. 12. Februar 1915 (RGBl. 75)	672				
93	Bek. über die Höchstpreise für Hafer v. 5. November 1914 (RGBl. 469)	763				
94	Bek., betr. Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei, v. 5. November 1914 (RGBl. 471)	659				
95	Bek., betr. die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten, v. 11. November 1914 (RGBl. 474)	810				
96	Bek. über den Gesamtbetrag der Darlehnskassenscheine v. 11. November 1914 (RGBl. 475)	495				
97	Bek. über das Verbot des Handels mit in England abgestempelten Wertpapieren v. 19. November 1914 (RGBl. 477)	529				
98	Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Rußland, v. 19. November 1914 (RGBl. 479)	907				
99	Bek., betr. das Verbot des Agiohandels mit Reichsgoldmünzen, v. 23. November 1914 (RGBl. 481)	371				

Nr.	1914. (23. November b.s 17. Dezember.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
100	Bek., betr. weitere Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 23. November 1914 (RGBl. 482)	402				
101	Bek. über die Höchstpreise für Speisekartoffeln v. 23. November 1914 (RGBl. 483)	774				
102	Bek., betr. Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, v. 26. November 1914 (RGBl. 485)	816	306	576	—	438
103	Bek. über die Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der Arbeiterversicherung v. 26. November 1914 (RGBl. 485)	813				
104	Bek., betr. vorübergehende Änderung des Weingesetzes, v. 26. November 1914 (RGBl. 486)	555	276	--	—	—
105	Bek., betr. Änderung der Bestimmungen zur Ausführung des Weingesetzes, v. 26. November 1914 (RGBl. 486)	556	276	—	—	—
106	Bek., betr. Verarbeitung von Topinamburs sowie von Rüben und Rübensäften in Brennereien, v. 26. November 1914 (RGBl. 486)	652				
107	Bek., betr. die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, v. 26. November 1914 (RGBl. 487)	880	405	706	816	—
108	Bek., betr. Wochenhilfe während des Krieges, v. 3. Dezember 1914 (RGBl. 492)	833	346	623	—	—
109	Bek. über die Versagung des Zuschlags bei der Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 499)	386	139	123	—	—
110	Bek. über die Höchstpreise für schwefelsaures Ammoniak v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 500)	781				
111	Bek. über Höchstpreise für Kupfer, altes Messing, alte Bronze, Rotguß, Aluminium, Nickel, Antimon und Zinn v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 501)	782				
112	Bek. über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 11. Dezember 1914 (RGBl. 505)	780				
113	Bek., betr. Einigungsämter, v. 15. Dezember 1914 (RGBl. 511)	414	147	127	—	132
114	BO., betr. anderweite Regelung der Paßpflicht, v. 16. Dezember 1914 (RGBl. 521)	932				
115	Bek. über eine Änderung des Gesetzes, betr. Höchstpreise, v. 4. August 1914 und der Bek. über Höchstpreise v. 28. Oktober 1914, v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 513)	750				
116	Bek. über die Vertretung eines Genossen in der Generalversammlung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft und über das Ausscheiden					

1914.

Nr.	(17. Dezember bis 30. Dezember.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2. Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	aus der Genossenschaft v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 518)	454				
117	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 519)	402				
118	Bek., betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Getreide und Kleie v. 28. Oktober 1914, v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 523) .	764				
119	Bek. betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Hafer v. 5. November 1914, v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 525)	768				
120	Bek. über die Höchstpreise für Kleie v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 533)	771				
121	Bek. über das Vermischen von Kleie mit anderen Gegenständen v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 534)	773				
122	Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 535)	571				
123	Bek., betr. das Schlachten von Schweinen und Kälbern, v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 536)	681				
124	Bek., betr. die Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland, v. 20. Dezember 1914 (RGBl. 550)	908				
125	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 21. Dezember 1914 (RGBl. 549) .	404				
126	Bek. über die Sicherheitsleistung mit Wertpapieren v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 541)	376				
127	Bek., betr. die für eine auswärtige Bank im Betrieb einer inländischen Niederlassung entstandenen Ansprüche, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 542)	909				
128	Bek. über die Verjährungsfristen v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 543)	390	—	—	—	128
129	Bek., betr. die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 543) in der Fassung der BO. v. 20. Mai 1915 (RGBl. 293)	296	77	62	—	—
130	Bek. über die Höchstpreise für Wolle und Wollwaren v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 545) .	786	—	—	564	—
131	Bek., betr. das Verbot der Verwendung von Kartoffelmehl zur Herstellung von Seife, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 547)	633				
132	Bek., betr. die zwangsweise Verwaltung britischer Unternehmungen, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 556)	886				
133	Bek. über die Festsetzung von Höchstpreisen für Erzeugnisse aus Kupfer, Messing und Aluminium v. 28. Dezember 1914 (RGBl. 551)	784	298	—	—	—
134	Bek. über Höchstpreise für Erzeugnisse aus Nickel v. 30. Dezember 1914 (RGBl. 553)	786				

Nr.	1915. (5. Januar bis 21. Januar.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
135	Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 5. Januar 1915 (RGBl. 3)	618				
136	Bek. über das Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot v. 5. Januar 1915 (RGBl. 6) in der Fassung der Bek. v. 21. Januar 1915 (RGBl. 27)	622				
137	Bek. über die Bereitung von Backware v. 5. Januar 1915 (RGBl. 8) in der Fassung der Bek. v. 31. März 1915	625	284	—	—	—
138	Bek. über die Höchstpreise für Kleie v. 5. Januar 1915 (RGBl. 12)	772	297	—	—	—
139	Bek., betr. Änderungen hinsichtlich der Kapitalbeteiligung an einem Unternehmen v. 5. Januar 1915 (RGBl. 13)	882				
140	Bek., betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 11. Dezember 1914 (RGBl. 505), v. 11. Januar 1915 (RGBl. 15)	780				
141	Bek. über die Vertretung der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten v. 14. Januar 1915 (RGBl. 17)	136	31	15	735	9
142	Bek. über die freiwillige Gerichtsbarkeit in Heer und Marine v. 14. Januar 1915 (RGBl. 18)	155	52	39	739	—
143	Bek., betr. die Menge des zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch abzulassenden Zuckers, v. 14. Januar 1915 (RGBl. 20)	677				
144	Bek. über die Fälligkeit im Ausland ausgestellter Wechsel v. 18. Januar 1915 (RGBl. 23). . .	409	—	—	753	131
145	Bek. über Änderung des Gesetzes, betr. Höchstpreise, v. 4. August 1914 (RGBl. 339), in der Fassung der Bek. v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 516), v. 21. Januar 1915 (RGBl. 25)	750				
146	Bek., betr. Änderung der Bek. über das Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot, v. 5. Jan. 1915 (RGBl. 6), v. 21. Jan. 1915 (RGBl. 26)	623				
147	Beschluß des Bundesrats über die Sicherstellung des Haferbedarfs der Heeresverwaltung v. 21. Januar 1915 (RGBl. 29)	927				
148	Bek. über das Füttern der Tiere auf Schlachtviehmärkten und Schlachtviehhöfen v. 21. Januar 1915 (RGBl. 30)	736				
149	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 21. Januar 1915 (RGBl. 31) . .	316				
150	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 21. Januar 1915 (RGBl. 32)	402				
151	Bek., betr. vorübergehende Abgabenfreiheit für Salz, v. 21. Januar 1915 (RGBl. 32). . .	557				
152	Bek., betr. vorübergehende Einfuhrerleichterungen					

1915. (21. Januar bis 13. Februar.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
für frisches Fett und Festsetzung einer Untersuchungsgebühr v. 21. Januar 1915 (RGBl. 33)	549				
153 Bek., betr. vorübergehende Erleichterung der Untersuchung von Schlachtvieh v. 21. Januar 1915 (RGBl. 31)	550				
154 Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl v. 25. Januar 1915 (RGBl. 35)	572				
155 Bek. über die Sicherstellung von Fleischvorräten v. 25. Januar 1915 (RGBl. 45)	683				
156 Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900 v. 25. Januar 1915 (RGBl. 47)	404				
157 Bek. über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges v. 28. Januar 1915 (RGBl. 49)	814	—	627		
158 Bek. über Vorratserhebungen v. 2. Februar 1915 (RGBl. 54)	559	277	—	57	
159 Bek. über weitere Regelung des Brennereibetriebs und des Branntweinverkehrs v. 4. Februar 1915 (RGBl. 57)	643				
160 Bek., betr. vorübergehende Abänderung der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetze v. 4. Februar 1915 (RGBl. 62)	929				
161 Bek. über Verarbeitung von Nachprodukten der Zuckerfabrikation und von Melasse v. 8. Februar 1915 (RGBl. 67)	716	—	-	278, 447	
162 Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Rußland v. 4. Februar 1915 (RGBl. 69)	908				
163 Bek. über die Gegenseitigkeit im Verhältnis zu Österreich-Ungarn hinsichtlich der Kriegsbeteiligten v. 4. Februar 1915 (RGBl. 70)	167				
164 Bek. einer Änderung der Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl v. 25. Januar 1915 (RGBl. 35), v. 6. Februar 1915 (RGBl. 65)	572				
164a Bek., betr. die Veröffentlichung der Handelsregistereintragungen, v. 11. Februar 1915 (RGBl. 71)	445				
165 Bek., betr. Ein- und Durchfuhr von Erzeugnissen feindlicher Länder v. 11. Februar 1915 (RGBl. 93)	917				
166 Bek. zur Ergänzung der BO., betr. Regelung des Verkehrs mit Zucker usw. v. 31. Oktober 1914 (RGBl. 467), v. 12. Februar 1915 (RGBl. 73)	672				
167 Bek. über zuckerhaltige Futtermittel v. 12. Februar 1915 (RGBl. 78)	716				
168 Bek., betr. Ein- und Durchfuhr von Erzeugnissen feindlicher Länder v. 12. Februar 1915 (RGBl. 93)	917				
169 Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 13. Februar 1915 (RGBl. 81)	712				

Nr.	1915. (13. Februar bis 25. Februar.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
170	Bek. über die Höchstpreise für Hafer v. 13. Februar 1915 (RGBl. 89)	768				
171	Bek. über die Erhöhung des Haferpreises v. 13. Februar 1915 (RGBl. 91)	770				
172	Bek. über die Höchstpreise für Speisekartoffeln v. 15. Februar 1915 (RGBl. 95)	774				
173	Bek., betr. Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien v. 15. Februar 1915 (RGBl. 97)	683	291	—	399	—
174	Bek., betr. das Verbot der Verwendung von Mehl jeder Art zur Herstellung von Seife v. 18. Februar 1915 (RGBl. 99)	635				
175	Bek. wegen Änderung der Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 5. Januar 1915 (RGBl. 3), v. 18. Februar 1915 (RGBl. 100)	618				
176	Bek. wegen Änderung der Bek. über die Bereitung von Backware v. 5. Januar 1915 (RGBl. 8), v. 19. Februar 1915 (RGBl. 100)	625				
177	Bek. über die Verwendung von Rohzucker (Erstprodukt) v. 19. Februar 1915 (RGBl. 103)	676				
178	Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts in ausländischen Staaten v. 20. Febr. 1915 (RGBl. 107)	464				
179	Bek., betr. Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Fleischvorräten v. 25. Januar 1915 (RGBl. 45), v. 25. Februar 1915 (RGBl. 109)	683				
180	Bek., betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. v. 25. Februar 1915 (RGBl. 111)	378	—	121	—	—
181	Bek. des Reichskanzlers, betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. v. 25. Februar 1915 (RGBl. 112)	380				
182	Bek., betr. Zulassung von Kraftfahrzeugen zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen v. 25. Februar 1915 (RGBl. 113)	740				
183	Bek. über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 25. Februar 1915 (RGBl. 116)	778				
184	Bek. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 25. Februar 1915 (RGBl. 118)	657				
185	Bek., betr. Anwendung der Vertragszollsätze v. 25. Februar 1915 (RGBl. 123)	554				
186	Bek., betr. die Bilanzen von Aktiengesellschaften usw., die Vermögen im Ausland oder in den Schutzgebieten haben, v. 25. Februar 1915 (RGBl. 123)	442				

1915.

Nr.	(2. März bis 18. März.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
187	Bek., betr. den Wochenmarktverkehr v. 2. März 1915 (RGBl. 125)	738	294	258		
188	Bek. über den Anbau von Zuckerrüben v. 4. März 1915 (RGBl. 126)	729				
189	Bek. über Erhebungen der Vorräte von Kartoffeln v. 4. März 1915 (RGBl. 127) . . .	567				
190	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw. v. 4. März 1915 (RGBl. 129)	402				
191	Bek. über die Beschäftigung von Gefangenen mit Außenarbeit v. 4. März 1915 (RGBl. 130) .	800				
192	Bek. über weitere Regelung des Branntweinverkehrs v. 4. März 1915 (RGBl. 131)	650				
193	Bek. über die Vornahme von Zwischenzählungen der Schweine am 15. März und 15. April 1915 v. 4. März 1915 (RGBl. 132) . . .	569				
194	Bek. über die zwangsweise Verwaltung russischer Unternehmungen v. 4. März 1915 (RGBl. 133)	887				
195	Bek. über vorübergehende Zollerleichterungen v. 8. März 1915 (RGBl. 135)	544	551			
196	Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Gerste v. 9. März 1915 (RGBl. 139).	703				
197	Bek., betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Roggen, Gerste und Weizen v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 528), v. 9. März 1915 (RGBl. 145).	767				
198	Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts in ausländischen Staaten v. 12. März 1915 (RGBl. 151)	464				
199	Bek., betr. Ergänzung der Bek. über die Verwendung von Rohzucker (Erstprodukt) v. 19. Februar 1915 (RGBl. 103), v. 12. März 1915 (RGBl. 151).	676				
200	Bek. betreffs Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 16. März 1915 (RGBl. 153) .	404				
201	Bek., betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. v. 17. März 1915 (RGBl. 154)	380				
202	Bek., betr. die Befreiung gewisser unter Nr. 3 des Tarifs zum Reichsstempelgesetz fallenden Inhaber-Schuldverschreibungen von der Reichsstempelabgabe v. 17. März 1915 (RGBl. 155)	524				
203	Gesetz, betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten zu 10 Mark v. 22. März 1915 (RGBl. 179)	472				
204	Bek., betr. Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der Angestelltenversicherung v. 18. März 1915 (RGBl. 181)	829				
205	Bek. einer Änderung der Bek. über die Rege-					

1915. (24. März bis 15. April.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
lung des Verkehrs mit Hafer v. 13. Februar (RGBl. 81), v. 24. März 1915 (RGBl. 182)	712				
206 Bek., betr. den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus v. 26. März 1915 (RGBl. 183)	859	362	—	811	—
207 Bek., betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Roggen, Gerste und Weizen v. 19. Dezember 1914 (RGBl. 528), v. 26. März 1915 (RGBl. 184)	765				
208 Bek., betr. die Erfüllung von Ansprüchen im Falle zwangsweiser Verwaltung von Grundstücken v. 26. März 1915 (RGBl. 185) . . .	906				
209 Bek. über den Verkehr mit Futtermitteln v. 31. März 1915 (RGBl. 195)	736				
210 Bek., betr. Änderung der Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 13. Februar 1915 (RGBl. 81), v. 31. März 1915 (RGBl. 200)	712				
211 Bek., betr. Änderung der Bek. über das Verfüttern von Roggen, Weizen, Hafer, Mehl und Brot v. 21. Januar 1915 (RGBl. 27), v. 31. März 1915 (RGBl. 201)	623				
212 Bek., betr. Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Speisekartoffeln v. 15. Februar 1915 (RGBl. 95), v. 31. März 1915 (RGBl. 202)	774				
213 Bek. einer Änderung der Bek. über die Bereitung von Backware v. 5. Januar 1915 (RGBl. 8), v. 31. März 1915 (RGBl. 203)	625				
214 Bek., betr. Einschränkung der Trinkbranntweinerzeugung v. 31. März 1915 (RGBl. 208) .	653	285	—	196	—
215 Bek. über die Sicherung der Ackerbestellung v. 31. März 1915 (RGBl. 210).	540				
216 Bek. über die Verwendung von Erdölpech und die Herstellung von Fußbodenöl v. 31. März 1915 (RGBl. 211)	743				
217 Bek., betr. weitere Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent- und Gebrauchsmusterrechts v. 31. März 1915 (RGBl. 212)	464				
218 Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Kartoffeln v. 12. April 1915 (RGBl. 217) . . .	659				
219 Bek. über Höchstpreise für Kupfervitriol v. 12. April 1915 (RGBl. 222, 263)	786				
220 Bek., betr. die Menge des zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch abzulassenden Zuckers v. 15. April 1915 (RGBl. 223).	677				
221 Bek. wegen Änderung der VO., betr. Verkehr mit Zucker, v. 12. Februar 1915 (RGBl. 75), v. 15. April 1915 (RGBl. 223).	672				
222 Bek., betr. Änderung der Bek. über zuckerhaltige Futtermittel v. 12. Februar 1915 (RGBl. 78), v. 15. April 1915 (RGBl. 224)	716				

Nr.	1915. (15. April bis 7. Mai.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
223	Bek. einer Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 25. Februar 1915 (RGBl. 116), v. 15. April 1915 (RGBl. 225)	778				
224	Bek. über Ausnahmen von den Höchstpreisen für Speisekartoffeln v. 15. April 1915 (RGBl. 226)	776				
225	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die in Österreich-Ungarn ihren Wohnsitz haben, v. 20. April 1915 (RGBl. 231)	316				
226	Bek. über die Zwangsverwaltung von Grundstücken v. 22. April 1915 (RGBl. 233) . . .	423	148	127	753	134
227	Bek. über den dinglichen Rang öffentlicher Lasten v. 22. April 1915 (RGBl. 235) . . .	434	157	—	—	—
228	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 22. April 1915 (RGBl. 236) . .	316				
229	Bek. über Reis v. 22. April 1915 (RGBl. 237)	664	—	—	212	—
230	Bek. über die Vornahme einer Erhebung der Vorräte von Getreide und Mehl am 9. Mai 1915, v. 22. April 1915 (RGBl. 241) . . .	563				
231	Bek., betr. Ausdehnung der Wochenhilfe während des Krieges v. 23. April 1915 (RGBl. 257)	840	346	627	811	—
232	Bek., betr. Verarbeitung von Topinamburs sowie von Rüben und Rübensäften in Brennereien im Betriebsjahr 1915/16 v. 23. April 1915 (RGBl. 263)	652				
233	Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Mai 1915 v. 28. April 1915 (RGBl. 265).	656				
234	Bek. einer Änderung der Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 5. Januar 1915 (RGBl. 3), v. 29. April 1915 (RGBl. 268), aufgehoben	618				
235	Bek. über die Verwendung von Erdölpech und Öl v. 29. April 1915 (RGBl. 275).	743				
236	Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über die Sicherstellung von Fleischvorräten v. 25. Januar 1915 (RGBl. 45) und der Bek., betr. Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Fleischvorräten v. 25. Februar 1915 (RGBl. 109), v. 6. Mai 1915 (RGBl. 271)	683				
237	Bek., betr. die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums v. 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen v. 7. Mai 1915 (RGBl. 272)	466	196	261	—	146
238	Bek., betr. Verarbeitung von Tapioka in den Brennereien im Betriebsjahr 1914/15 v. 7. Mai 1915 (RGBl. 273)	653				

Nr.	1915. (12. Mai bis 27. Mai.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
239	Bek. über vorübergehende Zollerleichterungen v. 12. Mai 1915 (RGBl. 277)	554				
240	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in ausländischen Staaten, v. 13. Mai 1915 (RGBl. 278)	467				
241	Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts in ausländischen Staaten v. 13. Mai 1915 (RGBl. 278)	464				
242	Bek. über Malz v. 17. Mai 1915 (RGBl. 279) .	691	291	—	—	—
243	Bek., betr. Änderung der Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Gerste v. 9. März 1915 (RGBl. 139), v. 17. Mai 1915 (RGBl. 282)	703				
244	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw. v. 17. Mai 1915 (RGBl. 284)	403				
245	Bek., betr. Aufhebung der für die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts angeordneten dreißigtägigen Verlängerung v. 17. Mai 1915 (RGBl. 284).	401				
246	Bek. über die Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen v. 17. Mai 1915 (RGBl. 285)	381	126	122	—	—
247	Bek. über das Verfüttern von grünem Roggen und Weizen v. 20. Mai 1915 (RGBl. 287) . .	624	—	—	140	—
248	Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Juni 1915 v. 20. Mai 1915 (RGBl. 299)	656				
249	Bek., betr. Änderung der VO. des Bundesrats v. 7. August 1914 (RGBl. 359), v. 18. August 1914 (RGBl. 377) und 22. Dezember 1914 (RGBl. 543), v. 20. Mai 1915 (RGBl. 288)	172 275 296				
250	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 22. Mai 1915 (RGBl. 302)	404				
251	Bek., betr. die Vergütung für Furage und Landlieferungen v. 24. Mai 1915 (RGBl. 301) .	928				
252	Bek. wegen Ergänzung der VO., betr. Verkehr mit Zucker v. 27. Mai 1915 (RGBl. 307) . .	672				
253	Bek., betr. die Menge des zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch abzulassenden Zuckers v. 27. Mai 1915 (RGBl. 308)	678				
254	Bek. über Verbrauchszucker v. 27. Mai 1915 (RGBl. 308)	678	—	—	278	—
255	Bek. wegen Ergänzung der Bek. über zuckerhaltige Futtermittel v. 27. Mai 1915 (RGBl. 312)	716				
256	Bek. einer Änderung der Bek. über den Verkehr mit Futtermitteln v. 31. März 1915 (RGBl. 195), v. 27. Mai 1915 (RGBl. 315)	736				
257	Bek. über die Höchstpreise für schwefelsaures Ammoniak v. 27. Mai 1915 (RGBl. 316). .	781				

Nr.	1915. (27. Mai bis 28. Juni.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
258	Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über die Höchstpreise für schwefelsaures Ammoniak v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 500), v. 27. Mai 1915 (RGBl. 317)	781				
259	Bek. über vorübergehende Einfuhrerleichterungen v. 27. Mai 1915 (RGBl. 317).	555				
260	VO. über Zulassung von Strafbefehlen bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen v. 4. Juni 1915 (RGBl. 325) .	744				
261	Bek., betr. Betriebsauflage für den Sommerbrand in landwirtschaftlichen Brennereien im Betriebsjahr 1914/15 v. 4. Juni 1915 (RGBl. 326)	651				
262	Bek. über eine Ernteflächenerhebung v. 10. Juni 1915 (RGBl. 331)	937				
263	Bek. über die Höchstpreise für Erzeugnisse aus Nickel v. 16. Juni 1915 (RGBl. 340)	785				
264	Bek. über das Verbot des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1915 und des Vorverkaufs von Zucker v. 17. Juni 1915 (RGBl. 341). . . .	737				
265	Bek. über die Verarbeitung von Kartoffeln in den Brennereien v. 17. Juni 1915 (RGBl. 343)	651				
266	Bek. über die abgabenfreie Verwendung von Salz zum Einsalzen von Garneelen (Krabben) v. 17. Juni 1915 (RGBl. 344)	558				
267	Bek. über das Verbot des Vorverkaufs von Ölfrüchten der Ernte des Jahres 1915 v. 22. Juni 1915 (RGBl. 345)	738	294	—	—	—
268	Bek., betr. Ergänzung der VO. über die Überwachung und zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen v. 24. Juni 1915 (RGBl. 351).	940				
269	Bek. über den Verkauf von Fleisch- und Fettwaren durch die Gemeinden v. 24. Juni 1915 (RGBl. 352)	682	—	—	312	—
270	Bek. über den Aushang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels v. 24. Juni 1915 (RGBl. 353)	739	180	—	—	—
271	Bek. über die Wiederholung der Anzeige der Bestände von Verbrauchszucker v. 24. Juni 1915 (RGBl. 355)	680				
272	Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1915 (RGBl. 357)	923	450	733	822	—
273	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die in der Schweiz ihren Wohnsitz haben, v. 25. Juni 1915 (RGBl. 361) . .	937				
274	Bek. über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 v. 28. Juni 1915 (RGBl. 363)	572	278	—	—	—
275	Bek. über das Ausmahlen von Brotgetreide v. 28. Juni 1915 (RGBl. 379)	616	283	—	138	—

Nr.	1915. (28. Juni bis 10. Juli.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
276	Bek. über das Verfüttern von Brotgetreide, Mehl und Brot v. 28. Juni 1915 (RGBl. 381) . .	620	283	—	139	—
277	Bek. über den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915 (RGBl. 384)	695	291			
278	Bek. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 (RGBl. 399)	731	—	—	460	—
279	Bek. über zuckerhaltige Futtermittel v. 28. Juni 1915 (RGBl. 405)	725				
280	Bek. wegen Änderung der Bek., betr. Einschränkung der Trinkbranntweinerzeugung v. 31. März 1915, v. 28. Juni 1915 (RGBl. 409)	653	—	—	196	—
281	Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Juli, August und September 1915 v. 28. Juni 1915 (RGBl. 410).	656				
282	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Frankreich v. 28. Juni 1915 (RGBl. 411)	937				
283	Bek. über das Außerkrafttreten der BO. über den Verkehr mit Futtermitteln v. 31. März 1915 (RGBl. 195) und der BO., betr. eine Änderung dieser BO., v. 27. Mai 1915 (RGBl. 315), v. 29. Juni 1915 (RGBl. 412)	736				
284	Bek. über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger v. 1. Juli 1915 (RGBl. 414)	941	445	730	819	—
285	Bek., betr. Anwendung der Vertragszollsätze auf belgisches Obst v. 1. Juli 1915 (RGBl. 416)	555				
286	Bestimmungen zur Ausführung der BO. über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger v. 2. Juli 1915 (RGBl. 417) . . .	943	445	—	--	—
287	Bek. über das Verbot des Vorverkaufs von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation aus der inländischen Ernte des Jahres 1915 v. 7. Juli 1915 (RGBl. 419)	738				
288	Bek. über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 8. Juli 1915 (RGBl. 420)	787	298	—	597	—
289	Bek., betr. Zollfreiheit für Halbzeug der Tarifnummer 650 v. 8. Juli 1915 (RGBl. 423) .	939				
290	Bek. über die Lohnverarbeitung von Kartoffeln in kleineren Brennereien v. 8. Juli 1915 (RGBl. 424).	652				
291	Bek. über das Außerkrafttreten von Vorschriften der Bundesratsverordnung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl v. 25. Januar 1915 (RGBl. 35) v. 10. Juli 1915 (RGBl. 425).	598				
292	Bek. über das Inkrafttreten von Vorschriften der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Ernte-					

Nr.	1915. (10. Juli bis 23. Juli.)	Bd. 1 Seite	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	jahr 1915 v. 28. Juni 1915 (RGBl. 363), v. 10. Juli 1915 (RGBl. 426).	599				
293	Bek. über Ausnahmen von dem Verbote des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1915 und des Vorverkaufs von Zucker v. 17. Juni 1915 (RGBl. 341), v. 10. Juli 1915 (RGBl. 426)	939				
294	Bek. über das Inkrafttreten der BO. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 28. Juni 1915 (RGBl. 393) v. 11. Juli 1915 (RGBl. 430)	945	292	—	—	—
295	Bek. über die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau v. 12. Juli 1915 in der Fassung v. 30. August 1915 (RGBl. 536)	945	296	—	592	—
296	Bek. wegen weiterer Ergänzung der BO., betr. Verkehr mit Zucker v. 15. Juli 1915 (RGBl. 436)	—	287	—	—	—
297	Bek. wegen Veränderung der Bek. über Verbrauchszucker v. 15. Juli 1915 (RGBl. 437)	—	287	—	—	—
298	Bek., betr. die Menge des zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch abzulassenden Zuckers v. 15. Juli 1915 (RGBl. 438)	—	287	—	278	—
299	Bek. über den Verkehr mit Ölfrüchten und daraus gewonnenen Produkten v. 15. Juli 1915 (RGBl. 438)	—	294	—	504	—
300	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in ausländischen Staaten v. 15. Juli 1915 (RGBl. 447)	—	196			
301	Bek. über das Inkrafttreten von Vorschriften der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 v. 28. Juni 1915, v. 17. Juli 1915 (RGBl. 443)	—	278	—	102	—
302	Bek. über die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege v. 22. Juli 1915 (RGBl. 449). . . .	—	340	619	—	—
303	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw. v. 22. Juli 1915 (RGBl. 450)	—	142			
304	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 22. Juni 1915 (RGBl. 451)	—	90			
305	Bek. über vorübergehende Zollerleichterungen v. 22. Juli 1915 (RGBl. 453)	—	276	—	26	—
306	Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf v. 22. Juli 1915 (RGBl. 469)	—	451			
307	Bek. über die Errichtung einer Reichsfuttermittelstelle v. 23. Juli 1915 (RGBl. 455). .	—	293	—	499	—
308	Bek. über die Höchstpreise für Brotgetreide v. 23. Juli 1915 (RGBl. 458)	—	297	—	141	—
309	Bek. einer Änderung der BO. über den Verkehr					

Nr.	1915. (23. Juli bis 13. August.)	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	mit Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1915 v. 28. Juni 1915, v. 23. Juli 1915 (RGBl. 461) . .	278	—	102	—
310	Bek. über die Höchstpreise für Gerste v. 23. Juli 1915 (RGBl. 462)	297			
311	Bek. über die Höchstpreise für Hafer v. 23. Juli 1915 (RGBl. 464)	297			
312	Bek. über die Aufhebung des Verbots der Kaufverträge über Brotgetreide, Gerste und Hafer v. 23. Juli 1915 (RGBl. 465)	294			
313	Bek. über die Wiederholung der Anzeige der Bestände von Verbrauchszucker v. 23. Juli 1915 (RGBl. 466)	287	—	76	—
314	Bek. gegen übermäßige Preissteigerung v. 23. Juli 1915 (RGBl. 467)	182	175	762	158
315	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 23. Juli 1915 (RGBl. 474)	146			
316	Bek. über das Außerkrafttreten der VO. über das Verbot des Vorverkaufs von Ölfrüchten der Ernte des Jahres 1915 v. 22. Juli 1915, v. 24. Juli 1915 (RGBl. 476)	294			
317	Bek. über die Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetze, betr. Kaufmannsgerichte v. 26. Juli 1915 (RGBl. 481)	160			
318	Bek., betr. den Handel mit Mehl v. 27. Juli 1915 (RGBl. 477)	278	—	139	—
319	Bek., betr. Übergang der Geschäfte der Reichsverteilungsstelle auf die Reichsgetreidestelle, v. 28. Juli 1915 (RGBl. 483)	278			
320	Bek., betr. Zulassung von Motorbooten zum Verkehr v. 29. Juli 1915 (RGBl. 485)	294	—	528	—
321	Bek. wegen Ergänzung der VO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915, v. 5. August 1915 (RGBl. 489)	293	—	460	—
322	Bek. über Änderung der VO., betr. Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien v. 15. Februar 1915, v. 5. August 1915 (RGBl. 490) . . .	291	—	399	—
323	Bek., betr. Änderung der VO. über Malz v. 17. Mai 1915, v. 5. August 1915 (RGBl. 491)	291			
324	Bek. über die Vergütung für Ölfrüchte v. 5. August 1915 (RGBl. 491)	294	—	507	—
325	Bek. über die Zulassung von eisernen Gewichten zur Eichung v. 11. Aug. 1915 (RGBl. 595)	—	—	581	—
326	Bek., betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien und Wirkereien v. 12. August 1915 (RGBl. 495)	305			
327	Bek., betr. die Wahlen nach der RVO. v. 12. August 1915 (RGBl. 497)	305			
328	Bek. über das Inkrafttreten von Vorschriften der Bundesratsverordnung v. 28. Juni 1915 über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 v. 13. August 1915 (RGBl. 499) . . .	278	—	102	—

Nr.	1915. (13. August bis 3. September.)	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
329	Bek., betr. die Außerkraftsetzung der Bek. über die Festsetzung von Höchstpreisen für Erzeugnisse aus Kupfer, Messing und Aluminium v. 26. Dezember 1914 und der Bek. über die Höchstpreise für Erzeugnisse aus Nickel v. 15. Juni 1915, v. 13. August 1915 (RGBl. 501)	298			
330	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Belgien v. 17. August 1915 (RGBl. 511)	197			
331	Bek. über die Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 auf weitere Futtermittel v. 19. August 1915 (RGBl. 503)	293	—	460	
332	Bek. über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel v. 19. August 1915 (RGBl. 504)	293	—	472	
333	Bek. über den Verkehr mit Kakaoschalen v. 19. August 1915 (RGBl. 507)	288	—	298	
334	Bek. einer Änderung der VO. v. 28. Juni 1915 über den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl aus dem Erntejahr 1915 v. 19. August 1915 (RGBl. 508)	278	—	102	
335	Bek., betr. Festsetzung der Ortslöhne v. 19. August 1915 (RGBl. 511)	306			
336	Vorschriften über das Unbrauchbarmachen von gepulverten Kakaoschalen zum Genusse für Menschen v. 21. August 1915 (RGBl. 513)	288	—	299	
337	Bek. über die Berichtigung und Ergänzung der Bek. gegen übermäßige Preissteigerung v. 23. Juli 1915, v. 22. August 1915 (RGBl. 514)	182	—	—	
338	Bek. über ein Schlachtverbot für trächtige Kühe und Sauen v. 26. August 1915 (RGBl. 515)	289	—	313	
339	Bek. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1915/16 v. 26. August 1915 (RGBl. 516)	287	—	263	
340	Bek. über den Verkehr mit Hülsenfrüchten v. 26. August 1915 (RGBl. 520)	287	—	212	
341	Bek. über das Verbot des Vorverkaufs von Erbsen, Bohnen und Linsen aus der Ernte des Jahres 1915 v. 26. August 1915 (RGBl. 524)	287			
342	Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über die Höchstpreise für Speisekartoffeln v. 15. Februar 1915, v. 26. August 1915 (RGBl. 524)	298			
343	Bek. über die Vornahme einer Viehzwischenzählung am 1. Oktober 1915 v. 26. August 1915 (RGBl. 525)	277	—	78	—
344	Bek., betr. die Angestelltenversicherung während des Krieges v. 26. August 1915 (RGBl. 541)	309	591	—	445
345	Bek., betr. die Ausprägung von Fünfpfennigstücken aus Eisen v. 26. August 1915 (RGBl. 541)	200			
346	Bek. über Beschränkung der Milchverwendung v. 2. September 1915 (RGBl. 545)	290	—	382	—
347	Bek. zur Erweiterung der Bek. über Vorratserhebungen v. 2. Februar 1915, v. 3. September 1915 (RGBl. 549)	277	—	67	—

1915.

Nr.	(7. September bis 16. September.)	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
348	Gesetz, betr. den Schutz von Berufstrachten und Berufsabzeichen für Betätigung in der Krankenpflege v. 7. September 1915 (RGBl. 561)	369			
349	BO. über die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, die im Inland weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind, v. 7. September 1915 (RGBl. 583)	530			
350	Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung der Jahre 1914 und 1915 als Kriegsjahre, v. 7. September 1915 (RGBl. 599)	531			
351	Bek. über den Verkehr mit Margarine v. 9. September 1915 (RGBl. 555)	294			
352	Bek., betr. Änderung der BO. v. 28. Juni 1915 über die Regelung des Verkehrs mit Hafer, v. 9. September 1915 (RGBl. 556)	292			
353	Bek. zum Vollzuge der BO. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 28. Juni 1915, v. 9. September 1915 (RGBl. 556)	292			
354	Bek. wegen Änderung der Bek. über die Sicherung der Ackerbestellung v. 31. März 1915, v. 9. September 1915 (RGBl. 557)	274			
355	Bek. zur Entlastung der Gerichte v. 9. September 1915 (RGBl. 562)	462	—	825	
356	Bek., betr. die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl und Futtermitteln v. 11. September 1915 (RGBl. 569)	276	—	29	
357	Bek. über die Zuständigkeit zur Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, die im Inland weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind, v. 11. September 1915 (RGBl. 584)	531			
358	Bek. über die Ausdehnung der BO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 auf weitere Futtermittel v. 13. September 1915 (RGBl. 584)	293	—	460	
359	Bek. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 16. September 1915 (RGBl. 585) . .	285	—	176	
360	Bek. über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 16. September 1915 (RGBl. 588)	285	—	181	
361	Bek. über die Außerkraftsetzung der Bek. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 25. Februar 1915, v. 16. September 1915 (RGBl. 590)	285			
362	Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über die Höchstpreise für Futterkartoffeln und Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 25. Februar 1915, v. 16. September 1915 (RGBl. 591)	298			
363	Bek. über die Aufhebung des Verbots des Vorverkaufs von Erbsen, Bohnen und Linsen aus der Ernte des				

Nr.	1915. (16. September bis 9. Oktober.)	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	Jahres 1915, v. 16. September 1915 (RGBl. 593)	287			
364	Bek., betr. Verarbeitung von Kartoffeln in Getreidebrennereien im Betriebsjahr 1915/16 v. 16. September 1915 (RGBl. 594)	285	—	196	—
365	Bek., betr. Ergänzung der VO. v. 26. August 1915 über den Verkehr mit Hülsenfrüchten v. 20. September 1915 (RGBl. 600)	287	—	212	—
366	Bek. zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel v. 23. September 1915 (RGBl. 603)	192	192	—	188
367	Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts v. 23. September 1915 (RGBl. 626)	196			
368	Bek. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25. September 1915 (RGBl. 607)	297	194	—	188
369	Bek. über zuckerhaltige Futtermittel v. 25. September 1915 (RGBl. 614)	293	—	451	
370	Bek., betr. die Preise für zuckerhaltige Futtermittel v. 25. September 1915 (RGBl. 620)	293	—	451	
371	Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Oktober, November und Dezember 1915, v. 25. September 1915 (RGBl. 623)	285			
372	Bestimmungen über die Lieferung und Abnahme von Hülsenfrüchten v. 26. September 1915 (RGBl. 625)	287	—	218	
373	Gesetz, betr. Änderung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 28. Februar 1888, v. 30. September 1915 (RGBl. 629)	365	630		
374	Bek. über das Verschroten von Brotgetreide zu Futterzwecken v. 2. Oktober 1915 (RGBl. 628)	284	—	140	
375	Bek. zur Entlastung der Strafgerichte v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 631)	521	—	825	
376	Bek. über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 633)	424	727		
377	Bek. über die Regelung der wirtschaftlichen Betriebsverhältnisse der Branntweinbrennereien und der Betriebsauflagevergütungen für das Betriebsjahr 1915/16 v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 637)	287	—	189	
378	Bek. über das Kündigungsrecht der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 642)	131	—	751	
379	Bek., betr. die Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1915, v. 9. Oktober 1915 (RGBl. 645)	450			
380	Bek. über die Verwendung tierischer und pflanzlicher Öle und Fette v. 9. Oktober 1915 (RGBl. 646)	294	—	523	
381	Bek. über die Kartoffelversorgung v. 9. Oktober 1915 (RGBl. 647)	285	—	155	
382	Bek., betr. Vorschriften über die Anmeldung des im				

	1915. (10. Oktober bis 22. Oktober.)	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
Nr.	Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten v. 10. Oktober 1915 (RGBl. 653)	425			
383	Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über das Verbot des Vorverkaufs von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation aus der inländischen Ernte des Jahres 1915 v. 11. Oktober 1915 (RGBl. 669)	285			
384	Bek. über die Verarbeitung von Buchweckern v. 14. Oktober 1915 (RGBl. 670)	294	—	517	
385	Bek. über das Verbot des Anstreichens mit Farben aus Bleiweiß und Leinöl v. 14. Oktober 1915 (RGBl. 671)	294	—	524	
386	Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Ägypten und Französisch-Marokko v. 14. Oktober 1915 (RGBl. 673)	416			
387	Bek. über Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Ölfrüchten usw. v. 19. Oktober 1915 (RGBl. 675)	294	—	504	
388	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw. v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 677)	142			
389	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 678)	146			
390	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 679)	90			
391	Bek., betr. Änderung der VO. v. 26. August 1915 über den Verkehr mit Hülsenfrüchten v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 681)	287	—	212	
392	Bek., betr. Ergänzung der VO. über den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915 v. 28. Juni 1915, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 681)	291			
393	Bek. über das Verbot des Vorverkaufs von Stroh der Ernte des Jahres 1915 v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 682)	293			
394	Bek. einer Änderung der VO. v. 8. Juli 1915 über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 683)	298	—	597	
395	Bek. zur Erweiterung der Bek. über Vorratserhebungen v. 2. Februar 1915, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 684)	277	—	67	
396	Bek., betr. Veräußerung von Kauffahrteischiffen an Nichtreichsangehörige v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 685)	460			
397	Bek. über Erlaß und Vergütung von Abgaben v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 687)	232			
398	Bek., betr. Ausnahme von der Sperre feindlichen Vermögens v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 707)	431			
399	Bek. über die Regelung der Butterpreise v. 22. Oktober 1915 (RGBl. 689)	291	—	366	

Nr.	1915. (22. Oktober bis 8. November.)	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
400	Bek. über die Vornahme einer Erhebung der Vorräte von Brotgetreide, Hafer und Mehl am 16. November 1915, v. 22. Oktober 1915 (RGBl. 691)	277	—	73	
401	Bek. über die Festsetzung der Grundpreise für Butter und die Preisstellung für den Weiterverkauf v. 24. Oktober 1915 (RGBl. 705)	298	—	370	
402	Bek. über die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln und die Preisstellung für den Weiterverkauf v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 709)	298			
403	Bek. über die Abänderung der Bek. über die Kartoffelversorgung v. 9. Oktober 1915, v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 710)	286	—	155	
404	Bek. über die Regelung der Kartoffelpreise v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 711)	298	—	174	
405	Bek. zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauchs v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 714)	289	—	315	
406	Bek. über Regelung der Fisch- und Wildpreise v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 716)	298	—	349	
407	Bek. wegen Änderung der Bek., betr. Einschränkung der Trinkbranntweinerzeugung, v. 31. März 1915, v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 718)	285	—	196	
408	Bek. zur Ergänzung der Bek. über die Festsetzung der Grundpreise für Butter und die Preisstellung für den Weiterverkauf v. 24. Oktober 1915, v. 29. Oktober 1915 (RGBl. 719)	298	—	370	
409	Bek., betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie v. 29. Oktober 1915 (RGBl. 721) . . .	302			
410	Bek. über Ausdehnung der VO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 16. September 1915, v. 1. November 1915 (RGBl. 722)	285	—	178	
411	Bek. zur Regelung der Milchpreise und des Milchverbrauchs v. 4. November 1915 (RGBl. 723) . . .	290	—	382	
412	Bek. zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch v. 4. November 1915 (RGBl. 725)	298	—	340	
413	Bek. zur Ergänzung der Bek. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25. September 1915, v. 4. November 1915 (RGBl. 728)	297	—	—	
414	Bek. betr. Ergänzung der VO. über das Verbot des Handels mit in England abgestempelten Wertpapieren v. 4. November 1915 (RGBl. 731) . . .	232	—	—	
415	Bek. über die Verjährungsfristen v. 4. November 1915 (RGBl. 732)	140	123	—	
416	Bek., betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien, Wirkereien usw. v. 7. November 1915 (RGBl. 733)	304			
417	Bek. über Öle und Fette v. 8. November 1915 (RGBl. 735)	294	—	511	

Nr.	1915. (8. November bis 22. November.)	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
418	Bek. über den Verkehr mit Stroh und Häckfel v. 8. November 1915 (RGBl. 743).	293	—	491	
419	Bek. über die Ausdehnung der BO. über den Verkehr mit Kraftfutter v. 28. Juni 1915 auf weitere Futtermittel v. 8. November 1915 (RGBl. 747) . .	293	—	460	
420	Bek. über die Außerkraftsetzung der BO. über das Verbot des Vorverkaufs von Stroh der Ernte des Jahres 1915 v. 21. Oktober 1915, v. 10. November 1915 (RGBl. 749)	293	—	—	
421	Bek. über Kaffee, Tee und Kakao v. 11. November 1915 (RGBl. 750).	289	—	301	
422	Bek. über die Regelung der Preise für Buchweizen und Hirse und deren Verarbeitungen v. 11. November 1915 (RGBl. 750).	298	—	231	
423	Bek. über die Regelung der Preise für Gemüse und Obst v. 11. November 1915 (RGBl. 752)	298	—	254	
424	Bek. über die Regelung der Preise für Obstmus und sonstige Fettersatzstoffe zum Brotaufstrich v. 11. November 1915 (RGBl. 754)	298	—	260	
425	Bek. über den Maßstab für den Milchverbrauch v. 11. November 1915 (RGBl. 757).	290	—	382	
426	Bek. einer Änderung zur BO. v. 14. Oktober 1915 über das Verbot des Anstreichens mit Farben aus Bleiweiß und Leinöl v. 11. November 1915 (RGBl. 758)	294	—	524	
427	Bek., betr. Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge v. 11. November 1915 (RGBl. 758) . .	173	173	552	156
428	Bek. über Abänderung der Bek. über die Regelung der Kartoffelpreise v. 28. Oktober 1915, v. 11. November 1915 (RGBl. 760)	285	—	174	
429	Bek., betr. die private Schwefelwirtschaft v. 13. November 1915 (RGBl. 761)	295	—	584	
430	Bek., betr. Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Gold v. 13. November 1915 (RGBl. 763)	201			
431	Bek., betr. Einwirkung der Fürsorge für Angehörige von Kriegsteilnehmern auf deren Unterstützungswohnsitz v. 13. November 1915 (RGBl. 764)	368			
432	Bek. über die Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1915 v. 15. November 1915 (RGBl. 765) .	277	—	78	
433	Anordnung für das Verfahren vor den auf Grund der BO. v. 11. November 1915 bestellten Schiedsgerichten v. 15. November 1915 (RGBl. 769)	174			
434	Bek. über die Festsetzung von Preisen für Buchweizen und Hirse und deren Verarbeitungen v. 16. November 1915 (RGBl. 785)	298	—	231	
435	Anordnung zur Ausführung der BO. über den Verkehr mit Stroh und Häckfel v. 8. November 1915, v. 18. November 1915 (RGBl. 773)	293	—	494	
436	Bek. über die Festsetzung der Preise für Wild v. 22. November 1915 (RGBl. 775)	298			
437	BO. über das Verbot der Durchfuhr von Tieren und				

Nr.	1915. (25. November bis 16. Dezember.)	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	tierischen Erzeugnissen v. 25. November 1915 (RGBl. 777)	450			
438	Bek., betr. Abänderung der BO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 16. September 1915, v. 25. November 1915 (RGBl. 778)	285	—	178	
439	Bek., betr. Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1915, v. 25. November 1915 (RGBl. 778)	450			
440	Bek. über die Erneuerung vernichteter Standesregister v. 25. November 1915 (RGBl. 779)	526			
441	Bek., betr. Anwendung der Vertragszollsätze auf russisches Bau- und Nutzholz v. 25. November 1915 (RGBl. 781)	276	—	24	
442	Bek. wegen Festsetzung anderer Preise im Verkehr mit Stroh und Häcksel v. 27. November 1915 (RGBl. 783)	293			
443	Bek. über eine weitere Abänderung der Bek. über die Regelung der Kartoffelpreise v. 28. Oktober 1915, v. 29. November 1915 (RGBl. 787)	298	—	174	
444	Bek. über die Abänderung der BO. zur Regelung der Preise der Schlachtschweine und für Schweinefleisch v. 4. November 1915, v. 29. November 1915 (RGBl. 788)	298	—	340	
445	Bek. über eine Bestandsaufnahme von Kaffee, Tee und Kakao v. 29. November 1915 (RGBl. 791)	289	—	305	
446	Bek. wegen weiterer Freigabe von Branntwein zur Versteuerung in den Monaten Oktober, November und Dezember 1915 v. 1. Dezember 1915 (RGBl. 799)	287	—	197	
447	Bek. über die Regelung des Verkehrs mit ausländischer Butter v. 4. Dezember 1915 (RGBl. 801)	291	—	372	
448	Bek. über die Festsetzung von Preisen für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut v. 4. Dezember 1915 (RGBl. 803)	298	—	255	
449	Bek. über die Festsetzung von Preisen für Süßwasserfische v. 5. Dezember 1915 (RGBl. 804).	298	—	355	
450	Bek. über den Verkehr mit Butter v. 8. Dezember 1915 (RGBl. 807)	290	—	366	
451	BO. über Verjährungsfristen des Seerechts v. 9. Dezember 1915 (RGBl. 811)	141	123	—	
452	Bek., betr. Abkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung v. 9. Dezember 1915 (RGBl. 815) .	312	593	—	
453	Bek über den Ausgleich der Preise für inländische und ausländische Butter v. 13. Dezember 1915 (RGBl. 816)	298	—	371	
454	Bek. über die Preise von Marmeladen v. 14. Dezember 1915 (RGBl. 817)	298	—	261	
455	Bek. über die Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 821).	287	—	294	
456	Bek. über die Bereitung von Kuchen v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 823)	285	—	150	

Nr.	1915. (16. Dezember bis 30. Dezember.)	Bd. 2 Seite	Bd 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
457	Bek. wegen Ergänzung der VO. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1915/16 v. 26. August 1915, v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 826). . . .	287			
458	Bek über Zeitungsanzeigen v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 827)	296	224	—	200
459	Bek. über weitere Regelung des Branntweinverkehrs v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 829)	285	—	195	—
460	Bek. über die Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 auf weitere Futtermittel v. 19. Dezember 1915 (RGBl. 831) .	293	—	460	—
461	Bek., betr. das Verfahren bei Zustellungen v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 833)	8	37	739	17
462	Bek., betr. die Zuckerungsfrist der Weine des Jahrganges 1915 v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 834)	276	—	27	—
463	Bek., betr. die Ausprägung von Zehnpfennigstücken aus Eisen v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 844) .	201	265	—	—
464	Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung im Januar, Februar und März 1916 v. 23. Dezember 1915 (RGBl. 843)	285	—	197	—
465	Bek. über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung v. 23. Dezember 1915 (RGBl. 845)	308	588	—	442
466	Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne v. 24. Dezember 1915 (RGBl. 837)	238	295	787	293
467	Gesetz über die Kriegsabgaben der Reichsbank v. 24. Dez. 1915 (RGBl. 840).	260	—	—	—
468	Bek. über die Verwendung von Milch zur Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade v. 29. Dezember 1915 (RGBl. 849).	287	—	382	—
469	Bek. über die Festsetzung der Preise für Wild v. 30. Dezember 1915 (RGBl. 851)	298	—	350	—
	1916. (6. Januar bis 6. Januar.)				
470	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 6. Januar 1916 (RGBl. 1)	91			
471	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen v. 6. Januar 1916 (RGBl. 2)	141			
472	Bek., betr. Ergänzung der Bek. über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel v. 19. August 1915 (RGBl. 504), v. 6. Januar 1916 (RGBl. 2)	293	—	475	—
473	Bek. über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken v. 6. Januar 1916 (RGBl. 3)	294	—	525	—
474	Bek., betr. Saatkartoffeln, v 6. Januar 1916 (RGBl. 5)	286	—	162	—
475	Bek. über vorübergehende Zollerleichterungen v. 6. Januar 1916 (RGBl. 7)	276	—	25	—

Nr.	1916. (7. Januar bis 24. Januar.)	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
476	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Österreich v. 7. Januar 1916 (RGBl. 9)	197			
477	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900 v. 9. Januar 1916 (RGBl. 11)	146			
478	Bek. über künstliche Düngemittel v. 11. Januar 1916 (RGBl. 13)	275	—	13	
479	Bek. über die Einfuhr von Margarine aus dem Ausland v. 12. Januar 1916 (RGBl. 25)	294	—	34	
480	Ausführungsbest. über die Einfuhr von Margarine aus dem Ausland v. 12. Jan. 1916 (RGBl. 26)	294	—	34	
481	Bek. über Käse v. 13. Januar 1916 (RGBl. 31) 178,	298	—	386	
482	Bek. über Saatgetreide v. 13. Januar 1916 (RGBl. 36)	283	—	102	
483	Bek. zur Herbeiführung der beschleunigten Ablieferung von Gerste und Hafer v. 17. Januar 1916 (RGBl. 40)	459			
484	Bek., betr. Änderung der BO. über die Regelung des Verkehrs mit Hafer v. 28. Juni 1915 (RGBl. 393), v. 17. Januar 916 (RGBl. 41)	292			
485	Bek. einer Änderung der Bek. über die Höchstpreise für Brotgetreide v. 23. Juli 1915 (RGBl. 458), v. 17. Januar 1916 (RGBl. 43)	297	—	141	
486	Bek. über Brotgetreide v. 17. Januar 1916 (RGBl. 44)	283	—	102	
487	Bek. über die Einfuhr von Salzheringen v. 17. Januar 1916 (RGBl. 45)	277	—	35	
488	Bek. zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile v. 20. Januar 1916 (RGBl. 47)	51	32	738	16
489	Bek. über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten v. 20. Januar 1916 (RGBl. 48)	53	41	—	
490	Bek. über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln v. 20. Januar 1916 (RGBl. 49)	233	271	782	
491	Bek. über die weitere Regelung des Brennereibetriebs im Jahre 1915/16 v. 20. Januar 1916 (RGBl. 51)	285	—	193	
492	Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über die Höchstpreise für schwefelsaures Ammoniak v. 27. Mai 1915 (RGBl. 316), v. 21. Jan. 1916 (RGBl. 53)	298			
493	Bek., betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften v. 21. Januar 1916 (RGBl. 55)	366	631	—	
494	Bek., betr. den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln v. 22. Januar 1916 (RGBl. 53)	234	271	—	
495	Bek., betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. v. 22. Januar 1916 (RGBl. 54)	126			
496	Ausführungsbest. zur BO. des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen v. 22. Januar 1916 (RGBl. 59)	277	—	37	
497	Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung des Jahres 1916 als Kriegsjahr v. 24. Januar 1916 (RGBl. 85)	532			
498	Bek. über die Festsetzung von Preisen für Gemüse,				

Nr.	1916. (25. Januar bis 12. Februar.)	Bd. 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	Zwiebeln und Sauerkraut v. 25. Januar 1916 (RGBl. 63)	298	—	255	
499	Bek., betr. Änderung der VO. über den Verkehr mit Gerste aus dem Erntejahr 1915 v. 28. Juni 1915 (RGBl. 384), v. 27. Januar 1916 (RGBl. 65) . .	291			
500	Bek. über die Abänderung der Bek. über die Kartoffelversorgung v. 9. Oktober 1915 (RGBl. 647), v. 27. Januar 1916 (RGBl. 66)	286	—	155	
501	Bek. über die Abänderung der Bek. über die Regelung der Kartoffelpreise v. 28. Oktober 1915 (RGBl. 711), v. 27. Januar 1916 (RGBl. 66)	298	—	174	
502	Bek., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67)	277	—	38	
503	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71). . . .	277	—	39	
504	Bek. über die Beschränkung der Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren v. 31. Januar 1916 (RGBl. 75)	289	—	317	
505	Bek. über die Herabsetzung der Malz- und Gerstenkontingente der gewerblichen Bierbrauereien für die Zeit v. 1. Oktober 1915 bis 31. Oktober 1916, v. 31. Januar 1916 (RGBl. 77)	292	—	399	
506	Bek. über Höchstpreise für Heu v. 3. Februar 1916 (RGBl. 79)	298			
507	Bek., betr. die Preise für Rohzucker und Zuckerrüben im Betriebsjahr 1916/17 v. 3. Februar 1916 (RGBl. 80)	287	—	263	
508	Bek. über die Verwendung von Verbrauchszucker v. 3. Februar 1916 (RGBl. 82)	287	263,	278	
509	Bek., betr. Zulassung von eisernen Gewichten zur Eichung v. 5. Februar 1916 (RGBl. 90)	—	—	581	
510	Bek., betr. die Einfuhr von Kartoffeln v. 7. Februar 1916 (RGBl. 85)	286	—	41	
511	Bek. über die Speisekartoffelversorgung im Frühjahr und Sommer 1916 v. 7. Februar 1916 (RGBl. 86)	286	—	160	
512	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in ausländischen Staaten v. 8. Februar 1916 (RGBl. 89)	197			
513	Bek., betr. Ergänzung der Vorschriften über die zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen v. 10. Februar 1916 (RGBl. 89)	410			
514	Bek. über Erleichterungen für landwirtschaftliche Brennereien im Betriebsjahr 1915/16 v. 10. Februar 1916 (RGBl. 91)	286	—	199	
515	Bek. zur Ausführung der VO. über die Herabsetzung der Malz- und Gerstenkontingente der gewerblichen Bierbrauereien usw. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 77), v. 11. Februar 1916 (RGBl. 96)	292	—	399	
516	Bek. wegen Festsetzung anderer Preise im Verkehr mit Stroh und Häcksel v. 12. Februar 1916 (RGBl. 93)	293	—	495	

Nr.	1916. (14. Februar bis 2. März.)	Bd 2 Seite	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
517	Bek. zur Regelung der Preise für Schlachtschweine und für Schweinefleisch v. 14. Februar 1916 (RGBl. 99)	298	—	341	
518	Bek., betr. Ergänzung der VO. über Veräußerung von Kauffahrteischiffen an Nichtreichsangehörige v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 685), v. 17. Februar 1916 (RGBl. 107)	460			
519	Bek. wegen der Amtsdauer der Mitglieder von Handwerkskammern v. 17. Febr. 1916 (RGBl. 110)	533			
520	Bek. über die Vollstreckung von Kostenentscheidungen ausländischer Gerichte v. 18. Februar 1916 (RGBl. 109)	533			
521	Bek. über den Verkehr mit Leimleder v. 24. Februar 1916 (RGBl. 113)	535	—	476	
522	Bek., betr. Ergänzung der VO. über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation, v. 16. September 1915 (RGBl. 588), v. 24. Februar 1916 (RGBl. 118)	534	—	181	
523	Bek., betr. Änderung der VO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation, v. 16. September 1915 (RGBl. 585), v. 24. Februar 1916 (RGBl. 119)	534	—	178	
524	Bek., betr. Änderung der VO. über die Regelung der Preise für Gemüse und Obst v. 11. November 1915 (RGBl. 752), v. 24. Februar 1916 (RGBl. 120)	536	—	254	
525	Bek. über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände v. 25. Februar 1916 (RGBl. 111)	533	278	—	
526	Bek. über das Verbot einer besonderen Beschleunigung des Verkaufs von Strick-, Web- und Wirkwaren v. 25. Februar 1916 (RGBl. 121)	535			
527	Bek. über die Verpflichtung zur Abgabe von Kartoffeln v. 26. Februar 1916 (RGBl. 123)	534	—	157	
528	VO. zur Beschränkung des Zuckerverbrauchs bei der Herstellung von Schokolade v. 28. Februar 1916 (RGBl. 125)	535	—	294	
529	Beschluß des Bundesrats über die Sicherstellung des Heubedarfs der Heeresverwaltung v. 28. Februar 1916 (RGBl. 126)	536			
530	Bek. über eine Bestandsaufnahme von Heu und Stroh v. 28. Februar 1916 (RGBl. 127)	534	—	77	
531	Bek. über das Verbot der Verwendung von Leinöl zur Herstellung von Druckfarben v. 29. Februar 1916	535	—	526	
532	Bek. über Änderung der Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation v. 29. Februar 1916 (RGBl. 135)	534	—	182	
533	Bek. über Freigabe von Branntwein zur Versteuerung v. 29. Februar 1916 (RGBl. 137)	535			
534	Bek. über das Verbot der Verwendung von Ölen oder Fetten zur Herstellung von Degras, von Lacken, Firnissen und Farben v. 1. März 1916 (RGBl. 143)	—	—	527	
535	Bek. über die Preisfestsetzung bei Enteignung von Kartoffeln v. 2. März 1916 (RGBl. 140)	—	—	177	

Nr.	1916. (2. März bis 22. März.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
536	Bek. über die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln und die Preisstellung für den Weiterverkauf v. 2. März 1916 (RGBl. 140)	—	177	
537	Bek. über die Einfuhr von Kakao v. 3. März 1916 (RGBl. 145)	—	42	
538	Bek. zur Änderung der Bek., betr. die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl- und Futtermitteln v. 11. September 1915 (RGBl. 569) v. 4. März 1916 (RGBl. 147)	—	29	
539	Bek. über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen v. 4. März 1916 (RGBl. 148)	—	47	
540	Bek., betr. Regelung des Verkehrs von aus dem Ausland eingeführtem Schmalz (Schweineschmalz) v. 4. März 1916 (RGBl. 149)	—	49	
541	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen v. 4. März 1916 (RGBl. 148), v. 8. März 1916 (RGBl. 151)	—	47	
542	Bek., betr. die Stellvertretung von Rechtsanwälten und die Beschlußfähigkeit der Vorstände der Anwaltskammern v. 9. März 1916 (RGBl. 156)	778	—	
543	Bek. über die gewerbliche Verarbeitung von Rohharz v. 9. März 1916 (RGBl. 157)	—	545	
544	Bek. über die Einfuhr von Käse v. 11. März 1916 (RGBl. 159)	—	50	
545	Bek. über die Außerkraftsetzung der Bek., betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 438) hinsichtlich des besetzten Gebiets Rußlands v. 14. März 1916 (RGBl. 163)	730	—	
546	Bek. über das Verbot der Verwendung von Ölen oder Fetten zur Herstellung von Degras, von Lacken, Firnissen und Farben v. 14. März 1916 (RGBl. 164)	—	526	
547	Bek. über Rohfette v. 16. März 1916 (RGBl. 165)	—	372	
548	Bek., betr. Änderung der VO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni/5. August 1915 (RGBl. 399, 489), v. 16. März 1916 (RGBl. 168)	—	460	
549	Bek., betr. Übertragung von Malzkontingenten v. 16. März 1916 (RGBl. 170)	—	399	
550	Bek., betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland v. 16 März 1916 (RGBl. 171)	279	—	
551	Bek. über die Ausdehnung der VO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 16. September 1915 (RGBl. 585), v. 17. März 1916 (RGBl. 173)	—	180	
552	Bek. über die Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren v. 18. März 1916 (RGBl. 175)	—	52	
553	Bek. über Änderung der Preise für Quark und Quarkkäse v. 18. März 1916 (RGBl. 176)	—	386	
554	Bek. über künstliche Düngemittel v. 19. März 1916 (RGBl. 177)	—	19	
555	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats v. 18. März 1916 über die Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren v. 22. März 1916 (RGBl. 179)	—	52	

Nr.	1916. (23. März bis 4. April.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
556	Bek. über die Änderung des Gesetzes, betr. Höchstpreise, und der VO. gegen übermäßige Preissteigerung v. 23. März 1916 (RGBl. 183)	160,	175	—
557	Bek., betr. Sperre und Anmeldung des Vermögens von landesflüchtigen Personen v. 23. März 1916 (RGBl. 185)	729	—	
558	Bek. über die Vornahme einer Viehzwischenzählung am 15. April 1916, v. 23. März 1916 (RGBl. 186)		—	78
559	Bek. über Erleichterungen für Brennereien im Betriebsjahr 1916/17 bei Verarbeitung von Rüben und Rübensäften sowie Topinamburs v. 23. März 1916 (RGBl. 191)		—	188
560	Bek., betr. Ausnahmen von der VO., betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland v. 16. März 1916, v. 23. März 1916 (RGBl. 195)	279	—	
561	Bek. über die Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 (RGBl. 399) auf weitere Futtermittel v. 24. März 1916 (RGBl. 193)		—	460
562	Bek., betr. Abänderung der Bek. über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel v. 19. August 1915 (RGBl. 504), v. 26. März 1916 (RGBl. 197)		—	475
563	Bek. über Fleischversorgung v. 27. März 1916 (RGBl. 199)		—	319
564	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen v. 4. März 1916 (RGBl. 148) v. 30. März 1916 (RGBl. 211)		—	47
565	Bek., betr. die Abänderung des Süßstoffgesetzes v. 7. Juli 1902 (RGBl. 253), v. 30. März 1916 (RGBl. 213)		—	290
566	Bek., betr. den Absatz von Kalisalzen v. 30. März 1916 (RGBl. 214)		—	607
567	Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren v. 30. März 1916 (RGBl. 214).	227	771	
568	Ausführungsbest. über die nach der Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren v. 30. März 1916 (RGBl. 214) zu errichtenden Schiedsgerichte v. 30. März 1916 (RGBl. 216)	228	—	
569	Bek., betr. Anwendung der Vertragszollsätze v. 30. März 1916 (RGBl. 221)		—	25
570	Bek. über die Verpflichtung zur Abgabe von Kartoffeln vom 31. März 1916 (RGBl. 223)		—	157
571	Bek. über eine Erhebung der Vorräte von Kartoffeln sowie von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und Kartoffelstärkefabrikation v. 4. April 1916 (RGBl. 225)		—	75
572	Bek. über Abänderung der Bek. über Kaffee, Tee und Kakao v. 11. November 1915 (RGBl. 750) v. 4. April 1916 (RGBl. 233)		—	301
573	Bek. über die Abänderung der Bek. über die Einfuhr von Salzheringen v. 17. Januar 1916 (RGBl. 45) v. 4. April 1916 (RGBl. 234)		—	35
574	Bek. über die Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten v. 4. April 1916 (RGBl. 234)		—	11
575	Bek. über die Bereitstellung von städtischem Gelände zur Kleingartenbestellung v. 4. April 1916 (RGBl. 236)		—	12

Nr.	1916. (5. April bis 15. April.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 6 Seite
576	Bek. über die Einfuhr von Salzfischen, Klippfischen und Fischrogen v. 5. April 1916 (RGBl. 237)	—	35	
577	Ausführungsbest. über die Einfuhr von Salzheringen usw. v. 5. April 1916 (RGBl. 238)	—	36	
578	Bek. über die Durchfuhr von Salzheringen v. 5. April 1916 (RGBl. 240)	—	37	
579	Bek. zur Ausführung der VO., betr. Übertragung von Malzkontingenten v. 16. März 1916 (RGBl. 170) v. 5. April 1916 (RGBl. 241)	—	399	
580	Bek. über die Vorverlegung der Stunden während der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1916 v. 6. April 1916 (RGBl. 243)	—	601	
581	Bek. über die Einfuhr von Kaffee aus dem Ausland v. 6. April 1916 (RGBl. 245)	—	44	
582	Bek. über Kaffee v. 6. April 1916 (RGBl. 247)	—	301	
583	Bek. über die Einfuhr von Tee aus dem Ausland v. 6. April 1916 (RGBl. 250)	—	45	
584	Bek. über Tee v. 6. April 1916 (RGBl. 252)	—	303	
585	Bek. über Zichorienwurzeln v. 6. April 1916 (RGBl. 254)	—	304	
586	Bek. über Preise für Gemüse, Zwiebeln und Sauerkraut v. 8. April 1916 (RGBl. 257)	—	255	
587	Bek., betr. Höchstpreise für Schwefelsäure und Oleum v. 8. April 1916 (RGBl. 258)	—	590	
588	Bek., betr. die verlängerten Prioritätsfristen v. 8. April 1916 (RGBl. 259)	261	—	
589	Bek. über den Verkehr mit Verbrauchszucker v. 10. April 1916 (RGBl. 261)	—	266 / 278	
590	Ausführungsbest. zu der VO. über Verbrauchszucker v. 12. April 1916 (RGBl. 265)	—	266	
591	Bek., betr. Ausführungsbest. zu der VO. des Bundesrats über die Erneuerung vernichteter Standesregister v. 25. November 1915 (RGBl. 779), v. 12. April 1916 (RGBl. 289)	804		
592	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben v. 13. April 1916 (RGBl. 273)	106		
593	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen v. 13. April 1916 (RGBl. 273)	125		
594	Bek. über die Ausdehnung der Bek. v. 11. November 1915 (RGBl. 758) auf Verträge über Lieferung von Steinkohlen und Braunkohlen v. 13. April 1916 (RGBl. 274)	174		
595	Bek. über die steuerliche Behandlung von Biersendungen an die Truppen v. 13. April 1916 (RGBl. 275)	559		
596	Bek. über Streu-, Heide- und Weidebenutzung auf nicht landwirtschaftlich genutzten Grundstücken v. 13. April 1916 (RGBl. 275)	—	497	
597	Bek. über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschläuchen v. 13. April 1916 (RGBl. 276)	—	518	
598	Bek. über Erleichterungen im Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechte v. 13. April 1916 (RGBl. 278)	260	—	
599	Bek. über Regelung des Verkehrs mit Branntwein v. 15. April 1916 (RGBl. 279)	—	200	

Nr.	1916. (15. April bis 1. Mai.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
600	Bek. über das Verfüttern von Kartoffeln v. 15. April 1916 (RGBl. 284)	—	172	—
601	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 16. April 1916 (RGBl. 287)	126		
602	Bek. über Ausnahmen von der VO., betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland v. 16. März 1916 (RGBl. 171), v. 17. April 1916 (RGBl. 288)	279		
603	Bek. über die Todeserklärung Kriegsverschollener v. 18. April 1916 (RGBl. 296)	129	754	136
604	Bek. über die Einfuhr von Eiern v. 18. April 1916 (RGBl. 299)	—	54	
605	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats v. 18. April 1916 über die Einfuhr von Eiern v. 18. April 1916 (RGBl. 300)	—	54	
606	Bek. über die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver v. 18. April 1916 (RGBl. 302)	—	56	
607	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats v. 18. April 1916 über die Einfuhr von kondensierter Milch und Milchpulver v. 18. April 1916 (RGBl. 303)	—	56	
608	Bek. über Druckpapier v. 18. April 1916 (RGBl. 306)	—	621	
609	Bek. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 18. April 1916 (RGBl. 307)	—	530	
610	Bek., betr. Ausführungsbest. zur VO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln, v. 18. April 1916 (RGBl. 308)	—	533	
611	Bek., betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung v. 18. April 1916 (RGBl. 321)	575	—	
612	Bek., betr. Ausnahme von dem Zahlungsverbote gegen Rußland und von der Sperre feindlichen Vermögens v. 19. April 1916 (RGBl. 312)	725, 729	—	
613	Bek. über die Einfuhr von Zigarettenrohtabak v. 19. April 1916 (RGBl. 313)	—	58	
614	Bek. über die Ausdehnung der Bek. über die Einfuhr von Kakao v. 3. März 1916 auf Kakaopulver und Schokoladenmasse v. 19. April 1916 (RGBl. 315)	—	43	
615	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats v. 19. April 1916 über die Einfuhr von Zigarettenrohtabak v. 20. April 1916 (RGBl. 317)	—	58	
616	Bek. über Mistbeetkartoffeln v. 20. April 1916 (RGBl. 322)	—	177	
617	Ausführungsbest. zu der VO. des Bundesrats über Regelung des Verkehrs mit Branntwein v. 15. April 1916 (RGBl. 279), v. 22. April 1916 (RGBl. 323)	—	203	
618	Bek. über die Durchfuhr von Käse v. 25. April 1916 (RGBl. 339)	—	52	
619	Bek. über den Verkehr mit Süßstoff v. 25. April 1916 (RGBl. 340)	—	290	
620	Bek. über die Preise von Stroh und Häcksel v. 28. April 1916 (RGBl. 344)	—	496	
621	Bek., betr. Beschränkung des Verkehrs mit gewissen Arzneimittelstoffen v. 1. Mai 1916 (RGBl. 345)	—	527	

1916.

Nr.	(1. Mai bis 12. Mai)	Bd. 3 Seite	Bd 4 Seite	Bd. 5 Seite
622	Bek. über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Fetten und Ölen zur Herstellung von kosmetischen Mitteln usw. v. 1. Mai 1916 (RGBl. 346)	—	527	
623	Bek. über die Regelung der Fischpreise v. 1. Mai 1916 (RGBl. 347).	—	354	
624	Bek. gegen das Fetten von Brotlaiben v. 1. Mai 1916 (RGBl. 348)	—	145	
625	Bek., betr. Änderung der BO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln v. 28. Juni 1915 (RGBl. 399), v. 1. Mai 1916 (RGBl. 349)	—	460	
626	Bek., betr. Änderung der BO. über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 8. Juli 1915 (RGBl. 420) / 21. Oktober 1915 (RGBl. 683), v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350)	—	597	
627	Bek., betr. Ausführungsbest. zu den Bek. über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 8. Juli 1915 (RGBl. 420), 21. Oktober 1915 (RGBl. 683) und v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350)	—	599	
628	Bek., betr. Änderung der Ausführungsbest. zur BO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 18. April 1916, v. 4. Mai 1916 (RGBl. 353)	—	531	
629	Bek. über das Verbot des Malzhandels v. 4. Mai 1916 (RGBl. 355).	—	399	
630	Bek., betr. die Ausführung des § 8 des Versicherungsgesetzes für Angestellte v. 4. Mai 1916 (RGBl. 364) .	597	—	
631	Bek. über die Ausdehnung der Bek. über die Einfuhr von Kakao v. 3. März 1916 (RGBl. 145) auf Schokolade v. 5. Mai 1916 (RGBl. 359)	—	44	
632	Abänderung der Bek., betr. Ausführungsbest. zum Gesetz über Beseitigung von Tierkadavern v. 28. März 1912 (RGBl. 230), v. 5. Mai 1916 (RGBl. 361)	—	481	
633	Bek. über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten v. 6. Mai 1916 (RGBl. 364)	42	—	
634	Bek. über künstliche Düngemittel v. 7. Mai 1916 (RGBl. 365)	—	19	
635	Bek. über die Lieferung von Heu und Stroh für das Heer v. 11. Mai 1916 (RGBl. 367)	738	—	
636	Bek. über die Abänderung der Bek. über künstliche Düngemittel v. 11. Januar 1916 (RGBl. 13) v. 11. Mai 1916 (RGBl. 369).	—	13	
637	Bek. über Änderung der Preise für Quark und Quarkkäse v. 11. Mai 1916 (RGBl. 370)	—	386	
638	Bek., betr. die Beitragserstattung nach § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte v. 11. Mai 1916 (RGBl. 370)	593		
639	Bek., betr. die Prägung von Zehn- und Fünfpfennigstücken aus Eisen, v. 11. Mai 1916 (RGBl. 379)	207		
640	Bek. über Antragsrechte in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung v. 12. Mai 1916 (RGBl. 371) . .	585		

Nr.	1916. (13 Mai bis 26. Mai.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
641	Bek. zur Ausführung der VO. über den Verkehr mit Verbrauchszucker v. 10. April 1916 (RGBl. 261), v. 13. Mai 1916 (RGBl. 373)	—	267	
642	Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal v. 14. Mai 1916 (RGBl. 375)	709, 725, 728	—	
643	Bek. über das Verfüttern von Kartoffeln v. 15. Mai 1916 (RGBl. 377)	—	173	
644	Bek. über die Zulassung von eisernen Gewichten zur Eichung v. 16. Mai 1916 (RGBl. 460)	—	581	
645	Bek., betr. die Vorausverwendung von Malzkontingenten v. 18. Mai 1916 (RGBl. 380)	—	399	
646	Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren v. 18. Mai 1916 (RGBl. 380)	218	—	198
647	Bek. über eine Ernteflächenerhebung im Jahre 1916 v. 18. Mai 1916 (RGBl. 383)	—	68	
648	Bek. über die Gründung einer Reichsstelle für Gemüse und Obst v. 18. Mai 1916 (RGBl. 391)	—	235	
649	Bek. über Änderungen der VO. zur Entlastung der Gerichte v. 9. September 1915 (RGBl. 562) v. 18 Mai 1916 (RGBl. 393)	763	—	
650	VO. über die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen v. 18. Mai 1916 (RGBl. 405)	808	—	
651	Bek. über den Verkehr mit Verbrauchszucker v. 19. Mai 1916 (RGBl. 395)	—	266	
652	Bek. über den Verkehr mit Fleischwaren v. 22. Mai 1916 (RGBl. 397)	—	330	
653	Bek. über Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung v. 22. Mai 1916 (RGBl. 401)	—	1	
654	Bek. über Errichtung eines Kriegsernährungsamts v. 22. Mai 1916 (RGBl. 402)	—	2	
655	Bek., betr. den Übergang der Geschäfte der Reichsstelle für Kartoffelversorgung auf die Reichskartoffelstelle v. 22. Mai 1916 (RGBl. 407)	—	172	
656	Bek. über das Außerkrafttreten der VO. über Malz v. 17. Mai 1915 (RGBl. 279) v. 23. Mai 1916 (RGBl. 404)	—	398	
657	Bek. über die Zuständigkeit zur Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen der Kaiserlichen Marine, die im Inland weder einen Wohnsitz haben, noch dort geboren sind, v. 23. Mai 1916 (RGBl. 406)	808	—	
658	Bek. über Ergänzung der VO., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbest. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71) v. 24. Mai 1916 (RGBl. 408)	—	41	
659	Bek. über Ausdehnung der Vorschriften der VO. über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschläuchen v. 13. April 1916 (RGBl. 276) v. 25. Mai 1916 (RGBl. 409)	—	519	
660	Bek. zur Änderung der Bek. über die Bereitung von Backware v. 31. März 1915 (RGBl. 204) v. 26. Mai 1916 (RGBl. 411)	—	145	
661	Bek. der Fassung der Bek. über die Bereitung von Backware v. 26. Mai 1916 (RGBl. 412)	—	145	

Nr.	1916. (26. Mai bis 8. Juni)	Bd 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
662	Bek. über Höchstpreise für Soda v. 26. Mai 1916 (RGBl. 417)	—	539	
663	Bek. über Montanwachs v. 26. Mai 1916 (RGBl. 419) .	—	550	
664	Bek. über den Verkehr mit Süßstoff v. 26. Mai 1916 (RGBl. 421)	—	291	
665	Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren v. 26. Mai 1916 (RGBl. 422)	219	—	
666	Bek., betr. Erstattung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung an berufsunfähige Kriegsteilnehmer v. 26. Mai 1916 (RGBl. 425)	593	—	
667	Bek. über die Höchstpreise für Benzin v. 27. Mai 1916 (RGBl. 426)	—	552	
668	Bek. über die Durchfuhr von Kaffee v. 29. Mai 1916 (RGBl. 429)	—	45	
669	Bek. über die Durchfuhr von Tee v. 29. Mai 1916 (RGBl. 430)	—	47	
670	Bek. über die Durchfuhr von Kakao v. 29. Mai 1916 (RGBl. 430)	—	44	
671	Bek. einer Änderung der Ausführungsbest. zu der BO. über die Höchstpreise von Petroleum usw. v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350) v. 30. Mai 1916 (RGBl. 431).	—	599	
672	Bek. zur Vereinfachung der Beköstigung v. 31. Mai 1916 (RGBl. 433)	—	336	
673	Bek. über weitere Erleichterung des Brennereibetriebs im Betriebsjahr 1915/16 v. 31. Mai 1916 (RGBl. 435) . .	—	199	
674	Bek. über Druckpapier v. 3. Juni 1916 (RGBl. 436) . .	—	624	
675	Bek. über Ausfuhrverbote v. 5. Juni 1916 (RGBl. 439) .	196	—	
676	Bek., betr. Abänderung der Bek. über künstliche Düngemittel v. 11. Januar 1916 (RGBl. 13), v. 5. Juni 1916 (RGBl. 440)	—	13	
677	Bek. über die Abänderung der Preise für künstliche Düngemittel v. 5 Juni 1916 (RGBl. 441).	—	20	
678	Bek., betr. Abänderung der BO. über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915/24. März 1916 (RGBl. 1915 S. 399, 1916 S. 193) und der Bek. über die Preise und sonstigen Vergütungen für Kraftfuttermittel v. 19. August 1915/26. März 1916 (RGBl. 1915 S. 504, 1916 S. 197), vom 6. Juni 1916 (RGBl. 443)	—	460	
679	Bek. über den Verkehr mit Süßstoff v. 7. Juni 1916 (RGBl. 459)	—	291	
680	Bek., betr. Verbot des Abteufens von Schächten v. 8. Juni 1916 (RGBl. 445)	—	607	
681	Bek. über das Verfüttern von Kartoffeln v. 8. Juni 1916 (RGBl. 446)	—	174	
682	BO. über vorläufige Maßnahmen auf dem Gebiete der Fettversorgung v. 8. Juni 1916 (RGBl. 447)	—	366	
683	Bek., betr. Änderung der BO. über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (RGBl. 1915 S. 290, 292), v. 8. Juni 1916 (RGBl. 451) . . .	57	—	
684	Bek. über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer v. 8. Juni 1916 (RGBl. 452).	60	—	
685	Bek. über Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, v. 8. Juni 1916 (RGBl. 454) . .	62	743	27

Nr.	1916. (10. Juni bis 20. Juni.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. Seite
686	Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 10. Juni 1916 (RGBl. 463)	234		
687	Bek., betr. die von der Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung ausgeschlossenen Gegenstände v. 10. Juni 1916 (RGBl. 468)	237		
688	Bek. über Bestandsaufnahme von Kakao und Schokolade und über die Regelung des Verkehrs mit Kakao und Schokolade v. 10. Juni 1916 (RGBl. 503)	—	306	
689	Bek., betr. die Änderung der Bek. v. 26. Mai 1916 (RGBl. 422) über die äußere Kennzeichnung von Waren v. 11. Juni 1916 (RGBl. 505)	219	—	
690	Gesetz über Erhöhung der Tabakabgaben v. 12. Juni 1916 (RGBl. 507)	537	—	
691	Bek. über das Verbot der Verwendung von Eiern und Eierkonserven zur Herstellung von Farben v. 14. Juni 1916 (RGBl. 513)	—	391	
692	Bek., betr. Außerkraftsetzung von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Unfallversicherung v. 14. Juni 1916 (RGBl. 515)	583		
693	Bek., betr. § 214 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung v. 14. Juni 1916 (RGBl. 516)	578		
694	Bek., betr. die Durchführung des § 392 Abs. 3 Nr. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte zugunsten berufsunfähiger Kriegsteilnehmer v. 14. Juni 1916 (RGBl. 517)	592		
695	Bek. über Arbeitsnachweise v. 14. Juni 1916 (RGBl. 519)	571		
696	Bek., betr. Einschränkung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 519)	572		
697	Bek., betr. die Verlängerung von Prioritätsfristen in Spanien v. 14. Juni 1916 (RGBl. 524)	261		
698	Bek. über Ausdehnung der VO., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 28 Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbest. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71) v. 17. Juni 1916 (RGBl. 529)	—	41	
699	Bek. über Mischung von Kunstdünger v. 17. Juni 1916 (RGBl. 539)	—	21	
700	Frachturkundenstempelgesetz v. 17. Juni 1916 (RGBl. 555)	520	—	
701	Bek. über Änderung von Ausführungsbest. zu VO. über die Einfuhr von Lebensmitteln v. 18. Juni 1916 (RGBl. 530)	—	36, 52, 54	
702	Ausführungsbest. zur Bek. über die Durchfuhr von Kakao v. 29. Mai 1916, v. 19. Juni 1916 (RGBl. 531)	—	44	
703	Bek. über die Speisekartoffelversorgung im Frühjahr und Sommer 1916 v. 7. Febr. 1916 (RGBl. 86) v. 19. Juni 1916 (RGBl. 532)	—	157	
704	Bek. über den Verkehr mit Süßstoff v. 20. Juni 1916 (RGBl. 533)	—	292	
705	Bek. über Druckpapier v. 20. Juni 1916 (RGBl. 534)	—	625	

Nr.	1916. (20. Juni bis 26. Juni.)	Bd 3 Seite	Bd 4 Seite	Bd. 5 Seite
706	VO. über die Bereitung von Backware v. 20. Juni 1916 (RGBl. 540)	—	149	
707	Bek. über untaugliches Schuhwerk v. 21. Juni 1916 (RGBl. 541)	253, 1027	—	
708	Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Seilerwaren v. 21. Juni 1916 (RGBl. 545)	234	—	
709	Bek. über das Verbot des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1916 v. 21. Juni 1916 (RGBl. 545)	—	99	
710	Bek., betr. die Ernteverschätzungen im Jahre 1916 v. 21. Juni 1916 (RGBl. 547)	—	69	
711	Kriegssteuergesetz v. 21. Juni 1916 (RGBl. 561)	310	787	303
712	Gesetz, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe v. 21. Juni 1916 (RGBl. 577)	550	—	358
713	VO., betr. anderweite Regelung der Paßpflicht v. 21. Juni 1916 (RGBl. 599)	745		
714	Ausführungsbest. zu der VO. über untaugliches Schuhwerk v. 22. Juni 1916 (RGBl. 543)	255		
715	Bek., betr. gewerbliche Schutzrechte von Angehörigen Portugals v. 23. Juni 1916 (RGBl. 575)	730		
716	Bek. über die Preise für Düngemittelsäcke v. 23. Juni 1916 (RGBl. 580)	—	21	
717	Bek. zur Ausführung der VO. über den Verkehr mit Verbrauchszucker v. 10. April 1916 (RGBl. 261), v. 24. Juni 1916 (RGBl. 573)	—	267	
718	Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels v. 24. Juni 1916 (RGBl. 581)	208	—	191
719	Bek. über die Festsetzung von Preisen für Süßwasserfische v. 24. Juni 1916 (RGBl. 585)	—	355	
720	Bek., betr. Ausführungsvorschriften zu der Paßverordnung v. 24. Juni 1916 (RGBl. 601)	744		
721	Bek., betr. Veräußerung von Binnenschiffen an Nichtreichsangehörige v. 26. Juni 1916 (RGBl. 587)	750		
722	Bek. gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln v. 26. Juni 1916 (RGBl. 588)	223	—	198
723	Bek. über fetthaltige Zubereitungen v. 26. Juni 1916 (RGBl. 589)	—	378	
724	Bek. über die Kartoffelversorgung v. 26. Juni 1916 (RGBl. 590)	—	163	
725	Bek. über Verwertung von Speiseresten und Küchenabfällen v. 26. Juni 1916 (RGBl. 593)	—	489	
726	Bek. zur Änderung der Bek. über den Verkehr mit Ölfrüchten und daraus gewonnenen Produkten v. 15. Juli 1915 (RGBl. 438) v. 26. Juni 1916 (RGBl. 595)	—	504	
727	Bek. über das Außerkrafttreten der Bek. über Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Ölfrüchten usw. v. 19. Oktober 1915 (RGBl. 675) v. 26. Juni 1916 (RGBl. 597)	—	504	
728	Bek. über Änderung der Höchstpreise für Soda v. 26. Juni 1916 (RGBl. 597)	—	539	

1916.

Nr.	(26. Juni bis 6. Juli.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
729	Gesetz über einen Warenumsatzstempel v. 26. Juni 1916 (RGBl. 639)	465	792	348
730	Allerh. Erlaß, betr. die Anrechnung eines Kriegsjahres für Angehörige des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine, die auf Befehl dem türkisch-italienischen Kriege 1911/12 oder dem Balkankriege 1912/13 beigewohnt haben, v. 26. Juni 1916 (RGBl. 653)	809		
731	Bek., betr. Zulassung einer Ausnahme von der BO. über die Höchstpreise für Benzin, v. 27. Mai 1916 (RGBl. 426), v. 27. Juni 1916 (RGBl. 611)	—	553	
732	Bek. zur Änderung der Bek., betr. Regelung des Verkehrs von aus dem Ausland eingeführtem Schmalz (Schweineschmalz) v. 4. März 1916 (RGBl. 149) v. 27. Juni 1916 (RGBl. 612)	—	49	
733	Bek. über Brotgetreide und Mehl aus der Ernte 1916 v. 29. Juni 1916 (RGBl. 613)	—	102	
734	BO., betr. Änderung der BO. über den Verkehr mit Hülsenfrüchten v. 26. August 1915, v. 29. Juni 1916 (RGBl. 621)	—	212	
735	BO. über Buchweizen und Hirse v. 29. Juni 1916 (RGBl. 625)	—	224	
736	Bek. über die Verwertung von Tierkörpern und Schlachtabfällen v. 29. Juni 1916 (RGBl. 631)	—	481	
737	Bek. über Beschränkungen des Absatzes und der Erzeugung von Zement v. 29. Juni 1916 (RGBl. 633)	—	605	
738	Bek. über die Aufhebung der Höchstpreise für Heu v. 1. Juli 1916 (RGBl. 647)	—	491	
739	Bek. über Grünkern v. 3. Juli 1916 (RGBl. 649)	—	232	
740	Bek., betr. Festsetzung der Ortslöhne v. 3. Juli 1916 (RGBl. 658)	575	—	
741	Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete v. 3. Juli 1916 (RGBl. 675)	644	813	
742	Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz v. 3. Juli 1916 (RGBl. 680)	609	—	450
743	Bek. über die Abänderung der Preise für wasserlösliche Phosphorsäure v. 4. Juli 1916 (RGBl. 653)	—	21	—
744	Bek., betr. Krankenversicherung bei Ersatzkassen v. 5. Juli 1916 (RGBl. 655)	579	21	437
745	Kriegskontrollgesetz v. 5. Juli 1916 (RGBl. 691)	560		
746	Bek. über Gerste aus der Ernte 1916 v. 6. Juli 1916 (RGBl. 659)	—	404	
747	Bek. über Hafer aus der Ernte 1916 v. 6. Juli 1916 (RGBl. 666)	—	430	
748	Bek. über Rübensaft v. 6. Juli 1916 (RGBl. 672)	—	290	
749	Bek., betr. Beförderung von Gütern zwischen ausländischen Häfen durch deutsche Kauffahrteischiffe v. 6. Juli 1916 (RGBl. 673)	752		
750	Bek. zur Ergänzung der BO. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25.			

Nr.	1916. (6. Juli bis 21. Juli.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	Sept. 1915/4. Nov. 1915 (RGBl. 607, 728), v. 6. Juli 1916 (RGBl. 673)	194		
751	VO., betr. Inkraftsetzung des Frachturkundenstempelgesetzes v. 17. Juni 1916, v. 11. Juli 1916 (RGBl. 739) . . .	522		
752	Bek. zur Ausführung der VO. über den Verkehr mit Verbrauchszucker v. 10. April 1916 (RGBl. 261) v. 12. Juli 1916 (RGBl. 743)	—	269	
753	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 12. Juli 1916 (RGBl. 740)	557		
754	Bek., betr. Änderung der Telegraphenordnung v. 16. Juni 1904, v. 12. Juli 1916 (RGBl. 741)	558		
755	Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 13. Juli 1916 (RGBl. 693)	237		
756	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 13. Juli 1916 (RGBl. 694)	106		
757	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen v. 13. Juli 1916 (RGBl. 694)	125		
758	Bek., betr. Verbot der Ausfuhr von Goldwaren v. 13. Juli 1916 (RGBl. 695)	268		
759	Bek. über die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln und die Preisstellung für den Weiterverkauf v. 13. Juli 1916 (RGBl. 696)	—	176	
760	Bek. über den Verbrauch von Eiern v. 13. Juli 1916 (RGBl. 697)	—	392	
761	VO. über vorläufige Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs mit Gemüse und Obst v. 15. Juli 1916 (RGBl. 744) .	—	238 250	
762	Bek. über die Bewirtschaftung des Grünkerns von der Reichsgetreidestelle v. 15. Juli 1916 (RGBl. 753)	—	234	
763	Bek. über Druckpapier v. 16. Juli 1916 (RGBl. 745) . .	—	631	
764	Bek. über den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln v. 16. Juli 1916 (RGBl. 751)	—	377	
765	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 17. Juli 1916 (RGBl. 753)	126	—	
766	Bek. über Speisefette v. 20. Juli 1916 (RGBl. 755) . .	—	361	
767	Bek. wegen Verwendung von Süßstoff zur Bierbereitung v. 20. Juli 1916 (RGBl. 763)	—	293	
768	Bek. über die Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetze, betr. Kaufmannsgerichte v. 20. Juli 1916 (RGBl. 778)	154	—	
769	Bek., betr. Änderung der Bek. über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken v. 6. Januar 1916 (RGBl. 3), v. 21. Juli 1916 (RGBl. 765)	—	525	
770	Bek., betr. Ausführungsbest. zur VO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 18. April 1916 (RGBl. 307), v. 21. Juli 1916 (RGBl. 766)	—	531	
771	Bek., betr. Änderung der Ausführungsbest. zu den Bek. über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der			

Nr.	1916. (23. Juli bis 31. Juli.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	Petroleumbestände v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350), v. 23. Juli 1916 (RGBl. 779)	—	600	
772	Bek. der neuen Fassung der VO. über Brotgetreide, über Gerste und über Hafer aus der Ernte 1916 v. 24. Juli 1916 (RGBl. 781)	—	102, 405, 431	
773	Bek. über die Aufhebung der Bek. über die Höchstpreise für Brotgetreide, für Gerste und für Hafer v. 23. Juli 1915 (RGBl. 458, 462 u. 468) v. 24. Juli 1916 (RGBl. 820)	—	141	
774	VO. über Höchstpreise für Brotgetreide v. 24. Juli 1916 (RGBl. 820)	—	141	
775	VO. über Höchstpreise für Gerste v. 24. Juli 1916 (RGBl. 824)	—	411	
776	VO. über Höchstpreise für Hafer v. 24. Juli 1916 (RGBl. 826)	—	444	
777	Bek. über die Aufhebung des Verbots des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1916 v. 24. Juli 1916 (RGBl. 828)	—	100	
778	Bek., betr. die Einfuhr von Fohlen v. 24. Juli 1916 (RGBl. 829)	742	—	
779	Bek. zu dem Einfuhrverbote für Fohlen v. 24. Juli 1916 (RGBl. 830)	742	—	
780	VO. über Verarbeitung von Nachprodukten der Zuckerfabrikation und von Melasse v. 25. Juli 1916 (RGBl. 831)	—	447	
781	Bek. über die Bewirtschaftung der Hülsenfrüchte sowie von Buchweizen und Hirse v. 25. Juli 1916 (RGBl. 832)	—	217, 228	
782	Bek. wegen Änderung der Bek. über die Sicherung der Ackerbestellung v. 31. März 1915 (RGBl. 210) v. 27. Juli 1916 (RGBl. 834)	—	11	
783	Bek. über Säcke v. 27. Juli 1916 (RGBl. 834)	—	609	
784	Bek. über den Absatz von Brennesseln v. 27. Juli 1916 (RGBl. 839)	—	564	
785	Bek. der neuen Fassungen der VO. über Ölfrüchte und daraus gewonnene Produkte und über Hülsenfrüchte v. 27. Juli 1916 (RGBl. 841)	—	213, 504	
786	Bek., betr. Zulassung von Motorbooten zum Verkehre v. 27. Juli 1916 (RGBl. 853)	—	529	
787	Bek. über den Verkehr mit Brotgetreide und Wintergerste zu Saatzwecken v. 27. Juli 1916 (RGBl. 854)	—	135	
788	VO. zur Ergänzung der VO. über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels v. 24. Juni 1916 (RGBl. 581) v. 29. Juli 1916 (RGBl. 861)	208	—	
789	Bek., betr. Zulassung einer Ausnahme von der VO. über die Höchstpreise für Benzin v. 27. Mai 1916 (RGBl. 426) v. 29. Juli 1916 (RGBl. 862)	—	553	
790	Bek., betr. die Errichtung einer Reichsstelle für Druckpapier v. 31. Juli 1916 (RGBl. 863)	—	635	
791	Bek. über Höchstpreise für Metalle v. 31. Juli 1916 (RGBl. 865)	—	572	
792	Bek., betr. die Außerkraftsetzung der Bek. über Höchstpreise für Kupfer, altes Messing, alte Bronze, Rotguß, Aluminium, Nickel, Antimon und Zinn v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 501), v. 31. Juli 1916 (RGBl. 867)	—	574	
793	Bek. über Preisbeschränkungen bei metallischen Produkten v. 31. Juli 1916 (RGBl. 868)	—	574	

Nr.	1916. (31. Juli bis 8. August.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
794	Bek., betr. Abänderung der Bek. über die Verwendung tierischer und pflanzlicher Öle und Fette v. 9. Oktober 1915 (RGBl. 646), v. 31. Juli 1916 (RGBl. 869) . . .		—	523
795	Bek., betr. Liquidation britischer Unternehmungen v. 31. Juli 1916 (RGBl. 871)	711		
796	Bek. über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten v. 31. Juli 1916 (RGBl. 874)	42		
797	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen vor dem Reichsgericht in Sachen der Konsulargerichtsbarkeit v. 31. Juli 1916 (RGBl. 878)	106		
798	Bek. über die Verpflichtung der Kommunalverbände und der Kartoffelerzeuger zur Sicherstellung und Abgabe von Kartoffeln v. 2. August 1916 (RGBl. 875)		—	164
799	Bek. über Gummisauger v. 3. August 1916 (RGBl. 879).		—	562
800	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über Gummisauger v. 3. August 1916 (RGBl. 880)		—	562
801	Bek. zum Schutze eiserner Gedenkstücke der Reichsbank v. 3. August 1916 (RGBl. 883)	269	—	
802	Bek. über die Bestellung eines Reichskommissars für Übergangswirtschaft v. 3. Aug. 1916 (RGBl. 885)		—	644
803	Bek. über Weintrester und Traubenkerne v. 3. August 1916 (RGBl. 887)		—	485
804	VO. über die Vornahme einer allgemeinen Bestandsaufnahme der wichtigsten Lebensmittel v. 3. August 1916 (RGBl. 891)		—	80
805	VO. über die Verarbeitung von Obst v. 5. August 1916 (RGBl. 911)		—	249
806	VO. über die Verarbeitung von Gemüse v. 5. August 1916 (RGBl. 914)		—	237
807	Bek. zur Änderung der Bek. über die Einfuhr von Käse v. 11. März 1916 (RGBl. 159) v. 5. August 1916 (RGBl. 917)		—	50
808	Bek. der Übergangsvorschriften zur VO. über Speisefette v. 20. Juli 1916 (RGBl. 755) v. 5. August 1916 (RGBl. 917)		—	368
809	Bek. über Änderung der Preise für Kraftfuttermittel v. 5. August 1916 (RGBl. 923)		—	476
810	Bek. zur Durchführung der VO. über Gerste v. 5. August 1916 (RGBl. 924)		—	408
811	Bek. über Frühläufe von Tabak v. 7. August 1916 (RGBl. 919)		—	555
812	Bek. über Rohtabak v. 7. August 1916 (RGBl. 920) . . .		—	554
813	Bek., betr. Ausnahmen von der Bek. über Rohtabak, v. 7. August 1916 (RGBl. 921)	555		
814	Bek. wegen Einfuhr von Tabak v. 7. August 1916 (RGBl. 921)	278		
815	Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 7. August 1916 (RGBl. 924)	237		
816	Bek. über den Absatz von Karpfen und Schleien v. 8 August 1916 (RGBl. 925)		—	356

Nr.	1916. (12. August bis 25. August.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
817	VO. über Eier v. 12. August 1916 (RGBl. 927)	—	392	
818	Bek. zur Änderung der Bek. über die Einfuhr von Käse v. 11. März 1916 in der Fassung der Bek. v. 5. August 1916, v. 16. August 1916 (RGBl. 934)	—	50	
819	Bek., betr. Änderung der Bek. über Fleischversorgung v. 27. März 1916 (RGBl. 199), v. 17. August 1916 (RGBl. 935)	—	319	
820	Bek. wegen Einfuhr von Tabaklauge v. 18. August 1916 (RGBl. 937)	278		
821	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Norwegen v. 18. August 1916 (RGBl. 949)	261		
822	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats v. 18. April 1916 über die Einfuhr von Eiern v. 18. August 1916 (RGBl. 951)	—	56	
823	Bek. zur Durchführung der VO. über Hafer v. 19. August 1916 (RGBl. 939)	—	440	
824	Bek. über Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 21. August 1916 (RGBl. 938)	236	—	
825	Bek. über die Änderung der Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von Eiern v. 18. April 1916, v. 21. August 1916 (RGBl. 938)	—	54	
826	Bek. über die Änderung der Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von Vieh und Fleisch sowie Fleischwaren v. 22. März 1916, v. 21. August 1916 (RGBl. 940)	—	52	
827	VO. über die Regelung des Fleischverbrauchs v. 21. August 1916 (RGBl. 941)	—	332	
828	Bek. über die Ausgestaltung der Fleischkarte und die Festsetzung der Verbrauchshöchstmenge von Fleisch und Fleischwaren v. 21. August 1916 (RGBl. 945)	—	335	
829	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 22. August 1916 (RGBl. 950)	—	39	
830	Bek. über Druckpapier v. 22. August 1916 (RGBl. 951)	630	—	
831	Bek. über die Änderung der Ausführungsbest. über die Einfuhr von Salzheringen usw. v. 5. April 1916, v. 23. August 1916 (RGBl. 949)	—	36	
832	Bek. über die Anmeldung von Wertpapieren v. 23. August 1916 (RGBl. 952)	281	—	
833	Bek. über die Anmeldung von Wertpapieren v. 23. August 1916 (RGBl. 953)	282	—	
834	Bek. über die Regelung der Wildpreise v. 24. August 1916 (RGBl. 959)	—	348	
835	Bek., betr. die Überwachung und zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen v. 24. August 1916 (RGBl. 961)	710	—	
836	Bek. über die äußere Kennzeichnung der Waren v. 25. August 1916 (RGBl. 962)	221	—	
837	Bek. über den Einkauf von Kohlrüben und Grünkohl v. 25. August 1916 (RGBl. 967)	—	238	

1916.

Nr.	(25. August bis 7. September.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
838	Bek. zur Durchführung der VO. über Hafer aus der Ernte 1916 v. 25. August 1916 (RGBl. 968)	—	435	
839	Bek. über die Errichtung einer Reichsverteilungsstelle für Eier v. 25. August 1916 (RGBl. 970).	—	395	
840	Bestimmungen über die Errichtung, die Zusammensetzung und das Verfahren der Preisstelle für metallische Produkte in Berlin v. 26. August 1916 (RGBl. 963)	—	575	
841	VO. über die Nachprüfung der Ernteverschätzungen im Jahre 1916 v. 27. August 1916 (RGBl. 975)	—	70	
842	Bek., betr. Ergänzung der Ausführungsbest. zur VO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 21. Juli 1916 (RGBl. 766), v. 28. August 1916 (RGBl. 970)	—	531	
843	Bek., betr. Zahlungsverbot usw. gegen Rumänien v. 28. August 1916 (RGBl. 971) 726,	728	—	
844	Bek., betr. Ausführungsbest. zu den Bek. über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 8. Juli 1915 (RGBl. 240), v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 683), v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350) und v. 23. Juli 1916 (RGBl. 779) v. 28. August 1916 (RGBl. 972)	—	600	
845	Bek. über Höchstpreise für Zwetschen v. 29. August 1916 (RGBl. 973).	—	258	
846	Bek., betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 29. August 1916 (RGBl. 993)	122	—	
847	Bek. zur Durchführung der VO. über Hülsenfrüchte v. 29. Juni 1916 (RGBl. 846) v. 30. August 1916 (RGBl. 981)	—	217	
848	Bek. über die Bestätigung von Schecks durch die Reichsbank v. 31. August 1916 (RGBl. 985).	285	—	292
849	Bek., betr. Änderung der VO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 31. August 1916 (RGBl. 986)	—	178	
850	Bek. über Ernteschätzungen v. 31. August 1916 (RGBl. 989)	—	71	
851	VO. über das Inkrafttreten der VO. über Eier v. 31. August 1916 (RGBl. 991)	—	392	
852	Bek., betr. den Übergang der Geschäfte der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise auf das Kriegsernährungsamt v. 1. September 1916 (RGBl. 997)	198		
853	Bek. über das Außerkrafttreten der Bek., betr. den Handel mit Mehl, v. 27. Juli 1915 (RGBl. 477), v. 4. September 1916 (RGBl. 995)	—	139	
854	Bek. zur Durchführung der VO. über Hafer v. 5. September 1916 (RGBl. 997)	—	441	
855	Bek. von Übergangsvorschriften zur VO. über Speisefette v. 20. Juli 1916 (RGBl. 755) v. 5. September 1916 (RGBl. 998).	—	368	
856	Bek. über die Einfuhr von Walnüssen und Haselnüssen v. 7. September 1916 (RGBl. 999).	—	60	
857	Bek., betr. Ausführungsbest. zur VO. über die Einfuhr von Walnüssen und Haselnüssen v. 7. September 1916 (RGBl. 999), v. 7. September 1916 (RGBl. 1000) . .	—	60	

Nr.	1916. (7. September bis 14 September)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
858	Bek. über den Verkehr mit Harz v. 7. September 1916 (RGBl. 1002)	—	543	
859	Bek., betr. Ausführungsbest. zu der VO. über den Verkehr mit Harz v. 7. September 1916 (RGBl. 1002), v. 7. September 1916 (RGBl. 1003)	—	544	
860	Bek. zur Ergänzung der VO. über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen v. 4. März 1916 (RGBl. 148) v. 7. September 1916 (RGBl. 1006)	—	47	
861	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Dänemark v. 8. September 1916 (RGBl. 1007)	262	—	
862	VO. über die Vorausverwendung von Malz in den Bierbrauereien v. 8. September 1916 (RGBl. 1007)	—	399	
863	Bek. über die Preise für Teichfische v. 9. September 1916 (RGBl. 1008)	—	357	
864	Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 9. September 1916 (RGBl. 1009)	238	—	
865	Bek. über Höchstpreise für Gerstengraupen (Rollgerste) und Gerstengrütze v. 9. September 1916 (RGBl. 1010)	—	412	
866	Bek., betr. Ausführungsbest. zu den Bek. über Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände v. 8. Juli 1915 (RGBl. 420), v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 683) und v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350), v. 9. September 1916 (RGBl. 1011)	—	600	
867	Bek. über Ausdehnung der Verordnung, betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbest. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71) v. 11. September 1916 (RGBl. 1013)	—	41	
868	Bek. über die Einfuhr von Gemüse und Obst v. 13. September 1916 (RGBl. 1015)	—	61	
869	Bek. zur Durchführung der VO. über Gerste vom 6. Juli 1916 (RGBl. 800), vom 13. September 1916 (RGBl. 1043)	—	406	
870	Bek., betr. Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf, v 24. Juni 1915 (RGBl. 357), v. 14. September 1916 (RGBl. 1019)	735	—	
871	Bek., betr. Änderung der Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgerichte für Kriegsbedarf v. 22. Juli 1915 (RGBl. 469), v. 14. September 1916 (RGBl. 1021)	736	—	
872	Bek., betr. Änderung der VO. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren v. 30. März 1916 (RGBl. 214), v. 14. September 1916 (RGBl. 1022)	228	771	
873	Bek. über die nach der Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren v. 30. März 1916 (RGBl. 214) zu errichtenden Schiedsgerichte v. 14. September 1916 (RGBl. 1023)	227	—	
874	Bek. über den Verkehr mit Leim v. 14. September 1916 (RGBl. 1023)	—	550	
875	Bek., betr. Ausführungsbest. zur VO. über den Verkehr mit			

Nr.	1916. (14. September bis 28. September.)	Bd 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	Leim v. 14. September 1916 (RGBl. 1023), v. 14. September 1916 (RGBl. 1024)	—	550	
876	VO. über Buchweizen v. 14. September 1916 (RGBl. 1027)	—	515	
877	VO. über Buchweizen und Hirse v. 14. September 1916 (RGBl. 1031)	—	224	
878	Bek. über Saatkartoffeln v. 14. September 1916 (RGBl. 1031)	—	171	
879	VO. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17 v. 14. September 1916 (RGBl. 1032)	—	273	
880	Bek. über weitere Regelung des Branntweinverkehrs v. 14. September 1916 (RGBl. 1043)	—	196	
881	Ausführungsbestimmungen zu der VO. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17 v. 14. Sept. 1916, v. 27. Sept. 1916 (RGBl. 1085)	—	279	
882	Bek. über die Verfütterung von Hafer an Zugkühe und an Ziegenböcke v. 15. September 1916 (RGBl. 1045)	—	441	
883	Bek. zur Durchführung der VO. über Buchweizen und Hirse v. 29. Juni 1916 (RGBl. 625) v. 16. September 1916 (RGBl. 1049)	—	228	
884	Bek. über die Festsetzung der Preise für Wild v. 17. September 1916 (RGBl. 1046)	—	349	
885	VO., betr. Abänderung der VO. über Höchstpreise für Hafer v. 24. Juli 1916 (RGBl. 826), v. 18. September 1916 (RGBl. 1048)	—	444	
886	VO., betr. Abänderung der VO. über Höchstpreise für Gerste v. 24. Juli 1916 (RGBl. 824), v. 18. September 1916 (RGBl. 1049)	—	411	
887	Bek., betr. das Verfahren zur Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete v. 19. September 1916 (RGBl. 1053)	685	813	
888	Bek. über das Verfahren vor den außerordentlichen Kriegsgerichten v. 21. September 1916 (RGBl. 1067)	777	—	
889	Bek. über den Fang von Krammetsvögeln v. 21. September 1916 (RGBl. 1068)	—	360	
890	Bek. der neuen Fassung der VO. über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 22. September 1916 (RGBl. 1069)	—	179	
891	Bek. über das Inkrafttreten der Bek. über die Einfuhr von Gemüse und Obst v. 13. September 1916 v. 20. September 1916 (RGBl. 1072)	—	62	
892	Bek., betr. Ausführungsbest. zur VO. über Weintreester und Traubenkerne v. 3. August 1916 (RGBl. 887), v. 21. September 1916 (RGBl. 1073)	—	487	
893	Bek. über die Verfütterung von Kartoffeln v. 23. September 1916 (RGBl. 1075)	—	174	
894	Bek. über die Gewährung einer außerordentlichen Haferzulage während der Herbstfeldbestellung v. 25. September 1916 (RGBl. 1076)	—	441	
895	Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren v. 28. September 1916 (RGBl. 1077)	249	—	234

Nr.	1916. (28. September bis 5. Oktober.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
896	Bek., betr. Ausführungsbest. zur BO. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren v. 28. September 1916 (RGBl. 1077), v. 28. September 1916 (RGBl. 1080)	251	—	234
897	Bek. zur Ergänzung der Bek. über die Bereitung von Backwaren v. 28. September 1916 (RGBl. 1084)	—	145	
898	Bek., betr. zwangsweise Verwaltung rumänischer Unternehmungen v. 28. September 1916 (RGBl. 1099)	710	—	
899	Bek. zu den Ausführungsbest. zur BO. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17 v. 29. September 1916 (RGBl. 1093)	—	279	
900	Bek. über Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges v. 30. September 1916 (RGBl. 1097)	596	807	445
901	Bek. über Druckpapier v. 30. September 1916 (RGBl. 1097)	—	630	
902	Bek. über die Einfuhr von Fischen usw. v. 30. September 1916 (RGBl. 1135)	—	37	
903	Bek. über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch v. 3. Oktober 1916 (RGBl. 1100)	–	379	
904	Bek. zur Ergänzung der Bek. von Übergangsvorschriften v. 5. September 1916 (RGBl. 998) zur BO. über Speisefette v. 20. Juli 1916 (RGBl. 755), v. 3. Oktober 1916 (RGBl. 1107)	—	368	
905	BO. über Futtermittel v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1108)	—	457	
906	BO. über zuckerhaltige Futtermittel v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1114)	—	447	
907	Bek. über die Preise für zuckerhaltige Futtermittel v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1120)	—	456	
908	Bek. über den Verkehr mit Cumaronharz v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1123)	—	547	
909	Bek., betr. Ausführungsbest. zu der BO. über den Verkehr mit Cumaronharz v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1125)	—	548	
910	Bek. zur Ergänzung der Bek. über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschläuchen v. 13. April 1916 (RGBl. 276), v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1123)	—	518	
911	Bek. zur Ergänzung der Bek. über Ausdehnung der Vorschriften der BO. über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschläuchen v. 25. Mai 1916 (RGBl. 409), v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1129)	—	519	
912	Bek. über den Verkehr mit fettlosen Wasch- und Reinigungsmitteln v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1130)	—	538	
913	Bek., betr. Ausführungsbest. zu der BO. über den Verkehr mit fettlosen Wasch- und Reinigungsmitteln v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1131)	—	538	
914	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1132)	106	—	
915	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckverkehrs für Elsaß-Lothringen v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1133)	125	—	
916	Bek. über Druckpapier v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1136)	—	625	

Nr.	1916. (5. Oktober bis 23. Oktober.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
917	Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent- und Warenzeichenrechts in ausländischen Staaten v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1144)	259		
918	VO. über die Malz- und Gerstenkontingente der Brauereien sowie den Malzhandel v. 7. Oktober 1916 (RGBl. 1137)	—	399	
919	Bek. über Lieferung von Heu für das Heer v. 7. Oktober 1916 (RGBl. 1141)	740	—	
920	VO. über Höchstpreise für Äpfel v. 7. Oktober 1916 (RGBl. 1143)	—	260	
921	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 9. Oktober 1916 (RGBl. 1153)	126	—	
922	Bek. über Rohtabak v. 10. Oktober 1916 (RGBl. 1145)	—	555	
923	Bek., betr. Ausführungsbest. zu der VO. über Rohtabak v. 10. Oktober 1916 (RGBl. 1149)	—	557	
924	Bek., betr. das Außerkrafttreten von VO. und Bek., v. 10. Oktober 1916 (RGBl. 1152)	—	555	
925	Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren v. 11. Oktober 1916 (RGBl. 1156)	221	—	198
926	Bek. über die Abänderung der Preise für Knochenmehl v. 12. Oktober 1916 (RGBl. 1155)	—	13	
927	Bek. über Erleichterungen im Brennereibetrieb und Branntweinverkehr und Regelung der Betriebsauflagevergütungen für das Betriebsjahr 1916/17, v. 12. Oktober 1916 (RGBl. 1159)	—	194	
928	Bek., betr. Zollerleichterungen für Waren aus den besetzten feindlichen Gebieten v. 12. Oktober 1916 (RGBl. 1162)	—	26	
929	Bek. über die Durchfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver v. 13. Oktober 1916 (RGBl. 1163)	—	58	
930	Bek. über Kartoffeln v. 14. Oktober 1916 (RGBl. 1165)	—	168	
931	Bek., betr. die Reichsstelle für Druckpapier v. 18. Oktober 1916 (RGBl. 1171)	—	638	
932	Bek., betr. Änderung der VO. über untaugliches Schuhwerk v. 21. Juni 1916 (RGBl. 541), v. 19. Oktober 1916 (RGBl. 1172)	253	—	
933	Bek., betr. Ausführungsbest. zu der VO. über untaugliches Schuhwerk v. 21. Juni 1916 (RGBl. 541), v. 19. Oktober 1916 (RGBl. 1173)	255	—	
934	Bek. über Festsetzung von Grundpreisen für verdorbene Speisefette und die Preisstellung für den Weiterverkauf im Großhandel v. 20. Oktober 1916 (RGBl. 1174)	—	379	
935	VO., betr. Abänderung der VO. über Käse v. 13. Januar 1916 (RGBl. 31), v. 20. Oktober 1916 (RGBl. 1175)	—	386	
936	Bek. der neuen Fassung der VO. über Käse v. 20. Oktober 1916 (RGBl. 1179)	—	386	
937	Bek. über die Durchfuhr von Fischen und von Zubereitungen von Fischen v. 20. Oktober 1916 (RGBl. 1185)	—	37	
938	VO. über den Absatz von Weißkohl v. 21. Oktober 1916 (RGBl. 1187)	—	238	
939	Bek. über die Anmeldung der Bestände von Kornbranntwein v. 23. Oktober 1916 (RGBl. 1189)	—	78	

1916.

Nr.	(23. Oktober bis 2. November.	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
940	Bek., betr. Aufhebung des § 1 der VO. über die Höchstpreise für Wolle und Wollwaren v. 22. Dez. 1914 (RGBl. 545), v. 23. Oktober 1916 (RGBl. 1190)	—	564	
941	Bek. über die Regelung des Betriebs in Kartoffeln verarbeitenden Brennereien im Betriebsjahr 1916/17 v. 24. Oktober 1916 (RGBl. 1191)	—	188	
942	Bek. über Mischungen von Knochenmehl und Kali v. 24. Oktober 1916 (RGBl. 1192)	—	13	
943	Bek. über Änderung der Bek. über die Einfuhr von Kaffee aus dem Ausland v. 6. April 1916 (RGBl. 245), v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1193)	—	44	
944	Bek. über die Änderung der Bek. über die Einfuhr von Tee aus dem Ausland v. 6. April 1916 (RGBl. 250), v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1194).	—	45	
945	Bek. über Verarbeitung von Kartoffeln auf Branntwein in Kleinbrennereien v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1198).	—	210	
946	VO. über die Verjährungsfristen v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1198)	124	—	
947	VO., betr. Abänderung der VO. über Höchstpreise für Hafer v. 24. Juli 1916 (RGBl. 826), v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1199)	—	444	
948	VO. über Höchstpreise für Rüben v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1204)	—	257	
949	Bek. über den Verkehr mit Schwefel v. 27. Oktober 1916 (RGBl. 1195)	—	590	
950	Bek., betr. Ausführungsbest. zu der VO. über den Verkehr mit Schwefel v. 27. Oktober 1916 (RGBl. 1196) . . .	—	590	
951	Bek., betr. Ergänzung der Ausführungsbest. v. 10. Oktober 1916 zu der VO. über Rohtabak, v. 27. Oktober 1916 (RGBl. 1200)	—	559	
952	Bek. zur Änderung der Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats v. 4. März 1916 über die Einfuhr von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten sowie Seifen v. 8. März 1916 (RGBl. 151), v. 27. Oktober 1916 (RGBl. 1207)	—	47	
953	Bek. zur Änderung der Ausführungsbest. über die Einfuhr von Margarine aus dem Ausland v. 12. Januar 1916 (RGBl. 26), v. 27. Oktober 1916 (RGBl. 1208)	—	34	
954	Bek., betr. die Anmeldung von Wertpapieren v. 28. Oktober 1916 (RGBl. 1209)	282	—	
955	Bek., betr. Höchstpreise für Schwefelsäure und Oleum v. 28. Oktober 1916 (RGBl. 1210).	—	588	
956	Bek. über Bezugsscheine v. 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218)	237	—	204
957	Bek. über Druckpapier v. 31. Oktober 1916 (RGBl. 1225)	—	630	—
958	Bek. über Ausdehnung der VO., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbest. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71), v. 1. November 1916 (RGBl. 1227)	—	41	
959	Bek. über die Vornahme einer Volkszählung am 1. Dezember 1916, v. 2. November 1916 (RGBl. 1233)	—	5	

Nr.	1916. (2. November bis 21. November.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
960	Bek. über einen Höchstpreis für Weizengrieß v. 2. November 1916 (RGBl. 1241)	—	145	
961	Bek. über Höchstpreise für Hafernährmittel v. 2. November 1916 (RGBl. 1242)	—	446	
962	Bek. über die Überwachung des Verkehrs mit Seemuscheln v. 2. November 1916 (RGBl. 1243)	—	359	
963	Bek. über die Regelung der Verbrauchsabgabenermäßigungen und weitere Erleichterungen im Brennereibetrieb im Betriebsjahr 1916/17 v. 2. November 1916 (RGBl. 1245)	—	210	
964	Bek., betr. Krankenversicherung von Ausländern während des Krieges v. 2. November 1916 (RGBl. 1247)	582	801	
965	Bek. über die Vornahme einer Viehzählung am 1. Dezember 1916 v. 4. November 1916 (RGBl. 1249)	—	79	
966	BO. über Höchstpreise für Zwiebeln v. 4. November 1916 (RGBl. 1257)	—	255	
967	Bek. über anderweite Festsetzung der Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation v. 5. November 1916 (RGBl. 1261)	—	183	
968	Gesetz, betr. Änderungen des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher v. 8. November 1916 (RGBl. 1263)	776	826	
969	Bek. über Ausdehnung der BO., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbest. v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71), v. 10. November 1916 (RGBl. 1275)	—	41	
970	Bek. über die Einfuhr von frischen Fischen v. 13. November 1916 (RGBl. 1265)	—	62	
971	Gesetz über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere v. 9. November 1916 (RGBl. 1269)	465	—	
972	Bek. über Kunsthonig v. 14. November 1916 (RGBl. 1271)	—	299	
973	Bek. über Befreiungen vom Warenumsatzstempel v. 14. November 1916 (RGBl. 1274)	486	—	
974	BO. über den Handel mit Sämereien v. 15. November 1916 (RGBl. 1277)	217	767	198
975	Bek. über Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung v. 16. November 1916 (RGBl. 1279)	581	—	438
976	BO. über Saatkartoffeln v. 16. November 1916 (RGBl. 1281)	—	170	
977	Bek. zur Ergänzung der Bek. über Ausdehnung der Vorschriften der BO. über den Verkehr mit Knochen, Rinderfüßen und Hornschläuchen v. 25. Mai/5. Oktober 1916 (RGBl. 409/1129), v. 17. November 1916 (RGBl. 1283)	—	519	
978	Bek. zur Änderung der Bek. über die Einfuhr von Kakao v. 3. März 1916 (RGBl. 145), v. 20. November 1916 (RGBl. 1285)	—	42	
979	Bek. über die Reichsverteilungsstelle für Eier v. 21. November 1916 (RGBl. 1286)	—	395	
980	Bek., betr. Ergänzung der Ausführungsbest. v. 10. Oktober			

Nr.	1916. (21. November bis 4. Dezember.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	1916 zu der VO. über Rohtabak, v. 21. November 1916 (RGBl. 1288)	—	559	
981	Bek., betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie v. 23. November 1916 (RGBl. 1287)	572	—	
982	Bek. zur Änderung der VO. über den Verkehr mit Stroh und Häcksel v. 8. November 1915 (RGBl. 743), v. 23. November 1916 (RGBl. 1288)	—	491	
983	Bek. über die Verwendung von Chlorzinn zur Beschwerung von Seidenwaren v. 23. November 1916 (RGBl. 1291)	—	565	
984	Ausführungsbest. zur VO. des Bundesrats über die Verwendung von Chlorzinn zur Beschwerung von Seidenwaren v. 23. November 1916 (RGBl. 1292)	—	566	
985	Bek., betr. die Prägung von Einpfennigstücken aus Aluminium v. 23. November 1916 (RGBl. 1301)	267		
986	Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegen Italien v. 24. November 1916 (RGBl. 1289) 710, 726,	729	—	
987	Bek. über Zement v. 24. November 1916 (RGBl. 1294)	—	606	
988	Bek. über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten v. 25. November 1916 (RGBl. 1299)	42	—	
989	Bek. zur Änderung des § 7 der Bek. über die Überwachung des Verkehrs mit Seemuscheln v. 2. November 1916, v. 26. November 1916 (RGBl. 1302)	—	359	
990	Bek. über die Beaufsichtigung der Fischversorgung v. 28. November 1916 (RGBl. 1303)	—	352	
991	Bek. über Beschaffung von Papierholz für Zeitungsdruckpapier v. 30. November 1916 (RGBl. 1305) . . .	—	640	
992	Bek. über phosphorhaltige Mineralien und Gesteine v. 30. November 1916 (RGBl. 1321).	—	583	
993	VO. zur Ergänzung der Bek. über Gerste aus der Ernte 1916 v. 1. Dezember 1916 (RGBl. 1313)	—	405	
994	Bek. über Kartoffeln v. 1. Dezember 1916 (RGBl. 1314)	—	169	
995	Bek. über Kohlrüben v. 1. Dezember 1916 (RGBl. 1316)	—	183	
996	Bek. über die Durchfuhr von Eiern v. 1. Dezember 1916 (RGBl. 1322)	—	56	
997	Bek. über Rohzucker und Zuckerrüben im Betriebsjahr 1917/18 v. 2. Dezember 1916 (RGBl. 1324).	—	288	
998	Bek., betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften v. 3. Dezember 1916 (RGBl. 1323)	1020	—	
999	Bek., betr. Verjährung rückständiger Beiträge nach § 29 der Reichsversicherungsordnung v. 2. Dezember 1916 (RGBl. 1341)	1020	—	442
1000	VO. über Höchstpreise für Hafer und Gerste v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1327)	—	412 446	
1001	Gesetz, betr. die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes, v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1329). . . .	809	836	
1002	Gesetz über den Kriegszustand v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1331)	810	—	

Nr.	1916. (4. Dezember bis 16. Dezember.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
1003	VO. zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1332)	1026		
1004	Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst v. 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333)	811		
1005	Bek. über das Außerkrafttreten der VO., betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden, v. 6. Dezember 1916 (RGBl. 1342)	572		
1006	Bek., betr. Erhebungen über Trocknungseinrichtungen, v. 7. Dezember 1916 (RGBl. 1343)	—	671	
1007	Bek. über Bezugsscheine v. 8. Dezember 1916 (RGBl. 1345)	933	—	204
1008	Bek. zur Ausführung des § 4 der VO. über die Malz- und Gerstenkontingente der Bierbrauereien sowie den Malzhandel v. 7. Oktober 1916 (RGBl. 1137), v. 8. Dezember 1916 (RGBl. 1347)	—	402	
1009	VO. über Bierhefe v. 10. Dezember 1916 (RGBl. 1351)	—	429	
1010	Bek., betr. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln v. 11. Dezember 1916 (RGBl. 1355)	—	602	
1011	Bek. über Pferdefleisch, v. 13. Dezember 1916 (RGBl. 1357)	—	338	
1012	VO. über Hülsenfrüchte v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1360)	—	223	
1013	Bek. über die Verwendung weiblicher Hilfskräfte im Gerichtsschreiberdienste v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1362)	1026	825	
1014	Bek. über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1363)	900	747	50
1015	Bek., betr. Änderung der Ausführungsbest. zur VO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 21. Juli/28. August 1916 (RGBl. 766, 970), v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1381)	—	531	
1016	Bek., betr. Krankenversicherung von Arbeitern im Ausland, v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1383)	1018	801	438
1017	Bek., betr. Zollerleichterungen für Industrieerzeugnisse aus den besetzten feindlichen Gebieten, v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1386)	—	671	
1018	Bek. über Befreiung von Pfandbriefen der ritterschaftlichen Kreditanstalten in Preußen von der Reichsstempelabgabe v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1386)	1015	—	
1019	Bek. über die Stempelpflicht ausländischer Wertpapiere v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1387)	1016	—	
1020	Bek., betr. Ergänzung der Ausführungsbest. v. 10. Oktober 1916 zu der VO. über Rohtabak v. 15. Dezember 1916 (RGBl. 1389)	—	559	
1021	Bek. zur Ergänzung der VO. v. 18. April 1916 über die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1391)	—	56	
1022	Bek. über die Einfuhr und Durchfuhr von Milcherzeugnissen aller Art v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1392)	—	56 58	
1023	Bek. über den Verkehr mit Zündwaren v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1393).	—	603	
1024	Bek., betr. Ausführungsbest. über den Verkehr mit Zündwaren v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1394)	—	603	

Nr.	1916. (16. Dezember bis 23. Dezember.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
1025	Bek., betr. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1396)	1023		
1026	Bek. über die Anmeldung von Auslandsforderungen v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1400)	1025		
1027	BO. über die Einschränkung der Malzverwendung in den Bierbrauereien v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1403)	—	428	
1028	Bek. zur Ausführung der BO., betr. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen v. 16. Dezember 1916, v. 17. Dezember 1916 (RGBl. 1398)	1024		
1029	Bek. über Änderung der Höchstpreise für Soda v. 18. Dezember 1916 (RGBl. 1405)	—	539	
1030	Gesetz zur Ergänzung des Kriegssteuergesetzes v. 17. Dezember 1916 (RGBl. 1407)	955	—	
1031	Bek., betr. die Regelung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen v. 18. Dezember 1916 (RGBl. 1408)		563	
1032	Bek., betr. Zulassung einer Ausnahme von der BO. über die Höchstpreise für Benzin v. 27. Mai 1916 (RGBl. 426), v. 20. Dezember 1916 (RGBl. 1409)	—	553	
1033	Bek., betr. die Zuckerung von Wein v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1409)	—	27	
1034	Bek., betr. Zollerleichterung für Waren, die zur Verarbeitung auf fette Öle bestimmt sind, v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1410)	—	26	
1035	Bek., betr. Übergangsbestimmungen zu den §§ 9 und 10 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1410)	897	—	
1036	Bek., betr. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1411)	898	—	
1037	Bek. über Druckpapier v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1414)	—	633	
1038	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Dänemark, v. 22. Dezember 1916 (RGBl. 1430)	954		
1039	Bek., betr. Änderung der BO. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 10. Juni 1916 (RGBl. 463), v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1417)	938		
1040	Bek. der Fassung der Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren v. 10. Juni/ 23. Dezember 1916, v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1420)	938	771	200
1041	Bek. über Schuhwaren v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1426)	942		
1042	Bek. über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1427)	944	—	235
1043	Bek., betr. Veräußerung von Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen deutscher Seeschiffahrtsgesellschaften ins Ausland v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1429)	1017		
1044	Bek. über die Einfuhr von Wild, zahmen Kaninchen, Geflügel und Wildgeflügel v. 24. Dezember 1916 (RGBl. 1431)	—	54	
1045	Bek. über die Verfütterung von Hafer an Einhufer und Zuchtbullen v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1432)	—	447	

1916.

(24. Dezember bis 30. Dezember.)

Nr.		Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
1046	Bek. einer Änderung der Ausführungsbestimmungen zu der VO. über den Verkehr mit Cumaronharz (RGBl. 1125) v. 24. Dezember 1916 (RGBl. 1433)	—	548	
1047	Bek., betr. Änderung der Ausführungsbestimmungen v. 10. und 27. Oktober 1916 zu der VO. über Rohtabak v. 30. Dezember 1916 (RGBl. 17, 1).	—	557 559	

1917.

(4. Januar bis 14. Januar.)

1048	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 4. Januar 1917 (RGBl. 5)	1027		
1049	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen v. 4. Januar 1917 (RGBl. 6) . . .	1027		
1050	Bek. über den Verkehr mit Schuhsohlen, Sohlenschonern, Sohlenbewehrungen und Lederersatzstoffen v. 4. Januar 1917 (RGBl. 7)	—	773	
1051	Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zu der VO. über den Verkehr mit Schuhsohlen usw. v. 4. Januar 1917 (RGBl. 7), v. 4. Januar 1917 (RGBl. 10)	—	774	
1052	Bek. zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zur VO. des Bundesrats über die Einfuhr von kondensierter Milch aus Milchpulver v. $\frac{\text{18. April}}{\text{16. Dezember}}$ 1916 (RGBl. 303, 1392) v. 5. Januar 1917 (RGBl. 13)	—	690	
1053	Bek. über Saatgut von Buchweizen und Hirse, Hülsenfrüchten, Wicken und Lupinen v. 6. Januar 1917 (RGBl. 14)	—	702	
1054	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 7. Januar 1917 (RGBl. 23)	—	752	
1055	Bek. zur Durchführung der VO. über phosphorhaltige Mineralien und Gesteine v. 8. Januar 1917 (RGBl. 25)	—	724	
1056	Bek. über Branntwein aus Wein v. 9. Januar 1917 (RGBl. 25).	—	700	
1057	Bek., betr. gewerbliche Schutzrechte von Angehörigen Italiens v. 9. Januar 1917 (RGBl. 29)	—	820	
1058	Bek. über den Verkehr mit Hafer und Sommergerste zu Saatzwecken v. 11. Januar 1917 (RGBl. 31)	—	710	
1059	Bek. über die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung v. 11. Januar 1917 (RGBl. 39)	—	801	
1059a	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in den Vereinigten Staaten von Mexiko v. 12. Januar 1917 (RGBl. 39)	—	778	
1060	Bek. über die Regelung der Einfuhr v. 16. Januar 1917 (RGBl. 41)	—	687	286
1061	Bek. zur Ausführung der VO. v. 16. Januar 1917 (RGBl. 41) über die Regelung der Einfuhr v. 16. Januar 1917 (RGBl. 42)	—	688	
1062	Bek. über die Gewährung einer Haferzulage an Holzabfuhrpferde v. 14. Januar 1917 (RGBl. 45)	—	714	

Nr.	1917. (14. Januar bis 30. Januar.	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
1063	Bek. über die Vornahme einer Erhebung der Vorräte an Brotgetreide, Mehl, Gerste, Hafer sowie Hülsenfrüchten am 15. Februar 1917, v. 14. Januar 1917 (RGBl. 46)	—	692	
1064	Bek., betr. die Reichsstelle für Druckpapier v. 17. Januar 1917 (RGBl. 50)	—	725	
1065	Bek., betr. die Stundungsvorschriften der Zahlungsverbote gegen das feindliche Ausland, v. 17. Januar 1917 (RGBl. 51)	—	817	
1066	Bek. über die Preise für Saatgut von Wicken und Lupinen v. 16. Januar 1917 (RGBl. 53)	—	705	
1067	Bek., betr. weitere Änderung der Ausführungsbestimmungen v. 10. und 27. Oktober 1916 zu der VO. über Rohtabak v. 17. Januar 1917 (RGBl. 54)	—	724	
1068	Bek. über die Beurkundung von Geburts- und Sterbefällen Deutscher im Ausland v. 18. Januar 1917 (RGBl. 55)	—	836	
1069	Bek. über die Eintragung der Legitimation unehelicher Kinder von Kriegsteilnehmern in das Geburtsregister v. 18. Januar 1917 (RGBl. 57)	—	837	
1070	Bek. über die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen v. 18. Januar 1917 (RGBl. 58)	—	729	
1071	Bek. über Stickstoff v. 18. Januar 1917 (RGBl. 59)	—	687	
1072	Bek. über Mineralöle, Mineralölerzeugnisse, Erdwachs und Kerzen v. 18. Januar 1917 (RGBl. 60)	—	714	
1073	Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zur VO. über Mineralöle usw. v. 18. Januar 1917 (RGBl. 61)	—	715	
1074	Bek. zur Ergänzung der Bek. v. 31. Juli 1916, betr. Liquidation britischer Unternehmungen, v. 18. Januar 1917 (RGBl. 65)	—	817	
1075	Bek. zur Ausführung der VO. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 18. Januar 1917 (RGBl. 67)	—	822	
1076	Bek. über Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Harz v. 7. September 1917 (RGBl. 1002), v. 22. Januar 1917 (RGBl. 69)	—	722	
1077	Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zu der VO. über Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Harz v. 22. Januar 1917 (RGBl. 69), v. 22. Januar 1917 (RGBl. 70)	—	722	
1078	Bek., betr. die VO. über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger, v. 25. Januar 1917 (RGBl. 73)	—	819	
1079	Bek. über Zement v. 25. Januar 1917 (RGBl. 74)	—	725	
1080	Bek. über Preisbeschränkungen bei Ausbesserungen von Schuhwaren v. 25. Januar 1917 (RGBl. 75)	—	776	
1081	Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zur VO. über Preisbeschränkungen bei Ausbesserungen von Schuhwaren v. 25. Januar 1917 (RGBl. 75), v. 25. Januar 1917 (RGBl. 77)	—	777	
1082	Bek. über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung von Angehörigen feindlicher Staaten v. 25. Januar 1917 (RGBl. 79)	—	806	440
1083	Bek. über die Vornahme kleiner Viehzählungen v. 30. Januar 1917 (RGBl. 81)	—	695	

Nr.	1917. (30. Januar bis 12. Februar.)	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
1084	Bek., betr. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst v. 30. Januar 1917 (RGBl. 83)	—	839	
1085	Anweisung über das Verfahren bei den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes gebildeten Ausschüssen v. 30. Januar 1917 (RGBl. 87)	—	841	
1086	Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung des Jahres 1917 als Kriegsjahr v. 30. Januar 1917 (RGBl. 149)	—	838	
1087	Bek., betr. Festsetzung der Inlandsverkaufspreise für bestimmte Arten von Kalisalzen v. 2. Februar 1917 (RGBl. 93)	—	725	
1088	Bek. über eine Erhebung der Vorräte an Kartoffeln am 1. März 1917, v. 2. Februar 1917 (RGBl. 94)	—	694	
1089	VO. über Höchstpreise für Hafer v. 2. Februar 1917 (RGBl. 100)	—	714	
1090	Bek., betr. die Stundungsvorschrift des Zahlungsverbots gegen Rußland v. 3. Februar 1917 (RGBl. 103)	—	819	
1091	Bek. über die Verwendung von Rüben bei der Bereitung von Roggenbrot v. 5. Februar 1917 (RGBl. 101)	—	698	
1092	Bek. über Kartoffeln v. 7. Februar 1917 (RGBl. 104)	—	698	
1093	Bek über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland v. 8. Februar 1917 (RGBl. 105)	—	783	277
1094	Bek. über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland v. 8. Februar 1917 (RGBl. 109)	—	785	
1095	Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Spinnstoffen, Garnen und Fäden v. 8. Februar 1917 (RGBl. 111)		771	
1096	Bek. über Kettenhandel in Textilien und Textilersatzstoffen v. 8. Februar 1917 (RGBl. 112)	—	772	234
1097	Bek. zum Schutz von Kriegsflüchtlingen v. 8. Februar 1917 (RGBl. 113)	—	751	
1098	Bek., betr. die Entschädigung für Verhaftung oder Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und Belagerungszustandes v. 8. Februar 1917 (RGBl. 116)	—	838	
1099	Bek. über Goldpreise v. 8. Februar 1917 (RGBl. 117)	—	781	273
1100	Bek., betr. Zollerleichterungen für Arbeitserzeugnisse der in der Schweiz untergebrachten deutschen Gefangenen v. 8. Februar 1917 (RGBl. 119)	—	687	
1101	Bek., betr. Anwendung der Vertragszollgesetze v. 8. Februar 1917 (RGBl. 120)	—	687	
1102	Bek. über den Ausschluß der Öffentlichkeit für Patente und Gebrauchsmuster v. 8. Februar 1917 (RGBl. 121)	—	778	265
1103	Bek. über Beschaffung von Papierholz für Zeitungsdruckpapier in Elsaß-Lothringen v. 8. Februar 1917 (RGBl. 122)	—	726	
1104	Bek. über die Durchfuhr von Marmeladen und anderen Fruchtkonserven v. 9. Februar 1917 (RGBl. 126)	—	690	
1105	Bek., betr. die Reichsstelle für Druckpapier v. 12. Februar 1917 (RGBl. 126)	—	726	
1106	Bek. über die Einfuhr von Schal- und Krustentieren sowie			

Nr.	1917. 14. Februar bis 26. Februar	Bd. 3 Seite	Bd. 4 Seite	Bd. 5 Seite
	Zubereitungen von diesen Tieren v. 14. Februar 1917 (RGBl. 129)	—	690	
1107	Bek. über Druckfarbe v. 15. Februar 1917 (RGBl. 133).	—	727	
1108	Bek. über den Verkehr mit Knochen, Knochenerzeugnissen, insbesondere Knochenfetten und anderen fetthaltigen Stoffen v. 15. Februar 1917 (RGBl. 137)	—	717	
1109	Bek. über Wohlfahrtspflege während des Krieges v. 15. Februar 1917 (RGBl. 143)	—	808	
1110	Bek. über Druckfarbe v. 16. Februar 1917 (RGBl. 134)	—	727	
1111	Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zur BO. über den Verkehr mit Knochen usw. v. 15. Februar 1917 (RGBl. 137), v. 16. Februar 1917 (RGBl. 140)	—	719	
1112	Bek. über die Vorverlegung der Stunden während der Zeit vom 16. April bis 17. September 1917, v. 16. Februar 1917 (RGBl 151).	—	724	
1113	Bek., betr. Beschränkungen des Verkehrs mit Kampfer v. 16. Februar 1917 (RGBl. 151)	—	720	
1114	Bek. über den Verkehr mit Terpentinöl und Kienöl v. 17. Februar 1917 (RGBl. 157)	—	111	
1115	Bek., betr. Ausführungsbestimmunen zu der BOg. über den Verkehr mit Terpentinöl und Kienöl v. 17. Februar 1917, v. 20. Februar 1917 (RGBl. 158)	—	222	
1116	BO. über Bier v. 20. Februar 1917 (RGBl. 162) . . .	—	333	
1117	Bek. über die Abänderung der Bek. über die Errichtung eines Kriegsernährungsamts v. 23. Februar 1917 (RGBl. 177)	—	—	
1118	Bek. über die Anwendung von Auslandsforderungen v. 23. Februar 1917 (RGBl. 183).	—	—	535
1119	Bek. über Regelung des Verkehrs mit Kohle v. 24. Februar 1917 (RGBl. 167).	—	—	
1120	Bek., betr. Änderung der BO. über Mineralöle, Mineralölerzeugnisse, Erdwachs und Kerzen v. 18. Januar 1917 (RGBl. 60), v. 24. Februar 1917 (RGBl. 169) . . .	—	—	
1121	Bek., betr. Änderung der Ausführungsbestimmungen zur BO. über Mineralöle, Mineralölerzeugnisse, Erdwachs und Kerzen v. 18. Januar 1917 (RGBl. 61), v. 24. Februar 1917 (RGBl. 170)	—	—	
1122	BO. über Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten v. 24. Februar 1917 (RGBl. 171) . . .	—	—	640
1123	Bek. über den Verkehr mit Branntwein aus Klein- und Obstbrennereien v. 24. Februar 1917 (RGBl. 179) . .	—	—	
1124	Bek. zur Änderung der Ausführungsbestimmungen über den Verkehr mit Zündwaren v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1394), v. 26. Februar 1917 (RGBl. 182)	—		
1125	Bek. über die Verfütterung von Hafer an Ochsen und Zugkühe während der Frühjahrsbestellung v. 26. Februar 1917 (RGBl. 191)	—		
1126	Bek. über Bestimmung des Kriegsgebiets im Sinne der BO. zum Schutze von Kriegsflüchtlingen v. 8. Februar 1917 (RGBl. 113), v. 26. Februar 1917 (RGBl. 192) . . .	—	—	128

1917.

(28. Februar bis 17. März.)

Nr.		Bd. 5 Seite
1127	Bek. über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung v. 28. Februar 1917 (RGBl. 193)	—
1128	VO. über Labmägen von Kälbern v. 1. März 1917 (RGBl. 195)	—
1129	Bek., betr. Änderung der VO. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni/23. Dezember 1916 (RGBl. 1420), v. 1. März 1917 (RGBl. 196)	203
1130	Bek. über Manganerze und Eisenerze mit niedrigem Phosphorgehalte v. 1. März 1917 (RGBl. 197)	—
1131	VO., betr. Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges v. 1. März 1917 (RGBl. 200)	441
1132	Bek., betr. Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, v. 1. März 1917 (RGBl. 202)	632
1133	Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zur VO. über Manganerze und Eisenerze mit niedrigem Phosphorgehalte v. 1. März 1917 (RGBl. 197), v. 2. März 1917 (RGBl. 199)	—
1134	Bek. über Rohzucker und Zuckerrüben sowie über das Brennen von Rüben und Topinamburs im Betriebsjahr 1917/18 v. 2. März 1917 (RGBl. 209)	—
1135	Bek. über die Höchstpreise für Kleie v. 4. März 1917 (RGBl. 214)	—
1136	Bek. zur Ausführung der VO. über phosphorhaltige Mineralien und Gesteine v. 30. November 1916 (RGBl. 1321), v. 5. März 1917 (RGBl. 215)	—
1137	Gesetz, betr. die Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht v. 6. März 1917 (RGBl. 217)	556
1138	Bek. über die freiwillige Gerichtsbarkeit und andere Rechtsangelegenheiten in Heer und Marine v. 8. März 1917 (RGBl. 219)	18
1139	Bek. über die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Teilschuldverschreibungen und Vorzugsaktien v. 8. März 1917 (RGBl. 220)	276
1140	Bek., betr. die Zahlung patentamtlicher Gebühren v. 8. März 1917 (RGBl. 222)	267
1141	Bek. über den Verkehr mit eisernen Flaschen v. 8. März 1917 (RGBl. 223)	—
1142	Bek. über Vereinfachungen im Patentamt v. 9. März 1917 (RGBl. 221)	266
1143	Bek. zur Ergänzung der Bek. über den Verkehr mit Kakaoschalen v. 9. März 1917 (RGBl. 222)	—
1144	Bek. über die Sicherung der Ackerbestellung v. 9. März 1917 (RGBl. 224)	—
1145	Bek. der Fassung der Bek. über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung v. 9. März 1917 (RGBl. 225)	—
1146	VO. über den Verkehr mit ausländischem Mehl v. 13. März 1917 (RGBl. 229)	—
1147	Bek., betr. Liquidation französischer Unternehmungen v. 14. März 1917 (RGBl. 227)	513
1148	Bek. über die Invalidenversicherung bei der freiwilligen Kriegskrankenpflege v. 15. März 1917 (RGBl. 231)	443
1149	Bek. über die Preise für Verpackung von Kalkstickstoff v. 16. März 1917 (RGBl. 233)	—
1150	Bek., betr. Verbot der Ein- und Durchfuhr von Rubeln v. 17. März 1917 (RGBl. 235)	289
1151	Bek. über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie v. 17. März 1917 (RGBl. 236)	239

1917.

(19. März bis 27. März.)

Nr.		Bd. 5 Seite
1152	VO. über die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1917 und für Schlachtvieh v. 19. März 1917 (RGBl. 243)	
1153	Bek. einer Änderung der Ausführungsbestimmungen zu der VO. über die Höchstpreise für Petroleum usw. v. 1. Mai 1916 (RGBl. 350), v. 19. März 1917 (RGBl. 247)	—
1154	Bek., betr. weitere Änderung der Ausführungsbestimmungen v. 10. Oktober 1916 zu der VO. über Rohtabak v. 20. März 1917 (RGBl. 249)	—
1155	Bek. über die Höchstpreise von gedarrten Zichorienwurzeln v. 20. März 1917 (RGBl. 250)	—
1156	Allerhöchster Erlaß, betr. Ergänzung der VO. v. 7. September 1915, v. 24. Januar 1916 und v. 30. Januar 1917 über Anrechnung von Kriegsjahren v. 20. März 1917 (RGBl. 315)	563
1157	Anordnung über das Schiedsgericht für die Kohlenverteilung v. 21. März 1917 (RGBl. 250)	—
1158	Bek. über die Änderung des Gesetzes, betr. Höchstpreise v. 22. März 1917 (RGBl. 253)	148
1159	Bek. über die Pfändung des Ruhegeldes der im Privatdienst angestellten Personen v. 22. März 1917 (RGBl. 254)	128
1160	Bek., betr. einige die Kriegsverordnungen ergänzende Vorschriften über Einziehung und über Veräußerung beschlagnahmter Gegenstände v. 22. März 1917 (RGBl. 255)	—
1161	VO., betr. den Handel mit Opium und anderen Betäubungsmitteln, v. 22. März 1917 (RGBl. 256)	—
1162	Bek. über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle v. 22. März 1917 (RGBl. 257)	251
1163	Bek. über Verarbeitung von Kartoffeln auf Branntwein v. 22. März 1917 (RGBl. 259)	—
1164	Bek. über ausländische Wertpapiere v. 22. März 1917 (RGBl. 260) .	290
1165	Bek. über Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten v. 22. März 1917 (RGBl. 263)	—
1166	Bek. über den Handel mit Arzneimitteln v. 22. März 1917 (RGBl. 270)	259
1167	Bek., betr. die Prägung von Zehnpfennigstücken aus Zink v. 22. März 1917 (RGBl. 282)	273
1168	Bek. über Hülsenfrüchte v. 23. März 1917 (RGBl. 267)	—
1169	Bek. zur Änderung der Bek. über Saatgut von Buchweizen und Hirse, Hülsenfrüchten, Wicken und Lupinen v. 6. Januar 1917 (RGBl. 14), v. 23. März 1917 (RGBl. 267)	—
1170	Bek. zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zur VO. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren v. 28. September 1916 (RGBl. 1080), v. 24. März 1917 (RGBl. 269)	235
1171	Bek. über örtlichen Bereich und Sitz der Herstellungs- und Betriebsgesellschaften in der Schuhindustrie v. 24. März 1917 (RGBl. 274) .	242
1172	Bek. über Kartoffeln v. 24. März 1917 (RGBl. 278)	—
1173	Bek. über den Verkehr mit Zentrifugen und Buttermaschinen v. 24. März 1917 (RGBl. 280)	—
1174	Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben v. 26. März 1917 (RGBl. 277) .	48
1175	Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen v. 26. März 1917 (RGBl. 278)	130
1176	Gesetz über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank für 1916 v. 27. März 1917 (RGBl. 285)	301

1917.

Nr.	(29. März bis 20. April.)	Bd. 5 Seite
1177	Bek. über den Anbau von Frühgemüse auf Tabakfeldern v. 29. März 1917 (RGBl. 287)	—
1178	Bek. über die Befreiung von Pfandbriefen (Zwischenscheinen) und Kommunalschuldverschreibungen (Zwischenscheinen) inländischer öffentlichrechtlicher Kreditanstalten von der Reichsstempelabgabe v. 29. März 1917 (RGBl. 292)	428
1179	Bek. über Druckpapier v. 30. März 1917 (RGBl. 293)	—
1180	Bek. über Herstellung von fettarmem Hartkäse v. 30. März 1917 (RGBl. 297)	—
1181	Bek. über Unfallversicherung von Angehörigen feindlicher Staaten v. 30. März 1917 (RGBl. 301)	442
1182	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 30. März 1917 (RGBl. 301)	130
1183	Bek. über Druckpapier v. 31. März 1917 (RGBl. 295)	—
1184	VO. über Gemüse, Obst und Südfrüchte v. 3. April 1917 (RGBl. 307)	—
1185	Bek. über den Verkehr mit Bienenwachs v. 4. April 1917 (RGBl. 303)	—
1186	Bek., betr. Abänderung der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1915 (RGBl. 357), v. 4. April 1917 (RGBl. 316)	544
1187	Bek., betr. Zollfreiheit für Lederabfälle v. 4. April 1917 (RGBl. 317)	—
1188	Bek., betr. Ausdehnung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst auf Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, v. 4. April 1917 (RGBl. 317)	639
1189	VO. über die Schlachtvieh- und Fleischpreise für Schweine und Rinder v. 5. April 1917 (RGBl. 319)	—
1190	Bek. zur Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zur VO. des Bundesrats über die Verwendung von Chlorzinn zur Beschwerung von Seidenwaren v. 23. November 1916 (RGBl. 1292), v. 8. April 1917 (RGBl. 328)	—
1191	Gesetz über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs v. 8. April 1917 (RGBl. 329)	359
1192	Kohlensteuergesetz v. 8. April 1917 (RGBl. 340)	387
1193	Gesetz über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer v. 9. April 1917 (RGBl. 349)	333
1194	Gesetz über Sicherung der Kriegssteuer v. 9. April 1917 (RGBl. 351)	345
1195	Bek., betr. weitere Änderung der Ausführungsbestimmungen v. 10. Oktober 1916 zu der VO. über Rohtabak v. 12. April 1917 (RGBl. 353)	—
1196	Bek. über Ausdehnung der VO., betr. die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, v. 28. Januar 1916 (RGBl. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen v. 31. Januar 1916 (RGBl. 71), v. 14. April 1917 (RGBl. 357)	—
1197	Bek. über Zusatzfleischkarten v. 15. April 1917 (RGBl. 355)	—
1198	Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zur VO. über Rohtabak v. 10. Oktober 1916, v. 18. April 1917 (RGBl. 359)	—
1199	Bek. über den Treuhänder für das feindliche Vermögen v. 19. April 1917 (RGBl. 363)	514
1200	Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zu der VO. über den Verkehr mit fettlosen Wasch- und Reinigungsmitteln v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1130), v. 19. April 1917 (RGBl. 366)	—
1201	Bek., betr. Abänderung der VRVO. v. 21. Januar 1916 (RGBl. 55), betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 20. April 1917 (RGBl. 371)	485

Nr.	1917. (20. April bis 18. Mai.)	Bd. 5 Seite
1202	VO. zur Abänderung der VO. über Ölfrüchte und daraus gewonnene Produkte v. 26. Juni 1916 (RGBl. 842), v. 20. April 1917 (RGBl. 372)	—
1203	Bek. über die Höchstpreise für Häcksel v. 21. April 1917 (RGBl. 371) .	—
1204	VO. über Eier v. 24. April 1917 (RGBl. 374)	—
1205	Bek. über die gemeinsame Benutzung von Braustätten v. 26. April 1917 (RGBl. 375)	—
1206	Bek. der neuen Fassung der VO. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 26. April 1917 (RGBl. 375)	544
1207	VO. über die Ergänzung der VO., betr. die Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln, v. 11. Dezember 1916 (RGBl. 1355), v. 26. April 1917 (RGBl. 379)	—
1208	Bek. über Druckpapier v. 30. April 1917 (RGBl. 380)	—
1209	Bek. über die Preise für Saatgut von Lupinen v. 30. April 1917 (RGBl. 398)	—
1210	Bek. über Hafer v. 1. Mai 1917 (RGBl. 385)	—
1211	VO. über die Regelung des Fleischverbrauchs v. 2. Mai 1917 (RGBl. 387)	—
1212	Bek. über die Durchfuhr von Gemüse und Gemüseerzeugnissen v. 2. Mai 1917 (RGBl. 391)	—
1213	Bek. über den Schutz der im vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen v. 3. Mai 1917 (RGBl. 392)	640
1214	Bek. über die bei Behörden oder in kriegswirtschaftlichen Organisationen tätigen Personen v. 3. Mai 1917 (RGBl. 393)	—
1215	Bek. zur Ergänzung der Bek. über den Verkehr mit Knochen, Knochenerzeugnissen, insbesondere Knochenfetten und anderen fetthaltigen Stoffen v. 15. Februar 1917 (RGBl. 137), v. 3. Mai 1917 (RGBl. 395)	—
1216	Anordnung über das Schiedsgericht für Rohtabak anderer als inländischer Herkunft v. 3. Mai 1917 (RGBl. 396)	—
1217	Bek. zur Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zur VO. über den Verkehr mit Seife, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 21. Juli 1916 (RGBl. 766), v. 5. Mai 1917 (RGBl. 399)	—
1218	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in den Vereinigten Staaten von Amerika, v. 5. Mai 1917 (RGBl. 401)	267
1219	Bek., betr. den Wegfall von Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent- und Warenzeichenrechts in den Vereinigten Staaten von Amerika v. 6. Mai 1917 (RGBl. 401)	263
1220	Bek., betr. gewerbliche Schutzrechte von Angehörigen Italiens v. 7. Mai 1917 (RGBl. 403)	541
1221	Bek., betr. Zollfreiheit für Erdbeeren und Karpfen v. 10. Mai 1917 (RGBl. 405)	—
1222	Bek. über die gewerbliche Verarbeitung von Reichsmünzen und den Verkehr mit Silber und Silberwaren v. 10. Mai 1917 (RGBl. 406)	274
1223	Bek., betr. das Verbot der Verarbeitung von Topinamburs auf Branntwein v. 12. Mai 1917 (RGBl. 407)	—
1224	Bek. über Aluminium v. 16. Mai 1917 (RGBl. 409)	—
1225	Bek. über den Verkehr mit Sulfat v. 16. Mai 1917 (RGBl. 410) . .	—
1226	Bek. über Schiffsregister und Hilfskriegsschiffe v. 16. Mai 1917 (RGBl. 411)	648
1227	Bek. über die Beschäftigung von Strafgefangenen mit Außenarbeit v. 16. Mai 1917 (RGBl. 412)	435
1228	Bek. über Ammoniakdünger v. 18. Mai 1917 (RGBl. 427)	—

1917.

(19. Mai bis 11. Juni.)

Nr.		Bd. 6 Seite
1229	Bek. zur Sicherung des Heeresbedarfs an Hafer v. 19. Mai 1917 (RGBl. 425)	547
1230	Bek. über eine Ernteflächenerhebung im Jahre 1917 v. 20. Mai 1917 (RGBl. 413)	—
1231	Bek., betr. Aufhebung des § 3 der VO. über die Höchstpreise für Wolle und Wollwaren v. 22. Dezember 1914, v. 20. Mai 1917 (RGBl. 433)	—
1232	Bek., betr. Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts, v. 21. Mai 1917 (RGBl. 429)	263
1233	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Dänemark v. 22. Mai 1917 (RGBl. 428)	267
1234	Bek., betr. die Überlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich v. 22. Mai 1917 (RGBl. 429)	290
1235	Bek. zur Erleichterung der Einzahlung auf Aktien usw. v. 24. Mai 1917 (RGBl. 431)	294
1236	Bek. über die Zahlung des Vargebots bei Zwangsversteigerungen v. 24. Mai 1917 (RGBl. 432)	295
1237	VO. über Saatkartoffeln v. 24. Mai 1917 (RGBl. 434)	—
1238	Bek. über Angestelltenversicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten v. 25. Mai 1917 (RGBl. 435)	656
1239	Bek. über Druckpapier v. 29. Mai 1917 (RGBl. 439)	—
1240	Gesetz, betr. die Abwälzung des Warenumsatzstempels v. 30. Mai 1917 (RGBl. 441)	354
1241	Bek. über Frühdrusch v. 2. Juni 1917 (RGBl. 443)	—
1242	Bek. über das Schlachten von Tieren v. 2. Juni 1917 (RGBl. 471)	—
1243	Bek. über die Bestimmung von Ausführungsbehörden und den Erlaß von Bestimmungen zur Durchführung der Unfallversicherung von Tätigkeiten im vaterländischen Hilfsdienst im Ausland v. 2. Juni 1917 (RGBl. 479)	655
1244	Bek. über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten v. 4. Juni 1917 (RGBl. 472)	656
1245	Bek. über den Verkehr mit Fässern v. 6. Juni 1917 (RGBl. 473)	—
1246	Bek. über Seetang und Seegras v. 6. Juni 1917 (RGBl. 475)	—
1247	Bek. über Schilfrohr v. 6. Juni 1917 (RGBl. 476)	—
1248	Bek., betr. Erhöhung des Wochengeldes, v. 6. Juni 1917 (RGBl. 477)	472
1249	Bek. über Ausdehnung der VO. über den Verkehr mit Terpentinöl und Kienöl v. 17. Februar 1917 (RGBl. 157), v. 6. Juni 1917 (RGBl. 478)	—
1250	Bek., betr. Abänderung der Ausführungsbestimmungen v. 18. April 1917 zur VO. über Rohtabak, v. 6. Juni 1917 (RGBl. 478)	—
1251	Bek. zur Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zur VO. über den Verkehr mit Terpentinöl und Kienöl v. 20. Februar 1917 (RGBl. 158), v. 6. Juni 1917 (RGBl. 552)	—
1252	Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zu der VO. über den Verkehr mit Sulfat v. 16. Mai 1917, v. 7. Juni 1917 (RGBl. 481)	—
1253	Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Italien v. 7. Juni 1917 (RGBl. 483)	520
1254	Bek. über Zichorienwurzeln v. 8. Juni 1917 (RGBl. 482)	—
1255	Bek. über die Preise für Stroh und Häcksel v. 8. Juni 1917 (RGBl. 493)	—
1256	Bek. über die Errichtung eines Schiedsgerichts nach § 22 der VO. über Speisefette v. 20. Juli 1916, v. 9. Juni 1917 (RGBl. 484)	—
1257	Bek. über die Errichtung einer Herstellungs- und Vertriebsgesellschaft in der Seifenindustrie v. 9. Juni 1917 (RGBl. 485)	—
1258	Bek. über Höchstpreise von Wollfett v. 11. Juni 1917 (RGBl. 494)	—

1917.

Nr. (13. Juni bis 28 Juni.)	Bd. 5 Seite
1229 Bek. über die Verwendung von Steinnußmehl als Backstreumehl v. 13. Juni 1917 (RGBl. 495)	—
1260 Bek. über Druckpapier v. 18. Juni 1917 (RGBl. 497)	—
1261 Bek. über Druckpapier v. 18. Juni 1917 (RGBl. 499)	—
1262 Bek. über Druckpapier v. 18. Juni 1917 (RGBl. 500)	—
1263 Gesetz, betr. Abänderung des Gesetzes, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe v. 21. Juni 1916 (RGBl. 577), v. 18. Juni 1917 (RGBl. 551)	359
1264 Bek. über die Anwendung der VO., betr. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen, auf Portugal v. 19. Juni 1917 (RGBl. 503)	534
1265 Bek. über Silberpreise v. 19. Juni (RGBl. 505)	275
1266 Reichsgetreideordnung für die Ernte 1917 v. 21. Juni 1917 (RGBl. 507)	—
1267 Bek. über die Ernteabschätzung im Jahre 1917 v. 21. Juni 1917 (RGBl. 535)	—
1268 Bek. über Elektrizität und Gas sowie Dampf, Druckluft, Heiß- und Leitungswasser v. 21. Juni 1917 (RGBl. 543)	—
1269 Bek. zur Abänderung der VO. über den Verkehr mit fettlosen Wasch- und Reinigungsmitteln v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1130), v. 21. Juni 1917 (RGBl. 544)	—
1270 Bek. zur Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zur VO. über den Verkehr mit fettlosen Wasch- und Reinigungsmitteln v. 19. April 1917 (RGBl. 366), v. 21. Juni 1917 (RGBl. 544)	—
1271 Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zu der VO. über das Verbot der Verwendung von pflanzlichen und tierischen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken v. 6. Januar 1916 (RGBl. 3), v. 21. Juni 1917 (RGBl. 545)	—
1272 Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zur VO. über den Verkehr mit Seifen, Seifenpulvern und anderen fetthaltigen Waschmitteln v. 18. April 1916 (RGBl. 307), v. 21. Juni 1917 (RGBl. 546)	—
1273 Bek., betr. Aufhebung der Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren v. 11. Oktober 1916 (RGBl. 1156), v. 21. Juni 1917 (RGBl. 552)	198
1274 VO. über Höchstpreise für Honig v. 26. Juni 1917 (RGBl. 559)	—
1275 Bek. über den Verkehr mit Branntwein aus Klein- und Obstbrennereien v. 26. Juni 1917 (RGBl. 561)	—
1276 Bek. über Herstellung von Zigaretten v. 28. Juni 1917 (RGBl. 562)	—
1277 Bek. über den Handel mit Tabakwaren v. 28. Juni 1917 (RGBl. 563)	—
1278 Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben v. 28. Juni 1917 (RGBl. 566)	48
1279 Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen v. 28. Juni 1917 (RGBl. 566)	130
1280 Bek. über die Ausdehnung der Verordnung zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile v. 20. Januar 1916 (RGBl. 47) auf Angehörige der österreichisch-ungarischen Wehrmacht v. 28. Juni 1917 (RGBl. 567)	19
1281 Bek., betr. Zollfreiheit für Säcke, v. 28. Juni 1917 (RGBl. 567)	—
1282 Bek., betr. steuerfreie Verwendung von Branntwein v. 28. Juni 1917 (RGBl. 568)	—
1283 VO. über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1917/1918 v. 28. Juni 1917 (RGBl. 569)	—
1284 Bek. über die Einrichtung einer Reichsstelle für Faßbewirtschaftung (Reichsfaßstelle) v. 28. Juni 1917 (RGBl. 575)	—

1917.

Nr.	(28. Juni bis 19. Juli.)	Bd. 5 Seite
1285	Bek. über die Beschlagnahme von Fässern v. 28. Juni 1917 (RGBl. 577)	—
1286	VO. über den Handel mit Gänsen v. 3. Juli 1917 (RGBl. 581) . .	—
1287	Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 3. Juli 1917 (RGBl. 587)	130
1288	VO., betr. die Inkraftsetzung der die Besteuerung des Güterverkehrs betreffenden Vorschriften des Gesetzes v. 8. April 1917, v. 4. Juli 1917 (RGBl. 589)	382
1289	Bek. über Miet- und Frachtverträge für deutsche Kauffahrteischiffe v. 5. Juli 1917 (RGBl. 585)	549
1290	Bek. über die Durchfuhr von Zuckerwaren v. 5. Juli 1917 (RGBl. 588)	—
1291	Bek. über die Erstreckung von Anfechtungsvorschriften gegenüber Kriegsteilnehmern v. 5. Juli 1917 (RGBl. 590)	9
1292	Bek. über Wochenhilfe aus Anlaß des vaterländischen Hilfsdienstes v. 6. Juli 1917 (RGBl. 591)	658
1293	Bek., betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. v. 7. Juli 1917 (RGBl. 635)	128
1294	VO. über den Verkehr mit Heu aus der Ernte 1917 v. 12. Juli 1917 (RGBl. 599)	—
1295	Bek. über den Fang von Krammetsvögeln v. 12. Juli 1917 (RGBl. 602)	—
1296	Bek. zur Ergänzung der VO., betr. Liquidation britischer Unternehmungen v. 31. Juli 1916 (RGBl. 871), v. 12. Juli 1917 (RGBl. 603)	513
1297	Bek. über zwangsweise Verwaltung und Liquidation des inländischen Vermögens landesflüchtiger Personen v. 12. Juli 1917 (RGBl. 603)	514
1298	Bek. über wiederkehrende öffentliche Lasten von Grundstücken v. 12. Juli 1917 (RGBl. 604)	136
1299	Bek. über Auskunftspflicht v. 12. Juli 1917 (RGBl. 604)	—
1300	Bek. über die Besetzung der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Innungsschiedsgerichte während des Krieges v. 12. Juli 1917 (RGBl. 606)	146
1301	VO. über den Verkehr mit Wild v. 12. Juli 1917 (RGBl. 607) . . .	—
1302	VO. über den Verkehr mit Getreide, Hülsenfrüchten, Buchweizen und Hirse aus der Ernte 1917 zu Saatzwecken v. 12. Juli 1917 (RGBl. 609)	—
1303	VO. über Höchstpreise für Getreide, Buchweizen und Hirse v. 12. Juli 1917 (RGBl. 619)	—
1304	Bek., betr. die Außerkurssetzung der Zweimarkstücke v. 12. Juli 1917 (RGBl. 625)	274
1305	VO. über die Aufhebung der VO. über Höchstpreise für Rüben v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1204), v. 13. Juli 1917 (RGBl. 623)	—
1306	Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zu der VO. über den Verkehr mit Leim v. 14. September 1916 (RGBl. 1023), v. 15. Juli 1917 (RGBl. 627)	—
1307	Bek., betr. Aufhebung des § 10 Abs. 2 der Bek. über den Handel mit Arzneimitteln v. 22. März 1917 (RGBl. 270), v. 15. Juli 1917 (RGBl. 633)	259
1308	VO. zur Änderung der VO. über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels v. 16. Juli 1917 (RGBl. 626)	191
1309	VO. über die Preise für Fleisch und Fleischwaren ausländischer Herkunft v. 18. Juli 1917 (RGBl. 632)	—
1310	Bek. über Verjährungsfristen im Wechselrechte v. 19. Juli 1917 (RGBl. 635)	129

1917.

Nr.	(19. Juli bis 3. August.)	Bd. 6 Seite
1311	Bek. zur Abänderung der BO. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren v. 28. September 1916 (RGBl. 1077), v. 19. Juli 1917 (RGBl. 637)	234
1312	BO. über die den Unternehmern landwirtschaftlicher Betriebe für die Ernährung der Selbstversorger und für die Saat zu belassenden Früchte v. 20. Juli 1917 (RGBl. 636)	—
1313	BO. zur Durchführung der BO. über Gerste v. 6. Juli 1916 (RGBl. 800), v. 21. Juli 1917 (RGBl. 639)	—
1314	Bek. wegen Festsetzung der Übernahmepreise für Rohtabak anderer als inländischer Herkunft v. 21. Juli 1917 (RGBl. 640)	—
1315	Bek., betr. Änderung der Ausführungsbestimmungen v. 27. Oktober 1916 zu der BO. über Rohtabak v. 21. Juli 1917 (RGBl. 640)	—
1316	BO. über den Wegfall der Zusatzfleischkarten v. 22. Juli 1917 (RGBl. 641)	—
1317	BO. zur Abänderung der BO. über Ölfrüchte und daraus gewonnene Produkte v. 26. Juni 1916 (RGBl. 842), v. 23. Juli 1917 (RGBl. 643)	—
1318	Bek. der neuen Fassung der BO. über Ölfrüchte und daraus gewonnene Produkte v. 23. Juli 1917 (RGBl. 646)	—
1319	BO. über Höchstpreise für Hülsenfrüchte v. 24. Juli 1917 (RGBl. 653)	—
1320	Bek. zum Schutze der Mieter v. 26. Juli 1917 (RGBl. 659)	132
1321	Anordnung für das Verfahren vor den Einigungsämtern v. 26. Juli 1917 (RGBl. 661)	133
1322	Bek. über Druckfarbe v. 26. Juli 1917 (RGBl. 663)	—
1323	Bek. über Schuhhandelsgesellschaften v. 26. Juli 1917 (RGBl. 666)	246
1324	Bek., betr. den Absatz von Kalisalzen, v. 26. Juli 1917 (RGBl. 670)	—
1325	Bek. über Druckfarbe v. 27. Juli 1917 (RGBl. 664)	—
1326	Bek., betr. Änderung der Ausführungsbestimmungen zu der BO. über den Verkehr mit Zucker im Betriebsjahr 1916/17 v. 28. Juli 1917 (RGBl. 671)	—
1327	Bek. über das Verfahren vor dem nach Artikel III § 5 der Bek. über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie v. 17. März 1917 (RGBl. 236) eingesetzten Schiedsgerichte v. 29. Juli 1917 (RGBl. 673)	243
1328	Bek. über das Verfahren vor dem nach Artikel III § 5 der Bek. über die Errichtung einer Herstellungs- und Vertriebsgesellschaft in der Seifenindustrie v. 9. Juni 1917 (RGBl. 485) eingesetzten Schiedsgerichte v. 29. Juli 1917 (RGBl. 676)	
1329	BO. über Höchstpreise für Grünkern v. 31. Juli 1917 (RGBl. 672)	—
1330	Bek., betr. Änderung der Ausführungsbestimmungen zu der BO. über den Verkehr mit Schuhsohlen, Sohlenschonern, Sohlenbewehrungen und Lederersatzstoffen v. 4. Januar 1917 (RGBl. 10), v. 1. August 1917 (RGBl. 679)	—
1331	Bek. über Angestelltenversicherung während des Krieges v. 2. August 1917 (RGBl. 680)	446
1332	Bek. über den privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterricht v. 2. August 1917 (RGBl. 683)	147
1333	BO. über den Verkehr mit Stroh und Häcksel v. 2. August 1917 (RGBl. 685)	—
1334	Bek. über Fristung im Sinne des § 49 Abs. 3 der Gewerbeordnung v. 3. August 1917 (RGBl. 680)	—

1917.
(3. August bis 15. August.)

Nr.		Bd. 5 Seite
1335	Bek. über den Bedürfnisnachweis für Schauspielunternehmen v. 3. August 1917 (RGBl. 681)	—
1336	Bek. über die Veranstaltung von Lichtspielen v. 3. August 1917 (RGBl. 681)	—
1337	Bek. über Graphitindustrie v. 4. August 1917 (RGBl. 693)	—
1338	Bek. über örtlichen Bereich und Sitz der Schuhhandelsgesellschaften v. 6. August 1917 (RGBl. 695)	249
1339	Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in den Niederlanden, v. 7. August 1917 (RGBl. 697)	264
1340	VO. über die Lieferung von Öl aus Anlaß der Zusammenlegung von Ölmühlen und über die gewerbsmäßige Herstellung von Öl v. 7. August 1917 (RGBl. 697)	—
1341	VO. über die Preise von Ölfrüchten v. 7. August 1917 (RGBl. 699)	—
1342	Bek. über die Erweiterung der vierteljährlichen Viehzählungen v. 9. August 1917 (RGBl. 701)	—
1343	Bek. über das Verfahren bei der Todeserklärung Kriegsverschollener v. 9. August 1917 (RGBl. 702)	138
1344	Bek. der Fassung der VO. über die Todeserklärung Kriegsverschollener v. 9. August 1917 (RGBl. 703)	138
1345	Bek., betr. Zollerleichterung für elektrotechnische Erzeugnisse aus den besetzten feindlichen Gebieten v. 9. August 1917 (RGBl. 707)	—
1346	Bek., betr. Zahlungsverbot gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, v. 9. August 1917 (RGBl. 708)	—
1347	Bek. über den Absatz von Petroleum zu Leuchtzwecken v. 11. August 1917 (RGBl. 707)	—
1348	VO. über Druschprämien für Hafer und Gerste v. 11. August 1917 (RGBl. 709)	—
1349	Bek. zur Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zu der VO. über den Verkehr mit Cumaronharz v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1125), v. 13. August 1917 (RGBl. 710)	—
1350	Gesetz über Fürsorge für Kriegsgefangene v. 15. August 1917 (RGBl. 725)	486

A. Das Sonderrecht der Kriegsteilnehmer.

Übersicht.

I. Das Sonderrecht der deutschen Kriegsteilnehmer.

*1. Gesetz, betr. den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, v. 4. August 1914 (RGBl. 328) 1
*2. Bek. über die Erstreckung von Anfechtungsfristen gegenüber Kriegsteilnehmern, v. 5. Juli 1917 (RGBl. 590) 9
*3. Bek. über die Vertretung der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, v. 14. Januar 1915 (RGBl. 17) 9
*4. Bek. zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile, v. 20. Januar 1916 (RGBl. 47) 16
*5. Bek., betr. das Verfahren bei Zustellungen, v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 833) 17
6. Bek. über die freiwillige Gerichtsbarkeit in Heer und Marine, v. 14. Januar 1915 (RGBl. 18) . . . . . .
*7. Bek. über die freiwillige Gerichtsbarkeit und andere Rechtsangelegenheiten in Heer und Marine, v. 8. März 1917 (RGBl. 219). 18
8. Bek. über die Beglaubigung von Unterschriften und die Legalisation von Urkunden in den besetzten Gebieten, v. 20. Januar 1916 (RGBl. 48) . . . .
Hierzu die Bek. des Reichskanzlers v. 6. Mai, 31. Juni und 25. November 1916 (RGBl. 364, 874, 1299) . . . . . .
9. Preuß Verordnung, betr. die erweiterte Gewährung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand an Kriegsteilnehmer, v. 24. Juni 1915 (GS. 119) . . .
10. Bek. über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer, v. 8. Juni 1916 (RGBl. 452) . . . . . .

II. Das Sonderrecht der österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer.

1. Bek. über die Ausdehnung des Gesetzes, betr. den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, v. 4. August 1914 (RGBl. 328), auf Kriegsbeteiligte Österreich-Ungarns, v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 450)
2. Bek. des Reichskanzlers über die Gegenseitigkeit im Verhältnisse zu Österreich-Ungarn hinsichtlich der Kriegsbeteiligten, v. 4. Februar 1915 (RGBl. 70).
*3. Bek. über die Ausdehnung der BO. zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile vom 20. Januar 1916 (RGBl. 47) auf Angehörige der österreichisch-ungarischen Wehrmacht, v. 28. Juni 1917 (RGBl. 567). 19

I. Das Sonderrecht der deutschen Kriegsteilnehmer.

1. Gesetz, betr. den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 (RGBl. 328).

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 1ff.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 1, 16; 2, 1; 3, 15.

Lade, Die Vertretung der Ehefrauen von Kriegsteilnehmern, GenossBl. 17 83, 164. — Levis, Die rechtliche Behandlung zahlungsunfähiger Kriegsteilnehmer, Recht 17 306. — Raddatz, Beweisaufnahme im Felde, DJZ. 17 603.

§ 1.
(in Bd. 1, 16; 2, 1.)

§ 2.
Inhaltsübersicht.

A. Die Voraussetzungen der Unterbrechung I 21, II 3, III 3.
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten I 21, II 3, III 3.
1. Allgemeines I 21, II 3, III 3, V 3.
2. Die einzelnen Verfahrensarten I 21, II 4, III 3, V 99.
a) Das Erkenntnisverfahren im Gegensatze zu der Zwangsvollstreckung I 21, II 4.
b) Das Beweissicherungsverfahren I 22. II 5, III 3, V 3.
α. Bejahend I 22, II 5, III 3, V 3.
β. Verneinend I 22.
c) Das Beschwerdeverfahren I 23.
d) Das Verfahren betreffend Rückgabe einer Sicherheit I 24.
e) Das Berichtigungsverfahren nach § 319 ZPO. I 24.
f) Das Ordnungsstrafverfahren gegen einen Zeugen I 24, II 5.
g) Armenrechtsgesuche I 24, II 5, V 4
α. Bejahend I 24, II 5, V 66.
β. Verneinend I 25.
h) Arrest und einstweilige Verfügung I 25, II 6, III 3.
α. Bejahend I 25, II 6, III 3.
β. Verneinend I 29.
i) Alle anderen Verfahrensarten I 30, II 6.
II. Die ordentlichen Gerichte I 30, II 6, III 4.
1. Gehören die Schiedsgerichte dazu? I 31. II 6, III 4.
2. Konsulargerichte und Schutzgebietsgerichte I 31.
a) Bejahend I 31.
b) Verneinend I 31.
3. Der Geheime Justizrat II 7.
III. Der geltend gemachte Anspruch I 31.
IV. Die Anhängigkeit des Rechtsstreits I 31, II 8, III 4, V 4.
1. Ist die Erhebung der Klage zulässig? I 31, II 8, III 4.
a) Bejahend I 31, II 8, III 4.
b) Verneinend I 36.
2. Die Art der Zustellung der Klage I 37, II 8.
a) Die Zulässigkeit der Ersatzzustellung nach den gewöhnlichen Vorschriften I 37.
α. Bejahend I 37.
β. Verneinend I 37.
b) Die Zustellung an Rechtsanwälte und andere Prozeßbevollmächtigte II 8.
c) Sonstige Zustellungsfragen I 38, II 9.
3. Der Einfluß der Rechtskraft III 4.
V. Eine Partei im Sinne des § 2 I 39, II 10, III 4, V 4.
1. Ist § 2 auch auf den Kriegsteilnehmer als Kläger anzuwenden? I 39.
2. Ist § 2 auch auf juristische Personen anzuwenden? I 40, II 10, III 4, V 4.
a) Bejahend I 40, II 10, III 4.
b) Verneinend I 42, II 11, III 4. V 4.
3. Die offene Handelsgesellschaft, die Kommanditgesellschaft, die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts und der nicht rechtsfähige Verein I 46, II 12.
a) Wird das Verfahren unterbrochen, wenn sämtliche Gesellschafter Kriegsteilnehmer sind? I 46, II 12.
α. Bejahend I 46, II 12.
β. Verneinend I 47.
b) Wird das Verfahren unterbrochen, wenn nur einer oder einige der vertretungsberechtigten Gesellschafter Kriegsteilnehmer sind? I 48, II 13.
α. Bejahend I 48, II 13.
β. Verneinend I 53, II 13.
c) Wird das Verfahren unterbrochen, wenn die Gesellschaft aufgelöst ist? I 60.
4. Streitgenossen I 66, II 14, III 5.
a) Tritt im Falle der notwendigen Streitgenossenschaft Unterbrechung des Verfahrens ein? I 61, II 14, III 5.
α. Bejahend I 61, II 14, III 5.
β. Verneinend I 61.
b) Im Falle der nicht notwendigen Streitgenossenschaft tritt keine Unterbrechung ein I 62, II 14.
5. Der Nebenintervenient I 63, II 15, III 5, V 5.
a) Bejahend I 63, II 15, III 5.
b) Verneinend I 64, II 15, V 5.
6. Der Streitverkündete I 65, II 15, III 5.
a) Bejahend I 65, III 5.
b) Verneinend I 65, II 15.
7. Der Konkursverwalter und ähnliche kraft Amtes handelnde Personen I 65, III 6.
8. Der Angestellte I 66.
9. Die Vertragspartei I 66.
10. Der Ehemann als Partei I 67, II 15, III 6.
a) Unterbrechung des Verfahrens gegen die Ehefrau?
α. Bejahend III 6.
β. Verneinend I 67, III 6.
b) Umfang der Schlüsselgewalt während des Krieges I 68, II 15.
c) Prozessuale Durchführung und Vollstreckung des Räumungsanspruches gegen die Ehefrau allein I 68.
11. Zeugen sind nicht Partei im Sinne des § 2 I 78, II 15, III 6, V 5.
VI. Ein Kriegsteilnehmer I 81, II 17, III 7, V 5.
1. Der Begriff des Kriegsteilnehmers I 81, II 17, III 7, V 5.
a) Die drei Fälle des § 2 Nr. 1 I 81, II 17, III 7, V 5.
α. Das den drei Fällen Gemeinsame I 81, II 17, V 5.

β. Die mobilen Teile der Land- oder Seemacht I 81, II 18, III 7, V 6.
γ. Die gegen den Feind verwendeten Teile der Land- oder Seemacht I 89, II 19, III 7, V 6.
δ. Die Besatzung einer armierten oder in der Armierung begriffenen Festung I 91, II 23, III 8.
b) Der Fall des § 2 Nr. 2 I 92, II 23, III 8.
c) Der Fall des § 2 Nr. 2 I 92, II 23, III 8.
2. Der Nachweis des Kriegsteilnehmerverhältnisses I 93, II 23, III 8.
a) Ist stets von Amts wegen zu prüfen, ob der Beklagte nicht Kriegsteilnehmer ist? I 93, II 23.
α. Bejahend I 93.
β. Verneinend I 94, II 23.
b) Die Erleichterung der Feststellung des Kriegsteilnehmerverhältnisses I 99, III 8.
B. Die Wirkungen der Unterbrechung I 99, II 24, III 9.
I. Im allgemeinen I 99.
II. Ist eine trotz der Unterbrechung erlassene Entscheidung nicht nichtig, sondern nur anfechtbar? I 100, II 24, III 9.
1. Bejahend I 100, II 24, III 9.
2. Verneinend I 102, II 24.
III. Der Unterbrechungsbeschluß und seine Anfechtung I 102.
IV. Wirkt die Unterbrechung gegen den Hauptschuldner zugunsten des Bürgen? I 103, II 24.
1. Bejahend I 103, II 24.
2. Verneinend I 104.
C. Verzicht auf die Unterbrechung I 104, V 7.

A. Die Voraussetzungen der Unterbrechung.

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

1. Allgemeines (Erläuterung a bis e in Bd. 1, 20, 21; f bis i in Bd. 2, 3, 4; k in Bd. 3, 3).

l) RVA. GrS. (JW. 17 309). Die Bestimmungen des KTSchG. über die Unterbrechung und Aussetzung des Verfahrens finden grundsätzlich nur auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten Anwendung, welche bei den ordentlichen Gerichten oder bei den in § 14 GVG. zugelassenen besonderen Gerichten anhängig sind oder anhängig werden (§§ 2, 10 a. a. O.). Ihre entsprechende Anwendung auf das Verfahren vor dem RVA. ist zwar zulässig, insbesondere dann, wenn der Kriegsteilnehmer durch seine Abwesenheit in der Wahrnehmung seiner Rechte beschränkt erscheint, um zu verhindern, daß ihm aus der Erfüllung seiner staatsbürgerlichen Pflicht zur Leistung des Heeresdienstes irgendwelche Nachteile erwachsen. Im vorliegenden Falle aber, wo es sich um die Entscheidung einer reinen Rechtsfrage handelt, sind derartige Nachteile nicht zu besorgen; die Beendigung des Verfahrens liegt vielmehr auch im Interesse des Klägers.

2. Die einzelnen Verfahrensarten.

(Abschnitt a in Bd. 1, 21; 2, 4.)

b) Das Beweissicherungsverfahren.

α. Bejahend (Erläuterung αα bis εε in Bd. 1, 22; ζζ bis θθ in Bd. 2, 5; ιι in Bd. 3, 3).

κκ. DJZ. 17 251 (Cöln III). Auf das Beweissicherungsverfahren findet grundsätzlich auch das Kriegsteilnehmerschutzgesetz Anwendung. Es tritt daher Unterbrechung und Aussetzung nach §§ 2,3 ein. Doch darf die Anwendung nicht weitergehen, als es der Zweck dieses Gesetzes fordert, insbes. darf über den Zweck hinaus keine Beeinträchtigung der Rechte des Gegners eintreten. Der aus der Kriegsteilnahme sich ergebenden besonderen Sachlage ist aber genügend Rechnung getragen, wenn der Kriegsteilnehmer gegen eine spätere Berufung des Beweisführers auf § 493 Abs. 2 ZPO. geschützt wird. Es muß daher das Beweissicherungsverfahren im übrigen fortgeführt, und dem Beweisführer die Möglichkeit gewährt werden, sich ein Protokoll zu verschaffen, das er im Falle des späteren Verlustes des Beweismittels wenigstens als Urkunde benutzen kann. Die Ansicht von Starck, DJZ. 15, 418, wonach es zulässig sein soll, das Beweissicherungsverfahren unbeschränkt zuzulassen, indem die Frage der Berufung auf § 493 Abs. 2 ZPO. dem späteren Prozeßverfahren selbst überlassen bleiben könne, erscheint nicht zutreffend, da sie dem Sinne des Ges. insofern widerspricht, als es auch eine Beunruhigung des

Kriegsteilnehmers wegen der Ungewißheit über einen späteren Schutz aus § 493 Abs. 2 zu verhüten berufen ist. Die Aussetzung des Verfahrens ist daher nur in der Weise anzuordnen, daß dem Beweisführer eine spätere Berufung auf § 493 Abs. 2 ZPO. untersagt wird.

λλ. OLG. 35 90 (München III). Die §§ 2, 3 Ges. v. 4. August 1914 sind allerdings grundsätzlich auch auf die Beweissicherung anwendbar. Jedoch darf diese Anwendung nicht weitergehen, als es der Zweck dieses Gesetzes erfordert, und vor allem dürfen darüber hinaus nicht die Rechte des Gegners beeinträchtigt werden. Das Verfahren will eine Beweiserhebung herbeiführen, die ihre eigentliche Bedeutung erst im ordentlichen Prozesse erhält, und zu deren Benutzung jede Partei, also auch der Kriegsteilnehmer, selbst wenn sein Gegner das Verfahren betreibt, nach § 493 Abs. 1 berechtigt ist. Es kann also auch für den Kriegsteilnehmer als Antragsteller von Nutzen sein. Ein Eingriff in seine Rechte ist erst vermöge des § 493 Abs. 2 möglich. Gegen diese Folge muß der Kriegsteilnehmer geschützt sein, und es muß seine Zuziehung zum Verfahren mit dieser Folge durch das Kriegsteilnehmergesetz für ausgeschlossen erachtet werden, während im übrigen die Beweiserhebung als solche zulässig erscheint. Das führt allerdings dahin, daß auch der Beweisführer die Beweisverhandlung später beim Widerspruch des Gegners nur als Beweisurkunde benutzen kann, wenn inzwischen das Beweismittel verloren gegangen ist. Aber es ist nicht einzusehen, weshalb ihm nicht wenigstens dieses Mittel an die Hand gegeben werden soll, wenn nur andererseits dem Kriegsteilnehmer aus seinem Fernbleiben kein erheblicher Nachteil erwächst. Dem ist aber genügt, wenn das Verfahren unter Ausschluß der späteren Berufung auf § 493 Abs. 2 zugelassen wird. Damit ist der aus der Kriegsteilnahme sich ergebenden besonderen Sachlage ausreichend Rechnung getragen. Die Ansicht von Starck (DJZ. 1915 S. 418), wonach das Verfahren unbeschränkt zuzulassen und die Frage, ob beim Widerspruch des Kriegsteilnehmers das Beweisverfahren nach § 493 Abs. 2 später vom Beweisführer benutzt werden darf, auch dem späteren Verfahren zu überlassen ist, widerspricht dem Sinne des KTSchG. insofern, als dieses auch eine Beunruhigung des Kriegsteilnehmers wegen der Ungewißheit, ob ihm später auch der Schutz des § 493 Abs. 2 gewährt wird, verhüten will.

(Abschnitt c, d, e in Bd. 1, 23; f in Bd. 1, 24; 2, 5.)

g) Armenrechtsgesuche.

α. Bejahend (zu vgl. Bd. 2, 5).

LeipzZ. 17 817 (Hamburg II). Bei Unterbrechung des Verfahrens ist auch über die dieses Verfahren betreffende Armenrechtsgesuche nicht zu entscheiden.

β. Verneinend in Bd. 1, 25.

(Abschnitte II in Bd. 1, 30; 2, 6; 3, 4; III in Bd. 1, 31.)

IV. Die Anhängigkeit des Rechtsstreits.

(zu vgl. Bd. 1, 31; 2, 8; 3, 4).

BreslauAK. 17 40 (Breslau VIII). Die Klage ist nach Angabe der Klägerin noch nicht zugestellt, es liegt also eine Unterbrechung des Verfahrens infolge der Kriegsteilnehmerschaft des Beklagten nicht vor. Übrigens würde auch im Falle einer Unterbrechung des Verfahrens eine sachliche Prüfung des Armenrechtsgesuchs der Kläger geboten erscheinen, weil die Bewilligung des Armenrechts keine Prozeßhandlung in bezug auf die Hauptsache (§ 249 ZPO.) ist.

V. Eine Partei im Sinne des § 2.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 1, 39.)

2. Ist § 2 auch auf juristische Personen anzuwenden?

a) Bejahend in Bd. 1, 40; 2, 10; 3, 4.

b) Verneinend (Erläuterung α bis ψ in Bd. 1, 42ff.; ω bis ηη in Bd. 2, 11ff.; ϑϑ in Bd. 3, 5).

u. OLG. 35 56 (KG. VIII). Die Frage, ob die Vorschriften der Ges. vom 4. August 1914 und 20. Januar 1916 auf juristische Personen anwendbar sind, ist sehr streitig. Die Senate des KG. haben sich durchweg auf den verneinenden Standpunkt gestellt und auch die neueren Entscheidungen anderer Gerichte, die die Frage bejahen, aber im wesentlichen die früheren Gründe wiederholen, geben dem Senate keinen Anlaß, von seiner Auffassung abzuweichen.

(Unterabschnitte 3, 4 in Bd. 1, 46; 2, 12; 3, 5.)

5. Der Nebenintervenient.

a) Bejahend in Bd. 1, 65; 3, 5.

b) Verneinend (Erläuterung α bis λ in Bd. 1, 64; μ in Bd. 2, 15).

v. JW. 17 614 (KG. XXIV). Die Frage, ob der Nebenintervenient, der nicht notwendiger Streitgenosse der Hauptpartei ist, die Aussetzung des Verfahrens nach § 3 Abs. 2 d. Ges. v. 4. August 1914 verlangen kann, ist in Wissenschaft und Rechtsprechung bestritten. Der Senat hat die Frage verneint; entscheidend erschien der Gesichtspunkt, daß in der fraglichen Bestimmung nur der Partei das Recht eingeräumt ist, die Aussetzung des Verfahrens zu beantragen. Der Nebenintervenient ist aber nicht Partei, mag er auch an dem Ausgang des Rechtsstreits der Parteien ein erhebliches vermögensrechtliches Interesse haben.

(Unterabschnitte 6 bis 10 in Bd. 1, 46; 2, 12; 3, 5.)

11. Zeugen sind nicht Partei im Sinne des § 2.

(Erläuterung a bis o in Bd. 1, 78ff.; p in Bd. 2, 15.)

q) Rechtshilfe der Militärbehörden.

(Unterabschnitte α, β in Bd. 2, 15).

γ. Ausführung des Rechtshilfeersuchens.

(Erläuterung $\alpha\alpha$ bis $\delta\delta$ in Bd. 2, 16; $\varepsilon\varepsilon$, $\zeta\zeta$ in Bd. 3, 6.)

$\eta\eta$. Preuß. Allgemeine Verfügung vom 23. März 1917, betr. die an militärische Gerichtsstellen im Felde zu richtenden Rechtshilfeersuchen (JMBl. 111). Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß Zivilgerichte, namentlich in Vormundschaftssachen, mit den Rechtshilfeersuchen, mehrfach die Akten an militärische Gerichtsstellen ins Feld geschickt haben. Durch ein solches Verfahren werden die Akten der Gefahr ausgesetzt, auf dem Wege von und nach der Heimat verloren zu gehen, und außerdem wird dadurch das Dienstgepäck der militärischen Gerichtsstellen unnötig belastet. Es ist daher, soweit angängig, von der Übersendung der Akten abzusehen und an ihrer Stelle in den Ersuchungsschreiben das Sachverhältnis kurz darzustellen und erforderlichenfalls eine Abschrift der in Betracht kommenden Aktenstellen beizufügen. Wenn die Übersendung der Akten nicht zu vermeiden ist, ist besonders darauf zu achten, daß etwa in ihnen enthaltene Vermögensstücke vorher daraus entfernt werden.

VI. Ein Kriegsteilnehmer.

1. Der Begriff der Kriegsteilnehmer.

a) Die drei Fälle des § 2 Nr. 1.

α. Das den drei Fällen Gemeinsame.

(Erläuterung $\alpha\alpha$ bis $\varepsilon\varepsilon$ in Bd. 1, 81; $\zeta\zeta$ bis $\nu\nu$ in Bd. 2, 17.)

$\xi\xi$. DJZ. 17 442, LeipzZ. 17 344, SächsA. 17 72 (Dresden VIII). Gewiß wird durch eine vorübergehende Beurlaubung oder durch eine ebensolche Abkommandierung die Zugehörigkeit zu einem mobilen Truppenteile nicht aufgehoben. Hier liegt aber ein darüber weit hinausgehender Fall vor. Der Antragsgegner ist für die Zeit vom 11. November 1916 bis 31. März 1917, also für beinahe fünf Monate, vom Militär beurlaubt

und z. B. in einer Arbeitsstellung beschäftigt. Das ist nicht mehr bloß eine vorübergehende Unterbrechung des Dienstes bei der mobilen Truppe, sondern der Eintritt in ein Verhältnis, das weder dem Wortlaute noch dem Sinne nach unter § 2 Nr. 1 des Ges. vom 4. August 1914 fällt.

oo. LeipzZ. 17 685 (Düsseldorf III). Die Vorschriften des Gesetzes vom 4. August 1914 bezwecken, die zum Kriegsdienst Einberufenen gegen Nachteile zu schützen, die ihnen dadurch erwachsen, daß sie infolge des Kriegsdienstes an der Wahrnehmung ihrer Rechte behindert sind. Sie finden daher keine Anwendung auf einen KT., der fahnenflüchtig ist. Denn dieser tut nicht mehr Kriegsdienst. Auch hat er wegen seines verwerflichen Verhaltens keinen Anspruch auf den Schutz der KT. Findet aber das Gesetz vom 4. August 1914 keine Anwendung, so ist auch § 1 der VRBO. vom 14. Januar 1915 nicht anwendbar. Denn diese Vorschrift bezweckt der mißbräuchlichen Ausnützung des Gesetzes vom 4. August 1914 zu begegnen. Sie kann nur in Betracht kommen in Fällen, in denen nach dem Gesetz vom 4. August 1914 das Verfahren unterbrochen ist. Eine Unterbrechung des Verfahrens liegt aber nicht mehr vor, nachdem der Beklagte seit Ende November 1916 fahnenflüchtig geworden ist.

ππ. Recht 17 325 N. 655 (Stuttgart I). Der mit einem mobilen Truppenteil ins Feld gezogene Beklagte wird seit September 1914 vermißt. Die Erfahrung spricht für die Annahme, daß er weder bei seinem Truppenteil, noch in Gefangenschaft, noch am Leben ist. Aber dadurch wird die Anwendung des KTSchG. nicht ausgeschlossen, solange er nicht nach § 15 BGB. für tot erklärt ist. Erst die Todeserklärung begründet die Vermutung, daß er am Tage dieser Erklärung gestorben ist. Ist er aber als noch lebend anzusehen, so ist er auch heute noch als zu einem mobilen Truppenteil gehörig oder als in Kriegsgefangenschaft befindlich zu betrachten.

β. Die mobilen Teile der Land- oder Seemacht.

(Erläuterung *αα* bis *ωω* in Bd. 1, 82ff.; *α/α* bis *ζ/ζ* in Bd. 2, 18; *η/η* bis *ϰ/ϰ* in Bd. 3, 7.)

λ/λ. RG. V, DJZ. 17 331. Der Kläger hat gemäß §§ 2, 3 des KTSchG. ev. des § 1 Bek. zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile vom 20. Januar 1916 Aussetzung des Verfahrens beantragt, weil er einem Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon angehöre und zur Bewachung von Kriegsgefangenen kommandiert sei. Sein Antrag ist mit folgender Begründung abgelehnt. Nicht jeder Truppenteil, der von der allgemeinen Mobilmachung getroffen werde, sei während des Krieges mobil. Erst wenn er kriegsbereit gemacht, mit der zur Verwendung gegen den Feind erforderlichen Ausrüstung versehen sei und zum Zweck der Verwendung im Felde seinen Standort verlassen, sei er mobil. Daher sei ein Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillon kein mobiler Truppenteil. Ferner werde das Bataillon auch nicht gegen den Feind verwendet, denn die Überwachung gefangener Feinde in einem Gefangenenlager sei noch nicht eine gegen den Feind, d. h. gegen die feindliche Heeresmacht durch Angriff oder Abwehr gerichtete Tätigkeit. Eine Aussetzung auf Grund der gen. Bekanntmachung komme nicht in Betracht, weil der Revisionskläger durch seinen Dienst im inländischen Gefangenenlager nicht an der Wahrnehmung seiner Rechte in der Revisionsinstanz, in der nur Rechtsverstöße geltend gemacht werden können, behindert wäre.

μ/μ. PosMSchr. 16 110 (Posen II). Eine Krankenpflegerin, welche sich freiwillig der mobilen Truppe angeschlossen hat und dieses rein tatsächliche Verhältnis jederzeit lösen kann, fällt weder unter Nr. 1 noch unter Nr. 2 des § 2 KTSchG.

γ. Die gegen den Feind verwendeten Teile der Land- oder Seemacht.

(Erläuterung *αα* bis *oo* in Bd. 1, 89ff.; *ππ* bis *σσ* in Bd. 2, 19; *ττ* in Bd. 3, 7).

νν DJZ. 17 341 (Dresden VI). Dem Schuldner, der als Immobiler zur Bewachung der sächsischen Landesgrenze bei Z. verwendet wird, kommt der Schutz des § 2 Nr. 1 KTSchG. nicht zu, weil die Befehligung zur Grenzbewachung keine Verwendung gegen den Feind bedeutet. Daß sie auf Verhinderung des Verrats (Spionage) und so mittelbar

gegen den Feind gerichtet ist, reicht nicht aus, das Begriffsmerkmal des Gesetzes zu erfüllen.

qq. ElsLothZ. 17 176 (Colmar I). Wenn auch die Kriegsbekleidungsämter an sich immobile Behörden sind (vgl. auch KG. DJZ. 15 719), so ist doch das Kriegsbekleidungsamt des XV. Armeekorps, dem der Schuldner angehört, als in der für bedroht erklärten Festung Straßburg befindliche Formation zu den gegen den Feind verwendeten Teilen der Landmacht zu rechnen (§ 2 Abs. 1 Ziff. 1 KTSchG. v. 4. Aug. 14; vgl. den Erlaß des für diese tatsächliche Feststellung zuständigen Pr. Kriegsministeriums vom 17. Februar 1916, bei Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch 3, 8 und in JW. 16 473). Außerdem gehört aber dieses Kriegsbekleidungsamt zur Kriegsbesatzung der armierten Festung Straßburg, so daß es schon aus diesem Grunde unter die gleiche Gesetzesbestimmung fällt (vgl. vgl. auch die bei Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch 1, 92 angeführte Entsch. des KG.).

(Abschnitt B in Bd. 1, 99; 2, 24; 3, 9.)

C. Verzicht auf die Unterbrechung.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 1, 104).

6. DJZ. 17 689, LeipzZ. 17 884, SächsA. 17 191 (Dresden). Das LG. nimmt zutreffend an, daß der Beschwerdeführer durch sein Verhalten in den Terminen vom 21. und 28. Juni 1916, in welch letzterem die Parteien das Ruhen des Verfahrens auf sechs Monate vereinbart haben, auf das Recht, die Aussetzung des Verfahrens zu verlangen, verzichtet habe. Im angefochtenen Beschlusse sind die besonderen Umstände, die die Annahme eines Verzichts begründen, eingehend hervorgehoben. In dem geschilderten Verhalten ist der Wille des Beklagten zu finden, den Rechtsstreit im Läuterungsverfahren nach dem Ablaufe der Frist von 6 Monaten für den Fall, daß die Klägerin den Prozeß weiter betrieb, auch seinerseits fortzusetzen, selbst wenn er inzwischen in das Feld gerückt sein sollte. Daß dies bald eintreten könnte, hat der Beklagte in der mündlichen Verhandlung nach den tatsächlichen Feststellungen im angefochtenen Prozesse selbst zur Sprache gebracht. Daß er unter den gegebenen Verhältnissen auf die Aussetzungsbefugnis im voraus rechtswirksam verzichten konnte, darf unbedenklich angenommen werden (Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch 1, 104 unter C 1 u. 2; Recht 1914, 755, OLG. 30, 8; vgl. auch die Ausführungen bei Gaupp-Stein 2, 15, Anm. II zu § 514 ZPO.).

§ 3.

Allgemeines (zu vgl. Bd. 3, 9).

1. DJZ. 17 441, HessRspr. 17 311 (Darmstadt II). Ein Rechtsstreit kann nach § 3 des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes, nicht auch auf Antrag des Gegners ausgesetzt werden. Auch für eine Aussetzung nach § 247 ZPO. ist das Interesse des Kriegsteilnehmers maßgebend.

2. DJZ. 17 343 (Königsberg II). Ein Verfahren kann nur so lange ausgesetzt werden, als es rechtshängig ist; ist es rechtskräftig abgeschlossen, so ist begrifflich seine Aussetzung ausgeschlossen.

(Abschnitt I in Bd. 1, 105).

II. Die Vorschrift des Abs. 1 Nr. 2.

(Erläuterung 1 bis 8 in Bd. 1, 105ff.; 9 bis 12 in Bd. 2, 24ff.; 13, 14 in Bd. 3, 9.)

15. LeipzZ. 17 287 (KG. XXIII). Nach Abs. 2 des § 87 ZPO. wird der Bevollmächtigte durch die von seiner Seite erfolgte Kündigung nicht gehindert, für den Machtgeber so lange zu handeln, bis dieser für die Wahrnehmung seiner Rechte in anderer Weise gesorgt hat. Eine Verpflichtung ist hierdurch nicht geschaffen; es kommen die Vorschriften

des BGB. in Anwendung. Nach §§ 675, 671 Abs. 2 darf der Beauftragte nur in der Art kündigen, daß der Auftraggeber für die Besorgung des Rechtsgeschäfts in anderer Weise sorgen kann, und eine unzeitige Kündigung macht schadensersatzpflichtig. Man wird vielleicht aus diesem Grunde nicht sagen können, daß der kündigende Anwalt zur Wahrung der Rechte seines Machtgebers „berufen" ist. Aber entscheidend ist, daß dem Gegner gegenüber die Kündigung des Vollmachtvertrages erst durch die Anzeige der Bestellung eines anderen Anwalts rechtliche Wirksamkeit erlangt. Der Klägerin gegenüber ist also der Beklagte nach wie vor durch den RA. Dr. B. vertreten. Bis zur Anzeige von der Bestellung eines anderen Anwalts muß auch das Gericht den kündigenden Anwalt als Prozeßbevollmächtigten behandeln (Stein 8/9 Aufl. I. 224; vgl. auch Nissen in PoſMSchr. 16, 8; LZ. 14, 1611; KriegsBuch 1, 105.

§ 5.

Inhaltsübersicht.

I. Die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer (Abs. 1) I 108, II 26, III 11, V 8.
1. Die Voraussetzungen der Vorschrift des Abs. 1 I 108, II 26, III 11, V 8.
a) Unerheblich ist, welche Behörde die Zwangsvollstreckung betreibt I 108, II 26, III 11, V 8.
b) Nötig ist Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung I 108, II 26.
c) Zwangsvollstreckung in das Vermögen eines Kriegsteilnehmers I 108, II 27.
d) Die Glaubhaftmachung des Kriegsteilnehmerverhältnisses I 109.
2. Die Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen I 111, II 27, III 11.
a) Die Pfändung I 111.
b) Die Versteigerung oder anderweite Verwertung I 112, II 28, III 11.
α. Die Zulässigkeit der Versteigerung (Verwertung) in bestimmten Fällen I 112.
β. Die Wirkung einer unzulässigen Versteigerung I 113, II 28.
γ. Feststellung der Unzulässigkeit der Versteigerung I 114, II 28, III 11.
3 Die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen I 114, II 28, III 11.
a) Die zulässigen Maßregeln I 114.
b) Inwieweit ist die Zwangsversteigerung zulässig? I 116, II 28, III 11.
c) Die Wirkungen einer unzulässigen Versteigerung I 118.
4. Die Außerkraftsetzung des Versteigerungsverbots I 118, III 12.
II. Die Zwangsvollstreckung gegen Ehefrauen und Kinder von Kriegsteilnehmern I 119, II 28.
III. Entsprechende Anwendung des § 6 Abs. 2? II 29.
IV. In § 5 nicht geregelte Fälle I 119, III 12.
1. Die Widerspruchsklage des § 771 ZPO. I 119.
2. Die Hauptintervention I 120.
3. Das Offenbarungseidverfahren nach der ZPO. III 12.
4. Das Offenbarungseidverfahren in der Freiwilligen Gerichtsbarkeit III 13.

I. Die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer.

1. Die Voraussetzungen der Vorschrift des Abs. 1.

a) Unerheblich ist, welche Behörde die Zwangsvollstreckung betreibt.

(Erläuterung α, β in Bd. 1, 108; γ, δ in Bd. 2, 26; ε in Bd. 3, 11.)

ζ. ElſLothZZ. 17 178 (Colmar). Der Gerichtsvollzieher muß eine Unzulässigkeit von Vollstreckungshandlungen von Amts wegen berücksichtigen, die auf §§ 2, 6 KTSchG. v. 4. August 14 beruht. Würde der Gerichtsvollzieher dieses aus Gründen des öffentlichen Wohls erlassene allgemeine Versteigerungsverbot nicht beachten, und anstatt den Auftrag abzulehnen, die unzulässige Zwangsversteigerung vornehmen, so würde er sich neben dienstlicher Ahndung auch vermögensrechtlicher Haftung (§§ 823 Abs. 2, 839 BGB.) aussetzen.

η. LeipzZ. 17 551 (Kiel I). Die Unzulässigkeit der Versteigerung gegen KT. ist von Amts wegen auch vom Beschwerdegericht zu beachten.

§ 8.

Inhaltsübersicht.

I. Die Verjährung (Abs. 1) I 132, III 14.
II. Die Ausschlußfristen (Abs. 2) I 132, III 15.
1. Die Ausschlußfristen des öffentlichen Rechts I 132.
2. Andere Fristen I 133, III 15, V 9.
3. Die Zinsrückstände in der Zwangsversteigerung I 133.

(Abschnitt I in Bd. 1, 132; 3, 14.)

II. Ausschlußfristen.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 1, 132.)

2. Andere Fristen.

(Erläuterung 1 in Bd. 1, 133; 2 in Bd. 3, 15.)

3. RG. VI, JW. 17 660). Die Frist des § 1571 Abs. 2 BGB. gehört zu den Fristen, deren Lauf nach § 8 KTSchG. gehemmt ist. Nach dem vorliegenden Prozeßstoff ist anzunehmen, daß der Kläger seit Beginn des Krieges zu einem mobilen Teile der Landwehr gehört. Die in § 1571 Abs. 2 BGB. bestimmte Frist gehört zu denjenigen, auf welche die §§ 203, 206 BGB. Anwendung finden, und von letzteren bestimmt der § 8 KTSchG., daß sie — und zwar zugunsten beider Teile — bis zur Beendigung des Kriegszustandes usw. in ihrem Lauf gehemmt sind. Danach würde das Recht der Frau, auf Scheidung der Ehe zu klagen, noch nicht erloschen sein und ihrer Weigerung, die eheliche Lebensgemeinschaft wieder herzustellen, stünde der § 1353 Abs. 2 letzter Satz unmittelbar zur Seite.

2. Bek. über die Erstreckung von Anfechtungsfristen gegenüber Kriegsteilnehmern. Vom 5. Juli 1917. (RGBl. 590.)

[BR.] **Art. 1.** Der § 8 des Gesetzes, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 (RGBl. S. 328) erhält folgenden Abs. 3: Soweit nach den Vorschriften der Konkursordnung oder des Gesetzes, betreffend die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens (RGBl. 1898 S. 709), die Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen davon abhängt, daß sie innerhalb bestimmter Fristen vor der Eröffnung des Konkurses, vor dem Eröffnungsantrag, vor der Zahlungseinstellung oder vor der Anfechtung vorgenommen sind, wird bei der Berechnung der Fristen die Zeit, während deren der Schuldner zahlungsunfähig ist und zu den im § 2 bezeichneten Personen gehört, oder falls der Kriegszustand vor Ablauf dieses Zeitraums endet, die Zeit bis zur Beendigung des Kriegszustandes nicht mitgerechnet.

Art. 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [7. 7.], und zwar mit Wirkung vom 4. August 1914 in Kraft.

3. Bek. über die Vertretung der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vom 14. Januar 1915. (RGBl. 17.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 136 bis 138.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 2, 31; 3, 15.

Burghardt, Vaterschaftsklagen gegen Kriegsteilnehmer, VormZBl. 17 67 ff. — Kloke, Vertreterbestellung für den Beklagten und Aussetzung des Verfahrens in Alimentenprozessen, VormZBl. 17 45 ff.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeine Bedeutung des § 1 I 140, II 31, III 16. Findet § 752 ZPO. Anwendung? II 31, III 16, IV 736.
1. Bejahend II 31, III 16, IV 736.
2. Verneinend II 32.
II. Für welches Verfahren gilt der § 1? I 140, II 33, III 16, V 10.
III. Gilt der § 1 auch für nicht vermögensrechtliche Ansprüche? I 140, II 33.
1. Bejahend I 140, II 33.
2. Verneinend I 140.
IV. Der Antrag des Gegners I 141, II 33, III 17, IV 736, V 10.
a) Der Antragsberechtigte I 141, II 33, III 17, IV 736, V 10.
b) Der Inhalt des Antrags I 141.
V. Die Entscheidung des Vorsitzenden I 142, II 34, V 10.
1. Zuständigkeit II 34.
2. Die Anhörung von Verwandten und anderen Personen I 142.

3. Die Prüfung des Erfordernisses der offenbaren Unbilligkeit I 142, II 34.
4. Die Verpflichtung zur Bestellung eines Vertreters I 144.
5. Die Unzulässigkeit der Bestellung eines Vertreters beim Vorhandensein eines anderen Vertreters I 144, II 34, V 10.
6. Die Person des Vertreters I 145, II 35.
7. Die Haftung des Vorsitzenden I 115.
VI. Die Rechtsmittel gegen die Entscheidung I 145, II 34, III 18, V 10.
1. Die Beschwerde I 146, II 34, III 18, V 10.
2. Kann der Vorsitzende seine Entscheidung nachträglich wieder aufheben? I 146, II 36.
a) Bejahend I 146, II 36.
b) Verneinend I 146.
VII. Die Rechtsstellung des Vertreters I 146, II 36, III 18, IV 737.
1. Die Rechtsnatur des Vertretungsverhältnisses I 146, II 36, III 18, IV 737.
2. Das Verhältnis zwischen Vertreter und Kriegsteilnehmer I 148, II 37.

(Abschnitt I in Bd. 1, 140; 2, 31; 3, 16; 4, 736.)

II. Für welches Verfahren gilt der § 1?

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 33; 3 bis 5 in Bd. 3, 16.)

6. DJZ. 17 691 (Königsberg II). „Rechtsstreit" i. S. des § 1 Abs. 1 der VO. v. 14. Jan. 1915 umfaßt auch das Vollstreckungsverfahren.

(Abschnitt III in Bd. 1, 140; 2, 33.)

IV. Der Antrag des Gegners.

a) Der Antragsberechtigte.

(Erläuterung a bis d in Bd. 1, 141; e bis g in Bd. 2, 33; h bis l in Bd. 3, 17; m in Bd. 4, 736.)

n) LeipzZ. 17 885 (Dresden IV). Nicht nur nach dem Wortlaut, sondern auch nach dem Zwecke des § 1 Abs. 1 ist die Bestellung eines Vertreters zulässig, auch wenn die Klage noch nicht zugestellt ist.

V. Die Entscheidung des Vorsitzenden.

(Unterabschnitte 1 bis 4 in Bd. 1, 142; 2, 34.)

5. Die Unzulässigkeit der Bestellung eines Vertreters beim Vorhandensein eines anderen Vertreters. (Zu vgl. Bd. 1, 144; 2, 34.)

Recht 17 179 Nr. 353 (Stuttgart I). Die Vertreterbestellung ist regelmäßig unzulässig und wirkungslos, wenn der Kriegsteilnehmer selbst schon vorher einen Bevollmächtigten aufgestellt hatte.

Hier fehlt eine wesentliche Voraussetzung für die Bestellung eines Vertreters durch das Gericht. Die Unzulässigkeit der Bestellung machte die Vertretung wirkungslos, auch wenn der Kläger, als er die Bestellung eines gerichtlichen Vertreters für den Beklagten beantragte, keine Kenntnis von der vorhergegangenen Bevollmächtigung hatte. Anders wäre es wohl, wenn der Beklagte die von ihm erteilte Vollmacht geflissentlich vor dem Kläger geheim gehalten und den Kläger hierdurch zu seinem Antrag auf Bestellung eines gerichtlichen Vertreters veranlaßt hätte. In diesem Fall würde es gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn der Beklagte hinterher den für ihn gerichtlich bestellten Vertreter dem Kläger gegenüber nicht als seinen Vertreter gelten lassen wollte.

VI. Die Rechtsmittel gegen die Entscheidung.

1. Die Beschwerde.

Ist sie zulässig gegen die Bestellung des Vertreters?

a) Verneinend (Erläuterung α bis λ in Bd. 2, 34ff.; μ bis ξ in Bd 3, 18).

o. DJZ. 17 692 (Posen IV). Gegen die Vertreterbestellung findet keine Beschwerde statt. Durch den angefochtenen Beschluß ist das AG. angewiesen, dem Beklagten als Kriegsteilnehmer einen Vertreter zu bestellen. Die von der Ehefrau des Beklagten eingelegte Beschwerde ist unzulässig, da der Frau des Kriegsteilnehmers das Recht zur Beschwerde gegen eine solche Anordnung nicht zusteht. Unzulässig wäre die

Beschwerde auch dann, wenn man annehmen wollte, daß die Ehefrau die Beschwerde als Vertreterin des abwesenden Beklagten gemäß § 1401 oder 1450 BGB. erhoben hat, denn auch der Kriegsteilnehmer selbst ist zur Einlegung der Beschwerde gegen die Bestellung eines Kriegsvertreters nicht befugt. Es fehlt an der Voraussetzung des § 567 ZPO., daß ein das Verfahren betreffende Gesuch zurückgewiesen ist.

b) Bejahend zu vgl. Bd. 2, 36.

§ 2.

Inhaltsübersicht.

I. Vermögensrechtliche Streitigkeiten I 148.
II. Der Begriff der offenbaren Unbilligkeit I 149. II 38, III 20, IV 738, V 11.
1. Allgemeines II 38, III 20, V 11.
2. Einzelfälle II 40, IV 738, V 12.
a) Der Kriegsteilnehmer ist Gesellschafter II 40, III 21.
α. Offenbare Unbilligkeit bejaht II 40, III 21.
β. Verneint II 41, III 21.
b) Das Geschäft des KT. wird fortgeführt II 42, III 21, V 12.
α. Offenbare Unbilligkeit bejaht II 42, III 21, V 12.
β. Verneint II 42, III 21, V 12.
c) Bedeutung der Verfahrenslage II 43, III 22, V 13.
α. Offenbare Unbilligkeit bejaht II 43, III 22, V 13.
β. Verneint II 44, III 23, V 13.
d) Bedeutung des Verhaltens der KT. II 45, III 23, V 13.
α. Offenbare Unbilligkeit bejaht II 45, III 23, V 13.
β. Verneint II 46.
e) Bedeutung der Art des Anspruchs II 46, III 24, V 14.
α. Anspruch auf Arbeitslohn II 46.
β. Anspruch auf Mietzins und Räumung II 47, III 24.
γ. Anspruch auf Herausgabe von Schriftstücken II 47.
δ. Vaterschafts- und Unterhaltsklag II 47, III 26, V 14.
ε. Interventionsklage II 47, III 26.
f) Bedeutung der Höhe und Sicherheit des Anspruchs II 47.
g) Vermischtes II 48, III 26, IV 738, V 14.
III. Die Stellung des Aussetzungsantrags durch den nach § 1 bestellten Vertreter I 150, III 28.
1. Bejahend I 150, III 28.
2. Verneinend I 150.
IV. Die Entscheidung über den Aussetzungsantrag und ihre Anfechtung I 151, II 48, III 28.
V. Die Unanwendbarkeit des § 2 auf frühere Aussetzungen I 151.

(Abschnitt I in Bd. 1, 148.)

II. Der Begriff der offenbaren Unbilligkeit.

(Zu vgl. die Erläuterung a bis i in Bd. 1, 150, 151.)

1. Allgemeines.

(Erläuterung a bis s in Bd. 2, 38ff., t bis z in Bd. 3, 20.)

aa) RG., WarnE. 17 242. Die Verträge sind nach Ausbruch des Krieges und zu einer Zeit abgeschlossen worden, als der Beklagte mit seiner Einberufung zum Heeresdienste bereits rechnen konnte und mußte. Ferner ist glaubhaft gemacht, daß der Kläger, wie der Beklagte wußte, sich zum Abschlusse des Kaufvertrags gerade deshalb veranlaßt gesehen hat, weil sein einziger Sohn zum Heeresdienste einberufen war, und er selbst, der in dem weit abgelegenen S. in einer großen Brauerei die Stelle eines Prokuristen innehat, ohne wesentliche Nachteile für sein Vermögen und seine Gesundheit sich gleichzeitig und für längere Dauer nicht auch der Fortführung der Wirtschaft in K. unterziehen konnte. Bei dieser Sachlage mußte, dem Antrage des Klägers entsprechend, die Aufhebung des Beschlusses erfolgen, weil die weitere Aussetzung des Verfahrens nach den Umständen des Falles gegenüber dem Kläger offenbar unbillig sein würde.

bb) KGBl. 17 44 (KG. VIII). Es handelt sich um die Anfechtung eines Grundstücksübereignungsvertrags. Der Beklagte muß seine Einwendungen gegen die Anfechtung selbst vorbringen, und es kann nicht davon die Rede sein, daß der Prozeßvertreter des Beklagten, weil er den Vertrag entworfen und weil er in dem Vorprozesse der Kläger gegen den Vater des Beklagten dessen Prozeßvertreter gewesen ist, für den vorliegenden

Rechtsstreit ausreichend informiert sei. Auch aus der Tatsache, daß der Beklagte in letzter Zeit wiederholentlich auf Urlaub in der Heimat gewesen ist, kann nicht gefolgert werden, daß er in Zukunft Gelegenheit haben werde, seinen Prozeßvertreter für den vorliegenden Rechtsstreit mit der erforderlichen Information zu versehen. Das Interesse des Beklagten erfordert somit die Aussetzung des Verfahrens, und es kommt daher nach obigem nicht darauf an, ob die Kläger ein Interesse daran haben, daß der Rechtsstreit nicht bis zur Beendigung des Krieges ausgesetzt bleibt.

cc) OLG. 35 57, SächsA. 17 192 (Dresden). Der Beklagte hat am 2. August 1914 seinen Gewerbebetrieb wegen der Einberufung zum Heere einstellen müssen und vermag aus diesem Grunde nicht für die erforderlichen Mittel zur Deckung der eingeklagten Schuld rechtzeitig zu sorgen. Gerade hieraus ergibt sich, daß ihn, der als Gefangener im besonderen Maße verhindert ist, in die Ordnung seiner privaten Angelegenheiten einzugreifen, lediglich die Tatsache der Kriegsteilnehmerschaft an der Erfüllung des Anspruchs der Klägerin hindert. Ein Fall, in dem die Aussetzung als unbillig oder gar als offenbar unbillig erscheinen könnte, liegt deshalb nicht vor.

2. Einzelfälle.

(Unterabschnitt a in Bd. 2, 40; 3, 21.)

b) Das Geschäft des Kriegsteilnehmers wird fortgeführt.

α. Offenbare Unbilligkeit ist bejaht.

(Erläuterung αα bis ζζ in Bd. 2, 42; ηη in Bd. 3, 21.)

ϑϑ. SächsA. 17 156 (Dresden). Wenn ein Schuldner während seiner Kriegsteilnehmerschaft durch einen Vertreter sein Geschäft weiter fortführt und neue Verbindlichkeiten eingeht, so muß er auch dafür Sorge tragen, daß die daraus entstehenden Verbindlichkeiten erfüllt werden. Die Gläubiger müssen in solchen Fällen damit zu rechnen imstande sein, daß sie bei Nichtbezahlung ihrer Forderungen den Schuldner alsbald in Anspruch nehmen können und nicht bis zur ungewissen Zeit der Aufhebung der Kriegsteilnehmerschaft des Schuldners zu warten brauchen. Ohne diese Erwartung würden sie voraussichtlich dem Kriegsteilnehmer überhaupt keinen Kredit gewähren. Es wäre daher offenbar durchaus unbillig, ihnen die Möglichkeit alsbaldiger Rechtsverfolgung zu versagen. Allerdings wäre es denkbar, daß auch in solchen Fällen aus weiteren besonderen Umständen die Unbilligkeit der Aussetzung entfallen könnte, vor allem wenn erst nach der Kreditgewährung neue Tatsachen infolge der Kriegszustände hervortreten, die die Erfüllung der Verbindlichkeiten erschweren oder unmöglich machen. Solche besondere Umstände aber muß dann der Schuldner behaupten und darlegen.

ιι. DJZ. 17 340 (Dresden IV). Die Beschwerdeführerin will auf Bezahlung von zwei Wechseln klagen, die der Gegner angenommen hat, und von denen der eine am 18., der andere am 23. August 1914 fällig waren. Der Gegner läßt durch seine Frau sein Geschäft in gewissem Sinne fortführen und manche Schulden ratenweise tilgen. Unter diesen Umständen ist es offenbar unbillig, wenn der Gesuchstellerin die Möglichkeit genommen wird, die Wechsel jetzt einzuklagen, denn sie sind längst fällig, und doch hat der Schuldner Abzahlungen auf sie nicht leisten lassen. Dazu kommt, daß andere Gläubiger neuerdings Schuldtitel gegen den Gesuchsgegner erwirkt und vollstreckt haben. Danach ist in Beachtung der Beschwerde dem Gegner ein Vertreter i. S. der BRBO. vom 14. Januar 1915 über die Vertretung der Kriegsteilnehmer in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zu bestellen.

β. Offenbare Unbilligkeit ist verneint.

(Erläuterung αα bis ιι in Bd. 2, 42ff.; κκ bis μμ in Bd. 3, 21.)

νν. OLG. 35 59 (KG. II). Wenn auch die Ehefrau des Beklagten dessen Geschäft und Landwirtschaft fortführt, so ist doch glaubhaft gemacht, daß sie in beiden Betrieben

unerfahren ist und die Betriebe unter ihrer Leitung erheblich zurückgehen. Es muß also mangels der Voraussetzungen für die Ausnahme bei der Regel des § 3[2] KTSchG. verbleiben, daß dem Aussetzungsantrage des Vertreters stattzugeben ist. Daß bei dieser Sachlage auch die Voraussetzungen für die Bestellung des Vertreters fehlen, ändert nichts in seinen Befugnissen, solange die Bestellung nicht rückgängig gemacht ist.

c) Bedeutung der Verfahrenslage.

α. Offenbare Unbilligkeit ist bejaht.

(Erläuterung αα bis ηη in Bd. 2, 43ff.; ϑϑ bis ξξ in Bd. 3, 22ff.)

οο. DJZ. 17 342 (Karlsruhe I). Der Aussetzungsantrag des nach mehrjähriger Prozeßführung auch in der Berufungsinstanz mit seinem Zahlungsbegehren abgewiesenen Klägers stützt sich auf seine erst nach Schluß der mündlichen Verhandlung erfolgte Einberufung zu einem mobilen Truppenteil und die dadurch herbeigeführte Unmöglichkeit persönlicher Besprechung mit seinem Prozeßbevollmächtigten über die Aussichten der beabsichtigten Revision. Da nach völliger Klarstellung der Sachlage dazu weitere tatsächliche Aufklärungen nicht mehr zu geben sind und es sich in der Revisionsinstanz bloß noch um reine Rechtsfragen handeln kann, deren Beurteilung dem Kläger doch nicht möglich ist, vermag er seine Entschließung gerade so gut auf Grund schriftlicher Rateinholung seines Prozeßbevollmächtigten zu treffen; dagegen würde die erneute Verschleppung der endgültigen Erledigung des Rechtsstreits dem Beklagten erhebliche Nachteile bringen, und es wäre daher dessen Aussetzung im gegenwärtigen Stadium jedenfalls offenbar unbillig.

β. Offenbare Unbilligkeit ist verneint.

(Erläuterung αα bis γγ in Bd. 2, 44ff.; δδ bis ζζ in Bd. 3, 23.)

ηη. RG. III, WarnE. 17 146, JW. 17 544, LeipzZ. 17 663. Ist auch bei der Natur der Revision, die nur Rechtsfragen zur Entscheidung stellen kann, eine persönliche Beteiligung des Kriegsteilnehmers am Prozeßbetriebe nicht erforderlich, so darf es ihm doch auch nicht versagt werden, die Durchführung der Revision mit seinem Anwalt persönlich zu besprechen.

d) Bedeutung des Verhaltens des Kriegsteilnehmers.

α. Offenbare Unbilligkeit ist bejaht.

(Erläuterung αα bis γγ in Bd. 2, 45; δδ, εε in Bd. 3, 24.)

ζζ. LeipzZ. 17 884, SächsA. 17 194 (Dresden III). Wer sich auf den Kriegsteilnehmerschutz berufen will, muß sich seinem Gläubiger gegenüber so verhalten, wie es Treu und Glauben im Verkehr erfordern. Der Beklagte konnte bei der erheblichen Störung nicht damit rechnen, daß er seinen Zahlungsverpflichtungen aus den bevorstehenden Lieferungen des Klägers ordnungsgemäß werde nachkommen können, und hat auch nicht damit gerechnet. Deshalb war es seine Pflicht, dem Kläger von seiner Einziehung und der dadurch völlig geänderten Lage seines Geschäfts alsbald Mitteilung zu machen. Hätte der Kläger trotzdem auf Abnahme der Ware bestanden, so würde der Beklagte mit Recht den Kriegsteilnehmerschutz in Anspruch nehmen können. Dagegen widerspricht es der Anschauung der billig und gerecht Denkenden, wenn ein Kriegsteilnehmer trotz seiner Einziehung ohne Aufklärung seines Vertragsgegners zwar den Nutzen aus einem Geschäfte zieht, sich den Verpflichtungen aus dem Geschäfte aber durch Berufung auf den Kriegsteilnehmerschutz zu entziehen sucht.

ηη. LeipzZ. 17 885 (Dresden III). Der Beklagte, 44 Jahre alt, mußte bereits zur Zeit der Bestellung der Waren, deren Bezahlung jetzt der Kläger fordert, mit seiner bald darauf erfolgten Einberufung zum Heere und deren Folgen für sein Geschäft rechnen. Treu und Glauben im Verkehre erforderten es, daß er bei seinen geschäftlichen Maßnahmen die in naher Aussicht stehende Veränderung seiner persönlichen Verhältnisse berücksichtigte.

Wenn er trotzdem das Geschäft abschloß und sich die Ware liefern ließ, also den Nutzen aus dem Geschäfte trotz der zu erwartenden Einberufung zum Heere zog, so widerspricht es der Anschauung der billig und gerecht Denkenden, wenn er sich den Verpflichtungen aus dem Geschäfte durch Berufung auf den Kriegsteilnehmerschutz entziehen will.

c) Bedeutung und Art des Anspruchs.

(Unterabschnitte α bis γ in Bd. 2, 46ff.; 3, 24ff.)

δ. Vaterschafts- und Unterhaltsklage.

(Erläuterung $\alpha\alpha$, $\beta\beta$ in Bd. 2, 47; $\gamma\gamma$ bis $\varkappa\varkappa$ in Bd. 3, 25.)

$\lambda\lambda$. Dittmann, BayRpflZ. 17 113. Wird neben der Leistungsklage auf Unterhalt die selbständige Feststellungsklage auf Anerkennung der Vaterschaft erhoben, so wird man, wenn die Klagepartei der Aussetzung widerspricht und diese offenbar unbillig ist, nicht umhin können, das Verfahren bezüglich der beiden Ansprüche zu trennen (§ 145 ZPO.), wegen des Feststellungsanspruchs auszusetzen, wegen des Unterhaltsanspruchs dagegen der Klage ihren Fortgang zu lassen.

(Abschnitt ι in Bd. 2, 47.)

g) Vermischtes.

(Erläuterung α bis γ in Bd. 2, 48; δ bis λ in Bd. 3, 26; μ in Bd. 4, 738.)

ν. BadRpr. 17 22 (LG. Mannheim). Die Zinsen einer Hypothek teilen den Rang der Hauptschuld nur insoweit, als es sich um die laufenden und die aus den letzten 2 Jahren rückständigen Beträge handelt. § 10 Abs. 1 Ziff. 4, § 13 ZVG. Die älteren Rückstände treten hinter die übrigen Hypotheken und den betreibenden Gläubiger zurück, § 10 Ziff. 8 ZVG. Die Zinsen sind halbjährlich zu zahlen, am 15. Juni 1916 waren die Zinsen von 3 Jahren fällig. Bei einem Teil der Zinsen ist also der Verlust des Ranges der Hypothek schon eingetreten. Wird es der Gläubigerin nicht ermöglicht, eine Beschlagnahme des Grundstücks herbeizuführen, dann verlieren auch weitere Zinsen den Rang der Hauptschuld, § 13 ZVG. Die Gläubigerin ist also in Gefahr, überhaupt ihre Zinsforderung zu verlieren. Dem Rangverlust der Gläubigerin steht ein Vorteil des Schuldners nicht gegenüber. Denn die Zinsen sind dinglich gesichert, nur haben sie Rang hinter den eben bezeichneten Beteiligten der Zwangsversteigerung. Diesen kommt also der Vorteil zu, der dem Nachteil der Gläubigerin entspricht. Dies ist ein Ergebnis, dessen Unbilligkeit ohne weiteres ersichtlich ist. Daher ist die Bestellung eines Vertreters für den Kriegsteilnehmer erforderlich.

ξ. OLG. 35 59 (KG. XIX). Der beantragten Aussetzung steht der Umstand, daß für den Beklagten der Vorsitzende einen Vertreter bestellt hat, an sich nicht entgegen. Denn über den Aussetzungsantrag eines Kriegsteilnehmers hat das Prozeßgericht zu entscheiden; dieser Entscheidung kann die lediglich durch den Vorsitzenden erfolgende Bestellung eines Vertreters nicht vorgreifen. Im Gegenteil soll diese Bestellung die Entscheidung über die Aussetzung nur vorbereiten, da die Verhandlung und Entscheidung darüber, ob die Aussetzung offenbar unbillig ist, erst möglich ist, wenn der Kriegsteilnehmer im Rechtsstreit einen Vertreter hat. Hiernach hat das Prozeßgericht selbständig zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Aussetzung gegeben sind; ebenso OLG. 35 59 (Naumburg III).

o. DJZ. 17 531 (Karlsruhe II). Die BRVO. ist eine Ergänzung des KTSchG. vom 4. August 1914, das seinerseits eine Abänderung der ZPO. enthält, deren Vorschriften für die Zulässigkeit der Rechtsmittel daher wie auf dieses so auch auf jene Anwendung finden; nach § 567 ZPO. ist aber gegen den einem Antrag stattgebenden Beschluß keine Beschwerde zulässig. Dem bestellten Vertreter des im Felde stehenden Beklagten bleibt es aber unbenommen, gemäß § 3 Abs. 2 des KTSchG. Aussetzung des Verfahrens zu beantragen.

π. LeipzZ. 17 884 (Dresden IV). Der Beklagte hat nicht bestritten, daß der Klageanspruch entstanden sei, sondern nur eingewendet, erstens der Anspruch sei nun auf den G. übertragen, zweitens, der Kläger könne Erfüllung nur gegen Herausgabe gewisser Wechsel verlangen. Auf Antrag des Beklagten ist über diese Einwendungen G. am 6. Juli 1916 als Zeuge vernommen worden. Hätte der Beklagte irgendetwas zu den Beweisergebnissen ausführen oder noch weitere Beweise für die Richtigkeit seiner Einwendungen anbieten wollen, so konnte er seinen Prozeßbevollmächtigten entsprechend unterrichten, noch ehe er selbst am 31. August 1916 in das Feld rückte. Unter diesen Umständen würde die Aussetzung offenbar unbillig sein, denn die Entscheidung des Rechtsstreits würde durch sie verzögert werden und der Beklagte hätte die Verzögerung vermeiden können. Er war, schon als der Rechtsstreit begann, zum Heeresdienst einberufen und mußte bereits zur Zeit der Beweisaufnahme damit rechnen, daß er nicht im Inlande bleiben, sondern gegen den Feind verwendet werden würde.

§ 3.

Inhaltsübersicht.

1. Der Begriff der besonderen Kosten I 151, II 49, III 29, V 15.
2. Der Auslagenvorschuß I 152, II 49, III 30.
3. Die Kostenentscheidung I 152, II 50.
4. Muß der Kriegsteilnehmer die Kosten dem Gegner erstatten? I 153.
   a) Bejahend I 153.
   b) Verneinend I 163.
5. Kann der Vertreter Ersatz seiner Kosten von dem Kriegsteilnehmer verlangen? I 163, II 50, III 31.

1. Der Begriff der besonderen Kosten.

(Erläuterung a bis h in Bd. 1, 151, 152; i bis n in Bd. 2, 49; r, s in Bd. 3, 29).

t) DJZ. 17 620, JW. 17 617, LeipzZ. 17 885, OLG. 35 35, Recht 17 273 Nr. 602 (Hamburg VI). Nach richtiger Ansicht sind unter „besonderen Kosten" diejenigen Kosten zu verstehen, welche vermieden worden wären, wenn der Beklagte kein Kriegsteilnehmer wäre und daher die Bestellung eines Kriegsvertreters nicht erforderlich geworden wäre. Auch im vorliegenden Falle hätte sich der Beklagte im Anwaltsprozesse durch einen Anwalt vertreten lassen müssen; die aus der Vertretung des Beklagten erwachsenden Anwaltskosten gehören daher nicht zu den besonderen Kosten, welche Kläger zu tragen hat. Daß andere Kosten entstanden sind, dafür liegt kein Anhalt vor. Damit entfällt die Möglichkeit einer Vorschußpflicht des Klägers. Wenn man überhaupt eine Vorschußpflicht des Antragstellers in diesem Verfahren annehmen will, so kann sie sich doch nur auf Vorschüsse für die besonderen Kosten beziehen; dagegen kann ihm nicht zugemutet werden, Vorschüsse für Kosten des Anwalts zu zahlen, die er nicht zu tragen hat (Güthe-Schlegelberger I 152, II 49, III 30ff.). Das Gericht kann daher dem Gegner die Zahlung eines Kostenvorschusses nicht auferlegen. Ob der Kriegsvertreter, ohne für seine Kosten einen Vorschuß zu haben, für den Kriegsteilnehmer auftreten muß, ist hier nicht zu entscheiden.

u) OLG. 35 37, SächsOLG. 38 216; SächsA. 17 111 (Dresden IV). Die Gebühren eines zum Vertreter bestellten Rechtsanwalts sind keine besonderen, durch die Bestellung des Vertreters entstandenen Kosten, die der Gegner des Kriegsteilnehmers auch im Falle seines Obsiegens zu tragen hat (§ 3 der VO. v. 14. 1. 15), sondern Kosten, die im Rahmen des Rechtsstreits normalerweise entstanden, nicht über diese Kosten hinaus ausschließlich durch die Bestellung eines Vertreters verursacht sind. Zu solchen besonderen Kosten werden sie nicht deshalb, weil sie mittelbar infolge der Bestellung eines Vertreters durch dessen Tätigkeit im Prozesse erwachsen sind und dessen Entlohnung hierfür zum Gegenstande haben.

v) DJZ. 17 251 (Naumburg V). Der zum Vertreter bestellte Rechtsanwalt hat keinen Anspruch auf Kostenvorschuß gegenüber dem Gegner.

§ 4.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 1, 154; 8 bis 11 in Bd. 2, 51; 12 bis 14 in Bd. 3, 31.)

15. HansGZ. 17 Beibl. 159, JW. 17 491, LeipzZ. 17 685 (Hamburg VI). Nachdem einmal der Aussetzungsbeschluß ergangen war, konnte der Kläger die Aussetzung vor ihrer natürlichen Beendigung nur dadurch beseitigen, daß er den Gegner zur Aufnahme des Verfahrens und zur Verhandlung über die Hauptsache lud. Dieser Weg war schon in dem Gesetz vom 4. August 1914 im Rahmen der damaligen Anwendungsfälle vorgesehen, § 4. In der BO. vom 14. Januar 1915 wird dieses Verfahrens zwar nur in der Übergangsbestimmung des § 4 gedacht; aber es erscheint nicht angebracht, mit dem KG., DJZ. 1915 525 (in Bd. 1, 154), durch Gegenschluß anzunehmen, daß für Fälle, welche zeitlich nach dem Inkrafttreten der neuen Verordnung eintreten, das Aufnahmeverfahren beseitigt sein sollte. Die Übergangsbestimmung hat offenbar nichts anderes bezweckt, als die Anwendung der neuen Verordnung auf Aussetzungsbeschlüsse auf Grund der früheren Verordnung zu ermöglichen. Sie hat dabei das einzuschlagende Verfahren nochmals hervorgehoben. Zu vgl. auch Wagner in Bd. 3, 32.

Daß gleichzeitig für das Verfahren auf Grund der neuen BO. der regelmäßige Weg (ZPO. §§ 239 ff.) verlassen werden sollte, ist um so weniger anzunehmen, als dies ausdrücklich erst bei der späteren BO. vom 20. Januar 1916 § 2 geschehen ist.

4. Bek. zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile vom 20. Januar 1916. (RGBl. 47.)

Wortlaut in Bd. 2, 51; Begründung in Bd. 3, 32.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten III 33.
II. Anwendung auf Österreicher? III 33.
III. Gestattet ist die Aussetzung III 34.
1. Klageerhebung ist zulässig III 34.
2. Keine entsprechende Anwendung der §§ 5 bis 8 KTSchG. III 34, IV 738.
IV. Voraussetzung der Aussetzung III 34.
V. Ablehnung der Aussetzung wegen offenbarer Unbilligkeit III 35, V 16.
1. Allgemeines III 35.
2. Fälle der Bejahung offenbarer Unbilligkeit III 35, V 16.
3. Fälle der Verneinung offenbarer Unbilligkeit III 36, V 17.

(Abschnitt I, II in Bd. 3, 33; III in Bd. 3, 33; 4, 738; IV in Bd. 3, 34.)

V. Ablehnung der Aussetzung wegen offenbarer Unbilligkeit.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 3, 35.)

2. Fälle der Bejahung offenbarer Unbilligkeit.

(Erläuterung a bis f in Bd. 3, 35, 36.)

g) DJZ. 17 340, HessRspr. 17 21 (Darmstadt II). Der Antrag des Beklagten auf Aussetzung des Verfahrens zufolge §§ 2, 3 KTSchG. wurde abgelehnt, da Beklagter zurzeit keinem mobilen oder gegen den Feind verwendeten Truppenteil angehört, vielmehr sich seit September 1916 in deutschen Hilfslazaretten, weit entfernt von der Front und ohne Verbindung mit seinem Truppenteil, befindet, sonach, wie auch der Stationsarzt bestätigt hat, in einem immobilen Militärverhältnis steht. Allerdings kann ihm auch in dieser Stellung laut Bekanntmachung des Reichsk. vom 20. Januar 1916 die Aussetzung gewährt werden, wenn er dadurch an der Wahrnehmung seiner Rechte gehindert wäre, wie ihm nachzuweisen obliegt. Er hat aber einen solchen Nachweis gar nicht versucht, und die Einfachheit der Streitsache würde den Beklagten auch als Kranken befähigen, seinem Anwalt Auskunft und Anweisung zu erteilen. Überdies wäre — selbst den Fall der Behinderung des Beklagten unterstellt — eine Aussetzung im Fragefall offenbar unbillig: die anscheinend einwandfreien Klageansprüche betreffen Forderungen aus

Lieferungen für das Zigarrengeschäft des Beklagten, das in dessen Abwesenheit von seiner Ehefrau geführt wird; diese ist imstande, selbst oder nach Benehmen mit dem Beklagten betreffs des Prozesses zu verfügen, und Kläger, der selbst Verpflichtungen hat, braucht sich nicht hinhalten zu lassen.

3. Fälle der Verneinung offenbarer Unrichtigkeit.
(Zu vgl. Bd. 3, 36.)

a) MecklZ. 35 193 (Rostock I). Nach von dem Vertreter des Beklagten überreichten Postkarten, die von dem jetzigen Leiter des Geschäfts herrühren und an deren sachlichem Inhalt zu zweifeln kein Anlaß vorliegt, ist der Beklagte nicht erst jetzt eingezogen, sondern hat schon seit längerer Zeit zur Heeresmacht gehörig und ist nur wegen Heereslieferungen zeitweilig beurlaubt gewesen. In dieser seiner Tätigkeit ist er anscheinend andauernd auf Reisen gewesen und hat sich während der hier in Betracht kommenden Zeit auch in Lothringen und in Rußland aufgehalten. Infolgedessen haben, wie jene Postkarten gleichfalls erkennen lassen, die Mitteilungen seines Vertreters den Beklagten nicht immer derart erreicht, daß er daraufhin die erforderlichen Anweisungen noch rechtzeitig hat geben, bzw. daß er zu den angesetzten Terminen noch hat erscheinen können. Für eine Verschleppungsabsicht des Beklagten geben deshalb alle diese Umstände nichts her. Da weitere Umstände, aus denen auf eine offenbare Unbilligkeit geschlossen werden könnte, nicht ersichtlich sind, so war dem Antrage des Vertreters des Beklagten entsprechend die Aussetzung des Verfahrens anzuordnen.

b) MecklZ. 35 193 (Rostock I). Es ist zwar richtig, daß der Rechtsstreit schon seit dem Februar d. J. schwebt und daß der Beklagte über einzelne Punkte seinem Rechtsanwalte die nötigen Anweisungen erteilt, ihn aber über andere Punkte trotz mehrfacher Aufforderungen nicht unterrichtet hat. Es ergibt sich auch ferner aus den Akten, daß die Auskunftserteilungen auch vielfach so spät vor den Terminen eingegangen sind, daß deren Verlegung notwendig wurde und daß der Beklagte zu mehreren Terminen, zu denen sein persönliches Erscheinen angeordnet ist, nicht gekommen ist. Aber es entspricht nicht der Sachlage, wenn der angefochtene Beschluß aus diesen Tatsachen allein auf die Absicht des Beklagten geschlossen hat, durch sein Verhalten den Prozeß in die Länge zu ziehen.

5. Bek. betr. das Verfahren bei Zustellungen vom 22. Dezember 1915. (RGBl. 833.)

Wortlaut in Bd. 2, 8; Begründung in Bd. 3, 37.

§§ 1, 2.

Zu vgl. die Erläuterungen in Bd. 2, 252.
(Erläuterungen 1 bis 6 in Bd. 3, 37ff.)

7. DJZ. 17 342 (Hamm I). Das Urteil vom 7. Dezember 1914 war am 23. Dezember 1914 beiden Prozeßvertretern zugestellt worden, für die Beklagte dem RA. G. Letzterer war einberufen seit Kriegsbeginn als Unteroffizier eines Landsturmbataillons, gehörte also zum aktiven Heere. Daher war die Zustellung unwirksam, weil sie nicht gemäß § 172 ZPO. an seinen Kompagnieführer erfolgt war. Dadurch war, da die Berufungsfrist für die Beklagte von der Zustellung des Urteils an ihren Vertreter ablief, der ihr günstige Zustand eingetreten, daß ihr gegenüber das Urteil noch nicht als zugestellt galt und die Ber.-Frist noch nicht lief. Erst mit Inkrafttreten der Bekanntmachung des RK. vom 22. Dezember 1915 betr. Verfahren bei Zustellungen änderte sich dies. Danach wurde die Zustellung des Urteils vom 23. Dezember 1914 wirksam und das Scheidungsurteil auch der Beklagten gegenüber schon seit dem 23. Januar 1915 rechtskräftig. Für die Frage der Wiedereinsetzung liegt die Erwägung nahe, daß es als unabwendbarer Zufall gemäß § 233 ZPO. angesehen werden müsse, wenn durch ein unvermutetes neues Gesetz plötzlich die Notfrist, die nach der ZPO. noch gar nicht lief, für abgelaufen erklärt

wird. Eine Auslegung jener Bekanntmachung führt aber dahin, daß für einen solchen Fall der allgemein gültige Wiedereinsetzungsfall des § 233 ZPO. nicht Platz greifen soll. Jene Bekanntmachung bestimmt in § 2 einen besonderen Wiedereinsetzungsgrund. Wird durch sie eine Notfrist in Lauf gesetzt, so ist die Wiedereinsetzung zu erteilen, wenn die Einlegung des Rechtsmittels im Vertrauen auf die Unwirksamkeit der Zustellung unterlassen ist. Also nur die Kenntnis, daß die Zustellung, weil sie nicht nach § 172 ZPO. erfolgt ist, der Wirksamkeit entbehre, soll durch den Rechtsbehelf der Wiedereinsetzung geschützt werden. Wer nichts davon gewußt und eine Zustellung nach den Vorschriften der ZPO. für wirksam gehalten hat, bedarf jenes Schutzes nicht, denn er steht infolge der Bekanntmachung nicht ungünstiger, als er nach seiner Auffassung der Sachlage schon vorher gestanden hat. Für diesen Fall sind die allgemeinen Wiedereinsetzungsgründe der ZPO. nicht anwendbar.

8. RG. VII, JW. 17 298, WarnE. 17 49. Aus § 1 VO. ist nicht zu entnehmen, daß mit der dort getroffenen Vorschrift neues Recht geschaffen worden sei. Durch diese Vorschrift sollten nur Zweifel gelöst werden, die über die Bedeutung des § 172 in der Rechtslehre hervorgetreten waren. Sie hat ausdrücklich bestimmt, was richtiger Auffassung nach schon vorher Rechtens war.

§ 3.

RG. JW. 17 298. Der § 3 VO. wirkt als oder wie eine unmittelbar kraft Gesetzes eintretende Wiedereinsetzung.

(Bek. Nr. 6 in Bd. 1, 156; 3, 39; 4, 739.)

7. Bek. über die freiwillige Gerichtsbarkeit und andere Rechtsangelegenheiten in Heer und Marine. Vom 8. März 1917. (RGBl. 219.)

[BR.] § 1. Die im Felde (§ 5 des Einführungsgesetzes zur Militär-Strafgerichtsordnung) von einer militärischen Urkundsperson aufgenommenen oder von einer militärischen Behörde oder einer der im § 1 Nr. 1, 6, 7, 8 der Militär-Strafgerichtsordnung bezeichneten Personen errichteten Urkunden bedürfen zu ihrer Rechtsgültigkeit keiner Ortsangabe. Sie sollen die Bezeichnung der Dienststelle enthalten, der der Aufnehmende oder Errichtende angehört; wird die Erklärung eines anderen aufgenommen, so soll auch die Dienststelle, der dieser angehört, in der Urkunde bezeichnet werden.

§ 2. Der öffentlichen Beglaubigung der Unterschrift eines Deutschen, der sich als Kriegsgefangener in feindlicher Gewalt befindet, steht es gleich, wenn zwei weitere Kriegsgefangene schriftlich bezeugen, daß die Unterschrift von dem durch sie Bezeichneten herrührt. Die Zeugen müssen deutsche Militärpersonen sein und mindestens im Range eines Unteroffiziers stehen.

Zum Beweise der Echtheit einer solchen Urkunde genügt ein schriftliches, mit dem Dienstsiegel oder -stempel versehenes Zeugnis einer ausländischen Dienststelle, der die Unterschriftszeugen unterstehen.

§ 3. Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 dieser Verordnung gelten für alle nach dem 1. August 1914 aufgenommenen oder errichteten Urkunden der bezeichneten Art.

§ 4. Die im § 1 Nr. 1, 6, 7, 8 der Militär-Strafgerichtsordnung bezeichneten Personen können im Felde die weitere Beschwerde gemäß § 27 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und gemäß § 78 der Grundbuchordnung durch Erklärung zum Protokoll eines Kriegsgerichtsrats, eines Oberkriegsgerichtsrats, eines Disziplinarvorgesetzten, eines vorgesetzten Beamten oder eines Gerichtsoffiziers einlegen.

Die Einlegung der Beschwerde in der bezeichneten Form genügt im Falle der sofortigen weiteren Beschwerde zur Wahrung der Notfrist.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung [10. 3.] in Kraft.

Literatur.

Dronke, Die BRVO. über die freiwillige Gerichtsbarkeit usw. in Heer und Marine v. 8. März 1917, JW. 17 499. Josef, Die BRVO. v. 8. März 1917 in ihrer Einwirkung auf die Tätigkeit des Nachlaßgerichts, Recht 17 377. — Rausnitz, Zur Bek. über die freiwillige Gerichtsbarkeit usw. in Heer und Marine, DJZ. 17 419.

§ 2.

1. Dronke a. a. O. 501, Rausnitz a. a. O. 17 419. Der Vermerk „beglaubigt" genügt. Unter der Bezeichnung „Beglaubigung einer Unterschrift" ist auch die eines Handzeichens zu verstehen.

2. Marcus, ZBlFG. 17 514. Der bloße Vermerk: „für die Echtheit" oder „Echt" in der ausländischen Dienstsprache über oder neben dem Dienststempel einer den Unterschriftszeugen vorgesetzten Dienststelle dürfte genügen; auch für die Erklärung der beiden weiteren Kriegsgefangenen würde dieses Wort oder ein ähnliches, wie z. B.: „Beglaubigt", schon ausreichen, vorausgesetzt, daß durch seine Stellung unter oder neben der zu beglaubigenden Unterschrift oder aus dem Inhalte des darüberstehenden Schriftstücks sich zweifelsfrei erkennen ließe, wessen Unterschrift beglaubigt wird. Die Gültigkeit der Beglaubigung dürfte ferner keinem Bedenken unterliegen, wenn das Zeugnis der Unterschriftszeugen und das der ausländischen Dienststelle weder den Ort noch den Tag ihrer Ausstellung enthielten. Nur eine freie Auslegung kann dem Zwecke der neuen Vorschrift: den Rechtsverkehr der kriegsgefangenen Deutschen zu ermöglichen und zu erleichtern, gerecht werden. Aus diesem Grunde ist sie auch auf die Beglaubigung eines Handzeichens entsprechend anzuwenden.

§ 3.

1. Josef a. a. O. 377. War der Erbscheinsantrag auf Grund der früheren Rechtslage abgelehnt, so hat das AG. ihm im Falle einer Wiederholung nunmehr auch dann stattzugeben, wenn die erste und weitere Beschwerde gegen die Ablehnung zurückgewiesen waren.

2. Josef a. a. O. 378. Ist entsprechend der früheren Rechtslage wegen Ungültigkeit des Testamentes der Erbschein dem gesetzlichen Erben erteilt, so ist dieser Erbschein nunmehr einzuziehen.

§ 4.

König, Recht 17 186. Um den Übelständen vollständig vorzubeugen, hätte die BO. auch auf den Fall der sofortigen Beschwerde erstreckt werden und in ihrem § 4 Abs. 2 den Satz enthalten müssen, daß es auch bei der Einlegung der sofortigen Beschwerde, die an sich nicht an eine Form gebunden ist, zu der Wahrung der Frist ausreicht, wenn sie vor einer der im Abs. 1 genannten Personen zu Protokoll erklärt ist; ebenso Rausnitz a. a. O.

II. Das Sonderrecht der österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer.

(Bek. Nr. 1, 2 in Bd. 1, 166, 167.)

3. Bek. über die Ausdehnung der BO. zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile vom 20. Januar 1916 (RGBl. 47) auf Angehörige der österreichisch-ungarischen Wehrmacht. Vom 28. Juni 1917. (RGBl. 567.)

[BR.] § 1. Im Sinne der Verordnung zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile vom 20. Januar 1916 (RGBl. S. 47) stehen die deutsche und die österreichisch-ungarische Land- und Seemacht sowie die deutschen und österreichisch-ungarischen Festungen einander gleich.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [29. 6.] in Kraft.

B. Geltendmachung von Ansprüchen während der Kriegszeit.

Übersicht.

I. Maßnahmen zugunsten des Schuldners.

*1. Bek. über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen, v. 7. August 1914 (RGBl. 359) in der Fassung der Verordnung v. 20. Mai 1915 (RGBl. 290) 22
2. Bek. über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung, v. 18. August 1914 (RGBl. 377) in der Fassung der Verordnung v. 20. Mai 1915 (RGBl. 292) . . . . . .
3. Bek., betr. Änderung der Verordnungen über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und über die Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung (RGBl. 1915, 290, 292), v. 8. Juni 1916 (RGBl. 451) . .
4. Bek. über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer, v. 8. Juni 1916 (RGBl. 452) . . . . . .
5. Bek., betr. die Bewilligung von Zahlungsfristen bei Hypotheken und Grundschulden, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 543) in der Fassung der Verordnung v. 20. Mai 1915 (RGBl. 293) . . . . . .
*6. Bek. über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, v. 8. Juni 1916 (RGBl. 454). 27
*7. Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, v. 7. August 1914 (RGBl. 360). 44
8. Bek., betr. die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens, v. 8. August 1914 (RGBl. 363). . . . . .
*9. Bek. über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses, v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1363) 50
10. Bek. über die Unverbindlichkeit gewisser Zahlungsvereinbarungen, v. 28. September 1914 (RGBl. 417) . . . . . .
11. Bek., betr. Verbot des Agiohandels mit Reichsgoldmünzen, v. 23. November 1914 (RGBl. 481) . . . . . .
12. Bek. über das Mindestgebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen, v. 8. Oktober 1914 (RGBl. 427) . . . . . .
13. Bek. über die Sicherheitsleistung mit Wertpapieren, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 541) . . . . . .
14. Bek., betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 25. Februar 1915 (RGBl. 111) . . . . . .
15. Bek. des Reichskanzlers, betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 25. Februar 1915 (RGBl. 112) . . . . . .
16. Bek. des Reichskanzlers, betr. Verbot von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 17. März 1915 (RGBl. 154) . . . . . .
17. Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 22. Januar 1916 (RGBl. 54) . . .
18. Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 29. August 1916 (RGBl. 993) . . .
*19. Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw., v. 7. Juli 1917 (RGBl. 635) 128

20. Bek. über die Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen, v. 17. Mai 1915 (RGBl. 285) . . . . . .
*21. Bek. über die Pfändung des Ruhegeldes der im Privatdienst angestellten Personen v. 22. März 1917 (RGBl. 254) 128
22. Bek. über das Kündigungsrecht der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern, v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 642) . . . . . .
23. Bek. zum Schutze von Kriegsflüchtigen, v. 8. Februar 1917 (RGBl. 113) . .
*24. Bek. des Reichskanzlers über Bestimmung des Kriegsgebiets im Sinne der VO. zum Schutze von Kriegsflüchtigen v. 8. Februar 1917 (RGBl. 1917), v. 26. Februar 1917 (RGBl. 192) 128

II. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers.

1. Bek., betr. die Abtretung und Pfändung der Forderungen an die Kriegskasse aus der Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren, v. 12. August 1914 (RGBl. 370) . . . . . .
2. Bek. über die Zahlung der Vergütung für die Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren an die Militärbehörde, v. 24. August 1914 (RGBl. 384)
3. Bek. über die Versagung des Zuschlags bei der Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens, v. 10. Dezember 1914 (RGBl. 499)
*4. Bek. über die Verjährungsfristen, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 543) . . . 128
5. Bek. über die Verjährungsfristen, v. 4. November 1915 (RGBl. 732) . . .
6. Bek. über Verjährungsfristen des Seerechts, v. 9. Dezember 1915 (RGBl. 811)
7. Verordnung über die Verjährungsfristen v. 26. Oktober 1916 (RGBl. 1198)
*8. Bek. über Verjährungsfristen im Wechselrechte v. 19. Juli 1917 (RGBl. 635) 129

III. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers und des Schuldners.

*1. Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse, v. 4. August 1914 (RGBl. 327). 130

Hierzu:

Bek., betr. weitere Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts, v. 29. August 1914 (RGBl. 387) § 1 . . . . . .
Bek., betr. die Verlängerung der Fristen für Wechsel- und scheckrechtliche Handlungen, v. 7. August 1914 (RGBl. 361) . . . . . .
Bek., betr. Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts, v. 6. August 1914 (RGBl. 357) . . . . . .
Bek., betr. Aufhebung der für die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts angeordneten dreißigtägigen Verlängerung, v. 17. Mai 1915 (RGBl. 284)
Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen, Ostpreußen usw., v. 4. März 1915 (RGBl. 129) und 17. Mai 1915 (RGBl. 284)
*Bek. über denselben Gegenstand v. 22. Juni, 21. Oktober 1915 (RGBl. 450, 677), 6. Januar, 13. April, 13. Juli, 5. Oktober 1916 (RGBl. 2, 273, 694, 1133) und 28. Juni 1917 (RGBl. 566) 130

2. Bek., betr. Änderung der Postordnung:
a) v. 6. August 1915 (RGBl. 357) . . . . . .
b) α. v. 27. September 1914 (RGBl. 419) . . . . . .
β. v. 16. März 1915 (RGBl. 153) . . . . . .
γ. v. 22. Mai 1915 (RGBl. 302) . . . . . .
c) v. 26. Oktober 1914 (RGBl. 457) . . . . . .
d) v. 23. Juli 1915 (RGBl. 474) . . . . . .
e) v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 678) . . . . . .
f) v. 16. April 1916 (RGBl. 287) . . . . . .
g) v. 17. Juli 1916 (RGBl. 753) . . . . . .

h) v. 9. Oktober 1916 (RGBl. 1153) . . . . . .
i) v. 7. Januar 1917 (RGBl. 23) . . . . . .
k) v. 30. März 1917 (RGBl. 301) . . . . . .
*l) v. 3. Juli 1917 (RGBl. 587) 131
*3. Bek., betr. die Fälligkeit im Ausland ausgestellter Wechsel:
a) v. 10. August 1914 (RGBl. 368) 131
b) v. 12. August 1914 (RGBl. 369) 131
c) v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 448) 131
d) v. 18. Januar 1915 (RGBl. 23) 131
*4. Bek., betr. Einigungsämter, v. 15. Dezember 1914 (RGBl. 511) 132
*5. Bek. zum Schutze der Mieter, v. 26. Juli 1917 (RGBl. 659) 132
Hierzu:
*Anordnung des Reichskanzlers für das Verfahren vor den Einigungsämtern, v. 26. Juli 1917 (RGBl. 661) 133
*6. Bek. über die Zwangsverwaltung von Grundstücken, v. 22. April 1915 (RGBl. 233) 134
7. Bek. über den dinglichen Rang öffentlicher Lasten, v. 22. April 1915 (RGBl. 235)
*8. Bek. über wiederkehrende öffentliche Lasten von Grundstücken, v. 12. Juli 1917 (RGBl. 604) 136
*9. Bek. über die Todeserklärung Kriegsverschollener, v. 18. April 1916 (RGBl. 296) 136
*10. Bek. über das Verfahren bei der Todeserklärung Kriegsverschollener, v. 9. August 1917 (RGBl. 702) 138
*11. Bek. der neuen Fassung der Bek. zu 8, v. 9. August 1917 (RGBl. 703) . . 138

I. Maßnahmen zugunsten des Schuldners.

1. Bek. über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen vom 7. August 1914 in der Fassung der VO. vom 20. Mai 1915.

(RGBl. 359, 290.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 172—177.

→ Diese VO. ist geändert durch Art. I der in Bd. 3, 57 abgedruckten Bek. v. 8. Juni 1916 (RGBl. 451). ←

§ 1.

Inhaltsübersicht.

A. Die allgemeine Bedeutung der gerichtlichen Zahlungsfrist I 179, II 59, III 46.
I. Unterschied von einem allgemeinen Moratorium I 179.
II. Wirkung der Zahlungsfrist I 179, II 59, III 46.
1. Hat die Bewilligung der Zahlungsfrist materiell-rechtliche Bedeutung? I 179, II 59, III 46.
a) Bejahend I 179.
b) Verneinend I 179, II 59.
2. Wirkt die Zahlungsfrist auf die gegenseitigen Verträge ein? I 185.
3. Beeinflußt die Zahlungsfrist den Lauf der Verzugszinsen? I 186.
B. Die Bestimmungen des § 1 im einzelnen I 186, II 59, III 46.
I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten I 186, II 59.
1. Übersicht I 186.
2. Arrest und einstweilige Verfügung insbesondere I 186, II 59.
3. Das Mahnverfahren insbesondere I 187.
II. Anhängigkeit des Rechtsstreits vor den ordentlichen Gerichten I 188, II 59, III 46.
III. Die Personen des Rechtsstreits I 189. II 59.
1. Die Person des Klägers I 189.
2. Die Person des Beklagten I 189, II 59.
a) Darf der Beklagte Ausländer sein? I 189, II 59.
α. Bejahend I 189, II 59.
β. Verneinend I 192.
b) Darf das Rechtsverhältnis sich nach ausländischem Recht richten? I 192.
c) Juristische Personen und Handelsgesellschaften als Beklagte I 196.
d) Verwalter fremden Vermögens als Beklagte I 193.
e) Können Kriegsteilnehmer den Antrag stellen?
α. Bejahend I 193.
β. Verneinend I 193.
IV. Eine vor dem 31. Juli 1914 entstandene Geldforderung I 193, II 60, III 46, V 24.

1. Eine Geldforderung I 193, V 24.
a) Der Begriff der Geldforderung I 193.
b) Nur privatrechtliche Forderungen I 194.
c) Das Übergehen einer anderen Forderung in eine Geldforderung. Muß der Übergang vor dem 31. Juli 1914 erfolgt sein? I 195.
α. Bejahend I 195.
β. Verneinend I 195.
d) Einzelne Fälle I 197, V 24.
2. Entstehung der Forderungen vor dem 31. Juli 1914 I 197, II 60, III 46.
a) Der Begriff der Entstehung der Forderung I 197, II 60.
b) Ist der Beginn oder der Ablauf des 31. Juli 1914 maßgebend? I 203.
c) Einzelne Fälle I 203, II 60, III 47.
α. Wechselforderungen I 203, II 60, III 00.
β. Gekündigte Forderungen I 205.
γ. Haupt- und Nebenforderungen I 205, III 47.
δ. Der Anspruch aus § 636 HGB. I 205.
ε. Der Anspruch wegen Beschädigung der Mietsache I 206.
ζ. Der Anspruch auf die Versicherungsprämie II 61.
η. Der Rückgewährsanspruch des Anfechtungsklägers II 62.
ϑ. Der Rückgewährsanspruch nach Ausübung des Rücktrittsrecht III 47.
V. Die Zulässigkeit der Fristbewilligung I 206, II 62, III 47, V 24.
1. Die Rechtfertigung der Fristbewilligung durch die wirtschaftliche Lage der Parteien I 206, V 24.
2. Muß ein Zusammenhang zwischen Zahlungsschwierigkeit und Krieg vorhanden sein? I 209, II 62, III 47.
a) Bejahend I 209, II 62, III 47.
b) Verneinend I 209.
3. Die Glaubhaftmachung I 212, III 48.
a) Die Mittel der Glaubhaftmachung I 212.
b) Der Gegenstand der Glaubhaftmachung I 212.
c) Wer hat glaubhaft zu machen, daß die Zahlungsfrist dem Kläger nicht einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt? I 212, III 48.
α. Der Gläubiger I 212.
β. Der Schuldner I 214.
4. Bleibt die Bewilligung der Frist trotz früherer Gewährung einer Vertragsfrist zulässig? I 216, II 62.
a) Bejahend I 215, II 62.
b) Verneinend I 215.
5. Zulässigkeit der Fristbewilligung nur durch das Vollstreckungsgericht I 216.
VI. Das Prozeßverfahren I 216, II 63, III 48.
1. Der Antrag des Schuldners auf Fristbewilligung I 216, II 63.
Gilt für den Antrag der Grundsatz der Mündlichkeit und der Anwaltszwang? I 216.
a) Bejahend I 216.
b) Verneinend I 216.
2. Ein Anerkenntnis des Klageanspruchs ist nicht nötig I 218.
3. Das Urteil I 218.
a) Der Inhalt des Urteils I 218.
α. Im allgemeinen I 218.
β. Die Bestimmung des Anfangspunkts und der Dauer der Zahlungsfrist I 219.
γ. Das Verlangen einer Sicherheitsleistung I 219.
δ. Die kassatorische Klausel I 220.
ε. Die Fassung der Urteilsformel I 221.
b) Die Ergänzung des Urteils I 223.
4. Die Wirkung des Urteils I 223, II 63, III 48.
a) Die Aufhebung der inzwischen vorgenommenen Vollstreckungsmaßregeln I 223, II 63, III 48.
b) Ist eine spätere Verlängerung der Frist ausgeschlossen? I 223.
α. Bejahend I 223.
β. Verneinend I 223.
c) Die Wirkung der einem Gesamtschuldner bewilligten Frist zugunsten des anderen Gesamtschuldners I 223.
d) Wirkt eine dem Hauptschuldner bewilligte Frist zugunsten des Bürgen? I 224, III 48.
α. Bejahend I 224, III 48.
β. Verneinend I 224.
5. Die Rechtsmittel gegen das Urteil I 225.
a) Die Berufung I 225.
α. Berufung und nicht Beschwerde I 225.
β. Die Zulässigkeit der Berufung I 225.
γ. Inhalt der Berufungsentscheidung I 227.
b) Die Revision I 228, II 63.
c) Der Einspruch. Ist der Einspruch zum Zwecke der Erlangung einer Zahlungsfrist zulässig? I 229.
α. Bejahend I 229.
β. Verneinend I 230.
6. Der Verzicht auf die Bewilligung der Frist I 230.

(Abschnitt A in Bd. 1, 179; 3, 46.)

B. Die Bestimmungen des § 1 im einzelnen.

(Abschnitt I bis III in Bd. 1, 186ff; 2, 59ff; 3, 46).

IV. Eine vor dem 31. Juli 1914 entstandene Geldforderung.

1. Eine Geldforderung.

(Unterabschnitt a bis c in Bd. 1, 193ff.)

d) Einzelne Fälle

(zu vgl. Bd. 1, 197).

WürttZ. 17 190 (Stuttgart FS.). Der Nachlaß reicht augenscheinlich zur Befriedigung der Nachlaßgläubiger nicht aus, denn sowohl die Anordnung einer Nachlaßverwaltung als die Eröffnung des Nachlaßkonkurses ist wegen Mangels einer den Kosten entsprechenden Masse zurückgewiesen worden. Die Beschwerdeführer können daher und werden die Befriedigung der Gläubigerin insoweit verweigern als der Nachlaß nicht ausreicht. Diesfalls sind sie nach § 1990 Abs. 1 Satz 2 BGB. verpflichtet, den Nachlaß zum Zweck der Befriedigung des Gläubigers im Weg der Zwangsvollstreckung herauszugeben, d. h. es geschehen zu lassen, daß sich der Gläubiger im Weg der Zwangsvollstreckung aus dem Nachlaß befriedigt. Eine Zahlungspflicht ihrerseits — aus dem nicht zum Nachlaß gehörigen Vermögen — kommt somit nicht in Frage und daher auch nicht die Bewilligung einer Zahlungsfrist für die Beschwerdeführer.

V. Die Zulässigkeit der Fristbewilligung.

1. Die Rechtfertigung der Fristbewilligung durch die wirtschaftliche Lage der Parteien (zu vgl. Bd. 1, 206).

BadRpr. 17 51 (Karlsruhe II). Selbst dann, wenn der Schuldner eine gegen die Bestimmungen des Anfechtungsgesetzes verstoßende Rechtshandlung vornimmt, besteht die Möglichkeit, ihm Zahlungsfrist nach der VO. vom 7. August 1914 (i. d. Fassg. vom 20. Mai 1915 mit der Abänderung vom 8. Juni 1916) zu gewähren.

§ 3.

(zu vgl. Bd. 4, 742.)

BadRpr. 17 22 (Karlsruhe II). Ist die Zahlungsfrist in einem kontradiktorischen Urteil bewilligt, so findet nur die Berufung, nicht die Beschwerde statt.

§ 4.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 2, 66; 6 bis 8 in Bd. 3, 49.)

9. Ballin, BayRpflZ. 17 154. Ein Beschluß nach § 4 der ZahlFrVO. ist auch bei einem Forderungswerte unter M. 50, trotz § 21 EntlastVO. Vollstreckungstitel. Die Verordnung vom 20. Mai 1915 über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen gibt im § 4 dem Amtsgerichte die Möglichkeit auf Antrag des seine Schuld anerkennenden Schuldners diesem eine Zahlungsfrist zu bewilligen. Die Entscheidung über den Antrag erfolgt durch Beschluß, in dem die Verpflichtung des Schuldners zur Zahlung der anerkannten Forderung auszusprechen ist (§ 4 Abs. 1 S. 4). Der Beschluß unterliegt der sofortigen Beschwerde. Daß hiermit ein Vollstreckungstitel nach § 794 Nr. 3 ZPO. geschaffen wurde und geschaffen werden sollte, ist nicht zu bezweifeln: der Gläubiger soll nicht, nachdem der Schuldner die Forderung anerkannt hat, nach Ablauf der Zahlungsfrist noch zur Klageerhebung genötigt sein, um die Zwangsvollstreckung durchsetzen zu können; daher mußte dem der Beschwerde unterworfenen Beschluß ein materiell vollstreckbarer Inhalt gegeben und die Zahlungspflicht in ihn aufgenommen werden.

Es fragt sich nun, ob dieser zweifellosen gesetzgeberischen Absicht nicht der § 21 der BundesratsVO. zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 einen Riegel vor-

geschoben hat. Nach diesem § 21 ist nämlich die Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde im Falle des § 4 der Verordnung über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen durch einen die Summe von 50 M. übersteigenden Betrag der Forderung bedingt. Mit anderen Worten: „Bei einem Forderungswerte bis zu 50 M. unterliegt der Beschluß der Beschwerde nicht mehr." Er verliert daher dem Wortlaute des § 794 Nr. 3 ZPO. nach die Eigenschaft eines Vollstreckungstitels. Dieses Ergebnis ist jedoch höchst unpraktisch und würde die klar ausgedrückte Absicht der Verordnung zur Entlastung der Gerichte zu dienen in das gerade Gegenteil verkehren. Da fragt sich nun, ob sich nicht ein Weg zur Vermeidung dieser unangenehmen Folgerung finden läßt. In der Tat ist eine zweckentsprechende Auslegung des § 794 Nr. 3 ZPO. ohne gewaltsames Vorgehen möglich. Daß nämlich diese Gesetzesstelle ungenau gefaßt ist und § 794 Nr. 3 auch die mit der Beschwerde tatsächlich nicht angreifbaren Entscheidungen des Reichsgerichts und der Oberlandesgerichte umfaßt, soweit diese einen vollstreckbaren Inhalt haben, ist in der Literatur bereits anerkannt (Stein, Bem. zu § 794, Seuffert, Nr. 5 zu § 794). Diese Ausdehnung des § 794 Nr. 3 ist ein Anwendungsfall des Grundsatzes, daß alle materiell vollstreckbaren Entscheidungen als Vollstreckungstitel anzusehen sind, die ihrer Art nach mit dem Rechtsmittel der Beschwerde anfechtbar sind, die aber im konkreten Fall kraft besonderer Vorschrift oder aus Mangel einer höheren Instanz unangreifbar sind.

§ 6.

→ Der Abs. 3 dieses § ist geändert durch Art. I 3 der VO. vom 8. Juni 1916 (RGBl. 451). ←

Inhaltsübersicht.

I. Die Kostenentscheidung in dem Falle des § 1 I 258.
1. Der Kostenschuldner I 257.
a) Der Beklagte I 258.
b) Der Kläger I 258.
2. Kann für die Kosten des Rechtsstreits eine Zahlungsfrist bewilligt werden? I 259.
a) Bejahend I 259.
b) Verneinend I 260.
3. Die Kostenfestsetzung I 260.
4. Die Höhe der Anwaltsgebühren I 261.
a) Für den Antrag auf Bewilligung oder Ablehnung der Zahlungsfrist I 261.
b) Für den Fall, daß nur über die Bewilligung der Zahlungsfrist gestritten wird I 261.
α. Dem Anwalte steht nur die halbe Gebühr für die Verhandlung über die Hauptsache zu I 261.
β. Dem Anwalte steht die volle Gebühr für die Verhandlung über die Hauptsache zu I 265.
γ. Dem Anwalte steht die halbe Gebühr für die Verhandlung über die Hauptsache und die volle Gebühr für die Verhandlung über die Zahlungsfrist zu I 266.
δ. Dem Anwalte steht die halbe Gebühr für die Verhandlung über die Hauptsache und $^3/_{10}$ Gebühr für die Verhandlung über die Zahlungsfrist zu I 267.
ε. Im Falle der Einlegung eines Rechtsmittels I 268.
II. Die Kostenentscheidung in dem Falle des § 2 (jetzt § 4) I 268.
1. Die Kostenschuldner I 268.
2. Die Höhe der Anwaltsgebühr I 268.
III. Die Kostenentscheidung in dem Falle des § 3 (jetzt § 5) I 268, II 70.
1. Ist das Verfahren gebührenpflichtig? I 268.
2. Der Kostenschuldner I 269, II 70.
IV. Die Kostenvorschrift des § 4 (jetzt § 6) I 269, II 71, III 52, V 26.
1. Fällt jeder Rechtsstreit unter § 4? I 269.
a) Bejahend I 269, III 52, V 26.
b) Verneinend I 270.
2. Die Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich oder Anerkenntnisurteil nach § 2 a. F. § 3 n. F. I 271, II 71, III 52, V 26.
a) Die Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich I 271, II 71, III 52, V 26.
b) Die Erledigung des Rechtsstreits durch Anerkenntnisurteil nach § 2 a. F., § 3 n. F. I 273, II 72.
3. Ermäßigung der Gerichtsgebühren I 274, II 73, III 54,
a) Bezieht sich die Ermäßigung auf sämtliche Gerichtsgebühren? I 274.
α. Bejahend I 274.
β. Verneinend I 274.
b) Die Ermäßigung bezieht sich nicht auf Anwaltskosten und Gerichtskosten, die nicht Gebühren sind I 274, II 73.
c) Bezieht sich die Ermäßigung auf Pauschsätze? I 274, II 73, III 54.
α. Bejahend I 274, II 73, III 54.
β. Verneinend I 274, II 73, III 54.
d) Die Ermäßigung bezieht sich nicht auf Stempelabgaben I 275.
4. Keine Anwendung auf Vergleiche im Privatklageverfahren III 54.

(Abschnitt I bis III in Bd. 1, 258 bis 268; 2, 70.)

IV. Die Kostenvorschrift des § 4 (jetzt § 6).

1. Fällt jeder Rechtsstreit unter § 4?

a) Bejahend (Erläuterung α bis μ in Bd. 1, 269, 270, ν bis o in Bd. 3, 52).

π. JW. 17 747 (LG. Leipzig). Das Beweissicherungsverfahren ist, sofern sich der Hauptprozeß daran anschließt, wegen seines innerlichen Zusammenhangs mit der Prozeßführung — vgl. OLG. 9, 57 (Dresden) — als ein antizipierter Teil des Hauptprozesses anzusehen. Dementsprechend werden auch nach feststehender Rechtsansicht die im Beweissicherungsverfahren erwachsenen Kosten als Teil der Kosten des Hauptprozesses behandelt — vgl. Stein, Vorbemerkung unter VI von § 485 ZPO.; RG. 66, 198. Hieraus folgt, daß unter den „Rechtsstreit", der durch den Vergleich der Parteien erledigt worden ist, auch das vorausgegangene Beweissicherungsverfahren mit einzubeziehen ist.

ϱ JW. 17 494. (LG. Essen). Das Beweissicherungsverfahren bildet als beschleunigte oder vorweggenommene Beweisaufnahme mit dem Hauptverfahren kostenrechtlich einen Rechtsstreit. Daraus folgt die Erstreckung der Vorschrift des § 6 BRVO. auf die Gebühr des § 36 GKG., ein Ergebnis, das im Einklange steht mit der Tendenz des Gesetzes, durch Herabsetzung der Gebühren nach Möglichkeit auf Vergleich hinzuwirken.

b) Verneinend zu vgl. Bd. 1, 270.

2. Die Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich oder Anerkenntnisurteil nach 92 a. F., 93 n. F.

a) Die Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich.

(Erläuterung α bis τ in Bd. 1, 271, 272; ν bis $\omega\gamma$ in Bd. 2, 71, 72; $\alpha\delta$ bis $\omega\lambda$ in Bd. 3, 52 ff.)

$\omega\mu$. RG. VI, WarnE. 17 243. Ist ein Rechtsstreit, durch das die Klage zu zwei Drittel abweisende Urteil des Berufungsgerichts, teilweise endgültig erledigt, so trifft die Voraussetzung des § 6 BO. nur noch für den noch anhängigen Teil zu, nur für diesen Teil besteht noch eine rechtliche Ungewißheit (BGB. § 779), die vergleichsweise erledigt werden kann. Hieran ändert sich auch dann nichts, wenn sich der Vergleich nicht auf den noch schwebenden Teil des Rechtsstreits beschränkt, sondern das gesamte ursprünglich streitig gewesene Rechtsverhältnis in seiner Gesamtheit regelt, denn auch dann findet eine Erledigung des Rechtsstreits nur in bezug auf den noch anhängigen Teil statt; ebenso RG. III 25. 1. 16, WarnE. 16 Nr. 60.

$\omega\nu$ DJZ. 17 339 (Darmstadt II). Der Rechtsstreit war zwar zur Zeit des Vergleichs durch ein die Instanz abschließendes Urteil, aber mit Rücksicht auf die Anfechtbarkeit des Urteils noch nicht endgültig erledigt. Da prozessual eine Fortsetzung des Streits denkbar war, so hatte dessen endgültige Erledigung nicht durch das Urteil, sondern erst durch den Vergleich stattgefunden.

$\omega\xi$. KGBl. 17 32 (LG. I Berlin). Die Anwendung des § 6 Bek. über die Bewilligung von Zahlungsfristen vom 7. August 1914 in der Fassung vom 20. Mai 1915 wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß bereits ein Urteil erlassen ist; Voraussetzung ist aber selbstverständlich, daß dieses noch nicht rechtskräftig geworden und demgemäß noch ein Vergleich zur Erledigung des Rechtsstreits gesetzlich möglich ist. Es entbehrt auch des inneren Grundes, bei Erledigung der ersten Instanz durch Urteil nach Einlegung der Berufung die Prozeßbeteiligten bei Vergleichsschließung der Wohltat des § 6, und zwar für den ganzen Rechtsstreit, teilhaftig werden zu lassen, nicht aber ohne Beschreitung der Berufungsinstanz (vgl. Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch 1915, 271 ff.).

ωo. ElsLothZ. 17 161 (Colmar IV). Sowohl aus dem Wortlaut, wie aus der Zweckbestimmung des § 6 ergibt sich, daß die Vergünstigung des § 6 nicht in einer sich an die Worte „erledigt wird" haltenden Auslegung nur auf diejenigen Fälle beschränkt werden kann, in denen durch den Vergleich der Rechtsstreit auch prozessual sofort und unmittel-

bar beendigt wird, sondern daß sie auch dann Anwendung finden muß, wenn wie hier, trotz des (außergerichtlichen) Vergleichs über Hauptsache und Kosten noch nachträglich über einzelne Kostenpunkte Streit zwischen den Parteien entsteht und zur Austragung dieses Kostenstreits zulässigerweise in dem trotz des Vergleichs formell noch anhängig gebliebenen Prozeßverfahren ein Kostenurteil genommen wird.

6. Bek. über die Geltendmachung von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden vom 8. Juni 1916. (RGBl. 454.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 62ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 3, 72.

Nußbaum, Kriegsprobleme des großstädtischen Realkredits. — Stillschweig Die Hypothekenverordnung v. 8. Juni 1916.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten III 73, V 27.
II. Zahlungsfristen für Ansprüche aus einer Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld III 73, IV 744, V 28.
1. Nur diese Ansprüche? III 73, IV 744, V 28.
2. Begriff: Anspruch aus einer Hypothek III 73.
3. Ansprüche aus jeder Art Hypothek III 74, V 29.
III. Zahlungsfristen für persönl. Forderungen III 74, V 29.
1. Für die Forderung muß eine Hypothek bestellt sein III 74, V 29.
a) eine Hypothek. Genügt eine Vormerkung? III 74, V 29.
α. Bejahend V 29.
β. Verneinend III 30.
b) Bestellung einer Hypothek III 74, V 30.
2. Der persönliche Schuldner muß der Grundstückseigentümer sein III 76.
a) Die Rechtsstellung des Altschuldners III 74.
b) Der Verzicht auf die Hypothek III 77.
3. Bezieht sich § 1 auch auf die neben der Grundschuld bestehende Forderung? III 77.
a) Bejahend III 77.
b) Verneinend III 77.
4. Keine Zahlungsfrist für Ansprüche aus öffentlichen Lasten III 77.
5. Rechtsstellung des Bürgen III 78.
IV. Zahlungsfrist trotz mangelnder Kriegswirkung III 79.
V. Keine Zahlungsfrist, falls sie einen „unverhältnismäßigen" Nachteil des Gläubigers enthielte III 79, IV 745, V 30.
1. Allgemeine Leitsätze III 79, IV 745.
2. Einzelheiten III 81, V 30.
VI. Der Antrag auf die Bewilligung der Zahlungsfrist III 81, V 31.
VII. Ist ein Verzicht auf die Bewilligung zulässig? III 82, V 32.
VIII. Kostenfolgen. V 32.

I. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 3, 73.)

4. Stillschweig a. a. O. 36. Die Zulässigkeit des Antrags im Mahnverfahren wird in der VO. nicht erwähnt. Es hätte nahe gelegen, eine dem § 2 ZahlFrVO. entsprechende Regelung einzuführen, das ist nicht geschehen. Eine direkte Anwendung des § 2 auf die HypVO. verbietet sich durch deren § 19. Es ist zu beachten, daß § 2 ZahlFrVO. nicht eine vom Richter zu setzende, sondern eine auf Vereinbarung beruhende Zahlungsfrist im Auge hat. Da die analoge Anwendung des § 2 auf die Zahlungsfrist der VO. zweifelhaft ist, empfiehlt sich für den Schuldner, der die Zahlungsfrist nachsuchen will, gegen den Zahlungsbefehl jedenfalls Widerspruch zu erheben.

5. Stillschweig a. a. O. 33. Weder Wortlaut noch Zweck der Bestimmung lassen die Beschränkung auf die Leistungsklage gerechtfertigt erscheinen; a. A. Zweigert. Richtig ist nur, daß eine Feststellungsklage des Schuldners dahin, daß er erst nach Ablauf einer Zahlungsfrist zu leisten brauche, unzulässig ist; denn mit Rücksicht auf den ihm aus § 4 zustehenden Rechtsbehelf fehlt ihm das rechtliche Interesse. Hingegen kann er im Rahmen der Vollstreckungsklage den Antrag stellen (§ 767 ZPO.); ebenso Nußbaum

S. 1000; a. A. Zweigert 38, weil ein Rechtsschutzbedürfnis nicht vorliege; ein solches ist aber vom Gesetz keineswegs als allgemeines Erfordernis für eine Klageerhebung aufgestellt.

6. Stillschweig a. a. O. 33. War die Frist in erster Instanz bewilligt, so kann das Berufungsgericht dem Schuldner auf Antrag (auch ohne Berufung seinerseits) abermals Zahlungsfrist bewilligen. Im älteren Kriegsrecht (Kriegsbuch von Güthe-Schlegelberger I S. 228) wurde mehrfach angenommen, daß die von beiden Gerichten gesetzten Fristen zusammen nicht mehr als das gesetzliche Höchstmaß der Frist betragen dürfen; das ist unzutreffend; denn war dem Schuldner in erster Instanz eine Frist bewilligt, so kann er nicht schlechter stehen, als wenn sie abgelehnt war. Das Berufungsgericht kann daher auch hier grundsätzlich die Höchstfristen, laufend von der Verkündung seines Urteils, festsetzen. Das Gesetz schließt es ja nicht aus, daß der Schuldner eine längere Frist als ein Jahr bzw. sechs Monate seit Fälligkeit erhält; nur vom Tage der Urteilsverkündung soll sie begrenzt sein. Das Verhältnis ist in dieser Beziehung in der zweiten Instanz nicht anders, als wenn der Prozeß geraume Zeit in der ersten schwebt. Nur für das richterliche Ermessen ist die Frage erheblich.

7. Stillschweig a. a. O. 34. Die Zahlungsfrist bei bedingtem Endurteil (§ 460 ZPO.). Nur die Entscheidung über den Anspruch selbst kann von einer Eidesleistung abhängig gemacht werden; die Zahlungsfrist ist für den Fall der Verurteilung unbedingt zu setzen; es fragt sich aber, ob sie schon im bedingten Endurteil oder erst im Schlußurteil (Läuterungsurteil) zu setzen ist. Gegen die Fristsetzung im bedingten Urteil spricht, daß hier eine Verurteilung zur Leistung noch nicht erfolgt ist und daß für die Interessenabwägung allein die Verhältnisse bei Erlaß des Schlußurteils maßgebend sind, das häufig erst sehr viel später ergeht. Deswegen kann nur im Schlußurteil über die Zahlungsfrist entschieden werden. Da dieses aber nur die Folgen aus dem bedingten Urteil aussprechen kann, so ist erforderlich, nicht nur, daß der Antrag auf Fristgewährung schon vor Erlaß des bedingten Urteils gestellt wird, sondern daß die Formel des bedingten Urteils eine Entscheidung über die Zahlungsfrist für das Schlußurteil vorbehält. Auf die Verhältnisse zur Zeit des Schlußurteils ist dann auch die Glaubhaftmachung abzustellen; wegen der Zahlungsfrist eröffnet sich dann das Rechtsmittel. Es ist dies freilich ein Verfahren praeter legem, das aber allein zu einem befriedigenden Ergebnis führt, überdies andere Schwierigkeiten, die sich vom entgegengesetzten Standpunkt ergeben würden, ausschließt.

II. Ansprüche aus einer Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld.

1. Nur diese Ansprüche?

(Erläuterung a, b in Bd. 3, 73; c in Bd. 4, 744.)

d) Reinhard, ZBlFG. 17 502. Ansprüche aus Rentenreallasten, die für ein Amortisationsdarlehen eingetragen sind, fallen unter die HypBO., zumal für die einzelnen Reallastleistungen, die für Hypothekenzinsen geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung finden. Die Grundsätze der Hypothekenordnung sind auf die neben der Grundschuld bestehende persönliche Schuld anzuwenden.

e) DJZ. 17 441, OLG. 35 196, SächsA. 17 32, SächsOLG. 38 82 (Dresden I). Die Gewährung des Immobiliarkredits vollzieht sich je nach den Gepflogenheiten des Verkehrs nicht nur in den Formen der Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, sondern auch in Form der Reallast. Insbesondere kann die dingliche Sicherung des amortisierbaren Gelddarlehns ebensowohl durch eine Amortisationshypothek oder -grundschuld wie durch eine Reallast herbeigeführt werden (RGZ. 85 248). Letzteres ist im vorliegenden Falle geschehen. Die Jahresleistungen, die von der Beklagten an die Klägerin zu entrichten sind, stellen wirtschaftlich betrachtet die Zinsen und die zur allmählichen Rückzahlung des von der Klägerin hergegebenen Kapitals dienenden Zinszuschläge dar, und die sich aus dem Tilgungsplan jeweilig ergebende Ablösungssumme ist wirtschaftlich nichts anderes,

als der noch nicht amortisierte Rest der Kapitalschuld. Hieran wird dadurch nichts geändert, daß möglicherweise die Reallastgläubiger diese Ablösungssumme von sich aus nicht fällig und klagbar machen können, ebensowenig dadurch, daß der juristische Aufbau des dinglichen Rechtes verschieden ist, je nachdem zur dinglichen Sicherung des zugrundeliegenden Schuldverhältnisses die Form der Hypothek, Grundschuld oder Reallast gewählt worden ist. Ein Schuldner, gegen den Ansprüche aus einer solchen Kredit- oder Rentenreallast geltend gemacht werden, die er infolge seines Zahlungsunvermögens nicht erfüllen kann, befindet sich in der gleichen Lage wie ein Schuldner, der auf Grund einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld in Anspruch genommen wird. Beiden droht der Verlust des Eigentums, und die Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung, auf die in der amtlichen Begründung der Hypothekenverordnung besonders hingewiesen wird, sind ganz unabhängig davon, ob es sich um eine Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld oder um eine Reallast handelt. Diese Erwägungen legen es nahe, die HypVO. vom 8. Juni 1916 auch dann entsprechend anzuwenden, wenn es sich um die Geltendmachung der Ablösungssumme einer Reallast handelt. Doch braucht das hier nicht entschieden zu werden. Für den gegenwärtigen Fall kommt in Betracht, daß der Gläubiger nicht wegen der Reallast als solchen, d. h. der Ablösungssumme, sondern wegen einzelner, fälliger Einzelleistungen Befriedigung aus den Grundstücken fordert. Das BGB. erklärt hinsichtlich der Einzelleistungen von Reallasten das gesamte Hypothekenrecht, soweit es sich auf die Hypothekenzinsen bezieht, nach § 1107 für anwendbar. Damit sind auch solche die Hypothekenzinsen betreffenden Bestimmungen zur entsprechenden Anwendung berufen, die sich in sonstigen Reichsgesetzen finden, sofern das nicht durch ihren Inhalt ausgeschlossen wird (Planck (4) § 1107 Bem. 1). Es erscheint daher angemessen und geboten, die Anwendung der Bestimmungen der Hypothekenverordnung über die Hypothekenzinsen auch auf die hier in Frage stehenden Rentenreallastleistungen auszudehnen. Ob wegen der in den Jahresrenten enthaltenen Amortisationsquoten eine längere Zahlungsfrist zulässig wäre, kann dahingestellt bleiben, da der Schuldner nur eine sechsmonatige Zahlungsfrist begehrt.

Abschnitt 2 in Bd. 3, 73.

3. Ansprüche aus jeder Art Hypothek.

(Erläuterung a, b in Bd. 3, 74.)

c) RG. V., JW. 17 719[18]. Die Revision der Klägerin stellt zunächst zur Nachprüfung, ob Höchstbetragshypotheken unter die VO. vom 8. Juni 1916 fallen. Mit Recht aber hat der BerR. dies bejaht. Indes kann in Rechtsstreitigkeiten über Zinsansprüche aus einer Höchstbetragshypothek, die neben dem aus der Hauptforderung sich ergebenden Kapital der Hypothek geltend gemacht werden, nach § 2 Abs. 1 Satz 1 VO. vom 8. Juni 1916 die Zahlungsfrist nicht, wie für das Kapital, bis zu einem Jahre, sondern nur bis zu 6 Monaten bemessen werden.

III. Zahlungsfrist für persönliche Forderungen.

1. Für die Forderung muß eine Hypothek gestellt sein.

a) eine Hypothek. Genügt eine Vormerkung?

a. Bejahend (zu vgl. Bd. 3, 74).

Predari, GruchotsBeitr. **61** 510. Eine Hypothekenvormerkung ist noch keine Hypothek. Immerhin ist sie, mag man über die Natur der Vormerkung denken, wie man will, mindestens eine werdende eHypothek; sie schafft für diese die Rechtsgrundlage und steht der Belastung des Grundstücks nahe, wie sie denn in der Zwangsversteigerung als Belastung behandelt wird. Das Endziel des Vormerkungsgläubigers ist auf Befriedigung aus dem Grundstück gerichtet. Erwägt man dies und faßt man ferner ins Auge, daß dem Eigentümer des Grundstücks dieses erhalten und ihm tunlichst Erleichterung unter dem jetzigen, der Beschaffung von flüssigen Geldmitteln ungünstigen Verhältnissen gewährt werden soll, so wird man sich zu einer mit dem Wortlaut nicht gänzlich unvereinbaren aus-

dehnenden Auslegung der Verordnung wohl entschließen können. Soll der Eigentümer dem Vorgemerkten gegenüber, dessen Rechtslage doch schwächer ist als die des Hypothekengläubigers, des Schutzes entbehren, den er dem letzteren gegenüber genießt?

β. Verneinend (zu vgl. Bd. 3, 74).

b) Bestellung einer Hypothek.

(Erläuterung *α*, *β*, *γ aa* bis *γ γγ* in Bd. 3, 74.)

δδ. Stillschweig a. a. O. 23 schließt sich unter Aufgabe seiner in Bd. 3, 75 *γaa* mitgeteilten Ansicht der dort unter *γββ* erörterten Meinung von Nußbaum, Zweigert und Scholz an.

εε. PosMschr. 16 110 (Posen IV). Die Anwendung der VO. auf Sicherungshypotheken, die gegen den Ersteher eines Grundstücks gemäß § 118 ZVG. eingetragen sind, ist zwar grundsätzlich statthaft, findet aber ihre selbstverständliche Begrenzung in der Schranke, die der Anwendung dieser VO. allgemein gezogen ist, daß sie nämlich durch die Lage des Schuldners gerechtfertigt sein muß (§ 1). Diese Voraussetzung trifft indes jedenfalls dann nicht zu, wenn der Ersteher das Grundstück erstanden hat einerseits, ohne im Besitze der Mittel zur Erfüllung aus dem Meistgebot zu sein, andererseits ohne Nötigung, das Grundstück zur Verhütung eigener Verluste zu erstehen. Das Beschwerdegericht hat auch erwogen, ob eine dem Ersteher günstigere Beurteilung hier um deswillen gerechtfertigt ist, weil er nach dem mit den Gläubigern H. und E. getroffenen Abkommen damit gerechnet hat und hat rechnen dürfen, daß er diese Gläubiger wegen ihrer Hypotheken nicht alsbald zu befriedigen brauche. Indes kann es nicht als zulässig gelten, dem Hypothekenschuldner auf Grund vertraglich begründeter Einwendungen gegen den Anspruch des Gläubigers die Rechtsbehelfe der Notverordnung vom 8. 6. 16 zu gewähren. Es muß dem Schuldner vielmehr überlassen bleiben, solche Einwendungen auf dem dafür gesetzlich geordneten Wege des § 767 ZPO. (§ 795) geltend zu machen. Auch die Einstellung der Zwangsvollstreckung aus dem Zuschlagsbeschluß ist auf diesem Wege (§ 769 ZPO.) erreichbar.

Abschnitt IV in Bd. 3, 79.

V. Keine Zahlungsfrist, falls sie einen unverhältnismäßigen Nachteil des Gläubigers enthielte.

1. Allgemeine Leitsätze in Bd. 3, 79; 4, 745.

2. Einzelheiten.

(Erläuterung a bis g in Bd. 3, 81.)

h) JW. 17176 (HypEinigA. Frankfurt a. M.). Stundung ohne Erhöhung des Zinsfußes. Die Angaben des Schuldners über seine ungünstige Lage, seine Ausfälle und die Unmöglichkeit zur Beschaffung von Ersatz-Hypotheken, treffen in vollem Umfange zu. Eine Stundung auf ein Jahr ist deshalb dringend zu befürworten. Was die Höhe des Zinsfußes betrifft, so erscheint es ebenso durchaus berechtigt, wenn Schuldner verlangt, daß ihm die Stundung ohne Zinserhöhung gewährt wird. An sich würde eine Erhöhung auf 4½ Proz. bei der jetzigen Lage des Geldmarktes nicht unangemessen sein, wenn Schuldner in der Lage ist, die Erhöhung tragen zu können. Letzteres trifft aber bei dem Antragsteller ohne dessen Verschulden nicht zu. Vor allem aber hat die Gläubigerin nach Angabe des Schuldners sich bereits 2 Jahre lang 5 Proz. zahlen lassen, ein Satz, der als durchaus unangemessen erscheint; die hiesigen Hypothekenbanken verlangen entweder gar keine Erhöhung, oder bei leistungsfähigen Schuldnern 4½ Proz.; die Vereinigung der Hypothekenbanken, der Gläubigerin sich angeschlossen hat, verlangt seit Januar 1916 ebenfalls nur 4½ Proz. Wenn Gläubigerin trotzdem bisher 5 Proz. erhalten hat, erscheint für die Zukunft eine Erhöhung über den ursprünglichen Satz als ein völlig begründeter Vorteil, der den Schuldner zu ruinieren geeignet ist. Deshalb sollte Stundung auf ein Jahr ohne Zinserhöhung erfolgen.

i) JW. 17 624 (HypEinigA. Berlin). Die ungewöhnlich hohen Mehrzinsen können nach Ansicht des Hypothekeneinigungsamtes für die Entscheidung der Frage, ob für die Gläubigerin unverhältnismäßige Nachteile entstehen können, nicht berücksichtigt werden, da die Entstehung dieser Strafzinsen von Umständen abhängt, die ein durch den Krieg in Not geratener Schuldner in der Regel nicht zu vertreten hat.

k) JW. 17 561 (HypEinigA. Karlsruhe). Über die Einstellung der Zwangsversteigerung unter der Bedingung der Sicherheitsleistung für notwendige Reparaturkosten.

l) JW. 17 361 (HypEinigA. Berlin). Der objektiv angemessene Zinsfuß ist der Zwangsstundung der Hypothek regelmäßig selbst dann zugrunde zu legen, wenn der Schuldner bereits einen höheren Zinsfuß angeboten hatte.

m) Stillschweig a. a. O. 35. Die Gewährung der Frist darf nicht zu einem Rechtsverlust für den Gläubiger führen; das wäre der Fall, wenn der Gläubiger nach § 10 Nr. 4 ZVG. den Rang seiner Zinsforderung verlieren würde (vgl. § 10 Note 12), ferner wenn der Gläubiger der Sicherungshypothek des § 128 ZVG. durch die Zahlungsfrist gehindert werden würde, die Fristen der §§ 118, 129 ZVG. zu wahren und man sich nicht der Auffassung anschließen wollte, daß diese Fristen ruhen. In diesen Fällen hört das richterliche Ermessen auf, die Fristgewährung ist absolut unstatthaft, sie würde eine Rechtsverletzung enthalten, die der Revision unterläge.

n) Stillschweig a. a. O. 36. Bei dem Für und Wider muß auch das Interesse des nachstelligen Hypothekengläubigers berücksichtigt werden (und zwar regelmäßig im Sinne eines verstärkten Schutzes des Schuldners). Das folgt zwar nicht aus dem Wortlaut, wohl aber aus der in der Begründung zutage getretenen Absicht des Gesetzgebers, in dem Schuldnerschutz mittelbar einen Schutz des den Verlust seiner Hypothek besorgenden Gläubigers zu schaffen.

VI. Der Antrag auf Bewilligung der Zahlungsfrist.

(zu vgl. Bd. 3, 81.)

Stillschweig a. a. O. 31.

a) Im Anwaltsprozesse ist der Antrag dem Anwaltszwang unterworfen.

b) Er ist in der mündlichen Verhandlung zu stellen; schriftlicher Antrag reicht nicht aus; Fristbewilligung in einem Versäumnisurteil gegen den Beklagten ist nicht möglich.

c) Der Antrag kann in der Berufungsinstanz nachgeholt werden, gleichgültig, wer das Rechtsmittel eingelegt hat; denn maßgebend ist § 528 ZPO., nicht § 536 (a. A. Güthe, GruchotsBeitr. 59, 55) Nachholung in der Revisionsinstanz ist unzulässig (Zweigert Note 1 Abs. 2). Auch die Nachholung im Einspruchsverfahren ist unzulässig.

d) Die Entscheidung über die Zahlungsfrist, mag sie abgelehnt oder bewilligt sein, ist mit den gewöhnlichen Rechtsmitteln anfechtbar, auch mit der Revision (eine Ausnahme stellt § 7 auf). Es ist gleichgültig, ob die Entscheidung über die Zahlungsfrist allein oder zugleich mit der Hauptsache angefochten wird. Vgl. hierzu die Gesetzesmaterialien zu § 721 ZPO., mitgeteilt bei Sydow-Busch.

e) Bei Übergehung des Antrags ist Ergänzung des Urteils nach § 321 ZPO. zulässig (§ 721 Abs. 2 und § 716 ZPO.).

f) Der Antrag ist ein Verteidigungsmittel im Sinne des § 279 ZPO.; er kann unter den dort angeführten Voraussetzungen wegen Verschleppungsabsicht des Beklagten zurückgewiesen werden. Steht nach umfangreicher Beweisaufnahme die Verurteilung des Beklagten bevor, so muß seine Absicht, den Prozeß durch den nunmehr gestellten Fristantrag zu verschleppen — es müßte nach § 13 VO. das Hypothekeneinigungsamt gehört werden — vereitelt werden können.

g) Der Antrag kann auch im Urkundenprozeß gestellt werden (§ 592 S. 2 ZPO.). Die im § 595 ZPO. vorgeschriebene Beschränkung der Beweismittel bezieht

sich nur auf die Beweispflicht, nicht auf die in § 1 Abs. 2 VO. vorgesehene Pflicht zur Glaubhaftmachung; diese kann schlechthin in der in § 294 ZPO. geregelten Weise, z. B. auch durch Berufung auf Zeugen, die zur Stelle sind, erfolgen. Eine Verzögerung des Verfahrens tritt nicht ein.

h) Der Antrag ist als Eventualantrag auch zulässig, wenn der Beklagte den Anspruch selbst bestreitet, dies folgt auch aus § 7.

VII. Ist ein Verzicht auf die Bewilligung zulässig?

1. Bejahend in Bd. 3, 82.
2. Verneinend (zu vgl. Bd. 3, 82; 4, 745.)

JW. 17 672 (HypEinigA. Berlin). Das Einigungsamt geht davon aus, daß der Verzicht des Schuldners auf den Schutz der Kriegsverordnungen unwirksam ist. Die Hypothekenverordnung verfolgt aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus den Zweck, die wirtschaftliche Existenz der Schuldner gegen die nicht voraussehbare Einwirkung der Kriegsverhältnisse so weit zu schützen, wie dies durch die in der Hypothekenverordnung vorgesehenen Fristbewilligungen möglich ist. Mit diesem Zweck stände die Anerkennung eines Verzichts auf künftigen Kriegsschutz in Widerspruch, zumal voraussichtlich sonst gerade die am meisten schutzbedürftigen Schuldner von den Gläubigern in großem Umfange zur Abgabe derartiger Verzichtserklärungen veranlaßt werden dürften.

VIII. Kostenfolgen.

DJZ. 17 444, OLG. 35 42, PosMschr. 16 111 (Posen V). In den §§ 1, 2 WRVO. vom 8. 6. 16 ist keine Bestimmung über die Kostentragung enthalten, wie in §§ 16, 17, die über die Kosten der Fälle der §§ 4, 7, 9, 10 und 8. Es gelten also die allgemeinen Regeln der §§ 91 ff. ZPO.; es käme mithin der § 93 ZPO. den Beklagten zugute, wonach der Kläger die Kosten zu tragen hätte, falls die Beklagten durch ihr Verhalten zur Erhebung der Klage keine Veranlassung gegeben haben. Allein diese Voraussetzung liegt nicht vor.

Die Forderung war zum 1. Oktober 1916 fällig. Er durfte daraufhin Klage erheben. Wenn den Beklagten auch eine Zahlungsfrist bewilligt worden ist und dies vor Erhebung der Klage in Aussicht gestanden haben mag, so änderte das an sich nichts an der Fälligkeit der Forderung und der Berechtigung des Klageanspruchs. Die Beklagten wollten am Fälligkeitstag (1. Oktober 1916) nicht zahlen. Dem Kläger blieb daher kein anderes Mittel, ein vollstreckbares Urteil, wenn auch mit Zahlungsfristbewilligung, zu erzielen, als die Klageerhebung. Er war nicht, wie nach § 4 VO. der Schuldner, berechtigt, durch Anträge beim Amtsgericht die Entscheidung über Festsetzung einer Zahlungsfrist herbeizuführen. Sache der Beklagten als Schuldner wäre es vielmehr gewesen, nach § 4 VO. sich beim Amtsgericht eine Zahlungsfrist zu erwirken. Hätten sie dies getan, so würde die Klageerhebung voraussichtlich nicht nötig geworden und würde alsdann in Frage gekommen sein, ob der Kläger nicht auch die Kosten der trotzdem erhobenen Klage zu tragen gehabt hätte.

Daß die Fristbewilligung des Prozeßgerichts als solche den Kläger kostenpflichtig machen soll, wenn er bei Erhebung der Klage darauf nicht Rücksicht genommen hat, kann nicht angenommen werden. Es ist zu beachten, daß nach §§ 16, 4 VO., selbst wenn das Amtsgericht auf Antrag der Schuldner die Zahlungsfrist bewilligt hat, die Kosten den Schuldnern auferlegt werden können. Der Gläubiger kann auf Grund der dem Schuldner gewährten Vergünstigung, die schon an sich die Gläubiger benachteiligt, nicht noch außerdem regelmäßig mit den Kosten belastet werden.

Bei einer gegenteiligen Annahme wäre der Gläubiger vollständig der Willkür des Schuldners preisgegeben und an der Geltendmachung seines Anspruchs gehindert, will er nicht Gefahr laufen, mit den Kosten seiner Rechtsverfolgung belastet zu werden. Denn ihm fehlt jede andere Möglichkeit, einen vollstreckbaren Titel gegen seinen Schuldner zu

erzielen, als die Klage auf Zahlung. Die Fristbewilligung durch das Prozeßgericht setzt eine Klageerhebung des Gläubigers nach § 1 VO. voraus und kann hier nur nach dem Anhängigwerden des Rechtsstreits erfolgen; dem Gläubiger fehlt auch jede Möglichkeit, vorher zu ermessen, ob und in welcher Höhe die Wohltat der Stundung bewilligt werden wird.

§ 2.

Inhaltsübersicht.

I. Zahlungsfrist für das Kapital einer Hypothek usw. III 83, V 33.
II. Zahlungsfrist für Nebenleistungen III 83.
III. Bewilligung der Zahlungsfrist unter einer Bedingung III 84.
1. Arten der Bedingung III 84.
2. Inhalt der Bedingung III 84, IV 745.
3. Festsetzung der Bedingung III 85.
4. Folgen der Bedingung III 86.
IV. Beginn der Zahlungsfrist III 86.

I. Zahlungsfrist für das Kapital einer Hypothek oder Grundschuld oder für die Ablösungssumme der Rentenschuld.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 3, 83.)

6. Stillschweig a. a. O. 38. Aus der Zulässigkeit der verschiedenen Bemessung der Frist für Kapital und Zinsen folgt, daß, wenn Kapital und Zinsen gleichzeitig als Haupt- und Nebenforderung geltend gemacht werden, eine zwiefache Fristbestimmung zulässig ist, und daß auch hier die Frist für die Zinsen sechs Monate nicht überschreiten darf.

II. Zahlungsfrist für Nebenleistungen.

(Zu vgl. Bd. 3, 83.)

1. Stillschweig a. a. O. 38. Zu den Nebenleistungen gehören in erster Reihe die Prozeßkosten, auch die Gerichtskosten, soweit sie bei der die Befriedigung aus dem Grundstück bezweckenden Rechtsverfolgung entstanden sind, mögen sie durch den Prozeß oder die Zwangsvollstreckung (was für die Fälle der §§ 4, 9, 10 VO. in Betracht kommt) verursacht sein; denn auch für diese Kosten haftet das Grundstück kraft der Hypothek.

2. Stillschweig a. a. O. 39. Ob die Beträge, die bei Tilgungshypotheken behufs allmählicher Kapitalstilgung zu entrichten sind, als Kapital im Sinne der Vorschrift oder als Nebenleistung zu behandeln sind, ist zweifelhaft. Besteht die Tilgungsrate in fest bestimmten Beträgen (1000 Mk., 2000 Mk.), so kann ein Zweifel am Kapitalcharakter freilich nicht obwalten. Anders, wenn die Tilgungsrate in Zuschlägen zu den Zinsen besteht. Hier handelt es sich um Nebenleistungen.

III. Bewilligung der Zahlungsfrist unter einer Bedingung.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 3, 84.)

2. Inhalt der Bedingung.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 84; 4 in Bd. 4, 745.)

5. Stillschweig a. a. O. 41. Die amtliche Begründung (zu § 2) und ihr folgend Scholz (S. 994), Zweigert (S. 26), wollen indirekt eine „konstitutive Kraft" der Bedingung einführen, indem sie das Gericht für befugt erachten, die Übernahme einer Verpflichtung durch den Schuldner als Bedingung zu setzen (z. B. in Zukunft höhere Zinsen zu zahlen), und zwar wird empfohlen, die Übernahme der Verpflichtung in urkundlicher, vollstreckbarer Form unter Eintragung in das Grundbuch, als Bedingung zu stellen. Dem ist nicht beizutreten; eine solche Bedingung ist unzulässig. Es wird übersehen, daß die einseitige Erklärung des Schuldners ohne jede Rechtswirkung ist; zur Wirksamkeit gehört die, wenn auch formlose Zustimmung des Gläubigers, ein (einseitiger oder zweiseitiger) Vertrag. Die Bedingung würde also, wenn sie überhaupt Sinn haben soll, darauf abzustellen sein, daß Schuldner und Gläubiger sich verständigen, eine Vereinbarung treffen. Dann aber wäre die Gewährung des Rechtsbehelfs, der Zahlungsfrist, nicht in

das Ermessen des Gerichts, sondern des Gläubigers selbst gestellt, d. h. das Gesetz wäre auf einem Umwege ausgeschaltet, es würde sich selbst negieren. Vereinbarungen zu treffen, bleibt den Beteiligten überlassen (z. B. vor dem Einigungsamt oder in einem gerichtlichen Sühnetermin); Inhalt der gerichtlich zu setzenden Bedingung können sie aber nicht sein.

6. Stillschweig a. a. O. 43. Als unzulässig muß die von ausländischen Gläubigern neuerdings wiederholt in Antrag gebrachte Bedingung bezeichnet werden, daß eine Verschlechterung der Valuta vom Schuldner getragen wird. Das würde eine Schädigung der deutschen Valuta zur Folge haben und daher den allgemeinen Zwecken der deutschen Kriegsgesetzgebung widersprechen.

IV. Beginn der Zahlungsfrist.

(Zu vgl. Bd. 3, 86.)

RG. V., JW. 17 719[18]. Nach § 2 Abs. 2 BO. beginnt die Zahlungsfrist, wenn sie vom Prozeßgericht (§ 1 Abs. 1) bewilligt wird, mit der „Verkündung des Urteils". Unter diesem Urteil mag allerdings, wenn der Beklagte zum erstenmal in der Berufungsinstanz die Bestimmung einer Zahlungsfrist beantragt und der BerR. in seinem Urteil den Antrag stattgibt, das BU. zu verstehen sein mit Rücksicht darauf, daß erst durch dieses vom BerR. erlassene Urteil eine Frist bewilligt wird und auch das in der höheren Instanz entscheidende Gericht als Prozeßgericht im Sinne des § 1 Abs. 1 zu erachten ist. Wenn aber bereits der erste Richter auf den schon vor ihm vom Beklagten gestellten Antrag eine Zahlungsfrist in seinem Urteil bestimmt, der Beklagte mit der Berufung gegen dieses Urteil die Verlängerung der Frist begehrt hat und vom BG. die Frist verlängert wird, so hat die verlängerte Frist als bereits mit der Verkündung des erstinstanzlichen Urteils begonnen zu gelten. Eine einjährige Frist mit der Bestimmung zu bewilligen, daß sie erst mit der Verkündung des Berufungsurteils beginnen solle, war der BerR. gar nicht befugt.

§ 4.

Stundungsverfahren außerhalb eines anhängigen Rechtsstreits.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeine Grundsätze III 86.
1. Zuständigkeit III 86.
2. Anerkennung des Anspruchs III 87.
a) Der Anspruch III 87.
b) Die Anerkennung III 87, V 34.
3. Mangel an Rechtshängigkeit III 87.
II. Stundung eines nicht vollstreckb. Anspruchs III 88.
III. Stundung eines vollstreckbaren Anspruchs III 88, V 35.
1. Allgemeines III 88, V 35.
2. Vor Beginn der Zwangsvollstreckung III 88.
3. Nach Beginn der Zwangsvollstreckung III 88.
IV. Anfechtung der Entscheidung III 89, IV 246.

I. Allgemeine Grundsätze.

(Abschnitt 1 in Bd. 3, 86.)

2. Anerkennung des Anspruchs.

(Unterabschnitt a in Bd. 3, 87.)

b) Die Anerkennung.

(Erläuterung α, β in Bd. 3, 87.)

γ. Stillschweig a. a. O. 48. Der Anspruch kann nur insoweit zum Gegenstand des Verfahrens und der Entscheidung gemacht werden, als der Schuldner ihn anerkennt, im Gegensatz zum Prozeß, in dem allein der Antrag des Gläubigers hierfür bestimmend ist. Die Vorschrift des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO. findet daher sinngemäße Anwendung; an Stelle des bestimmten Antrages tritt das bestimmte Anerkenntnis; es ist der Umfang des anerkannten Anspruchs genau zu bezeichnen, namentlich auch bezüglich der Nebenleistungen (z. B. Strafzinsen), damit Ansprüche, die streitig sind, als solche erkannt und

ausgeschieden werden können. Zur bestimmten Angabe des Grundes und Gegenstandes gehört die Hervorhebung, ob der Anspruch aus der Hypothek oder die Forderung oder beides anerkannt wird; doch wird oft das Anerkenntnis in dem Sinne ausgelegt werden können, daß es sich auf beide Ansprüche erstreckt.

(Abschnitt II in Bd. 3, 88.)

III. Stundung eines vollstreckbaren Anspruchs.

1. Allgemeines.

(Erläuterung a, b in Bd. 3, 88.)

c) JW. 17 557 (Dresden VI). An sich hätte nichts entgegengestanden, dem Antrag in weiterem Umfange stattzugeben, nämlich wegen der Zinsansprüche eine sechsmonatige Zahlungsfrist zu bewilligen und damit die Einstellung der begonnenen Zwangsvollstreckung, d. i. der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung des Grundstücks, auf die Dauer der bestimmten Frist zu verbinden. Wenn das LG. anstatt dessen sich darauf beschränkt hat, unter Aufrechterhaltung der Zwangsverwaltung — womit der Schuldner übrigens einverstanden war — die Zwangsversteigerung für die Dauer von sechs Monaten einzustellen, so enthält dies eine teilweise Abweisung des Antrags, die der Beschwerdeführerin nur zum Vorteile gereicht, insofern dadurch nicht nur die Zwangsverwaltung ihren Fortgang nahm, sondern die Beschwerdeführerin auch die ihr sonst abgehende Befugnis behielt, wegen der Zinsansprüche die Mobiliarvollstreckung zu betreiben (vgl. Stillschweig, Hypothekenverordnung, Anm. 1d und 12cd, cc zu § 4 und Anm. 1 zu § 10).

§ 5.

Mehrfache Bewilligung.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 3, 90.)

3. Stillschweig a. a. O. 50. Es kann Zweigert nicht zugegeben werden, daß das nach § 1 (vom Prozeßgericht) abgelehnte Fristgesuch wegen der Zinsen beim Beschlußgericht auf Grund neuer Tatsachen wiederholt werden kann; eine solche Wiederholung sowohl wegen des Kapitals als wegen der Zinsen, ist nur zulässig, wenn die Ablehnung auf Grund des § 4 (vom Beschlußgericht selbst) ausgesprochen war, und der neue Antrag durch Beibringung weiteren, der Interessenabwägung dienenden Tatsachenmaterials oder durch Nachholung der Glaubhaftmachung der tatsächlichen Behauptungen besser begründet wird; denn insoweit gibt es keine Rechtskraft in der erörterten Bedeutung.

§ 6.

Wirkung der Fristbewilligung.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 3, 90.)

8. LeipzZ. 17 357 (LG. Hirschberg). Das LG. hat verurteilt, das OLG. auf Beschwerde eine Zahlungsfrist bewilligt. Das AG. ordnete auf Grund des Urteils des LG. die Zwangsverwaltung des Grundstücks des jetzigen Klägers an. Der Kläger hat unter Hinweis darauf, daß die Fristbewilligung nach § 6 der BRBO. über Geltendmachung von Hypotheken usw. vom 8. Juni 1916 wie eine ihm bewilligte Stundung wirke, gemäß § 767 ZPO. die Zwangsvollstreckungs-Gegenklage mit dem Antrage, die Zwangsverwaltung für unzulässig zu erklären, erhoben und nebenher beim AG. als Vollstreckungsgericht die Einstellung der Zwangsvollstreckung gemäß § 775 Nr. 1 mit Erfolg betrieben. Die Klage nach § 767 ZPO. ist abgewiesen. Die Fristbewilligung ist kein später entstandener Grund im Sinne des § 767 Abs. 2 ZPO. und ist zu einem solchen auch deshalb nicht geworden, weil sie durch das OLG. zeitlich nach der Verurteilung des Klägers vor dem LG. erfolgt ist. Beide Entscheidungen stellen ein einheitliches Ganzes dar. Das OLG. hat das Urteil des LG. nur ergänzt, nicht aber ein neues Moment in die Rechtsbeziehungen der Parteien hineingetragen. Die Wirkung der Fristbewilligung auf die Zwangsvoll-

streckung bleibt die gleiche, mag das zuerst mit der Sache befaßte oder das Beschwerdegericht die Frist gewährt haben. Danach ist § 767 ZPO. unanwendbar. Dem Kläger hat nur die Anrufung des Vollstreckungsrichters offengestanden. Würde daneben die Beschreitung des ordentlichen Rechtsweges zulässig sein, so würde sich das unzuträgliche Ergebnis herausstellen können, daß in derselben Angelegenheit zwei entgegengesetzte richterliche Entscheidungen ergehen.

9. JW. 17 302 (Breslau V). Auf Grund eines landgerichtlichen Urteils ist vollstreckt, nachdem das OLG. auf Beschwerde eine Zahlungsfrist bewilligt hatte. Das OLG. erklärt eine Klage aus § 767 ZPO. für unzulässig und verweist auf den Weg der §§ 775, 776 ZPO. Hiergegen Stillschweig, JW. 17 302. Nicht das Verfahren nach §§ 775, 776 ZPO. findet statt, sondern die Klage gemäß § 767 ZPO. und außerdem auch die Erinnerung nach § 766 das.

10. Stillschweig a. a. O. 57. Es steht dem Gläubiger frei, eine dem Schuldner gegen ihn selbst zustehende Forderung durch Aufrechnung mit seiner eigenen Forderung zu tilgen; eine wirkliche Stundung der letzteren würde freilich nach § 390 BGB. die Aufrechnung ausschließen. Die Stundung ist aber nur eine Fiktion, die hier versagt, weil der Aufschub einer Zwangsvollstreckung nicht in Frage kommt; die Aufrechnung ist kein Akt der Zwangsvollstreckung.

11. Stillschweig a. a. O. 58. Das Recht des Gläubigers auf Anfechtung von Rechtshandlungen, das nach § 2 des Reichsanfechtungsgesetzes Fälligkeit des Anspruchs voraussetzt, wird durch die Zahlungsfrist nicht berührt; denn weder richtet es sich gegen den Schuldner, noch enthält es einen Akt der Zwangsvollstreckung, sein Ziel ist Rückgewähr in das Vermögen des Schuldners. Erst wenn der Gläubiger nach Erreichung des Ziels vollstrecken will, treten ihm die Schranken der VO. entgegen.

§ 7.

Rechtsmittel.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 91.)

4. JW. 17 372, OLG. 35 198 (KG. II). Ist das Urteil gleichzeitig gemäß § 99 ZPO. wegen der Kostenentscheidung angegriffen, so ist die Berufung das zulässige Rechtsmittel.

II. Beseitigung der Verzugsfolgen.

§§ 8, 9.

(Erläuterung 1 bis 8 in Bd. 3, 92f.)

9. Hoffmann, Recht 17 186 schlägt folgenden Zusatz (zu § 8) vor: „Den Rechtsfolgen (Abs. 1) stehen Handlungen des Schuldners gleich, welche durch jene Rechtsfolgen veranlaßt worden sind (z. B. Vereinbarungen über Zahlung der Schuld)."

10. Stillschweig a. a. O. 59. Da die Frist den Verzug von ihrem Beginn ab beseitigt, so erreichen damit auch die Wirkungen des früheren Verzuges, soweit dies ihrem Wesen nach möglich ist, ihr Ende. Es hört z. B. der Lauf der vereinbarten Strafzinsen mit dem Beginn der Frist auf (a. A. Zweigert, Note 3); gesetzliche Verzugszinsen laufen freilich weiter.

11. Stillschweig a. a. O. 60. Zuzugeben ist Nußbaum allerdings, daß es der Technik des BGB. besser entsprochen hätte, die Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs durch eine besondere Vorschrift ausdrücklich auszusprechen. Trotzdem dürfte es nicht zweifelhaft sein, daß das Gesetz nichts anderes beabsichtigt hat, als die Wirksamkeit des gutgläubigen Erwerbes in Ansehung der Fälligkeit aufzuheben. Dafür spricht nicht nur die amtliche Begründung, sondern auch innere Gründe schließen es aus, daß die Vorschrift eine dingliche Rechtsänderung nach sich zieht; denn als eine bloße Fiktion kann sie solche Folge nicht haben. Sie besagt hiernach lediglich folgendes: Die Eintragung ist in bezug auf die Wirkung der Zahlungsfrist nicht Voraussetzung für den Schutz des Eigentümers gegenüber dem gutgläubigen Erwerb der Hypothek; der

§ 892 und der § 1157 Abs. 2 BGB., soweit der letztere auf den § 892 Bezug nimmt, finden für den Einwand der Stundung keine Anwendung; es gilt vielmehr § 404 BGB.; der Eigentümer kann sich gegenüber dem Erwerber der Hypothek schlechthin auf die Zahlungsfrist berufen.

12. Stillschweig a. a. O. 67. Es ist zu untersuchen, welchen Anspruch der Schuldner anzuerkennen hat. Das Gesetz ist nicht klar. Worum es sich handelt, zeigt sich besonders, wenn der Schuldner die Beseitigung einer Folgeforderung, etwa erhöhter Strafzinsen beantragt. Soll er hier anerkennen, daß er die Strafzinsen verschuldet, obwohl er deren Beseitigung verlangt, oder soll er die Grundforderung anerkennen? Das letztere hat keinen rechten Sinn, weil diese gar nicht Gegenstand des Verfahrens ist; das erstere ist nicht so befremdlich, als es auf den ersten Blick erscheinen mag, weil das Anerkenntnis hier nicht zur Verurteilung führt; trotzdem bleibt es hart und man sieht seine Notwendigkeit nicht ein, am wenigsten, wenn ein Vollstreckungstitel vorhanden ist. Die gleiche Frage erhebt sich, wenn die Rechtsfolge in der vorzeitigen Fälligkeit der Schuld besteht. Soll der Schuldner den Grundanspruch schlechthin oder erst für den Zeitpunkt der normalen Fälligkeit anerkennen? Eine Lösung ist kaum zu finden; es scheint, als ob das Anerkenntnis des Folgeanspruchs bzw. der vorzeitigen Fälligkeit der Absicht des Gesetzes entspricht. Da dem Anerkenntnis überhaupt keine besondere Bedeutung zukommt, so dürfte es das Richtige sein, kein erhebliches Gewicht auf das Erfordernis zu legen und das Anerkenntnis in der einen wie der anderen Art zuzulassen. Die Praxis hat bereits gezeigt, daß Schuldner Bedenken tragen, Strafzinsen, deren Beseitigung sie erstreben, anzuerkennen; sie können an sich auch ohne das Anerkenntnis beseitigt werden. Der formellen Vorschrift wird genügt, wenn die Grundforderung anerkannt wird. Beim Vorliegen eines Vollstreckungstitels ist auch das nicht einmal erforderlich.

Die Ablehnung des Rechtsbehelfs hat Verurteilung, die Bewilligung Klageabweisung zur Folge. Kläger kann im Falle der Geltendmachung der vorzeitigen Fälligkeit die Abweisung verhüten, indem er allein oder in einem Hilfsantrag Verurteilung für den Zeitpunkt der normalen Fälligkeit verlangt (§ 257 ZPO.). Einer besonderen Anordnung der Rechtsfolgenbeseitigung in der Urteilsformel bedarf es hiernach nicht; bei der Abweisung des Folgeanspruchs ist für sie kein Raum; bei der Abweisung wegen Beseitigung der vorzeitigen Fälligkeit kann sie zur Erläuterung der materiellen Tragweite des Urteils dienen; überflüssig ist sie auch hier, da sich dessen Bedeutung aus den Gründen ergibt.

13. Stillschweig a. a. O. 69. Die vorläufige Anordnung kann auch vor Beginn der Zwangsvollstreckung auf Antrag des Schuldners erlassen werden. Sie umfaßt die vorläufige Unzulässigkeit des § 4 und setzt, ebensowenig wie diese, Zustellung des Titels und Vollstreckungsklausel voraus.

14. Stillschweig a. a. O. 70. Da dem Beschlußgericht die Aufhebung der einzelnen Vollstreckungsmaßregel in der endgültigen Entscheidung übertragen ist, so wird man annehmen dürfen, daß es neben der vorläufigen Einstellung der Gesamtvollstreckung zugleich eine einzelne Vollstreckungsmaßregel vorläufig einstellen darf, auch wenn es mit dem Vollstreckungsgericht nicht zusammenfällt, z. B. die vorläufige Einstellung der Vollziehung des Haftbefehls zur Erzwingung des Offenbarungseides. Wird die Rechtsfolge in der endgültigen Entscheidung beseitigt, so ist die Vollstreckungsmaßregel definitiv aufzuheben, wird die Anordnung verweigert, so ist zugleich die vorläufige Anordnung aufzuheben.

15. Stillschweig a. a. O. 70. Hat das Prozeßgericht die Anordnung abgelehnt, so ist die Rechtsfolge festgestellt, der Schuldner ist zur Leistung des vorzeitig fällig gewordenen Kapitals oder des Folgeanspruchs verurteilt (und zwar rechtskräftig; denn sonst ist das Beschlußverfahren überhaupt unzulässig, § 9 Abs. 1 a. E.). Die Sache liegt genau so, wie bei der Ablehnung der Zahlungsfrist durch das Prozeßgericht. Eine abweichende Anordnung durch das Beschlußgericht würde die materielle Rechtskraft des Urteils verletzen, auch zu einer rechtspolitisch unmöglichen Konkurrenz der Gerichte führen (a. A. Scholz S. 998 gegen Ende).

16. Stillschweig a. a. O. 71. Das Verhältnis zwischen Zahlungsfrist und Rechtsfolgenbeseitigung. Es handelt sich um zwei Fälle:

a) Durch Nichtzahlung oder nicht rechtzeitige Zahlung eines normalfälligen Anspruchs sind Folgeansprüche erwachsen, z. B. Schadensersatzansprüche, Strafzinsen. Hier kann wegen des fälligen Anspruchs Zahlungsfrist und außerdem Beseitigung des Folgeanspruchs beantragt werden und zwar beide Rechtsbehelfe unabhängig voneinander oder verbunden, es kann der eine bewilligt, der andere abgelehnt werden (a. A. Mayer in Bd. 1, 285).

b) Durch Nichtzahlung der fälligen Zinsen (oder eines fälligen Kapitalteilbetrages) ist das Kapital fällig geworden. Hier kann die vorzeitige Fälligkeit (Rechtsfolge) beseitigt und wegen der normal fälligen Zinsen (oder des Teilbetrages) Zahlungsfrist gewährt werden. Auch hier können beide Rechtsbehelfe unabhängig voneinander oder in Verbindung ergehen; es kann der eine gewährt, der andere abgelehnt werden, nur wird es keinen Sinn haben, es bei der vorzeitigen Fälligkeit des Kapitals zu belassen (die Beseitigung der Rechtsfolgen abzulehnen), wegen der normalfälligen Beträge aber Zahlungsfrist zu gewähren. — Eine Zahlungsfrist wegen der vorzeitig fällig gewordenen Ansprüche gibt es nicht, hier kommt eben nur die Rechtsfolgenbeseitigung in Frage (s. Note 1 b β). Das übersieht wohl Scholz S. 997 bei Note 58, indem er die Fälligkeit als Voraussetzung der Rechtsfolge und die Fälligkeit als Rechtsfolge miteinander verwechselt.

Aus der Unabhängigkeit beider Rechtsbehelfe voneinander folgt für das Verhältnis von Prozeßgericht und Beschlußgericht, daß eine Entscheidung über den einen Rechtsbehelf für das mit der Entscheidung über den anderen betraute andere Gericht nicht bindend ist.

17. Stillschweig a. a. O. 71. Ein Recht des Zwangsverwalters auf Beseitigung der Rechtsfolgen ist nicht anzuerkennen, wenn die Rechtsfolgen vor der Verwaltungsbeschlagnahme eingetreten sind. Denn abgesehen davon, daß der Verwalter bei anderer Auffassung oft der Zwangsverwaltung selbst ihre Grundlage entziehen könnte, kommt das Grundstück mit denjenigen rechtlichen Beziehungen in seine Verwaltung, in die es der Gläubiger einmal gebracht hat (Jaeckel-Güthe § 152 Note 2 II, 1, 5. Aufl. S. 637). Soweit die Rechtsfolgen aber erst während der Zwangsverwaltung eingetreten sind, liegt kein Grund vor, dem Verwalter den Rechtsbehelf zu versagen. Dessen Ausübung gehört zu einer sachgemäßen Verwaltung und fällt daher in den Pflichtenkreis des § 152 ZVG.

III. Zwangsversteigerung.

§ 10.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeines III 93, IV 746, V 38.
1. Verhältnis zur Fristbewilligung III 93.
2. Beschränkung auf die Versteigerung III 93.
3. Zuständigkeit III 93, IV 746.
II. Voraussetzung der Einstellung III 93.
1. Ein Antrag V 39.
2. Ein Anspruch der in § 1 bezeichneten Art III 94.
3. Ein vollstreckbarer Titel III 94.
4. Überwiegendes Interesse des Schuldners III 94, V 39.
III. Ablehnung und Aufhebung der Einstellung III 95, V 40.
IV. Vorläufige Anordnungen III 96, V 41.

I. Allgemeines.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 93; 4, 746.)

4. Fröhlich, ZBlFG. 17 492. § 10 der Bek. ist in freier Auslegung so zu verstehen, als ob in § 10 hinter dem Worte „Art" noch die Worte stünden: „oder wegen eines persönlichen Anspruches ....."

5. Fröhlich, ZBlFG. 17 494. Es besteht das Bedürfnis, die Wirkung der Fortdauer oder Aufhebung der Beschlagnahme in den Fällen zu regeln, in welchen während des Krieges das Zwangsversteigerungsverfahren mangels zulässiger Gebote aufgehoben oder

der Versteigerungstermin übermäßig weit hinausgeschoben werden mußte. Der Gesetzgeber kann durch Ausdehnung des durch § 10 Abs. 1 Ziff. 4 ZVG. bestimmten Vorranges auf einen längeren Zeitraum helfen oder dadurch, daß er den Zinsausfall auf die Gläubiger, deren Rechte innerhalb einer bestimmten Wertgrenze stehen, nach näher zu bestimmenden Grundsätzen verteilt. Greift der Gesetzgeber nicht ein, so wird schließlich im Verteilungstermin darüber Streit entstehen, bis zu welcher Grenze die Hinausschiebung der Versteigerungstermine zugunsten des im Range vorgehenden Berechtigten zulässig war. Diese Streitigkeiten werden die Zahl der Prozesse vermehren. Wenn während der Dauer des Krieges die Vorschrift des § 31 Abs. 2 ZVG. wenigstens für Zwangsversteigerungen zwecks Aufhebung einer Gemeinschaft außer Kraft gesetzt würde, so würde niemand Schaden entstehen.

6. Nußbaum a. a. O. 39. § 10 HypVO. geht im Interesse des Schuldners nicht weit genug; denn er läßt die Einstellung der Zwangsversteigerung nur gegenüber einem Hypothekar zu, nicht z. B. gegenüber der Gemeinde, die die Versteigerung wegen rückständiger Gemeindeabgaben und insbesondere nicht gegenüber einem persönlichen Gläubiger, der gegen den Eigentümer einen vollstreckbaren Titel erwirkt hat. Die Befugnisse des nur persönlichen Gläubigers sind also größer als die des Gläubigers, der sich eine hypothekarische Sicherheit hat gewähren lassen. Die Widersinnigkeit dieser Regelung tritt besonders hervor, wenn man sich einen mehrfachen Grundstückseigentümer, z. B. eine Terraingesellschaft als Schuldner denkt. Betreibt hier ein Gläubiger, dem an einem der Grundstücke eine Hypothek bestellt ist, die Zwangsversteigerung, so kommt er hinsichtlich der anderen Grundstücke lediglich als persönlicher Gläubiger in Betracht, er kann also die Zwangsversteigerung sämtlicher Grundstücke durchsetzen mit einziger Ausnahme dessen, das ihm besonders verpfändet ist.

II. Voraussetzungen der Einstellung.

1. Ein Antrag.

Stillschweig a. a. O. 75. Unstatthaft ist es, den Antrag erst in der Beschwerdeinstanz zu stellen; das ist schon deswegen ausgeschlossen, weil die Beschwerde gegen den Zuschlagsbeschluß nicht auf neue Tatsachen gestützt werden darf (§ 100 ZVG.; Güthe, GruchotsBeitr. 59, 63; Kriegsbuch I 257).

(Unterabschnitt 2, 3 in Bd. 3, 93.)

4. Überwiegendes Interesse des Schuldners.

PosMSchr. 17 3 (Posen IV). Der Einstellungsantrag des Alleinerben des Eigentümers ist mit Recht abgelehnt. Die gesetzliche Voraussetzung der Einstellung ist jedenfalls dann nicht erfüllt, wenn der Schuldner ein eigenes wirtschaftliches Interesse an der Einstellung der Zwangsversteigerung und an der Ermöglichung eines günstigeren Verkaufs zu gelegener Zeit überhaupt nicht hat. Das trifft hier zu. Denn da der Antragsteller nicht mit seinem sonstigen Vermögen für die auf dem Grundstück lastenden Hypotheken und ebenso für die persönlichen Nachlaßschulden haftet, sondern nur mit dem Grundstück, so hätte er eigenes Interesse an einem durch Einstellung der Zwangsversteigerung zu ermöglichenden günstigern Verkauf des Grundstücks nur dann, wenn davon die Möglichkeit der Erzielung eines ihm nach Tilgung der Nachlaßschulden verbleibenden Überschusses zu gewärtigen wäre. Dagegen hat er bei dieser Gestaltung seiner Haftung für die Nachlaßschulden kein eigenes Interesse an der Möglichkeit, daß — ohne daß ein solcher Überschuß zu erzielen wäre — der dem betreibenden Gläubiger nachfolgende Hypothekengläubiger und die persönlichen Gläubiger bei einem Verkaufe des Grundstücks im Frieden zum Teil Befriedigung erlangen könnten. Die erste Möglichkeit, Erzielung eines dem Schuldner zugute kommenden Überschusses, ist nach Lage der Sache als ausgeschlossen zu erachten, und auch das Landgericht rechnet nicht mit ihr. Es rechnet vielmehr nur mit der zweiten Möglichkeit einer umfänglicheren Befriedigung der Gläubiger und hält diese, im Gegensatz zu dem oben Ausgeführten deswegen für ausreichend, weil es nicht sowohl auf die

Lage des Erben als vielmehr auf die des Nachlasses ankomme. Wenn das Landgericht aber darunter versteht, daß das Interesse der Nachlaßgläubiger, ohne ein eigenes damit zusammenfallendes wirtschaftliches Interesse des Erben des Schuldners, im Zwangsversteigerungsverfahren maßgebend sei, so ist das mit den Vorschriften der HypBO. vom 8. 6. 16 unvereinbar.

III. Ablehnung und Aufhebung der Einstellung.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 3, 95.)

5. Stillschweig a. a. O. 78. Wiederkehrende Leistungen sind nicht nur Zinsen, sondern unbestritten auch Tilgungsbeiträge; man muß dies letztere aber dem Sinn der Vorschrift entsprechend auf den Fall beschränken, daß die Tilgungsbeiträge durch prozentuale Zuschläge zu den Zinsen entrichtet werden; dann aber haben sie, ebenfalls im Sinne der Vorschrift, auch den Charakter der Zinsen. Daraus folgt, daß man Zinsen und Tilgungsquote nicht auseinanderreißen darf, bei Berechnung des zweijährigen Betrages und bei der Einstellung vielmehr beide Ansprüche als einheitlich behandeln muß.

6. DJZ. 17 343, ElsLothZ. 17 87, Recht 17 80 Nr. 134 (Colmar IV). Es kommt nicht darauf an, wie lange die fälligen Zinsen nicht gezahlt worden sind, sondern darauf, für welchen Zeitraum Zinsen zu zahlen gewesen wären. Die Zinsen waren alljährlich am 1. Mai, erstmals am 1. Mai 1915, zu entrichten. Bei Beantragung der Zwangsversteigerung bestand also ein fälliger Zinsanspruch für zwei Jahre, auf den noch keine Zahlung geleistet worden ist; Zinsen in einer Höhe, die dem Gesamtbetrag zweijähriger Hebungen gleichkommt (Begr. zu § 10 ,PrJMBl. 1916 S. 167) sind nicht getilgt. Die Auffassung von Scholz (JW. 1916, 996), die Versteigerung müsse in derartigem Fall zwar wegen der Zinsen ihren Fortgang nehmen, könne aber für den Hauptanspruch eingestellt werden, widerstreitet dem Wortlaut und dem Zusammenhang der Bestimmung mit § 10 Abs. 1. Es ist vielmehr Nußbaum, JW. 16 1001 (in Bd. 3, 93) zu folgen, daß bei Nichtzahlung zweijähriger verfallener Zinsen ein unverhältnismäßiger Nachteil für den Gläubiger kraft Gesetzes vermutet wird. Die Auslegung des § 10 Abs. 2 von Scholz würde demnach außerdem gegen die Bestimmung, daß eine unverhältnismäßige Benachteiligung des Gläubigers die Einstellung der Zwangsvollstreckung ausschließt (§ 10 Abs. 2, 5, 1 Satz 1), verstoßen.

7. Stillschweig, JW. 17 704. Der Gläubiger kommt im Verteilungstermin am 1. April 1917 mit seinem Kapital von 60 000 M. nebst 5 Proz. Zinsen seit 1. Oktober 1915, das sind 4500 M., zur Hebung. Da der Ersteher nicht zahlt, werden nach Übertragung der Forderung auf den Gläubiger für diesen Sicherungshypotheken von 60 000 M. nebst 4 Proz. Zinsen seit dem 1. April 1917 und von 4500 M. eingetragen; ihm stehen also Zinsansprüche zu:

a) 4 Proz. Zinsen von 60 000 M. seit 1. April 1917.
b) Die Zinsversicherungshypothekenforderung von 4500 M.
c) 4 Proz. Zinsen von diesen 4500 M. seit 1. April 1917.

Wenn der Betrag zu a einen Rückstand für zwei Jahre aufweist, dieser Rückstand also 4800 M. beträgt, muß eine beantragte Einstellung abgelehnt, die bereits erfolgte auf Antrag aufgehoben werden; bleiben dagegen allein die Beträge zu b und c zwei Jahre rückständig, so gilt dies nicht. — Man nehme nun an, daß der Gläubiger unverzüglich die Wiederversteigerung betreibt, daß diese angeordnet, aber auf Antrag des Erstehers eingestellt wird. Am 1. Juni 1917 beantragt ein nachstehend Beteiligter mit Rücksicht auf den Zinsrückstand des Betreibenden gemäß § 10 Abs. 3 Aufhebung der Einstellung. Der Antrag ist nur dann berechtigt, wenn der Rückstand des Betreibenden den zweijährigen Zinsen seiner Kapitalsforderung gleichkommt, d. h. wenn er mindestens 4800 M. beträgt. Diese Voraussetzung liegt aber auch vor, da die anderen Rückstände (b und c) einzurechnen sind.

Der Betreibende hat nämlich an Zinsen zu fordern:

a) 4 Proz. von 60 000 M. vom 1. April 1917 bis 1. Juni 1917	400 M.
b) den Betrag der Zinssicherungshypothek	4 500 „
c) 4 Proz. von 4500 M. vom 1. April 1917 bis 1. Juni 1917 .	30 „
	4 930 M.

Würde der Ersteher am 1. Juni 1917 die Einstellung beantragen, so wäre sie gemäß § 10 Nr. 2 aus gleichem Grunde von vornherein abzulehnen.

8. Stillschweig, JW. 17 528. Die Einstellung ist nur hinsichtlich der Zinsen abzulehnen.

9. Stillschweig, JW. 17 528. Ist der Beteiligte selbst der betreibende Gläubiger und wachsen die Zinsen seiner eigenen Hypothek, wegen deren er das Verfahren betreibt, auf einen zweijährigen Rückstand an, so ist die Einstellung nur hinsichtlich der Zinsen aufzuheben. In allen anderen Fällen ist die Einstellung auch hinsichtlich des Kapitals aufzuheben.

IV. Vorläufige Anordnungen.

(Zu vgl. Bd. 3, 96.)

Stillschweig a. a. O. 75. Eine vorläufige Anordnung, wie sie § 4 Abs. 4 und § 9 Abs. 3 zuläßt, ist hier nicht vorgesehen. Man wird sie in rechtsähnlicher Anwendung dieser Vorschriften auch hier für zulässig erachten müssen (Zweigert, Note 2). Praktische Bedeutung kommt ihr nur für den Fall zu, daß die Zwangsversteigerung noch nicht eingeleitet ist; sie dient eben dazu, diese Einleitung während des durch Anhörung des Gläubigers und des Hypothekeneinigungsamts eintretenden Schwebezustandes zu verhüten. Ein Rechtsmittel gegen die vorläufige Anordnung gibt es hier ebensowenig, wie in den §§ 4, 9.

§ 12.

Inhaltsübersicht.

I. Anwendungsgebiet III 96.
II. Die Wertfestsetzung III 96, V 41.
III. Nichtgedeckter Anspruch innerhalb der ersten drei Vierteile des Wertes III 96, IV 747.
IV. Der Antrag der Berechtigten III 97, V 43.
V. Die Entscheidung über den Antrag III 99, V 43.
VI. Das Rechtsmittel gegen die Versagung des Zuschlags III 100.

(Abschnitt I in Bd. 3, 96.)

II. Die Wertfestsetzung.

(Zu vgl. in Bd. 1, 388; 2, 139; 3, 96.)

1. Fröhlich, ZBlFG. 17 494. In Preußen kann das Vollstreckungsgericht nach § 6 Abs. 3a der Allgem. Verf. des Justizministers und Finanzministers über gerichtliche Landesstempelsachen vom 28. Juli 1909 (JMBl. 239) den Wert des Grundstücks entweder selbst bestimmen oder den Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommission um Auskunft darüber ersuchen, wie hoch das Grundstück zur Ergänzungssteuer veranlagt ist. Die Veranlagung erfolgt nach dem Voranschlag des Katasterkontrolleurs. Dieser berechnet den Wert ländlicher Grundstücke nach dem Flächeninhalt, der Wertklasse, zu der die Grundstücke bei Einführung der Grundsteuer Anfang der 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts eingeschätzt worden sind, und nach den Durchschnittspreisen; den Wert von Gebäuden nach dem Gebäudesteuernutzungswerte, der alle 15 Jahre neu geschätzt wird. In beiden Fällen werden die letzten Erwerbspreise berücksichtigt. In einem Falle wurde der Wert des Grundstücks vom Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommission auf 40 000 M., vom Gemeindevorsteher — anscheinend mit Rücksicht auf den Bauzustand — auf 30 000 M. angegeben. Für die Erhebung von Steuer und Stempel ist diese Steuer ausreichend. Für den Fall des § 12 der Hypothekenverordnung wäre

aber doch die Möglichkeit einer Abschätzung durch Sachverständige zuzulassen, zumal, wenn das Zwangsversteigerungsverfahren dadurch nicht sonderlich verzögert wird.

2. Stillschweig a. a. O. 85. Schwebt das Festsetzungsverfahren im Stadium der Aufsichtsbehörde, so bleibt dem zur Entscheidung über den Zuschlag berufenen Vollstreckungsrichter nichts übrig, als bei Bemessung der Wertgrenze die Entscheidung des Gerichtsschreibers oder des sie abändernden Vollstreckungsgerichts zugrunde zu legen; wird die Wertfestsetzung demnächst im Aufsichtswege geändert, so ist für diesen Fall, wenn die sich als unrichtig erweisende Festsetzung die Entscheidung über den Zuschlag beeinflußt hat, die sofortige Beschwerde gegeben, vorausgesetzt, daß sie noch rechtzeitig erhoben werden kann.

3. Stillschweig a. a. O. 84. Ist bei einem dem Anspruch des Antragenden vorgehenden Recht eine Löschungsvormerkung gemäß § 1179 BGB. zugunsten des Antragenden eingetragen, und steht fest, z. B. durch Erklärung des vorhergehenden Gläubigers, daß der Fall der Vormerkung gegeben, etwa die Valuta ganz oder zum Teil nicht gezahlt ist, so darf das Recht insoweit nicht berücksichtigt werden; denn wenn der Vormerkung auch eine dingliche Wirkung nicht zukommt, so hat es der Antragende doch in der Hand, die Löschung durchzusetzen. Zu einem entgegengesetzten Ergebnis gelangt man, wenn das vorgehende Recht eine Grundschuld ist (vgl. RG. 78, 60 und dazu JW. 12 713; 14 605).

III. Nichtgedeckter Anspruch innerhalb der ersten drei Vierteile des Wertes.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 96; 4 in Bd. 4, 747.)

5. Stillschweig a. a. O. 85. Innerhalb der ersten drei Vierteile des zu berechnenden Grundstückswerts muß der Anspruch stehen. Diese Ausdrucksweise hat bereits zu Mißverständnissen geführt. Der Grundstückswert sei 1000; die feststehende Wertgrenze ist also 750; die erste Hypothek beträgt 650, die zweite 100. Dann steht die volle zweite Hypothek innerhalb der Wertgrenze. Das wäre anders, wenn man — wie in Note 4a bei Berechnung des durch das Meistgebot nicht gedeckten Anspruchs — auch hier die Kosten des Verfahrens, öffentliche Abgaben und voraufgehende Nebenansprüche ansetzen wollte; wenn diese Beträge, um ein krasses Beispiel zu wählen, 160 ausmachen, so wäre damit die zweite Hypothek vollständig aus der Wertgrenze herausgedrängt. Das ist aber nicht der Sinn der Vorschrift. Der Gesetzgeber geht davon aus, daß die Sicherheit des Grundstücks für Ansprüche, die jenseits eines gewissen Wertteils liegen, ohnehin fragwürdig ist und daß solche Ansprüche den besonderen Schutz der Zuschlagsversagung nicht beanspruchen können. Diesem Ausgangspunkt entspricht ein auf wirtschaftlicher Erwägung beruhendes und darum konstantes Verhältnis der Sicherheit zum Wert. Unvorhersehbare Zufallsbeträge, die z. B. im Falle des § 10 Nr. 1 ZVG. recht erheblich sein könnne, müssen hier ausscheiden. In demselben Sinne wird der Ausdruck „zu stehen kommt" im Art. 73 PrAGBGB. von der mündelsicheren Hypothek gebraucht. Würde man jene Beträge berücksichtigen, so würde die ohnehin niedrige drei Viertelsgrenze noch weiter herabgedrückt werden.

6. Stillschweig a. a. O. 86. Der Satz Zweigerts, daß, wenn das Meistgebot die Dreiviertelswertgrenze erreicht, die Versagung des Zuschlages unzulässig ist, ergibt sich nicht aus dem Gesetz und hat keine unbedingte Geltung. Ein Beispiel zeigt dies. Der Grundstückswert beträgt 160 000, die Wertgrenze also 120 000; die erste Hypothek beträgt 100 000, die zweite Hypothek, der Anspruch des Beantragenden, 20 000. Das Meistgebot beträgt 120 000. Der Anspruch ist zum Teil ungedeckt, weil ihm die in Note 4a aufgeführten Beträge vorhergehen; er liegt innerhalb der Wertgrenze, weil bei deren Berechnung diese Beträge nach Note 5b nicht zu berücksichtigen. Die Voraussetzungen des § 12 liegen also vor, obwohl das Meistgebot die Wertgrenze erreicht.

IV. Der Antrag des Berechtigten.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 3, 97.)

6. Stillschweig a. a. O. 83. Der späteste Zeitpunkt für den Antrag ist der Schluß der Verhandlung, weil nachträgliches Vorbringen im allgemeinen unstatthaft ist (vgl. Note 8b zu § 10 und Jaeckel-Güthe § 87 Note 3 ZVG.) und weil vorliegend insbesondere dem betreibenden Gläubiger die Möglichkeit der Glaubhaftmachung des unverhältnismäßigen Nachteils genommen würde.

7. Stillschweig a. a. O. 83. Es ist fraglich geworden, ob der Antrag auf Versagung des Zuschlags auch dann zulässig ist, wenn der Antragende selbst das Meistgebot abgegeben hat. Das ist nicht im geringsten zu bezweifeln; gerade in dieser Möglichkeit liegt vielleicht der praktisch wertvollste Teil der Vorschrift. Das Meistgebot ist gewissermaßen ein Eventualantrag, zu dem der Gläubiger sich schweren Herzens unter dem Druck der Verhältnisse für den Fall entschließen muß, daß seinem auf Versagung des Zuschlags gerichteten Hauptantrage nicht entsprochen wird; er bietet nur vorsorglich in der Erwartung, daß es nicht zum Zuschlag kommt. Ein Widerspruch in sich oder zu Grundsätzen des Versteigerungsrechts liegt nicht vor (ebenso Nußbaum S. 1089, Zweigert Note 4; a. A. Pincus, VossZtg. vom 25. Juli 1916 Handelsblatt). Unter diesen Umständen wäre es auch nicht zu billigen, wenn das Gericht den Antrag auf Versagung deswegen ablehnen wollte, weil der Antragende seine Hypothek nur angeboten und nicht ausgeboten, seinen Ausfall also selbst herbeigeführt habe.

V. Die Entscheidung über den Antrag.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 3, 99.)

6. Stillschweig a. a. O. 82. Die Erwägung, ob die Zuschlagsversagung dem antragenden Gläubiger insofern nützt, als bei der späteren Versteigerung ein besseres Ergebnis, ein höheres Gebot zu erwarten ist, muß stark in den Hintergrund treten. Daß das Gesetz hier auch entfernte Möglichkeiten zuläßt, ergibt sich daraus, daß es die wiederholte Versagung gestattet; deswegen und weil die künftige Entwicklung der Liegenschaftsverhältnisse nicht vorauszusehen, ist die Möglichkeit eines besseren Ergebnisses fast immer gegeben. Eine abweichende Auffassung ist in § 7 Nr. 3 KTSchG. vertreten; sie erklärt sich daraus, daß bei Erlaß dieses Gesetzes die lange Dauer des Krieges nicht vorauszusehen war; gerade daß sie in dem § 12 nicht zum Ausdruck gebracht ist, läßt auf den geänderten Willen des Gesetzgebers schließen. Bei entgegengesetzter Handhabung würde der § 12 vollends entwertet werden (a. A. Nußbaum S. 1089; ähnlich Scholz S. 1087, Zweigert Note 5).

7. Stillschweig a. a. O. 87. In den Regelfällen des allgemeinen Zwangsversteigerungsrechts ist bei Versagung des Zuschlags und zulässiger Fortsetzung des Verfahrens zur Fortsetzung ein binnen sechs Monaten zu stellender Antrag des Gläubigers erforderlich (Jaeckel-Güthe § 86 Note 2). Hier ist das Verfahren von Amts wegen fortzusetzen, indem zugleich mit der Versagung neuer Versteigerungstermin zu bestimmen ist; das gilt auch dann, wenn der Zuschlag erst in der Beschwerdeinstanz versagt ist, nur wird dann das Amtsgericht den Termin zu bestimmen haben.

8. Nußbaum a. a. O. 41ff. wendet sich gegen die Regelung des § 12 („Die Kritik ist dieser Vorschrift gegenüber fast in Verlegenheit, mit welcher Bemängelung sie beginnen soll") und nimmt den Vorschlag von Stillschweig (BerlTgbl. vom 24. 2. 16) und Sembritzki (VossZtg. vom 21. 7. 16) auf, den Versteigerungsrichter zu ermächtigen, nach Anhörung der Beteiligten und des Hypothekeneinigungsamts das Bestehenbleiben von Hypotheken als Versteigerungsbedingung zu bestimmen.

§ 20.

Fröhlich, ZBlFG. 17 495. Mangels Übergangsbestimmungen ist anzunehmen, daß die Bekanntmachung vom 8. Juni 1916 auch in den Fällen angewendet werden

kann, in welchen auf Grund der Bekanntmachungen vom 20. Mai 1915 Zahlungsfrist oder Einstellung der Vollstreckung mit oder ohne Erfolg beantragt war.

7. Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben. Vom 7. August 1914. (RGBl. 360.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 299ff.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 1, 300; 2, 82; 3, 103.

Thiesing, Das Gegenmoratorium in der Rechtsprechung, BankA. 16 165ff.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

A. Persönliches Geltungsgebiet I 302, II 83, III 105 V 45.
  I. Natürliche Personen, die ihren Wohnsitz im Auslande haben I 302, II 85.
    1. Nur der Wohnsitz, nicht die Staatsangehörigkeit entscheidet I 302.
    2. Doppelter Wohnsitz I 302.
    3. Bezieht sich das Klageverbot auch auf Personen ohne Wohnsitz? I 302.
      a) Bejahend I 302.
      b) Verneinend I 302.
    4. Maßgebend ist der Zeitpunkt der Klageerhebung II 83.
    5. Betrifft die Verordnung auch Ansprüche von Auslandsbewohnern gegen Auslandsbewohner? I 302, II 84, III 105.
      a) Verneinend I 302.
      b) Bejahend I 302, II 84, III 105.
    6. Begriff „Ausland" I 303, II 84.
  II. Juristische Personen, die im Ausland ihren Sitz haben I 303, V 45.
    1. Begriff des „Sitzes" I 305.
    2. Sitz sog. unselbständiger Zweigniederlassungen I 303.
    3. Das alte hamburgische Testament I 304.
  III. Handelsgesellschaft ohne juristische Persönlichkeit I 304, II 84.
  IV. Gesamtgläubigerschaft I 304, II 84, III 105.
  V. Klage auf Zahlung an einen Dritten I 304.
B. Inhalt des § 1 Abs. 1 Satz 1: Verbot der Geltendmachung vermögensrechtlicher Ansprüche vor inländischen Gerichten I 304, II 85, III 105, V 46.
  I. Vermögensrechtliche Ansprüche I 304, II 85.
    1. Ansprüche jeder Art I 304.
    2. Wechselansprüche I 304.
    3. Ansprüche auf Abrechnung, Auskunft, Zeugnis usw. I 304.
    4. Ansprüche aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes I 305, II 85.
      a) Welche Ansprüche kommen in Betracht? I 305.
      b) Das Gegenmoratorium und die Pariser Union I 305.
  II. Die vor dem 31. Juli 1914 entstanden sind I 306.
  III. Geltendmachung I 306, II 85, III 105, V 46.
    1. Allgemeines I 306.
    2. Geltendmachung im Zivilprozesse I 306, II 85, III 105, V 46.
      a) Fällt unter den Begriff der Geltendmachung auch die negative Feststellungsklage? I 306, II 85, V 46.
        α. Bejahend I 306, II 85.
        β. Verneinend I 306, II 85.
      b) Enthält die positive Feststellungsklage eine Geltendmachung? I 307.
      c) Liegt eine Geltendmachung in der Erhebung der Widerklage? I 307, III 105
        α. Bejahend I 307.
        β. Verneinend I 307, III 105.
      d) Geltendmachung durch Streitverkündung I 307.
      e) Geltendmachung durch Nebenintervention I 307.
      f) Geltendmachung durch den Antrag auf Beweissicherung? I 306, II 85.
      g) Geltendmachung durch Einrede? I 308, II 85.
      b) Geltendmachung des Anspruchs auf Kostenerstattung und Rückgabe einer Sicherheit I 308, II 85.
        α. der Auslandsbewohner I 308.
        β. der Inlandsbewohner I 309, II 85.
      i) Geltendmachung im Mahnverfahren I 309.
      k) Sind Arreste und einstweilige Verfügungen zulässig? I 309, III 105.
        α. Bejahend I 309.
        β. Verneinend I 309, III 105.
      l) Fällt auch die Geltendmachung im Wege der Zwangsvollstreckung unter § 1 Abs. 1 Satz 1? I 310, II 85.
        α. Verneinend I 310, II 85.
        β. Bejahend I 311, II 86.
      m) Verteilungsverfahren I 313.
      n) Findet § 1 Abs. 1 Satz 1 auf Klagen aus §§ 767, 771 ZPO. Anwendung? I 313, II 86.
        α. Bejahend I 313.
        β. Verneinend I 313, II 86.
      o) Anwendbarkeit im Wiederaufnahmeverfahren I 314.

p) Geltendmachung durch Vollstreckungsklage II 87.
q) Geltendmachung durch Antrag auf Zuschlagsverlegung? V 47.
r) Geltendmachung durch Aussetzungsantrag? V 47.
3. Geltendmachung im Konkursverfahren. Ist die Anmeldung, Prüfung und Feststellung einer Auslandsforderung statthaft? I 314, II 87.
a) Bejahend I 314, II 87.
b) Verneinend I 314, II 88.
c) Vermittelnd I 315, II 89.
4. Geltendmachung im Geschäftsaufsichtsverfahren V 47.
5. Geltendmachung im Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit I 316, II 89, III 106.
IV. Geltendmachung vor inländischen Gerichten I 316, II 90, III 106, V 48.
1. Anwendung auf Sondergerichte I 316.
2. Anwendung auf Schiedsgerichte? I 316, II 90.
a) Bejahend I 316.
b) Verneinend I 316, II 90.
3. Anwendung auf das Reichsgericht in Sachen der Konsulargerichtsbarkeit III 106.
4. Anwendung auf die Spruchbehörden der Reichsversicherung? V 48.
V. Zeitliche Beschränkung des Verbots I 316, II 90, III 106, V 48.
VI. Nicht verboten ist die Geltendmachung gegen den Auslandsschuldner I 316.
C. Der Inhalt des § 1 Abs. 1 Satz 2 I 316, II 91, III 106.
I. Ist § 1 Abs. 1 Satz 2 auch auf die nach Satz 1 verbotene Klage anzuwenden? I 316, II 91.
1. Verneinend I 316, II 91.
2. Bejahend I 317, II 91.
II. Voraussetzung und Wirkung der Unterbrechung des Widerklageverfahrens I 317, II 91, III 106.
1. Keine Unterbrechung des Verfahrens auf die Widerklage des Inländers nach rechtskräftiger Abweisung der Klage I 317.
2. Erfaßt die Unterbrechung des Widerklageverfahrens auch das Verfahren auf die Klage? I 317, II 91.
a) Bejahend I 318.
b) Verneinend I 318, II 91.
c) Vermittelnd I 318, II 93.
3. Erfaßt die Unterbrechung des Klageverfahrens auch das Verfahren zur Widerklage? II 93, III 106.
a) Bejahend II 93.
b) Verneinend II 93, III 106.
III. Wirkt die Unterbrechung bei notwendiger Streitgenossenschaft gegen alle Streitgenossen? I 318, II 94.
1. Bejahend I 318.
2. Verneinend I 318, II 94.
IV. Unterbrechung des Mahnverfahrens I 318.
V. Einwirkung auf das Arrest- und einstweilige Verfügungsverfahren I 318.
1. Unterbrechung des Sonderverfahrens I 318.
2. Unzulässigkeit einstweiliger Verfügungen, während der Unterbrechung I 318.
VI. Wird auch das Rückforderungsverfahren nach Beitreibung auf Grund eines vorläufig vollstreckbaren Titels gegen einen ausländischen Beklagten unterbrochen? I 318, II 94.
1. Verneinend I 318. II 94.
2. Bejahend I 319.
VII. Wirkung auf die Vollstreckung ausländischer Urteile und Schiedssprüche I 319.
VIII. Wirkung der Unterbrechung auf das Konkursverfahren I 319.
IX. Wirkung auf die Beitreibung von Gerichtskosten I 320.
D. Rechtsnatur der Vorschriften des Abs. 1 I 320, II 94, III 107, V 48.
I. Die Verordnung enthält zwingendes Recht I 320, II 94, III 107, V 48.
II. Ist die Terminsanberaumung abzulehnen? II 94.
1. Bejahend I 320, II 94.
2. Verneinend I 320, II 94.
III. Unzulässigkeit des Versäumnisurteils gegen den Beklagten I 320, II 95.
IV. Rechtsmittel I 320, II 95.
E. Materielle Wirkungen I 321, II 95, V 49.
I. Allgemeines I 321, II 95.
II. Wird die Verjährung gehemmt? I 321, II 95, V 49.
1. Bejahend I 321, II 95. V 49.
2. Verneinend I 321.
F. Vom Reichskanzler zuzulassende Ausnahmen I 321, II 96.
I. Allgemeines I 321, II 96.
II. Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die in Österreich-Ungarn ihren Wohnsitz haben vom 20. April 1915, RGBl. 231, I 321, II 96.
III. Bek. über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die in der Schweiz ihren Wohnsitz haben vom 25. Juni 1915, RGBl. 361, I 937.

A. Persönliches Geltungsgebiet.

(Abschnitt I in Bd. 1, 302; 2, 83; 3, 105.)

II. Juristische Personen, die im Ausland ihren Sitz haben.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 1, 303.)

4. RG. III, WarnE. 17 151. Die im Inlande unterhaltenen gewerblichen Niederlassungen der Personen, die im Auslande ihren Wohnsitz oder Sitz haben, sollen, wie die Begründung (Denkschrift S. 22) sagt, den selbständigen Geschäften von Ausländern im

Inland gleichgestellt werden. Für ihren Geschäftsbetrieb wird nur die allgemeine Regel der Zulässigkeit gerichtlicher Durchführung berechtigter Ansprüche wiederhergestellt.

Bei einer Kreditgewährung durch die inländische Niederlassung einer ausländischen, insbesondere einer überseeischen Bank, liegt nun der Schwerpunkt der kaufmännischen Tätigkeit bei dieser Niederlassung selbst. Sie hat die Verbindungen anzuknüpfen, die den inländischen Geschäftskreis der Bank begründen und erweitern, sie hat die Sicherheit desjenigen, dem der Kredit eröffnet wird, zu prüfen und sich fortlaufend zu vergewissern, ihr liegt gegenüber der Hauptleitung der Bank die Verantwortung dafür ob. Ob die Wechsel, durch deren Ziehung der Kredit genutzt wird, von der inländischen Niederlassung, von der Hauptniederlassung selbst oder von anderen Niederlassungen der Bank oder gar von anderen Personen, mit denen die Bank in Geschäftsverbindung steht, eingelöst werden, ist verhältnismäßig von geringerer Bedeutung. Wirtschaftlich fallen die Ansprüche, die aus einer solchen Kreditgewährung erwachsen, in den Bereich des Betriebes derjenigen Niederlassung, welche den Kredit bewilligt hat. Im vorliegenden Falle sprechen zudem besondere Umstände dafür, den Klageanspruch als im Betrieb der inländischen Niederlassung entstanden anzusehen. Vereinbarungsgemäß sollte zwar der Kredit durch Ziehungen der Beklagten auf die Londoner Niederlassung der Bank genutzt werden, die Abdeckung der Wechsel aber drei Tage vor Verfall in Hamburg erfolgen. Die Beklagte war auch in der Lage, durch Begebung des Sekundawechsels die Vorteile der Kreditgewährung alsbald im Inlande wahrzunehmen und hat hiervon Gebrauch gemacht. Dafür, daß die Hamburger Niederlassung nur für die Londoner, gleich deren Agentin, tätig gewesen wäre, fehlt jeder Anhalt; eine solche Behauptung ist nicht aufgestellt.

5. DJZ. 17 530, OLG. 35 68, SächsOLG. 38 218, SächsA. 17 155 (Dresden VIII). So gut, wie die Vorschriften des § 1 Abs. 1 keine Anwendung auf Ansprüche finden, die im Betriebe der von ausländischen physischen oder juristischen Personen im Inland unterhaltenen gewerblichen Niederlassungen entstanden sind, müssen sie im Gegensatz dazu Anwendung auf Ansprüche finden, die im Betriebe der von inländischen physischen oder juristischen Personen im Ausland unterhaltenen gewerblichen Niederlassungen entstanden sind. Denn auch das würde entgegen der Absicht der BO. vom 7. August 1914 (vgl. Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch 1915 S. 299/300) zu einer Begünstigung im Auslande wohnender Gläubiger führen. Soweit das OLG. zu Kolmar in dem Beschlusse vom 12. Dezember 1914 (DJZ. 1915 Sp. 115) eine abweichende Auffassung vertritt, kann ihm schon deswegen nicht beigetreten werden, weil es die Staatsangehörigkeit und nicht den Wohnsitz entscheiden läßt.

B. Der Inhalt des § 1 Abs. 1.

(Abschnitt I in Bd. 1, 304; 2, 85; II in Bd. 1, 306.)

III. Verboten ist die Geltendmachung vor inländischen Gerichten.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 1, 306.)

2. Geltendmachung im Zivilprozeß.

a) Fällt unter den Begriff der Geltendmachung auch die negative Feststellungsklage?

(zu vgl. Bd. 1, 306; 2, 85).

DJZ. 17 342 (Karlsruhe I). Verneinende Feststellungswiderklagen fallen nicht unter das Verbot des § 1 der BRBO. vom 7. August 1914 über die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben; denn dabei handelt es sich der Sache nach nur um die Abwehr von gegen diese eingeklagten Ansprüchen; auf bloß prozessuale Rechtsschutzansprüche findet die BRBO. aber jedenfalls ihrem Zweck nach keine Anwendung.

(Unterabschnitt b bis p in Bd. 1, 306ff.; 2, 85; 3, 105.)

q) Geltendmachung durch Antrag auf Zuschlagsversagung?

LeipzZ. 17 552 (Frankfurt a. M. III). Der Zweck der BRBO. vom 7. August 1914 ist nur der, zu verhüten, daß Auslandsbewohner, die im Auslande durch Moratorium geschützt sind, im Inland ihre vor dem Kriege entstandenen Forderungen eintreiben und ihre Ansprüche auf diese Weise verwirklichen. Dagegen sollen diese Personen nicht gehindert sein, ihre Ansprüche bloß zu verteidigen oder der gegebenen Schutzmittel zur Erhaltung derselben sich zu bedienen (RG. in JW. 15, 1265[10]). Das in § 12 der BRBO. vom 8. Juni 1916 gewährte Recht, die Versagung des Zuschlags zu beantragen, ist nur ein Mittel, den Gläubiger vor dem Verlust seines Anspruchs zu bewahren. Eine „Geltendmachung" dieses Anspruchs i. S. der BRBO. vom 7. August 1914 liegt darin nicht.

r) Geltendmachung durch Aussetzungsantrag?

HansGZ. 17, Beibl. 154 (Hamburg II). Die auf Grund des § 246 ZPO. beantragte Aussetzung wird auch nicht gehindert durch die Kriegsverordnung vom 7. August 1914, nach welcher zurzeit Personen, die im Ausland wohnen oder ihre Rechtsnachfolger vermögensrechtliche Ansprüche gerichtlich nicht geltend machen können. Da zwischen den Parteien Streit darüber herrscht, ob Klägerin zu ihren Lebzeiten in Bremen oder im Auslande domiziliert war, könnte eine Abweisung der Klage erst ausgesprochen werden, wenn durch eine Beweisaufnahme festgestellt würde, daß letzteres der Fall war. Dieser Beweisantretung gegenüber ist jedoch der Aussetzungsantrag das Prinzipale, da nach prozessualen Regeln (§ 246 ZPO.) im Falle des Todes einer Partei erst die Aussetzung erfolgen muß, bevor weitere Prozeßhandlungen von der einen oder anderen Partei vorgenommen werden können oder seitens des Gerichts eine Entscheidung gefällt werden darf.

4. Geltendmachung im Geschäftsaufsichtsverfahren.

a) Zweigert, GeschAufs. 34. Ausländische Gläubiger werden von dem Verfahren ebenso betroffen wie inländische. Die Anrufung des Gerichts seitens eines im Auslande wohnenden Gläubigers, etwa zwecks Anregung der Aufhebung der Geschäftsaufsicht oder in Streitfällen über die Verwendung der vorhandenen Mittel (§ 29), enthält noch keine gerichtliche Geltendmachung des Anspruchs im Sinne der VO. vom 7. August 1914 (RGBl. S. 360), ist also auch ohne Ermächtigung des Reichskanzlers zulässig.

b) Jaeger, JW. 17 437. Zweifel bestehen über die Stellung von Gläubigern mit ausländischem Wohnsitz oder Sitz, denen nach Maßgabe der VO. vom 7. 8. 14 und ihrer Nachträge die gerichtliche Rechtsverfolgung im Inlande verwehrt ist. Die Begründung des § 33 führt aus: Ausübung von Gläubigerrechten im konkursabwendenden Vergleichsverfahren, in dem anders als im Konkurse keine Forderungsanmeldung erfolge, sei noch keine gerichtliche Geltendmachung, eine solche bilde erst die Vergleichsvollstreckung; auch Gläubiger feindlicher Staaten seien daher teilnahmeberechtigt; mangels einer Erklärung zähle ihre Stimme allerdings als ablehnend (§ 37); allein es sei nach der VO. vom 10. 2. 16 (RGBl. S. 89) aus besonderen Gründen zulässig, Ausländeransprüche mit der Folge unter Zwangsverwaltung zu stellen, daß der Zwangsverwalter mit abstimmen könne. Das Ergebnis und seine Begründung sind unbefriedigend. Angehörige feindlicher und uns unfreundlich gesinnter neutraler Staaten, ja solche Staaten selbst, können danach als Gläubiger das Zustandekommen des Zwangsvergleichs nicht selten (wie die Erfahrung gelehrt hat) zum Schaden des Inlandes vereiteln und damit den Zweck der AuslVO. ins Gegenteil verkehren. Daß unter Umständen ein Zwangsverwalter bestellt werden und daß dieser für den Vergleich stimmen „kann", ist ein recht bescheidener Trost. Jedenfalls aber wäre eine unterschiedliche Behandlung des konkursabwendenden und des konkursbeendenden Vergleichs eine unerträgliche Unebenheit. Auch die Teilnahme am konkursabwendenden Vergleichsverfahren ist gericht-

liche Geltendmachung des Anspruchs, denn die Abstimmung erfolgt in einem gerichtlichen Termin und in der Form einer Prozeßhandlung. Daher hätte die AusfVO., rechtzeitiger Anregung folgend (LZ. 16, 126 Note 39), Auslandsansprüche trotz Versagung des Stimmrechts den Vergleichsfolgen unterwerfen (vgl. § 62) oder sie hinter die Vergleichsansprüche zurücksetzen müssen. Einer im Einzelfall unerwünschten Rechtskränkung konnte, soweit nicht schon allgemeinere Schutzvorschriften bestehen (wie für Österreich-Ungarn und die Schweiz), auf dem Wege des § 1 Abs. 2 Satz 1 AuslVO. abgeholfen werden.

IV. Geltendmachung vor inländischen Gerichten.

(Unterabschnitt 1 bis 3 in Bd. 1, 316; 2, 90; 3, 106.)

4. Anwendung auf die Spruchbehörden der Reichsversicherung?

RVA. RekS., JW. 17 309. Daß der von einem Unfallverletzten gegenüber dem Versicherungsträger erhobene Anspruch auf eine höhere Entschädigung als die vom Versicherungsträger festgesetzte ein vermögensrechtlicher ist, kann keinem Zweifel unterliegen. Weiter ist davon auszugehen, daß die Behörden der Reichsversicherung, soweit sie im Spruchverfahren tätig werden, rechtsprechende Instanzen, d. h. Gerichte im weiteren Sinne sind. Zweifelhaft kann lediglich erscheinen, ob der Begriff „inländische Gerichte" in der erwähnten Bekanntmachung in einem weiteren die Spruchinstanzen der Reichsversicherung einschließenden Sinne gefaßt, oder ob hierbei nur an die ordentlichen Gerichte gedacht ist. Zu einer einschränkenden Auslegung in letzterem Sinne würde es an jedem sachlichen Grunde fehlen; denn die Gründe, aus denen während des Krieges den im Ausland wohnenden Personen die Möglichkeit entzogen ist, vermögensrechtliche Ansprüche vor den ordentlichen Gerichten zu verfolgen, greifen in demselben Maße auch bezüglich der Ansprüche durch, die, obwohl ebenfalls vermögensrechtlicher Natur, nach der Gesetzgebung vor besonderen Spruchinstanzen geltend zu machen sind. Dazu kommt die Erwägung, daß, wenn eine Beschränkung auf die ordentlichen Gerichte hätte Platz greifen sollen, dies nach dem Gebrauche, der in der Gesetzessprache von den in Betracht kommenden Bezeichnungen gemacht wird, zum entsprechenden Ausdruck gekommen wäre.

V. Zeitliche Beschränkung des Verbots.

(Bd. 1, 360; 2, 90; 3, 106.)

Der ursprünglich auf den 31. Oktober 1914 bestimmte Termin ist weiter verlegt, und zwar durch Bek. v. 13. April 1916 (RGBl. 273) auf den 31. Juli 1916, durch Bek. v. 13. Juli 1916 (RGBl. 694) auf den 31. Oktober 1916, durch Bek. v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1132) auf den 31. Januar 1917, durch Bek. v. 26. März 1917 (RGBl. 277) auf den 31. Juli 1917, durch Bek. v. 28. Juli 1917 (RGBl. 566) auf den 31. Oktober 1917 und durch Bek. v. 20. September 1917 (RGBl. 854) auf den 31. Januar 1918.

(Abschnitt C in Bd. 1, 316ff.; 2, 91ff.)

D. Rechtsnatur der Vorschriften des Abs. 1.

I. Die Verordnung enthält zwingendes Recht.

(Erläuterungen 1 bis 5 in Bd. 1, 320; 6 in Bd. 2, 94; 7 bis 9 in Bd. 3, 107.)

10. LeipzZ. 17 552 (Hamburg II). Da inzwischen der Kriegszustand eingetreten und gemäß der BRBO. vom 7. August 1914 wegen Unzulässigkeit der Prozeßführung von Ausländern das anhängige Prozeßverfahren unterbrochen war, war die Zustellung des Urteils und die Einreichung der Berufungsschrift an sich unwirksam. Sie sind aber nachträglich rechtswirksam geworden, weil beide Teile durch ihr Verhalten und die Beklagten noch ausdrücklich darauf verzichtet haben, diesen Mangel im Verfahren geltend zu machen. → Mit Recht bezeichnet Nölbeke diese Entscheidung als sehr bedenklich. ←

11. LeipzZ. 17 936 (Hamburg II). Durch das Inkrafttreten der BRVO. vom 7. August 1914 wurde das Verfahren hinsichtlich der Klage der in Frankreich ansässigen Firma M. unterbrochen; der Lauf der Berufungsfrist, der mit Urteilszustellung begonnen hatte, hörte auf. Die Einlegung der Berufung während der Unterbrechung war wirkungslos (§ 249 Abs. 2 ZPO.). Nachdem der Reichskanzler durch Verfügung vom 5. November 1916 hinsichtlich der Klage eine Ausnahme von den Vorschriften im § 1 Abs. 1 der BRVO. vom 7. August 1914 zugelassen hatte, war die Firma H. befugt, einen gerichtlichen Ausspruch über die Zulässigkeit der Berufung herbeizuführen; denn auch eine unwirksame Rechtsmitteleinlegung löst die Entscheidungspflicht des Rechtsmittelrichters aus. Einer vorgängigen Aufnahme des Verfahrens, entsprechend §§ 239, 250 ZPO. bedurfte es hierfür nicht (Urteil dieses Gerichts vom 15. März 1917 Bf. II. 265/13), es genügte, daß der Firma M. die Verfügung des Reichskanzlers durch Schriftsatz zugestellt war. Nach § 535 ZPO. hat das Berufungsgericht von Amts wegen zu prüfen, ob die Berufung in der gesetzlichen Form und Frist eingelegt ist. Dabei ist freilich eine nach § 249 Abs. 2 ZPO. nur „der anderen Partei gegenüber" eintretende Unwirksamkeit nicht von Amts wegen zu beachten, weil solche durch Verzicht oder durch Unterlassung der Rüge geheilt werden kann (Stein, Bem. III zu § 249 ZPO. und angef. RGEntsch.). Im vorliegenden Falle hat aber die Firma H. die Wirkungslosigkeit ausdrücklich geltend gemacht. Der Umstand, daß sie durch Schriftsatz angekündigt hatte, daß zunächst die Einrede der mangelnden Sicherheit für die Prozeßkosten erhoben werden solle, steht dem nicht entgegen, da hierin ein Verzicht auf andere Anträge und Rügen regelmäßig nicht enthalten ist (JW. 1907, 714). Da die Berufung hiernach nicht während der Berufungsfrist eingelegt ist, auch die Firma M., nachdem ihr die Verfügung des Reichskanzlers zugestellt und damit die Berufungsfrist von neuem in Lauf gesetzt war, die unwirksame Handlung nicht durch eine wirksame ersetzt hat, so war der Firma H. gegenüber das Rechtsmittel als unzulässig zu verwerfen.

E. Materielle Wirkungen.

Abschnitt I in Bd. 1, 321; 2, 95.

II. Wird die Verjährung gehemmt?

1. Bejahend (Erläuterung a, b in Bd. 1, 321; c in Bd. 2, 95).

d) DJZ. 17 250 (Cöln III). Die Hemmung und Unterbrechung des Verfahrens wegen Geltendmachung von Ansprüchen der Auslandspersonen gemäß Bek. v. 7. 8. 14 haben auch die Unterbrechung der Verjährung zur Folge. Im Gegensatz zu § 8 KLSchG. v. 4. 8. 14 enthält die Bekanntmachung betr. Geltendmachung von Ansprüchen der Auslandspersonen vom 7. August 1914 keine Bestimmung über die Unterbrechung der Verjährung. Die in § 202 ff. BGB. aufgeführten Unterbrechungsgründe treffen nicht zu, und eine analoge Anwendung ist hier nicht statthaft. Dagegen kann die im § 8 enthaltene Bestimmung als der Ausdruck eines für die Kriegszeit allgemein geltenden Grundsatzes gelten, so daß ihre analoge Anwendung für die Bek. v. 7. 8. 14 zulässig erscheint. Das um so mehr, als sonst, da die Bekanntmachung nicht nur die Bewohner des feindlichen Auslandes, sondern auch die Bewohner der verbündeten Staaten und des neutralen Auslandes, und sogar die im Auslande befindlichen Reichsdeutschen trifft, die im Inlande wohnenden Angehörigen feindlicher Staaten nicht gehindert sein würden, ihre Ansprüche vor inländischen Gerichten geltend zu machen, während jenen die Verjährung droht. Auch würde die Verjährung eines gegen einen Kriegsteilnehmer gerichteten Anspruchs nach § 8 zugunsten der Auslandsbewohner gehemmt sein, nicht aber die Verjährung der sonstigen Forderungen dieser Personen, woraus sich die Folgerung ergeben würde, daß den Nichtkriegsteilnehmern durch eine Verjährung der gegen sie bestehenden Ansprüche eine besondere Vergünstigung entstände.

2. Verneinend zu vgl. Bd. 1, 321.

(Bek. 8 in Bd. 1, 326 ff.; 2, 204 ff.; 3, 108 ff.)

9. Bek. über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses. Vom 14. Dezember 1916. (RGBl. 1363.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 900 ff.

Weitere Begründung. (D. R. X 161.)

Um die Schuldner, die infolge des Krieges zahlungsunfähig geworden sind, vor dem Konkurs und den mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Schädigungen zu bewahren, ist ihnen durch die VO. betr. die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens, vom 8. August 1914 (RGBl. 363), die Möglichkeit eröffnet worden, bei dem für das Konkursverfahren zuständigen Amtsgericht die Anordnung der GA. zu beantragen. Die segensreichen Wirkungen der VO. würden in Frage gestellt werden, wenn die in ihr vorgesehenen Vergünstigungen — Schutz vor Konkurs und vor Zwangsvollstreckung — mit der Beendigung des Krieges ohne weiteres wegfielen. Zahlreiche unter GA. stehende Schuldner würden dann doch in Konkurs geraten; als Ergebnis bliebe lediglich der Aufschub des wirtschaftlichen Zusammenbruchs auf einen späteren Zeitpunkt. Dem Bedürfnis, die unter GA. stehenden Betriebe demnächst in die selbständige Leitung des Inhabers in einer Weise zurückzuführen, die den Weg zu einer dauernden Festigung und Besserung seiner Lage zu bahnen vermag, läßt sich zum Teil schon dadurch entsprechen, daß diesen Betrieben nach Beendigung des Kriegszustandes eine angemessene Übergangszeit gewährt wird, innerhalb deren ihnen die Vorteile der Verordnung erhalten bleiben. Dies ist aber nur von Wert, wenn wirklich anzunehmen ist, daß der Schuldner sich demnächst erholen und ohne weiteres zur selbständigen Fortführung seiner bisherigen wirtschaftlichen Existenz wieder imstande sein wird. Vielfach sind indessen schon während des Bestehens der GA. die Anzeichen dafür zutage getreten, daß solche Gesundung nicht möglich oder wenigstens nicht wahrscheinlich ist. Für diese Fälle drängt nicht bloß die Rücksicht auf die Privatinteressen von Schuldner und Gläubiger, sondern vor allem auch die Lage unserer wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen darauf hin, daß dem Schuldner die Möglichkeit gewährt werde, die GA. in einer die Eröffnung des Konkurses vermeidenden Weise schon früher abzuwickeln. Als Weg hierfür bietet die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. erlassene Bek. v. 14. Dez. 1916 (RGBl. 1363), die an die Stelle der bisherigen Vorschriften getreten ist, den gerichtlichen Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses.

Der Zwangsvergleich ist dem geltenden deutschen Rechte nur als Mittel zur Beendigung des Konkurses bekannt. Aber schon vor Ausbruch des Krieges waren lebhafte, auf die Einführung eines den Konkurs abwendenden Zwangsvergleichs gerichtete Bestrebungen im Gange. Sie hatten den Erfolg, daß der Reichstag im Jahre 1913 beschloß, die verbündeten Regierungen, die bis dahin in der Frage einen ablehnenden Standpunkt eingenommen hatten (zu vgl. Denkschrift des Reichs-Justizamts vom 1. Dezember 1906, Drucks. Nr. 596), um Vorlage eines Gesetzentwurfs über den Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses zu ersuchen (StenBer. 1913 S. 3749 A). Der Beschluß des Reichstags veranlaßte die Reichsverwaltung von neuem in Erörterungen über die Frage einzutreten. Diese sind durch den Ausbruch des Krieges unterbrochen worden.

Die grundsätzliche Lösung der Frage ist der ordentlichen Gesetzgebung vorzubehalten. Sie wird nur nach sorgfältiger Vorbereitung und allseitiger sachlicher Auseinandersetzung mit den im Wesen der Einrichtung wurzelnden Bedenken erfolgen dürfen, wie sie seinerzeit auf dem Grunde des erreichbaren Tatsachenmaterials in der Denkschrift des Reichs-Justizamts erörtert worden sind.

Unbeschadet der grundsätzlichen Lösung erschien es indessen angängig, den Zwangsvergleich als Mittel zur Beendigung der GA. einzuführen. Das GA.-Verfahren ist in wichtigen Punkten mit dem Konkursverfahren, für das schon das geltende Recht

den Zwangsvergleich kennt, eng verwandt. Der Schuldner unterliegt, wenn auch in geringem Maße als der Gemeinschuldner, von Anordnung der GA. an einer Reihe von Beschränkungen zugunsten seiner Gläubiger. Er muß sich der Aufsicht und bis zu einem gewissen Grade selbst der Leitung dritter Personen unterwerfen. Vor allem hat er diesen vollen Einblick in seine Vermögensverhältnisse zu gewähren. Wesentliche Grundlagen für den Abschluß eines Zwangsvergleichs waren damit gegeben, so daß die Bedenken, die gegen die allgemeine Einführung des außerkonkurslichen Zwangsvergleichs erhoben werden, einem sich an die GA. anschließenden Zwangsvergleich nicht in gleichem Grade entgegentraten. Er ist auch als natürlicher Abschluß des GA.-Verfahrens von der Öffentlichkeit allgemein verlangt worden.

Ein grundlegender Unterschied zwischen dem Konkurs und den GA.-Verfahren besteht freilich darin, daß das Konkursverfahren mit öffentlichen Bekanntmachungen sowohl bei der Eröffnung wie auch späterhin verbunden ist, während solche bei der GA. nicht stattfinden. Für die Ausgestaltung eines den Konkurs abwendenden Zwangsvergleichs ist es von Bedeutung, ob er ohne Bekanntmachungen geschlossen werden soll oder ob auch ihm solche vorhergehen müssen. Die Frage der Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit des Vergleichsverfahrens bildet unter den Anhängern der Einrichtung den Gegenstand einer grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit. Die öffentliche Bekanntmachung wird auf der einen Seite im Interesse der Gläubiger für unerläßlich erachtet. Demgegenüber steht die Auffassung, daß der Zwangsvergleich nur dann von Wert sei, wenn dem Schuldner die mit einer solchen verbundene Bloßstellung erspart bleibt. Für eine lediglich im Rahmen der GA. getroffene Maßregel sind die erforderlichen Richtlinien bereits durch die bestehenden Verhältnisse vorgezeichnet. Die bisherigen Vorschriften, welche die öffentliche Bekanntmachung der GA. untersagen, verfolgen das Ziel, im Interesse des Schuldners Kreditschädigungen, wie sie eine amtliche Bekanntmachung der Zahlungsunfähigkeit zur Folge hat, zu vermeiden. Damit würde es nicht vereinbar sein, wenn der Grundsatz der Nichtöffentlichkeit bei der Abwicklung der GA. durchbrochen würde; denn die öffentliche Bloßstellung mit ihren Folgen, die bei der GA. verhütet werden soll, würde den Schuldner dann doch treffen. Der Grundsatz der Nichtöffentlichkeit der Geschäftsaufsicht nötigt deshalb dazu, auch für den sich daranschließenden Zwangsvergleich von öffentlichen Bekanntmachungen abzusehen.

Eine sichere Ermittlung sämtlicher Gläubiger wird durch die dem Vergleich vorausgehende Geschäftsaufsicht erleichtert. In Betracht kommt zunächst die Einreichung des Gläubigerverzeichnisses durch den Schuldner und dessen Prüfung durch die Aufsichtsperson an der Hand der Geschäftsbücher und sonstiger Aufzeichnungen des Schuldners. Zur weiteren Sicherung der Gläubiger dient es, daß der Schuldner auf Verlangen des Gerichts die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihm vorgelegten Vermögensaufstellungen, insbesondere des Gläubigerverzeichnisses, beschwören muß. Der Schädigung nicht zugezogener Gläubiger ist schließlich auch dadurch vorgebeugt, daß die Wirkungen des Vergleichs auf die vom Schuldner benannten Gläubiger beschränkt worden sind. Der Schuldner wird daher regelmäßig an dem Verschweigen einzelner Gläubiger kein Interesse haben, da dies für ihn ohne Nutzen sein und ihn dem Zugriff dieser Gläubiger uneingeschränkt aussetzen würde.

Auch noch in anderen Richtungen hat sich ein Ausbau der GA. als notwendig erwiesen. Zur Wahrung der Interessen der Gläubiger haben die bisherigen Vorschriften nicht immer genügt. Es sind Klagen darüber laut geworden, daß Geschäftsaufsichten vielfach angeordnet worden seien, ohne daß die sachlichen Voraussetzungen für die Anordnung gegeben waren, wie auch nach der Richtung, daß die einmal angeordneten Geschäftsaufsichten aufrechterhalten geblieben seien, obgleich die Voraussetzungen für die Anordnung nachträglich weggefallen waren. Es ist beobachtet worden, daß die von den Schuldnern eingereichten Vermögensverzeichnisse den Anforderungen, wie sie im Hinblick auf den Zweck der Geschäftsaufsicht an die Richtigkeit und Voll-

ständigkeit gestellt werden müssen, nicht immer entsprochen haben. Die Möglichkeit, die Verzeichnisse einzusehen und Aufschluß über die Vermögenslage des Schuldners und über die für den Fortbestand der GA. erheblichen Umstände zu erlangen, ist den Gläubigern vielfach dadurch geschmälert worden, daß ihnen die Einsicht in die Akten nicht oder nicht in genügendem Umfang gewährt worden ist.

Diesen Unzuträglichkeiten sucht die neue Verordnung durch eine Reihe von Vorschriften zu steuern. Um zu verhüten, daß Geschäftsaufsichten ohne genügenden Grund angeordnet werden, sind die Anforderungen an das von dem Schuldner einzureichende Vermögensverzeichnis verschärft; daneben ist dem Gerichte zur Pflicht gemacht, in geeigneten Fällen einen Sachverständigen oder die zuständige Vertretung des Handels, des Handwerks oder der Landwirtschaft zu hören. Die Pflichten der Aufsichtsperson sind genauer umgrenzt; insbesondere ist ihr die Pflicht zur sorgfältigen Berichterstattung auferlegt und dafür Sorge getragen, daß sie im Laufe des Verfahrens ständig im Auge behält, ob die Voraussetzungen der GA. noch fortbestehen. Den Gläubigern ist die Akteneinsicht in dem erforderlichen Umfang gewährleistet. Für geeignete Fälle ist ferner die Möglichkeit geschaffen, zur Vertretung der Interessen der Gläubiger einen besonderen Beirat zu bestellen, welcher der Aufsichtsperson stützend und beratend zur Seite zu stehen hat und berechtigt ist, von ihr Auskunft zu verlangen und Kontrolle zu üben.

Daneben sieht die VO. eine Reihe weiterer Änderungen und Ergänzungen der bisherigen Bekanntmachung vor, die sich infolge der in der Praxis gemachten Erfahrungen als zweckmäßig erwiesen haben. Hervorzuheben ist namentlich, daß die Verordnung die Aufrechnung, soweit sie den Zwecken der Geschäftsaufsicht widerspricht ähnlichen Beschränkungen unterwirft wie im Konkurs, und daß sie für geeignete Fälle die Möglichkeit schafft, langfristige Verträge, deren Einhaltung die Zwecke der GA. gefährden würde, mit Ermächtigung des Gerichts vorzeitig zu lösen. Durch Sondervorschriften, über die Hemmung der Verjährung und über die Kostenpflicht sucht die Verordnung die gerichtliche Geltendmachung unstreitiger Ansprüche während der Dauer der GA. tunlichst hintanzuhalten. Mit rückwirkender Kraft sind auch Unzuträglichkeiten beseitigt worden, die sich bei der Handhabung der bisherigen Vorschriften für das Anfechtungsrecht der Gläubiger innerhalb und außerhalb des Konkurses ergeben konnten.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 4, 747.

Eingabe der Ältesten der Kaufmannschaft in Berlin an den Reichskanzler, und dazu Ausführungen von Jäger, LeipzZ. 17 580; Dittrich, DRZ. 17 331 und Hensche, DJZ. 17 509. — Bendix, Änderungen in der Geschäftsaufsicht, LeipzZ. 17 153 ff. — Bovensiepen, Die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses. — Derselbe, Die Bek. über die Geschäftsaufsicht usw., DRZ. 17 90 (Inhaltsübersicht). — Buhmann, Das neue Geschäftsaufsichtsgesetz mit Zwangsvergleichsordnung, BayAPflZ. 17 34. — Derselbe, Fragen des Gläubigerschutzes im Konkursabwendungsverfahren, JW. 17 425 ff. — Cahn, Geschäftsaufsicht und Zwangsvergleich. — Hallbauer, Die prozessuale Bedeutung der Geschäftsaufsicht nach Maßgabe der BRVO. v. 14. Dez. 16, Recht 17 104. — Jäger, Die Neuordnung der Geschäftsaufsicht, JW. 17 66 ff., 134 ff., 189 ff., 261 ff., 326 ff., 436 ff., 507 ff., als erweiterter Sonderabdruck unter dem Titel: Die Geschäftsaufsicht neuer Ordnung. — Jörissen, Der gerichtliche Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses, DRZ. 17 137 (Inhaltsübersicht). — Kallir, Der Zwangsvergleich in der Geschäftsaufsicht, GruchotsBeitr. 61 353 ff. — Klarner, Die Geschäftsaufsicht und der Zwangsvergleich. — Klien, Die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses. — Klimmer, Die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses. — Kretzschmar, Verordnung über die Geschäftsaufsicht usw., SächsA. 17 42 ff. — Levy, Die Geschäftsaufsicht und der Zwangsvergleich zur Abwendung des Konkurses, 2. Aufl. — Mangold, Rechtsanwälte als Mitglieder des Gläubigerbeirats? JW. 17 585. — Michels, Die Geschäftsaufsicht usw., Recht 17 67. — Weinberg, Die Geschäftsaufsicht usw. — Werner, Geschäftsaufsicht und Zwangsvergleich außerhalb des Konkurses, LeipzZ. 17 232 ff. — Zweigert, Die BRVO. über die Geschäftsaufsicht usw.

I. Voraussetzungen und Wirkungen der Geschäftsaufsicht.

§ 1.

Inhaltsübersicht.

I. Persönliche Voraussetzungen. Wer kann unter Geschäftsaufsicht gestellt werden? I 330, II 98, III 109, IV 748, V 53.
1. Natürliche Personen I 330, II 98, V 53.
a) Ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit I 330
b) Auch Kriegsteilnehmer I 330.
c) Muß der Schuldner Gewerbetreibender sein?
α. Bejahend I 330.
β. Verneinend I 330, II 98.
d) Kaufmannseigenschaft ist nicht erforderlich I 330.
e) Keine Geschäftsaufsicht über Gesellschaften des bürgerlichen Rechtes und nicht rechtsfähige Vereine? I 330, II 98, IV 748, V 53.
f) Keine einheitliche Geschäftsaufsicht über eine Personenmehrheit I 330.
2. Juristische Personen I 330, II 98.
3. Handelsgesellschaften und rechtsfähige Vereine I 330.

II. Sachliche Voraussetzungen I 331, II 100, IV 748, V 53.
1. Zahlungsunfähigkeit I 331.
2. Überschuldung I 331, II 100, V 53.
3. Zahlungsunfähigkeit infolge des Krieges I 331, II 101, IV 748, V 53.
a) Allgemeines I 331, II 101.
b) Mitverursachung genügt I 332, II 101, IV 748, V 54.
4. Abwendbarkeit des Konkurses I 332, II 101, V 54.
5. Aussicht auf Behebung des Aufsichtsgrundes oder Vergleich I 333, IV 748.
6. Die Anordnung der Geschäftsaufsicht findet nur auf Antrag statt I 333, II 102, V 66.
a) Antragsberechtigt ist der Schuldner I 333, II 102, V 55.
b) Antragsberechtigt ist nur der Schuldner I 333, II 102, V 55.
c) Wo ist der Antrag zu stellen? I 333, II 102, V 55.
d) Wie ist der Antrag zu stellen? I 333.

I. Persönliche Voraussetzungen. Wer kann unter Geschäftsaufsicht gestellt werden?

1. Natürliche Personen.

(Unterabschnitt a bis d in Bd. 1, 330; 2, 98.)

e) Keine Geschäftsaufsicht über Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und nicht rechtsfähige Vereine?

(Zu vgl. Bd. 1, 330; 2, 98; 4, 748.)

Bovensiepen a. a. O. 21. Die GA. über nicht rechtsfähige Vereine ist zulässig, denn nach § 213 KO. ist im Falle ihrer Überschuldung die Konkurseröffnung statthaft; ebenso Levy a. a. O. 31.

II. Sachliche Voraussetzungen.

1. Zahlungsunfähigkeit.

(Zu vgl. Bd. 1, 330.)

2. Überschuldung.

(Zu vgl. Bd. 1, 331; 2, 100.)

Reicht sie stets aus oder nur wenn sie Konkursgrund ist?

a) Cahn, a. a. O. 40. Die Überschuldung ist jetzt der Zahlungsunfähigkeit als Aufsichtsgrund völlig ebenbürtig.

b) Wendix, LeipzZ. 17 159, Borensiepen a. a. O. 26, Jäger a. a. O. 21, Klimmer a. a. O. 4, Zweigert a. a. O. 26. Die Überschuldung ist Aufsichtsgrund nur soweit sie auch Konkursgrund ist.

3. Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung infolge des Krieges.

a) Allgemeines.

(Zu vgl. Bd. 1, 331; 2, 101.)

Bovensiepen a. a. O. 25. Mathematische Beweise sind weder möglich noch erforderlich. Ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit muß genügen; es ist ausreichend, wenn

nach den Anschauungen des Lebens, insonderheit der beteiligten Geschäftskreise, der Konkursgrund auf den Kriegsausbruch zurückzuführen ist.

b) Mitverursachung genügt.

(Zu vgl. Bd. 1, 332; 2, 101; 4, 748.)

→ Hierüber herrscht jetzt Übereinstimmung. ←

4. Abwendbarkeit des Konkurses.

(Zu vgl. Bd. 1, 332; 2, 101.)

a) Cahn a. a. O. 42, Zweigert a. a. O. 26. Wird die GA. angeordnet, so ist ein Konkursantrag, falls er nicht zurückgenommen wird, zurückzuweisen.

b) Levy a. a. O. 69 erhält seine in Bd. 2, 101 mitgeteilte Ansicht aufrecht, daß ein Konkursantrag in der Schwebe bleiben dürfe; ebenso Bovensiepen a. a. O. 29 und Klimmer a. a. O. 6.

5. Aussicht auf Behebung des Aufsichtsgrundes oder auf Vergleich.

(Zu vgl. Bd. 1, 333; 4, 748.)

a) auf Behebung des Aufsichtsgrundes nach Wegfall der Kriegsverhältnisse

α. auf Behebung des Aufsichtsgrundes.

αα. Bovensiepen a. a. O. 27. Es genügt eine gewisse Wahrscheinlichkeit. Eine entfernte bloße Hoffnung oder vage Möglichkeit reicht nicht aus. Es müssen immerhin gewisse positive Anhaltspunkte für die Annahme der Behebung des Aufsichtsgrundes vorliegen.

ββ. Levy a. a. O. 34. Die Aussicht braucht nicht einen besonderen Grad von Bestimmtheit zu haben. Es genügt, wenn nach menschlichem Ermessen der Schuldner auf Wegfall des Aufsichtsgrundes hoffen darf. Greifbare Unterlagen werden nicht immer vorhanden sein.

β. nach Wegfall der Kriegsverhältnisse.

αα. Jäger zu vgl. Bd. 4, 748.

ββ. Weinberg a. a. O. 36. Dieser Zustand wird erst dann als eingetreten anzusehen sein, wenn insbesondere auch in wirtschaftlicher Beziehung wenigstens die unmittelbaren Folgen des Krieges, namentlich die Schwierigkeiten in dem Bezug von Rohstoffen, Regelung des Ein- und Ausfuhrhandels, Beschaffung von genügenden Arbeitskräften usw. beseitigt sind.

γγ. Cahn a. a. O. 43. Die neue Bestimmung ist gut gemeint, aber allzu lax. Denn in Wahrheit werden, wenn man noch so optimistisch denkt, die geregelten friedlichen Bahnen noch lange auf sich warten lassen. Hier wäre ein Endtermin zu stellen gewesen. Es muß auch vermutlich noch zu irgendwelchen diesbezüglichen Übergangsvorschriften kommen.

b) auf einen Vergleich.

1. Cahn a. a. O. 43. Ein ganz unbestimmtes sanguinisches und unbeweisbares Verlangen des Schuldners darf nicht berücksichtigt werden; irgendwelche konkrete Grundlagen müssen herbeigeschafft werden. Allein das Verlangen der Vorlegung der Unterstützung eines erheblichen Teils der Gläubiger geht zu weit. Die Aussicht besteht auch dann, wenn einige maßgebende Gläubiger ein Eintreten für den berechtigten Vergleich bekundet haben. Die alsbaldige Anordnung kann eilen, wichtige Gläubiger können aber im Auslande wohnen und nicht erreichbar sein.

2. Kallir a. a. O. 359. Wie der Schuldner die Aussichten auf den Erfolg des geplanten Übereinkommens dartut, ist Sache des einzelnen Falles. In der Regel wird es genügen, den Plan in großen Umrissen darzulegen und die Zustimmung der Mehrzahl der Gläubiger glaubhaft zu machen. Nicht erforderlich ist, daß bei diesem Antrag auf

Anordnung der Geschäftsaufsicht nun auch die Voraussetzungen für die Einleitung des Zwangsvergleichsverfahrens, also bestimmter Vergleichsvorschlag, erforderliche Zahl der Zustimmungserklärungen (§ 41), erfüllt werden. Die eingeleiteten Verhandlungen können ja auch zu einem außergerichtlichen Übereinkommen führen. Gegen etwaige Verschleppungsabsichten des Schuldners bietet die Vorschrift im § 67 Abs. 2 Schutz, wonach das Gericht dem Schuldner eine Frist zur Herbeiführung eines Vergleichs setzen und nach deren Ablauf die Geschäftsaufsicht wegen nachträglichen Wegfalls einer Voraussetzung aufheben kann (§ 66 Ziff. 2).

3. Bendix a. a. O. 159. Allzu strenge Anforderungen an den Beweisantritt wird man nicht stellen, insbesondere nicht von vornherein schon die Vorlegung der Zustimmungserklärungen der Gläubigermehrheit gemäß §§ 41 Nr. 2, 37 ff. fordern dürfen. Dieses Verlangen wäre z. B. dann unbegründet, wenn die Eröffnung dringlich ist und Hauptgläubiger im Auslande wohnen, aber auch wenn die Zustimmung der Gläubiger gerade erst von der Prüfung der geschäftlichen Verhältnisse des Schuldners oder sonstiger Umstände abhängt, die durch die Geschäftsaufsicht erst aufgeklärt werden sollen. Schutz gegen etwaige Mißgriffe durch Anordnung einer unzulässigen Geschäftsaufsicht gewähren die §§ 28 Abs. 3, 66 Abs. 2 Nr. 2 in Verbindung mit § 67 und der durch dessen Abs. 2 dem Gericht erteilten Befugnis zur Setzung einer kurzen Frist zum Zwecke der Einreichung eines Antrags auf Eröffnung des Zwangsvergleichsverfahrens (§§ 33, 41).

6. Die Anordnung der Geschäftsaufsicht findet nur auf Antrag statt.

a) Antragsberechtigt ist der Schuldner.

(Zu vgl. Bd. 1, 333; 2, 102.)

α. Levy a. a. O. 35 (abw. Bd. 2, 102). Das Antragsrecht kann ausgeübt werden:

1. wenn der Schuldner eine Einzelperson ist, von ihr oder ihrem Bevollmächtigten oder ihrem gesetzlichen Vertreter,
2. bei offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien von jedem persönlich haftenden Gesellschafter und jedem Liquidator (§ 72 VO., § 210 Abs. 1 KO.),
3. bei Aktiengesellschaften, eingetragenen Genossenschaften, eingetragenen und nicht eingetragenen Vereinen von jedem Vorstandsmitglied und jedem Liquidator, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung von jedem Geschäftsführer und jedem Liquidator (§ 72 VO., §§ 208, 213 KO., § 100 Abs. 1 GenG., § 63 Abs. 2 GmbHG.),
4. bei einem Nachlaß von jedem Erben, oder wenn eine Nachlaßpflegschaft oder eine Nachlaßverwaltung besteht, von dem Nachlaßpfleger oder dem Nachlaßverwalter, wenn ein Testamentsvollstrecker eingesetzt, von diesem (§ 73 Abs. 1 VO., § 217 KO.); ebenso Jäger a. a. O. 22, Bovensiepen a. a. O. 26, Klimmer a. a. O. 7, Weinberg a. a. O. 102.

β. Cahn a. a. O. 46. Bei offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und bei Vereinen muß der Antrag von sämtlichen Berechtigten gestellt werden.

b) Antragsberechtigt ist nur der Schuldner.

(Zu vgl. Bd. 1, 102; 2, 102.)

Weitere Nachweisungen über die Bestrebungen für und gegen ein Antragsrecht des Gläubigers bei Cahn a. a. O. 45.

c) Wo ist der Antrag zu stellen?

(Zu vgl. Bd. 1, 333; 2, 102.)

Jäger a. a. O. 24, Klimmer a. a. O. 7. Hat der Schuldner weder eine Niederlassung noch ein Gut und auch keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland, dann

ist die Geschäftsaufsicht nur zulässig, wenn auch der Schuldner Deutscher ist und in Deutschland Vermögen hat.

§ 2.

Unterstützung und Überwachung durch eine Aufsichtsperson.

Inhaltsübersicht.

I. Rechtliche Stellung im allgemeinen V 56.
II. Unterstützung und Überwachung der Geschäftsführung V 56.
1. Geschäftsführung V 56.
2. Überwachung V 57.
3. Die erforderlichen Maßnahmen V 57.
4. Übernahme der Geschäftsführung V 57.
5. Übertragung der Geschäftsführung auf einen Dritten V 59.

I. Rechtliche Stellung im allgemeinen.

(Zu vgl. §§ 22ff. VO.)

1. Bovensiepen a. a. O. 31. Ähnlich wie der Zwangsverwalter oder Konkursverwalter, auch der Testamentsvollstrecker bekleidet die Aufsichtsperson ein im Interesse von Privatpersonen verliehenes Amt. Sie ist nicht Beamter und in der Regel nicht Vertreter des Schuldners → zu vgl. in Bd. 1, 352; 2, 115. ←

2. Cahn a. a. O. 55. Trotz gewisser Annäherungen ist die Rechtsstellung der Aufsichtsperson der des Konkursverwalters, Zwangsverwalters oder Testamentsvollstreckers nicht vergleichbar. Es handelt sich um eine Art Pflegschaft.

3. Jäger a. a. O. 31, JW. 17 135. Die GA. stellt eine besonders geregelte Vermögenspflegschaft dar, die dem Schutze des Schuldners selbst und seiner Gläubiger dient und nur mittelbar der Allgemeinheit zum Vorteil gereicht. Den Pflegschaften der §§ 1910ff. BGB. gegenüber nimmt die GA. eine selbständige Stellung ein, so daß sich z. B. die Anwendung des § 1418 Abs. 1 Nr. 4 BGB. verbietet, weil diese Vorschrift gerade eine Gebrechlichkeitspflegschaft im Sinne des § 1910 BGB. voraussetzt. Unbedenklich ist dagegen z. B. die Anwendung des § 53 ZPO. in Fällen, in denen das durch den Aufsichtszweck veranlaßte Eingreifen der Aufsichtsperson eine Prozeßführung durch diese notwendig macht.

II. Unterstützung und Überwachung der Geschäftsführung.

1. Geschäftsführung.

→ Darüber, ob es aufsichtsfreies Vermögen gibt, vgl. zu § 6. ←

a) Klimmer a. a. O. 12. Der Aufsicht untersteht nicht nur das Vermögen des Schuldners, sondern seine ganze Lebensführung (wobei natürlich jedes schikanöse Vorgehen zu vermeiden ist). Daß „Geschäftsführung" nicht bloß „Geschäfte" bedeutet, ergibt sich daraus, daß die GA. zulässig ist bei Personen, die gar kein Geschäft haben. „Geschäftsführung" bedeutet die Führung der Wirtschaft, des Haushalts usw. Damit und mit der Vermögensverwaltung hängt aber das ganze Tun und Lassen des Schuldners aufs engste zusammen. Es geht nicht an, daß die Aufsichtsperson deshalb, weil es nicht unter die Vermögensverwaltung falle, es dulden muß, daß der Schuldner z. B. den ganzen Tag auf Reisen auswärts ist, der Ausbildung der Jugendwehr sich widmet usw. Diese Dinge haben aber auf die Geschäftsführung des Schuldners einen hervorragenden Einfluß.

b) Bovensiepen a. a. O. 35. Zwecks Ausübung ihrer Befugnisse kann die Aufsichtsperson zweifellos auch gegen den ausdrücklichen Willen des Schuldners dessen Geschäfts- und Hausräume betreten. Leistet er hiergegen Widerstand, so macht er sich unbedenklich des Hausfriedensbruchs schuldig, da innerhalb der Schranken der Ausübung seines Amtes der Aufsichtsperson das Hausrecht zusteht (übereinstimmend mit Bendix in Bd. 1, 353); a. M. Cahn a. a. O. 57, Wassermann-Erlanger, 3. Aufl. 249.

2. Überwachung.

Jäger a. a. O. 28, JW. 17 134. Unterstützt wird die Geschäftsführung des Schuldners vor allem durch Ratschläge, z. B. bei Einkäufen und Verkäufen, bei Lösung schwebender Schuldverhältnisse (§§ 9ff.), bei Einleitung und Fortführung von Prozessen des Schuldners, nicht minder aber durch eigene Mitarbeit der Aufsichtsperson z. B. bei der Buchführung. Der Überwachung unterliegen alle das beaufsichtigte Vermögen aktiv oder passiv berührenden Handlungen des Schuldners selbst, seiner Bediensteten und seiner Vertreter, bei der Geschäftsaufsicht über juristische Personen im besonderen das Verhalten der Organe, z. B. des Vorstandes, des Aufsichtsrats, der Generalversammlung. Daher hat die Aufsichtsperson die Befugnis zur Teilnahme an den Sitzungen der Organe, um in der Lage zu sein, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu treffen. Der Überwachung bedarf bei Gewerbetreibenden deren gesamter Geschäftsbetrieb, besonders Anschaffung und Weiterveräußerung, Einnahmen und Ausgaben, Buchhaltung und Korrespondenz, Wechsel- und Scheckverkehr (vgl. Bendix, LeipzZ. 15 192ff, ähnlich Cahn a. a. O. 53).

3. Die erforderlichen Maßnahmen.

(Zu vgl. Bd. 1, 335; 2, 116.)

a) Jäger a. a. O. 29, JW. 17 134. Die durch den Aufsichtszweck gebotenen Maßnahmen kann die Aufsichtsperson nicht nur im inneren Gange des Unternehmens, nicht nur dem Schuldner gegenüber treffen, sondern auch im Verkehr mit Dritten. Es kommen also außer den Maßnahmen der innenrechtlichen Besorgung von Angelegenheiten auch Maßnahmen der Vertretung in Betracht, d. h. ein Handeln im Namen des Schuldners und mit unmittelbarer, ausschließlicher Wirksamkeit für dessen Vermögen. Das ergibt sich aus der ganz allgemeinen Fassung der VO., aber auch aus der Erwägung, daß die gedeihliche Lösung der Aufsichtsaufgabe ohne Ermächtigung zum stellvertretenden Handeln (z. B. zum Abschlusse von Kauf- und Dienstverträgen namens des Schuldners) erschwert und unter Umständen vereitelt würde.

b) Jäger a. a. O. 29, JW. 17 134. Die Ermächtigung bezieht sich auf Handlungen tatsächlicher (z. B. Brieferöffnung) und rechtlicher Art, auf Rechtsgeschäfte des bürgerlichen Rechts, wie auf Maßnahmen der Rechtsverfolgung. Sie ruht unmittelbar im Gesetze. Sie bedeutet also für den Verkehr mit Dritten eine inhaltlich durch den Aufsichtszweck begrenzte gesetzliche Vertretungsmacht.

c) Cahn a. a. O. 54. Die Aufsichtsperson kann Angestellte annehmen und entlassen; ebenso Klimmer a. a. O. 17.

d) Jäger a. a. O. 30, JW. 17 135. Den Betrieb des Schuldners endgültig einzustellen, ist die Aufsichtsperson nicht ermächtigt. Sie hat ja die Aufgabe, das lebensfähige Unternehmen zu retten. Erweist das Unternehmen sich als nicht mehr lebensfähig, dann hat die Aufsichtsperson die Aufhebung der GA. zu erwirken (§ 28 Abs. 3 mit § 66 Nr. 2). Eine vorübergehende Schließung des Geschäfts kann durch den Aufsichtszweck geboten und darum nach § 2 Satz 2 statthaft sein; ebenso Cahn a. a. O. 54, Klimmer a. a. O. 17, Levy a. a. O. 51, Zweigert a. a. O. 29.

e) Cahn a. a. O. 55. Postsperre ist unzulässig.

4. Übernahme der Geschäftsführung.

a) Bovensiepen a. a. O. 32. Nur in Ausnahmefällen wird die AufsPers. von dieser außerordentlich weitgehenden Befugnis Gebrauch machen und so den Schuldner vollständig depossedieren. Nur klar zutage liegende, offensichtliche Unfähigkeit des Schuldners, Unwürdigkeit, hartnäckiger Ungehorsam, schwere Erkrankung oder sonstige anhaltende Verhinderung können eine solche gänzliche oder auch nur teilweise Ausschaltung rechtfertigen. Im Interesse des Schuldners und nicht in dem der Gläubiger ist die Geschäftsaufsicht eingeführt, dieser Hauptzweck würde völlig vereitelt werden, wenn der bisherige Geschäftsherr und Leiter in die Stellung eines unbeteiligten mehr oder weniger lästigen

Zuschauers ohne ganz zwingende Gründe herabgedrückt werden dürfte. Eine Sicherung des Schuldners gegen eine mißbräuchliche Anwendung dieser ungemein weittragenden Machtbefugnisse der Aufsichtsperson gewährt hier und bei der Übertragung der Aufsichtsbefugnis auf einen Dritten der § 29 Bek., wonach bei Streitfällen, die sich aus Anordnungen der Aufsichtsperson zwischen ihr und dem Schuldner ergeben, das Gericht zu entscheiden hat.

b) Bovensiepen a. a. O. 33. Die Aufsichtsperson kann im Rahmen ihrer Geschäftsführerbefugnis mit verbindlicher Kraft für den Schuldner leisten und für ihn in Empfang nehmen und alle diejenigen rechtlichen Willenserklärungen abgeben, die der gewöhnliche Geschäftsgang mit sich bringt. Zur Veräußerung oder Belastung der dem Schuldner gehörigen Grundstücke, zur Eingehung von Wechselverbindlichkeiten, zur Aufnahme von Darlehen und zur Prozeßführung ist dagegen die Aufsichtsperson, selbst dann, wenn sie die Geschäftsführung ganz oder teilweise an sich gezogen hat, nicht befugt. Sie bedarf hierzu vielmehr stets genau wie der Generalhandlungsbevollmächtigte einer besonderen Vollmacht des Schuldners. Auch das Gericht kann eine fehlende Bevollmächtigung des Schuldners nicht ersetzen. Im Notfall ist die Aufhebung der Geschäftsaufsicht angezeigt.

c) Klimmer a. a. O. 16. Widerspricht der Schuldner, so wird die Aufsichtsperson bis zur Entscheidung des Gerichts sich wohl auf Unterstützung und Überwachung beschränken müssen. (Anders Bendix LeipzZ. 15 193, der trotz eines Widerspruchs der Aufsichtsperson die Befugnis zur Vertretung zuspricht.)

d) Klimmer a. a. O. 16. Die Geschäftsführung der Aufsichtsperson wird abzugrenzen sein. Das ist nötig, wenn kein Wirrwarr entstehen soll. Denn der Schuldner bleibt verfügungsberechtigt, auch wenn die Aufsichtsperson die Geschäftsführung übernimmt, und soll wissen, was er tun darf und was nicht. Die Abgrenzung soll sich sowohl auf den Umfang als auch auf die Zeit erstrecken.

e) Klimmer a. a. O. 16. Die Übernahme der Geschäftsführung muß dem Schuldner und wird am besten auch dem Gericht gegenüber erklärt werden. Wird in dieser oder in ähnlicher Weise verfahren und der Schuldner auf seine Pflichten aufmerksam gemacht, so werden schwierige Verhältnisse vermieden werden, ebenso Cahn a. a. O. 62.

f) Jäger a. a. O. 31, 36, 64. Gemäß dem entsprechend anzuwendenden § 53 ZPO. steht der Schuldner für den von der Aufsichtsperson übernommenen Prozeß einer nicht prozeßfähigen Partei gleich. Die Frage, wer den Parteieid zu leisten hat, löst sich nach § 473 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 ZPO.; ebenso Zweigert a. a. O. 30. A. M. Klimmer a. a. O. 18, Levy a. a. O. 55, die der Rechtsauffassung von Hallbauer (in Bd. 4, 749) beitreten.

g) Levy a. a. O. 56. Die Legitimation der Aufsichtsperson ist die vom Gericht erteilte Bescheinigung über die Bestellung. Hat sie nachgewiesen, daß sie Aufsichtsperson ist, dann braucht sie nur zu sagen, daß sie Vertreter und in welchem Umfang sie Vertreter des Schuldners ist. Ja, auch ohne daß sie es sagt, muß sie als Vertreter des Schuldners gelten, wenn aus ihren Handlungen zu folgern ist, daß sie die Geschäfte des Schuldners führt.

Dies trifft aber nur für den Fall zu, daß das Gericht die Übernahme der Geschäftsführung des Schuldners durch die Aufsichtsperson nicht gemißbilligt hat. Die Rechtslage ändert sich, wenn der Aufsichtsperson die Übernahme der Geschäftsführung durch das Gericht untersagt ist. Die von der Vertretung ausgeschlossene Aufsichtsperson kann von ihrer Bestellungsurkunde zum Zweck der Täuschung Gebrauch machen. Um dies zu verhindern, ist es zweckmäßig, jede Beschränkung der Aufsichtsperson in der Bestellungsurkunde zu vermerken. Vorgeschrieben ist dies jedoch nicht. Man wird deshalb allen, welche mit der Aufsichtsperson als Vertreter des Schuldners Rechtsgeschäfte abschließen, das Recht einräumen müssen, von der Aufsichtsperson eine Bescheinigung des Gerichts darüber, daß sie zur Übernahme der Vertretung des Schuldners befugt ist, zu verlangen. Namentlich werden Behörden die Vorlegung einer solchen Bescheinigung fordern. So wird das Grundbuchamt die Eintragung in das Grundbuch auf Grund von Auflassungserklärungen, Eintragungsbewilligungen und Eintragungsanträgen der Aufsichtsperson,

das Registergericht die Eintragung in das Handels- und Genossenschaftsregister auf Grund von Anmeldungen oder Anträgen der Aufsichtsperson von der Vorlegung einer solchen Bescheinigung abhängig machen.

h) Buhmann a. a. O. 36. Dadurch, daß der Außenstehende niemals recht erkennen kann, wann und wieweit die Aufsichtsperson von ihrer weitgehenden Befugnis, insbesondere von dem Rechte der Übernahme der Geschäftsführung im einzelnen Falle Gebrauch gemacht hat, außerdem aber unklar ist, welche Wirkungen eine solche Übernahme mit sich bringt, werden sich vielfach Unzuträglichkeiten ergeben.

5. Übertragung der Geschäftsführung auf einen Dritten.

a) Jäger a. a. O. 30, JW. 17 135. Auch die Übertragung der GA. an einen Dritten bildet eine Maßregel, die durch den Zweck der GA. geboten sein muß. Auch sie gilt für Innenbetrieb und Außenverkehr: der Dritte kann also Geschäftsbesorger ohne Vertretungsmacht, aber auch Vertreter, d. h. ein von der Aufsichtsperson bevollmächtigter Schuldnervertreter werden. Eine Übertragung des Amtes im ganzen ist unstatthaft. Sie wäre mit dem Bestellungsgrundsatze (§ 22) nicht vereinbar.

b) Jäger a. a. O. 30, JW. 17 135. Als Geschäftsherr und Machtgeber waltet die Aufsichtsperson in Zwangsvertretung des Schuldners. Sie vereinbart mit dem Dritten dessen etwaige Entlohnung. Ihren Weisungen hat der Dritte zu folgen. Ihr Wille (Kündigung, Widerruf) beendet den Geschäftsbesorgungsvertrag wie die Vollmacht (§§ 168ff., 626f., 649, 671, 675 BGB.). Der persönliche Einfluß des Schuldners soll ja gerade ausgeschaltet werden.

c) Bovensiepen a. a. O. 33. Die Übertragung der Geschäftsführung auf einen Dritten, sei es ganz oder teilweise, bewirkt ebensowenig eine Beschränkung der Verfügungsbefugnis des Schuldners wie die Anordnung der Geschäftsaufsicht überhaupt. Er bleibt also nach außen hin neben dem Geschäftsführer verfügungsfähig, nur muß er die von diesem im Rahmen der Geschäftsführungsbefugnis abgeschlossenen Geschäfte gegen sich gelten lassen. Die Aufsichtsperson kann nämlich der dritten Person, der sie die Geschäftsführungsbefugnis ganz oder teilweise erteilt hat — um diese auch nach außen hin wirksam zu gestalten — auch die Vertretungsbefugnis für den Schuldner übertragen. Dann kann sie an Stelle des Schuldners seine Forderungen einziehen, Vermögensstücke erwerben und seine Gläubiger befriedigen. Allerdings kann die Aufsichtsperson dem Dritten nur insoweit Vertretungsbefugnis verleihen, als ihr selber im Falle ihres Selbsteintritts in die Geschäftsführung des Schuldners zustehen würde, der Dritte wird sich also bei Ausübung seiner Vertreterrechte, wenn ein Kaufmann unter Geschäftsaufsicht gestellt ist, regelmäßig an die Schranken des § 54 HGB. halten müssen.

d) Klimmer a. a. O. 17. Wird die Aufsichtsperson ihres Amtes enthoben, so endet in der Regel die Übertragung der Geschäftsführung an die dritte Person vorbehaltlich etwa vereinbarter Kündigung usw. (Mayer S. 170). Das Gericht soll es stets wissen, wenn die Geschäftsführung übertragen wird. Für die Person, die die Aufsichtsperson aufstellt, haftet sie nach § 278 BGB. (Vgl. § 24 VO.)

→ Hier scheint ein Mißverständnis vorzuliegen. Der von der Aufsichtsperson bestellte Geschäftsführer führt nicht die Geschäfte der Aufsichtsperson (auch nicht in deren Eigenschaft als Vertreter des Schuldners), sondern die Geschäfte des Schuldners auf Grund eines ihr von der in § 2 hierzu ermächtigten Aufsichtsperson erteilten Auftrages.←

§ 3.

Auskunftspflicht — Beschränkung der Handlungsfreiheit.

Inhaltsübersicht.

A. Auskunftspflicht V 60.
I. Einsicht in die Geschäftsbücher und sonstige Aufzeichnungen V 60.
II. Auskunft V 60.
III. Keine Zwangsmittel V 60.
B. Beschränkung der Handlungsfreiheit V 61.
I. Allgemeines V 61.
II. Zustimmungsbedürftige Geschäfte V 62
1. Die Zustimmung V 62.
a) Begriff V 62.

b) Kann das Gericht die Zustimmung ersetzen? V 62.
2. Die einzelnen Geschäfte V 62.
a) Unentgeltliche Verfügungen V 62.
b) Verfügungen über Grundstücke und Recht an Grundstücken V 63.
c) Befriedigung und Sicherstellung von Ansprüchen V 63.
d) Eingehung von Verbindlichkeiten V 65.
3. Zustimmungsfreie Geschäfte V 65.
a) Allgemeines. — Die objektive Sachlage entscheidet V 63.
b) Verbindlichkeiten, die erforderlich sind „zur Fortführung des Geschäfts" V 63.
c) Verbindlichkeiten, die erforderlich sind „zur bescheidenen Lebensführung"
α. des Schuldners V 64.
β. seiner Familie V 64.
C. Besondere Sicherungs-Auflagen V 64.
D. Keine Einwirkung auf öffentliche Rechte des Schuldners V 64.

A. Die Auskunftspflicht.

I. Einsicht in die Geschäftsbücher und sonstige Aufzeichnungen.

(Zu vgl. Bd. 1, 357; 2, 120.)

1. Jäger a. a. O. 37, JW. 17 137. Der Einsichtnahme des Aufsichtspflegers unterliegen im Zweckbereiche der Aufsicht auch Haushaltungsbücher, obwohl sie der § 3 Abs. 1 nicht — wie der § 811 Nr. 11 ZPO. — ausdrücklich neben den Geschäftsbüchern nennt. Sie fallen mindestens unter die „sonstigen Aufzeichnungen" und werden bei der Aufsicht über Nichtkaufleute oft die wichtigste Unterlage der Ermittlungen bilden.

2. Bovensiepen a. a. O. 35. Die gesamte Handelskorrespondenz des Schuldners muß der Einsichtnahme durch die Aufsichtsperson zugänglich sein, aber auch nur diese, reine Privatbriefe des Schuldners unterliegen ihr dagegen nicht. Nur auf die Geschäftsführung des Schuldners erstreckt sich die Aufsicht. Auch die Eröffnung der für ihn bestimmten Geschäftsbriefe ist der Aufsichtsperson gestattet. Auch die Zuziehung eines Bücherrevisors wird der Aufsichtsperson gestattet sein. Über den Umfang der Vorlegungs- und Auskunftspflicht des Schuldners entscheidet bei Streitigkeiten zwischen ihm und der Aufsichtsperson das Gericht (§ 29).

II. Auskunft.

1. Jäger a. a. O. 38, JW. 17 138. Auskunft kann auch über aufsichtsfreies (unpfändbares) Vermögen gefordert werden, soweit dies im Zwecke der Geschäftsaufsicht liegt, namentlich mit Rücksicht auf die Sicherstellung der Lebensführung des Schuldners und seiner Familie.

2. Jäger a. a. O. 38, JW. 17 138. Regel ist mündliche Auskunfterteilung, weil nur sie die Möglichkeit alsbaldiger Ergänzung und Klärung durch Befragen des Schuldners gewährt. Darum schließt die Auskunftspflicht zugleich die Verbindlichkeit persönlichen Erscheinens vor dem Aufsichtspfleger ein. In dessen Ermessen liegt es, schriftliche Auskunft genügen zu lassen. Zwistigkeiten schlichtet das Aufsichtsgericht in unanfechtbarer Weise (§§ 29, 19).

III. Keine Zwangsmittel.

1. Jäger a. a. O. 38, JW. 18 138. Durch besondere Zwangsmittel ist die Offenbarungspflicht des Schuldners nicht gesichert. Sie bedeutet eine zum Schutze der Gläubiger vorgesehene Obliegenheit öffentlich-rechtlicher Art. Der „Rechtsweg" im Sinne des Zivilprozesses ist „unzulässig". Fügt der Schuldner sich nicht gutwillig, so hat er die Aufhebung der Geschäftsaufsicht und damit alle Nachteile des Konkurses zu gewärtigen. Auf der Annahme der Zulänglichkeit dieses mittelbaren Druckes baut sich das ganze Aufsichtsverfahren auf. Verweigert also der Schuldner die geforderte Einsichtsgestattung oder Auskunft, so wird die Aufsichtsperson zunächst eine durch Androhung der Aufhebung des Verfahrens verstärkte Entschließung des Gerichts (§ 29) und bei fortdauernder Widersetzlichkeit die Aufhebung selbst erwirken (§ 66 Abs. 2 Nr. 1).

2. Bovensiepen a. a. O. 35. Zwangsmittel gegen den Schuldner zur Erfüllung seiner Pflichten stehen der Aufsichtsperson nicht zu. So steht ihm namentlich eine Klage auf Erteilung der Auskunft nicht zu, denn die Aufsichtsperson verfolgt kein eigenes

Interesse, sondern nur das der Beteiligten. Auch eine Verpflichtung des Schuldners zur Ableistung des Offenbarungseides gegenüber der Aufsichtsperson gibt es nicht. Denn diese kann nicht wie ein Konkursverwalter die Herausgabe des Vermögens des Schuldners zur eigenen Verwaltung unter gänzlicher Ausschaltung des Schuldners verlangen, dieser bleibt nach wie vor voll verfügungsfähig und Herr seines Vermögens, nur gewisse Beschränkungen in der Verwaltung werden ihm auferlegt. Ebenso Klimmer a. a. O. 21, Cahn a. a. O. 69, Levy a. a. O. 65; abw. hinsichtlich der Klage Bendix in Bd. 1, 357.

B. Beschränkung der Handlungsfreiheit.

I. Allgemeines.

1. Jäger JW. 17 137. Der Schuldner büßt auch insoweit, als er durch besondere Maßnahmen der Aufsichtsperson oder des Aufsichtsgerichts (§ 2 Satz 2, § 3 Abs. 3) aus der Eigenbetätigung verdrängt wird, Geschäftsfähigkeit und Verfügungsbefugnis nicht ein; → unstreitig ←. Das Gegenteil wäre im Interesse der Verkehrssicherheit ohne Kundgabe undenkbar; der § 18 Abs. 1 schließt aber jede öffentliche Bekanntmachung aus. So ergibt sich also die Möglichkeit, daß sowohl der Vermögensträger als der Pfleger wirksam Rechtsgeschäfte abschließen. Nur für die Prozesse, die der Aufsichtspfleger nach Maßgabe des § 2 Satz 2 zu führen begonnen hat, wird dem persönlichen Eingreifen des Schuldners durch die Unterstellung des § 53 ZPO. ein Riegel vorgeschoben. Wie ein Widerstreit zwischen Handlungen des Schuldners selbst und des Aufsichtspflegers im Bereiche des rechtsgeschäftlichen Verkehrs zu lösen sei, bestimmt die VO. nicht. Sie vertraut darauf, daß der Schuldner, über dessen Haupt ja stets das Damoklesschwert des Konkurses schwebt (§ 66 Abs. 2 Nr. 1), schon um seiner selbst willen sich hüten wird, die Maßnahmen der Aufsicht zu durchkreuzen. Pflichtwidrige Verfügungen können im späteren Konkurs anfechtungsrechtliche Rückgewährsansprüche begründen (§ 75 AufsVO. mit §§ 29ff. KO.). So z. B. Vollbefriedigung eines einzelnen Gläubigers auf Kosten der Allgemeinheit (§ 30 KO.), entgeltliche Grundstücksübereignung an einen Angehörigen (§ 31 Nr. 2 KO.), Schenkungen (§ 32 KO.). Nur unter besonderen Umständen ist eine Nichtigkeit im Sinne des § 138 Abs. 1 (nicht des § 134 BGB.) denkbar, wenn Schuldner und Erwerber unter einer Decke stecken; dazu reicht der bloße Tatbestand einer vom Erwerber erkannten Benachteiligungsabsicht des Schuldners nicht aus (a. a. O. § 29 Anm. 5). Ergänzend sind die Grundsätze des § 115 BGB. verwertbar (siehe Riezler, AZivPr. 98, 392ff.). Wenn der eigenmächtig handelnde Schuldner die im Einzelfall erforderliche Zustimmung vorspiegelt oder ihren Mangel unterdrückt, kann er zivil- und strafrechtlich wegen Betrugs haftbar werden.

2. Jäger a. a. O. 39, JW. 17 138. Schon die Fassung des § 3 Abs. 2 ergibt, daß es sich nicht um eine Entziehung oder Beschränkung der Verfügungsbefugnis selber handelt, sondern nur um eine Weisung an den Schuldner, auf deren freiwillige Befolgung das Gesetz vertraut. Der Gesetzesbefehl wirkt nur persönlich (nur verpflichtend), nicht dinglich (nicht rechtsentziehend). Das wird bestätigt durch den Ausschluß jeder öffentlichen Kundgabe (§ 18 Abs. 1 AufsVO. im Gegensatze zu den §§ 111, 113 KO.), der die Verkehrssicherheit schwer erschüttern würde, wenn der Schuldner wirklich seine Verfügungsbefugnis einbüßte. Der § 3 Abs. 2 enthält sonach weder ein absolutes (§ 134 BGB.) noch ein relatives (§ 135 BGB.) gesetzliches Veräußerungsverbot. Er bedeutet auch nicht eine Verfügungsbeschränkung im Sinne des § 32 Nr. 3 (§§ 85, 113) GVG., des § 7 Abs. 1 Nr. 3 BörsG. oder ähnlicher Vorschriften. Im schroffen Gegensatze zu den §§ 6 bis 8, 117 KO. beläßt er dem Schuldner die Befugnis, sein Vermögen zu verwalten und über dessen Gegenstände zu verfügen. Mit aller Absicht. Denn der Konkurs soll ja gerade abgewendet werden, die Verdrängung des Schuldners aus Verwaltung und Verfügung aber ist die empfindlichste Folge des Konkurses. Die Eigenmacht des Schuldners beim Geschäftsabschlusse hat somit für sich allein nicht den Erfolg der Unwirksamkeit eines zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäfts. Vielmehr müssen besondere Gründe vorliegen,

wenn das Geschäft anfechtbar oder nichtig sein soll. > Jetzt unstreitig: zu vgl. auch Bd. 1, 358; 2, 120. <

II. Zustimmungsbedürftige Geschäfte.

1. Die Zustimmung.

a) Begriff.

(Zu vgl. Bd. 1, 359.)

α. Jäger a. a. O. 40, JW. 17 138. Das Zustimmungserfordernis hat, wie sich aus § 13 Abs. 1 Nr. 1, § 6 Abs. 2, §§ 33, 60 ergibt, nicht nur innenrechtliche Bedeutung. Hängt von der Zustimmung auch keineswegs die Wirksamkeit der im § 3 Abs. 2 bezeichneten Rechtsgeschäfte überhaupt ab, so bedingt der Konsens doch den Vollerfolg der Verpflichtungsgeschäfte. Darum ist es unbedenklich auf die Zustimmung die allgemeinen Vorschriften der §§ 182ff. BGB. anzuwenden (gegen Breit, JW. 15 168f.; Bendix, LeipzZ. 15 196 u. a.).

β. Klimmer a. a. O. 24. Die Zustimmung der Aufsichtsperson ist keine Zustimmung im Sinne des § 182 BGB., da das Geschäft auch ohne die Zustimmung der Aufsichtsperson gilt. Gelten auch die Vorschriften der §§ 182ff. BGB. nicht, so werden sie doch mangels anderer Bestimmungen entsprechend angewendet werden können. Die Zustimmung kann also widerrufen (§ 183 a. a. O.) und nachträglich erteilt werden (§ 184); sie bedarf nicht der für das Rechtsgeschäft vorgeschriebenen Form (§ 182 Abs. 2). Die Aufsichtsperson kann also einem Grundstücksverkauf formlos zustimmen. § 29 Grundbuchordnung gilt für die Zustimmung der Aufsichtspersonen nicht; ebenso Levy a. a. O. 68.

b) Kann das Gericht die Zustimmung ersetzen?

α. Bejahend. Jäger a. a. O. 40. Die Zustimmung kann durch das Gericht ersetzt werden. Das folgt aus § 29 VO.; ebenso Klimmer a. a. O. 24, Zweigert a. a. O. 32.

β. Verneinend. Cahn a. a. O. 70. Die Zustimmung ist nicht gegenüber dem Vertragsgegner, sondern gegenüber dem Schuldner zu erklären. Sie kann deshalb durch das Gericht nicht ersetzt werden; ebenso Levy a. a. O. 68.

2. Die einzelnen Geschäfte.

(Zu vgl. Bd. 1, 359; 2, 120.)

a) Unentgeltliche Verfügungen.

α. Klimmer a. a. O. 24. Der Begriff „unentgeltliches Geschäft" ist weiter als der Begriff „Schenkung", umfaßt aber diese, auch wenn eine Auflage ausgemacht ist, ebenso das Schenkungsversprechen; wird dieses nicht hierher gezählt, so gehört es zu Ziff. 4. Es gehören ferner z. B. hierher: Verzichte auf Eigentum, Nießbrauch, Pfandrecht; Unterlassen einer Verteidigung, z. B. Widerspruch gegen Zahlungsbefehl, Anerkennung einer nicht bestehenden oder verjährten Schuld, Stiftungen, nichtgeschuldete Erfüllung, Übernahme der Schuld eines anderen, Alters-, Lebens- und Ausstattungsversicherungen zugunsten einer dritten Person usw. Weiter käme in Betracht: Abgabe an Essen von Arme, Wohnenlassen ohne Mietzins, Überlassen von Wagen und Pferden ohne Entgelt. Die nichtgeschuldete Sicherung der Schuld eines anderen und gegebenenfalls der eigenen Schuld gilt auch als unentgeltliche Verfügung, fällt aber unter Ziffer 3. Gebräuchliche Gelegenheitsgeschenke an Gesinde, Personal, Angehörige sowie Trinkgelder werden wohl wie im Konkurs ausgenommen sein, wenn sie einer bescheidenen Lebensführung des Schuldners entsprechen. Mitgift, Aussteuer und Ausstattung eines Kindes sind keine Geschenke und keine unentgeltlichen Verfügungen, wenn sie angemessen sind.

β. Cahn a. a. O. 71, Klimmer a. a. O. 25, Jäger, JW. 17 138. Im Zweifel entscheidet die Absicht der Beteiligten.

b) Verfügungen über Grundstücke und Rechte an Grundstücken.

Jäger a. a. O. 41, JW. 17 139. Verkauf, Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften fallen (wie die entsprechenden Verträge über Fahrnis) unter die Verpflichtungen des § 3 Abs. 2.

c) Befriedigung und Sicherstellung von Ansprüchen.

Jäger a. a. O. 41, JW. 17 139. Als Sicherung kommen neben der Bestellung eines Pfandrechts (im weitesten Sinne des Wortes) namentlich auch Sicherungsübereignung und Sicherungsabtretung in Betracht.

d) Eingehung von Verbindlichkeiten.

α. Jäger a. a. O. 53. In der Hingabe eines Verlängerungswechsels liegt nicht die Eingehung einer neuen Verbindlichkeit; ebenso Cahn a. a. O. 73, Klimmer a. a. O. 27; Bovensiepen a. a. O. 64.

β. Jäger a. a. O. 41, JW. 17 139. Der Zustimmung bedarf nicht das Bargeschäft, z. B. der Einkauf von Lebensmitteln gegen sofortige Bezahlung; ebenso Klimmer a. a. O. 28.

3. Zustimmungsfreie Geschäfte.

a) Allgemeines. — Die objektive Sachlage entscheidet.

(Zu vgl. Bd. 2, 122.)

Jäger a. a. O. 42, JW. 17 139. Daß eine Verpflichtung zustimmungsfrei, also im Sinne des § 3 Abs. 2 unumgänglich war, dafür trägt die Beweislast der Gläubiger, der ungeachtet der Geschäftsaufsicht zur Sondervollstreckung schreiten oder die Zwangsvergleichsfolgen nicht gegen sich gelten lassen will. Gutgläubige Annahme der Unumgänglichkeit genügt nicht. Wer einem unter Geschäftsaufsicht gestellten Schuldner neuen Kredit gewährt, der muß sich vorsehen und im Zweifelsfalle sich der Zustimmung des Aufsichtspflegers versichern. Denn alles unwirtschaftliche Vorgen während der Geschäftsaufsicht will die VO. verleiden. Auch Unkenntnis der Aufsicht schützt den Kreditgeber nicht; ebenso Cahn a. a. O. 74.

b) Verbindlichkeiten, die erforderlich sind „zur Fortführung des Geschäfts".

α. Jäger a. a. O. 42, JW. 17 139. Die Verstattung gilt nur dem weiteren Betriebe des bisherigen, nicht der Begründung und Erhaltung eines anderen und nicht der Erweiterung des früheren Unternehmens, es sei denn, daß die Betriebsänderung durch den Wechsel der Wirtschaftslage veranlaßt und von der Aufsichtsperson (§ 3 Abs. 2) oder dem Aufsichtsgericht (§ 29) erlaubt worden ist.

β. Cahn a. a. O. 74. Geschäftsschulden, die unumgänglich sind, wenn nicht die Grundlage des Geschäfts geopfert werden soll, sind zustimmungsfrei, während eine Ausdehnung des Geschäfts irgendwelcher Art, die das Kontrahieren von Schulden zur Folge hat, für die stehende Gläubigerschaft riskant und deshalb zustimmungspflichtig ist.

γ. Bovensiepen a. a. O. 39. Bei Auslegung des Kreises der zur Fortführung des Geschäftes erforderlichen Rechtsgeschäfte wird man nicht ängstlich verfahren dürfen, sondern im Gegenteil „eine gewisse Weitherzigkeit" bei der Entscheidung dieser Frage walten lassen müssen. Offensichtliche Änderungen des bisherigen Geschäftsbetriebes sind freilich dem Schuldner nicht ohne die Zustimmung der Aufsichtsperson zuzulassen. Größe und Umfang des Betriebes sind daher entscheidend, es kann vorkommen, daß ein und derselbe Abschluß beim Großunternehmer nicht zustimmungsbedürftig ist, wohl aber bei einem mittleren Unternehmer oder gar kleinem Handwerksmeister.

δ. RG. 89 237. Wird hierbei auch einerseits regelmäßig an die Fortführung des Geschäfts in dem bisherigen Umfange zu denken sein, so ist doch andererseits „erforderlich" unzweifelhaft weniger und strenger als „dienlich" oder „zweckmäßig".

c) Verbindlichkeiten, die erforderlich sind zur „bescheidenen Lebensführung".

α. des Schuldners.

(Zu vgl. Bd. 1, 360; 2, 121.)

Jäger a. a. O. 43, JW. 17 139. Eine „bescheidene" Lebensführung hält die Mitte zwischen notdürftiger und standesgemäßer Unterhaltsbestreitung (vgl. §§ 1610, 1611 BGB.). Die Lebensstellung des Schuldners darf daher, wie Breit, JW. 15 167, mit Recht betont, nicht außer Rücksicht bleiben. Hat der Schuldner nicht schon bisher bescheiden gelebt, dann hat er sich einzuschränken, also z. B. überflüssige Dienerschaft auf dem Wege des § 11 abzuschieben, Sportpferde und Luxusfahrzeuge, die ohne erhebliche Einbuße verkäuflich sind, zu versilbern.

β. seiner Familie.

(Zu vgl. Bd. 1, 361; 2, 121; 3, 119.)

αα. Jäger a. a. O. 43, JW. 17 139. Unterhaltsansprüche, die aus Rechtsgeschäften, aus unerlaubtem Verhalten oder unmittelbar kraft Gesetzes gegen den Schuldner begründet sind, werden nach der Regel des § 4 vom Verfahren betroffen. Daher unterliegen z. B. gesetzliche Unterhaltsansprüche eines unehelichen Kindes, einer getrennt lebenden oder geschiedenen Ehefrau im vollen Umfange dem Verbot der Sondervollstreckung (§ 6 Abs. 2), also (gegen Breit) auch insoweit, als sie einer bescheidenen Lebensführung dienen. Dies bestätigt nun der § 33 Abs. 2 Nr. 2, der anerkennt, daß gesetzliche Unterhaltsansprüche zwar von der Geschäftsaufsicht im allgemeinen betroffen werden, aber am Zwangsvergleiche nicht teilnehmen. Unterhaltsansprüche aus Rechtsgeschäften oder Delikten trifft auch der Zwangsvergleich.

ββ. Cahn a. a. O. 75. In Betracht kommt der „Hausstand" im weiteren Sinne.

γγ. Klimmer a. a. O. 29 tritt dem LG. II Berlin (in Bd. 3, 120) bei.

C. Besondere Sicherungs-Auflagen.

(Zu vgl. Bd. 4, 749.)

1. Klimmer a. a. O. 31. Das Gericht kann insbesondere anordnen, daß der Schuldner auch die Geschäfte, die er nach Abs. 2 vornehmen dürfte, ohne Zustimmung der Aufsichtsperson nicht vornehmen darf. Lebt der Schuldner und seine Familie zu verschwenderisch, so kann ihm die Eingehung von Verbindlichkeiten zur Lebensführung verboten und ihm für den Tag ein Tagegeld angewiesen werden. Hält sich der Schuldner nicht an das gerichtliche Gebot, so sind die Wirkungen, wie wenn er ohne Zustimmung der Aufsichtsperson handelt. Das gerichtliche Verbot beschränkt ebensowenig wie die Vorschrift des Abs. 2 die Verfügungsmacht des Schuldners (Bendix, LeipzZ. 17 160; 15 192).; ebenso Bovensiepen a. a. O. 38, Weinberg a. a. O. 42.

2. Bovensiepen a. a. O. 38. Das Gericht kann dem Schuldner die Hinterlegung von Wertpapieren aufgeben, die Eintragung einer Vormerkung oder eines Sperrvermerks im Grundbuche anordnen, sowie ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

3. Cahn a. a. O. 75. Das Gericht kann die Wechselzeichnung verbieten.

D. Keine Einwirkung auf öffentliche Rechte des Schuldners.

(Zu vgl. Bd. 1, 360; 2, 121; 4, 749.)

Jäger a. a. O. 36, JW. 17 137. Dem Schuldner verbleiben seine staatsbürgerlichen Rechte, z. B. das aktive und passive politische Wahlrecht. Er gehört um deswillen, weil er unter Geschäftsaufsicht steht, auch nicht zu den Personen, die „infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt" und daher z. B. zum Laienrichteramte, zur Rechts- und Patentanwaltschaft unfähig oder vom Börsenbesuch ausgeschlossen sind.

§ 4.

Die von dem Verfahren betroffenen Gläubiger.

Inhaltsübersicht.

I. Die persönlichen Gläubiger V 65.
1. Nur die persönlichen Gläubiger V 65.
2. Alle persönlichen Gläubiger V 65.
II. Der vermögensrechtliche Anspruch V 65.

I. Die persönlichen Gläubiger.

1. Nur die persönlichen Gläubiger.

Jäger a. a. O. 51, JW. 17 190. Das Erfordernis eines persönlichen Gläubigerrechts schließt namentlich dingliche Berechtigungen, wie Eigentum und Hypotheken, aus; desgleichen aber auch Mitgliedsrechte bei der Geschäftsaufsicht über eine Handelsgesellschaft, weshalb namentlich aktive Kapitalanteile der Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft, Aktieneinlagen und Geschäftsanteile der Mitglieder von Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung im Verfahren der Aufsicht über das Gesellschaftsvermögen die Stellung eines Gläubigers überhaupt nicht verleihen, weder die eines beteiligten noch die eines nichtbeteiligten. Ein stiller Gesellschafter ist im Verfahren der Aufsicht über das Vermögen des Geschäftsinhabers mit dem seinen vertragsmäßigen Verlustanteil übersteigenden Einlagebetrag beteiligter Gläubiger. Vgl. § 341 HGB. Eine Anfechtbarkeit im Sinne des § 342 HGB. besteht zugunsten der Geschäftsaufsicht nicht. Mißglückt aber der Konkursabwendungsversuch, dann muß die zugunsten der Konkursanfechtbarkeit im § 75 AufsVO. vorgesehene Fristerstreckung auch für die Anfechtbarkeit des § 342 HGB. gelten. Der unzulängliche Wortlaut jenes § 75 bedarf sinngemäßer Ausdehnung.

2. Alle persönlichen Gläubiger.

a) Klimmer a. a. O. 32. Auf die bei Beginn der GA. durch Vormerkung gesicherten. Eine dem § 24 KO. entsprechende Vorschrift fehlt.

b) Zweigert a. a. O. 34, Klimmer a. a. O. 36. Auch die ausländischen Gläubiger.

II. Der vermögensrechtliche Anspruch.

1. Jäger a. a. O. 50, JW. 17 190. Gemeint sind Forderungen auf Geldwerte, aus dem Vermögen des Schuldners beitreibbare Leistungen (Jäger, KO.[5], § 3 Anm. 8ff.). Denn Geschäftsaufsicht bedeutet Vermögensaufsicht. Nur der Zwangszugriff beteiligter Gläubiger auf das Vermögen des Schuldners soll unterbunden, keineswegs soll die Erzwingung einer nicht aus seinem Vermögen zu bewirkenden Leistung auf ein persönliches Tun z. B. Rechenschaftsablegung) oder auf ein Unterlassen (z. B. störender Eingriffe in fremde Rechtsmacht), also der Beugezwang der §§ 888, 890 ZPO. ausgeschaltet werden. Ansprüche auf ein persönliches Verhalten des Schuldners bleiben in dieser ihrer Richtung vom Aufsichtsverfahren unberührt. Gehen sie in Entschädigungsansprüche über, so werden sie vom Verfahren betroffen, soweit nicht die Vorschrift des § 13 Abs. 1 Nr. 1 eine Ausnahme macht.

2. Jäger a. a. O. 50, JW. 17 190. Auch die Gläubiger mit gesetzlichen Unterhaltsansprüchen gegen den Aufsichtsschuldner sind als Aufsichtsgläubiger am Verfahren beteiligt, wiewohl sie in den Grenzen des § 33 Abs. 2 Nr. 2 nicht zu den Vergleichsgläubigern zählen. Daß sie nach näherer Maßgabe des § 3 Abs. 2 KO. von der Konkursteilnahme ausgeschlossen sind, ist nicht etwa ein Grund, sie nach § 5 Satz 2 AufsVO. leer ausgehen zu lassen. Vielmehr hat die Aufsichtsperson im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrichter eine der Billigkeit und der Lage des Falles angemessene Art der Berücksichtigung zu bestimmen.

3. Bovensiepen a. a. O. 41. Von der Geschäftsaufsicht und dem etwaigen Ausgleichsverfahren werden nicht berührt: Ansprüche wegen Verletzung des Namens- und Firmenrechts (§ 12 BGB., § 37 HGB.), Unterlassungsansprüche, Ansprüche auf Vor-

nahme gewisser nicht vertretbarer Handlungen, z. B. Ausstellung eines Dienstzeugnisses und Rechnungslegung. Aus den Urteilen kann also die Zwangsvollstreckung auch während Bestehens der Geschäftsaufsicht vorgenommen werden, auch wird der Erlaß von Strafbeschlüssen zur Erzwingung der Handlungen (§§ 888, 889, 899 ZPO.) statthaft sein. Die Vollstreckung der verhängten Geldstrafen wird aber, da dann ein neu erworbener vermögensrechtlicher Anspruch des Gläubigers vorliegt, der sich auf den gerichtlichen Strafbeschluß stützt, erst nach Beendigung des Verfahrens zulässig sein; ebenso Zweigert a. a. O. 34.

4. Cahn a. a. O. 79. Natürliche Verbindlichkeiten fallen nicht unter § 4.

5. Cahn a. a. O. 79. Ob für die Geltendmachung der Ansprüche der Rechtsweg offen steht oder nicht, ist unerheblich.

§ 5.

Verwendung der vorhandenen Mittel.

Inhaltsübersicht.

I. Die vorhandenen Mittel V 66. | II. Verwendung der vorhandenen Mittel V 67.

I. Die vorhandenen Mittel.

1. Levy a. a. O. 88. Die Befriedigung der Gläubiger ist nicht der Zweck des Aufsichtsverfahrens. In dieser Beziehung unterscheidet sich das Aufsichtsverfahren wesentlich von dem Konkursverfahren. Die Geschäftsaufsicht dient der Erhaltung des Schuldnervermögens, der Konkurs seiner Versilberung und Verteilung. Während des Aufsichtsverfahrens haben die Gläubiger zwar keinen Anspruch auf Befriedigung; sind aber Mittel vorhanden, so sollen sie zu ihrer Befriedigung verwendet werden.

Die Befriedigung darf nur aus den vorhandenen Mitteln erfolgen. „Mittel" sind die Erträge aus dem Vermögen und der geschäftlichen Tätigkeit des Schuldners. Das Vermögen des Schuldners soll ihm über den Krieg hinaus erhalten bleiben. Unter „Mittel" sind nicht nur Geldmünzen und Papiergeld zu verstehen, sondern alle leicht verwertbaren Zahlungsmittel wie Wechsel, Schecks und solche Wertpapiere, die ohne erhebliche Einbuße verkauft werden können.

Zu den Mitteln sind aber nicht die ausstehenden Forderungen zu rechnen. Gehen Außenstände ein, so bilden diese Eingänge zweifellos Mittel, die zur Befriedigung der Gläubiger zu verwenden sind. Der Schuldner ist aber nicht genötigt, um Mittel zu schaffen, die ausstehenden Forderungen zu diskontieren, abzutreten, zu verpfänden.

Die vorhandenen Mittel sind nicht nur die zur Zeit der Anordnung der Geschäftsaufsicht vorhandenen, sondern die jeweilig vorhandenen Mittel.

2. Klimmer a. a. O. 37. Die Gläubiger haben nur Anspruch auf Befriedigung aus den Mitteln. Der Schuldner braucht nicht mit Teilen seines Stammvermögens zu befriedigen. Dürfte er das überhaupt? Das möchte nach dem Wortlaute des § 5 und dem Zwecke der Geschäftsaufsicht (Erhaltung des Stammvermögens, gleichmäßige Befriedigung der Gläubiger) zu verneinen sein. Die Reihenfolge des § 5 ist nur für die Befriedigung mit „Mitteln" festgesetzt. Dürfte der Schuldner daneben an Gläubiger z. B. Ringe, Bilder, Uhren aus seinem Vermögen an Zahlungs Statt abgeben, so wäre die Einhaltung der Reihenfolge des § 5 nicht geboten. Wie der Schuldner nicht zugunsten eines Gläubigers auf das Vollstreckungsverbot verzichten kann (§ 6), so darf er auch nicht außerhalb der Reihenfolge des § 5 einen Gläubiger befriedigen. Stellt er Teile seines Vermögens zur Befriedigung nach § 5 der Aufsichtsperson zur Verfügung, so können damit die Gläubiger befriedigt werden. Veräußert der Schuldner Teile seines Vermögens, was er, soweit es sich um bewegliche Sachen handelt, ohne Zustimmung der Aufsichtsperson darf, vorausgesetzt, daß dadurch der Zweck der Geschäftsaufsicht nicht vereitelt wird, so zählt der Erlös zu den Mitteln im Sinne des § 5.

II. Verwendung der vorhandenen Mittel.

1. Levy a. a. O. 89. Der Schuldner behält während der Geschäftsaufsicht Besitz und Verwaltung seines Vermögens. Er hat daher auch die Zahlungen zu leisten. Ist das Geld bei einer Bank mit der Maßgabe hinterlegt, daß es nur gegen seine und der Aufsichtsperson Anweisung oder Quittung ausgezahlt werden darf, so ist die Zuziehung der Aufsichtsperson erforderlich. Ist die Geschäftsführung des Schuldners einem anderen derart übertragen, daß dieser über die vorhandenen Mittel zu verfügen hat, so hat dieser die Zahlungen zu leisten. Hat die Aufsichtsperson selbst die Geschäftsführung übernommen, so zahlt sie auch aus; ebenso Bovensiepen a. a. O. 43, Klimmer a. a. O. 40, Zweigert a. a. O. 36.

2. Levy a. a. O. 90. Nach den Grundsätzen der KO. sind erst die Masseschulden, dann die Massekosten zu berichtigen, dann die bevorrechtigten Gläubiger in bestimmter Rangordnung, und schließlich sind, wenn Masseschulden, Massekosten und bevorrechtigte Forderungen voll befriedigt sind, die nicht bevorrechtigten Gläubiger zu gleichen Anteilen untereinander zu befriedigen.

Masseschulden und Massekosten werden in der Verordnung nicht erwähnt. In entsprechender Anwendung der §§ 58, 59 KO. werden im Aufsichtsverfahren als Masseschulden die Forderungen der im § 13 Nr. 1, 2 VO. bezeichneten Gläubiger und als Massekosten die Forderungen der im § 13 Nr. 6 VO. bezeichneten Gläubiger zu behandeln sein.

Die bevorrechtigten Gläubiger sind im § 13 Nr. 5 VO. aufgeführt. Erst wenn die erste Klasse dieser Gläubiger volle Zahlung erhalten hat, darf an die zweite, dann an die dritte usw. gezahlt werden.

Bei allen Zahlungen ist zu beachten, daß mit der Kapitalsforderung zugleich die Kosten, Zinsen und eine etwaige Vertragsstrafe mitzubezahlen sind. Die Aussonderungsberechtigten (§ 13 Nr. 3 VO.) kommen nicht in Betracht, denn sie verlangen nicht Zahlung, sondern Herausgabe eines Gegenstandes.

Die Absonderungsberechtigten sind bei Zahlungen nur mit dem Betrage zu berücksichtigen, zu welchem sie auf abgesonderte Befriedigung verzichtet haben, oder mit welchem sie bei dieser ausgefallen sind. Diese Forderung kann zu den Masseschulden, den Massekosten, den bevorrechtigten oder den nicht bevorrechtigten Forderungen gehören.

3. Jäger a. a. O. 62, JW. 17 194. Ist der Absonderungsberechtigte zugleich Aufsichtsgläubiger, so bedeutet das Gebot einer Einhaltung der konkursrechtlichen Reihenfolge, daß auf die vom Verfahren betroffene Forderung Zahlungen nach § 5 (entsprechend den Abschlagszahlungen des Konkurses) erst dann zu leisten sind, wenn (abgesehen vom Verzicht auf die Sachhaftung) ein Ausfall bei der abgesonderten Befriedigung bereits eingetreten oder vorauszusehen ist, letzterenfalls unter gerichtlich verordneter Zurückhaltung der Anteile (vgl. §§ 64, 153, 168 Nr. 3 KO.). Für die übrigen nichtbeteiligten Gläubiger gilt gemeinsam, daß sie den beteiligten vorgehen. Untereinander rangieren sie so: erst die Masseschuldgläubiger des § 13 Abs. 1 Nr. 1, 2 mit Gleichberechtigung, dann die Massekostengläubiger der Nr. 6 unter Vorantritt der Barauslagen (§§ 57, 60 KO.), zuletzt die Vorrechtsgläubiger der Nr. 5 in der Reihenfolge des § 61 Nr. 1 bis 5 KO.

4. Jäger a. a. O. 61, JW. 17 194. Die Anordnung hat nur innenrechtliche Wirksamkeit und schließt eine Anfechtbarkeit im späteren Konkurse nicht schlechthin aus; ebenso Zweigert a. a. O. 36, Cahn a. a. O. 84.

5. Jäger, JW. 17 195. Die Vorschrift, daß Streitigkeiten „über die Verwendung der vorhandenen Mittel", d. h. über die Frage, welche Mittel und in welcher Reihenfolge sie zu verteilen sind, vom Aufsichtsgericht durch unanfechtbaren Beschluß zu entscheiden sind (§§ 29, 19), gilt nicht nur im Innenverhältnisse zwischen Schuldner und Aufsichtsperson, sondern auch im Verhältnisse zum Gläubiger. Der urteilsmäßigen Feststellung des Anspruchs, die der Gläubiger im Bestreitungsfall zu erwirken hat, greift freilich ein solcher Aufsichtsbeschluß nicht vor. Doch wird das Aufsichtsgericht nicht anordnen können, daß und wie Anteile auf streitige sowie auf bedingte Forderungen oder auf voraus-

sichtliche Ausfälle von Absonderungsberechtigten zurückzuhalten seien (vgl. § 168 KO., § 48 Abs. 2 AusführVO.), da die Ermächtigung des § 29 nach der ganzen Stellung des Aufsichtsgerichts, wie beim Streite der Beteiligten, so auch in Zweifelsfällen, zur angemessenen Lösung führt.

§ 6.

Unzulässigkeit der Konkurseröffnung. — Beschränkte Zulässigkeit von Arresten, einstweiligen Verfügungen und Zwangsvollstreckungen.

Inhaltsübersicht.

A. Unzulässigkeit der Konkurseröffnung I 340, II 107, V 69.

B. Arreste und Zwangsvollstreckungen in das Vermögen des Schuldners finden nur zugunsten der bevorrechtigten Gläubiger statt I 340, II 107, III 111, V 69.

I. Vermögen des Schuldners I 340, II 107.

1. Gibt es aufsichtsfreies Vermögen? I 340, II 107, IV 750, V 69.

2. Wechselwirkung von Geschäftsaufsicht und Güterstand I 341, V 70.

a) Beim gesetzlichen Güterstande I 341, V 70.

α. Wirkung des Güterstandes auf die Geschäftsaufsicht I 341.

αα. Geschäftsaufsicht über den Ehemann I 341.

ββ. Geschäftsaufsicht über die Ehefrau I 341.

β. Wirkung der Geschäftsaufsicht auf den Güterstand I 341.

b) Bei Gütergemeinschaft I 342, V 70.

α. Wirkung des Güterstandes auf die Geschäftsaufsicht I 342.

αα. Geschäftsaufsicht über den Ehemann I 342.

ββ. Geschäftsaufsicht über die Ehefrau I 342.

γγ. Keine Geschäftsaufsicht über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft I 342.

β. Wirkung der Geschäftsaufsicht auf den Güterstand I 342.

c) Bei Gütertrennung I 343.

3. Geschäftsaufsicht über das Vermögen eines Kindes unter elterlicher Gewalt I 343.

a) Wirkung der elterlichen Gewalt auf die Geschäftsaufsicht I 343.

b) Wirkung der Geschäftsaufsicht auf die elterliche Gewalt I 343.

II. Die Beschränkung betrifft Arreste, Zwangsvollstreckungen und einstweilige Verfügungen auf Eintragung von Vormerkungen I 343, II 107, V 70.

1. Arreste I 343, II 107, V 70.

2. Zwangsvollstreckungen I 343, V 71.

3. Einstweilige Verfügungen auf Eintragung von Vormerkungen V 71.

III. Die Beschränkung betrifft nicht:

1. neue Klagen oder Mahngesuche und anhängige Streitsachen I 344, II 199, III 112, V 72.

2. auch nicht die Zulässigkeit der Erteilung der Vollstreckungsklausel I 345, II 112, V 72.

IV. Voraussetzung der Beschränkung ist die Anordnung der Geschäftsaufsicht, der Antrag genügt nicht I 348.

V. Umfang des Arrest- und Vollstreckungsverbots I 345, II 112, III 114, V 72.

1. Sachliche Einschränkungen I 345, II 112, V 72.

a) Unterlassungsansprüche I 345.

b) Vollstreckungen nach § 888 ZPO. I 345, V 72.

c) Vollstreckungen nach § 887 ZPO. I 346, III 114, V 73.

d) Vollstreckungen nach § 894 ZPO. I 346, V 73.

2. Persönliche Einschränkungen I 346, II 112, III 115, V 73.

a) Auf der Gläubigerseite I 346, II 112, III 115, V 73.

α. Bevorrechtigte Gläubiger I 346, II 112, V 73.

β. Anfechtungsrecht nicht bevorrechtigter Gläubiger? I 346, II 112, V 73.

αα. Für das Anfechtungsrecht I 346, III 115, V 73.

ββ. Gegen das Anfechtungsrecht I 346, II 112, V 73.

b) Auf der Schuldnerseite. Schließt die Geschäftsaufsicht über eine offene Handelsgesellschaft die Vollstreckung gegen die Gesellschafter wegen einer Gesellschaftsschuld aus? I 347, II 113

α. Bejahend I 347.

β. Verneinend I 347, II 113, V 74.

VI. Ist das Vollstreckungsverbot im Urteil auszusprechen? V 74.

1. Bejahend V 74.

2. Verneinend V 74.

VII. Ist das Vollstreckungsverbot von den Vollstreckungsbehörden von Amts wegen zu berücksichtigen? V 75.

VIII. Geltendmachung des Vollstreckungsverbots I 349, II 113, V 76.

1. Durch den Schuldner I 341, II 113, V 76.

2. Durch die Aufsichtsperson? I 350, V 77.

3. Durch die bevorrechtigten Gläubiger? I 350, V 77.

IX. Einfluß auf die Gestaltung von Schuldverhältnissen I 351, II 114, III 116, V 77.

A. Unzulässigkeit der Konkurseröffnung.

(Zu vgl. Bd. 1, 340; 2, 107.)

→ Daß auch zugunsten der bevorrechtigten Gläubiger ein Konkurs während der GA. nicht statthaft ist, ist jetzt unstreitig. ←

B. Arreste und Zwangsvollstreckungen in das Vermögen des Schuldners finden nur zugunsten der bevorrechtigten Gläubiger statt.

(Zu vgl. Bd. 1, 340; 2, 107; 3, 111.)

I. Vermögen des Schuldners.

a) Gibt es aufsichtsfreies Vermögen?

(Zu vgl. Bd. 1, 340; 2, 107.)

α. Bejahend.

αα. Jäger für die Freiheit des beschlagsfreien Vermögens, zu vgl. Bd. 4, 750.

ββ. Zweigert a. a. O. 29. Der Aufsicht unterfällt nur das der Zwangsvollstreckung unterliegende Vermögen.

β. Verneinend.

αα. Levy a. a. O. 49. Jäger stellt den Satz auf: „Beschlagsfreies Gut ist wie konkurs- so auch aufsichtsfrei." Der Zweck des Aufsichtsverfahrens soll dies ergeben. Die Begründung leuchtet nicht ein. Die Konkurseröffnung wirkt wie eine Beschlagnahme des Schuldnervermögens. Damit der Gemeinschuldner sein Leben fristen und von neuem aufbauen kann, wird ihm das unpfändbare und das nach Konkurseröffnung erworbene Vermögen belassen. Im Gegensatz hierzu hat die Geschäftsaufsicht keine Beschlagnahmewirkung. Der Schuldner behält sein gesamtes Vermögen, das pfändbare und das unpfändbare. Die Geschäftsaufsicht nimmt ihm nicht seine wirtschaftliche Existenz, sondern erhält sie ihm. Die vorhandenen Mittel, mögen sie aus der Verwertung oder dem Ertrage seines pfändbaren oder seines unpfändbaren Vermögens herrühren, sind in erster Linie für seine und seiner Familie bescheidene Lebensführung, in zweiter Linie für die Fortführung seines Geschäftes zu verwenden. Da die Geschäftsaufsicht den Schuldner vor Nahrungs- und Geschäftssorgen bewahrt, macht sie aufsichtsfreies Vermögen überflüssig. Bei dieser Sachlage ist es für den Schuldner bedeutungslos, wenn zur Befriedigung der Gläubiger auch der Ertrag oder der Erlös aus unpfändbaren Gegenständen verwendet wird. Die Jägersche Ansicht gibt zu bedenklichen Folgerungen Anlaß. Die Aufsichtsperson hätte nicht das Recht, von dem Schuldner Auskunft über sein unpfändbares Vermögen zu verlangen, dürfte die Verfügungen des Schuldners über dieses Vermögen nicht überwachen, könnte nicht hindern, daß Gläubiger aus Rechtshandlungen des Schuldners hinsichtlich dieses Vermögens Vollstreckungs- und Arrestrechte erwerben!

Daher ist auch das gesetzliche Nutznießungsrecht des Schuldners am eingebrachten Gut seiner Ehefrau, obwohl es nach § 861 ZPO. unpfändbar ist, nicht aufsichtsfrei (a. A. Mayer 145; Jäger, JW. 17 69). Die Anordnung der Geschäftsaufsicht berührt nicht die güterrechtlichen Beziehungen zwischen den Ehegatten. Sie rechtfertigt auch nicht eine Klage der Ehefrau auf Aufhebung der Nutznießung nach § 1418 Ziff. 4 BGB.; die Bestellung einer Aufsichtsperson ist der eines Pflegers nicht gleichzustellen (vgl. Mayer 175). Solange dem unter Geschäftsaufsicht stehenden Ehemann das Nutznießungsrecht zukommt, hat die Aufsichtsperson darüber zu wachen, daß die Nutzungen des eingebrachten Gutes, soweit sie nicht nach den §§ 1384 ff. BGB. zugunsten der Ehefrau und der gemeinschaftlichen Abkömmlinge (§ 1389) zu verwenden sind, den Gläubigern zugute kommen.

ββ. Cahn a. a. O. 98. Die Scheidung von Wassermann-Erlanger[3] 244 VIa und Jäger, JW. 17 69 in ein von der Aufsicht erfaßtes und von der Aufsicht freies Vermögen, unter welchem pfandfreie Gegenstände gemäß § 811 ZPO., pfandfreie Lohn-

und Gehaltsbeträge, das elterliche Nutznießungsrecht im Kindesvermögen, das ehemännliche Nutznießungsrecht, künftige Forderungen, Ansprüche aus Delikten und Unterhaltsansprüchen verstanden werden, hat in der VO. keinen Halt. → Zu vgl. allerdings 52, wonach die der Verpfändung entzogenen Vermögensteile nicht unter die GA. fallen sollen. ←

yy. Klimmer a. a. O. 11. Aufsichtsfreies Vermögen gibt es überhaupt nicht. Auch für die nicht pfändbaren Vermögensteile ist eine Ausnahme nicht zu machen.

2. Wechselwirkung von Geschäftsaufsicht und Güterstand.

(Zu vgl. Bd. 1, 341ff.)

a) Beim gesetzlichen Güterstand.

Cahn a. a. O. 98. Das ehemännliche Nutznießungsrecht beim gesetzlichen Güterstand gehört nicht zu dem der Geschäftsaufsicht unterworfenen Vermögen; die Früchte dagegen fallen unter das beaufsichtigte Vermögen. Ist die Geschäftsaufsicht über den Ehemann verhängt, so ist damit ein Anspruch auf Aufhebung der von ihm besorgten Verwaltung und bezogenen Nutznießung gemäß § 1391 und 1418 BGB. nicht gegeben. Die Ansprüche des Ehemannes werden ferner nicht berührt, wenn die Geschäftsaufsicht über das Vermögen der Ehefrau angeordnet ist.

b) Bei Gütergemeinschaft.

Cahn a. a. O. 98. Besteht Gütergemeinschaft, so fällt bei der Geschäftsaufsicht über den Ehemann das Gesamtgut unter die Geschäftsaufsicht. Besteht Geschäftsaufsicht über das Vermögen der Frau, so fällt das Vorbehaltsgut unter die Geschäftsaufsicht. Im Falle der Errungenschafts- und Fahrnisgemeinschaft fällt das eingebrachte und Vorbehaltsgut der Ehefrau, die unter Geschäftsaufsicht steht, unter das dieser unterworfene Vermögen. Eine Geschäftsaufsicht über das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft ist im § 73 Abs. 5 nunmehr geregelt. Nach der alten VO. ist die Möglichkeit einer Geschäftsaufsicht im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft meist verneint worden (Wassermann-Erlanger, 3. Aufl. S. 245). Nunmehr siehe § 73 letzter Abs.! So wenig die Geschäftsaufsicht über den Mann zur Klage der Frau auf Aufhebung seiner Verwaltung und Nutznießung führt, so wenig kann sie ein Vorgehen des anderen Ehegatten auf Aufhebung der Gemeinschaft mit dem beaufsichtigten Ehegatten zur Folge haben (a. M. Mayer S. 175). Doch können die Einzelumstände der Geschäftsaufsicht zu Maßregeln im Sinne der §§ 1468ff. BGB. führen, wenn eine erhebliche Gefährdung des nicht beaufsichtigten Ehegatten zu besorgen ist.

(Abschnitt 3 in Bd. 1, 343.)

II. Die Beschränkung betrifft Arreste, Zwangsvollstreckungen und einstweilige Verfügungen auf Eintragung von Vormerkungen.

1. Arreste.

a) Cahn a. a. O. 88. Ein Arrestbefehl, welcher vor Anordnung der Geschäftsaufsicht erlassen worden ist, ist nach Anordnung der Geschäftsaufsicht nicht vollziehbar. Auch wenn ein Arrestbefehl vor Zustellung an den Schuldner, sowie vor Anordnung der Geschäftsaufsicht vollzogen worden ist, kann nicht mehr im Sinne des § 929 Abs. 3 ZPO. nach verhängter Geschäftsaufsicht der Arrestbefehl mit der Wirkung zugestellt werden, daß Schuldner die Vollziehung anerkennen muß. Der Arrestvollzug würde der Gleichstellung der Gläubiger im Wege sein. Auch der persönliche Sicherheitsarrest steht unter dem Verbot des § 6; ebenso für den § 929 Abs. 3 ZPO. Levy in Bd. 2, 107 u. 2. Aufl. 79.

b) A. M. für § 929 Abs. 3. Klimmer a. a. O. 48. Ein vor der Anordnung der Geschäftsaufsicht erlassener Arrestbefehl kann nachher nicht mehr vollzogen werden (§ 930 ZPO.). Ist ein Arrestbeschluß vor Anordnung der Geschäftsaufsicht und vor der Zustellung an den Schuldner vollzogen worden, so kann die Zustellung, die nach § 929 Abs. 3 ZPO. auch nach der Vollziehung stattfinden kann, auch nach Beginn der Geschäfts-

aufsicht erfolgen, weil die Wirkung des Arrestbeschlusses bereits mit dem Vollzug eintritt (§ 930 ZPO.); es müssen nur dann die Fristen des § 929 Abs. 2 u. 3 ZPO. gewahrt werden; ebenso Zweigert a. a. O. 38.

c) Klimmer a. a. O. 49. Das Arrestgericht hat, wenn es die Geschäftsaufsicht kennt, zu prüfen, ob der beantragende Gläubiger vom Aufsichtsverfahren betroffen wird oder nicht, weil es das Arrestverbot von Amts wegen zu beachten hat. Zweifelhaft ist, ob § 6 dahin auszulegen ist, daß Arreste nach Anordnung der Geschäftsaufsicht nicht erlassen werden dürfen, oder dahin, daß sie zwar erlassen werden dürfen, daß aber dabei anzuordnen ist, daß sie während der Dauer der Geschäftsaufsicht nicht vollzogen und nicht zugestellt werden dürfen. Man wird nach dem Wortlaute des § 6 (Gleichstellung von Arrest mit Zwangsvollstreckung) schon die Erlassung eines Arrestbefehls für unzulässig halten. Die Unzulässigkeit eines nach Beginn der Geschäftsaufsicht erlassenen Arrestbefehls wird durch Widerspruch (§ 924 ZPO.) geltend gemacht, wenn der Arrest durch Beschluß angeordnet ist, durch Berufung oder Einspruch, wenn der Arrest durch Urteil angeordnet ist; vgl. auch § 545 Abs. 2 ZPO. (keine Revision) und § 945 ZPO.

2. Zwangsvollstreckungen.

(Zu vgl. Bd. 1, 343.)

a) Cahn a. a. O. 88. Weder eine Mobiliarvollstreckung, noch die Erlassung eines Pfändungsbeschlusses ist zugelassen; letzteres auch dann nicht, wenn vor der Anordnung der Geschäftsaufsicht bereits eine Pfändungsnachricht ergangen war. Die neuerliche Ansicht des Reichsgerichts (Bd. 83, 334), die Pfändungsnachricht des § 845 ZPO. begründe bereits das Pfandrecht, ist unzutreffend. Die Pfändungsnachricht selbst begründet eben noch kein Pfandrecht. Mit der Zustellung der Pfändungsankündigung an den Drittschuldner entsteht nach Ansicht der einen ein durch fristgerechte Pfändung bedingtes Pfandrecht. Manche sprechen von einem aufschiebenden, andere von einem auflösenden bedingten Pfandrecht, während Stein den Begriff eines einstweiligen Pfandrechts einführt. In Wirklichkeit entsteht das Pfandrecht erst durch die gerichtliche Pfändung; ebenso Jäger, JW. 17 193, Klimmer a. a. O. 42.

b) Cahn a. a. O. 88. Das Verwaltungszwangsverfahren ist ebenfalls während der Geschäftsaufsicht unzulässig, falls nicht die Voraussetzung des § 13 vorliegt. Der nicht privilegierte Gläubiger, welcher vor verhängter Geschäftsaufsicht ganz oder teilweise erfolglos mit Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner vorgegangen war, kann denselben nicht zur Ableistung des Offenbarungseides vorladen, ebensowenig Haftbefehl gegen denselben beantragen. Ein Haftbefehl, welcher vor verhängter Geschäftsaufsicht verkündet war, ist der Vollziehung nicht fähig. Da jeder Teil der Haftbelassung ein Stück Zwangsvollstreckung bedeuten würde, ist der verhaftete Schuldner aus der Haft zu entlassen.

c) Kretzschmar a. a. O. 49. Eine dem Verbot zuwider erfolgte Vollstreckungsmaßregel unterliegt auf die Einwendung des Schuldners (ZPO. § 766) der Aufhebung; ebenso ist die einstweilige Verfügung, durch die die Eintragung der Vormerkung angeordnet worden ist, auf den Widerspruch des Schuldners aufzuheben.

3. Einstweilige Verfügungen auf Eintragung von Vormerkungen.

a) Cahn a. a. O. 92. Nicht auch auf Widersprüche.

b) Auch andere einstweilige Verfügungen? (zu vgl. Bd. 1, 344; 2, 108; 3, 111).

α. Bejahend.

αα. Cahn a. a. O. 91 (ohne neue Begründung).

ββ. Jäger a. a. O. 67. Sofern die einstweilige Verfügung eine künftige Individualleistung aus dem Schuldnervermögen zugunsten eines vom Verfahren betroffenen Anspruchs sichern soll, wie etwa das Veräußerungsverbot (§§ 935, 938 ZPO.) die Übereignung einer vermachten Sache, würde sie nach dem Zweck des § 9 Abs. 2 während der

GA. unzulässig sein. Um so mehr wäre unstatthaft die bei Dauerpflichten unter dem Gesichtspunkt einstweiliger Zustandsregelung nach § 940 angeordnete Rentenzahlung, wenn der Gläubiger (z. B. der Unterhaltsgläubiger) vom Verfahren betroffen wird (a. M. Hallbauer, Recht 17 107); ebenso Zweigert a. a. O. 38.

β. Verneinend.

αα. Bovensiepen a. a. O. 45 unter Verwendung des Umkehrschlusses aus § 6 Abs. 2 und Levy a. a. O. 80.

ββ. Hallbauer a. a. O. 107. § 6 spricht nur von Arresten, nicht von einstweiligen Verfügungen — mit gutem Grunde. Einstweilige Verfügungen im Sinne von § 935 ZPO. dienen zum Schutze von Individualansprüchen: sie führen der Regel nach nur zu Geboten oder Verboten, nicht zur Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Schuldners. Dem Schuldner wird z. B. die Veräußerung oder Belastung einer Sache untersagt, hier wäre der Gläubiger, wenn ihm die einstweilige Verfügung entzogen würde, geradezu rechtlos; andererseits wird aber auch durch eine solche Verfügung das Vermögen des Schuldners nicht zum Nachteile der anderen Gläubiger belastet oder vermindert, es wird nur der bisherige Zustand aufrecht erhalten. Eine Ausnahme wird sich nur bei den einstweiligen Verfügungen ergeben, die auf Grund von § 940 ZPO. zu Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in das Vermögen des Schuldners führen, z. B. bei Verfügungen zugunsten von Unterhaltsansprüchen.

III. Die Beschränkung betrifft nicht:

1. Neue Klagen oder Mahngesuche und anhängige Streitsachen.

→ Das ist jetzt unstreitig. ←

2. auch nicht die Zulässigkeit der Vollstreckungsklausel.

→ Gleichfalls jetzt unstreitig. Bovensiepen hat seine abweichende in Bd. 1, 345 mitgeteilte Ansicht aufgegeben, a. a. O. 48. ←

(Abschnitt IV in Bd. 1, 345.)

V. Umfang des Arrest- und Vollstreckungsverbots.

1. Sachliche Einschränkungen.

(Unterabschnitt a in Bd. 1, 345.)

b) Vollstreckungen nach § 888 ZPO.

(Zu vgl. Bd. 1, 345.)

α. Klimmer a. a. O. 47. Die Vollstreckung in das Vermögen des Schuldners ist verboten. Sie ist also auch für die beteiligten Gläubiger zulässig, soweit sie nicht in das Vermögen geht, also z. B. wenn der Schuldner zu Handlungen oder Unterlassungen gezwungen werden soll, die nicht aus seinem Vermögen bewirkt werden sollen (§§ 888, 890 ZPO.), z. B. Rechenschaftslegung, ärztliche Behandlung, Herstellung eines Gemäldes, Unterlassung des Eingriffs in fremde Rechte, Unterlassen des Klavierspielens nach 11 Uhr abends usw. Dabei muß jedoch der Vorbehalt gemacht werden, daß es als unzulässig anzusehen ist, daß der Wille des Schuldners durch Beitreibung der verhängten Geldstrafen gebeugt werden darf, da das eine Vollstreckung in das Vermögen des Schuldners bedeuten würde; zulässig ist die Beugung des Schuldnerwillens durch Haft. Die Aufsichtsperson besorgt dann die Geschäfte und schützt den Schuldner vor Vermögensminderung. Wird aus einem der Ansprüche nach §§ 888, 890 ZPO. ein Ersatzanspruch, so darf wegen dieses Anspruchs nicht vollstreckt werden, wenn nicht infolge der Vorschrift des § 13 Abs. 1 Nr. 1 VO. eine Ausnahme eintritt.

β. Ebenso Jäger, s. II 1 zu § 4.

γ. A. M. Cahn a. a. O. 89. Die VO. bietet für die Ausnahmestellung der Vollstreckungen nach § 888 ZPO. keine Stütze; ihre Unterlassung liegt auch im Interesse der ruhigen Geschäftsfortführung.

c) Vollstreckungen nach § 887 ZPO.

(Zu vgl. Bd. 1, 346; 2, 114.)

Klimmer a. a. O. 45. An sich richtig ist es, wenn das OLG. Karlsruhe (in Bd. 3, 114) annimmt, daß es sich nicht um eine Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Schuldners handle, wenn bei der Erzwingung vertretbarer Handlungen (§ 887 ZPO.) der Gläubiger zur Vornahme der Handlung auf Kosten des Schuldners ermächtigt wird; darin sei kein gegen das Vermögen des Schuldners gerichteter Vollstreckungsakt zu erblicken (zustimmend Bovensiepen a. a. O. 47). Allein eine andere Frage, die wohl bejaht werden muß, ist die, ob diese Ermächtigung nicht die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner ersetzt. Daraus folgt, daß der Gläubiger die Handlung während der GA. nicht vornehmen lassen darf und dieses in der Ermächtigung zu bemerken ist.

d) Vollstreckungen nach § 894 ZPO.

(Zu vgl. Bd. 1, 346.)

α. Levy a. a. O. 84. Die Verurteilung des Schuldners zur Abgabe einer Willenserklärung hat zwar mit dem Eintritte der Rechtskraft nach §§ 894, 895 ZPO. Vollstreckungswirkung; die Geltendmachung des Urteils ist aber kein Akt der Zwangsvollstreckung. Ein solches Urteil kann deshalb, auch wenn es zugunsten eines vom Verfahren betroffenen Gläubigers ergangen ist, vollzogen werden. Der Grundbuchrichter, dem ein rechtskräftiges Urteil auf Erteilung einer Eintragungsbewilligung oder Abgabe einer Auflassungserklärung vorgelegt wird, muß das Urteil als Eintragungsgrundlage gelten lassen, auch wenn er weiß, daß der Verurteilte unter GA. steht; ebenso Bovensiepen a. a. O. 46, Cahn a. a. O. 93.

β. Jäger a. a. O. 67. Es leuchtet ein, daß zugunsten eines von dem Verfahren betroffenen Anspruchs die Zwangsersetzung des § 894 ZPO. während der GA. ebenso unstatthaft sein muß als der ersetzte Zwang; ebenso Klimmer a. a. O. 43.

γ. RG. V, JW. 17 161. Die Verurteilung zur Abgabe einer Willenserklärung ist trotz der in § 894 ZPO. vorgeschriebenen Vollstreckungswirkung auch während der Dauer der GA. nicht unzulässig, wenn in der Formel ausgesprochen wird, daß die Erklärung erst mit der Beendigung der GA. als abgegeben gelte.

δ. JW. 17 302 (Dresden VI). Steht eine Eintragung nach § 895 ZPO. (Vormerkung) bevor, so muß der Schuldner sich an das Grundbuchamt wenden. Um eine Eintragung von vornherein zu verhüten, muß er dem Grundbuchamt das Bestehen der Geschäftsaufsicht urkundlich (GBO. § 29) mitteilen und unter Bezugnahme darauf der Vornahme einer Eintragung auf Grund des gegen ihn ergangenen Urteils widersprechen. Ist die Eintragung bereits erfolgt, so kann er verlangen, daß sie gelöscht wird; denn sie ist eine nach ihrem Inhalt unzulässige Eintragung im Sinne des § 54 Abs. 1 Satz 2 GBO. Ließe sich dies nicht annehmen, so rechtfertigt sich die Löschung jedenfalls um deswillen, weil es sich dabei um eine unzulässige Zwangseintragung handelt, die auf den Antrag des Schuldners von dem Grundbuchamt als der Vollzugsbehörde in entsprechender Anwendung des § 775 Nr. 1, § 776 ZPO. aufzuheben, d. i. zu löschen ist.

2. Persönliche Einschränkungen.

a) Auf der Gläubigerseite.

α. Bevorrechtigte Gläubiger, s. § 13.

β. Anfechtungsrecht nicht bevorrechtigter Gläubiger?

αα. Für das Anfechtungsrecht zu vgl. Bd. 1, 346; 3, 115.

ββ. Gegen das Anfechtungsrecht zu vgl. Bd. 1, 346, 2, 113 und jetzt die allgemeine Meinung (z. B. Cahn a. a. O. 100, Bovensiepen a. a. O. 47, Klimmer a. a. O. 53).

b) Auf der Schuldnerseite.

Schließt die Geschäftsaufsicht über eine offene Handelsgesellschaft die Vollstreckung gegen die Gesellschafter wegen einer Gesellschaftsschuld aus?

α. Bejahend zu vgl. Bd. 1, 347; 2, 113.

β. Verneinend: Außer den in Bd. 1, 347, 348; 2, 113 Genannten Cahn a. a. O. 88, Bovensiepen a. a. O. 47.

VI. Ist das Vollstreckungsverbot im Urteil auszusprechen?

(Zu vgl. Bd. 1, 348; 2, 113; 3, 115.)

1. Bejahend.

a) Jäger a. a. O. 66, JW. 17 196. Die GA. als solche bewirkt nicht eine Unterbrechung schwebender Prozesse. Um aber die Durchführung des Vollstreckungsverbots sicherzustellen, wird das Prozeßgericht auf Antrag des Schuldners in der Urteilsformel auszusprechen haben, daß Arrest und Zwangsvollstreckung wegen des zuerkannten Anspruchs in das Vermögen des Schuldners während der Geschäftsaufsicht unstatthaft sind. Entsteht dabei Streit über die Frage, ob der Anspruch vom Verfahren betroffen wird, so ist sie im Urteil zu entscheiden. Im Falle der Verurteilung zur Abgabe einer Willenserklärung (z. B. zur Abtretung einer schlichten oder einer hypothek. gesicherten Forderung) hat der einschränkende Zusatz dahin zu lauten, daß die Willenserklärung vor rechtskräftiger Aufhebung der GA. nicht als abgegeben gilt.

b) Cahn a. a. O. 93. Der Schuldner und die Aufsichtsperson können einem Urteile gemäß § 894 ZPO. die sofortige Vollstreckungswirkung durch Beantragung eines entsprechenden Vollstreckungsvorbehalts in der Urteilsformel nehmen.

c) Zweigert a. a. O. 38. Auch zur Abgabe einer Willenserklärung kann der Schuldner während der Geschäftsaufsicht verurteilt werden; doch hat dies mit dem Vorbehalt zu geschehen, daß die Erklärung erst mit der Rechtskraft des Urteils als abgegeben gilt.

d) Klimmer a. a. O. 45. In Urteilen (auch Versäumnisurteilen) ist auch ohne den Antrag von Gläubiger oder Schuldner auszusprechen, daß Zwangsvollstreckung erst nach Beendigung der Geschäftsaufsicht erlaubt ist oder daß die Vollstreckungswirkung erst dann eintritt.

2. Verneinend.

a) Levy a. a. O. 82. Verschiedene Versuche, den Vollstreckungsorganen die Prüfung, ob der Antragsteller zu den betroffenen oder nicht betroffenen Gläubigern gehört, durch Aufnahme einer Anordnung in den Vollstreckungstitel zu ermöglichen oder zu erleichtern, gehen fehl. Die Frage, ob der Kläger zu den betroffenen oder nicht betroffenen Gläubigern gehört, kann nicht im Prozeß, sondern erst in der Vollstreckungsinstanz entschieden werden. Der Kläger kann noch während des Prozesses oder nach seiner Beendigung infolge nachträglicher Zustimmung der Aufsichtsperson oder infolge Änderung des Gesetzes in die Reihe der bevorzugten Gläubiger treten. Hätte z. B. das Gericht in dem vor dem 25. Dezember 1916 erlassenen Urteil, das den Schuldner zur Zahlung des Honorars an den klagenden Arzt verurteilt, ausgesprochen, daß die Zwangsvollstreckung erst nach Beendigung der Geschäftsaufsicht erfolgen dürfe, so wäre der Kläger, trotzdem ihm die neue Verordnung ein Vorrecht gewährt hat, jetzt nicht in der Lage, zu vollstrecken.

Noch weiter geht Bovensiepen (DJZ. 15 101), der verlangt, daß das erkennende Gericht von Amts wegen in den Urteilen, auch in den Versäumnisurteilen, unter entsprechender Anwendung der §§ 778 Abs. 1, 780 Abs. 1, 786 ZPO. die Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung während der Dauer der Geschäftsaufsicht ausspreche. Ihm ist entgegenzuhalten, daß es sich hier nicht, wie in den angeführten Paragraphen der ZPO., um die Beschränkung der Haftung des Schuldners auf einen Teil seines Vermögens, sondern um die Möglichkeit der Vollstreckung gegen den Schuldner schlechthin handelt. Für die Ausschließung gewisser Gläubiger von dem Rechte auf Zwangsvollstreckung hat die ZPO. keine Vorschriften. Die gegen den beaufsichtigten Schuldner erlassenen Urteile dürfen hinsichtlich der Vollstreckbarkeitserklärung keine von den gesetzlichen Vor-

schriften abweichende Behandlung erfahren. Der § 6 Abs. 2 VO. hindert nicht die Vollstreckbarkeitserklärung der Urteile, sondern die Vollstreckung aus ihnen.

b) Ebenso jetzt Bovensiepen a. a. O. 48.

VII. Ist das Vollstreckungsverbot von den Vollstreckungsbehörden von Amts wegen zu berücksichtigen?

(Zu vgl. Bd. 1, 348; 2, 113; 3, 115.)

1. Jäger a. a. O. 68, JW. 17 196. Wie das Verbot wirkt und ob es von Amts wegen zu berücksichtigen ist, darüber besteht Streit. Die Lösung kann nur aus dem Zweck des Verbots gewonnen werden. Es will die Gleichbehandlung der Aufsichtsgläubiger und damit den Erfolg der GA. sicherstellen. So dient es dem gemeinsamen Wohle der Gläubiger und zugleich dem des Schuldners selbst. Einseitig ist es, wenn Breit, JW. 15 172, sagt: Dulde der Schuldner die Zwangsvollstreckung, so gehe das weder den Staat noch irgendeinen Dritten an. Im Gegenteil, der Verstoß verletzt die Gesamtheit der Gläubiger und geht darum auch den Staat an. Auch läßt sich keineswegs behaupten, der Schuldner könne mit Zustimmung der Aufsichtsperson die vom Verbote betroffenen Ansprüche vollstreckungsfähig machen (Aehnelt, JW. 15 494). Auf diesem Wege wird die freiwillige Befriedigung, nicht die Zwangsvollstreckung zulässig. Wie im vorbildlichen Falle des § 14 KO. wird daher die Unstatthaftigkeit der Vollstreckung von Amts wegen zu berücksichtigen, d. h. die Vollstreckungshandlung von der Vollstreckungsbehörde bei Kenntnis der GA. selbst dann abzulehnen sein, wenn der Vollstreckungstitel den Aufschub der Vollstreckbarkeit nicht ausdrücklich vorbehält; ebenso Zweigert a. a. O. 38.

2. Cahn a. a. O. 90. Der § 6 besagt, daß Arreste und Zwangsvollstreckungen zugunsten der Gläubiger, die von dem Verfahren betroffen werden, nicht stattfinden. Sie können also auch nicht stattfinden, wenn etwa der Schuldner sie gestattet oder auf den Schutz des § 6 verzichtet. Schon der Wirrwarr, welcher infolge solcher schuldnerischer Verzichte im Gang der Geschäftsaufsicht möglich wäre, die Vergünstigung auf der einen und die ungleichmäßige Behandlung auf der anderen Seite, mit den (von Wassermann-Erlanger a. a. O. selbst im Auge gehabten) Anfechtungsansprüchen der benachteiligten Gläubiger tut die Schädlichkeit derartiger in die Willkür des Schuldners gestellten, das Aufsichtsverfahren geradezu durchkreuzenden Maßregeln dar. Ebensowenig kann die Zustimmung der Aufsichtsperson, welche in diesem Betreffe schlechterdings nichts dareinzureden hat, die Unzulässigkeit der Vollstreckung aufheben, wenn anders es sich um Gläubiger dreht, die von dem Verfahren betroffen werden. Nach alledem ist das Verbot von Amts wegen zu berücksichtigen. → Anders S. 96. ←

3. Klimmer a. a. O. 44. Die Anschauung, daß das Verbot von Amts wegen zu beachten sei, ist wohl richtig. Sie stützt sich darauf, daß der Schuldner auf das Vollstreckungsverbot nicht verzichten kann, weil das Verbot nicht nur in seinem Interesse, sondern auch im Interesse der Gesamtheit der Gläubiger und schließlich der Allgemeinheit erlassen ist. Die Sachlage ist anders als im Falle des § 811 ZPO.; übrigens ist auch für diesen die Frage, ob der Schuldner verzichten kann, nicht unbestritten. Der Schuldner kann auf das Verbot der Zwangsvollstreckung nach § 6 VO. nicht verzichten, außer wenn die Geschäftsaufsicht aufgehoben wird. Auch den Konkurs (Verbot nach § 6 Abs. 1) kann er gegen sich nur herbeiführen, wenn die Geschäftsaufsicht aufgehoben wird.

4. Levy a. a. O. 82. Ist dem angegangenen Vollstreckungsorgan die Geschäftsaufsicht bekannt, so sind zwei verschiedene Standpunkte möglich. Entweder lehnt es die beantragte Zwangsvollstreckung ab bis zum Nachweise, daß der Antragsteller zu den nicht betroffenen Gläubigern gehört (so Mayer 159 und Gilbert in Recht 15 186), oder es gibt jedem Vollstreckungsbegehren statt, sofern nicht feststeht, daß der Antragsteller zu den betroffenen Gläubigern gehört, und überläßt es dem Schuldner, Erinnerung aus § 766 ZPO. zu erheben (Breit, JW. 15 494). Der zweite Standpunkt ist der richtige. Denn einmal können die Vollstreckungsorgane aus dem zur Vornahme der Zwangs-

vollstreckung vorgelegten vollstreckbaren Schuldtitel meist nicht die Entstehungszeit und den Grund des Anspruchs ersehen, sodann können sie nicht wissen, ob der Schuldner nicht mit Zustimmung der Aufsichtsperson die Zwangsvollstreckung eines betroffenen Gläubigers dulden will (Aehnelt, JW. 15 494).

5. JW. 17 556 (KG. I). Für das Geltungsgebiet der GeschAufsVO. v. 1914 wird die Auffassung vertreten, daß abweichend vom Fall des § 14 Abs. 1 KO. das Vollstreckungsverbot des § 5 Satz 2 VO. nicht von Amts wegen beachtlich sei, es vielmehr dem Schuldner überlassen bleibe, ob er die verbotene Zwangsvollstreckung dulden oder mit Erinnerung aus § 766 ZPO. als unzulässig verfolgen will. Demgegenüber ist jedoch mit Mayer, Privatrecht des Krieges S. 159; Bovensiepen, DJZ. 1915, 101 und Heß, Kriegsgesetze 3. Aufl. S. 123 anzunehmen, daß auch das Vollstreckungsverbot der VO. v. 8. August 1914 von Amts wegen zu beachten ist. Das Verbot der Einzelvollstreckung in die Konkursmasse (auf sonstiges Vermögen braucht hier nicht eingegangen zu werden, weil nach der GeschAufsVO. auch der Neuerwerb nicht aufsichtsfrei ist) folgt notwendig aus § 3 Abs. 1 KO., wonach die Masse zur gemeinschaftlichen Befriedigung aller Konkursgläubiger dient und aus dem weiteren Grundsatz, daß jeder Konkursgläubiger das gleiche Anrecht auf Befriedigung hat, soweit die KO. nicht ausnahmsweise Vorrechte gewährt. Die GeschAufsVO. von 1914 stellt zwar diesen Grundsatz gleichmäßiger Befriedigung nicht auf. In § 8 ist die Bestimmung von Umfang und Reihenfolge der Befriedigung dem billigen Ermessen der Aufsichtsperson überlassen. Zur Willkür sollte das aber nicht führen. Auch nach dieser Vorschrift durften einzelne Gläubiger nicht ohne genügenden Grund begünstigt werden. In § 5 der neuen GeschAufsVO. ist die Aufsichtsperson dann ausdrücklich an die Grundsätze der KO. gebunden. Mag man darin eine Neuerung oder nur die Festsetzung eines ohnehin für jede sorgsame Aufsichtsperson geltenden Leitsatzes finden: darüber kann kein Zweifel sein, daß die Verteilung der Mittel auch nach der alten GeschAufsVO. ausschließlich Sache der Aufsichtsperson war, die ungestört durch Maßnahmen der Gläubiger und Entschließungen des Schuldners ihr billiges Ermessen walten zu lassen hatte. Zu diesem Zweck mußte die VO. den Zugriff einzelner Gläubiger verbieten, und dieses Verbot erfüllt seinen Zweck nur, wenn es von den Behörden von Amts wegen zu beachten ist und rechtswidrige Duldung verbotswidriger Vollstreckungen durch den Schuldner ausschließt. Nach dieser Auslegung des § 5 Satz 2 GeschAufsVO. von 1914 sind verbotswidrige Eintragungen von Zwangshypotheken nichtig und lassen weder Gläubigerhypotheken noch Eigentümergrundschulden entstehen; hinsichtlich der Hypothekeneintragung im Ergebnis übereinstimmend Cahn a. a. O. 96, Klimmer a. a. O. 49.

6. Bovensiepen a. a. O. 48. Von Amts wegen ist nach der richtigen Ansicht das Vollstreckungsverbot nicht zu berücksichtigen. Die entgegengesetzte Ansicht findet im Gesetze keine Stütze. Auch auf einer rechtsähnlichen Anwendung des § 780 Abs. 1 in Verbindung mit §§ 778 und 786 ZPO., worauf der Verfasser früher sich berufen zu dürfen glaubte, kann sie nicht begründet werden. „Denn einerseits ist die Verwendung von Ausnahmebestimmungen zu ausgedehnter Analogie stets bedenklich und andererseits ist der vorliegende Fall von dem des § 780 ZPO. dadurch unterschieden, daß es sich dort darum handelt, eine vom materiellen Rechte anerkannte Haftungsbeschränkung prozessual zu verwirklichen, während hier umgekehrt eine vollstreckungsrechtliche Vergünstigung des Schuldners gegenüber dem unberührt bleibenden materiellrechtlichen Anspruche des Gläubigers durchgesetzt werden soll" (Gilbert, Recht 15 186). → Die gegenteilige in Bd. 1, 348 mitgeteilte Ansicht wird aufgegeben. ←

VIII. Geltendmachung des Vollstreckungsverbots.

(Zu vgl. Bd. 1, 349; 2, 113.)

1. Durch den Schuldner.

a) Bovensiepen a. a. O. 49. Schlechthin nichtig ist die verbotene Zwangsvollstreckung keineswegs, es besteht kein zwingendes öffentliches Interesse daran, daß ein nicht

bevorrechtigter Gläubiger die Zwangsvollstreckung in das Vermögen des unter Geschäftsaufsicht gestellten Schuldners unterlasse; ebenso Klimmer a. a. O. 44. → Hiergegen ist zu vgl. Jäger VII 1 und KG. VII 5. ←

b) Zweigert a. a. O. 39. Gegenüber einer verbotswidrigen Vollstreckung steht dem Schuldner die Erinnerung nach § 766 ZPO. zu. Zu Unrecht erfolgte Vollstreckungsmaßregeln sind auf Erinnerung aufzuheben (§§ 775 Nr. 1, 776 ZPO.). → Hierüber herrscht jetzt Einstimmigkeit. ←

2. Durch die Aufsichtsperson?

a) Bejahend.

α. Jäger a. a. O. 69, JW. 17 196. Die Aufsichtsperson ist zur Einwendung jedenfalls dann ermächtigt, wenn der unzulässige Zwangszugriff Vermögensgegenstände erfaßt, deren Verwaltung sie nach § 2 Satz 2 selbst übernommen hat (→ so Levy a. a. O. 82 ←). Sie wird aber nach eben dieser Vorschrift zur Einwendung auch ermächtigt sein, wenn der Schuldner untätig bleibt. Wird die Vollstreckung eines nicht vom Verfahren betroffenen Anspruchs unter irriger Berufung auf das Verbot des § 6 Abs. 2 abgelehnt, so steht dem Gläubiger eine entsprechende Einwendung offen (§ 766 Abs. 2 ZPO.).

β. Bovensiepen a. a. O. 50. Auch die Aufsichtsperson selbst wird aus allgemeinen Erwägungen heraus, da sie für den ordnungsmäßigen Verlauf und die gesetzentsprechende Abwicklung des ganzen Verfahrens einzutreten hat und dafür verantwortlich ist, ein Erinnerungs- und Beschwerderecht aus § 766 ZPO. besitzen; ebenso Weinberg a. a. O. 45, Zweigert a. a. O. 39 und Klimmer a. a. O. 47, dieser unter Hinweis darauf, daß die Aufsichtsperson nach § 2 die Geschäftsführung übernehmen könne.

b) Verneinend außer den Bd. 1, 350 Genannten Cahn a. a. O. 95. Die Anordnung der GA. wirkt nur innenrechtlich, sie beeinträchtigt nicht die Handlungsweise des Schuldners, und dieser selbst, nicht die Aufsichtsperson ist zur Einlegung von Erinnerungen und Beschwerden legitimiert.

3. Durch die bevorrechtigten Gläubiger?

a) Bejahend (zu vgl. Bd. 1, 350).

α. Jäger a. a. O. 69. Anders als im Konkurse fehlt es an einem Verwalter, der ermächtigt wäre, für Rechnung aller Beteiligten die Unzulässigkeit geltend zu machen. Jeder einzelne Interessent, Schuldner und Gläubiger, ist daher selbständig einwendungsbefugt; ebenso Bovensiepen a. a. O. 49.

β. Klimmer a. a. O. 47. Die Rechte aus § 766 ZPO. können nicht bloß vom Schuldner, sondern auch von dem Gläubiger und dritten Personen geltend gemacht werden. Sowohl den beteiligten als den nichtbeteiligten Gläubigern stehen jedenfalls alle Erinnerungen gegen den Gerichtsvollzieher zu. Hat ein Gläubiger Vollstreckungsauftrag erteilt, der Gerichtsvollzieher lehnt aber wegen des Vollstreckungsverbotes ab, so kann der Gläubiger gemäß § 766 ZPO. Erinnerung erheben. Läßt ein beteiligter Gläubiger vollstrecken und vollzieht der Gerichtsvollzieher den Auftrag, so kann jeder Beteiligte und jeder nichtbeteiligte Gläubiger Einwendung gegen die Zulässigkeit der Vollstreckung erheben.

b) Verneinend (zu vgl. Bd. 1, 350).

Zweigert a. a. O. 39. Dem einzelnen Gläubiger steht, da er nicht unmittelbar von der Vollstreckung betroffen wird (Stein § 766 II 3) die Erinnerung nicht zu; ebenso anscheinend Cahn a. a. O. 95.

IX. Einfluß auf die Gestaltung von Schuldverhältnissen.

(Zu vgl. Bd. 1, 531; 2, 114; 3, 116.)

1. Cahn a. a. O. 96. Der Bürge genießt das Stundungsrecht des Schuldners nicht. Im Gegenteil: durch die Verhängung der Geschäftsaufsicht über das Vermögen des Hauptschuldners wird der Anspruch gegen den Bürgen fällig, weil hier ein Fall des

§ 773 Abs. 4 BGB. vorliegt: es ist anzunehmen, daß die Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Hauptschuldners nicht zur Befriedigung des Gläubigers führen wird. Trotzdem bleibt die Einrede der Vorausklage gemäß Abs. 4 des § 773 aufrecht, wenn sich nicht der gegen den Bürgen vorgehende Gläubiger ausreichend und nachweisbar zuvor bei dem Hauptschuldner und der Aufsichtsperson Gewißheit verschafft hat, daß der Hauptschuldner bis auf weiteres nicht zahlen wird und kann.

2. Klimmer a. a. O. 19. Die Stellung des Bürgen wird durch die Geschäftsaufsicht an sich nicht geändert. § 773 Abs. 1 Ziff. 3 BGB. findet gegen den Bürgen keine Anwendung, da der Schuldner nicht im Konkurs ist. Ziff. 4 a. a. O. wird der Bürge wohl einem beteiligten Gläubiger gegenüber gegen sich gelten lassen müssen, da eine Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner für den beteiligten Gläubiger nicht möglich, also eine Befriedigung des Gläubigers durch den Schuldner nicht zu erwarten ist. Der Bürge kann also insoweit die Einrede der Vorausklage nicht geltend machen.

3. Bovensiepen a. a. O. 54. Der Bürge des Aufsichtsschuldners kann nicht lediglich wegen der Anordnung der Geschäftsaufsicht als solcher vom Gericht auf Grund der BO. v. 8. Juni 1916 Stundung verlangen, denn auch dem Hauptschuldner steht wegen der Anordnung der Geschäftsaufsicht diese Befugnis nicht ohne weiteres zu. Dem Bürgen ist aber auch die Einrede der Vorausklage versagt. Denn einmal ist eine Zwangsvollstreckung während der Geschäftsaufsicht in das Vermögen des Hauptschuldners ja verboten, andererseits kann aus der Tatsache der Geschäftsaufsicht ohne weiteres gefolgert werden, daß eine Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Hauptschuldners zufolge seiner Zahlungsunfähigkeit nicht zur Befriedigung des Gläubigers führen würde (§ 773 Z. 4 BGB.). Dem Bürgen seinerseits steht gegen den Hauptschuldner zufolge § 775 Ziffer 1 u. 3 BGB. das Recht auf Entlassung aus der übernommenen Bürgschaft zu, soweit seine Forderung jedoch durch die Geschäftsaufsicht betroffen wird, kann er sie durch Arrest oder Zwangsvollstreckung nicht geltend machen.

§ 7.

Hemmung der Verjährung.

Cahn a. a. O. 100, Klimmer a. a. O. 55, Weinberg a. a. O. 46. Auf Ausschlußfristen, z. B. die Inventarfrist im Nachlaßverfahren bezieht sich die Vorschrift nicht. Ihr Lauf wird durch die GA. nicht berührt.

§ 8.

Beschränkung der Aufrechnung.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeine Bedeutung V 78. | II. Einzelheiten V 79.

I. Allgemeine Bedeutung.

1. Jäger a. a. O. 63, Cahn a. a. O. 103. Es handelt sich um zwingendes Recht.

2. Cahn a. a. O. 103. Eine gegenteilige Abmachung zwischen Schuldner und Gläubiger ist unwirksam; dasselbe gilt von einer Zustimmung der Aufsichtsperson, die § 8 zuwiderläuft.

3. Zweigert a. a. O. 40. Das Verbot betrifft nur die einseitige Aufrechnungserklärung des Gläubigers. Ein Verrechnungsvertrag zwischen Gläubiger und Schuldner ist, auch wenn die Voraussetzungen des § 8 gegeben sind, wirksam, soll aber, weil eine Befriedigung des Gläubigers enthaltend, vom Schuldner nur mit Zustimmung der Aufsichtsperson eingegangen werden (§ 3 Abs. 2).

4. Jäger a. a. O. 63, Cahn a. a. O. 103, Zweigert a. a. O. 40. Die Aufrechnungsbefugnis der Schuldner wird nicht beschränkt; ebenso Kretzschmar a. a. O. 50.

5. Jäger a. a. O. 64, JW. 17 195. Indem der § 8 dem Aufsichtsgläubiger die nach allgemeinen Regeln statthafte Aufrechnung nur durch Verschärfung des Gegenseitigkeitserfordernisses verschränkt, stellt er zugleich klar, daß die Geschäftsaufsicht der Aufrechenbarkeit im übrigen keinen Abbruch tut. Damit ist die in der bisherigen Rechtsprechung wiederholt vertretene Ansicht, es ergebe sich aus den §§ 5, 8 a. F. (jetzt §§ 5, 6) mit BGB. § 394 ein Verbot jeder Aufrechnung gegen Forderungen des Aufsichtsschuldners (LeipzZ. 15 1174; 16 179), überwunden.

6. Jäger a. a. O. 63, JW. 17 195. Beim Eintritte der Krisis braucht die Gegenseitigkeit noch nicht bestanden zu haben. Wie der Anfechtungsschutz fehlt dem Aufsichtsverfahren die Sicherung des § 55 Nr. 3 KO. Haben also Schuldner des nun Beaufsichtigten Forderungen an ihn, die durch Offenbarung der Krisis entwertet worden sind, vor Anordnung der Geschäftsaufsicht noch so wohlfeil aufgekauft, so dürfen sie gleichwohl ihre Schulden zum vollen Nennbetrage dieser Forderungen aufrechnen. Nur wenn es schließlich doch zum Konkurse kommt, sind solche Aufrechnungsgeschäfte unwirksam.

7. Jäger a. a. O. 63, JW. 17 195. Wie die Aufrechnungsschranken des Konkurses fallen die der Geschäftsaufsicht mit Beendigung des Verfahrens. Nachher kann dem Gläubiger nicht mehr entgegengehalten werden, daß eine schon während des Verfahrens erklärte Aufrechnung unstatthaft gewesen wäre.

8. Cahn a. a. O. 103. Mit der Beendigung des Aufsichtsverfahrens endigt auch die Ausschaltung der Aufrechnung im Sinne des § 8. Wenn der Schuldner eine gemäß § 8 der neuen VO. der Aufrechnung entrückte Forderung gleichwohl an einen anderen übertragen hat, so wirkt die Unwirksamkeit der Aufrechnung zugunsten des Erwerbers der Forderung ebenfalls (Konsequenz des § 406 BGB.; OLG. 21 174). Ist die Geschäftsaufsicht beendigt, so wird eine Aufrechnung, von welcher der Gläubiger gemäß § 8 der neuen VO. keinen Gebrauch machen durfte, rückwirkend für denjenigen Zeitpunkt vollzogen, in welchem die Forderungen zur Aufrechnung geeignet einander gegenübergetreten sind. Diese fiktive Rückdatierung hat die Folge, daß der Zinsenlauf von dem Augenblick an, in welchem die beiderseitigen Forderungen gegenübertraten, als erloschen für den durch die Aufrechnung gedeckten Betrag gilt (RG. 34 141 Nr. 34) und daß der Verzug, der wegen Nichterfüllung der einen oder anderen Forderung eingetreten war, mit seinen sämtlichen Nachteilen von dem Augenblicke an als beseitigt gilt, in welchem die Gegenforderung zur Aufrechnung geeignet gegenübergetreten ist.

II. Einzelheiten.

Zu Nr. 2.

1. Bovensiepen a. a. O. 52. Der einen Wechsel im Regreßwege einlösende Indossant kann im späteren Aufsichtsverfahren des Regreßschuldners mit seiner Regreßforderung auch dann aufrechnen, wenn er den Wechsel vor der Anordnung der Geschäftsaufsicht weitergegeben hatte, ihn aber erst nachher im Regreßwege einlöste. Denn die Einlösung eines Wechsels im Regreßwege bedeutet keinen Neuerwerb einer Forderung, sondern nur das Wiederaufleben einer ruhenden Forderung. Begründet ist auch vor der Anordnung der Geschäftsaufsicht eine aufschiebende Forderung, sie ist in jeder Hinsicht Gegenstand des Rechtsverkehrs, übertragbar, vererblich, pfändbar, nur ihre Geltendmachung ist gegen den Schuldner bis zum Eintritt der Bedingung aufgeschoben.

2. Cahn a. a. O. 105. Der gute Glaube und die Nichtanerkenntnis der GA. schließen die Anwendung des § 8 Nr. 2 nicht aus.

3. Jäger, JW. 17 479. Die Bemerkung der RG., JW. 17 479 der neue § 8 habe keine rückwirkende Kraft, trifft zu für Aufrechnungen, die vor dem Inkrafttreten der neuen VO., also vor dem 25. Dezember 1916, bereits vollzogen waren. Seit diesem Zeitpunkt aber schiebt sie jeder dem Inhalte des § 8 widerstreitenden Aufrechnung einen Riegel vor, wenngleich das Aufsichtsverfahren schon vorher eröffnet und auch die Gegenseitigkeit schon vorher (aber nach Anordnung der Aufsicht) hergestellt worden ist.

§ 9.

Gegenseitige Verträge. Allgemeines.

Inhaltsübersicht.

I. Gegenseitiger Vertrag V 80.
II. Nichterfüllung V 80.
III. Ermächtigung zur Ablehnung V 80.
IV. Die Ablehnung V 81.
1. Form der Ablehnung V 81.
2. Zeitpunkt der Ablehnung V 91.
V. Rechtsfolgen der Ablehnung V 81.

I. Gegenseitiger Vertrag.

1. Jäger a. a. O. 45. § 9 betrifft auch Fixgeschäfte und Verträge über entgeltliche Geschäftsbesorgungen.

2. Jäger a. a. O. 46, JW. 17 170. Die konkursrechtlichen Besonderheiten bei schwebenden Verlags- und Versicherungsverträgen des Aufsichtsschuldners bleiben außer Betracht. Auch diese Verträge unterstehen dem § 9. Beim Verlagsvertrage steht daher die gesetzliche Rücktrittsbefugnis des § 36 Abs. 3 VerlG. dem Verfasser auch dann nicht zu, wenn bei Anordnung der GA. über das Vermögen des Verlegers mit der Vervielfältigung des Werkes noch nicht begonnen war. Nur wird aus dem Klarstellungszwecke des § 36 Abs. 1 VerlG. zu folgern sein, daß die Ablieferung des Werkes auch im Sinne des § 9 AufsVO. noch nicht als vollständige Erfüllung gilt.

II. Nichterfüllung.

1. Jäger a. a. O. 46, JW. 17 171. Wie im Konkurse schließt nur die vollständige Erfüllung des einen oder des anderen Vertragsgenossen die Möglichkeit der Vertragslösung aus. Beim Sachkauf hat der Gegner als Verkäufer nur dann vollständig erfüllt, wenn bei Anordnung der GA. die Sache dem Aufsichtsschuldner bereits übergeben und übereignet war (§ 433 Abs. 1 Satz 1 BGB.). Ein wirksamer Eigentumsvorbehalt im Sinne des § 455 BGB. gereicht daher dem Verkäufer auch im Aufsichtsverfahren zum Vorteile, da die aufgeschobene Übereignung noch keine Vollerfüllung ist. Der eigene Erfüllungsanspruch des Verkäufers wird also auch hier von den Nachteilen der §§ 6 Abs. 2, 60 nicht betroffen. Umgekehrt hat der Gegner als Käufer einer Sache selbst dann nur unvollständig erfüllt, wenn er vor Anordnung der GA. zwar den ganzen Kaufpreis bezahlt, aber seiner Abnahmepflicht noch nicht genügt hatte (§ 433 Abs. 2 BGB.). Auch solchenfalls greift der § 9 Platz.

2. Jäger a. a. O. 45, JW. 17 140. Beim Einheitsvertrag auf Sukzessivlieferung bewahrt der Abruf auch nur der letzten Rate den gesamten noch ausstehenden Anspruch des Gegners vor den Wirkungen der GA. im allgemeinen (§ 13 Abs. 1 Nr. 2) und des Zwangsvergleichs im besonderen.

III. Ermächtigung zur Ablehnung.

1. Jäger a. a. O. 44, JW. 17 140. Der Aufsichtspfleger bleibt scheinbar gänzlich ausgeschaltet. Er ist aber nach § 28 Abs. 1 dazu da, „die geschäftlichen Verhältnisse des Schuldners zu prüfen" und über sie dem Gericht zu berichten. Dazu gehört auch eine Berichterstattung über die Frage der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit vorzeitiger Vertragslösung. Das Gericht wird also keinesfalls entscheiden, ohne die Aufsichtsperson gehört zu haben. Es kann auch veranlaßt sein, noch sonstige Aufklärung anzuordnen. (§ 16). Da die Entscheidung nicht in der Hand des Aufsichtspflegers liegt, ist dessen persönliche Verantwortlichkeit (§ 24) gegenüber der des Konkursverwalters beträchtlich abgeschwächt.

2. Bovensiepen a. a. O. 57. Eine besondere Form ist für ihre Erteilung der Ermächtigung nicht vorgesehen, sie kann also schriftlich wie mündlich erstattet werden. Namentlich bedarf die Ermächtigung auch nicht der Form des Rechtsgeschäfts, auf das sie sich bezieht. Ihre nachträgliche Erteilung an den Aufsichtsschuldner ist für unwirksam zu erachten, sie muß vielmehr ihm vor der Vornahme der von ihm beabsichtigten Ab-

lehnung der Erfüllung oder der vorzeitigen Vertragsauflösung erteilt werden. Das folgt einmal aus ihrem ganzen Begriff, sie ist eine Willenserklärung — des Geschäftsaufsichtsrichters —, welche erst die Befugnis verleiht, durch Rechtsgeschäft irgendwie auf die Verhältnisse im Rechtsverkehre einzuwirken; → ebenso Zweigert a. a. O. 42 ←. Sodann aber und darauf ist das entscheidende Gewicht zu legen, erfordert die Verkehrssicherheit dringend klare Verhältnisse, dem Vertragsgegner des Aufsichtsschuldners kann nach Treu und Glauben nicht zugemutet werden, nachträglich — vielleicht gar erst nach Ablauf geraumer Zeit — mit einer die Vertragsablehnung oder vorzeitige Kündigung des Schuldners billigenden „Ermächtigung" des Gerichts überrascht zu werden. Er wird verlangen können, daß der sich auf eine gerichtliche Ermächtigung berufende Schuldner sie ihm in beglaubigter Abschrift oder Ausfertigung bei Meidung sofortiger Zurückweisung vorlege, das erfordert sein schutzwürdiges Interesse. Daher wird praktisch die schriftliche Erteilung der Ermächtigung an den Schuldner sehr empfehlenswert sein und durchaus die Regel bilden.

IV. Die Ablehnung.

1. Form der Ablehnung.

Klimmer a. a. O. 59. Die Ablehnung muß ausdrücklich erklärt werden. Fragt ein Gläubiger in Besorgnis der Ablehnung beim Schuldner an, dieser gibt aber keine Antwort, so ist das keine Ablehnung.

2. Zeitpunkt der Ablehnung.

Jäger a. a. O. 46, JW. 17 140. Zwischen dem § 17 KO. und dem § 9 AufsVO. besteht insofern ein Unterschied, als letztere den Schuldner nicht vor eine auf Anfrage des Gegners unverzüglich auszuübende Wahl stellt. Der Erfüllungsanspruch des Schuldners bleibt auch bestehen, wenn dieser die Antwort verzögert. Keinesfalls aber darf der Schuldner die Macht haben, den Gegner einer endlosen Ungewißheit preiszugeben. Da der § 9 Abs. 1 Satz 2 erkennen läßt, daß auch die Interessen des Gegners zu berücksichtigen sind, wird es Amtspflicht des Gerichts sein, auf eine ihm zugehende Anfrage des Gegners (zumal bei Fixgeschäften) Klarheit zu schaffen, indem es nach Prüfung des Falles entweder den Schuldner zur Ablehnung drängt oder dem Gegner erklärt, eine Ermächtigung zur Ablehnung werde es nicht erteilen.

V. Rechtsfolgen der Ablehnung.

1. Jäger a. a. O. 46, JW. 17 141. Die Erfüllungsablehnung des § 9 AufsVO. entspricht nach Art und Wirksamkeit derjenigen des § 17 KO. Keine von beiden bedeutet Rücktritt vom Vertrage. Keine von beiden gestattet dem einen oder anderen Vertragsgenossen, nach Beendigung des Verfahrens auf die ursprünglichen Erfüllungsansprüche zurückzugreifen. Vielmehr gehen, wenn der Vertragsgegner infolge der Ablehnung Schaden erleidet, die wechselseitigen Erfüllungsansprüche in einem einseitigen Anspruch des Gegners auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung des Vertrags auf. Erleidet er gar keinen Schaden, weil er z. B. als Verkäufer die Ware alsbald ebensogut oder noch besser anderweit absetzen kann, dann erlischt das Schuldverhältnis für die Zukunft. Bürgen und Pfänder stehen, da sie für die Hauptforderung in deren jeweiligem Bestande haften (§§ 767, 1210 BGB.), dem Gegner nach der Ablehnung des Schuldners nur noch für den Schaden ein, den der Gegner infolge der Ablehnung erleidet. Der konkursabwendende Zwangsvergleich trifft die Forderung des Gegners als Ersatzforderung (vgl. § 13 Abs. 2 mit § 33 Abs. 2). In dieser Gestalt stellt sie der Anerkennungsvermerk ein für allemal vollstreckbar fest (§§ 47 Abs. 4, 61). Bürgen und Pfändern kommt aber eine im Vergleich bedungene Minderung des Ersatzanspruchs nicht zugute (§ 60 Abs. 2).

2. Jäger a. a. O. 46, JW. 17 141. Im Vergleich zur konkursrechtlichen Regelung bleibt wohl zu beachten, daß der Gegner die dem Massegläubigerrecht des § 59 Nr. 2 KO. entsprechende Ausnahmestellung, die ihm der Sonderzugriff offenhält und ihm die Vergleichsminderungen erspart, nicht erst (wie nach § 17 KO.) auf Grund eines positiven

Erfüllungsverlangens, sondern schon dann erwirbt, wenn die Erfüllungsablehnung unterbleibt. Diese muß ausdrücklich und unter Vorlage der gerichtlichen Ermächtigung erklärt werden. Bloßes Schweigen auf Anfrage des Gegners wirkt nicht als Ablehnung.

3. Klimmer a. a. O. 60. Schwierigkeiten können sich ergeben, wenn neben dem Schuldner seine Frau bei den Verträgen mitberechtigt und mitverpflichtet ist. Es ist dann zu untersuchen, ob die Frau selbständige oder unselbständige Mitkontrahentin ist. Sie ist z. B. selbständige Mitmieterin nicht immer schon dann, wenn sie den Mietvertrag mitunterzeichnet hat. Auch wenn bei Mitunterzeichnung nur unselbständige Mitmiete vorliegt, erstreckt sich das Vermieterpfandrecht auf die eingebrachten Sachen der Frau und haftet diese dem Mieter, was bei der Alleinmiete des Mannes nicht der Fall ist. Die §§ 9—11 sind aber ebenso wie im Konkurs nur dann anwendbar, wenn eine unselbständige Mitmiete der Frau vorliegt. Bei selbständiger Mitmiete hat auch der Mann keine Rechte nach § 10 VO. Entsprechendes gilt für die übrigen gegenseitigen Verträge.

§ 10.

Miete und Pacht.

1. Jäger a. a. O. 47, JW. 17 141. Ist der Aufsichtsschuldner Vermieter oder Verpächter, so bewendet es beim § 9, mag der Miet- oder Pachtgegenstand bei Anordnung der Geschäftsaufsicht dem Gegner bereits überlassen sein oder nicht. Da aber Miete oder Pacht Wiederkehrschuldverhältnisse darstellen, bei denen Ansprüche und Gegenansprüche sich abschnittweise erneuern, wird die Erfüllungsablehnung von dem zur Zeit der Aufsichtsanordnung laufenden Abschnitt an zulässig. Eine solche Ablehnung mag angemessen sein, wenn der jetzige Aufsichtsschuldner (etwa an Angehörige) auf längere Zeit unter dem Wert vermietet oder verpachtet hatte. (Für Dienstverhältnisse, in denen der Aufsichtsschuldner als Arbeitnehmer steht, gilt dasselbe. Er kann für die Zukunft seine Arbeitskraft nach § 9 frei machen und auf diesem Wege auch den Gläubigern nachteilige Gehaltsverträge lösen.) Solche Erfüllungsablehnung unterscheidet sich von einer Kündigung (§§ 10, 11) dadurch, daß sie — vorbehaltlich der Entschädigungspflicht (§ 9 Abs. 2) — schon den laufenden Vertragsabschnitt trifft. Doch wird das Aufsichtsgericht aus Rücksicht auf den Gegner nach dessen Anhörung die vorzeitige Lösung in der Regel frühestens für den Schluß des laufenden Abschnitts verstatten können. Waren die Vertragsverhältnisse bei Anordnung der Aufsicht noch gar nicht angetreten, dann erspart die Erfüllungsablehnung den Antritt. Hier wirkt sie zweckmäßiger als eine Kündigung.

2. Jäger a. a. O. 48, JW. 17 141. § 10 gilt auch dann, was kaum zu billigen, aber mangels einer dem § 20 KO. entsprechenden Sondervorschrift anzunehmen ist, wenn der Miet- oder Pachtgegenstand bei Anordnung der Aufsicht dem Gegner noch gar nicht überlassen war. Alsdann ist der Vertrag, wenn nicht eine gütliche Lösung gelingt, zunächst erst durch Überlassung anzutreten und frühestens zum ersten gesetzlichen Ziele kündbar. A. M. Klimmer a. a. O. 64.

3. Jäger a. a. O. 48, JW. 17 141. Da die Kündigung nach § 10 AufsVO. im Sinne des § 565 Abs. 4 BGB. „vorzeitig" erfolgt, kann eine Grundstücksmiete ohne Rücksicht darauf, nach welchen Zeitabschnitten der Mietzins bemessen ist, nur für den Schluß eines Kalendervierteljahrs, also nur zum 31. März, zum 30. Juni, zum 30. September, zum 31. Dezember, und zwar jeweils spätestens am dritten Werktage des Vierteljahrs gekündigt werden. Setzt der Vertrag selbst eine kürzere Kündigungsfrist, dann bewendet es bei ihr. Auch eine Abrede, die für den Fall der Anordnung einer GA. fristlose Kündigung, also sofortige Lösbarkeit zuläßt, würde wirksam sein.

4. Zweigert a. a. O. 44. Die Ermächtigung des Gerichts ist zweckmäßig auf einen bestimmten Kündigungstermin abzustellen.

5. Jäger a. a. O. 48, JW. 17 141. Unter den § 10 fallen auch Jagdpachtverträge, die der Aufsichtsschuldner als Pächter abgeschlossen hat. Gerade die Aushaltung eines solchen Vertrages kann bei der veränderten wirtschaftlichen Lage des Schuldners unangemessen erscheinen. Auch der Vertrag auf Benutzung von Fernsprechanlagen gehört

seinem Hauptzwecke nach hierher. Dagegen sind sogenannte Möbelleihverträge, inhaltlich deren Fahrnis „mietweise" mit der Abrede überlassen wird, daß nach vollständiger Zahlung aller Zinsraten das Eigentum auf den „Mieter" (den jetzigen Aufsichtsschuldner) übergehen solle, mit Rücksicht auf das Überwiegen des Kaufzweckes nach § 9, nicht nach § 10 zu behandeln.

6. Jäger a. a. O. 49, JW. 17 142. Auch durch Anwendbarkeit der §§ 10, 11 wird der § 13 Abs. 1 Nr. 2 (§ 33 Abs. 2), was nicht übersehen werden darf, keineswegs ausgeschlossen. Die Gegenansprüche, die dem Vermieter, Verpächter oder Dienstnehmer während der Geschäftsaufsicht erwachsen, bleiben also (dem § 59 Nr. 2 Fall 2 entsprechend) vom Aufsichtsverfahren im allgemeinen und vom Vergleichsverfahren im besonderen unberührt. Das wird namentlich dann bedeutsam, wenn die Kündigung überhaupt nicht oder erst geraume Zeit nach Beginn der Aufsicht erfolgt. Allein auch bei Kündigung zum nächsten Ziele haben die Gegenansprüche von dem bei Anordnung der Aufsicht laufenden Abschnitt an bis zum Wirksamwerden der Kündigung jene Vorzugseigenschaft.

§ 11.

Dienstverträge.

1. Bovensiepen a. a. O. 59. Der Begriff der „Antretung" deckt sich nicht notwendig mit der Aufnahme in die häusliche Gemeinschaft, wenn auch sehr oft beides zusammenfallen wird. Ein Dienstverhältnis haben z. B. im Haushalte „angetreten", ohne in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen worden zu sein: Aufwartefrauen, Waschfrauen, Scheuerfrauen. Auch der Hausarzt und der Hauslehrer gehört hierher, desgleichen natürlich die große Masse der zu häuslichen Diensten niederer Art angenommenen Personen (weibliche Dienstboten).

2. Klimmer a. a. O. 66. Unter § 11 fallen: a) im Haushalte: Hausgesinde, Gesellschafterin, Kinderfräulein, Zugeherin, Scheuerfrau (Aufnahme in den Haushalt nicht nötig); ein Hauslehrer ist nicht im Haushalt beschäftigt; b) im Wirtschaftsbetrieb: Gärtner, Ökonomiebaumeister, Inspektor, Kutscher; c) im Erwerbsgeschäft: Handlungsgehilfen, Hausdiener, Geschäftskutscher, Auslaufer, Truppe des Theaterdirektors, Personal des Rechtsanwalts. Unter § 11 fällt in der Regel auch der Lehrvertrag.

3. Jäger a. a. O. 48, JW. 17 142. Im Erwerbsgeschäft des Aufsichtsschuldners angetretene ständige Dienstverhältnisse fallen selbst dann unter den § 11, wenn sie die Obliegenheit zur Besorgung von Geschäften für den Dienstherrn einschließen. Das gilt für Handlungsgehilfen wie für die Vorstände handelsrechtlicher Körperschaften.

4. Jäger a. a. O. 49, JW. 17 142. Geschäftsbesorgungsverträge, wie Spedition, Kommission, Fracht-, Makler-, Trödel- und Agenturvertrag sind nicht nach § 11, sondern nach § 9 zu lösen. So auch Geschäftsbesorgungsverträge zwischen Anwalt und Partei. Eine Vollmacht, die auf dem vorzeitig beendeten Vertrage beruht, erlischt mit diesem (§ 168 Satz 1 BGB.). So auch die Prozeßvollmacht des Anwalts. Zum Zwecke der Erzielung eines Güteausgleichs abgeschlossene Verträge mit Anwälten, Treuhandgesellschaften oder anderen Vermittlern erlöschen keineswegs schon rechtsnotwendig infolge Anordnung der Geschäftsaufsicht, da diese gerade auch im Güteausgleich eine zweckentsprechende Lösung findet. Selbst nach Einleitung des Zwangsvergleichsverfahrens können die Bemühungen des Vermittlers noch von Wert sein, wenn auch die Ordnung des Schuldenstandes durch einen Treuhänder als Inhalt des Zwangsvergleichs außer Betracht bleibt (§ 35). Es findet daher der § 9 Anwendung.

§ 12.

Prozeßkosten.

Inhaltsübersicht.

I. Anwendungsgebiet V 84.
II. Sofortige Anerkennung V 84.
III. Unkenntnis der Geschäftsaufsicht V 85.
IV. Besondere Gründe V 85.
V. Vollstreckung aus dem Kostenfestsetzungsbeschluß gegen den Schuldner? V 86.

I. Anwendungsgebiet.

1. Zweigert a. a. O. 45. Die Vorschrift beschränkt sich auf Leistungsklagen. Für Feststellungsklagen gelten die allgemeinen Grundsätze (Hallbauer, Recht 17 104; ebenso Klimmer a. a. O. 70.

2. Klimmer a. a. O. 70. § 12 bezieht sich auch auf das Mahnverfahren. Die Erhebung des „Widerspruchs" ist in diesem Falle kein Bestreiten des Anspruchs, wenn dieser im Termin anerkannt wird. Auf Klagen bei einem Schiedsgericht ist § 12 nicht anzuwenden, wohl aber auf das Vollstreckungsurteil.

3. Hallbauer a. a. O. 107. Auf die Klage bei einem Schiedsgerichte bezieht sich das Kostenbenefiz nicht; hier schlägt der Grundgedanke, der den Gesetzgeber geleitet hat, nicht durch, weil das Schiedsgerichtsurteil nicht vollstreckt werden kann; dagegen schlägt das Kostenbenefiz ein bei einem Vollstreckungsurteil im Sinne von §§ 722, 1042 ZPO.; denn auch hier soll ein für die Zwangsvollstreckung geeigneter Titel geschaffen werden.

4. Hallbauer a. a. O. 107. Erhebt der vom (Geschäftsaufsichts-)Schuldner verklagte Gläubiger Widerklage, so kann dem Schuldner das Kostenbenefiz nicht eingeräumt werden; denn es darf dem Gläubiger, der vom Schuldner während der Geschäftsaufsicht angegriffen wird, nicht versagt werden, von den ihm zustehenden Rechtsbehelfen Gebrauch zu machen, seine Klage ist nicht vexatorisch, sondern durch einen Angriff des Schuldners veranlaßt.

5. Hallbauer a. a. O. 106. Veranlaßt der Gläubiger einen Zahlungsbefehl, so muß dem Schuldner gleichfalls das Kostenbenefiz zustehen. Er muß solchenfalls Widerspruch erheben und im amtsgerichtlichen Verhandlungstermine (§ 696 ZPO.) den Anspruch anerkennen. Die Erhebung des Widerspruchs kann ihm in diesem Falle nicht als sachlicher Widerspruch zur Last gelegt werden.

II. Sofortige Anerkennung.

1. Cahn a. a. O. 121. Nimmt der nicht privilegierte Gläubiger Versäumnisurteil, und der Beaufsichtigte legt Einspruch ein, worauf er anerkennt, so reicht dies aus, um die Wirkung des § 12 dem Beaufsichtigten zugute kommen zu lassen. Denn wenn auch die Worte des § 93 ZPO.: „hat der Beklagte nicht durch sein Verhalten zur Erhebung der Klage Veranlassung gegeben" nicht im § 12 enthalten sind, so läuft doch die Tendenz des letzteren auf den nämlichen Grundzug hinaus: es soll nicht unnötig gerichtliche Hilfe in Anspruch genommen, es soll ohne Klage durch den nicht privilegierten Gläubiger eine Feststellung der Bereitwilligkeit des Beaufsichtigten zu erreichen versucht, es soll der Beaufsichtigte tunlichst vor Klagen bewahrt werden. Mit anderen Worten: hat der Beaufsichtigte dem nicht privilegierten Gläubiger keinen vernünftigen Grund zu der Annahme gegeben, daß derselbe ohne Klageerhebung nicht zu seinem Rechte gelangen werde, so treffen den Gläubiger die Kosten.

2. Cahn a. a. O. 121. Der für den allgemeinen Geltungsbereich des § 93 ZPO. von verschiedenen Gerichten verlangte schuldnerische Nachweis der Erfüllungsbereitschaft kommt natürlich für den besonderen Geltungsbereich des § 12 in Wegfall. Denn der Beaufsichtigte darf nur, soweit seine Mittel reichen, nach der von der Aufsichtsperson bestimmten Reihenfolge und jeweils nach konkursrechtlichen Grundsätzen, leisten (§ 5), muß überdies in vielen Angelegenheiten (mindestens im Innenverhältnis) die Zustimmung der Aufsichtsperson beachten (§ 3) und hat gegenüber dem ihn mit der Leistungsklage bedrängenden nichtprivilegierten Gläubiger letzten Endes den Schutz des § 6. Der gerechtfertigte Anlaß der Leistungsklage des Nichtprivilegierten ist somit in dem Augenblicke widerlegt, in welchem der Beaufsichtigte ihm die Beruhigung der Anerkennung verschafft.

3. Jäger a. a. O. 65, JW. 17 195. Auch künftig empfiehlt es sich, den Gläubigern ungesäumt und unaufgefordert anzuzeigen, ob und inwieweit der Schuldner ihre Ansprüche anerkennt. Für diese Mitteilung Sorge zu tragen, ist eine aus dem Zusammenhalt der §§ 3, 5, 28 sich ergebende Obliegenheit der Aufsichtsperson. Der § 12 AufsVO.

verschärft das allgemeine Klaganlaßerfordernis des § 93 ZPO. insofern beträchtlich, als er einen vor der GA. liegenden Klaganlaß, auch den Schuldnerverzug nicht mehr als solchen genügen läßt für Klagen, die erst nach der Aufsichtsanordnung und in deren Kenntnis erhoben werden. Es bedarf nun eines besonderen, trotz der GA. und der damit verbundenen Gläubigerfürsorge begründeten Klaganlasses.

III. Unkenntnis in der Geschäftsaufsicht.

1. Cahn a. a. O. 122. Maßgebend ist der Zeitpunkt der Klagezustellung, nicht der Klagevorbereitung.

2. Hallbauer a. a. O. 105. Seine Unkenntnis hat der Gläubiger zu beweisen, nicht der Schuldner die Kenntnis; denn durch die Nichterkenntnis wird eine Ausnahme von der Kostenpflicht begründet. Dem „Kennen" steht das „Kennenmüssen" nicht gleich, auch wenn das Nichtkennen auf Fahrlässigkeit beruht. Es kann z. B. dem Gläubiger nicht entgegengehalten werden, daß er die Kenntnis durch eine Erkundigung bei den in § 22 erwähnten Korporationen hätte erlangen können. Bei dem Gläubiger muß zur Zeit der Klageerhebung eine auf verläßlichen Unterlagen beruhende Kenntnis der Geschäftsaufsicht vorliegen. Liegt die Sache so, daß der Gläubiger zwischen der Klageeinreichung und der Klagerhebung (der Klagzustellung) Kenntnis erlangt, so greift an sich das Kostenbenefiz des Schuldners Platz, der Gläubiger war in der Regel noch in der Lage, die Klagzustellung, wenn er der Kostenlast entgehen wollte, rückgängig zu machen. War diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden, wird man ihn mit der Kostenlast verschonen müssen; eine buchstäbliche Auslegung von § 12 würde eine vom Gesetzgeber nicht beabsichtigte Härte gegen den Gläubiger in sich schließen.

IV. Besondere Gründe.

1. Cahn a. a. O. 122. Der besondere Grund muß in der Eigenart des Gläubigers oder Schuldners oder der Schuld oder des Zeitpunktes des Urteils liegen. Das reine Anerkenntnis muß bei dem besonders gelagerten Fall vom Standpunkte der Billigkeit aus nicht ausreichen. Vielleicht sind die Verhältnisse zwischen dem betreffenden Gläubiger und dem Beaufsichtigten so gespannte, daß letzterem nach der zu beweisenden Sachlage eine Intrigue, Schiebung, Verschleppung, Kollusion in bezug auf Beweismittel, zuzumuten ist. Vielleicht sind Anhaltspunkte vorhanden, daß Schuldner das Anerkenntnis nicht ernst nimmt und bestimmte Einwendungen oder Prozeßmanipulationen, dieses Anerkenntnisses ungeachtet, vor hat. So müssen Anhaltspunkte dafür vorhanden sein, daß ohne Urteil, vielleicht ohne den bereitliegenden Vollstreckungstitel, der betreffende Gläubiger nach Verhängung der Geschäftsaufsicht leer ausgeht. Es kann auch an eine wesentliche Verschlechterung der Verhältnisse vom Augenblicke der Anordnung der Geschäftsaufsicht bis zu demjenigen der Urteilserwirkung und das nachweisbar nahe Bevorstehen eines Beschlusses des Aufsichtsgerichts im Sinne des § 66 Nr. 2 VO. gedacht werden.

2. Klimmer a. a. O. 68. Besondere Gründe liegen vor: wenn der Schuldner die Schuld bestritten hatte; wenn er die Aufforderung des Gläubigers (unter Drohung mit Klage), die Forderung anzuerkennen, unbeantwortet gelassen hat; wenn der Schuldner trotz der Anweisung der Aufsichtsperson pflichtwidrig nicht gezahlt hat; wohl auch, wenn der Gläubiger eines Titels bedarf, um z. B. gegen den Bürgen vorzugehen; ferner, wenn dem Gläubiger, der dringend Geld braucht, Kredit zugesichert wird, wenn der Schuldner die Forderung des Gläubigers gerichtlich anerkennt. Kein Grund zur Klage ist die in jedem Falle mögliche Erwägung, daß die vorsorgliche Beschaffung eines Titels für den Fall des Endes der Geschäftsaufsicht dem Gläubiger stets Vorteil bringen würde (Begr.). Berufung auf drohende Verjährung ist nach § 7 VO. ausgeschlossen; kein Anlaß zur Klage ist der Hinweis des Schuldners (bei sonstiger Anerkenntnis), daß die Zustimmung der Aufsichtsperson zur Zahlung fehle, oder daß Gläubiger nach § 5 noch nicht am Zuge sei; hier soll sich der Gläubiger an das Gericht wenden.

3. Jäger, JW. 17 196. Bestreitung der Schuld bildet stets einen ausreichenden Anlaß, bei schon vor der GA. bestrittenen Ansprüchen also die Aufrechterhaltung der Bestreitung; nicht dagegen der Hinweis darauf, daß lediglich die zur Befriedigung nach § 3 erforderliche Zustimmung fehle oder daß nach § 5 eine dem Gläubiger ungünstige Reihenfolge der Befriedigung festgesetzt sei. Solchenfalls mag der Gläubiger das Aufsichtsgericht um Abhilfe nach § 29 angehen; die Klage überwindet diese Hindernisse nicht.

4. Jäger, JW. 17 196. Der Kläger entgeht der Kostenlast keineswegs schon dadurch, daß er den Klagantrag auf Verurteilung zur „Leistung nach Aufhebung der Geschäftsaufhebung" stellt. Das ergibt der Wortlaut des § 12, namentlich aber dessen Zweck, den Aufsichtsgläubigern Klagen zum bloßen Behufe vorsorglicher Titelbeschaffung zu verleiden.

5. Hallbauer a. a. O. 106. Das berechtigte Interesse kann auf wirtschaftlichem Gebiete liegen oder auf den persönlichen Beziehungen des Gläubigers beruhen, wenn nur die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gläubigers oder seine persönlichen Beziehungen aus Gründen der Billigkeit rechtlichen Schutz verdienen. Nun ließe sich zwar sagen, daß ein wirtschaftliches Interesse des Gläubigers an alsbaldiger Klagerhebung schon deshalb vorliege, weil er durch ein ihm günstiges Urteil die Fähigkeit erhält, sich sofort nach der Aufhebung der Geschäftsaufsicht aus dem Vermögen des Schuldners befriedigen zu können; allein dies Interesse hat die Verordnung offensichtlich nicht anerkennen wollen, sie will ja eben möglichst verhindern, daß der Schuldner sofort nach Beendigung der Geschäftsaufsicht mit Zwangsvollstreckungen überflutet wird. Das Rechtsschutzinteresse muß auf einem anderen „besonderen", nicht aus der Eigenart der Geschäftsaufsicht (vgl. § 6) fließenden Grunde beruhen. Man denke z. B. an den Fall, daß dem Gläubiger, der dringlich Geld braucht, Kreditgewährung für den Fall zugesichert wird, daß ein erheblicher fälliger Anspruch an den Geschäftsaufsichtsschuldner gerichtlich anerkannt wird.

6. Bendix a. a. O. 164. Ein besonderer Grund wird anzunehmen sein, wenn der Schuldner den fälligen Anspruch zunächst bestritten oder trotz Ersuchens es abgelehnt hat, ihn anzuerkennen; die bloße Nichtzahlung genügt keineswegs, wohl aber reicht die pflichtwidrige Nichtzahlung trotz Anweisung seitens der Aufsichtsperson aus.

V. Vollstreckung aus dem Kostenfestsetzungsbeschluß gegen den Schuldner.

Klimmer a. a. O. 69. Werden die Kosten dem Schuldner auferlegt, weil der Gläubiger klagen durfte und obsiegte, so fragt es sich, ob aus dem Kostenfestsetzungsbeschlusse vollstreckt werden kann (§ 6 VO.). Es werden folgende Fälle zu scheiden sein:
a) Passivprozesse. Werden Forderungen eingeklagt, die nicht privilegiert sind, so hat die Prozeßführung des Schuldners mit Zustimmung der Aufsichtsperson nicht die Wirkung, daß aus dem Kostenfestsetzungsbeschlusse vollstreckt werden kann. Zu dem gleichen Schluß kommt OLG. Dresden (JW. 16 1546) mit der Begründung, daß die Prozeßführung keine Rechtshandlung im Sinne des § 9 Nr. 1 der alten VO. (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 VO.) ist. Zur weiteren Begründung kann aber hervorgehoben werden, daß es nicht im Sinne des Gesetzes liegen kann, daß gegen den Schuldner wegen der Kosten (Nebensache) soll vollstreckt werden können, wenn er sich gegen einen nichtprivilegierten Anspruch, wegen dessen nicht vollstreckt werden kann, notgedrungen wehrt. Handelt es sich um einen privilegierten Anspruch, so läßt sich auch hier mit OLG. Dresden die Prozeßführung beim Passivprozeß nicht als eine Rechtshandlung des Schuldners im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1 VO. ansehen, da unter diesen Rechtshandlungen nur solche gemeint sind, die allein von sich aus Ansprüche des Gläubigers zur Entstehung bringen, nicht aber solche, die erst wieder durch Handeln des Gläubigers (Klageerhebung) notwendig geworden sind. Allein eine andere Frage ist die, ob nicht etwa deshalb vollstreckt werden kann, weil wegen der Hauptsache (z. B. Aussonderungsanspruch) vollstreckt werden kann und die Kostenforderung der Hauptsache folgt. Diese Frage wird zu bejahen sein. (So Jäger, JW. 17 191.)
b) Aktivprozesse. Hier schlägt die Begründung des OLG. Dresden, daß keine Rechtshandlung im Sinne des § 13 vorliege, wohl kaum durch. Liegt die Zustimmung der Auf-

sichtsperson nicht vor, so kann aus dem Kostenfestsetzungsbeschluß gegen den Schuldner nicht vollstreckt werden. Privilegierte Ansprüche gibt es hier nicht (a. M. KGBl. 1916, 51).

§ 13.

Bevorrechtigte Gläubiger.

Inhaltsübersicht.

I. Neugläubiger V 87.
II. Gläubiger aus Gegenseitigkeitsverträgen V 88.
III. Aussonderungsgläubiger V 89.
IV. Absonderungsgläubiger V 90.
V. Vorrechtsgläubiger V 92.

I. Neugläubiger (Abs. 1 Nr. 1).

1. Levy a. a. O. 72. Unter Rechtshandlungen sind nicht nur Rechtsgeschäfte, sondern auch Rechtshandlungen im engeren Sinne zu verstehen, wie z. B. Ausübung einer Wahl, Mängelrüge, Kündigung, Mahnung, Ablehnung einer Leistung, Rücktrittserklärung, Anfechtung. Auch die Klageerhebung ist eine Rechtshandlung. Der Anspruch auf Erstattung der Prozeßkosten eines ohne Zustimmung der Aufsichtsperson geführten Rechtsstreits ist nur dann bevorzugt, wenn er sich auf die Fortführung des Geschäfts oder den Lebensunterhalt des Schuldners bezieht; → s. hierzu Bd. 4, 750 ←.

2. Jäger a. a. O. 51, JW. 17 190. Verbindlichkeiten, die der Schuldner während der Geschäftsaufsicht ohne die nach § 3 Abs. 2 oder 3 erforderliche Zustimmung eingeht, werden vom Verfahren auch dann betroffen, wenn der Gläubiger um die Aufsicht weder wußte noch wissen mußte. Dies gilt auch für eigenmächtige Wechselverpflichtungen des Aufsichtsschuldners, ohne daß ein dritter Erwerber des Wechsels sich den Aufsichtsfolgen gegenüber auf den Art. 82 WO. berufen könnte.

3. Bovensiepen a. a. O. 63. Rechtshandlungen der Aufsichtsperson fallen nach dem in sich klaren und kaum einen Zweifel offenlassenden Wortlaute des Gesetzes an sich nicht hierher. Sie soll eben den Schuldner nicht aus dem Geschäfte verdrängen, dessen Fortführung ist — freilich innerhalb des bisherigen Umfangs und der in § 3 Abs. 2 bezeichneten Schranken — Sache des Schuldners. Nur soweit die Aufsichtsperson, was ihrem pflichtgemäßen, freien Ermessen unterliegt, die Geschäftsführung ganz oder teilweise selbst übernommen hat, werden die von ihr innerhalb dieses Rahmens vorgenommenen Rechtshandlungen solchen des Schuldners gleichzusetzen sein; ebenso Zweigert a. a. O. 47.

4. Cahn a. a. O. 63. Hierher gehören auch diejenigen Rechtsgeschäfte, welche die Aufsichtsperson für den Schuldner und in seinem Interesse vorgenommen hat. Es hieße der Intention der ganzen Einrichtung Zwang antun, wollte man bei Angelegenheiten, die unzweifelhaft und bestgewollt vom Aufsichtsführer selbst für das schuldnerische Unternehmen vorgenommen worden sind, allzu peinlich im Einzelfalle die Vertretungsmacht prüfen.

5. Jäger a. a. O. 51, JW. 17 190. Unberührt vom Verfahren bleiben Verbindlichkeiten, die kraft des § 2 Satz 2 die Aufsichtsperson selbst oder ein von ihr Bevollmächtigter in Vertretung des Schuldners eingehen. Solche Verbindlichkeiten entsprechen den Masseschulden des § 59 Nr. 1 KO. Dagegen werden nach § 4 vom Verfahren betroffen Ansprüche aus unerlaubten Handlungen des Aufsichtsschuldners und aus dessen gesetzlicher Gefährdehaftpflicht, wie etwa Ansprüche, die gegen ihn als Tierhalter nach § 833 BGB., als Halter eines Kraftfahrzeugs nach § 7 KVG., als Betriebsunternehmer nach §§ 1ff. HaftpflG. oder in Fällen der Aufhebung einer verfrühten Vollstreckbarkeit nach §§ 302, 717, 945 ZPO. erwachsen. Es leuchtet, da die Regel des § 4 Neuschulden umfaßt, ohne weiteres ein, daß Ersatzansprüche aus einer vom Aufsichtsschuldner selbst oder einem Luxushunde, den er noch hält, verursachten Körperverletzung vom Verfahren betroffen werden.

Es gibt aber Ausnahmen. Besteht z. B. das beaufsichtigte Unternehmen in einem mit besonderer Gefährdehaftpflicht verknüpften Betrieb, etwa als Automobilomnibus-

gesellschaft, dann bleiben Haftpflichtansprüche, die während der Geschäftsaufsicht im Geschäftsbetrieb erwachsen, nach dem Zwecke des § 13 Abs. 1 Nr. 1 vom Verfahren unberührt. Nimmt der Aufsichtsschuldner als Gastwirt während der Geschäftsaufsicht im Fortbetriebe seines Gewerbes Gäste zur Beherbergung auf, so sind diese mit Ansprüchen aus § 701 BGB. nichtbeteiligte Gläubiger im Sinne jener Nr. 1. Gleiches gilt von Ersatzansprüchen, die daraus erwachsen, daß die Aufsichtsperson, die selber die Verwaltung übernommen hat (§ 2 Satz 2), im Betrieb ein fremdes Patentrecht verletzt (nur daß hier nach § 24 auch eine eigene Verantwortlichkeit der Aufsichtsperson in Frage kommt); gleiches auch dann, wenn der Aufsichtsschuldner in dem ihm überlassenen Betrieb eine solche Verletzung begeht. Die Ausnahme erfordert also stets eine Beziehung zum beaufsichtigten Betrieb: ein „Halten" für die Zwecke dieses Betriebs, einen Eingriff in Ausübung dieses Betriebs, eine vorzeitige Vollstreckung von Ansprüchen aus diesem Betriebe.

6. Jäger a. a. O. 52, JW. 17 191. Der § 62 KO. ist entsprechend in dem Sinne anwendbar, daß Kosten, Vertragsstrafen und Zinsen dieselbe rechtliche Behandlung erfahren wie der Hauptanspruch, also wie dieser vom Verfahren betroffen oder nicht betroffen werden. Die Zeilschranke des § 62 Nr. 1, 3 KO. entfällt hier (vgl. § 4 AufsVO.).

7. Jäger a. a. O. 52, JW. 17 191. Vergleicht sich der Aufsichtsschuldner zur Beendigung oder Abwendung des Prozesses wegen einer vom Verfahren betroffenen Verbindlichkeit (§ 794 Abs. 1 Nr. 1, 2 ZPO.), so bewahrt diese auch als Vergleichsschuld ihre Art, mag auch die Aufsichtsperson der Führung oder Fortführung des Prozesses oder dem Vergleich ausdrücklich zugestimmt haben. Der Anspruch des Gläubigers erhält durch den Vergleich nicht einen neuen Schuldgrund im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 1. Nach dem Zwecke dieser Vorschrift wird dies auch gelten müssen, wenn der Aufsichtsschuldner im Einklange mit § 3 Abs. 2 zum Zwecke der Befriedigung eines Aufsichtsgläubigers diesem gegenüber eine neue, wenngleich der Rechtsform nach selbständige Verbindlichkeit erfüllungshalber übernimmt (§ 364 Abs. 2 BGB.). Darum muß die viel erörterte Streitfrage, ob die Hinausschiebung der Fälligkeit eines alten Wechsels durch einen neuen Wechsel unter den § 13 Abs. 1 Nr. 1 fällt, verneint werden; → zu vgl. 2dα zu § 3 ←. Unkenntnis der Geschäftsaufsicht befreit einen dritten Wechselnehmer ebensowenig von den Aufsichtsschranken als den unmittelbaren Gegner des Aufsichtsschuldners.

II. Gläubiger aus Gegenseitigkeitsverträgen (Abs. 1 Nr. 2).

1. Jäger a. a. O. 53, JW. 17 191. Bei Ansprüchen, die auf Grund von Wiederkehrschuldverhältnissen fort und fort neu entstehen, muß, wie im Konkurse die Zeit vor und die Zeit nach Beginn des Verfahrens geschieden werden. Ansprüche für die Zeit vor dem Verfahren bilden Altschulden, die vom Verfahren betroffen werden (§ 4), möglicherweise aber, wie die eines Vermieters (Verpächters), durch ein nach § 13 Abs. 1 Nr. 4 vom Verfahren unberührtes Pfandrecht gedeckt sind (der § 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt insoweit unanwendbar). Ansprüche für die Zeit nach Anordnung der Geschäftsaufsicht bleiben von dieser unberührt nach § 13 Abs. 1 Nr. 2 (entsprechend dem § 59 Nr. 2 Fall 2 KO.), und zwar so lange, bis eine Kündigung nach § 10 Abs. 2, § 11 Abs. 2 oder eine Ablehnung nach § 9 Abs. 2 wirksam wird. Der Anspruch auf Ersatz des durch eine solche vorzeitige Lösung verursachten Schadens wird vom Verfahren betroffen, bei der Miete (Pacht), ohne den gesetzlichen Pfandschutz zu genießen (§ 10 Abs. 2, § 13 Abs. 2).

2. Jäger a. a. O. 53, JW. 17 191. Eine dem § 59 Nr. 3 KO. entsprechende Vorschrift gilt im Aufsichtsverfahren nicht. Vollendet sich aber der Tatbestand ungerechtfertigter Bereicherung erst unter der Herrschaft der Geschäftsaufsicht, so kann eine Neuschuld im Sinne von § 13 Abs. 1 Nr. 1 entstehen. So z. B. wenn die irrtümlich zum Zweck der Erfüllung einer bereits erloschenen Verbindlichkeit bewirkte Leistung vom Aufsichtsschuldner in befugter Betriebsausübung oder von der selbstverwaltenden Aufsichtsperson in Empfang genommen wird (§ 814 BGB.); wenn einer von beiden in solcher Betriebstätigkeit über fremde im Besitze des Aufsichtsschuldners befindliche Fahrnis oder auf dessen Namen verbuchte Liegenschaftsrechte wirksam zugunsten eines redlichen Dritten

verfügt und den Erlös ununterscheidbar mit Aufsichtsgeldern vermengt (§ 816 Abs. 1 BGB.); wenn eine Forderung des Aufsichtsschuldners rechtsgültig abgetreten, vom gutgläubigen Drittschuldner aber trotzdem noch mit Befreiungserfolg an den zur Annahme befugten Aufsichtsschuldner oder die Aufsichtsperson gezahlt wird (§§ 407, 816 Abs. 2 BGB.).

III. Aussonderungsgläubiger (Abs. 1 Nr. 3).

1. Cahn a. a. O. 132. Der Aussonderungsanspruch kann verfolgt werden, wenn seine Fälligkeit herangekommen ist. Er wird nicht etwa durch Anordnung der Geschäftsaufsicht fällig. Der Vertrag (z. B. Mietvertrag) muß unter Umständen beendigt sein, ehe die mit dem Vertrag übergebene Sache (z. B. vom Vermieter) herausgefordert werden kann. Die vor Anordnung der Geschäftsaufsicht und die nach Anordnung unter den Voraussetzungen des § 13 Nr. 1 erworbenen Aussonderungsansprüche fallen unter § 13 Nr. 3. Auch die nach Anordnung der Geschäftsaufsicht auf einer schuldnerischen Rechtshandlung (ohne die Voraussetzungen des § 13 Nr. 1) basierenden Aussonderungsansprüche als solche sind der Begünstigung des § 13 Nr. 3 teilhaftig; ebenso Levy a. a. O. 73, Bovensiepen a. a. O. 65, siehe auch 4.

2. Jäger a. a. O. 54, JW. 17 191. Auch der Anspruch eines Kommittenten auf Abtretung der noch ausstehenden Forderung aus dem Ausrichtungsgeschäft, besonders der Forderung auf Zahlung des Kaufpreises bei der Verkaufskommission, auf Übergabe und Übereignung der Ware bei der Einkaufskommission, wird vom Verfahren der Geschäftsaufsicht über das Vermögen des Kommissionärs nicht betroffen, kann vielmehr durch Klage und Zwangsvollstreckung gegenüber dem Aufsichtsschuldner (dem Kommissionär) verwirklicht werden. Hatte im Fall der Einkaufskommission der Verkäufer die Ware an den nun unter Geschäftsaufsicht gestellten Einkaufskommissionär bereits übereignet, dann versagt der § 392 HGB. Ein Aussonderungsrecht des Kommittenden hinsichtlich der Ware kann aber auf Grund der §§ 181, 930 BGB., §§ 7, 10 DepotG. bestehen. Auch der bei der Versicherung für fremde Rechnung zugunsten des dritten Versicherten im § 75 Abs. 1 VVG. und im § 886 Abs. 1 Satz 1 HGB. vorgesehene Schutz bewahrt im Verfahren der Geschäftsaufsicht über das Vermögen des Versicherungsnehmers seine Aussonderungskraft. Desgleichen der Herausgabeanspruch, der in Fällen der Treuhandverfügung dem Anvertrauenden hinsichtlich des Treuguts zusteht, gegenüber einem Treuhänder unter Geschäftsaufsicht.

3. Jäger a. a. O. 55, JW. 17 191. Mit den konkursrechtlichen Erweiterungen werden auch die konkursrechtlichen Einschränkungen der Aussonderung maßgebend, was schon mit Rücksicht auf die stets zu beachtende Möglichkeit eines Übergangs der Geschäftsaufsicht in den Konkurs geboten ist. Daraus folgt für alle Güterstände, daß bei der Geschäftsaufsicht über einen Ehemann die Frau ehezeitlichen Erwerb für sich nur in Anspruch nehmen kann, wenn er mit anderen Mitteln als mit solchen des Mannes erfolgt ist (§ 45 KO.). Auch kann die Ehefrau bei Gemeinschaftsgüterständen nicht etwa auf Grund der §§ 16, 51 KO. Auseinandersetzung wegen des Gesamtguts verlangen (§ 2 KO., §§ 1459 Abs. 1, 1530, 1549 BGB.). Nur soweit die Konkursabwendung ohne Aufopferung von Stammvermögen gelingt, rettet sie Eheerwerb und Mitberechtigung am Gesamtgut.

4. Jäger a. a. O. 55, JW. 17 192. Die GA. hat einen vorzeitigen Eintritt der Fälligkeit nur nach Maßgabe der §§ 9, 10 im Gefolge. Ansprüche auf Verschaffung eines noch im Vermögen des Aufsichtsschuldners stehenden Gegenstandes (z. B. auf Übereignung eines vermachten Grundstücks, § 2174 BGB.) ermangeln der Aussonderungskraft. Sind sie aber durch Vormerkung gesichert, so gewährleistet deren dingliche Wirksamkeit auch im Aufsichtsverfahren gegenüber dem Schuldner die Erstarkung der Anwartschaft zum Vollrechte, sei es auf Aussonderung (wie bei der Eigentumsvormerkung) oder auf Absonderung (wie bei der Pfandvormerkung); ebenso Kretzschmar a. a. O. 48.

5. Jäger a. a. O. 55, JW. 17 192. Der Aufsichtsschuldner kann durch rechtsgeschäftliche Verfügung Aussonderungsrechte noch während der Geschäftsaufsicht an Gegenständen seines Vermögens begründen; → siehe hierzu auch 6 zu III und 3 zu IV ←.

6. Bovensiepen a. a. O. 65. Keinen Anhalt im Gesetz findet die von Breit vertretene Ansicht, die nach Anordnung der Geschäftsaufsicht zur Entstehung gelangten Aussonderungs- und auch Absonderungsrechte seien nur dann bevorrechtigt, wenn sie unabhängig vom Willen des Schuldners entstanden seien. Diese Ansicht würde auch zu durchaus unbilligen Ergebnissen führen. Es ist gar nicht einzusehen, warum nicht der Schuldner nach Ablauf der ausbedungenen Zeit, für die er ohne die erforderliche Zustimmung der Aufsichtsperson einen Laden oder eine Wohnung gemietet hat, die gemietete oder gepachtete Sache nicht solle herausgeben müssen, über diese Zeit hinaus würde er sie ohne jeden Rechtsgrund besitzen und auf Kosten des Vertragsgegners ungerechtfertigt bereichert sein; ebenso Levy a. a. O. 74 und Klimmer a. a. O. 79.

7. Cahn a. a. O. 138. Das Absonderungsrecht muß bei Anordnung der Geschäftsaufsicht bereits begründet sein. Nur dann genießt es den Vorzug des § 13 VO. Was die nach Anordnung der Geschäftsaufsicht entstandenen Absonderungsrechte anbetrifft, so schlägt der § 3 Abs. 2 VO. vom 14. Dezember 1916 ein, denn der Schuldner soll ohne Zustimmung der Aufsichtsperson Ansprüche nicht sicherstellen. Eine trotzdem vom Schuldner gebotene Sicherstellung kann gemäß § 6 Abs. 2 VO. vom 14. Dezember 1916 im Wege des Arrestes oder der Zwangsvollstreckung nicht geltend gemacht werden. Das während der Geschäftsaufsicht bestellte Vertragspfandrecht ist wirksam, gleichviel ob es gemäß § 13 Abs. 1 VO. vom 14. Dezember 1916 von dem Verfahren nicht betroffen oder betroffen wird. Das vom Verfahren betroffene Pfandrecht ist auf dem Wege des bürgerlich rechtlichen Pfandverkaufs durchführbar.

Der Pfandgläubiger, welcher sein Pfandrecht erwarb, ohne daß gemäß § 3 VO. vom 14. Dezember 1916 der Aufsichtsführer zustimmte, kann den Verkauf des Pfandes nicht durch Zwangsvollstreckung vornehmen, während ihm der Pfandverkauf gemäß § 1228 BGB. bleibt. Nimmt demungeachtet der durch die Zustimmung der Aufsichtsperson nicht gedeckte Pfandgläubiger eine Zwangsvollstreckung vor, so steht dem Schuldner der § 766 ZPO. zur Seite. Das Nämliche gilt für das gesetzliche Pfandrecht und für das vertragliche Pfandrecht bei Grundstücken. Jeweils hilft der § 766 ZPO. gegen die Zwangsvollstreckung nicht privilegierter Gläubiger.

8. SächsOLG. 38 79 (Dresden C). § 13 Nr. 3 (§ 9 Nr. 2 a. F.) VO. ist nicht auf Ersatzansprüche auszudehnen, die nicht unter § 46 KO. fallen (nicht mehr ausstehende Gegenleistung).

IV. Absonderungsgläubiger (Abs. 1 Nr. 4).

1. Jäger a. a. O. 57, JW. 17 193. Das Verbot des § 3 Abs. 2 hat keine dingliche Wirksamkeit. Es steht einzig unter dem Schutze des § 66 Abs. 2 Nr. 2, der mit Aufhebung der GA. droht. Eine vom Aufsichtsschuldner ohne Zustimmung der Aufsichtsperson zur Sicherung einer Aufsichtsschuld bestellte Hypothek, deren Eintragung das Grundbuchamt nicht etwa unter Hinweis auf den § 3 Abs. 2 ablehnen darf, verleiht daher dem Gläubiger noch während des Aufsichtsverfahrens die Sonderstellung eines Absonderungsberechtigten und damit auch die Macht, ungehindert durch das Verbot des § 6 Abs. 2 Befriedigung aus dem hypothekenbelasteten Grundstück im Wege der Zwangsvollstreckung zu suchen (§ 1147 BGB.). Kommt es infolge solcher Eigenmacht des Schuldners schließlich zum Konkurse, so verfällt der Erwerb des Gläubigers der Anfechtbarkeit. § 75 muß auch für den während der Geschäftsaufsicht erfolgenden Erwerb des Anfechtungsgegners gelten; ebenso Zweigert a. a. O. 50.

3. Klimmer a. a. O. 75. Jäger weist zweifellos mit Recht darauf hin, daß dem Schuldner nach Beginn der Geschäftsaufsicht durch den § 3 Abs. 2 u. 3 VO. keine dinglichen Schranken gesetzt sind. Wenn er also z. B. ohne Zustimmung der Aufsichtsperson eine Sache verpfändet, so gilt das Pfand. Allein eine andere Frage ist die, ob das Pfandrecht während der Geschäftsaufsicht verwirklicht werden darf. § 13 muß wohl dahin ausgelegt werden, daß nur jene Berechtigten der Ziff. 3 u. 4 vom Verfahren nicht betroffen werden, bei denen neben den anderen Voraussetzungen auch die Voraussetzung der Ziff. 1

vorliegt. Die Berechtigten, bei denen das nicht der Fall ist, werden zweifellos dann vom Verfahren betroffen, wenn sie persönliche Gläubiger sind. Im Hinblick auf § 4 der VO., der bestimmt, daß vom Verfahren alle persönlichen Gläubiger betroffen werden, sträubt man sich zu sagen, daß auch die dinglichen Ansprüche dieser Gläubiger vom Verfahren betroffen werden. Andererseits bestimmt aber § 13 VO. ausdrücklich, daß nur die darin genannten Gläubiger vom Verfahren nicht betroffen werden. Zu den Gläubigern des § 13 gehört aber z. B. der Gläubiger, dem der Schuldner ohne Zustimmung der Aufsichtsperson eine Hypothek eingeräumt hat, zweifellos nicht. Wenn man daher auch nicht sagen will, diese Gläubiger werden vom Verfahren betroffen, so muß man doch sagen, daß für sie die Verbote des § 6 VO. gelten. Sie dürfen also während der Geschäftsaufsicht nicht vollstrecken usw. Würde man sagen, sie werden betroffen, so nähmen sie auch am Zwangsvergleich (§ 33) teil. Die ohne Zustimmung der Aufsichtsperson begründeten Rechte können also während der Geschäftsaufsicht nicht verwirklicht werden, sie gelten aber; nach Wegfall der Geschäftsaufsicht oder in einem späteren Konkurse können sie geltend gemacht werden. Die Gläubiger sind Gläubigern gleichzustellen, die auf Befriedigung aus der Sache während der Geschäftsaufsicht ganz verzichtet hoben. Ihre persönlichen Ansprüche werden vom Verfahren betroffen.

4. Levy a. a. O. 76. Die nach der Anordnung entstandenen Absonderungsrechte sind nur dann bevorzugt, wenn sie ihre Entstehung einer Rechtshandlung des Schuldners verdanken, die dieser mit Zustimmung der Aufsichtsperson vorgenommen hat. Ein Absonderungsrecht ist immer ein Sicherungsrecht. Nach § 3 Abs. 2 VO. soll der Schuldner ohne Zustimmung der Aufsichtsperson keine Ansprüche sicherstellen, auch nicht solche, die aus nichtzustimmungsbedürftigen Rechtshandlungen des Schuldners entstanden sind. Bestellt also der Schuldner ohne Zustimmung der Aufsichtsperson an seinem Grundstück einem Gläubiger eine Hypothek, Grundschuld oder einen Nießbrauch, so erwirbt der Gläubiger mit der Eintragung die Hypothek, Grundschuld oder den Nießbrauch. Die Eintragung kann nicht mit der Begründung abgelehnt werden, daß der Schuldner unter Geschäftsaufsicht steht. Auch die Verurteilung des Schuldners zur Abgabe einer Eintragungsbewilligung kann nicht mit dem Hinweis auf die Geschäftsaufsicht abgewendet werden. Die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung des belasteten Grundstücks ist jedoch unzulässig. Hat das Vollstreckungsgericht die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung angeordnet, so ist das Verfahren als unzulässig einzustellen, wenn der Schuldner dagegen Einwendungen erhebt. Das gleiche gilt, wenn der Gläubiger statt eines Urteils eine öffentliche Urkunde vorlegt, in welcher der Schuldner sich der sofortigen Zwangsvollstreckung unterwirft.

Die Verpfändung beweglicher Sachen ist ohne Zustimmung der Aufsichtsperson ebenso gültig wie die Belastung von Grundstücken. Der Unterschied zwischen beiden besteht darin, daß die Befriedigung aus den Grundstücken nur im Wege der Zwangsvollstreckung, die Befriedigung aus dem Pfand aber im Wege des Verkaufs stattfindet (§§ 1228ff. BGB.). Hat der Pfandgläubiger für sein Recht zum Verkauf einen vollstreckbaren Titel gegen den Schuldner erlangt, so kann er unter gewöhnlichen Verhältnissen den Verkauf auch nach den für den Verkauf einer gepfändeten Sache geltenden Vorschriften bewirken lassen (§ 1233 Abs. 2 BGB.). Der Nachteil des Pfandgläubigers, der sein Pfandrecht ohne Zustimmung der Aufsichtsperson erworben hat, zeigt sich darin, daß er den Verkauf des Pfandes nicht im Wege der Zwangsvollstreckung betreiben kann, auch wenn er einen vollstreckbaren Titel gegen den Schuldner hat. Der Pfandverkauf nach BGB. kann ihm nicht verwehrt werden.

Auf das kraft Gesetzes entstandene Pfandrecht finden die Vorschriften über das durch Rechtsgeschäft bestellte Pfandrecht entsprechende Anwendung (§ 1257 BGB.). Das auf einem gesetzlichen Pfandrecht beruhende Absonderungsrecht wird daher vom Verfahren betroffen und kann nicht im Wege der Zwangsvollstreckung geltend gemacht werden, wenn es auf einer ohne Zustimmung der Aufsichtsperson vorgenommenen Rechtshandlung des Schuldners beruht. Der Vermieter einer vom Schuldner ohne Zustimmung

der Aufsichtsperson gemieteten Räumlichkeit erwirbt zwar ein gesetzliches Pfandrecht an den eingebrachten Sachen des Schuldners. Er kann es aber nicht im Wege der Zwangsvollstreckung, sondern nur nach den Bestimmungen über den Pfandverkauf ausüben.

5. Jäger a. a. O. 57, JW. 17 192. Die Reihenfolge des § 49 KO. ist keine Rangfolge. Den Rang bestimmt das sonstige bürgerliche Recht, vornehmlich nach dem Alter. Nur nimmt auch im Aufsichtsverfahren das Abgabenabsonderungsrecht die erste Rangstelle ein (§ 49 Abs. 2 KO., Art. III EGKNov.). Hier bewährt sich auch das Haftpflichtabsonderungsrecht des § 157 VVG. Der verletzte Dritte kann daher wegen seiner Forderung gegen den unter Aufsicht stehenden Versicherungsnehmer (z. B. auf Grund der §§ 701, 833, 836 BGB.) abgesonderte Befriedigung aus dem Entschädigungsanspruche des Versicherungsnehmers gegen die Versicherungsanstalt verlangen.

6. Jäger a. a. O. 58, JW. 17 192. Hatte ein Aufsichtsgläubiger vor Anordnung der GA. nach Maßgabe des § 845 ZPO. lediglich die außergerichtliche Pfändungsankündigung erlassen, so hindert ihn das nun angeordnete Aufsichtsverfahren an der für den Erwerb eines Absonderungsrechts noch erforderlichen gerichtlichen Pfändung. Das Pfändungsverbot des § 6 Abs. 2 AufsVO. trifft ihn, weil er zur Zeit, da dessen Wirksamkeit einsetzt, noch „vom Verfahren betroffen wird", also noch nicht als Absonderungsberechtigter dagegen gefeit ist.

7. JW. 17 302 (Dresden VI). Gläubiger, deren Ansprüche durch Eintragung einer Vormerkung gesichert sind, werden nicht durch das Geschäftsaufsichtsverfahren betroffen; § 24 KO. ist sinngemäß anzuwenden.

8. Kretzschmar a. a. O. 46. Dingliche Ansprüche, die auf Verfügungen des Schuldners beruhen, wie z. B. der Anspruch aus einer vom Schuldner bestellten Hypothek sind ohne Rücksicht darauf, ob die Aufsichtsperson den Verfügungen zugestimmt hat, bereits während des Aufsichtsverfahrens durchführbar. Das gilt auch dann, wenn die Aufsichtsperson die Geschäftsführung selbst übernommen oder einer anderen Person übertragen hat. Denn wenn schon unbedenklich anzunehmen ist, daß in solchen Fällen der Aufsichtsperson oder der von ihr bestellten anderen Person in dem Umfange der übernommenen oder übertragenen Geschäftsführung zugleich das Recht zur Vertretung des Schuldners zusteht, so wird doch dadurch nichts an der eigenen Verfügungsmacht des Schuldners geändert; er muß zwar für die ihn geschlossenen Geschäfte gegen sich gelten lassen, kann aber seinerseits nach wie zuvor ebenfalls wirksam Verfügungen treffen und Verbindlichkeiten eingehen.

V. Vorrechtsgläubiger (Abs. 1 Nr. 5).

1. Jäger a. a. O. 59, JW. 17 193. Die Reihenfolge des § 61 KO. ist Rangfolge; sie hat auch für das Aufsichtsverfahren Bedeutung (§ 5 Satz 2). Mit den Hauptansprüchen sind dem § 62 KO. entsprechend an derselben Rangstelle die dort bezeichneten Nebenansprüche anzusetzen (vgl. jedoch § 33 Abs. 2 Nr. 4, 5, § 62). Nur ist wohl zu beachten, daß anders als im Konkurse die Vorrechtsforderungen des Aufsichtsverfahrens nicht schon bei dessen Beginn begründet zu sein brauchen. Daher kommt z. B. das Abgabenvorrecht des § 61 Nr. 2 KO. im Aufsichtsverfahren auch solchen Ansprüchen zu, die erst während desselben fällig werden. Für sie beseitigt der Wortlaut des § 13 Abs. 1 Nr. 5 („auch soweit sie nach Anordnung der GA. fällig werden") jeden Zweifel. Der Ausdruck „später fällig werden" deckt hier zugleich die spätere Entstehung. Das muß auch in den übrigen Fällen des § 61 KO. gelten, so daß bei Fortdauer des die Ansprüche begründenden Rechtsverhältnisses auch den während der GA. entstehenden Ansprüchen das Vorrecht zukommt. Entsprechend erweitert sich der Umfang der nach § 62 KO. bevorrechtigten Nebenansprüche. Daraus folgt namentlich für das Vorrecht des Lidlohns, daß die Dienstbezüge der bei Anordnung der GA. für Haushalt, Wirtschaft oder Erwerbsgeschäft des Aufsichtschuldners verdungenen Personen das Vorrecht genießen, soweit sie für das letzte Jahr vor Anordnung der Aufsicht oder bei der Nachlaßaufsicht vor dem Ableben des Schuldners rückständig sind oder im Laufe des Verfahrens weiter entstehen. Schadensersatz infolge vorzeitiger

Kündigung hat der Dienstnehmer nur als beteiligter Gläubiger zu beanspruchen (§ 11 Abs. 2). Schließt der Aufsichtsschuldner neue Dienstverträge während der GA. ab, dann beurteilt sich die Frage, ob der Dienstnehmer beteiligter oder unbeteiligter Gläubiger wird, nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 mit § 5 (vgl. Breit, JW. 15 168; abweichend Josef, Gruchots Beitr. 59 415).; ebenso Cahn 151, Bovensiepen a. a. O. 68.

2. Jäger a. a. O. 59, JW. 17 193. Es liegen zwei Erstreckungen der Lidlohnforderungen vor. Einmal kommt das Lidlohnvorrecht auch der Entschädigungsforderung zu, die im Falle des vereinbarten Wettbewerbsverbots dem Handlungsgehilfen als Gegenwert für die Beschränkung seiner freien Erwerbstätigkeit vom Prinzipal nach Beendigung des Dienstverhältnisses geschuldet wird, es sei denn, daß sie für eine noch frühere Zeit als für das Vorjahr vor der Geschäftsaufsicht rückständig ist (§ 75e Abs. 1 HGB. i. F. v. 10. 6. 1914). Sodann genießen das Lidlohnvorrecht gewisse Rückstände, besonders rückständige Beiträge, nach Maßgabe der Reichsversicherungsordnung v. 19. 7. 1911 § 28 Abs. 3 und des Angestelltenversicherungsgesetzes v. 20. 12. 1911 § 227 Abs. 3, beide ebenfalls erst für die Zeit vom Beginn des Aufsichtsvorjahres ab.

3. Jäger a. a. O. 60, JW. 17 193. Bei der GA. über eine Hypothekenbank müssen die Pfandbriefgläubiger wie im Konkurse (§ 35 HypBankG. mit § 64 KO.) als Ausfallgläubiger behandelt werden. Sie sind also am Aufsichtsverfahren nur mit dem Betrage beteiligt, zu dem sie bei der Befriedigung aus den ihnen voraushaftenden Hypotheken, Wertpapieren und Treuhandgeldern ausfallen. Für das Vergleichsverfahren bestätigt dies der § 36 AufsVO. mit § 64 KO. Er rechtfertigt einen Rückschluß auf entsprechende Anwendbarkeit des § 13 Abs. 1 Nr. 4 (§ 33 Abs. 2) AufsVO.

II. Verfahren.

1. Allgemeine Vorschriften.

§ 14.

Verweisung auf die Zivilprozeßordnung.

Jäger a. a. O. 72, JW. 17 263. Daß die Gerichtsferien auf das Aufsichtsverfahren ohne Einfluß sind, ist zwar nicht eigens verordnet. Da aber dieses Verfahren nicht minder dringlich ist als der abzuwendende Konkurs, wird der § 204 GVG. sinngemäß anzuwenden sein. Das entspricht der bisherigen Übung und muß auch für das Vergleichsverfahren gelten; ebenso Klimmer a. a. O. 84, Zweigert a. a. O. 52.

§ 16.

Aufklärung des Sachverhalts.

1. Jäger, JW. 17 262, Cahn a. a. O. 164. Der Schuldner hat bei dem Ermittlungsverfahren Parteistellung (§ 383 Nr. 1 bis 3 ZPO.).

2. Bovensiepen a. a. O. 72. Zufolge des das Verfahren beherrschenden Offizialprinzips ist ein Verzicht der Beteiligten auf die vom Aufsichtsrichter angeordnete Vereidigung der Zeugen und Sachverständigen unbeachtlich. Ebendeshalb ist auch für die Beweisregeln der §§ 416 u. 440 ZPO. kein Raum.

3. Klimmer a. a. O. 86. Zur Gläubigerversammlung sind auch die bevorrechtigten Gläubiger zuzuziehen, da es sich nicht um eine Gläubigerversammlung im Sinne des § 93 KO. handelt.

§ 17.

Zustellungen.

1. Cahn a. a. O. 167. Der § 17 soll zur Erleichterung, Verbilligung, Beschleunigung und Entlastung dienen. Durch ihn ist aber nicht gesagt, daß in einem einzelnen Falle, soweit durchführbar, wenn besondere Vorsicht geboten, eine Verwechslung möglich, ein sehr maßgebender Adressat zu berücksichtigen, ein besonders verlässiger Nachweis anzu-

streben ist, die Zustellung auf Einzelanordnung in minder einfacher Form zu betätigen ist. So kann z. B., wenn im Zwangsvergleich eine Abstimmungs- oder Mehrheitsfrage auf dem Spiele steht, vom Aufsichtsgerichte ausnahmsweise eine Beglaubigung des zuzustellenden Schriftstücks verfügt werden.

2. Bovensiepen a. a. O. 73. Eine Berechtigung des Gerichts, einem Gläubiger auf Antrag die Ernennung eines solchen Bevollmächtigten aufzugeben (§ 174 ZPO.) oder eine Verpflichtung des Gläubigers aus freien Stücken einen Zustellungsbevollmächtigten zu ernennen (§ 174 Abs. 2 ZPO.), ist nicht gegeben. A. M. Klimmer a. a. O. 87 (§ 174 ZPO. ist entsprechend anwendbar).

§ 18.

Nichtöffentlichkeit — Akteneinsicht.

(Zu vgl. Bd. 1, 338f.; 2, 105; 4, 750.)

1. Bovensiepen a. a. O. 74. Nur den am Verfahren beteiligten Gläubigern — nicht allen — wird die Akteneinsicht gewährt werden können, denn die bevorrechtigten, vom Verfahren gar nicht betroffenen Gläubiger haben an einer Akteneinsicht kein schutzbedürftiges Interesse. Vgl. auch den Unterschied in der Wortfassung des § 18 „den" Gläubigern und des § 22 Abs. 1 S. 1, wonach „allen" Gläubigern die Anordnung der Geschäftsaufsicht mitzuteilen ist. A. M. Cahn a. a. O. 171, Klimmer a. a. O. 90, Levy a. a. O. 28.

2. Weinberg a. a. O. 57. In den Akten können Schriftstücke enthalten sein, die einen vertraulichen Inhalt haben und deren Bekanntgabe nicht im Interesse des Verfahrens liegt, so z. B. Verhandlungen über die Bestellung einer anderen Aufsichtsperson, Erörterungen über Regreßansprüche gegen eine solche, Festsetzung von Honoraren, Androhung von Ordnungsstrafen, Mitteilungen über Geschäftsgeheimnisse des Schuldners usw. Das Gericht wird daher unter Umständen zweckmäßig verfahren, wenn es solche, nicht für die Kenntnis der Allgemeinheit der Gläubiger bestimmte Schriftstücke einem besonders anzulegenden Aktenband einverleibt.

Jäger a. a. O. 72, JW. 17 262. Das Einsichtsrecht des Schuldners nach § 299 ZPO. wird im Aufsichtsverfahren nicht beschränkt. Auch für die Akteneinsicht dritter Personen bewendet es beim § 299 ZPO. Verweigert sie der nach Abs. 2 dieser Vorschrift zuständige „Vorstand des Gerichts" dem Dritten, so steht dem Gesuchsteller die Beschwerde im Dienstaufsichtsweg offen (Stein Note 23).

§ 19.

Grundsätzliche Unanfechtbarkeit.

1. Jäger a. a. O. 74, JW. 17 262. Eine Beschränkung der Unanfechtbarkeit auf Beschlüsse, die über einen Antrag sachlich entscheiden, dürfte nach Wortlaut und Zweck des § 19 ausgeschlossen sein (vgl. freilich Wassermann-Erlanger S. 217f., Stein § 70), Anm. III mit Verw.). Daß der abgewiesene Antragsteller den Antrag mit verbesserter Begründung oder unter veränderten Umständen erneuern kann, versteht sich von selbst. Der Rechtsmittelausschluß nach § 19 hat endlich mit der Zulässigkeit einer Dienstaufsichtsbeschwerde, also mit dem an die vorgesetzte Behörde gerichteten Ersuchen, gegen eine angebliche Pflichtwidrigkeit des Richters einzuschreiten, nichts zu tun. Eine reichsrechtliche Regelung fehlt (vgl. Stein, Vorbem. VI vor § 567).

2. Jäger a. a. O. 74, JW. 17 262. Die Begründung zum § 19 enthält den seltsamen Zusatz: auch in den Ausnahmefällen gelte die Unanfechtbarkeit für die Entscheidung des Beschwerdegerichts, weitere Beschwerde finde also nicht statt. Da diese Ansicht in der Verordnung selbst keinen Ausdruck gefunden hat, bewendet es bei der nach § 14 AufsVO. maßgebenden Regel des § 568 Abs. 2 ZPO. Enthält also die Entscheidung des Landgerichts einen neuen selbständigen Beschwerdegrund, so ist weitere Beschwerde

(wiederum eine im Sinne des § 577 ZPO. befristete) zum OLG. zulässig. Dieses erkennt unanfechtbar (§ 567 Abs. 2 ZPO.).

3. Der Begründung (2) folgen Bovensiepen a. a. O. 75, Cahn a. a. O. 174, Klimmer a. a. O. 91, Zweigert a. a. O. 55, Kallir a. a. O. 357.

4. Kallir a. a. O. 355. Gemeint ist die grundsätzliche Unanfechtbarkeit solcher Entscheidungen, die im Geschäftsaufsichtsverfahren ergehen. Genauer ist die Regelung in § 73 Abs. 3 KO. „Entscheidungen im Konkursverfahren". Wenn der Gerichtsschreiber und auf Erinnerung das Gericht (§ 576 Abs. 1 ZPO.) sich weigern, einem Gläubiger einen Auszug aus dem Gläubigerverzeichnisse zur Vornahme der Zwangsvollstreckung aus dem rechtskräftig bestätigten Zwangsvergleiche zu erteilen (§ 61), so findet hiergegen die einfache Beschwerde nach § 576 Abs. 2 ZPO. statt, obwohl die VO. dies Rechtsmittel nicht vorsieht. Denn dieses Beschwerdeverfahren fällt aus dem Rahmen des Geschäftsaufsichtsverfahrens heraus. Der Antrag kann ja auch nach Aufhebung der Geschäftsaufsicht gestellt werden (Jäger, KO. § 73 Anm. 6). Die weiteren Fälle, in denen die Rechtsprechung zur Geschäftsaufsichtsverordnung bisher schon die Beschwerde zugelassen hat, werden auch nach der neuen Gestaltung der VO. zum Teil verbleiben.

§ 20.

Gläubigerverzeichnis und Vermögensaufstellung.

(Zu vgl. Bd. 4, 750.)

Bovensiepen a. a. O. 77. Nicht der Einkaufswert, nicht der bisherige Verkaufswert, sondern der jetzige Verkaufswert ist anzugeben. Bei unsicheren Außenständen ist nicht nur der Nennwert, sondern auch der Wahrscheinlichkeitswert einzusetzen (vgl. Jäger, JW. 17 31).

§ 21.

Anordnung der Geschäftsaufsicht.

(Zu vgl. Bd. 1, 333; 2, 102; 3, 110.)

1. Klimmer a. a. O. 97. Der Antrag kann bloß deshalb, weil eine genügende Masse nicht vorhanden sei, nicht abgelehnt werden; allerdings wird in diesem Falle wenig Aussicht bestehen, daß der Geschäftsaufsichtsgrund behoben wird usw. (vgl. § 1).

2. Levy a. a. O. 41. § 108 KO. ist nicht für anwendbar erklärt. Aber auch ohne ausdrückliche gesetzliche Bestimmung wird der Anordnungsbeschluß ebenso wie der Konkurseröffnungsbeschluß mit dem Erlasse wirksam. Dies folgt aus § 705 ZPO., der nach § 14 VO. auf das Aufsichtsverfahren Anwendung findet. Nach § 705 ZPO. tritt die Rechtskraft vor Ablauf der für die Einlegung des zulässigen Rechtsmittels bestimmten Frist nicht ein. Da gegen den Anordnungsbeschluß ein Rechtsmittel nicht zulässig ist (§ 19 VO.), so ist er sofort mit dem Erlasse wirksam. Das Gericht ist mithin in der Lage, den Zeitpunkt der Anordnung zu bestimmen, und wird gut tun, die Stunde der Anordnung in den Beschluß aufzunehmen. Fehlt eine solche Angabe, so gilt im Zweifelsfalle nicht wie für den Eröffnungsbeschluß die Mittagsstunde des Tages, an dem die Geschäftsaufsicht angeordnet ist; der Zeitpunkt der Anordnung muß dann ermittelt werden; ebenso Bovensiepen a. a. O. 84, Klimmer a. a. O. 98; zu vgl. auch Jäger in Bd. 4, 751.

3. A. M. Zweigert a. a. O. Maßgebend ist die Zustellung, bei mehreren Beteiligten die erste Zustellung.

3. Aufsichtsperson und Gläubigerbeirat.

§ 22.

Bestellung der Aufsichtsperson.

1. Für die Beantwortung der Frage, wer als Aufsichtsperson bestellt werden kann, und nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl zu treffen ist, sind gegenüber den bis-

herigen Meinungsäußerungen (Bd. 1, 337; 2, 104; 3, 109) neue Anregungen nicht gegeben. Übereinstimmend wird nur hervorgehoben, daß auch Frauen Aufsichtspersonen sein können.

2. Mehrheit von Aufsichtspersonen (zu vgl. Bd. 1, 337; 2, 104). Levy a. a. O. 45. Werden mehrere Aufsichtspersonen bestellt, so hat das Gericht zu bestimmen, ob sie die Aufsicht gemeinschaftlich führen oder ob jede innerhalb eines bestimmten ihr zugewiesenen Geschäftskreises selbständig ist. Fehlt in den bis zum 25. Dezember 1915 angeordneten Geschäftsaufsichten diese Bestimmung, so ist sie jetzt nachzuholen. Das Gericht wird, sofern es mehrere Aufsichtspersonen bestellt, zur Schaffung klarer Verhältnisse, wenn irgend möglich, ihre Geschäftskreise streng voneinander abgrenzen. Dies liegt sowohl im Interesse des Publikums wie im Interesse der Aufsichtsperson. Für das Publikum bedeutet es eine Unbequemlichkeit, wenn es mit mehr als einer Aufsichtsperson zu verhandeln hat; für die Aufsichtsperson bedeutet es eine unangemessene Erhöhung ihrer Verantwortlichkeit, wenn sie im Vertrauen auf die Sachkunde der anderen Aufsichtsperson eine Entschließung gutheißt, deren Folgen sie vermöge ihrer eigenen mangelnden Sachkunde nicht zu übersehen vermag. Freilich muß die Geschäftsaufsicht, auch bei Abgrenzung der Geschäftskreise der Aufsichtspersonen, nach einem einheitlichen Gedanken geführt werden. Dazu genügen in der Regel gemeinschaftliche Beratungen der Aufsichtspersonen. Bei Meinungsverschiedenheiten der Aufsichtspersonen über eine gemeinschaftlich zu treffende Maßnahme entscheidet das Gericht (§ 29 VO.). Vor der Entscheidung kann das Gericht zur Aufklärung Ermittlungen aller Art, insbesondere die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen anordnen (§ 16 VO.). Sind die Meinungsverschiedenheiten durch Unkenntnis, Streitsucht, Böswilligkeit der einen oder anderen Aufsichtsperson hervorgerufen, so kann das Gericht die eine oder die andere entlassen oder die gemeinschaftliche Führung der Aufsicht in eine getrennte überführen oder sonst die Geschäftskreise anderweit regeln. Die Entscheidungen des Gerichts sind unanfechtbar.

In dem Anordnungsbeschluß und der Bestellungsurkunde ist zu vermerken, in welcher Weise die Aufsichtsgeschäfte unter die mehreren Aufsichtspersonen verteilt sind.

3. Zweigert a. a. O. 59. Die Frist des Abs. 2 beginnt mit der Bestellung der Aufsichtsperson, nicht etwa mit dem Zeitpunkt, in welchem dem Schuldner oder dem Gläubiger die Mitteilung zugeht.

4. Levy a. a. O. 44. Das Antragsrecht nach Abs. 2 ist im Grunde nur ein Vorschlagsrecht. Weist das Gericht den Antrag zurück, weil die vorgebrachten Gründe die Entlassung der Aufsichtsperson nicht angemessen erscheinen lassen, so muß sich der Antragsteller damit bescheiden. Die Entscheidung des Gerichts ist unanfechtbar. Bei Prüfung der Anträge ist die größte Vorsicht, oft starkes Mißtrauen geboten. Es ist bekannt, daß Konkurse oft langer Hand vorbereitet werden. Bücher werden neu angefertigt, Bilanzen nachträglich aufgestellt, Vermögenswerte werden an Bekannte, Verwandte oder eigens dazu gegründete Gesellschaften mit beschränkter Haftung übertragen, drängende oder nahestehende Gläubiger werden vor den anderen befriedigt oder sichergestellt. Die Absicht des unredlichen Schuldners geht dahin, seine Lage möglichst trostlos darzustellen, um einen günstigen Vergleich mit seinen Gläubigern zu erlangen. Solche Schuldner haben das größte Interesse daran, ihre Lage vor dem Gericht und den Gläubigern verborgen zu halten. Beantragen sie die Geschäftsaufsicht zur Herbeiführung eines Vergleichs mit ihren Gläubigern, so liegt es nahe, daß sie ihren Helfer und Berater als Aufsichtsperson vorschlagen. Es bedarf keines Wortes, daß solchen Personen die Beaufsichtigung der Geschäftsführung des Schuldners nicht anvertraut werden kann. Aber auch redliche Schuldner scheuen sich, ihre Verhältnisse einer fremden amtlichen Person zu offenbaren. Man begegnet daher nicht selten Anträgen, den Buchhalter oder den Bücherrevisor oder den juristischen Berater des Schuldners zur Aufsichtsperson zu bestellen. Auch diese Anträge sind abzulehnen, da die Angestellten oder Vertrauten des Schuldners nicht die Unbefangenheit oder Unparteilichkeit besitzen, die das Amt einer Aufsichtsperson erfordert. Wie das einseitige Schuldnerinteresse die Auswahl der Aufsichtsperson nicht beeinflussen

darf, so darf auch dem einseitigen Gläubigerinteresse kein Spielraum gewährt werden. Anträge von Gläubigern, die auf eine scharfe Vertretung ihrer Interessen unter Schädigung der Interessen des Schuldners abzielen, sind abzuweisen. Wegen der Gefahr einer übermäßigen Betonung des Gläubigerstandpunktes ist deshalb die Bestellung von Vertretern von Gläubigerschutzverbänden abzulehnen.

§ 23.

Bestallung.

1. Cahn a. a. O. 183. Die Bestallung ist — ähnlich wie beim Vormund, § 1791 BGB. — eine gerichtliche Bescheinigung, daß die Aufsichtsperson, welche als solche durch die Urkunde legitimiert wird, vom Gericht bestellt worden ist. Sie ist eine öffentliche, deklaratorische, aber nicht konstitutive Urkunde. Das Rechtsverhältnis wird durch sie nicht geschaffen, sondern bestätigt. Da eine öffentliche Bekanntmachung im Aufsichtsverfahren fehlt, können aus einer irrig ausgefertigten Bestallungsurkunde unter Umständen Ansprüche gegen das Gericht erwachsen, falls ein Gläubiger sich auf den Inhalt der Bestallungsurkunde verlassen hat. Es könnte dadurch an eine unrichtige Person gezahlt, es könnte mit solcher ein Vertrag abgeschlossen, es könnte ein Vertrag ihr gegenüber oder auch durch sie gekündigt werden. Wer in gutem Glauben an eine solche Person etwas geleistet hat, wird durch die Leistung nicht ohne weiteres befreit (Motive KO. IV 1079ff.). Freilich darf der Dritte jeweils nur voraussetzen, daß die Bestallung einer Aufsichtsperson den Rahmen der normalen Befugnisse der Verordnung nicht überschreitet, so daß die Vertretung oder Bevollmächtigung des Schuldners z. B. dem Dritten gegenüber anders, wie durch eine Bestallungsurkunde des Gerichts, nachgewiesen werden müßte. Geht eine Bestallungsurkunde verloren, so kann eine neue ausgestellt werden. Kraftlos braucht die erst ausgestellte nicht erklärt zu werden.

2. Cahn a. a. O. 184. Gibt die Aufsichtsperson die Bestallungsurkunde nicht freiwillig heraus, so ist eine Ordnungsstrafe gemäß § 25 möglich, weil auch die Herausgabe der Urkunde noch unter die amtliche Obliegenheit der Aufsichtsperson fällt. Ein Klaganspruch des Gerichts oder Schuldners auf Rückgabe der Bestallungsurkunde ist nicht zulässig. Wenn eine unberechtigte Persönlichkeit oder die Aufsichtsperson nach Beendigung des Amtes Funktionen ausübt, kommt sie als falsus procurator (§§ 177ff. BGB.) in Betracht.

§ 24.

Verantwortlichkeit der Aufsichtsperson.

1. Übereinstimmend wird hervorgehoben, daß die Haftung der Aufsichtsperson sich nach §§ 276, 278 BGB. bestimmt und die Verantwortlichkeit auch gegenüber den bevorrechtigten Gläubigern besteht.

2. Klimmer a. a. O. 104. Sind mehrere Aufsichtspersonen bestellt, so haftet jede nur für den Schaden, den sie verursacht hat, dafür aber ganz. Trifft mehrere Aufsichtspersonen ein Verschulden, dann Haftung nach §§ 421, 426 BGB. (zu vgl. Bd. 2, 104).

3. Bovensiepen a. a. O. 85. Zustimmung des Gerichts oder des Gläubigerbeirats oder auch beider kann die Aufsichtsperson von ihrer Schadensersatzverbindlichkeit grundsätzlich nicht befreien. Es tritt dann eine gesamtschuldnerische Haftung ein; ebenso Jäger a. a. O. 33, Klimmer a. a. O. 104; a. M. Cahn a. a. O. 186.

Wenn eine gemäß § 16 einberufene Gläubigerversammlung oder der gemäß §§ 30ff. einberufene Gläubigerbeirat die betreffende Handlung der Aufsichtsperson genehmigt haben oder das Gericht gemäß §§ 5, 9ff., 26, 29 usw. seine Zustimmung erteilt hat, wird für gewöhnlich die Aufsichtsperson von ihrer Verantwortlichkeit gemäß § 24 frei. Es sei denn, daß sie einen dieser Beschlüsse erschlichen oder, ihrer Pflicht zuwider, in Streitfällen gemäß § 29 das Gericht nicht gegen Beschlüsse der Gläubigervertretung angerufen hat.

4. RG. 89 237. Die Anordnung der GA., die nur auf Antrag des Schuldners erfolgt, und für die Dauer ihres Bestehens die Eröffnung des Konkursverfahrens sowie

Arreste und Zwangsvollstreckungen — nach Maßgabe der §§ 2, 9 Bek. — von ihm abwendet, zeigt insoweit die Eigenart einer Vergünstigung für den Schuldner, im Gegensatz zur Zwangsliquidation des Konkursverfahrens oder zu Zwangsmitteln überhaupt. Sie ist aber, indem sie den Konkurs- und Vollstreckungszugriff der Gläubiger beschränkt, ein Eingriff in deren Rechte, und der Ausgleich hierfür besteht darin, daß den Aufsichtspersonen die Sicherung des Vermögens im Interesse der Gläubiger übertragen ist. Durch die Tätigkeit der Aufsichtspersonen soll den Gläubigern das Vermögen des Schuldners erhalten, ihre Befriedigung ermöglicht, die Zwangsvollstreckung also gesichert werden (vgl. RG. v. 26. Mai 16 VII 73/16, JW. **16** 1020[10]). Die GA. ist mithin andererseits auch eine Zwangsmaßregel im Interesse und zur Sicherung der Gläubiger: insoweit hat der Schuldner an jener kein eigenes Interesse; er läßt sie sich gefallen, um den Vorteil der Stundung seiner Schulden zu erlangen. Daß die Aufsichtsperson daher im Sinne des § 82 KO., § 6 AufsVO. den Gläubigern für die Erfüllung ihrer Obliegenheiten verantwortlich ist, kann einem begründeten Zweifel nicht unterliegen (zustimmend Jäger das. 226).

5. JW. 17 740, SächsA. 17 270 (Dresden IV). „Beteiligt" im Sinne des § 6 VO. sind alle, deren Interesse die Aufsichtsperson kraft ihres Amts zu berücksichtigen hat und die Aufsichtsperson hat nicht nur das Verhältnis des Schuldners zu denjenigen Gläubigern zu überwachen, die, im Sinne von § 9 Nr. 1 und § 5 Bek., von der Geschäftsaufsicht betroffen werden, sondern die Pflicht zur Überwachung erstreckt sich auf die gesamte Geschäftsführung (§ 6 a. a. O.), folglich aber auch auf die Fortsetzung des Geschäfts und damit auch auf die Käufe, die der Fortsetzung des Geschäfts dienen sollen.

§ 25.

Gerichtliche Aufsicht.

1. Klimmer a. a. O. 106, Zweigert a. a. O. 61. Eine Umwandlung der uneinbringlichen Ordnungsstrafe in eine andere Strafe findet nicht statt. → Die gegenteilige Anführung bei Cahn a. a. O. 188 beruht wohl auf einem Druckfehler ←.

2. Klimmer a. a. O. 106, Zweigert a. a. O. 61. Die Ordnungsstrafe muß vorher angedroht werden, a. M. (nicht notwendig aber ratsam) Cahn a. a. O. 188, Bovensiepen a. a. O. 85.

3. Bovensiepen a. a. O. 86. Ordnungsstrafen und Entlassung können nicht gleichzeitig verhängt werden.

4. Klimmer a. a. O. 107. Nimmt die Aufsichtsperson nach der Entlassung noch Geschäfte vor, so werden diese nach § 677 BGB. (Geschäftsführung ohne Auftrag) zu beurteilen sein; hat sie die Geschäfte vorgenommen, ehe ihr die Entlassung bekannt war, dann §§ 674, 130 BGB. (Mayer S. 170). Hatte die Aufsichtsperson die Geschäftsführung einer dritten Person übertragen, dann wird besonders zu prüfen sein, ob die Übertragung der Geschäftsführung so gemeint war, daß mit dem Amte der Aufsichtsperson auch die Geschäftsführung der dritten Person enden oder daß sie weiterhin zur Geschäftsführung berechtigt sein soll. Jedenfalls kann der Schuldner die Übertragung der Geschäftsführung widerrufen, wenn die Aufsichtsperson entlassen ist. Geschieht das nicht und führt die Person die Geschäfte fort, ohne von der Beendigung ihrer Befugnis etwas zu wissen, so wird das ebenso zu beurteilen sein wie bei der Aufsichtsperson (§§ 168, 674, 130 BGB.).

§ 27.

Vergütung und Auslagen.

1. Cahn a. a. O. 191. Die Aufsichtsperson bezieht ihre Vergütung aus dem schuldnerischen Vermögen. Die Höhe der Vergütung richtet sich nach Art, Ort, Größe, Zeitaufwand, Schwierigkeit, Erfolg und nicht zuletzt Verantwortlichkeit der geführten Geschäftsaufsicht. Auch die Vorbildung und die übrigen Erwerbs- sowie Einkommensverhältnisse der Aufsichtsperson können mit ausschlaggebend sein. Entstehen Meinungs-

verschiedenheiten, so wird der Schuldner, wohl auch der eine oder andere Gläubiger, bzw. eine der in den §§ 21 und 22 aufgeführten Kammern, Ämter oder ein Sachverständiger, zur Beurteilung des richtigen Satzes zugezogen werden. Die Handakten, Berichte und schriftlichen Aufzeichnungen des Aufsichtsführers sind wertvolle Behelfe bei Bemessung des Umfangs, der Verwickeltheit, des Zeitaufwandes; ebenso im wesentlichen Levy a. a. O. 59.

2. Bovensiepen a. a. O. 87. Für die Bemessung der Höhe der Vergütung wird als maßgeblich in Betracht kommen: Der Umfang der Mühewaltung der Aufsichtsperson, Dauer und Umfang der Aufsicht, der Betrag der vorhandenen Aktiven, der Erfolg seiner Bemühungen. Daran wird u. a. U. festzuhalten sein, daß das Honorar auch nicht annähernd so hoch sein darf wie das des Konkursverwalters, denn dessen rechtliche Stellung und der Grad seiner Tätigkeit ist von der einer Aufsichtsperson himmelweit verschieden. Die ganze Versilberung und Verwertung der Masse fällt beim Aufsichtsverfahren ja vollständig weg. Es wird daher als nicht unangemessen bezeichnet werden dürfen, das Honorar der Aufsichtsperson entsprechend der weitaus geringeren Mühewaltung und geringeren Verantwortlichkeit sowie der erheblich geringeren Zeitdauer auf annähernd die Hälfte des Honorars, das dem Konkursverwalter gebühren würde, zu bemessen. Davon ist auszugehen, daß die nur zu berechtigten allgemeinen Klagen, daß die Höhe der Honorare der Konkursverwalter sehr oft in gar keinem Verhältnisse stünden zu der — mitunter erschreckenden — Geringfügigkeit der Massen, im Ausgleichsverfahren nicht wieder mit Grund auftauchen dürften. Neben der Schnelligkeit und Beweglichkeit des Ausgleichsverfahrens bildet seine möglichste Billigkeit eine grundlegende Voraussetzung für seine gedeihliche Entfaltung. Hohe Honorare stehen hiermit im schneidenden Widerspruche. Es wäre durchaus unerfreulich in jeder Hinsicht, wenn sich ähnlich recht vielen heutigen Konkursverwaltern, ein Stand oder ein Beruf gewerbsmäßiger Aufsichtspersonen entwickeln würde, der aus der Übernahme von Geschäftsaufsichten seinen regelmäßigen Unterhalt zu ziehen suchte und verstände. Die Vergütung hat sich vielmehr in bescheidenen Grenzen zu halten, denn die Aufsichtstätigkeit ist eine durch den Krieg ausgelöste staatsbürgerliche Pflicht.

3. Cahn a. a. O. 191. Nicht etwa nur die notwendigen bzw. vorteilhaften Auslagen, sondern die angemessenen Barauslagen sind zu ersetzen. Hierzu zählen Porti, Bestellgelder, Depeschen- und Telephongebühren, Stempelmarken, Aufwendung für Schreibwerk, Entschädigung eines Schreibgehilfen, eines Stenographen, eines Maschinenschreibers, Straßenbahn- und Reisekosten, durch Fahrten erforderlich gewordene Zehrgelder, Auslagen für Automobile, falls das teurere Verkehrsmittel durch die erforderliche Raschheit einer Handlung angezeigt erschien. Die Tätigkeit, die ein Rechtsanwalt oder Notar als Aufsichtsperson nebenher, im Interesse der Geschäftsaufsicht oder für den Schuldner im anwaltschaftlichen oder notariellen Dienste entwickelt, wird durch die Vergütung des § 27 nicht mit abgegolten. Die Prozeßführung bzw. notarielle Verlautbarung richtet sich vielmehr nach den Grundsätzen der RAGebO., der RAO., der NotGebO. und der NotO.

4. Cahn a. a. O. 192. Beschwerdeberechtigt sind der Schuldner, die Aufsichtsperson und ein interessierter Gläubiger. A. M. einerseits Zweigert a. a. O. 62. Beschwerdeberechtigt ist die Aufsichtsperson und der Schuldner, nicht auch die Gläubiger oder der Gläubigerbeirat (Hahn, Ges. u. R. 1917 53) und andererseits Klimmer, a. a. O. 109. Sämtliche Gläubiger sind beschwerdeberechtigt.

5. Levy a. a. O. 60. Die Vergütung setzt das Gericht fest. Hierdurch wird die Wirksamkeit privater Abreden zwischen der Aufsichtsperson und dem Beaufsichtigten nicht berührt. Der Beaufsichtigte bleibt während der Geschäftsaufsicht verfügungsfähig, kann wirksam mit jedermann Verträge schließen, also auch mit der Aufsichtsperson.

Die vereinbarte Vergütung kann aber nicht wie die vom Gericht festgesetzte Vergütung während der Geschäftsaufsicht durch Arrest gesichert oder durch Zwangsvollstreckung beigetrieben werden. Denn soweit die Aufsichtsperson in eigenem Interesse

mit dem Beaufsichtigten Vereinbarungen trifft, handelt sie nicht als Aufsichtsperson, sondern als Gläubiger. Es ist keine Aufsichtsperson vorhanden, welche dieser Vereinbarung die Zustimmung erteilen könnte. Die Aufsichtsperson wird also in diesem Falle ein vom Verfahren betroffener Gläubiger.

Die Vereinbarung zwischen Aufsichtsperson und Beaufsichtigtem kann anfechtbar sein, z. B. als unsittlich wegen übermäßiger Höhe. Sie kann auch, wenn der Beaufsichtigte in Konkurs gerät, auf Grund der §§ 30 ff. KO. vom Konkursverwalter angefochten werden.

Das Fordern einer Vergütung seitens der Aufsichtsperson ohne Wissen und Willen des Gerichts ist eine ungehörige, unter Umständen eine pflichtwidrige Handlung, die zu Ordnungsstrafen und zur Entlassung der Aufsichtsperson führen kann.

§ 28.

Pflichten der Aufsichtsperson.

Jäger, JW. 17 138. Eine Auskunftspflicht der Aufsichtsperson selbst gegenüber den einzelnen Gläubigern besteht nicht. Nur der Gläubigerbeirat kann durch Kollegialbeschluß (§ 32) Auskunft von ihr verlangen (§ 31 Satz 3). Im übrigen genügt es, daß die Aufsichtsperson dem Aufsichtsgericht nach § 28 Bericht zu erstatten hat und daß diese Berichte als Bestandteile der Gerichtsakten nach § 18 den Gläubigern bedingungslos zur Einsicht offenstehen. Andererseits läßt sich nicht behaupten, die Aufsichtsperson dürfe einzelnen Gläubigern gar keine Auskunft erteilen. Das bleibt ihrem pflichtmäßigen Ermessen anheimgestellt.

§ 29.

Entscheidung des Aufsichtsgerichts in Streitfällen.

1. Zweigert a. a. O. 63. Auch dem Gläubiger steht die Anrufung zu, wenn er die Bestimmung der Aufsichtsperson über die Reihenfolge der Befriedigung der Gläubiger beanstandet. Das Gericht hat sich in diesem Falle auf die Prüfung der Frage zu beschränken, ob die Bestimmung den Grundsätzen der Konkursordnung entspricht und ob verneinendenfalls Anlaß vorliegt, der Abweichung zuzustimmen. Zur materiellen Entscheidung über den Bestand der Forderung ist das Gericht nicht berufen.

2. Klimmer a. a. O. 112. Bis zur Entscheidung des Gerichts ist die Anordnung der Aufsichtsperson nicht wirksam.

§§ 30, 31, 32.

Der Gläubigerbeirat.

1. Cahn a. a. O. 201. Trotz der Bemerkung der Begr., daß den Mitgliedern des Beirats ein Anspruch auf Vergütung und Auslagenersatz nicht zustehe, wird jedes Gericht und jede Aufsichtsperson die Festsetzung von Vergütung und Auslagen rechtfertigen können.

2. Jäger, JW. 17 136. Bei Stimmengleichheit kommt kein Beschluß zustande. Daher empfiehlt sich eine ungerade Mitgliederzahl. Ein zweiköpfiger Beirat ist aber nicht unzulässig; nur erfordern seine Beschlüsse Stimmeneinheit (vgl. OLG. Düsseldorf, LeipzZ. 13 572).

4. Zwangsvergleich.

§ 33.

Allgemeines.

Inhaltsübersicht.

1. Rechtsnatur.

a) Jäger, JW. 17 326. Der in §§ 33ff. geregelte Vergleich ist, auch wenn er nicht einstimmig, sondern durch Mehrheitszwang zustande kommt, wie der Güteausgleich ein Vertrag zwischen dem Schuldner und den Vergleichsgläubigern, ein „Übereinkommen mit den Gläubigern" (§ 1 Abs. 2). Für den recht wohl denkbaren Fall des allseitigen Einvernehmens steht außer Zweifel, daß die Notwendigkeit gerichtlicher Bestätigung (§§ 53ff.) so wenig als die eines obervormundschaftlichen Konsenses den rechtsgeschäftlichen Charakter des Vergleichs aufhebt. Aber auch die Zulässigkeit des Mehrheitszwanges steht der Annahme eines Rechtsgeschäfts keineswegs entgegen. Denn der Sinn dieser Regelung geht dahin, daß in einem Beschlusse der erforderlichen Mehrheit rechtlich der Wille der Gesamtheit zum Ausdruck gelangt, wie im Verfassungsleben der „Gemeinwille" sich in den Entschließungen der ausschlaggebenden Mehrheit kundgibt. Die Abstimmung nach Maßgabe der §§ 37ff. ist eben die gesetzliche Form für die Bildung einer einheitlichen Willenserklärung der Vergleichsgläubiger. Da aber über den Vorschlag im Vergleichstermine verhandelt und abgestimmt wird (§ 46), erscheinen die Erklärungen der Beteiligten, Antrag und Annahme, in der Form von Prozeßhandlungen.

b) Kallir a. a. O. 363. Eine Ehrenminderung, Beeinträchtigung der Rechtsstellung des Schuldners auf dem Gebiete des öffentlichen und bürgerlichen Rechtes (aktives und passives Wahlrecht, Laienrichter, Rechtsanwalt, Börsenbesuch, Verwaltung des Vermögens von Frau, Kind, Mündel, Auflösungsgrund für Gesellschaften) tritt mit dem Vergleichsverfahren so wenig ein wie mit der Geschäftsaufsicht.

2. Der Antrag.

a) Kallir a. a. O. 358. Eine Verbindung der Anträge auf Anordnung der GA. und Einleitung des Vergleichsverfahrens ist zwar nicht unzulässig, aber das Gericht hat zunächst über den ersten zu entscheiden. Ergibt sich beispielsweise, daß der Schuldner nicht infolge des Krieges zahlungsunfähig geworden ist, sondern es schon vorher war, so ist die Anordnung der GA. unzulässig (§ 1) und für die Einleitung des Vergleichsverfahrens kein Raum. Nur der Schuldner wird zum Vergleichsverfahren zugelassen, bei dem zunächst die Voraussetzungen für die Anordnung der GA. erfüllt sind. Für Vergleichsschuldner, insbesondere diejenigen, die die GA. nur als Mittel zum Zwangsvergleiche benutzen wollen, bedeutet dies eine Einschränkung, weil nur kriegsbedrängte Schuldner zugelassen werden und weil der Beschluß, durch den die Anordnung der GA. abgelehnt wird, unanfechtbar ist (§ 21 Abs. 1), während gegen den Beschluß, durch welchen die Einleitung des Vergleichsverfahrens abgelehnt wird, sofortige Beschwerde gegeben ist (§ 42 Abs. 3). Der Schuldner muß also zunächst die Anordnung der GA. herbeiführen. In der Regel wird die GA.zugelassen, wenn Aussicht besteht, daß die Zahlungsunfähigkeit oder die Überschuldung nach Wegfall der Kriegsverhältnisse behoben werden wird. Diese Aussicht besteht aber regelmäßig dann nicht, wenn der Schuldner zur Abwendung des Konkurses einen außergerichtlichen Vergleich oder einen Zwangsvergleich schließen will. In diesen Fällen hat der Schuldner, um die notwendig vorausgehende GA. zu erlangen, nicht darzutun, daß Aussicht zur Behebung des Konkursgrundes nach Wegfall der Kriegsverhältnisse bestehe, sondern er hat, von den anderen Voraussetzungen abgesehen, darzutun, daß Aussicht besteht, den Konkurs durch ein Übereinkommen mit den Gläubigern abzuwenden (§ 1 Abs. 2 Halbs. 2).

b) Jäger a. a. O. 89, JW. 17 436. Mitträger der Schuldnerrolle können den Vergleichsantrag nur einheitlich, also nur zusammen und nur unter denselben Bedingungen, stellen. So eine Mehrheit persönlich haftender Gesellschafter oder Miterben (§ 72 AusführVO. mit § 211 KO., § 73 Abs. 4 AusführVO.). Daß einer von ihnen im Termin als Vertreter des anderen auftritt oder daß mehrere durch denselben Vertreter handeln, ist nicht ausgeschlossen. Am Widerspruch oder Widerruf (§ 56) eines einzigen Genossen aber scheitert der Vergleichswille der übrigen. Auch kann das Vergleichsverfahren unzulässig (§ 42 Abs. 2) oder einzustellen (§ 57), der Vergleich zu verwerfen (§ 54 Nr. 2), anfechtbar (§ 64 Nr. 1)

oder von Rechts wegen der Aufhebung ausgesetzt sein (§ 65) wegen Pflichtwidrigkeit eines einzelnen Genossen. Den Eid des § 50 haben auf Anordnung alle zu leisten.

3. Die Vergleichsgläubiger.

a) Auslandsgläubiger.

Kallir a. a. O. 364. Über die Behandlung von Auslandsgläubigern im Vergleichsverfahren enthält die VO. keine besonderen Vorschriften. Der lebhafte und bis jetzt un ausgeglichene Streit über die Behandlung von Auslansdforderungen im Konkurse (Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch 1, 314; 2, 87; Thiesing, BankArch. 17 169) wird sich aber auf das Zwangsvergleichsverfahren nicht erstrecken. Der Grund für die Ausschließung von Auslandsforderungen im Konkurs ist die Tatsache, daß in der Anmeldung und Prüfung dieser Forderungen eine gerichtliche Geltendmachung liegt, die nach der VO. vom 7. August 1914 unzulässig ist. Das Vergleichsverfahren ist aber auf anderer Grundlage aufgebaut. Es kennt weder ein Anmeldungs- noch Forderungsprüfungsverfahren. Die Teilnahme von Gläubigern am Vergleichsverfahren erfolgt nur durch deren Aufnahme in das Gläubigerverzeichnis seitens des Schuldners. Ein gerichtliches Geltendmachen der Forderungen durch die Gläubiger liegt hierin nicht. Auch Auslandsgläubiger, soweit sie in das Gläubigerverzeichnis aufgenommen sind, nehmen daher am Vergleichsverfahren teil. Nur die Vollstreckung aus dem angenommenen Vergleich ist ihnen versagt. Für die Forderung eines Ausländers kann, auch ohne daß sie zu einem inländischen Unternehmen gehört, aus besonderen Gründen im Wege der Vergeltung mit Zustimmung des Reichskanzlers eine staatliche Zwangsverwaltung angeordnet werden (BRVO. vom 10. Februar 1916 S. 89). Der Zwangsverwalter ist dann in der Lage, das Stimmrecht auszuüben.

b) Die nicht beteiligten Gläubiger.

α. Zweigert a. a. O. 68. Unter Ziff. 1 gehören Kriminal-, Disziplinar- und Ordnungsstrafen, sowie die nach §§ 888, 890 ZPO. festgesetzten Strafen. Vertragsstrafen, Bußen sowie die Kosten eines Strafverfahrens fallen nicht unter die Vorschrift.

β. Jäger a. a. O. 89, JW. 17 436. Gesetzliche Unterhaltsansprüche sollen nach § 33 Abs. 2 Nr. 2 insoweit am Vergleichsverfahren teilnehmen, als der Aufsichtsschuldner als Erbe des ursprünglich Verpflichteten haftet. Diese Besonderheit setzt Vererbung der gesetzlichen Unterhaltspflicht voraus, wie sie nach Maßgabe der §§ 1582 (1351, 1586), 1712, 1715 BGB. stattfindet. Daher ist bei der Aufsicht über den Nachlaß des ursprünglichen Schuldners oder über das Einheitsvermögen seines Erben der unschuldig geschiedene Gatte und das uneheliche Kind (dieses vorbehaltlich einer Abfindung nach Maßgabe des § 1712 Abs. 2 BGB.) mit dem Anspruch auf künftigen Unterhalt Vergleichsgläubiger.

γ. Zweigert a. a. O. 69. Keine Freigebigkeit ist ein Unterhaltsversprechen in Anerkennung einer gesetzlichen Pflicht (RG. LeipzZ. 08, 606) sowie ein Ausstattungsversprechen der Eltern, soweit die Ausstattung das den Umständen, insbesondere den Vermögensverhältnissen der Eltern angemessene Maß nicht übersteigt (vgl. § 1624 BGB.).

δ. Cahn a. a. O. 219. Einschlägig sind auch Zinserweiterungen, welche z. B. bei Hypothekenbanken üblich sind und unter dem Namen von Provisionen im Verkehr auftreten. Hier dreht es sich nicht um eine Provision im engeren Sinne, sondern um Zinszuschläge, die meist mit dem Pfandbriefverkehr und dessen gesetzlicher oder statutarischer Prozentregelung im Zusammenhang stehen. Im kaufmännischen Kontokorrentverkehr sind solche Zinserweiterungen ebenfalls unter dem Namen von Provisionen üblich. Die Nr. 4 des § 33 erstreckt sich auch auf diese Art von Zinsen.

ε. Klimmer a. a. O. 122. In Ziff. 5 handelt es sich nicht um die gerichtlichen Kosten des Verfahrens. Diese nehmen am Vergleichsverfahren auf Grund des § 13 Abs. 1 Ziff. 6 VO. nicht teil. Ziff. 5 hat die Kosten im Auge, die den einzelnen Gläubigern durch die Teilnahme an dem Vergleichsverfahren erwachsen, z. B. Kosten der Reise eines auswärtigen Gläubigers zum Vergleichstermin, Kosten der Vertretung des Gläubigers in

dem Termine usw. Obwohl die Ansprüche nach Ziff. 5 nicht am Vergleichsverfahren teilnehmen, gelten sie nach § 62 VO. im Falle rechtskräftiger Bestätigung des Vergleichs als erlassen.

§ 34.

Die Gleichbehandlung der Gläubiger.

1. Gleichbehandlung.

Klimmer a. a. O. 124. Der Grundsatz der Gleichbehandlung wird nicht verletzt, wenn vereinbart wird, daß mehrere gleichsichere Bürgen je verschiedenen Gläubigern haften.

2. Zugelassene Ausnahmen.

1. Cahn a. a. O. 222. Es genügt, wenn im Termin eine schriftliche Zustimmungserklärung vorgelegt wird.

2. Jäger a. a. O. 96, JW. 17 439. Die Sondervergünstigung kann einzeln oder gruppenweise bewilligt werden: sie kann Abstandnahme von jeder Rechtsminderung, aber auch Bewilligung höherer Raten oder Abkürzung der Stundungsfristen sein. So kann z. B. bestimmt werden: „Gläubiger, deren Ansprüche den Betrag von 100 M. Hauptsumme nicht übersteigen, erhalten volle Befriedigung binnen 2 Wochen seit rechtskräftiger Vergleichsbestätigung."

3. Die Nichtigkeit der verbotenen Sonderabkommen.

a) Cahn a. a. O. 223. Der Satz 3 enthält ein Verbotsgesetz: jedes andere Abkommen des beaufsichtigten Schuldners oder anderer Personen mit einzelnen Gläubigern, welches eine Bevorzugung durch Leistung einer besseren Sicherheit, oder durch Vollzahlung, oder durch Zusage einer höheren Summe, als die Vergleichsdividende, enthält, ist nichtig (RG. 72 48). Die Nichtigkeit ist nicht heilbar (§ 139 BGB.). Sie tritt auch dann ein, wenn der Zwangsvergleich nicht zustande kommt oder wenn der bevorzugte Gläubiger sich an der Abstimmung nicht beteiligt (RG. 28 100; 30 22, 37 144; 39 19; RG. VI. ZS. v. 20. Januar 1912, 5211 Recht 12 933; RG. 78 183; RG., JW. 93 427; JW. 12 404). Jeder einzelne, auch der Schuldner, darf sich auf die Nichtigkeit berufen. Die Nichtigkeit kann nicht durch einen späteren Verzicht der zurückgesetzten Gläubiger geheilt werden (a. M.: RG. 28 99). Auch das den Zwangsvergleich nur vorbereitende Sonderabkommen ist nichtig (LeipzZ. 3 553). Die Nichtigkeit betrifft nur das Privatabkommen. Der rechtskräftig bestätigte Zwangsvergleich selbst wird dadurch nicht berührt (JW. 93 269).

Wie eingangs erwähnt, sind sowohl die Versprechungen des Schuldners, als diejenigen Dritter, welche zur Förderung des Zwangsvergleichs sich anheischig machen, nichtig (RG. vom 13. März 1907 BayZfR. 3 236). Ein Sonderabkommen, durch welches ein Gläubiger ungünstigere Bedingungen geboten bekommt, als der Zwangsvergleich sie bietet, ist zulässig. Gleichgültig ist, ob das Sonderabkommen mit dem Zustandekommen des Vergleichs im ursächlichen Zusammenhang steht oder nicht. Schon die bloße Möglichkeit der Benachteiligung der Gläubiger durch solche Sonderabkommen ist verpönt (RG. 28 100; 39 22). Steht ein Sonderabkommen, welches erst nach Bestätigung des Zwangsvergleichs abgeschlossen wird, nicht in ursächlichem Zusammenhang mit einer verbotswidrigen Abmachung, so schlägt der letzte Satz des § 34 nicht ein (RG. VI. ZS. v. 20. Januar 1912, 5211 Recht 1912 Nr. 933; RG. 78 183; JW. 12 404). Anders läge der Fall, und Nichtigkeit läge vor, wenn das nachträglich geschlossene Abkommen lediglich die Verwirklichung einer Sonderbegünstigung bildet, die bereits vor der Abstimmung über den Zwangsvergleich in Aussicht gestellt worden war (RG. 61 297). Da jedes andere Abkommen des Schuldners oder anderer Personen mit einzelnen Gläubigern, durch das diese bevorzugt werden sollen, nichtig ist, ist auch der Kauf einer dem Zwangsvergleich unterliegenden Forderung zur Ermöglichung desselben nichtig (RG. 30 23; 61 299).

Rückforderung des auf Grund eines nichtigen Abkommens Geleisteten ist gemäß § 817 Satz 2 BGB. ausgeschlossen, weil sowohl der Empfänger durch die Annahme, als

auch der Leistende durch die Gewährung der Leistung gegen ein gesetzliches Verbot, im Sinne der Vorschrift des § 34, verstößt (RG., JW. 90 12; RG. 72 46; LeipzZ. 10 784; Jäger, KO. § 181 Anm. 8 und JW. 17 439).

b) Klimmer a. a. O. 125. Schließt der Schuldner ein Sonderabkommen, das nach § 34 Abs. 2 nichtig ist, so wird eine strafbare Handlung nach § 77 VO. vorliegen, da der Gläubiger in der Regel für die ihm gewährte Bevorzugung dem Zwangsvergleich zuzustimmen hat. Liegt ein nichtiges Sonderabkommen vor, so ist zu scheiden, ob der Vergleich noch nicht angenommen oder zwar angenommen, aber noch nicht bestätigt oder ob er bestätigt ist. Im ersteren Falle kann der Vergleich noch angenommen und bestätigt werden, wenn alles Unlautere von nun ab ausgeschaltet wird. Ist der Vergleich angenommen, die Annahme aber nur durch die Begünstigung erfolgt, so ist der Vergleich zu verwerfen (§ 54 Ziff. 4 VO.); wäre die Annahme auch ohne die Begünstigung erfolgt, so kann der Vergleich bestätigt werden. Ist der Vergleich schon bestätigt, so kann er nach § 64 Nr. 1 VO. angefochten werden. Das Sonderabkommen ist, auch wenn es schon vor der Anordnung der Geschäftsaufsicht getroffen ist, selbst dann nichtig, wenn der Zwangsvergleich auch nicht zustande kommt oder der Begünstigte nicht abstimmt. Es ist nichtig vor und nach der Erfüllung.

c) Bovensiepen a. a. O. 99. Der Ungültigkeit unterliegt nicht nur eine direkt auf die Einräumung eines besonderen Vorteils gerichtete Vereinbarung, sondern auch jede zur Verschleierung der Sonderbegünstigung getroffene Abrede, wird die Vereinbarung in einem anderen Rechtsgeschäft versteckt, so ist dieses, soweit es die Vergünstigung enthält, nichtig. Die Vereinbarung der Einräumung besonderer Vorteile für einen Gläubiger ist auch dann nichtig, wenn sie auf das Zustandekommen des Ausgleichs gar keinen Einfluß hatte, wenn zwischen ihr und dem Abschluß des Zwangsvergleichs gar kein ursächlicher Zusammenhang bestand (RG. in GruchotsBeitr. 29 1034). Auch eine tatsächliche Bevorzugung wird nicht erfordert (RG. in JW. 89 69). Jedoch muß das Bewußtsein der Begünstigung beim Schuldner wie Gläubiger vorliegen (RG. 41 42). Selbst wenn der Zwangsvergleich nicht zustande gekommen ist, ist das Abkommen nichtig, sofern nur das Abkommen gerade mit Rücksicht auf den Vergleich abgeschlossen wurde (RG. 28 100, 30 24).

§ 37.

Die Vergleichsmehrheiten.

1. Cahn a. a. O. 233. Nicht die anwesenden oder vertretenen Gläubiger, sondern alle beteiligten Gläubiger werden bei der Kopfmehrheit gezählt. Wenn ein nach der Aufstellung des Schuldners oder der Kontrolle der Aufsichtsperson am Verfahren beteiligter Gläubiger in keiner Weise sich rührt, nichts unternimmt, nichts schreibt und bekannt gibt, so wird er dennoch mitgezählt, gleichviel ob sein Aufenthalt bekannt ist oder nicht. Die Gläubiger aber, deren Aufenthalt unbekannt ist, werden als ablehnend gezählt, weil sie dem Vergleiche nicht ihre Zustimmung erklären, was Nr. 1 des § 37 erfordert. Ein Gläubiger mit mehreren Forderungen wird nur einmal aufgezählt. Auch juristische Personen und Gesellschaften werden nur als eine Kopfstimme gerechnet. In Betracht kommt die Zahl der Gläubiger im Augenblicke der Abstimmung, nicht im Augenblicke der Eröffnung des Zwangsvergleichsverfahrens.

2. Kallir a. a. O. 382. Während § 182 Ziff. 2 KO. ausdrücklich von drei Vierteilen der Gesamtsumme aller zum Stimmen berechtigenden Forderungen spricht, also drei Vierteile der festgestellten Stimmliste entscheiden läßt, bestimmt § 37 VO., daß die drei Vierteile von der Gesamtsumme der Forderungen der beteiligten Gläubiger berechnet werden, nicht von der Gesamtsumme der stimmberechtigten Forderungen. Da indessen im Vergleichsverfahren eine Feststellung der Forderungen nicht erfolgt, Abweichungen zwischen der Höhe einer Forderung und deren Stimmrecht häufiger vorkommen werden, ist anzunehmen, daß bei Berechnung der Summenmehrheit eine Abweichung von der Regelung im Konkurszwangsvergleiche nicht beabsichtigt ist.

3. Buhmann a. a. O. 38. Die Regelung, daß es auf die Mehrzahl der beteiligten Gläubiger (Nr. 1) und drei Viertel der Forderungen der beteiligten Gläubiger (Nr. 2) ankommt, ist für den Schuldner insofern sehr ungünstig, weil damit auch die Gläubiger unbekannten Aufenthalts berücksichtigt werden (im Gegensatz zu KO.), im Falle der Nr. 1 außerdem auch die Stimmen gleichgültiger und deshalb nicht erschienener Gläubiger als Gegenstimmen gelten.

4. Bovensiepen a. a. O. 103. Nur im ganzen kann der Vergleichsvorschlag angenommen oder abgelehnt werden. Teilweise Annahme oder Ablehnung oder eine Annahme unter Einschränkungen ist keine Zustimmung, alle Stimmen, die den Vergleichsvorschlag nur mit Bedingungen annehmen, sind als gegen ihn abgegeben anzusehen.

§ 39.

Nicht mitgezählte Gläubiger.

Jäger, JW. 17 442. Verbindet sich mit der Stundung ein Zinserlaß, dann werden die Rechte auch der Gläubiger noch nicht fälliger Ansprüche „durch den Vergleich beeinträchtigt", dann also zählen sie mit.

§ 40.

Stimmrecht des Ehegatten.

1. Cahn a. a. O. 237. § 40 gilt auch dann, wenn der Ehegatte in dem maßgebenden Jahr Zedent war, die Ehe aber zur Zeit der Abstimmung rechtskräftig gelöst ist.

2. Zweigert a. a. O. 77, Klimmer a. a. O. 136. § 40 ist nicht anzuwenden, wenn der Ehegatte nur gemeinsam mit anderen Personen das Stimmrecht ausüben kann, a. M. Cahn a. a. O. 237.

§ 41.

Der Vergleichsvorschlag.

1. Kallir a. a. O. 368. Es wird nicht erforderlich sein, daß der Wortlaut des Vergleichsvorschlags in die Zustimmungserklärungen aufgenommen wird, sondern es wird genügen, wenn die Zustimmungserklärungen mit dem wesentlichen Inhalte des Vorschlags übereinstimmen. So würde beispielsweise eine Erklärung ausreichen, wonach die Zustimmung zur Einleitung des Vergleichsverfahrens auf der Grundlage des Vorschlags einer Vergleichsabfindung von 30 v. H. zahlbar mit je 10 v. H. 3, 6 und 9 Monate nach der Rechtskraft des Bestätigungsbeschlusses bei Vollbefriedigung der Forderungen bis zu 50 M. erteilt wird. Ob eine solche Zustimmungserklärung auch für den endgültigen Vergleich selbst gilt, ist Auslegungssache. Widerruft der Gläubiger, dem dann der Vergleichsvorschlag zugestellt wird, seine Erklärung nicht, so wird man sie auch für abweichende nebensächliche Vergleichspunkte als abgegeben erachten müssen. Vorsichtig bei der Auslegung wird man sein müssen, wenn die Zustellung nicht erfolgen konnte. Ungenügend würde eine Erklärung sein, die beispielsweise dem Vorschlage des Schuldners vom „15. Januar 1917" zustimmt. Denn das Gericht hat, auch wenn der eingereichte Vergleichsvorschlag des Schuldners vom selben Tage herrührt, keine Gewähr, daß dem Gläubiger derselbe Vorschlag unterbreitet worden ist.

2. Cahn a. a. O. 241. Eine Präjudiz wird durch die Erklärung, daß der betreffende Gläubiger der Eröffnung des Vergleichsverfahrens zustimmt, nur mit dem Abmaße des § 51 Nr. 2 geschaffen. Es ist dem Gläubiger unbenommen, anzufügen, daß er auf der Grundlage des Vorschlages des Schuldners nicht zustimmt, daß er vielmehr eine Änderung oder Besserung in dem oder jenem Sinne beansprucht. Der Gläubiger kann auch beifügen, daß er der Grundlage des Vorschlages grundsätzlich zustimmt, aber eine andere oder bessere Sicherung beansprucht. Gibt nun die Erklärung des Gläubigers oder der Gläubiger, welche modifizierte Zustimmungserklärungen abgeben können, einen Ausschlag bezüglich der Kopf- und Summenmehrheit, so ist dem Schuldner zu bedeuten,

daß er entweder die betreffenden gläuberischen Bedenken beiseiteschafft oder seinen Vorschlag verbessert. Gibt aber, der Mehrheit nach, die modifizierte Zustimmung des Gläubigers keinen Ausschlag, so kann das Gericht über diese zunächst hinweggehen, weil ja, falls nicht noch Änderungen des Stimmenverhältnisses bei der eigentlichen Abstimmung eintreten, die Verbesserungswünsche des betreffenden Gläubigers majorisiert werden.

§ 42.

Die Zurückweisung des Antrags.

1. Bovensiepen a. a. O. 109. Nicht ausreichend zur Verwerfung des Antrags ist eine allgemeine ethische Minderwertigkeit des Schuldners, nicht ethische Werturteile soll der Ausgleichsrichter fällen, sondern lediglich die rein kaufmännische Tüchtigkeit und Reellität des Schuldners nachprüfen. Keineswegs würde also z. B. eine frühere Verurteilung zu einer noch so hohen Freiheits- (auch Zuchthaus-) Strafe wegen Totschlags oder Abtreibung die Zurückweisung seines Vergleichsvorschlags rechtfertigen. Seine kaufmännische Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit braucht hierdurch in keiner Weise in Mitleidenschaft gezogen worden zu sein. Ganz anders dagegen, wenn er früher wegen Vergehens gegen Eigentum oder das Vermögen zu irgendwie erheblicheren Freiheits- oder auch nur höheren Geldstrafen verurteilt worden ist, nur ganz einwandfreier, allgemein anerkannter, die fremden Vermögensrechte auf das peinlichste achtender Lebenswandel wäre als genügende Sühne eines solchen gerade für einen Kaufmann oder sonstigen Unternehmer besonders schweren Vergehens anzusehen. Ganz geringfügige, lange oder auch nur längere Zeit zurückliegende, Verurteilungen auf vermögensrechtlichem Gebiete können umgekehrt die Vertrauenswürdigkeit des Schuldners nicht antasten. Aber alles ist hier der Würdigung des Einzelfalles überlassen.

2. Bovensiepen a. a. O. 109. Unter allen Umständen wird auch eine rechtskräftige Verurteilung wegen bloß einfachen Bankrotts genügen, mag sie auch Jahre zurückliegen. Denn ein jedes Konkursvergehen verrät eine große Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit gegenüber den Gläubigern, als „vertrauenswürdig" wird eine solche Persönlichkeit nicht bezeichnet werden können. Auch Ablehnungen eines Zwangsvergleichsvorschlags des Ausgleichsschuldners in einem früheren Konkursverfahren durch seine Gläubiger in nicht zu ferner Zeit vor Eröffnung des jetzt schwebenden Verfahrens — es dürften etwa zwei Jahre eine hier angemessene Zeit bilden — oder eines Vorschlags eines gerichtlichen Präventivakkordes in einem früheren gleichfalls nicht zu lange Zeit zurückliegenden früheren Ausgleichsverfahren sind geeignete Tatsachen, um die Vertrauenswürdigkeit des Schuldners zu erschüttern; hiergegen Klimmer a. a. O. 142.

3. Kallir a. a. O. 406. Unter Vertrauenswürdigkeit (§ 42 Abs. 2 Ziff. 1) wird man ganz allgemein ein redliches Verhalten gegenüber den Gläubigern sowohl vor wie während des Verfahrens zu verstehen haben. Unredliches Verhalten vor dem Verfahren liegt in der Verheimlichung oder Beiseiteschaffung von Vermögensgegenständen, Eingehung von Scheingeschäften, Verschwendung, leichtsinnigem Schuldenmachen, waghalsigen Geschäften, Begünstigung von Gläubigern usw. Als Beispiele der Vertrauensunwürdigkeit während des Verfahrens führt die VO. folgende an: Pflichtverletzungen in erheblichem Maße, Zuwiderhandeln gegen die Interessen der Gläubiger (§ 54 Ziff. 2, § 57 Abs. 1). Unter erheblichen Pflichtverletzungen wird man beispielsweise die Verletzung der Offenbarungspflicht zu verstehen haben. Der Schuldner hat nach § 3 Abs. 1 der Aufsichtsperson Einsicht in seine Geschäftsbücher und sonstigen Aufzeichnungen zu gewähren und Auskunft über den Stand seines Vermögens und über seine Geschäfte zu geben. Er hat den Mitgliedern des Gläubigerbeirats die Bücher und Schriften zur Einsicht und die Kasse zur Untersuchung vorzulegen (§ 31 Satz 2). Handelt er diesen Pflichten in erheblichem Maße zuwider, so erschwert er die für die Beurteilung des Vergleichsvorschlags notwendige Übersicht und zeigt sich als vertrauensunwürdig. Den Interessen der Gläubiger handelt der Schuldner zuwider, wenn er z. B. durch gewagte Geschäfte die Sicherheit des vorhandenen Vermögensbestandes gefährdet. Auch dann ist er ver-

trauensunwürdig. Diese Vertrauensunwürdigkeit kann in jedem Abschnitte zu einer Beendigung des Vergleichsverfahrens führen.

4. Jäger, JW. 17 437. Soll die Entlastung der Aufsichtsbehörde den Gläubigern zum Heile gereichen, dann muß sonst ein Unparteiischer die Vorarbeiten leiten. Dazu ist ihrer ganzen Stellung nach die Aufsichtsperson berufen. Eine gewissenhafte Aufsichtsperson muß daher von vornherein darauf bedacht sein, daß unwahre Angaben und Sonderbegünstigungen unterbleiben. Übrigens bedeutet die Zustimmung zur Eröffnung des Vergleichsverfahrens auf Grund eines bestimmten Vorschlags noch keineswegs eine bindende Zusage seiner Annahme. Im Vergleichstermin haben die vielleicht nun erst über die wahre Sachlage aufgeklärten Gläubiger völlig freie Hand. Nur gilt eine schriftliche Annahmeankündigung und gleich einer solchen auch die schriftliche Zustimmung zum Vergleichsverfahren über einen bestimmten Vorschlag, wenn ein Widerruf nicht spätestens im Vergleichstermin erfolgt, als Annahme des Antrags (§ 51, vgl. § 80 Abs. 2).

§ 43.

Stimmrecht der bestrittenen usw. Forderungen.

Klimmer a. a. O. 144. Offenbar unbegründet ist das Bestreiten einer Forderung, wenn der Gläubiger z. B. Urkunden usw. vorweist, aus denen ohne weiteres die Hinfälligkeit des Bestreitens ersichtlich ist oder wenn der Schuldner grundlos Verjährung behauptet. Nachforschungen, z. B. nach § 16 VO., darüber, ob das Bestreiten begründet ist oder nicht, sollen nach § 43 nicht angestellt werden; a. M. im letzten Punkte Cahn a. a. O. 246.

§ 46.

Der Vergleichstermin.

Jäger, JW. 17 436. Rechtlich statthaft ist die Vertretung des Schuldners durch einen von ihm (bei Prozeßunfähigkeit durch seinen gesetzlichen Vertreter) bestellten Bevollmächtigten. Wie im Konkurse sind Fälle denkbar, in denen das persönliche Erscheinen des Schuldners für das Zustandekommen des Vergleichs minder förderlich ist als dessen Vertretung (vgl. Motive der KO. 412). Hält das Aufsichtsgericht nach pflichtmäßigem Ermessen die persönliche Anwesenheit des Schuldners für erforderlich, dann hat es auf ihr zu bestehen (§ 16).

§ 47.

Stimmrechts-Erörterungen.

1. Jäger, JW. 17 440. Da im Aufsichts- und Vergleichsverfahren keine Anmeldungen stattfinden, ist die Umrechnung und Schätzung nach § 69 KO. und die Kapitalisierung nach § 70 KO. (36 AufsVO.) anders als im Konkursverfahren zunächst Aufgabe des Schuldners, der das Gläubigerverzeichnis für die besonderen Zwecke des Vergleichsverfahrens aufnimmt (§ 41 Abs. 1 Nr. 3). Dem Gläubiger bleibt es überlassen, eine unrichtige Einstellung des Betrags seiner Forderung zu beanstanden. Wird keine Einigung erzielt, dann zählt die Forderung zu den „bestrittenen" (§§ 43, 47 Abs. 2, 48 Abs. 2 Satz 2). Ebenso wäre es Sache des Gläubigers, sich zu wehren, wenn der Schuldner, der neben einem anderen (z. B. einem Gesamtschuldner oder Selbstschuldnerbürgen) dem Gläubiger auf das Ganze haftet, entgegen dem § 68 KO. (§ 36 AufsVO.) nicht den vollen bei Eröffnung des Vergleichsverfahrens noch ausstehenden Forderungsbetrag als Schuldsumme in das Verzeichnis eingestellt, oder wenn er bloß betagte oder auflösend bedingte Forderungen den §§ 65, 66 KO. (§ 36 AufsVO.) zuwider nicht wie fällige oder unbedingte in ganzer Höhe berücksichtigt hätte.

2. Jäger, JW. 17 439. Widersprüche der Beteiligten und ihrer Vertreter erfolgen mündlich, und können auch in Fällen unabwendbarer Terminsversäumung nicht nachgeholt werden, weder vom Schuldner selbst (anders § 165 KO.), noch von den übrigen

Widerspruchsberechtigten. Wohl aber kann ein im Termin erklärter Widerspruch späterhin durch Einreichung eines Schriftsatzes bei Gericht oder durch Protokollerklärung zurückgenommen werden, worauf das Gläubigerverzeichnis nachtragsweise zu berichtigen ist (vgl. § 61).

3. Jäger, JW. 17 440. Die Entscheidung aus § 47 Abs. 2 ist nach der Regel des § 19 unanfechtbar (vgl. § 95 Abs. 3 KO.), aber nicht gerade unabänderlich (vgl. § 95 Abs. 1 Satz 4 KO.). Würde etwa der Gläubiger nach einer Vertagung (§ 52) den zweifelsfreien Nachweis seiner Forderung erbringen, so hätte es keinen Sinn, die Erwirkung eines abändernden Bescheides auszuschließen.

4. Jäger, JW. 17 440. Was im § 47 Abs. 3 für den mutmaßlichen Ausfall gesagt ist, gilt auch für einen bestrittenen Ausfall.

5. Jäger, JW. 17 440. Nicht als bloßer Ausfallgläubiger, sondern zum Vollbetrage seiner Forderung ist stimmberechtigt, wer durch persönliche Mitverpflichtung eines Dritten (z. B. eines Wechselregreßschuldners oder Bürgen) gedeckt ist, mag auch die Güte des Garanten jeden Ausfall ausschließen. Das folgt mit Sicherheit daraus, daß der § 36 den Grundsatz der Doppelhaftung aus § 68 KO. übernommen hat. Eine vom Aufsichtsschuldner selbst erfüllungshalber (z. B. für eine Kaufpreis- oder Darlehnsschuld) eingegangene Wechselverpflichtung bedeutet keine Verdoppelung seiner Zahlungspflicht: der Gläubiger hat nur eine Stimme.

6. Kallir a. a. O. 374. Wie Forderungen unter einer aufschiebenden Bedingung in der Geschäftsaufsicht zu behandeln sind, ist nicht ausdrücklich bestimmt. Sollen die Gläubiger aus den vorhandenen Mitteln befriedigt werden, so wird nach § 5 unter entsprechender Anwendung von § 67 KO. der auf sie entfallende Betrag zurückgelegt werden müssen, da § 67 KO. den bedingt berechtigten Gläubigern einen Sicherungsanspruch gibt. Für das Vergleichsverfahren ist zwar im § 36 die entsprechende Anwendung von § 67 KO. ausdrücklich ausgeschlossen, aber die Gläubiger aufschiebend bedingter Forderungen haben Stimmrecht, das vom Gerichte festzustellen ist, wenn es bestritten, von Bedeutung für die Abstimmung und eine Einigung nicht zu erzielen ist (§ 47 Abs. 3), und weiter bestimmt § 48 Abs. 2, daß auch der Anteil für aufschiebend bedingte Forderungen sicherzustellen ist, wenn sie nicht etwa wegen zu entfernter Möglichkeit des Eintritts der Bedingung keinen gegenwärtigen Vermögenswert haben. Nur bei Entscheidung der Frage, ob die zur Eröffnung des Verfahrens erforderlichen Zustimmungserklärungen vorliegen, sind die Gläubiger aufschiebend bedingter Forderungen nicht mitzuzählen (§ 43), weil sich in diesem Zeitpunkt ihr Stimmrecht noch nicht wird übersehen lassen. Unter den aufschiebend bedingten Forderungen bilden die Rückgriffsansprüche der Mitschuldner und Bürgen des Schuldners gegen diesen die wichtigsten und häufigsten Fälle. Für den Konkurs steht es nun seit der Entscheidung des RG. 14, 172 als herrschende Ansicht fest, daß neben dem Gläubiger, der im Konkurse des Hauptschuldners die Konkurs- oder Zwangsvergleichsdividende erhält, die Mitschuldner oder Bürgen des Gemeinschuldners Rückgriffsansprüche nicht geltend machen können. Dieser aus dem Wesen des Konkurses und des Zwangsvergleichs abgeleitete Rechtssatz wird bei der Wesensähnlichkeit des konkursabwendenden Zwangsvergleichs entsprechende Anwendung finden müssen.

7. Jäger, JW. 17 441. Dem Anerkennungsvermerk fehlt mangels einer entsprechenden Vorschrift die Rechtskraftwirkung. Er wirkt wie ein Prozeßvergleich (§ 794 Nr. 1 ZPO.) lediglich Vollstreckbarkeit, und auch diese, nur in Verbindung mit dem Zwangsvergleich. Der Unterschied hat erhebliche Bedeutung. Vor allem entfällt gegenüber dem Anerkennungsvermerk die unlösbar mit der Rechtskraft des Urteils verknüpfte Beschränkung der Einwendungen gegenüber dem anerkannten Anspruch (§ 767 Abs. 2 ZPO.). Auch ist mangels der Urteilskraft kein Raum für Nichtigkeits- oder Restitutionsklagen (§§ 578 ff. ZPO.). Feststellungsklagen (besonders negative des Schuldners finden unter den allgemeinen Voraussetzungen des § 256 ZPO. statt. Auch in dem Punkte endlich besteht ein bemerkenswerter Gegensatz zum Konkurse, daß den Vorrechtsgläubigern, da sie nicht zu den am Vergleichsverfahren „beteiligten" Gläubigern zählen (§§ 13 Abs. 1

Nr. 5, 33 Abs. 2), der einfache und billige Weg einer Titelerlangung durch Anerkennungsvermerk verschlossen ist.

8. Cahn a. a. O. 255. Wird der Zwangsvergleich rechtskräftig bestätigt, so findet aus ihm gemäß § 61, in Verbindung mit einem Auszuge etwa aus dem Gläubigerverzeichnis oder seinen Nachträgen wegen der in denselben als anerkannt vorgemerkten Forderungen gegen den Schuldner und seine Garanten die Zwangsvollstreckung unter Anwendung der §§ 724—793 ZPO. und 164, 3 KO. statt. Mit anderen Worten: durch die rechtskräftige Bestätigung wird der Anerkennungsvermerk des § 47 zu einem rechtskräftigen Titel bereift. (RG. 55 160; JW. 11 118). Vollstreckungsklage gemäß § 767 ZPO. ist gleichwohl, wie gegenüber einem Urteile, zulässig (RG. 21 331; 57 271; 85 54; 75 188). Auch für spätere Rechtsstreite schafft der Anerkennungsvermerk eine unverrückbare Grundlage (RG. 55 60; 75 158). Er wirkt gegen den Schuldner, falls er keinen Widerspruch erhoben haben, für die Zeit nach dem Geschäftsaufsichtsverfahren (GruchotsBeitr. 27 1129; RG. 35 80; JW. 95 329; 97 110). Behauptet wurde, daß ein derartiger Vermerk gegen den durch die Anerkennung an sich geschützten Gläubiger selbst in der Art wirkt, daß er hinterher ein Vorrecht nicht geltend machen könne (RG. 20 413; a. M. Jäger, KO. § 145 Anm. 9). Diese Auffassung erscheint nicht begründet, wie ja auch die Meinung vorwiegt, daß der Gläubiger seine Forderung trotz des Anerkennungsvermerks noch erweitern könne (Gruchots Beitr. 42 1127; JW. 98 417). Eine Wiederaufnahme ist, wie beim Urteile, auch gegenüber dem Anerkennungsvermerk möglich (§§ 578ff. ZPO.; KO., Motive II 364; RG. 37 386; 57 271). Auch die Restitutionsklage des § 580, 7 ZPO. ist zulässig (RG. 37 386).

9. Klimmer a. a. O. 153. Aus § 41 Abs. 4 Satz 1 folgert Jäger (JW. 17 439), daß die Beurkundung des Verhandlungsergebnisses dem Gerichtsschreiber obliegt und daß das Verhandlungsergebnis (das im Gläubigerverzeichnis vermerkt wird) nur vom Gerichtsschreiber unterzeichnet wird (anders § 145 KO.). Wenn das Gläubigerverzeichnis nebst dem darin vorgetragenen Verhandlungsergebnis als Bestandteil des Protokolls erklärt wird (was regelmäßig zu geschehen hat), so genügt es, wenn nur das Protokoll vom Richter und Gerichtsschreiber unterzeichnet wird (§ 14 VO., §§ 159ff. ZPO.); das Verhandlungsergebnis braucht dann nicht vom Gerichtsschreiber unterzeichnet zu sein; es ist aber zu empfehlen, daß er es tut; ebenso der Richter. Das Protokoll, also auch das Verhandlungsergebnis, ist den Beteiligten vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen (§§ 162, 163 ZPO.).

§ 48.

Sicherheitsleistung.

1. Kallir a. a. O. 381. Der Fall des § 48 Abs. 1 wird namentlich dann gegeben sein, wenn die Vergleichsrate in Teilen gezahlt werden soll und der Schuldner hofft, durch den Weitervertrieb seines Geschäfts sich die Mittel zur Deckung der künftigen Raten zu beschaffen, oder wenn ein Vergleichsbürge für die künftigen Raten gestellt wird, der sich über seine Zahlungsfähigkeit ausweist, oder wenn Verwandtenforderungen zurücktreten. Die Glaubhaftmachung hat nach § 294 ZPO. zu erfolgen. Eine gutachtliche Äußerung der Aufsichtsperson, des Gläubigerbeirats, eine Darlegung des Vergleichsbürgen, eine beglaubigte Rücktrittserklärung der Verwandten wird zumeist ausreichen.

2. Klimmer a. a. O. 155. Die Sicherstellung kann erfolgen durch Hinterlegung, Pfand, Bürgschaft. Die Sicherstellung kann erst bei Vergleichsfälligkeit, nicht vorher verlangt werden, da, wie Jäger (JW. 17 439) hervorhebt, sonst bedingte Forderungen besser fahren würden als unbedingte. Ob die Bedingung auf Rechtsgeschäft oder Gesetz beruht, ist gleich.

3. Bovensiepen a. a. O. 116. Kommt der Ausgleichsschuldner der Anordnung auf Sicherstellung nicht nach, so ist der Vergleich nach § 52 Nr. 2 zu verwerfen, denn man wird einen solchen Ungehorsam doch wohl als eine erhebliche Pflichtverletzung des Schuldners bezeichnen müssen.

§ 50.

Der Eid des Schuldners.

1. Cahn a. a. O. 263. Trotzdem der Wortlaut des Eides sich mit demjenigen des § 807 ZPO. deckt, hat er alles mögliche Besondere an sich. In der Tat befreit auch die Leistung dieses Eides im Zwangsvergleichsverfahren nicht von der Leistung des Offenbarungseides im Zwangsvollstreckungsverfahren (KGBl. 13 60; LLG. 1 245).

Im Zwangsvollstreckungsverfahren beschwört der Schuldner nach erfolgloser Pfändung auf Antrag des Gläubigers sein Unvermögen. Beim konkurslosen Zwangsvergleich beschwört der Schuldner nach gerichtlichem Ermessen weniger sein Unvermögen, als den Stand seiner Aktiven und die Nichtverschweigung von Gläubigern. Mit anderen Worten: der Endzweck beider Eide ist ganz verschieden. Dort ist er eine Art Vollstreckungsakt (Kohler, Lehrbuch 395); hier ist er eine Auskunfts- und Zwangsmittel. Dort muß der Bestand der Forderung des ladenden Gläubigers und die nicht gelungene Vollstreckung dargetan werden, hier geht grundsätzlich keinerlei Vollstreckung voraus. Die Voraussetzung der Eidespflicht des § 50 ist das Zwangsvergleichsbegehren des beaufsichtigten Schuldners. Schließlich begreift der Vergleichseid des § 50 auch die Schulden ein („seine Gläubiger"), so daß — im Gegensatz zum gewöhnlichen Offenbarungseid — eine unrichtige Angabe der Gläubiger im Vergleichseid Meineidsstrafe zur Folge hat (Werner, LeipzZ. 17 238).

2. Jäger, JW. 17 441. Der Eid ist inhaltlich auf die Zeit seiner Leistung abzustellen und als Prozeßhandlung (§ 14) bei Prozeßunfähigkeit des Schuldners von dem zu schwören, der zu dieser Zeit die gesetzliche Vertretungsmacht in Vermögensangelegenheiten hat (vgl. LeipzZ. 14 1651 ff.). Mehrere gesetzliche Vertreter und mehrere Träger der Schuldnerrolle unterliegen samt und sonders der Eidespflicht. So z. B. alle Miterben im Vergleichsverfahren der Nachlaßaufsicht (§ 73 Abs. 4).

3. Klimmer a. a. O. 158. § 50 sieht vor, daß der Eid im Vergleichstermin geleistet wird, er kann aber schon vor dem Termin angeordnet werden. In diesem Falle ist die Anordnung zuzustellen (§ 17 VO.); die Gläubiger werden zu benachrichtigen sein. Wird die Eidesleistung im Termin angeordnet, so wird sie verkündet. Der Eid kann außer im Vergleichstermin auch in einem späteren Termine oder vor einem ersuchten Richter geleistet werden (§ 479 ZPO., § 14 VO., Jäger, JW. 17 441). Die Verhandlung nach § 46 VO. kann sich auch auf den Eid und die Eidesleistung erstrecken; ebenso Zweigert a. a. O. 88.

§ 51.

Zustimmung zum Vergleichsvorschlag.

1. Jäger, JW. 17 437. Der § 51 Abs. 1 darf nicht etwa mittels eines Gegenschlusses aus Abs. 2 dahin gedeutet werden, daß die schriftliche Zustimmung zum Vorschlag selbst (im Unterschied von der bloßen Zustimmung zur Eröffnung des Vergleichsverfahrens über einen Vorschlag) unwiderruflich wäre. Das würde mit dem Zweck der Terminsverhandlung unvereinbar sein. Die Form einer Zustimmung im Sinne des § 51 Abs. 1 ist schriftliche Einreichung beim Aufsichtsgericht oder mündliche Anbringung zu Protokoll des Gerichtsschreibers („gegenüber dem Gericht"). Auf gleiche Art erfolgt der Widerruf. Nach dem Vergleichstermin selbst kann der Gläubiger, wenn er sich etwa vor der Abstimmung entfernen will, durch Protokollerklärung oder Überreichung eines schriftlichen Widerspruchs seine Zustimmung zurücknehmen. Erst mit der Annahme des Vergleichs entfällt die Möglichkeit des Widerrufs. Eine Wiedereinsetzung nach unabwendbarer Terminsversäumung gibt es nicht. Darin liegt die Gefahr schriftlicher Zustimmung.

2. Kallir a. a. O. 384. Da der Schuldner mit dem Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens die schriftlichen Erklärungen der zum Abschlusse des Vergleichs nach Zahl und Forderungssumme erforderliche Mehrheit von Gläubigern, daß sie der Eröffnung des Vergleichsverfahrens auf der Grundlage des Vorschlags des Schuldners

zustimmen, beizubringen hat, so sind die erforderlichen Mehrheiten von vornherein gesichert, wenn die betreffenden Gläubiger im Termine nicht erscheinen, oder ihre Erklärungen widerrufen. Allerdings muß hierbei vorausgesetzt werden, daß der im Termine zur Abstimmung gelangende Vergleichsvorschlag mit demjenigen übereinstimmt, auf Grund dessen das Vergleichsverfahren eingeleitet worden ist. Erhält der Vergleichsvorschlag etwa im Termine sachliche Abänderungen, so können weder die bei Einleitung des Vergleichsverfahrens noch die im Laufe des Verfahrens von Gläubigern eingegangenen Zustimmungserklärungen als solche zu dem abgeänderten Vorschlage gelten. Ebenso werden die schriftlichen Zustimmungserklärungen hinfällig, wenn der Termin zwecks Änderung des Vergleichsvorschlags vertagt und der Vorschlag geändert wird.

§ 52.

Vertagung.

1. Änderung des Vergleichsvorschlags.

Zweigert a. a. O. 89. Die Änderung des Vergleichsvorschlags steht dem Schuldner frei, solange der Vorschlag noch nicht angenommen ist. Ist der neue Vorschlag unzweifelhaft günstiger für die Gläubiger, so kann er in demselben Termine erledigt werden. Die schriftlichen Zustimmungserklärungen der ausgebliebenen Gläubiger zu dem ungünstigeren Vorschlag enthalten im Zweifel auch die Zustimmung zu einer Verbesserung. Ist der neue Vorschlag ungünstiger oder inhaltlich so abweichend, daß die Zustimmung der Ausgebliebenen nicht unterstellt werden kann, so kann er nur in einem neuen Vergleichstermin zur Erörterung gestellt werden. Voraussetzung der Vertagung ist, daß sie vom Gericht oder der Gläubigermehrheit für erforderlich gehalten wird; fehlt es hieran, so ist die Änderung als Zurücknahme zu behandeln und das Vergleichsverfahren einzustellen (§ 56). Für den neuen Termin gelten die gleichen Vorschriften wie für den ersten. Der Vertagungsbeschluß ist allen Gläubigern zuzustellen; den beteiligten Gläubigern ist der neue Vergleichsvorschlag mitzuteilen (§ 44 Abs. 2). Die erforderlichen Zustimmungserklärungen (§§ 37 bis 40) zu dem geänderten Vorschlage bis zum neuen Termin zu beschaffen, ist Sache des Schuldners, dem hierbei, ebenso wie im Falle des § 41 Abs. 1 Nr. 2 (vgl. § 41 Anm. 3), die Unterstützung und Mitwirkung der Aufsichtsperson zugute kommt.

2. Besondere Gründe.

a) Cahn a. a. O. 267. Der Schuldner, die Aufsichtsperson, der gesetzliche Vertreter (Gewalthaber, Vormund, Vorstand, Geschäftsführer, Liquidator) oder Bevollmächtigte des Schuldners, ein maßgebendes Mitglied des Gläubigerbeirats, ein größerer Gläubiger, der Konkursrichter, können erkrankt oder gestorben sein, irgendein Fall der höheren Gewalt kann sich ereignen, ein politischer Feiertag kann angesetzt werden. Einer der oben erwähnten Interessenten kann den Zug versäumt haben. Die Vorlage einer wesentlichen Urkunde kann vorübergehend unmöglich geworden sein. Im letzten Augenblick kann eine Änderung der Gesinnung eines Gläubigers oder der Gläubigermehrheit telegraphisch durch den Schuldner herbeigeführt, aber förmlich noch nicht (mündlich oder schriftlich im Vollmachtswege) bekundbar geworden sein. Dies alles sind besondere Gründe einer Vertagung, die, wenn auch ein dritter Termin sicherlich unerwünscht ist, prinzipiell wiederholt in Erscheinung treten können.

b) Bovensiepen a. a. O. 119. Es ist z. B. durch den demnächstigen Erlaß eines Urteils in einem den Ausgleichsschuldner berührenden Rechtsstreite oder durch bedeutende Preissteigerungen oder das Preissinken hinsichtlich größerer Warenmengen, die im Eigentume des Schuldners stehen, eine erhebliche Änderung der ganzen wirtschaftlichen Lage des Ausgleichsschuldners zu erwarten.

3. Zeitpunkt der Vertagung.

Bovensiepen a. a. O. 119. Die Vertagung braucht nicht gerade im Termine selber zu erfolgen, sie kann auch bereits vorher, dann natürlich auf Anordnung des Gerichts

— nicht der Gläubiger, denn nur die erschienenen Gläubiger können die Vertagung verlangen — vor sich gehen.

§ 53.

Die Bestätigung.

1. Klimmer a. a. O. 162. Wird der Bestätigungsbeschluß nicht im Vergleichstermin erlassen, so ist in diesem Termin ein neuer Termin zu verkünden, in dem die nach § 53 Beteiligten anzuhören sind und die Entscheidung zu treffen ist. Hat das Gericht alle Beteiligten, deren Anhörung vorgeschrieben ist, im Vergleichstermin gehört, will es aber die Entscheidung später treffen, so braucht es in dem neuen Termine die Beteiligten nicht noch einmal zu hören. Wird ein neuer Termin verkündet, so brauchen die Beteiligten nicht geladen zu werden (§ 218 ZPO., § 14 VO.). War im Vergleichstermin der Gläubigerbeirat nicht zugezogen, so ist er in den neuen Termin zu laden. Daß die Beteiligten im Termin gehört werden müssen, schließt nicht aus, daß sie vorher schriftlich oder zu Protokoll Erklärungen abgeben; diese sind bei der Anhörung zu erörtern.

2. Klimmer a. a. O. 162. Der Bestätigungsbeschluß ist stets zu verkünden, also nicht zuzustellen (§ 59 Abs. 1 VO.). Mit seiner Rechtskraft endet die Geschäftsaufsicht (§ 69 VO.). — Die Bestätigung ist auch dann erforderlich, wenn der Vergleich einstimmig angenommen ist. Über die Wirkung der Bestätigung vgl. §§ 60, 64, 65 VO.. Die Bestätigung wird nicht öffentlich bekannt gemacht (§ 18 VO.).

§ 54.

Die Verwerfung des Vergleichs.

Inhaltsübersicht.

I. Die Nichtbeobachtung wesentlicher Vorschriften V 112.
II. Erhebliche Pflichtverletzung der Schuldner V 113.
III. Verworrenheit der Vermögenslage V 113.
IV. Unlauteres Zustandebringen des Vergleichs V 113.
V. Der dem gemeinsamen Gläubigerinteresse widersprechende Vergleich V 113.

I. Die Nichtbeobachtung wesentlicher Vorschriften des Verfahrens und Vergleichs.

1. Cahn a. a. O. 269. Fraglich ist, ob Gläubiger nachträglich zustimmen und so die Mehrheiten zugunsten des Schuldners ändern können. Freilich betrifft dies nicht die Verfahrens- und Vergleichsabschlußvorschriften im engeren Sinne. Denn mit dem § 54 Nr. 1 ist der Grundsatz, nicht aber die konkret ungenügende Beteiligung, gemeint. Immerhin entspricht die Zulassung späteren Beitritts von Gläubigern dem nicht formalistischen Standpunkte. Wird der Beitritt zugelassen und damit die Mehrheit erreicht, so kann wiederum dem Verfahrensmangel abgeholfen sein.

2. Klimmer a. a. O. 163. Wie steht es dann, wenn sich nach Abschluß des Verfahrens, jedoch vor Bestätigung oder Verwerfung herausstellt, daß bei Festsetzung der Mehrheiten Fehler unterlaufen sind? Beeinflussen die Fehler das Hauptergebnis (Annahme des Vergleichs) nicht, so kann der Vergleich bestätigt werden. Es wird sich aber empfehlen, mit den Beteiligten zuerst noch einmal zu verhandeln (§ 53). Würde der Vergleich, wenn die Fehler nicht vorgekommen wären, als abgelehnt zu gelten haben, so fragt es sich, ob das Verfahren sofort nach § 57 Abs. 2 VO. eingestellt werden muß oder nicht (vgl. hierzu § 57). Eine Nachholung der Abstimmung ist jedenfalls unzulässig. (Vgl. auch § 182 Abs. 2 KO.) — Waren Gläubiger infolge Verstoßes gegen § 44 Abs. 2 VO. nicht zum Vergleichstermin geladen, so kann das nach der Abstimmung nicht nachgeholt werden. Hätte ihre ablehnende Stimme aber das Endergebnis (Annahme des Vergleichs) nicht beeinflußt, so will Bovensiepen (Anm. 2 zu § 54) die Bestätigung des Vergleichs trotzdem zulassen. Da es sich um Verletzung einer wesentlichen Verfahrensvorschrift handelt, die nicht mehr nachgeholt werden kann, weil schon abgestimmt ist, so ist das bedenklich.

II. Erhebliche Pflichtverletzung des Schuldners.

Cahn a. a. O. 269. Der Verwerfungsgrund der Nr. 2 muß sich logischerweise erst nach Zulassung des Antrages im Sinne des § 44 eingestellt haben; anderenfalls müßte ja schon der Antrag gemäß § 42 Nr. 1 oder 2 zurückgewiesen worden sein. Entweder müssen also Verfehlungen vorliegen, die sich erst im Vergleichstermine herausgestellt oder die sich durch das Gebaren des Schuldners im Vergleichstermine selbst entwickelt haben.

III. Verworrenheit der Vermögenslage.

Bovensiepen a. a. O. 121. Auch die Notwendigkeit, erst durch einen kaufmännischen Bücherrevisor die Geschäftsbücher des Schuldners einer eingehenden Nachprüfung zu unterwerfen, wird u. U. schon hierher gehören. Der Tatbestand wird aber namentlich dann erfüllt sein, wenn der Schuldner ordnungsmäßige Geschäftsbücher nicht geführt hat und die vorhandenen Urkunden und Nachweise in Verbindung mit den im Verfahren getroffenen Feststellungen ein klares Bild nicht gewähren oder wenn hinsichtlich des mutmaßlichen Ausfalls absonderungsberechtigter Gläubiger in erheblichem Umfange Streit besteht, ohne daß dieser sich alsbald entscheiden läßt.

IV. Unlauteres Zustandebringen des Vergleichs.

1. Cahn a. a. O. 267. Die unlautere Weise ist der Oberbegriff, die Begünstigung eines Gläubigers nur der Unterbegriff. Die Begünstigung eines Gläubigers, welche also eine der Arten des unlauteren Zustandebringens des Zwangsvergleichs darstellt, muß mit der Perfektion desselben im Zusammenhang stehen. Der Schuldner muß weiter den Willen gehabt haben, durch das unlautere Verhalten die Wirkung des Vergleichs hervorzurufen (a. M. Jäger, KO. § 188 Anm. 5 S. 351). Zweifellos muß aber der Gläubiger den Willen haben, die Bevorzugung zu erhalten. Der Vorsatz ergreift also die ursächliche Beziehung zwischen dem unlauteren Verhalten und der Bevorzugung (RG. 41 42). Beispiele der Begünstigung sind der Ankauf gläubigerischer Ansprüche zu einem die Dividende des Zwangsvergleiches übersteigenden Betrage, die Teilung der Ansprüche zur künstlichen Erzielung der Kopfmajorität, der Stimmenkauf, der nach § 77 zudem strafbar ist.

V. Der dem gemeinsamen Gläubigerinteresse widersprechende Vergleich.

1. Klarner a. a. O. 55. Hier handelt es sich u. a. darum, daß sich die vorhandenen Werte (Grundstücke, Maschinen und Einrichtungen, Warenlager usw.) voraussichtlich in Kürze zu wesentlich höheren Preisen verwerten lassen, als wie sie in die Vermögensübersicht eingestellt sind und deshalb das Bestehenbleiben der Geschäftsaufsicht den Gläubigern mehr Vorteil verspricht.

Auch die in Aussicht stehende erfolgreiche Ausnützung von Rechten, Lizenzen, Patenten usw. kann einen Grund dafür bilden, daß zurzeit ein Zwangsvergleich nicht im Interesse der Gläubiger liegt.

Schließlich kann auch der Konkurs — zwecks Ausübung von Anfechtungsrechten — im Interesse der Gläubiger liegen. Hierbei ist zu beachten, daß es zu dieser Ablehnung des Zwangsvergleichsvorschlages keines Antrags eines Gläubigers bedarf, sondern das Gericht von Amts wegen zu entscheiden hat.

2. Cahn a. a. O. 272. Der § 54 Nr. 5 findet auch Anwendung, wenn die Vergleichsquote zu dem aus der Geschäftsaufsichtsmasse bei einigem Zuwarten zu erhoffenden Ergebnis in einem wesentlichen Mißverhältnis steht.

§ 55.

Vergleiche unter 20 v. H.

1. Jäger, JW. 17 443. Vergleiche unter 20 v. H. müssen verworfen werden, wenn das Minderergebnis auf Unredlichkeit, und sie können verworfen werden, wenn es nur auf Leichtsinn des Schuldners beruht. Der Unterschied ist schwer faßbar und das

ist noch ein Glück. Denn es kann etwa ein Vergleich zu 18 v. H. nach Lage der Dinge überaus vorteilhaft für die Gläubiger sein. Ihn zu verwerfen, weil der Schuldner hätte mehr bieten können, wenn er redlicher oder achtsamer gewirtschaftet hätte, wäre die reine Unvernunft. Das Wohl der Gläubiger muß den Ausschlag geben. Was aber ihrem Besten dient, läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Daher wird ein verständiger Richter das Schwergewicht auf den zweiten Satz des § 55 (wie des § 187 KO.) legen und keinen Vergleich unter 20 v. H. verwerfen, wenn ihn das gemeinsame Interesse der beteiligten Gläubiger offensichtlich fordert.

2. Levy a. a. O. 114. Unredlich ist das Verhalten des Schuldners, wenn es in böswilliger Weise und aus Eigennutz auf Schädigung der Gläubiger gerichtet ist. Unredliches Verhalten verletzt nicht nur die Grundsätze von Anstand und von Treu und Glauben, sondern auch die zum Schutze fremden Eigentums erlassenen gesetzlichen Vorschriften des Privat- und Strafrechts. Das geringe Ergebnis muß seine Ursache in dem unredlichen Verhalten des Schuldners haben. Es muß feststehen, daß die Gläubiger mehr als 20 v. H. erhalten hätten, wenn der Schuldner nicht durch unredliches Verhalten sein Vermögen vermindert hätte. Unredlich hat der Schuldner gehandelt, z. B. wenn er Vermögensstücke verheimlicht oder beiseite gebracht, Schulden erdichtet oder Rechtsgeschäfte verheimlicht hat.

3. Klimmer a. a. O. 167. Sind mehrere Personen Träger der Schuldnerrolle z. B. mehrere Erben, mehrere Gesellschafter, so genügt das unredliche oder leichtsinnige Verhalten einer Person zur Anwendung des § 55; ebenso wenn der Schuldner mehrere gesetzliche Vertreter hat. Vgl. auch Anm. 1 zu § 59.

§ 56.

Einstellung wegen Antragszurücknahme.

Weinberg a. a. O. 88. Die Rücknahme des Vergleichsvorschlags wird regelmäßig die Aufhebung der Geschäftsaufsicht gemäß § 66 zur Folge haben, es sei denn, daß der Schuldner glaubhaft machen kann, daß er mit besserer Aussicht auf Erfolg einen neuen Vergleichsvorschlag stellen wird. An diese Glaubhaftmachung werden aber strengere Anforderungen zu stellen sein.

§ 58.

Entscheidung über Fortdauer der Geschäftsaufsicht.

Jäger, JW. 17 443. Die mit der Vergleichsverwerfung verbundene Aufsichtsaufhebung wird mit jener zu verkünden, die Notfrist daher einheitlich, auch für die Beschwerde gegen die Aufsichtsaufhebung, von der Verkündung zu berechnen sein. Eine Zustellung an den Schuldner erübrigt sich hier. Wenn nun lediglich die Vergleichsverwerfung durch einen Gläubiger angefochten und seiner Beschwerde rechtskräftig stattgegeben wird, muß auch die nichtangefochtene Aufsichtsaufhebung von Rechts wegen hinfällig werden.

§ 59.

Verkündung und Zustellung der Entscheidungen. — Rechtsmittel.

1. Klimmer a. a. O. 170. Die Aufsichtsperson hat kein Beschwerderecht. Sie wird aber nach § 2 Abs. 2 die Beschwerde für den Schuldner einlegen können, wenn dieser es nicht tut, obwohl es in seinem Interesse läge, z. B. wenn der Vergleich deshalb nicht zustande kam, weil einem Gläubiger unbegründet das Stimmrecht verweigert wurde.

2. Klimmer a. a. O. 171. Sowohl der Schuldner als die Gläubiger können gegen die Bestätigung und gegen die Verwerfung sich beschweren. Der Schuldner kann zwar den Vorschlag zurücknehmen; die Zurücknahme kann aber z. B. vom Gericht übersehen und der Vergleich kann bestätigt werden. In diesem Falle hat der Schuldner die Beschwerde. (Vgl. Jäger, JW. 17 443 Nr. 51.) Ebenso können Gläubiger durch die Verwerfung beschwert sein, nicht bloß durch die Bestätigung. (A. M. Bovensiepen,

Anm. 2 zu § 59: der Schuldner habe nur gegen die Verwerfung, der Gläubiger nur gegen die Bestätigung die Beschwerde.) Ist mit dem Verwerfungsbeschluß zugleich ein Aufhebungsbeschluß nach § 66ff. VO. verbunden, so hat hinsichtlich der Aufhebung nur der Schuldner ein Beschwerderecht (§ 68 VO.). Hier läuft die Frist von der Verkündung an (der Aufhebungsbeschluß ist, wenn er allein ergeht, zuzustellen). Beschwert sich gegen einen Verwerfungsbeschluß, der zugleich die Geschäftsaufsicht aufhebt, nur ein Gläubiger, und hat er in Ansehung des Verwerfungsbeschlusses Erfolg, so wird auch die Aufhebung des Aufsichtsverfahrens hinfällig. — Bei Verbindung von Einstellungs- und Aufhebungsbeschluß ist nach jeder Richtung nur der Schuldner beschwerdeberechtigt; die Beschwerde läuft von der Zustellung an (Jäger, JW. 17 444).

3. Jäger, JW. 17 443. Im Vergleichsverfahren einer offenen Handelsgesellschaft hat jeder einzelne Gesellschafter, im Vergleichsverfahren der Nachlaßaufsicht jeder einzelne Miterbe die Schuldnerbeschwerde. Das entspricht den §§ 72 Abs. 1 (mit § 211 Abs. 1 KO.), 73 Abs. 4 Satz 1. Gleiches gilt für die Beschwerde gegen den Einstellungsbeschluß (§ 59 Abs. 2 Satz 2).

§ 60.

Rechtsfolgen des Vergleichs.

1. Cahn a. a. O. 280. Der § 60 entspricht in diesem Betreff dem § 193 KO. Zunächst wirkt der Vergleich zugunsten aller in den schuldnerischen Verzeichnissen aufgeführten Gläubiger, gleichviel ob sie in dem Vergleichstermine anwesend oder vertreten waren, gleichviel ob sie für oder gegen den Vergleich gestimmt haben, gleichviel ob sie durch Nichtgewährung des Stimmrechtes für eine zum Stimmen berechtigende Forderung an dessen Ausübung behindert worden sind, gleichviel ob sie bekannt oder unbekannt waren oder sind, gleichviel ob sie selbst — z. B. wegen Verschollenheit — keine Kenntnis von dem Verfahren erhalten haben. Entscheidend ist somit die Aufführung der Gläubiger in den Verzeichnissen der §§ 20 und 41 Nr. 3. Der Vergleich wirkt aber auch gegen diese sämtlichen Gläubigerarten, falls sie in den schuldnerischen Verzeichnissen aufgeführt waren. Die in den Verzeichnissen des Schuldners (gemäß §§ 20 und 41 Nr. 3) nicht benannten Gläubiger büßen ihren vollen Anspruch auch nach Rechtskraft des Zwangsvergleichs nicht ein.

2. Klimmer a. a. O. 174. Die ursprüngliche Forderung ist nicht erloschen, wenn sie auch nicht klagbar ist; sie besteht als natürliche Verbindlichkeit weiter; zahlt der Gläubiger, so ist das für ihn keine Freigebigkeit (deshalb auch keine Schenkungsanfechtung nach § 32 KO., § 3 AnfG.) und für den Schuldner keine Bereicherung; der Gläubiger kann das Gezahlte nicht zurückfordern (vgl. auch § 814 BGB.); in einem neuen Konkurs kann die Forderung nur in der Höhe der Vergleichssumme geltend gemacht werden. Eine Folge des Fortbestehens der natürlichen Verbindlichkeit ist die Vorschrift des Abs. 2. Verspricht der Schuldner nach Abschluß des Zwangsvergleichs die Differenz zwischen ursprünglicher Forderung und Vergleichssumme nachzuzahlen, so ist das kein Schenkungsversprechen (§ 518 BGB.). Vor Abschluß des Vergleichs darf der Schuldner einem Gläubiger ein solches Versprechen nicht machen (§§ 34, 77 VO.). Er wird aber allen Gläubigern auch vor Abschluß des Zwangsvergleichs versprechen dürfen, daß er später bei Besserung der Verhältnisse die Differenz nachzahlt. Der Gläubiger kann Klage auf Feststellung (nach § 256 ZPO.) dieses unvollkommenen Schuldverhältnisses stellen (Jäger, Anm. 5 zu § 193 KO., Bovensiepen, Anm. 1 zu § 60 VO.). Mit der Restschuld kann aufgerechnet werden (§ 8 VO.).

3. Zweigert a. a. O. 98. Eine Wirkung des Vergleichs gegenüber dem verheimlichten Gläubiger tritt auch dann nicht ein, wenn dieser um das Verfahren gewußt hat; die Pflicht, sich bei dem Gericht zu melden, wird ihm durch die VO. nicht auferlegt. Hat er sich in betrügerischem Zusammenwirken mit dem Schuldner dem Verfahren entzogen, um demnächst seine Ansprüche ungehindert geltend zu machen, so kann jeder Gläubiger,

auch bevor die Geltendmachung erfolgt, den Vergleich nach § 64 Abs. 1 Nr. 1 anfechten. Das gleiche gilt, wenn der Schuldner einzelne Gläubiger arglistig verschwiegen hat, um sie im Verfahren nicht zu Worte kommen zu lassen. Außerdem ist, auch ohne daß arglistiges Verhalten vorzuliegen braucht, die Anfechtung nach § 64 Abs. 1 Nr. 2 zulässig, sobald der neu auftretende Gläubiger seinen Anspruch geltend macht und hierdurch die Rechte der durch den Vergleich betroffenen Gläubiger gefährdet.

4. Cahn a. a. O. 282. Die bevorrechtigten Forderungen der §§ 13 und 33 VO. werden vom Zwangsvergleiche nicht betroffen. Hat einer dieser Gläubiger eine schriftliche Erklärung abgegeben, daß er der Eröffnung des Vergleichsverfahrens auf der Grundlage des Vorschlages des Schuldners zustimme (§ 41 Nr. 2), und hat er sich an der Verhandlung sowie Abstimmung beteiligt (§§ 46 ff.), so liegt in dieser Erklärung und Beteiligung kein Verzicht auf sein Vorrecht, wenn es ihm zur Zeit der Erklärung, Verhandlung und Abstimmung unbekannt war. Hat ein bevorrechtigter Gläubiger vor dem Vergleichstermine auf sein Vorrecht verzichtet und an dem Vergleichsverfahren sich beteiligt, so ist der Vergleich gegen ihn wirksam. Insoweit ein absonderungsberechtigter Gläubiger auf abgesonderte Befriedigung verzichtet oder seinen Ausfall nach Befriedigung durch das Pfand im Vergleichsverfahren geltend gemacht hat, wirkt gegen ihn der rechtskräftig bestätigte Vergleich; aber nicht darüber hinaus. Der absonderungsberechtigte Gläubiger ist verpflichtet, zunächst sich aus dem Absonderungsrecht zu befriedigen und dann erst den Ausfall als persönliche Schuld geltend zu machen. Ein Gläubiger aber, der eine persönliche Forderung gegen den Zwangsvergleichsschuldner hat, kann zunächst die Vergleichsquote für seine volle Forderung beanspruchen und wegen des Restguthabens sich an das Pfand eines Dritten halten (RG., LeipzZ. 10, 308).

5. Cahn a. a. O. 283. Auch der Gläubiger, für den eine Hypothek und Vormerkung nach § 648 BGB. eingetragen ist, kann sich nicht auf § 60 Abs. 2 berufen, wenn er — trotz des Bewußtseins seines Vorrechtes — in der Zwangsvergleichsverhandlung nicht ausdrücklich seine Rechte aus der Hypothek und Vormerkung aufrechterhalten und sein Sonderrecht im Vergleiche keine Aufnahme gefunden hat (RG. 77, 403).

6. Jäger, JW. 17 508. Zwar fehlt eine dem § 53 KO. entsprechende Vorschrift, die ausdrücklich anerkennt, daß ein während der Geschäftsaufsicht zur Aufrechnung berechtigter Gläubiger dem Aufsichtsvergleichsverfahren ohne Gefahr fernbleiben darf; allein sie fehlt doch wohl nur deshalb, weil sie für selbstverständlich gilt. Denn die Aufrechnungsschranke des § 8, die sich erst in der zum Konkursabwendungsvergleich ausgestalteten Ordnung der Geschäftsaufsicht findet, dient vornehmlich den Zwecken dieses Zwangsvergleichs. Sie bestimmt, wie für den Konkursvergleich der § 55 KO., unter welchen Voraussetzungen eine nach allgemeinen Vorschriften begründete Aufrechenbarkeit einwandfrei genug ist, um auch in dem besonderen Falle der Vermögensunzulänglichkeit gegenüber konkurrierenden Gläubigern sich zu bewähren. Unmöglich kann zugegeben werden, daß ein Vergleichsgläubiger, dessen Gegenanspruch nach § 8 im Aufsichts- und darum im Vergleichsverfahren aufrechenbar ist, dem Vergleiche ganz ebenso unterworfen sei, wie ein Gläubiger mit nicht aufrechenbarem Gegenanspruch. Soweit die Deckung der im Vergleichsverfahren anerkannten Aufrechenbarkeit reicht, bleibt er vielmehr vom Zwangsvergleich unberührt.

7. Jäger, JW. 17 508. Auch andere als die in § 60 Abs. 2 VO. genannten Absonderungsrechte bleiben unberührt, wie z. B. das kaufmännische Zurückbehaltungsrecht (§ 13 Abs. 1 Nr. 4 AusführungsVO., § 49 Abs. 1 Nr. 4 KO.).

8. Jäger, JW. 17 508. Auch im Verhältnisse zu Drittbelasteten wäre ein Gegenschluß dahin, daß andere, als die im § 60 Abs. 2 genannten dinglichen Sicherungsrechte den Vergleichswirkungen ausgesetzt sein sollten, ganz verfehlt. Vielmehr bleibt z. B. die durch Sicherungsübereignung von einem Dritten bestellte Deckung ebenfalls vom Zwangsvergleich unberührt.

9. Jäger, JW. 17 508. Durch ein Absonderungsrecht gedeckte Vergleichsgläubiger und sonstige Ausfallgläubiger müssen ihr Recht auf Sonderdeckung, wenn sie es nicht

etwa aufgeben wollen, erst verwirklicht haben, ehe sie die Vergleichsrate als solche beanspruchen können, einerlei, ob und wie sie im Vergleichsverfahren abgestimmt haben. Denn nur in ihrer Eigenschaft als Vergleichsgläubiger haben sie die Vergleichsrate zu verlangen, Vergleichsgläubiger aber sind sie (vom Verzicht abgesehen) bloß zum Betrag ihres bei der Vorzugsbefriedigung tatsächlich erlittenen Ausfalls (§ 36 AusführVO. mit § 64 KO.). Wie sie die Vergleichsrate lediglich für den Ausfall erhalten würden, wenn die Sonderbefriedigung vor dem Zustandekommen des Vergleichs durchgeführt worden wäre, ganz so sind sie auf die Rate für den künftigen Ausfall beschränkt, wenn die Sonderbefriedigung dem Vergleichsabschlusse nachfolgt. Für unterschiedliche Behandlung fehlt jeder innere Grund. Einen Verzicht auf die abgesonderte Befriedigung kann der Gläubiger auch noch nach Beendigung der Geschäftsaufsicht mit dem Erfolg erklären, daß er nun die Vergleichsrate für die volle persönliche Forderung zu beanspruchen hat. Einem Ausfall oder Verzicht steht der ersatzlose Untergang des Absonderungsgegenstandes während oder nach der Geschäftsaufsicht in der Wirkung gleich, wie z. B. die Zerstörung der nichtversicherten Pfandsache durch Brand; fortab steht fest, daß der Gläubiger bloßer (nicht zugleich absonderungsberechtigter) Vergleichsgläubiger ist. Außer Anwendung bleibt der Grundsatz der Ausfallhaftung (§ 36 AusführVO. mit § 64 KO.), wenn Vermögen eines Dritten belastet ist oder der gedeckte persönliche Anspruch als solcher vom Vergleich unberührt bleibt (z. B. nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 oder 5). Alsdann steht es dem Gläubiger frei, erst die Rate für die volle persönliche Forderung zu erheben oder sich hinterher irgendwann wegen des Restanspruchs aus der Vorzugsdeckung zu befriedigen.

10. Cahn a. a. O. 283. Durch den Zwangsvergleich wird weder die persönliche, noch die sachliche Haftung Dritter berührt. Bürgen und Mitschuldner des geschäftsbeaufsichtigten Schuldners haften weiter (Abweichung von §§ 767 ff. BGB.; 423, 425 BGB.; RG. 42, 120; Bovensiepen 127). Würde Konkurs eröffnet werden, so müßten die Mitschuldner und Bürgen wohl für einen größeren Betrag aufkommen, als im Zwangsvergleichsfalle. Die Bestimmung bezieht sich auch auf den Schadlosbürgen. Grundsätzlich ist, trotz der Bestimmung des § 60 Abs. 2, denkbar, daß der einzelne Gläubiger auf seine Rechte gegen Mitschuldner und Bürgen des Schuldners Verzicht leistet. Die Bestimmung des Abs. 2 bezieht sich auch auf diejenigen Mitschuldner und Bürgen, die erst während des Zwangsvergleichsverfahrens für den Schuldner eingestanden sind.

11. Klimmer a. a. O. 175. Der Bürge und Mitschuldner kann sich auf den durch den Vergleich gewährten Erlaß nicht berufen. Sie haben gegen den Schuldner auch keine volle Regreßforderung, sondern nur Anspruch auf die Quote. Schuldet also der Schuldner dem A unter Mithaftung des B 1000 M. und gewährt der Vergleich 50 v. H., so kann A vom Schuldner nur 500 M., vom Bürgen aber 1000 M. verlangen. Zahlt der Bürge 1000 M., so kann er vom Schuldner als Ersatz nur 500 M. fordern. — Die Gläubiger, die vom Zwangsvergleich nicht betroffen werden, können natürlich gegen den Vergleichsbürgen keine Rechte geltend machen. Ihre Rechte bleiben in jeder Hinsicht vom Vergleich unberührt: ebenso verleiht ihnen der Vergleich keine Rechte.

12. Jäger, JW. 17 510. Der Vergleich wirkt auch zugunsten eines Vollkaufmanns, der die Vergleichsbürgschaft im Betriebe seines Handelsgewerbes übernimmt (vgl. dagegen §§ 349, 351 mit §§ 343 f. HGB.). Der Einredevorbehalt äußert sonach eine weit über den Wortlaut hinausgehende Wirksamkeit.

13. Werner a. a. O. 239. Fraglich ist, wieweit der Vergleich einen Gläubiger bindet, der nur mit einem Teil seiner Forderung im Verzeichnis steht. So unbefriedigend es ist, so wird doch nach dem Wortlaut der VO. wohl nur der aufgeführte Teil durch den Vergleich berührt.

14. Buhmann a. a. O. 40. Die Regelung des § 60 Abs. 1 Satz 2 bedeutet für die Fälle eine außerordentliche Härte gegen den Schuldner, in denen ihm Gläubiger schuldlos unbekannt geblieben sind. Es hätte sich empfohlen, die Möglichkeit einer Ausschließung solcher Gläubiger durch gerichtliches Aufgebot auf Antrag des Schuldners zu gewähren.

§ 61.

Zwangsvollstreckung aus dem Vergleich.

1. Bovensiepen a. a. O. 129. Auch derjenige, der im Präventivakkord das gesamte Vermögen des Ausgleichsschuldners gemäß § 419 BGB. übernommen hat, haftet auf Grund dieser gesetzlichen Vorschrift neben dem Ausgleichsschuldner bis zum Betrag des übernommenen Vermögens. Er ist Rechtsnachfolger des Schuldners, gegen ihn kann die Vollstreckungsklausel nach § 727 ZPO. erteilt werden.

2. Klimmer a. a. O. 177. Die Vollstreckung gegen den Bürgen aus § 61 ist nur in Ansehung der anerkannten Forderungen möglich. Vergleichsbürgen (§ 60 Abs. 2 VO. bezieht sich nicht auf die Vergleichsbürgen) können von Gläubigern bestrittener oder nicht in das Verzeichnis aufgenommener Forderungen nicht in Anspruch genommen werden (Klien, Anm. 3 zu § 61). Der Bürge kann sich die Einrede der Vorausklage vorbehalten, dann gilt § 61 nicht; hat sich der Bürge die Einrede vorbehalten, so kann gegen ihn aus § 61 auch dann nicht vollstreckt werden, wenn an sich die Einrede hinfällig wäre (§§ 771, 772, 774 BGB.). Der Bürge muß, wenn ihn der Vorbehalt schützt, stets besonders ausgeklagt werden. Das gleiche wie für den Bürgen gilt für jene, die eine Mithaftung als Gesamtschuldner übernehmen (§§ 421 ff. BGB.; Jäger, JW. 17 510).

3. Jäger, JW. 17 510. Zwangsvergleichsbürgen haben die Rechtswohltat der Vorausklage immer nur kraft ausdrücklichen Vorbehalts. Ein solcher aber wendet die Vollstreckbarkeit des § 61 endgültig ab, mögen auch hinterher Ereignisse eintreten, die nach dem allgemeinen bürgerlichen Recht (§ 774 BGB.) einem Bürgen die Einrede der Vorausklage entziehen, oder mag später die Zwangsvollstreckung gegen den Hauptschuldner fruchtlos versucht worden sein (§§ 771, 772 BGB.).

4. Jäger, JW. 17 510. Da der § 61 ohne Unterscheidung zwischen titulierten und nicht titulierten Ansprüchen für alle „als anerkannt vermerkten Forderungen beteiligter Gläubiger" verordnet, daß sie nach Maßgabe des Zwangsvergleichs (unter Erweiterung auf den Zugriff gegen Vergleichsbürgen) vollstreckbar sein sollen, wird für die Vollstreckung fortab ausschließlich der neue Titel maßgebend sein, falls er sich nicht etwa inhaltlich nur auf einen Teil des alttitulierten Anspruchs bezieht. Mit dieser Maßgabe wird z. B. eine vollstreckbare Urkunde (§ 794 Nr. 5 ZPO.) als Titel vollkommen verdrängt durch Anerkennungsvermerk und Zwangsvergleich. Unstatthaftem Zurückgreifen auf den alten Titel würde sich der Schuldner nach § 766 ZPO. widersetzen können. Da indessen der Anerkennungsvermerk nicht mit Rechtskraftwirkung ausgestattet ist, bleibt die in einem rechtskräftigen Urteil erfolgte Anspruchsfeststellung als solche auch fernerhin wirksam.

§ 62.

Sonderbestimmungen.

1. Jäger, JW. 17 509. Da § 62 Satz 2 die Verfahrenszinsen unerwähnt läßt, liegt der Gegenschluß nahe, daß sie nicht wie die Verfahrenskosten als erlassen gelten sollen. Dieser Schluß ist abzulehnen. Die Verfahrenszinsen sind vielmehr nur deshalb ungenannt geblieben, weil insoweit ausschließlich der Parteiwille maßgebend sein soll. Im Zweifel aber geht der Wille der Parteien wie die Verkehrsauffassung ganz gewiß dahin, daß die Zinsen, da sie bloße Nebenansprüche bilden und der Allgemeinheit der Gläubiger gleichmäßig zustehen würden, nicht noch außer der Rate für den Hauptanspruch geschuldet sein sollen, sondern mit dieser als abgegolten anzusehen sind. Es empfiehlt sich aber mit Rücksicht auf die Unsicherheit der gesetzlichen Regelung, beim Zwangserlaß ausdrücklich zu sagen, daß der Rest der Forderungen samt den Zinsen für die Zeit des Verfahrens erlassen werde.

2. Jäger, JW. 17 509. § 62 enthält insofern zwingendes Recht, als seine Ausnahmen im Vergleiche nicht ausgeschaltet werden können. Eine abweichende Bestimmung würde als ein dem Vergleich fremder Bestandteil nicht einmal durch dessen rechtskräftige Bestätigung Wirksamkeit erlangen.

§ 63.

Nichterfüllung des Vergleichs.

1. Cahn a. a. O. 288. Die amtliche Erläuterung zu § 63 hat ausdrücklich die Statthaftigkeit der Aufnahme der kassatorischen Klausel in den Zwangsvergleich festgelegt. Die Aufnahme der kassatorischen Klausel in den Zwangsvergleich ist demnach zulässig, aber auch anzuraten.

Letztere Frage kann besonders dann aktuell werden, wenn der Schuldner des außerkonkurslichen Zwangsvergleichs später doch in Konkurs gerät. Besteht keine kassatorische Klausel, so erhalten in diesem Konkurse die Gläubiger bloß den noch unbezahlten Teil der Zwangsvergleichsquote (Jäger, KO. § 195 Anm. 2; a. M. Kohler, Leitfaden 293). Angesichts dieser Rechtsfolge ist erst recht die Aufnahme einer kassatorischen Klausel in den Zwangsvergleichsvertrag rätlich.

Wenn in dem Vergleich bestimmt ist, daß der Nachlaß an dem einzelnen Guthaben unwirksam werden soll, falls der Schuldner oder sein Bürge in Verzug kommen, so ist der vergleichsmäßige Erlaß der Forderung, unbeschadet der den Gläubigern durch den Vergleich gewährten Rechte, aufgehoben, wie dies auch bei der Beseitigung des vergleichsmäßigen Erlasses in dem Falle, daß der Vergleich durch Betrug zustande gekommen ist, der Fall ist.

2. Kallir a. a. O. 389. Die Nichterfüllung des Vergleichs durch den Schuldner und die Vergleichsbürgen gewährt wie im Konkurse (§ 192 KO.) kein Klagerecht auf Aufhebung des Vergleichs (§ 63). Zur Vermeidung von Benachteiligungen der Vergleichsgläubiger wird sich daher, wie bei außergerichtlichen Vergleichen, die Ausbedingung einer Verwirkungsklausel des Inhalts empfehlen, daß die Forderungen der Gläubiger in voller Höhe aufleben, wenn die Vergleichsbedingungen nicht erfüllt werden oder der Schuldner in Konkurs gerät. Ohne diese Klausel würden die Vergleichsgläubiger im Neukonkurse des Schuldners nur die noch nicht bezahlte Vergleichsrate anmelden können und den neuen Gläubigern gegenüber benachteiligt sein.

§ 64.

Anfechtung des Vergleichs.

1. Levy a. a. O. 120. Der Vergleich kann von jedem beteiligten Gläubiger angefochten werden, wenn er durch Betrug zustande gebracht ist. Unter Betrug ist nicht nur der Betrug im Sinne des § 263 Strafgesetzbuchs, sondern auch die bloße arglistige Täuschung (§ 123 BGB.) zu verstehen. Wer den Betrug begangen hat, ist gleichgültig, wenn er nur für das Zustandekommen des Vergleichs ursächlich geworden ist. Beispiel: Das Vermögensverzeichnis ist absichtlich falsch aufgestellt worden, beiseitegeschaffte Gegenstände sind nicht aufgeführt, das Lager ist zu niedrig geschätzt, eine Erbschaft verheimlicht, die Außenstände sind unvollständig angegeben, gute Außenstände als zweifelhaft bezeichnet, Schulden erdichtet; bei Offenbarung des wirklichen Vermögensstandes würde sich keine Gläubigermehrheit für den Vergleich gefunden haben. Die Anfechtung ist aber nur zulässig, wenn der anfechtende Gläubiger bis zum Ablauf der Frist zur Einlegung der Beschwerde gegen den Bestätigungsbeschluß von dem Betruge keine Kenntnis hatte und deshalb das Zustandekommen des Vergleichs nicht verhindern konnte.

2. Bovensiepen a. a. O. 132. Es muß zwischen der betrügerischen Handlung und dem Abschluß des Konkursabwendungsvergleichs ein ursächlicher Zusammenhang bestehen. Der sich auf Unwirksamkeit des Vergleichs berufende Kläger hat nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen das Vorliegen dieses Kausalzusammenhangs zu beweisen. Doch sind in dieser Hinsicht nicht zu hohe Ansprüche an ihn zu stellen, es gilt auch hier einen Beweisnotstand für den Kläger zu vermeiden.

3. Jäger, JW. 17 511. Man wird den § 124 BGB. auf § 64 Nr. 2 analog in dem Sinne anzuwenden haben, daß dem „Entdecken der Täuschung" das Erkennen der Ge-

fährdung und der „Abgabe der Willenserklärung" die Annahme des Vergleichs zu entsprechen hat.

4. Levy a. a. O. 121. Der Gläubiger, der den Vergleich anficht, behält alle Rechte aus dem Vergleich und braucht nicht herauszugeben, was er auf Grund des Vergleichs erhalten hat. Der Schuldner verliert ihm gegenüber aber alle Rechte aus dem Vergleich (Erlaß, Stundung), und ist verpflichtet, ihn in der vollen Höhe der Forderung zu befriedigen. Durch die Anfechtung eines Gläubigers wird aber nur für ihn der Vergleich außer Wirkung gesetzt. Für die übrigen nicht anfechtenden Gläubiger bleibt der Vergleich in Kraft.

5. Levy a. a. O. 121. Der rechtskräftig bestätigte Zwangsvergleich kann angefochten werden, wenn sich herausstellt, daß Gläubiger, die vom Verfahren betroffen waren, nicht in dem Vermögensverzeichnis stehen. Diese Gläubiger waren am Vergleichsverfahren nicht beteiligt, und können jetzt volle Befriedigung ihrer Forderungen beanspruchen, während sie nur auf die Vergleichsquote Anspruch hätten, wenn sie in das Gläubigerverzeichnis aufgenommen worden wären. Hierdurch können die durch den Vergleich betroffenen Gläubiger, und dies wird die Regel sein, benachteiligt werden. Besteht die Gefahr, daß sie infolge des unerwarteten Hinzutretens verborgen gebliebener Gläubiger eine Schmälerung ihrer Rechte aus dem Vergleich erleiden werden, so kann jeder von ihnen den Vergleich anfechten. Im Gegensatz zu der Anfechtung wegen Betrugs ist aber hier die Anfechtung versagt, wenn der Gläubiger wegen seines vergleichsmäßigen Anspruchs befriedigt ist. „Dann sind seine rechtlichen Beziehungen zum Schuldner beendigt" (Begr. Abs. 3 zu §§ 63 bis 65).

6. Levy a. a. O. 121. Die Anfechtung wird durch mündliche oder schriftliche Erklärung dem Schuldner gegenüber gemäß § 143 BGB. geltend gemacht.

§ 65.

Aufhebung des Vergleichs.

Levy a. a. O. 122. Der dem Schuldner durch den Vergleich gewährte Erlaß der Forderungen und die ihm bewilligte Stundung fallen fort. Die Gläubiger behalten aber alle ihnen durch den Vergleich gewährten Rechte gegen den Schuldner, Bürgen, Mitverpflichteten sowie die ihnen durch Verpfändung oder Hypothekbestellung eingeräumten Sicherheiten. Die Gläubiger, deren Forderungen im Gläubigerverzeichnis als „anerkannt" vermerkt sind, können die Zwangsvollstreckung wegen des ganzen noch nicht getilgten Teils ihrer Forderungen auf Grund einer vom Gerichtsschreiber nach § 16 VO. zu erteilenden vollstreckbaren Ausfertigung des Zwangsvergleichs in Verbindung mit einem Auszug aus dem Gläubigerverzeichnis und einer beglaubigten Abschrift des entscheidenden Teiles des Strafurteils gegen den Schuldner und den Vergleichsgaranten betreiben.

5. Beendigung des Verfahrens.

§ 66.

Aufhebung der Geschäftsaufsicht.

1. Cahn a. a. O. 293. Da ein Privat- und Zwangsvergleich in jeder Lage des Geschäftsaufsichtsverfahrens möglich ist, kann nicht von vornherein in einem Anwachsen der Passiven, etwa der vom Verfahren nicht betroffenen Gläubigerschaft, eine Gefahr für die Gläubigerschaft schlechthin erblickt werden, zumal da nach Wegfall der Kriegsverhältnisse sich der Status zugunsten des Schuldners verschieben kann. Die ungünstige Situation darf nur nicht so weit gehen, daß die vom Verfahren nicht betroffenen Ansprüche der §§ 13 und 33 entweder selbst nicht zum Zuge kommen oder — selbst bei künftigem Eingang der durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogenen Außenstände — die vorhandenen Mittel verschlingen.

2. Klimmer a. a. O. 184. Bloße Zweifel darüber, ob die Zahlungsunfähigkeit nach Aufhören der Kriegsverhältnisse wird abgewendet werden können, genügen zur Aufhebung nicht. Das Gericht wird gegebenenfalls vor Aufhebung der Geschäftsaufsicht

auch von seinem Rechte nach § 16 VO., die Verhältnisse zu klären, ausgiebigen Gebrauch zu machen haben. Es muß insbesondere den Schuldner hören (§ 67).

§ 67.

Anhörung des Schuldners. — Aufhebungsverbot.

1. Kallir a. a. O. 391. Um bestehende Vergleichsverhandlungen durch den nachträglichen Wegfall der Voraussetzungen der Geschäftsaufsicht nicht zu stören, bestimmt § 67 Abs. 2, daß die Aufhebung der Geschäftsaufsicht aus diesem Grunde erst dann erfolgen darf, wenn dem Schuldner, der glaubhaft macht, daß er in Vergleichsverhandlungen steht, vom Gericht eine Frist bestimmt und diese verstrichen ist. Dieser Fall kann nur bei bestehender Geschäftsaufsicht vor Einleitung des Vergleichsverfahrens gegeben sein. Denn ist das Vergleichsverfahren einmal eingeleitet, so hat der Schuldner schon glaubhaft gemacht, daß er in Vergleichsverhandlungen stehe, und das Gericht hat mit dem Beschluß auf Einleitung des Vergleichsverfahrens schon den Vergleichstermin angesetzt (§ 44 Abs. 1). Fallen also die Voraussetzungen für die Anordnung der Geschäftsaufsicht nachträglich weg, so nimmt das Vergleichsverfahren trotzdem seinen Fortgang. Die Berücksichtigung dieses Umstandes hat in der Abstimmung und im Bestätigungsverfahren zu erfolgen. Anders wird zu entscheiden sein, wenn die Voraussetzungen der Geschäftsaufsicht nicht nachträglich wegfallen, sondern wenn es sich nachträglich herausstellt, daß es schon bei Eröffnung der Geschäftsaufsicht an den erforderlichen Voraussetzungen gefehlt hat. Es ergibt sich beispielsweise, daß irrtümlich der Konkursgrund angenommen worden ist, während es tatsächlich hieran fehlt. Auch das muß bei rechtsähnlicher Anwendung von § 66 Ziff. 2 als ein wichtiger Grund zur Aufhebung der Geschäftsaufsicht angesehen werden, wie auch die amtliche Begründung ausführt. In einem solchen Falle fehlt es von vornherein an den grundlegenden Voraussetzungen des Aufsichts- und Vergleichsverfahrens, und man wird daher die Entscheidung über die Aufhebung der Geschäftsaufsicht nicht in das Abstimmungs- und Bestätigungsverfahren verlegen können. Die Geschäftsaufsicht ist dann vielmehr aufzuheben (§ 66 Abs. 1). Daß Vergleichsstörer die Vergleichsverhandlungen durch den Antrag auf Aufhebung der Geschäftsaufsicht wegen ursprünglich fehlender Voraussetzungen zu hintertreiben versuchen, ist nicht zu befürchten. Ist die Behauptung unzutreffend, so wird der Antrag des Vergleichsstörers durch unanfechtbare Entscheidung (Gegenschluß §§ 68, 19) verworfen, andernfalls wird durch Aufhebung der Geschäftsaufsicht dem Vergleichsverfahren die Grundlage entzogen.

2. Bovensiepen a. a. O. 136. Die Bemessung der (Nach-) Frist ist vom Gesetz ganz dem pflichtgemäßen Ermessen des Richters überlassen, je nach der Schwierigkeit der Sachlage, dem Umfang des schuldnerischen Vermögens, der Art und der Größe seines Geschäfts oder Betriebes wird sie länger oder kürzer zu bemessen sein. Doch wird im Interesse der alsbaldigen Klarstellung der Verhältnisse und einer möglichst schleunigen Abwicklung des Verfahrens die Frist, dem Zweck des Aufsichtsverfahrens entsprechend, nur so lange bemessen werden dürfen, als es unbedingt geboten ist. Sie wird daher immer nur einen Bruchteil der einen Monat betragenden Frist bis zum Stattfinden des Vergleichstermins betragen dürfen.

3. Jäger, JW. 17 264. Nach Aufhebung der GA. können unbefriedigte Gläubiger eine Vorrangstellung künftig auf Grund des § 13 nicht mehr in Anspruch nehmen. Auch solche nicht, denen sich der Schuldner unter ausdrücklicher Zustimmung der Aufsichtsperson verpflichtet hatte. Diese Neugläubiger stehen jetzt mit Altgläubigern auf einer Stufe. Hat freilich rechtskräftige Vergleichsbestätigung zur Beendigung der Geschäftsaufsicht geführt (§ 69), so sind die Neugläubiger (des § 13 Abs. 1 Nr. 1) insofern weit besser gestellt, als sie von den Vergleichsminderungen unberührt bleiben (§§ 33, 62). Wenn dagegen ein Vergleich mißglückt und der Konkurs nachgefolgt ist, haben jene Neugläubiger keinen Vorrang vor den Altgläubigern und zählen namentlich nicht zu den Massegläubigern des Konkurses. Nur Verfahrenskosten und Entlohnung der Aufsichtsperson erweitern den konkursrechtlichen Rahmen (§ 71). So hat die Kreditgewährung an Aufsichtsschuldner

ihre Gefahren (Breit, JW. 15 178). Die GA. drängt auf Barerledigung neuer Verträge. Auch die Vertragsgegner der bei Anordnung der Geschäftsaufsicht schwebenden gegenseitigen Schuldverhältnisse zählen im späteren Konkurse nicht etwa schon deshalb zu den Massegläubigern des § 59 Nr. 2 KO., weil im Aufsichtsverfahren keine Lösung des Vertrags erfolgt ist (§§ 9ff., 13 Abs. 1 Nr. 2). Vielmehr hat, wenn die Gegenseitigkeit bei Konkurseröffnung noch besteht, der Konkursverwalter nun freie Hand (§ 17, vgl. §§ 18ff. KO.).

4. Jäger, JW. 17 264. Bedeutsam ist die Frage, ob der besonderen Konkursanfechtung (§ 30 KO.) auch Handlungen des Aufsichtsschuldners oder der Aufsichtsperson lediglich deshalb ausgesetzt sein sollen, weil der Erwerber, wie das die Regel sein wird, die nicht behobene Zahlungseinstellung kannte. Das neue österreichische Recht schaltet diese Anfechtbarkeit durch besondere Bestimmung aus (§ 31 Abs. 3 KO., vgl. auch § 63 Abs. 2 UngarAusglO.). Die VO. und ihre Begründung schweigen, was um so befremdlicher ist, als bisher schon Streit über diese folgenschwere Frage bestand (vgl. Levy, 58f. mit Verw.). Mit Recht betont Breit, JW. 15 173f., daß es gerade Zweck der GA. ist, dem Schuldner trotz seiner Zahlungsunfähigkeit die Abschließung weiterer Rechtsgeschäfte zur Rettung seines Unternehmens zu ermöglichen. Er schließt hieraus, daß nur eine im Sinne des § 5 AufsVO. eigenmächtige Rechtshandlung des Schuldners anfechtbar sein könne. Nach dem ganzen Zusammenhange denkt Breit dabei nur an den Ausschluß einer lediglich auf Kenntnis der Zahlungseinstellung beruhenden Anfechtbarkeit, also an Fälle des § 30 KO. Die Besorgnis von Levy a. a. O., daß damit unlauteren Schiebungen Tür und Tor geöffnet werde, trifft daher nicht zu. Absichtsanfechtung (§ 31 KO.) und persönliche Verantwortlichkeit der Aufsichtsperson (§ 24 AufsVO.) bilden ein ausreichendes Gegengewicht. Für den Ausschluß der Anfechtbarkeit des § 30 KO. spricht jetzt auch der Umstand, daß die Entlohnung der Aufsichtsperson für ihre in Kenntnis des Konkursgrundes geleisteten Bemühungen im späteren Konkurse sogar den Massekosten eingerechnet wird (vgl. dazu Jäger, KO.[6], § 30 Anm. 26, 37 mit Verw.). Folgerecht wird anzunehmen sein, daß auch der im Aufsichtsverfahren gestattete Sonderzugriff (z. B. die Vollstreckung einer von der Aufsichtsperson bewilligten Verpflichtung) der Anfechtbarkeit des § 30 KO. im späteren Konkursverfahren entrückt bleibt. Ob freilich diese Ansicht durchdringen wird, erscheint nach den bisherigen Erfahrungen zweifelhaft. Auch mit Rücksicht auf die Gefahr einer späteren Konkursanfechtung wird daher, wer mit dem Aufsichtsschuldner geschäftlich verkehrt, soweit irgend möglich, sich auf Barabschlüsse zu beschränken haben (vgl. Jäger, KO.[5], § 30 Anm. 37).

§ 68.

Rechtsmittel gegen den Aufhebungsbeschluß.

Cahn a. a. O. 296. Ist die Geschäftsaufsicht aufgehoben, ohne daß dem Schuldner die weitere Wohltat des Zwangsvergleichs und damit eine Neuordnung seiner Existenz zuteil geworden ist, so stehen, solange kein Konkurs eröffnet ist, die Gläubiger wieder einander gleich. Der loyale Schuldner kann dies unter Umständen durch zeitliche Verbindung des Aufhebungs- und Konkursantrags verhüten.

III. Schlußvorschriften.

§ 71.

Aufsichts- und Vergleichskosten im Konkursfall.

1. Zweigert a. a. O. 106. Erforderlich und ausreichend ist, daß das Konkursverfahren in innerem Zusammenhange mit der Geschäftsaufsicht steht, d. h. auf derselben Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung beruht wie die Geschäftsaufsicht.

2. Weinberg a. a. O. 98. Anschluß des Konkursverfahrens an die GA. wird auch dann anzunehmen sein, wenn nicht, wie dies die Regel bildet, gleichzeitig oder unmittelbar nach rechtskräftiger Aufhebung der GA. die Konkurseröffnung erfolgt, sondern auch dann, wenn einige Zeit dazwischen liegt, aber die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung

inzwischen nicht behoben war, vielmehr auf den gleichen wirtschaftlichen Grundlagen beruht.

3. Levy a. a. O. 128. Die Bezeichnung „im Anschluß" wird besonders angewendet werden können, wenn das Konkursverfahren auf einen Antrag hin eröffnet wird, der vor oder während der Geschäftsaufsicht gestellt worden war.

4. Cahn a. a. O. 298. Der § 71 findet nicht Anwendung, wenn es sich um einen späteren Konkurs dreht, der mit gegenwärtiger Geschäftsaufsicht nur die Person des Schuldners gemeinsam hat. Mit anderen Worten: es muß, behufs Anwendung des Privilegs des § 71, derjenige Konkurs sein, der ausbricht, weil die Geschäftsaufsicht aus einem der Gründe des § 66 aufgehoben wird, weil etwa sich herausstellt, daß die Voraussetzungen einer Geschäftsaufsicht nicht bestanden oder nicht fortdauern. Es kann derjenige Konkurs sein, welcher dadurch entsteht, daß der Eid des § 50 verweigert und daraufhin die Geschäftsaufsicht aufgegeben wird. Es kann der Konkurs sein, welcher nach Zurücknahme oder Zurückweisung oder Einstellung oder Verwerfung oder Aufhebung des Vergleichs beantragt und eröffnet wird. Es kann auch der Konkurs sein, welcher ausbricht, weil der Schuldner oder Bürge den Vergleich nicht oder nicht recht erfüllt haben. Denn auch dieser Konkurs hängt noch mit der Vermögens-Insuffizienz vor und bei dem Zwangsvergleich zusammen. Aber es darf nicht der Konkurs sein, welcher kurz oder lang nach Einigung des Schuldners mit seinen Gläubigern, bzw. nach Bestätigung und Erfüllung des Zwangsvergleichs, sowie nach Aufhebung der Geschäftsaufsicht, deshalb entsteht, weil der Schuldner sich bei der früheren Krisis zu stark verausgabt und angestrengt hat.

5. Jäger a. a. O. 82, JW. 17 265. Der Anspruch eines zur Aufsichtsperson bestellten Anwalts auf Vergütung und Auslagenerstattung (§ 27) bleibt vom Aufsichts- und Vergleichsverfahren unberührt (§ 13 Abs. 1 Nr. 6, § 33 Abs. 2) und zählt zu den Massekostenansprüchen eines späteren Konkurses (§ 71). War dieser Anspruch vor Eröffnung des Konkurses freiwillig erfüllt oder im Zwangswege beigetrieben worden (§ 27 Abs. 2 Satz 2 AufsVO. mit § 794 Abs. 1 Nr. 3 ZPO.), so besteht keine Anfechtbarkeit nach § 30 Nr. 1 Fall 2, Nr. 2 KO.) obwohl der Anwalt den nicht behobenen Konkursgrund (die fortdauernde Zahlungseinstellung) gekannt hat. Das ergibt sich jedenfalls daraus, daß er als Massegläubiger, nicht als Konkursgläubiger Befriedigung erlangt hat. Die Anwendbarkeit des § 30 Nr. 1 Fall 1 KO. scheidet schon nach den Voraussetzungen dieser Vorschrift aus.

§ 73.

Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Nachlaßkonkurses.

1. Kallir a. a. O. 394. Die entsprechende Anwendung der im § 73 angezogenen konkursrechtlichen Bestimmungen führt zu folgenden Ergebnissen:

a) Eine nach dem Eintritte des Erbfalls, aber vor Anordnung der Geschäftsaufsicht gegen den Nachlaß erfolgte Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung gewährt kein Absonderungsrecht (§ 221 Abs. 1 KO.). Hier tritt der Gedanke in einem Einzelfall auf, der in der österreichischen Ausgleichsordnung zu der Bestimmung geführt hat, daß Beschlagnahmen aus den letzten 60 Tagen vor Einleitung des Ausgleichsverfahrens hinfällig werden.

b) Eine nach dem Eintritte des Erbfalls, aber vor Anordnung der Geschäftsaufsicht, im Wege der einstweiligen Verfügung erlangte Vormerkung ist unwirksam; sie gewährt also weder Aussonderungs- noch Absonderungsrechte (§ 221 Abs. 2).

Die Anwendung dieser beiden Bestimmungen im Zwangsvergleichsverfahren führt im einzelnen zu Schwierigkeiten. Nach § 221 Abs. 1 u. 2 KO. sind die erlangten Rechte nur beschränkt, im Konkursverfahren unwirksam, entfalten ihre Kraft aber wieder nach dessen Beendigung, insbesondere auch durch Zwangsvergleich, soweit die betreffenden Gegenstände nicht etwa im Konkursverfahren verwertet worden sind. Im Vergleichsverfahren findet regelmäßig eine Verwertung der betroffenen Gegenstände nicht statt, so daß die Gläubiger zwar im Vergleichsverfahren als beteiligte Gläubiger zu gelten hätten, aber ihre Pfandrechte und Vormerkungsrechte für die Zeit nach Beendigung

des Vergleichsverfahrens behalten. Die Rechte bleiben wie beim Konkurszwangsvergleiche für die trotz des Vergleichs übrigbleibende natürliche Verbindlichkeit bestehen. Daß der Zwangsvergleich seiner Rechtsnatur nach ein Vergleich ist, kann hier noch weniger zweifelhaft sein, als beim Konkurszwangsvergleich.

c) Der Erbe kann selbst Vergleichsgläubiger sein, wenn er eigene Ansprüche an den Erblasser hatte oder durch Berichtigung von Nachlaßverbindlichkeiten Ansprüche erworben hat (§ 225 KO.).

d) Nicht beteiligt an der Geschäftsaufsicht und dem Vergleichsverfahren sind diejenigen Gläubiger, deren Ansprüche im § 224 KO. als Masseschulden bezeichnet sind. Es sind dies die sog. notwendigen Erbschaftsausgaben, wie z. B. Beerdigungskosten usw.

e) Nicht beteiligt am Vergleichsverfahren, wenn auch an der Geschäftsaufsicht, sind die im § 226 Abs. 2 und 4 KO. bezeichneten Gläubiger. Sie gehören zur Gruppe der im Konkurse sog. minderberechtigten Gläubiger, die auch am Konkurszwangsvergleiche nicht teilnehmen (§ 230 Abs. 2 KO.).

Der Zwangsvergleich begrenzt, soweit er nicht ein anderes festsetzt, zugleich den Umfang der persönlichen Haftung des Erben, auch wenn er sonst unbeschränkt haften würde (§ 73 Abs. 4 Satz 4). An dem Vergleichsverfahren der fortgesetzten Gütergemeinschaft sind nur die Gesamtgutsgläubiger beteiligt, deren Forderungen schon zur Zeit des Eintritts der fortgesetzten Gütergemeinschaft bestanden (§ 73 Abs. 5 Satz 2).

2. Jäger, JW. 17 264[33]. Es gibt eine Nachlaßaufsicht auch noch nach der Teilung des Nachlasses. Nach dieser ist eine Nachlaßverwaltung ausgeschlossen (§ 2062 BGB.), ein Nachlaßkonkurs aber noch statthaft (§ 216 Abs. 2 KO.). Nun erklärt zwar der § 73 Abs. 1 AufsVO. den § 216 Abs. 2 KO. nicht ausdrücklich für anwendbar. Da aber die Nachlaßaufsicht den Zweck hat, einen drohenden Nachlaßkonkurs abzuwenden, muß sie solange zulässig sein als dieser, also auch noch nach der Teilung, aber eben nur als einheitliche Aufsicht über den Gesamtnachlaß. Eben darum ist sie umgekehrt auch schon statthaft, ehe der Erbe angenommen hat. Sie bleibt es mit Rücksicht auf den § 73 Abs. 4 Satz 4 AufsVO. auch, nachdem der Erbe die Haftungsbeschränkbarkeit einbüßte. Vgl. § 216 Abs. 1 KO.

3. Jäger, JW. 17 265. Die GA. wirkt nach § 73 Abs. 2 VO. wie der Nachlaßkonkurs, was „die Haftung des Erben für die Nachlaßverbindlichkeiten" betrifft. Diese Rechtsfolgen können aber unmöglich einseitig zugunsten des Erben und seiner Eigengläubiger eintreten. Vielmehr erfolgt auch im übrigen eine Sonderung des ererbten und des eigenen Vermögens, wie sie der Nachlaßkonkurs herbeiführt. Darum müssen namentlich die §§ 1976 bis 1979 (§ 2013) BGB. anwendbar sein, also z. B. Forderungen und Schulden des Erben gegenüber dem Erblasser wieder aufleben. Das bestätigt die im § 73 Abs. 1 AufsVO. anerkannte Anwendbarkeit des § 225 KO. Weiter aber ist klar, daß Eigengläubiger des Erben außerhalb der Nachlaßaufsicht stehen und zwar im Sinne seiner Verdrängung vom Zugriff auf den beaufsichtigten Nachlaß. Daß sie am Nachlaßkonkurse nicht teilnehmen, ergibt der § 226 Abs. 1 KO. (für die Nachlaßverwaltung vgl. § 1984 Abs. 2 BGB., §§ 784 Abs. 2, 785 ZPO.). Für das Vergleichsverfahren der Nachlaßaufsicht führt der § 73 Abs. 4 Satz 3 AufsVO. zu demselben Ergebnisse. Während der allgemeinen Nachlaßaufsicht aber steht das Vollstreckungshemmnis des § 6 Abs. 2 AufsVO. auch den Eigengläubigern entgegen.

4. Klimmer a. a. O. 199. Die Gläubiger des Erben können während der Geschäftsaufsicht über den Nachlaß den Nachlaßkonkurs nicht herbeiführen, weil während der Geschäftsaufsicht das Konkursverfahren nicht eröffnet werden darf (§ 6 Abs. 1 VO.). Vom Aufsichtsverfahren über den Nachlaß werden die Gläubiger des Erben im Sinne des § 6 Abs. 2 VO. nicht betroffen, denn sie sind keine Nachlaßgläubiger (§ 6 Abs. 2 VO.). Man wird deshalb nicht sagen können (so Jäger, JW. 17 265), daß die Vorschrift des § 6 Abs. 2 VO. einer Vollstreckung in den Nachlaß entgegenstünde. Sie dürfen nicht in den Nachlaß vollstrecken, weil sie nichts vom Nachlaß, sondern nur vom Erben zu verlangen haben

(§ 225 KO.). Gegen den Erben können sie vollstrecken, ebenso die Eröffnung des Konkurses beantragen.

5. Kallir a. a. O. 362. Wo eine Verpflichtung besteht, Konkurs zu beantragen, so bei Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung usw., wird diese Pflicht durch Stellung des Antrags auf Geschäftsaufsicht ausgeschaltet. Das gleiche gilt bei Nachlässen. Auch Erben und Nachlaßverwalter sind von den ihnen nach §§ 1980, 1985 BGB. drohenden Schadensersatzverbindlichkeiten frei, wenn sie statt Konkurs Geschäftsaufsicht beantragen (§§ 1, 72, 73: „zur Abwendung des Konkurses"). Stirbt der Schuldner während der Geschäftsaufsicht, so werden in der Regel die Grundsätze über die Nachlaß-Geschäftsaufsicht Anwendung finden. Die Erben können die Einleitung des Vergleichsverfahrens beantragen oder einen vom Erblasser bereits gemachten Vergleichsvorschlag ihrerseits aufnehmen. Stirbt der Vergleichsschuldner nach Annahme des Vergleichsvorschlags, so sind die Erben an ihn gebunden. Einen Grund zur Nichtbestätigung des Vergleichs bildet der Tod des Erblassers nicht.

6. Jäger, JW. 17 436. Entsprechend müssen die §§ 212, 234 KO. anwendbar sein, wenn der Gesellschafter oder der Erbe im Eigenkonkurs, das Gesellschaftsvermögen oder der Nachlaß aber unter Geschäftsaufsicht steht.

§ 75.

Ruhen der Anfechtungsfristen.

1. Jäger, JW. 17 195. Mit Rücksicht auf die Möglichkeit, daß die GA. vielleicht ihren Zweck verfehlt, war für das bisherige Recht empfohlen worden, keinen Konkursantrag abzuweisen, sondern ihn hinhaltend zu behandeln. Damit sollte die Anfechtbarkeit der in Kenntnis des Konkursantrags oder zehn Tage vor ihm vorgenommenen Rechtshandlungen (§ 30 KO.) aufrecht erhalten werden (vgl. Mayer 156, Levy 20). Der § 75 läßt aber nun erkennen, daß die Verordnung eine Aufrechterhaltung der durch Aufsichtsanträge überholten oder während der Aufsicht gestellten Konkursanträge gar nicht erwartet. Auch dürfte es sachlich kaum angemessen sein, Konkursanträge Jahr und Tag in der Schwebe zu lassen. Ist freilich mit baldiger Aufhebung der Geschäftsaufsicht zu rechnen, so wird die Erledigung des Konkursantrags unter Verständigung des Antragstellers aufzuschieben sein. Einer Verbindung der — wider Willen des Schuldners — erfolgenden Aufsichtsaufhebung mit der Eröffnung des Konkurses steht der § 68 entgegen.

2. Jäger, JW. 17 197. Da die Einzelvollstreckung wegen eines vom Verfahren betroffenen Anspruchs während der Geschäftsaufsicht weder in altes noch in neuerworbenes Schuldnervermögen statthaft ist, bleibt dem Aufsichtsgläubiger nach beiden Richtungen auch die nur zur Erschließung des Zwangszugriffs dienende Einzelanfechtung verwehrt. Dies bestätigt ein Gegenschluß aus § 13 Abs. 5 AnfG., da für die Geschäftsaufsicht ihrem gegenständlichen Umfang entsprechend eine Ausnahme nicht einmal für neuerworbene Vermögensstücke gemacht wird. Auch kann man durchaus nicht behaupten, daß sich das Zulässigkeitserfordernis des fruchtlosen Vollstreckungsversuchs (§ 2 AnfG.) nach Lage der Sache erübrige. Das braucht nicht einmal bei Überschuldung der Fall zu sein.

Die Dauer der GA. wird, wenn der Aufsichtsgläubiger nach deren Beendigung ansicht, auf den Lauf der Anfechtungsfristen nicht angerechnet (§ 75 Abs. 1). Für nichtbeteiligte Gläubiger bedarf es keiner solchen Fristerstreckung, da ihnen schon während der Geschäftsaufsicht Einzelvollstreckung und Einzelanfechtung unverwehrt bleibt (§ 75 Abs. 2).

3. Jäger, JW. 17 197. Die dem § 2 AnfG. nachgebildete Voraussetzung des § 773 Abs. 1 Nr. 4 BGB. ist keineswegs schon durch das Vorliegen des Konkursgrundes erfüllt. Sonst würde der § 773 Abs. 1 Nr. 3 BGB. jeder selbständigen Bedeutung ermangeln. Es trifft daher nicht zu, wenn das OLG. Hamburg, Recht 15 Nr. 797 behauptet, dem Bürgen sei die Einrede der Vorausklage stets schon dann versagt, wenn der Hauptschuldner unter GA. stehe. Vielmehr spricht die Aussicht der Gesundung des Schuldnervermögens gegen die Anwendbarkeit der Nr. 4 wie der Nr. 3 des § 773 BGB.

Erst von der Vergleichsstundung heißt es, daß sie dem Bürgen nicht zustatten komme, § 60 AusführVO. (§ 193 KO.).

§ 76.

Sondervorschrift für Genossenschaften.

Preuß. Allgemeine Verfügung vom 19. März 1917 über die Anzeige der Anordnung einer Geschäftsaufsicht gegen eine eingetragene Genossenschaft zu den Registerakten.

(JMBl. 106.)

Mit Rücksicht auf § 76 der Verordnung des Bundesrats über die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses vom 14. Dezember 1916 (RGBl. 1363) werden die Gerichtsschreiber der Amtsgerichte angewiesen, von der Anwendung einer Geschäftsaufsicht gegen eine eingetragene Genossenschaft zu den Registerakten Anzeige zu erstatten. Dies gilt auch für bereits angeordnete Geschäftsaufsichten.

§ 77.

Stimmenkauf.

1. Cahn a. a. O. 323. Es ist bedeutungslos, ob der Gläubiger nach Zusage abstimmte, ob die Abstimmung den angestrebten Erfolg hatte und ob das Verfahren der Geschäftsaufsicht oder des Vergleiches zuvor aufgehoben wurde. Das Verhandeln zugunsten des Schuldners, welches etwa durch den Schuldner oder eine andere Person erkauft wird, fällt nicht unter den § 77, der nur den Kauf einer Abstimmung mit Strafe belegt. Die Stimmenthaltung fällt ebenfalls nicht unter den § 77. Das Vergehen erfordert Vorsatz. Ein Irrtum über den Charakter und Zweck der Vorteilsgewährung wirkt strafausschließend (StGB. § 59). Irgend ein materieller Vorteil genügt. Der Versuch ist möglich (RGSt. 6, 194), jedoch straflos.

2. Klimmer a. a. O. 205. Wie im Falle des Konkurses das Vergehen des § 243 KO. nur von einem „Konkursgläubiger" begangen werden kann (z. B. also nicht von einem Absonderungsberechtigten als solchem), so wird für die Geschäftsaufsicht wohl Voraussetzung sein, daß es sich um einen Gläubiger handelt, der berechtigt ist, über den Vergleichsvorschlag abzustimmen (§§ 37 ff. VO.). Hält jedoch ein Gläubiger sich für stimmberechtigt, ohne daß er es ist, und besteht bei dem Schuldner der gleiche Irrtum, so können sich beide wohl nach § 77 strafbar machen. — Der Stimmenkauf kann vom Schuldner, aber auch von einem Gläubiger oder einer dritten Person begangen werden. — Besondere Vorteile sind solche, die dem Stimmenverkäufer allein oder doch nicht der Gesamtheit der übrigen Gläubiger zugute kommen; es können wohl Vorteile jeder Art, nicht bloß pekuniäre Vorteile, gewährt und versprochen werden. — Das Versprechen, nicht zu stimmen, ist ebensowenig strafbar wie das Versprechen, auf die Gläubiger in einem bestimmten Sinne einwirken zu wollen usw.

3. Bovensiepen a. a. O. 150. Unerheblich ist es, ob es überhaupt zur Abstimmung kommt.

§ 78.

Gerichtskosten.

Bovensiepen a. a. O. 151. Nach § 84 DGerKG. hat auch der Antragsteller — also der Aufsichtsschuldner oder die Aufsichtsperson — vor Vornahme eines mit baren Auslagen verbundenen gerichtlichen Aktes zwecks ihrer Deckung einen hinreichenden Vorschuß zu bezahlen. Dies wird namentlich bei einer zur Aufklärung des Sachverhalts beantragten Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen der Fall sein. Dagegen ist natürlich der Richter nicht befugt, wenn er selber von Amts wegen (vgl. § 16 der Bek.) zur besseren Aufklärung Auslagen nach sich ziehende Ermittlungen, etwa Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen (Bücherrevisoren) für erforderlich hält, vorher vom Aufsichtsschuldner einen Auslagenvorschuß einzufordern; ebenso Klimmer a. a. O. 207.

§ 79.

Rechtsanwaltsgebühren.

Klimmer a. a. O. 210. Ein Rechtsanwalt, der als Aufsichtsperson bestellt ist, kann die Vergütung nach § 27 VO. neben seinen Gebühren beanspruchen. Erstere ist nach § 13 Abs. 1 Nr. 6, § 33 VO. privilegiert, letztere nicht; erstere gehört im späteren Konkurs zu den Massekosten (§ 71 VO.), letztere sind gewöhnliche Konkursforderungen. Hat die Aufsichtsperson vor Eröffnung des späteren Konkurses die Vergütung nach § 27 VO. vom Schuldner erhalten oder beigetrieben, so ist in dem Konkurse eine Anfechtung nach § 30 KO. nicht möglich (Jäger, JW. 16, 266).

§ 80.

Übergangsvorschrift.

Jäger, JW. 17 266. Rückwirkende Kraft ist der für den Fall des Mißlingens der Konkursabwendung vorgesehenen Erstreckung der Anfechtungsfristen (§ 75 Abs. 1) in dem Sinne beigelegt, daß bei der Fristberechnung die Dauer aller Geschäftsaufsichten, die seit dem 10. August 1914 eröffnet worden sind, außer Ansatz bleibt (§ 80 Abs. 1). Nichts wäre verkehrter, als aus dieser ausdrücklichen Bestimmung den Gegenschluß zu ziehen, daß andere Neuerungen sachlichen Inhalts nur in einem unter der Herrschaft des neuen Rechts angeordneten Aufsichtsverfahren maßgebend seien. Vielmehr müssen z. B. die Vorschriften über vorzeitige Lösung von Gegenseitigkeitsverträgen (§§ 9 bis 11, § 13 Abs. 1 Nr. 2 Abs. 2) schon deshalb auch in einem vor dem 25. Dezember 1916 eingeleiteten Verfahren auf einen im Sinne dieser Vorschriften schwebenden (beiderseits noch unerfüllten) Vertrag Anwendung finden, weil ihr Hauptzweck die Förderung des konkursabwendenden Zwangsvergleichs ist, der ohne Zweifel auch zur Abwicklung alter Geschäftsaufsichten dient. Schon wegen des Zusammenhangs mit dem Vergleichsverfahren müssen auch die Vorrechtserweiterungen des § 13 Abs. 1 Nr. 5 und die ausdrückliche Einreihung des Kostenaufwands unter die nicht beteiligten Ansprüche durch den § 13 Abs. 1 Nr. 6 (ebenso der § 71) allen noch ausstehenden Forderungen dieser Art in älteren GA. zustatten kommen. Auch ist seit dem 25. Dezember 1916 für die Reihenfolge der Befriedigung aus verfügbaren Mitteln der § 5 Satz 2 maßgebend. Wer zu dieser Zeit noch nicht aufgerechnet hatte, unterliegt auch im vorher angeordneten Verfahren den Aufrechnungsschranken des § 8 und, wenn ihm diese die Aufrechnung während der GA. verwehren, auch den Wirkungen des Zwangsvergleichs. Die Verjährungshemmung des § 7 muß gleichfalls für ältere Aufsichten in dem Sinne gelten, daß einem Aufsichtsgläubiger nicht entgegengehalten werden darf, sein Anspruch sei während der Geschäftsaufsicht verjährt. Andererseits hat seit dem 25. Dezember 1916 jeder Aufsichtsgläubiger, der nun erst zum Prozesse schreitet, die Kostenlast des § 12 zu gewärtigen, es sei denn, daß er zur Klageerhebung einen besonderen Anlaß im Sinne dieser Vorschrift hat.

Anhang.

Preuß. Allgemeine Verfügung vom 21. Februar 1917 über die Zählung der im Geschäftsaufsichtsverfahren zur Abwendung des Konkurses geschlossenen Zwangsvergleiche.

(JMBl. 62.)

Es ist erwünscht, die Zahl der im Geschäftsaufsichtsverfahren zur Abwendung des Konkurses geschlossenen Zwangsvergleiche (§ 33ff. der Verordnung vom 14. Dezember 1916 — RGBl. 1363 —) festzustellen. Zur Ermöglichung der Zählung ist bei der Weglegung der Akten über die durch Zwangsvergleich beendeten Geschäftsaufsichtsverfahren (vgl. § 69 a. a. O.) in die Spalte 6 des Vollstreckungsregisters das Wort „Zwangsvergleich" einzustellen. In den Geschäftsübersichten und ebenso in den Zusammenstellungen der Ergebnisse aus den Geschäftsübersichten ist bei der Darstellung der beendeten Geschäftsaufsichtsverfahren bei Tabelle V Spalte 4 (siehe Rundverfügung vom 18. Dezember 1914 — I 8993 —) die Zahl der durch Zwangsvergleich beendeten Geschäftsaufsichtsverfahren nachrichtlich mitzuteilen durch den Zusatz „darunter ..... durch Zwangsvergleich".

(Bek. Nr. 10 bis 16 als 6 bis 12 in Bd. 1, 368ff.; Nr. 17 als Nr. 13 in Bd. 2, 126; Nr. 18 als Nr. 17 in Bd. 3, 122.)

19. Bek. betr. Ausnahme von dem Verbote von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. Vom 7. Juli 1917. (RGBl. 635.)

[AA. WertpapBO. 25. 2. 15]. Mitteilungen über Wertpapierkurse sind gestattet, wenn sie zwischen im Inland ansässigen Personen oder Firmen erfolgen, die gewerbsmäßig Bankiergeschäfte betreiben.

(Bek. Nr. 20 als Nr. 13 in Bd. 1, 381.)

21. Bek. über die Pfändung des Ruhegeldes der im Privatdienst angestellten Personen. Vom 22. März 1917. (RGBl. 254.)

[BR.] § 1. Das Ruhegeld der im Privatdienst angestellten Personen ist der Pfändung nur insoweit unterworfen, als der Gesamtbetrag die Summe von zweitausend Mark für das Jahr übersteigt.

Die Vorschriften des § 4 Nr. 2, 3 und des § 4a des Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohns, vom 21. Juni 1869 (Bundes-Gesetzbl. 1869 S. 242 und 1871 S. 63, RGBl. 1897 S. 159, 1898 S. 332) finden entsprechende Anwendung.

§ 2. Gesetzliche Vorschriften, die über die Pfändung von Ruhegeld der im § 1 bezeichneten Art abweichende Bestimmungen treffen, bleiben unberührt.

§ 3. Die Verordnung tritt am 26. März 1917 in Kraft. Den Zeitpunkt des Außerkrafttretens bestimmt der Reichskanzler.

Ist ein Anspruch der im § 1 bezeichneten Art vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung gepfändet, so verliert die Pfändung hinsichtlich später fällig werdender Bezüge ihre Wirksamkeit, soweit sie bei Anwendung des § 1 unwirksam sein würde. Dies gilt entsprechend für eine vor dem Inkrafttreten der Verordnung erfolgte Aufrechnung, Abtretung oder Verpfändung.

(Bek. Nr. 22 als Nr. 15 in Bd. 2, 131; Nr. 23 als Nr. 21 in Bd. 4, 751.)

24. Bek. über Bestimmung des Kriegsgebiets im Sinne der VO. zum Schutze von Kriegsflüchtlingen v. 8. Februar 1917 (RGBl. 113.) Vom 26. Februar 1917. (RGBl. 194.)

[RR.] Auf Grund des § 10 der Verordnung zum Schutze von Kriegsflüchtlingen vom 8. Februar 1917 (RGBl. 113) wird bestimmt:

Als Kriegsgebiet im Sinne der Verordnung gelten die Insel Helgoland und das Gebiet von Elsaß-Lothringen mit Ausnahme der Kreise Saargemünd, Weißenburg und Hagenau sowie des Kantons Forbach.

II. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers.

(Bek. Nr. 1 bis 3 in Bd. 1, 382ff.)

4. Bek. über die Verjährungsfristen. Vom 22. Dezember 1914. (RGBl. 543.)

Wortlaut, Begründung und Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 1, 391.

4. MfAV. 17 366 (RVA.). Nach den VerjBek. verjähren die in den §§ 196, 197 BGB. bezeichneten Ansprüche, die vor dem Inkrafttreten der VO. v. 22. 12. 14 noch nicht verjährt waren, nicht vor dem Schlusse des Jahres 1916. „Dies gilt auch insoweit, als für die Ansprüche die Verjährungsfrist durch andere reichsgesetzliche Vorschriften als die der §§ 196, 197 BGB. geregelt ist" (Bek. v. 4.11.15). Die Bek. beziehen sich demnach nicht lediglich auf An-

sprüche, die unmittelbar unter §§ 196, 197 BGB. fallen. Andererseits gelten sie aber nur für Ansprüche im Sinne der §§ 196, 197, mithin abgesehen von den Fällen des § 196 für alle Ansprüche, deren Verjährung reichsgesetzlich geordnet ist. Dazu gehört der Anspruch auf Krk.-Sterbegeld. Daß dieses Anspruch öffentlich-rechtlicher Natur ist, steht dem nicht entgegen. Ebensowenig der Umstand, daß das Sterbegeld nur eine einmalige Leistung darstellt. Allerdings betrifft § 197 BGB. Verbindlichkeiten, die im allgemeinen in regelmäßig wiederkehrenden Leistungen zu bestehen pflegen; er ist aber gleichwohl anwendbar, wenn ein solcher Anspruch ausnahmsweise nur auf eine einmalige Zahlung geht. Es genügt zur Anwendung des § 197, daß die Forderung zu einer Gruppe von Ansprüchen gehört, die im allgemeinen ihrer Natur nach regelmäßig wiederkehrende Leistungen zum Gegenstande haben. Das trifft auf den Anspruch auf Sterbegeld zu; denn es gehört zu den Kassenleistungen, die hauptsächlich, wie z. B. Krankengeld und Wochengeld, in regelmäßiger Wiederkehr zu gewähren sind. Die Bek. v. 22. 12. 14 und 4. 11. 15 finden daher auf das Sterbegeld ebenso wie auf das Kranken- und Wochengeld Anwendung.

(Bek. Nr. 5, 6 in Bd. 2, 140ff.; Nr. 7 in Bd. 3, 124.)

8. Bek. über Verjährungsfristen im Wechselrechte. Vom 19. Juli 1917. (RGBl. 635.)

[BR.] § 1. Wechselmäßige Ansprüche gegen den Akzeptanten eines im Inland zahlbaren Wechsels, die noch nicht verjährt sind, verjähren, wenn der Akzeptant seinen Wohnort im Ausland hat oder wenn in dem Wechsel ein ausländischer Wohnort des Bezogenen angegeben ist, nicht vor dem 31. Dezember 1918. Das gleiche gilt für wechselmäßige Ansprüche gegen den Aussteller eines im Inland zahlbaren eigenen Wechsels, wenn der Aussteller seinen Wohnort im Ausland hat oder wenn in dem Wechsel ein ausländischer Ausstellungsort angegeben ist.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [21. 7.] in Kraft.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 21. 7. 17 Nr. 199 1. Ausg.)

Es befinden sich aus der Zeit vor dem Kriege noch vielfach akzeptierte Wechsel in deutschen Händen, die auf im Ausland wohnende Bezogene lauten, aber im Inland zahlbar sind. Solche Wechsel sind besonders im Warenverkehr mit polnischen Firmen üblich (russisch-polnische Mark-Domizile). Die Inhaber haben die Wechsel während des Krieges nicht einziehen können und rechnen erst auf Bezahlung nach Beendigung des Krieges. Da der wechselmäßige Anspruch gegen den Akzeptanten nach Artikel 77 der Wechselordnung in drei Jahren vom Verfalltage des Wechsels an verjährt, würden die Inhaber in der Regel gezwungen sein, demnächst Handlungen zur Unterbrechung der Verjährung vorzunehmen. Die Vorschriften über die Hemmung der Verjährung in Fällen höherer Gewalt (§ 203 Abs. 2 BGB.) kommen hier nicht in Betracht, weil infolge des inländischen Zahlungsortes ein inländischer Gerichtsstand gegeben und die Rechtsverfolgung nicht verhindert ist. Die Rechtsverfolgung nötigt indessen die Wechselinhaber, zumal es sich um zahlreiche kleine Wechsel handelt und die Zustellung im Ausland oder durch öffentliche Zustellung erfolgen muß, zur Aufwendung verhältnismäßig erheblicher Kosten, ohne daß sie zurzeit feststellen können, ob sich diese Ausgaben mit Rücksicht auf die Vermögenslage der Schuldner rechtfertigen; sie führt ferner zu einer Inanspruchnahme der Gerichte. Der Bundesrat hat daher, einer Anregung des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes entsprechend, bestimmt, daß die in Frage kommenden Wechsel nicht vor dem 31. Dezember 1918 verjähren. Die Wirkung der Verlängerung der Verjährungsfrist wird allerdings mit Sicherheit nur insoweit eintreten, als es sich um Geltendmachung von Ansprüchen vor deutschen Gerichten handelt. Für Gerichte anderer Staaten könnte sie nur in Frage kommen, wenn diese nach den für sie maßgeblichen Grundsätzen des internationalen Privatrechts zur Anwendung deutschen Rechts gelangen und hierbei auch die während des Laufes des Wechsels geschehene Gesetzesänderung anerkennen würden.

Nach Mitteilungen von Interessenten ist aber in der Praxis in erster Linie mit Klagen vor deutschen Gerichten zu rechnen.

III. Maßnahmen zugunsten des Gläubigers und des Schuldners.

1. Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckverkehrs im Falle kriegerischer Ereignisse. Vom 4. August 1914. (RGBl. 327.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 392 bis 395.

§ 2.

Allgemeine Fristverlängerung.

Inhaltsübersicht.

I. Bek. v. 6. August 1914 (RGBl. 357) I 399.
1. Geltungsgebiet I 400.
2. Fristberechnung I 400.
3. Kein Einfluß auf die Verzinsung I 401.
4. Internationale Rechtsfragen I 401.
5. Außerkraftsetzung (Bek. v. 17. Mai 1915, RGBl. 264) I 401.
II. Sondervorschriften für die Grenzgebiete I 402, II 111, III 125, V 130.

(Abschnitt I in Bd. 1, 399 bis 401.)

II. Sondervorschriften für die Grenzgebiete.

Die Bek. v. 4. März, 17. Mai 15, 22. Juni und 21. Oktober 1915 (RGBl. 129, 284, 450, 677), 6. Januar, 13. April, 13. Juli und 5. Oktober 1916 (RGBl. 2, 273, 694, 1133) sind abgelöst durch die

Bek., betr. die Fristen des Wechsel- und Scheckrechts für Elsaß-Lothringen. Vom 28. Juni 1917. (RGBl. 566.)

[**BR.** (im Anschluß an die Bek. v. 26. März 17 RGBl. 278)]. Die Fristen für die Vornahme einer Handlung, deren es zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts oder des Regreßrechts aus dem Scheck bedarf, werden, soweit sie nicht am 31. Juli 1914 abgelaufen waren, für die in Elsaß-Lothringen zahlbaren Wechsel oder Schecks in der Weise verlängert, daß sie mit dem 31. Oktober 1917 ablaufen, sofern sich nicht aus anderen Vorschriften ein späterer Ablauf ergibt.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf die Frist, innerhalb deren nach den gesetzlichen Vorschriften der Regreßpflichtige von der Nichtzahlung des Wechsels oder Schecks zu benachrichtigen ist.

Bei Wechseln, bei denen die Frist zur Erhebung des Protestes mangels Zahlung nach Abs. 1 verlängert ist, verjährt der wechselmäßige Anspruch gegen den Akzeptanten oder, soweit es sich um eigene Wechsel handelt, gegen den Aussteller frühestens am 31. Oktober 1918.

2. Bek., betr. Änderung der Postordnung.

(Zu vgl. Bd. 1, 404ff.; 2, 146ff.; 3, 126; 4, 752.)

Durch die Bek. v. 30. März und 3. Juli 1917 (RGBl. 301, 587) hat die Postordnung weitere Änderungen erfahren. Diese Änderungen sind sofort in Kraft getreten.

Bek., betr. Änderung der Postordnung vom 20. März 1900. Vom 3. Juli 1917. (RGBl. 587.)

(Damit ist die Bek. v. 30. März 1917 überholt.)

Im § 18a „Postprotest" erhält der Abs. V unter B und C folgende Fassung:

B. Postprotestaufträge mit Wechseln, die in Elsaß-Lothringen zahlbar sind, werden erst an folgenden Tagen nochmals zur Zahlung vorgezeigt:

a) wenn der Zahlungstag des Wechsels in der Zeit vom 30. Juli 1914 bis einschließlich 29. Oktober 1917 eingetreten ist, am 31. Oktober 1917;

b) wenn der Zahlungstag des Wechsels nach dem 29. Oktober 1917 eintritt, am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage.

Solange die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts nach der Vorschrift des vorhergehenden Satzes besteht, kann der Auftraggeber verlangen, daß ein davon betroffener Wechsel mit dem Postprotestauftrag schon am zweiten Werktag nach dem Zahlungstage des Wechsels nochmals zur Zahlung vorgezeigt und, wenn auch diese Vorzeigung oder der Versuch dazu erfolglos bleibt, protestiert werde. Dieses Verlangen ist durch den Vermerk „Ohne die verlängerte Protestfrist" auf der Rückseite des Postprotestauftrags auszudrücken. Auch kann die Post damit betraut werden, für solche Wechsel neben der Wechselsumme auch die für die verlängerte Frist vom Tage der ersten Vorzeigung des Wechsels an fälligen Wechselzinsen einzuziehen und im Nichtzahlungsfalle deswegen Protest zu erheben. Wird hiervon Gebrauch gemacht, so ist in den Vordruck zum Postprotestauftrag hinter „Betrag des beigefügten Wechsels" einzutragen „nebst Verzugszinsen von 6 vom Hundert vom Tage der ersten Vorzeigung, nämlich vom ..... ab". Der Zeitpunkt, von dem an die Zinsen zu berechnen sind, ist nicht anzugeben, wenn die Post die erste Vorzeigung des Wechsels bewirkt. Hat der Auftraggeber die Einziehung der Zinsen verlangt, so wird der Wechsel nur gegen Bezahlung der Wechselsumme und der Zinsen ausgehändigt, bei Nichtzahlung auch nur der Zinsen aber wegen des nicht gezahlten Betrags Protest mangels Zahlung erhoben.

C. Als Zahlungstag gilt der Fälligkeitstag des Wechsels oder, wenn dieser ein Sonn- oder Feiertag ist, der nächste Werktag. Fällt der Schlußtag der Frist zur Vorzeigung des Wechsels auf einen Sonn- oder Feiertag, so wird der Wechsel am nächsten Werktag zur Zahlung vorgezeigt. Die Postverwaltung behält sich vor, die Vorzeigung der Wechsel, deren Protestfrist am 31. Oktober 1917 (Abs. B) abläuft, auf mehrere vorhergehende Tage zu verteilen.

3. Bek. über die Fälligkeit im Ausland ausgestellter Wechsel vom 10., 12. August, 22. Oktober 1914 und 18. Januar 1915. (RGBl. 14 368, 369; 15 23.)

(Wortlaut und Begründungen in Bd. 1, 407ff.; Erläuterungen dort und in Bd. 4, 753.)

1. Bernstein, JW. 17 375. Wenn die BO. vom 10./12. Aug., 22. Okt. 1914 und 18. Jan. 15 die im Ausland ausgestellten Wechsel zu einer späteren Zeit als zu dem aus dem Wechsel ergebenden Verfalltag fällig werden lassen, so wird man dem im Wechsel selbst angegebenen Ausstellungsort, gleichgültig ob er der wahre oder ein willkürlich gewählter ist, so lange Bedeutung beimessen, wie hierdurch nicht in zwingendes Recht eingegriffen wird.

2. JW. 17 375 (Dresden VIII). Die Meinungsäußerungen befassen sich fast ausnahmslos mit dem Falle, daß der einen inländischen Ausstellungsort tragende Wechsel in Wahrheit im Ausland ausgestellt ist, während hier der umgekehrte Fall zur Entscheidung steht, ob der einen ausländischen Ausstellungsort tragende Klagewechsel, obwohl er nach der Behauptung der Beklagten im Inland ausgestellt worden sein soll, als ein im Ausland ausgestellter Wechsel im Sinne der BO. anzusehen sei. Die Frage ist mit Rücksicht auf die Sicherheit des Rechtsverkehrs zu bejahen.

Der über die Verhältnisse bei Ausstellung des Wechsels vielleicht völlig unterrichtete Inhaber des mit einem ausländischen Ausstellungsorte versehenen Wechsels würde, wenn er eine etwaige Unrichtigkeit des Ausstellungsorts gegen sich gelten lassen und deshalb bei Vornahme der Wechselhandlungen, insbesondere bei der Vorlegung des Wechsels zur Zahlung und bei der Protesterhebung, darauf Rücksicht nehmen müßte, niemals einen zuverlässigen Anhalt für den wirklichen Fälligkeitstag des Wechsels haben. Er würde sowohl dann, wenn er den aus dem Wechsel ersichtlichen, wie dann, wenn er den

durch die Bundesratsverordnungen hinausgeschobenen Fälligkeitstag als maßgebend ansehen würde, stets Gefahr laufen, Rechtsverluste zu erleiden und zum mindesten sich unnütze Kosten zu verursachen. Er müßte immer darauf gefaßt sein, daß ihm von den Regreßverpflichteten mit Erfolg eingewendet würde, der von ihm eingeschlagene Weg sei falsch gewesen. Bei Abfassung der Bundesratsverordnungen ist denn auch, wie sich aus den Ausführungen der Denkschrift ergibt, gerade mit Rücksicht auf die Sicherheit des Verkehrs der Kreis der betroffenen Wechsel absichtlich nach Merkmalen bestimmt worden, die aus dem Wechsel selbst zu entnehmen sind, selbst wenn dadurch in Ausnahmefällen der Zweck der Vorschriften nicht erreicht wird. Die formale Natur des Wechsels und seine Zweckbestimmung, als Zahlungsmittel in den Verkehr gebracht zu werden, zwingen danach dazu, der Beklagten den Einwand, der Klagewechsel sei in Wirklichkeit kein im Ausland ausgestellter Wechsel und danach verjährt, zu versagen. Daß die Beklagte als Ausstellerin des Wechsels im Inland ihren Sitz hat und daß das der Klägerin, wie die Beklagte unter Eideszuschiebung behauptet, bei Empfang des Wechsels bekannt gewesen ist, kann daran nichts ändern. Denn das allein ergab noch keineswegs die Unrichtigkeit des ausländischen Ausstellungsorts.

3. JW. 17 376 (Dresden VIII). Nach dem Zweck (vgl. Wassermann-Erlanger 304, 306) genügt es, wenn durch die Benachrichtigung dem Wechselschuldner für die in der VO. erwähnte Zeit zuverlässige Kenntnis von der Person des Gläubigers vermittelt wird, damit er auf diese Weise in die Lage versetzt wird, den Wechsel einzulösen.

4. Bek., betr. Einigungsämter vom 15. Dezember 1914. (RGBl. 511.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 414ff,
(Erläuterung dort und in Bd. 2, 147, 148; 3, 127.)

JW. 17 303, LeipzZ. 17 621 (Dresden IV). Eine besondere Vergütung für die Tätigkeit der Rechtsanwälte vor dem Hypothekeneinigungsamt ist im Falle des § 4 der Bek. betr. Einigungsämter nicht zu zahlen, da die Mühewaltung durch die Prozeßgebühr mitabgegolten ist.

5. Bek. zum Schutze der Mieter. Vom 26. Juli 1917. (RGBl. 659.)

[BR.] § 1. Ist im Bezirk einer Gemeindebehörde ein Einigungsamt errichtet (§ 1 der Verordnung, betreffend Einigungsämter, vom 15. Dezember 1914, RGBl. 511), so kann die Landeszentralbehörde das Einigungsamt ermächtigen,

1. auf Anrufen eines Mieters über die Wirksamkeit einer nach dem 1. Juni 1917 erfolgten Kündigung des Vermieters, über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses und ihre Dauer sowie über eine Erhöhung des Mietzinses im Falle der Fortsetzung zu bestimmen,
2. auf Anrufen eines Vermieters einen mit einem neuen Mieter abgeschlossenen Mietvertrag, dessen Erfüllung von einer Entscheidung gemäß Nr. 1 betroffen wird, mit rückwirkender Kraft aufzuheben.

Die Erteilung der Ermächtigung ist von der Gemeindebehörde in ortsüblicher Weise bekanntzumachen.

§ 2. Der Antrag des Mieters (§ 1 Abs. 1 Nr. 1) ist unverzüglich, nachdem die Kündigung ihm zugegangen ist, oder wenn die Ermächtigung nach § 1 später erteilt ist, unverzüglich nach der Bekanntgabe der Erteilung (§ 1 Abs. 2) zu stellen. Der Antrag kann nicht mehr gestellt werden, wenn die Mietzeit abgelaufen ist oder die Parteien die Fortsetzung des Mietverhältnisses vereinbart haben.

§ 3. Das Einigungsamt entscheidet nach billigem Ermessen. Vor der Entscheidung kann es eine einstweilige Anordnung erlassen. Seine Entscheidungen sind unanfechtbar.

Wird die Fortsetzung des Mietverhältnisses angeordnet, so gelten die Bestimmungen des Einigungsamts als vereinbarte Bestimmungen des Mietvertrags.

§ 4. Das Einigungsamt entscheidet in der Besetzung von einem Vorsitzenden und mindestens zwei Beisitzern. Der Vorsitzende muß zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienste befähigt sein; die Beisitzer müssen zur Hälfte dem Kreise der Hausbesitzer, zur Hälfte dem der Mieter angehören. Das Nähere über die Besetzung bestimmt die Landeszentralbehörde.

§ 5. Die Anwendung dieser Verordnung kann durch Vereinbarung der Parteien nicht ausgeschlossen oder beschränkt werden.

§ 6. Die Landeszentralbehörden können die Gemeinden zur Errichtung von Einigungsämtern anhalten, die den Vorschriften des § 4 entsprechen.

§ 7.†) Die Landeszentralbehörden können, soweit Einigungsämter nicht errichtet sind, die im § 1 vorgesehenen Befugnisse einer anderen Stelle übertragen, wenn die Zusammensetzung dieser Stelle den Vorschriften des § 4 entspricht.

§ 8. Auf das Verfahren vor dem Einigungsamte (§§ 1, 6, 7) finden die Vorschriften der Verordnung, betreffend Einigungsämter, vom 15. Dezember 1914 (RGBl. 511) keine Anwendung. Das Verfahren ist gebührenfrei; das Einigungsamt bestimmt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat. Im übrigen wird das Verfahren durch den Reichskanzler geregelt.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [27. 7.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Hierzu:

Anordnung des Reichskanzlers für das Verfahren vor den Einigungsämtern. Vom 26. Juli 1917. (RGBl. 661.) ††)

[RA. § 8 MietVO. 26. 7. 17]. § 1. Die Einigungsämter sind berufen, in den im § 1 der Verordnung zum Schutze der Mieter bezeichneten Fällen endgültig zu entscheiden.

Die Mitglieder des Einigungsamts sind vor ihrem Amtsantritte durch Handschlag an Eides Statt zu treuer und gewissenhafter Führung ihres Amtes zu verpflichten. Sie sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

§ 2. Der Antrag auf Entscheidung ist an das Einigungsamt zu richten, in dessen Bezirke sich die Mietsache befindet.

Der Antrag ist schriftlich oder zu Protokoll des Schriftführers des Einigungsamts zu stellen. Er soll unter Darlegung der Sachlage und Angabe der Beweismittel kurz begründet werden; der Antragsteller soll die ihm zugänglichen Beweisurkunden, insbesondere Vertragsurkunden und Briefe beifügen.

§ 3. Das Einigungsamt verhandelt und entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung.

§ 4. Vor der Entscheidung ist der Gegner des Antragstellers zu hören.

Der Vorsitzende kann anordnen, daß eine mündliche Verhandlung mit den Parteien stattfindet. Er kann das persönliche Erscheinen der Parteien anordnen; er kann andere Personen, die ein rechtliches Interesse an der Entscheidung haben, zu der Verhandlung zulassen.

---

†) Durch Bek. v. 15. 9. 17 (RGBl. 834) ist folgender Abs. 2 hinzugefügt: „Solange im Bezirke einer Gemeinde die im § 1 vorgesehenen Befugnisse weder einem Einigungsamte noch einer anderen Stelle übertragen sind, sind die Amtsgerichte für die im § 1 Abs. 1 Nr. 1, 2 bezeichneten Entscheidungen zuständig; die Vorschriften des § 4 finden keine Anwendung."

††) Durch Anordnung v. 15. 9. 17 (RGBl. 834) auf das amtsgerichtliche Verfahren (†) mit der Maßgabe für anwendbar erklärt, daß an die Stelle des Schriftf. der Gerichtsschr. tritt und die Vollstreckung der Entsch. über die baren Auslagen sich nach den Vorschr. über die Beitreibung von Gerichtskosten richtet.

§ 5. Die Parteien sind von Ort und Zeit der Sitzung zu benachrichtigen. Wird mündliche Verhandlung angeordnet, so sind sie zu dieser zu laden.

Die Ladung erfolgt durch eingeschriebenen Brief. Der Vorsitzende kann eine andere Art der Ladung anordnen.

Die Parteien können sich in der mündlichen Verhandlung, soweit nicht das persönliche Erscheinen angeordnet ist, durch eine mit schriftlicher Vollmacht versehene Person vertreten lassen; sind sie oder ihre Vertreter trotz rechtzeitiger Ladung nicht erschienen, so wird gleichwohl in der Sache verhandelt und entschieden.

§ 6. Das Einigungsamt kann den Beteiligten aufgeben, binnen einer bestimmten Frist Tatsachen zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts anzugeben und Beweismittel insbesondere Urkunden, vorzulegen oder Zeugen zu stellen.

Bei Versäumung der Frist kann das Einigungsamt nach Lage der Sache ohne Berücksichtigung der nicht beigebrachten Beweismittel entscheiden.

§ 7. Das Einigungsamt kann auf Antrag oder von Amts wegen Beweise erheben, insbesondere Zeugen und Sachverständige eidlich vernehmen sowie Versicherungen an Eides Statt entgegennehmen.

Auf die Erledigung des Zeugen- und Sachverständigenbeweises finden die Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechende Anwendung. Die Zeugen und Sachverständigen erhalten Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige (RGBl. 1898 S. 689; 1914 S. 214).

Die Gerichts- und Verwaltungsbehörden haben innerhalb ihrer Zuständigkeit den Ersuchen der Einigungsämter um Aufnahme von Beweisen zu entsprechen. Auf die von den Gerichten zu leistende Rechtshilfe finden die Vorschriften des dreizehnten Titels des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 8. Das Einigungsamt kann vor der Entscheidung einstweilige Anordnungen erlassen.

§ 9. Die Befugnisse aus den §§ 6, 7, 8 stehen außerhalb der Sitzungen dem Vorsitzenden zu.

§ 10. Zu den Verhandlungen wird ein Schriftführer zugezogen, der vom Vorsitzenden durch Handschlag an Eides Statt zu treuer und gewissenhafter Führung seines Amtes verpflichtet wird.

Über die Verhandlungen wird eine Niederschrift aufgenommen, die von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist. Sie soll Ort und Tag der Verhandlung, die Bezeichnung der mitwirkenden Personen und der Beteiligten sowie das Ergebnis der Verhandlung enthalten. Sie soll den anwesenden Beteiligten vorgelesen oder zur Durchsicht vorgelegt und von ihnen unterschrieben werden.

§ 11. Die Entscheidung des Einigungsamts erfolgt durch Beschluß. Der Beschluß enthält die Namen der Mitglieder, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, und ist von dem Vorsitzenden zu unterschreiben.

§ 12. Die Beschlüsse (§ 11) und die Anordnungen auf Grund des § 8 sind von dem Schriftführer auszufertigen; er bescheinigt die Übereinstimmung mit der Urschrift.

Die Beschlüsse sind den Beteiligten, soweit sie nicht in deren Gegenwart verkündet sind, in der im § 5 Abs. 2 vorgeschriebenen Weise mitzuteilen.

§ 13. Für das Verfahren werden Gebühren nicht erhoben.

Das Einigungsamt bestimmt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat und setzt die Höhe der Auslagen fest. Die Entscheidung hierüber ist vollstreckbar. Die Vollstreckung richtet sich nach den Vorschriften über die Beitreibung von Gemeindeabgaben.

Die Parteien haben keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Auslagen.

6. Bek. über die Zwangsverwaltung von Grundstücken. Vom 22. April 1915. (RGBl. 223.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 423 bis 426.

§ 3.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 1, 431ff.; 7 bis 10 in Bd. 2, 154; 11 in Bd. 4, 753.)

12. DJZ. 17 344 (Posen IV). Der nach § 3 bestellte Zwangsverwalter nimmt eine Ausnahmestellung ein; er wird nur bestellt, weil er im Dienste der Behörde steht, und erhält für seine Tätigkeit keine Vergütung. Die Bestimmung wurde im Interesse einer sachgemäßen und billigen Verwaltung getroffen. Daß aber für den aus dem Kreise der Beamten der Behörde bestellten Verwalter aus der Teilungsmasse Auslagen zu bestreiten seien, die ihm gemäß seiner Dienstvorschriften zustehen, ist in der Bek. nicht gesagt und läßt sich auch sonst nicht folgern. Die §§ 1, 2, 4 lassen vielmehr das Bestreben erkennen, die Zwangsverwaltung mit geringen Kosten durchzuführen, um die Kriegsnöte möglichst wenig fühlbar zu machen. Allerdings ist die Behörde, die einen ihrer Beamten bestellen läßt, insofern benachteiligt, als der Beamte der Behörde gegenüber Abfindung auf Grund seiner Dienstvorschriften beanspruchen kann. Allein dieses Innenverhältnis der Behörde zu ihren Beamten ist nicht entscheidend. Denn die Behörde ist nicht genötigt, einen ihrer Beamten als Verwalter vorzuschlagen, und muß, wenn sie dies tut, die Mehrauslagen als allgemeine Verwaltungskosten betrachten.

§ 5.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 1, 433.)

3. JW. 17 236 (KG. I2). Es fehlt an jedem Anhalt für die Annahme, daß die BRBO. unter „Gebühren" etwas anderes verstanden wissen will, als was sonst im Sinne der Kostengesetzgebung unter „Gebühren" verstanden wird, nämlich die für einzelne Akte in den Kostengesetzen bestimmten Gebühren als Entgelt für die durch den Staat gewährte Leistung oder entwickelte Tätigkeit, im Gegensatz zu den „baren Auslagen", deren Erstattung aus dem Gesichtspunkte des Ersatzes gemachter Aufwendungen in Frage kommt.

Anhang.

Preuß. Allg. Verfügung v. 22. August 1917 über die Geschäftsführung der nach der VO. über die Zwangsverwaltung von Grundstücken v. 22. April 1915 (RGBl. 233) zu Verwaltern bestellten Schuldner und sonstigen Personen. (JMBl. 295.)

Für die Geschäftsführung der nach der Verordnung über die Zwangsverwaltung von Grundstücken vom 22. April 1915 (RGBl. 233) bestellten Verwalter gilt die Allgemeine Verfügung, betreffend die Geschäftsführung der Verwalter, welche bei der Zwangsverwaltung bestellt werden, und die den Verwaltern zu gewährende Vergütung, vom 8. Dezember 1899 (JMBl. 99, 791) mit ihren nachträglichen Änderungen und Ergänzungen*), soweit sich nicht aus der Verordnung vom 22. April 1915 Abweichendes ergibt. Zu ihrer Ergänzung wird für den Fall der Bestellung eines Schuldners zum Verwalter (§ 1 der Verordnung) weiter noch folgendes bestimmt:

1. Zu § 2 Abs. 1:
   Zu der Übergabe des Grundstücks an den Verwalter ist die Aufsichtsperson zuzuziehen.
2. Zu § 2 Abs. 3:
   An Stelle des Verwalters hat die Aufsichtsperson den Drittschuldnern die Beschlagnahme mitzuteilen, und zwar mit dem Hinzufügen, daß der Schuldner als Verwalter zur Einziehung der Forderungen befugt bleibe.
3. Zu § 3:
   Die Aufsichtsperson hat vorbehaltlich der Entscheidung des Gerichts die Räume zu bestimmen, die dem Schuldner als für seinen Hausstand unentbehrlich zu belassen sind.

*) Allg. Verfg. v. 30. Dezember 1903 und 22. August 1917 (JMBl. 04, 2; 17, 294).

4. Zu § 6:

Neue Miet- oder Pachtverträge soll der Verwalter nur mit Zustimmung der Aufsichtsperson abschließen.

5. Zu § 16 Abs. 1 bis 8:

Wird dem Verwalter eine Vergütung zugebilligt, so setzt das Gericht sie fest. Sie soll regelmäßig hinter den im Abs. 1 bis 5 bestimmten Sätzen zurückbleiben und darf sie jedenfalls nur ausnahmsweise überschreiten. Sie kann auch in der Überlassung von Nutzungen des Grundstücks bestehen. Vor der Festsetzung der Vergütung ist die Aufsichtsperson zu hören.

6. Zu § 16 Abs. 9:

Auch die Aufsichtsperson hat Anspruch auf Ersatzung notwendiger Reisekosten und anderer Auslagen.

7. Zu § 17:

Die Eröffnung eines Postscheckkontos kommt regelmäßig nicht in Betracht.

8. Zu § 29:

In jedem einzelnen Falle ist zu prüfen, ob dem Verwalter mit Rücksicht auf seine Persönlichkeit, auf die Art und den Umfang der Verwaltung und auf das Vorhandensein einer Aufsichtsperson eine vereinfachte Buchführung und Rechnungslegung nachgelassen werden kann.

Die zu den §§ 17 und 29 gegebenen Bestimmungen gelten auch für den Fall, daß eine der in den §§ 3 und 4 der Verordnung bezeichneten Personen zum Verwalter bestellt wird.

(Bek. Nr. 7 als Nr. 6 in Bd. 1, 434.)

8. Bek. über wiederkehrende öffentliche Lasten von Grundstücken. Vom 12. Juli 1917. (RGBl. 604.)

[BR.] § 1. Ansprüche auf Entrichtung wiederkehrender öffentlicher Lasten eines Grundstücks, für die nach dem 1. August 1914 von der zuständigen Behörde Ausstand gewährt worden ist, gelten im Sinne des § 10 Nr. 3 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung (RGBl. 1898 S. 713) als Ansprüche auf Entrichtung laufender Beträge. Die Landeszentralbehörde bestimmt, welche Behörde zuständig ist.

§ 2. Sind wiederkehrende Leistungen der bezeichneten Art für zwei Jahre nicht gezahlt, so hat die Behörde (§ 1) dem Grundbuchamt und dieses den Beteiligten, für die ein Recht im Grundbuch eingetragen oder durch Eintragung gesichert ist, Mitteilung zu machen. Für die Mitteilung des Grundbuchamts werden Schreibgebühren erhoben, die dem Eigentümer des Grundstücks zur Last fallen.

§ 3. Diese Verordnung tritt am 16. Juli 1917 in Kraft.

Sie tritt gleichzeitig mit der Verordnung über den dinglichen Rang öffentlicher Lasten vom 22. April 1915 (RGBl. 235) außer Kraft. Ist vor dem Außerkrafttreten der Verordnung die Beschlagnahme des Grundstücks in einem Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahren erfolgt, so bleiben für dieses Verfahren die Vorschriften des § 1 in Geltung.

9. Bek. über die Todeserklärung Kriegsverschollener. Vom 18. April 1916. (RGBl. 296.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 129ff.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 3, 129; 4, 754.

Horn, Die Todeserklärung Kriegsverschollener (nach österreichischem und deutschem Zivilrecht). — Marcus, Die Todeserklärung Kriegsverschollener, GesuR. 18 243. — Partsch, Die amtsgerichtliche Praxis zur Kriegstodeserklärung, BadRpr. 17 71.

§ 2.

Der Zeitpunkt des Todes.

Inhaltsübersicht.

I. Allgemeines III 141, V 137.
II. Die seit einem „besonderen Kriegsereignis" Vermißten III 141, IV 755.

I. Allgemeines.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 141.)

4. Partsch a. a. O. 72. Das Erstrebenswerte ist, daß der Richter den Tod auf den Tag des Vermißtwerdens datiert. Das ist im Westen immer möglich. Durch einen energischen Betrieb der Vermißtennachforschung haben wir die Nachweisungen für die Leute, welche das Vermißtwerden überlebt haben. Wo man weder im Lande noch im ZNB. etwas über das spätere Leben weiß und der Vermißte nicht geschrieben hat, ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Vermißte an dem Tag, da er vermißt wurde, den Tod gefunden hat. So kann der Richter auch dort, wo die Akten über das besondere Kriegsereignis nichts sagen, auf Grund freier Beweiswürdigung nach § 1 der Bek. den Tag des Vermißtwerdens als Todestag datieren. Er braucht sich nur vom ZNB. bestätigen zu lassen, daß der Vermißte niemals auf der feindlichen Gefangenenliste vorkam. Unter den beobachteten mehreren 1000 Fällen war keiner, in dem dieses Verfahren zu Mißständen geführt hätte. Dagegen sind sehr zahlreiche Fälle zu beobachten, in denen die Datierungen auf das Jahresende nach dem Vermißtwerden durch die Gefangenenaussagen durch das Vorliegen der Erkennungsmarke oder einfach auf Grund der Nachprüfung der Umstände im ZNB. als unrichtig erkannt worden sind. Bisher hat man in solchen Fällen oft zu helfen gesucht durch Berichtigung des Ausschlußurteils nach den Vorschriften über die Schreibfehlerberichtigung, was selbstverständlich rechtlich nicht zu rechtfertigen ist. Um unnütze Arbeit, Kosten, Anfechtungsprozesse zu sparen, ist es vorsichtig, möglichst immer auf den Tag des Vermißtwerdens zu datieren. Für die Verhältnisse im Osten ist der Schluß aus dem Schweigen des Vermißten selbst oder aus der Gefangenenliste nicht beweisend. Auch hier wird durch richtige Handhabung der Aussetzungsbefugnis nach § 9 der Bek. die Todeserklärung immer erst zwei bis drei Jahre nach dem Vermißtwerden erfolgen. Nach dieser Zeit wird man ruhig auf den Tag des Vermißtwerdens datieren können. Die möglichen Fehlsprüche für den Osten sind in Kauf zu nehmen gegenüber der sehr erheblichen Förderung der Rechtssicherheit, welche sich für die Praxis aus der Datierung des Todes auf den Moment des Vermißtwerdens ergibt.

§§ 4 bis 18.

Das Verfahren.

§ 4.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 3, 143.)

5. Starck, DJZ. 17 745. Auch der Gläubiger eines Kriegsverschollenen hat das Recht, dessen Todeserklärung zu beantragen.

§ 17.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 146.)

4. Partsch a. a. O. 71. Für die Auskunft selbst, welche von den Informationsstellen der Kriegsministerien erteilt wird, ist es wichtig, daß das Amtsgericht die Stellung des ZNB. richtig beurteilt. Dieses ist nur Registraturbehörde für eingegangene Meldungen. Sachverständigen-Gutachten, Anleitungen der Gerichte durch Hinweis auf Erfahrungen werden bisher vom ZNB. durchaus vermieden. Die Auskunft lautet nur nach dem Akteninhalt. Sie macht oft einen unvollständigen Eindruck, liefert insbesondere in sehr vielen Fällen nicht die vorliegenden Anhaltspunkte für die Bejahung des beson-

deren Kriegsereignisses. Wenn die Auskunft lautet, daß Anhaltspunkte für das Vorliegen des besonderen Kriegsereignisses nicht vorhanden sind, muß der Richter, da er selbständige Wahrheitsforschung treiben muß, sich die Sachkenntnis eventuell selbst durch Erhebung beim Truppenteil verschaffen. Allerdings wird dieses besondere Kriegsereignis sehr oft einfach nach den Vermißtmeldungen der Verlustliste, die sich für die Kompagnie an dem Tage häufen, oder durch die amtlichen Tagesberichte festzustellen sein.

5. Partsch a. a. O. 71. Eine kleine Schwierigkeit ergibt sich für den Richter, wenn die Meldung der Verlustliste und die Auskunft des ZNB. lautet: „Verwundet". Anfänglich wurde dann eine Berichtigung der militärischen Meldung in der Praxis betrieben. Gegenwärtig wird diese von den Informationsstellen mit Recht für überflüssig erachtet. Es genügt, daß das Nachweisebüro auf Anfrage festgestellt, daß seit der Meldung „Verwundet" aus keinem Lazarett oder sonstiher etwas über den Verbleib des Vermißten bekannt geworden ist.

6. Partsch a. a. O. 71. Die Gerichte müssen dringend darauf hingewiesen werden, daß für jeden einzelnen Fall das Aufgebotsgericht selbst die Auskunft des Zentralnachweisebüros erheben muß, und andererseits das Ausschlußurteil dorthin vorlegen muß.

10. Bek. über das Verfahren bei der Todeserklärung Kriegsverschollener. Vom 9. August 1917. (RGBl. 702.)

[BR.] **Art. 1.** Die Verordnung über die Todeserklärung Kriegsverschollener vom 18. April 1916 (RGBl. 296) wird dahin geändert:

. . . . . .

Art. 2. Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Wortlaut der Verordnung über die Todeserklärung Kriegsverschollener, wie er sich mit den in dieser Verordnung getroffenen Änderungen ergibt, unter fortlaufender Nummernfolge der Paragraphen im Reichs-Gesetzblatt bekanntzumachen.

Art. 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung [10. 8.] in Kraft.

11. Bek. der neuen Fassung. Vom 9. August 1917. (RGBl. 703.)

Verordnung über die Todeserklärung Kriegsverschollener.

§ 1. Wer als Angehöriger der bewaffneten Macht des Deutschen Reichs oder eines mit ihm verbündeten oder befreundeten Staates an dem gegenwärtigen Kriege teilgenommen hat (§ 15 BGB.) und während des Krieges vermißt worden ist, kann im Wege des Aufgebotsverfahrens für tot erklärt werden, wenn von seinem Leben ein Jahr lang keine Nachricht eingegangen ist.

Das gleiche gilt für Personen, die nicht zur bewaffneten Macht gehören, wenn sie sich bei ihr aufgehalten haben oder ihr gefolgt sind, oder wenn sie in die Gewalt des Feindes geraten sind.

§ 2. Als Zeitpunkt des Todes ist, sofern nicht die Ermittlungen ein anderes ergeben, der Zeitpunkt anzunehmen, in dem der Antrag auf Todeserklärung zulässig geworden ist. Wird der Verschollene seit einem besonderen Kriegsereignis (einem Gefecht, einer Sprengung, einem Schiffsunfall oder dergleichen), an dem er beteiligt war, vermißt, so ist der Zeitpunkt des Ereignisses als Zeitpunkt des Todes anzunehmen, es sei denn, daß die Ermittlungen die Annahme rechtfertigen, der Verschollene habe das Ereignis überlebt.

§ 3. Solange nicht die Todeserklärung erfolgt ist, wird das Fortleben des Verschollenen bis zu dem Zeitpunkt vermutet, der nach § 2 in Ermangelung eines anderen Ergebnisses der Ermittlungen als Zeitpunkt des Todes anzunehmen ist.

§ 4. Für das Aufgebotsverfahren in den Fällen des § 1 gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung, soweit nicht im folgenden ein anderes bestimmt ist.

§ 5. Der Antrag auf Todeserklärung ist dem Staatsanwalt mitzuteilen.

§ 6. Die Aufgebotsfrist muß mindestens einen Monat betragen.

§ 7. Die Bekanntmachung des Aufgebots durch öffentliche Blätter kann unterbleiben.

Das Gericht kann anordnen, daß das Aufgebot außer an die Gerichtstafel in der Gemeinde, in der der Verschollene seinen letzten Wohnsitz gehabt hat, an die für amtliche Bekanntmachungen bestimmten Stellen angeheftet wird.

Die Aufgebotsfrist beginnt mit der Anheftung des Aufgebots an die Gerichtstafel.

§ 8. Die Vorschrift des § 972 Abs. 1 Satz 2 der Zivilprozeßordnung findet keine Anwendung.

§ 9. Vor der Entscheidung über den Antrag auf Todeserklärung ist der Staatsanwalt über das Ergebnis der Ermittlungen zu hören. Die Entscheidung ist dem Staatsanwalt zuzustellen.

§ 10. In dem Urteil ist der Zeitpunkt des Todes nach Maßgabe des § 2 festzustellen.

§ 11. Das Gericht kann das Verfahren auf die Dauer von längstens einem Jahre aussetzen, wenn eine weitere Nachricht nach den Umständen des Falles, insbesondere nach der Entfernung des letzten bekannten Aufenthaltsorts des Verschollenen, nicht ausgeschlossen erscheint. Gegen den Beschluß findet sofortige Beschwerde statt. Nach Ablauf der Frist ist das Verfahren von Amts wegen fortzusetzen.

§ 12. Für die Anfechtung eines nach dieser Verordnung erlassenen Ausschlußurteils gelten die Vorschriften der Zivilprozeßordnung.

Erhebt der für tot Erklärte die Anfechtungsklage, so ist die Klage nicht an die Fristen der §§ 958, 976 der Zivilprozeßordnung gebunden.

§ 13. Hat der Verschollene die Todeserklärung überlebt, so kann er ihre Aufhebung bei dem Aufgebotsgerichte beantragen.

Der Antrag kann schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers gestellt werden. Der Antrag soll eine Angabe der ihn begründenden Tatsachen und die Bezeichnung der Beweismittel enthalten.

§ 14. Vor der Entscheidung ist der Staatsanwalt sowie derjenige zu hören, der die Todeserklärung erwirkt hat.

§ 15. Der § 968 der Zivilprozeßordnung gilt entsprechend.

Ergeben sich Zweifel, ob der Antragsteller der für tot Erklärte ist, so ist der Antrag zurückzuweisen und der Antragsteller auf den Weg der Anfechtungsklage zu verweisen.

§ 16. Die Entscheidung kann ohne mündliche Verhandlung ergehen. Sie erfolgt durch Beschluß. Gegen die Aufhebung der Todeserklärung findet kein Rechtsmittel statt; gegen die Zurückweisung des Antrags steht dem Antragsteller die sofortige Beschwerde zu.

§ 17. Der Antrag auf Aufhebung der Todeserklärung hat dieselben Wirkungen wie die Erhebung der Anfechtungsklage.

Ist die Todeserklärung durch Klage angefochten, so ist das Verfahren über die Anfechtungsklage bis zur Entscheidung über den Antrag auszusetzen.

Wird die Todeserklärung aufgehoben, so wirkt der Beschluß für und gegen alle.

§ 18. Ist in einem nach den Vorschriften dieser Verordnung erlassenen Ausschlußurteile der Zeitpunkt des Todes unrichtig festgestellt, so kann das Gericht auf Antrag oder von Amts wegen die Feststellung berichtigen. Für das Verfahren gelten die Vorschriften der §§ 19, 20; die Anfechtungsklage findet nicht statt.

§ 19. Antragsberechtigt ist jeder, der an der Berichtigung des Zeitpunkts des Todes ein rechtliches Interesse hat.

Der Antrag kann schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers gestellt werden. Vor der Entscheidung ist der Staatsanwalt sowie derjenige zu hören, der die Todeserklärung erwirkt hat.

§ 20. Die Entscheidung, die ohne mündliche Verhandlung ergehen kann, erfolgt durch Beschluß.

Der Beschluß ist dem Antragsteller, demjenigen, der die Todeserklärung erwirkt hat, sowie dem Staatsanwalt zuzustellen. Der Beschluß, der eine Berichtigung ausspricht, wird auf dem Ausschlußurteil und den Ausfertigungen vermerkt.

Gegen den Beschluß, durch den eine Berichtigung ausgesprochen oder der Antrag auf Berichtigung zurückgewiesen wird, findet sofortige Beschwerde statt.

§ 21. In den Fällen der § 1, 13 und 18 ist auch der Staatsanwalt antragsberechtigt.

§ 22. In einem Verfahren nach den Vorschriften dieser Verordnung genügt zum Nachweis von Tatsachen, die bei dem Truppenteile des Verschollenen bekannt sind, eine mit dem Dienstsiegel versehene schriftliche Erklärung des militärischen Disziplinarvorgesetzten.

Soweit es sich um Tatsachen handelt, die bei der obersten Militärverwaltungsbehörde bekannt sind, genügt zum Nachweis die schriftliche, mit dem Dienstsiegel versehene Auskunft der Behörde.

§ 23. Für das Verfahren nach den Vorschriften dieser Verordnung werden Gerichtsgebühren nicht erhoben.

Wird ein Ausschlußurteil gemäß § 16 aufgehoben, so können die dem Antragsteller erwachsenen außergerichtlichen Kosten (§ 91 der Zivilprozeßordnung) demjenigen auferlegt werden, der das Ausschlußurteil erwirkt hat. Auch kann angeordnet werden, daß derjenige, der die Todeserklärung erwirkt hat, die Kosten erstattet, die gemäß § 971 der Zivilprozeßordnung dem Nachlaß des für tot Erklärten zur Last gefallen sind.

§ 24. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Begründung. (JMBl. 17, 292.)

Die VO. über die Todeserkl. KrV. v. 18. April 1916 (RGBl. 296) ist, wie die mit ihrer Anwendung gemachten Erfahrungen zeigen, einem Bedürfnis entgegengekommen, und ihre Vorschriften haben sich in allem wesentlichen bewährt. Insbesondere haben sich die den Gerichten in die Hand gegebenen Hilfsmittel als geeignet erwiesen, um bei sachgemäßer Anwendung eine zuverlässige Aufklärung und eine ausreichende Bemessung der Fristen je nach der Besonderheit der einzelnen Fälle zu ermöglichen. Unsicherheiten und Ungleichmäßigkeiten haben sich nur bei der Feststellung des als Todestag anzunehmenden Zeitpunktes herausgestellt, so daß ein Bedürfnis nach einem einfachen Berichtigungsverfahren an Stelle der zurzeit allein möglichen Anfechtungsklage (§ 973 ZPO.) anzuerkennen ist. Um von vornherein auf eine gleichmäßigere Handhabung der Vorschriften hinzuwirken und auch sonst das öffentliche Interesse in dem Aufgebotsverfahren stärker zur Geltung zu bringen, erscheint es sodann angebracht, die schon durch § 16 der VO. vorgesehene Mitwirkung der Staatsanwaltschaft am Verfahren reichsrechtlich weiter auszubauen.

Von diesen Gesichtspunkten aus schlägt der Entw. im Art. I folgende Ergänzungen der VO. vor:

Alle Anträge auf Todeserkl. eines KrV. sind von dem AG. der zuständigen Staatsanwaltschaft mitzuteilen (Nr. 1 § 4 a). Diese wird dadurch in die Lage gesetzt, in jedem Falle zu prüfen, ob sie von der ihr durch § 16 der VO. § 967 ZPO. verliehenen Befugnis Gebrauch machen und in das Verfahren eintreten will. Daß der Staatsanw. zu diesem Zwecke auf ihren Antrag — auch im weiteren Verlaufe des Verfahrens — die Akten vorzulegen sind, bedarf keiner besonderen Vorschrift. Dagegen schreibt § 7 a des Entw. (Nr. 2) im Satz 1 weiter vor, daß ihr, auch wenn sie sich dem Verfahren bis dahin nicht angeschlossen hat, in jedem Falle Gelegenheit zu geben ist, sich vor der Entscheidung über das Ergebnis der Ermittlungen zu äußern. Sie erhält damit die Möglichkeit, auf eine Ergänzung der Ermittlungen hinzuwirken und etwaige sonstige Bedenken geltend zu machen, z. B. indem sie die Aussetzung des Verfahrens gemäß § 9 der VO. beantragt. Endlich sollen dem Staatsanw. die über den Antrag auf Todeserkl. ergehenden Entscheidungen, sowohl die Ausschlußurteile als auch die ablehnenden Beschlüsse, zugestellt werden (§ 7 a Satz 2).

Die §§ 15 a bis 15 c (Art. I Nr. 3) enthalten die Vorschriften für den Fall, daß der Zeitpunkt des Todes unrichtig festgestellt ist. „Unrichtig festgestellt" ist dieser Zeitpunkt sowohl dann, wenn das Ergebnis der Ermittlungen unzutreffend gewürdigt, insbesondere der § 2 der VO. unrichtig angewandt ist, als auch dann, wenn neu bekannt gewordene Tatsachen die bisherige Annahme umstoßen. In beiden Fällen ist nach

§ 15a die Berichtigung zulässig. Auch eine wiederholte Berichtigung ist nicht ausgeschlossen. Die Berichtigung kann (§ 15 Abs. 1) von jedem, der ein rechtliches Interesse an ihr hat, und von dem Staatsanw. (Nr. 4) beantragt werden; sie ist aber nicht an das Vorliegen eines Antrags gebunden, sondern das Amtsgericht kann, wenn es Anlaß dazu findet, auch von Amts wegen eine Berichtigung vornehmen. Das Berichtigungsverfahren tritt für die Todeserklärungen KrV. an die Stelle der Anfechtungsklage zum Zwecke der Berichtigung des Todestags gemäß § 973 ZPO.; diese soll daneben nicht mehr stattfinden (§ 15a letzter Satz). Beides gilt auch für die bereits erlassenen Ausschlußurteile. Der Antrag auf Berichtigung kann schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers gestellt werden (§ 15b Abs. 2 Satz 1), sein Inhalt wird sich nach der Art der beantragten Berichtigung zu richten haben. Beruft sich der Antragsteller auf neue Tatsachen, so ergibt sich auch ohne besondere Vorschrift, daß er sie bezeichnen wird. Ebenso bedarf es keiner ausdrücklichen Anordnung darüber, wie sich das Gericht von der Unrichtigkeit der getroffenen und der Richtigkeit der an ihre Stelle tretenden Feststellung zu überzeugen hat. Aus dem Begriff der Berichtigung folgt, daß das Gericht alle ihm zu Gebote stehenden Mittel der Aufklärung zu benutzen hat, ehe es seine eigene Feststellung für unrichtig erklärt und durch eine andere ersetzt. Erweisen sich neue Ermittlungen als erforderlich, so sind sie vorzunehmen, ebenso sind die geeignet erscheinenden Beweise zu erheben. Die Einfügung der neuen Vorschriften in die VO. v. 18. April 1916 bewirkt, daß auch die Beweisvorschrift des § 17 a. a. O. über schriftliche Erklärungen des Disziplinarvorgesetzten und Auskünfte der obersten Militärverwaltungsbeh. Anwendung findet. Vor der Entscheidung ist in allen Fällen, auch wenn die Berichtigung von Amts wegen vorgenommen wird, der Staatsanw. sowie derjenige zu hören, der die Todeserklärung erwirkt hat (§ 15b Abs. 2 Satz 2). Diesen sowie dem etwaigen Antragsteller des Berichtigungsverfahrens ist auch der Beschluß, der ohne mündliche Verhandlung ergehen kann, zuzustellen (§ 15c Abs. 1 u. 2). Gegen den Beschluß, der von Amts wegen oder auf Antrag eine Berichtigung ausspricht, oder der einen Antrag auf Berichtigung zurückweist, findet die sofortige Beschwerde statt (§ 15c Abs. 3). Der Beschluß, der eine Berichtigung ausspricht, wird auf dem Ausschlußurteil und den Ausfertigungen vermerkt (§ 15c Abs. 2 Satz 2). Gerichtsgebühren sind nach § 18 der VO. auch für das Berichtigungsverfahren nicht zu erheben.

Preuß. Allg. Verfügung v. 20. August 1917 über die Todeserklärung Kriegsverschollener.
(JMBl. 291.)

1. . . . . .

2. Die nach § 9 der VO. über die Todeserklärung Kriegsverschollener i. d. Fass. v. 9. August 1917 vorgeschriebene Anhörung der Staatsanwaltschaft über das Ergebnis der Ermittlungen wird regelmäßig unter Übersendung der Akten zu geschehen haben. Die Staatsanwälte werden angewiesen, ihr Augenmerk insbesondere darauf zu lenken, ob bereits eine amtliche Auskunft der obersten Militärverwaltungsbehörde (zu vgl. § 22 Abs. 2 der VO.; Nr. 3 der Allg. Vfg. v. 13. Juni 1916), und zwar aus neuerer Zeit, vorliegt. Das Zentral-Nachweise-Büro des Preuß. Kriegsministeriums hat mir mitgeteilt, daß von der Möglichkeit der Einholung einer solchen Auskunft trotz meiner Allg. Vfg. v. 31. Oktober 1916 noch nicht in dem wünschenswerten Umfange Gebrauch gemacht werde.

3. Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß die Amtsgerichte meine Anordnungen über die abschriftliche Mitteilung ihrer Entscheidungen (Nr. 4 der Allg. Vfg. v. 13. Juni 1916) nicht immer befolgen. Die Amtsgerichte werden erneut auf diese Anordnungen hingewiesen. Sie haben auch die bereits erledigten Sachen darauf durchzusehen, ob die Mitteilung erfolgt ist, und letztere gegebenenfalls nachzuholen.

4. Die Amtsgerichte haben auch von Berichtigungsbeschlüssen, welche auf Grund der §§ 18ff. der VO. i. d. Fass. v. 9. August 1917 ergehen, den obersten Militärverwaltungsbehörden (Nr. 4 der Allg. Vfg. v. 13. Juni 1916) und, falls der Verschollene ein Beamter des Reichs oder eines Bundesstaats war, der vorgesetzten Dienstbehörde (Nr. 5 derselben Allg. Vfg.) Mitteilung zu machen.

C. Handelssachen und Gewerbliches Eigentum.

Übersicht.

A. Handelspolitik.

I. 1. Bek., betr. die Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche, v. 10. August 1914 (RGBl. 367) . . . . . .
2. Bek., betr. die Wirkung des Außerkrafttretens von Handelsverträgen, v. 10. August 1914 (RGBl. 367) . . . . . .
II. Einfuhrerleichterungen . . . . . .
III. Ein- und Durchfuhrverbote . . . . . .

B. Handelsstand.

I. Bek., betr. das vorzeitige Inkrafttreten einer Vorschrift aus dem Gesetze v. 10. Juni 1914 zur Änderung der §§ 74, 75 usw. des Handelsgesetzbuchs (RGBl. 1914 209), v. 10. September 1914 (RGBl. 404) . . . . . .
II. Bek. über die Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetze, betr. Kaufmannsgerichte, v. 17. September 1914 (RGBl. 409) . . . . . .
III. Bek. über denselben Gegenstand v. 26. Juli 1915 (RGBl. 481) . . . . . .
IV. Bek. über denselben Gegenstand v. 20. Juli 1916 (RGBl. 778) . . . . . .
V. Bek. wegen der Amtsdauer der Mitglieder von Handwerkskammern v. 17. Februar 1916 (RGBl. 110) . . . . . .
*VI. Bek. über die Besetzung der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte, und der Innungsschiedsgerichte während des Krieges v. 12. Juli 1917 (RGBl. 606) 146
*VII. Bek. über den privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterricht v. 2. August 1917 (RGBl. 683) 147

C. Handelsgesellschaften, Gesellschaften mbH., Genossenschaften.

I. Bek., betr. die zeitweilige Außerkraftsetzung einzelner Vorschriften des Handelsgesetzbuchs usw., v. 8. August 1914 (RGBl. 365) . . . . . .
II. Bek., betr. die Bilanzen von Aktiengesellschaften usw., die Vermögen im Ausland oder in den Schutzgebieten haben, v. 25. Februar 1915 (RGBl. 123)
III. Bek., betr. die Veröffentlichung der Handelsregistereintragungen usw., vom 11. Februar 1915 (RGBl. 71) . . . . . .
*IV. Bek. über die Ladung zur Gesellschafterversammlung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung v. 8. Oktober 1914 (RGBl. 428) 148
V. Bek., betr. die Revision der eingetragenen Genossenschaften, v. 8. September 1914 (RGBl. 400) . . . . . .
VI. Bek. über die Vertretung eines Genossen in der Generalversammlung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft und über das Ausscheiden aus der Genossenschaft, v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 518) . . . . . .

D. Handelsgeschäfte.

I. Lieferungs- und Zahlungsbedingungen (Konventionen) . . . . . .
*II. 1. Gesetz, betr. die Abwickelung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren, v. 4. August 1914 (RGBl. 336) 148
2. Bek., betr. (denselben Gegenstand), v. 24. August 1914 (RGBl. 381) . 148
III. Maßnahmen zur Preisregelung und zur Bekämpfung des Wuchers . . .

*1. Gesetz, betr. Höchstpreise v. 4. August 1914 i. d. Fass. v. 17. Dezember 1914 (RGBl. 516) mit den Änderungen v. 23. März 1916 (RGBl. 183) und 22. März 1917 (RGBl. 253) 148

Hierzu:

Preußische Ausführungsanweisungen
a) vom 23. Dezember 1914 (HMBl. 3) . . . . . .
b) vom 31. Mai 1916 (HMBl. 232) . . . . . .
*2. Bek., betr. Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge, v. 11. November 1915 (RGBl. 758) 156

Hierzu: Ausführungsanweisung des Reichskanzlers v. 15. November 1915 (RGBl. 769) . . . . . .
3. Bek. über die Ausdehnung der Bek. v. 11. November 1915 (RGBl. 758) auf Verträge über die Lieferung von Steinkohlen und Braunkohlen, v. 13. April 1916 (RGBl. 274) . . . . . .
4. Bek. über den Aushang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels, v. 24. Juni 1915 (RGBl. 353) . . . . . .
*5. Bek. gegen übermäßige Preissteigerung, v. 23. Juli 1915 (RGBl. 467) mit den Änderungen v. 22. August, 23. September 1915 und 23. März 1916 (RGBl. **15**, 514, 603; **16**, 183) 158
*6. Bek. zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, v. 23. September 1915 (RGBl. 603) 188
*7. Bek. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung v. 25. September 1915 (RGBl. 607), mit den Änderungen v. 4. November 1915 (RGBl. 728) und 5. Juni 1916 (RGBl. 439) . . 188
8. Bek., betr. den Übergang der Geschäfte der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise auf das Kriegsernährungsamt v. 1. September 1916 (RGBl. 997) . . . . . .

Hierzu:

Preußische Ausführungsvorschriften . . . . . .
1. Allgemeine Ausführungsvorschriften
a) v. 6. Oktober 1915, i. Fassg. v. 10. November 1915 (HMBl. 258, 364) . . . . . .
b) v. 19. Juli 1916 (HMBl. 233) . . . . . .
2. über die Zusammensetzung der Prüfungsstellen
a) v. 6. November 1915 (HMBl. 363) . . . . . .
b) v. 20. März 1916 (HMBl. 80) . . . . . .
3. über Ausfuhrverbote und Ausfuhrbeschränkungen
a) v. 18. Mai 1915 (HMBl. 155) . . . . . .
b) v. 10. Juni 1916 (HMBl. 167) . . . . . .
4. Bildung größerer Bezirke und Verbände . . . . . .
a) Preisprüfungsstelle für Ostpreußen, v. 2. November 1915 (HMBl. 369) . . . . . .
b) Die Viehhandelsverbände
α. v. 19. Januar 1916 (LMBl. 33) . . . . . .
β. v. 15. Februar 1916 (LMBl. 63) . . . . . .
γ. v. 4. Oktober 1916 (LMBl. 260) . . . . . .
5. über Verkehr mit Marmeladen v. 29. Dezember 1915 (HMBl. **16**, 3) . . . . . .
*9 Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels v. 24. Juni 1916 (RGBl. 581) mit den Änderungen v. 29. Juli 1916 (RGBl. 861) und 16. Juli 1917 (RGBl. 626) 191

Hierzu:

Preußische Ausführungsbestimmungen v. 29. Juni 1916 (HMBl. 205
*10. Bek. über den Handel mit Sämereien v. 15. November 1916 (RGBl. 1277) 198

Hierzu:

Preußische Ausführungsbestimmungen v. 12. Dezember 1916, 12. März 1917 (HMBl. 16 483, 17 96) . . . . . .
*11. Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren v. 18. Mai 1916 (RGBl. 380) 198

Hierzu:

Bek. des Reichskanzlers derselben Bezeichnung:
a) v. 26. Mai 1916 (RGBl. 422) mit der Änderung v. 11. Juni 1916 (RGBl. 505) . . . . . .
b) v. 25. August 1916 (RGBl. 962) . . . . . .
*c) v. 11. Oktober 1916 (RGBl. 1156), außer Kraft seit dem 1. Juli 1917 (RGBl. 552) 198
*12. Bek. gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln v. 26. Juni 1916 (RGBl. 588) 198
*13. Bek über Zeitungsanzeigen v. 16. Dezember 1915 (RGBl. 827) . . . 200
14. Das Kriegswucheramt . . . . . .
15. Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Web-, Wirk- und Strickwaren v. 30. März 1916 (RGBl. 214) mit der Änderung v. 14. September 1916 (RGBl. 1022) . . . . . .

Hierzu:

a) Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers v. 30. März 1916 (RGBl. 216) mit der Änderung v. 14. September 1916 (RGBl. 1023) . . . . . .
b) Verfügung des Preuß. Handelsministers v. 31. März 1916 (HMBl. 85) . . . . . .
c) Richtlinien für die Schiedsgerichte v. 13. April 1916 (ZBl. 82)
16. Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Seilerwaren v. 21. Juni 1916 (RGBl. 545) . . . . . .
17. Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Spinnstoffen, Garnen und Fäden v. 8. Februar 1917 (RGBl. 111) . . . . . .
*18. Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren für die bürgerliche Bevölkerung i. d. Fass. v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1420) 200
*19. Bek., betr. Änderung der ... Bek. zu 18 .. v. 1. März 1917 (RGBl. 196) 203

Hierzu:

*a) Bek. des Reichskanzlers über Bezugsscheine v. 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218) mit dem Zusatz v. 8. Dezember 1916 (RGBl. 1345) 204
b) Ausführungsvorschriften der Reichsbekleidungsstelle v. 31. Oktober 1916
c) Preußische Ausführungsanweisung v. 6. Juli 1916 (HMBl. 249) .
*20. Bek. über Kettenhandel mit Textilien und Textilersatzstoffen v. 8. Februar 1917 (RGBl. 112) 234
21. Bek. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren v. 28. September 1916 (RGBl. 1077) . . . . . .

Hierzu:

*a) Bek. zur Abänderung der Bek. ... zu 21 ... v. 19. Juli 1917 (RGBl. 637) 234

b) Bek. betr. Ausführungsbestimmungen zu der BO. zu 21 v. 28. September 1916 (RGBl. 1080) . . . . . .
*c) Bek. zur Änderung dieser Ausführungsbestimmungen v. 24. März 1917 (RGBl. 269) 235
22. Bek. über untaugliches Schuhwerk v. 21. Juni 1916 (RGBl. 541) mit der Änderung v. 19. Oktober 1916 (RGBl. 1172) . . . . . .
Hierzu:
a) Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers v. 22. Juni 1916 (RGBl. 543) mit den Änderungen v. 19. Oktober 1916 (RGBl. 1173) . . .
b) Preußische Ausführungsanweisung v. 27. Juni 1916 (HMBl. 204) .
*23. Bek. über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1427) 235
24. Bek. über Schuhwaren v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1426) . . . .
25. Bek. über den Verkehr mit Schuhsohlen, Sohlenschonern, Sohlenbewehrungen und Ledererſatzſtoffen v. 4. Januar 1917 (RGBl. 7) . . . . .
Hierzu:
a) Ausführungsbestimmungen v. 4. Januar 1917 (RGBl. 10) . . . .
b) Bek. zur Änderung dieser Ausführungsbestimmungen v. 1. August 1917 (RGBl. 679) . . . . . .
26. Bek. über Preisbeschränkungen bei Ausbesserung von Schuhwaren v. 25. Januar 1917 (RGBl. 75) . . . . . .
Hierzu:
Ausführungsbestimmungen v. 25. Januar 1917 (RGBl. 77) . . . .
*27. Bek. über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie v. 17. März 1917 (RGBl. 236) 239
Hierzu:
*a) Bek. über örtlichen Bereich und Sitz der Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie v. 24. März 1917 (RGBl. 274) 242
*b) Bek. über das Verfahren vor dem nach Art. III § 5 der Bek. über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie v. 17. März 1917 (RGBl. 236) eingesetzten Schiedsgerichte v. 29. Juli 1917 (RGBl. 673) 243
*28. Bek. über Schuhhandelsgesellschaften v. 26. Juli 1917 (RGBl. 666) . . 246
Hierzu:
Bek. über den örtlichen Bereich und Sitz der Schuhhandelsgesellschaften v. 6. August 1917 (RGBl. 695) 249
*29. Bek. über die Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle v. 22. März 1917 (RGBl. 257) 251
*30. Bek. über den Handel mit Arzneimitteln v. 22. März 1917 (RGBl. 270) 259
Hierzu:
Preuß. Ausführungsbestimmungen v. 23. April 1917 (MBl. 112). . . 261
31. Bek., betr. den Wochenmarktverkehr, v. 2. März 1915 (RGBl. 125) . . .

E. Gewerbliches Eigentum.

*I. Bek., betr. vorübergehende Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts, v. 10. September 1914 (RGBl. 403) 263
Hierzu:
*Bek. v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 450, aufgehoben hinsichtlich der Vereinigten Staaten von Amerika durch Bek. v. 6. Mai 1917 (RGBl. 401) 263

Bek. v. 20. Februar 1915 (RGBl. 107) . . . .
Bek. v. 12. März 1915 (RGBl. 151) . . . .
Bek. v. 13. Mai 1915 (RGBl. 278) . . . .
Bek. v. 23. September 1915 (RGBl. 626) . . . .
Bek. v. 5. Oktober 1916 (RGBl. 1144) . . . .
Bek. v. 6. Mai 1917 (RGBl. 401) . . . .
Bek. v. 21. Mai 1917 (RGBl. 429) . . . .

II. Bek., betr. weitere Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent- und Gebrauchsmusterrechts, v. 31. März 1915 (RGBl. 212) . . . .

III. Ausländische Patente . . . .

IV. Verwertung von Patenten im nichtfeindlichen Ausland . . . .

V. Bek. über Erleichterungen im Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenreichte, v. 13. April 1916 (RGBl. 278) . . . .

*VI. Bek., betr. die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums v. 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, v. 7. Mai 1915 (RGBl. 272) mit der Änderung v. 8. April 1916 (RGBl. 259) 264

Hierzu:

Bek. v. 13. Mai 1915 (RGBl. 278) . . . .
Bek. v. 15. Juli 1915 (RGBl. 447) . . . .
Bek. v. 17. August 1915 (RGBl. 511) . . . .
Bek. v. 7. Januar 1916 (RGBl. 9) . . . .
Bek. v. 8. Februar 1916 (RGBl. 89) . . . .
Bek. v. 14. Juni 1916 (RGBl. 524) . . . .
Bek. v. 18. August 1916 (RGBl. 949) . . . .
Bek. v. 8. September 1916 (RGBl. 1007) . . . .
*Bek. v. 5. Mai 1917 (RGBl. 401) 264
*Bek. v. 22. Mai 1917 (RGBl. 428) 264
*Bek. v. 7. August 1917 (RGBl. 697) 264

*VII. Bek. über den Ausschluß der Öffentlichkeit für Patente und Gebrauchsmuster v. 8. Februar 1917 (RGBl. 121) 265

*VIII. Bek. über Vereinfachungen im Patentamt v. 9. März 1917 (RGBl. 221) 266

*IX. Bek., betr. die Zahlung patentamtlicher Gebühren, v. 8. März 1917 (RGBl. 222) 268

(Abschnitt A in Bd. 1, 437.)

B. Handelsstand.

(Gesetze I bis III in Bd. 1, 439 f.; 2, 160; IV in Bd. 3, 154; V in Bd. 2, 533.)

VI. Bek. über die Besetzung der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Innungsschiedsgerichte während des Krieges. Vom 12. Juli 1917. (RGBl. 606.)

[BR.] Die Amtsdauer der Beisitzer der Gewerbegerichte, der Kaufmannsgerichte und der Innungsschiedsgerichte wird bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der Beendigung des gegenwärtigen Kriegszustandes verlängert. Der Zeitpunkt, mit welchem der Kriegszustand als beendigt anzusehen ist, wird durch kaiserliche Verordnung bestimmt.

VII. Bek. über den privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterricht. Vom 2. August 1917. (RGBl. 683.)

[BR.] § 1. Wer eine private Fortbildungs- oder Fachschule betreiben oder leiten will, in der Unterricht in gewerblichen oder kaufmännischen Fächern erteilt werden soll, oder wer in einer solchen Schule unterrichten will, bedarf dazu der Erlaubnis der von der Landeszentralbehörde bestimmten Behörde.

Wer in gewerblichen oder kaufmännischen Fächern Privatunterricht erteilen will, bedarf dieser Erlaubnis, wenn den Umständen nach anzunehmen ist, daß der Unterricht gewerbsmäßig an Personen erteilt werden soll, die ihre Kenntnisse als gewerbliche oder kaufmännische Angestellte verwerten wollen.

Welcher Unterricht als Unterricht in gewerblichen oder kaufmännischen Fächern anzusehen ist, bestimmt in Zweifelsfällen die Landeszentralbehörde endgültig. Sie kann die Bestimmungen dieser Verordnung auf andere Unterrichtsfächer ausdehnen.

§ 2. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn

1. Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in sittlicher Hinsicht dartun,
2. der Nachsuchende die zur Leitung der Schule oder zur Erteilung des Unterrichts erforderliche Befähigung nicht nachzuweisen vermag,
3. der Nachsuchende den Besitz der zum einwandfreien Betriebe der Schule erforderlichen Mittel oder Räumlichkeiten nicht nachzuweisen vermag.

Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn kein Bedürfnis für die Unterrichterteilung besteht.

§ 3. Die Erlaubnis kann unter Bedingungen und auf Widerruf erteilt werden. Als Bedingung kann insbesondere die Unterlassung des gleichzeitigen Betriebs des Gewerbes eines Stellenvermittlers auferlegt werden. Die Erlaubnis gilt nur für den Nachsuchenden und nur für den bestimmt zu bezeichnenden Ort oder Bezirk. Sollen mehrere Fach- oder Fortbildungsschulen betrieben werden, so ist für jede von ihnen eine besondere Erlaubnis erforderlich.

§ 4. Die Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn sich aus Handlungen oder Unterlassungen des Inhabers der Erlaubnis dessen Unzuverlässigkeit in bezug auf den Betrieb oder die Leitung der Schule oder die Unterrichterteilung oder in bezug auf seine persönlichen Verhältnisse ergibt, ferner auch dann, wenn der Inhaber den Besitz der zum einwandfreien Betriebe der Schule erforderlichen Mittel oder Räumlichkeiten nicht mehr nachzuweisen vermag.

Wird die Erlaubnis zurückgenommen, so ist innerhalb der von der Behörde zu bestimmenden Frist die Schule zu schließen oder die Leitung der Schule oder die Unterrichterteilung einzustellen.

§ 5. Inwieweit der Bescheid, durch den die Erlaubnis versagt oder unter Bedingungen erteilt oder zurückgenommen wird, durch Rechtsmittel angefochten werden kann, bestimmt die Landeszentralbehörde.

§ 6. Wer, ohne im Besitz einer nach Landesrecht etwa erteilten Erlaubnis zu sein, nach dem 31. Dezember 1917 eine vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung errichtete Schule der im § 1 Abs. 1 bezeichneten Art weiter betreiben oder die vorher übernommene Leitung einer solchen Schule oder eine vorher begonnene, unter § 1 fallende Unterrichterteilung fortsetzen will, bedarf dazu der Erlaubnis der von der Landeszentralbehörde bestimmten Behörde (§ 1 Abs. 1). Für diese Erlaubnis gelten die §§ 2 bis 5 entsprechend.

Sofern nicht bereits nach Landesrecht die Versagung der Erlaubnis wegen mangelnden Bedürfnisses vorgesehen ist, ist die Versagung der Erlaubnis aus diesem Grunde nur zulässig, wenn die Schule nach dem 1. Januar 1916 errichtet oder die Unterrichterteilung nach diesem Zeitpunkt aufgenommen ist.

Wird die Erlaubnis versagt, so ist innerhalb der von der Behörde zu bestimmenden Frist die Schule zu schließen oder die Leitung der Schule oder die Unterrichterteilung einzustellen.

§ 7. Die Landeszentralbehörde erläßt die zur Ausführung erforderlichen Bestimmungen. Weitergehende landesrechtliche Beschränkungen bleiben zulässig.

§ 8. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft,

1. wer ohne die erforderliche Erlaubnis eine private Fortbildungs- oder Fachschule betreibt oder die Leitung einer solchen Schule oder die Unterrichterteilung in gewerblichen oder kaufmännischen Fächern beginnt oder fortsetzt,
2. wer den nach § 3 auferlegten Bedingungen oder den landesrechtlichen Bestimmungen über die Unterrichterteilung in gewerblichen oder kaufmännischen Fächern zuwiderhandelt.

Hierdurch wird die Befugnis zur Festsetzung von Zwangsstrafen im Verwaltungswege nicht berührt.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [6. 8.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

C. Handelsgesellschaften, Gesellschaften mbH., Genossenschaften.

(Bek. I bis III, V, VI in Bd. 1, 441 ff.)

IV. Bek. über die Ladung zur Gesellschafterversammlung einer GmbH. Vom 8. Oktober 1914. (RGBl. 428.)

Wortlaut, Begründung und Erläuterung in Bd. 1, 447.

ElsLothNotZ. 17 1 (Colmar I). Der Vertreter kann auch von einem ausländischen Gesellschafter bestellt werden.

D. Handelsgeschäfte.

(Abschnitt I in Bd. 1, 456.)

II. 1. Gesetz, betr. die Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften in Waren. Vom 4. August 1914. (RGBl. 336.)

2. Bek., betr. denselben Gegenstand. Vom 24. August 1914. (RGBl. 381.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 456.
(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 1, 456 ff., 5 bis 8 in Bd. 3, 154).

9. BankA. 16 391, HansGZtg. 17 Hbl. 136, Recht 17 176 Nr. 323 (Hamburg III). Bei der Zwangsregulierung nach der Bekanntmachung vom 24. August 1914 kommt es nicht darauf an, ob die vereinbarten Bedingungen erheblich von den amtlichen Bedingungen für den Terminhandel abweichen.

III. Maßnahmen zur Preisregelung und zur Bekämpfung des Wuchers.

1. Gesetz, betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bek. vom 17. Dezember 1914 (RGBl. 516) mit den Änderungen vom 23. März 1916 (RGBl. 183) und 22. März 1917 (RGBl. 253)

Geschichtliche Entwicklung, Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 747 bis 752.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 1, 746; 3, 155.

Alsberg, Kriegswucherstrafrecht, 3. Aufl.

→ In Bd. 1 ist auf S. 751 der Abs. 2 des § 1 ausgefallen. Der § 1 lautet vollständig:

Für die Dauer des gegenwärtigen Krieges können für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, sowie für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe Höchstpreise festgesetzt werden.

Der Bundesrat kann bestimmen, daß auch für andere Gegenstände Höchstpreise festgesetzt werden. ←

→ § 5 Abs. 1 ist durch die Bek. v. 22. März 1917 (RGBl. 253) neu gefaßt. Die Fassung wird bei § 5 abgedruckt. ←

Im § 6 wurde durch § 6 der Bek. zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel v. 23. September 1915 (RGBl. 603) folgender Abs. 2 eingefügt:

In den Fällen der Nrn. 1 und 2 kann neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen ist; auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

→ Der § 6 hat durch die Bek. v. 23. März 1916 (RGBl. 183) eine neue Fassung erhalten und ist durch die Bek. v. 22. März 1917 (RGBl. 253) durch Hinzufügung des 4 Abs. erneut ergänzt. Seine gegenwärtige Fassung wird bei § 6 mitgeteilt. ←

§ 1.

Gegenstand — Allgemeine Bedeutung und Wirkung der Festsetzung von Höchstpreisen.

I. Gegenstand.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 1, 752, 753; 2 bis 5 in Bd. 2, 161; 6 bis 12 in Bd. 3, 156.)

13. RG V, MittfPreisprüfst. 17 161. Auslandswaren fallen grundsätzlich unter die inländischen Höchstpreise.

14. SächsA. 17 194 SächsOLG. 38 168 (Dresden). Der für bestimmte Waren einheitlich festgesetzte Höchstpreis gilt auch für solche minderer Sorten, Arten und Beschaffenheit.

(Abschnitt II in Bd. 3, 157.)

III. Bedeutung der Höchstpreise für das Schuldrecht.

(Unterabschnitt 1 in Bd. 2, 162; 3, 157.)

2. Einwirkung auf neue Verträge (zu vgl. Bd. 2, 162).

(Erläuterung 1 in Bd. 3, 158; 2 in Bd. 4, 760.)

3. HessRspr. 17 63 (Darmstadt II). Bei Überschreitung des gesetzlichen Höchstpreises ist der Preis unter Aufrechterhaltung des Vertrages auf das erlaubte Maß herabzusetzen.

4. Oertmann, JW. 17 255 schließt sich der Auffassung des Reichsgerichts (in Bd. 3, 158) an und verweist unterstützend auch auf den in § 655 BGB. zum Ausdruck gekommenen Rechtsgedanken.

5. SchlHolstAnz. 17 109 (Kiel II). Allerdings hatte der Verstoß gegen das HPrG. nicht die Nichtigkeit des ganzen Vertrages zur Folge, denn der Zweck der Höchstpreisverordnungen ist nur darauf gerichtet, die davon betroffenen Gegenstände des täglichen Bedarfs den Verbrauchern zum festgesetzten Preise zuzuführen, nicht aber darauf, den Verkauf zum höheren Preise schlechthin zu verhindern. Keinesfalls kann aber der Kläger einen von ihm unter Verletzung der Höchstpreisfestsetzung vorgenommenen Deckungskauf, der jedenfalls, insoweit er den Höchstpreis überschreitet, gegen die gesetzliche Anordnung verstößt, dazu benutzen, um aus dieser Höchstpreisüberschreitung für sich Rechte herzuleiten.

6. NaumbAK. 17 36 (LG. Halberstadt). Von einer verwerflichen Zahlung des Überpreises kann keine Rede sein, wenn sich der Kläger gar nicht bewußt war, daß ein Höchstpreis verordnet war. Der Kläger glaubt eine bestehende Schuld zu bezahlen, in Höhe des Überpreises betraf aber seine Zahlung eine Nichtschuld. Mithin kommt der § 813 BGB. zur Anwendung, danach kann der Kläger das zum Zwecke der Erfüllung seiner Kaufgeldverbindlichkeit Geleistete zurückfordern. Es mag dem Beklagten zugegeben werden, daß im ordentlichen Friedensrechte zur Anwendbarkeit des § 817 Satz 2 BGB. nicht erforderlich ist, daß der Leistende sich bewußt war, durch die Leistung gegen das Gesetz zu verstoßen, anders liegt es aber bei wirtschaftlichen Maßnahmen des Kriegsnotrechts; hier würde es eine außerordentliche Unbilligkeit darstellen, wenn in den Fällen der vorliegenden Art ein Nochnichtkennen so schnell in Wirksamkeit gesetzter Kriegsnotverordnung an den Käufer bei Zahlung des Überpreises ohne weiteres zum Verschulden in dem Sinne angerechnet würde, daß er sein Rückforderungsrecht verlöre.

§ 5.

Festsetzung der Höchstpreise.

→ Durch Bek. v. 22. März 1917 (RGBl. 253) hat § 5 Abs. 1 folgende Fassung erhalten: ←

Der Bundesrat, der Reichskanzler oder die von diesen bestimmten Behörden setzen die Höchstpreise fest. Soweit der Bundesrat, der Reichskanzler oder die von diesen bestimmten Behörden Höchstpreise nicht festgesetzt haben, können die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden Höchstpreise festsetzen.

§ 6.

Strafbestimmungen.

→ Die nachstehende Fassung des § 6 beruht auf der Bek. v. 23. März 1916 (RGBl. 183, in Kraft seit dem 1. April 1916). Der Absatz 4 ist durch die Bek. v. 22. März 1917 (RGBl. 253, in Kraft seit dem 23. März 1917) hinzugefügt. ←

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer die nach § 1 festgesetzten Höchstpreise überschreitet;
2. wer einen anderen zum Abschluß eines Vertrags auffordert, durch den die Höchstpreise überschritten werden, oder sich zu einem solchen Vertrag erbietet;
3. wer einen Gegenstand, der von einer Aufforderung (§§ 2, 3) betroffen ist, beiseite schafft, beschädigt oder zerstört;
4. wer der Aufforderung der zuständigen Behörde zum Verkaufe von Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind (§ 4), nicht nachkommt;
5. wer Vorräte an Gegenständen, für die Höchstpreise festgesetzt sind, dem zuständigen Beamten gegenüber verheimlicht;
6. wer den nach § 5 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 oder 2 ist die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des Betrages zu bemessen, um den der Höchstpreis überschritten worden ist oder in den Fällen der Nr. 2 überschritten werden sollte; übersteigt der Mindestbetrag zehntausend Mark, so ist auf ihn zu erkennen. Im Falle mildernder Umstände kann die Geldstrafe bis auf die Hälfte des Mindestbetrags ermäßigt werden.

Bei Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 und 2 kann neben der Strafe angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist; auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Inhaltsübersicht.

I. Äußerer Tatbestand I 759, II 164, III 161, IV 761, V 151.
1. Täterschaft des Käufers II 164, III 161, IV 761. V 151.
2. Täterschaft des Bevollmächtigten II 165, III 161, IV 761.
3. Täterschaft des Gewerbegehilfen II 165, V 151.
4. Haftung des Gewerbetreibenden für Höchstpreisübertretungen seines Gehilfen II 165, III 161, IV 761.
5. Beihilfe II 166, III 163.
6. Die strafbare Handlung II 167, III 163, IV 762, V 151.
7. Verschleierung der Höchstpreisüberschreitung II 168, III 166, V 154.

II. Innerer Tatbestand I 759, II 169, III 167, V 156.
1. Vorsatz II 169, III 167, V 156.
2. Bedingter Vorsatz II 169.
3. Genügt Fahrlässigkeit? II 169, III 167.
a) Bejahend II 169, III 167.
b) Verneinend II 170.
4. Einzelne Fälle der Fahrlässigkeit II 170, III 167.
5. Bewußtsein der Rechtswidrigkeit II 171, III 168.
6. Irrtum II 171, III 168, V 156.

III. Änderung der Höchstpreise nach der Straftat I 760, II 172, III 171, V 156.
IV. Zuständigkeit der Strafgerichte I 760.
V. Zwangsweise Schließung der Geschäfte I 760.
VI. Tateinheit mit Wucher V 157.

I. Äußerer Tatbestand.

1. Täterschaft des Käufers.

(Erläuterung a, b in Bd. 2, 164; c, d in Bd. 3, 161; e in Bd. 4, 761.)

f) RG. IV, RGSt. 50 301, JW. 17 666, Recht 17 263 Nr. 497. An dem Grundsatze daß auch der Käufer wegen Überschreitung der Höchstpreise strafbar ist, wird durch die in § 6 Abs. 2 HöchstPrG. i. d. F. v. 23. März 1916 angeordnete Bemessung der Geldstrafe bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen § 6 Nr. 1 oder Nr. 2 nichts geändert. Denn nicht der erzielte oder erstrebte Gewinn, der beim Verkäufer und Käufer sich verschieden gestaltet, ist der Bemessung der Geldstrafe zugrunde gelegt, sondern der Betrag, um den der Höchstpreis überschritten ist oder überschritten werden sollte.

(Abschnitt 2 in Bd. 2, 165; 3, 161; 4, 761.)

3. Täterschaft der Gewerbegehilfen.)

(Erläuterung a, b in Bd. 2, 165.)

c) RG. IV, Recht 17 362 Nr. 694. Nicht nur der Vertreter des Gewerbetreibenden, sondern auch dessen Angestellter kann Täter des Vergehens gegen § 6 Nr. 1 sein, wenn er das Veräußerungsgeschäft abschließt und dabei nicht lediglich nach den Weisungen des Geschäftsinhabers und nicht nur mit dem (Gehilfen-)Willen, dessen Tat zu fördern, handelt, sondern die Überschreitung als eigene Tat will. Gleichgültig ist, ob der Täter persönlich durch die Überschreitung Gewinn erzielt, denn Eigennutz ist nicht Voraussetzung der Strafbarkeit.

(Abschnitt 4 in Bd. 2, 165; 3, 161; 4, 761; Abschnitt 5 in Bd. 2, 166; 3, 163.)

6. Die strafbare Handlung.

(Zu vgl. die Erläuterungen a bis s in Bd. 2, 167.)

a) Zu Nr. 1.

(Erläuterung *a* bis *ϑ* in Bd. 3, 163; *ι* in Bd. 4, 762.)

κ. RG. I, RGSt. 50 202, JW. 17 368, LeipzZ. 17 387, Recht 17 115 Nr. 181. Für die Anwendbarkeit der Höchstpreisfestsetzung kann nicht maßgebend sein, wo der Kaufvertrag geschlossen ist, sondern muß maßgebend sein, wo sich die verkaufte Ware befindet, und das ist regelmäßig der Ort, wo der Verkäufer seinen Wohnsitz hat. Wenn in früheren Urteilen [zu vgl. Bd. 3, 163] angenommen worden ist, daß der Ablieferungsort maßgebend sei, regelmäßig also der Wohnsitz des Käufers, so hält der Senat hieran nicht fest. Wenn der IV. Senat in RGSt. 50, 10 für einen wesentlich anderen Sachverhalt angenommen hat, daß der am Bestimmungsort, also regelmäßig am Wohnsitz des Käufers

geltende Höchstpreis nicht überschritten werden dürfe, so ist damit nicht über die Frage entschieden, ob der am Wohnort des Verkäufers geltende Höchstpreis eingehalten werden muß. Eine Entscheidung der vereinigten Strafsenate ist daher nicht erforderlich.

λ. RG. I, JW. 17 368, LeipzZ. 17 398. Zutreffend geht das Urteil davon aus, daß der Angeklagte, der in München dort befindliche Kartoffeln zu einem höheren Preis als dem vom bayStMindJ. für Bayern festgesetzte Höchstpreise, gekauft und abgenommen hat, nicht um deswillen berechtigt gewesen sei, den Höchstpreis zu überschreiten, weil die von ihm gekauften Kartoffeln zur Ausfuhr in die Schweiz bestimmt waren, und die zur Ausfuhr erforderliche Erlaubnis erteilt war. Die Höchstpreisfestsetzung ergreift, wie bereits in den Urteilen des erkennenden Senats v. 1. Mai 16 und 21. Sept. 16, 1 D. 160/16 und 1 D. 327/16, dargelegt ist, unterschiedslos die davon betroffene Ware, solange sie sich in dem Bezirk befindet, für den der Höchstpreis festgesetzt worden ist. Das Gesetz unterscheidet nicht, welche wirtschaftliche Bedeutung der Kauf für den Käufer hat und aus welchem Beweggrunde er kauft also auch nicht, ob er für eigene oder fremde Rechnung kauft und zu welchem Zweck er kauft, und es ist schlechthin unzulässig, aus dem angeblichen Zweck des Gesetzes oder gar wegen einer neuen, bei Erlaß des Gesetzes nicht vorhergesehenen Gestaltung der Verhältnisse Ausnahmen von dem allgemeinen gesetzlichen Verbot der Höchstpreisüberschreitung rechtfertigen zu wollen. Läge wirklich ein dringendes Bedürfnis vor, solche Ausnahmen zuzulassen, so könnte dem nur durch eine Änderung des Gesetzes abgeholfen werden, aber nicht durch Nichtanwendung des bestehenden Gesetzes auf Tatbestände, die nach seinem zweifelsfreien und deshalb einer Auslegung gar nicht fähigen Wortlaute davon betroffen werden. Richtig ist, daß durch die Höchstpreisfestsetzung die Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse auf erträglicher und der breiten Masse des Volkes auf erreichbarer Höhe gehalten werden sollen und daß die Strafdrohung des HPG. diesen Erfolg sichern soll, die Bestrafung der einzelnen Höchstpreisüberschreitung ist aber nicht von dem Nachweis abhängig gemacht, daß gerade durch sie eine vom Gesetz gemißbilligte Preissteigerung bewirkt worden ist, eine Anforderung, die den Zweck des Gesetzes einfach vereitelt hätte, sondern man hat zu dem durchgreifenden Mittel gegriffen, jede Höchstpreisüberschreitung unter Strafe zu stellen. Dabei hat sich der Richter zu bescheiden, und wenn im Einzelfall auch erweislich wäre, daß er der Allgemeinheit nicht schädlich oder sogar nützlich gewesen ist, so muß das für die Schuldfrage jedenfalls außer Betracht bleiben. → Hiergegen mit beachtlichen Bemerkungen Lehmann, JW. 17 368. ←

μ. Lehmann, JW. 17 368. Sind sowohl für Wohnungs-, Lagerungs-, wie auch für den Ablieferungsort Höchstpreise festgesetzt, so ist der Vertrag nur einwandfrei, wenn sich der Kaufpreis auch im Rahmen der für den Ablieferungsort geltenden Höchstpreise hält. Die Höchstpreisfestsetzungen des Bezirkes, in dem sich die Ware zur Zeit des Kaufabschlusses befindet (regelmäßig des Wohnortes des Verkäufers) und des Bezirkes, in den sie abzuliefern ist (regelmäßig des Wohnortes des Käufers) sind kumulativ maßgeblich. Sind die Preise im Bezirk der Ablieferung niedriger als im Bezirk des Verkäufers, so muß sich der Verkäufer mit dem niedrigeren Preis begnügen oder der Kauf muß unterbleiben.

ν. Fuld, Recht 17 239. Bei der Festsetzung von Höchstpreisen, gleichviel ob die dieselben anordnende Behörde eine Zivil- oder Militärbehörde ist, handelt es sich nur darum, der in Deutschland lebenden Bevölkerung eine Sicherung dafür zu bieten, daß sie die für sie notwendigen Bedarfsmittel aller Art nicht zu teuer bezahlen muß; zu welchem Preise das Ausland hingegen dieselben erwirbt, kann an sich der anordnenden Behörde gleichgültig sein. Wenn bei der unmittelbaren Ausfuhr nach dem Auslande sehr hohe Preise gefordert werden, höhere als für das Inland, so ist dies sogar im Hinblick auf die Besserungsmöglichkeit der deutschen Valuta sehr nützlich und zu begrüßen. Dieserhalb kann die Ausfuhr aus dem betreffenden Bezirk nach anderen deutschen Bezirken der Ausfuhr nach dem Ausland nicht gleichgestellt werden, man wird vielmehr den Tatbestand einer Übertretung bei der Ausfuhr nach dem Ausland verneinen müssen, weil eben nur

der inländische Absatz bzw. der inländische Verkehr berücksichtigt ist. Auch die neutralen Staaten haben teilweise Höchstpreisfestsetzungen, die Ausfuhr nach dem Ausland wird aber auch in ihnen nicht als eine Verletzung derselben aufgefaßt.

ξ. Heslenfeld, Recht 17 186. Der Erzeuger und der Händler sind zwar durch die Höchstpreisfestsetzungen nicht gehindert, die Ware außerhalb des Höchstpreisbezirks zu verkaufen, sie dürfen aber hierbei den Höchstpreis nicht überschreiten, der bis zur Ausfuhr maßgebend war. Hält eine Partei irrtümlich statt des Ortes, an dem sich die Ware befindet, den Wohnort oder den Ort des Vertragsabschlusses für maßgebend, so betrifft der Irrtum das Höchstpreisgesetz selbst, nicht die Höchstpreisfestsetzung. Der Irrtum bezieht sich sohin auf das Strafgesetz und schützt nach der BRBO. v. 18. Januar 1917 nur dann vor Strafe, wenn er unverschuldet ist und der Täter die Handlung für erlaubt gehalten hat.

ο. RG. II, DJZ. 17 237. Ein Verstoß gegen das HPG. liegt auch in der Erfüllung eines nach der Verkündung aber vor dem Inkrafttreten der HPBO. geschlossenen die Höchstpreise übersteigenden Vertrages.

π. Alsberg a. a. O. 38. Ob die Abmachung, durch die unzulässige Nebenvorteile ausbedungen werden, im Rechtssinn Teil der Beredung ist, die sich auf die Lieferung des Höchstpreisgegenstandes bezieht, kann nicht unbedingt entscheidend sein. Auch in einem Vorteil, der dem Lieferanten durch eine mit dem Lieferungsgeschäft rechtlich nicht zusammenhängende Beredung eingeräumt ist, kann unter Umständen eine Höchstpreisüberschreitung gefunden werden: vorausgesetzt, daß ein im wirtschaftlichen Sinne einheitlicher Zweck die Vereinbarung zusammenschließt. Deshalb wird z. B. eine von vornherein auf eine bestimmte Summe fixierte Gewinnbeteiligung, die sich der Materiallieferant von seinem weiterverarbeitenden Abnehmer einräumen läßt, in der Regel als eine verschleierte Höchstpreisüberschreitung anzusehen sein.

ρ. RG. IV, LeipzZ. 17 791. Überschreitung liegt auch vor, wenn als Entgelt für Lieferung einer Ware der Höchstpreis und daneben ein Geldbetrag bezahlt wird, der vom Verkäufer nach eigener Bestimmung unter Kriegsverwundete verteilt werden soll.

σ. RG. V, Recht 17 262 Nr. 494. Wird neben dem Kaufpreis auch eine Gewinnbeteiligung des Verkäufers am künftigen Geschäft des Käufers verabredet, so ist dieser Vorteil bei der Frage nach der Überschreitung des HP. zu berücksichtigen.

τ. HessRspr. 17 63 (Darmstadt II). Ist für Getreide, dessen Hektolitergewicht eine gewisse Grenze nicht übersteigt, ein Höchstpreis bestimmt und wird ein Kaufvertrag, der unmittelbar solches Getreide zum Gegenstand hat, zu einem höheren Preise abgeschlossen, so ist gegen das Höchstpreisgesetz auch dann verstoßen, wenn zugleich der Rückkauf leichterer Bestandteile (Ausputz) vereinbart wird, durch dessen Ausscheiden das dem Käufer verbleibende Getreide ein jene Grenze übersteigendes Hektolitergewicht erhält.

υ. Bachrach a. a. O., RuW. 17 146. Man wird den Grundsatz, daß die Erfüllung eines vor der Festsetzung der Höchstpreise geschlossenen Vertrages nach deren Inkrafttreten zu den alten Vertragspreisen grundsätzlich zulässig sei, nur dann gelten lassen können, wenn die Vertragsteile zur Zeit des Abschlusses die Aufhebung der Höchstpreisfreiheit für das in Frage stehende Produkt nicht vorausgesehen haben, nicht aber dann, wenn die Vertragserfüllung in einem Zeitpunkt verabredet war, in dem eine Höchstpreisfestsetzung bereits verkündet, aber noch nicht in Kraft getreten war und die Parteien dies wußten, oder wenn die Parteien im Hinblick auf eine zu erwartende Höchstpreisfestsetzung und gerade mit der Absicht ihrer Nichtbeachtung ihre Preisvereinbarung getroffen haben; die Zulässigkeit der Erfüllung zu den alten Vertragspreisen besteht ferner nur insoweit, als der gehandelte Gegenstand nicht zu denen gehört, für die durch die VO. v. 11. November 1915 (RGBl. 758) sowie die zu dieser VO. ergangenen weiteren VO. v. 11. Januar 1916 (RGBl. 13) und v. 13. Januar 1916 (RGBl. 30) der Grundsatz aufgestellt wurde, daß Verträge über Lieferung der dort bezeichneten Waren, auch wenn sie vor dem mutmaßlichen Höchstpreise abgeschlossen worden sind, als zum gesetzlichen Höchstpreis abgeschlossen gelten, soweit sie diesen erreichen oder überschreiten und Lieferung bis dahin noch nicht erfolgt ist; da aber durch die VO. v. 11. November 1915 und ihre Ergänzungen

nur eine Anzahl Lebensmittel (und künstliche Düngemittel) betroffen wurde, so sind nur die wenigen Kartelle der Lebensmittelindustrie von jener Einschränkung berührt, während alle anderen Kartelle der Gefahr einer Höchstpreisverletzung nach der erwähnten Richtung entrückt sind und ihre früheren Abschlüsse zu den alten Vertragspreisen erfüllen dürfen.

b) Zu Nr. 2.

(Erläuterung α bis ζ in Bd. 3, 164.)

η. LeipzZ. 17 357 (LG. Straßburg). Die Angeklagte betreibt ein Spezereigeschäft, in dessen Schaufenster kondensierte Milch in Blechbüchsen zum Verkauf ausgestellt war, als der Zeuge sich in den Laden begab und zwei Büchsen solcher Milch kaufen zu wollen erklärte. Er erhielt den Bescheid, daß er als nicht ständiger Kunde von der damals in der Stadt sehr begehrten kondensierten Milch nur erhalte, wenn er für jede Büchse gleichzeitig noch andere Waren i. W. von 1,50 M. kaufe. Bei diesem Tatbestande fehlt es zwar in subjektiver wie objektiver Richtung an einem hinreichenden Nachweis, daß die Angeklagte von ihr zur Veräußerung erworbene Nahrungsmittel zurückgehalten habe, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen (§ 5 Nr. 2 BRBO. v. 23. Juli 1915). Wohl aber hat die Angeklagte sich gegen das HPG. angesichts des Umstandes vergangen, daß der Bürgermeister der Stadt St. auf Grund dieses Gesetzes und des § 1 der AusfBest. des Minist. v. 30. Dez. 1914 den Höchstpreis für die Pfunddose kondensierte Milch auf 0,65 M. festgesetzt und die Angeklagte durch das Ausbedingen weiterer aus dem Verkauf sonstiger Waren ihr erwachsender Vorteile eine Erhöhung ihres Nutzens erstrebt hat. Dadurch, daß sie den Zeugen zum Abschluß eines Vertrages aufforderte, durch den der Höchstpreis überschritten wurde, hat sie dem § 6 Nr. 2 Ges. v. 4. Aug. 1914 i. d. F. v. 17. Dez. 1914 zuwidergehandelt.

ϑ. LeipzZ. 17 815 (BayObLG.) Ein Erbieten zum Abschluß eines Vertrags im Sinne des § 6 Nr. 2 HPG. liegt schon dann vor, wenn aus einer Erklärung der ernste Wille entnommen werden kann, über einen nach Art und Gattung bez. Gegenstand einen in seiner allgemeinen Gestaltung bestimmten Vertrag zu schließen. Maßgebend für die Anwendbarkeit einer örtlichen HPFestsetzung ist nicht der Ort, wo der Kaufvertrag geschlossen wird, sondern der Ort, wo sich die verkaufte Ware befindet; das ist regelmäßig der Ort, wo der Verkäufer seinen Wohnsitz oder seine Handelsniederlassung hat. → Siehe hierzu oben S. 151 ff. ←

(Abschnitt c in Bd. 3, 165.)

d) Zu Nr. 4.

LeipzZ. 17 936 (RG.). Die Verkaufsaufforderung nach § 4 HPG. kann durch eine öffentliche Bekanntmachung nicht ersetzt werden.

7. Verschleierung der Höchstpreisüberschreitung.

(Erläuterung a bis f in Bd. 2, 168, 169, g bis m in Bd. 3, 166.)

n) Alsberg a. a. O. 38. Durch den Ausschluß der besonderen Berechnung der Zufuhrkosten ist es allerdings den Parteien nicht verwehrt, eine weitergehende, besonders zu entgeltende Zufuhr zu bereden, als die, zu der der Verkäufer ohnehin verpflichtet ist. Man kann gegenüber derartigen Abreden, wenn sie ernst gemeint sind, den Käufer nicht, wie das ein Urteil des V. Senats vom 6. Juli 1915 (SächsA. 15, 372) tut, darauf verweisen, daß er sich die Ware auf seine Kosten abholen lassen könne. Richtig betont denn auch ein Urteil des IV. Senats vom 26. Mai 1916 (Recht 16, 397 Nr. 720), daß Raum für freie Vereinbarung über die Kosten des Transports bleibe, soweit die Ausführung des Transports über die gesetzlichen Pflichten des Verkäufers hinausgehe; vorausgesetzt, daß die Vereinbarung nicht zum Zweck der Umgehung der Höchstpreisvorschriften erfolge. Dieser Gesichtspunkt ist überall auch da für ausschlaggebend zu erachten, wo der Wortlaut der betreffenden Höchstpreisfestsetzung über die Berechnung besonderer Zufuhrkosten nichts sagt. Soweit hier nach dem sonst in dem betreffenden Handelszweig Üblichen für

die Zufuhr dieser Gegenstände besondere Kosten nicht berechnet werden, muß man ihre Berechnung als unerlaubt ansehen.

o) Alsberg a. a. O. 37. Als eine verschleierte Höchstpreisüberschreitung ist auch der Fall zu beurteilen, daß ein einheitlicher Verkauf in mehrere Abschlüsse zerlegt wird, um so den Verkauf dem höheren Kleinhandelshöchstpreise zu unterstellen, was mit Rücksicht auf eine gesetzliche Umgrenzung des Quantums bei Geschäften im Kleinhandel nicht möglich wäre, wenn über das Gesamtquantum ein Abschluß getätigt würde.

p) Kraehling, Recht 17 191. Solange der für Lieferung ins Haus begehrte Betrag nicht außergewöhnlich — d. h. gegen Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte verstoßend — hoch berechnet ist, sondern etwa der Höhe der an dritte Personen — z. B. an Boten — zu zahlenden Gebühr entspricht, dürfte ein solcher Nebenvorteil nicht als unzulässig angesehen, daher auch nicht als strafbare Überschreitung der Höchstpreise verurteilt werden.

q) RG. III, LeipzZ. 17 467. Die Höchstpreise schließen im allgemeinen auch die Vergütung für solche Nebenleistungen des Verkäufers ein, die er vertragsmäßig oder nach der Verkehrsüblichkeit zu machen hat und die Gewährung besonderer Vorteile für derartige Leistungen ist deshalb nach dem HPG. nicht zulässig.

r) RG. IV, Recht 17 362 Nr. 695. Eine vereinbarte Nebenleistung muß, um in den Preis der Ware eingerechnet werden zu können, ein Teil des Entgelts für deren Überlassung sein. Daher sind Zuwendungen, die dem Veräußerer ohne rechtliche Verpflichtung und nur zu dem Zweck gemacht werden, um seine Geneigtheit zu künftigen Lieferungen herbeizuführen, ebenso aber auch Zuwendungen, die nicht dem Geschäftsinhaber, sondern einem Angestellten gemacht werden (Schmiergelder), regelmäßig nicht einzurechnen. Aus dem gleichen Gesichtspunkt ist die Frage zu entscheiden, ob die Vereinbarung, wonach für die Lieferung einer bestimmten Warenmenge ein besonderer Betrag für Kriegsverwundete entrichtet werden soll, für die Preisberechnung von Bedeutung ist. Das ist nur dann der Fall, wenn in dieser Vereinbarung ein Teil der Gegenleistung zum Ausdruck kommt, nicht aber dann, wenn dadurch nur erreicht werden soll, daß an Dritte ein Geschenk gemacht wird und denjenigen unter zahlreichen Bewerbern der Vorzug eingeräumt wird, der dieses Geschenk gewährt; eine derartige Auflage macht die Leistung nicht zum Teil des Entgelts für die Ware.

s) RG. IV, Recht 17 320 Nr. 610. Die Zusage, neben dem Preis für die Ware einen bestimmten Geldbetrag für Kriegsverwundete zur Verfügung des Verkäufers zu stellen, ist bei Beurteilung der Frage, ob der HP. überschritten ist, zu berücksichtigen. Es ist entscheidend, daß auch diese Beträge in das Vermögen des Verkäufers übergehen und ein vertragsmäßiges Entgelt für die Ware darstellen sollen.

t) HansGZ. 17 (Hamburg V). Es ist nicht zu verkennen, daß ein Verzicht des Käufers auf sein Recht, das Zuvielgezahlte zurückzufordern, grundsätzlich noch keine Umgehung des Gesetzes zu bedeuten braucht. Gegen die Rechtmäßigkeit eines Verzichtes, der etwa in Schenkungsabsicht erklärt werden könnte, ist nichts einzuwenden. Die Voraussetzung für ein solches Verfahren wäre aber immer, daß die Parteien sich darüber einig sind, daß der Verzichtende ein Recht hat, auf das er verzichten kann. Die Parteien müssen sich also, ehe eine derartige nicht geschuldete Zuwendung erfolgt, auf den Standpunkt des Gesetzes gestellt haben. Gerade aber hieran fehlt es im vorliegenden Falle. Der Kläger hatte zweifellos nicht den Willen, der Beklagten eine Schenkung zu machen, ebensowenig wie die Beklagte etwas verlangte, worauf sie kein Recht zu haben glaubte. Sie forderte vom Kläger die Zahlung ihres Restguthabens, weil ihr nach ihrer Auffassung diese Forderung zustand und der Kläger kam diesem Begehren, das er für unberechtigt hielt, nur um deswillen nach, weil er sonst das letzte Faß Speisefett nicht erhalten hätte, auf das er Anspruch zu haben glaubte. Bei dieser Uneinigkeit der Parteien über die ihnen obliegenden Rechte und Pflichten und über die gesetzliche Grundlage ihrer Ansprüche konnte in dem Verhalten des Klägers, das unter anderen Umständen vielleicht als Verzicht gedeutet

werden müßte, ein wirksamer Verzicht auf sein Rückforderungsrecht überhaupt nicht zum Ausdruck kommen.

II. Innerer Tatbestand.

1. Vorsatz.

(Erläuterung a, b in Bd. 2, 169, c in Bd. 3, 167.)

d) RG. I, Recht 17 320 Nr. 611. Zur Strafbarkeit wegen vorsätzlicher Überschreitung der HP. ist Kenntnis und Verständnis der bestehenden HP.-Festsetzung erforderlich; fehlt es daran, so bleibt nur Strafbarkeit wegen fahrlässiger Verfehlung und zwar nur unter der Voraussetzung bestehen, daß die Unkenntnis oder falsche Auffassung der HP.-Festsetzung verschuldet ist. Zum Vorsatz genügt bedingter Vorsatz. Daher liegt vorsätzliche Überschreitung vor, wenn der Täter Zweifel an der Richtigkeit seiner Auffassung über die Bedeutung der HP.-Festsetzung hegt und sich mit dem Willen darüber hinwegsetzt, gegebenenfalls die HP. zu überschreiten. Hat aber der Täter an der Richtigkeit seiner Auffassung überhaupt keinen Zweifel, so besteht für ihn an sich auch keine Pflicht, sich durch Erkundigungen an zuständiger Stelle zu unterrichten; eine Verpflichtung hierzu kann sich nur aus besonderen Umständen ergeben, die den Täter bei pflichtgemäßer Überlegung und vorsichtigem Handeln hätten bestimmen müssen, auf die Richtigkeit seiner Auffassung nicht weiter zu vertrauen, sondern sich Gewißheit zu verschaffen. Nur wenn solche, im Urteil nachzuweisende, Umstände vorliegen, gereicht ihm die Unterlassung der Erkundigung zur Schuld.

(Abschnitt 2 bis 5 in Bd. 3, 167f.)

6. Irrtum.

→ Hier kommt jetzt in Betracht die VO. vom. 18. Januar 1917 (RGBl. 58) in Bd. 4, 729. ←

(Erläuterung 1 bis 4 und 5 a bis e in Bd. 2, 171, 172, f bis q in Bd. 3, 169ff.)

r) RG. IV, Recht 17 170 Nr. 274. Der Irrtum, daß eine Ware, für die eine behördliche HPFestsetzung besteht, ohne Preisbeschränkung veräußert werden dürfe, schließt den Vorsatz der Überschreitung aus, nicht auch die Fahrlässigkeit. Eine solche kann vorliegen, wenn der Täter durch mißverständliche Auffassung der Auskunft einer beratenden Industriestelle irregeleitet ist, bei Aufwendung der gebotenen Sorgfalt aber deren richtige Bedeutung erkannt hätte.

s) Maur, JW. 17 213. Nicht verfolgbar sind solche vor dem 1. Aug. 16 begangenen Höchstpreisüberschreitungen, die, wenn sie nach dem 1. Aug. 16 begangen wären, keine Höchstpreisüberschreitungen darstellten. Im übrigen aber ist in jedem einzelnen Falle zu prüfen, welches Gesetz die mildeste Beurteilung zuläßt. In zahlreichen Fällen wird dies das abgeänderte Höchstpreisgesetz vom 4. Aug. 14 sein. Denn hiernach stellt sich Unkenntnis der Bek. vom 31. Juli 16 über Höchstpreise von Metallen bzw. die irrige Auslegung der Höchstpreisbestimmungen als ein nach § 59 Abs. 2 StGB. zu beachtender Irrtum über einen Tatumstand dar, der eine Verurteilung wegen vorsätzlicher Übertretung ausschließt. Bei der Bek. vom 10. Dez. 14 ist dagegen die Höchstpreisfestsetzung ein Bestandteil der Strafrechtsnorm, und ein Irrtum über sie ist ein unerheblicher Strafrechtsirrtum; hiergegen Elsbach, das. 213.

III. Änderung des Strafgesetzes nach der Straftat.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 3, 171.)

8. Dauerhandlung.

(Erläuterung a, b in Bd. 3, 172.)

c) RG. IV, Recht 17 170 Nr. 271. Eine fortgesetzte Handlung der Höchstpreisüberschreitung liegt nur dann vor, wenn der Vorsatz des Täters auf eine einzige, ihrem Um-

fange nach im voraus geplante und lediglich nach und nach mittels zeitlich getrennter Einzelhandlungen auszuführende Überschreitung gerichtet ist. Der allgemeine Entschluß, bei Ein- oder Verkäufen unzulässige Preise zu bewilligen oder zu fordern, genügt dazu nicht, namentlich dann nicht, wenn der Käufer sich jeweils erst dann zur Bewilligung des unzulässigen Preises versteht, wenn er sich überzeugt, daß ein Abschluß zum Höchstpreis nicht zu erzielen ist.

(Abschnitt IV, V in Bd. 1, 760.)

VI. Tateinheit mit Wucher.

RG. III, Recht 17 262 Nr. 495. Es besteht die Möglichkeit einheitlichen Zusammentreffens zwischen Vergehen gegen das HPG. und solchen gegen die Preissteigerungsverordnung. Wer die HP. überschreitet, ist auch wegen Erzielung eines übermäßigen Gewinnes strafbar, wenn ihm ein solcher aus der Überschreitung der HP. erwachsen ist. Nur so lange, als die BRBO. v. 22. Aug. 15, RGBl. 513, unter II in Geltung war, stand diese der Annahme der Idealkonkurrenz entgegen; nach der jetzigen Fassung des § 6 HPG. (Art. I BRBO. v. 23. März 16, RGBl. 183) ist die Rechtslage anders gestaltet.

2. Bek., betr. Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge. Vom 11. November 1915. (RGBl. 758.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 173ff.

§§ 3, 4.

(Zu vgl. die Erläuterungen in Bd. 2, 178, 179.)

1. LeipzZ. 17 484 (Hamburg). Der Angeklagte hatte an J. Kartoffeln zum Preise von 6,30 M. für den Zentner auf Abruf verkauft. Als am 8. Nov. 1915 die Höchstpreise in Kraft traten, hat er mit J. abgemacht, daß die Kartoffeln zum Höchstpreise von 4,50 M. geliefert werden sollten; weil er aber selbst 5,80 M. für den Zentner bezahlt hatte, sollte J. in der Folge von ihm mehr Gemüse beziehen als bisher. Als dies nicht geschah, schickte er dem J. eine Rechnung, lautend auf den Unterschied zwischen dem ursprünglichen Vertragspreis und dem später vereinbarten. Von der Vorinstanz aus § 6 BRBO. v. 17. Dez. 1914 verurteilt, macht er mit der Revision geltend, daß die Einforderung jenes Unterschiedes keine „Überschreitung" des Höchstpreises bedeute. Denn nach der BRBO. v. 11. Nov. 1915 schließe das Inkrafttreten von Höchstpreisen bei laufenden Verträgen den Anspruch auf die Differenz nicht aus, wie aus deren §§ 2 bis 4 (schiedsgerichtliche Erledigung von etwa sich ergebenden Streitigkeiten) hervorgehe. Dem ist aber nicht beizutreten. Wenn durch Festsetzung von Höchstpreisen in laufende Verträge eingegriffen wird, so ist nicht schlechthin den Vertragsparteien gestattet, über dadurch etwa entstehende Härten eine schiedsgerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Vielmehr kann nach § 2 Abs. 1 ein Schiedsgericht nur angerufen werden, wenn bei Anwendung des § 1 sich Streitigkeiten ergeben. Die Höchstpreise des § 1 bleiben also maßgebend; sie zu ändern ist das Schiedsgericht nicht berechtigt. Die §§ 3, 4 beziehen sich nur auf die im Abs. 2 des § 2 erörterten Fälle, daß Streitigkeiten über Gegenstände entstehen, für die Höchstpreise nicht bestehen (Oertmann, JW. 15, 1519; Bondi, JW. 16, 8). Es muß daher bei der sonst allgemein anerkannten Auffassung verbleiben, daß schon die Einforderung eines höheren Preises als des Höchstpreises ein strafbares Überschreiten bedeutet.

2. König, SächsA. 17 131. Das Höchstpreisschiedsgericht ist kein Schiedsgericht im Sinne der ZPO. Es hat über ein Ablehnungsgesuch selbst zu entscheiden. Für den abgelehnten Vorsitzenden hat einer von den ernannten Stellvertretern, für den abgelehnten Beisitzer aber ein anderer Beisitzer aus der gleichen Abteilung der Vorschlagsliste einzutreten.

5. Bek. gegen übermäßige Preissteigerung. Vom 23. Juli 1915 (RGBl. 467), mit den Änderungen der Bek. vom 22. August 23. September 1915 und 23. März 1916.

(RGBl. 15 514, 603; 16 183.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 182ff.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 2, 186; 3, 175.

Alsberg, Kriegswucherstrafrecht, 3. Aufl. — Älteste der Kaufmannschaft von Berlin, Kriegswucher und Kettenhandel (Kfm.) — Bacharach, Kartelle und Kriegswucher, RuWirtsch. 17 145ff. — Heslenfeld, Betrachtungen zu den Kriegswuchervorschriften, DStrafrZtg. 17 25. — Derselbe, Übermäßiger Gewinn und Berücksichtigung der Marktlage i. S. der PreissteigerungsVO. nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts, Recht 17 57ff. — Hirsch, Über die Berechnung von Durchschnittspreisen in der Kriegswirtschaft, Deutsche WirtschaftsZtg. 17 130ff. — Kirchberger, Die strafbaren Kriegsgewinne nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts. — Kossa, Zum Begriffe der Gegenstände des täglichen Bedarfs in den Kriegsverordnungen, DJZ. 17 365ff. — Lehmann, Wucher und Wucherbekämpfung in Krieg und Frieden, Leipzig 1917. — Lobe, Preissteigerung, Handel und Reichsgericht. — Meyer, Kriegswucher und Gegenstände des täglichen Bedarfs, RuWirtsch. 17 88ff. — Müller, Freie und gebundene Preisentwicklung in der Kriegswirtschaft, RuWirtsch. 17 62. — Obst, Was ist Kriegswucher und wie bekämpfen wir ihn?, Leipzig 1917. — Peschke, Der Kampf gegen den Kriegswucher, GesuR. 18 169. — Reichel, Kriegswucher mit Außenhandel, DStrafrZtg. 17 142. — Rosenthal, Übermäßiger Gewinn im Sinne der Preissteigerungsverordnung vom 23. Juli 1915/23. März 1916.

§ 5.

(in der Fass. der Bek. v. 23. März 1916, RGBl. 183, i. Kr. seit dem 1. April 1916).

Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer für Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, für rohe Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe sowie für Gegenstände des Kriegsbedarfs Preise fordert, die unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Marktlage, einen übermäßigen Gewinn enthalten, oder wer solche Preise sich oder einem anderen gewähren oder versprechen läßt;
2. wer Gegenstände der unter Nr. 1 bezeichneten Art, die von ihm zur Veräußerung erzeugt oder erworben sind, zurückhält, um durch ihre Veräußerung einen übermäßigen Gewinn zu erzielen;
3. wer, um den Preis für Gegenstände der unter Nr. 1 bezeichneten Art zu steigern, Vorräte vernichtet, ihre Erzeugung oder den Handel mit ihnen einschränkt oder andere unlautere Machenschaften vornimmt;
4. wer an einer Verabredung oder Verbindung teilnimmt, die eine Handlung der in Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art zum Zwecke hat;
5. wer zu Handlungen der in Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art auffordert, anreizt oder sich zu Handlungen solcher Art erbietet, soweit nicht nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist.

Bei vorsätzlichen Zuwiderhandlungen gegen Nr. 1 ist die Geldstrafe mindestens auf das Doppelte des übermäßigen Gewinns zu bemessen, der erzielt worden ist oder erzielt werden sollte; übersteigt der Mindestbetrag zehntausend Mark, so ist auf ihn zu erkennen. Im Falle mildernder Umstände kann die Geldstrafe bis auf die Hälfte des Mindestbetrags ermäßigt werden.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder

nicht. Neben Gefängnisstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Neben der Strafe kann ferner angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzumachen ist.

Die strafbaren Tatbestände.

Inhaltsübersicht.

I. Nr. 1. Der Wucherpreis II 187, III 176, IV 763, V 159.
1. Der äußere Tatbestand II 187, III 176. Bemerkungen a bis h II 187.
i) Gegenstände des täglichen Bedarfs III 176, IV 763, V 159.
k) Gegenstände des Kriegsbedarfs III 177.
l) Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse III 177, IV 763, V 167.
α. Marktlage III 177, IV 763, V 167.
β. Betriebs- und Gestehungskosten III 181, V 173.
γ. Reingewinn III 185, IV 764, V 174.
δ. Verhältnis zum Friedenspreis III 186, IV 765, V 180
ε. Ausnutzung der Kriegsnot III 187, IV 765.
ζ. Vergleich mit Preisen anderer Händler III 188.
η. Berücksichtigung der Höchstpreise III 188. V 181.
ϑ. Ersatzware III 189.
m) Fordern des Preises III 189, IV 765, V 181.
n) Käufer, Vermittler III 189. V, 182.
2. Der innere Tatbestand II 189, III 189, IV 766, V 183.
3. Bürgerlichrechtliche Wirkungen II 189, V 184.
4. Verhältnis zum allgemeinen Strafrecht III 190.
5. Prüfungspflicht des Gerichts IV 766.
II. Nr. 2. Die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs II 190, III 190, IV 766. V 184.
III. Nr. 3. Unlautere Machenschaften II 191, III 191, V 184.
1. Der äußere Tatbestand II 191, III 191, V 184.
2. Der innere Tatbestand II 191, III 191.
3. Bürgerlichrechtliche Wirkungen II 191.
IV. Die Teilnahme an verbotenen Preiskartellen II 191, III 191, V 185.
V. Die Aufforderung und das Erbieten zu Wucherhandlungen III 192, V 186.
VI. Die Einziehung der Vorräte II 192, V 186.
VII. Gesetzvorschlag für die Friedenszeit II 192,
VIII. Die Bestrafung V 186.

I. Nr. 1. Der Wucherpreis.

1. Der äußere Tatbestand.

(Erläuterung a bis h in Bd. 2, 187ff.)

i) Gegenstände des täglichen Bedarfs.

(Erläuterung α bis δ in Bd. 3, 176ff.; ε bis η in Bd. 4, 763.)

ϑ. Alsberg a. a. O. 22. Indem das Gesetz den „täglichen" Bedarf betont, bringt es zum Ausdruck, daß der Gegenstand da, wo er gebraucht wird, nicht nur in Ausnahmefällen, sondern mit einer gewissen Regelmäßigkeit benötigt wird. „Täglich" ist keinesfalls wörtlich zu nehmen; ein Gegenstand, den man vielleicht nur alle Monate oder in noch längeren Zwischenräumen verwertet, kann ebenso zum täglichen Gebrauch gerechnet werden wie ein Gegenstand, der von dem, der ihn benötigt, kaum aus der Hand gelegt zu werden pflegt. Das Gesetz betont den täglichen „Bedarf", nicht die tägliche „Anschaffung". Ob der Gegenstand täglich oder in längeren Perioden neu zu beschaffen ist, ist also völlig gleichgültig. Gegenstände, die man nur periodisch zu beschaffen pflegt, insbesondere Bekleidungsgegenstände, scheiden also keineswegs aus.

ι. Alsberg a. a. O. 23. Der „notwendige Lebensbedarf" ist mit den „Gegenständen des täglichen Bedarfs" gemeint. Dafür dürfte auch die VO. vom 25. Sept. 1915 über die Errichtung von Preisprüfungsstellen (RGBl. 607) sprechen. Denn diese Verordnung, die gerade die Hilfsmittel schaffen will, um das HöchstPrG. und die PreisSteigVO. wirksam zur Anwendung zu bringen, hat die Preisprüfungsstellen ausdrücklich geschaffen „zur Sicherung von Unterlagen für die Preisregelungen der Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs und zur Untersuchung bei der Überwachung des Verkehrs mit diesen Gegenständen". Nun ist gewiß unter dem „notwendigen Lebensbedarf" nicht nur jenes Mindestmaß zu verstehen, dessen das einzelne Individuum bedarf, um überhaupt

existieren zu können. Was zur gewohnten Lebenshaltung weiterer Volkskreise gehört, wie der Genuß von Bier und Tabak, ist zweifellos mit eingeschlossen. Sogar Gegenstände, die in normalen Zeiten vornehmlich als entbehrliche Leckerbissen neben den täglichen Nahrungsmitteln gelten, können hierher fallen, wenn sie mit Rücksicht auf die Knappheit der sonstigen Lebensmittel in größerem Maße zur Volksernährung herangezogen werden. Auch kann es keinen Unterschied machen, ob der betreffende Gegenstand infolge der Höhe seines Preises nur in den Kreisen der Bemittelten Absatz findet — vorausgesetzt, daß er das „tägliche" Bedürfnis dieser Kreise zu befriedigen bestimmt ist. Was aber lediglich einem spezifischen Luxusbedürfnis dienen soll, ist keinesfalls hierher zu zählen: also jedenfalls nicht teure Importen, Champagner und Liköre. Kaum auch Kaviar und Austern, wenngleich hier mit Rücksicht auf den anerkannt hohen Nährwert dieser Lebensmittel die Entscheidung je nach Lage des Falls zweifelhaft sein mag. Wahllos jedes Nahrungsmittel hierher zu rechnen, kann keinesfalls gebilligt werden. Wenn nach den Mitteilungen für Preisprüfungsstellen vom Staatssekretär des Innern im Einvernehmen mit dem Staatssekretär des Reichsjustizamts dem Gesetz eine derartige Auslegung gegeben ist, weil es als Beispiel für die Gegenstände des täglichen Bedarfs allgemeine Nahrungsmittel aufzähle, so kann dieser Beweisführung keinesfalls beigetreten werden. Ebenso wie der Begriff, der Gegenstände des täglichen Bedarfs vom Gesetz durch die beigefügten Beispiele näher umgrenzt wird, so werden diese Beispiele selbst wieder näher umgrenzt durch den Begriff, dessen Erläuterung sie dienen sollen. Gegenstände des täglichen Bedarfs sind vornehmlich Nahrungsmittel, aber nicht jedes Nahrungsmittel ist darum auch notwendig ein Gegenstand des täglichen Bedarfs.

Ist so bei einem Gegenstand der Hauswirtschaft das Kriterium der allgemeinen Unentbehrlichkeit und damit seine Zugehörigkeit zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu verneinen, wenn der betreffende Gegenstand in der Regel einem spezifischen Luxusbedürfnis dienen soll, so ist ein gleiches für die Gegenstände der Fabrikationswirtschaft zu sagen, wenn diese nicht ausschließlich zur Herstellung von im täglichen Leben benötigten Gegenständen liegen. Ob Maschinen zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zählen, richtet sich nach den Gegenständen, zu deren Hervorbringung sie bestimmt sind. Unter einem analogen Gesichtspunkt ist zu entscheiden, ob Verpackungsgegenstände zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zählen. Der Gegenstand, der zu verpacken ist, entscheidet. Die Korken, die der Ölhändler benötigt, gehören zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs, nicht dagegen die Korken, die der Sektfabrikant bezieht.

Gegenstände, deren Import verboten ist, wird man geradezu regelmäßig aus den Gegenständen des täglichen Bedarfs auszuscheiden haben. Ist doch in dem Verbot der Einfuhr gewissermaßen zugleich die autoritative Erklärung zu finden, daß der von dem Verbot betroffene Gegenstand durchaus zu entbehren ist.

Vorstehende Darlegungen führen zu der Erkenntnis, daß dem Begriff der Gegenstände des täglichen Bedarfs eine gewisse Relativität eignet. Es gibt Nahrungsmittel, die in der Regel als reine Luxusgegenstände erscheinen, unter Umständen aber einer notwendigen Bedürfnisbefriedigung dienen — je nachdem z. B. ob sie einem Gesunden oder einem Kranken zugeführt werden sollen. Das gleiche ist bei Gegenständen der Fall, die zur Fabrikation oder zur Verpackung Verwendung finden. So treten neben die Gegenstände, die absolut zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gehören, solche, die nur relativ hierher zählen. Bei der Lieferung dieser Gegenstände kann der Lieferant nur dann in strafbarer Weise gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen, wenn er den Bestimmungszweck, der den Gegenstand zu einem solchen des täglichen Bedarfs machte, kannte oder hätte kennen müssen (s. § 59 StGB.).

*) Alsberg a. a. O. 25. „Gegenstände des täglichen Bedarfs" können nur Mobilien, nicht auch Immobilien sein. Mieträume dürfen so nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gerechnet werden. „Leistungen" sind ebenfalls nicht „Gegenstände". Fuhren oder sonstige im täglichen Leben wiederkehrende Dienste zählen also nicht hierher.

Wohl Leistungen, die regelmäßig mit der Überlassung von Bedarfsgegenständen verbunden sind. Eine Maßanfertigung muß im Sinne der Kriegswuchergesetzgebung als Gegenstand des täglichen Bedarfs bezeichnet werden, woran vor allem der Umstand nichts ändern würde, daß sie im Gegensatz zu dem sonst in dem betreffenden Geschäft Üblichen dem Kunden gesondert neben dem Preis für den Stoff in Rechnung gesetzt wurde.

λ. Meyer, RuW. 17 91. Das Gebiet der Gegenstände des täglichen Bedarfs ist stetiger Veränderung unterworfen. Es ist unbegrenzbar, stetig wachsend. Während im gemeinen Strafrecht der Satz gilt, daß Strafvorschriften nicht ausdehnend auszulegen sind, weil hier nur das Schutzbedürfnis des einzelnen in Frage kommt, müssen dagegen die Gegenstände des täglichen Bedarfs im Kriegswucherstrafrecht ausdehnend ausgelegt werden, weil der Schutz der Allgemeinheit in Frage steht.

μ. JW. 17 613 (BayOLG.). Eine Sache verliert die Eigenschaft eines Gegenstandes des täglichen Bedarfs nicht dadurch, daß wegen des hohen Preises nur Begüterte in der Lage sind, ein tägliches Bedürfnis danach zu befriedigen.

ν. Koffka a. a. O. 367. Der Gesetzgeber unterscheidet zwischen Gegenständen des notwendigen Lebensbedarfs und des täglichen Bedarfs. Der tägliche Bedarf umfaßt mehr als der notwendige Lebensbedarf.

ξ. LeipzZ. 17 815 (BayObLG.). Der Begriff Nahrungsmittel ist in der WucherVO. und im HPG. der gleiche wie im NahrungsmittelG. und in § 370 Nr. 5 StGB. Es fallen darunter alle der Ernährung des menschlichen Körpers dienenden festen oder flüssigen Mittel, auch wenn ihre Genießbarkeit die vorherige Zubereitung, Bearbeitung oder Verbindung mit anderen Stoffen voraussetzt, also auch Zwischenerzeugnisse oder Halbfabrikate.

ο. Neukamp, BuchhBörsenbl. 17 Nr. 57, 58, RuW. 17 133. Gegenstände des täglichen Bedarfs sind solche, die bestimmungsgemäß durch Ge- oder Verbrauch untergehen und zwecks Befriedigung eines ständigen Bedarfs in periodisch wiederkehrenden Zeiträumen durch neue gleichartige Gegenstände ersetzt werden.

π. Koffka a. a. O. 367. Auch für die Kriegsgesetze muß davon ausgegangen werden, daß der Begriff des Nahrungsmittels ein engerer ist, daß darunter die nur dem Genuß dienenden Gegenstände nicht zu verstehen sind.

ρ. Koffka a. a. O. 367. Rohe Naturerzeugnisse sind Gegenstände, die unmittelbar von der Natur hervorgebracht werden, auch wenn menschliche Arbeit beteiligt ist, nicht aber solche, die erst aus anderen Naturerzeugnissen hergestellt werden im Gegensatz zu § 66 RGO., die ja andere Zwecke verfolgt, schließen die Kriegsverordnungen aber das größere Vieh nicht aus, so daß im Sinne dieser das gesamte Vieh zu den rohen Naturerzeugnissen zu rechnen ist.

σ. Koffka a. a. O. 367. Ausgeschlossen ist, daß Gegenstände der Kleidung und des geistigen Bedarfs unter den Begriff: „Gegenstände des täglichen Bedarfs" fallen.

τ. RG. I, LeipzZ. 17 668. Zutreffend ist, daß Enten als eigentliches Nahrungsmittel zu den Gegenständen des täglichen Bedarfes zählen und selbst dann, wenn sie tatsächlich nur von wohlhabenden Personen verzehrt werden sollten, ihre Bedeutung als Gegenstand des täglichen Bedarfs nicht einbüßen, da sie erfahrungsgemäß keineswegs nur als besondere Luxusgegenstände oder Leckerbissen zur Verwendung gelangen.

υ. RG. IV, LeipzZ. 17 468. Das LG. hat zutreffend angenommen, daß das Streumehl zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs i. S. von § 5 Nr. 1 gehört. Es stellt fest, daß jeder Bäcker täglich Streumehl braucht, um unentbehrliche Nahrungsmittel herzustellen. Der Hinweis auf die BRVO. v. 28. Sept. 1916 (RGBl. 1084) versagt schon um deswillen, weil zu der Zeit, die hier in Betracht kommt, die Verwendung mineralischer Zusätze noch nicht untersagt war. Im übrigen würde die vorschriftswidrige Zusammensetzung des Streumehls noch nichts daran ändern, daß Streumehl an sich zu den notwendigen Bedarfsgegenständen gehört. Auch ein Streumehl-Ersatz würde, eben weil er zum Ersatz eines Gegenstandes des täglichen Bedarfs dient, um dieser Bestimmung willen selbst ein solcher notwendiger Bedarfsgegenstand sein.

φ. Kriegswucheramt, RuW. 17 134. Der Begriff der Gegenstände des täglichen Bedarfs ist möglichst umfassend auszulegen. Es kommt nur darauf an, daß in der Gesamtheit des Volkes täglich ein Bedürfnis nach der betreffenden Ware vorliegt, ohne daß ein tatsächlicher Bedarf erforderlich wäre, um der Ware die Eigenschaft eines Gegenstandes des täglichen Bedarfs zuzuerkennen. In Anwendung dieser Grundsätze müssen Bücher, Musikalien, Lehrmittel, Landkarten ..... zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs gezählt werden.

χ. Klink, PrVerwBl. 38 344. Der Zweck der Vorschriften ist für die Frage entscheidend, welche Gegenstände zu denen des täglichen Bedarfs gehören. Da unverkennbar die Haushaltungen nach Möglichkeit vor wirtschaftlichen Erschütterungen durch Wucherpreise geschützt werden sollen, so können auch nur Gegenstände der Haushaltung in Betracht kommen. Zu eng aber wäre der Kreis gezogen, wenn man nur solche des Verbrauches darunter verstehen wollte, denn außer Nahrungs-, Wasch-, Beleuchtungs-, Feuerungs- usw. Mitteln bedarf man auch noch anderer Sachen, die sich durch ihren Gebrauch nicht vermindern. Man bedarf aber auch nicht aller Sachen, die täglich gebraucht werden. Entscheidend ist vielmehr die Notwendigkeit des Gebrauchs. Hierher mögen auch Glühstrümpfe und andere Beleuchtungskörper sowie noch viele andere Sachen gehören. Ohne Zweifel sind aber Bücher auszuscheiden; sie sind weder als Wirtschaftsartikel noch als täglich notwendig anzusprechen.

ψ. RG. III, RGStr. 50 285, LeipzZ. 17 587, Recht 17 220 Nr. 387. Schon die Fassung des § 1 BRBO. v. 23. Juli 1915 weist darauf hin, daß unter „Gegenständen des täglichen Bedarfs" nicht nur Nahrungs- und Futtermittel aller Art, sowie rohe Naturerzeugnisse begriffen sind, sondern auch Genußmittel darunter fallen, wenn sie Gegenstände des täglichen Bedarfs sind (RGStr. 50, 81). Das gilt namentlich auch für Bier, das vorwiegend als Genußmittel in weiten Bevölkerungsschichten verlangt wird. Fällt aber Bier darunter, so muß das gleiche für Malz gelten. Es hieße das Gesetz in sein Gegenteil verkehren, wollte man derartige veredelte Rohstoffe, die zur Herstellung von Gegenständen des täglichen Bedarfs verwendet werden, ausnehmen, da dann eine Preistreiberei in ihnen eine übermäßige Verteuerung der daraus gewonnenen Gegenstände herbeiführen müßte. Deshalb ist es belanglos, daß Malz für sich allein nicht genossen oder verfüttert zu werden pflegt ... Es genügt, wenn in weiten Kreisen der Bevölkerung eine mehr oder weniger ständige Nachfrage danach besteht, weil sie als zur Lebenshaltung erforderlich von der Allgemeinheit betrachtet werden, was bei Bier meist der Fall ist. Auf die Bestimmung eines Gegenstandes kommt es nicht an; entscheidend ist nur, ob der Gegenstand geeignet ist, dem täglichen Bedarf zu dienen.

ω. JW. 17 238 (Hamburg V). Schreibmaschinenpapier wird zwar vom Privatpublikum in seiner Allgemeinheit nicht täglich gebraucht. Immerhin gehört es bei dem Umfang, in welchem heutzutage Schreibmaschinen im geschäftlichen Leben verwendet werden, sicherlich zum täglichen geschäftlichen Bedarf. Diesen täglichen geschäftlichen Bedarf von den Vorschriften der BRBO. auszuschließen, liegt weder nach dem Wortlaut, noch nach der Tendenz der Verordnung ein Anlaß vor. Es darf in dieser Beziehung auch daraufhin verwiesen werden, daß der Begriff der „Gegenstände des täglichen Bedarfs" auf den § 1 HöchstPrG. vom 4. August 1914 zurückgeht. Daß auf Grund dieser Gesetzesbestimmung erforderlichenfalls auch für Schreibmaschinenpapier Höchstpreise festgesetzt werden könnten, wird nicht zu bezweifeln sein.

aa. Meyer, RuW. 17 90. Unter die Gegenstände des täglichen Bedarfs fällt alles, was für die Lebenshaltung des Volkes oder einzelner Bevölkerungsklassen in regelmäßigen Zeiten und nun in Kriegszeiten erforderlich oder auch nur üblich ist. Behufs entschiedener Bekämpfung des Kriegswuchers ist der Begriff der Gegenstände des täglichen Bedarfs, um sich den Verhältnissen des Tages und des Krieges anzupassen, möglichst weit zu fassen. Er umfaßt auch Genußmittel, wie Bier (auch Malz), soweit es nicht schon nach den örtlichen Verhältnissen Nahrungsmittel ist oder Tabak, Zigarren usw. Nicht entscheidend ist der sofortige Gebrauch; Gegenstände, die längere Zeit dem Gebrauch dienen, wie

Schuhwaren, Kleidungsstücke, fallen ebenfalls darunter. Was heute Gegenstand des täglichen Bedarfs noch nicht ist, z. B. ein Ersatzmittel, kann es morgen infolge Schwindens des betreffenden Nahrungsmittels, werden. Was Gegenstand des täglichen Bedarfs ist, behält seine Eigenschaft, auch wenn es im Handel zum Teil oder ganz verschwindet. Nicht erforderlich, ist daß der Gegenstand unentbehrlich ist. Nach den jetzigen Ernährungsverhältnissen sind auch Luxusgegenstände zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu rechnen. Gleichgültig ist, ob Gegenstände des täglichen Bedarfs schon verarbeitet sind oder sich im rohen Naturzustande befinden. Auch Gegenstände, die der Herstellung oder Verpackung von Gegenständen des täglichen Bedarfs dienen, fallen darunter. Auch Briefumschläge, wie Schreibpapier überhaupt, gehören hierher. Dabei ist auch keine Unterscheidung zu machen zwischen beschlagnahmefreien und beschlagnahmten Gegenständen. Der Bedarf des einzelnen ist ebenso geschützt wie der der Industrie, auch Maschinen, z. B. Nähmaschinen oder Teile von Maschinen, die der Herstellung von Gegenständen des täglichen Bedarfs dienen, fallen darunter. Auch alles, was zur Erhaltung der menschlichen Gesundheit, z. B. Arznei, Wasch- oder Reinigungsmittel, oder den Gesundheitsverhältnissen in den Städten dient, z. B. Desinfektionsmittel gehört hierher. Daß Vieh unter die Gegenstände des täglichen Bedarfs fällt und den Höchstpreis- und den Kriegswuchervorschriften unterworfen ist, braucht nicht wiederholt zu werden. Unbewegliche Sachen, wie Wohnungen, werden aber nicht hierher zu rechnen sein.

ββ. VolkswAbtl. des Kriegsernährungsamts (MittfPreisprüfst. 17 90). Tägliche Gebrauchsgegenstände wie Wasserkessel, Milchkannen, Bratpfannen usw. können nicht mit Nähmaschinen in Parallele gestellt werden. Im übrigen ist die Auskunft der früheren Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise in Jahrgang 1916 Nr. 9 der „Mitteilungen" S. 91 seinerzeit erteilt worden, als das Reichsgerichtsurteil vom 12. Mai 1916 noch nicht bekannt war, wonach bei „Gegenständen des täglichen Bedarfs" im Sinne der Kriegsgesetzgebung nicht ein tagtäglicher Bedarf für jedermann vorausgesetzt wird, sondern vielmehr die Gegenstände nur solche sein müssen, für die in der Gesamtheit des Volkes täglich ein Bedürfnis vorliegen kann, das Befriedigung heischt. Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts hat auch daher neuerdings den Standpunkt vertreten, daß Nähmaschinen zu den „Gegenständen des täglichen Bedarfs" zu rechnen sind, ebenso wie dies hinsichtlich der Schreibmaschinen der Fall ist. (Vgl. „Mitteilungen für Preisprüfungsstellen" Jahrg. 1917 Nr. 3 S. 22.)

γγ. VolkswAbtl. des Kriegsernährungsamts (MittfPreisprüfst. 17 69). Möbeleinrichtungen fallen an sich unter den Begriff des täglichen Bedarfs. Die Zugehörigkeit zu dem genannten Begriffe von der Qualität der Ware abhängig zu machen, ist nicht angängig.

δδ. VolkswAbtl. des Kriegsernährungsamts (MittfPreisprüfst. 17 56). Ob Treibriemen aus Leder oder Webstoffen als Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfes anzusehen sind, kann zweifelhaft erscheinen. Dagegen dürften sie jedenfalls bei ihrer Wichtigkeit für die Maschinen zur Herstellung des notwendigen Lebensbedarfes zu den Gegenständen des täglichen Bedarfes im Sinne der VO. vom 23. Juli 1915 (RGBl. 467) i. d. Fass. v. 23. März 1916 (RGBl. 183) gehören. Im übrigen sind sie auch als Gegenstände des Kriegsbedarfes anzusehen. Dieser Auffassung ist auch das Preußische Kriegswucheramt.

εε. VolkswAbtl. des Kriegsernährungsamts (MittfPreisprüfst. 17 134). 1. Wetzsteine sind als Gegenstände des täglichen Bedarfes anzusehen, da sie zur Erhaltung von Messern und Scheren notwendig gebraucht werden.

2. Der Auffassung, daß Glaserkitt zu den Gegenständen des täglichen Bedarfes zu rechnen ist, schließen wir uns an, da er zur Befestigung der Fensterscheiben usw. erforderlich ist.

3. Bretter, Dielen und dergleichen Gegenstände sind als Gegenstände des Kriegsbedarfes und als Gegenstände des täglichen Bedarfes im Sinne der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 in der Fassung vom 23. März 1916

(RGBl. 183) anzusehen, da sie sowohl zum unmittelbaren Heeresbedarf (Schützengraben) oder mittelbaren Heeresbedarf (z. B. als Waggondielen, Bretter für Munitionskisten usw.) als auch in privaten Betrieben (Baugewerbe, Schreinerei usw.) Verwendung finden.

Die Zugehörigkeit zu einem der beiden genannten Begriffe ist nicht von der besonderen Zweckbestimmung im Einzelfalle abhängig zu machen; sie hängt vielmehr davon ab, ob ein Gegenstand eine entsprechende Verwendung überhaupt finden kann.

4. Neuerdings gehen zahlreiche Anfragen ein, ob Brauerpech zu den Gegenständen des täglichen Bedarfes zu rechnen ist. Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts hat die Frage bejahend beantwortet, da Brauerpech zur Herstellung und Erhaltung von Bierfässern dringend gebraucht wird.

ζζ. VolkswAbtl. des Kriegsernährungsamts (MittfPreisprüfst. 17 134). Sowohl Wein als auch Pferde sind als Gegenstände des täglichen Bedarfes im Sinne der VO. v. 23. Juli 1915 anzusehen. Bei dem Mangel an Getränken muß Wein ganz allgemein, auch in den Gegenden, in denen das Weintrinken im Frieden nicht zur Gewohnheit des größeren Teiles der Bevölkerung gehörte, als ein Gegenstand angesehen werden, für den in der Gesamtheit des Volkes täglich ein Bedürfnis vorliegen kann, das Befriedigung erheischt.

ηη. VolkswAbtl. des Kriegsernährungsamts (MittfPreisprüfst. 17 123). In neuerer Zeit haben sich die Klagen über die außerordentlich gestiegenen Kosten für Rollgeld, Fuhrlohn, Möbeltransport und ähnliches sehr gehäuft. In Übereinstimmung mit dem Herrn Staatssekretär des Reichsjustizamts und dem Herrn Staatssekretär des Innern sowie dem Preußischen Herrn Justizminister, dem Preußischen Herrn Minister für Handel und Gewerbe und dem Herrn Staatskommissar, sind wir der Ansicht, daß Rollgeld, Fuhrlohn, Möbeltransport und ähnliches nicht als Gegenstände des täglichen Bedarfs im Sinne der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 in der Fassung vom 23. März 1916 (RGBl. 183) anzusehen sind, da diese Verordnung nach ihrer Entstehungsgeschichte sowohl wie nach ihrer Fassung augenscheinlich nur die Preise für körperliche (konkrete) Gegenstände erfassen wollte und daher eine Verfolgung auf Grund der genannten Bekanntmachung nicht möglich ist.

Diese Auffassung hindert indessen nach Ansicht des Herrn Staatssekretärs des Reichsjustizamts, der wir uns anschließen, nicht,

„bei der Prüfung der Frage, ob der Preis für Gegenstände des täglichen Bedarfs einen übermäßigen Gewinn enthält, unter Umständen auch die von dem Verkäufer in Rechnung gestellten Transportkosten auf ihre Angemessenheit zu prüfen. So kann z. B. eine strafbare Umgehung der Preiswuchervorschriften vorliegen, wenn der Verkäufer zwar für die Ware einen angemessenen, für ihre Anfuhr jedoch einen übermäßigen Preis verlangt."

Ähnlich hat sich der Preußische Herr Justizminister ausgesprochen, indem er es für zweifelhaft erklärt, „ob die Anwendbarkeit der Preiswuchervorschriften grundsätzlich ausgeschlossen werden muß, wenn Dienstleistungen mit Sachleistungen zu einer Gesamtleistung zusammengefaßt sind. Wenn z. B. ein Kohlenhändler die Anfuhr von Kohlen mit übernimmt, so wird seine Bestrafung wegen Wuchers nicht dadurch ausgeschlossen zu werden brauchen, daß er zwar für die Kohlen einen angemessenen, für das Anfahren aber einen übermäßigen Preis fordert. Das wird auch dann zu gelten haben, wenn der Kohlenhändler die Anfuhr nicht selbst ausführt, sondern einem selbständigen Fuhrunternehmer überträgt. Die gegenteilige Annahme würde Umgehungen der Wuchervorschriften außerordentlich leicht machen, sie ergibt sich auch weder aus dem Wortlaut noch aus dem Sinne der Bundesratsverordnung. Denn in solchem Falle bildet der von dem Kohlenhändler gezahlte Fuhrlohn einen Teil seiner Geschäftsunkosten, und es ist nicht für unzulässig zu erachten, zur Feststellung einer übermäßigen Preissteigerung auch die Angemessenheit des Ansatzes der Geschäftsunkosten in Betracht zu ziehen. Dieser Gedanke kommt auch zum Ausdruck in den Richtlinien, für die auf Grund der Bekanntmachung von Preisbeschränkungen von Web-, Wirk- und Strickwaren vom 30. März 1916 errich-

teten Schiedsgerichte (Zentralblatt für das Deutsche Reich 82); dort wird nämlich die Herabsetzung des Preises für zulässig erklärt in Fällen, in denen der Verkäufer dem Käufer einen Preis abverlangt hat, der zwar seinen Gestehungskosten entspricht, der aber dadurch hochgeschraubt ist, daß der Verkäufer dem eigenen Lieferanten — z. B. auf Grund besonderer Abrede — einen übermäßigen, den Marktverhältnissen nicht entsprechenden Preis bezahlt hat. Mithin erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Gerichte in Fällen der in Rede stehenden Art den für die Gesamtleistung geforderten Preis als Preis für einen Gegenstand des täglichen Bedarfs ansehen und als wucherisch erklären, wenn der für eine der Leistungen geforderte Preis übermäßig ist."

Ferner erscheint es nicht ausgeschlossen, daß die Gemeinden auf Grund des § 12 der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 in der Fassung vom 4. November 1915 (RGBl. 728) eine Preisregelung für Transporte von Möbeln und anderen Sachen des notwendigen Lebensbedarfs anordnen. Ob die Gemeinden von diesem Rechte in weitgehendem Maße Gebrauch machen sollen, würde besonderer Erwägung bedürfen. Jedenfalls erscheint es aber empfehlenswert, einem Vorschlage des Preußischen Kriegswucheramts zu folgen und zu versuchen, durch Verhandlungen mit größeren Speditionsfirmen Abhilfe zu schaffen.

Alphabetisches Verzeichnis der als solcher anerkannten Gegenstände des täglichen Bedarfs.

(Zu vgl. eine kürzere Zusammenstellung, JMBl. 17 301.)

Ammoniaksoda (LG. I Berlin, MittfPreisprüfst. 17 101).
Arrak (RG., MittfPreisprüfst. 17 101).
Arznei (Meyer II 1 $i\alpha\alpha$ zu § 5 in Bd. 5).
Benzin (RG. II 1 $i\zeta$ zu § 5 in Bd. 4).
Beleuchtungskörper (Klink II 1 $i\chi$ zu § 5 in Bd. 5).
Bier (BayObLG. II 1 $i\beta$ zu § 5 in Bd. 3 und RG. II 1 $i\psi$ zu § 5 in Bd. 5).
Bratpfannen (KrEAmt II 1 $i\beta\beta$ zu § 5 in Bd. 5).
Brauerpech (KrEAmt II 1 $i\varepsilon\varepsilon$ zu § 5 in Bd. 5).
Bretter (KrEAmt II 1 $i\varepsilon\varepsilon$ zu § 5 in Bd. 5).
Briefumschläge (Meyer II 1 $i\alpha\alpha$ zu § 5 in Bd. 5).
Bücher (Kriegswucheramt II 1 $i\varphi$ zu § 5 in Bd. 5, a. M. Koffka, Klink, da II 1 $i\sigma$, χ).
Desinfektionsmittel (Meyer II 1 $i\alpha\alpha$ zu § 5 in Bd. 5).
Dielen (KrEAmt II 1 $i\varepsilon\varepsilon$ § 5 in Bd. 5).
Enten (RG. II 1 $i\tau$ zu § 5 in Bd. 5).
Ferkel (Hamm II 1 $i\varepsilon$ zu § 5 in Bd. 4).
Fruchtkonserven (RG., Recht 17 72 Nr. 81).
Frühkartoffeln (RG., SächsA. 17 177).
Gänse (RG., Recht 17 362 Nr. 697).
Glaserkitt (KrEAmt II 1 $i\varepsilon\varepsilon$ zu § 5 in Bd. 5).
Glühstrümpfe (Klink II 1 $i\chi$ zu § 5 in Bd. 5).
Hefe (KrEAmt, MittfPreisprüfst. 17 110).
Honig (KG., MittfPreisprüfst. 17 146).
Kaffee-Ersatz (RG., SächsA. 17 178).
Kalbsleberwurst (BayObLG., MittfPreisprüfst. 17 152).
Kaviar (StaatssekrdJ. II 1 $i\delta$ zu § 5 in Bd. 3, 177).
Kognak (Cöln, MittfPreisprüfst. 17 101).
Kondensierte Milch (RG., SächsA. 17 176).
Kuchenbackmehl (StaatssekrdJ. II 1 $i\delta$ zu § 5 in Bd. 3).
Landkarten (Kriegswucheramt II 1 $i\varphi$ zu § 5 in Bd. 5).
Lehrmittel (Kriegswucheramt II 1 $i\varphi$ zu § 5 in Bd. 5).

Lorbeerblätter (Staatssekrdz. III δ zu § 5 in Bd. 3).
Malz (RG., RGStr. 50 285, 298, DJZ. 17 590; BayObLG., JW. 17 729; Meyer III $\alpha\alpha$ zu § 5 in Bd. 5).
Maschinenfett (Kiel, DStrafZtg. 17 97).
Maschinen-Schreibpapier (LeipzZ. 17 346).
Mayonnäse (Staatssekrdz. III δ zu § 5 in Bd. 3).
Milchkannen (KrEAmt III $\beta\beta$ zu § 5 in Bd. 5).
Möbeleinrichtungen (KrEAmt III $\gamma\gamma$ zu § 5 in Bd. 5).
Musikalien (Kriegswucheramt III φ zu § 5 in Bd. 5).
Nähmaschinen (KrEAmt I 1 $\beta\beta$ zu § 5, Meyer $\alpha\alpha$ das. in Bd 5).
Pfeffer (Staatssekrdz. III δ zu § 5 in Bd. 3)
Pfeifentabak (Düsseldorf, LeipzZ. 17 347).
Pferde (KrEAmt III $\zeta\zeta$ zu § 5 in Bd. 5).
Reinigungsmittel (Meyer III $\alpha\alpha$ zu § 5 in Bd. 5).
Rum (RG., MittfPreisprüfst. 17 101).
Safran (KrEAmt, MittfPreisprüfst. 17 110).
Sägespäne (LG. Chemnitz, MittfPreisprüfst. 17 57).
Salatöl (Düsseldorf, MittfPreisprüfst. 17 146).
Salatölersatz (RG., LeipzZ. 17 858; BayObLG., DJZ. 17 339).
Samenbohnen (Dresden, SächsOLG. 38 160).
Schreibmaschinenpapier (Hamburg III ω zu § 5 in Bd. 5).
Schreibpapier (Meyer III $\alpha\alpha$ zu § 5 in Bd. 5).
Sesamöl (BayObLG., JW. 16 1542).
Sohlenschoner (KG., DJZ. 17 757).
Speiseöl (BayObLG. III η zu § 5 Bd. 4).
Streumehl (RG. III ν zu § 5 in Bd. 5).
Tabak (Meyer III $\alpha\alpha$ zu § 5 in Bd. 5).
Tee (Staatssekrdz. III δ zu § 5 in Bd. 3).
Treibriemen (KrEAmt III $\delta\delta$ zu § 5 in Bd. 5).
Vieh (Meyer III $\alpha\alpha$ zu § 5 in Bd. 5).
Waschmittel (Meyer III $\alpha\alpha$ zu § 5 in Bd. 5).
Wasserkessel (KrEAmt III $\beta\beta$ zu § 5 in Bd. 5).
Wein (KrEAmt III $\zeta\zeta$ zu § 5 in Bd. 5).
Wetzsteine (KrEAmt III $\varepsilon\varepsilon$ zu § 5 in Bd. 5).
Zigarren (Meyer III $\alpha\alpha$ zu § 5 in Bd. 5).

k. Gegenstände des Kriegsbedarfs.

(Erläuterung α, β in Bd. 3, 177.)

γ. RG. IV, LeipzZ. 17 667. Mit Recht hat das LG. angenommen, daß die vom Angeklagten verkauften Fohlen Gegenstände des Kriegsbedarfs seien. Es kann dahingestellt bleiben, ob dies für Fohlen jeden Alters schlechthin zutreffen würde. Das LG. stellt aber fest, daß die Fohlen Ende Dezember 1914 einjährig und darüber, beim Verkauf also fast dreijährig und hiernach zu dieser Zeit dem Alter nicht mehr fern waren, mindestens zu leichtem Zug verwendet zu werden. Dann aber war die Verwendungsfähigkeit der Fohlen als Zugtiere im Kriege dargetan und damit war ihre Eigenschaft, für den Kriegsbedarf dienlich zu sein, gegeben.

δ. RG. IV, RGStr. 50 234, LeipzZ. 17 656. Rohstoffe, aus denen Kriegsbedarfsartikel hergestellt werden, z. B. Baumwollgarn zur Herstellung von Bekleidungsgegenständen für das Heer sind „Gegenstände des Kriegsbedarfs" i. S. des § 5 Nr. 1, mag auch in andern BRBO. zwischen Gegenständen des Kriegsbedarfs und Gegenständen, die zur Herstellung von solchen dienen, unterschieden werden.

l) Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse.

a. Marktlage.

(Erläuterung *aa* bis *oo* in Bd. 3, 177ff.; *ππ* bis *ττ* in Bd. 4, 763ff.)

νν. RG. III, RGSt. **50** 232, JW. **17** 367, LeipzZ. **17** 319, 388, SächsA. **17** 176. Zwischenhändler, die einen übermäßigen Gewinn durch Ausnutzung eines der allgemeinen Marktlage des Inlands nicht entsprechenden höheren Marktpreises eines Ortes ausnutzen, sind strafbar. Der Angeklagte hat kondensierte Milch, die er am Markt in Hamburg mit 29,38 M. die Kiste gekauft hatte, nach kurzer Zeit in Berlin zu dem dort üblichen Marktpreis von 37,88 M. an Großhändler weiterverkauft. Da die allgemeine Marktlage Deutschlands den hohen Berliner Marktpreis nicht rechtfertigte, ist der Angeklagte strafbar.

φφ. RG. IV, JW. **17** 234, SächsA. **17** 150. Eine Notmarktlage wird nicht nur dann geschaffen, wenn durch besondere unlautere Preistreiberei der Verkäufer eine übermäßig hohe Preissteigerung oder eine besondere Warenknappheit herbeigeführt wird. Sie ist schon dann vorhanden, wenn die Warenknappheit gegenüber der stärkeren Nachfrage eine Folge des Krieges und der hierdurch verminderten Einfuhr oder verminderten Erzeugung oder verminderten Zugänglichkeit der Ware für den freien Verkehr ist. Es hat nun eine Warenknappheit gegenüber der vermehrten Nachfrage die natürliche Folge, daß die Konkurrenz unter den Verkäufern beinahe ausgeschaltet wird und für diese dadurch die Möglichkeit entsteht, mit Preissteigerungen hervorzutreten. Während aber in Friedenszeiten dieser natürlichen Entwicklung des Marktes kein Hindernis gelegt wird, da die Warenknappheit meist nur vorübergehend wirkt und bald durch die Konkurrenz wieder ausgeglichen wird, so daß eine erhebliche dauernde Benachteiligung der Verbraucher nicht eintritt, soll während der Kriegszeit dieser für den Frieden an sich normalen Entwicklung gerade entgegengetreten werden. Eine Warenknappheit, die lediglich im Kriege ihre Ursache hat, soll nicht vom Unternehmer als eine ihm günstige Konjunktur zum Nachteil der Verbraucher bei den Gegenständen des täglichen Bedarfs dahin ausgenutzt werden, daß er nun eine in anderen Verhältnissen als eben nur im Ausscheiden der Konkurrenz infolge der Warenknappheit nicht begründete Preissteigerung eintreten läßt und so aus der Not des Kriegs einen höheren Gewinn zieht, als er im Frieden aus dem gleichen Geschäft bei normaler Marktlage, bei der diese andauernde und nicht zu behebende Warenknappheit nicht vorliegt, gezogen haben würde. Die durch die Not des Kriegs geschaffene Marktlage mit ihrer Warenknappheit ist eben schon an sich die Notmarktlage, die nicht in gewinnsüchtiger Weise ausgenutzt werden darf. Ein Irrtum des Angeklagten über die Bedeutung der Marktlage und darüber, daß diese ihn berechtigte, mehr zu fordern, würde kein Irrtum im Sinne von StGB. § 59 sein, sondern ein solcher über die Tragweite des Verbots, übermäßigen Gewinn zu erzielen, der als Rechtsirrtum den Angeklagten nicht entschuldigt — hiergegen Alsberg, das. JW. 17, 234 <.

χχ. RG. IV, JW. **17** 486. Den immer wieder vorgebrachten Behauptungen gegenüber, daß der Marktpreis maßgebend sein müsse, genügt es, auf die Ausführungen in RGSt. 49, 398 u. 435 zu verweisen. Der Auffassung des Deutschen Handelstags, auf die der Verteidiger Bezug nimmt, kann eben nicht beigestimmt werden. Sie entspricht nicht dem Zweck und der Bedeutung der angezogenen Verordnung des Bundesrats.

ψψ. JW. **17** 301 (BayObLG.). Auf den Marktpreis legt das Gesetz kein ausschlaggebendes Gewicht, denn der Marktpreis wird oft die Folge der Preistreiberei der Verkäufer sein, welche die durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Notlage durch Erhöhung der Preise gegenüber dem Verbraucher ihrer Waren ausnutzen. Gerade diese Ausnutzung will aber der Gesetzgeber hintanhalten. Der Marktpreis kann daher nicht schlechthin maßgebend sein, sondern nur dann, wenn er keinen höheren Reingewinn umfaßt, als den regelmäßig in Friedenszeiten gemachten Übererlös. Weder allein nach dem Marktpreise noch nach der im Gesetze beispielsweise aufgeführten Marktlage kann beurteilt werden, ob der Gewinn eines Verkäufers übermäßig ist, sondern nur nach den gesamten

Verhältnissen. Hierbei sind insbesondere die persönlichen Verhältnisse und die Umstände bei dem Verkäufer zu beachten, hauptsächlich die von ihm aufgewendeten Gestehungskosten. Der Verkäufer, der besonders billig eingekauft hat, kann sich strafbar machen, auch wenn er zu einem der Sachlage entsprechenden Marktpreis verkauft; umgekehrt verfehlt sich der Verkäufer dann nicht gegen das Verbot der übermäßigen Preissteigerung, wenn er den Marktpreis deshalb überschreitet, weil seine Aufwendungen für die Ware diesen Preis übersteigen.

ωω. JW. 17 235 (BayObLG.). Der Marktpreis ist nicht gleichbedeutend mit einem von Amts wegen festgesetzten Preis; er ist der Preis, der auf dem jeweiligen Viehmarkt oder in Ermangelung eines solchen im Viehhandel gefordert und bezahlt wird. Der Marktpreis wird sonach von den Viehbesitzern und Viehhändlern gemacht; dieses Recht der Preisbildung ist in Friedenszeiten an sich gesetzlich nicht eingeschränkt, wird aber in seinen Schranken gehalten durch Angebot und Nachfrage sowie durch die Konkurrenz. Diesem Zustande will die Verordnung für die Kriegszeiten ein Ziel setzen, weil der an sich in der Hauptsache gleichgebliebenen Nachfrage nach den in § 5 VO. bezeichneten Gegenständen ein weit geringeres Angebot gegenübersteht, die preisbildende Konkurrenz dadurch ausgeschlossen ist und die Verkäufer bei der Unentbehrlichkeit dieser Waren beliebige Preise fordern könnten und fordern, die schließlich für die Verbraucher unerschwinglich werden und so die Ernährung usw. des Volks gefährden könnten. Der ehrliche anständige Handel mit den bezeichneten Gegenständen soll keinen Abbruch erleiden; dagegen ist das Fordern von Preisen, die einen übermäßigen Gewinn enthalten und ihren Grund in der durch den Krieg geschaffenen Notlage haben, bei Strafe verboten.

α/α. JW. 17 613 (BayObLG.). So wenig die nur beispielsweise angeführte Marktlage, insbesondere der Marktpreis, die alleinige Richtschnur für die Angemessenheit der Preise sein dürfen, so wenig dürfen sie unberücksichtigt bleiben. Sind Marktlage und Marktpreis das getreue Spiegelbild der allgemeinen, von der Kriegsnot und der durch sie geschaffenen Konjunktur nicht beeinflußten wirtschaftlichen Bewertung der Ware, so werden sie regelmäßig die Grundlage für die Beurteilung bilden, ob die geforderten Preise einen übermäßigen Gewinn enthalten. Ist dies nicht der Fall, sind insbesondere Marktlage und Marktpreis das Ergebnis von in § 5 BRVO. verbotenen Machenschaften, durch die unter Ausbeutung der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Notlage die Preise in die Höhe getrieben wurden, so verlieren sie für sich allein bei der Gewinnbeurteilung ihre Bedeutung.

Diese Erwägungen treffen ebenso beim Einkaufs- wie beim Verkaufspreise zu. Können Marktlage und Marktpreis nicht als ausschlaggebend erachtet werden, so sind in jedem Einzelfalle die außergewöhnlichen und besonderen Umstände zu berücksichtigen, die für die Höhe des Einkaufs- und Verkaufspreises bestimmend waren.

α/β. LeipzZ. 17 815 (BayObLG.). Ist [nach den Grundsätzen *α/α*] die Höhe des Einkaufspreises nicht zu beanstanden, so darf der Geschäftsmann beim Verkaufe selbst den Marktpreis überschreiten, wenn er sich bei seinen Aufschlägen zum Einkaufspreis für Unkostenersatz und Unternehmer- oder Geschäftsgewinn innerhalb der Grenze des Üblichen und Angemessenen hält.

α/γ. JW. 17 493 (KG.). Bei der Prüfung, ob der Gewinn als ein übermäßiger im Sinne der Verordnung zu gelten hat, ist zu beachten, daß diese Frage nicht etwa dann unbedingt zu verneinen ist, wenn der Verkaufspreis sich in den Grenzen des Marktpreises gehalten hat. Dieser Ansicht des Ausschusses des Deutschen Handelstages vermag der erkennende Senat nicht beizutreten; vielmehr ist der Standpunkt des Reichsgerichts dahin aufrechtzuerhalten, daß der geforderte Preis hinter dem Marktpreis zurückbleiben und trotzdem einen übermäßigen Gewinn enthalten kann, während andererseits auch der Fall eintreten kann, daß beim Überschreiten des Marktpreises doch kein Übermaß des Gewinns vorliegt (Urt. des RG. v. 2. Mai und 7. Juli 16, JW. 1131 u. 1205).

a/δ. JW. 17 243 (Dresden III). Auch ein Verkauf zu dem der Marktlage entsprechenden Preise ist strafbar, wenn ein alter Restbestand vorlag; der früher erheblich billiger eingekauft worden war. Daß der Restbestand gering war und nicht mehr ergänzt werden konnte, ist belanglos → hierzu Alsberg, das. 243 ←.

a/ε. MecklZ. 35 125 (Rostock). Es kann die Marktlage wohl mit dafür verwertet werden, um einen Gewinn als übermäßig zu bezeichnen, aber umgekehrt kann die Angemessenheit eines Gewinns, der sich bei Berücksichtigung des vom Verkäufer gezahlten angemessenen Einkaufspreises nach seinen Verhältnissen als ein abnorm hoher darstellt, nicht daraus hergeleitet werden, daß der Verkaufspreis dem Marktpreis entsprochen hat.

a/ζ. RG. V, JW. 17 485. Nach den Feststellungen des LG. waren in dem benachbarten Westfalen Höchstpreise für Speck festgesetzt, welche um nicht weniger als ein Drittel hinter den hier in Frage kommenden Marktpreisen zurückblieben. Diese eigenartigen durch den Krieg veranlaßten Zustände hat der Angeklagte ausgenutzt, um große Mengen Speck zu besonders niedrigen Preisen einzukaufen und sofort kosten- und mühelos zu besonders hohen Preisen wieder zu verkaufen. Er hat sich also nach der erkennbaren Auffassung des LG. gerade dadurch, daß er den Verkauf zum Marktpreise vornahm, auf Kosten seiner Abnehmer einen Gewinn verschafft, den er ohne den Krieg nicht gemacht haben würde.

a/η. Bacharach, RuW. 17 147. Das maßgeblichste Kriterium für den „übermäßigen" Gewinn ist die Marktlage; diese aber bildet sich nur bei Vorhandensein eines Wettbewerbs, sei es einer freien, völlig unbegrenzten, oder wenn auch eingeschränkten, so doch noch selbsttätig wirkenden; unmöglich ist er aber da, wo ein geschlossener Kreis von Unternehmern, wie das Kartell, den in Frage stehenden Produktionszweig vollständig oder nahezu vollständig beherrscht. Es muß daher bei den Kartellen der übermäßige Gewinn nach anderen Kriterien bemessen werden: man wird vor allem hierfür in Erwägung ziehen müssen, ob und in welchem Umfang die Preise der zur Herstellung des Erzeugnisses erforderlichen Materialien gesteigert sind, ferner auch den Gesichtspunkt, ob und zu welchem Preise die Verbandsunternehmer (Kartellmitglieder) diese oder jene für die Fabrikation erforderlichen Bestandteile in Zukunft zu beziehen vermögen, also das Moment der Vorkalkulation; denn nicht die Preise, wie sie beim Geschäftsabschluß für die einzelnen Bestandteile handelsüblich waren, sondern wie sie nach einer voraussichtlichen Schätzung der weiteren Preisentwicklung in Zukunft zu zahlen waren, müssen bei der Nachprüfung der Übermäßigkeit des Gewinns in Rechnung gezogen werden. Grundsätzlich aber wird bei den Kartellen, wenn andere Gesichtspunkte, wie z. B. die vorerwähnten, nicht gegeben sind, Maßstab für den nicht übermäßigen Gewinn sein, daß der Gewinn (Verkaufspreis) mit der allgemeinen Kriegsnot und dem Schutz der Verbraucher gegen übermäßige Verkaufspreise nichts zu tun hat, also nicht auf einer Ausnützung der Kriegsnot der Konsumenten beruht und sohin nicht mit den Grundsätzen des Sittengesetzes in Widerstreit gerät.

a/ϑ. Heslenfeld, Recht 17 62. Die Ansicht, daß bei Einhaltung des Marktpreises eine Übermäßigkeit des Gewinns dann nicht vorliegt, wenn die Marktlage das normale Produkt der Kriegswirtschaftsverhältnisse ist, kann nicht als richtig anerkannt werden. Sie berücksichtigt in einseitiger Weise die Interessen der Gewerbetreibenden und wird dem Zweck der BRVO. nicht gerecht. Im Frieden regeln Angebot und Nachfrage die Preise. Deshalb setzt die Gewerbeordnung den Gewerbetreibenden bei der Preisbildung keine Schranken. Im Kriege bleibt die Nachfrage nach den Gegenständen des täglichen Bedarfs im wesentlichen die gleiche wie im Frieden, das Angebot dagegen wird infolge der Warenknappheit geringer, und so entfällt die preisregelnde Konkurrenz. Der Marktpreis im Kriege ist durch die Kriegsnot und die durch sie geschaffene Konjunktur beeinflußt. Die BRVO. will aber gerade verhindern, daß diese Konjunktur von den Gewerbetreibenden ausgenutzt wird zur Erzielung eines Gewinns, den sie ohne den Krieg nicht gezogen hätten.

a/ι. Lobe a. a. O. 15. Der Marktpreis im Kriege muß sich gegenüber dem im Frieden für die Gegenstände des täglichen Bedarfs im Sinne der BRBO. v. 23. 3. 16 völlig verschieden gestalten. Auf beiden Seiten, sowohl der des Verkäufers als der des Käufers, kommen nämlich im Kriege nur mehr die preissteigernden Umstände noch in ungehinderter Weise zur Wirkung, die preisermäßigenden aber sind ausgeschaltet. Während im Frieden die reichliche Warenmenge und ihre Vermehrungsmöglichkeit unter Anpassung an den Bedarf die Entstehung eines Wettbewerbs unter den Verkäufern schuf, der das Streben nach möglichst hohen Reingewinnen in angemessenen Grenzen hielt, bringt die durch den Krieg hervorgerufene Warenknappheit beinahe die Beseitigung jeder Konkurrenz mit sich. Der Verkäufer braucht nicht mehr zu fürchten, bei seinen hohen Preisforderungen durch den Mitbewerber unterboten zu werden, und kann unbehindert durch ihn seiner Neigung nach hohen Gewinnen nachgehen. Ferner reicht der vorhandene Vorrat der Waren auf dem ganzen Markt nun auch nicht mehr, oder mindestens nicht mehr in der bisherigen Menge für alle bisherigen Abnehmer aus, vielmehr muß eine Beschränkung eintreten. Da das Bedürfnis nach diesen Waren aber bei allen das gleiche bleibt, wie im Frieden, so liegt es auf der Hand, daß nunmehr die größere Kaufkraft den Ausschlag gibt. Damit wird einmal ein großer Teil der ärmeren Bevölkerung von der Bezugsmöglichkeit der Ware überhaupt zurückgedrängt oder doch zu übermäßigen Opfern veranlaßt, unter den Kaufkräftigen aber wieder entsteht ein Wettbewerb, der durch Überbieten der Preise dem anderen Kauflustigen den Rang ablaufen läßt, nur um sich selbst die notwendige und geschätzte Ware zu sichern. Der geringere Vorrat wird somit immer mehr an die wenigen verteilt, die die höchsten auch für ihre Kaufkraft noch möglichen Preise zahlen können, während die übrigen leer ausgehen. Der so gebildete Marktpreis ist dann freilich gleichfalls ein richtiger und durchaus nach volkswirtschaftlichen Gesetzen gebildeter Marktpreis. Er ist auf „einwandfreier und hinreichend breiter Grundlage" durch Ausgleich von Angebot und Nachfrage gewonnen. Aber er ist ein Marktpreis, der dem Verkäufer einen übermäßigen Gewinn bringt, eben weil er nur aus den Gewinn begünstigenden Faktoren gebildet wurde und die den Gewinn mäßigenden durch die besondere Wirtschaftslage des Krieges ausgeschlossen sind. Das ist das, was das RG. als Notmarktlage bezeichnet.

a/κ. Kirchberger a. a. O. 12. Schließt man sich der Begriffsbestimmung der Notmarktlage in der Rechtspr. des RG. an, so muß man zugeben, daß bei allen Gegenständen des täglichen Bedarfs und wohl auch bei denjenigen des Kriegsbedarfs, stets eine Notmarktlage vorliegt. Bei allen Bedarfsartikeln ist infolge des Krieges eine gewisse Knappheit eingetreten, während die Nachfrage aus wirtschaftlichen Gründen sich immer mehr steigert. Demnach muß man bei folgerichtiger Durchführung der von dem Reichsgericht vertretenen Auffassung zu dem Ergebnis gelangen, daß die Marktlage als entscheidender Faktor für eine rechtlich anzuerkennende Preisbildung überhaupt ausscheidet. Damit aber verwandelt sich die in § 5 Nr. 1 der Preissteigerungsverordnung ausdrücklich vorgeschriebene Berücksichtigung der Marktlage in ihr Gegenteil. Diese Überspannung des Begriffes der Notmarktlage ist mit dem Wortlaut und dem Sinn der Preissteigerungsverordnung ebenso wie mit der doch keineswegs unbeachtlichen Auffassung des gesamten Handels unvereinbar.

a/λ. Kirchberger a. a. O. 28. Der Marktpreis gibt einen viel sichereren und gerechteren Maßstab für die Gewinnberechnung, als die kaufmännischen Gepflogenheiten widersprechende und praktisch auch nur mit einiger Sicherheit häufig gar nicht durchführbare Gewinnberechnung auf der schwankenden Grundlage der Gestehungskosten. Nur da, wo ausnahmsweise der Marktpreis als entscheidender Faktor ausscheidet und durch den Verkehrswert nicht ersetzt werden kann, sollte auf die Gestehungskosten zurückgegriffen werden. Das ist beispielsweise nach dem Wortlaut der Bundesratsverordnung auch dann notwendig, wenn die Gestehungskosten so groß sind, daß die Einhaltung des Marktpreises dem Verkäufer überhaupt keinen Gewinn mehr läßt. Denn wenn der Ver-

käufer tatsächlich keinen Gewinn gezogen hat, so kann er unmöglich wegen übermäßigen Gewinnes zur Rechenschaft gezogen werden. Im Interesse wirksamer Bekämpfung des Preiswuchers dürfen allerdings unter der Voraussetzung, daß man den Marktpreis als Maßstab anerkennt, die höheren Gestehungskosten nur in ganz seltenen Ausnahmefällen berücksichtigt werden.

a/μ. Kirchberger a. a. O. 30. 1. Als Maßstab für die Berechnung des Gewinnes dient regelmäßig und in erster Linie der Marktpreis.

2. Ist ein Marktpreis nicht zu ermitteln oder beruht er auf einer Notmarktlage, die jedoch nur dann vorliegt, wenn sie in Preistreibereien oder sonstigen unlauteren Machenschaften ihre Grundlage findet, so entscheidet der Verkehrswert.

3. Kann auch der Verkehrswert nicht ermittelt werden, dann ist die Gewinnberechnung auf der Grundlage der Gestehungskosten vorzunehmen. Über die Frage des übermäßigen Gewinnes entscheidet freies richterliches Ermessen, jedoch nicht ohne vorheriges Gehör von Sachverständigen des in Betracht kommenden Geschäftszweiges.

4. Hat der Verkäufer den Marktpreis eingehalten, so kann er wegen übermäßigen Gewinnes nur dann bestraft werden, wenn er an der Notmarktlage beteiligt ist oder sie gekannt oder infolge von Fahrlässigkeit nicht gekannt hat.

a/ν. Kfm. 50. Eingabe der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin an den Reichskanzler vom 24. März 1917: Mit wachsender Beunruhigung verfolgen Handel und Industrie die Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes über die Bundesratsverordnung gegen die übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915. In der durchaus zu billigenden Absicht, den Kriegswucher zu bekämpfen, droht die Rechtsprechung die Lebensbedingungen und den Lebensgeist des Handels überhaupt zu vernichten. Der Ausschuß des Deutschen Handelstages hat bereits in seinen Verhandlungen vom 27. und 28. Oktober 1916 im einzelnen dargelegt, wie nach kaufmännischer Auffassung der angemessene Gewinn von dem wucherischen zu unterscheiden ist. Er hat sich dahin ausgesprochen, daß ein Preis niemals für unzulässig und strafbar angesehen werden dürfe, wenn er sich in den Grenzen des Marktpreises halte, sofern dieser einen auf hinreichend breiter Grundlage gewonnenen Ausgleich von Angebot und Nachfrage darstelle. Es widerspricht kaufmännischen Gewohnheiten und Bedürfnissen, führt der Handelstag weiter aus, die Angemessenheit der Preise vorwiegend auf Grundlage der Gestehungskosten zu beurteilen. Zum wenigsten müßten dabei die Geschäftsunkosten nach Maßgabe ihrer jetzigen Höhe und im Verhältnis zur jetzigen Größe des Umsatzes zugeschlagen werden. Zu den Geschäftsunkosten müsse auch der Leihzins des im Geschäft eingelegten fremden und eine dem Geldmarkt entsprechende Verzinsung des eigenen Kapitals sowie eine angemessene Risikoprämie gehören. Bei Verschiedenheit der Herstellungskosten oder der Einstandspreise für Waren gleicher Art müsse der Kaufmann von Durchschnittsbeträgen ausgehen. Im übrigen sei ihm ein reiner Nutzen zuzubilligen, der nach den gesamten Verhältnissen des Einzelfalles und jedenfalls in solcher Höhe anzusetzen sei, daß er eine auch in Beziehung zum Umsatze ausreichende Vergütung für die Tätigkeit des Unternehmers umschließe.

In einem Urteil vom 2. Februar 1917 (4 D 848/16) hat das Reichsgericht demgegenüber erklärt, daß die Auffassung des Deutschen Handelstages dem Zweck und der Bedeutung des Wucherverbotes nicht entspreche. Mit immer größerer Schärfe führt das Reichsgericht in den neuesten Urteilen seine Grundsätze durch. Wir halten es für unsere Pflicht, auf die schädlichen Folgen dieser Rechtsprechung hinzuweisen.

Die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung hat eine Erhöhung der Löhne sowie der Gehälter der unteren und mittleren Angestellten zur Folge gehabt. Nur die Masse der selbständigen Kaufleute, die gerade in den kleineren Betrieben besonders von der Verteuerung der Lebenshaltung betroffen werden, dürfen, wie das Reichsgericht im Urteil vom 23. November 1916 (1 D 445/16) ausspricht, einen höheren ziffernmäßigen Gewinn als in Friedenszeiten nicht damit rechtfertigen, daß sie für sich und die Ihrigen jetzt mehr verbrauchen als vordem. Auch an dem wesentlich verringerten Umsatz soll der Kaufmann

nur den gleichen Verdienst wie im Frieden haben, und zwar ziffernmäßig den gleichen, nicht einen Gewinn, der im Verhältnis zu den oft vielfach gesteigerten Gestehungskosten steht. Die Ausnahmefälle, in denen wegen erhöhten Risikos und vermehrter Unternehmerarbeit ein Zuschlag gestattet wird, fallen nicht ins Gewicht. — Die Folge dieser Rechtsprechung muß sein, daß der solide Handelsstand notgedrungen seine Tätigkeit immer mehr einschränkt oder sich anderen Berufen zuwendet. Damit aber wird gewissenlosen Elementen, die sich vor Übertretung der Gesetze nicht scheuen, die Bahn frei gemacht und der Kriegswucher, den das Gesetz bekämpfen will, durch die Rechtsprechung gefördert.

Die ehrbaren und pflichtbewußten Kaufleute, die doch den weitaus größten Teil des Handelsstandes bilden, haben über den Augenblick hinaus selbst Lebensinteresse daran, daß die eigennützige Preistreiberei unterbunden wird. Ob im einzelnen Falle ein Preiswucher vorliegt, beurteilt der Kaufmann danach, ob der Marktpreis innegehalten oder überschritten ist. Es muß dem Reichsgericht zugegeben werden, daß es sich hierbei nur um den Marktpreis handeln kann, der auf hinreichend breiter Grundlage von Angebot und Nachfrage gewonnen ist. Aber während das Reichsgericht in früheren Urteilen nur den Marktpreis von der Berücksichtigung ausschloß, der durch Preistreiberei und unlautere Machenschaften beeinflußt war, nennt es jetzt — Urteil vom 30. Oktober 1916 (4 D 394/16), Urteil vom 19. Dezember 1916 (4 D 734/16) — jede durch den Krieg verursachte Warenknappheit eine Notmarktlage und läßt den dadurch entstandenen Preis nicht gelten. Im Urteil vom 12. Februar 1917 (3 D 501/16) sagt schließlich das Reichsgericht, daß der Marktpreis überhaupt kein gesetzlicher Maßstab für die Bestimmung der Gewinngrenze ist. — Mit dieser Ausschaltung des Marktpreises wird der Kaufmann auf eine Gewinnberechnung verwiesen, die im einzelnen undurchführbar ist. Die Folge ist eine ganz allgemeine Rechtsunsicherheit. Zahlreiche Anfragen an uns ergeben, welche Verwirrung in kaufmännischen Kreisen diese dem geschäftlichen Leben fremden Anforderungen des Reichsgerichts anrichten, wie viele Geschäfte unterbleiben, und wie der Handel zum Schaden des Ganzen dadurch gelähmt wird.

Die dem Bestehen des Handelsstandes so gefährliche Entwicklung ist wesentlich verschärft worden durch eine Entscheidung vom 13. Februar 1917 (5 D 630/16). Das Urteil spricht aus, daß ein Kaufmann, der zu einem bestimmten Preise verkauft hat, und sich nachher billiger eindeckt, den vereinbarten Preis ermäßigen muß, sobald er bei der Eindeckung sieht, daß er einen übermäßigen Gewinn machen würde. Ob der vereinbarte Preis mit dem Marktpreis übereinstimmt oder nicht, erklärt das Reichsgericht für unerheblich. Andererseits hält es für selbstverständlich, daß der Kaufmann nicht mehr als den vereinbarten Preis zu beanspruchen hat, auch wenn er sich nur zum gleichen Preise eindecken kann oder gar zu einem höheren Preise eindecken muß. Es sagt wörtlich: „Daß auf diese Weise dem Verkäufer die Gefahr des Verlustes unbeschränkt überbürdet, die Gewinnaussicht aber gekürzt wird ..... diese Wirkung ist mit der Verordnung gegen die übermäßige Preissteigerung in jedem Falle notwendig verbunden." — Damit ist eine der wesentlichsten Grundlagen des kaufmännischen Handelns erschüttert. An solchen Geschäften, durch die Waren verkauft werden, die der Verkäufer im Augenblick des Abschlusses noch nicht besitzt, hat die Volkswirtschaft das größte Interesse. Sie gewährleisten auch in den Zeiten eines erschütterten Wirtschaftslebens die Stetigkeit der Versorgung und der Preisgestaltung. Insbesondere für die Zeit der Übergangswirtschaft werden solche Geschäfte von größter Bedeutung für die geordnete Versorgung der deutschen Bevölkerung sein. Der Kaufmann kann gar nicht mehr auf die Suche nach billigen Einkaufsquellen gehen, wenn ihm die Verlustgefahr sicher ist, er aber damit rechnen muß, daß ihm der Gewinn auf ein Minimum beschränkt oder ganz entzogen wird. Ein anderer als der durch Erfahrung und seine Geschäftsverbindungen befähigte Kaufmann kann aber die Waren nicht in der erforderlichen Weise zusammenbringen, sie aussuchen und pfleglich behandeln. Den Schaden hat neben dem Kaufmann vor allen Dingen der Verbraucher, dem das Gesetz doch letzten Endes dienen muß.

Eine Gesetzesauslegung, welche nicht nur die Existenz des Handels untergräbt,

sondern auch für die Allgemeinheit schädliche Folgen hat, können wir nicht gutheißen. Wir beantragen daher, den § 5 Nr. 1 der Bundesratsverordnung dahin zu fassen, daß derjenige bestraft wird,

der Preise fordert, die einen übermäßigen Gewinn enthalten. Der übermäßige Gewinn ist unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse des Einzelfalles, insbesondere der Marktlage, des Umsatzes und der durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse zu beurteilen. Die Einhaltung des auf einwandfreier Grundlage ermittelten Marktpreises schließt eine Bestrafung aus.

β. Betriebs- und Gestehungskosten.

(Erläuterung *aa* bis *ββ* in Bd. 3, 181 ff.)

tt. RG. III, DJZ. 17 753, Recht 17 363 Nr. 698. Die Eigenart des Großhandels in Fleischkonserven bringt es mit sich, daß durch Diebstahl, Schwund und Beschädigung der Dosen regelmäßig Verluste entstehen, die sich im einzelnen nicht ziffernmäßig feststellen lassen. Diese Verluste können als fester Bestandteil der Geschäftsunkosten durch einen in Bruchteilen ausgedrückten Zuschlag zum Einkaufspreis — neben anderen allgemeinen Geschäftsunkosten — bei der Berechnung des Reingewinns in Ansatz gebracht werden.

νν. RG. IV, MittfPreisprüfst. 17 151. Unter den Gestehungskosten einer Ware darf der Kaufmann, wie das Reichsgericht anerkannt hat, auch eine Risikoprämie mit in Ansatz bringen, sofern nach Lage der Verhältnisse auch mit einem Verlust aus der Vornahme des Geschäfts zu rechnen ist. Ein solcher Verlust kann durch den Eintritt der verschiedensten Umstände herbeigeführt werden, z. B. durch Verderb oder Schwinden der Ware, Änderung der Marktlage, Preissturz, Ausfälle bei Kreditgewährungen und dergleichen. Eine besondere durch die Kriegsverhältnisse geschaffene Gefahr bildet für den Kaufmann, der mit Gegenständen des Kriegsbedarfs oder des täglichen Bedarfs handelt, die Gefahr der Beschlagnahme. Denn die Sicherstellung der Versorgung des Heeres und der Flotte mit allen Gegenständen des Kriegsbedarfs und die Sicherung der Versorgung des Volks mit Gegenständen des täglichen Bedarfs haben während des Krieges in immer steigendem Maße zu Anordnungen von Beschlagnahmen derartiger Gegenstände seitens der Reichs- und Staatsbehörden oder der Militärbefehlshaber geführt. Den von der Beschlagnahme betroffenen Personen wird das Verfügungsrecht über den beschlagnahmten Gegenstand entzogen. Der Kaufmann, der die Ware zum Zweck der Weiterveräußerung angeschafft hat, wird durch die Beschlagnahme an dem gewinnbringenden Verkauf verhindert und muß die Ware unter Umständen mit Verlust zu einem festgesetzten Übernahmepreise an eine Behörde abliefern. Alle solche Gefahren darf der Kaufmann bei Aufstellung seiner Kalkulation in Anschlag bringen und dagegen im Wege einer Art von Selbstversicherung durch Einstellung einer Risikoprämie sich einen Ausgleich zu schaffen suchen.

λλ. DJZ. 17 525 (KG. VI). Daß der Fabrikant und Großhändler sich zum Vertriebe seiner Ware einer Hilfskraft bedient, ist in der Sachlage, zumal bei der Entwicklung des Handels in Großstädten begründet und bei dem starken Wettbewerb nicht zu mißbilligen. Die Aufwendungen für diese Vermittlertätigkeit gehören zu den berechtigten Unkosten und sind deshalb bei Festsetzung des Kundenpreises mit zu berechnen. Es macht dabei auch keinen Unterschied, ob der Geschäftsherr einen Reisenden anstellt und die diesem zu gewährende Vergütung verhältnismäßig auf die einzelnen Waren aufschlägt, oder ob er einen Grundpreis festsetzt, der den ihm verbleibenden Gewinn einschließt, eine Vergütung für den Vermittler aber noch nicht enthält, und es diesem überläßt, einen über den Grundpreis hinausgehenden Kundenpreis zu erzielen und so die Vergütung für seine Tätigkeit dem Einzelfall anzupassen.

μμ. MittfPreisprüfst. 17 33 (Frankfurt a. M.). Fraglich kann sein, ob der Vorderrichter mit Recht den Teil der allgemeinen Betriebsunkosten des Angeklagten außer Betracht gelassen hat, welcher nach der Behauptung des Angeklagten dadurch entstanden ist, daß er zur Zeit des zur Anklage stehenden Vorfalles eine größere Anzahl Gesellen

in Stellung hatte, als der damalige Betrieb erforderte. Daß durch das Beibehalten des für einen größeren Geschäftsgang bestimmten Personals trotz des Geschäftsrückganges die allgemeinen Geschäftsunkosten im Verhältnis zu dem geringen Umsatz wachsen, liegt auf der Hand. Der Vorderrichter hat es aber mit Recht für unzulässig erklärt, wenn der Angeklagte diese zeitweilig erhöhte Unkostenlast auf den Preis der Verkaufsgegenstände gerade für die kritische Zeit draufschlagen will und damit Mehrkosten, welche aus der durch den Krieg geschaffenen schlechten Geschäftslage erwachsen, auf das kaufende Publikum abzuwälzen versucht. Die im Verhältnis zu dem gegenwärtigen Geschäftsumfang und Geschäftsumsatz sachlich unnötigen Unkosten schmälern den allgemeinen Geschäftsgewinn des Angeklagten, nicht aber den Gewinn, den er aus dem hier fraglichen Verkauf erzielt. Will der Angeklagte aus sozialen Erwägungen die unnötig gewordenen Angestellten beibehalten, so mag er es auf eigene Kosten tun, nicht aber auf Kosten des Publikums. Wenn der Angeklagte aber das überflüssige Personal, wie der Vorderrichter unterstellt, behalten hat, um die Leute sogleich bei der Hand zu haben, wenn sich sein Geschäftsbetrieb wieder vergrößert, so muß er die vorübergehende Mehrbelastung seiner allgemeinen Geschäftsunkosten aus dem zukünftigen allgemeinen Geschäftsgewinn decken.

vv. SächsOLG. 38 32 (Dresden III). Der Revisionsbehauptung, es könne die Einsetzung der höheren Preise, aus denen die Vorinstanz auf einen übermäßigen Gewinn geschlossen hat, für einen Teil der Ware um deswillen nicht beanstandet werden, weil der Beschwerdeführer für den anderen Teil zu niedrige Preise angesetzt habe, die höheren Preise deshalb nur als Ausgleich des dadurch herbeigeführten Verlustes anzusehen seien und es sich nur um Waren eines einheitlichen Postens aus einem einheitlichen Geschäft gehandelt habe, ist nicht zuzustimmen. Ihre Richtigkeit würde eine künstliche Verteuerung des einen Teils der Ware auf Kosten der Erwerber des anderen Teils zulassen, die mit dem von § 5 der BRBO. vom 23. Juli 1915/23. März 1916 verfolgten Zwecke, das Übervorteilen und Ausbeuten der verbrauchenden Bevölkerung oder auch nur einzelner Verbraucher zu verhindern, insoweit, als die zum Verlustausgleich angesetzten Preise in sich einen im Sinne dieser BRBO. übermäßigen Gewinn enthielten, in Widerspruch stehen würde und ihn geradezu vereiteln könnte (vgl. RGSt. 49, 400ff.).

ξξ. Kfm. 19. Im Frieden rächten sich unwirtschaftliche Betriebsunkosten von selbst dadurch, daß der allgemeine Marktpreis, den die angemessen wirtschaftenden Verkäufer bestimmten, die zwecklosen Aufwendungen als Verlust auf die Hersteller oder Verkäufer zurückfallen ließ. Im Kriege kann diese selbsttätige Regelung versagen. Leichtsinnige oder unkluge Betriebsführung darf den Preis nicht verteuern; die Verbraucher sollen für solche Fehler der Verkäufer nicht büßen. Unwirtschaftliche Betriebsunkosten dürfen also beim Verkauf nicht wieder hereingebracht werden.

oo. Kirchberger a. a. O. 14. Nach der VO. wird, auch nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts, nur der mit Strafe bedroht, der wirklich einen übermäßigen Gewinn erzielt hat. Ist es zu einem derartigen Gewinn nicht gekommen, weil die Anschaffungskosten oder die Betriebsunkosten zu große waren, so ist es unmöglich, eine Bestrafung wegen des Gewinnes eintreten zu lassen, den der Verkäufer in Wirklichkeit gar nicht erzielt hat, wohl aber hätte erzielen können, wenn er niedrigere Aufwendungen gehabt hätte. Ob die zu großen Aufwendungen auf unlauterer oder gar strafbarer Grundlage beruhen, ist für die Frage des tatsächlichen Gewinnes ganz gleichgültig. Wer die Höchstpreise überschreitet, kann nur dieserhalb bestraft werden, nicht aber unter dem Gesichtspunkte zur Verantwortung gezogen werden, daß an Stelle der tatsächlich aufgewendeten höheren Anschaffungskosten ein angemessener, aber fiktiver Betrag eingestellt wird.

γ. Reingewinn.

(Erläuterung *αα* bis *θθ* in Bd. 3, 183ff.; *ιι* bis *κκ* in Bd. 4, 764.)

λλ. DJZ. 17 757 (RG.). Die Revision scheitert schon daran, daß das Tatbestandsmerkmal des übermäßigen Gewinns mit Recht nicht festgestellt worden ist. In erster Linie weist die Strafkammer zutreffend darauf hin, daß, während der Gewinn an den

Gummisaugern im Frieden 100 Proz. betrug, der Angeklagte sich mit einem Gewinn von 33⅓ Proz. jetzt begnügt hat. Es ist grundsätzlich davon ausgegangen, daß der Verdienst des Verkäufers im Kriege nicht höher sein soll als er im Frieden war. Der Reingewinn hat aber, bevor er zur Kapitalbildung verwendet werden kann, noch den Unternehmerlohn, den Kapitalzins und die Risikoprämie zu decken (RG. in JW. 16, 1133). Für die Frage der Höhe des Reingewinns besonders bei Vergleichung des im Kriege und des im Frieden erzielten Verdienstes ist also die Höhe der Risikoprämie um so größer, je höher das Anlagekapital ist, und auch der Kapitalzins ist um so höher in Ansatz zu bringen, je größer das angelegte Kapital ist. Im Frieden wurde ein für 10 Pf. eingekaufter Sauger für 20 Pf. verkauft. Der Angeklagte hat aber nach der Feststellung des LG. nicht 10 Pf., sondern 75 Pf. für das Stück bezahlt. Dementsprechend darf er sich einen größeren Betrag für Kapitalzins und eine größere Risikoprämie bei Bildung des zu fordernden Kaufpreises in Anrechnung bringen.

μμ. JW. 17 491 (KG.). Bei der Prüfung der Frage, ob der Gewinn übermäßig war, dürfen die allgemeinen Verhältnisse, wie sie zur Zeit des Verkaufs lagen, nicht außer Betracht bleiben. Dabei könnte in Frage kommen, ob die Folge des Mangels an Rohstoffen die völlige Einstellung des Verkaufs von Seife und damit die Stillegung vieler Verkaufsstellen des Angeklagten zu erwarten war, ob durch die Gefahr der Beschlagnahme der Ware und der Entstehung von Ersatzmitteln sich nicht das Risiko des Unternehmers erhöht hatte und ob demgemäß vielleicht auch mit Rücksicht auf die durch den Krieg hervorgerufene Teuerung der Lebensmittelverhältnisse, ein etwas höherer Gewinn zuzubilligen war. Andererseits darf in dem Falle, daß der Reingewinn wieder mit den im Frieden erzielten Gewinnen, in Prozenten die Preise ausgedrückt, verglichen werden sollte, nicht übersehen werden, daß bei dem nämlichen Prozentsatz die Erhöhung der Preise den Gewinn von selbst in gleichem Maße erhöht. Wer bei einem Einkaufspreis von 20 M. 25 Proz. Gewinn erzielt, hat 5 M. Gewinn, während dieselben 25 Proz. bei einem Einkaufspreis von 40 M. einen Gewinn von 10 M. darstellen.

νν. JW. 17 236 (BayObLG.). Aus der Vorschrift in § 5 Nr. 1, daß bestraft wird, wer Preise usw. fordert, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, ergibt sich von selbst, daß bei der Frage nach dem übermäßigen Gewinn nicht die Schlußabrechnung, die Bilanz maßgebend ist, sondern der jeweils, d. i. in jedem Einzelfalle geforderte Preis. So oft dieser einen übermäßigen Gewinn enthält, so oft ist die Strafvorschrift übertreten.

ξξ. RG. V, JW. 17 485. In Friedenszeiten mag es auch einem „ehrbaren" Geschäftsmanne nicht verwehrt sein, die ihm bei einzelnen Geschäften erwachsenen Schäden durch Erzielung besonders hoher Gewinne bei anderen Geschäften wieder auszugleichen, mag sich daraus auch die Übervorteilung oder Schädigung einzelner Personen oder gewisser Kreise der Bevölkerung ergeben. Angebot und Nachfrage sowie freier Wettbewerb sorgen in geregelten Zeitläuften dafür, daß eine schrankenlose Ausbeutung nicht stattfindet. In der gegenwärtigen Kriegszeit kann ein solches Geschäftsgebaren nicht gebilligt werden, da die hervorgehobenen wirtschaftlichen Gegenwirkungen fehlen, hiernach aber Ergebnisse gezeitigt würden, welche die Verordnung des Bundesrats gerade verhindern will. Von diesem Standpunkt ist es dann auch völlig gleichgültig, ob das den Ausgleich für frühere Verluste erstrebende Einzelgeschäft eine andere oder die gleiche Warengattung betrifft.

οο. RG. I, LeipzZ. 17 857, Recht 17 221 Nr. 390. Wer Gegenstände verschiedener Art von einer Mehrzahl von Personen zu verschiedenen Zeiten erwirbt und sie weiterveräußert, muß sich bei jedem einzelnen Verkauf mit dem angemessenen Gewinn begnügen.

ππ. RG. II, LeipzZ. 17 668, Recht 17 172 Nr. 282. Der Verteidiger führt aus, für den Kaufmann sei das Warenlager eine in ständigem Fluß befindliche Einheit; er pflege nicht eine isolierte Gewinnberechnung in der Weise vorzunehmen, daß er auf die einzelne Ware einen Zuschlag mache, der sich aus den Gestehungskosten und einem angemessenen Gewinn zusammensetze, vielmehr sei er bestrebt, sein Warenlager auf einen

einheitlichen, der Marktlage entsprechenden Preis zu bringen. Ein solches Verfahren kann in Friedenszeiten als einwandfrei anzuerkennen und vom kaufmännischen Standpunkt gerechtfertigt sein; soweit seit der BO. v. 23. März 1916 seine Anwendung im einzelnen Falle zu Ergebnissen führt, die dem Sinn und Zweck der Kriegswuchergesetze zuwiderlaufen, muß davon für die Dauer der Geltung dieser Gesetze Abstand genommen werden.

pp. RG. III, RGStr. **50** 224, JW. **17** 563, Recht **17** 171 Nr. 277. Der Grundsatz der gesonderten Gewinnberechnung bei jedem einzelnen Verkaufsgegenstand gilt auch bei Warenmengen, deren Gestehungskosten nur einheitlich berechnet werden können.

oo. SächsOLG. **38** 32 (Dresden III). Wegen der Gemeinschaftlichkeit des vorliegenden Lebensmittelhandels durfte der Gewinn aus ihm und damit auch der aus dem Handel — gleichviel, wie innerhalb des Unternehmens die Gewinnverteilung geregelt war — nicht in der Weise berechnet werden, daß der nicht unbeträchtliche besondere Gewinn der Bank für die Preisbemessung und Gewinnberechnung des Angeklagten L. unter dessen Unkosten voll in Rechnung gestellt und daß dementsprechend als Gewinn dieses Angeklagten nur der gelten soll, der seiner Kürzung um den vollen Betrag derjenigen Unkosten entspricht, die den besonderen Gewinn der Bank bilden. Das würde als Gewinn des gemeinschaftlichen Unternehmens einesteils den durch diese Unkosten berechneten Bankgewinn, andernteils überdies auch noch den nach deren vollen Betrage berechneten Unternehmergewinn L.s, damit aber einen Gesamtgewinn ergeben, der das Maß der Angemessenheit und Zulässigkeit im Sinne von Art. II § 5 der BRBO. vom 23. März 1916 überschreitet. Vielmehr konnte und durfte der Gewinn wegen der Gemeinschaftlichkeit des Unternehmens nur einheitlich für dieses und insbesondere unter einheitlicher Berücksichtigung und Abschätzung der Unkosten beider Vertragsteile berechnet werden.

rr. MittfPreisprüfst. **17** 33 (KG.). Unter einem übermäßigen Gewinn des Verkäufers versteht das Gesetz naturgemäß nicht etwa ohne weiteres den dem Herstellungs- oder Einkaufspreise hinzugefügten Preisaufschlag, mit welchem der Gewerbetreibende die Waren veräußert, sondern offensichtlich nur denjenigen Teil des rechnungsmäßigen Unterschieds zwischen Herstellungs- bzw. Einkaufspreis und Verkaufspreis, welchen der Verkaufende nach Abzug der als berechtigt anzuerkennenden wirklichen Unkosten, sei es als Kapitalnutzung, sei es als Vergütung für seine Mühewaltung, sei es als reinen Geschäfts- oder Spekulationsgewinn für sich selbst in Anspruch nimmt.

Um diesen „Gewinn" zu ermitteln, wird der Richter zunächst regelmäßig die wirklich dem Beschuldigten erwachsenden Unkosten feststellen müssen. Können sie nur schätzungsweise erfaßt werden, so wird der Richter zweckmäßig die in gewöhnlichen Zeiten von den Gewerbetreibenden ihren Kalkulationen durchschnittlich zugrunde gelegten Erfahrungssätze und daneben die im gegebenen Falle durch die Kriegslage bedingte Steigerung oder Minderung der Unkosten — beides erforderlichenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen — zu ermitteln suchen. Er wird dabei aber keineswegs an solchen besonderen Verhältnissen vorbeigehen können, wie sie hier der Angeklagte unter Hinweis auf seine Eigenschaft als Großhändler, auf die dadurch ermöglichte Erzielung besonders günstiger Einkaufspreise, und auf die dem gegenüberstehenden erhöhten Transport- und Verwaltungskosten bei demnächstigem Absatz der Ware in zahlreichen, weit auseinanderliegenden Zweiggeschäften — erfolglos — geltend gemacht hat.

Auch bei der weiterhin von dem Gericht vorzunehmenden Prüfung des so ermittelten Gewinnes auf seine Übermäßigkeit hin will das Gesetz alle Verhältnisse von dem Richter berücksichtigt sehen. Es geht deshalb nicht an, das als wahr unterstellte Schutzvorbringen des Angeklagten, es hätten im Oktober-November 1915 in Berlin die ortsüblichen Preise der von ihm festgestelltermaßen für 1,70 bis 1,75 M. das Pfund verkauften Margarine etwa 2 bis 2,20 M. betragen, von einer Berücksichtigung, wie geschehen, einfach auszuschließen. Andererseits werden dem Tatrichter aber, sofern nach dieser Richtung hin Ermittlungsergebnisse vorliegen, auch die Höhe der in den Monaten Oktober-November 1915 von dem Angeklagten durch den Margarinehandel erzielten Umsätze und der an der

Hand dieser Ziffern nicht nur prozentualiter, sondern seinem wirklichen Geldbetrage nach greifbar zu errechnende Gewinn wertvolle Anhaltspunkte für die Beantwortung der ihm gestellten Frage geben können, ob sich der Angeklagte in einer unzulässigen Weise ohne Rücksicht auf die durch den Krieg auf dem Lebensmittelmarkte für die Verbraucher herbeigeführte Notlage bereichert hat.

vv. JW. 17 491 (KG.). Es handelt sich um einen großen Geschäftsbetrieb, der im wesentlichen mit dem Verkauf von Seife sich befaßt und hierzu in Berlin und Vororten 115 Verkaufsstellen unterhält. Um die Verkaufsstellen ständig und rechtzeitig mit den verschiedenen Sorten Seifen zu versehen, ist ein umfangreiches Lager erforderlich, für dessen regelmäßige Ergänzung der Angeklagte als Geschäftsführer beizeiten zu sorgen hat. Zu diesem Behufe macht er Abschlüsse mit Fabriken, die ihm die Seife in Mengen von mehreren tausend Kilogramm in bestimmten Abständen liefern. Die Preise der Fabriken sind je nach der Zeit der Lieferung verschieden; sie sind während des Krieges sprungweise gestiegen; so war, wie festgestellt, der Fabrikpreis für 100 kg der hier in Frage kommenden Oranienburger Kernseife anfangs März 1916 321 M., am 29. April 1916 bereits 440 M. Der Angeklagte hat somit an diesem Tage für das Stück Seife 44 Pf. gezahlt, das vor dem Kriege von ihm für 5 Pf. verkauft wurde. Schon diese eigenartigen Umstände des vorliegenden Falles zeigen, daß man mit der vom Reichsgericht bisher gewollten Art der Berechnung des erstrebten Gewinns an der Einzelware dem wirtschaftlichen Zweck der Kriegsverordnung nicht gerecht werden kann. Die gesamten Verhältnisse, die bei der Berechnung des Gewinns zu berücksichtigen sind, umfassen hierbei auch das Verschaffungsgeschäft und die Lagerung der Ware; denn beides hängt in Anbetracht der Geringwertigkeit des Massenartikels mit dem Verkaufsgeschäft wirtschaftlich auf das engste zusammen. Dazu muß ferner, wie die Verordnung hervorhebt, „insbesondere die Marktlage" berücksichtigt werden. Die hierfür maßgebenden Wechselbeziehungen zwischen Angebot und Nachfrage können aber bei der erwähnten Eigenart des Geschäftsbetriebs nicht in bezug auf die Einzelware, das einzelne Stück Seife beurteilt werden, vielmehr muß auch der Gesamtheit der zum Verkauf angeschafften und angebotenen Waren in Betracht gezogen werden. Das vorhandene Lager von vielen tausend Kilogramm einzelner Seifenstücke ist in Abständen von Wochen und Monaten zusammengebracht und wird fortlaufend ergänzt; die für die einzelnen Posten angelegten Preise sind untereinander verschieden, und zwar sind sie, wie schon erwähnt, sprungweise gestiegen. Die Zumutung, daß der Angeklagte mit der Preisbemessung für das einzelne Stück Seife dauernd an den Preis gebunden sein sollte, den er bei Lieferung des betreffenden Postens für das Stück Seife kalkuliert und festgesetzt hatte, ist nicht zu rechtfertigen; sie würde zu einem Verfahren führen, das technisch nicht durchführbar, aber auch vom kaufmännischen Standpunkt ungewöhnlich wäre. Die Folge einer solchen Scheidung der einzelnen in ihrer Eigenschaft, ihrem Aussehen und in ihrem wirtschaftlichen Werte völlig gleichen Waren durch verschiedene Abstufungen der Preise und der dieser Scheidung entsprechende gleichzeitige Verkauf derselben Ware zu verschieden hohen Preisen würde jeder verständigen auf möglichste Gleichmäßigkeit der Preise für die gleichen Gegenstände abzielenden Preispolitik widersprechen, wie sie durch die Höchst- und Richtpreise der Kriegsverordnungen allgemein, besonders durch die Einrichtungen der Preisprüfungsstellen angestrebt wird. Die technische Schwierigkeit, die sich einer solchen Trennung der einzelnen Ware je nach der Zeit des Eingangs der Posten, zu dem sie gehören, entgegenstellen, sind ferner derart, daß man von einer Undurchführbarkeit sprechen kann. Die einzelnen Stücke Seife, um die es sich hier handelt, sind von so geringem Wert, daß sie die Kosten einer Einzelpackung nicht vertragen. Die erwähnte Scheidung der einzelnen Waren nach besonderen Preisstufen würde eine genaue Kennzeichnung der einzelnen Waren oder wenigstens der Teile von Warenbeständen des Lagers erfordern, sie würde ferner eine genau durchgeführte Buchung der Bestände in dem Hauptlager und in den Vorräten der 115 Verkaufsstellen je nach dem Eingang und Abgang der einzelnen Warenposten notwendig mit sich bringen. Auch würde die Beschaffung besonderer

räumlicher Vorrichtungen zwecks getrennter Unterbringung der zu verschiedenen Zeiten eingegangenen Warenposten erforderlich werden. Alle diese Maßnahmen würden gerade während der Kriegsdauer wegen des Mangels an Arbeitskräften und an geeignetem Material nicht durchzuführen sein, jedenfalls aber durch die damit verbundenen Mehrkosten, die, wie gesagt geringwertige Massenware derart verteuern, daß hierdurch gerade die Erreichung des Zwecks der Verordnung gehindert würde, der offensichtlich dahin geht, jedem Verhalten entgegenzutreten, das die Versorgung mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu angemessenen Preisen in Frage stellt (Alsberg, Kriegswucherstrafrecht 2. Aufl. S. 50).

Die vorstehenden Erwägungen, die auch von dem Ausschuß des Deutschen Handelstages laut den Mitteilungen an seine Mitglieder (56. Jahrgang Nr. 5 und Nr. 17) geteilt worden sind, müssen dazu führen, daß in vielen Fällen der vorliegenden Art bei der Berechnung des Reingewinns außer den bisher erwähnten Rechnungsposten, dem Einkaufspreis und den verschiedenartigen Geschäftsunkosten nebst Anhängen, wie Risikoprämie, Kapitalzins u. dgl., noch ein weiterer Posten in die Rechnung einzustellen ist, der, nachdem die Preise der Ware in der Lagerzeit gestiegen oder gefallen sind, ein positiver oder negativer sein wird, der dem Ausgleich wegen der stattgehabten Bewegung des Marktpreises dient und durch den die Marktlage für die Gewinnberechnung erst die richtige Bedeutung erlangt. Grundsätzlich besteht dieser Ausgleichsposten in dem Unterschied zwischen dem Einkaufspreis des verkauften Warenstücks einerseits und andererseits demjenigen Preis, den der Kaufmann zum Zweck der Erhaltung seines Lagers für Ware dieser Art durchschnittlich bezahlt hat. Zu seiner Erreichung wird es der Regel nach genügen, den Durchschnitt zwischen dem erstgenannten Einkaufspreis und dem Preis festzustellen, der bei der letzten Warenanschaffung vor der beanstandeten Verkaufspreisbestimmung angelegt werden mußte. Da sowohl der Einkaufspreis wie die Differenz zwischen ihm und dem gedachten Durchschnittspreis in die Rechnung aufzunehmen sind, so läßt sich die Gewinnermittlung dadurch vereinfachen, daß der Durchschnittspreis an Stelle des Einkaufspreises in die Rechnung eingestellt wird; zustimmend Alsberg u. Lehmann a. a. O.

φφ. Lehmann a. a. O. 30ff. billigt den Grundsatz der Sonderberechnung auf der Grundlage der Gestehungskosten. Er warnt jedoch vor seiner Überspannung, wendet sich namentlich gegen die Nichtzulassung der Durchschnittsberechnung bei Waren gleicher Art und befürwortet eine Milderung durch weitherzige Anerkennung der durch den Krieg erhöhten Selbstkosten, insbesondere des größeren Risikos und Kapitalzinses und durch Zubilligung eines angemessenen erhöhten Unternehmerlohns.

χχ. Lehmann, JW. 17 485. Wenn der Kaufmann Waren gleicher Art zu verschiedenen Einstandspreisen erworben hat, so scheint die Durchschnittskalkulation das einzig Richtige zu sein, denn die vom RG. vorgeschriebene anteilige Berechnung der allgemeinen Unkosten läßt sich bei der Zusammenfassung zu einer Warengruppe viel leichter durchführen, und der Zweck des Gesetzes, die Allgemeinheit zu angemessenen Preisen zu versorgen und die Erschwerungen der Kriegsnot gleichmäßig zu verteilen, wird so besser erreicht.

ψψ. Lobe a. a. O. 29. Nach der Rechtsprechung des RG. ist nicht der konkrete irgendeinmal im Frieden an dieser einzelnen Ware von dem bestimmten Kaufmann erzielte Reingewinn zum Vergleich heranzuziehen, sondern der abstrakte, nach den Anschauungen des Friedens bei gleichartigen Geschäften angemessene Gewinn. Ein Gewinn, wie er nach den Anschauungen des ehrbaren Handels im Frieden für die in Betracht kommenden Geschäfte gleicher Art als angemessen gegolten hat, soll für die Frage, ob der im Kriege aus solch einem Geschäfte gezogene Reingewinn übermäßig hoch ist, zugrunde gelegt werden.

ωω. Lobe a. a. O. 35. Wenn das RG. die vom Deutschen Handelstag gewollten Durchschnittspreise ablehnt, so bezieht sich diese Ablehnung selbstverständlich nicht auf einheitliche Warenposten, die aus einer Vermengung oder Vermischung vertretbarer

Sachen gebildet und wobei diese Sachen ihrerseits erst einzeln zu verschiedenen Preisen aufgekauft worden sind. Denn dann ist Verkaufsgegenstand der einheitliche Gesamtposten, auch wenn er wieder nur in einzelnen Partien abgegeben wird, und es ist daher auch sein Gesamteinkaufspreis aus der Summe der Preise für die einzelnen Gegenstände zu bemessen, so daß für die aus dem ganzen Posten abzugebenden einzelnen Gegenstände der durchschnittliche Einkaufspreis zugrunde zu legen ist. Wer bei zahlreichen Landwirten in den verschiedensten Gegenden Eier zu den verschiedensten Preisen aufkauft, um sie alle zu einem einheitlichen Verkaufsposten zu vereinigen und im ganzen oder einzeln weiter zu veräußern, kann natürlich nicht der Herkunft jedes einzelnen Eies nachgehen und den jeweiligen Einkaufspreis bei der Bemessung seines Verkaufspreises zugrunde legen, sondern er berechnet den Durchschnittseinkaufspreis des einzelnen Eies aus der Gesamtsumme aller Einkaufspreise. Davon völlig verschieden aber ist es, wenn etwa ein Seidenhändler einen Posten Seide erst zu 30 M. das Meter, später einen Posten derselben Seide zu 60 M. das Meter einkauft. Dann ist jeder eingekaufte Posten dieser Seide auch ein selbständiger Posten für den Verkauf, es findet keine Vermengung zu einem einheitlichen Verkaufsposten statt. Deshalb muß hier für jeden Einzelposten sein besonderer Einkaufspreis bei der Bemessung des Verkaufspreises zugrunde gelegt werden.

α/α. Rosenthal a. a. O. 12. Für den normalen Fall des Verkaufs einer Ware im Rahmen eines geschäftlichen Unternehmens sollte die bisher übliche Gewinnberechnung als erlaubt anerkannt werden, wonach ein nach den geschäftlichen Grundsätzen und Erfahrungstatsachen angemessener prozentualer Zuschlag zum Einkaufspreise genommen wird (zum Einkaufspreise, nicht etwa zu dem die besonderen Betriebsunkosten umfassenden Gestehungspreise). Die besonderen Umstände des Einzelfalles können den hiernach in Betracht kommenden Gewinnzuschlag als zu hoch erscheinen lassen. Dies ist insbesondere der Fall, wenn der Einkaufspreis einer einzelnen Ware derart gestiegen ist, daß man bei Innehaltung des bisherigen Prozentsatzes zu einem Aufschlage gelangen würde, der bei Gegenständen von gleicher Art und Preislage auch früher nicht üblich war. Auch dann ist die Innehaltung des bisherigen Prozentsatzes ungerechtfertigt, wenn der Netto-Gewinn des Gesamtunternehmens, prozentual zum Umsatz gerechnet, steigt (dies aber zeigt sich dann regelmäßig erst im Zeitpunkt der Bilanzziehung). Handelt es sich um Geschäfte, die nicht im Rahmen eines Gesamtunternehmens abgeschlossen werden, so steht der vom Reichsgericht geforderten Berechnungsart ein Bedenken nicht entgegen.

α/β. Kirchberger a. a. O. 17. Bei der Entschädigung für den Kapitalzins wird in Betracht gezogen werden müssen, wie groß der Zeitraum zwischen den Aufwendungen für die Ware und ihrer Versilberung ist. Als Zinsfuß dürfte hierbei ein mittlerer Maßstab anzuwenden sein. Die Zinsen, die bei der Anlegung des Kapitals in einem industriellen Unternehmen erzielt werden, können nicht schlechthin zugrunde gelegt werden, weil in diesen Zinsen gleichzeitig ein Entgelt für das Risiko mit inbegriffen ist, welches mit der Anlegung von Geld in einem solchen Unternehmen ohne weiteres verbunden ist. Diese Entschädigung für das Risiko bildet aber nach der mitgeteilten Auffassung des Reichsgerichts einen besonderen Posten, der nicht zweimal eingesetzt werden darf. Im übrigen wird die Risikoprämie zweckmäßig durch einen prozentualen Zuschlag zu der Kapitalzinsentschädigung zu berechnen sein. Die Höhe dieses Prozentsatzes hängt von den Umständen des Falles ab. Je größer die Gefahr des Verlustes der Ware ist, um so größer die Risikoprämie.

α/γ. Kirchberger a. a. O. 20. Wenn es auch richtig ist, daß nicht ohne weiteres ein prozentualer Zuschlag auf die Gestehungskosten im weitesten Sinne für die Gewinnberechnung maßgebend ist, so führt es doch andererseits zu einem ganz falschen Bild, wenn man den zahlenmäßig festgestellten Kriegsgewinn im ganzen mit dem ebenso ermittelten Friedensgewinn vergleicht. Zu diesem Vergleiche geeignet ist allenfalls nur derjenige Teil, der auf keinen Fall im Kriege höher sein darf wie in Friedenszeiten, d. i. derjenige Betrag, der zur Kapitalbildung verwendet werden soll.

α/δ. Kirchberger a. a. O. 20. Wenn man einmal die Gewinnberechnung und die Prüfung des Übermaßes des Gewinns auf der Grundlage der Gestehungskosten aufbaut, so ist zu fordern, daß die einzelnen Bestandteile des Reingewinns nicht nur bei der Kriegsware, sondern auch bei schon im Frieden gehandelten Gegenständen selbständig ermittelt und gewertet werden müssen. Dann aber kann ein Unterschied in der Gewinnberechnung für die Kriegsware im Vergleich zu der Friedensware überhaupt nicht anerkannt werden. Bloß zu dem Ziele, um den für die Kapitalbildung freibleibenden Betrag mit dem entsprechenden Teil des Friedensgewinns vergleichen zu können, kann das umständliche, von einer gewissen Willkür doch niemals unabhängige Verfahren, den Friedensgewinn und außerdem den Kriegsgewinn zu ermitteln, nicht gebilligt werden. Hierbei müßte man, um unrichtige Ergebnisse möglichst auszuschalten, aus den angegebenen Gründen nicht nur den Friedensgewinn und den Kriegsgewinn im ganzen, sondern auch nach seinen einzelnen Bestandteilen feststellen und dürfte lediglich den zur Kapitalbildung bestimmten Betrag des erzielten Kriegsgewinns mit dem entsprechenden Betrag des Friedensgewinns in Vergleich ziehen.

δ. Verhältnis zum Friedenspreis.

(Erläuterung *αα* bis *ηη* in Bd. 3, 186ff.; *ϑϑ* bis *ιι* in Bd. 4, 765.)

κκ. RG. IV, Recht 17 221 Nr. 389. Zum Nachweis des Übermaßes des Gewinns ist eine Vergleichung und deshalb eine zuvorige Feststellung des im Frieden angemessenen Reingewinns aus Geschäften gleicher Art und des aus dem einzelnen Kriegsgeschäft gezogenen Reingewinns erforderlich. Es bedarf dazu nicht notwendig einer unmittelbaren Vergleichung dieser beiden Reingewinne untereinander, zu dem gleichen Ergebnis wie diese führt vielmehr auch eine Vergleichung des wirklich erzielten Verkaufspreises der Ware unter Berücksichtigung des darin enthaltenen Gewinns mit dem Verkaufspreise, der einen angemessenen, dem Friedensreingewinn entsprechenden Reingewinn enthalten würde und deshalb hätte gefordert werden dürfen. Deshalb braucht auch nur dieser Verkaufspreis berechnet und dem Vergleich zugrunde gelegt zu werden. Es wird darin festgehalten, daß die Marktlage, die ihren Grund in der durch den Krieg verursachten Warenknappheit hat, eine Notmarktlage ist und daß die unter deren Druck entstandenen Marktpreise bei der Beurteilung der Übermäßigkeit des Gewinns auszuscheiden haben.

λλ. RG. IV, JW. 17 367. Wenn die Frage der Übermäßigkeit des Gewinns auf einen Vergleich zwischen den Reingewinnen im Kriege und im Frieden abzustellen ist, so muß selbstverständlich hierbei ein Friedensreingewinn zugrunde gelegt werden, der nicht selbst schon auch für die Anschauungen des Wirtschaftslebens über Gewinnerzielung im Frieden als übermäßig hoch beurteilt wird.

μμ. RG. IV, Recht 17 321 Nr. 613. Es ist an sich nicht unzulässig, daß der Händler sich den ihm zukommenden Reingewinn in der Weise berechnet und sichert, daß er prozentuale Zuschläge zu dem Einkaufspreis zwecks Festsetzung des Verkaufspreises macht. Die Zuschläge dürfen aber nicht zu der Bruttoeinnahme (also dem Verkaufspreise) gemacht werden und müssen sich in den Grenzen halten, daß der im Frieden übliche Gewinn nicht überschritten wird.

νν. RG. IV, Recht 17 321 Nr. 612. Den besten und objektiven Maßstab für die Bemessung des zulässigen Reingewinns bietet der Friedensgewinn, den der Handel kennt und deshalb beobachten kann. Würde die Angemessenheit eines Preises für den Einzelfall nicht nach diesem Friedensreingewinn, sondern nach richterlichem Ermessen zu bestimmen sein, so würde es an einer sicheren Grundlage für den Handel bei Bemessung des Gewinns fehlen, da der Händler nicht voraussehen kann, was ihm zugebilligt wird. Dem Bedürfnis, den erhöhten Lebensunterhalt zu berücksichtigen, kann dadurch Rechnung getragen werden, daß bei der Berechnung des Reingewinns der eigentliche Unternehmerlohn in einem höheren Betrag, so wie es den Kriegsverhältnissen entspricht, eingestellt wird.

ξξ. LeipzZ. 17 815 (BayObLG.). Die Übermäßigkeit eines Gewinns darf nicht schlechthin nach dem Verhältnis des Friedensgewinns zum Kriegsgewinn beurteilt werden, auszugehen ist vielmehr von dem in Friedenszeiten üblichen und angemessenen Gewinn. Gewinn i. S. des § 5 Abs. 1 Nr. 1 ist der Reingewinn, der sich berechnet aus der Summe des Kaufpreises oder der Erzeugungskosten einer Ware, der besonderen Betriebsunkosten für sie und des entsprechenden Teiles der allgemeinen Betriebskosten einerseits und der Höhe des Verkaufspreises andererseits unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse namentlich auch der für den Geschäftsbetrieb des Beschuldigten maßgebenden sowie insbesondere der Marktlage.

οο. LeipzZ. 17 216 (KG.). Bei Prüfung der Frage, ob übermäßiger Gewinn vorliegt, kommt es mit in erster Linie auf die Zeitverhältnisse an; nur dann, wenn Angeklagter einen Preis fordert, der gerade unter Berücksichtigung der augenblicklichen Zeitverhältnisse einen das übliche Maß übersteigenden Gewinn enthält, kann er strafbar sein. Deshalb ist unerheblich, ob der im Kriege gezogene oder erstrebte Gewinn den Friedensgewinn übersteigt oder nicht. Andernfalls würde der Händler, der im Kriege für seinen Lebensunterhalt selbst größere Aufwendungen machen muß als im Frieden, nur zu häufig in Bedrängnis geraten. Auch würde er bei einem erheblich geringeren Warenumsatz oder beim Handel mit Gegenständen, die im Frieden nur nebensächliche Bedeutung hatten und daher bloß geringen Gewinn brachten, im Kriege aber notgedrungen in bedeutenderem Umfange gehandelt werden, häufig auch nicht annähernd soviel verdienen, daß sein Auskommen gesichert wäre. Das will die BRBO. nicht, sie gibt durch den besonderen Hinweis auf die Marktlage deutlich zu erkennen, daß es nicht auf die Verhältnisse im Frieden, sondern auf die der Kriegszeit ankommen soll. Die Marktlage ist nicht hinsichtlich des geforderten Preises, sondern nur hinsichtlich des Gewinns von Bedeutung. Ist sie insofern eine ungesunde, als sie die Grundlage für übermäßig hohe Marktpreise bildet, so kann hieraus nicht ohne weiteres gefolgert werden, daß der den Marktpreis fordernde Händler strafbar ist. Nur dann, wenn er selbst zur Gestaltung der ungesunden Marktlage mitgewirkt oder sie ausgenutzt hat, um einen übermäßigen Gewinn zu erzielen, handelt er gegen die BRBO. Hierbei ist auch auf das Maß der Arbeit Rücksicht zu nehmen. Wer nur eine geringe Tätigkeit aufwendet, um eine Ware umzusetzen, darf nur einen geringen Gewinn erstreben. Will er in schwerer Kriegszeit durch Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs mühelos einen bedeutenden Gewinn einstreichen, so beteiligt er sich an der Verteuerung der Gegenstände, selbst wenn der Gewinn bei größerer Arbeitsleistung an sich angemessen wäre. Für ihn kann unter Berücksichtigung seiner geringen Arbeit dieser Gewinn ein übermäßiger sein.

ππ. Lehmann, JW. 17 485. Bei einem durch den Krieg außerordentlich gesteigerten Einkaufspreis darf nicht ohne weiteres derselbe Bruchteil davon als Gewinn berechnet werden, wie bei dem viel geringeren Preise im Frieden. Diese Berechnungsweise würde gerade zu einer ungerechtfertigten Preissteigerung führen, die nach der BRBO. verhindert werden soll.

(Abschnitt ε in Bd. 3, 187; 4, 765; ζ in Bd. 3, 188.)

η. Berücksichtigung der Höchstpreise.

(Erläuterung αα bis δδ in Bd. 3, 188.)

εε. Oberk. i. d. Marken (Berl. HandelsMitt. 17 6). Auch die Einhaltung des Höchstpreises schließt die Strafbarkeit eines übermäßigen Nutzens nicht aus.

(Abschnitt ϑ in Bd. 3, 189.)

m) Fordern des Preises.

(Erläuterung α, β in Bd. 3, 189; γ, δ in Bd. 4, 765.)

ε. RG. II, RGStr. 50 320. Als gefordert kann ein Preis erst dann gelten, wenn nach außen hin, dem einzelnen Käufer oder allgemein dem Publikum gegenüber zum

Ausdruck gebracht wird, daß für eine bestimmte Ware ein gewisser Preis verlangt werde. Das kann durch Anzeigen in der Zeitung, durch Aushang oder Versendung von Preisverzeichnissen u. dgl. geschehen. Es wird auch auf „Auszeichnungen" zutreffen, wenn sich feststellen läßt, daß sie nach ihrer Beschaffenheit und nach der Art ihrer Zurschaustellung den Kunden ohne weiteres erkennbar machen sollen, zu welchen Preisen die so gezeichneten Waren verkäuflich sind; ebenso im wesentlichen Alsberg a. a. O. 51.

ζ. Schweitzer, DStrafZtg. 17 72. Anstiftung des Käufers zum Kriegswucher des Verkäufers ist strafbar.

η. RG. IV, JW. 17 300[6], LeipzZ. 17 257, Recht 17 72 Nr. 84. Der Angeklagte hat auf ein Gesuch um Offerte in Schneidebohnen übermäßige Preise freibleibend gefordert. Seine Revision ist unbegründet. Preisefordern im Sinne der VO. ist soviel wie Preise stellen nach dem Sprachgebrauch des täglichen Lebens. Unverbindliche Preisforderungen in Preislisten, Ankündigungen usw. wirken wegen ihrer weiten Verbreitung besonders preistreibend. Dasselbe gilt, wenn bei einem Angebot an einen einzelnen die Gebundenheit ausgeschlossen ist, erkennbar, um den unverbindlich geforderten Preis erhöhen zu können.

ϑ. RG. V, RGSt. 50 228. Eine Zuwiderhandlung kann darin gefunden werden, daß der Verkäufer auf der Bezahlung eines Kaufpreises besteht, den er beim Abschluß des Kaufes für angemessen halten konnte und gehalten hat, der aber in Wirklichkeit einen übermäßigen Gewinn enthielt und als solcherart dem Verkäufer zur Zeit des Zahlungsverlangens zum Bewußtsein gekommen ist.

ι. RG. V, Recht 17 171 Nr. 279, SächsA. 17 178. Der Zeitpunkt des Forderns oder Sichgewährenlassens, nicht der Vereinbarung des Preises entscheidet.

ϰ. JW. 17 238 (Hamburg V). Die VO. selbst unterscheidet nicht zwischen dem Großhandel einerseits und dem Absatz an die Verbraucher andererseits. Zudem aber würde der Zweck der ganzen Verordnung, einer wirtschaftlich ungerechtfertigten Preissteigerung nach Möglichkeit entgegenzuwirken, völlig vereitelt werden, wenn zwar der Detailliſt verpflichtet wäre, auch bei höherem Marktpreis sich mit dem nach Sachlage angemessenen Verdienst zu begnügen, dem Großhändler aber freistände, die Konjunktur restlos auszunutzen und dadurch unter Umständen einen Gewinn zu erzielen, der als übermäßig bezeichnet werden müßte und beispielsweise im vorliegenden Fall sich auf nicht weniger als 133⅓ v. H. beliefe.

n) Käufer, Vermittler.

(Erläuterung α bis γ in Bd. 3, 189.)

δ. JW. 17 488 (BayObLG.). In dem vor dem Inkrafttreten der BRVO. vom 23. März 1916 betr. die Änderung der VO. gegen übermäßige Preissteigerung erlassenen Urteil des Senats vom 30. März 1916 [in Bd. 3, 189 nββ] ist ausgesprochen, daß die Strafdrohung den Käufer, der den übermäßigen Preis gewährt oder verspricht, nicht trifft. Dabei wurde aber die Frage offengelassen, ob dies auch auf die Tätigkeit des Käufers anwendbar ist, durch die er den Verkäufer bestimmt hat, den übermäßigen Preis zu fordern. Die Frage ist zu verneinen. Die Entscheidung des Strafsenats vom 30. März 1916 geht davon aus, daß § 5 Nr. 1 BRVO. gegen übermäßige Preissteigerung sich als eine durch die Kriegszeit veranlaßte Erweiterung der Bestimmungen des StGB. über den Wucher (§ 302 a mit § 302 e) darstelle. Daraus wurde geschlossen, daß die Verordnung des Bundesrats eine strafbare Teilnahme desjenigen, zu dessen Schutz sie erlassen ist, dessen wucherische Ausbeutung sie verhindern will, ebensowenig kennt, wie die Wucherbestimmungen des StGB. Wer nur die von ihm geforderten übermäßigen Preise gewährt, wird demnach nicht straffällig. Diese Erwägung verbietet aber die uneingeschränkte Ausdehnung des aufgestellten Satzes auch auf solche Fälle, in denen der Käufer den Verkäufer veranlaßt hat, den übermäßigen Preis zu fordern, um so mehr, als die Verordnung in erster Linie nicht den Schutz des einzelnen, sondern den der Allgemeinheit im Auge hat; sie erblickt in der über-

mäßigen Preissteigerung eine Gefahr für das Gemeinwesen des Reichs. Dieser in der Verordnung selbst zum Ausdruck gekommene Zweck wäre verkannt, wollte man annehmen, daß der straflos bleiben sollte, der aus eigennützigen Gründen den Verkäufer bestimmt, die übermäßigen Preise zu fordern, dessen Tun also mehr noch als das eines einzelnen Verkäufers, der dem Verbot zuwiderhandelt, geeignet ist, eine allgemeine Preissteigerung herbeizuführen. Die Richtigkeit des hier vertretenen Standpunkts wird dadurch bestätigt, daß die BRVO. vom 23. März 1916 den § 5 BRVO. vom 23. Juli 1915 durch eine neue Bestimmung (Nr. 5) ergänzte, nach der zu bestrafen ist, wer zu Handlungen der in Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art auffordert, anreizt oder sich zu Handlungen solcher Art erbietet. Hierdurch wurde über die nach dem allgemeinen Strafgesetz zu beurteilende Teilnahme durch Anstiftung hinaus auch das erfolglose Unternehmen, den Verkäufer zum Fordern übermäßiger Preise zu bestimmen, mit Strafe bedroht.

ε. RG. IV, JW. 17 727, GesuR. 18 323, Recht 17 264 Nr. 505. Jeder Vermittler, mag er formell Eigenhändler sein oder als Agent oder Makler auftreten, darf grundsätzlich nur den im Frieden üblichen Gewinn erzielen. Hierfür gilt nicht nur der im Frieden übliche Prozentsatz, sondern der Gewinn muß auf die ziffernmäßige Höhe des Friedensgewinns herabgesetzt werden, wenn der Prozentsatz von dem im Kriege gestiegenen Preise der Waren ein höheres Ergebnis als im Frieden haben würde. Die Provision des Vermittlers deckt seine Arbeit, seinen Reingewinn und seine Unkosten, die also neben der Provision nicht noch besonders angerechnet werden dürfen.

ζ. RG., DJZ. 17 521. Völlig verfehlt ist die Ansicht des Verteidigers, daß die Pflichten des Angeklagten als Kommissionär aus HGB. § 384 ihn genötigt hätten, den höchsten erzielbaren Verkaufspreis zu fordern. Wie die privatrechtlichen Interessen des Kommittenten selbst, so findet auch die Pflicht des Kommissionärs zu deren Wahrnehmung ihre selbstverständliche Grenze an den Geboten und Verboten des öffentlichen Rechts, wie solche die BRVO. v. 23. Juli 1915 enthält. Endlich ist auch die Annahme der Täterschaft zutreffend. Eine Beihilfe nach § 49 StGB., wie der Verteidiger will, liegt nach den getroffenen Feststellungen nicht vor. In § 5 Nr. 1 wird schlechthin verboten, Preise zu fordern, die einen übermäßigen Gewinn enthalten. Daß der Gewinn gerade dem Fordernden zufließen müsse, wird nicht vorausgesetzt. Aus den Schlußworten der Vorschrift, wonach auch verboten ist, solche Preise sich oder einem anderen gewähren oder versprechen zu lassen, erhellt vielmehr deutlich, daß der Gewinn aus dem geforderten Preise auch einem andern als dem Fordernden zukommen kann. Die strafbare Handlung wird durch das bloße Fordern eines Preises, der an sich einen übermäßigen Gewinn — gleichviel für wen — enthält, erfüllt.

2. Der innere Tatbestand.

(Erläuterung a, b in Bd. 2, 189; c bis e in Bd. 3, 189; f in Bd. 4, 766.)

g) RG. V, LeipzZ. 17 199. Die Verurteilung aus § 5 Nr. 1 erfordert nicht den Nachweis, daß der Täter sich der Rechtswidrigkeit seines Handelns bewußt gewesen ist.

h) DStrafrZtg. 17 308, DJZ. 17 529, JW. 17 488, LeipzZ. 17 814 (BayObLG.). Der innere Tatbestand erfordert nicht das Bewußtsein des Angeklagten, daß der Preis, einen übermäßigen Gewinn im Sinne des § 5 Nr. 1 BRVO. gegen unmäßige Preissteigerung enthält; er ist erfüllt, wenn er die Tatsachen kannte, aus denen sich die Unmäßigkeit des Gewinns ergibt (Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch II 189; LeipzZ. 16, 313 Z. 6; RGStr. 49, 437; SächsA. 37, 189) → ebenso: RGStr. 50, 207. ←

Der Umstand, daß die Angeklagte die Verordnung nicht kannte, steht der Annahme einer vorsätzlichen Zuwiderhandlung nicht entgegen, da sie die sämtlichen Merkmale des äußeren Tatbestands kannte.

i) JW. 17 301 [2] (BayObLG.). Zum Tatbestand des Vergehens ist nicht die rechtswidrige Absicht, sondern nur das Bewußtsein des Täters bezüglich der Tatsachen erforderlich, die den erstrebten Gewinn als übermäßig kennzeichnen.

3. Bürgerlichrechtliche Wirkungen.

(Erläuterung a bis c in Bd. 2, 189ff.; d, e in Bd. 4, 766.)

f) Lehmann a. a. O. 28. Ein Interesse, das von der PreissteigerungsVO. mißbilligt ist, darf der abstrakten Schadensberechnung nicht zugrunde gelegt werden.

g) Hueck, DJZ. 17 642. Liefert der Verkäufer wegen der Preissteigerung nicht, so darf der Käufer bei der abstrakten Schadensberechnung den Marktpreis nicht zugrunde legen, wenn ein Weiterverkauf zum Marktpreis nach der WucherVO. strafbar wäre. Ebensowenig darf er geltend machen, daß er die Waren bereits zu einem unter die WucherVO. fallenden höheren Preise weiterverkauft habe.

h) JW. 17 237 (Dresden). Ein nach § 326 BGB. begründeter Anspruch auf Ersatz des entgangenen Gewinns findet seine Grenze darin, daß der Gewinn kein übermäßiger im Sinne des § 5 Abs. 1 Nr. 1 Bek. gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 sein darf (ebenso JW. 17, 238, Hamburg V).

II. Nr. 2. Die Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 190; 3, 4 in Bd. 3, 190; 5 in Bd. 4, 766.)

6. Bacharach, RuW. 17 148. Die absatzverteilenden Kartelle haben zum Gegenstand die Verteilung der Absatzgebiete an die einzelnen Unternehmer derart, daß jedem innerhalb des ihm zugewiesenen Gebietes ein Monopol gesichert ist. Das absatzverteilende Kartell schließt also insofern den Wettbewerb aus; der Ausschluß kann erfolgen durch Aufteilung des Absatzgebietes unter den Verbandsmitgliedern derart, daß jedes Mitglied auf seinem Gebiet mit Ausschluß der Konkurrenz der übrigen Mitglieder verkauft, oder kann da, wo bloß einige wenige Abnehmer dem Kartell gegenüberstehen, durch zeitliche Aufteilung des Absatzes, durch Feststellung eines Turnus zwischen den Verbandsmitgliedern (so bei den Submissionskartellen) erzielt werden. Die letztere Kartellart scheidet von hier aus. Hingegen wird durch die erstere in gewissem Sinne eine Zurückhaltung von Gegenständen verursacht; denn der Konsument kann nicht zwischen den Verbandsmitgliedern wählen, sondern muß sich an das vom Kartell bestimmte Mitglied, in dessen Absatzgebiet er wohnt, wenden; er ist nicht in der Lage, von einem Kartellmitglied mit anderem Absatzgebiet zu kaufen, sollte er aus irgendwelchen Gründen (z. B. infolge der Transportverhältnisse) gerade am Kauf beim letzteren Mitglied ein größeres Interesse haben. Immerhin wird man hier einen Verstoß gegen § 5 Ziffer 2 PreissteigVO. nicht annehmen können; denn ein Zurückhalten, durch welches, wie beim Absatzkartell, der Unternehmer eine angemessene Verteilung seiner Vorräte organisiert und zu erreichen sucht, ist nicht ein Zurückhalten, das der Erzielung eines übermäßigen Gewinns dienen soll, und nur letzteres ist strafbar.

7. Bacharach, RuW. 17 148. Der Kartellbeschluß, der gegen die Preissteigerungsverordnung verstößt, macht nur diejenigen Kartellmitglieder strafbar, die an dem Zustandekommen dieses Beschlusses oder an seiner strafbaren Aufrechterhaltung oder Erneuerung beteiligt gewesen sind, oder sich ihm nach seinem Zustandekommen unterwerfen.

III. Nr. 3. Unlautere Machenschaften.

1. Der äußere Tatbestand.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 191; 3, 4 in Bd. 3, 191.)

5. RG. V, SächsA. 17 150. Ob eine Metzgerkasse als dauernde Einrichtung bestand, und ob für sie im gesamten Endergebnis ihres Betriebs Gewinn erstrebt und erzielt worden ist, war für die Anwendung des § 5 Nr. 1 der BRVO. nicht von Belang. Daß die Versteigerung den Zweck hatte, die der Gesamtheit der Metzger zugewiesenen Kälber auf die einzelnen zu verteilen, stand der Annahme nicht entgegen, daß die Verteilung auf dem Wege der Versteigerung, also des Verkaufs, sich als Veräußerungsgeschäft darstellte und daß bei diesem einzelnen Veräußerungsgeschäft Preise vereinbart worden sind, die

unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse insbesondere der Marktlage einen übermäßigen Gewinn enthielten.

6. Bacharach, RuW. 17 147. Die durch Kartellbildung systematisch organisierte Produktionsverminderung bedeutet in der Regel keinen Verstoß gegen § 5 Ziff. 3 PreissteigVO. („Einschränkung der Produktion"), da dieselbe nicht von dem Streben nach einer Preissteigerung getragen wird, sondern meist nur in der Absicht erfolgt, einer ungesunden Überproduktion, welche störend in das Verhältnis von Angebot und Nachfrage einwirkt und die Preise auf ein unnatürliches, manchmal sogar unter die Produktionskosten herabsinkendes Niveau herabdrückt, entgegenzuwirken.

7. Bacharach, RuW. 17 148. Ähnlich wie die auf Einschränkung des Produktionsquantums gerichteten Kartelle dürften auch die Kartelle zu beurteilen sein, deren Vereinbarungen sich auf die Untersagung von Betriebsvergrößerung beziehen, da hierdurch letzten Endes eine Einschränkung des Produktionsquantums herbeigeführt werden soll.

8. Heslenfeld, DStrafrZtg. 17 29. Während § 5 Nr. 3 VO. schon die in der Absicht der Preissteigerung vorgenommenen unlauteren Machenschaften mit Strafe bedroht, auch wenn eine solche Steigerung tatsächlich nicht eintritt, wird nach § 11 KettenhVO. nur die durch unlautere Machenschaften tatsächlich eingetretene Preissteigerung bestraft, ohne daß sie beabsichtigt zu sein braucht. Da aber der Begriff der unlauteren Machenschaft stets Vorsatz verlangt, ist eine Preissteigerung ohne die Absicht hierzu wohl nicht denkbar. Daraus ergibt sich, daß der § 11 KettenhVO. gegenüber dem § 5 Nr. 3 PStVO., der eine höhere Strafe nicht androht, keine besondere Bedeutung hat. Ist durch die unlauteren Machenschaften eine Preissteigerung tatsächlich eingetreten, so dürfte Idealkonkurrenz zwischen beiden Strafgesetzen vorliegen und dann ist § 5 PStVO. im Hinblick auf Abs. 2, 3 dieser Vorschrift anzuwenden. Trifft dagegen ein Vergehen gegen § 11 mit einem solchen gegen § 9 KettenhVO. zusammen, so wird § 74 StGB. anzuwenden sein.

IV. Nr. 4. Die Teilnahme an verbotenen Preiskartellen.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 191 f.; 3, 4 in Bd. 3, 191 ff.)

5. JW. 17 733, LeipzZ. 17 815 (BayObLG.). Die Vorschrift richtet sich vor allem gegen die Kartelle, trifft deshalb zunächst die Verabredungen zwischen den Erzeugern gleichartiger Waren und zwischen den Händlern, aber auch die Verabredungen zwischen einem einzelnen Erzeuger und den Händlern, denen er den Vertrieb seiner Ware überläßt sofern dabei ein bestimmter Mindestpreis für die Weiterveräußerung an die Verbraucher festgesetzt wird. Das bloße Bewußtsein des Erzeugers, daß das Verlangen des verabredeten Verbraucherpreises seitens der Händler unter § 5 Abs. 1 Nr. 1 fallen kann, genügt zur Anwendung der Nr. 4 nicht.

6. JW. 17 734 (BayObLG.). Voraussetzung für die Anwendung ist, daß der Preis für den Verkauf an den Verbraucher die Eigenschaft eines Mindestpreises hat, denn nur dann kann von einer Verabredung gesprochen werden, die eine Handlung der in Nr. 1 des § 5 a. a. O. bezeichneten Art zum Zweck hat. Hatte aber die Preisbestimmung nicht die Bedeutung, daß sie beim Verkauf an den Verbraucher eingehalten werden soll, sollte sie vielmehr nur die Anschauung der Beteiligten zum Ausdruck bringen, daß der Verkäufer unter gewöhnlichen Verhältnissen bei Einhaltung des Preises einen angemessenen Gewinn erzielen kann, oder sollte sie gar, wie der Angeklagte behauptete, einen „Überpreis" verhüten, dann waren die Voraussetzungen für die Anwendung der Strafbestimmung nicht gegeben. Daß von beiden Gesichtspunkten aus eine Preisverabredung bezüglich des Verkaufs an den Verbraucher für den Erzeuger von erheblichem Belang sein kann, bedarf nicht näherer Begründung. Dagegen ist weniger leicht zu erklären, welchen Vorteil der Erzeuger, namentlich wenn er den Vertrieb der Ware einem einzigen Händler überlassen hat, davon haben könnte, daß der nachfolgende Verkäufer einen übermäßig hohen Gewinn erziele, und weshalb er mit der Verabredung des Preises den Zweck verfolgen sollte, daß der Verkäufer unter allen Umständen einen Preis fordere, der einen

übermäßigen Gewinn enthält. Für den Regelfall wird es zum Vorteil des Erzeugers sein, der sich den gewünschten Erzeugerpreis durch die Vereinbarung mit dem Zwischenhändler gesichert hat, wenn der Verbrauchspreis möglichst niedrig gehalten wird, weil er in diesem Falle mit vermehrtem Absatz rechnen kann. Das bloße Bewußtsein, daß die Forderung des verabredeten Verbraucherpreises eine Handlung der in Nr. 1 des § 5 a. a. O. bezeichneten Art bilden kann, genügt nicht zur Anwendung der Strafbestimmung in Nr. 3.

7. Bacharach, RuW. 17 146. Bestimmungen in den Lieferungsbedingungen, daß die Abnehmer sich verpflichten müssen, Fabrikate des betreffenden Produktionszweiges von einem Unternehmer, welcher dem Kartell nicht angehört, weder zu kaufen, noch zu vertreiben, sei es unmittelbar oder mittelbar, widrigenfalls sich die Preise für sämtliche zwischen dem Kartellmitglied und dem Abnehmer bestehenden Lieferungsverträge für die ganze Vertragszeit um einen bestimmten Prozentsatz erhöhen, verstoßen in der Regel nicht gegen § 5, da der mit jener Bedingung verfolgte Zweck nicht auf die Erzielung einer Preissteigerung gerichtet ist, sondern diese Verpflichtung nur zum Schutz gegen Entwertung der Kartellerzeugnisse sowie die sonstigen aus Preisunterbietungen der Konkurrenz hervorgehenden Nachteile und somit der Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit der Kartelle dienen soll.

8. Heslenfeld, ZStW. 17 339. Auch im Falle des § 5 Nr. 5 ist Fahrlässigkeit strafbar.

V. Die Aufforderung und das Erbieten zu Wucherhandlungen.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 3, 192.)

3. RG. III, LeipzZ. 17 729, Recht 17 264 Nr. 503. Kommt Anreizen zu einer Zuwiderhandlung gegen § 5 Nr. 1 in Frage, so muß festgestellt werden, daß der Angeklagte den Verkäufer angereizt hat, einen Preis zu fordern, der für diesen einen übermäßigen Gewinn im Sinne von § 5 Nr. 1 enthielt. Diese Feststellung fehlt hier. Der Verkäufer hatte die Gans um 7 M. das Pfund gekauft; wenn der Angeklagte ihm 7,50 M. bot, so kann in solchem Verhalten an sich ein Anreizen zum Fordern eines einen übermäßigen Gewinn enthaltenden Preises nicht erblickt werden, zumal da nicht festgestellt ist, daß der Verkäufer selbst den hohen Preis, den er bezahlte, durch Preistreiberei herbeigeführt hat.

VI. Die Einziehung der Vorräte.

(Zu vgl. Bd. 2, 192.)

HandMin., MittfPreisprüfst. 17 36. Voraussetzung der Enteignung nach § 1 der Bekanntmachung vom 23. Juli 1915 (RGBl. 467) ist nicht, daß die Gegenstände in gewinnsüchtiger Absicht oder um den Preis zu treiben, zurückgehalten werden. Eine solche Absicht ist in der Bekanntmachung nicht gefordert, und ihre Notwendigkeit ist auch nicht daraus zu entnehmen, daß die Bekanntmachung sich „gegen übermäßige Preissteigerung" richtet. Eine Zurückhaltung im Sinne des § 1 der Verordnung ist auch in ungerechtfertigter Verkaufsverweigerung zu finden. Ob aber eine Verkaufsverweigerung unberechtigt ist, muß nach den Umständen des Einzelfalles beurteilt werden.

Abschnitt VII in Bd. 2, 192

VIII. Die Bestrafung.

1. RG. V, BayRpflZ. 17 120, JW. 17 485, LeipzZ. 17 540, SächsA. 17 177. Das LG. entnimmt die erkannte Strafe aus dem § 5 der neuen BRVO. vom 23. März 1916, RGBl. 183, weil diese mildernde Umstände zulasse und deshalb im Verhältnis zu der BRVO. vom 23. Juli 1915 (RGBl. 467), die mit ihren Ergänzungen RGBl. 514, 603 zur Zeit der Begehung der Straftaten in Geltung war, als das mildere Gesetz anzusehen sei. Das ist rechtsirrig. Die neue BRVO. ist vielmehr das strengere Gesetz. Denn es führt bei sonst gleichlautenden Strafbestimmungen eine Mindeststrafe ein, die selbst bei Annahme mildernder Umstände in jedem Fall höher ist als die geringst zulässige Strafe nach der alten Verordnung

2. RG. II, Recht 17 221 Nr. 391. Die in § 5 Abs. 2 BRBO. v. 23. März 1916 eingeführte strengere Strafdrohung (Erhöhung der Mindeststrafe auf das Doppelte des erzielten Gewinns oder bei mildernden Umständen auf die Hälfte dieses Betrages) ist erst mit dem 1. April 1916 in Kraft getreten und findet daher nur Anwendung auf die nach diesem Zeitpunkt begangenen Verfehlungen. Handelt es sich indes um eine fortgesetzte Handlung, die vor dem 1. April begonnen, aber erst nach diesem Zeitpunkt zum Abschluß gelangt ist, so findet die strengere Strafvorschrift auf die gesamte einheitliche Tat Anwendung, die als nach dem 1. April 1916 „begangen" gilt (§ 2 Abs. 1 StGB., RGSt. 43 355). RG. II, 30. März 17, 18/17.

Ebenso: RG. IV, 30. März 17, 136/17, mit dem Zusatz: Trifft mit der verbotenen Preissteigerung in der Zeit vor dem 1. April 1916 ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz rechtlich zusammen, so konkurriert dieses einheitlich mit der gesamten Fortsetzungstat, obwohl diese rechtlich als nach dem 1. April 1916 begangen gilt, weil es mit einem Teil der Tat zusammentrifft. Die Strafe ist dann nach § 73 StGB. ausschließlich aus dem strengeren Strafgesetz zu erkennen. Das ist auch dem Nahrungsmittelgesetz gegenüber die BRBO. vom 23. März 1916.

3. RG. IV, MittfPreisprüfst. 17 150. Mit Recht rügt die Staatsanwaltschaft, daß die Strafkammer im Falle 1 der Verurteilung die Vorschrift von § 5 Abs. 2 der BRBO. vom 23. März 1916 wegen übermäßiger Preissteigerung verkannt habe. Danach beträgt bei vorsätzlicher Zuwiderhandlung der Mindestbetrag der Geldstrafe, falls auf eine solche erkannt wird, stets das Doppelte des übermäßigen Gewinns, der seinem Geldbetrage nach festzustellen ist. Wenn dieser Mindestbetrag der Geldstrafe die in Abs. 1 allgemein angedrohte Höchststrafe von 10 000 M. überschreitet, so ist ebenfalls „auf ihn", d. h. auf den Mindestbetrag in Höhe des Doppelten des übermäßigen Gewinns, zu erkennen. Abs. 2 enthält sonach für den Fall der vorsätzlichen Zuwiderhandlung eine Ausnahme von dem relativen Strafmaß des Abs. 1. Dem Antrag der örtlichen Staatsanwaltschaft, gemäß StPO. § 394 Abs. 1 von hier aus die Geldstrafe zu bestimmen, konnte schon um deswillen nicht entsprochen werden, weil es bisher an einer genügenden Grundlage für die Verurteilung wegen übermäßiger Preissteigerung überhaupt noch fehlt.

4. DJZ. 17 440, DStrafZtg. 17 308, LeipzZ. 17 411 (BayObLG). Das Schöffengericht scheint der Anschauung zu sein, daß die in § 5 Nr. 2 der BRBO. getroffene Bestimmung hinsichtlich der Bemessung der Strafe eine absolut bestimmte Strafe im Auge habe. Das wäre irrig. Die nach dieser Vorschrift zu bemessende Strafe stellt die zulässig geringste Strafe dar. Diese Vorschrift ist offensichtlich aus der Tatsache herausgewachsen, daß Gerichte vor der Novelle v. 23. März 1916 Preiswucherer mit geringen Strafen belegten, im übrigen aber im Genusse ihrer Wuchergewinne beließen, während doch der Zweck der Strafe die Zufügung eines Übels ist, die Strafe als Übel aber nur dann empfunden wird, wenn die Geldstrafe aus der Summe des erzielten Gewinnes und eines weiteren Geldbetrags besteht. Im übrigen ist die Höhe der Strafe und die Erlassung der in § 5 Abs. 3 u. 4 der BO. v. 23. Juli 1915/23. März 1916 bezeichneten Anordnungen in das Ermessen der Instanzgerichte gestellt. Das Gesetz will durch strenge Haupt- und Nebenstrafen den Preiswucher empfindlich strafen und ausmerzen, den Preiswucherer in geeigneten Fällen öffentlich brandmarken und der Verachtung der gutgesinnten Bevölkerung preisgeben. Von Einfluß wird die Tatsache sein, wie sich ein Preiswucherer im übrigen gegen die durch den Krieg veranlaßten Anordnungen verhalten hat. Die BRBO. v. 23. Juli 1915/23. März 1916 kann dem Preiswucher in wirksamster Weise begegnen, wenn sie dementsprechend erfaßt und in derselben Rücksichtslosigkeit gegen die Preiswucherer angewendet wird, mit der sie die notleidenden Verbraucher ausbeuten.

5. RG. IV, Recht 17 321 Nr. 617. Im Hinblick auf die Bestimmung des § 5 Abs. 2 in der Fassung der BRBO. vom 23. März 1916 (Art. II) ist es unerläßlich, daß im Urteil ausdrücklich die Schuldform des Vorsatzes und ebenso die Höhe des Geldbetrages des übermäßigen Gewinns festgestellt wird.

6. Bek. zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel. Vom 23. September 1915. (RGBl. 603.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 192.)

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 3, 192f.)

8. RG. IV, LeipzZ. 17 915, Recht 17 321 Nr. 616. Als Handeltreibende kommen Personen in Betracht, die sich dem Inhaber eines Lebensmittelgeschäfts gegenüber verpflichtet haben, gegen Vergütung in Höhe eines Prozentsatzes des Umsatzes den Einkauf zu besorgen, auch wenn sie dabei an irgendwelche Anweisungen des Geschäftsinhabers nicht gebunden sind. Ob der Ankauf im eigenen Namen (Kommissionär) oder auf Namen und Rechnung des Geschäftsinhabers erfolgt (Agent) ist gleichgültig.

9. RG. IV, RGStr. 50 284, Recht 17 221 Nr. 392. Täter kann nur der Gewerbetreibende sein, der den untersagten Gewerbebetrieb fortsetzt. Gewerbetreibender ist hier der Inhaber des gewerblichen Betriebes, derjenige, auf dessen Namen und dessen Rechnung das Gewerbe betrieben wird. Betreibt aber jemand, um das Verbot zu umgehen, das Gewerbe fortan unter dem Namen eines Strohmannes, so wird nach wie vor er als Inhaber des Betriebs erachtet.

7. Bek. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung. Vom 25. September 1915 (RGBl. 607) mit den Änderungen vom 4. November 1915 und 5. Juni 1916. (RGBl. 728, 439.)

Wortlaut in Bd. 3, 194.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 3, 207.

Brandt, Bezirkspreisprüfungsstellen, PrVerwBl. 38 570.

§ 5.

1. Rasch, DStrafZtg. 17 148. Die Ansicht des Kammergerichts, DJZ. 16, 905 [in Bd. 3, 208], aufrecht erhalten in MittfPreisprüfstellen 16, 173 wird sowohl dem Wortlaut wie dem Zweck der Vorschrift des § 5 Abs. 2 gerecht. Abgeben bedeutet von sich geben, aus der Hand geben: Der Bote gibt den Brief, das Geld ab, der Milchträger die Milch, der General den Oberbefehl. Wer eine Sache noch im Gewahrsam hat, hat die Möglichkeit, sie von sich zu geben und in Verkehr zu bringen, mag er auch die Verpflichtung eingegangen sein, es nicht zu tun. Mit Unrecht macht das OLG. Celle in dem erwähnten Urteil auch geltend, dem Hauptzweck der Vorschrift, die Zurückhaltung der Ware in der Absicht der Preissteigerung zu verhindern, werde genügt durch den Verkauf der Ware. Der Erreichung dieses Zweckes dienen vor allem die Vorschriften des Höchstpreisgesetzes und der BRBD. gegen übermäßige Preissteigerung, denen alle Gegenstände des täglichen Bedarfs unterworfen sind. Hier handelt es sich um die gerechte Verteilung bestimmter, je nach den örtlichen Bedürfnissen von den Preisprüfungsstellen auszuwählender Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs, die unter allen Umständen allen Verbrauchern gleichmäßig zugeführt werden sollen. Nichts wäre leichter für den Händler, als diesen Zweck zu durchkreuzen, wenn es ihm erlaubt sein sollte, die Abgabe solcher Gegenstände mit der Ausrede, er habe sie bereits verkauft, zu vereiteln. Gerade dem, was vermieden werden soll, der Bevorzugung einzelner, würde dadurch Tür und Tor geöffnet werden.

2. WürttZ. 17 206 (Stuttgart). Die Strafbarkeit der Verweigerung von Warenabgabe im Sinne des § 5 Abs. 2 BRBD. v. 25. September/4. November 1915 ist vom Fehlen eines rechtfertigenden Grundes nicht abhängig.

3. DJZ. 17 249 (Celle III). Angeklagte, die Kartoffeln feilhält, verweigerte einer Kundin die Abgabe einer kleinen Menge damit, daß sie keine Kartoffeln mehr habe, obgleich sie in einem abgeschlossenen Nebenraum noch etwa 3 Zentner liegen hatte, die sie auf Bestellung mehrerer Kunden für diese zurückgelegt hatte. Aus der BRVO. vom 25. Sept. 15 angeklagt, wurde sie freigesprochen. Dies billigt das Revisionsgericht. Für die Frage, ob gegen das Gebot der Abgabe von Waren im Kleinverkauf verstoßen ist, kommt es allerdings nicht nur darauf an, ob die Ware feilgehalten worden ist oder nicht, so daß es etwa vom Willen des Händlers abhängen könnte, ob er verkaufen will oder nicht. Die BRVO. zwingt vielmehr den Händler die zum Verkauf bestimmte Ware auch feilzuhalten; sie zwingt ihn aber nicht, Ware, die zu der Zeit, wo sie vom Publikum begehrt wird, bereits verkauft und, wenn auch noch nicht zum Eigentum übertragen, doch in erkennbarer Weise vom Feilhalten zurückgezogen worden ist, weiter feilzuhalten und an andere zu verkaufen. Diese Ware ist schon „abgegeben" im Sinne der BRBek. und braucht nicht nochmals abgegeben zu werden. Anders KG. v. 8. 8. 16 [in Bd. 3, 208]. Es versteht unter „Abgabe" den dinglichen Übertragungsakt und hält diese Auslegung für geboten durch den Zweck des Gesetzes, alle Käufer gleichmäßig zu befriedigen. Allein der Hauptzweck ist die Verhinderung der Zurückhaltung der Ware in der Absicht der Preissteigerung. Diesem Zwecke ist Genüge getan durch den Verkauf. Solche Auslegung des Gesetzes vermeidet es, den Händler in einen Pflichten-Widerstreit zu verwickeln und u. U. zu einem Bruch seiner Vertragspflichten zu zwingen.

4. Wagner, DJZ. 17 424. Mit dem Zweck der VO. verträgt es sich durchaus, daß der Händler dem Kunden die Ware nicht alsbald übergibt, sondern auf Verlangen nur zurücklegt. Gleichmäßig befriedigen heißt nur, den Kunden von der Ware in der Reihenfolge, wie sie sie verlangen, ablassen; ob die Ware aber sofort mitgenommen oder erst später abgeholt oder zugesandt wird, ist kein Merkmal des Begriffs der gleichmäßigen Befriedigung mehr. Reicht der Warenvorrat, alle überhaupt nachfragenden Verbraucher zu befriedigen, so wird man dem ohne weiteres zustimmen. Doch auch, wenn die Vorräte nicht reichen, ist der Erfolg bei gestattetem Zurücklegen derselbe, wie wenn es verboten wäre: es werden nur die Kunden befriedigt, die zuerst nachfragen.

Allerdings ist zu fordern, daß die auf Verlangen „zurückgelegten" Waren erkennbar vom Feilhalten zurückgezogen werden. Dies entspricht nicht nur der Verkehrsauffassung, sondern ergibt sich auch aus dem weiteren Zweck der BRBek., dem alle derartigen Bek. nicht zuletzt dienen: die Quellen der Unzufriedenheit zu verstopfen. Denn geradezu erbittern müßte es in jetziger Zeit den Verbraucher, von Waren des notwendigen Lebensbedarfs zurückgewiesen zu werden, weil sie — nicht mehr feil, sondern bereits verkauft sind.

§ 6.

MittfPreisprüfst. 17 57 (Hamm). Die Pflicht zur Vorlegung der Bücher über Ein- und Verkauf war unter diesen Umständen nur noch von einer Aufforderung seitens einer zuständigen Stelle abhängig. Diese Aufforderung ist, wie das angegriffene Urteil feststellt, durch W. erfolgt. Selbst wenn nun W. die Vorlegung der sämtlichen Bücher der Molkerei verlangt haben sollte, so war Angeklagter wegen des zuweitgehenden Verlangens zur Vorlegung jedenfalls nicht berechtigt, die ihm gesetzlich auferlegte Verpflichtung in dem beschränkteren Umfange zu verweigern, denn die Aufforderung zur Vorlegung wurde nicht dadurch hinfällig und unbeachtlich, daß sie auf ein „Mehr" als im Gesetz vorgeschrieben gerichtet war. Der Angeklagte hatte vielmehr der Aufforderung in dem gesetzlich vorgeschriebenen Umfange zu genügen, und erst, wenn er dieses getan hatte, war er berechtigt, weitere Vorlegungen zu verweigern.

§§ 12, 13.

1. DJZ. 17 338 (KG.). Die Tatsache, daß Angeklagte zur Zeit der Einkäufe in Berlin wohnte, würde die Ausdehnung des von dem Landrat zu Wirsitz aufgestellten Erfordernisses eines Erlaubnisscheines zum Handel auf ersteren nicht hindern. Denn

unter den Handel- und Gewerbetreibenden „ihres Bezirks" im Sinne des § 12 Z. 1 sind nach der Zweckbestimmung der Vorschrift nicht etwa nur die in diesem Bezirk dauernd ansässigen Personen gemeint, sondern auch alle sonstigen, sich in dem Bezirke in solcher Weise gewerblich betätigenden Personen.

2. Preuß. Verfügung v. 1. März 1917 (HMBl. 84).

Bei Handhabung der §§ 12, 13 der Bek. über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (RGBl. 607) mit den Änderungen vom 4. November 1915 und vom 5. Juni 1916 (RGBl. 728, 439), sowie der Ausführungsbestimmungen zu §§ 12, 13 a. a. O. (vgl. Ergänzung vom 10. November 1915, HMBl. 364) ist fortan zu beachten, daß durch die Bek. über Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar d. J. (RGBl. 167) der Verkehr mit den im § 1 dieser Verordnung bezeichneten Brennstoffen neu geregelt ist und der Reichskanzler die Befugnisse, die ihm nach der Verordnung zustehen, auf den Reichskommissar für die Kohlenverteilung übertragen hat (vgl. Bek. über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 1. März d. J. RGBl. 193). Hiernach kann die der Landeszentralbehörde vorbehaltene Zustimmung zu Anordnungen der Gemeinden auf Grund des § 13 Ziff. 2 der Preisprüfungsstellenverordnung, soweit die Anordnungen Brennstoffe der bezeichneten Art zum Gegenstande haben, nicht mehr erteilt werden. Maßnahmen der Gemeinden auf Grund des § 12 a. a. O. dürfen die — für diese Fälle dorthin [d. h. Reg.-Pr., für Berlin Ober-Pr.] übertragene — Zustimmung nur erhalten, wenn sie mit den allgemeinen Grundsätzen und besonderen Maßnahmen des Reichskommissars nicht in Widerspruch treten.

3. Preuß. Verfügung, betr. Trinkzwang in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften. Vom 7. Februar 1917 (HMBl. 66).

Nach Mitteilungen, welche dem Herrn Präsidenten des Kriegsernährungsamts zugegangen sind, wird in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften vielfach die Abgabe von Speisen davon abhängig gemacht, daß der Gast Getränke, namentlich Bier oder Wein genießt, oder es wird ein Aufschlag erhoben, wenn diese Bedingung nicht erfüllt wird (Weinzwang, Bierzwang). Dieses im Ausland meist unbekannte Verfahren wird vielfach mit Recht als gemeinschädlich und insbesondere auch als mit den Forderungen der Kriegszeit nicht in Einklang stehend empfunden. Es führt zu einer Vergeudung von Bier und Wein sowie zu einer Verteuerung der Speisen für den Verbraucher, der bei der vielfach sehr beträchtlichen Erhöhung der Bier- und Weinpreise gezwungen wird, für Genußmittel, auf die er häufig gern verzichten würde, Geld aufzuwenden, das er sonst für Beschaffung von Speisen und sonstigen Nahrungsmitteln verwenden könnte.

Es ist vorläufig nicht beabsichtigt, gegen den sogenannten Trinkzwang von hier aus im Verordnungsweg einzugreifen. Es erscheint aber erwünscht, daß da, wo sich schädliche Mißbräuche auf diesem Gebiete zeigen, von den örtlichen Verwaltungsstellen eingeschritten wird. Die Vorschriften in § 12 Nr. 1 und § 15 Abs. 1, 3 der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 in der Fassung vom 4. November 1915 (RGBl. 728), bzw. der Ergänzungsbekanntmachung vom 6. Juli 1916 (RGBl. 673) und der zu letzterer ergangenen Ausführungsanweisung vom 19. Juli 1916 (HMBl. 233) geben dazu die geeignete Handhabe. Auf Grund dieser Vorschriften würde beispielsweise verboten werden können, die Abgabe von Speisen in Gast-, Schank- und Speisewirtschaften davon abhängig zu machen, daß der Gast Getränke entnimmt, oder den Preis von Speisen für den Fall zu erhöhen, daß der Gast Getränke nicht genießt.

(Bek. Nr. 8 in Bd. 3, 198.)

9. VO. des Reichskanzlers über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels. Vom 24. Juni 1916 (RGBl. 581) mit den Änderungen vom 29. Juli 1916 (RGBl. 861, i. Kr. seit dem 29. 7. 16) und 16. Juli 1917 (RGBl. 626, i. Kr. seit dem 23. 7. 17).

[RK. VolksernVO. 22. 5. 16] § 1. Der Handel mit Lebens- und Futtermitteln ist vom 1. August 1916 ab nur solchen Personen gestattet, denen eine Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden ist. Dies gilt auch für Personen, die bereits vor diesem Zeitpunkt Handel mit Lebens- oder Futtermitteln getrieben haben.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf

1. den Verkauf selbstgewonnener Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Geflügel- und Bienenzucht, der Jagd und Fischerei;
2. Kleinhandelsbetriebe, in denen Lebens- oder Futtermittel nur unmittelbar an Verbraucher abgesetzt werden;
3. Personen, die nach anderen während des Krieges erlassenen Vorschriften bereits eine Erlaubnis zum Handel mit Lebens- oder Futtermitteln erhalten haben, in den Grenzen der erteilten Erlaubnis;
4. Behörden und andere Stellen, denen amtlich die Beschaffung und Verteilung von Lebens- und Futtermitteln übertragen ist, auf letztere in den Grenzen der Übertragung.

§ 2. Als Lebens- und Futtermittel im Sinne dieser Verordnung gelten auch Erzeugnisse, aus denen Lebens- oder Futtermittel hergestellt werden.

§ 3. Die Erlaubnis wird auf Antrag erteilt. Sie kann zeitlich, örtlich und sachlich begrenzt werden. Wird sie örtlich unbegrenzt erteilt, so wirkt sie für das Reichsgebiet. Vorschriften, nach denen die Ausübung des Handels mit bestimmten Lebens- oder Futtermitteln in einzelnen Teilen des Reichs anderweitigen Beschränkungen unterliegt, bleiben unberührt.

Sie kann versagt werden, wenn Bedenken volkswirtschaftlicher Art oder persönliche oder sonstige Gründe der Erteilung entgegenstehen, oder wenn der Antragsteller vor dem 1. August 1914 mit Lebens- oder Futtermitteln nicht gehandelt hat.

§ 4. Die Erlaubnis kann von der Stelle, die zu ihrer Erteilung zuständig ist, zurückgenommen werden, wenn sich nachträglich Umstände ergeben, die die Versagung der Erlaubnis rechtfertigen würden.

In den Fällen des § 1 Abs. 2 Nr. 2 und 3 kann der Handel in solchen Fällen untersagt werden.

§ 5. Gegen die Versagung und die Zurücknahme der Erlaubnis sowie gegen die Untersagung des Handels ist nur Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 6. Zur Erteilung und Entziehung der Erlaubnis sowie zur Untersagung des Handels sind durch die Landeszentralbehörden besondere Stellen zu errichten, denen Vertreter des Handels angehören müssen. Den Vorsitz hat ein Beamter zu führen. Vor der Bestellung der Vertreter des Handels sollen die amtlichen Handelsvertretungen gehört werden.

Die Landeszentralbehörden bestimmen, welche Behörden zur Entscheidung über die Beschwerde zuständig sind.

Ist der Vorsitzende der zunächst entscheidenden Stelle mit der Entscheidung nicht einverstanden, so kann er die Entscheidung der Beschwerdebehörde herbeiführen. Die zur Entscheidung berufenen Stellen und Behörden können die Vorlegung der Handelsbücher sowie anderer Beweismittel über die geschäftliche Tätigkeit des Antragstellers verlangen.

Die Landeszentralbehörden bestimmen das Nähere über die Zusammensetzung der Stellen und das Verfahren.

§ 7. Örtlich zuständig zur Entscheidung ist die Stelle, in deren Bezirk die Hauptniederlassung des Handelsbetriebs, der gegründet werden soll, liegt. Fehlt es an einer inländischen Hauptniederlassung, so bestimmt die Landeszentralbehörde des Bundesstaats, in dem der Handel betrieben wird, oder betrieben werden soll, die zuständige Stelle.

§ 8. [Abs. 1 Fassg. 29. 7. 16.] Wird die Erlaubnis versagt oder zurückgenommen, oder wird der Handel untersagt, so hat der Kommunalverband, in dessen Bezirk sich die Hauptniederlassung und in Ermangelung einer inländischen Hauptniederlassung eine Zweigniederlassung befindet, die Vorräte an Lebens- und Futtermitteln zu übernehmen und auf Rechnung und Kosten des Händlers zu verwerten. Ist Beschwerde (§ 5) eingelegt, so ist mit der Übernahme nach Möglichkeit bis zur Entscheidung über die Beschwerde zu warten.

Über Streitigkeiten, die sich aus der Übernahme und Verwertung zwischen den Beteiligten ergeben, entscheidet endgültig die von den Landeszentralbehörden bestimmte Behörde.

Die Landeszentralbehörden können die dem Kommunalverbande nach Abs. 1 obliegende Verpflichtung auf eine andere Stelle übertragen.

§ 8a. [Zus. 16. 7. 17.] Personen, denen nach § 1 die Erlaubnis zum Handel erteilt ist, haben auf schriftlichen oder gedruckten Mitteilungen, die sie im geschäftlichen Verkehr versenden, den Tag der Erteilung der Erlaubnis sowie die Stelle zu vermerken, die die Erlaubnis erteilt hat. Wer dieser Vorschrift zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

§ 9. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer ohne die erforderliche Erlaubnis oder entgegen einer nach § 4 Abs. 2 erfolgten Untersagung mit Lebens- oder Futtermitteln Handel treibt. [Zus. 16. 7. 17.] Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 10. Auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen finden die Vorschriften in den §§ 1 bis 9 keine Anwendung.

Der Wandergewerbeschein, die Legitimationskarte und dergleichen (Titel II und III der Reichsgewerbeordnung) sind aber zu entziehen oder zu versagen, wenn bei demjenigen, für den sie beantragt oder erteilt sind, Umstände vorliegen, welche die Versagung der Erlaubnis nach § 3 Abs. 2 rechtfertigen würden.

§ 11. Wer den Preis für Lebens- oder Futtermittel durch unlautere Machenschaften, insbesondere Kettenhandel, steigert, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. [Zus. 16. 7. 17.] Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 12. Es ist verboten, in periodischen Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind,

1. [Fassg. 16. 7. 17] ohne vorherige Genehmigung der Polizeibehörde des Ortes der gewerblichen Niederlassung oder, in Ermangelung einer solchen, des Wohnorts des Anzeigenden sich zum Erwerbe von Lebens- oder Futtermitteln zu erbieten oder zur Abgabe von Preisangeboten auf sie aufzufordern oder Anleitungen (Rezepte) zur Herstellung von Ersatzmitteln für Lebens- oder Futtermittel anzubieten.
2. bei Ankündigungen über Erwerb oder Veräußerung von Lebens- oder Futtermitteln oder über die Vermittlung solcher Geschäfte Angaben zu machen, die geeignet sind, einen Irrtum über die geschäftlichen Verhältnisse des Anzeigenden oder die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Vorräte und über den Anlaß oder Zweck des Ankaufs, Verkaufs oder der Vermittlung zu erwecken.

Das Verbot im Abs. 1 Nr. 1 findet keine Anwendung auf Behörden. Die Landeszentralbehörden können die Erteilung der Genehmigung einer anderen Behörde als der Ortspolizeibehörde übertragen.

Die Verleger periodisch erscheinender Druckschriften sind verpflichtet, die Unterlagen für die erscheinenden Anzeigen über Lebens- oder Futtermittel auf die Dauer von mindestens drei Monaten vom Tage des Erscheinens ab aufzubewahren. Eine Prüfungspflicht dahin, ob die Anzeigen dem Verbot im Abs. 1 zuwiderlaufen, liegt den Verlegern sowie den bei der Herstellung und Verbreitung der Druckschriften tätigen Personen nicht ob.

§ 13. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften im § 12 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 zuwiderhandelt.

Werden in den Fällen des § 12 Abs. 1 Nr. 2 die Angaben in einem geschäftlichen Betriebe von einem Angestellten oder Beauftragten gemacht, so ist der Inhaber oder Leiter des Betriebs neben dem Angestellten oder Beauftragten strafbar, wenn die Handlung mit seinem Wissen geschah.

§ 13a. Personen, die den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zur Fortführung ihres Handels mit Lebens- und Futtermitteln vor dem 1. August 1916 gestellt haben, auf ihren Antrag aber noch nicht beschieden sind, dürfen bis zur Entscheidung über ihren Antrag spätestens jedoch bis zum 1. September 1916 den Handel ohne die im § 1 vorgeschriebene Erlaubnis weiter betreiben.

§ 14. Die Verordnung tritt mit dem 28. Juni 1916 in Kraft.

Begründung in Bd. 3, 210.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 3, 213.

Alsberg, Kriegswucherstrafrecht, 3. Aufl. — Älteste der Kaufmannschaft von Berlin, Kriegswucher und Kettenhandel. — Hirsch und Falck, Der Kettenhandel als Kriegserscheinung, 2. Aufl. — Lehmann, Wucher und Wucherbekämpfung. — Obst, Kettenhandel, ZfHandelswissenschaft 17 237.

1. RG. I, MittfPreisprüfst. 17 149. Zur Annahme eines Kettenhandels im Sinne des § 11 der Bundesratsbekanntmachung vom 24. Juni 1916 genügt es, daß der Täter sich als überflüssiges Glied in die zum kriegswirtschaftlichen Warenverkehr erforderliche ordnungsmäßige Reihe der Händler einschiebt. Ob das unter bewußter Mitwirkung des Vormanns oder Nachmanns oder beider geschieht oder nicht, ist gleichgültig. In dieser Richtung waren daher Feststellungen nicht unbedingt geboten.

2. RG. IV, GesuR. 18 326. Kettenhandel im Sinne der Kriegsnotverordnungen ist jedes Einschieben eines Zwischengliedes in den Verteilungsprozeß einer Ware (auch in der Form des Vermittlungsgeschäfts), das für die allgemeinen Bedürfnisse der Kriegswirtschaft unnütz ist und lediglich aus eigensüchtigen Interessen erfolgt. Auch der Zwischenhandel ist seinem Wesen nach ein Einschieben in den Verteilungsprozeß zwischen Erzeuger und Verbraucher. Er erfüllt aber eine berechtigte wirtschaftliche Aufgabe, selbst wenn er sich in mehreren Gliedern dazwischenschiebt, sofern dabei jedes Zwischenglied in dieser Verteilung eine eigene wirtschaftliche Aufgabe erfüllt. Die Ware wird z. B. in zweckentsprechender Weise dem Verbraucher zugeführt, wenn sie vom Erzeuger zum Großhändler als Einführer (Importeur aus dem Auslande), von diesem zum Halbgroßhändler, Platzgroßhändler, Kleinhändler, geht. Wirtschaftlich schädlich wird der Zwischenhandel dann, wenn er die Verteilung der Ware an den Verbraucher nicht fördert und erleichtert, sondern lediglich um seiner selbst willen und allein, um aus dem Handel Gewinn zu ziehen, vorgenommen wird. Hier wird die Verteilung an den Verbraucher erschwert und verzögert, ohne daß ein wirtschaftlicher Vorteil als Gegenleistung geboten wird. Dies ist häufig dann der Fall, wenn von Händlern an solche Händler geliefert wird, die eine wirtschaftlich gleichartige Funktion erfüllen, einander also gleichstehen, dieselbe wirt-

schaftliche Aufgabe bei der Verteilung aber auch von einem allein erfüllt werden kann, nicht mehrere an ihr teilzunehmen brauchen, so z. B. wenn der Großhändler an den Großhändler, der Kleinhändler an den Kleinhändler liefert. Für die Entscheidung, ob dies der Fall ist, ob hiernach der Zwischenhandel als wirtschaftlich unnützer Kettenhandel auftritt oder nicht, sind jeweils die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen er stattfindet, maßgebend.

3. RG. IV, MittfPreisprüfst. 17 132. Wenn die Bundesratsverordnung vom 24. Juli 1916 zur Bekämpfung des Kettenhandels (RGBl. 581) in § 11 diejenige Preissteigerung für Lebens- und Futtermittel unter Strafe stellt, die durch unlautere Machenschaften, insbesondere Kettenhandel, hervorgerufen wird, so erklärt sie damit, daß Kettenhandel eine unlautere Machenschaft sei. Der Begriff der Unlauterkeit muß sonach auch dem Begriff des Kettenhandels im Sinne dieser Verordnung innewohnen. Damit wird er von Zwischenhandel, dem dieses Merkmal nicht anzuhaften braucht, geschieden. Handel ist nicht nur Eigenwirtschaft, sondern ein Glied der Volkswirtschaft, und als solches bestimmt, gemeinwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Dieser sein Beruf tritt gerade im Kriege besonders in die Erscheinung, und ein Handel, der diese Aufgabe nicht erfüllt oder ihr entgegenwirkt, wird — im gegenständlichen Sinne — unlauter. Demnach ist Kettenhandel derjenige Zwischenhandel, der sich als eine unwirtschaftliche Vermehrung der Glieder einer Kette erweist, in der die Ware vom Erzeuger dem Verbraucher zugeführt wird, und bei dem die Einschiebung dieses überflüssigen Gliedes erfolgt lediglich in eigensüchtigem Interesse des Gliedes selbst, nicht zum Nutzen des ganzen gemeinschaftlichen Verteilungsprozesses. Der Zwischenhandel soll dem Vorteile des ganzen gesunden und rechtschaffenen Handels, der eine volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllt, dienen. Es ist deshalb ebensosehr auf dessen Bedürfnisse wie auf das Anpassen an die Bedürfnisse der Verbraucher bei der Zuführung der Ware an sie zu sehen. So kann z. B. das Kreditbedürfnis, die Notwendigkeit der Ansammlung verschiedener Arten von Waren und Ermöglichung der Auswahl, Beförderungsverhältnisse, Notwendigkeit der Überwachung der Verteilung und vieles andere das Vorhandensein eines Zwischenhandels rechtfertigen und ihn eine für den Verteilungsprozeß wichtige Aufgabe erfüllen lassen. Erfüllt die Einschiebung des Zwischenhandels aber diese volkswirtschaftlich bedeutungsvolle Aufgabe des Handels nicht, sondern dient sie nur der Eigenwirtschaft, so verlängert sie nur und verbessert nicht die Kette, an der die Händler die Ware dem Verbraucher zuführen, es findet lediglich eine sogenanntes „Verschieben" der Ware statt, das zum unlauteren Kettenhandel wird, wenn es zugleich für den ganzen Verteilungsprozeß nachteilig wirkt. Ob in diesem Sinne eine volkswirtschaftlich schädliche, lediglich eigensüchtige Einschiebung vorliegt oder nicht, ist stets nach den besonderen Verhältnissen des jeweiligen Wirtschaftslebens und seiner Bedürfnisse zu entscheiden und kann deshalb für die Friedenswirtschaft gegebenenfalls ganz anders beurteilt werden, als für die Kriegswirtschaft.

4. MittfPreisprüfst. 17 147 (Frankfurt). Schon das Angebot einer Ware kann den Tatbestand des § 11 der Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und zur Bekämpfung des Kettenhandels vom 24. Juni 1916 (RGBl. 581) erfüllen; es ist nicht nötig, daß ein Vertrag zustande kommt.

5. Heslenfeld, DStrafrZtg. 17 27. Sind nach der Beschaffenheit und den Absatzverhältnissen einer Ware im Frieden ein oder mehrere Zwischenhändler notwendig oder auch nur üblich, so ist auch im Kriege Kettenhandel nicht gegeben, wenn sich nicht weitere Zwischenhändler in unwirtschaftlicher Weise einschieben. Andererseits kann Kettenhandel schon dann vorliegen, wenn nur ein einziger Zwischenhändler auftritt, die Ware aber im Frieden unmittelbar vom Erzeuger an den Verbraucher zu gelangen pflegte. Das Kriegsernährungsamt hat sich dahin ausgesprochen, der leitende Zweck der KVO. sei der, jene Verkehrserscheinungen zu treffen, die die Ware verteuern und meistens auch dem Verbrauch unnötig vorenthalten, indem sie dieselbe von Hand zu Hand wandern lassen. Diese Erscheinungen seien mannigfacher Art; hätte man objektive Kriterien festgelegt, so wäre

zu befürchten gewesen, daß Umgehungsformen gefunden würden, die den Zweck der VO. verletzen, ohne unter die Begriffsbestimmung der VO. zu fallen.

6. Lehmann a. a. O. 50. Kettenhandel im Sinne der VO. ist das Einschieben eines Zwischengliedes in den Umlauf der Ware, das deren Weg zum Verbraucher in einer kriegswirtschaftlich nicht gerechtfertigten Weise verlängert oder erschwert und dadurch die Ware verteuert; ebenso Hirsch-Falck a. a. O. 91.

7. Wassermann, RuWirtsch. 17 122. Kettenhandel ist nicht stets, sondern nur dann verpönt, wenn er sich als „unlautere Machenschaft" darstellt.

8. Lehmann a. a. O. 49. Kettenhandel ist im Sinne der PreissteigerungsVO. stets eine „unlautere Machenschaft" (übereinstimmend mit Hirsch-Falck a. a. O. 91).

9. Alsberg a. a. O. 90. Der Kettenhandel ist zu definieren als: das preissteigernde, auf einer unlauteren Ausnutzung der Kriegswirtschaftsverhältnisse beruhende sukzessive Eingreifen einer Mehrzahl von — als Funktionären des Handelsverkehrs meist gleichstehenden — Personen in den Umlauf der Ware.

10. Alsberg a. a. O. 89. Das spezifisch börsenmäßige Verhandeln von Lebensmitteln — mag es den Tatbestand des Differenzgeschäfts erfüllen oder nicht — muß in jedem Fall, weil es lediglich preistreibend in den Umlauf der Ware eingreift, als ein unzulässiger Kettenhandel angesprochen werden. Man könnte sogar als eine, wenn auch nicht ausnahmslose Regel den Grundsatz aufstellen, daß der Handel unter gleichstehenden Funktionären des Warenverkehrs den typischen Kettenhandel ausmacht. Der Großhändler soll nicht vom Großhändler kaufen und so die Ware mit dem Effekt ihrer Verteuerung im Großhandel weiter bewegen, ehe sie die nächstfolgende Etappe des Absatzweges erreicht. Der Kleinhändler soll sie nicht vom Kleinhändler kaufen, um sie so erst nach entsprechender Verteuerung in den Bereich der Konsumenten gelangen zu lassen.

11. Alsberg a. a. O. 87. Als unlautere Machenschaft wird der Kettenhandel unter Strafe gestellt. Das bedeutet: nur wo dem Handelsumlauf der Ware durch mehrere Personen (Kette) das Merkmal der unlauteren Machenschaft eignet, wird er von der KettenhandelVO. verpönt.

Als eine unlautere Machenschaft stellt sich das sukzessive Eingreifen mehrerer Händler in den Umlauf der Ware dar, wenn es der Anschauung ehrbarer Kaufleute über das, was Aufgabe des Handelsverkehrs ist, widerspricht. Diese Anschauung muß orientiert sein im Hinblick auf die Verhältnisse der Kriegswirtschaft. Das will sagen: den sozialen Anforderungen der Kriegswirtschaftszeit ist Rechnung zu tragen; die anormalen Verhältnisse der Zeit müssen als solche gewertet werden.

12. Alsberg a. a. O. 86. Lebensmittel sind hier im weitesten Sinne gemeint. Alles, was dem menschlichen Körper einverleibt wird, mag es auch mehr zum Genuß als zur Ernährung bestimmt sein, ist hierher zu zählen. Voraussetzung ist allerdings, daß es den Verdauungsorganen zugeführt werden soll. Deshalb kommt der Tabak nicht als ein taugliches Objekt des Kettenhandels in Frage. Nicht aber sind auch diejenigen Genußmittel auszuscheiden, deren absoluter Nicht-Nährwert als feststehend gilt, wie Spirituosen. Nahrungsmittel im Sinne der KettenhandelVO. ist nicht erst das genußfertige Produkt. Auch die Urstoffe, die zu seiner Fabrikation bestimmt sind, zählen hierher (s. § 2 KettenhandelVO). Ebenso auch die Zusatzmittel der menschlichen Nahrung, wie Öle und Gewürze. Lebensmittel sind nicht alle Mittel, die zur Lebenshaltung dienen. Lebensmittel sind nur solche Gegenstände, die in den Körper gelangen; Seife und Bekleidungsgegenstände zählen also nicht hierher.

13. Alsberg a. a. O. 91. Täter des Kettenhandels kann der Verkäufer in gleicher Weise wie der Aufkäufer sein. Wer die Ware an Personen verhandelt, die sich in der soeben näher charakterisierten Weise zwecklos und unlauter in den Verteilungsprozeß einschieben, wirkt mit zur Schaffung einer Händlerkette und wird damit Teilnehmer des Kettenhandels. Vorausgesetzt, daß er — darin erfüllt sich die subjektive Seite der Tat — die von dem Aufkäufer beabsichtigte gemeinschaftswidrige Funktion erkannte oder hätte erkennen müssen. Teilnehmer des Kettenhandels wird aber nicht schon derjenige, der

von einem Kettenhändler die Ware kauft, um sie in reeller Weise dem Verbraucher zuzuführen. Sein Tun ist nicht illoyal im Sinne ehrbarer kaufmännischer Anschauungen. Die Ponalisierung solcher Handlungsweise würde die Ware nur weiter dem Kettenhandel verfangen sein lassen, was sicherlich nicht im Sinne des Gesetzes liegt.

14. Alsberg a. a. O. 91. Die unlautere preissteigernde Ausnutzung der Kriegswirtschaftsverhältnisse, die nicht zur Ausbildung einer Händlerkette führt, bleibt als der Grunddelikt des § 11 KettenhandelVO. übrig. Es kann sich in den verschiedensten Erscheinungsformen verwirklichen. So in der Zahlung von ungerechtfertigten Provisionen, die vielleicht gar nicht ernst gemeint sind und für die an den sie Gewährenden andere Vorteile zurückfließen. Oder in Beteiligungen, die nicht eine Dienst- oder Kapitalleistung entgelten wollen, vielmehr andere Abmachungen verdecken sollen. Vor allem können hierher gehören Eingriffe jeder Art in den normalen Absatz der Ware. Hierher kann auch, soweit er nicht schon als Kettenhandel anzusehen ist, der Wiederaufkauf der Ware vom Detailhändler zählen. Das ist dann der Fall, wenn ein allgemein wirtschaftlich rechtfertigender Grund nicht vorhanden ist, also die Ware auch von diesem Detailhändler den Weg in das Publikum nehmen würde, und die Bedingungen für eine bessere Ausnutzung der Ware für die Allgemeinheit durch den Aufkauf nicht gegeben sind. Werden indes Gegenstände, deren Wert als Nahrungsmittel gering ist, als Bestandteil anderer wertvollerer Nahrungsmittel entbehrt, so braucht ihr Aufkauf aus dem Detailhandel zum Zweck der Weiterverarbeitung durchaus nicht als eine unlautere Machenschaft angesprochen zu werden. Ebenso kann man es nicht als unlautere Machenschaft bezeichnen, wenn das Restlager eines zur Aufgabe seines Geschäfts entschlossenen Detaillisten aufgekauft wird, oder wenn der Aufkauf erfolgt, weil die Ware in der betreffenden Gegend zufälligerweise noch im Überfluß vorhanden ist, oder dort auch in anderen genügend vorhandenen Lebensmitteln einen guten Ersatz findet. Genug Möglichkeiten, um auch gegenüber den Grundtatbestand der unlauteren preissteigernden Machenschaft, ebenso wie gegenüber dem Spezialtatbestand des Kettenhandels, nicht die schematische Gleichstellung äußerlich gleichliegender Fälle genügen zu lassen, sondern eine Würdigung der konkreten Umstände des Einzelfalls in objektiver und subjektiver Richtung zu fordern. Zu beachten ist dabei insbesondere auch, daß der Tatbestand der unlauteren Machenschaft im Sinne des § 11 KettenhandelVO. überall da entfällt, wo eine Preissteigerung des betreffenden Gegenstandes tatsächlich nicht eintritt. Wie die Absicht der Preissteigerung im Gegensatz zum Tatbestand des § 5 Ziff. 3 PreisSteigVO. nicht erforderlich ist, so ist sie auch nicht genügend. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Preissteigerung nicht an dem speziell gehandelten Gegenstand in die Erscheinung zu treten braucht, weshalb es z. B. auch genügt, wenn sich bei einem wirtschaftlich angreifbaren Aufkauf eines Nahrungsmittels zum Zweck der Weiterverarbeitung der Preis für das Endfabrikat ungewöhnlich hoch stellt.

15. VerlHandelsklMitt. 17 245 (KG.). Die Vorschrift: „Das Verbot in Abs. 1 Nr. 1 findet keine Anwendung auf Behörden" kann nach dem Zusammenhang nur dahin verstanden werden, daß Behörden Anzeigen mit dem in Abs. 1 Nr. 1 bezeichneten Inhalt ohne eine Einschränkung erlassen dürfen. Etwas ganz anderes liegt aber darin, daß die vom Beklagten gesuchten Waren angeblich zur Lieferung an Behörden dienen sollten.

16. Moses, DJZ. 17 328. Unsittlich ist der Kettenhandel zweifellos, wenn der Fall des § 11 der VO. vom 24. Juni 1916 gegeben ist, d. h. wenn er eine strafbare Steigerung des Preises für Lebens- oder Futtermittel mit sich bringt. Unsittlich ist der Kettenhandel auch dann, wenn er zwar nicht Lebens- oder Futtermittel betrifft, aber doch den Preis von Gegenständen steigert, an denen ein öffentliches Interesse besteht. Diese Voraussetzung ist während der Dauer des Krieges bei allen Waren gegeben, die überhaupt zum Gegenstand der Kriegswirtschaftsgesetzgebung gemacht worden sind; bei den Gegenständen des täglichen Bedarfs, auch soweit sie nicht Lebens- oder Futtermittel sind (z. B. Streichhölzer) und des Kriegsbedarfs (z. B. Munition). Darüber hinaus aber, d. h. soweit sich der Kettenhandel auf Waren erstreckt, die nicht zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs oder des Kriegsbedarfs gehören, ist er nicht unsittlich. Wenn es im Frieden

z. B. als durchaus unbedenklich gegolten hat, daß ein Kunsthändler ein Gemälde von einem Händler kauft und an einen Händler zum höheren Preise weiter verkauft, so ist nicht einzusehen, warum dieser Fall anders beurteilt werden soll, wenn er sich während des Krieges ereignet. Denn weder im Frieden noch im Kriege besteht ein öffentliches Interesse daran, daß der Preis, den der Kunstliebhaber schließlich für das Gemälde zahlt, etwa eine bestimmte Höhe nicht überschreite.

17. Hirsch-Falck a. a. O. 96. Nicht nur der Abschluß von Kettenhandelsgeschäften, sondern auch die Lieferung auf Grund solcher ist strafbar und zwar selbst dann, wenn die Lieferung auf Grund eines schon vor Erlaß der VO. geschlossenen Vertrages erfolgt.

18. Hirsch-Falck a. a. O. 95, 96. Kettenhandelsgeschäfte sind nach § 138 BGB. nichtig.

§ 12.

1. DJZ. 17 687 (KG.). Das Verbot, zur Abgabe von Preisangeboten auf Lebens- oder Futtermittel aufzufordern, richtet sich nur gegen solche Aufforderungen, die äußerlich erkennen lassen, daß der Anzeigende Preisangebote verlange. Die Revision der Staatsanwaltschaft meint, daß der Anzeigende bei einem Kaufangebot in der Anzeige den geforderten Preis selbst benennen müsse. Tue er das nicht, so sei der Schluß ohne weiteres gerechtfertigt, daß er mit seinem Angebot, wenn auch vielleicht nicht ausschließlich, jedenfalls aber nebenbei bezweckt habe, Abnehmer zur Abgabe von Preisangeboten zu veranlassen. Dem kann nicht beigetreten werden.

2. LeipzZ. 17 821 (Stettin). Der Angeklagte hat in der Zeitung ohne Genehmigung der örtlichen Polizeibehörde folgende Anzeige veröffentlichen lassen: „Wrucken kauft zum festgesetzten Höchstpreise die Molkereigenossenschaft." Damit verstieß er gegen § 12 der BRVO. vom 24. Juni 1916. Allerdings mag er nicht die Absicht gehabt haben, einen „Handel" mit den Wrucken im Sinne von § 1 Abs. 1 Nr. 1 HGB. („Anschaffung und Weiterveräußerung") zu treiben; geschweige denn einen Kettenhandel einzuleiten, der durch ein im übrigen wirtschaftlich zweckloses Weiterschieben der Ware von Käufer zu Käufer schließlich den verbrauchenden Käufer vor einen ungerechtfertigt in die Höhe getriebenen Preis stellt, wie das die VO. in § 1 im Auge hat. Allein der § 12 wendet zur Hintanhaltung dieses unerlaubten Handels die weitergehende Anordnung an, daß Ankaufsanerbieten auf Lebens- und Futtermittel überhaupt nur dann öffentlich bekannt gemacht werden dürfen, wenn vorgängig die Polizeibehörde deren Unbedenklichkeit geprüft und genehmigend anerkannt hat. Es erstreckt sich also der Wortlaut des § 12 mit Recht auf alle derartigen Anzeigen, auch wenn sich aus ihnen selbst ohne Mühe — nach ihrem Inhalte (z. B. wie hier, „zum festgesetzten Höchstpreise") oder nach der Person ihres Urhebers — erkennen ließe, daß sie nicht den Handel mit Lebens- und Futtermitteln oder gar dem Kettenhandel dienen sollen, wie hier, wo es dem Angeklagten zu glauben sein mag, daß er nur Futter für die Schweinemästung der Molkerei zu kaufen suchte.

3. Recht 17 179 Nr. 346 (Hamburg III). Die bloße Tatsache, daß der Beklagte eine für den Heeresbedarf bestimmte Ware nicht selbst der Militärbehörde angeboten, sondern an eine andere Firma verkauft hat, ohne sich darum zu kümmern, ob diese die Ware direkt an die Militärbehörde liefern werde oder nicht, macht das Geschäft noch nicht zu einem unsittlichen oder verbotenen „Kettenhandel". Dieser erfordert vielmehr die Absicht oder wenigstens das Bewußtsein, durch unlautere Machenschaften den Preis zu steigern.

4. Wassermann, RuW. 17 123. Täter des Kettenhandels im strafbaren Sinn kann sowohl der Verkäufer als der Käufer sein. Strafbar macht sich aber nicht schon etwa derjenige, der die Ware vom Kettenhändler kauft, um sie nun etwa seinerseits in loyaler Weise dem Verkehr zuzuführen. Der Gesetzgeber kann nicht wollen, daß die Ware noch weiter dem Verbraucher vorenthalten bleibt, der vielfach nach ihr lechzt, oder weiter im Kettenhandel umhergetrieben wird.

10. VO. des Reichskanzlers über den Handel mit Sämereien. Vom 15. November 1916. (RGBl. 1277.)

Wortlaut in Bd. 3, 217.

PrBfg. v. 12. März 1917 (HMBl. 96).

Berichtigung.

Ziffer 9 der Ausführungsbestimmungen vom 12. Dezember 1916 (HMBl. 483)[1] ist zu streichen.

11. Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren. Vom 18. Mai 1916. (RGBl. 380.)

Wortlaut in Bd. 3, 218.

MittfPreisprüfst. 17 159 (KG.). Der Revision ist zuzugeben, daß die Bekanntmachung des Reichskanzlers nicht jeden Zwischenhändler, der unter eigenem Namen oder unter seiner Firma Handel treibt, im Auge hat, sondern nur solche Handelshäuser, welche sich in fremden Fabriken die von ihnen vertriebenen Waren in einer besonderen Packung herstellen lassen und die Waren dann in dieser mit ihrem Namen oder ihrer Firma versehenen Verpackung in Verkehr bringen. Die Worte des Gesetzes „in der Verpackung unter seinem Namen oder seiner Firma" sind miteinander zu verbinden und der Ton ist auf die Worte „seinem" und „seiner" zu legen. Die Bekanntmachung mußte naturgemäß dem Umstande Rechnung tragen, daß gewohnheitsgemäß gerade die in Behältnissen oder Packungen auf den Markt gebrachten Lebensmittel in zahlreichen Fällen nicht unter dem Namen der herstellenden Fabrik, sondern unter demjenigen der sie in den Verkehr bringenden Handelsfirma, sei es eines Warenhauses oder eines bedeutenden Spezialgeschäfts, verkauft werden.

Zu diesen Verpflichteten gehört der Angeklagte, welcher ein kleiner Zwischenhändler ist und nach den Urteilsfeststellungen die von ihm bezogenen Waren unverändert und vor allem, ohne sie mit seinem Namen oder seiner Firma auf der Verpackung zu versehen, weitervertreibt, offensichtlich nicht.

Hierzu:

Bek., betr. Aufhebung der Bek. über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 11. Oktober 1916 (RGBl. 1156). Vom 21. Juni 1917. (RGBl. 552.)

[Aufh. WarenbezBO. 18. 5. 16]. Die Bekanntmachung über die äußere Kennzeichnung von Waren vom 11. Oktober 1916 (RGBl. 1156)[2] tritt mit dem 1. Juli 1917 außer Kraft.

12. Bek. gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln. Vom 26. Juni 1916. (RGBl. 588.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 223.

Erläuterungen des Präsidenten des Kriegsernährungsamts (MittfPreisprüfst. 17 44.).

Nach der VO. gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln vom 26. Juni 1916 (RGBl. 588) wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft, wer Nahrungs-

[1] Bd. 4, 769.
[2] Bd. 3, 221.

oder Genußmittel unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung oder Angabe anbietet, feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt. Diese Verordnung ist dazu bestimmt, eine während des Krieges besonders stark empfundene Lücke in der Nahrungsmittelgesetzgebung auszufüllen und insbesondere der Ausbeutung des Publikums durch minderwertige, aber mit großem Geschick und Erfolg angepriesene sogenannte Ersatzmittel vorzubeugen. Da die Bestimmungen der Verordnung anscheinend noch nicht in allen geeigneten Fällen zur Anwendung gebracht werden, sei auf folgende Gesichtspunkte für die Auslegung hingewiesen:

1. Nach der ähnlich lautenden Vorschrift des § 10 Nr. 2 des Nahrungsmittelgesetzes wird mit Strafe bedroht, wer nachgemachte oder verfälschte Nahrungs- oder Genußmittel unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält. Die Anwendung dieser Bestimmung setzt voraus, daß das betreffende Erzeugnis im Verhältnis zu einem anderen, als normal oder echt geltenden Erzeugnisse als nachgemacht oder verfälscht erscheint. Eine solche Feststellung erfordert die Verordnung gegen irreführende Bezeichnung nicht. Ihr Anwendungsgebiet erstreckt sich danach insbesondere auf die zahlreichen neuen sogenannten „Ersatzmittel", die nicht immer als Nachahmung oder Verfälschung anderer Nahrungs- oder Genußmittel angesehen werden können.

2. Die Verordnung verbietet, Nahrungs- oder Genußmittel unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung anzubieten, feilzuhalten usw. Es ist danach weder der Nachweis einer Täuschungsabsicht, die allerdings in der Regel überdies vorliegen wird, noch die Feststellung erforderlich, daß überhaupt ein Käufer getäuscht worden ist. Die Frage, ob eine irreführende Bezeichnung oder Angabe vorliegt, kann daher nicht mit der Begründung verneint werden, daß erfahrene oder sorgfältig überlegende Käufer sich angesichts des herrschenden Mangels an Rohstoffen sagen werden, daß die Anpreisung nicht den Tatsachen entsprechen könne. Die Verordnung bezweckt vielmehr in erster Linie den Schutz jener breiten Schichten der Bevölkerung, die solche Erwägungen nicht anstellen, und gerade die tägliche Erfahrung zeigt, wie leicht die große Menge der Käufer dem Einfluß solcher geschickten Reklame unterliegt.

3. Vielfach sind schon die Namen der Erzeugnisse als irreführende Bezeichnung insofern anzusehen, als sie zu Unrecht auf bestimmte Eigenschaften hindeuten. Bezeichnet sich ein Erzeugnis, sei es durch seinen Namen, sei es auch durch irgendwelche Zusätze als Ersatzmittel, so wird zu prüfen sein, ob und inwieweit es jenes andere Produkt hinsichtlich seines Nähr- oder Genußwertes oder seines sonstigen besonderen Verwendungszweckes zu ersetzen geeignet ist. Wenn dabei auch nicht zu fordern ist, daß das Ersatzmittel das entsprechende echte Erzeugnis in jeder Hinsicht vollwertig ersetzen könne, so muß es doch jedenfalls die für den Verwendungszweck wesentlichen Eigenschaften haben.

4. Nicht nur irreführende Bezeichnungen, sondern auch irreführende Angaben anderer Art sind verboten. Die Verordnung ergreift also alle Arten von Angaben, gedruckte und mündliche, insbesondere auch Ankündigungen in den Geschäftsräumen, auf den Aufklebezetteln oder sonstigen den Waren beigefügten Drucksachen, Anzeigen in Zeitungen usw.

5. Fetthaltige Zubereitungen, die Butter oder Schweineschmalz zu ersetzen bestimmt sind, dürfen, abgesehen von Margarine und Kunstspeisefett, nach § 1 der Verordnung über fetthaltige Zubereitungen vom 26. Juni 1916 (RGBl. 589) nicht gewerbsmäßig hergestellt, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden. Werden Zubereitungen *ohne* Verwendung von Fett hergestellt und als Ersatzmittel für Butter Schmalz oder andere Fette in den Verkehr gebracht, so werden sie regelmäßig unter die Verordnung gegen irreführende Bezeichnung von Nahrungs- und Genußmitteln fallen, da die jetzt allein noch zur Verfügung stehenden Rohstoffe im allgemeinen nicht geeignet sind, das Fett hinsichtlich der dabei hauptsächlich in Betracht kommenden Verwendungszwecke zu ersetzen, da Fette bisher künstlich nicht hergestellt werden können.

13. Bek. über Zeitungsanzeigen. Vom 16. Dezember 1915. (RGBl. 827.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 224.

LeipzZ. 17 820 (Hamburg). Die Wortfassung des § 1 „Anzeigen ... dürfen ... nur mit Angabe des Namens ... des Anzeigenden zum Abdruck gebracht werden" gibt nicht ausdrücklich an, wem diese Pflicht auferlegt ist, ob dem Inserenten oder dem Zeitungsverleger oder dem Drucker oder dem verantwortlichen Redakteur oder allen oder mehreren von ihnen. Es ist klar, daß der Anzeigende selbst am besten über den Tatbestand unterrichtet ist, und daß die den Insertionsauftrag Ausführenden auf seine Angaben angewiesen sind und nur in Ausnahmefällen deren Richtigkeit kontrollieren können. Die BO. würde daher ihren Zweck sehr mangelhaft erreichen, wenn sie die Anzeigenden selbst von der Bestrafung ausnähme. Spricht schon diese Erwägung für die Auslegung der Vorinstanzen, so ist diese auch durchaus mit dem Wortlaute des § 1 vereinbar. Anzeigen, deren Inhalt von den Auftraggebern bestimmt wird, werden von den Anzeigenden in erster Linie zum Abdruck gebracht. Die Tätigkeit der Hersteller der Druckschrift tritt bei dem Abdruck viel mehr in den Hintergrund, als bei dem sonstigen Inhalte der Zeitung.

(Abschnitt 14 bis 17 in Bd. 3, 224ff.; 4, 771ff.)

18. Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren. Vom 23. Dezember 1916. (RGBl. 1420.)

Wortlaut in Bd. 3, 938.

Literatur.

Bachmann-Flemming, Der Verkehr mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren (Stand vom Februar 1917).

1. Allgemeines.

1. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 3, 3. Putzmacher und Putzmacherinnen, Kunstgewerblerinnen in Web-, Wirk- oder Strickwaren, Tapezierer, Polsterer und dergleichen Gewerbetreibende sind, weil sie die Waren nach einer Verarbeitung weiter veräußern, nicht Verbraucher, sondern gleich den Schneidern als Kleinhändler anzusehen. Die Lieferungen an sie sind deshalb Großhandelsgeschäfte, die der Vorschrift des § 7, nicht aber der Kleinhandelsvorschrift des § 11 (Bezugsschein) unterliegen.

2. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 3, 3. Die Kleider der Köche. Die im Beruf benötigte Kleidung der Köche ist als Arbeitskleidung im Sinne der Ziffer 5 der Erläuterung IV anzusehen; es gilt deshalb die Leitung von Betrieben, in denen Köche beschäftigt werden, als Verbraucher, der eines Bezugsscheins der ordentlichen Bezugsscheinstelle bedarf. Ihrerseits darf die Betriebsleitung den einzelnen Köchen, gleichviel ob gegen Vergütung oder unentgeltlich die Arbeitskleidung ohne Bezugsschein liefern. Die unbedingte Sauberkeit, die in Küchenbetrieben herrschen muß, und die Forderung einer geeigneten Arbeitskleidung für die in heißen Räumen arbeitenden Angestellten machen eine waschbare, häufig auswechselbare Bekleidung zur beruflichen Notwendigkeit.

3. RBekISt. 17 Nr. 5, 14. Der Handel mit den von der Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft Geschäftsabteilung der Reichsbekleidungsstelle in den Verkehr gebrachten Web-, Wirk- und Strickwaren unterliegt gleichfalls den Beschränkungen der Verordnung.

§ 1.

1. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 8, 9. Alle Gewebe aus reinem Papiergarn oder aus Papiergarn, gemischt oder verwebt mit anderen Spinnstoffen, fallen unter die Verordnung.

2. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 8, 9. Pausleinwand ist Webware und ist bezugsscheinpflichtig.

3. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 8, 9. Schuhwaren sind auch dann bezugsscheinpflichtig, wenn auch nur kleinere Teile aus Leder, Web-, Wirk- oder Strickwaren, Filz, filzartigen Stoffen bestehen. Gummischuhe sind bezugsscheinpflichtig.

4. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 8, 9. Ein bezugsscheinpflichtiger Stoff wird durch die beabsichtigte Verwendung für einen bezugsscheinfreien Gegenstand, z. B. Drell für eine Matratze, Federleinen für ein gefülltes Inlett nicht bezugsscheinfrei, sondern nur der fertig gekaufte Gegenstand ist frei.

§ 2 Ziffer 2, § 12.

1. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Für solche Insassen von Heil- und Pflegeanstalten, Irrenanstalten und dergl., die auf eigene Kosten mit Web-, Wirk- und Strickwaren versehen werden sollen, ist die Ausstellung von Bezugsscheinen nicht bei der für den Bedarf der Krankenanstalten zuständigen Reichsbekleidungsstelle — Abteilung B für Anstaltsversorgung — sondern bei der örtlichen Ausfertigungsstelle von Bezugsscheinen zu beantragen.

2. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Soweit Badeanstalten öffentliche oder private Krankenanstalten sind, ist ihr Bedarf auf dem von der zuständigen Landesregierung vorgeschriebenen Vordrucke und Wege anzumelden.

Soweit Badeanstalten nicht derartige Krankenanstalten sind, dürfen ihnen Bezugsscheine zum Zwecke der Beschaffung von Badewäsche nicht ausgefertigt werden. Sie müssen, soweit ihr Vorrat an Badewäsche nicht ausreicht, die Badegäste veranlassen, die erforderliche Badewäsche mitzubringen.

3. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Die von den Gemeinden eingerichteten Ausfertigungsstellen von Bezugsscheinen sind nicht befugt, zur Deckung des Bedarfs für Gemeindebehörden und Gemeindebetriebe Bezugsscheine auszustellen, es sei denn, daß der in der Erläuterung IV Ziffer 7 behandelte Fall vorliegt. In allen anderen Fällen ist für Gemeindeanstalten und Gemeindebetriebe der Bedarf auf dem von der Landeszentralbehörde vorgeschriebenen Wege anzumelden. Nachdem die Landeszentralbehörde die Anmeldung vorgeprüft hat, fertigt die Reichsbekleidungsstelle — Abteilung B für Anstaltsversorgung — Bezugsscheine aus.

§ 2 Ziffer 3.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Da die Reichsbekleidungsstelle die Aufgabe hat, die Versorgung der Behörden mit Uniformstoffen für die bürgerlichen Beamten zu regeln, so haben sich alle in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Bediensteten bei Bedarf an Dienstkleidungsstücken an ihre vorgesetzte Behörde zu wenden.

Für diese Personen dürfen deshalb Bezugsscheine auf Dienstbekleidungsstücke von der zuständigen Behörde des Wohnortes nach §§ 11 und 12 der Bundesratsverordnung nicht ausgefertigt werden. Die Regelung ist in der Drucksache Nr. 90 der Reichsbekleidungsstelle vom 8. August 1916 enthalten, die den Behörden auf Verlangen kostenlos zugesandt wird.

§ 7.

1. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Das Bleichen, Färben, Bedrucken oder sonstige Veredeln der Stoffe ist kein Verarbeiten der Waren im Sinne der Ausnahmebewilligung IV der Erläuterung IV unter D I. Gewerbetreibenden, die sich lediglich mit solcher Bearbeitung befassen, kann deshalb die Bescheinigung IV nicht erteilt werden.

Verarbeitern, welche die Waren nicht in ihrem Gewerbebetriebe verarbeiten, sondern die Verarbeitung durch selbständige Unternehmen (Zwischenmeister, Arbeitsstuben), bewirken lassen, kann die Bescheinigung IV nicht erteilt werden, es sei denn, daß sie die Waren nach sofortiger Verarbeitung alsbald unmittelbar den Verbrauchern zum Verkauf stellen.

2. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 19, 61. Die Lieferungs- und Herstellungsbeschränkung des § 7 der Verordnung vom 10. Juni/23. Dezember 1916 findet nach Abs. 3 des § 7 auf Schuhwaren keine Anwendung. Der Großhandel mit Schuhwaren — abgesehen von getragenen Schuhwaren — ist durch die Bundesratsverordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 (RGBl. 1077), insbesondere in § 3 daselbst, geregelt. Die Vorschriften der Reichsbekleidungsstelle über die Bescheinigung IV kommen deshalb bei dem Handel mit fertigen Schuhwaren nicht zur Anwendung. Soweit jedoch bei der Herstellung von Schuhwaren Web-, Wirk- oder Strickwaren verarbeitet werden, kann solchen Verarbeitern, die bereits vor dem 1. Mai 1916 Web-, Wirk- und Strickwaren gewerbsmäßig verarbeitet haben, beim Vorliegen auch der sonstigen Voraussetzungen der Ausnahmebewilligung I vom 21. August 1916/8. Januar 1917 (Reichsanzeiger 1916 Nr. 200, 1917 Nr. 7) die Bescheinigung IV erteilt werden.

§§ 9 bis 11.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 19, 61. Verbraucher — Verarbeiter. Um den fortwährenden Verwechslungen der Begriffe „Verbraucher" und „Verarbeiter" zu steuern, wird nochmals darauf hingewiesen, daß nur das durch den Gebrauch erfolgende Abnutzen ein Verbrauchen im Sinne der Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren ist. Wer die Waren verarbeitet, um sein Erzeugnis, in dem Web-, Wirk- oder Strickware enthalten ist, zu verkaufen, ist nicht „Verbraucher" sondern „Verarbeiter". Es bleibt sich hierbei gleich, ob die Ware bei der Verarbeitung ihre selbständige Wesenheit einbüßt, wie z. B. beim Binden von Büchern, Herstellen von elektrischen Batterien, von Klavieren, von Munition, oder ob das Erzeugnis selbst noch als Web-, Wirk- oder Strickware anzusehen ist.

Solchen „Verarbeitern", die ihr Erzeugnis nicht verbrauchen, sondern verkaufen wollen, darf ein Bezugsschein (§ 11 der Verordnung vom 10. Juni/23. Dezember 1916) nicht ausgestellt werden. Bezugsscheine können nur die „Verbraucher" erhalten.

Die gewerbsmäßigen „Verarbeiter" können Waren von ihren Lieferanten, die mit ihnen bereits vor dem 1. Mai 1916 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben, ohne Beschränkung erhalten (§ 7). Soweit solche alte, dauernde Geschäftsverbindung nicht besteht, wird der Bezug von Waren durch die „Bescheinigung IV" der amtlichen Handels- oder Gewerbevertretung ermöglicht.

§ 11.

1. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Den Angehörigen der Jugendorganisationen und für Sportzwecke können Bezugsscheine für uniforme Bekleidung nur ausgestellt werden, wenn ohnedies die Notwendigkeit der Beschaffung eines Anzuges für den täglichen Gebrauch erwiesen ist.

2. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Liefert der Besteller den Stoff und wird vom Hersteller bezugsscheinpflichtiger Stoff zur Herstellung des bestellten Gegenstandes mitverwendet, so darf der fertige Gegenstand nur gegen Bezugsschein über den mitverwendeten bezugsscheinpflichtigen Stoff abgegeben werden. Dasselbe gilt auch für Ausbesserungen und Wiederherstellungen.

3. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Schuhwaren, die zur Ausbesserung und Wiederherstellung gegeben wurden, können ohne Bezugsschein zurückgeliefert werden.

4. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Für Tisch- und Bettwäsche der Gastwirtschaften, Gasthöfe, Pensionen und dergl. sind Bezugsscheine nicht mehr zu erteilen. Sie haben sich mit dem vorhandenen Bestand zu behelfen.

5. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Pensionaten sind Bezugsscheine auf Bett- und Hauswäsche nicht mehr zu erteilen, da sich die Forderung durchführen läßt, daß die Pensionäre außer der Leibwäsche auch die Bett- und Hauswäsche mitzubringen haben.

6. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 14. Die Notwendigkeit zur Beschaffung von Gegenständen, für die augenblicklich kein Bedarf vorliegt, sondern erst künftig voraussichtlich eintreten wird, kann nicht anerkannt werden.

§§ 11 und 12.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Beschwerden über die Geschäftsbehandlung bei den Prüfungs- und Ausfertigungsstellen sind nicht an die Reichsbekleidungsstelle, sondern an die Landeszentralbehörden bzw. die von ihnen mit der Ausführung der gesetzlichen Bestimmungen beauftragten Behörden, also in der Regel an die Kommunalverbände oder diesen unmittelbar vorgesetzten Behörden zu richten.

§ 12.

1. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Die Reichsbekleidungsstelle spricht sich entschieden gegen die Erhebung von Gebühren für die Ausfertigung von Bezugsscheinen aus. Zuständig für die Entscheidung sind die Landeszentralbehörden.

2. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Dienstboten gehören nicht zur Familie; für sie sind besondere Personalkarten zu führen.

3. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Vereine sind hinsichtlich derjenigen Gegenstände, die in gemeinschaftlicher Benutzung der Mitglieder verbleiben sollen, Verbraucher, aber nicht hinsichtlich solcher, die in dauernde persönliche Benutzung bestimmter einzelner Mitglieder übergehen sollen. Bezugsscheine können hinsichtlich der letzteren nur auf den Namen des einzelnen Mitgliedes ausgefertigt werden.

4. RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Die Ausfertigungsstellen haben zu prüfen, ob der Antragsteller einer Familie angehört und schon durch das Familienhaupt auf dessen Namen Waren erhalten hat. Scheidet er aus der Familie aus und wird er wirtschaftlich selbständig, so ist eine Personalkarte anzulegen und sind die früher für ihn bewilligten Gegenstände für ihn dort nachzutragen.

§ 20.

RG. III, LeipzZ. 17 799, Recht 17 264 Nr. 507. Auch der Angestellte, der ohne Bezugsschein verkauft, ist strafbar.

19. Bek., betr. Änderung der VO. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren v. 10. Juni/23. Dezember 1916 (RGBl. 1420).

a) Vom 1. März 1917. (RGBl. 196.)

[BR.] Art. I. Die Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni/23. Dezember 1916 (RGBl. 1420) wird wie folgt geändert:

1. Im § 18 wird folgender Abs. 2 eingefügt:

   Für die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften der §§ 7 bis 9, 10 bis 13 ist auch die Reichsbekleidungsstelle zuständig. Die nach Abs. 1 als zuständig bestimmten Behörden im Sinne der §§ 12, 13 sowie des § 15 sind verpflichtet, der Reichsbekleidungsstelle auf Verlangen Auskunft zu erteilen.

2. Im § 20 Abs. 1 wird eingefügt:

6. wer zwecks Erlangung eines Bezugsscheins gegenüber einer mit der Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung nach § 11 Abs. 3 betrauten Stelle oder einer für die Ausfertigung des Bezugsscheins zuständigen Behörde vorsätzlich unwahre oder unvollständige Angaben macht.

Art. II. Die Verordnung tritt am 3. März 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

b) Vom 11. Oktober 1917. (RGBl. 895.)

[BR.] Art. I. Die Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni/23. Dezember 1916 (RGBl. 1420) wird wie folgt geändert:

Der § 5 erhält folgende Fassung:

Der Beirat besteht aus dem Vorsitzenden des Vorstandes der Reichsbekleidungsstelle als Vorsitzendem, fünf Königlich Preußischen Regierungsvertretern und

je einem Königlich Bayerischen, Königlich Sächsischen, Königlich Württembergischen, Großherzoglich Badischen, Großherzoglich Sächsischen und Elsaß-Lothringischen Regierungsvertreter. Außerdem gehören ihm an der Vorsitzende des nach § 16 zu bildenden Ausschusses, je zwei Vertreter des Deutschen Städtetags und der Verbraucher, je ein Vertreter des Deutschen Handelstags, des Deutschen Landwirtschaftsrats, des Kriegsausschusses für die deutsche Industrie, des Handwerks und acht weitere Vertreter; der Reichskanzler ernennt die Vertreter und ihre Stellvertreter sowie einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Art. II. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [13. 10.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Hierzu:

a) Bek. des Reichskanzlers über Bezugsscheine v. 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218) mit dem Zusatz v. 8. Dezember 1916 (RGBl. 1345).

Wortlaut in Bd. 3, 237.

Bek. der Reichsbekleidungsstelle über Änderung der Freiliste. Vom 13. Oktober 1917.

(Mitt. 17 161.)

[§ 11 BD. 10. 6./23. 12. 16; §§ 1, 2 BefugnisVO. 22. 3. 17.] I. Das Verzeichnis A (Freiliste) und die beiden letzten Absätze des § 2 der Bek. des Reichskanzlers über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218) erhalten folgende Fassung:

Verzeichnis A (Freiliste).

1. Stoffe aus Natur- oder Kunstseide.
2. Halbseidene Stoffe, sofern Kette oder Schuß ausschließlich aus Natur- oder Kunstseide besteht, und halbseidene Sammete.
3. Alle Gegenstände, die abgesehen von Futter und Zutaten ausschließlich aus den unter Nr. 1 und 2 genannten Stoffen hergestellt sind. Für Strümpfe und Handschuhe gelten jedoch die Bestimmungen unter Nr. 4.
4. Strümpfe und Socken aus Natur- oder Kunstseide. Darunter sind auch solche zu verstehen, die zu drei Vierteln oder mehr — der Fläche nach — aus Natur- oder Kunstseide bestehen.
   Füßlinge (Ersatzfüße).
   Baumwollene, halbseidene und seidene Handschuhe, mit Ausnahme aller ganz oder teilweise gefütterten oder doppelt gearbeiteten oder geklebten Stoffhandschuhe.
5. Bänder, Kordeln, Schnüre und Litzen. Schnürsenkel, Hosenträger und Strumpfbänder. Gürtel aus Gummiband.
6. Spitzen und Besatzstickereien.
   Wäschestickereien, gemusterte und bestickte Tülle und Spitzenstoffe, sämtlich nur bis zu einer Breite vom 30 cm. Tapisseriewaren, Posamentierwären für Möbel- und Kleiderbesatz, Taschen mit oder ohne Bügel, Lampenschirme, Lichtblender.
   Als Tapisseriewaren gelten vorgezeichnete, unfertige oder fertige, mit der Hand oder maschinell hergestellte Nadelarbeiten und sonstige Handarbeiten, die als Zimmerschmuck oder als Gebrauchsgegenstände dienen. Alle Bekleidungsstücke, Taschentücher und Bettwäsche gelten nicht als Tapisseriewaren im Sinne des vorstehenden Absatzes.
7. Mützen, Hauben, Hüte und Schleier.
8. Schirme und Schirmhüllen.
9. Teppiche, nicht waschbare Läuferstoffe.
   Polsterwaren.

Steppdecken und Daunendecken, deren Ober- und Unterseite nur aus Seide besteht.
Sofakissen.
Bestickte, bemalte oder bedruckte Fahnen, die mindestens zu einem Drittel der Fläche mit Bildwerk, Buchstaben oder Zahlen versehen sind.

Matratzen und fertig gefüllte Inletts sind bezugsscheinpflichtig.

10. Gobelinstoffe, Gobelins und Brokate, gemustert gewebte Möbelstoffe sowie ungefütterte Gardinen, ungefütterte Decken und andere ungefütterte Gegenstände, die aus vorgenannten Stoffen hergestellt sind. Decken aus Plüsch oder Moquettestoff.

Alle einfarbigen und bedruckten Möbelstoffe sind bezugsscheinpflichtig, sofern sie nicht unter Ziffer 1 und 2 der Freiliste fallen.

11. Tüll-, Mull- und Madras-Gardinen und -Vorhänge, sämtlich, soweit sie mit einem abgepaßten Muster gewebt sind.
Gemusterte Tüll-, Mull- und Madras-Gardinen meterweise, sofern sie ein Muster haben, das sie nur als Gardine kennzeichnet.
Konfektionierte Gardinen, konfektionierte Portieren, konfektionierte Fenster- und Wandbehänge.
Ungefütterte Decken, die zur Hälfte oder mehr — der Fläche nach — aus Tüll, Filet, Stickerei- oder Spitzenstoff bestehen.

Canevas und Kongreßstoffe sind bezugsscheinpflichtig.

14. Baumwollene Stickereistoffe, baumwollene gewebte oder gewirkte Spitzenstoffe und baumwollene glatt oder gemustert gewebte undichte Kleiderstoffe.
15. Baumwollene bedruckte undichte Kleiderstoffe.
15b. Alle Gegenstände, die abgesehen von Futter und Zutaten ausschließlich aus den unter Nr. 14 und 15 genannten Stoffen hergestellt sind.
16. Verbandstoffe und Damenbinden, orthopädische Bandagen, Schweißblätter.
Wegen orthopädischer Korsette siehe Nr. 24.
17. Konfektionierte genähte Weißwaren (ungewaschen), insbesondere Bäffchen, Rüschen, Halskrausen, Jabots.
19. Uniformbesatz, Militäruniformen.
Miltärausrüstungsgegenstände, die ausschließlich nur von Militärpersonen getragen oder benutzt werden, nicht aber solche Gegenstände, die üblicherweise auch von Zivilpersonen getragen oder benutzt werden.

Schuhe, Stiefel, Wickelgamaschen, Wäsche, Handschuhe und dergleichen sind keine Militärausrüstungsgegenstände.

21. Mit Pelz gefütterte oder überzogene Kleidungsstücke.
23. Gummiunterlagen.
24. Korsette, soweit sie am 31. Oktober 1916 fertiggestellt waren.
Orthopädische Korsette, sofern sie in jedem Einzelfalle nach ärztlicher Anweisung besonders angefertigt werden.
28. Kravatten.
29. Taschentücher, die ein unbesticktes Mittelstück von höchstens 400 Quadrat-Zentimetern haben und mindestens zu einem Drittel der Gesamtfläche aus einem abgepaßten Spitzenrand oder eingearbeiteter Stickerei bestehen.
31. Holzschuhe, die ganz aus Holz oder in Verbindung mit einer Spange von höchstens 2 cm Breite oder mit einem Kissen hergestellt sind.
35. Gummimäntel und gummierte Badeartikel. Der Gummierung steht Ersatzgummierung gleich.
36. Spielwaren aus Web-, Wirk- und Strickwaren, soweit die dazu erforderlichen Stoffe am 2. September 1916 bereits zugeschnitten waren.
37. Gegenstände, deren Kleinhandelspreis nicht mehr als 2 M. für das Stück beträgt, mit Ausnahme von Strümpfen, Handschuhen, Taschentüchern, Scheuertüchern, Staubtüchern, Fußlappen.

Für Stoffe gilt jedoch die Bestimmung unter Nr. 38. Von diesen Gegenständen darf zu gleicher Zeit an dieselbe Person nicht mehr als je 1 Stück derselben Ware äußert werden.

38. Stoffe bis zu Längen von 30 cm, sowohl Reste wie vom Stück geschnitten, sofern der Kleinhandelspreis für diesen Stoffrest oder dieses abgeschnittene Stoffstück nicht mehr als 2 M. beträgt. Von diesen Stoffresten oder abgeschnittenen Stoffstücken darf zu gleicher Zeit an dieselbe Person nicht mehr als je 1 Stück derselben Ware veräußert werden. Auch dürfen diese mit anderen bezugsscheinpflichtigen Stoffe oder Mengen zusammenhängend nicht verkauft werden.

In Fällen, in denen Rabatt auf die Preise gewährt wird, sind die Preise nach Abzug des Rabatts maßgebend.

Alle nach dem 31. Oktober 1916 fertiggestellten Korsette müssen vor der Fertigstellung auf der Innenseite am unteren Rande oder auf der unteren Innenseite der Rückenstange den deutlich sichtbaren, unauswaschbaren Stempel: **Nach dem 31. Oktober 1916 fertiggestellt.** erhalten. Von dem in der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1916 vorgeschriebenen Aufnahmeverzeichnis sind auch künftig die verkauften Korsette abzuschreiben. Das Verzeichnis ist sorgsam aufzubewahren und den Überwachungspersonen auf Verlangen vorzulegen.

II. Die Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

(Abschnitt b und c in Bd. 3, 242ff.)

Nr. 4.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Baumwollene Handschuhe, von denen das Dutzendpaar schwerer als 250 Gramm wiegt, sind keine leichten Sommerhandschuhe; sie sind bezugsscheinpflichtig.

Nr. 6.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Tapisseriewaren im Sinne von Nr. 6 sind:

Vorgezeichnete unfertige oder fertige mit der Hand oder maschinell hergestellte Nadelarbeiten, die als Zimmerschmuck oder als Gebrauchsgegenstände dienen.

Als Tapisseriewaren gelten nicht:

Alle Bekleidungsgegenstände, Taschentücher, Leib- und Bettwäsche obiger Art.

Nr. 6. 14 und 15.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Baumwollene Wäschestickereien und gemusterte oder bestickte Tülle fallen auch unter Nr. 14 und 15 und sind daher auch in Breiten über 30 cm frei.

Nr. 9.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Läuferschoner aus Leinen und Baumwolle sind keine Läuferstoffe und sind bezugsscheinpflichtig.

Nr. 14.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Stickereistoffe sind nur solche Stoffe

a) die entweder in regelmäßig wiederkehrenden Abständen mit einem sich über die ganze Fläche gleichmäßig wiederholenden Muster versehen sind,

b) oder bei denen zwar nur die Kanten bestickt sind, die bestickte Fläche aber mindestens ein Drittel der ganzen Fläche beträgt.

Nr. 14 und 15.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 15. Baumwollene undichte Kleiderstoffe sind insbesondere baumwollene Schleierstoffe (Waschvoiles), Batiste, Mulls, Krepps und Krepons, sofern der lichte Zwischenraum zwischen den Kettfäden ebensoviel oder mehr beträgt wie die Dicke der Kettfäden, und zugleich der lichte Zwischenraum zwischen den Schuß-

fäden ebenso groß oder größer ist wie die Dicke der Schußfäden, und glatte ungemusterte Tülle.

Nr. 24.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 16. Reformkorsette, Hüftenformer und ähnliche Bekleidungsstücke sind nur als Korsette anzusehen, wenn sie mit Stangen oder Versteifungen und Schnürungen versehen sind; andernfalls gelten sie als Unterwäsche.

Büstenformer, Plastrons, Büstenhalter, Geradehalter, gestrickte Kinderleibchen und ähnliche Gegenstände sind Unterwäsche und demnach bezugsscheinpflichtig.

Nr. 35.

RBekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 16. Gummiersatz ist Gummierung mit Gummiregenerat.

Ölzeug, Ägirin, Schlangenhaut, Regenhaut, sowie poröse Imprägnierungen und dgl. sind bezugsscheinpflichtig.

Nr. 37.

BekISt., Mitt. 17 Nr. 5, 16. Die nach Nr. 37 der Freiliste freigegebenen 30 cm dürfen nur einzeln geschnitten abgegeben werden. Keinesfalls dürfen sie mit anderen Waren oder Mengen, die nur gegen Bezugsschein erhältlich sind, verbunden sein.

Anordnungen der Reichsbekleidungsstelle.

(Zu vgl. Bd. 4, 771.)

I. Anordnungen von allgemeiner Bedeutung.

a) **Anweisung über abgelieferte getragene Uniformen vom 31. Januar 1917 mit den Änderungen vom 21. April und 30. Juni 1917.** (Mitt. 17 Nr. 4, 1; Nr. 11, 1; Nr. 21, 70.)

[§ 9a WebwBD. 10. 6./23. 12. 16; §§ 3, 5 Bek. über getr. Kl. 23. 12. 16; § 6 Abs. 2 Ausführbest.]

§ 1. Allgemeines. Der RBekISt. ist durch § 3 der Bek. über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren v. 23. Dez. 1916 der ganze Bestand an getragenen Uniformen, die an den behördlich errichteten Annahmestellen abgeliefert werden, vorbehalten. Auch dieser Zweig der Bewirtschaftung getragener Bekleidung ist von größter Wichtigkeit, da im Verbrauch der Vorräte an Uniformtuchen und ungetragenen Uniformen größte Sparsamkeit erforderlich ist.

Den Kommunalverbänden wird es daher zur Pflicht gemacht, neben getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren der bürgerlichen Bevölkerung auch Uniformen jeder Art anzunehmen und in geeigneter Weise dahin zu wirken, daß alle entbehrlichen Uniformstücke auch wirklich abgegeben werden.

In Betracht kommen die Uniformen gefallener Offiziere und anderer Angehöriger des Heeres, die sich ihre Uniformen selbst beschafft haben (z. B. Einjährig-Freiwillige), die entbehrlichen Uniformen von aktiven Offizieren und solchen des Beurlaubtenstandes; ferner die Uniformen sämtlicher Beamten, z. B. der Eisenbahn- und Postverwaltung, der Polizei- und anderer Behörden. Gleichgültig ist, ob die Uniformen in Schnitt oder Farbe noch vorschriftsmäßig, ob sie gut oder schlecht erhalten sind; auch schlecht erhaltene Stücke sind für die Wiederherstellungsarbeiten durchaus zu verwerten.

Anzunehmen sind alle Uniform-Oberkleidungsstücke, also Mäntel, Röcke (sowohl lange Röcke, wie Waffenröcke aller Art), Litewken, Blusen, Beinkleider (lange und Reitbeinkleider) ohne Rücksicht auf den Stoff, ebenso auch alle Uniformmützen.

§ 2. Allgemeine Grundsätze der Bewirtschaftung. Die RBekISt. hat die Bewirtschaftung der getragenen Uniformen in eigene Verwaltung übernommen, um eine möglichst vollständige Ausnutzung der abgelieferten getragenen Uniformen herbeizuführen und dem Bedarf größerer Behörden an wiederhergestellten Uniformen entsprechen zu

können. Zu diesem Zwecke hat sie vorläufig fünf Uniformsammelläger eingerichtet, denen bestimmte Gebiete zugeteilt sind (vgl. § 3).

Die Festsetzung des Preises für die abgelieferten Uniformen erfolgt erst an den Sammellägern der RBeklSt. durch sachkundige Schätzer auf Grund einheitlich festgesetzter Taxen, so daß die Annahmestellen der Kommunalverbände sich mit der Abschätzung nicht zu befassen brauchen. Bei der Ausarbeitung der Taxen ist besonders Bedacht darauf genommen, daß für die eingesandten Uniformen angemessene Preise festgesetzt werden. Die festgesetzten Beträge werden den Annahmestellen zugesandt, von wo sie den Ablieferern auszuliefern sind.

§ 3. Uniformsammelläger der RBeklSt. und deren Zuständigkeit. Uniformsammelläger der RBeklSt. sind in folgenden Städten eingerichtet:

1. in Berlin, Chausseestraße 42

mit der Zuständigkeit für:

- die Provinz Brandenburg mit Berlin,
- die Provinz Sachsen,
- die Provinz Schleswig-Holstein,
- die Provinz Hannover,
- das Großherzogtum Oldenburg (mit Ausnahme von Birkenfeld),
- das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin,
- das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz,
- das Herzogtum Braunschweig,
- das Fürstentum Waldeck,
- die drei Freien und Hansastädte: Hamburg, Lübeck, Bremen.

2. Breslau, Schweidnitzerstraße 5

mit der Zuständigkeit für:

- die Provinz Schlesien,
- die Provinz Ostpreußen,
- die Provinz Westpreußen,
- die Provinz Pommern,
- die Provinz Posen.

3. Cöln, Handelsstätte Mauritius

mit der Zuständigkeit für:

- die Rheinprovinz einschl. Birkenfeld,
- die Provinz Westfalen,
- die Provinz Hessen-Nassau,
- das Fürstentum Lippe-Detmold,
- das Fürstentum Schaumburg-Lippe.

4. Dresden-A.

mit der Zuständigkeit für:

- das Königreich Sachsen,
- das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach,
- das Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha,
- das Großherzogtum Sachsen-Meiningen,
- das Herzogtum Sachsen-Altenburg,
- das Herzogtum Sachsen-Anhalt,
- das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen,
- das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt,
- das Fürstentum Reuß jüngere Linie,
- das Fürstentum Reuß ältere Linie.

5. Stuttgart, Hansabau.

mit der Zuständigkeit für:

- das Königreich Württemberg,
- das Großherzogtum Baden,
- das Großherzogtum Hessen,
- die Reichslande Elsaß-Lothringen,
- die Hohenzollern'schen Lande.

Die Annahmestellen haben die angenommenen Uniformen nur an das für ihr Gebiet zuständige Sammellager abzusenden. Die Sammelläger führen die Bezeichnung „Uniformen-Sammellager der RBeklSt." unter Zusatz der Stadt, in der sie ihren Sitz haben. Auf genaue Bezeichnung ist bei Zusendungen an das zuständige Sammellager besonders zu achten.

§ 4. Verfahren bei der Annahme getragener Uniformen. Die Annahme getragener Uniformen erfolgt bei den behördlich zugelassenen Annahmestellen grundsätzlich gegen den von dem zuständigen Sammellager nach der Übersendung fest-

zusetzenden Kaufpreis, also entgeltlich. Unentgeltlich angebotene Stücke können die Annahmestellen auch ohne Gewährung einer Entschädigung annehmen.

Die abgelieferten Uniformen sind in das allgemein vorgeschriebene Annahmebuch einzutragen. (§ 5 der Ausführungsbest. der RBeklSt. über getragene Kleidung, Wäsche und Schuhwaren v. 23. Dez. 1916.) Von der Annahmestelle ist außerdem ein von der RBeklSt. für die Annahme getragener Uniformen vorgesehenes Vordruckbuch zu benutzen. Die ordnungsmäßige Ausfüllung dieses Vordrucks ist für einen geregelten Geschäftsverkehr zwischen den Annahmestellen und den zuständigen Sammellägern unerläßlich.

Dieses Vordruckbuch wird den Kommunalverbänden unentgeltlich von der RBeklSt. Drucksachenverwaltung, auf Bestellung geliefert. Eine Anweisung über eine richtige Verwendung dieser Vordrucke befindet sich in jedem Buche.

§ 5. Verbot der Erteilung von Abgabebescheinigungen. Gegen Ablieferung getragener Uniformstücke dürfen Abgabebescheinigungen zur Erlangung eines Bezugsscheines ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung nicht erteilt werden.

§ 6. Versendung der abgelieferten Uniformen. Die Versendung der abgelieferten Uniformen an das zuständige Sammellager soll von den Annahmestellen möglichst bald, spätestens eine Woche nach ihrer Ablieferung, bewirkt werden, damit die Auszahlung des erst an dem Sammellager festzusetzenden Kaufpreises nicht unnötig hinausgezögert wird.

Die Verpackung muß dem Umfange der jeweiligen Sendung entsprechend ausgeführt werden.

Jedes abgelieferte Stück muß mit einem haltbaren Etikett versehen sein, das entsprechend der in dem Vordruckbuch mitgeteilten Anweisung genau auszufüllen ist. Besonders ist darauf zu achten, daß jedes Etikett den Namen des absendenden Kommunalverbandes enthalten muß.

§ 7. Feststellung des Kaufpreises. Die Feststellung des Preises für abgelieferte Uniformen erfolgt in der Sammelstelle sofort nach Eingang der Stücke. Die festgesetzte Summe wird den Annahmestellen zur Auszahlung eingesandt. Der im Wege der Abschätzung in dem Uniformsammellager festgestellte Preis ist für sämtliche Beteiligte bindend. Die in § 6 der Ausführungsbestimmungen der RBeklSt. über getragene Kleidung, Wäsche und Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 hierfür geltend gemachten Bestimmungen sind auch für getragene Uniformen maßgebend.

§ 8. Desinfektion. Alle Uniformen werden in den Uniformsammellägern der RBeklSt. desinfiziert, so daß sich irgendwelche Maßnahmen der Kommunalverbände oder der von ihnen eingerichteten Annahmestellen in dieser Beziehung erübrigen.

§ 9. Festsetzung des Selbstkostenpreises und Verrechnung mit den Kommunalverbänden. Die Kommunalverbände sind berechtigt, von der RBeklSt. die Erstattung der ihnen durch die Annahme, Verpackung und die Zusendung entstehenden Unkosten zu verlangen.

Die RBeklSt. ersetzt den Kommunalverbänden für die durch die Annahme und Verpackung entstehenden Unkosten 0,30 M. für jedes Uniform-Oberkleidungsstück, 0,05 M. für jede Mütze und außerdem für jedes entgeltlich abgelieferte Uniformstück 10 Proz., für jedes unentgeltlich abgelieferte Uniformstück 20 Proz. des vom Sammellager festgesetzten Kaufpreises. Darüber hinaus können Unkosten nicht vergütet werden.

Wertvolles Packmaterial (Fässer, welche sich zur Verpackung größerer Mengen von getragenen Uniformen gut verwenden lassen, Kisten und dergl.) werden entsprechend vergütet oder zurückgesandt. Die Versendungskosten sind, für jede Sendung getrennt, dem zuständigen Sammellager mit dem Verzeichnis der eingesandten Stücke genau anzugeben; sie werden den Kommunalverbänden ebenfalls ersetzt.

Die den Kommunalverbänden hiernach zustehenden Beträge werden ihnen zusammen mit dem durch Schätzung festgesetzten Kaufpreis der Uniformen überwiesen.

§ 10. Beaufsichtigung des gesamten Wirtschaftsbetriebes. Die Leitung des gesamten Wirtschaftsbetriebes erfolgt durch die Ersatzstoff-Abteilung E der RBekISt., an die daher alle Fragen allgemeiner Natur zu richten sind.

Fragen, die sich aus dem Geschäftsverkehr mit den zuständigen Sammellägern ergeben, sind durch unmittelbaren Verkehr mit diesen Stellen zu erledigen.

§ 11. Geltungsbereich der Anweisung. Die Vorschriften finden im Gebiete des Königreichs Bayern vorläufig keine Anwendung.

Die Kommunalverbände des Königreichs Bayern sind befugt, sämtliche ihnen angebotenen Uniformen für sich zu erwerben, zu bearbeiten und wieder zu veräußern. Die Landeszentralbehörde ist berechtigt, nähere Vorschriften hierüber zu erlassen und insbesondere die gesamte Bewirtschaftung der getragenen Uniformen in eigene Verwaltung zu übernehmen.

b) Bek. über neue Bezugsscheinmuster.

α) Vom 20. Februar 1917. (Mitt. 17 Nr. 5, 2.)

→ Diese Bek. ist ersetzt hinsichtlich der Muster A I und B I durch die Bek. β und hinsichtlich des Musters C I durch die Bek. γ. Geltung hat also nur noch das nachstehend abgedruckte Muster D. ←

Reichsbekleidungsstelle

Bezugsschein D (gegen Abgabebescheinigung für Schuhwaren)

Nur hier vom Antragsteller auszufüllen!

für (Vor-, Zuname u. Stand) .....

(Wohnort, Straße und Hausnummer) .....

gültig nur für ein Paar der nachstehenden Luxusschuhwaren:

a) Schuhwaren, deren Schäfte ganz oder zum Teil aus feinfarbigem, echtem Ziegenleder (Chevreau) oder aus feinfarbigem Kalbleder oder Lackleder (nicht Lacktuch) jeder Art bestehen.
Dazu gehören nicht Schuhwaren, die nur Lackleder-Vorderkappen haben, sowie Schuhwaren, deren Schäfte aus braunem Ziegenleder (Chevreau) oder braunem Kalbleder, ohne Rücksicht auf die Farbentöne bestehen.

oder b) Gesellschafts- oder Tanzschuhe aus Lackleder (nicht Lacktuch), Seide, Atlas, Brokat oder Sammet,

oder c) Hausschuhe oder Pantoffel mit Absätzen von mehr als 3 cm Höhe, deren Schäfte aus Seide, Atlas, Brokat, Sammet, Lackleder (nicht Lacktuch) oder Wildleder (Sämisch-Leder) bestehen.

oder d) Reitstiefel, deren Schäfte ganz oder zum Teil aus Lackleder bestehen.

Anweisung für die Ausfertigungsbehörde:

Dieser Bezugsschein ist ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung und nur gegen Abgabe einer Abgabebescheinigung (Vordruck RBekISt. 152) über ein Paar Schuhe oder Stiefel, deren Unterboden aus Leder besteht, auszufertigen.

Ausgefertigt.

(Ort und Datum): .....

(Unterschrift des mit der Ausfertigung Beauftragten): .....

(Stempel der ausfertigenden Behörde):

Rückseite beachten.

(Rückseite.)

Der Bezugsschein ist nicht übertragbar.

Er ist überall im Deutschen Reiche gültig.

Er gibt kein Recht auf Lieferung der Ware.

Für jedes Paar Luxus-Schuhwaren ist ein besonderer Bezugsschein auszustellen.

Der Gewerbetreibende darf nur gegen Abgabe eines mit Ort und Datum versehenen, von der zuständigen Behörde des Käufers oder Bestellers abgestempelten und von dem mit der Ausfertigung Beauftragten unterschriebenen Bezugsscheines liefern.

Die Übertretung vorstehender Bestimmungen oder die mißbräuchliche Verwendung des Bezugsscheines, insbesondere seine Übertragung oder die Verwendung für eine andere Person als die, auf die er ausgestellt ist, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft.

β) Vom 13. Oktober 1917 (Mitt. 17 170.)

[§ 2 BefugnisBO. 22. 3. 17; § 12 Abs. 2 BO. 10. 6./23. 12. 16.]

§ 1. An Stelle der bisherigen Bezugsscheinvordrucke A I und B I treten neue Vordrucke A II und B II, die in Nr. 36 der Mitteilungen der RBeklSt. (zu beziehen von der Preßabteilung der RBeklSt., Berlin W 50, Nürnberger Platz 1, gegen Voreinsendung von 30 Pf.) abgedruckt sind.

Die Bezugsscheine A II und B II sind nur innerhalb zweier Monate, vom Tage der Ausfertigung ab gerechnet, gültig.

§ 2. Die Bezugsscheinvordrucke A I, B I sind aufzubrauchen. Ihr Neu- bzw. Nachdruck ist verboten.

Der erste Bedarf an Bezugsscheinvordrucken A II, B II nur zur Verwendung für die Bezugsschein-Erteilung gegen Abgabebescheinigung — vgl. § 3 Abs. 1 und § 5 Abs. 2 der Bek. der RBeklSt. über die Erteilung von Bezugsscheinen bei Abgabe gebrauchter Kleidung und Wäsche vom 13. Oktober 1917 (Reichsanzeiger Nr. 244) — geht den Kommunalverbänden ohne Bestellung zu. Der weitere Bedarf an diesen Bezugsscheinvordrucken A II, B II ist auf dem den Kommunalverbänden gleichzeitig zugehenden Bestell-

schein Nr. 466 bei der RBekISt. Drucksachenverwaltung, Berlin W 50, Nürnberger Platz 1, zu bestellen; Bestellungen, die nicht auf dem vorgeschriebenen Bestellschein eingehen, werden nicht berücksichtigt.

§ 3. § 4 der Bek. der RBekISt. über neue Bezugsscheinmuster vom 20. Februar 1917 (Reichsanzeiger Nr. 49) bleibt nur für die noch aufzubrauchenden Bezugsscheinvordrucke A I und B I in Kraft. Jedoch wird die unter h) dieses § 4 und in § 1 letzten Absatz vorerwähnter Bek. auf einen Monat festgesetzte Gültigkeitsdauer der Bezugsscheine A I und B I auf zwei Monate, vom Tage der Ausfertigung ab gerechnet, verlängert. Der widersprechende Aufdruck auf den Bezugsscheinen A I und B I steht der Belieferung innerhalb der verlängerten Gültigkeitsfrist durch die Gewerbetreibenden nicht entgegen.

§ 4. Die Gewerbetreibenden dürfen Bezugsscheine A II und B II nicht annehmen,

a) wenn der Name des Antragstellers nicht angegeben ist,

b) wenn Zahlen bei dem Gegenstand nicht in Buchstaben, sondern in Ziffern ausgeschrieben sind,

c) wenn sie für mehr als eine Person ausgestellt sind,

d) wenn sie auf mehr als eine Warenart lauten,

e) wenn der Ausfertigungsvermerk nicht mit Stempel sowie Ort und Datum (soweit diese nicht deutlich aus dem Stempel miterſichtlich) der ausfertigenden Behörde und Unterschrift des mit der Ausfertigung beauftragten Beamten bzw. Angestellten oder mit dessen Unterschrift-Stempel nebst seinem von ihm handschriftlich beigefügten Namenszeichen (Signum) versehen ist,

f) wenn auf ihnen die Angaben über den Gegenstand irgendwie geändert sind, es sei denn, daß für eine größere eine geringere Menge oder an Stelle in Ziffern geschriebener Angabe die gleiche Angabe in Buchstaben unter Beidruck des Stempels der ausfertigenden Stelle geändert ist,

g) wenn durch sonstige Veränderungen der Verdacht einer Übertragung oder einer mißbräuchlichen Verwendung des Bezugsscheins begründet ist,

h) wenn die zweimonatige Gültigkeitsdauer des Bezugsscheins abgelaufen ist.

§ 5. Die nach § 13 der VO. vom 10. Juni/23. Dezember 1916 zuständigen Behörden haben die Gewerbetreibenden wegen Beachtung des in § 4 vorliegender Bek. enthaltenen Verbotes zu überwachen.

§ 6. Den Gewerbetreibenden ist verboten, einen anderen als den durch die Ausfertigungsstellen bewilligten Gegenstand auf den Bezugsschein abzugeben (z. B. ist unzulässig die Abgabe von Stoffen an Stelle eines bewilligten fertigen Stückes oder umgekehrt).

§ 7. Die Ausfertigungsstellen haben Bezugsscheinvordrucke zurückzuweisen, auf denen Durchstreichungen, Verbesserungen und dergleichen entgegen den auf den Bezugsscheinen abgedruckten Bestimmungen vorgenommen sind oder auf denen die vorgeschriebenen Antragsspalten nicht vorschriftsmäßig oder entgegen den auf den Bezugsscheinen abgedruckten Bestimmungen ausgefüllt sind.

§ 8. Zuwiderhandlungen gegen § 2 Absatz 1 Satz 2, § 4 und § 6 dieser Bek. werden auf Grund von § 3 Absatz 1 Ziffer 1 der VO. über Befugnisse der RBekISt. vom 22. März 1917 (RGBl. 257) bestraft. Bei Zuwiderhadlungen gegen § 2 Absatz 1 Satz 2 ist daneben die Einziehung der Bezugsscheine zu erwarten.

§ 9. Diese Bekanntmachung tritt am 13. Oktober 1917 in Kraft.

Vor Ausfüllung dieses Bezugsscheins sind die auf der Rückseite angegebenen Vorschriften genau durchzulesen! Die Gewerbetreibenden haben insbesondere Ziffer 6 bis 9 zu beachten, bei Stoffen auch die Stoffhöchstmaß-Bekanntmachung (Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle Nr. 9, S. 7) und die Stoffhöchstmaßliste (Beilage zu Mitteilungen Nr. 9 nnd Änderungen in Mitteilungen Nr. 10, 21 u. 36).

Bezugsschein A II

Reichsbekleidungsstelle

Vor-, Zuname und Stand (stets anzugeben!) — bzw. Firma — Wohnort, (falls dieser verschieden vom Ort der ausfertigenden Behörde), Straße u. Hausnummer (bei größeren Orten stets anzugeben) } des Antragstellers

.....

.....

benötigt für (es darf nur eine Person aufgeführt werden!)

(Vor- und Zuname des Familienmitgliedes — bis zum 18. Lebensjahre stets auch Angabe des Alters — bzw. Art des Betriebes)

(Gegenstand: Angabe, wieviel Stück, Paar oder Meter — nur in Buchstaben, — genaue Bezeichnung der Ware, bei Stoffmengen auch Angabe des Zwecks. Bei Stoffbewilligung ist ausschließlich höchstens das in der Liste der Stoffhöchstmaße umrahmte und fettgedruckte Normalmaß zu vermerken)

Jeder Bezugsschein darf nur auf eine Warenart lauten!

Siehe Rückseite Ziffer 4 und 8d.

Nur auf die Zeile schreiben! Leere Zeilen sind mit Strich zu füllen!

Von der Behörde auszufüllen!

(Stempel der ausfertigenden Behörde)

Die Notwendigkeit der Anschaffung wird hiermit bescheinigt*).

Ausgefertigt:

(Ort und Datum. — Nur entbehrlich, soweit deutlich aus dem Stempel mitersichtlich) .....

(Unterschrift des mit der Ausfertigung beauftragten Beamten bzw. Angestellten oder dessen Unterschrift-Stempel mit seinem von ihm handschriftlich beigefügten Namenszeichen [Signum]) .....

*) Bei Ausstellung des Bezugsscheines gegen Abgabebescheinigung ist dieser Satz zu durchstreichen.

R.-B.-St. 446

Dieser Bezugsschein ist nur innerhalb zweier Monate, vom Tage der Ausfertigung ab gerechnet, gültig!

(Rückseite.)

1. Der Bezugsschein **ist nicht übertragbar; er ist überall im Deutschen Reiche gültig,** gibt aber kein Recht auf Lieferung der Ware.

2. Der Bezugsschein ist nur innerhalb zweier Monate, vom Tage der Ausfertigung ab gerechnet, gültig; ein am 25. März ausgefertigter Bezugsschein verliert also mit Ablauf des 25. Mai, ein am 30. Juni ausgefertigter Bezugsschein mit Ablauf des 31. August seine Gültigkeit. Die Gültigkeitsdauer ist gewahrt, wenn während der zweimonatigen Frist unter Abgabe des Bezugsscheins bei dem Gewerbetreibenden der Antrag zur Lieferung erfolgt. Eine „Verlängerung" des Bezugsscheins ist ausgeschlossen. Vor Ausstellung eines neuen Bezugsscheins an Stelle eines verfallenen ist die mündliche oder schriftliche Bestandsversicherung wie bei Erstausstellung eines Bezugsscheins erforderlich.

Ein Bezugsschein auf einen fertigen oder Maßgegenstand ist innerhalb der Gültigkeitsdauer auf Verlangen in einen auf Stoff lautenden Bezugsschein umzutauschen und umgekehrt.

3. Unbenutzt gebliebene Bezugsscheine können bis 3 Tage nach Ablauf der zweimonatigen Gültigkeitsdauer an die Ausfertigungsstelle zwecks Berichtigung der Personalkarte zurückgegeben werden.

4. Für jede Warenart ist ein besonderer Bezugsschein auszustellen. Zu einer besonderen „Warenart" im Sinne dieser Bestimmung ist jeder Gegenstand zu rechnen, der eine besondere, von einem anderen Gegenstande abweichende Bezeichnung trägt; z. B. sind Taghemden, Nachthemden, Unterbeinkleider, Kissenbezüge, Bettbezüge als fünf verschiedene Warenarten aufzufassen, ein Anzug, eine Hose, eine Weste als drei verschiedene Warenarten. Für jede dieser Warenarten ist also ein besonderer Bezugsschein auszufertigen. Zahlen beim Gegenstand dürfen nur in Buchstaben angegeben werden.

5. Die Ware ist genau zu bezeichnen (z. B. ein Paar wollene Damenstrümpfe), bei Stoffmengen auch unter Angabe des Zwecks (z. B. ein Meter sechzig cm wollener Kleiderstoff zu einer Damenbluse). Bei Stoffbewilligung ist ausschließlich höchstens das in der Liste der Stoffhöchstmaße umrahmte und fettgedruckte Normalmaß zu vermerken.

6. Der Bezugsschein muß vor Aushändigung der Ware von der ausfertigenden Behörde abgestempelt und mit Ort, Datum (soweit diese nicht deutlich aus dem Stempel miterſichtlich) und Unterschrift des mit der Ausfertigung beauftragten Beamten bzw. Angestellten oder mit dessen Unterschrift-Stempel nebst seinem von ihm handschriftlich beigefügten Namenszeichen (Signum) versehen sein.

7. Die Abgabe eines anderen als durch die Ausfertigungsstelle bewilligten Gegenstandes ist verboten (z. B. darf an Stelle eines bewilligten fertigen Stückes nicht der dazu erforderliche Stoff abgegeben werden, oder umgekehrt).

8. Der Bezugsschein **muß** vom Gewerbetreibenden zurückgewiesen werden:
   a) wenn der Name des Antragstellers nicht angegeben ist,
   b) wenn Zahlen beim Gegenstand nicht in Buchstaben, sondern in Ziffern ausgeschrieben sind,
   c) wenn er für mehr als eine Person ausgestellt ist,
   d) wenn er auf mehr als eine Warenart lautet (siehe oben Ziff 4),
   e) wenn nicht der untere Abschnitt mit Stempel sowie Ort und Datum (soweit diese nicht deutlich aus dem Stempel miterſichtlich) der ausfertigenden Behörde und Unterschrift des mit der Ausfertigung beauftragten Beamten bzw. Angestellten oder mit dessen Unterschrift-Stempel nebst seinem von ihm handschriftlich beigefügten Namenszeichen (Signum) versehen ist,
   f) wenn auf ihm die Angaben über den Gegenstand irgendwie geändert sind, es sei denn, daß für eine größere eine geringere Menge oder an Stelle in Ziffern geschriebener Angabe die gleiche Angabe in Buchstaben unter Beidruck des Stempels der ausfertigenden Stelle geändert ist,
   g) wenn durch sonstige Veränderungen der Verdacht einer Übertragung oder einer mißbräuchlichen Verwendung des Bezugsscheins begründet ist,
   h) wenn die zweimonatige Gültigkeitsdauer des Bezugsscheins abgelaufen ist.

9. Wegen **Urkundenfälschung** im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches **wird bestraft,** wer in rechtswidriger Absicht eine Veränderung an dem abgestempelten Bezugsschein vornimmt und von diesem zum Zweck einer Täuschung Gebrauch macht, **ebenso,** wer von einem derart gefälschten Bezugsschein trotz Kenntnis solcher Veränderung zum Zweck einer Täuschung **Gebrauch macht.** Im übrigen wird jede mißbräuchliche Verwendung des Bezugsscheins, insbesondere seine **Übertragung** oder die **Verwendung für eine andere Person,** als die, auf die er ausgestellt ist, **sowie jede Zuwiderhandlung gegen Ziffer 7 und 8 der vorstehenden Bestimmungen** mit **Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis 15 000 Mark** bestraft. Außerdem hat der Geschäftsinhaber **Schließung des Betriebes** zu gewärtigen.

Vor Ausfüllung dieses Bezugsscheins sind die auf der Rückseite angegebenen Vorschriften genau durchzulesen! Die Gewerbetreibenden haben insbesondere Ziffer 6 bis 9 zu beachten, bei Stoffen auch die Stoffhöchstmaß-Bekanntmachung (Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle Nr. 9, S. 7) und die Stoffhöchstmaßliste (Beilage zu Mitteilungen Nr. 9 und Änderungen in Mitteilungen Nr. 10, 21 und 36).

Bezugsschein B II

Reichsbekleidungsstelle

(Vor-, Zuname und Stand, (stets anzugeben) — bzw. Firma — Wohnort, (falls dieser verschieden vom Ort der Prüfungsstelle), Straße und Hausnummer (bei größeren Orten stets anzugeben) } des Antragstellers

benötigt für (es darf nur eine Person aufgeführt werden!)

(Vor- und Zuname des Familienmitgliedes — bis zum 18. Lebensjahre stets auch Angabe des Alters — bzw. Art des Betriebes)

(Gegenstand: Angabe, wieviel Stück, Paar oder Meter — **nur** in Buchstaben — **genaue** Bezeichnung der Ware, bei **Stoff**mengen auch Angabe des Zwecks. Bei Stoffbewilligung ist ausschließlich höchstens das in der Liste der Stoffhöchstmaße umrahmte und fettgedruckte Normalmaß zu vermerken)

Jeder Bezugsschein darf nur auf eine Warenart lauten!

Siehe Rückseite. Ziffer 4 und 8d.

Nur auf die Zeile schreiben! Leere Zeilen sind mit Strich zu füllen!

Von der Prüfungsstelle auszufüllen!

Die Notwendigkeit der Anschaffung wird bescheinigt:[1])

(Ort und Datum[2]) .....

(Unterschrift oder Stempel der Prüfungsstelle)

Bei militärischen Notwendigkeitsbescheinigungen: { Ort (falls nicht „im Felde"), Datum: / Unterschrift und Dienstgrad des nächsten Disziplinarvorgesetzten:

(Stempel des Truppenteils)

Ausgefertigt:

(Ort und Datum[2]) .....

(Unterschrift des mit der Ausfertigung beauftragten Beamten bzw. Angestellten oder dessen Unterschrift-Stempel mit seinem von ihm handschriftlich beigefügten Namenszeichen [Signum])

(Stempel der ausfertigenden Behörde)

Von der Behörde auszufüllen!

1) Nur bei Ausstellung des Bezugsscheins gegen Abgabebescheinigung ist dieser (linke untere) Abschnitt unausgefüllt zu lassen und zu durchstreichen.
2) Nur entbehrlich, soweit **deutlich** aus dem Stempel ersichtlich!

R.-B.-St. 449.

Dieser Bezugsschein ist nur innerhalb zweier Monate, vom Tage der Ausfertigung ab gerechnet, gültig!

(Rückseite.)

1. Der Bezugsschein **ist nicht übertragbar; er ist überall im Deutschen Reiche gültig,** gibt aber kein Recht auf Lieferung der Ware.

2. Der Bezugsschein ist nur innerhalb zweier Monate, vom Tage der Ausfertigung ab gerechnet, gültig; ein am 25. März ausgefertigter Bezugsschein verliert also mit Ablauf des 25. Mai, ein am 30. Juni ausgefertigter Bezugsschein mit Ablauf des 31. August seine Gültigkeit. Die Gültigkeitsdauer ist gewahrt, wenn während der zweimonatigen Frist unter Abgabe des Bezugsscheins bei dem Gewerbetreibenden der Auftrag zur Lieferung erfolgt. Eine „Verlängerung" des Bezugsscheins ist ausgeschlossen. Vor Ausstellung eines neuen Bezugsscheins an Stelle eines verfallenen ist die mündliche oder schriftliche Bestandsversicherung wie bei Erstausstellung eines Bezugsscheins erforderlich.

Ein Bezugsschein auf einen fertigen oder Maßgegenstand ist innerhalb der Gültigkeitsdauer auf Verlangen in einen auf Stoff lautenden Bezugsschein umzutauschen und umgekehrt.

3. Unbenutzt gebliebene Bezugsscheine können bis 3 Tage nach Ablauf der zweimonatigen Gültigkeitsdauer an die Ausfertigungsstelle zwecks Berichtigung der Personalkarte zurückgegeben werden.

4. Für jede Warenart ist ein besonderer Bezugsschein auszustellen. Zu einer besonderen „Warenart" im Sinne dieser Bestimmung ist jeder Gegenstand zu rechnen, der eine besondere, von einem anderen Gegenstand abweichende Bezeichnung trägt; z. B. sind Taghemden, Nachthemden, Unterbeinkleider, Kissenbezüge, Bettbezüge als fünf verschiedene Warenarten aufzufassen, ein Anzug, eine Hose, eine Weste als drei verschiedene Warenarten. Für jede dieser Warenarten ist also ein besonderer Bezugsschein auszufertigen. Zahlen beim Gegenstand dürfen nur in Buchstaben angegeben werden.

5. Die Ware ist genau zu bezeichnen (z. B. ein Paar wollene Damenstrümpfe), bei Stoffmengen auch unter Angabe des Zweckes (z. B. ein Meter sechzig cm wollener Kleiderstoff zu einer Damenbluse). Bei Stoffbewilligung ist ausschließlich höchstens das in der Liste der Stoffhöchstmaße umrahmte und fettgedruckte Normalmaß zu vermerken.

6. Der Bezugsschein muß vor Aushändigung der Ware von der ausfertigenden Behörde abgestempelt und mit Ort, Datum (soweit diese nicht deutlich aus dem Stempel mitersichtlich) und Unterschrift des mit der Ausfertigung beauftragten Beamten bzw. Angestellten oder mit dessen Unterschrift-Stempel nebst seinem von ihm handschriftlich beigefügten Namenszeichen (Signum) versehen sein. Selbst wenn die Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung und die Ausfertigung des Bezugsscheins in einer Hand liegt, muß, außer bei Erteilung des Bezugsscheins gegen Abgabebescheinigung, auch der Abschnitt über die Prüfung der Notwendigkeit von der Ausfertigungsstelle abgestempelt und mit Ort und Datum (soweit diese nicht deutlich aus dem Stempel mitersichtlich) versehen sein. Bei militärischen Notwendigkeitsbescheinigungen ist die Unterschrift und die Dienstgradangabe des bescheinigenden nächsten Disziplinarvorgesetzten im linken unteren Abschnitte erforderlich, dagegen keine Ortsangabe, falls „im Felde" ausgestellt.

7. Die Abgabe eines anderen als durch die Ausfertigungsstelle bewilligten Gegenstandes ist verboten (z. B. darf an Stelle eines bewilligten fertigen Stückes nicht der dazu erforderliche Stoff abgegeben werden, oder umgekehrt).

8. Der Bezugsschein **muß** vom Gewerbetreibenden zurückgewiesen werden:

a) wenn der Name des Antragstellers nicht angegeben ist,
b) wenn Zahlen beim Gegenstand nicht in Buchstaben, sondern in Ziffern ausgeschrieben sind,
c) wenn er für mehr als eine Person ausgestellt ist,
d) wenn er auf mehr als eine Warenart lautet (s. oben Ziff. 4),
e) wenn nicht der rechte untere Abschnitt mit Stempel sowie Ort und Datum (soweit diese nicht deutlich aus dem Stempel mitersichtlich) der ausfertigenden Behörde und Unterschrift des mit der Ausfertigung beauftragten Beamten bzw. Angestellten oder mit dessen Unterschrift-Stempel nebst seinem von ihm handschriftlich beigefügten Namenszeichen (Signum) versehen ist,
f) wenn auf ihm die Angaben über den Gegenstand irgendwie geändert sind, es sei denn, daß für eine größere eine geringere Menge oder an Stelle in Ziffern geschriebener Angabe die gleiche Angabe in Buchstaben unter Beidruck des Stempels der ausfertigenden Stelle geändert ist,
g) wenn durch sonstige Veränderungen der Verdacht einer Übertragung oder einer mißbräuchlichen Verwendung des Bezugsscheins begründet ist,
h) wenn die zweimonatige Gültigkeitsdauer des Bezugsscheins abgelaufen ist.

9. Wegen **Urkundenfälschung** im Sinne des Reichsstrafgesetzbuches **wird bestraft,** wer in rechtswidriger Absicht eine Veränderung an dem abgestempelten Bezugsschein vornimmt und von diesem zum Zweck einer Täuschung Gebrauch macht, **ebenso,** wer von einem derart gefälschten Bezugsschein trotz Kenntnis solcher Veränderung zum Zweck einer Täuschung **Gebrauch macht.** Im übrigen wird jede mißbräuchliche Verwendung des Bezugsscheins, insbesondere seine **Übertragung** oder die **Verwendung für eine andere Person** als die, auf die er ausgestellt ist, **sowie jede Zuwiderhandlung gegen Ziffer 7 und 8 der vorstehenden Bestimmungen mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 Mark** bestraft. Außerdem hat der Geschäftsinhaber **Schließung des Betriebes** zu gewärtigen.

*) Vom 13. Oktober 1917. Mitt. 17 176 (betr. Bezugsscheine bei Abgabe gebrauchter Kleidung und Wäsche).

[§ 2 BefugnisVO. 22. 3. 17; §§ 11, 19 VO. 10. 6./23. 12. 16].

§ 1. 1. Es werden aufgehoben, und zwar mit sofortiger Wirkung, soweit nicht nach § 5 eine beschränkte Ausstellung des Bezugsscheines C, C I noch bis 15. Nov. 1917 zugelassen und seine Gültigkeit in beschränktem Umfange noch bis Ende 1917 aufrecht erhalten ist,

a) § 3 der Bek. des Reichskanzlers über Bezugsscheine vom 31. Oktober 1916 (RGBl. 1218),

b) § 7 der Ausführungs-Bek. der RBekISt. zu §§ 11 und 12 der VO. v. 10. Juni 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 31. Oktober 1916 (Reichsanzeiger Nr. 258).

2. Im § 3 Absatz 1 der Ausführungs-Best. der RBekISt. über getragene Kleidung, Wäsche und Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 (Reichsanzeiger Nr. 302) werden die Worte „Bezugsscheine C und D" ersetzt durch „Bezugsscheine A II, B II (C, C I noch bis 15. November 1917) und D". — Im § 3 Abs. 2 ebenda wird hinter „§ 7," eingefügt: „Bek. der RBekISt. über die Erteilung von Bezugsscheinen bei Abgabe gebrauchter Kleidung und Wäsche vom 13. Oktober 1917".

3. Unter Ziffer II, 4 der Richtlinien der RBekISt. für die Durchführung des Erwerbs, der Verarbeitung und Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäschestücke, Uniformen und Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 (Mitt. Nr. 2, 13) wird „C oder D" ersetzt durch A II und B II gegen Abgabebescheinigung (C, C I noch bis 15. November 1917) oder D".

4. An die Stelle der in den unter Ziffer 1a und b bezeichneten §§ 3 und 7 aufgeführten Abgabebescheinigung für Oberkleidung tritt die dieser Bek. als Muster beigefügte Abgabebescheinigung für Ober- und Unterkleidung, Männer-Plättwäsche, Bett-, Haus- und Tischwäsche (Drucks. Nr. 450). Der erste Bedarf an Vordrucken dieser neuen Abgabebescheinigung geht den Kommunalverbänden ohne Bestellung unentgeltlich zu. Der weitere Bedarf wird ebenfalls unentgeltlich geliefert und ist auf dem gleichzeitig den Kommunalverbänden zugehenden Bestellschein Nr. 466 bei der der RBekISt., Drucksachenverwaltung, Berlin W 50, Nürnberger Platz 1, zu bestellen. Bestellungen, die nicht auf diesen Bestellschein eingehen, werden nicht berücksichtigt.

§ 2. Bezugsscheine für Ober- und Unterkleidung (ausgenommen Schürzen, Handschuhe, Taschentücher, Strümpfe), Männer-Plättwäsche, für Bett-, Haus- und Tischwäsche und zwar für *ein* fertiges oder nach Maß anzufertigendes Stück, können ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung erteilt werden, wenn der Antragsteller durch Vorlegung einer Abgabebescheinigung einer der von der RBekISt. zu bestimmenden Annahmestellen nachweist, daß er dieser die im Absatz 2 für die einzelnen Gattungen von Gebrauchsgegenständen bezeichnete Anzahl nach Verwendungszweck gleichartiger, noch gebrauchsfähiger Stücke entgeltlich oder unentgeltlich überlassen hat.

Eine Abgabebescheinigung wird erteilt:

1. bei Oberkleidung,
   a) falls sie nach Entscheidung der Annahmestelle noch so gut erhalten ist, daß sie ohne erhebliche Instandsetzungsarbeiten an Brauchbarkeit einem neuen Stücke fast gleichsteht, gegen Abgabe *eines* Stückes,
   b) andernfalls gegen Abgabe *zweier* Stücke,
2. bei Unterkleidung, Männer-Plättwäsche, Bett-, Haus- und Tischwäsche, gegen Abgabe von *drei* Stücken.

An Stelle eines fertigen oder nach Maß anzufertigenden Stückes ist auf Verlangen Stoff zu seiner Herstellung zu bewilligen.

Auf bezugsscheinfreie Gegenstände und auf Kleidung, die nicht als Gebrauchskleidung dienen kann, dürfen Abgabebescheinigungen von den Annahmestellen nicht erteilt werden.

Bezugsscheine nach Absatz 1 dürfen für dieselbe zu versorgende Person von Inkrafttreten dieser Bekanntmachung bis 1. August 1918 nur erteilt werden bis zu zwei Gegenständen derselben Art. Dabei gelten der einzelne Rock (bzw. Jacke), die einzelne Weste und das einzelne Beinkleid als Teile eines vollständigen Anzuges, die einzelne Bluse und der einzelne Kleiderrock als Teile eines Kleides.

§ 3. Zu den nach § 2 zu erteilenden Bezugsscheinen sind die Bezugsschein-Vordrucke A II, in Bezirken, wo besondere Prüfungsstellen neben der Ausfertigungsstelle bestehen, B II zu verwenden. Bei Verwendung des Vordrucks A II ist der Satz „Die Notwendigkeit" bis „bescheinigt" im unteren Abschnitte zu streichen. Bei Verwendung des Bezugsscheinvordrucks B II ist der linke untere Abschnitt unausgefüllt zu lassen und zu durchstreichen.

Die Abgabebescheinigung lautete auf den Namen des Veräußerers.

Sie ist nicht übertragbar.

Sie ist von der Ausfertigungsstelle gegen Auslieferung des Bezugsscheines abzunehmen und zu vernichten.

Die Abgabe des Bezugsscheines ist in der Personalliste mit dem Vermerk „Gegen Abgabebescheinigung" unter Beifügung des Namens, auf den die Abgabebescheinigung lautete, einzutragen.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnung im § 3 Abs. 3 und gegen § 5 Abs. 4 werden nach § 3 Abs. 1, Ziffer 1 der VO. über die Befugnisse der RBekISt. v. 22. März 1917 bestraft.

§ 5. Die Bekanntmachung tritt am 13. Oktober 1917 in Kraft.

Die bisherigen Abgabebescheinigung-Vordrucke (Drucks. Nr. 129) dürfen vom Eingang der Vordrucke der neuen Abgabebescheinigungen für Ober- und Unterkleidung, Männer-Plättwäsche, Bett-, Haus- und Tischwäsche (Drucksache Nr. 450), spätestens aber vom 1. November 1917 ab, von den Annahmestellen nicht mehr verwendet werden.

Auf noch nicht eingelöste, bisher gültige Abgabebescheinigungen (Drucks. Nr. 129) dürfen Bezugsscheine C oder C I von den Ausfertigungsstellen nur noch bis 15. November 1917 erteilt werden.

Noch nicht eingelöste Bezugsscheine C und C I werden am 1. Januar 1918 ungültig; die Gewerbetreibenden dürfen solche von da ab nicht mehr annehmen.

(Muster siehe S. 219 und 220.)

c) Bek., betr. die Führung eines Lagerbuches durch die Schuhwarenhändler. Vom 28. Februar 1917. (Mitt. 17 Nr. 6, 3.)

[§ 8 Abs. 6 WebwVO. 10. 6./23. 12. 16.]

§ 1. Alle natürlichen und juristischen Personen, alle wirtschaftlichen Betriebe, alle öffentlich rechtlichen Körperschaften und Verbände, welche Kleinhandel mit Schuhwaren betreiben, haben vom Beginn des 12. März 1917 ab ein Lagerbuch nach einem von der Reichsbekleidungsstelle vorgeschriebenen Muster zu führen, in welches der am Beginn dieses Tages vorhandene Bestand an Schuhwaren, ferner die nach Beginn dieses Tages eintreffenden Zugänge sowie die entstehenden Abgänge an die Verbraucher nach folgenden Warengattungen getrennt einzutragen sind:

Warengattung I: Arbeitsschuhwerk aller Art (einschließlich Schaftstiefel)

a) für Männer in allen Größen,
b) für Frauen in allen Größen,
c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Reichsbekleidungsstelle

Abgabebescheinigung *)

für Ober- und Unterkleidung, Männer-Plättwäsche, Bett-, Haus- und Tischwäsche.

(Bemerkung: Für Schürzen, Handschuhe, Taschentücher, Strümpfe, ferner auf bezugsscheinfreie Gegenstände und auf Kleidung, die nicht als Gebrauchskleidung dienen kann, dürfen Abgabebescheinigungen nicht erteilt werden.)

Hiermit wird bescheinigt, daß

(Vor-, Zuname des Veräußerers) .....

(Stand) .....

(Wohnort, Straße und Hausnummer) .....

folgende noch gebrauchsfähige Stücke (Oberkleidung oder Unterkleidung, Männer-Plättwäsche, Bett-, Haus- oder Tischwäsche)

....

(Anzahl in Buchstaben) (Art bzw. Verwendungszweck)

abgegeben hat, worauf ihm ein Bezugsschein ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung über ein Stück der gleichen Art ausgefertigt werden kann.

(Ort) ....., den 191

Unterschrift oder Stempel der Annahmestelle.

---

*) Anweisung für die Annahmestellen. Die einzelne Abgabebescheinigung darf, da gegen ihre Abgabe nur ein Bezugsschein über 1 Stück erteilt werden kann (s. oben), nur enthalten 1 oder 2 (s. Rückseite) Oberkleidungsstücke (auch ganze Anzüge oder Kleider) oder 3 Unterkleidungsstücke oder 3 Stück Männer-Plättwäsche oder 3 Stück Bett-, Haus- oder Tischwäsche, und zwar nur nach Verwendungszweck gleichartige Stücke. Sie darf zum Beispiel lauten über 2 Frauenkleider oder 3 Männerhemden oder 3 Männerkragen oder 3 Bettbezüge oder 3 Handtücher, nicht darf sie lauten zum Beispiel über 1 Frauenkleid und 1 Frauen-Kleiderrock oder über 1 Frauenkleid und 1 Mädchenkleid oder über 1 Frauenkleid und 1 Frauen-Unterrock oder über 1 Hemd und 2 Handtücher. Die Ausfüllung hat überall mit Tinte zu erfolgen. Zahlen sind in Buchstaben zu schreiben.

Rückseite beachten!

R.-B.-St. 450.

(Rückseite.)

Eine Abgabebescheinigung wird erteilt:

1. Bei Oberkleidung a) falls sie nach Entscheidung der Annahmestelle noch so gut erhalten ist, daß sie ohne erhebliche Instandsetzungsarbeiten an Brauchbarkeit einem neuen Stücke fast gleich steht, gegen Abgabe eines Stückes, b) andernfalls gegen Abgabe zweier Stücke;
2. bei Unterkleidung, Männer-Plättwäsche, Bett-, Haus- und Tischwäsche gegen Abgabe von drei Stücken.

Zu vergleichen auch „Bemerkung" auf der Vorderseite.

Gegen Abgabe dieser Bescheinigung kann die für den Wohnort der in ihr genannten Person zuständige Bezugsschein-Ausfertigungsstelle ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung einen Bezugsschein A^{II} (B^{II})*) über ein nach Verwendungszweck mit den angegebenen Stücken gleichartiges fertiges oder nach Maß anzufertigendes Stück oder den Stoff dazu erteilen. Rock-, Gehrock-, Sack- und Sportanzug unter sich, Jacken-, Mantel- und garniertes Kleid unter sich und sonstige ihrer Verwendung nach gleiche Kleidungs- oder Wäschestücke unter sich (nicht aber z. B. Knaben-Anzüge und Männer-Anzüge unter sich) sind im Sinne dieser Bestimmung „nach Verwendungszweck gleichartige Stücke".

Bezugsscheine nach Absatz 3 dürfen für dieselbe zu versorgende Person bis 1. August 1918 nur erteilt werden bis zu 2 Gegenständen derselben Art. Dabei gelten der einzelne Rock (bzw. Jacke), die einzelne Weste und das einzelne Beinkleid als Teile eines vollständigen Anzuges, die einzelne Bluse und der einzelne Kleiderrock als Teile eines Kleides.

Diese Abgabebescheinignng ist nicht übertragbar. Ihre Übertragung oder Verwendung für eine andere Person als die, auf die sie ausgestellt ist, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 Mark bestraft.

*) Anmerkung. Auf dem Bezugsschein A^{II} ist der Satz „Die Notwendigkeit" bis „bescheinigt" im unteren Abschnitte zu streichen. Auf dem Bezugsschein B^{II} ist der linke untere Abschnitt unausgefüllt zu lassen und zu durchstreichen.

Hierzu gehört schweres Schuhwerk mit genagelten oder genähten Unterböden, dessen Schaft aus Spalt-, Rind-, Roß-, Wild- oder ähnlichem Oberleder besteht, gleichgültig ob die Sohle aus Leder, Holz oder anderen Ersatzstoffen hergestellt ist.

Warengattung II: Kräftiges Leder-Straßenschuhwerk aller Art

a) für Männer in allen Größen,
b) für Frauen in allen Größen,
c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Hierzu gehört im wesentlichen Schuhwerk aus Roßleder jeder Art aus Roßlack, aber einschließlich Roßchevreau-, ferner aus Roßbox-, Rindbox-, Mastbox- und Rindleder, Spalt und dergleichen, ohne Rücksicht auf Schaft- oder Bodenausführung, einschließlich Holz- oder sonstigen Ersatzsohlen.

Warengattung III: Anderes Leder-Straßenschuhwerk aller Art, soweit nicht unter II oder IV genannt,

a) für Männer in allen Größen,
b) für Frauen in allen Größen,
c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Hierzu gehört im wesentlichen Schuhwerk aus farbigem oder schwarzem Chevreau-, Boxkalb- oder sonstigem Kalbleder, Ziegen-, Schaf-, Sämisch-, Reh-, Hirschleder und dergleichen, auch mit Stoffeinsätzen, ohne Rücksicht auf Schaft- oder Bodenausführung, einschließlich Holz- oder sonstigen Ersatzsohlen.

Warengattung IV: Straßenschuhwerk aus Lackleder

a) für Männer in allen Größen,
b) für Frauen in allen Größen,
c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Hierzu gehört auch Schuhwerk aus Lackleder mit schwarzen oder farbigen Leder- oder Stoffeinsätzen.

Warengattung V: Reitstiefel aller Art.

Warengattung VI: Tanzschuhe, Gesellschaftsschuhe, Luxushausschuhe und Luxuspantoffeln

a) für Männer in allen Größen,
b) für Frauen in allen Größen,
c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Hierzu gehören im wesentlichen Tanzschuhe und Gesellschaftsschuhe aus Leder und Stoffen aller Art mit leichter gewendeter Sohle und Holzabsätzen, ferner Hausschuhe oder Pantoffeln mit Absätzen von mehr als 3 cm Höhe aus Seide, Atlas, Brokat, Sammet, Lackleder (nicht Lacktuch) oder Wildleder (Sämischleder).

Warengattung VII: Sandalen aller Art

a) für Männer in allen Größen,
b) für Frauen in allen Größen,
c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Warengattung VIII: Hausschuhe und Pantoffeln aller Art, soweit nicht unter Warengattung VI bereits genannt,

a) für Männer in allen Größen,
b) für Frauen in allen Größen,
c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39),
d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

Warengattung IX: Straßen- und Sportschuhe aus Stoffen aller Art

a) für Männer in allen Größen,
b) für Frauen in allen Größen,
c) für Knaben und Mädchen (Größe Nr. 36—39).
d) für Kinder (Größe Nr. 27—35),
e) für Kinder (Größe Nr. 26 und kleiner).

§ 2. Am Ende eines jeden Monats ist das Lagerbuch abzuschließen und der Zugang und Abgang des verflossenen Monats nebst dem verbleibenden Bestand bis zum 5. des nächsten Monats auf den von der Reichsbekleidungsstelle vorgeschriebenen Vordrucken der Reichsbekleidungsstelle, volkswirtschaftliche Abteilung, Berlin W 50, Nürnberger Platz 1, zu melden. Die zur Meldung erforderlichen Vordrucke sind von der zuständigen amtlichen Handelsvertretung zu beziehen, von der auch die Lagerbücher bezogen werden können.

§ 3. Von der Führung eines Lagerbuches sind diejenigen Betriebe befreit, welche Schuhwaren nur nach Maß herstellen. Diese haben sich hierüber eine Bescheinigung der zuständigen amtlichen Vertretung des Handwerks ausstellen zu lassen, die aufzubewahren und auf Verlangen der Reichsbekleidungsstelle vorzulegen ist.

§ 4. Wer den Vorschriften der §§ 1 bis 3 zuwiderhandelt, wird nach § 20, Nr. 1 der BO. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni/23. Dezember 1916 mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark bestraft.

d) Neue Richtlinien für Erteilung von Bezugsscheinen vom 27. März 1917 i. d. Fassg. vom 13. Oktober 1917. (Mitt. 17 163.)

Änderungen gegenüber den „Neuen Richtlinien" vom 27. März 1917 sind lateinisch gedruckt.

Auf Grund von § 11 Absatz 3 und § 12 Absatz 2 der BO. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren v. 10. Juni/23. Dezember 1916 (RGBl. 1420) sowie von § 2 der BO. über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle v. 22. März 1917 (RGBl. 257) wird folgendes bestimmt:

Die durch die zweite umfassende Bestandsaufnahme erwiesene fortgeschrittene Verringerung der Bestände an Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren macht weitere Maßnahmen zur erhöhten Streckung der Vorräte unabweislich.

In dieser Beziehung war durch die „Neuen Richtlinien" vom 27. März 1917 (Mitteilungen Nr. 9 Seite 3) für die Bezugsscheinerteilung eine strengere Regelung bereits getroffen und durch die ihnen als Anlage I beigefügte „Bestandsliste" der für jede Person der bürgerlichen Bevölkerung zulässige Bestand schon ziemlich eng begrenzt worden.

Diesen hiermit neu gefaßten Richtlinien wird, nachdem sie sich in der Bezugsscheinpraxis bewährt haben, hierdurch bindende Wirkung beigelegt, dergestalt, daß sie von den Bezugsschein-Prüfungs- und Ausfertigungsstellen ohne Ansehung der Person bei jedermann genauestens in Anwendung zu bringen sind. Ausnahmen sind nur zulässig, soweit sie hierunter festgesetzt sind oder von der RBeklSt. künftig festgesetzt werden.

Im folgenden sind die neugefaßten Richtlinien unter Hervorhebung der Änderungen durch lateinischen Druck wiedergegeben.

I.

Es müssen künftig entsprechend der fortgeschrittenen Verringerung der Bestände an Web- usw. Waren bei Anträgen auf Erteilung von Bezugsscheinen die Bestände jedes einzelnen Antragstellers noch sorgfältiger als bisher erörtert und in dem Sinne berücksichtigt werden, daß die Erteilung eines Bezugsscheines ohne Vorlegung einer Abgabebescheinigung unbedingt abgelehnt wird, wenn solche Bestände in ausreichendem Maße vorhanden sind.

Die für die Ausfertigung von Bezugsscheinen zuständigen Behörden haben nachersichtliche Bestimmungen anzuwenden:

1. Personen, die an Kleidung, Wäsche und Schuhwerk Bestände besitzen, wie sie in der Bestandsliste II. Fassung (Anlage I) aufgeführt sind, dürfen Bezugsscheine, außer gegen Abgabebescheinigung, für weitere gleiche oder ähnliche Gebrauchsgegenstände nicht erhalten.

Wird die Ausstellung eines Bezugsscheines ohne Vorlegung einer Abgabebescheinigung beantragt, so ist zunächst mündlich der Bestand an Gebrauchsgegenständen in dem aus der Erläuterung des Bestandsfragebogens ersichtlichen Umfange anzugeben und zu versichern, daß weder Abgabebescheinigungen, noch uneingelöste Bezugsscheine, noch zur Anfertigung des beantragten Gegenstandes geeignete Stoffe vorhanden sind. Sind solche Stoffe oder Abgabebescheinigungen oder Bezugsscheine vorhanden, so sind diese wie Gegenstände, die daraus angefertigt oder darauf beschafft werden können, anzurechnen. Erreicht der vorhandene Bestand hiernach die in der Bestandsliste bestimmte Stückzahl, so ist der Antrag abzulehnen. Gehen der Prüfungsstelle Bedenken gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der mündlichen Versicherung bei, so ist die Abgabe einer schriftlichen Versicherung zu fordern.

Vor Abgabe seiner mündlichen oder schriftlichen Erklärung ist der Beantragende auf die Strafbarkeit falscher Angaben im Sinne des Vordrucks auf dem Bestandsfragebogen hinzuweisen. Der in die Augen fallende Aushang einer entsprechenden Warnung in den Bezugsscheinstellen und Verweisung auf diese wird sich zweckmäßig erweisen.

Es bleibt den Landeszentralbehörden bzw. den von ihnen bezeichneten Behörden bzw. den Kommunalverbänden anheimgestellt, eine häusliche Nachprüfung der Angaben auf dem Bestandsfragebogen vor einer Bewilligung für ihre Bezugsscheinstellen anzuordnen (§ 18 Satz 2 verb. mit § 11 Abs. 3 der VO. v. 10. Juni/23. Dezember 1916).

2. Zu den schriftlichen Versicherungen nach Ziffer 1 ist der Bestandsfragebogen II. Fassung (Anlage II) zu verwenden. Es steht den Kommunalverbänden frei, den Vordruck des Bestandsfragebogens mit weiterem Aufdruck zu versehen. Die vorhandenen alten Bestandsfragebogen sind aufzubrauchen. Ihren Bedarf an Bestandsfragebogen II. Fassung (Drucks. Nr. 467) können die Kommunalverbände unentgeltlich auf dem ihnen zugehenden Bestellschein Nr. 466 bei der RBeklSt., Drucksachenverwaltung, Berlin W 50, Nürnberger Platz 1, bestellen. Bestellungen, die nicht auf diesem Bestellschein eingehen, werden nicht berücksichtigt. Die Verwahrung der Bestandsfragebogen entsprechend den Personallisten oder -Karten sowie ein Vermerk in diesen über die erfolgte Ausfüllung eines Bestandsfragebogens wird sich empfehlen.

3. Für die in Anlage I unter L und M genannten, für einen ganzen Hausstand bestimmten Gegenstände kann die schriftliche Versicherung nach Ziffer I vom Haushaltungsvorstand oder von der Ehefrau oder von dem bestellten Vertreter oder der Vertreterin abgegeben werden.

4. Ausnahmsweise können von den Anfertigungsstellen an Personen, die durch ihren Beruf oder ihre Beschäftigung zu einem größeren Aufwand an Kleidung, Leibwäsche und Schuhwerk gezwungen sind, Bezugsscheine auch über den in der Bestandsliste II. Fassung (Anlage I) vorgesehenen Bestand hinaus, aber nur in mäßigem Umfange

ausgefertigt werden. Zunächst sind aber derartige Antragsteller darauf hinzuweisen, daß sie durch Abgabe gebrauchter Stücke sich einen Bezugsschein ohne Prüfung der Notwendigkeit der Anschaffung verschaffen können, und sie sind aufzufordern, diesen Weg der Bezugsscheinbeschaffung zu beschreiten. Nur wenn aus zutreffenden Gründen diese Art der Bezugsscheinbeschaffung unmöglich erscheint, soll von der hier gestatteten Ausnahme Gebrauch gemacht werden.

Diese Ausnahmebestimmung gilt nicht für Bettwäsche, Haus- und Küchenwäsche (L und M der Anlage I).

Bei Vorhandensein nur eines Wintermantels oder -Überziehers oder -Jaketts oder Umhangs (Bestandsliste II. Fassung: A, B, E und F) kann bei Krankheit, hohem Alter und ähnlichen Ausnahmefällen ein Bezugsschein auf einen Sommer-Mantel oder Überzieher oder -Jakett oder -Umhang ausgefertigt werden, wenn durch ein ärztliches Zeugnis nachgewiesen wird, daß mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand die Anschaffung dringend notwendig ist.

Kommunalverbände klimatisch besonders ungünstig gelegener Bezirke können mit vorher einzuholender Einwilligung der Reichsbekleidungsstelle die Bewilligung auch eines Sommer-Mantels oder -Überziehers oder -Jaketts oder -Umhangs neben einem Winter-Mantel oder -Überzieher oder -Jakett oder -Umhang allgemein gestatten.

Die Leiter der den Bezugsschein-Ausfertigungsstellen nächstübergeordneten Stellen sollen auch überdies hinsichtlich aller bezugsscheinpflichtigen Gegenstände in vereinzelten außergewöhnlichen Fällen, jedoch nicht ohne zwingendste Gründe, zur Vermeidung besonderer Härten eine Ausnahme bewilligen dürfen; derartige Bewilligungen dürfen jedoch nur in mäßigem Umfange über den in der Bestandsliste II. Fassung (Anlage I) vorgesehenen Bestand hinausgehen. Vor der Bewilligung ist im Sinne von Absatz 1 Satz 2 und 3 zunächst auf Abgabe gebrauchter Stücke hinzuweisen.

In jedem Falle einer in Ziffer 4 vorgesehenen Ausnahme ist die in Ziffer 1 und 2 vorgesehene schriftliche Versicherung zu fordern.

5. Es ist ganz besonders darauf zu achten, daß die in Anlage I bei den einzelnen Gebrauchsgegenständen genannte Stückzahl nicht als Mindestzahl aufgefaßt wird, dergestalt, daß jedermann den Anspruch erheben kann, seine Bestände bis auf diese Zahlen zu ergänzen; vielmehr werden sich die Kreise des Volkes, die sich bisher regelmäßig mit weniger begnügen konnten und begnügt haben, auch künftig regelmäßig mit weniger begnügen müssen. Hier wird das pflichtmäßige, auf tunlichste Sparsamkeit gerichtete Ermessen der Ausfertigungsbehörden besonders dafür zu sorgen haben, daß kein Mißbrauch mit diesen Zahlen getrieben wird. — Diese wichtige Anordnung wird hiermit erneut in Erinnerung gebracht. Zur Erleichterung der Durchführung dieser Anordnung wird die Anbringung eines augenfälligen kurzen Anschlages empfohlen.

6. Bei Ausfertigung von Bezugsscheinen über Stoffmengen zur Anfertigung von Kleidung und Wäsche ist die Bek. der RBeklSt. über Höchstmaße bei Bewilligung und Abgabe von Stoffen v. 27. März 1917 (Reichsanzeiger Nr. 79 und die dazugehörige Liste der Stoff-Höchstmaße) in Fassung der Abänderungsbek. der RBeklSt. v. 28. Juni und 13. Oktober 1917 (Reichsanzeiger Nr. 151 und Nr. 244) streng zu beachten. Hiernach werden für Kleidung und Wäsche, soweit sie in der Liste der Stoffhöchstmaße aufgeführt sind, Normal-Stoffbreiten (in der Liste **umrahmt und fettgedruckt** oder auf gleicher Linie mit den Normalmaßen stehend) und entsprechende Normalmaße ebenfalls **(umrahmt und fettgedruckt)** zugrunde gelegt. Die Ausfertigungsstellen haben, bei Personen bis zu 18 Jahren unter Berücksichtigung des Alters, höchstens die **umrahmten und fettgedruckten** Normalmaße zu bewilligen. Sie dürfen nur in besonders begründeten Ausnahmefällen, wie bei starken Personen, bis zu 15 % mehr bewilligen. Die Mehrbewilligung ist durch den Vermerk „+ ..... % Zuschlag" hinter der Meterzahl auf dem Bezugsschein kenntlich zu machen. Das Nähere ergeben die in der Bekanntmachung vom 27. März

1917 enthaltenen Beispiele. Soweit Kleidung, Bett-, Haus- und Küchenwäsche in der Liste nicht aufgeführt sind, darf für beantragte Gegenstände höchstens das knapp gehaltene entsprechende Maß bewilligt werden.

I b.

Im folgenden sind die zurzeit für Ausstattungen, Säuglinge, Wöchnerinnen, Einsegnungen, Krankheiten und Todesfälle geltenden Bestimmungen zusammengefaßt. In jedem Falle eines Antrages zu 1, 4 und 5 ist die unter I, 1 und 2 vorgesehene schriftliche Versicherung, bei Ausstattungen, soweit der Antrag auch für den Bräutigam mitgeteilt wird, auch für dessen Bestand zu fordern.

1. Für Ausstattungen bei Gründung eines Haushalts ist Kleidung, Wäsche und Schuhwerk nur im Umfange der Bestandsliste unter Anrechnung vorhandener Stücke zu bewilligen (s. vorigen Satz).
2. Für einen Teil der Säuglings-Leibwäsche und -Bekleidung (Begriff siehe Mitteilungen Nr. 5 S. 16 Ziff. 40) sowie für Säuglings-Bettwäsche enthält die Bestandsliste keine Angaben; es gilt daher für sie deren Ziff. 7.
3. Für besondere Wäsche und Kleidung von Wöchnerinnen enthält die Bestandsliste keine Angaben; es gilt daher für sie deren Ziffer 7. Es soll möglichst darauf hingewiesen werden, vorhandene Stücke für diesen Zweck umzuarbeiten; die hierzu erforderlichen geringeren Stoffmengen können ohne weiteres bewilligt werden.
4. Die Bewilligung besonderer Konfirmanden- oder Kommunikanten-Kleidung nur zum Zwecke der Einsegnung und über den nach der Bestandsliste erlaubten Bestand an Gebrauchskleidung hinaus ist unzulässig. Die Antragsteller sind im übrigen vor einer Bewilligung von der Anregung in Mitteilungen Nr. 32 S. 145 zu unterrichten. Siehe auch oben Absatz 1 Satz 2.
5. Bei schweren Krankheiten, die einen besonders starken Verbrauch von Leib-, Bett- und Hauswäsche für den Kranken zur Folge haben, kann auf Grund ärztlicher Bescheinigung in mäßigem Umfange über den Rahmen der Bestandsliste hinaus solche Wäsche bewilligt werden. Siehe auch oben Absatz 1 Satz 2.
6. Bei Anträgen auf Bewilligung von Trauerkleidung ist höchstens eine vollständige Trauerkleidung zu bewilligen und im übrigen auf das Aushilfsmittel des Färbens vorhandener Kleider aufmerksam zu machen. Vor einer Bewilligung haben die Ausfertigungsstellen den Antragsteller von der Anregung in Mitt. Nr. 27 S. 107 zu unterrichten, auf besondere Trauerkleidung zu verzichten und sich mit Armflor zu begnügen.
7. Für Sargausstattung dürfen Bezugsscheine nicht mehr erteilt werden. Für Totenkleidung (auch rituale), einschließlich Schuhe dürfen Bezugsscheine nur auf Gewebe aus reinem Papiergarn erteilt werden. Die Antragsteller sind vor einer Bewilligung von der Anregung in Mitt. Nr. 15 S. 44 zu unterrichten.

II.

1. Der RBekISt. sind zahlreiche Fälle bekannt geworden, in denen Behörden Bezugsscheine unterstempelt und vollzogen haben ohne Ausfüllung der Gegenstände, für deren Bezug sie bestimmt sein sollten, also Blanko-Bezugsscheine erteilt haben. Eine solche Handlung stellt ein pflichtwidriges Verfahren der betreffenden Behörde dar und wird der vorgesetzten Dienstbehörde unnachsichtlich zur entsprechenden Ahndung angezeigt werden.

2. Auch sind der RBekISt. Fälle bekannt geworden, in denen offensichtlich das persönliche Ansehen und die soziale Stellung des Antragstellers für die Ausstellung von Bezugsscheinen in erheblichem Maße mißbraucht worden ist. Es wird dabei vergessen, daß, wer mehr, als an Wäsche, Kleidung und Schuhwerk unbedingt erforderlich ist, aus den zusammenschrumpfenden Vorräten entnimmt, gegen die wichtigsten Interessen des Vaterlandes verstößt und dazu beiträgt, daß die verantwortlichen Behörden noch strengere

Vorschriften für die Erteilung von Bezugsscheinen erlassen oder sonstige einschneidende Maßnahmen in Erwägung ziehen müssen.

III.

Immer wieder ist die RBekISt. von den Kommunalverbänden und Städten, die ihre Bekleidungsstellen gut eingerichtet und mit dem notwendigen besoldeten und ehrenamtlichen Sonderpersonal versehen haben, mit vollem Recht darauf hingewiesen worden, daß diejenigen Städte und Kommunalverbände, die bisher ohne Sondereinrichtungen die Arbeiten der Bezugsscheinstellen nebenamtlich durch ohnehin unter den gegenwärtigen Verhältnissen stark belastetes Personal miterledigen lassen, ihre Bevölkerung durch die Unmöglichkeit genauer Handhabung der Anordnungen der RBekISt. vor denen anderer Bezirke begünstigen und dadurch Kommunalverbände mit gut eingerichteten Bekleidungsstellen von den für deren Bevölkerung erforderlichen Bedarfsgegenständen entblößen.

Sie weisen darauf hin, daß, solange nicht solche Städte und Bezirke ihre Einrichtungen verbessert haben, auch allgemeine strengere Maßnahmen nur geringe Wirkungen haben werden und die Benachteiligung und Beunruhigung der Bevölkerung ihrer eigenen Bezirke nur zu erhöhen geeignet seien. Die Vervollständigung der Einrichtungen in solchen Städten und Landbezirken werde ein wesentliches Streckungsergebnis zeitigen und die Notwendigkeit einer erheblichen weiteren Verschärfung der Richtlinien und Bestandsliste für die Allgemeinheit wesentlich hinausschieben, wenn nicht ganz verhüten.

Die in den Mitteilungen veröffentlichten Ergebnisse der Überprüfungen in den Bezugsscheinstellen seitens der RBekISt. bestätigen diese Ungleichmäßigkeit der Einrichtungen der Bezugsscheinstellen durchaus. Die RBekISt. wird daher mit den Landes-Zentralbehörden wegen Abstellung der erwähnten Übelstände ins Einvernehmen treten.

IV.

Die in Ziffer III der bisherigen Richtlinien angeordnete Überprüfung der Geschäftsführung in den Bezugsscheinstellen wird in erhöhtem Maße auch weiter durchgeführt werden und zur Beseitigung der ungleichmäßigen Handhabung der Richtlinien beitragen können.

Es wird erneut darum ersucht, diese Prüfungsbeamten der RBekISt. in jeder Weise durch sachentsprechende Auskünfte zu unterstützen. Das Prüfungsergebnis wird in der bisherigen Weise sowohl den übergeordneten Behörden durch Übersendung eines Auszuges der Prüfungsniederschrift als auch den Bezugsscheinstellen durch Veröffentlichung in den Mitteilungen bekannt gemacht werden. Die RBekISt. erwartet, daß die Bekanntgabe der vorgefundenen Mängel die übrigen Bezugsscheinstellen noch mehr als bisher zur Vermeidung solcher Mängel veranlassen wird.

V.

Diese Neuen Richtlinien II. Fassung treten sofort in Kraft.

Gleichzeitig werden die Neuen Richtlinien der RBekISt. für Erteilung von Bezugsscheinen vom 27. März 1917 (Mitt. Nr. 9) aufgehoben.

Es werden ferner aufgehoben die §§ 2 bis 6 und § 8 der Ausführungs-Bek. der RBekISt. zu §§ 11 und 12 der VO. v. 10. Juni 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung v. 31. Oktober 1916 (Reichsanzeiger Nr. 258).

Anlage I. **Bestandsliste II. Fassung.**

Änderungen sind lateinisch gedruckt.

1. Diese Bestandsliste gilt für eine Person, zu L und M für jede Person des Haushaltes. Über diesen Bestand hinaus sollen in der Regel keine Bezugsscheine ausgestellt werden.

2. Für Personen über 14 Jahre gelten die Grundsätze für Erwachsene. Als Bestand gelten alle bezugsscheinpflichtigen und bezugsscheinfreien vorhandenen Stücke, auch die vermeintlich nicht mehr gebrauchsfähigen. Bei diesen ist es möglich und erwünscht, sie bei einer Annahmestelle für gebrauchte Kleidung, Wäsche oder Schuhwaren (Mitt. Nr. 2 S. 4 § 9a, S. 8ff.) entgeltlich oder unentgeltlich abzugeben, sie zu anderen Gebrauchsgegenständen zu verarbeiten oder an den Lumpenhändler (Mitt. Nr. 4 S. 12) zu verkaufen.

3. Vorhandene Stoffe, einschließlich solcher aus zerlegten gebrauchten Stücken, sind wie Gegenstände, die daraus hergestellt werden können, anzurechnen.

4. Zwischen Sommer- und Wintersachen ist, abgesehen von den in dieser Liste unter A, B, E und F vorgesehenen Fällen nicht zu unterscheiden. Sommerüberzieher, -Mäntel, -Jaketts oder -Umhänge oder Stoffe hierzu dürfen nicht bewilligt werden. Wegen Ausnahmen vgl. Neue Richtlinien II. Fassung unter I, Ziffer 4. — Mit Pelz gefütterte oder überzogene Kleidungsstücke sind in den Bestand nicht einzurechnen, wohl aber mit Pelz nur besetzte Kleidungsstücke.

5. Die von den Betriebsunternehmern den in der Kriegswirtschaft tätigen Personen zu Eigentum überlassene besondere Berufskleidung ist auf den Bestand mit anzurechnen.

6. Bezüglich Ausstattungen bei Gründung eines Haushalts vgl. Ziffer Ib, 1 der Neuen Richtlinien II. Fassung.

7. Außer Bezugsscheinen gegen Abgabebescheinigung dürfen Bezugsscheine auf in der Bestandsliste nicht aufgeführte Gebrauchsgegenstände, soweit nicht die Abgabe von Bezugsscheinen überhaupt verboten ist, nur insoweit erteilt werden, als die Anschaffung dringendst notwendig erscheint.

8. Bezugsscheine, außer solchen gegen Abgabebescheinigung, dürfen nicht erteilt werden für Tischwäsche einschließlich Mundtücher.

A. Oberkleidung für Männer:

Werktagsanzug[1])	1 Stück
Sonntagsanzug[1])	1 „
Winter-Überzieher oder -Umhang insgesamt	1 „
Einzelarbeitskittel (Blusen, Joppen) insgesamt	2 „
Einzelwesten	2 „
Einzel-Arbeitshosen	2 „
hierzu:	
Berufsschürzen	2 „
Winterhandschuhe	1 Paar
Taschentücher	6 Stück
Kragen (Steh- und Umlegekragen)	9 Stück
Manschetten (Stulpen)	3 Paar
Vorhemden oder Vorstecker insgesamt	3 Stück

Anmerkung: [1]) Gehrockanzüge sind als Sonntags- oder Werktagsanzüge anzurechnen, je nach der Verwendung durch den Antragsteller. Nicht anzurechnen sind vorhandene Fracks und Smokings.

B. Oberkleidung für Knaben von 2—14 J.:

Werktagsanzug	1 Stück
Sonntagsanzug	1 „
Einzel-Jacken (Blusen, Schwitzer oder Kittel) insgesamt	1 „
Einzelwesten	1 „
Einzelhosen	1 „
Winterüberzieher oder -Umhang insgesamt	1 „
hierzu: Schürzen	2 „
Winterhandschuhe	1 Paar
Taschentücher	6 Stück

C. Unterkleidung für Männer:

Oberhemden (Taghemd) insges.	3 Stück
Unterhemden oder Unterjacken insgesamt	3 „
Nachthemden	2 „
Unterhosen	3 „
Strümpfe	4 Paar

D. Unterkleider für Knaben von 2—14 J.:

Hemden	3 Stück
Unterhemden oder Unterjacken insgesamt	1 „

Nachthosen oder Hemden insges. 2 Stück
Unterhosen . . . . . 3 „
Strümpfe . . . . . 4 Paar

E. Oberkleidung für Frauen:

Werktagskleider[1]) . . . . . 2 Stück
Sonntagskleid[1]) . . . . . 1 „
Einzel-Kleiderrock (Tagrock) . . 1 „
Einzel-Blusen . . . . . 2 „
Winter-Mantel oder -Umhang oder Winter- Einzeljackett insgesamt[2]) . . . . . 1 „
Umschlagetuch . . . . . 1 „
Morgenrock oder -Jacke insges. 1 „
hierzu: Schürzen . . . . . 3 „
Winterhandschuhe . . . 1 Paar
Taschentücher . . . . . 6 Stück

Anmerkungen: [1]) Gesellschaftskleider sind anzurechnen.

[2]) Von Jackenkleidern (Kostümen) aus wollenem oder halbwollenem Stoff übrig gebliebene Einzeljacken sind auf Wintermäntel, -Umhänge oder Winter-Einzeljacketts anzurechnen.

F. Oberkleidung für Mädchen von 2—14 J.:

Werktagskleid . . . . . 1 Stück
Sonntagskleid . . . . . 1 „
Einzelkleider-Rock . . . . . 1 „
Einzel-Blusen . . . . . 2 „
Wintermantel oder -Umhang oder Winter-Einzeljackett insgesamt (Anm. wie 3 unter E.) 1 „
hierzu: Schürzen . . . . . 3 „
Winterhandschuhe . . . 1 Paar
Taschentücher . . . . . 6 Stück

G. Unterkleidung für Frauen:

Taghemden . . . . . 4 Stück
Nachthemden oder Nachtjacken insgesamt . . . . . 3 „
Beinkleider oder Hemdhosen insgesamt . . . . . 4 „
Unterleibchen oder Untertaillen oder Korsettschoner insges. 2 „
Unterjacke . . . . . 1 „
Unterröcke . . . . . 2 „
Strümpfe . . . . . 4 Paar

H. Unterkleidung für Mädchen von 2—14 J.:

Taghemden . . . . . 4 Stück
Nachthemden oder Nachtjacken insgesamt . . . . . 3 „
Beinkleider oder Hemdhosen insgesamt . . . . . 4 Stück
Unterleibchen oder Untertaillen insgesamt . . . . . 2 „
Unterjacke . . . . . 1 „
Unterröcke . . . . . 2 „
Strümpfe . . . . . 4 Paar

J. Kleidung für Kinder von 1—2 Jahren.:

Hemden . . . . . 6 Stück
Nachthosen oder Röckchen insgesamt . . . . . 3 „
Unterhöschen . . . . . 4 „
Kittel (Kleider, Jacken oder Blusen) insgesamt . . . . . 2 „
Unterröckchen . . . . . 2 „
Strümpfe . . . . . 4 Paar
Schürzen . . . . . 3 Stück

JJ. Säuglingsbekleidung und -wäsche (bei der Geburt des ersten Kindes; bei nachfolgenden Kindern ist der noch vorhandene gebrauchsfähige Bestand an derartiger Bekleidung und Wäsche besonders zu berücksichtigen):

Hemdchen . . . . . 6 Stück
Jäckchen . . . . . 4 „
Nabelbinden (waschbare) . . . 3 „
Windeln . . . . . 12 „
Unterlagen . . . . . 4 „
Einschlagetücher (Wickeltücher) 2 „
siehe auch Neue Richtlinien II. Fassung unter Ziffer Ib, 2.

K. Schuhwaren:

Schuhe oder Stiefel insgesamt 2 Paar
Hausschuhe oder Pantoffel oder ausgeschnittene Schuhe ohne Spange insgesamt . . . . . 1 „
Sandalen oder Turn- oder Tennis-Halbschuhe insgesamt . . . 1 „
Holz-Pantinen (-Pantoffel) . . 1 „

L. Bettwäsche (berechnet auf jede Person des Hausstandes, z. B. bei einem vierköpfigen Hausstande 8 Kissenbezüge):

Kissenbezüge . . . . . 2 Stück
Bettücher . . . . . 2 „
Bettbezüge . . . . . 2 „
Woll-oder Steppdecke insgesamt 1 „

M. Haus- und Küchenwäsche (berechnet auf jede Person des Hausstandes, z. B. bei einem vierköpfigen Hausstande 12 Handtücher):

Handtücher[1]) oder Badehandtücher insgesamt . . . . . 3 Stück	Küchenhandtücher oder Geschirrtücher insgesamt . . . . . 2 Stück
Anmerkung: [1]) Auf den Bestand an Handtüchern sind vorhandene Mundtücher anzurechnen.	Wischtücher (Staub-, Seifen- oder Scheuertücher) insgesamt . . 3 „

Statt eines fertigen Gegenstandes kann von der Bezugsschein-Ausfertigungsstelle auch der dazu benötigte Stoff bewilligt werden. Das Nähere hierüber ergibt sich aus der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über Höchstmaße bei Bewilligung und Abgabe von Stoffen vom 27. März 1917 (Reichsanzeiger Nr. 79) und der dazu gehörigen Liste der Stoffhöchstmaße in Fassung der Abänderungs-Bek. der RBekISt. v. 28. Juni und 13. Oktober 1917 (Reichsanzeiger Nr. 151 und Nr. 244), die streng zu beachten sind.

(Muster siehe S. 230.)

c) Bek. der Reichsbekleidungsstelle über Höchstmaße bei Bewilligung und Abgabe von Stoffen. Vom 27. März 1917. (Mitt. 17 Nr. 9, 7.)

[§§ 11 Abs. 3; 12 Abs. 2 WebVO. 10. 6./23. 12. 16; § 2 BefugnisVO. 22. 3. 17.]

§ 1. Auf Bezugsscheinen über Stoffmengen zur Anfertigung von Kleidung oder Wäsche, soweit solche in der angefügten Liste [1]) der Stoffhöchstmaße aufgeführt ist, sind von den Ausfertigungsbehörden künftig regelmäßig höchstens die in dieser Liste **umrahmten und fettgedruckten** Normalmaße, bei Personen bis zu 18 Jahren unter Berücksichtigung des Alters, zu bewilligen (Beispiel: Drei m zehn cm Stoff für ein Kleid bei einem 10jährigen Mädchen). Soweit Kleidung oder Wäsche in dieser Liste nicht aufgeführt sind, darf für beantragte Gegenstände höchstens das knapp gehaltene entsprechende Maß bewilligt werden.

In besonders begründeten Ausnahmefällen (z. B. bei starken Personen) darf bei Oberkleidung, nicht auch bei Unterkleidung und Wäsche, von der Ausfertigungsbehörde bis zu 15 % an Stoff mehr bewilligt werden. Diese Mehrbewilligung ist im Bezugsscheine hinter der Meterzahl ersichtlich zu machen durch Hinzufügung des Vermerks: „+ .... % Zuschlag" (Beispiel: zwei m zwanzig cm + zehn % Zuschlag Stoff zu einem Männer-Winterüberzieher).

§ 2. Die Gewerbetreibenden dürfen, falls sie Stoffe in der in der angefügten Liste der Stoffhöchstmaße **umrahmten oder fettgedruckten** oder (Buchstabe J der Liste) auf gleicher Linie mit den **umrahmten und fettgedruckten** Normalmaßen stehenden Normalbreite abgeben, höchstens das auf dem Bezugsscheine bewilligte Maß an die Verbraucher überlassen.

Werden Stoffe in anderer Breite als dieser Normalbreite abgegeben, so dürfen die Gewerbetreibenden an Stelle der auf dem Bezugsscheine bewilligten Maße höchstens die in der Liste für die abgegebene Stoffbreite verzeichneten entsprechenden Stoffhöchstmaße an die Verbraucher überlassen. Auf dem Bezugsscheine etwa bewilligter prozentualer Zuschlag (§ 1 Abs. 2 dieser Bekanntmachung) darf auch zu diesen Stoffhöchstmaßen in gleicher Höhe hinzugeschlagen werden, unter Abrundung des hiernach gefundenen Maßes nach oben auf die nächsten vollen 5, beziehentlich 10 cm (Beispiele: Der Bezugsschein lautete über drei m zehn cm Stoff zu einem Kleid für ein 10jähriges Mädchen; von einem 80 cm breiten Stoffe sind dann höchstens 4,25 m abzugeben. Lautet der Bezugsschein im gleichen Falle auf drei m zehn cm + fünfzehn % Zuschlag, so sind von einem 80 cm breiten Stoffe höchstens 4,25 m + 15 % hiervon, das sind zusammen 4,89 m oder abgerundet 4,90 m abzugeben).

[1]) Die Liste (geändert am 13. Oktober 1917, Mitt. 17, 169) ist hier nicht mit abgedruckt.

Anlage II. **Reichsbekleidungsstelle.**

Bestandsfragebogen II. Fassung.

Erläuterung.

(Vor Ausfüllung zu lesen und genau zu beachten!)

I. Männer- und Knaben-Oberkleidung. Wird ein vollständiger Anzug oder Stoff dazu verlangt, so ist der Bestand der betreffenden Person an vollständigen Anzügen und außerdem an Teilstücken eines Anzuges anzugeben, also auch die Zahl der Einzeljacken, -Westen und -Hosen.

Werden Teilstücke eines Anzuges (z. B. Hosen) oder Stoff dazu verlangt, so ist der Bestand der betreffenden Person an Stücken der beantragten oder gleichverwendbaren (Anmerkung *) Art (z. B. Hosen) und außerdem an vollständigen Anzügen anzugeben.

II. Frauen- und Mädchen-Oberkleidung. Wird ein Kleid oder Stoff dazu verlangt, so ist der Bestand der betr. Person an vollständigen Kleidern und außerdem an Teilstücken einer Oberkleidung anzugeben, also auch Einzeljacken, -Blusen und -Röcke.

Werden Teilstücke eines Kleides (z. B. eine Bluse) oder Stoff dazu verlangt, so ist der Bestand der betreffenden Person an Teilstücken der beantragten oder gleichverwendbaren (Anmerkung *) Art (z. B. Blusen) und außerdem an vollständigen Kleidern anzugeben.

III. Wird Schuhwerk beantragt, so ist der gesamte Bestand der betreffenden Person an Schuhwerk aller Art anzugeben.

IV. Werden sonstige Gebrauchsgegenstände oder Stoff dazu verlangt, so ist der Bestand der betreffenden Person an Gegenständen der beantragten oder gleichverwendbaren (Anmerkung *) Art anzugeben. Nur bei Bett-, Haus- und Küchenwäsche ist der Bestand des ganzen Haushaltes an Gegenständen der beantragten Art, einschließlich der eigenen Ausstattung einzelner Hausstandsangehöriger, und außerdem die Zahl der Hausstandsangehörigen anzugeben.

V. Zu I. II. und IV sind auch vorhandene Stoffe anzugeben.

VI. Es sind auch die vermeintlich nicht mehr gebrauchsfähigen vorhandenen Stücke und Stoffe anzugeben. Bei solchen ist es möglich und erwünscht, sie bei einer Annahmestelle für gebrauchte Kleidung, Wäsche oder Schuhwaren abzugeben, sie zu anderen Gebrauchsgegenständen zu verarbeiten oder dem Lumpenhändler zu verkaufen.

VII. Auch bezugsscheinfreie Gegenstände und Stoffe sind aufzuführen — Zwischen Sommer- und Winterfachen, ist, abgesehen von den in der Bestandsliste unter A, B, E und F vorgesehenen Fällen (Winter- und Sommer-Mantel, -Überzieher, -Jackett oder -Umhang, von Jackenkleidern [Kostümen] aus wollenem oder halbwollenem Stoff übriggebliebene Einzeljacken), nicht zu unterscheiden.

VIII. Die von den Betriebsunternehmern den in der Kriegswirtschaft tätigen Personen zu Eigentum überlassene besondere Berufskleidung ist auf den Bestand mitanzurechnen.

*) Anmerkung: z. B. bei beantragtem Winterüberzieher auch Wintermantel, Winterumhang; bei beantragtem Winterjackett auch Damenwintermantel, von Jackenkleidern (Kostümen) aus wollenem oder halbwollenem Stoff übrig gebliebene Einzeljacken usw.

Ich versichere,

1. daß in dem Bestande

(Unzutreffendes zu durchstreichen.)

a) meiner Person,

b) des/der ....

.....

(Vor- und Zuname des Familienmitgliedes, für das der Bezugsschein beantragt wird, bis zum 18. Jahre auch Angabe des Alters),

c) (bei Bettwäsche, Haus- und Küchenwäsche):
meines bzw. des von mir vertretenen Hausstandes, dem .... Personen angehören (die Zahl ist anzugeben),

nur die auf der Rückseite von mir angegebenen Stücke enthalten sind,

2. daß dieser Bestand außer den auf der Rückseite von mir nach Maß und Stoffart angegebenen keine Stoffe, auch nicht solche aus zerlegten gebrauchten Stücken, enthält, aus denen Gebrauchsgegenstände der beantragten Art hergestellt werden können,

3. daß außer den auf der Rückseite von mir nach Zahl und Gegenstand angegebenen weder Abgabebescheinigungen über abgegebene, mit dem beantragten gleichartige Gegenstände noch uneingelöste Bezugsscheine über Gebrauchsgegenstände oder über Stoffe, aus denen der beantragte Gegenstand hergestellt werden kann, mir bzw. den unter 1b Genannten bzw. dem Hausstande zur Verfügung stehen.

Ich bin davon unterrichtet, daß vorsätzlich unwahre oder unvollständige Angaben auf diesem Fragebogen (Vorder- u. Rückseite) wie überhaupt vor den für die Bezugsscheinausstellung zuständigen Stellen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 15000 Mk. bestraft werden.

Es ist mir bekannt, daß ich verpflichtet bin, die zu meinem Bestande gehörende Kleidung, Wäsche und Schuhwerk im Falle einer häuslichen Nachprüfung des Bedarfs jederzeit vorzuzeigen.

(Ort, Datum) ...., den .... 191....

Wohnung: ....

Vor der Unterschrift sind auf der Rückseite zunächst die vorhandenen Stücke, Stoffe, Abgabebescheinigungen und Bezugsscheine gemäß obiger Versicherung anzugeben!

Eigenhändige Unterschrift:

R.-B.-St. 407.

Bei Abgabe in anderer Breite als dieser Normalbreite ist von den Gewerbetreibenden die überlassene Stoffbreite und Meterzahl auf dem Bezugsscheine unter der Meterzahl mit Tinte oder Tintenstift unter Hinzufügung des Wortes „Abgegeben" zu vermerken (Beispiele des Vermerks zu obigen Beispiels-Fällen:

„drei m zehn cm Stoff zu einem Kleid.
Abgegeben 4,25 m / 80 cm;"

oder wenn 15 Proz. Zuschlag auf dem Bezugsscheine bewilligt war und abgegeben ist:

„drei m zehn cm + fünfzehn Proz. Zuschlag Stoff zu einem Kleid,
Abgegeben 4,90 m / 80 cm).

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen § 2 werden nach § 3 Nr. 1 der VO. über Befugnisse der RWeklSt. vom 22. März 1917 mit Gefängnis bis zu 1 Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 4. Diese Bekanntmachung tritt am 3. April 1917 in Kraft.

f) Bek. der Verwaltungsabteilung über die Möglichkeit des Verkaufs von Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren bei Unzulässigkeit der Versteigerung. Vom 28. April 1917.
(Mitt. 17 Nr. 12, 26.)

Die in der jeweiligen Freiliste verzeichneten Gegenstände dürfen nach wie vor versteigert werden, sofern es sich nicht um in Gebrauch gewesene Kleidungs- und Wäschestücke oder um getragene Schuhwaren handelt.

Bei allen nicht in der Freiliste verzeichneten Gegenständen sowie den in Gebrauch gewesenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren ist eine Versteigerung unzulässig.

Da die Vorschriften der §§ 9 und 9a der VO. v. 10. Juni/23. Dezember 1916 die bisherigen reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften, soweit sie entgegenstehen, aufgehoben haben, kann an Stelle der bisher vorgeschriebenen Versteigerung die Veräußerung nur im Wege freihändigen Verkaufes mit folgender Maßgabe erfolgen:

a) Bei allen in Gebrauch gewesenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren:

Die bezeichneten Altsachen können nur an die behördlich zugelassenen Personen und Stellen, die Annahmestellen der Kommunalverbände, entgeltlich veräußert werden. Der mit der früheren Gesetzesvorschrift der Versteigerung beabsichtigte Zweck, besonders im Hinblick auf die Interessen des Gläubigers einen größtmöglichen Erlös aus dem Verkaufe zu erzielen, wird hierdurch unter den jetzigen Verhältnissen erreicht, da solche Sachen an keine andere Stelle als die Annahmestellen veräußert werden können und deren Preise maßgebend sind.

1. Es können somit sowohl die Gerichtsvollzieher oder zu Versteigerungen befugten anderen Beamten oder öffentlich angestellten Versteigerer, sei es, daß sie auf Grund von Pfändungspfandrechten oder sonstigen gesetzlichen Pfandrechten oder zur Verwertung der Pfänder der Leihanstalten oder auf Grund von sonstigen durch Rechtsgeschäft bestellten Pfandrechten die bezeichneten Altsachen verkaufen, diese nur an die kommunalen Annahmestellen veräußern.

Bei den auf Grund der Zwangsvollstreckung erfolgenden Verwertungen der gepfändeten Sachen wird der Gläubiger oder Schuldner in Gemäßheit des § 825 ZPO. noch die Genehmigung des Vollstreckungsgerichts einzuholen haben. Eine Genehmigung der RWeklSt. hierzu ist nicht erforderlich. In gleicher Weise hätte im Falle des § 127 Konkursordnung der Konkursverwalter zu verfahren.

2. Bei Fundsachen, deren Aufbewahrung mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist, oder die in den Geschäftsräumen oder den Beförderungsmitteln einer öffentlichen Behörde oder einer dem öffentlichen Verkehre dienenden Verkehrsanstalt gefunden sind, ferner bei Sachen eines unbekannten Empfangsberechtigten, welche eine öffentliche Behörde im Besitze hat, zu deren Herausgabe sie aber verpflichtet ist, ohne daß die

Verpflichtung auf Vertrag beruht (z. B. Überführungsstücken), tritt an die Stelle der in den §§ 966, 979, 983 BGB. vorgeschriebenen Versteigerung der bezeichneten Altsachen der Verkauf an die kommunalen Annahmestellen.

Ebenso ist bei Einziehungen in Strafsachen und allen sonstigen Fällen, in denen bisher die Versteigerung vorgeschrieben war, mit den genannten Altsachen zu verfahren.

Einer besonderen Genehmigung seitens der RBekISt. bedarf es nicht.

b) Neusachen und alle Altsachen außer den in Gebrauch gewesenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren (z. B. alte Decken, Vorhänge und dergl.), die bezugsscheinpflichtig sind.

An Verbraucher können solche Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren in keinem Falle verkauft werden.

Dagegen können Gerichtsvollzieher oder zu Versteigerungen befugte andere Beamte oder öffentlich angestellte Versteigerer sowie Konkursverwalter auf Grund des ihnen kraft Gesetzes obliegenden Verkaufes infolge der Unzulässigkeit der Versteigerung diese Gegenstände nur an Wiederverkäufer im Wege freihändigen Verkaufes — unbehindert durch die Bestimmungen der BO. v. 10. Juni/23. Dezember 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk- und Strickwaren — veräußern. In Zwangsvollstreckungssachen und im Falle des § 127 der Konkursordnung wird auch hier gemäß § 825 ZPO. die Genehmigung des Vollstreckungsgerichts einzuholen sein.

Hierzu:

Preuß. Allg. Verfügung vom 7. März 1917 über die Einwirkung von Veräußerungsbeschränkungen auf Verkäufe im Wege der Zwangsvollstreckung. (JMBl. 78.)

Nach § 9a der Bek. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren v. 10. Juni/23. Dezember 1916 (RGBl. 1420) dürfen getragene Kleidungs- und Wäschestücke und getragene Schuhwaren entgeltlich nur veräußert werden

1. von den behördlich zugelassenen Personen und Stellen,

2. von anderen Personen an die behördlich zugelassenen Personen und Stellen.

Die Vorschrift gilt auch für Verkäufe im Wege der Zwangsvollstreckung und schließt die Versteigerung von Gegenständen der bezeichneten Art aus. Die Durchführung der Zwangsvollstreckung wird sich in solchen Fällen dadurch ermöglichen lassen, daß das Vollstreckungsgericht gemäß § 825 ZPO. eine Verwertung der gepfändeten Sachen in anderer Weise als durch Versteigerung anordnet. Da eine solche Anordnung einen Antrag des Gläubigers oder des Schuldners voraussetzt, haben die Gerichtsvollzieher vorkommendenfalls den Gläubiger und den Schuldner von der Sachlage in Kenntnis zu setzen und ihnen einen entsprechenden Antrag an das Vollstreckungsgericht anheimzugeben.

Entsprechendes gilt für andere Fälle, in denen die Versteigerung gepfändeter Sachen durch die in kriegsrechtlichen Vorschriften ausgesprochenen Veräußerungsverbote oder Veräußerungsbeschränkungen ausgeschlossen sind. Die Gerichtsvollzieher haben solche Vorschriften unbedingt zu beachten.

g) Bek., betr. Abänderung der Bek. über Abgabebescheinigungen vom 21. November 1916 [in Bd. 3, 936]. **Vom 11. Juni 1917.** (Mitt. 17 Nr. 19, 58.)

[§ 3 Abs. 3 BezugsscheinBO. 31. 10. 16.]

Die Bek. der RBekISt. über Abgabebescheinigungen vom 21. November 1916 (Reichsanz. Nr. 276) Mitt. Nr. 1, 2) wird in folgenden Punkten abgeändert:

1. An gemeinnützige Fürsorgevereinigungen darf in Zukunft die Genehmigung zur Erteilung von Abgabebescheinigungen nicht mehr gegeben werden. Soweit bisher auf Grund der Bek. v. 21. November 1916 gemeinnützigen Fürsorgevereinen von den

nach der genannten Bek. zuständigen Behörden die Genehmigung zur Erteilung von Abgabebescheinigungen gegeben ist, behalten sie diese, und zwar widerruflich, auch weiterhin. Sie sind verpflichtet, auch in Zukunft die in der Bek. v. 21. November 1916 aufgeführten Bedingungen einzuhalten.

2. Die Aufsicht über diese gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen daraufhin, ob sie die in der Bek. vom 21. November 1916 näher bezeichneten Bedingungen einhalten, wird von den gleichen Behörden ausgeübt, denen für den Bezirk, in dem diese Vereinigungen ihren Sitz haben, die Ausfertigung der Bezugsscheine obliegt (§§ 12, 18 der VO. über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni/23. Dezember 1916 (RGBl. 1420).

3. In Zukunft steht nur noch der RBekISt., nicht mehr den in der Bek. v. 21. November 1916 für zuständig erklärten Behörden, das Recht zu, die den gemeinnützigen Fürsorgevereinigungen gegebene Genehmigung zur Erteilung von Abgabebescheinigungen zu widerrufen. Anträge auf Widerruf der Genehmigung sind daher an die RBekISt., Abteilung E für Ersatzstoffe in Berlin W 50, Nürnberger Platz 1 zu richten.

4. Die Bek. tritt mit dem Tage der Veröffentlichung [16. 6.] in Kraft.

II. Einzelheiten.

1. Mitt. 17 Nr. 14, 1. Bei Vorhandensein nur eines Sommer-Mantels oder -Umhangs oder nur eines Winter-Mantels oder -Umhangs kann bei Krankheit, hohem Alter und ähnlichen Ausnahmefällen ein Bezugsschein auf einen Mantel oder Umhang auch für die andere Jahreszeit ausgefertigt werden, wenn durch ein ärztliches Zeugnis nachgewiesen wird, daß mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand die Anschaffung dringend notwendig ist.

2. Mitt. 17 Nr. 15, 43. Gewerbetreibende dürfen an die Kommunalverbände oder die von ihnen mit dem Erwerbe, der Bearbeitung und Veräußerung getragener Kleidungs- und Wäschestücke und getragener Schuhwaren beauftragten Personen oder Stellen Web-, Wirk- oder Strickwaren zur Wiederherstellung der erworbenen Gegenstände auch dann liefern, wenn sie mit ihnen nicht bereits vor dem 1. Mai 1916 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben.

3. Mitt. 17 Nr. 21, 70. Die Bek. der RBekISt. über die Versorgung der in der Kriegswirtschaft tätigen bürgerlichen Personen sowie der Hilfsdienstpflichtigen mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 27. März 1917 (Mitt. Nr. 9) setzt eine Versorgungspflicht der RBekISt. nur für die Hilfsdienstpflichtigen oder in der Kriegswirtschaft Tätigen selbst, nicht aber auch für deren Angehörige fest. Auf Frauen, Kinder oder sonstige von ihnen zu versorgende Angehörige der Hilfsdienstpflichtigen oder in der Kriegswirtschaft Tätigen ist daher die genannte Bekanntmachung nicht anzuwenden. Dahingehenden Anträgen kann nicht stattgegeben werden. Magistrate, Wohltätigkeitsunternehmen oder Private, die an die Angehörigen der bezeichneten Personen Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren schenkweise abgeben wollen, können also nur den unter Ziffer 8b der Erläuterung IV vom 21. August 1916 (Reichsanzeiger Nr. 200) angegebenen Weg beschreiten. Danach haben die zu beschenkenden Personen (für Minderjährige deren Eltern, Vormünder oder Pfleger) sich selbst auf ihren Namen bei der für sie selbst zuständigen örtlichen Ausfertigungsstelle Bezugsscheine erteilen zu lassen und diese dem Schenker zur Bewirkung des Einkaufs der darauf vermerkten Gegenstände zu übergeben. — Behörden, die auf Grund gesetzlicher Unterstützungs- oder Fürsorgeverpflichtung die Angehörigen der Hilfsdienstpflichtigen usw. mit Bekleidung zu versorgen haben, müssen den unter Ziffer 7 der genannten Erläuterung bezeichneten Weg innehalten.

4. Mitt. 17 Nr. 21, 71. Bezugsscheine auf Badewäsche (Badeanzüge, Bademäntel, Badelaken usw.) können erteilt werden, wenn die Person, für die der Antrag gestellt wird, noch kein derartiges Stück, wie beantragt wird, im Besitz hat. Mehr als ein Stück jeder Art darf nicht bewilligt werden.

Bezugsscheine auf Badehandtücher sind nur insoweit zu gewähren, als dadurch

nicht der unter M der Bestandsliste vom 27. März 1917 (Mitt. Nr. 9) für Handtücher festgesetzte Bestand überschritten wird.

5. Mitt. 17 Nr. 23, 87. Die Vorschriften der VO. vom 10. Juni/23. Dezember 1916 über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren (RGBl. 1420) finden auch auf solche Web-, Wirk- und Strickwaren Anwendung, die ganz oder zum Teil aus reinem Papiergarn oder aus Papiergarn, das mit anderen Spinnstoffen gemischt ist, hergestellt sind. Die Bezugsschein-Ausfertigungsstellen dürfen daher die Ausstellung von Bezugsscheinen für derartige Web-, Wirk- und Strickwaren (z. B. für Packmaterial aus Papiergewebe) nicht etwa mit der Begründung ablehnen, daß Papiergewebe bezugsscheinfrei seien; sie haben vielmehr auch hier die Notwendigkeit der Anschaffung zu prüfen, um bei anerkanntem Bedürfnisse die beantragten Bezugsscheine auszustellen.

20. Bek. über Kettenhandel mit Textilien und Textilersatzstoffen. Vom 8. Februar 1917. (RGBl. 112.)

Wortlaut in Bd. 4, 772.

1. Wassermann, RuW. 17 121. Das Verhältnis der neuen Verordnung zu den bisherigen Verordnungen läßt sich (weiter) dahin charakterisieren, daß die bisherigen Verordnungen der Reichsbekleidungsstelle usw. damit nicht etwa außer Kraft gesetzt werden. Soweit diese für die Gestaltung von Verkäufen besondere Voraussetzungen aufstellten, z. B. daß Käufer und Verkäufer schon vor dem 1. Mai 1916 miteinander in Geschäftsverbindung gestanden haben muß, oder daß der Käufer die sogenannte Bescheinigung IV der Handelskammer besitzt, hat es dabei sein Bewenden. Andererseits kann aber auch, wenn das Bestehen einer Geschäftsverbindung vor dem 1. Mai 1916 vorliegt, oder wenn der Abnehmer im Besitze der Bescheinigung IV ist, doch Kettenhandel vorliegen — nämlich dann, wenn sich der bisherige Verkehr trotzdem als Kettenhandel charakterisieren läßt — so daß also auch in diesen Fällen eine sorgfältige Prüfung am Platze ist.

2. Älteste der Kaufmannschaft von Berlin, Kriegswucher und Kettenhandel 44. Über den Kettenhandel im Sinne der Textilverordnung hat die Reichsbekleidungsstelle ihre Auffassung in einem Schreiben an die Vereinigung der Tuch-Großhändler kundgegeben. Danach soll jede Ware nur einen geraden Weg gehen, wenn sie an den Verbraucher gelangt, und dieser Weg soll sein: Fabrikant, Grossist, Verarbeiter, Detaillist. Jede Abweichung wird von der Reichsbekleidungsstelle als Kettenhandel angesehen. Die Gerichte könnten allerdings unter Umständen dazu gelangen, auch die Eindeckung eines Grossisten bei einem anderen Grossisten für zulässig zu halten, sie könnten ferner auch den Charakter und den Ruf der beteiligten Firmen berücksichtigen. Aber derartige Unterscheidungen lehnt die Reichsbekleidungsstelle ausdrücklich ab.

(Bek. Nr. 21 in Bd. 3, 249.)

Hierzu:

a) Bek. zur Abänderung der VO. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 (RGBl. 1077). Vom 19. Juli 1917. (RGBl. 637.)

[BR.] Art. 1. An die Stelle des § 6 Abs. 2 der Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 (RGBl. 1077) treten folgende Vorschriften:

> Das Schiedsgericht prüft auch auf Antrag der zuständigen Stellen die Preise nach und bestimmt die nach § 1 in Verbindung mit den von der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise (§ 9) aufgestellten Richtsätzen angemessenen Preise. Ergibt sich hierbei, daß ausgezeichnete oder von einem Händler gezahlte Preise höher sind als die angemessenen, so hat das Schiedsgericht zugunsten des Reichs die erzielten Überpreise einzuziehen.

Welche Stellen im Sinne des Abs. 2 Satz 1 zuständig sind, bestimmen vorbehaltlich der Vorschrift im § 12 die Landeszentralbehörden.

Art. 2. Die Verordnung tritt mit dem 21. Juli 1917 in Kraft.

(b. Ausführungsbestimmungen v. 28. September 1916 in Bd. 3, 249.)

c) Bek. zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zur VO. über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916. (RGBl. 1080.) Vom 24. März 1917. (RGBl. 269.)

[RR. § 12 SchuhwPreisVO. 28. 9. 16.] Art. 1. Die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September 1916 werden, wie folgt, abgeändert:

1. § 8 erhält nachstehende Fassung:

   § 8. Das Schiedsgericht kann den Beteiligten aufgeben, binnen einer bestimmten Frist Tatsachen zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts anzugeben, Zeugen zu gestellen und andere Beweismittel, insbesondere Geschäftsbücher und sonstige Urkunden vorzulegen.

   Wird der Anordnung auf Vorlegung von Urkunden nicht entsprochen, so kann das Schiedsgericht die zuständige Polizeibehörde um zwangsweise Vorlegung ersuchen.

2. § 15 Abs. 2 erhält folgenden Zusatz:

   Sie ist zuständige Behörde im Sinne des § 6 Abs. 2 der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Schuhwaren vom 28. September tember 1916.

Art. 2. Die Bestimmungen treten mit dem 1. April 1917 in Kraft.

(Bek. Nr. 22 in Bd. 3, 253.)

23. Bek. über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren. Vom 21. Dezember 1916. (RGBl. 1426.)

Wortlaut in Bd. 3, 944.

Anordnungen der Reichsbekleidungsstelle.

a) Anweisung betr. die Ablieferung nicht mehr verwendbarer getragener Schuhwaren und der von solchen herstammenden Abfälle. Vom 15. Mai 1915. (Mitt. 17 Nr. 15, 41.)

[§ 9a WebwVO. 10. 6./23. 12. 16; §§ 3, 5 GetrageneKlVO. 23. 12. 16; § 9 Ausführbest.]

§ 1. Allgemeines. Der RBekISt. ist durch § 3 der Bek. des Reichskanzlers über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren v. 23. Dezember 1916 der ganze Bestand an getragenen Schuhwaren, soweit sie nicht wiederherstellbar sind, vorbehalten. Dies ist geschehen, um das als solches nicht mehr verwendbare Schuhwerk durch sachgemäße Verarbeitung der Allgemeinheit wieder nutzbar zu machen und auf diesem Wege Ersatz für neues Leder zu schaffen.

Den Kommunalverbänden wird es daher zur dringenden Pflicht gemacht, auf das Einsammeln von unbrauchbarem Schuhwerk und der hieraus stammenden Abfälle bedacht zu sein. Auch das schlechteste Stück läßt sich noch verwerten. Die RBekISt. wird nur dann in der Lage sein, den Kommunalverbänden Leder zum Besohlen und sonstigen Ausbessern der bei ihnen abgelieferten wieder herstellbaren Schuhe zur Verfügung zu stellen, wenn die Kommunalverbände sich des Einsammelns von getragenem Schuhwerk mit allem Eifer annehmen.

Anzunehmen sind von den Kommunalverbänden alle nicht mehr wiederherstell-

baren Schuhe, Pantoffeln, Schlappen usw., soweit an diesem Schuhwerk Lederteile vorhanden sind, und alle von solchem stammenden Lederabfälle.

§ 2. Verbot des Zertrennens nicht mehr wiederherstellbaren Schuhwerks. Die Kommunalverbände haben alles bei ihnen eingehende nicht mehr wiederherstellbare Schuhwerk in dem Zustande, wie es abgeliefert ist, an die Altlederläger der RBekISt. abzuführen. Nicht zulässig ist es, dieses Schuhwerk vorher zu zerschneiden oder zu zertrennen, weil hierdurch die Absicht der RBekISt., aus diesem nicht mehr verwendbaren Schuhwerk gutes Flickmaterial für Sohlen oder Oberleder zu gewinnen, erschwert oder vereitelt würde.

Dafür wird ihnen die RBekISt. alles zum Ausbessern von Schuhwerk erforderliche Flickmaterial zu billigen Preisen zur Verfügung stellen.

§ 3. Einrichtung von Altlederlägern der Reichsbekleidungsstelle. Die RBekISt. hat sechs Altlederläger eingerichtet, an denen das eingesandte, nicht wiederherstellbare Schuhwerk sortiert und sachgemäß bearbeitet werden wird. Die Altlederläger befinden sich in folgenden Städten:

1. in Berlin SO. 33, Wrangelstraße 56

mit der Zuständigkeit für:

die Provinz Brandenburg mit Berlin
die Provinz Sachsen,
die Provinz Schleswig-Holstein,
die Provinz Hannover,
das Großherzogtum Oldenburg (mit Ausnahme von Birkenfeld),
das Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin,
das Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz,
das Herzogtum Braunschweig,
die drei Freien und Hansastädte: Hamburg, Lübeck, Bremen.

2. in München, Lindwurmstraße 71

mit der Zuständigkeit für das gesamte Gebiet des Königreichs Bayern.

3. in Heilbronn am Neckar

mit der Zuständigkeit für:

das Königreich Württemberg,
das Großherzogtum Baden,
das Großherzogtum Hessen,
die Reichslande Elsaß-Lothringen,
die Hohenzollernschen Lande.

4. in Reichenbach im Vogtland

mit der Zuständigkeit für:

das Königreich Sachsen,
das Großherzogtum Sachsen-Weimar,
das Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha,
das Herzogtum Sachsen-Meiningen,
das Herzogtum Sachsen-Altenburg,
das Herzogtum Anhalt,
das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen,
das Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt,
das Fürstentum Reuß jüngere Linie,
das Fürstentum Reuß ältere Linie.

5. in Düsseldorf, Karlstraße 84/86

mit der Zuständigkeit für:

die Rheinprovinz einschl. Birkenfeld,
die Provinz Westfalen,
die Provinz Hessen-Nassau,
das Fürstentum Lippe-Detmold,
das Fürstentum Schaumburg-Lippe.

6. in Posen, Venetianerstraße

mit der Zuständigkeit für:

die Provinz Schlesien,
die Provinz Ostpreußen,
die Provinz Westpreußen,
die Provinz Pommern,
die Provinz Posen.

Die Kommunalverbände haben das von ihnen gesammelte, nicht mehr wiederherstellbare Schuhwerk nur an das für sie zuständige Altleder-Lager einzusenden.

Die Läger führen die Bezeichnung: „Altleder-Lager der RBekISt." unter Zusatz der Stadt, in der sie ihren Sitz haben. Auf genaue Bezeichnung ist bei der Zusendung an das zuständige Altleder-Lager besonders zu achten. Bei Berlin ist außerdem bei Bahnfrachtsendungen hinzuzusetzen: „Görlitzer Bahn".

§ 4. Versendung des eingesandten Schuhwerks. Die Versendung des von den Kommunalverbänden eingesammelten unbrauchbaren Schuhwerks an das zuständige Altlederlager soll erst dann erfolgen, wenn solche Mengen zusammengekommen sind, daß die Versendung die hierdurch entstehenden Unkosten lohnt. Häufige Zusendungen geringen Umfanges sind auch mit Rücksicht auf den Mangel an Transportmitteln zu vermeiden. Die Absendung ist unter Angabe der versandten Menge der Reichsbekleidungsstelle, Ersatzstoffabteilung, und dem zuständigen Altleder-Lager anzuzeigen. Benachrichtigung durch Postkarte genügt. Die Verpackung muß dem Umfange der jeweiligen Sendung entsprechend ausgeführt werden. Als geeignetes Packmaterial werden besonders Kisten und Körbe empfohlen. Größere Kommunalverbände werden zweckmäßig mit der Versendung warten, bis sie eine volle Waggonladung an altem Schuhwerk eingesammelt haben. Zu beachten ist besonders, daß von dem abgelieferten alten Schuhwerk die zusammengehörenden Paare vor der Absendung zusammengebunden werden, sofern dies nicht bereits früher bei den Annahme der Gegenstände geschehen ist.

Die Frachtkosten trägt die RBekISt., die ebenso die besonderen Unkosten für die Verpackung vergütet, bzw. das Verpackungsmaterial den Kommunalverbänden zurücksendet. Die Anfuhrkosten zur Bahn haben die Kommunalverbände zu tragen.

§ 5. Kaufpreis. Die RBekISt. zahlt den Kommunalverbänden folgende Preise:

1. für nicht wiederherstellbares Schuhwerk für 100 kg . . . . . M. 20,—
2. für aus solchem Schuhwerk herstammende Abfälle für 100 kg. „ 10,—

Die Auszahlung des Preises erfolgt durch die RBekISt., Ersatzstoffabteilung, erst dann, wenn die Sendungen bei den zuständigen Altlederlägern eingetroffen, dort nachgewogen und der Reichsbekleidungsstelle bestätigt sind.

§ 6. Beaufsichtigung des gesamten Wirtschaftsbetriebes. Die Leitung dieses gesamten Wirtschaftsbetriebes erfolgt durch die Reichsbekleidungsstelle, Ersatzstoffabteilung (E. II. c.), an die daher alle Fragen allgemeiner Natur zu richten sind.

Fragen, die sich aus dem Geschäftsverkehr mit den zuständigen Altlederlägern ergeben, sind durch unmittelbaren Verkehr mit diesen Stellen zu erledigen.

b) Anweisung betr. die Annahme und Verwertung in sehr schlechtem Zustande befindlicher getragener Kleidungs- und Wäschestücke. Vom 16. Juni 1917.

(Mitt. 17 Nr. 19, 58.)

[§ 5 GetrageneKlVO. 23. 12. 16.]

§ 1. Verpflichtung auch zur Annahme der schlechtesten Kleidungs- und Wäschestücke. Die Kommunalverbände haben darauf Bedacht zu nehmen, daß durch die von ihnen eingerichteten Annahmestellen nicht nur verhältnismäßig gute und daher leicht wieder gebrauchsfähig herzurichtende Kleidungs- und Wäschestücke erworben werden, sondern alle erfaßbaren Kleidungs- und Wäschestücke, also auch sehr abgetragene, zerrissene, beschmutzte, überhaupt in schlechtem Zustande befindliche.

Auszuschließen von der Annahme sind lediglich Lumpen, also zusammenhanglose Stoffstücke und alle Stoffabfälle. Diese sind wie bisher den von der Kriegsrohstoffabteilung beauftragten Lumpensortierbetrieben zuzuführen.

§ 2. Ablieferung an die Wiederherstellungswerkstätte der Reichsbekleidungsstelle. Soweit die Kommunalverbände die Wiederherstellung solcher minderwertigen Kleidungs- und Wäschestücke für nicht mehr lohnend oder für nicht möglich halten, oder soweit sie dieselben nicht zum Ausbessern anderer Stücke gebrauchen, haben sie dieselben an die Wiederherstellungswerkstätten einzusenden. Ein Zerschneiden oder abzuliefernden Stücke, etwa um Ausbesserungsmaterial zu gewinnen, ist verboten.

Diese Werkstätte trägt die Bezeichnung „Wiederherstellungswerkstätte der Reichsbekleidungsstelle". Sie befindet sich in Berlin SO 33, Wrangelstraße 56.

§ 3. Vergütung der abgelieferten Kleidungs- und Wäschestücke. Die minderwertigen Kleidungs- und Wäschestücke gehen mit der Ablieferung an die Reichsbekleidungsstelle in deren Eigentum über. Diese gewährt dafür dem Kommunalverband eine nach dem Gewicht der abgelieferten Sachen zu bestimmende Vergütung. Für Oberkleidung, einerlei ob von Männern, Frauen oder Kindern stammend, beträgt diese für das Kilogramm 0,80 M., für Unterkleidung und Wäsche für das Kilogramm 0,50 M. Die Kommunalverbände haben bei Festsetzung der von ihnen den Ablieferern zu zahlenden Entschädigungen diese Preise zu berücksichtigen.

Die Kommunalverbände haben keinen Anspruch darauf, die an die Wiederherstellungswerkstätte abgelieferten Kleidungs- und Wäschestücke von dieser nach Ausbesserung zurückzuerhalten.

c) Bek., betr. Änderung der Ausführungs-Bestimmungen über getragene Kleidung, Wäsche und Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 [in Bd. 3, 945]. **Vom 7. Juli 1917.** (Mitt. 17 Nr. 22, 1.)

[§§ 2, 5 GetrageneKlBD. 23. 12. 16.]

1. Der § 13 erhält folgende Fassung:

Die Kommunalverbände haben am 1. jedes Monats eine buchmäßige Bestandsaufnahme sämtlicher bei ihnen vorhandener Kleidungs- und Wäschestücke sowie Schuhwaren zu machen und spätestens am fünften Tage nach diesem Termin der statistischen Abteilung (F) der RBekISt. auf besonderen, von der RBekISt. vorgeschriebenen Meldebogen eine Anzeige zu erstatten, die den Anfangsbestand, die Zu- und Abgänge und den Endbestand des abgelaufenen Monats enthält.

Die erste Bestandsaufnahme hat am 1. August 1917 zu erfolgen.

Die vorgeschriebenen Bestandsmeldebogen sind von der statistischen Abteilung (F) der Reichsbekleidungsstelle gegen Entgelt zu beziehen.

2. Der bisherige Absatz 2 des § 16 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

Jeder Kommunalverband oder Wirtschaftsbezirk (§ 2) ist berechtigt, die Abgabe getragener Kleidung, Wäsche und Schuhwaren auf die Personen zu beschränken, die in seinem Bezirk ihren Wohnsitz oder Aufenthaltsort haben.

3. Dem § 16 wird als Absatz 3 folgende Vorschrift angefügt:

Kein Kommunalverband oder Wirtschaftsbezirk darf im Bezirke eines anderen Kommunalverbandes oder Wirtschaftsbezirkes ohne dessen vorherige Einwilligung getragene Kleidung, Wäsche und Schuhwaren erwerben oder zur Ablieferung solcher Gegenstände auffordern.

4. Diese Bekanntmachung tritt am 15. Juli 1917 in Kraft.

Hierzu:

Bek. betr. Abänderung der Anweisung über die nicht mehr verwendbaren Kleidungs- und Wäschestücke sowie die bei der Verarbeitung entstehenden Abfälle v. 23. Dezember 1916 [Bd. 3, 954]. **Vom 26. Februar 1917.** (Mitt. 17 Nr. 5, 11.)

Auf Grund des § 5 der Bek. über den Verkehr mit getragenen Kleidungs- und Wäschestücken und getragenen Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 und des § 9 der Ausführungsbest. der RBekISt. über getragene Kleidungs- und Wäschestücke und Schuhwaren vom gleichen Tage wird bestimmt:

Die Bestimmung zu Nr. 5 der genannten Anweisung wird dahin geändert, daß die RBekISt. in Ostpreußen für das Kilogramm Lumpen aus gestrickter Wolle nicht 1,40 M., sondern nur 1 M. vergütet.

Diese Herabsetzung des Preises für Ostpreußen ist geboten, weil die in Ostpreußen abfallenden Lumpen aus gestrickter Wolle im Durchschnitt erheblich gröber sind, als die in anderen Bezirken abgelieferten.

Im übrigen bleibt die Anweisung vom 23. Dezember 1916 unverändert.

(Bek. Nr. 24 in Bd. 3, 942; Nr. 25 u. 26 in Bd. 4, 773ff.)

27. Bek. über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie. Vom 17. März 1917.

(RGBl. 236.)

[BR.] **Art. I.** Der Reichskanzler wird ermächtigt, die Hersteller von Schuhwaren jeder Art, soweit sie bereits vor dem 1. August 1914 Schuhwaren hergestellt haben, auch ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Regelung der Herstellung und der Absatz nach Maßgabe der verfügbaren Rohstoffe und der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse obliegt. Unter besonderen Verhältnissen kann der Reichskanzler auf Antrag der Landeszentralbehörden anordnen, daß auch ein Betrieb, der erst nach dem 1. August 1914 mit der Herstellung von Schuhwaren begonnen hat, in eine Gesellschaft aufgenommen wird.

Dieser Vorschrift unterliegen nicht

1. Betriebe der Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung,
2. Betriebe, in denen Schuhwaren nur handwerksmäßig hergestellt werden.

Schuhwaren im Sinne dieser Verordnung sind nicht Schäfte sowie Holzschuhe, die ganz aus Holz oder aus Holz in Verbindung mit einer Spange von höchstens 2 cm Breite oder einem Kissen hergestellt sind.

Art. II. Für die auf Grund des Artikel I errichteten Gesellschaften gelten folgende Bestimmungen:

§ 1. Die Rechtsverhältnisse der Gesellschaften und der Gesellschafter werden, soweit sie nicht in dieser Verordnung geregelt sind, durch die Satzung bestimmt.

Die Satzung wird vom Reichskanzler erlassen. Sie ist durch den Deutschen Reichsanzeiger bekanntzumachen. Mit der Bekanntmachung der Satzung entsteht die Gesellschaft.

Die Gesellschaften sind rechtsfähig. Ihren Namen, Sitz und örtlichen Bereich bestimmt der Reichskanzler.

§ 2. Die Satzung trifft Bestimmungen über

1. den Zeitpunkt, von dem ab die Gesellschaft die Regelung der Herstellung sowie den Absatz übernimmt (Geschäftsbeginn);
2. die Gegenstände, über die die Gesellschafterversammlung zu beschließen hat, sowie die Form ihrer Einberufung, das Stimmrecht und die Vertretung der Gesellschafter;
3. die Zusammensetzung und die Ernennung, die Amtsdauer und die Befugnisse des Vorstandes und der anderen Gesellschaftsorgane, ihre Einberufung und Beschlußfassung, die Vertretung, insbesondere die Zeichnung schriftlicher Erklärungen und die Beurkundung ihrer Beschlüsse;
4. die Höhe des Betriebskapitals und die Art seiner Aufbringung sowie die Beiträge der Gesellschafter;
5. die Regelung des Absatzes durch die Gesellschaft und die Festsetzung der Preise und der Lieferungsbedingungen;
6. die Überwachung der Mitglieder und ihrer Betriebe;
7. die Festsetzung von Ordnungsstrafen;
8. die Form für die Bekanntmachungen der Gesellschaft;
9. die Aufstellung, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnungen;
10. die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft.

§ 3. Soweit nicht die Satzung Ausnahmen zuläßt, sind die Gesellschafter verpflichtet, von Geschäftsbeginn der Gesellschaft ab ihre Erzeugnisse an Schuhwaren der Gesellschaft zum Zwecke des Absatzes zu überlassen.

§ 4. Zur Überwachung der Herstellung und des Absatzes wird ein Ausschuß (Überwachungsausschuß der Schuhindustrie) gebildet.

Der Überwachungsausschuß besteht aus einem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und höchstens weiteren fünfundzwanzig Mitgliedern. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die weiteren Mitglieder werden vom Reichskanzler ernannt und abberufen. Ihr Amt ist ein Ehrenamt.

Dem Überwachungsausschusse gehört ferner ein Vertreter des Reichskanzlers an.

Dem Überwachungsausschusse wird ein Beirat von sieben Mitgliedern beigegeben, die den Kreisen des Schuhhandels und der Verbraucher angehören. Die Mitglieder werden vom Reichskanzler ernannt und abberufen. Ihr Amt ist ein Ehrenamt.

Der Überwachungsausschuß ist rechtsfähig. Er wird durch den Vorsitzenden vertreten.

Der Reichskanzler kann eine Geschäftsordnung für den Überwachungsausschuß erlassen.

§ 5. Der Überwachungsausschuß erteilt den Gesellschaften und ihren Mitgliedern unbeschadet der Vorschrift des § 3 Anweisungen über Art, Ort und Umfang der Erzeugung, über den Absatz und über die Verkaufspreise.

Er verteilt die Rohstoffe und vermittelt die Verteilung der Aufträge der Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung.

Er überwacht die Tätigkeit der Gesellschaften und stellt fest, welche Betriebe unter die Vorschrift des Artikel I Abs. 1 fallen. Er kann Betriebe auf ihren Antrag von der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft entbinden.

Er verwaltet eine Ausgleichskasse, aus der denjenigen Gesellschaften Beiträge zu zahlen sind, bei denen infolge seiner Anordnungen das Verhältnis der auf die Gesellschafter entfallenden Gewinnanteile zu dem Umsatz der Gesellschafter in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis zum 30. Juni 1914 sich ungünstiger gestaltet hat als bei dem Durchschnitt der Gesellschaften.

§ 6. Der Überwachungsausschuß untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers.

Der Vorsitzende des Überwachungsausschusses ist verpflichtet, den Vertreter des Reichskanzlers über alle wichtigen Vorgänge auf dem laufenden zu erhalten und ihm auf Verlangen Auskunft zu geben.

Bei den Beschlußfassungen des Überwachungsausschusses hat der Vertreter des Reichskanzlers beratende Stimme. Er kann Beschlüsse wegen Verletzung der Gesetze oder öffentlicher Interessen beanstanden. Der Reichskanzler entscheidet über die Berechtigung der Beanstandung. Die Ausführung der Beschlüsse hat solange zu unterbleiben, als nicht der Reichskanzler die Beanstandung für unberechtigt erklärt hat.

§ 7. Die Mittel, deren der Überwachungsausschuß zur Durchführung seiner Aufgaben bedarf, werden im Wege der Umlage von den Gesellschaften aufgebracht. Die Höhe der Umlage und die Zeit der Entrichtung bestimmt der Überwachungsausschuß.

§ 8. Rechtsgeschäftliche Verfügungen der Gesellschafter über Rohstoffe oder Halberzeugnisse, die den Gesellschaftern von dem Überwachungsausschuß oder durch seine Vermittlung zugeteilt sind, sowie über daraus hergestellte Erzeugnisse sind unbeschadet der Vorschrift des § 3 nur mit Zustimmung des Überwachungsausschusses zulässig. Entgegenstehende Verfügungen sind nichtig. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 9. Die Mitglieder des Überwachungsausschusses, des Vorstandes einer Gesellschaft sowie die von ihnen beauftragten Vertrauensmänner und Sachverständigen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die durch ihre Tätigkeit zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu enthalten.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer, nachdem der Überwachungs-

ausschuß seine Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft der im Artikel I bezeichneten Art festgestellt hat,

1. Schuhwaren ohne Zustimmung des Überwachungsausschusses herstellt;
2. der Vorschrift des § 3 zuwider Erzeugnisse der Gesellschaft nicht überläßt;
3. einer nach § 5 Abs. 1 erteilten Anweisung des Überwachungsausschusses zuwiderhandelt;
4. Rohstoffe oder Halberzeugnisse, die ihm von dem Überwachungsausschuß oder durch dessen Vermittlung zugeteilt sind, zerstört oder beiseiteschafft oder darüber entgegen den Vorschriften des § 8 ohne Zustimmung des Überwachungsausschusses verfügt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 11. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften des § 9 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Art. III. § 1. Hersteller von Schuhwaren jeder Art haben dem Überwachungsausschuß auf Verlangen Auskunft über ihren Betrieb, ihre Bestände an Rohstoffen, Halberzeugnissen und Fertigerzeugnissen sowie über ihre Fabrikationsmittel zu erteilen. Das Verlangen kann durch öffentliche Bekanntmachung gestellt werden.

§ 2. Der Überwachungsausschuß kann verlangen, daß Hersteller von Schuhwaren ihre Bestände an Rohstoffen, Halberzeugnissen und Fertigerzeugnissen sowie ihre Fabrikationsmittel einer Gesellschaft gegen eine angemessene Vergütung zu Eigentum oder zur Benutzung überlassen. Das Entgelt wird im Streitfall durch ein Schiedsgericht (§ 5) endgültig festgesetzt.

Wird die Überlassung zu Eigentum verlangt, so geht das Eigentum in dem Augenblick auf die Gesellschaft über, in dem das Verlangen dem Hersteller oder Inhaber des Gewahrsams zugeht.

Der Überwachungsausschuß kann die Gegenstände, deren Überlassung an eine Gesellschaft er verlangen kann, beschlagnahmen. Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr berührten Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft

1. wer die gemäß § 1 erforderte Auskunft innerhalb der gesetzten Frist nicht erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht;
2. wer unbefugt einen gemäß § 2 Abs. 3 beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
3. wer einem gemäß § 2 Abs. 1 gestellten Überlassungsverlangen innerhalb der gesetzten Frist nicht nachkommt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 4. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer gewerbsmäßig, ohne einer auf Grund des Artikels I errichteten Gesellschaft anzugehören, Schuhwaren herstellt. Dies gilt nicht für die im Artikel I Abs. 2 bezeichneten Betriebe.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 5. Streitigkeiten, die sich zwischen einer Gesellschaft und Gesellschaftern aus dem Gesellschaftsverhältnis oder zwischen einer Gesellschaft und ihren Abnehmern aus dem Lieferungsvertrag oder zwischen einer Gesellschaft und Herstellern aus der Überlassungspflicht gemäß § 2 ergeben, werden, soweit nicht die Verordnung oder die Satzung ein Anderes bestimmt, durch ein Schiedsgericht von drei Mitgliedern endgültig entschieden. Für den Bezirk jeder Gesellschaft wird ein Schiedsgericht gebildet. Die Mitglieder werden von der Landeszentralbehörde des Bundesstaats ernannt, in dem die Gesellschaft ihren Sitz hat. Der Vorsitzende muß zum Richteramte befähigt sein. Von den Beisitzern soll für die Entscheidung von Streitfällen zwischen einer Gesellschaft und ihren Abnehmern je einer dem Kreise der Hersteller und dem Kreise des Handels entnommen sein, für die Entscheidung der übrigen Streitfälle sollen beide Beisitzer dem Kreise der Hersteller entnommen sein.

Örtlich zuständig ist das Schiedsgericht, das für den Bezirk der beteiligten Gesellschaft gebildet ist.

Der Reichskanzler kann Vorschriften über das Verfahren vor dem Schiedsgericht erlassen.

Art. IV. Artikel I, II und Artikel III §§ 1, 2, 3, 5 treten am 26. März 1917, Art. III § 4 am 1. Mai 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Mit dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Verordnung gelten die gemäß Artikel I errichteten Gesellschaften als aufgelöst.

Hierzu:

a) Bek. über örtlichen Bereich und Sitz der Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie. Vom 24. März 1917. (RGBl. 274.)

[RA. Art. II § 1 SchuhwGesVO. 17. 3. 17.] Art. I. § 1. Für die nachstehend bezeichneten Gebietsteile wird je eine Herstellungs- und Vertriebsgesellschaft errichtet:

1. Königreich Preußen: Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Stadtkreis Berlin, Provinzen Pommern, Posen und Schleswig-Holstein, Großherzogtümer Oldenburg, mit Ausnahme des Fürstentums Birkenfeld, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, freie und Hansestadt Lübeck, freie Hansestadt Bremen, freie und Hansestadt Hamburg mit dem Sitze in Berlin;
2. Königreich Preußen: Provinz Schlesien mit dem Sitze in Breslau;
3. Königreich Sachsen mit dem Sitze in Dresden;
4. Königreich Preußen: Provinz Sachsen (außer Stadt- und Landkreis Erfurt), Herzogtum Anhalt mit dem Sitze in Burg bei Magdeburg;
5. Königreich Preußen: Stadt- und Landkreis Erfurt, Großherzogtum Sachsen, Herzogtümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß älterer Linie, Reuß jüngerer Linie mit dem Sitze in Erfurt;
6. Königreich Bayern: rechtsrheinisches Gebiet mit dem Sitze in Nürnberg;
7. Königreich Preußen: Hohenzollernsche Lande, Königreich Württemberg mit dem Sitze in Stuttgart;
8. Königreich Bayern: linksrheinisches Gebiet (Pfalz) mit Ausnahme der Stadt Pirmasens, Elsaß-Lothringen mit dem Sitze in Pirmasens;
9. Königreich Bayern: Stadt Pirmasens mit dem Sitze in Pirmasens;
10. Königreich Preußen: Provinz Hessen-Nassau, Großherzogtümer Baden und Hessen mit dem Sitze in Offenbach;
11. Königreich Preußen: Provinzen Hannover, Westfalen, Rheinprovinz; Großherzogtum Oldenburg: Fürstentum Birkenfeld; Herzogtum Braunschweig,

Fürstentümer Waldeck und Pyrmont, Schaumburg-Lippe, Lippe mit dem Sitze in Cöln a. Rh.

§ 2. Die Gesellschaften der Gebietsteile 1 bis 7 und 9 bis 11 führen den Namen: „Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft" unter Zufügung des Namens ihres Sitzes.

Die Gesellschaft des Gebietsteils 8 führt den Namen: „Schuhwarenherstellungs- und Vertriebsgesellschaft für Elsaß-Lothringen und die Pfalz".

Art. II. Die Bestimmungen treten mit dem 26. März 1917 in Kraft.

b) Bek. über das Verfahren vor dem nach Artikel III § 5 der Bek. über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom 17. März 1917 (RGBl. 236) eingesetzten Schiedsgerichte. Vom 29. Juli 1917. (RGBl. 673.)

[RA. Art. III § 5 Abs. 3 BO. 17. 3. 17.] § 1. Das Amt als Mitglied des Schiedsgerichts ist ein Ehrenamt. Bei Verrichtungen außerhalb ihres Wohnsitzes erhalten die Mitglieder Tagegelder und Reisekosten nach den Sätzen, die die Landeszentralbehörde festsetzt.

Der Vorsitzende ernennt einen oder mehrere Schriftführer.

Die Mitglieder und Schriftführer sind vor ihrem Amtsantritte durch Handschlag an Eides Statt zu treuer, gewissenhafter Führung ihres Amtes zu verpflichten. Sie sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Die Verpflichtung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters erfolgt durch die höhere Verwaltungsbehörde, die Verpflichtung der übrigen Mitglieder und der Schriftführer durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts.

§ 2. Der Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung ist schriftlich oder zu Protokoll des Schriftführers des Schiedsgerichts zu stellen. Er soll unter Darlegung der Sachlage und Angabe der Beweismittel kurz begründet werden. Der Antragsteller soll die ihm zugänglichen Beweisurkunden beifügen.

§ 3. Das Schiedsgericht verhandelt und entscheidet in nichtöffentlicher Sitzung. Der Vorsitzende kann anordnen, daß eine mündliche Verhandlung mit den Beteiligten stattfindet.

Die Beteiligten sind vor der Entscheidung zu hören. Es ist ihnen zu gestatten, den Verhandlungen beizuwohnen. Der Vorsitzende kann ihr Erscheinen anordnen.

Beteiligte sind außer dem Antragsteller und seinem Gegner diejenigen Personen, die der Vorsitzende wegen ihres rechtlichen Interesses an der Entscheidung zuläßt.

Bei Streitigkeiten wegen Mängel der Beschaffenheit oder Mengen der gelieferten Waren zwischen einer Gesellschaft und ihren Abnehmern ist der Hersteller der Waren, bei Streitigkeiten der bezeichneten Art zwischen einer Gesellschaft und dem Hersteller ist der Abnehmer, sofern er bereits feststeht, als Beteiligter zuzuziehen. Die Feststellungen des Schiedsgerichts gelten alsdann für und gegen alle Beteiligten.

§ 4. Die Beteiligten sind von Ort und Zeit der Sitzung zu benachrichtigen. Wird mündliche Verhandlung angeordnet, so sind sie zu dieser zu laden.

Die Ladung geschieht durch eingeschriebenen Brief und, wenn der Wohnort der Beteiligten nicht bekannt ist oder die schriftliche Verständigung mit ihnen erschwert oder zeitraubend ist, mittels einer einmaligen Einrückung in den Reichsanzeiger. Der Vorsitzende kann eine andere Art der Ladung anordnen.

Die Beteiligten können sich in der mündlichen Verhandlung durch eine mit schriftlicher Vollmacht versehene Person vertreten lassen. Sind sie oder ihre Stellvertreter trotz rechtzeitiger Ladung nicht erschienen, so wird gleichwohl in der Sache verhandelt und entschieden.

§ 5. Das Schiedsgericht kann den Beteiligten aufgeben, binnen einer bestimmten Frist Tatsachen zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts anzugeben und Beweismittel, insbesondere Urkunden, vorzulegen oder Zeugen zu stellen.

Bei Versäumung der Frist kann das Schiedsgericht nach Lage der Sache ohne Berücksichtigung der nicht beigebrachten Beweismittel entscheiden.

§ 6. Das Schiedsgericht kann auf Antrag oder von Amts wegen Beweise erheben, insbesondere Zeugen und Sachverständige eidlich vernehmen sowie Versicherungen an Eides Statt abnehmen.

Auf die Erledigung des Zeugen- und Sachverständigenbeweises sowie auf die sonstigen Arten der Beweisaufnahmen finden die Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechende Anwendung.

Die Gerichts- und Verwaltungsbehörden haben innerhalb ihrer Zuständigkeit dem Ersuchen des Schiedsgerichts um Aufnahme von Beweisen zu entsprechen. Auf die von den Gerichten zu leistende Rechtshilfe finden die §§ 158—162, 166 und 187 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung.

Die Zeugen und Sachverständigen erhalten Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige (RGBl. 1895, 689; 1914, 214).

§ 7. Die Befugnisse aus den §§ 5 und 6 stehen außerhalb der Sitzungen dem Vorsitzenden zu.

§ 8. Zu den Verhandlungen wird ein Schriftführer zugezogen.

Über die Verhandlung wird eine Niederschrift aufgenommen, die von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist. Sie soll Ort und Tag der Verhandlung, die Bezeichnung der mitwirkenden Personen und der Beteiligten sowie das Ergebnis der Verhandlung enthalten. Sie soll den anwesenden Beteiligten vorgelesen oder zur Durchsicht vorgelegt werden.

§ 9. Die Entscheidung erfolgt durch Beschluß. Der Beschluß enthält die Namen der Mitglieder des Schiedsgerichts, die bei der Entscheidung mitgewirkt haben, und ist von dem Vorsitzenden zu unterschreiben.

§ 10. Die Beschlüsse (§ 9) sind von dem Schriftführer auszufertigen. Er bescheinigt die Übereinstimmung mit der Urschrift.

Die Beschlüsse sind den Beteiligten, soweit sie nicht in deren Gegenwart verkündet sind, in der im § 4 Abs. 2 vorgeschriebenen Weise mitzuteilen; dem Überwachungsausschusse der Schuhindustrie in Berlin ist eine Abschrift zu übersenden.

§ 11. Der Beschluß des Schiedsgerichts steht einem rechtskräftigen Urteil im Sinne des § 704 der Zivilprozeßordnung gleich. Auf die Zwangsvollstreckung finden die Vorschriften der Zivilprozeßordnung Anwendung. Die vollstreckbare Ausfertigung wird von dem Vorsitzenden erteilt.

§ 12. Für das Verfahren werden Gebühren und Stempel nicht erhoben. Das Schiedsgericht bestimmt, wer die baren Auslagen des Verfahrens zu tragen hat und setzt die Höhe der Auslagen fest. Die Beitreibung der Auslagen erfolgt auf Ersuchen des Schiedsgerichts nach den landesgesetzlichen Vorschriften über die Beitreibung öffentlicher Abgaben.

Die Beteiligten haben keinen Anspruch auf Erstattung ihrer Auslagen.

§ 13. Dem Überwachungsausschusse der Schuhindustrie sind auf Verlangen die Prozeßakten zur Einsichtnahme mitzuteilen.

§ 14. Die Bestimmungen treten mit dem 1. August 1917 in Kraft.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 19. März 1917 Nr. 77.)

Die Knappheit des nach der Deckung des Heeresbedarfs zur Verteilung an die Betriebe der Schuhindustrie verfügbaren Bodenleders läßt eine Zusammenlegung der Betriebe dieser Industrie erforderlich erscheinen. Einmal ist angesichts der geringen Rohstoffmengen schon rein privatwirtschaftlich eine rationelle Weiterführung aller Fabriken nicht möglich; außerdem wäre mit dieser Weiterführung an sich überflüssiger Mehraufwand an Arbeit, Betriebskraft, Transportleistungen verbunden, der mit Rücksicht auf allgemein kriegswirtschaftliche Interessen unzulässig ist. Die Zusammen-

legung (die nur die Fabrikbetriebe, nicht das Handwerk erfaßt) wird durch eine VO. vom 17. März 1917 in die Wege geleitet. Die Verordnung ermächtigt den Reichskanzler, die Hersteller von Schuhwaren jeder Art, soweit sie bereits vor dem 1. August 1914 Schuhwaren hergestellt haben, auch ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Regelung der Herstellung und der Absatz nach Maßgabe der verfügbaren Rohstoffe und der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse obliegt. Ausgenommen von dieser Zwangssyndizierung sind Heeresbetriebe und Marinebetriebe sowie handwerksmäßige Betriebe. Jeder der zu errichtenden Zwangssyndikate soll einen bestimmten Erzeugungsbezirk umfassen. Von dem dem Zwangssyndikate angehörenden Betriebe wird ein Teil stillgelegt, der Rest in rationeller Weise weiterbeschäftigt. Damit die Konkurrenzverhältnisse nicht für später zugunsten der weiterarbeitenden Betriebe beeinflußt werden, sollen die Schuhwaren, die keine Marke oder Bezeichnung der herstellenden Firma tragen dürfen, lediglich durch die Syndikate abgesetzt werden. Ein Verkehr des einzelnen, weiter arbeitenden Betriebs mit Handel und Privatkunden findet nicht mehr statt. Der Gesamtgewinn wird auf die in dem Betriebe des Syndikats ansässigen Schuhwarenhersteller, ohne Rücksicht, ob sie weiter arbeiten oder nicht im Verhältnisse ihrer Produktion in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis zum 30. Juni 1914 verteilt werden. Stillgelegte Betriebe, die am Gewinne teilnehmen, sollen jedoch zu einer Abgabe an das Syndikat verpflichtet sein, die nach dem durch die anderweitige Verwertung ihrer Fabrikationsmittel erzielten Umsatz berechnet wird. Die Vorschriften über das Zusammenwerfen und die Verteilung der Gewinne beziehen sich auch auf Heereslieferungen, die künftig durch eine militärische Zentralstelle in Verbindung mit dem gleich zu erwähnenden Überwachungsausschusse der Schuhindustrie vergeben werden sollen.

Als Syndikatszentrale wird der erwähnte „Überwachungsausschuß der Schuhindustrie" gebildet. Er besteht aus einem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und mindestens fünfundzwanzig Mitgliedern, die sämtlich vom Reichskanzler ernannt werden. Ein besonderer Vertreter des Reichskanzlers besitzt das Recht des Einspruchs gegen Beschlüsse des Ausschusses wegen Verletzung der Gesetze oder öffentlichen Interessen; der Einspruch hat bis zur Entscheidung des Reichskanzlers aufschiebende Wirkung. Die Interessen des Schuhhandels und der Verbraucher werden durch einen aus sieben vom Reichskanzler ernannten Mitgliedern zusammengesetzten Beirat vertreten.

Der Überwachungsausschuß ernennt die Vorstände (Verteilungsausschüsse) der einzelnen Syndikate. (Diesen Verteilungsausschüssen sollen regelmäßig auch Angehörige der zurzeit nicht arbeitenden Betriebe angehören.) Er regelt Erzeugung, Absatz und Verkaufspreise der Syndikate, verteilt die Rohstoffe und vermittelt die Verteilung der Heeres- und Marineaufträge. Er überwacht die gesamte Tätigkeit der Syndikate. Endlich verwaltet er eine aus Umlagen der Syndikate gespeiste Ausgleichskasse, mit deren Hilfe eine durchschnittliche Gleichheit der verteilten Gewinne bei allen Syndikaten (im Verhältnisse zum Umsatz der Gesellschafter im 2. Halbjahr 1913 und im 1. Halbjahr 1914) herbeigeführt werden soll. Auch die Unkosten des Überwachungsausschusses werden von den Syndikaten durch Umlage gedeckt.

Zugunsten des Überwachungsausschusses ist eine weitgehende Anzeige- und Auskunftspflicht der Schuhwarenhersteller begründet. Der Ausschuß kann ferner von jedem Hersteller verlangen, daß er seine Bestände an Rohstoffen, Halb- und Fertigerzeugnissen sowie seine Fabrikationsmittel gegen Entgelt einem Syndikate zum Eigentum oder zur Benutzung überläßt. Er kann diese Gegenstände beschlagnahmen.

Für Streitigkeiten innerhalb der Syndikatsorganisation und zwischen Syndikaten und Abnehmern soll die gerichtliche Entscheidung regelmäßig durch eine schiedsgerichtliche ersetzt werden. Für den Bezirk jedes Syndikats soll ein Schiedsgericht von der zuständigen Landeszentralbehörde gebildet werden.

Bek. des Überwachungsausschusses der Schuhindustrie. Vom 14. April 1917.
(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 93.)

[Art. 2 § 5 SchuhgesellschVO. 17. 3. 17.] § 1. Hersteller von Schuhwaren jeder Art, soweit sie bereits vor dem 1. August 1914 Schuhwaren fabrikmäßig hergestellt haben, dürfen vom 20. April 1917 ab Schuhwaren für die bürgerliche Bevölkerung für eigene Rechnung nicht mehr abliefern, auch nicht zur Erfüllung bestehender Lieferungsverträge.

§ 2. Die Ablieferung erfolgt vom 20. April 1917 ab im Namen und für Rechnung der Gesellschaft, welcher der Hersteller von Schuhwaren angehört, in folgender Weise:

1. Die Gesellschaften werden beauftragt, ihre Gesellschafter anzuweisen, den Groß- und Kleinhändlern, denen sie in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914 Schuhwaren geliefert haben, monatlich 2 v. H. der in dieser Zeit gelieferten Menge zuzuteilen.

Anmerkung. Die Quote von 2 v. H. ist auf folgender Grundlage ermittelt worden:

Die durchschnittliche Produktion der Schuhfabriken beträgt zurzeit etwa 25 v. H. der Friedensproduktion. In Rücksicht darauf, daß eine Ausfuhr von Schuhwaren nicht stattfindet, wird angenommen, daß den inländischen Schuhhändlern für das Jahr eine Quote von 30 v. H. der Bezugsmenge aus der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914 zugeteilt werden kann. Hiervon erhalten die Friedensabnehmer $^4/_5$ = 24 v. H. für das Jahr = 2 v. H. für den Monat, während $^1/_6$ für die Händler zurückgestellt wird, welche von ihren seitherigen Lieferanten ihre Quote nicht erhalten können.

Beispiel für die Zuteilung an Friedensabnehmer:

Name	Wohnort	ges. Jahres-bezugs-summe 1. 7. 13 bis 30. 6. 14	durchschn. Paarpreis d. Fabrikats i. d. Zeit 1. 7. 13 bis 30. 6. 14	Jahres-bezugs-menge in Paaren	2prozentige Quote für die Zeit 20. 4. 17 bis 31. 5. 17 ($1^1/_3$ Mon.)
A. Müller	Irheim	72 000 M.	12 M.	6000 Paar	160 Paar

2. Diejenigen Mengen, welche an die seitherigen Friedensabnehmer nach vorstehenden Bestimmungen nicht verteilt werden, sind zur Verfügung der zuständigen Gesellschaft zu halten. Die näheren Anweisungen für die Verwendung dieser Restmengen ergehen durch die Gesellschaften.

§ 3. Die Gesellschafter sind verpflichtet, den Gesellschaften, denen sie angehören, bis spätestens 31. Mai 1917 eine Liste ihrer Abnehmer in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914 mit Angabe der in dieser Zeit gelieferten Warenmengen in Paaren einzureichen.

§ 4. Von dieser Bek. werden nicht betroffen Hersteller von Schuhwaren soweit sie Schäfte oder Holzschuhe, die ganz aus Holz oder aus Holz in Verbindung mit einer Spange von höchstens 2 cm Breite oder einem Kissen hergestellt sind, herstellen.

28. Bek. über Schuhhandelsgesellschaften. Vom 26. Juli 1917.
(RGBl. 666.)

[BR.] Art. 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, Händler von neuen Schuhwaren jeder Art, soweit sie bereits vor dem 1. August 1914 Handel mit Schuhwaren getrieben haben, auch ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Verteilung von

neuen Schuhwaren, insbesondere aller im Deutschen Reiche fabrikmäßig hergestellten und von den Schuhwarenherstellungs- und -vertriebsgesellschaften zur Verfügung gestellten sowie der aus dem Ausland eingeführten Schuhwaren für die bürgerliche Bevölkerung nach Maßgabe der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse obliegt. Unter besonderen Verhältnissen kann der Reichskanzler auf Antrag der Landeszentralbehörden anordnen, daß auch ein Betrieb, der erst nach dem 1. August 1914 mit dem Handel von Schuhwaren begonnen hat, in eine Gesellschaft aufgenommen wird.

Schuhwaren im Sinne dieser Verordnung sind nicht Schäfte sowie Holzschuhe, die ganz aus Holz oder aus Holz in Verbindung mit einer Spange von höchstens 2 cm Breite oder einem Kissen hergestellt sind.

Art. II. Für die auf Grund des Art. I errichteten Gesellschaften gelten folgende Bestimmungen:

§ 1. Die Rechtsverhältnisse der Gesellschaften und der Gesellschafter werden, soweit sie nicht in dieser Verordnung geregelt sind, durch die Satzung bestimmt.

Die Satzung wird von dem Reichskanzler erlassen. Sie ist durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen. Mit der Bekanntmachung der Satzung entsteht die Gesellschaft.

Die Gesellschaften sind rechtsfähig. Ihren Namen, Sitz und örtlichen Bereich bestimmt der Reichskanzler.

§ 2. Die Satzung trifft Bestimmungen über

1. den Zeitpunkt, von dem ab die Gesellschaft die Verteilung übernimmt (Geschäftsbeginn),
2. die Gegenstände, über die die Gesellschafterversammlung zu beschließen hat, sowie die Form der Einberufung, das Stimmrecht und die Vertretung der Gesellschafter,
3. die Zusammensetzung und die Ernennung, die Amtsdauer und die Befugnisse des Vorstandes und der anderen Gesellschaftsorgane, ihre Einberufung und Beschlußfassung, die Vertretung, insbesondere die Zeichnung schriftlicher Erklärungen und die Beurkundung ihrer Beschlüsse,
4. die Höhe des Betriebskapitals und die Art seiner Aufbringung sowie die Beiträge der Gesellschafter,
5. die Regelung der Zuteilungen und die hieran zu knüpfenden Bedingungen,
6. die Überwachung der Mitglieder und ihrer Betriebe,
7. die Festsetzung von Ordnungsstrafen,
8. die Form für die Bekanntmachungen der Gesellschaft,
9. die Aufstellung, Prüfung und Abnahme der Jahresrechnungen,
10. die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft.

§ 3. Die Gesellschafter sind verpflichtet, vom Geschäftsbeginne der Gesellschaft ab die ihnen von der Gesellschaft zugeteilten Waren abzunehmen, den innerhalb der gesetzlichen Grenzen festgesetzten angemessenen Preis zu zahlen und die Waren nach den Weisungen des Hauptverteilungsausschusses (§ 4) abzusetzen.

§ 4. Zur Überwachung der Tätigkeit der Gesellschaften, insbesondere der Verteilung, wird ein Ausschuß (Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels) gebildet.

Der Hauptverteilungsausschuß besteht aus einem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern und höchstens weiteren dreißig Mitgliedern. Der Vorsitzende, seine Stellvertreter und die weiteren Mitglieder werden vom Reichskanzler ernannt und abberufen. Ihr Amt ist ein Ehrenamt.

Dem Hauptverteilungsausschusse gehört ferner ein Vertreter des Reichskanzlers an.

Dem Hauptverteilungsausschusse wird ein Beirat von neun Mitgliedern beigegeben, die den Kreisen der Schuhindustrie und der Verbraucher angehören. Die Mitglieder werden vom Reichskanzler ernannt und abberufen. Ihr Amt ist ein Ehrenamt.

Der Hauptverteilungsausschuß ist rechtsfähig. Er wird durch den Vorsitzenden vertreten.

Der Reichskanzler kann eine Geschäftsordnung für den Hauptverteilungsausschuß erlassen.

§ 5. Der Hauptverteilungsausschuß erteilt den Gesellschaften Anweisungen über die Art der Verteilung.

Er überwacht die Tätigkeit der Gesellschaften und stellt fest, welche Handelsbetriebe unter die Vorschrift des Art. I Abs. 1 fallen. Er kann Betriebe auf ihren Antrag von der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft entbinden.

Er trifft Bestimmung über die von den Gesellschaftern zu leistenden Abgaben.

Er trifft Bestimmungen über die Verwendung der eigenen Einkünfte und der Einkünfte der Gesellschaften. Er setzt insbesondere fest, welcher Teil zur Deckung von Verwaltungskosten der Gesellschaft zu verwenden und welcher Teil an ihn abzuführen ist. Den ihm zufließenden Teil sowie die sonstigen Einkünfte verwendet er nach Deckung der eigenen Unkosten zu Ausgleichszahlungen an Gesellschafter, die infolge der Verteilungsregelung in ihrem Geschäftsbetriebe besonders geschädigt sind. Soweit danach Überschüsse vorhanden sind, verteilt er diese auf sämtliche Gesellschafter im Verhältnis der Einkaufssumme der Bezüge an Schuhwaren in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914.

§ 6. Der Hauptverteilungsausschuß untersteht der Aufsicht des Reichskanzlers.

Der Vorsitzende des Hauptverteilungsausschusses ist verpflichtet, den Vertreter des Reichskanzlers über alle wichtigen Vorgänge auf dem laufenden zu halten und ihm auf Verlangen Auskunft zu geben.

Bei den Beschlußfassungen des Hauptverteilungsausschusses hat der Vertreter des Reichskanzlers beratende Stimme. Er kann Beschlüsse wegen Verletzung der Gesetze oder öffentlicher Interessen beanstanden. Der Reichskanzler entscheidet über die Berechtigung der Beanstandung. Die Ausführung der Beschlüsse hat so lange zu unterbleiben, als nicht der Reichskanzler die Beanstandung für unberechtigt erklärt hat.

§ 7. Die Mitglieder des Hauptverteilungsausschusses, des Vorstandes einer Gesellschaft sowie die von ihnen beauftragten Vertrauensmänner und Sachverständigen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Berichterstattung und der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, verpflichtet, über die Geschäftsverhältnisse, die durch ihre Tätigkeit zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäftsgeheimnisse zu enthalten.

§ 8. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften des § 7 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäftsgeheimnissen sich nicht enthält.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Art. III. § 1. Händler von Schuhwaren jeder Art haben dem Hauptverteilungsausschuß auf Verlangen Auskunft über ihren Betrieb, ihre Bestände an Schuhwaren, Ein- und Ausgänge und Ein- und Verkaufspreise zu erteilen. Ebenso haben Personen, die nicht zum eigenen Gebrauche bestimmte Schuhwaren im Eigentume, Besitz oder Gewahrsam haben, dem Hauptverteilungsausschuß auf Verlangen Auskunft über die ihnen gehörigen oder bei ihnen lagernden Waren zu erteilen.

Das Verlangen kann durch öffentliche Bekanntmachung gestellt werden.

§ 2. Der Hauptverteilungsausschuß kann verlangen, daß Händler von Schuhwaren sowie die im § 1 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Personen ihre Bestände von Schuhwaren einer Gesellschaft gegen einen angemessenen Übernahmepreis überlassen.

Wird die Überlassung verlangt, so geht das Eigentum in dem Augenblick auf die Gesellschaft über, in dem das Verlangen dem Eigentümer, Besitzer oder Inhaber des Gewahrsams zugeht.

Der Hauptverteilungsausschuß kann die Schuhwaren, deren Überlassung an eine Gesellschaft er verlangen kann, beschlagnahmen. Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr berührten Waren verboten ist

und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 3. Streitigkeiten, die sich zwischen einer Gesellschaft und Händlern oder den im § 1 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Personen aus dem Gesellschaftsverhältnis oder aus der Lieferung oder aus der Überlassungspflicht ergeben, werden, soweit nicht die Verordnung oder die Satzung ein anderes bestimmt, durch die nach Art. III § 5 der Verordnung über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom 17. März 1917 (RGBl. 236) gebildeten Schiedsgerichte endgültig entschieden. Je einer der Beisitzer ist dem Kreise des Handels und dem Kreise der Hersteller zu entnehmen.

Örtlich zuständig ist das Schiedsgericht, in dessen Bezirk die beteiligte Gesellschaft ihren Sitz hat.

§ 4. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft,

1. wer die gemäß § 1 geforderte Auskunft innerhalb der gesetzten Frist nicht erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht,
2. wer unbefugt einen gemäß § 2 Abs. 3 beschlagnahmten Gegenstand beiseite schafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt,
3. wer dem gemäß § 2 gestellten Überlassungsverlangen innerhalb der gesetzten Frist nicht nachkommt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Art. IV. Die Verordnung tritt mit dem 15. August 1917 in Kraft. Sie tritt drei Monate nach Außerkraftsetzung der Verordnung über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom 17. März 1917 außer Kraft.

Mit dem Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Verordnung gelten die gemäß Art. I errichteten Gesellschaften als aufgelöst.

Hierzu:

Bek. über örtlichen Bereich und Sitz der Schuhhandelsgesellschaften. Vom 6. August 1917. (RGBl. 695.)

[RK. Art. II § 1 BD. 26. 7. 17.] **Art. I. § 1.** Für die nachstehend bezeichneten Gebietsteile wird je eine Schuhhandelsgesellschaft errichtet:

1. Königreich Preußen: Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Pommern mit dem Sitze in Danzig;
2. Königreich Preußen: Provinzen Schlesien und Posen mit dem Sitze in Breslau;
3. Königreich Preußen: Stadtkreise Berlin, Charlottenburg, Wilmersdorf, Schöneberg, Neukölln, Lichtenberg, Spandau; Landkreise Teltow, Niederbarnim mit dem Sitze in Berlin;
4. Königreich Preußen: Provinz Brandenburg mit Ausnahme der unter Nr. 3 aufgeführten Gebietsteile mit dem Sitze in Berlin;
5. Königreich Sachsen: Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen mit dem Sitze in Dresden;
6. Königreich Sachsen: Kreishauptmannschaften Leipzig, Chemnitz und Zwickau mit dem Sitze in Leipzig;
7. Königreich Preußen: Provinz Sachsen; Großherzogtum Sachsen; Herzogtümer Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Anhalt; Fürstentümer Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß ä. L., Reuß j. L. mit dem Sitze in Erfurt;

8. Königreich Preußen: Provinz Schleswig-Holstein; Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz; Freie und Hansestädte Lübeck und Hamburg mit dem Sitze in Hamburg;
9. Königreich Preußen: Provinz Hannover; Großherzogtum Oldenburg mit Ausnahme des Fürstentums Birkenfeld; Herzogtum Braunschweig; Fürstentümer Waldeck und Pyrmont: Kreis Pyrmont; Freie Hansestadt Bremen mit dem Sitze in Hannover;
10. Königreich Preußen: Provinz Westfalen mit Ausnahme der Ämter Gladbeck, Bottrop, Horst und Osterfeld; Fürstentümer Schaumburg-Lippe und Lippe mit dem Sitze in Dortmund;
11. Königreich Preußen: Regierungsbezirk Düsseldorf, Kreise Erkelenz, Heinsberg, Geilenkirchen, Ämter Gladbeck, Bottrop, Horst und Osterfeld mit dem Sitze in Düsseldorf;
12. Königreich Preußen: Rheinprovinz mit Ausnahme des Regierungsbezirks Düsseldorf und der Kreise Erkelenz, Heinsberg, Geilenkirchen und Wetzlar; Großherzogtum Oldenburg: Fürstentum Birkenfeld mit dem Sitze in Cöln;
13. Königreich Preußen: Provinz Hessen-Nassau, Kreis Wetzlar; Großherzogtum Hessen; Fürstentümer Waldeck und Pyrmont mit Ausnahme des Kreises Pyrmont mit dem Sitze in Frankfurt a. M.;
14. Königreich Bayern: Regierungsbezirke Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, und Oberpfalz mit dem Sitze in Nürnberg;
15. Königreich Bayern: Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und Schwaben mit dem Sitze in München;
16. Königreich Preußen: Hohenzollernsche Lande; Königreich Württemberg mit dem Sitze in Stuttgart;
17. Königreich Bayern: linksrheinisches Gebiet (Pfalz); Großherzogtum Baden mit dem Sitze in Karlsruhe;
18. Elsaß-Lothringen mit dem Sitze in Straßburg.

§ 2. Die Gesellschaften der Gebietsteile 1 bis 3, 5 bis 18 führen den Namen: Schuhhandelsgesellschaft, unter Zufügung des Namens ihres Sitzes. Die Gesellschaft des Gebietsteils 4 führt den Namen: Schuhhandelsgesellschaft für Brandenburg.

Art. II. Die Bestimmungen treten am 15. August 1917 in Kraft.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 29. Juli 17 Nr. 207 1. Ausg.)

Eine Bundesratsverordnung vom 26. Juli bestimmt die Errichtung von Schuhhandelsgesellschaften. Der Reichskanzler ist ermächtigt, Händler von neuen Schuhwaren jeder Art, soweit sie bereits vor dem 1. August 1914 Handel mit Schuhwaren getrieben haben, auch ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Verteilung neuer Schuhwaren an die bürgerliche Bevölkerung obliegt. Nur unter besonderen Verhältnissen kann er auf Antrag der Landeszentralbehörden anordnen, daß auch ein Betrieb, der erst nach dem 1. August 1914 mit dem Handel von Schuhwaren begonnen hat, in eine Gesellschaft aufgenommen wird. Andererseits kann der „Hauptverteilungsausschuß", der die Tätigkeit der Gesellschaften zu überwachen hat und der Aufsicht des Reichskanzlers untersteht, Betriebe auf ihren Antrag von der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft entbinden.

Die Einrichtung zwangsweiser Schuhhandelsgesellschaften bildet eine notwendige Ergänzung zur Einrichtung der durch Bundesratsverordnung vom 17. März 1917 eingeführten „Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften" der deutschen Schuhindustrie. Die Knappheit an Schuhwaren erforderte eine Sicherstellung der zweckmäßigsten Verteilung. Der Zusammenschluß des Schuhhandels wurde von den Vertretern des Handels als notwendig erachtet, um die Härten zu mildern, die sich für viele Händler aus der

vorhandenen geringen Menge von Schuhwaren ergeben. Auf Grund der Zwangsorganisation soll den Geschädigten von der Gesamtheit ein gewisser Ausgleich geboten werden. Zu diesem Zwecke hat jeder Händler, dem künftig Schuhwaren zugeteilt werden, eine Abgabe an den Hauptverteilungsausschuß zu entrichten. Außerdem fließen dem letzteren die Einkünfte der Gesellschaften nach Abzug der Verwaltungskosten derselben zu. Aus diesen Geldern leistet der Hauptverteilungsausschuß nach Deckung der eigenen Unkosten Ausgleichszahlungen an Gesellschafter, die infolge der Verteilungsregelung in ihrem Geschäftsbetriebe besonders geschädigt sind. Den etwaigen Rest verteilt er auf sämtliche Gesellschafter im Verhältnis der Einkaufssummen ihrer Bezüge an Schuhwaren in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis 30. Juni 1914.

Die Verordnung legt Händlern von Schuhwaren sowie Personen, die nicht zum eigenen Gebrauch bestimmte Schuhwaren in Eigentum, Besitz oder Gewahrsam haben, eine Auskunftspflicht gegenüber dem Hauptverteilungsausschuß auf. Dieser kann von ihnen verlangen, daß sie ihre Bestände an Schuhwaren einer Gesellschaft gegen einen angemessenen Übernahmepreis überlassen, und er kann diese Bestände auch beschlagnahmen. Die Organisation der Gesellschaften wird in ihren Grundlagen durch die Verordnung, des näheren durch die vom Reichskanzler zu erlassende Satzung bestimmt.

29. Bek. über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle. Vom 22. März 1917. (RGBl. 257.)

[BR.] § 1. Die Reichsbekleidungsstelle wird ermächtigt, die im Deutschen Reiche vorhandenen Web-, Wirk- und Strickwaren und deren Ersatzstoffe, die aus diesen gefertigten Erzeugnisse sowie getragene Schuhwaren und das von solchen herstammende Altleder für den Bedarf der bürgerlichen Bevölkerung in Anspruch zu nehmen, soweit diese Gegenstände nicht von den Heeresverwaltungen oder der Marineverwaltung für ihren Bedarf in Anspruch genommen sind.

§ 2. Die Reichsbekleidungsstelle kann zur Durchführung des § 1 die erforderlichen Bestimmungen treffen und Auskünfte fordern. Sie kann insbesondere die Herstellung und den Verbrauch der im § 1 bezeichneten Gegenstände sowie den Verkehr mit diesen regeln, Bestandsaufnahmen anordnen und Bestimmungen über Beschlagnahme und Enteignung treffen.

Bei Enteignungen wird im Streitfall der Übernahmepreis durch das Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft endgültig festgesetzt. Nähere Anordnungen über die Besetzung des Gerichts und das Verfahren trifft der Reichskanzler.

Soweit die Reichsbekleidungsstelle bei Anordnungen oder Bestimmungen auf Grund von Abs. 1 von den vom Bundesrat erlassenen Verordnungen über Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren abweichen will, bedarf sie der Zustimmung des Reichskanzlers.

§ 3. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft,

1. wer den auf Grund des § 2 getroffenen Anordnungen oder Bestimmungen zuwiderhandelt,
2. wer die gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 erforderten Auskünfte nicht rechtzeitig erteilt oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Neben der Strafe kann ferner angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Täters öffentlich bekanntzumachen ist, auch kann neben Gefängnisstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 4. Die Verordnung tritt am 26. März 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Anordnungen der Reichsbekleidungsstelle.

a) **Bek. über die Versorgung der in der Kriegswirtschaft tätigen bürgerlichen Personen sowie der Hilfsdienstpflichtigen mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren. Vom 27. März 1917.** (Mitt. 17 Nr. 9, 2.)

[§ 2 BefugnisVO. 22. 3. 17 im Einvernehmen mit dem Kriegsamt.]

I. Versorgung der in der Kriegswirtschaft tätigen bürgerlichen Personen.

§ 1. Die Reichsbekleidungsstelle versorgt die in der Kriegswirtschaft tätigen bürgerlichen Personen mit der bei Ausübung ihres Berufs erforderlichen besonderen Berufskleidung, nämlich:

A. Kleidungsstücken, soweit solche aus Web-, Wirk- oder Strickwaren hergestellt sind,
B. Schuhwaren.

Sie stellt ferner die für die Unterkunft dieser Personen in besonderen Räumen (Massenquartieren) erforderlichen Web-, Wirk- und Strickwaren (Unterkunftsbedarf) bereit.

§ 2. Was als besondere Berufskleidung nach der verschiedenen Beschäftigungsart der genannten Personen zu gelten hat, bestimmt im einzelnen Falle nach Anhörung der zuständigen Kriegsamtsstelle die Reichsbekleidungsstelle.

§ 3. Die Errichtung von Massenquartieren liegt dem Unternehmer, bei dem die unterzubringenden Personen beschäftigt sind, ob. Sie bedarf in jedem Falle und unbeschadet der Zuständigkeit der bürgerlichen Behörden der Genehmigung der zuständigen Kriegsamtsstelle. Sie soll nur erteilt werden, wenn die Unterbringung in Privatwohnungen bedenklich erscheint oder wenn solche Wohnungen oder bereits bestehende Massenquartiere nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. (Vgl. Verfügung des Kriegsministeriums W. M. 707/1. 17 K. R. A. Armeeverordnungsblatt vom 17. März 1917 S. 146.)

§ 4. In Massenquartieren ist für jede Person eine besondere Schlafstelle einzurichten.

An Web-, Wirk- und Strickwaren für Unterkunftszwecke sollen nur gegeben werden: 1 Strohsack, 1 Kopfpolster, 1 Decke im Sommer und 2 Decken im Winter, sowie wöchentlich zwei reine Handtücher.

Bettwäsche kann in Massenquartieren nur für weibliche Personen gefordert werden.

Zu Strohsäcken, Handtüchern und Bettwäsche dürfen nach Aufbrauch der etwa im Besitze des Unternehmers befindlichen Bestände nur Gewebe aus reinen Papiergarnen verwendet werden. (Vgl. Verfügung des Kriegsministeriums W. M. 707/1. 17 K. R. A. Armeeverordnungsblatt vom 17. März 1917 S. 146.)

§ 5. Die Bezugsscheine über die nach den vorstehenden Bestimmungen als besondere Berufskleidung oder als Unterkunftsbedarf (§ 4 Abs. 2, 3) anzusehenden Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren werden von der Reichsbekleidungsstelle Abteilung H ausgefertigt. Diese teilt die Ausfertigung der für den Betrieb zuständigen örtlichen Bezugsschein-Ausfertigungsstelle mit. Nach Eingang der Mitteilung darf die örtliche Stelle Bezugsscheine auf Gegenstände der in § 1 genannten Arten für diesen Betrieb nicht mehr ausfertigen.

§ 6. Die Anträge sind von den Betriebsunternehmern bei der zuständigen Stelle (siehe § 9) einzureichen und werden von dieser mit Gutachten der zuständigen Kriegsamtsstelle übersandt. Die von der Kriegsamtsstelle geprüften Anträge gehen unmittelbar an die Reichsbekleidungsstelle Abteilung H.

Zu den Anträgen auf Erteilung von Bezugsscheinen ist der amtliche Vordruck zu verwenden, der bei den Buchdruckereien von J. S. Preuß, Berlin S 14, Dresdener Str. 43, von E. Huber, München, Schönfelderstr. 12, und von W. Kohlhammer, Stuttgart, Urbanstraße 14/16 bezogen werden kann.

§ 7. Der Antragsteller hat zunächst zu versuchen, die in dem Bezugsschein bewilligten Gegenstände im freien Handel zu erwerben. Für die Ungültigmachung und Weiterbehandlung dieser Bezugsscheine gelten die Vorschriften des § 13 der Bundesrats-

verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni/23. Dezember 1916. (RGBl. 1420.)

Gelingt es dem Antragsteller nicht, sich die Gegenstände auf diesem Wege zu verschaffen, so hat er den Bezugsschein an die Reichsbekleidungsstelle Abteilung H, mit dem Antrage auf Lieferung der betreffenden Stoffe einzureichen, worauf von dieser die Lieferung gegen vorherige Barzahlung, soweit die Stoffe bei ihr vorhanden sind oder beschafft werden können, in die Wege geleitet wird.

Bezüglich der aus Papiergewebe herzustellenden Waren bleibt besondere Bekanntgabe der Bezugsquellen vorbehalten.

§ 8. Die besondere Berufskleidung darf nur innerhalb des Betriebes getragen werden.

Die von der Reichsbekleidungsstelle bezogenen Gegenstände sind auf deren Erfordern von den Betrieben zu verwalten.

Die Betriebsunternehmer haben streng darauf zu halten, daß mit diesen Gegenständen tunlichst sparsam umgegangen wird, und darauf zu achten, daß für den Betrieb nicht mehr brauchbare Gegenstände, soweit sie aus Faserstoffen bestehen, nicht beseitigt oder vernichtet, sondern an die Annahmestellen des zuständigen Kommunalverbandes für getragene Kleidungs- und Wäschestücke oder, soweit es sich um nicht wiederherstellbare Kleidungsstücke handelt, an die vom Kriegsamt (Kriegsrohstoff-Abteilung) beauftragten Lumpensortierungsbetriebe abgeliefert werden.

§ 9. Die Landeszentralbehörden werden diejenigen Stellen bestimmen, die die Anträge der Betriebsunternehmer (siehe § 6) zu begutachten und die Aufsicht über die besondere Berufskleidung, sowie über die Massenquartiere in bezug auf die Instandhaltung des Unterkunftsbedarfs auszuüben haben. [Preußen, Bfg. v. 11. 4. 17, HMBl. 133: bei Betrieben, die der Gewerbeaufsicht unterstehen, die GewInspektion, die der Bergaufsicht unterstehen, die Bergrevierbeamten, sonst die Ortspolizeibehörden.]

Die Reichsbekleidungsstelle behält sich außerdem vor, die Befolgung der Vorschriften des § 8 durch eigene Beauftragte zu überwachen.

II. Versorgung der Hilfsdienstpflichtigen.

§ 10. Auf diejenigen Hilfsdienstpflichtigen, die in der Kriegswirtschaft beschäftigt sind, finden die §§ 1—9 dieser Bekanntmachung Anwendung.

§ 11. Die Reichsbekleidungsstelle versorgt die in den besetzten Gebieten bei Truppenteilen und militärischen Behörden beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen mit dem nötigen Bedarf an Kleidungsstücken, soweit solche aus Web-, Wirk- und Strickwaren bestehen, und an Schuhwaren, dagegen nicht mit dem Unterkunftsbedarf.

Auf das Verfahren findet der Erlaß des Kriegsministeriums vom 2. November 1916 W. M. Nr. 114. 9. 16 K. R. A. — Armee-Verordnungsblatt S. 478 — Anwendung, mit der Abänderung, daß die Notwendigkeit der Anschaffung von derjenigen Dienststelle bescheinigt wird, bei der der Hilfsdienstpflichtige beschäftigt wird, und daß diese Dienststellen die Bezugsscheine gesammelt zum 1. und 15. eines jeden Monats der Etappeninspektion zur weiteren Erledigung im Einvernehmen mit der Reichsbekleidungsstelle zuleiten.

Die bürgerlichen Bezugsschein-Ausfertigungsstellen haben hiernach für die unter Abs. 1 genannten Hilfsdienstpflichtigen Bezugsscheine für den daselbst angegebenen Bedarf nicht mehr auszustellen.

III. Von der Reichsbekleidungsstelle nicht zu Versorgende.

§ 12. Die nicht unter §§ 10 und 11 fallenden Hilfsdienstpflichtigen unterliegen den Bestimmungen, die für die sonstige bürgerliche Bevölkerung gelten.

Dasselbe gilt von den in der Kriegswirtschaft tätigen Hilfsdienstpflichtigen, soweit es sich nicht um die Versorgung mit der zur Ausübung ihres Berufs erforderlichen besonderen Berufskleidung (§ 1) oder um Unterkunftsbedarf (§ 4) handelt.

b) Bek. über den Stoffverbrauch bei Anfertigung von Kleidungs- und Wäschestücken. Vom 27. März 1917, berichtigt am 28. Juni 1917. (Mitt. 17 Nr. 9, 8; Nr. 21, 69.)

[§ 2 BefugnisVO. 22. 3. 17.]

§ 1. Bei der Herstellung der in der beigefügten Liste der Stoffhöchstmaße[1]) aufgeführten Gegenstände dürfen keine größeren Stoffmengen verwendet werden als diejenigen, die sich aus dieser Liste ergeben.

Bei Oberkleidung für Männer und Frauen dürfen:

a) bei Männern von Größe 52 ab aufwärts,
b) bei Frauen von Größe 48 ab aufwärts,
c) bei Umstandskleidern

bis zu 15 Proz. der angegebenen Stoffmengen mehr verwendet werden.

Bestellungen nach Mustern, die ein Gewerbetreibender vor dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung für die Sommersaison 1917 hergestellt hatte, dürfen von ihm bis zum 1. Juli 1917 auch insoweit ausgeführt werden, als bei der Ausführung größere Stoffmengen als die in der Liste der Stoffhöchstmaße angegebenen verwendet werden.

§ 2. Als Muster hergestellte Stücke dürfen nur zum Zweck der Zusammenstellung von Arbeits-, Reise- oder Versandkollektionen wiederholt angefertigt werden.

Mehr als eine Arbeits- und vier Reise- oder Versandkollektionen dürfen nicht zusammengestellt werden.

Reise- oder Versandkollektionen dürfen nur zusammengestellt werden, soweit sie zur Einholung von Bestellungen nicht am Orte wohnender Kunden nachweislich verwendet werden.

Reise- oder Versandkollektionen dürfen von jeder einzelnen Warengattung höchstens die in dem dieser Bekanntmachung beigefügtem Verzeichnis angegebene Stückzahl enthalten. Bei den in diesem Verzeichnis nicht angeführten Warengattungen ist die Herstellung von Mustern für Reise- oder Versandkollektionen untersagt.

Jedes zur Herstellung von Mustern oder zur Zusammenstellung von Arbeits-, Reise- oder Versandkollektionen angefertigte Stück ist unter einer fortlaufenden Nummer in ein Mustereinrichtungsbuch einzutragen und mit der Bezeichnung „Muster" und der Nummer zu versehen. Aus dem Mustereinrichtungsbuche und dem Verkaufsbuche muß sich der Verbleib dieser Stücke zweifelsfrei feststellen lassen.

Die Reichsbekleidungsstelle behält sich vor, auf Antrag von den Vorschriften der Abs. 1, 2 und 4 dieses Paragraphen Ausnahmen zu bewilligen.

§ 3. Schnittmuster zur Herstellung der in der Liste der Stoffhöchstmaße aufgezählten Gegenstände, bei deren Benutzung größere als die in dieser Liste angegebenen Stoffmengen zu verwenden sein würden, dürfen nicht mehr hergestellt, veröffentlicht oder gegen Entgelt abgegeben werden.

§ 4. Von dieser Verfügung werden betroffen:

1. alle Betriebe, in denen zur Herstellung von in der Liste der Stoffhöchstmaße aufgeführten Gegenständen Web- oder Wirkstoffe zugeschnitten oder diese Zuschnitte oder aus solchen hergestellte Waren be- oder verarbeitet werden (Konfektionsbetriebe),
2. alle Betriebe und Personen, die in der Liste der Stoffhöchstmaße aufgeführte Gegenstände aus Web- oder Wirkstoffen nach Maß gewerbsmäßig oder gegen Entgelt zuschneiden, anfertigen oder bearbeiten (Maßgeschäfte, Schneider und Schneiderinnen).

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bek. werden auf Grund von § 3 Nr. 1 der VO. über Befugnisse der RBekISt. vom 22. März 1917 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen

[1]) Die Liste, geändert am 13. Oktober 1917, Mitt. 17 169, ist hier nicht mit abgedruckt.

bestraft. Auch kann die Einziehung der verbotswidrig hergestellten Waren und auf Grund der Bek. zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 die Untersagung des Gewerbebetriebes erfolgen.

§ 6. Diese Bekanntmachung tritt am 3. April 1917 in Kraft.

Verzeichnis der Reise- und Versandkollektionen.

A. Oberkleidung für Männer:

Männeranzüge	12 Stück
Männerjoppen	12 „
Männerhosen	12 „
Männermäntel	12 „
Männerulster	12 „

B. Oberkleidung für Knaben und Burschen:

Knabenanzüge	24 Stück
Knabenmäntel	12 „
Knabenulster	12 „

C. Unterkleider für Männer:

Männer-Tag- und Oberhemden	12 „
Männer-Unterhosen	6 „
Männer-Unterjacken	6 „
Männer-Nachthemden	6 „

D. Unterkleidung für Knaben:

Knaben-Taghemden	6 „
Knaben-Unterhosen	6 „
Knaben-Nachthemden	6 „

E. Oberkleidung für Frauen:

garnierte Kleider für Frauen	48 „
Jackenkleider für Frauen	36 „
Kleiderröcke für Frauen	36 „
Blusen für Frauen	
wollene	24 „
baumwollene	48 „
seidene	48 „
Mäntel für Frauen	48 „
Morgenröcke für Frauen	24 „
Morgenjacken für Frauen	12 „

F. Oberkleider für Mädchen und Backfische:

Mädchenkleider	
Größe 0—60	48 Stück
„ 65—105	60 „
Mädchenröcke	12 „
Mädchenblusen	12 „
garnierte Backfischkleider	48 „
Backfisch-Jackenkleider	36 „
Backfischröcke	24 Stück
Backfischblusen	
wollene	24 „
baumwollene	48 „
seidene	48 „
Baby-Mäntel	12 „
Mädchen-Mäntel	24 „
Backfisch-Mäntel	24 „

G. Unterkleidung für Frauen:

Taghemden für Frauen	24 Stück
Beinkleider für Frauen	18 „
Hemdhosen für Frauen	12 „
Untertaillen für Frauen	36 „
Unterröcke für Frauen:	
wollene	18 „
baumwollene	18 „
seidene	24 „
Anstandsröcke für Frauen	6 „
Leibchenröcke für Frauen	12 „
Nachtjacken für Frauen	12 „
Nachthemden für Frauen	18 „
Frisierjacken für Frauen	12 „

H. Unterkleidung für Mädchen und Backfische:

Taghemden	6 Stück
Höschen oder Beinkleider	6 „
Nachtröcke oder Nachthemden	6 „
Hemdhosen	6 „
Nachtjacken	6 „
Leibchen oder Unterleibchen	6 „
Leibchenröcke	6 „
Unterröcke	6 „
Frisierjacken	6 „

K. Säuglingsbekleidung:

Hemdchen	6 „
Windelhosen	6 „
Stoffjacken	12 „
Trageröcke oder Nachtröcke	6 „
Kleidchen	12 „

1. Die Mehrverwendung von 15 Proz. der angegebenen Stoffmengen bei Oberkleidung von Männern und Frauen ist

bei Männern von Größe 52 einschließlich ab aufwärts
bei Frauen von Größe 48 einschließlich ab aufwärts gestattet.

2. Schnittmuster. Von der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über den Stoffverbrauch bei Anfertigung von Kleidungs- und Wäschestücken vom 27. März 1917 werden auch die Verleger und Herausgeber von Zeitschriften betroffen, die Schnittmuster in ihren Zeitschriften veröffentlichen oder beilegen.

Die Herstellung, die Veröffentlichung und die Abgabe gegen Entgelt von Schnittmustern, die eine größere Stoffmenge beanspruchen, als die Liste der Stoffhöchstmaße zubilligt, ist nach § 3 der obigen Bekanntmachung verboten; auch ein Verkauf solcher Schnittmuster ins neutrale Ausland ist nicht gestattet.

3. Verwendung von verschiedenen Stoffarten. Wenn Ober- und Unterkleidung aus mehreren Stoffarten hergestellt wird, so darf die Summe der von diesen verwendeten Mengen die aus der Liste der Höchststoffmaße ersichtliche zugelassene Menge für das betreffende Stück nicht übersteigen; was dagegen lediglich zur Ausschmückung eines im übrigen fertigen Kleidungs- oder Wäschestücks verwendet wird, wird in die zugelassene Höchstmenge nicht eingerechnet.
4. Kittelkleider sind als garnierte Kleider zu betrachten.
5. Lange Mäntel, z. B. Seidenmäntel, die keine Regenmäntel sind, sind als Mäntel zu berechnen, nicht als Regenmäntel.
6. Damenjaketts sind als Mäntel zu berechnen.
7. Anzüge für Damen aus einem vollständigen Kleid und dazugehöriger Jacke bestehend (früher Completts genannt) sind als Jackenkleid und Bluse zu berechnen.
8. Einsegnungsanzüge sind als Burschenanzüge zu berechnen.
9. Knabenkittel mit Hosen für ältere als 3jährige Knaben sind nach B, b. der Liste der Stoffhöchstmaße zu berechnen.
10. Unterkleidung für größere als 15jährige Knaben wird als Unterkleidung für Männer berechnet.
11. Jackenkleider für Mädchen unter 14 Jahren dürfen nicht mehr angefertigt werden.
12. Für Artikel, die in der Höchstmaßliste nicht aufgeführt sind, bestehen Höchstmaße nicht.
13. Für Knabenblusen gelten die gleichen Maße wie für Mädchenblusen.
14. Für Reformbeinkleider gelten die gleichen Maße, wie für solche, die aus Wäschestoffen hergestellt sind. (Aufgeführt in der Höchstmaßliste unter G und H.)

c) Bek. über Beschlagnahmen und Enteignungen durch die Reichsbekleidungsstelle. Vom 4. April 1917. (Mitt. 17 Nr. 10, 13.)

[BefugnisVO. 22. 3. 17.]

I. Beschlagnahme. § 1. Beschlagnahmen auf Grund von § 1 der VO. über Befugnisse der RBekISt. vom 22. März 1917 erfolgen durch schriftliche an den Besitzer der Gegenstände zu richtende Anordnung oder durch öffentliche Bekanntmachung.

Die Beschlagnahme wird wirksam, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht oder mit Ablauf des Ausgabetages des amtlichen Blattes, in dem die Anordnung amtlich veröffentlicht wird.

§ 2. Besitzer von beschlagnahmten Gegenständen sind verpflichtet, diese aufzubewahren, sie pfleglich zu behandeln und die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

§ 3. An den beschlagnahmten Gegenständen dürfen, unbeschadet der Bestimmungen des § 2, Veränderungen, insbesondere Ortsveränderungen, nicht vorgenommen werden. Rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie sind verboten. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 4. Die Wirkungen der Beschlagnahme endigen mit der Enteignung oder mit der Freigabe.

II. Enteignung. § 5. Das Eigentum an dem im § 1 der VO. über Befugnisse der RBeklSt. vom 22. März 1917 bezeichneten Gegenständen kann durch Anordnung der RBeklSt. auf eine in der Anordnung zu bezeichnende Person übertragen werden.

§ 6. Die Anordnung des § 5 kann an den Besitzer solcher Gegenstände gerichtet werden oder durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen. Im ersteren Falle geht das Eigentum über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht, im letzteren Falle mit dem Ablauf des Ausgabetages des amtlichen Blattes, in dem die Anordnung amtlich veröffentlicht ist.

§ 7. Der von der Anordnung Betroffene ist verpflichtet, die Gegenstände ordnungsgemäß zu verwahren, sie herauszugeben, auch auf Verlangen und Kosten des Erwerbers zu überbringen oder zu versenden.

§ 8. Der Übernahmepreis wird von der RBeklSt. festgesetzt.

Ist der von der Anordnung Betroffene mit dem durch die RBeklSt. festgesetzten Übernahmepreis nicht einverstanden, so kann er Festsetzung dieses Preises durch das Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft beantragen.

§ 9. Der Übernahmepreis ist bar zu zahlen. Er kann bei Ungewißheit über den Empfangsberechtigten einbehalten werden.

d) Bek. über die Verwendung von Wäsche in Gastwirtschaften. Vom 14. Juli 1917, mit der Änderung vom 25. August 1917. (Mitt. 17 Nr. 23, 86; Nr. 29, 117.)

[BefugnisVO. 22. 3. 17.]

§ 1. In allen Gewerbebetrieben und gemeinnützigen öffentlichen Betrieben, in denen Lebens- und Genußmittel irgendwelcher Art zum Verzehr an Ort und Stelle verabfolgt werden, ist die Darreichung von Mundtüchern aus Web-, Wirk- und Strickwaren verboten.

In solchen Betrieben dürfen ferner vom 1. Oktober 1917 ab waschbare oder abwaschbare Web-, Wirk- und Strickwaren (Tischzeuge) zum Bedecken der Tische, auf denen Speisen oder Getränke verabfolgt werden, den Gästen von Gewerbetreibenden nicht mehr zur Benutzung überlassen werden.

Tische, deren Holzplatten derart roh hergerichtet sind, daß sie von vornherein nur zur Verwendung mit einem Überzug aus Web-, Wirk- oder Strickwaren oder Filz als Unterlage für das Tischtuch bestimmt waren, und die auch vor dem 25. August 1917 mit einem solchen Überzug dauernd benutzt worden sind, dürfen auch fernerhin mit einem Tischtuche auf der Unterlage bedeckt werden.

Polierte, lackierte oder gestrichene Tischplatten sind keine Platten im Sinne des Absatz 3.

Die nach Abs. 3 noch zulässigen Tischtücher dürfen erst nach einer jedesmaligen Benutzungszeit von wenigstens 2 Tagen ausgewechselt werden. Das Bedecken des Tischtuches oder einzelner Teile desselben mit weiteren Tüchern ist verboten.

§ 2. In Gewerbebetrieben, in denen Fremde zur Beherbergung aufgenommen werden, darf jedem im Betriebe dieses Gewerbes aufgenommenen Gast nicht mehr als ein frisches Handtuch für jeden Kalendertag zur Benutzung verabreicht werden.

Für die Benutzung eines Bades des Gewerbebetriebes dürfen jedem Gast auf die Dauer eines Kalendertages ferner 2 Handtücher oder an Stelle des zweiten Handtuches ein Badetuch oder Frottiertuch überlassen werden.

§ 3. Die im Gewerbebetriebe einem zur Beherbergung aufgenommenen Gaste überlassene Bettwäsche darf erst nach Beendigung seines Aufenthaltes oder bei längerem als 7tägigem Aufenthalt erst nach einer jedesmaligen Benutzungsdauer von wenigstens 7 Tagen ausgewechselt werden.

Werden aus besonderem Anlasse, insbesondere infolge einer Erkrankung des Gastes

einzelne Stücke der Bettwäsche durch außerordentliche Verunreinigung unbenutzbar, so dürfen diese Stücke vorzeitig ausgewechselt werden.

§ 4. Web-, Wirk- und Strickwaren, zu deren Herstellung ausschließlich Papiergarne verwendet sind, werden von den Vorschriften der §§ 1, 2 und 3 nicht betroffen.

§ 5. Die Bestimmungen der §§ 2 und 3 über Hand- und Badetücher sowie Bettwäsche finden auf die Beherbergung von Kranken in öffentlichen und privaten Krankenanstalten keine Anwendung.

§ 6. Wenigstens ein Abdruck dieser Bek. mit leicht leserlicher Schrift ist in jedem von den Vorschriften der §§ 1 bis 3 betroffenen Gewerbebetriebe in einer Größe von mindestens 30 × 40 cm an einer in die Augen fallenden, jedem Gaste unbehindert zugänglichen Stelle anzubringen.

§ 7. Wer den Bestimmungen der §§ 1, 2, 3 und 6 zuwiderhandelt, wird auf Grund der Vorschrift des § 3 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle vom 22. März 1917 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben diesen Strafen kann auf die in § 3 der Bundesratsverordnung über Befugnisse der Reichsbekleidungsstelle bezeichneten Nebenstrafen erkannt werden.

e) Bek., betr. Verwendung getragener Männeroberkleidung zur Versorgung der aus dem Heere und der Marine entlassenen Krieger mit bürgerlicher Kleidung. Vom 23. Juli 1917. (Mitt. 17 Nr. 25, 98.)

[BefugnisVO. 22. 3. 17.]

§ 1. Zur teilweisen Versorgung der aus dem Heere und der Marine entlassenen Krieger mit bürgerlicher Kleidung nimmt die Reichsbekleidungsstelle ein Drittel der von den Kommunalverbänden auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. Dezember 1916 (RGBl. 1427) erworbenen getragenen Kleidungsstücke für Männer und zwar der Röcke, Jacken, Westen, Joppen, Hosen, Wintermäntel und Umhänge mit Ausschluß der Fracks und Gehröcke in Anspruch.

§ 2. Die Kommunalverbände haben jedesmal, bevor getragene Kleidungsstücke der im § 1 genannten Art zur Veräußerung bereitgestellt werden, ein Drittel jeder Art zurückzustellen, jedes Stück auf dem Preiszettel mit der Aufschrift „für Krieger" zu versehen und getrennt von den Lagerbeständen für die übrige bürgerliche Bevölkerung aufzubewahren.

Bei der Auswahl der Stücke ist darauf zu achten, daß die zurückgestellten Stücke in Güte und Brauchbarkeit im Durchschnitt mindestens dem Durchschnitt der gesamten Vorräte derselben Art gleichkommen.

Die zurückgestellten Kleidungsstücke verbleiben im Eigentum und Gewahrsam der Kommunalverbände. Sie sind nur in der Veräußerung durch die Bestimmungen des § 4 beschränkt.

§ 3. Die Kommunalverbände haben gleichzeitig mit den ihnen zu Beginn jedes Monats obliegenden Bestandsmeldungen über die bei ihnen vorhandenen Kleidungs- und Wäschestücke sowie Schuhwaren (§ 13 der Ausführungsbestimmungen der Reichsbekleidungsstelle über getragene Kleidung, Wäsche und Schuhwaren vom 23. Dezember 1916 in Fassung der Abänderungsbekanntmachung vom 7. Juli 1917 — Reichsanzeiger Nr. 156 —) einen besonderen Meldebogen bei der statistischen Abteilung (F) der Reichsbekleidungsstelle einzureichen, in dem nur die für die entlassenen Krieger zurückgestellten getragenen Kleidungsstücke einzutragen sind. Hierzu ist der Vordruck I (Drucksache Nr. 149) zu verwenden, der mit der Ziffer I a und der Überschrift „zurückgestellt für Krieger" zu versehen ist. Bei der Bestandsaufnahme und Anzeige nach § 13 der Ausführungs-Bestimmungen vom 23. Dezember 1916/7. Juli 1917 sind die im Meldebogen I a zu verzeichnenden Gegenstände gleichfalls mitaufzuführen.

Der Meldebogen I a ist am 1. September 1917 zum ersten Male einzureichen. Bei dieser erstmaligen Meldung bleibt die Spalte 1 bis 4 des Meldebogens unausgefüllt, nur Spalte 5 („heutiger Bestand") ist auszufüllen.

§ 4. Die Kommunalverbände dürfen die in § 1 bezeichneten Kleidungsstücke nur an die während des Krieges oder infolge des Befehles zur Abrüstung entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften des Heeres und der Marine veräußern.

Die Veräußerung ist nur zulässig, wenn der Entlassene die notwendigsten Kleidungsstücke der in § 1 bezeichneten Arten nicht besitzt, derart unbemittelt ist, daß er sich Kleidungsstücke zu den im Handel üblichen Preisen nicht kaufen kann und hierüber eine amtliche Bescheinigung des zuständigen Kommunalverbandes sowie einen ordnungsmäßig ausgefertigten Bezugsschein vorlegt.

Für die Prüfung der Bedürftigkeit, die Ausstellung der Bescheinigung und die Abgabe der Kleidungsstücke ist der Kommunalverband zuständig, in dessen Bezirk der Krieger nach dem Eintrag in seinen Militärpapieren entlassen worden ist.

Die Bescheinigung ist nach dem in der Anlage enthaltenen Muster auszustellen. Vordrucke der Bescheinigung können gegen Entgelt von der Drucksachenverwaltung der Reichsbekleidungsstelle in Berlin W 50, Nürnberger Platz 1 bezogen werden.

§ 5. Die Reichsbekleidungsstelle behält sich vor, Ausnahmen von diesen Vorschriften zu bewilligen.

Anlage.

Bescheinigung

des Kommunalverbandes nach § 4 der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle vom 23. Juli 1917.

Herrn.....
geboren am..... in .....
..... (bürgerlicher Beruf)
nach seinen Militärpapieren:..... (Dienstgrad)
entlassen vom:..... (Truppenteil)
am..... nach.....
wird hiermit zum Erwerbe folgender Kleidungsstücke:
.....
.....
von.....
.....
bescheinigt, daß er nach den angestellten Ermittlungen der Kleidungsstücke dringend bedarf, aber nicht die Mittel hat, um sie zu den im Handel üblichen Preisen zu kaufen.

Die Abgabe der Kleider darf nur gegen Hingabe dieser Bescheinigung und eines ordnungsmäßig ausgefertigten Bezugsscheins erfolgen.

....
(Ort und Datum) (Stempel und Unterschrift der Behörde)

30. Bek. über den Handel mit Arzneimitteln. Vom 22. März 1917. (RGBl. 270.)

[BR.] § 1. Der Handel mit Arzneimitteln ist vom 16. April 1917 ab nur solchen Personen gestattet, denen eine besondere Erlaubnis zum Betriebe dieses Handels erteilt worden ist.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung

1. auf Personen, die bereits vor dem 1. August 1914 mit Arzneimitteln Handel getrieben haben, der sich nicht auf die unmittelbare Abgabe an die Verbraucher beschränkt,

2. auf Apotheken, in denen Arzneimittel nur unmittelbar an Verbraucher abgegeben werden,
3. auf sonstige Kleinhandelsbetriebe, in denen Arzneimittel nur unmittelbar an Verbraucher abgegeben werden,
4. auf Tierärzte, soweit sie in Ausübung ihrer tierärztlichen Tätigkeit Arzneimittel unmittelbar an Verbraucher abgeben dürfen.

§ 2. Arzneimittel im Sinne dieser Verordnung sind solche chemischen Stoffe, Drogen und Zubereitungen, die zur Beseitigung, Linderung oder Verhütung von Krankheiten bei Menschen oder Tieren bestimmt sind.

§ 3. Die Erlaubnis wird auf Antrag erteilt. Sie kann zeitlich, örtlich und sachlich begrenzt werden. Wird sie örtlich unbegrenzt erteilt, so wirkt sie für das Reichsgebiet. Vorschriften, nach denen die Ausübung des Handels mit Arzneimitteln anderweitigen Beschränkungen unterliegt, bleiben unberührt.

Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn Bedenken wirtschaftlicher Art oder persönliche oder sonstige Gründe der Erteilung entgegenstehen.

§ 4. Die Erlaubnis kann von der Stelle, die zu ihrer Erteilung zuständig ist, zurückgenommen werden, wenn sich nachträglich Umstände ergeben, die die Versagung der Erlaubnis rechtfertigen würden.

In den Fällen des § 1 Abs. 2 Nr. 1 und 3 kann der Handel in solchen Fällen untersagt werden.

§ 5. Gegen die Versagung und die Zurücknahme der Erlaubnis sowie gegen die Untersagung des Handels ist nur Beschwerde zulässig; sie hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 6. Die Landeszentralbehörden bestimmen, welche Stellen zur Erteilung, Versagung und Zurücknahme der Erlaubnis, zur Untersagung des Handels sowie zur Entscheidung über die Beschwerde zuständig sind; sie bestimmen auch das Nähere über das Verfahren.

§ 7. Örtlich zuständig zur Entscheidung ist die Stelle, in deren Bezirke die Hauptniederlassung des Handelsbetriebs liegt. Fehlt es an einer inländischen Hauptniederlassung, so bestimmt die Landeszentralbehörde des Bundesstaats, in dem der Handel betrieben wird oder betrieben werden soll, die zuständige Stelle.

§ 8. Die Stelle, von der die Erlaubnis versagt oder zurückgenommen oder der Handel untersagt worden ist, kann die Vorräte an Arzneimitteln übernehmen und auf Rechnung und Kosten des Händlers verwerten. Ist Beschwerde (§ 5) eingelegt, so ist mit der Übernahme nach Möglichkeit bis zur Entscheidung über die Beschwerde zu warten.

Über Streitigkeiten, die sich aus der Übernahme und Verwertung ergeben, entscheidet endgültig die von der Landeszentralbehörde bestimmte Stelle.

§ 9. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer ohne die erforderliche Erlaubnis (§ 1) oder nach Zurücknahme der Erlaubnis oder nach erfolgter Untersagung (§ 4) Handel mit Arzneimitteln treibt,
2. wer den Preis für Arzneimittel durch unlautere Machenschaften, insbesondere Kettenhandel, steigert.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Arzneimittel erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

§ 10. Es ist verboten, in periodischen Druckschriften oder in sonstigen Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind,

1. ohne vorheriger Genehmigung der von der Landeszentralbehörde bestimmten Stelle sich zum Erwerbe von Arzneimitteln zu erbieten,
2. zur Abgabe von Preisangeboten auf Arzneimittel aufzufordern,
3. bei Ankündigungen über Erwerb oder Veräußerung von Arzneimitteln oder über die Vermittlung solcher Geschäfte Angaben zu machen, die geeignet sind,

einen Irrtum über die geschäftlichen Verhältnisse des Anzeigenden oder die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Vorräte oder über den Anlaß oder Zweck des Ankaufs, Verkaufs oder der Vermittlung zu erwecken.

Es ist ferner verboten, in periodischen Zeitschriften bei Ankündigungen über Veräußerung von Arzneimitteln Preise anzugeben*).

Das Verbot im Abs. 1 Nr. 1, 2 sowie im Abs. 2 findet keine Anwendung auf Behörden.

Die Verleger periodisch erscheinender Druckschriften sind verpflichtet, die Unterlagen für die erscheinenden Anzeigen über Arzneimittel auf die Dauer von mindestens sechs Monaten vom Tage des Erscheinens ab aufzubewahren. Eine Prüfungspflicht dahin, ob die Anzeigen dem Verbot im Abs. 1 zuwiderlaufen, liegt den Verlegern sowie den bei der Herstellung und Verbreitung der Druckschriften tätigen Personen nicht ob.

§ 11. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer den Vorschriften im § 10 Abs. 1, Abs. 2, Abs. 4 Satz 1 zuwiderhandelt.

Werden in den Fällen des § 10 Abs. 1 Nr. 3 die Angaben in einem geschäftlichen Betriebe von einem Angestellten oder Beauftragten gemacht, so ist der Inhaber oder Leiter des Betriebs neben dem Angestellten oder Beauftragten strafbar, wenn die Handlung mit seinem Wissen geschah.

§ 12. Die Verordnung tritt mit dem 16. April 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Personen, die beim Inkrafttreten der Verordnung Handel mit Arzneimitteln treiben, hierzu aber einer besonderen Erlaubnis bedürfen, können ihren Handel bis zum 1. Juni 1917 oder, wenn sie bis zu diesem Tage den Antrag auf Erteilung der Erlaubnis gestellt haben, bis zur Entscheidung über den Antrag ohne Erlaubnis fortführen.

Hierzu:

Preuß. Ausführungsbestimmungen vom 23. April 1917. (MBl. 112.)

Zu §§ 1, 3, 4, 6.

1. Die vorstehend genannte Verordnung bezweckt, Mißständen, die auf dem Gebiete des Arzneimittelhandels hervorgetreten sind, entgegenzuwirken. Es sollen unzuverlässige Personen vom Arzneimittelhandel dadurch ferngehalten werden, daß die Ausübung dieses Handels, abgesehen von gewissen Ausnahmen, an eine besondere Erlaubnis geknüpft wird. Ferner soll der Kettenhandel mit Arzneimitteln ausgeschaltet und das Anpreisen in ungehöriger Form, sei es unter Angabe von Preisen, sei es unter Aufforderung zur Abgabe von Preisangeboten oder dergl. unmöglich gemacht werden. Die Verordnung erstreckt sich nur auf den Großhandel. Einer Erlaubnis bedürfen nicht der Kleinhandel in den Apotheken und sonstigen Handelsbetrieben, sowie die Abgabe von Arzneimitteln seitens der Tierärzte in Ausübung ihrer tierärztlichen Tätigkeit. Unter Kleinhandel wird die unmittelbare Abgabe an die Verbraucher verstanden. Als Verbraucher gelten auch Krankenanstalten, ärztliche Hausapotheken und ähnliche Einrichtungen. Ausgenommen von der Verpflichtung zur Einholung der Erlaubnis sind ferner alle Personen, die bereits vor dem 1. August 1914 Großhandel betrieben haben. Dies gilt auch für Apotheken (§ 1 Abs. 2 Ziffer 1). Hat ein Apothekeninhaber seinen Betrieb nach dem 1. August 1914 begonnen, so bedarf er für den eigentlichen Apothekenbetrieb (unmittelbare Abgabe an die Verbraucher) keiner Erlaubnis (§ 1 Abs. 2 Ziffer 2); er braucht sie aber, wenn er Großhandel betreiben will. Ebenso verhält es sich mit den sonstigen Kleinhändlern von Arzneimitteln (§ 1 Abs. 2 Ziffer 3). Der eigentliche Apothekenbetrieb wird durch die Verordnung nicht betroffen; für eine etwaige Entziehung der Apothekenkonzession bietet sie keine Handhabe.

2. Zur Entscheidung über die Erteilung, Versagung und Zurücknahme der Erlaubnis zum Handel mit Arzneimitteln, sowie zur Untersagung des Handels in den Fällen des

*) § 10 Abs. 2 ist am 19. Juli 1917 außer Kraft getreten (Bek. v. 15. Juli 1917, RGBl. 633).

§ 1 Abs. 2 Nr. 1 und 3 ist in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde, in Landkreisen der Landrat, im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident in Berlin zuständig.

3. Der Antrag auf Erteilung der Erlaubnis ist schriftlich einzureichen. Es ist darin anzugeben, ob und seit wann der Antragsteller eine im Handelsregister eingetragene Firma besitzt, mit welchen Waren er bisher gehandelt hat, ob er Arzneimittel nur an Zwischenhändler oder auch an Verbraucher oder ausschließlich an Verbraucher abgibt, ob er wegen Zuwiderhandlung gegen die Höchstpreisverordnungen, gegen die Verordnungen über Vorratserhebung vom 2. Februar und 3. September 1915 (RGBl. 54, 549), und die Verordnung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 (RGBl. 467, 514) bestraft ist, und ob ein Verfahren wegen Untersagung des Handelsbetriebes auf Grund der Verordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (RGBl. 603) gegen ihn geschwebt hat. Ist dem Antragsteller auf Grund der letztgenannten Verordnung der Handelsbetrieb untersagt gewesen, so kann der Antrag auf Erteilung der Erlaubnis nur gestellt werden, nachdem die Wiederaufnahme des Handelsbetriebes gemäß § 2 Abs. 3 der Verordnung vom 23. September 1915 gestattet worden ist. In dem Antrage ist ferner anzugeben, für welche Zeit und für welches Gebiet die Erlaubnis erteilt werden soll.

4. Die zur Entscheidung nach Ziffer 1 zuständige Stelle kann jederzeit die Vorlegung der Handelsbücher sowie eine Auskunft über die Persönlichkeit der Angestellten des Antragstellers verlangen.

5. Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn Bedenken wirtschaftlicher Art oder persönliche oder sonstige Gründe der Erteilung entgegenstehen (§ 3 Abs. 2).

Sie kann, wenn sie erteilt ist, wieder zurückgenommen werden, wenn sich nachträglich Umstände ergeben, die die Versagung der Erlaubnis rechtfertigen würden (§ 4 Abs. 1).

Ergeben sich bei einem Betriebe, der nicht genehmigungspflichtig ist, Bedenken wirtschaftlicher, persönlicher oder sonstiger Art, so kann auch der Handel selbst untersagt werden. Die Untersagung hat sich aber auf die Fälle des § 1 Abs. 2 Ziffer 1 und 3 zu beschränken, d. h. einmal auf Personen, die bereits vor dem 1. August 1914 den Großhandel mit Arzneimitteln betrieben haben (Ziffer 1), und sodann auf Kleinhandelsbetriebe (Ziffer 3). Dagegen ist bei Apotheken (Ziffer 2) und bei Tierärzten (Ziffer 4) eine solche Untersagung unstatthaft, soweit beide nicht etwa Großhandel betreiben (Ziffer 1).

Vor der Zurücknahme einer Erlaubnis (§ 4 Abs. 1) oder vor der Untersagung des Handels (§ 4 Abs. 2) ist dem Beteiligten Gelegenheit zur Geltendmachung etwaiger Einwendungen zu geben.

6. Der § 3 Abs. 2 der Verordnung läßt für die Entscheidung der Frage, welche Gründe für die Versagung und die Zurücknahme der Erlaubnis sowie für die Untersagung des Handels (§ 4 Abs. 2) in Frage kommen, den durch die Sachlage gebotenen Spielraum. Neben den Versagungsgründen, die in der Person des Unternehmers und der Beschaffenheit der Unternehmung liegen, z. B. Unzuverlässigkeit, Mangel an Sachkenntnis, Mangel an den für einen ordnungsmäßigen Handelsbetrieb erforderlichen Einrichtungen oder dem nötigen Betriebskapital, kann die Versagung der Zulassung oder die fernere Nichtzulassung eines Betriebes auch mit Bedenken wirtschaftlicher Art begründet werden. Solche können namentlich daraus hergeleitet werden, daß für den in Rede stehenden Handelsbetrieb kein Bedürfnis vorliegt.

Die Erlaubnis kann zeitlich, örtlich und sachlich begrenzt werden. Sie kann von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig gemacht werden. Dies wird sich besonders dann empfehlen, wenn eine dauernde Überwachung des zu gestattenden Handelsbetriebes erwünscht ist, etwa um einer ungesunden Preisentwicklung oder einer Irreführung des Publikums entgegenzuwirken. Bedingungen dieser Art können z. B. sein die Verpflichtung, Bücher zu führen, die über Herkunft und Verbleib der Ware, Einkaufs- und Verkaufspreise Auskunft geben, die Entlassung von Angestellten, die sich als unzuverlässig im Handel erwiesen haben, oder das Verbot des Gebrauches einer Firmenbezeichnung, die geeignet ist, über Art und Umfang des Geschäftsbetriebes im Publikum Irrtum

zu erregen. Werden die Bedingungen nicht erfüllt, so ist die erteilte Erlaubnis gemäß § 4 der Verordnung zurückzunehmen.

7. Dem Handeltreibenden ist über die Erteilung der Erlaubnis eine Bescheinigung auszuhändigen.

8. Die Entscheidung ist gebührenpflichtig. Die Gebühr beträgt für Handelsbetriebe die gemäß §§ 6, 8 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (GS. 205) zur Gewerbesteuerklasse I veranlagt sind, 50 M., für die der Gewerbesteuerklasse II 30 M., der Gewerbesteuerklasse III 10 M. Für Betriebe der Gewerbesteuerklasse IV und die gemäß §§ 5, 7 des Gesetzes von der Gewerbesteuer befreiten Betriebe ergeht die Entscheidung gebührenfrei.

Zu § 5.

Über die Beschwerde entscheidet endgültig der Regierungspräsident, in dessen Bezirk die zur Erteilung der Erlaubnis zuständige Stelle ihren Sitz hat, soweit der Landespolizeibezirk Berlin in Betracht kommt, der Oberpräsident in Potsdam.

Zu § 7.

Fehlt es an einer inländischen Hauptniederlassung, so bestimmt, wenn die Erlaubnis für ein die Grenzen eines Regierungsbezirkes nicht überschreitendes Gebiet nachgesucht wird, der Regierungspräsident die zuständige Stelle; im übrigen ist der Polizeipräsident in Berlin zuständig.

Zu § 8.

Über Streitigkeiten, die sich aus der Übernahme und Verwertung zwischen den Beteiligten ergeben, entscheidet endgültig der Regierungspräsident, in dessen Bezirk sich die zu übernehmenden und zu verwertenden Arzneimittelvorräte befinden, im Landespolizeibezirk Berlin der Oberpräsident zu Potsdam.

Zu § 10.

Zur Erteilung der im § 10 Abs. 1 Ziffer 1 vorgesehenen Genehmigung ist die Polizeibehörde des Ortes der gewerblichen Niederlassung oder, in Ermangelung einer solchen, des Wohnortes des Anzeigenden zuständig. In Orten, in denen eine Preisprüfungsstelle errichtet ist, ist diese zuständig.

E. Gewerbliches Eigentum.

I. Bek., betr. vorübergehende Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechts. Vom 10. Dezember 1914. (RGBl. 403.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 461.

(Erläuterungen dort und in Bd. 3, 258.)

§ 3.

Anwendung auf Ausländer.

Bek., betr. den Wegfall von Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent- und Warenzeichenrechts in den Vereinigten Staaten von Amerika. Vom 6. Mai 1917. (RGBl. 401.)

[RA.] Die Bekanntmachung vom 21. Oktober 1914, RGBl. 450 [zu vgl. Bd. 1, 464], wird, soweit danach in den Vereinigten Staaten von Amerika deutschen Reichsangehörigen Erleichterungen von gleicher Art gewährt werden, wie die in der Verordnung des Bundesrats, betreffend vorübergehende Erleichterungen auf dem Gebiete des Patent-, Gebrauchs-

muster- und Warenzeichenrechts, vom 10. September 1914 (RGBl. 403) vorgesehenen, hierdurch aufgehoben.

→ Laut Bek. v. 21. Mai 1917 (RGBl. 429) ist die Gegenseitigkeit mit Bulgarien verbürgt. ←

(Bek. II, III in Bd. 1, 464ff.; Bek. IV, V in Bd. 3, 259ff.)

VI. Bek., betr. die Verlängerung der im Art. 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen. Vom 7. Mai 1915. (RGBl. 272.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 466, 467.

→ Die VO. ist geändert durch die Bek. betr. die verlängerten Prioritätsfristen, vom 8. April 1916, RGBl. 259 (in Bd. 3, 261). ←

Zu der VO. vom 7. Mai 1915 sind weiter ergangen:

1. Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in den Vereinigten Staaten von Amerika. Vom 5. Mai 1917. (RGBl. 401.)

[RK.] Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats, betreffend die Verlängerung der im Art. 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, vom 7. Mai 1915 (RGBl. 272) wird hierdurch bekanntgemacht, daß in den Vereinigten Staaten von Amerika die Prioritätsfristen, soweit sie nicht vor dem 1. August 1914 abgelaufen sind oder nach dem 31. Dezember 1917 ablaufen, zugunsten der Angehörigen derjenigen Länder, die den amerikanischen Staatsangehörigen im wesentlichen gleiche Vorteile gewähren, mithin auch zugunsten der deutschen Reichsangehörigen, um neun Monate verlängert sind. Jedoch tritt die Verlängerung nur ein, wenn der Anmelder infolge des Kriegszustandes außerstande war, die Frist einzuhalten, und sie tritt nicht ein, wenn und solange zwischen dem Lande, dem der Anmelder angehört, und den Vereinigten Staaten von Amerika der Kriegszustand besteht.

2. Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in Dänemark. Vom 22. Mai 1917. (RGBl. 428.)

[RK.] Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats, betreffend die Verlängerung der im Art. 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, vom 7. Mai 1915 (RGBl. 272) und im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. Dezember 1916 (RGBl. 1430) wird hierdurch bekanntgemacht, daß in Dänemark die Prioritätsfristen zugunsten der deutschen Reichsangehörigen weiter bis zum 1. Januar 1918 verlängert sind.

3. Bek., betr. die Verlängerung der Prioritätsfristen in den Niederlanden. Vom 7. August 1917. (RGBl. 697.)

[RK.] Auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats, betreffend die Verlängerung der im Art. 4 der revidierten Pariser Übereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, vom 7. Mai 1915 (RGBl. 272) wird hierdurch bekanntgemacht, daß in den Niederlanden für Patente und Warenzeichen die Prioritätsfristen, soweit sie nicht vor dem 1. August 1914 abgelaufen sind, zugunsten der deutschen Reichsangehörigen insofern verlängert sind, als Anmeldungen, die innerhalb von drei Monaten nach dem Ablauf der Frist nachgeholt werden, als rechtzeitig bewirkt angesehen werden können.

VII. Bek. über den Ausschluß der Öffentlichkeit für Patente und Gebrauchsmuster. Vom 8. Februar 1917. (RGBl. 121.)

Wortlaut in Bd. 4, 778.

Begründung. (D. R. X 170.)

Durch die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. ergangene Bek. v. 8. Februar 1917 (RGBl. 121) ist einem Bedürfnis abgeholfen, das im Laufe des Krieges infolge eines zwischen den Grundsätzen des Patent- und Gebrauchsmusterwesens und den zwingenden Rücksichten auf die Landesverteidigung hervorgetretenen Zwiespalts dringend geworden war. Nach dem Patent- und dem Gebrauchsmustergesetz stehen Rechtsschutz und öffentliche Kundgabe der geschützten Neuerung im engsten Zusammenhang; das eine bedingt das andere (§§ 19, 23, 27 des PatG., § 3 des GebrmG.). Würde hiernach auch im Kriege unterschiedslos verfahren, so würden auch solche Gegenstände, die unmittelbar oder mittelbar für die Kriegführung verwendbar oder dem Wirtschaftskriege dienlich sind, der Öffentlichkeit preisgegeben und dadurch zu unserem Schaden auch zur Kenntnis des feindlichen Auslandes gebracht werden. Schon im Hinblick auf das Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 konnte dazu das Patentamt nicht die Hand bieten. Es hat vielmehr, wenn sich nach Anhörung eines militärischen Sachverständigen ergab, daß eine zum Patent angemeldete Erfindung, gegen deren Patentierung kein Bedenken vorlag, unter den erwähnten Gesichtspunkten der Öffentlichkeit vorenthalten werden mußte, die Bekanntmachung der Anmeldung ausgesetzt und das weitere Verfahren vorläufig eingestellt, bei Gebrauchsmustern sowohl die Eintragung als die Veröffentlichung einstweilen ausgesetzt. Die Folge davon war, daß viele offenbar schutzfähigen Neuerungen schutzlos blieben und von Dritten mißbräuchlich benutzt werden konnten, und daß, wenn es schließlich einmal zur Gewährung des Schutzes kam, die Dauer des Rechtes, das von dem Tage der Anmeldung an berechnet wird, sich unbillig verkürzte. Auch wurde die im öffentlichen Interesse unerwünschte Erscheinung beobachtet, daß manche Erfinder, um diesen Übeln zu entgehen, mit der Anmeldung möglicherweise wertvoller Neuerungen zurückhielten. Je länger der Krieg dauert, um so unhaltbarer wurde der geschilderte Zustand. Um ihm abzuhelfen und die gesetzlichen Vorschriften den Anforderungen des öffentlichen Wohles anzupassen, ist nunmehr bestimmt, daß in Fällen der bezeichneten Art das öffentliche Aufgebot der zum Patent angemeldeten Erfindung und das Einspruchsverfahren wegfällt und das Patent ohne jede Bekanntmachung erteilt werden kann. Ergibt also die von Amts wegen stattfindende Prüfung die Patentfähigkeit, so erhält der Anmelder den Bescheid, daß von der Bekanntmachung aus Gründen des öffentlichen Wohles abgesehen werden müsse, daß aber das Patent ohne weiteres erteilt werden könne, sobald die erste Jahresgebühr (§ 8 des Patentgesetzes) gezahlt sei. Macht der Anmelder von dieser Vergünstigung keinen Gebrauch, so wird die Anmeldung, wie es bisher im Kriege geschah, zunächst zurückgelegt und erst nach Fortfall der Notwendigkeit, sie geheim zu halten, dem weiteren Verfahren gemäß den allgemeinen gesetzlichen Regeln unterzogen. Andernfalls folgt auf die Zahlung der genannten Gebühr alsbald die Erteilung des Patents, und es wird so einerseits der der Erfindung zustehende Schutz ohne Zeitverlust begründet, zugleich aber auch die Möglichkeit einer sofort mit dem ordentlichen Rechtsbehelfe der Nichtigkeitsklage durchführbaren Anfechtung geschaffen. Wenn so an die Stelle des Einspruchs die Nichtigkeitsklage tritt, so bedeutet das zwar eine gewisse Erschwerung der Lage derjenigen, welche die Berechtigung des Patentschutzes angreifen wollen. Sie ist aber sachlich erträglich und verkürzt materiell nicht die Möglichkeit einer gründlichen Nachprüfung des Patents, weil der Nichtigkeitsantrag auf dieselben Gründe gestützt werden kann, die im Einspruchsverfahren zulässig sein würden, und weil ferner die für das endgültige Schicksal der Erfindung wichtigsten Instanzen, die Nichtigkeitsabteilung und das Reichsgericht, den

Interessenten erhalten bleiben. Ohnehin wird statistisch unter 100 Anmeldungen nur etwas mehr als 1 gezählt, auf die das Patent nach Einspruch versagt wird. Bei den Gebrauchsmustern wird nach der neuen Verordnung, wenn es der Anmelder wünscht, die den Schutz begründende Eintragung erwirkt, die Veröffentlichung aber unterlassen. Das Patentamt legt für die Patente und Gebrauchsmuster dieser neuen Art eine besondere Kriegsrolle an, die streng geheim gehalten wird und nur auf besondere Erlaubnis des Patentamts sowie mit Zustimmung der militärischen Behörden eingesehen werden darf; das Geheimnis ist durch besondere Strafvorschriften gesichert. Den Militärbehörden steht dagegen die Einsicht der Kriegsrolle sowie überhaupt aller Akten des Patentamts über Anmeldungen, welche das Interesse der Landesverteidigung oder der Kriegswirtschaft berühren, frei. — Fallen die Umstände fort, welche die Geheimhaltung erforderten, so steht nichts im Wege, die im öffentlichen Interesse gezogenen Schranken zu beseitigen und die Kenntnis von der Erfindung der Allgemeinheit freizugeben. Das Patentamt hat daher zu überwachen, ob die Geheimhaltung des Patents oder des Gebrauchsmusters nicht mehr erforderlich ist, und wenn es dies nach Anhörung der Heeres- und der Marineverwaltung bejaht, geht das Verfahren in gewöhnlicher Weise weiter, die vorgeschriebenen Veröffentlichungen werden nachgeholt, die Patentschrift wird gedruckt usw.

Litteratur.

Neuberg, Kriegssonderstrafrecht im gewerbl. Urheberrecht, DStrafrZtg. 17 130. — Seligsohn, Der Krieg und das Patenterteilungsverfahren, RuWirtsch. 17 94.

1. Lutter, DJZ. 17 383. Es ist in der VO. nicht ausdrücklich ausgesprochen, versteht sich aber von selbst, daß ein Kriegspatent oder ein Kriegsgebrauchsmuster nur demjenigen gegeben wird, der es haben will. Denn die VO. will dem Schutzsucher lediglich einen Vorteil zuwenden. Will er davon keinen Gebrauch machen, so wird er ihm nicht aufgedrängt, und die Rechtslage ist für ihn so, wie sie ohne die VO. wäre. Ein Kriegspatent wird daher nur erteilt, wenn der Patentsucher, nachdem ihm die Notwendigkeit der Geheimhaltung eröffnet worden ist, ein solches beantragt. Stellt er einen solchen Antrag nicht, so bleibt es dabei, daß die Bekanntmachung der Anmeldung bis zum Ende des Krieges oder bis zum sonstigen Fortfall der Geheimhaltungsfrist ausgesetzt wird, und später das in dem Patentgesetz vorgeschriebene ordentliche Verfahren wieder einsetzt. Entsprechendes gilt auch für Gebrauchsmuster.

2. Seligsohn a. a. O. 94. Die Herübernahme der VO. in die normale Friedenszeit empfiehlt sich nicht, da die Mitwirkung der Industrie bei der Vorprüfung des Patents zu wichtig ist, um entbehrt werden zu können. Der oft erhobene Einwand, daß nach der statistischen Erfahrung von 100 Anmeldungen nur bei 1 bis 2 das Patent nach Einspruch versagt wird, ist ein Scheinargument. Schon der Umstand, daß jemand weiß, er bekomme das Patent erst, nachdem seine Konkurrenz Gelegenheit zur Prüfung der Anmeldung gehabt hat, hindert ihn, Anmeldungen einzureichen, denen die Patentfähigkeit offenbar abgeht. Außerdem wirkt die Veröffentlichung der Anmeldungen und der erteilten Patente so fördernd auf die Industrie, daß sie in gewöhnlichen Zeiten unter keinen Umständen entbehrt werden kann.

VIII. Bek. über Vereinfachungen im Patentamt. Vom 9. März 1917. (RGBl. 221.)

[BR.] § 1. Die Geschäfte des Vorprüfers und der Anmeldeabteilung im Patentamt werden, soweit es sich um die Prüfung der Anmeldungen und die Erteilung der Patente handelt, einer Prüfungsstelle übertragen. Die Obliegenheiten der Prüfungsstelle werden von einem technischen Mitglied der Anmeldeabteilung wahrgenommen (Prüfer).

Entsprechendes gilt für die Prüfung und Eintragung der Warenzeichen.

Der Präsident des Patentamts regelt die Bildung, den Geschäftskreis und den Geschäftsgang der Prüfungsstellen.

§ 2. Die Beschwerdeabteilungen entscheiden in der Besetzung mit drei Mitgliedern. Unter diesen müssen sich bei der Entscheidung über Beschwerden gegen die Beschlüsse der Prüfungsstellen in Patentsachen zwei technische Mitglieder befinden.

§ 3. In dem Verfahren vor den Prüfungsstelle wird ein Vorbescheid nicht erlassen. Die Prüfungsstelle hat, solange nicht die Bekanntmachung der Anmeldung beschlossen ist, auf Antrag der Patentsucher anzuhören.

Die Vorschrift im § 26 Abs. 3 Satz 3 des Patentgesetzes vom 7. April 1891 (RGBl. 79) fällt fort.

§ 4. Diese Verordnung tritt am 20. März 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 11. März 1917 Nr. 69 1. Ausg.)

Durch den Waffendienst sind dem Patentamt so viele seiner Beamten entzogen und durch die Anforderungen des vaterländischen Hilfsdienstes werden die vorhandenen Lücken noch so vergrößert, daß sich das dringende Bedürfnis geltend gemacht hat, für die Dauer des Krieges die Zahl der Mitglieder, die in den einzelnen Fällen mitzuwirken haben, herabzusetzen und den Gang des Verfahrens zu vereinfachen.

Die hierzu erforderlichen gesetzlichen Vorschriften sind durch eine soeben erlassene Verordnung des Bundesrats über Vereinfachungen im Patentamt getroffen worden. Die Prüfung der Anmeldungen und die Erteilung der Patente sowie die Eintragung der Warenzeichen geht demzufolge auf Einzelprüfer über. Die bisherige Spaltung des erstinstanzlichen Verfahrens in die dem Vorprüfer obliegende Vorprüfung und die der Abteilung zugewiesenen Aufgaben fällt weg. Der Prüfer als solcher hat das gesamte Verfahren in der Hand, er entscheidet auch über Einsprüche und Widersprüche. Die Beschwerdeabteilung, die nach dem geltenden Recht in den meisten Fällen mit fünf Köpfen besetzt sein muß, soll künftig ausnahmslos nur aus drei Mitgliedern zusammengesetzt werden; davon müssen zwei, wenn über Beschwerden gegen Zurückweisung der Patentanmeldung oder gegen Erteilung oder Versagung des Patents entschieden wird, Techniker sein.

Zur Sicherung der Rechte des Anmelders ist zugleich folgendes vorgesehen. Die Anmeldung soll nicht als zurückgenommen gelten, wenn der beanstandete Bescheid des Prüfers nicht rechtzeitig beantwortet wird; an die Stelle des Vorbescheids im gesetzestechnischen Sinne tritt künftig die einfache Verfügung. In dem der Bekanntmachung vorangehenden Verfahren hat der Anmelder ein Recht auf persönliche Anhörung, dem Antrag auf mündliche Verhandlung muß von dem Prüfer stattgegeben werden. Auch ist die Befugnis der Beschwerdeabteilung, den Antrag auf mündliche Verhandlung abzulehnen, wenn der Antragsteller von der Anmeldeabteilung bereits geladen worden war, als nicht sachgemäß beseitigt.

Mit Hilfe dieser im Einvernehmen mit den beteiligten Kreisen getroffenen Maßregeln wird es ohne Gefährdung der Rechtssicherheit gelingen, der im Krieg entstandenen Schwierigkeiten Herr zu werden und im Interesse des wirtschaftlichen Lebens die Tätigkeit des Patentamts zu fördern. Zugleich ergibt sich der von den Beteiligten begrüßte Vorteil, daß, da die jetzige Regelung zum Teil sich deckt mit den organisatorischen Änderungen, die in den von dem Reichsamt des Innern im Jahre 1913 veröffentlichten Gesetzentwürfen vorgeschlagen sind, diese Vorschläge sich praktisch erproben können, bevor sie im Wege des Gesetzes dauernd festgelegt werden.

Literatur.

Damme, Änderungen im Patenterteilungsverfahren, DJZ. 17 386 (stimmt dem Inhalt der VO. zu). — Osterrieth, Die VO. v. 9. März 1917 über Vereinfachungen im Patentamt, JW. 17 397 (desgl.). — Seligsohn, Der Krieg und das Pateaterteilungsverfahren, RuWirtsch. 17 94 ff. (desgl.).

IX. Bek., betr. die Zahlung patentamtlicher Gebühren. Vom 8. März 1917. (RGBl. 222.)

[BR.] § 1. Das Patentamt kann Bestimmungen darüber erlassen, welche Zahlungsformen bei der Zahlung der an das Patentamt zu entrichtenden Gebühren der Barzahlung gleichgestellt werden.

§ 2. Über die Rechtzeitigkeit der Zahlung einer Gebühr, die nach § 8 Abs. 2, 3 des Patentgesetzes vom 7. April 1891 (RGBl. 79) oder nach § 8 Abs. 1 des Gesetzes, betreffend den Schutz von Gebrauchsmustern, vom 1. Juni 1891 (RGBl. 290) zu entrichten ist, entscheidet ausschließlich das Patentamt.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [10. 3.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

D. Finanzgesetze.

Übersicht.

Einleitung.

I. Gesetz., betr. die Reichskassenscheine und die Banknoten, v. 4. August 1914 (RGBl. 347) . . . .

II. Gesetz., betr. die Ausgabe von Reichskassenscheinen und Reichsbanknoten zu 10 Mark., v. 22. März 1915 (RGBl. 179) . . . .

III. Gesetz., betr. Änderung des Münzgesetzes, v. 4. August 1914 (RGBl. 326)

IV. Bek., betr. die Ausprägung von Fünfpfennigstücken aus Eisen, v. 26. August 1915 (RGBl. 541) . . . .

V. Bek., betr. die Ausprägung von Zehnpfennigstücken aus Eisen, v. 22. Dezember 1915 (RGBl. 844) . . . .

VI. Bek., betr. die Prägung von Zehn- und Fünfpfennigstücken aus Eisen, v. 11. Mai 1916 (RGBl. 379) . . . .

VII. Bek., betr. die Prägung von Einpfennigstücken aus Aluminium, v. 23. November 1916 (RGBl. 1301) . . . .

*VIII. Bek., betr. die Prägung von Fünfpfennigstücken aus Aluminium, v. 15. Februar 1917 (RGBl. 156) 273

*IX. Bek., betr. die Prägung von Zehnpfennigstücken aus Zink, v. 22. März 1917 (RGBl. 282 273

X. Bek., betr. Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Gold, v. 13. November 1916 (RGBl. 763) . . . .

XI. Bek., betr. Verbot der Ausfuhr von Goldwaren, v. 13. Juli 1916 (RGBl. 695) . . . .

*XII. Bek. über Goldpreise v. 8. Februar 1917 (RGBl. 117) 273

*XIII. Bek., betr. die Außerkurssetzung der Zweimarkstücke, v. 12. Juli 1917 (RGBl. 625) 274

*XIV. Bek. über die gewerbliche Verwertung von Reichsmünzen und den Verkehr mit Silber und Silberwaren v. 10. Mai 1917 (RGBl. 406) 274

Hierzu:

*a) Bek. des Reichskanzlers über Silberpreise v. 19. Juni 1917 (RGBl. 505) 275

*b) Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausnahme von diesem Verbot, v. 11. Mai 1917 (Reichsanz. 1917 Nr. 116) 276

XV. Bek. zum Schutze eiserner Gedenkstücke der Reichsbank v. 3. August 1916 (RGBl. 883) . . . .

XVI. Gesetz., betr. Änderung des Bankgesetzes, v. 4. August 1914 (RGBl. 327)

XVII. Gesetz., betr. die Ergänzung der Reichsschuldenordnung, v. 4. August 1914 (RGBl. 325) . . . .

XVIII. Darlehnskassengesetz v. 4. August 1914 (RGBl. 340) . . . .

Hierzu:

Bek. über den Gesamtbetrag der Darlehnskassenscheine v. 11. November 1914 (RGBl. 475) . . . .

Bek., betr. die Ausstellung von Darlehnskassenscheinen auf Beträge von 2 und 1 Mark, v. 31. August 1914 (RGBl. 393) . . . .

*XIX. Bek. über die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Teilschuldverschreibungen und Vorzugsaktien v. 8. März 1917 (RGBl. 220) . . 276

XX. Andere Maßnahmen zur Kreditbeschaffung.
1. Sachkredit . . . . .
a) Grundkredit . . . . .
b) Anderweiter Sachkredit . . . . .
2. Personalkredit . . . . .
XXI. Bek. über das Verbot des Handels mit in England abgestempelten Wertpapieren v. 19. November 1914 (RGBl. 477), ergänzt durch die Bek. v. 4. November 1915 (RGBl. 731) . . . . .
XXII. Bek. über Erlaß und Vergütung von Abgaben v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 687) . . . . .
*XXIII. Devisenordnungen.
a) Bek. über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln v. 20. Januar 1916 (RGBl. 49) . . . . .
Hierzu:
Bek. des Reichskanzlers, betr. den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln, v. 22. Januar 1916 (RGBl. 53) . . . . .
*b) Bek. über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande v. 8. Februar 1917 (RGBl. 105) 277
Hierzu:
Bek. derselben Bezeichnung von demselben Tage (RGBl. 109) . . .
*XXIV. Regelung der Einfuhr.
*1. Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände, v. 25. Februar 1916 (RGBl. 111) 285
Hierzu:
a) Ausführungsvorschrift des Reichskanzlers v. 22. Juli 1916 (Reichsanzeiger Nr. 171) . . . . .
b) Bek. des Reichskanzlers wegen Einfuhr von Tabak, v. 25. Februar 1916 (RGBl. 92) . . . . .
*2. Bek. über die Regelung der Einfuhr v. 16. Januar 1917 (RGBl. 41) 286
Hierzu:
a) Bek. des Reichskanzlers zur Ausführung der genannten VO. v. 16. Januar 1917 (RGBl. 42) . . . . .
*b) Preuß. Verfügung, betr. die Regelung der Einfuhr, v. 16. Januar 1917 (FMBl. 52) 286
*XXV. Bek., betr. Verbot der Ein- und Durchfuhr von Rubeln, v. 17. März 1917 (RGBl. 235) 289
XXVI. Bek., betr. den Nachnahme- und Frachtverkehr mit dem Ausland, v. 16. März 1916 (RGBl. 171) . . . . .
Hierzu:
Bek. des Reichskanzlers betr. Ausnahmen von dieser Verordnung, v. 23. März und 17. April 1916 (RGBl. 195, 288) . . . . .
XXVII. Bek. über die Anmeldung von Wertpapieren v. 23. August 1916 (RGBl. 952) . . . . .
Hierzu:
a) Bek. des Reichskanzlers über denselben Gegenstand v. 23. August und 28. Oktober 1916 (RGBl. 953, 1209) . . . . .
b) Bek. über die Stempelpflicht ausländischer Wertpapiere v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1387) . . . . .
*XXVIII. Bek. über ausländische Wertpapiere v. 22. März 1917 (RGBl. 260). 290
Hierzu:
*Bek. des Reichskanzlers, betr. die Überlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich, v. 22. Mai 1917 (RGBl. 429) 291
*XXIX. Bek. über die Bestätigung von Schecks durch die Reichsbank, v. 31. August 1916 (RGBl. 985) 292

XXX. Weitere Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs im Verwaltungswege . . . . . .
*XXXI. Bek. zur Erleichterung der Einzahlung auf Aktien usw. v. 24. Mai 1917 (RGBl. 431) 294
*XXXII. Bek. über die Zahlung des Bargebots bei Zwangsversteigerungen v. 24. Mai 1917 (RGBl. 432) 295
Hierzu:
*Preuß. Allg. Verfügung v. 12. Juni 1917 über die Zahlung des Bargebots bei Zwangsversteigerungen sowie über Änderungen der Kassenordnung (JMBl. 191) 295
*XXXIII. Kriegssteuergesetze.
*1. Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne v. 24. Dezember 1915 (RGBl. 837) 298
Hierzu:
a) Ausführungsbestimmungen des Bundesrats v. 27. Januar 1916 (ZBl. 27) . . . . . .
b) Preußische Ausführungsvorschriften v. 11. Februar 1916 . . . . .
2. Gesetz über die Kriegsabgaben der Reichsbank, v. 24. Dezember 1915 (RGBl. 840) . . . . . .
*3. Gesetz über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank für 1916 v. 27. März 1917 (RGBl. 285) 302
*4. Kriegssteuergesetz v. 21. Juni 1916 (RGBl. 561) 303
Hierzu:
a) Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 30. Nov. 1916
b) Preußische Ausführungsvorschriften v. 1. Dezember 1916 . . .
5. Gesetz über die Festsetzung von Kursen der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere v. 9. November 1916 (RGBl. 1269) . .
*6. Gesetz über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer v. 9. April 1917 (RGBl. 349) 333
*7. Gesetz über die Sicherung der Kriegssteuer v. 9. April 1917 (RGBl. 351) 345
*8. Gesetz über einen Warenumsatzstempel v. 26. Juni 1916 (RGBl. 639) 348
Hierzu:
a) Bek. über Befreiungen vom Warenumsatzstempel v. 14. November 1916 (RGBl. 1274) . . . . . .
b) Bek. des Reichskanzlers v. 8. September 1916 (ZBl. 247). .
nebst
α. Bestimmungen über den Ersatz des Steuerwerts der . . . Scheckvordrucke und Scheckstempelmarken . . . . . .
β. Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz . . . . . .
c) Grundsätze zur Auslegung des Warenumsatzstempelgesetzes v. 19. Oktober 1916 (Reichsanz. Nr. 251) . . . . . .
*d) Preußische Ausführungsverordnung v. 9. Oktober 1916 (GS. 133) 353
e) Allgemeine Verfügung des Finanzministers, betr. Änderung der Preußischen Ausführungsvorschriften zum Reichsstempelgesetz v. 1. November 1916 (ZollZBl. 16 Beil. zu Nr. 45, S. 31) .
*9. Gesetz, betr. die Abwälzung des Warenumsatzstempels v. 30. Mai 1917 (RGBl. 441) 354
10. Frachturkundenstempelgesetz v. 17. Juni 1916 (RGBl. 555) . . .
Hierzu:
a) Grundsätze zur Auslegung des Reichsstempelgesetzes v. 13. Juli 1916 (Auszug) . . . . . .

b) Änderungen der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz v. 13. Juli 1916 (ZBl. 177) . . . . . .
11. Gesetz über Erhöhung der Tabakabgaben v. 12. Juni 1916 (RGBl. 507) . . . . . .
Hierzu:
Ausführungsbestimmungen des Bundesrats v. 30. Juni 1916 (ZBl. 166)
*12. Gesetz, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, v. 21. Juni 1916 (RGBl. 577) 358
Hierzu:
*a) Ges., betr. Abänderung dieses Gesetzes, v. 18. Juni 1917 (RGBl. 551) 359
b) Bek., betr. Änderung der Postordnung v. 20. März 1900, v. 12. Juli 1916 (RGBl. 740) . . . . . .
c) Bek., betr. Änderung der Telegraphenordnung v. 16. Juni 1904, v. 12. Juli 1916 (RGBl. 741) . . . . . .
*13. Gesetz über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs v. 8. April 1917 (RGBl. 329) 359
Hierzu:
*a) Kaiserl. Verordnung, betr. die Inkraftsetzung der die Besteuerung des Güterverkehrs betreffenden Vorschriften des Gesetzes v. 8. April 1917 u. 4. Juli 1917 (RGBl. 589) 382
*b) Ausführungsbestimmungen des Bundesrats v. 5. Juli 1917 (ZBl. 146) 382
*14. Kohlensteuergesetz v. 8. April 1917 (RGBl. 340) 387
Hierzu:
*a) Kohlensteuer-Ausführungsbestimmungen des Bundesrats v. 12. Juli 1917 (ZBl. 166) 399
*b) Preußische Ausführungsverfügung v. 19. Juli 1917 (ZollZBl. 69ff.) 413
*15. Preußisches Gesetz, betr. die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes, v. 30. Dezember 1916 (GS. 17, S. 1) 420
XXXIV. Bek. über die steuerliche Behandlung von Biersendungen an die Truppen v. 13. April 1916 (RGBl. 275) . . . . . .
XXXV. Abgabefreiheit von Liebesgaben . . . . . .
XXXVI. Stempelfreiheit staatlicher und kommunaler Kriegswechsel . . . . .
XXXVII. Kriegskontrollgesetz, v. 5. Juli 1916 (RGBl. 691) . . . . . .
XXXVIII. Erleichterung der Zeichnung von Kriegsanleihe 428
1. Kgl. Verordnung, betr. den Erwerb von Reichskriegsanleihe für Stiftungen, standesherrliche Hausgüter, Familienfideikommisse, Lehen und Stammgüter, v. 14. September 1916 (GS. 121.) . . . . .
2. Kgl. Verordnung über die Beleihung landschaftlicher (ritterschaftlicher) Fonds bei der Darlehnskasse des Reichs v. 18. September 1916 (GS. 125) . . . . . .
3. Erlaß des preußischen Staatsministeriums v. 29. Januar 1917 und Verfügung des Justizministers von demselben Tage über den Erlaß der Landesstempelabgabe und der Gerichtskosten für die Beurkundung und Rechtstellung von Darlehen, welche zwecks Anschaffung von Reichskriegsanleihe aufgenommen werden (JMBl. 54) . . .
*4. Bek. über Befreiung von Pfandbriefen der ritterschaftlichen Kreditanstalten in Preußen von der Reichsstempelabgabe v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1386) 428
*5. Bek. über die Befreiung von Pfandbriefen (Zwischenscheinen) und Kommunal-Schuldverschreibungen (Zwischenscheinen) inländischer

öffentlichrechtlicher Kreditanstalten von der Reichsstempelabgabe v. 29. März 1917 (RGBl. 292) 428
*XXXIX. Bek., betr. Veräußerung von Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen deutscher Seeschiffahrtsgesellschaften ins Ausland v. 23. Dezember 1916 (RGBl. 1429) 428

(Gesetze I bis III in Bd. 1, 468ff.; IV in Bd. 2, 200; V bis VII in Bd. 3, 265ff.)

VIII. Bek., betr. die Prägung von Fünfpfennigstücken aus Aluminium. Vom 15. Februar 1917. (RGBl. 156.)

[BR.] § 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (RGBl. 507) für die Prägung von Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze zum Ersatze für einzuziehende Fünfpfennigstücke aus Nickel Fünfpfennigstücke aus Aluminium bis zur Höhe von 20 Millionen Mark herstellen zu lassen. Im übrigen finden auf diese Münzen die für die Fünfpfennigstücke aus Nickel geltenden Vorschriften mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung:

a) aus einem Kilogramm Aluminium werden 1000 Fünfpfennigstücke ausgebracht;
b) sie tragen auf der Schriftseite über der Zahl „5" die Umschrift „Deutsches Reich" und unter dieser Zahl das Wort „Pfennig" in wagerechter Stellung, darunter die Jahreszahl;
c) das Münzzeichen fällt weg;
d) die Verteilung der Prägungen auf die einzelnen Münzstätten kann unter Heranziehung von Privatprägeanstalten in Abweichung von dem im Bundesratsbeschlusse vom 21. Dezember 1888 — § 674 der Protokolle — bestimmten Verteilungsmaßstab erfolgen.

§ 2. Die Fünfpfennigstücke aus Aluminium sind nach Friedensschluß außer Kurs zu setzen.

Die hierzu erforderlichen näheren Bestimmungen erläßt der Bundesrat.

IX. Bek., betr. die Prägung von Zehnpfennigstücken aus Zink. Vom 22. März 1917. (RGBl. 282.)

[BR.] § 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, außerhalb der im § 8 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (RGBl. 507) für die Prägung von Nickel- und Kupfermünzen bestimmten Grenze zum Ersatze für einzuziehende Zehnpfennigstücke aus Nickel Zehnpfennigstücke aus Zink bis zur Höhe von 10 Millionen Mark herstellen zu lassen. Im übrigen finden auf diese Münzen die für die Zehnpfennigstücke aus Nickel geltenden Vorschriften mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung:

a) aus einem Kilogramm Zink werden 310 Zehnpfennigstücke ausgebracht;
b) sie tragen auf der Schriftseite über der Zahl „10" die Umschrift „Deutsches Reich" und unter dieser Zahl das Wort „Pfennig" in wagerechter Stellung, darunter die Jahreszahl;
c) das Münzzeichen fällt weg;
d) die Verteilung der Prägungen auf die einzelnen Münzstätten kann unter Heranziehung von Privatprägeanstalten in Abweichung von dem im Bundesratsbeschlusse vom 21. Dezember 1888 — § 674 der Protokolle — bestimmten Verteilungsmaßstab erfolgen.

§ 2. Die Zehnpfennigstücke aus Zink sind nach Friedensschluß außer Kurs zu setzen.

Die hierzu erforderlichen näheren Bestimmungen erläßt der Bundesrat.

(Bek. X, XI in Bd. 3, 268ff.)

XII. Bek. über Goldpreise. Vom 8. Februar 1917. (RGBl. 117.)

Wortlaut in Bd. 4, 781.

Begründung. (D. R. X 132.)

Als Mittel zur Bekämpfung der Übelstände erschien die Einführung eines Goldhöchstpreises geboten. Sie erfolgte durch die Bek. v. 8. Februar 1917 (RGBl. 117).

Die Verordnung setzt zunächst einen absoluten Höchstpreis von 2790 M. für das Kilogramm fein (§ 1 der Verordnung) für alle die Gruppen fest, die im Produktionsgang als Rohwaren zu kennzeichnen sind, nämlich:

a) Rohgold, d. h. Erze, Barren, Zaine und Stangen,

b) Abfallgold, d. h. alles Gold in Rückständen, Gekrätzen, Schliffen, Feilung, sowie Blattgold, Kehrgold, Fußgekrätz, Handwasserrückstand und

c) Bruchgold, d. h. zerbrochene, zerschnittene oder sonst unbrauchbar gewordene Goldsachen, Teile und Stücke von Goldsachen.

Für die Zwischenfabrikate, wie Bleche, Drähte, Röhren und dergleichen, die ihrer Natur nach zu gewerblicher Weiterverarbeitung bestimmt sind, erscheint an sich ein Höchstpreis entbehrlich, da die Betriebe, die solche Waren herstellen, der Kontrolle der Reichsbank unterstehen. Es ist aber denkbar, daß von anderer Seite manche dieser Gegenstände, namentlich Bleche, leicht und ohne große Kosten aus Roh-, Abfall- und Bruchgold oder aus den weiter unten behandelten Goldsachen hergestellt und damit die Höchstpreisvorschriften für die genannten Gruppen umgangen werden könnten. Wenn auch nicht wahrscheinlich ist, daß dieses Verfahren in größerem Umfang geübt wird, so ist doch die Möglichkeit, daß es zur Anwendung gelangt, nicht ganz von der Hand zu weisen. Es erscheint daher angebracht, den Reichskanzler zu ermächtigen falls es notwendig werden sollte, Höchstpreise auch für die Gruppe der Halbfabrikate festzusetzen oder in anderer Weise Bestimmung über die Preise zu treffen (§ 2 der Verordnung).

Bei fertigen, namentlich getragenen Goldsachen, besteht ein Interesse an Höchstpreisen insoweit, als es sich um den Ankauf zur Einschmelzung oder Umarbeitung handelt. Um aber nicht auch den reinen Handel mit Goldwaren zu stören, sieht die Verordnung (§ 4) für diese Gruppe von der Festsetzung von Höchstpreisen ab und sucht das zu erstrebende Ziel dadurch zu erreichen, daß sie die Einschmelzung und Umarbeitung derartiger Gegenstände, sofern sie zu einem höheren Preise als dem Normalpreis von 2790 M. für das Kilogramm fein gekauft sind, untersagt. Es entspricht dem durchaus berechtigten Interesse des Verkehrs, daß kleinere Ausbesserungen nicht als Umarbeitungen zu gelten haben.

XIII. Bek., betr. die Außerkurssetzung der Zweimarkstücke. Vom 12. Juli 1917. (RGBl. 625.)

[BR.] § 1. Die Zweimarkstücke sind einzuziehen. Sie gelten vom 1. Januar 1918 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt ab ist außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

§ 2. Bis zum 1. Juli 1918 werden Zweimarkstücke bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine oder Darlehnskassenscheine umgetauscht.

§ 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchlöcherte und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

§ 4. Der Reichskanzler wird ermächtigt, Ausnahmen zu gestatten.

§ 5. Auf die in Form von Denkmünzen geprägten Zweimarkstücke finden die Vorschriften dieser Verordnung keine Anwendung.

XIV. Bek. über die gewerbliche Verarbeitung von Reichsmünzen und den Verkehr mit Silber und Silberwaren. Vom 10. Mai 1917. (RGBl. 406.)

[BR.] § 1. Wer ohne Genehmigung des Reichskanzlers Reichsmünzen behufs gewerblicher Verwertung einschmilzt oder sonst verarbeitet, wird mit Gefängnis bis zu

einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer ohne Genehmigung des Reichskanzlers Gegenstände, die in erkennbarer Weise unter Verwendung von Reichsmünzen hergestellt sind, feilhält verkauft oder sonst in den Verkehr bringt.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 2. Der Reichskanzler wird ermächtigt, Höchstpreise für Silber oder Silberwaren festzusetzen. Er kann den Verkehr mit Silber- oder Silberwaren regeln, Bestandsaufnahmen anordnen und Bestimmungen über Beschlagnahmen und Enteignungen treffen.

Er kann anordnen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft werden und daß neben der Strafe auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden kann, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 3. Die Verordnung tritt am 14. Mai 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann sie außer Kraft tritt.

Hierzu:

a) Bek. des Reichskanzlers über Silberpreise. Vom 19. Juni 1917. (RGBl. 505.)

[RK. § 2 SilberVO. 10. 5. 17]. **Art. 1.** Der Preis für das Kilogramm feinen Silbers in unverarbeitetem Zustand darf 175 Mark nicht überschreiten.

Der Preis gilt für Barzahlung bei Empfang und schließt die Versendungskosten vom Lagerplatze nicht ein. Wird der Kaufpreis gestundet, so dürfen bis zu zwei vom Hundert Jahreszinsen über Reichsbankdiskont hinzugeschlagen werden.

Art. 2. Der im Art. 1 festgesetzte Preis ist ein Höchstpreis im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914, in der Fassung vom 17. Dezember 1914, in Verbindung mit den Verordnungen vom 21. Januar 1915 und vom 23. März 1916 und 22. März 1917 (RGBl. 1914 S. 339, 516; 1915 S. 25; 1916 S. 183; 1917 S. 253).

Art. 3. Roh- und Zwischenprodukte, insbesondere Erze, Hüttenprodukte, Gekrätz, Güldisch-Silber, Scheidegut dürfen zu keinem höheren Preise verkauft werden, als sich aus dem im Art. 1 festgesetzten Höchstpreis und einem dem Minderwert entsprechenden Abschlag ergibt.

Waren, die ganz oder teilweise aus Silber hergestellt sind, soweit sie ihrer Art nach zur gewerblichen Weiterverarbeitung dienen (Halbfabrikate), dürfen zu keinem höheren Preise verkauft werden, als sich aus dem im Art. 1 festgesetzten Höchstpreis für das Material zuzüglich einer Entschädigung für Verarbeitung, Formgebung, Verbindung und Betriebsspesen ergibt. Die Entschädigung darf unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse, insbesondere der Herstellungskosten, Verwertbarkeit und Marktlage keinen übermäßigen Gewinn enthalten.

Art. 4. Die Preisstelle für metallische Produkte in Berlin kann auf Anrufen eines Beteiligten oder einer Behörde den nach Art. 3 angemessenen Preis bestimmen; ihre Entscheidung ist endgültig; sie erfolgt gebühren- und stempelfrei.

Die Preisstelle ist befugt, Beträge, welche über den festgesetzten Preis hinaus vereinbart sind, zugunsten des Reichs einzuziehen.

Art. 5. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft, wer gebrauchte oder ungebrauchte fertige Gegenstände mit Einschluß von Münzen und Medaillen, die ganz oder teilweise aus Silber hergestellt sind, nach Inkrafttreten dieser Bekanntmachung zu einem höheren Preise als

175 Mark für das Kilogramm feinen Silbers erwirbt und einschmilzt oder umarbeitet oder einschmelzen oder umarbeiten läßt. Der Versuch ist strafbar. Kleine Ausbesserungen gelten nicht als Umarbeitungen.

Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf welche sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Die Vorschriften des § 1 der Verordnung über die gewerbliche Verarbeitung von Reichsmünzen usw. vom 10. Mai 1917 (RGBl. 406) bleiben unberührt.

Art. 6. Gegenstände, die lediglich versilbert sind, fallen nicht unter die Vorschriften dieser Bekanntmachung.

Art. 7. Von den Vorschriften dieser Bekanntmachung können Ausnahmen zugelassen werden.

Art. 8. Die Bekanntmachung tritt mit dem 1. Juli 1917, die Vorschriften des Art. 5 treten jedoch erst mit dem 1. August 1917 in Kraft.

b) Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausnahme von dem Verbote der gewerblichen Verarbeitung von Reichsmünzen. Vom 11. Mai 1917. (Reichsanzeiger 1917 Nr. 116.)

[RK. § 1 ReichsmünzenVerarbVO. 10. 5. 17]. Es ist gestattet, unter Verwendung von Reichsmünzen hergestellte Gegenstände auch weiterhin feilzuhalten, zu verkaufen und in den Verkehr zu bringen, sofern die Reichsmünzen, welche bei der Herstellung dieser Gegenstände Verwendung gefunden haben, Denkmünzen im Sinne des § 5 Abs. 2 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (RGBl. 507) sind.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 12. Mai 1917 Nr. 130 1. Ausg.)

Gegen den Mißbrauch von Reichsmünzen, der bei dem Mangel an Scheidemünzen im Verkehr aufs schärfste zu verurteilen ist, wendet sich eine soeben erlassene Bundesratsverordnung. Wer ohne Genehmigung des Reichskanzlers Reichsmünzen behufs gewerblicher Verwertung einschmilzt oder sonst verarbeitet oder Gegenstände, die in erkennbarer Weise unter Verwendung von Reichsmünzen hergestellt sind, feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit einer Geldstrafe bis zu 15 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Daneben kann auf Einziehung dieser Gegenstände erkannt werden. Das Verbot hat, abgesehen von dem bei Gold- und Silbermünzen in Frage kommenden Einschmelzen, insbesondere auch die neuerdings beobachtete Verarbeitung eiserner Scheidemünzen zu Schmuckgegenständen im Auge. Hervorzuheben ist, daß sich das Verbot nur auf Reichsmünzen, d. h. auf kursfähiges Geld bezieht, nicht aber auf außer Kurs gesetzte Münzen wie Dukatentaler usw.

Die Frage der Festsetzung von Höchstpreisen für Silber ist in der neuen Bundesratsverordnung nur vorläufig geregelt worden, indem der Reichskanzler die Ermächtigung erteilt worden ist, Höchstpreise für Silber oder Silberwaren festzusetzen und die etwa damit notwendig werdenden ergänzenden Maßnahmen zu treffen.

(Bek. XV in Bd. 3, 269; Ges. XVI bis XVIII in Bd. 1, 477ff.)

XIX. Bek. über die staatliche Genehmigung zur Ausgabe von Teilschuldverschreibungen und Vorzugsaktien. Vom 8. März 1917.

(RGBl. 220.)

[BR.] § 1. Im Inland ausgestellte, auf Geld lautende Teilschuldverschreibungen mit bestimmtem Nennwert, die nach dem Verhältnis dieser Nennwerte zum Gesamtbetrage der aufgenommenen Schuld den Gläubigern im wesentlichen gleiche Rechte gewähren,

dürfen bis auf weiteres nur mit staatlicher Genehmigung ausgegeben werden. Für die Schuldverschreibungen auf den Inhaber bewendet es bei den geltenden Vorschriften.

Inländische Gesellschaften dürfen bis auf weiteres solche Aktien, welche vorzugsweise vor den übrigen Aktien das Recht auf eine im voraus bestimmte, nach oben fest begrenzte Dividende gewähren, nur mit staatlicher Genehmigung ausgeben.

§ 2. Die Genehmigung wird durch die Zentralbehörde des Bundesstaats erteilt, in dessen Gebiete der Aussteller der Schuldverschreibungen seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung oder die Gesellschaft ihren Sitz hat.

Die Gültigkeit der Schuldverschreibungen oder der Aktien wird durch den Mangel der Genehmigung nicht berührt.

§ 3. Wer den Vorschriften des § 1 zuwider Schuldverschreibungen oder Aktien ohne staatliche Genehmigung ausgibt oder den bei der Erteilung gemachten Auflagen zuwiderhandelt, wird mit einer Geldstrafe bestraft, die dem fünften Teile des Nennwerts der Schuldverschreibungen oder Aktien gleichkommen kann, die ohne staatliche Genehmigung ausgegeben sind oder in bezug auf die den Auflagen zuwidergehandelt worden ist; die Strafe beträgt mindestens eintausend Mark.

§ 4. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [10.3.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

(Abschnitt XX u. Bek. XXI in Bd. 1, 518ff.; Bek. XXII in Bd. 2, 232.)

XXIII. Devisenordnungen.

Bek. a in Bd. 2, 233ff.

b) Bek. über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland. Vom 8. Februar 1917. (RGBl. 105.)

Wortlaut in Bd. 4, 783.

Begründung. (D. R. X 145.)

Die Regelung des Devisenhandels auf Grund der Bek. v. 20. Januar 1916 (RGBl. 49) hatte sich im allgemeinen durchaus bewährt. Immerhin erwies es sich auf Grund der gewonnenen Erfahrungen, namentlich auf Grund der Vorgänge der letzten Monate als notwendig, hinsichtlich einzelner Punkte die vorhandene Organisation noch auszubauen und namentlich durch die Kontrolle der Markzahlungen nach dem Auslande den Devisenverkehr straffer als bisher zusammenzufassen.

Um die Erzielung von Kursgewinnen zu unterbinden, die sich durch Ausnutzung der Unterschiede zwischen den amtlichen Umrechnungskursen der Post und den auswärtigen Wechselkursen ergaben, sah sich das Reichs-Postamt veranlaßt, in mehreren allgemeinen Verfügungen den Postverkehr mit dem Auslande erheblichen Beschränkungen zu unterwerfen.

Durch eine Bek. des Oberbefehlshabers in den Marken, der sich verschiedene Generalkommandos anschlossen, wurde unter dem 12. Januar 1917 (vgl Reichsanzeiger Nr. 10) die Versendung und Überbringung von auf Reichsmark lautenden Geldsorten usw., Anweisungen, Schecks und Wechseln nach dem Auslande, sowie die Begründung von Markguthaben oder die Verfügung über solche seitens eines Inländers zugunsten eines Ausländers der Genehmigung des Reichsbankdirektoriums unterworfen. Unter dem gleichen Tage hat das Reichsbankdirektorium in Ausübung der ihm durch diese Verordnung erteilten Befugnisse genehmigt, daß die zum Devisenhandel zugelassenen Personen und Firmen zugunsten einer im Auslande ansässigen Person

a) Markguthaben bei einem Inländer begründen,

b) über Markguthaben, gleichviel ob sie im Inlande oder im Auslande bestehen, verfügen.

Eine abschließende Regelung wurde durch die auf Grund des § 3 des sog. ErmG. ergangene Bek. über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande vom 8. Februar 1917 (RGBl. 105) und die auf Grund dieser VO. erlassene weitere Bek. über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande vom 8. Februar 1917 (RGBl. 109) mit Wirkung vom 9. Februar 1917 herbeigeführt.

Es erschien geboten, auch die nicht im Betriebe eines Handelsgewerbes abgeschlossenen Devisengeschäfte zu erfassen, neben den Zahlungsmitteln die Forderungen und Kredite in ausländischer Währung in die Regelung einzubeziehen und die Verfügung über Zahlungsmittel, Forderungen und Kredite in ausländischer Währung ohne Einwilligung der Reichsbank nur zugunsten einer der zum Devisenhandel zugelassenen Banken zu gestatten. Durch diese letzte Beschränkung wird die bisher nicht überwachte Benutzung vorhandener Zahlungsmittel usw. zur Tilgung eigener Verbindlichkeiten in derselben Währung einer Kontrolle unterworfen. Als Verfügung soll auch die Einziehung von auf fremde Währung lautenden Auslandsforderungen gelten, um die Remittierung des Gegenwertes gleichfalls der Beaufsichtigung zu unterstellen.

Abgesehen von dieser schärferen Zusammenfassung und Überwachung des Devisenhandels ergab sich insbesondere die Notwendigkeit, den Zahlungsverkehr mit dem Ausland auch insoweit zu regeln, als er durch Markzahlungen abgewickelt wurde. Die Knappheit der dem deutschen Markt zufließenden Devisen hatte nämlich dazu geführt, daß vielfach und in erheblichem Umfange inländische Zahlungsmittel an Stelle von ausländischen zu Zahlungen nach dem Auslande verwendet wurden. Die Möglichkeit, Käufe im Auslande gegen deutsche Reichsmark abzuschließen, ist namentlich dazu ausgenutzt worden, um einerseits solche Waren in das Inland einzuführen, deren Einfuhr unerwünscht war, und zu deren Bezahlung daher Devisen von der Reichsbank und den übrigen Devisenbanken (Devisenstellen) nicht abgegeben wurden, andererseits um Waren, die erst nach Friedensschluß eingeführt werden sollen, im Wege des sogenannten Vorkaufs zu erwerben. Auch war es bisher ohne weiteres gestattet, sich durch Markzahlungen Kredite und Guthaben im Ausland sowohl in Reichswährung wie in ausländischer Währung zu verschaffen. Unter der Einwirkung dieser und ähnlicher Gründe war allmählich ein starkes Angebot von Reichsmark im Auslande entstanden, das die Markkurse an den ausländischen Plätzen drückte, eine durchgreifende Besserung hinderte und vielfach zu spekulativer Ausnutzung der Kurse anreizte. Als erheblich fiel außerdem ins Gewicht, daß die bisher schrankenlos gestattete Überführung von Markzahlungsmitteln nach dem Auslande zu der aus bankpolitischen Gründen unerwünschten starken Steigerung des Notenumlaufs der Reichsbank wesentlich beigetragen hatte.

Da das große und vollwirksame Mittel zur Beseitigung der beregten Übelstände, der Ausgleich der Zahlungsbilanz durch Steigerung der Ausfuhr, zurzeit nicht zur Verfügung steht, mußte versucht werden, durch staatliche Regelung und Überwachung des Markzahlungsverkehrs mit dem Auslande nach Möglichkeit auf die Einschränkung der Einfuhr hinzuwirken.

Durch die oben bezeichnete VO. v. 8. Februar 1917 (RGBl. 105) wird die Überwachung der Markzahlungen abweichend von der Ordnung des sonstigen Devisenhandels lediglich der Reichsbank, als der berufenen Hüterin unserer Währung, übertragen. Da zur wirksamen Durchführung der Kontrolle ein Zwang zur Anmeldung der ausländischen Zahlungen nicht ausreichen würde, hiervon vielmehr nur eine psychologische Einwirkung zu erwarten wäre, die überall da versagen müßte, wo das Erwerbsinteresse den Ausschlag gibt, ist der Reichsbank die Befugnis gegeben worden, unerwünschte Markzahlungen zu vereiteln. Dies wird, soweit die Überführung inländischer Zahlungsmittel nach dem Auslande in Frage kommt, unmittelbar dadurch erreicht, daß jede solche Überführung an die Einwilligung der Reichsbank gebunden ist (§ 3 Abs. 1). Die nicht genehmigte Versendung oder Überbringung derartiger Zahlungsmittel wird

von den Post- und Grenzüberwachungsstellen tatsächlich verhindert werden können und ist überdies unter Strafe gestellt.

Der an sich naheliegende Gedanke, die übrigen in Betracht kommenden Zahlungswege und -möglichkeiten in gleicher Weise zu behandeln, war abzulehnen. Angesichts der vielgestaltigen Art und der unübersehbaren Zahl dieser Zahlungsmethoden würde es praktisch sehr schwierig, wenn nicht unmöglich gewesen sein, alle diejenigen Geschäfte lückenlos zu erfassen, durch die eine Zahlung nach dem Auslande vermittelt wird. Abgesehen hiervon aber mußte im Interesse der Aufrechterhaltung des Kredits der deutschen Beteiligten und der ganzen deutschen Volkswirtschaft auch der Schein vermieden werden, als ob der Ausländer, der zu Recht eine Forderung gegen einen Inländer erworben hat, durch staatlichen Eingriff gehindert werden könnte, zu seinem Gelde zu gelangen. Wenn man auch von der einschneidenden Vorschrift, daß die Überführung inländischer Zahlungsmittel nach dem Auslande nur mit Erlaubnis einer amtlichen Stelle zulässig sein soll, nicht abzusehen brauchte, nachdem Rußland und Österreich-Ungarn mit ähnlichen Maßnahmen vorangegangen waren, so erschien diese Bestimmung doch nur dann erträglich, wenn die sonstigen Zahlungswege, insbesondere also die Begründung von Markguthaben zugunsten eines Ausländers, die Übertragung bereits bestehender Markguthaben an Ausländer und die Einziehung von Forderungen durch Wechselbegebung in keiner Weise beschränkt wurden. Die Frage ließ sich daher ohne Gefährdung der deutschen Interessen nur lösen, wenn (abgesehen von dem schon erörterten Falle der Überführung inländischer Zahlungsmittel nach dem Auslande) nicht die Erfüllung, sondern die Eingehung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Auslande von der Einwilligung der Reichsbank abhängig gemacht wurde. Die Verordnung beschränkt sich dabei auf die für die Valutaregulierung wichtigsten Gebiete, nämlich auf die Eingehung von Verbindlichkeiten zum Zwecke des Erwerbs von Waren oder Wertpapieren, von Kostbarkeiten, Kunst- und Luxusgegenständen jeder Art, von Grundstücken und Schiffen (§ 3 Abs. 2), sowie auf die Einräumung von Markkrediten an im Ausland ansässige Personen und Firmen (§ 3 Abs. 3).

Soweit die Regelung sich auf den Erwerb von Waren bezieht, ist sie nicht etwa deshalb entbehrlich, weil inzwischen die Einfuhr von Waren schon einer besonderen Kontrolle nach Maßgabe der Bek. über die Regelung der Einfuhr v. 16. Januar 1917 (RGBl. 41; siehe unten bei Nr. 3 dieser Gruppe) unterstellt worden ist. Letztere VO. regelt ausschließlich die Wareneinfuhr, nicht aber auch den Erwerb solcher Waren, die schon jetzt für die Friedenswirtschaft angekauft werden und bis nach Beendigung des Krieges im Auslande verbleiben sollen. Hauptsächlich aber ist die neue Vorschrift deshalb notwendig, weil der Reichsbank vom Standpunkt der von ihr wahrzunehmenden Interessen aus ein maßgeblicher Einfluß auf das ganze Gebiet des Warenerwerbes einschließlich des Kaufes solcher Waren, die sofort in das Inland eingeführt werden sollen, eingeräumt werden muß. Soweit der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung die Einfuhr von Waren aus dem Auslande zu gestatten für nötig erachtete, wird allerdings auch die Reichsbank dem Erwerber grundsätzlich die Zustimmung zur Eingehung der Verbindlichkeit nicht versagen können. Sie wird aber in der Lage sein, einen Überblick über den Stand der Verschuldung gegenüber dem Auslande zu erlangen und die hiernach zum Schutze unserer Währung nötigen Maßnahmen, gegebenenfalls im Benehmen mit dem genannten Kommissar und mit dem Kommissar für die Übergangswirtschaft, zu treffen.

Markzahlungen, die zum Zwecke des Erwerbes von Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung erfolgen, werden bereits durch die Vorschriften im § 1 der Verordnung erfaßt. Markzahlungen an das Ausland, durch die ein Deutscher eine Markforderung im Ausland erwirbt, sind indirekt dadurch getroffen, daß nach der besonderen Vorschrift im § 3 Abs. 4 über Forderungen in Reichswährung gegen eine im Ausland ansässige Person oder Firma nur mit Einwilligung der Reichsbank verfügt werden darf.

Die getroffenen Bestimmungen dürften in ihrer Gesamtheit eine ausreichende Kontrolle des Zahlungsverkehrs mit dem Auslande gewährleisten, zumal die Eingehung und Erfüllung von Verbindlichkeiten anderer Art als der vorerörterten nicht von erheblichem Einfluß auf unsere Zahlungsbilanz sein wird.

Um den unabweisbaren Bedürfnissen des öffentlichen und privaten Verkehrs in dem gebotenen Umfange Rechnung tragen zu können, ist in § 9 der Verordnung dem Reichskanzler die Ermächtigung erteilt worden, Ausnahmen von den Vorschriften der Verordnung zuzulassen. Von dieser Befugnis hat der Reichskanzler in der oben bezeichneten Bekanntmachung über den Zahlungsverkehr mit dem Auslande vom 8. Februar 1917 (RGBl. 109) nach verschiedenen Richtungen Gebrauch gemacht. Insbesondere sind von den Vorschriften der Verordnung ausgenommen worden: der eigentliche Kleinverkehr, namentlich hinsichtlich der Versendung von deutschem Geld in das Ausland, hinsichtlich der Eingehung ausländischer Verbindlichkeiten zum Zwecke des Erwerbs von Waren, sowie hinsichtlich der Verfügung und Einziehung von Forderungen im Auslande, ferner die gewerbsmäßigen Geldwechslergeschäfte, wobei in allen diesen Fällen als obere Grenze die Summe von 1000 M. für die Person und den Kalendertag angenommen worden ist. Weitere Ausnahmen bestehen zugunsten der Reichs- und unmittelbaren Staatsbehörden im Interesse der Befriedigung der Betriebsbedürfnisse der Schiffahrt und des Geschäfts in Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs. Besondere Vorschriften sind für den Geldverkehr mit Belgien und Luxemburg getroffen, Gebieten, die in der Behandlung dem Inlande im wesentlichen gleichgestellt worden sind. Die für den Postverkehr erlassenen Ausnahmebestimmungen decken sich mit denen, welche in der hiermit aufgehobenen Bek. vom 22. Januar 1916 enthalten waren.

Um von vornherein zu verhindern, daß aus der Einholung der vorgeschriebenen Einwilligung der Reichsbank für den Verkehr unverhältnismäßige Belästigungen und Verzögerungen entstehen, hat sich das Reichsbank-Direktorium entschlossen, die der Reichsbank erteilte Befugnis, soweit angängig, auf alle ihre Zweiganstalten zu übertragen. In dieser Hinsicht ist — unter Vorbehalt einer späteren Erweiterung der Befugnisse der Zweiganstalten — zunächst folgendes bestimmt worden:

1. Die Einwilligung zur Verfügung über Zahlungsmittel, Forderungen und Kredite, die auf ausländische Währung lauten (§ 1 Abs. 2 Satz 1), darf durch die Zweiganstalten in den Fällen erteilt werden, in welchen die Devisenabgabe gemäß den früher erlassenen Vorschriften zulässig ist.

Sollen die Verfügungen dazu dienen, Verpflichtungen zu begleichen, die aus dem Ankauf von Waren, Wertpapieren, Kostbarkeiten, Kunst- und Luxusgegenständen herrühren und nach dem Inkrafttreten der neuen Verordnung (9. Februar 1917) eingegangen sind, so kann die Einwilligung durch die Zweiganstalten erfolgen, wenn die Einwilligungserklärung der Auslandstelle des Reichsbank-Direktoriums gemäß § 3 Abs. 2 seitens des Antragstellers vorgelegt wird.

2. Die Einziehung von Forderungen, Anweisungen, Schecks und Wechseln, die auf ausländische Währung lauten (vgl. § 1 Abs. 2 Satz 2), kann von den Zweiganstalten bewilligt werden; natürlich dürfen die eingezogenen Valutabeträge nicht gegen die Bestimmungen der Devisenverordnung verwendet werden.

3. Die Zweiganstalten können

a) Einwilligungen zur Versendung oder Überbringung von Reichsbanknoten, Reichskassenscheinen und Darlehnskassenscheinen an eine Firma usw. erteilen, wenn es sich innerhalb eines Kalendertags um die Versendung oder Überbringung im Gesamtbetrage von höchstens 5000 M., jedoch innerhalb eines Kalendermonats nicht über den Gesamtbetrag von 15 000 M. hinaus zugunsten einer und derselben im Ausland ansässigen Person oder Firma handelt;

b) die Einwilligung zur Versendung oder Überbringung von auf Reichswährung lautenden, im Auslande zahlbaren Anweisungen, Schecks und Wechseln zwecks Einziehung erteilen;

c) die Einwilligung zur Versendung oder Überbringung von auf Reichswährung lautenden, im Inland oder Ausland zahlbaren Anweisungen, Schecks und Wechseln nach dem Ausland zu anderen Zwecken als zur Einziehung dann erteilen, wenn nach den früher erlassenen Vorschriften die Devisenabgabe zulässig ist, oder wenn es sich um Markdiskonten handelt, die im Auslande ansässige Firmen usw. in Deutschland angekauft haben.

Einwilligungserklärungen, deren Erteilung den Bankanstalten nicht gestattet worden ist, bleiben der Auslandsstelle des Reichsbank-Direktoriums vorbehalten. Insbesondere trifft dies auf die Einwilligung zur Eingehung der in § 3 Abs. 2 bezeichneten Verbindlichkeiten zu.

Anträge auf Einwilligungen sind schriftlich, und zwar in doppelter Ausfertigung seitens der Antragsteller einzureichen; sie müssen alle Angaben enthalten, die für die Entscheidung nötig sind. Die zurückgegebenen, mit Einwilligungsvermerk versehenen Anträge sind seitens der Antragsteller den Postannahmestellen, den Postüberwachungsstellen usw. mit den Sendungen vorzulegen, wenn diese nicht beanstandet werden sollen.

Der § 4 der obenbezeichneten VO. vom 8. Februar 1917 (RGBl. 105) sieht die Feststellung der ausländischen Zahlungsmittel und der nicht in Wertpapieren verbrieften Geldforderungen gegen das verbündete und neutrale Ausland im Wege des Anmeldezwanges vor, damit die Heranziehung auch dieser liquiden Werte zur Bezahlung von Warenankäufen in die Wege geleitet werden kann. Der Erlaß der erforderlichen Ausführungsvorschriften ist dem Reichskanzler vorbehalten worden; ihm ist damit die Befugnis gegeben, nötigenfalls Wiederholungen der Bestandsaufnahme anzuordnen.

Der folgende Paragraph (5) gibt dem Reichskanzler die wichtige Ermächtigung, anzuordnen, daß der Reichsbank auf ihr Verlangen die in § 1 der Verordnung bezeichneten Zahlungsmittel und Forderungen gegen Erstattung des Wertes in Mark zum Tageskurse zu übertragen sind. Der Reichskanzler kann ferner bestimmen, wie die Übertragung zu erfolgen hat, wenn sie nicht freiwillig vorgenommen wird.

Literatur.

Jessen, Die Neuregelung des Zahlungsverkehrs mit dem Ausland, BankA. 16 184 ff. — Meyer, BRBD., betr. den Zahlungsverkehr mit dem Ausland v. 8. Februar 1917, JW. 17 430.

§ 1.

1. RG. IV, JW. 17 300, SächsA. 17 227. Eine Verfügung über ein Auslandsguthaben in anderer Währung im Sinne von § 1 Abs. 2 liegt insbesondere auch in der Verwandlung eines Auslandsguthabens ausländischer Währung in ein Guthaben deutscher Währung. Wird das ausländische Guthaben in einem Scheck deutscher Währung durch eine inländische Bank eingezogen, so ist der Erwerb nur dann bei einer zugelassenen Person oder Firma (§ 1 Abs. 2) erfolgt, wenn diese bestimmend und gestaltend auf den Erwerb einwirkt, d. h. der beiderseitige Kurswert der verschiedenen Währungen durch sie so festgesetzt wird, wie ihn der Reichskanzler genehmigt hat. In dieser Bestimmung des § 4 liegt der Schwerpunkt der ganzen Verordnung. Erwerb bei diesen Personen und Firmen ist Erwerb von ihnen. Ein solcher liegt nicht vor, wenn sie nur eine solche Mittlerrolle haben, die ihnen keinen Einfluß auf die Gestaltung des Erwerbs, insbesondere die Kursfestsetzung ermöglicht.

2. Jessen a. a. O. 185. Als Verfügungen, die ohne Einwilligung der Reichsbank nicht mehr zulässig sind, müssen auch angesprochen werden die Stundung oder die Tilgung einer Forderung durch Erlaß oder Aufrechnung oder Annahme einer anderen Leistung, insbesondere einer anderen Währung an Zahlungs Statt. Dies folgt nicht nur aus der

rechtlichen Bedeutung des Wortes „Verfügung", sondern auch aus dem Inhalt und Zweck der neuen Devisenverordnung, durch die in weitestem Umfange alles vorhandene Devisenmaterial zentralisiert und der unbeschränkten Verfügung des einzelnen entzogen werden soll.

3. Jessen a. a. O. 185. Nicht als „Verfügungen" sind Zwangsvollstreckungsmaßnahmen anzusehen, wie die Pfändung fremder Geldsorten durch den Gerichtsvollzieher oder die gerichtliche Pfändung und Überweisung einer auf ausländische Währung lautenden Forderung. Diese Maßnahmen bedürfen demnach zu ihrer Wirksamkeit nicht der Einwilligung der Reichsbank, wohl aber bedarf es ihrer, oder der Vermittlung einer Devisenstelle, zur demnächstigen Einziehung der überwiesenen Forderung.

4. Meyer, JW. 17 432. Die Nichtübertragbarkeit der Forderungen ohne Genehmigung der Reichsbank hat ihre Unpfändbarkeit gemäß § 851 ZPO. zur Folge. Das ist wohl an sich eine nicht vorhergesehene und unerwünschte Folge. Indessen wird sich der Gläubiger regelmäßig damit helfen können, daß er vorher von der Reichsbank die erforderliche Genehmigung einholen und erhalten wird. Darauf wird aber das Vollstreckungsgericht bestehen müssen, da es sonst ja zum Verstoß gegen die Verordnung geradezu behilflich wäre. Eine Forderungspfändung ohne diese Voraussetzung würde nichtig sein und sowohl den Richter wie den die Vollstreckung betreibenden Anwalt der Gefahr der Bestrafung und außerdem der Regreßgefahr aussetzen.

5. Meyer, JW. 17 432. Da eine von der Verordnung betroffene Forderung bis zur Einwilligung der Reichsbank unpfändbar ist, so ist bis dahin gemäß § 394 BGB. gegen die Forderung auch jede Aufrechnung ausgeschlossen. Hierbei ist zu beachten, daß bei Forderungen auf Zahlung inländischer Währung gegen Schuldner im Ausland die Einziehung der Forderung dem Gläubiger ausdrücklich gestattet ist (§ 3 Abs. 4 letzter Satz der VO.), während dieses Recht bei Forderungen und Krediten ausländischer Kredite versagt (§ 1 Abs. 2 VO.). Demgemäß muß im ersten Fall auch die Aufrechnung zulässig sein.

6. Jessen a. a. O. 187. Der Ausländer selbst ist in keiner Weise beschränkt hinsichtlich der Hin- und Herbewegung und auch nicht in der Abforderung seines im Inland einmal begründeten und bestehenden Guthabens. Ganz abgesehen davon, daß ein Ausländer im Ausland inländischen Vorschriften, insbesondere Strafvorschriften, nicht unterworfen sein kann, ist aber auch rein formell keine ihn irgendwie unmittelbar berührende Änderung gegen den bisherigen Rechtszustand eingetreten. Es ist zwar in Zukunft nicht mehr möglich, in der bisher unbeschränkten Weise zugunsten eines Ausländers Guthaben oder Forderungen in in- oder ausländischer Währung zu begründen; hat ein Ausländer aber solche einmal erworben, so kann er damit machen was er will, ohne daß ihm dabei irgendwelche Hindernisse entgegenstehen.

7. Jessen a. a. O. 185. Soweit die Beschaffung nicht durch Vermittlung einer Devisenstelle geschehen ist — es handelt sich z. B. um angefallene Erbschaften, Schenkungen, um vor Inkrafttreten der Devisenverordnung bereits entstandene Guthaben oder erworbene Kredite oder um Guthaben und Kredite von Privatpersonen, die bisher der Devisenverordnung nicht unterlagen — ist diese Ausnahmebestimmung des § 1 Abs. 2 Satz 3 nicht anwendbar.

8. Jessen a. a. O. 188. Verbotene Geschäfte sind nicht nichtig (§ 134 BGB.). Aus dem Gesetz ergibt sich hier, daß es keineswegs darauf abgestellt ist, den Verkehr mit dem Ausland zu unterbinden, es will lediglich diesen Verkehr unter die Überwachung der Reichsbank bringen. Es ist in dem Gesetz ganz besonderes Gewicht darauf gelegt worden, daß der Ausländer nicht in seinen Rechten beschränkt wird, daß er nach wie vor freie Verfügung über seine inländischen Guthaben behält. Es ist also zweifellos nicht die Absicht des Gesetzes gewesen, dem Ausländer durch die Gefahr der Nichtigkeit der von ihm mit einem Inländer abgeschlossenen Geschäfte von solchen abzuschrecken. Es soll durch das Gesetz nicht der negative Erfolg erreicht werden, daß der Zahlungsverkehr mit dem Ausland unterbunden wird, sondern der positive Erfolg, daß dieser Zahlungs-

verkehr überwacht wird. Nur diese Überwachung, nicht die Unterbindung des Verkehrs ist also die aus dem Inhalt und Zweck des Gesetzes sich ergebende Folge der verbotswidrigen Unterlassung, sei es der Einholung der Genehmigung der Reichsbank, sei es der Inanspruchnahme der Vermittlung einer Devisenstelle; a. A. Meyer a. a. O.

9. Nordd Allg Ztg. v. 15. Mai 1917 Nr. 133 1. Ausg. Es herrschen noch vielfach Zweifel, ob das in der Bundesratsverordnung vom 8. Februar 1917 betreffend den Zahlungsverkehr mit dem Ausland (RGBl. 105) ausgesprochene Verbot der Markausfuhr auch auf den Verkehr mit den besetzten östlichen Gebieten Anwendung findet. Diese Frage ist unbedingt zu bejahen, da die vorbenannten Gebiete im Sinne der Verordnung als Ausland anzusehen sind. Demgemäß dürfen auf Reichswährung lautende Zahlungsmittel nach den besetzten östlichen Gebieten nur mit Einwilligung der Reichsbank versendet oder überbracht werden. Eine Ausnahme davon bilden lediglich Versendungen und Überbringungen, die innerhalb eines Kalendertages den Betrag von höchstens eintausend Mark, jedoch innerhalb eines Kalendermonats den Gesamtbetrag von dreitausend Mark nicht übersteigen. Innerhalb dieser Grenzen ist die Einwilligung der Reichsbank nicht erforderlich. Nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. April 1917 (Reichsanzeiger Nr. 83 vom 7. April 1917) dürfen jedoch in den von einer Person ausgeführten Beträgen in keinem Falle mehr als drei Mark Silbermünzen und nicht mehr als insgesamt zwei Mark Nickel-, Kupfer-, Aluminium- und Eisenmünzen enthalten sein. Verstöße gegen diese Verordnung sind unter Strafe gestellt.

Tatsächlich besteht heute überhaupt keine Veranlassung mehr, den Zahlungsverkehr mit dem Osten in deutscher Währung abzuwickeln und dadurch dem Inland die notwendigen Zahlungsmittel zu entziehen. Im Gebiet des Oberbefehlshabers Ost ist seit langem das sogenannte Ob.-Ost-Geld (Darlehnsrubel) und im Generalgouvernement Warschau neuerdings die polnische Mark als allgemeines Zahlungsmittel eingeführt. Damit wurde u. a. der Zweck verfolgt, das früher im besetzten Gebiet zur Ausgabe gelangte deutsche Geld, worunter sich namhafte Beträge an Kleingeld befinden dürften, zurückzuziehen und der Heimat wieder zuzuführen. Es liegt daher im vaterländischen Interesse, daß die Bevölkerung in der Heimat keine auch noch so geringe Beträge deutscher Zahlungsmittel nach den besetzten Gebieten abführt.

10. Bek. der Reichsbekleidungsstelle, betr. die Einreichung von Anträgen auf Einkaufsbewilligungen, Einfuhrbewilligungen und Devisenabgabe für Waren aus dem Auslande. Vom 4. August 1917. (Mitt. 17 Nr. 26, 101.)

Im Einvernehmen mit der Reichsbank wird unter Aufhebung der Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle, betreffend die Einreichung von Anträgen auf Einkaufsbewilligungen, Einfuhrbewilligungen und Devisenabgabe für Waren aus dem Auslande, vom 15. Juni 1917 (Mitteilungen Nr. 19 der Reichsbekleidungsstelle vom 16. Juni 1917) folgendes bestimmt:

Anträge auf Einkaufsbewilligungen, Einfuhrbewilligungen und auf Devisenabgabe für sämtliche Web-, Wirk-, Strick- und Schuhwaren, die nach Deutschland eingeführt werden sollen, sind von jetzt ab folgendermaßen zu behandeln:

A. Bei Waren aus der Schweiz.

1. Anträge auf Einkaufsbewilligungen sind auf besonderen Vordrucken in vierfacher Ausfertigung bei der Reichsbekleidungsstelle, Abteilung L für Aus- und Einfuhr, Berlin W 50, Nürnberger Platz 1, einzureichen.
2. Anträge auf Einfuhrbewilligungen sind von dem schweizerischen Lieferanten in vierfacher Ausfertigung bei dem schweizerischen politischen Departement im Bundeshause in Bern einzureichen.
3. Anträge auf Devisenabgabe sind bei der Prüfungsstelle der Reichsbank für Devisenabgaben, Berlin C, Kurstr. 46, einzureichen.

B. Bei Waren aus anderen Ländern.

1. Anträge auf Einkaufs- und Einfuhrbewilligungen sind auf besonderen Vordrucken bei der Reichsbekleidungsstelle, Abteilung L für Aus- und Einfuhr, Berlin W 50, Nürnberger Platz 1, auf den vorgeschriebenen Vordrucken einzureichen, und zwar Anträge auf Einkaufsbewilligungen in vierfacher, solche auf Einfuhrbewilligungen in dreifacher Ausfertigung.
2. Anträge auf Devisenabgabe sind bei der Prüfungsstelle der Reichsbank für Devisenabgaben, Berlin C, Kurstr. 46, einzureichen.

Die Vordrucke (abgedruckt in Nr. 7 der Mitteilungen der Reichsbekleidungsstelle) sind bei der Königlichen Hofbuchdruckerei J. S. Preuß, Berlin S 14, Dresdener Straße 43, erhältlich gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme des Betrages. Der Preis der Vordrucke ist einschließlich Porto und Verpackung 10 Pfg. für das Stück; bei größerer Abnahme entsprechend billiger.

Auf jedem Vordruck ist genau vermerkt, welche Unterlagen zur Erledigung des Antrags erforderlich sind. Anträge, bei denen die Unterlagen ganz oder teilweise fehlen, können nicht behandelt werden und werden dem Antragsteller unerledigt zurückgegeben.

Ganz besonders wird darauf hingewiesen, daß die erteilten Einkaufsbewilligungen den Antrag auf Einfuhrbewilligungen bzw. Devisenabgabe nicht erübrigen.

Alle Anträge werden schnellmöglichst erledigt. Telephonische und telegraphische Anfragen über die Erledigung eines eingereichten Antrags können nicht beantwortet werden.

Den Anträgen sind mit der Firma versehene, frankierte Briefumschläge für die Rücksendung beizufügen.

§ 3.

1. Jessen a. a. O. 186. „Zum Zwecke" heißt zum mittelbaren oder unmittelbaren Zwecke. Es dient also z. B. die Eingehung einer Bürgschaftsverbindlichkeit zugunsten eines deutschen Importeurs gegenüber einem ausländischen Lieferanten ebenfalls dem Zwecke des Erwerbes von Waren und ist infolgedessen von der vorgängigen Genehmigung der Reichsbank abhängig. Die Folge dieser Bestimmung ist, daß in Zukunft nicht nur Importe, sondern bereits die Ankäufe von Waren, Wertpapieren usw. nur noch mit vorheriger Zustimmung der Reichsbank möglich sein werden. (Zugunsten des Warenkleinhandels besteht die Ausnahme in Art. 2 Ziff. 3 der RKV.) Hierdurch wird also vor allem auch der Erwerb von Waren, die nicht gleich, sondern etwa erst nach Beendigung des Krieges eingeführt werden sollen, beschränkt. Soweit einzuführende Waren in Betracht kommen, ist, zudem die Erlaubnis des Reichskommissars für die Ein- und Ausfuhrbewilligung oder der sonst für die betreffende Einfuhrbewilligung in Betracht kommenden Dienststelle erforderlich. Es bedarf also in Zukunft die Einfuhr von Waren einer doppelten Genehmigung, die, da die Erlangung der einen die Versagung der anderen nicht ausschließt, stets beide vorliegen müssen.

2. Jessen a. a. O. 187. Es sind nur noch verhältnismäßig seltene Fälle, in denen von jetzt ab ein Inländer gegenüber einem Ausländer Verbindlichkeiten in Reichsmark eingehen kann, ohne daß er hierzu die Einwilligung der Reichsbank einzuholen braucht. Es kommen lediglich Fälle in Betracht, wie etwa Anstellung von Angestellten bei ausländischen Niederlassungen inländischer Firmen, Miete und Pacht von Grundstücken einer im Ausland ansässigen Person, Erwerb von Verlagsrechten und Patentlizenzen bei einem im Ausland ansässigen Verfasser oder Erfinder sowie sonstige im § 3 Abs. 2 nicht ausdrücklich genannte zu Zahlungen verpflichtende Geschäfte.

3. Jessen a. a. O. 187. In welcher Weise eine erlaubte Einziehung stattfinden kann, ist im Gesetz nicht näher bestimmt. Im engsten Sinne des Wortes kann darunter nur verstanden werden die Tilgung der Forderung durch Bewirkung der ihren Gegenstand bildenden Leistung, also durch Zahlung in Reichsmark. Ob diese Zahlung effektiv durch Übersendung von Marknoten oder durch Verrechnung, also durch Überweisung von Bank zu Bank, erfolgt, soll offenbar keinen Unterschied machen. Auch die Einziehung

einer Forderung dadurch, daß der inländische Gläubiger dem ausländischen Schuldner gegenüber die Aufrechnung gegen eine letzterem zustehende Forderung in Reichsmark erklärt, wird ohne Einwilligung der Reichsbank zulässig sein. Soll dagegen die Forderung durch Beschaffung fremder Valuta getilgt werden, so hätte der Inländer gemäß § 1 der Devisenverordnung hierzu sich der Vermittlung einer Devisenbank zu bedienen.

§ 10.

1. RG. III, Recht 17 366 Nr. 706. Das Tatbestandsmerkmal „unternimmt" (§ 6 Abs. 1 BRVO. v. 20. Januar 1916) erfordert vorsätzliches Handeln, sonach Kenntnis, daß über ein Guthaben im Ausland zum Zweck des Erwerbes von Geldsorten anderer Währung verfügt wird, ohne daß der Erwerb durch eine vom Reichskanzler bestimmte Person oder Firma erfolgt.

2. RG. III, Recht 17 321 Nr. 615. Das in § 6 (VO. v. 20. 1. 16) bedrohte Unternehmen umfaßt den Versuch und die Vollendung, nicht auch bloße Vorbereitungshandlungen. Ein solches Unternehmen der Verfügung kann darin bestehen, daß einer ausländischen Bank unmittelbar oder durch Vermittlung einer inländischen Bank die Anweisung erteilt wird, das bei ihr bestehende Markguthaben in ausländische Währung umzuwandeln. Dieses Unternehmen wird im Inland oder doch gleichzeitig im In- und Ausland begangen und ist deshalb auch dem Ausländer gegenüber strafbar (§ 3 StGB.), wenn die Anweisung im Inland einer inländischen Bank behufs Übermittlung an die ausländische Bank erteilt wird, aber auch dann, wenn vom Auslande aus an die inländische Bank der Auftrag ergeht, die ausländische Bank zur Umwandlung anzuweisen, denn in diesem Fall wird die vom Ausland aus entwickelte Tätigkeit des Auftraggebers zunächst im Inland wirksam und die Maßnahme der inländischen Bank wird zu einem von dem Auftraggeber zu vertretenden Bestandteil seiner Handlung, der im Inland begangen ist. Beauftragt dagegen der Ausländer im Ausland die ausländische Bank selbst mit der Umwandlung seines Guthabens, ohne im Inland irgendwelche Tätigkeit in dieser Richtung zu entwickeln, so ist er nicht strafbar, auch nicht, wenn er seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat.

3. Recht 17 365 Nr. 705. Ein Verstoß gegen die BRVO. v. 20. Januar 1916 liegt darin, daß ein inländischer Kaufmann über ein Guthaben im Ausland und in ausländischer Währung innerhalb des Betriebs seines Handelsgewerbes derart verfügt, daß er Schecks in deutscher Währung dafür erwirbt. Die Verfügung enthält aber gleichzeitig auch den Tatbestand der §§ 1 Abs. 2, 10 Nr. 1 BRVO. v. 6. Februar 1917, wonach über Forderungen in ausländischer Währung ohne Einwilligung der Reichsbank nur zugunsten einer Devisenstelle verfügt werden oder die Einziehung nur durch eine solche Stelle erfolgen darf. Hat der Verfügende die Schecks erlangt, so ist das Vergehen vollendet, die Strafbarkeit wird nicht dadurch beseitigt, daß er die erlangten Schecks an eine Devisenstelle weitergibt.

4. Jessen a. a. O. 187. Werden von einem Inländer zugunsten eines Ausländers bei einem inländischen Bankier Überweisungen oder Einzahlungen gemacht, so kann es nicht Sache des Bankiers sein, festzustellen, ob hierdurch die gesetzlichen Vorschriften verletzt worden sind. Er selbst darf solche Zahlungen ohne weiteres entgegennehmen, es sei denn, daß ihm tatsächlich bekannt ist, daß mit ihnen gegen die Bundesratsverordnung verstoßen worden ist. Nur dann würde er sich als Mittäter an dem Verstoß schuldig und strafbar machen.

XXIV. Regelung der Einfuhr.

1. VO. über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände. Vom 25. Februar 1916. (RGBl. 111.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 533.

Erlaß des Reichskanzlers (RAJ.) v. 26. März 1917.

(Nachrichten für Handel usw. v. 31. 3. 17 Nr. 29.)

In Interessentenkreisen scheinen Zweifel darüber zu bestehen, ob die Bewilligungen für Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr lediglich für diejenigen Gültigkeit haben, auf deren Namen sie ausgestellt sind, oder ob sie an dritte Personen abgegeben werden können. Zur Vermeidung von strafrechtlichen Folgen und der Verwirkung dieser Bewilligungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Bewilligungen nicht übertragbar sind. Um die Interessenten hierauf noch besonders hinzuweisen, werden künftig diese Bewilligungen den Vermerk enthalten: „Bewilligungen zur Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr sind nicht übertragbar."

2. Bek. über die Regelung der Einfuhr. Vom 16. Januar 1917. (RGBl. 41) und Ausführungsvorschrift des Reichskanzlers von demselben Tage. (RGBl. 42.)

Wortlaut in Bd. 4, 668.

Preuß. Verfügung vom 16. Januar 1917, betr. die Regelung der Einfuhr. (FMBl. 52.)

Die Zollstellen sind auf die im heutigen Reichs-Gesetzblatt erschienene Bekanntmachung über die Regelung der Einfuhr vom 16. Januar 1917 und die Ausführungsverordnung vom gleichen Tage hinzuweisen. Die Bekanntmachung will durch ein allgemeines Einfuhrverbot von Ankäufen im Ausland abhalten und dadurch unsere Valuta gegen ein weiteres Sinken schützen. Demgemäß läßt sie die Durchfuhr frei. Auch ist es nicht unbedingt erforderlich, daß die Prüfung der Waren auf ihre Einfuhrfähigkeit und gegebenenfalls ihre Ausschließung von der Einfuhr schon beim Grenzeingangsamte erfolgt, die Bekanntmachung steht vielmehr der Abfertigung im Anfageverfahren oder mit Begleitzettel sowie der Weiterleitung der Postsendungen zur Abfertigung ins Innere nicht entgegen, auch wenn nach dem Inhalt der Waren- oder Zollinhaltserklärungen die Ware voraussichtlich von der Einfuhr auszuschließen sein würde.

Die Verordnung über das Verbot der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände vom 25. Februar 1916 (RGBl. 111) und die auf Grund dieser Verordnung erlassenen Bekanntmachungen des Herrn Reichskanzlers werden durch die gegenwärtige Bekanntmachung gegenstandslos; die anderen Ein- und Durchfuhrverbote, insbesondere die Bekanntmachung, betreffend Ein- und Durchfuhr von Erzeugnissen feindlicher Länder, vom 11./12. Februar 1915 bleiben bestehen. Von Waren, deren Einfuhr auf Grund der §§ 1 und 2 der Ausführungsverordnung gestattet wird, ist der Zoll zu erheben. Im einzelnen gilt folgendes:

I. Zur Bekanntmachung.

Durch die §§ 1 bis 4 der Bekanntmachung werden die §§ 1, 2, 139 und 167 Abs. 2 des Vereinszollgesetzes geändert. Die Bekanntmachung gilt auch gegenüber den Erzeugnissen der Vertragsstaaten und der meistbegünstigten Länder. Bezüglich der Einfuhr aus Luxemburg, Österreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei und den besetzten Gebieten ist nach den anliegenden Bestimmungen des Herrn Reichskanzlers zu verfahren.

Zu § 1.

Unter den „Grenzen" sind im allgemeinen die Hoheitsgrenzen des Deutschen Reiches zu verstehen. Da indes an der Seegrenze die Dreimeilenzone sich nicht zollamtlich überwachen läßt, so ist der Verkehr innerhalb der Dreimeilenzone einschließlich des Verkehrs auf den offenen Reeden frei zu lassen. Die Bekanntmachung ist also an der Seegrenze so zu handhaben, als ob die Grenze mit der Zollinie im Sinne des § 16 Abs. 2 VZG. zusammenfiele. Bei den Seemündungen der Flüsse, bei Buchten, Hassen und Häfen ist als Zollinie maßgebend die von Ufer zu Ufer laufende Linie, an der die offene See aufhört und die Zollstraße im Sinne des § 17 VZG. beginnt. Die Zollausschlußgebiete und Freibezirke fallen danach in den Geltungsbereich der Bekanntmachung.

„Zuständige Behörde" ist der Herr Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung in Berlin W 10, Lützowufer 6—8; s. § 1 der Ausführungsverordnung.

Zu § 2.

Nach § 21 ZZG. ist die Einfuhr zollpflichtiger Waren und verpackter zollfreier Waren auf der Zollstraße und während der Zollstunden straffrei, wenn der Transport ohne Abweichung von der Zollstraße und ohne willkürliche Verzögerung der Zollstelle zugeführt wird. Diese Bestimmung gilt nunmehr für die gesamte Wareneinfuhr; nur die Einfuhr im Reise- und kleinen Grenzverkehr gemäß § 2 Nr. 1 der Ausführungsverordnung zu dieser Bekanntmachung in Verbindung mit § 6 Nr. 1, 2, 6, 7, 8 des Zolltarifgesetzes und § 116 ZZG. darf sich außerhalb der Zollstraße bewegen.

Konfiszierte Gegenstände sind, sofern sie bei freiwilliger Gestellung gemäß § 3 der Ausführungsverordnung anbietungspflichtig sein würden, den betreffenden Stellen zum freihändigen Ankauf gegen Zahlung des Übernahmepreises anzubieten; der gezahlte Übernahmepreis verbleibt bei konfiszierten Gegenständen dem betreffenden Bundesstaat. Ist eine konfiszierte Ware für keine von den erwähnten Stellen geeignet oder ist keine Stelle zum Erwerbe bereit, so ist die Ware nach den allgemeinen, für die Verwertung der Konfiskate geltenden Bestimmungen und zwar möglichst an Ausländer gegen Zahlung in ausländischer Valuta und unter der Bedingung der zu beaufsichtigenden Wiederausfuhr zu veräußern; einem inländischen Erwerber ist die Bedingung aufzuerlegen, daß die Ware nach dem Auslande verkauft und unter Aufsicht wieder ausgeführt werden muß. Ist eine Veräußerung unter diesen Bedingungen unausführbar, so ist beim Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung die Erlaubnis zum Absatz nach dem Inland nachzusuchen.

Zu § 8.

§ 139 des ZZG. sieht nur den Fall vor, daß die Zollstraße an einem Zollamte endet; § 3 der Bekanntmachung trifft Vorsorge auch für den Fall, daß die Zollstraße nach einem Zollausschlußgebiet oder Freibezirk führt. Der Schiffsführer kann sich im letzteren Falle vor Bestrafung wegen Konterbande bewahren, wenn er über die Waren, die zur Entlöschung bestimmt sind, der Zollstelle freiwillig binnen 24 Stunden nach der Ankunft ein Manifest gemäß § 75 ZZG. übergibt. Die Zollstelle entscheidet in diesem Falle über die Zurückschaffung oder Übernahme der Ware in der Regel auf Grund des Manifestes; die Entlöschung und Vorführung eines Packstücks zur Beschau ist nur zu verlangen, wenn sich die Zollstelle auf Grund des Manifestes noch kein Urteil über die Art der Ware bilden kann.

II. Zur Ausführungsverordnung.

Zu § 1.

Die vom Herrn Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung ausgestellten Einfuhrbewilligungsscheine sind dem Einführer abzunehmen und als Beleg bei den Abfertigungspapieren zu behalten, soweit nicht der Reichskommissar um die Rücksendung ersucht; bei der Einfuhr von Teilsendungen ist entsprechend zu verfahren, wie bei der Ausfuhr verbotener Waren in Teilsendungen.

Zu § 2

mache ich darauf aufmerksam, daß kein Recht auf Einfuhr besteht, die Gestattung der Einfuhr vielmehr vom freien Ermessen der Zollbehörde abhängt. Diese ist daher nicht verpflichtet, dem Einführer einen Grund für die Versagung der Einfuhrerlaubnis anzugeben. Die Befugnis zur Erteilung der Bewilligung wird allen Zollstellen übertragen.

Zu § 2 Nr. 1.

Kleidungsstücke und Juwelen, die am Körper getragen werden, würden unter § 6 Nr. 6 des ZTG. und demgemäß auch unter die Ausnahmebefugnis des § 2 Nr. 1 der Ausführungsverordnung fallen. Um zu verhüten, daß derartige Gebrauchsgegenstände, die im Auslande gekauft worden sind oder die eingebracht werden, um sie im Inlande zu verkaufen, durch Anlegen am Körper dem Einfuhrverbot entzogen werden, ist von der

Befugnis zur Einlassung von Gebrauchsgegenständen, die am Körper getragen werden, mit Vorsicht Gebrauch zu machen. Wenn nach den Verhältnissen der betreffenden Persönlichkeit kein Verdacht besteht, daß die Reise dazu benutzt wird, um den Gegenstand in das Inland einzubringen, wenn insbesondere anzunehmen ist, daß der zurückkehrende Inländer den Gebrauchsgegenstand schon früher besessen und ihn nicht erst auf der letzten Reise im Ausland erworben hat, um ihn ins Inland mitzubringen, oder daß der ankommende Ausländer den Gegenstand nicht ins Inland einführen will, um ihn dort zu verkaufen, so ist die Einfuhr in der Regel zuzulassen, auch wenn Schmuckgegenstände mit Edelsteinen oder echten Perlen besetzt sind und der Wert des einzelnen Stückes mehr als 200 M. beträgt. Ist bei der Abfertigung ein Oberbeamter anwesend, so ist diesem die Entscheidung über die Zulassung oder Zurückweisung von Gegenständen, die am Leibe getragen werden, vorzubehalten.

Zu § 2 Nr. 2.

Wenn Anzeichen hervortreten, daß die Einfuhr im kleinen Grenzverkehr über den persönlichen Bedarf der Grenzbewohner und den gewerblichen Bedarf der, für die Versorgung des Grenzbezirks arbeitenden Handwerker ausgedehnt wird, so haben die Oberzolldirektionen nach Benehmen mit dem Regierungspräsidenten Anordnungen zur Einschränkung dieses Verkehrs zu erlassen.

Zu § 2 Nr. 3.

Beim aktiven Veredlungsverkehr ist nur die Lohnveredlung zuzulassen und auch diese nur, wenn der Einführer sich verpflichtet, die Ware in bestimmter Frist wieder auszuführen. Geschieht die Veredlung nicht unter Zollüberwachung, so hat das Hauptzollamt ferner die Stellung einer Sicherheit zu fordern, deren Höhe nach dem Sachwerte zu bestimmen ist. Wird die Ware nicht rechtzeitig wieder ausgeführt, so verfällt die Sicherheit und außerdem tritt Bestrafung nach § 134 ff. des VZG. ein. Anträge auf Gestattung eines aktiven Eigenveredlungsverkehrs sind an den Herrn Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung zu verweisen. Beim passiven Veredlungsverkehr sind die veredelten Waren nur dann zur Wiedereinfuhr zuzulassen, wenn sie im Auslande keine erheblichen Zutaten erhalten haben; Zutaten von Edelsteinen und echten Perlen sind stets als erheblich anzusehen.

Der Ausbesserungsverkehr ist im allgemeinen wie der Lohnveredlungsverkehr zu behandeln; im kleinen Grenzverkehr richtet er sich nach § 2 Nr. 2.

Bei Anträgen auf Wiedereinlassung von Juwelen als Rückwaren ist besonders sorgfältig zu prüfen, ob die behauptete Ausfuhr wirklich stattgefunden hat und die Wiedereinfuhr wegen Nichtabnahme der Ware wirklich notwendig geworden ist. Ist dies aber zweifelsfrei nachgewiesen, so können auch Juwelen wieder eingelassen werden, um nicht den, an und für sich erwünschten Ausfuhrhandel mit diesen Waren zu schädigen.

Zu § 2 Nr. 6.

Solange die in den Erlassen vom 7. Juli v. J. — III 6036 — und 8. August v. J. — III 7222 — mitgeteilte Anordnung des Herrn Chefs des Feldeisenbahnwesens besteht, daß nur das eigentliche Militärgut im Sinne des § 50 Nr. 1 und 2 der Militär-Transportordnung von der zollamtlichen Anmeldung und Beschau gemäß dem Erlaß vom 24. März 1915 — III 2124 — befreit wird, steht das Privatgut der Militärverwaltung eisenbahn- und zollrechtlich dem Privatgut der gemeinnützigen Versorgungsgesellschaften gleich und es liegt kein Anlaß vor, bezüglich der Einfuhrfähigkeit einen Unterschied zwischen diesen beiden Arten von Privatgütern zu machen. Für das Privatgut der Militärverwaltung ist daher von der Befugnis des § 2 Nr. 6 kein Gebrauch zu machen, sondern die Beibringung von Erlaubnisscheinen zu verlangen.

Zu § 2 Nr. 9

wird wegen der konsularischen Ausnahmescheine auf den Erlaß vom 27. Dezember v. J. — III 12085 — betr. die Befreiung von der Ablieferung an die Zentral-Einkaufsgesellschaft Bezug genommen.

Zu § 3.

Der Herr Reichskanzler wird eine Liste der Waren mitteilen, die der Heeres- oder Marineverwaltung oder kriegswirtschaftlichen Stellen anzubieten sind. Die Zollstelle hat nur zu prüfen, ob die vorliegende Ware ihrer Art nach unter diese Liste fällt; zutreffendenfalls muß sie sie der betreffenden Stelle anbieten unter Angabe der Zahl und Art und Bezeichnung der Packstücke, des Roh- und Reingewichts, des Absenders und des Empfängers, gegebenenfalls unter Beifügung von Warenproben. Dagegen hat sich die Prüfung der Zollstelle nicht auf die Güte, den Zustand und den Wert der Ware zu erstrecken; hierüber hat sich die Stelle, der die Ware angeboten wird, zutreffendenfalls auf Grund der empfangenen Proben selbst ein Urteil zu bilden.

Von der Übernahme ab verwahrt die Zollstelle die Ware für Rechnung der übernehmenden Stelle; sie hat darauf zu dringen, daß die letztere über die Ware so rasch wie möglich verfügt. Unter dem Inhaber des Gewahrsams ist der Warenführer im Sinne des Vereinszollgesetzes zu verstehen.

Ordnet die Zollstelle die Rückschaffung der Ware an, so ist es Sache des Warenführers, die Rückschaffung zu bewirken; er hat sich wegen der Kosten der Rückschaffung an den Absender zu halten.

In den Fällen, wo wegen mangelnder Einschwärzungsabsicht eine Ordnungsstrafe statt der Konterbandenstrafe festgesetzt oder von einer Bestrafung überhaupt abgesehen wird, ist die Ware bezüglich der Anbietung zum Ankauf oder der Rückschaffung so zu behandeln, als wenn sie ordnungsmäßig zur Eingangsabfertigung vorgeführt worden wäre.

Zu § 4.

Der Tag der Annahme zur Beförderung ergibt sich aus dem Auflieferungsstempel des Frachtbriefs oder der Postbegleitadresse bzw. aus dem Datum des Konnossements oder des Ladescheins, sofern gegen die Richtigkeit der Datierung der letzteren keine Bedenken obwalten. Daß die Ware an diesem Tage auch in das Beförderungsmittel, d. i. den Eisenbahnwagen oder das Schiff eingeladen worden ist, wird nicht gefordert.

Zur Vermeidung von Schwierigkeiten während der Übergangszeit hat der Herr Reichskanzler genehmigt, daß die Vorstände der Zollämter bis zum Ablauf des dreiundzwanzigsten Januar 1917 Waren hereinlassen dürfen, auch wenn weder eine Einfuhrbewilligung des Herrn Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung beigebracht wird noch die Voraussetzungen des § 2 der Ausführungsverordnung vorliegen. Von dieser Befugnis ist ohne Engherzigkeit überall Gebrauch zu machen, wo berechtigte Verkehrsinteressen durch die alsbaldige, rücksichtslose Durchführung der Bekanntmachung geschädigt werden würden; insbesondere ist dafür zu sorgen, daß während der Übergangszeit die Versorgung der größeren Städte und Industriebezirke mit Milch, Gemüse, Obst usw. und die Bezüge der Kriegsgesellschaften keine Stockung erfahren und keine Verstopfung der Eisenbahnanlagen eintritt.

Die Ermächtigung bezieht sich nicht auf Waren, deren Einfuhr bereits auf Grund seitheriger Einfuhrverbote untersagt war. Es wird vorausgesetzt, daß die Vorstände der Zollämter von der Ermächtigung keinen Gebrauch machen, wenn nach den Umständen des Falles anzunehmen ist, daß der Einführende von dem Einfuhrverbot Kenntnis gehabt hat und dieses zu umgehen sucht.

XXV. Bek., betr. Verbot der Ein- und Durchfuhr von Rubeln. Vom 17. März 1917. (RGBl. 235.)

[BR.] § 1. Die Ein- und Durchfuhr von auf Rubel lautenden Geldzeichen (Münzen, Banknoten, Kreditbiletten usw.) ist verboten.

§ 2. Wer es unternimmt, der Vorschrift des § 1 zuwiderzuhandeln, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zur Höhe des doppelten Betrags der Geldzeichen, in bezug auf welche die strafbare Handlung verübt ist, bestraft. Sind

mildernde Umstände vorhanden, so kann ausschließlich auf die Geldstrafe erkannt werden. Bei der Umrechnung ist der Rubel zu 2,16 Mark zu berechnen.

In dem Urteil sind die Geldzeichen, in bezug auf welche die strafbare Handlung verübt ist, einzuziehen, sofern sie dem Täter oder einem Teilnehmer gehören.

§ 3. Das Verbot des § 1 findet keine Anwendung auf die Einfuhr von Rubeln aus den besetzten Gebieten Rußlands und auf die Einfuhr von Goldrubeln. Der Reichskanzler wird ermächtigt, von dem Verbote des § 1 weitere Ausnahmen zuzulassen.

§ 4. Die Verordnung tritt am 19. März 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Tag des Außerkrafttretens.

(Bek. XXVI, XXVII in Bd. 3, 279ff.)

XXVIII. Bek. über ausländische Wertpapiere. Vom 22. März 1917. (RGBl. 260.)

[BR.] § 1. Der Reichskanzler kann anordnen, daß Wertpapiere, aus denen ein im Ausland ansässiger Schuldner haftet, oder durch die eine Beteiligung an einem im Ausland ansässigen Unternehmen verbrieft ist, einschließlich der Zeugnisse über die Beteiligung an ausländischen Aktiengesellschaften, sofern sie nicht bis zu einem in der Anordnung zu bestimmenden Termin an eine im Ausland ansässige Person oder Firma veräußert sind, dem Reiche gegen angemessene Vergütung überlassen werden müssen.

Der Reichskanzler setzt die Vergütung und die sonstigen Bedingungen fest, unter denen die Überlassung zu erfolgen hat. Er kann weitere Ausführungsbestimmungen treffen, insbesondere bestimmen, wie die Überlassung durchzuführen ist, wenn sie nicht freiwillig vorgenommen wird.

Er kann ferner bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft werden.

§ 2. Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art dürfen nur durch die Vermittlung der Reichsbank oder einer im Inland ansässigen Person oder Firma, die gewerbsmäßig Bankiergeschäfte betreibt, nach dem Ausland versandt oder überbracht werden.

Personen oder Firmen, die im Inland ansässig sind, dürfen Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art, auch wenn diese sich schon im Ausland befinden, nur durch Vermittlung der im Abs. 1 bezeichneten Stellen an eine im Ausland ansässige Person oder Firma veräußern oder verpfänden.

Jedermann ist verpflichtet, der vom Reichskanzler zu bestimmenden Stelle auf Verlangen binnen einer von ihr festzusetzenden Frist über die Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art, die ihm gehören oder sich in seinem Besitze befinden, genaue Auskunft zu erteilen.

§ 3. Als Wertpapiere im Sinne dieser Verordnung gelten nicht: Zins-, Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine, sowie Wechsel, Schecks und sonstige Zahlungsmittel (§ 2 der Bekanntmachung über den Zahlungsverkehr mit dem Ausland vom 8. Februar 1917, RGBl. 105).

§ 4. Kauf- und Anschaffungsgeschäfte, durch welche Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art dem Reiche überlassen oder derartig überlassene Wertpapiere dem Überlassenden zurückgegeben werden, sind von der Abgabe aus Tarifnummer 4 a des Reichsstempelgesetzes befreit. Desgleichen sind die mit der Überlassung der Wertpapiere verbundenen Geschäfte sowie Schriftstücke über solche Geschäfte auch in den einzelnen Bundesstaaten von jeder Stempelabgabe (Taxe, Sportel usw.) befreit.

§ 5. Durch die Überlassung von Wertpapieren der im § 1 bezeichneten Art an das Reich wird die nach der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 14. Dezember 1916 (RGBl. 1387) an sich eintretende Verpflichtung zur Entrichtung des Reichsstempels gemäß Tarifnummer 1 C und 2 b, c des Reichsstempelgesetzes noch nicht begründet.

§ 6. Zum Zwecke der Beschaffung von ausländischen Zahlungsmitteln oder von Forderungen oder Krediten im Ausland (Bekanntmachung vom 8. Februar 1917, RGBl.

105) sind die Verwalter von Vermögensmassen aller Art auch dann befugt, die von ihnen verwalteten Wertpapiere der im § 1 bezeichneten Art zu veräußern oder in anderer Weise darüber zu verfügen, wenn diese Befugnis durch die für die Verwaltung des Vermögens maßgebenden Bestimmungen beschränkt oder ausgeschlossen war.

Den Verwaltern von Vermögensmassen stehen gleich Inhaber eines standesherrlichen Hausguts, Familienfideikommisses, Lehen oder Stammguts oder die sonst zur Verwaltung eines der vorgenannten Vermögen berufenen Personen oder Stellen.

§ 7. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 8. Wer es unternimmt, dem § 2 zuwider Wertpapiere nach dem Ausland zu übersenden oder zu überbringen oder an eine im Ausland ansässige Person oder Firma zu veräußern oder zu verpfänden, wird, sofern nicht nach anderen Strafgesetzen eine höhere Strafe angedroht ist, mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnis bis zu sechs Monaten erkannt werden. Auch können die Wertpapiere, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden.

Wegen der Zuwiderhandlung kann ein Deutscher auch dann bestraft werden, wenn er die Tat im Ausland begangen hat.

§ 9. Wer vorsätzlich einer gemäß § 2 Abs. 3 an ihn ergehenden Aufforderung nicht oder nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist nachkommt oder bei der Auskunft wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

§ 10. Diese Verordnung tritt am 24. März 1917 in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt, wann sie außer Kraft tritt.

Hierzu:

Bek. des Reichskanzlers, betr. die Überlassung ausländischer Wertpapiere an das Reich. Vom 22. Mai 1917. (RGBl. 429.)

[**RK., WertpapBD. 22. 3. 17.**] 1. Die nachstehend aufgeführten schwedischen, dänischen und schweizerischen Wertpapiere sind dem Reich zu überlassen, sofern sie am 31. Mai 1917 im Eigentume von deutschen, im Inland ansässigen Personen oder von Firmen stehen, die ihren Sitz in Deutschland haben. Von der Anordnung werden betroffen:

A. Schwedische Wertpapiere: Staatsanleihen, Kommunalanleihen, Pfandbriefe der schwedischen Reichshypothekenbank, der Hypothekenkasse der Städte Schwedens und der Stadthypothekenkasse des Königreichs Schweden sowie sonstige festverzinsliche Wertpapiere.

B. Dänische Wertpapiere: Staatsanleihen, Stadt- und Kommunalanleihen, Eisenbahnobligationen, Pfandbriefe von Hypothekenbanken, Kreditkassen, Kreditvereinen usw., Obligationen von Schiffahrtsgesellschaften, Banken und sonstige festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien der folgenden Gesellschaften: Vereinigte Dampfschiffahrtsgesellschaft Kopenhagen, Kopenhagener Nationalbank, Kopenhagener Privatbank, Laane og Diskontobank, Dänische Landmandsbank, Ostseeländische Eisenbahn, Grande Compagnie des Telegraphes du Nord, Dänische Zuckerfabriken.

C. Schweizerische Wertpapiere: Obligationen des Bundes, der Kantone und Gemeinden, verstaatlichter Eisenbahnen sowie von Banken aller Art.

2. Zwecks Überlassung an das Reich sind zunächst die bezeichneten Wertpapiere bis zum 15. Juni 1917 durch Vermittlung einer Reichsbankanstalt oder einer anderen Bank oder eines Bankiers dem Statistischen Bureau des Reichsschatzamts, Berlin W, Behrenstraße 17, anzuzeigen, soweit sie nicht bereits daselbst zur Verfügung des Reichs gestellt sind. Dabei ist anzugeben, wo sich die Wertpapiere befinden. Im neutralen Ausland und in den verbündeten Ländern befindliche Wertpapiere unterliegen ebenfalls der An-

zeigepflicht. Ferner ist anzugeben, ob und welche Pfandrechte oder sonstige Rechte Dritter an den Wertpapieren bestehen.

Zur Anzeige verpflichtet sind die Eigentümer oder ihre gesetzlichen Vertreter, Verwalter von Vermögensmassen aller Art (§ 6 Abs. 1 und 2 der Verordnung vom 22. März 1917), Bevollmächtigte und sonstige Verfügungsberechtigte.

3. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.

4. Die Bedingungen, unter denen die Überlassung an das Reich zu erfolgen hat, werden im Reichsanzeiger bekannt gemacht.

5. Diese Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [24. 5.] in Kraft.

XXIX. Bek. über die Bestätigung von Schecks durch die Reichsbank. Vom 31. August 1916. (RGBl. 985.)

Wortlaut und Begründung sowie Erläuterungen in Bd. 3, 285ff.

1. Michaelis, LeipzZ. 17 572. Der auf den Scheck gesetzte Bestätigungsvermerk stellt sich als eine von der RB. ausgestellte Schuldverschreibung auf den Inhaber i. S. des § 793 BGB. dar, zu deren Inverkehrbringen die nach § 795 erforderliche staatliche Genehmigung durch die BRBO. erteilt ist. Es finden deshalb die Vorschriften der §§ 793ff. Anwendung, soweit nicht die BO. Abweichungen vorschreibt. Demgemäß kann die RB. dem Inhaber der Schuldverschreibung nur solche Einwendungen entgegensetzen, welche die Gültigkeit der Ausstellung betreffen oder sich aus der Urkunde ergeben oder ihr unmittelbar gegen den Inhaber zustehen. Von dem Deckungsverhältnisse zwischen dem Aussteller des Schecks und der RB., auf welches in dem Scheck Bezug genommen ist („aus meinem Guthaben"), ist die Einlösungsverpflichtung der RB. gegenüber dem Inhaber vollständig unabhängig. Zwar soll die RB. nach Art. 1 Abs. 5 der BO. „nur nach vorheriger Deckung befugt sein", den Scheck mit einem Bestätigungsvermerke zu versehen; aber diese Vorschrift betrifft nicht die „Gültigkeit der Ausstellung", sondern bildet lediglich ein Gebot an die RB., dessen etwaige Nichtbeachtung die Wirksamkeit der Einlösungsverpflichtung gegenüber dem Inhaber nicht berühren würde.

2. Michaelis, LeipzZ. 17 572. Hinsichtlich des Nachweises der Vorlegung finden nach Satz 2 daselbst die Vorschriften des § 16 des ScheckG. Anwendung. Daraus wird zu folgern sein, daß auch die Einlieferung in eine Abrechnungsstelle, bei der die RB. vertreten ist (§ 11 ScheckG.), als Vorlegung genügt was sonst angesichts des Wortlautes des Bestätigungsvermerks (Einlösung „während der Geschäftsstunden") zweifelhaft sein könnte.

3. Ablehnung der Ausdehnung des bestätigten Schecks. Schreiben des Staatssekretärs des Reichsschatzamts an den freien Ausschuß der allgemeinen Genossenschaftsverbände v. 26. März 1917 (GenBl. 1917, 149). Nach Benehmen usw. sehe ich mich zurzeit nicht in der Lage, eine Ausdehnung der bestätigten Schecks in die Wege zu leiten, da die gegen die gegenwärtige Einschränkung solcher Schecks erhobenen Bedenken nicht als durchschlagend anerkannt werden können, andererseits aber gegen die beantragte Ausdehnung über die Reichsbank hinaus überwiegende Bedenken bestehen.

Zweck des bestätigten Schecks ist die Einschränkung des Notumlaufs, nicht aber die Verdrängung anderer, ebenfalls die Bewegung baren Geldes ersparender Zahlungsersatzmittel. An sich sind die Giroüberweisung und die Hingabe gewöhnlicher Schecks einfachere und geeignetere Mittel zur Eindämmung des Banknotenverkehrs als der bestätigte Scheck. Letzterer ist daher nur da am Platze, wo jene anderen Mittel ihrer Natur nach versagen müssen, insbesondere also bei solchen größeren Zahlungen, die Zug um Zug gegen eine Gegenleistung zu bewirken sind. Diese Lücke im Ausbau des bargeldlosen Zahlungsverkehrs auszufüllen, ist der bestätigte Scheck geeignet, sofern er dem Inhaber, wie dies bei den durch das Zentralnoteninstitut bestätigten Schecks der Fall ist, die Gewißheit der Einlösung durch den Bezogenen gibt.

Kann hiernach der bestätigte Scheck kein Allheilmittel zur Verringerung des Notumlaufs sein, ist vielmehr sein Anwendungsgebiet notwendigerweise beschränkt, so vermag der bestätigte Reichsbankscheck, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, dem Verkehrsbedürfnis vollauf zu genügen. Vorausgesetzt ist hierbei allerdings, daß die an den Reichsgiroverkehr angeschlossenen Anstalten und Firmen die bestätigten Reichsbankschecks nicht nur zur Abdeckung eigener Verbindlichkeiten in den dazu geeigneten Fällen verwenden, sondern auch — der an sie ergangenen Aufforderung entsprechend — ihrer Kundschaft auf Wunsch für deren Zahlungszwecke bereitwillig zur Verfügung stellen. Das Bedenken, daß letzterer Weg nicht den Bedürfnissen der Praxis gerecht zu werden scheine, vermag ich nicht als ausschlaggebend anzusehen. Selbst wenn den Banken und Kreditgenossenschaften bei Benutzung der bestätigten Reichsbankschecks mehr Schreib- und Buchungsarbeit erwüchse, als bei Ausübung des von ihnen gewünschten eigenen Rechtes zur Scheckbestätigung, so würde dieser Umstand eine so schwerwiegende und bedenkliche Maßnahme, wie die Ausdehnung des Bestätigungsrechtes auf alle nach § 2 des Scheckgesetzes passiv scheckfähigen Anstalten und Firmen, nicht rechtfertigen können. Es darf aber auch bezweifelt werden, ob die Abgabe eines bestätigten Reichsbankschecks an einen Kunden, der den Betrag bar bezahlt oder sich auf seinem Bankkonto belasten läßt, der Bank oder Kreditgenossenschaft mehr Arbeit verursacht, als die Ausübung des Scheckbestätigungsrechts, da im letzteren Falle außer den Buchungs- und sonstigen Arbeiten des Schecks noch eine genaue Kontrolle über die Einhaltung der Vorlegungsfrist auszuüben ist und bei Ablauf der Frist oder bei Einlösung des Schecks weitere Arbeiten erforderlich sind.

Abgesehen hiervon werden die Banken und Genossenschaften, wenn ihnen das Bestätigungsrecht versagt bleibt, die Abgabe bestätigter Reichsbankschecks an ihre Kundschaft der sonst erforderlichen Auszahlung größerer Barbeträge, die mit erheblicher Arbeit und einem gewissen Risiko verbunden ist, vorziehen. Die Benutzung des von der Reichsbank empfohlenen Weges liegt also auch im eigenen Interesse der Banken und sonstigen Kreditinstitute. Der geringe Zeitverlust, den das nicht an den Reichsbankgiroverkehr angeschlossene Publikum unter Umständen erleidet, wenn es durch Vermittlung einer Bank oder Genossenschaft die Ausstellung eines bestätigten Reichsbankschecks beantragt, kann keine Rolle spielen, da der bestätigte Scheck zu bestimmten größeren, im voraus bekannten Zahlungen verwendet werden soll und somit bei rechtzeitiger Beantragung der Empfang des bestätigten Schecks zu gehöriger Zeit sichergestellt ist. Ebenso könnte ein etwa in Frage kommender geringer Zinsverlust des Publikums gegenüber den mit der Einrichtung verbundenen Annehmlichkeit nicht ins Gewicht fallen. Der Regel nach wird aber überhaupt kein Zinsverlust entstehen, weil der Besteller des Schecks, von seltenen Ausnahmefällen abgesehen, noch am Tage der Bestellung den bestätigten Scheck durch Vermittlung seiner Bank oder Genossenschaft von der Reichsbank erhalten kann. Die erhöhte Benutzung des Reichsbankgirokontos ist aus allgemeinen Gründen durchaus erwünscht. Da die bestätigten Schecks an die Stelle von Barzahlungen treten sollen, die für die Banken und Genossenschaften, wie erwähnt, mit Gefahr und erhöhter Arbeit verknüpft sind, so liegt auch kein gerechtfertigter Grund vor, die Vermittlung der Scheckbestätigung nur gegen Vergütung zu besorgen. Auch mag dahingestellt bleiben, ob die Banken usw., wenn ihnen das Bestätigungsrecht verliehen würde, für die Bestätigung der auf sie gezogenen Schecks nicht auch eine Gebühr unter Hinweis auf die von ihnen übernommenen akzeptmäßige Haftung ihren Kunden in Rechnung stellen würden.

Auch der Umstand, daß etwa in den Verkehr gelangende bestätigte Schecks mangels einer gesetzlichen Regelung der klaren und sicheren Rechtsgrundlage entbehren würden, würde die beantragte Ausdehnung des Bestätigungsrechts nicht rechtfertigen können. Der gedachte Umstand wird vielmehr dazu führen, daß die Bestätigung unterbleibt, wie denn auch bisher ein derartiges Verfahren in Deutschland, soweit bekannt, nicht zur Anwendung gelangt ist.

Jede Erweiterung des Scheckbestätigungsrechtes würde aber auch den schwersten Bedenken unterliegen. Wie bereits erwähnt, kann der bestätigte Scheck seinen Zweck er-

füllen, wenn der Inhaber die Gewißheit der Einlösung durch den Bezogenen hat. Diese Gewißheit fehlt überall da, wo die bezogene Anstalt oder Firma nicht den Anspruch auf unbedingte und weitbekannte Vertrauenswürdigkeit erheben kann. Da der Kreis der vertrauenswürdigen Bezogenen aber im Verordnungs- oder Verwaltungswege nicht festgestellt werden kann, würde das Bestätigungsrecht unterschiedslos allen passiv scheckfähigen Anstalten und Personen verliehen werden müssen, obwohl die Einlösung nicht überall sichergestellt ist. Dem Publikum, das bestätigte Schecks in Zahlung nimmt, würden somit Enttäuschungen und Verluste nicht erspart bleiben; ein gewisses Mißtrauen gegen die ganze Maßnahme würde die Folge sein. Wenn das Publikum, wie wohl anzunehmen wäre, dazu übergehen würde, nur bestätigte Schecks solcher Anstalten und Firmen in Zahlung zu nehmen, die annähernd gleich vertrauenswürdig erscheinen wie die Reichsbank, so würde die Einrichtung dazu beitragen, die Macht und den Einfluß dieser Anstalten und Firmen noch erheblich zu verstärken und den auf Kosten der kleineren Firmen sich vollziehenden Konzentrationsprozeß zu fördern. Dies liegt nicht im öffentlichen Interesse.

Des weiteren wäre, wenn man das Bestätigungsrecht ganz in die Hände privater Institute legen wollte, zu besorgen, daß dem Deckungserfordernis nicht überall in hinreichender Weise Rechnung getragen würde, zumal in dieser Beziehung keine Kontrolle geübt werden kann. Überhaupt wäre der mißbräuchlichen Ausgabe und Verwendung bestätigter Schecks, insbesondere zu Kreditzwecken, Tür und Tor geöffnet. Die Abgabe von Scheckbüchern, die eine Anzahl bestätigter Schecks über bestimmte kleinere oder größere Beträge enthalten, gegen Bezahlung oder sonstige Deckung würde nicht gehindert werden können; hierauf abzielende Vorschläge sind bereits wieder aufgetaucht. Solche Schecks würden, wenn sie von ersten Banken bestätigt werden und durch eine besondere, dem Papiergeld ähnliche Ausstattung gegen die Fälschungsgefahr ausreichend geschützt sind, voraussichtlich im Verkehr wie Banknoten oder Papiergeld als Zahlungsmittel von Hand zu Hand wandern, und zwar nach dem Ablauf der Vorlegungsfrist, da die bestätigende Bank sich auch nach diesem Zeitpunkt der Einlösung nicht entziehen könnte. Die Schaffung eines derartigen, nicht unter staatlicher Haftung und Kontrolle stehenden Privatpapiergeldes kann aber aus währungspolitischen und allgemeinen wirtschaftlichen Gründen nicht zugelassen werden.

(Abschnitt XXX in Bd. 3, 292.)

XXXI. Bek. zur Erleichterung der Einzahlung auf Aktien usw. Vom 24. Mai 1917. (RGBl. 431.)

[BR.] § 1. Bei der Errichtung einer Aktiengesellschaft sowie bei der Erhöhung des Grundkapitals kann die Einzahlung des auf die Aktien eingeforderten Betrags (§ 195 Abs. 3, § 284 Abs. 3 HGB.) auch durch einen von der Reichsbank bestätigten Scheck oder durch Gutschrift auf ein Konto bei der Reichsbank oder auf ein Postscheckkonto erfolgen; in einem solchen Falle ist statt der Erklärung über die bare Einzahlung die Erklärung abzugeben, daß der Betrag in der bezeichneten Weise durch Scheck oder Gutschrift eingezahlt ist.

Statt der Erklärung, daß der eingeforderte Betrag im Besitze des Vorstandes ist, genügt die Erklärung, daß er in einem von der Reichsbank bestätigten Scheck oder in einer Gutschrift auf einem Konto bei der Reichsbank oder auf einem Postscheckkonto zur freien Verfügung des Vorstandes steht, die Verfügung insbesondere nicht durch Gegenforderungen beeinträchtigt ist.

§ 2. Die Vorschriften des § 1 finden entsprechende Anwendung auf Kommanditgesellschaften auf Aktien (§ 320 Abs. 3, § 323 Abs. 2 HGB.) sowie auf Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (§ 22 Abs. 2, § 31 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 — RGBl. 139).

§ 3. Diese Verordnung tritt am 1. Juni 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann sie außer Kraft tritt.

Begründung.

(NordddAllgZtg. v. 26. Mai 17 Nr. 144 2. Ausg.)

Wird eine neugegründete Aktiengesellschaft zum Handelsregister angemeldet, so ist in der Anmeldung nach § 195 Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs die Erklärung abzugeben, daß auf jede Aktie, soweit nicht anders als durch Barzahlung zu leistende Einlagen bedungen sind, der eingeforderte Betrag bar eingezahlt und im Besitze des Vorstandes ist; als Barzahlung soll dabei nur die Zahlung in deutschem Gelde, in Reichskassenscheinen sowie in gesetzlich zugelassenen Noten deutscher Banken gelten. Entsprechendes schreibt das Handelsgesetzbuch auch für die Erhöhung des Grundkapitals einer Aktiengesellschaft sowie für die Gründung und die Kapitalserhöhung einer Kommanditgesellschaft auf Aktien vor. Auf der gleichen Grundlage beruhen ferner die gesetzlichen Bestimmungen über den Gründungsfonds der Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit. Für die Bareinzahlungen bei Gründungen und namentlich bei Kapitalserhöhungen werden auch während des Krieges erhebliche Mengen von Umlaufsmitteln benötigt und dadurch dem Verkehr entzogen. Es erschien geboten, hier die Möglichkeit bargeldloser Zahlungen zu eröffnen, soweit dies geschehen kann, ohne daß in grundlegende Vorschriften des Aktienrechts eingegriffen und die Sicherheit für das tatsächliche Vorhandensein des einzuzahlenden Aktienkapitals gefährdet wird. Der Bundesrat hat demgemäß eine Verordnung erlassen, durch welche der baren Einzahlung die Gutschrift auf ein Konto bei der Reichsbank und auf die Postscheckkontos sowie die Zahlung durch einen von der Reichsbank bestätigten Scheck gleichgestellt wird. Ist die Anmeldung durchgeführt, so bleibt es dem Vorstand überlassen, die bei der Reichsbank oder auf ein Postscheckkonto eingezahlten Gelder unter seiner Verantwortung auf andere ihm geeignet erscheinende Stellen zu übertragen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Beteiligten zur Vermittlung einer Einzahlung auf die Aktien auch anderer Schecks als der bestätigten Reichsbankschecks bedienen; die Hingabe eines gewöhnlichen Schecks genügt aber als solche nicht, vielmehr muß sie dazu führen, daß der Betrag bar in den Besitz des Vorstandes gelangt oder auf einem Konto bei der Reichsbank oder auf einem Postscheckkonto gutgeschrieben wird. Als bare Einzahlung muß ferner ebenso wie die Zahlung in Reichskassenscheinen auch die Zahlung in Darlehnskassenscheinen angesehen werden; dies folgt schon daraus, daß die Darlehnskassenscheine im Darlehnskassengesetze für den Zahlungsverkehr und die Notendeckung den Reichskassenscheinen grundsätzlich gleichgestellt sind. Einer ausdrücklichen Bestimmung hierüber bedurfte es daher nicht.

XXXII. Bek. über die Zahlung des Bargebots bei Zwangsversteigerungen. Vom 24. Mai 1917. (RGBl. 432.)

[BR.] § 1. Einer Hinterlegung im Sinne des § 49 Abs. 3 und des § 65 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (RGBl. 1893, 713) steht die Einzahlung an die Gerichtskasse oder an eine von der Landeszentralbehörde bestimmte Kasse gleich. Eine Anweisung auf den eingezahlten Betrag steht einer Anweisung auf den hinterlegten Betrag (§ 117 Abs. 3) gleich.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [25. 5.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann sie außer Kraft tritt.

Hierzu:

Preuß. Allg. Verfügung vom 12. Juni 1917 über die Zahlung des Bargebots bei Zwangsversteigerungen sowie über Änderungen der Kassenordnung. (JMBl. 191)

I. Zur Ausführung der Verordnung des Bundesrats über die Zahlung des Bargebots bei Zwangsversteigerungen vom 24. Mai 1917 (RGBl. 432) wird für die Dauer der Geltung dieser Verordnung bestimmt:

1. Die nach § 1 der Verordnung in Verbindung mit § 49 Abs. 3 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung zulässige Einzahlung des Bargebots an die Gerichtskasse kann nicht nur in bar bei dieser selbst, und zwar noch am Terminstage bis zur Terminsstunde, sondern auch durch Einzahlung oder Überweisung des Betrags auf das Postscheckkonto der Gerichtskasse und außerdem bei Gerichtskassen, an deren Sitze sich eine Reichsbankanstalt mit Giroverkehr befindet oder die sonst an den Reichsbankgiroverkehr angeschlossen sind, durch Überweisung des Betrages im Reichsbankgirowege sowie durch die Übergabe eines bestätigten Reichsbankschecks (Allgemeine Verfügung vom 26. September 1916 — JMBl. 263 —) oder eines sonst zur Annahme geeigneten Schecks (Allgemeine Verfügung vom 20. Juni 1910 — JMBl. 217 — und Nr. 9 der Bestimmungen vom 23. August 1913 — JMBl. 320 —) geschehen. Die Gerichtskasse hat den Betrag ohne weitere Weisung anzunehmen, jedoch von der Einzahlung oder der Gutschrift auf ihr Konto unverzüglich Anzeige zu den Zwangsversteigerungsakten zu erstatten.

2. Zu der im allgemeinen Interesse sehr erwünschten Hebung des bargeldlosen Verkehrs auch im Zwangsversteigerungsverfahren wird es beitragen, wenn die beteiligten Beamten (Vollstreckungsrichter, Gerichtsschreiber, Kassenbeamte) die Anwendung der Verordnung vom 24. Mai 1917 nach Kräften zu fördern sich bemühen. Insbesondere empfiehlt es sich, darauf hinzuwirken, daß von der Befugnis, das Bargebot bei der Gerichtskasse einzuzahlen, möglichst häufig Gebrauch gemacht wird, und daß diese Einzahlung tunlichst durch Überweisung im Postscheck- oder im Reichsbankgirowege erfolgt. Auch ist anzustreben, daß die den Beteiligten zukommenden Beträge ihnen regelmäßig im Postscheck- oder Reichsbankgirowege zugeführt werden. Im einzelnen wird folgendes angeordnet:

A. Die Vollstreckungsrichter haben schon im Versteigerungstermine, gegebenenfalls auch im Termine zur Verkündung des Zuschlagsbeschlusses, die Beteiligten, insbesondere den Ersteher und die anwesenden Gläubiger, soweit an sie eine Zahlung aus dem Bargebote voraussichtlich zu leisten sein wird, oder ihre Vertreter, auf die Verordnung vom 24. Mai 1917 hinzuweisen und über die unter 1 angeführten Verwaltungsvorschriften in geeigneter Weise aufzuklären. Die Mitteilungen der Beteiligten über ihr Postscheckkonto, ihr Reichsbankgirokonto oder ihr Konto bei einem an den Postscheckverkehr oder, falls die Gerichtskasse Reichsbankgirokonto besitzt, auch an den Reichsbankgiroverkehr angeschlossenen Bankgeschäfte (Sparkasse) sind entgegenzunehmen und im Protokolle zu vermerken.

B. Dem Vordrucke zur Ladung der Beteiligten zum Verteilungstermine (Z. V. Nr. 17) ist unter Streichung des letzten Absatzes „Die Übersendung des einem Berechtigten usw." folgender Vermerk hinzuzufügen:

Konto der Gerichtskasse:

a) Postscheckkonto..... Nr.....

b) Reichsbankgirokonto[1])

„Das Bargebot kann außer bar im Verteilungstermin auch bereits vorher an die Gerichtskasse eingezahlt werden. Durch diese Einzahlung wird der Ersteher von seiner Verbindlichkeit, insbesondere auch von der Verpflichtung, das Bargebot von dem Zuschlag an mit — vier — v. H. zu verzinsen, befreit, wenn die Einzahlung im Verteilungstermine nachgewiesen wird. Die Einzahlung an die Gerichtskasse kann auch durch Überweisung oder durch Zahlung des Betrags auf das nebenbezeichnete Postscheckkonto — oder Reichsbankgirokonto[1]) — unter gleichzeitiger Benachrichtigung des Gerichts von der Überweisung oder Zahlung erfolgen. Da im Postscheckverkehr einige Tage bis zur Benachrichtigung der Gerichtskasse

[1]) Im nicht zutreffenden Falle zu streichen.

von der Gutschrift verstreichen, ist es erforderlich, die Einzahlung oder Überweisung auf das Postscheckkonto rechtzeitig vor dem Verteilungstermin zu bewirken.

Der Ersteher wird auch durch Hinterlegung von seiner Verbindlichkeit befreit, wenn die Hinterlegung und die Ausschließung der Rücknahme im Verteilungstermine nachgewiesen werden.

Wünscht ein Empfangsberechtigter die Auszahlung des auf ihn entfallenden Anteils an dem Bargebot im Postscheckverkehr — oder Reichsbankgiroverkehr — auf sein Konto bei einem Postscheckamte, bei einer Reichsbankanstalt oder bei einem an den Postscheckverkehr — oder den Reichsbankgiroverkehr — angeschlossenen Bankgeschäfte (Sparkasse), so ist dies, soweit die nötigen Angaben nicht schon in dem Versteigerungstermin oder in dem Termine zur Verkündung des Zuschlags gemacht sind, rechtzeitig, spätestens im Verteilungstermin, unter genauer Bezeichnung des Kontos zu beantragen.

Erscheint ein Berechtigter im Termine nicht, so wird ihm der im Verteilungsplane zugeteilte Betrag, wenn er nicht eine andere Art der Auszahlung beantragt, im Reichsbankgiro- oder Post-Überweisungs- und Scheckverkehr ausgezahlt."

Bis zur endgültigen Abänderung des Vordrucks Z. V. Nr. 17, die besonders angeordnet werden wird, ist der Ladung ein roter Aufklebezettel mit dem obigen Inhalte beizufügen.

C. Im Verteilungstermin ist der Ersteher bei der Führung des Nachweises der erfolgten Zahlung oder Überweisung des Bargebots an die Gerichtskasse von den beteiligten Beamten nach Möglichkeit zu unterstützen. Insbesondere ist im Falle der Verzögerung der Benachrichtigung von der Gutschrift bei der Gerichtskasse oder der Reichsbankstelle in geeigneter Weise nachzufragen.

Ist das Bargebot bei der Gerichtskasse eingezahlt, so wird, von besonderen Ausnahmefällen abgesehen, der Teilungsplan nicht durch Zahlung, sondern durch Erteilung von Anweisungen auf den eingezahlten Betrag (§ 1 Satz 2 der Verordnung vom 24. Mai 1917 in Verbindung mit § 117 Abs. 3 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung) auszuführen sein.

3. Die an die Gerichtskasse bar gezahlten oder ihr im Postscheck- oder Reichsbankgiroverkehre zugeführten Gelder sind gemäß der der Kasse in Reinschrift zuzufertigenden Anweisung des Vollstreckungsrichters an die namhaft gemachten Empfangsberechtigten zu zahlen. Soweit nicht, wie dies in der Regel der Fall sein soll, die Anweisung des Vollstreckungsrichters auch das Nähere über die Art und Weise der Auszahlung enthält, hat die Kasse die Zahlung unter Beachtung der allgemeinen Bestimmungen, insbesondere über die Ausnutzung des Scheck- und Giroverkehrs, auszuführen. Bei der zunehmenden Einbürgerung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs haben die Gerichtskassen davon abzusehen, sich vor dem Verteilungstermine besondere Barmittel zur Auszahlung an die Berechtigten zu beschaffen, sofern nicht mit Sicherheit zu erwarten ist, daß eine bare Auszahlung verlangt werden wird. Regelmäßig ist jedoch die Auszahlung im Wege des Postscheck- und Überweisungsverkehrs oder im Reichsbankgiroverkehr anzustreben.

4. Die vorstehenden Bestimmungen über die Einzahlung oder Auszahlung des Bargebots gelten sinngemäß auch für den Erlös, der sich aus einer selbständigen Verwertung einer Forderung oder einer beweglichen Sache gemäß § 65 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung ergibt.

5. Die in Betracht kommenden Gelder sind von der Gerichtskasse nach den Vorschriften über solche Verwahrgelder zu behandeln, die nicht unmittelbar der Justizhauptkasse zu überweisen sind. Der § 51 Abs. 5 KassO. findet auf sie keine Anwendung.

II. Die Kassenordnung vom 28. März 1907 (JMBl. 126) wird, wie folgt, geändert:

1. Der § 51 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Die baren Verwahrgelder einschließlich der Gutschriften von Verwahrgeldern auf dem Postscheck- oder Reichsbankgirokonto gehören zum Kassenbarbestande, sind mithin auch ungetrennt von den übrigen Kassengeldern gemäß § 67 aufzubewahren.

Insoweit die Verwahrgelder in Wertpapieren bestehen, sind sie bei allen Kassen unter gemeinschaftlichen Verschluß des Rendanten und Kontrolleurs (Kurators — § 95) zu nehmen.

2. In dem Muster Nr. 28 a (Kassenabschlußbuch) — Allgemeine Verfügung vom 15. April 1914 (JMBl. 480) — werden

a) in Spalte 10 die Überschrift dahin geändert:
„Nach Abzug des Betrags Spalte 9 von dem Betrage Spalte 4 verbleiben"

b) in Spalte 12 die Worte „Von dem Kassenbarbestande entfällt" durch die Worte „Von dem Gesamtbetrage der Spalten 10 und 11 entfallen" ersetzt.

3. In dem Muster Nr. 31 (Bestandsnachweisung) ist

a) hinter „bleibt Kassenbestand.....M. ....Pf." einzuschalten:
„Dazu Gesamtbetrag der baren Verwahrgelder .....M. ....Pf.
insgesamt ....M. ....Pf."

b) hinter „Reichsbank in Höhe von .....M. ....Pf." zuzusetzen:
„beim Postscheckamt in Höhe von .....M. ....Pf."

XXXIII. Kriegssteuergesetze.

1. Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne. Vom 24. Dezember 1915. (RGBl. 837.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 238ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 249; 3, 295.

Michaelis, Die Rechtsverhältnisse an der Sonderrücklage zur Sicherung der Kriegsgewinnsteuer. GruchotsBeitr. 61 410ff.

§ 3.

Geschäftsgewinn.

1. Allgemeines.

Erläuterung a bis f in Bd. 2, 252ff., g bis k in Bd. 3, 297.

l) Rücklage und Tantieme.

(α bis μ in Bd. 3, 298, ν in Bd. 4, 787.)

ξ. Weisbart und v. Krause veröffentlichen in JW. 17 346 Entgegnungen und Erwiderungen im Anschluß an ihre früheren in Bd. 4, 787 mitgeteilten Ausführungen.

§ 5.

Bad. Zoll- und Steuerdirektion (Zimmermann, Erörterung von Zweifelsfragen aus dem Besitz- und Kriegssteuergesetz [in: „Gesetz über die Sicherung der Kriegssteuer"]1). Der durchschnittliche frühere Geschäftsgewinn der juristischen Personen ist — abgesehen von neugegründeten Gesellschaften — gemäß § 5 Abs. 1 des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne nach den Ergebnissen der fünf den Kriegsgeschäftsjahren vorangegangenen vollen Geschäftsjahre zu berechnen (vgl. § 24 Abs. 1 letzter Satz der AB. zum KrStG.). Geschäftsergebnisse von weniger als 12 Monaten (Übergangsgeschäftsjahre) dürfen nicht in den Durchschnittszeitraum einbezogen werden, sondern sind aus der Durchschnittsberechnung auszuschalten. Hiernach hat die Gesellschaft X, deren Geschäftsjahre bis zum 30. Juni 1912 vom 1. Juli bis 30. Juni liefen und seit 1. Januar 1913 mit den Kalenderjahren zusammenfallen, die Geschäftsergebnisse der

jenigen Abschlüsse der Durchschnittsberechnung zugrunde zu legen, welche die Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1912 und die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1913 umfassen.

§ 8.

Die Sperre.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 256f.; 3 bis 14 in Bd. 3, 302f.)

14a. Michaelis a. a. O. 413. Die Sonderrücklage ist ein echter Reservefonds, der von einem Teile des Gewinns eines Kriegsgeschäftsjahres zur Deckung einer möglicherweise später eintretenden Ausgabe, nämlich der Zahlung der Kriegsgewinnsteuer, gebildet wird. Daß ihre Anlage in bestimmten Werten und ihre getrennte Verwaltung vorgeschrieben ist, bildet, wie wir gesehen haben, keine wesentliche Abweichung von den im Handelsgesetzbuche vorkommenden Rücklagen, da bei diesen eine derartige Maßregel zwar nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, aber durch Satzung oder Generalversammlungsbeschluß angeordnet werden kann. Dagegen enthält die Vorschrift, daß die Sonderrücklage für die Kriegsgewinnsteuer der freien Verfügung der Gesellschaften entzogen ist, unzweifelhaft eine wesentliche Abweichung von den für die anderen Rücklagen bestehenden Vorschriften, die lediglich eine den Gesellschaftsorganen obliegende, auch unter Strafschutz gestellte Verpflichtung aufstellen, aber eine Verfügungsbeschränkung nach außenhin nicht begründen. Die Vorschrift war in dem von den verbündeten Regierungen vorgelegten Entwurfe des Gesetzes nicht enthalten, ist vielmehr erst von der Kommission (dem verstärkten Haushaltsausschusse des Reichstags) hinzugefügt worden, und zwar zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Zweifel zu beseitigen, welche darüber bestehen könnten, ob nicht ohne diese Vorschrift die Verpfändung der für die Sonderrücklage anzuschaffenden Wertpapiere zulässig sein würde. Die Bestimmung hat jedoch eine über diesen Zweck hinausgehende Bedeutung. Eine Verfügung über die Wertpapiere ist nicht nur in einer Verpfändung, sondern auch in einer Veräußerung enthalten, und die Bestimmung bedeutet deshalb ein Veräußerungsverbot, und zwar ein solches im Sinne des § 135 BGB., das nur den Schutz einer bestimmten Person, nämlich des Reichsfiskus bezüglich der für ihn etwa durch das beabsichtigte Kriegsgewinnsteuergesetz entstehenden Steuerforderung, bezweckt. Eine Veräußerung der Papiere und eine Verpfändung würde deshalb gegenüber dem Reichsfiskus unwirksam sein, soweit nicht die entsprechend anzuwendenden Vorschriften zugunsten derjenigen, welche Rechte von einem Nichtberechtigten herleiten, entgegenstehen. Danach kann ein Dritter durch gutgläubigen Erwerb unter Übergabe der Papiere das Eigentum daran erwerben (§ 932 BGB); ebenso aber auch ein Pfandrecht (§ 1207). Eine der Vorschrift zuwider durch die Gesellschaftsorgane erfolgende Verpfändung der Papiere ist deshalb, wenn die Papiere dem Pfandgläubiger übergeben werden und dieser sich zur Zeit der Übergabe im guten Glauben befindet (also nicht weiß, daß die Papiere zur Sonderrücklage gehören), auch gegenüber dem Reichsfiskus wirksam. Die vom Abg. Schiffer bei der zweiten Lesung des Gesetzes im Reichstage gemachte Bemerkung, der Reichsfiskus sei in der Lage, Klage auf Herausgabe gegen den Dritten zu erheben, trifft deshalb auf diesen Fall nicht zu.

14b. Michaelis a. a. O. 415. Aus § 135 Abs. 1 Satz 2 BGB., demzufolge eine Verfügung, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder der Arrestvollziehung erfolgt, der rechtsgeschäftlichen Verfügung gleichsteht und sonach gegenüber den Personen, deren Schutz das Veräußerungsverbot bezweckt, unwirksam ist, folgt, daß auch eine Pfändung der die Sonderrücklage bildenden Wertpapiere durch Gläubiger der Gesellschaft gegenüber dem Reichsfiskus unwirksam ist.

14c. Michaelis a. a. O. 415. Aus der Vorschrift, daß die Sonderrücklage der freien Verfügung der Gesellschaften entzogen ist, ist gefolgert worden (Korsch, JW. 16, 628), daß die Gesellschaften überhaupt nicht Eigentümer der Sonderrücklage seien, das Eigentum daran vielmehr dem Reichsfiskus zustehe. Diese Auffassung hat aber keine Berechtigung. Eine Entziehung einzelner in dem Eigentum enthaltener Befugnisse,

auch des Verfügungsrechts, bedeutet keineswegs eine Entziehung des Eigentums selbst, das die rechtliche und tatsächliche Herrschaft über die Sache in ihrer Gesamtheit darstellt. Auch der Gemeinschuldner bleibt Eigentümer der zur Konkursmasse gehörigen Sachen, obwohl das Verfügungsrecht ihm entzogen ist und von dem Konkursverwalter ausgeübt wird (§ 6 KO.). Noch weniger kann von einem Verluste des Eigentums durch ein Veräußerungsverbot die Rede sein, welches zwar dem Eigentümer die Verfügung über die Sache verwehrt, ohne aber das Verfügungsrecht seiner Substanz oder auch nur seiner Ausübung nach auf einen anderen zu übertragen. Denn daß der Reichsfiskus nicht befugt ist, seinerseits über die Rücklage zu verfügen, ergibt sich aus dem Gesamtinhalte des Gesetzes. Er kommt lediglich in Betracht als Gläubiger einer möglicherweise in Zukunft entstehenden Forderung, zu deren Sicherheit die Wertpapiere dienen sollen, ohne daß ihm auch nur ein Recht auf den Besitz der Wertpapiere gegeben ist, die vielmehr in der Verwahrung der Gesellschaft verbleiben. Seine Forderung geht auch nicht einmal auf Übereignung der Wertpapiere, sondern, soweit sie überhaupt entsteht, auf Geld, und es ist nur (wie bereits bei Erlaß des Sicherungsgesetzes in Aussicht genommen war) durch das Kriegssteuergesetz (§ 32) den steuerpflichtigen Gesellschaften nachgelassen, bei Entrichtung der Steuer Kriegsanleihewerte an Zahlungs Statt zu geben. Wenn Korsch zur Stütze seiner Ansicht auf die Beschlagnahme- und Enteignungsverordnungen des Bundesrats hinweist, so wird durch diese seine Ansicht gerade widerlegt, da in ihnen die Beschlagnahme, welche dem Eigentümer zwar die Verfügung entzieht, aber das Eigentum beläßt, streng unterschieden wird von der Enteignung, durch die erst das Eigentum dem bisherigen Eigentümer entzogen wird und auf denjenigen, zu dessen Gunsten die Enteignung erfolgt, übergeht.

Zu weit geht aber auch Hachenburg (a. a. O.), wenn er meint, die Sonderrücklage sei nur noch formales Eigentum der Gesellschaft, in Wirklichkeit werde sie von der Gesellschaft lediglich als eine Treuhänderin für fremde Rechnung, nämlich für den Fiskus, aufbewahrt, und der Fiskus habe deshalb im Falle des Konkurses der Gesellschaft ein Aussonderungsrecht. Ein solches Aussonderungsrecht hat allerdings das Reichsgericht zugelassen für Sachen, die dem Gemeinschuldner lediglich zur Sicherung für eine Forderung von einem Dritten übereignet worden sind, indem es ausgeführt hat, daß solche Sachen wirtschaftlich ein Vermögensbestandteil des früheren Eigentümers geblieben sind und deshalb nicht materiell und wirtschaftlich zum Vermögen des Gemeinschuldners „gehören" (§ 35 KO.). Die Sonderrücklage ist aber wirtschaftlich nach wie vor Bestandteil des Vermögens der Gesellschaft; dieser fließen nicht nur die Zinsen der Wertpapiere zu, sondern auch die Vorteile der Werterhöhung, wie sie andererseits auch die Gefahr der Wertverminderung durch Kursverluste trägt. Ein Aussonderungsrecht des Fiskus im Falle eines Konkurses der Gesellschaft wird also nicht anerkannt werden können. In Frage könnte nur kommen, ob etwa der Reichsfiskus in solchem Falle abgesonderte Befriedigung nach Maßgabe der §§ 47ff. KO. verlangen könnte. Auch diese Frage wird aber verneint werden müssen. Ein Recht auf abgesonderte Befriedigung steht nach § 49 Nr. 2 KO. u. a. denjenigen zu, welche ein gesetzliches Pfandrecht an gewissen Gegenständen haben. Solchen Pfandrechten, wie sie im BGB. und im HGB. für gewisse Forderungen gegeben sind, wird aber ein bloßes Veräußerungsverbot, das zum Schutze einer bestimmten Person erlassen ist, auch wenn es, wie im vorliegenden Falle, zur Sicherung einer Forderung dieser Person dient, nicht ohne weiteres gleichzustellen sein. Das Sicherungsgesetz hat es unterlassen, das Recht des Reichsfiskus an der Rücklage als ein gesetzliches Pfandrecht auszugestalten oder durch die Bezeichnung desselben als Pfandrecht auf die gesetzlichen Bestimmungen über Pfandrechte hinzuweisen. Dem Reichsfiskus steht daher auch nicht ein Verkaufsrecht an den Wertpapieren nach Maßgabe der §§ 1228ff. BGB. nach Eintritt der Fälligkeit seiner Forderung zu.

15. Rücklage und Einkommensteuer.

(Erläuterung a bis g in Bd. 3, 305, 306.)

h) Michaelis a. a. O. 417. Die Sonderrücklage ist tantieme- oder einkommensteuerpflichtig.

i) PrOVG. VI, GesuR. 18 200. Die Sonderrücklage ist ein gesetzlicher Reservefonds, ähnlich dem, der den Aktiengesellschaften durch § 262 des HGB. vorgeschrieben ist. Von diesem unterscheidet sich die Sonderrücklage nur dadurch, daß ihr nach dem Gesetze vornehmlich bestimmte Aktiva gegenüberstehen sollen, weil sie getrennt von dem sonstigen Vermögen zu verwalten und in Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats anzulegen ist (§ 8 Abs. 1 des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen usw.). Insoweit sich aber bei der Aufstellung einer späteren Bilanz ein Kursverlust an jenen Anlagen ergibt, steht auch der Sonderrücklage die Gesamtheit der übrigen Aktiva gegenüber (Stenographische Berichte des Reichstags, 24. Sitzung v. 20. 12. 1915 Seite 496). Mit dem gesetzlichen Reservefonds der Aktiengesellschaft hat die Sonderrücklage es auch gemein, daß sie durch den Verlust in einem späteren Kriegsjahr sich in sich selbst verzehrt, und zwar bei der Aktiengesellschaft noch vor dem gesetzlichen Reservefonds. Schon ein Mindergewinn in einem späteren Kriegsjahr verringert ohne weiteres zu einem entsprechenden Teil auch die Sonderrücklage (§ 8 Abs. 4 a. a. O.). Mit Recht hat deshalb auch der Reichsschatzsekretär in den Kommissionsverhandlungen wiederholt seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß die Sonderrücklage der Gewerbesteuer unterliege (Kommissionsbericht S. 16 u. 19).

k) BadRpr. 17 78 (BadVerwGhof.). Im vorliegenden Falle konnte es an sich für die bei der Veranlagung der Kl. nach dem Stand vom 1. April 1916 zu berücksichtigende Bilanz vom 31. Oktober 1915 die Einstellung der Sonderrücklage für Kriegssteuer noch gar nicht in Betracht kommen, da das die Bildung der Sonderrücklage anordnende Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne (Sicherungsgesetz) erst am 24. Dezember 1915 erlassen worden und am 28. Dezember 1915 in Kraft getreten ist. Der Sonderrücklagebetrag, der nach Maßgabe dieses Gesetzes nachträglich unter den Gewinnverteilungsposten besonders benannt wurde, war daher lediglich ein Teil des Überschusses des Geschäftsjahres vom 1. November 1914 auf 31. Oktober 1915, der nach Art. 5 Abs. 1 A II Satz 2 EinkStG. als steuerbares Einkommen der Kl. zu gelten hat. Durch die nachträglich dafür eingeführte Bezeichnung konnte diese Eigenschaft natürlich nicht verändert werden. Auch soweit mit Rücksicht auf die Veranlagung nach dem Stand vom 1. April 1916 dieser Posten zu inzwischen erlassenen und in Kraft getretenen Gesetz vom 24. Dezember 1915 in Beziehung gesetzt wurde, blieb sein Betrag ein Teil des bilanzmäßigen steuerbaren Einkommens (§§ 3, 4, 8 SicherungsGes.). Der Gerichtshof hat keinen Anlaß, seine darüber in dem Urteil v. 7. November 1916 ausgesprochene grundsätzliche Auffassung zu ändern (vgl. BadRpr. 17, 7).

l) BadVerwGhof. (Zimmermann a. a. O. 12). Das Gesetz v. 24. Dezember 1915 ist kein Steuergesetz, sondern ein Sperrgesetz als Vorbereitung für ein erst später zu erlassendes Steuergesetz. Es will keine Steuerschuld begründen, sondern die Gesellschaften mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende künftige Besteuerung der Kriegsgewinne zur Ansammlung von Vermögen anhalten, um die durch Zahlung der künftig von ihnen zu fordernden Steuer etwa erwachsenden Schwierigkeiten zu vermeiden. Hiernach kann keine Rede davon sein, daß der gebildeten Kriegssteuer-Sonderrücklage ein Anspruch des Reichsfiskus in gleicher Höhe gegenübersteht und sich die Rücklage mithin als wirkliche Gesellschaftsschuld, als ein echtes Passivum darstellt. Der dem Kriegsgewinnsteuerkonto zugewiesene Betrag bildet einen Kapitalfonds für Leistung von Ausgaben, die auf Grund einer mit Wahrscheinlichkeit in naher Zukunft zu erwartenden Zahlungsverbindlichkeit aufgewendet sein werden. Eine aus dem Gewinn gezogene Rücklage für künftige Zwecke ist aber als echter Reservefonds anzusehen, wobei es keinen Unterschied ausmacht, ob der Betrag freiwillig oder auf Grund einer gesetzlichen Verpflichtung zurückgelegt worden

ist. Allerdings ist diese Sonderrücklage der freien Verfügung der Kl. entzogen. Auch sollen der Rücklage in Abweichung von der für den gesetzlichen Reservefonds geltenden Regel bestimmte Aktiva gegenüberstehen, weil sie getrennt von dem sonstigen Vermögen zu verwalten und in Schuldverschreibungen des Deutschen Reichs oder eines Bundesstaats anzulegen ist. Aus dieser Verfügungsbeschränkung kann aber nicht gefolgert werden, daß die Rücklage aus dem Vermögen ausgeschieden wäre. Ihr wirtschaftlicher Wert bleibt der Gesellschaft erhalten." Die Entscheidung hat auch Bedeutung für die Feststellung des Mehrgewinns der Gesellschaft. Ist die Sonderrücklage eine echte Rücklage, so bildet sie auch einen Bestandteil des Geschäftsgewinnes, darf also nicht an diesem in Abzug gebracht werden.

m) Maatz, PrVerwBl. 38 326. Zur Begründung der Steuerpflicht der Sicherungsrücklage darf nicht mit einem Geschenk an die Aktionäre operiert werden für den Fall, daß ein steuerfreier Überschuß aus der Rücklage, vielleicht die ganze, in die Verfügung der Gesellschaft zurückfällt. Ein solches Geschenk würde nicht vorliegen, sondern der rückfallende Betrag steuerbar sein, sobald er eine steuerbare Verwendung findet.

(Gesetz Nr. 2 in Bd 2, 260.)

3. Gesetz über eine weitere Kriegsabgabe der Reichsbank für 1916. Vom 27. März 1917. (RGBl. 285.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Von dem Gewinne der Reichsbank für das Jahr 1916 wird vorweg ein Betrag von 100 Millionen Mark dem Reiche überwiesen.

§ 2. Die für das Jahr 1916 von der Reichsbank „für Kriegsverluste" bilanzmäßig zurückzustellende Reserve darf bis zum 31. Dezember 1920 nur zur Deckung von solchen Verlusten verwendet werden.

Soweit der zurückgestellte Betrag bis zu diesem Zeitpunkt keine Verwendung gefunden hat, ist über ihn durch das nächste, zufolge § 41 des Bankgesetzes zu erlassende Gesetz endgültige Bestimmung zu treffen.

Der Betrag ist der Kommunalbesteuerung nicht unterworfen.

Urkundlich usw.

Begründung.

I. Das Gesetz über die Kriegsabgaben der Reichsbank vom 24. Dezember 1915 (RGBl. 840) hat im Art. 1 von dem Gewinne der Reichsbank für das Jahr 1915 dem Reiche vorweg 100 Millionen Mark überwiesen. Die Überweisung stellt einen Ausgleich dafür dar, daß die aus bankpolitischen Gründen gebotene Aufhebung der Steuerpflicht den Gewinn der Reichsbank über das durch jene Aufhebung beabsichtigte und gerechtfertigte Maß hinaus gesteigert hatte. Dabei wurde in der Begründung zum Entwurfe des Gesetzes ausdrücklich bemerkt, daß ein ähnlicher Ausgleich auch für das Jahr 1916 im Wege der Gesetzgebung ins Auge zu fassen sein werde, falls die Befreiung von der Notensteuer auch in diesem Jahre eine übermäßige Steigerung des Gesamtgewinns und eine unbillige Bereicherung der Reichsbank mit sich bringen würde. Die hier bezeichneten Voraussetzungen sind eingetreten und lassen die Überweisung des gleichen Betrags von 100 Millionen Mark gerechtfertigt erscheinen. § 1 des Entwurfs trifft eine entsprechende Regelung.

II. Durch die gemäß Art. 3 des vorerwähnten Gesetzes als „Reserve für zweifelhafte Forderungen" bilanzmäßig zurückgestellten Beträge ist für die Deckung von Verlusten, die der Reichsbank durch den Krieg erwachsen können, insoweit gesorgt, als diese Verluste mit der Uneinziehbarkeit der im feindlichen Ausland gehaltenen Guthaben und eines Teiles der Auslandswechsel sowie mit der Gefährdung der Sicherheit eines Teiles der inländischen Forderungen zusammenhängen. Die besonderen Verhältnisse,

unter denen sich der Geschäftsbetrieb der Reichsbank während des Krieges vollzieht, haben aber im Laufe der Zeit dahin geführt, daß auch mit der Möglichkeit von Verlusten gerechnet werden muß, die außerhalb des Verwendungszwecks der Reserve für zweifelhafte Forderungen liegen. Um auch in dieser Beziehung Vorsorge zu treffen, erscheint es unerläßlich, in die Bilanz der Reichsbank für das Jahr 1916 eine besondere Reserve für „Kriegsverluste" einzustellen. § 2 des Entwurfs sieht im Abs. 1 die Einstellung einer solchen Reserve mit der Maßgabe vor, daß die eingestellten Beträge von der Reichsbank nur zur Deckung von Verlusten der bezeichneten Art — mithin nicht zur Gewinnverteilung — verwendet werden dürfen. Inwieweit sie für diesen Zweck entbehrlich sind, wird sich bei der Verabschiedung des nächsten, zufolge § 41 des Bankgesetzes zu erlassenden Gesetzes übersehen lassen; Abs. 2 schreibt deshalb vor, daß dieses Gesetz über die Verwendung des verfügbar gebliebenen Restes endgültig Bestimmung treffen soll. Die Vorschrift lehnt sich inhaltlich an Art. 3 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 an.

Daß die durch § 1 der Reichsbank zugunsten des Reichs auferlegte steuerliche Abgabe eine öffentlich-rechtliche Abgabe ist und sich hinsichtlich der kommunalen Besteuerung des Ertrags der Reichsbank als abzugsfähige Betriebsausgabe darstellt, unterliegt keinem Zweifel und bedarf keiner ausdrücklichen gesetzlichen Feststellung. Auch die gemäß § 2 als Reserve für Kriegsverluste zurückgestellten Beträge sind ihrer Zweckbestimmung nach der Kommunalbesteuerung nicht unterworfen. Da indes mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß von diesen Rückstellungen erhebliche Teilbeträge zur Deckung von Verlusten nicht gebraucht, sondern zu anderweiter Verfügung frei werden, und da mit Rücksicht hierauf der Versuch gemacht werden könnte, diese Beträge der Kommunalbesteuerung dienstbar zu machen, erscheint es zweckmäßig, eine Inanspruchnahme der Reserve zu Zwecken der kommunalen Besteuerung im Anschluß an die Bestimmung des Art. 4 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 durch eine ausdrückliche Vorschrift (Abs. 3) zu verhindern.

4. Kriegssteuergesetz. Vom 21. Juni 1916. (RGBl. 561.)

Wortlaut, Begründung und Kommissionsbericht in Bd. 3, 310 ff.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 3, 433; 4, 787.

Braun, Zur Berechnung der Abgabe nach § 9 Abs. 2 KrStG., SteuerA. 17 50. — Derselbe, Die Abgabe nach § 9 Abs. 2 des Kriegssteuergesetzes, SteuerA. 17 96. — Buck, Zur Erläuterung des Besitzsteuer- und Kriegssteuergesetzes, SteuerA. 17 91. — Haußmann, Zur Fortentwicklung des Kriegssteuerrechts, BankA. 16 229 ff. — Keding, Einige Anregungen zu dem neuen KrStG., SteuerA. 17 169. — Löhr, Besitz- und Kriegssteuer-Veranlagung, PrVerwBl. 38 420. — Norden-Friedländer, Kriegssteuergesetz, 2. Aufl. — Petermann, Die Abgabe nach § 9 Nr. 2 KrStG., SteuerA. 17 73. — Reinert, Bemerkungen zur Berechnung der Besitzsteuer und Kriegsabgabe, SteuerA. 17 52. — Derselbe, Zur Kriegssteuerpflicht der Gesellschaften, SteuerA. 17 105. — Rietzsch, Drei Zweifelsfragen aus dem Besitz- und Kriegssteuergesetz, SteuerA. 17 75. — Rosendorff, Die stillen Reserven der Aktiengesellschaften, Berlin 1917. — Schwarz, Die Kriegssteuer der Gesellschaften. — Strutz, Kommentar zum Kriegssteuergesetz. — Weinbach, Die neuen Steuervorlagen, HoldheimsMschr. 17 53. — Zimmermann, Erörterungen von Zweifelsfragen aus dem Gebiet des Besitz- und Kriegssteuergesetzes in „Gesetz über Sicherung der Kriegssteuer".

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 3, 433.)

6. Strutz a. a. O. 8 zu § 1. Der Reichsangehörige hat zu beweisen, daß die Voraussetzungen seiner — ausnahmsweisen — Nichtsteuerpflicht, längerer als zweijähriger dauernder Aufenthalt im Auslande ohne Wohnsitz in einem deutschen Bundesstaate, gegeben sind, dem Ausländer gegenüber hat hingegen im Bestreitungsfalle die Steuerbehörde darzutun, daß die Voraussetzung für die Ausnahme von der Regel, daß Ausländer inländischen Personalsteuern nicht unterliegen, vorliegt, d. h. daß sie einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Reichsgebiete haben.

7. Strutz a. a. O. 10 zu § 1. Im Ergebnisse ist der Ansicht beizustimmen, daß unter „Wohnsitz" im § 11 BStG. — wie im § 10 WBG. — der Wohnsitz im Sinne des Doppelsteuergesetzes zu verstehen ist.

8. Strutz a. a. O. 21 zu § 1. Unter „Ausländer" im Sinne des § 11 BStG. sind nicht nur Angehörige außerdeutscher Staaten, sondern alle nichtreichsangehörigen Personen zu verstehen, also auch die überhaupt keine Staatsangehörigkeit besitzenden, sog. „heimatlosen".

9. Strutz a. a. O. 21 zu § 1. Wenn die Steuerpflicht durch Wohnsitz oder Aufenthalt begründet wird, dann kann das logischerweise nur geschehen durch einen solchen innerhalb des Geltungsbereichs des Steuergesetzes. Dazu gehören weder nach dem BStG. noch nach dem KStG. die deutschen Schutzgebiete. Daher begründet Wohnsitz oder dauernder Aufenthalt in den deutschen Schutzgebieten die Steuerpflicht für Ausländer nicht.

10. Strutz a. a. O. 24 zu § 1. Von den Vermögen, die einen Zuwachs erfahren haben, ist neben dem nach diesem bemessenen Steuerbetrag auch noch nach § 9 Ziff. 2 1 v. H. von 10 v. H. des früheren Vermögensstandes, also 1 vom Tausend des letzteren zu entrichten.

11. Strutz a. a. O. 25 zu § 1. Weisen alle Erwägungen darauf hin, daß vernünftigerweise das dem Stande zu Beginn des Veranlagungszeitraums gegenüberzustellende Vermögen begrifflich dasselbe sein muß, gleichviel ob es sich um die Frage eines Zuwachses oder um die einer Verminderung handelt, so spricht doch gegen diese Auslegung der Wortlaut des § 9 Nr. 2 in Verbindung mit dem der §§ 3—5. Denn der § 9 Nr. 2 spricht lediglich von dem „nach dem Besitzsteuergesetze für den 31. Dezember 1916 festgestellten" Vermögen, und die §§ 3—5 ordnen Abzüge von und Hinzurechnungen zu diesem Vermögen an, unterscheiden also zwischen diesem und den Abzügen und Hinzurechnungen, betrachten diese nicht als Bestandteil jenes. Berücksichtigt man nun freilich die erfahrungsmäßig geringe Präzision der Ausdrucksweise von den Parlamenten in die Regierungsvorlagen hineingebrachter Änderungen, dann müßte man angesichts der schlechterdings widersinnigen Ergebnisse einer Einschränkung der §§ 3—5 auf die Fälle des § 9 Ziff. 1, die als vom Gesetzgeber gewollt nicht vorausgesetzt werden können, suchen dahin zu kommen, trotz des Wortlauts des § 9 Ziff. 2 anzunehmen, daß überall, wo das KStG. von „Vermögen" spricht, hierunter dasjenige im Sinne des durch die §§ 3—7 KStG. modifizierten BStG. zu verstehen sei. Zu rechtfertigen wäre die Beschränkung der Sondervorschriften der §§ 3—7 auf die nach dem Vermögenszuwachs bemessene Steuer nur dann, wenn man diejenige nach dem nicht gestiegenen Vermögen (§ 9 Ziff. 2) nicht als Bestandteil der KSt., sondern als solchen der BSt. auffaßte. Einer solchen Auffassung steht aber sowohl der Wortlaut des § 1 wie die ausgesprochene Grundtendenz der KSt. und die, abgesehen von den §§ 3—7, einheitliche Konstruktion der KSt. entgegen.

12. Strutz a. a. O. 32 zu § 1. Der Wortlaut des KStG. genügt nicht zu der Auslegung, daß auch § 43 Abs. 2 BStG. auf die KSt. anzuwenden sei, wie z. B. Koppe-Barnhagen (S. 68) und Stier-Somlo (S. 164) ohne weiteres annehmen. Denn §§ 2 und 9 Ziff. 2 KStG. verlangen die Zugrundelegung der Vorschriften des nach den Vorschriften des BStG. festgestellten Vermögenszuwachses bzw. Vermögens, während § 43 Abs. 2 BStG. eine nachträgliche Abänderung der Veranlagung zur BSt. betrifft. § 43 Abs. 2 BStG. ist auf die KSt. nicht zu übertragen, mit anderen Worten, es kann wegen späteren Eintritts einer auflösenden Bedingung eine nachträgliche Berichtigung der Veranlagung zur KSt. nicht beansprucht werden.

13. Strutz a. a. O. 51 zu § 1. Für die KSt. läßt § 12 KStG. erkennen, daß sich auch die subjektive Steuerpflicht insofern nach dem 31. Dezember 1916 richtet, als ein späterer Wegfall ihrer Voraussetzungen ohne Bedeutung ist. Denn andernfalls hätte im § 12 Abs. 1 statt „vor dem 1. Januar 1917" gesagt werden müssen „vor der Veranlagung" und würde sich das absurde Resultat ergeben, daß Aufgabe des inländischen Wohnsitzes oder Aufenthalts vor dem 1. Januar 1917 die Pflicht zur Entrichtung der Abgabe

nicht aufhöbe, wohl aber eine solche Aufgabe nach dem 31. Dezember 1916, aber vor erfolgter Veranlagung.

Soweit also nicht § 12 Abs. 2 BStG. eine Ausnahme vorsieht, ist für die subjektive und objektive Steuerpflicht der 31. Dezember 1916 der maßgebende Stichtag, und bestand sie an diesem bzw. dem sich aus § 12 Abs. 2 ergebenden Zeitpunkte, so geht die Zahlungspflicht auf die Erben gemäß §§ 1967, 2058 BGB.

14. Strutz a. a. O. 4 zu § 2. Für den § 19 BStG. als sinngemäße Anwendung auf die KSt. ergibt sich folgendes: Als, wie das Gesetz sich ausdrückt, „abgabepflichtiger Vermögenszuwachs" gilt der Unterschied zwischen dem reinen Werte des steuerbaren Gesamtvermögens am 1. Januar 1914 oder bei erst nach diesem Tage eingetretener subjektiver Steuerpflicht im Zeitpunkte dieses Eintritts und dem reinen Werte des steuerbaren Gesamtvermögens am 31. Dezember 1916 oder bei einem nach § 12 KStG. zu beurteilenden früheren Erlöschen der subjektiven Steuerpflicht in dem Zeitpunkte dieses Erlöschens, dieser Unterschied jedoch verringert um den Betrag, um den die Summe der abzugsfähigen Schulden und Lasten den Gesamtwert des Aktivvermögens am 1. Januar 1914 oder dem Tage des späteren Eintritts der Steuerpflicht überstieg. Maßgebend für die Vergleichung des Vermögensstandes ist also für die KSt. stets der 1. Januar 1914 oder der Zeitpunkt eines erst in der Zeit zwischen 1. Januar 1914 und 31. Dezember 1916 erfolgten Eintritts der subjektiven Steuerpflicht einerseits und dem 31. Dezember 1916 oder in Fällen des § 12 KStG. dem früheren Zeitpunkt des Erlöschens der subjektiven Steuerpflicht andererseits, während bei der periodischen Besitzsteuer gemäß § 21 Abs. 2 BStG. bei späteren Veranlagungen unter Umständen ein Zurückgreifen auf einen früheren Zeitpunkt als den Beginn des Veranlagungszeitraums stattfindet.

§ 2.

Grundsatz.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 434.)

4. Über die Kriegssteuer der Ehegatten auch Rietzsch, PrVerwBl. 38 318.

5. Über die Erstattungspflicht der Ehegatten gegeneinander (§ 14 BesitzStG.) ist auch zu vergleichen Schoeps, JW. 16 1524, 17 278.

§ 3.

Abzüge.

I. Abs. 1 Nr. 1.

(Erläuterung 1 bis 8 in Bd. 3, 435.)

9. Strutz a. a. O. 3 zu § 3. Der § 3 Ziff. 1 schränkt mit der im 2. Satz gemachten Ausnahme die Abzugsfähigkeit ein auf den Betrag des Vermögens, das „aus dem Nachlasse eines Verstorbenen" erworben ist. Damit werden alle Erwerbungen von dem Abzug ausgeschlossen, die und insoweit sie zwar durch einen Todesfall veranlaßt sind, aber nicht aus dem Nachlaß des Verstorbenen erfolgen. „Aus dem Nachlaß erworben" ist daher auch dasjenige nicht, was ein Erbe bei der Erbauseinandersetzung zur Ausgleichung zu bringen hat; allerdings hat er das aus dem Vermögen des Verstorbenen erhalten, aber nicht „aus dem Nachlasse". Tatsächlich bleiben also für § 3 Ziff. 1 neben den ausdrücklich erwähnten Erwerbungen nur übrig die im § 1 RErbschStG. erwähnten, sofern sie aus dem Nachlasse erfolgen, ferner die nach § 3 Nr. 3 und § 4 Abs. 1 Ziff. 1 und Abs. 2 Satz 1 zu beurteilenden.

10. Zimmermann a. a. O. 1. Der im Veranlagungszeitraum am Kapitalwert der Versicherung infolge der Prämienzahlungen eingetretene Wertzuwachs wird nicht mitbesteuert. Ob der Kapitalwert, den der Versicherungsanspruch bei Beginn des Veranlagungszeitraums hatte, auch dann an der Kapitalauszahlung abzusetzen ist, wenn der Versicherungsanspruch seinerzeit nicht zum Vermögen des Bezugsberechtigten, dem

das Versicherungskapital ausbezahlt wird, sondern zu dem des Versicherten gehörte, ist aus § 3 Nr. 2 nicht bestimmt zu entnehmen. Die Frage wird aber zu verneinen sein, da nach der Absicht der Gesetzgeber der Bezugsberechtigte nicht wohl die vom Versicherten vielleicht viele Jahre hindurch bezahlten Prämien, durch die der Kapitalwert des Versicherungsanspruchs entstanden ist, versteuern soll.

11. Zimmermann a. a. O. 1. Wegen der unterschiedlichen Behandlung der Erbschaften und Kapitalauszahlungen ist es von Bedeutung, ob das Versicherungskapital, das dem Erben des Versicherten ausbezahlt wird, als Bestandteil des Nachlasses des Versicherten (§ 2041 BGB.) nach § 3 Nr. 1 oder nach § 3 Nr. 2 abzuziehen ist. Keinesfalls wird der mit dem Tode des Versicherten fällig gewordene Versicherungsanspruch nach § 3 Nr. 1 und die darauf erfolgte Kapitalauszahlung nach § 3 Nr. 2 am Endvermögen abgezogen werden dürfen. Die Fassung des § 3 Nr. 2 dürfte dafür sprechen, daß die Kapitalauszahlung, durch die dem Bezugsberechtigten der Versicherungsanspruch verwirklicht wird, nach dieser Bestimmung abgezogen werden soll, gleichviel ob ihm der der Kapitalauszahlung zugrunde liegende Anspruch von Todes wegen oder auf andere Weise zugekommen ist.

12. Hallbauer, Recht 17 212. a) Besitzt der Steuerpflichtige beim Beginne des Veranlagungszeitraums nur Allodialvermögen und erwirbt er während des Veranlagungszeitraums ein Fideikommiß, so kommt der durch den Erwerb des Fideikommisses bedingte Vermögenszuwachs nach § 3 Ziff. 1 KriegsStG. für die Kriegssteuer der Regel nach nicht in Frage.

b) Besitzt der Steuerpflichtige von Haus aus nur Fideikommißvermögen und beruht der Vermögenszuwachs des Veranlagungszeitraums nur auf dem Erwerbe von Allodialvermögen, so kann die Entnahme der Steuer aus dem Fideikommißvermögen grundsätzlich nicht in Frage kommen.

c) Besitzt der Steuerpflichtige während des Veranlagungszeitraums nur Fideikommißvermögen, es wird aber durch die Vermehrung des Fideikommißvermögens ein steuerpflichtiger Zuwachs begründet, so kann nach § 11 KriegsStG. die ganze Steuer dem Stamme des Fideikommisses (unter Umständen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde) entnommen werden. Dasselbe Ergebnis tritt ein, wenn der Steuerpflichtige zwar während des Veranlagungszeitraums Allodial- und Fideikommißvermögen besitzt, der Zuwachs aber lediglich auf einer Vermehrung des Fideikommißvermögens beruht. Beruht der Zuwachs in dem zuletzt erwähnten Falle auf einer Vermehrung beider Vermögensmassen, so kann die Kriegssteuer dem Fideikommißvermögen nach § 11 KriegsStG. anteilig entnommen werden.

II. Abs. 1 Nr. 2.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 3, 436; 6 in Bd. 4, 788.)

7. Strutz a. a. O. 3 zu § 3. Aus den Worten „eines Verstorbenen" ist nicht etwa herzuleiten, die Bestimmung im § 3 Ziff. 1 finde auf Lehen-, Fideikommiß- und Stammgutanfall nur Anwendung, wenn er infolge des Todes des bisherigen Inhabers eintrete. Diese Einschränkung würde auch mit § 3 Ziff. 1 RErbschStG. nicht vereinbar sein, wo ebenfalls dem, „was durch den Eintritt eines Lehens- oder Fideikommißfalls erworben wird", schlechthin ohne derartige Einschränkung die Eigenschaft eines Erwerbs von Todes wegen zugesprochen wird.

8. Zimmermann a. a. O. 2. Ist der Bezugsberechtigte, dem das Versicherungskapital ausgezahlt wird, der überlebende Ehegatte des Versicherten, so kommt in Frage, ob der Versicherungsanspruch schon zu Lebzeiten des Versicherten ausschließlich zu dessen Vermögen oder zum Gesamtgut der Ehegatten gehörte, weil im letzteren Falle der überlebende Ehegatte als am Gesamtgut beteiligt die Hälfte des Kapitalwertes, wie er zum Wehrbeitrag festgestellt wurde, an der Kapitalauszahlung absetzen muß. Diese Frage wird nach dem Güterstand der Ehegatten und eventuell weiter danach zu beantworten sein,

ob der verstorbene Ehegatte vor oder während des Bestehens der Gütergemeinschaft den Versicherungsvertrag abgeschlossen hat.

9. Strutz a. a. O. 4 zu § 3. § 3 Nr. 2 findet nur Anwendung auf Leistungen von Lebens- und sonstigen Kapitalversicherungen, andererseits aber auf solche Versicherungen aller Art, sofern eben nur ein Kapital versichert war. Daß sich § 3 Nr. 1 nicht auch auf Kapitalauszahlungen aus einer Schadensversicherung, wie einer Feuer-, Hagel- oder Diebstahlsversicherung u. a. m. bezieht, geht aus seinem Wortlaut weniger klar hervor, wie das entsprechende aus dem des § 6 Ziff. 6 BStG. Es ist aber aus dem zweiten Halbsatz des § 3 Nr. 2 „nach Absetzung des bei der Wehrbeitragsveranlagung festgestellten oder des auf den Anfang des Veranlagungszeitraums festzustellenden Kapitalwerts der betreffenden Versicherung" zu entnehmen. Denn danach kann der Gesetzgeber nur solche Arten von Versicherungen gemeint haben, für die der Ansatz eines Kapitalwerts bei der Veranlagung zum WB. in Frage kommen konnte, und das sind eben die in dem mit § 6 Nr. 6 BStG. gleichlautenden § 5 Nr. 6 WBG. bezeichneten.

III. Abs. 1 Nr. 3.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 436, 437.)

4. Strutz a. a. O. 5 zu § 3. Unter „ohne entsprechende Gegenleistung erhaltenen Zuwendungen" wird man nur solche zu verstehen haben, bei denen die Gegenleistung in einem auffälligen Mißverhältnisse zum Werte der Zuwendung steht. Schon deshalb ist auch der Begriff der „Zuwendung" auf den im Sprachgebrauch damit verknüpften Sinne von Übereignungen zu beschränken, bei denen es sich nicht nur um eine freiwillige Leistung handelt, sondern auch bei dem Übereignenden die Absicht bestand, dem Empfänger einen Vorteil zuzuwenden.

IV. Abs. 1 Nr. 44.

(Erläuterung 1 bis 2 in Bd. 3, 437.)

3. Verfg. des preuß. Finanzministers v. 6. Februar 1917 (FMBl. 51). Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob unter den im § 3 Nr. 4 des Kriegssteuergesetzes bezeichneten „sonstigen Gegenständen" nicht nur ausländische, sondern alle Gegenstände zu verstehen sind, die zu Beginn des Veranlagungszeitraums zum nichtsteuerbaren Vermögen des Steuerpflichtigen gehört haben.

Diese Frage ist, wie ich im Einvernehmen mit dem Herrn Reichskanzler (Reichsschatzamte) bemerke, zu bejahen. Denn durch die Vorschrift der Nr. 4 soll der fiktive Vermögenszuwachs, der aus der bloßen Umwandlung nichtsteuerbaren Vermögens in steuerbares Vermögen herrührt, von der außerordentlichen Kriegsabgabe befreit werden. Nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes gelten nun, ebenso wie für den Wehrbeitrag, als nichtsteuerbares Vermögen Möbel, Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände, sofern sie nicht als Zubehör eines inländischen Grundstücks oder als Bestandteil eines inländischen Betriebsvermögens anzusehen sind. Hat ein Steuerpflichtiger in dem Veranlagungszeitraume nachweislich derartige nichtsteuerbare bewegliche Sachen verkauft, so soll der Erlös aus dem Verkaufe, der nach dem Besitzsteuergesetze steuerpflichtig ist, von der Kriegssteuer befreit bleiben.

Im Hinblick darauf, daß in dem Formulare für die Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärung nur ein Hinweis auf die in Betracht kommende gesetzliche Vorschrift enthalten, ihr Wortlaut aber nicht wiedergegeben ist, ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren ergebenst, gefälligst dafür Sorge zu tragen, daß die Steuerpflichtigen auf das ihnen hiernach zustehende Recht in geeigneter Weise aufmerksam gemacht werden.

4. Strutz a. a. O. 6 zu § 3. Die Fassung der Nr. 4 wird aber ihrem Grundgedanken nicht voll gerecht, weil sie die „Veräußerung" verlangt. Es genügt also nicht, wenn während des Veranlagungszeitraums zu Beginn des Veranlagungszeitraums noch nicht Zubehör eines Grundstücks oder Bestandteil eines Betriebsvermögens bildende

bewegliche körperliche Gegenstände zu dem einen oder anderen gemacht worden sind: ist hierdurch der Wert des Grund- oder Betriebsvermögens gestiegen, so bleibt diese Wertsteigerung, soweit sie zu einer solchen des steuerbaren Gesamtvermögens geführt hat, steuerpflichtig, obgleich die Sache wirtschaftlich nicht anders liegt als im Falle der Veräußerung.

5. Strutz a. a. O. 6 zu § 3. Die Fassung des 2. Satzes der Nr. 4 ist ungenau: nicht darauf kommt es an, daß „zum ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen gehörige Gegenstände ins Inland verbracht worden sind", sondern daß sie aufgehört haben, zum ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen zu gehören; diese Zugehörigkeit wird aber durch das bloße „Verbringen" ins Inland nicht unter allen Umständen aufgehoben. Gemeint muß daher vom Gesetzgeber sein, daß die Gegenstände aufgehört haben, zu ausländischem Grund- oder Betriebsvermögen zu gehören, und Zubehör oder Bestandteil eines inländischen Grund- oder Betriebsvermögens oder — bei unbeschränkter subjektiver Steuerpflicht — des „Kapitalvermögens" im Sinne des § 2 Nr. 3 und § 6 geworden sind.

6. Strutz a. a. O. 7 zu § 3. Abzuziehen ist der „Betrag" der hinzugetretenen Vermögensbestandteile, d. h. ihr nach den Vorschriften des VStG. und des KStG. ermittelter Wert in dem Zeitpunkt des Erwerbes. Haben diese Vermögensgegenstände, nachdem sie Vermögen des Steuerpflichtigen geworden sind, eine Wertsteigerung erfahren, so gehört diese zum steuerpflichtigen Wertzuwachs.

7. Strutz a. a. O. 7 zu § 3. Da es nur auf den „Betrag", d. h. den Wert, der durch die Erwerbungen der im § 7 bezeichneten Art im Augenblicke des Erwerbes dem Vermögen zugeführt worden ist, ankommt, ist es unerheblich, ob die erworbenen Gegenstände selbst am Ende des Veranlagungszeitraums sich noch im Vermögen des Steuerpflichtigen befinden. Selbst wenn sie inzwischen ihm durch Untergang, Brand, Diebstahl usw. wieder verloren gegangen sind, darf er ihren Wert in Abzug bringen, obgleich dann insoweit seine Vermögenslage am Ende des Veranlagungszeitraums durch den Erwerb dieser Gegenstände nicht beeinflußt wird, der Abzug tatsächlich von einem durch einen Erwerb gar nicht beeinflußten Vermögen stattfindet.

V. Abs. 2.

1. Strutz a. a. O. 8 zu § 3. Der Sinn des Abs. 2 ist der, daß der bereits zu Lebzeiten des Erblassers an seinem Vermögen entstandene Zuwachs nicht durch den Tod des Erblassers der Steuer entzogen, sondern von denen, auf die dieses Vermögen von Todes wegen übergeht, nach dem Verhältnis, in dem sie hieran teilnehmen, versteuert werden soll.

2. Zimmermann a. a. O. 2. Strutz 6 zu § 3 KrStG. betont, daß nur dasjenige Vermögen nach § 3 Nr. 1 des KrStG. abgezogen werden dürfe, das der Pflichtige von Todes wegen aus dem Nachlaß des Verstorbenen erworben hat. Es ist dies zweifellos richtig mit der sich aus § 3 Nr. 1 Satz 2 ergebenden Beschränkung, daß der Pflichtige im Falle der Ausschlagung der Erbschaft die ihm zukommende Abfindung abziehen darf ohne Rücksicht darauf, ob die Abfindung aus dem Nachlaß oder aus anderen Vermögen entnommen wird. Weiter muß aber berücksichtigt werden, daß der Nachlaß dem Pflichtigen zu dem ihm zustehenden Erbteil ohne weiteres mit dem Tod des Erblassers anfällt, § 1922 BGB. Wenn in dem Nachlaß Fahrnisse, ausländische Grundstücke oder ausländisches Betriebsvermögen enthalten ist, so mindert sich um den dem Erbteil entsprechenden Teil auch das Recht des Pflichtigen, den Nachlaß in Abzug zu bringen. Werden dem Pflichtigen bei der Erbauseinandersetzung nicht seinem Erbteil gemäß Vermögensstücke aus dem Nachlaß zugeschieden, so kommt unter Umständen § 3 Nr. 4 oder § 5 des Gesetzes zur Anwendung. Vermehrt sich sein steuerbares Vermögen deshalb, weil ihm an Stelle seines Anteils an Fahrnissen oder an ausländischem Grund- und Betriebsvermögen steuerbare Vermögensstücke oder eine Ausgleichs-(Gleichstellungs-)Forderung zugewiesen worden ist, so hat er den Mehrbetrag nach § 3 Nr. 4 abzuziehen; wird ihm dagegen mehr als sein

Anteil an ausländischem Grund- und Betriebsvermögen zugeschieden, so ist der Mehrbetrag nach § 5 hinzuzurechnen.

Zusätze.

§ 4.

Schenkungen usw.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 3, 437, 438.)

7. Meene, PrVerwBl. 38 343. Die rechtsgültig zugesicherte, nicht als Schenkung zu betrachtende Ausstattungsrente ist nicht zu kapitalisieren, mit ihrem Kapitalwert weder bei der Besitz- noch bei der Kriegssteuer zu berücksichtigen. Wohl aber sind in diesem Fall, beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen des § 3 Ziff. 2 und des § 4 KStG., die einzelnen Zahlungen während des Veranlagungszeitraums beim Empfänger ab- und unter Umständen (vgl. jedoch KStG. § 4 Abs. 1 S. 2) dem Geber zuzurechnen.

Soweit die Ausstattungsrente dagegen wegen unverhältnismäßiger Höhe als Schenkung anzusehen wäre, würde sie, wenn rechtsgültig versprochen, zu kapitalisieren und für die Besitzsteuer nach BStG. § 6 Ziff. 5 beim Vermögen der Tochter zu veranlagen, für die Kriegssteuer aber nach KStG. § 3 Ziff. 3 vom Besitzsteuerendvermögen der Tochter ab- und nach § 4 demjenigen des Vaters zuzurechnen sein; wäre das Versprechen formungültig, so würden, soweit Schenkung anzunehmen ist, wieder die einzelnen geleisteten Zahlungen — vgl. BGB. § 518 Abs. 2 — beim Zutreffen der Voraussetzungen des KStG. § 3 Ziff. 3 vom Besitzsteuervermögen der Tochter abgezogen werden können, brauchten indes beim Eingreifen von KStG. § 4 Abs. 1 S. 2 vom Geber seinem Vermögen nicht hinzugerechnet werden.

8. Strutz a. a. O. 3 zu § 4. Aus den Worten „Beträge" und „verwendet hat" ist nicht zu entnehmen, daß, wenn die Zuwendung in einem Rechte auf wiederkehrende Leistungen aus dem Vermögen des Gebers besteht, hinzuzurechnen ist nur der Wert der bereits gemachten Leistungen, nicht der Kapitalwert des Rechts auf diese. Wie das Vermögen des Bedachten um diesen Kapitalwert vermehrt wird, so wird das des Gebers um diesen verringert. Diese ganze Vermögensverschiebung soll bei der KSt. sowohl nach § 3 wie nach § 4 als nicht geschehen angesehen werden.

9. Strutz a. a. O. 4 zu § 4. Zutreffend bemerkt Mrozek (Anm. 6 zu § 4) es sollten dadurch mit anderen Worten nur „Zuwendungen, welche der Steuerpflichtige im Rahmen seiner standesgemäßen Haushaltung gemacht hat", von der Anrechnung ausgeschlossen werden, „weil es sich hierbei um laufende Haushaltungskosten handelt". Ausstattungen im Sinne des § 1624 BGB., d. h. „was einem Kinde mit Rücksicht auf seine Verheiratung oder auf die Erlangung einer selbständigen Lebensstellung zur Begründung oder zur Erhaltung der Wirtschaft oder der Lebensstellung von dem Vater oder der Mutter zugewendet wird", fallen selbst dann nicht unter die von der Anrechnung ausgeschlossenen „fortlaufenden" Zuwendungen, wenn sie in Form einer fortlaufenden Rente gewährt werden, sofern diese Rente in rechtsgültiger Form versprochen ist. Denn alsdann bildet Gegenstand der Zuwendung nicht die einzelne Rentenzahlung, sondern das Recht auf die fortlaufende Rente. Anzurechnen ist daher einerseits auch nicht etwa der Betrag der im Veranlagungszeitraum geleisteten Rentenzahlungen, sondern der Kapitalwert des Rechtes; andererseits setzt die Anrechnungsfähigkeit voraus, daß dieses Recht innerhalb des Veranlagungszeitraums begründet, d. h. das Rentenversprechen erst innerhalb dieses geleistet ist.

10. Strutz a. a. O. 4 zu § 4. „Ohne rechtliche Verpflichtung" erfolgt eine Zuwendung nur dann, wenn eine solche Verpflichtung überhaupt nicht besteht, sowie bei wiederkehrenden Zuwendungen nur dann, wenn der Zuwendende sich überhaupt nicht vorher verpflichtet hat, die Zuwendung zu machen. Pensionen und ähnliche Zuwendungen sind also mit ihrem Werte dem Vermögen des Zuwendenden hinzuzurechnen, wenn der letztere sich durch ein formgültiges Versprechen zu ihrer Leistung verpflichtet hat, aber

nur, wenn dieses Versprechen keinen Bestandteil des seinerzeit mit dem Angestellten oder Bediensteten abgeschlossenen Anstellungs- oder Dienstvertrags bildet; denn ist letzteres der Fall, dann handelt es sich überhaupt um keine Zuwendung der im § 3 Nr. 3 bezeichneten Art, und nur mit solchen befaßt sich, wie erwähnt, der § 4.

11. Strutz a. a. O. 11 zu § 4. Zimmermann ist gegen Mrozek darin beizustimmnen, daß die Inanspruchnahme des Bedachten nur in Gestalt einer mit den ordentlichen Rechtsmitteln anfechtbaren Veranlagung des letzteren erfolgen kann.

12. Zimmermann a. a. O. 3. Der Schenker der Rente hat nach § 4 des Kriegssteuergesetzes, wenn die Rente nicht bloß zum standesgemäßen Unterhalt des Beschenkten zugewendet worden ist, den nach § 38 des BesStG. zu berechnenden Wert der Rente seinem Endvermögen hinzuzurechnen. Er soll so gestellt werden, wie wenn er die Rente nicht geschenkt hätte, und es kann dies, da er die für ihn durch die Schenkung entstandene Rentenschuld in Höhe des Kapitalwertes der Rente bei der Feststellung des Endvermögens in Rechnung zu stellen hat, nur durch Hinzurechnung dieses Schuldbetrags geschehen. Ebenso Strutz 4 a zu § 4.

§ 5.

Ausländische Grundstücke, Edelmetalle usw., Sammlungen.

I. Allgemeines.

Strutz a. a. O. 3 zu § 5. Hat der Steuerpflichtige z. B. einen Goldgegenstand für mehr als 1000 M. angeschafft und dann verschenkt, dann begründen die §§ 4 und 5 in Verbindung miteinander die Hinzurechnung, es sei denn die Schenkung fiele unter die Ausnahmen des § 4 Abs. 1 Satz 2; denn unter den „Fällen des § 4", in denen die Regel des § 5 Abs. 1 Satz 1 nicht Platz greifen soll, können nach dem inneren Zusammenhange der §§ 4 und 5 Abs. 2 Satz 1 nur diejenigen „Fälle" gemeint sein, für die § 4 die Hinzurechnung von Zuwendungen vorschreibt, nicht auch die, für die er sie ausschließt. Ist daher ein Goldgegenstand für weniger als 1000 M. angeschafft und verschenkt, so ist die Hinzurechnung infolge der Vorschrift des § 4 Abs. 1 Satz 2 ausgeschlossen. Es kann sich fragen, ob auch hierfür der Anschaffungspreis und nicht vielmehr der Wert des Gegenstandes maßgebend ist; gehörte der Gegenstand zum steuerbaren Vermögen des Steuerpflichtigen, dann wäre der zu der Zuwendung verwendete und daher anzurechnende „Betrag" allerdings der Wert des Gegenstandes. Da dieser aber nicht Bestandteil des steuerbaren Vermögens gewesen ist, vielmehr nur durch § 5 fingiert wird, die Anschaffungskosten seien Bestandteil des letzteren verblieben, so muß auch bei Konkurrenz des § 4 mit § 5 die Hinzurechnung dieser, nicht des etwa abweichenden Wertes erfolgen.

II. Ausländische Grundstücke.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 3, 439.)

3. Strutz a. a. O. 4 zu § 5. Die Gegenstände selbst, ihr Erlös oder die mit letzterem angeschafften Gegenstände müssen Bestandteil des ausländischen Grund- oder Betriebsvermögens geworden sein, d. h. für den Erwerb, die Vermehrung, Verbesserung oder Erhaltung der Substanz dieses ausländischen Vermögens, nicht bloß zur Erwerbung, Erhaltung oder Sicherung des Ertrages aus diesem Vermögen verwendet sein. Beträge, die der Steuerpflichtige seinem steuerbaren Vermögen entnommen hat, um damit die laufenden Wirtschafts- oder Betriebskosten seines ausländischen Grundbesitzes oder Gewerbebetriebs zu bestreiten, einen bei diesem entstandenen Ertragsausfall zu decken, die Zinsen für die auf seinem ausländischen Grundbesitz haftenden Schulden zu bezahlen, und dergl. fallen nicht unter § 4, wohl aber Beträge, die er aus seinem steuerbaren Vermögen zur Tilgung von Schulden verwandt hat, die mit seinem ausländischen Grund- oder Betriebsvermögen wirtschaftlich in Beziehung stehen.

III. Edelmetalle usw.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 3, 439.)

7. Strutz a. a. O. 5 zu § 5. „Gleichartig" sind alle Gegenstände aus edlem Metall, auch wenn sie aus verschiedenem Metall, die einen aus Gold, die andern aus Silber, sind, ferner alle Edelsteine, auch wenn es verschiedene Steine sind, alle Kunst-, Schmuck- und Luxusgegenstände. Zweifelhafter kann es sein, ob auch Sammlungen „aller Art" als „gleichartige" Gegenstände angesprochen werden können; die Frage wird zu verneinen sein, weil es dem Sprachgebrauch gar zu sehr widerstreiten würde, Sammlungen „aller Art" auf der andern Seite als „gleichartig" unter „gleichartigen" Gegenständen zu verstehen. Dagegen wird man auch nach der Wortfassung „Edelsteine" und „Perlen" als miteinander „gleichartig" anzusehen haben; es hat mit den beiden Worten wohl der einheitliche Begriff „Juwelen" umschrieben werden sollen.

8. Strutz a. a. O. 6 zu § 5. „Edelsteine" und „Perlen" sind nur die echten, nicht auch sog. „unechte", die eben keine Edelsteine oder Perlen sind, sondern Nachahmungen solcher.

9. Strutz a. a. O. 11 zu § 5. Man wird etwa dahin kommen, das Merkmal der „Luxusgegenstände" darin zu finden, daß der Wert des Gegenstandes in offensichtlichem Maße außer Verhältnis zu dem Gebrauchsnutzen, den der Gegenstand für den Eigentümer hat, und mit Rücksicht hierauf der für ihn gemachte Aufwand außer Verhältnis zu den Vermögens- und Einkommensverhältnissen steht, in denen sich der Eigentümer zu Anfang des Veranlagungszeitraums befand. Allerdings kann danach derselbe Gegenstand bei dem minder Reichen als Luxusgegenstand anzusprechen sein, bei dem Reichen nicht. Das entspricht aber gerade der Absicht des Gesetzes, Anschaffungen zum Zwecke der Steuerersparung zu treffen.

10. Strutz a. a. O. 13 zu § 5. Dafür, das Vorhandensein der deutschen Reichsangehörigkeit zur Zeit des Erwerbes des Kunstwerks durch den Steuerpflichtigen für erforderlich, aber auch für ausreichend zu erachten, spricht folgende Erwägung: Die Absicht, die deutsche Kunst vor Schaden zu bewahren, wird nur, aber auch genügend erreicht, wenn vermieden wird, daß die Aussicht auf die KSt. davon abschreckt, von dem Künstler zu erwerben; wirksam für diesen wird also diese Künstlerschutzbestimmung in dem Zeitpunkt, in dem er infolge ihrer sein Werk verkauft. Ob er zu den nach der Absicht des § 5 Abs. 3 zu schützenden Künstlern gehört, muß daher nach seinen Verhältnissen zur Zeit des Verkaufs seines Werkes beurteilt werden.

IV. Sammlungen.

Ellinger, BerlBriefmZtg. 17 82. Bei engster Auslegung des Gesetzes würde man beispielsweise eine Gleichartigkeit nur annehmen können, wenn etwa mehrere Marken des nämlichen Landes gekauft würden, und Zusammengehörigkeit würde vorliegen, wenn diese Marken der gleichen Emission angehören; man hätte dagegen Gleichartigkeit und Zusammengehörigkeit zu verneinen, wenn beispielsweise eine Moldau Nr. 2 und eine Spanien Nr. 8 um zusammen 1150 M. erworben wurden. Vermutlich wird indessen die Steuerbehörde alle Postwertzeichen als gleichartig und zusammengehörig betrachten oder wenigstens zu betrachten versuchen, die der einzelne Sammler für seine Sammlung im Laufe des Veranlagungszeitraumes erworben hat.

§ 6.

Wertansatz der Grundstücke.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 440.)

4. Verfügung des preuß. Finanzministers vom 20. März 1917. (FMBl. 89.)

Nach den hier gemachten Wahrnehmungen besteht über die nach dem Besitzsteuer- und Kriegssteuergesetze für die Wertermittelung von Grundstücken maßgebenden Vor-

schriften nicht überall Klarheit. Ich sehe mich daher veranlaßt, die in Betracht kommenden Grundsätze nochmals wie folgt zusammenzustellen:

Nach den verschiedenen gesetzlich festgelegten Zeitbestimmungen sind drei Arten von Grundstücken zu unterscheiden:

1. solche, deren Erwerb vor dem 1. Januar 1914 stattgefunden hat,
2. solche, die nach dem 1. August 1914 erworben worden sind,
3. solche, deren Erwerb in der Zeit vom 1. Januar bis 1. August 1914 erfolgt ist.

Zu 1: Hat der Erwerb vor dem 1. Januar 1914 stattgefunden, so ist der gemeine Wert (§ 29 des Besitzsteuergesetzes) oder auf Antrag des Steuerpflichtigen der Betrag der Gestehungskosten (§ 30 a. a. O.) maßgebend. Als Betrag der bis zum 1. Januar 1914 entstandenen Gestehungskosten gilt der bei der Veranlagung des Wehrbeitrags festgestellte Wert (vgl. § 31 der Ausführungsbestimmungen zum Besitzsteuergesetz).

Zu 2: Hat der Erwerb nach dem 1. August 1914 stattgefunden, so hat der Steuerpflichtige gleichfalls die Wahl zwischen dem gemeinen Werte und den wirklichen Gestehungskosten, deren Begriff im § 30 Abs. 2 a. a. O. näher umschrieben ist. Für diese Grundstücke ist im Kriegssteuergesetze (§ 6) aber insofern eine Ausnahme gemacht, als sie zu keinem geringeren Werte als dem Betrage der Gestehungskosten angesetzt werden dürfen. Nach dieser Vorschrift treten somit die Gestehungskosten kraft Gesetzes an die Stelle des gemeinen Wertes, wenn sie höher als dieser sind.

Zu 3: Ist der Erwerb in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. August 1914 erfolgt, so hat der Steuerpflichtige gleichfalls die Wahl zwischen dem gemeinen Werte und den wirklichen Gestehungskosten. Wählt der Steuerpflichtige die Gestehungskosten, so tritt indessen bei solchen Grundstücken, die durch eine der im § 31 Abs. 1 des Besitzsteuergesetzes bezeichneten Erwerbsarten erworben sind, an die Stelle der Gestehungskosten beim Erwerbe (§ 30 Abs. 2 a. a. O.) der gemeine Wert, soweit jedoch die Grundstücke dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, oder soweit bebaute Grundstücke Wohnzwecken oder gewerblichen Zwecken zu dienen bestimmt sind und ihre Bebauung und Benutzung der ortsüblichen Bebauung und Benutzung entspricht, der Ertragswert oder auf Antrag des Steuerpflichtigen ebenfalls der gemeine Wert zur Zeit des Erwerbes. Die gleichen Grundsätze gelten bei anderen Erwerbsfällen, wenn der vereinbarte Preis um mehr als 10 v. H. hinter dem gemeinen Werte zur Zeit des Erwerbes und, sofern bei Grundstücken der Ertragswert zugrunde gelegt werden kann, zugleich auch hinter dem Ertragswert zur Zeit des Erwerbes zurückgeblieben ist.

5. Zimmermann a. a. O. 14. Für die Veranlagung eines Grundstücks zur Besitzsteuer und zur Kriegsabgabe ist der Erwerbspreis als Teil der Gestehungskosten nach § 30 BStG. und als Mindestwert nach § 6 des KrStG. von Bedeutung. Bestritten ist, ob zum Erwerbspreis auch der Betrag zu rechnen ist, den der Erwerber dem Veräußerer dafür bezahlt, daß dieser einen Mieter für vorzeitige Räumung des auf längere Zeit vermieteten Grundstücks abfindet. Strutz vertritt 9 zu § 6 in Anlehnung an die Rechtsprechung zu § 8 des Zuwachssteuergesetzes die Ansicht, daß die Abfindung des Mieters keinen Teil des Erwerbspreises ausmacht. Es kann dahingestellt bleiben, ob die Entscheidungen des Pr. Oberverwaltungsgerichts dem Grundgedanken des Zuwachssteuergesetzes entsprechen, da mit der Zuwachssteuer der am Grundstück eingetretene Wertzuwachs und nicht der vom Veräußerer erzielte Gewinn erfaßt werden sollte. Die Rechtsprechung zu dem Zuwachssteuergesetz kann aber nicht ohne weiteres auf das Besitz- und Kriegssteuergesetz angewendet werden, wo es sich darum handelt, was als Erwerbspreis, der den Wert des Grundstücks zur Zeit des Erwerbs darstellen soll, anzusehen ist. Der in dem Erwerbspreis in die Erscheinung tretende Wert des Grundstücks hat sich naturgemäß nach der dem Erwerber mit der Erlangung des Grundstücks gebotenen Möglichkeit zu richten, das Grundstück für sich zu gebrauchen und zu benutzen. Der Wert ist geringer, wenn der Erwerber erst nach geraumer Zeit das Grundstück zu nutzen befugt sein soll, als wenn ihm alsbald nach dem Erwerbungsgeschäft die Nutzungen zustehen. Vereinbaren die Vertrags-

teile zunächst einen Preis für das an einen Dritten für längere Zeit vermietete Grundstück und läßt sich der Veräußerer daneben noch einen Betrag als Ersatz dafür zusichern, daß er den Mieter wegen alsbaldiger Aufgabe seines durch den Besitzschutz gesicherten Gebrauchsrechtes abfindet, so ist auch diese Ersatzleistung als Teil des Entgelts dafür anzusehen, daß dem Erwerber das Grundstück zur alsbaldigen Benutzung überlassen wird.

Vereinbart der Käufer eines vermieteten Gebäudes mit dem Verkäufer nichts wegen Ablösung des ihm bekannten Mietvertrags, so ist natürlich nur der mit dem Verkäufer verabredete Betrag als Erwerbspreis zu betrachten. Kommt dann der Käufer mit dem Mieter über die vorzeitige Räumung des Gebäudes gegen eine Entschädigung überein, so gilt diese Entschädigung als eine sonstige Aufwendung auf das Grundstück im Sinne des § 30 des BesStG., da durch die Entschädigung das Grundstück von dem dem Mieter zustehenden Gebrauchsrecht befreit wird.

§ 7.

Abrundung.

(Zu vgl. Bd. 3, 440.)

1. Reichsschatzamt (PrFMBl. 17 176). Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die in den §§ 12, 13 BesStG., § 8 KStG. bestimmten Freigrenzen schon dann überschritten sind, wenn der Vermögenszuwachs oder das Vermögen in seinem tatsächlichen, ohne Berücksichtigung der Abrundungsvorschrift des § 28 Abs. 3 BesStG. sich ergebenden Betrag die gesetzliche Mindestsumme übersteigt. Die entsprechende Vorschrift des § 12 WBG. hat das Königlich Preußische Oberverwaltungsgericht in einer Entscheidung des Sechsten Senats vom 10. April 1915 — AmtlMitt. S. 168 — allerdings dahin ausgelegt, daß für die Grenze des beitragsfreien Vermögens nicht der abgerundete, sondern der ohne Rücksicht auf die im § 15 Abs. 3 WBG. vorgeschriebene Abrundung festgestellte Betrag maßgebend sei. Für die Besitzsteuer und die Kriegssteuer wird sich aber die entsprechende Anwendung dieses Auslegungsgrundsatzes verbieten. Gegenstand der Abgabe ist bei der Besitzsteuer und der Kriegssteuer der Vermögenszuwachs, nicht wie beim Wehrbeitrag das Vermögen schlechthin. Vermögenszuwachs ist der Unterschied zwischen dem festgestellten Anfangs- und Endvermögen. Wenn im § 28 Abs. 3 BesStG. die Abrundung des Vermögens auf volle Tausende nach unten vorgeschrieben ist, so kann sich die Vorschrift nur auf die Feststellung des Anfangs- und Endvermögens beziehen, dessen Vergleichung erst den Vermögenszuwachs ergibt. Auch die Vermögensfeststellung gemäß § 47 WBG. bezog sich auf die abgerundeten Beträge (vgl. Muster 5 WBAusfBest. und die Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts, Fünfter Senat, vom 7. April 1915 — AmtlMitt. S. 167 —). Vermögenszuwachs im Sinne des Gesetzes kann daher stets nur ein durch tausend teilbarer Betrag sein. Damit wird die Zweifelsfrage für die Anwendung des § 12 BesStG. und der entsprechenden Vorschrift im § 8 Abs. 1 KStG. ohne weiteres erledigt. Es gibt im Sinne des Gesetzes keinen Zuwachs, der mehr als 10 000 M. und weniger als 11 000 M., bzw. mehr als 3000 M. und weniger als 4000 M. beträgt.

Die Zweifelsfrage erledigt sich aber auch zunächst jedenfalls für die im § 13 Abs. 1 BesStG., § 8 Abs. 1 KStG. bestimmte Vermögensgrenze von 20 000 M. bzw. 10 000 M. wegen der weiteren Vorschrift im § 13 Abs. 2 BesStG., § 8 Abs. 2 KStG. Denn da der Vermögenszuwachs im Sinne des Gesetzes sich in allen Fällen lediglich durch Vergleichung des abgerundeten Anfangs- und Endvermögens berechnet und immer eine durch tausend teilbare Summe darstellt, kann sich bei einem Vermögen von mehr als 20 000 M., aber weniger als 21 000 M. ein besitzsteuerpflichtiger Zuwachs, und bei einem Vermögen von mehr als 10 000 M., aber weniger als 11 000 M. ein kriegssteuerpflichtiger Zuwachs nicht ergeben. An sich wäre nun allerdings für die Vermögensgrenze von 30 000 M. bzw. 15 000 M. (§ 13 Abs. 2 BesStG., § 8 Abs. 2 KStG.) eine andere Auslegung möglich. Würde hier das nicht abgerundete Vermögen maßgebend sein, so würde z. B. bei einem Anfangsvermögen von 18 000 M. und einem nicht abgerundeten End-

vermögen von 30 100 M., weil dann der § 13 Abs. 2 BesStG. keine Anwendung mehr fände, ein steuerpflichtiger Zuwachs von 12 000 M. und nicht von 10 000 M. sich ergeben. Es kann nun aber doch wohl nicht in der Absicht des Gesetzes liegen, daß für die Vermögensgrenze von 20 000 M. bzw. 10 000 M. das abgerundete, für die Vermögensgrenze von 30 000 M. bzw. 15 000 M. das unabgerundete Vermögen maßgebend sein soll, zumal für die Berechnung des steuerpflichtigen Zuwachses selbst jedenfalls von dem abgerundeten Vermögen von 30 000 M. bzw. 15 000 M. auszugehen ist. Da bei der Besitzsteuer nicht das Vermögen als solches, sondern nur der Vermögenszuwachs Gegenstand der Abgabe ist, kann jedenfalls davon keine Rede sein, daß die Abrundung auf volle Tausende nur behufs der Veranlagung, d. h. der ziffermäßigen Feststellung der Besitzsteuer, also lediglich für die Berechnung des Steuerbetrags erfolge. Sie geschieht vielmehr zweifellos behufs Feststellung des maßgebenden Vermögensstandes (§ 18ff. BesStG.). Bezieht sich sonach die Abrundung „bei der Veranlagung" auf die Vermögensfeststellung schlechthin, so ist nicht einzusehen, wie in dem einen Falle das festgestellte abgerundete und in dem anderen Falle das festgestellte unabgerundete Vermögen maßgebend sein soll. Für eine solche unterschiedliche Behandlung bietet das Gesetz jedenfalls keinen Anhaltspunkt. Für „die Veranlagung", d. h. für die ziffermäßige Feststellung der Besitzsteuer, ist die Höhe des steuerbaren Endvermögens zwar gemäß § 25 Abs. 2 BesStG. von Bedeutung, indes auch nur mittelbar, denn die Steuer wird lediglich vom Zuwachs berechnet. Wenn sonach die Abrundung des Vermögens auf volle Tausende unmittelbar für die ziffermäßige Feststellung der Besitzsteuer gar keine Bedeutung hat, so kann aus der Stellung der Abrundungsvorschrift des § 28 Abs. 3 BesStG. in dem Abschnitt „Wertermittelung" auch nicht die Folgerung gezogen werden, die das Urteil des Königlich Preußischen Oberverwaltungsgerichts vom 10. April 1915 für den Wehrbeitrag, der eine Abgabe vom Vermögen war, hergeleitet hat. Man wird im Gegenteil nach dem ganzen Aufbau des Gesetzes zu der Folgerung gelangen müssen, daß die Abrundungsvorschrift, die sich nur auf die Vermögensfeststellung und nicht auf die Berechnung der Abgabe beziehen kann, unterschiedslos in allen Fällen Geltung beanspruche, wo im Gesetze von dem festgestellten Vermögen, von der Höhe des Vermögens, die Rede ist. Dafür spricht auch der Umstand, daß die Abrundungsvorschrift mit den Zweck hat, die Veranlagung zu erleichtern. Endlich würde die Vorschrift im § 7 KStG. nicht erforderlich gewesen sein, wenn die Abrundungsvorschrift des § 28 Abs. 3 BesStG. nur eine so beschränkte Anwendbarkeit beanspruchen könnte.

Für die Dreißigtausend-Mark-Grenze im § 13 Abs. 2 BesStG. und die Fünfzehntausend-Mark-Grenze im § 8 Abs. 2 KStG. gehen daher § 23 Abs. 1 BesStAusfBest. und § 16 KStAusfBest. mit Recht von der Auffassung aus, daß hier der abgerundete Betrag zu verstehen ist. Ebenso verstehen die Ausführungsbestimmungen unter dem steuerbaren Vermögen im Sinne des § 25 Abs. 2 BStG. das abgerundete Endvermögen (vgl. die Fußnote zur Hilfstafel, Anlage 2 BesStAusfBest.). Wenn ferner im § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG. ohne Zweifel das abgerundete Vermögen gemeint ist, so wird nach dem Ausgeführten auch für die Zwanzigtausend-Mark-Grenze im § 9 Abs. 2 KStG. der abgerundete Betrag zu verstehen sein. Dann wird folgerichtig auch für den § 27 BesStG. und nunmehr auch für den § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer das abgerundete und nicht das unabgerundete Vermögen maßgebend sein müssen.

2. Rietzsch, PrVerwBl. 38 318. Der steuerpflichtige, bei der Veranlagung der Besitzsteuer oder der Kriegssteuer festgestellte Vermögenszuwachs kann immer nur runde Tausende betragen, ebenso wie es beim steuerpflichtigen bei der Veranlagung festgestellten Wehrbeitragsvermögen der Fall war (Hoffmann, WBG. Kommentar, Anhang BStG. § 20 Anm. 2). Hierfür spricht auch der Wortlaut des § 7 KStG., der als Ausnahme von der Regel des § 28 Abs. 3 BStG. vorschreibt, daß vorerst die Abzüge und Hinzurechnungen gemäß den §§ 3—5 dieses Gesetzes zu berücksichtigen sind und dann erst die Abrundung auf volle Tausende zu erfolgen hat. Daraus folgt, daß das kriegssteuerpflichtige Vermögens-

zuwachsminimum 4000 M., nicht, wie gemeinhin gesagt zu werden pflegt, 3000 M. Denn nach § 8 Abs. 1 KStG. muß der nach dem Kriegssteuergesetz „festgestellte Vermögenszuwachs" in minimo 3000 M. übersteigen. Wenn der zunächst rein rechnerisch ermittelte nicht abgerundete Vermögenszuwachs 3999 M. ausmacht — sei es, daß keine Abzüge und Hinzurechnungen gemäß §§ 3—5 zu machen waren, sei es, daß diese dabei schon berücksichtigt sind — so ist dieser berechnete Vermögenszuwachs von 3999 M. zur Feststellung und Veranlagung des ziffernmäßigen Steuerbetrags auf volle Tausende, also auf 3000 M. abzurunden. Und dann ist er nicht steuerpflichtig, denn er übersteigt nicht 3000 M.

§ 9.

Steuertarif.

I. Für die Zuwachssteuer

in Bd. 3, 441.

II. Für die Steuer vom nicht veränderten Vermögen.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 3, 441; 5 in Bd. 4, 784.)

6. Waldecker, GesuR. 18 152. Die Steuer vom Vermögenszuwachs (§ 9 Ziff. 1) und die Abgabe vom unverminderten Vermögen (§ 9 Ziff. 2) dürfen nicht nebeneinander erhoben werden. Die Abgaben schließen einander aus (übereinstimmend mit Zimmermann 4 zu § 9 gegen Stier-Somlo[3] 2 zu § 9, Mrozek 9 zu § 9 und Strutz 1—4, 24 zu § 1; 1, 4 zu § 9).

7. Zimmermann a. a. O. 8. Die Abgabe nach § 9 Nr. 2 des Gesetzes erfaßt den 90 Proz. des Anfangsvermögens übersteigenden Teil des Endvermögens, soweit dieser weder von der Besitzsteuer noch der Kriegsgewinnsteuer erfaßt ist. Wir die letztere Steuer nicht erhoben, weil nach Abzug von Vermögensteilen nach § 3 ein Vermögenszuwachs nicht mehr vorhanden ist, so unterliegt der 90 Proz. übersteigende Teil des Anfangsvermögens, also 10 Proz. dieses Vermögens der Abgabe nach § 9 Nr. 2. Es gilt dies auch dann, wenn der nach § 3 abzuziehende Vermögensteil, z. B. die anerfallene Erbschaft den für die Besitzsteuer festgestellten Vermögenszuwachs übersteigt. Wenn also dem Steuerpflichtigen im Veranlagungszeitraum eine Erbschaft von 500 000 M. anerfallen ist, so hat er bei einem Anfangsvermögen von 1 Million M. und einem Endvermögen von 1 400 000 M. eine Abgabe nach § 9 Nr. 2 aus 1 000 000 — 900 000 = 100 000 M. in Höhe von 1000 M. zu entrichten.

8. Rietzsch, PrVerwBl. 38 318. Man hat die Schlußworte des § 9 zu 2 Abs. 1 „insoweit es weder der Besitzsteuer noch der Abgabe nach Nr. 1 unterliegt" positiv zu verstehen: „der Besitzsteuer oder Abgabe nach Nr. 1". Also ist der jeweils höchste der beiden Vermögensbeträge von denen man Besitzsteuer bzw. Kriegssteuer Nr. 1 zu zahlen hat, von der Differenz abzuziehen, die sich zwischen festgestelltem Besitzsteuervermögen und 90 v. H. des festgestellten Wehrbeitragsvermögens (beide in abgerundetem Betrage zu verstehen) ergibt.

9. Verfügung des preuß. Finanzministers vom 17. April 1917, betr. die Berechnung der Steuer nach § 9 Nr. 2 des Kriegssteuergesetzes. (FMBl. 145.)

I. Aus der Bestimmung im § 17 Abs. 4 KStAusfBest. ist gefolgert worden, daß bei Berechnung der Abgabe nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG. aus dem vom Endvermögen abzuziehenden Zuwachsbetrag, der der Abgabe nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 unterliegt, die Hinzurechnungen nach §§ 4 bis 6 KStG. in allen Fällen, also auch dann auszuscheiden haben, wenn das Endvermögen nach Abzug des kriegssteuerpflichtigen Vermögenszuwachses nicht unter den Betrag des Anfangsvermögens sinkt. Eine solche Auslegung möchte weder

im Sinne des § 17 Abs. 4 KStAusfBest. noch in der Absicht des Gesetzes liegen. Sie würde auch die Berechnung der Abgabe nach § 9 Nr. 2 KStG. äußerst erschweren.

Die Abgabe nach § 9 Nr. 2, die an die Stelle der in der ersten Lesung der Reichstags-Kommission beschlossenen Erhebung einer weiteren Wehrbeitragsrate getreten ist, soll das nicht der Zuwachsbesteuerung unterliegende Vermögen treffen, soweit dieses Vermögen gegenüber dem Anfangsvermögen sich nicht um 10 v. H. oder mehr verringert hat. Nach dem klaren Wortlaut des Gesetzes ist für die Berechnung des der Abgabe nach § 9 Nr. 2 unterliegenden Vermögensteils von dem nach dem Besitzsteuergesetz also ohne Berücksichtigung der Abzüge und Hinzurechnungen nach §§ 3 bis 6 KStG. festgestellten Vermögen (Endvermögen) auszugehen. Von diesem Vermögen wird die Abgabe nach § 9 Nr. 2 erhoben, „insoweit es weder der Besitzsteuer noch der Abgabe nach § 9 Nr. 1 unterliegt" — also insoweit es sich nicht als steuerpflichtiger Vermögenszuwachs darstellt. Infolge der Hinzurechnungen nach §§ 4 bis 6 KStG. kann aber der kriegssteuerpflichtige Zuwachs höher sein als der aus der Vergleichung des nach dem Besitzsteuergesetz maßgebenden Anfangs- und Endvermögens sich ergebende Vermögenszuwachs. Ein höherer Betrag als der nach dem Besitzsteuergesetz sich ergebende Zuwachsbetrag darf aber gemäß § 9 Nr. 2 KStG. von dem nach dem Besitzsteuergesetz für den 31. Dezember 1916 festgestellten Vermögen nicht abgezogen werden; m. a. W. durch den Abzug des kriegssteuerpflichtigen Zuwachsbetrags darf das Endvermögen nicht unter den Betrag des Anfangsvermögens sinken. Dies und nur dies will § 17 Abs. 4 KStAusfBest. besagen (ein Zuwachsbetrag ist insoweit nicht abzuziehen, als er sich n u r infolge der Hinzurechnungen ergibt). Eine besondere Berechnung des abzugsfähigen Zuwachsbetrags für den Fall, daß den Hinzurechnungen gemäß §§ 4 bis 6 KStG. Abzüge nach § 3 gegenüberstehen, ist nicht erforderlich. Von dem maßgebenden Endvermögen darf vielmehr der besitzsteuerpflichtige oder der kriegssteuerpflichtige oder, wenn sowohl die Besitzsteuerpflicht als auch die Abgabepflicht nach § 9 Nr. 1 KStG. gegeben ist, der höhere Zuwachsbetrag abgezogen werden, jedoch darf das Endvermögen durch den Abzug nicht unter den Betrag des Anfangsvermögens herabsinken.

A. Ist das Endvermögen höher als das Anfangsvermögen, so kann entweder nur ein besitzsteuerpflichtiger Vermögenszuwachs oder nur ein kriegssteuerpflichtiger Vermögenszuwachs oder sowohl ein besitzsteuerpflichtiger als auch ein kriegssteuerpflichtiger Vermögenszuwachs vorhanden sein.

a) Ist nur ein besitzsteuerpflichtiger Vermögenszuwachs vorhanden, so ist dieser vom Endvermögen abzuziehen. Das Endvermögen kann nie unter den Betrag des Anfangsvermögens herabsinken.

b) Ist nur ein kriegssteuerpflichtiger Vermögenszuwachs vorhanden, so könnte wegen der Hinzurechnungen nach den §§ 3 bis 6 KStG. durch den Abzug des kriegssteuerpflichtigen Vermögenszuwachses das nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes auf den 31. Dezember 1916 festgestellte Vermögen unter den Betrag des Anfangsvermögens herabsinken. Der Abzug darf aber gemäß § 17 Abs. 4 KStAusfBest. dann nur bis zu dem Betrag erfolgen, der das Endvermögen nicht unter das Anfangsvermögen sinken läßt. Der Abgabe nach § 9 Nr. 2 unterliegen also 10 v. H. des Anfangsvermögens, sie beträgt 1 v. T. bzw. mit dem Zuschlag 1,2 v. T. des ganzen Anfangsvermögens.

c) Ist sowohl ein besitzsteuerpflichtiger als auch ein kriegssteuerpflichtiger Vermögenszuwachs vorhanden, so ist von dem nach dem Besitzsteuergesetz festgestellten Endvermögen der höhere Zuwachsbetrag abzuziehen. Ist der besitzsteuerpflichtige Zuwachs höher als der kriegssteuerpflichtige Zuwachs, so ist der erstere Betrag abzuziehen; durch den Abzug kann das Endvermögen nicht unter den Betrag des Anfangsvermögens herabsinken. Ist dagegen der kriegssteuerpflichtige Vermögenszuwachs der höhere, so wäre diese Möglichkeit gegeben; nach § 17 Abs. 4 KStAusfBest. darf der Abzug aber nur insoweit erfolgen, daß das Endvermögen nach dem Anfangsvermögen gleichbleibt.

B. Ist das nach dem Besitzsteuergesetz auf den 31. Dezember 1916 festgestellte Endvermögen nicht höher oder geringer als das Anfangsvermögen, so kann sich gleichwohl

infolge der Hinzurechnungen nach §§ 4 bis 6 KStG. ein kriegssteuerpflichtiger Vermögenszuwachs ergeben. In diesen Fällen kommt aber ein Abzug des kriegssteuerpflichtigen Vermögenszuwachses gemäß § 17 Abs. 4 KStAusfBest. nicht in Frage und es ist für die Ermittelung des der Abgabe nach § 9 Nr. 2 unterliegenden Vermögensteils lediglich das festgestellte Endvermögen mit 90 v. H. des Anfangsvermögens zu vergleichen.

II. Die Abgabe nach § 9 Nr. 2 KStG. soll nach der Absicht des Gesetzgebers von dem im wesentlichen intakt gebliebenen Vermögen erhoben werden. Hat sich ein Vermögen vermehrt, so soll der Vermögenszuwachs entweder durch die Besitzsteuer oder die Abgabe nach § 9 Nr. 1 oder durch beide Abgaben erfaßt werden, während die Abgabe nach § 9 Nr. 2 in diesem Falle das Stammvermögen und dieses einschließlich des Zuschlags mit 1,2 v. T. des ganzen Stammvermögens treffen soll. Nach der tatsächlichen Ausgestaltung der Abgabe nach § 9 Nr. 2 erfaßt diese nun allerdings auch Vermögensvermehrungen, die wegen der Vorschriften in §§ 12, 13, 15, 16 BesStG. und in § 8 Abs. 1 KStG. von der besonderen Zuwachsbesteuerung freibleiben. Daraus könnten Härten entstehen, was seinerzeit bei den Verhandlungen im Reichstag nicht verkannt wurde. Es wurde aber dem Bundesrat überlassen, solche Härten im Wege der Billigkeit zu beseitigen. Für die Fälle der §§ 15 und 16 ist dies durch § 17 Abs. 3 KStAusfBest. geschehen. Es können aber auch in den Fällen des § 12, und insbesondere des § 13 BesStG. Härten vorkommen, die einer Abmilderung bedürfen. Eine Härte wird nicht vorliegen, wenn die Abgabe nach § 9 Nr. 2 des Gesetzes mit dem Satze von 1 v. H. bzw. 1,2 v. H. einen Zuwachs trifft, der sich nach dem Kriegssteuergesetze ergibt, aber, weil er nicht über 3000 M. beträgt, gemäß § 8 Abs. 1 KStG. der Abgabe nach § 9 Nr. 1 a. a. O. nicht unterliegt. Anders sind die Fälle zu beurteilen, in denen es sich um einen kriegssteuerfreien — also um einen nach dem Kriegssteuergesetz privilegierten — Zuwachs handelt, der an sich zwar der Besitzsteuer unterliegen würde, aber wegen der besonderen Vorschrift in den §§ 12 und 13 BesStG. steuerfrei geblieben ist. Es erscheint geboten, in solchen Fällen die dem Wortlaut des Gesetzes entsprechend berechnete Abgabe nach § 9 Nr. 2 aus Billigkeitsgründen auf den Betrag zu ermäßigen, der sich ergibt, wenn unter Berücksichtigung des Zuschlags von dem an sich kriegssteuerpflichtigen, aber nach § 8 Abs. 1 KStG. steuerfreien Zuwachs 1,2 v. H. und von dem nach Abzug dieses Zuwachses verbleibenden Restvermögen 1,2 v. T. erhoben wird.

Hat z. B. jemand, der am 31. Dezember 1913 ein Vermögen von 5000 M. besaß, während des Veranlagungszeitraums von seinen Eltern 20 000 M. geerbt und 2000 M. hinzuerworben, so ergibt sich nach dem Besitzsteuergesetz ein Zuwachs von (27 000 — 5000 =) 22 000 M., von dem aber nur 7000 M. der Besitzsteuer unterliegen. Nach dem Kriegssteuergesetz ergibt sich ein Zuwachs von (27 000 — 20 000 — 5000 =) 2000 M., der gemäß § 8 Abs. 1 des Kriegssteuergesetzes frei bleibt.

Nach der gesetzlichen Vorschrift ist die Abgabe nach § 9 Nr. 2 nebst Zuschlag zu berechnen mit 1,2 v. H. von (27 000 — 7000 — 4500 =) 15 500 M. = 186 M. Nach dem Ausgeführten würde sie aus Billigkeitsgründen nach folgender Berechnung auf den Betrag von 45,6 M. zu ermäßigen sein:

Endvermögen	27 000 M.,	
hiervon ab	7 000 „	besitzsteuerpflichtiger Zuwachs
verbleiben	20 000 M.;	
hiervon 1,2 v. H. von	2 000 „	= 24 M.
und 1,2 v. T. von den restlichen .	18 000 „	= 21,6 M.
	zusammen	45,6 M.

Hat jemand, der am 31. Dezember 1913 kein Vermögen besaß, während des Veranlagungszeitraums 25 000 M. geerbt und im übrigen keinerlei Vermögenszuwachs, so hat er von 5000 M. steuerpflichtigem Zuwachs eine Besitzsteuer von 37,50 M. zu zahlen. Die Abgabe nach § 9 Nr. 2 KStG. würde einschließlich des Zuschlags 1,2 v. H. von

(25 000 — 5000 =) 20 000 M. = 240 M. betragen. Diese wäre nach dem Ausgeführten auf den Betrag von (1,2 v. T. von 20 000 M. =) 24 M. zu ermäßigen.

Es ist beabsichtigt, einen Bundesratsbeschluß herbeizuführen, wodurch in solchen Fällen aus Billigkeitsgründen eine anderweite Berechnung der Abgabe nach § 9 Nr. 2 KStG. in der angegebenen Weise genehmigt wird.

10. Laband, DJZ. 17 421. Die Ausnahmen der §§ 3 bis 7 gelten auch für die Kriegsabgabe aus § 9 Ziff. 2.

§ 10.

Beteiligung an einer GmbH.

I. Grundsatz.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 3, 442; 6 bis 10 in Bd. 4, 789.)

11. Strutz a. a. O. 3 zu § 10. Ob Voraussetzung der Anwendung des § 10 auch ist, daß die Gesellschaft am Ende des Veranlagungszeitraums überhaupt noch und noch als inländische Gesellschaft mbH. besteht, oder es nur darauf ankommt, als was sich der Mehrgewinn, an dem der Steuerpflichtige beteiligt war, darstellt, als er erzielt wurde, kann zweifelhaft sein. Aber der Wortlaut, „Steuerpflichtige, die Gesellschafter einer inländischen Gesellschaft mbH. sind" wie der Zweck, Milderung einer Doppelbesteuerung, sprechen für die erstere Auslegung.

12. Strutz a. a. O. 4 zu § 10. Daß die betreffenden Personen „während der ganzen Dauer der Kriegsgeschäftsjahre" der Gesellschaft die Besitzer der Geschäftsanteile gewesen sein müssen, wie Koppe-Barnhagen (Anm. 3 zu § 10) annehmen, ist aus dem Gesetze nicht herauszulesen.

13. Zimmermann a. a. O. 10. Die Vorschrift des § 10 gewährt eine Steuerermäßigung; der Steuerpflichtige soll den Teil der Steuer, welche auf den ihm zufließenden Mehrgewinn der Gesellschaft entfällt, nur zur Hälfte zu zahlen haben. An der richtigen Berechnung des unerhoben zu lassenden Betrags hat der Pflichtige, ebenso wie an der richtigen Feststellung des Vermögenszuwachses ein rechtliches und wirtschaftliches Interesse und es liegt daher nahe, ihm auch bei einer von seiner Berechnung und Erklärung abweichenden Festsetzung des unerhoben zu lassenden Betrags den gleichen Rechtsschutz zu gewähren, wie er ihm gegen den Veranlagungsbescheid zusteht. Steht der von der Gesellschaft zu versteuernde Mehrgewinn der 3 Kriegsgeschäftsjahre schon vor der Veranlagung des Gesellschafters fest, sind also die Unterlagen für die Berechnung des unerhoben zu lassenden Betrags schon bei der Erlassung des Steuerbescheides gegeben, so ist nicht einzusehen, warum nicht auch die Berechnung des unerhoben zu lassenden Betrags im Bescheid erfolgen und mit den gegen den Steuerbescheid gegebenen Rechtsmitteln soll angefochten werden können. Führt die erst nach der Veranlagung des Gesellschafters stattfindende Feststellung des von der Gesellschaft in den 3 Kriegsgeschäftsjahren erzielten Mehrgewinns zu einer Ermäßigung oder Absetzung des unerhoben gelassenen Betrags, so wird ein Nachtragsbescheid nach § 73 BesStG. zu erlassen sein, der nach § 69 Abs. der BesStAB. wie der Veranlagungsbescheid anfechtbar ist. Nur wenn der unerhoben zu lassende Betrag nach der Erlassung des Veranlagungsbescheids zu erhöhen ist, weil der von der Gesellschaft erzielte Mehrgewinn der 3 Kriegsgeschäftsjahre den im Veranlagungsbescheid angenommenen Betrag übersteigt, so wird der beim Steuerpflichtigen weniger zu erhebende oder ihm zu erstattende Betrag nach § 69 Abs. 2 des BesStG. in einem nur mit der Verwaltungsbeschwerde anfechtbaren Bescheid festzusetzen sein.

II. Anwendungsgebiet.

1. Familiengesellschaften.

(Erläuterung a bis e in Bd. 3, 443f.; f, g in Bd. 4, 789f.)

h) Strutz a. a. O. 5 zu § 10. Man wird es für ausreichend zu erachten haben, wenn nur jeder der Geschäftsanteile in Höhe von mindestens der Hälfte des Stamm-

kapitals besitzenden Gesellschafter zu jedem anderen von diesem Gesellschafterkreis in einem der im Gesetze bezeichneten Verhältnisse steht.

2. Geschäftsführer und Prokuristen.

(Erläuterung a, b in Bd. 3, 444; c bis e in Bd. 4, 791 f.)

f) Strutz a. a. O. 6 zu § 10. Zu einer Auslegung dahin, daß die Erben eines und desselben Gesellschafters Geschäftsanteile in derartiger Höhe in ihrer Hand vereinigen müßten, zwingt weder der Wortlaut, in dem eine auch an eine Einschränkung denken lassende Wendung wie in Ziff. 1 das Wort „zueinander" nicht enthalten ist, noch die Absicht des Gesetzes. Im Gegenteil: wenn mehrere als Geschäftsführer tätige Gesellschafter oder Erben solcher mehr als die Hälfte des Stammkapitals in ihren Geschäftsanteilen besitzen, dann liegt recht eigentlich die in der Begründung hervorgehobene Ähnlichkeit mit der Stellung von „Mitunternehmern" vor.

§ 11.

Lehen, Fideikommiß, Stammgut.

(Zu vgl. Bd. 3, 444.)

Strutz a. a. O. 10 zu § 10. Der steuerbare Vermögenszuwachs des Gesellschafters kann auch hinter seinem Anteil an dem Mehrgewinne der Gesellschaft zurückbleiben; denn ebensowenig wie § 3 verlangt § 10, daß dort der auszuscheidende Erwerb, hier der zugeflossene Gesellschaftsmehrgewinn tatsächlich zur Vermögensvermehrung geführt hat. Das führt aber nicht, wie Mrozek annimmt, dazu, daß unter Umständen überhaupt keine Steuer zu erheben wäre, sondern nur dahin, daß die volle Hälfte der Steuer außer Hebung bleibt. Denn der „Abgabebetrag", der „verhältnismäßig auf den Vermögenszuwachs in Höhe des der Beteiligung entsprechenden Betrags des abgabepflichtigen Mehrgewinns der Gesellschaft entfällt", und der „zur Hälfte unerhoben" bleiben soll, ist immer nur ein Betrag von der ganzen veranlagten Abgabe, höchstens also $^{100}/_{100}$ hiervon.

§ 12.

Aufgabe von Wohnsitz oder Aufenthalt.

(Erläuterung 1 bis 8 in Bd. 3, 444 f.)

9. Strutz a. a. O. 3 zu § 12. Nach der Fassung des Gesetzes würde es gleichgültig sein, wie lange vor dem 1. Januar 1917 die Aufgabe des inländischen Wohnsitzes oder Aufenthaltes stattgefunden hat. Nach dem Grundsatze, daß Gesetze keine rückwirkende Kraft haben, soweit sie sich nicht solche ausdrücklich beilegen, ist aber der § 12 Abs. 1 nur auf Fälle zu beschränken, wo die Aufgabe des inländischen Wohnsitzes und dauernden Aufenthaltes vor dem 1. Januar 1917, aber nach dem Inkrafttreten des KStG., d. i. dem 9. Juli 1916 erfolgt ist.

10. Strutz a. a. O. 5 zu § 12. Eine Gefährdung der Erhebung der Abgabe liegt nur darin, daß die Werte, aus denen allein die schon veranlagte oder demnächst zu veranlagende Steuer entrichtet werden kann, dem Zugriffe der Steuerbehörde entzogen werden, nicht schon darin, daß der Steuerpflichtige durch rechtsgültige, wenn auch wirtschaftlich noch so verwerfliche Verfügungen die Werte, die ohne diese Verfügungen vielleicht den Gegenstand der künftigen Veranlagung des Steuerpflichtigen bilden würden, derart vermindert, daß eine steuerfreie oder sehr niedrige Veranlagung in Aussicht steht.

Steuerpflicht der Gesellschaften.

§ 14.

Mehrgewinne.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 3, 446.)

3. Strutz a. a. O. 3 zu § 14. Der „Mehrgewinn", von dem nach § 19 ein Prozentsatz als Steuer erhoben wird, also die Bemessungsgrundlage ist der ein Mehr an Mehr-

gewinnen ergebende Saldo aus den Mehrgewinnen im Sinne des § 14 Abs. 1 und den Mindergewinnen im Sinne des § 14 Abs. 3 für die sämtlichen nach dem KStG. zu berücksichtigenden Kriegsgeschäftsjahre.

4. Strutz a. a. O. 6 zu § 14. Der zweite Satz des Abs. 2 enthält nicht nur eine Abrundungsvorschrift, wie sein erster Satz, sondern eine Befreiungsvorschrift zugunsten der Steuerpflichtigen. Er darf daher nicht, wie Satz 1, auf den dritten Absatz angewendet werden, wo er zum Nachteil der Steuerpflichtigen wirken würde, d. h. es dürfen nicht Mindergewinne, die 5000 M. nicht erreichen, von der Ausgleichung gegen Mehrgewinne, mit anderen Worten, von dem Abzuge von diesem ausgeschlossen werden. Hatte also eine Gesellschaft im ersten Kriegsgeschäftsjahr einen Mehrgewinn von 20 000, im zweiten einen solchen von 4000 und im dritten einen Mindergewinn von 3000 M., so bleibt der Mehrgewinn von 4000 M. außer Betracht, der Mindergewinn von 3000 M. aber wird von dem Mehrgewinn von 20 000 M. des ersten Jahres abgezogen, so daß steuerpflichtig bleiben 17 000 M.

5. Strutz a. a. O. 7 zu § 14. Zimmermann (Anm. 5 Abs. 2 zu § 14) bemerkt: „Hat die Gesellschaft nur in einem Kriegsgeschäftsjahr einen Mindergewinn erzielt, so bleibt es ihrer Wahl anheimgestellt, an welchem Mehrgewinn der beiden übrigen Kriegsgeschäftsjahre der Abzug vorgenommen wird." Mit dem Wortlaute des Abs. 3, wie des ganzen § 14, verträgt sich diese Auffassung sehr wohl. Gleichwohl bestehen gegen sie mit Rücksicht auf die Entstehungsgeschichte des Abs. 3 Bedenken. Er enthält denselben Gedanken, wie der § 8 Abs. 4 SichG. Hier wird der Mindergewinn ausdrücklich dem „im Gesamtergebnisse der abgelaufenen Kriegsgeschäftsjahre erzielten" Mehrgewinne gegenübergestellt. So ist auch sinngemäß bei Anwendung des § 14 Abs. 3 KStG. zu verfahren. Die Ausgleichung hat zwischen dem Mindergewinne eines Kriegsgeschäftsjahres und der Summe der Mehrgewinne der beiden andern stattzufinden und mindert diese beiden Einzel-Mehrgewinne verhältnismäßig.

§ 15.

Kriegsgeschäftsjahre.

Strutz a. a. O. 6 zu § 15. Wenn die drei Kriegsgeschäftsjahre weniger als drei volle Zeitjahre von zusammen 36 Monaten umfassen, so muß man ihren gesamten Mehr- oder Mindergewinn auf drei volle Zeitjahre umrechnen, im Falle des erwähnten Beispiels also von 950 000 M. auf 950 000 . $^{36}/_{30}$ = 1 140 000 M. Damit gelangt man auch zu dem der Billigkeit am meisten entsprechenden Ergebnis, indem die Ergebnisse des an 36 Monaten fehlenden Zeitraums der drei Kriegsgeschäftsjahre nach dem Durchschnitte der letzteren, also weder nur nach der dem kein volles Zeitjahr umfassenden Geschäftsjahre vorangegangenen, noch nach der ihm nachfolgenden Zeit eingestellt werden. Gegen Moesle 3 zu § 2 RücklagenG. 1915 und Koppe-Barnhagen, RücklagenG. 1917 52.

§ 16.

Geschäftsgewinn.

(Erläuterung 1 bis 18 in Bd. 3, 446ff.)

19. Strutz a. a. O. 9 zu § 16. Der Agiogewinn bei Ausgabe neuer Aktien gehört nicht zum Geschäftsgewinn im Sinne des KStG.

20. Strutz a. a. O. 12 zu § 16. Der Gewinnvortrag auf neue Rechnung des künftigen Geschäftsjahres bildet eine offene Reserve, die zu dem Geschäftsgewinn des Jahres der Entstehung gehört.

20 a. Strutz a. a. O. 14 zu § 16. Steuern aller Art, die die Gesellschaft zu entrichten hat, gehören nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger kaufmännischer Buchführung zu den Geschäftsunkosten und mindern daher den Geschäftsgewinn. Die diesen Grundsatz einschränkende Rechtsprechung des PrOVG. beruht auf den besonderen Vorschriften des pr. EinkStG. und sind auf die KSt. nicht übertragbar.

21. Strutz a. a. O. 15 zu § 16. Moesle, SichG. Anm. 8 zu § 3 bemerkt: „Die Tantieme, auf welche die Gesellschaftsbeamten einen rechtlich gesicherten Anspruch haben, gilt als Gehaltsteil, auch wenn sie vom Reingewinn berechnet wird (vgl. § 237 HGB.). Insoweit gehört die Tantieme der Vorstandsmitglieder und der sonstigen Gesellschaftsbeamten zu den abzugsfähigen Geschäftsunkosten; vgl. RGZ. E. vom 5. April 1884 11 [100]. Der Geschäftsunkostencharakter kommt dagegen den Aufsichtsratstantiemen nicht zu. Die Vergütung (Tantieme) der Mitglieder des Aufsichtsrats wird daher von dem Geschäftsgewinne nicht abgesetzt werden dürfen, soweit sie aus dem Jahresgewinn gewährt wird (vgl. § 245 HGB.). Ebenso Sintenis, Bankarchiv XV 88". Ebenso jetzt KStAusfBest. § 20 Abs. 2. Dieser Ansicht ist bezüglich der Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder nicht zuzustimmen. Soweit diese den Aufsichtsratsmitgliedern auf Grund eines vor der Beschlußfassung der Generalversammlung über Bilanz und Gewinnverteilung vorhandenen Rechtsanspruches zusteht, ist sie nicht anders zu behandeln, wie Gehalt oder Tantieme eines Vorstandsmitgliedes oder Beamten der Gesellschaft. Nur soweit sich die Vergütung nicht bereits aus den rechtlichen Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber ihren Aufsichtsratsmitgliedern und der Höhe des Geschäftsgewinnes, nach dem die Vergütung zu bemessen ist, errechnen läßt, trifft die Ansicht Moesles zu. So auch Mrozek, Anm. 3 d zum SichG.

22. Strutz a. a. O. 15 zu § 16. Nach der ständigen Rechtsprechung des PrOVG. zum PrEinkStG. mindern die Bezüge der zu Geschäftsführern bestellten Gesellschafter an Gehalt und Provision dann und nur dann den Geschäftsgewinn der Gesellschaft mbH., wenn die Gesellschafter die Tätigkeit als Geschäftsführer auf Grund eines mit der Gesellschaft abgeschlossenen Dienstvertrags und nicht bloß infolge einer im Gesellschaftsvertrag übernommenen gesellschaftlichen Verpflichtung ausüben, und ist, ob das eine oder das andere der Fall ist, im einzelnen Falle nach Lage der gesamten in Betracht kommenden Umstände zu beurteilen. Dabei ist die Tatsache, daß die Bestellung der Geschäftsführer im Gesellschaftsvertrage selbst erfolgt ist, für sich allein nicht ausschlaggebend dafür, daß die Geschäftsführung den Gesellschaftern als gesellschaftliche Verpflichtung auferlegt sei.

23. Strutz a. a. O. 20 zu § 16. Die Ansicht des Reichsschatzsekretärs, daß der Gewinn aus der Realisierung stiller Reserven zu dem Bilanzgewinne des Geschäftsjahres gehöre, in welchem die Realisierung erfolgt ist, ist zutreffend, allerdings mit der Einschränkung auf stille Reserven, die auch steuerlich „stille" geblieben sind. Soweit die stille Reserve in der Steuerbilanz des Jahres, in dem sie gelegt ist, durch Hinzurechnung zum Geschäftsgewinne bereits berücksichtigt ist, kann der Gewinn aus ihrer Realisierung im Jahre der letzteren nicht nochmals steuerlich als Geschäftsgewinn behandelt werden. Hat z. B. eine Gesellschaft in einem Jahre eine Fabrik nur mit 500 000 M. eingestellt, während ihr wirklicher Wert 700 000 M. war, und ist dieser letztere in die Steuerbilanz eingestellt, so gehören, wenn sie die Fabrik im nächsten Jahre für 800 000 M. veräußert, nicht (800 000 — 500 000 =) 300 000, sondern nur (800 000 — 700 000 =) 100 000 M. zum steuerlichen Bilanzgewinn.

24. Rosendorff a. a. O. 114. Der Grundsatz der § 23 Abs. 2 AusfBest., daß der Gewinn der durch Realisation einer in einem Friedensjahr gelegten stillen Reserve in einem Kriegsgeschäftsjahr erzielt wird, bei der Berechnung des Geschäftsgewinns außer Ansatz bleiben darf, gilt auch für stille Reserven, die auf Grund des § 261 HGB. entstanden sind.

§ 17.

Der durchschnittliche frühere Geschäftsgewinn.

I Abs. 1.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 3, 451.)

3. Strutz a. a. O. 5 zu § 17. Die Verschiedenheit der Ausdrucksweise gibt zunächst zu dem Zweifel Anlaß, ob etwa unter den „Jahren" im Sinne des 2. Satzes des Abs. 1

nicht Geschäfts-, sondern Zeitjahre von 12 Monaten zu verstehen seien. So legt Mrozek (Anm. 3 zu § 5) SichG. das Gesetz aus, während Moesle (SichG. Anm. 8 zu § 5), Kuppe-Barnhagen (Anm. 4 zu § 17), Stier-Somlo (Anm. 3 zu § 17) und anscheinend auch Norden-Friedländer (115) und Zimmermann (Anm. 3 zu § 17) das Gegenteil annehmen. Es ist ja nun auffällig, daß § 17 überall das Wort „Geschäftsjahre" braucht und nur an dieser einen Stelle von „Jahren" spricht. Aber es ist auch die einzige Stelle, wo, wenn man „Jahre" gleich „Geschäftsjahren" setzt, die letzteren, d. h. die Friedensgeschäftsjahre, zweimal in demselben Satze erwähnt werden. Daraus kann man es erklären, daß hier der Kürze halber einmal „Jahre" statt „Geschäftsjahre" gesagt ist.

(Abschnitt II, III in Bd. 3, 452.)

IV. Abs. 4.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 453.)

4. Strutz a. a. O. 5 zu § 17. Wenn im Absatz 4 das Vorliegen eines „vollen" Geschäftsjahres vor den Kriegsgeschäftsjahren verlangt wird, so ist das mit Moesle (Anm. 22 zu § 5 SichG.) dahin auszulegen, daß ein volles satzungsgemäßes Geschäftsjahr verstrichen sein muß. Liegt also nur ein kürzeres Eröffnungsgeschäftsjahr vor den Kriegsgeschäftsjahren, so findet Abs. 4 und nicht Abs. 1 Anwendung. Würde dagegen das satzungsmäßige Geschäftsjahr nicht volle 12 Monate umfassen, so würde das Vorliegen schon eines solchen vor den Kriegsgeschäftsjahren die Anwendung des Abs. 1 und nicht des Abs. 4 rechtfertigen. A. M. Mrozek (Anm. 16 zu § 5 SichG.).

5. Strutz a. a. O. 6 zu § 17. Abgesehen einzig von der Umwandlung einer Kommanditgesellschaft auf Aktien in eine Aktiengesellschaft kommt nach § 17 nur die Dauer des Bestehens der Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen Rechtsform und kommen nur während dieser Zeit erzielte Geschäftsergebnisse in Betracht.

V. Abs. 5.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 3, 454.)

3. Strutz a. a. O. 15 zu § 17. Die Fassung des Abs. 5 ist nicht besonders glücklich. Gemeint ist, wie aus vorstehendem Beispiel ersichtlich, folgendes: es wird für denjenigen Teil der Kriegsgeschäftsjahre, der nach der Kapitalsvermehrung liegt, der Geschäftsgewinn nicht mit dem früheren Durchschnittsgewinne verglichen, sondern mit diesem zuzüglich 6 v. H. der tatsächlichen Kapitalsvermehrung.

4. Verfügung des Preuß. Finanzministers vom 19. April 1917, betr. die Veranlagung der Kriegssteuer im Falle der Vermehrung des Grundkapitals einer Gesellschaft. (FMBl. 162.)

§ 17 Abs. 5 KStG. bestimmt für den Fall der Vermehrung des Grund- oder Stammkapitals einer Gesellschaft während der Kriegsgeschäftsjahre, daß „für die Zeit nach der Vermehrung dem durchschnittlichen früheren Geschäftsgewinn ein Betrag von 6 v. H." hinzuzurechnen ist. Es ist mithin für denjenigen Teil der Kriegsgeschäftsjahre, der nach der Kapitalsvermehrung liegt, der Jahresgeschäftsgewinn nicht mit dem früheren Durchschnittsgewinne, sondern mit diesem Durchschnittsgewinne, zuzüglich 6 v. H. der tatsächlichen Kapitalvermehrung zu vergleichen. Eine Durchschnittsberechnung der auf die Kapitalerhöhung entfallenden Zinsen findet nicht statt.

Verfügung des Preuß. Finanzministers vom 18. Mai 1917, betr. die Veranlagung der Genossenschaften zur Kriegssteuer. (FMBl. 202.)

Die Anwendung der Vorschriften im § 17 Abs. 2 und 5 KStG. führt bei Genossenschaften zu großen Schwierigkeiten. Als Grundkapital gilt bei Genossenschaften die Summe der eingezahlten Geschäftsanteile, die Summe „der Geschäftsguthaben" der Genossen. Da diese Geschäftsguthaben auch innerhalb eines Jahres dauernden Schwankungen unterworfen sind, ist eine genaue Prozentberechnung je für die Zeit vor oder nach der

Vermehrung nahezu ein Ding der Unmöglichkeit. Daraus kann andererseits nicht der Schluß gezogen werden, die Guthabenvermehrung für das Jahr, in dem sie erfolgt ist, noch nicht zu berücksichtigen. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeit der strengen Durchführung der gesetzlichen Vorschriften erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Besitzsteuerämter, erforderlichenfalls im Benehmen mit dem Genossenschaftsvorstand, Durchschnittsberechnungen anwenden, also die Guthabenvermehrung innerhalb eines Jahres für das betreffende Jahr mit einem Durchschnittsbetrag für einen durchschnittlichen Zeitraum berücksichtigen.

§ 18.

Tochtergesellschaften.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 3, 454.)

5. Strutz a. a. O. 2 zu § 18. Aus den Worten „Aktien oder Anteile" darf nicht etwa geschlossen werden, die sog. Tochtergesellschaft müsse eine Aktien-, Aktienkommandit- oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung sein. „Anteile" bedeutet nicht bloß „Geschäftsanteile" einer Gesellschaft mbH., sondern überhaupt Anteile an einer Gesellschaft der im § 13 bezeichneten Art, also auch Kuxe einer Berggewerkschaft älteren oder neueren Rechts, den Bruchteil der Beteiligung an einer anderen Bergbau betreibenden Vereinigung und die Geschäftsguthaben der Genossen einer eingetragenen Genossenschaft.

6. Strutz a. a. O. 3 zu § 18. Zeitlich entscheidend muß der materielle Vorgang des Empfanges des Anspruchs auf die Mehreinnahme sein, also der Zeitpunkt der Fälligkeit der Anteile am Gewinne der Tochtergesellschaft; denn nach der damaligen Beteiligung der Mutter- an der Tochtergesellschaft richtet sich die Mehreinnahme, die jener von dieser zufließt und ohne den § 18 sowohl bei dieser wie bei jener Gesellschaft steuerpflichtig sein würde. Nicht kommt es darauf an, seit wie langer Zeit die Muttergesellschaft die Aktien oder Anteile der Tochtergesellschaft zu dem maßgebenden Zeitpunkt besaß; diese Zeitdauer kann die Höhe der Mehreinnahme der Muttergesellschaft und damit das ziffernmäßige Maß der Anwendung des § 18 beeinflussen, aber nicht seine grundsätzliche Anwendbarkeit.

7. Strutz a. a. O. 5 zu § 18. Das Gesetz spricht nur von „Dividende" und „Ausbeute". Gemeint ist offenbar alles, was eine noch nicht in Liquidation getretene Gesellschaft der im § 13 bezeichneten Art an ihre Mitglieder unbeschadet des Grundkapitals und ohne Verpflichtung der Anrechnung auf ihre Kapitaleinlagen auf Grund ihres Besitzes an Gesellschaftsanteilen verteilt (vgl. PrOVG. in St. 16[101] f. und Fuisting-Strutz, EinkStG. Anm. 18 zu § 15). Denn nur in diesem weiteren Sinne verstanden sind die „Dividenden" und „Ausbeuten" ein den im Abs. 1 erwähnten Mehreinnahmen „aus" Aktien oder Anteilen adäquater Begriff. Auch die sog. Bauzinsen im Sinne des § 215 HGB. gehören zu den Dividenden in diesem weiteren Sinne; vgl. Fuisting-Strutz, EinkStG. Anm. 17 zu § 15.

§ 19.

Steuertarif.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 3, 455.)

8. Strutz a. a. O. 9 zu § 19. Der Sinn des Abs. 3 ist folgender: Ist während der Kriegsgeschäftsjahre das eingezahlte Grund- oder Stammkapital vermehrt worden, dann ist behufs Findung des Durchschnittsbetrags festzustellen, wieviele Jahre und Jahresbruchteile der Kriegsgeschäftsjahre vor und nach der Einzahlung der Kapitalerhöhung liegen, und es ist einerseits das nicht erhöhte, andererseits das erhöhte Kapital in der Weise als Jahresbetrag zu behandeln, daß jedes zu demjenigen echten oder unechten Bruch, der dem Verhältnisse des Zeitraumes vor bzw. nach der Kapitalsvermehrung zu einem Teiljahr entspricht, zu dem andern hinzugezählt und aus der Summe der Jahresdurchschnitt gezogen wird. Hat z. B. eine Gesellschaft, deren Geschäftsjahr mit dem Kalender-

jahr zusammenfällt, am 1. April 1915 ihr eingezahltes Kapital von 10 000 000 M. auf 12 000 000 und am 1. April 1916 weiter auf 14 000 000 M. erhöht, so beläuft sich der der Berechnung nach Absatz 2 zugrunde zu legende Kapitalbetrag auf $^1/_3$ von (10 000 000. $^5/_4$ + 12 000 000 + 14 000 000. $^3/_4$ =) 35 000 000, also auf $11^2/_3$ Millionen Mark.

9. Strutz a. a. O. 9 zu § 19. Der Absatz 3 bezieht sich nicht auch auf Vermehrungen der Reservekontenbeträge während der Kriegsgeschäftsjahre. Denn diese Vermehrungen erfolgen aus den Geschäftsgewinnen und bilden daher auch mittelbare Bestandteile des Mehrgewinnes; sie können daher nicht sowohl dem Geschäfts- und Mehrgewinn als auch dem dieser gegenüberzustellenden Gesellschaftskapital zugerechnet werden.

10. Strutz a. a. O. 10 zu § 19. Der Abs. 4 hat den Wortlaut einer bloßen sog. „Sollvorschrift". Gleichwohl ist die Vorschrift nach der zweifellosen Absicht des Gesetzgebers als eine zwingende des materiellen Steuerrechts zu betrachten, deren Beobachtung die Steuerpflichtige im Rechtsmittelwege betreiben kann. Auch die Annahme Bucks (Anm. 12 zu § 19), es werde „Sache der Gesellschaften sein, nachzurechnen, ob bei ihnen die Milderung des Abs. 4 zutrifft, da es den Behörden schlechterdings unmöglich" sei, „hierauf in allen Fällen von Amts wegen zu achten", ist nicht zutreffend. Es fehlt an jedem Anhalte für eine solche Auslegung. Es ist auch nicht abzusehen, weshalb es den Behörden „schlechterdings unmöglich" sein sollte, den Abs. 4 in allen Fällen von Amts wegen zu beachten; nur eine erhebliche Mehrarbeit liegt hierin. Läge aber selbst eine „Unmöglichkeit" vor, so würde sich daraus nur ergeben, daß der Gesetzgeber den Behörden eine unmögliche Aufgabe gestellt hätte; daraus folge aber nicht eine im Gesetze nicht zum Ausdruck gelangte Verpflichtung der Steuerpflichtigen, den Behörden diese Aufgabe abzunehmen oder sie dabei zu unterstützen.

11. Strutz a. a. O. 11 zu § 19. Auch hier ist die Ansicht Bucks (Anm. 13 Abs. 2 zu § 19) zurückzuweisen, es sei „Sache der Gesellschaft", auf das Vorliegen der Voraussetzungen des Abs. 5 „aufmerksam zu machen und den Nachweis zu erbringen, so daß die Nachrechnung nur auf Antrag erfolgt". Davon, daß die Anwendung des Abs. 5 nur auf Antrag der Gesellschaft zu erfolgen habe, steht im Gesetze kein Wort, und es geht nicht an, ihm eine solche, den Steuerpflichtigen nachteilige Auslegung zu geben, nur um die Aufgaben der Veranlagungsbehörden zu erleichtern. Sich klarzumachen, ob diese ihre Aufgaben zu erfüllen imstande sind, ist Sache des Gesetzgebers, ehe er das Gesetz erläßt; ist dieses erlassen, dann können nicht durch dieses den Steuerpflichtigen gewährte Rechte im Verwaltungswege verkürzt werden, weil die Behörden den ihnen durch diese Rechte der Steuerpflichtigen zufallenden Aufgaben nicht gewachsen sind. Dagegen spricht der Wortlaut des Abs. 5 für die auch von Mrozek vertretene Ansicht, gegen die Nichtbeachtung der Vorschrift sei nur die Beschwerde im Aufsichtswege, seien dagegen nicht die Rechtsmittel gegen die Veranlagung zulässig, weil es sich nur um eine Vorschrift über die Erhebung der Steuer, nicht um eine Veranlagungsvorschrift handle.

12. Rosendorff a. a. O. 112. Wenn durch die Erhöhung des Stammkapitals ein Agio erzielt worden ist, das bekanntlich nach den gesetzlichen Vorschriften in den Reservefonds gelegt werden muß, so ist diese neue Reserve nicht zu berücksichtigen. Diese Bestimmung enthält einen Widerspruch zu Abs. 1 des § 19, in dem bestimmt ist, daß die bei Beginn des ersten Kriegsgeschäftsjahres ausgeworfenen wirklichen Reservefondsbeträge zum Geschäftskapital hinzuzurechnen sind.

13. Rosendorff a. a. O. 111. Aus § 19 folgt, daß diejenigen Gesellschaften, welche es vorgezogen haben, stille Reserven statt offener zu stellen, bei der Berechnung der Steuer schlechter gestellt sind.

§ 20.

Ausländische Gesellschaften.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 3, 456.)

5. Strutz a. a. O. 2 zu § 20. Der Wortlaut „Geschäftsbetrieb unterhalten" und die Bezugnahme auf die „bundesstaatlichen Einkommensteuerveranlagungen" im 2. Satze

des § 20 weisen darauf hin, daß das Vorhandensein einer inländischen Betriebsstätte im Sinne des § 3 DG. erforderlich ist, d. i. einer sichtbaren Stätte als festen örtlichen Mittelpunktes, von welchem aus ein mehr oder minder dauernder Betrieb stattfindet. Ein Betriebsort, der nicht zugleich Betriebsstätte ist, genügt also nicht.

6. Strutz a. a. O. 2 zu § 20. Der Besitz eines Grundstücks begründet für sich allein nicht unter allen Umständen die Steuerpflicht nach § 20.

§ 22.

Außerhebungstellung.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 457.)

4. Strutz a. a. O. 3 zu § 22. Aus der Fassung sowohl des Abs. 1 „von den Gesellschaften" als auch des Abs. 2 „Betrag der nach den Vorschriften des Gesetzes usw. zu bildenden Sonderrücklage" ergibt sich, daß sich der § 22 auf alle Arten steuerpflichtiger Gesellschaften, auf inländische wie auf ausländische bezieht.

5. Strutz a. a. O. 4 zu § 22. Unterstützungs- und ähnliche Fonds lediglich für die Angestellten und Arbeiter einer Gesellschaft oder die Familien und Hinterbliebenen lediglich solcher Personen sind wohl Wohlfahrtsfonds, aber keine für „ausschließlich gemeinnützige Zwecke". Die Bestimmung für solche bloße Wohlfahrtszwecke rechtfertigt daher die Anwendung des § 22 Abs. 1 nicht, sofern die Verwendung nicht lediglich die Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung der Gesellschaft gegenüber einem selbständige Rechtspersönlichkeit besitzenden Fonds oder gegenüber den Arbeitern, Angestellten usw. darstellt. In diesem Falle bilden die Verwendungen überhaupt keinen Teil des Bilanzgewinnes, sondern einen Passivposten der Bilanz.

6. Strutz a. a. O. 4 zu § 22. Aus den Worten „deren dauernde Verwendung zu solchen Zwecken gesichert ist" folgt zweierlei. Einerseits ist es nicht unbedingtes Erfordernis, daß die Gewinnbeträge durch die Bestimmung zu dem ausschließlich gemeinnützigen Zwecke aus dem Vermögen der Gesellschaft ausscheiden; es genügt, daß nur ihre Verwendung für diesen Zweck gesichert ist; die Verwendung selbst kann später durch die Gesellschaft selbst erfolgen, die bis dahin Eigentümerin bleibt. Andererseits muß aber Sicherheit dafür bestehen, daß der betreffende Fonds jeder Verfügung der Gesellschaft oder eines Dritten zu einem andern als ausschließlich gemeinnützigen Zweck entzogen ist, insbesondere auch, wie Mrozek (Anm. 17 zu § 1 SichG.) zutreffend hervorhebt, jedem Zugriffe von Gläubigern der Gesellschaft.

7. Strutz a. a. O. 6 zu § 22. Abs. 2 und Abs. 3 vertragen als zusammengehörig nicht die Auslegung, die Außerhebungsetzung nach Abs. 2 sei eine reine Verwaltungssache, die Versagung der Außerhebungsetzung nach Abs. 3 aber nicht, vielmehr eine „Neuveranlagung". Entweder ist beides ein bloßer Verwaltungsakt oder beides trotz der Wortfassung des Gesetzes eine mit den ordentlichen Rechtsmitteln anfechtbare Veranlagungsmaßnahme. Anders als einheitlich hat wohl auch der Gesetzgeber die beiden Absätze nicht aufgefaßt, sondern den Abs. 2 als Regel, den Abs. 3 als Ausnahme von dieser Regel; der Gedanke an die von Mrozek konstruierte „Neuveranlagung" in den Fällen des Abs. 3 hat ihm jedenfalls völlig fern gelegen. Tatsächlich handelt es sich ebenso wie im § 19 Abs. 4 und 5 um Ausnahmen von den Regeln der Steuerbemessung, und wie die Regeln müssen auch die Ausnahmen im ordentlichen Rechtsmittelwege verfolgt und angefochten werden können, wenn das Gesetz dies nicht durch unzweideutige Bestimmungen ausschließt.

8. Zimmermann a. a. O. 3. Eine dem § 22 entsprechende Steuerbefreiung ist für die Förderung der gemeinnützigen Unternehmungen durch die Einzelpersonen nicht vorgesehen. Einzelpersonen müssen nur die Zuwendungen, die sie zu gemeinnützigen Zwecken gemacht haben, also Vermögensteile, die sie zu solchen Zwecken veräußert und somit aus ihrem Vermögen ausgeschieden haben, nach § 4 ihrem Vermögen nicht hinzurechnen. Ein Abzug wegen Rückstellungen, die sie zu solchen Zwecken gemacht haben, ist nicht statthaft. Es gilt dies auch für die Fälle, daß offene Handelsgesellschaften oder

Kommanditgesellschaften derartige Rückstellungen aus ihrem Gewinn in der Bilanz vorgesehen haben.

§ 24.

Doppelbesteuerung.

(Zu vgl. Bd. 3, 457.)

Verfügung des preuß. Finanzministers vom 14. Mai 1917, betr. die Vermeidung von Doppelbesteuerungen bei Veranlagung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer. (FMBl. 165.)

Von dem Herrn Reichskanzler ist in Aussicht genommen, auf Grund von § 11 Abs. 2 BesStG., § 1 und § 24 KStG. Anordnungen zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung durch das Reich und durch Österreich-Ungarn zu treffen. Die deutscherseits für die Besitz- und Kriegssteuer zu treffenden Anordnungen werden voraussichtlich folgenden Inhalt haben:

A. Einzelpersonen.

1. Ausgenommen von der Steuerpflicht nach § 11 Abs. 1 Nr. 1, 1 BesStG. und entsprechend nach § 1 KStG. sind Angehörige des Deutschen Reiches, die, ohne einen Wohnsitz in einem deutschen Bundesstaate zu haben, in Österreich-Ungarn einschließlich Bosnien und Herzegowina wohnen oder sich aufhalten. (Es würde also die für die Ausnahme von der Steuerpflicht sonst geltende Voraussetzung eines mindestens zweijährigen dauernden Aufenthalts im Ausland hinsichtlich Österreich-Ungarns wegfallen.)

2. Ausgenommen von der Steuerpflicht nach § 11 Abs. 1 Nr. 1, 2 BesStG. und entsprechend nach § 1 KStG. sind österreichische Staatsangehörige, ungarische Staatsangehörige oder bosnisch-herzegowinische Landesangehörige, die in ihrem Heimatland einen Wohnsitz haben, auch wenn sie daneben noch im Deutschen Reiche einen Wohnsitz oder in Ermangelung eines Wohnsitzes ihren dauernden Aufenthalt haben.

B. Gesellschaften.

Bei Abgabe des abgabepflichtigen Mehrgewinns inländischer Gesellschaften bleibt der Teil des Geschäftsgewinns außer Betracht, der auf eine in Österreich-Ungarn einschließlich Bosnien und Herzegowina belegene Betriebsstätte (§ 3 Abs. 2 des Doppelsteuergesetzes vom 22. März 1909, RGBl. 332) entfällt.

Bei der Feststellung des Friedensgewinns (§ 17 KStG.) sind gegebenenfalls die 6 v. H. von dem Teile des Grund- oder Stammkapitals zu berechnen, der dem Verhältnisse des außerhalb Österreich-Ungarns einschließlich Bosnien und Herzegowina belegenen Anlage- und Betriebskapitals zum gesamten Anlage- und Betriebskapitale der Gesellschaft entspricht.

Der Abzug von Mehreinnahmen aus Aktien oder Anteilen gemäß § 18 KStG. ist auch bei Tochtergesellschaften zulässig, die ihren Sitz in Österreich-Ungarn einschließlich Bosnien und Herzegowina haben.

Für den hiernach sich ergebenden abgabepflichtigen Mehrgewinn wird die Kriegsabgabe nach dem Satze berechnet, der bei der gesetzlichen Berechnung des Geschäftsgewinns anzuwenden sein würde.

Bei vorkommenden Doppelbesteuerungen hinsichtlich Österreich-Ungarns sind die Abgabenbeträge, die nach den vorstehenden Ausführungen voraussichtlich nicht erhoben werden, vorläufig zu stunden.

§ 25.

Veranlagung.

(Zu vgl. Bd. 3, 458.)

1. Verfügung des preuß. Finanzministers vom 14. April 1917, betr. die Stundung von Kriegssteuer. (FMBl. 162)

Nach § 25 Abs. 2 KStG. sind auch die Vorschriften des § 71 BesStG. entsprechend für die Kriegssteuer anzuwenden. Die „entsprechende" Anwendung der Stundungs-

vorschriften führt dahin, daß eine Stundung der Kriegsabgabe bis zum Ablauf von drei Jahren möglich ist, und zwar können die einzelnen Teilbeträge (§ 31 Abs. 1 und 2 KStG.) je bis zum Ablauf von drei Jahren von ihrer Fälligkeit ab gerechnet gestundet werden. Innerhalb der Frist von drei Jahren (gerechnet für die gesetzlichen Teilbeträge je vom Tage ihrer Fälligkeit ab) kann auch eine ratenweise Abzahlung zugestanden werden.

Die Vorschrift im § 31 Abs. 3 KStG., wonach die bis zum 30. Juni 1917 (einschließlich) noch nicht gezahlten Abgabebeträge vom 1. Juli 1917 (einschließlich) ab mit 5 v. H. jährlich zu verzinsen sind, gilt auch für gestundete Abgabebeträge. § 63 Abs. 6 BesSt-AusfBest. gilt daher nicht für die Kriegsabgabe; im übrigen gelten die Stundungsbestimmungen im § 63 BesStAusfBest. entsprechend auch für die Stundung der Kriegsabgabe (§ 2 KStAusfBest.).

Bei der gesetzlich zulässigen Stundung der Kriegsabgabe einschließlich des Zuschlags ist Entgegenkommen zu üben, vor allem in der Richtung, daß die Stundung bewilligt wird, wenn der Steuerpflichtige sonst gezwungen wäre, sein festgelegtes Vermögen, z. B. Teile seines Aktienbesitzes, zu veräußern. Als Sicherheit kann die pfandweise Hinterlegung von Aktien und sonstigen Effekten unter Zugrundelegung der amtlichen Kursfestsetzung zugelassen werden.

2. → Über die Zuständigkeit für die Veranlagung und Erhebung der Besitzsteuer und der Kriegssteuer ist zu vgl. ZBl. 17 2. ←

§ 26.

Steuererklärung.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 458f.)

4. Strutz a. a. O. 3 zu § 26. Unter der Erhöhung des Vermögens in § 26 ist dasselbe zu verstehen, wie unter dem Vermögenszuwachs in § 8, und das ist der unter Berücksichtigung der §§ 3—6 KStG. berechnete.

§ 28.

Festsetzung der Kriegsabgabe.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 3, 459.)

4. Strutz a. a. O. 4 zu § 28. Durch § 28 Abs. 2 KStG. erlangt die Gesellschaft die volle Befreiung von den Schranken des § 8 Abs. 1 SichG., die Sonderrücklage wird zu einer freiwilligen und kann von der Gesellschaft beliebig verwendet werden. § 28 Abs. 2 befreit die Gesellschaft auch davon, 50 v. H. des Mehrgewinns des letzten Kriegsgeschäftsjahres nach dem SichG. in Sonderrücklage zu stellen. Der § 28 Abs. 2 ist also dahin auszulegen, daß mit Entrichtung der vorläufig festgestellten Abgabe die Sonderrücklagepflicht überhaupt entfällt.

§ 29.

Erteilung des Steuerbescheides.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 3, 459.)

3. Strutz a. a. O. 4 zu § 29. Bei Einzelpersonen genügt nicht, die Angabe des angenommenen Gesamtvermögens am Beginn und am Ende des Veranlagungszeitraums, sondern ist die Angabe in derselben Spezialisierung wie in der Steuererklärung notwendig. Soweit allerdings deren Angaben unverändert zugrunde gelegt sind, wird ein Hinweis hierauf für ausreichend zu erachten sein, wenngleich auch dann eine der Einrichtung der Steuererklärung entsprechende vollständige Berechnung den Vorzug verdient. Ebenso hat bei Gesellschaften die Mitteilung derselben Faktoren zu erfolgen, die in der Steuererklärung einzeln ersichtlich gemacht sind.

4. Strutz a. a. O. 4 zu § 29. Dem Erfordernisse der Bezeichnung der „Punkte, in welchen von der Steuererklärung abgewichen worden ist", wird nicht schon dadurch genügt, daß die Abweichungen aus den mitgeteilten Berechnungsgrundlagen zu ersehen sind,

sondern diese Punkte müssen ausdrücklich als Abweichungen von der Steuererklärung hervorgehoben werden (vgl. PrOVG. 60 [61]), und zwar wird dem Zwecke, durch Aufklärung des Steuerpflichtigen Rechtsmittel zu vermindern, nur genügt, wenn auch die Gründe für die Abweichung kurz angegeben werden. Anderer Ansicht KStAusfBest. § 28 Abs. 3.

5. Strutz a. a. O. 4 zu § 29. Was außer Hebung gesetzt ist, „schuldet" der Steuerpflichtige ebensowenig, wie es von ihm „angefordert" wird, und die Verbindung der „angeforderten" Abgabe mit den „Berechnungsgrundlagen" spricht dafür, daß man dabei eben an den auf Grund aller Berechnungsgrundlagen errechneten Betrag gedacht hat, gleichviel, ob diese Unterlagen den veranlagten oder nur den zu erhebenden Betrag berühren.

§ 31.

Entrichtung der Abgabe.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 3, 461.)

5. Strutz a. a. O. 5 zu § 31. Die Berechnung von Zwischenzinsen findet nicht von Amts wegen, sondern nur auf Verlangen, d. h. ausdrücklichen Antrag des Steuerpflichtigen statt. Daß der Antrag nach Eintritt der Fälligkeit nicht mehr wirksam gestellt werden könne, wie Mrozek (Anm. 7 zu § 31) unter Berufung auf § 813 BGB. meint, ist nicht richtig. § 813 Abs. 2 BGB. greift hier nicht Platz, weil für den Umfang des Rechtes auf Zwischenzinsen hier lediglich Abs. 4 Satz 2 § 31 KStG. maßgebend ist und dieser die Beschränkung des § 813 Abs. 2 BGB. nicht zum Ausdruck bringt.

§ 32.

Entrichtung durch Kriegsanleihe.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 3, 461.)

3. Bek. des Reichskanzlers über die Annahme von Kriegsanleihe-Zwischenscheinen bei Entrichtung von Kriegsabgabe. Vom 3. März 1917. (ZBl. 91.)

Es hat sich die Notwendigkeit ergeben, bei der Entrichtung der Kriegsabgabe außer den Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der Kriegsanleihen des Deutschen Reichs (§ 32 des Kriegssteuergesetzes) auch die solche Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen bis zu ihrer Ausreichung vertretenden, von der Reichsbank ausgestellten Zwischenscheine insoweit an Zahlungs Statt anzunehmen, als der Umtausch der Zwischenscheine gegen Kriegsanleihestücke noch nicht möglich war.

Sämtliche Annahmestellen für Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen des Deutschen Reichs (Seite 7 des Zentralblatts für das Deutsche Reich 1917) werden deshalb ermächtigt,

Zwischenscheine über fünfprozentige Schuldverschreibungen der fünften Kriegsanleihe mit vom 1. April 1917 ab laufenden Zinsen zum Annahmewerte von 101,25 M. für je 100 M. Nennwert,

Zwischenscheine über viereinhalbprozentige Schatzanweisungen der fünften Kriegsanleihe mit Zinslauf vom 1. Januar 1917 ab zum Annahmewerte von 98,75 M. für je 100 M. Nennwert

anzunehmen.

In dem von den Einlieferern den Annahmestellen einzureichenden „Verzeichnis der an Zahlungs Statt eingereichten Wertpapiere" (Muster 10 der Kriegssteuer-Ausführungsbestimmungen) sind die eingereichten Zwischenscheine besonders und zwar getrennt nach Zwischenscheinen über Schuldverschreibungen und Zwischenscheinen über Schatzanweisungen aufzuführen, in den von den Annahmestellen den Einlieferern auszustellenden Bescheinigungen (Muster 12 der Kriegssteuer-Ausführungsbestimmungen) dagegen nicht besonders, sondern an den Stellen mitaufzuführen, an denen die Kriegsanleihestücke, deren Stelle sie vertreten, aufzuführen sein würden; Zwischenscheine über fünfprozentige Schuldverschreibungen der fünften Kriegsanleihe also unter den Stücken der fünfprozentigen Schuldverschreibungen mit den am 1. Oktober 1917 und später fälligen

Zwischenscheinen, Zwischenscheine über viereinhalbprozentige Schatzanweisungen der fünften Kriegsanleihe unter den Stücken der viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen mit den am 1. Juli 1917 und später fälligen Zinsscheinen.

Die Festsetzung des Annahmewerts für Zwischenscheine über Stücke späterer Kriegsanleihen wird vorbehalten.

4. Bek. des Reichskanzlers, betr. die Festsetzung des Kurses, zu dem die auslosbaren vierundeinhalbprozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe bei Entrichtung der Kriegssteuer an Zahlungs Statt angenommen werden. Vom 13. März 1917. (ZBl. 103.)

Gemäß § 32 des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 (RGBl. 561) wird bekannt gemacht, daß die auslosbaren viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen der sechsten Kriegsanleihe des Deutschen Reichs bei Entrichtung der außerordentlichen Kriegsabgabe zum Nennwert an Zahlungs Statt angenommen werden.

Die im zweiten Satze des § 36 Abs. 1 der Kriegssteuer-Ausführungsbestimmungen (Zentralbl. für das Deutsche Reich 1916, 469 und amtliche Handausgabe des Kriegssteuergesetzes nebst Ausführungsbestimmungen 33) gegebene Vorschrift, daß vierundeinhalbprozentige Schatzanweisungen mit Zinsen für die Zeit vom 1. Juli 1917 ab zum Werte von 96,50 M. für je 100 M. Nennwert angenommen werden, bezieht sich nur auf die Schatzanweisungen der zur Zeit des Erlasses der Ausführungsbestimmungen bereits vorhandenen vierten und fünften Kriegsanleihen. Die vierundeinhalbprozentigen auslosbaren Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe sind dagegen bei der Annahme zur Entrichtung der Kriegsabgabe wie die fünfprozentigen Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schatzanweisungen der früheren Anleihen zu bewerten.

5. Bek. des Reichskanzlers über die Annahme von Zwischenscheinen über Stücke der sechsten Kriegsanleihe bei Entrichtung der Kriegsabgabe sowie über die Verrechnung der den Hebestellen übergebenen Bescheinigungen der Annahmestellen über angenommene Stücke oder Zwischenscheine der auslosbaren vierundeinhalbprozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe. Vom 19. März 1917. (ZBl. 104.)

In Verfolg der Bekanntmachungen vom 3. März 1917 über die Annahme von Kriegsanleihe-Zwischenscheinen bei der Entrichtung von Kriegsabgabe und der vorstehenden Bekanntmachung vom 13. März 1917, betreffend die Festsetzung des Kurses, zu dem die auslosbaren vierundeinhalbprozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe bei Entrichtung der Kriegssteuer an Zahlungs Statt anzunehmen sind, werden sämtliche Annahmestellen für Schuldverschreibungen oder Schatzanweisungen des Deutschen Reichs ermächtigt, für die Entrichtung von Kriegsabgabe auch die vom Reichsbank-Direktorium auf Antrag ausgestellten Zwischenscheine über fünfprozentige Schuldverschreibungen und über auslosbare vierundeinhalbprozentige Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe mit Zinslauf vom 1. Juli 1917 ab und zwar beide Sorten Zwischenscheine zum Nennwert anzunehmen.

Sowohl in dem von den Einlieferern den Annahmestellen einzureichenden „Verzeichnis der an Zahlungs Statt eingereichten Wertpapiere", als auch in den von den Annahmestellen den Einlieferern auszustellenden Bescheinigungen sind die eingereichten Stücke oder Zwischenscheine der auslosbaren vierundeinhalbprozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe getrennt von den fünfprozentigen Wertpapieren und den sonstigen vierundeinhalbprozentigen Schatzanweisungen der früheren (4. und 5.) Kriegsanleihen aufzuführen.

Auch in dem Kriegssteuer-Einnahmebuche (Muster 8 der Kriegssteuer-Ausführungsbestimmungen), dem Anhang zum Kriegssteuer-Einnahmebuche (Muster 9 der Ausführungsbestimmungen), den etwaigen Anträgen der Hebestellen auf Überweisung von Wertpapieren für Herauszahlungen (Muster 14 der Ausführungsbestimmungen) und in den Verzeichnissen und Hauptverzeichnissen der in Anrechnung genommenen (aufgerechneten) Bescheinigungen der Annahmestellen über eingelieferte Kriegsanleihestücke

(Anlage 1 und Unteranlage zu Anlage 1 des Musters I zu den Abrechnungsbestimmungen —Bekanntmachung v. 20. Januar 1917, Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 20) müssen die Stücke oder Zwischenscheine der auslosbaren vierundeinhalbprozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe oder die Bescheinigungen der Annahmestellen über die Annahme von solchen wegen der Verschiedenheit des Annahmewertes getrennt von den fünfprozentigen Wertpapieren und von den sonstigen vierundeinhalbprozentigen Schatzanweisungen der früheren Kriegsanleihen oder den Bescheinigungen über die Annahme von solchen gehalten werden. Im Bedarfsfall ist deshalb in dem Einnahmebuch eine neue Spalte 7a, in dem Anhang zum Kriegssteuer-Einnahmebuch eine neue Spalte 10a mit der Überschrift „auslosbaren vierundeinhalbprozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe" anzulegen.

6. Verfügung des Reichskanzlers vom 10. April 1917, betr. die Begleichung der Kriegssteuer durch Reichsschatzanweisungen und Reichsanleihe. (FMBl. 127.)

Die Auflegung auslosbarer 4½ prozentiger Reichsschatzanweisungen bei der 6. Kriegsanleihe mit einem höheren inneren Werte und einem höheren Zeichnungspreise als die bisherigen 4½ prozentigen Reichsschatzanweisungen hat es notwendig gemacht, den Annahmewert, zu welchem diese auslosbaren 4½ prozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe von den Annahmestellen bei der Entrichtung der Kriegsabgabe an Zahlungs Statt anzunehmen sind, besonders und abweichend von dem Annahmewerte der 4½ prozentigen Schatzanweisungen der früheren (4. und 5.) Kriegsanleihen festzusetzen. Gemäß § 32 des Kriegssteuergesetzes habe ich daher durch Bekanntmachung vom 13. März 1917 (veröffentlicht in der am 14. März herausgegebenen Nummer des Reichsanzeigers) bestimmt, daß die auslosbaren 4½ prozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe mit Zinsen vom 1. Juli 1917 ab bei der Entrichtung von Kriegsabgabe zum Nennwert anzunehmen sind.

Die Bestimmung im § 36 Abs. 1 Satz 2 der Kriegssteuer-Ausführungsbestimmungen, wonach der Annahmewert der 4½ prozentigen Schatzanweisungen mit Zinsen vom 1. Juli 1917 ab allgemein 96,50 M. für 100 M. Nennwert betragen soll, hat nur für die bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen bereits aufgelegten 4½ prozentigen Schatzanweisungen der 4. und 5. Kriegsanleihe Geltung, während die auslosbaren 4½ prozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe mit Zinsen vom 1. Juli 1917 ab aber wie die 5prozentigen Kriegsanleihestücke mit gleichem Zinsenlauf auf Grund der Bekanntmachung vom 13. März 1917 zum Nennwert anzunehmen sind. Die übrigen Bestimmungen im § 36 der Ausführungsbestimmungen und namentlich der dritte Satz des Abs. 1 bleiben dagegen auch für die auslosbaren 4½ prozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe maßgebend. Der Annahmewert solcher auslosbaren Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe, bei denen der am 2. Januar 1918 fällige Zinsschein fehlt, beträgt mithin beispielsweise 97,75 M. für 100 M. Nennwert.

Die Bekanntmachung vom 13. März mit einem Hinweis hierauf kommt in der nächsten Nummer des Zentralblatts für das Deutsche Reich zum Abdruck.

Der Umstand, daß es bis jetzt den Besitzern der vom Reichsbankdirektorium ausgestellten Zwischenscheine über Stücke der 5. Kriegsanleihe noch nicht möglich gewesen ist, die Zwischenscheine gegen die Anleihestücke auszutauschen, und daß sich die Ausgabe der Stücke der 6. Kriegsanleihe voraussichtlich bis zum Herbste hinausziehen wird, macht es ferner notwendig, bei der Entrichtung von Kriegsabgabe auch die Zwischenscheine über Stücke der 5. und 6. Kriegsanleihe an Zahlungs Statt anzunehmen. Der Annahmewert dieser Zwischenscheine hat sich nach dem Annahmewerte der Anleihestücke zu richten, deren Stelle sie vertreten. Eine entsprechende Bekanntmachung vom 3. März 1917 hinsichtlich der Zwischenscheine über Stücke der 5. Kriegsanleihe ist in der am 9. März herausgegebenen Nummer des Reichsanzeigers und auf Seite 91 des Zentralblatts für das Deutsche Reich erlassen worden. Eine Bekanntmachung vom 19. März 1917 über den Annahmewert der Zwischenscheine der 6. Kriegsanleihe usw. wird in der nächsten Nummer

des Reichsanzeigers und der nächsten Nummer des Zentralblatts für das Deutsche Reich veröffentlicht werden.

In diesen Bekanntmachungen ist zugleich das Nötige wegen der Aufführung der Zwischenscheine — und auch der Stücke der auslosbaren 4½ prozentigen Schuldverschreibungen der 6. Kriegsanleihe — in den von den Einlieferern den Annahmestellen einzureichenden Verzeichnissen der hingegebenen Wertpapiere und in den von den Annahmestellen den Einlieferern auszustellenden Bescheinigungen bestimmt worden, in der im Zentralblatt zur Veröffentlichung kommenden Bekanntmachung vom 19. März außerdem auch das Erforderliche wegen der gesonderten Aufführung der Bescheinigungen der Annahmestellen über angenommene Stücke oder Zwischenscheine der auslosbaren 4½ prozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe in den Büchern und bei den Abrechnungen der Hebestellen und der mit der Reichshauptkasse im Abrechnungsverkehre stehenden Landeskassen, so daß es in dieser Beziehung einer weiteren Regelung von hier aus nicht bedarf.

Ich darf ergebenst ersuchen, die in Frage kommenden dortigen Landeskassen, Besitzsteuerhebestellen und Annahmestellen für Reichsanleihestücke auf diese Bekanntmachungen zu verweisen, soweit ihnen das Zentralblatt für das Deutsche Reich nicht zur Verfügung steht, sie mit entsprechender Anweisung versehen zu lassen.

Es erübrigt nun noch die Regelung der Behandlung und Ablieferung der angesammelten Zwischenscheine sowie der angenommenen Stücke der auslosbaren 4½ prozentigen Schatzscheine der 6. Kriegsanleihe durch die Annahmestellen.

Im allgemeinen wird auch mit diesen Wertpapieren nach dem Vorschlag in meinem Schreiben vom 25. Januar 1917 — II A 215. 2 — (vom Finanzminister mitgeteilt am 23. Februar 1917 — II 1076, I. 864 —) zu verfahren sein. Auch die angenommenen Zwischenscheine wären danach und nach dem sämtlichen Annahmestellen zugegangenen Ersuchen der Königlich Preußischen Staatsschuldentilgungskasse vom 15. Februar 1917 mit Blaustift zu durchstreichen, auf der Vorderseite oben am Rande rechts mit dem Dienststempel der Annahmestelle zu versehen und so zusammen mit den angenommenen Anleihestücken mit ein und demselben Lieferschein, aber besonderen Stückeverzeichnissen von Zeit zu Zeit an die Königlich Preußische Staatsschuldentilgungskasse abzuliefern. Der Nennwert der Zwischenscheine wäre dabei in dem Lieferschein auf einer besonderen Linie — unter der in den Vordrucken für den Nennwert der Schatzanweisungen vorgesehenen — unter Vorschrift des Wortes „Zwischenscheine" einzutragen. Eine Trennung der Zwischenscheine über Schuldverschreibungen und der über Schatzanweisungen der 5. Kriegsanleihe ist hierbei nicht erforderlich. Über die abzuliefernden Stücke und Zwischenscheine der auslosbaren 4½ prozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe sind jedoch wegen der Abweichung im Annahmewerte besondere Lieferscheine auszustellen, zu denen zwar ebenfalls die den Annahmestellen gelieferten Vordrucke Nr. 71 benutzt werden können, die jedoch ausdrücklich (mit der Feder) als Lieferscheine über Stücke und Zwischenscheine von auslosbaren Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe zu bezeichnen sind. Besondere Vordrucke für diesen Zweck herstellen zu lassen, wird nicht lohnen, da die auslosbaren 4½ prozentigen Schatzanweisungen der 6. Kriegsanleihe wegen der Gewinnaussichten bei den Auslosungen vermutlich nur in geringem Umfang bei der Entrichtung von Kriegsabgabe zur Verwendung kommen werden.

Strafbestimmungen.

§ 33.

(Erläuterung 1 bis 15 in Bd. 3, 461 ff.)

16. Strutz a. a. O. 2 zu § 33. Der Wortlaut des § 33 KStG. und § 76 BStG. zwingt nicht dazu, Angaben im Rechtsmittelverfahren auszuschließen, und sachlich liegt erst recht kein Grund vor, sie von den Strafbestimmungen auszunehmen. „Steuer-

behörde" ist jede in irgendeiner Instanz zur Entscheidung über die Veranlagung zuständige Behörde.

17. Strutz a. a. O. 4 zu § 33. Voraussetzung der Strafbarkeit ist Bewußtsein von der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit der Angaben.

18. Strutz a. a. O. 4 zu § 33. Irrtum tatsächlicher Art schließt stets die Erkenntnis der Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit aus. Ob der Irrtum auf Fahrlässigkeit beruht oder nicht, macht keinen Unterschied.

19. Strutz a. a. O. 4 zu § 33. Auch wissentlich falsche Schätzungsangaben können unter § 33 fallen, sei es, daß eine Schätzung nur vorgespiegelt, sei es, daß bewußt falsch geschätzt ist (vgl. RGSt. 40, 309).

20. Strutz a. a. O. 5 zu § 33. Der strafbare Tatbestand wird nicht schon dadurch ausgeschlossen, daß einer wissentlich zu niedrigen Angabe eines Vermögensteils eine wissentlich oder versehentlich zu hohe Angabe eines anderen Vermögensteiles gegenübersteht.

Anhang.

1. Bek. des Reichskanzlers, betr. Änderung des Musters zum Kriegssteuersollbuch (ZBl. 16 503). Vom 27. Februar 1917. (ZBl. 88.)

2. Verfügung des preuß. Finanzministers vom 25. Mai 1917, betr. die Verrechnung der Anteile des Staates an der Besitz- und an der Kriegssteuer und die daraus an die Gemeinden (Gutsbezirke) zu entrichtenden Gebühren. (FMBl. 181.)

Im Anschluß an die preußischen Ausführungsvorschriften zum Besitzsteuergesetz und zum Kriegssteuergesetz wird ergänzend folgendes bestimmt:

I.

Die Verrechnung der Anteile des Staates an den vorgedachten Steuern (Art. 23 Nr. 1) und der daraus an die Gemeinden (Gutsbezirke) zu entrichtenden Gebühren (Art. 23 Nr. 2) erfolgt bei der Regierungshauptkasse.

Diese hat auf Grund der ihr zugehenden Unterlagen (Art. 22 Nr. 1) die ihr von den Kreiskassen zugeführte Einnahme zuzüglich der von den Gemeinden (Gutsbezirken) einbehaltenen Gebühren in Einnahme und die Gebühren der Gemeinden (Gutsbezirke) gleichzeitig in Ausgabe zu buchen. Am Monatsschlusse teilt sie den bei ihr vereinnahmten Roheinnahmebetrag von jeder Steuerart der Regierung mit, diese berechnet den davon auf die Staatskasse entfallenden Anteil, erläßt alsdann eine Weisung zur Verrechnung des Anteilsbetrags für die Staatskasse und zur Abführung des an die Reichshauptkasse (Art. 22 Nr. 5) abzuführenden Betrags. In der Anweisung für den Monat März ist auch das Ergebnis der Einnahme für das ganze Jahr zum Ausdruck zu bringen. Zugleich setzt die Regierung die den Gemeinden (Gutsbezirken) zustehenden Gebühren auf Grund der Nachweisungen der Kreiskassen (Art. 23 Nr. 2) fest und erläßt die erforderliche Ausgabeanweisung, die als Rechnungsbeleg dient. Ergeben sich bei der Festsetzung Abweichungen infolge unrichtigen Gebührenansatzes durch die Gemeinden (Gutsbezirke), so ist eine Berichtigung bzw. ein Ausgleich nur dann vorzunehmen, wenn die Abweichung sich auf 1 M. und darüber hinaus beläuft, da die Kosten einer Ausgleichung geringerer Beträge zu den Kosten, die durch die Wiedereinziehung bzw. Nachzahlung entstehen würden, sich in keinem Verhältnisse befänden. Etwaige hiernach in Rückeinnahme nachzuweisende Gebühren sind auf Grund einer Weisung der Regierung durch Vermittlung der Kreiskasse einzuziehen und an die Regierungshauptkasse abzuführen, die sie für das neue Rechnungsjahr bei Kap. 4 Tit. 8 Nr. 2 in Einnahme nachweist.

Die unter Art. 21 Nr. 4 erwähnten Erstattungen überhobener Steuerbeträge sind in der Weise auszuführen, daß die Kreiskasse den Nettobetrag der nach dem Gemeindelieferzettel (Art. 21 Nr. 3) zu erstattenden Steuer der Hebestelle kostenlos übersendet bzw. überweist und die Gemeinde (Gutsbezirk) den Betrag zuzüglich der ihr dafür zugeflossenen Hebegebühr an den Empfangsberechtigten zahlt. Die Kreiskasse setzt den von ihr erstatteten

Betrag von der Einnahme ab und belegt die Absetzung der Regierungshauptkasse gegenüber mit dem Lieferzettel der Gemeinde (des Gutsbezirks) [Art. 21 Nr. 3]. Die Postbescheinigung oder die Quittung der Gemeinde (des Gutsbezirks) dient der Kreiskasse als Beleg für die Absetzung des Betrags im Einnahmejournal.

II.

Die Vergütung an die Gemeinden (Gutsbezirke) für die Erhebung der Besitzsteuer wird für die erste Veranlagung (1917/1919) auf 2 M., für die künftigen Veranlagungen auf 1 M. für je 100 M. erhobene und an die Staatskasse abgeführte Steuer festgesetzt. Denjenigen Gemeinden, in welchen auf Grund besonderer Verträge der Erste Bürgermeister oder ein städtischer Beamter den Vorsitz in der Veranlagungskommission führt, wird daneben für die auf die Veranlagung der Besitzsteuer bezüglichen Arbeiten eine weitere Vergütung, und zwar für die erste Veranlagung eine solche von 6 M. und künftig eine solche von 3 M. für je 100 M. erhobene und an die Staatskasse abgelieferte Besitzsteuer bewilligt.

Die Vergütung für die Erhebung der Kriegssteuer, einschließlich des Zuschlags und der zu erhebenden Zinsen, wird auf 10 Pfennig für je 100 M. erhobene und an die Staatskasse abgeführte Steuer einschließlich Zuschlag und Zinsen bemessen. Daneben wird denjenigen Gemeinden, in welchen der Erste Bürgermeister oder ein städtischer Beamter den Vorsitz in der Veranlagungskommission führt, für die auf die Veranlagung der Kriegssteuer bezüglichen Arbeiten noch eine weitere Vergütung von dreißig Pfennig für je 100 M. erhobene und abgeführte Kriegssteuer nebst Zuschlag und Zinsen bewilligt (vgl. die Erläuterungen zum Haushaltsplane der Verwaltung der direkten Steuern für 1917.)

III.

In den monatlich und vierteljährlich hierher vorzulegenden Übersichten der Einnahme an Besitzsteuer und Kriegsabgabe sind die den Gemeinden (Gutsbezirken) gewährten Vergütungen nicht zu berücksichtigen. In Spalte 3 sind vielmehr die vollen von den Pflichtigen erhobenen Beträge an Besitzsteuer und Kriegsabgabe einschließlich Zuschlag und Zinsen, in Spalte 4 die vollen, dem Staate gebührenden Verwaltungskostenvergütungen einzustellen.

(Ges. Nr. 5 als Nr. 4 in Bd. 4, 465.)

6. Gesetz über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer. Vom 9. April 1917. (RGBl. 349.)

§ 1. Zu der auf Grund des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni/ 17. Dezember 1916 (RGBl. 561 u. 1407) geschuldeten außerordentlichen Kriegsabgabe wird zugunsten des Reichs ein Zuschlag in Höhe von 20 vom Hundert ihres Betrags erhoben.

Sofern das Gesamtvermögen des Steuerpflichtigen nach dem Stande vom 31. Dezember 1916 einhunderttausend Mark nicht übersteigt, ermäßigt sich auf Antrag des Steuerpflichtigen der Zuschlag

bei Steuerpflichtigen

mit mehr als 2 Kindern unter 18 Jahren auf 15 vom Hundert,
mit mehr als 3 Kindern unter 18 Jahren auf 10 vom Hundert,
mit mehr als 4 Kindern unter 18 Jahren auf 5 vom Hundert

und wird bei Steuerpflichtigen mit mehr als 5 Kindern unter 18 Jahren nicht erhoben. Dem Antrag ist nur stattzugeben, wenn er binnen einem Monat nach Zustellung des Steuerbescheids (§ 2 Satz 1) oder der nachträglichen Mitteilung (§ 2 Satz 2) gestellt wird.

§ 2. Die Festsetzung des Zuschlags erfolgt durch den Steuerbescheid (§ 29 des Kriegssteuergesetzes). Ist ein Steuerbescheid ohne gleichzeitige Festsetzung des Zuschlags erteilt worden, so erfolgt die Festsetzung des Zuschlags durch eine nachträgliche Mitteilung des Besitzsteueramts an den Steuerpflichtigen.

§ 3. Wird die Kriegsabgabe im Rechtsmittel-, Berichtigungs-, Neu- oder Nachveranlagungsverfahren anderweit veranlagt, oder wird die Kriegsabgabe aus Billigkeitsgründen ermäßigt oder erlassen, so ist auch der Zuschlag entsprechend anderweit festzusetzen oder zu erlassen.

§ 4. Gegen die Festsetzung des Zuschlags steht dem Steuerpflichtigen nach näherer Bestimmung der obersten Landesfinanzbehörde nur die Anrufung der übergeordneten Verwaltungsbehörden offen.

§ 5. Der Zuschlag wird mit der Abgabe zu den gleichen Fristen und Teilbeträgen erhoben.

Die Vorschriften im § 25, § 31 Abs. 3 bis 5 und § 32 des Kriegssteuergesetzes gelten auch für die Entrichtung des Zuschlags.

§ 6. Machen steuerpflichtige Einzelpersonen oder Gesellschaften glaubhaft, daß das Jahr, das auf den vom Kriegssteuergesetz erfaßten Zeitraum folgt, zu einer Vermögensminderung oder einem Mindergewinn in Höhe von mindestens einem Fünftel des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses oder Mehrgewinns geführt hat oder führen wird, so ist auf ihren Antrag der Zuschlag bis auf weitere gesetzliche Regelung ohne Sicherheitsleistung zu stunden. Die bezahlte Kriegsabgabe sowie etwaige im neuen Jahre gemachte Zuwendungen zu kirchlichen, mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken sind hierbei nicht zu berücksichtigen.

Die Vorschrift im Abs. 1 findet keine Anwendung, wenn der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz oder Aufenthalt ins Ausland verlegt hat.

§ 7. Als Abgabe im Sinne von §§ 10, 11, § 28 Abs. 2, §§ 33, 34, 37 des Kriegssteuergesetzes gilt die Abgabe einschließlich des Zuschlags.

Von dem Gesamtaufkommen an Kriegsabgabe und Zuschlag gilt ein Sechstel als Aufkommen aus dem Zuschlag.

§ 8. Die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer sowie die Sonderbesteuerung des Vermögenszuwachses, Mehreinkommens und Mehrgewinns für einen von der Kriegssteuer erfaßten Zeitraum durch die Bundesstaaten oder Gemeinden (Gemeindeverbände) ist unzulässig.

§ 9. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung [12. 4.] in Kraft.

Urkundlich usw.

Begründung.

Die Erhebung eines Zuschlags zu der außerordentlichen Kriegsabgabe in Höhe von 20 vom Hundert ihres Betrags ist durch die lange Dauer des Krieges und durch die Kriegslasten des Reichs begründet, die zu einem im vorigen Jahre noch nicht übersehbarem Ausmaß angeschwollen sind. Die Einwirkungen des Krieges auf die gesamte Volkswirtschaft haben mit seiner weiteren Dauer immer mehr an Wucht und Umfang zugenommen. Dadurch rechtfertigt sich die Forderung nach einer Erhöhung des Ausgleichs durch die reichsgesetzlich vorgesehene Sonderbesteuerung für diejenigen Personen und Unternehmungen, die aus den während der Kriegszeit sich vollziehenden großen Wertverschiebungen mit einer Verbesserung oder wenigstens ohne erhebliche Beeinträchtigung ihrer wirtschaftlichen Lage hervorgehen. Die Gesamtbelastung durch die außerordentliche Kriegsabgabe wird durch den Zuschlag zwar verschärft, sie wird aber den durch sie betroffenen Kreisen im Vertrauen auf ihre vaterländische Opferbereitschaft zugemutet werden können und, wie die nachfolgenden Übersichten ergeben, volkswirtschaftlich noch erträglich sein. Die Erhebung des Zuschlags, dessen Festsetzung in der Regel gleichzeitig mit der Veranlagung der außerordentlichen Kriegsabgabe selbst wird erfolgen können, verursacht keine besonderen Veranlagungs- und Erhebungsschwierigkeiten.

Die Abgabe nach § 9 Nr. 1 des Kriegssteuergesetzes beträgt:

Bei einem Vermögenszuwachse von	ohne Zuschlag		einschließlich des Zuschlags	
M.	M.	vom Hundert des Zuwachses	M.	vom Hundert des Zuwachses
10 000	500	5,0	600	6,0
15 000	1 000	6,6	1 200	8,0
20 000	1 500	7,5	1 800	9,0
25 000	2 250	9,0	2 700	10,8
30 000	3 000	10,0	3 600	12,0
35 000	4 000	11,4	4 800	13,7
40 000	5 000	12,5	6 000	15,0
45 000	6 000	13,3	7 200	16,0
50 000	7 000	14,0	8 400	16,8
60 000	9 500	15,8	11 400	19,0
70 000	12 000	17,1	14 400	20,6
80 000	14 500	18,1	17 400	21,8
90 000	17 000	18,8	20 400	22,7
100 000	19 500	19,5	23 400	23,4
120 000	25 500	21,2	30 600	25,5
140 000	31 500	22,5	37 800	27,0
160 000	37 500	23,4	45 000	28,1
180 000	43 500	24,2	52 200	29,0
200 000	49 500	24,7	59 400	29,7
250 000	67 000	26,8	80 400	32,2
300 000	84 500	28,1	101 400	33,8
400 000	119 500	29,9	145 400	35,8
500 000	159 500	31,9	191 400	38,5
600 000	199 500	33,5	239 400	39,9
700 000	239 500	34,2	287 400	41,1
800 000	284 500	35,5	341 000	42,7
900 000	329 500	36,6	395 400	43,9
1 000 000	374 500	37,4	449 400	44,9
1 500 000	624 500	41,6	749 400	49,9
2 000 000	874 500	43,7	1 049 400	52,5
3 000 000	1 374 500	45,8	1 649 400	55,0
4 000 000	1 874 500	46,8	2 249 400	56,2
5 000 000	2 374 500	47,5	2 849 400	57,0

Die Abgabe nach § 9 Nr. 2 des Kriegssteuergesetzes beträgt unter Zugrundelegung eines Anfangsvermögens (Vermögensstandes am 31. 12. 1913) von 100000 M.

bei einem Endvermögen (Vermögensstand am 31. 12. 1916) von Mark	ohne Zuschlag M.	ohne Zuschlag = vom Tausend des ganzen Vermögens	einschließlich des Zuschlags M.	einschließlich des Zuschlags = vom Tausend des ganzen Vermögens
100 000	100	1	120	1,2
99 000	90	0,909	108	1,091
98 000	80	0,817	96	0,979
97 000	70	0,722	84	0,866
96 000	60	0,624	72	0,750
95 000	50	0,527	60	0,631
94 000	40	0,425	48	0,511
93 000	30	0,323	36	0,387
92 000	20	0,217	24	0,261
91 000	10	0,109	12	0,132
90 000	—	—	—	—

Die Höhe der von inländischen Gesellschaften zu zahlenden Kriegsabgabe (§ 19 Abs. 1 und 2 des Kriegssteuergesetzes) mit und ohne Zuschläge ist aus der folgenden Darstellung ersichtlich:

(Siehe Tabelle S. 337.)

Die Abgabe für ausländische Gesellschaften (und im Falle des § 19 Abs. 6 des Kriegssteuergesetzes auch für inländische Gesellschaften) beträgt:

bei einem Mehrgewinn im Jahresdurchschnitt von	nach § 21 des Kriegssteuergesetzes ohne Zuschlag vom Hundert des Mehrgewinns	mit Zuschlag vom Hundert des Mehrgewinns
nicht mehr als 20000 M.	10	12,0
mehr als 20000 bis 40000 „	12	14,4
„ „ 40000 „ 60000 „	14	16,8
„ „ 60000 „ 80000 „	16	19,2
„ „ 80000 „ 100000 „	18	21,6
„ „ 100000 „ 120000 „	20	24,0
„ „ 120000 „ 140000 „	22	26,4
„ „ 140000 „ 160000 „	24	28,8
„ „ 160000 „ 180000 „	26	31,2
„ „ 180000 „ 200000 „	28	33,6
„ „ 200000 „ 250000 „	30	36,0
„ „ 250000 „ 500000 „	40	48,0
„ „ 500000 M.	45	50,0[1]

[1]) Vgl. § 2 des Entwurfs.

Steuerbetrag für je 1000 M. Mehrgewinn

wenn der Mehrgewinn im Jahresdurchschnitte vom Grund- oder Stammkapital usw. beträgt vom Hundert	bei einem Grundsteuersatze von Prozenten des Mehrgewinns	wenn der durchschnittliche Geschäftsgewinn eines Kriegsgeschäftsjahrs im Verhältnis zum eingezahlten Grund- oder Stammkapital usw. beträgt											
		bis 8 vom Hundert (Steuersatz-Spalte 2)		über 8 bis 10 vom Hundert (Steuersatz-Spalte 2 + 10 vom Hundert = 1,1fach)		über 10 bis 15 vom Hundert (Steuersatz-Spalte 2 + 20 vom Hundert = 1,2fach)		über 15 bis 20 vom Hundert (Steuersatz-Spalte 2 + 30 vom Hundert = 1,3fach)		über 20 bis 25 vom Hundert (Steuersatz-Spalte 2 + 40 vom Hundert = 1,4fach)		über 25 vom Hundert (Steuersatz-Spalte 2 + 50 vom Hundert = 1,5fach)	
1	2	3		4		5		6		7		8	
	a ohne Zuschlag	b mit Zuschlag	a ohne Zuschlag	b mit Zuschlag	a ohne Zuschlag	b mit Zuschlag	a ohne Zuschlag	b mit Zuschlag	a ohne Zuschlag	b mit Zuschlag	a ohne Zuschlag	b mit Zuschlag	a ohne Zuschlag	b mit Zuschlag
bis 2 . . .	10	12	100	120	110	132	120	144	130	156	140	168	150	180
über 2 bis 6	15	18	150	180	165	198	180	216	195	234	210	252	225	270
„ 6 „ 10	20	24	200	240	220	264	240	288	260	312	280	336	300	360
„ 10 „ 15	25	30	250	300	275	330	300	360	325	390	350	420	375	450
„ 15 . . .	30	36	300	360	330	396	360	432	390	468	420	500[1])	450	500[1])

[1]) Vgl. § 2 des Entwurfs.

. . . [Der § 2 Entw. ist gestrichen].

Der Zuschlag ist neben der auf Grund des Kriegssteuergesetzes geschuldeten Abgabe besonders festzusetzen. Wird die Abgabe im Rechtsmittel-, Berichtigungs-, Neu- oder Nachveranlagungsverfahren anderweit veranlagt, oder wird die Abgabe aus Billigkeitsgründen ermäßigt oder erlassen, so ist der Zuschlag von Amts wegen entsprechend anderweit festzusetzen oder zu erlassen (§§ 3, 4 des Entw. [§§ 2, 3 Ges.]).

Da sich die Höhe des Zuschlags in der Regel rein rechnerisch aus der Kriegssteuerveranlagung ergibt und auch für die Begrenzung des Zuschlags gemäß § 2 des Entwurfs die Möglichkeit der Nachprüfung der Berechnungsgrundlagen im ordentlichen Rechtsmittelverfahren vorliegt, so wird die Verwaltungsbeschwerde als ausreichender Rechtsschutz gegen die Festsetzung des Zuschlags anzuerkennen sein (§ 5 des Entw. [§ 4 Ges.]).

Die Festsetzung des Zuschlags hat durch das für die Veranlagung der Kriegsabgabe zuständige Besitzsteueramt zu erfolgen.

Die für die Erhebung der Kriegsabgabe geltenden Vorschriften finden auch für die Erhebung des Zuschlags Anwendung. Insbesondere sollen auch bei Entrichtung des Zuschlags die Kriegsanleihen des Deutschen Reichs an Zahlungs Statt angenommen werden (§ 6 des Entw. [§ 5 Ges.]). Der Zuschlag verjährt mit der Kriegsabgabe (§ 2[illegible] des KStG., § 75 des BStG.).

Durch den § 7 des Entw. wird die Kriegssteuerrücklage auch zugunsten des Zuschlags gesperrt. Als gefährdete Abgabe im Sinne des § 33 des Kriegssteuergesetzes soll die Abgabe einschließlich des Zuschlags gelten, ebenso soll für die Berechnung des im § 34 Abs. 1 des KStG. bestimmten Mindestbetrags der gefährdeten Abgabe der Zuschlag mitberücksichtigt werden. Ist das Vergehen der Steuergefährdung durch Abgabe unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits vollendet, so findet nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen (vgl. § 2 des StGB.) die durch den § 7 des Entw. herbeigeführte Strafverschärfung keine Anwendung. Die den Bundesstaaten durch § 37 des KStG. gewährte Entschädigung von ½ vom Hundert ihrer Roheinnahme erstreckt sich auch auf das Aufkommen an Zuschlägen zur Kriegsabgabe. Dagegen soll sich die Vorschrift des § 38 des KStG. nicht auch auf den Zuschlag beziehen.

Hierzu:

Preuß. Verfügung vom 30. April 1917 zur Ausführung des Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer vom 9. April 1917 (RGBl. 349). (FMBl. 148.)

I. Der Zuschlag wird neben der auf Grund des Kriegssteuergesetzes geschuldeten Abgabe durch den Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission besonders festgesetzt. Für die Erhebung und Verrechnung, z. B. in den Sollbüchern, Einnahmebüchern, Zu- und Abgangslisten, sind Kriegssteuer und Zuschlag als ein einheitlicher Abgabebetrag zu behandeln (§§ 5, 7 ZuschlG.).

Die Mitteilung des Zuschlags an den Steuerpflichtigen erfolgt in der Regel durch den Kriegssteuerbescheid (§ 2 Satz 1 a. a. O.). Die Vordrucke zu den Bescheiden sind durch Aufkleben eines Zettels, durch Aufdruck eines Gummistempels oder in sonst geeigneter Weise zu vervollständigen. Der Vordruck für Einzelpersonen (Muster 5 der Bundesrats-Ausführungsbestimmungen, Artikel 14 der preußischen Ausführungsvorschriften) wird beispielsweise, wie folgt, zu lauten haben:

Auf Grund des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916/17. Dezember 1916 und des Gesetzes über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer vom 9. April 1917 wird die von Ihnen zu zahlende außerordentliche Kriegsabgabe samt Zuschlag auf 8640 M. festgesetzt.

Der Festsetzung dieses Betrags liegt folgende Berechnung zugrunde:

Endvermögen (nach Berücksichtigung der Abzüge und Hinzurechnungen gemäß §§ 3 bis 6 KStG.	250000	M.,
Anfangsvermögen	200000	„ ,
Zuwachs	50000	M.
Abgabe nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 KStG.	7000	M.,
Abgabe nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG. — 1 v. H. von (200000—180000 =) 20000 M. —	200	„
Abgabe nach § 9 Abs. 1 und 2 KStG.	7200	M.,
hierzu 20 v. H. Zuschlag auf Grund des Gesetzes vom 9. April 1917 .	1440	„
zusammen	8640	M.

Ähnlich wird der Vordruck zum vorläufigen und endgültigen Kriegssteuerbescheide für Gesellschaften (Muster 6 und 6a der Bundesrats-Kriegssteuer-Ausführungsbestimmungen) zu ergänzen sein.

Der auf Grund des Gesetzes vom 9. April 1917 festgesetzte Zuschlag ist in Spalte 15 der Kriegssteuerliste A, Spalte 23 der Kriegssteuerliste B unter b einzutragen, während ein etwaiger Zuschlag gemäß § 54 Abs. 2 BesStG. in diesen Spalten unter a einzutragen ist. In Spalte 4 des Kriegssteuer-Sollbuchs ist der Betrag der Spalte 16 der Kriegssteuerliste A oder der Spalte 24 der Kriegssteuerliste B (also alte Kriegsabgabe + Zuschlag nach dem Gesetz vom 9. April 1917 + etwaiger Zuschlag auf Grund von § 54 Abs. 2 BesStG. in einer Summe) einzusetzen. Der Zuschlag gemäß § 54 Abs. 2 BesStG. ist nur von der auf Grund des KrStG. geschuldeten Abgabe, nicht auch von dem zwanzigprozentigen Zuschlag zu berechnen.

Erfolgt die Festsetzung des Zuschlags ausnahmsweise durch eine nachträgliche Mitteilung (§ 2 Satz 2 ZuschlG.), so ist in dieser Mitteilung darauf hinzuweisen, daß die im Kriegssteuerbescheid enthaltene Belehrung über die Entrichtung der Abgabe für die Entrichtung der Abgabe einschließlich des Zuschlags gelte. Wegen der Fristbestimmung im § 1 Abs. 2 Satz 2 ZuschlG. muß der Tag der Behändigung der nachträglichen Mitteilung an den Steuerpflichtigen feststellbar sein. Wegen der Berichtigung der Kriegssteuerliste und des Sollbuchs in einem solchen Falle ist nach § 71 der Bundesrats-Ausführungsbestimmungen zum Besitzsteuergesetze zu verfahren.

II. Nach § 1 Abs. 2 ZuschlG. ermäßigt sich der Zuschlag

auf 15 v. H. beim Vorhandensein von 3 Kindern unter 18 Jahren,
„ 10 „ „ „ „ 4 „ „ 18 „
„ 5 „ „ „ „ 5 „ „ 18 „ .

Sind sechs oder mehr Kinder unter 18 Jahren vorhanden, so ist ein Zuschlag nicht zu entrichten. Diese Vergünstigung kommt nur Steuerpflichtigen zugute, deren Gesamtvermögen nach dem Stande vom 31. Dezember 1916 100000 M. nicht übersteigt. Maßgebend ist hiernach das nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes ermittelte Endvermögen, und zwar das abgerundete Endvermögen. Die Ermäßigung oder der Wegfall des Zuschlags tritt ferner nur auf Antrag ein. Der Anspruch auf Ermäßigung des Zuschlags oder auf Befreiung vom Zuschlag entfällt, wenn der Antrag nicht spätestens binnen einem Monat nach Zustellung des Kriegssteuerbescheids (§ 2 Satz 1 ZuschlG.) oder der nachträglichen Mitteilung (§ 2 Satz 2 ZuschlG.) bei dem Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission gestellt wird.

Wird der Antrag noch rechtzeitig, aber nach Zustellung des Kriegssteuerbescheids oder der nachträglichen Mitteilung gestellt, so ist die Zuschlagsfestsetzung zu berichtigen (zu vgl. § 71 der Bundesrats-Ausführungsbestimmungen zum Besitzsteuergesetze).

Die Ermäßigung oder der Wegfall des Zuschlags gemäß § 1 Abs. 2 ZuschlG. ist in der Bemerkungsspalte 18 der Kriegssteuerliste A unter Angabe der Kinderzahl zu vermerken.

Für die Begünstigung des § 1 Abs. 2 ZuschlG. sind maßgebend die Verhältnisse am 31. Dezember 1916 oder an dem gemäß § 12 des KStG. maßgebenden früheren Zeit-

punkt. Es sind also, wenn der 31. Dezember 1916 als Stichtag maßgebend ist, die nach dem 31. Dezember 1916 geborenen Kinder, ebenso Kinder, die am 31. Dezember 1916 ihr 18. Lebensjahr vollendet haben, nicht mehr zu berücksichtigen, andererseits aber sind auch solche Kinder zu berücksichtigen, die inzwischen, aber nach dem 31. Dezember 1916, gestorben sind. Ist das Vermögen von Ehegatten zusammenzurechnen, so sind nicht nur die gemeinsamen Kinder, sondern auch die Kinder eines jeden der beiden Ehegatten zu berücksichtigen.

III. Beschwerden, die sich lediglich gegen die Festsetzung des Zuschlags richten (§ 4 ZuschlG.), sind binnen einer Ausschlußfrist von einem Monat bei dem Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission anzubringen. Über diese Beschwerden entscheidet endgültig der Vorsitzende der Einkommensteuer-Berufungskommission.

IV. Anträge auf Stundung des Zuschlags gemäß § 6 ZuschlG. sind bei dem Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission anzubringen. Gegen seine Entscheidung ist binnen einer Ausschlußfrist von einem Monat die Beschwerde an den Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berufungskommission zulässig.

V. Gleichzeitig mit der gemäß Artikel 17 der preußischen Ausführungsvorschriften dem Finanzminister zu erstattenden Anzeige über das Veranlagungssoll an Besitzsteuer und Kriegssteuer hat jede Regierung für ihren Bezirk dem Kaiserlichen Zoll- und Steuer-Rechnungsbüro in Berlin W 66, Wilhelmplatz 1, eine Anzeige über das Veranlagungssoll an Besitzsteuer und Kriegssteuer einzusenden. In beiden Anzeigen sind Kriegssteuer und Zuschlag in einer Summe anzugeben.

Literatur.

Koppe-Varnhagen, Kriegssteuer-Zuschlagsgesetz. — Norden-Friedländer, Kriegssteuergesetz, 2. Aufl. S. 252 ff. — Stier-Somlo, Kriegssteuer-Zuschlagsgesetz. — Zimmermann, Gesetz über die Erhebung eines Zuschlags zur Kriegssteuer.

§ 1.

1. Zimmermann a. a. O. 31. Daß die Zahl der am 12. April 1917 vorhandenen Kinder maßgebend sei, könnte daraus gefolgert werden, daß nur für die Vermögensgrenze von 100000 M. der Stand am 31. Dezember 1916 als ausschlaggebend bezeichnet ist und daß eine neue Abgabe regelmäßig nicht nach den Verhältnissen, wie sie vor dem Inkrafttreten des Abgabegesetzes bestanden haben, bestimmt wird. Man wird indessen als Absicht des Gesetzgebers annehmen müssen, daß die Zahl der am 31. Dezember 1916 vorhandenen Kinder in Betracht zu ziehen sei, weil es sich nicht um eine neue Abgabe, sondern nur um eine nachträgliche Erhöhung der Kriegsabgabe handelt und die Veranlagung des Steuerpflichtigen zu dieser Abgabe nach den Verhältnissen vom 31. Dezember 1916 erfolgt ist. Dafür spricht auch die vorbildliche Bestimmung des § 27 Abs. 1 des BesStG.

2. Zimmermann a. a. O. 32. Als Kinder gelten nur die ehelichen und die den ehelichen Kindern gleichgestellten legitimierten und ehelich erklärten Kinder des Steuerpflichtigen (§ 1719, 1723 ff. BGB.) nicht aber die an Kindesstatt angenommenen, auch nicht die vom Vater anerkannten unehelichen Kinder. Zu den Kindern werden auch nicht die Enkel des Steuerpflichtigen zu rechnen sein.

Bei verheirateten Steuerpflichtigen, deren Vermögen zusammengerechnet wird, werden die Kinder der beiden Ehegatten, auch wenn sie nicht gemeinschaftliche Kinder sind, zusammenzurechnen sein.

3. Norden-Friedländer a. a. O. 257. Das Gesetz spricht im § 2 Abs. 1 nur von „Kindern", ohne einen Unterschied zwischen ehelichen und unehelichen Kindern zu machen. Danach möchte man geneigt sein, das Kinderprivileg dem Steuerpflichtigen für eheliche sowohl wie für uneheliche Kinder zuzubilligen. Innere Gründe sprechen aber gegen die vorbehaltlose Gleichstellung der ehelichen mit den unehelichen Kindern in bezug auf das Privileg. Zu dem Abzuge sollen nämlich nach dem Gesetzeswortlaut die Kinder unter 18 Jahren berechtigen; der außereheliche Vater ist aber nach § 1708 des Bürgerlichen Gesetzbuchs — von besonderen Ausnahmefällen abgesehen — nur bis zum sechszehnten Lebensjahre des Kindes zur Unterhaltgewährung an das Kind verpflichtet. Dem Steuer-

pflichtigen ein Steuerprivileg für seine unter 18 Jahre alten unehelichen Kinder zu geben, wäre, soweit diese Kinder das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben, ganz unbegründet, da diese Kinder eine finanzielle Belastung für den Vater nicht mehr bedeuten. Umgekehrt bedeuten die unehelichen Kinder unter 16 Jahren für die etwa steuerpflichtige Mutter wegen der Unterhaltspflicht des Vaters vielfach und jedenfalls grundsätzlich nicht die gleiche Belastung, wie die ehelichen Kinder, denen gegenüber, falls der Vater nicht lebt oder nicht zur Unterhaltung der Kinder imstande ist, die Mutter zur Unterhaltsgewährung verpflichtet ist. Das Gesetz hätte sich anders und klarer ausdrücken müssen, wenn es bezüglich des Kinderprivilegs eheliche und uneheliche Kinder hätte gleichstellen wollen. Man muß danach zu dem Ergebnis kommen, daß die unehelichen Kinder, falls sie nicht etwa durch nachfolgende Ehe oder sonst legitimiert worden sind, nicht zu dem Kinderprivileg berechtigen. Es steht möglicherweise zu erwarten, daß die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats sich noch mit dieser Frage beschäftigen. Auch bezüglich der adoptierten Kinder wäre noch klar zu stellen, ob die Adoptiveltern oder die leiblichen Eltern zu der Anrechnung berechtigt sind. Innere Gründe dürften für das Anrechnungsrecht der Adoptiveltern sprechen; denn diese haben die finanzielle Last der Erziehung und den Unterhalt der Kinder zu tragen.

4. Koppe-Varnhagen a. a. O. 128. Die Vorschrift des § 1 Abs. 2 spricht ferner von Kindern, — schlechthin ohne Unterscheidung, — ob ihnen Unterhalt gewährt wird, oder ob sie etwa selbst sich unterhalten oder Vermögen besitzen. Wer also z. B. am 31. Dezember 1916 zwei Kinder unter 18 Jahren hatte, welche ihren Lebensunterhalt schon selbst verdienten, hat gleichwohl Anspruch auf die Vergünstigung. Ebenso würden z. B. auch bereits verheiratete Töchter unter 18 Jahren beim Kinderprivileg mitzählen.

Auch bezügl. der an Kindes Statt angenommenen Kinder dürfte die Wohltat des § 1 den Adoptiveltern zugute kommen, weil diese Kinder nach § 1757 BGB. die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes des Annehmenden haben.

Stiefkinder fallen ebenfalls unter § 1, dagegen nicht bloße Pflegekinder, die nicht förmlich adoptiert sind; das Vorhandensein unehelicher Kinder kommt nur der Mutter und nicht dem Vater bei Gewährung des Kinderprivilegs zugute.

5. Zimmermann a. a. O. 32. Als Gesamtvermögen wird das am 31. Dez. 1916 vorhandene Vermögen des Steuerpflichtigen — bei verheirateten Steuerpflichtigen, die einen gemeinschaftlichen Haushalt führen, das Vermögen der beiden Ehegatten — ohne Abzug der in § 3 des KrStG. bezeichneten Vermögensteile, andererseits auch ohne Hinzurechnung der in §§ 4 und 5 bezeichneten Gegenstände in Betracht kommen. Als Wert des Vermögens wird der im Veranlagungsverfahren festgestellte Wert, im Falle des § 6 auch der hiernach der Kriegsabgabe zugrunde gelegte Wert und zwar der nach § 28 des BesStG. abgerundete Betrag in Betracht kommen. Reichsschatzamt 4. April 1917 II. A 1457.

6. Zimmermann a. a. O. 32. Der Ausdruck „Gesamtvermögen" im Gegensatz zu „Vermögen" in § 27 Abs. 1 des BesStG. legt die Annahme nahe, daß darunter nicht bloß das steuerbare Vermögen, sondern auch die für die Veranlagung außer Betracht gebliebenen Fahrnisse und das ausländische Grund- und Betriebsvermögen des Steuerpflichtigen verstanden sei. Dafür läßt sich noch geltend machen, daß die Grenze von 100000 M. anscheinend deshalb gezogen ist, weil die Steuerpflichtigen mit einem 100000 M. nicht übersteigenden Gesamtvermögen und einer größeren Kinderzahl als die steuerlich weniger Leistungsfähigen entlastet werden sollen und hierbei auch das ausländische Grund- und Betriebsvermögen des Pflichtigen in Betracht kommt. Diese Auslegung der Bestimmung würde freilich dazu führen, daß auch das ausländische Grund- und Betriebsvermögen und das Fahrnisvermögen sowie die darauf ruhenden Schulden ermittelt und bewertet werden müssen, was man der damit verbundenen Schwierigkeiten wegen vermeiden möchte. Aus solchen Gründen wird bei Anwendung des § 27 Abs. 1 des BesStG., der gleichfalls ein Kinderprivileg enthält, das nichtsteuerbare Vermögen unberücksichtigt gelassen. Daß nur das steuerbare Vermögen gemeint sei, nimmt

das Reichsschatzamt in seinem Rundschreiben vom 4. April 1917 II A 1457 an, da nur bei dem steuerbaren Vermögen eine Abrundung nach § 28 Abs. 3 des BesStG. stattfindet.

7. Koppe-Varnhagen a. a. O. 129. Nach der Fassung des § 2 kann es zweifelhaft sein, ob der vorläufige Bescheid schon den Zuschlag mitenthalten muß, zumal in dem Text des Gesetzes ausdrücklich nur der § 29 des KG. genannt ist, der sich nur auf den endgültigen Bescheid bezieht. Die Absicht des Gesetzgebers kann es jedoch nicht gewesen sein, in dem vorläufigen Bescheide nicht auch schon den Zuschlag mit festzustellen, zudem es sich bei dem Zuschlag doch nur um eine Nebenabgabe zu einer Hauptsteuer handelt. Es folgt ferner auch aus § 6 Abs. 1, nach welchem § 28 KG. auch für dem Zuschlag gilt.

8. Norden-Friedländer a. a. O. 259. Die Fassung des § 5 Abs. 1 läßt es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß der Zuschlag zur vorläufig ermittelten Abgabe nachträglich für sich, und zwar vor Feststellung der endgülligen Abgabe zu entrichten ist; denn wenn die Worte „der Zuschlag wird mit der Abgabe zu den gleichen Fristen erhoben", den Fälligkeitszeitpunkt des Zuschlages mit dem der Abgabe zusammenlegen, so ist auf § 31 Abs. 2 des Kriegssteuergesetzes zu verweisen, wonach die vorläufig festgesetzte Kriegsabgabe der Gesellschaften drei Monate nach Zustellung des Bescheids zu entrichten ist. Erfolgt nun gemäß § 2 Satz 2 des Zuschlagsgesetzes die Festsetzung des Zuschlages durch eine nachträgliche Mitteilung, so wird der Zuschlag nachträglich zur gleichen Zeit fällig wie die Abgabe, oder wenn die Respektfrist von drei Monaten bereits verstrichen ist, sofort.

9. Zimmermann a. a. O. 28. Die Zuschlagspflicht trifft denjenigen, der die Kriegsabgabe zu bezahlen hat. Ist der Kriegsabgabepflichtige nach dem 31. Dez. 1916 aber noch vor Inkrafttreten des gegenwärtigen Gesetzes gestorben, so ist der Zuschlag von dessen Erben nach dem Teil zu bezahlen, zu dem sie die Kriegsabgabe zu entrichten haben.

§ 6.

1. Zimmermann a. a. O. 37. Die Stundung soll ohne Ausbedingung einer Sicherheitsleistung gewährt werden; sie ist an den Vorbehalt geknüpft, daß später über die Erhebung oder Nichterhebung des gestundeten Zuschlags — durch das in Aussicht genommene weitere Kriegssteuergesetz — eine nähere Bestimmung getroffen werden soll. Der im Gesetz bereits ausgesprochene Vorbehalt wird in die Stundungsbewilligung nicht besonders aufgenommen werden müssen.

2. Zimmermann a. a. O. 37. Zu den antragsberechtigten Gesellschaften werden auch die ihnen auf Grund des § 23 des KrStG. gleichgestellten anderen juristischen Personen zu zählen sein.

3. Zimmermann a. a. O. 37. War ein Schuldner der steuerpflichtigen Einzelperson schon vor dem 1. Januar 1917 konkursmäßig, wird aber über dessen Vermögen erst nach dem 31. Dezember 1916 das Konkursverfahren eröffnet, so könnte wohl die Frage kommen, ob der Vermögensrückgang erst im Jahr 1917 ganz oder teilweise bei dem steuerpflichtigen Gläubiger eingetreten ist oder ob nicht etwa die Forderung des Steuerpflichtigen bei seiner Veranlagung zur Kriegssteuer unrichtig bewertet wurde. War aber die ungünstige Vermögenslage des Schuldners erst nach dem 31. Dezember 1916 in die Erscheinung getreten und konnte nach dem Kredit, den der Schuldner bis zum 31. Dezember 1916 besaß, die durch den Steuerpflichtigen zur Kriegssteuerveranlagung erfolgte Bewertung seiner Forderung gegen den Schuldner als einigermaßen richtig angesehen werden, so wird der auf die Zahlungsunfähigkeit des Schuldners zurückzuführende Vermögensrückgang als erst nach dem 31. Dezember 1916 eingetreten zu betrachten sein.

4. Zimmermann a. a. O. 38. Ist ein am 1. Januar 1917 anhängiger Rechtsstreit nachher zuungunsten des Steuerpflichtigen entschieden worden, so wird auch hier eine Vermögensminderung erst mit dem ungünstigen Urteil eingetreten sein, wenigstens insoweit, als die frühere Bewertung des streitigen Anspruchs des Steuerpflichtigen oder die seiner Verbindlichkeit sich als irrig erwiesen hat. In ähnlicher Weise dürfte die Lage zu beurteilen sein, wenn der Rechtsstreit durch einen Vergleich erledigt worden ist.

5. Zimmermann a. a. O. 38. Um glaubhaft zu machen, daß das auf den Kriegssteuerzeitraum folgende Jahr zur Vermögensminderung oder zu einem Mindergewinn in der angegebenen Höhe geführt hat oder führen wird, ist nicht notwendig, daß in allen Fällen eine Aufstellung des Vermögens oder eine Bilanz vorgelegt wird, aus der der Vermögensrückgang oder Mindergewinn sich zahlenmäßig ergibt. Es kann auch die Darlegung eines Vermögensverlustes genügen, wenn nach den Umständen anzunehmen ist, daß der Verlust unter Berücksichtigung der Erwerbsverhältnisse des Pflichtigen bis zum Schluß des Jahres durch Gewinne oder Ersparnisse nicht vollständig ausgeglichen wird und noch ein Rückgang oder ein Mindergewinn in Höhe eines Fünftel des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses oder Mehrgewinns verbleiben werde. Aus den Worten „oder führen wird" folgt auch, daß der Pflichtige mit seinem Stundungsantrag nicht etwa bis zum Schluß des Jahres zu warten braucht, die Stundung vielmehr schon nach dem Eintritt eines bedeutenden Vermögensverlustes, der glaubhaft gemacht ist, bewilligt werden kann.

6. Zimmermann a. a. O. 38. Ein solcher Vermögensverlust kann z. B. darin erblickt werden, daß der Steuerpflichtige ein Grundstück erheblich unter dem Betrag, zu dem es zur Besitzsteuer bzw. nach § 6 zur Kriegssteuer veranlagt worden ist, verkauft hat. Der Verlust kann auch angenommen werden, wenn der Steuerpflichtige den Gewerbebetrieb einstellen mußte, weil er zur Kriegs- oder Hilfsdienstleistung einberufen wurde oder weil seine Leute eingezogen oder seine Waren beschlagnahmt worden sind und die Wiedereröffnung des Betriebes auf längere Zeit hinaus nicht zu erwarten ist.

Ein vor Ablauf des Jahres eingetretener Kursrückgang gegenüber dem nach dem bundesrätlichen Kurszettel für die Besitz- und Kriegssteuer angenommenen Wert der Wertpapiere wird zur Darlegung der zu erwartenden Vermögensminderung nicht ausreichen, weil nicht ausgeschlossen ist, daß die Kurse bis zum Schluß des Jahres wieder steigen. Nur wenn sich bei der Liquidation einer Aktiengesellschaft ein erheblich hinter dem amtlichen Kurs zurückbleibender Wert der im Besitz des Steuerpflichtigen befindlichen Aktien herausstellt, wird die Annahme eines hierwegen eintretenden Vermögensrückgangs schon vor Ablauf des Jahres möglich sein.

7. Zimmermann a. a. O. 39. Kann der Steuerpflichtige im Falle, daß sein Schuldner zahlungsunfähig geworden ist, den Ausfall durch Inanspruchnahme eines Bürgen oder einer sonstigen für ihn bestehenden Sicherheit decken, so wird eine Vermögensminderung nicht vorliegen. Das gleiche ist der Fall, soweit dem Pflichtigen bei einem eingetretenen Schaden ein Ersatzanspruch, z. B. ein Anspruch aus einer Versicherung oder gegen einen ersatzpflichtigen Dritten zusteht. Bei einem durch feindliche Flieger verursachten Schaden steht dem Pflichtigen zwar auch eine Entschädigung durch das Reich oder den Bundesstaat in Aussicht. Da sie aber nicht schon in dem in Frage stehenden Jahr mit Sicherheit zu erwarten ist, wird einstweilen ein Vermögensverlust anzunehmen sein, falls er nicht durch Versicherung oder anderweitig gedeckt ist.

8. Zimmermann a. a. O. 39. Das Fünftel wird nach dem Vermögenszuwachs oder Mehrgewinn zu rechnen sein, der der Kriegssteuerfestsetzung zugrunde gelegt ist. Ist der Steuerbescheid angefochten, so wird gleichwohl von dem festgestellten Vermögenszuwachs oder Mehrgewinn so lange auszugehen sein, als die Steuerfestsetzung nicht von der Rechtsmittelinstanz geändert worden ist.

9. Zimmermann a. a. O. 40. Ist der Vermögensrückgang oder Mindergewinn erst kurz vor Schluß des auf den Kriegssteuerzeitraum folgenden Jahres eingetreten oder ist erst um diese Zeit der Antrag auf Stundung gestellt, so wird die Stundung jedenfalls noch für den noch nicht entrichteten Teil des Zuschlags bewilligt werden können. Der Stundung eine Rückwirkung auf die schon entrichteten Raten des Zuschlags beizulegen, käme auf eine Erstattung der schon bezahlten Raten hinaus. Dem steht aber entgegen, daß das Gesetz nur eine Stundung, also die einstweilige Nichterhebung des Zuschlags vorsieht und daß, falls eine Erstattung schon bezahlter Raten beabsichtigt wäre, dies ausdrücklich bestimmt worden wäre. Auch sprechen sachliche Gründe für die Be-

schränkung der Stundung auf die noch ausstehenden Raten, weil, solange nicht ein Rückgang in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Steuerpflichtigen in der vom Gesetz bestimmten Höhe eingetreten oder zu erwarten ist, auch kein Anlaß zur Stundung besteht.

10. Zimmermann a. a. O. 41. Die Worte „Wohnsitz oder Aufenthalt" lassen Zweifel darüber aufkommen, ob die Stundung ausgeschlossen ist, wenn der Steuerpflichtige seinen Aufenthalt im Inland aufgibt, um z. B. im Ausland eine Stellung zu suchen, aber seine eingerichtete Wohnung im Inland noch beibehält. Es liegt die Annahme nahe, daß die Aufenthaltsverlegung nur dann in Betracht kommen solle, wenn der Steuerpflichtige im Inland bisher keinen Wohnsitz, sondern nur seinen Aufenthalt hatte. Der Wortlaut läßt aber auch die Auslegung zu, daß Abs. 2 zutrifft, wenn allein der Aufenthalt, nicht aber auch der Wohnsitz verlegt wird. Dafür lassen sich weiter sachliche Gründe geltend machen, denn, wenn der Pflichtige im Ausland dauernd seinen Aufenthalt nimmt, so wird die Beibringung des ausstehenden Zuschlags gefährdet, weil der Pflichtige sein der Steuerverwaltung zugreifbares Vermögen mit sich in das Ausland nehmen oder es dahin nachschicken lassen kann. Regelmäßig wird übrigens bei einer dauernden Aufenthaltsverlegung fraglich sein, ob der Pflichtige auch trotz der einstweiligen Beibehaltung der inländischen Wohnung noch einen Wohnsitz im Inland hat.

§ 7.

1. Zimmermann a. a. O. 42. Aus der Nichterwähnung des § 19 Abs. 4 und 5 und § 22 Abs. 2 des KrStG. könnte gefolgert werden, daß in den in diesen Bestimmungen vorgesehenen Fällen der Zuschlag aus dem festgesetzten Abgabebetrag auch, soweit dieser nicht erhoben wird, voll zu erheben ist. Da aber in diesen Fällen der Abgabebetrag nur in Höhe des zu erhebenden Betrags geschuldet ist, wird der Zuschlag nur nach diesem Betrag zu berechnen sein.

2. Zimmermann a. a. O. 42. Die Gleichstellung des Zuschlags mit der Abgabe hat erhebliche Bedeutung für den Fall, daß bei unrichtiger Steuererklärung die Hinterziehungsstrafe (§§ 33 und 34) nach der um den Zuschlag erhöhten Kriegssteuer zu berechnen ist.

Wie in der Begründung zu dem Gesetzentwurf S. 6 ausgeführt wird, „soll als gefährdete Abgabe im Sinne des § 33 des KrStG. die Abgabe einschließlich des Zuschlags gelten, ebenso soll für die Berechnung des im § 34 Abs. 1 des KrStG. bestimmten Mindestbetrags der gefährdeten Abgabe der Zuschlag mit berücksichtigt werden. Ist das Vergehen der Steuergefährdung durch Abgabe unrichtiger oder unvollständiger Erklärungen bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits vollendet, so findet nach allgemeinen strafrechtlichen Grundsätzen (vgl. § 2 des StGB.) die durch den § 7 des Entwurfs herbeigeführte Strafverschärfung keine Anwendung." § 2 Abs. 2 des StGB., der hier in Betracht kommt, bestimmt: „Bei Verschiedenheit der Gesetze von der Zeit der begangenen Handlung bis zu deren Aburteilung ist das mildeste Gesetz anzuwenden".

Würde die Kriegssteuerhinterziehung, wie nach den Ausführungen zum Gesetzentwurf angenommen werden könnte, mit der Abgabe der falschen Steuererklärung schon vollendet sein, so käme die Strafschärfung auf Grund des § 7 wohl nur in seltenen Fällen zur Anwendung, da die Frist zur Abgabe der Steuererklärungen, soweit nicht eine Verlängerung bewilligt worden ist, in den meisten Fällen schon vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes — 12. April 1917 — abgelaufen ist. Man wird aber die Ansicht vertreten können, daß die Hinterziehung nicht schon mit der Abgabe der falschen Steuererklärung abgeschlossen ist, weil die Verpflichtung zur Abgabe einer richtigen Steuererklärung so lange fortdauert, bis ihr vollständig entsprochen ist, bis also die unrichtigen Angaben richtiggestellt werden.

Nach dieser dem Wesen der Steuerhinterziehung mehr entsprechenden Ansicht, für welche auch die unbeschränkte Anführung der §§ 33 und 34 des KrStG. in § 7 spricht, würde die Strafe regelmäßig nach dem hinterzogenen Steuer- und Zuschlagsbetrag zu berechnen sein. Zweifel läßt freilich die Fassung des § 33 KrStG. aufkommen, der als Straftat die unrichtigen oder unvollständigen Angaben normiert.

7. Gesetz über Sicherung der Kriegssteuer. Vom 9. April 1917. (RGBl. 351.)

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags was folgt:

§ 1. Die nach dem Kriegssteuergesetze vom 21. Juni 1916 (RGBl. 561) steuerpflichtigen Einzelpersonen haben vor einer Verlegung ihres Wohnsitzes oder Aufenthalts in das Ausland auf Verlangen der Steuerbehörde Sicherheit für eine künftige Kriegssteuer zu leisten. Die oberste Landesfinanzbehörde oder die von ihr bezeichnete Behörde bestimmt den Betrag der Sicherheit. Dieser Betrag kann nach den für die Einziehung öffentlicher Abgaben geltenden Vorschriften beigetrieben werden.

Die Vorschriften im Abs. 1 gelten auch, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein Steuerpflichtiger auf andere Weise, insbesondere durch Verbringung von Vermögen ins Ausland, die Beitreibung der künftigen Kriegssteuer gefährdet.

Verweigert ein sich im Ausland aufhaltender Steuerpflichtiger die Sicherheitsleistung, so kann sein im Inland befindliches Vermögen mit Beschlag belegt werden.

§ 2. Die in den §§ 13, 20, 23 des Kriegssteuergesetzes vom 21. Juni 1916 bezeichneten Gesellschaften und juristischen Personen haben in eine neu zu bildende Kriegssteuerrücklage sechzig vom Hundert des in dem weiteren Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinns einzustellen.

Als weiteres Kriegsgeschäftsjahr gilt das auf die Kriegsgeschäftsjahre im Sinne des § 15 des Kriegssteuergesetzes folgende Geschäftsjahr.

Für die Berechnung des Mehrgewinns finden die Vorschriften im § 14 Abs. 1 und 2, §§ 16, 17, 18, 20, 23, 24 des Kriegssteuergesetzes Anwendung.

Hat der Reichskanzler mit Zustimmung des Bundesrats gemäß § 24 oder der Bundesrat gemäß § 36 des Kriegssteuergesetzes Anordnungen getroffen oder eine anderweite Berechnung des Mehrgewinns bewilligt, so gelten die Grundlagen dieser Berechnung auch für das neue Kriegsgeschäftsjahr.

§ 3. Die Befreiung von der Verpflichtung zur Bildung einer Sonderrücklage gemäß § 7 des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915 (RGBl. 837) erstreckt sich auch auf das neue Kriegsgeschäftsjahr.

§ 4. Die Vorschriften im § 6 Abs. 2, § 8 Abs. 1 bis 3 und Abs. 5, § 9 des Gesetzes über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915 gelten entsprechend auch für die neue Kriegssteuerrücklage.

§ 5. Der Bundesrat ist ermächtigt, Ausführungsbestimmungen zu erlassen und Zuwiderhandlungen mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark zu bedrohen.

§ 6. Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung [12. 4.] in Kraft.

Urkundlich usw.

Begründung.

Die Erhebung der außerordentlichen Kriegsabgabe für einen weiteren Veranlagungszeitraum ist infolge der Fortdauer des Krieges ganz abgesehen von den geldlichen Bedürfnissen des Reichs schon ein Gebot der ausgleichenden Gerechtigkeit. Es empfiehlt sich, für die Ausgestaltung dieser Kriegsabgabe die Erfahrungen bei der Veranlagung auf Grund des KStG. vom 21. Juni 1916 zu verwerten und deshalb den Ausbau der Kriegssteuer selbst zunächst noch hinauszuschieben. Daraus aber ergibt sich die Notwendigkeit, schon jetzt gewisse Sicherungsmaßnahmen zu treffen, damit die spätere Abgabenerhebung nicht erschwert oder gefährdet werde.

§ 1 des Entw. ist dem § 12 Abs. 3 und 4 des KStG. nachgebildet und richtet sich gegen die Steuerflucht von Einzelpersonen sowie sonstige Versuche, sich der Steuerpflicht zu entziehen. Daneben berücksichtigt schon die derzeit gültige Regelung der

Paßpflicht das steuerliche Interesse; zu vergleichen § 6 der Kaiserlichen VO., betr. anderweite Regelung der Paßpflicht, vom 21. Juni 1916 (RGBl. 599) und Nr. II c der Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausführungsvorschriften zu der PaßVO., vom 24. Juni 1916 (RGBl. 601). Diese Vorschriften bleiben unberührt.

Die §§ 2 bis 4 des Entw. sehen zur Sicherung der künftigen Kriegsabgabe der Gesellschaften und juristischen Personen die Bildung einer neuen Kriegssteuerrücklage für ein weiteres Geschäftsjahr vor. Ihrer Art nach sind sonach die Sicherungsmaßnahmen die gleichen, wie sie durch das Gesetz über vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne vom 24. Dezember 1915 (RGBl. 837) eingeführt worden sind. Zu einer grundsätzlichen Abweichung von der seitherigen Regelung besteht kein Anlaß.

Da indes mit der längeren Dauer des Krieges seine Einwirkungen immer weiter und tiefer greifen, erscheint die Forderung nach einer Verschärfung der Kriegssteuer begründet. Deshalb sollen auch in dem neuen Geschäftsjahr nicht wie bisher 50, sondern 60 vom Hundert des Mehrgewinns der Kriegssteuerrücklage zugeführt werden. Die Festlegung der Mehrgewinne in noch größerem Umfang wird sich aus volkswirtschaftlichen Erwägungen verbieten.

Neues Geschäftsjahr, das einen kürzeren Zeitraum als einen solchen von zwölf Monaten nicht umfassen darf, ist:

wenn das Geschäftsjahr mit dem 31. August endet, das Geschäftsjahr vom 1. September 1916 bis 31. August 1917;

wenn das Geschäftsjahr mit dem 30. September endet, das Geschäftsjahr vom 1. Oktober 1916 bis 30. September 1917;

wenn das Geschäftsjahr mit dem 31. Oktober endet, das Geschäftsjahr vom 1. November 1916 bis 31. Oktober 1917;

wenn das Geschäftsjahr mit dem 30. November endet, das Geschäftsjahr vom 1. Dezember 1916 bis 30. November 1917;

wenn das Geschäftsjahr mit dem 31. Dezember endet, das Geschäftsjahr vom 1. Januar 1917 bis 31. Dezember 1917;

wenn das Geschäftsjahr mit dem 31. März endet, das Geschäftsjahr vom 1. April 1917 bis 31. März 1918;

wenn das Geschäftsjahr mit dem 30. Juni endet, das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1917 bis 30. Juni 1918.

Der Ausbau der Kriegssteuer selbst wird voraussichtlich so zeitig erfolgen, daß es nicht nötig ist, die Sicherungsmaßnahmen auf einen längeren Zeitraum als den eines weiteren (vierten) Kriegsgeschäftsjahrs zu erstrecken.

Die Berechnung des Mehrgewinns soll nach den Vorschriften des KStG. erfolgen, die von denen des Sicherungsgesetzes vom 24. Dezember 1915 insofern abweichen, als ein Mindestfriedensgewinn von 6 statt 5 vom Hundert des Grund- oder Stammkapitals zugrunde gelegt wird und die Vorschriften im § 16 Abs. 2 und § 18 des Kriegssteuergesetzes im Sicherungsgesetze nicht enthalten sind.

Das gebieterische Interesse der Reichsfinanzen verbot es, in den Entw. eine dem § 1 Abs. 3 des Sicherungsgesetzes, § 22 Abs. 1 des KStG. entsprechende Vorschrift aufzunehmen, wonach Gewinnbeträge, die zu ausschließlich gemeinnützigen Zwecken bestimmt sind und deren dauernde Verwendung zu solchen Zwecken gesichert ist, von dem Geschäftsgewinne des neuen Kriegsgeschäftsjahrs abgesetzt werden dürfen.

Nach dem Entw. soll eine neue Kriegssteuerrücklage gebildet werden. Mit dem Ablauf des von dem KStG. vom 21. Juni 1916 erfaßten Zeitraums wird ein neuer Veranlagungszeitraum beginnen. Es würde sachlich nicht gerechtfertigt und auch mit dem finanziellen Interesse des Reichs schwer verträglich sein, wenn der Ausgleich eines Mindergewinns mit einem Mehrgewinn über einen Veranlagungszeitraum hinaus zugestanden würde. Es handelt sich für die neue Sicherungsmaßnahme nur um ein Geschäftsjahr. Es ist deshalb eine dem § 8 Abs. 4 des Sicherungsgesetzes vom 24. De-

zember 1915, § 14 Abs. 3 des KStG. entsprechende Vorschrift nicht in den Entw. aufgenommen worden.

§ 5 des Entw. ist aus § 10 Abs. 2 des Sicherungsgesetzes vom 24. Dezember 1916 übernommen. Die dem Bundesrat einzuräumende Ermächtigung bezieht sich auch auf die Sicherungsmaßnahmen für Einzelpersonen.

Literatur.

Koppe-Varnhagen, Das neue Gesetz über Sicherung der Kriegssteuer. — Norden-Friedländer, Kriegssteuergesetz, 2. Aufl. S. 267 ff. — Stier-Somlo, Kriegssteuer-Sicherungsgesetz. — Zimmermann, Gesetz über Sicherung der Kriegssteuer.

§ 1.

1. Zimmermann a. a. O. 47. Die Bestimmung des § 1 ist ausdrücklich auf Maßnahmen gegen steuerpflichtige Einzelpersonen beschränkt, kann also nicht gegenüber steuerpflichtigen Gesellschaften angewendet werden, die ihren Sitz oder ihren Geschäftsbetrieb in das Ausland verlegen, bevor sie nach dem in Aussicht genommenen weiteren Kriegssteuergesetz steuerpflichtig werden.

2. Koppe-Varnhagen a. a. O. 32. Zum Heeresdienst oder vaterländischen Hilfsdienst Eingezogene, desgl. Kriegsgefangene geben regelmäßig ihren Wohnsitz nicht freiwillig auf und bleiben daher an sich steuer- bzw. sicherungspflichtig.

3. Stier-Somlo a. a. O. 25. Die Bestimmung des § 12 Abs. 2 KStG. verkürzt den Veranlagungszeitraum, er endet an dem Tage, an dem der inländische Wohnsitz oder Aufenthalt aufgegeben worden ist. Deshalb ist diese Bestimmung nunmehr gegenstandslos. Hieran ändert auch das KStZuschlagsG. nichts, weil dieses die Feststellung des Vermögenszuwachses auf Grund des KStG. voraussetzt und damit auch den nach § 12 Abs. 2 KStG. etwa abgekürzten Veranlagungszeitraum.

4. Koppe-Varnhagen a. a. O. 34. Verschwendung und übermäßiger Verbrauch gehören nicht hierher, denn sie hindern überhaupt die Entstehung eines steuerpflichtigen künftigen Vermögenszuwachses. Tritt aber keine Steuerpflicht infolgedessen ein, so kann auch keiner Gefährdung vorgebeugt werden; ebenso Stier-Somlo a. a. O. 28.

5. Zimmermann a. a. O. 47. Weder das KStG. noch die AV. dazu geben nähere Vorschriften darüber, wie im Falle des § 12 Abs. 4 des KStG. die Beschlagnahme des inländischen Vermögens des Steuerpflichtigen zu erfolgen hat, von wem sie ausgesprochen und durchgeführt wird. Da es sich um eine steuerliche Maßregel handelt, wird die Steuerbehörde berufen sein, die Beschlagnahme auszusprechen und durch ihre Organe zum Vollzug zu bringen. Dabei wird übrigens nur dem Pflichtigen die Möglichkeit, über sein Vermögen zuungunsten der Steuerverwaltung zu verfügen, genommen, das beschlagnahmte Vermögen aber nicht veräußert werden dürfen. Erst wenn die künftige Steuer im geordneten Verfahren festgesetzt und vom Pflichtigen nicht rechtzeitig entrichtet worden ist, wird sich die Steuerverwaltung im Verwaltungszwangsverfahren aus beschlagnahmten Vermögensstücken befriedigen können.

§ 2.

1. Koppe-Varnhagen a. a. O. 43. Die Worte „neu zu bildende" sollen einen Gegensatz zu der Kriegssteuerrücklage für die erste Veranlagungsperiode auf Grund des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 darstellen und nicht etwa bedeuten, daß auch formell, soweit die erste Rücklage noch nicht durch eine spätere Veranlagung in Anspruch genommen ist, noch ein zweites Rücklagekonto geschaffen werden müßte. Insbesondere ist es zulässig, das bisherige Rücklagekonto entsprechend dem Mehrgewinn des weiteren (vierten) Kriegsgeschäftsjahres zu erhöhen. Wenn ferner die Rücklage für die erste Veranlagungsperiode nach der Kriegssteuerveranlagung teilweise frei wird, weil die Steuer im Einzelfalle nicht 50 v. H. des Mehrgewinns erreicht hat, kann das ursprüngliche Rücklagekonto einfach gemäß der Höhe des Mehrgewinns in dem weiteren Kriegsgeschäftsjahre aufgefüllt werden.

2. Zimmermann a. a. O. 50. Soweit die bisherige Sonderrücklage nach § 28 Abs. 2 in Verb. mit § 7 des Zuschlagsgesetzes (vgl. Anm. 2 zu letzterer Bestimmung) frei geworden ist, werden die aus dieser Sonderrücklage verfügbar gewordenen Wertpapiere für die neue Sonderrücklage verwendet werden können. Die Unabhängigkeit der neuen Rücklage äußert sich auch darin, daß, wie aus der Nichterwähnung des § 14 Abs. 3 des KStG. in Abs. 3 des Ges. hervorgeht, eine Ausgleichung des in einem der bisherigen Kriegsgeschäftsjahre entstandenen Mindergewinns mit dem im weiteren (4.) Kriegsgeschäftsjahr erzielten Mehrgewinn nicht statthaft ist. Die Gesellschaft muß also, wenn sie bisher keinen Mehrgewinn erzielt, sondern nur Verlust erlitten hat, gleichwohl den Mehrgewinn, der sich im vierten Kriegsgeschäftsjahr ergeben hat, in Höhe von 60 v. H. zurücklegen, falls nicht nach § 4 in Verb. mit § 8 Abs. 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1915 eine anderweitige Regelung durch den Reichskanzler (Reichsschatzamt) herbeigeführt wird.

8. Gesetz über einen Warenumsatzstempel. Vom 26. Juni 1916. (RGBl. 639.)

Wortlaut, Begründung und Kommissionsbericht in Bd. 3, 465 ff.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 3, 475, 503; 4, 792.

Albath, Die Verteilung der Verwaltungskostenvergütung für die Verwaltung und Erhebung der Warenumsatzstempelsteuer, PrVerwBl. 38 629. — Koßmann, Die Abwälzung des Warenumsatzstempels, PrVerwBl. 38 509. — Tiktin, Die Abwälzung des Warenumsatzstempels, PrVerwBl. 38 509.

Art. II Zusatz 1.

(Erläuterung 1 bis 10 in Bd. 3, 476 f.)

11. Allg. Verfügung des preuß. Finanzministers vom 25. Juni 1917 über den Warenumsatzstempel bei Umtauschgeschäften. (FMBl. 238.)

Es ist die Frage zur Erörterung gekommen, ob Warenumtauschgeschäfte, bei denen — sei es infolge eines beim ersten Einkauf gemachten Vorbehalts, sei es infolge besonderen Entgegenkommens des Verkäufers — ein Umtausch des ursprünglich gekauften Gegenstandes gegen einen anderen unter Anrechnung des Entgelts für den zurückgelieferten stattfindet, dem Warenumsatzstempel unterliegen.

Daß es sich bei solchen Umtauschgeschäften nicht um Tauschgeschäfte im Sinne des § 515 BGB. und der Zusatzbestimmung 1 Abs. 2 der Tarifnummer 10 RStG. handelt, scheint mir keinem Zweifel begegnen zu können. Denn zum Tausch gehört begriffsmäßig, daß der Vertragswille auf den Umsatz eines individuellen Wertes gegen einen anderen individuellen Wert gerichtet ist. Bei den Kaufgeschäften mit nachfolgendem Umtausch hat aber die Leistung eines individuellen Wertes gegen Bezahlung eines Preises stattgefunden, und der Wille der Vertragschließenden geht nur dahin, an Stelle des ursprünglichen Leistungsgegenstandes einen anderen zu setzen, für den der einmal gezahlte Preis die Gegenleistung sein soll.

Dies gilt ohne Zweifel dann, wenn bei Abschluß des Verkaufs der Umtausch ausdrücklich oder stillschweigend vorbehalten war, dem Käufer also von vornherein ein Wahlrecht in der Bestimmung des Lieferungsgegenstandes zugestanden war. Man wird das gleiche aber auch dann gelten lassen müssen, wenn auf den Umtausch kein Recht bestand, seine Gestattung also nur auf einem Entgegenkommen des Geschäftsinhabers beruht. Auch hier handelt es sich um eine nachträgliche Änderung des Vertragsinhalts dahin, daß an Stelle des ursprünglichen Lieferungsgegenstandes ein anderer treten und der einmal gezahlte Kaufpreis für diesen den Gegenwert bilden soll. Da der Warenumsatzstempel von der bezahlten Warenlieferung zu entrichten und nach dem Betrage der Zah-

lung zu berechnen ist, Zahlung aber nur einmal erfolgt ist, so wird auch der Warenumsatzstempel nur einmal gefordert werden dürfen.

Die Sache scheint mir auch dann nicht anders zu liegen, wenn die Versteuerung nach der Lieferung gewählt wird (§ 81 RStG.). Denn auch hier ist maßgebend der vereinbarte Entgelt, und ein solcher ist nur im einmaligen Betrage vereinbart.

Es kann auch vorkommen, daß der Umtausch der Waren nicht Zug um Zug erfolgt, sondern der ursprünglich gezahlte Kaufpreis dem Käufer gutgeschrieben und ihm das Recht vorbehalten wird, sich bei Gelegenheit statt des zurückgegebenen Gegenstandes einen anderen einzutauschen. In diesem Falle bedeutet die Gutschrift im Zweifel nicht die Anerkennung einer Geldforderung des anderen, die der Rückzahlung des Kaufpreises gleichzustellen wäre, sondern lediglich die Vormerkung des Umtauschanspruchs. Denn die Absicht geht regelmäßig nur dahin, die Entnahme eines anderen Gegenstandes aus dem Geschäfte zu gestatten, nicht aber dahin, einen Anspruch auf Barauszahlung zu begründen. Die Sachlage ist rechtlich keine andere, als wenn ein Gutschein ausgestellt wird. Die Gutschrift und bei der späteren Entnahme eines anderen Gegenstandes die Lastschrift sind daher nach diesseitiger Auffassung keine Rechtsvorgänge, die nach Ziffer VII der Grundsätze zur Auslegung des Warenumsatzstempels der Barzahlung gleichzustellen wären. Ich möchte somit annehmen, daß im Falle eines solchen Umtausches eine weitere Umsatzsteuerpflicht auch dann nicht in Frage kommt, wenn der Betrag des Kaufpreises für die ursprünglich entnommene Ware in dem einen Rechnungsjahr gutgeschrieben, die Entnahme einer anderen Ware gegen die zurückgegebene und die entsprechende Lastschrift erst in einem folgenden Rechnungsjahr erfolgt. Ich erachte es für zulässig, daß der gutgeschriebene Betrag bei Entnahme des anderen Gegenstandes abgesetzt werden darf. Tatsächlich handelt es sich hier nicht um einen eigentlichen Kontokorrentposten.

Weiter ist noch die Frage aufgeworfen worden, wie es sich verhält, wenn nicht der Käufer den Umtausch vornimmt, sondern eine dritte Person, die den Gegenstand als Geschenk vom Käufer erhalten hatte. Ich würde kein Bedenken tragen, die vorstehenden Grundsätze auch auf diesen Fall anzuwenden, da mindestens vom Standpunkt des Verkäufers aus nicht die Absicht eines Tauschvertrages wird unterstellt werden können.

Berlin, den 5. Juni 1917. Der Reichskanzler (Reichsschatzamt).

Nach vorstehendem Schreiben, dem ich im Ergebnis zugestimmt habe, ist zu verfahren.

Zusatz 2.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 3, 477f.; 7, 8 in Bd. 4, 793).

9. Verfügung des preuß. LandwMinisters, betr. Warenumsatzsteuer. Vom 23. Februar 1917.
(LMBl. 129.)

Der Stempelpflicht unterliegen bezahlte Warenlieferungen. Unter „Lieferung" von Waren ist regelmäßig die Eigentumsübertragung auf Grund eines Kaufvertrages zu verstehen, bei Zahlungen auf Grund von Miet-, Pachtverträgen und dgl. steht dagegen eine „Warenlieferung" nicht in Frage. Zahlungen für „Sammelscheine" z. B. unterliegen daher der Stempelpflicht nicht. Ebensowenig stellt beispielsweise die Erstattung der Werbungskosten seitens eines zum Bezug freien Brennholzes berechtigten Beamten eine Zahlung für eine Warenlieferung dar. Ob es sich bei den „Grasversteigerungen" um den Abschluß von Kauf- oder von Pachtverträgen handelt, könnte zweifelhaft erscheinen. Es wird aber das letztere anzunehmen sein, zumal die von dem Ansteigerer zu zahlende Vergütung nicht nach der Menge des geworbenen Heues oder Grummets bzw. unter Zugrundelegung eines bestimmten Einheitssatzes bemessen wird.

Die Steuerpflicht erfordert ferner einen wirklichen „Umsatz". Holzlieferungen der Preußischen Staatsforstverwaltung an eine andere Verwaltung des Preußischen Staates unterliegen daher nicht der Steuerpflicht, auch wenn seitens der letzteren an erstere aus Gründen der Verrechnung eine Bezahlung der Lieferung erfolgt, weil die verschiedenen

Verwaltungen eines Staates nur verschiedene „Stationen" eines und desselben Fiskus darstellen. Dagegen sind selbstverständlich Lieferungen an das Reich steuerpflichtig, weil es sich hier um einen wirklichen Umsatz zwischen verschiedenen Rechtssubjekten handelt.

Im allgemeinen kann nur empfohlen werden, bei Zweifeln über die Stempelpflicht einer Zahlung auf die rechtliche Natur des zugrunde liegenden Geschäfts zurückzugehen und diese genau zu prüfen. Verbleibende Schwierigkeiten werden in der Regel am besten durch Benehmen mit der zuständigen Steuerbehörde gelöst werden.

10. Ebner, PrVerwBl. 38 395. In Ziffer 2 der Zusätze zu der neuen Tarifstelle 10 des Reichsstempelgesetzes sind „Urheber- und ähnliche Rechte" als nicht zu den Waren zählend genannt. Hierher muß jedenfalls das gerechnet werden, was von dem Inhaber der Zeitungskorrespondenz an die Zeitungsschriftleitung geliefert wird: keinesfalls ist es eine Ware, also eine körperliche Sache, wenn es auch Gegenstand des geschäftlichen Verkehrs ist. Die Zeitungskorrespondenzen sind deshalb zu Unrecht in der Ziffer 2 aufgeführt.

11. Schlamp, HoldheimsMSchr. 17 36. Zahlt der Kommissionär den Einkaufspreis an den Dritten, so ist dieser Vorgang, da es sich hier um einen Warenumsatz handelt, ebenso stempelpflichtig, wie die Entrichtung des Entgelts (also Kaufpreis zuzüglich Provision) durch den Kommittenten an den Kommissionär. Hierbei liegt die Voraussetzung zugrunde, daß es zur Besitz- und Eigentumsübertragung auf den Kommittenten eines besonderen Übergabeaktes, als der auch die Vereinbarung eines Rechtsverhältnisses, mittels dessen der Kommittent mittelbaren Besitz erlangt, also das constitutum possessorium, anzusehen ist (vgl. Auslegungsgrundsätze II 4). Erachtet man dagegen zur Besitz- und Eigentumsübertragung einen besonderen Übergabeakt nicht für erforderlich, sondern macht man sich die vom Reichsgericht (GruchotsBeitr. 47, 987) vertretene Ansicht zu eigen, wo unter Konstruktion eines im voraus zwischen Kommittent und Kommissionär vereinbarten constitutum possessorium die Ansicht vertreten wird, daß das Eigentum auf den Kommittent schon in dem Augenblick übergehe, wo es der Kommissionär erwirbt, so muß man logischerweise die Frage der nach Fälligkeit des Warenumsatzstempels für diesen Fall verneinen, da ja hier eine Lieferung, also ein Warenumsatz, überhaupt nur einmal erfolgt, nämlich im Verhältnis zwischen dem Dritten und dem Kommissionär. Der Kommittent seinerseits erwirbt ja schon Eigentum in demselben Augenblick, wo es der Kommissionär erwirbt, ohne daß noch irgendeine Handlung hinzukommen müßte. Zum mindesten müßte bei Vertretung dieser Ansicht den bereits mehrfach erwähnten Zusatz 4 Tarif Nr. 10 Platz greifen lassen und die Frage der Stempelpflicht verneinen, also diesen Fall dem der direkten Lieferung durch den Dritten an den Kommittenten gleichstellen, was, abgesehen von rechtlichen Bedenken, zum mindesten eine Vergewaltigung der tatsächlichen wirtschaftlichen Vorgänge bedeuten würde.

Der Verkaufskommissionär macht ebenso wie der Einkaufskommissionär durch sein Auftreten das Geschäft stempelpflichtig und unterscheidet sich von diesem hinsichtlich der dinglichen Wirkungen insbesondere dadurch, daß er, abgesehen von dem durch ausdrückliche Erklärung (HGB. § 405, RG. 53, 363) zu erfolgenden Eintritt als Selbstkontrahent, nicht Eigentümer des Kommissionsgutes wird. Trotzdem ist der mit dem Kommissionsgut zwischen Kommittent und Kommissionär sich vollziehende Geschäftsvorgang in der Regel als stempelpflichtige Übertragung von Waren im Sinne des Zus. 2 Tarif Nr. 10 anzusehen; liefert der Verkaufskommissionär seinerseits die Ware an den Käufer, so können Zweifel an die wiederholte Fälligkeit des Warenumsatzstempels nicht bestehen.

Zusatz 3.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 3, 478f.).

7. Reichsschatzamt v. 7. VI. 17 (FMBl. 17 213, 250, GenBl. 17 256). Nach Nr. VI Abs. 5 Satz 3 der Auslegungsgrundsätze zum Warenumsatzstempelgesetze (ZBl. 16 382) sind Abzüge am Kaufpreis, die als Rabatt auch in der Form der Gewährung von Rabatt-

sparmarken, gewährt worden, in der Weise zu berücksichtigen, daß nur der wirklich gezahlte Betrag für die Entrichtung der Abgabe maßgebend ist.

Die Grundlage für die Bemessung des Warenumsatzstempels ist der Lieferungspreis oder dessen Bezahlung. Lieferungspreis ist der um den Betrag des Rabatts gekürzte Preisbetrag aber nur dann, wenn diese Kürzung Vertragsbestandteil war, also das Konsumvereinsmitglied von vornherein als Käufer Anspruch auf die Kürzung hatte. Das ist aber nur insoweit der Fall, als es sich um einen festen oder Sparrabatt handelt, der durch Statut oder Generalversammlungsbeschluß im voraus festgesetzt ist. Daß dieser Rabatt zur Förderung des Sparsinns erst später vergütet wird, ist unwesentlich. Der als „Warenrabatt" bezeichnete Rabatt ist Reingewinnverteilung und steht dem Vereinsmitgliede in seiner Eigenschaft als Mitglied zu, wenn auch der Umfang des Warenbezuges den Verteilungsschlüssel bildet. In diesem Fall ist also der bezahlte Kaufpreis unverkürzt als der zu versteuernde Lieferungspreis anzusehen. Mit dieser Auffassung steht auch das Urteil des Königlich Preuß. OVG. vom 28. Sept. 12 (Entsch. in Steuers. 16, 274; vgl. auch JW. 16, 1265) im Einklang.

8. Ebner, PrVerwBl. 38 395. Die Auslegungsgrundsätze sagen im Abschnitt III Abs. 6, daß bei einem Kunstwerk (Gemälde, Bildwerk) die Leinwand, die Farben, der Marmor, die Bronze usw., die der Künstler zur Herstellung des Werkes beschafft hat, als Nebensachen gelten. Bei Anschlägen, wie überhaupt bei Drucksachen wird man deshalb regelmäßig das Papier als Nebensache anzusehen haben. Hiernach wäre der Warenumsatzstempel nur in dem einen Falle zu entrichten, wenn der Anschlagunternehmer die Anschläge anderweitig herstellen läßt. Freilich besteht hier der Zweifel, ob er dem Auftraggeber diese Waren liefert, denn letzterer gelangt nicht in ihren Besitz und es ist auch mindestens fraglich, ob er Eigentümer wird. Muß man dies verneinen, so unterliegen Anschläge niemals dem Warenumsatzstempel.

9. Reichsschatzamt, Berl. Handelsk. Mitt. 17 53. Die Befreiungsvorschrift Nr. 3 der Tarifnummer 10 des Reichsstempelgesetzes in der Fassung des Warenumsatzstempelgesetzes v. 26. Juni 1916 kann sich ihrem Wortlaut nach nur auf die Lieferung von Waren beziehen, die der Lieferer im Inland in der Form, in welcher die Waren ausgeführt werden, seinerseits bezogen hat. Die Stempelbefreiung stellt sich mithin als eine Begünstigung des Ausfuhrhandels, nicht der Ausfuhrindustrie dar. Dahin ist auch die Absicht bei Aufnahme der Vorschrift in das Gesetz gegangen.

Dementsprechend hat auch der Bundesrat in Nr. XI der von ihm aufgestellten Grundsätze zur Auslegung des Warenumsatzstempelgesetzes (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. Oktober 1916, „Zentralblatt für das Deutsche Reich" S. 382 ff.) ausgesprochen, daß auf Lieferungen nach dem Ausland durch den Hersteller der Waren die Befreiungsvorschrift Ziffer 3 nicht anwendbar ist.

Art. III § 83a.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 3, 486).

5. Verfügung des preuß. Finanzministers vom 19. Februar 1917, betr. Entrichtung des Warenumsatzstempels für Verkäufe bei Amtsstellen der Zollverwaltung. (FMBl. 79.)

Vom 1. Oktober 1916 an hat der Empfänger der Zahlung für eine Warenlieferung im Betrage von mehr als 100 M., die nicht im Betriebe seines Gewerbes erfolgt, nach § 83a des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 — Zentralbl. S. 193 — binnen zwei Wochen ein schriftliches Empfangsbekenntnis zu erteilen und zu versteuern. Diese Vorschrift trifft auf die Fälle zu, in denen die Amtsstellen der Zollverwaltung z. B. alte Akten, Bücher oder neue verkäufliche Drucksachen, Druckschriften usw. verkaufen. Die Kassen, bei denen für diese Verkäufe Zahlung geleistet wird, haben die von ihnen auszustellenden Empfangsbekenntnisse mit eins vom Tausend des Betrags der Zahlung zu versteuern. Die Abgabe wird durch Verwendung von Stempelmarken auf der Vorder- oder Rückseite der Urkunde nach Maßgabe der Vorschriften im § 83b des Gesetzes und der

§§ 164 k und 1641 der AB. — Beilage zu Nr. 45 des Zentralbl für 1916, 7 — entrichtet. Die Stempelmarken sind von dem oder den Beamten aufzukleben und zu entwerten, die die Empfangsbescheinigung auszustellen haben. In welcher Höhe Stempelmarken verwendet sind, haben die Beamten auf dem Einnahmebeleg oder, soweit die Einnahmen im Drucksachen-Bezug- und -Verkaufbuch nachgewiesen werden, bei der Eintragung in der Bemerkungsspalte dieses Buches zu bescheinigen.

Die zur Entrichtung der Abgabe erforderlichen Stempelmarken haben die Kassen ohne weitere Anweisung nach Bedarf von der Post anzukaufen und bis zur Verwendung unter den Barbeständen der Kasse nachzuweisen.

Die Zollkassen haben den Warenumsatzstempel für Rechnung der Staatskasse zu entrichten und im Auftrage der Oberzollkasse zu verausgaben. Die gezahlten Beträge sind in den wenigen Fällen, in denen die Verwendung der Stempelmarken notwendig sein wird, der Oberzollkasse entweder einzeln unter gleichzeitiger Beifügung des Einnahmebelegs anzurechnen oder jährlich unter Beifügung einer Bescheinigung des Kassenpflegers, daß der Gesamtbetrag der Abgabe nach den Vermerken im Drucksachen-Bezug- und -Verkaufbuch richtig verausgabt worden ist.

Die Oberzollkassen haben die gezahlten Beträge zusammen mit den nicht abgefundenen Post-, Porto- und Gebührenbeträgen ohne weitere Anweisung bei dem planmäßigen Geschäftsbedürfnisfonds — Kap. 7 Tit. 9a, Unterabschnitt IV, oder c, Unterabschnitt V — in Ausgabe zu verrechnen.

6. Ebner, PrVerwBl. 38 395. Die Auslegungsgründe rechnen die Jagd nicht zu den Gewerbebetrieben. Das trifft wohl oft, aber durchaus nicht immer zu. Das Reichsversicherungsamt hat in nicht wenigen Fällen in der Jagd einen Nebenbetrieb der Landwirtschaft gesehen, und wenn der § 76 des Warenumsatzstempelgesetzes die Landwirtschaft zu den Gewerbebetrieben rechnet, so muß dies auch für ihre Nebenbetriebe gelten. Es kommt sogar vor, daß Leute sich eine Jagd lediglich zu dem Zwecke pachten, um aus dem Erlös des Wildes Gewinn zu ziehen und sich einen Erwerb zu schaffen. In solchen Fällen liegt ein selbständiger Gewerbebetrieb vor. Hiernach müssen in jedem Falle die Verhältnisse geprüft werden.

Art. V.

Verfügung des preuß. LandwMinisters, betr. Warenumsatzsteuer. Vom 23. Februar 1917. (LMBl. 130.)

Nach Artikel V Abs. 3 des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni v. J. ist, wenn für Lieferungen aus Verträgen, die vor dem 1. Oktober v. J. abgeschlossen sind, Zahlungen nach diesem Zeitpunkt zu leisten sind, der Abnahmer verpflichtet, dem Lieferer einen Zuschlag zum Preise in Höhe der auf diese Zahlungen entfallenden Steuer zu leisten. Ein Verzicht auf diese dem Staate zustehende Einnahme ist nach § 18 Abs. 1 des Staatshaushaltsgesetzes grundsätzlich unzulässig. Der Zuschlag ist daher in allen Fällen einzuziehen.

Für die Zeit nach dem 1. Oktober v. J. hat es ebenfalls bei den gesetzlichen Bestimmungen (Art. III bzw. § 76) zu verbleiben, nach denen subjektiv steuerpflichtig der Zahlungsempfänger, also hier der Fiskus, ist. Eine Abwälzung der Steuer auf den Käufer ist demgemäß durch die Verkaufsbedingungen nicht vorzusehen.

Die Stempelkosten sind nicht bei Kapitel 4 Titel 1, sondern bei Kapitel 2 Titel 31 zu verrechnen.

Zum ersten Satz des Berichtes wird zur Behebung eines etwaigen Mißverständnisses noch bemerkt, daß eine Verpflichtung zur Anmeldung und eine Abgabepflicht für die erstmalig unter das Gesetz fallenden Zahlungen der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1916 nur dann nicht bestand, wenn der Gesamtbetrag der Zahlungen im ganzen Kalenderjahre 1916 nicht mehr als 3000 M. betragen hat.

Anhang.

Allg. Verfügung des preuß. Finanzministers vom 9. Januar 1917 über die Entrichtung des Warenumsatzstempels von Staatsbetrieben. (FMBl. 67.)

Auf Grund des § 160 Abs. 2 Satz 4 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetze in der Fassung des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 wird in Ergänzung der Nr. 32b der Preußischen Ausführungsvorschriften folgendes bestimmt:

1. Für die Erhebung und Verwaltung des von staatlichen Betrieben zu entrichtenden Warenumsatzstempels sind diejenigen Steuerstellen — vgl. die Königliche Verordnung vom 9. Oktober 1916, GS. 133, — zuständig, in deren Bezirken die einzelnen selbständigen Betriebe ihren Sitz haben.
2. Sitz des Betriebes ist der Ort, an dem die Verwaltung geführt wird.
3. Was als selbständiger Betrieb im Sinne dieser Bestimmungen und welcher Ort als Sitz des Betriebes anzusehen ist, bestimmt im Zweifel die Zentralbehörde, der der Betrieb untersteht.

2. Verfügung des preuß. LandwMinisters, betr. Warenumsatzstempelgesetz vom 26. Juni 1916. Vom 20. Januar 1917. (FMBl. 82.)

Nach § 160 Abs. 2 Satz 4 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz in der Fassung des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 (RGBl. 639 bzw. RZBl. 250) wird die zuständige Steuerstelle für staatliche Betriebe durch die oberste Landesfinanzbehörde des Bundesstaates, der den Betrieb führt, bestimmt. Auf Grund dieser Vorschrift ist für Preußen von dem Herrn Finanzminister durch Allgemeine Verfügung vom 9. d. M. — III 12065/I 162 — folgende Bestimmung getroffen worden:

1. Für die Erhebung und Verwaltung des von staatlichen Betrieben zu entrichtenden Warenumsatzstempels sind diejenigen Steuerstellen — vgl. die Königliche Verordnung vom 9. Oktober 1916 — GS. 133 — zuständig, in deren Bezirken die einzelnen selbständigen Betriebe ihren Sitz haben.
2. Sitz des Betriebes ist der Ort, an dem die Verwaltung geführt wird.
3. Was als selbständiger Betrieb im Sinne dieser Bestimmungen und welcher Ort als Sitz des Betriebes anzusehen ist, bestimmt im Zweifel die Zentralbehörde, der der Betrieb untersteht.

In Verfolg der Ziffer 3 dieser Bestimmung bestimme ich für den Bereich der Staatsforstverwaltung, daß als selbständiger Betrieb die einzelne Oberförsterei und als Sitz des Betriebes der Ort zu gelten hat, an welchem der Oberförster seinen amtlichen Wohnsitz hat.

Die Anmeldung der erfolgten Zahlungen und die Stempelentrichtung ist durch die Forstkassen zu bewirken, die mit entsprechender Anweisung zu versehen sind.

Zur Behebung etwaiger Zweifel bemerke ich, daß für die Verpflichtung zur Anmeldung bzw. Stempelentrichtung lediglich der Zeitpunkt der Zahlung maßgebend ist, gleichgültig in welchem Rechnungsjahr die Zahlung nach den bestehenden Bestimmungen zu verrechnen ist. Im übrigen wird noch auf die veröffentlichten Grundsätze zur Auslegung des Warenumsatzstempelgesetzes (RZBl. 1916, 383) verwiesen.

(Bestimmungen a bis c in Bd. 3, 486ff.)

d) Preußische Ausführungsverordnung vom 9. Oktober 1916. (GesS. 133.)

Wortlaut in Bd. 3, 509.

Hierzu:

Allg. Verfügung des Finanzministers und des Ministers des Innern vom 15. März 1917 über die Verteilung der Gemeinde-Anteile am Warenumsatzstempel zwischen Erhebungs- und Betriebsgemeinden. (FMBl. 110.)

Nach § 5 Abs. 2 der Königlichen Verordnung vom 9. Oktober 1916 — GS. 133 — werden 6 v. H. des Aufkommens aus dem Warenumsatzstempel an die Gemeinden, in denen ein Gewerbebetrieb im Sinne des § 76 RStempG. stattfindet, mit der Maßgabe

verteilt, daß — Ziffer 2 — Abgabebeträge unter 100 M. den mit der Verwaltung und Erhebung betrauten Kreisen und Gemeinden verbleiben. Es ist die Ansicht vertreten worden, daß unter Abgabebeträgen im Sinne dieser Vorschrift nur die zu verteilenden 6 v. H. zu verstehen seien. Diese Auslegung ist abzulehnen.

Das Wort „Abgabebeträge" bezeichnet unzweideutig diejenigen Beträge, die der Steuerpflichtige als Warenumsatzstempel entrichtet. Ein Abgabebetrag unter 100 M. entspricht also einem Warenumsatze von weniger als 100000 M. Nur solche Beträge bleiben von der in § 5 geregelten Verteilung zwischen Erhebungs- und Betriebsgemeinden ausgeschlossen. Die Verpflichtung zur Abführung von 92 v. H. der Abgabe für Reich und Staat, auf die sich § 5 nicht bezieht, wird durch die Vorschrift nicht berührt. Neben ihr besteht die Verteilungsbeschränkung wegen der im Einzelfalle sich ergebenden Teilbeträge unter 5 M.

2. Preuß. Verfügung vom 8. Juni 1917. (MBl. 180.)

Außerpreußische Gemeinden haben keinen Anspruch auf Beteiligung. Kommen solche neben einer veranlagenden preußischen Gemeinde (Kreis) in Betracht, so behält die preußische Gemeinde (Kreis) insoweit die vollen 8 vom Hundert.

3. Preuß. Verfügung vom 18. Mai 1917, betr. Verteilung der Gemeinde- und Kreisanteile am Warenumsatzstempel. (MBl. 145.)

Nach § 5 Abs. 2 Nr. 4 der Verordnung vom 9. Oktober 1916 (GS. 133) hat über die Verteilung von 6 % des Warenumsatzstempels unter die beteiligten Gemeinden und Kreise auf den Antrag einer beteiligten Gemeinde oder eines beteiligten Kreises der Kreis- oder Bezirksausschuß zu beschließen. Zur Vermeidung unnötiger Belastung der Beschlußbehörden empfiehlt es sich, daß die Gemeinden usw. zunächst selbst versuchen, sich über die Verteilung möglichst miteinander zu einigen, und daß sie erst dann die Verteilung bei der Beschlußbehörde beantragen, wenn eine Einigung nicht zustande kommt. Die Verhandlungen über die Einigung werden von der veranlagenden Gemeinde- oder Kreisbehörde zu führen sein. Bei ihr werden daher die Gemeinden usw., die an den zu verteilenden 6 % beteiligt zu werden wünschen, ihre Forderungen anzumelden haben.

9. Gesetz, betr. die Abwälzung des Warenumsatzstempels. Vom 30. Mai 1917. (RGBl. 441.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Für Lieferungen aus Verträgen, die nach dem 30. September 1916 abgeschlossen sind, ist der Lieferer nicht berechtigt, den auf die Lieferung oder deren Bezahlung entfallenden Warenumsatzstempel dem Abnehmer neben dem Preise ganz oder teilweise gesondert in Rechnung zu stellen. Der Abnehmer aus einem Lieferungsvertrag ist nicht berechtigt, den bei der Weiterveräußerung der Ware auf ihre Lieferung oder Bezahlung entfallenden Warenumsatzstempel von dem ihm von seinem Lieferer in Rechnung gestellten Preise zu kürzen.

Auf eine Vereinbarung, die den vorstehenden Vorschriften entgegensteht, kann sich der Lieferer, im Falle des Abs. 1 Satz 2 der Abnehmer, nicht berufen.

§ 2. Ist der in Rechnung gestellte Betrag vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes gezahlt oder ist im Falle des § 1 Abs. 1 Satz 2 die Kürzung des Betrags vom Lieferer vor diesem Zeitpunkt anerkannt worden, so kann eine Rückforderung oder Nachforderung aus § 1 nicht geltend gemacht werden.

§ 3. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung [4. 6.] in Kraft.

Urkundlich usw.

Begründung.

Durch Artikel V Abs. 3 des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 (RGBl. 639) ist für die Übergangszeit bestimmt, daß, wenn für Lieferungen

aus Verträgen, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen sind, Zahlungen nach diesem Zeitpunkt zu leisten sind, der Abnehmer mangels abweichender Vereinbarung verpflichtet ist, dem Lieferer einen Zuschlag zum Preise in Höhe der auf diese Zahlungen entfallenden Steuer zu leisten, und daß dieser Preiszuschlag keinen Grund zur Vertragsaufhebung bildet. Dagegen hat das Gesetz eine Anordnung darüber, wem im übrigen im Verhältnis der Vertragschließenden untereinander die Abgabe zur Last zu fallen habe, nicht getroffen.

Es war infolgedessen, wie auch sonst bei indirekten Abgaben, dem freien Spiele der wirtschaftlichen Kräfte auszumachen überlassen, auf wem die Abgabe schließlich haften blieb. Hierbei haben sich sehr bald nach dem Inkrafttreten des Gesetzes Verhältnisse herausgebildet, die zu lebhaften Beschwerden und zu nicht geringer Verbitterung zahlreicher gewerblicher Kreise geführt haben. Die Berechtigung der Beschwerden muß anerkannt werden.

Große Gruppen von Lieferern, insbesondere solche, die in Fachverbänden organisiert sind, haben die Übernahme der Abgabe durch den Abnehmer in ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen eingestellt, auf deren Einhaltung ihre Verbandsmitglieder verpflichtet und somit jede Belieferung von der Übernahme der Abgabe abhängig gemacht. Bei der durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen Knappheit an Rohwaren, Halbzeug oder Fertigwaren ist den Abnehmern meist nichts anderes als die Unterwerfung unter diese Geschäftsbedingungen übriggeblieben. Sie haben es sich hierbei sogar gefallen lassen müssen, daß ihnen als Mindestbetrag der Abgabe 10 oder 5 Pf. auch dann in Rechnung gestellt wurden, wenn die Abgabe selbst nur einen geringen Bruchteil dieser Beträge ausmachte. Um den Warenumsatzstempel nicht doppelt tragen zu müssen, haben sich die Abnehmer zu einem großen Teil entschlossen, die bei dem weiteren Umsatz von ihnen zu entrichtende Abgabe ihrerseits auf ihre Abnehmer abzuwälzen, auch wo sie sonst durchaus bereit gewesen wären, die Abgabe auf sich zu nehmen. Damit ist die Abwälzung in einem viel weiteren Umfang üblich geworden, als es an sich in der Absicht der beteiligten Kreise lag.

Andererseits ist es weiten Kreisen der Abnehmer nicht möglich gewesen, ihrerseits die Abgabe ab- oder weiterzuwälzen. Dies gilt insbesondere von einem großen Teile des Zwischenhandels, der auf Wettbewerbsverhältnisse Rücksicht zu nehmen hat, und ferner von den Kleinhandel- und Gewerbetreibenden, da bei dem Einzelabsatz an den Verbraucher die Abgabe vielfach einen zu geringen Betrag ausmacht, um zahlenmäßig dem Preise zugeschlagen werden zu können. Allgemein ist die Abwälzung und Weiterwälzung auch nicht möglich in Fällen, in denen bei der Weiterveräußerung durch den Abnehmer Höchstpreise bestehen. All diese gewerblichen Kreise müssen daher die Abgabe doppelt tragen.

Es ist endlich mit Erfolg versucht worden, die Abgabe rückzuüberwälzen. Insbesondere sind Warenhäuser dazu übergegangen, den von ihnen bei der Weiterveräußerung zu entrichtenden Abgabebetrag ihren Lieferern am Lieferungspreise zu kürzen. Diese haben dann nicht nur dem Warenhause die diesem obliegende Abgabe zu vergüten, sondern müssen auch die für sie fällige Abgabe selber tragen und zum dritten sich von ihrem Lieferer den diesen treffenden Stempel in Rechnung stellen lassen.

Alles dies hat dazu geführt, daß die Abgabe ganz einseitig auf einem Teil der am Warenumsatz beteiligten gewerblichen Kreise haften geblieben ist, und daß sich gerade diejenigen gewerblichen Kreise der Abgabe entzogen haben, die sie in erster Linie zu tragen in der Lage waren. Eine solche Entwicklung entfernt sich zweifellos von dem Grundgedanken dieser Steuer, die sich durch die Allgemeinheit ihrer Veranlagung gerade als Kriegssteuer empfohlen und daher bei ihrer Einbringung auch fast allseitig Zustimmung gefunden hatte.

Die der Reichsleitung zugegangenen zahlreichen Vorschläge zur Abhilfe gehen entweder auf ein völliges Verbot der Abwälzung, wobei teilweise gleichzeitig gefordert wird, die Übertretung des Verbots unter Strafe zu stellen, oder verlangen wenigstens

ein Verbot des Inhalts, daß die Abgabe nicht neben dem Lieferungspreise gesondert in Rechnung gestellt werden dürfe.

Eine Einrechnung der Abgabe in den Lieferungspreis kann schon aus dem Grunde nicht verboten werden, weil die Preisstellung durch den Lieferer nicht erkennen läßt und nicht zu erkennen lassen braucht, auf welchen Grundlagen sie beruht. Indessen wird, wie die Anregungen der beteiligten Kreise ergeben, den hervorgehobenen Beschwerden im wesentlichen schon durch ein Verbot geholfen, das eine ausdrückliche Inrechnungstellung der Abgabe neben dem Lieferungspreis untersagt. Bei der Preisbildung kommen viele Umstände in Betracht. Insbesondere spielen dabei die Wettbewerbsverhältnisse eine so maßgebende Rolle, daß die an sich geringfügige Stempelabgabe häufig auf die Preisstellung keinen maßgebenden Einfluß ausüben kann.

Der Entwurf beschränkt sich daher darauf, dem Lieferer die Berechtigung zu entziehen, die Abgabe dem Abnehmer gesondert in Rechnung zu stellen, und ebenso dem Abnehmer die Berechtigung, dem Lieferer die Abgabe zu kürzen.

Im einzelnen ist folgendes zu bemerken.

§ 1 Abs. 1 Satz 1 kann sich im Hinblick auf Artikel V Abs. 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1916 nur auf die Lieferung aus Verträgen beziehen, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 26. Juni 1916, also nach dem 30. September 1916 abgeschlossen sind. Dagegen ist die Anwendung der Gesetzesvorschrift gegeben, wenn der Vertragsschluß zwar nach dem 30. September 1916, aber in die Zeit vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes fällt. Der Abnehmer wird also auch dann die Vergütung der Abgabe an den Lieferer ablehnen können, wenn über die Lieferung aus einem nach dem 30. September 1916 abgeschlossenen Vertrage die Rechnung vor dem Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes ausgeschrieben und hierbei die Abgabe dem Abnehmer zu Lasten geschrieben worden ist.

Dem Lieferer ist die Berechtigung versagt, die Abgabe *gesondert* in Rechnung zu stellen. Gesondert ist die Abgabe in Rechnung gestellt, wenn dem Preise ausdrücklich ein bestimmter Betrag als Betrag der Abgabe hinzugeschlagen wird oder wenn die Preisstellung, die übrigens auch mündlich erfolgen kann, zweifelsfrei erkennen läßt, daß in den Preis der Abgabebetrag in bestimmter Höhe eingerechnet worden sei, so z. B. wenn der Rechnungsbetrag mit den Worten „800 M. 80 Pf. einschließlich Warenumsatzstempel" angegeben ist.

Satz 2 des Abs. 1 behandelt die obenerwähnten Fälle der Rücküberwälzung der Steuer. Die Kürzung ist unstatthaft, gleichviel zu welchem Zeitpunkt der Lieferungsvertrag geschlossen war, also auch dann, wenn er in die Zeit vor dem 1. Oktober 1916 fällt. Denn wenn bei Lieferungen aus einem solchen Vertrage nach Artikel V Abs. 3 des Gesetzes vom 26. Juni 1916 dem Lieferer das Recht eingeräumt worden ist, dem Abnehmer die Abgabe in Rechnung zu stellen, so ist dies offenbar aus der Rücksicht heraus geschehen, daß er zur Zeit des Vertragsschlusses die Wirkung der künftigen Abgabe bei der Preisbemessung noch nicht berücksichtigen konnte. Er muß also erst recht dagegen geschützt werden, daß ihm sein Abnehmer die Tragung einer Steuer zuschiebt, die nach dem 30. September 1916 erst in dessen Person eingetreten ist.

Zum Abs. 2. Soll die Vorschrift des Abs. 1 praktisch wirksam werden, so muß auch die Zulässigkeit von Abreden ausgeschlossen werden, durch die der Abnehmer die Abgabe, die nach dem Gesetze den anderen Vertragsbeteiligten trifft, ausdrücklich oder stillschweigend auf sich genommen hat, da es sich gerade darum handelt, denjenigen der Vertragschließenden, der sich wirtschaftlich in der schwächeren Lage befindet, davor zu schützen, daß der andere Teil diese Notlage zu einem Zwange ausnutzt. Dies soll auch dann gelten, wenn die Vereinbarung vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen war. Weitergehende Rechtsnachteile, insbesondere solche strafrechtlicher Natur an die Inrechnungstellung oder rechnungsmäßige Kürzung der Abgabe zu knüpfen, erscheint nicht angezeigt. Es darf erwartet werden, daß schon die gesetzliche Erklärung der Unzulässigkeit der Inrechnungstellung oder Kürzung die Gewerbetreibenden von dem bis-

her beliebten Verfahren wird abstehen lassen. Ein Gewerbetreibender, der einen andern, der auf die Geschäftsverbindung mit ihm angewiesen ist, zur Übernahme der Abgabe durch die Drohung nötigen würde, andernfalls die Geschäftsverbindung mit ihm abzubrechen, würde sich unter Umständen auch bereits nach § 253 des Strafgesetzbuchs strafbar machen.

Zum § 2. Wenn sich das Gesetz auch grundsätzlich auf solche Fälle mit erstreckt, in denen die Inrechnungstellung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt ist, wird man von der Anwendung des Gesetzes doch diejenigen Fälle ausnehmen müssen, in denen das Geschäft durch Zahlung und durch Anerkennung des gekürzten Betrags bereits abgewickelt worden ist.

Literatur.

Koppe-Varnhagen, Gesetz, betr. die Abwälzung des Warenumsatzstempels v. 30. Mai 1917.

§ 1.

1. Reichsschatzamt (Koppe-Varnhagen a. a. O. 20). „Dem Art. 5 Abs. 3 des Warenumsatzstempelgesetzes vom 26. Juni 1916 liegt die Erwägung zugrunde, daß dem Lieferer die Tragung des Stempels nicht zugemutet werden soll, wenn der Lieferungsvertrag vor dem 1. X. 1916, also zu einer Zeit geschlossen worden ist, zu der die neue steuerliche Belastung des Warenumsatzstempels bei der Preisvereinbarung möglicherweise noch nicht in Rechnung gezogen werden konnte. Von diesem Gesichtspunkt aus scheint mir die Anwendung des Art. 5 Abs. 3 auch dann gegeben, wenn die Lieferung aus einem vor dem 1. X. 1916 abgeschlossenen Vertrag erst nach dem 30. IX. 1916 erfolgt, und zwar auch dann, wenn der Lieferer die Versteuerung nach § 81 des Gesetzes gewählt hat. Für ersteres spricht der Wortlaut des Art. 5 Abs. 3 ohne weiteres. Das letztere folgt daraus, daß die Versteuerung nach der Lieferung an Stelle der Versteuerung nach der Zahlung lediglich einen anderen Grundsatz für die Steuerberechnung enthält, im übrigen aber die Vorschriften des Gesetzes unberührt läßt. — Kommt für die Anwendung des Art. 5 auf die Fälle des § 81 des Gesetzes mithin gleichfalls nur die Zeit des Abschlusses des Vertrags in Betracht, so braucht der Käufer zur Beurteilung seiner Verpflichtung auch nicht zu wissen, welche Besteuerungsart der Verkäufer gewählt hat. Ein Interesse besteht für ihn nur insofern, als wenn die Lieferung aus einem vor dem 1. X. 1916 geschlossenen Vertrage vor diesem Zeitpunkt erfolgt und der Lieferer die Besteuerung nach der Lieferung statt nach der Zahlung wählt, eine Steuerpflicht überhaupt nicht und damit auch ihre Abwälzung auf den Käufer nicht in Frage kommt, während letzteres der Fall ist, wenn die Versteuerung nach der Zahlung gewöhlt wird. Es scheint mir aber nicht zweifelhaft, daß wegen dieser Rückwirkung allein dem Käufer kein Einfluß auf das Wahlrecht des Verkäufers zusteht."

2. Koppe-Varnhagen a. a. O. 21. Das Endergebnis ist demnach folgendes: Beim Zahlungsstempel ist der Zeitpunkt der Bestellung und Lieferung gleichgültig. Beim Lieferungsstempel spielen Zeitpunkt der Bestellung und Zahlung keine Rolle.

Bei den außerhalb des gewerblichen Umsatzes auszustellenden Einzelquittungen (Quittungsstempel) ist allein der Zeitpunkt der Zahlung maßgebend, Bestellung und Lieferung sind belanglos.

3. Koppe-Varnhagen a. a. O. 22. Bruchteile von Pfennigen kann der Gläubiger nicht verlangen, so daß also z. B. bei einer Zahlung von 69 M. der Zuschlag 6 Pf. betrüge. Auf diesen Standpunkt hat sich auch ein Bescheid gestellt, der auf dahingehende Anfrage vom „Verein der Industriellen des Regierungsbezirks Köln" an das Reichsschatzamt im Auftrage des Finanzministers erteilt worden ist:

„Soweit eine Abwälzung der Warenumsatzsteuer auf den Abnehmer zulässig ist, kann die Steuer dem Abnehmer nur in der Höhe in Rechnung gestellt werden, wie sie tatsächlich auf die betreffende Zahlung entfällt."

4. Präsident des Kriegsernährungsamtes (Koppe-Varnhagen a. a. O. 24) hat folgenden Bescheid erteilt:

„Soweit gesetzliche Höchstpreise festgesetzt sind, bezeichnet der Höchstpreis den Höchstbetrag dessen, was vom Verkäufer gefordert und vom Käufer gezahlt werden darf. Ein gesondertes Inrechnungstellen des Umsatzstempels neben dem gesetzlichen Höchstpreis halte ich daher ebensowenig für zulässig, wie eine besondere Berechnung etwaiger anderer Steuern oder sonstiger Geschäftsunkosten des Verkäufers. Es würde darin meines Erachtens eine strafbare Überschreitung des Höchstpreises liegen."

5. Reichsschatzamt (Koppe-Varnhagen a. a. O. 25). Sind für Waren Höchstpreise vorgeschrieben, so ist nach diesseitiger Auffassung eine Abwälzung der Steuer vom Lieferer auf den Abnehmer der Ware auch dann nicht zulässig, wenn der Lieferungsvertrag vor dem 1. Oktober 1916 abgeschlossen ist. Auch nach Art. 5 Abs. 3 des Warenumsatzstempelgesetzes tritt eine Abwälzung der Steuer nicht ein, wenn sie durch Vereinbarung unter den Vertragschließenden ausgeschlossen ist. Dem Vertrag, daß nicht abgewälzt werden darf, muß aber die gesetzliche Festsetzung von Höchstpreisen gleichgestellt werden.

6. Koppe-Varnhagen a. a. O. 29. Schlechthin nichtig scheint das Gesetz diese Verträge nicht werden zu lassen. Es gibt nur dem benachteiligten Teil eine Einrede, macht er davon keinen Gebrauch und zahlt er gleichwohl den auf ihn abgewälzten Stempel freiwillig bzw. läßt er sich bei der Rückwälzung die Rechnung kürzen, so kann er nachträglich nicht etwa unter Berufung auf die Nichtigkeit der Vereinbarung das Gezahlte zurückverlangen bzw. die Kürzung nicht gelten lassen und eine Nachforderung aussprechen. Zum Teil ergibt sich das übrigens auch schon bereits aus dem bürgerlichen Recht, namentlich aus dem § 841 BGB.

7. Kloß, DJZ. 17 739. Die Besonderheit des § 1 Abs. 2 liegt darin, daß die Unwirksamkeit der Nebenabrede auf letztere beschränkt bleibt, § 139 BGB. also nicht Geltung hat. Der Lieferer kann demnach nicht wegen der Unwirksamkeit der Nebenabrede über die Abwälzung der Abgabe den ganzen Vertrag als nichtig behandeln und die Lieferung verweigern; ebensowenig kann der Abnehmer die Nichtigkeit des Vertrages herleiten.

8. Koppe-Varnhagen a. a. O. 31. Der Zahlung werden nach bürgerlichem Recht diejenigen Zahlungsarten gleichstehen, welche das Schuldverhältnis ebenfalls zum Erlöschen bringen, d. h. also namentlich die Leistung an Erfüllungs Statt, die — vom Abnehmer erklärte oder zwar vom Lieferer erklärte, aber vom Abnehmer gebilligte — Aufrechnung sowie die Hinterlegung. Auch die Anerkennung des Saldos im Kontokorrent-Verkehr wird hierher gehören. Etwa unterwegs befindliche Anweisungen wird der Abnehmer zurückrufen können. In allen übrigen Fällen, in denen das Geschäft durch Zahlung bereits vollständig abgewickelt worden ist, kann aber der Abnehmer eine Rückforderung des gezahlten Warenumsatzstempels nicht verlangen.

9. Pohle, DJZ. 17 678. Will man in dem Gesetz v. 30. Mai 1917 die Unterlassung der Aufhebung des Abs. III Art. V im Ges. v. 26. Juni 1916 nicht als Versehen ansehen, so bleibt nur übrig, als Willen und Zweck des Ges. v. 30. Mai 1917 die Aufhebung dieser Bestimmung ohne weiteres als beabsichtigt anzunehmen. Eine solche Auslegung dieses Ges. v. 30. Mai 1917 erscheint unbedenklicher als die Annahme, der Gesetzgeber habe tatsächlich eine unterschiedliche Behandlung der Abwälzung des Warenumsatzstempels für Lieferungen aus Verträgen vor und nach dem 30. Sept. 1916 gewollt.

(Gesetze Nr. 10, 11 in Bd. 3, 520ff.)

12. Gesetz, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe. Vom 21. Juni 1916. (RGBl. 577.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 550ff.

Hierzu:

a) Gesetz, betr. Abänderung des Gesetzes, betr. eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, vom 21. Juni 1916 (RGBl. 577). Vom 18. Juni 1917. (RGBl. 551.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. In der Zusammenstellung der Reichsabgaben im Post- und Telegraphenverkehre Ziff. 6 Sp. 3 werden hinter den Worten „von jedem Telegramm" die Worte angefügt: Die Abgabe wird erforderlichenfalls auf die dem Gesamtbetrage der Abgabe zunächstliegende, durch fünf teilbare Zahl nach oben oder unten abgerundet.

§ 2. Dieses Gesetz tritt am 1. Juli 1917 in Kraft.

Urkundlich usw.

(b und c als a und b in Bd. 3, 557f.)

13. Gesetz über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs. Vom 8. April 1917. (RGBl. 329.)

§ 1. Die Beförderung von Personen und Gütern auf Schienenbahnen sowie auf Wasserstraßen unterliegt einer in die Reichskasse fließenden Abgabe nach Maßgabe dieses Gesetzes.

Die Beförderung von Personen und Gütern auf Landwegen unterliegt dieser Abgabe insoweit, als die Beförderung durch ein dem öffentlichen Verkehre dienendes Unternehmen mit motorischer Kraft auf bestimmten Linien mit planmäßigen Fahrten betrieben wird. Als Beförderung auf Landwegen gilt auch der Verkehr innerhalb geschlossener Ortschaften.

Der Brief- und Paketverkehr der Post und der Fährbetrieb mit Ausnahme des Eisenbahnfährbetriebs fallen nicht unter dieses Gesetz.

§ 2. Der Abgabe unterliegt die Beförderung

a) von Personen und Gütern innerhalb des Reichsgebiets;

b) von Personen und Gütern im Schiffsverkehre zwischen deutschen Ost- und Nordseehäfen einschließlich der Rheinseehäfen; ferner die Beförderung von Personen bei Fahrten in die freie See, und zwar auch dann, wenn die Fahrten nach dem inländischen Ausgangshafen ohne Berührung anderer Orte zurückkehren;

c) von Gütern im Schiffsverkehre zwischen inländischen Häfen und ausländischen Festlandshäfen des Kanals und der Nord- und Ostsee von Le Havre einschließlich bis Kap Domesnaes, mit Ausschluß der dänischen Häfen.

Der nicht unter Abs. 1 fallende Seeverkehr unterliegt diesem Gesetz auch nicht in Ansehung der Beförderungsstrecke vom inländischen Hafen bis zur Seegrenze, ebensowenig der Leichterverkehr, soweit er in Ausführung des Seefrachtvertrags zwischen benachbarten Seehäfen erfolgt.

Die Beförderung auf dem Bodensee gilt im Sinne dieses Gesetzes nicht als eine Beförderung innerhalb des Reichsgebiets.

§ 3. Von der Abgabe befreit sind:

1. Personenbeförderungen im Arbeiter-, Schüler- und Militärpersonenverkehr und Gepäckbeförderungen im Militärgepäckverkehre, soweit die Abfertigung in diesen Verkehren zu ermäßigten Preisen erfolgt;
2. Beförderungen von Gütern, die den Zwecken des eigenen Beförderungsunternehmens dienen;
3. Beförderungen von Gütern zur See zwischen deutschen Nord- und Ostseehäfen, sofern die Güter unmittelbar oder mittelbar aus dem Ausland nach einem dieser

Häfen eingegangen oder nach dem Ausland über einen dieser Häfen ausgegangen sind. Die näheren Bestimmungen über die Steuerbefreiung trifft der Bundesrat. Er kann insbesondere bestimmen, daß der Nachweis der Einfuhr aus dem Ausland für solche Güter als geführt anzusehen ist, die von ihm als Gegenstände des Stapelverkehrs des Einfuhrhafens erklärt sind;

4. Beförderungen von Gütern in nicht mit motorischer Kraft betriebenen Schiffen, die nicht höher als zu 100 Kubikmeter Reinraumgehalt oder 50 Tonnen Tragfähigkeit vermessen sind;
5. Beförderungen von Gütern zu Wasser innerhalb eines Hafengebiets oder innerhalb eines oder desselben Ortes. Der Bundesrat bestimmt, was als ein Hafengebiet oder als ein Ort im Sinne dieser Vorschrift anzusehen ist;
6. Beförderungen der im Betriebe der Fischerei gewonnenen Erzeugnisse zu Wasser nach dem Ausladeplatz und Beförderungen von Baggergut zu Wasser im Betrieb einer öffentlichen Verwaltung;
7. Beförderungen von Bau- und Betriebsstoffen zu Wasser im Betrieb einer Wasserbauverwaltung;
8. Beförderungen von Steinkohlen, Braunkohlen, Koks und Preßkohlen aller Art im Eisenbahnverkehre.

Der Bundesrat wird ermächtigt, für Personenbeförderungen auf Stadtschnellbahnen, sofern die Herstellungskosten mehr als durchschnittlich zwei Millionen Mark für das Kilometer betragen, Steuerfreiheit zu gewähren. Als Stadtschnellbahnen gelten die auf straßenfreiem Bahnkörper liegenden elektrischen Kleinbahnen für den Orts- und Vorortsverkehr der Großstädte.

Im nichtöffentlichen Güterverkehre sind außerdem von der Abgabe befreit:

1. Beförderungen von Abfallstoffen auf Halden oder sonstige Ablagerungsstätten sowie von Versatzstoffen im Bergbaubetriebe;
2. sonstige Beförderungen auf nichtöffentlichen Bahnanlagen (Werkbahnen, Grubenbahnen usw.),
   a) wenn die Beförderungen innerhalb derselben geschlossenen Betriebsanlage beginnen und endigen,
   b) wenn die Bahnanlage eine Länge von 6 Kilometern nicht überschreitet,
   c) wenn die Bahnanlage in einer Feldbahn oder einer ähnlichen Bahn besteht, die nur zu vorübergehenden Zwecken angelegt ist,
   d) wenn die Bahnanlage nur mit menschlicher Kraft betrieben wird;
3. Beförderungen im eigenen Wirtschaftsbetrieb auf Wasserstraßen innerhalb einer Entfernung von 6 Kilometern.

§ 4. Die Abgabe wird von dem Preise berechnet, der für die Beförderung an den Betriebsunternehmer zu entrichten oder im nichtöffentlichen Verkehre nach § 6 der Berechnung zugrunde zu legen ist.

Soweit bei einer Beförderung fremdes Hoheitsgebiet berührt wird, ist der auf dieses Gebiet entfallende Anteil des Beförderungspreises (§§ 5, 6) bei der Berechnung der Abgabe außer Ansatz zu lassen. Inwieweit im grenzüberschreitenden Verkehre bei Berechnung der Abgabe kurze Beförderungsstrecken zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen sind, bestimmt der Bundesrat.

Der Bundesrat bestimmt ferner, nach welchen Grundsätzen im internationalen Verkehre der Anteil des inländischen Betriebsunternehmens am Beförderungspreise bei der Abgabenberechnung zu berücksichtigen ist.

§ 5. Als Beförderungspreis gelten im Eisenbahnverkehr und im Eisenbahnfährverkehre die Personenfahrpreise, die Frachten einschließlich der Privatanschlußfrachten und die sonstigen tarifmäßigen Beträge mit Ausnahme der Nebengebühren und der baren Auslagen.

Im Verkehr auf Wasserstraßen gelten als Beförderungspreis die Personenfahrpreise, die Frachten, die Schlepplöhne und die im gewöhnlichen Verkehre berechneten Kosten der Ableichterung.

Nicht zum Beförderungspreise gehören die Abgaben für die Benutzung von Wasserstraßen und Landwegen (Befahrungsabgaben, Schleusen-, Kanal-, Brücken-, Chaussee- und Wegegelder), die aus Anlaß der Zollüberwachung und Zollabfertigung entstandenen Gebühren, die Personeneinschreibgebühr der Landpostverbindungen und der Frachturkundenstempel.

Die näheren Bestimmungen darüber, was als Beförderungspreis anzusehen ist, trifft der Bundesrat.

§ 6. Werden Güter im nichtöffentlichen Verkehre für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Dritten befördert, so ist der Berechnung der Abgabe derjenige Betrag als Beförderungspreis zugrunde zu legen, der unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen im öffentlichen Güterverkehre gezahlt wird. Bei der Güterbeförderung auf nichtöffentlichen Bahnanlagen (§ 3 Abs. 2 Nr. 2) ist als Beförderungspreis 1 Pfennig für das Tonnenkilometer in Ansatz zu bringen.

Kommt eine Einigung mit dem Betriebsunternehmer darüber, welcher Betrag gemäß Abs. 1 der Abgabenberechnung zugrunde zu legen ist, nicht zustande, so ist die Steuerstelle befugt, diesen Betrag vorbehaltlich einer anderweiten Festsetzung im Rechtsweg (§ 20) selbständig zu bestimmen und danach die Abgabe zu erheben.

§ 7. Schuldner der Abgabe ist derjenige, der den Beförderungspreis zu zahlen hat. Zu seinen Lasten ist die Abgabe vom Betriebsunternehmer zu entrichten. Dieser ist im nichtöffentlichen Güterverkehr (§ 6) auch Schuldner der Abgabe.

Erfolgt die Beförderung auf Grund veröffentlichter Tarife, so ist die Abgabe in diese einzurechnen. Der Bundesrat kann Ausnahmen zulassen.

§ 8. Ist der Betriebsunternehmer in der Gestaltung der Tarife durch Vereinbarungen mit einem Dritten gebunden, so stehen diese Vereinbarungen solchen Tarifveränderungen nicht entgegen, die zur Deckung der Abgaben bestimmt und nach Lage der gesamten Verhältnisse als angemessen zu erachten sind.

Kommt zwischen den an der Vereinbarung Beteiligten eine Verständigung über die Tarifänderungen nicht zustande, so entscheidet über deren Art und Maß endgültig ein Schiedsgericht.

Das Schiedsgericht wird aus drei Schiedsrichtern gebildet, von denen je einer von jeder Partei ernannt, der dritte als Obmann von beiden Parteien gewählt wird. Stehen dem Betriebsunternehmer mehrere Vertragsbeteiligte gegenüber und einigen diese sich nicht über die Wahl des Schiedsrichters, so entscheidet unter ihnen die Mehrheit, bei Stimmengleichheit das Los.

Der Betriebsunternehmer hat der anderen Partei den Schiedsrichter schriftlich mit der Aufforderung zu bezeichnen, binnen einer einwöchigen Frist ihrerseits ein gleiches zu tun. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist wird auf seinen Antrag der Schiedsrichter von der Aufsichtsbehörde für das Betriebsunternehmen ernannt. Besteht eine Aufsichtsbehörde nicht, so erfolgt die Ernennung durch die für das Betriebsunternehmen zuständige obere Verwaltungsbehörde.

Die vorstehenden Vorschriften finden auch Anwendung, wenn sich die Parteien über die Wahl des Obmanns nicht einigen.

§ 9. Unterliegen die Tarife obrigkeitlicher Festsetzung oder Genehmigung oder sind obrigkeitliche Höchstpreise festgesetzt, so sind die Tarife und Höchstpreise, sofern die Abgabe in den Beförderungspreis eingerechnet wird, auf Antrag des Unternehmers insoweit zu ändern, als dies nach Lage der gesamten Verhältnisse als angemessen zu erachten ist.

§ 10. Im Verhältnis zwischen dem Betriebsunternehmer und den Personen, die nach § 7 Abs. 1 Schuldner der Abgabe sind, gilt die Abgabe als Teil des Beförderungspreises, insbesondere hinsichtlich der Einziehung, der Geltendmachung im Rechtsweg, des gesetzlichen Pfandrechts und der Erstattung bei nachträglicher Änderung der Frachtberechnung.

Für Ansprüche, die dem Unternehmer wegen der Zahlung nachgeforderter Abgabebeträge gegen den Schuldner der Abgabe zustehen, beginnt die Verjährung mit dem Ablauf des Tages, an dem die Nachzahlung erfolgt ist.

§ 11. Bei der Personenbeförderung beträgt die Abgabe

in der	1. Fahrklasse	16	vom	Hundert
„ „	2. „	14	„	„
„ „	3. „	12	„	„
„ „	4. (3b) „	10	„	„

des Beförderungspreises.

Werden für die beschleunigte Beförderung besondere Zuschlagkarten ausgegeben, so beträgt die Abgabe für die Zuschlagkarten der 1. und 2. Klasse 15 vom Hundert und für solche der 3. Klasse 12 vom Hundert des Preises.

Bestehen bei einem Unternehmen weniger als vier Klassen, so bestimmt die für das Unternehmen zuständige Landesregierung im Einverständnisse mit dem Reichskanzler, bei Unternehmungen, die ihren Sitz im Ausland haben, der Bundesrat, welcher Abgabesatz für die einzelnen Klassen anzuwenden ist. Ist bei einem Unternehmen nur eine Klasse vorhanden, so wird der Abgabesatz der 3. Klasse erhoben. Das gleiche gilt, wenn der Beförderungspreis ohne Berücksichtigung von Klassen berechnet wird.

Im Gepäckverkehre beträgt die Abgabe 12 vom Hundert des Beförderungspreises.

Im Straßenbahnverkehr, in dem den örtlichen Bedürfnissen dienenden Schiffsverkehre sowie in den im § 1 Abs. 2 bezeichneten Verkehr ermäßigt sich die Abgabe von der Personenbeförderung auf 6 vom Hundert des Beförderungspreises. Ob eine Bahn als Straßenbahn anzusehen ist oder ob ein Schiffsverkehr örtlichen Bedürfnissen dient, bestimmt im Zweifel der Bundesrat.

§ 12. Bei der Güterbeförderung beträgt die Abgabe 7 vom Hundert des Beförderungspreises.

§ 13. Wird demjenigen, der den Beförderungspreis zu zahlen hat, die Abgabe vom Betriebsunternehmer nicht besonders berechnet, so sind die Abgabesätze der §§ 11, 12 von einem Betrage zu entrichten, der zusammen mit der aus ihm errechneten Abgabe den an den Unternehmer zu zahlenden Betrag ergibt.

§ 14. Die Verwaltungen der vom Reiche oder von einem Bundesstaate betriebenen Beförderungsunternehmungen haben der zuständigen Steuerstelle in vom Bundesrate zu bestimmenden Zeitabschnitten Verkehrsnachweisungen nebst den für die Abgabeberechnung erforderlichen Angaben einzureichen.

Auf Grund dieser Nachweisungen wird der zu entrichtende Gesamtabgabebetrag von der Steuerstelle festgesetzt und eingezogen. Der Bundesrat kann abweichende Bestimmungen treffen.

§ 15. Der Bundesrat ist befugt, unter Anordnung der erforderlichen Verwaltungsmaßregeln zu bestimmen, daß die Abgaben auch von anderen Beförderungsunternehmungen gemäß § 14 entrichtet werden, sofern der Betriebsunternehmer im Inland eine Niederlassung besitzt oder einen im Inland wohnhaften Vertreter bestellt. Dem Vorsteher der inländischen Niederlassung und dem nach Satz 1 bestellten Vertreter liegen dieselben Verpflichtungen ob, die durch dieses Gesetz und die zu seiner Ausführung erlassenen Vorschriften dem Betriebsunternehmer auferlegt sind.

§ 16. Soweit die Abgabe im Personenverkehre nicht nach §§ 14, 15 entrichtet wird, darf die Beförderung der Personen nur gegen Erteilung von Fahrausweisen erfolgen. Aus den Fahrausweisen muß der um die Abgabe erhöhte Beförderungspreis ersichtlich sein.

Die Abgabe ist für die auszugebenden Fahrausweise im voraus zu entrichten. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Abgabe wird erfüllt durch Zahlung des Abgabebetrags an die zuständige Steuerstelle gegen Abstempelung der vorzulegenden Fahrausweise.

Der Bundesrat kann unter Anordnung der erforderlichen Verwaltungsmaßregeln bestimmen, daß eine Abstempelung der Fahrausweise ohne vorgängige Abgabenentrichtung bewirkt, sowie, daß von einer Abstempelung abgesehen wird und die Entrichtung der Abgabe erst nach Veräußerung der Fahrausweise erfolgt.

§ 17. Soweit die Abgaben im öffentlichen Güterverkehre nicht nach §§ 14, 15 entrichtet werden, darf die Beförderung der Güter nur dann erfolgen, wenn eine Fracht-

urkunde über die Beförderung ausgestellt wird, die Ablieferung von Gütern, die vom Ausland nach dem Inland befördert sind, nur dann, wenn eine Frachturkunde über die Beförderung ausgehändigt wird. Auf Güter, die nach § 3 von der Abgabe befreit sind, finden diese Vorschriften keine Anwendung.

Güter, die im Inland auszuhändigen sind, sind der für den Ort der Aushändigung zuständigen Steuerstelle spätestens vor der Aushändigung, Güter, die nach dem Ausland bestimmt sind, im Binnenschiffs- und Landverkehre der dem Grenzausgangspunkte nächstgelegenen Steuerstelle spätestens vor deren Überschreitung, im Seeverkehre der für den Ausfuhrhafen zuständigen Steuerstelle spätestens vor der Ausfahrt zur Versteuerung schriftlich anzumelden. Der Bundesrat bestimmt, ob und unter welchen Voraussetzungen die Anmeldung bei einer anderen Steuerstelle und zu einem anderen Zeitpunkt erfolgen kann.

Die Anmeldung hat die beförderten Güter und den Beförderungspreis anzugeben. Mit der Anmeldung sind die Frachturkunden, sofern sie die Sendung begleiten, andernfalls Abschriften der Frachturkunden vorzulegen.

Die Abgabe ist mit der Anmeldung gleichzeitig einzuzahlen. Der Bundesrat kann andere Fristen für die Einzahlung bestimmen.

§ 18. Soweit die Abgabe im nichtöffentlichen Verkehre nicht nach § 15 entrichtet wird, sind die beförderten Güter nach näherer Bestimmung des Bundesrats der für das Betriebsunternehmen örtlich zuständigen Steuerstelle binnen vierzehn Tagen nach Ausführung der Beförderung schriftlich unter Einzahlung der Abgabe anzumelden. Der Unternehmer ist verpflichtet, nach näherer Anordnung der Oberbehörde (§ 21) zum Zwecke der Steuerberechnung Anschreibungen zu führen und zur Einsichtnahme durch die Steueraufsichtsbeamten jederzeit bereitzuhalten.

§ 19. Der Anspruch auf Entrichtung der nach diesem Gesetze fälligen Abgaben verjährt in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Schlusse des Jahres, in dem die Abgabe fällig wird.

§ 20. In Beziehung auf die Verpflichtung zur Entrichtung der in diesem Gesetze festgesetzten Abgaben ist der Rechtsweg zulässig. Die Klage ist bei Verlust des Klagerechts binnen sechs Monaten nach erfolgter Beitreibung oder mit Vorbehalt geleisteter Zahlung zu erheben. Für die Berechnung dieser Frist sind die Vorschriften der Zivilprozeßordnung maßgebend. Zuständig sind ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes die Landgerichte. Soweit bei diesen Kammern für Handelssachen bestehen, gehört der Rechtsstreit vor letztere. Die Revision geht an das Reichsgericht.

Die auf Grund rechtskräftiger Entscheidung zu erstattenden Steuern sind mit fünf vom Hundert für das Jahr zu verzinsen.

§ 21. Die Erhebung und Verwaltung der nach diesem Gesetze zu entrichtenden Abgaben wird, soweit sich nicht aus § 14 Abs. 2 Satz 2 etwas anderes ergibt, durch die von der Landesregierung hierzu bestimmten Steuerstellen geführt. Diese unterstehen anderen, gleichfalls von der Landesregierung zu bestimmenden Behörden (Oberbehörden) und letztere der obersten Landesfinanzbehörde.

Soweit sich Hafenanlagen und Schiffsanlegeplätze in der Verwaltung von Gemeinden oder Gemeindeverbänden befinden, kann die Landesregierung auch die Gemeindebehörden gegen eine deren Aufwendungen deckende Vergütung zu Steuerstellen bestimmen.

§ 22. Die nicht vom Reiche oder von einem Bundesstaate betriebenen Beförderungsunternehmeungen unterliegen der Prüfung in bezug auf die Abgabenentrichtung nach diesem Gesetze.

Den Prüfungsbeamten sind alle für die Prüfung in Betracht kommenden Schriftstücke und auf Verlangen auch die Handelsbücher zur Einsicht vorzulegen.

Von anderen Personen kann die Oberbehörde die Einreichung der auf bestimmt zu bezeichnende Rechtsvorgänge bezüglichen Schriftstücke verlangen.

§ 23. Die Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern und die ihnen unterstellten Aufsichtsbeamten haben in bezug auf die Ausführung dieses Gesetzes dieselben Rechte und Pflichten wie bezüglich der Erhebung und der Verwaltung der Zölle.

In denjenigen Staaten, in welchen die bezeichneten Geschäfte anderen Behörden als den Zollbehörden übertragen sind, werden der Umfang und die Art der Tätigkeit der Reichsaufsichtsbeamten vom Reichskanzler im Einvernehmen mit der beteiligten Landesregierung geregelt.

Unter Zustimmung des Bundesrats kann der Reichskanzler die Wahrnehmung der Geschäfte der Reichsaufsichtsbeamten, soweit die Ausführung dieses Gesetzes in Betracht kommt, anderen Beamten übertragen.

§ 24. Wer es unternimmt, dem Reiche die in diesem Gesetze festgesetzten Abgaben vorzuenthalten, macht sich der Hinterziehung schuldig.

Der Tatbestand der Hinterziehung wird insbesondere als vorliegend angenommen:

1. wenn in den Fällen des § 16 Personen ohne die Erteilung von Fahrausweisen befördert oder wenn Fahrausweise, welche der Abstempelung nach § 16 Abs. 2 unterliegen, aber nicht mit den vorgeschriebenen Stempelzeichen versehen sind, veräußert werden;
2. wenn die in den §§ 17, 18 vorgeschriebenen Anmeldungen nicht oder nicht rechtzeitig oder unrichtig erfolgen.

Die Hinterziehung der Abgabe wird mit einer Geldstrafe belegt, welche dem vierfachen Betrage der Abgabe gleichkommt, mindestens aber zwanzig Mark für jeden einzelnen Fall beträgt. Die Abgabe ist unabhängig von der Bestrafung nachzuzahlen.

Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt statt der im Abs. 3 vorgesehenen Strafe eine Geldstrafe von zwanzig bis fünftausend Mark ein.

Im Falle der Wiederholung der Hinterziehung nach vorausgegangener Bestrafung wird die im Abs. 3 vorgesehene Strafe verdoppelt. Die Rückfallstrafe tritt ein, auch wenn die frühere Strafe nur teilweise verbüßt oder ganz oder teilweise erlassen worden ist; sie bleibt ausgeschlossen, wenn seit der Verbüßung oder dem Erlasse der früheren Strafe bis zur Begehung der neuen Straftat drei Jahre verflossen sind.

§ 25. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder gegen die zu dessen Ausführung erlassenen Bestimmungen, die nicht unter § 24 fallen, ziehen eine Ordnungsstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark nach sich.

Dieselbe Strafe tritt ein, wenn in den Fällen des § 24 aus den Umständen sich ergibt, daß eine Abgabenhinterziehung nicht hat verübt werden können oder nicht beabsichtigt worden ist.

§ 26. Die auf Grund dieses Gesetzes zu verhängenden Strafen sind bei Genossenschaften und Aktiengesellschaften gegen die Vorstandsmitglieder, bei Kommanditgesellschaften gegen die persönlich haftenden Gesellschafter, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung gegen die Geschäftsführer, bei offenen Handelsgesellschaften gegen die Gesellschafter nur im einmaligen Betrage, jedoch unter Haftbarkeit jedes einzelnen als Gesamtschuldner festzusetzen.

Auf die Verhängung der im § 24 Abs. 5 vorgeschriebenen Rückfallstrafe finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

§ 27. Auf das Verwaltungsstrafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz, die Strafmilderung und den Erlaß der Strafe im Gnadenwege, die Vollstreckung der Strafe sowie die Verjährung der Strafverfolgung finden die Vorschriften der §§ 23, 24 des Wechselstempelgesetzes vom 15. Juli 1909 sinngemäße Anwendung. Die auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes erkannten Geldstrafen fallen dem Fiskus desjenigen Staates zu, von dessen Behörden die Strafentscheidung erlassen ist. Ist der Betrag der hinterzogenen oder vorenthaltenen Abgabe nicht zu ermitteln, so ist von dem Betrage der Geldstrafe der fünfte Teil an Stelle des nichtermittelten Abgabebetrags an die Reichskasse abzuführen.

Ein im Strafverfahren eingegangener Geldbetrag ist im Verhältnis zur Reichskasse zunächst auf die Abgabe zu verrechnen.

§ 28. Die Umwandlung einer Geldstrafe, zu deren Zahlung der Verpflichtete unvermögend ist, in eine Freiheitsstrafe findet nicht statt.

§ 29. Die Verträge über die Beförderung von Personen oder Gütern und die über

solche Verträge ausgestellten Urkunden unterliegen in den einzelnen Bundesstaaten keiner weiteren Abgabe.

§ 30. Jedem Bundesstaate wird von der aus diesem Gesetz innerhalb seines Gebiets jährlich aufkommenden Einnahme nach näherer Bestimmung des Bundesrats der Betrag von zwei vom Hundert aus der Reichskasse gewährt.

§ 31. Die näheren Bestimmungen über Berechnung, Erhebung und Abführung der Steuer erläßt der Bundesrat. Er kann zulassen, daß eine Abrechnung über die einzelnen Steuerbeträge unterbleibt. Er kann ferner bestimmen, daß und unter welchen Voraussetzungen in besonderen Fällen, in denen die Feststellung der Abgabebeträge mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten und Kosten verbunden sein würde, die Berechnung und Abführung der Abgaben im Wege der Abfindung zulässig ist.

§ 32. Die Abgabe von der Güterbeförderung wird neben dem Frachturkundenstempel (Abschnitt V und Tarifnummer 6 des Reichsstempelgesetzes) erhoben.

Die Nr. 6d Spalte 2, 3 des Tarifs zum Reichsstempelgesetz erhält im Abs. 1 folgende Fassung:

d) Frachturkunden im Eisenbahnverkehr über

1. Frachtstückgut und Expreßgut	—	Mark	15	Pfennig
2. Eilstückgut	—	„	30	„
3. Frachtgut in Wagenladungen				
bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 Mark	1	„	50	
bei höheren Beträgen	3	„	—	
4. Eilgut in Wagenladungen				
bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als 25 Mark	3	„	—	„
bei höheren Beträgen	6	„	—	„.

Bei der Beförderung von Steinkohlen, Braunkohlen, Koks und Preßkohlen aller Art erhöhen sich die Sätze in Ziffer 3 von 1 Mark 50 Pfennig und 3 Mark auf 2 Mark und 4 Mark. Sind diese Güter von der Eisenbahn auf den Wasserweg und dann wieder vom Wasserweg auf die Eisenbahn umgeschlagen worden, so wird für die an den letzteren Umschlag anschließende Eisenbahnbeförderung der Frachturkundenstempel auf Antrag nach näherer Bestimmung des Bundesrats rückvergütet.

§ 33. Soweit Güter für Betriebszwecke einer deutschen Staatsbahnverwaltung bezogen sind, werden die auf Grund dieses Gesetzes eingehobenen Abgaben nach näherer Bestimmung des Bundesrats rückvergütet.

§ 34. Der Zeitpunkt, mit dem dieses Gesetz in Kraft tritt, wird durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats festgesetzt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens kann für die einzelnen Abgabenzweige verschieden bestimmt werden. Ein Unternehmen der im § 11 Abs. 5 bezeichneten Art unterliegt der Abgabepflicht nicht vor dem 1. Juli 1918 und, wenn es vor diesem Zeitpunkt eine Erhöhung seiner Tarife vornimmt, nicht vor dem Tage der Geltung der neuen Tarife.

Mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der die Besteuerung des Personenverkehrs betreffenden Vorschriften treten die Vorschriften des Reichsstempelgesetzes über den Personenfahrkartenstempel außer Kraft. Für die zu diesem Zeitpunkt in den Händen der Steuerpflichtigen vorhandnen ungebrauchten Stempelmarken und versteuerten, abgestempelten Fahrausweise wird nach näherer Bestimmung des Bundesrats Ersatz des Steuerwerts gewährt.

Inwieweit auf Personenbeförderungen auf Grund von Fahrausweisen, die vor dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften gelöst sind und zur Benutzung nach diesem Zeitpunkt berechtigen, die bisherigen Vorschriften Anwendung finden, bestimmt der Bundesrat.

Die Beförderung von Gütern, die vor dem Inkrafttreten der die Besteuerung des Güterverkehrs betreffenden Vorschriften zur Beförderung aufgegeben sind, unterliegt nicht den Vorschriften dieses Gesetzes.

Urkundlich usw.

Begründung.

Im allgemeinen.

Das Gebiet des Güterverkehrs ist zuerst durch das Reichsstempelgesetz vom 14. Juni 1900 (RGBl. 275), das einen Schiffsfrachturkundenstempel im Seeverkehre brachte, zur Deckung der finanziellen Lasten des Reichs herangezogen worden. Dieser Stempel ist im Jahre 1906 auf die Frachturkunden im Binnenschiffsverkehr und im Eisenbahnverkehr ausgedehnt worden, allerdings unter Beschränkung auf ganze Schiffsladungen und Eisenbahnwagenladungen. Gleichzeitig damit wurde die Besteuerung auf den Personenverkehr durch Einführung einer Stempelabgabe auf Personenfahrkarten im Eisenbahn- und Dampfschiffsverkehr erstreckt (Gesetz vom 3. Juni 1906, RGBl. 695). Einen wesentlichen weiteren Schritt hat das Frachturkundenstempelgesetz vom 17. Juni 1916 (RGBl. 555) getan, indem es unter Erhöhung der Steuersätze für Wagenladungen den Eisenbahnfrachturkundenstempel auch auf den Stückgutverkehr ausdehnte. Im unmittelbaren Zusammenhange hiermit steht die steuerliche Belastung des Postpaketverkehrs durch das Gesetz, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Abgabe vom 21. Juni 1916 (RGBl. 577).

Wenn jetzt der Zwang des Krieges dazu nötigt, zur Deckung des Reichsbedarfs u. a. auch auf die Besteuerung des Verkehrs zurückzugreifen und hieraus eine Einnahme von mehreren hundert Millionen Mark zu ziehen, so kann dies, ohne einzelne Verkehrsarten übermäßig zu belasten und ohne unerwünschte Verkehrsverschiebungen herbeizuführen, nur durch eine Besteuerung geschehen, die möglichst den gesamten Verkehr umschließt. Der Entw. faßt daher sowohl eine Besteuerung des Personen- wie des Güterverkehrs ins Auge und bezieht nicht nur den Eisenbahnverkehr einschließlich des Kleinbahnverkehrs, sondern auch den Verkehr auf Binnenwasserstraßen und im Küstenverkehr im weiteren Sinne ein, außerdem die Beförderung auf Landstraßen wenigstens insoweit, als es sich um einen fahrplanmäßigen Verkehr auf bestimmten Linien, also um Betriebe handelt, die, abgesehen von der Art der Fortbewegung der Transportmittel, eisenbahnähnlich eingerichtet sind. Dagegen wird von einer Besteuerung des überseeischen Verkehrs Abstand genommen werden müssen, da sich hier die Gestaltung der Verhältnisse für die Zeit nach dem Kriege in keiner Weise übersehen läßt. Auch ist davon abgesehen worden, unter die Behandlung durch dieses Gesetz die Güterbeförderung mit den Posten zu stellen, nachdem dieser Verkehr durch das erwähnte Gesetz vom 21. Juni 1916 eine abgesonderte Regelung erfahren hat und im Rahmen dieses Gesetzes erforderlichenfalls auch weiterhin wird finden müssen.

Die Änderungsbedürftigkeit der die Besteuerung des Personenverkehrs betreffenden gesetzlichen Vorschriften, die jetzt im VI. Abschnitt des Reichsstempelgesetzes und in Tarifnummer 7 des zugehörigen Tarifs enthalten sind, ist von der Steuerkommission des Reichstags schon im Jahre 1908/09 gelegentlich der Beratung des § 4 des Entw. eines Gesetzes, betr. Änderungen im Finanzwesen, anerkannt worden (vgl. KommB. Nr. 1436 der Drucks. von 1907/09 S. 27 ff.). Die wesentlichsten Mängel des jetzigen Stempels liegen, abgesehen von hier nicht näher zu wiederholenden verkehrstechnischen Schwierigkeiten, darin, daß die Staffelung der Abgabe, die im Gesetze nicht nur nach der Höhe des Fahrpreises, sondern gleichzeitig auch nach den Wagenklassen durchgeführt ist, eine übermäßige Spannung und Ungleichmäßigkeiten aufweist, die den Verkehr in die unteren Wagenklassen drängen mußte. Die jetzige Staffelung hat zur Folge, daß z. B. bei einer Reiselänge von 800 km die Steuer für eine Fahrkarte 1. Klasse (8 M.) das mehr als 13fache der Steuer für eine Fahrkarte 3. Klasse (60 Pf.) beträgt, während sich die Spannung der Einheitssätze nach den Personengeldtarifen nur wie $1 : 2^1/_3$ verhält. Auch führt sie dazu, daß innerhalb derselben Klasse ein nur um wenige Pfennige höherer Fahrpreis dadurch, daß er unter eine höhere Steuerstaffel fällt, einen unter Umständen um mehrere Mark höheren Stempel zur Folge hat. Es kann sich möglicherweise sogar für dieselbe Strecke, wenn an Stelle einer direkten Fahrkarte

mehrere über Teilstrecken lautende Karten ausgegeben oder gelöst werden, ein höherer Stempel ergeben, als er zu der direkten Fahrkarte geschuldet ist. Diese Mängel müßten sich bei einer Erhöhung der Abgabe unter Beibehaltung des bisherigen Systems notwendig ins Unerträgliche steigern.

Es ist daher schon bei den früheren Verhandlungen, insbesondere in der der Kommission seinerzeit vorgelegten Denkschrift (Anl. 4 der angeführten Drucksache Nr. 1436 S. 118) dargelegt worden, daß eine sachgemäße Gestaltung der Besteuerung der Personenbeförderungen nur auf dem Wege einer prozentualen Abgabe gefunden werden kann, wie solche auch in allen denjenigen Staaten besteht, die eine derartige Abgabe besitzen. Eine Erhebung nach Hundertteilen des Fahrpreises läßt die Tarifgestaltung der Verkehrsverwaltungen unberührt und läßt alle tarifarischen Vergünstigungen und sonstigen Maßnahmen, die aus sozialen oder wirtschaftlichen Rücksichten bei Festsetzung der Fahrpreise von der Verwaltung getroffen werden, automatisch auch in der Höhe der Steuerbeträge mit zum Ausdruck kommen. Sie unterscheidet sich in dieser Beziehung insbesondere auch von dem kilometrischen Stempel, der außerdem da versagt, wo die Fahrpreise, wie im Vorort-, Straßenbahn- und Schiffsverkehre, nicht kilometrisch gebildet zu werden pflegen. Sie empfiehlt sich endlich steuer- und verkehrstechnisch, weil sie von der mannigfaltigen Gestaltung der Fahrausweise nicht berührt wird.

Allerdings liegt es im Prinzip der prozentualen Abgabe, daß sie alle Wagenklassen trifft. Wollte man hiervon eine Ausnahme zugunsten der Freiheit der 4. Wagenklasse machen, so würde dies bei den erhöhten Steuersätzen, die jetzt in Aussicht genommen werden müssen, eine weitgehende Abwanderung in diese Klasse mit Notwendigkeit zur Folge haben. Eine Besteuerung der 4. Wagenklasse wird aber in der jetzigen Zeit jedenfalls dann nicht als unbillig empfunden werden können, wenn, wie der Entwurf dies tut, die zu ermäßigten Preisen ausgegebenen Arbeiter-, Schüler- und Militärfahrkarten freigelassen werden und damit insbesondere dem Arbeiter die Aufsuchung seiner Arbeitsstätte nicht mit Abgaben beschwert wird.

Die einfachste und technisch erwünschteste Lösung für die Besteuerung würde eine für alle Klassen gleichmäßige prozentuale Abgabe sein, wie sie in der Denkschrift von 1908/1909 vorgeschlagen war. Sie würde auch den sozialen Rücksichten insofern Rechnung tragen, als sich die Benutzung der höheren Wagenklassen bereits in der Höhe des für sie zu zahlenden Fahrpreises ausdrückt und mit diesem auch die Abgabe entsprechend steigt. Indessen würde ein solcher einheitlicher Prozentstempel unvermeidlich zu der Folge führen, daß im Vergleiche zu dem bisherigen Tarife zum Teil eine Entlastung der höheren Wagenklassen zuungunsten der niederen Klassen eintreten würde. Der Entw. bemißt daher den Satz der prozentualen Abgabe für die einzelnen Klassen verschieden hoch, indem er für die erste Klasse einen Satz von 16 v. H., für die zweite Klasse einen solchen von 14 v. H., für die dritte Klasse von 12 v. H. und für die vierte Klasse von 10 v. H. des Beförderungspreises einsetzt. Bei einer stärkeren Differenzierung müßte durch die Verbreiterung der Spannung zwischen dem Aufwand an Fahrgeld mit Steuer in den einzelnen Klassen die Gefahr einer Abwanderung sich steigern.

Unter dem Gesichtspunkt der Allgemeinheit der Besteuerung hat der Entw. auch davon abgesehen, für Personenfahrten unter einem bestimmten Fahrpreis eine Freigrenze zu setzen, wie eine solche bei dem bisherigen Fahrkartenstempel für Fahrkarten im Preise unter 60 Pf. besteht. Da insbesondere im Eisenbahnverkehre, nach dem Fahrpreisaufkommen gerechnet, etwa ein Sechstel aller Fahrten unter die Freigrenze fällt, müßte mit einem Ausfall in den Steuereinnahmen gerechnet werden, der nach Lage der gegenwärtigen finanziellen Verhältnisse nicht in Kauf genommen werden kann.

Damit rückt auch der Nahverkehr und der Straßenbahnverkehr insbesondere in den Kreis der Besteuerung. In diesem Verkehre waren bisher von der Fahrkartensteuer nur die in ihm ausgegebenen Dauerkarten getroffen. Seine steuerliche Erfassung stößt deshalb auf besondere Schwierigkeiten, weil sich bei den geringfügigen Fahrpreissätzen von meist 10 oder 15 Pf., seltener 20, 25 usw. Pf. ein in einzelnen Pfennigen und

Pfennigbruchteilen sich ausdrückender Steuerbetrag ergibt, der bei der Aufrundung auf einzelne Pfennige zu Beträgen führt, mit denen der tägliche Verkehr, zumal in Norddeutschland, nicht zu rechnen gewöhnt ist, und die ein zeitraubendes, mit der im Straßenbahnverkehre notwendigen schnellen Abfertigung nicht vereinbares, umfangreiches Geldwechseln zur Folge haben müssen. Eine Erhöhung auf volle, durch fünf teilbare Beträge aber würde Verteuerungen der Fahrpreise ergeben, wie sie durch die Abgabe allein nicht gerechtfertigt werden könnten.

Die Unternehmer werden daher Anlaß nehmen müssen, sich der durch die Abgabenerhebung entstehenden Lage durch eine anderweite Gestaltung ihrer Tarife anzupassen. Dazu gibt das Gesetz die Möglichkeit in vollem Umfange. Im § 7 ist die Einrechnung der Abgabe in den Beförderungspreis vorgesehen; im § 13 ist die Rechtsvermutung aufgestellt, daß die Abgabe überall da, wo sie dem Fahrgast nicht gesondert in Rechnung gestellt ist, als in den Fahrpreis einbegriffen anzusehen ist. Die Abrechnung geschieht also ausschließlich auf Grund der beim Unternehmer aufgekommenen Fahrgeldeinnahme, und hierzu bestimmt § 31, daß nach näherer Anordnung des Bundesrats eine Abrechnung über die einzelnen Steuerbeträge unterbleibt und auch eine Pauschvergütung stattfinden darf. Der Unternehmer ist sonach in der Auswahl der Wege, die er zur Wiedereinbringung der von ihm nach § 7 Abs. 1 Satz 2 entrichteten Abgabe wählen will, durch die vorliegenden Gesetzesbestimmungen nicht gehindert. Er kann durch Kürzung seiner Zonen, durch anderweite Festsetzung der Teilstrecken, durch Erhöhung seiner Sätze für weitere Strecken unter Beibehaltung seines bisherigen Mindestsatzes, der nunmehr Beförderungspreis einschließlich Abgabe darstellt, für kürzere Strecken oder auf andere Weise seinen Tarif gestalten. Ohnehin wird sich infolge der starken Erhöhung der Lohnaufwendungen und der Materialpreise, die durch den Krieg entstanden sind, für einen großen Teil der Straßenbahnen die Notwendigkeit zur Tariferhöhung wohl ergeben. Es darf angenommen werden, daß die Tarifumgestaltung einheitlich vorgenommen wird und die durch die Abgabenerhebung notwendig werdenden Preissteigerungen in den neuen Tarifsätzen gleichzeitig ihre Regelung finden.

Wenn das vorliegende Gesetz auch den Unternehmer in seinen Tarifen und deren Abänderung nicht bindet, so bestehen doch vielfach solche Bindungen durch Vereinbarungen mit Dritten, insbesondere mit Gemeinden; ebenso sind vielfach die Tarife durch behördliche Genehmigung oder durch die Festsetzung von Höchstpreisen festgelegt und ihre Änderung eingeengt. Das Gesetz mußte — ohne im übrigen damit die mehrfach streitige Frage nach der Rechtsverbindlichkeit derartiger Vereinbarungen zu entscheiden — die Möglichkeit geben, die Erhöhung der Tarife so weit vorzunehmen, als sich die Erhöhung durch die Einrechnung der Steuer in den Beförderungspreis angemessenerweise ergibt. Das Nähere hierüber bestimmen die §§ 8, 9.

Die Besteuerung des Kleinbahn- und Straßenbahnverkehrs läßt es notwendig erscheinen, unter der eingangs angedeuteten Voraussetzung auch die gewerbsmäßige Personenbeförderung auf Landwegen der Besteuerung zu unterwerfen, die neben den Personenfahrposten und den in den Städten bestehenden Omnibusverbindungen eine besondere Belebung vor allem durch die im Gebirge eingerichteten Automobillinien erfahren hat. Dagegen geht der Entwurf nicht so weit, auch den sonstigen gewerbsmäßigen Fuhrverkehr, bei dem es sich also um die Ausführung von einzelnen Fahrten handelt, insbesondere also den Droschkenverkehr und den Lohnfuhrverkehr, zur Verkehrsabgabe heranzuziehen. Bei diesem Verkehr würde es, sofern man nicht etwa zur Einführung einer Quittungssteuer greifen will, an der Möglichkeit fehlen, die Erhebung der Abgabebeträge durch den Fuhrwerksbesitzer und ihre Abführung an die Steuerbehörde sicherzustellen. — Im übrigen enthält der Entw. gegenüber dem Personenfahrkartenstempel, der mit der neuen Besteuerung wegzufallen haben wird, eine Erweiterung nur noch insofern, als er im Personenschiffsverkehre künftig neben dem Dampfschiffsverkehr auch die Personenbeförderung in sonstigen Schiffen, insbesondere also auch in Motorfahrzeugen, der Abgabe unterwirft. Nur für den Fährverkehr ist

im § 1 Abs. 3 eine Ausnahme mit Rücksicht auf seine geringe finanzielle Bedeutung, die Erhebungsschwierigkeiten sowie mit Rücksicht darauf vorgesehen, daß auch die Brückengelder dem Beförderungspreis für die Steuerberechnung nicht zugerechnet werden.

In der Besteuerung des Güterverkehrs hat das Frachturkundenstempelgesetz von 1916 eine Erweiterung des Frachturkundenstempels nur in Ansehung des Eisenbahnverkehrs, nicht auch des See- und Binnenschiffsverkehrs, gebracht. Hieran will auch der vorliegende Entwurf nichts ändern. Der Frachturkundenstempel, der aus noch darzulegenden Gründen neben der neuen Güterbeförderungsabgabe aufrechterhalten bleiben soll, wird sich also auch künftig für den Binnenschiffsverkehr nur auf ganze Schiffsladungen beziehen und das Stückgut freilassen. Genießt hiernach der Verkehr zu Wasser insoweit eine gewisse Begünstigung, so erscheint es doch ausgeschlossen, den Eisenbahnverkehr mit den weiteren neuen Lasten zu treffen, ohne wenigstens diese gleichmäßig auch dem im Wettbewerbe mit ihm stehenden Binnenschiffsverkehr aufzuerlegen. Die neue Verkehrsabgabe wird den letzteren Verkehr mithin ohne Rücksicht darauf treffen, ob es sich bei der Ladung um eine ganze Schiffsladung oder um Stückgut handelt. Im übrigen unterliegt es keinem Zweifel, daß eine Abgabe, die weder von den Schiffen, noch von den Ladungen erhoben, noch nach den zurückgelegten Entfernungen bemessen, deren Gegenstand und Umfang vielmehr durch den Akt der Beförderung des einzelnen Gutes und den dafür vereinbarten Beförderungspreis bestimmt wird, keine Schiffahrtsabgabe und überhaupt keine Gebühr, sondern eine Steuer ist.

Der Gesetzentw. sieht für den Güterverkehr einen einheitlichen und gleichmäßigen prozentualen Zuschlag zum Beförderungspreis in Höhe von 7 v. H. vor, gleichviel welche Beförderungsart in Frage kommt, um welche Güterart es sich handelt, welche Stellung das beförderte Gut in der für die Anwendung der Eisenbahntarife etwa maßgebenden Güterklassifikation einnimmt, gleichviel auch, auf welche Entfernung das Gut befördert wird.

Eine Abstufung der Abgabe etwa in Anlehnung an die im deutschen Eisenbahngütertarif aufgestellte Güterklassifikation konnte schon deshalb nicht in Betracht gezogen werden, weil diese Güterklassifikation für den Verkehr zu Wasser und auf Landwegen nicht maßgebend ist. Nicht einmal im Eisenbahnverkehre gilt sie durchweg, z. B. regelmäßig nicht im Kleinbahnverkehre. Sie ist ferner nicht ein für allemal feststehend, sondern beruht auf der Vereinbarung der deutschen Eisenbahnen und ist hinsichtlich der Zuteilung der Güter zu den einzelnen Klassen ständigen Veränderungen unterworfen. Auch weichen im internationalen Eisenbahnverkehre die mit den fremdländischen Eisenbahnverwaltungen vereinbarten Güterklassifikationen nicht nur von der deutschen Güterklassifikation, sondern auch untereinander vielfach ab. Es kommt hinzu, daß auch da, wo die deutsche Güterklassifikation von den Eisenbahnen angenommen ist, die Einheitssätze für die einzelnen Klassen nicht überall die gleichen sind. Der größere Teil der Frachten im deutschen Eisenbahnverkehre wird schließlich nach Ausnahmetarifen gefahren, also außerhalb der nach der Güterklassifikation vorgesehenen Normalklassen. Eine etwaige Abstufung der Steuer müßte demnach die Ausnahmetarife mitumfassen, was praktisch unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnet.

Scheidet hiernach die Möglichkeit einer solchen Abstufung aus, so erübrigt nur den tatsächlich zur Erhebung gelangenden oder — in dem Falle des § 6 — den in Ansatz zu bringenden Beförderungspreis zugrunde zu legen und die Abgabe in einem bestimmten Prozentverhältnis zu diesem zu bemessen. Diese Besteuerungsart trägt übrigens gerade in den Fällen, wo eine Güterklassifikation die Grundlage der Beförderung bildet, den Erfordernissen der Billigkeit und Gerechtigkeit Rechnung. Was insbesondere die deutsche Güterklassifikation anlangt, die nach sorgfältiger Prüfung aller in Betracht kommenden wirtschaftlichen und sonstigen Verhältnisse — im allgemeinen nach der Einteilung der Güter in Fabrikate, Halbfabrikate und Rohstoffe — aufgestellt ist, so findet in ihr die Belastungsfähigkeit eines jeden Gutes bereits die eingehendste Berücksichtigung. Die Zuweisung der schonungsbedürftigen Güter in niedere Tarif-

klassen oder in Ausnahmetarife bedingt in Verbindung mit entsprechend niedrigen Einheitssätzen den der Tragfähigkeit des Gutes angepaßten niedrigeren Beförderungspreis. Da dieser die Grundlage für die Berechnung der Abgabe bildet, nimmt die Abgabe an den Vorteilen der Zuweisung zu einem billigeren Eisenbahntarif ohne weiteres und automatisch Anteil. Auch aus diesen sachlichen Erwägnngen erübrigt sich eine Abstufung der Abgabe.

Was die Höhe des hiernach im Entw. für den gesamten Güterverkehr vorgesehenen Einheitsprozentsatzes anlangt, so erscheint eine Abgabe von 7 v. H. des Beförderungspreises einerseits zur Erzielung eines angemessenen Steuererträgnisses erforderlich, andrerseits im Hinblick auf ihre wirtschaftlichen Wirkungen auch zulässig. Insbesondere im Eisenbahnverkehre spielt sich der weitaus größte Teil der Beförderung auf Entfernungen unter 200 km ab, bei denen auch für die nach der höchsten Normalklasse des deutschen Eisenbahngütertarifs der allgemeinen Wagenladungsklasse gefahrenen Güter die Abgabe wegen ihres verhältnismäßig niedrigen Betrages im allgemeinen nicht ins Gewicht fallen wird. Bei Steinen, Wegebaumaterialien, Kies u. dgl., für die bei Beförderung mit der Eisenbahn ganz überwiegend Nahentfernungen und niedrige Tarife in Betracht kommen, ist die Belastung selbst im Hinblick auf den geringen Wert dieser Güter keine übermäßig hohe. Sie beträgt z. B. bei Frachtberechnung nach dem Wegebaustofftarif (Ausnahmetarif 5) auf 50 km nur 0,13 M. für die Tonne. Im Kleinbahnverkehr hält sich bei den in Frage kommenden kurzen Entfernungen die Belastung in durchweg niedrigen Grenzen.

Aber auch für die weiteren Entfernungen bleibt die Abgabe bei einem 7 v. H. nicht überschreitenden Satz noch erträglich, selbst für geringwertige Massengüter, wie Kohle, Erze, Düngemittel. Für 1 t Kohle z. B. beträgt auf 600 km die Fracht nach dem Rohstofftarif 11,90 M., die Abgabe somit 0,83 M. Eine Tonne Erz wird, falls es auf den Preußisch-Hessischen Staatseisenbahnen zum Ausnahmetarif 7 auf 350 km verfrachtet wird, mit 0,39 M. Abgabe belastet, in der Verkehrsbeziehung Siegerland-Oberschlesien (rund 950 km) bei Abfertigung nach dem Ausnahmetarife 7 g mit 0,63 M. Für eine nach dem Kalitarif abgefertigte Tonne Kali beträgt die Abgabe bei einer Beförderungslänge von 700 km 0,79 M., von 850 km 0,90 M.

Steht sonach ein Abgabesatz von 7 v. H. des Beförderungspreises der Belastungsfähigkeit der Güter schwerlich entgegen, so wird er in solcher Höhe auch nicht eine wesentliche Verschiebung der Wettbewerbsverhältnisse durch Veränderung der bisherigen Spannungen in den Frachtsätzen verschiedener Versandgebiete nach einem Empfangsgebiete herbeiführen können. Ein höherer Einheitsprozentsatz ist aus diesem Grunde und um die Verfrachtungen auf weite Entfernungen möglichst zu schonen, nicht vorgesehen. Wenn andrerseits der vorgeschlagene Einheitssatz von 7 v. H. die Beförderungen auf Nahentfernungen in verhältnismäßig nur geringem Umfang steuerlich erfaßt, so bietet der nach § 1 Abs. 4 des Entwurfs auch fernerhin in Geltung bleibende Frachturkundenstempel in dieser Hinsicht einen Ausgleich. Die durch ihn bedingte Vorbelastung trifft gleichmäßig alle Entfernungen und ergänzt daher in erwünschter Weise die jetzt vorgeschlagene prozentuale Steuer. Beide Besteuerungsarten in Verbindung miteinander ergeben eine staffelförmige Bildung der Gesamtsteuer und setzen die Besteuerung der näheren Entfernungen in ein angemessenes Verhältnis zu der Besteuerung der Beförderungen auf größere Beförderungslängen.

Auch für den Schiffsverkehr erscheint eine Belastung mit 7 v. H. unbedenklich, zumal dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Schiffahrt gegenüber der Eisenbahn in keiner Weise beeinträchtigt wird.

Der Entw. nimmt die Tatsache der Beförderung in einem der bezeichneten Verkehre zum Anlaß der Besteuerung. Er besteuert, was den Güterverkehr anlangt, nicht den Frachtvertrag, sondern die Güterbewegung. Darin liegt, daß grundsätzlich auch die Güterbeförderung im nichtöffentlichen Verkehr, also auf der eigenen Werkbahn,

mit dem eigenen Schiffe steuerpflichtig ist. Schon in der Begründung des Frachturkundenstempelgesetzes von 1916 ist auf die Vorteile hingewiesen, die große Bergbauunternehmungen und Industriebetriebe in den Industriemittelpunkten des Reichs, insbesondere in Rheinland und Westfalen, in Schlesien und Lothringen, durch ihre eigenen Bahnanlagen vor denjenigen gewerblichen Betrieben voraus haben, die für ihre Güterbewegung auf die öffentlichen Bahnen angewiesen sind, und es ist bereits dort bemerkt worden, daß, wenn man nur die Beförderung im öffentlichen Verkehre mit einer Verkehrsabgabe belasten wollte, sich damit die Wettbewerbsbedingungen zugunsten jener Großbetriebe noch weiter bedeutend verschieben müssen. Was damals von der Beförderung auf eigenen Werkbahnen gesagt worden ist, gilt in gleicher Weise auch von der Güterbeförderung zu Wasser in eigenen Fahrzeugen. Einen solchen Erfolg kann die Einführung einer Steuer, die zur Abbürdung der Kriegslasten möglichst alle Volksteile gleichmäßig treffen will, unmöglich haben dürfen. Wenn trotzdem die im Entw. von 1916 vorgeschlagene Ersatzbesteuerung der Beförderung auf eigenen Bahnanlagen nicht Gesetz geworden ist, so lag dies weniger daran, daß die Steuerkommission den Grundgedanken selbst verworfen hätte, als an Befürchtungen, es möchte die Abgrenzung dieser Ersatzbesteuerung gegenüber solchen Beförderungsanlagen, die aus der geschlossenen Betriebsanlage nicht heraustreten und daher allerdings steuerfrei zu lassen sind, nicht hinlänglich durchführbar sein. Da die Gründe für die Ersatzbesteuerung durch den Hinzutritt der neuen Verkehrsabgabe aber erheblich an Schwergewicht gewinnen, diese Gründe auch nicht so sehr fiskalischer als volkswirtschaftlicher Natur sind, wird man jene Bedenken nicht für unüberwindlich halten dürfen. Wie schon seinerzeit hervorgehoben, sind der Reichssteuergesetzgebung Ersatzsteuern der bezeichneten Art nicht fremd. Es darf in dieser Hinsicht verwiesen werden auf die im § 6 des früheren Reichsstempelgesetzes als Ersatz für den Aktienstempel vorgeschrieben gewesene Abgabe von Aktienneugründungen und Kapitalerhöhungen bei Aktiengesellschaften, die keine Aktienurkunden ausgeben, und im geltenden Reichsstempelgesetz auf die im § 17 angeordnete Ersatzabgabe für den Talonstempel gegenüber Aktiengesellschaften, die keine Gewinnanteilscheine ausgeben, sowie auf den als Ersatz für die Grundwechselabgabe nach § 95 bestehenden Fideikommißstempel.

Die neue Verkehrsbesteuerung soll nach Sinn und Absicht des Gesetzes denjenigen treffen, für dessen Rechnung die Beförderung erfolgt, im öffentlichen Verkehr also denjenigen, der den Beförderungspreis zu zahlen hat. Ihn erklärt daher auch der Entw. als den Schuldner der Abgabe (§ 7 Abs. 1 Satz 1). Um die Abwicklung des Steuergeschäfts aber auf die einfachste Art zu gestalten, erscheint es geboten, die Abführung der Abgabe an die Steuerverwaltung in jedem Falle durch den Beförderungsunternehmer geschehen zu lassen und diesem zu überlassen, die Abgabe mit dem Beförderungspreise von dem Schuldner der Abgabe einzuziehen, wie dies auf dem Gebiete des Reichsstempelwesens schon jetzt beim Frachturkundenstempel und Personenfahrkartenstempel, bei der Tantiemesteuer und b im Versicherungsstempel geschieht. Der Entwurf spricht daher weiter aus, daß zu Lasten des Schuldners die Abgabe vom Betriebsunternehmer zu entrichten ist (§ 7 Abs. 1 Satz 2) und daß im Verhältnis zwischen diesem und dem Schuldner der Abgabe diese als Teil des Beförderungspreises gilt (§ 10).

Das Verfahren zur Entrichtung der Steuer wird sich hiernach in der Hauptzahl der Fälle sehr einfach gestalten können, indem bei den vom Reiche und den Bundesstaaten betriebenen Unternehmungen immer, bei den übrigen Beförderungsunternehmungen wenigstens insoweit als den erforderlichen Sicherungsmaßnahmen genügt wird, auf Grund periodisch einzureichender Verkehrsnachweisungen über die in einem bestimmten Zeitraum ausgeführten Beförderungen abgerechnet wird. Soweit private Beförderungsunternehmungen nicht zum Abrechnungsverfahren zugelassen sind, wird die Entrichtung der Abgabe im Anschluß an den einzelnen Beförderungsakt oder an den aus Anlaß der Beförderung erteilten Ausweis durch Bareinzahlung an die Steuerbehörde zu erfolgen haben. Die Mehrerträgnisse der Steuer gegenüber den bisherigen

Stempelabgaben vom Personen- und Güterverkehre sind nach der in der Anlage [1]) beigefügten Ertragsberechnung unter Zugrundelegung der Verkehrsverhältnisse des Jahres 1913 auf 315 Millionen M. zu schätzen.

Zu einer Verkehrsbesteuerung sind aus Anlaß des Krieges auch andere Staaten, zum Teil in wesentlich verschärftem Maße, übergegangen. So ist in Österreich-Ungarn, und zwar in Österreich durch eine Frachtsteuer und einen Kriegszuschlag, in Ungarn durch eine Eisenbahnkriegssteuer, auf die Güterbeförderung eine 30prozentige Abgabe gelegt und die Personenfahrkartensteuer in Österreich für den Verkehr auf Hauptbahnen auf 20 v. H., für den Verkehr auf Lokalbahnen auf 10 v. H., für den Verkehr auf Kleinbahnen auf 5 v. H. erhöht worden. Italien hat neben zweimaligen Erhöhungen der Güter- und Personentarife um 5 v. H. mit Wirkung vom 1. November 1916 ab Stempelabgaben auf Transporte eingeführt, die sich zwischen 0,10—0,50 Lire für Güter bis zu einer Tonne bewegen. In Rußland besteht seit 1914 ein 25prozentiger Steuerzuschlag auf Personenfahrkarten mit einem Ertrage von 50 Mill. Rubel, ein 15prozentiger Aufschlag für Passagiergepäck mit einem Ertrage von 29 Mill. Rubel und ein Steueraufschlag auf Expreß-, Eil- und Frachtgut mit einem Ertrage von 112 Mill. Rubel sowie auf die Beförderung von Baumwolle mit einem Ertrage von 32 Mill. Rubel. Endlich hat England im April 1916 eine Erhöhung seiner Fahrkartensteuer mit einem Mehrertrage von 60 Mill. M. vorgenommen.

Im besonderen.

Zum § 1.

Im allgemeinen.

Gegenstand der Besteuerung ist nach § 1 die Beförderung von Personen und Gütern. Einen Teil der Güterbeförderung bildet auch der Flößereibetrieb. Die Abgabe ist nach § 4 von dem Preise zu entrichten, der für die Beförderung an den Betriebsunternehmer zu zahlen ist. Als solcher kommt nur derjenige in Betracht, der die Bewegung der Personen oder Güter durch eigene oder fremde Beförderungsmittel ausführt oder ausführen läßt. Dies ist im Eisenbahnverkehre der Eisenbahnbetriebsunternehmer, nicht der Spediteur, und zwar letzterer auch dann nicht, wenn er im Sammelladungsverkehre nach § 413 HGB. als Frachtführer gilt. Geschieht im Schiffsverkehre die Versendung der zur Beförderung übernommenen Güter nicht im eigenen Schiffe, sondern in einem Schiffe, das zu diesem Zwecke im ganzen oder zu einem verhältnismäßigen Teil, oder von dem ein bestimmt bezeichneter Raum verfrachtet ist, so ist Betriebsunternehmer im Sinne dieses Gesetzes derjenige, der dem Versender gegenüber die Beförderung des Gutes übernommen hat, nicht derjenige, dessen Schiff verfrachtet ist. Dementsprechend ist im Flößereibetrieb, wenn der Floßspediteur das Floßgut einem Unterunternehmer zur Beförderung übergibt, der Aussteller des Flußkonnossements der Betriebsunternehmer.

Zum Abs. 1. Unter Schienen- und Seilbahnen sind auch die Hängebahnen zu verstehen. — Als Wasserstraße gilt jedes schiffbare oder flößbare Gewässer einschließlich der Binnenseen. Die sogenannte wilde Flößerei fällt nicht unter das Gesetz.

Zum Abs. 2. Die Beförderung auf Landwegen ist der Besteuerung nur insoweit unterworfen, als sie durch ein dem öffentlichen Verkehre dienendes Unternehmen geschieht. Der Begriff des öffentlichen und nichtöffentlichen Verkehrs ist auch sonst für das Gesetz von Bedeutung (vgl. § 3 Abs. 2, § 6, § 7 Abs. 1 Satz 3). Dem öffentlichen Verkehre dient jedes Beförderungsunternehmen, das nach seinen Geschäftsbedingungen jedermann zur Benutzung offensteht, in der Regel hiernach jede gewerbsmäßige Personen- oder Güterbeförderung. Hiermit scheidet im Landverkehr eine Steuerpflicht für die Beförderung von Gütern mit eigenen Beförderungsmitteln, insbesondere also

[1]) nicht mit abgedruckt.

z. B. die Zubringung der Waren durch die eigenen Geschirre der Geschäftshäuser aus. Die weitere Voraussetzung der Steuerpflicht bildet, daß das Unternehmen auf bestimmten Linien mit planmäßigen Fahrten betrieben wird. Danach ist insbesondere der Rollfuhrbetrieb der Spediteure, aber auch der gewöhnliche Botenfuhrwerksverkehr von der Abgabe befreit. Planmäßigkeit der Fahrten wird nur anzunehmen sein, wenn die Beförderungsgelegenheit fahrplanmäßig festgelegt ist, die Fahrten also nicht nur nach Bedarf stattfinden. Als Beförderung auf Landwegen muß auch der Verkehr innerhalb geschlossener Ortschaften gelten, da es bei einer Besteuerung des Straßenbahnverkehrs unerläßlich ist, auch den Omnibusverkehr mit der Steuer gleichzeitig zu treffen.

Zum Abs. 3. Vgl. oben S. 9, 12 [hier 366, 368].

§ 2.

umschreibt das Geltungsgebiet des Gesetzes.

Zum Buchstaben a. Der Besteuerung unterliegt nicht nur die Beförderung, insofern sie im Inland beginnt und endet, sondern auch — in Ansehung der im Inland zurückgelegten Beförderungsstrecke — die Beförderung vom Inland nach dem Ausland und umgekehrt und die Beförderung vom Ausland nach dem Ausland, die das Reichsgebiet nur in der Durchfuhr berührt.

Zu den Buchstaben b, c. In gleicher Weise wie der Binnenschiffsverkehr muß auch der deutsche Küstenverkehr und, da ein unmittelbarer Seeverkehr auch zwischen den Häfen der Nord- und Ostsee und den Rheinhäfen bis Köln stattfindet, auch dieser Verkehr der Besteuerung unterworfen werden. Unter Schiffsverkehr zwischen deutschen Ost- und Nordseehäfen im Sinne der Vorschrift unter b ist ebenso wie im Sinne der Vorschrift des § 3 Nr. 3 nicht nur der Verkehr zwischen Ostseehäfen und Nordseehäfen, sondern auch der Verkehr zwischen Ostseehäfen untereinander und Nordseehäfen untereinander zu verstehen. Daß darüber hinaus auch die Beförderung von Gütern im Schiffsverkehre zwischen inländischen Häfen und ausländischen Festlandshäfen des Kanals und der Nord- und Ostsee von Le Havre einschließlich bis Kap Domesnäs für steuerpflichtig erklärt worden ist, beruht in der naheliegenden Befürchtung, daß, wenn dieser Verkehr von der Abgabepflicht entbunden bliebe, jene ausländischen Häfen den Verkehr von den deutschen Umschlagplätzen abzuleiten in der Lage sein würden. — Unter dem unter c erwähnten Verkehre sind nur solche Beförderungen verstanden, deren Anfangs- und Endpunkte nach dem zugrundeliegenden Frachtvertrage die dort bezeichneten Häfen sind. Daß im transozeanischen Verkehre die Schiffe etwa während der Beförderung einen der genannten fremden Häfen angelaufen haben, macht die Beförderung nicht steuerpflichtig. Das gleiche gilt von dem Zwischenhafenverkehre, wenn binnenländische Häfen ohne Löschung der Güter in der Fahrt vom Ausland nach dem Ausland berührt werden.

Zum Abs. 2. Aus der Vorschrift unter a würde sich ergeben, daß der nicht unter b, c fallende Seeverkehr, insbesondere also der überseeische Verkehr, der inländischen Steuer in Ansehung der Beförderungsstrecke vom inländischen Hafen bis zur Seegrenze unterliegt. Dies wird ebenso auszuschließen sein, wie die Besteuernng des Leichterverkehrs nach benachbarten Häfen in den Fällen, in denen in dem nicht unter b, c fallenden Seeverkehr das Seeschiff nicht bis zu dem im Konnossement als Bestimmungsort bezeichneten Hafen geht.

Zum Abs. 3. Die Befreiung der Beförderungen auf dem Bodensee entspricht internationalen Grundsätzen.

Zum § 3 Abs. 1.

Zu Nr. 1. Hinsichtlich dessen, was als Arbeiter- und Schülerverkehr anzusehen ist, werden im allgemeinen diejenigen Grundsätze und Bestimmungen anzuwenden sein, die hierüber bei den Staatseisenbahnen bestehen.

Zu Nr. 2. Zu den hier aufgeführten Gütern gehört insbesondere das Dienstgut der Betriebsverwaltung, und zwar sowohl das Betriebsdienstgut (Kohlen usw.)

wie das Baudienstgut. Güter, die von einer Eisenbahnbetriebsverwaltung für Zwecke des eigenen Beförderungsunternehmens über fremde Eisenbahnen bezogen werden, genießen die Abgabefreiheit nur hinsichtlich der Beförderung auf den eigenen Bahnen. Auch gilt die Abgabefreiheit nicht, wenn das Gut vertragsmäßig an die Betriebsverwaltung erst nach beendeter Beförderung am Bestimmungsorte zu liefern ist. Die Güter müssen außerdem für die Zwecke des Beförderungsunternehmens bestimmt sein. Es genügt nicht, daß sie für einen sonstigen Betrieb des Unternehmers bestimmt sind.

Zu Nr. 3. Der Verkehr zwischen deutschen Nord- und Ostseehäfen ist zum Teil ein Verkehr mit Gütern, die, aus dem Ausland nach einem dieser Plätze eingehend, von hier aus nach einem anderen deutschen Hafenplatz weitergehen, oder die von dem einen nach einem anderen deutschen Hafen verfrachtet werden, um von diesem aus nach dem Ausland weiterversandt zu werden. Eine Belegung dieses Transitverkehrs mit der Steuer würde bei den scharfen Wettbewerbsverhältnissen mit dem Ausland die wahrscheinliche Folge haben, daß die eingehenden Güter künftig unter Umgehung des deutschen Umschlaghafens entweder in unmittelbarer Fahrt nach dem deutschen Bestimmungshafen, die ausgehenden Güter vom ersten Hafen unmittelbar ins Ausland gebracht werden, oder daß sie in einem ausländischen Hafen, sei es der englischen oder norwegischen Küste oder einen anderen fremdländischen Hafen der Nord- und Ostsee, umgeschlagen werden, dessen Verkehr mit den deutschen Häfen nach § 2 b, c nicht der Besteuerung unterliegt. Dieser Verkehr wird daher insoweit freigelassen werden müssen, als der Nachweis der ausländischen Herkunft oder der ausländischen Bestimmung geführt wird. Die näheren Bestimmungen hierüber werden dem Bundesrat zu überlassen sein. Bei den aus dem Ausland eingehenden Waren handelt es sich zum großen Teil um Waren, die nicht von vornherein für den anderen inländischen Hafenplatz bestimmt sind und in dem berührten ersten deutschen Hafen nur umgeschlagen werden, sondern die einen Gegenstand des Stapelverkehrs dieses Hafenplatzes bilden und von hier aus im freien Handel weiter veräußert werden. Bei vielen dieser Artikel, wie Baumwolle, Kolonialwaren, Südfrüchten, ausländischen Hölzern usw., wird sich schon aus der Art der Gegenstände ihre ausländische Herkunft ergeben und es wird hier das Zugeständnis der abgabefreien Beförderung von dem einen nach dem anderen Hafen an keine andere Voraussetzung geknüpft zu werden brauchen, als daß diese Gegenstände vom Bundesrat als Gegenstände des Stapelverkehrs des Einfuhrhafens anerkannt sind.

Die Befreiungsvorschrift zu Nr. 3 greift nur insoweit Platz, als die Beförderung zwischen den genannten deutschen Häfen zur See erfolgt. Als Beförderung zur See gilt auch die Beförderung durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal. Nicht erforderlich ist, daß die eingeführten Güter nach dem Hafen, von dem aus sie nach dem anderen deutschen Hafen befördert werden, unmittelbar aus dem Ausland eingegangen sind. So soll für die Weiterbeförderung überseeischer oder sonstiger ausländischer Güter von Lübeck nach ostdeutschen Häfen die Befreiung nicht deshalb ausgeschlossen sein, weil diese Güter aus dem Ausland nach Hamburg eingegangen und erst von hier aus, sei es mit der Eisenbahn, sei es auf dem Wasserwege, nach Lübeck zur Weiterversendung nach Osten verladen worden sind.

Zu Nr. 4. Durch die hier vorgesehene Befreiungsvorschrift sind die Fälle des kleinen Verkehrs auf Wasserstraßen von der Abgabe freigestellt, wie er sich in den Küstengegenden, in den Moorgegenden, im Spreewald oder sonst in Binnengewässern an Stelle des Landstraßenverkehrs findet. Die Schwierigkeiten der Abgabenerhebung, die Belästigung des Verkehrs, insbesondere durch Unterstellung unter den Frachturkundenzwang, würden hier außer allem Verhältnis zu dem Steueraufkommen stehen, zumal nach dem Gesetze nicht nur die gewerbsmäßige Güterbeförderung, sondern auch die Beförderung auf eigenen Schiffen unter die Abgabepflicht fallen müßte. Doch soll sich die Befreiung nur auf die Güterbeförderung, nicht auf die Personenbeförderung

beziehen. Durch die Befreiung wird im allgemeinen auch der Marktverkehr aus der Abgabepflicht ausgeschlossen.

Zu Nr. 5. Die Befreiung, durch die insbesondere auch der Schuten- und Ewerverkehr der Steuerpflicht entzogen wird, rechtfertigt sich mit Rücksicht darauf, daß auch der gewöhnliche Fuhrverkehr und der Rollfuhrverkehr von der Abgabe frei ist.

Zu Nr. 6. Die Befreiungsvorschrift bezieht sich nicht auf die Beförderung des im Betrieb einer öffentlichen Verwaltung gewonnenen Baggerguts nach dessen Veräußerung.

Zum § 3 Abs. 2 [Ges. Abs. 3].

ist im allgemeinen auf das S. 15 [hier S. 370, 371] Gesagte zu verweisen.

Zu Nr. 1. Von der Besteuerung ausgenommen werden muß billigerweise die Beförderung von Abfallstoffen, soweit es sich nur darum handelt, diese durch Ablagerung beiseite zu bringen. Die Besteuerung würde aber beispielsweise Platz greifen, wenn abgelagerte Abfallstoffe, wie etwa Thomasschlacke, zur Aufbereitung von der Ablagerungsstätte wieder abbefördert werden. Der Beförderung von Abfallstoffen auf Halden usw. ist die Beförderung von Versatzstoffen im Bergbaubetriebe, z. B. von Sand als Spülversatz, gleichgestellt, da es sich hierbei um gewisse öffentliche Interessen (Abbau von Mineralien) unter bewohnten Ortschaften handelt.

Zu Nr. 2a, b. Aus den angeführten allgemeinen Gründen ergibt sich, daß die Abgabe nur auf diejenigen nichtöffentlichen Bahnanlagen abzielen kann, die aus einer geschlossenen Betriebsanlage heraustreten. Neben dem Zwecke, die Güter von einer Betriebsstätte zu einer anderen Betriebsstätte überzuleiten, muß vor allem die Überwindung größerer räumlicher Entfernungen als Zweck der Betriebsanlage in den Vordergrund treten. Es liegt hiernach nicht im Sinne der Befreiungsvorschrift, die Geschlossenheit der Betriebsanlage in einer allzu engen räumlichen Bedeutung zu nehmen. Daß eine Betriebsanlage von einer öffentlichen Straße, einer öffentlichen Eisenbahn, einem Flußlauf durchschnitten wird, oder daß die Teile eines technisch zusammenhängenden Betriebs, etwa der Kalkbruch einer Zementfabrik und die Fabrikanlage, durch einen zu überquerenden fremden Grundstückstreifen getrennt sind, wird nicht dazu führen können, die Geschlossenheit der Betriebsanlage zu verneinen. Im übrigen wird der Begriff eines geschlossenen Betriebs durch eine räumliche Umgrenzung (Zaun, Mauer) weder bedingt noch gegeben. Die etwaigen Schwierigkeiten die sich aus der Bestimmung dessen, was als eine geschlossene Betriebsanlage anzusehen ist, ergeben können, wird übrigens im wesentlichen durch die Befreiungsvorschrift unter Nr. 2b begegnet, wonach für Bahnanlagen von nicht mehr als 3 km Länge in jedem Falle die Anwendung der Besteuerungsvorschriften ausgeschlossen ist. Für die Bemessung der 3 km kommen nur die der eigentlichen Beförderung dienenden Hauptgleise in Betracht, dagegen nicht Aufstellungs-, Ausziehs-, Verschiebe- und andere Nebengleise. Als Erfordernis für die Befreiung unter a ist vorgeschrieben, daß die Beförderung innerhalb derselben geschlossenen Betriebsanlage beginne und endige. Erstreckt sich dagegen die Beförderung über die Grenzen der geschlossenen Betriebsanlage hinaus, z. B. von oder nach einem privaten oder öffentlichen Hafen, einer Erz- oder Kohlengrube, so ist sie dann nicht befreit, wenn die Gesamtlänge der Bahnanlage — gleichgültig ob die Beförderung über ihre gesamte Länge oder nur über einen Teil davon geschieht — mehr als 3 km beträgt.

Zu Nr. 2c. Es kann des Weiteren nicht die Absicht sein, die Güterbeförderung auf solchen nicht öffentlichen Bahnanlagen zu der Abgabe heranzuziehen, welche, wie regelmäßig Feldbahnen, Baubahnen, Waldbahnen usw., nur zu vorübergehenden Zwecken und daher nicht ortsfest angelegt sind oder die ausschließlich mit menschlicher Kraft betrieben werden.

Zu Nr. 3. Die Vorschrift entspricht der Befreiung unter Nr. 2b.

Zum § 4.

Zum Abs. 1 vergleiche die Ausführungen zu § 1 Abs. 1.

Abs. 2 Satz 1 bezieht sich insbesondere auf den Schiffsverkehr, insoweit bei der Beförderung ein der Staatshoheit eines anderen Staates unterliegendes Gewässer befahren wird. Unter dem grenzüberschreitenden Verkehr im Sinne des Satzes 2 ist der Eisenbahnverkehr verstanden, bei dem die unter inländischer Verwaltung stehende Eisenbahnstrecke über die Grenze in das fremde Staatsgebiet, oder die unter ausländischer Verwaltung stehende Bahnstrecke über die Grenze in das deutsche Staatsgebiet hineinragt, die Betriebswechselstation sich also auf dem anderen Staatsgebiete befindet, oder wenn auf kurzen Strecken fremdländisches Gebiet von der inländischen Eisenbahn, inländisches Gebiet von der fremdländischen Eisenbahn durchschnitten wird. Um hier die Abrechnung über die Abgabe nicht unnötig zu erschweren, wird der Bundesrat zu ermächtigen sein, hinsichtlich dieser kurzen Beförderungsstrecken abweichende Vorschriften über die Art und Weise der Abgabenberechnung zu treffen.

Ebenso muß im internationalen Verkehre bei der Verschiedenartigkeit der zu berücksichtigenden Verhältnisse der Bestimmung des Bundesrats überlassen bleiben, nach welchen Grundsätzen der Anteil des inländischen Betriebsunternehmens am Beförderungspreise zu berücksichtigen ist.

Zu § 5

sind die näheren Bestimmungen darüber getroffen, was als Beförderungspreis zu gelten hat.

Im Eisenbahnverkehr ist zu den Personenfahrpreisen neben dem Entgelt für die gewöhnlichen Fahrkarten und die Schnellzugszuschlagkarten (§ 11 Abs. 2) auch der Preis für die Zuschlagkarten zu Luxuszügen und für Bettkarten zu rechnen, nicht dagegen der Preis für Bahnsteigkarten und für solche Zuschlagkarten, die an Reisende zu verabfolgen sind, welche ohne gültigen Fahrausweis betroffen werden (§ 16 Abs. 2, 4, 5 der Eisenbahnverkehrsordnung). Als Frachten haben neben den im Gesetz erwähnten Privat-Anschlußfrachten auch die Frachtzuschläge (§ 60 der Eisenbahnverkehrsordnung) zu gelten. Dagegen sollen Nebengebühren und bare Auslagen außer Ansatz bleiben. Hierbei sind unter Nebengebühren diejenigen Gebühren zu verstehen, die in den Nebengebührentarifen als solche aufgeführt sind.

Im Verkehre auf Wasserstraßen haben dem Frachtbetrage die Schlepplöhne hinzuzutreten, soweit sie nicht bereits in die Fracht eingerechnet sind, ebenso die Kosten der Ableichterung, soweit solche im gewöhnlichen Verkehre neben der Fracht in Ansatz gebracht werden oder in dieser einbegriffen sind. Trifft dies zu, so sind die Leichterkosten als Teil des Beförderungspreises auch dann anzusehen, wenn es tatsächlich nicht zu einer Ableichterung gekommen ist. Liegt die Ableichterung nicht im gewöhnlichen Verlaufe der Reise, sondern ist sie infolge von Unglücksfällen oder anderen Notständen notwendig geworden, so sollen die hierdurch entstehenden Kosten in den Beförderungspreis nicht eingerechnet werden. Liegegelder sind bei der Steuerberechnung nicht besonders zum Ansatz zu bringen, da auch im Eisenbahnverkehre die Wagenstandsgelder als Nebengebühren dem Beförderungspreise nicht zugerechnet werden sollen.

Soweit die Abgaben für die Benutzung von Wasserstraßen (§ 5 Abs. 3) nicht auf der Ware ruhen, sondern vom Schiffsraumgehalt erhoben werden, kommt ihre Ausscheidung aus dem Beförderungspreis nicht in Betracht.

Da im Schiffsverkehre die Frachtsätze im allgemeinen nicht tarifmäßig feststehen, vielmehr je nach Lage des Frachtenmarktes schwanken, andererseits die Beförderungskosten vielfach im ganzen kalkuliert werden, ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß zur Ersparung der Abgabe der Unternehmergewinn, der an sich in der Fracht zum Ausdruck zu kommen hätte, auf die sonstigen, nach dem Gesetze nicht zum Beförderungspreise gerechneten Kosten geschlagen und die reine Fracht unverhältnismäßig niedrig angesetzt wird. Die Vorschrift des Abs. 4, die dem Bundesrate die nähere Bestimmung

darüber überläßt, was als Beförderungspreis anzusehen ist, soll die Möglichkeit gewähren, im Wege der Ausführungsanweisung solchen Umgehungen vorzubeugen.

§ 6.

handelt im Zusammenhange mit der Bestimmung dessen, was als Beförderungspreis anzusehen ist (§ 5), von der Güterbeförderung im nichtöffentlichen Verkehre.

Im Abs. 1 ist zunächst zum Ausdruck gebracht, daß die Steuerpflicht für die Güterbeförderung mit eigenen Betriebsmitteln nicht nur dann besteht, wenn eigene Güter, sondern auch dann, wenn Güter dritter Personen befördert werden, ohne daß sich diese Beförderung als gewerbsmäßig ansprechen läßt. Dies wird z. B. dann der Fall sein, wenn ein Werk auf eigener Bahnanlage Güter für eine Tochtergesellschaft oder für ein Unternehmen, zu dem es im Verhältnis einer Interessengemeinschaft steht, ohne Ausbedingung eines angemessenen Entgelts befördert, oder den seinem Zwecke dienenden Bahnbetrieb mit eigener Rechtspersönlichkeit ausstattet.

Hiernächst wird im § 6 bestimmt, welcher Betrag bei der Güterbeförderung im nichtöffentlichen Verkehr an Stelle des Beförderungspreises der Abgabeentrichtung zugrunde gelegt werden soll. Es ist dies der Betrag, der als Beförderungspreis unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen im öffentlichen Güterverkehre zu zahlen wäre. Bei der Güterbeförderung auf nichtöffentlichen Bahnanlagen ist hierbei ein fester Betrag von einem Pfennig für das Tonnenkilometer vorgeschrieben, ein Betrag, der im großen ganzen dem niedrigsten Satz im öffentlichen Eisenbahnverkehr entspricht. Für die Beförderung in eigenen Schiffsgefäßen läßt sich aus den zu § 5 a. E. angeführten Gründen ein bestimmter Beförderungssatz im Gesetze nicht festlegen, doch wird seine Bestimmung im einzelnen Falle im allgemeinen da nicht auf Schwierigkeiten stoßen, wo eine besondere Frachtenbörse besteht. Auch wo dies nicht der Fall ist, wird sich der in Ansatz zu bringende Beförderungssatz durch Einholung von Sachverständigengutachten der Handelsvertretungen, insbesondere der Handelskammern, unschwer feststellen lassen.

Nach Abs. 2 kann sich die Steuerbehörde mit dem Unternehmer über den der Abgabeberechnung zugrunde zu legenden Betrag einigen. Ist eine solche Einigung zustande gekommen, so ist sie für beide Teile in gleichem Umfange wie ein Vergleich (BGB. § 779) wirksam. Kommt eine Einigung nicht zustande, so erklärt Abs. 2 die Steuerbehörde für befugt, den Betrag selbständig zu bestimmen. Doch soll gegen eine solche Festsetzung für den Betriebsunternehmer die Beschreitung des Rechtsweges nicht ausgeschlossen sein.

Zum § 7

vgl. im allgemeinen die Ausführungen auf S. 15 f. [hier S. 371].

Der Betriebsunternehmer vertritt den Steuerschuldner der Steuerbehörde gegenüber kraft Gesetzes in der Zahlung. Obwohl der Rechtsgrund nach öffentlichen Rechts, ist das Verhältnis zwischen Betriebsunternehmer und Steuerschuldner bürgerlich rechtlicher Natur, sofern dies auch für den Beförderungsvertrag gilt (§ 10). Danach stellt sich im Verhältnis des Betriebsunternehmers zum Steuerpflichtigen die Abgabe als ein Zuschlag zum Beförderungspreise dar. Unter diesem Gesichtspunkt entspricht es der Zweckmäßigkeit, die Einrechnung der Abgabe in diesen wenigstens insoweit vorzuschreiben, als die Beförderung auf Grund veröffentlichter Tarife erfolgt. Eine ähnliche Bestimmung findet sich bereits jetzt für den Fahrkartenstempel in § 55, Abs. 2 des Reichsstempelgesetzes. Im Güterverkehre wird mit der Einrechnung indessen vor allem, was den internationalen Verkehr anlangt, nur allmählich vorgegangen werden können. § 7, Abs. 2, Satz 2 läßt daher für den Bundesrat die Möglichkeit offen, von der Verpflichtung zur Einrechnung der Abgabe in den Beförderungspreis Ausnahmen zuzulassen.

Zu § 8.

Verschiedentlich bestehen Vereinbarungen über die Tarife zwischen dem Betriebsunternehmer und Dritten. Das gilt insbesondere von den Vereinbarungen, die zwischen den Straßenbahnen und den Gemeinden bestehen, in deren Gebiete die Bahn betrieben wird. Da die Abgabe nicht den Unternehmer, sondern denjenigen treffen soll, der den Beförderungspreis zahlt, anderseits die Abgabe grundsätzlich in diesen eingerechnet werden soll, muß dem Unternehmer durch das Gesetz die Möglichkeit gegeben werden, trotz bestehender Verträge die Tarife in einem dem Hinzutritt der Abgabe zum Tarif entsprechenden Maße zu ändern.

Hierbei wird dem Unternehmer in der Umgestaltung der Tarife ein den Bedürfnissen des Verkehrs und des Betriebs gerecht werdender Spielraum einzuräumen sein. Gerade im Straßenbahnbetriebe mit seinen niedrigen Beförderungssätzen verbietet sich ein automatisches Hinzuschlagen des Abgabebetrags zu den Beförderungspreisen schon wegen der bestehenden Abrundungsschwierigkeiten. Der Unternehmer wird auch in die Lage gesetzt werden müssen, Tarifverschiebungen durch Änderung der Tarifzonen oder dadurch, daß er Fahrpreisherabsetzungen auf der einen Seite durch Fahrpreiserhöhungen auf der anderen Seite ausgleicht (siehe oben S. 11 ff. [hier S. 368]) vorzunehmen. Dagegen kann die Ermächtigung des Unternehmers, einseitig Tarifänderungen aus Anlaß des vorliegenden Gesetzes vorzunehmen, nicht so weit gehen, um auch Änderungen zu gestatten, an denen er sich für sonstige Steigerungen der Betriebsunkosten zu erholen beabsichtigt.

Über Art und Maß der Änderungen werden sich die an der Vereinbarung beteiligten Parteien zu einigen haben. Für den Fall, daß eine Einigung nicht zustande kommt, erscheint es nicht angezeigt, die Parteien auf den Rechtsweg zu verweisen, da es sich bei der Vereinbarung nicht so sehr um Fragen des Rechts, als der Zweckmäßigkeit handelt. Der Entwurf verweist daher die Parteien zum Austrag ihrer Streitigkeiten an ein Schiedsgericht, dessen Bildung er des näheren ordnet.

§ 9

regelt die Zulässigkeit von Tarifänderungen (vgl. § 8) für den Fall, daß die Tarife, sei es allgemein, sei es den Höchstbeträgen nach, obrigkeitlicher Feststellung oder Genehmigung unterliegen.

Zum § 10.

Durch § 10 ist den Ansprüchen, die der Betriebsunternehmer gegen den Schuldner der Abgabe daraus herleitet, daß er zu dessen Lasten die Abgabe entrichtet oder zu entrichten hat, die rechtliche Natur des Beförderungspreises beigelegt. Auf diese Weise erscheint die Wiedereinziehung der Abgabe am besten sichergestellt und dem Betriebsunternehmer die Möglichkeit gegeben, die Abgabeneinziehung auf die zweckmäßigste Art und zu dem zweckmäßigsten Zeitpunkt vorzunehmen. Es wird auch nur auf diesem Wege dem Betriebsunternehmer ohne Weiterungen möglich sein, die Abgabe von einem im Ausland befindlichen Schuldner wieder einzuziehen. Eine Ausnahme davon, daß die Abgabe den Regeln für den Beförderungspreis folgt, ist in Abs. 2 nur hinsichtlich der Verjährung vorgesehen, um zu verhüten, daß infolge der kurzfristigen Verjährung der Ansprüche aus dem Beförderungsvertrage (BGB. § 196 Nr. 3) der Betriebsunternehmer im Falle von Nachforderungen innerhalb der für ihn bestehenden fünfjährigen Verjährungsfrist (§ 19 des Entwurfs) seines Rückgriffs gegen den Abgabenschuldner verlustig geht.

Zu den §§ 11, 12

vgl. im allgemeinen S. 10 ff., 13 ff. [hier S. 367 ff.].

Zu § 11 Abs. 2. Da im Eisenbahnverkehre für die 1. und 2. Klasse einheitlich Schnellzugszuschlagkarten ausgegeben werden, war es erforderlich, für diese einen besonderen Abgabensatz vorzusehen. Als solcher ist der Durchschnitt der Steuersätze

der 1. und 2. Klasse angenommen worden. Soweit der Schnellzugszuschlag in den Fahrkartenpreis eingerechnet ist, ist jedoch der für die betreffende Fahrklasse maßgebende Steuersatz anzuwenden.

Zu § 11 Abs. 3. Welche Fahrklassen den im Abs. 1 aufgeführten Fahrklassen in den Fällen entsprechen, in denen bei dem Unternehmen weniger als 4 Klassen bestehen, wird sich im Gesetze bei der Verschiedenheit der Verhältnisse nicht erschöpfend regeln lassen und die Bestimmung hierüber dem Bundesrate zu überlassen sein. Für den Dampfschiffsverkehr mit nur 2 Klassen wird im allgemeinen die 1. Klasse der Fahrklasse 2 und die 2. Klasse der Fahrklasse 3 im Sinne des § 11 Abs. 1 gleichzustellen sein.

Zu § 11 Abs. 4. Im Eisenbahnverkehr ist nach dem Frachturkundenstempelgesetze die Beförderung gewisser Güter wegen ihres Zusammenhanges mit der Personenbeförderung vom Frachturkundenstempel befreit geblieben, so insbesondere die Beförderung von Hunden, die von Reisenden mitgeführt werden, die Beförderung von Fahrrädern auf Gepäckschein oder Fahrradkarte, sowie die Beförderung solcher Fahrzeuge, die im Packwagen auf Gepäckschein abgefertigt werden. Es erscheint daher gerechtfertigt, auch auf diese Beförderungen die höhere Abgabe von 12 v. H. gelten zu lassen. Ob Gepäck im Sinne des Gesetzes vorliegt, soll sich somit nicht danach bestimmen, ob die Beförderung durch den Personen- und Gepäcktarif oder den Gütertarif geregelt ist, sondern danach, ob die Beförderung bereits durch den Frachtbriefstempel belastet ist oder nicht.

Zum § 12

vgl. im allgemeinen das oben S. 13 [hier S. 369] Gesagte. Für den Eisenbahnverkehr wird der Begriff des Gutes in derselben Weise abzugrenzen sein wie beim Frachturkundenstempel. Hiernach fallen insbesondere unter die Besteuerung dieses Paragraphen auch die Beförderungen von Fahrzeugen, für die Kilometerfracht für die Achse oder den Wagen berechnet wird, die Beförderungen von lebenden Tieren und von Expreßgut.

§ 13

trifft eine ähnliche Vorschrift, wie sie Spalte 4 der Tarifnummer 6 des Reichsstempelgesetzes für die Berechnung des Lotteriestempels gibt. Diese Vorschrift enthält einmal die Rechtsvermutung, daß die Abgabe in den tarifmäßigen Preis eingerechnet ist und das ist von Wichtigkeit für den Fall, daß der Betriebsunternehmer nach dem Inkrafttreten des Gesetzes seine Tarife nicht erhöht, gleichwohl aber auch demjenigen, der den Beförderungspreis zu entrichten hat, die Abgabe nicht in Rechnung stellt. Sodann gibt die Vorschrift eine Anweisung, wie die Abgabe unter der Voraussetzung zu berechnen ist, daß die Abgabe in den Tarif eingerechnet ist. Die Berechnung erfolgt danach nach der Formel $P - x = \frac{p\,x}{100}$ oder $x = \frac{P}{1 + \frac{p}{100}}$, wobei P den tarifmäßigen Preis, p den Abgabensatz, x den der Steuerpflicht unterliegenden Betrag bedeutet. Bei einem tarifmäßigen Fahrpreis von 560 Pf. und einem Abgabesatz von 12 v. H. würde mithin die Abgabe nach der Formel $x = \frac{560}{1 + \frac{12}{100}}$ von einem Betrage von 500 Pf. zu erheben sein.

Zum § 14.

Ein Abrechnungsverfahren, wie es hier vorgeschrieben ist, besteht nach § 53 des Reichsstempelgesetzes schon jetzt für die Entrichtung des Personenfahrkartenstempels. Es wird künftig auch für den Güterverkehr zu gelten haben. Durch Abs. 2 Satz 2 soll dem Bundesrate die Möglichkeit offengehalten werden, zu bestimmen, daß die aus

einem staatlichen Betrieb abzuführende Abgabe nicht erst an die Steuerstelle gezahlt, sondern daß über die Abgabe von der Landeshauptkasse mit der Reichskasse unmittelbar abgerechnet wird, wie dies nach § 41 des Reichsstempelgesetzes für die durch Verwaltungen der Staatslotterien eingezogene Lotteriestempelabgabe schon jetzt in gleicher Weise vorgeschrieben ist.

Zum § 15.

Die geschäftlichen Einrichtungen der dem öffentlichen Personen- und Güterverkehre dienenden nichtstaatlichen Beförderungsunternehmungen und der Privatbetriebe, die Güter auf eigenen Bahnen oder in eigenen Schiffen befördern, werden es der Regel nach zulässig erscheinen lassen, über die von ihnen zu entrichtenden Abgaben mit der Steuerstelle auf Grund periodischer Nachweisungen abzurechnen, wie dies nach § 14 für Reichs- und Staatsbetriebe vorgesehen ist. Bei Zulassung eines solchen Verfahrens wird insbesondere im Seeverkehr auch die Anwendung der Befreiungsvorschrift des § 3 Abs. 1 Nr. 3 keinen Schwierigkeiten begegnen können. Für die erwähnten Privatbetriebe wird als Grundlage für die Abrechnung die Führung von Anschreibungen über die Güterbewegung vorzuschreiben sein, wie dies auch im § 15 Satz 2 für die nicht zum Abrechnungsverfahren zugelassenen Betriebe vorgesehen ist. Gegenstand besonderer Verwaltungsanordnung wird es im Binnenschiffsverkehre sein, vorzuschreiben, in welcher Weise der Steuerstelle des Ortes, an dem die Löschung der Ladung oder über den die Aufsuhr erfolgt, der Nachweis zu führen ist, daß es sich um die Verschiffung von Gütern handelt, hinsichtlich deren die Abgabe im Abrechnungswege entrichtet wird.

Zum § 16.

Für den Fall, daß ein Personenbeförderungsunternehmen nicht zum Abrechnungsverfahren (§ 15) zugelassen ist, schreibt § 16 einen Zwang zur Ausstellung von Fahrkarten und deren Versteuerung in gleicher Weise vor, wie dies bisher nach §§ 54, 56 des Reichsstempelgesetzes für den Fahrkartenstempel geregelt war.

§ 17

regelt das Erhebungsverfahren im öffentlichen Güterverkehre für den Fall, daß der Betriebsunternehmer nicht nach §§ 14, 15 zum Abrechnungsverfahren zugelassen ist die Erhebung der Abgabe sich also an die Ausführung des einzelnen Beförderungsakts anzuschließen hat. Die Entrichtung der Abgabe soll auf Grund einer schriftlichen Anmeldung der geladenen Waren durch bare Einzahlung der Abgabe bei den Steuerstellen erfolgen. Als Unterlage für die Anmeldung haben die Frachturkunden oder Abschriften von diesen zu dienen. Zu der Ausstellung solcher Urkunden soll daher nach § 17 Abs. 1 ein Zwang bestehen. Eine Belästigung für den Verkehr wird dieser Urkundenzwang nicht bedeuten, da die Ausstellung solcher Urkunden schon jetzt die Regel ist und die Beförderung in kleinen Schiffsgefäßen, bei der etwa eine Bezettelung nicht üblich sein sollte, nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 von der Abgabe überhaupt befreit ist. Bei Gütern, die im Inland auszuhändigen sind, ist die Abgabe spätestens vor der Aushändigung zu entrichten. Sie kann also bei Gütern, die im Inland verfrachtet werden, nach näherer Bestimmung des Bundesrats auch bereits bei der Verladung entrichtet werden, falls dies dem Unternehmer bequemer ist. In diesem Falle wird die Erfüllung der Steuerpflicht der Steuerstelle des Ausladeorts nachzuweisen sein. Bei ausgehenden Gütern ist die Abgabe spätestens vor der Ausfuhr zu entrichten. Um den Verkehrsverhältnissen gerecht zu werden, soll der Bundesrat eine andere Regelung der Abgabeentrichtung, soweit die Wahl der Steuerstelle und der Zeitpunkt der Anmeldung und Abgabezahlung in Betracht kommt, gestatten können.

Zum § 19

vgl. auch § 10 Abs. 2.

§ 20

regelt den Austrag von Streitigkeiten im Rechtsweg zwischen der Steuerverwaltung und dem Beförderungsunternehmer hinsichtlich der Abgabeentrichtung. Die Vorschriften entsprechen denjenigen des § 110 des Reichsstempelgesetzes mit der sich aus Art. I Nr. 2 des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1910 (RGBl. 767) ergebenden Änderung. Die Art der Geltendmachung der gegenseitigen Ansprüche zwischen Betriebsunternehmer und Abgabeschuldner hinsichtlich der Zahlung der Abgabe ergibt sich aus § 10 Abs. 1.

Zum § 21 Abs. 2.

Als Erhebungsbehörden werden im Schiffsverkehre zweckmäßig die gleichen Behörden zu bestimmen sein, denen auch die Erhebung der Schiffahrtsabgabe und der Hafengelder obliegt. Soweit diese Behörden Gemeindebehörden sind, ist im § 21 die gesetzliche Ermächtigung für die Landesregierung ausgesprochen, auch diesen Behörden die Erhebung der Abgabe gegen eine ihren dienstlichen Aufwand deckende Vergütung zu übertragen, die der Bundesstaat aus der ihm nach § 30 zu gewährenden Verwaltungskostenvergütung zu bestreiten haben wird.

Zu den §§ 22 bis 28.

Die Vorschriften über die Ausübung des Prüfungsverfahrens bei den steuerpflichtigen Betrieben und über die Reichsaufsicht sowie die Strafvorschriften über das Strafverfahren sind im wesentlichen den Vorschriften des Reichsstempelgesetzes nachgebildet.

Soweit das Zusammentreffen von Hinterziehungen von Personengeldern der Post (Reichspostgesetz §§ 27 bis 29) mit einer Hinterziehung der Abgabe im Personenverkehr der Post möglich ist, greifen die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften Platz.

Zum § 31.

Zu den vom Bundesrat erlassenen Anordnungen über die Abgabenberechnung wird insbesondere auch die Bestimmung über die Art der Abrundung der Steuerbeträge, zu den Anordnungen über die Erhebung der Abgabe auch die Regelung des Erstattungsverfahrens gehören. Die Vorschrift des Satz 2, wonach der Bundesrat gestatten kann, daß von einer Abrechnung über die einzelnen Steuerbeträge abgesehen wird, wird insbesondere auch eine einfachere Abwicklung des Versteuerungsgeschäfts im Kleinbahnverkehre gestatten. Das Bedürfnis, eine Pauschalierung der Steuer zuzulassen, ergibt sich insbesondere für solche Fälle, in denen ein unter das Gesetz fallender Verkehr zwischen auf deutschem Gebiete liegenden Stationen ausländischer Betriebsverwaltungen stattfindet. Auch wird sich ein Pauschalverfahren unter Umständen in den Fällen des § 6 empfehlen.

Zum § 32 [Ges. § 34].

Zum Abs. 2. Vgl. das S. 10 [hier S. 367] Gesagte.

Zum Abs. 3, 4. Für die Übergangszeit machen sich nähere Bestimmungen über die steuerliche Behandlung der Fälle erforderlich, in denen die Beförderung nach dem Inkrafttreten des Gesetzes beginnt oder endet, der Beförderungsvertrag aber vor diesem Zeitpunkt abgeschlossen, also die Fahrkarte vorher gelöst, das Frachtgut vorher zur Beförderung aufgegeben worden ist.

Für den Güterverkehr soll allgemein vorgeschrieben werden, daß auf die Beförderung von Gütern, die vor dem Inkrafttreten des Gesetzes aufgegeben worden sind, die bisherigen Vorschriften maßgebend sein sollen, da hier nicht zu befürchten ist, daß in größerem Umfang nur wegen der Ersparung der Steuern die Aufgabe von Gütern in die Zeit vor dem Inkrafttreten des Gesetzes gedrängt wird.

Für den Personenverkehr wird man als Regel zwar auch — schon um eine einfache Abrechnung zwischen den Betriebsverwaltungen und der Steuerverwaltung zu ermöglichen — gelten lassen können, daß, wenn die Fahrkarte vor dem Inkrafttreten des Gesetzes gelöst ist, die bisherigen Vorschriften Platz greifen, auch wenn die Beförderung erst nach diesem Zeitpunkt begonnen hat oder beendet worden ist. Es wird aber verhindert werden müssen, daß zur Vermeidung der Steuer noch vor dem

Inkrafttreten des Gesetzes Fahrkarten oder Fahrkartenblocks mit einer allzuweit über die Inkraftsetzung des Gesetzes hinausreichenden Geltungsdauer ausgegeben werden. Da die zu berücksichtigenden Verhältnisse sehr verschieden liegen, soll die nähere Anordnung dem Bundesrate vorbehalten bleiben.

Literatur.

Fleischmann, Grenzen der Rechtswirksamkeit einer Tarifabrede in Straßenbenutzungsverträgen, GruchotsBeitr. 61 689 ff.

Hierzu:

a) Kaiserliche VO., betr. die Inkraftsetzung der die Besteuerung des Güterverkehrs betreffenden Vorschriften des Gesetzes vom 8. April 1917. Vom 4. Juli 1917. (RGBl. 589.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen auf Grund des § 34 des Gesetzes vom 7. April 1917 über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs (RGBl. 329) im Namen des Reichs mit Zustimmung des Bundesrats was folgt:

§ 1. Die die Besteuerung des Güterverkehrs betreffenden Vorschriften des Gesetzes vom 8. April 1917 über die Besteuerung des Personen- und Güterverkehrs (RGBl. 329) treten, soweit sich nicht aus § 34 dieses Gesetzes für die im § 11 Abs. 5 daselbst bezeichneten Beförderungsunternehmungen etwas anderes ergibt, für den öffentlichen Eisenbahngüterverkehr mit dem 1. August 1917, im übrigen mit dem 1. Oktober 1917 in Kraft.

Die Vorschriften des § 15 des bezeichneten Gesetzes über die Zulassung privater Beförderungsunternehmungen zum Abrechnungsverfahren nach § 14 des Gesetzes treten mit der Verkündung dieser Verordnung in Kraft.

§ 2. Als Güterverkehr im Sinne dieser Verordnung gilt nicht der nach den Sätzen des Gepäcktarifs abgefertigte Gepäckverkehr.

Urkundlich usw.

b) Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 5. Juli 1917. (ZBl. 146.)

§ 1.

1. Allgemeines.

(1) Unter Eisenbahnen im Sinne dieser Bestimmungen sind auch die Kleinbahnen und die Straßenbahnen zu verstehen.

(2) Der Gepäckverkehr gilt nicht als Güterverkehr im Sinne dieser Bestimmungen (vgl. jedoch § 7 Abs. 1).

(3) Die Beförderung von Gütern auf Straßenbahnen unterliegt der Besteuerung nicht, soweit es sich lediglich um die Abfuhr und Zufuhr von Gütern von und zu Bahnhöfen oder Schiffsladeplätzen oder sonst um einen nicht dem allgemeinen Verkehr eröffneten Betrieb handelt und in beiden Fällen die Beförderung nur innerhalb geschlossener Ortschaften und nicht planmäßig stattfindet.

§ 2. Zum § 3 Abs. 1 Ziffer 2 und zum § 33 des Gesetzes.

2. Dienstgut.

Unter die Befreiungen des § 3 Abs. 1 Ziffer 2 und des § 33 des Gesetzes fallen sowohl Betriebs- wie Baudienstgüter der Eisenbahnen.

§ 3. Zum § 4 Abs. 2 des Gesetzes.

3. Grenzüberschreitender Verkehr.

(1) Im grenzüberschreitenden Verkehre deutscher Eisenbahnen auf ausländischem Gebiet und ausländischer Eisenbahnen auf Reichsgebiet ist der der Abgabe zugrunde zu legende Beförderungspreis wie folgt zu berechnen:

a) Reichen Strecken deutscher Eisenbahnverwaltungen in das Gebiet eines ausländischen Staates, so sind die Strecken zwischen der Grenze und der Betriebswechselstation zu berücksichtigen. Die Landesregierung kann bestimmen, daß die im Ausland liegenden Strecken ganz oder zum Teil unberücksichtigt bleiben.

b) Reichen Strecken ausländischer Eisenbahnverwaltungen in das deutsche Reichsgebiet, so kann die Landesregierung bestimmen, daß die Strecken zwischen der Grenze und der Betriebswechselstation ganz oder zum Teil unberücksichtigt bleiben.

c) Durchschneiden Strecken deutscher Eisenbahnverwaltungen das Gebiet eines ausländischen Staates, so sind die im Ausland gelegenen Strecken zu berücksichtigen. Die Landesregierung kann bestimmen, daß diese Strecken ganz oder zum Teil unberücksichtigt bleiben.

d) Durchschneiden Strecken ausländischer Eisenbahnverwaltungen Reichsgebiet, so kann die Landesregierung bestimmen, daß die im Reichsgebiete gelegenenen Strecken ganz oder zum Teil unberücksichtigt bleiben.

e) Erstreckt sich eine deutsche Kleinbahn oder Straßenbahn ohne Betriebswechsel in ausländisches Gebiet, so gilt die Reichsgrenze als Tarifgrenze. Die hiernach zum Zwecke der Steuerberechnung aufzustellenden Tarifsätze werden auf Vorschlag der Kleinbahn- oder Straßenbahnverwaltung von der Eisenbahn-Aufsichtsbehörde festgesetzt.

Die Landesregierungen haben die von ihnen auf Grund der Ermächtigungen in a bis d getroffenen Bestimmungen dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) mitzuteilen.

(2) Der Verkehr auf Strecken deutscher Eisenbahnverwaltungen im Ausland ist abgabefrei, soweit er die Grenze nicht überschreitet; der Verkehr auf Strecken ausländischer Eisenbahnverwaltungen im Reichsgebiet ist der Abgabe unterworfen, soweit er die Grenze nicht überschreitet.

(3) Privatanschlußfrachten und andere örtliche Gebühren, die im Inland entstehen, sind der Abgabe in allen Fällen unterworfen.

§ 4. Zum § 4 Abs. 3 des Gesetzes.

4. Internationaler Verkehr.

(1) Im Güterverkehre zwischen deutschen und ausländischen Orten sowie im Verkehre vom Ausland zum Ausland durch das Reichsgebiet (internationaler Güterverkehr) ist die Abgabe, sobald sie nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes in die direkten Tarife eingerechnet ist, nach dem Teil des Beförderungspreises zu berechnen, der von den deutschen Bahnen auf deutscher Strecke in den Gesamtbeförderungspreis eingerechnet ist.

(2) Bis zur Einrechnung der Abgabe in die direkten Tarife ist die Abgabe

a) im Verkehre deutscher Stationen mit dem Ausland nach dem Beförderungspreise zu berechnen, der erhoben werden würde, wenn das Gut von oder nach der auf dem Leitungswege liegenden Grenzstation nach den ordentlichen Klassen des deutschen Tarifs zu befördern wäre. Wenn die Verkehrsleitung zeitlich wechselt, so ist der kürzeste Leitungsweg maßgebend;

b) im Verkehre von Ausland zu Ausland nach dem Beförderungspreise zu berechnen, der zu erheben wäre, wenn das Gut auf dem deutschen Durchlauf nach den ordentlichen Klassen des deutschen Tarifs abzufertigen wäre. Der der Abgabe unterworfene Anteil des inländischen Betriebsunternehmens am Beförderungspreis ist jedoch soweit zu ermäßigen als es notwendig ist, um die Ablenkung des Gutes, insbesondere auf ausländische Strecken, zu vermeiden.

§ 5. Zum § 5 des Gesetzes.

5. Beförderungspreis.

(1) Im Güterverkehre gelten als Beförderungspreis alle tarif- oder vertragsmäßigen Gebühren, die die Eisenbahn als Gegenleistung für die Fortbewegung der Güter auf dem Schienenwege von der Verladung bis zur Entladung zu fordern hat. Hierzu gehören

auch besonders zu berechnende Abfertigungsgebühren, feste Frachtzuschläge nach §§ 44, 60 der Eisenbahn-Verkehrs-Ordnung, Anschlußfrachten sowie Gebühren für die Bewegung des Gutes innerhalb der Bahnhofsanlagen.

(2) Sind Gebühren für Nebenleistungen in abgabepflichtige Gebühren eingerechnet, so ist die Abgabe von der Gesamtgebühr zu berechnen.

§ 6. Zum § 7 Abs. 2 des Gesetzes.

6. Einrechnung in die Tarife und Abrundung.

(1) Der Zeitpunkt der Einrechnung der Abgabe in die einzelnen Tarife bleibt den Eisenbahnverwaltungen überlassen.

(3) Es wird zugelassen, daß in den Militärtarif und in Tarifsätze, die die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Gütern gleichzeitig umfassen, die Abgabe nicht eingerechnet wird.

(3) Abgabebeträge, die nicht in die Tarifsätze eingerechnet sind, werden bei einem Frachtbetrage von nicht mehr als einer Mark auf volle fünf Pfennig, bei höheren Frachtbeträgen auf volle zehn Pfennig aufgerundet.

§ 7. Zum § 12 des Gesetzes.

7. Abgabepflichtige Güter.

(1) Zu den Gütern, deren Beförderung der Abgabe von 7 v. H. unterliegt, gehören außer den unter die Gütertarife der Eisenbahnen und den Militärtarif fallenden auch lebende Tiere und Fahrzeuge, die auf Frachtbriefe oder Beförderungsschein abgefertigt werden, Expreßgut mit Einschluß des nach den Sätzen des Expreßguttarifs abgefertigten Reisegepäcks und Leichen.

(2) Der Abgabe von 7 v. H. unterliegen auch die Gebühren für die Beförderung von Schutzwagen, für Leerläufe von Privatgüterwagen und Leerläufe von Sonderzügen und besonders bestellten Wagen, die der Beförderung von Gütern gedient haben oder dienen sollen, sowie die Bahnbewachungsgebühren für Güterzonderzüge. Leerlaufgebühren, die bei Abbestellung von Sonderzügen oder besonders bestellten Wagen erhoben werden, sind abgabefrei.

(3) Bei gemischten Sonderzügen ist die Abgabe von 7 v. H. von dem Anteil zu erheben, der von dem Gesamtbeförderungspreis auf die Güterbeförderung entfällt.

§ 8. Zu den §§ 14, 15 und 31 des Gesetzes.

8. Abrechnungsverfahren.

(1) Öffentliche Eisenbahnen, die das vom Reichs-Eisenbahnamt aufgestellte Normalbuchungsverfahren oder ein diesem entsprechendes Buchungsverfahren anwenden, haben die Abgabe im Wege des Abrechnungsverfahrens nach § 14 des Gesetzes zu entrichten; eine Abrechnung über die einzelnen Abgabebeträge unterbleibt. Das gleiche gilt für sonstige Eisenbahnen, soweit nicht von der Landesregierung des Bundesstaats, in dem der Sitz der Betriebsverwaltung ist, im Einvernehmen mit dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) eine abweichende Regelung getroffen wird.

(2) Die in Abs. 1 bezeichneten Eisenbahnen mit Ausnahme der Kleinbahnen und Straßenbahnen haben auf die von ihnen zu entrichtende Abgabe für jeden Kalendermonat bis zum 25. des folgenden Monats unter Vorlegung von Lieferscheinen in doppelter Ausfertigung Abschlagszahlungen in der mutmaßlichen Höhe der aufgekommenen Abgabe zu leisten.

(3) Sie haben ferner für die deutschen Güterverkehre monatlich, sobald die Einnahmen abgerechnet sind, eine Verkehrsnachweisung nach Muster 1 aufzustellen. In die Nachweisung sind die abgabepflichtigen Beträge einzustellen, die für die Betriebsrechnung festgestellt worden sind. Auf der Nachweisung muß bescheinigt sein, daß die daselbst angegebenen abgabepflichtigen Einnahmebeträge mit den für die Betriebsrechnung festgestellten Beträgen übereinstimmen.

(4) Die Nachweisungen sind von den kontrollführenden Eisenbahnverwaltungen der für den Sitz ihrer Verwaltung zuständigen Steuerstelle in zwei Ausfertigungen einzureichen. Falls mehrere Verwaltungen eine gemeinsame Kontrolle eingerichtet haben, hat die Verwaltung, der diese Kontrolle unmittelbar untersteht, die Nachweisungen zugleich für die übrigen Verwaltungen einzureichen, und zwar, soweit die Bücher für jede einzelne Verwaltung getrennt geführt werden, derart, daß die der Abgabe unterworfene Einnahme jeder einzelnen Verwaltung ersichtlich ist.

(5) Für die Wechsel- und Durchgangsverkehre mit dem Ausland hat die abrechnende deutsche Verwaltung oder, wenn die Abrechnung von einer ausländischen Verwaltung besorgt wird, die mit der Geschäftsführung für die deutschen Eisenbahnen betraute Verwaltung alsbald nach Abrechnung der Einnahmen der für sie zuständigen Steuerstelle eine Nachweisung über die in den einzelnen Verkehren nach § 4 berechneten Abgaben nach Muster 2 in zwei Ausfertigungen vorzulegen. Auf der Nachweisung muß bescheinigt sein, daß die darin verzeichneten Abgabebeträge mit der Verkehrsabrechnung übereinstimmen.

(6) Ist die Abgabe in die Tarifsätze eingerechnet, so bleibt es den im Abs. 5 genannten Verwaltungen überlassen, an Stelle der Nachweisung nach Muster 2 eine solche nach Muster 3 in zwei Ausfertigungen vorzulegen, in der die gesamten deutschen Frachtbezüge einzutragen sind. In diesem Falle ist auf der Nachweisung zu bescheinigen, daß die in die Nachweisung eingetragenen Frachtbezüge mit den laut Verkehrsabrechnung den deutschen Eisenbahnen zugeschiedenen Einnahmen übereinstimmen.

(7) Die in den Abs. 3, 5, 6 bezeichneten Bescheinigungen sind bei Staatsbahnen durch den Vorstand der Verkehrskontrolle, bei Privatbahnen durch einen Beamten der Steuerverwaltung abzugeben.

(8) Die Steuerstelle prüft die Nachweisungen (Abs. 3, 5, 6), stellt in beiden Ausfertigungen die Abgabe fest und trifft für ihre Erhebung die nötigen Anordnungen. Bleiben die Abschlagszahlungen hinter dem festgestellten Betrage zurück, so ist der fehlende Betrag nachzuerheben, im umgekehrten Falle der sich ergebende Mehrbetrag bei der nächsten Abschlagszahlung anzurechnen. Die eine Ausfertigung der Nachweisungen wird Beleg zum Anmeldungsbuche, die andere wird mit Empfangsbekenntnis zurückgegeben.

(9) Kleinbahnen und Straßenbahnen haben über die im Laufe eines Kalendermonats vereinnahmten steuerpflichtigen Frachtbeträge bis zum 25. des folgenden Monats eine Nachweisung nach dem Vorbild des Musters 1 in doppelter Ausfertigung bei der für sie örtlich zuständigen Steuerstelle einzureichen und die Abgabe gleichzeitig einzuzahlen.

(10) Kleinbahnen und Straßenbahnen, die ihre Betriebsführung einer Verwaltungsgesellschaft übertragen haben, kann auf Antrag gestattet werden, daß sie diese Gesellschaft als Vertreter bestellen und die Abrechnung und Entrichtung der Abgabe durch diese bewirken lassen. Die Verwaltungsgesellschaft hat durch eine schriftliche Erklärung anzuerkennen, daß ihr die gleichen Verpflichtungen obliegen, die durch das Gesetz und die zu seiner Ausführung erlassenen Vorschriften dem Betriebsunternehmer auferlegt sind. Über den Antrag entscheidet die für die Kleinbahn oder Straßenbahn zuständige oberste Landesfinanzbehörde, und zwar, wenn der Sitz der Bahn, und der Sitz der Verwaltungsgesellschaft in verschiedenen Bundesstaaten liegen, im Benehmen mit der für die Verwaltungsgesellschaft zuständigen obersten Landesfinanzbehörde. Die Verwaltungsgesellschaft hat im Falle der Genehmigung mit der für sie zuständigen Steuerstelle abzurechnen und die Abgabe bei dieser einzuzahlen.

§ 9. Zum § 31 des Gesetzes.

9. Militärgutsendungen.

Sind die Gebühren für Militärgut- und gemischte Militärtransporte, die gegen Stundung auf Frachtbrief oder Militärfahrschein abgefertigt sind, pauschaliert, so kann von der obersten Landesfinanzbehörde im Benehmen mit der Landeseisenbahnbehörde mit Zustimmung des Reichskanzlers (Reichsschatzamt) auch die Berechnung der Abgabe nach einem vereinfachten Verfahren angeordnet werden.

§ 10. Zum § 33 des Gesetzes.

10. Abgaberückvergütung.

(1) Die Staatsbahnverwaltung, die die Rückvergütung nach § 33 des Gesetzes beansprucht, hat der Steuerbehörde monatlich eine Nachweisung aller Sendungen mit Angabe der Bezugsorte, der Art des Gutes und des verwendeten Frachturkundenstempels vorzulegen. Beim Bezug aus dem Inland müssen aus der Nachweisung die mit der Abgabe belasteten Beförderungspreise im einzelnen und insgesamt hervorgehen. Beim Bezug aus dem Ausland ist der gezahlte Abgabenbetrag nachzuweisen. Die Rückvergütung umfaßt die Abgabe von der Güterbeförderung mit $\frac{7}{107}$ des nachgewiesenen mit der Abgabe belasteten Gesamtbeförderungsbetrags und den Frachturkundenstempel.

(2) Die Rückvergütung hat durch die für die den Antrag stellende Eisenbahnbehörde zuständige Steuerstelle zu erfolgen.

§ 11.

11. Steuerstellen.

(1) Die mit der Erhebung und Verwaltung der Abgabe betrauten Steuerstellen und die Oberbehörden, denen sie unterstehen, werden von den Landesregierungen bestimmt und öffentlich bekanntgemacht.

(2) Ein Verzeichnis der Steuerstellen und Oberbehörden ist unter Angabe ihrer Geschäftsbezirke dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) mitzuteilen. Das gleiche hat mit etwaigen späteren Veränderungen zu geschehen.

§ 12.

12. Einnahmebuch.

Jede zur Erhebung der Abgabe ermächtigte Steuerstelle hat über die Einnahmen ein Einnahmebuch zu führen, dessen Einrichtung die oberste Landesfinanzbehörde bestimmt. Das anliegende Muster 4 dient als Vorbild.

§ 13.

13. Anmeldungsbuch.

Als Vor- und Gegenbuch zum Einnahmebuch ist von jeder Steuerstelle ein Anmeldungsbuch zu führen, für welches das Muster 5 als Vorbild dient. In dieses sind die zur Entrichtung der Abgabe vorgeschriebenen Nachweisungen sowie die Abschlagszahlungen einzutragen.

§ 14.

14. Prüfung und Aufbewahrung der Bücher.

(1) Das Einnahmebuch und das Anmeldungsbuch werden für die Dauer des Rechnungsjahrs geführt und nach Jahresschluß abgeschlossen mit den dazugehörigen Belegen an die Oberbehörde zur Prüfung eingereicht.

(2) Das Einnahmebuch, das Anmeldungsbuch und die dazu gehörigen Belege sind nach ihrem Abschluß noch 10 Jahre aufzubewahren.

§ 15.

15. Behandlung der Anmeldungen.

Die bei den Steuerstellen eingehenden Nachweisungen zur Entrichtung der Abgabe und die Lieferscheine über Abschlagszahlungen sind mit dem Tage des Einganges, der Nummer des Anmeldungsbuchs und einem deutlichen Abdruck des gewöhnlichen Amtsstempels der Steuerstelle zu versehen. Die Nachweisungen und Lieferscheine sind nach den Nummern dieses Buches zu ordnen und ihm als Belege beizufügen.

§ 16.

16. Änderungsbefugnis des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler (Reichsschatzamt) wird ermächtigt, die vorstehenden Bestimmungen, soweit sie die Form der Erhebung der Abgaben und die Buchführung betreffen, nach Bedürfnis abzuändern oder zu ergänzen.

Kohlensteuergesetz. Vom 8. April 1917. (RGBl. 340.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

I. Abschnitt.

Allgemeine Vorschriften.

§ 1. Die inländische sowie die aus dem Ausland eingeführte Kohle unterliegt einer in die Reichskasse fließenden Abgabe (Kohlensteuer).

§ 2. Im Sinne dieses Gesetzes gelten als Kohle alle Arten nicht aufbereiteter oder aufbereiteter Stein- und Braunkohle, bei Braunkohle auch die aus ihr hergestellten Preßkohlen, bei der Einfuhr aus dem Ausland außerdem Koks sowie die aus Steinkohle hergestellten Preßkohlen.

§ 3. Zur Entrichtung der Steuer ist verpflichtet, wer von ihm im Inland gewonnene Kohle oder aus von ihm gewonnener Braunkohle hergestellte Preßkohlen auf Grund eines Kaufvertrags liefert oder sie sonst abgibt oder sie der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zuführt.

Zur Entrichtung der Steuer ist ferner verpflichtet, wer von einem anderen im Inland gewonnene Steinkohle aufbereitet oder wer von einem anderen im Inland gewonnene Braunkohle zu Preßkohlen verarbeitet und dann auf Grund eines Kaufvertrags liefert oder sie sonst abgibt oder sie der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zuführt. Er erhält bei Versteuerung der bei ihm steuerpflichtig gewordenen Kohle die Steuer vergütet, welche für die zur Aufbereitung oder Verarbeitung bezogene Kohle entrichtet worden ist.

Zur Entrichtung der Steuer für aus dem Ausland eingeführte Kohle ist der Empfänger verpflichtet.

§ 4. Die Steuerpflicht für die inländische Kohle tritt ein, sobald die Kohle geliefert, sonst abgegeben oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zugeführt wird; die Steuer wird fällig am letzten des folgenden Monats. Der Bundesrat kann bestimmen, daß bei zur Verkokung gebrachten Steinkohlen die steuerpflichtige Menge allgemein oder in besonderen Fällen nach dem normalen Ausbringen an Koks ermittelt wird und die Versteuerung erst erfolgt, wenn der Koks auf Grund eines Kaufvertrags geliefert oder sonst abgegeben oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zugeführt wird.

Die Steuerpflicht für aus dem Ausland eingeführte Kohle tritt ein mit der Grenzüberschreitung. Die Steuer wird fällig, sobald die Sendung zum freien Verkehr abgefertigt worden ist. Die steuerpflichtige Kohle haftet ohne Rücksicht auf die Rechte eines Dritten für die darauf ruhende Steuer und kann, solange deren Entrichtung nicht erfolgt ist, von der Steuerbehörde zurückbehalten oder mit Beschlag belegt werden.

Im Falle der Hinterziehung gilt die Steuer als in dem Augenblicke fällig geworden, in dem die Kohle zur Versteuerung hätte angemeldet werden müssen.

§ 5. Der Versteuerung unterliegen nicht die zur Aufrechterhaltung des Betriebs des Bergwerkes sowie der Aufbereitungsanlagen erforderlichen Kohlen, ferner diejenigen Mengen an Braunkohle, welche als Betriebsmittel zur Herstellung der Preßkohlen benötigt werden.

Der Versteuerung unterliegen ferner nicht die auf Grund des Arbeitsverhältnisses oder Herkommens den Angestellten und der Belegschaft der Bergwerke sowie deren Berg-

invaliden und Bergmannswitwen für deren eigenen Bedarf aus der eigenen Förderung gewährten Hausbrandkohlen.

Der Bundesrat ist ermächtigt, Bestimmungen zu treffen, inwieweit Kohle steuerfrei zu belassen ist, die zum Betriebe von Schiffen oder Eisenbahnzügen dient, die den Verkehr mit dem Ausland vermitteln. Das gleiche gilt für Kohle, welche zu Ölen, Fetten, Wachs und ähnlichen Erzeugnissen verarbeitet wird.

§ 6. Die Steuer beträgt zwanzig vom Hundert des Wertes der gelieferten oder sonst abgegebenen oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zugeführten oder der eingeführten Kohle.

Sofern Gemeinden oder Gemeindeverbände nach vom Bundesrat aufzustellenden Grundsätzen Einrichtungen treffen, die den Inhabern von Kleinwohnungen den Bezug von Hausbrandkohlen verbilligen, so werden die für diesen Zweck bezogenen Kohlen von der Steuer zur Hälfte befreit.

§ 7. Die steuerpflichtig gewordene Kohle ist nach Menge und Wert nach näherer Bestimmung des Bundesrats der Steuerbehörde schriftlich anzumelden.

§ 8. Als Wert der auf Grund eines Kaufvertrags gelieferten Kohle gilt der Verkaufspreis, ab Grube (§ 3 Abs. 1) oder Verarbeitungsstelle (§ 3 Abs. 2) gerechnet. Nachvergütungen oder neben dem Verkaufspreis gewährte Vorteile gelten als Teil des Verkaufspreises. Ist der Verkaufspreis einschließlich Steuer berechnet, so wird der Versteuerung der Verkaufspreis abzüglich der Steuer zugrunde gelegt.

Erfolgt die Lieferung unmittelbar oder mittelbar an einen Wiederverkäufer, an dessen Verkaufserlös der Steuerpflichtige beteiligt ist, so kann die Steuerbehörde den der Versteuerung zugrunde zu legenden Verkaufspreis unter Berücksichtigung des bei dem Wiederverkauf erzielten Zwischengewinns gemäß § 10 anderweit festsetzen.

Der Wert der in anderer Weise als durch Verkauf abgegebenen sowie der der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zugeführten Kohle bestimmt sich nach dem für Kohle gleicher Art ab Grube oder ab Verarbeitungsstelle geltenden Verkaufspreis.

§ 9. Als Wert der aus dem Ausland eingeführten Kohle gilt der Erwerbspreis zuzüglich der bis zum Orte der Grenzeingangsstelle entstandenen Kosten. Der Bundesrat ist ermächtigt, für diese Zuschläge feste Sätze für je eine Tonne Kohlen zu bestimmen oder der Besteuerung lediglich den Erwerbspreis zugrunde zu legen.

Der Bundesrat wird ermächtigt, bezüglich der Einfuhr von Kohle aus Staaten, welche selber eine Steuer auf Kohle erheben, Vereinbarungen zu treffen, durch welche eine Doppelbesteuerung der Kohle vermieden wird.

§ 10. Steht der angegebene Verkaufspreis im Mißverhältnis zu den sonst ab Grube oder ab Verarbeitungsstelle abgeschlossenen Preisen für entsprechende Mengen von Kohle gleicher Art oder trägt die Steuerbehörde Bedenken, den nach § 8 Abs. 3 oder § 9 angemeldeten Wert als richtig anzunehmen, so kann die Steuerbehörde die Anmeldung beanstanden.

Führen die Verhandlungen mit dem Steuerpflichtigen nicht zu einer Einigung, so ist die Steuerbehörde berechtigt, der Versteuerung den Marktpreis zugrunde zu legen oder in Ermangelung eines solchen den Wert schätzen zu lassen und danach die Steuer festzusetzen.

§ 11. Wird der Wert der Kohle von der Steuerbehörde abweichend von der Anmeldung des Steuerpflichtigen festgesetzt, so ist dem Steuerpflichtigen über die Festsetzung ein Bescheid zu erteilen.

Gegen den Bescheid ist die Beschwerde im Verwaltungswege zulässig. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 12. Ansprüche auf Zahlung oder Erstattung der Steuer verjähren in einem Jahre vom Tage des Eintritts der Fälligkeit oder der Entrichtung ab. Der Anspruch auf Nachzahlung eines hinterzogenen Steuerbetrags verjährt in drei Jahren.

Die Verjährung wird durch jede von der zuständigen Behörde gegen den Zahlungspflichtigen zur Geltendmachung des Anspruchs gerichtete Handlung unterbrochen.

II. Abschnitt.

Steueraufsicht.

§ 13. Wer im Inland Kohle gewinnen, aufbereiten oder Braunkohle zu Preßkohlen verarbeiten will, hat dies vor der Eröffnung des Betriebs der Steuerbehörde nach deren näherer Bestimmung anzumelden. Ebenso sind alle Änderungen im Besitz oder im Betrieb anzumelden, die auf die Festsetzung oder die Entrichtung der Steuer Einfluß haben.

§ 14. Ein Betriebsinhaber, der den Betrieb nicht selbst leitet, hat der Steuerbehörde diejenige Person zu bezeichnen, die als Betriebsleiter in seinem Namen handelt.

Die im folgenden für den Betriebsinhaber gegebenen Vorschriften gelten, mit Ausnahme derjenigen über die Kostenpflicht im § 17 Satz 2, auch für den Betriebsleiter.

§ 15. Die nach § 3 Abs. 1 und 2 steuerpflichtigen Betriebe unterliegen der Steueraufsicht. Die Beamten der Steuerverwaltung sind befugt, die Anlagen, solange darin gearbeitet wird, zu jeder Zeit, andrenfalls während der Tagesstunden zu besuchen. Die Befugnis erstreckt sich nur auf die über Tage liegenden Teile der Anlagen, einschließlich der Geschäftsräume und Verladungsanlagen. Die Zeitbeschränkung fällt weg, wenn Gefahr im Verzug ist.

§ 16. Der Betriebsinhaber hat den Steuerbeamten jede für die Steueraufsicht erforderliche Auskunft über den Betrieb und den Absatz zu erteilen.

§ 17. Ist der Betriebsinhaber wegen Steuerhinterziehung bestraft worden, so kann der Betrieb besonderen Aufsichtsmaßnahmen unterworfen werden. Die Kosten fallen dem Betriebsinhaber zur Last. Die Einziehung der Kosten erfolgt nach den Vorschriften über das Verfahren für die Beitreibung der Zölle und mit deren Vorzugsrechten.

§ 18. Der Betriebsinhaber ist verpflichtet, nach Bestimmung der Steuerbehörde über die gewonnenen, bezogenen und verarbeiteten sowie über die auf Grund von Kaufverträgen gelieferten oder sonst abgegebenen oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zugeführten Mengen Kohle fortlaufende Anschreibungen nach Sorten und Wert zu führen.

Den Oberbeamten der Steuerverwaltung sind die auf die Gewinnung, den Bezug, die Verarbeitung und den Absatz der Kohle bezüglichen Geschäftsbücher und Geschäftspapiere auf Erfordern zur Einsicht vorzulegen.

§ 19. Für Anlagen, die von einem Bundesstaate betrieben werden, kann der Bundesrat in Ansehung der Steueraufsicht Abweichungen zulassen.

§ 20. Aus dem Ausland darf Kohle nur auf einer Zollstraße und während der Zollstunden eingeführt werden.

III. Abschnitt.

Strafvorschriften.

§ 21. Wer es unternimmt, dem Reiche die in diesem Gesetze vorgesehene Steuer vorzuenthalten, macht sich der Hinterziehung schuldig.

§ 22. Der Tatbestand des § 21 wird insbesondere dann als vorliegend angenommen,

1. wenn mit der Gewinnung, Aufbereitung oder Verarbeitung von Kohle begonnen wird, bevor die Anmeldung des Betriebs (§ 13) in der vorgeschriebenen Weise erfolgt ist;
2. wenn die im § 7 vorgeschriebene Anmeldung nicht oder nicht richtig abgegeben wird;
3. wenn die im § 18 vorgeschriebenen Anschreibungen nicht oder nicht richtig geführt werden;
4. wenn Kohle aus dem Ausland nicht auf einer Zollstraße oder nicht während der Zollstunden eingeführt wird.

Der Hinterziehung wird es gleichgeachtet, wenn jemand Kohle, von der er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß hinsichtlich ihrer eine Hinterziehung der Steuer stattgefunden hat, erwirbt und den Erwerb nicht sofort der Steuerbehörde anmeldet.

Wird festgestellt, daß eine Vorenthaltung der Steuer nicht stattgefunden hat oder nicht beabsichtigt worden ist, so tritt nur eine Ordnungsstrafe nach § 25 ein.

§ 23. Wer eine Hinterziehung begeht, wird mit einer Geldstrafe in Höhe des vierfachen Betrags der Steuer, mindestens aber in Höhe von eintausend Mark für jeden einzelnen Fall bestraft. Außerdem ist die Steuer von dem Steuerpflichtigen nachzuzahlen.

Kann der Betrag der Steuer nicht festgestellt werden, so tritt eine Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark ein.

§ 24. Im Falle der Wiederholung der Hinterziehung nach vorausgegangener Bestrafung werden die im § 23 vorgesehenen Strafen verdoppelt.

Jeder fernere Rückfall wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und zugleich mit Geldstrafe nicht unter dem Vierfachen der im § 23 vorgesehenen Strafen bestraft; doch kann nach richterlichem Ermessen mit Berücksichtigung aller Umstände und der vorangegangenen Fälle an Stelle der Gefängnisstrafe auf Haft oder auf Geldstrafe nicht unter dem Vierfachen der im § 23 vorgesehenen Strafen erkannt werden.

Die Rückfallstrafe tritt ein, auch wenn die frühere Strafe nur teilweise verbüßt oder ganz oder teilweise erlassen worden ist; sie bleibt ausgeschlossen wenn seit der Verbüßung oder dem Erlasse der früheren Strafe bis zur Begehung der neuen Straftat drei Jahre verflossen sind.

§ 25. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes und die dazu erlassenen und öffentlich oder den Beteiligten besonders bekanntgemachten Verwaltungsbestimmungen werden, sofern sie nicht nach den §§ 23 und 24 mit einer besonderen Strafe bedroht sind, mit einer Ordnungsstrafe von einer Mark bis zu dreihundert Mark bestraft.

§ 26. Der Inhaber des unter Steueraufsicht stehenden Betriebs (§ 15) und der Empfänger haften für die von ihren Verwaltern, Geschäftsführern, Gehilfen und sonstigen in ihrem Dienste oder Lohne stehenden Personen sowie von ihren Familien- oder Haushaltungsmitgliedern verwirkten Geldstrafen und Kosten des Strafverfahrens im Falle des Unvermögens der eigentlich Schuldigen, wenn nachgewiesen wird,

1. daß die Zuwiderhandlung mit ihrem Wissen verübt ist, oder
2. daß sie bei Auswahl und Anstellung der Verwalter, Geschäftsführer, Gehilfen und sonstigen in ihrem Dienste oder Lohne stehenden Personen oder bei Beaufsichtigung dieser sowie der bezeichneten Hausgenossen nicht mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmanns vorgegangen sind.

Läßt sich die Geldstrafe von dem Schuldigen nicht beitreiben, so kann die Steuerbehörde davon absehen, den für die Geldstrafe Haftenden in Anspruch zu nehmen und die an Stelle der Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe an dem Schuldigen vollstrecken lassen.

§ 27. Bei Umwandlung der nicht beizutreibenden Geldstrafen in Freiheitsstrafen darf die Freiheitsstrafe bei einer Hinterziehung im ersten Falle sechs Monate, im ersten Rückfall ein Jahr und im ferneren Rückfall zwei Jahre, bei einer Ordnungswidrigkeit drei Monate nicht übersteigen. Im Falle des § 23 Abs. 2 bleibt bei der Umwandlung ein Fünftel der Geldstrafe außer Betracht.

§ 28. Die Steuerbehörde kann die Beobachtung der auf Grund dieses Gesetzes getroffenen Anordnungen durch Androhung und Einziehung von Geldstrafen bis zu fünfhundert Mark im einzelnen Falle erzwingen. Die Vorschrift des § 17 letzter Satz findet entsprechende Anwendung.

§ 29. Die Strafverfolgung von Hinterziehungen verjährt in drei Jahren, von Ordnungswidrigkeiten in einem Jahre.

§ 30. In Ansehung des Verwaltungsstrafverfahrens, der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gnadenwege sowie in Ansehung der Strafvollstreckung kommen die Vorschriften zur Anwendung, nach denen sich das Verfahren wegen Zuwiderhandlung gegen die Zollgesetze bestimmt.

Die Geldstrafen fallen dem Staate zu, von dessen Behörden die Strafentscheidung erlassen ist. Im Falle des § 23 Abs. 2 ist von dem Betrage der Geldstrafe der fünfte Teil an Stelle des nicht festgestellten Steuerbetrags an die Reichskasse abzuführen.

§ 31. Ein im Strafverfahren eingegangener Geldbetrag ist im Verhältnis zur Reichskasse zunächst auf die Steuer zu verrechnen.

IV. Abschnitt.

Sonstige Vorschriften.

§ 32. Der Bundesrat erläßt besondere Bestimmungen für die außerhalb der Zollgrenze liegenden Teile des Reichsgebiets, soweit dort die Vorschriften dieses Gesetzes nicht anwendbar sind; auch kann er auf Antrag der Landesregierung an Stelle der in diesem Gesetze vorgesehenen Steuer die Zahlung einer Abfindung an die Reichskasse zulassen.

§ 33. Kohle, die aus den dem Zollgebiet angeschlossenen Staaten und Gebietsteilen eingeht, ist spätestens beim Eintritt in das Inland zu versteuern.

§ 34. Der Reichskanzler kann unter Zustimmung des Bundesrats wegen Herbeiführung einer den Vorschriften dieses Gesetzes entsprechenden Besteuerung in den dem Zollgebiet angeschlossenen Staaten und Gebietsteilen, wegen Überweisung der Steuer für die im gegenseitigen Verkehr übergehenden steuerpflichtigen Brennstoffe oder wegen Begründung einer Steuergemeinschaft mit den fremden Regierungen Vereinbarungen treffen.

§ 35. Die Erhebung und Verwaltung der Kohlensteuer erfolgt durch die Landesbehörden. Die erwachsenden Kosten werden den Bundesstaaten nach den vom Bundesrate zu erlassenden Bestimmungen vergütet.

Die Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern und die ihnen unterstellten Aufsichtsbeamten haben in bezug auf die Ausführung des Gesetzes dieselben Rechte und Pflichten wie bezüglich der Erhebung und Verwaltung der Zölle.

In denjenigen Staaten, in denen die bezeichneten Geschäfte anderen Behörden als den Zollbehörden übertragen sind, werden Umfang und Art der Tätigkeit der Reichsaufsichtsbeamten vom Reichskanzler im Einvernehmen mit der beteiligten Landesregierung geregelt.

V. Abschnitt.

Übergangs- und Schlußvorschriften.

§ 36. Von den bestehenden steuerpflichtigen Betrieben sind die nach diesem Gesetz erforderlichen Anmeldungen zur Vermeidung der im § 25 angedrohten Ordnungsstrafen zu einem vom Bundesrate zu bestimmenden Zeitpunkt zu erstatten.

§ 37. Soweit beim Inkrafttreten dieses Gesetzes Verträge über Lieferung von Kohle oder aus Kohle hergestellten festen Brennstoffen bestehen, ist der Lieferer berechtigt, dem Abnehmer die auf die zu liefernde Menge entfallende Kohlensteuer in Rechnung zu stellen.

Soweit beim Inkrafttreten dieses Gesetzes Verträge über Ausbeutung von Feldern oder Feldesteilen durch Dritte bestehen, bei denen die als Entgelt zu zahlende Abgabe auf die Tonne Förderung sich ganz oder zum Teil nach der Höhe der jeweiligen Verkaufs- oder Verrechnungspreise bestimmt, scheidet für die Berechnung der Höhe der Tonnenabgabe derjenige Teil der jeweiligen Verkaufs- oder Verrechnungspreise aus, der durch die Kohlensteuer bedingt ist.

Soweit beim Inkrafttreten dieses Gesetzes Verträge über Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas, Wasser, Heizung oder Dampfkraft oder Preisvereinbarungen über derartige Leistungen bestehen, ist der Lieferer berechtigt, einen Zuschlag zum Preise zu verlangen, welcher der ihm durch die Kohlensteuer verursachten Erhöhung der Herstellungs-, Betriebs- oder Bezugskosten entspricht. Das gleiche gilt bezüglich der Verträge über Personen- und Güterbeförderung im See- oder Binnenschiffahrtsverkehre. Der Bundesrat ist ermächtigt, die Entscheidung entstehender Streitigkeiten Schiedsgerichten zuzuweisen.

§ 38. Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. August 1917 in Kraft und hat Gültigkeit bis 31. Juli 1920.

Urkundlich usw.

Begründung.

I. Im allgemeinen.

Während der Kriegszeit ist in der Tages- und in der Fachpresse, in Einzelschriften und in Vorträgen, vielfach auch durch der Reichsleitung unmittelbar zugegangene Anregungen immer wieder auf die Kohle als eine der ergiebigsten und am leichtesten erfaßbaren Steuerquellen hingewiesen worden. Auch der Bergbau rechnet seit längerer Zeit mit einer solchen Steuer; so hat das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat bereits im Jahre 1915 die Kohlensteuerklausel in seine Verkaufsbedingungen aufgenommen.

Die Reichsleitung hat die Erfassung dieses wichtigsten Produktionsmittels so lange zurückgestellt, als die Finanzlage dies irgend gestattete. Nunmehr zwingt der Bedarf zur Erschließung auch dieser Steuerquelle.

Der deutsche Steinkohlenbergbau umfaßt 350, der Braunkohlenbergbau 465 Betriebe. Die Zahl der Betriebsinhaber ist auf etwa 500, der derzeitige Wert der deutschen Kohlenförderung auf 2200 bis 2500 Millionen Mark zu schätzen. Die Kohlensteuer bietet demnach die Möglichkeit, dem Reiche den erforderlichen Betrag von etwa 500 Millionen Mark aus einer einzigen, einfach zu veranlagenden und bei nur etwa 500 Pflichtigen zu erhebenden Steuer zuzuführen. Diesem Vorteil ist während der Kriegszeit ein erhebliches Gewicht beizumessen nicht nur mit Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der Reichs- und Staatsbehörden, sondern auch mit Rücksicht auf die Bevölkerung. Denn die Arbeitskräfte aller Berufsstände sind bereits so angespannt, daß auch die Steuerpolitik dieser Tatsache Rechnung tragen muß.

Bei der Prüfung der wirtschaftlichen Zulässigkeit einer Kohlensteuer in der vorgesehenen Höhe von 20 v. H. ihres Wertes ab Grube mußten die für die Zeit nach dem Kriege zu beobachtenden Rücksichten, vor allem die auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Ausfuhrindustrien, zurückgestellt werden. Denn die Frage, in welchem Umfang für diese Industrien und auch für die Reedereien eine Verteuerung der Kohle erträglich sein wird, läßt sich erst beantworten, wenn die Bedingungen übersehbar sind, unter denen nach dem Kriege einerseits die Auslandsmärkte den deutschen Erzeugnissen offenstehen, andererseits die Industrien des Auslandes selbst arbeiten werden. Diese Frage ist demnach erst nach dem Kriege als ein wichtiger Teil der Neuregelung unserer Wirtschaft zu prüfen.

Die Erhebung einer Kohlensteuer während des Krieges wird vielleicht dem Einwand begegnen, daß die Kohlenpreise seit Kriegsausbruch nicht unerheblich gestiegen sind. Aber jede während des Krieges eingeführte Steuer muß einer geminderten Tragfähigkeit aufgebürdet werden. Hier werden die Bedenken durch die Tatsache wesentlich abgeschwächt, daß Deutschland zur Zeit die weitaus billigsten Kohlenpreise der Welt hat. Aus den in den Anlagen gegebenen Übersichten geht hervor, daß die Richtpreise des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats seit 1913/14 um durchschnittlich etwa 4,50 M. gestiegen sind, während sich die Inlandspreise Englands durchschnittlich verdoppelten. Dieser Steigerung entsprachen die von den Neutralen zu zahlenden Preise. So berichtet The North East Coast Commercial Compendium vom November 1916 über die für Dezember 1916 getätigten Abschlüsse der norwegischen und der dänischen Staatsbahnen, daß erstere für 18000 t D. C. B. Steam Coal 29 sh 9 d fob, letztere für 6000 t der gleichen Sorte 30 sh fob zahlten.

Die enorme Höhe der in Frankreich und in Italien herrschenden Preise ist bekannt. Bemerkenswert ist die außerordentliche, seit Ende 1915 einsetzende Steigerung der nordamerikanischen Preise, welche z. B. gute Pennsylvaniakohle frei New Yorker Hafen von 2,80 $ Anfang 1915 auf 3,50 $ im Dezember 1915 und auf 6,25 bis 7 $ im Dezember 1916 hinaufschnellen ließ.

Der vergleichsweise niedrige deutsche Preisstand ist unter anderem der Tatsache zuzuschreiben, daß eine Erhöhung der Inlandspreise nur knapp im Ausmaß der Steigerung der Betriebskosten des Bergbaues zugelassen wurde.

Den Kleinverbrauch, auf den etwa 10 v. H. des gesamten Kohlenverbrauchs entfallen, wird selbst eine so hohe Kohlensteuer, wie sie die Vorlage bringt, nicht drückender belasten als in ihren mittelbaren Wirkungen irgendeine andere Steuer gleichen Ertrags. Vor allem ist bei der Berechnung der Belastung zu berücksichtigen, daß in dem von dem Kleinverbraucher zu zahlenden Preise der auf Fracht- und Abrollungszuschläge entfallende Anteil durchschnittlich den des reinen, ab Grube zu zahlenden Kohlenpreises übersteigt, die durch die Steuer bewirkte Belastung also prozentual erheblich abgeschwächt wird. Als Beispiel mögen die Berliner Kleinhandelspreise für Anfang Februar 1917 dienen: Der Verband der Berliner Kohlen-Großhändler setzte als Richtpreis für Ilse-Briketts frei Haus 18 M. je 1000 Stück fest, während sich der Preis ab Werk für den 20 bis 22 000 Stück enthaltenden Waggon auf 155 M. stellte. Der der Versteuerung zugrunde zu legende Wert betrug demnach nur 40 bis 43 v. H. des Kleinhandelspreises; die Belastung der Kohle durch eine 20 v. H. betragende Steuer würde sich im vorliegenden Falle für den Kleinhandelspreis auf etwa 8 v. H. abschwächen.

Nach der für das Jahr 1907 von dem Kaiserlichen Statistischen Amte veranstalteten „Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche" entfielen von der Gesamtausgabe auf Heizung und Beleuchtung bei Familien mit einer Ausgabe von unter 2000 M. etwa 5 v. H.

Nach der von dem „Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen" zu Berlin für den April 1916 veranstalteten Erhebung entfielen auf den Kopf der Verbraucher für Feuerung (Holz, Kohlen) und Beleuchtung 3,6 v. H. der Gesamtausgabe (gegenüber 4,98 v. H. für Vergnügen, Sport und Geschenke).

Die Erhöhung des Ausgabenanteils für Heizung usw. um etwa 0,5 v. H. des Gesamtausgabenbetrags kann bei der derzeitigen Finanzlage des Reichs wohl schwerlich als eine übermäßige Belastung bezeichnet werden.

Die Steuer muß zum Ausgleich des Fehlbetrags etwa 500 Millionen Mark erbringen. Es betrugen die deutsche Kohlengewinnung und ihr geschätzter Wert

1913		
Steinkohle	190 109 440 t	2 135 978 000 M.
Braunkohle	87 233 084 t	191 920 000 „
1914		
Steinkohle	161 535 000 t	1 776 885 000 M.
Braunkohle	83 947 000 t	193 078 200 „
1915		
Steinkohle	146 712 000 t	1 797 222 000 M.
Braunkohle	88 370 000 t	220 925 000 „.

Der durch die Verarbeitung von Braunkohle zu Preßkohlen erzielte Mehrwert betrug

1913.	etwa 51 153 000 M.
1914.	„ 50 000 000 „
1915.	„ 58 000 000 „.

Von den vorstehenden Werten kommen für die Besteuerung noch die zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Bergwerke und der Aufbereitungsanlagen erforderlichen Kohlen sowie diejenigen Mengen an Braunkohle in Abzug, welche zur Herstellung von Preßkohlen benötigt werden. Der erforderliche Ertrag von annähernd 500 Millionen M. wird daher bei Bemessung des Steuersatzes auf 20 v. H. des Wertes nur knapp erreicht, selbst wenn man für das Jahr 1917 und die folgenden Jahre mit einer gesteigerten Förderung und höheren Preisen rechnet. Die Einfuhr ist bei der Ertragsberechnung unberücksichtigt geblieben, weil sie unter den derzeitigen Verhältnissen für das finanzielle Ergebnis nicht von Belang sein wird.

Als Form der Besteuerung ist sowohl eine je Tonne geförderte Kohle zu ent-

richtende feste Abgabe, also eine reine Gewichtssteuer, als auch eine nach dem Werte der Bergwerkserzeugnisse auferlegte Abgabe denkbar. Die letztere Form findet sich bereits in der früheren preußischen, aus dem landrechtlichen Bergwerkszehnten entstandenen Bergwerksabgabe, welche zuletzt 2 v. H. vom Werte der abgesetzten Bergwerksprodukte, zur Zeit ihres Absatzes berechnet, betrug.

Die letzthin in der Öffentlichkeit gegebenen Anregungen gehen vielfach auf den Vorschlag der reinen Gewichtssteuer, der „Förderabgabe", hinaus. Diese Form erscheint aber nur gangbar, so lange die Abgabe sich auf ganz geringe Sätze beschränkt. Denn wie die in den Anlagen beigefügten statistischen Nachweisungen zeigen, besteht zwischen der Förderung der verschiedenen Reviere eine außerordentliche Wertverschiedenheit. So lagen im Jahre 1913 bei der Steinkohle die Durchschnittswerte für die Tonne Jahresgewinnung zwischen 9,08 M. (Oberschlesisches Revier) und 13,47 M. (Thüringischer Steinkohlenbezirk), bei der Braunkohle zwischen 1,35 M. (Oberpfälzer Braunkohlenbezirk) und 6,63 M. (Westerwälder Bezirk), während die auch zu den Braunkohlen gerechnete hochwertige Oberbayerische Pechkohle sogar einen Durchschnittspreis von 13,10 M. aufwies. Auch die Preise der innerhalb desselben Reviers geförderten Kohlensorten zeigen ganz außerordentliche Verschiedenheiten. Würde man, unter Freilassung des Selbstverbrauchs, nach Maßgabe der Förderziffern des Jahres 1913 den Betrag von rund 500 Millionen M. durch eine Förderabgabe aufbringen wollen, so würde bei Zugrundelegung des vielfach vorgeschlagenen Belastungsverhältnisses von Steinkohle zu Braunkohle von etwa 3 : 1 die Förderabgabe für erstere auf 2,50 M., für letztere auf 0,85 M. zu bemessen sein. Dies würde einer Wertbelastung entsprechen:

für das Oberschlesische Steinkohlenrevier von durchschnittlich . . 27,5 v. H.,
„ „ Thüringer Steinkohlenrevier von durchschnittlich . . . . 18,5 „
„ „ Oberpfälzer Braunkohlenrevier von durchschnittlich . . . 63,0 „
„ „ Westerwälder Braunkohlenrevier von durchschnittlich . . 13,0 „.

Eine derartige Besteuerung würde gegenüber den Bergbaubetrieben der steuerlichen Gerechtigkeit entbehren. Sie würde ferner durch Verschiebung des derzeitigen Wertverhältnisses der verschiedenen Kohlensorten schwere Eingriffe in das gesamte Wirtschaftsleben vollziehen. So sind die großen, vor allem während des Krieges entstandenen elektrochemischen und elektrometallurgischen Industrien auf der derzeitigen Preislage minderwertiger Brennstoffe aufgebaut. Die moderne Elektrizitätsversorgung ist in den letzten Jahren in immer steigendem Maße eine Vergleichsrechnung geworden zwischen den Kosten der Lieferung der aus minderwertigen Brennstoffen an ihrem Fundort gewonnenen Energie durch den Draht und dem im Rohzustand erfolgenden Transport hochwertiger Kohle zum Verbrauchsort. Allen diesen Berechnungen würde der Boden entzogen werden.

Die weitere Ausnutzung minderwertiger Brennstoffe, bisher ein Ziel angestrengten wirtschaftlichen und technischen Strebens, würde gehemmt. Denn die Verwendung solcher Brennstoffe ist stets mit erhöhten Anlagekosten und mit betrieblichen Erschwerungen verknüpft, bietet also nur dann einen Reiz, wenn wesentliche ökonomische Vorteile erreicht werden. Bei der für sie hiernach erzielbaren Preisstellung bewegt sich ihr Abbau bereits jetzt meist an der Grenze der Wirtschaftlichkeit. Jede Besteuerung, welche sie, auf den Marktwert bezogen, prozentual höher als vollwertige Brennstoffe belastet, wirkt in diesem Umfang als Erhöhung der Selbstkosten und verschiebt sehr schnell die Grenze der Abbaufähigkeit nach oben. Die Förderabgabe würde demnach die Wettbewerbsfähigkeit der minderwertigen Braunkohle einschränken und bei der Steinkohle einen starken Anreiz auf die Qualitätsverbesserung der Förderung ausüben, welcher den Bestrebungen nach möglichst sparsamer Ausnutzung der heimischen Bodenschätze entgegenwirken würde.

Die verbündeten Regierungen haben sich aus diesen Gründen entschlossen, eine Besteuerung nach dem Werte in Vorschlag zu bringen.

Für die Ermittlung dieses Wertes konnten nur wirtschaftliche, nicht technische Merkmale in Frage kommen. Denn kein Kohlenvorkommen hat einen Wert an sich; weit mehr noch als durch den Gehalt an Wärmeeinheiten, an flüchtigen Substanzen und ähnliche der Kohle innewohnende Eigenschaften bestimmt sich der Wert eines Vorkommens durch seine Frachtlage gegenüber anderen Revieren. Einen Maßstab für den durch die Steuer zu erfassenden wirtschaftlichen Wert der Kohle bietet daher in erster Linie der Verkaufspreis oder der Vergleich mit den Verkaufspreisen von Kohle gleicher Art und Belegenheit. Die Vorlage geht damit im wesentlichen auf die Grundsätze der alten preußischen Bergwerksabgabe zurück.

Steuertechnisch wird sich die Anwendung dieses Maßstabes einfach gestalten bei der verkauften Kohle. Dies sind bei der Steinkohle etwa 70 v. H., bei der Braunkohle infolge der Einbeziehung der Preßkohle mindestens 90 v. H. der steuerpflichtigen Mengen. Von der nicht verkauften Kohle entfällt der Hauptteil auf den Bedarf der Kokereien und anderer Nebenbetriebe, also auf Bezüge, deren Wert sich zumeist aus den von der betreffenden Grube getätigten Verkäufen von Kohle gleicher Art ohne weiteres ergeben wird. Im übrigen ist beabsichtigt, zu der Veranlagung der Steuer in möglichst weitem Umfang die Landesbergbehörden heranzuziehen, welche eine genaue Kenntnis sowohl der Verhältnisse des Kohlenmarktes als auch der steuerpflichtigen Betriebe besitzen.

II. Im besonderen.

Zu §§ 1 bis 3.

Die Steuer will die Kohle in demjenigen Zustand erfassen, in dem sie als Verbrauchsgut auf den Markt kommt.

Deshalb soll bei der Steinkohle, sofern dem Verbrauch eine Aufbereitung vorausgeht, die aufbereitete Kohle besteuert werden. Unaufbereitete Steinkohle wird nur besteuert, wenn sie bereits in diesem Zustand geliefert wird, sei es als Verbrauchsgut, sei es, daß sie dem Betriebe eines anderen zur Aufbereitung zugeführt wird. Im letzteren Falle ist die Besteuerung der unaufbereiteten Steinkohle nur eine vorläufige, da die aufbereitete Kohle unter Vergütung der für die unaufbereitete Kohle entrichteten Steuer der endgültigen Versteuerung unterliegt. Man kann aber nicht so weit gehen, die zur Erzeugung von Preßkohlen und von Koks verwendeten Steinkohlen erst in diesen Endprodukten zu besteuern, da die Preßkohle wegen der Beimischung von 7 bis 8 v. H. Bindemitteln nicht mehr als reine Steinkohle angesprochen werden kann, während der Koks nur eines der mehreren bei der Verkokung gewonnenen Erzeugnisse (Koks, Gas, Ammoniak, Teer) bildet. Die aus dem Ausland eingeführten Preßkohlen und Koks müssen der Besteuerung deshalb unterworfen werden, weil die zu ihrer Herstellung verwendete Kohle der Möglichkeit einer Besteuerung entzogen ist.

Die Braunkohle kommt vorwiegend als Preßkohle (Brikett oder Naßpreßstein) auf den Markt. Diese Verarbeitung gibt der Braunkohle fast den doppelten Marktwert, wie ihn die zur Herstellung der Preßkohle erforderlichen Mengen Rohkohle besitzen. Beide Arten der Preßkohle werden ohne fremde Zusätze, lediglich durch Pressung, hergestellt. Es entspricht daher der steuerlichen Gerechtigkeit, diese Verarbeitung ebenso zu behandeln wie bei der Steinkohle die Aufbereitung. Diese Gleichstellung ist auch deshalb geboten, weil die Braunkohle auf den großen Märkten nur in der Form der Preßkohle im Wettbewerbe mit der Steinkohle steht, die Besteuerung lediglich der Rohbraunkohle demnach eine empfindliche Verschiebung der bestehenden Wettbewerbsverhältnisse zur Folge haben würde. Voraussichtlich würde der Vorteil der Bevorzugung im wesentlichen den Fabrikanten von Braunkohlenbriketts durch erhöhte Verkaufspreise zufließen.

Der Einfluß, den die Freilassung der Preßkohle auf die Ertragsfähigkeit der Steuer ausüben würde, ergibt sich aus den im allgemeinen Teil der Begründung gegebenen Ziffern.

Die Erfassung weiterer Braunkohlenprodukte, vor allem des Grudekoks, verbietet sich aus den gleichen Gründen wie die Erfassung des aus Steinkohle gewonnenen Kokses.

Die Verwendung von Kohle im eigenen Betrieb oder die Zuführung zum eigenen Verbrauch ist der Lieferung oder Abgabe an Dritte steuerlich gleichgestellt. Von der Besteuerung wird die Kohle in dem Zustand erfaßt, in dem sie im eigenen Betriebe verbraucht wird. Demgemäß wird z. B. Braunkohle, welche von dem Erzeuger zu Preßkohle verarbeitet und dann im eigenen Betriebe verbraucht wird, als Preßkohle steuerpflichtig. Jedes andere Verfahren würde zu einer unbilligen Bevorzugung der gemischten Betriebe, vor allem der Hüttenzechen, führen. Doch kommt die Weiterbearbeitung der Rohkohle nur insoweit steuerlich in Betracht, als marktfähige Erzeugnisse im Sinne des § 2 hergestellt und der Verwendung im eigenen Betriebe zugeführt werden. Die Behandlung von Rohkohle lediglich im Zuge eines Verarbeitungsverfahrens, so z. B. die bei der Ölgewinnung aus bituminösen Braunkohlen zum Zwecke der Vergasung vorgenommene Pressung der Rohkohle, wird nicht als Aufbereitung oder Verarbeitung im Sinne dieses Gesetzes angesehen.

Zu § 4.

Die Steuerpflicht der inländischen Kohle tritt ein, sobald sie von der Gewinnungs-, Aufbereitungs- oder Verarbeitungsstelle in den Verkehr gebracht wird, sei es zur Abgabe an Dritte oder zur Verwendung im eigenen Betrieb oder zum eigenen Verbrauche. Als Fälligkeitstermin ist der 15. des auf die Lieferung usw. folgenden Monats vorgesehen; bis zu diesem Tage ist die Steuer für die im vorigen Monat steuerpflichtig gewordenen Kohlenmengen zu entrichten. Die ausländische Kohle muß ebenfalls beim Eintritt in den Verkehr des Inlands, d. h. bei der Grenzüberschreitung, steuerpflichtig werden. Die Fälligkeit ist hier an die Schlußabfertigung geknüpft, die bei der Grenzzollstelle stattfinden kann, wenn die Kohle dort in den freien Verkehr gesetzt wird, oder bei einer Zollstelle im Innern, wenn die Kohle dieser mit Begleitzettel oder Begleitschein überwiesen ist. Die zur unmittelbaren Durchfuhr bestimmte Kohle unterliegt der Abgabe nicht.

Zu § 5.

Zu Abs. 1.

Der Abs. 1 spricht die Befreiung der zur Gewinnung und Herstellung der nach diesem Gesetz steuerpflichtigen Erzeugnisse aus. Diese Erzeugnisse sind nach § 2 alle Arten nicht aufbereiteter oder aufbereiteter Stein- und Braunkohle, bei Braunkohle auch die aus ihr hergestellten Preßkohlen. Befreit sind demnach die zur Aufrechterhaltung des Betriebs des Bergwerks sowie der Aufbereitungsanlagen erforderlichen Kohlen, ferner diejenigen Mengen an Braunkohle, welche zur Herstellung der Preßkohlen (Briketts oder Naßpreßsteine) benötigt werden.

Diese Befreiung folgt aus dem System der Steuer, da andrenfalls außer dem Produkt selbst eines der wesentlichsten zur Erzeugung der steuerpflichtigen Werte erforderlichen Produktionsmittel besteuert werden würde. Abgesehen hiervon sprechen für die Befreiung noch andere zwingende Gründe. Die Besteuerung des Selbstverbrauchs ist nicht abwälzbar, da er im Gesamtbergbau sich nicht gleichmäßig geltend macht, sondern bei den einzelnen Gruben zwischen etwa 3 bis 20 v. H. ihrer Förderung schwankt. Es würden somit gerade diejenigen Gruben empfindlich belastet werden, welche unter den ungünstigsten Bedingungen (schwieriger Wasserhaltung, großen Teufen) arbeiten, und es würde dadurch die Lebensfähigkeit mancher Grube gefährdet, deren Weiterbetrieb im Interesse der Arbeiterschaft und der sonstigen ortsangesessenen Bevölkerung dringend erwünscht ist. Ferner würde die inländische Erzeugung gegenüber der Einfuhr benachteiligt werden, die mit steuerfreiem Selbstverbrauche produziert.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat vielfach dazu geführt, daß Gruben die eigene Krafterzeugung aufgaben und zum Bezug der Energie von Elektrizitätswerken

übergingen, welche sich auf der Grube niederließen, um deren minderwertige, nicht versandfähige Förderung am Erzeugungsorte zu verwerten. Die Befreiung erstreckt sich nach der Fassung des Gesetzes auch auf diejenigen Kohlenmengen, welche in solchen oder ähnlichen Fällen zur Erzeugung des Kraftbedarfs der Grube verbraucht werden.

Nicht befreit sind diejenigen Kohlenmengen, welche zur Erzeugung nicht steuerpflichtiger Produkte, z. B. von aus Steinkohle hergestellten Preßkohlen, erforderlich sind.

Zu Abs. 2 [Ges. Abs. 3].

Es besteht das Bedürfnis, Kohlen, die grenzüberschreitende Eisenbahnzüge von der Grenze bis zur deutschen Endstation und zurück zur Grenze verbrauchen, steuerfrei zu lassen, schon weil die Ermittlung dieses Verbrauchs zu umständlich sein würde. Ebenso erscheint es geboten, Kohle steuerfrei zu lassen, die Schiffe vom Ausland als Betriebsmittel mitbringen und im Inland nicht von Bord geben. Die Überwachung wird in ähnlicher Weise zu regeln sein, wie es beim Schiffsproviant geschieht. Endlich könnte die Rücksicht auf die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Reederei eine Ermäßigung der Steuer für Bunkerkohle oder ihre vollkommene Befreiung von der Steuer erforderlich machen. Es ist deshalb im Gesetze die Ermächtigung für den Bundesrat vorgesehen, Bestimmungen über Gewährung und Umfang der Steuerfreiheit zu treffen.

Zu § 8.

Zu Abs. 1.

Unter dem Verkaufspreis ist die Summe aller für die gelieferte Kohle empfangenen Vergütungen zu verstehen. Bei Verkäufen syndizierter Zechen an das Syndikat setzt sich der Verkaufspreis demnach zusammen aus dem Abrechnungspreise zwischen Zeche und Syndikat zuzüglich aller der Zeche gewährten Nachvergütungen und abzüglich aller dem Syndikat von der Zeche zu leistenden Rückvergütungen. In gleicher Weise ist bei Verkäufen an Händler der Endpreis maßgebend, der sich aus dem bei der Lieferung vereinbarten Verkaufspreis zuzüglich aller Nachvergütungen errechnet. Nachvergütungen sind demgemäß anzumelden, sobald ihr Betrag feststellbar ist.

Zu Abs. 2 [zu vgl. Ges. § 10 Abs. 1].

Eine Schutzbestimmung gegen Umgehungen ist unbedingt erforderlich. Andernfalls könnten Händlerfirmen oder große Selbstverbraucher besondere Firmen zum Betriebe von Gruben gründen zwecks Abschlusses von Kohlenlieferungen unter Bedingungen, welche die Ersparung eines Teiles der Steuer ermöglichen.

Zu Abs. 4 [Ges. Abs. 3].

Anders als durch Verkauf werden Kohlen abgegeben teils an Gemeinden und Grundeigentümer infolge alter Berechtigungen, teils an Beamte und Arbeiter. In Preußen waren diese Kohlen der alten Bergwerksabgabe ausdrücklich unterworfen. Es erscheint als eine Forderung der steuerlichen Gerechtigkeit, diese Lieferungen in gleicher Weise zu besteuern wie die auf Grund von Verkäufen abgegebenen Kohlen.

Der Wert dieser sowie der dem eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zugeführten Kohlen soll durch Vergleich mit den für Kohle gleicher Art ab Grube oder ab Verarbeitungsstelle geltenden Verkaufspreisen ermittelt werden. Diese Verkaufspreise stehen dem Steuerpflichtigen wie der Steuerbehörde ohne weiteres zur Verfügung, wenn der Steuerpflichtige gleichartige Kohle verkauft. In anderen Fällen werden bei einer Ware wie der Kohle ohne weiteres Vergleichspreise zu ermitteln sein.

Zu § 9.

Der der Steuerfestsetzung zugrunde zu legende Wert wird bei inländischer Kohle nach dem Preise berechnet, den sie bei ihrem Übergang in den Verkehr (Lieferung usw.) hat oder haben würde. Bei ausländischer Kohle setzt sich der Wert zusammen aus dem vom Empfänger gezahlten Erwerbspreis und den bis zum Grenzeingang ent-

standenen Kosten für Fracht, Versicherung usw. Dies entspricht auch den Grundsätzen, die für Wertzölle nach § 93 des Vereinszollgesetzes und nach § 3 des Tabaksteuergesetzes vom 15. Juli 1909 gelten.

Zu § 11.

In dem Bescheide sind dem Steuerpflichtigen die Grundlagen für die Berechnung der Steuer und die Gründe mitzuteilen, aus denen von seiner Anmeldung abgewichen ist. Außerdem ist in dem Bescheid auf die Zulässigkeit der Beschwerde hinzuweisen.

Zu §§ 14 bis 21 [Ges. §§ 13 bis 20].

Voraussetzung für die Überwachung der Steuerentrichtung im Inland ist die Anmeldung der steuerpflichtigen Betriebe. In dieser Anmeldung ist auch Art und Bezeichnung der gewonnenen, bezogenen, aufbereiteten oder verarbeiteten Kohle sowie Art des Absatzes und der Verwendung der Kohle anzugeben. Für die weitere Steueraufsicht ist die Form der Buchkontrolle gewählt worden, da eine steuerliche Abfertigung der in den Verkehr gebrachten Kohle auf große Schwierigkeiten stoßen würde. Die von dem Betriebsinhaber zu führenden Anschreibungen müssen die in den Verkehr gebrachten steuerpflichtigen Kohlenmengen in Übereinstimmung mit den Steueranmeldungen ersehen lassen, insbesondere genaue Angaben über die Bezeichnung der Kohle, die Abnehmer und die Preise enthalten. Zur Nachprüfung der Richtigkeit der Angaben sind den Steuerbeamten die Unterlagen (Lieferungsverträge usw.) vorzulegen. Anschreibungen sind auch über die nach § 5 Abs. 1 steuerfrei bleibende Kohle zu führen. Für staatliche Betriebe wird eine Vereinfachung der Kontrolle zulässig sein, deren Bestimmung dem Bundesrate vorbehalten ist.

Bei der ausländischen Kohle genügt die allgemeine Zollaufsicht zur Sicherung der Steuererhebung; um zu verhindern, daß Kohle der Zollaufsicht entzogen wird, ist ihre Einfuhr ausdrücklich auf die Zollstraßen und die Zollstunden im Sinne des § 21 des Vereinszollgesetzes beschränkt.

Zu §§ 22 bis 32 [Ges. §§ 21 bis 31].

Die Strafvorschriften entsprechen im allgemeinen den gleichen Vorschriften der geltenden Steuergesetze. Bei der Strafbemessung ist die Höhe der Steuer berücksichtigt; bei der Hinterziehung im ferneren Rückfall ist neben der Freiheitsstrafe Geldstrafe nicht unter dem Vierfachen der einfachen Hinterziehungsstrafe angedroht. Die Steuer ist auch bei Hinterziehungen stets von demjenigen nachzuzahlen, der nach § 3 zur Entrichtung der Steuer verpflichtet ist.

Zu § 38 [Ges. § 37].

Die im Abs. 1 vorgesehene Überwälzungsbestimmung entspricht der bei der Einführung neuer Verbrauchsabgaben üblichen Rechtsregel. Als Kohle im Sinne dieses Gesetzes gelten aber nur die im § 2 aufgeführten steuerpflichtigen Erzeugnisse; daher mußte die wirtschaftlich unumgängliche Berechtigung zur Überwälzung der Steuer bei Lieferung anderer aus Kohle hergestellter fester Brennstoffe (z. B. von Koks oder von aus Steinkohle hergestellten Preßkohlen) ausdrücklich ausgesprochen werden.

Darüber hinaus ist in Abs. 2 [Ges. Abs. 3] den Lieferern von elektrischer Arbeit, von Gas und von Wasser die Ermächtigung gegeben, einen Zuschlag zum Preise zu verlangen, welcher der ihnen durch die Kohlensteuer verursachten Erhöhung der Herstellungs-, Betriebs- oder Bezugskosten entspricht.

Elektrische Arbeit, soweit sie hier in Betracht kommt, sowie Gas sind lediglich umgewandelte Kohle; ihr Herstellungspreis ist daher von dem Kohlenpreis unbedingt abhängig. Eine Eigentümlichkeit der über die Lieferung von Elektrizität und Gas bestehenden Verträge ist ihre ungewöhnlich lange Dauer, welche sie von den Vertragsverhältnissen anderer, in ähnlichem Maße vom Kohlenpreis abhängigen Fabrikationen unterscheidet. Alle Verträge über Belieferung von Kreisen oder Gemeinden, mögen

sie von Staaten, Kommunalverbänden oder Gesellschaften privater Rechtsform geschlossen sein, sind regelmäßig für Jahrzehnte geschlossen, und es sind gleichzeitig die für die Belieferung der Eingesessenen geltenden Preise für die ganze Vertragsdauer vereinbart. Auch die Belieferung großer Einzelabnehmer erfolgt regelmäßig auf Grund langjähriger Verträge.

Bei Abschluß dieser Verträge konnte mit einer derartigen Kohlensteuer nicht gerechnet werden. Würden die Lieferer die gesetzliche Ermächtigung zur Abwälzung nicht erhalten, so würde die Lebensfähigkeit ihrer Werke in vielen Fällen in Frage gestellt werden. Denn bei den modernsten Elektrizitätswerken betragen die Kohlenkosten bereits mehr als die Hälfte der gesamten Erzeugungskosten. Von den Verbrauchern andererseits würden diejenigen, welche ihren Kraftbedarf aus einer Zentralstation beziehen, von der Kohlensteuer freigestellt werden, während die Steuer diejenigen Verbraucher voll träfe, die sich ihren Kraftbedarf in eigenen Anlagen erzeugen.

Die Berechtigung zur Überwälzung ist auch auf Wasserlieferungsverträge ausgedehnt worden, weil ihre Dauer den Elektrizitäts- und Gaslieferungsverträgen regelmäßig gleichkommt und der Kohlen- oder sonstige Kraftbedarf einen sehr erheblichen Anteil der Betriebskosten von Wasserwerken ausmacht.

Der überzuwälzende Betrag ist regelmäßig ohne weiteres zu errechnen, da über die für die Erzeugung der elektrischen Arbeit und des Gases erforderlichen Kohlenmengen anerkannte Erfahrungssätze bestehen, im übrigen die Betriebsausweise einen zweifelsfreien Aufschluß geben. Um aber weitläufigen Rechtsstreitigkeiten von vornherein vorzubeugen, ist die Zuweisung der Entscheidung an Schiedsgerichte vorbehalten.

Literatur.

Eckstein, Kohlensteuer, Schiedsklauseln und Schiedsgericht, HoldheimsMSchr. 17 128. — Kohlensteuer und Konsumvereine, GenossBl. 17 264, 322. — von Raumer-Moll, Reichskohlensteuergesetz. — Zedermann-Morenhoven, Kohlensteuergesetz.

Hierzu:

a) Kohlensteuer-Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 12. Juli 1917.

(ZBl. 166.)[1])

Zu § 1 des Gesetzes.

§ 1. (1) Aus dem Ausland eingehende Kohle, die unter Zoll- oder Steuerüberwachung unmittelbar durch den Geltungsbereich des Kohlensteuergesetzes durchgeführt wird, unterliegt der Steuer nicht.

(2) Wird Kohle unter Beachtung der Zollvorschriften für den Zwischenauslandsverkehr aus dem Geltungsbereiche des Kohlensteuergesetzes durch das Ausland nach dem Inland versendet, so entsteht durch die Tatsache der Wiedereinfuhr allein keine Steuerpflicht.

(3) Kohle, die aus dem freien Verkehr auf Bestellung oder zum Kommissionsverkaufe nach dem Ausland gesandt worden ist und von dort zurückkommt, kann steuerfrei abgelassen werden, wenn kein Zweifel besteht, daß dieselbe Kohle wieder eingeht, die ausgegangen ist.

Zu § 3 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 und zu § 4 des Gesetzes.

§ 2. (1) Als Aufbereitung im Sinne des Gesetzes gilt nicht das Verwaschen der von einem anderen bezogenen Feinkohle zum Zwecke der Verkokung; ebensowenig gilt es als Aufbereitung, wenn jemand Kohle, die er von der Grube eines anderen erworben und unter Abschluß eines Frachtvertrags mit einem Verkehrsunternehmer bezogen hat, einer Bearbeitung unterzieht.

(2) Wird Braunkohle gepreßt, um im Hauptzweck zur Gewinnung von Ölen, Fetten, Wachs oder ähnlichen Erzeugnissen oder von Vorprodukten zu solchen Erzeugnissen vergast zu werden, so gilt diese Pressung nicht als Aufbereitung oder Verarbeitung zu Preßkohle;

[1]) Mit Ausnahme der Anlage zu § 12 sind die Anlagen hier nicht mit abgedruckt.

der Versteuerung unterliegt in diesem Falle die zur Herstellung der Preßsteine verwendete Rohkohle. Diese Vergünstigung wird nur gewährt, wenn die Pressung im eigenen Betriebe des Verarbeiters vorgenommen wird oder wenn sie durch einen Dritten in einer besonderen, nur der Herstellung des Bedarfs der Vergasungsanlage dienenden Anlage erfolgt.

§ 3. (1) Inländische Kohle ist in ihrer Beschaffenheit zur Zeit der Abgabe steuerpflichtig.

(2) Bei der Verwendung im eigenen Betrieb oder bei der Zuführung zum eigenen Verbrauche wird die Kohle in der Beschaffenheit von der Steuer erfaßt, in der sie im eigenen Betriebe verwendet oder zum eigenen Bedarfe verbraucht wird. So ist z. B. Braunkohle, die von dem Gewinner zu Preßkohlen verarbeitet und als solche im eigenen Betriebe verbraucht wird, als Preßkohle steuerpflichtig; Steinkohle, die vom Gewinner zunächst aufbereitet und dann im eigenen Betriebe verbraucht wird, ist als aufbereitete Kohle steuerpflichtig.

(3) Die Weiterbearbeitung der Rohkohle ist jedoch steuerlich nur insoweit von Bedeutung, als dadurch Erzeugnisse gewonnen werden, die nach § 2 des Gesetzes bei der Gewinnung im Inland der Steuerpflicht unterliegen. Bei der Verwendung oder bei dem Verbrauche von Koks, oder von aus Steinkohlen hergestellten Preßkohlen ist danach nicht der Koks oder die Steinpreßkohle, sondern die dazu verarbeitete Kohle steuerpflichtig.

§ 4. Die aus dem Ausland eingehende Kohle ist in der Beschaffenheit steuerpflichtig, in der sie die Grenze des Kohlensteuergebiets überschreitet.

§ 5. (1) Wer gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes selbstgewonnene Steinkohle verkokt, ist berechtigt, bei Inkrafttreten des Gesetzes und, sofern mit dem Kokereibetriebe nach Inkrafttreten des Gesetzes begonnen wird, mindestens 2 Wochen vor der Eröffnung des regelmäßigen Betriebs bei der Steuerstelle den Antrag zu stellen, daß die zu versteuernde Menge der verkokten Steinkohlen nach dem normalen Ausbringen an Koks ermittelt wird.

(2) Der Antrag ist nur zulässig für solche Kokereien, denen ausschließlich im eigenen Betriebe des Steuerpflichtigen gewonnene Kohle zur Verarbeitung zugeführt wird.

(3) Welches Ausbringen normal, d. h. bei ordnungsmäßigem Betriebe durchschnittlich zu erzielen ist, wird von der Wertprüfungsstelle (§ 27) für bestimmte Bezirke allgemein festgesetzt. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse kann ausnahmsweise für einzelne Betriebe das Ausbringen besonders festgesetzt werden.

(4) Wird der Antrag bei Inkrafttreten des Gesetzes gestellt, so erfolgt für den Umfang des betreffenden Betriebs die Versteuerung der Kohle, die als Koks nach dem 31. Juli 1917 auf Grund eines Kaufvertrags geliefert oder sonst abgegeben oder der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zugeführt worden ist, ohne Rücksicht darauf, ob die Verkokung bereits vor dem 1. August 1917 stattgefunden hat.

§ 6. Bei der Versteuerung von Kohle nach dem normalen Ausbringen an Koks ist der Berechnung der Steuer der Preis oder Wert zugrunde zu legen, den die Kohlensorte, aus der der Koks hergestellt worden ist, zur Zeit der Lieferung usw. des Koks hat.

§ 7. (1) Die aus dem Ausland eingehende Kohle ist dem Grenzeingangsamt anzumelden. Bei der Einfuhr von Kohle auf Schiffen, die bestimmungsgemäß von der zollamtlichen Anmeldung und Abfertigung befreit sind, hat die Anmeldung nach näherer Bestimmung der Landeszentralbehörden bei der zuständigen Steuerbehörde des Bestimmungshafens zu erfolgen.

(2) Die obersten Landesfinanzbehörden bestimmen, bei welchen Grenzeingangsämtern Kohle zum freien Verkehr abgefertigt werden darf.

(3) Soll die Kohle bei einem Amte im Innern zum freien Verkehr abgefertigt werden, so ist sie diesem Amte vom Grenzeingangsamt unter Zollkontrolle zu überweisen.

Zu § 5 Abs. 1 des Gesetzes.

§ 8. (1) Der Versteuerung unterliegen nicht diejenigen Kohlenmengen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebs des Bergwerks sowie der Aufbereitungsanlagen erforderlich sind. Als zur Aufrechterhaltung des Betriebs erforderlich gilt auch die Ausbesserung der

jeweils vorhandenen Betriebsmaschinen und -geräte, nicht aber ihre Herstellung. Bei der Herstellung von Preßkohlen (Briketts oder Naßpreßsteinen) aus Braunkohle erstreckt sich die Steuerbefreiung auch auf die sogenannte Feuerkohle.

(2) Erzeugt der steuerpflichtige Betrieb elektrische Arbeit sowohl für steuerfreie als auch für steuerpflichtige Zwecke, so bleibt von der in seinem Elektrizitätswerk verbrauchten Kohle nur derjenige Teil steuerfrei, der nach den Betriebsausweisen des Elektrizitätswerkes dem Anteil der zu steuerfreien Zwecken abgegebenen Menge elektrischer Arbeit an der Gesamtabgabe entsprach.

(3) Werden die zur Aufrechterhaltung des Betriebs erforderlichen Kohlenmengen nicht von dem steuerpflichtigen Betriebe selbst, sondern von einem Dritten in elektrische Arbeit umgewandelt, so wird dem Steuerpflichtigen für jede zu steuerfreien Zwecken bezogene Kilowattstunde die Steuer für eine entsprechende Kohlenmenge vergütet. Die entsprechende Kohlenmenge beträgt, und zwar ohne Rücksicht auf Art und Ursprung der zur Erzeugung der elektrischen Arbeit verbrauchten Kohlen,

a) bei Steinkohlenbergwerken und den zu ihnen gehörigen Aufbereitungsanlagen 1,5 kg der minderwertigsten von dem steuerpflichtigen Betriebe vertriebenen Kohlensorte, in dem Falle des § 3 Abs. 2 des Gesetzes der minderwertigsten für die Aufbereitung bezogenen Rohkohle,

b) bei Braunkohlenbergwerken und den zu ihnen gehörigen Preßkohlenfabriken 3,5 kg von dem Bergwerk geförderter, in dem Falle des § 3 Abs. 2 des Gesetzes von der Fabrik bezogener Rohkohle von 2000 bis 2500 Wärmeeinheiten. Hat die geförderte oder bezogene Rohkohle einen höheren oder niedrigeren Wärmewert als 2000 bis 2500 Wärmeeinheiten, so ist die dem Bezug elektrischer Arbeit entsprechende Kohlenmenge von der Steuerstelle nach Anhörung der Wertprüfungsstelle (§ 27) festzusetzen.

(4) Nach vorstehenden Grundsätzen ist auch zu verfahren, wenn die elektrische Arbeit zwar im eigenen Betriebe des Steuerpflichtigen, aber mittels Gases aus steuerpflichtiger Kohle erzeugt wird.

§ 9. Aufbereitungsanlagen und Preßkohlenfabriken der im § 3 Abs. 2 des Gesetzes genannten Art erhalten die Steuer für die zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Aufbereitungsanlage oder als Betriebsmittel zur Herstellung von Preßkohlen verwendete Kohle zugleich mit der Steuer vergütet, die für die zur Aufbereitung oder Verarbeitung bezogene Kohle entrichtet worden ist.

Zu § 5 Abs. 3 des Gesetzes.

§ 10. (1) Die Kohle, die Lokomotiven beim Überschreiten der Grenze aus dem Ausland als Betriebsmittel mit sich führen, bleibt steuerfrei.

(2) Beim Eingang von Schiffen aus dem Ausland bleibt die Kohle, die als Betriebsmittel bis zum inländischen Endpunkt der Reise, während der Dauer des Aufenthalts des Schiffes im Hafen und bis zur Rückkehr des Schiffes in das Ausland erforderlich ist, und die Kohle, die bis zur Rückkehr des Schiffes in das Ausland nicht von Bord gebracht wird, steuerfrei. Für die Mengen, die über die als Betriebsmittel bis zum inländischen Endpunkt der Reise und während des Aufenthalts im Hafen erforderliche Kohle hinausgehen, kann die zuständige Steuerstelle Hinterlegung des Steuerbetrags oder sonstige Sicherungsmaßnahmen bis zum Nachweis der Wiederausfuhr mit dem Schiffe verlangen. Für die Flußschiffahrt kann die oberste Landesfinanzbehörde Erleichterungen zulassen.

(3) Die Abgabe von mitgeführter Kohle an Empfänger im Inland ist nur mit Genehmigung der Steuerstelle am Abgabeort und nach Versteuerung zulässig.

§ 11. (1) Von der Steuer befreit ist bituminöse Braunkohle (Schieferkohle) von der Art des Messelner Vorkommens, soweit sie zu Ölen oder ähnlichen Erzeugnissen in Verfahren verarbeitet wird, bei denen keine auf dem Roste verbrennbaren Rückstände verbleiben.

(2) Im übrigen kann für Stein- oder Braunkohle, die zu Ölen, Fetten, Wachs oder ähnlichen Erzeugnissen oder den Vorprodukten zu solchen Erzeugnissen auf dem Wege

der Vergasung, der Verflüssigung oder der Auslaugung oder in anderen Verfahren verarbeitet wird, die auf die Erzielung einer größtmöglichen Ausbeute an den vorgenannten Erzeugnissen gerichtet sind, Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung gewährt werden. Diese Bestimmung gilt nur für solche Verfahren, die erst nach dem 1. August 1914 im Inland gewerblich ausgenutzt worden sind oder werden sollen, und die aus Rücksichten der Volkswirtschaft oder der Landesverteidigung Förderung verdienen.

(3) Die Steuererleichterung wird in der Regel nicht gewährt für Betriebsstätten, in denen jährlich weniger als 200000 t Rohbraunkohle oder weniger als 100000 t Braunkohlenpreßsteine oder weniger als 50000 t Steinkohle zu den obenerwähnten Erzeugnissen verarbeitet werden können.

(4) Anträge auf Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung sind an die obersten Landesfinanzbehörden zu richten und von diesen dem Bundesrate vorzulegen, der über die Gewährung der Steuererleichterung, ihren Umfang und ihre zeitliche Begrenzung entscheidet. Der Antrag kann schon vor Ausführung des Unternehmens gestellt werden.

Zu § 6 Abs. 2 des Gesetzes.

§ 12. (1) Die Grundsätze für die Ausführung des § 6 Abs. 2 des Gesetzes sind in der Anlage enthalten.

(2) Die Gemeinden oder die Gemeindeverbände haben die auf Grund des Artikel II der Grundsätze abgegebenen Bescheinigungen in ein Bestellbuch einzutragen unter Angabe des Bestellers und der bestellten Mengen. Das Bestellbuch ist den Beamten der Steuerverwaltung auf Verlangen vorzulegen.

Zu den §§ 7 bis 11 sowie zu § 3 Abs. 2 Satz 2 und zu § 5 Abs. 1 des Gesetzes.

A. Vorschriften für im Inland gewonnene Kohle.

§ 13. Als Wert der verkauften Kohle gilt gemäß § 8 des Gesetzes der Verkaufspreis ab Grube oder Verarbeitungsstelle gerechnet. Unter dem Verkaufspreis ist die Summe aller für die gelieferte Kohle vereinbarten Vergütungen zu verstehen. Bei Verkäufen syndizierter Gruben an das Syndikat setzt sich der Verkaufspreis zusammen aus dem Abrechnungspreise zwischen Grube und Syndikat zuzüglich aller der Grube zu gewährenden Nachvergütungen und abzüglich aller dem Syndikate von der Grube zu leistenden Rückvergütungen. In gleicher Weise ist bei Verkäufen an Händler der Endpreis maßgebend, der sich aus dem bei der Lieferung vereinbarten Verkaufspreis zuzüglich aller Nachvergütungen errechnet.

§ 14. (1) Nachvergütungen oder neben dem Verkaufspreis gewährte Vorteile sind in vollem Betrage steuerpflichtig.

(2) Ist der Steuerpflichtige unmittelbar oder mittelbar am Gewinn eines Wiederverkäufers beteiligt, so ist der Anteil des Steuerpflichtigen am Reingewinn aus dem Wiederverkaufe der Kohle abzüglich 6 vom Hundert des Anlagekapitals, mit dem der Abgeber der Kohlen am Geschäfte des Wiederverkäufers beteiligt ist, mit 20 vom Hundert steuerpflichtig. Erstreckt sich die Beteiligung am Geschäfte des Wiederverkäufers auf andere Gegenstände als auf die vom Steuerpflichtigen gelieferte Kohle, so ist der Abzug der Kapitalzinsen nur im Verhältnis des Reingewinns aus dieser Kohle zu demjenigen aus dem übrigen Geschäftsbetriebe zulässig.

§ 15. (1) Bestehen für eine Sorte Kohlen verschiedene Verkaufspreise, so gilt als Wert der der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauch zugeführten Kohlen gleicher Sorte der niedrigste zur Zeit der Verwendung oder des Verbrauchs erzielte Verkaufspreis.

(2) Sind vom Selbstverbraucher keine Verkäufe über seinem Selbstverbrauch annähernd entsprechende Mengen abgeschlossen worden, so sind die in seinem Bezirke für langfristige Abschlüsse über entsprechende Mengen gleicher Sorten erzielten Preise als Wert seines Selbstverbrauchs zugrunde zu legen.

§ 16. (1) Der nach § 3 Abs. 1 und 2 des Gesetzes zur Entrichtung der Steuer für inländische Kohle Verpflichtete hat die in seinem Betrieb innerhalb eines Monats steuerpflichtig gewordene Kohle spätestens bis zum 15. des folgenden Monats der Steuerstelle, in deren Bezirk sein Betrieb liegt, zur Versteuerung anzumelden.

(2) Erstreckt sich der Betrieb über die Bezirke mehrerer Steuerstellen, so hat die Anmeldung zur Versteuerung bei derjenigen Steuerstelle zu geschehen, in deren Bezirk der Sitz der kaufmännischen Buchführung des Betriebs liegt.

§ 17. Die Gewichte der Kohlen sind für jede einem besonderen Preise oder Werte unterliegende Menge bis auf 100 kg (eine zehntel Tonne) anzumelden. Mengen unter 100 kg sind nicht anzumelden.

§ 18. (1) Für die Anmeldung der Kohle, die zu den allgemein gültigen Preisen abgegeben worden ist, sowie der Kohle, die auf andere Weise als durch Verkauf abgegeben oder die der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zugeführt worden ist, sind Vordrucke nach Muster 1 zu verwenden.

(2) Für die Anmeldung von Kohle, die nicht zu den allgemein gültigen, sondern zu Preisen abgegeben worden ist, die auf Grund besonderer Abschlüsse vereinbart worden sind, sind Vordrucke nach Muster 2 zu benutzen.

(3) Für die Anmeldung von Nachvergütungen sind Vordrucke nach Muster 3 zu verwenden.

(4) Die Anmeldungen sind in doppelter Ausfertigung einzureichen.

§ 19. (1) Ist neben dem Verkaufspreis die Gewährung von Nachvergütungen oder von anderen Vorteilen vereinbart, oder erfolgt die Lieferung unmittelbar oder mittelbar an einen Wiederverkäufer, an dessen Verkaufserlös der Steuerpflichtige beteiligt ist, so ist dies in der Steueranmeldung anzugeben.

(2) Der Betrag dieser Nachvergütungen, der sonstigen Vorteile und der Anteile am Gewinne von Wiederverkäufern ist anzumelden, sobald er feststeht. Soweit dem Steuerpflichtigen dem Wiederverkäufer gegenüber ein Recht auf Rechnungslegung und Büchereinsicht zusteht, hat er dieses auf Erfordern der Steuerverwaltung auszuüben und das Ergebnis vorzulegen.

§ 20. (1) Wird die Anwendung des ermäßigten Steuersatzes von 10 vom Hundert beantragt (§ 6 Abs. 2 des Gesetzes), so ist mit der Steueranmeldung eine Bescheinigung der Gemeinde oder des Gemeindeverbandes vorzulegen, daß die Kohlen für den Hausbrand der Inhaber von Kleinwohnungen gemäß § 6 Abs. 2 des Gesetzes bestellt werden. Die Bescheinigung ist der Steueranmeldung als Beleg anzuschließen.

(2) Wird nicht die ganze Menge, über welche die Bescheinigung lautet, auf einmal versteuert, so hat die Steuerstelle die versteuerte Menge auf der Bescheinigung abzuschreiben und die Bescheinigung dem Steuerpflichtigen zur Benutzung bei der nächsten Versteuerung zurückzugeben. Daß die Bescheinigung vorgelegen hat, ist in der Steueranmeldung zu bestätigen. Die Bescheinigung ist in diesem Falle der Steueranmeldung anzuschließen, mit der die letzte Teilmenge zur Versteuerung angemeldet wird.

§ 21. Die Steueranmeldungen sind von der Steuerstelle in das nach Muster 4 zu führende Kohlensteuer-Anmeldungsbuch einzutragen.

§ 22. (1) Die Steuerstelle hat die angemeldeten Preise und Werte auf ihre Angemessenheit zu prüfen.

(2) Ein Mißverhältnis hinsichtlich des Verkaufspreises im Sinne des § 10 Abs. 1 des Gesetzes liegt nicht vor, wenn der Verkaufspreis zur Zeit des Abschlusses handelsüblich oder durch wirtschaftliche Rücksichten, insbesondere durch das Absatzbedürfnis des Steuerpflichtigen gerechtfertigt war. Ein Mißverhältnis ist dagegen insbesondere anzunehmen, wenn der Preis durch Umstände gedrückt worden ist, die eine freie Preisbildung beeinträchtigen.

§ 23. (1) Hält die Steuerstelle die angemeldeten Preise und Werte für angemessen, so berechnet sie den Betrag der Steuer und teilt ihn, zutreffendenfalls nach Abzug des

dem Steuerpflichtigen zustehenden Vergütungsbetrags (§ 48), dem Zahlungspflichtigen mit der Aufforderung zur Zahlung mit. Der Zahlungspflichtige hat den mitgeteilten Betrag spätestens am letzten Werktag des auf den Eintritt der Steuerpflicht folgenden Monats einzuzahlen.

(2) Die zweite Ausfertigung der Steueranmeldung ist nach Entrichtung der Steuer dem Zahlungspflichtigen mit Empfangsbescheinigung zurückzugeben.

§ 24. Die Steuerstelle hat über die Einnahme aus der Kohlensteuer ein Kohlensteuer-Einnahmebuch nach Muster 5 zu führen.

§ 25. Pfennigbeträge, die sich bei der Schlußsumme der Steuerberechnung auf einer Steueranmeldung ergeben, sind nur insoweit in Ansatz zu bringen, als sie durch 5 ohne Rest teilbar sind.

§ 26. (1) Ergeben sich bei der Prüfung der Steueranmeldung durch die Steuerstelle Zweifel an der Angemessenheit der angemeldeten Preise und Werte, so hat die Steuerstelle die Anmeldung zu beanstanden und die erste Ausfertigung der Anmeldung der Wertprüfungsstelle (§ 27) zur Begutachtung der beanstandeten Preise und Werte zu übersenden.

(2) Die Steuer ist vorläufig nach dem angemeldeten Preise oder Werte zu berechnen und zu erheben. Dem Steuerpflichtigen ist bei Erteilung einer vorläufigen Empfangsbescheinigung über die erhobene Steuer mitzuteilen, daß seine Steueranmeldung beanstandet sei. Die zweite Ausfertigung der Steueranmeldung bleibt bis zur endgültigen Entscheidung bei der Steuerstelle.

§ 27. Zur Prüfung der Angemessenheit der von den Steuerstellen beanstandeten Preise und Werte sind Wertprüfungsstellen einzurichten, die mit einem Beamten der Steuerverwaltung als Vorsitzenden und mit Vertretern der Bergaufsichtsbehörden einerseits und mit Sachverständigen aus den Kreisen der im Bezirke der Wertprüfungsstelle angesessenen staatlichen und privaten Kohlenindustrie und des Kohlenhandels anderseits als Mitglieder zu besetzen sind. Die Mitglieder aus Industrie und Handel sind nach Anhörung der bergbaulichen Vereinigungen und der Handelskammern auszuwählen. Die Mitglieder aus dem Handel haben nur bei der Prüfung des Preises oder des Wertes ausländischer Kohle mitzuwirken.

§ 28. (1) Die Zahl der Wertprüfungsstellen, deren Sitz, örtliche Zuständigkeit, Besetzung und Geschäftsordnung bestimmt die oberste Landesfinanzbehörde.

(2) Die nichtbeamteten Mitglieder sind zur Verschwiegenheit hinsichtlich der Betriebs- und Absatzverhältnisse der Steuerpflichtigen, die sie in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Wertprüfungsstelle erfahren, zu verpflichten.

(3) Die Wertprüfungsstellen sind unter Angabe ihrer Bezirke dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) mitzuteilen. Das gleiche hat mit etwaigen späteren Veränderungen zu geschehen.

§ 29. Die Wertprüfungsstelle ist zu Erhebungen aller Art berechtigt, insbesondere zu örtlichen Besichtigungen und zur schriftlichen oder mündlichen Befragung der Beteiligten über die näheren Umstände des Kaufabschlusses.

§ 30. (1) Hält die Wertprüfungsstelle die von der Steuerstelle beanstandeten Preise und Werte für angemessen, so gibt sie die Anmeldung, mit einem entsprechenden Vermerke versehen, der Steuerstelle zurück.

(2) Ist der vorläufig berechnete Steuerbetrag schon vereinnahmt, so zieht die Steuerstelle die vorläufige Empfangsbestätigung ein und gibt die zweite Ausfertigung der Anmeldung dem Steuerpflichtigen mit Empfangsbescheinigung zurück.

§ 31. Hält die Wertprüfungsstelle den angemeldeten Preis oder Wert für unangemessen, so hat sie den Steuerpflichtigen unter Mitteilung der für die Annahme eines höheren Betrags sprechenden Gründe zu einer Äußerung zu veranlassen. Bietet der Steuerpflichtige die Versteuerung eines bestimmten höheren Schätzungsbetrags als des ursprünglich von ihm angegebenen Betrags an, so ist die Wertprüfungsstelle, sofern der Betrag unter Berücksichtigung der Unterlagen und der Äußerung des Steuerpflichtigen annehm-

bar erscheint, berechtigt, sich auf dieser Grundlage mit dem Steuerpflichtigen zu einigen. Die Wertprüfungsstelle hat den Betrag, über den die Einigung erzielt worden ist, der Steuerstelle unter Rückgabe der Steueranmeldung mitzuteilen. Die Steuerstelle hat den danach noch zu entrichtenden Steuerbetrag nachzuerheben.

§ 32. Führen die Verhandlungen zu keiner Einigung, so hat die Wertprüfungsstelle der Steuerstelle unter Angabe der Gründe, aus denen von der Anmeldung des Steuerpflichtigen abgewichen worden ist, den geschätzten Betrag mitzuteilen und die Steueranmeldung zurückzugeben. Die Steuerstelle setzt den Wert der Kohle auf den von der Wertprüfungsstelle geschätzten Betrag fest und erteilt dem Steuerpflichtigen über die Festsetzung einen Bescheid mit der Aufforderung, den danach sich ergebenden Mehrbetrag an Steuer binnen 10 Tagen einzuzahlen. In dem Bescheide sind dem Steuerpflichtigen die Grundlagen für die Berechnung der Steuer und die Gründe mitzuteilen, aus denen von seiner Anmeldung abgewichen worden ist. Ferner ist der Steuerpflichtige darüber zu belehren, daß gegen die amtliche Festsetzung des Wertes die Beschwerde im Verwaltungswege zulässig und bei der Steuerstelle einzulegen ist, daß aber die Beschwerde auf die Entrichtung der Steuer keine aufschiebende Wirkung hat.

§ 33. Die Steuerstelle ist befugt, der gegen den Bescheid erhobenen Beschwerde, die Beschwerdebehörde der gegen den Beschwerdebescheid erhobenen weiteren Beschwerde abzuhelfen. Erforderlichenfalls ist die Wertprüfungsstelle über die Beschwerdegründe zu hören.

§ 34. (1) Der Steuerpflichtige kann schon vor Eintritt der Steuerpflicht eine Auskunft der Wertprüfungsstelle darüber verlangen, ob bestimmte Preise oder Werte für die Versteuerung als angemessen anerkannt werden. Zu diesem Zwecke muß er der Wertprüfungsstelle eine Wertanmeldung in dreifacher Ausfertigung vorlegen.

(2) Wünscht der Steuerpflichtige die Auskunft über die allgemein gültigen Preise, zu denen er die Kohle abgeben will, oder über die Werte für die Kohle, die er auf andere Weise als durch Verkauf abgeben oder die er der Verwendung im eigenen Betrieb oder dem eigenen Verbrauche zuführen will, so muß die Wertanmeldung enthalten:

a) Ort und Tag der Ausstellung und Unterschrift des Anmelders,
b) Grube, von der die Kohle stammt,
c) Kohlensorte,
d) Preis oder Wert,
e) Bezeichnung der zuständigen Steuerstelle,
f) Zeitraum oder Menge, für die die angemeldeten Preise oder Werte der Versteuerung zugrunde gelegt werden sollen.

(3) Wünscht der Steuerpflichtige die Auskunft über Preise, die anderen als den zu den allgemein gültigen Preisen abgeschlossenen Verkäufen zugrunde liegen, so muß die Wertanmeldung neben den im Abs. 2 genannten noch folgende Angaben enthalten:

g) Tag des Kaufabschlusses,
h) Name und Wohnort des Abnehmers,
i) die zu dem vereinbarten Preise zu liefernde Menge oder, wenn die Menge unbestimmt ist, die Vertragsdauer.

(4) Bestehen Vereinbarungen über Gewährung von Nachvergütungen oder sonstigen Vorteilen oder über Beteiligungen am Gewinne von Wiederverkäufern, so sind diese Vereinbarungen in der Wertanmeldung anzugeben.

§ 35. (1) Hält die Wertprüfungsstelle die in der Wertanmeldung angegebenen Preise und Werte für angemessen, so bestätigt sie dies auf den drei Ausfertigungen der Wertanmeldung und bezeichnet dabei den Zeitraum, während dessen, oder die Menge, für die die angemeldeten Preise und Werte der Versteuerung zugrunde gelegt werden dürfen. An Stelle der Bezeichnung eines bestimmten Zeitraums kann die Wertprüfungsstelle die Gültigkeitsdauer ihrer Auskunft auch von der Dauer des Bestehens anderer feststehender Preise abhängig machen.

(2) Sodann übersendet die Wertprüfungsstelle eine Ausfertigung der bestätigten Wertanmeldung der Steuerstelle und eine Ausfertigung dem Steuerpflichtigen.

§ 36. Der Steuerpflichtige ist berechtigt, die in der Auskunft als angemessen anerkannten Preise und Werte für den in der Auskunft angegebenen Zeitraum oder für die darin festgesetzte Menge seinen Anmeldungen zur Versteuerung der Kohlensorten, um die es sich in der Auskunft handelt, zugrunde zu legen.

§ 37. Hält die Wertprüfungsstelle die in der Wertanmeldung angegebenen Preise und Werte für unangemessen, so hat sie mit dem Steuerpflichtigen in sinngemäßer Anwendung des § 31 in Verhandlungen einzutreten. Führen die Verhandlungen zu einer Einigung über bestimmte Preise und Werte, so richtet sich das weitere Verfahren nach den §§ 35 und 36.

§ 38. Führen die Verhandlungen zu keiner Einigung, so vermerkt die Wertprüfungsstelle die Preise und Werte, die sie als angemessen erachtet, in den drei Ausfertigungen der Wertanmeldung und übersendet eine Ausfertigung der Wertanmeldung dem Steuerpflichtigen und eine Ausfertigung der Steuerstelle. Entsprechen die vom Steuerpflichtigen später eingereichten Steueranmeldungen nicht den von der Wertprüfungsstelle festgesetzten Werten und Preisen, so sind die Bestimmungen in den §§ 32 und 33 sinngemäß anzuwenden.

§ 39. Wer auf Grund des § 8 Abs. 3 und 4 eine Vergütung der Steuer beanspruchen will, hat die von ihm im Laufe eines Monats zu den im § 5 Abs. 1 des Gesetzes genannten Zwecken verbrauchte Anzahl von Kilowattstunden der Steuerstelle bis zum 15. des folgenden Monats in einem Vergütungsantrage nach Muster 6 in doppelter Ausfertigung anzumelden.

§ 40. Die Steuerstelle hat die nach § 39 eingehenden Anträge in ein in Vierteljahrsabschnitten zu führendes Kohlensteuer-Vergütungsbuch A nach Muster 7 einzutragen.

§ 41. (1) Wer von einem anderen im Inland gewonnene Steinkohlen aufbereitet oder von einem anderen im Inland gewonnene Braunkohlen zu Preßkohlen verarbeitet und bei der Versteuerung der aufbereiteten Kohlen oder der Braunpreßkohlen Vergütung der Steuer beanspruchen will, hat jeden Bezug von Kohle, die zur Aufbereitung, zur Verarbeitung zu Preßkohlen oder zur Aufrechterhaltung des Betriebs bestimmt ist, der Steuerstelle anzumelden. Die Anmeldung muß die Sorte, die Menge und den Preis oder Wert, mit dem die bezogene Kohle versteuert worden ist, enthalten. Mit der Anmeldung ist eine Abschrift der Rechnung des Abgebers der Kohle vorzulegen, aus der der Preis oder Wert für eine Tonne ersichtlich ist, mit dem die Kohle versteuert worden ist.

(2) Die Steuerstelle hat die angegebenen Bezüge in ein in Vierteljahrsabschnitten zu führendes Kohlensteuer-Vergütungsbuch B nach Muster 8 anzuschreiben.

§ 42. (1) Wird die bezogene Kohle zu anderen Zwecken als zur Aufbereitung, zur Verarbeitung zu Preßkohlen oder zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Aufbereitungsanlagen oder Preßkohlenwerke verwendet oder an Dritte weiter abgegeben, so ist dies der Steuerstelle unter Angabe der Sorten und Mengen anzumelden.

(2) Die nach Abs. 1 angemeldeten Mengen sind im Kohlensteuer-Vergütungsbuche B von den noch offenen Mengen abzuschreiben, die zum höchsten Preise oder Werte für eine Tonne angeschrieben sind.

§ 43. Über die Steuervergütung, die für die zur Aufbereitung, zur Verarbeitung zu Preßkohlen oder zur Aufrechterhaltung des Betriebs verwendete Kohle beansprucht wird, ist der Steuerstelle mit der Anmeldung zur Versteuerung der aufbereiteten Kohlen oder der Braunpreßkohlen ein Vergütungsantrag nach Muster 9 in doppelter Ausfertigung einzureichen.

§ 44. Die Steuerstelle hat die eingehenden Anträge in das Kohlensteuer-Vergütungsbuch B einzutragen.

§ 45. Die Vergütung nach § 43 wird nach den Preisen oder Werten für diejenigen Mengen gewährt, die im Vergütungsbuche B am längsten angeschrieben sind.

§ 46. (1) Bei der Versteuerung aufbereiteter Kohlen ist der Berechnung der Vergütung das Gewicht der zur Versteuerung angemeldeten Kohle zugrunde zu legen. Das

Gewicht der zur Aufrechterhaltung des Betriebs verwendeten Kohlen ist im Vergütungsantrag anzumelden.

(2) Bei der Versteuerung von Braunpreßkohlen ist das Gewicht der Braunkohlen, und zwar sowohl das Gewicht der in den Preßkohlen enthaltenen als auch das Gewicht der zur Aufrechterhaltung des Betriebs verwendeten Braunkohlen, für die Vergütung gewährt werden kann, aus dem Gewichte der zur Versteuerung angemeldeten Braunpreßkohlen nach bestimmten Verhältniszahlen umzurechnen. Die Verhältniszahlen sind nach Anhörung der Wertprüfungsstelle für jeden Betrieb besonders zu bestimmen.

(3) Die Mengen, für die danach Vergütung gewährt wird, sind im Vergütungsbuche B abzuschreiben.

§ 47. Für die Abrundung der Vergütungsbeträge und für die Anmeldung der Gewichte der vergütungsfähigen Kohlen sind die Vorschriften der §§ 25 und 17 sinngemäß anzuwenden.

§ 48. Der Betrag der Vergütung ist auf die Gesamtheit der Steuerbeträge, die der zum Empfange der Vergütung Berechtigte nach den Steueranmeldungen für den betreffenden Monat schuldet, anzurechnen. Ist der Empfangsberechtigte in diesem Monat keine Kohlensteuer schuldig geworden, so ist die Vergütung auf seine nächste Steuerschuld anzurechnen.

B. Vorschriften für eingeführte Kohle

§ 49. (1) Als Wert der aus dem Ausland eingeführten Kohle gilt der Erwerbspreis zuzüglich der bis zum Orte der Grenzeingangsstelle entstandenen Kosten. Wird die Kohle nicht auf Grund eines Erwerbsgeschäfts eingeführt, so ist als Erwerbspreis der Preis anzumelden, der für Kohlen gleicher Art und Menge am Versendungsorte gezahlt wird.

(2) Zu den bis zum Orte der Grenzeingangsstelle entstehenden, dem Erwerbspreis zuzuschlagenden Kosten gehören die Kosten für Beförderung einschließlich etwaiger Kosten für Umladung, Lagerung oder irgendwelche andere Behandlung der Kohlen auf dem Wege bis zum Orte der Grenzeingangsstelle sowie die Kosten für Versicherung.

§ 50. Der Versteuerung der in Österreich oder Ungarn gewonnenen Kohle ist bis auf weiteres nur der Erwerbspreis zugrunde zu legen.

§ 51. Die aus dem Ausland eingeführte Kohle ist, sofern nicht § 1 anzuwenden ist, vom Empfänger der Steuerstelle, bei der die Kohle zum freien Verkehr abgefertigt werden soll, mit einem Vordruck nach Muster 10 in doppelter Ausfertigung zur Versteuerung anzumelden.

§ 52. Die Steueranmeldungen über eingeführte Kohle sind von der Steuerstelle in ein nach Muster 11 zu führendes Kohlensteuer-Anmeldungsbuch einzutragen.

§ 53. Der Erwerbspreis und die bis zum Orte der Grenzeingangsstelle entstandenen Kosten sind in der Steueranmeldung in deutscher Währung anzugeben. Für die Umrechnung von fremder Währung in deutsche Währung ist der zuletzt bekanntgegebene Inlandskurs maßgebend.

§ 54. Der Steueranmeldung sind die vom Verkäufer der Kohlen ausgestellte Rechnung, die Frachtpapiere und die sonstigen Belege, die über den Erwerbspreis, über die bis zum Orte der Grenzeingangsstelle entstandenen Kosten und über das Gewicht der zur Abfertigung zum freien Verkehr angemeldeten Sendung Aufschluß geben, beizufügen. Hat der Verkäufer über dieselbe Sendung mehrere Rechnungen erteilt, z. B. eine Rechnung über den Verkaufspreis und eine zweite über von ihm verauslagte Kosten, so sind der Steueranmeldung sämtliche Rechnungen beizufügen.

§ 55. Bei der im kleinen Grenzverkehre, d. h. im gewöhnlichen grenznachbarlichen Verkehr eingeführten, nicht zum Handel bestimmten Kohle kann von der Beifügung der Rechnung und der sonstigen Belege abgesehen werden, wenn gegen die Richtigkeit des angemeldeten Wertes und Gewichts keine Bedenken bestehen. In diesem Falle genügt bei Steuerbeträgen bis zu 10 Mark mündliche Anmeldung.

§ 56. (1) Die Steuer für die eingeführte Kohle ist zu entrichten, bevor die Kohle

zum freien Verkehr abgelassen wird. Wo das Verkehrsbedürfnis es erfordert, kann nach näherer Bestimmung der obersten Landesfinanzbehörde zugelassen werden, daß, vorbehaltlich der späteren genauen Festsetzung des Steuerbetrags, die Kohle vorläufig auf Grund eines angenommenen Durchschnittswerts versteuert wird.

(2) Wenn gegen die Zahlungsfähigkeit des Steuerpflichtigen keine Bedenken bestehen oder wenn der Steuerpflichtige für die fällig werdenden Beträge Sicherheit leistet, kann die oberste Landesfinanzbehörde zulassen, daß die eingeführten Kohlenmengen zunächst ohne Entrichtung der Steuer zum freien Verkehr abgelassen und daß die in Zeitabschnitten bis zu höchstens einem Monat so abgelassenen Kohlenmengen erst am Ende dieses Zeitabschnitts versteuert werden.

§ 57. Die obersten Landesfinanzbehörden können vorschreiben, daß bei der Einfuhr von Kohlen auch Mengen unter 100 kg zur Versteuerung angemeldet werden müssen.

§ 58. (1) Im übrigen sind für die Wertanmeldung sowie für die Feststellung und Entrichtung der Steuer für eingeführte Kohlen die Vorschriften der §§ 13 bis 38 sinngemäß anzuwenden.

(2) Wo Bergaufsichtsbehörden oder Kohlenindustrie nicht vorhanden sind, können in die Wertprüfungsstellen neben Sachverständigen aus den Kreisen des Kohlenhandels für die Beurteilung der im § 49 Abs. 2 aufgeführten Kosten Schiffahrts- oder andere Sachverständige als Mitglieder bestellt werden.

C. Neufestsetzung des Steuerbetrags.

§ 59. (1) Ist wegen Beanstandung einer Lieferung steuerpflichtiger Kohlen oder aus sonstigen Gründen der Verkaufspreis für die ganze Lieferung oder für einen Teil davon nachträglich ermäßigt werden, so kann, wenn der Steuerpflichtige den Preisnachlaß durch seine Geschäftspapiere überzeugend nachweist, auf Antrag der Steuerbetrag neu festgesetzt werden. Der überhobene Betrag an Kohlensteuer wird erstattet.

(2) Wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß eine Lieferung versteuerter Kohlen oder Teile der Lieferung von ihm in seinen Betrieb zurückgenommen worden sind, so kann ihm auf Antrag der für die zurückgenommene Menge entrichtete Steuerbetrag erstattet werden.

(3) Der Antrag auf Neufestsetzung oder Erstattung des Steuerbetrags ist bei der Steuerstelle, die den Steuerbetrag festgesetzt hat, zu stellen und zwar spätestens binnen Jahresfrist vom Tage der Versteuerung an gerechnet. Über den Antrag entscheidet die Direktivbehörde.

D. Steuererlaß aus Billigkeitsgründen.

§ 60. (1) Von den obersten Landesfinanzbehörden kann der Erlaß oder die Erstattung eines Kohlensteuerbetrags aus Billigkeitsgründen unter sinngemäßer Beachtung der im Zollverkehre geltenden Grundsätze bewilligt werden.

(2) In dem von der Direktivbehörde über die Bewilligung eines solchen Steuererlasses zu erstattenden Bericht ist anzugeben, ob der der Direktivbehörde beigeordnete Reichsbevollmächtigte für Zölle und Steuern sich mit dem Erlaß einverstanden erklärt hat.

(3) Alljährlich ist ein bei der Direktivbehörde aufzustellendes Verzeichnis über die im abgelaufenen Rechnungsjahre bewilligten Erlasse der bezeichneten Art von der obersten Landesfinanzbehörde dem Reichskanzler (Reichsschatzamt) zur Vorlegung an den Bundesrat mitzuteilen. In dem Verzeichnis ist für jeden Fall eine kurze Darstellung des Sachverhalts zu geben. Unter dem Verzeichnis hat der Reichsbevollmächtigte zu vermerken, ob er sich mit den einzelnen Bewilligungen einverstanden erklärt hat oder aus welchen Gründen dies nicht geschehen ist.

Zu §§ 13 und 14 des Gesetzes.

§ 61. (1) Zur Anmeldung des Betriebs ist der Betriebsinhaber verpflichtet. Die Anmeldung neu entstehender Betriebe ist mindestens einen Monat vor der Betriebseröffnung bei der Steuerstelle, in deren Bezirk der Betrieb liegt, einzureichen. Erstreckt sich

ein Betrieb über die Bezirke verschiedener Steuerstellen, so ist die Anmeldung der Steuerstelle zu übersenden, in deren Bezirk der Sitz der kaufmännischen Buchführung des Betriebs liegt.

(2) Für jeden Betrieb ist eine besondere Anmeldung abzugeben. Betriebe, die in räumlichem oder betrieblichem Zusammenhange stehen, gelten als ein Betrieb.

§ 62. (1) Die Betriebsanmeldung muß eine Beschreibung sämtlicher Betriebsanlagen, die für die Gewinnung, für die Verarbeitung und für den Absatz oder die Verwendung der Kohlen von Bedeutung sind, enthalten.

(2) Insbesondere muß die Betriebsanmeldung enthalten:

Art des Betriebs (Steinkohlen- oder Braunkohlenbergwerk, Aufbereitungsanstalt, Braunpreßkohlenfabrik);
Name und Wohnort (Sitz) des Betriebsinhabers;
Bezeichnung der Stelle, bei der die kaufmännische Buchführung erfolgt;
Bezeichnung der zum Betriebe gehörigen Gruben nach Name und Lage;
Zahl und Bezeichnung der Förderschächte jeder Grube;
Art und Sorten der Kohlen, die gefördert werden;
Zahl der Aufbereitungsanlagen und Art und Erzeugnisse der Aufbereitung;
Ort und Zahl der Kohlenlagerplätze, auf denen der Grube gehörige Kohlen lagern;
Bezeichnung der Betriebsanlagen, zu deren Aufrechterhaltung nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes steuerfreie Kohlen verwendet werden sollen;
Angabe, ob und an welche Arten von Empfängern nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes steuerfreie Hausbrandkohlen abgegeben werden;
Zahl und Art der Nebenbetriebe, zu denen Kohlen verwendet werden.

§ 63. Beabsichtigte Änderungen in den Betriebsanlagen (§ 13 Satz 2 des Gesetzes) sind mindestens eine Woche vor dem Beginne der Ausführungsarbeiten der Steuerstelle anzuzeigen, ebenso Änderungen im Besitze. Änderungen, die ohne den Willen des Betriebsinhabers eingetreten sind, z. B. Betriebseinstellungen oder -einschränkungen infolge von Unfällen sind innerhalb drei Tagen anzuzeigen.

§ 64. Die Anzeige des Betriebsinhabers über die Bestellung eines Betriebsleiters ist von dem Betriebsleiter mit zu unterschreiben.

§ 65. Die in den §§ 13 und 14 des Gesetzes vorgeschriebenen Anzeigen sind der Steuerstelle in zwei Ausfertigungen einzureichen. Eine Ausfertigung verbleibt bei der Steuerstelle. Die zweiten Ausfertigungen sind von der Steuerstelle mit einer Bescheinigung über die Anmeldung dem Betriebsinhaber oder Betriebsleiter zurückzugeben, von diesem zu einem Belegheft zu vereinigen und in den Betriebsräumen nach näherer Bestimmung der Steuerbehörde aufzubewahren.

Zu § 15 des Gesetzes.

§ 66. Zahl und Ausführung der steuerlichen Prüfungen in den nach § 3 Abs. 1 und 2 des Gesetzes steuerpflichtigen Betrieben bestimmen die Hauptämter.

Zu § 18 des Gesetzes.

§ 67. Die Inhaber steuerpflichtiger Betriebe sind verpflichtet, ihre kaufmännischen Bücher so zu führen, daß sie über Art und Mengen der geförderten und der bezogenen Kohlen, ferner über die weitere Behandlung der Kohlen, deren Absatz, deren Verwendung im eigenen Betriebe, zum eigenen Verbrauch oder zu steuerfreien Zwecken zuverlässigen Aufschluß geben. Wird zur Aufrechterhaltung des Betriebs elektrische Arbeit verwendet, so sind Anschreibungen zu führen, die über Erzeugung oder Bezug sowie über Verwendung der Arbeit Aufschluß geben. Sofern die Steuerbehörde die Buchführung zu den bezeichneten Zwecken nicht für ausreichend erachtet, ist sie befugt, dem Inhaber des steuerpflichtigen Betriebs die Führung besonderer Bücher nach von der Steuerbehörde zu bestimmenden Mustern vorzuschreiben.

§ 68. (1) Neben den im § 67 genannten Büchern haben die Inhaber steuerpflichtiger Betriebe über die steuerpflichtig gewordenen und über die steuerfrei gebliebenen Kohlen ein Steuerbuch zu führen.

(2) Zu dem Steuerbuche dient das Muster 12 als Vorbild. Wo es zweckmäßig erscheint, kann das Steuerbuch nach dem Vorbild des Musters 13 eingerichtet werden.

§ 69. (1) In das Steuerbuch sind die steuerpflichtigen und die steuerfreien Kohlen aus den kaufmännischen Büchern (Versendungsbüchern, Landabsatzregistern u. a.) oder aus den von der Steuerbehörde besonders vorgeschriebenen Büchern (§ 67) zu übernehmen. Aus welchen kaufmännischen Büchern die Übernahme zu geschehen hat, ist im Benehmen mit dem Steuerpflichtigen von der Steuerbehörde zu bestimmen.

(2) Die Eintragungen in das Steuerbuch müssen mindestens einmal monatlich, und zwar zu Anfang des folgenden Monats, für die Summen der steuerpflichtig gewordenen oder steuerfrei gebliebenen Mengen gefertigt werden.

§ 70. Die im Laufe eines Monats zu steuerfreien Zwecken verwendeten oder abgegebenen Kohlen sind der Steuerstelle bis zum 15. des folgenden Monats mit einem Vordruck nach Muster 14 anzumelden.

Zu § 19 des Gesetzes.

§ 71. Die obersten Landesfinanzbehörden können die staatlichen Werke von der Verpflichtung zur Führung des Steuerbuchs (§ 68) befreien.

Zu § 35 des Gesetzes.

§ 72. Für die Erhebung und Verwaltung der Kohlensteuer wird jedem Bundesstaat eins vom Hundert der in seinem Gebiete zur Verrechnung gekommenen Einnahme vergütet.

Zu § 36 des Gesetzes.

§ 73. Die in den §§ 61 bis 65 vorgeschriebenen Anmeldungen sind für bestehende Betriebe spätestens zum 15. August 1917 bei der Steuerstelle des Bezirkes, in dem der Betrieb liegt, einzureichen.

Zu § 37 des Gesetzes.

§ 74. (1) Streitigkeiten, die bei Ausübung des im § 37 Abs. 3 des Gesetzes gegebenen Überwälzungsrechts entstehen, unterliegen der Entscheidung durch Schiedsgerichte.

(2) Für Streitigkeiten, die durch die Überwälzung bei Lieferung von elektrischer Arbeit, Gas oder Wasser entstehen, wird das Schiedsgericht aus drei Schiedsrichtern gebildet, von denen je einer von jeder Partei ernannt wird; diese zwei ernannten Schiedsrichter wählen ihrerseits den Obmann. Die betreibende Partei hat dem Gegner den Schiedsrichter schriftlich mit der Aufforderung zu bezeichnen, binnen einer einwöchigen Frist seinerseits ein Gleiches zu tun. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist wird auf Antrag der betreibenden Partei der Schiedsrichter von der für den Sitz des Lieferers zuständigen oberen Verwaltungsbehörde ernannt. Diese Vorschrift findet auch Anwendung, wenn sich die von den Parteien ernannten Schiedsrichter über die Wahl des Obmanns nicht einigen.

(3) Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Parteien binnen einer Ausschlußfrist von zwei Wochen nach Zustellung des Urteils die Berufung an das Reichsschiedsgericht offen, dessen Entscheidung endgültig ist. Das Reichsschiedsgericht hat seinen Sitz in Berlin und entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern. Der Reichskanzler ernennt den Vorsitzenden sowie dessen Stellvertreter und stellt gleichzeitig die Liste der zu Beisitzern wählbaren Personen fest. Die Parteien sind, und zwar der Berufungskläger bei Einlegung der Berufung, der Berufungsbeklagte binnen zwei Wochen nach Zustellung der Berufung, berechtigt, aus dieser Liste durch eine an den Vorsitzenden zu richtende Zuschrift je zwei Beisitzer zu ernennen. Soweit die Parteien von diesem Rechte nicht fristmäßig Gebrauch machen, werden die Beisitzer von dem Vorsitzenden ernannt.

(4) Für Streitigkeiten, die über die Lieferung von Heizung entstehen, sind in Gemeinden, in denen auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend Einl-

gungsämter, vom 15. Dezember 1914 (RGBl. 511) Einigungsämter eingerichtet sind, diese als Schiedsgerichte zuständig. In Gemeinden, wo solche Einigungsämter nicht bestehen, gelten für die Bildung der Schiedsgerichte die Bestimmungen des Abs. 2. Die Bestimmungen des Abs. 2 gelten auch für die Bildung der Schiedsgerichte zur Entscheidung der bei der Lieferung von Dampfkraft und bei Verträgen über Personen- und Güterbeförderung im See- oder Binnenschiffahrtsverkehr entstehenden Streitigkeiten. Die Entscheidungen sind endgültig vorbehaltlich der Vorschriften des § 1041 der Zivilprozeßordnung.

(5) Im übrigen regelt sich das Verfahren vor den Schiedsrichtern, soweit vorstehend nicht Abweichendes bestimmt ist, nach den Vorschriften des zehnten Buches der Zivilprozeßordnung.

(6) Die Kosten des Verfahrens sind nach den Vorschriften des Gerichtskostengesetzes mit der Maßgabe festzusetzen, daß der Wert des Streitgegenstandes nicht höher als zu dem Jahresbetrage der überzuwälzenden Steuer anzunehmen ist. Bei dem Verfahren vor dem Reichsschiedsgerichte fließen die Gerichtskosten in die Reichskasse. Den auswärtigen Beisitzern des Reichsschiedsgerichts wird der Ersatz der Reisekosten sowie ein Tagegeldsatz von 30 M. gewährt. Diese Kosten sind der unterliegenden Partei besonders aufzuerlegen, soweit die Gerichtskosten zu ihrer Deckung nicht ausreichen.

Statistik.

§ 75. Die Hauptämter haben für jedes Rechnungsjahr Nachweisungen über die Besteuerung inländischer und aus dem Ausland eingeführter Kohle sowie über die steuerfreie Verwendung von Kohlen nach den Mustern 15, 16, 17 und 18 doppelt aufzustellen. Die Direktivbehörde hat aus den Aufstellungen der Hauptämter Hauptnachweisungen für den Direktivbezirk zusammenzustellen und diese nebst je einer Ausfertigung der von den Hauptämtern vorgelegten Nachweisungen mit einem erläuternden Begleitschreiben zum 1. Juni an das Kaiserliche Statistische Amt einzusenden; für das Rechnungsjahr 1920 hat die Einsendung zum 1. Oktober 1920 zu geschehen, wenn gemäß § 38 des Gesetzes die Kohlensteuer nur bis zum 31. Juli 1920 bestehen bleibt.

§ 76. Das Begleitschreiben soll, abgesehen von etwa erforderlichen Klarstellungen einzelner Angaben der Nachweisungen, die Verhältnisse des inländischen Stein- und Braunkohlenbergbaues sowie der Einfuhr von Kohle aus dem Ausland behandeln und sich insbesondere auf folgende Punkte erstrecken:

1. Tätigkeit der Wertprüfungsstellen,
2. örtlicher Brauch und Umfang der Abgabe von Hausbrandkohlen an die Angestellten und die Belegschaft sowie an Berginvaliden und Bergmannswitwen gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes.

§ 77. Das Kaiserliche Statistische Amt hat auf Grund der Nachweisungen und erläuternden Begleitschreiben (§§ 75 und 76) Zusammenstellungen zu fertigen und zu einem vom Reichskanzler zu bestimmenden Zeitpunkt zu veröffentlichen. Solange die Veröffentlichung durch das Kaiserliche Statistische Amt nicht erfolgt ist, dürfen auch Teilergebnisse der Erhebungen durch andere Behörden nicht veröffentlicht werden.

Schlußbestimmung.

§ 78. Der Reichskanzler ist ermächtigt, die Muster zu diesen Bestimmungen zu ändern und neue Muster einzuführen.

Anlage.

(Ausführungsbestimmungen § 12 Abs. 1.)

Bekanntmachung vom 14. Juni 1917. (ZBl. 134.)

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 14. Juni 1917 beschlossen, den nachstehenden Grundsätzen für die Ausführung des § 6 Abs. 2 des Kohlensteuergesetzes vom 8. April 1917 (RGBl. 340) die Zustimmung zu erteilen.

Art. I. Die Steuerermäßigung bei dem Bezuge von Hausbrandkohlen für die Inhaber von Kleinwohnungen hat folgende Maßnahmen der Gemeinden oder Gemeindeverbände zur Voraussetzung:

1. Die Gemeinden oder Gemeindeverbände haben nach Lage der örtlichen Verhältnisse festzusetzen,
   a) Wohnungen welcher Art und Größe in ihrem Bezirk als Kleinwohnungen anzusehen sind,
   b) welche Mengen von Hausbrandkohle der verschiedenen Sorten den Inhabern von Kleinwohnungen als Jahresbedarf zugebilligt werden.

Als Hausbrandkohle für die Inhaber von Kleinwohnungen kann außer den im § 2 des Gesetzes aufgeführten Kohlen auch Zechenkoks und Gaskoks aus inländischer Steinkohle abgegeben werden.

Bei der Abgabe von Zechenkoks ist der Koks bei der Grube zu bestellen und dort nach Maßgabe der zu § 4 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes erlassenen Ausführungsbestimmungen, jedoch nur mit 10 vom Hundert des Wertes, zu versteuern.

Bei der Abgabe von Gaskoks ist die zu dessen Herstellung erforderliche Kohle bei der Grube zu bestellen und dort mit 10 vom Hundert des Wertes zu versteuern. Dabei ist die Menge der zu bestellenden Kohle nach einem Ausbringen von 70 Koks zu 100 Kohle zu berechnen.

2. Die Gemeinden oder Gemeindeverbände haben Einrichtungen zu treffen,
   a) die darauf abzielen, daß die Hausbrandkohlen zu Preisen geliefert werden, die die für gleiche Mengen sonst gezahlten örtlichen Preise mindestens um den Betrag der Steuerermäßigung unterschreiten;
   b) die es sichern, daß die Kohlen zu dem ermäßigten Preise nur an Inhaber der in Nr. 1 unter a) bezeichneten Wohnungen und in den nach Nr. 1 unter b) festgesetzten Mengen abgegeben werden;
   c) die eine Gewähr dafür geben, daß die den Vorschriften entsprechende Verwendung der mit Steuerermäßigung bezogenen Kohlen nachgeprüft werden kann.

3. Die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, die nach Nr. 1 und 2 zu treffenden Festsetzungen und Einrichtungen von der Genehmigung durch die zuständige Behörde abhängig zu machen.

Art. II. Die Gemeinden oder Gemeindeverbände haben bei dem Bezuge der Hausbrandkohlen die Bestellungen mit der Bescheinigung zu versehen, daß die Kohlen für den Hausbrand gemäß § 6 Abs. 2 des Kohlensteuergesetzes bestellt werden.

Für den Bezug und für die Verteilung der Kohlen können sich die Gemeinden und Gemeindeverbände der Vermittlung des Kohlenhandels, öffentlicher oder privater Verwaltungen, von Bezugs- oder Konsum-Genossenschaften oder ähnlichen Vereinigungen bedienen.

Art. III. Der Bezug von Hausbrandkohlen darf nur für den eigenen Verbrauch des Kleinwohnungsinhabers erfolgen; der Weiterverkauf ist untersagt.

Für die Versorgung auf Grund des § 6 Abs. 2 des Gesetzes kommen Inhaber von Kleinwohnungen insoweit nicht in Betracht, als sie bereits auf Grund des § 5 Abs. 2 des Gesetzes steuerfreie Hausbrandkohlen erhalten.

Art. IV. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen, welche Gemeinden oder Gemeindeverbände in Ausführung dieser Grundsätze erlassen, werden auf Grund des § 25 des Gesetzes mit einer Ordnungsstrafe von einer Mark bis zu dreihundert Mark bestraft.

Art. V. Die Gemeinden oder Gemeindeverbände haben die von ihnen in Ausführung dieser Grundsätze jeweils erlassenen Anordnungen, gegebenenfalls nach erfolgter Genehmigung, ihrer örtlich zuständigen Steuerstelle in zwei Stücken einzureichen. Sie haben ihr ferner zum 1. Mai jeden Jahres in zwei Stücken eine Mitteilung über die Zahl der in Betracht kommenden Inhaber von Kleinwohnungen und über die Mengen und Sorten der im abgelaufenen Rechnungsjahre bestellten Hausbrandkohlen einzusenden.

b) Preuß. Allgemeine Verfügung vom 19. Juli 1917. (ZollHBl. 69 ff.)

Die Kohlensteuer ist keine Verbrauchsabgabe, sondern steuerpflichtiger Vorgang ist bei der Inlandsteuer der Absatz oder die Übernahme zur Verwendung im eigenen Betriebe oder in den eigenen Verbrauch von seiten des Gewinners der Kohle, bei der Auslandssteuer ist es die Einfuhr über die Grenze des Kohlensteuergebiets. Demgemäß kann der Gewinner bzw. der Empfänger der steuerpflichtigen Kohle die Steuerpflicht nicht mittels Begleitscheins auf den Verbraucher übertragen und ebenso wenig ist eine Einlagerung zum Zwecke der Aussetzung der Besteuerung oder eine steuerfreie Ablassung zur Ausfuhr unter Zollaufsicht zulässig.

Die Erhebung der Steuer von der inländischen Kohle wird den Hauptzollämtern übertragen. Unter „Steuerstelle" wird das Hauptamt, unter „Bezirk der Steuerstelle" wird nicht der Sonderhebebezirk des Hauptamts, sondern der Hauptamtsbezirk verstanden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Inlandsteuer weder auf ein anderes Amt überwiesen noch gestundet werden kann.

Die aus dem Ausland eingehende Kohle kann zur Versteuerung nur bei Hauptzollämtern oder solchen Zollämtern oder Zollabfertigungsstellen angemeldet werden, die mit einem Oberbeamten besetzt sind. Zur Ausfertigung von Kohlenbegleitscheinen und zur Erledigung von Durchfuhrbegleitscheinen werden alle Grenzzollstellen an Eisenbahnen und Wasserstraßen ermächtigt; im Bedarfsfall kann die Oberzolldirektion auch Grenzzollstellen an Landwegen die Befugnis zur Ausstellung von Kohlenbegleitscheinen erteilen. Im kleinen Grenzverkehr (§ 55 AB.) ist die Versteuerung an allen Grenzzollstellen zulässig.

Im einzelnen wird zu den Kohlensteuer-Ausführungsbestimmungen folgendes bemerkt:

§ 1 Abs. 1. Der Ausdruck: „Steuerüberwachung" bezieht sich auf den Hamburger Freihafen, weil dort keine Zollüberwachung stattfindet.

§ 1 Abs. 2. Auf das Verfahren beim Zwischenauslandsverkehr mit Kohle findet das Deklarationsschein-Regulativ sinngemäß Anwendung, es bedarf jedoch bei der Abfertigung keiner Verschlußanlegung.

§ 1 Abs. 3. Im Gegensatz zu § 113 des Vereinszollgesetzes kann als Rückware nicht nur inländische Kohle, sondern auch versteuerte ausländische Kohle steuerfrei wieder eingelassen werden. Auf die Abfertigung finden die zu § 113 VZG. ergangenen Ausführungsvorschriften Anwendung, die Abfertigungsbefugnis wird indes sämtlichen Hauptzollämtern und Zollämtern mit einem Oberbeamten ohne Rücksicht auf den in Frage stehenden Steuerbetrag beigelegt. Dasselbe gilt für die steuerfreie Wiedereinlassung von Kohlenladungen, die irrtümlich ins Ausland gegangen, jedoch im Gewahrsam der ausländischen Zoll-, Polizei- oder Gerichtsbehörde oder der Eisenbahn verblieben waren.

§ 2 Abs. 1 bezieht sich nur auf die Verarbeitung von Kohle, die von anderen bezogen ist.

1. Halbsatz: Wird Rohkohle (unaufbereitete Förderkohle) vom Gewinner in Feinkohle verwandelt, diese dann versendet und vom Bezieher zum Zwecke der Verkokung gewaschen, so liegt schon beim Gewinner Aufbereitung von Kohle vor, die Kohle ist daher schon bei ihm als aufbereitete Kohle steuerpflichtig geworden. Wegen der Versteuerung von Kohle in Gestalt von Koks siehe § 4 Abs. 1 Satz 2 d. G. und § 5 AB.

2. Halbsatz. Die Bestimmung bezieht sich nicht auf den Fall, daß eine Grube auf ihrem Gelände ein scheinbar selbständiges Aufbereitungsunternehmen, etwa in Form einer G. m. b. H. errichtet, ein solcher Betrieb muß vielmehr die Kohle in aufbereitetem Zustande versteuern. Dadurch, daß selbständige Aufbereitungsanstalten die Kohle auf Grund eines Frachtgeschäftes beziehen müssen, soll derartigen Steuerumgehungsversuchen entgegengewirkt werden.

§ 2 Abs. 2. Wenn Braunkohle nicht zur Gewinnung von Preßkohle, sondern zu dem Zwecke gepreßt wird, um sie behufs Gewinnung von Ölen, Fetten, Wachs usw. zu vergasen, so wird sie als Rohkohle und nicht als Preßkohle versteuert; über weitergehende Begünstigungen vgl. § 5 Abs. 3 Satz 2 d. G. und § 5 AB.

§ 7. Die aus dem Ausland eingehende Kohle (auch Koks und Steinpreßkohle) ist beim Grenzamt zur Erledigung des Zollpunktes nach den Vorschriften des Vereinszollgesetzes zu stellen; gegenüber der Regel des § 20 d. G., daß Kohle nur auf einer Zollstraße und während der Zollstunden eingeführt werden darf, greifen die Ausnahmen des § 21 des VZG. Platz.

Soll die Kohle beim Grenzamte in den freien Verkehr treten, was nur bei einem Hauptzollamt oder einem mit einem Oberbeamten besetzten Zollamt zulässig ist, so ist sie gemäß § 49ff. AB. mit Muster 10 zur Versteuerung anzumelden.

Wenn dagegen der Warenführer die Erteilung eines Kohlenbegleitscheins beantragt, so hat er den Empfänger der Kohlensendung, die Bezeichnung und Nummer des Eisenbahnwagens oder Schiffs, das Gewicht der Kohle und endlich deren Gattung sprachgebräuchlich so genau anzumelden, daß die Kohle unter die Benennungen des Kohlensteuergesetzes gebracht werden kann (Steinkohle, Braunkohle, Steinpreßkohle, Braunpreßkohle, Steinkohlenkoks, Braunkohlenkoks). Die Anmeldung, die in zwei Stücken einzureichen ist, geschieht durch Ausfüllung der betreffenden Spalten auf der zweiten Seite des Kohlenbegleitscheinvordrucks. Die Kohlensendungen sind stets hinsichtlich der Gattung und Menge besonders zu prüfen und ohne Verschluß abzulassen. Die Anmeldung und Festsetzung des steuerpflichtigen Werts der Kohle geschieht erst bei Erledigung des Kohlenbegleitscheins.

Im Eisenbahnverkehr ist das bahnamtlich im Frachtbrief vermerkte Gewicht anzunehmen. Wenn nicht aus gegebener Veranlassung die Wiedervorführung der Kohle vom Ausfertigungsamte besonders vorgeschrieben oder vom Empfangsamte die Vorführung zur sofortigen endgültigen Versteuerung besonders verlangt worden ist, führt die Eisenbahn die Kohle ohne weiteres der Empfangsstation zu; diese braucht nicht mit dem Sitze des Empfangsamts zusammenzufallen. Die Güterabfertigungsstelle zieht die vorläufige Kohlensteuer gemäß § 56 Abs. 1 Satz 2 AB. vom Empfänger der Kohlensendung ein und händigt ihm die Kohle aus. Solange das Empfangsamt der Güterabfertigungsstelle noch keine Durchschnittswerte für die Kohlenbezüge des Empfängers von der betreffenden Grube mitgeteilt hat, berechnet die Güterabfertigungsstelle die vorläufige Steuer lediglich nach dem vom Empfänger angegebenen Erwerbspreis ohne Rücksicht auf die Fracht und die sonstigen Kosten bis zur Grenze. Die Güterabfertigungsstelle vermerkt den erhobenen Betrag im Begleitschein und übersendet diesen dem Empfangsamt. Die Ablieferung der vorläufig erhobenen Steuerbeträge geschieht nach besonderer Verständigung zwischen dem Empfangsamt und der Güterabfertigungsstelle; sie kann auch periodisch geschehen. Bei Privatbahnen sind die in Betracht kommenden Eisenbahnangestellten gemäß § 14 EZO. auf das Zollinteresse zu vereidigen. Die Durchschnittswerte für die Kohlen, die das Empfangsamt behufs Mitteilung an die Güterabfertigung festsetzt, umfassen abgesehen von österreichischer und ungarischer Kohle gemäß § 50 AB. auch die Fracht- und sonstigen Kosten bis zur Grenze; die Eisenbahnbehörden werden den Zollbehörden bei der Festsetzung der Fracht- und sonstigen Kosten bis zur Grenze an die Hand gehen. Im übrigen wird wegen der vorläufigen Wertfestsetzung auf das zu § 56 Abs. 1 Satz 2 Gesagte Bezug genommen. Der Empfänger der vorläufig versteuerten Kohle muß sie alsbald, nachdem er sie von der Eisenbahn ausgehändigt erhalten hat, unter Vorlegung des eingelösten Frachtbriefs, der Rechnung und der sonstigen Belege beim Empfangsamt mit Muster 10 zur Versteuerung anmelden; ist er noch nicht im Besitz der Rechnung, so kann ihm zu deren Beibringung eine angemessene Frist bewilligt werden.

Wenn der Empfänger gemäß § 56 Abs. 2 AB. zur periodischen Entrichtung der Steuer zugelassen ist, teilt das Empfangsamt die gewährte Versteuerungsbegünstigung der für den Empfänger zuständigen Güterabfertigungsstelle mit. Die Abfertigung der Kohle wickelt sich dann ebenso ab, wie vorstehend beschrieben, jedoch unterbleibt die vorläufige

Steuererhebung durch die Güterabfertigungsstelle; diese vermerkt im Kohlenbegleitschein nur, daß die Kohle dem Empfänger ausgehändigt worden ist.

Auch im Schiffsverkehr ist die eingehende Kohle stets auf Gattung und Menge besonders zu prüfen. Die Gewichtsermittlung kann durch Aufnahme der Schiffseiche geschehen; ist diese nicht durchführbar, so kann das Gewicht aus den Frachtpapieren entnommen werden. Der Schiffer muß nach der Ankunft am Bestimmungsort den Begleitschein beim Empfangsamt abgeben. Wenn der Amtsvorstand nicht auf die Vorführung der Sendung verzichtet, wird zur Beschau geschritten. Die Einzahlung der Steuer bei der Zollkasse geschieht durch den Empfänger oder für Rechnung des Empfängers der Kohle.

Bei Kohle, die in Österreich-Ungarn gewonnen ist, bedarf es für die Versteuerung nicht der Vorlegung der Frachtpapiere, sondern nur der Rechnung über den Erwerbspreis und des Ursprungsnachweises; vgl. § 50 AB.

Die Abfertigung auf Kohlenbegleitschein soll die Steuerbehörde in den Stand setzen, ihr Zurückbehaltungs- und Beschlagnahmerecht nötigenfalls auszuüben. Die auf Kohlenbegleitschein abgefertigte Kohle steht zu diesem Zwecke unter Steueraufsicht, bis sie von der Eisenbahn bzw. vom Empfangsamte freigegeben ist. Bezüglich der Abfertigung von Kohlen auf Kohlenbegleitschein finden die Vorschriften für Zollbegleitscheine 1 sinngemäße Anwendung. Die im Zollverkehr vorgeschriebenen Muster der Begleitscheine I, der Erledigungsscheine, der Ausfertigungs- und Empfangsbücher sind zu benutzen; zu diesem Zweck ist in den Aufschriften das Wort Begleitschein I in „Kohlenbegleitschein" umzuändern. Kohlensendungen, die etwa von Zollstellen anderer Bundesstaaten mit Begleitzettel oder mit Begleitschein I gemäß § 41 Abs. 5 VZG. überwiesen werden, sind ohne Beanstandung zu erledigen.

§ 8 Abs. 3. betrifft den Fall, wo das Bergwerk seinen Bedarf an elektrischer Arbeit nicht selbst herstellt, sondern von einem selbständigen Elektrizitätswerk bezieht. Das Bergwerk erhält die Steuerbefreiung auch, wenn es nicht die Kohlen für den Betrieb des Elektrizitätswerks liefert, dieses vielmehr seinen Kohlenbedarf von einer anderen Grube bezieht; ein Steuererlaß findet aber nicht statt, soweit das Elektrizitätswerk mit Wasserkraft betrieben wird. Der Zweck der Vorschrift ist, den einen technischen und wirtschaftlichen Vorteil bedeutenden Bezug von Kraft aus elektrischen Zentralen zu fördern; hierbei soll weder das Bergwerk noch der Steuerfiskus schlechter gestellt sein, als wenn das Bergwerk seinen Kraftbedarf selbst aus eigener Kohle herstellt.

§ 9. Aufbereitungsanlagen und Preßkohlenfabriken, die die zur Aufbereitung oder Verarbeitung bestimmte Kohle und die hierzu erforderliche Betriebs- bzw. Feuerkohle aus ihrer eigenen Kohlenförderung entnehmen, versteuern die zu verarbeitende Kohle und die Betriebskohle in Gestalt der fertigen Kohle, bzw. der Braunpreßkohle.

§ 10 Abs. 1. Die Steuerfreiheit bezieht sich auf die gesamte Betriebskohle, die der aus dem Auslande einlaufende Zug für seinen Bedarf mitbringt, also auch auf die Kohle auf den Lokomotivtendern und auf die Heizungskohle für die Personen-, Küchen-, Schlaf- und Güterwagen.

§ 10 Abs. 2. Als „Betriebsmittel bis zur Rückkehr in das Ausland" gilt beim Anlaufen eines Seehafens die Kohle, die während des Aufenthalts im Hafen zum Betriebe der Lösch- und Lademaschinen, zur Heizung des Schiffes usw. gebraucht werden wird. Beim Einlaufen in einen Fluß bleibt steuerfrei der Kohlenbedarf für die Fahrt zum Reiseziel, ferner der Kohlenbedarf für den Aufenthalt daselbst und endlich der Kohlenbedarf für die Rückfahrt bis zur Grenze. Bei Flußreisen ist beim Eintritt über die Grenze nur der Kohlenbedarf bis zum Endpunkt der Reise, sodann nach Ankunft am Bestimmungsort der Bedarf während des Aufenthalts daselbst und endlich bei Antritt der Rückfahrt der Bedarf bis zum Wiederausgang über die Grenze auf einmal freizugeben.

Die Betriebskohlen, die zur Rückreise über See aus einem inländischen Seehafen oder bei Flußreisen für die Rückfahrt jenseits der Grenze erforderlich sind, werden ebenso behandelt, wie eine Kohlenladung, die ohne Aus- und Umladung mit dem Schiffe wieder

ausgehen soll; sie gelten als „Kohlen, die bis zur Rückkehr des Schiffes nicht von Bord gebracht werden".

Die Befugnis, weitergehende Erleichterungen für die Flußschiffahrt zuzulassen, wird den Oberzolldirektionen übertragen.

§ 10 Abs. 3. Der Schwerpunkt liegt sowohl beim Eisenbahn- wie beim Schiffsverkehr darin, die heimliche Ausladung der Kohle zu verhindern.

§ 12. Von einer Genehmigung der Aufsichtsbehörde gegenüber den Festsetzungen und Einrichtungen, die die Gemeinden und Gemeindeverbände gemäß Art. I Nr. 1 und 2 der Grundsätze treffen, wird abgesehen.

Wegen der Behandlung der gemäß Art. II abzugebenden Bescheinigungen der Gemeinden oder der Gemeindeverbände wird auf § 20 AB. verwiesen.

Die Anordnungen und Mitteilungen gemäß Art. V sind dem für die Gemeinde bzw. den Sitz des Gemeindeverbandes örtlich zuständigen Hauptamt einzureichen.

Die Bestellbücher nach § 12 Abs. 2 AB. sind nach Rechnungsjahren zu führen: jede Bescheinigung ist unter einer besonderen Nummer im Bestellbuch einzutragen und mit dieser Nummer zu versehen. Hegt die Steuerstelle, bei der die Ablassung zum ermäßigten Steuersatze beantragt wird, Zweifel an der Echtheit oder Ordnungsmäßigkeit einer vorgelegten Bescheinigung, so übersendet sie sie zur Aufklärung an die Steuerstelle, die für die betreffende Gemeinde oder den betreffenden Gemeindeverband zuständig ist.

Das Bestellbuch ist von dem für die betr. Gemeinde oder den Gemeindeverband zuständigen Oberinspektor und Oberzollkontrolleur ab und zu einzusehen; wie oft das zu geschehen hat, bestimmt die Oberzolldirektion. Die Prüfung des Bestellbuchs und der Jahresmitteilung über die bestellten Hausbrandkohlen hat sich darauf zu richten, daß die bestellten Mengen nicht in einem offenbaren Mißverhältnis zu der Zahl und der Zusammensetzung der Einwohnerschaft stehen. Gegebenenfalls ist an die Oberzolldirektion zu berichten, damit diese die Frage im Benehmen mit dem Regierungspräsidenten weiter verfolgen kann. Über die tatsächliche Verwendung der einzelnen bezogenen Mengen wird von der Steuerbehörde keine ständige Aufsicht geübt; Verstöße, die zu ihrer Kenntnis kommen, werden von ihr gemäß Art. IV der Grundsätze und §§ 21 bis 31 d. G. strafrechtlich verfolgt.

§ 13. Gruben, die an ein Syndikat angeschlossen sind, haben zunächst jede Kohlenlieferung zu dem Verkaufspreis zu versteuern, den sie dem Syndikat berechnen. Innerhalb eines Monates nach Schluß der Abrechnungsperiode des Syndikats müssen die Gruben eine Nachtragsanmeldung über die Gesamtsumme der ihnen gegenüber dem Syndikat zustehenden Nachvergütungen einreichen; in derselben Frist sollen sie etwaige Anträge auf Vergütung der Gesamtsummt der Rückvergütungen vorlegen, die sie dem Syndikat entrichten müssen. Fällt die Abrechnungsperiode des Syndikats nicht mit dem Rechnungsjahr zusammen, so sind die Zeiträume für die Gesamtnachversteuerungen und für die Gesamtrückvergütungen einvernehmlich mit dem Syndikat festzusetzen. Liegen die Buchführungssitze der angeschlossenen Gruben und die Niederlassung des Syndikats in verschiedenen Hauptamtsbezirken, so geschieht die Feitsetzung durch die Oberzolldirektion; sind verschiedene Oberzolldirektionen beteiligt, so haben diese sich untereinander zu verständigen. Sinngemäß gilt dasselbe, wenn eine Grube mit einem einzelnen Händler einen laufenden Lieferungsvertrag mit dem Vorbehalt von Nachvergütungen und Rückvergütungen abgeschlossen hat.

§ 14 Abs. 2. War die Grube nur während eines Teils des Jahres am Geschäft des Wiederverkäufers beteiligt, so werden ihr die Zinsen von ihrem Kapitalanteil selbstredend ebenfalls nur nach dem Jahresteil angerechnet.

§ 17. In den Anmeldungen sind die Gewichte der einzelnen Posten auf $^1/_{10}$ t nach unten abzurunden.

§ 19 Abs. 2 Satz 2. Durch diese Bestimmung soll der Zollbehörde ein Mittel in die Hand gegeben werden, um die Angaben des Steuerpflichtigen in der Anmeldung der Nachvergütung nachzuprüfen; der Steuerpflichtige kann gemäß § 28 d. G. durch Erzwingungs-

Käufe dazu angehalten werden, vom Wiederverkäufer Rechnungslegung zu verlangen und im Weigerungsfalle Klage zu erheben.

§ 22 Abs. 2. Satz 1 betrifft zunächst den Fall, wo eine Grube berechtigterweise einen besonders niedrigen Preis bewilligt hat, um den Käufer zum Abschluß eines möglichst langfristigen Lieferungsvertrages zu bewegen; in einem solchen Falle sollen die während der Geltung des Vertrags zu den ein für allemal verabredeten Preisen getätigten Einzelabschlüsse nicht beanstandet werden, auch wenn die Marktpreise für Kohle seit Abschluß des Hauptvertrages erheblich in die Höhe gegangen sind. Ebensowenig sind in der Regel besonders niedrige Preise zu beanstanden, die eine Grube bewilligt hat, um im umstrittenen Gebiete Absatz zu bekommen.

Satz 2 greift namentlich dann Platz, wenn die liefernde Grube und das beziehende Hütten- usw. Werk voneinander wirtschaftlich abhängig sind, z. B. die Aktien des einen Werks dem anderen Werke gehören.

§ 26 bezieht sich auch auf die Anmeldung von Nachvergütungen gemäß §§ 14 und 18 Abs. 3.

§ 27. Die Mitglieder der Wertprüfungsstellen, die aus den Bergaufsichtsbehörden und aus der staatlichen Kohlenindustrie zu entnehmen sind, werden vom Oberbergamt benannt. Sind im Bezirk der Wertprüfungsstellen Kohlenindustriebetriebe vorhanden, die keiner bergbaulichen Vereinigung angehören, so werden über die aus den Kreisen dieser Betriebe zu entnehmenden Mitglieder der Wertprüfungsstelle die Handelskammern gehört. Wo keine Handelskammern bestehen, treten die Korporationen der Kaufleute und sonstigen amtlichen Vertretungen des Handels und der Industrie an ihre Stelle.

§ 28. Wegen der Einrichtung der Wertprüfungsstellen ergeht besondere Anordnung.

§ 29. Wenn ein Betrieb zu besichtigen ist, so ordnet die Oberzolldirektion die Besichtigung an und beauftragt den Vorsitzenden, sie unter Zuziehung von geeigneten Mitgliedern der Wertprüfungsstelle als Sachverständigen auszuführen; die Anordnung kann gemäß § 28 d. G. erzwungen werden.

§ 32. Die Wertprüfungsstelle ist keine Verwaltungsinstanz; kommt es zu keiner Einigung mit dem Steuerpflichtigen gemäß § 31, so ist die Mitteilung der Wertprüfungsstelle an die Steuerstelle lediglich ein innerer Dienstvorgang der Verwaltung. Beschwerden über zu hohe Wertfestsetzungen sind daher nicht gegen das Gutachten der Wertprüfungsstelle, sondern gegen den Festsetzungsbescheid der Steuerstelle zu richten.

§ 33. Schreib- und Rechenfehler und sonstige offenbare, bei Abfassung des Bescheides bzw. Beschwerdebescheides untergelaufene Versehen sind von der Behörde, die den Bescheid erlassen hat, ohne weiteres richtigzustellen; derartige Berichtigungen können auch von Amts wegen geschehen. Dagegen ist die Wertprüfungsstelle jedesmal zu hören, wenn ihre sachlichen Feststellungen vom Beschwerdeführer angegriffen werden. Die Beschwerde ist bei der Behörde einzulegen, die den Bescheid erlassen hat; diese legt die Beschwerde der vorgesetzten Stelle mit dem Gutachten der Wertprüfungsstelle und mit ihrem eigenen Gutachten zur Entscheidung vor.

§§ 34—38. Auch das Auskunftsverfahren vor Eintritt der Steuerpflicht zielt auf eine Verständigung zwischen dem Steuerpflichtigen und der Wertprüfungsstelle ab. Die zu diesem Zwecke eingereichte Wertanmeldung ist im Unterschied von der Anmeldung zur Versteuerung keine verbindliche Steuererklärung, sondern nur ein Vorschlag gegenüber der Wertprüfungsstelle.

Kommt im Auskunftsverfahren eine Verständigung zwischen dem Steuerpflichtigen und der Wertprüfungsstelle zustande (§§ 35 und 37 Satz 2), so ist die Steuerbehörde verpflichtet, den von der Wertprüfungsstelle anerkannten Preis oder Wert bei der Steuerberechnung zugrunde zu legen, wenn der Steuerpflichtige später diesen anerkannten Preis oder Wert in der Steuererklärung anmeldet.

Wird keine Verständigung erzielt (§ 38), so ist die Lage so, als ob überhaupt kein Auskunftsverfahren stattgefunden hätte. Der Spruch der Wertprüfungsstelle über den von ihr für angemessen erachteten Preis oder Wert hat dann nur eine nachrichtliche Be-

deutung, eine Beschwerde dagegen gibt es nicht. Wenn der Steuerpflichtige später seine Steueranmeldung doch nach dem von der Wertprüfungsstelle bezeichneten, von ihm zunächst nicht anerkannten Preis oder Wert abgibt, so hat er keinen Anspruch darauf, daß die Steuerstelle diesen Preis oder Wert bei der Steuerberechnung zugrunde legt. Die Steuerstelle ist vielmehr völlig frei in ihrer Entschließung und setzt den Preis oder Wert nach eigenem Urteil fest; allerdings wird sie von dem Preis oder Wert, den die Wertprüfungsstelle als angemessen bezeichnet hat, nur abweichen, wenn sie dafür triftige Gründe hat.

§§ 41—48 beziehen sich auf den Fall des § 3 Abs. 2 d. G., wenn nämlich jemand Steinkohle aufbereitet oder Braunkohle zu Preßkohle verarbeitet hat, die er von der Gewinnungsstätte eines anderen bezogen hat. Bereitet jemand selbstgewonnene Steinkohle auf oder verarbeitet er selbstgewonnene Braunkohle zu Preßkohle (§ 3 Abs. 1 d. G.), so wird lediglich das fertige Erzeugnis nach seinem Preis oder Wert versteuert; auf Menge und Wert der in den Erzeugnissen enthaltenen Kohle und der dazu verwendeten Betriebs- bzw. Feuerkohle kommt es nicht an.

Wenn in den §§ 41 ff. von der „Versteuerung aufbereiteter Kohlen" die Rede ist, so bedeuten die Worte „aufbereitete Kohle" das fertige Erzeugnis des Aufbereitungsvorgangs.

§ 46. Bei der Aufbereitung von fremder Steinkohle und bei der Pressung von fremder Braunkohle zu Preßkohle wird die Vergütung nicht nur für die bezogene aufzubereitende Steinkohle und zu pressende Braunkohle, sondern auch für die zu diesem Zwecke bezogene Betriebskohle bzw. Feuerkohle gewährt. Der Unterschied zwischen Abs. 1 und 2 ist der, daß bei der Aufbereitung von Steinkohle die tatsächlich im fertigen Erzeugnis enthaltene Kohle und die tatsächlich verbrauchte Betriebskohle angemeldet wird, während bei der Herstellung von Preßkohlen sowohl für die im fertigen Erzeugnis enthaltene Kohle als für die Feuerkohle bestimmte Verhältniszahlen vorgesehen sind. Die Festsetzung der Verhältniszahlen des Abs. 2 wird den Oberzolldirektionen übertragen.

§ 48. Bei dauernder Betriebseinstellung ist die Vergütung für die verwendete Kohle dem Empfangsberechtigten vom Hauptamte bar zu zahlen; die Kohle, die zur Aufbereitung oder Pressung oder als Betriebs- oder Feuerkohle bezogen war, als solche aber nicht verwendet worden, sondern übriggeblieben ist, wird gemäß § 42 angemeldet und im Kohlensteuervergütungsbuche B abgeschrieben. Die bar zurückgezahlten Beträge sind als Herauszahlungen bei der Kohlensteuer zu verrechnen.

§ 49 Abs. 1 Satz 2 betrifft namentlich den Fall, wenn jemand Kohle aus einer eigenen, im Ausland gelegenen Grube bezieht.

§ 53 Satz 2 bezieht sich auf die Angaben in den in § 54 erwähnten Belegen; die Steuerstelle wird den letzten bekanntgegebenen Kurs beim nächsten Postamt erfragen können.

§ 54. Solange § 50 in Kraft ist, genügen für österreichisch-ungarische Kohle die Rechnung und die sonstigen Belege, die über die Gattung, das Gewicht und den Gewerbspreis der Sendung Aufschluß geben; der Belege über die Fracht- und die sonstigen Kosten bis zur Grenze bedarf es für österreichisch-ungarische Kohle nicht.

§ 56 Abs. 1 Satz 2 ist bei Bezügen mit der Eisenbahn auf Kohlenbegleitschein grundsätzlich anzuwenden; vgl. das vorstehend bei § 7 Gesagte. In anderen Fällen kann die Steuerstelle widerruflich gestatten, daß die Steuer für die einzuführende Kohle vom Empfänger vorläufig in Form einer Bauschsteuer vorbehaltlich der späteren genauen Anmeldung des Preises oder Wertes und der nachträglichen Festsetzung des genauen Steuerbetrages entrichtet wird. Die Begünstigung wird nur an zuverlässige Empfänger erteilt, die auf Grund von langfristigen Kaufverträgen oder aus einem sonstigen länger wirkenden Grunde bestimmte Kohlensorten von bestimmten Versendestellen für längere Zeit beziehen und geschäftliche Nachteile erleiden würden, wenn sie die einzelnen Kohlenbezüge jedesmal erst nach der Festsetzung der genauen Steuer zum freien Verkehr verabfolgt erhalten würden. Der Wert, der für die Tonne Kohle bei der vorläufigen Besteuerung zugrunde zu legen ist, wird von der Steuerstelle festgesetzt; er soll dem Durchschnittspreis für die wiederkehrenden Einzelbezüge entsprechen. Der Empfänger muß zu diesem Zwecke den Kauf-

vertrag und die sonstigen Belege über den Wert der wiederkehrenden Einzelbezüge vorlegen. Die Steuerstelle hat in zweifelhaften Fällen ein Gutachten der Wertprüfungsstelle über den Durchschnittspreis der Bezüge zuzüglich der Beförderungskosten bis zur Grenze einzuholen.

Die vorläufige Steueranmeldung geschieht mit Muster 10 und muß die Gattung, die Menge und den festgesetzten Durchschnittswert enthalten, sie ist im Kohlensteueranmeldungsbuch über eingeführte Kohle einzutragen. Die vorläufige Steuer ist alsbald zu entrichten und im Kohlensteuereinnahmebuch zu buchen. Die später abzugebende Anmeldung zur genauen Versteuerung geschieht ebenfalls mit Muster 10 und ist als Nachtragsanmeldung zu bezeichnen. Sie ist bei der Steuerstelle einzureichen, sobald der Empfänger in den Besitz der Rechnung über den Kohlenbezug gelangt oder auf sonstige Weise in den Stand gesetzt ist, den steuerpflichtigen Wert des Kohlenbezuges anzugeben; die Einreichung muß spätestens am 15. des Monats geschehen, der auf den Monat folgt, in dem die vorläufige Anmeldung abgegeben worden ist. Die Steuerstelle kann gestatten, daß nicht zu jeder vorläufigen Anmeldung eine besondere Nachtragsanmeldung, sondern über alle in einem Monat oder einem Monatsabschnitt abgegebenen vorläufigen Anmeldungen eine Gesamtnachtragsanmeldung abgegeben wird. Ein nachzuentrichtender Steuerbetrag ist alsbald nach der Festsetzung zu zahlen, ein zurückzuerstattender Steuerbetrag wird vom Vorstand der Steuerstelle zur Zahlung angewiesen und im Kohlensteuereinnahmebuch von der Einnahme abgesetzt.

§ 56 Abs. 2 betrifft die weitergehende Begünstigung, daß dem Empfänger die vorläufige Versteuerung der im Laufe eines Monats oder Monatsteils empfangenen Sendungen erlassen, diese vielmehr erst nach Ablauf dieses Zeitraums auf einmal versteuert werden. Die Beschlußfassung über die Bewilligung dieser Vergünstigung ist den Hauptämtern vorbehalten; die Bewilligung kann gegen Sicherheit allgemein, ohne Sicherheit nur gegenüber staatlichen Behörden, Provinzen, Kreisen, Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften erfolgen; soll bei privaten Gesellschaften oder Einzelpersonen von der nachträglichen Versteuerung ohne Sicherheitsleistung abgesehen werden, so bedarf es der Genehmigung der Oberzolldirektion. Auf die Bestellung der Sicherheiten finden die Vorschriften der Reichsabgabenstundungsordnung für Preußen entsprechende Anwendung. Die einstweilen ohne Steuerentrichtung zum freien Verkehr abzulassenden Kohlenbezüge sind mit Muster 10 nach Gattung und Menge anzumelden und im Kohlensteueranmeldungsbuch über eingeführte Kohlen festzuhalten; im Bedarfsfalle können in diesem besondere Abteilungen für die einzelnen Empfänger angelegt werden. Bezüglich der Abgabe der Gesamtanmeldung und des Zeitpunktes der Steuerentrichtung gilt das zu Abs. 1 Gesagte.

§ 57. Die Befugnis hierzu wird den Oberzolldirektionen übertragen.

§ 58 Abs. 1. Es ist zu beachten, daß die Vorschriften der §§ 13 bis 38 nicht buchstäblich, sondern nur sinngemäß anzuwenden sind. Demgemäß ist, abgesehen von den Begünstigungen des § 56, eingeführte Kohle nicht erst am 15. des folgenden Monats zur Versteuerung anzumelden und erst am Ende dieses Monats zu versteuern, sondern sie ist, wenn keine Begünstigungen gemäß § 56 bestehen, sofort anzumelden und nicht eher zu verabfolgen, als bis die Steuer entrichtet ist.

§ 60. Die Befugnisse, die den Oberzolldirektionen, Hauptzollämtern und Zollämtern bezüglich der Zollerlasse aus Billigkeitsrücksichten gemäß Nr. 32 der Anweisung zur Ausführung des Vereinszollgesetzes zustehen, werden ihnen auch bezügl. der Steuer für eingeführte Kohlen verliehen; für inländische Kohle behalte ich mir die Entscheidung über derartige Anträge vor.

§ 61. Unter „Betrieb" ist ein Unternehmen der in § 3 Abs. 1 und 2, § 4 Abs. 1 Satz 2 und § 5 Abs. 3 Satz 2 d. G. genannten Art zu verstehen.

„Betriebsinhaber" ist der, für dessen Rechnung das Unternehmen betrieben wird, also einerseits der selbstwirtschaftende Eigentümer, anderseits der Pächter und der Nießbraucher; für handlungsunfähige Rechtssubjekte ist die Anmeldung von ihrem gesetzlichen

Vertreter abzugeben, z. B. vom Vormund für die Minderjährigen, vom Konkursverwalter für die Konkursmasse, vom Vorstand für eine Aktiengesellschaft oder Gewerkschaft.

§ 62 Abs. 1 und § 63 Satz 1. „Betriebsanlagen" sind im Gegensatz zu § 61 nicht das Unternehmen als Ganzes, sondern die dem Unternehmen dienenden einzelnen baulichen Anlagen, z. B. die Aufbereitungsanlage auf einer Steinkohlengrube, die Kohlenpresse auf einer Braunkohlengrube.

„Änderungen im Besitz" sind Wechsel in der Person des Betriebsinhabers oder seines gesetzlichen Vertreters.

§ 63 Satz 2. „Betriebseinstellungen" sind nicht nur Einstellungen der Kohlenförderung und des sonstigen Erzeugungsvorgangs, sondern auch Einstellung der Verladung und der Abfuhr; zu den ohne den Willen des Betriebsinhabers eingetretenen Ereignissen gehören auch Arbeitseinstellungen infolge von Lohnstreitigkeiten.

§ 66. Die besonderen Aufsichtsmaßnahmen gemäß § 17 Satz 1 d. G. ordnet die Oberzolldirektion an.

§ 67. Die Anordnungen wegen Führung besonderer Bücher werden vom Oberzollinspektor getroffen.

§ 69 Abs. 2. Der Oberzollinspektor bestimmt nach Anhörung des Steuerpflichtigen, ob die Einträge in das Steuerbuch nur einmal monatlich, d. h. für ganze Monate, oder für Monatsabschnitte, d. h. für Zehntel-, Sechstel-, Fünftel-, Drittel- oder Halbe Monate zu machen sind. Die Pflicht zur Besteuerung wird hierdurch nicht berührt; die Steuer ist also gemäß § 4 Abs. 1 d. G. auch in dem Falle monatlich zu entrichten, wo die Einträge im Steuerbuch für Monatsabschnitte geschehen.

§ 72. Unter Einnahme wird die Rohsolleinnahme an Inlands- und Auslandssteuer nach Abzug der Steuervergütungen verstanden, und zwar einschließlich der Steuer, die bei der Einfuhr von solchen Grenzzollstellen erhoben worden ist, die auf dem Zollverwaltungskostenetat stehen.

§ 74. Wegen der Ernennung der Schiedsgerichtsobmänner ergeht besondere Verfügung an die Regierungspräsidenten.

§ 77 Satz 2 bezieht sich auf die Einstellung der Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes während des Krieges.

15. Preußisches Gesetz, betr. die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes. Vom 30. Dezember 1916. (GesS. 17 1.)

Wortlaut in Bd. 3, 1027.

Hierzu:

a) Erlaß vom 11. Dezember 1916. (Steuer-Archiv 17 15.)

Nachdem nunmehr durch das demnächst zu veröffentlichende Gesetz, betreffend Ergänzung des Einkommensteuergesetzes, die Möglichkeit gegeben ist, Steuerpflichtige, welche nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst oder nach der Wiederaufhebung der Kriegsformation aus neu aufgenommener gewerblicher Tätigkeit oder gewinnbringender Beschäftigung Einkommen beziehen oder als Offiziere oder Beamte in den Genuß der Friedensbezüge treten, entsprechend der dadurch veranlaßten Vermehrung ihres Einkommens anderweit zu veranlagen, ist . . . künftig bei den zum aktiven Heere gehörigen Offizieren und Beamten, wenn der Krieg zur Zeit der Veranlagung fortdauert, von der Anrechnung des Militäreinkommens gemäß § 5 Ziff. 3 des Einkommensteuergesetzes überhaupt abzusehen. Bei Zivilbeamten, welche zum Heeresdienst einberufen sind, ist unter der gleichen Voraussetzung nur das im vorausgegangenen Kalenderjahre tatsächlich bezogene zutreffendenfalls um $^7/_{10}$ des Militäreinkommens gekürzte Zivildiensteinkommen in Anrechnung zu bringen. Bei anderen Kriegsteilnehmern endlich ist nur dann zur Veranlagung zu schreiten, wenn trotz der Fortdauer des Krieges tatsächlich eine Einkommens-

quelle zur Zeit der Veranlagung vorhanden ist, und nur mit Einkommen aus solchen Quellen ist bei ihrer Veranlagung zu rechnen.

Wird der Kriegszustand im Laufe des Steuerjahres 1916 oder später aufgehoben, oder scheidet der Kriegsteilnehmer vorher aus dem Militärdienste wieder aus und nimmt darauf eine ihm Einkommen gewährende neue gewerbliche Tätigkeit oder gewinnbringende Beschäftigung auf, so erfolgt seine anderweite Veranlagung gemäß § 6 des neuen Gesetzes entsprechend den Vorschriften im § 62 des Einkommensteuergesetzes. Dasselbe gilt, wenn Offiziere oder Beamte aus der gleichen Veranlassung wieder in den Genuß der Friedensbezüge treten.

b) Preuß. Ausführungsanweisung vom 1. Januar 1917. (FMBl. 40.)

Art. 1. Da das Gesetz nichts Abweichendes bestimmt, tritt es mit dem Ablaufe des vierzehnten Tages nach der Ausgabe des Gesetzblatts in Kraft.

Art. 2. I. § 1[1]) behandelt die Veranlagung physischer Personen und setzt in seinem Abs. 1 voraus, daß Einnahmen, die der Steuerpflichtige in dem dem Steuerjahre vorangegangenen Kalenderjahr — oder, soweit er nach dem Ergebnis eines von dem Kalenderjahr abweichenden Geschäftsjahrs zu veranlagen ist, in dem dem Steuerjahre vorangegangenen Geschäftsjahr — aus gewerblicher Tätigkeit oder aus gewinnbringender Beschäftigung oder als stiller Gesellschafter oder als Mitglied einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung bezogen hat, bei der Veranlagung nicht zur Anrechnung gelangen, weil entweder

a) die Einkommensquelle vor Beginn des Steuerjahrs weggefallen ist oder sich wesentlich geändert hat,

oder

b) weil die Einnahmen durch eine einmalige Tätigkeit des Steuerpflichtigen — die eine Einkommensquelle im Sinne des EG.[2]) bekanntlich nicht darstellt — erworben worden sind.

Trifft diese Voraussetzung zu, so soll, abweichend von den Vorschriften im § 9 Nr. 1 bis 3 EG., die Veranlagung des gesamten Einkommens nach dem Ergebnisse des dem Steuerjahre vorangegangenen Kalender- oder Geschäftsjahrs erfolgen.

II. Eine hiervon abweichende Veranlagung ist durch § 1 Abs. 2 für den Fall vorgeschrieben, daß eine Einkommensquelle des Steuerpflichtigen unverändert fortbesteht, deren Ergebnis nach § 9 Nr. 3 oder 4 EG. nicht nach dem Ertrage des letzten Kalender- oder Geschäftsjahrs, sondern auf Grund einer Durchschnittsberechnung in Ansatz zu bringen ist. Alsdann verbleibt es für diese Einkommensquelle bei der Durchschnittsberechnung. Der hauptsächlich hierher gehörende Fall ist, daß ein Kaufmann oder Fabrikbesitzer bei unverändertem Fortbestande seines Betriebes außerhalb des letzteren aus einer gewinnbringenden Beschäftigung, z. B. aus einer Tätigkeit als Agent oder Vermittler, in dem letzten Kalenderjahr eine Einnahme bezogen hat. Dieser Gewinn gelangt mit dem Ergebnisse nach dem letzten Kalenderjahr in Ansatz, für das Einkommen aus dem Betriebe verbleibt es aber bei der vorgeschriebenen Durchschnittsberechnung.

Art. 3. § 1 Abs. 3 bezieht sich auf den Fall, daß sich eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung während des Krieges aufgelöst hat. Jedem Mitgliede der aufgelösten Gesellschaft ist alsdann nicht nur der ihm etwa zugeflossene Gewinnanteil, sondern auch ein entsprechender Anteil an den während des Krieges aufgesammelten Rückstellungen der Gesellschaft als Einkommen anzurechnen. Auch findet eine Außerhebungsetzung der Steuer nach § 71 EG. nicht statt, soweit die aus der aufgelösten Gesellschaft dem Gesellschafter zugeflossenen Beträge bei der Gesellschaft nicht zur Besteuerung gelangt sind.

Art. 4. I. § 2 handelt von der Veranlagung der nichtphysischen Personen und setzt voraus, daß während des gegenwärtigen Krieges sich eine einkommensteuerpflichtige nichtphysische Person in eine andere einkommensteuerpflichtige nichtphysische Person

---

[1]) Paragraphen ohne Zusatz bezeichnen die Paragraphen des Gesetzes.

[2]) EG. = Einkommensteuergesetz.

umgewandelt hat oder von ihr übernommen worden ist oder daß mehrere steuerpflichtige nichtphysische Personen sich zu einer neuen vereinigt haben. Ist bei diesen Maßnahmen eine neue steuerpflichtige nichtphysische Person gebildet worden, so findet § 2 Abs. 1, anderen Falles findet § 2 Abs. 2 Anwendung.

II. Für die Veranlagung der neu entstandenen nichtphysischen Person gilt nach § 2 Abs. 1 folgendes:

1. Die Steuerpflicht beginnt — abweichend von § 9 Nr. 6 Satz 2 EG. — schon mit dem Zeitpunkte des Entstehens.

2. Maßgebend für die Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens ist die Vergangenheit. Die Durchschnittsberechnung erfolgt nach dem Ergebnisse der drei der Veranlagung unmittelbar vorangegangenen Geschäftsjahre, wenn die übernehmende und die übernommene nichtphysische Person zusammen mindestens drei Jahre bestehen, anderen Falles nach der Dauer der kürzeren Zeit des Bestehens.

3. Soweit in die Durchschnittsberechnung das Ergebnis von Geschäftsjahren einzustellen ist, während deren die übernehmende nichtphysische Person noch nicht bestanden hat, gelten die bilanzmäßigen Ergebnisse der übernommenen nichtphysischen Person als Einkommen der übernehmenden nichtphysischen Person.

Ist z. B. aus zwei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren Geschäftsjahre vom 1. Januar bis 31. Dezember liefen und die für das Steuerjahr 1916 nach dem durchschnittlichen Ergebnisse der Geschäftsjahre 1913, 1914 und 1915 veranlagt waren, am 1. Januar 1916 eine Aktiengesellschaft gebildet worden, deren Geschäftsjahr gleichfalls mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, so erfolgt die Veranlagung der Aktiengesellschaft für das Steuerjahr 1917 nach dem Ergebnisse der Geschäftsjahre 1914, 1915 und 1916. In die Durchschnittsberechnung werden eingesetzt die Summen der bilanzmäßigen Ergebnisse, die die beiden Gesellschaften mit beschränkter Haftung in den Geschäftsjahren 1914 und 1915 gehabt haben, und die nach § 15 EG. steuerpflichtigen Überschüsse der Aktiengesellschaft aus dem Geschäftsjahre 1916. Der Durchschnitt aus diesen Beträgen, vermindert um 3½ v. H. des Aktienkapitals, bildet das steuerpflichtige Einkommen der Aktiengesellschaft.

Weicht das Geschäftsjahr der neu entstandenen nichtphysischen Person von dem Geschäftsjahre der übernommenen oder einer der übernommenen nichtphysischen Personen ab, so werden die bilanzmäßigen Ergebnisse der letzteren nach Zeiträumen, die dem von der übernehmenden nichtphysischen Person angenommenen Geschäftsjahr entsprechen, umgerechnet.

Hat die übernommene oder eine der übernommenen nichtphysischen Personen ihre Geschäftstätigkeit in diejenige Zeit hinein ausgedehnt, während deren die neubegründete nichtphysische Person schon bestanden hat, so werden für diesen Zeitraum die Ergebnisse der übernommenen und der übernehmenden nichtphysischen Personen zusammengerechnet.

III. Ist bei den hier in Frage stehenden Maßnahmen eine neue nichtphysische Person nicht gebildet worden, hat also eine schon bestehende steuerpflichtige nichtphysische Person eine andere oder deren Vermögen übernommen, so werden die bilanzmäßigen Ergebnisse die die übernommene nichtphysische Person in den für die Durchschnittsberechnung in Betracht kommenden Jahren erzielt hat, dem Einkommen der übernehmenden nichtphysischen Person hinzugerechnet.

Art. 5. Die §§ 1 und 2 kommen nur zur Anwendung, wenn das danach berechnete Einkommen das nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes zu veranlagende Einkommen übersteigt.

§ 1 findet keine Anwendung, wenn wegen Ausscheidens aus dem Dienste die Dienstbezüge von Militärpersonen, Reichsbeamten, unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbeamten, Geistlichen oder Lehrern an öffentlichen Unterrichtsanstalten sich vermindert haben.

Art. 6. I. Die Veranlagungsbehörden, insbesondere die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen, haben bei Vornahme der Veranlagung für das Steuerjahr 1917

sorgfältig zu prüfen, in welchen Fällen die Anwendung des § 1 oder 2 in Frage kommt. Die Fälle des § 2 sind aus den Geschäftsberichten und Bilanzen der nichtphysischen Personen ersichtlich; sie zu ermitteln wird also keine Schwierigkeiten bereiten. Die Fälle des § 1 werden sich, soweit Steuererklärungen vorliegen, in der Regel aus den Steuererklärungen ergeben, insbesondere wenn die letzteren mit den Vorveranlagungen und dem sonstigen Inhalte der Personalakten der Steuerpflichtigen sorgfältig verglichen werden. Auf erhebliche Einnahmen aus einmaliger Tätigkeit der Steuerpflichtigen (§ 1 Abs. 1 letzter Satz) wird insbesondere dann zu schließen sein, wenn das Kapitalvermögen des Steuerpflichtigen oder die Einnahmen aus solchem gegenüber den Vorjahren gestiegen sind. Zur Feststellung dieser Tatsache ist der Inhalt der Wehrbeitrags- und der bevorstehenden Besitzsteuer- und Kriegssteuererklärungen heranzuziehen. Für die Anwendung des Gesetzes in Betracht kommende Fälle zu bezeichnen werden vielfach auch die Gemeindevorstände in der Lage sein. Die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen haben sich daher, soweit es sachdienlich erscheint, mit diesen ins Benehmen zu setzen. Außerdem stehen den Vorsitzenden die Hilfsmittel aus § 36 EG. zur Verfügung.

II. Nach § 3 Abs. 2 haben die Steuerpflichtigen die zu ihrer Veranlagung erforderlichen Angaben zu machen und auf Erfordern nachzuweisen. Auf diese Verpflichtung sind sie von den Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen durch öffentliche Bekanntmachung hinzuweisen.

Art. 7. I. Unter Zugrundelegung der Vorschriften der §§ 1, 2 und 3 hat nach § 4 auch die Berichtigung schon stattgefundener Veranlagungen zu erfolgen. Abweichend von § 85 Abs. 1 EG. ist die Vornahme der Berichtigung nicht davon abhängig, daß nachträglich neue Tatsachen oder Beweise ermittelt worden sind. Die Abs. 2 und 3 des § 85 EG. finden auf solche Berichtigungen Anwendung. Insbesondere geht also die Verpflichtung zur Zahlung der Nachsteuer auf die Erben, auf diese jedoch nur bis zur Höhe des Erbteils, über.

II. Von der Vornahme der Berichtigung ist abzusehen, wenn der von dem Staate zu erhebende Jahresnachsteuersatz den Betrag von 100 M. nicht erreicht.

III. Behufs Ermittlung der für eine Berichtigung geeigneten Fälle ist von den im Artikel 6 I bezeichneten Hilfsmitteln Gebrauch zu machen.

Art. 8. I. Nach § 5 ist die nach § 63 EG. wegen Wegfalls einer Einkommensquelle zu gewährende Steuerermäßigung zu versagen, insoweit durch die Ermäßigung Beträge der im § 1 genannten Art der Besteuerung entgehen würden. Hauptsächlich wird hierfür in Betracht kommen der Fall, daß der Steuerpflichtige seinen Handels- oder gewerblichen Betrieb im Laufe des Steuerjahrs aufgegeben hat.

II. Im Widerspruche mit I bereits bewilligte Ermäßigungen sind von den Regierungen zurückzunehmen. Um die hierfür in Betracht kommenden Fälle zu ermitteln, haben die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen die während des gegenwärtigen Krieges von der Regierung bewilligten Ermäßigungen einer Durchsicht und Prüfung zu unterwerfen und, soweit erforderlich, bei der Regierung Anträge auf Zurücknahme bewilligter Ermäßigungen zu stellen.

Die wiedereinzuziehenden Beträge sind in den Zugangslisten unter den laufenden Zugängen nachzuweisen.

Art. 9. I. Auf Grund des § 8 werden die Veranlagungsbehörden allgemein ermächtigt, von der Anwendung der Vorschriften der §§ 1 bis 5 dann abzusehen, wenn durch deren Anwendung die mehrfache Heranziehung desselben Einkommens zur Einkommensteuer herbeigeführt werden würde.

II. Führt, abgesehen hiervon, die Anwendung des Gesetzes in einem Einzelfalle zu einer unbilligen Härte, so ist unter Beifügung der Vorgänge mit gutachtlicher Äußerung an den Finanzminister zu berichten.

Art. 10. Wegen Ausführung des § 6 ist die Allgemeine Verfügung des Finanzministers vom 11. Dezember 1916 — II 12521 — ergangen.

Art. 11. § 70 Nr. 1 EG. hat fortan folgenden Wortlaut:
Die veranlagte Steuer ist nicht zu erheben:
1. von den Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, welche mit einem dem Einkommen von nicht mehr als 3000 M. entsprechenden Steuersatze veranlagt sind, für diejenigen Monate, in denen sie sich im aktiven Dienste befinden.

c) Preuß. Verfügung vom 30. Januar 1917, betr. Ergänzung der Ausführungsanweisung. (FMBl. 45.)

I. Einige bei der Ausführung des Gesetzes vom 30. Dezember 1916, betr. die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes, hervorgetretene Zweifel und Bedenken geben mir Veranlassung, die Ausführungsanweisung vom 1. Januar d. J. durch folgende Bestimmungen zu ergänzen:

1. Bei der Handhabung des bezeichneten Gesetzes muß im Auge behalten werden, daß das Gesetz in den §§ 1 bis 5 die Absicht verfolgt, während der Kriegszeit erzielte beträchtlichere Einnahmen, die ohne ausreichende wirtschaftliche Begründung sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes der Besteuerung entzogen haben würden, durch Sondervorschriften, die von den allgemeinen Besteuerungsregeln abweichen, steuerlich zu erfassen. Die Mannigfaltigkeit der Verhältnisse des täglichen Lebens bringt es mit sich, daß Einzelfälle vorkommen werden, wo wegen ihrer besonderen Gestaltung diese dem Gesetze zugrunde liegende Absicht nach der dem Gesetze gegebenen Fassung nicht oder wenigstens nicht voll erreicht wird. Solche Unzulänglichkeiten müssen in Kauf genommen werden. Ebenso werden solche Fälle unvermeidlich sein, wo die Anwendung der Vorschriften des Gesetzes zu einer steuerlichen Belastung der Pflichtigen führen würde, die über die von dem Gesetze verfolgten Absichten hinausgeht. Für Fälle letzterer Art ist durch die Einschaltung des § 8 Vorsorge getroffen, dessen Anwendung durch Artikel 9 der Ausführungsanweisung näher geregelt ist. Insoweit hiernach den Veranlagungsbehörden die selbständige Entscheidung darüber, ob von der Anwendung der Vorschriften der §§ 1 bis 5 abzusehen ist, überlassen wird, dürften Zweifel über den Umfang der erteilten Ermächtigung kaum bestehen, da dieselbe ausdrücklich auf solche Fälle beschränkt ist, wo eine mehrfache Heranziehung desselben Einkommens herbeigeführt werden würde. Es mag jedoch darauf hingewiesen werden, daß beispielsweise, wenn der eine von zwei Teilnehmern eines Geschäftes im Laufe des Jahres 1916 ausgeschieden und nun nach § 1 des Gesetzes für 1917 nach dem Ergebnisse des Jahres 1916 zur Besteuerung heranzuziehen ist, während der andere Teilnehmer, der das Geschäft weiterbetreibt, für 1917 nach dem mutmaßlichen Ertrage der Quelle herangezogen wird, von einer mehrfachen Heranziehung desselben Einkommens im Sinne der obigen Gesetzesvorschrift nicht die Rede sein kann. Für die Anwendung der Bestimmung zu II des Artikels 9 der Ausführungsanweisung lassen sich nähere Weisungen nicht erteilen, da die in Betracht kommenden Fälle zu verschieden liegen. Nur unter Würdigung der Gesamtverhältnisse des betreffenden Pflichtigen wird sich beurteilen lassen, ob eine unbillige Härte vorliegt, die Anlaß zur Berichterstattung bietet. Man wird sich auch hierbei die im Eingang erwähnte Absicht des Gesetzes gegenwärtig halten müssen. Dieser würde man beispielsweise nicht gerecht werden, wenn man allein in dem Umstande, daß die Aufgabe der betreffenden Quelle unfreiwillig erfolgte, weil vielleicht hohes Alter oder Schwierigkeiten im Bezuge der erforderlichen Rohstoffe usw. dem Pflichtigen die Weiterführung des Gewerbes nicht angezeigt erscheinen ließen, einen Anlaß zur Anwendung des § 8 des Gesetzes erblicken wollte.

2. Nach ihrem Wortlaute könnten die Vorschriften in den §§ 1 und 5 des Gesetzes auch auf solche Fälle bezogen werden, wo private Angestellte in gewerblichen oder Handelsbetrieben oder auch Lohnarbeiter im Laufe des Steuerjahrs einen Wegfall der Quelle ihrer gewinnbringenden Beschäftigung, sei es durch ihre Einberufung zum Heere, sei es aus anderen Gründen, erlitten haben. Es bedarf kaum des Hinweises, daß es selbstverständlich nach der im Eingang angedeuteten Zielrichtung nicht in der Absicht des Gesetzes

gelegen hat, solche Fälle in den Bereich seiner Wirkung zu ziehen. Um indessen Mißgriffe zu verhüten, wird hiermit ausdrücklich bestimmt, daß die §§ 1 und 5 des Gesetzes auf die bezeichneten Steuerpflichtigen bei deren Austritt aus ihrer bisherigen Beschäftigung allgemein keine Anwendung zu finden haben. Zuzugeben ist, daß auch bei kleineren selbständigen Gewerbetreibenden, die im Laufe des Jahres aus irgendwelchen Gründen ihre Einkommensquelle freiwillig oder unfreiwillig aufgegeben haben, die Anwendung der Vorschriften des Gesetzes eine unbillige Härte bedeuten kann. Ob und inwieweit dies der Fall ist, muß nach den besonderen Umständen beurteilt und danach gegebenenfalls gemäß Artikel 9 II der Ausführungsanweisung berichtet werden.

3. Die in Artikel 2 II der Ausführungsanweisung zu § 1 Abs. 2 des Gesetzes gegebene Erläuterung läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß das steuerpflichtige Einkommen auf Grund einer Durchschnittsberechnung ausschließlich nur bei solchen Quellen in Ansatz zu bringen ist, die unverändert fortbestehen. Bei allen anderen Quellen ist das steuerpflichtige Einkommen nach dem Ergebnisse des dem Steuerjahre vorangegangenen Kalender- oder Geschäftsjahrs anzusetzen. Daraus folgt, daß hinsichtlich einer solchen Einkommensquelle, die vor Beginn des Steuerjahrs weggefallen ist oder sich wesentlich verändert und damit gerade den Anlaß zur Anwendung des § 1 des Gesetzes gegeben hat, von einer Durchschnittsberechnung überall nicht die Rede sein kann. Beispielsweise ist bei einem Steuerpflichtigen, der im Jahre 1916 zwei völlig voneinander getrennte Gewerbebetriebe unterhalten und den einen davon am 1. Oktober 1916 aufgegeben hat, bei der Veranlagung für 1917 hinsichtlich des aufgegebenen Gewerbes keinesfalls mit dem Durchschnitt vergangener Jahre, sondern lediglich mit dem tatsächlichen Ergebnisse des letzten Kalender- bzw. Geschäftsjahrs, hinsichtlich des unverändert fortbestehenden Geschäfts dagegen, falls im übrigen die Voraussetzungen des § 9 des Einkommensteuergesetzes für die Anwendung einer Durchschnittsberechnung vorliegen, mit dem Durchschnitt der Vergangenheit zu rechnen.

Die Vorschrift des Gesetzes, daß abgesehen von § 1 Abs. 2 überall von dem tatsächlichen Ergebnisse des letzten Kalender- oder Geschäftsjahrs auszugehen ist, würde bedingen, daß auch bei solchen Kapitalsanlagen, die der Steuerpflichtige erst im Laufe eines Kalenderjahrs erworben hat und die daher nach § 9 des Einkommensteuergesetzes mit dem mutmaßlichen Ertrage für das Steuerjahr anzusetzen sind, das tatsächliche Ergebnis des letzten Kalenderjahrs ermittelt und zugrunde gelegt wird. Demnach müßte gegebenenfalls bei der Berichtigung früherer Veranlagungen nach § 4 des Gesetzes eine Umrechnung der in den betreffenden Steuererklärungen enthaltenen Beziffernngen des Einkommens aus Kapitalvermögen herbeigeführt bzw. bei der Veranlagung für 1917 eine entsprechende Beanstandung der Steuererklärung veranlaßt werden. Es unterliegt aber keinem Bedenken, hiervon abzusehen und davon auszugehen, daß die mit Feststellungen dieser Art zu erzielenden Ergebnisse ohne wesentlichen Einfluß auf die Höhe der Steuer sein würden, es sei denn, daß besondere Umstände vorliegen, die dieser Annahme von vornherein widersprechen, oder daß der Steuerpflichtige seinerseits die Umrechnung verlangt.

4. Die Vorschrift in Artikel 7 II der Ausführungsanweisung ist dahin zu verstehen, daß von der Vornahme einer Berichtigung abzusehen ist, wenn der von dem Staate zu erhebende Jahresnachsteuersatz einschließlich des Zuschlags nach § 1 des Gesetzes, betreffend die Erhöhung der Zuschläge zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer, vom 8. Juli 1916 den Betrag von 100 M. nicht erreicht.

II. Nach dem Runderlasse vom 11. Dezember 1916 (II. 12521) ist bei der Veranlagung von Zivilbeamten, welche als Offiziere usw. zur Zeit der Veranlagung dem Heere angehören, das im vorausgegangenen Kalenderjahre tatsächlich bezogene, zutreffendenfalls um $^7/_{10}$ des Militäreinkommens gekürzte Zivildiensteinkommen in Anrechnung zu bringen. Ist also beispielsweise ein solcher Beamter im Jahre 1916 bis zum 1. Oktober im vollen Genusse seines Zivildiensteinkommens von 4000 M. verblieben, während mit diesem Zeitpunkt eine Kürzung um $^7/_{10}$ des Militärgehalts auf 1400 M. stattgefunden hat, so ist der Veranlagung für 1917 folgende Berechnung zugrundezulegen:

9 Monate zu 4000/12 M. . . . . 3000 M.
3 „ „ 1400/12 „ . . . . . 350 „
zusammen 3350 M.

Maßgebend bleibt nach der Rechtsprechung des Königlichen Oberverwaltungsgerichts immer das im letzten Jahre, gegebenenfalls nach Abzug der $^7/_{10}$ des Militäreinkommens tatsächlich bezogene Zivileinkommen. Daher hat ein Beamter, der dem Heere vom Anfang Januar bis Ende Dezember 1917 angehört hat, für das Steuerjahr 1917 das volle Zivileinkommen, das ihm im Kalenderjahr 1916 zugeflossen ist, zu versteuern, obschon er im Jahre 1917 das Zivileinkommen um $^7/_{10}$ des Militäreinkommens gekürzt bezogen hat; wogegen ihm bei seiner Veranlagung für 1918 nur das um $^7/_{10}$ des Militäreinkommens gekürzt gewesene, im Kalenderjahr 1917 tatsächlich bezogene Zivileinkommen anzurechnen sein wird, wenn er auch infolge seines inzwischen erfolgten Ausscheidens aus dem Heeresdienst in den Genuß seines vollen Zivildiensteinkommens getreten ist. Würde der Beamte aber erst im Laufe des Steuerjahrs 1918 aus dem Heeresdienst ausscheiden, so hätte gemäß § 6 des Gesetzes vom 30. Dezember 1916 seine anderweite Veranlagung zu erfolgen, nachdem er infolge seines Ausscheidens aus dem Militärdienst in den Genuß seiner vollen Zivil-Friedensbezüge getreten ist.

Die für die Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen benötigten Abdrucke dieses Erlasses werden beigefügt.

Literatur.

Koppe-Varnhagen, Die preußische Kriegs-Einkommensteuer und Ergänzungssteuer, Berlin 1917. — Marcuse, Änderungen des preußischen Einkommensteuergesetzes, JW. 17 131. — Mrozek, Das Gesetz betr. die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes vom 30. Dezember 1916, GesuR. 18 121. — Popitz, Das Gesetz betr. die Ergänzung des Einkommensteuergesetzes und die Gemeinde, PrVerwBl. 38 409. Das Ergänzungsgesetz v. 30. Dezember 1916, SteuerA. 17 65 ff.

1. Popitz a. a. O. 410. Verwandelt sich eine GmbH. im Jahre 1916 in eine AG., so ist § 2 für die GemEinkSt. nicht anwendbar, denn die Gesellschaft war für sie überhaupt nicht vorhanden, sondern an ihrer Stelle standen die Gesellschafter als einzelne Gewerbetreibende; § 2 bezieht sich aber nur auf den Fall, daß sich eine steuerpflichtige Gesellschaft in eine andere steuerpflichtige Gesellschaft verwandelt, nicht darauf, daß eine steuerpflichtige Einzelperson ihren Gewerbebetrieb in eine Gesellschaft verwandelt, und dieser letztere Fall liegt für die Gemeindeeinkommensteuer vor. Es bleibt nur übrig, den Fall nach § 1 Abs. 1 zu behandeln. Der Gesellschafter ist steuerpflichtig auch bezüglich des — gewerblichen Einkommens —, das er aus der aufgelösten GmbH. bezog, die neue Aktiengesellschaft dagegen ist lediglich nach § 9 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes — mutmaßlicher Jahresertrag — zu behandeln. Der anderen Lösungsmöglichkeit, anzunehmen, daß die Bestimmung des § 2, die ja die GmbH. mit umfaßt, auch im Gemeindeeinkommensteuerrecht anzuwenden sei, denn der § 2 macht ja nicht die GmbH., sondern die neue Gesellschaft steuerpflichtig, steht entgegen, daß der § 2 den Fall behandeln will, in dem ein Steuersubjekt durch ein anderes abgelöst wird und die GmbH. ist eben für das Gemeindeeinkommensteuerrecht kein selbständiges Steuersubjekt. Es wäre ja auch der Fall möglich, daß eine GmbH. sich in eine andere GmbH. verwandelt. Dann ist für das Gemeindeeinkommensteuerrecht § 2 zweifellos unanwendbar, der Kriegsgewinn kann nur nach § 1 Abs. 1 erfaßt werden, indem die Gesellschafter aus den Beteiligungen an zwei verschiedenen Gewerbebetrieben herangezogen werden.

2. Koppe-Varnhagen a. a. O. 23. Wird eine Gesellschaft oder ihr Vermögen (z. B. durch Übernahme sämtlicher Aktien oder Geschäftsanteile) während des Kriegs von einer anderen Gesellschaft übernommen, wobei letztere allein weiter besteht — Fusion —, so sind die Ergebnisse der übernommenen Gesellschaft den bilanzmäßigen Ergebnissen der übernehmenden Gesellschaft hinzuzurechnen. Hat die übernehmende Gesellschaft noch nicht bestanden, so kommt nur der Gewinn der übernommenen Gesellschaft zur Veranlagung. Die Durchschnittsberechnung wird hierdurch nicht berührt, was folgendes Beispiel zeigt.

Die Gesellschaft A erzielt in den Geschäftsjahren:

1914 . . . . . 80000 M.
1915 . . . . . 120000 „
1916 . . . . . 200000 „ Gewinn.

Die Gesellschaft A wird von der Gesellschaft B am 1. Januar 1917 übernommen. Letztere Gesellschaft erzielte in den Geschäftsjahren

1914 . . . . . 150000 M.
1915 . . . . . 220000 „
1916 . . . . . 300000 „ Gewinn.

Die Steuerpflicht der Gesellschaft A ist mit dem 1. Januar 1917 erloschen und die Gesellschaft B ist für das Neujahr 1917, vorausgesetzt, daß das Ergebnis des Geschäftsjahres 1916 schon endgültig feststeht, folgendermaßen zu veranlagen:

Geschäftsjahr	1914	eigener Gewinn . . .	150000 M.
„		übernommener Gewinn	80000 „
„	1915	eigener Gewinn . . .	220000 „
„		übernommener Gewinn	120000 „
„	1916	eigener Gewinn . . .	300000 „
„		übernommener Gewinn	200000 „
		insgesamt	1070000 M.
Steuerpflichtiger Gewinn nach dreijährigem Durchschnitt			356666 M.

3. Koppe-Varnhagen a. a. O. 25. Manche Gesellschaften kommen in die Lage, nachträglich pflichtige Gewinne zu versteuern, welche bereits unter die Mitglieder verteilt sind. Daß hierdurch mancherlei Schwierigkeiten für solche Gesellschaften entstehen können, liegt auf der Hand, namentlich wenn es sich um bedeutende Summen handelt, welche auf Grund einmaliger Geschäfte und Transaktionen erzielt wurden, während nachher die Rentabilität sich wieder in normalen Grenzen bewegt oder sogar gesunken ist. Dann werden die Steuern gegebenenfalls nur durch Kürzung des Stammkapitals aufgebracht werden können. Besonders hart wird dabei die Nachsteuer dann wirken, wenn die früheren Gesellschafter, welche die hohen Gewinne bezogen haben, durch inzwischen erfolgten Eintritt neuer Gesellschafter abgelöst wurden. Ein Rückforderungsrecht gegenüber den begünstigten Gesellschaftern besteht nicht. In solchen Fällen wird die Anwendung des „Härteparagraphen" 8 mit Erfolg durchgesetzt werden können.

4. Popitz a. a. O. 412. Wie das Gesetz die Quellentheorie durchbricht durch die Fiktion, daß auch einmalige Einkünfte, Gewinne aus Gelegenheitsgeschäften und Gelegenheitsgesellschaften, zum Einkommen im Sinne des Einkommensteuerrechts zählen, so muß der Anhänger der Bändertheorie sich auch zu der Annahme entschließen, daß das Gesetz das Band, welches eine Gemeinde steuerberechtigt macht, als fortbestehend fingiert wissen will, um so der Gemeinde, in der der Gewinn erzielt wird, und damit überhaupt einer Gemeinde die Besteuerung zu ermöglichen. Diese Auslegung entspricht dem ganzen Aufbau und dem Ziel des Gesetzes.

5. Popitz a. a. O. 412. Die Ansicht, daß die Gemeinden durch § 9 nur „befugt" seien, Nachveranlagungen vorzunehmen, daß sie aber, wenn sie von dieser Befugnis Gebrauch machen wollten, erst einen dahingehenden Gemeindebeschluß, wohl gar in der Form einer Steuerordnung fassen müßten, ist abwegig, die Gemeinden erhalten durch § 9 ohne weiteres die Befugnis zur Vornahme von Nachveranlagungen, die Gemeindevorstände können selbständig davon Gebrauch machen (a. M. Rohde, PrVerwBl. 38, 485).

6. Rhode, PrVerwBl. 38 351. Der Steueranspruch verjährt am 31. März 1921, gleichgültig in welchem Jahre dem Steuerpflichtigen die Einkünfte zugeflossen sind.

7. Rohde, PrVerwBl. 38 351. Anspruch auf die Steuer hat stets nur die Gemeinde, in der das Einkommen erzielt ist.

(Bek. XXXIV bis XXXVII in Bd. 3, 559ff.)

XXXVIII. Erleichterung der Zeichnung von Kriegsanleihe.

VO. 1 und 2 in Bd. 3, 561ff.; VO. 3 in Bd. 4, 796.

4. Bek. über Befreiung von Pfandbriefen der ritterschaftlichen Kreditanstalten in Preußen von der Reichsstempelabgabe. Vom 14. Dezember 1916. (RGBl. 1386.)

Wortlaut in Bd. 3, 1015.

Begründung. (D. R. X 157.)

Bei einigen neueren preußischen Landschaften werden die Barbestände des Tilgungsfonds nicht wie sonst in landschaftlichen Pfandbriefen verzinslich angelegt, sondern nur in bestimmten Zeiträumen zum Ankauf oder zur Einlösung von Pfandbriefen verwendet, die regelmäßig vernichtet werden. Die den Pfandbriefschuldnern gutzuschreibenden jährlichen Tilgungsbeträge werden dann als sog. Tilgungsguthaben rein buchmäßig verzinst. Um auch diese erheblichen Buchbestände der Tilgungsfonds für die Kriegsanleihen nach Möglichkeit nutzbar zu machen, hat die KglVO. v. 18. September 1916 (GS. 125) die Landschaftsdirektionen ermächtigt, an Stelle der vernichteten Pfandbriefe neue Pfandbriefe oder Zwischenscheine auszugeben, soweit genügende Deckung durch Hypothekenforderungen der Landschaft vorhanden ist. Um den Landschaften die Entschließung wegen Verwendung ihrer Tilgungsfonds für die Zwecke der Kriegsanleihe zu erleichtern, schien es angängig, den erwähnten Pfandbriefen und Zwischenscheinen, solange sie zwecks Anschaffung von Kriegsanleihe bei einer nach Maßgabe des Darlehnskassengesetzes v. 4. August 1914 (RGBl. 340) errichteten Darlehnskasse des Reichs verpfändet sind, Befreiung von der Abgabe aus Tarifnummer 5 RStG. v. 3. Juli 1913 zu gewähren. Die gleiche Erleichterung schien auch gerechtfertigt für den Fall, daß die Landschaften für die Pfandbriefschuldner neue Pfandbriefe, sei es als Krediterneuerung oder zur Gewährung eines Darlehns, ausgeben, soweit diese zur Beleihung bei einer Darlehnskasse des Reichs und zum Erwerb von Kriegsanleihe bestimmt sind.

5. Bek. über die Befreiung von Pfandbriefen (Zwischenscheinen) und Kommunal-Schuldverschreibungen (Zwischenscheinen) inländischer öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten von der Reichsstempelabgabe. Vom 29. März 1917. (RGBl. 292.)

[BR.] Die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 14. Dezember 1916 über Befreiung von Pfandbriefen der ritterschaftlichen Kreditanstalten in Preußen von der Reichsstempelabgabe (RGBl. 1386) finden auf Pfandbriefe (Zwischenscheine) und Kommunal-Schuldverschreibungen (Zwischenscheine), die von inländischen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten zur Gewährung eines Pfandbriefdarlehns ausgegeben werden, um sie bei einer nach Maßgabe des Darlehnskassengesetzes vom 4. August 1914 (RGBl. 340) errichteten Darlehnskasse des Reichs zwecks Anschaffung von Reichskriegsanleihe zu verpfänden, entsprechende Anwendung. Im Zweifel bestimmt die oberste Landesfinanzbehörde, ob die Voraussetzungen für die Anwendbarkeit dieses Beschlusses gegeben sind.

XXXIX. Bek., betr. Veräußerung von Aktien oder sonstigen Geschäftsanteilen deutscher Seeschiffahrtsgesellschaften ins Ausland. Vom 23. Dezember 1916. (RGBl. 1429.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 1017.

Hachenburg, DJZ. 17 210. Die Veräußerung ist nichtig. Auch die Übergabe der Akten kann kein Eigentum verschaffen. Beschlüsse der Gesellschaften, an denen die Erwerber teilgenommen haben, sind anfechtbar, falls das Ergebnis der Abstimmung auf ihrer Mitwirkung beruht. Der gute Glaube der Generalversammlung ändert hieran nichts.

E. Kriegs-Wirtschaft.

(Beschaffung und Verwertung der Rohstoffe, Nahrungs-, Futter- und Gebrauchsmittel, Höchst- und Grundpreise.)

Der Bericht über die Kriegs-Wirtschaft für die Zeit vom 16. Februar 1917 bis zur Gegenwart erscheint als besonderer, sechster Band des Kriegsbuches in den ersten Monaten des Jahres 1918.

F. Beschaffung und Verteilung der Arbeitskräfte. Arbeiterschutz. — Kriegswohlfahrtspflege. — Kriegsschädenersatz, Wiederaufbau Ostpreußens.

Übersicht.

I. Arbeitsnachweise . . . . .
1. Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise . . . . .
2. Bek. über Arbeitsnachweise v. 14. Juni 1916 (RGBl. 519) . . . . .
II. Außenarbeit der Gefangenen . . . . .
1. Bek. über die Beschäftigung von Gefangenen mit Außenarbeit, v. 4. März 1915 (RGBl. 130) . . . . .
*2. Bek. über die Beschäftigung von Strafgefangenen mit Außenarbeit v. 16. Mai 1917 (RGBl. 412) 435
III. Linderung der Arbeitslosigkeit . . . . .
1. Der Ausschuß für Konfektionsnotarbeit . . . . .
2. Maßnahmen öffentlicher Verwaltungen . . . . .
a) der Post- und Telegraphenverwaltung . . . . .
b) der Heeresverwaltung . . . . .
*3. Vereinfachtes Enteignungsverfahren in Preußen . . . . .
a) Preußische Verordnung, betr. ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Beschäftigung von Kriegsgefangenen, v. 11. September 1914 (GS. 159), mit den Änderungen der Verordnung v. 27. März 1915 (GS. 57) 436
*b) Erlasse des Staatsministeriums 436
c) Ausführungsbestimmungen . . . . .
*4. Außerkraftsetzung von Betriebsvorschriften . . . . .
*a) Gesetz, betr. Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, v. 4. August 1914 (RGBl. 333) 436
b) Verordnungen des Bundesrats auf Grund der Gewerbeordnung . .
α. Bek., betr. die Einrichtung und den Betrieb gewerblicher Anlagen, in denen Thomasschlacke gemahlen oder Thomasschlackenmehl gelagert wird, v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 445) . . . . .
β. Bek., betr. den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie,
αα. v. 21. Oktober 1914 (RGBl. 446) . . . . .
ββ. v. 29. Oktober 1915 (RGBl. 721) . . . . .
γγ. v. 23. November 1916 (RGBl. 1287) . . . . .
γ. Bek., betr. die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten, v. 11. November 1914 (RGBl. 474) . . . . .
c) Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten . . . . .
5. Maßnahmen für die Textilarbeiter . . . . .
a) Übersicht . . . . .
b) Bek., betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Spinnereien, Webereien, Wirkereien usw., v. 7. November 1915 (RGBl. 733) . . . . .
6. Maßnahmen für die Schuhwarenarbeiter . . . . .
Bek., betr. die Einschränkung der Arbeitszeit in Betrieben, in denen Schuhwaren hergestellt werden, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 519) . . . . .

IV. Arbeiter- und Angestelltenversicherung . . . .
1. Allgemeines . . . .
a) Gesetz, betr. die Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung, v. 4. August 1914 (RGBl. 34) . . . .
Hierzu die Bekanntmachungen über denselben Gegenstand
α. v. 4. September 1914 (RGBl. 395) . . . .
β. v. 12. August 1915 (RGBl. 497) . . . .
γ. v. 18. April 1916 (RGBl. 321) . . . .
δ. v. 11. Januar 1917 (RGBl. 39) . . . .
b) Sicherstellung der ärztlichen Behandlung . . . .
c) Bek., betr. Festsetzung der Ortslöhne, vom 4. September 1914 (RGBl. 396), 19. August 1915 (RGBl. 511) und 3. Juli 1916 (RGBl. 658)
d) Bek. über die Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der Arbeiterversicherung, v. 26. November 1914 (RGBl. 485) . . . .
*2. Krankenversicherung . . . .
a) Gesetz, betr. Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, v. 4. August 1914 (RGBl. 334), ergänzt durch die Bek. v. 26. November 1914 (RGBl. 485) und § 1 der Bek. über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges, v. 28. Januar 1915 (RGBl. 49)
b) Gesetz, betr. Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, v. 4. August 1914 (RGBl. 337) . . . .
c) Bek., betr. § 214 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 516) . . . .
*d) Bek., betr. Krankenversicherung bei Ersatzkassen, v. 5. Juli 1916 (RGBl. 655) 437
*e) Bek. über Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung v. 16. November 1916 (RGBl. 1279) 438
f) Bek. betr. Krankenversicherung von Ausländern während des Krieges v. 2. November 1916 (RGBl. 1247) . . . .
*g) Bek., betr. Krankenversicherung von Arbeitern im Ausland v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1383) 438
Hierzu: Preuß. Ausführungsbestimmungen v. 20. Januar 1917 (HMBl. 51) . . . .
*h) Bek. über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung von Angehörigen feindlicher Staaten v. 25. Januar 1917 (RGBl. 79) 440
*i) Verordnung, betr. Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges, v. 1. März 1917 (RGBl. 200) 441
*3. Unfall-, Invaliden-, Hinterbliebenenversicherung . . . .
a) Gemeinsames . . . .
b) Unfallversicherung . . . .
c) Invaliden-, Hinterbliebenenversicherung . . . .
d) Bek., betr. Außerkraftsetzung von Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Unfallversicherung, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 515) . .
e) Bek. über Antragsrechte in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung v. 12. Mai 1916 (RGBl. 371) . . . .
*f) Bek. über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, v. 23. Dezember 1915 (RGBl. 845) 442
*g) Bek., betr. Verjährung rückständiger Beiträge nach § 29 der Reichsversicherungsordnung, v. 2. Dezember 1916 (RGBl. 1341). 442
h) Keine Rentenminderung aus Anlaß von Erntehilfe . . . .
*i) Bek. über Unfallversicherung von Angehörigen feindlicher Staaten v. 30. März 1917 (RGBl. 301) 442

*k) Bek. über die Invalidenversicherung bei der freiwilligen Krankenpflege v. 15. März 1917 (RGBl. 231). 443
4. Angestelltenversicherung . . . . . .
a) Maßnahmen im Dienste der Kriegsfürsorge . . . . . .
b) Bek., betr. Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der Angestelltenversicherung, v. 18. März 1915 (RGBl. 181) . . . . . .
*c) Bek., betr. die Angestelltenversicherung während des Krieges, v. 26. August 1915 (RGBl. 531) 445
d) Bek., betr. die Durchführung des § 392 Abs. 3 Nr. 3 des Versicherungsgesetzes für Angestellte zugunsten berufsunfähiger Kriegsteilnehmer, v. 14. Juni 1916 (RGBl. 517) . . . . . .
e) Bek., betr. Abkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung v. 9. Dezember 1915 (RGBl. 815) . . . . . .
f) Bek., betr. die Beitragserstattung nach § 398 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, v. 11. Mai 1916 (RGBl. 370) . . . . . .
g) Bek., betr. Erstattung von Beiträgen zur Angestelltenversicherung an berufsunfähige Kriegsteilnehmer, v. 26. Mai 1916 (RGBl. 425) . .
*h) Bek. über Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges, v. 30. September 1916 (RGBl. 1097) 445
i) Bek., betr. die Ausführung des § 8 des Versicherungsgesetzes für Angestellte, v. 4. Mai 1916 (RGBl. 364) . . . . . .
*k) Bek. über Angestelltenversicherung während des Krieges v. 2. August 1917 (RGBl. 680) 446
5. Privatversicherung . . . . . .
V. Kriegswohlfahrtspflege . . . . . .
1. Versorgung mit Ärzten, Apothekern usw. . . . . .
2. Verwendung von Reichsmitteln für die Kriegswohlfahrtspflege . . . .
*3. Preußische Gesetze über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände 446
a) vom 1. Mai 1916 (GS. 49) . . . . . .
*b) vom 30. April 1917 (GS. 64) 446
*4. Fürsorge für Kriegsinvaliden . . . . . .
a) Maßnahmen des Reichs . . . . . .
b) Maßnahmen in Preußen . . . . . .
α. Ministerialerlaß v. 10. Mai 1915 (HMBl. 144) . . . . . .
β. Ministerialerlaß v. 8. September 1915 (HMBl. 232) . . . . . .
γ. Ministerialerlaß v. 29. August 1916 (MBl. 188) . . . . . .
*δ. Verfügung des Kriegsamts v. 27. Dezember 1916 (MBl. 35) . . 447
*ε. Ministerialerlaß v. 6. Juli 1917 (HMBl. 205) 449
*5. Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz) v. 3. Juli 1916 (RGBl. 680) 450
Hierzu:
a) Bek., betr. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz), v. 8. Juli 1916 (RGBl. 684) . . . . . .
b) Anweisung des Preuß. Kriegsministeriums v. 26. Juli 1916 . . . .
c) Preußische Ausführungsanweisung v. 29. September 1916 (LMBl. 266)
*6. Bek. über die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege . . . . . .
a) vom 22. Juli 1915 (RGBl. 449) . . . . . .
Hierzu:
Preußische Ausführungsbestimmungen v. 22. Juli 1915 (MBl. 115) .
*b) vom 15. Februar 1917 (RGBl. 143) 456

Hierzu:
*Preußische Ausführungsbestimmungen v. 19. Februar 1917 (MBl. 65) 461
*7. Wochenhilfe . . .
a) Die älteren Vorschriften . . .
α. Bek., betr. Wochenhilfe während des Krieges, v. 3. Dezember 1914 (RGBl. 492) . . .
β. Bek. über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges, v. 28. Januar 1915 (RGBl. 49) . . .
γ. Bek., betr. Ausdehnung der Wochenhilfe während des Krieges, v. 23. April 1915 (RGBl. 257) . . .
b) Erläuterungen . . .
*α. Zu Bekanntmachung aα . . . 467
β. Zu Bekanntmachung aβ . . .
*γ. Zu Bekanntmachung aγ . . . 469
c) Die neueren Vorschriften . . .
*α. Verordnung, betr. Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges, v. 1. März 1917 (RGBl. 200) . . . 471
*β. Bek., betr. Erhöhung des Wochengelds v. 6. Juni 1917 (RGBl. 477) 472
8. Bek., betr. den Ausschank und Verkauf von Branntwein oder Spiritus, v. 26. März 1915 (RGBl. 183) . . .
9. Gesetz über die Kriegsversorgung von Zivilbeamten, v. 4. August 1914 (RGBl. 735) . . .
*10. Familienunterstützung . . . 472
a) Gesetz zur Änderung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 28. Februar 1888 (RGBl. 59), v. 4. August 1914 (RGBl. 332) . . .
b) Ges. (betr. denselben Gegenstand) v. 30. September 1915 (RGBl. 629)
c) Bek., betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 21. Januar 1916 (RGBl. 55) . . .
Hierzu:
Preuß. Ausführungsverfügung v. 30. Januar 1916 (MBl. 38) . . .
d) Bek., betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, v. 3. Dezember 1916 (RGBl. 1323) . . .
e) Bek., betr. Einwirkung der Fürsorge für Angehörige von Kriegsteilnehmern auf deren Unterstützungswohnsitz, v. 13. November 1915 (RGBl. 764) . . .
*f) Bek., betr. Abänderung der Bek. (zu c), v. 20. April 1917 (RGBl. 371) 485
11. Bek. über die Zahlung von Brandentschädigungen in der preußischen Provinz Ostpreußen und dem Kreise Rosenberg in Westpreußen v. 13. Oktober 1914 (RGBl. 431) . . .
12. Gesetz, betr. den Schutz von Berufstrachten und Berufsabzeichen für Betätigung in der Krankenpflege, v. 7. September 1915 (RGBl. 561) . . .
*13. Gesetz über Fürsorge für Kriegsgefangene v. 15. August 1917 (RGBl. 725) 486
VI. Kriegsschädenersatz . . .
*1. Kriegsschäden im Ausland . . . 491
Anordnung des Reichskanzlers, betr. das Verfahren vor der Reichsentschädigungskommission, v. 25. April 1915 (Reichsanz. Nr. 96) . . . 491
Hierzu:
Preuß. Allgemeine Verfügung über die der Reichsentschädigungskommission zu leistende Rechtshilfe, v. 1. Juni 1915 (JMBl. 110) . . .
*2. Kriegsschäden im Inland . . .
a) Allerhöchster Erlaß, betr. Einsetzung einer Kriegshilfskommission für die Provinz Ostpreußen, v. 24. September 1914. . . .

b) Staatsministerialbeschluß (über denselben Gegenstand) v. 29. September 1914 . . . . . .
c) Anweisung des preußischen Staatsministeriums über die vorläufige Ermittlung von Kriegsschäden und die Gewährung einer staatlichen Vorentschädigung in den durch den Krieg unmittelbar berührten Landesteilen, v. 18. Januar 1915 (MBl. 143) . . . . . .
d) Ministerialverfügung (über denselben Gegenstand) v. 20. August 1915 (MBl. 149) . . . . . .
e) Königliche Verordnung über die Befugnis der Kriegsausschüsse in der Provinz Ostpreußen zur eidlichen Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, v. 28. Juli 1915 (GS. 121) . . . . . .
Hierzu:
Allgemeine Verfügung, betr. die Rechtshilfeersuchen der Kriegsausschüsse in Ostpreußen, v. 7. August 1915 (JMBl. 186) . . . . . .
*f) Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete v. 3. Juli 1916 (RGBl. 675) 492
Hierzu:
α. Bek., betr. das Verfahren zur Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete, v. 19. September 1916 (RGBl. 1053) . . . . . .
β. Bek., betr. Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiet v. 28. Sept. 1916 mit der Ergänzung v. 17. November 1916 (RBl. 289, 400). .
γ. Preuß. Ausführungsanweisung v. 24. Oktober 1916 (MBl. 247) .
*δ. Preußische Verfügung, betr. Abänderungen der Bestimmungen zu γ, v. 18. März 1917 (MBl. 81) 492
*ε. Preußische ergänzende Ausführungsbestimmungen für den Umfang der Provinz Ostpreußen v. 25. Juni 1917 (MBl. 166) 492
VII. 1. Wiederaufbau Ostpreußens . . . . . .
Verordnung, betr. die Umlegung von Grundstücken in der Provinz Ostpreußen, v. 11. Dezember 1915 (GS. 172) . . . . . .
2. Verordnung über die Sicherstellung der zum Wiederaufbau im Kriege zerstörter Gebäude gewährten Staatsdarlehen, v. 1. Mai 1916 (GS. 45)
Hierzu:
Ausführungsbestimmungen v. 9. Mai 1916 (LMBl. 131) . . . . . .

(Abschnitt I in Bd. 1, 797; 3, 571)

II. Außenarbeit der Gefangenen.

(Bek. 1 in Bd. 1, 800)

2. Bek. über die Beschäftigung von Strafgefangenen mit Außenarbeit. Vom 16. Mai 1917. (RGBl. 412).

[BR.] § 1. Strafgefangene, die zu Arbeiten außerhalb der Strafanstalt angehalten werden können, dürfen während der Dauer des gegenwärtigen Krieges mit solchen Arbeiten auch dann beschäftigt werden, wenn sie dabei von anderen freien Arbeitern nicht getrennt gehalten werden.

§ 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [18. 5.] in Kraft. Sie findet Anwendung auch auf Personen, die bereits vor ihrem Inkrafttreten verurteilt sind.

III. Linderung der Arbeitslosigkeit.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 801; 2, 302; 3, 571: Abschnitt 2 in Bd. 1, 801).

3. Vereinfachtes Enteignungsverfahren.

a) Verordnung, betr. ein vereinfachtes Enteignungsverfahren usw. Vom 11. September 1914. (GesS. 159 in Bd. 1, 803).

b) Hierzu sind seit dem 28. Oktober 1916 (zu vgl. Bd. 3, 572) noch folgende Erlasse des Staatsministeriums ergangen: v. 3. Januar, 9., 10., 14., 15. Februar, 2., 29. März, 3., 5., 14., 20. April, 5. August 1917. GS. 5, 15, 16, 19, 20, 24, 52, 54, 55, 57, 58, 62, 81.

4. Außerkraftsetzung von Betriebsvorschriften.

a) Gesetz, betr. Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter. Vom 4. August 1914. (RGBl. 333).

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 808.

1. RG. III, DStrafrZtg. 17 171. Die irrtümliche Annahme, daß die gesetzlichen Vorschriften der GewO. über die Beschäftigung von Arbeiterinnen — insbes. § 137 Abs. 1 und 2 verb. mit § 146 Z. 2 GewO.— während des Krieges für Kriegslieferanten schlechthin außer Kraft gesetzt seien, sowie die Unkenntnis davon, daß nach dem Ges. v. 4. Aug. 1914 über Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter nur der Reichskanzler oder die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen von den erwähnten Best. der GewO. gewähren darf, ist nicht Tatirrtum nach § 59 StrGB., sondern Irrtum über das Strafgesetz.

2. Erlaß des Reichskanzlers (Reichsamt des Innern) vom 11. Dezember 1916. (HMBl. 97.)

Zur rechtzeitigen Herstellung der von der Heeresleitung geforderten großen Mengen von Munition und von anderem Heeresbedarf ist eine außerordentlich starke Vergrößerung der in Frage kommenden Betriebe und die Einstellung zahlreicher Arbeitskräfte nötig. Da männliche Arbeitskräfte nur noch in ganz beschränktem Umfang verfügbar sind, so werden überall, wo es irgend angeht, Arbeiterinnen eingestellt werden müssen. Sie werden auch in noch höherem Maße, als es bislang der Fall gewesen ist, nachts beschäftigt werden müssen, denn die meisten der für das Heer arbeitenden Betriebe sind gezwungen, mit regelmäßiger Tag- und Nachtschicht zu arbeiten, entweder weil eine Unterbrechung des Arbeitsverfahrens nicht möglich ist, oder weil die Leistungsfähigkeit der Maschinen weitgehend ausgenutzt werden muß.

Es wird daher notwendig sein auf Grund des Gesetzes, betreffend Ausnahmen von den Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, vom 4. August 1914 (RGBl. 333), die Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nacht in erhöhtem Umfang zuzulassen. Dabei wird selbstverständlich auf den Schutz der Arbeiterinnen gegen die ihnen aus der Nachtarbeit erwachsenden Gefahren für Gesundheit und Sittlichkeit Rücksicht genommen werden müssen. Besonders wird auch dahin zu wirken sein, daß ihre Arbeitszeit nicht zu lang ist und vor allem, daß sie keine vierundzwanzigstündigen Wechselschichten mitmachen.

Ich möchte es für erwünscht halten, daß die Genehmigung, Arbeiterinnen während der Nachtzeit zu beschäftigen, in der Regel nur unter der Bedingung erteilt wird, daß sie in achtstündigen Schichten arbeiten. Das ist verschiedentlich, besonders im Regierungsbezirke Düsseldorf, bereits mit Erfolg geschehen. Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die in der Nacht beschäftigten Arbeiterinnen — nur um diese kann es sich handeln — bietet auch in wirtschaftlicher Beziehung manche Vorteile. Zunächst ermöglicht sie eine bessere Ausnutzung der Maschinen, denn es dürfte genügen, wenn in jeder Schicht eine halbstündige Pause gemacht wird, so daß die Maschinen innerhalb eines vierundzwanzigstündigen Arbeitstages zweiundzwanzig und eine halbe Stunde benutzt werden können. Ferner fallen durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die Arbeite-

rinnen Vergleiche über die Höhe der Entlohnung der männlichen und der weiblichen Arbeitskraft, die oft zur Unzufriedenheit Anlaß geben, mehr oder weniger fort. Ferner werden die Arbeitgeber später — in ruhigeren Zeiten — leichter geneigt sein, an Stelle der Arbeiterinnen wieder Arbeiter einzustellen, wenn die ersteren nur acht Stunden beschäftigt werden dürfen. Endlich scheint es, als ob die Arbeitnehmerverbände bereit sind, bei der Anwerbung von Arbeiterinnen behilflich zu sein, wenn diese — abgesehen von Ausnahmen — in achtstündigen Schichten beschäftigt werden.

Zweifelsohne entstehen gewisse Schwierigkeiten daraus, daß in demselben Betriebe die Männer in zwölfstündigen, die Frauen in achtstündigen Schichten arbeiten. Diese lassen sich aber, wie die Erfahrung gezeigt hat, bei gutem Willen überwinden. Im allgemeinen werden in den in Betracht kommenden Betrieben die Männer nur in geringer Zahl besonders als Meister, Vorarbeiter und Einrichter tätig sein und sich im Notfall gegenseitig vertreten können. Dadurch wird eine besondere Regelung ihrer Pausen in gewissem Umfang erleichtert werden.

Selbstverständlich wird es nicht immer und unter allen Umständen möglich sein, die achtstündige Arbeitszeit für die in der Nacht beschäftigten Arbeiterinnen vorzuschreiben, z. B. wenn nachweislich die erforderliche Zahl von Arbeiterinnen nicht zu bekommen ist oder wenn die Arbeiterinnen derartig Hand in Hand mit den Arbeitern arbeiten, daß sie aufhören müssen, wenn die Arbeiter Ruhepausen haben. Es ist auch keineswegs nötig, daß die Regelung für ein ganzes Werk gleichmäßig erfolgt, vielmehr wird es besonders bei großen Anlagen mit mehreren Abteilungen häufig ohne weiteres möglich sein, in einigen Abteilungen die achtstündige Arbeitszeit für die in der Nacht beschäftigten Arbeiterinnen einzuführen, während dies in anderen Abteilungen vielleicht große Schwierigkeiten und Störungen verursachen würde. Wann und unter welchen Voraussetzungen eine andere Arbeitszeit zugelassen werden muß, läßt sich nur von Fall zu Fall auf Grund genauer Kenntnis der Betriebs- und der gesamten örtlichen Verhältnisse beurteilen. Diese Kenntnis wird aber im allgemeinen nur bei den örtlich zuständigen Behörden zu finden sein. Infolgedessen halte ich das bisher geübte und bewährte Verfahren, daß die höheren Verwaltungsbehörden auf Antrag von Fall zu Fall die Ausnahmen bewilligen, auch fernerhin für zweckmäßig und beabsichtige demgemäß auch bis auf weiteres von der mir gegebenen Ermächtigung, allgemeine Ausnahmen zuzulassen, keinen Gebrauch zu machen.

Anderseits erscheint es mir zweckmäßig, daß bei der Bewilligung von Ausnahmen möglichst nach übereinstimmenden Gesichtspunkten verfahren wird. Ich beehre mich demgemäß anheimzustellen, den zuständigen Behörden von meinen vorstehenden Darlegungen Kenntnis zu geben und ihnen nabezulegen, daß sie sich danach nach Möglichkeit richten.

Da es auch aus wirtschaftlichen Gründen erwünscht erscheint, einen Überblick über die zugelassenen Ausnahmen zu erhalten, so möchte ich zur Erwägung stellen, ob nicht die höheren Verwaltungsbehörden veranlaßt werden können, eine Übersicht der in jedem Monat von ihnen erteilten Bewilligungen, aus der auch die Zahl der davon betroffenen Arbeiterinnen und die Regelung ihrer Arbeitszeit ersichtlich sind, einzureichen. Ich würde es mit Dank begrüßen, wenn mir eine Abschrift dieser Übersichten zugesandt werden könnte.

IV. Arbeiter- und Angestelltenversicherung.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 811; 2, 305; 3, 575; 4, 801.)

2. Krankenversicherung.

(Ges. a, b in Bd. 1, 814ff.; Bek. c in Bd. 3, 578.)

d) Bek., betr. Krankenversicherung bei Ersatzkassen. Vom 5. Juli 1916. (RGBl. 655).

HansGZ. 17 65 (Hamburg IV). An einem ausdrücklichen Antrage fehlt es hier. Es bedurfte vorliegendenfalls seiner um deswillen nicht, weil in der vor Erlaß der Verord-

nung angestellten und nach ihm aufrecht erhaltenen, auf Zahlung von Krankengeld gerichteten Klage der Anspruch des Klägers, weiter Mitglied der beklagten Kasse zu sein, enthalten und damit der Verordnung, die nicht eine Formvorschrift aufstellen, sondern nur bewirken will, daß die Kasse innerhalb einer angemessenen Frist Kenntnis darüber erlangt, ob ihr früheres Mitglied von dem ihm verliehenen Rechte Gebrauch machen will oder nicht, genügt ist. Auch daran scheitert der Anspruch des Klägers nicht, daß § 4 Abs. 2 dem Antrage erst vom Eingang der ersten satzungsmäßigen Beitragszahlung bei der Ersatzkasse an Wirksamkeit beilegt. Denn ist der Kasse der Wille des Versicherten kundgegeben, so ist es zunächst ihre Sache, ihn zur Zahlung des Beitrages aufzufordern und erst die Nichtbefolgung dieser Aufforderung führt die Wirkungslosigkeit des Antrages herbei. Selbst wenn man aber für den Regelfall den Versicherten für verpflichtet ansehen sollte, von sich aus, ohne eine Aufforderung der Kasse abzuwarten, ihr den Beitrag zu übermitteln, so gilt dies doch nicht hier, wo Kläger nach seinem Eintritt ins Heer freiwillig seine Beiträge so lange weiter bezahlt hatte, bis sie ihm unter dem Bemerken, daß zum Heere eingezogene Mitglieder beitragsfrei seien, zurückgesandt waren. Und endlich steht dem Anspruche des Klägers auch nicht entgegen, daß es bislang nicht ärztlich untersucht ist. Denn dieser ärztlichen Untersuchung hat sich der Antragsteller, wie § 5 Satz 3 ausdrücklich vorschreibt, nur auf Verlangen der Kasse zu unterwerfen und sie ist von ihr zu veranlassen. Schon jenes Verlangen aber hat die Kasse nicht gestellt.

Zu Fall bringt aber den Klaganspruch die Vorschrift des zweiten Satzes des § 5, nach der der Antragsteller, welcher beim Eingang der ersten Beitragszahlung bereits erkrankt ist, für diese Krankheit keinen Anspruch auf Kassenleistungen nach § 1 der Verordnung hat. Was für die Erkrankung zur Zeit der ersten Beitragszahlung gilt, muß erst recht gelten für die Erkrankung zur Zeit der Stellung des Antrages und wiederum noch mehr für eine Erkrankung, die zur Zeit der Antragstellung bereits gehoben war. So aber liegt es hier.

e) Bek. über die Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung. Vom 16. November 1916. (RGBl. 1279).

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 581.

v. Schelhorn, MfAV. 17 157. § 2 bezieht sich nicht auf die Dreiwochenfristen des § 313 Abs. 2, § 214 Abs. 1 RVO.

(Bek. f in Bd. 3, 582.)

g) Bek., betr. Krankenversicherung von Arbeitern im Auslande. Vom 14. Dezember 1916. (RGBl. 1383).

Wortlaut in Bd. 4, 801.

Begründung. (D. R. X 186.)

Die Bedürfnisse der deutschen Heeres- und der Kaiserlichen Marineverwaltung haben in größerer Zahl deutsche Unternehmer mit deutschen Arbeitern in die von unseren Truppen besetzten feindlichen Gebiete gezogen, namentlich zur Ausführung von Bau- und Erdarbeiten. Es handelt sich dabei überwiegend um umfangreiche, selbständige Unternehmungen, nicht um bloße sogenannte Ausstrahlungen inländischer Betriebe; die dabei beschäftigten Arbeiter werden daher infolge der nach geltendem Recht der deutschen Krankenversicherung gezogenen räumlichen Grenzen von dieser nicht mehr erfaßt. Der zur Abhilfe gemachte Versuch, durch vertragsmäßige Abmachungen mit inländischen Krankenkassen diesen deutschen Auslandarbeitern die Wohltaten der heimischen Krankenversicherung zukommen zu lassen, ließ sich nicht allgemein durchführen und entbehrte zudem einer ausreichenden gesetzlichen Grundlage. Es erwies sich daher als erforderlich, durch Verordnung des Bundesrats jene Gruppen von Beschäftigten neu in die Krankenversicherung einzubeziehen. Den Schwierigkeiten,

die sich einer Versicherung im Ausland beim Fehlen der inländischen Organisationen und Ärzte entgegenstellten, begegnet die demgemäß ergangene Bek. vom 14. Dezember 1916 (RGBl. 1383) dadurch, daß sie einerseits zu Trägern der Versicherung inländische Krankenkassen bestellt, anderseits zur praktischen Durchführung an Ort und Stelle die Mitwirkung der Militär- und Marineverwaltung, insbesondere ihres Sanitätswesens, heranzieht. Die Versicherung wird, falls für den inländischen Betrieb des Unternehmers eine Betriebskrankenkasse besteht, dieser, sonst wegen des Vorteils der örtlichen Nähe nach näherer Bestimmung der obersten Landesverwaltungsbehörde einer größeren Ortskrankenkasse des nächstgelegenen inländischen Grenzbezirks übertragen. An diese werden die Beiträge abgeführt und sie hat dafür der Militär- und Marineverwaltung deren Aufwendungen an Barleistungen, für Kranken- und Lazarettpflege und Arznei zu ersetzen. Die dabei vorgesehenen Pauschbeträge entsprechen im allgemeinen denen, welche die Reichsversicherungsordnung für ähnliche Fälle von Vorausleistungen vorsieht. Wo die Verhältnisse im besetzten Auslande die Errichtung selbständiger Betriebskrankenkassen zulassen sollten, ist auch diese gestattet. Die in solchen Fällen noch nötigen näheren Vorschriften überläßt die Verordnung der obersten deutschen Behörde im besetzten Gebiet. Im übrigen greifen, namentlich auch hinsichtlich des Maßes der Leistungen für die Erkrankten, sinngemäß die Vorschriften der Reichsversicherungsordnung selbst Platz. Wo sich diese infolge der besonderen Verhältnisse im Ausland in Einzelheiten als nicht wohl durchführbar herausstellen sollten, ist dem Reichskanzler die Ermächtigung zum Erlaß zweckdienlicher anderweitiger Bestimmungen übertragen worden.

Für diejenigen Arbeiter, welche die Heeres- oder Marineverwaltung unmittelbar selbst im besetzten Ausland beschäftigt, oder welche dort für die Zwecke einer deutschen Zivilverwaltung, sei es bei dieser selbst, sei es bei privaten Unternehmern tätig sind, war die Ausdehnung der Krankenversicherung deshalb weniger dringlich, weil für diese Personen bereits großenteils durch behördliche Maßnahmen eine den §§ 169 ff. der Reichsversicherungsordnung entsprechende Fürsorge für den Krankheitsfall getroffen worden ist. Wo es angezeigt erscheinen sollte, diese Art der Fürsorge durch eine der Verordnung entsprechende Krankenversicherung zu ersetzen, ist eine entsprechende Ausdehnung der letzteren zugelassen und die Anordnung dieserhalb der obersten Militärbehörde oder dem Reichskanzler im Einvernehmen mit der obersten deutschen Zivilverwaltung des betreffenden Auslandsgebietes überlassen. In ähnlicher Weise kann die Versicherung auch in einem nicht von deutschen Truppen besetzten Auslandgebiet eingeführt werden, wo deutsche Arbeiter für Zwecke der deutschen Heeres- oder Marineverwaltung oder für solche einer verbündeten Macht beschäftigt werden.

Die durch diese Verordnung für das besetzte Gebiet getroffenen Maßnahmen bieten zugleich den Vorteil, daß sich daran die Krankenversicherung aller dort im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Deutschen anknüpfen läßt.

Literatur.

Lehmann, Die BRBek. betr. Krankenversicherung von Arbeitern im Auslande, Ortskrankenkasse 17 45. — v. Schelhorn, Deutsche Auslands-Krankenversicherung, Arb.-Versorg. 17 481 ff., 505 ff.

1. v. Schelhorn, ArbVersorg. 17 486. Die Bek. v. 14. 12. 16 und die Ausführungsbestimmungen beziehen sich nicht auf deutschen Kriegsschauplatz (Elsaß).

2. v. Schelhorn, ArbVersorg. 17 490. Auch soweit sich die Zuständigkeit einer „anderen" Kasse auf Vereinbarungen nach § 2 Abs. 3 Bek. 14. 12. 16 gründet, müssen für die Durchführung der Versicherung die folgenden Bestimmungen dieser Bek. (namentlich § 4) gelten.

h) Bek. über Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung von Angehörigen feindlicher Staaten. Vom 25. Januar 1917. (RGBl. 79.)

Wortlaut in Bd. 4, 806.

Begründung. (D. N. X 188.)

Der Bundesrat hat die Versicherungsverhältnisse der arbeitlosen und arbeitscheuen Ausländer, die auf Grund von Maßnahmen der deutschen Heeresverwaltung zum Zwecke ihrer Beschäftigung ins Inland gekommen oder überführt worden sind, besonders geregelt. In erster Reihe handelt es sich dabei um belgische Staatsangehörige. Aus ähnlichen Gründen, wie bei den russisch-polnischen Saisonarbeitern, läßt bei ihnen die durch jene Maßnahme bedingte Gestaltung ihres Arbeitsverhältnisses Zweifel darüber zu, ob sie als Versicherte im Sinne der Reichsversicherungsordnung zu gelten haben. Solchen Zweifeln begegnet die genannte Verordnung. Nach ihr sind jene Personen ohne Rücksicht auf jene Besonderheiten ihres Arbeitsverhältnisses beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auf dem Gebiete der Kranken- und Unfallversicherung versicherungspflichtig und versicherungsberechtigt, auf demjenigen der Invalidenversicherung dagegen zwar versicherungsberechtigt, nicht aber versicherungspflichtig. Für die Einbeziehung in die Kranken- und Unfallversicherung waren im wesentlichen die gleichen Gründe bestimmend, wie bei der Versicherung der seit Kriegsbeginn in Deutschland befindlichen Ausländer. Die Freilassung von der Pflichtversicherung gegen Invalidität nimmt darauf Rücksicht, daß wegen der hier vorgeschriebenen langen Wartezeit die meisten jener Ausländer voraussichtlich gar nicht in den Besitz der Rentenberechtigung kommen, ihre Beiträge daher umsonst leisten würden. Eine Besorgnis, daß diese Arbeiter mit den deutschen Versicherten auf dem Arbeitsmarkt in einen für letztere lästigen Wettbewerb eintreten könnten, besteht nicht. Es durfte daher von einer Verpflichtung der Arbeitgeber zur Einzahlung der eigenen Beitragshälfte, wie solche im § 1233 Abs. 2 RVO. vorgeschrieben ist, abgesehen werden.

Nach den besonderen Verhältnissen der hiernach versicherten Beschäftigten sollen sie, gemäß den von dem Kriegsamt aufgestellten Grundsätzen, im Krankheitsfalle ärztliche Versorgung und, falls Lazarettbehandlung nötig, solche in Zivillazaretten erhalten. Es war deshalb eine Bestimmung erforderlich, wonach die Heeresverwaltung stets an Stelle des Versicherungsträgers das Heilverfahren übernehmen kann. Das Heilverfahren der Heeresverwaltung wird für die Ansprüche des Versicherten gegen den Versicherungsträger einem von diesem eingeleiteten entsprechenden Heilverfahren gleichgestellt. Die Heeresverwaltung hat dafür gegenüber dem Versicherungsträger innerhalb der zeitlichen Grenzen seiner Verpflichtung Anspruch auf Ersatz ihrer Kosten, nach Pauschbeträgen, welche in gleicher Weise wie nach der Bek. vom 14. Dezember 1916 RGBl. 1383) bemessen worden sind. Im übrigen sind für die Ersatzleistung die Vorschriften der §§ 1501, 1504 RVO. sinngemäß benutzt worden.

Mit Rücksicht auf die erforderlichen Vorbereitungen (Anmeldungen usw.) ist als Tag des Inkrafttretens der Verordnung der 12. Februar 1917 festgesetzt worden. Aus Billigkeitsgründen soll jedoch bei Unfällen die Verordnung schon vom Beginne des Beschäftigungsverhältnisses des Verletzten in Deutschland an wirken.

Soweit zur Invalidenversicherung etwa bereits Beiträge entrichtet sein sollten, soll es dabei bewenden, da ein Erstattungsverfahren außer Verhältnis zur Geringfügigkeit der dabei in Betracht kommenden Beträge stehen würde. Umgekehrt, sollen noch nicht gezahlte Beiträge unerhoben und ein etwa dieserhalb gegen den Arbeitgeber eingeleitetes Verfahren auf sich beruhen bleiben.

i) Verordnung, betr. Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges. Vom 1. März 1917. (RGBl. 200).

[BR.] I. Während der Dauer des gegenwärtigen Krieges können die Vorstände der Krankenkassen die Gewährung von Teuerungszulagen an die der Dienstordnung unterstehenden Angestellten der Kasse ohne Zuziehung des Kassenausschusses beschließen. Die übrigen für Änderungen der Dienstordnung geltenden Vorschriften der Reichsversicherungsordnung bleiben dabei unberührt.

Voraussetzung ist, daß die Zulagen

1. entweder allen oder allen denjenigen Angestellten (Abs. 1) gewährt werden, deren jährliches Diensteinkommen einen bestimmten Betrag nicht übersteigt, und
2. für alle beteiligten Angestellten nach den gleichen Grundsätzen bemessen werden; zulässig ist jedoch eine Einteilung der Angestellten nach dem Gehalte mit steigendem Prozentsatz je für die niedrigere Gehaltsstufe, ferner Abstufung für Verheiratete und Ledige sowie nach der Zahl der Kinder, die der Angestellte ganz oder überwiegend zu unterhalten hat.

Der Beschluß kann in der gleichen Weise (Abs. 1) geändert oder aufgehoben werden. Er tritt spätestens drei Monate nach Friedensschluß außer Kraft, sofern nicht vorher die Weiterzahlung der Teuerungszulagen auf dem in der Reichsversicherungsordnung für Änderungen der Dienstordnung vorgeschriebenen Wege beschlossen worden ist.

II. Für Personen, die während des gegenwärtigen Krieges dem Reiche oder einer ihm verbündeten Macht Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten, ruht der Fristenlauf der Wartezeit bei ihrer Krankenkasse (§ 2 des Gesetzes, betreffend Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, vom 4. August 1914 — RGBl. 334 —) auch während der Dauer der Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen, die in die ersten sechs Wochen nach der Rückkehr aus solchen Diensten in die Heimat fällt.

Eine Wartezeit, die sie bei einer Krankenkasse zur Zeit des Diensteintritts ganz oder zum Teil erfüllt haben, ist ihnen auch auf die Wartezeit für Leistungen bei einer anderen Krankenkasse anzurechnen, der sie nach der Rückkehr aus solchen Diensten in die Heimat beitreten.

Auf das im § 195 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung erwähnte letzte Jahr und auf die im § 208 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung erwähnten letzten zwölf Monate wird ihnen die Dauer der Dienstleistung sowie diejenige der Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen nicht angerechnet, die in die ersten sechs Wochen nach der Rückkehr aus solchen Diensten in die Heimat fällt.

Die Zeit von mindestens sechs Monaten nach § 199 der Reichsversicherungsordnung steht für sie einer Wartezeit für Leistungen im Sinne der Reichsversicherungsordnung gleich.

III. . . .

IV. Diese Vorschriften treten mit dem Tage ihrer Verkündung [2. 3.] in Kraft.

Liebrecht, PrVerwBl. 38 361, Fraglich könnte sein, in welchem Zeitpunkt das Einkommen vorhanden sein muß, da der Diensteintritt eines Ehemannes hier nicht in Frage kommt. Man wird billigerweise die Zeit vor der Entbindung als maßgebend zu betrachten haben, so daß der Verdienst in Frage kommt, welchen die Mutter hatte, als sie wegen der bevorstehenden Niederkunft die Arbeit niederlegen mußte. Verblieben ihr aber aus anderen Quellen noch Einkünfte, die 1500 M. übersteigen, so wird natürlich ein solches Einkommen aus Vermögens usw. die Minderbemitteltheit ausschließen, auch wenn der Arbeitsverdienst in Fortfall gekommen ist.

3. Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

(Abschnitt a bis c in Bd. 1, 825ff.; d bis e in Bd. 3, 583ff.)

f) Bek. über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Vom 23. Dezember 1915. (RGBl. 845).

Wortlaut in Bd. 2, 308.

Begründung in Bd. 3, 588.

MfAV. 17 439 (BayLVA.). Nach dem Tode eines Versicherten können freiwillige Beiträge gemäß §§ 1244 und 1443 RVO. rechtswirksam nicht nachentrichtet werden. Hieran hat auch die VO. v. 23. 12. 15 nichts geändert, ebenso MfAV. 17 574 (RVA.).

g) Bek., betr. Verjährung rückständiger Beiträge nach § 29 der Reichsversicherungsordnung. Vom 2. Dezember 1916. (RGBl. 1341).

Wortlaut in Bd. 3, 1020.

Begründung. (D. N. X 182.)

Nach § 29 Abs. 1 RVO. verjährt der Anspruch auf die rückständigen Beiträge, welche an die Versicherungsträger zu entrichten sind, in zwei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahrs der Fälligkeit, soweit sie nicht absichtlich hinterzogen worden sind. Soweit hiernach Beiträge im Jahre 1914 zu entrichten waren, würden sie — abgesehen von dem Falle einer absichtlichen Hinterziehung — mit Ablauf des 31. Dezember 1916 verjährt sein.

Zur Vermeidung dieser Folge muß die Verjährung unterbrochen werden, was in der Regel durch erneuten Antrag auf Zwangsbeitreibung geschieht.

Solche Anträge auf Zwangsvollstreckung sind jedoch in der gegenwärtigen Zeit infolge der Einziehung zahlreicher Zahlungspflichtigen zu den Fahnen in vielen Fällen mit großen Weiterungen verbunden, wenn nicht ganz zwecklos. Dazu kommt, daß viele Arbeitgeber infolge der Kriegsverhältnisse jetzt zahlungsunfähig geworden sind, weil das von ihnen betriebene Geschäft oder Gewerbe während der Kriegszeit darniederliegt. Solche Arbeitgeber sind erst nach Wiedereintritt geordneter Verhältnisse imstande, die Versicherungsbeiträge nachträglich zu entrichten.

Deshalb hat der Hauptverband Deutscher Ortskrankenkassen in Dresden angeregt, die Verjährungsfrist des § 29 Abs. 1 der RVO. zu verlängern. Auch die übrigen größeren Verbände der Krankenkassen haben den Antrag befürwortet. Das Reichsversicherungsamt hält nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die Unfallversicherung und für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung eine Verlängerung der Frist für wünschenswert.

Für die Invaliden- und Hinterbliebenversicherung ist bereits durch § 4 der Bekanntmachung über die Anrechnung von Militärdienstzeiten und die Erhaltung von Anwartschaften in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vom 23. Dezember 1915 (RGBl. 845) die Verjährungsfrist des § 29 Abs. 1 RVO. für Fälle der §§ 2, 3 dieser Verordnung bis zum Schlusse desjenigen Kalenderjahres verlängert worden, welches dem Jahre folgt, in dem der Krieg beendet ist.

(Abschnitt h in Bd. 3, 591.)

i) Bek. über Unfallversicherung von Angehörigen feindlicher Staaten. Vom 30. März 1917. (RGBl. 301).

[BR.] § 1. Diejenigen Angehörigen feindlicher Staaten, welche wegen der ihnen als solchen durch Anordnung deutscher Behörden auferlegten Beschränkungen den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über Unfallversicherung nicht unterliegen, werden diesen Vorschriften unterstellt.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1917 in Kraft.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 1. April 1917 Nr. 90 1. Ausg.)

Durch Beschluß des Bundesrats vom 29. März 1917 werden solche Angehörige feindlicher Staaten, auf welche sich bisher die Geltung der Unfallversicherung um deswillen nicht erstreckte, weil sie infolge von Anordnungen deutscher Behörden Beschränkungen unterliegen, für unfallversicherungspflichtig erklärt. Solchen Angehörigen feindlicher Staaten, welche, ohne Kriegsgefangene zu sein, auf Grund von Maßnahmen der deutschen Heeresverwaltung zur Beschäftigung nach Deutschland gekommen oder übergeführt sind, und deren Arbeitsverhältnis durch diese einschränkenden Maßnahmen beeinflußt wird, so namentlich sogenannte arbeitscheue Belgier, waren schon durch die Bek. vom 25. Januar 1917 (RGBl. 79) der Unfallversicherung unterstellt worden; für diese bleibt es lediglich bei den Vorschriften dieser Bekanntmachung vom 25. Januar 1917. Bei dem neuesten Bundesratsbeschluß kommen praktisch insbesondere die seit Beginn des gegenwärtigen Krieges in Deutschland befindlichen, hier zurückgehaltenen Angehörigen feindlicher Staaten in Betracht; der Krankenversicherung waren solche bereits durch eine entsprechende VO. vom 2. November 1916 (RGBl. 1247) unterstellt worden. Die Einbeziehung dieser Arbeiter aus dem feindlichen Auslande in die Unfallversicherung liegt besonders auch im Interesse der beteiligten Unternehmer, die dadurch von der Einzelhaftpflicht befreit werden, sowie auch im Interesse der Unternehmerschaft im ganzen, die nunmehr aus den Unfällen aller ihrer Arbeiter gleichmäßig belastet wird. Seit Errichtung des Königreichs Polen werden übrigens Polen aus diesem Gebiet, die bereits seit Beginn dieses Krieges sich in Deutschland aufhalten, schon ohne weiteres als der deutschen Arbeiterversicherung unterliegend angesehen. Ebenso unterliegen nach der maßgebenden Stellungnahme des Reichsversicherungsamts feindliche Ausländer, die während des Krieges freiwillig nach Deutschland zur Beschäftigung gekommen sind, schon bisher den Vorschriften der Unfallversicherung.

Der neue Beschluß bezieht sich nicht auf Fälle, in denen die Freiheitsbeschränkung nicht lediglich auf die feindliche Staatsangehörigkeit, sondern auf besondere Gründe zurückgeht — also auf die Fälle der Kriegsgefangenschaft, Strafgefangenschaft usw.

Literatur.

Wuermeling, Kriegsverordnung über Unfallversicherung feindlicher Ausländer, v. 30. März 1917, MfAV. 17 389.

1. Wuermeling a. a. O. 388. Die Fassung des Relativsatzes: „welche . . . den Vorschriften der RVO. nicht unterliegen" läßt erkennen, daß die VO., vom gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung ausgehend, sich nur auf solche feindliche Ausländer bezieht, welche der Unfallversicherung nicht schon nach den bisher geltenden Vorschriften unterliegen. Diese bisherigen Vorschriften bleiben also unberührt. Dies gilt insbesondere für die feindlichen Ausländer, die bereits durch die oben angezogene Bek. v. 25. 1. 17 den Vorschriften der RVO. über die Unfallversicherung unterstellt worden sind. Für diese bleibt es also dabei, daß sie, und bei der Art, in der sie durch die VO. v. 25. 1. 17 den Vorschriften der RVO. über Unfallversicherung unterstellt worden sind, also namentlich bei der besonderen Regelung, die § 3 a. a. O. für Übernahme des Heilverfahrens seitens der Heeresverwaltung und für die dabei gegebenen Ersatzansprüche trifft.

2. Wuermeling a. a. O. 388. „Als solche" bedeutet, daß die Beschränkungen den feindlichen Ausländern schon lediglich wegen dieser ihrer Eigenschaft auferlegt sind. Damit werden die Fälle von Freiheitsbeschränkungen aus sonstigen besonderen Gründen, wie Kriegs-, Strafgefangenschaft u. dgl., hier ausgeschlossen.

k) Bek. über die Invalidenversicherung bei der freiwilligen Kriegskrankenpflege. Vom 15. März 1917. (RGBl. 231).

[BR.] § 1. Wer eine die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung begründende Beschäftigung vor seinem durch den gegenwärtigen Krieg veranlaßten Eintritt in das Per-

sonal der freiwilligen Kriegskrankenpflege nicht ausgeübt hat und auch nach der Beendigung der Kriegskrankenpflege voraussichtlich nicht ausüben wird, unterliegt wegen einer in der freiwilligen Kriegskrankenpflege übernommenen, an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung auch außerhalb des Anwendungsbereichs des § 14 der Verordnung über Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten vom 24. Februar 1917 (RGBl. 171) der Versicherungspflicht nur dann, wenn er binnen zwei Monaten nach der Verkündung dieser Verordnung von dem Arbeitgeber oder früheren Arbeitgeber die Leistung von Beiträgen verlangt. Geschieht dies, so hat der Arbeitgeber hierüber dem Beschäftigten auf Wunsch eine Bescheinigung auszustellen.

Sind ohne eine Erklärung im Sinne des Abs. 1 Satz 1 für die Dauer der an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung Beiträge entrichtet, so dürfen die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht deshalb abgelehnt werden, weil die Beiträge zu Unrecht entrichtet seien.

§ 2. Besteht nach § 1 Abs. 1 keine Versicherungspflicht, so sind auf Antrag des Beschäftigten die für ihn entrichteten Beiträge zu erstatten. Der Antrag kann bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Tage der Verkündung dieser Verordnung oder der späteren Beendigung der Beschäftigung gestellt werden. Er ist an den Vorstand derjenigen Versicherungsanstalt zu richten, deren Namen die Quittungskarten tragen; sie hat die Erstattung auch der an andere Anstalten geleisteten Beiträge zu vermitteln.

§ 3. Ist vor dem Tage der Verkündung dieser Verordnung die Versicherungspflicht eines nach dieser Verordnung versicherungsfreien Beschäftigten in einem Verfahren aus § 1459 der Reichsversicherungsordnung rechtskräftig festgestellt worden, so wird diese Feststellung auf Antrag des Beschäftigten aufgehoben und eine neue Entscheidung erlassen. Der Antrag ist innerhalb der Frist des § 2 bei der Stelle anzubringen, welche die aufzuhebende Entscheidung getroffen hat. Diese Stelle erläßt auch die neue Entscheidung.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

Literatur.

Klehmet, Zur Bek. über die Invalidenversicherung bei der freiwilligen Kriegskrankenpflege, MfAV. 17 401. — v. Schelhorn, Versicherung des Krankenpflegepersonals der Heeresverwaltung im Kriege, MfAV. 17 453.

1. Klehmet a. a. O. 404. Wer Arbeitgeber ist, läßt sich bei der Mannigfaltigkeit der in Frage stehenden Beschäftigungsverhältnisse nicht allgemein sagen. In der Hauptsache kommt die Heeresverwaltung in Betracht; zuständig zur Entgegennahme der Erklärung wird die Dienststelle sein, der die Anordnungs- und Aufsichtsbefugnisse bezüglich des Betriebs oder Inbegriffs von Geschäften zustehen, dem der Beschäftigte angehört oder angehört hat. Eine etwa zu Unrecht angegangene Stelle wird die Erklärung an die zuständige weiter zu geben haben.

2. Klehmet a. a. O. 404. Wer, wenn die Voraussetzungen des § 1 gegeben sind, bis zum 16. Mai 1917 nicht von seinem Arbeitgeber oder früheren Arbeitgeber (gegebenenfalls mehreren) die Leistung von Beiträgen verlangt hat, ist versicherungsfrei. Er kann sich aber gleichwohl, wenn die Beiträge — rechtzeitig oder innerhalb der gesetzlichen Grenzen nachträglich, von ihm allein oder unter Beteiligung des Arbeitgebers — geleistet worden sind, auf den § 1 Abs. 2 berufen. Werden die Beiträge in diesem Falle erst nachentrichtet, nachdem das Jahr des § 1443 verflossen ist, so entsteht der Zweifel, ob die Nachbringung noch zulässig ist. Entgegenkommenderweise werden hier die längeren Nachentrichtungsfristen des § 1442 anzuwenden sein. Wenn die VO. vorschreibt, daß die Leistungen der Versicherung nicht deshalb abgelehnt werden dürfen, weil die Beiträge zu Unrecht entrichtet seien, so liegt darin zugleich, daß sie als Pflichtbeiträge behandelt werden sollen. Dann wird dies aber auch in Ansehung des § 1442 Platz zu greifen haben.

4. Angestelltenversicherung.

(Abschnitt a und b in Bd. 1, 828.)

c) Bek., betr. die Angestelltenversicherung während des Krieges. Vom 26. August 1915. (RGBl. 531).

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 309ff.

Litteratur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 2, 312.

Brunn, Die Kriegsverordnungen zur Angestelltenversicherung.

§ 1.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 312; 3 bis 7 in Bd. 3, 591).

8. MfAV. 17 580 (OSchG.). Unter den Begriff der „Kriegsdienste" fallen nicht auf der Grundlage des Privatrechts geleistete Verrichtungen. Und unter „ähnlichen Diensten" können wohl aus nationalen oder sonstigen idealen Gesichtspunkten verrichtete Dienste verstanden werden, nicht aber gut bezahlte Tätigkeiten auf Grund eines Privatdienstvertrags, die zufällig dem Staate selbst und nicht einem von ihm beauftragten selbständigen Unternehmer geleistet werden.

9. MfAV. 17 443 (OSchG.). Ein Bauingenieur, der bei einer Fortifikation auf Privatdienstvertrag gegen einen zwischen 20 und 12 Mark wechselnden Tagesentgelt beschäftigt ist, leistet nicht Kriegs- oder ähnliche Dienste.

10. MfAV. 17 443 (RA.). Da über die Rechtsform, unter der die Leistung der Kriegsdienste erfolgt, keine Vorschriften gegeben sind, genießen auch Kapitulanten die Befreiung von der Beitragsleistung.

§ 2.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 312.)

3. MfAV. 17 515 (RA.). Ist ein Versicherter während des Krieges nach seiner Einziehung zum Kriegsdienst in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung tätig gewesen, für welche Beiträge zur AV. in einer anderen Gehaltsklasse zu zahlen waren als für seine Beschäftigung vor dem Kriege, und wird der Versicherte demnächst wieder zum Kriegsdienst eingezogen, so erfolgt die Anrechnung dieser zweiten Kriegsdienstzeit als Beitragszeit in der Gehaltsklasse, welcher der Angestellte während des letzten dem 1. 8. 14 vorhergehenden Monats angehört hat.

§ 8.

MfAV. 17 444 (RA.). Freiwilliger Eintritt in den Heeresdienst während des Krieges sowie die durch den Krieg verursachten Verhältnisse im Inland berechtigen nicht zur Nachzahlung von freiwilligen Beiträgen über den im § 50 AVG. gezogenen Rahmen hinaus.

§ 9.

MfAV. 17 516 (RA.). Die Befugnis, nachträglich über den Zeitpunkt des § 201 hinaus freiwillige Beiträge zu entrichten, steht auch denjenigen Versicherten zu, die kurz vor dem Kriege stellenlos geworden sind und infolge des Krieges keine Beschäftigung erhalten.

(Bek. d bis g in Bd. 3, 592ff.).

h) Bek. über Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges. Vom 30. September 1916. (RGBl. 1097.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 596.

Literatur.

Brunn, Die Kriegsverordnungen zur Angestelltenversicherung.

§ 1.

1. MfAV. 17 284 (RA.). Eine unter § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 fallende Tätigkeit ist auch dann „an sich versicherungspflichtig", wenn ein Entgelt dafür nicht gewährt worden ist.

2. MfAV. 17 444 (OSchG.). Die Beschäftigung eines Ehegatten durch einen anderen (§ 6 TVG.) ist nicht eine „an sich versicherungspflichtige Tätigkeit". OSchG. 20. III. 17. P. 288/16.

3. MfAV. 17 516 (OSchG.). Als „an sich versicherungspflichtig" sind solche Beschäftigungen anzusehen, die zwar ihrer Art nach unter § 1 Abs. 1 AVG. fallen, aber wegen eines 5000 M. übersteigenden Jahresarbeitsverdienstes der Versicherungspflicht nicht unterliegen.

4. MfAV. 17 196 (RA.). Eine unter § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 6 AVG. fallende Tätigkeit eines Angestellten, der gemäß § 9 TVG. versicherungsfrei ist, ist eine „an sich versicherungspflichtige" Tätigkeit.

5. MfAV. 17 195 (SchG.). Liegt zwar nach der Erklärung des Angestellten nicht die Wahrscheinlichkeit vor, daß er nach dem Kriege eine versicherungspflichtige Beschäftigung ausüben werde, ist aber doch die Möglichkeit dazu nicht ausgeschlossen, dann ist nicht festgestellt, daß er nach Beendigung des Krieges voraussichtlich eine versicherungspflichtige Tätigkeit nicht ausüben werde. Es fehlt daher an einer Voraussetzung für die Anwendbarkeit der VO.

6. MfAV. 17 284 (RA). Daraus, daß eine Angestellte sich eine Leibrente bewilligen läßt, geht hervor, daß sie endgültig aus der Versicherung ausscheiden und eine versicherungspflichtige Tätigkeit nicht mehr übernehmen will. Die vorhergegangene versicherungspflichtige Tätigkeit kommt daher bei Beurteilung der Frage, ob Kriegstätigkeit versicherungspflichtig ist, nicht in Betracht.

(Bek. i in Bd. 3, 597.)

k) Bek. über Angestelltenversicherung während des Krieges. Vom 2. August 1917. (RGBl. 680.)

[BR.] Die §§ 1 bis 6 der Bekanntmachung, betreffend die Angestelltenversicherung während des Krieges, vom 26. August 1915 (RGBl. 531) werden auf Versicherte erstreckt, die im gegenwärtigen Kriege außer dem Deutschen Reiche oder der Österreichisch-Ungarischen Monarchie einem anderen mit dem Deutschen Reiche verbündeten oder befreundeten Staate Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet haben.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1914 in Kraft.

V. Kriegswohlfahrtspflege.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 830ff.; 2 in Bd. 2, 313; 3, 598ff.)

Literatur.

Friedeberg-Wronsky, Handbuch der Kriegsfürsorge im Deutschen Reich.

3. Preuß. Gesetz über weitere Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände.

(a in Bd. 3, 600.)

b) Vom 30. April 1917. (GS. 64.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtags der Monarchie, was folgt:

§ 1. Der Staatsregierung wird ein weiterer Betrag bis zu 200 Mill. M. zur Verfügung gestellt, um Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Erleichterung ihrer Ausgaben für Kriegswohlfahrtszwecke Beihilfen zu gewähren.

§ 2. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Bereitstellung der nach § 1 erforderlichen Summe Staatsschuldverschreibungen auszugeben. An Stelle der Staatsschuldverschreibungen können vorübergehend Schatzanweisungen ausgegeben werden. Der Fälligkeitstermin ist in den Schatzanweisungen anzugeben.

Der Finanzminister wird ermächtigt, die Mittel zur Einlösung dieser Schatzanweisungen durch Ausgabe von neuen Schatzanweisungen und von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Nennbetrage zu beschaffen. Die Schatzanweisungen können wiederholt ausgegeben werden.

Schatzanweisungen oder Schuldverschreibungen, die zur Einlösung von fällig werdenden Schatzanweisungen bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers 14 Tage vor dem Fälligkeitstermine zur Verfügung zu halten.

Die Verzinsung der neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpunkte beginnen, mit dem die Verzinsung der einzulösenden Schatzanweisungen aufhört. Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuß, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kursen die Schatzanweisungen und die Schuldverschreibungen ausgegeben werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Im übrigen kommen wegen der Verwaltung und Tilgung der Anleihe die Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Konsolidation preußischer Staatsanleihen, vom 19. Dezember 1869 (GS. 1197), des Gesetzes, betreffend die Tilgung von Staatsschulden, vom 8. März 1897 (GS. 43) und des Gesetzes, betreffend die Bildung eines Ausgleichsfonds für die Eisenbahnverwaltung, vom 3. Mai 1903 (GS. 155) zur Anwendung.

§ 3. Die Ausführung dieses Gesetzes liegt dem Minister des Innern und dem Finanzminister ob.

Urkundlich usw.

4. Fürsorge für Kriegsinvaliden.

a) Maßnahmen des Reichs in Bd. 2, 314.

b) Maßnahmen in Preußen.

(Erlasse α, β in Bd. 2, 316ff.; γ in Bd. 3, 601).

δ) Verfügung des Kriegsamts vom 27. Dezember 1916, betr. Kriegsbeschädigten-Fürsorge. (MBl. 34.)

Die tiefgreifenden Veränderungen, die sich in unserem Wirtschaftsleben während des Krieges vollzogen haben, erfordern eine wesentliche Einschränkung des bisherigen Grundsatzes, daß der Kriegsbeschädigte seinem früheren Berufe wieder zugeführt werden muß. Große Gewerbezweige, wie die Textil- und Luxus-Industrie und die gesamte private Bautätigkeit, liegen danieder und bieten daher gerade dem beschränkt Erwerbsfähigen vorläufig kein Fortkommen. Die Notwendigkeit, jede verfügbare Arbeitskraft der Kriegsarbeit zuzuführen, muß auch für die Wiedereingliederung des Kriegsbeschädigten in den Wirtschaftskörper ausschlaggebend sein. Danach ist durch Berufsberatung, -Ausbildung und Arbeitsvermittlung dahin zu wirken, daß sich der Kriegsbeschädigte bei seiner Heeresentlassung einem kriegswirtschaftlich wertvollen Berufe zuwendet. Hierdurch wird auch dem eigenen Besten des erwerbsbeschränkten Mannes insofern gedient, als die gut gelohnte Kriegsarbeit ihm die Arbeitsfreudigkeit und das Vertrauen in die ihm verbliebene Kraft zurückgibt. Haben somit die bisherigen Bedenken gegen eine Umlernung zurückzutreten, so darf doch andererseits eine sorgsame Auswahl derjenigen Kriegsbeschädigten nicht unterbleiben, die einer längeren Ausbildung für einen neuen Beruf in der Kriegswirtschaft unterworfen werden sollen. Von einer Umlernung der vom Lande stammenden und für landwirtschaftliche Arbeit noch brauchbaren Leute für die Kriegsindustrie muß abgesehen werden, um der Landwirtschaft nicht noch weitere Arbeitskräfte zu entziehen. Ebensowenig kann eine zeitraubende Ausbildung denjenigen Verwundeten und kranken

Mannschaften zugewendet werden, die voraussichtlich in kürzerer Zeit wieder kriegsbrauchbar werden. (Erl. vom 16. 2. 16 Nr. 3041/1. 16 C 3.)

Nach den bisherigen Erfahrungen vollzieht sich die Anlernung eines Kriegsbeschädigten zu einem neuen Beruf nur dann ohne Störungen, wenn die Berufsberatung und Ausbildung schon während des Lazarettaufenthalts einsetzt und wenn Arbeitsbehandlung mit anschließender Berufsausbildung unter militärischem Befehl erfolgt (vgl. Erl. 23. 8. 16 874/6. 16 AZS). Dazu ist aber die frühzeitige Verlegung auszubildender Kriegsbeschädigter in die hierfür geeigneten Lazarette unbedingt erforderlich. Die Errichtung weiterer Lehrwerkstätten namentlich auch in Verbindung mit industriellen Betrieben ist von den stellvertretenden Generalkommandos gemeinsam mit den Kriegsamtsstellen und im Benehmen mit der Industrie, den staatlichen Werken und den Trägern der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge mit allen Kräften zu fördern. Für unsere Rüstungsindustrie und die ihr dienenden Industriezweige ist die schleunige Heranbildung eines aus Kriegsbeschädigten bestehenden neuen Arbeiterheeres von ausschlaggebender Bedeutung.

Auf die Notwendigkeit, kriegsunbrauchbare Mannschaften baldmöglichst zu entlassen, ist bereits wiederholt hingewiesen worden. Die unmittelbare Beurlaubung vom Lazarett aus, unter Zustimmung des Ersatztruppenteils, und die schleunigste Entlassung muß bei allen zur Kriegsarbeit bereiten und geeigneten Kriegsbeschädigten angestrebt werden (vgl. Nr. 3422/7. 16. M.A. vom 28. 7. 16 I. 5, III. 1, 2). Den stellvertretenden Generalkommandos wird empfohlen, an der Hand der vorgelegten Versorgungsakten fortlaufend zu prüfen, ob in dieser Hinsicht nichts versäumt wird.

Die Aufgaben der Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung können von den stellvertretenden Generalkommandos nur durch ständige und planmäßige Zusammenarbeit mit den Trägern der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge gelöst werden. Es darf daher auch nicht lediglich dem Ermessen der örtlichen Stelle (Chefarzt usw.) überlassen bleiben, ob bürgerliche Berufsberater in die Lazarette zugelassen werden; vielmehr wird hierüber eine grundsätzliche Verständigung mit der Hauptfürsorgeorganisation herbeizuführen sein. Im Zusammenhang hiermit wäre darauf hinzuweisen, daß zur Vermeidung von Verwirrung die in einzelnen Korpsbezirken errichtete militärische Berufsberatung nicht ohne ausreichende Fühlung mit der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge und im gleichen Sinne arbeitet. Daß bei der Neuarbeit dieser Organisation den örtlichen Stellen (Ausschüssen der Stadt- und Landkreise) vereinzelt noch Mängel anhaften, ist hier bekannt, ihnen wird am besten durch fortgesetzten Meinungsaustausch zwischen dem stellvertretenden Generalkommando und der zuständigen Hauptfürsorgeorganisation abgeholfen. Dem Ausbau und der Vertiefung der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge muß militärischerseits schon deshalb jede zulässige Unterstützung zuteil werden, weil ihr nach der Demobilmachung die weitere soziale Fürsorge für unsere Kriegsbeschädigten fast ungeteilt zufällt. Bis dahin muß sie in den Stand gesetzt sein, sich ihrer dann ganz besonders schwierigen Aufgabe mit größtmöglichem Erfolg zu unterziehen. Um dieser Zusammenarbeit auch von hier aus den Weg zu ebnen, sind diese neuen Gesichtspunkte im Einvernehmen mit dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge aufgestellt worden, wie aus dem anliegend mitgeteilten Schreiben hervorgeht.

Die stellvertretenden Generalkommandos werden ersucht, unter Berücksichtigung der vorbezeichneten Richtlinien, deren Ergänzung vorbehalten bleibt, zur Bewältigung dieser außerordentlich dringlichen vaterländischen Aufgabe alle Kräfte einzusetzen und über wichtige Maßnahmen auf diesem Gebiete, insbesondere über Errichtung neuer Lehrwerkstätten und etwa zutage getretene Schwierigkeiten, beispielsweise wegen der Kostenfrage, jeweils zum 15. jeden Monats, erstmalig zum 15. Januar 1917 an das Kriegs-Ersatz- und Arbeits-Departement Mitteilung zu machen.

Anlage.

Durchdrungen von der Überzeugung, daß jede der Kriegsarbeit zugeführte Arbeitskraft einen Schritt vorwärts zu siegreichem Frieden bedeutet, wollen die im Reichsausschuß

der Kriegsbeschädigtenfürsorge vertretenen Hauptfürsorgeorganisationen die ihrer Obhut anvertrauten Kriegsbeschädigten nach Maßgabe der im Erlaß Nr. 60/12. 16. A. Z. S. 6 gegebenen Richtlinien des Kriegsamts durch entsprechende Berufsberatung, Berufsausbildung und Arbeitsvermittlung den kriegswirtschaftlich notwendigen Berufen zuführen. Sie sind sich des großen Wertes engen Zusammenarbeitens mit den militärischen Dienststellen bewußt und begrüßen dankbarst das ihnen vom Kriegsamt entgegengebrachte Vertrauen. Sie geben sich der Hoffnung hin, daß auf dieser Grundlage des engen Zusammenarbeitens auch alle noch schwebenden oder neu auftauchenden Fragen einer baldigen Klärung und glücklichen Lösung zugeführt werden. Dazu rechnet der Reichsausschuß in erster Linie die infolge der Veränderung des wirtschaftlichen Lebens besonders schwierige und wichtige Aufgabe, die Kriegsbeschädigten nach Wiederkehr friedlicher Verhältnisse wieder ihren ursprünglichen Berufen und dauernden Stellungen zuzuführen, bevor ihnen durch das Zurückströmen der gesunden Arbeiter die ihrer beschränkten Arbeitsfähigkeit entsprechenden Beschäftigungsmöglichkeiten verschlossen werden.

e) Ministerialerlaß vom 6. Juli 1917. (HMBl. 265.)

Es liegt Anlaß vor, unter Zurückgreifen auf die in dem gemeinschaftlichen Erlasse der sämtlichen Herren Fachminister vom 29. August 1916, HMBl. 341 [in Bd. 3, 601] zu III, vorletzter Absatz, gemachten Ausführungen wiederholt darauf hinzuweisen, welche Gefahren für die ordnungsmäßige Zurückführung der Kriegsinvaliden in das Erwerbsleben in der äußerlichen Beurteilung liegen, die ihren Bedürfnissen seitens des Publikums, auch aber seitens der Behörden entgegengebracht wird. Dem Invaliden wird nicht genützt, wenn ihm zu einem besonders leichten Erwerbe verholfen wird, trotzdem er nach seiner körperlichen Beschaffenheit zu ernsterer Tätigkeit in der Lage wäre, und die Öffentlichkeit leidet Schaden darunter, wenn die Arbeitsposten falsch verteilt werden und infolgedessen die wertvolleren unbesetzt bleiben, während bei den leichteren ein Wettbewerb entsteht, unter dem naturgemäß die Schwerverletzten am meisten leiden müssen. Die schädliche Entwickelung wird naturgemäß gefördert durch die Länge des Krieges und die Vermehrung der Zahl der Invaliden. Um so mehr ist es Pflicht, ihr durch Aufklärung des Publikums und durch verständige Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen Einhalt zu tun. Eine leichte und mühelose Betätigung, wie sie beispielsweise in dem ambulanten Vertriebe von Ansichtspostkarten oder sonstigen wirtschaftlich minderwertigen Gegenständen besteht, würde an Beliebtheit verlieren, wenn sie der Einträglichkeit entbehrte, die ihr nur durch die unverständige Haltung des Publikums zuteil wird. An manchen Orten, insbesondere in größeren Städten, tritt der Kriegsinvalide als Ansichtspostkartenhändler geradezu an die Stelle des aus den letzten Kriegen bekannten Drehorgelspielers, vielfach sind es auch nervenkranke Kriegsbeschädigte, die, zum Teil noch mit militärischen Bekleidungsstücken versehen, dadurch auf der Straße und in Wirtshäusern Aufsehen erregen und eine gewisse Beunruhigung in weitere Volksschichten tragen.

Gelingt es, das Publikum über die richtigen Gesichtspunkte dahin aufzuklären, daß das Entgegenkommen gegen solche Gewerbetreibende vielfach nur einem falschen Mitleid entspringt und weder dem Vorteil des Invaliden, in dem jede Neigung zur soliden Arbeit getötet und das Interesse an der Besserung seines Gesundheitszustandes zurückgedrängt wird, noch dem der Allgemeinheit dient, dann wird der Zudrang zu solchen Beschäftigungen auch nachlassen. Wo deren Ausübung an eine behördliche Genehmigung geknüpft ist, müssen die Behörden sich von gleichen Erwägungen leiten lassen und ihnen insoweit Rechnung tragen, als sie für die Bewertung der gesetzlichen Ablehnungsgründe oder den Ausfall einer in das Ermessen gestellten Entscheidung von Bedeutung sind.

In jedem Falle wird den Genehmigungsbehörden empfohlen, zwecks abschließender Beurteilung des Falles mit den zuständigen Fürsorgestellen, gegebenenfalls auch mit den früheren militärischen Dienststellen in Verbindung zu treten.

5. Gesetz über Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsversorgung (Kapitalabfindungsgesetz). Vom 3. Juli 1916. (RGBl. 680).

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 609ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 3, 622.

Koppmann, Kapitalabfindungsgesetz. — Maier, Das Kapitalabfindungsgesetz. — v. Schelhorn, Kapitalabfindungsgesetz.

§ 1.

I. Eigener Grundbesitz.

1. Koppmann a. a. O. 44. Einheirat in ein Grundstück beim gesetzlichen Güterstand genügt nicht.

2. v. Schelhorn a. a. O. 66. Miteigentum nach Bruchteilen (§§ 1008ff. BGB.) wird nicht genügen. Hier ist der einzelne Miteigentümer in der Verfügungsmacht zu sehr beschränkt. Er kann nicht frei wirtschaften. Dagegen wird das Gesamteigentum (Miteigentum, ohne daß Anteile ausgeworfen wären) in Frage kommen, wie es vor allem bei der ehelichen Gütergemeinschaft und der fortgesetzten Gütergemeinschaft besteht. In den Gesetzgebungsverhandlungen wurde auch von dem Grunderwerb durch Einheiraten gesprochen. Immerhin ist hier eine gewisse Vorsicht am Platze, namentlich wegen der Fragen bei Auflösung der Ehe, bei Aufhebung der Gütergemeinschaft und wegen der erbrechtlichen Folgen.

3. v. Schelhorn a. a. O. 67. Das Gesetz begünstigt in der Fassung des § 1 Absatz 2 den Beitritt zu einem gemeinnützigen Bau- oder Siedlungsunternehmen nur dann, wenn er „zum Erwerb eigenen Grundbesitzes" erfolgt. Dies ist auch bei den großen Siedlungsgesellschaften der Fall, die dem Vollzuge der preußischen Rentengutsgesetzgebung dienen. Der Erwerb genossenschaftlichen Miteigentums wird also nicht genügen. Das Gesetz fördert trotzdem den Kleinwohnungsbau, weil es den Versorgungsberechtigten die Möglichkeit gewährt, ein Einfamilienhaus oder wohl auch ein vielfach wirtschaftlich noch günstigeres Besitztum mit einer weiteren, sog. Einliegerwohnung zu Eigentum zu erwerben.

4. Koppmann a. a. O. 48. Aus der Entstehungsgeschichte des § 1 Abs. 2 und insbesondere aus der Erklärung des Vertreters des preußischen Kriegsministeriums, der die in der Kommission gestellten Anträge unter Hinweis auf die Gesetzesbegründung für unnötig hielt, ergibt sich, daß auch dann eine Kapitalabfindung gewährt werden kann, wenn der Versorgungsberechtigte einer Genossenschaft beitreten will, die sich satzungsgemäß mit dem Bau von Kleinwohnungen befaßt und auf der Grundlage gemeinsamen Eigentums aller Mitglieder beruht; nur dann wird mit der Erwerbung eines Genossenschaftsanteiles der Versorgungsberechtigte zugleich Grundstückseigentümer, er hat damit „eigenen Grundbesitz" im Sinne des Kapitalabfindungsgesetzes erworben. Es handelt sich hier im Gegensatz zur ländlichen um die städtische Siedelung, die sich in der Hauptsache in dem Bau von Kleinwohnungen zur Verschaffung einer billigen, angenehmen, ausreichenden, vom gesundheitlichen und sittlichen Standpunkte aus einwandfreien Wohnungsgelegenheit äußert. Hierbei ist eben zu beachten, daß mit der Kapitalabfindung neben dem wirtschaftlichen, auch ideelle Zwecke verfolgt werden.

Wesentlich ist es, daß die Genossenschaften satzungsgemäß dieselbe Gewähr für die Kapitalabfindung bieten müssen, wie der freie Besitz.

Ob dies der Fall ist, wird je nach der Entwicklung des Wohnungsgenossenschaftswesens in den einzelnen Bundesstaaten zu beurteilen sein.

5. Maier, PrVerwBl. 38 576. Nach § 1 des Gesetzes v. 3. Juli 1916 kann die Abfindung nur dann bewilligt werden, wenn der Antragsteller im Grundbuch als Eigentümer oder wenigstens als Miteigentümer des in Betracht kommenden Grundstücks eingetragen ist. Die Eintragung auf die Ehefrau des Antragstellers genügt nicht. Durch die Über-

schreibung auf den Antragsteller entstehen bei größeren oder wertvolleren Grundstücken bedeutende Kosten, die besonders bei städtischen Gärtnerei-Grundstücken einen beträchtlichen Teil der Kapitalabtragung ausmachen. Das Kriegsministerium hat einem Antrag der Hilfskasse auf Bewilligung der Abfindung stattgegeben, wenn der Antragsteller nur zu $^1/_{100}$ ideellen Anteil eingetragen ist und wenn im übrigen die gesetzliche Sicherheitshypothek auf dem eigenen ideellen $^1/_{100}$ wie den der Frau gehörigen $^{99}/_{100}$ eingetragen wird. Ein erheblicher Teil der Übertragungs- und Auflassungsgebühren und Kosten kann auf diese Weise erspart werden.

II. Wirtschaftliche Stärkung.

1. Koppmann a. a. O. 41. Die wirtschaftliche Stärkung kann auch in der Tilgung von Kurrentschulden liegen, wenn diese die Existenz des Versorgungsberechtigten auf dem Besitztum gefährden; z. B. es handelt sich um die ganze oder fristenweise Abzahlung einer Dampfdreschmaschine, die dem Eigentümer sehr schwer fällt, und die ihm neben hohen Zinsen bei jeder neuen Fristenzahlung, die er nicht einhalten kann, Prozeß-, Pfändungs- und Beschlagnahmekosten verursacht oder ihn in Gefahr bringt, daß der Gläubiger von seinem Eigentumsvorbehalte Gebrauch macht, und damit die bereits geleisteten Zahlungen verfallen.

Selbstverständlich eignet sich nicht jede Kurrentschuld zur Abfindung; eine Reihe solcher Schulden können ohne Mühe in einem ordnungsmäßig geführten Betriebe getilgt werden, weshalb es einer ganz besonderen Prüfung bedarf, ob die Wegfertigung auch wirklich zur Festigung des Grundbesitzes beiträgt. So sind beispielsweise laufende Ausgaben zur Deckung von Viehschulden in der Regel nicht zur Kapitalabfindung geeignet, dagegen ein außerordentlicher Viehverlust durch Seuchen oder sonstige Unglücksfälle.

Entscheidend ist, daß die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes nicht nur Verbesserungen darstellen, die an sich zwar nützlich und zweckmäßig sind, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse des Grundstücks nicht ausschlaggebend beeinflussen, sondern daß sie den Grundbesitz wirtschaftlich so stärken, daß, während bisher seine Erhaltung unsicher war, sie jetzt gesichert erscheint.

2. Koppmann a. a. O. 42. Die Ablösung von Bodenzinsen, Zehnten u. dgl., von Reallasten (Servituten) kann im Einzelfalle zur wirtschaftlichen Stärkung des Grundbesitzes für den Versorgungsberechtigten sowohl, als für dessen Familie wesentlich beitragen. Dies gilt auch z. B. für die Ablösung eines Austrages (Leibgeding), der bei Anwesenskauf oder im Wege der Zwangsversteigerung vom Ersteher übernommen werden mußte. Gerade hinsichtlich solcher Austräge (Zwangsausträge) lehrt die Praxis, daß sie neben dem häuslichen Unfrieden viel Hemmnisse in der Bewirtschaftung des Objektes und oft eine wesentliche Schmälerung der Einkünfte des Eigentümers bilden, zumal wenn die Austragsleistungen, was nicht selten geschieht, absichtlich sehr reichlich angesetzt wurden.

Bei Prüfung der Frage, ob eine Austragsablösung eine Stärkung des Grundbesitzes bildet, wird zu beachten sein, ob der Versorgungsberechtigte als bisheriger Austragsverpflichteter nicht etwa später auf Grund seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht (§§ 1601 ff. BGB.) vom früheren Berechtigten herangezogen werden könnte. Würde dies mit großer Wahrscheinlichkeit zutreffen, so könnte wohl von einer Festigung des Grundbesitzes für die Zukunft kaum gesprochen werden. Denn die bisherigen vertraglichen Leistungen würden nur in gesetzliche Leistungen verwandelt, die Lasten werden die gleichen bleiben. Solche Fälle dürften wohl zur Kapitalabfindung nicht geeignet sein.

3. v. Schelhorn a. a. O. 80. Die Stärkung anderer Wirtschaftsbetriebe als des eigenen Grundbesitzes ist nicht als zulässiger Verwendungszweck vorgesehen, auch hier unter dem Gesichtspunkte, daß die Kapitalsanlage in Grund und Boden die sicherste ist. Kapitalabfindung kann nicht gewährt werden zur Abstoßung oder Verringerung von Geschäftsschulden in Handels-, Handwerks- oder Industriebetrieben, es sei denn, daß es sich um Schulden handelt, mit denen Gebäude- oder sonstige Grundstücke innerhalb einer entsprechenden Wertgrenze belastet sind.

Auch bei landwirtschaftlichem Besitz wird stets zu prüfen sein, ob die Schuldbelastung nicht den Wert des Grundstücks bei mäßiger Schätzung übersteigt. Nur wenn diese Frage verneint werden kann, empfiehlt es sich Abfindung zur Verringerung der Schuldenlast zu bewilligen. Sonst käme sie mehr den Gläubigern zugute, als dem Abzufindenden, der dabei unpfändbare Versorgungsansprüche (vgl. § 40 MVG., § 850 Absatz 1 Nr. 5 u. 7. ZPO.) verlieren würde. In zweifelhaften Fällen wird nur ein Teil der an sich zulässigen Höchstabfindung zu bewilligen sein, soweit eben noch Sicherheit besteht, daß die Abtragung der Schulden zu einer dauernden wirtschaftlichen Stärkung des Versorgungsberechtigten führen wird.

Bei landwirtschaftlichen Grundstücken spielen vor allem auch Bodenverbesserungen, Be- und Entwässerungsanlagen u. dgl. eine Rolle. Hierzu kann unbedenklich Abfindung bewilligt werden, wenn die Pläne von amtlichen Sachverständigen aufgestellt oder begutachtet sind und diesen womöglich auch die Überwachung der Ausführung übertragen wird. Auch sonstige Kulturkosten, z. B. für Aufforstung geeigneter Ödflächen nach forsttechnischen Gutachten, werden in Betracht kommen; doch empfiehlt sich hier u. U. Verteilung der Kulturarbeiten auf mehrere Jahre, weil mitunter ungünstige Witterung, vor allem lang andauernde Trockenheit, die Anpflanzungen eines Jahres vernichten kann. In manchen Gegenden verspricht auch die Anlegung von Fischteichen dauernden reichen Ertrag.

Bei dem landwirtschaftlichen Inventar, zu dessen Vervollständigung und Verbesserung nach der Begr. Abfindung gewährt werden kann, unterscheidet man das tote und das lebende. Auch die Anschaffung guten Viehes ist zweifellos geeignet, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu heben; nur bestehen hier insofern Bedenken, als hier rascher Wechsel eintritt. Es wird jedenfalls, wie überhaupt bei landwirtschaftlichem Grundbesitz, so insbes. bei der Abfindung zur Anschaffung lebenden Inventars ausbedungen werden müssen, daß sich der Betriebsunternehmer gegen Verlust versichert und daß er jederzeit wieder für entsprechenden Ersatz der abgehenden Stücke sorgt. Einen gewissen Schutz bieten in dieser Hinsicht, wenn nach § 8 Absatz 2 KAG. eine Sicherungshypothek eingetragen ist, auch die §§ 1133 bis 1135 BGB., bei Rentengütern schon die Rentengutsgesetze und die Rentengutsverträge, bei Erbpacht Bestimmungen im Grundbriefe.

Unter Umständen wird auch der Umbau von Gebäuden, die Verbesserung der Ställe, Scheunen usw., womöglich unter Mitwirkung öffentlicher Bauberatungsstellen, die Errichtung oder der Anschluß an Wasserleitungen, die Versorgung mit elektrischer Kraft usw. den Wirtschaftsbetrieb dauernd wesentlich stärken können.

§ 2.

Koppmann a. a. O. 65. Die Ziff. 3 des § 2 KAG. wird auch dann einschlägig sein, wenn es sich darum handelt, ob mit hoher Wahrscheinlichkeit mit dem Ableben des Versorgungsberechtigten zu rechnen ist und zwar ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Rentenempfänger oder Witwen handelt, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß diese Frage an sich unter Ziffer 4 zu prüfen wäre. Würde man die Anwendbarkeit der Ziff. 3 verneinen, so müßte man zu dem in der Praxis unhaltbaren Ergebnis gelangen, daß das Generalkommando hier einen Bescheid lediglich nach Ziff. 1 und 2 zu erteilen in der Lage wäre (Ausfbest. d. Bundesrats Nr. 2) und im übrigen eine Beurteilung nur im Rahmen der Ziff. 4, d. h. mit ev. Inanspruchnahme der Prüfungsstelle — Prüfung der persönlichen Verhältnisse! — möglich wäre.

Im übrigen wird die Frage des vorzeitigen Ablebens wohl eine Hauptrolle bei der ärztlichen Untersuchung spielen. Die Begründung (S. 6) zu § 5 hebt dieses Moment ausdrücklich mit den Worten hervor: „Wenngleich ‚Kriegsbeschädigte' in Frage kommen, so soll eine Abfindung doch nur dann eintreten, wenn der Gesundheitszustand der Antragsteller derartig ist, daß ihr vorzeitiges Ableben nicht zu befürchten ist."

§ 4.

1. Maier a. a. O. 32. Maßgebend ist ein Zeitraum von 365 Tagen. Ein Versorgungsberechtigter, der am 1. Juli 1917 den Antrag auf Kapitalabfindung stellt und der am 15. Oktober 1917 26 Jahre alt wird, vollendet innerhalb des im Gesetz vorgesehenen Zeitraums von einem Jahr nach der Antragstellung sein 26. Lebensjahr, erhält also nach § 5 das für dieses — das 26. — Lebensjahr vorgesehene Vielfache der zu kapitalisierenden Versorgungsgebührnisse, also das $17^1/_4$fache.

2. Koppmann a. a. O. 100. Als Tag der Antragstellung ist der Tag anzusehen, an dem der Antrag auf Kapitalabfindung bei dem Bezirksfeldwebel oder der Ortspolizeibehörde zu Protokoll gegeben wird, bei schriftlichen Gesuchen, an dem der Antrag beim Bezirkskommando oder der Ortspolizeibehörde in den Einlauf gelangt. Maßgebend wird der Zeitpunkt sein, in dem der Antrag beim zuständigen Bezirkskommando bzw. Ortspolizeibehörde eingeht, d. h. bei der Stelle, bei der der Antrag auf Kapitalabfindung gemäß Nr. 1 Abs. 2 der Ausfbest. des Bundesrats anzubringen ist.

3. v. Schelhorn a. a. O. 111. Recht glücklich ist die neue Fassung des § 4 Absatz 1 nicht ausgefallen. Ursprünglich sollte das Lebensalter zur Zeit der Bewilligung der Abfindung maßgebend sein; jetzt würde nach dem Wortlaute des § 4 Absatz 1 der Tag der Antragstellung entscheiden. Das ist undenkbar und sicher nicht beabsichtigt. Das Verfahren kann sich mit oder ohne Schuld des Antragstellers lange hinziehen. Nehmen wir an, er stellt den Antrag mit 21 Jahren, braucht aber sehr lange, bis er sich für einen bestimmten Verwendungszweck entscheidet, so daß die oberste Militärverwaltungsbehörde erst nach 5 Jahren die Abfindung bewilligen und auszahlen lassen kann, so müßte er nach dem Wortlaute des Gesetzes doch die gleichhohe Abfindungssumme erhalten, wie wenn das Verfahren 5 Jahre früher abgeschlossen worden wäre. Das kann nicht sein. Inzwischen ist der Mann älter und seine Sterbenswahrscheinlichkeit größer geworden. Das stände auch nicht im Einklang mit Absatz 2. Maßgebend muß das Lebensalter im Zeitpunkte der Auszahlung der Abfindungssumme sein. Nur dann ist Absatz 2 verständlich, daß die laufenden Gebührnisse bis zum Monate der Auszahlung fortgewährt werden. Sonst würde die Heeresverwaltung doppelt zahlen. Hierauf muß jedenfalls die oberste Militärverwaltungsbehörde bei der endgültigen Berechnung der Abfindungssumme und bei der Abfassung ihres Bescheides achten. Der Bewerber muß darauf hingewiesen werden, daß sich die Abfindungssumme verringert, wenn sie erst nach einem Jahr oder später ausgezahlt werden kann und der Antragsteller inzwischen ein weiteres Lebensjahr oder mehr vollendet hat.

4. Koppmann a. a. O. 103. Verzögert sich die Verbescheidung des Kapitalabfindungsgesuches, so kann der Fall eintreten, daß der Antragsteller neben dem Vielfachen des Jahresbetrages seiner kapitalisierten Bezüge auch noch die Rente, d. h. die Zulage, die der Kapitalisierung zugrunde gelegt ist, bis zur Auszahlung des Kapitals weiter bezieht, während sie bei rascherer Verbescheidung des Antrages schon früher erloschen wäre. Angenommen z. B., der Rentenempfänger hätte eine Abfindung von 2700 M. als 35jähriger zu erhalten, so bleibt sich dieser Betrag ganz gleich, ob er im ersten oder letzten Monat des Jahres, welches auf den Tag der Antragstellung folgt, ausbezahlt wird. Nicht gleichgültig ist dies aber für die der Kapitalabfindung zugrunde gelegten Gebührnisse, die bis zur Auszahlung der Abfindungssumme weiterlaufen, d. h. der Rentenempfänger bezieht, je später die Auszahlung des Kapitals erfolgt, desto länger die Rente, die bei früherer Auszahlung längst erloschen wäre. Hier ergibt sich mithin eine Benachteiligung des Fiskus der durch eine möglichst rasche Erledigung des Kapitalabfindungsgesuches vorgebeugt werden muß. In dem zustimmenden Bescheid des General-Kommandos nach Nr. 2 Abs. 2 d. Ausfbest. des Bundesrats wird daher zweckmäßigerweise ein Zusatz aufzunehmen sein dahingehend, daß der Antrag auf Prüfung der Nützlichkeit der beabsichtigten Verwendung möglichst bald, jedenfalls innerhalb eines Jahres von der Ausstellung des Bescheides ab gerechnet, bei der Prüfungsstelle anzubringen wäre.

Nach Ablauf dieser Frist wird eine Wiederholung des Verfahrens nur auf Grund

eines erneuten Antrages beim Bezirksfeldwebel (Ortspolizeibehörde) angeordnet werden können.

§ 6.

1. v. Schelhorn a. a. O. 119. Ein dingliches Veräußerungs- und Belastungsverbot ist im Gesetze nur mit gewissen Beschränkungen vorgesehen. Es ist nach dem Wortlaute des § 6 nur möglich, wenn auf Grund der Kapitalabfindung ein Grundstück erworben wird, also nicht für den Fall, daß die Abfindung nur zur wirtschaftlichen Stärkung vorhandenen Grundbesitzes verwendet werden soll.

2. Koppmann a. a. O. 123. Unter „Weiterveräußerung" dürfte auch die Anwesensübergabe von Eltern an Kinder u. dgl. fallen, wenn auch die Militärverwaltung in diesen Fällen in der Regel keine Schwierigkeit bereiten wird. Vermietung, Verpachtung usw. stellen keinen Eigentumsübergang dar, wohl aber kann durch solche Maßnahmen der Zweck der Kapitalabfindung im Sinne des § 8 KAG. vereitelt werden.

Aus § 6 Satz 2 ist aber auch der Schluß zu ziehen, daß unter Weiterveräußerung auch die Belastung des Grundstückes mit dem Rechte eines Dritten, z. B. einer Reallast, einem Erbbaurecht zu verstehen ist. Die an einem Grundstück bestehenden Rechte können nicht nur Rechte sein, die der Abgefundene selbst an seinem eigenen Grundstücke erworben hat, wie z. B. Eigentümerhypotheken- und Eigentümergrundschulden (§§ 1163, 1196 BGB.), sondern auch Rechte, die sein Grundstück als herrschendes an einem anderen, dem Dienenden (z. B. Grunddienstbarkeiten § 1018 BGB.) hat.

3. Koppmann a. a. O. 123. Nach dem Gesetze sind lediglich Maßnahmen gegen eine alsbaldige Weiterveräußerung des Grundstückes zu treffen. Aus der in § 6 Satz 2 genannten Frist von nicht über 2 Jahren ist ersichtlich, daß das Wort „alsbaldig" sich nur auf einen Zeitraum erstrecken kann, der seine Begrenzung in der erwähnten zweijährigen Frist hat. Denn nicht „auf die Dauer", sondern nur „für die erste Zeit" soll die Verfügungsgewalt über das mit der Kapitalabfindung erworbene Grundstück eingeschränkt werden.

4. Koppmann a. a. O. 124. Die in § 6 KAG. der obersten Militärverwaltungsbehörde eingeräumte Verfügungsbeschränkung betrifft kein gesetzliches Veräußerungsverbot im Sinne der §§ 134 ff. BGB. Die letzteren Bestimmungen setzen ein allgemeines Veräußerungsverbot voraus, das auch ohne Eintragung im Grundbuche seine Wirkung äußert. Immerhin könnte möglicherweise die Verfügungsbeschränkung eine Abweichung von den Grundsätzen des § 1136 BGB. darstellen.

Während § 1136 BGB. diesbezügliche Vereinbarungen zwischen Eigentümer und Hypothekengläubiger verpönt und der Grundbuchrichter Anträge auf Eintragung einer nach § 1136 BGB. hinfälligen Beschränkung abzuweisen hat, kann möglicherweise nicht ganz von der Hand zu weisen sein, daß nun in § 6 KAG. zugunsten des Militärfiskus, der sich nach § 6 aber auch nach §§ 8 und 11 KAG. eine Sicherungshypothek eintragen lassen kann, eine Verfügungsbeschränkung besteht, wobei der Eigentümer des Grundstücks im Augenblicke des Wunsches nach Erhalt einer Kapitalabfindung mit Antragstellung im Interesse der Erlangung der Abfindung stillschweigend mit der Eintragung der Verfügungsbeschränkung einverstanden sein muß. In dem Dulden der Bindung seines Grundstückes liegt eben eine wenn auch nur stillschweigende Vereinbarung des Eigentümers mit dem Hypothekengläubiger.

5. Koppmann a. a. O. 126. Das Gesetz spricht hinsichtlich der Verfügungsbeschränkung nur von „auf Grund der Kapitalabfindung erworbenen Grundstücken". Es entsteht daher die Frage, ob eine solche Beschränkung auch für die Fälle zulässig ist, in denen die Kapitalabfindung zur Stärkung eigenen Grundbesitzes gewährt wurde, z. B. wenn zum Besitztum neue Grundstücke hinzuerworben wurden. Die Frage ist nach Entstehungsgeschichte und Zweck des § 6 zu bejahen.

§ 10.

Koppmann a. a. O. 146. In der Reichstagskommission hatte ein Vertreter des preuß. Kriegsministeriums erklärt, wenn man dem Abgefundenen die Möglichkeit geben

wolle, das Kapital unter Umständen wieder zurückzuzahlen und dafür die laufenden Gebührnisse wieder zu beziehen, so setze er voraus, daß damit die Angelegenheit erledigt sein müsse. Jedenfalls dürfe nicht hinterher jemand kommen und sagen: Jetzt will ich wieder eine Kapitalabfindung haben.

Diese Auffassung dürfte wohl nicht ganz zutreffend sein.

Angenommen, es hatte jemand ab 1. Januar 1922 seine Versorgungsgebührnisse nach § 10 KAG. wieder bezogen und er kommt durch Erbschaft oder Heirat am 1. Mai 1922 in den Besitz von Liegenschaften, deren Stärkung ihm durch Kapitalisierung einer Zulage zweckmäßig erscheint oder er will einer gemeinnützigen Baugenossenschaft beitreten, so dürfte wohl kein Hindernis dafür bestehen, neuerdings um eine Kapitalabfindung nachzusuchen.

Sind die gesetzlichen Voraussetzungen nach § 2 KAG. gegeben, so wäre nicht einzusehen, dem Versorgungsberechtigten bloß deshalb die Abfindung vorzuenthalten, weil er nach fünf Monaten schon wieder eine solche haben möchte.

Oder es hatte früher jemand um Kapitalabfindung nachgesucht, um einer gemeinnützigen Baugenossenschaft beizutreten. Er hat dann nach einiger Zeit um Wiederaufleben seiner Rente nachgesucht, ist auch in den Bezug der vollen Rente getreten und kommt nun auf irgendeine Weise in die Lage, Grundbesitz erwerben zu können. Zweifellos wäre es in solchen Fällen unbillig, die Möglichkeit einer Kapitalabfindung zu verschließen. Dies dürfte auch sicher nicht vom Gesetzgeber gewollt sein.

Daß natürlich in derlei Fällen die oberste Militärverwaltungsbehörde mit doppelter Vorsicht die Verhältnisse prüfen und insbesondere spekulative Absichten des Antragstellers hintanhalten muß, ist selbstverständlich, z. B. wenn der Kriegsrentenempfänger alle paar Jahre (§ 6) unter dem Vorwand eines wichtigen Grundes (§ 9) sein Anwesen mit Gewinn veräußert, die Abfindung zurückzahlt, seine volle Rente wieder bezieht und dann ein neues Objekt mit neuer Kapitalabfindung erwerben will, um auch dieses wieder zu veräußern.

Ein solches Gebaren des Versorgungsberechtigten würde zweifelsohne dem Zwecke des Kapitalabfindungsgesetzes zuwiderlaufen. Eine nützliche Verwendung des Geldes im Sinne des § 2 Ziff. 4 KAG. wäre hier sicherlich nicht gewährleistet.

§ 11.

Koppmann a. a. O. 151. Abs. 1 setzt voraus, daß die Witwe, die eine neue Ehe eingehen will, zur Zeit der Eheschließung bereits abgefunden ist. Es muß demnach die Abfindungssumme an die Witwe zur Auszahlung gelangt sein. Nach diesem Zeitpunkte kann also die Witwe, die sich wieder verheiratet hat, jederzeit die erhaltene Kapitalabfindung zurückzahlen und sich somit die Heiratsabfertigung nach Maßgabe des Abs. 1 Satz 2 verschaffen. Sie kann sich daher einen Vorteil erwerben, der Witwen ohne mit Kapitalabfindung erworbenen Grundbesitz versagt bleiben muß (§ 30 MHG.). Überdies bleibt eine solche Witwe noch 3 Monate nach erfolgter Wiederverheiratung im Genusse ihrer kapitalisierten Witwenbezüge. Sollte allerdings die Witwe es von vornherein lediglich auf die dreifache Abfertigung abgesehen haben, und erhält hiervon nach erfolgter Auszahlung der Militärfiskus später Kenntnis, so steht ihm das Anfechtungsrecht nach § 123 BGB. wegen arglistiger Täuschung zu. Die Anfechtung kann jedoch nur binnen Jahresfrist von der Kenntnisnahme des Anfechtungsgrundes an gerechnet, erfolgen (§ 124 BGB.). Sie ist erst ausgeschlossen, wenn seit der Bewilligung 30 Jahre verstrichen sind (§ 124 Abs. 3 BGB.), kann also auch über die in § 6 KAG. normierte zweijährige Frist hinaus erfolgen.

§ 12.

Koppmann a. a. O. 158. Aus dem Abs. 1 ergibt sich auch, daß die bewilligte Abfindungssumme im Falle des Ablebens des Versorgungsberechtigten nicht einen Bestandteil der Erbschaftsmasse bilden kann und auch die Erben keinen Anspruch gegen den Militärfiskus auf Auszahlung der Abfindungssumme haben. Eine Zahlung an die Erben kann überhaupt unter keinen Umständen erfolgen.

6. Bek. über die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege.

(Bek. a in Bd. 3, 340ff.)

b) Bek. über Wohlfahrtspflege während des Krieges. Vom 15. Februar 1917. (RGBl. 143.)

Wortlaut in Bd. 4, 808.

Begründung. (D. R. X 200.)

Bei der Beratung über den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Bezeichnungen „Nationalstiftung" und „Marinestiftung" (Nr. 413 der Drucksachen) hat der Reichstag eine Reihe von Mißständen, die während des Krieges bei Unternehmungen der freien Wohlfahrtspflege hervorgetreten sind, erörtert und im Anschluß hieran der Reichskanzler u. a. um eine entsprechende Ausgestaltung der Bekanntmachung über die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege vom 22. Juli 1915 (RGBl. 449) ersucht (Abschnitt II A der in der Drucksache 494 enthaltenen Entschließung, angenommen in der Sitzung vom 4. November 1916, S. 2146, 2147 der Sitzungsberichte). Aus den Beratungen über diese Vorschläge des Reichstags und über ähnliche Anregungen des preußischen Staatskommissars für die Regelung der Kriegswohlfahrtspflege ist die Bek. vom 15. Februar 1917 (RGBl. 143) hervorgegangen. Sie tritt mit dem 1. März 1917 an die Stelle der Bek. vom 22. Juli 1915, deren Vorschriften sie mit einigen kleineren Abänderungen und Erweiterungen in sich aufgenommen hat, bringt aber verschiedene Neuerungen von grundsätzlicher Tragweite.

Die wichtigste davon ist die Erstreckung der das öffentliche Sammeln usw. betreffenden Vorschriften über das Gebiet der Kriegswohlfahrtspflege hinaus auf Sammlungen usw. zu sonstigen vaterländischen oder gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken. Hierzu veranlaßten die bei der Handhabung der bisherigen Verordnung gewonnenen Erfahrungen. Die Grenze zwischen Kriegs- und anderer Wohlfahrtspflege ist äußerst schwer zu ziehen. Wohl jede Einrichtung der Wohltätigkeit wird in ihren Bedürfnissen und Leistungen von den alle Lebensverhältnisse durchdringenden Wirkungen des Krieges mehr oder weniger berührt. Anderseits ist es leicht, die Werbeschriften und Aufrufe in eine den Zusammenhang mit den Kriegsverhältnissen verhüllende Form zu bringen. Auch war es unter der Herrschaft der bisherigen Vorschriften kaum zu hindern, daß Mittel zu einem außerhalb der Kriegswohlfahrtspflege liegenden Zwecke, also ohne Genehmigung, gesammelt, nachträglich aber reinen Kriegswohlfahrtszwecken, wiederum ohne Genehmigung, überwiesen wurden. Hiernach erschien es zweckmäßig, in der neuen Verordnung die bisherige Beschränkung fallen zu lassen. Abgrenzungszweifeln kann freilich, namentlich bei der Flüssigkeit des Begriffs „gemeinnützig", auch mit dieser Ausdehnung nicht ganz vorgebeugt werden. Wenn jedoch die Verordnung die gemeinnützigen Zwecke mit den vaterländischen und mildtätigen in eine Reihe stellt und mit ihnen als „Wohlfahrtszwecke" zusammenfaßt, so ergibt sich, daß hier gemeinnützig nicht in dem weiteren Sinne gemeint ist, in dem es eine ganze Anzahl von Unternehmungen einschließen würde, die einen öffentlichen Bedarf überwiegend im Wege geschäftlicher Betätigung, des wirtschaftlichen Austausches von Leistung und Gegenleistung, befriedigen, wie z. B. Versicherungsgesellschaften, Arbeitsnachweise, Verkehrseinrichtungen, Fabriken oder Absatzstellen für Arzneien, manche wissenschaftliche Anstalten usw., sondern daß noch ein besonderes Merkmal hinzutreten muß, um die Verordnung anwendbar zu machen. Ein solcher Umstand liegt bei der sogenannten Kriegspatenversicherung vor, bei der Wohltäter geworben werden, die aus Gründen der Nächstenliebe Versicherung zum Besten einer Kriegerwaise nehmen. Ebenso wird der Betrieb der Stellenvermittlung, soweit er besondere Fürsorgezwecke, etwa zum Besten von Kriegsbeschädigten, verfolgt, als Wohlfahrtsunternehmen anzusprechen sein. Somit würde gegenüber derartigen Einrichtungen, wenn eine öffentliche Sammlung oder

gleichstehende Veranstaltung damit verbunden ist, der § 1, andernfalls aber wenigstens der § 4 anwendbar sein. In vielen Fällen wird die Entscheidung, ob die Verordnung Platz greift, nur im einzelnen je nach Lage der Umstände getroffen werden können.

Weiter wird im § 4 der neuen Verordnung eine behördliche Einflußnahme auch bezüglich der Durchführung der genehmigten Sammlungen und gleichgestellten Veranstaltungen einschließlich der Verwendung der Gelder vorgesehen; bezüglich der bereits bisher genehmigungspflichtigen Veranstaltungen knüpft dies an die schon jetzt übliche Handhabung der Bek. vom 22. Juli 1915 an; nur tritt nunmehr eine einheitliche Rechtsvorschrift an die Stelle der mit der Erlaubniserteilung verbundenen Auflagen und Maßgaben. Neu ist aber auch die Vervollständigung der behördlichen Machtmittel durch die Möglichkeit der Verhängung einer behördlichen Verwaltung, die weiterhin auch zur zwangsweisen Einstellung der Tätigkeit des Wohlfahrtsunternehmens, also zur Zwangsauflösung, führen kann (§§ 5 und 6); daß ihr dieser wirksamste Eingriff eingeräumt wird, ist besonders geeignet, die Stellung der Behörde zu stärken, ihren Mahnungen und Ratschlägen mehr Nachdruck zu verleihen, als es vielleicht selbst Ordnungsstrafen zu tun vermöchten. Die Befugnisse aus den §§ 4 bis 6 der Verordnung sollen jedoch der Behörde nicht nur bei Sammlungen und den sonst im § 1 bezeichneten genehmigungspflichtigen Veranstaltungen, sondern auch gegenüber allen anderen Unternehmungen zustehen, die Wohlfahrtszwecken im Sinne des § 1 der Verordnung dienen. Hierbei ist z. B. an Unternehmungen zu denken, die ihre Mittel durch Sammlungen unter der Hand, durch Stiftung, Schenkung (Abschluß von Kriegspatenversicherungen durch Wohltäter), Zuwendung von Todes wegen oder durch einen gewerblichen Betrieb (Verkauf von Gegenständen, Herausgabe einer Zeitung oder Zeitschrift für Kriegsteilnehmer oder Kriegsbeschädigte, etwa in Verbindung mit Stellenlisten), erlangen. Auch diesen Unternehmungen gegenüber muß die Handhabe für ein behördliches Einschreiten geschaffen werden, damit einer schädlichen Zersplitterung der Kräfte und Mittel, der Ausbeutung der Unerfahrenheit und sonstigen Mißbräuchen vorgebeugt werden kann. Für diese nicht ohne weiteres unter die §§ 1, 2 fallenden Unternehmungen ebenfalls das Erfordernis einer vorgängigen Prüfung und Zulassung einzuführen, erschien jedoch nicht rätlich; damit würde nicht nur den beteiligten Behörden ein gerade jetzt nicht zu ertragendes Maß von Mehrarbeit aufgebürdet, sondern auch vielfach eine unnötige Einmischung hervorgerufen werden. Die Behörden sollen vielmehr in der Lage sein, bei Unternehmungen, deren Entstehung und Führung zweifellos einwandfrei oder deren Wirksamkeit eine eng begrenzte oder sonst von untergeordneter Bedeutung ist, sich jeder Maßnahme zu enthalten und ihr Einschreiten auf Fälle, in denen es not tut, zu beschränken. Demgemäß ist die Vorschrift des § 4 als „Kann"-Vorschrift gestaltet. Zur Wahrung der Einheitlichkeit war es notwendig, die in Rede stehenden Befugnisse im Verhältnis zu einer und derselben Unternehmung nur einer Behörde, nämlich der für ihren Sitz zuständigen, beizulegen. Durch die Vorschrift des § 4 wird dem unter Ziffer 4, durch die Vorschriften der §§ 5 und 6 dem unter Ziffer 5 der Reichstagsentschließung niedergelegten Wunsche entsprochen.

Eine dritte Neuerung von erheblicher Tragweite bringt der § 7 in Verbindung mit dem § 8. Sie soll der vom Reichstag unter IIA Ziffer 6 seiner Entschließung gegebenen Anregung Rechnung tragen. Indessen mußte zur Verhinderung von Umgehungen und zur Sicherstellung einer vollen Verwirklichung des Grundgedankens über den Rahmen dieser Anregung nach verschiedenen Richtungen hinausgegangen werden. Sie betraf nur das Vermögen freiwillig aufgelöster Wohlfahrtsunternehmungen. Will man derartige Mittel zur Verwendung für Wohlfahrtszwecke zusammenhalten, so muß man auch vorsorgen, daß nicht bereits vor der freiwilligen Auflösung ihre anderweite Verwendung beschlossen und vollzogen wird. So ergibt sich die Notwendigkeit, jede Verfügung, durch die ein zu Wohlfahrtszwecken zusammengebrachtes Vermögen einem anderen Zwecke zugeführt oder ein Anfallrecht geschaffen oder geändert werden soll, einer behördlichen Prüfung und Genehmigung zu unterstellen. Man wird

annehmen dürfen, daß eine sachgemäße Handhabung dieses Genehmigungsrechts bei den beteiligten Vereinen usw. das Gefühl nicht aufkommen läßt, als handle es sich bei der immerhin einschneidenden Neuerung um eine störende und schädliche Einengung der bisherigen Bewegungsfreiheit. Bei der Auslegung wird auch zu beachten sein, daß zu den „für Wohlfahrtszwecke zusammengebrachten" Mitteln solche Beträge nicht gehören, die nach ausdrücklicher Erklärung oder begründeter Übung zu Nebenausgaben (etwa für Verwaltung, gesellige Zusammenkünfte) dienen sollen; natürlich dürfen sich aber in dieser Form nicht etwa Mißbräuche einschleichen. Über die anderweite Verwendung freigewordener Mittel zu gleichen oder ähnlichen, in besonderen Fällen auch zu anderen Wohlfahrtszwecken trifft dann der § 8, der nicht nur den Fall der freiwilligen, sondern auch den der zwangsweisen Auflösung umfaßt, in Anlehnung an die §§ 45, 46 des BGB. die näheren Bestimmungen. Nach § 8 Abs. 4 sollen diese Bestimmungen auch auf das gewissermaßen herrenlos zurückgebliebene Vermögen bereits früher aufgelöster Unternehmungen und nach § 11 Abs. 2 auf Beträge, die im strafgerichtlichen Verfahren wegen Übertretung der Verordnung zur Einziehung gelangen, entsprechend angewendet werden.

Zu den einzelnen Vorschriften ist, soweit sie nicht bereits im vorstehenden genügend erläutert wurden, noch folgendes zu bemerken:

Der § 1 ist durch Hinzufügung der öffentlichen Werbung von Mitgliedern oder Mitunternehmern für Wohlfahrtsunternehmungen erweitert. Dabei kommt nicht nur die Werbung von zahlenden, sondern auch diejenige von sogenannten Ehrenmitgliedern in Betracht, und der Ausdruck „Mitunternehmer" soll sich nicht nur auf Unternehmer im engeren, streng juristischen Sinne beziehen, sondern auch z. B. Personen bezeichnen, die sich mit anderen zur Errichtung einer Stiftung vereinigen. Dies entspricht dem Sinne, in dem das Wort Unternehmen auch sonst in der Verordnung gebraucht wird.

Im Abs. 2 ist neu vorgeschrieben, daß die Erlaubnis, abgesehen von einmaligen Veranstaltungen, stets nur für eine bestimmte Dauer erteilt wird; in geeigneten Fällen soll sie nur auf Widerruf gewährt, auch kann sie an Bedingungen, insbesondere an die Hinterlegung einer Sicherheit, geknüpft werden.

Die Vorschriften des Abs. 3 über Ankündigungen durch die Presse sind dahin ergänzt worden, daß solche Ankündigungen die Gebiete bezeichnen müssen, auf die eine erteilte Erlaubnis beschränkt ist. Damit sollen in Fällen, in denen eine Veranstaltung als solche bereits für einen oder mehrere Bundesstaaten oder Teile davon genehmigt worden ist, die anderen Bundesstaaten oder Bezirke gegen eine Form der Veröffentlichung geschützt werden, welche die Veranstaltung als auch in ihnen zugelassen darstellen könnte. Im übrigen ist die Ankündigung genehmigter Veranstaltungen weder durch die alte noch durch die neue Verordnung beschränkt. Hinsichtlich derjenigen Veranstaltungen, die — wie z. B. Aufrufe zu Sammlungen — in der Veröffentlichung selbst bestehen, ist lediglich die bisherige Vorschrift, nach der die Genehmigung der für den Ort des Erscheinens der Zeitung oder Zeitschrift zuständigen Behörde für alle Bundesstaaten wirkt, übernommen worden.

Eine Begriffsbestimmung, was als „öffentlich" gelten soll, enthält die Verordnung nicht. Die Handhabung des Begriffs soll, wie im Strafgesetzbuch (z. B. §§ 85, 130, 134, 186, 187, 200, 286), der Praxis überlassen bleiben, dürfte aber auch kaum Schwierigkeiten bereiten, zumal die Rechtsprechung der Strafsenate des Reichsgerichts einen guten Anhalt bietet. Doch wird die Auslegung die besonderen Bedürfnisse des hier geregelten Gegenstandes zu beachten haben. Beispielsweise wird der Begriff „öffentlich" im Sinne der Verordnung auch schon dann als erfüllt anzusehen sein, wenn durch Druck- oder Handschreiben an eine Mehrheit von Personen herangetreten wird, es sei denn, daß die Versendung sich auf einen engen Kreis von einander nahe verbundenen Personen beschränkt.

Der Abs. 4 soll die Möglichkeit bieten, für näher zu bezeichnende Arten von mild-

tätigen Veranstaltungen, etwa für Sammlungen zur Beseitigung plötzlicher öffentlicher Notstände, eine allgemeine Ausnahme zu bewilligen.

Durch den § 2 soll der vom Reichstage unter Ziffer 2 seiner Entschließung aufgestellten Forderung genügt werden, auch Veranstaltungen im Auslande, die von Unternehmungen des Inlands oder hier wohnenden oder sich ständig aufhaltenden Personen ausgehen, genehmigungspflichtig zu machen.

Im § 3 sind diejenigen Beschränkungen grundsätzlich gekennzeichnet, welche bei der Prüfung und Genehmigung von Veranstaltungen zur Belehrung oder Unterhaltung oder von Vertrieben, deren Ertrag ganz oder teilweise Wohlfahrtszwecken zugute kommen sollen, einzuhalten sind. Den gleichen Gegenstand behandelt die Ziffer 3 der Forderungen des Reichstags; indessen erschien es nicht tunlich, bei Veranstaltungen, die sich in den Händen von dritten Unternehmern befinden, allgemein so weit zu gehen, wie dort vorgeschlagen wird, und bindend vorzuschreiben, daß der überwiegende Teil, also mehr als 50 v. H. der Roheinnahme, für den Wohlfahrtszweck frei bleiben müsse. Bei üblichen Preisen wird der Unternehmer nur selten voll überzeugt sein können, daß die Unkosten sich unter 50 v. H. der Roheinnahme halten. Soll er sich also verpflichten, unter allen Umständen mehr als 50 v. H. für den Wohlfahrtszweck abzugeben, so wird er, wenn er nicht lieber auf das Geschäft verzichtet, sich gegen einen Vermögensschaden durch hohe Preise oder durch minderwertige Darbietungen zu schützen suchen. Man würde also durch eine solche Vorschrift entweder ergiebige Quellen der Wohltätigkeit verstopfen oder die Beteiligten gerade wieder zu unsolidem Gebaren verleiten. Selbst der Mindestsatz von 20 v. H. der Roheinnahme, den der § 6 der bisherigen preußischen Ausführungsbestimmungen als Regel vorsieht, kann bei Unterhaltungen und Belehrungen vielfach nicht eingehalten werden, weil der Unternehmer nicht weiß, ob die Roheinnahme den Betrag seiner Auslagen (Eintrittskarten, Anzeigen, Saalmiete, Honorare usw.) um mindestens 25 v. H. übersteigen wird. Hiernach hat man sich genötigt gesehen, auf Festlegung bestimmter Sätze in der Verordnung selbst zu verzichten. Alles Nähere bleibt vielmehr der Beurteilung des einzelnen Falles und den Ausführungsbestimmungen der Bundesregierungen vorbehalten.

Zum § 4 ist nur noch hervorzuheben, daß die Behörde keineswegs berufen ist, ohne weiteres ihr eigenes Ermessen an die Stelle der Entscheidung der Leiter des Unternehmens zu setzen; sie soll vielmehr nur eingreifen, wenn gesetzwidrige Handlungen abgewehrt oder Schädigungen des Gemeinwohls verhütet werden sollen. Um den Zweifel auszuschließen, ob Maßnahmen zur Bekämpfung der vielbeklagten Zersplitterung der Wohlfahrtspflege durch den § 4 gedeckt sind, ist dieser Grund für ein behördliches Eingreifen besonders erwähnt worden. Auch Einzelpersonen als Träger von Wohlfahrtsunternehmungen aufzuführen, war schon deshalb geboten, weil sonst jedes Unternehmen durch entsprechende Umwandlung der behördlichen Einwirkung entzogen werden könnte. Der Ausdruck „Unternehmungen", der einen Inbegriff von planmäßigen Betätigungen erfordert, schützt jedoch dagegen, daß auch in die persönliche Ausübung der Wohlfahrtspflege durch den einzelnen eingegriffen wird, was nicht beabsichtigt ist.

Die einleitenden Worte des § 5 drücken aus, daß die Verhängung der Verwaltung nur als äußerstes Zwangsmittel gedacht ist. Der Zwischensatz „soweit es Wohlfahrtszwecken dient" hat Fälle im Auge, in denen die Ausübung der Wohlfahrtspflege nur einen Zweig des ganzen Unternehmens bildet. Der zweite Absatz soll verhindern, daß der Streit, ob Anlaß zur Verhängung der Verwaltung bestand, in irgendeiner Form vor die Gerichte gebracht wird.

Die Abs. 1 und 3 des § 10 tragen dem am Schlusse des Abschnitts IIA der Reichstagsentschließung gemachten Vorschlage Rechnung. Diese Ausnahmen finden ihre Rechtfertigung darin, daß erst die durch den Krieg hervorgehobene außerordentliche Ausdehnung der Wohltätigkeitsbestrebungen und die Besonderheiten der Kriegszeit die Notwendigkeit gezeitigt haben, den staatlichen Einfluß auf diesem bisher im wesent-

lichen freigegebenen Gebiete mehr zur Geltung zu bringen. Abs. 1 wahrt insbesondere die alte Rechtsstellung der Gewerkschaften, konfessioneller und ähnlicher Verbände sowie anderer anerkannter Träger der Wohlfahrtspflege.

Die Ausnahmen des Abs. 2 erklären sich daraus, daß hier teils durch die Art der Leitung oder der bestehenden Aufsicht für die Wahrung des staatlichen Interesses hinreichend gesorgt, teils ein Anlaß zu einer Einmischung in mehr private Verhältnisse fest umgrenzter Personenkreise nicht gegeben ist. Zu Nr. 1 ist zu bemerken, daß die besondere behördliche Aufsicht durch die Verfassung des Unternehmens geschaffen und nicht eine in der Hauptsache formale und rechtliche, sondern eine materielle und wirtschaftliche sein muß. Dies trifft z. B. für private Versicherungsunternehmungen nicht zu; sie fallen daher bezüglich des Betriebes der Kriegspatenversicherung unter die Verordnung. Damit aber bei ihnen eine doppelte Beaufsichtigung von zwei verschiedenen Stellen aus vermieden wird, überträgt der § 13 Abs. 2, soweit die Aufsicht von Reichswegen ausgeübt wird, dem Kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung, auch die Befugnisse, die den zuständigen Behörden der neuen Verordnung zustehen sollen. Soweit private Versicherungsunternehmungen nach dem Gesetz vom 12. Mai 1901 (RGBl. 139ff.) unter Landesaufsicht stehen, bleibt es den Landeszentralbehörden überlassen, die Zuständigkeit entsprechend zu regeln. Die öffentlichen Versicherungsanstalten fallen unter die Ausnahme des Abs. 2 Nr. 1, soweit sie nach ihrer Verfassung entweder von öffentlichen Behörden geleitet werden oder einer Aufsicht der dort gekennzeichneten Art durch öffentliche Behörden unterliegen.

Bei der Ausnahme des Abs. 2 Nr. 2 kommt es nicht darauf an, aus welchen Kreisen die Mittel stammen, sondern darauf, für wen die Fürsorge bestimmt ist.

Alle diese Ausnahmen, die unter sich verschieden weit greifen, erstrecken sich vorbehaltlich des Abs. 3 nicht auch auf das Erfordernis der Genehmigung von Sammlungen und diesen gleichgeachteten Veranstaltungen.

Im § 11 ist der Strafrahmen nach oben erweitert worden im Hinblick auf die in Frage stehenden bedeutenden Vermögenswerte. Die §§ 4 bis 7 machten die neuen Strafandrohungen unter Nr. 5, 6 und 7 erforderlich.

Die Vorschriften des § 15 Abs. 2, 3 lehnen sich an die des § 2 der bisherigen Verordnung an. Neu sind jedoch die letzten beiden Sätze, die bestimmt sind, bei bereits mit Vermögensaufwendungen vorbereiteten und zur Zeit der Verkündung der Verordnung schon begonnenen Vertrieben unbillige Schädigungen auszuschließen.

1. LeipzZ. 17 886 (KG.). Die Annahme, daß die BRVO. für Preußen nichts Neues enthalte, ist nicht zutreffend. Die BRVO. geht über die durch die Instr. v. 31. Dez. 1825 vorgeschr. Genehm. der Ausschreibung öffentlicher Kollekten durch den Ober-Präs. weit hinaus. Der Begriff der Kollekte, welcher ein Einsammeln und eine Mitwirkung von Person zu Person voraussetzt, ist keineswegs gleichbedeutend mit dem der öffentl. Sammlung, welcher z. B. auch eine allg. öffentl. Aufforderung in sich begreift. Die BRVO. beschränkt sich aber auch nicht auf Sammlungen irgendwelcher Art, sondern erstreckt sich auch z. B. auf das Veranstalten eines Vertriebes von Gegenständen zu Kriegswohlfahrtszwecken. Schon die letztere Bestimmung ergibt, daß es den Sinn und Zweck der BRVO. verkennen heißt, wenn — der fr. preuß. Rechtsspr. über das Kollektenwesen folgend — bei Auslegung der Begr. der öffentl. Sammlung das regelmäßig vorhandene Merkmal der Freiwilligkeit derart betont wird, daß eine mit der Spende verbundene Verpflichtung des Gebers die Annahme einer Sammlung ohne weiteres ausschließen müsse.

2. DJZ. 17 686 (KG. VI). Die Bek. untersagt nur den Vertrieb von Gegenständen zugunsten von Kriegswohlfahrtszwecken ohne Genehmigung der Landespolizeibehörde, nicht aber auch den Vertrieb, der nur zum Schein solche Zwecke verfolgt. Dagegen ist das Rechtsgeschäft nach § 138 BGB. nichtig, weil es gegen die guten Sitten verstößt. Das rein geschäftliche Unternehmen der Parteien wird zum Schutz der deutschen Geistesgüter als die tatkräftige Unterstützung der aus dem Felde heimkehrenden deutschen Künstler

und als eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes von beiden Parteien angepriesen. Diese Anpreisung aber entspricht den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise, erweckt indessen auch bei nicht ganz flüchtiger Durchsicht den Schein, als handele es sich um eine Sammlung zum Besten von im Kriege befindlich gewesenen Künstlern, während sie tatsächlich nur dem Besten der Veranstalter dient. Deshalb ist dem herrschenden Volksbewußtsein und dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden gegenüber die Feststellung berechtigt, daß die Parteien bei Abschluß des Vertrages mindestens mit der Möglichkeit einer Irreführung des Publikums gerechnet haben. Damit ist der Vertrag wegen Verstoßes gegen die guten Sitten nichtig.

Hierzu:

Preuß. Ausführungsbestimmungen vom 19. Februar 1917 zu der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege während des Krieges. (MBl. 65.)

§ 1. Zur Erteilung der Erlaubnis ist zuständig:

I. Bei öffentlichen Sammlungen und dem Vertrieb von Gegenständen sowie bei öffentlichen Werbungen von Mitgliedern und Mitunternehmern:

a) sofern sie über den Bereich eines Regierungsbezirks oder den Landespolizeibezirk Berlin nicht hinausgehen, der Regierungspräsident bzw. der Polizeipräsident von Berlin,

b) sofern sie über den Bereich eines Regierungsbezirks, aber nicht über den Umfang einer Provinz hinausgehen, der Oberpräsident,

c) sofern sie über den Bereich einer Provinz bzw. über den Landespolizeibezirk Berlin hinausgehen, sowie in Fällen, in denen es sich um die Ausdehnung in einem anderen Bundesstaate bereits genehmigter Sammlungen, Vertriebe oder Werbungen handelt, der vom Minister des Innern ernannte ständige Staatskommissar[1]), für den ebenfalls vom Minister des Innern ein Stellvertreter bestimmt ist.

II. Bei Veranstaltungen zur Unterhaltung und Belehrung:

a) sofern sie auf ein und denselben Ort beschränkt bleiben, die Ortspolizeibehörde im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident von Berlin,

b) sofern die Veranstaltungen an verschiedenen Orten erfolgen sollen (Wander-Vorführungen), aber auf einen Regierungsbezirk oder den Landespolizeibezirk Berlin beschränkt bleiben, der Regierungspräsident bzw. der Polizeipräsident von Berlin.

c) sofern Wander-Vorführungen über die unter b) bezeichneten Bezirke hinaus ausgedehnt werden sollen, der Oberpräsident jeder Provinz, in der die Veranstaltungen stattfinden.

III. Bei allen Veranstaltungen im Auslande ausschließlich der Staatskommissar

Sammlungen und Werbungen innerhalb eines Personenkreises, dessen Mitglieder ausschließlich einer staatlichen oder Reichs-Verwaltung angehören, bedürfen lediglich der Erlaubnis des betreffenden Ressortchefs, der die Erlaubnisbefugnis auf ihn unterstellte Provinzialbehörden übertragen kann.

Für Kirchenkollekten sowie für Sammlungen und Werbungen, die von Geistlichen oder kirchlichen Oberen für kirchliche Zwecke in ihren Bezirken veranstaltet werden, bewendet es hinsichtlich der Erlaubniserteilung bei den geltenden Bestimmungen.

Die Entscheidungen des Oberpräsidenten und des Staatskommissars sind endgültig.

§ 2. Die Anträge auf Erteilung der Erlaubnis sind schriftlich einzureichen und von dem Unternehmer zu unterschreiben. Die Erlaubniserteilung hat ebenfalls schriftlich zu erfolgen; von der Erteilung einer stempelpflichtigen Ausfertigung der Erlaubnis wird, falls eine solche nicht ausdrücklich beantragt ist, abzusehen sein.

---

[1]) Wegen des Bureaus des Staatskommissars vgl. MinBl. 1917 S. 41 Nr. 35.

Die Anträge sind in den im § 1 unter Ia und b, sowie unter IIa, b und c bezeichneten Fällen bei der zuständigen Genehmigungsbehörde, in den im § 1 unter Ic und III bezeichneten Fällen bei dem für den Wohnsitz des Antragstellers bzw. für den Sitz des Unternehmens zuständigen Regierungspräsidenten, im Landespolizeibezirk Berlin bei dem Polizeipräsidenten von Berlin einzureichen.

Die zur Zuständigkeit des Staatskommissars gehörenden Anträge sind von dem betreffenden Regierungspräsidenten bzw. dem Polizeipräsidenten von Berlin nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen eingehend zu prüfen und mit einem Vorschlag für die Genehmigungsbedingungen oder für den Ablehnungsbescheid unter Beifügung der entstandenen Vorgänge dem Staatskommissar unter der Adresse des Ministeriums des Innern (Unter den Linden 73) zuzusenden.

§ 3. Dem Antrage sind — abgesehen von den Fällen des § 10 — folgende Unterlagen beizufügen:

1. Geschäftsplan des Unternehmens,
2. Form der Ankündigung,
3. Bezeichnung des in Betracht kommenden Wohlfahrtszweckes,
4. Angabe, in welcher Weise die aufkommenden Mittel für diesen Zweck Verwendung finden sollen,
5. Bezeichnung der Stelle, die über die Verwendung zu bestimmen hat, nach Name und Sitz,
6. Angabe, welcher Betrag oder Anteil dem Wohlfahrtszweck zugeführt werden soll, bei Sammlungen usw., die für mehrere Wohlfahrtszwecke gemeinschaftlich veranstaltet werden, Angabe desjenigen Teiles des Gesamterträgnisses, der jedem einzelnen Zweck zugute kommen soll,
7. Voranschlag über die zu erwartenden einzelnen Einnahmen und Ausgaben,
8. Angabe der Art und Weise der Sammlung bzw. des Vertriebes oder der Veranstaltung,
9. Angabe des Zeitabschnittes und des Bezirkes, in welchem die Sammlung oder der Vertrieb stattfinden soll,
10. Angabe, in welcher Form die Abrechnung und Abführung der Beträge erfolgen und kontrolliert werden soll,
11. Angabe der Anzahl der Druckschriften, Postkarten, Bilder, Marken und sonstiger Gegenstände, sowie der Eintrittskarten, deren Vertrieb beabsichtigt ist,
12. etwaige für die Beurteilung des Unternehmens wichtige Verträge oder Inhaltsangabe mündlicher Vereinbarungen.

In geeigneten Fällen kann die Genehmigungsbehörde auf die Beibringung einzelner Unterlagen verzichten.

Erleichterungen dieser Art werden in Frage kommen, wenn es sich um geringfügige und übersichtliche Unternehmungen oder um solche handelt, die als zuverlässig bekannt sind und auf gesunder Grundlage ruhen. Auch in den Fällen, in denen die fragliche Unternehmung bereits in einem anderen Bundesstaat genehmigt ist, dürften in der Regel Erleichterungen angezeigt erscheinen.

§ 4. In allen Fällen hat die Genehmigungsbehörde darauf zu sehen, daß sie ausreichende Unterlagen erhält, um prüfen zu können, ob

a) ein hinreichendes Bedürfnis und öffentliches Interesse an der beabsichtigten Förderung des betreffenden Wohlfahrtszweckes obwaltet; bejahendenfalls ist weiter festzustellen, ob dem Fürsorgezweck aus den Sammlungen usw. hinreichende Einnahmen gesichert sind, ob keine sonstigen Bedenken gegen den Plan des Unternehmens, insbesondere hinsichtlich der Art und Weise der Veranstaltung und der Ankündigungen bestehen, sowie ob etwa der Gewinn oder Lohn der Veranstalter, Geschäftsbesorger, deren Angestellten und Hilfspersonen die angemessenen Grenzen überschreiten würde. Soweit Veranstaltungen zur Unterhaltung und Belehrung in Betracht kommen, ist endlich noch festzustellen, ob hinreichende

Vorsorge für die Kostendeckung, insbesondere auch für den Fall der Absage der Veranstaltung getroffen ist,

b) ob kein Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Gesuchstellers, seiner Angestellten und Hilfspersonen besteht.

§ 5. Deckt sich der Unternehmer nicht mit der Stelle, der die Bestimmung über die Verwendung der Mittel zustehen soll, so ist diese Stelle in der Regel vor Abgabe der Entscheidung zu hören. Soll der Ertrag des Unternehmens Angehörigen der Marine oder deren Hinterbliebenen zugute kommen, so ist das Reichs-Marineamt vorher zu hören, da bei diesem alle Wohlfahrtseinrichtungen für Marineangehörige zentralisiert sind.

Vor Genehmigung zugunsten der Kolonialtruppen und der Angehörigen der Kolonien ist dem Reichs-Kolonialamt Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

Bestehen für den Wohlfahrtszweck, zu dessen Gunsten die Veranstaltung erfolgen soll, größere Organisationen, z. B.

für Hinterbliebenenfürsorge: die „Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen",

für Kriegsbeschädigtenfürsorge: die provinziellen Hauptfürsorge-Organisationen und der diese zusammenfassende Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge,

für die Verwundetenpflege sowie für die Fürsorge zugunsten der im Felde stehenden Krieger und ihrer zurückgebliebenen Angehörigen: die Organisation des Roten Kreuzes und der vaterländischen Frauenvereine und ähnliche größere Organisationen,

so sind diese vor der Genehmigung zu hören, damit über die demnächstige Verwendung eine Verständigung mit der in Betracht kommenden Organisation getroffen wird.

§ 6. Es ist vielfach — zum Teil mit Recht — darüber Klage geführt worden, daß gewinnsüchtige Unternehmer den Wohlfahrtszweck bei der Einholung der Genehmigung zu Gegenstandsvertrieben und örtlichen Veranstaltungen vorschieben, um ihren eigenen Erwerbszweck zu fördern. Solchen Versuchen ist auf das schärfste entgegenzutreten.

Grundsätzlich ist die Genehmigung von Vertrieben und Veranstaltungen für Wohlfahrtszwecke auf solche Fälle zu beschränken, in denen die Unternehmung von einer zweifellos bewährten und gut geleiteten Wohlfahrtsorganisation veranstaltet wird. Sieht diese sich veranlaßt, zur Durchführung der Veranstaltung einen gewerblichen Unternehmer heranzuziehen, so hat die Genehmigungsbehörde den mit ihm abgeschlossenen Vertrag — erforderlichenfalls unter Zuziehung geeigneter unparteiischer Sachverständiger — einer sorgfältigen Prüfung darauf zu unterziehen, ob der zu erwartende Geschäftsgewinn der beteiligten Personen sich in angemessenen Beträgen bewegt. Nur einem Unternehmen, das in dieser Beziehung auch strenger Beurteilung standhält, darf die Erlaubnis erteilt werden.

Die Erlaubnis ist regelmäßig unter Vorbehalt des Widerrufs und nur für eine bestimmte, nicht zu weit zu bemessende Frist zu erteilen. Vor der Verlängerung der Frist soll außer dem Fortbestehen des Bedürfnisses für die Fortsetzung des Betriebes auch die Innehaltung des Vertrages und die Abrechnung über das bisherige Ergebnis sorgfältig nachgeprüft werden.

Gegenstandsvertriebe, welche von Haus zu Haus oder auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder in öffentlichen Wirtschaften unter Heranziehung gewerbsmäßiger Verkäufer oder Verkäuferinnen stattfinden sollen, sowie Vertriebe durch unverlangte Zusendung sind aufs äußerste zu beschränken und höchstens dann zuzulassen, wenn es sich um den Vertrieb von Restbeständen aus früher genehmigten Vertrieben dieser Art handelt, bei deren Einstellung der Wohlfahrtszweck einen offenbaren erheblichen Nachteil erleiden würde, ferner, wenn wichtige Wohlfahrtszwecke in Frage kommen, deren Erfüllung in einer bestimmten Zeit unbedingt geboten ist und auf anderen Wegen nicht sichergestellt werden kann — sowie bei kurzfristigen, nicht über eine Woche dauernden Vertrieben (Opfertagen).

Der Reingewinn aus der Veranstaltung soll grundsätzlich unverkürzt dem Wohlfahrtszweck zugeführt werden. Gegenstandsvertriebe, bei denen nicht mindestens 30 v. H. der Roheinnahme für den Wohlfahrtszweck verbleiben, werden in der Regel abzulehnen

sein. Wenn damit zu rechnen ist, daß der Reingewinn des Unternehmens unter Umständen 10 v. H. der Roheinnahme übersteigen könnte, so wird dahin Anordnung zu treffen sein, daß mindestens die Hälfte des Mehrgewinnes gleichfalls dem Wohlfahrtszweck zufließen muß. Die endgültige Entscheidung von Streitigkeiten über die Höhe des Anteils des Wohlfahrtszweckes wird in geeigneten Fällen der genehmigenden Behörde vorzubehalten sein. Diese ist auch zur Sicherung der dem Wohlfahrtszweck ausbedungenen Erträge die Hinterlegung einer Kaution zu fordern berechtigt.

§ 7. Bei Eintrittskarten soll der Verkaufspreis, bei Druckschriften, Bildern, Postkarten und Marken daneben auch zahlenmäßig in Pfennigen der Anteil, der dem Wohlfahrtszweck zufließt, vermerkt werden. Bei Druckschriften soll dies in der Regel auf der ersten Seite oder auf einem Streifbande, bei Postkarten oben links auf der Adressenseite geschehen. Bei Bildern und Marken kann der Vermerk auf der Rückseite, in Kunstmappen auf einem Einlagezettel angebracht werden.

§ 8. Je nach Lage der örtlichen Verhältnisse ist zu erwägen, ob eine polizeiliche Abstempelung von Eintrittskarten erforderlich erscheint. Die Eintrittskarten sollen auf Haupt- und Kontrollabschnitt übereinstimmend fortlaufend numeriert, Freikarten und Ehrenkarten außerdem auf beiden Abschnitten mit entsprechendem Vermerk versehen werden. Hierbei ist zu beachten, daß von Freikarten zur Füllung des Saales mit Rücksicht auf die gewonnenen Künstler und Vortragenden häufig nicht völlig abgesehen werden kann. Auch der Presse und den dienstlich anwesenden Beamten werden die üblichen Freiplätze eingeräumt werden müssen.

§ 9. In den Genehmigungsbedingungen ist vorzuschreiben, daß die Personen, die bei Sammlungen oder beim Vertriebe an öffentlichen Orten oder von Haus zu Haus gegen Entgelt beschäftigt werden sollen, der Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk sie in Tätigkeit treten, mitzuteilen sind. Die Behörde hat zu prüfen, ob diese Personen zuverlässig sind und demnach zugelassen werden können. Die Mitführung eines ortspolizeilich abgestempelten Ausweises ist in der Regel vorzuschreiben.

§ 10. Dem Antrage auf Erteilung der Erlaubnis zur Werbung von Mitgliedern für einen Verein sind beizufügen:

1. ein Stück der Vereinssatzung,
2. der Entwurf zu dem beabsichtigten Werbeaufruf unter der Angabe, auf welche Weise, gegebenenfalls durch welche Zeitungen, die Werbung beabsichtigt ist,
3. eine Abschrift der letzten Jahresrechnung des Vereins,
4. Angabe über die Zahl der Mitglieder und die Namen der Vorstandsmitglieder.

Die entsprechenden Unterlagen sind Anträgen auf Genehmigung zur Werbung für die Beteiligung an anderen nicht von Vereinen veranstalteten Unternehmungen beizufügen.

§ 11. Die öffentliche Werbung von Mitgliedern und Mitunternehmern wird nur zuzulassen sein, wenn es sich um einen zweifellos nützlichen Verein handelt, der durch die Persönlichkeit der Leiter und deren Bewährung auf dem betreffenden Gebiete der Wohlfahrtspflege volle Gewähr für sachgemäße und haushälterische Verwaltung des Unternehmens bietet.

Die Zulassung der Werbung ist regelmäßig auf eine bestimmte Frist zu beschränken.

§ 12. Sammlungen, Vertriebe von Gegenständen und Werbungen, zu denen der Staatskommissar oder ein Oberpräsident die Genehmigung erteilt hat, sollen regelmäßig allwöchentlich in der am Sonnabend herauskommenden Nummer des Reichs- und Staatsanzeigers bekannt gegeben werden. Die Oberpräsidenten und der Staatskommissar haben zu diesem Zwecke zum Dienstag jeder Woche die von ihnen erteilten Genehmigungen unter Angabe

1. des Unternehmens nach Name und Sitz,
2. des Wohlfahrtszweckes,
3. der Stelle, an die die Mittel abgeführt werden sollen,

4. von Zeit und Bezirk, in denen das Unternehmen zur Ausführung kommen oder die Werbung stattfinden soll,

dem Minister des Innern anzuzeigen.

§ 13. Zu Anordnungen, welche gemäß § 4 der Bundesratsverordnung gegenüber Wohlfahrtsunternehmungen und deren Organen getroffen werden können, ferner zur Prüfung von Büchern, Schriften, Kassen- und Vermögensbeständen, zur Einholung von Auskünften, Berichten und Rechnungsabschlüssen sowie zur Entsendung von Vertretern in Versammlungen und Sitzungen sind, je nach dem Sitze der betreffenden Unternehmungen, zuständig:

im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident von Berlin,
in den anderen Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde,
in den Landkreisen der Landrat.

Gegenüber Unternehmungen, denen die Erlaubnis zu einer Veranstaltung gemäß § 1 erteilt ist, sind die Genehmigungsbehörden berechtigt, die in § 4 der Bundesratsverordnung gedachten Befugnisse sowohl unmittelbar als durch Vermittlung der oben — Absatz 1 — genannten Behörden auszuüben.

Für die Anordnung der Verwaltung eines Unternehmens gemäß § 5 der Bundesratsverordnung sowie für die nach § 7 der Verordnung erforderliche Genehmigung von Änderungen, die in bezug auf die Verwendung von Wohlfahrtsmitteln beschlossen werden, ist der Staatskommissar zuständig.

Die Aufsicht über die Verwaltung (§ 6 Abs. 3 der Verordnung) führen die oben — Absatz 1 — genannten Behörden.

§ 14. Die §§ 4 bis 8 der Bundesratsverordnung verfolgen den Zweck, eine nützliche, den Absichten der Spender und Beitragszahler sowie anerkannten Grundsätzen sozialer Fürsorge entsprechende Verwendung der aufkommenden Mittel sicher zu stellen. Die Wahrnehmung, daß in großer Zahl überflüssige Neubildungen von Wohlfahrtsunternehmungen während der Kriegszeit stattgefunden haben, die einer nachteiligen Zersplitterung der Mittel und Kräfte Vorschub leisten, und die Beobachtung erheblicher Mißstände, welche sich aus der schrankenlosen Betätigung der Wohlfahrtspflege ergeben, hat dazu genötigt, Vorschriften zu erlassen, welche den Behörden die Möglichkeit zu scharfen Maßnahmen gegen zweckwidrige und bedenkliche Unternehmungen bieten. Die richtige Anwendung dieser Vorschriften wird besondere Sorgfalt und Überlegung bei den ausführenden Behörden erfordern. Während Mißstände auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege rücksichtslos bekämpft werden müssen, wird es anderseits unbedingt zu vermeiden sein, daß gesunde und nützliche Unternehmungen durch kleinliche Nachforschungen und störende Eingriffe beunruhigt und verstimmt werden. Immerhin ist es notwendig, daß die Ausführungsbehörden einen sicheren Überblick über diejenigen Unternehmungen ihres Bezirkes gewinnen, deren Geschäftsführung und Fürsorgetätigkeit sie ihre Aufmerksamkeit zuwenden sollen. Hierzu wird folgendes angeordnet:

I. Jeder Landrat — in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde, im Landespolizeibezirk Berlin der Polizeipräsident von Berlin — hat ein Verzeichnis der von den Vorschriften des § 4 der Verordnung betroffenen Unternehmungen und Vereine seines Bezirks aufzustellen.

In das Verzeichnis sind unter Berücksichtigung des § 10 der Verordnung nur solche Unternehmungen aufzunehmen, die sich während des Krieges für Kriegswohlfahrtszwecke oder andere vaterländische, gemeinnützige oder mildtätige Zwecke gebildet oder die ihre Wirksamkeit während des Krieges auf solche Zwecke ausgedehnt haben. Örtliche, erst während des Krieges entstandene Angliederungen an größere (provinzielle oder zentrale) Organisationen, die bereits vor dem Kriege bestanden, sind wie diese selbst von der Aufnahme ausgeschlossen, wenn die Satzungen der Stamm-Organisation für sie maßgebend sind. Dies gilt z. B. von denjenigen Zweigvereinen des Roten Kreuzes, welche als Abteilungen des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz begründet sind, sowie von denjenigen Frauenvereinen, die sich dem Hauptvorstand des Vaterländischen Frauenver-

eins in Berlin unterstellt haben. Von der Aufnahme in das Verzeichnis sind ebenfalls auszuscheiden die Gliederungen der inneren Mission, ferner des Caritasverbandes, sodann auch die Gewerkschaften, konfessionelle Arbeitervereine und ähnliche Berufs-Organisationen, die während des Krieges die Fürsorge für die Familien ihrer zum Heere einberufenen Mitglieder und ähnliche Aufgaben der Kriegsfürsorge übernommen haben; Veranstaltungen, die nur der Fürsorge für die Beamten, Angestellten und Arbeiter eines bestimmten Betriebes oder einer bestimmten Verwaltung, sowie der Fürsorge für deren Familien gewidmet sind; Kriegervereine, die für die Familien ihrer Kameraden sorgen, endlich alle Wohlfahrts-Organisationen, welche unter behördlicher Leitung oder hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Verwaltung unter besonderer behördlicher Aufsicht stehen, ebenso wie Wohlfahrts-Unternehmungen der heimatlichen Truppenkörper, welche von den Kommandostellen des Heeres oder der Flotte geleitet oder beaufsichtigt werden.

Wird hiernach in den meisten Bezirken die Zahl der in das Verzeichnis aufzunehmenden Vereine und Unternehmungen nur eine kleine sein, so ist anderseits darauf Bedacht zu nehmen, daß die in vorstehendem Absatz nicht erwähnten Organisationen möglichst vollständig Aufnahme finden. Zur Erreichung der Vollständigkeit des Verzeichnisses wird sich die Einsicht der seit 1. August 1914 erfolgten Eintragungen in die Vereins- und Handelsregister der Gerichte empfehlen. Es kann im übrigen erwartet werden, daß die Ortsbehörden alle in den einzelnen Gemeinden bestehenden Organisationen der hier in Frage stehenden Art namhaft zu machen in der Lage sein werden. Auch wird sich bei der Durchsicht der im Bezirk verbreiteten Tageszeitungen, insbesondere der Inserate, Gelegenheit zur Vervollständigung des Verzeichnisses ergeben.

Die in der Folge auftretenden neuen Organisationen sind alsbald in das Verzeichnis aufzunehmen.

II. Für die einzelnen der in das Verzeichnis eingetragenen Vereinigungen und Unternehmungen sollen ermittelt werden:

a) die Namen der Vorsteher, Leiter oder Veranstalter,
b) die Zahl der Mitglieder oder Beteiligten,
c) der Wortlaut der Satzungen oder — soweit solche nicht vorhanden sind — der Wortlaut der für den Zweck des Unternehmens, für die Art der Aufbringung der Mittel und für deren Verwendung, sowie für die Rechnungslegung maßgebenden Bestimmungen,
d) die Bestandteile des vorhandenen Vermögens und die Angabe, wo und wie dieses angelegt ist,
e) die Beträge der etwaigen Gehälter oder sonstigen Bezüge der Vorstandsmitglieder, Angestellten, Geschäftsbesorger.

Bei geringfügigen und übersichtlichen sowie bei solchen Unternehmungen, die der Behörde als zuverlässig und sozial einwandfrei bekannt sind, kann von Ermittlungen der vorstehenden Art abgesehen werden.

III. Ergeben sich aus den Ermittlungen zu II c bis e Bedenken gegen die Geschäftsführung oder gegen die Art der Fürsorgetätigkeit, so sind die Verhältnisse — gegebenenfalls unter Zuziehung unparteiischer Sachverständiger — näher zu prüfen und Verbesserungsmaßnahmen mit den Beteiligten zu erörtern. Öfters wird sich hierbei Anlaß bieten, auf die Auflösung überflüssiger oder entbehrlicher Gründungen oder auf deren Verschmelzung mit anderen nützlichen Unternehmungen desselben Fürsorgegebiets hinzuwirken. In anderen Fällen wird es angebracht und ausreichend sein, darauf hinzuwirken, daß die maßgebende Beteiligung zuverlässiger, geschäftsgewandter, fürsorgekundiger Persönlichkeiten an der Verwaltung des Unternehmens sichergestellt wird. Auch die Verschärfung der Bedingungen, unter denen eine Erlaubnis nach § 1 der Verordnung erteilt war, oder die Androhung des Widerrufs der Erlaubnis wird bei Unternehmungen, die auf den Ertrag öffentlicher Sammlungen oder Veranstaltungen angewiesen sind, ein geeignetes Mittel sein, um die Abstellung vorhandener Bedenken durchzusetzen.

IV. Bestehen bei der Behörde Zweifel darüber, ob die Fürsorgetätigkeit eines Unternehmens als nützlich anzuerkennen ist, so empfiehlt sich die Einholung des Gutachtens einer sachverständigen zentralen Organisation oder Behörde, z. B. in Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge (Berlin W 9, Königin-Augustastraße Nr. 19), in Fragen der Hinterbliebenenfürsorge des Arbeitsausschusses der Kriegerwitwen- und Waisenfürsorge (Berlin W 30, Münchener Straße 49), in Fragen der Armenpflege der Zentralstelle für Armenpflege und Wohltätigkeit (Berlin SW, Bernburger Straße 24/25) oder der Zentrale für private Fürsorge (Berlin W 35, Flottwellstraße 4), in Fragen der Säuglingsfürsorge der Medizinalabteilung des Ministeriums des Innern.

Auch der Staatskommissar ist bereit, die Begutachtung einschlägiger Fragen zu vermitteln.

V. Wenn sich auf den unter III angedeuteten Wegen oder durch andere nützliche Ratschläge, welche gegebenenfalls in den Sitzungen der Organe des Unternehmens mit den Beteiligten zu erörtern sind, die Beseitigung eines Zustandes nicht erzielen läßt, der mit einer soliden Geschäftsgebarung oder mit anerkannten Grundsätzen sozialer Fürsorge unvereinbar ist, so ist die Regelung der Verwaltung des Unternehmens gemäß §§ 5, 6 der Verordnung in Antrag zu bringen.

Der Antrag ist durch Vermittlung des zuständigen Regierungspräsidenten an den Staatskommissar zu richten. Zugleich ist eine für das Amt des Verwalters geeignete, am Sitz des Unternehmers wohnende Persönlichkeit namhaft zu machen. Es kann angenommen werden, daß sich regelmäßig solche Verwalter gewinnen lassen werden, die das Amt ohne Entgelt zu übernehmen bereit sind. Anderenfalls ist die Kostenfrage in dem Antrage zu erörtern.

Besteht der Verdacht rechtswidriger Verwendung von Vermögensbestandteilen des Unternehmens, so können bei Gefahr im Verzuge die in § 13 Absatz 1 genannten Behörden bis zur Entscheidung des Staatskommissars einstweilen selbst die Verwaltung übernehmen.

§ 15. Für die Genehmigungen, sowie für alle sonstigen Verfügungen, die auf Grund der Bundesratsverordnung zu erlassen sind, kommen lediglich die aus vorstehenden Vorschriften sich ergebenden Erwägungen in Betracht; politische oder konfessionelle Rücksichten haben auszuscheiden.

§ 16. Die Vorschriften der §§ 1, 2, 3, 10 und 13 dieser Ausführungsbestimmungen sind sofort durch die amtlichen Publikationsorgane zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

7. Wochenhilfe.

a) Die älteren Vorschriften.

α) Bek., betr. Wochenhilfe während des Krieges. Vom 3. Dezember 1914. (RGBl. 492.) (In Bd. 1, 833.)

β) Bek. über Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges. Vom 8. Januar 1915. (RGBl. 49.) (In Bd. 1, 836.)

γ) Bek., betr. Ausdehnung der Wochenhilfe während des Krieges. Vom 23. April 1915. (RGBl. 257.) (In Bd. 1, 840.)

b) Erläuterungen.

α. Zur Bekanntmachung αα (zu vgl. Bd. 1, 846).

§ 1.

Wochenhilfe für Kriegerfrauen.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 846, 847.)

2. Ist eheliche Empfängnis notwendig?

a) Verneinend (Erläuterung α bis γ in Bd. 1, 847; δ in Bd. 3, 623).

ε. AmtlN. 17 254, Nr. 2304, ArbVersorg. 17 111 (RVA.). Der Umstand, daß das Kind im Ehebruch erzeugt ist, steht dem Anspruch auf Kriegswochenhilfe noch nicht entgegen.

b) Bejahend zu vgl. Bd. 1, 817.

ζ. ArbVersorg. 17 442 (VersA. Pirna). Solange die Ehe nicht rechtskräftig für nichtig erklärt ist, steht der Anspruch auf Kriegswochenhilfe auch dann zu, wenn das Kind in einer Doppelehe geboren ist.

3. Dienstleistung oder Dienstverhinderung des Ehemannes.

(Erläuterung a bis f in Bd. 1, 847; g bis l in Bd. 2, 346; m bis x in Bd. 3, 623).

y) AmtlN. 17 440, Nr. 2332, ArbVersorg. 17 545 (RVA. 20. 3. 17). Das militärdienstpflichtige Feldeisenbahnpersonal leistet „Kriegs- oder ähnliche Dienste" → zu vgl. zu dieser Frage auch einerseits Reindl, ArbVersorg. 17 34, anderseits Jäger, MfAV. 17 249ff. ←

z) Preuß. Verfügung vom 13. März 1917. (HMBl. 104.)

Den Familien der in den Heeresdienst eingetretenen Personen, die sich der Fahnenflucht schuldig machen oder eine mehr als sechsmonatige Gefängnis- oder eine härtere Strafe verbüßen, steht nach § 11 des Gesetzes, betreffend die Unterstützungen von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888/4. August 1914 ein Rechtsanspruch auf Familienunterstützung nicht zu (vgl. auch den Runderlaß vom 30. November 1916, V. 7384, in dem auf die Versorgung solcher Familien im Wege der Kriegswohlfahrtspflege hingewiesen ist). Dagegen ist in Fällen der bezeichneten Art den Ehefrauen (Wöchnerinnen), die Kriegswochenhilfe, sofern im übrigen die Voraussetzungen für ihre Gewährung gegeben sind, nicht vorzuenthalten oder zu kürzen, vorausgesetzt, daß der Ehemann aus dem Militär- und damit auch aus dem Kriegsdienst nicht ausgeschieden ist.

za) Bescheid des Reichskanzlers vom 30. März 1916. (HMBl. 241.)

Über die aufgeworfene Frage würden im Streitfall die Spruchinstanzen zu entscheiden haben. Ich kann mich daher im nachstehenden dazu nur mit dem sich hieraus ergebenden Vorbehalt äußern.

Die Bundesratsverordnungen über Kriegswochenhilfe gewähren diese auch den Ehefrauen solcher seitherigen Kriegsteilnehmer, welche infolge einer Verwundung oder Erkrankung den Kriegsdienst nicht weiter leisten können, beschränkt diesen Kreis aber durch den Ausschluß derjenigen Kriegsteilnehmer der gedachten Art, welche noch imstande sind, eine Erwerbstätigkeit wieder aufzunehmen. Die Absicht der Vorschrift geht dabei offenbar dahin, die Wohltat dieser Wochenhilfe nicht auch solchen Personen zuzuwenden, die selbst wieder für sich und ihre Familie sorgen können, bei denen also der ursprüngliche Grund für die Bereitstellung jener Beihilfe weggefallen ist. Daraus folgt, daß nicht schon jede Erwerbstätigkeit oder die Möglichkeit einer solchen das Recht auf die Wochenhilfe ausschließen soll; es muß vielmehr eine Erwerbsfähigkeit vorhanden sein, die zwar der normalen bzw. der früheren des betreffenden Ehemanns nicht gleich oder auch nur sehr nahe zu kommen braucht, die aber immerhin für die Möglichkeit ausreicht, den nötigen Lebensunterhalt für die eigene Person und für die Familie zu beschaffen. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, wird sich jeweils nur nach den Umständen des Einzelfalls bestimmen lassen. Die Angabe eines bestimmten Prozentsatzes der Erwerbsbeschränkung, der für die Gewährung oder Nichtgewährung der Leistung maßgebend zu sein hat, ist daher nicht wohl angängig. Dem freien Ermessen der für die Bewilligung zuständigen Stellen ist hier also ein gewisser Spielraum gelassen. Es dürfte sich empfehlen, hierbei wohlwollend zu verfahren, in Zweifelsfällen es aber doch auf die Entscheidung der im Streitverfahren zuständigen Spruchinstanzen ankommen zu lassen.

(Abschnitt 4 in Bd. 1, 848.)

5. Krankenversicherung des Ehemanns.

(Erläuterung a bis f in Bd. 1, 848; g bis k in Bd. 2, 346; l, m in Bd. 3, 624.)

n) BayMdJ., ArbVersorg. 17 547. Bei wiederholter Einberufung eines Kriegsteilnehmers macht es keinen Unterschied, ob die Wartezeit bereits von dem ersten oder erst von dem neuerlichen Eintritt in den Kriegs- usw. Dienst zurückgelegt worden ist. Auch sind die Zeiten, in denen der Kriegsteilnehmer Kriegs- usw. Dienste geleistet hat, in die einjährige Frist, innerhalb der die Wartezeit von 26 Wochen zurückgelegt sein muß nicht einzurechnen; ebenso Spielhagen, MfAV. 17 206.

§ 7.

Verfahren (zu vgl. Bd. 1, 852).

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 348; 3 bis 5 in Bd. 3, 626.)

6. AmtlN. 253, Nr. 2303, ArbVersorg. 17 231 (RVA.). Auf die Zahlung der baren Beihilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden ist § 7 Abs. 2 Bek. v. 3. 12. 14 entsprechend anzuwenden. Die Kostenerstattung bis zum Betrage von 10 M. hat daher nicht erst nach der Niederkunft sondern mit Ablauf der Woche zu erfolgen in der die Inanspruchnahme des Arztes erforderlich wurde.

§ 8.

Wochenhilfe für Ehefrauen, deren Männer nicht Dienste im Sinne des § 1 Nr. 1 leisten und für unverheiratete Wöchnerinnen.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 1, 853; 6 bis 8 in Bd. 3, 626.)

9. ArbVersorg. 17 518 (RVA.) § 8 soll einen Ausgleich bilden zugunsten der Personen, die selbst versichert sind, den Voraussetzungen des § 1 VO. aber nicht genügen. Es liegt kein Grund vor, diese Erwägungen nicht Platz greifen zu lassen, bei Ausländerinnen, die infolge versicherungspflichtiger Tätigkeit im Inland oder freiwillige Kassenmitglieder geworden sind. Ob Ausnahmen für Angehörige feindlicher Staaten zu machen sind, bleibt unentschieden.

10. Krause, Betriebskrankenkasse 17 16. Auch unter der Voraussetzung des § 214 RVO. gelten Wöchnerinnen als versichert i. S. des § 8 VO.

§ 10.

Übergangsvorschriften.

β. Zur Bekanntmachung αβ (zu vgl. Bd. 1, 854ff.).

γ. Zur Bekanntmachung αγ.

1. Amtliche Erläuterung in Bd. 2, 348.

2. Weitere Erläuterungen.

§§ 1, 2.

Die Berechtigten.

(Erläuterung 1 bis 11 in Bd. 2, 358ff.; 12 bis 14 in Bd. 3, 627.)

15. Preuß. Verfügung vom 11. Januar 1917, betr. Kriegswochenhilfe (Begriff „minderbemittelt"). (MBl. 40.)

Die von dem Magistrat in K. gegen die Gewährung von Wochenhilfe geltend gemachten Bedenken vermag ich nach Benehmen mit dem Herrn Reichskanzler (Reichsamt des Innern) nicht zu teilen. Derjenige, der in dem Jahre oder Steuerjahre vor dem Dienst-

eintritt weniger als 2500 M. Einkommen bezog, soll nach der Absicht der Bek. vom 23. April 1915 in der Regel als minderbemittelt gelten, auch wenn er dieses Einkommen weiter bezieht. Ausnahmen werden hauptsächlich dann zu machen sein, wenn es sich um ein fundiertes Einkommen handelt, also der Besitz eines nicht unerheblichen Kapitals gegeben ist, von dem ein geringfügiger Teil ohne Schädigung der wirtschaftlichen Gesamtlage des Kriegsteilnehmers zur Bestreitung der Kosten für Entbindung und Wochenbett abgehoben werden kann. Kapitulanten, Beamte u. dgl. sind in dieser Beziehung nicht anders zu behandeln wie andere Kriegsteilnehmer. Der Umstand, daß keine Verminderung des Familieneinkommens eingetreten ist, begründet die Ablehnung der Wochenhilfe nicht. Einmal ist da, wo der Kriegsteilnehmer von seiner Familie getrennt leben muß, auf einen Mehraufwand für seinen persönlichen Unterhalt zu rechnen. Sodann ist zu berücksichtigen, daß infolge der Kriegsteuerung dem gleichen Einkommen nicht mehr die gleiche Kaufkraft zukommt wie vor dem Kriege. Endlich aber beabsichtigt die Bekanntmachung vom 23. April 1915 ja gerade dem Kriegsteilnehmer als solchen, eine Vergünstigung zuzuwenden. Dieser letztere Umstand schließt zugleich aus, daß Nichtkriegsteilnehmer sich mit Recht darauf berufen könnten, daß sie im Hinblick auf ihre gleichliegende Wirtschaftslage ebenfalls Anspruch auf die Wochenhilfe haben müßten.

Bezieht der Kriegsteilnehmer mit seiner Familie — im Gegensatz zur Zeit vor dem Kriegsdiensteintritt — jetzt ein nennenswert höheres Gesamteinkommen als 2500 M., so wird allerdings zu prüfen sein, ob diese Tatsache nicht die Annahme rechtfertigt, daß eine Beihilfe nicht benötigt wird (§ 2 Abs. 2 a. a. O.). Eine allgemeine Regel für die Beurteilung dieser Frage läßt sich bei der Vielgestaltigkeit der Verhältnisse nicht wohl aufstellen. Jedenfalls aber entspricht es der wohlwollenden Absicht der Bundesratsverordnung, wenn dabei auf die bei getrenntem Aufenthalt des Ehemannes und infolge der Steigerung der Preise notwendigen Mehraufwendungen gebührende Rücksicht genommen wird.

Bei Kapitulanten, Beamten und sonstigen Empfängern fester Besoldungen wird der Bezug auch eines höheren als des vor dem Kriegsdienst bezogenen Gehalts einschl. seiner Nebenbezüge kein Grund zur Annahme sein, daß eine „Tatsache" im Sinne des Abs. 2 a. a. O. vorliegt, wenn der Empfänger eine gleiche oder doch wesentlich gleiche Stelle versieht, wie vor dem Kriege und die Steigerung des Einkommens lediglich auf den Hinzutritt der allen Angehörigen derselben Dienstgruppe vorschriftsmäßig zukommenden Kriegsdienstbezüge zurückzuführen ist.

§ 3.

Wochenhilfe für uneheliche Kinder.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 2, 359ff.; 7, 8 in Bd. 3, 628.)

9. BayMdJ., ArbVersorg. 17 547. Die Wochenhilfe für die unehelichen Kinder von Kriegsteilnehmern nach § 3 BO. 23. 4. 15 ist auch dann zu gewähren, wenn der Kriegsteilnehmer aus dem Kriegs- usw. Dienst ausgeschieden ist und damit die Familienunterstützung für das uneheliche Kind entfällt, sofern der Kriegsteilnehmer infolge von Verwundung oder Krankheit ausgeschieden und dadurch an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit gehindert ist, die Familienunterstützung aber bis zu seinem Ausscheiden aus dem Kriegs- usw. Dienst gewährt und nur aus diesem Grunde eingezogen worden ist.

10. Erbe, ArbVersorg. 17 376. In weitherziger Auslegung ist anzunehmen, daß die Familienunterstützung dann, wenn die Vaterschaft klar zutage liegt, nicht notwendige Voraussetzung der Wochenhilfe ist.

11. Preuß. Verfügung vom 26. Mai 1917, betr. Wochenhilfe für das uneheliche Kind eines Kriegsteilnehmers im Falle der Entlassung des Letzteren aus dem Heeresdienst.

(MBl. 140.)

Anfrage an das RAJ. Nach § 3 der Bundesratsverordnung vom 23. April 1915 wird Wochenhilfe für das uneheliche Kind eines Kriegsteilnehmers der in § 1 der Verord-

nung bezeichneten Art geleistet, wenn das Kind auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 unterstützt wird.

Es mehren sich jetzt die Fälle, in denen derartige Väter unehelicher Kinder, die Kriegsteilnehmer gewesen sind, infolge einer Verwundung wegen dauernder Invalidität aus dem Heeresdienst entlassen werden. Es entsteht daher die Frage, ob auch in einem solchen Falle der Anspruch auf Reichswochenhilfe begründet ist. Zwar ist der Kriegsteilnehmer an der Weiterleistung der Kriegsdienste oder an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit durch die Verwundung verhindert; die andere Voraussetzung jedoch, daß das Kind auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914 unterstützt wird, ist infolge der Entlassung aus dem Heeresdienst nicht mehr gegeben.

Aus dieser Fassung des § 3 ergibt sich eine vermutlich nicht gewollte Benachteiligung der unehelichen Kinder, denn es dürfte nicht zweifelhaft sein, daß die Ehefrau eines wegen Invalidität entlassenen Kriegsteilnehmers Anspruch auf Reichswochenhilfe hat. Mit § 3 der Verordnung war aber doch die Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen aus Gründen der Bevölkerungspolitik beabsichtigt.

Wir bitten daher um Auskunft, ob in dem vorliegenden Falle ein Anspruch an den Lieferungsverband besteht. Sollte diese Frage verneint werden, so bitten wir, durch eine Bundesratsverordnung diese Lücke auszufüllen.

Antwort: § 3 der Bekanntmachung vom 23. April 1915 macht die Gewährung der Wochenhilfe an die unehelichen Kinder von Kriegsteilnehmern von der Gewährung der Mannschaftsunterstützung hauptsächlich aus dem Grunde abhängig, daß auf diese Weise ein leicht erkennbares Merkmal für die Vaterschaft des Kriegsteilnehmers geboten ist. Dieses Merkmal ist auch dann noch gegeben, wenn der Kriegsteilnehmer infolge von Verwundung oder Krankheit aus dem Kriegsdienst ausgeschieden und an der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit behindert ist, sofern die Unterstützung bis zum Zeitpunkte des Ausscheidens gewährt worden ist. Die Gewährung der Wochenhilfe in solchen Fällen entspricht daher der Absicht der Bundesratsverordnung, und ich würde trotz der in dieser Beziehung nicht völlig zweifelsfreien Wortfassung des § 3 a. a. O. gegen Entscheidungen der Lieferungsverbände, die in diesem Sinne ergehen, meinerseits keine Bedenken geltend zu machen haben. Allerdings soll die Gewährung der Mannschaftsunterstützung zugleich als Beweis dafür dienen, daß Mutter und Kind bedürftig sind. Die Fortdauer des letzteren Zustandes wird aber dann, wenn die Unterstützung nur wegen des Ausscheidens des Vaters aus dem Kriegsdienst eingestellt ist, in der Regel unbedenklich angenommen werden können. Wegen entsprechender Mitteilung an die Lieferungsverbände habe ich das Erforderliche veranlaßt.

c) Die neueren Vorschriften.

α) VO., betr. Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges. Vom 1. März 1917. (RGBl. 200.)

[BR.] I, II . . .

III. Die Wochenhilfe nach § 3 der Bekanntmachung vom 23. April 1915 (RGBl. 257) ist auch für das uneheliche Kind eines Kapitulanten zu gewähren, wenn seine Verpflichtung zur Gewährung des Unterhalts an das Kind festgestellt und die Mutter minderbemittelt im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 jener Bekanntmachung ist.

IV. Diese Vorschriften treten mit dem Tage ihrer Verkündung [2. 3.] in Kraft.

Preuß. Verfügung v. 31. März 1917, betr. Kriegswochenhilfe für uneheliche Kinder von Kriegskapitulanten. (MBl. 86.)

Durch Abschnitt III der am 2. März 1917 in Kraft getretenen Verordnung vom 1. ds. Mts. betr. Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges (RGBl. 200ff.) ist bestimmt worden, daß die Wochenhilfe nach § 3 der Bek. v. 23. April 1915 (RGBl. 257) auch für das uneheliche Kind eines Kapitulanten zu gewähren ist, wenn seine Ver-

pflichtung zur Gewährung des Unterhalts an das Kind festgestellt und die Mutter minderbemittelt im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 jener Bek. ist. Die Feststellung der Verpflichtung des Kapitulanten als Vater zur Gewährung des Unterhalts für das Kind wird in der gleichen einfachen Weise getroffen werden können, welche die Praxis bei Handhabung des § 2c des Ges. vom 4. August 1914 (RGBl. 332) für ausreichend erachtet hat. (Vgl. Abs. 1 und 2 des Runderlasses v. 17. Februar 1915 — V 1812, MBl. 15, 48 [zu vgl. auch Bd. 1, 864; 2, 363].) Der Beweis dafür, daß die Mutter des Kindes minderbemittelt ist, muß wie angegeben, nach Abs. 2 Nr. 2 des § 2 der Bek. v. 23. April 1915 geführt werden, da es auf das Einkommen des Vaters vor dem Diensteintritt (Nr. 1 das.) nicht ankommt.

β) Bek., betr. Erhöhung des Wochengeldes. Vom 6. Juni 1917. (RGBl. 477.)

[BR.] § 1. Der Betrag des Wochengeldes, welches nach den Bekanntmachungen vom 3. Dezember 1914, 28. Januar und 23. April 1915 (RGBl. 1914 S. 492, 1915 S. 49, 257) für Rechnung des Reichs weiterhin zu zahlen ist, wird von einer Mark auf ein und eine halbe Mark täglich erhöht.

§ 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [8. 6.] in Kraft.

(Bek. Nr. 8 in Bd. 1, 859; Ges. Nr. 9 in Bd. 1, 860.)

10. Familienunterstützung.

(Gesetze u. Bek. a bis e in Bd. 1, 861 ff.; 2, 363 ff.; 3, 629 ff., 1020; zu vgl. auch Bd. 4, 812.)

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 1, 862; 2, 363; 3, 630.

Liebrecht, Die Preuß. Ausführungsbestimmungen zum FamUG. und zur VRVO. v. 21. Januar 1916, PrVerwBl. 38 471 ff., 493 ff. — Marcus, Unterstützung von Kriegerfamilien nach deutschem Rechte, ZBlFG. 17 477.

1. SächsA. 17 272 (LG. Dresden). Die an die Angehörigen eines (gefallenen) Kriegsteilnehmers gezahlte Familienunterstützung gilt insoweit sie auf den Zeitraum von länger als 3 Monaten nach dem Tode des Kriegsteilnehmers gewährt worden ist, auch dann als Vorschußleistung auf die Hinterbliebenenrente, wenn der Tod des Kriegsteilnehmers vor dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes vom 30. September 1915 (RGBl. 629) eingetreten ist.

2. PrVerwBl. 38 465 (BAHW.). Das Familienunterstützungsgesetz macht keinen Unterschied zwischen ausländischen und inländischen Staatsangehörigen. Seine Vorschriften erstrecken sich daher auf die Sicherstellung der Angehörigen aller von dem Gesetze überhaupt betroffenen Kriegsteilnehmer ohne Unterschied ihrer Staatsangehörigkeit. Die Kriegsteilnehmer sollten schlechthin der Sorge für die Person ihrer Angehörigen enthoben sein. Dabei kann die Frage der oft von Zufälligkeiten abhängigen Staatsangehörigkeit keine Rolle spielen. Und wenn der Kriegsteilnehmer, wie es im vorliegenden Falle als möglich bezeichnet wird, selbst Ausländer sein sollte, so können ihm, da er im deutschen Heere steht, nicht die Rechte vorenthalten werden, die den deutschen Kriegsteilnehmern gesetzlich zugesichert sind. Der Entschluß eines Ausländers, im deutschen Heere zu dienen, kann nicht geringer bewertet werden, als die Erfüllung der gesetzlichen Dienstpflicht durch deutsche Reichsangehörige. Demgegenüber kann der Gesichtspunkt, daß es sich um Kriegsaufwand handele, der jedenfalls feindlichen Ausländern nicht zugute kommen dürfe, dann nicht maßgebend sein, wenn sich die Angehörigen im Inlande befinden und die Zahlungen an sie deshalb nicht dem gesetzlichen Verbot der Zahlungen in das Ausland (vgl. für Rußland Zahlungsverbot v. 19. November 1914, RGBl. 479, v. 20. Dezember 1914, RGBl. 550) unterliegen.

3. Baumann, PrVerwBl. 38 406. Bei vorübergehendem Aufenthalt muß zweifellos der ursprünglich verpflichtete Lieferungsverband auch die am neuen Aufenthaltsorte

geborenen Kinder unterstützen. Ist die Familie dagegen in der Absicht verzogen, sich dauernd an dem neuen Aufenthaltsorte aufzuhalten, so muß der Lieferungsverband des neuen Aufenthaltsortes für die in seinem Bezirk geborenen Kinder die Zahlung der Familienunterstützung übernehmen, da eine andere Regelung dem § 4 des Familienunterstützungsgesetzes und § 8 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 widersprechen würde, nach denen derjenige Lieferungsverband zuständig ist, in dessen Bezirk die unterstützungsberechtigte Person zu Beginn ihres Unterstützungsanspruches ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

In dem letzteren Falle müßte der neue Lieferungsverband die Unterstützung für die in seinem Bezirk geborenen Kinder übernehmen, gleichgültig ob der Zuzug aus berechtigten und dringenden Gründen erfolgte.

Allgemeine Grundsätze.

(zu vgl. auch Bd. 4, 812).

1. Verfügung des Reichskanzlers vom 6. März 1917, betr. allgemeine Grundsätze für die Bewilligung von Familienunterstützung. (MBl. 82.)

Die Reichsleitung hat stets den Standpunkt vertreten und zu wiederholten Malen eindringlichst darauf hingewiesen, daß bei Prüfung der Anträge auf Familienunterstützung weitgehendes Wohlwollen gezeigt und jede Engherzigkeit vermieden werden solle. An dieser Auffassung hat sich nichts geändert. Auch jetzt noch wird es für unbedingt erforderlich erachtet, daß für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer in jeder Hinsicht ausreichend gesorgt wird. Die an der Front kämpfenden Männer, die tagtäglich ihr Leben für das Vaterland einsetzen, haben Anspruch darauf, der Sorge um die Ihrigen daheim enthoben zu sein. Sie müssen das Bewußtsein in sich tragen, daß ihre Familien, für die sie selbst jetzt nicht zu schaffen vermögen, keine Not leiden, sondern erhalten, was für den Lebensunterhalt usw. erforderlich ist.

Wenn somit das Reich seine Pflicht gegenüber den Angehörigen der Kriegsteilnehmer in weitgehendster Weise erfüllen muß, so müssen aber auch die Angehörigen der Pflichten eingedenk sein, die in dieser ernsten Zeit jeder gegen das Vaterland hat. Es hat aber den Anschein, als ob dies nicht durchweg der Fall ist. Von verschiedenen Seiten, insbesondere aus ländlichen Bezirken, ist unter aller Anerkennung der Gewissenhaftigkeit anderer Kriegerfrauen, Klage darüber geführt, daß sich ein Teil der Kriegerfrauen, und zwar selbst solche, die früher stets auf Arbeit gegangen sind, nicht zur Übernahme von Arbeit bereit finden ließen, trotzdem sie körperlich und nach ihren gesamten Verhältnissen dazu sehr wohl imstande seien. Auch sollen sich vielfach Frauen geweigert haben, ihre Kinder, die früher stets auf Arbeit gegangen und auch dazu kräftig genug sind, in der Zeit der größten Arbeitshäufung bei den so unbedingt der Förderung bedürfenden landwirtschaftlichen Arbeiten mithelfen zu lassen.

Ein solches Verhalten kann in den jetzigen Zeiten, wo es im Interesse des wirtschaftlichen Durchhaltens auf jede einzelne Arbeitskraft ankommt, und wo jeder einzelne, wer es auch sein möge, die Pflicht hat, nach seinen Kräften mitzuarbeiten, nicht gebilligt werden. Wo derartige Fälle vorkommen, wird es daher die Pflicht der Behörden sein, nötigenfalls einzugreifen. Weigern sich Kriegerfrauen, die nach ihren häuslichen Verhältnissen abkömmlich sind und körperlich zu arbeiten vermögen, vor allem junge alleinstehende Kriegerfrauen, zu arbeiten, so wird angenommen werden können, daß sie dann auch der Familienunterstützung zum Durchkommen nicht bedürfen. Es wird deshalb, auch im Interesse der Allgemeinheit und mit Rücksicht auf die gewissenhaft ihre vaterländische Pflicht erfüllenden Frauen, zu rechtfertigen sein, bei diesen Kriegerfrauen zur Einziehung der Familienunterstützung zu schreiten. Selbstverständlich darf dies nur nach reiflicher Prüfung und auch nur geschehen, nachdem die Frauen auf ihre Pflicht unter Mitteilung der Folgen ernsthaft hingewiesen sind. Die Kriegerfrauen tragen selbst die Schuld daran, wenn sie durch ihr Verhalten ein solches Vorgehen der Behörden herausfordern und müssen dann auch die Folgen tragen.

Wird somit Kriegerfrauen, die sich trotz vorhandener Möglichkeit und Fähigkeit dauernd ihrer Pflicht zu arbeiten entziehen, die Familienunterstützung nicht weiter zu gewähren sein, so werden die Lieferungsverbände auf der anderen Seite bei Frauen, die ihre Pflicht in jeder Weise tun und womöglich trotz schwieriger häuslicher Verhältnisse sich durch ihrer Hände Arbeit noch etwas hinzu erwerben, nicht engherzig zu verfahren haben. Die Familienunterstützung wird ihnen nicht etwa mit Rücksicht auf den Arbeitslohn ohne weiteres entzogen oder gekürzt werden dürfen. Bei Berücksichtigung der schwierigen Ernährungsverhältnisse und teuren Lebensbedingungen, die zurzeit herrschen, wird sie ihnen vielmehr, auch im Interesse der besseren Ernährung der Kinder, im wesentlichen auch dann zu belassen sein, wenn eine Bedürftigkeit nicht ganz zweifellos vorliegen sollte. Ein solches Vorgehen ist auch mit der Bestimmung des Gesetzes, daß die Bedürftigkeit bei Gewährung der Familienunterstützung maßgebend sein soll, durchaus in Einklang zu bringen, da den Kriegerfrauen durch Übernahme von Arbeit meist auch besondere Ausgaben, z. B. durch Mehrverbrauch an Kleidung, für Stellvertretung im Haushalt u. dgl. erwachsen werden. Die Lieferungsverbände werden daher die Frage, ob bei Übernahme von Arbeit die Familienunterstützung ganz fortfallen oder gekürzt werden kann, nach Lage der gesamten Verhältnisse prüfen müssen. Allgemeine Anordnungen lassen sich in dieser Hinsicht nicht treffen, zumal auch bei der Gewährung von Zusatzunterstützungen in den einzelnen Lieferungsverbänden ganz verschieden verfahren wird. Als Grundsatz wird für alle Lieferungsverbände gelten können, daß von dem Arbeitsverdienste der Kriegerfrauen bei Prüfung der Bedürftigkeit ein Teil, vielleicht 50 v. H., überhaupt außer Betracht zu lassen ist. Auch wird noch zu beachten sein, daß, falls eine Frau gezwungen ist, außerhalb ihres Wohnortes Arbeit zu nehmen und somit doppelten Haushalt zu führen, ihr dadurch auch besondere Unkosten erwachsen. Für diese Fälle würde der in meinem Schreiben vom 9. Januar 1917 — I. A. 335 — bezüglich der zur Arbeit entlassenen Heerespflichtigen aufgestellte Grundsatz, daß die dadurch entstehenden Mehrkosten mit 2 Mark für den Tag in Ansatz zu bringen sind, zur Richtschnur genommen werden können.

Ich darf ergebenst ersuchen, die Lieferungsverbände hiernach mit entsprechender Anweisung zu versehen. Es wird ihnen zur Pflicht zu machen sein, auf der einen Seite alle Härten zu vermeiden, andererseits aber auch da wirklich einzuschreiten, wo tatsächlich unberechtigte Arbeitsverweigerungen festgestellt sind.

2. Verfügung des Reichskanzlers vom 9. März 1917, betr. Familienunterstützung für die Familien von Entlassenen im Falle der späteren Rentengewährung. (MBl. 84.)

Es ist die Frage aufgeworfen, ob Familien, die auf Grund des Familienunterstützungsgesetzes unterstützt werden, und deren Angehörige aus dem Heere ohne Rente entlassen sind, Anspruch auf Gewährung von Familienunterstützung auf die Dauer von drei Monaten gemäß § 9 der VO. vom 21. Januar 1916 (RGBl. 55) noch geltend machen können, wenn den Angehörigen später eine Rente zugebilligt wird.

Mit den beteiligten Ressorts ist dahin Übereinstimmung erzielt, daß der Anspruch mit Recht erhoben werden könne, wenn die Rente nachträglich vom Tage der Entlassung ab gewährt werde, dagegen nicht, wenn die Rente erst von einem späteren Zeitpunkt ab fällig sei.

Ich darf ergebenst ersuchen, die Lieferungsverbände mit dementsprechender Anweisung zu versehen, damit einheitlich in Fällen der fraglichen Art verfahren wird.

Dabei erlaube ich mir noch darauf hinzuweisen, daß die Unterstützungen an die Familien Entlassener allgemein nicht über die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung bezahlt werden dürfen. Es wird also der halbe Monat, für den gemäß VO. vom 3. Dezember 1916 (RGBl. 1323) die Familienunterstützung nach der Entlassung noch zu zahlen ist, auf die drei Monate anzurechnen sein, während welcher nach § 9 der VO. vom 21. Januar 1916 (RGBl. 55) Familienunterstützungen noch zu gewähren sind.

3. Preuß. Verfügung vom 20. März 1917, betr. Fürsorge für Familien von entlassenen, in militärische Krankenanstalten aufgenommenen Mannschaften usw. (MBl. 85.)

Euerer usw. erwidere ich auf den Bericht vom usw. ergebenst, daß entlassene Mannschaften, die später zur ärztlichen Behandlung in militärische Krankenanstalten überwiesen werden, nicht als wieder in den Heeresdienst einberufen gelten. Die Familien derselben haben demgemäß für die Dauer dieser Behandlung keinen gesetzlichen Anspruch auf Familienunterstützung.

Das dortige Bezirkskommando ist von dem Herrn Kriegsminister entsprechend verständigt worden.

Bemerkt wird hierbei, daß nach § 36 Nr. 1 Abs. 2 des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. Mai 1906 denjenigen Rentenberechtigten, die Ernährer von Familien sind, während der Dauer ihres Aufenthalts in militärischen Krankenanstalten die Rente nach Bedürfnis ganz oder zum Teil zur Bestreitung des Unterhalts ihrer Familien zu gewähren ist. Die Entscheidung hierüber steht gemäß Ziffer 6 der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats den Generalkommandos zu. Der Antrag auf Bewilligung ist bei dem zuständigen Bezirksfeldwebel zu stellen. Die neben der Rente etwa gewährten Versorgungsgebührnisse (Kriegszulage, Verstümmelungszulage) bleiben während des Aufenthalts in der Krankenanstalt unverkürzt zahlbar.

Da der Arbeitsverdienst während dieser Zeit wegfällt, geraten die Familien trotz der Ansprüche aus dem Mannschaftsversorgungsgesetz nicht selten in Not. Es wird daher Aufgabe der Gemeinden sein, die betreffenden Familien nötigenfalls im Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu unterstützen. Die öffentliche Armenpflege kann in solchen Fällen nicht in Betracht kommen.

4. Preuß. Verfügung vom 4. April 1917, betr. Fürsorge für verwitwete Kriegerfrauen usw. (MBl. 85.)

Von verschiedenen Seiten ist darauf hingewiesen worden, daß sich verwitwete Kriegerfrauen infolge der nicht unwesentlichen Erhöhung der Familienunterstützung mit ihren Rentenbezügen zum Teil schlechter ständen, als während der Zeit des Bezuges der Familienunterstützungen, und daß die mit dem Verlust des Ernährers und dem Einsetzen der Renten verbundene Verminderung der Bezüge vielfach Mißstimmung errege.

Den Frauen und Kindern gefallener Krieger Ausgleichsunterstützungen in Form von Zuschüssen zu den Rentenbezügen zu gewähren, erscheint nicht angängig, da sich auch die Kriegspensionäre, die sich während ihrer aktiven Dienstzeit besser gestanden haben, mit den durch ihre Pensionierung bzw. Invalidisierung gegebenen Verhältnissen abfinden müssen.

Die verwitweten Kriegerfrauen und ihre Familien dürfen jedoch nicht in Not geraten. Es ist daher unerläßlich, daß sie im Falle der Bedürftigkeit neben den Hinterbliebenenbezügen von den Gemeinden im Wege der Kriegswohlfahrtspflege unterstützt werden.

Diese Zuwendungen werden aber nicht nach bestimmten Sätzen, etwa in Höhe des Unterschiedsbetrages zwischen den früheren Familienunterstützungen und den Hinterbliebenenbezügen, sondern nach dem jeweiligen Grade der Bedürftigkeit auf Grund pflichtmäßigen Ermessens zu bewilligen sein.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, daß die Familienunterstützungen an die nicht versorgungsberechtigten Angehörigen eines in den Heeresdienst Eingetretenen, auch wenn er während des Krieges Selbstmord begangen hat, bei fortgesetzter Bedürftigkeit gemäß § 10 Absatz 5 Satz 1 des Familienunterstützungsgesetzes so lange weiter zu gewähren sind, bis die Formation, welcher der Verstorbene angehörte, auf den Friedensfuß zurückgeführt oder aufgelöst wird.

5. Erlaß des Reichskanzlers vom 21. Juni 1917. (Kriegsamt Nr. 23 S. 7.)

(Erlaß an sämtliche Bundesregierungen und an den Herrn Statthalter in Elsaß-Lothringen.)

Bei Auslegung der Bestimmungen auf dem Gebiete des Familienunterstützungsgesetzes sind in verschiedener Hinsicht Zweifel entstanden, deren Beseitigung behufs einer einheitlichen Auslegung der Vorschriften erwünscht erscheint.

Ich beehre mich daher, die diesseitige Stellungnahme zu folgenden Punkten mitzuteilen:

1. Ist die Familienunterstützung während der Beurlaubung fortzugewähren?

Die Familienunterstützungen sind den Angehörigen der in den Dienst eingetretenen Mannschaften nicht nur für die Dauer der zeitweiligen Beurlaubung in die Heimat infolge Erkrankung oder Verwundung (§ 10 Abs. 4 FUG.), sondern allgemein zu zeitweiligen Beurlaubungen bis zu einem Monat, das ist eine Zeit, über welche hinaus Urlaub aus wirtschaftlichen Gründen in der Regel nicht gewährt zu werden pflegt, zu zahlen. Es ist dabei gleichgültig, ob die Beurlaubung zur Erholung, zur Besorgung häuslicher Geschäfte oder dgl. erfolgt.

Übersteigt der Urlaub einen Monat, so ist die Weiterzahlung der Unterstützung von dem Nachweise der Bedürftigkeit abhängig zu machen . . .

Die Ersatztruppenteile sind angewiesen, abgesehen von allen Beurlaubungen bis zur Entlassung, die Heimatbehörden nur bei den die Dauer von einem Monat übersteigenden Beurlaubungen zu benachrichtigen.

Bei Beurlaubungen bis zur Entlassung ist die Weiterzahlung der Familienunterstützung allgemein von dem Vorliegen der Bedürftigkeit abhängig zu machen. Bemerkt wird jedoch, daß die Halbmonatsrate und die Dreimonatsrate (Nr. 2 der Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1916 (RGBl. 1323) und § 9 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 (RGBl. 55) auch dann zu zahlen sind, wenn die Familienunterstützung während der Zeit dieser Beurlaubung infolge Wegfalls der Bedürftigkeit nicht gewährt sein sollte (s. Ziffer 5).

2. Welche Hinterbliebenenbezüge können für die gezahlten Familienunterstützungen in Anspruch genommen werden? Wie ist etwaiger Ausfall zu decken?

Die Familienunterstützungen nach § 10 Abs. 6 des Gesetzes vom 28. Februar 1888/30. September 1915 sind, unbekümmert um die Bedürftigkeit, während dreier Monate neben den Hinterbliebenenbezügen unverkürzt weiter zu gewähren. Für diese drei Monate kommt eine Verrechnung nicht in Frage. Für die über diese Zeit hinaus gezahlten Familienunterstützungen können nur die Rentenbezüge in Anspruch genommen werden, die den Berechtigten für die Zeit zustehen, für die sie bereits Familienunterstützung gezahlt erhalten haben. Die laufenden Renten nach dieser Zeit für die gezahlten Familienunterstützungen einzubehalten, erscheint nicht zulässig.

3. Anrechnung von Arbeitgeberbeihilfen auf die rückständigen Rentenbezüge.

Eine Anrechnung der an die Familien früherer Lohnempfänger über den Todesmonat hinaus gewährten Arbeitgeberbeihilfen auf die rückständigen Rentenbezüge erscheint, gleichviel, ob sie vom Reiche, vom Staat, Kommunalverbänden oder privaten Arbeitgebern gegeben sind, nicht statthaft.

4. Kann die Auszahlung der Halbmonatsraten mehrmals erfolgen? (Bundesratsverordnung vom 9. Dezember 1916 — RGBl. 1323 —.)

Kommt ein Heerespflichtiger mehrfach zur Entlassung, so hat er auch bei jeder Entlassung Anspruch auf Auszahlung der Halbmonatsrate.

5. Ist die Gewährung der Halbmonatsrate (Bundesratsverordnung vom 9. Dezember 1916 — RGBl. 1323 —) und der Familienunterstützung auf die Dauer von drei Monaten (§ 9 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 — RGBl. 55 —) vom Vorhandensein der Bedürftigkeit abhängig?

Die Halbmonatsrate ist, unbekümmert um das Einkommen und etwaigen Arbeitsverdienst des Entlassenen, mit Rücksicht auf die früher bei Gewährung der Familienunterstützung festgestellte Bedürftigkeit zu gewähren.

In gleicher Weise ist auch die Familienunterstützung an die Angehörigen der mit Renten aus dem Heeresdienste Entlassenen gemäß § 9 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 (RGBl. 55) ohne Nachprüfung der Bedürftigkeit während dreier Monate weiter zu zahlen.

6. Wie ist hinsichtlich der Fortgewährung der Familienunterstützung bei Aufenthaltswechsel zu verfahren?

Ziehen Familien Heerespflichtiger, die bereits Familienunterstützung erhalten haben, an einem Orte zu, so hat der Lieferungsverband des Zuzugsortes, bevor er Zusatzunterstützung gewährt, bei dem Lieferungsverbande des bisherigen Aufenthaltsortes und, falls dieser nicht zugleich der endgültig verpflichtete ist, auch bei letzterem, Rückfrage zu halten, ob der Aufenthalt aus berechtigten und dringenden Gründen gewechselt ist (§ 6 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 — RGBl. 55 —). Im Falle der Verneinung steht die Entscheidung, in welcher Höhe Unterstützung zu gewähren ist, dem endgültig verpflichteten Lieferungsverbande zu. Im Falle der Bejahung hat der Lieferungsverband des neuen Aufenthaltsortes über die angemessene Erhöhung der Unterstützung Beschluß zu fassen, jedoch nach Verständigung mit dem endgültig verpflichteten Lieferungsverbande.

Haben zuziehende Familien noch keine Unterstützung erhalten, so hat der Lieferungsverband des neuen Aufenthaltsortes zwar einstweilen die Unterstützung nach dem Grade der Bedürftigkeit festzusetzen. Er muß sich aber möglichst umgehend mit dem endgültig verpflichteten Lieferungsverband ins Einvernehmen setzen, insbesondere auch darüber, ob der Zuzug aus berechtigten und dringenden Gründen erfolgt ist (§ 6 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916, Abs. 2). Bezüglich der Festsetzung der Höhe der Unterstützung ist dann der Lieferungsverband des neuen Aufenthaltsortes oder der endgültig verpflichtete zuständig, je nachdem der Aufenthalt aus berechtigten Gründen gewechselt ist oder nicht.

7. Welcher Lieferungsverband hat für Kinder aufzukommen, die an einem anderen Aufenthaltsorte geboren sind, als dem des verpflichteten Lieferungsverbandes?

Nach dem Grundsatz der Familieneinheit wird auch für nachgeborene Kinder der Lieferungsverband endgültig einzutreten haben, der zur Unterstützung der übrigen Familienmitglieder des Heerespflichtigen verpflichtet ist. Ändern sich die Verhältnisse der Familie durch die Geburt des Kindes, so wird eine erneute Prüfung der Bedürftigkeit eintreten müssen.

8. Kann Anspruch auf Familienunterstützung auch nach dem Tode des Heerespflichtigen erhoben werden?

Nach § 10 des Familienunterstützungsgesetzes besteht die durch den Diensteintritt geschaffene Voraussetzung für den Anspruch auf Familienunterstützung, solange als nicht einer der a. a. O. angeführten Umstände (Auflösung oder Zurückführung der Formation auf den Friedensfuß, Rentenbezüge) eingetreten oder die Entlassung aus dem Heeresdienst erfolgt ist. Demgemäß ist, wenn nicht eine dieser Voraussetzungen für den Fortfall der Familienunterstützung gegeben ist, diese bei vorliegender Bedürftigkeit auch dann zu gewähren, wenn der Antrag erst nach dem Tode des Ernährers gestellt wird. Hierbei ist es gleichgültig, ob die Bedürftigkeit bereits vor oder erst nach dem Tode des Dienstpflichtigen entstanden ist.

9. Sind die Zuschüsse der Arbeitgeber bei Prüfung der Bedürftigkeit mit in Anrechnung zu bringen?

Grundsätzlich wird die Gewährung der Mindestsätze nicht mit Rücksicht auf die Arbeitgeberbeihilfen abgelehnt werden können. Immerhin wird bei der Prüfung der einzelnen Fälle der § 3 der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 nicht ganz außer acht gelassen werden dürfen, wonach ein Anspruch auf Familienunterstützung in der Regel nicht besteht, wenn der in den Dienst Eingetretene mit seiner Familie keinen Ausfall am

Einkommen erleidet oder, wenn sonstige Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß eine Unterstützung nicht benötigt wird.

Inwieweit bei Zusatzunterstützungen auf gewährte Arbeitgeberbeihilfen Rücksicht zu nehmen und diese entweder in geringerem Maße oder überhaupt nicht zu bewilligen sind, muß der Entscheidung der einzelnen Lieferungsverbände überlassen werden.

10. Vorschußweise Verauslagung der Familienunterstützung durch die Lieferungsverbände.

Einzelne Lieferungsverbände haben sich geweigert, an Personen, die aus dem Bezirke des unterstützungspflichtigen Lieferungsverbandes in ihren Bezirk übergesiedelt sind, auf Ersuchen des unterstützungspflichtigen Lieferungsverbandes die Auszahlung der Familienunterstützung vorschußweise gegen Ersatz am Jahresschluß oder bei Wegfall der Unterstützungsberechtigung zu übernehmen. Dadurch wird die Nachsendung der Unterstützungsbeträge an die Unterstützungsempfänger durch die Post erforderlich. Es erscheint zur Vermeidung unnötiger Kosten und im Interesse einer pünktlichen Auszahlung der Familienunterstützungen dringend erwünscht, daß sämtliche Lieferungsverbände die vorschußweise Auszahlung der Familienunterstützungen auf Ersuchen des endgültig verpflichteten Lieferungsverbandes für solche Personen übernehmen, die sich in ihrem Bezirke aufhalten. Hierfür spricht auch, daß der verpflichtete Lieferungsverband gar nicht in der Lage ist, die Unterstützungsfälle gedachter Art zu überwachen und den Eintritt von Veränderungen in den für die Unterstützung maßgebenden Verhältnissen zu berücksichtigen. Den Lieferungsverbänden wird, wenn dies für angängig erachtet wird, eine Verpflichtung zur vorschußweisen Auszahlung der Familienunterstützung aufzuerlegen sein.

11. Haben die Lieferungsverbände für Kosten der Fürsorgeerziehung aufzukommen?

Die Kosten der Fürsorgeerziehung werden aus öffentlichen Mitteln bestritten und sind als Armenunterstützung nicht anzusehen. Die Übernahme solcher Kosten auf die Lieferungsverbände für den Fall des Eintritts eines Angehörigen in den Heeresdienst wird daher nicht in Betracht kommen.

6. Verfügung des Reichskanzlers vom 24. Januar 1917, betr. Familienunterstützung an die Angehörigen von zu den Post- und Eisenbahnverwaltungen kommandierten Mannschaften. (MBl. 39.)

Die stellvertretenden Generalkommandos sind ermächtigt worden, zur Freimachung der noch zurückgestellten kriegsverwendungsfähigen Beamten, Angestellten und Arbeiter der Post- und Eisenbahnverwaltung, Mannschaften aus Ersatz- und Landsturmtruppen zu den Post- und Eisenbahnverwaltungen zu kommandieren.

Die Beorderung der Mannschaften erfolgt ohne militärische Gebührnisse. Sie werden von der Post- und Eisenbahnverwaltung nach den Besoldungssätzen der Stellen, in denen sie verwendet werden, abgefunden.

So weit als möglich werden die Beorderten an ihren früheren Wohnorten oder in deren Nähe Verwendung finden. Sie haben sich auf eigene Kosten unterzubringen und zu verpflegen. Bei etwaigen Beschädigungen finden die Militärversorgungsgesetze Anwendung.

Da die in Frage kommenden Heerespflichtigen hiernach nicht entlassen werden, sondern im Militärverhältnis bleiben, so steht den Angehörigen Familienunterstützung auf Grund des Gesetzes vom $\frac{\text{28. Februar 1888}}{\text{4. August 1914}}$ im Falle der Bedürftigkeit zu. Die Frage der Bedürftigkeit wird in allen Fällen von den Lieferungsverbänden einer Nachprüfung zu unterziehen sein. In den meisten Fällen dürften die gegenwärtigen allgemeinen hohen Löhne die Abkommandierten in den Stand setzen, aus ihrem Verdienste für ihre Familien ausreichend zu sorgen, so daß die Gewährung von Familienunterstützung nicht in Frage kommt. Es wird jedoch zu berücksichtigen sein, daß bei etwaigem verschiedenem Wohnsitz des Heerespflichtigen und seiner Familie Mehrkosten für den doppelten Haushalt entstehen.

und dadurch der Anspruch auf Fortgewährung der Familienunterstützung in manchen Fällen begründet erscheinen wird.

Um die Lieferungsverbände in den Stand zu setzen, die Frage der Fortgewährung oder Einstellung der Familienunterstützung rechtzeitig einer Nachprüfung zu unterziehen, sind die Truppenteile angewiesen worden, die Heimatbehörden (Landrat oder Magistrat) von der Kommandierung sofort zu benachrichtigen. Außerdem werden die Post- und Eisenbahnverwaltungen den Heimatbehörden in jedem Falle die Höhe der den kommandierten Mannschaften gezahlten Lohnsätze mitzuteilen haben, um ihnen die Nachprüfung zu ermöglichen.

Den Herrn Staatssekretär des Reichs-Postamts habe ich ersucht, die nachgeordneten Behörden dementsprechend zu verständigen. Bezüglich der Eisenbahnverwaltungen darf ich ergebenst ersuchen, soweit dies für den dortigen Bezirk in Frage kommt, das Weitere veranlassen zu wollen.

7. Verfügung des Reichskanzlers vom 1. Juni 1917, betr. Unterstützung der Angehörigen von zur Arbeitsleistung entlassenen Heerespflichtigen im Wege der Kriegswohlfahrtspflege. (MBl. 141.)

Die Bestimmungen des Rundschreibens vom 9. Januar 1917 — I. A. 335 — haben bei der praktischen Durchführung zu verschiedenen Bedenken Anlaß gegeben, auch bedürfen sie in mancher Hinsicht der Ergänzung. Ich beehre mich daher folgendes mitzuteilen:

1. Berechnung des Arbeitsverdienstes.

In dem Rundschreiben ist bestimmt worden, daß als Arbeitsverdienst ein Betrag anzunehmen sei, wie er bei regelmäßiger Arbeitszeit und normaler Arbeitsleistung verdient werden kann. Es war damit bezweckt, daß bei Berechnung des als Ausgleich für etwaige Ausfälle gegenüber den bisherigen Einnahmen des Heerespflichtigen zu gewährenden Betrags mindestens ein Lohn eingestellt würde, wie ihn der aus dem Heeresdienst Entlassene tatsächlich bei Ausnutzung der Arbeitszeit und seiner Arbeitskraft durchschnittlich verdienen kann. Die Bestimmung scheint nicht überall gleichmäßig ausgelegt zu sein. Insbesondere wird bei Anrechnung verdienter Löhne (durch Überschichten, Sonntagsschichten usw.) verschieden verfahren. Ich bemerke daher folgendes:

Den Verdienst des zur Arbeitsleistung Entlassenen allgemein wöchentlich oder monatlich nach seinem tatsächlichen Betrage zu berechnen und danach die Höhe der Unterstützung jedesmal erneut festzusetzen, ist mit Rücksicht auf die damit verbundene Belastung der Arbeitgeber- und Lieferungsverbände allgemein nicht angängig. Ist es vereinzelt durchführbar, so ist dagegen nichts einzuwenden. Es ist dann aber mindestens ein normaler Arbeitsverdienst (s. Abschnitt 1 dieser Nummer) der Berechnung zugrunde zu legen.

Im übrigen wird als Arbeitsverdienst ein Betrag anzunehmen sein, wie er bei der für den Betreffenden nach der Art seiner Beschäftigung üblichen Arbeitszeit und bei normaler Arbeitsleistung allgemein verdient wird, wobei der Verdienst für Sonntagsschichten und Überschichten mit in Rechnung zu stellen ist, soweit er gewöhnlich von Arbeitern der fraglichen Art in dem betreffenden Betriebe erzielt zu werden pflegt. Treten allgemeine Lohnerhöhungen oder Ermäßigungen ein, oder erfolgt ein Übergang des Entlassenen in eine andere besser oder schlechter gelohnte Arbeitsstelle (auch im gleichen Betriebe), so muß auf Grund des veränderten Lohnes eine Neufestsetzung der den Familien zu gewährenden Zuschüsse erfolgen.

Besonderes Augenmerk wird auf die Fälle zu richten sein, in denen Arbeiter zunächst gegen geringeren Lohn eingestellt werden, dann aber höhere Löhne, z. B. statt Tagelohn Akkordlöhne, nach Einarbeitung erhalten. Hier wird bei Eintritt der höheren Löhne der zu gewährende Ausgleich neu zu ermitteln sein.

2. Anrechnung der von den Entlassenen gezahlten Kassenbeiträge.

Die Kassenbeiträge sind von dem berechneten Arbeitsverdienst nicht in Abzug zu bringen.

3. Fälle von Krankheiten, Unfällen und unverschuldeter Arbeitslosigkeit.

Es erscheint erforderlich, daß für die Familien der zur Arbeit entlassenen Heerespflichtigen in Fällen der Erkrankung, von Unfällen oder unverschuldeter Arbeitslosigkeit gesorgt wird, da die Heerspflichtigen unter der Voraussetzung die Arbeit aufgenommen haben, daß sie sich mit ihren Familien nicht schlechter stehen würden, als während ihrer Zugehörigkeit zum Heere.

Es wird in diesen Fällen von den Bezügen auszugehen sein, die der Entlassene und seine Familie an Löhnung, freier Verpflegung, Familienunterstützung usw. vor Einstellung in die Arbeit gehabt hat. Diese Beträge werden entsprechend den in dem Rundschreiben vom 9. Januar 1917 gegebenen Grundsätzen zu berechnen und ihnen die dem Entlassenen selbst oder seiner Familie etwa gewährten Beträge gegenüberzustellen sein. Der Unterschied wird der Familie dann vergütet werden müssen.

Da der Heerespflichtige im Krankenhause freie Verpflegung hat, wird für die Krankenhausbehandlung entweder der Betrag von 45 M. monatlich, der den Entlassenen für Verpflegung und Bekleidung im Heere nach dem Rundschreiben zugute gerechnet werden soll, außer Ansatz zu lassen oder 45 M. werden der Familie als Einnahme durch Ersparnis an Verpflegung zu berechnen sein. Gibt diese Berechnung zu Bedenken Anlaß, so ist auch nichts dagegen einzuwenden, daß die Beträge eingesetzt werden, auf die der Entlassene und seine Familienangehörigen Anspruch haben würden, wenn die Behandlung nicht in einer Anstalt erfolgte.

Bei Unfällen ist in gleicher Weise wie in Fällen der Erkrankung zu verfahren, jedoch kann der Ausgleich nur so lange gewährt werden, bis eine etwaige Unfallrente zur Auszahlung gelangt. Die für die Zeit der Gewährung nachträglich gezahlte Unfallrente wird für die gewährten Beträge in Anspruch zu nehmen und hierüber eine Verständigung mit dem Unfallverletzten rechtzeitig herbeizuführen sein.

Wenn der Entlassene gezwungen ist, die Arbeit ohne sein Verschulden zeitweise zu unterbrechen (Störung bei Bauarbeiten durch Frost, bei Explosionen u. dgl.), so ist ihm auf Grund einer entsprechenden Bescheinigung des Arbeitgebers über die Dauer der Arbeitsunterbrechung nicht der entgangene Lohn, sondern ein Betrag als Ausgleich zu geben, der seinem früheren Einkommen vor Einstellung in die Arbeit (Familienunterstützung, Löhnung, freie Beköstigung usw.) entspricht.

4. Anwendung des Rundschreibens auf die zur Arbeit in die Landwirtschaft entlassenen Militärpersonen.

Der Ausgleich soll auch den zur Arbeit in die Landwirtschaft entlassenen Militärpersonen gewährt werden, jedoch nur dann, wenn die Entlassung nicht zur Beschäftigung im eigenen Betriebe erfolgt. Die dem Entlassenen etwa neben dem Arbeitslohn gewährten Naturalien, sowie freie Wohnung oder sonstige Bezüge sind mit in Rechnung zu stellen. Ihre geldliche Bewertung muß der Entscheidung der Lieferungsverbände überlassen bleiben.

5. Die für in Anstalten untergebrachte Familienangehörige vom Lieferungsverband gezahlten Beträge.

In Fällen, in denen der entlassene Heerespflichtige durch etwaige Anstaltspflege seiner Familienangehörigen erwachsenen Kosten vor seiner Einstellung in das Heer ganz oder zum Teil getragen hat, sind die dafür zu zahlenden Beträge, soweit diese Verpflichtung infolge seiner Entlassung wieder auflebt, bei Berechnung des bisherigen Einkommens als Familienunterstützung mit zur Anrechnung zu bringen.

6. Welche Heerespflichtige fallen unter das Rundschreiben vom 9. Januar 1917?

Das Rundschreiben hat nur auf die zur Arbeit entlassenen Mannschaften Anwendung zu finden. Auf die zur Arbeitsleistung beurlaubten und kommandierten Leute bezieht es sich nicht, da deren Familien das Recht auf Fortgewährung von Familienunterstützung für den Fall der Bedürftigkeit zusteht.

In Fällen, in denen zweifelhaft ist, ob Kommandierung, Beurlaubung oder Entlassung vorliegt, werden die Lieferungsverbände Rückfrage beim Truppenteil zu halten haben.

7. Nach der Entlassung Heerespflichtiger geborene Kinder.

Werden Heerespflichtigen nach ihrer Entlassung zur Arbeitsleistung noch Kinder geboren, so ist die Familienunterstützung für diese dem Einkommen vor der Entlassung hinzuzurechnen.

8. Personal der freiwilligen Krankenpflege.

Die Bestimmungen des Rundschreibens finden auch auf das zur Arbeitsleistung entlassene Personal der freiwilligen Krankenpflege Anwendung.

9. Wochenhilfe.

Eine Berücksichtigung der den Frauen Heerespflichtiger bei Zugehörigkeit zum Heere etwa gewährten Wochenhilfe kann bei der Berechnung des den Familien zu gewährenden Ausgleichs nicht in Frage kommen.

10. Krankenhauskosten für Angehörige.

Krankenhauskosten, die den Angehörigen eines zur Arbeit Entlassenen gewährt worden wären, wenn dieser im Heere verblieben wäre, werden bei Berechnung des Ausgleichs den Familien auf Antrag als früheres Einkommen mit zugute zu rechnen sein. In gleicher Weise sind auch die Kosten für ärztliche Behandlung, Arzneien, Beerdigungen usw. zu berücksichtigen.

11. Anrechnung der Unterstützungen früherer Arbeitgeber, die infolge Übernahme der Arbeit fortfallen.

Ein namhafter Teil der Familien Eingezogener bezieht Unterstützungen von den früheren Arbeitgebern des Ehemannes. Fallen diese infolge der Entlassung des Kriegsteilnehmers zur Arbeitsübernahme in einem bestimmten Betriebe fort, so wird der dadurch entstandene Ausfall bei der Bemessung der Ausgleichsunterstützung nicht in Rechnung gestellt werden dürfen, da es sich hier um eine freiwillige jederzeit widerrufliche Leistung handelt, die Ausgleichungsunterstützung aber nur bezweckt, den Kriegsteilnehmer gegen die Ausfälle zu sichern, die ihm dadurch entstehen, daß ihm oder seiner Familie Leistungen infolge seiner Entlassung entzogen werden, die das Reich zu seinen bzw. seiner Angehörigen Gunsten angeordnet hat.

Sollten allerdings Arbeitgeberbeihilfen bei Festsetzung der Familienunterstützung berücksichtigt und diese deshalb niedriger festgesetzt sein, so wird bei nachgewiesenem Fortfall der Arbeitgeberbeihilfen der Betrag an Familienunterstützungen bei Berechnung des Ausgleichs einzusetzen sein, der ohne Vorhandensein der Zuschüsse der Arbeitgeber gewährt worden wäre.

Dabei wird noch bemerkt, daß sich der Hinweis über Zurechnung etwaiger Unterstützungsbeträge der Arbeitgeber zum Arbeitslohne im Rundschreiben vom 9. Januar 1917 — I. A. 335 — selbstverständlich nur auf solche Beihilfen bezieht, die der neue Arbeitgeber, bei dem der Entlassene in Arbeit getreten ist, den Familien etwa gewährt.

8. Preuß. Verfügung, betr. Familienunterstützung an Familien der aus der Gefangenschaft zurückkehrenden deutschen Zivilgefangenen. Vom 13. Januar 1917. (MBl. 38.)

In entsprechender Anwendung der Ziffer 2 der Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1916[1]) (RGBl. 1323) und des Runderlasses vom 6. Dezember 1916 — V. 7617 — ist auch den Familien der aus der Gefangenschaft zurückkehrenden deutschen Zivilgefangenen vom 1. Dezember 1916 ab die Familienunterstützung noch auf die Dauer eines halben Monats nach dem Tage ihrer Rückkehr in die Heimat als außerordentliche

[1]) Bd. 3 S. 1020.

Unterstützung weiter zu gewähren. Als Tag der Rückkehr gilt der Tag, an dem die Betreffenden zum ersten Male wieder in Deutschland genächtigt haben.

Nach Einstellung der Zahlung der Kriegsfamilienunterstützung muß den auch fernerhin infolge Krankheit, Arbeitsunfähigkeit usw. der Ernährer bedürftigen Familien im Wege der Kriegswohlfahrtspflege geholfen werden.

9. Preuß. Verfügung vom 14. September 1916, betr. Unterstützung eingewanderter Familien von im russischen Kriegsdienst stehenden oder in deutscher oder österreichischer Gefangenschaft befindlichen Männern deutscher Abstammung. (MBl. 65.)

Die Reichsverwaltung hat sich damit einverstanden erklärt, daß in den in deutsches Gebiet eingewanderten Familien der im russischen Kriegsdienst stehenden oder in deutscher oder österreichischer Gefangenschaft befindlichen Männer deutscher Abstammung, auf die das Familienunterstützungsgesetz vom 28. Februar 1888/4. August 1914 nebst der Bundesratsverordnung vom 21. Januar d. J. (vgl. MinBl. 1916 S. 38) an sich zwar keine Anwendung findet, für den Fall und die Dauer der tatsächlichen Bedürftigkeit dennoch eine Unterstützung in Höhe der Familienunterstützung nach der Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 zu Lasten des Reichs gewährt wird.

Die Unterstützungen werden von den für den Aufenthaltsort der betreffenden Familien zuständigen Kreisbehörden, (Landräten, Oberamtmännern in Hohenzollern und ersten Bürgermeistern in Stadtkreisen) bewilligt und in halbmonatlichen Raten von den Königlichen Kreiskassen — in den zum Landespolizeibezirk Berlin gehörigen Stadtkreisen von der Polizeihauptkasse in Berlin — für Rechnung des Kapitals 6 der Ausgaben des außerordentlichen Reichsetats, Abschnitt III, im Voraus gezahlt. Bei einem Verzuge der Familien innerhalb der preußischen Landesgrenzen sind die Kreisbehörden des neuen Aufenthaltsorts für die Weiterbewilligung der Unterstützungen zuständig.

Zu den von den Kreisbehörden zu erlassenden Zahlungsanweisungen kann, wie bei den Aufwandsentschädigungen, unter entsprechender Bezeichnung des Gegenstandes der Zahlung der Vordruck Nr. 113, Anlage 15 zur RO., benutzt werden.

Die Kreiskassen haben die gezahlten Unterstützungsbeträge im Oktober und April jeden Jahres, zum ersten Male im April 1917, der Regierungshauptkasse anzurechnen, während die Regierungshauptkasse sie demnächst der Reichshauptkasse im Abrechnungswege aufrechnet. In gleicher Weise hat die Polizeihauptkasse hinsichtlich der von ihr gezahlten Beträge zu verfahren.

In analoger Anwendung des Erlasses vom 12. Juni 1914 — M. d. F. V. 1401, F.-M. I. 7952 —[1]), betreffend Aufwandsentschädigungen, haben die beteiligten Kassen über die im verflossenen Halbjahr geleisteten Zahlungen Nachweisungen aufzustellen und nebst den Belegen vorzulegen.

Die Nachweisungen und Belege sind sodann bis zum 15. Mai und 15. November jeden Jahres von den Herren Regierungspräsidenten und dem Herrn Polizeipräsidenten hierselbst dem Herrn Reichskanzler (Reichsamt des Innern) Berlin W 8, Wilhelmstr. 74, unmittelbar einzureichen.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister ersuche ich ergebenst, hiernach gefälligst das Weitere alsbald zu veranlassen.

10. Preuß. Verfügung vom 10. Februar 1917, betr. Unterstützung eingewanderter Familien von in russischem Kriegsdienst stehenden oder in deutscher oder österreichischer Gefangenschaft befindlichen Männern deutscher Abstammung. (MBl. 63.)

Im Anschluß an den Runderlaß vom 14. September 1916 — V. 5233 — wird darauf hingewiesen, daß den in deutsches Gebiet eingewanderten Familien der in russischem Kriegsdienst stehenden oder in deutscher oder österreichischer bzw. ungarischer Gefangen-

[1]) Dieser Erlaß ist im MinBl. nicht veröffentlicht. Er enthält in der Hauptsache nähere Anweisungen für die Kreis- und Regierungs-Hauptkassen.

schaft befindlichen Männer deutscher Abstammung bei Bedürftigkeit Unterstützungen in der durch Ziffer 1 der Bundesratsverordnung vom 3. Dezember 1916 (RGBl. 1323) festgesetzten Höhe bis einschließlich April 1917 gewährt werden können. Auch die erhöhten Sätze werden aus Reichsmitteln erstattet werden.

Die Unterstützungen können vom Tage der Antragstellung, keinesfalls aber von einem früheren Zeitpunkte ab bewilligt werden. Die Zahlung ist einzustellen, sobald eine Bedürftigkeit der Rückwandererfamilien nicht mehr vorliegt. Verstirbt der Ernährer, so ist nur noch die betreffende Halbmonatsrate zuständig. Bis zum Friedensschlusse können die Unterstützungen in diesem Falle nicht weitergezahlt werden, da die Rückwandererfamilien dadurch besser gestellt sein würden als diejenigen deutschen Familien, deren Ernährer krank oder erwerbsunfähig aus feindlicher Zivilgefangenschaft zurückkehren oder nach ihrer Rückkehr versterben.

Der Nachweis, daß der Ernährer in russischen Kriegsdiensten steht oder sich in Gefangenschaft befindet, wird sich oft schwer erbringen lassen. Auf die Beibringung dieses Nachweises kann indessen nicht verzichtet werden, sofern es sich um in Gefangenschaft befindliche Männer handelt, da hier die Möglichkeit der Feststellung durch die berufenen amtlichen Stellen besteht. Bei den angeblich in russischen Heeresdiensten stehenden Männern kann dagegen die Unterstützung auch ohne Nachweis angewiesen werden, wenn die Angaben der Ehefrau usw. im Einzelfalle glaubhaft erscheinen. Der Nachweis wird im allgemeinen auch durch die Vorlegung von Postkarten, Briefen usw. als geführt anzusehen sein.

Auch die Rückwandereigenschaft der zu unterstützenden Familien wird festzustellen sein. Walten in dieser Hinsicht Zweifel ob, so empfiehlt es sich, daß die die Unterstützung anweisenden Stellen mit dem „Fürsorgeverein für deutsche Rückwanderer" in Berlin W 35, Schöneberger Ufer 21, in Verbindung treten.

Kann hiernach die Unterstützung nicht mit der erforderlichen Schnelligkeit oder überhaupt nicht bewilligt werden, oder reicht sie in Fällen besonderer Not nicht aus, so wird den Familien von den Gemeinden im Wege der Kriegswohlfahrtspflege zu helfen sein.

11. Preuß. Verfügung vom 27. Februar 1917, betr. Zusatzunterstützungen zu den Mindestsätzen der Familienunterstützungen für ostpreußische Flüchtlingsfamilien.

(MBl. 62.)

Auf den Bericht vom 18. Januar d. Js. — I E. 162 — genehmige ich, daß in sinngemäßer Anwendung des Runderlasses vom 14. Dezember v. Js. — V. 7083[1]) — den ostpreußischen Flüchtlingsfamilien, die ohne berechtigte und dringende Gründe auch jetzt noch nicht nach ihrer Heimat zurückkehren, in Zukunft Zusatzunterstützungen zu den bestimmungmäßigen Mindestsätzen der Familienunterstützungen nur noch in der Höhe, die an ihrem gewöhnlichen Aufenthaltsorte im heimatlichen Lieferungsverbande notwendig sein würden, gezahlt werden. Eine Kürzung der Zusatzunterstützungen darf jedoch erst vorgenommen werden, nachdem den Flüchtlingsfamilien eine entsprechende Eröffnung gemacht worden und eine angemessene Frist, in der sie die Rückkehr in die Heimat bewerkstelligen können, vergangen ist.

Dieser Erlaß wird sämtlichen Lieferungsverbänden mitgeteilt werden.

12. Preuß. Verfügungen vom 8. und 12. März 1917, betr. Kriegselterngeld.

(MBl. 118.)

a) Kriegsministerium 8. 3. 17. 1. Die für den Beginn der gesetzlichen Witwen- und Waisenversorgung im § 29 Nr. 1 MHG. gegebene Vorschrift kommt in der Regel auch bei der Bewilligung von Kriegselterngeld zur Anwendung. Voraussetzung ist hierbei aber, daß die Bedürftigkeit der Eltern auch von vornherein bestanden hat. Stellt sich Bedürftigkeit dagegen erst später heraus, so ist Kriegselterngeld erst von diesem Zeitpunkte ab zu

[1]) Bd. 4, 812.

bewilligen. Insbesondere ist in den Fällen, in denen der Antrag auf Bewilligung von Kriegselterngeld erst geraume Zeit nach dem Tode des Kriegsteilnehmers gestellt worden ist, eine Bedürftigkeit für die Zwischenzeit dann nicht anzunehmen, wenn die Gesuchsteller ihren Lebensunterhalt bis dahin aus ihren Einkünften — zu denen auch Beiträge anderer Kinder zu rechnen sind — und dem Bezuge der Familienunterstützung haben bestreiten können. Durch diese Hinausschiebung des Zahlungsbeginns für das Kriegselterngeld hat die Militärverwaltung es zugleich in der Hand, die Nebeneinandergewährung von Kriegselterngeld und Familienunterstützung für die zurückliegende Zeit zu verhindern, wenn sie diese doppelte Versorgung nicht für erforderlich erachtet. Andererseits ist den Lieferungsverbänden dadurch, daß sie von den Zuerkennungen von Kriegselterngeld — oder bei nur „wesentlicher" Bestreitung des Lebensunterhaltes von Zuwendungen aus Kap. 84a — durch die Militärverwaltung benachrichtigt werden, Gelegenheit gegeben, für die Zukunft die Familienunterstützung der durch die Bewilligung aus Heeresmitteln veränderten Bedürftigkeit anzupassen oder sie ganz einzuziehen.

2. Ist mit Rücksicht auf eine ursprünglich angenommene „wesentliche" Unterhaltsbestreitung eine Zuwendung aus Kap. 84a gewährt worden und ergibt sich bei einer späteren Nachprüfung — etwa aus Anlaß eines Einspruchs, — daß die Voraussetzungen für die Zuerkennung von Kriegselterngeld erfüllt sind, so ist das Kriegselterngeld in der Regel von dem auf die neu zu erlassende Bewilligungsverfügung folgenden Monatsersten ab — unter gleichzeitigem Fortfall der bisherigen Zuwendung — zu gewähren. Für die zurückliegende Zeit hat es im allgemeinen bei der gezahlten Zuwendung zu bewenden, und zwar auch dann, wenn das Kriegselterngeld, wie wohl meistens, höher bemessen wird als die bisherige Zuwendung, sofern sich hieraus nicht eine besondere Härte ergibt.

3. Bei der Prüfung der Anträge auf Gewährung von Kriegselterngeld sind die Einkommens-, Erwerbs-, Vermögens- und Familienverhältnisse sämtlicher Kinder der Antragsteller auf das sorgfältigste zu klären. Insbesondere ist eingehend festzustellen, ob etwa schon weitere Söhne gefallen sind, vermißt werden oder sich in Gefangenschaft befinden, und ob und inwieweit an die Eltern für diese Söhne Zahlungen (Kriegselterngeld, Vermißtenlöhnung usw.) aus Heeresmitteln geleistet werden. (Vgl. auch Ziffer 8 des Erlasses vom 7. 4. 1916 — Nr. 5346/3. 16. C. 3 —).

b) M. d. J. 12. 3. 17. Vorstehenden Abdruck übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme.

Unter Bezugnahme auf den Runderlaß vom 30. Januar 1916 — V. 469 — (Schlußhinweis) bemerke ich, daß Familienunterstützungen neben dem Kriegselterngeld oder anderen, nicht auf Grund eines Rechtsanspruches von der Militärverwaltung an die Familienmitglieder gemachten Zuwendungen nach Maßgabe des § 10 Abs. 5 Satz 1 des Familienunterstützungsgesetzes weiter zu gewähren sind, wenn und solange tatsächlich Bedürftigkeit besteht. Eine gegenseitige Verrechnung dieser Bewilligungen, wie eine solche bei den Witwen- und Waisenrenten sowie den Versorgungsgebührnissen der Kriegsbeschädigten gegenüber den Familienunterstützungen unter den gesetzlichen Voraussetzungen zugelassen ist, ist nicht angängig.

Ich ersuche, die Lieferungsverbände gefälligst entsprechend zu verständigen.

13. Preuß. Verfügung vom 25. April 1917, betr. Familienunterstützung für die während des Krieges geborenen oder elternlos gewordenen Pflegekinder. (MBl. 119.)

Durch die Bundesratsverordnung vom 20. April d. Js. — RGBl. 371 —, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, werden die gemäß Abs. 3 des § 2 der Verordnung vom 21. Januar 1916 den Pflegekindern zustehenden Wohltaten auch den erst während des Krieges geborenen oder elternlos gewordenen Pflegekindern zugebilligt.

Um einer mißbräuchlichen Ausnutzung dieser Bestimmung möglichst vorzubeugen, ist bei Anträgen auf Gewährung von Familienunterstützungen für die während des Krieges

geborenen oder elternlos gewordenen Pflegekinder stets eingehend zu prüfen, ob tatsächlich die ernste Absicht vorliegt, ein wirkliches Pflegeverhältnis einzugehen, und ob die Unentgeltlichkeit gewährleistet ist.

Das Muster zu den Unterstützungsanträgen hat nunmehr auf der ersten Innenseite (Absatz 3 der vom Gemeinde-(Guts-)Vorstand bzw. Magistrat abzugebenden Bescheinigung) folgenden Wortlaut zu erhalten:

„Pflegeeltern und Pflegekinder werden unentgeltlich verpflegt. Das Pflegeverhältnis bestand bereits vor Beginn des gegenwärtigen Krieges bzw. sind die in Pflege genommenen Kinder während des Krieges geboren oder elternlos geworden."

Ferner wird die Reichsdruckerei bei den künftig erforderlich werdenden Neudrucken auf der Titelseite des Musters den Aufdruck „Die Mindestbeträge werden ..... festgesetzt" fortlassen.

Bei dieser Gelegenheit wird zur Beachtung in künftigen Fällen darauf hingewiesen, daß für die Familien der in das Heer oder die Marine eingetretenen Mannschaften ein für allemal der Lieferungsverband einzutreten hat, innerhalb dessen der Anspruch auf Familienunterstützung zuerst mit Recht hätte geltend gemacht werden können, unbekümmert darum, ob bei ihm ein entsprechender Antrag gestellt worden ist oder nicht. Der ursprünglich verpflichtete Lieferungsverband bleibt auch dann zur Zahlung der Unterstützung verpflichtet, wenn etwa die Bedürftigkeit einige Zeit fortgefallen ist und die Unterstützungsbedürftigkeit später an einem anderen Orte wieder hervortritt, d. h. also, daß Unterbrechungen der Unterstützungsbedürftigkeit keinen neuen Unterstützungsfall herbeiführen.

Dagegen ist in Fällen, in denen der Heerespflichtige zur Entlassung gekommen ist und die Familie inzwischen ihren Wohnsitz gewechselt hat, bei einer neuen Einberufung der Lieferungsverband des neuen Aufenthaltsortes unterstützungspflichtig. Bei etwaigen längeren Beurlaubungen bleibt indessen die Unterstützungspflicht des erstmalig verpflichteten Lieferungsverbandes im Falle der Wiedereinberufung zur Fahne bestehen.

Ich ersuche, die Lieferungsverbände gefälligst mit entsprechender Anweisung zu versehen.

l) Bek., betr. Abänderung der Bundesratsverordnung v. 21. Januar 1916 (RGBl. 55), betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften. Vom 20. April 1917. (RGBl. 371.)

[BR.] 1. An Stelle des ersten Satzes im Abs. 3 des § 2 tritt folgende Bestimmung:

Anspruch auf Unterstützung nach Abs. 1e besteht nur, wenn Entgelt nicht gezahlt wird. Das Pflegeverhältnis muß bereits vor Beginn des Krieges bestanden haben, es sei denn, daß die Pflegekinder erst während des Krieges geboren oder elternlos geworden sind.

2. Im § 4 Abs. 1 werden die Zahlen „15" durch „20" und „7,50" durch „10" ersetzt.

Die Bestimmung zu 1 tritt mit der Verkündung dieser Verordnung [23. 4.], zu 2 mit dem 1. Mai 1917 in Kraft.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 21. April 1917 Nr. 109 2. Ausg.)

Die Bestimmungen über die Unterstützung von Kriegerfamilien, die auf den Ges. vom 28. Februar 1888/4. August 1914 beruhen und namentlich durch die Bundesratsverordnung vom 21. Januar 1916 manche sozial bedeutungsvolle Ergänzung erfahren haben, werden durch eine soeben ergangene neue Verordnung des Bundesrats nach zwei Richtungen hin aufs neue erweitert.

Bisher war Pflegeeltern und Pflegekindern nur dann ein Anspruch auf Unterstützung gewährt, wenn das unentgeltliche Pflegeverhältnis bereits vor Beginn des

gegenwärtiges Krieges bestanden hatte. Diese Beschränkung sollte Mißbräuchen vorbeugen. Sie hat daneben aber auch die Wirkung gehabt, daß Kinder, die erst während des Krieges geboren sind und in ein Pflegeverhältnis kamen, der Wohltat jener Verordnung nicht teilhaftig werden konnten. Diese unerwünschte Folge wird durch die neue Verordnung beseitigt, die auch diesen Pflegekindern den Unterstützungsanspruch gibt und ihn zugleich denen gewährt, die während des Krieges elternlos geworden sind.

Eine zweite Verbesserung, die durch die neue Verordnung erzielt wird, betrifft die dauernde Festlegung der Sätze der Familienunterstützung auf 20 M. für die Ehefrauen und auf 10 M. für die sonstigen Angehörigen von Kriegsteilnehmern. Die Sätze beliefen sich früher (1914) auf 9 (bzw. 12) und 6 M., wurden dann gemäß der zunehmenden Teuerung (Januar 1916) auf 15 und 7,50 M. und schließlich (Dezember 1916) für die Zeit vom November 1916 bis April 1917 auf 20 M. und 10 M. heraufgesetzt. Damit nun nicht durch Herabsetzung dieser Sätze empfindliche Härten entstehen, gibt die neue Verordnung diesen erhöhten Sätzen dauernd Geltung.

(Ges. Nr. 11 in Bd. 1, 867; Nr. 12 in Bd. 2, 369)

13. Gesetz über Fürsorge für Kriegsgefangene. Vom 15. August 1917. (RGBl. 725.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

§ 1. Gesundheitsstörungen, welche deutsche Militärpersonen oder andere unter die deutschen Militärversorgungsgesetze fallende Personen in feindlicher Kriegsgefangenschaft erleiden, gelten als Dienstbeschädigungen im Sinne dieser Gesetze, wenn sie infolge von Arbeiten, zu denen die bezeichneten Personen verwendet werden, oder durch einen Unfall während der Verrichtung solcher Arbeiten eingetreten, oder wenn sie durch die der Kriegsgefangenschaft eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert worden sind. Die Angaben des Beschädigten, die sich auf Vorgänge in der Kriegsgefangenschaft beziehen, sind der Entscheidung zugrunde zu legen, soweit nicht die Umstände des Falles offenbar entgegenstehen.

Wer wegen einer in feindlicher Kriegsgefangenschaft erlittenen Dienstbeschädigung (Abs. 1) von einer deutschen Militärverwaltung Versorgungsgebührnisse auf Grund der deutschen Militärversorgungsgesetze erhält, ist auf Verlangen der Militärverwaltung verpflichtet, ihr in Höhe der gewährten Gebührnisse die Ansprüche abzutreten, die ihm wegen des durch die Dienstbeschädigung verursachten Schadens kraft Gesetzes für die gleiche Zeit gegen Dritte zustehen.

§ 2. Feindliche Militärpersonen oder ihnen gleichgestellte Personen, die in deutscher Kriegsgefangenschaft eine Gesundheitsstörung im Sinne des § 1 Abs. 1 erleiden, erhalten, solange sie sich in der Gewalt einer deutschen Militärverwaltung befinden, eine angemessene Fürsorge.

§ 3. Überläßt eine deutsche Militärverwaltung Kriegsgefangene an Unternehmer zur Beschäftigung in solchen Betrieben oder Tätigkeiten, welche nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung der Unfallversicherung unterliegen, so ist der für die Überlassung der Kriegsgefangenen zu entrichtende Entgelt bei der Berechnung der Beiträge oder Prämien, die der Unternehmer an den Träger der Unfallversicherung zu zahlen hat, entsprechend zu berücksichtigen.

§ 4. Auf feindliche Kriegsgefangene (§ 2), die in Betrieben oder Tätigkeiten beschäftigt werden, welche nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung der Unfallversicherung unterliegen, und auf ihre Hinterbliebenen sind § 898 Satz 1 und die §§ 899, 900 der Reichsversicherungsordnung entsprechend anzuwenden. Dabei gehen die Ansprüche aus einem vorsätzlich herbeigeführten Unfall auf die deutsche Militärverwaltung

im Umfang der von ihr aus Anlaß des Unfalls gemachten Aufwendungen über; der Bundesrat kann die Festsetzung des Wertes anderer Leistungen als Barleistungen näher regeln.

Die Ansprüche gegen den Unternehmer oder die ihm gleichgestellten Personen können von den Kriegsgefangenen oder ihren Hinterbliebenen nicht geltend gemacht werden, wenn in dem Staate, dessen Streitkräften der beschädigte Kriegsgefangene angehört hat, nicht nach einer im Reichs-Gesetzblatt veröffentlichten Bekanntmachung des Reichskanzlers die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

§ 5. Die Vorschriften der §§ 1, 2 gelten für die seit Kriegsbeginn eingetretenen Dienstbeschädigungen und Gesundheitsstörungen, die des § 4 für die seitdem eingetretenen Unfälle.

Die Vorschrift des § 3 gilt für den Entgelt, der für die Zeit seit dem 1. Januar 1917 auf Grund der Überlassung von Kriegsgefangenen zu entrichten ist.

Urkundlich usw.

Begründung.

Nach den vorliegenden Nachrichten steht fest, daß in manchen der feindlichen Staaten die dort festgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen infolge der gegen sie ausgeübten Behandlung zahlreichen und erheblichen Gesundheitsstörungen unterliegen. Sodann bringt es die völkerrechtlich zulässige und von allen Staaten tatsächlich in weitem Umfang geübte Verwendung von Kriegsgefangenen als Arbeiter mit sich, daß die so Beschäftigten auch Betriebsunfällen ausgesetzt sind. Die aus diesen Verhältnissen entspringenden Rechtsfolgen sind durch besondere gesetzliche Vorschriften nicht geregelt. Dies führt zu Unbilligkeiten und Unzuträglichkeiten. Dem soll der vorliegende Entwurf abhelfen. Er gibt Vorschriften über die den beiderseitigen Kriegsgefangenen zuteil werdende Fürsorge. Zur „Fürsorge" in dem hier gebrauchten weiteren Sinne gehört auch die „Versorgung". „Versorgung" ist die Gewährung von Gebührnissen im Sinne der deutschen Militärversorgungsgesetze; als solche wird sie erst für die Zeit nach der Entlassung (dem Ausscheiden) aus dem Dienste gewährt, also noch nicht, solange die unter die Militärversorgungsgesetze fallende Person sich in feindlicher Kriegsgefangenschaft befindet. Die „Fürsorge" als weiterer Begriff umfaßt auch einerseits die Aufwendungen, welche die deutsche Militärverwaltung für feindliche Kriegsgefangene während ihrer Kriegsgefangenschaft macht (siehe § 2), anderseits die Aufwendungen, die der feindliche Staat für deutsche Kriegsgefangene während ihrer Kriegsgefangenschaft macht oder die er etwa — auf Grund von Gesundheitsstörungen, die sie in der Kriegsgefangenschaft erlitten haben — für die Zeit nach ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft machen sollte.

Im einzelnen ist zu bemerken:

Zu § 1. Wenn Deutsche, die unter die deutschen Militärversorgungsgesetze fallen, in feindliche Kriegsgefangenschaft geraten, so ist diese ihre Kriegsgefangenschaft als Fortsetzung ihres militärischen (oder des diesem gleichgestellten) Dienstverhältnisses anzusehen; es sollen deshalb Gesundheitsstörungen, die solche deutsche Kriegsgefangene in der Kriegsgefangenschaft erleiden, entsprechend wie nach § 5 des Offizier-Pensionsgesetzes und nach § 3 des Mannschafts-Versorgungsgesetzes, als Dienstbeschädigungen gelten nnd als solche für ihre und ihrer Hinterbliebenen Versorgung nach den deutschen Militärversorgungsgesetzen behandelt werden. Diesen Grundsatz, der von den Militärverwaltungen schon jetzt gehandhabt wird, stellt § 1 Abs. 1 Satz 1, um jedem Auslegungszweifel vorzubeugen, ausdrücklich fest. Daneben läßt die Eigenart der Kriegsgefangenschaft es angezeigt erscheinen, für die hiernach eintretende deutsche Militärversorgung zwei besondere Vorschriften zu treffen, die sich aus den Militärversorgungsgesetzen nicht ohne weiteres ergeben.

Bei den deutschen Kriegsgefangenen (§ 1 Abs. 1 Satz 1) ist zunächst eine Fürsorge zu berücksichtigen, die ihnen der feindliche Staat auf Grund einer in der Kriegsgefangenschaft erlittenen Gesundheitsstörung, die nach § 1 Abs. 1 Satz 1 eine Dienstbeschädigung

im Sinne des deutschen Rechts darstellt, noch für die Zeit nach ihrer Freigabe aus der Kriegsgefangenschaft etwa gewähren sollte. Zu einer Doppelfürsorge liegt kein Grund vor, vielmehr soll, soweit der feindliche Staat dem Deutschen eine solche Fürsorge gewährt, der Anspruch auf deutsche Militärversorgung, der ihm für die gleiche Zeit an sich zustehen würde, wegfallen. Dementsprechend ist der Grundsatz des Abs. 1 Satz 1 durch den Satz 2 eingeschränkt.[1]) Eine Fürsorge seitens des feindlichen Staates für die Zeit der Kriegsgefangenschaft selbst fällt nicht unter diese Vorschrift, weil für diese Zeit die „Versorgung" auf Grund des deutschen Militärversorgungsgesetzes noch nicht eintritt.

Nach § 41 des Mannschafts-Versorgungsgesetzes besteht sodann neben der dort gewährten Versorgung ein weiterer Anspruch aus dem Grunde einer Dienstbeschädigung gegen die Militärverwaltung überhaupt nicht, während Schadenersatzansprüche gegen Dritte kraft Gesetzes auf die Militärverwaltung übergehen. Entsprechend ist die Regelung nach § 38 des Offizier-Pensionsgesetzes. Hieran knüpft Abs. 2 des § 1 des Entwurfs an. Vom Standpunkt des deutschen Rechtes aus besteht kein Hindernis, die Vorschrift auch auf die Ansprüche anzuwenden, die den deutschen Versorgungsberechtigten im Ausland nach dem ausländischen Rechte erwachsen sind. Dagegen besteht keine Sicherheit dafür, daß die ausländischen Behörden, insbesondere die Gerichte, den auf einem deutschen Gesetze beruhenden Übergang dieser Ansprüche auf die deutsche Militärverwaltung anerkennen werden. Einer vertraglichen Abtretung werden die gleichen Bedenken nicht im Wege stehen. Die Vorschrift des § 1 Abs. 2 verpflichtet daher den deutscherseits Versorgten, auf Verlangen der Militärverwaltung die Abtretung vorzunehmen.[2])

Unter „deutscher Militärverwaltung" sind in diesen wie in den sonstigen Bestimmungen des Entwurfs die einzelnen deutschen Heeresverwaltungen, die oberste Marineverwaltung und die Verwaltung der Schutztruppen zu verstehen.

Zu § 2. Der § 2 bildet das Gegenstück zu der Vorschrift des § 1 Abs. 1 für den umgekehrten Fall, nämlich für die Fürsorge für Feinde in deutscher Kriegsgefangenschaft (feindliche Kriegsgefangene), soweit die Regelung hier der deutschen Gesetzgebung obliegt. Dabei wird davon ausgegangen, daß für die zurückgekehrten feindlichen Kriegsgefangenen entsprechend dem im § 1 Abs. 1 Satz 1 enthaltenen Grundsatz von ihrem eigenen Staate Fürsorge zu gewähren ist. Im § 2 selbst wird dann der auch im Art. 7 der Haager LandKrO. ausgesprochene Grundsatz hier auf den besonderen Fall der Gesundheitsstörung angewendet und gesetzlich dahin festgelegt, daß in diesem Falle eine „angemessene Fürsorge" stattfinden soll, wobei es angezeigt erscheint, in dem Gesetze selbst von einer näheren Umgrenzung des Umfanges dieser Fürsorge abzusehen. Die Verpflichtung, diese Fürsorge zu gewähren, besteht nur, solange die Kriegsgefangenen in der Gewalt einer deutschen Militärverwaltung sind. Mit ihrer Rücklieferung an den Heimatstaat bleibt diesem die Fürsorge für sie überlassen. Eine Fürsorge des Nehmestaates für die ehemaligen Kriegsgefangenen über die tatsächliche Dauer des Gewaltsverhältnisses hinaus wird nach § 1 nicht beansprucht und ist dementsprechend auch nicht zu gewähren.

Die Regelung erstreckt sich auch auf die in inländischen Betrieben und Tätigkeiten beschäftigten Kriegsgefangenen. Die Vorschriften der deutschen Arbeiterversicherung, die für die auf Grund freien Arbeitsvertrags tätigen Arbeiter gelten, sind auf die vermöge ihrer Gewaltunterworfenheit beschäftigten feindlichen Kriegsgefangenen nicht anwendbar (vgl. den Bescheid des RVA. v. 15. 10. 14 — I. 11968 —, AmtlN. 238,

---

[1]) § 1 Abs. 1 Satz 2 des Entwurfs lautete: „Ein Anspruch auf die Versorgung besteht nicht, soweit der feindliche Staat auf Grund der Dienstbeschädigung Fürsorge gewährt."

[2]) Die Worte „kraft Gesetzes" in der Schlußzeile waren im Entwurf nicht vorgesehen.

Monatsbl. 16, 107, EntschRVA. II, 180; IV, 427; V, 442). Für diese soll vielmehr die öffentlichrechtliche Fürsorge auf Grund des § 2 des Entwurfs eintreten.

Eine Ausdehnung der deutschen Arbeiterversicherung selbst auf die Kriegsgefangenen ist nicht am Platze. Abgesehen davon, daß sie im Volke nicht verstanden werden würde, erscheint sie auch sachlich den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechend. Sie würde mit Rücksicht darauf, daß für die Kriegsgefangenen während ihrer Kriegsgefangenschaft die militärische Fürsorge des Gegebene ist und sie nachher von ihrem Heimatstaate zu versorgen sind, für diese nicht ohne weiteres passen. Die Versicherung würde die Gefahr mit sich bringen, daß nach dem Austausch der Gefangenen deutscherseits sowohl für die eigenen von den feindlichen Staaten unversorgt zurückgelieferten, als auch für die fremden, zu deutschen Versicherungsleistungen berechtigten Kriegsgefangenen weiter gesorgt werden müßte. Um diese Bedenken zu beseitigen, würden dann über den Umfang der Versicherungsleistungen an die feindlichen Kriegsgefangenen noch besondere einschränkende Bestimmungen erforderlich werden, die sich bei der dem sachlichen Bedürfnis genügenden Vorschrift des § 2 erübrigen.

Zu § 3. Der § 3 will dafür sorgen, daß die Unternehmer, bei denen feindliche Kriegsgefangene beschäftigt werden, daraus, daß diese der deutschen Unfallversicherung nicht unterliegen, daß für sie also an sich keine Beiträge an die Berufsgenossenschaften zu entrichten sind, keinen unbilligen Vorteil vor denjenigen Unternehmern haben, welche versicherte Personen beschäftigen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß bei dem für die gewerblichen Berufsgenossenschaften als Regel geltenden sogenannten Umlageverfahren die Jahresbeiträge der Unternehmer für ihre Versicherten zum weitaus größten Teile zur Deckung der Unfallast aus den früheren Jahren dienen. Zurzeit stehen die landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer im Vergleiche zu den gewerblichen Betriebsunternehmern bei Verwendung von Kriegsgefangenen insofern ungünstiger, als bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung nach den für sie geltenden Vorschriften über das Umlageverfahren (Maßstab des Arbeitsbedarfs und der Gefahrenklassen — §§ 990ff. RVO. —, Maßstab des Steuerfußes — §§ 1005ff. a. a. O.) der Unterschied zwischen den — unversicherten — Kriegsgefangenen und den versicherten Arbeitern für die Berechnung der Beiträge im allgemeinen nicht in Betracht gezogen wird. Diesen unbilligen Unterschied gleicht § 3 aus. Bei der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, bei der Versicherung längerer Bauarbeiten in den Zweiganstalten für Bauarbeiten und bei der Versicherungsgenossenschaft der Privatfahrzeug- und -reittierbesitzer gilt allerdings nicht das sog. Umlageverfahren, sondern das sog. Kapitaldeckungsverfahren (§ 731 Abs. 2 RVO). oder das sog. Prämienverfahren (§ 731 Abs. 3, § 798 Nr. 1, §§ 804, 838, 842 a. a. O.). § 3 des Entwurfs macht jedoch auch für diese Fälle keine Ausnahme von der Heranziehung der Unternehmer zu Beiträgen (Prämien) für die bei ihnen beschäftigten Kriegsgefangenen. Auch sie sollen der Gleichmäßigkeit der Belastung sämtlicher Unternehmer halber ebenso wie die Unternehmer, die Versicherte beschäftigen, behandelt werden, nämlich derart, daß der für die Überlassung der Kriegsgefangenen zu entrichtende Entgelt bei der Berechnung der Beiträge oder Prämien, die der Unternehmer an den Versicherungsträger zu zahlen hat, entsprechend mitzuberücksichtigen ist.

Zu § 4. Wenn es nach den obigen Ausführungen einer besonderen Versicherung der als Arbeiter beschäftigten Kriegsgefangenen selbst nicht bedarf und wenn anderseits die Unternehmer der unter die Unfallversicherung fallenden Betriebe und Tätigkeiten in bezug auf Beiträge und Prämien (§ 3) gleichwohl im allgemeinen in der Art behandelt werden, wie wenn die Kriegsgefangenen versichert wären, so ist hieraus auch für die zivilrechtliche Haftung bei Betriebsunfällen der Gefangenen die entsprechende Folgerung zu ziehen. Die zivilrechtliche Haftung wird hier durch die öffentlich-rechtliche Regelung der Fürsorge ersetzt und ist deshalb grundsätzlich zu beseitigen. Der § 4 spricht dies aus, indem er auf die Haftung der Unternehmer, ihrer Bevollmächtigten, Repräsentanten, Betriebs- und Arbeitsaufseher für zivilrechtliche Schadenersatzansprüche der unfallverletzten Kriegsgefangenen und ihrer Hinterbliebenen

die hierfür auf dem Gebiete der gewerblichen Unfallversicherung gegebenen Vorschriften der RVO. für entsprechend anwendbar erklärt. Von einer Berücksichtigung der Sonderbestimmungen der RVO. für die landwirtschaftliche und die See-Unfallversicherung (§ 1042 Abs. 2, § 1219 Abs. 2 bis 5) konnte dabei abgesehen werden. Im übrigen soll § 4 auch für öffentliche Verbände als Versicherungsträger gelten, da auch für die bei ihnen beschäftigten Kriegsgefangenen anderweit gesorgt ist. Die Befreiung von der Haftung erstreckt sich, gleichfalls nach dem Vorgang der RVO., nicht auf die Fälle vorsätzlicher Herbeiführung des Unfalls. In solchen Fällen bleiben die Ansprüche der durch den Unfall verletzten Kriegsgefangenen und ihrer Hinterbliebenen gegen die Unternehmer von Betrieben und Tätigkeiten, die an sich der Unfallversicherung unterliegen, sowie gegen die ihnen gleichgestellten Personen grundsätzlich bestehen. Die nach § 898 Satz 1 RVO. als Regel verlangte strafgerichtliche Feststellung, daß der Unfall vorsätzlich herbeigeführt worden ist, schützt die Unternehmer und die ihnen Gleichgestellten vor ungerechtfertigten Ansprüchen. Anderseits ist jedoch die Ausnahmevorschrift des § 900 — wonach die Ansprüche auch ohne strafgerichtliches Urteil geltend gemacht werden können, falls ein solches wegen eines in der Person des Verpflichteten liegenden Grundes (Todes, Abwesenheit u. dgl.) nicht ergehen kann — für solche besonderen Fälle zum Schutze der Kriegsgefangenen gegen vorsätzliche Schädigungen zu übernehmen. Nicht für anwendbar erklärt ist der § 898 Satz 2 RVO., der die Verbindlichkeit des Schädigers dem Verletzten gegenüber auf den Betrag beschränkt, um den sie die Entschädigung aus der öffentlich-rechtlichen Fürsorge übersteigt, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß daneben nach § 903 RVO dem Versicherungsträger gegen den Unternehmer ein selbständiger Anspruch auf Ersatz der infolge des Unfalls gemachten Aufwendungen eingeräumt ist. Im vorliegenden Entwurf ist vielmehr die Regelung einfach dahin getroffen, daß die Haftung der Täter bei Vorsatz in ihrem vollen gesetzlichen Umfang entsteht, nur sollen zur Vermeidung einer Doppelfürsorge die Ansprüche des Kriegsgefangenen, soweit für ihn während der Kriegsgefangenschaft von der deutschen Militärverwaltung gesorgt wird, auf diese kraft Gesetzes übergehen. Da solche Fürsorge durch die deutsche Militärverwaltung insbesondere auch in offener oder geschlossener Krankenpflege, also in Naturalleistungen in weiterem Sinne, bestehen kann, so bedarf es zur bestimmten Umgrenzung des auf die Militärverwaltung übergehenden Anspruchs einer Festsetzung des Geldwerts solcher Leistungen, die nicht in bar erfolgen. Es erscheint angezeigt, Einzelvorschriften hierüber nicht in das Gesetz selbst aufzunehmen, sondern die Feststellung der Grundsätze dafür der freieren Bestimmung des Bundesrats, die sich den jeweiligen Verhältnissen leichter anpassen kann, zu überlassen.

Die Anerkennung eines zivilrechtlichen Entschädigungsanspruchs der feindlichen Kriegsgefangenen, auch in der Beschränkung auf vorsätzliche Schädigungen, hat, wie die Regelung der Fürsorge überhaupt, zur Voraussetzung, daß die feindlichen Staaten in entsprechender Weise verfahren. Tun sie das nicht, so bleibt für Ansprüche feindlicher Kriegsgefangener gegen deutsche Unternehmer kein Raum. Abs. 2 des § 4 trifft deshalb Vorsorge, daß die Ansprüche nur von den Angehörigen der Streitkräfte solcher feindlicher Staaten geltend gemacht werden können, in welchen die Gegenseitigkeiten nach ausdrücklicher, durch den Reichskanzler zu treffender und im RGBl. bekanntzumachender Feststellung verbürgt ist. Die Fassung des Abs. 2 ergibt, daß er sich nicht auf den kraft Gesetzes auf die deutsche Militärverwaltung übergegangenen Anspruch bezieht.

Zu § 5. Der § 5 verleiht den Vorschriften des Gesetzes im allgemeinen Rückwirkung auf die Zeit seit Beginn des Krieges. Nur bei § 3 (Heranziehung der Unternehmer zu Beiträgen) ist die Rückwirkung auf den Beginn des Rechnungsjahres der Berufsgenossenschaften eingeschränkt, weil eine nachträgliche Heranziehung für frühere Zeiten nach Lage der Verhältnisse weder gegenüber den Unternehmern noch für die Berufsgenossenschaften angebracht ist.

VI. Kriegsschädenersatz.

1. Kriegsschäden im Ausland.

Anordnung des Reichskanzlers, betr. das Verfahren vor der Reichsentschädigungskommission. Vom 25. April 1915.

(Deutscher Reichsanzeiger Nr. 96.)

Wortlaut in Bd. 2, 371; Erläuterungen in Bd. 3, 642.

1. NorddAllgZtg. v. 4. Mai 1917 Nr. 122, 2. Ausg. Die Reichsentschädigungskommission in Berlin, nach den Verordnungen des Herrn Reichskanzlers vom 25. 4. 15 u. 17. 1. 17 berufen, die Entschädigung für solche Güter zu regeln, welche außerhalb der Reichsgrenzen in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten namens des Reichs beschlagnahmt worden sind, ist ermächtigt worden, im Rahmen ihrer Befugnisse den Einwohnern des Generalgouvernements Warschau für die in dessen Gebiet enteigneten Gegenstände Entschädigung zu gewähren, und zwar im allgemeinen in der vollen Höhe des deutschen Friedenswertes; außerdem sollen Zinsen und nachgewiesene Kosten in demselben Umfang erstattet werden, wie es bei Reichsdeutschen und Verbündeten geschieht. Der endgültigen Regelung der Entschädigungsfrage nach Beendigung des Krieges bleibt es vorbehalten, von welchen Stellen und wieweit der Unterschied zwischen dem deutschen Friedenswert und dem zum Teil höheren russischen Werte erstattet werden soll.

Anträge auf Entschädigung müssen binnen drei Monaten nach der Verkündung dieser Bekanntmachung, oder, falls die Güter später enteignet werden, binnen drei Monaten nach der Enteignung bei der Reichsentschädigungskommission in Berlin oder bei ihren Zweigstellen im Generalgouvernement (Entschädigungsamt in Lodz, Meierzeile 2, Kommissar der Reichsentschädigungskommission in Warschau, Wareckiplatz 8) gestellt werden.

2. Präs. d. REK. (NorddAllgZtg. v. 23. 5. 17, Nr. 141, 1. Ausg.). Die Reichsentschädigungskommission berücksichtigt, wenn Entschädigungen für Beschlagnahmen und Kaufgelder an Bewohner des besetzten und unter deutscher Verwaltung stehenden Feindesgebietes durch sie zur Auszahlung gelangen, die deutschen Gläubiger der Empfänger, soweit es sich um Forderungen handelt, die vor Kriegsbeginn entstanden und bei der Kommission angemeldet sind.

Sie wirkt auch durch entsprechende Maßnahmen, insbesondere durch die von ihr herausgegebenen Gläubigerlisten darauf hin, daß die deutschen Zivil- und Militärbehörden sowie die deutschen Kriegsgesellschaften bei Ankäufen in den besetzten Gebieten sich die Befriedigung der deutschen Gläubiger angelegen sein lassen.

Die Interessenten sind durch die Tagespresse wiederholt, besonders in letzter Zeit, darauf hingewiesen worden, daß die baldige Anmeldung etwa bisher nicht angemeldeter Forderungen geboten sei, weil mit der Festsetzung eines Ausschlußtermins in nächster Zeit zu rechnen sei. Es ist nunmehr die Anordnung ergangen, daß die Anmeldung vor Kriegsbeginn entstandener Forderungen von der Reichsentschädigungskommission nur noch bis zum 31. Mai 1917 entgegengenommen werden darf. Die spätere Anmeldung wird nur noch ausnahmsweise zugelassen werden, wenn der Gläubiger nachweist, daß er ohne sein Verschulden an der rechtzeitigen Anmeldung verhindert gewesen sei. In allen Fällen werden aber solche ausnahmsweise zugelassenen verspäteten Anmeldungen unabwendbare Nachteile gegenüber den rechtzeitig angemeldeten erleiden.

Für die Anmeldung müssen die bei der Forderungsanmeldestelle der Reichsentschädigungskommission Berlin W 10, Viktoriastr. 34, erhältlichen Vorschriften beachtet und Vordrucke benutzt werden.

2. Kriegsschäden im Inland.

(Preußische Erlasse und Verfügungen a bis e in Bd. 2, 378ff.; zu e inzwischen vom Landtag genehmigt, GS. 10.)

f) Gesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete. Vom 3. Juli 1916. (RGBl. 675.)

Wortlaut, Begründung und Kommissionsbericht in Bd. 3, 644ff.

Ausführungsbestimmungen α bis γ in Bd. 3, 685.

δ. Preuß. Verfügung v. 18. März 1917, betr. Abänderung der Ausführungsanweisung zum Kriegsschadenfeststellungsgesetz. (MBl. 84.)

In Abänderung der Nr. I 1b der Ausführungsanweisung vom 24. Oktober 1916 zum Reichsgesetz über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete, MBl. 247 [in Bd. 3, 1020] bestimmen wir, daß der Ausschuß für die Stadt Lyck auch für die Feststellung der Kriegsschäden in der Landgemeinde Prostken (Kreis Lyck) zuständig ist; die Zuständigkeit des Ausschusses für den Landkreis Lyck beschränkt sich also auf den Kreis mit Ausnahme der Stadt Lyck und der Landgemeinde Prostken.

ε. Preußische ergänzende Ausführungsbestimmungen vom 25. Juni 1917 zum Reichsgesetz über die Feststellung von Kriegsschäden vom 3. Juli 1916 [RGBl. 675] für den Umfang der Provinz Ostpreußen[1]).

Auf Grund des Feststellungsgesetzes vom 3. Juli 1916 (RGBl. 675) und der Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 28. September 1916 (Zentralbl. 289, MinBl. 216) werden im Einvernehmen mit dem Reichskanzler für den Umfang der Provinz Ostpreußen folgende ergänzende Ausführungsbestimmungen erlassen:

A. Allgemeine Bestimmungen.

1. Zu § 5 des Feststellungsgesetzes und Nr. VI Abs. 4 Satz 2 der Ausführungsanweisung.

Antragsberechtigt im Verfahren zur Feststellung der Schäden sind nur die in § 5 des Feststellungsgesetzes genannten Personen. Ist die zerstörte, abhanden gekommene oder beschädigte Sache zur Zeit des schädigenden Ereignisses verpachtet (vermietet) gewesen, so ist der Pächter (Mieter) nur insoweit antragsberechtigt, als er die Gefahr für den zufälligen Untergang der Sache trägt. Das ist bei landwirtschaftlichen Grundstücken nach § 588 BGB. auch bei solchem Hofinventar der Fall, das im Eigentume des Verpächters steht; bei Feldinventar ist nur der Verpächter antragsberechtigt, bei Feldfrüchten der Pächter dann, wenn zur Zeit des schädigenden Ereignisses die Trennung vom Grund und Boden bereits erfolgt war. Ein späterer Erwerber der geschädigten Sache ist als solcher nach § 5 des Feststellungsgesetzes nicht antragsberechtigt.

Für die Gewährung der Vorentschädigung kommen ebenfalls die im § 5 des Feststellungsgesetzes genannten Personen in Betracht. An welche von ihnen zu zahlen ist, ist im einzelnen Falle nach Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse zu entscheiden (vgl. auch Nr. VI Abs. 4 Satz 2 der Ausführungsanweisung). In erster Linie wird die Vorentschädigung demjenigen zu gewähren sein, der zur Zeit des schädigenden Ereignisses das Eigen-

[1]) Im folgenden bedeutet:
„Feststellungsgesetz": das Reichsgesetz vom 3. Juli 1916 (RGBl. 675).
„Ausführungsbestimmungen": die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats vom 28. September 1916 (Zentralbl. 289, MinBl. 216) nebst Nachtrag vom 17. November 1916 (Zentralbl. 400, MinBl. 278).
„Ausführungsanweisung": die Preußische Ausführungsanweisung vom 24. Oktober 1916 (MinBl. 247); vgl. auch MinBl. 1917 S. 81 Nr. 72. — Die Anlagen sind nicht mit abgedruckt worden.

tum an der zerstörten, abhanden gekommenen oder beschädigten Sache hatte. Über den Kreis der in § 5 des Feststellungsgesetzes genannten Personen hinaus kann die Vorentschädigung dem Pächter (Mieter) der Sache oder demjenigen, der die Sache nach dem Eintritt des Schadens erworben hat, gewährt werden, wenn der Pächter (Mieter) bzw. der Erwerber sich verpflichtet, die Vorentschädigung zur Wiederbeschaffung oder Wiederherstellung der Sache oder zugunsten des Betriebes, dem die Sache diente, zu verwenden und der Eigentümer der Auszahlung an den Pächter (Mieter) oder den Erwerber zustimmt. Das gleiche gilt von der Gewährung der Vorentschädigung an den Zwangsverwalter und den Konkursverwalter. Die Entscheidung, ob in diesen Fällen eine Auszahlung an den Pächter oder den Erwerber stattfinden soll, übertragen wir dem Oberpräsidenten; Nr. VI Abs. 4 Satz 2 der Ausführungsanweisung wird insoweit abgeändert.

Auch ohne Zustimmung des Eigentümers kann die Gewährung der Vorentschädigung an den Pächter (Mieter, Zwangsverwalter, Konkursverwalter) erfolgen, wenn eine wirtschaftliche Verwendung der Vorentschädigung durch den Eigentümer nicht zu erwarten ist, dagegen der Pächter (Mieter, Zwangsverwalter, Konkursverwalter) sich zur Verwendung der Vorentschädigung zur Wiederbeschaffung oder Wiederherstellung der Sache oder zugunsten des Betriebs, dem die Sache diente, verpflichtet, und überwiegende Gründe wirtschaftlicher Art für eine Wiederbeschaffung oder Wiederherstellung der Sache oder eine Wiedereinrichtung des Betriebes auch ohne Mitwirkung des Eigentümers sprechen. Das gleiche gilt bezüglich desjenigen, der die Sache nach dem Eintritt des Schadens erworben hat, vorausgesetzt, daß er nach Lage des einzelnen Falles, insbesondere nach den Bedingungen, unter denen er die Sache erworben hat, ohne Gewährung der Vorentschädigung der Geschädigte sein würde. Die Entscheidung bleibt in den Fällen dieses Absatzes dem Minister des Innern und dem Finanzminister vorbehalten.

Bei der Gewährung der Vorentschädigung an eine andere Person, als den Eigentümer, ist dafür Sorge zu tragen, daß die Interessen der dinglich Berechtigten nicht beeinträchtigt werden.

Die Absätze 2 bis 4 finden auf das Verhältnis desjenigen, der kraft öffentlichen Rechts zur Wiederherstellung der Sache oder zur Aufbringung der dadurch entstehenden Kosten verpflichtet ist (Kirchen-, Schulbau-, Wegebaupflichtigen), und des Eigentümers (vgl. § 6a der Ausführungsbestimmungen in der Fassung vom 17. November 1916, Zentralbl. 400, MinBl. 278) entsprechende Anwendung.

2. Zu Nr. VII der Ausführungsanweisung.

Die Entscheidung, ob eine Vorentschädigung unter Abstandnahme vom Verwendungszwange gewährt werden soll, übertragen wir dem Oberpräsidenten.

Wird von dem Verwendungszwange abgesehen, so ist die Vorentschädigung grundsätzlich nur in der Höhe des Friedenswertes der zerstörten oder abhanden gekommenen Sache bzw. der Wertverminderung der beschädigten Sache zu gewähren, nicht dagegen auch in der Höhe etwaiger Zuschläge. Es können jedoch Vorentschädigungen auch in der Höhe der Zuschläge sowie bei Bauschäden Darlehne aus preußischen Staatsmitteln gewährt werden, wenn die Vorentschädigung zwar nicht von dem Geschädigten, aber von einem Dritten, der den Besitz der beschädigten Sache oder des Betriebes, dem die zerstörte oder abhanden gekommene Sache diente, übernommen hat, dazu verwendet werden soll, den vorherigen wirtschaftlichen Zustand wiederherzustellen; inwieweit es hierbei einer Zustimmung des Eigentümers bedarf, entscheidet sich nach Nr. 1. Will der Geschädigte die Vorentschädigung zwar nicht an Ort und Stelle verwenden, sich aber an einem anderen Orte eine Lebensstellung gründen, die derjenigen, die er durch eine Verwendung an Ort und Stelle erlangen könnte, mindestens gleichwertig ist, so kann ihm die Vorentschädigung auch in Höhe der Zuschläge gewährt werden, wenn die Wiederherstellung des vorigen Zustandes an Ort und Stelle in anderer Weise sichergestellt ist oder ein wirtschaftliches Interesse an der Wiederherstellung nicht besteht. Die Genehmigung zur Gewährung der Vorentschädigung auch in Höhe der Zuschläge unter Abstandnahme vom Verwen-

dungszwange übertragen wir im Falle des Satz 2 dem Oberpräsidenten, im Falle des Satz 3 bleibt sie dem Minister des Innern und dem Finanzminister vorbehalten.

Bei Abstandnahme vom Verwendungszwang ist dafür Sorge zu tragen, daß die Interessen der dinglich Berechtigten nicht beeinträchtigt werden.

3. Zu Nr. 1 Abs. 1 Satz 1 der Ausführungsbestimmungen (Begriff Sachgattung).

Bei der Festsetzung der Schäden sind die Schäden nach folgenden Gruppen zu gliedern:

1. Bauschäden einschließlich sonstiger Schäden an Grundstücken, die nicht unmittelbar mit einem landwirtschaftlichen oder einem Gewerbebetriebe im Zusammenhang stehen (z. B. Einfriedigungen von bebauten Grundstücken, Brunnen einschließlich der Pumpen und private Wege auf städtischen Grundstücken);
2. Hausratsschäden;
3. land- und forstwirtschaftliche Schäden und zwar:
   a) Feld- und Gartenfrüchte (Ernte- und Wirtschaftsvorräte),
   b) Holzungen, Bäume,
   c) lebendes Hofinventar,
   d) totes Inventar,
   e) Feldinventar,
   f) sonstige Grundstücksschäden, soweit sie mit dem landwirtschaftlichen Betriebe im Zusammenhang stehen (z. B. Hecken, Zäune bei nicht bebauten Grundstücken, Brunnen einschließlich der Pumpen, Feldtränken, Überfahrten, Drainagen, private Wege);
4. Schäden in kaufmännischen und gewerblichen Betrieben und in freien Berufen und zwar:
   a) Betriebsmittel (Ladeneinrichtungen, Maschinen, Handwerksgerät, Bureaueinrichtungen, Grundstücksschäden an gewerblich benutzten Grundstücken, soweit es sich nicht um Bauschäden handelt,
   b) Warenlager;
5. Tiefbauschäden:
   a) an Eisenbahnen,
   b) an Wasserbauten,
   c) an öffentlichen Wegen;
6. bares Geld;
7. Wertpapiere.

Die Feststellung der Bauschäden (1) hat sich außer auf die eigentlichen Bauarbeiten (Erd-, Maurer-, Zimmer- und ähnliche Arbeiten) auch auf Backöfen in Backstuben, eingemauerte Herde, Heizungs- und Kanalisations-, Wasserleitungs- und Beleuchtungsanlagen, bei Zentralheizung einschließlich der Kesselanlage, bei eigener Lichterzeugung dagegen nicht auf die dazu erforderlichen Maschinen zu erstrecken; Schäden an Maschinen sind vielmehr als Schäden in landwirtschaftlichen Betrieben (totes Inventar 3d) oder in gewerblichen Betrieben (4a) zu behandeln.

Landwirtschaftliche Maschinen sind im toten Inventar (3d) insoweit einbegriffen, als sie nur für den landwirtschaftlichen Hauptbetrieb bestimmt sind. Dagegen sind Maschinen für landwirtschaftliche Nebenbetriebe, z. B. für Molkereien, Trockenanlagen, Stärkefabriken, Brennereien, wenn der Nebenbetrieb über den eigenen Bedarf des Landwirts hinausgeht, als Schäden in gewerblichen Betrieben (4a) zu behandeln. Desgleichen gemeinsame Licht- und Kraftanlagen, wenn sie Maschinen für nichtlandwirtschaftliche Nebenbetriebe mitbetreiben. Ziegeleien, Schrot- und Mahlmühlen, Schneidemühlen sind stets als gewerbliche Betriebe zu behandeln.

Eingebaute, dem Antriebe durch Wind dienende Maschinen in Windmühlen sind als Bestandteile des Windmühlengebäudes (1) zu behandeln.

In den einzelnen hiernach gebildeten Gruppen (1—7) sollen die zerstörten, abhanden gekommenen und beschädigten Sachen einzeln oder wenigstens nach Sachgattungen (z. B. die verschiedenen Arten des Hausrats — Möbel, Wäsche, Silberzeug usw. —, die Vieharten, die einzelnen Maschinen usw.) bezeichnet und bewertet werden. Zu Sachgattungen sollen dabei nur im wesentlichen gleichartige Gegenstände, die einzeln keine besonderen für die Bewertung in Betracht kommenden Eigenschaften haben, zusammengefaßt werden. Im Bescheide (Vorbescheide) kann auch auf ein in den Akten befindliches Verzeichnis der einzelnen Sachen oder Sachgattungen Bezug genommen werden.

4. Zu Nr. 2 Abs. 4 der Ausführungsbestimmungen (besetzte und bedrohte Gebiete).

Als Zeitabschnitte, innerhalb deren die nachstehend aufgeführten Gebiete im Sinne des § 2 Nr. 2 und 3 des Feststellungsgesetzes als vom Feinde besetzt oder unmittelbar bedroht anzusehen sind, ohne daß es eines weiteren Nachweises bedarf, werden festgesetzt:

für den Kreis Memel, den nördlich der Memel gelegenen Teil des Kreises Tilsit Land und die Kreise Pillkallen, Stallupönen, Goldap, Oletzko, Lyck, Johannisburg, Ortelsburg, Neidenburg die Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. Mai 1915;

für die Kreise Heydekrug und Ragnit die Zeit vom 1. August 1914 bis zum 30. April 1915;

für die Kreise Gumbinnen, Darkehmen, Angerburg und Lötzen die Zeit vom 15. August 1914 bis zum 30. April 1915;

für den südlich der Memel belegenen Teil des Kreises Tilsit Land die Zeit vom 1. August 1914 bis zum 31. März 1915;

für die Kreise Tilsit Stadt, Insterburg Stadt und Land und Sensburg die Zeit vom 15. August 1914 bis zum 31. März 1915;

für die Kreise Osterode, Allenstein Stadt und Land und Rössel die Zeit vom 15. August 1914 bis zum 31. Dezember 1914;

für die Kreise Niederung, Labiau, Wehlau, Gerdauen, Braunsberg, Pr. Eylau, Friedland, Heilsberg und Rastenburg die Zeit vom 15. August 1914 bis zum 31. Oktober 1914.

5. Zu Nr. 3 und 4 der Ausführungsbestimmungen (Bewertungsgrundsätze).

Bei der Feststellung der Schäden sind die Friedenswerte und die Zuschläge, bei mehreren Arten von Zuschlägen diese einzelnen Arten getrennt, je besonders anzugeben; die besondere Angabe der Zuschläge ist nur dann nicht erforderlich, wenn der Feststellung des Schadens Normalwerte zugrunde gelegt werden, die Friedenswert und Zuschläge in einem Betrag umfassen (so bei Erntevorräten).

Die Feststellung der Zuschläge, bei deren Berechnung der Preis zur Zeit der Ersatzbeschaffung heranzuziehen ist (Nr. 12, 13, 19 der Ausführungsbestimmungen), kann im Rahmen des wirtschaftlich Notwendigen vor der Ersatzbeschaffung nach dem zu schätzenden Preise dieser Ersatzbeschaffung erfolgen. Daß die Verwendung der Mittel auch zur Ersatzbeschaffung erfolgt, ist in geeigneter Weise sicherzustellen (vgl. Nr. II, 9, Abs. 3 der Staatsministerialanweisung vom 18. Januar 1915). Besonderes gilt bezüglich der Ersatzbeschaffung bei Bauschäden (vgl. unten Nr. 7).

Bei beschädigten Sachen sind die Zuschläge zum Friedenswerte, den die Sache vor der Beschädigung hatte, so zu berechnen, daß der Unterschied zwischen der Höhe der Wertverminderung und dem Betrage der Wiederherstellungskosten ausgeglichen wird.

6. Zu Nr. 6a der Ausführungsbestimmungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. November 1916 (Zentralbl. 400, MinBl. 278) (Ersatzansprüche).

Eine Vorentschädigung ist in Höhe des Ersatzanspruches nur dann zu gewähren, wenn der Empfänger der Vorentschädigung den Ersatzanspruch an den Staat abtritt.

Wenn der Geschädigte den Anspruch in voller Höhe an den Staat abgetreten hat und als Schuldnerin eine Versicherungsgesellschaft in Betracht kommt, mit der der Staat

einen Vertrag über die Schadensabgeltung geschlossen hat, bedarf es keiner Feststellung dieses Anspruches.

B. Einzelbestimmungen.

I. Bauschäden.

7. Zu Nr. 7 und 8 der Ausführungsbestimmungen (Zuschläge).

Beantragt der Geschädigte die Gewährung von Zuschlägen, so soll die Feststellung der Gesamtschadenssumme für Bauschäden erst nach Fertigstellung des Baues erfolgen. Auf Antrag kann aber dem Geschädigten schon vor der Fertigstellung oder der Inangriffnahme des Baues ein Bescheid erteilt werden, in dem endgültig nur über die Höhe der Friedenswerte bzw. der Wertverminderungen und darüber, ob und welche Arten von Zuschlägen gewährt werden sollen, entschieden, jedoch die Höhe der Zuschläge nur vorläufig angegeben wird. In solchen Fällen ist nach Fertigstellung des Baues und nach erfolgter Abrechnung über die Kosten ein ergänzender Bescheid zu erlassen, in dem die Höhe der Zuschläge endgültig berechnet wird. Entsprechendes gilt wegen der Gewährung eines Darlehns aus preußischen Staatsmitteln.

8. Zu Nr. 8 der Ausführungsbestimmungen (Art und Nachweisung bei Bauschäden).

Der Antragsteller, der die Gewährung von Zuschlägen beantragt, hat zur Nachweisung der tatsächlich entstehenden Baukosten folgende Unterlagen einzureichen. Von den Unterlagen fallen die nachstehend zu c und d genannten weg, wenn ein vorläufiger Bescheid im Sinne der Nr. 7 beantragt wird.

a) Bauzeichnung und Lageplan nach den baupolizeilichen Vorschriften. Der Lageplan muß sowohl die Lage des zerstörten wie auch diejenige des wieder aufzubauenden Gebäudes erkennen lassen.

Für Bauarbeiten von geringerem Umfange, insbesondere für einfachere Instandsetzungsbauten, kann im Rahmen des baupolizeilich Zulässigen nach Maßgabe der vom Oberpräsidenten erlassenen Bestimmungen eine Einschränkung der eigentlichen Bauvorlagen eintreten.

Hinsichtlich der Bauentwürfe gelten folgende Vorschriften:

Die Bauentwürfe für Gebäude, für welche die Höhe des Schadens nach den Vorschriften unter e (zu aa) nach Einheitssätzen berechnet werden (Pauschalbauten), oder bei denen die tatsächlichen Baukosten des einzelnen Gebäudes nicht mehr als 3000 M. betragen (Kleinbauten), für letztere, soweit es sich um reine Instandsetzungsarbeiten oder außerhalb des Weichbildes der Städte um Ersatzbauten handelt, können von jedem dazu Befähigten aufgestellt werden. Bei den übrigen Bauten (Architektenbauten) sind die Bauentwürfe von Architekten (Bauanwälten) aufzustellen und die Bauleitung ist von Architekten auszuüben. Die von den Kreisen eingerichteten landwirtschaftlichen Bauberatungsstellen und das Bauamt der Landwirtschaftskammer sind zur Anfertigung von Entwürfen für ländliche Bauten und zu ihrer Bauleitung befugt. Der Planverfasser darf bei Architektenbauten an Bauausführungen in der Provinz Ostpreußen geschäftlich nicht beteiligt sein und hat dies auf den Zeichnungen schriftlich zu versichern. Ausnahmen kann der Regierungspräsident zulassen.

b) Ein Kostenüberschlag, der bei Architektenbauten unter Zugrundelegung der zeitigen Preise und Löhne nach einem für den Einzelfall ermittelten Einheitssatz für die bebaute Fläche oder den umbauten Raum aufgestellt ist. In Ausnahmefällen, in denen ein Vergleich der Nutzungseinheiten des Wiederaufbaues mit denjenigen des oder der zerstörten Gebäude nicht möglich ist, ist dieser Kostenüberschlag nach dem umbauten Raum oder der bebauten Fläche des oder der zerstörten Gebäude aufzustellen.

Für Pauschalbauten sind regelmäßig die Kosten nach den Pauschalbe-

stimmungen zu errechnen. Unterwirft sich der Bauherr den Pauschalbestimmungen nicht, so ist der Bau, abgesehen von Kleinbauten (vgl. auch Abs. 4), als Architektenbau zu behandeln.

c) Ein Schlußabnahmeschein. Der Oberpräsident kann für den Schlußabnahmeschein ein Muster aufstellen.

d) Ein Nachweis, aus dem sich im Anschluß an den Schlußabnahmeschein (c) die im Kostenüberschlag angesetzten Kosten als tatsächlich entstanden ergeben. Zu den Baukosten gehören auch die Kosten des Abbruchs, der sonstigen Vorarbeiten, der Plananfertigung, Bauleitung und Abrechnung in angemessener Höhe.

Bei Architektenbauten muß eine vom Bauleiter und Bauherrn auf ihre Richtigkeit bescheinigte Abrechnung mit Massenberechnung und Holzliste, unter Beifügung der Verdingungen für die einzelnen Arbeiten vorgelegt werden; diese Vorlage dient als Nachweis, daß eine ordnungsmäßige Abrechnung zwischen dem Bauherrn und den Unternehmern, für Regiebauleistungen gegenüber dem Bauherrn, unter Leitung des Bauanwaltes stattgefunden hat. Eine Prüfung der Massenberechnung und Holzliste findet nicht statt. Überschreitungen des nach dem Überschlage ermittelten Kostenbetrages bedürfen eines besonderen Nachweises ihrer Begründung. Bei Abschluß der Verdingungen muß vertraglich ausbedungen sein, daß bei Generalverdingung die Gesamtvertragssumme allein, bei Einzelverdingung die Endsumme der Titel für die Abrechnung auch im Verhältnis zwischen Bauherrn und Unternehmer maßgebend sind, und daß aus etwaigen unrichtigen Vordersätzen und Aufrechnungen keine Ansprüche auf weiteren Entgelt erhoben werden dürfen.

Bei Bauten, deren Kosten nach Pauschbeträgen (vgl. e unter aa) berechnet sind, genügt die Aufstellung der Abrechnung nach den Einheitssätzen. Überschreitungen der für den Kostenüberschlag maßgebend gewesenen Pauschbeträge werden hier nicht erstattet.

e) Eine Verteilung der Kosten und Berechnung des festzustellenden Schadens nach seinen einzelnen Bestandteilen (Friedenswert bzw. Wertverminderung, Zuschlag nach Nr. 7 Abs. 1, Zuschlag nach Nr. 7 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen, Darlehen aus preußischen Staatsmitteln). Bei dieser Berechnung ist der Wiederaufbau in altem Umfange des Bauwerks zugrundezulegen. Der Oberpräsident kann für die Art der Berechnung Muster vorschreiben.

Für die Berechnung der Bauschäden gelten die folgenden besonderen Vorschriften:

aa) Pauschalsätze.

Statt der Berechnung der Höhe des Schadens auf Grund besonderer Baukostenrechnung kann, soweit es sich um Bauten außerhalb des Weichbildes der Städte handelt, bei Scheunen, Feldscheunen, Ställen, ländlichen Arbeiterwohnhäusern und anderen eingeschossigen Wohnhäusern, die für eine einzelne Familie bestimmt sind und 120 qm bebauter Fläche nicht überschreiten, die Berechnung nach Einheitssätzen für den qm Nutzungsfläche oder für den cbm umbauten Raum erfolgen. Der Einheitssatz tritt an die Stelle des Betrages der Neubaukosten bei der Einzelveranschlagung.

Pauschalierung ist nur zulässig bei Neubauten, nicht auch bei Instandsetzungen. Neubau ist anzunehmen, wenn bei dem zerstörten Gebäude nur Fundamente, Ringwände, Zwischenwände des Erdgeschosses und Schornsteine stehen geblieben sind. Sonst ist der Bau als Instandsetzung und daher nach Einzelabrechnung zu behandeln. Pauschalierung ist auch nur möglich bei Ausführung derjenigen Bauart, die nach den Bestimmungen der Pauschalierungstabellen und Pauschalbeschreibungen vorgesehen ist. Kostspieligere Bauweise geht zu Lasten des Bauherrn. Die Pauschalierung bezieht sich auf den Umfang und die Bauart des zerstörten Gebäudes. Den Pauschalsätzen sind Gebäude in ortsüblicher normaler Bauausführung zugrunde gelegt. Wenn wirtschaftlich oder technisch heute nicht mehr übliche Konstruktionen in den zerstörten Gebäuden vorhanden waren, z. B. ausge-

mauerte Holzfachwerkwände oder massive Wände bei Scheunen, erheblich zu starke oder wertvollere Bauhölzer, so wird der Wiederaufbauberechnung neben dem Pauschalsatze für die heute übliche Wiederherstellung auch die teure Konstruktion nach Friedenspreis zugrunde gelegt. Bei Verzicht auf die frühere Bauart kann der Bauherr neben dem konstruktiv einfacheren nach Pauschalberechnung aufzuführenden Ersatzgebäude den ihm zustehenden Mehrkostenbetrag in wirtschaftlich zweckmäßiger Weise auf demselben Grundstück anderweitig nach Einzelabrechnung verbauen. Enthielten zerstörte Gebäude minderwertige, mangelhafte Konstruktionen, so können die Regierungspräsidenten die Pauschalsätze nach Schätzung der Bezirksarchitekten durch Abzüge herabmindern. Machen baupolizeiliche Anforderungen einzelne Abweichungen von der bei der Pauschalierung vorgesehenen Bauart notwendig, so kann ausnahmsweise neben der Pauschalierung für die Mehrkosten eine Einzelabrechnung zugelassen werden, z. B. für etwa notwendige Brandgiebel bei Scheunen.

Für einzelne Fälle, wo der Pauschalsatz zu hoch erscheint, steht dem Regierungspräsidenten die Bestimmung darüber zu, daß eine Einzelveranschlagung an Stelle Pauschalberechnung Platz greifen muß.

Neben den Pauschsätzen werden gewährt:

1. 1½ Prozent des Pauschalbetrages für Aufstellung der Bauvorlagen einschließlich des Baugenehmigungsgesuches, ferner auch, abgesehen von den zu Ziffer 3 genannten Fällen, die tatsächlich aufgewendeten Kosten bis zu 2 Prozent der Pauschsumme für Bauaufsicht und Bauabnahme durch die landwirtschaftliche Bauberatungsstelle oder einen durch den Bezirksarchitekten gutgeheißenen Techniker;
2. Anfuhrkosten, gerechnet nach Ziffer 5b der Vorschriften;
3. falls vom Bezirksarchitekten ausnahmsweise mit Zustimmung des Regierungspräsidenten eine besondere Bauleitung durch einen Architekten angeordnet ist, ein angemessener Prozentsatz bis höchstens 2 Prozent des Pauschbetrages je nach Höhe der Bausumme als Honorar für die Bauleitung;
4. bei zugelassener Einzelabrechnung für einzelne durch baupolizeiliche Forderungen nötig gewordene Abweichungen von der vorgesehenen Bauart die dadurch entstehenden Mehrkosten;
5. Abbruchs- und Aufräumungskosten.

Bei den Pauschalbauten kommen von vornherein staatliche Mittel nur zum Wiederaufbau im Rahmen des gleichen wirtschaftlichen Umfanges des alten Gebäudes in Rechnung. Es findet daher nachträglich keine Ausscheidung der Kosten für Größerbau nach Nr. 9 Abs. 2 der Ausführungsbestimmungen statt. Jede Bauausführung über das Maß der bei der Pauschalberechnung zugrunde gelegten Größe und Bauart trägt der Bauherr auf eigene Kosten. Von dem Pauschalsatze ist der Wert der Reste und der etwa brauchbaren Fundamente, die der Bauherr bei pfleglichem Wiederaufbau wieder verwenden kann, nach den für die Pauschalierung maßgebend gewesenen Preisen (also nicht nach Friedenspreisen oder Altwert) abzusetzen. Der Bauherr hat daher nur Anspruch auf Bewilligung des Pauschbetrages nach Abzug des Kriegspreiswertes der stehen gebliebenen Fundamente und Reste zur Berechnung der Neubaukostensumme. Veränderungen in der Verwendbarkeit der Reste, die der Bauherr durch Verschiebungen der Baustelle aus wirtschaftlichen Rücksichten vornimmt, gehen auf seine Kosten, so daß der Wert der in diesem Falle nicht verwendeten Fundamente und Reste vom Pauschalsatze abzusetzen ist.

Die Höhe der Pauschalsätze ergibt sich aus den Anlagen I und II, und zwar gelten die Sätze in Anlage I für die Zeit bis zum 31. Dezember 1915 und die Sätze in Anlage II für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. Dezember 1916. Maßgebend ist der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit dem Unternehmer, bei Regiebauten der Zeitpunkt des Baubeginns. Die Festsetzung der Pauschalsätze für die folgenden Baujahre erfolgt durch besondere Anordnung.

bb) Anfuhrkosten.

Sowohl bei der Berechnung mit Einzelveranschlagung und Einzelabrechnung als auch bei der Baukostenberechnung nach Pauschalsätzen sind die Kosten der Anfuhr, gleichgültig, ob diese vom Bauherrn selbst geleistet wird oder nicht, mit 6 Prozent der Gesamtbaukosten anzusetzen. Die Fracht bis zu dem der Baustelle zunächst gelegenen Bahnhof gehört zu den Gesamtbaukosten. Übersteigt die Entfernung der Baustelle vom nächsten Bahnhof (Schiffsladestelle) 4 km, so ist für jeden km weiterer Entfernung ½ v. H. mehr zu rechnen. Die auf Landwegestrecken — unbefestigten Wegen, im Gegensatz zu Kunststraßen — zurückzulegenden Entfernungen sind doppelt und mit den etwaigen Entfernungen auf befestigten Wegen zusammenzurechnen. Angefangene Kilometer sind dann voll in Ansatz zu bringen. Ist die Bezugsstelle für einen Teil der Baustoffe (Wald, Ziegelei, Baustofflager) näher zur Baustelle gelegen als der Bahnhof (Schiffsladestelle), so tritt eine angemessene Herabsetzung des Prozentsatzes, jedoch nicht unter 6 v. H. der Gesamtbaukosten ein.

cc) Selbstgewonnene Baustoffe.

Bei der Veranschlagung und Abrechnung sind für Sand, Kies und Lehm, die der Bauherr aus eigenem Grund und Boden gewinnen kann, nur die reinen Werbekosten, für Steine, die er aus eigenem Feld zur Baustelle bringt, der von der Chausseeverwaltung in den letzten drei Jahren für das Steinmaterial der nächsten Chaussee gezahlte Preis einzusetzen. Holz aus eigener Forst, selbst hergestellte Ziegel und sonstige Baustoffe sind zu dem Preise einzusetzen, zu dem sie vom Handel frei nächsten Bahnhof (Schiffsladestelle) zu erhalten gewesen wären.

9. Zu Nr. 9 Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen (Mindestforderungen).

Für Neubauten an Stelle zerstörter Wohnungen mit nicht mehr als zwei heizbaren Räumen gelten folgende Mindestforderungen.

a) Für Kleinwohnungen auf dem Lande.

Es wird in erster Linie empfohlen, keine Häuser für nur eine Familie, sondern Mehrfamilienhäuser zu bauen. Die Zahl der Wohnungen, die unter einem Dache vereinigt werden, soll jedoch höchstens vier betragen. Regelmäßig sollen selbständige Wohnungen nur im Erdgeschoß liegen. Daneben darf in Einzel- oder Doppelhäusern für alte kinderlose oder jungverheiratete Eheleute im Obergeschosse eine zweite selbständige Wohnung eingerichtet werden. Die Anlage der Wohnungen im Obergeschosse von Kleinwohnhäusern, die überwiegend durch im Jahreskontrakte als landwirtschaftliche Arbeiter der Grundbesitzer tätige Familien bewohnt werden sollen, ist nur mit Genehmigung des Oberpräsidenten zulässig. Die Vollwohnung des Erdgeschosses muß mindestens 36 qm Wohnfläche bei mindestens 50 qm bebauter Grundfläche aufweisen. Die im Obergeschosse zugelassene Wohnung muß mindestens 25 qm Wohnfläche enthalten und darf ⅔ der bebauten Grundfläche nicht überschreiten. Als Wohnfläche gelten Stuben, Küchen und Schlafkammern. Jede Wohnung muß an nutzbaren Räumen mindestens enthalten:

entweder: 1 Wohnküche und 1 Stube.
oder: 1 Stube, 1 Küche und 1 Schlafkammer.

Etwaige Stuben oder Kammern im Dachgeschosse dürfen für die Erdgeschoßwohnung nicht angerechnet werden. Der Ausbau ein. Giebelstube gehört nicht zu den Mindestforderungen. Zu jeder Wohnung muß gesondert gehören:

1 Eingangsflur (für Erd- und Dachgeschoßwohnung genügt 1 Flur und 1 Treppe),
1 Keller,
1 Bodenraum,
1 Stall,
1 Abort und
1 mit Hecke oder Holzzaun umfriedeter Garten.

Gemeinschaftlich für mehrere Wohnungen dürfen sein:
Hofraum,
Brunnenbenutzung,
Backofen,
Räucherkammer.

Die Flure und deren Türen müssen so angeordnet sein, daß Möbelstücke und Sarg bequem durchgetragen werden können. Die Stuben und Kammern sind, soweit möglich, so anzuordnen, daß sie nur eine Außenwand erhalten.

Der Keller soll mindestens 3 Quadratmeter groß sein einschließlich des von der Treppe eingenommenen Raumes. Die Höhe des Kellers muß mindestens 1,50 m betragen; der Keller muß massiv abgedeckt sein. Wo der Grundwasserstand keine Kelleranlage zuläßt, sind auch Kellergruben mit Treppe zulässig, die aber nur unter dem Flur liegen dürfen; andernfalls sind oberirdische Keller außen anzulegen.

Der Bodenraum muß von dem Bodengelaß des Nachbarn durch Bretterverschlag abgeteilt und unmittelbar belichtet sein.

Für die Bedachung sind die baupolizeilichen Vorschriften maßgebend. Papp- und Metalleindeckung ist tunlichst zu vermeiden.

Die Bodentreppe muß fest eingebaut sein.

Die Eingänge sollen möglichst nicht nebeneinander liegen; hohe Eingangstreppen sind zu vermeiden und durch Aufschüttung zu ersetzen. In das Haus eingebaute Sitz- oder Vorplätze und Lauben vor dem Eingang sind erwünscht, gehören jedoch nicht zu den Mindestforderungen; jedoch muß die Haustür nach innen aufschlagen, falls eine andere Anordnung für den Eingang getroffen wird.

Die Küchenfeuerung ist möglichst so einzurichten, daß sie gleichzeitig für die Stubenheizung nutzbar werden kann. Jede Küche, auch die Wohnküche, muß ein weites Wrasenrohr erhalten.

Als Decken der Wohnräume sind sichtbare Balkendecken zulässig.

Die Fußböden sollen gedielt sein. Massiver Fußbodenbelag ist für Flur, selbständige Küchen und in Wohnküchen zulässig.

In den Wohnräumen (Stuben, Schlafkammern und Wohnküchen) sind Doppelfenster oder mit Läden versehene einfache Fenster anzuwenden. Die Fensterbrüstungen sind mindestens 90 cm hoch über dem Innenfußboden anzuordnen.

Der Stall kann an das Wohnhaus angebaut werden und muß entweder von außen zugänglich oder von der Wohnung durch einen bedeckten Vorplatz getrennt sein. Der Abort wird zweckmäßig in den Stall eingebaut. Werden die Ställe besonders errichtet, so bleibt für die Entfernung der Ställe vom Wohnhaus die Vorschrift der Bauordnung maßgebend; sie sollen einen Abstand von mindestens 10 m vom Hause erhalten, falls hierdurch keine wesentlichen Mehrkosten entstehen.

Abweichungen von diesen Mindestforderungen bedürfen der Genehmigung des Oberpräsidenten.

In dem Maße der vorstehenden Mindestforderungen kann jeder geschädigte Besitzer für eine von einer vollwertigen arbeitsfähigen Familie bewohnt gewesene oder bewohnbare Wohnung eine Kleinwohnung erbauen, ohne daß Überschreitung des Umfanges vorliegt. Die Bezirksarchitekten, im Einvernehmen mit dem Landrate, entscheiden insoweit selbständig, als es sich bei den bisherigen Wohnungen um solche mit mehr als 20 qm Wohnfläche im Erdgeschosse gehandelt hat. War die alte Wohnung kleiner, so entscheidet der Regierungspräsident. Für Oberwohnungen, wenn sie ausschließlich Bodenraum das Maß von 20 qm Wohnfläche erreicht haben, darf nur eine halbe Wohnung in Ansatz gebracht werden, also für zwei derartige Oberwohnungen eine neue Wohnung. Oberwohnungen von weniger als 20 qm können nur als Zubehör der unteren Wohnung in Rechnung kommen; der Regierungspräsident kann bei besonders guter Ausstattung die Anrechnung als halbe Wohnung zulassen. Die Einrichtung einer Einliegerwohnung im Obergeschosse des neuen Kleinhauses gilt als Ersatz einer Wohnung. Die Einrichtungskosten

von Stuben oder Schlafkammern im Dache als Zubehör zu neuen Kleinwohnungen haben die Bauherren aus eigenen Mitteln zu tragen.

b) Für sonstige Kleinwohnungen.

Soweit die Bauordnungen keine Bestimmungen enthalten, können die mit der Prüfung der Baugesuche im Vorentschädigungsverfahren betrauten Dienststellen Mindestforderungen aufstellen; dabei dürfen die Mindestforderungen für Kleinwohnungen auf dem Lande (a) nicht überschritten werden.

II. Hausratsschäden.

III. Land- und forstwirtschaftliche Schäden.

10. Zu Nr. 13 Abs. 3 der Ausführungsbestimmungen (Zuschläge).

Die Zuschläge dürfen bei Schafen 25 v. H., bei Schweinen 30 v. H., bei dem übrigen lebenden Inventar 50 v. H. des abgeschätzten Gebrauchswertes, bei aus Leder und Hanf hergestellten Gegenständen 50 v. H., bei dem übrigen toten Inventar 20 v. H. des abgeschätzten Zeitwertes nicht übersteigen. In den angegebenen Grenzen ist die Höhe der Zuschläge je nach der Lage des Einzelfalles abzumessen.

Wegen der Zuschläge bei Maschinen vgl. Nr. 14.

11. Zu Nr. 16 der Ausführungsbestimmungen (Normalwerte für Erntevorräte und Vieh).

Es werden die folgenden Normalwerte festgesetzt. Dabei wird darauf hingewiesen, daß die Normalwerte nach Nr. 5 der Ausführungsbestimmungen nur als Anhaltspunkte für die Schätzung und als Höchstgrenze gelten, über die hinaus ein Schaden in der Regel nicht festzustellen ist, und daß sie bei ihrer Anwendung auf ihre Angemessenheit nachzuprüfen sind. Die Normalwerte umfassen bei den Erntevorräten (1—3) den Friedenswert und die Zuschläge nach Nr. 13 der Ausführungsbestimmungen, bei Vieh (4) nur den Friedenswert. Die Normalwerte für Erntevorräte (1—3) beziehen sich auf die Ernte des Jahres 1914.

1. Hackfrüchte.

Als Normalwerte werden festgesetzt:

a) vom Felde nicht geborgen oder auf dem Felde beschädigt:

Kartoffeln	2,50	M. d. Ztr.
Runkelrüben und Wruken	0,50	„ „ „
Möhren	0,90	„ „ „

b) aus Mieten oder Kellern abhanden gekommen:

Kartoffeln	3,00	„ „ „
Runkelrüben und Wruken	0,70	„ „ „
Möhren	1,20	„ „ „

c) Zuckerrüben:

nicht geerntet	1,20	„ „ „
desgl. geerntet und verfüttert (wegen der Entwertung)	0,60	„ „ „

Es wird ein Kriegsschaden auch dann angenommen, wenn Hackfrüchte zwar nicht vernichtet oder beschädigt worden sind, ihre Verwendung aber unmöglich war, weil die Wirtschaft wegen militärischen Rückkehrverbotes erst im Frühjahr 1915 wieder aufgenommen werden konnte, oder weil sie infolge kriegerischer Ereignisse erfroren oder sonst verdorben sind.

2. Rauhfutter und frischer Klee.

Wiesen- und Kleeheu guter normaler Beschaffenheit ist geerntet mit 3,50 M., ungeerntet mit 3,00 M. für den Zentner zu bewerten. Für Heu geringer Beschaffenheit sind entsprechende Abzüge zu machen. Auf das geringe Gewicht bei Heu von sauren Wiesen ist zu achten. Ungeerntetes Rauhfutter ist nach Zentnern für den Morgen und im ganzen

zu schätzen. Für etwa zur Durchfütterung des Viehs gekaufte Heumengen kann statt des vorstehenden Wertes des fortgekommenen Heus der nachweislich gezahlte Preis angesetzt werden.

3. Getreide und Sämereien.

a) Weizen gedroschen	12,00	M. d. Ztr.
Weizen ungedroschen	11,50	„ „ „
b) Roggen gedroschen	10,00	„ „ „
Roggen ungedroschen	9,50	„ „ „
c) Hafer gedroschen	10,50	„ „ „
Hafer ungedroschen	10,00	„ „ „
d) Gerste gedroschen	11,00	„ „ „
Gerste ungedroschen	10,50	„ „ „
e) Erbsen gedroschen	30,00	„ „ „
Erbsen ungedroschen	29,00	„ „ „
f) Wicken und Bohnen gedroschen	25,00	„ „ „
Wicken und Bohnen ungedroschen	24,00	„ „ „

Bei Gemenge von Halm- und Hülsenfrüchten ist der Prozentsatz der Hülsenfrüchte zu schätzen und gesondert nach vorstehenden Preisen zu bewerten.

g) Kleesaat, Rot-, Grün- und Weißklee gedroschen	75,00	M. d. Ztr.
Kleesaat, Rot-, Grün- und Weißklee ungedroschen	70,00	„ „ „

Angaben über Saatklee sind auf ihre Glaubwürdigkeit besonders zu prüfen. Vergütung darf nur erfolgen, soweit beim Unterbleiben des feindlichen Einbruchs die Gewinnung mit hoher Wahrscheinlichkeit erfolgt wäre.

Timothee gedroschen	35,00	M. d. Ztr.
Timothee ungedroschen	32,00	„ „ „
Lupinen gedroschen	25,00	„ „ „
Lupinen ungedroschen	24,00	„ „ „

h) Sonstige Sämereien sind nach den Anfang April 1915 geltenden Marktpreisen zu bewerten.

i) Die Preise für Stroh sind, gleichviel ob es sich um Winterungs- oder Sommerungsstroh, Krumm- oder Richtstroh handelt, auf 2,00 M. für den Zentner festgesetzt.

Wenn nachweislich der Ausfall an Stalldung für den Ertrag der Ernte in der betreffenden Wirtschaft besonders schweren Schaden bringt, kann der Preis für den Zentner Stroh ausnahmsweise bis 2,50 M. erhöht werden.

4. Lebendes Inventar.

Bei Pferden lassen sich Anhaltspunkte für die Ermittelung des Friedenswertes nicht geben.

a) Für die Ermittelung des Friedenswertes des Rindviehs hat das Gewicht als Anhalt zu dienen.

Normale gesunde Gebrauchskühe und erkennbar tragende Sterken können bis zu 45,00 M., Saugkälber und Jungvieh unter einem Jahr bis zu 50,00 M., über ein Jahr alte männliche und weibliche Tiere bis zu 40,00 M. für den Zentner bewertet werden. Das Gewicht ist auf Grund örtlicher Kenntnis der Feststellungsbehörde und der Angaben der Geschädigten, die möglichst durch Zeugenvernehmungen nachzuprüfen sind, zu ermitteln.

Für Zuchtwerte und Qualitätswerte sind angemessene Zusätze zu den ermittelten Werten zulässig.

b) Schweine können bis zu 50,00 M. für den Zentner in Rechnung gestellt werden. Schafe können je nach Beschaffenheit mit 40,00 bis 45,00 M. für den Zentner bewertet werden.

Für Zuchtschweine und Zuchtschafe sind Zusätze zulässig.

c) Beim Geflügel können für Gebrauchs- und Mastiere folgende Sätze eingesetzt werden:

Hühner für das Stück	2—3	M.,
Enten „ „ „	3,50	„ ,
Gänse „ „ „	4—5	„ ,
Puten „ „ „	5—6	„ ,
Tauben „ „ „	0,50	„ .

Für Zuchtgeflügel können Zusätze und bei Junggeflügel entsprechende Abzüge gemacht werden.

d) Für Bienenstücke können eingesetzt werden:

aa) bei beweglichen Waben	30—35	M.,
bb) im übrigen	20—25	„ ,
cc) Bienenvölker, wenn die Wohnung erhalten ist	10—15	„ ,
dd) Für abhanden gekommenen Honig d. Ztr.	70,00	„ .

12. Zu Nr. 17 der Ausführungsbestimmungen (Feldinventar).

Kriegsschaden an Feldinventar im Sinne der Ausführungsbestimmungen wird in den nachstehend bezeichneten Kreisen anerkannt, falls a) die Winterung zu spät bestellt oder b) der Boden vor Winter nicht gepflügt ist.

a) Zu spät bestellte Winterung.

Die Bestellung gilt als verspätet in den Kreisen:
Königsberg, Labiau, Niederung:

bei Weizen nach dem 10. Oktober
„ Roggen „ „ 1. „

in den Kreisen:
Tilsit, Pillkallen, Stallupönen, Ragnit, Gumbinnen, Insterburg, Darkehmen, Osterode, Rössel, Rastenburg, Gerdauen, Friedland, Wehlau, Pr. Eylau:

bei Weizen nach dem 5. Oktober
„ Roggen „ „ 25. September

in den Kreisen:
Lyck, Lötzen, Angerburg, Johannisburg, Sensburg, Ortelsburg, Neidenburg, Allenstein:

bei Weizen nach dem 25. September
„ Roggen „ „ 20. „

in den Kreisen:
Goldap und Oletzko:

bei Weizen nach dem 20. September
„ Roggen „ „ 15. „

Jeder Morgen zu spät bestellter Winterung soll in den einzelnen Kreisen nach den in der folgenden Aufstellung enthaltenen Durchschnittssätzen entschädigt werden:

Kreis	Durchschnittssatz für zu spät bestellte Winterung für den Morgen M.
Gerdauen, Rastenburg, Pillkallen	34
Wehlau, Friedland, Ragnit, Insterburg	32
Königsberg, Labiau, Pr. Eylau, Niederung, Tilsit, Gumbinnen Darkehmen, Rössel	30
Stallupönen, Angerburg, Goldap, Oletzko, Lyck, Lötzen, Sensburg, Allenstein	28
Johannisburg, Ortelsburg, Neidenburg, Osterode	26

Die Gesamtschadenssumme, die für einen einzelnen Kreis festzustellen ist, ist kontingentiert, sie ergibt sich aus der Multiplikation der Zahl der zu spät bestellten Morgen mit dem in der Aufstellung angegebenen Durchschnittssatze für den Morgen. Das Kreiskontingent darf bei der Zusammenzählung der Einzelschäden nicht überschritten werden. Sollte eine Zusammenzählung der Einzelschäden mehr ergeben, als das Gesamtkontingent des Kreises beträgt, so müssen nötigenfalls alle einzelnen Schadensfeststellungen verhältnismäßig herabgesetzt werden.

b) Für Boden, der vor Winter nicht gepflügt ist,

gelten folgende Durchschnittssätze für den Morgen als Schäden:

Kreis	Durchschnittssatz für den Morgen vor Winter nicht gepflügten Ackerlandes
	M.
Gerdauen, Rastenburg, Pillkallen	50
Wehlau, Friedland, Ragnit, Insterburg	45
Königsberg, Labiau, Pr. Eylau, Niederung, Tilsit, Gumbinnen, Darkehmen, Rössel	40
Stallupönen, Angerburg, Goldap, Oletzko, Lyck, Lötzen, Sensburg, Allenstein	35
Johannisburg, Ortelsburg, Neidenburg, Osterode	30

Auch bei b) sind die Kreise in derselben Weise wie bei a) kontingentiert, d. h. die Gesamtheit der festgestellten Einzelschäden darf nicht größer sein als das Gesamtkontingent des Kreises (Durchschnittsschadenshöhe mal ungepflügter Morgenzahl). Im übrigen finden die Grundsätze zu a) Anwendung.

13. Zu Nr. 18 der Ausführungsbestimmungen (Gegenrechnung).

Eine Gegenrechnung soll in geeigneten Fällen aufgeführt werden. Die Feststellungsbehörden können von dem Geschädigten Auskünfte, die zur Aufstellung einer solchen Berechnung dienlich sind, fordern.

Die Gegenrechnung ist in folgender Weise aufzustellen:

a) Es ist durch Aufnahme einer Inventur der Wert des lebenden Inventars, des toten Inventars einschließlich eingebauter Maschinen, und der Wirtschaftsvorräte nach dem Stande vom 1. Juli 1914 festzustellen.

Früchte auf dem Felde und Heu der Ernte 1914 — auch wenn dieses am 1. Juli 1914 schon eingefahren sein sollte — sind nicht zu berücksichtigen. Dagegen sind am 1. Juli 1914 etwa vorhanden gewesene Vorräte aus der Ernte 1913, z. B. gedroschenes Getreide auf dem Speicher, ungedroschenes Getreide aus der Ernte 1913, Kraftfuttermittel, Stroh und Heu der Ernte 1913, Kartoffelvorräte, in Ansatz zu bringen. Gebäude, Wald, Gewässer und Hausrat scheiden aus.

Für die Preisbemessung der einzelnen Gegenstände der Inventur sind die in den vorhergehenden Bestimmungen dieser Anweisung festgesetzten Preise und Gegensätze maßgebend. Jedoch sind hierbei Zuschläge zum normalen Preise für die zur Fortführung der Wirtschaft nötigen Anschaffungen nicht zu machen.

b) Es ist ferner eine entsprechende Inventur nach dem Stande vom 1. Juli 1916 nach den gleichen Grundsätzen und unter Zugrundelegung der gleichen Preise aufzustellen.

c) Von der Summe zu a) wird die zu b) abgezogen. Der Unterschied gilt als Kriegsschaden. Zu diesem Betrage treten die vorgesehenen Höchstzuschläge zu dem Minderbestand an Inventar, soweit die fehlenden Inventarstücke zur Fortführung des Betriebes nötig sind (1. Kriegsschadenssumme). Ein etwaiger Mehrwert an Inventar ist zu Lasten des Geschädigten zu verrechnen.

d) Nach Erfahrungen bei nicht von dem feindlichen Einbruch getroffenen ostpreußischen landwirtschaftlichen Betrieben ist festzustellen, welchen Reinertrag der Geschädigte bei Nichteintreten seines Kriegsschadens während der beiden Wirtschaftsjahre vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1916 voraussichtlich gehabt hätte. Dabei kann auch die Veranlagung des geschädigten Betriebes zum Wehrbeitrage in geeigneten Fällen berücksichtigt werden. Der so abgeschätzte Reinertrag darf für das Wirtschaftsjahr 4 v. H. des Anlage- und Betriebskapitals ausschließlich des Wertes von Wald und Gewässern nicht übersteigen (2. Kriegsschadenssumme).

e) Der Minderwert der Ländereien, welcher wegen beschränkter Erzeugung von Stalldung aus Anlaß des feindlichen Einbruchs, Verunkrautung, Verwüstung des Grund und Bodens durch Schützengräben, Zerstörung von Bodenverbesserungen (Dränagen) usw. nach dem 1. Juli 1916 vorhanden ist, ist festzustellen (3. Kriegsschadenssumme).

f) Alle Wirtschaftsausgaben für die Zeit vom 1. Juli 1914 bis zum 30. Juni 1916 sind zusammenzuzählen. Davon sind die Wirtschaftseinnahmen für diese Zeit abzuziehen (4. Kriegsschadenssumme). Hierbei ist zu beachten, daß die auf Vorentschädigung gegebenen Mittel und staatlichen Bestellungsprämien nicht als Wirtschaftseinnahmen gelten. Einnahmen und Ausgaben für Gebäude, Wald, Gewässer und Hausrat bleiben hier wie überall in dieser Rechnung außer Ansatz. Doch sind die Lieferungen aus diesen Beständen für den Betrieb als ersparte Ausgaben und Arbeitsleistungen für den Wald usw. als Einnahmen zu verrechnen.

Bei dieser Aufstellung sind die in der Anlage III abgedruckten Bestimmungen zu I und II des Artikels 11 der Anweisung des Finanzministers vom 25. Juli 1906/1. Juli 1909 zur Ausführung des Einkommensteuergesetzes ausschließlich der Vorschrift zu I, 5 mit der Maßgabe sinngemäß anzuwenden, daß auch Ausgaben für die Verbesserung und Vermehrung der Gegenstände der Inventur anzurechnen sind, Aufwendungen für Gebäude, bei denen die besondere Schadensermittelung Platz greift, aber außer Betracht bleiben.

g) Die errechneten vier Kriegsschadenssummen sind zusammenzuzählen (Gesamtschaden).

Sollte ausnahmsweise die Berechnung zu f) mit einem Einnahmeüberschuß abschließen, so ergibt sich der Gesamtschaden aus der Zusammenzählung der Kriegsschadenssummen 1 bis 3 und dem Abzuge dieses Einnahmeüberschusses.

IV. Schäden in kaufmännischen und gewerblichen Betrieben und in freien Berufen.

14. Zu Nr. 19 der Ausführungsbestimmungen (Zuschläge).

Für die Berechnung der Zuschläge bei Maschinen haben die im Absatze 5 angegebenen Sätze als Anhaltspunkt zu dienen. Es ist aber bei ihrer Anwendung zu beachten, daß sie bei dem fortgesetzten Steigen der Preise nicht in allen Fällen maßgebend sein können; in der Regel sollen sie jedoch nicht überschritten werden. Die Sätze gelten nur für die bei ihnen angegebenen Zeitabschnitte; maßgebend ist dabei der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses, nicht derjenige der Lieferung oder Leistung.

Wegen der Abgrenzung von Maschinen und Gebäuden und von landwirtschaftlichen und nicht landwirtschaftlichen Maschinen vgl. oben Nr. 3 Abs. 2 und 3.

Die Zuschläge dienen zum Ausgleich zwischen den Friedenspreisen und den Wiederanschaffungspreisen. Von den tatsächlich aufgewendeten Wiederanschaffungskosten sind nur diejenigen zu berücksichtigen, die durch sachgemäßes Verhalten des Geschädigten entstehen. Die Kosten der Instandsetzung für Materialwert und Löhne sind nach den Sätzen in Absatz 5 unter q) zu beurteilen. Die Reste sind nach ihrem gemeinen Werte (allgemeinen Handelswerte) abzuschätzen. Hätten vorhandene Reste wieder betriebsfähig hergestellt werden können, sind aber trotzdem neue Maschinen beschafft worden, so wird nur derjenige Schaden festgestellt, der den Kosten einer Wiederherstellung entspricht. Es muß

genau darauf geachtet werden, daß noch herstellbare Maschinen nicht als vernichtet behandelt werden. Eine Nachprüfung der Reste ist vorzunehmen, wenn sich ihr Zustand nachträglich verschlechtert und infolgedessen ihr Wert vermindert oder wenn die vorher vorhanden gewesene Wiederherstellbarkeit ganz aufgehört hat; fällt dem Geschädigten ein Verschulden an der Verschlechterung zur Last, so ist eine Schadensfeststellung insoweit ausgeschlossen (vgl. § 3 Abs. 4 des Feststellungsgesetzes).

Auf die Feststellung von Maschinenschäden bei Verbesserungen und Erweiterungen und bei Verlegungen auf andere Grundstücke finden die entsprechenden Vorschriften für Bauschäden (Nr. 9 und 10 der Ausführungsbestimmungen) sinngemäße Anwendung.

Die Teuerungszuschläge für maschinelle Anlagen betragen:

	1914	1915	1916
a) für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte	10 v. H.	20 v. H.	(bis 30. 6.) 20 v. H.
b) für elektrische Maschinen und Zubehör (wie: Dynamos, Motoren, Leitungen Schaltungen, Akkumulatoren)	20 v. H.	40 v. H.	60 v. H
c) für alle übrigen Kraftmaschinen, wie Lokomobilen, Dampfmaschinen und Kessel, Explosionsmotoren	—	25 v. H.	(bis 30. 6.) bis 60 v. H.
d) für Transmissionen (außer Leder)	—	10 v. H.	20 v. H.
e) für Ledertreibriemen	—	bis 30. 6. 20 v. H. v. 30. 6.—31. 12. 50 v. H.	100 v. H.
für Kamelhaarriemen	—	bis 85 v. H.	bis 175 v. H.
für Riemen aus Baumwolltuch	—	bis 80 v. H.	bis 140 v. H.
f) für Molkereien (Separatoren, Kühler)	10 v. H.	20 v. H.	20 v. H.
g) für Ziegeleien und Torfmaschinen	10 v. H.	20 v. H.	20 v. H.
h) für Trocknereien, Stärkefabriken	—	25 v. H.	25 v. H.
i) für Schneidemühlen, soweit nicht d) und e) und für Einzelmaschinen andere Zuschläge in Frage kommen	10 v. H.	25 v. H.	35 v. H.
k) für Mahlmühlen, Wasserräder und Turbinen sowie Windturbinen	10 v. H.	bis 30. 6. 15 v. H. v. 1. 7.—31. 12. 20 v. H.	25 v. H.
l) für Brennereien	15 v. H.	bis 30. 6. 25 v. H. v. 1. 7.—31. 12. 35 v. H.	50 v. H.
m) für Tischlereimaschinen, Schlossereien, Reparaturwerkstätten und Werkzeuge	12½ v. H.	25 v. H.	25 v. H.
n) für Pumpen	15 v. H.	30 v. H.	30 v. H.
o) für Feuerlöscheinrichtungen:			
Feuerspritzen	10 v. H.	25 v. H.	35 v. H.
Armaturen	5 v. H.	20 v. H.	30 v. H.
mechanische Leitern	5 v. H.	10 v. H.	20 v. H.
p) für alle übrigen Maschinen	15 v. H.	20 v. H.	20 v. H.
q) für Wiederinstandsetzungen:	Materialwert und Zuschlag der betreffenden Maschinengattung		
für Löhne:	1914 — 30 v. H., vom 1. 1. 1915 ab — 80 v. H. Zuschlag,		
für Löhne:	bei Spezialmonteuren ist dieser Zuschlag von Fall zu Fall eventl zu erhöhen.		

15. Zu Nr. 20 der Ausführungsbestimmungen (Preisverzeichnisse).

Für Werkstätteneinrichtungen gelten die in Anlage IV enthaltenen Preise als Normalwerte. Diese Normalwerte umfassen nur die Friedenspreise.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 3, 699; 4, 813.

Popitz, Die Feststellung von Kriegsschäden usw., PrVerwBl. 38 605ff.

§ 3.

1. Popitz a. a. O. 609. Jagdschäden können nicht festgestellt werden (gegen Heilfron, PrVerwBl. 38 59).

2. Popitz a. a. O. 609. Ziel ist die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Ganzen, nicht peinlicher Ausgleich jedes verlorenen Vermögensbestandteils.

§ 5.

(Zu vgl. Bd. 3, 700.)

1. Popitz a. a. O. 609. Konkursverwalter, Testamentsvollstrecker und Zwangsverwalter sind antragsberechtigt.

2. Vorbescheid d. Ausschusses Berlin D 1 v. 20. 2. 17, DJZ. 17 498. Die Berechtigung der Provinzialfeuersozietät, die einen Kriegsschaden vergütet hat, zur Stellung eines Antrags, nach § 5 KrSchG. v. 3. Juli 1916, muß verneint werden. Die Antragstellerin beruft sich vergeblich für ihre Berechtigung auf ihre Satzung, wonach Ersatzansprüche des Versicherten gegen Dritte zu dem Betrage der Leistung der Sozietät auf sie übergehen. Entsprechend der Begr. (KomBer. S. 24) bezweckt das Gesetz lediglich, im Reichs- und Staatsinteresse mittels eines reichsrechtlich geordneten Verfahrens für die von den Landesregierungen in Aussicht genommenen Leistungen und eine spätere Ersatzleistung durch das Reich eine gemeinsame Grundlage zu gewinnen. Dem entsprechen auch die §§ 15, 16 des Gesetzes. Daraus folgt, daß ein Anspruch auf Schadenersatz des Versicherten gegen das Reich der auf die Sozietät hätte übergehen können, weder als ein gegenwärtiger, noch auch nur als ein bedingter oder künftiger auf Grund geltenden Rechts besteht. Ebensowenig ist das Antragsrecht des Eigentümers als solches übergegangen. Denn es stellt keinen vermögensrechtlichen Anspruch dar, über den der Geschädigte verfügen könnte, sondern eine kraft gewisser Rechtsbeziehungen zu der geschädigten Sache für bestimmte Personen entstehende und nur für die geschaffene öffentlich-rechtliche Einrichtung, die, ähnlich dem Strafantrage (s. KomBer. S. 23), eine Prozeßvoraussetzung für das Feststellungsverfahren bildet. Gegen den Übergang des Antragsrechts auf den Versicherer spricht auch der unmittelbare Inhalt des Gesetzes selbst. Denn nach § 5 hat der „Geschädigte" das Antragsrecht. Nach § 4 soll aber mit festgestellt werden, insbes. ob der „Geschädigte" aus einem Versicherungsverhältnis bereits Ersatz erhalten hat. Es läßt sich demgegenüber nicht annehmen, daß der Versicherer auf Grund des satzungsmäßigen Rechtsübergangs (vgl. auch VersVertrGes. § 67) nach § 5 selbst wieder das Verfahren betreiben kann.

§ 21.

1. Lemme, DJZ. 17 607. Wer sich hinsichtlich seiner vermeintlichen Ersatzansprüche materiell-rechtlich dem in Aussicht gestellten Reichsgesetze unterwirft, muß, falls er Beweissicherung beantragt, dies nach § 21 tun. Wer auf Grund bereits bestehender Bestimmungen (§ 21 Abs. 1) Klage auf Schadenersatz erhoben hat, muß bei Stellung des Beweissicherungsantrages die Beweissicherungsvorschriften der ZPO. beachten. Wer dagegen auf Grund bereits bestehender Bestimmungen Klage auf Schadenersatz erst erheben will, hat die Wahl, ob er gemäß §§ 485ff. ZPO. oder auf Grund des § 21 die Einleitung des Beweissicherungsverfahrens beantragen will.

2. Lemme, DJZ. 17 607. Das in § 21 in Aussicht gestellte Reichsgesetz kann möglicherweise andere oder noch andere Ereignisse als die in § 2 Ziff. 1 bis 3 bezeichneten jenen Ereignissen gleichstellen. Das Gericht wird somit einen Beweissicherungsantrag nicht damit ablehnen dürfen, es handele sich nach dem Antrage nicht um eine Beschädigung, die i. S. des § 2 Ziff. 1 bis 3 als durch den Krieg verursacht angesehen werden könne.

G. Vergeltungsmaßregeln.

Übersicht.

Einleitung . . . . .

I. Überwachung ausländischer Unternehmungen . . . . .

1. Bek., betr. die Überwachung ausländischer Unternehmungen, v. 4. September 1914 (RGBl. 397) . . . . .

2. Bek., betr. die Überwachung ausländischer Unternehmungen, v. 22. Oktober 1914 (RGBl. 447) . . . . .

*II. Zwangsverwaltungen . . . . .

*1. Bek., betr. die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen, v. 26. November 1914 (RGBl. 487) 511

2. Bek., betr. Ergänzung der Vorschriften über die zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen, v. 10. Februar 1916 (RGBl. 89)

3. Bek., betr. Änderungen hinsichtlich der Kapitalbeteiligung an einem Unternehmen, v. 5. Januar 1915 (RGBl. 13) . . . . .

4. Bek., betr. die zwangsweise Verwaltung britischer Unternehmungen, v. 22. Dezember 1914 (RGBl. 556) . . . . .

5. Bek. über die zwangsweise Verwaltung russischer Unternehmungen, v. 4. März 1915 (RGBl. 133) . . . . .

6. Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal, v. 14. Mai 1916 (RGBl. 375) Art. 3, 4 . . . . .

7. Bek., betr. zwangsweise Verwaltung rumänischer Unternehmungen, v. 28. September 1916 (RGBl. 1099) . . . . .

8. Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegen Italien v. 24. November 1916 (RGBl. 1289) §§ 4, 5 . . . . .

*III. Liquidationen . . . . .

*1. Bek., betr. Liquidation britischer Unternehmungen . . . . .

a) v. 31. Juli 1916 (RGBl. 871) . . . . .

b) v. 18. Januar 1917 (RGBl. 637) . . . . .

*c) v. 12. Juli 1917 (RGBl. 603) 513

*2. Bek., betr. Liquidation französischer Unternehmungen v. 14. März 1917 (RGBl. 227) 513

*IV. Ergänzungsverordnungen zu I, II und III . . . . .

1. Bek., betr. Ergänzung der Verordnungen über die Überwachung und zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen, v. 24. Juni 1915 (RGBl. 351) . . . . .

*2. Bek., betr. die Überwachung und zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen, v. 24. August 1916 (RGBl. 961) 514

*3. Bek. über zwangsweise Verwaltung und Liquidation des inländischen Vermögens landesflüchtiger Personen v. 12. Juli 1917 (RGBl. 603) . 514

*4. Bek. über den Treuhänder für das feindliche Vermögen v. 19. April 1917 (RGBl. 363) 514

*V. Zahlungsverbote . . . . .

*1. England . . . . .

*a) Bek., betr. Zahlungsverbot gegen England, v. 30. September 1914 (RGBl. 421) 517

b) Bek. des Reichskanzlers v. 13. Oktober 1914, betr. Zahlungen, die zum Erlangen und Erhalten von Patenten usw. erforderlich sind, Reichsanzeiger Nr. 242 (zu vgl. Bd. 1, 903) . . . . . .
2. Frankreich . . . . . .
a) Bek. des Reichskanzlers, betr. Zahlungsverbot gegen Frankreich, v. 20. Oktober 1914 (RGBl. 443) . . . . . .
b) Bek., betr. die Erfüllung von Ansprüchen im Falle zwangsweiser Verwaltung von Grundstücken, v. 26. März 1915 (RGBl. 185) . . . .
3. Rußland . . . . . .
a) Bek. des Reichskanzlers, betr. Zahlungsverbot gegen Rußland, vom 19. November 1914 (RGBl. 479) . . . . . .
b) Bek. des Reichskanzlers, betr. Zahlungsverbot gegen Rußland, vom 4. Februar 1915 (RGBl. 69) . . . . . .
c) Bek., betr. Ausnahme von dem Zahlungsverbote gegen Rußland und von der Sperre feindlichen Vermögens v. 19. April 1916 (RGBl. 312, Nr. 1, 3) . . . . . .
*4. Italien . . . . . .
a) Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegen Italien v. 24. November 1916 (RGBl. 1289) §§ 1, 2, 5 . . . . . .
*b) Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Italien v. 7. Juni 1917 (RGBl. 483) 520
5. Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal, vom 14. Mai 1916 (RGBl. 375) Art. 1, 4 . . . . . .
6. Bek., betr. Zahlungsverbot usw. gegen Rumänien, v. 28. August 1916 (RGBl. 971) . . . . . .
7. Bek. des Reichskanzlers, betr. Zahlungsverbot gegen Ägypten und Französisch-Marokko, v. 14. Oktober 1915 (RGBl. 673) . . . . .
*8. Bek., betr. Zahlungsverbot gegen die Vereinigten Staaten von Amerika v. 9. August 1917 (RGBl. 708) 520
*9. Einschränkung der Zahlungsverbote 521
a) Bek. des Reichskanzlers, betr. die Zahlungsverbote gegen England, Frankreich und Rußland, v. 20. Dezember 1914 (RGBl. 550)
*b) Bek., betr. die für eine auswärtige Bank im Betrieb einer inländischen Niederlassung entstandenen Ansprüche, v. 22. Dezbr. 1914 (RGBl. 542) 521
c) Bek. des Reichskanzlers, betr. Mietzahlung nach dem feindlichen Ausland, v. 20. Oktober 1915 (Reichsanz. Nr. 248) . . . . . .
*10. Bek., betr. die Stundungsvorschriften der Zahlungsverbote gegen das feindliche Ausland, v. 17. Januar 1917 (RGBl. 51). 521
Hierzu:
Bek., betr. die Stundungsvorschriften des Zahlungsverbots gegen Rußland v. 3. Februar 1917 (RGBl. 103) . . . . . .
VI. Stellungsnahme zu den feindlichen Versicherungsgesellschaften . . . . .
*VII. Zur Frage eines Forderungsausgleichs gegenüber dem feindlichen Auslande und der Anmeldung deutscher Forderungen gegen das Ausland 522
*VIII. Anmeldung und Sperre feindlichen Vermögens im Inland . . . . . .
*1. Bek. über die Anmeldung des im Inland befindlichen feindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten, v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 633). 526
Hierzu:
a) Bek. des Reichskanzlers, betr. Vorschriften über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten, v. 10. Oktober 1915 (RGBl. 653) . . . . . .
b) Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausnahmen von der Sperre feindlichen Vermögens, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 707) . . . .

c) Bek., betr. Ausnahme von dem Zahlungsverbot gegen Rußland und von der Sperre feindlichen Vermögens, v. 19. April 1916 (RGBl. 312) Nr. 2, 3 . . . . . .
d) Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßnahmen gegen Portugal, v. 14. Mai 1916 (RGBl. 375) Art. 2, 4 . . . . . .
e) Bek., betr. Zahlungsverbot usw. gegen Rumänien, v. 28. August 1916 (RGBl. 971) Art. 2, 3 . . . . . .
f) Bek., betr. wirtschaftliche Vergeltungsmaßregeln gegen Italien v. 24. November 1916 (RGBl. 1289) §§ 3, 5 . . . . . .
2. Bek., betr. Sperre und Anmeldung des Vermögens von landesflüchtigen Personen, v. 23. März 1916 (RGBl. 185) . . . . . .
*IX. Bek., betr. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1396) 526
Hierzu:
1. Bek. zur Ausführung der (vorgenannten) Verordnung v. 17. Dezember 1916 (RGBl. 1398) . . . . . .
*2. Bek. über die Anwendung der (vorgenannten) Verordnung auf Portugal v. 19. Juni 1917 (RGBl. 503) 534
*X. Bek. über die Anmeldung von Auslandsforderungen v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1400) 534
Hierzu:
*Bek. derselben Bezeichnung v. 23. Februar 1917 (RGBl. 183) 535
*XI. Bek. über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger, v. 1. Juli 1915 (RGBl. 414) 540
Hierzu:
1. Bestimmungen des Reichskanzlers zur Ausführung dieser Verordnung, v. 2. Juli 1915 (RGBl. 417) . . . . . .
2. Bek., betr. die BO. über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger v. 25. Januar 1917 (RGBl. 73) . . . . . .
3. Bek. des Reichskanzlers, betr. gewerbliche Schutzrechte von Angehörigen Portugals, v. 23. Juni 1916 (RGBl. 575) . . . . .
4. Bek., betr. gewerbliche Schutzrechte von Angehörigen Italiens, v. 9. Januar 1917 (RGBl. 29) . . . . . .
*5. Bek. derselben Bezeichnung v. 7. Mai 1917 (RGBl. 403) . . . 541
XII. Behandlung feindlicher Zollgüter . . . . . .
Bek., betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 438) . . . . . .
Hierzu:
a) Bek. des Reichskanzlers über die Außerkraftsetzung der Bek., betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, v. 15. Oktober 1915 (RGBl. 438) hinsichtlich Belgien, v. 4. Januar 1915, RGBl. 2 (zu vgl. Bd. 1, 916)
b) Bek. des Reichskanzlers über die Außerkraftsetzung der Bek., betr. die Behandlung feindlicher Zollgüter, v. 15. Oktober 1914 (RGBl. 438) hinsichtlich des besetzten Gebiets Rußlands, v. 14. März 1916 (RGBl. 163). . . . . .
XIII. Ein- und Durchfuhrverbote für Erzeugnisse feindlicher Länder . . . . .
1. Bek., betr. Ein- und Durchfuhr von Erzeugnissen feindlicher Länder, vom 11. Februar 1915 (RGBl. 93) . . . . . .
2. Bek. des Reichskanzlers, betr. Ein- und Durchfuhr von Erzeugnissen feindlicher Länder, v. 12. Februar 1915 (RGBl. 93) . . . . . .
3. Bek., betr. Zahlungen nach den besetzten Gebieten Frankreichs, v. 28. Dezember 1916 (Reichsanzeiger 17 Nr. 4) . . . . . .
4. Bek. v. 23. Dezember 1916 (Reichsanzeiger 17 Nr. 1) . . . . . .

(Abschnitt I in Bd. 1, 871ff.; 2, 404ff.)

II. Zwangsverwaltungen.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 1, 880; 2, 405; 3, 706.

1. Bek., betr. die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen. Vom 26. November 1914. (RGBl. 487.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 880, 881.

§ 1.

Anordnung der Zwangsverwaltung.

I. Allgemeines (zu vgl. Bd. 1, 882).

SächsOLG. 38 15 (Dresden III). Die Gerichte haben zwar nachzuprüfen, ob das Kapital des betreffenden Unternehmens — sei es ausschließlich, sei es teilweise — französischen oder russischen Staatsangehörigen zusteht, und dies letztere steht im vorliegenden Falle rechtlich einwandfrei fest. Dagegen ist die Entscheidung darüber, in welchem Umfang es ihnen und insbesondere, ob es ihnen ganz oder überwiegend zusteht, ein reiner Verwaltungsakt für die Beurteilung der Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit zwangsweiser Verwaltung. Als solcher ist sie aber der gerichtlichen Nachprüfung entzogen.

(Abschnitt III in Bd. 1, 884.)

IV. Veräußerungsverbot. — Keine Eintragung ins Grundbuch.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 2, 406, 5, 6 in Bd. 3, 706.)

7. JW. 17 667 (KG. I). Die Eintragung der zwangsweisen Verwaltung von Grundstücken feindlicher Staatsangehörigen ins Grundbuch ist unzulässig.

§ 2.

Rechtsstellung und Aufgabe des Verwalters.

I. Allgemeines.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 1, 881; 5 bis 10 in Bd. 2, 406ff.; 11 bis 14 in Bd. 3, 707.)

15. RG. VI, DJZ. 17 752. Der Zwangsverwalter hat eine privatrechtliche und eine öffentlich-rechtliche Stellung. Als Richtschnur hat ihm nach beiden Seiten das staatliche Interesse zu dienen. Als Zwangsverwalter ist er Vertreter des Inhabers des Unternehmens und muß, sei es zur Weiterführung, sei es zur Auflösung des Unternehmens, rechtsgeschäftliche Handlungen jeder Art vornehmen. Daneben hat er aus eigener Macht oder auf Anweisung der Behörde durch Maßnahmen, die auf öffentlich-rechtlichem Gebiet liegen oder liegen können, dafür Sorge zu tragen, daß der Zweck der Zwangsverwaltung erreicht werde, namentlich daß der Geschäftsbetrieb nicht in einer dem Vergeltungswillen oder den allgemeinen deutschen Interessen abträglichen Weise geführt wird. Die Maßnahmen des Zwangsverwalters, durch die er die Vermögenswerte des Unternehmens auszumitteln und sicherzustellen sucht, um ihre Verwendung zu Zwecken des feindlichen Auslandes zu verhüten, würden im allgemeinen öffentlich-rechtlicher Natur sein.

16. RG. VI, RG. 89 390, JW. 17 660 (mit Bemerk. v. Waldecker). Dem Zwangsverwalter ist schon als solchem eine Doppelstellung zugewiesen, eine privatrechtliche und eine öffentlich-rechtliche. Als Richtschnur hat ihm nach beiden Seiten das staatliche Interesse zu dienen. Den Vorteil des Unternehmens darf er nur verfolgen, soweit jenes Inter-

esse dadurch gefördert wird, etwa damit das Reich in dem Unternehmen ein wertvolles Pfand behalte, oder damit deutsche Gläubiger, dem staatlichen Interesse entsprechend, Befriedigung erlangen. Als Vertreter des Inhabers des Unternehmens kann und muß der Zwangsverwalter, sei es zur Weiterführung, sei es zur Abwickelung oder Auflösung des Unternehmens rechtsgeschäftliche Handlungen jeder Art vornehmen. Daneben hat er aus eigener Macht oder auf Weisung der Behörde durch Maßnahmen, die auf öffentlich-rechtlichem Gebiet liegen oder liegen können, dafür Sorge zu tragen, daß der Zweck der Zwangsverwaltung erreicht wird, namentlich, daß der Geschäftsbetrieb nicht in einer dem Vergeltungswillen oder den allgemeinen deutschen Interessen abträglichen Weise geführt wird. Die Aufgabe, eine scharfe grundsätzliche Grenze zu bestimmen, wo der Zwangsverwalter eine öffentlich-rechtliche, und wo er eine privatrechtliche Tätigkeit entfaltet, braucht hier nicht gelöst zu werden. Die einzelne Handlung ist nach Beweggrund und Zweck zu betrachten. Im allgemeinen werden die Maßnahmen des Zwangsverwalters öffentlich-rechtlicher Natur sein, durch welche er die Vermögenswerte des Unternehmens auszumitteln, zu erfassen und sicherzustellen sucht, um sie dem Vergeltungszweck und den deutschen Interessen dienstbar zu machen oder um zu verhüten, daß sie irgendwie dem feindlichen Ausland zufließen oder zum Nutzen gereichen. Entläßt beispielsweise der Zwangsverwalter einen Angestellten des Unternehmens, so ist dies an sich ein privatrechtlicher Vorgang mit rechtsgeschäftlichen Wirkungen. Geschieht die Entlassung jedoch, weil der Angestellte in geheimem Einvernehmen mit dem ausländischen Inhaber steht und durch sein Verbleiben bei dem Unternehmen deutsche Interessen gefährdet werden, so erhält sie öffentlich-rechtlichen Charakter. Der Zwangsverwalter hat alsdann kraft der ihm verliehenen amtlichen Befugnisse eine obrigkeitliche Anordnung getroffen, deren Berechtigung der Entlassene im Rechtsweg nicht anfechten kann.

17. DJZ. 17 249, LeipzZ. 17 345 (Hamburg VI). Kl. ist hamburgischer Vertreter der unter Zwangsverwaltung gestellten französischen Benedictine-Gesellschaft; Bekl. ist Zwangsverwalter und Aufsichtsperson bei der Firma des Kl. Kl. hat sich das hiesige Lager der französischen Gesellschaft zu Eigentum übertragen lassen. Da Verdacht besteht, daß Kl. nur im Interesse der franz. Gesellschaft handelt, hat Beklagter Abrechnung über seine Geschäfte verlangt. Kl. verlangt klagend Feststellung, daß dieses Verlangen unberechtigt sei. Die Klage ist abgewiesen, weil der Rechtsweg nicht zulässig ist, denn es handelt sich um eine im öffentlichen Rechte wurzelnde Anordnung, welche von einer insoweit mit amtlicher Gewalt gesetzmäßig ausgestatteten Person ausschließlich im Interesse des Staates und auf Grund der übertragenen amtlichen Befugnisse getroffen worden ist.

18. DJZ. 17 250, ElsLothJZ. 17 4 (Colmar II). Die Ansicht, daß der Zwangsverwalter i. S. von § 727 ZPO. Rechtsnachfolger des Schuldners sei, wird nicht einmal von allen denen geteilt, die eine Rechtsähnlichkeit der Stellung des politischen Zwangsverwalters mit der des Konkursverwalters annehmen, für den aber die Anwendbarkeit des § 727 ZPO. bestritten ist (Jaeger, Anm. 35 zu § 6 KO.). Übereinstimmend mit den Beschlüssen des I. ZS. v. 12. 5. und v. 29. 9. 15 (DJZ. 15, 1218) ist vielmehr davon auszugehen, daß der politische Zwangsverwalter wie ein gesetzlicher Vertreter des Schuldners anzusehen ist, dessen Vertretungsmacht sich auf einen bestimmten Vermögenskomplex beschränkt.

III. Liquidationen.

1. Bek., betr. die Liquidation britischer Unternehmungen.

(Bek. a in Bd. 3, 711.)

b) Vom 18. Januar 1917.

Wortlaut in Bd. 4, 817.

Begründung. (D. R. X 175.)

Die Liquidation britischer Unternehmungen nach der Verordnung vom 31. Juli 1916 (RGBl. 871) stößt häufig aus folgendem Grunde auf Schwierigkeiten. Die britischen Stammhäuser pflegen ihre in der Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Aktiengesellschaft gegründeten Tochterunternehmungen — offensichtlich zum Zwecke der Ersparung von Steuern — mit einem geringen Gesellschaftskapital auszustatten und die weiteren Betriebsmittel in der Form von Darlehen zur Verfügung zu stellen, die verhältnismäßig hoch zu verzinsen sind. Für diese Darlehen sind in der Regel auf dem Fabrikgrundstücke Hypotheken oder Grundschulden eingetragen, die beinahe in allen Fällen den Wert des Grundstücks einschließlich der Gebäude und Maschinen weit übersteigen. Die Hypotheken- oder Grundschuldbriefe befinden sich regelmäßig in England. Eine Veräußerung des Fabrikgrundstücks scheitert fast immer daran, daß eine Löschung oder Abtretung der Hypothek im Grundbuch ohne Vorlegung des Hypothekenbriefs nicht vermerkt werden kann. Denn die Fälle, in denen der Erwerber bereit ist, das weit über den Wert belastete Grundstück selbst gegen Gewährung einer Vergütung für die übernommene Überbelastung zu übernehmen, gehören zu den Seltenheiten.

Anderseits sind die Vorschriften der Verordnung vom 31. Juli 1916 über die Kraftloserklärung von Urkunden, in denen die Beteiligung an einem Unternehmen verbrieft ist, auf Hypotheken- und Grundschuldbriefe nicht anwendbar. Wollte man nicht gezwungen sein, in zahlreichen Fällen von der Liquidation britischer Unternehmungen abzusehen, so bedurfte es in diesem Punkte der Abhilfe. Diese ist durch die Bek. vom 18. Januar 1917 (RGBl. 65) in der Form geschaffen, daß für den Fall, daß der Hypotheken- oder Grundschuldbrief nicht erreichbar ist, angeordnet werden kann, daß die Hypothek oder Grundschuld bei der Veräußerung des Grundstücks ganz oder teilweise erlischt. Die Anordnung ist, um eine einheitliche Handhabung zu sichern, dem Reichskanzler bzw. dem Reichskommissar übertragen. Die Löschung ist auf Grund einer solchen Anordnung alsdann vom Grundbuchamte vorzunehmen, ohne daß es der Vorlegung des Hypotheken- oder Grundschuldbriefs bedarf. Hierbei wird von Fall zu Fall zu prüfen sein, in welcher Weise für das erloschene Recht in anderer Weise, z. B. durch Hinterlegung eines Teiles des Erlöses, Sicherheit geschaffen werden kann.

c) Bek. zur Ergänzung der VO., betr. Liquidation britischer Unternehmungen, v. 31. Juli 1916 (RGBl. 871). Vom 12. Juli 1917. (RGBl. 603.)

[BR.] **Art. 1.** Dem § 3 der Verordnung, betreffend Liquidation britischer Unternehmungen, vom 31. Juli 1916 (RGBl. 871) wird der folgende Abs. 6 hinzugefügt:

Der Reichskanzler kann den Liquidator von Beschränkungen befreien, die für die Veräußerung des der Liquidation unterstehenden Vermögens gelten. Er kann den Liquidator ermächtigen, bei der Veräußerung des Vermögens die Haftung des Erwerbers für die Verbindlichkeiten des bisherigen Inhabers durch Vereinbarung mit dem Erwerber in einer von den allgemeinen Vorschriften abweichenden Weise zu regeln.

Art. 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [14. 7.] in Kraft.

2. Bek., betr. Liquidation französischer Unternehmungen. Vom 14. März 1917. (RGBl. 227.)

[BR. § 12 Abs. 2 LiquidVO. 31. 7. 16]. **Art. 1.** Die Vorschriften der Verordnung, betreffend Liquidation britischer Unternehmungen, vom 31. Juli 1916 werden im Wege der Vergeltung auf Unternehmungen, deren Kapital überwiegend französischen Staatsangehörigen zusteht, oder die vom französischen Gebiet aus geleitet oder beaufsichtigt

werden oder bis zum Kriegsausbruche geleitet oder beaufsichtigt wurden, sowie auf französische Beteiligungen an einem Unternehmen für anwendbar erklärt.

Art. 2. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [15. 3.] in Kraft.

IV. Ergänzungsverordnungen zu I und II.

(Verordnung 1 in Bd. 2, 410.)

2. Bek., betr. die Überwachung und zwangsweise Verwaltung ausländischer Unternehmungen. Vom 24. August 1916.

Wortlaut und Begründung in Bd. 3, 710.

Peter, JW. 17 452. Die durch § 2 BRVO. vom 24. 8. 1916 ausgesprochene Aufhebung der Stundung kann lediglich die zu einem zwangsverwalteten Vermögen gehörenden Forderungen betreffen, für welche die Stundung nach § 2 BRVO. v. 30. 9. 1914 noch in Kraft war. Als solche verbleiben nur die Werte, welche durch die BRVO. v. 26. 2. 1916 als neue Gegenstände der Zwangsverwaltung eingeführt wurden, nämlich Nachlaßmassen, zu einem Unternehmen gehörige und sonstige, einem feindlichen Ausländer gehörende Vermögenswerte, dies aber nur, falls der Inhaber seinen Sitz oder Wohnsitz im feindlichen Auslande hat. Während bei den übrigen, der Zwangsverwaltung unterliegenden Vermögenswerten eine Stundung überhaupt nicht in Frage kommt, ist es hier in das Ermessen des Zwangsverwalters gestellt, die an sich bestehende Stundung mit Monatsfrist nach vorgängiger Zahlungsaufforderung zur Aufhebung zu bringen. Solange die Forderung auf diesem Wege nicht zur Fälligkeit gebracht ist, verbleibt der Schuldner im Genuß der mit der Stundung verbundenen Rechtsvorteile, insbesondere bleibt auch der Zinsenlauf gehemmt.

3. Bek. über zwangsweise Verwaltung und Liquidation des inländischen Vermögens landesflüchtiger Personen. Vom 12. Juli 1917. (RGBl. 603.)

[BR.] Art. 1. Die Vorschriften der Verordnungen über die zwangsweise Verwaltung französischer Unternehmungen vom 26. November 1914, 24. Juni 1915, 10. Februar und 24. August 1916 (RGBl. 1914 S. 487, 1915 S. 351, 1916 S. 89, 961) sowie der Verordnungen über die Liquidation britischer Unternehmungen vom 31. Juli 1916, 18. Januar und 12. Juli 1917 (RGBl. 1916 S. 871, 1917 S. 65, 603) werden auf das Vermögen solcher Personen für anwendbar erklärt, die auf Grund des § 27 Abs. 1 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 (RGBl. 583) der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig erklärt worden sind.

Art. 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [14. 7.] in Kraft.

4. Bek. über den Treuhänder für das feindliche Vermögen. Vom 19. April 1917. (RGBl. 363.)

[BR.] § 1. Der Reichskanzler ernennt einen Treuhänder für das feindliche Vermögen.

§ 2. Der Treuhänder ist befugt, im Inland befindliche Vermögensgegenstände von Feinden unter Verwaltung zu nehmen, Unternehmungen, Niederlassungen und Grundstücke jedoch nur mit Zustimmung der Landeszentralbehörde. Die Entscheidung des Treuhänders, daß die Voraussetzungen für die Übernahme der Verwaltung durch ihn vorliegen, kann nur im Aufsichtsweg angefochten werden.

Soweit es sich um Vermögen handelt, das einer staatlichen Aufsicht oder Verwaltung oder einer Liquidation nach Maßgabe der Verordnungen vom 4. September, 15. Oktober und 26. November 1914, vom 10. Februar und 31. Juli 1916 (RGBl. für 1914

S. 397, 438, 487; für 1916 S. 89, 871) unterſteht, erſtreckt ſich die Befugnis des Treuhänders nur auf ſolche Gegenſtände, die ihm aus dieſem Vermögen überwieſen werden. Bei Unternehmungen, die nach Maßgabe der Verordnung vom 4. September 1914 unter Aufſicht ſtehen, ſind die Aufſichtsperſonen befugt, die Überweiſung von Geldern oder Wertpapieren, die für die Fortführung des Betriebs nicht erforderlich ſind, an den Treuhänder anzuordnen.

§ 3. Die für die Hinterlegung bei der Reichsbank geltenden Vorſchriften

des § 4 Abſ. 2 der Verordnung, betreffend die Überwachung ausländiſcher Unternehmungen, vom 4. September 1914 (RGBl. 397),

des § 3 der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 (RGBl. 421)

und

des § 5 Abſ. 2 Satz 1 der Verordnung, betreffend die zwangsweiſe Verwaltung franzöſiſcher Unternehmungen, vom 26. November 1914 (RGBl. 487)

werden dahin geändert, daß an die Stelle der Hinterlegung bei der Reichsbank die Abführung an den Treuhänder tritt.

Soweit vor dem Inkrafttreten dieſer Verordnung auf Grund der im Abſ. 1 angeführten Vorſchriften eine Hinterlegung bei der Reichsbank erfolgt iſt, kann der Treuhänder die hinterlegten Beträge und Wertpapiere an Stelle der Reichsbank in Verwaltung nehmen.

§ 4. Auf die Verwaltung des Treuhänders finden die Vorſchriften des § 2, des § 5 Abſ. 1 und des § 6 der Verordnung vom 26. November 1914 (RGBl. 487) ſowie die Vorſchriften des Artikel 1 der ergänzenden Verordnung vom 24. Juni 1915 (RGBl. 351) entſprechende Anwendung. Der Reichskanzler tritt an die Stelle der Landeszentralbehörde. Ein Anſpruch gegen den Feind kann gegen den Treuhänder, wenn dieſem auf Grund des § 2 der Verordnung vom 26. Oktober 1914 die Vertretung des Feindes zuſteht, nur mit ſeiner Zuſtimmung gerichtlich geltend gemacht werden.

Auf Verlangen des Treuhänders iſt jedermann verpflichtet, über das Vermögen von Feinden Auskunft zu erteilen.

§ 5. Der § 8 der Verordnung über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) wird dahin geändert, daß an die Stelle der zur Veräußerung, Abtretung oder Belaſtung ſolchen Vermögens erforderlichen Genehmigung des Reichskanzlers die Genehmigung des Treuhänders tritt. Ebenſo gehen die im § 10 der genannten Verordnung in bezug auf die Abführung nach dem Ausland dem Reichskanzler übertragenen Befugniſſe auf den Treuhänder über.

Soweit Zwangsvollſtreckungen, Arreſte oder einſtweilige Verfügungen gegen das vom Treuhänder in Verwaltung genommene Vermögen nach der Erklärung des Kriegszuſtandes gegenüber dem im einzelnen Falle in Betracht kommenden Staate erfolgt ſind, kann der Treuhänder die Aufhebung verlangen.

Zwangsvollſtreckungen, Arreſte, einſtweilige Verfügungen und Konkursanträge gegen das vom Treuhänder in Verwaltung genommene Vermögen können in allen Fällen nur mit ſeiner Genehmigung erfolgen.

§ 6. Der Treuhänder kann ungeachtet des § 2 der Verordnung vom 30. September 1914 (RGBl. 421) die Erfüllung der von ihm in Verwaltung genommenen Anſprüche fordern; die Stundung endet mit dem Ablauf eines Monats nach der Aufforderung zur Leiſtung.

Endet bei einem Wechſel, bei welchem durch die Stundung gemäß § 4 der Verordnung vom 30. September 1914 die Proteſterhebung hinausgeſchoben iſt, die Stundung auf Grund der Vorſchrift des Abſ. 1, ſo bleiben gleichwohl die Proteſterhebung und der Rückgriff aus dem Wechſel bis auf weiteres ausgeſchloſſen. Dieſe Vorſchrift findet auf Scheds entſprechende Anwendung.

§ 7. Auf Geldforderungen, die fällig sein würden, falls die im § 2 der Verordnung vom 30. September 1914 vorgesehene Stundung nicht bestände, sind für die Zeit vom 1. April 1917 an Zinsen in Höhe des für Verzugszinsen geltenden Satzes an den Treuhänder zu entrichten. Zinsen von Zinsen sind auf Grund dieser Vorschrift nicht zu entrichten.

Bei Geldforderungen, die noch nicht fällig, aber nach Gesetz oder Vertrag schon vor der Fälligkeit zu verzinsen sind, hat der Schuldner gleichfalls die für die Zeit vom 1. April 1917 ab laufenden Zinsen an den Treuhänder zu entrichten.

Der Reichskanzler bestimmt, an welchen Terminen die Zinsen zu entrichten sind. Er kann auch über die Höhe der zu entrichtenden Zinsen besondere Bestimmungen treffen und Ausnahmen zulassen.

Die in den Abs. 1, 2 bezeichneten Verpflichtungen treten ein, auch wenn der Treuhänder den Anspruch nicht unter Verwaltung genommen hat und ohne daß es einer Aufforderung des Treuhänders bedarf. In den Fällen des Abs. 1 tritt die Verpflichtung ohne Rücksicht auf Pfändungen oder Verpfändungen des gestundeten Anspruchs ein.

Auf Forderungen aus Wechseln oder Schecks finden die Vorschriften der Abs. 1 bis 3 keine Anwendung.

§ 8. Wer die von dem Treuhänder auf Grund des § 4 Abs. 2 erforderte Auskunft nicht erteilt oder wissentlich unwahre Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Treuhänders ein.

§ 9. Der Reichskanzler kann Ausführungsvorschriften erlassen.

§ 10. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Mai 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann sie außer Kraft tritt.

Begründung.

(NordddAllgZtg. v. 22. April 1917 Nr. 110 2. Ausg.)

Mit dem Fortschreiten des Wirtschaftskrieges (und der Verbreiterung der wirtschaftlichen Folgen des Krieges) hat sich immer mehr die Notwendigkeit einer Zusammenfassung der Verwaltung der liquiden feindlichen Vermögenswerte geltend gemacht. Eine neue Bundesratsverordnung vom 19. April sieht hierfür eine eigene dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) unterstehende Behörde unter dem Namen „Treuhänder für das feindliche Vermögen" vor.

Die Tätigkeit des Treuhänders soll sich im wesentlichen auf zwei Hauptgruppen von feindlichen Vermögen erstrecken: 1. auf Geldmittel aus einzelstaatlicher Verwaltung feindlichen Vermögens (Zwangsverwaltungen, Liquidationen usw.), 2. auf die einer besonderen Verwaltung noch nicht unterstehenden feindlichen Guthaben.

Durch die Einsetzung des Treuhänders wird von den einzelnen, von den Landesbehörden eingesetzten Zwangsverwaltungen an den Liquidationen unter Mitwirkung des Reichskommissars usw. nichts geändert. Diese Verwaltungen werden nur insoweit berührt, als ihr finanzielles Ergebnis, die für eine Anlage verfügbaren Gelder, dem Treuhänder zur Verfügung zu stellen sind. Der Schwerpunkt der Neuregelung liegt darin, daß eine Zentralstelle geschaffen wird, welche die Buchführung, Statistik und damit den Überblick über die bei den verschiedensten Stellen liegenden feindlichen Gelder zentralisiert und die Verfügungsmacht über die Gesamtheit des Geldes auszuüben in der Lage ist.

Was die einer besonderen Verwaltung noch nicht unterstehenden feindlichen Guthaben und Wertpapiere anlangt, so kann der Treuhänder nach der neuen Verordnung an den Schuldner herantreten und unter Prüfung aller Verhältnisse des einzelnen Falles gegebenenfalls zur Einziehung der Forderung schreiten. Im übrigen tritt er als amtliche Hinterlegungsstelle für feindliche Forderungen an die Stelle der Reichsbank.

In Verbindung mit dieser Befugnis zur Einziehung feindlicher Forderungen hat auch die Frage der Verzinsung solcher Guthaben eine neue Regelung erfahren. Die im § 2 der Verordnung über das Zahlungsverbot vom 30. September 1914 ausgesprochene Zinslosigkeit der Stundung ist eine Maßnahme, welche auf eine kurze Dauer des Krieges zugeschnitten war, sich unter den jetzigen Verhältnissen und insbesondere mit Rücksicht auf eine etwa mögliche Regelung der Frage bei den Friedensverhandlungen aber nicht aufrechterhalten läßt. Sei es, daß alsdann später gegenseitig eine mäßige Verzinsung der Forderungen festgesetzt werden sollte, oder von einer solchen Vereinbarung abgesehen werden sollte, in jedem Falle gebietet die Vorsicht, das Gesamtkapital an feindlichen Werten nicht größtenteils zinslos zu belassen, sondern mit den Zinsen und Gewinnen, die aus ihm erzielt werden und erzielt werden können, einen besonderen Ausgleichsfonds zu bilden, der — sofern nicht eine gegenseitige Verzinsung der herauszugebenden Privatvermögen im Friedensvertrage festgesetzt werden sollte — der Regierung zur Verfügung steht. Die Bestimmung der Zinstermine und auch der Höhe der zu fordernden Zinsen sowie auch der Erlaß sonstiger Ausführungsvorschriften ist dem Reichskanzler überlassen. Durch die Zentralisierung der Verwaltung der feindlichen Guthaben wird auch die Befriedigung der deutschen Gläubiger auf eine zweckmäßigere Grundlage gestellt. Die Befugnisse der Freigabe von der Sperre feindlichen Vermögens (Verordnung vom 7. Oktober 1915) sind dem Treuhänder übertragen worden.

V. Zahlungsverbote.

1. Bek., betr. Zahlungsverbot gegen England. Vom 30. September 1914. (RGBl. 421.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 887ff.

§ 1.

Das Zahlungsverbot.

Inhaltsübersicht.

I. Verboten ist die Zahlung usw. nach Großbritannien und Irland, oder den britischen Kolonien und Besitzungen I 893, II 412, III 717.
1. Das Verbotsgebiet I 893.
2. Territoriale Bedeutung I 893, III 717. V 618.
3. Zahlung an eine Erbenmehrheit I 894.
4. Verboten ist die mittelbare Zahlung nach Großbritannien usw. I 894, III 717.
a) Zahlungen auf dem Umwege über das neutrale Ausland I 894.
b) Ist auch die Leistung an den deutschen Agenten verboten, der im Auftrage im Verbotsgebiet ansässiger Gläubiger Forderungen einzieht?
α. Bejahend I 894.
β. Verneinend I 894.
γ. Vermittelnd II 412, III 717.
c) Honorierung von Schecks ausländischer Schuldner und Guthaben feindlicher Banken bei inländischen Banken I 894.
d) Liegt eine mittelbare Zahlung vor? I 895, II 412, III 718.
II. Zahlungsleistung I 896, II 413, III 720.
1. Begriff der Zahlung I 895, II 413, III 720.
2. Bare Zahlung I 896.
3. Zahlung in Wechseln und Schecks I 895.
4. Zahlung durch Überweisung I 896, II 413.
5. Zahlung in sonstiger Weise I 896, III 720.
a) Gehört hierher auch die Hingabe an Zahlungs Statt? I 896.
α. Bejahend I 896.
β. Verneinend I 896.
b) Gehört die Abtretung hierher? I 896.
α. Bejahend I 896.
β. Verneinend I 896.
c) Gehört die Aufrechnung hierher? I 896, III 720.
α. Bejahend I 896.
β. Verneinend I 896, III 720.
III. Abführung und Überweisung von Geld und Wertpapieren I 896.
1. Allgemeines I 896.
2. Geld I 896.
3. Wertpapiere I 896.
IV. Verboten ist die Zahlung und die Abführung oder Überweisung. — Nicht verboten sind:
1. Die Annahme I 897.
2. Die Geldausgabe I 897.
3. Bloße Sicherungen I 897.
4. Die Arrestpfändung I 897.

5. Die Anmeldung im Konkurs I 897.
6. Die Abschließung neuer Verträge und die Erfüllung durch Warenlieferung I 897.
V. Sind verbotene Zahlungen usw. nichtig? I 897.
1. Bejahend I 897.
2. Verneinend I 897.
VI. Ist die Rückforderung statthaft? I 897.
VII. Ausnahmen von dem Verbot I 897.

I. Verboten ist die Zahlung nach Großbritannien und Irland oder den britischen Kolonien und Besitzungen.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 893.)

2. Territoriale Bedeutung.

(Erläuterung a, b in Bd. 1, 893, 894; c bis e in Bd. 3, 707.)

f) RG. 89 212. Forderungen eines nichtdeutschen Gläubigers, der beim Inkrafttreten der Bundesratsverordnung vom 30. September 1914 (RGBl. 421) in England ansässig war, gelten auch dann noch als gestundet, wenn der Gläubiger seinen Wohnsitz nach Deutschland verlegt hat.

§ 2.

Stundung — Aufhebung der Verzugsfolgen.

Inhaltsübersicht.

I. Der Anspruch bleibt bestehen I 898.
II. Die Stundung. Allgemeines I 898, III 720, V 518.
1. Gegenstand der Stundung. Die Stundung betrifft:
a) Schon entstandene oder noch entstehende vermögensrechtliche Ansprüche I 898, V 519.
b) die dem deutschen Recht unterstehen I 898.
c) Ohne Rücksicht auf die Regelung der gerichtlichen Zuständigkeit I 898.
2. Folgen der Stundung I 898, III 720.
III. Die Aufhebung der Verzugsfolgen I 899.
IV. Geltendmachung und Berücksichtigung der Stundung und Verzugsbeseitigung I 899, II 413.
1. Hat das Gericht die Stundung von Amts wegen zu berücksichtigen? I 899, II 413.
a) Bejahend I 900.
b) Verneinend I 900.
2. Verweigerung der Zahlung an Inländer I 900.
3. Geltendmachung in der Zwangsvollstreckung I 900.
V. Wirkung gegen Rechtsnachfolger I 900, II 414, III 721, V 519.
1. Ist der Indossatar als Rechtsnachfolger anzusehen? I 900, III 721.
a) Bejahend I 900, III 721.
b) Verneinend I 900.
2. Mehrfache Rechtsnachfolge I 900.
3. Der Erwerb eines Erstattungsanspruchs I 900.
4. Der Pfändungspfandgläubiger I 900, II 414, III 722, V 519.
5. Beweislast I 901.
VI. Verhältnis des § 2 zu § 1 I 900.

(Abschnitt 1 in Bd. 1, 898.)

II. Die Stundung.

Allgemeines.

1. RG. 89 214. Die Bestimmung des § 2 Abs. 1 dient nicht ausschließlich der Sicherung des Hauptzweckes der Bekanntmachung, die Leistung von Zahlungen nach Großbritannien und Irland oder den britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen und die Abführung und Überweisung von Geld oder Wertpapieren nach diesen Gebieten zu verhindern. Sie bezweckt zugleich den inländischen Schuldner gegen den im feindlichen Ausland ansässigen Gläubiger zu schützen und sie erstreckt sich auf vermögensrechtliche Ansprüche jeder Art, also auch auf solche, die nicht auf die Leistung von Geld oder sonstigen Zahlungsmitteln oder Wertpapieren gerichtet sind. Ihre Anwendung ist deshalb nicht ausgeschlossen, wenn die Erreichung des Hauptzwecks der Bekanntmachung ohnehin gesichert erscheint. Vielmehr überhebt sie den inländischen Schuldner bis auf weiteres schlechthin seiner Leistungspflicht und damit auch, wenn er nicht etwa aus freien Stücken leisten will, der Prüfung, ob die Leistung dem Zahlungsverbote des § 1 der Bekanntmachung zuwiderlaufen würde.

2. RG. III, WarnE. 17 151. Die Stundungsvorschrift des § 2 der Bek. vom 30. September 1914 trifft nur die Ansprüche derjenigen juristischen Personen, welche in England ihren Sitz, d. h. wie nach dem Wortlaute nicht zweifelhaft sein kann, aus dem Vergleiche mit § 5 sich ergibt und in der Begründung (Denkschrift S. 86) ausdrücklich ausgesprochen ist, ihren Hauptsitz haben. Der Anspruch der Klägerin, einer inländischen Niederlassung einer juristischen Person, die im neutralen Ausland ihren Hauptsitz hat, wird also nicht davon berührt.

1. Gegenstand der Stundung.

a) Vermögensrechtliche Ansprüche.

(Zu vgl. Bd. 1, 898.)

DJZ. 17 437 (KG. VIII). Die Klägerin hatte in erster Instanz ein Urteil auf Zahlung von 10800 M. erstritten und nach Hinterlegung von 11600 M. mit Erfolg hieraus vollstreckt. In der Berufungsinstanz ist die Klage abgewiesen und die Klägerin zur Rückzahlung des beigetriebenen Betrages verurteilt worden, da die Forderung einer in Rußland ihren Sitz habenden juristischen Person bis auf weiteres gestundet sei. Die Klagforderung sei hiernach jetzt nicht mehr fällig, einer der Ausnahmefälle aus § 257 ZPO. läge nicht vor, es sei daher auch nicht zu prüfen, ob der Klägerin der Anspruch überhaupt, wenn auch als nicht fälliger, zustehe. Aus der Abänderung des landgerichtlichen Urteils ergebe sich weiter, daß die Klägerin den von der Beklagten beigetriebenen Betrag zurückzahlen müsse. Zur Abwendung der Zwangsvollstreckung habe die Klägerin Sicherheit zu leisten, und zwar neben derjenigen Sicherheit, die sie bereits zur Vollstreckung des landgerichtlichen Urteils geleistet habe und die der Bekl. für die aus der alsbaldigen Vollstreckung des erstinstanzlichen Urteils drohenden Nachteile hafte. Darauf, welche Rechtsbehelfe der Klägerin etwa demnächst zur Rückerlangung der letzteren Sicherheit zustehen, sei hier nicht einzugehen.

(Abschnitt III u. IV in Bd. 1, 899; 2, 413)

V. Wirkung gegen Rechtsnachfolger.

(Unterabschnitt 1 bis 3 in Bd. 1, 900; 2, 414; 3, 721.)

4. Der Pfändungspfandgläubiger (vgl. Bd. 1, 900; 2, 414; 3, 722.)

RG. 89 214. Die Forderung des in England ansässigen Gläubigers eines inländischen Schuldners gilt auch dem Vollstreckungsgläubiger gegenüber als gestundet, dem die Forderung im Inlande zur Einziehung überwiesen ist.

§ 6.

Strafbestimmungen.

(Erläuterung 1 bis 8 in Bd. 1, 902; 9 bis 10 in Bd. 2, 415; 11 bis 20 in Bd. 3, 723ff.)

21. RG. V, Recht 17 365, Nr. 704. Die Vorschrift in § 6 Abs. 1 BRBO. setzt zwar notwendig den Tatbestand des § 134 ZollG. — verbotswidrige Ausfuhr — voraus. Aus dieser Art der Gesetzeskonkurrenz folgt aber nicht, daß die Bestimmungen des ZollG. über Konfiskation der Bannware und Wertersatz (§§ 134, 155) nicht anwendbar seien. Die Bannware ist stets verwirkt oder ihr Wert zu ersetzen; das folgt notwendig aus den zollrechtlichen Vorschriften. Die BRBO. hat eine Einschränkung dieser Vorschriften nicht beabsichtigt.

22. RG. I, SächsA. 17 225. Für die Anwendung des Zahlungsverbots gegen Frankreich kommt nichts darauf an, daß der Angeklagte Ausländer ist, daß die Zahlungen aus Mitteln erfolgten, die aus einem französischen Unternehmen stammten und niemals in Deutschland gewesen sind, daß die Zahlungsverpflichtung vor Ausbruch des Krieges in Frankreich entstanden ist, daß die Zahlungen aus Vermögen, das der Angeklagte im Aus-

lande, insbesondere in Frankreich selbst besitzt, hätten zwangsweise beigetrieben werden können und daß deshalb die Nichtzahlung der fälligen Renten für den Angeklagten erhebliche Nachteile hätte haben können oder müssen. Das ist aus Inhalt und Zweck des Gesetzes bereits in RGStr. 49, 437 nachgewiesen. Der erkennende Senat tritt den Ausführungen dieses Urteils überall bei.

(Abschnitt 2 in Bd. 1, 904; 3 in Bd. 1, 907; Bd. 3, 725.)

4. Italien.

(Bek. a in Bd. 3, 726.)

b) Bek., betr. Zahlungsverbot gegen Italien. Vom 7. Juni 1917. (RGBl. 483.)

[RR. § 7 Abs. 2, EnglZahlVerb. 30. 9. 14]. Art. 1. Die Vorschriften der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 werden auf Italien, auf die italienischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen sowie auf die von den italienischen Streitkräften besetzten Gebiete auch insoweit für anwendbar erklärt, als sich die Anwendung nicht schon aus der Bekanntmachung vom 24. November 1916 (RGBl. 1289) ergibt.

Die Anwendung unterliegt folgenden Einschränkungen:

1. Für die Frage, ob die Stundung gegen den Erwerber wirkt oder nicht (§ 2 Abs. 2 der Verordnung vom 30. September 1914), kommt es ohne Rücksicht auf den Wohnsitz oder Sitz des Erwerbers nur darauf an, ob der Erwerb nach dem 30. April 1917 oder vorher stattgefunden hat, sofern nicht nach § 2 der Bekanntmachung vom 24. November 1916 ein früherer Zeitpunkt maßgebend ist.
2. Soweit in der Verordnung vom 30. September 1914 auf den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens verwiesen wird, tritt der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung an die Stelle, sofern nicht nach § 2 der Bekanntmachung vom 24. November 1916 ein früherer Zeitpunkt maßgebend ist.

Art. 2. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [11. 6.] in Kraft.

(Abschnitt 5, 6 in Bd. 3, 725f.; Abschnitt 7 in Bd. 2, 416.)

8. Bek., betr. Zahlungsverbot gegen die Vereinigten Staaten von Amerika. Vom 9. August 1917. (RGBl. 708.)

[BR.] Art. 1. Die Vorschriften der Verordnung, betreffend Zahlungsverbot gegen England, vom 30. September 1914 finden auf die Vereinigten Staaten von Amerika entsprechende Anwendung.

Die Anwendung unterliegt folgenden Einschränkungen:

1. Für die Frage, ob die Stundung gegen den Erwerber wirkt oder nicht (§ 2 Abs. 2 der Verordnung vom 30. September 1914), kommt es ohne Rücksicht auf den Wohnsitz oder Sitz der Erwerbers nur darauf an, ob der Erwerb nach dem 6. April 1917 oder vorher stattgefunden hat.
2. Soweit in der Verordnung vom 30. September 1914 auf den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens verwiesen wird, tritt der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung an die Stelle.

Art. 2. Der Reichskanzler kann im Wege der Vergeltung Vorschriften, welche gegen feindliche Staaten erlassen worden sind, auch auf andere Staaten durch Bekanntmachung für anwendbar erklären.

Art. 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [11. 8.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann und in welchem Umfang sie außer Kraft tritt.

9. Einschränkung der Zahlungsverbote.

(Bek. a in Bd. 1, 908.)

b) Bek., betr. die für eine auswärtige Bank im Betriebe einer inländischen Niederlassung entstandenen Ansprüche. Vom 22. Dezember 1914. (RGBl. 542.)

Wortlaut in Bd. 1, 909.

RG. III, Recht 17 222 Nr. 401. Welche Erwägungen der VO. zugrunde liegen, kann dahingestellt bleiben. Es ist aber nicht anzunehmen, daß damit allgemein gültige Grundsätze aufgestellt werden sollten, wo ein Anspruch aus einer Kreditgewährung entsteht, die durch Ziehung auf ausländische Plätze ausgenutzt werden sollte und ausgenutzt wurde. Denn die Anwendung der VO. ist ausdrücklich auf die Ansprüche inländischer Niederlassungen von Banken des feindlichen Auslands beschränkt und von dem Erlasse einer entsprechenden Vorschrift für die Anwendung des § 2 AuslAVO. angesehen.

10. Bek., betr. die Stundungsvorschriften der Zahlungsverbote gegen das feindliche Ausland. Vom 17. Januar 1917. (RGBl. 51.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 4, 817ff.

Literatur.

Ohse, Die Einschränkung der durch die Zahlungsverbote gewährten Stundung, JW. 17 251 ff.

1. Ohse a. a. O. 253. Die Auslandsdeutschen werden sehr häufig bereits zehn Jahre vor Inkrafttreten des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913, also vor dem 1. Januar 1914, ihre Niederlassung im Auslande genommen haben. Die Tatsache, daß sie jedenfalls früher Deutsche gewesen sind, ergibt daher nicht ohne weiteres, daß sie noch jetzt die deutsche Angehörigkeit besitzen. Der Nachweis, daß sie in Gemäßheit des Gesetzes vom 1. Juni 1870 sich in die Konsulatsmatrikel haben eintragen lassen, wird ihnen meist nicht möglich sein, da sie bei Verlassen des feindlichen Auslandes irgendwelche Urkunden nicht mitnehmen konnten. Eine Bescheinigung einer inländischen Behörde läßt sich gleichfalls nicht beibringen, da nach deutschem Recht Nationalitätserklärungen nicht bekannt sind. Wollte man also zum Fälligwerden der Forderung einen schlüssigen Nachweis der deutschen Staatsangehörigkeit erfordern, so würde böswilligen Schuldnern gegenüber eine rechtswirksame Aufforderung nur selten möglich sein. Man wird sich daher mit einer Art prima-facie-Beweis begnügen lassen müssen, aus dem sich ergibt, daß der Gläubiger jedenfalls früher deutscher Reichsangehöriger gewesen ist.

2. Ohse a. a. O. 253. Sollte ein Deutscher eine andere Staatsangehörigkeit erworben haben, trotzdem aber nicht aufgehört zu haben, Deutscher zu sein, so wird die Verordnung auch ihm zugute kommen können. Diese Auslegung ist von besonderer Bedeutung, um dem Schuldner den Einwand abzuschneiden, der Gläubiger mag zwar Deutscher geblieben sein, jedenfalls habe er aber nach Kenntnis des Schuldners auch die Staatsangehörigkeit im feindlichen Ausland erworben. Einen Nachweis, daß dies nicht geschehen ist, würde der Gläubiger während des Krieges niemals erbringen können.

3. Ohse a. a. O. 253. Zweifelsfragen können sich, gerade im Verhältnis zu England, bei einem Treuvermögen ergeben. Dem deutschen Interesse würde es am meisten entsprechen, wenn es hier, was die Erfordernisse für die Beseitigung der Stundung anlangt, genügen würde, daß sie bei dem materiellen Eigentümer, nicht dem formalen Eigentümer (Treuhänder) erfüllt sind. Auf Grund des Wortlauts der ergangenen Bestimmungen wird sich dies jedoch kaum rechtfertigen lassen.

4. Ohse a. a. O. 253. Der Fall kann eintreten, daß der Testamentsvollstrecker nicht die persönlichen Voraussetzungen erfüllt, wenn er z. B. nicht Deutscher ist oder sich nicht

in den genannten Gebieten aufhält oder wenn er überhaupt keine physische, sondern eine juristische Person ist. Wollte man für diese Fälle die Beseitigung der Stundung auf Grund des Art. 1 verneinen, so könnte hier noch nicht einmal eine Ausnahme in Gemäßheit des Art. 3 Nr. 1 bewilligt werden. Dieses Ergebnis erscheint aber so abwegig, daß man sich über die aus der Fassung herrührenden Bedenken wird hinwegsetzen können.

5. Ohse a. a. O. 254. Daß ein (abgeleiteter) Erwerb nach Kriegsausbruch nicht die gleiche Wirkung haben soll, wird im allgemeinen als gerechtfertigt anzusehen sein, wenn auch der zurückkehrende Auslandsdeutsche häufig, um seinen Anspruch gegen einen ausländischen Schuldner überhaupt erfüllt zu erhalten, sich mit einer Zession von dessen Anspruch gegen einen Deutschen wird haben genügen lassen müssen. Der Auslandsdeutsche steht also schlechter da als der Inlandsdeutsche, der durch Vermittlung des neutralen Auslands nach Ausbruch des Krieges, aber vor Erlaß der Zahlungsverbote einen feindlichen Anspruch abgetreten erhalten hat.

6. Ohse a. a. O. 254. Die Aufforderung zur Leistung ist durch den Gläubiger an den Schuldner zu richten. Der Gläubiger kann naturgemäß durch eine andere Person vertreten sein. Eine Aufforderung durch den deutschen Pfandgläubiger oder Beauftragten ist daher als zulässig anzusehen. Bei Wechseln, welche mit einem nicht äußerlich als solches erkennbaren Prokuraindossament übertragen worden sind, wird die Vorlegung einer besonderen Vollmacht für erforderlich anzusehen sein.

7. Tischbein, JW. 17 276. Wichtig ist, daß die neue Bek. im Gegensatz zur alten, die sich gegen jeden Erwerber des Anspruchs richtete, nur den „Erwerb von einem Dritten" nach Erklärung des Kriegszustandes, also nur den rechtsgeschäftlichen Erwerb versehmt. Wer die Forderung durch Pfändung und Überweisung oder von Gesetzes wegen (insbesondere auch als Erstattungsanspruch!) erworben hat, kann die Rechtswohltaten der neuen Bek. ungehindert für sich in Anspruch nehmen. Außerdem bezieht sich Art. 1 Abs. II der neuen Bek. nur auf Forderungen, die alte Vorschrift dagegen auf vermögensrechtliche Ansprüche jeder Art.

8. Tischbein, JW. 17 276. Ansprüche, die keinen solchen Rückgriff bedeuten und zu deren Erhaltung es keiner Protesterhebung bedarf, können gefordert werden, so der Anspruch aus dem Wechsel gegenüber den Akzeptanten, Art. 44 WO., der ursprüngliche, der Wechselbegebung zugrunde liegende zivilrechtliche Anspruch bei Hingabe des Wechsels zahlungshalber und der Wechselbereicherungsanspruch des Art. 83 WO. Dagegen wäre ein bloßer Protesterlaß gemäß Art. 42 WO. bedeutungslos, weil hier Rückgriffe aus dem Wechsel gegen Aussteller und Indossanten in Frage kommen würden. Diese Auslegung entspricht dem Zweck des Art. 2 der neuen BRBek. der offenbar verhüten soll, daß durch gleichzeitiges Fälligwerden zahlreicher Wechsel auf das Inland der Wechselkurs ungünstig beeinflußt wird.

(Abschnitt VI in Bd. 2, 417.)

VII. Zur Frage eines Forderungsausgleichs gegenüber dem feindlichen Auslande und der Anmeldung deutscher Forderungen gegen das Ausland.

(Zu vgl. Bd. 1, 912; 2, 417ff.; 3, 727.)

20. Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe (ReichstDruck. 13. LegP. II. Sess. 1914/17 Nr. 637). Dem Ausschuß lag eine Eingabe vor, die von dem Verband zur Sicherung deutscher Forderungen an das feindliche Ausland ausging. Die Petenten gingen davon aus, daß bei dem Umfang der Art und Dauer des gegenwärtigen Krieges diejenigen Kreise von Handel und Industrie, welche am Export beteiligt sind, besonders schwer betroffen werden. Der Verband habe sich die Aufgabe gestellt, die wirtschaftliche Kraft der Exportindustrie zu erhalten, um nach Beendigung des Krieges den Kampf auf den Weltmärkten ungeschwächt durchzuführen. Aus den Erhebungen des Verbandes ergebe sich, daß die 320 Mitglieder des genannten Verbandes Gesamtforde-

rungen in Höhe von über 30 Mill. M. haben, also im Durchschnitt annähernd 100000 M. auf jede dem Verband bisher beigetretene Firma entfallen. Im Interesse seiner Mitglieder und im Interesse der Exportindustrie stellt der Verband die Forderung auf, daß Maßnahmen in Erwägung gezogen werden, welche die Flüssigmachung der Auslandsforderungen den Inhabern ganz oder teilweise ermöglichen. Der Verband weist auf die seines Erachtens vorbildliche Regelung hin, die diese Frage in England gefunden hat und zwar nach folgender Richtung:

1. Die Tratten, die die englischen Exporteure auf englische Banken und Bankiers gezogen haben, behält die Bank von England bis zu einem Jahre nach Friedensschluß, und sie entläßt die Makler oder sonstigen Indossanten aus jeglichem Obligo.

2. Auf Veranlassung der Bank von England, die Joint Stocks Banks und des Verbandes der britischen Handelskammern erhalten die Exporteure in Form von sechs Monatswechseln, die von ihnen auf ihre Akzeptbanken gezogen werden, Vorschüsse bis zur halben Höhe der Forderungen, die sie an das Ausland oder an die Kolonien haben. Die Exporteure zahlen für diesen Vorschuß 1% Kommission und $^1/_4$% Akzeptprovision. Die Provisionen dienen zur Deckung der Kosten und zur Bildung der Verlustrücklage. Die Verluste werden im übrigen zu 75% vom britischen Schatzamt und zu 25% von der akzeptierenden Bank getragen. Die Wechsel werden zu den günstigsten Marktsätzen diskontiert. Außer den überseeischen Schuldnern haftet der Exporteur selbst, so daß nur bei Eintritt der Zahlungsunfähigkeit des Exporteurs ein Verlust eintreten könnte. Die Wechsel können bis 1 Jahr nach Friedensschluß erneuert werden.

Der Verband führt aus, daß in Deutschland in Erwägung gezogen werden könnte, daß zur Sicherung der übernommenen Reichsgarantie ein Teilbetrag der gewährten Vorschüsse in Kriegsanleihen angelegt würde, wozu die Inhaber der Auslandsforderungen zweifellos bereit sein würden. Die bisher zum Zwecke der Flüssigmachung der Auslandsforderungen getroffenen Institutionen hätten sich als nicht ausreichend erwiesen, und nur die Regierung sei im Verein mit den Großbanken in der Lage, wirksam einzugreifen.

Dieser Eingabe des Verbandes hat sich eine große Reihe von Körperschaften angeschlossen und zwar: der Verband der Textilindustriellen in Chemnitz, der Verband der Metallindustriellen in der Kreishauptmannschaft Dresden, der Verband Deutscher Jute-Industrieller G. m. b. H., Braunschweig, der Verband der Flaschenfabriken, Berlin W, der Verein Deutscher Zellstoff-Fabrikanten, Berlin W, der Fabrikanten-Verein der Spachtel- und Tambur-Industrie in Plauen, der Verband der Porzellan-Industriellen von Oberfranken und Oberpfalz in Selb, der Deutsche Versicherungs-Schutzverband E. V. Berlin, der Erzgebirgische Posamentenverband in Annaberg, der Bergische Fabrikanten-Verband in Barmen, der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien E. V. in Leipzig, der Verein zur Wahrung gemeinsamer Interessen der Ost-Lothringer Industrie in Forbach i. Lothr., der Deutsche Buchdrucker-Verein in Leipzig, die Gesamtvereinigung der Weißblech verarbeitenden Industriellen Deutschlands in Berlin, die Handelskammer zu Barmen, die Großherzogliche Handelskammer Bingen a. Rh., die Handelskammer zu Gera, die Handelskammer für die preußische Oberlausitz zu Görlitz, die Handelskammer zu Halle, die Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden in Karlsruhe, die Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg, die Handelskammer in Stolberg i. Rhld., Kommerzienrat Adolf Deichsel in Myslowitz.

Die Handelskammer zu Schweidnitz, welche gleichfalls auf die Eingabe Bezug nahm, betonte, daß es sich ihrer Beurteilung entziehe, wie weit die Anregungen des Verbandes praktisch durchführbar seien und ob der von ihm vorgeschlagene Weg zu dem gewünschten Ziele führe. Sie sehe daher davon ab, im einzelnen Stellung zu den Anträgen zu nehmen und beschränke sich darauf, die Bestrebungen grundsätzlich zu unterstützen.

Neben dieser Eingabe des genannten Verbandes und der diese Eingabe unterstützenden Organisationen lag der Kommission eine Eingabe des Zentralausschusses der Berliner kaufmännischen, gewerblichen und industriellen Vereine vor, welche es für wünschenswert erklärte, daß die Reichsregierung eine Registrierung der deutschen Forderungen an feind-

liche Ausländer baldmöglichst unter Abwägung der von verschiedenen Seiten gemachten Vorschläge und der entsprechenden Maßnahmen des feindlichen Auslandes durchführe, so daß für die Friedensverhandlungen Klarheit und Gewähr für die notwendige Sicherung der deutschen Interessen gegenüber den ausländischen Schuldnern bestehe.

Ferner lag der Kommission die Eingabe des Konkursverwalters beim Königlichen Amtsgericht Berlin-Mitte Erfurth vor, der Abschrift einer Eingabe sandte, welche er an den Reichskanzler in Sachen der Sicherung der deutschen Forderungen an das feindliche Ausland gerichtet hatte, dessen Ausführungen sich aber im wesentlichen auf den Gedanken beschränkten, daß es eine zwingende Notwendigkeit der Reichsregierung sei, für die betroffenen Exporteure schützend einzugreifen, ohne daß einzelne Vorschläge für diesen Schutz gemacht wurden.

Eine weitere Eingabe des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, Berlin, betraf Maßnahmen, betreffend die Sicherstellung der deutschen Außenstände im feindlichen Ausland und verlangte vor allem die Erfüllung der Forderungen, daß die Registrierung der deutschen Guthaben und Außenstände im feindlichen Ausland endlich in die Wege geleitet würde. Der Kriegsausschuß hatte als Anlage für seine Eingabe einen 78 Druckseiten umfassenden Bericht über die gemeinschaftliche Beratung der Ausschüsse des Centralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen über die Sicherung der Auslandsforderungen beigefügt, ferner eine ausführliche an den Herrn Reichskanzler gerichtete Eingabe, in welcher eine große Reihe von Vorschlägen für die Sicherung der deutschen Rechte im Ausland gemacht wurden, und zwar eine Sicherung für die deutschen Bankguthaben und Depots gegenüber der Schädigung des Eigentums im feindlichen Ausland, über die Gültigkeit von Verträgen und Schadensersatz bei deren Nichterfüllung, über Verzugsstrafen, Gefahrtragung, Gewährleistung, Zinsverluste, Kursverluste, gewerblichen Rechtsschutz und Verhältnis zu den Angestellten im Ausland. Als unbedingte Voraussetzung für den Schutz der deutschen Außenstände sah der Kriegsausschuß die alsbaldige Registrierung dieser Forderungen an.

Eine weitere Eingabe des Süddeutschen Exportvereins E. V. in Mannheim nahm ebenfalls Bezug auf die Eingabe des Barmer Verbandes, betonte jedoch, daß die Forderung von 30 bis 40 Millionen der Mitglieder dieses Verbandes ein außerordentlich geringer Betrag sei, der zur Beurteilung dieser Frage ganz und gar nicht ausreiche, und daß es notwendig sei, zunächst eine Aufnahme der Forderungen selbst stattfinden zu lassen, damit man sich über die weiter erforderlichen Schritte Rechenschaft geben könne. Der Verein fügte gleichzeitig eine Anzahl Drucksachen bei, aus denen seine Stellungnahme ersichtlich sei und wies insbesondere auf die Notwendigkeit hin, zur Frage des Rechtsschutzes der Forderungen besondere Gerichte unter neutralem Vorsitz zu schaffen.

Der Berichterstatter weist darauf hin, daß die vorliegende Frage die Kommission schon einmal beschäftigt und damals zu dem Beschluß geführt hätte, diejenigen Petitionen, die sich auf eine Registrierung der Schulden und Forderungen an das feindliche Ausland bezogen, dem Herrn Reichskanzler zur Berücksichtigung und soweit sie weitergehende Maßnahmen betreffen, dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen. Bei den vorliegenden Eingaben müsse unterschieden werden zwischen dem von ihnen verfolgten Zweck. Der Verband zur Sicherung deutscher Forderungen an das feindliche Ausland und die vielen Organisationen, die sich ihm angeschlossen hätten, bezweckten unter Anlehnung an englische Gesetzesbestimmungen, über die aber nichts Authentisches mitgeteilt sei, eine Flüssigmachung der Auslandsforderungen schon während des Krieges. Demgegenüber könne darauf hingewiesen werden, daß auch Kriegskreditbanken in der Absicht gegründet worden seien, denjenigen Kaufleuten und Industriellen während des Krieges Kredit zu verschaffen, welche derartige Forderungen an das feindliche Ausland besäßen. Allerdings würde in den Kreisen der Kaufmannschaft darüber geklagt, daß es sehr schwierig sei, die Forderungen ausreichend beliehen zu erhalten. Bei der Länge des Krieges und bei der Schwierigkeit, in welche die Ausfuhrindustrie durch die Verhältnisse des Krieges komme,

könne jedenfalls geprüft werden, inwieweit der in England beschrittene Weg auch auf deutsche Verhältnisse anwendbar sei.

Soweit die Eingaben sich darauf bezögen, die Registrierung der Auslandsforderungen zu verlangen, sei auf den Beschluß der Kommission zu verweisen, der schon einmal die Berücksichtigung dieser Forderungen angestrebt habe. Es empfehle sich, diese Berücksichtigung noch einmal auszusprechen, da die Registrierung von allen maßgebenderen Organisationen der Industrie und des Handels gefordert werde. Mit Ausnahme einiger allerdings sehr angesehener Handelskammern stände die überwiegende Mehrheit der deutschen Handelskammern ebenso wie der fast die gesamte deutsche Industrie umfassende Kriegsausschuß der deutschen Industrie, sowie die großen Hamburger Organisationen des Handels auf dem Standpunkt, daß eine solche Registrierung eingeführt werden müßte. Was die Eingabe des Kriegsausschusses der deutschen Industrie angehe, die eine ganze Reihe von Einzelforderungen für die Sicherung der Auslandsforderungen geltend mache, so könne bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge in eine Einzelberatung wohl nicht eingetreten werden, da alle diese Fragen sich teils auf die Regelung der Übergangswirtschaft, teils auf die Friedensverhandlungen bezögen. Es sei vorzuschlagen, der Regierung die Erörterung dieses Kriegsausschusses zur Erwägung zu überweisen.

Der Mitberichterstatter erklärte, daß er große Bedenken gegen jede Regelung hätte, die auf irgendeine Art von Clearing-System hinauskäme. Man würde mit dem Anmelden von Forderungen viel genauer sein, als mit dem Anmelden von Verpflichtungen. Man müsse darnach streben, nach dem Friedensschluß möglichst bald geordnete Verhältnisse herzustellen. Bei einem amtlichen Ausgleich sei die Gefahr vorhanden, daß von beiden Seiten weit mehr Forderungen angemeldet würden als Verpflichtungen, das werde den Wirtschaftskampf nach Friedensschluß verschärfen. Bei Friedensschluß muß dafür gesorgt werden, daß die Verjährungsfristen verlängert werden, also die Kriegszeit nicht als Verjährungszeit gilt. Dann darf man annehmen, daß die reellen Geschäftsleute aus beiden Mächtegruppen ihre Verpflichtungen innehalten und damit die Basis für die Neubelebung der Auslandsgeschäfte schaffen.

In der Besprechung wird den Vorschlägen des Berichterstatters von verschiedenen Abgeordneten zugestimmt, während andere Mitglieder der Kommission darauf hinweisen, daß diejenigen Fabrikanten und Kaufleute, welche sich am Exportgeschäft beteiligen, auch gezwungen seien, das Risiko auf sich zu nehmen, das sich aus einer derartigen Beteiligung ergäbe. Bezüglich der Flüssigmachung der Auslandsforderungen wird wiederholt darauf hingewiesen, daß hierfür ausdrücklich die Kriegskreditbanken geschaffen worden seien und daß, wenn diese in der Beleihung von Auslandsforderungen versagten, zunächst einmal die Frage zu prüfen sei, inwiefern durch die vom Reich bisher geschaffenen Organisationen der Zweck der Flüssigmachung der Auslandsguthaben in besserer Form erreicht werden könne, ehe man auf derartige Versuche eingehe, wie sie hier ohne authentisches Material auf Grund von Zeitungsnachrichten vorgeschlagen würden.

Ein Regierungsvertreter legt dar, daß die Regierung gegenwärtig mit dem Deutschen Handelstag und dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie in Verbindung stände, um im Zusammenwirken mit den genannten Vertretungen einen Weg zu finden, der zu einer allseitigen Verständigung über die Frage der Registrierung der Auslandsforderungen auf der einen Seite und weiter über die Wahrnehmung der Interessen der deutschen Gläubiger nach Friedensschluß führe. Was die Frage der Beleihung der Auslandsforderungen anlange, so habe die Reichsverwaltung über Art und Umfang der in dieser Hinsicht zutage getretenen Bedürfnisse sowie über die Möglichkeit ihrer bisherigen Befriedigung eingehende Ermittlungen in den verschiedenen Bundesstaaten veranlaßt; deren Ergebnis liege zwar noch nicht vor, indessen könne gesagt werden, daß bisher das Bedürfnis nach einer Beleihung solcher Auslandsforderungen während des Krieges sich in sehr engen Grenzen gehalten habe und durch die vorhandenen Kreditorganisationen seine Befriedigung finde.

Im übrigen wurden für und gegen die Registrierung der Auslandsforderungen die-

jenigen Gesichtspunkte wiederholt, die in dem ersten Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe (Reichstag, 13. Legislaturperiode 2. Session 1914-15, Drucksache 135) vorgebracht worden sind. Die Kommission beschließt mit Mehrheit, die Eingaben, soweit sie sich auf die Registrierung der Auslandsforderungen beziehen, der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit sie die Flüssigmachung der Auslandsforderungen betreffen, der Regierung als Material und die Eingabe des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, betreffend Maßnahmen zur Sicherstellung der deutschen Außenstände im feindlichen Auslande, der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

VIII. Anmeldung und Sperre feindlichen Vermögens im Inland.

1. Bek. über die Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten. Vom 7. Oktober 1915. (RGBl. 633.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 424ff.

§ 8.

(Zu vgl. Bd. 3, 727.)

LeipzZ. 17 612 (Hamburg VI). Die Auffassung der Klägerin, daß die BRVO. v. 7. Oktober 1915 auf Pfändungen keine Anwendung erleide, geht fehl. § 8 der VO. gibt die Voraussetzung an, unter der allein das feindliche Vermögen abgetreten oder belastet werden kann. Durch die Pfändung eines Vermögensstückes aber wird dessen Belastung herbeigeführt. Trotzdem kann sich die Bekl. auf die VO. nicht berufen. Zwar ist — rein äußerlich genommen — die Forderung auf Grund einer nach dem Inkrafttreten der BRVO. ausgebrachten Pfändung an die Gläubigerin überwiesen worden. Diese Pfändung war aber durchaus überflüssig, weil bereits im Januar 1915 die gleiche Forderung auf Grund des von der Klägerin erwirkten Arrestes gepfändet worden war (Stein IV, I zum § 930 ZPO.). Es hätte also auf Grund der ersten Pfändung überwiesen werden können und müssen. Es handelt sich also in Wahrheit um die Ausübung eines vor dem Inkrafttreten der VO. erlangten dinglichen Rechtes (§ 8 Abs. 2). Das Verbot des § 8 Abs. 1 trifft daher nicht zu.

§ 9.

ElsLothNotZ. 17 155. (LG. Straßburg) Die Verwaltung eines im Inlande befindlichen, einem feindlichen Staatsangehörigen gehörenden Hausgrundstücks ist als Betrieb im Sinne des § 9 der Bekanntmachung v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) anzusehen. Es kann mithin ein derartiges Hausgrundstück, welches dem feindlichen Staatsangehörigen aus einem Nachlasse zugefallen ist, durch den unbeschränkten Testamentsvollstrecker ohne Genehmigung des Reichskanzlers belastet werden, soweit es sich um Belastungen zugunsten von Personen handelt, die im Inlande ihren Wohnsitz haben.

IX. Bek., betr. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen. Vom 16. Dezember 1916. (RGBl. 1396.)

Wortlaut in Bd. 3, 1023.

Begründung. (D. N. X 178.)

Die feindlichen Staaten, insbesondere England, Frankreich und Italien, haben durch ihre gegen den deutschen Handel gerichteten Maßnahmen nicht nur den Abschluß neuer Verträge zwischen Deutschen und ihren Angehörigen verboten, sondern auch in die laufenden Verträge eingegriffen, indem sie — abgesehen von den für die Dauer

des Krieges erlassenen Erfüllungsverboten — durch besondere Verordnungen ihren Angehörigen die dauernde Auflösung unbequemer Verträge erleichtert haben.

England erließ während des Krieges zunächst nur Verfahrensvorschriften, die es den britischen Vertragsteilen ermöglichen, vor den britischen Gerichten Feststellungsklagen über die Einwirkung des Krieges auf laufende Verträge mit Feinden zu erheben. In sachlicher Hinsicht konnte sich England auf die Anwendung des von altersher dort geltenden Ausnahmerechts gegen Feinde verlassen, aus dem die Gerichte für das Gebiet des Handels insbesondere den Grundsatz ableiten, daß Verträge, die irgendwie während des Krieges einen Verkehr mit einem Feinde zur Folge haben, als durch den Krieg aufgelöst zu gelten haben. Auf diesem Wege haben die englischen Gerichte in weitgehender Weise laufende Verträge zwischen Engländern und Deutschen auf Antrag der englischen Partei für nichtig erklärt. Dabei hat zur Begründung eines Urteils zweiter Instanz, durch welches die Nichtigkeit eines Vertrages ausgesprochen wurde, bezüglich einer in dem Vertrage getroffenen Vereinbarung ein Richter unter anderem ausgeführt, daß ihr Fortbestand dem deutschen Bezugsberechtigten nach Friedensschluß die Wiederaufnahme seines Handels in größerem Umfang ermöglichen und so die Wirkung des Krieges auf den deutschen Handel mindern würde. Die Möglichkeit einer Auflösung im gerichtlichen Wege wurde jedoch im weiteren Verlaufe des Krieges nicht mehr für ausreichend erachtet, vielmehr durch ein Gesetz vom Januar 1916 daneben das Handelsamt ermächtigt, Verträge mit Feinden aufzulösen, wenn sie nach Ansicht des Amtes gegen das öffentliche Interesse verstoßen. Schon früher hatte die australische Gesetzgebung jeden vor Kriegsbeginn geschlossenen, noch nicht erfüllten Vertrag mit einem Feinde für nichtig erklärt; der Kronanwalt entscheidet, ob ein Vertrag mit einem Feinde vorliegt oder nicht.

In Frankreich steht es seit dem Dekret vom 27. September 1914 in dem Ermessen des Präsidenten des Zivilgerichts, Verträge mit dem Feinde, deren Erfüllung noch nicht begonnen hat, auf Antrag aufzulösen. Die französische Regierung hat überdies inzwischen die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz ratifiziert, nach denen die verbündeten Regierungen nach dem Vorgange des englischen Gesetzes vom Januar 1916 sich Maßnahmen zum Ziele setzen, welche eine einfache Auflösung von Verträgen mit dem Feinde, die den öffentlichen Interessen schädlich sind, ermöglichen.

Italien hat ein diesem Beschlusse der Wirtschaftskonferenz entsprechendes Gesetz bereits erlassen. Es hat außerdem zu Beginn des Krieges eine Gesetzesänderung vorgenommen, nach der sich ein Schuldner auf eine außerordentliche Erschwerung der ihm obliegenden Leistung in gleicher Weise wie auf die Unmöglichkeit der Erfüllung berufen kann.

Deutschland hat bisher von dem Erlasse besonderer Vorschriften über die Auflösung von Verträgen mit Feinden abgesehen. Bei der Entwicklung der Verhältnisse in den feindlichen Staaten ließ sich indessen dieser Standpunkt nicht mehr aufrechterhalten. Auch in den beteiligten Kreisen ist der Wunsch nach Vergeltungsmaßnahmen immer stärker hervorgetreten. Der Bundesrat hat daher durch die Bek. vom 16. Dezember 1916 (RGBl. 1396) dem Reichskanzler oder einer von ihm zu bezeichnenden anderen Stelle die Befugnis gegeben, aus Gründen der Vergeltung einen Vertrag, den ein Deutscher mit einem Angehörigen Englands, Italiens oder Frankreichs geschlossen hat, auf Antrag des Deutschen für aufgelöst zu erklären. Die Auflösungserklärung ist zugelassen für Kaufverträge, mit Ausnahme der Börsentermingeschäfte, ferner für Werkverträge, Seefrachts- und Charterverträge; ob der Vertrag vor oder nach dem Ausbruche des Krieges geschlossen ist, begründet keinen Unterschied. Die Vergeltungsmaßnahme richtet sich zunächst nur gegen England, Frankreich und Italien, doch kann sie, wenn die Entwicklung in anderen feindlichen Ländern zu einem entsprechenden Eingriffe nötigen sollte, durch eine Bekanntmachung des Reichskanzlers auf andere feindliche Staaten erstreckt werden (§ 6). Die Auflösungserklärung kann auf einen Teil des Vertrags, z. B. etwa die in der Vergangenheit fälligen gegenseitigen An-

sprüche, beschränkt werden (§ 1 Abs. 2). Sie soll Verträge oder trennbare Teile von Verträgen, die von einer Seite so weit erfüllt sind, daß nur noch eine einseitige Geldforderung übrig ist, nicht berühren; um dies auch für Fälle sicherzustellen, in denen der Sachverhalt nicht ohne weiteres klarliegt, ist bestimmt, daß, soweit bei einem Kaufvertrage der Verkäufer die ihm in bezug auf die Leistung der verkauften Sachen obliegenden Verpflichtungen schon erfüllt hatte, eine etwa ergangene Aufhebungserklärung ohne Wirkung ist. Ein von dem Verkäufer noch nicht erfüllter Vertrag kann auch dann wirksam aufgelöst werden, wenn der Käufer den Kaufpreis schon ganz oder teilweise bezahlt hat; der Käufer kann aber in einem solchen Falle die Rückerstattung des Kaufpreises verlangen (§ 1 Abs. 3).

Über den Umfang, in dem von der Auflösungserklärung Gebrauch gemacht werden soll, enthält die Verordnung keine näheren Bestimmungen. Die Voraussetzungen im Anschluß an die feindliche Gesetzgebung genau festzulegen, erschien schon deshalb untunlich, weil die Maßnahmen der feindlichen Länder voneinander abweichen und die erlassenen Vorschriften wie auch ihre Handhabung sich jederzeit ändern können. Durch die Bek. vom 17. Dezember 1916, RGBl. 1398 [in Bd. 3, 1024] hat der Reichskanzler gemäß § 2 der Verordnung vom 16. Dezember 1916 die Entscheidung über die Auflösungsverträge dem Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft in Berlin (W 10, Viktoriastraße 34) übertragen; die Entscheidung soll durch den Vorsitzenden oder in dessen Vertretung durch ein Mitglied, das zum Richteramte befähigt ist, erfolgen. Die Zentralisation gewährleistet eine einheitliche Handhabung. Die Ausführungsverordnung gibt zugleich nähere Bestimmungen über den Inhalt der bei dem Reichsschiedsgericht zu stellenden Anträge (Artikel 3 bis 5). Um einer unnötigen Inanspruchnahme des Reichsschiedsgerichts entgegenzuwirken, soll für die Entscheidung eine Gebühr im regelmäßigen Betrage von 50 bis 1000 M. erhoben werden (Artikel 7). Die Angehung des Reichsschiedsgerichts wird namentlich bei solchen Lieferungsverträgen überflüssig sein, bei denen schon nach den Regeln des geltenden Rechtes, insbesondere nach den allgemein anerkannten Grundsätzen über die Bedeutung der Lieferungszeit im kaufmännischen Verkehre, außer Zweifel steht, daß aus dem Vertrage ein Rechtszwang auf Erfüllung in Deutschland nicht mehr ausgeübt werden kann. In dieser Hinsicht ist namentlich auf die Entscheidungen des Reichsgerichts zu verweisen, die in Bd. 42 S. 115, Bd. 88 S. 71 (74) der amtlichen Sammlung und in der „Deutschen Juristenzeitung" 1916, S. 338, mitgeteilt sind. Es versteht sich von selbst, daß auch die Auflösungsverfügung zunächst nur im Inlande, dagegen nicht im feindlichen Auslande vor Klagen auf Erfüllung oder Schadenersatz schützt.

Die Verordnung des Bundesrats enthält in einem zweiten Teile (§§ 3, 4) noch einige prozessuale Vorschriften für den Fall, daß der Deutsche auf Grund des allgemeinen materiellen Rechtes eine gerichtliche Entscheidung über den Einfluß des Krieges auf Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen herbeiführen will. Die Bestimmungen betreffen lediglich die Zuständigkeit und die Zustellung und sollen gegenüber allen feindlichen Staaten und bei allen Arten von Verträgen gelten. Sie können auch gegenüber denjenigen Staaten, auf die sich der erste Teil der Verordnung bezieht, zur Anwendung kommen, z. B. wenn der deutsche Vertragsteil selbst die Beschreitung des ordentlichen Rechtswegs der Anrufung des Vergeltungsrechts vorzieht. Feststellungsklagen gegen Personen, die sich in den feindlichen Staaten aufhalten, können schon auf Grund der Vorschriften der Zivilprozeßordnung über den Gerichtsstand des Vermögens und des Erfüllungsorts sowie über die öffentliche Zustellung (§§ 23, 29, 203 Abs. 2) in den meisten Fällen ohne Schwierigkeiten erhoben werden. Um die Ermittlung eines zuständigen inländischen Gerichts zu erleichtern und für alle Fälle zu sichern, in denen die Entscheidung den ordentlichen Gerichten überhaupt obliegt, wird jedoch in der Verordnung (§ 3) neben den etwa sonst zuständigen Gerichten auch das Gericht für zuständig erklärt, in dessen Bezirke der Deutsche seinen allgemeinen Gerichtsstand hat. Die Vorschrift findet auch dann Anwendung, wenn ein ausschließlicher Ge-

richtsstand vereinbart worden ist. Die Einrede, daß die Entscheidung durch Schiedsrichter zu erfolgen habe, bleibt dagegen einer gerichtlichen Klage gegenüber an sich zulässig; die Schiedsklausel wird aber, wenn ein im feindlichen Auslande belegenes Schiedsgericht anzurufen war, unter Umständen schon nach dem allgemeinen Rechte unbeachtlich sein (zu vgl. Urteile des Reichsgerichts vom 29. Juni 1915, „Deutsche Juristenzeitung" 1915 S. 1129, und vom 21. November 1916, II 302/1916). Was die öffentliche Zustellung im ordentlichen gerichtlichen Verfahren betrifft, so schreibt die Zivilprozeßordnung für Schriftstücke, die eine Ladung enthalten, neben der einmaligen Einrückung eines Auszuges in den „Reichsanzeiger", die zweimalige Einrückung in das für Bekanntmachungen des Gerichts bestimmte örtliche Blatt vor. Es entspricht dem Interesse beider Parteien, wenn die Verordnung (§ 4) gestattet, daß von der Veröffentlichung in dem örtlichen Blatte in solchen Fällen abgesehen wird, in denen der deutsche Kläger — wozu er bei der öffentlichen Zustellung an sich nicht verpflichtet ist — dem Gegner auf anderem Wege Nachricht von der Klage und dem Termine zukommen läßt. Als Mittel einer solchen Benachrichtigung kommt in erster Linie die Absendung eines eingeschriebenen Briefes aus einem neutralen Lande in Betracht.

Für beide Teile der Verordnung ist eine Person, die in einem feindlichen Staate ihren Wohnsitz oder ihre gewerbliche Hauptniederlassung hat, sowie eine juristische Person oder Handelsgesellschaft, die dort ihren Sitz hat, aus praktischen Gründen einem Angehörigen dieses Staates gleichgestellt (§ 5); in welchem Umfange bei Personen, die im feindlichen Staate ihren Wohnsitz oder Sitz oder ihre Hauptniederlassung haben, in dem Vergeltungsverfahren vor dem Reichsschiedsgericht Nachweise für die feindliche Staatsangehörigkeit zu fordern sind, bleibt der praktischen Durchführung überlassen.

Literatur.

Fuld, Die BRVO. über Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen, Recht 17 64. — Leo, Reklameverträge und Vergeltungsverordnung, RuWirtsch. 17 103. — Menner, Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen, LeipzZ. 17 369. — Schaps, Vergeltungsrecht, DJZ. 17 175 ff. — Wertheimer, Die Behandlung der zwischen Deutschland und feindlichen Ausländern abgeschlossenen Verträge nach Kriegsrecht, JW. 17 125 ff. — Derselbe, Das Vertrags-Kriegsrecht der In- und Ausländer.

§ 1.

1. Wertheimer, Vertrags-Kriegsrecht 33. Auch während des Kriegs abgeschlossene Verträge können so zur Auflösung gebracht werden.

2. RG. VII, Recht 17 180, Nr. 372. Durch die VO. ist dem Reichsschiedsgericht für Kriegswirtschaft (Bek. v. 17. Dez. 1916, RGBl. 1398) die Befugnis verliehen, aus Gründen der Vergeltung gewisse Verträge mit englischen Staatsangehörigen oder diesen gleichgeachteten Personen auf Antrag des deutschen Vertragsteils „für aufgelöst" zu erklären. Auf Versicherungsverträge ist diese Befugnis, vielleicht im Hinblick auf das ohnehin vom RG. anerkannte Kündigungsrecht, nicht erstreckt. Übrigens bleibt aber auch bei jener VO. die Frage offen, ob die Vertragsauflösung in die Vergangenheit oder erst von dem Zeitpunkt an, in dem sie erfolgt, Wirkung übt.

3. Schaps a. a. O. 176. Die VO. sagt nichts darüber, ob auch Verträge eines Deutschen auflösbar sind, der zur Zeit der Antragsmöglichkeit seine Reichsangehörigkeit verloren hatte, oder dessen Rechte auf Erben oder sonstige Rechtsnachfolger übergegangen sind, die nicht Deutsche sind. Da die VO. zum Schutze deutscher Ansprüche erlassen ist, kann sie wohl nicht zur Anwendung gelangen, wenn die aus dem Vertrage Berechtigten ausschließlich Nicht-Deutsche sind. Ist aber auch nur ein Teil z. B. ein Miterbe des deutschen Vertragsteils deutscher Staatsangehörigkeit und ist eine Teilung des Vertrages vernünftigerweise nicht möglich, so muß das Schutzbedürfnis des Deutschen den Ausschlag geben.

4. Wertheimer, Vertrags-Kriegsrecht 34. Ist eine Person, die z. Zt. des Vertragsschlusses Deutscher war, späterhin der deutschen Staatsangehörigkeit verlustig gegangen,

so ist sie nicht antragsberechtigt. Im Hinblick auf den Vergeltungscharakter der §§ 1 und 2 BRVO., ist es aber ohne Belang, ob der betreffende Vertragsteil bei Abschluß des Vertrages noch kein „Deutscher" war. Es muß genügen, daß er es jetzt ist.

5. Wertheimer, Vertrags-Kriegsrecht 34. Unerheblich ist, wo der Deutsche z. Zt. des Vertragsabschlusses seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung hatte, ob in Deutschland, dem verbündeten, neutralen oder feindlichen Auslande. Dagegen wird zu unterscheiden sein, wo sein Wohnsitz oder seine gewerbliche Niederlassung zur Zeit der Stellung des Antrags ist. Befindet sich diese im feindlichen Auslande, dann steht auch dem deutschen Staatsangehörigen kein Antragsrecht zu. Er gilt für das durch die BRVO. geschaffene Vergeltungsrecht nicht als „Deutscher", da seine geschäftliche Tätigkeit im Verbande der feindlichen Volkswirtschaft erfolgt und dieser zunächst zugute kommt. Bloßer Aufenthalt im feindlichen Auslande als Kriegsgefangener oder Zivilinternierter hemmt das Antragsrecht nicht. Dagegen kann ein Deutscher, der zur Zeit des Abschlusses des Vertrags mit einem feindlichen Staatsangehörigen oder einem diesem gleichgestellten Deutschen, Neutralen oder Staatenlosen in einem feindlichen Staate seinen Wohnsitz oder seine gewerbliche Hauptniederlassung gehabt hat, diese aber zur Zeit der Antragstellung endgültig aufgegeben hat, auf Grund der BRVO. vorgehen.

6. Wertheimer, Vertrags-Kriegsrecht 35. Dem feindlichen Staatsangehörigen sind solche Personen, die eine mehrfache Staatsangehörigkeit, darunter eine feindesländische, besitzen, dann gleich zu achten, wenn durch die Auflösung des Vertrags die Volkswirtschaft des feindlichen Staates betroffen wird. Wenn dies nicht der Fall ist, dann kann die Vertragsauflösung nicht aus Vergeltungszwecken erfolgen.

7. Menner a. a. O. 372. Personen, die eine mehrfache Staatsangehörigkeit besitzen, müssen es sich wegen des Charakters der VO. als eines Vergeltungsgesetzes gefallen lassen, daß ihnen gegenüber der für sie ungünstigere Standpunkt eingenommen wird. Besitzt jemand z. B. die deutsche und die engliche Staatsangehörigkeit, so kann gegen ihn ein Antrag auf Vertragsauflösung gestellt werden.

8. Wertheimer, Vertrags-Kriegsrecht 35. Da die BRVO. nur verlangt, daß die eine Partei, die den Vertrag geschlossen hat, ein „Deutscher" ist, so ist es ohne Belang, ob die Vertragsauflösung von dem Rechtsnachfolger dieses deutschen Vertragschließenden begehrt wird. Dies selbst dann, wenn dieser nicht „Deutscher" ist, nur darf er freilich nicht feindlicher Ausländer oder eine diesem gleichgestellte Person sein. Man wird so im Hinblick auf den Vergeltungszweck auch dem neutralen oder verbündeten Ausländer als Rechtsnachfolger des deutschen Vertragschließenden das Antragsrecht zusprechen müssen.

9. Wertheimer, Vertrags-Kriegsrecht 39. Wenn schon im allgemeinen die Ansicht den Vorzug zu verdienen scheint, die den statutarischen Sitz entscheidend sein läßt, so ist bei Anwendung der BRVO. vom 16. Dez. 1916 nur dann zu sicheren Ergebnissen zu gelangen, wenn man diese Ansicht maßgebend sein läßt.

10. Wertheimer, Vertrags-Kriegsrecht 40. Auch Verträge, die ein Deutscher mit einem Deutschen oder einem nicht feindlichen Staatsangehörigen geschlossen hat, wird man dann als unter den § 1 BRVO. fallend ansehen müssen, wenn z. Zt. der Stellung des Antrags der Vertragsgegner ein feindlicher Staatsangehöriger ist, sei es, weil der ursprüngliche Vertragsgegner seine Nationalität geändert, sei es, weil eine Rechtsnachfolge eingetreten ist. Nur bei dieser Auffassung kann der von der BRVO. erstrebte Vergeltungszweck erreicht werden. Denn es hätte doch keinen Sinn, einen z. Zt. von einem feindlichen Ausländer abgeschlossenen Vertrag auch dann aufzulösen, wenn daraus jetzt ein „Deutscher" (im weiteren Sinne) berechtigt ist. Die deutsche, nicht die feindesländische Volkswirtschaft hätte den Schaden davon. Natürlich muß in Fällen, in denen hinter einem feindesländischen Vertragsteil eine Rechtsnachfolge eingetreten ist, geprüft werden, ob sie nicht etwa herbeigeführt worden ist, um eine fraudulöse Sicherung vor den möglichen Folgen der BRVO. zu erlangen. In solchen Fällen wird man, trotzdem jetzt ein Deutscher der Vertragsgegner ist, zu einer Auflösung des Vertrages schreiten müssen.

11. Menner a. a. O. 372. Wenn auf der aktiven oder passiven Seite eine Mehrheit von Berechtigten gegeben ist (§§ 420ff., namentlich 428ff. BGB.), so kommt es zunächst darauf an, ob einer allein davon selbständig mit Wirkung gegen die anderen handeln kann; diesfalls ist seine Staatsangehörigkeit maßgebend. Können nur alle gemeinsam vorgehen, so ist die deutsche bzw. feindesländische Staatsangehörigkeit einer einzigen Person entscheidend. Und kann einer davon allein über einen Teil des Anspruchs oder der Verbindlichkeit verfügen, so kann die Vertragsauflösungserklärung sich eben nur hierauf erstrecken.

12. Wertheimer, JW. 17 128. Nicht geregelt ist der Fall, daß auf einer Vertragsseite Deutsche und feindliche Ausländer zugleich stehen. Man wird dann die Vorschriften der §§ 420ff. BGB. entsprechend anzuwenden haben, soweit nach dem sog. internationalen Privatrecht deutsches Recht zur Anwendung kommt. Schwierigkeiten werden sich ergeben, falls davon abweichendes feindesländisches Recht anzuwenden ist.

13. Schaps a. a. O. 177. Aus Gründen der Verkehrssicherheit empfiehlt es sich, daß das RSchG. nur mit äußerster Vorsicht einen Auflösungsantrag ablehnt, weil er sich wegen Hinfälligkeit des Vertrages nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen erübrigt. Es könnte sonst die Gefahr des negativen Kompetenzkonflikts zwischen ihm und den ordentlichen Gerichten heraufbeschworen werden. Diese Gefahr ist schlimmer als diejenige, daß der Spruch des RSchG. deklarativ wirkt statt konstitutiv.

14. Schaps a. a. O. 177. Das RSchG. hat nicht zu untersuchen, ob der feindliche Staat, dem der andere Vertragsteil angehört, im Gesetz- oder Verordnungswege in deutsche Vertragsrechte eingegriffen hat. Die „Gründe der Vergeltung" hat es gegenüber den Staaten, die § 1 nennt oder die der Reichskanzler nach § 6 bezeichnet, als vorliegend zu erachten. Aber es muß nach der Gesamtheit der Umstände prüfen, ob es von der Auflösungsbefugnis des § 1 Gebrauch machen soll oder nicht. Er hat sich dabei nicht ausschließlich auf den Standpunkt des beteiligten deutschen Vertragsteils zu stellen, sondern auch Gründe des öffentlichen Wohles zu berücksichtigen.

15. Wertheimer, JW. 17 127. Die Entscheidung der Reichsschiedsgerichts wird in erster Linie nicht aus rechtlichen, sondern aus allgemeinen, insbesondere aus wirtschaftlichen und handelspolitischen Gesichtspunkten zu treffen sein. Dies ergibt sich ohne weiteres aus dem Zweck der Verordnung. Es handelt sich nicht darum, objektiv eine Abwägung und einen Ausgleich widerstreitender Interessen zu finden, sondern um den Schutz deutscher Interessen. Sie sollen durch Abwehr geschützt, Vergeltung soll geübt werden für Unbill und Schädigungen, die Deutschen, nicht diesem deutschen Vertragsteil, zugefügt worden sind. Dieser Standpunkt rechtfertigt sich auch noch aus folgenden Erwägungen. Momente, die rechtlich als „Einwirkungen des Krieges" auf Vertragsrechte und -pflichten in Betracht kommen, gewähren nach § 3 VO. eine andere Art von Schutz. Auch die Ausführungsbestimmungen des Reichskanzlers stehen auf dem hier vertretenen Standpunkte. Denn in Art. 3 derselben wird in Ziff. 7 und 8 scharf unterschieden zwischen den Gründen, aus denen der Antrag nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen als fortbestehend oder hinfällig angesehen wird, inwiefern in dieser Hinsicht Zweifel bestehen und den Gründen, die für eine Auflösung des Vertrags zwecks Vergeltung geltend gemacht werden. Sonach wird als Begründung des Antrags auf Auflösung eines Vertrags genügen, wenn dargetan wird, daß die Erfüllung für den Deutschen nach dem Kriege erschwert sei, eine Belastung oder einen Schaden zur Folge hätte — z. B. erhebliche Steigerung der Preise, der Frachten —, die das Risiko übersteigen, das er vernünftigerweise bei Abschluß des Vertrags voraussetzen konnte. In vielen Fällen dürfte auch der Hinweis darauf genügen, daß sich die Kreditverhältnisse durch den Krieg verschoben haben, daß Bedenken über die Fähigkeit oder Geneigtheit des Vertragsgegners Zahlung zu leisten bestehen, daß die Rechtsverfolgung im Auslande kostspielig und besonders nach dem Kriege für einen Deutschen sehr schwierig sei. Den Auflösungsantrag wird man auch damit begründen können, daß durch Erfüllung des Vertrags die Interessen der deutschen Volkswirtschaft geschädigt würden. Z. B. das betreffende Material ist infolge des Krieges in Deutschland selten geworden und wird für

deutsche Zwecke nötig gebraucht; durch die Lieferung der fraglichen Maschinen würde die Entwicklung der Industrie des Auslandsstaates gefördert und in den Stand gesetzt werden, in Wettbewerb mit der deutschen Industrie zu treten. Die Auflösung eines Vertrags dürfte auch dann immer auszusprechen sein, wenn andere Verträge des Antragstellers in den feindlichen Staaten für aufgehoben erklärt worden sind.

16. Menner a. a. O. 371. Die Auflösung erfolgt ex nunc.

17. Schaps a. a. O. 177. Der Vertrag wird aufgelöst mit der Herstellung des Auflösungsbeschlusses an den Antragsteller. Die Auflösung wirkt ex tunc.

18. Wertheimer, Vertrags-Kriegsrecht 50. Das Reichsschiedsgericht wird den Zeitpunkt der Auflösung je nach Lage des Falles in seiner Entscheidung bestimmen müssen und zwar grundsätzlich etwa so: Verträge, deren Erfüllung beiderseits noch nicht begonnen hatte, werden zum Tage des Abschlusses für aufgehoben erklärt. Bei Verträgen, die schon in das Stadium der Erfüllung eingetreten sind, wird die Wirksamkeit der Auflösungserklärung auf den Tag der Entscheidung festzusetzen sein. In beiden Fällen können sich aber durch die Sachlage, insbesondere aber auch aus dem mit der Aufhebung verfolgten Vergeltungszweck andere Zeitpunkte als sachentsprechend ergeben.

19. Menner a. a. O. 370. Die VO. kann nur in den Fällen angewandt werden, für welche sie selbst dies deutlich für zulässig erklärt. Doch ist dadurch nicht schon ausgeschlossen, daß ein Vertrag ganz oder teilweise aus politischen Gründen im Wege der Vergeltung aufgehoben wird, wiewohl er schon aus privatrechtlichen Gründen im Wege gerichtlicher Entscheidung aufgelöst werden könnte. Darum dürfte es sich empfehlen, solchenfalls zunächst das Verfahren der VO. v. 16. 12. 1916 einzuschlagen.

20. Fuld a. a. O. 65. Das Reichsschiedsgericht, kann an den Bedingungen des Vertrags nichts ändern; lehnt es die Auflösung ab, so ist damit natürlich noch nicht gesagt, daß der Vertrag nicht aus anderen Gründen aufgehoben sei. Es wird damit lediglich die Frage verneint, ob aus Gründen der Vergeltung eine Auflösungserklärung angezeigt erscheine. Mit der Entscheidung der Frage, ob aus Gründen des gemeinen Rechts der Vertrag als aufgehoben zu erachten sei, z. B. wegen Unmöglichkeit der Leistung auf seiten des deutschen Leistungspflichtigen oder mit Rücksicht auf eine vereinbarte Kriegsklausel usw. hat das Reichsschiedsgericht überhaupt nichts zu tun. Es ist lediglich auf die Prüfung der Auflösung unter dem Gesichtspunkte der Vergeltungsmaßnahme beschränkt.

§ 2.

Wertheimer, JW. 17 127. Hat der Verkäufer ganz erfüllt, dann kann der Vertrag nicht, hat er nur teilweise erfüllt, so kann er nur teilweise aufgehoben werden. Ist eine Auflösungserklärung erfolgt, ohne daß eine Erfüllungshandlung des Verkäufers hinsichtlich der Leistung der verkauften Sachen darin berücksichtigt wurde, so ist sie ohne Wirkung. Nur die noch ausstehenden vertraglichen Leistungen unterliegen also der Auflösung, während die Verpflichtungen, die aus dem bereits erfüllten Teile des Vertrags (z. B. Teillieferung, Teilbefrachtung) erwachsen sind, für jeden Kontrahenten bestehen bleiben. Hat der deutsche Vertragsteil bereits die ihm hinsichtlich der Übergabe der Kaufsache obliegenden Verpflichtungen erfüllt (z. B. Aushändigung der Konnossemente, der Lagerscheine, Übergabe der Ware an den Frachtführer, an den Spediteur), verschweigt dies aber dem Reichsschiedsgericht, so ist die infolgedessen ausgesprochene Auflösung des Vertrags wirkungslos. Der Deutsche kann sich seinem Vertragsgegner gegenüber nicht darauf berufen. So sind auch in der Vergeltungsverordnung die Interessen der feindesländischen Vertragsteile gewahrt. Freilich liegt darin auch ein Moment der Unsicherheit. Denn auch der redliche deutsche Vertragsteil, der von der Erfüllungshandlung seines Gegenkontrahenten nichts weiß, erhält durch die Entscheidung des Reichsschiedsgerichts keine unbedingte Klärung seiner vertraglichen Verpflichtungen. Er wird sich während des Kriegs, wenigstens durch Inanspruchnahme der Vergeltungsverordnung, keine Klarheit darüber verschaffen können, ob er verpflichtet ist, seinem feindesländischen Verkäufer den Kaufpreis für die bestellte Ware zu zahlen. Diese Vorschrift der Vergeltungsverordnung wird besonders in den zahl-

reichen Fällen praktisch werden, in denen durch den Kriegsausbruch die Versendung der bereits dem Spediteur oder Frachtführer übergebenen Ware unterblieben ist oder unterbrochen wurde und diese dann in Verlust geraten ist. Schwierigkeiten werden sich auch daraus ergeben, daß wohl niemals die beiderseitigen Teilleistungen sich vollkommen entsprechen werden oder gleich zu bewerten sind. Ob und inwieweit der Verkäufer seine „in bezug auf die Leistung der verkauften Sachen obliegenden Verpflichtungen schon erfüllt hatte", ist, soweit hierüber der Vertrag keine Bestimmungen enthält, nach dem für seine Verpflichtungen maßgebenden Rechte zu beurteilen. Über die Art und Weise, wie die Vertragsparteien sich über die Wirkungen der Auflösung des Vertrags bei Teilleistungen nach dem Kriege auseinanderzusetzen haben, besonders über die vorzunehmende Verrechnung, müssen mangels gütlicher Verständigung die Gerichte befinden. Vertragsstrafen und Schadenersatzansprüche können auf Grund einer vom Reichsschiedsgericht ausgesprochenen Vertragsauflösung nicht geltend gemacht werden.

§ 3.

1. Schaps a. a. O. 178. Der Ausdruck „Streitigkeiten über die Einwirkung des Krieges auf die Rechte und Pflichten aus dem Vertrag" ist im denkbar weitesten Sinne zu verstehen. Insbesondere wird es sich handeln um Fragen der Unmöglichkeit der Leistung, der wesentlichen Veränderung des Leistungsinhalts, des Rücktritts, der Anwendbarkeit von Kriegsklauseln. Auch die Frage, ob der Vertrag rechtsgültig nach § 1 gelöst ist und was für Rechtsfolgen sich hieraus ergeben, gehört hierher. „Streitigkeit" setzt nicht voraus, daß die Vertragsteile über irgendwelche Punkte gestritten haben; sie bedeutet soviel wie „Rechtsstreit". Eine Streitigkeit liegt also z. B. vor auch im Falle einer Klage auf Feststellung des Nichtmehrbestehens des Vertrages, selbst wenn der Kläger gar nicht weiß, wie der Bekl. sich hierzu stellt.

2. Schaps a. a. O. 178. Maßgebend ist der Zeitpunkt der Klageerhebung. Nötigenfalls ist das zuständige Gericht entsprechend § 36 Nr. 3 ZPO. zu bestimmen.

3. Schaps a. a. O. 178. Auch der feindliche Vertragsteil kann das nach § 3 zuständige Gericht anrufen.

4. Schaps a. a. O. 178. § 3 gilt auch dann, wenn die ausschließliche Zuständigkeit eines anderen Gerichts oder eines Schiedsgerichts vereinbart ist.

5. Wertheimer, JW. 17 128. Man wird den § 3 VO. schon um seiner wirksamen Anwendung wegen, so auslegen müssen, daß der darin geschaffene Gerichtsstand auch dann gegeben ist, wenn die Parteien Arbitrage, Schiedsverfahren oder einen ausländischen Gerichtsstand vereinbart hatten. Denn die VO. hebt hervor, daß zur Entscheidung von Streitigkeiten über die Einwirkung des Krieges auf die Vertragsrechte und -pflichten „auch" das von ihr bestimmte Gericht zuständig sein soll.

6. Wertheimer, JW. 17 128. Bei Kauf-, Lieferungs-, Werk-, Seefracht- und Chartervertägen steht dem deutschen Vertragsteil die Wahl frei, ob er die Auflösung des Vertrags im Wege der Vergeltung oder im ordentlichen Prozeßverfahren herbeiführen will. Maßgebend für solche Entschließung wird sein, welcher Weg ihn rascher, wirkungsreicher und billiger zum Ziele führt. Die Kosten des Verfahrens vor dem Reichsschiedsgericht fallen ihm zur Last, die des Verfahrens vor den ordentlichen Gerichten treffen im Falle seines Obsiegens seinen Vertragsgegner. Wie weit er sie dann später von diesem beitreiben kann, ist eine andere Frage. Der deutsche Vertragsteil wird für seine Entschließung aber auch noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen haben. Die Entscheidung der ordentlichen Gerichte wird späterhin ohne weiteres von den feindesländischen Gerichten beachtet werden müssen. Denn es handelt sich um Urteile, die auf Grund des bürgerlichen Rechts im ordentlichen Prozeßverfahren ergangen sind. Dagegen wird es von dem Friedensvertrag abhängen, inwieweit die Entscheidung des Reichsschiedsgerichts für Kriegswirtschaft in Vertragsangelegenheiten, da sie ja Retorsionsmittel sind, Anerkennung findet. Mit dieser Anerkennung wird man freilich ziemlich sicher schon deshalb rechnen können,

weil ja auch unsere Feinde sich der Vertragsauflösung als Kampfmittel bedient haben, also bei den Friedensverhandlungen das eine gegen das andere ausgespielt werden kann. Da Bedenken in dieser Richtung immerhin bestehen, war es ein besonders glücklicher Gedanke, neben der Vertragsauflösung aus Vergeltungsgründen, auch die Herbeiführung der Vertragsauflösung nach Maßgabe des geltenden Rechts im regelmäßigen Prozeßwege tunlichst zu erleichtern. Für die Entschließung des deutschen Vertragsteils in Fällen, in denen ihm die beiden Wege offenstehen, kommt aber weiter noch in Betracht, daß Verträge, die z. B. durch die Unmöglichkeit der Erfüllung eine Einwirkung erfahren haben, damit nicht aufgehoben sind, sondern daß nach den maßgebenden Vorschriften des BGB. lediglich eine Befreiung von der Leistungspflicht eintritt. Die Nebenwirkungen des einmal abgeschlossenen Vertrags dauern fort.

7. Fuld a. a. O. 67. Dem ordentlichen Gericht ist die Prüfung der Frage, ob die Voraussetzungen der Vergeltung vorhanden sind, vollständig verschlossen; es hat sich lediglich damit zu beschäftigen, ob unter Anwendung der Grundsätze des Friedensrechtes ein Vertrag als aufgehoben anzusehen ist oder inhaltlich eine Veränderung erfahren hat.

8. DJZ. 17 336 (KG. VI). Die Bestimmung des § 3 steht nicht in Abhängigkeitsverhältnis zu den Anordnungen unter 1 der VO. (§§ 1 u. 2), sondern enthält eine unabhängige, auf alle Arten von Verträgen und Rechtsstreitigkeiten bezügliche Vorschrift über die Zuständigkeit. Diese Vorschrift hat auch, wie die gewählte allgemeine Fassung „Einwirkungen des Krieges auf Rechte und Pflichten aus dem Vertrage" ergibt, eine weit umfassende Bedeutung; es soll dem Deutschen bei einem Streit mit einem feindlichen Ausländer die gerichtliche Wahrnehmung seiner Rechte möglichst erleichtert werden. Unter die in der BRVO. bezeichneten Rechtsstreitigkeiten fällt auch der vorliegende Streit. Die Klägerin stützt ihren Anspruch darauf, daß die Beklagte einen vollstreckbaren Titel in England erwirkt und sich dadurch die Möglichkeit verschafft habe, in Vermögen der Klägerin, das sich in England befand, zu vollstrecken. War die Bekl. von vornherein berechtigt, in England Erfüllung zu beanspruchen und dort zu klagen, so fällt damit dieser Klageanspruch. War sie aber nach dem vertraglichen Verhältnis der Parteien darauf angewiesen, in Deutschland Erfüllung zu fordern und ihre Rechte gerichtlich geltend zu machen, so kommt es darauf an, ob die durch den Krieg veränderte Sach- und Rechtslage ihr Verhalten insoweit rechtfertigt, daß der Klägerin ein Schadensersatzanspruch nicht erwachsen ist. Zum Teil stützt sich der Anspruch der Klägerin geradezu auf die Kriegsverordnung v. 30. Sept. 1914. Der Streit der Parteien betrifft danach Einwirkungen des Krieges auf die Rechte und Pflichten aus dem Vertrage.

Hierzu:

Bek. über die Anwendung der Verordnung, betr. Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen, auf Portugal. Vom 19. Juni 1917. (RGBl. 503.)

[RR.] Auf Grund des § 6 der Verordnung, betreffend Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen, vom 16. Dezember 1916 (RGBl. 1396) werden die Vorschriften der §§ 1, 2 der Verordnung auf Portugal und die portugiesischen Kolonien für anwendbar erklärt.

X. Bek. über die Anmeldung von Auslandsforderungen. Vom 16. Dezember 1916. (RGBl. 1400.)

Wortlaut in Bd. 3, 1025.

Begründung. (D. R. X 177.)

Der Gedanke, außer der Anmeldung des feindlichen Vermögens auch eine Anmeldung der Forderungen anzuordnen, welche Deutschen gegen Schuldner im feindlichen Ausland zustehen, war bereits vor Erlaß der Bundesratsverordnung über die

Anmeldung des im Inland befindlichen Vermögens von Angehörigen feindlicher Staaten vom 7. Oktober 1915 (RGBl. 633) erörtert worden. Er ist damals zunächst fallen gelassen worden, insbesondere weil in den beteiligten Kreisen von Handel und Industrie selbst gegen eine solche Anmeldung erhebliche Bedenken und Widerstände bestanden. Inzwischen ist aber der Wunsch einer amtlichen zwangsweisen Registrierung der privatrechtlichen Forderungen gegen das feindliche Ausland in den Kreisen von Handel und Industrie so allgemein geworden, daß ein Teil der damals bestehenden Bedenken als erledigt angesehen werden muß. Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 26. August 1915 (StenB. 384) die an ihn gelangten Petitionen, betreffend eine Registrierung der Auslandsforderungen auf Grund des Berichts der Kommission für Handel und Gewerbe (Drucks. des Reichstags, 13. LegP., II. Session 1914/15 Nr. 135), dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. Über das Maß der statistischen Erfaßbarkeit der in Frage stehenden Interessen bestehen zwar nach wie vor Zweifel. Indessen darf der Versuch nicht unterlassen werden. Ein wesentliches Bedenken bestand darin, daß die Aufforderung zur Anmeldung der Forderungen angesehen werden kann als eine Aufforderung zur Anmeldung von Kriegsschäden oder von Ansprüchen, deren unmittelbare Vertretung oder Verwirklichung von der Reichsleitung für die Friedensverhandlungen erwartet werden könne. Es ist jedoch inzwischen den beteiligten Kreisen gegenüber, insbesondere auch bei den Beratungen des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe, wiederholt mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß das Reich eine Beitreibung dieser Forderungen in der einen oder anderen Form oder eine Gewähr für ihre spätere Beitreibbarkeit etwa in Form einer Ausfallbürgschaft nicht übernehmen könne, daß es vielmehr grundsätzlich den Gläubigern überlassen bleiben müsse, sofern die Rechtsbeständigkeit der privaten Forderungen im Friedensvertrage grundsätzlich zur Anerkennung gelangt, auf dem normalen Wege der unmittelbaren Verbindung zwischen Gläubiger und Schuldner die erforderlichen Schritte zur Eintreibung der Außenstände zu ergreifen. Führende Verbände des Wirtschaftslebens haben die grundsätzliche Richtigkeit dieser Ausführungen anerkannt und sich auf die Anregung der Reichsbehörden bereit erklärt, im Wege der organisierten Selbsthilfe durch Gründung eines Schutzverbandes deutscher Auslandsgläubiger die Aufgabe zu übernehmen, den einzelnen Gläubiger, der die Hilfe eines solchen Verbandes in Anspruch nehmen will, bei der Beitreibung seiner Ansprüche im Ausland durch Rat und Tat zu unterstützen. Es steht zu hoffen, daß durch die Gründung und Tätigkeit eines solchen mit den Reichsbehörden selbst eng zusammenarbeitenden Verbandes sachkundiger Vertreter von Handel und Industrie die Erörterung der zur Sicherung der Auslandsforderungen zu ergreifenden Maßnahmen zu praktisch brauchbareren Vorschlägen geführt wird, als die auf eine Beitreibung durch das Reich selbst gerichteten Wünsche darstellen. Zu erwähnen ist, daß auch im feindlichen Ausland die zwangsweise Registrierung der Auslandsforderungen angeordnet worden ist. Hiernach ist durch die Bek. v. 16. Dezember 1916 (RGBl. 1400) die Anmeldung der Forderungen gegen das feindliche Ausland nunmehr angeordnet worden, wobei der Erlaß der Ausführungsvorschriften einschließlich der Anmeldungsformulare, entsprechend der Verordnung vom 7. Oktober 1915, dem Reichskanzler überlassen ist.

Die Vorschriften der §§ 2ff. der Verordnung schließen sich an die §§ 2, 3 und 12 der Verordnung vom 7. Oktober 1915 sowie an die Vorschriften der Verordnung über die Anmeldung von Wertpapieren vom 23. August 1916 (RGBl. 951) im wesentlichen an.

Hierzu:

Bek. über die Anmeldung von Auslandsforderungen. Vom 23. Februar 1917. (RGBl. 183.)

[RA., § 1 AnmeldVO. 16. 12. 16.] Art. 1. Zur Anmeldung verpflichtet sind natürliche Personen, die im Reichsgebiet ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, es sei

denn, daß sie beim Kriegsausbruch ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland hatten, sowie juristische Personen und Handelsgesellschaften, die im Reichsgebiet ihren Sitz haben.

Nicht zur Anmeldung verpflichtet sind die Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen.

Art. 2. Der Anmeldung unterliegen diejenigen auf Geld lautenden Forderungen gegen im feindlichen Ausland ansässige Schuldner, welche bereits vor Ausbruch des Krieges mit dem betreffenden Lande als Geldforderungen bestanden haben.

Als im feindlichen Ausland ansässige Schuldner im Sinne dieser Vorschrift sind natürliche Personen, die dort beim Kriegsausbruch ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt hatten, und juristische Personen und Handelsgesellschaften, die dort beim Kriegsausbruch ihren Sitz hatten, sowie insbesondere die feindlichen Staaten selbst anzusehen.

Eine während des Krieges entstandene Nebenforderung einer nach Abs. 1 anzumeldenden Hauptforderung kann mit dieser angemeldet werden, wenn die Nebenforderung in Kosten und Auslagen besteht. Zinsen sind als Nebenforderung nicht anzumelden.

Art. 3. Nicht anzumelden sind:

1. Forderungen aus Verträgen, wenn der Anmeldepflichtige die ihm vertragsmäßig obliegende Gegenleistung weder ganz noch teilweise erfüllt hat; im Falle teilweiser Erfüllung ist die Anmeldung auf den der Leistung entsprechenden Teil der Gegenforderung zu beschränken;
2. Forderungen, die in dem Geschäftsbetrieb einer inländischen Zweigniederlassung des ausländischen Schuldners entstanden sind;
3. Forderungen, die in dem Geschäftsbetrieb einer im feindlichen Ausland befindlichen Haupt- oder Zweigniederlassung des Gläubigers entstanden sind;
4. Forderungen aus Wertpapieren, die nach den Anschauungen des Handelsverkehrs zu den Effekten gehören, einschließlich der Zins- und Gewinnanteilscheine;
5. Bürgschafts- und Regreßforderungen, es sei denn, daß der Bürgschafts- oder Regreßfall schon eingetreten ist; nicht anzumelden sind ferner Regreßforderungen aus noch nicht protestierten Wechseln und Schecks;
6. Ansprüche auf Versicherungsprämien, es sei denn, daß ihr Jahresbetrag für einen und denselben Vertrag eintausend Mark übersteigt;
7. Ansprüche auf noch nicht fällige Versicherungsleistungen; Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen sind jedoch anzumelden, auch wenn sie noch nicht fällig sind; anzumelden ist hierbei die Versicherungssumme.

Art. 4. Die Anmeldung hat nach Maßgabe des beigefügten Anmeldebogens bis zum 15. April 1917 bei den auf Grund des § 2 der Verordnung vom 16. Dezember 1916 von den Landeszentralbehörden bezeichneten Stellen zu erfolgen. Dem Anmeldepflichtigen kann auf seinen Antrag von der Anmeldestelle eine Nachfrist gewährt werden.

Art. 5. Deutsche oder deutsche Gesellschaften, die im Ausland oder in den deutschen Schutzgebieten ansässig sind oder beim Kriegsausbruch ansässig waren, können Forderungen gegen im feindlichen Ausland ansässige Schuldner bei dem Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland (zur Zeit Berlin W 35, Potsdamer Straße 38) anmelden, sofern nicht bereits dort eine schriftliche Anmeldung erfolgt ist.

Das gleiche gilt für im Reichsgebiet ansässige Deutsche, soweit sie an Unternehmungen im Feindesland beteiligt sind oder bis zum Kriegsausbruche beteiligt waren, hinsichtlich der im Betriebe dieser Unternehmungen oder Niederlassungen entstandenen Forderungen.

Art. 6. Durch die Bestimmungen dieser Bekanntmachung wird die Anmeldung von Forderungen bei der Reichsentschädigungskommission und deren Berücksichtigung durch die Reichsentschädigungskommission nicht berührt.

Art. 7. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung [28. 2.] in Kraft.

Als **feindliche** Staaten im Sinne der Verordnung vom 16. Dezember 1916 gelten alle Staaten, mit welchen sich das Deutsche Reich im Kriegszustande befindet, einschließlich ihrer Kolonien und auswärtigen Besitzungen sowie Ägypten und die von Frankreich besetzten Teile Marokkos.

Für jedes feindliche Land ist ein **besonderer** Anmeldebogen zu verwenden. Ein besonderer Bogen ist auch zu verwenden für jedes der von deutschen oder verbündeten Truppen besetzten ausländischen Gebiete.

Anmeldebogen

Zur Anmeldung verpflichtet sind natürliche Personen, die im Reichsgebiet (unter Ausschluß der Schutzgebiete) ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, es sei denn, daß sie beim Kriegsausbruch ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt im Ausland hatten, sowie juristische Personen und Handelsgesellschaften, die im Reichsgebiet (unter Ausschluß der Schutzgebiete) ihren Sitz haben.

Name (Firma)
Wohnort (Sitz) und Adresse (auch Bundesstaat)
Staatsangehörigkeit
Beruf oder Gewerbezweig
(genaue Bezeichnung der kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit, z. B. Kammgarnspinnerei, chemische Fabrik)

des anmeldenden Gläubigers .....

Name des schuldnerischen Landes: .....
(Handelt es sich um besetztes Gebiet, so ist das hier besonders zu vermerken.)

Gesamtbetrag der gegen dieses Land oder Gebiet angemeldeten Forderungen: .....

Anmerkung. **Nicht** anzumelden sind:

a) Forderungen, die **nach dem Ausbruch des Krieges** mit dem betreffenden Lande entstanden sind, sowie Forderungen, die **nicht auf Geld lauten** oder vor Kriegsausbruch nicht auf eine Geldleistung gerichtet waren; eine während des Krieges entstandene Nebenforderung einer anzumeldenden Hauptforderung kann mit dieser angemeldet werden, wenn die Nebenforderung in Kosten und Auslagen besteht. Zinsen sind als Nebenforderung nicht anzumelden.

b) Nicht anzumelden sind ferner folgende Arten von Forderungen:

1. Forderungen **aus Verträgen**, wenn der Anmeldepflichtige die ihm vertragsmäßig obliegende Gegenleistung **weder ganz noch teilweise erfüllt hat**; im Falle teilweiser Erfüllung ist die Anmeldung auf den der Leistung entsprechenden Teil der Gegenforderung zu beschränken;
2. Forderungen, die in dem Geschäftsbetrieb einer **inländischen Zweigniederlassung** des ausländischen Schuldners entstanden sind;
3. Forderungen, die in dem Geschäftsbetrieb einer im **feindlichen Ausland befindlichen Haupt- oder Zweigniederlassung des Gläubigers** entstanden sind;
4. Forderungen aus **Wertpapieren**, die nach den Anschauungen des Handelsverkehrs zu den Effekten gehören, einschließlich der Zins- und Gewinnanteilscheine;
5. **Bürgschafts- und Regreßforderungen**, es sei denn, daß der Bürgschafts- oder Regreßfall schon eingetreten ist; nicht anzumelden sind ferner Regreßforderungen aus noch nicht protestierten Wechseln und Schecks;
6. Ansprüche auf **Versicherungsprämien**, es sei denn, daß ihr Jahresbetrag für einen und denselben Vertrag eintausend Mark übersteigt;
7. Ansprüche auf noch nicht fällige **Versicherungsleistungen**; Ansprüche aus Lebensversicherungsverträgen sind jedoch anzumelden, auch wenn sie noch nicht fällig sind; anzumelden ist hierbei die Versicherungssumme.

Bei wiederkehrenden Leistungen ist die Jahresleistung anzugeben. Dabei ist in der Bemerkungsspalte anzugeben, daß es sich um eine wiederkehrende Leistung handelt, ferner ob sie auf Lebenszeit oder für welche sonstige Zeitdauer geschuldet wird.

Laufende Nr.	Die einzelnen Forderungen sind nach **folgenden Gruppen** getrennt in folgender Reihenfolge aufzuführen (dabei darf **eine Forderung nur einmal** aufgeführt werden): I. Forderungen aus akzeptierten **Wechseln** sowie Regreßforderungen aus protestierten Wechseln und Schecks; II. Guthaben bei **Banken** und Sparkassen; III. Forderungen **für gelieferte Waren**; IV. **Hypotheken** und dgl.; V. Forderungen aus **Versicherungsverträgen**: A. Prämienforderungen, B. Ansprüche auf Versicherungsleistung: a) Lebensversicherungen, b) Transportversicherungen, c) sonstige Versicherungen. VI. **Sonstige** Geldforderungen.	**Betrag** (in der geschuldeten Währung) a) Forderungen in fremder Währung	**Betrag** (in der geschuldeten Währung) b) Forderungen in deutscher Währung	**Name** (Firma), **Wohnort** (Sitz) (womöglich nähere Adresse) **des Schuldners** (bei Ziffer IV auch Lage des Grundstücks	Bei bereits **fälligen** Forderungen **Fälligkeitstag** (Nach den vor Kriegsausbruch maßgebenden Rechtsvorschriften, ohne Rücksicht auf Moratorien usw.)
	Beispielseintragung für den Anmeldebogen für England *III. Forderungen für gelieferte Waren . . . . .*	*1 200 £*		*Smith & Co., Eisenexport, Glasgow, George-Square*	*1. März 1914*
	Summe der auf diesem Bogen angemeldeten Forderungen:				

Auf einen Anmeldebogen können soviel gegen ein und dasselbe Land gerichtete Forderungen angemeldet werden, als der Raum erlaubt. Sofern der Raum nicht für alle anzumeldenden Forderungen ausreicht, ist eine entsprechende Zahl Einlagebogen zu verwenden, die zu numerieren sind. Den Einlagebogen ist ein Umschlagbogen beizugeben, auf welchem nur die Vorderseite auszufüllen ist.

Bei noch nicht fälligen Forderungen: Wann und unter welchen Voraussetzungen wird die Forderung fällig?	Für die Forderung haftende im Inland befindliche **Sicherheiten**	Ist die Forderung von dem Schuldner bereits **anerkannt oder bestritten** worden? (Braucht bei Wechseln, Schecks und Hypotheken nicht ausgefüllt zu werden.)	Ist über die Forderung eine Vertrags- oder sonstige **Urkunde** vorhanden? Die Urkunde ist kurz zu bezeichnen. (Braucht bei Wechseln, Schecks und Hypotheken nicht ausgefüllt zu werden.)	Ist dem Anmeldenden bekannt, **ob im Ausland über die Forderung verfügt** worden ist, z. B. durch Einziehung seitens eines Sequesters oder in sonstiger Weise?	Bemerkungen (Hier ist in Fällen der Ziffer VI der Schuldgrund anzugeben.)
—	—	*Ist brieflich anerkannt*	—	*Ist an den Public Trustee abgeführt*	

Ort und Zeit: Unterschrift:

.....

(Vor- und Zuname (Firma) des Anmelders.)

(Rückseite.)

Abdruck der Verordnung
vom 16. Dezember 1916 sowie der
Ausführungsvorschriften.

1. Preuß. Verfügung vom 2. März 1917. (HMBl. 85.)

. . . Da die Anmeldepflichtigen überwiegend den in der Handelskammerorganisation zusammengefaßten Berufsständen angehören werden, bestimme ich für alle Anmeldepflichtigen, gleichgültig, welchem Berufe sie angehören, die Handelsvertretungen als die zuständigen Anmeldestellen. Die Zuständigkeit der einzelnen Handelsvertretung richtet sich nach dem Orte der Handelsniederlassung, bei dem Fehlen einer Handelsniederlassung nach dem Wohnort des Anmeldepflichtigen. Für diejenigen Anmeldepflichtigen, deren Handelsniederlassung oder Wohnort in einem einer Handelsvertretung nicht zugeteilten Gebiete liegt, bestimmt der zuständige Regierungspräsident, für Sigmaringen der Oberpräsident in Coblenz die Handelsvertretung, bei der die Anmeldung zu geschehen hat.

2. Preuß. Verfügung vom 27. März 1917. (HMBl. 181.)

. . . In den Anmeldebogen ist in Spalte 4 der Name (Firma) und Wohnort (Sitz) des Schuldners anzugeben. Sollte von Anmeldepflichtigen aus Geschäftsinteresse Wert auf Geheimhaltung gelegt werden, so ist ihnen zu gestatten, bei Ausfüllung der Anmeldebogen den Namen (Firma) und Wohnort (Sitz) des Schuldners durch ein von der Anmeldestelle zu bestimmendes Geheimzeichen zu ersetzen. Die Erläuterung des Geheimzeichens ist in diesem Falle in einem verschlossenen und versiegelten Briefumschlage dem Anmeldebogen beizufügen. . .

XI. Bek. über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger. Vom 1. Juli 1915. (RGBl. 414.)

Wortlaut in Bd. 1, 941 ff.
Begründung in Bd. 2, 445.

1. JW. 17 749 (Reichskommissar für gewerbliche Schutzrechte v. 29. 1. 1917). Es ist nicht glaubhaft, daß die Antragstellerin gerade des Patentes . . . bedarf, um das Bedürfnis der Truppen nach Sprechmaschinen zu befriedigen. Sie hat nach eigener Angabe bisher in reichem Maße für das Heer gearbeitet; will und kann sie die Produktion noch steigern, so wird sie daran durch das Patent ersichtlich nicht gehindert. Die Fürsorge für die Truppen wird keine Einbuße zu erleiden brauchen, wenn in den nächsten acht Monaten von der Einrichtung des streitigen Patents kein Gebrauch gemacht wird. Am 11. Oktober 1917 erreicht das Patent ohnehin sein Ende. Wenn die Antragstellerin auf Vermehrung der Ausfuhr und Hebung der Valuta hofft, so sind das einigermaßen unsichere Aussichten. Der Hinweis ist auch in bezug auf Sprechmaschinen an sich von geringer Überzeugungskraft in einer Zeit, wo alle Kräfte für die Versorgung des Vaterlandes mit Notwendigem gebraucht und alle Fabrikationen dem Dienst der Landesverteidigung untergeordnet werden. Ebensowenig hat die Antragstellerin nachzuweisen vermocht, daß eine wesentliche Erniedrigung der Preise eintreten werde; es fehlt an Unterlagen für die Annahme, daß gerade das Patent . . . die Ursache der von der . . . gehaltenen hohen Preislage bilde. Endlich kommt entscheidend in Betracht, daß der begehrte Eingriff in Patentrechte keinesfalls nur feindliche Interessen treffen, sondern ernste Nachteile für die beteiligte deutsche Industrie zur Folge haben würde. Die Firmen, die kraft Unterlizenzen sowohl andere Patente als das hier allein in Rede stehende bisher ausgenutzt haben, fühlen sich natur-

gemäß bedroht durch den vorliegenden Antrag und haben ihm widersprochen. Die Bezeichnung als ... reicht nicht aus, um ihnen den Anspruch auf Berücksichtigung als deutsche Häuser zu entziehen und um die Tatsache zu erschüttern, daß sie Verdienste um die deutsche Industrie erworben haben. In dem Bestreben, die Früchte ihrer Arbeit auch weiterhin ungeschmälert zu genießen, dürfen sie durch amtliche Maßnahmen nicht gestört werden. Diesen Erfolg würde aber die Einräumung des beantragten Nutzungsrechts leicht haben, da die Antragstellerin mit den beträchtlichen Lizenzgebühren nicht belastet wäre, mit denen jene Firmen rechnen müssen. Solche Begünstigung der Antragstellerin verbietet sich um so mehr, als keineswegs feststeht, daß die „Konzernfirmen" außerstande sind, den deutschen Markt zu versorgen, oder daß sie den Umfang ihrer Fabrikation ohne zwingende Gründe eingeschränkt haben.

2. Nachrichten f. Handel usw. v. 3. März 1917 Nr. 21. Über den Umfang, in dem der § 1 der Verordnung des Bundesrats über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger vom 1. Juli 1915 (RGBl. 414) praktische Anwendung gefunden hat, können wir folgendes mitteilen:

Gemäß dem genannten § 1 sind bis zum Schluß des Jahres 1916 75 Anträge gestellt worden, und zwar 54 gegen Patente, 4 gegen Gebrauchsmuster und 17 gegen Warenzeichen. Davon haben sich durch Zurücknahme oder auf andere Weise erledigt 33, so daß für die Entscheidung durch den Reichskommissar 42 übrig blieben. Dieser hat 17 Anträge abgelehnt und in 16 Fällen dem Antrag stattgegeben. Über 9 Anträge schwebt das Verfahren noch. Von den 16 Fällen, in denen der Antrag Erfolg hatte, betreffen 12 Patente und 4 Warenzeichen. Die Anordnungen lauten durchweg auf Beschränkung der Schutzrechte, die Aufhebung des Rechts ist in keinem Falle ausgesprochen. Nach der Staatsangehörigkeit sind die Inhaber der beschränkten Rechte bei 7 Patenten und 4 Warenzeichen Engländer, bei 5 Patenten Franzosen.

Hierzu:

(Bek. Nr. 1 in Bd. 1, 943; Nr. 2 in Bd. 4, 819; Nr. 3 in Bd. 3, 730; Nr. 4 in Bd. 4, 820.)

5. Bek., betr. gewerbliche Schutzrechte von Angehörigen Italiens. Vom 7. Mai 1917. (RGBl. 403.)

[RK.] Im Anschluß an die Bek. vom 9. Januar 1917 (RGBl. 29) wird im Wege der Vergeltung auf Grund des § 7 Abs. 2 der Verordnung des Bundesrats über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger vom 1. Juli 1915 (RGBl. 414) folgendes bestimmt:

Art. 1. Die Vorschriften des § 1 der Verordnung über gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger vom 1. Juli 1915 werden auf die Angehörigen Italiens für anwendbar erklärt.

Art. 2. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung [10. 5.] in Kraft.

H. Heeresversorgung.

Übersicht.

I. Ausfuhr- und Durchfuhrverbote . . . . .
Bek. v. 31. Juli 1914, betr. das Verbot der Ausfuhr von
1. Tieren und tierischen Erzeugnissen (RGBl. 259) . . . . .
2. Verpflegungs, Streu- und Futtermitteln (RGBl. 260) . . . . .
3. Kraftfahrzeugen, Mineralrohölen, Steinkohlenteer und allen aus diesen hergestellten Ölen (RGBl. 260) . . . . .
4. Waffen, Munition, Pulver und Sprengstoffen, sowie von anderen Artikeln des Kriegsbedarfs und von Gegenständen, die zur Herstellung von Kriegsbedarfsartikeln dienen (RGBl. 265) . . . . .
5. Eisenbahnmaterial aller Art, von Telegraphen- und Fernsprechgerät sowie von Teilen davon, von Luftschiffergerät aller Art, von Fahrzeugen und Teilen davon (RGBl. 266) . . . . .
6. Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betrieb von Gegenständen des Kriegsbedarfs zur Verwendung gelangen (RGBl. 267) . . . . .
7. Verband- und Arzneimitteln sowie von ärztlichen Instrumenten und Geräten (RGBl. 268) . . . . .
8. Bek. v. 31. Juli 1914, betr. das Verbot der Einfuhr und Ausfuhr von Tauben (RGBl. 269) . . . . .
9. Verordnung über das Verbot der Durchfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen, v. 25. November 1915 (RGBl. 777) . . . . .
II. Vorkehrungen der Heeresverwaltung zur Beschaffung des Heeresbedarfs .
1. Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung . . . . .
2. Zentralstelle für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten . . . . .
3. Kriegs-Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums . . . . .
4. Bekleidungs-Beschaffungsamt . . . . .
*III. Sicherstellung von Kriegsbedarf . . . . .
*1. Bek. v. 24. Juni 1915 (RGBl. 357) 543
Hierzu:
a) Bek. zur Änderung dieser Verordnung v. 9. Oktober und 25. November 1915 (RGBl. 645, 778) . . . . .
b) Anordnung des Reichskanzlers für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf, v. 22. Juli 1915 (RGBl. 469) . . .
c) Bek., betr. Änderung der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf, v. 24. Juni 1915 (RGBl. 357), v. 14. September 1916 (RGBl. 1019) . . . . .
d) Bek. des Reichskanzlers, betr. Änderung der Anordnung für das Verfahren vor dem Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf, v. 22. Juli 1915 (RGBl. 469) v. 14. September 1916 (RGBl. 1021) . . . . .
e) Ausführungsverordnung des Reichskanzlers v. 18. Januar 1917 (RGBl. 67) . . . . .
*f) Abänderungs-Bek. v. 4. April 1917 (RGBl. 316) 544
*2. Bek. der neuen Fassung v. 26. April 1917 (RGBl. 375) 544
*IV. Sicherstellung des Haferbedarfs der Heeresverwaltung . . . . .
1. Beschluß des Bundesrats v. 21. Januar 1915 (RGBl. 29) . . . . .
*2. Bek. v. 19. Mai 1917 (RGBl. 425) 546

V. Bek. zur Herbeiführung der beschleunigten Ablieferung von Gerste und Hafer v. 17. Januar 1916 (RGBl. 40) . . . . . .
VI. Beschluß des Bundesrats über die Sicherstellung des Heubedarfs der Heeresverwaltung v. 28. Februar 1916 (RGBl. 126) . . . . . .
VII. Bek. über Lieferung von Heu und Stroh für das Heer v. 11. Mai 1916 (RGBl. 367) . . . . . .
VIII. Bek. über Lieferung von Heu für das Heer v. 7. Oktober 1916 (RGBl. 1141)
IX. Bek., betr. die Vergütung für Furage und Landlieferungen v. 24. Mai 1915 (RGBl. 301) . . . . . .
X. 1. Bek., betr. vorübergehende Änderung der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz, v. 4. Februar 1915 (RGBl. 62) . .
2. Wiederbelebung der Remontezucht . . . . . .
3. Bek., betr. die Einfuhr von Fohlen, v. 24. Juli 1916 (RGBl. 829) .
Hierzu:
Bek. des Reichskanzlers von demselben Tage (RGBl. 830) . . . . .
XI. Flugzeuge . . . . . .
XII. Zentralstelle für Kriegsbeute . . . . . .

(Abschnitt I in Bd. 1, 919ff.; 2, 450; Abschnitt II in Bd. 1, 921; 2, 450; 3, 733.)

III. Sicherstellung von Kriegsbedarf.

a) Bek. vom 24. Juni 1915. (RGBl. 357.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 1, 923ff.

§ 3.

Verfahren.

(Erläuterung 1, 2 in Bd. 2, 456; 3, 4 in Bd. 3, 733.)

5. RG. III, SächsA. 17 266. Die auf Grund von § 3 des Reichsgesetzes v. 4. August 1914 erlassene BRBO. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (RGBl. 357), welche das Kriegsministerium für die Dauer des Krieges zur Enteignung und Beschlagnahme von Gegenständen ermächtigt, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Kriegsbedarfsartikeln zur Verwendung gelangen können, hat keine rückwirkende Kraft. Eine solche Wirkung hätte ausdrücklicher Erklärung bedurft.

§ 4.

Beschlagnahme.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 2, 457; 7 bis 9 in Bd. 3, 733.)

10. JW. 17 241 (KG. 12. 1. 17). Die Militärbefehlshaber sind nicht befugt, in Anwendung des § 4 BZG. bei der Vollziehung der durch § 4 BRBO. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (RGBl. 357) den Kriegsministerien usw. übertragenen Beschlagnahmebefugnisse mitzuwirken.

11. LeipzZ. 17 1273 (Dresden IV). Durch die Bestimmung des § 4 wird die Annahme gerechtfertigt, daß es trotz der Beschlagnahme zulässig bleibe, Besitz und Eigentum an den transportierten Gegenständen auf den Empfänger zu übertragen, wenn die Übertragung den Zweck bildet, zu dem der Transport unternommen worden ist, und wenn überdies das Ziel der Beschlagnahme durch die Übertragung nicht vereitelt oder gefährdet wird. Dieses Ziel ist, die Gegenstände, die von ihr betroffen werden, für eine etwaige künftige Enteignung (§ 14 Abs. 1, 2 § 1) zu sichern (Begr. der BRBO. v. 24. Juni 1915 in Güthe-

Schlegelberger, Kriegsbuch I, 926) und es wird, weil die Beschlagnahme auch gegen den Empfänger wirkt, durch die Übertragung des Eigentums, auf ihn, weder gefährdet, noch gar vereitelt. Nach § 5 endigen zwar die Wirkungen der Beschlagnahme u. a. „mit den nach § 4 zugelassenen Veräußerungen"; dies bezieht sich jedoch nur auf die Veräußerungen, die in § 4 ausdrücklich als solche behandelt sind, d. h. nur auf die Fälle in Abs. 3, 4. Denn nach § 8 Abs. 1 Satz ist, wer bei Beginn des 1. Februar 1915 Vorräte von beschlagnahmten Gegenständen in Gewahrsam hat, verpflichtet, dies anzuzeigen; diese Anzeige ist ausdrücklich auch hinsichtlich der auf dem Transport befindlichen Gegenstände vorgeschrieben, und zwar ist besonders bemerkt, daß sie dem Empfänger obliege (Neukamp, GruchotsBeitr. 59, 782 f.).

§ 6.

RG. II, LeipzZ. 17 666. Der Angekl. hatte aus alten „Luftschläuchen, rot" und weichen Autoluftschläuchen Flaschenringe gefertigt. Das LG. erblickt darin mit Recht einen Verstoß gegen die Beschlagnahmevorschriften und verurteilt den Angekl. aus § 6 Nr. 3, 2 BRBO. v. 24. Juni 1915, weil er der Verpflichtung, den beschlagnahmten Gummi pfleglich zu behandeln, zuwidergehandelt und die Luftschläuche unbefugt verwendet habe.

Hierzu:

(Bek. a, b in Bd. 2, 450ff.; c, d in Bd. 3, 735; e in Bd. 4, 822.)

f) Bek., betr. Abänderung der Bek. über die Sicherstellung von Kriegsbedarf v. 24. Juni 1915 (RGBl. 357). Vom 4. April 1917. (RGBl. 316.)

[BR.] Art. I. Die Bekanntmachung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (RGBl. 357) wird dahin geändert:

1. Der § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

   Die Anordnung kann durch Mitteilung an den Besitzer oder durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen; im ersteren Falle geht das Eigentum über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht, im letzteren Falle mit Ablauf des Tages nach Ausgabe des amtlichen Blattes, in welchem die Anordnung amtlich veröffentlicht wird.

2. Im § 1 werden hinter Abs. 3 folgende Vorschriften eingestellt:

   Die Übertragungsanordnung kann mit Zustimmung des früheren und des neuen Eigentümers widerrufen werden. Der Widerruf ist an den früheren Besitzer zu richten. Wird der Gegenstand, dessen Enteignung widerrufen wurde, an den früheren Besitzer zurückgegeben, so gilt die Übertragungsanordnung als nicht erfolgt, und Rechte, mit denen der Gegenstand zur Zeit der Enteignung belastet war, sowie Zurückbehaltungsrechte gelten als nicht erloschen.

   Wer den Gegenstand zur Zeit der Enteignung besitzt, gilt zugunsten des Reichsfiskus als Eigentümer, es sei denn, daß der enteignenden Behörde bekannt ist, daß ihm das Eigentum nicht zusteht.

Art. II. Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Wortlaut der Verordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf vom 24. Juni 1915 (RGBl. 357), wie er sich aus den Verordnungen vom 9. Oktober 1915 (RGBl. 645), vom 25. November 1915 (RGBl. 778) und vom 14. September 1916 (RGBl. 1019) sowie aus dieser Verordnung ergibt, im Reichs-Gesetzblatt bekanntzumachen.

Art. III. Diese Verordnung tritt am 7. April 1917 in Kraft.

2. Bek. der neuen Fassung. Vom 26. April 1917. (RGBl. 375.)

Verordnung über die Sicherstellung von Kriegsbedarf.

§ 1. Während der Dauer des gegenwärtigen Krieges kann das Eigentum an Gegenständen des Kriegsbedarfs und an Gegenständen, die bei der Herstellung oder dem Betriebe

von Kriegsbedarfsartikeln zur Verwendung gelangen können, unbeschadet der Zuständigkeit der Militärbefehlshaber, auch durch Anordnung der Kriegsministerien oder des Reichs-Marineamts oder der von ihnen bezeichneten Behörden auf eine in der Anordnung zu bezeichnende Person übertragen werden.

Die Anordnung kann durch Mitteilung an den Besitzer oder durch öffentliche Bekanntmachung erfolgen; im ersteren Falle geht das Eigentum über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht, im letzteren Falle mit Ablauf des Tages nach Ausgabe des amtlichen Blattes, in welchem die Anordnung amtlich veröffentlicht wird.

Der Besitzer ist verpflichtet, die Gegenstände herauszugeben, insbesondere sie auf Verlangen und Kosten des Erwerbers zu überbringen oder zu versenden.

Die Übertragungsanordnung kann mit Zustimmung des früheren und des neuen Eigentümers widerrufen werden. Der Widerruf ist an den früheren Besitzer zu richten. Wird der Gegenstand, dessen Enteignung widerrufen wurde, an den früheren Besitzer zurückgegeben, so gilt die Übertragungsanordnung als nicht erfolgt, und Rechte, mit denen der Gegenstand zur Zeit der Enteignung belastet war, sowie Zurückbehaltungsrechte gelten als nicht erloschen.

Wer den Gegenstand zur Zeit der Enteignung besitzt, gilt zugunsten des Reichsfiskus als Eigentümer, es sei denn, daß der enteignenden Behörde bekannt ist, daß ihm das Eigentum nicht zusteht.

§ 2. Der Übernahmepreis wird unter Berücksichtigung des Friedenspreises zuzüglich eines nach den Verhältnissen des Einzelfalls angemessenen Gewinns durch ein Schiedsgericht endgültig festgesetzt. Bei den nach dem 31. Juli 1914 aus dem Ausland eingeführten Gegenständen ist an Stelle des Friedenspreises der Einstandspreis des Einführenden zu berücksichtigen.

Der Übernahmepreis ist bar zu zahlen.

Aus dem Übernahmepreise sind die Ansprüche dritter Personen, die auf die enteigneten Gegenstände Aufwendungen gemacht haben, oder denen an diesen Gegenständen ein dingliches Recht oder ein Zurückbehaltungsrecht zustand, vorweg zu befriedigen, soweit solche Ansprüche bis zur Festsetzung des Übernahmepreises bei dem Schiedsgericht angemeldet und glaubhaft gemacht sind.

Soweit es sich um das Eigentum feindlicher Ausländer handelt, kann der Reichskanzler im Wege der Vergeltung abweichende Bestimmungen treffen.

§ 3. Das Schiedsgericht entscheidet in einer Besetzung von einem Vorsitzenden und vier Beisitzern.

Ist anzunehmen, daß der festzusetzende Übernahmepreis den Betrag von eintausend Mark nicht übersteigen werde, so genügt die Zuziehung von zwei Beisitzern.

Der Vorsitzende kann im Einverständnisse mit dem zuständigen Kriegsministerium oder dem Reichs-Marineamt bereits vor der Entscheidung des Schiedsgerichts die Überweisung von Abschlagzahlungen veranlassen. Der Gesamtbetrag der Abschlagzahlungen darf den von dem Kriegsministerium oder dem Reichs-Marineamt als Friedenspreis bezeichneten Preis nicht übersteigen.

Der Vorsitzende wird vom Reichskanzler ernannt. Die Beisitzer werden vom Vorsitzenden berufen, und zwar drei auf Vorschlag des Deutschen Handelstags, der vierte auf Vorschlag derjenigen amtlichen Vertretung des Handels, in deren Bezirk sich die Gegenstände ganz oder zum Teil befinden. Im Falle des Abs. 2 kann der Vorsitzende diejenige amtliche Vertretung des Handels um Vorschlag der Beisitzer ersuchen, in deren Bezirk die Sitzung des Schiedsgerichts stattfinden soll.

Wird zu einer Sitzung des Schiedsgerichts die Zuziehung anderer als der zunächst berufenen Beisitzer erforderlich, so kann der Vorsitzende zur Vermeidung einer Vertagung oder einer erheblichen Verzögerung des Beginns der Sitzung Hilfsbeisitzer zuziehen. Als Hilfsbeisitzer soll nur berufen werden, wer von dem Deutschen Handelstag oder in einem anderen Verfahren vor dem Schiedsgerichte von einer amtlichen Vertretung des Handels als Beisitzer vorgeschlagen worden ist oder wer zum Richteramte befähigt ist.

Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen.

Die Kosten des Schätzungsverfahrens fallen dem Reiche zur Last.

§ 4. Die Kriegsministerien und das Reichs-Marineamt oder die von ihnen zu bezeichnenden Behörden sind, unbeschadet der Zuständigkeit der Militärbefehlshaber, befugt, Gegenstände, die auf Grund des § 1 der Inanspruchnahme unterliegen können, zu beschlagnahmen. Die Beschlagnahme erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung oder durch Mitteilung an denjenigen, der die Gegenstände im Besitze hat, sie herstellt oder bei dem sie sich unter Zollaufsicht befinden. Sie tritt mit der öffentlichen Bekanntmachung oder mit dem Zugehen der Mitteilung oder, soweit sie noch nicht vorhandene Gegenstände betrifft, mit deren Entstehung in Kraft. Die Beschlagnahme hat die Wirkung, daß die Vornahme von Veränderungen an den von ihr berührten Gegenständen verboten ist und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie nichtig sind. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen. Trotz der Beschlagnahme sind alle Veränderungen und Verfügungen zulässig, die mit Zustimmung der beschlagnahmenden Stelle erfolgen.

Der von der Beschlagnahme Betroffene ist verpflichtet, die Gegenstände bis zum Ablauf einer zu bestimmenden Frist oder bis zu einer ihm gestatteten Verarbeitung oder Verfügung zu verwahren und pfleglich zu behandeln.

Für die Verwahrung und pflegliche Behandlung der von der Beschlagnahme betroffenen Gegenstände und für die durch die Beschlagnahme bewirkte Verfügungsbeschränkung kann eine angemessene Entschädigung gewährt werden, soweit dies aus besonderen Gründen, namentlich mit Rücksicht auf die Dauer der Verwahrung oder der Verfügungsbeschränkung, der Billigkeit entspricht. Die Entschädigung ist ausgeschlossen, insoweit während der Dauer der Beschlagnahme die Gegenstände übernommen oder anderweit verwertet werden. Die Entscheidung erfolgt endgültig durch die höhere Verwaltungsbehörde.

§ 5. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden erlassen die Ausführungsbestimmungen.

§ 6. Mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird, sofern nicht nach allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verwirkt sind, bestraft:

1. wer der Verpflichtung, die enteigneten Gegenstände herauszugeben oder sie auf Verlangen des Erwerbers zu überbringen oder zu versenden, zuwiderhandelt;
2. wer unbefugt einen beschlagnahmten Gegenstand beiseiteschafft, beschädigt oder zerstört, verwendet, verkauft oder kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über ihn abschließt;
3. wer der Verpflichtung, die beschlagnahmten Gegenstände zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt;
4. wer den nach § 5 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

§ 7. Die §§ 2 und 3 finden keine Anwendung auf Gegenstände, für die Höchstpreise festgesetzt sind oder festgesetzt werden.

§ 8. Soweit von den Militär- und Marinebehörden, einschließlich der Befehlshaber, vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung über das Eigentum an beschlagnahmten Gegenständen des Kriegsbedarfs verfügt worden ist, finden die Vorschriften der §§ 2 und 3 Anwendung, wenn nicht der Übernahmepreis vertraglich vereinbart oder nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 (RGBl. 129) oder durch rechtskräftiges Urteil festgesetzt worden ist.

Die §§ 2 und 3 finden keine Anwendung auf Gegenstände, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung bereits in den von deutschen Truppen besetzten feindlichen Gebieten von Militär- oder Marinebehörden, einschließlich der Befehlshaber, beschlagnahmt worden sind. Der Beschlagnahme steht es gleich, wenn eine militärische Dienststelle sich in den Gewahrsam der Gegenstände gesetzt oder sonstwie tatsächlich über sie verfügt hat.

Auf Beschlagnahmen von Gegenständen des Kriegsbedarfs, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung von den Militär- und Marinebehörden, einschließlich der Befehlshaber, angeordnet sind, finden die Vorschriften des § 4 Abs. 3 Anwendung; eine weitere Entschädigung ist ausgeschlossen.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [28. 4.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

IV. Sicherstellung des Haferbedarfs der Heeresverwaltung.

(Bek. Nr. 1 in Bd. 1, 927.)

2. Bek. zur Sicherung des Heeresbedarfs an Hafer. Vom 19. Mai 1917. (RGBl. 425.)

[RG. § 1 VolksernBO. 22. 5. 16.] § 1. Die Heeresverwaltung ist ermächtigt, Erzeugern, die nach Bescheinigung des Kommunalverbandes ihrer Verpflichtung zur Ablieferung von Hafer nachgekommen sind und noch freiwillig Hafer aus den ihnen belassenen Mengen an die Heeresverwaltung abliefern, für den freiwillig abgelieferten Hafer neben dem Höchstpreis eine besondere Vergütung von einhundert Mark für die Tonne zu zahlen.

Dies gilt nur für Hafer, der bis zum 15. Juli 1917 einschließlich abgeliefert wird.

Über alle Streitigkeiten wegen der Zahlung der besonderen Vergütung entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Als höhere Verwaltungsbehörde gilt die auf Grund des § 24 der Verordnung über Hafer aus der Ernte 1916 vom 6. Juli 1916 (RGBl. 811) bestimmte Behörde.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem 20. Mai 1917 in Kraft.

Von diesem Tage ab erlischt die Gültigkeit der Erlaubnisscheine zum freihändigen Ankauf des Haferbedarfs der Nährmittelfabriken sowie der im § 17 Abs. 3 der Verordnung über Hafer aus der Ernte 1916 vom 6. Juli 1916 (RGBl. 811) genannten Hafermengen.

J. Paßwesen, Post-, Eisenbahn- und Schiffsverkehr.

Übersicht.

I. Paßpflicht . . . . .
1. Verordnung, betr. anderweite Regelung der Paßpflicht, v. 16. Dezember 1914 (RGBl. 521) . . . . .
2. Verordnung, betr. anderweite Regelung der Paßpflicht, v. 21. Juni 1916 (RGBl. 599) . . . . .
Hierzu:
Bek. des Reichskanzlers, betr. Ausführungsbestimmungen zu der Paßverordnung v. 24. Juni 1916 (RGBl. 601) . . . . .
II. Feldpostverkehr . . . . .
III. Eisenbahnverkehr . . . . .
1. Bek., betr. vorübergehende Änderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung (RGBl. 09, 93ff.), v. 10. August 1914 (RGBl. 368). . . . . .
Bek., betr. vorübergehende Änderung der Eisenbahn-Verkehrsordnung (RGBl. 09, 93ff.), v. 24. Oktober 1914 (RGBl. 455) . . . . .
2. Frachtermäßigungen und Frachtbefreiungen . . . . .
3. Personenverkehr . . . . .
*IV. Schiffsverkehr . . . . .
1. Bek., betr. Veräußerung von Kauffahrteischiffen an Nichtreichsangehörige, v. 21. Oktober 1915 (RGBl. 685) mit der Änderung v. 17. Februar 1916 (RGBl. 107) . . . . .
2. Bek., betr. Veräußerung von Binnenschiffen an Nichtreichsangehörige, v. 26. Juni 1916 (RGBl. 587) . . . . .
3. Bek., betr. Beförderung von Gütern zwischen ausländischen Häfen durch deutsche Kauffahrteischiffe, v. 6. Juli 1916 (RGBl. 673) . . . . .
*4. Bek. über Schiffsregister und Hilfskriegsschiffe v. 16. Mai 1917 (RGBl. 411)
*5. Bek. über Miet- und Frachtverträge für deutsche Kauffahrteischiffe v. 5. Juli 1917 (RGBl. 585) . . . . .

(Abschnitt I in Bd. 1, 932; 3, 743; Abschnitt II, III in Bd. 1, 934ff.)

IV. Schiffsverkehr.

(Bek. 1 in Bd. 2, 466; 3, 750; Bek. 2, 3 in Bd. 3, 751.)

4. Bek. über Schiffsregister und Hilfskriegsschiffe. Vom 16. Mai 1917. (RGBl. 411.)

[BR.] § 1. Wird ein Kauffahrteischiff in den Dienst der Kaiserlichen Marine als Hilfskriegsschiff vorübergehend eingestellt, ohne daß die Marineverwaltung das Eigentum daran erwirbt, so ist die Verwendung als Hilfskriegsschiff im Schiffsregister zu vermerken. Endigt die Verwendung, so ist der Vermerk zu löschen. Die Eintragung sowie die Löschung des Vermerkes erfolgt auf Ersuchen der Marineverwaltung. Sie ist baldtunlichst im Schiffszertifikat ersichtlich zu machen.

Solange der Vermerk im Schiffsregister eingetragen ist, wird ein Auszug aus dem Schiffszertifikate nicht erteilt. Früher erteilte Auszüge sind baldtunlichst einzuziehen und nach der Löschung des Vermerkes auf Antrag zurückzugeben.

§ 2. Ist vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung ein Kauffahrteischiff wegen seiner vorübergehenden Verwendung als Hilfskriegsschiff im Schiffsregister gelöscht worden,

so sind auf Antrag der Marineverwaltung alle Eintragungen wieder herzustellen, die zur Zeit der Löschung hinsichtlich des Schiffes und der an ihm begründeten Rechte bestanden. Von der Eintragung ist dem eingetragenen Eigentümer Mitteilung zu machen.

Ist der Marineverwaltung bekanntgeworden, daß eine Veränderung in den früher eingetragen gewesenen Tatsachen oder Rechtsverhältnissen eingetreten ist, so soll sie hiervon bei Stellung des Antrags der Registerbehörde Mitteilung machen. Die Registerbehörde hat in einem solchen Falle die Beteiligten zu hören. Erachtet sie nach Anhörung der Beteiligten eine Veränderung für glaubhaft gemacht, so kann sie die Wiedereintragung unmittelbar nach Maßgabe der Veränderung bewirken. Dies gilt nicht bei Änderungen, die sich auf Pfandrechte an dem Schiffe beziehen; liegt Grund zu der Annahme vor, daß eine solche Änderung eingetreten ist, so kann von Amts wegen ein Widerspruch eingetragen werden.

Für die Wiedereintragung, mit Einschluß der Erteilung eines neuen Schiffszertifikats, werden Gebühren und Auslagen nicht erhoben.

§ 3. Wird ein Schiff, das vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung wegen seiner vorübergehenden Verwendung als Hilfskriegsschiff im Schiffsregister gelöscht worden ist, innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung im Schiffsregister wieder eingetragen und war zur Zeit der Löschung ein Pfandrecht an dem Schiffe oder ein Widerspruch gegen die Löschung eines Pfandrechts eingetragen, so gilt in Ansehung der Wirksamkeit des Pfandrechts oder des Widerspruchs die Löschung des Schiffes als nicht erfolgt.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [18. 5.] in Kraft.

→ Aus Anlaß des Art. 6 HaagAbk. über die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe v. 18. Okt. 1907 (RGBl. 1910, 207), wonach der Kriegführende, der ein Kauffahrteischiff in ein Kriegsschiff umwandelt, „diese Umwandlung möglichst bald auf der Liste seiner Kriegsschiffe vermerken" muß, hatte der preuß. Justizminister durch Rundverfg. v. 15. Juni 1908 I 1983 angeordnet, daß die Schiffsregisterbehörden über die Anträge auf Löschung solcher Schiffe in der Liste der Kauffahrteischiffe im Mobilmachungsfalle mit besonderer Beschleunigung zu befinden haben. Zur Ergänzung ist in der Rundverfg. v. 18. August 1914 I 2251 bestimmt, daß es in Fällen solcher Art der in § 30 Abs. 2 Allg. Vfg. v. 11. Dezember 1899 vorgeschriebenen vorgängigen Mitteilung und Fristsetzung an die Pfandgläubiger nicht bedürfe, daß diese aber unverzüglich nach der Löschung unter Mitteilung des Anlasses zu dem Antrag auf Löschung in Kenntnis zu setzen seien. Das Kammergericht hatte sich in dem Beschl. v. 24. Sept. 1915 (KGJ. 48, 137) der diesen Verfügungen zugrunde liegenden Auffassung angeschlossen und ausgeführt: „Nach § 1 Flaggenges. v. 22. Juni 1899 haben nur die zum Erwerb durch die Seefahrt bestimmten Schiffe das Flaggenrecht. Nur für diese wird nach § 4 das. das Seeschiffsregister geführt. Verliert ein Schiff das Flaggenrecht, so ist es nach § 13 Abs. 2 das. im Register zu löschen. Die Eintragung und der Verbleib eines Schiffes im Register ist also daran gebunden, daß es zum Erwerbe durch die Seefahrt bestimmt ist und bestimmt bleibt. [Die Ausnahme des § 26 kommt nicht in Betracht]. Wird das Schiff jener Bestimmung entzogen, so verliert es das Flaggenrecht und damit die Eintragungsfähigkeit. Nun ist allerdings zuzugeben, daß nicht jedes Handelsschiff, das vorübergehend nicht zum Erwerbe durch die Seefahrt dient, deshalb sogleich im Register zu löschen wäre. Dies gilt z. B. für ein Schiff, das zeitweilig wegen schlechten Geschäftsganges aufgelegt wird oder das zu einer wissenschaftlichen Expedition hergegeben wird (Schaps, BankA. 14, 84). Ein solches Schiff bleibt trotz seiner vorübergehenden anderweitigen Verwendung zum Erwerb durch die Seefahrt bestimmt, es behält seinen Beruf bei. Ganz anders ist der Fall zu beurteilen, daß ein Schiff durch Umwandlung in ein Kriegsschiff einen völlig neuen seinem bisherigen Wesen fremden Charakter erhält. Durch eine solche Maßregel wird seine Bestimmung von Grund aus verändert, es nimmt nach dem bezeichnenden Ausdruck von Lammasch (HaagProt. 3, 820) an Stelle des weiblichen Geschlechts das männliche an. . . . Die Wesensverschiedenheit [zwischen Handels- und Kriegsschiffen] schließt jede Gemeinschaft aus; sie ist so vollständig, daß ein als Waffe im Seekriege verwendetes Schiff unmöglich noch als „zum Erwerbe durch

die Seefahrt bestimmt" angesehen werden kann und zwar muß dies auch dann gelten, wenn die naturgemäß völlig ungewisse Möglichkeit besteht, daß das Schiff nach Beendigung des Krieges seiner früheren Bestimmung wieder zugeführt werden könnte." Eine abweichende Auffassung vertraten Schaps, BankA. 14, 84; 16, 897, Josef, HoldhMSchr. 16, 146, Schlegelberger, GruchotsBeitr. 59, 206. Diese Streitfrage ist nunmehr durch diese BO. v. 16. Mai 1917 (RGBl. 411) erledigt. ←

5. Bek. über Miet- und Frachtverträge für deutsche Kauffahrteischiffe. Vom 5. Juli 1917. (RGBl. 585.)

[BR.] § 1. Nach dem 1. Dezember 1916 geschlossene Miet- und Frachtverträge zwecks Beförderung von Gütern durch deutsche Kauffahrteischiffe mit einem Bruttoraumgehalte von mehr als 500 Registertonnen verlieren mit Friedensschluß ihre Wirksamkeit, es sei denn, daß sie vorher entweder vom Reichskommissar für Übergangswirtschaft genehmigt oder durch Ausführung der Beförderung erfüllt worden sind.

Der Reichskanzler bestimmt, welcher Zeitpunkt als Friedensschluß im Sinne des Abs. 1 zu gelten hat.

§ 2. Die im § 1 vorgesehene Genehmigung kann der Reichskommissar im voraus erteilen, insbesondere

1. für einen nach Bruttoraumgehalt festzusetzenden Teil der Schiffe, die dem Reeder zum Betrieb eines schon vor dem 1. August 1914 vorhandenen, durch einen festen die Anlaufhäfen bezeichnenden Fahrplan geregelten Schiffsverkehrs (Linienschiffahrt) zur Verfügung stehen,
2. für einzelne bestimmt zu bezeichnende Schiffe,
3. für Güter einer bestimmten Warengattung bis zu einem nach Zahl, Maß oder Gewicht festzusetzenden Höchstbetrage.

Der Reichskommissar kann die dem Reeder zu erteilende Genehmigung näher begrenzen, insbesondere hinsichtlich der zu befördernden Güter, der für die Beförderung zu verwendenden Schiffe sowie der örtlichen und zeitlichen Bestimmung der vom Reeder auszuführenden Reisen.

§ 3. Der Reeder ist verpflichtet, über Verträge, die auf Grund einer im voraus erteilten Genehmigung geschlossen worden sind, dem Reichskommissar unverzüglich nach ihrem Abschluß Anzeige zu erstatten. Sind die Verträge durch einen Vertreter abgeschlossen so hat der Reeder die Anzeige zu erstatten, sobald er von dem Vertragsabschlusse Kenntnis erhält. Die Anzeige hat sich auf die Angabe des anderen Vertragsteils und des wesentlichen Vertragsinhalts zu erstrecken. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Reichskommissars ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

§ 4. Diese Verordnung tritt am 10. Juli 1917 in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt, wann und in welchem Umfang sie außer Kraft tritt.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 20. 8. 17 Nr. 229.)

Die Schiffahrtsabteilung beim Chef des Feldeisenbahnwesens ist seit etwa Jahresfrist bemüht, die deutsche Binnenschiffahrt ohne öffentlich-rechtlichen Zwang durch rein private Vereinbarung und Organisation in das militärisch-kriegswirtschaftliche Verkehrswesen einzuordnen. Sie hat auf diesem Wege auch erhebliche Erfolge erzielt und einen großen Teil der Binnenwasserstraßenflotte im Interesse kriegswirtschaftlich vorteilhafter Ausnutzung sowie im Interesse der so dringend nötigen Entlastung der Eisenbahnen und der Ergänzung ihrer Transportleistungen ihrer Überwachung und Leitung unterstellt. Mit einem anderen Teile dagegen — namentlich mit der Kleinschiffahrt — konnten Vereinbarungen in einer den laufenden verkehrstechnischen Anforderungen genügenden Weise von der Schiffahrtsabteilung ohne vollständige Übernahme des

Betriebes in eigene Verwaltung nicht erreicht werden. Inzwischen sind durch die systematische Überleitung des Massengüterverkehrs von den Eisenbahnen auf die Binnenwasserstraßen die Frachten teilweise in bedenklichem Maße gestiegen; außerdem erfolgte im freien Verkehr die Verwendung der Schiffsräume nicht immer in einer Weise, die den kriegswirtschaftlichen Bedürfnissen und der Reihenfolge ihrer Dringlichkeit entsprochen hätte. Da die Lage der Transportverhältnisse jede Vergeudung von Binnenschiffsraum verbietet, muß in dieser Beziehung nunmehr durch öffentlich-rechtlichen Eingriff Abhilfe geschaffen werden.

Der Bundesrat hat deshalb am 18. August 1917 eine Verordnung über wirtschaftliche Maßnahmen in der Binnenschiffahrt und eine zweite Verordnung über die Errichtung von Betriebsverbänden in der Binnenschiffahrt erlassen.

Die Verordnung über wirtschaftliche Maßnahmen in der Binnenschiffahrt sieht zunächst die Festsetzung von Höchst- und Mindestpreisen für Beförderung auf Binnenwasserstraßen, für das Schleppen, Beladen und Löschen von Binnenschiffen sowie für die Miete von Binnenschiffen vor. Die Festsetzung erfolgt durch die Schiffahrtsabteilung beim Chef des Feldeisenbahnwesens nach Anhörung von Interessenausschüssen (Frachtausschuß, Sachverständigenausschuß). Weiter werden die Besitzer von Binnenschiffen verpflichtet, auf Erfordern der Schiffahrtsabteilung innerhalb der von ihr bestimmten Frist Beförderungen auf dem Wasserwege und das Schleppen von Binnenschiffen auszuführen; sie müssen ferner ihre Fahrzeuge der Schiffahrtsabteilung zu den von ihr bestimmten Zwecken zur Verfügung stellen und sich nötigenfalls auch die Enteignung der Fahrzeuge gefallen lassen. Die Besitzer von Umschlagsvorrichtungen haben auf Erfordern der Schiffahrtsabteilung das Beladen und Löschen von Binnenschiffen zu übernehmen; auch diese Einrichtungen können in Anspruch genommen und nötigenfalls enteignet werden. Bei der Bestimmung der Entschädigungen für die Erfüllung der den Eigentümern der Fahrzeuge und der Umschlagsvorrichtungen auferlegten Verpflichtungen sind die oben erwähnten Ausschüsse zu hören; gegen die Entscheidung der Schiffahrtsabteilung ist die Berufung an ein vom Bundesrat einzurichtendes Schiedsgericht zulässig. — Im Falle der Enteignung ist der durch diese betroffene frühere Eigentümer zum Wiederverkauf nach den Vorschriften des BGB. (§§ 497ff.) berechtigt.

Die Schiffahrtsabteilung kann die Vorschriften des Binnenschiffahrtsgesetzes über die Lade- und Löschzeit (§§ 29 und 48) ändern; Abweichungen von diesen geänderten Vorschriften auf Grund einer Vereinbarung oder einer Verordnung der höheren Verwaltungsbehörde sind ausgeschlossen.

Soweit nicht Höchstpreise festgesetzt sind, können auf Antrag der Schiffahrtsabteilung vom Reichskanzler zur Verhütung von Überforderungen Preisprüfungsämter errichtet werden mit der Befugnis, die Angemessenheit der vereinbarten Vergütungen im Binnenschiffahrtsverkehr (Frachten, Mieten, Lade-, Lösch- und Schleppvergütungen) nachzuprüfen, die angemessenen Preise festzusetzen und Beträge, die über den festgesetzten Preis hinaus vereinbart sind, zugunsten des Reichs einzuziehen. Ihre Entscheidungen sind endgültig.

Die zweite Verordnung ermächtigt die Schiffahrtsabteilung, Besitzer von Binnenschiffen auch ohne ihre Zustimmung für bestimmte Bezirke zu rechtsfähigen Betriebsverbänden zwecks ständiger Beobachtung des Schiffs- und Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen sowie zur Bereithaltung der Binnenschiffe für Heeres- und kriegswirtschaftliche Transporte zu vereinigen.

Die Verordnung trifft Bestimmungen über die Organisation und die Satzung der Betriebsverbände, die der Aufsicht der Schiffahrtsabteilung unterstehen. Die Mitglieder sind verpflichtet, nach näherer Bestimmung der Satzung den Betriebsverband über Aufenthaltsort, Verwendung und Besatzung der in ihrem Besitze befindlichen Binnenschiffe laufend zu unterrichten. Dadurch wird ein ständiger genauer Überblick über den Schiffsraum und über seine augenblickliche Verfügbarkeit und Verwertbarkeit gewährleistet.

K. Entlastung der Gerichte. — Änderung der Kostengesetze. — Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft. — Gnadenerweise aus Anlaß des Krieges.

I. Entlastung der Gerichte.

1. Entlastung der Zivilgerichte.

*1. Bek. zur Entlastung der Gerichte v. 9. September 1915 (RGBl. 562) . . . 554
*2. Bek. über Änderungen der Verordnung zur Entlastung der Gerichte v. 9. September 1915 (RGBl. 562), v. 18. Mai 1916 (RGBl. 393) 555

2. Entlastung der Strafgerichte.

*Bek. zur Entlastung der Strafgerichte v. 7. Oktober 1915 (RGBl. 631) . . . 555

3. Entlastung der Kriegs- und Militärgerichte.

1. Bek. über das Verfahren vor den außerordentlichen Kriegsgerichten v. 21. September 1916 (RGBl. 1067) . . . . . .
*2. Ges., betr. die Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht v. 6. März 1917 (RGBl. 217) 556

4. Verwendung weiblicher Hilfskräfte.

Bek., betr. die Verwendung weiblicher Hilfskräfte in Gerichtsschreibereien, v. 14. Dezember 1916 (RGBl. 1026) . . . . . .

II. Änderung der Kostengesetze.

*Gesetz, betr. Änderung des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher v. 8. November 1916 (RGBl. 1263) 557

III. Angelegenheiten der Rechtsanwaltschaft.

Bek., betr. die Stellvertretung von Rechtsanwälten und die Beschlußfähigkeit der Vorstände der Anwaltskammern v. 9. März 1916 (RGBl. 156) . . . .

IV. Gnadenerweise aus Anlaß des Krieges.

(Preußisches Recht.)

1. Zugunsten der gesamten Bevölkerung.

a) Allerh. Gnadenerlaß v. 4. August 1914 (JMBl. 659) . . . . . .
b) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage (JMBl. 660) . . . . . .
c) Allerh. Erlaß v. 27. Januar 1916, betr. Löschung von Strafvermerken im Strafregister usw. (JMBl. 14) . . . . . .
d) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage (JMBl. 14) . . . . . .

e) Allg. Verfügung des Justizministers v. 27. April 1916 über Wiederaufnahme der aus Anlaß des Krieges unterbrochenen Strafvollstreckungen (JMBl. 89)
f) Allg. Verfügung des Justizministers v. 16. Oktober 1916, betr. die aus Anlaß des Krieges unterbrochenen oder ausgesetzten Strafvollstreckungen (JMBl. 284)
g) Allg. Verfügung des Justizministers, des MdInn. und des Krieges v. 25. Dezember 1916, betr. Wiederverleihung der Heeresfähigkeit (JMBl. 346) . .
h) Allg. Verfügung des Justizministers v. 17. Januar 1917, betr. Strafaufschub und Strafunterbrechung zwecks Verwendung des Verurteilten im vaterländischen Hilfsdienst (JMBl. 11) . . . . . .
*i) Allg. Verfügung des Justizministers v. 14. Februar 1917, betr. Strafaufschub und Strafunterbrechung gegen Deutsche, die aus Anlaß des Krieges aus dem Auslande zurückgekehrt sind (JMBl. 60) 557
*k) Allg. Verfügung des Justizministers und des MdInn. v. 8. März 1917, betr. Wiederverleihung der Heeresfähigkeit (JMBl. 78) 557
*l) Allg. Verfügung des Justizministers v. 15. März 1917 über Heranziehung von Strafgefangenen sowie Bewilligung von Strafurlaub und Strafaufschub zu den Frühjahrsbestellungen (JMBl. 104) 558
*m) Allg. Verfügung des Justizministers v. 3. Juli 1917, betr. die aus Anlaß des Krieges unterbrochenen oder ausgesetzten Strafvollstreckungen (JMBl. 208) 558

2. Zugunsten der Kriegsteilnehmer.

a) Allerh. Erlaß v. 1. August 1914, betr. Begnadigung aus Anlaß der gegenwärtigen Mobilmachung (JMBl. 656) . . . . . .
b) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung des Erlasses v. 2. August 1914 (JMBl. 656) . . . . . .
c) Allg. Verfügung des Justizministers v. 5. August 1914, betr. Bewilligung von Strafaufschub und Strafunterbrechung aus Anlaß des gegenwärtigen Kriegszustandes (JMBl. 660) . . . . . .
d) Allg. Verfügung des Justizministers v. 26. August 1914, betr. Unterbrechung der Verjährung in Strafsachen gegen Angehörige des deutschen Heeres oder der Kaiserlichen Marine während der Dauer des Kriegszustandes (JMBl. 695)
e) Allerh. Erlaß v. 27. Januar 1915, betr. Niederschlagung gerichtlich noch nicht eingeleiteter Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer (JMBl. 13) . . . .
f) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage (JMBl. 14) . . . . . .
g) Gesetz über die Niederschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer v. 4. April 1915 (GS. 71) . . . . . .
h) Allerh. Erlaß v. 24. April 1915, betr. Niederschlagung gerichtlich eingeleiteter Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer (JMBl. 83) . . . . . .
i) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses v. 26. April 1915 (JMBl. 84) . . . . . .
k) Allerh. Erlaß v. 27. Januar 1916, betr. Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer und betr. Erlaß von Strafen gegen Kriegsteilnehmer (JMBl. 9) . . . . . .
l) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage (JMBl. 10) . . . . . .
m) Allg. Verfügung des Justizministers v. 27. Januar 1916 über das Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer (JMBl. 16) . . . . . .
n) Allg. Verfügung des Justizministers v. 27. Januar 1917 über denselben Gegenstand (JMBl. 42) . . . . . .
o) Allerh. Erlaß v. 27. Januar 1917, betr. Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer und betr. Erlaß von Strafen gegen Kriegsteilnehmer (JMBl. 39) . . . . . .

p) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage (JMBl. 40) . . . . . .
q) Allerh. Erlaß v. 27. Januar 1917, betr. Löschung von Strafvermerken im Strafregister usw. (JMBl. 41) . . . . . .
r) Allg. Verfügung des Justizministers zur Ausführung dieses Erlasses von demselben Tage (JMBl. 42) . . . . . .

I. Entlastung der Gerichte.

1. Entlastung der Zivilgerichte.

1. Bek. zur Entlastung der Gerichte. Vom 9. September 1915. (RGBl. 562.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 462ff.

Literatur.

Nachtrag zu den Nachweisungen in Bd. 2, 469; 3, 755.

Freiesleben, Das Güteverfahren, SächsA. 17 1ff. — Kulemann, Güteverfahren und Anwaltschaft, Recht 17 164. — Lieb, Die Neubelebung des Güteverfahrens und die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, GewuKimG. 22 193. — Lütkemann, Förderung des Güteverfahrens und Minderung der Prozeßnot durch die Verwaltungsbehörden, PrVerwBl. 38 529.

Mahnverfahren vor den Amtsgerichten.

§ 17.

1. BreslauAK. 17 39 (LG. Brieg). Der Begriff der Anrechnung ergibt einmal, daß beide Gebühren zunächst unabhängig voneinander zu berechnen sind, sodann, daß die Prozeßgebühr um die Mahngebühr zu kürzen ist, also insoweit die Mahngebühr in Wegfall kommt. Bei dieser Anrechnung ist zu beachten, daß der Pauschsatz der Gebühr selbst gleich zu behandeln ist.

2. PosMSchr. 17 26 (LG. Posen). Die Anwaltskosten des durch die EntlastVO. vorgeschriebenen Mahnverfahrens sind auf die des nachfolgenden ordentlichen Rechtsstreits anzurechnen.

Zuständigkeit.

§ 27.

(Erläuterung 1 bis 5 in Bd. 2, 518, 519; 6 bis 9 in Bd. 3, 763; 10, 11 in Bd. 4, 825.)

12. PosMSchr. 16 112 (Königsberg I). Wenn das Landgericht die Verweisung des Rechtsstreits an das zuständige Gericht gemäß § 27 EntlastVO. v. 9. Sept. 15 übersehen hat, so hat das Berufungsgericht diese Verweisung auszusprechen.

13. LeipzZ. 17 820 (München III). Die Klage ist nicht wegen Unzuständigkeit abzuweisen, sondern nach § 27 BRVO. v. 9. Sept. 1915 an das zuständige Gericht zu verweisen. Der sonst nur für das Amtsgericht gegebene § 505 ZPO. hat hiernach auch für das Verfahren vor dem LG. entsprechende Anwendung zu finden aber auf das Verfahren in der Berufungsinstanz die in I. Instanz geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung zu finden, nach § 523 finden auf das Verfahren in der Berufungsinstanz die in I. Instanz geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. Es besteht kein innerer Grund, weshalb die Ausdehnung des § 505 ZPO. mit seiner die Vereinfachung, Verkürzung und Verbilligung bezweckenden Absicht für das Verfahren in der Berufungsinstanz nicht gelten sollte (Seuffert, EntlastVO. zu § 27 Abs. 2, 3; im übrigen Wassermann-Erlanger, KrG. 3. Aufl. S. 106; Güthe-Schlegelberger, Kriegsbuch II, 519; LZ. 1917, 415[8]; Neumiller in BayZR. 1915, 317 Nr. 5).

14. JW. 17 303 (Dresden IV). Der § 27 der EntlastungsVO. v. 9. Sept. 15 findet in der Berufungsinstanz keine Anwendung.

15. RG. VII, Recht 17 77 Nr. 114. Sachliche Ausschlußfristen, z. B. nach § 30 preuß. EnteignungsG., werden auch dann nicht durch Klage bei dem örtlich unzuständigen Gericht gewahrt, wenn der Rechtsstreit durch Beschluß an das zuständige Gericht verwiesen wird, sofern die Frist bei Erlassung dieses Beschlusses bereits verstrichen war.

Die Revision meint, § 27 verfolge gerade den Zweck, den Nachteilen des bisherigen Rechtszustands bei Anrufung eines unzuständigen Gerichts vorzubeugen. Allein der nach § 27 anzuwendende § 505 ZPO. gehört zu den Verfahrensvorschriften: vor prozessualen Nachteilen soll der Kläger geschützt werden, indem er statt neuer Klage in einem neuen Prozesse die Verweisung innerhalb desselben Prozesses soll erwirken können. Das hat mit der Versäumung einer materiell-rechtlichen Ausschlußfrist nichts zu tun. Prozessual gilt mit der Verkündung des Beschlusses der Rechtsstreit als bei dem neuen Gericht anhängig und prozessual bleiben die früheren richterlichen und Parteihandlungen wirksam. Die materiell-rechtliche Wirkung einer vor dem Verweisungsbeschlusse bereits eingetretenen Versäumung der Ausschlußfrist kann durch diesen Beschluß nicht beseitigt werden. Das auch in dieser Richtung eine Rückbeziehung auf den Zeitpunkt der Klageerhebung bei dem unzuständigen Gericht eintrete, ist dem § 505 ZPO. nicht zu entnehmen.

16. Salomon, Recht 17 375. § 27 EntlastVO. ist auch in der Berufungsinstanz anwendbar. Das Berufungsgericht hat durch Urteil die Entscheidung des Amtsgerichts aufzuheben und die Verwerfung auszusprechen.

2. Bek. über Änderungen der Verordnung zur Entlastung der Gerichte vom 9. September 1915 (RGBl. 562). Vom 18. Mai 1916. (RGBl. 393.)

Wortlaut, Begründung und Erläuterung in Bd. 3, 763ff.

§ 14a.

Caspers, DJZ. 17 516. Man wird § 14a auf alle Zahlungsbefehle nicht nur für die Fälle des § 14 VO. anwenden und gegebenenfalls die Widerspruchsfrist von 3 Tagen oder 24 Stunden eintreten lassen müssen.

2. Entlastung der Strafgerichte.

(s. hierzu Bd. 1, 744.)

Bek. zur Entlastung der Strafgerichte. Vom 7. Oktober 1915. (RGBl. 631.)

Wortlaut und Begründung in Bd. 2, 521ff.

(Erläuterungen in Bd. 2, 522; 3, 775; 4, 825.)

1. Kluckhohn, DStrafrZ. 17 285. Bei den angegebenen Straftaten kann stets ein Strafbefehl erlassen werden nicht nur im Rahmen des § 447 Abs. 2 StrPO.; (Geldstrafe von höchstens 150 M., Freiheitsstrafe von höchstens 6 Wochen oder Einziehung). Die Voraussetzung der Anwendbarkeit, die Zulässigkeit des Strafbefehlsverfahrens ist in der BRVO, selbständig geregelt (§ 447 Abs. 1 erste Hälfte, Abs. 2, Abs. 3 StrPO.) und nur bezügl. des Verfahrens kommen die Vorschriften der StrPO. zur Anwendung (aus § 447 StrPO. also nur die eine, daß auf Grund eines schriftlichen Antrags der Staatsanwaltschaft die Strafe durch schriftlichen Strafbefehl des Amtsrichters ohne vorgängige Verhandlung festgesetzt werden kann).

2. Kluckhohn, DStrafrZ. 17 286. Beantragt die Staatsanwaltschaft den Erlaß eines Strafbefehls in Höhe von z. B. 300 M., hält aber der Amtsrichter in diesem Falle ein Strafbefehlsverfahren nicht für zulässig und lehnt er demzufolge den Antrag ab, so steht der Staatsanwaltschaft gegen diesen Beschluß zwar das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde zu (§ 209 Abs. 2 StrPO.), das Landgericht als Beschwerdeinstanz kommt aber nicht in die Lage, nunmehr zu entscheiden, ob es den Standpunkt des Amtsrichters

billigt oder nicht. Denn das Beschwerdegericht ist in keinem Falle zur Erlassung des Strafbefehls oder zur Anweisung an den Amtsrichter, einen Strafbefehl zu erlassen, befugt, vielmehr muß es, wenn nur materiell die Voraussetzungen für eine Eröffnung des Hauptverfahrens gegeben sind, das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht eröffnen, mag nach seiner Ansicht an sich der Strafbefehl zulässig oder von vornherein das Schöffengericht zuständig gewesen sein.

3. Entlastung der Kriegs- und Militärgerichte.

(Bek. 1 in Bd. 3, 777.)

2. Gesetz, betr. die Einberufung von Hilfsrichtern zum Reichsmilitärgericht. Vom 6. März 1917. (RGBl. 217.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, wie folgt:

Einziger Paragraph. Der Reichskanzler wird ermächtigt, für die Dauer des durch den Krieg verursachten Bedürfnisses ständig angestellte Richter in der erforderlichen Zahl als Hilfsrichter zum Reichsmilitärgericht einzuberufen. Die Abordnung der einberufenen Hilfsrichter ist bis zu dem Zeitpunkt unwiderruflich, zu welchem die Wahrnehmung ihrer Tätigkeit nicht mehr erforderlich erscheint.

Der Zeitpunkt, mit welchem das durch den Krieg verursachte Bedürfnis endigt, wird durch Kaiserliche Verordnung bestimmt.

Das Gesetz findet auf den Bayerischen Senat beim Reichsmilitärgericht keine Anwendung.

Urkundlich usw.

II. Änderungen der Kostengesetze.

Gesetz, betr. Änderungen des Gerichtskostengesetzes, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher. Vom 8. November 1916. (RGBl. 1263.)

Wortlaut in Bd. 3, 778, Erläuterung in Bd. 4, 826.

1. JW. 17 244 (LG. I Berlin). Solange der Anwalt noch einen Akt vorzunehmen hat, der durch eine für die Tätigkeit in der Instanz bestimmte Pauschgebühr mitabgegolten wird, war die Instanz für diese Tätigkeit und die auf sie bezügliche Gebühr aber noch nicht beendet. Nun bestimmt RAGebO. § 29 Ziff. 7, daß zur Instanz insbesondere die Zustellung und Empfangnahme der Entscheidungen gehört. Nach dem Gesagten umfaßt also die in der Instanz entwickelte und durch die Instanzgebühr abzugeltende Tätigkeit noch die erwähnten Akte. Demnach steht dem Anwalt für diese Tätigkeit, die er noch vor Beendigung der Instanz entwickelte, falls sie erst nach dem 15. Nov. 16 geschieht, nicht bloß der bisherige, sondern der erhöhte Auslagenpauschsatz zu. Nicht durchgreifen kann demgegenüber, daß, wie der Gerichtsschreiber hervorhebt, die Instanz tatsächlich auch ohne Urteilszustellung endigen kann und daß der Zeitpunkt der Zustellung in der Hand des Anwalts liegt. In letzterer Hinsicht könnte eine Verzögerung, die hier übrigens nicht in Betracht kommt, für die Frage der Erstattungsfähigkeit der erhöhten Gebühr seitens des Gegners oder des Auftraggebers von Belang sein; nicht aber hat dies Bedeutung für die Abgrenzung der Instanz.

2. Freymuth, JW. 17 490. Hätte festgesetzt werden sollen, daß dem Rechtsanwalt der höhere Pauschsatz schon dann zusteht, wenn er nach dem 15. November 1916 überhaupt noch in der Sache irgendwie tätig gewesen ist, so hätte dies im Gesetz zum Ausdruck kommen müssen. Dies ist nicht geschehen. Es darf daher angenommen werden, daß das Gesetz den Begriff der Beendigung der Instanz so versteht, wie ihn zwar nicht eine bestimmte Vorschrift, wohl aber die Rechtsprechung entwickelt hat. Nach der Rechtsprechung ist die

„Instanz" mit Zustellung des Urteils beendigt. Diese Auffassung ist gerade auch für solche Fälle entwickelt worden, in denen es sich um die Tätigkeit des Rechtsanwalts handelt, vgl. RG. vom 28. November 1916 in JW. 1917, 163[10].

3. PosMSchr. 11 113, 114 (Posen II, LG. Bromberg). Die Instanz endet erst mit der Zustellung des Urteils; ebenso LG. II Berlin, KGBl. 17, 56.

4. JW. 17 241 (Posen VII). Da die Zustellung des Urteils erst nach dem Eintritt der Geltungskraft des Gesetzes vom 8. November 1916 erfolgte, war die Instanz im Sinne des Art. V dieses Gesetzes noch nicht beendet.

5. DJZ. 17 343 (Königsberg II). Der Begriff der „Beendigung der Instanz" ist für die ZPO. und ihre Nebengesetze einheitlich durch die Rechtsprechung dahin festgelegt, daß nicht schon die Verkündung des Urteils, sondern erst seine Zustellung die Instanz beendet. Hier wurde das Urteil aber erst nach dem 16. November 1916, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Novelle, zugestellt, und nach Art. V sind ihre Vorschriften auf den Prozeß anwendbar, ebenso BreslauerAk. 17, 30 (Breslau III).

(Abschnitt III in Bd. 3, 778.)

IV. Gnadenerweise aus Anlaß des Krieges.

1. Zugunsten der gesamten Bevölkerung.

(Bfg. a bis f in Bd. 3, 781ff.; g, h in Bd. 4, 826ff.)

i) Preuß. Allgemeine Verfügung vom 14. Februar 1917, — betreffend Strafverfahren und Strafvollstreckung gegen Deutsche, die aus Anlaß des Krieges aus dem Auslande zurückgekehrt sind. (JMBl. 60.)

Unter den deutschen Reichsangehörigen, die auf Grund von Vereinbarungen mit feindlichen Staaten über den Austausch von Zivilgefangenen oder aus sonstigen Kriegsanlässen aus dem Auslande zurückgekehrt sind oder zurückkehren werden, werden sich auch solche befinden, die wegen einer vor Verlassen des Inlandes begangenen Straftat eine Strafverfolgung oder Strafvollstreckung noch zu erwarten haben. Ich beabsichtige, in Fällen dieser Art zu prüfen, ob etwa Billigkeitsgründe dafür sprechen, solchen Personen die Begründung einer neuen Lebensstellung durch einen Gnadenerweis oder sonstige Vergünstigungen zu erleichtern. Zu diesem Zwecke bestimme ich, daß vor Einleitung oder Fortsetzung von Strafverfahren oder Strafvollstreckungen gegen solche Personen die Akten mit einer kurzen Äußerung über die Sachlage hierher einzureichen sind.

k) Preuß. Allgemeine Verfügung des Justizministers und des Ministers des Innern vom 8. März 1917, — betreffend Wiederverleihung der Heeresfähigkeit. (JMBl. 78.)

Im Abschluß an die Verfügung des Justizministers, des Ministers des Innern und des Kriegsministers vom 25. Dezember 1916 (JMBl. 346) bestimmen wir, daß unter den dort angegebenen allgemeinen Voraussetzungen Vorschläge auch bezüglich solcher Personen eingereicht werden, die infolge Verurteilung durch Marinegerichte, Konsulargerichte, Schutzgebiets- oder Schutztruppengerichte, oder durch Zivil- oder Militärgerichte anderer Bundesstaaten die Heeresfähigkeit nicht besitzen und sich entweder in preußischen Gefängnissen (Strafanstalten) befinden oder, soweit sie nicht in Strafhaft sind, in Preußen ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben. Die Bestimmungen über die geschäftliche Behandlung (Ziff. III der Verfügung vom 25. Dezember 1916) finden entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß die Verzeichnisse gesondert aufzustellen sind nach den einzelnen Bundesstaaten, deren Gerichte die den Verlust der Heeresfähigkeit bewirkenden Urteile erlassen haben, oder je nachdem es sich um Urteile von Marinegerichten, oder von Konsulargerichten, oder von Schutzgebiets- oder Schutztruppengerichten handelt; die Verzeichnisse sind, soweit es sich um Urteile von Gerichten anderer Bundesstaaten handelt, der Zentralbehörde (Staatsministerium, Senatskommission usw.) des betreffenden Bundesstaates, in den sonstigen Fällen gemäß Ziffer III der Verfügung vom 25. Dezember

1916 dem Justizminister oder dem Minister des Innern zwecks Weitergabe an die in Betracht kommenden Reichsverwaltungen einzureichen.

l) Preuß. Allgemeine Verfügung vom 15. März 1917 über Heranziehung von Strafgefangenen sowie Bewilligung von Strafurlaub und Strafaufschub zu den Frühjahrsbestellungen. (JMBl. 104.)

Es ist von der größten Wichtigkeit, daß der Landwirtschaft für die bevorstehenden Frühjahrsbestellungsarbeiten rechtzeitig möglichst viele Arbeitskräfte zugeführt werden. Zu diesem Zwecke ist seitens der Strafvollstreckungsbehörden und der Gefängnisvorsteher in Gemäßheit meiner Rundverfügungen vom 29. Juli 1914 (JMBl. 661) und vom 16. Oktober 1916 (JMBl. 283)[1]) sowie der Allgemeinen Verfügung vom 17. Januar 1917 (JMBl. 11)[2]) zu verfahren und dabei zu beachten, daß für einen Teil der Bestellungsarbeiten auch Frauen und Mädchen, insbesondere solche, die vom Lande stammen oder früher auf dem Lande tätig waren, verwendbar sind.

Ich vertraue darauf, daß alle in Betracht kommenden Dienststellen es sich nach Kräften angelegen sein lassen werden, der Landwirtschaft die Erfüllung ihrer bedeutsamen Aufgabe in jeder Beziehung zu erleichtern.

m) Allgemeine Verfügung vom 3. Juli 1917, — betr. die aus Anlaß des Krieges unterbrochenen oder ausgesetzten Strafvollstreckungen. (JMBl. 208.)

Erscheint in Fällen, in denen aus Anlaß des Krieges die Strafvollstreckung unterbrochen oder ausgesetzt war, die Gewährung von Strafaussetzung mit Aussicht auf einen künftigen Gnadenerweis gemäß dem Allerhöchsten Erlasse vom 23. Oktober 1895 angebracht, so bedarf es der Einreichung von Berichten an den Justizminister nicht, soweit der Erste Staatsanwalt oder der Oberstaatsanwalt nach der inzwischen ergangenen Allgemeinen Verfügung vom 14. März 1917 (JMBl. 85) zur Gewährung der bedingten Strafaussetzung ermächtigt sind. Letzteren bleibt es überlassen, gemäß § 10 a. a. O. die im Falle der Zustimmung ihre Zuständigkeit begründende Äußerung des Gerichts nachträglich einzuholen. Auch unterliegt es ihrem Ermessen, ob und in welcher Dauer die in diesen Fällen seit der Strafunterbrechung oder dem Strafausstand verstrichene Zeit dem Verurteilten bereits als Bewährungsfrist (§ 17 Ziff. 4 a. a. O.) angerechnet werden kann.

Falls der Erste Staatsanwalt oder der Oberstaatsanwalt einen sofortigen Gnadenerweis vorschlagen wollen, weil das Verhalten des Verurteilten seit der Strafunterbrechung oder dem Strafausstande bereits als eine ausreichende Bewährung angesehen werden kann, so ist in den Fällen, in denen sie zur Gewährung bedingter Strafaussetzung nach den Bestimmungen der Allgemeinen Verfügung vom 14. März 1917 ermächtigt sein würden, der Verurteilte unter Bezugnahme auf die Allgemeine Verfügung vom 3. Juli 1917 unmittelbar in ein Verzeichnis B einzustellen.

In den übrigen Fällen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen, insbesondere derjenigen im letzten Absatze der Allgemeinen Verfügung vom 16. Oktober 1916 (JMBl. 284).

2. Zugunsten der Kriegsteilnehmer.

(Vgl. a bis m in Bd. 3, 785ff.; n bis r in Bd. 4, 831ff.)

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 3, 798.

Appelius, Die Löschung von Disziplinarstrafen, PrVerwBl. 38 308. — Bendix, Gnadenerlaß und Dienstvergehen, PrVerwBl. 38 308. — Cormann, Krieg, Strafrecht und Heerfähigkeit, DJZ. 17 169. — Lieske, Die Heerdienstpflicht Vorbestrafter, Rdschr. für Gemeindebeamte 17 171. — v. Liszt, Die gnadenweise Löschung von Strafvermerken im Strafregister, JW. 17 321. — Löwenstein, Strafvollstreckung nach erfolgter Strafl öschung, JW. 17 589. — Meyer, Abolition und Dienststrafrecht, LeipZ. 17 375. — Meyer, Über die Niederschlagung von Strafverfahren gegen Kriegsteilnehmer, ZStW. 38 651. — Oppler, Die mit Zuchthaus Bestraften im Kriege, LeipZ. 17 180.

[1]) Bd. 3, S. 784. [2]) Bd. 4, S. 830.

I. Die von der Niederschlagung betroffenen Personen und Verfahren.

(Erläuterung 1 bis 7 in Bd. 3, 798.)

8. RG. III, LeipzZ. 17 739. Auf andere Verbrechen, als auf die in ihm bezeichneten, erstreckt sich der Erlaß v. 24. April 1915 überhaupt nicht. Wenn die Revision meint, der Erlaß umfasse andere Verbr. dann, wenn sie in Tateinheit mit einem unter den Erlaß fallenden Vergehen (Nr. 2 des Erl.) begangen worden seien, so beruft sie sich hierfür mit Unrecht auf den Eingang der Allg. Verf. des preuß. JustMin. v. 26. April 1915 in Verb. mit Nr. II Abschn. 2 dessen Allg. Verf. v. 27. Januar 1915. Nirgends ist dort bestimmt worden, daß auch eine Verfolgung von Verbr. bei deren einheitlichem Zusammentreffen mit Verg. unterbleiben solle, sondern es ist für den Fall, daß wegen einer Tat ein Strafverfahren aus mehreren Strafvorschriften eingeleitet ist, nur angeordnet worden, daß auf die Tat insoweit, als sie unter dem Erl. v. 27. Jan. 1915 falle, nicht weiter einzugehen sei, als es zur Aufklärung der Tat im übrigen unvermeidlich ist. Von der Verfolgung der Tat, soweit diese letztere nicht unter den Erlaß fällt, ist also an jener Stelle überhaupt nicht die Rede; jedenfalls ist dort nicht angeordnet worden, insoweit von einer Verfolgung der Tat abzusehen. Dabei blieb die Frage, inwieweit die Tat unter den Erlaß fällt, selbstverständlich unberührt; eine Änderung der Bestimmungen des Erlasses selbst war dabei weder beabsichtigt noch rechtlich möglich.

II. Die sachlichen Wirkungen der Niederschlagung.

(Erläuterung 1 bis 6 in Bd. 3, 799.)

7. Meyer, LeipzZ. 17 377. Die Niederschlagung schließt ein nachfolgendes Dienststrafverfahren nicht aus. Der Staat als der Träger des Strafanspruchs verzichtet auf die Sühne für die Straftat. Die Strafverfolgung wird im Gnadenwege nachgesehen. Das Dienststrafverfahren ist etwas besonderes neben dem eigentlichen Strafverfahren. Hier handelt es sich um die Reinheit der Amtsführung und die wichtigsten Interessen der Staatsverwaltung. Nicht die Sühne für die Straftat, sondern die Prüfung der dienstlichen oder beruflichen Zuverlässigkeit steht in Frage. Diese Prüfung im Dienststrafverfahren kann nach ihrer Bedeutung für die Staatsverwaltung nur von Fall zu Fall vorgenommen werden. Dieser Unterschied zwischen dem eigentlichen Strafverfahren und dem Dienststrafverfahren ist bei der Beratung des bayer. Gesetzes v. 4. Dez. 1915 über die Niederschlagung von Strafverfahren gegen KL. vom Justizminister von Thelemann ausdrücklich betont worden. Er ist auch bei Erlassung des badischen Niederschlagungsgesetzes v. 29. Febr. 1916 (GVBl. 49), das mit dem bayerischen Gesetze in der Fassung übereinstimmt und sich ebenfalls wie dieses nur auf das eigentliche Strafverfahren erstreckt, festgehalten worden.

8. Bendix a. a. O. 308. Der Gegenstand der Gnadenerlasse und ihr Zweck spricht dafür, sie auch auf die Dienstvergehen der Beamten insoweit anzuwenden, als der strafrechtliche Tatbestand Gegenstand des Disziplinarverfahrens ist. Der Wortlaut der Erlasse spricht nicht dagegen.

III. Verfahrenswirkung der Niederschlagung.

(Erläuterung 1 bis 12 in Bd. 3, 800.)

13. Meyer, ZStrW. 38 657. Es können sich Fälle ereignen, daß zu Unrecht ein Strafverfahren durchgeführt wurde, obwohl es schon niedergeschlagen war. Dieser Umstand kann nicht ermittelt oder auch nicht geltend gemacht worden sein. Eine solche in Unkenntnis der Niederschlagung erkannte Strafe ist nicht vollstreckbar. Ein Strafanspruch hat nicht mehr bestanden. Die Strafverfolgung und Verurteilung des Angeklagten wegen dieser Tat war unzulässig. Das Urteil hat keine materielle Kraft. Natürlich kann durch eine Begnadigung die Strafe erlassen werden. Allein dem Verfahren hat ein Prozeßverbot entgegengestanden. Die Vollstreckung der Strafe ist unzulässig. Man wird deshalb ihre Vollstreckung nach § 490 StPO. für unzulässig erklären können. In dieser Richtung haben auch schon bayerische Gerichte entschieden.

14. RG. I, JW. 17 860[5]. Durch die Niederschlagung von Strafverfahren wird die an sich verfolgbare Straftat nicht berührt. Der Täter wird nicht von allen durch die Gesetze daran geknüpften Folgen befreit. Die Niederschlagung bedeutet nur Verzicht auf die aus einer Tat gegen eine bestimmte Person erwachsenen Strafansprüche. Andere Folgen der Tat, privatrechtliche Verantwortlichkeit gegenüber dem Verletzten, strafrechtliche Verantwortlichkeit der Teilnehmer, bleiben bestehen. In bezug auf den Täter bleiben auch solche Folgen bestehen, die das öffentliche Recht daran knüpft, soweit sie nicht strafrechtlicher Art sind, den Täter nicht als Strafübel treffen. Eine solche Folge ist die Einziehung nach § 31 WeinG. Diese Enteignung richtet sich gegen die Sache, ist eine Verwaltungsanordnung und keine Strafe, gleichviel, ob sie den Täter oder einen Dritten trifft, und obgleich sie in ein strafprozessual ausgestaltetes Verfahren verwiesen ist. Kann der Alleintäter als Kriegsteilnehmer nicht verfolgt werden, so ist das objektive Einziehungsverfahren zulässig.

IV. Wesen und Wirkung der Straflöschung.

1. v. Liszt a. a. O. 322. Die Löschung im Strafregister ist nicht Tilgung der Verurteilung. Die Tatsache, daß eine strafgerichtliche Verurteilung stattgefunden hat, kann durch Verordnung der Justizverwaltung oder durch Gnadenakt nicht aus der Welt geschafft werden. Sie bleibt trotz der Löschung bestehen und kann im gerichtlichen Verfahren jederzeit zur Sprache gebracht werden. Das gilt von dem neuerdings Beschuldigten wie von dem Zeugen. Dem ersteren gegenüber kann die Tatsache, daß er vorbestraft ist, bei der Entscheidung über die Schuldfrage, bei der Strafzumessung, ebenso auch bei der Rückfallsschärfung von dem erkennenden Gericht verwertet werden. Das hat die Begründung zum deutschen Vorentwurf (S. 177) ausdrücklich ausgesprochen. Auch das RG. hat sich in der JW. 1917, 172, mitgeteilten Entscheidung vom 14. November 1916, ohne in der Literatur Widerspruch zu finden, mit aller Entschiedenheit auf diesen Standpunkt gestellt. Trotz der Löschung darf daher weder der Beschuldigte noch der Zeuge sich als „nicht vorbestraft" bezeichnen.

2. Löwenstein a. a. O. 589. Mehrere Fälle sind bekannt geworden, wo die Vollstreckung gelöschter Strafen in die Wege geleitet und sogar nach Löschung der Strafe seitens der Staatsanwaltschaft die Verjährung der Strafvollstreckung erneut unterbrochen wurde. Ein Protest beim Justizminister war erfolglos; auch im Justizministerium wurde bereits im Jahre 1916 der Standpunkt vertreten, daß die Straflöschung den Straferlaß nicht bewirke. Löwenstein wendet sich gegen diese Auffassung.

3. RG. III, LeipzZ. 17 1091. In Frage kann kommen, ob nach geltendem Rechte die auf Grund des Gnadenerlasses tatsächlich erfolgte Löschung der Vorstrafen die Wirkung hat, daß dadurch die Verwertung der früheren Bestrafung des Angekl. im gerichtlichen Verfahren schlechthin ausgeschlossen wird. Dies muß in Übereinstimmung mit dem Urt. des V. StS. v. 14. Nov. 1916 [in Bd. 4, 834] verneint werden. Eine solche Löschung, wie sie allein durch VO. der Justizverwaltung (BRVO. v. 17. April 1913, RGBl. 266) eingeführt und geregelt ist, hindert den Richter nicht, bei der Urteilsfällung die gelöschte Strafe zu berücksichtigen, wie sie die Tatsache der Vorbestrafung des Angekl. nicht aus der Welt schaffen kann. Gesetzlich ist dem Richter die Feststellung dieser Tatsache nicht verboten. Von derselben Auffassung gehen auch die BRVO. betr. Strafregister und die AusfBest. des Preuß. JustMin. zur Ausf. jenes Allerh. Erlasses aus.

L. Wiederherstellung vernichteter Standesregister, Grundbücher und Grundbuchblätter. — Verordnungen verschiedenen Inhalts.

Übersicht.

I. Bek. über die Erneuerung vernichteter Standesregister v. 25. November 1915 (RGBl. 779) . . . . . .
Hierzu:
Ausführungsbestimmungen v. 12. April 1916 (RGBl. 289) . . . . . .
II. Verordnung, betr. die Wiederherstellung der durch Brand zerstörten Grundbücher des Amtsgerichts in Nordenburg, v. 19. Januar 1915 (GS. 9) . .
III. Verordnung, betr. die Wiederherstellung der gelegentlich des russischen Einfalls zerstörten oder abhanden gekommenen Grundbücher der Amtsgerichte in Arys, Bialla, Johannisburg, Lyck, Marggrabowa, Pillkallen und Stallupönen, v. 31. August 1915 (GS. 132) . . . . . .
IV. Verordnung, betr. die Wiederherstellung der gelegentlich des russischen Einfalls zerstörten oder abhanden gekommenen Grundbuchblätter des Amtsgerichts in Wischwill, v. 31. August 1915 (GS. 131) . . . . . .
*V. Beurkundung von Sterbefällen und Geburten . . . . . .
1. Verordnung über die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, die im Inland weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind, v. 7. September 1915 (RGBl. 583) . . . . . .
2. Verordnung über die Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, v. 18. Mai 1916 (RGBl. 405) . . . . . .
Hierzu:
a) Bek. des Reichskanzlers über die Zuständigkeit zur Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen, die im Inland weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind, v. 11. Sept. 1915 (RGBl. 584)
b) Bek. des Reichskanzlers über die Zuständigkeit zur Beurkundung der Sterbefälle von Militärpersonen der Kaiserlichen Marine, die im Inlande weder einen Wohnsitz gehabt haben, noch dort geboren sind, v. 23. Mai 1916 (RGBl. 406) . . . . . .
3. Bek. über die Beurkundung von Geburts- und Sterbefällen Deutscher im Ausland, v. 18. Januar 1917 (RGBl. 55) . . . . . .
*4. Bek. über die Eintragung der Legitimation unehelicher Kinder von Kriegsteilnehmern in das Geburtsregister v. 18. Januar 1917 (RGBl. 57) . . 562
*VI. Anrechnung von Kriegsjahren . . . . . .
1. Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung der Jahre 1914 und 1915 als Kriegsjahre, v. 7. September 1915 (RGBl. 599) . . . . . .
2. Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung des Jahres 1916 als Kriegsjahr, v. 24. Januar 1916 (RGBl. 85) . . . . . .
3. Allerhöchster Erlaß, betr. die Anrechnung eines Kriegsjahrs für Angehörige des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine, die auf Befehl dem türkisch-italienischen Krieg 1911/12 oder dem Balkankrieg 1912/13 beigewohnt haben, v. 26. Juni 1916 (RGBl. 655) . . . . . .
4. Allerh. Erlaß, betr. die Anrechnung des Jahres 1917 als Kriegsjahr, v. 30. Januar 1917 (RGBl. 149) . . . . . .

*5. Allerh. Erlaß, betr. Ergänzung der . . . (Erlasse 1 bis 4), v. 20. März 1917 (RGBl. 313) 563
*VII. Kriegs- und Belagerungszustand . . . . . .
*1. Gesetz, betr. die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1329) 563
2. Bek., betr. die Entschädigung für Verhaftung oder Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes oder Belagerungszustandes, v. 8. Februar 1917 (RGBl. 116) . . . . . .
3. Gesetz über den Kriegszustand v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1331) . . .
Hierzu:
Ausführungsverordnung v. 4. Dezember 1916 (RGBl. 1332) . . . . .

(VO. I bis IV in Bd. 2, 526ff.; 3, 804.)

V. Beurkundung von Sterbefällen und Geburten.

(VO. 1 bis 3 in Bd. 2, 530ff.; 3, 808; 4, 836.)

4. Bek. über die Eintragung der Legitimation unehelicher Kinder von Kriegsteilnehmern in das Geburtsregister. Vom 18. Januar 1917. (RGBl. 57.)

Wortlaut in Bd. 4, 837.

Begründung. (D. R. X 169.)

Für ein Kind, das unehelich geboren ist, aber durch nachfolgende Ehe seiner Eltern die Rechtsstellung als eheliches Kind erlangt hat, ist es im Leben von der größten Bedeutung, daß diese Änderung seiner Standesrechte durch Legitimation bei seiner Geburtsurkunde vermerkt wird. Nach § 26 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (RGBl. 23) ist dies nur möglich, wenn sämtliche Tatsachen und Rechtsvorgänge, insbesondere die in der Regel durch Anerkennung festgestellte Vaterschaft, durch öffentliche Urkunde nachgewiesen werden. Stirbt der mit der Mutter verheiratete Vater, ohne seine Vaterschaft in öffentlicher Urkunde anerkannt zu haben, so wird die Rechtsstellung des ehelich gewordenen Kindes zwar sachlich nicht beeinträchtigt, die Eintragung der Legitimation in das Standesregister kann aber regelmäßig nicht mehr erfolgen. Diese Rechtslage hat schon vor dem Kriege zu Härten geführt, im Kriege ist der wirtschaftliche Mißstand, unter dem das legitimierte Kind in solchen Fällen zu leiden hat, besonders scharf hervorgetreten. Zahlreiche Ehen sind von Kriegsteilnehmern gerade zu dem Zwecke geschlossen worden, ihren vorher geborenen Kindern die Rechtsstellung von ehelichen zu verschaffen; gerade hier ist es aber vielfach unterlassen worden, eine formgerechte Anerkennung beurkunden zu lassen, nicht selten aus Unkenntnis oder wegen Überlastung oder wegen formeller Bedenken der Standesbeamten. Hier greift die Bek. v. 18. Januar 1917 (RGBl. 57) ein und eröffnet den legitimierten Kindern von Kriegsteilnehmern, insbesondere — aber nicht ausschließlich — von solchen, die inzwischen gefallen sind, die Möglichkeit, daß ihre Rechtsstellung bei ihrer Geburtsurkunde vermerkt werde. Auf Antrag eines Beteiligten hat das Vormundschaftsgericht festzustellen, daß das Kind eines Kriegsteilnehmers durch die nachfolgende Ehe seiner in der Feststellung zu bezeichnenden Eltern die Rechtsstellung eines ehelichen Kindes erlangt hat. Durch die Übertragung an das Vormundschaftsgericht ist die Angelegenheit einer Verrichtung der freiwilligen Gerichtsbarkeit (§ 35 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) erklärt, die Bearbeitung erfolgt daher im Verfahren und im Instanzenzuge der

freiwilligen Gerichtsbarkeit. Bei seinen von Amts wegen anzustellenden Ermittlungen und Beweiserhebungen (§ 12 a. a. O.) ist das Vormundschaftsgericht nicht an den Nachweis durch öffentliche Urkunden gebunden; neben öffentlich beglaubigten Urkunden, von denen vor allem die gemäß § 3 der Verordnung über die freiwillige Gerichtsbarkeit in Heer und Marine vom 14. Januar 1915 (RGBl. 18) in Betracht kommen, kann es die Feststellung der Legitimation auf jedes Beweismittel stützen. Hat das Vormundschaftsgericht festgestellt, daß eine Legitimation eingetreten ist, so hat es den zuständigen Standesbeamten um die Beischreibung dieser Feststellung am Rande der Geburtsurkunde zu ersuchen. Dem Eintragungsersuchen des Vormundschaftsgerichts hat der Standesbeamte nachzukommen. Eingetragen wird die Feststellung des Gerichts. Ihr Vermerk bei der Geburtsurkunde hat dann die volle Wirkung und Beweiskraft jeder standesamtlichen Eintragung. Auf Grund dieses Vermerks können dann insbesondere die abgekürzten Geburtsbescheinigungen erteilt werden, die die Tatsache der vorehelichen Geburt nicht erkennen lassen.

VI. Anrechnung von Kriegsjahren.

(Erlaß Nr. 1, 2 in Bd. 2, 531 f.; Nr. 3 in Bd. 3, 809; Nr. 4 in Bd. 4, 838.)

5. Allerhöchster Erlaß, betr. Ergänzung der VO. v. 7. September 1915, v. 24. Januar 1916 und v. 30. Januar 1917 über Anrechnung von Kriegsjahren. Vom 20. März 1917. (RGBl. 315.)

In Ergänzung Meiner Verordnungen vom 7. Spetember 1915, vom 24. Januar 1916 und vom 30. Januar 1917 über Anrechnung von Kriegsjahren bestimme Ich: Außer den in Meiner Verordnung vom 7. September 1915 genannten Personen gelten ferner als Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege:

1. Die Angehörigen des Deutschen Heeres und der Marine, die auf Luftschiffen und Flugzeugen Unternehmungen zum Angriff, zur Abwehr und zur Erkundung gegen feindliche Streitkräfte ausgeführt haben, vom Aufstieg ab.
2. Die Angehörigen der Marine und des Deutschen Heeres, die auf Schiffen und Fahrzeugen an kriegerischen Unternehmungen zur See teilgenommen haben.

Die oberste Marineverwaltungsbehörde bestimmt, welche Unternehmungen zur See als kriegerische anzusehen sind. Wenn Schiffe und Fahrzeuge durch ein besonderes Kriegsereignis betroffen werden, das nach den von der obersten Marineverwaltungsbehörde allgemein erlossenen Bestimmungen nicht ohne weiteres als kriegerische Unternehmung zur See und ebenso nicht als eine Gefechtshandlung nach Ziff. 1 Meiner Verordnung vom 7. September 1915 angesehen werden kann, so entscheidet diese Behörde gleichfalls, ob die dabei beteiligten Marine- und Heeresangehörigen als an einer kriegerischen Unternehmung beteiligt anzusehen sind.

VII. Kriegs- und Belagerungszustand.

1. Gesetz, betr. die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes. Vom 4. Dezember 1916. (RGBl. 1329.)

Wortlaut in Bd. 3, 809.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 4, 837.

Feisenberger, LeipzZ. 17 518 ff. — Romen, Schutzhaftgesetz. — Sontag, Gesetz betr. die Verhaftung usw.

§ 1.

1. Feisenberger, LeipzZ. 17 519. Man wird aus dem Zweck, der nach § 1 vorausgesetzt wird, zu schließen haben, daß der Inhaber der vollziehenden Gewalt zuständig ist, in dessen Bezirk sich die Anordnung dieses Zweckes wegen erforderlich macht. Zwischen mehreren Gewaltinhabern wird, wenn sie sich nicht einigen, die Prävention entscheiden müssen. Selbstverständlich hat die erlassene Anordnung nicht nur innerhalb des Bezirks des sie erlassenden Gewaltinhabers, sondern im ganzen Reiche Gültigkeit. Bei anderer Auffassung würde ihr Zweck vereitelt sein.

2. Sontag a. a. O. 27. Die Aufenthaltsbeschränkung kann lediglich als Grenzsperre ausgesprochen werden, oder als Verbot, einen bestimmten Bezirk, etwa ein Operationsgebiet, zu betreten, in der Regel aber wird sie als Festsetzung (Konfinierung) in einem bestimmten Orte verhängt. Da ihr Zweck in erster Reihe Überwachung des Sicherungsgefangenen und seine Absperrung von Elementen ist, im Zusammenwirken mit welchen er die Sicherheit des Reiches gefährden könnte, so werden meist kleine Orte den Sicherungsgefangenen zum Aufenthalte angewiesen.

Weitere aus dem Überwachungszweck folgende mit der Aufenthaltsbeschränkung verbundene Auflagen sind tägliche Meldepflicht, Festsetzung einer Abendstunde, nach welcher der Konfinierte seine Wohnung nicht mehr verlassen darf, und das Verbot des Besuches der ihm nahestehenden Personen. Alle diese Verbote bezwecken, eine Umgehung der Überwachung möglichst zu vereiteln.

3. Sontag a. a. O. 28. Eine Briefzensur, welche eine Beschlagnahme von Briefen auf der Postanstalt, ihre Öffnung und Durchsicht zur Voraussetzung hätte, darf richtiger Ansicht nach vom MB. nicht verhängt werden.

Die praktisch unentbehrliche Kontrolle über die Briefe der Konfinierten darf daher nur in der Form erfolgen, daß ihnen aufgegeben wird, ihre Briefe unverschlossen zur Durchsicht bei der Polizeibehörde ihres Aufenthaltortes abzuliefern. Die Briefe unbedenklichen Inhalts werden dann abgesandt, die bedenklichen Inhalts dem Briefschreiber zurückgegeben.

Das Telegrammgeheimnis ist nach § 8 des Reichstelegraphengesetzes vom 6. 4. 1892 unverletzlich; eine Ausnahme hiervon für den Kriegszustand ist nirgends vorgesehen.

4. Sontag a. a. O. 29. Begleiten Angehörige den Konfinierten in den Aufenthaltsort, in dem er den verschiedenen Beschränkungen unterworfen ist, so ist der MB. auch befugt, die Zulassung der Angehörigen auch wenn diese harmlose Persönlichkeiten sind, davon abhängig zu machen, daß sie sich freiwillig den gleichen Verkehrsbeschränkungen unterwerfen. Denn die Sicherheit des Reiches kann der einzelne nicht nur dadurch gefährden, daß er selbst Angriffe gegen sie richtet, sondern auch dadurch, daß er sich zum Boten und Gehilfen eines die Sicherheit Gefährdenden hergibt. Wenn also z. B. von der ihren konfinierten Ehemann in die Aufenthaltsbeschränkung begleitenden Ehefrau zu gewärtigen ist, daß sie für ihn Briefe befördern und Reisen unternehmen wird, durch die er die über ihn verhängten Sperren umgeht, so reicht das Recht des MB. auf Beschränkung der persönlichen Freiheit des einzelnen Staatsbürgers auch so weit, daß er die begleitende Ehefrau den gleichen Beschränkungen unterwerfen darf wie den Ehemann. Will sie dies vermeiden, so muß sie darauf verzichten, ihren Mann an den Ort der Aufenthaltsbeschränkung zu begleiten.

5. Romen a. a. O. 42. „Gefahr" für die Sicherheit des Reiches liegt sowohl dann vor, wenn der Eintritt der Störung der Sicherheit des Reiches unmittelbar bevorsteht, als auch dann, wenn die Störung mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist.

6. Sontag a. a. O. 38. „Eine Gefahr ist das Ergebnis einer Gefährdung, diese aber ist die Herbeiführung eines Zustandes, aus welchem in concreto die nahe Möglichkeit und damit die begründete Besorgnis des Eintritts einer Verletzung gegeben ist." (Liszt 126, Olshausen 1 219).

Dieser für das RStrGB. angenommenen Definition wird man sich für das SchG.

mit der Abänderung anschließen können, daß unter Umständen insbes. mit Rücksicht auf die Größe des befürchteten Unheils auch die entferntere Möglichkeit des Eintritts einer Verletzung die begründete Besorgnis und damit die Sicherungsmaßnahmen rechtfertigt. Es bleibt stets zu beachten, daß Gefahren abgewendet werden sollen, die in ernster Kriegszeit der Sicherheit des Reiches drohen. Die Erhaltung dieser Sicherheit ist die wichtigste Aufgabe und der oberste Gesichtspunkt des Militärbefehlshabers. Dahinter muß notfalls der Anspruch des einzelnen Verdächtigen auf persönliche Freiheit zurücktreten. Damit sind nicht Verhaftungen, die sich auf eine beliebige phantastische Möglichkeit und Besorgnis gründen, gerechtfertigt, aber es ist je nach Lage des Falles zu entscheiden, welche Anforderungen an Substantiierung hinsichtlich Nähe und Konkretheit der Möglichkeit der Gefährdung zu erheben sind.

7. Romen a. a. O. 42. Unter der „Sicherheit des Reiches", für die eine Gefahr bestehen oder drohen muß, ist sowohl die äußere wie die innere Sicherheit, in erster Linie die militärische und politische Sicherheit des Reiches zu verstehen. So wird besonders die Gefährdung der Sicherheit des Heeres, der Landesverteidigung — auch ohne daß der Tatbestand einer strafbaren Handlung vorliegt — als Gefahr für die Sicherheit des Reiches gelten müssen. Unter Umständen wird aber auch die Gefährdung der wirtschaftlichen Lage und Sicherheit im Reiche als Gefährdung der Sicherheit des Reiches angesehen werden können, so würde z. B. eine Gefährdung der allgemeinen Volksernährung auch die Ernährung des Heeres treffen. Eine Hungersnot würde das Reich zur Unterwerfung zwingen und es aller militärischen Erfolge berauben. Pürschel, Gesetz über den Belagerungszustand, S. 162.

8. Romen a. a. O. 43. Daß die Anordnung der Haft einer Aufenthaltsbeschränkung das einzig mögliche Mittel zur Abwendung sei, wird nicht gefordert werden dürfen. Darüber, ob die Anordnung der Haft oder einer Aufenthaltsbeschränkung „erforderlich" ist, entscheidet zunächst der Militärbefehlshaber (oder sonstige Inhaber der vollziehenden Gewalt) lediglich nach eigenem, freiem, pflichtmäßigem Ermessen.

9. Feisenberger, LeipzZ. 17 518. Trotz Vollstreckung der Schutzhaft kann ein gerichtlicher Haftbefehl, trotz Vollstreckung des gerichtlichen Haftbefehls erlassen werden. Während Bestehens des ersten Haftbefehls findet jedoch eine Vollstreckung des zweiten nicht statt.

10. RMilG. I, LeipzZ. 17 1269. Gegen den Beschwerdeführer W. ist am 26. März 1917 Schutzhaft verhängt, danach am 13. April 1917 gerichtl. Haftbefehl wegen versuchten Landesverrats erlassen. Der MilBefehlshaber hat im Anschluß an den gerichtl. Haftbefehl den die SchH. betreffenden nicht aufgehoben, vielmehr beantragt, letzteren aufrecht zu erhalten. Der Senat hat, da es unmöglich ist, daß jemand zu gleicher Zeit in gerichtlicher und SchH. sitzt, gefolgert, daß der SchHBefehl, nachdem W. in Untersuchungshaft verbracht ist, nur noch so verstanden werden kann, daß die Anordnung der Schutzhaft als solche zwar bestehen bleibt, die Vollstreckung aber durch die gerichtl. Haft unterbrochen ist und erst wieder auflebt in dem Augenblick, wo die gerichtl. Haft aufhört. Soweit in früheren Beschlüssen ein anderer Standpunkt eingenommen ist, wird er nunmehr aufgegeben. Der Senat ist der Ansicht, daß gerichtl. Haft unbedingt und ohne weiteres vorgeht. Die Vollstreckung der SchH. wird daher durch die gerichtl. Haft unbedingt und ohne weiteres unterbrochen, der SchHBefehl kann aber als solcher bestehen bleiben. Seine Vollstreckung ruht nur während der Vollstreckung der UntersH., tritt aber ohne weiteres wieder ein mit Beendigung der gerichtl. Haft. Da die Anordnung der SchH. aber bestehen bleibt, ist auch während der Unterbrechung ihrer Vollstreckung die Beschwerde gegen den SchH.-Befehl jederzeit als zulässig anzuerkennen; auch muß gemäß § 5 SchHG. nach Ablauf von 3 Monaten geprüft werden, ob der SchHBefehl weiter aufrecht zu erhalten ist. Grundsätzlich ist zwar unter Verhaftung im Sinne des SchHG. nur der vollstreckte Haftbefehl zu verstehen. Dieser Grundsatz muß aber hier eine Ausnahme erleiden. Denn der durch den Haftbefehl Betroffene darf nach Sinn und Zweck des Gesetzes nicht dadurch benachteiligt werden, daß die Vollstreckung der angeordneten SchH. wegen einer gleichzeitig voll-

streckten UntersH. ruht. Er würde in seinen Rechten verkürzt, wenn er mit seiner Beschwerde erst bis zum Vollzug der Haft warten müßte und wenn er nicht in der Lage sein sollte diesem drohenden Vollzuge schon vorzubeugen durch vorherige Beschwerdeeinlegung. Er hat danach ein berechtigtes Interesse, den SchHBefehl wegen des jederzeit möglichen Wiederaufflebens seiner Vollstreckung schon vorher anzufechten und gemäß § 5 SchHG. periodisch von Amts wegen nachgeprüft zu sehen. Im Sinne der §§ 3ff. des Ges. muß darum der durch den SchHBefehl Betroffene auch während der Vollstreckung der UntersH. als Verhafteter gelten. Voraussetzung der Beschwerde ist lediglich, daß der HBefehl durch Zustellung oder Eröffnung zur Kenntnis des Betroffenen gekommen ist. Erforderlichkeit der SchH. (§ 1 SchHG.) als Mittel zur Abwendung der im § 1 erwähnten Gefahr wird auch nicht etwa durch die Tatsache beseitigt, daß zur Zeit UntersH. gegen W. vollstreckt wird. Da die Aufhebung dieser Haft durch den zuständigen Richter jederzeit ohne Wissen des MilBefehlh. möglich ist und der Beschwerdeführer dann sofort auf freien Fuß gesetzt würde, so muß die Notwendigkeit eines vorsorglichen für den Fall der Aufhebung der UntersH. ohne weiteres in Wirksamkeit tretenden SchHBefehls schon jetzt anerkannt werden.

11. Sontag a. a. O. 40. Die Ansicht der Kommission und des Berichterstatters, daß die Immunität der Abg. sich auch auf die Schutzhaft beziehe, ist rechtsirrig. Nach Art. 31 RVerf. darf kein Mitglied des Reichstags . . . wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung in Untersuchungshaft genommen oder verhaftet werden . . . Hier herrscht wohl in der Wissenschaft Streit, unter welchen Voraussetzungen eine Verhaftung vorgenommen werden darf, aber dieser Streit dreht sich immer nur darum, ob unter Strafen nur allgemein Kriminalstrafen oder auch Ordnungsstrafen, Disziplinarstrafen usw. zu verstehen sind. Die Meinung der meisten Schriftsteller ist jedoch darin einig, daß Exekutivstrafen gegen Abgeordnete zulässig sind, weil bei diesen nur ein Zwang zu einer bestimmten Leistung ausgeübt, nicht aber eine Strafe erkannt wird. Für zulässig wird auch das Verfahren zur Entziehung einer Gewerbebefugnis und die Untersuchung von Seeunfällen nach dem Gesetz vom 27. 7. 1877 erachtet, weil die Folge hier keine Strafe, sondern nur die Verhängung einer Verwaltungsmaßregel ist. Fallen aber Zwangsmittel und Verwaltungsmaßnahmen nicht unter den Schutz des Art. 31, dann noch weniger Sicherungsmaßnahmen, bei denen weder von einer mit Strafe bedrohten Handlung, welche dem Betreffenden zur Last gelegt wird, noch von einem zur Untersuchungziehen die Rede ist. Privilegien sind strikt auszulegen, und ein Schutz gegen Sicherungsmaßnahmen ist in der Verfassung nicht ausgesprochen. Die Abgeordneten sind also mangels einer gesetzlichen für sie erlassenen Ausnahmebestimmung nicht von der Haft und den Sicherungsmaßnahmen des G. v. 4. 12. 1916 ausgenommen. AM. Romen a. a. O. 45.

§ 2.

1. Romen a. a. O. 48. Unter der „Verhaftung" ist die Vollstreckung des Haftbefehls, also die Festnahme auf Grund des schriftlichen Haftbefehles zu verstehen, nicht schon die bloße Vorführung oder vorläufige Festnahme zum Zwecke der Anordnung der Haft, ebenso Sontag a. a. O. 43.

2. Romen a. a. O. 51. Daß der Inhaber der vollziehenden Gewalt, nachdem er einen Haftbefehl erlassen hat, berechtigt ist, auf Grund des Haftbefehls einen Steckbrief zu erlassen, wenn der zu Verhaftende flüchtig ist oder sich verborgen hält, ist zwar im Gesetze nicht ausdrücklich ausgesprochen; dies muß aber, da es sich um eine aus dem Zwecke der Anordnung der Haft sich von selbst ergebende, unter Umständen unerläßliche Maßregel handelt, doch als unbestreitbares Recht anerkannt werden.

§ 3.

1. Feisenberger, LeipzZ. 17 518. Die Beschwerde findet nur gegen die Verhaftung nicht schon gegen den Erlaß des Haftbefehls statt.

2. Sontag a. a. O. 49. Die mündliche Verhandlung vor dem RMG. wird sich bei

dem Schweigen des Gesetzes über Prozeßnormen praktischerweise in Anlehnung an § 409 StGO. vollziehen. Dieser Paragraph verweist auch auf § 282 MStGO.

Bei entsprechender Anwendung des § 282 MStGO. wird die Frage, ob die Verhandlung vor dem RMG. in Schutzhaftsachen öffentlich sei, in bejahendem Sinne zu beantworten sein.

§ 4.

Allg. Preuß. Verfügung vom 30. Mai 1917 zu § 4 des Gesetzes v. 4. Dezember 1916, betr. die Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes und des Belagerungszustandes — RGBl. 1329 —. (JMBl. 183.)

Der nachstehende Erlaß des Obermilitärbefehlshabers vom 7. April 1917 wird den Justizbehörden zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Nach einer Auskunft des Obermilitärbefehlshabers werden die Ersuchen um Vernehmung durch den zuständigen Militärbefehlshaber an dasjenige Amtsgericht gerichtet werden, in dessen Bezirke sich der Verhaftete befindet.

Der Obermilitärbefehlshaber. Berlin W 66, den 7. April 1917.
Nr. 1362/3. 17. A. 1. Leipziger Straße 5.

Zu § 4.

Die Vernehmung erfolgt in der Regel durch einen vom Militärbefehlshaber zu bestimmenden richterlichen Militär-Justizbeamten unter Zuziehung eines Militär-Gerichtsschreibers, sie kann jedoch in Einzelfällen, wenn nicht besondere militärische Gründe entgegenstehen, auch durch das zuständige Amtsgericht ausgeführt werden.

§ 5.

1. Sontag a. a. O. 53. Unbeantwortet läßt das Gesetz die Frage, ob der neue Haftbefehl abermals bekannt zu geben und eine neue Vernehmung nach § 4 geboten ist. Man wird diese Frage wohl bejahen müssen, weil der Schlußsatz des § 5 auf alle Fälle nach Ablauf der 3 Monate eine Entscheidung des Reichsmilitärgerichts über Fortdauer der Haft verlangt. Damit steht das RMG. vor der Wahl, ob diese Entscheidung auf Grund mündlicher Verhandlung oder ohne eine solche erfolgen soll und dabei muß folgerichtig dem Verhafteten auch Gelegenheit gegeben werden, den Antrag auf mündliche Verhandlung aus § 3 Abs. 2 zu stellen. Die neuerliche Belehrung zu dieser Antragstellung erfolgt aber am zuverlässigsten durch erneute Vernehmung.

2. Romen a. a. O. 65. Es fragt sich, ob der Haftbefehl auch dann aufgehoben werden muß, wenn sich zwar die darin angegebenen Tatsachen als hinfällig erwiesen, gleichzeitig sich aber neue — d. h. nach Erlaß des Haftbefehles neu entstandene, oder zwar schon früher entstandene, aber erst nach Erlaß des Haftbefehles neu bekannt gewordene oder aus sonstigen Gründen bisher nicht berücksichtigte — Tatsachen ergeben haben, die den Erlaß eines Haftbefehles gemäß § 1 rechtfertigen. Das Gesetz bestimmt darüber nichts. Man wird sich dafür entscheiden müssen, daß in einem solchen Falle der Haftbefehl aufzuheben, der Verhaftete freizulassen und ein neuer Haftbefehl zu erlassen ist. Der Verhaftete hat nach § 2 einen Anspruch darauf, daß die der Verhaftung zugrunde liegenden Tatsachen im Haftbefehle angegeben und ihm förmlich bekanntgegeben werden, damit er imstande ist, die Gründe seiner Verhaftung zu widerlegen und sich darüber schlüssig zu werden, ob er von neuem Beschwerde einlegen will.

§ 8.

1. Feisenberger, LeipzZ. 17 519. Aus § 8, wo ausdrücklich der Amtsrichter genannt ist, zu schließen per argumentum e contrario, daß in §§ 3, 4 ein Militärrichter gemeint sei, wäre unzulässig. In der Praxis scheint es regelmäßig so gehandhabt zu werden, daß der militärische Inhaber der vollziehenden Gewalt einen ihm unterstellten Kriegsgerichtsrat oder Militärhilfsrichter beauftragt. Der Inhaber der vollziehenden Gewalt braucht aber nicht notwendig militärischen Charakter zu haben. An wen soll er sich

wenden? Das Gesetz gibt keine Antwort. Er wird guttun, durch Ersuchen des örtlich zuständigen Militärbefehlshabers einen Militärrichter beauftragen zu lassen. Zwar würde auch ein Zivilrichter die Vernehmung rechtsgültig vornehmen können. Nur wäre hier die Frage der Zuständigkeit schwieriger zu lösen. Denn es kann doch kaum angenommen werden, daß der Gewaltinhaber oder das Reichsmilitärgericht jeden beliebigen Richter um die Vernehmung ersuchen können und daß dieser dem Ersuchen Folge leisten müßte. Ein Rechtshilfeakt nach § 12 EG. MStGO. liegt nicht vor, weil es sich nicht um Ausübung der Militärstrafgerichtsbarkeit handelt. Man wird in Analogie der StPO. den Amtsrichter sachlich für zuständig halten müssen und auch seine örtliche Zuständigkeit nach der StPO. zu bestimmen haben. Der zuständige Amtsrichter wird aber das Ersuchen nicht ablehnen dürfen.

2. Sontag a. a. O. 64. Die Sicherungs-Gefangenen beantragen häufig die amtliche Bestellung desjenigen Anwalts zum Verteidiger, dem sie bereits vorher aus freier Wahl ihre Sache übergeben hatten. Es leitet sie dabei meist der Gedanke, daß sie auf diese Weise den Anwalt erhalten, der ihnen der geeignetste erscheint, und zwar unentgeltlich.

Auch über diese Frage schweigt das Gesetz völlig.

Die Bestellung soll durch den Amtsrichter nur eine Unterstützung des ortsunkundigen oder armen Sicherungs-Gefangenen sein. Wer seinen Verteidiger selbst gewählt hat und ihn selbst bezahlen kann, hat keinen Anspruch mehr auf die Mitwirkung des Amtsrichters. Dieser hat also der Regel nach in solchen Fällen die Bestellung abzulehnen. Der vor dem vernehmenden Kriegsgerichtsrat gestellte Antrag braucht in solchen Fällen an den Amtsrichter nicht weitergegeben zu werden.

3. Sontag a. a. O. 66. Die Frage, wieweit der MV. und der Verhaftete eine Beschwerde gegen die Maßnahmen des Amtsrichters haben, ist vom Gesetz ebenfalls nicht beantwortet. Es wird sowohl prozessuale wie Personalbeschwerde nach allgemeinen Regeln zuzulassen sein.

4. Sontag a. a. O. 66. Nach § 150 StPO. sind dem zum Verteidiger bestellten Rechtsanwalte für die geführte Verteidigung die Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung aus der Staatskasse zu bezahlen.

Der Rückgriff an den in die Kosten verurteilten Angeklagten bleibt vorbehalten.

Das gleiche wird man für den dem Sicherungsgefangenen nach § 8 d. G. durch den Amtsrichter bestellten Verteidiger annehmen müssen. Allerdings auf Grund welchen Gesetzes, aus welchem Fonds und in welcher Höhe die bestellten Verteidiger honoriert werden, ob und wann ein Rückgriff auf den Häftling zulässig ist, darüber schweigt das Gesetz wiederum. Man wird, da die Haupttätigkeit des Verteidigers sich in der Vertretung vor dem RMG. und in der Vorbereitung dieser Vertretung abspielt, § 17 EGMStGO. zur Beantwortung dieser Frage heranzuziehen dürfen. Dieser Paragraph aber verweist auf § 150 StPO. und § 63ff. GebOfRA. Dem Verteidiger werden danach für die Verteidigung in der mündlichen Verhandlung vor dem Reichsmilitärgericht gemäß § 63 Nr. 3 RAGO. — 40 M., für die Tätigkeit im vorausgehenden Verfahren, auch schon für eine informatorische (JMBl. 95, 164) weitere 20 M., für Anfertigung einer Beschwerdeschrift weitere 20 M. und als Pauschsatz gemäß § 76 Abs. 5 RAGO. weitere 4 M. zuzubilligen sein. Über die Fonds, aus welchen diese Gebühren zu zahlen sind, müßte allerdings noch eine besondere Anweisung ergehen; ebenso Romen a. a. O. 85.

§ 9.

Feisenberger, LeipzZ. 17 520. Nur die über die Verhaftung erwachsenen Akten einzusehen, hat der Verteidiger ein Recht. In andere vorher oder nebenher, insbesondere bei anderen Stellen, als dem die Verhaftung anordnenden Gewaltinhaber, vorhandenen oder erwachsenden Akten braucht dem Verteidiger keine Einsicht gewährt zu werden. Er würde sonst auf diesem Umwege u. U. befugt sein, Strafakten einzusehen, auf deren Einsicht er nach der StPO. kein Recht hat; ebenso Romen a. a. O. 87, Sontag a. a. O. 68.

§ 10.

Romen a. a. O. 92. Ein Anspruch, der Vernehmung des Verhafteten oder einer etwa angeordneten mündlichen Verhandlung (§§ 3, 4) beizuwohnen, besteht für den Beistand nicht. Andererseits kann ihm die Anwesenheit gestattet werden.

§ 11.

Sontag a. a. O. 71. Der Zeitpunkt, in welchem der Haftbefehl spätestens bekannt zu geben ist, soll ebenfalls durch entsprechende Anwendung des § 2 SchHG. gefunden werden. Aber welcher Zeitpunkt entspricht dem „bei oder unverzüglich nach der Verhaftung"? Diese Frage wird verschieden zu beantworten sein, je nachdem der Zwangsaufenthalt-Nehmende freiwillig in den Ort reist, der ihm vermöge der Aufenthaltsbeschränkung zum Aufenthalte angewiesen ist, oder gewaltsam dort hingebracht werden muß. Im ersteren Falle beginnt die Wirkung der Aufenthaltsbeschränkung erst in dem Augenblicke, in dem sich der Konfinierte in dem Orte seines neuen Aufenthalts bei der benachrichtigten Polizeibehörde meldet, in letzterem Falle in dem Augenblicke seiner Festnahme zwecks Abtransportes. Ersterem wird also der Haftbefehl noch rechtzeitig in seinem neuen Aufenthaltsorte, letzterem am Orte der Festnahme bekanntgegeben.

§ 12.

Romen a. a. O. 97. Wenn das Gesetz sagt, daß eine auf Grund dieses Gesetzes erlittene Haft angerechnet werden kann in einem auf Strafe lautenden „Urteil", so wäre hierdurch, wollte man sich an den strengen Wortlaut halten, die Anrechnung der Haft auf eine gemäß §§ 447ff. der Strafprozeßordnung durch richterlichen Strafbefehl festgesetzte Strafe ausgeschlossen. Dem Sinne des Gesetzes wird es aber entsprechen, wenn man die Anrechnung der Haft auch auf eine durch richterlichen Strafbefehl festgesetzte Strafe für zulässig erklärt. Das wird auch bei Anrechnung der Untersuchungshaft angenommen, obgleich § 60 RStGB., ebenso wie § 12, von einer durch „Urteil" erkannten Strafe spricht. S. Loewe, StPO. § 447 Anm. 2. Entsprechende Anwendung dieser Ansicht auf Schutz- oder Sicherungshaft erscheint durchaus zulässig und angebracht; ebenso Sontag a. a. O. 73.

§ 13.

Sontag a. a. O. 80. Auf Antrag kann das Reichsmilitärgericht einen Entschädigungsanspruch auch in anderen Fällen, als in denen des Abs. 1 § 13 zuerkennen. Die Fassung des Gesetzes ist nicht ganz klar, es heißt in Abs. 2 wörtlich: „in anderen Fällen, auch wenn es nicht selbst die Haft aufgehoben hat". Diese Fassung läßt einmal die Auslegung zu, daß die Fälle materiell genau so liegen, wie die des Abs. 1, d. h., daß der Verhaftete sich zu Unrecht die ganze oder einen Teil der Zeit in Haft befunden hat und nur die Aufhebung der Haft nicht durch das RMG. erfolgt ist, etwa weil die Entlassung durch den Militärbefehlshaber dem zuvor kam. Die Fassung des Gesetzes kann aber auch besagen, daß das RMG. aus besonderen Billigkeitsgründen Entschädigung solchen Sicherungs-Gefangenen zusprechen kann, die nicht zu Unrecht gesessen haben. Die Erläuterungen der BE. in der Reichstagssitzung vom 4. 9. 1916 (S. 2081) verbreiten auch keine weitere Klarheit. Es entspricht aber dem vom Gesetzeswortlaut nicht ausgeschlossenen praktischen Bedürfnisse, das RMG. zur Zuerkennung von Entschädigungen auch in den letztgenannten Fällen zu ermächtigen. Man denke z. B. an den Fall eines besonderen Mißverhältnisses zwischen der Gefährdung des Reiches und dem Schaden des Verhafteten.

M. Vaterländischer Hilfsdienst.

*Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst v. 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333) 570
A. Begründung . . . . . .
B. Bericht über die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstags . . . .
C. Bericht über die Verhandlungen im Reichstag . . . . . .
Hierzu:
1. Bek., betr. Übergangsbestimmungen zu den §§ 9 und 10 des Gesetzes, v. 21. Dezember 1916 (RGBl. 1410) . . . . . .
*2. Bek., betr. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes . . . . . .
*a) vom 21. Dezember 1916 (RGBl. 1410) 627
*b) vom 30. Januar 1917 (RGBl. 85) 628
*c) vom 1. März 1917 (RGBl. 202) 632
d) Anweisung des Kriegsamts über das Verfahren bei den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes gebildeten Ausschüssen, v. 30. Januar 1917 (RGBl. 87)
*3. Preußische Ausführungsverfügungen . . . . . .
a) Verfügung über die Errichtung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen v. 22. Januar 1917 (HMBl. 32) . . . . . .
*b) Verfügung v. 2. März 1917 (HMBl. 90) 637
*4. Bek., betr. Ausdehnung des Hilfsdienstgesetzes auf Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie v. 4. April 1917 (RGBl. 317) 639
*5. Bek. über den Schutz der im vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen v. 3. Mai 1917 (RGBl. 392) 640
*6. Verordnung über Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten v. 24. Februar 1917 (RGBl. 171) 640
Hierzu:
*a) Bek. über die Bestimmung der Ausführungsbehörden und der Erlaß von Bestimmungen zur Durchführung der Unfallversicherung von Tätigkeiten im vaterländischen Hilfsdienst im Ausland v. 2. Juni 1917 (RGBl. 479) 655
*b) Bek. über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten v. 4. Juni 1917 (RGBl. 472) . . 656
*c) Bek. über Angestelltenversicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten, v. 25. Mai 1917 (RGBl. 435) 656
*7. Bek. über Wochenhilfe aus Anlaß des vaterländischen Hilfsdienstes v. 6. Juli 1917 (RGBl. 591) 658
Hierzu:
*a) Bek. des Reichskanzlers über die Erstattung der verauslagten Beträge für Wochenhilfe aus Anlaß des vaterländischen Hilfsdienstes an die Lieferungsverbände v. 13. Juli 1917 (ZBl. 238) 662
*b) Erläuterungen des Reichskanzlers, mitgeteilt durch Preuß. Vfg. v. 13. August 1917 (MBl. 225) 662

Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Vom 5. Dezember 1916. (RGBl. 1333.)

Wortlaut, Begründung und Reichstagsverhandlungen in Bd. 3, 851 ff.

Literatur.

Nachtrag zu der Nachweisung in Bd. 4, 857.

Baum, Vaterländischer Hilfsdienst. — Erdel, Hilfsdienst und Arbeitsgerichte. GewuKfmG. 22 169. — Flatow, Der Hilfsdienstpflichtige in der Etappe. JW. 17 149. — Fricke, Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. — Giese, Unsere Studentenschaft und der vaterländische Hilfsdienst. RuW. 17 106. — Hahn, Der Hilfsdienstpflichtige im Strafrecht. JW. 17 180, 588. — Herrmann, Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. — Hoffmann, Der vaterländische Hilfsdienst. — Junck, Das Deutsche Hilfsdienstgesetz und Österreich-Ungarn. DJZ. 17 506. — Knipper, Der vaterländische Hilfsdienst. GesuR. 18 97 ff. — Knipschaar, Die Schadensersatzpflicht aus Unfällen, die sich bei Ausübung des vaterländischen Hilfsdienstes ereignen. JW. 17 121. — Konrad, Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Hirths Annalen 17 131. — Laforenz, Justiz und vaterländischer Hilfsdienst. Recht 17 84. — v. Lewinski, Vom vaterländischen Hilfsdienst. Bank. 16 241. — Marcuse, Die Einkommensteuer der Hilfsdienstpflichtigen in Preußen. KGBl. 17 17. — Schiffer-Junck, Der vaterländische Hilfsdienst. — v. Schulz, Schlichtungsausschüsse des HDG. und freie Schlichtungsstellen. GewuKfmG. 22 257 ff. — Semler, Das Verfahren der Ausschüsse zum vaterländischen Hilfsdienstgesetz. DJZ. 17 273. — Wille, Der vaterländische Hilfsdienst. — Wittmayer, Der „Hilfsdienstausschuß" vom staatsrechtlichen Standpunkt aus. DJZ. 17 278. — Wolffgarten, Etwas über den Hilfsdienst. PrVerwBl. 38 292. — Wuermeling, Arbeiter- und Angestelltenversicherung beim vaterländischen Hilfsdienst. DJZ. 17 377 ff.

§ 1.

1. Schiffer-Junck a. a. O. 9. Frauen sind nicht hilfsdienstpflichtig. Um sie der Hilfsdienstpflicht zu unterwerfen, wäre ein besonderes Gesetz erforderlich, § 19 des HDG. würde dazu nicht ausreichen. Wohl aber werden Frauen (wie übrigens auch männliche Personen, die nicht hilfsdienstpflichtig sind), mitgezählt, wenn zu entscheiden ist, ob die Zahl der in einem Hilfsdienstbetriebe beschäftigten Personen das Bedürfnis übersteigt, vgl. § 2 Abs. 1 und § 4 des Gesetzes. Ferner kann ein Betrieb Hilfsdienstbetrieb sein, z. B. im Sinne von § 11, obwohl in ihm nur Frauen (oder nicht hilfsdienstpflichtige Männer) beschäftigt sind. Dies ist von Wichtigkeit für die Bildung von Arbeiterausschüssen in Hilfsdienstbetrieben.

2. Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 3 S. 4. Es ist die Frage aufgeworfen worden, ob etwa die Hilfsdienstpflicht nur innerhalb des deutschen Reichsgebietes zu leisten sei. Das Gesetz kennt eine solche Beschränkung nicht. Im Reichstage wurde der Antrag gestellt, im § 1 die Worte einzuschalten „innerhalb des Deutschen Reiches". Dieser Antrag ist abgelehnt worden. Danach ist klar, daß der Hilfsdienstpflichtige eine Überweisung in das Ausland dulden muß. Vor allem ist es unbedingt erforderlich — und bereits in Aussicht genommen — Hilfsdienstpflichtige in der Etappe oder in den unter deutscher Verwaltung stehenden ausländischen Gebieten zu beschäftigen. Gerade dort werden sie dem Vaterlande gute Dienste leisten können, sei es, indem sie andere Kräfte für die Front freimachen (durch Bahn- und Brückenbewachung, Barschendienst usw.), sei es durch Arbeit in industriellen Betrieben. Zunächst besteht übrigens kein Grund, daran zu zweifeln, daß sich gerade hierfür Freiwillige in großer, wahrscheinlich genügender Zahl melden werden. Wenn sich aber eine Überweisung in solche Gebiete nötig macht, so muß diesem Gebote eben Folge geleistet werden. Von einer zwangsweisen Verschleppung ist natürlich nicht die Rede. Vielmehr handelt es sich nur um Gehorsam gegenüber dem Aufruf zur vaterländischen Hilfsdienstpflicht, die auf dem Gesetze beruht. Wer jenseits der deutschen Grenzen dem Vaterlande dient, ist keineswegs rechtlos. Er steht auch draußen unter dem Schutze der vaterländischen Gesetze, insbesondere über den Dienstvertrag (Arbeits- und Anstellungsvertrag). Es gilt für ihn die Bestimmung in § 8 HDG., wonach der Arbeitslohn — und gegebenenfalls seine körperliche Verpflegung! — ihm selbst und etwa zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt gewähren soll. Ob ein weiterer Ausbau dieser Bestimmung im Sinne der Familienunterstützung für Kriegsteilnehmer erfolgen soll, wird noch erwogen. Auf jeden Fall wird das Vaterland auch für diejenigen sorgen, die ihre Hilfsdienstpflicht jenseits der deutschen Grenzpfähle erfüllen. Auch daran wird, wie schon erwähnt, gedacht werden, daß die Segnungen der

öffentlichen Versicherung, namentlich gegen Krankheit und Unfall, allen Hilfsdienstpflichtigen gewahrt bleiben.

3. Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 3 S. 4. Das Hilfsdienstgesetz gilt für jeden Deutschen, auch für die Deutschen im Auslande. Es ist also nicht möglich, sich der Hilfsdienstpflicht durch Austritt in das Ausland zu entziehen. Nach der BO. betr. anderweite Regelung der Paßpflicht v. 21. 6. 1916 hat sich jeder, der das Reichsgebiet verläßt, durch einen Paß über seine Person auszuweisen und dieser Paß bedarf vor dem jedesmaligen Grenzübertritte des Sichtvermerks der zuständigen deutschen Behörde. Über die Ausstellung der Sichtvermerke gibt die Bekanntmachung, betr. Ausführungsvorschriften zu der PaßBO. v. 24. 6. 16 eingehende Vorschriften. Danach dürfen Sichtvermerke nur erteilt werden, wenn „der Zweck der Reise den öffentlichen Interessen nicht zuwiderläuft". Insbesondere ist ein Grund zur Versagung des Sichtvermerks gegeben, „wenn durch die Reise allgemeine wirtschaftliche Interessen geschädigt würden". Bei der großen Bedeutung des Hilfsdienstes für die gesamte Kriegswirtschaft Deutschlands haben deshalb alle Hilfsdienstpflichtigen, also jeder männliche Deutsche vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, soweit er nicht zum Wehrdienste einberufen ist! — zu gewärtigen, daß sie sich an der Grenze darüber auszuweisen haben, wie es bei ihnen mit der Erfüllung der Hilfsdienstpflicht steht. Ein Verdacht, daß der Austritt aus dem Reichsgebiete geschehe, um sich der Hilfsdienstpflicht zu entziehen, — würde hiernach den Paßbehörden Anlaß geben, den Sichtvermerk zu verweigern.

§ 2.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 4, 857).

4. Preuß. Verfügung vom 3. August 1917. (HMBl. 240.)

Das Königliche Kriegsministerium, Kriegsamt, hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Eigenschaft einer behördlichen Einrichtung im Sinne des § 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember v. Js. allen Orts-, Land- und Innungskrankenkassen Preußens zuerkannt wird.

5. Kriegsamt (AmtlMitt. 17 Nr. 10, S. 7). Daraus, daß eine Tätigkeit in § 5 BO. v. 1. 3. 17 nicht allgemein oder besonders von der Meldepflicht ausgenommen ist, folgt keineswegs, daß sie nicht kriegswichtig sei, oder — anders ausgedrückt — daß die in ihr Beschäftigten nicht als im vaterländischen Hilfsdienst stehend zu gelten hätten. Es gibt zweifellos Betriebe verschiedenster Art, die kriegswichtig sind und doch in diese Aufzählung nicht aufgenommen sind (z. B. Presse, Speditionsbetriebe, Banken, Rechtsanwaltschaft u. a.). Die Entscheidung, ob eine hilfsdienstpflichtige Person bereits im Hilfsdienst tätig ist, steht nach wie vor allein dem Feststellungsausschuß zu. Sie hängt auch nicht allein davon ab, ob der Betrieb an und für sich kriegswichtig im Sinne des § 2 ist, sondern auch von der weiteren Feststellung, ob die Zahl der in ihm beschäftigten Personen nicht das Bedürfnis übersteigt.

Werden Hilfsdienstpflichtige durch den Einberufungsausschuß herangezogen, die nach ihrer Auffassung bereits im vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, so haben sie die Möglichkeit, den Feststellungsausschuß anzurufen. Und es braucht nicht einmal die Heranziehung abgewartet zu werden. Denn nach den Verfahrensvorschriften können die Feststellungsausschüsse von jedem, der ein unmittelbares berechtigtes Interesse hat, angerufen werden. Erst diese Entscheidung des Ausschusses, gegen die Beschwerde an die Zentralstelle zulässig ist, stellt fest, ob die Tätigkeit, die jemand bisher ausgeübt hat, als vaterländischer Hilfsdienst zu betrachten ist oder nicht.

6. Herrmann a. a. O. 36. Die Beschäftigung „bei jemand" im Rechtssinne setzt vielmehr ein Gewaltverhältnis voraus, unter dem der Beschäftigte steht, ein Dienstverhältnis, das beim Beamten öffentlich-rechtlicher, bei anderen Personen privatrechtlicher Natur ist. Der Anwalt aber steht dem Gericht völlig unabhängig gegenüber. Gerade

bei ihm bestätigt die Sprache unserer Gesetze die Richtigkeit dieser Ansicht. Die Rechtsanwaltsordnung gebraucht nämlich auch den Ausdruck „beschäftigt", aber nicht vom Rechtsanwalt, sondern vom Referendar im Vorbereitungsdienst (§§ 25, 40), also von jemand, der in einem Abgängigkeitsverhältnis zu der ihn ausbildenden Behörde oder Person steht. Beim Anwalt dagegen, spricht sie nicht von seiner Beschäftigung, sondern von seiner Zulassung beim Gericht. Wenn trotzdem die Anwaltstätigkeit als Hilfsdienst zu gelten hat, so liegt es daran, daß sie für die Volksversorgung von Bedeutung ist [zu vgl. Bd. 4, 857].

7. Schiffer-Junck a. a. O. 25. Auf Vorschlag des preußischen Justizministers soll die Rechtsanwaltschaft als behördliche Einrichtung gelten. Der Justizminister ist der Ansicht, daß Rechtsanwälte nicht bei einer „Behörde" tätig sind, daß aber die öffentlichrechtliche Ordnung ihrer Tätigkeit und ihre sich einem öffentlichen Amte annähernden Aufgaben es verbieten, sie als in einem freien Beruf im Sinne von § 4 Abs. 2 stehend zu betrachten; richtig sei daher die Rechtsanwaltschaft als behördliche Einrichtung zu kennzeichnen. Das Kriegsamt hat sich hiermit einverstanden erklärt.

8. Schiffer-Junck a. a. O. 26. Theoretische Bedenken lassen sich nicht unterdrücken, insbesondere darüber, ob es zulässig ist, den einzelnen Anwalt als bei der Rechtsanwaltschaft als einer behördlichen Einrichtung beschäftigt anzusehen.

9. Schiffer-Junck a. a. O. 21. Daß Arbeitskräfte innerhalb der Land- und Forstwirtschaft, d. i. von einem Betriebe zu einem anderen, ebenfalls land- oder forstwirtschaftlichen, überwiesen werden, ist durch Abs. 2 nicht ausgeschlossen. Denn das Gesetz will nicht den einzelnen Betrieb schützen und vor anderen bevorzugen, sondern der besonderen Wichtigkeit der Land- und Forstwirtschaft (als Berufsart!) für den Krieg und ihrer besonderen Personalbedürftigkeit Rechnung tragen.

§ 4.

1. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 7 S. 10. Es ist begreiflich, daß bei dem Kriegsamte fortgesetzt Fragen eingehen, ob ein bestimmter Beruf oder Betrieb hilfsdienstpflichtig sei. Zum Verständnis des Gesetzes sei darauf hingewiesen, daß in § 2 Abs. 1 des Hilfsdienstgesetzes umschrieben ist, welche Personen als im vaterländischen Hilfsdienste tätig gelten. Nach dem Gesetze trifft das zu für alle Personen, die beschäftigt sind

1. bei Behörden und bei behördlichen Einrichtungen,
2. in der Kriegsindustrie,
3. in der Land- und Forstwirtschaft,
4. in der Krankenpflege,
5. in kriegswirtschaftlichen Organisationen jeder Art,
6. in sonstigen Berufen, oder Betrieben die für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung haben.

Jedoch ist hinzugefügt — und zwar gilt dies für alle Hilfsdienstpflichtigen, gleichviel wo sie beschäftigt sind! — „soweit die Zahl dieser Personen das Bedürfnis nicht übersteigt".

Im ganzen stellt sich das Verfahren also wie folgt dar: Die Personen, die an den oben unter 1 bis 6 angegebenen Stellen beschäftigt sind, erfüllen schon durch diese ihre Beschäftigung ihre gesetzliche Verpflichtung zum vaterländischen Hilfsdienste, brauchen also nicht erst zum Hilfsdienst herangezogen zu werden. Werden sie trotzdem herangezogen, so können sie sich darauf berufen, daß sie schon vaterländischen Hilfsdienst leisten. Allerdings sind auch sie insofern gebunden — man hat dies vielfach, nicht immer zutreffend, eine Beschränkung der Freizügigkeit genannt, — als sie die Stätte ihrer bisherigen — also hilfsdienstpflichtigen — Arbeit nicht ohne Abkehrschein verlassen dürfen.

Wohl aber hat sich das Gesetz vorbehalten, nachzuprüfen, ob die Zahl der in solchen Berufen oder Betrieben tätigen Personen das Bedürfnis übersteigt. In solchem Falle kann also der entbehrliche Überschuß des Personals „herausgezogen" und anderen Hilfsdienstbetrieben überwiesen werden. Darüber, ob das geschehen soll, haben die Ausschüsse nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes, sog. Feststellungsausschüsse, zu entscheiden, die für den Bezirk jedes stellv. Generalkommandos oder für Teile des Bezirks zu bilden sind. Was Behörden

oder behördliche Einrichtungen anlangt, so liegt die Entscheidung, ob sie „übersetzt" sind, im wesentlichen in den Händen der zuständigen Reichs- oder Landeszentralbehörden. Darauf soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Wir sprechen hier nur von der Verfügung über nichtbehördliche Berufe und Betriebe, und diese Verfügung ist eben Aufgabe der Feststellungsausschüsse.

Die Bedeutung der Feststellungsausschüsse wird vielfach verkannt. Denn sie haben nicht nur über die Übersetzungsfrage zu entscheiden, sondern auch darüber, ob überhaupt ein Beruf oder Betrieb „im Sinne des § 2 Bedeutung hat", mit anderen Worten: ob er ein Hilfsdienstbetrieb ist. Für diese Ausschüsse sind also die im Reichstage vom Regierungstische erteilten Auskünfte, ob der oder jener Beruf unter § 2 des Gesetzes falle (Beamte, Rechtsanwälte, Geistliche, Presse, sozialpolitische Organisationen usw.) genau besehen nur wertvolles Material. Es ist ja nicht anzunehmen, daß die Feststellungsausschüsse die Neigung haben werden, von jenen Auskünften grundsätzlich abzuweichen. Auch ist darauf hinzuweisen, daß gegen die Entscheidungen der Feststellungsausschüsse die Beschwerde an die Zentralstelle beim Kriegsamte zulässig ist. Die Zentralstelle ist natürlich ebenfalls unabhängig, kann und soll aber für die Einheitlichkeit im Feststellungsverfahren sorgen. An sich ist es nicht ausgeschlossen und auch praktisch möglich, unter Umständen sogar gerechtfertigt, daß im Bezirke des einen Generalkommandos von demjenigen abgewichen wird, was in einem anderen geschieht. Aus allen diesen Gründen wird es kaum ausführbar sein — trotz der vielfachen Anträge, die verständlicherweise in dieser Richtung an das Kriegsamt gestellt werden, — eine allgemeingültige Anleitung über den Kreis der schon im vaterländischen Hilfsdienste beschäftigten Personen zu erlassen.

Übrigens ist auch nicht zu erwarten, daß etwa die Feststellungsausschüsse von vornherein eine Liste oder ein Register aufstellen, woraus jeder ohne Mühe ablesen kann, ob sein Betrieb ein Hilfsdienstbetrieb ist oder nicht. Damit würde den Feststellungsausschüssen eine ganz unmögliche Aufgabe zugemutet. Denn der Begriff „Hilfsdienst" ist kein ein für allemal feststehender. Ein Betrieb, der heute im Sinne des § 2 Bedeutung hat, kann morgen diese Bedeutung zufolge Stillegung, Austritt von Arbeitskräften usw. verloren haben. Die Feststellungsausschüsse werden überhaupt nicht sozusagen von Amts wegen tätig, sondern nur dann, wenn sie vom Kriegsamt oder einer Kriegsamtstelle oder von den Einberufungsausschüssen im einzelnen Falle darum ersucht werden, ihr Urteil abzugeben. Also erwarte man von ihnen keine Registrierung, vor allem kein unnützes Schreibwerk.

In Wirklichkeit werden sich auch die Dinge ganz anders abspielen. Denn die Entscheidung der Frage, ob ein Betrieb für Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung unmittelbar oder mittelbar Bedeutung hat (§ 2 des Gesetzes), ist in denjenigen Betrieben, deren Fortführung durch die Lieferung von Rohstoffen oder die Erteilung von Aufträgen seitens der Militärverwaltung bedingt ist, davon abhängig, ob die Militärverwaltung Rohstoffe liefert oder Aufträge erteilt. Ist dies nicht der Fall, so steht damit tatsächlich fest, daß der Betrieb für die Zwecke der Kriegführung oder der Volksversorgung keine Bedeutung hat. Zudem ist er bereits durch die Versagung der Rohstofflieferung oder der Aufträge außerstande gesetzt, seinen Betrieb fortzuführen, also tatsächlich stillgelegt, ohne daß es noch auf die Entziehung der Arbeitskräfte ankäme. Trotzdem kann formell auch in diesem Falle die Entscheidung der Feststellungsausschüsse nach § 4 Abs. 2 angerufen werden. In der Sache ist die Entscheidung allerdings bereits vorher gefallen. Den Ausschüssen steht ein Einfluß auf die Lieferung von Rohstoffen oder die Erteilung von Aufträgen nicht zu. Diese Frage ist vielmehr lediglich von der im Einzelfall zuständigen militärischen Stelle zu beantworten und in den vorausgesetzten Fällen bereits vorher beantwortet worden. Der Ausschuß hat also hier lediglich der durch das Kriegsamt getroffenen Sachlage Rechnung zu tragen und kann sie nur noch durch seinen Spruch bestätigen, aber nicht materiell ändern oder beeinflussen. Reale Bedeutung hingegen kommt dem Ausschusse zu:

1. für alle Berufe und Betriebe, die nicht von der Lieferung der Rohstoffe und der Erteilung von Aufträgen seitens der Militärverwaltung abhängen,
2. auch für diese Betriebe, soweit es sich daraum handelt, ob die Zahl der in ihnen tätigen Personen das Bedürfnis übersteigt.

Es empfahl sich diese Mitteilungen zu machen, damit keine falsche Auffassung über das Ineinandergreifen der verschiedenen Organe des Hilfsdienstgesetzes entstehen. Alle arbeiten nur, um das große, vom Gesetze gewollte vaterländische Ziel zu erreichen.

Preuß. Justizminister, Erlaß vom 30. März 1917.

(BreslauerAK. 17 25, NaumburgAK. 17 27.)

Nachdem ich mit dem Kriegsamt über die Regelung der Hilfsdienstpflicht der Rechtsanwälte ins Benehmen getreten bin, teile ich als Ergebnis dieser Verhandlung folgendes mit:

Bei Heranziehung von Rechtsanwälten zum Hilfsdienst wird regelmäßig in der Weise verfahren werden, daß eine dem Kriegsamt nachgeordnete, voraussichtlich bei jedem stellvertretenden Generalkommando einzurichtende Stelle den zuständigen Oberlandesgerichtspräsidenten über die Stellen, für welche die Verwendung von Rechtsanwälten in Aussicht genommen ist, möglichst bald unterrichtet und dabei gleichzeitig, soweit angängig, nähere Angaben darüber macht, in welchem Orte, in welchem Umfang und gegen welche Vergütung die Heranziehung erfolgen soll. Der Oberlandesgerichtspräsident hat dem Vorstande der Anwaltskammer von der beabsichtigten Verwendung von Rechtsanwälten alsbald Kenntnis zu geben und die ihm darauf vom Vorstand auf Grund freiwilliger Meldungen als geeignet und bereit bezeichneten Anwälte der vom Kriegsamt bestimmten Stelle namhaft zu machen, soweit gegen die Vorschläge des Vorstandes keine besonderen Bedenken bestehen.

Sollte es an freiwillig sich meldenden, geeigneten Anwälten fehlen, so hat der Oberlandesgerichtspräsident nach Anhörung des Vorstandes der Anwaltskammer unter eingehender Würdigung der persönlichen, wirtschaftlichen und beruflichen Verhältnisse zu prüfen, welche Anwälte für entbehrlich zu erachten und in welcher Reihenfolge sie einzuziehen sein möchten. Die auf Grund des Ergebnisses dieser Prüfung mir gemachten Vorschläge des Oberlandesgerichtspräsidenten werde ich einer Nachprüfung unterziehen und, sofern sich dabei keine Bedenken ergeben, an das Kriegsamt weiterleiten; andernfalls werde ich anderweite geeignet erscheinende Vorschläge erfordern.

Im Hilfsdienste werden die Rechtsanwälte in einer ihre Berufsausübung möglichst schonenden Weise beschäftigt, insbesondere soweit angängig, an ihrem Wohnort oder in dessen Nähe und unter Befreiung für gewisse Stunden am Tage oder für gewisse Tage in der Woche herangezogen werden.

§ 5.

Preuß. Allgemeine Verfügung vom 19. März 1917 über Eintritt von Justizbeamten in die auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst gebildeten Ausschüsse.

(JMBl. 106.)

Wird ein höherer Justizbeamter als Mitglied eines Ausschusses berufen, der auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst (§§ 5, 7, 9 des Reichsgesetzes vom 5. Dezember 1916 in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Dezember 1916, RGBl. 1333, 1410, 1411) gebildet wird, so gilt die Übernahme des Nebenamts als genehmigt, bis der Berufene von einer entgegengesetzten Anordnung in Kenntnis gesetzt wird. Von der Berufung ist dem Justizminister unverzüglich Anzeige zu erstatten.

§ 6.

1. Herrmann a. a. O. 65. Legt der Vorsitzende Beschwerde ein (§ 28 Anw.), so kann man den Ausschuß nicht für befugt halten, selbst dem Rechtsmittel stattzugeben.

Denn es liegt im Wesen einer jeden Entscheidung als formellen Abschlusses der Instanz, daß die Stelle, von der sie ausging, so lange daran gebunden ist, bis von außen her dagegen angekämpft wird. Der Vorsitzende jedoch ist selbst Mitglied der Spruchbehörde. Würde diese selbst auf seine Beschwerde eine Änderung ihres Erkenntnisses vornehmen dürfen, so käme es im Erfolge auf eine Fortsetzung des Verfahrens nach seiner formellen Beendigung oder auf eine sachliche Berichtigung der eigenen Entscheidung von Amtswegen hinaus, die unserem Rechte fremd ist.

2. Erlaß des Kriegsamts v. 20. 2. 17 (AmtlMitt. 17 Nr. 9 S. 67). Die Zentralstelle hat ihre Geschäftsräume bei dem Kriegs-Ersatz- und Arbeiteramt Berlin NW, Friedrichstraße 100.

§ 7.

(Zu vgl. Bd. 4, 857.)

1. Kriegsamt 24. 2. 17, AmtlMitt. 17 Nr. 10 S. 5. Bei der Überweisung von Hilfsdienstpflichtigen gemäß § 7 Abs. 3 HDG. ist tunlichst darauf Bedacht zu nehmen, daß diejenigen Personen, die glaubhaft machen, daß sie in ihrer bisherigen Tätigkeit auf die Vorschriften ihrer Religion besondere Rücksicht genommen haben, daran auch durch ihre Tätigkeit im Hilfsdienst nicht gehindert werden.

2. Kriegsamt 17. 4. 17 (AmtlMitt. 17 Nr. 15 S. 1. Unter Bezugnahme auf den Erlaß v. 5. 3. 1917 KM. Nr. 1810/2. 17. C 1 b und MDJ. Va 879 und auf die Richtlinien für die Tätigkeit der Einberufungsausschüsse vom 9. 3. 1917, Nr. 216/3. 17. EDI wird für die Heranziehung der heeresentlassenen kriegsunbrauchbaren Kriegsbeschädigten zum vaterländischen Hilfsdienst folgendes bestimmt:

1. Um den Grundsatz, daß Kriegsbeschädigte nur wenn unumgänglich nötig, zum Hilfsdienst herangezogen werden sollen, sachgemäß durchzuführen, machen die Einberufungsausschüsse, sofern sie auf Grund der ihnen von den Ersatzkommissionen zugehenden Listen der für den Hilfsdienst in Betracht kommenden Wehrpflichtigen oder auf Grund anderer Unterlagen die Einberufung eines Kriegsbeschädigten beabsichtigen, den zuständigen Ortsausschüssen der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge zuvor hiervon Mitteilung. In dieser sind die Personalien und die in Aussicht genommene Verwendung im Hilfsdienst anzugeben; zugleich ist darin zu ersuchen, sich binnen einer Frist, die mindestens auf 2 Wochen zu bemessen ist, darüber zu äußern, ob der Kriegsbeschädigte zur Heranziehung geeignet ist oder welche Einwendungen zu erheben sind, insbesondere ob er eine dauernde Tätigkeit außerhalb der Beschäftigungsarten des § 2 des Hilfsdienstgesetzes gefunden hat, deren Aufgabe unzweckmäßig sein würde (vgl. Ziff. 4 Abs. 2 der Richtlinien). Ein Aufforderungsschreiben auf Grund des § 7 des Hilfsdienstgesetzes darf erst nach Fristablauf oder nach Eingang der Antwort erlassen werden. Ein Verzeichnis der für den örtlichen Bereich des Einberufungsausschusses in Betracht kommenden Ortsausschüsse der Kriegsbeschädigtenfürsorge wird der zuständigen Kriegsamtstelle von den beteiligten Hauptfürsorgeorganisationen mitgeteilt werden.
2. Um eine baldige und lückenlose Heranziehung aller derjenigen heeresentlassenen Kriegsbeschädigten zu erreichen, die, obschon arbeitsfähig, eine Arbeit nicht gefunden oder abgelehnt oder keine ihren Kräften entsprechende kriegswirtschaftliche Beschäftigung haben, werden die Ortsausschüsse der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge durch den Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Hauptfürsorgeorganisationen ersucht werden, den Einberufungsausschüssen (vgl. Kriegsamt, Amtliche Mitt. u. Nachr. Anlage zu Nr. 7 und Nr. 9 S. 16) entsprechende Mitteilung unter Angabe der Personalien, der Art der Erwerbsbeeinträchtigung und der Verwendbarkeit des Kriegsbeschädigten zu machen zu dem Zwecke, seine Einberufung zum Hilfsdienst zu bewirken. Es liegt im Interesse der Allgemeinheit und des einzelnen Kriegsbeschädigten, daß die Ein-

berufungsausschüsse diesen Vorschlägen zur Heranziehung möglichst bald und umfassend entsprechen.

3. Soweit andere militärische Stellen, insbesondere die Bezirkskommandos, Wahrnehmungen über erwerbslose aber arbeitsfähige oder über offenbar ungeeignet beschäftigte bereits entlassene Kriegsbeschädigte machen, sehen sie selbst von irgendwelchen Maßnahmen ab, machen aber den Einberufungsausschüssen Mitteilung, die alsdann nach Ziff. 1 verfahren.

3. Kriegsamt 24. 4. 17, AmtlMitt. 17 Nr. 15 S. 1. Um das für eine sachgemäße Durchführung des Heranziehungsverfahrens erforderliche Zusammenarbeiten zwischen den Kriegsamtstellen und den Einberufungs- und Feststellungsausschüssen zu sichern, wird folgendes bestimmt:

Nachdem die Einberufungsausschüsse auf Grund des zugegangenen Kartenmaterials unter Beobachtung der in Nr. 10 des „Kriegsamts" bekanntgegebenen Richtlinien sich jeweils darüber schlüssig gemacht haben, nach welchem Plan der von den Kriegsamtstellen angeforderte Bedarf an Arbeitskräften gedeckt werden soll, haben die Vorsitzenden unverzüglich der Kriegsamtstelle laufend mitzuteilen, welche Berufe, Organisationen oder Betriebe nach diesem Plane voraussichtlich von Heranziehungsverfügungen zunächst betroffen werden. Die Kriegsamtstellen haben hierauf die Feststellungsausschüsse zu veranlassen, bezüglich der von den Einberufungsausschüssen genannten Betriebe usw. die nach § 4 Abs. 2 HDG. erforderlichen Feststellungen zu treffen, sofern ihre Kriegswichtigkeit oder die dem Bedürfnis entsprechende Besetzung mit Arbeitskräften nach Ansicht der Kriegsamtstellen zu Zweifeln Anlaß bietet.

Gleichzeitig haben die Kriegsamtstellen von der beabsichtigten Heranziehung sämtliche für die Heranziehung in Frage kommenden Betriebe usw. möglichst zeitig zu benachrichtigen, um ihnen hierdurch Gelegenheit zu geben, ihre Interessen wahrnehmen zu können.

Hierzu:

Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 22 S. 2. Der Erlaß bezweckt nicht, auszusprechen, es sei die Pflicht der Kriegsamtstellen, bezüglich aller der von den Einberufungsausschüssen bezeichneten Betriebe Entscheidungen nach § 4 Abs. 2 des Hilfsdienstgesetzes, also durch den zuständigen Feststellungsausschuß, herbeizuführen. In dem Erlasse steht ausdrücklich, daß dies nur geschehen soll, sofern die Kriegswichtigkeit der betreffenden Betriebe und ihre Übersetzung „zu Zweifeln Anlaß gibt". Wenn also weder der Bericht des Einberufungsausschusses noch die eigene Kenntnis oder Erwägung der Kriegsamtstelle „zu Zweifeln Anlaß gibt", ist es nicht notwendig, auf eine Entscheidung des Feststellungsausschusses zu dringen. Die Kriegsamtstelle muß sich eben darauf verlassen dürfen, daß der Einberufungsausschuß die ihm obliegende eigene Prüfung selbständig vorgenommen hat und, wenn es nötig wäre, von selbst den Anstoß zu einer Entscheidung des Feststellungsausschusses gegeben haben würde. Die Kriegsamtstelle selbst mag diese Prüfung, also eine Überprüfung, an der Hand des ihr vom Einberufungsausschusse vorgelegten Materials ebenfalls anstellen. Aber wenn schließlich weder der Einberufungsausschuß noch die Kriegsamtstelle einen besonderen Anlaß zu Zweifeln haben, hat es gar keinen Zweck und würde das Heranziehungsverfahren nur hindern, wenn erst noch der Feststellungsausschuß behelligt würde. Es besteht kein Bedenken dagegen, daß sowohl der Einberufungsausschuß als auch die Kriegsamtstelle die Frage, ob es sich empfiehlt, den Feststellungsausschuß entscheiden zu lassen, möglichst frei handeln.

4. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 16 S. 2.

Zur Auslegung des § 7 des Hilfsdienstgesetzes.

I. Bei der Anwendung des Gesetzes ist die Frage aufgetaucht, wie sich der Einberufungsausschuß zu verhalten habe, wenn der Hilfsdienstpflichtige, der die besondere schriftliche Aufforderung nach § 7 Abs. 2 erhalten hat, zwar eine Beschäftigung im Hilfsdienste herbeiführt, diese Beschäftigung aber dann wieder aufgibt, also wieder frei ist. Muß er nun nochmals schriftlich aufgefordert werden, damit er sich selbst eine andere Beschäftigung

suche, oder kann ihn nunmehr der Einberufungsausschuß sofort an eine bestimmte Stelle „überweisen"?

Das Gesetz kann nur dahin ausgelegt werden, daß der Einberufungsausschuß sofort überweisen kann. Dies ist dann ohne weiteres klar, wenn etwa der Hilfsdienstpflichtige eine freiwillige Beschäftigung nur zum Schein aufgenommen hatte oder wenn Anlaß zu dem Verdachte besteht, daß er der Aufforderung nur äußerlich nachgekommen ist, um die Beschäftigung alsbald wieder aufzugeben. Man muß aber noch weitergehen. Auch dann, wenn der Hilfsdienstpflichtige die Beschäftigung ernstlich übernommen hat, sie aber später, gleichviel nach welcher Zeit, wieder aufgibt, sei es, daß er die Stelle eigenwillig verläßt, oder daß er vom Arbeitgeber entlassen wird, — auch dann steht er nunmehr dem Einberufungsausschusse zur Verfügung und kann sofort überwiesen werden. Wollte man das Gesetz anders auslegen und dem Einberufungsausschusse zumuten, den Hilfsdienstpflichtigen immer erst noch einmal zur freiwilligen Beschäftigung im Hilfsdienste aufzufordern, so würde dies zu ganz unhaltbaren Ergebnissen führen und den Zweck des Gesetzes schwer gefährden.

Allerdings steht, wie oft ausgesprochen worden ist, die Freiwilligkeit an der Spitze des Gesetzes, und der Zwang soll erst eintreten, wenn die Freiwilligkeit versagt. Man kann die vorherige Aufforderung zum freiwilligen Eintritt in eine kriegswichtige Beschäftigung eine Rechtswohltat nennen, die jeder Hilfsdienstpflichtige zunächst genießt. Allein diese Rechtswohltat ist verbraucht, wenn eine Aufforderung einmal ergangen ist. Alsdann setzt der Zwang ein und zwar in der Form der nunmehrigen Überweisung an eine bestimmte Stelle im Hilfsdienste. Es sei wiederholt: der Zweck des Gesetzes kann nur erreicht werden, wenn die Einberufungsausschüsse keinen Unterschied zu machen und nicht erst zu untersuchen brauchen, unter welchen Umständen und nach welcher Zeit der aufgeforderte Hilfsdienstpflichtige aus der freiwillig angenommenen Hilfsdienstbeschäftigung wieder ausgeschieden ist. Selbstverständlich ist, daß die Überweisung erst dann eintreten soll, wenn der Hilfsdienstpflichtige nicht sofort wieder von selbst in eine andere Beschäftigung eintritt. Tut er letzteres, so erledigt sich eine anderweite Heranziehung. Tut er es nicht sofort, so ist es nur billig, wenn er nunmehr überwiesen wird.

II. Wer hat für die Reisekosten aufzukommen, die der Hilfsdienstpflichtige aufwenden muß, um eine außerhalb seines Wohnorts gelegene Stelle anzutreten oder sich um eine solche zu bewerben? Diese Frage kann nur auftauchen, wenn es sich um eine Beschäftigung im Inlande handelt. Denn bei der Anwerbung von Hilfsdienstpflichtigen für das besetzte Gebiet durch die Heeresverwaltung wird von dieser in allen Fällen freie Hin- und Rückfahrt gewährt.

Bei Beschäftigungen im Inlande ist zu unterscheiden:

a) wenn der Hilfsdienstpflichtige auf die öffentliche Bekanntmachung oder die besondere schriftliche Aufforderung hin sich eine Tätigkeit im Hilfsdienste sucht, so macht er etwaige Reisen grundsätzlich auf seine eigene Gefahr. Wenn also seine Bewerbung an einer Stelle, von der er durch öffentliche Bekanntmachung durch die Hilfsdienstmeldestelle oder in anderer Weise Kenntnis erlangte, erfolglos bleibt, so hat er keinen Anspruch auf Ersatz seiner Aufwendungen, falls ihm dieser nicht ausdrücklich von dem Arbeitgeber zugesagt oder gewährt wird. Nimmt der Hilfsdienstpflichtige, der sich seine Beschäftigung selbst sucht, eine solche Stelle außerhalb seines Wohnortes an, so ist es ebenfalls durchaus Sache der freien Vereinbarung mit dem Arbeitgeber, ob er Ersatz jener Reisekosten erhalten oder sie selbst tragen muß.

b) Wird jedoch der Hilfsdienstpflichtige vom Einberufungsausschuß in eine Beschäftigung außerhalb seines Wohnortes überwiesen, so kann ihm die Übernahme der Reisekosten billigerweise nicht zugemutet werden. Es ist deshalb Sache des Einberufungsausschusses, schon bei der Überweisung dafür zu sorgen, daß der Arbeitgeber diese Kosten von vornherein vertraglich übernimmt und nötigenfalls vorschießt. Schon in dem „Muster für ein Überweisungsschreiben", das in

Nr. 10 des „Kriegsamt" S. 5 veröffentlicht worden ist, wurde gesagt, daß der Einberufungsausschuß mit dem Arbeitgeber, dem er einen Hilfsdienstpflichtigen überweist, die Bedingungen des Arbeits- oder Anstellungsvertrages ausmachen soll. Dies ist juristisch betrachtet ein Vertrag, den der Einberufungsausschuß mit dem Arbeitgeber zugunsten des Überwiesenen als Dritten abschließt. In dem Muster sind folgende Punkte des Vertrages als vereinbarungsbedürftig angegeben:

1. Art der Beschäftigung,
2. Lohn,
3. Kündigungsfrist,
4. Sonstiges.

Zu dem „Sonstigen" sind die Reisekosten zu rechnen. Die Einberufungsausschüsse werden also auch hierauf Rücksicht nehmen müssen, damit den Überwiesenen die unabweisbare Pflicht trifft, sich an die Überweisungsstelle zu begeben und sich zu der ihm zugewiesenen Beschäftigung einzufinden, vgl. hierüber die Strafdrohung in § 18 Nr. 1 des Gesetzes. Wird in dieser Weise vom Einberufungsausschuß verfahren, dann hat der Überwiesene einen rechtmäßigen Anspruch darauf, daß der Arbeitgeber ihn in Dienst nimmt oder ihm wenigstens diejenige Gegenleistung, einschließlich der Reisekosten, gewährt, die ihm zufolge der Ausmachung des Einberufungsausschusses zukommt. Ob die Einberufungsausschüsse zugunsten des Überwiesenen auch die Kosten der Rückfahrt ausbedingen sollen — etwa für den Fall, daß der Überwiesene eine bestimmte Zeit an der Arbeitsstelle aushält —, möchte von Fall zu Fall von den Einberufungsausschüssen erwogen werden, muß aber ebenfalls Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit sein.

Bemerkt mag noch werden, daß eine Verpflichtung des Reiches oder eines Bundesstaates zur Gewährung von Reisekosten nur dann in Frage kommt, wenn das Reich oder ein Bundesstaat selbst Arbeitgeber sind. Bei der Anwerbung von Hilfsdienstpflichtigen für das besetzte Gebiet durch die Heeresverwaltung gewährt diese, wie oben bemerkt, an sich in allen Fällen freie Hin- und Rückfahrt.

5. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 21 S. 2. Wenn ein Hilfsdienstpflichtiger, der die besondere schriftliche Aufforderung nach § 7 Abs. 2 HDG. erhält, fristgemäß meldet, daß er bei einer der im § 2 des Gesetzes bezeichneten Stellen Beschäftigung erhalten habe, so braucht sich der Einberufungsausschuß bei dieser Mitteilung keineswegs zu beruhigen. Er hat vielmehr zu prüfen, ob die von dem Aufgeforderten freiwillig herbeigeführte Tätigkeit derartig ist, daß sie ihn voll beschäftigt. Soweit der Aufgeforderte nicht voll beschäftigt ist, steht er dem Einberufungsausschusse zur Überweisung zur Verfügung. Natürlich muß der Einberufungsausschuß in solchen Falle darauf achten, daß die Tätigkeit, zu welcher er den betreffenden Hilfsdienstpflichtigen überweist, nach Ort und Zeit mit derjenigen vereinbar ist, die der Hilfsdienstpflichtige freiwillig herbeigeführt hat. Mit dieser Beschränkung besteht absolut kein Hindernis, einen Hilfsdienstpflichtigen, der an der von ihm gewählten Stelle nur einige Stunden zu arbeiten hat, für den Rest des Tages an eine andere Stelle zu „überweisen". Der Hilfsdienstpflichtige hatte eben durch die freiwillige Annahme der betreffenden Beschäftigung seine Verpflichtung, zunächst selber Beschäftigung im Hilfsdienst herbeizuführen, nur teilweise erfüllt.

Die Einberufungsausschüsse können aber auch so vorgehen, daß sie bei der Überweisung dafür sorgen, daß der Überwiesene sofort zu der anderen Hilfsdienstbeschäftigung, die er freiwillig herbeigeführt hat, zurückkehren kann, falls er dort gebraucht werden sollte. Das ist übrigens eine Erwägung, die auch die Feststellungsausschüsse anstellen können, wenn sie über die Frage der Übersetzung eines Betriebes zu urteilen haben. So hat ein Feststellungsausschuß entschieden, daß die Angehörigen einer freiwilligen Feuerwehr sehr wohl für den Hilfsdienst in Anspruch genommen werden können, sofern nur dafür Sicherheit geschaffen ist, daß sie jederzeit und schleunigst zur Verfügung stehen, wenn sie einmal in ihrer Eigenschaft als Feuerwehrleute gebraucht werden. Eine Überweisung in eine andere Ortschaft wird in solchen Fällen natürlich kaum möglich sein. Aber an einem und demselben Platze, namentlich in kleineren Orten, wird es sehr wohl möglich sein,

einen Hilfsdienstpflichtigen für zeitweise entbehrlich zu betrachten und einem bestimmten Betriebe für so lange zu überweisen, als er an der anderen Stelle nicht gebraucht wird.

6. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 21 S. 2. Die Vorschrift des § 7 Abs. 2, wonach die Heranziehung des Hilfsdienstpflichtigen durch die Einberufungsausschüsse damit zu beginnen hat, daß er zunächst die besondere schriftliche Aufforderung erhält und alsdann den Versuch zu machen hat, eine Beschäftigung im Hilfsdienste selber herbeizuführen, ist zwingend. Die Einberufungsausschüsse können also nach der jetzigen Gesetzeslage nicht sofort „überweisen". Sie brauchen aber, wie schon im „Kriegsamt" hervorgehoben wurde, einen Hilfsdienstpflichtigen nicht mehrere Male aufzufordern. Wer einmal aufgefordert wurde, kann nunmehr wiederholt überwiesen werden, ohne daß allemal eine „Aufforderung" dazwischengeschoben zu werden braucht.

7. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 12 S. 5. Bei der Rechtsabteilung ist angefragt worden, wie sich die Einberufungsausschüsse verhalten sollen, wenn sie einen Hilfsdienstpflichtigen heranziehen, der infolge Verurteilung zu Zuchthausstrafe oder infolge Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder Entfernung aus dem Heere oder der Marine die Fähigkeit zum Dienst in Heer und Marine nicht besitzt. Hat in einem solchen Falle der Einberufungsausschuß die Verpflichtung oder wenigstens die Berechtigung, den Arbeitgeber entsprechend zu verständigen? In der Anfrage, die der Rechtsabteilung vorliegt, wird die Befürchtung ausgesprochen, daß den Staat unter Umständen eine Schadensersatzpflicht treffen könnte, wenn der Einberufungsausschuß dem Arbeitgeber keine Mitteilung über jene Eigenschaft des Überwiesenen machte; während andererseits, wenn die Benachrichtigung stattfinden mußte, die Verwendung solcher Hilfsdienstpflichtigen sehr erschwert werden würde.

Hierzu ist zu bemerken:

Die Unfähigkeit zum Militärdienste aus einem der oben angegebenen Gründe steht der Heranziehung zum Hilfsdienst grundsätzlich nicht entgegen. Auch derjenige ist hilfsdienstpflichtig, der vom Dienste im deutschen Heere oder der kaiserlichen Marine ausgeschlossen ist. Er hat dann Gelegenheit, sich wenigstens im Hilfsdienste seinem Vaterlande nützlich zu machen. Auf keinen Fall besteht nun eine Pflicht des Einberufungsausschusses, den betreffenden Arbeitgeber dann zu verständigen, wenn der Hilfsdienstpflichtige nach empfangener besonderer schriftlicher Aufforderung selbst in einem kriegswichtigen Betriebe Arbeit sucht und findet. In diesem Falle trägt der Einberufungsausschuß keine Verantwortung. Anders, wenn der Einberufungsausschuß den Hilfsdienstpflichtigen einem bestimmten Arbeitgeber „überweist". Hier führen Erwägungen der Billigkeit und der schuldigen Rücksicht, die alle Volksgenossen aufeinander nehmen müssen, unbedingt dazu, daß der Arbeitgeber in geeigneter Weise unterrichtet werden muß. Das darf natürlich nicht in einer den Hilfsdienstpflichtigen verletzenden oder ihn unnötig schädigenden Weise geschehen. Der Takt wird hier den richtigen Weg weisen müssen. Aber ganz unterbleiben darf die Verständigung nicht. Der Einberufungsausschuß muß ja auch die Arbeitsbedingungen zwischen dem Überwiesenen und dem Arbeitgeber regeln. Er wird also in einem gewissen Sinne als Arbeitsvermittler tätig und kann als solcher den Arbeitgeber über ihm bekannte Mängel des Überwiesenen, die unter Umständen für die Entschließung des Arbeitgebers wesentlich sein könnten, nicht im unklaren lassen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß etwa der Einberufungsausschuß vor jeder Überweisung besondere Erkundigungen darüber anstellen soll, ob etwa der betreffende Hilfsdienstpflichtige vorbestraft ist usw. Aber wenn dem Ausschusse einmal so etwas bekannt geworden ist, darf er billigerweise eine angemessene Verständigung des Arbeitgebers nicht unterlassen. Es ist angesichts des großen Bedarfes an Arbeitskräften nicht anzunehmen, daß auf diese Weise der Hilfsdienst wesentlich beeinträchtigt werden könnte. Andererseits ist gerade der Hilfsdienst eine gute Gelegenheit, einen Fehltritt durch ehrliche Arbeit im Interesse des Vaterlandes zu sühnen: ein Gesichtspunkt, der von einsichtigen Arbeitgebern gewiß ernst gewürdigt werden wird.

Von diesem Standpunkte aus braucht auf die Frage der Schadensersatzpflicht des Staates nicht besonders eingegangen zu werden.

8. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 22 S. 2. Wenn bei der Prüfung der Einberufungsausschuß zu der Ansicht gelangt, daß er einem Betriebe Arbeitskräfte entziehen kann, und wenn alsdann etwa im Sinne von § 31 ff. der Verfahrensanweisung bei ihm eine „Vorstellung" erhoben wird, so gibt es drei Möglichkeiten:

a) der Einberufungsausschuß hält die Vorstellung für schlechthin unbegründet: dann läßt er sich im Heranziehungsverfahren nicht aufhalten; oder

b) er hält die Vorstellung für begründet: dann wird er die schon eingeleitete Heranziehungsmaßnahme einstellen oder zurücknehmen; oder

c) er kommt zu der Ansicht, daß die Frage der Kriegswichtigkeit oder der Übersetzung zweifelhaft ist: dann wird er gut tun, von sich aus die Entscheidung des Feststellungsausschusses zu betreiben, wozu er gemäß § 27 der Verfahrensanweisung auf dem Wege über die ihm übergeordnete Kriegsamtstelle ohne weiteres berechtigt ist. Der Einberufungsausschuß braucht es also nicht erst den Beteiligten zu überlassen, den Feststellungsausschuß ihrerseits anzurufen.

Wenn nun der Einberufungsausschuß, der einem bestimmten Betriebe gegenüber bereits mit der Herausziehung von Arbeitskräften begonnen hat, erfährt — in der Regel wird dies durch Mitteilung der Beteiligten geschehen —, daß letztere ihrerseits den Feststellungsausschuß angerufen haben, so daß also das Feststellungsverfahren bereits schwebt, so braucht deswegen der Einberufungsausschuß keineswegs das von ihm schon eingeleitete Heranziehungsverfahren sofort einzustellen, um auf die Entscheidung des Feststellungsausschusses zu warten. Auch hier muß er selbständig prüfen. Gelangt er dabei zu der Überzeugung, daß die Anrufung des Feststellungsausschusses durch die Beteiligten aussichtslos ist — aussichtlos namentlich gegenüber dem Umfange der beabsichtigten Heranziehungen —, so soll er sich nicht weiter stören lassen in dem Heranziehungsverfahren und mag es getrost darauf ankommen lassen, daß etwa noch rechtzeitig eine — für ihn allerdings dann maßgebende — abweichende Entscheidung des Feststellungsausschusses ergeht, oder daß ein inzwischen schon Überwiesener gemäß § 7 Abs. 4 des Hilfsdienstgesetzes Beschwerde einlegt. Kommt dagegen der Einberufungsausschuß pflichtgemäß zu der Überzeugung, daß die Anrufung des Feststellungsausschusses durch die Beteiligten nicht aussichtslos ist oder daß es sich wegen Zweifelhaftigkeit der Sache empfiehlt, die Entscheidung des Feststellungsausschusses abzuwarten, dann mag er letzteres tun.

9. Schiffer-Jund a. a. O. 35. Der Hilfsdienstpflichtige, dem eine besondere schriftliche Aufforderung im Sinne des § 7 Abs. 2 und 3 zugegangen ist, hat zunächst die Wahl, an welcher Stelle er selbst eine Beschäftigung im Hilfsdienste suchen will. Die Einberufungsausschüsse sind also nicht in der Lage, dem Hilfsdienstpflichtigen schon in der besonderen schriftlichen Aufforderung zwingend vorzuschreiben, wo er antreten soll. Natürlich steht nichts im Wege, und es ist sogar wünschenswert, daß gleich mit der besonderen schriftlichen Aufforderung ein entsprechender Hinweis, wo der Aufgeforderte sich melden könne und möge, verbunden wird. Die Nichtbefolgung dieses Hinweises hat jedoch eine Bestrafung aus § 18 Nr. 1 des Gesetzes nicht zur Folge. Wenn der Aufgeforderte dem Hinweise des Berufungsausschusses zuwider bei einer anderen Stelle Hilfsdienst annimmt, diese Stelle aber nicht als Hilfsdienstbetrieb anerkannt oder als „übersetzt" festgestellt wird, so kann er aus der von ihm gewählten Stelle wieder herausgezogen werden und zwar dadurch, daß er nochmals eine besondere schriftliche Aufforderung erhält. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß der Einberufungsausschuß aus dem Verhalten des aufgeforderten Hilfsdienstpflichtigen gleich den Schluß zieht, daß er entgegen der Aufforderung, „eine Beschäftigung . . . nicht herbeigeführt" habe, und ihn sodann gleich „überweist", vgl. § 7 Abs. 3 Satz 2. An derjenigen Stelle, wo der Aufgeforderte freiwillig in Beschäftigung tritt, bleibt er in Gemäßheit von § 9 des Gesetzes gebunden.

10. Herrmann a. a. O. 79. Inhaltlich ist die Überweisung das formelle Gebot, an einer genau bezeichneten Stelle eine bestimmte Beschäftigung aufzunehmen. Sie

ist nur öffentlich-rechtlicher Natur, bewirkt also nicht etwa das Zustandekommen eines Vertrages zwischen den Überwiesenen und dem Arbeitgeber, dem er zugewiesen ist. Vielmehr müssen diese beiden noch ein privatrechtliches Abkommen über Leistung und Gegenleistung treffen. Man darf erwarten, daß die überweisende Behörde die Vorschrift des § 8 HDG. beachten und von vornherein dafür Sorge tragen wird, durch Beschaffung angemessener Arbeitsbedingungen den Abschluß eines Dienst- oder Arbeitsvertrages zwischen dem Hilfsdienstpflichtigen und dem Unternehmer zu erleichtern. Auch die etwa bestehenden Arbeiter- bzw. Angestelltenausschüsse oder die Schlichtungsstelle (§§ 11—13 HDG.) werden dabei gute Dienste leisten. Ist trotzdem keine Einigung zu erzielen, so ergibt sich die eigentümliche Folge, daß der Überwiesene für den Unternehmer tätig sein muß, um nicht nach § 18 straffällig zu werden, obwohl er keinen Dienst- oder Arbeitsvertrag mit ihm eingegangen ist. Rechtlich wird dann das Verhältnis zwischen den beiden Parteien als Geschäftsführung ohne Auftrag im Sinne der §§ 677 ff. GBB. aufzufassen sein, auf Grund deren der Hilfsdienstpflichtige einen Anspruch auf die ortsübliche oder tarifmäßige Entschädigung für seine Leistungen hat. Da seine Tätigkeit im öffentlichen Interesse liegt, würde auch der ihr entgegenstehende ausgesprochene Wille des Geschäftsherrn nach § 679 BGB. nicht in Betracht kommen. Diese Beziehungen würden so lange fortbestehen, bis der Überwiesene den Abkehrschein (§ 9 HDG.) und damit Gelegenheit zum Wechsel der Beschäftigungsstelle erhielte.

11. Herrmann a. a. O. 82. Wenn die Überweisung völlig aufgehoben wird, so fällt dann der öffentlich-rechtliche Zwang für den Hilfsdienstpflichtigen, bei seinem derzeitigen Arbeitgeber tätig zu sein, fort. Damit wird jedoch noch nicht ohne weiteres das privatrechtliche Beschäftigungsverhältnis mit dem Unternehmer beendigt. Denn man kann nicht sagen, daß Verträge zwischen einem Überwiesenen und dem Arbeitgeber unter der auflösenden Bedingung (§ 158 Abs. 2 BGB.) des Erfolges einer Beschwerde gegen die Überweisung geschlossen werden. Wohl aber wäre die Aufhebung der Überweisung ein „wichtiger Grund" zur Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist im Sinne der §§ 626 BGB., 70 HGB. u. 124a GewO. Daß der wichtige Grund weder vom anderen Teile verschuldet zu sein noch überhaupt in dessen Person zu liegen braucht, sondern sich auch in der Person des Kündigenden selbst ereignen kann, ist von Wissenschaft und Rechtsprechung allgemein anerkannt. Dieser Fall ist hier gegeben. Der Hilfsdienstpflichtige wird von dem obrigkeitlichen Druck befreit, der allein ihn zur Aufnahme der augenblicklichen Tätigkeit veranlaßt hat, erhält mithin sein Selbstbestimmungsrecht wieder. Es kann ihm also nicht zugemutet werden, wider seinen Willen das ihm aufgezwungene Vertragsverhältnis fortzusetzen, und er ist befugt, die Arbeit niederzulegen, ohne Schadensersatzansprüche befürchten zu müssen. Daß er auch keine strafrechtlichen Folgen zu besorgen hat, ergibt sich ohne weiteres aus dem Wegfall der Überweisung. Dagegen werden die Vorschriften über den Abkehrschein (§ 9 HDG.) dadurch nicht berührt. Jedoch ist die Aufhebung der Überweisung in jedem Falle ein wichtiger Grund, den Abkehrschein gemäß § 9 Abs. 2 auch gegen den Willen des Arbeitgebers zu gewähren.

12. Herrmann a. a. O. 83. Dem auf den Hilfsdienstpflichtigen durch die Strafandrohung des § 18 HDG. ausgeübten Zwang, die ihm zugewiesene Tätigkeit aufzunehmen, stellt das Gesetz eine ausdrückliche Verpflichtung des Arbeitgebers, ihn in seinem Betrieb anzustellen weder unmittelbar noch mittelbar gegenüber. Daß sie trotzdem besteht, folgt aus Zweck und Absicht des Gesetzes. Nur sind die mit seiner Durchführung betrauten Behörden völlig frei in der Wahl der Mittel, um ihre Erfüllung zu erzwingen. Das kann in sehr wirksamer Weise z. B. bei der Vergebung von Aufträgen oder der Verteilung von Rohstoffen geschehen.

13. Groß, DStrafrZ. 17 69. Die Aufforderung zur freiwilligen Meldung bildet nach § 7 für die Heranziehung zum Hilfsdienst nur „die Regel". Diese Meldung ist aber Gefangenen naturgemäß verschlossen, soweit man nicht in geeigneten Fällen von der vorläufigen Entlassung des § 23 StGB. ausgiebigeren Gebrauch zu machen beabsichtigt.

§ 7 läßt demnach die Auslegung zu, daß die Heranziehung zum Hilfsdienst in Ausnahmefällen auch ohne vorherige Aufforderung zur freiwilligen Meldung möglich ist. Das Vorliegen eines Ausnahmefalles bei Insassen von Strafanstalten dürfte gegeben sein. In der Behandlung der Straf- und Untersuchungsgefangenen ergibt sich ein kleiner Unterschied. Erstere sind an sich in den Strafanstalten zu arbeiten verpflichtet und unterliegen daher, auch soweit ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind, ohne weiteres dem Hilfsdienst. Hinsichtlich der Untersuchungsgefangenen liegt die Sache insofern etwas anders, als diese nach der StPO. bekanntlich zur Arbeit nicht gezwungen werden können. Im Gesetz ist der Zwang nur als ultima ratio gedacht, da das Gesetz auf den Grundsätzen der Freiwilligkeit aus Vaterlandsliebe und Pflichtgefühl aufgebaut ist. Trotzdem wird die Anwendbarkeit des Zwanges arbeitsscheuen Untersuchungsgefangenen gegenüber ohne weiteres daraus herzuleiten sein, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes als eines Spezialgesetzes dem Strafgesetzbuch in seinem allgemeinen Teile als der Lex generalis vorgehen.

Das gleiche dürfte für Sicherheitsgefangene zu gelten haben.

14. Knipschaar a. a. O. 122. Die Arbeit, die der Hilfsdienstpflichtige leistet, bedeutet nicht die Erfüllung eines öffentlichen Rechts des Staates auf Arbeit in dem Sinne, daß der Hilfsdienstpflichtige als solcher im öffentlichen Dienste des Staates steht. Das Rechtsverhältnis zu dem Arbeitgeber ist nach den allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Rechts zu beurteilen. Es ist aber keineswegs ausgeschlossen, daß der Hilfsdienstpflichtige nicht auf Grund eines privaten Dienstverhältnisses, sondern als Beamter bei einer Staats- oder Gemeindebehörde angestellt wird, so daß ein öffentlich-rechtliches Beamtenverhältnis begründet wird. Z. B. entspricht es durchaus dem Zweck des Hilfsdienstgesetzes, daß ein verabschiedeter Beamter, der hilfsdienstpflichtig ist, bei seiner früheren Behörde auf Grund einer freiwilligen Meldung oder auf Grund einer Überweisung durch den Ausschuß wieder als Beamter angestellt wird. Ob in dem Einzelfall ein Beamtenverhältnis begründet wird oder ein privatrechtlicher Arbeitsvertrag vorliegt, ist nach den bisherigen allgemeinen Rechtsregeln zu beurteilen.

15. Muster von Dienstverträgen für Hilfsdienstpflichtige.

(Kriegsamt, AmtlMitt. 17 Nr. 7 S. 8, Nr. 13 S. 2.)

1. Dienstverträge bei Verwendung Hilfsdienstpflichtiger im Inland.

Dienstvertrag für die Hilfsdienstpflichtigen, die als Ersatz für Militärpersonen eingestellt werden.

Auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333)

Der .....

geboren am .....

(Militärverhältnisse) .....

wird hierdurch als

angestellt unter folgenden Bedingungen:

1. Der Dienstantritt erfolgt am

2. Die Art der Verwendung und die Regelung der Dienststunden des Angestellten bestimmt der Arbeitgeber. Es ist auch Sonntags Dienst zu leisten. Im Dienstinteresse ist auch außerhalb der festgesetzten Dienststunden zu arbeiten.

3. Die Vergütung beträgt M. (in Worten Mark) und ist nachträglich zahlbar.[1])

[1]) Im Falle des Bedürfnisses sind Zulagen zu gewähren für die zu versorgenden Familienangehörigen.

4. Die Kündigungsfrist ist (sofern nicht zunächst eine Probezeit vereinbart ist) 2 Wochen zum Monatsschluß.[1])

5. Für die Leistungen zur Kranken-, Invaliden- und Angestellten-Versicherung gelten, sofern nicht besondere Bestimmungen erlassen werden, die gesetzlichen Bestimmungen.

6. Im Krankheitsfalle ist dem Arbeitgeber sofort auf schnellstem Wege Mitteilung zu machen und auf Verlangen des Arbeitgebers ein ärztliches Attest einzureichen.

7. Nebenbeschäftigungen dürfen nur mit Zustimmung des Arbeitgebers übernommen werden. Die erteilte Zustimmung ist jederzeit widerruflich.

8. Der Angestellte ist zu unbedingtem Gehorsam gegenüber seinem Vorgesetzten, zu peinlichster Pflichttreue bei Erfüllung seiner Dienstobliegenheiten und zu jeder Förderung der vaterländischen Interessen verpflichtet; insbesondere hat er und zwar auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses über alle dienstlichen Vorgänge strengste Verschwiegenheit zu bewahren.

„Der . . . erkennt an, daß alle von ihm im dienstlichen Auftrage, mit dienstlichen Mitteln oder auf Grund dienstlicher Kenntnisse oder auf Grund dienstlicher Erfahrungen gemachten Erfindungen als dienstliche Erfindungen dem ausschließlichen Verfügungsrecht der Heeresverwaltung unterliegen und ohne deren Zustimmung zum Patent (Gebrauchsmuster) nicht angemeldet werden dürfen.

Um der Heeresverwaltung die Prüfung zu ermöglichen, ob gegebenenfalls eine dienstliche Erfindung vorliegt, verpflichtet sich der . . ., kein Patent oder Gebrauchsmuster während der Vertragsdauer ohne die vorher auf dem Dienstwege einzuholende Genehmigung des Kriegsministeriums nachzusuchen und unterwirft sich für jeden Fall der Zuwiderhandlung einer Vertragsstrafe von . . . Mark."

Der Angestellte bekennt durch seine Unterschrift, über das Gesetz betreffend Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juni 1914 sowie über die Bestimmungen der §§ 87 bis 93 und 139 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich vom 15. Mai 1871 unterrichtet worden zu sein.

9. Die sofortige Entlassung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist erfolgt beim Vorliegen eines wichtigen Grundes, insbesondere im Fall der Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen zu 7 und 8.

10. Etwa bestehende Hausordnungen gelten als Bestandteil des Vertrages.

11. Für die Stempelung dieses Vertrages gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

Datum .....

Unterschrift der anstellenden Behörde. — Unterschrift des Angestellten.

Zu dem vorstehenden Muster eines Dienstvertrages wird bemerkt:
(Erlaß des Kriegsamts v. 14. 1., 2. 4. 17.)[2])

1. Besondere Dienstverträge nach diesem Muster sind nur abzuschließen beim Eintritt von Hilfsdienstpflichtigen in solche Stellen oder Betriebe, für die die Arbeitsbedingungen nicht allgemein festgelegt sind. Soweit allgemeine Ordnungen über die Arbeitsbedingungen bestehen[3]), finden sie ebenso wie auf die nicht Hilfs-

---

[1]) Nach Bedarf zu ändern.

[2]) Anzuwenden auch auf die in den innerhalb Deutschlands z. B. in Elsaß-Lothringen gelegenen Teile des Operations- und Etappengebiets verwendeten Hilfsdienstpflichtigen (Erlaß des Kriegsamts v. 8. 6. 17, AmtlMitt. 17 Nr. 20 S. 2).

[3]) Hierzu: Verfügung des Kriegsamts v. 9. 6. 17 (AmtlMitt. 17 Nr. 21 S. 1): „. . . Selbstverständlich können solche Ordnungen da, wo sie bisher nicht bestanden haben, jederzeit geschaffen werden. Hiervon Gebrauch zu machen wird allen Dienststellen und kriegswirtschaftlichen Betrieben, für die solche Arbeitsordnungen in Betracht kommen können, dringend empfohlen.

dienstpflichtigen auch auf die hilfsdienstpflichtigen Arbeiter, ohne Unterschied, ob sie sich freiwillig gemeldet haben oder überwiesen worden sind, Anwendung.

2. (Zu Ziff. 3 des Musters). Allgemeine Anweisungen über die Vergütung können vorläufig nicht gegeben werden; maßgebend sind die ortsüblichen Sätze. Als ortsüblicher Lohn ist nicht der auf Grund der Versicherungsordnung von den Versicherungsbehörden festgesetzte „Ortslohn", sondern die Vergütung zu verstehen, die am Ort durchschnittlich für die betreffende berufliche Tätigkeit entrichtet wird.

   Im Falle des Bedürfnisses sind Zulagen für die zu versorgenden Familienangehörigen gemäß § 8 des Gesetzes zu gewähren. Es empfiehlt sich, sicherzustellen, daß die für die Versorgung der Angehörigen bestimmten Anteile ihnen auch wirklich zukommen.

3. (Zu Ziff. 4.) Die Kündigungsfrist kann nicht allgemein geregelt werden, sondern wird nach den bestehenden Bedürfnissen und Verhältnissen bei den betreffenden Stellen zu bestimmen sein.

4. (Zu Ziff. 8 Abs. 2, 3 [Erl. v. 2. 4. 17]). Dieser Zusatz ist nicht aufzunehmen in die Verträge mit solchen Hilfsdienstpflichtigen, die auf dem Gebiet ihrer Beschäftigung Erfindungen nicht machen können.

2. Dienstverträge bei Verwendung Hilfsdienstpflichtiger im besetzten Gebiet.

Mit den Hilfsdienstpflichtigen, die zur Verwendung im besetzten Gebiet angeworben werden, wird von der zuständigen Kriegsamtsstelle zunächst ein vorläufiger Dienstvertrag abgeschlossen (vgl. Nr. 5 S. 4), für den nachstehendes Formular zugrunde zu legen ist:

Vaterländischer Hilfsdienst.

Nr. .....

Vorläufiger Dienstvertrag

auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916.

1. Das Kriegsamt schließt mit dem Hilfsdienstpflichtigen

Vor- und Zuname: .....

in: .....

geboren am: .....

Stand: .....

Militärverhältnis: .....

einen vorläufigen Vertrag auf die Dauer von sechs Wochen bei zehntägiger Kündigungsfrist.

2. Der Dienstantritt erfolgt am: .....

in: .....

3. Der Hilfsdienstpflichtige wird in dieser Zeit im besetzten Gebiet für seine endgültige Verwendung vorgebildet und ausgewählt. Beschäftigung und Dienststunden regelt die militärische Behörde. Höchstzahl täglich 10 Stunden.

4. Der Hilfsdienstpflichtige erhält freie Eisenbahnfahrt vom Ort des Dienstantritts zum Bestimmungsort und zurück, freie Beköstigung und Unterkunft, freie ärztliche und Lazarettbehandlung und freie Benutzung der Feldpost. Außerdem erhält er eine Barvergütung in Höhe von täglich . . . M., die alle 10 Tage nachträglich zahlbar ist.

5. Die Versorgung von Hilfsdienstpflichtigen, die eine Kriegsdienstbeschädigung oder einen Unfall erleiden, sowie deren Hinterbliebenen wird noch besonders geregelt.

6. Der Hilfsdienstpflichtige untersteht während dieser Zeit den Militärgesetzen. Er ist verpflichtet zur Pünktlichkeit, peinlichster Pflichttreue und unbedingtem Gehorsam gegen die militärischen Stellen, die seine Vorbildung leiten. Er hat auch über die Vertragsdauer hinaus strengste Verschwiegenheit, besonders auch in Briefen, über militärische

Angelegenheiten zu wahren. Er hat in seinem Verhalten der Bevölkerung des besetzten Gebietes gegenüber alles zu vermeiden, was den guten Ruf des deutschen Heeres herabsetzen könnte.

7. Dieser vorläufige Dienstvertrag erlischt durch den Abschluß des endgültigen Vertrages. Derselbe wird mit der militärischen Behörde, welche den Hilfsdienstpflichtigen später beschäftigt, abgeschlossen.

Bei der Auswahl der endgültigen Beschäftigungsart wird nach Möglichkeit auf die Lebenshaltung, die Gesundheit, sowie auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen Rücksicht genommen werden. Sie richtet sich ferner nach den während der Dauer des vorläufigen Vertrages bewiesenen persönlichen Eigenschaften des Hilfsdienstpflichtigen.

8. Stempelkosten für diesen Vertrag werden dem Hilfsdienstpflichtigen zurückerstattet.

Für das Kriegsamt:

Die Kriegsamtstelle

.....

Name des Hilfsdienstpflichtigen

.....

Der endgültige Dienstvertrag wird mit dem Hilfsdienstpflichtigen erst im besetzten Gebiete selbst abgeschlossen und zwar von der Stelle, bei der er endgültige Beschäftigung findet. Diese hat naturgemäß die Arbeitsbedingungen im einzelnen festzusetzen. Ein Muster für den endgültigen Dienstvertrag, das nach Bedarf ergänzt werden kann, wird nachstehend bekanntgegeben.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Nr. .....

Vertrag

auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916.

D .....

schließt mit dem Hilfsdienstpflichtigen

Vor- und Zuname: .....

letzter Wohnort: .....

geboren am: .....

Stand: .....

Militärverhältnis: .....

einen Vertrag.

a) Allgemeine Bedingungen.

1. Der Hilfsdienstpflichtige untersteht während der Vertragsdauer und während seines Aufenthalts im besetzten Gebiet bis zur Beendigung des nach Vertragsablauf stattfindenden Rücktransports in die Heimat den Militärgesetzen.

Er ist zu Pünktlichkeit, peinlichster Pflichttreue, unbedingtem Gehorsam sowie gebührlichem Verhalten gegen die ihm vorgesetzten Dienststellen verpflichtet.

Er hat auch über die Vertragsdauer hinaus strengste Verschwiegenheit, besonders auch in Briefen, über militärische Angelegenheiten, sowie größte Zurückhaltung gegenüber den Landeseinwohnern zu wahren.

Er hat alles zu vermeiden, was den guten Ruf des deutschen Heeres in den Augen der feindlichen Einwohner herabzusetzen geeignet ist, wie Trunkenheit, ungesittetes Benehmen und dergleichen.

Die militärische Behörde ist unter Außerachtlassung der vertraglichen Kündigungs-

frist zu sofortiger Entlassung und Rückbeförderung des Hilfsdienstpflichtigen insbesondere berechtigt, wenn dessen Verhalten wichtige Heeresinteressen zu schädigen geeignet ist.

2. Der Hilfsdienstpflichtige erhält als äußeres Kennzeichen seiner vertraglichen Stellung eine Armbinde, welche er in und außer Dienst sichtbar zu tragen hat.

3. Der Hilfsdienstpflichtige erhält freie Beköstigung und Unterkunft, freie ärztliche und Lazarettbehandlung, freie Benutzung der Feldpost, freie Bahnfahrt im Militärtransport.

4. Die Versorgung der Hilfsdienstpflichtigen, die eine Kriegsbeschädigung oder einen Unfall erleiden, sowie deren Hinterbliebenen regelt sich nach den bestehenden Bestimmungen.

5. Kündigung und Beschwerden sind an die arbeitgebende Militärbehörde zu richten.

b) Besondere Bedingungen.

Der Hilfsdienstpflichtige findet Verwendung als: .....

bei: .....

Arbeitszeit regelt sich nach den an der Arbeitsstelle gegebenen Bestimmungen.

Dauer des Vertrages und Kündigungsfrist: .....

7. Er erhält an Löhnung, Gehalt (etwaigem Zuschlag als Familienunterstützung): .....

8. Während Urlaub und etwaiger Strafverbüßung wird kein Lohn gezahlt.

16. Kriegsamt 7. 3. 17 (Auszug) Amtl.Mitt 17 Nr. 10 S. 5. Auf Grund verschiedener Anfragen wird bestimmt:

A. Für Dienststellen mit bestehenden Lohnordnungen.

1. Diejenigen Dienststellen, bei denen schon vor dem Kriege Lohnordnungen und Annahmebedingungen usw. bestanden, durch welche die Tagelöhne und Monatsvergütungen besonders festgelegt waren, haben die bei ihnen eingestellten oder noch einzustellenden Hilfsdienstpflichtigen usw. ebenso wie ihre übrigen Arbeiter (Angestellten) abzufinden. Sofern dauernd ihre Leistungen infolge geringerer Arbeitsfähigkeit denen der übrigen Arbeiter nicht gleichkommen, kann die Vergütung der geringeren Leistungsfähigkeit entsprechend niedriger bemessen werden.

   Die Hilfsdienstpflichtigen erhalten also neben dem hiernach zuständigen Tagelohn oder der Monatsvergütung die durch die Erlasse vom 10. 10. 1916 Nr. 2598/9. 16. B 5, vom 28. 12. 1916 Nr. 1919/12. 16. Vw. IV. und vom 11. 11 1914 AVBl. 1914 S. 393 zugebilligten Familien- und Kinderkriegsbeihilfen Teuerungszulagen und Kriegszulagen.

2. Soweit andere Dienststellen während des Krieges derartige Lohnordnungen übernommen und die eingestellten Arbeitskräfte nach diesen abgefunden haben, kann dieses Verfahren beibehalten bleiben, sofern die Lohnordnungen den örtlichen Verhältnissen entsprechen. Die Prüfung dieser Frage unterliegt der nächst vorgesetzten Behörde im Benehmen mit der zuständigen Intendantur.

B. Für alle übrigen Dienststellen:

1. Löhne.

Die Entlohnung hat nach den jetzt für die betreffende Arbeitsleistung ortsüblichen Vergütungen zu erfolgen. (Vgl. Nr. 7, S. 8: „Dienstverträge bei Verwendung Hilfsdienstpflichtiger im Inland" und unten: „Einstellung und Entlohnung Hilfsdienstpflichtiger.")

Etwaige frühere Festsetzungen über Vergütungen für Bureaupersonal werden zwar als Anhalt gelten müssen, sind jedoch nicht unbedingt bindend. Für weibliches Bureaupersonal, dessen weitgehende Verwendung auch seitens der Truppen zu erfolgen hat, ergehen noch besondere Bestimmungen.

Kriegsteuerungszulagen, bzw. Kriegszulagen, Familien- und Kinder-Kriegsbeihilfen sind neben den unter Berücksichtigung der jetzt herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse gewährten ortsüblichen Vergütungen allgemein nicht zu zahlen. Im Falle be-

sonderen Bedürfnisses — vor allem, wenn Personen durch Beschäftigung außerhalb ihres Wohnsitzes genötigt sind, einen doppelten Haushalt zu führen — können nach Prüfung durch die Dienststellen Zulagen für die zu versorgenden Familienangehörigen im Sinne des § 8 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst gewährt werden. Soweit bisher über dieses Bedürfnis hinaus Zahlungen von Zulagen und Beihilfen erfolgt sind, kann es für die rückliegende Zeit sein Bewenden haben.

In größeren Orten ist eine Verständigung der Dienststellen durch die Garnisonkommandos über die Höhe der für die verschiedenen Leistungen als angemessen erscheinenden Beträge zweckmäßig, damit nicht für gleiche Arbeiten und Leistungen an demselben Orte verschiedene Vergütungen gezahlt werden.

2. Arbeitsstunden. Sonntagsarbeit. Überstunden.

Die Zahl der Arbeitsstunden in den einzelnen Dienstzweigen ist nach dem jeweiligen Ortsgebrauch festzusetzen. Im allgemeinen wird eine neunstündige reine Arbeitszeit als angemessen gelten können.

Sonntagsarbeit oder vorübergehende Mehrarbeit der gegen Monatsvergütung angenommenen Personen ist nicht besonders zu entschädigen, sie wird vielmehr bei Bemessung der Gesamtvergütung zu berücksichtigen und vertraglich auszubedingen sein. Den gegen Tagelohn beschäftigten Personen kann für Sonntags- oder vorübergehende Mehrarbeit neben dem unter Zugrundelegung des Tagelohnes zu ermittelnden Stundenlohn eine nach Ortsgebrauch zu bemessende Zulage gewährt werden.

3. Arbeit in der Nachtzeit, Wachtdienst.

Für Arbeitsleistungen, welche regelmäßig in die Nachtzeit fallen (z. B. bei Küchen- und Wachtpersonal) sind keine besonderen Zulagen zu gewähren, vielmehr ist die Entlohnung entsprechend den Leistungen zu bemessen.

Für Leute, die Wachtdienst leisten, ist die Vergütung zweckmäßig für einen Zeitraum von etwa einer Woche festzusetzen, damit Zweifel über die Frage der Bezahlung für die zwischen den Wachttagen liegende Ruhezeit nicht aufkommen. Wenn sich die Dienstleistung infolge Neueintritts oder Ausscheidens aus dem Dienstverhältnis nicht auf die ganze Woche erstreckt, so sind die in die Dienstleistung fallenden Wach- und Ruhetage mit je $^1/_7$ des Wochensatzes zu vergüten.

4. Zahlungstermine für die Löhne.

Die Zahlungstermine für die Löhne unterliegen den im Vertrage getroffenen Vereinbarungen. Soweit solche nicht erfolgt sind, gelten die ortsüblichen Termine. Wochenweise Zahlung wird die Regel sein, falls nicht Monatsvergütung vereinbart ist.

5. Vorschüsse.

Vorschußzahlung kann im Falle des Bedürfnisses nach Ermessen der Dienststellen erfolgen.

6. Unterkunft .....
7. Verpflegung ..... } (werden, soweit sie nach den bestehenden Bestimmungen gewährt werden, auf den Lohn angerechnet.)
8. Bekleidung und Waffen .....
9. Eisenbahnfahrten .....

10. Allgemeines.

Soweit die bestehenden Arbeitsverträge den vorstehenden Gesichtspunkten nicht Rechnung tragen, sind sie zum nächsten Termin abzuändern.

Vorstehenden Bestimmungen entgegenstehende Anordnungen gelten hiermit als aufgehoben, hier vorliegende Anfragen finden hierdurch ihre Erledigung.

17. Kriegsamt, 1. 3. 17 (AmtlMitt. 17 Nr. 10 S. 8). Hilfsdienstpflichtigen, die sich zur Verwendung im besetzten Gebiet bereit erklärt haben, wird auch freie Eisenbahnfahrt (IV. Klasse) vom Wohnort zur Kriegsamtstelle gewährt.

Als Ausweis zur Erstattung des Fahrgeldes gilt der Abmeldeschein der Polizei- oder Ortsbehörde des letzten Wohnortes.

Das Fahrgeld ist zunächst von dem Hilfsdienstpflichtigen zu verauslagen und wird nach Eintreffen bei der Kriegsamtstelle von dieser zurückerstattet.

§ 9.

(Erläuterung 1 bis 4 in Bd. 4, 859.)

I. Grundsatz des Abkehrscheins.

5. Schiffer-Junck a. a. O. 47. Von den Bestimmungen des § 9 werden Beschäftigungslose sowie diejenigen, die an anderen als den in § 2 bezeichneten Stellen, oder die zwar an einer solchen Stelle, jedoch nicht kraft Dienst- oder Arbeitsvertrags, sondern selbständig tätig sind oder gewesen sind, nicht berührt. Ebensowenig aber werden diejenigen erfaßt, die zwar aus einer der im § 2 bezeichneten Stellen kommen, aber entweder überhaupt nicht mehr arbeiten oder sich selbständig machen wollen. Hier muß die Heranziehung gemäß § 7 aushelfen. Dagegen ist es gleichgültig, ob auch die neue Stelle zu den in § 2 bezeichneten gehört, ob die alte oder die neue Arbeit eine langdauernde oder nur vorübergehende und gelegentliche, ob sie entgeltlich oder unentgeltlich geleistet ist. Es genügt, daß das Arbeitsverhältnis überhaupt rechtserheblich, vertragsmäßig ist und nicht eine bloß unverbindliche Gefälligkeit darstellt.

6. Herrmann a. a. O. 88. Zweifel können darüber bestehen, welches der Zeitpunkt des In-Beschäftigung-Nehmens ist, ob der Augenblick des Vertragschlusses oder der Erfüllung des Vertrages durch Dienstleistung bzw. Lohnzahlung. Seine Feststellung ist wichtig für die Berechnung der zweiwöchigen Frist. Wählt man die erste Möglichkeit, so darf vor Ablauf der zwei Wochen auch nicht das Übereinkommen zwischen dem Hilfsdienstpflichtigen und dem neuen Arbeitgeber getroffen werden, wenn nicht zugleich der Abkehrschein vorliegt. Diese Auslegung würde aber über den Zweck des Gesetzes hinausgehen und für den Hilfsdienstpflichtigen eine unnötige Erschwerung seines Fortkommens bedeuten. Daß sie nicht beabsichtigt ist, ergibt auch der Abs. 3 des § 9. Wenn er besagt, daß als wichtiger Grund zur Ausstellung des Abkehrscheins gegen den Willen des Arbeitgebers eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen anzusehen ist, so muß auch dem Hilfsdienstpflichtigen ein Weg offen stehen, sich die Unterlage für die Geltendmachung dieses wichtigen Grundes zu beschaffen. Denn es wird nicht genügen, wenn die Aussicht auf eine Verbesserung seiner Lage in nebelhafter Ferne liegt, sondern er muß dem zur Entscheidung berufenen Ausschuß etwas Greifbares bieten können. Das einzig schlagende Beweismittel wäre ein Vertrag mit dem neugewählten Arbeitgeber, der die Besserstellung des Hilfsdienstpflichtigen in dem zukünftigen Dienst- oder Arbeitsverhältnis deutlich erkennen läßt. Aus diesen Erwägungen heraus ist als Zeitpunkt des In-Beschäftigung-Nehmens erst derjenige zu betrachten, in dem der Vertrag von einer Seite erfüllt wird, gleichviel wann der Vertrag selbst geschlossen ist. Demnach ist es zulässig, schon vor Beibringung des Abkehrscheines und vor Ablauf von zwei Wochen mit dem Hilfsdienstpflichtigen einen Dienst- oder Arbeitsvertrag einzugehen; die Einstellung in den Betrieb jedoch oder Zahlung von Lohn bzw. Gehalt darf erst nach Vorweisung des Scheins, oder wenn die Frist von zwei Wochen verstrichen ist, erfolgen [ebenso Schiffer-Junck a. a. O. 48]. Allen Schwierigkeiten würden die Beteiligten aus dem Wege gehen, wenn sie das Abkommen über das neue Beschäftigungsverhältnis unter der Bedingung träfen, daß der Abkehrschein bis zu einem gewissen — bestimmten oder unbestimmten — Zeitpunkt beschafft werde. Bis zum Eintritt dieser aufschiebenden Bedingung (§ 158 Abs. 1 BGB.) würde dann ein Schwebezustand herrschen und erst nach ihrer Erfüllung ein rechtswirksamer Vertrag vorliegen.

7. Schiffer-Junck a. a. O. 50. Wird dem Abkehrschein eine Zeitbestimmung oder eine Bedingung hinzugefügt, so ist zu unterscheiden: Die Bestimmung eines Anfangstermins für die Wirkung des Abkehrscheins ist nicht zu beanstanden. Die Bestimmung

eines Endtermins und die Hinzufügung einer auflösenden Bedingung beeinträchtigen die Wirksamkeit des Abkehrscheins nicht, sondern erzeugen höchstens eine vertragsmäßige Verpflichtung zur Auflösung des neuen Vertragsverhältnisses und zum Wiedereintritt in die frühere Beschäftigung. Eine aufschiebende Bedingung ist mit dem Wesen des Abkehrscheins unverträglich. Sie nimmt ihm die Wirkung auch dann, wenn sie bei einer Geltendmachung bereits eingetreten ist. Denn der Abkehrschein muß das Recht zum Ausscheiden aus sich ergeben und darf nicht auf Umstände außerhalb seiner verweisen. Unbedenklich ist ein Zusatz, der erkennen läßt, daß der Abkehrschein nur behufs Übertritts in einen bestimmten anderen Betrieb erteilt ist; dann wirkt er auch nur zugunsten des Inhabers dieses Betriebes. Die Hinzufügung anderweiter Merkmale, Zeugnisse oder Bemerkungen wird vom Arbeitnehmer zurückgewiesen werden können.

8. Herrmann a. a. O. 92. Der Hilfsdienstverpflichtete hat keinen klagbaren, im Rechtswege zu verfolgenden Anspruch auf Erteilung des Abkehrscheins. Er kann nur den Schlichtungsausschuß anrufen, um Ersatz dafür zu erlangen (§ 9 Abs. 2 HDG.; im Ergebnis übereinstimmend GG. Hamburg [in Bd. 4, 860]. Dagegen ist die Bestimmung des § 1 AV. II, welche den Arbeitgeber zur Ausstellung des Abkehrscheins anhält, ein Schutzgesetz im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB. Ihre Nichtbeachtung macht deshalb den Unternehmer schadensersatzpflichtig. Der hieraus dem Hilfsdienstpflichtigen erwachsende Anspruch ist ein rein privatrechtlicher, der vor den Gerichten geltend gemacht werden muß.

9. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 8 S. 5. Die Pflicht des Arbeitgebers, den Abkehrschein im Sinne von § 9 des Hilfsdienstgesetzes auszustellen — falls der Arbeitgeber zustimmt —, ist, wie nunmehr nach § 1 der BO. v. 30. 1. 17 ganz klar ist, eine Rechtspflicht des Arbeitgebers. Der Rechtsabteilung liegen mehrere Fälle vor, wo sich der Arbeitgeber darauf beschränkt hat, dem ausscheidenden Arbeitnehmer zu bescheinigen, daß das Arbeitsverhältnis ordnungsmäßig aufgelöst sei. Das genügt nicht. Denn das HDG. berechtigt den Arbeitgeber dazu, den Arbeitnehmer, auf dessen weitere Tätigkeit er im Interesse seines Betriebes Wert legt, das Ausscheiden nicht zu gestatten, und zwar, obwohl der Arbeitsvertrag durch den Arbeitnehmer zur Auflösung gebracht worden ist. Ist aber der Arbeitgeber damit einverstanden, daß der Arbeitnehmer ausscheidet, so muß er ihm dies auch bescheinigen. Diese Bescheinigung ist der eigentliche Inhalt des Abkehrscheins. Erhält der hilfsdienstpflichtige Arbeitnehmer keine derartige Bescheinigung, so findet er mindestens vierzehn Tage lang keine anderweite Beschäftigung, da ihn ein anderer Arbeitgeber nach § 9 Abs. 1 und § 18 Nr. 2 HDG. nicht in Beschäftigung nehmen darf. Der Arbeitnehmer würde also geschädigt werden, und es ist kein Zweifel, daß ihm der Arbeitgeber, der keine genügende Bescheinigung ausstellte, schadenersatzpflichtig sein kann. Wozu übrigens zu bemerken ist, daß nach §§ 3 und 4 der BO. v. 30. 1. 17 das alte Beschäftigungsverhältnis bis zur Entscheidung des Schlichtungsausschusses fortgesetzt werden soll.

Damit dem Fortkommen des hilfsdienstpflichtigen Arbeitnehmers keine Schwierigkeiten erwachsen, schreibt § 1 BO. vor, daß der Abkehrschein von jedem Arbeitgeber, der auf die weitere Tätigkeit eines Arbeitnehmers verzichtet, ausgestellt werden muß. Es kommt hiernach für die Erteilung des Abkehrscheins nicht darauf an, ob der Betrieb des Arbeitgebers, bei dem der Arbeitnehmer beschäftigt war, gerade ein Hilfsdienstbetrieb war: der Abkehrschein ist stets erforderlich, wenn es sich um einen hilfsdienstpflichtigen Arbeitnehmer handelt.

Da somit die Erteilung des Abkehrscheins, und insbesondere die Erteilung eines vollkommenen Abkehrscheins eine sehr wichtige Sache ist, schlägt die Rechtsabteilung vor, sich folgender Muster zu bedienen:

1. Muster für den Abkehrschein, den der Arbeitgeber ausstellt:

Dieser Schein ist bei der einstellenden Firma abzugeben.

Abkehrschein

(§ 9 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst)

Dem ....., geboren am ....., der vom ..... bis ..... bei mir — uns — in dem (Ort, Straße, Hausnummer) belegenen Betriebe beschäftigt war, wird hiermit bescheinigt, daß er die Beschäftigung bei mir — uns — mit meiner — unserer — Zustimmung aufgegeben hat.

....., den 191

Unterschrift
(Name oder Firma des Arbeitgebers oder der Organisation)

2. Muster für die Bescheinigung, die der Schlichtungsausschuß auf die Beschwerde des Arbeitnehmers ausstellt:

Dieser Schein ist bei der einstellenden Firma abzugeben.

Dem ....., geboren am ....., der vom ..... bis ..... bei (Name oder Firma des Arbeitgebers oder der Organisation) in dem (Ort, Straße, Hausnummer) belegenen Betriebe beschäftigt war, wird gemäß § 9 Abs. 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst diese Bescheinigung als Abkehrschein erteilt.

....., den 191

Schlichtungsausschuß

.....
Unterschrift des Vorsitzenden

Im Vorstehenden ist der notwendige Inhalt dieser Bescheinigungen angegeben. Oft wird es aber empfehlenswert sein, dem Abkehrschein noch einen anderen Inhalt zu geben. Nämlich dann, wenn der Arbeitnehmer die Stelle deswegen wechselt, weil ihm von einem anderen Arbeitgeber bessere Arbeitsbedingungen, insbesondere höherer Lohn, geboten werden. Das Gesetz schreibt zwar nicht ausdrücklich vor, daß der Abkehrschein in solchem Falle nur für den Übergang in diesen neuen Betrieb gilt, und ein dritter Arbeitgeber, der den Arbeitnehmer in Beschäftigung nähme, würde kaum strafbar sein. Anders läge die Sache, wenn in dem Abkehrschein diejenige andere Stelle ausdrücklich genannt würde, mit deren günstigeren Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer sein Verlangen gegenüber seinem bisherigen Arbeitgeber oder gegenüber dem Schlichtungsausschusse begründet hat. Es ist ja auch nicht unbillig, wenn der Arbeitnehmer seine neue Beschäftigung nur dort suchen soll, wo ihm bessere Arbeitsbedingungen und damit der wichtige Grund zum Ausscheiden geboten wurden. Aus allen diesen Erwägungen ist es zwar nicht unbedingt nötig, wohl aber zulässig und sogar wünschenswert, wenn den Bescheinigungen gegebenen Falles — der wichtige Grund kann ja auch auf anderen Umständen beruhen, z. B. Krankheit des Arbeitnehmers —, ein Zusatz folgenden Wortlauts hinzugefügt wird:

um bei ..... in .....
in Beschäftigung zu treten.

Im Anschluß hieran muß darauf hingewiesen werden, daß sich Arbeitgeber hüten sollen, eine hilfsdienstpflichtige Person bei sich einzustellen, die keinen Abkehrschein im Sinne des § 9 — oder auch keinen sog. Befreiungsschein, vgl. § 34 der Anweisung über das Verfahren usw. vom 30. 1. 17 — besitzt. Nach § 18 Nr. 2 kann mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 M. oder mit einer dieser Strafen oder mit Haft bestraft werden,

wer der Vorschrift im § 9 Abs. 1 zuwider einen Arbeiter beschäftigt.

Wenn an dieser Stelle des Gesetzes nur vom „Arbeiter" die Rede ist, so ist das sicher nur eine ungenaue Ausdrucksweise. Gemeint sind zweifellos Arbeitnehmer aller Art, auch Angestellte. Allerdings bezieht sich das Verbot des § 9 Abs. 1 und die Strafdrohung in § 18 Nr. 2 nur auf solche Hilfsdienstpflichtige, die noch in einem Hilfsdienstbetrieb beschäftigt sind oder in den letzten zwei Wochen beschäftigt waren. Danach würde sich der neue Arbeitgeber nicht strafbar machen, wenn er einen Hilfsdienstpflichtigen anstellte, der die letzten zwei Wochen beschäftigungslos gewesen war. Aber er wird sich hierüber vergewissern müssen, und es ist unwahrscheinlich, daß ein Arbeitgeber vor den Strafgerichten leicht Gehör findet, wenn er einwendet, er habe geglaubt, daß der von ihm angestellte Arbeitnehmer die letzten zwei Wochen gefeiert habe. Denn darüber, bis wann der Arbeitnehmer an einer anderen Arbeitsstelle tätig gewesen ist, kann sich der neue Arbeitgeber leicht unterrichten, indem er sich z. B. das Abgangszeugnis, das dem Arbeitnehmer nach § 113 der Gewerbeordnung ausgestellt werden muß, oder die Quittungskarte oder das Krankenkassenbuch vorlegen läßt. Wer dies nicht tut, handelt auf seine Gefahr. Am sichersten geht er, wenn er sich, ehe er den Arbeitnehmer einstellt, darum kümmert, ob dieser einen Abkehrschein im Sinne von § 9 HDG. oder einen Befreiungsschein besitzt, und sich diese Bescheinigung vorlegen läßt. Dann ist er sicher, keinen Verstoß gegen das HDG. zu begehen. Das alles liegt natürlich nicht nur im Interesse des Arbeitgebers selbst, sondern auch im Interesse des vaterländischen Hilfsdienstes und seiner hohen Aufgabe, an der alle mitschaffen müssen, wenn sie erreicht werden soll.

10. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 15 S. 2.

Losschein und Abkehrschein.

In einigen Gegenden Deutschlands ist es üblich, dem kündigenden landwirtschaftlichen Arbeiter eine Bescheinigung (Losschein, Losungsschein, Ziehschein) folgenden Wortlauts zu erteilen: „Der N. N. darf sich zu Martini einen anderen Dienst suchen." Dieser Schein wird üblicherweise alsbald nach der Kündigung ausgestellt und dem Arbeitnehmer ausgehändigt. Es fragt sich, wie er sich zu dem Abkehrschein des § 9 Abs. 1 des Hilfsdienstgesetzes verhält.

Die Bestimmungen des § 9 lassen die bestehenden Vorschriften über die Ausstellung von Arbeitspapieren unberührt. Sind solche erst beim Abgange auszuhändigen, wie das Abgangszeugnis des § 113 der Gewerbeordnung, so erhält sie auch der Hilfsdienstpflichtige erst, wenn er die Beschäftigung niederlegt, — in der Regel also gleichzeitig mit dem Abkehrschein. Sind sie nach Gesetz oder Übung schon bei der Kündigung zu übergeben, wie in manchen Gegenden das Dienstbuch des Gesindes, so wird hieran auch durch das Hilfsdienstgesetz nichts geändert. Aus der Hergabe solcher Papiere ist jedoch noch nicht zu folgern, daß der Arbeitgeber mit dem Ausscheiden des Arbeitnehmers nach Ablauf der Kündigungsfrist einverstanden und zur Erteilung des Abkehrscheins bereit ist. Es wird vielmehr Frage des einzelnen Falles sein, ob ein solches Einverständnis anzunehmen oder zu verneinen ist. Da aber immerhin die Möglichkeit besteht, daß unter Umständen aus der vorbehaltlosen Aushändigung solcher Papiere gefolgert werden könnte, daß der Arbeit-

geber seinerzeit auch den Abkehrschein nicht verweigern wollte, so empfiehlt es sich für den Arbeitgeber, falls er sich seine Rechte aus § 9 Abs. 1 des Hilfsdienstgesetzes vorbehalten will, dies gleichzeitig ausdrücklich zu erklären. Unterläßt er dies nicht nur, sondern äußert er sogar bei Aushändigung der Arbeitspapiere, daß er damit auch seine Zustimmung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes erteile, so ist er hieran gebunden; ein Widerruf dieser Erklärung ist nicht zulässig. Bei dieser Rechtslage könnte der Wortlaut des „Losscheins" dem Arbeitnehmer eine Handhabe geben, auch gegen den Willen des Arbeitgebers die Stelle zu verlassen; denn der Schlichtungsausschuß würde voraussichtlich aus der in dem Losscheine enthaltenen Erklärung die unwiderrufliche Zustimmung zum Ausscheiden im Sinne des Hilfsdienstgesetzes folgern. Unter diesen Umständen muß dem Arbeitgeber das Recht zugestanden werden, auf den Losschein, dessen Hergabe er ja nicht verweigern darf, einen Vermerk des Inhalts zu setzen, daß er sich sein Recht vorbehalte, den Abkehrschein auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zu versagen. Will der Arbeitnehmer sich hiermit nicht zufriedengeben, so ist es ihm unbenommen, jederzeit bis zum Ablaufe der Kündigungsfrist — also auch sofort — den Schlichtungsausschuß anzurufen und dort den Nachweis zu führen, daß er einen „wichtigen Grund" im Sinne des § 9 Abs. 2, 3 des Hilfsdienstgesetzes hat, nach Beendigung seiner Dienstzeit aus seiner Stelle auszuscheiden. Gelingt dieser Nachweis, so wird der Ausschuß ihm gemäß § 9 Abs. 2 Satz 3 daselbst zu bescheinigen haben, daß er zu dem angegebenen Zeitpunkt den Dienst verlassen darf. Durch diese Bescheinigung wäre dem in dem Losschein enthaltenen Vorbehalt die Wirkung genommen, so daß dem Arbeitnehmer ein Schaden aus ihm nicht erwachsen könnte. Erteilt der Ausschuß den Abkehrschein nicht, so ist damit durch die zuständige Stelle zum Ausdruck gebracht, daß der Arbeitnehmer in seinem jetzigen Dienste verbleiben soll, und er kann daher ebenfalls keine Schadensersatzansprüche gegen den Arbeitgeber erheben, wenn er infolge des im Losschein enthaltenen Vorbehalts keinen anderen Dienst findet.

11. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 21 S. 3. Der Abkehrschein wird durch die Überweisung ersetzt. Der Sinn und die Aufgabe des Hilfsdienstgesetzes zwingen dazu, dies anzunehmen. Die Einrichtung des Abkehrscheins ist im Interesse des Hilfsdienstes getroffen worden, und zwar um zu verhindern, daß eine Beschäftigung im Hilfsdienste ohne wichtigen Grund aufgegeben wird; es soll keine unnötige Abwanderung von Arbeitskräften stattfinden und deswegen der einzelne Hilfsdienstpflichtige an der Stelle, wo er einmal nützlichen Hilfsdienst leistet, festgehalten werden können. Der zu diesem Zwecke in § 9 und § 18 Nr. 2 des Gesetzes geordnete Zwang ist bekanntlich nur ein mittelbarer, insofern dem neuen Arbeitgeber Strafe angedroht wird, wenn er einen Hilfsdienstpflichtigen ohne Abkehrschein in Arbeit nimmt. Es wäre aber ganz widersinnig, diese Bestimmungen des Gesetzes auch dann anzuwenden, wenn der Hilfsdienstpflichtige durch einen Einberufungsausschuß überwiesen wird. Denn er soll auf diese Weise ja gerade einer Beschäftigung im Hilfsdienste zwangsweise zugeführt werden, und es ist nicht angängig, eine andere Bestimmung des Hilfsdienstgesetzes dazu zu verwenden, um diese Maßnahmen des Einberufungsausschusses zu durchkreuzen. Eine Gesetzesauslegung, die zu einem Widerspruch des Gesetzes gegen sich selbst oder gar zu einem Widersinn führt, muß immer verworfen werden.

12. GewG. Bremen (Kriegsamt 17 Nr. 25 S. 2). Der Arbeitgeber ist zur Ausstellung des Abkehrscheins auch ohne Mahnung verpflichtet. Schadensersatz wegen Vorenthaltung des Abkehrscheines kann aber nur verlangt werden, wenn der Arbeitgeber dieser Verpflichtung trotz Mahnung nicht entspricht.

13. Hahn a. a. O. 182. Der § 9 HDG. erstreckt sich zweifellos auf die Preuß. GesindeO. v. 8. Nov. 1810, wenngleich § 626 BGB. — fristlose Kündigung aus wichtigem Grund — für das Gesinderecht nicht gilt. Selbstverständlich gilt trotz des § 9 Abs. 3 HDG. § 3 des Ges. von 1854 (Koalitionsverbot).

14. GewG. Duisburg, GewuKfmG. 17 47. Der Arbeiter, der mangels eines Abkehrscheines arbeitslos war, kann Schadenersatz nicht verlangen, wenn er wegen der Verweige-

rung des Scheines den Schlichtungsausschuß nicht angerufen, das Arbeitsverhältnis auch nicht fortgesetzt hat.

15. Wille a. a. O. 30. Erfüllt der Arbeitgeber die ihm obliegenden Verpflichtungen nicht, beschäftigt er die Dienstpflichtigen z. B. nur gegen niedrigeren Lohn, so wird regelmäßig durch den Schlichtungsausschuß auf Erteilung des Abkehrscheins zu erkennen sein. Denn die Nichterfüllung einer zugunsten des Arbeitnehmers begründeten gesetzlichen Pflicht durch den Arbeitgeber muß als wichtiger Grund zum Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis gelten. Dagegen bildet die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Weitergewährung gleichwertiger Arbeitsbedingungen keinen Bestandteil des Arbeitsvertrages. Der Dienstpflichtige kann deshalb auf die Weitergewährung seines bisherigen Arbeitslohnes Klage nicht erheben.

16. Laubünger, GewuKfmG. 22 297. Da nach § 3 der Bek. v. 30. 1. 17 der Arbeitgeber bei Verweigerung des Abkehrscheins den Arbeiter weiterbeschäftigen muß und da der Arbeitnehmer, der die Beschwerde erhoben hat, nach § 4 zur Weiterarbeit verpflichtet ist, so besteht das Beschäftigungsverhältnis fort, auch wenn der Kläger in der Zeit bis zur Entscheidung nicht weiterarbeitet. Die zwei Wochen des § 9 werden erst von der Entscheidung des Schlichtungsausschusses an rechnen können.

II. Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses (§ 9 Abs. 2).

1. Kriegsamt v. 10. 3. 17 (Auszug) AmtlMitt. 17 Nr. 11 S. 7. In die Schlichtungsausschüsse sind vom Kriegsamt auf seiten der Arbeitnehmer ausschließlich gewerbliche Arbeiter, auf seiten der Arbeitgeber nur zu einem Teil landwirtschaftliche Arbeitgeber berufen worden. Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in der Landwirtschaft ist es geboten, in den vorwiegend land- und forstwirtschaftlichen Bezirken für diese Betriebe bei den Schlichtungsausschüssen besondere landwirtschaftliche Spruchkammern zu bilden, bei denen sowohl die ständigen, wie die unständigen Vertreter der Arbeitgeber und -nehmer aus der Landwirtschaft entnommen sind. Die Zuständigkeit dieser Kammern, die unter dem Vorsitz der Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse zusammentreten, soll sich auf die Entscheidung über Erteilung von Abkehrscheinen an Land- und Forstarbeiter, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und -nehmern in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gemäß § 13 HDG. erstrecken. Für die Frage, welche Betriebe als land- und forstwirtschaftliche Betriebe anzusehen sind, ist im Zweifel maßgebend, ob der betreffende Arbeiter einer Landkrankenkasse angehört oder nach § 235 der RVO. angehören müßte.

Die Kriegsamtstellen werden ersucht, für die . . . Ausschüsse im Auftrage des Kriegsamts je 2 ständige land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeber und -nehmer und je 4 Stellvertreter für diese Kammern zu ernennen. Hinsichtlich der Arbeitgeber sind Vorschläge von den zuständigen Landwirtschaftskammern einzuholen. Die Arbeitnehmer-Vertreter sind aus den dem Kreise der Versicherten angehörigen Vorstandsmitgliedern der Landkrankenkassen oder, sofern besondere Landkrankenkassen nicht bestehen, der für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zuständigen Krankenkassen, auch landwirtschaftlichen Betriebskrankenkassen, zu bestimmen. Es ist hierbei darauf zu achten, daß wirkliche ländliche Arbeiter berufen werden. Die Ernennung der unständigen Mitglieder bleibt auch hier den Vorsitzenden der Ausschüsse überlassen. In denjenigen Gegenden, in denen Organisationen der Land- und Forstarbeiter (Deutscher Landarbeiterverband, Zentralverband der Land-, Forst- und Weinbergsarbeiter) stark vertreten sind, sind Vorschläge von diesen Organisationen einzuholen und dem Stärkeverhältnis der organisierten zu den unorganisierten Mitgliedern entsprechend zu berücksichtigen. Die Ernennung der unständigen Mitglieder bleibt dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses überlassen.

Die Liste der zu ernennenden Mitglieder und Stellvertreter ist vor der Ernennung . . . dem Kriegsamt zur Genehmigung vorzulegen.

Die in die Schlichtungsausschüsse berufenen landwirtschaftlichen Arbeitgeber würden nach Bildung der landwirtschaftlichen Spruchkammern aus den Hauptausschüssen auszu-

scheiden und an ihre Stelle Vertreter von Handel, Industrie und Handwerk zu treten haben. In dieser Richtung wird seinerzeit das Kriegsamt das Notwendige veranlassen.

2. Erlaß des Kriegsamts v. 27. 1. 17 in gegenw. Fassg. (Auszug), AmtlMitt. 17 Nr. 7 S. 7. a) Die durch § 9 Abs. 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vorgeschriebenen Schlichtungsausschüsse sind gebildet und treten am 1. Februar ds. Js. an die Stelle der auf Grund der Übergangsbestimmungen des Bundesrats vom 21. Dezember 1916 von den stellvertretenden Generalkommandos errichteten vorläufigen Ausschüsse, deren Wirksamkeit gesetzlich mit dem 31. Januar 1917 aufhört.

b) Sitz und Zusammensetzung der gebildeten Ausschüsse ist aus einer den Kriegsamtstellen übersandten Liste der Vorsitzenden und ständigen Mitglieder der Ausschüsse zu ersehen. Die Ernennung der Vorsitzenden und der Mitglieder ist unmittelbar durch das Kriegsamt erfolgt.

c) Die Ernennung der unständigen Mitglieder überträgt das Kriegsamt den Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse als seinen Beauftragten. Hierzu wird angeordnet, daß für alle Fälle, in denen ein Angehöriger der sog. wirtschaftsfriedlichen Arbeiter-Organisationen (Hauptausschuß nationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands, Kartellverband deutscher Werkvereine, Deutsche Staatshandwerker- und Arbeitergemeinschaft, Verband deutscher Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter) vor den Schlichtungsausschuß kommt, als unständiges Mitglied ein Vertreter der betreffenden Richtung hinzuzuziehen ist. Es bleibt hierbei Sache des betreffenden Arbeitnehmers, dem Vorsitzenden des Ausschusses rechtzeitig vor der Sitzung seine Zugehörigkeit zu einer solchen Organisation mitzuteilen und einen entsprechenden Antrag zu stellen. Falls unorganisierte Arbeiter vor den Ausschuß kommen, können auch unorganisierte Arbeiter als unständige Mitglieder herangezogen werden.

Im übrigen ist nach dem Gesetz das unständige Mitglied — sowohl auf seiten der Arbeitgeber wie auf seiten der Arbeitnehmer — aus der Berufsgruppe zu entnehmen, der der beteiligte Hilfsdienstpflichtige angehört. Zu diesem Zwecke haben die Vorsitzenden der Ausschüsse die ständigen Vertreter der Arbeitgeber und -nehmer in den Schlichtungsausschüssen um Vorschläge für die Ernennung der aus den einzelnen Berufsgruppen zu bestimmenden unständigen Mitglieder zu ersuchen. Werden von den Mitgliedern Vorschläge nicht eingereicht, so sind Vorschläge von den beruflichen Organisationen der Arbeitgeber und -nehmer innerhalb ihres Bezirkes, oder, falls in ihrem Bezirke eine besondere Organisation nicht vorhanden ist, von den Organisationen des nächstgrößeren Bezirkes einzuholen.

Da vor die Schlichtungsausschüsse Streitigkeiten von einer großen Anzahl von Berufsgruppen kommen werden, wird es zweckmäßig sein, die Tagesordnungen der Sitzungen nach Berufsgruppen festzusetzen, damit die kostspielige Hinzuziehung einer großen Anzahl von unständigen Mitgliedern zu einer Sitzung vermieden wird. Der Begriff „Berufsgruppe" ist nicht zu eng zu fassen.

3. v. Schulz, GewuKfmG. 22 257. § 9 Abs. 2 HDG. bezieht sich auch auf Heimarbeiter.

4. Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte.

a) Sind sie zuständig zur Entscheidung von Streitigkeiten über Schadensansprüche wegen Vorenthaltung des Abkehrscheins?

α. Übersicht.

GewuKfmG. 22 244. Während Einmütigkeit darüber besteht, daß der durch das Hilfsdienstgesetz vorgesehene Schlichtungsausschuß nur über die Verpflichtung zur Erteilung des Scheines, nicht aber über den Schadensersatzanspruch wegen verspäteter Erteilung zu befinden hat, haben sich in der Praxis Zweifel darüber erhoben, ob für den Schadensersatzanspruch wegen Vorenthaltung bzw. nicht rechtzeitiger Ausstellung des Abkehrscheins das ordentliche Gericht oder das Gewerbegericht für zuständig anzusehen ist. (Für Zuständigkeit des Gewerbegerichtes vgl. Baum, Juristische Wochenschrift 1916

S. 1558; Erdel, Gewerbe- und Kaufmannsgericht 22. Jhrg., Sp. 149; Auerswald, ebenda, Sp. 202; für die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte: Gewerbegericht Hamburg ebenda Sp. 175. In Interesse der Erzielung einer einheitlichen Rechtsprechung hat die Archivverwaltung des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte durch eine Umfrage den Rechtsstandpunkt der Vorsitzenden der größeren Gewerbegerichte festgestellt. Es hat sich folgendes Resultat ergeben:

Für Zuständigkeit der Gewerbegerichte:

Aachen, Augsburg, Berlin-Lichtenberg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Bremen, Breslau, Cassel, Charlottenburg, Chemnitz, Cöln, Crefeld, Dortmund, Dresden, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Essen, Frankfurt a/M., Gelsenkirchen, Hannover, Karlsruhe, Kiel, Königsberg i/Pr., Leipzig, Magdeburg, Mannheim, München, Neukölln, Saarbrücken, Stettin, Stuttgart, Wiesbaden.

Für Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte:

Altona (Elbe), Danzig, Hamborn, Hamburg, Mainz, Nürnberg, Plauen i/V., Posen, Straßburg.

β. Bejahend.

αα. GewuKfmG. 22 267 (GewG. Mannheim). Innerhalb des Rahmens ihrer sonstigen Zuständigkeit sind die GewG. und KfmG. auch für Schadensersatzansprüche wegen Verweigerung des Abkehrscheins zuständig.

ββ. GewuKfmG. 22 176 (GewG. Hamburg). Schadensersatzansprüche wegen Vorenthaltung des Abkehrscheines gehören nicht vor die Gewerbegerichte sondern vor die ordentlichen Gerichte.

γγ. Auerswald, GewuKfmG. 22 203. Ohne weiteres tritt die Gleichstellung der Erteilung des Zeugnisses des § 4 Abs. 1 Nr. 1 GewGG. mit der des Abkehrscheines zutage. Beide beruhen auf öffentlich-rechtlicher Vorschrift. Hat auch die Erteilung des Abkehrscheines ihre ausschließliche Grundlage im Hilfsdienstgesetz, so leuchtet es doch ein, daß diese Pflicht erst ausgelöst wird infolge des eingegangenen Beschäftigungsverhältnisses. Er ist daher auf Grund des Arbeitsvertrages zu erteilen und ist daher als notwendige Folge des Beschäftigungsverhältnisses anzusehen. Hält man das fest, so kann auch der Abkehrschein ohne Zwang unter den Begriff des Zeugnisses in § 4 GewGG. gebracht werden. Dieser sinngemäße Schluß erscheint aber um so gerechtfertigter, da sonst nicht nur eine Überlastung der ordentlichen Gerichte durch diese Prozesse, sondern auch eine Erschwerung des Verfahrens die Folge sein würde, da sie notgedrungen ihre Zuflucht zu sachverständigen Gutachten nehmen müßten, während die Sondergerichte, da es sich ja fast ausschließlich um Ansprüche gewerblicher Arbeiter handeln wird, auf Grund ihrer fachmännischen Zusammensetzung aus eigener Vertrautheit mit den Verhältnissen wie über die gleichgeartete Frage der Entschädigung wegen Vorenthaltung von Zeugnissen und anderen Arbeitspapieren so in gleicher Einfachheit auch über die hier in Frage stehenden Entschädigungsansprüche entscheiden können.

δδ. GewuKfmG. 22 274 (GewG. Berlin). Unstreitig ist dem Kl. die Berechtigung, das Beschäftigungsverhältnis früher aufzugeben, nicht erteilt worden; er war daher verpflichtet, bis zum 8. März bei der Bekl. weiter zu arbeiten. Mithin hat er denjenigen Lohnausfall, den er durch die Nichterfüllung dieser gesetzlichen Verpflichtung veranlaßt hat, selbst zu tragen. Er hätte nach der unstreitig gebliebenen Behauptung bei der Bekl. in der Zeit vom 2. bis 8. März 1917 einen Arbeitsverdienst von 60,32 M. gehabt. Daß ihm dieser Betrag verloren gegangen ist, beruht mithin lediglich auf seinem eigenen schuldhaften Verhalten. Hätte die Bekl. aber ihrer Verpflichtung gemäß dem Kl. am 1. März d. J. den Abkehrschein erteilt, dann hätte der Kl. durch Eintritt bei der Firma E. bis zum 8. März 91 M. verdient, also 30,68 M. mehr, als er von der Bekl. bei der Fortsetzung der Arbeit bis zur Entscheidung der Kriegsausschusses erhalten hätte. Dieser Ausfall beruht lediglich auf dem Verschulden der Bekl. In dieser Höhe war mithin der Klageanspruch begründet.

εε. GewG. Bremen (Kriegsamt 17 Nr. 25 S. 2). Das Gericht nimmt seine Zuständigkeit auch für den so begründeten Klaganspruch (auf Schadensersatz wegen Vorenthaltung des Abkehrscheins) an. Diese Stellungnahme erfolgt in Übereinstimmung mit der Rechtsauffassung der Rechtsabteilung des Kriegsamtes und, wie diese mitteilt, der Mehrheit der Gewerbegerichte. Das erkennende Gericht hält für ausgeschlossen, daß die Absicht der Gesetzgebung auf eine Ausschaltung der Sondergerichte bei der Entscheidung über Entschädigungsansprüche der hier fraglichen Art gerichtet war. Diese logische Interpretation des Gesetzes führt das Gericht auf die Seite der Bejaher seiner Zuständigkeit und zu der Entschließung, dem Wunsche beider Parteien entsprechend, seine auf die fachmännische Zusammensetzung gegründete größere Vertrautheit mit den gewerblichen Verhältnissen und Bedürfnissen zur Verfügung der Beteiligten zu halten.

ζζ. Baum a. a. O. 54. Lediglich der Streit über die Verpflichtung zur Ausstellung des Abkehrscheins unterliegt der Zuständigkeit des besonderen Ausschusses. Für alle übrigen Streitigkeiten, insbesondere auch für den Schadensersatzanspruch wegen Verweigerung oder nicht rechtzeitiger Ausstellung des Abkehrscheins bleiben die bisher zuständigen Gerichte, also insbesondere die Gew.- und KaufmG. zuständig (§ 4 Nr. 2, 4 GewGG.).

γ. Verneinend.

Reichsarbeitsblatt 15 501 (GewG. Berlin). Der Anspruch auf Erteilung eines Abkehrscheins beruht nicht auf Bestimmungen über den Arbeitsvertrag, sondern auf den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes. Das gleiche gilt folgemäßig für den Anspruch auf Schadenersatz wegen Nichterteilung des Scheines. Wie jener schon ausdrücklich der Zuständigkeit des GewG. entrückt ist durch die Einsetzung einer besonderen Beschwerdebehörde (des Schlichtungsausschusses), so gehört auch der Schadensersatzanspruch nicht zu den Ansprüchen, für welche nach § 4 GewGG. die Zuständigkeit des GewG. gegeben ist.

III. Wichtiger Grund.

1. Baum a. a. O. 53. In allen Fällen ist bei Prüfung der Wichtigkeit des Grundes in erster Linie auf die Bedürfnisse des vaterländischen Hilfsdienstes Rücksicht zu nehmen. Erfordert das allgemeine Interesse, daß der Arbeitnehmer in seiner Stellung verbleibt, so muß das Einzelinteresse zurücktreten. Den Ausgleich zwischen Einzelinteresse und Allgemeininteresse ergeben die besonderen Bestimmungen des § 13, mittels deren auf dem Wege des Einigungsverfahrens oder des Schiedsspruchs angemessene Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden können, bei deren Nichteinhaltung durch den Arbeitgeber der Abkehrschein erteilt werden muß. Die praktische Bedeutung der letzteren Bestimmung wird wohl darin liegen, daß ein Betrieb, der einen solchen Schiedsspruch nicht erfüllt, und infolgedessen die Arbeiter verliert, durch die im § 4 des Gesetzes vorgesehene Stelle aus der Zahl der dem Hilfsdienstgesetz unterliegenden Betriebe gestrichen wird. Die Militärbehörde wird voraussichtlich dann schon von den ihr zustehenden Machtmitteln Gebrauch machen und den Betrieb in eigene Verwaltung übernehmen.

Lediglich der Streit über die Verpflichtung zur Ausstellung des Abkehrscheines unterliegt der Zuständigkeit des besonderen Ausschusses. Für alle übrigen Streitigkeiten, insbesondere auch für den Schadensersatzanspruch wegen Verweigerung oder nicht rechtzeitiger Ausstellung des Abkehrscheins bleibt die bisherige Zuständigkeit, namentlich der GewG. und KaufmG. bestehen.

2. Herrmann a. a. O. 100. Der wichtige Grund des § 9 HDG. ist ein anderer, weitgehender, als derjenige der §§ 626 BGB., 70 HGB. und 124a GewO., wie sich aus Abs. 3 des § 9 ergibt; denn der dort angeführte Grund wäre nie ein wichtiger im Sinne der anderen Gesetze. Allerdings werden ihre wichtigen Gründe auch stets solche nach § 9 HDG. bilden. Daneben kommen für letztere namentlich in Frage: die Verhältnisse, deren Berücksichtigung § 8 HDG. empfiehlt, Übergang zur Landwirtschaft im Frühjahr (Dr. Helfferich, Sitzungsbericht S. 2220), Aufhebung einer auf Grund des § 7 Abs. 3 ausgesprochenen Überweisung auf die Beschwerde des Überwiesenen und nach § 13 Abs. 3 HDG.

die Ablehnung des Schiedsspruchs durch den Arbeitgeber. Abgesehen von den beiden letzten Fällen werden stets die Bedürfnisse des Hilfsdienstes angemessen in Betracht zu ziehen sein.

3. Schiffer-Junck a. a. O. 52. Nach seinem gesamten Inhalt und Zweck kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein wichtiger Grund jedenfalls nur dann vorliegt, wenn das Ausscheiden die Ziele des Gesetzes fördert oder jedenfalls nicht beeinträchtigt. Daraus ergibt sich, daß der Begriff des wichtigen Grundes im Sinne des Hilfsdienstgesetzes sich nicht mit demjenigen im Sinne des BGB., des HGB. oder der GewO. deckt. Denn diese Gesetze regeln lediglich das Verhältnis zwischen Privatpersonen. Die Wichtigkeit eines für die Auflösung eines bestehenden Rechtsverhältnisses geltend gemachten Grundes richtet sich also allein nach dem Gewicht der miteinander im Widerspruch stehenden Privatinteressen. Das Hilfsdienstgesetz hingegen hat es mit dem Ausgleich zwischen Privatinteressen und öffentlichem Interesse zu tun und zwar dergestalt, daß das öffentliche Interesse vorangeht, und das Privatinteresse nur insoweit Berücksichtigung verlangen kann, aber auch darf, als es ihm nicht widerspricht. Deshalb wird zwar, wenn ein wichtiger Grund im Sinne des HDG. vorliegt, ein solcher stets auch als im Sinne jener anderen Gesetze gegeben anzuerkennen sein. Dagegen ist das Umgekehrte keineswegs der Fall: ein privatrechtlich wichtiger Grund, der geeignet ist, zur Auflösung eines Vertrages zu führen, braucht dieselbe Wirkung in der Richtung der Aufhebung eines Beschäftigungsverhältnisses, an dessen Aufrechterhaltung ein öffentliches Interesse besteht, nicht zu haben.

4. Schiffer-Junck a. a. O. 52. Geht man von diesem unanfechtbaren Gesichtspunkte als der die Gesamtheit aller Bestimmungen des HDG. beherrschenden Regel aus, so fällt auch ein klares Licht auf die vielumstrittene Vorschrift des § 9 Abs. 3: „Als wichtiger Grund soll insbesondere eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im vaterländischen Hilfsdienst gelten." Auch sie steht unter dieser Regel; und wenn auch der Satz, der dies ausdrücklich aussprach — „Bei der Entscheidung der Frage, ob ein wichtiger Grund vorliegt, ist auf die Bedürfnisse des vaterländischen Hilfsdienstes Rücksicht zu nehmen" —, entgegen dem Vorschlage der Mitglieder des Haushaltsausschusses vom Reichstag gestrichen wurde, so sollte doch diese Streichung durchaus nicht die Verleugnung jenes allgemein gültigen Grundsatzes bedeuten. Vielmehr ist die Streichung nur erfolgt, um zu verhüten, daß das vaterländische Interesse einseitig gegenüber dem Arbeitnehmer hervorgehoben wurde, und den Eindruck zu vermeiden, als ob es nicht auch dem Arbeitgeber gegenüber Geltung zu beanspruchen hätte. Man glaubte, das Prinzip des Gesetzes genügend dadurch gewahrt zu haben, daß man als wichtigen Grund nur eine „angemessene" Verbesserung" gelten lassen wollte. Das Wort „angemessen" bedeutet hier also nicht etwa dasselbe wie wesentlich, erheblich oder beträchtlich; es ist nicht lediglich quantitativ zu verstehen, sondern es weist auf einen Vergleich aller, sowohl der privaten Interessen der Beteiligten wie des öffentlichen Interesses untereinander mit dem Endziele hin, die Gesamtheit dieser Interessen unter Voranstellung des öffentlichen Interesses zum Ausgleich zu bringen. Um festzustellen, ob eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen — deren Begriff zudem enger zu fassen ist als der allgemeine Begriff der Lebensbedingungen — angemessen ist, muß also das Maß nicht lediglich aus den privaten Verhältnissen des einzelnen, sondern auch aus den öffentlichen Verhältnissen genommen werden, für die seine Tätigkeit beansprucht wird. Demgemäß wird eine Prüfung der zur Entscheidung gelangenden Fälle davon auszugehen haben, ob der Arbeitnehmer in der Stelle, die er verlassen will, bereits für ihn angemessene Arbeitsbedingungen hat. Ist dies nicht der Fall, so wird auf schleunigste Abstellung der Mängel zu dringen, oder sofort der Ablehrschein zu bewilligen sein. Denn es ist dem Arbeitnehmer nicht zuzumuten, unter unzulänglichen Bedingungen zu arbeiten, wenn er zulängliche erlangen kann. Dann muß eben der Arbeitgeber die Bedingungen aufbessern oder den Arbeitnehmer gehen lassen. Das Hilfsdienstgesetz darf nicht dazu dienen, unter dem Schilde des vaterländischen Interesses Lohndrückereien zu schützen oder zu fördern. Sind aber die Arbeitsbedingungen als an sich befriedigend, gerecht und billig anzusprechen, so wird ein Arbeitswechsel grundsätzlich nur noch in ganz besonderen Fällen in

Frage kommen können. Denn auch Lohntreiberei soll durch das Gesetz nicht gezüchtet werden. Der Arbeitswechsel ist, wenn er nicht geradezu im öffentlichen Interesse liegt, vom Standpunkt des HDG. aus grundsätzlich als nicht wünschenswert zu betrachten und darum möglichst zu vermeiden. Nach alledem wird eine Verbesserung nicht als angemessen anerkannt werden können, wenn sie zwar nach dem Maße, das der einzelne anlegt, ihm Vorteile bringen würde, dagegen, am öffentlichen Interesse gemessen, die Kriegswirtschaft in ihrer Gesamtheit nicht verbessern, sondern verschlechtern müßte. Die Rechtsprechung des Kriegsausschusses der Berliner Metallindustrie vertritt in voller Übereinstimmung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen ähnlichen Standpunkt schon aus der Zeit vor Erlaß des HDG.; daß er seitdem erst recht Anspruch auf Geltung hat, ergibt sich ohne weiteres aus dem Gesetz und den Gründen, die zu seiner Schaffung geführt haben.

Erster Bericht des 22. Ausschusses für den vaterländischen Hilfsdienst.
(RTDrucks. Nr. 856.)

Es wurde ausgeführt, daß in den letztem Satze [des § 9 Abs. 3] nicht etwa ein unbedingtes Recht der Arbeiter anerkannt worden sei, ihre Arbeitsstelle zu verlassen, sobald sie ihren Lohn an anderer Stelle „angemessen" verbessern könnten. Es sei vielmehr in allen Fällen auf die Bedürfnisse des vaterländischen Hilfsdienstes, auf diese also in erster Linie, Rücksicht zu nehmen. Diese Bedürfnisse ließen es aber als ausgeschlossen erscheinen, daß ein Hilfsdienstpflichtiger, selbst wenn er in seinem bisherigen Dienstverhältnis angemessenen Lohn beziehe, dennoch in ein anderes Dienstverhältnis dann übergehen dürfe, wenn ihm dort ein noch besserer Lohn winke. Die hierdurch geradezu herausgeforderten beständigen Abwanderungen der Arbeitnehmer, verbunden mit Ausspannungsversuchen seitens der Arbeitgeber und beständiger Beunruhigung des Arbeitsmarkts könne der Gesetzgeber nicht gewollt haben, da man ihm etwas Unvernünftiges und Zweckwidriges nicht zutrauen dürfe. Als wichtiger Grund zum Verlassen der Arbeitsstelle könnte also ein etwa in einer anderen Arbeitsstelle zu erwartender höherer Lohn dann nicht gelten, wenn der Arbeitnehmer in der bisherigen Arbeitsstelle bereits einen angemessenen Lohn bezogen habe.

Dieser Auslegung wurde jedoch von mehreren Ausschußmitgliedern mit Rücksicht auf den klaren Wortlaut des Abs. 3 des § 9 und mit Rücksicht auf die Reichstagsverhandlungen entschieden widersprochen, die auch nur eine Andeutung einer Auslegung nach der von den Vertretern der gegnerischen Ansicht behaupteten Richtung vermissen ließen. Im Gegenteil sei nach längeren Erörterungen im Reichstag dieser Abs. 3 des § 9 in das Gesetz gerade um deswillen in seiner jetzigen Fassung (unter Streichung des früheren ersten Satzes von Abs. 3) hineingekommen, weil er einen gleichartigen Ersatz für den Verzicht auf die Freizügigkeit und auf die Arbeitseinstellung während des Krieges bilden solle und müsse. Die Versuche, auf Grund des § 9 Abs. 3 des Gesetzes bessere Lohnbedingungen zu erhalten, seien daher durchaus berechtigt.

6. Schiffer-Junck a. a. O. 54. Die Verbesserung, die der Arbeitnehmer erwarten zu können behauptet, muß eine konkrete Tatsache, also persönlich und sachlich, nach Ort und Zeit, Umfang und Art bestimmt sein; die allgemeine Berufung auf eine bloße Aussicht oder Hoffnung genügt nicht. Der Nachweis jener Tatsache wird am einfachsten durch eine Bescheinigung des neuen Arbeitgebers erbracht. Doch unterliegt auch er dem Grundsatz der freien Beweiswürdigung, so daß auch jede andere Art der Beweisführung an sich zulässig ist und nicht ohne weiteres zurückgewiesen werden darf.

7. Schiffer-Junck a. a. O. 54. Es entsteht die Frage, ob, wenn der wichtige Grund des bürgerlichen Rechts nicht ohne weiteres den des HDG. abgibt und deshalb, auch wo er vorhanden ist, nicht immer zur Gewährung des Abkehrscheins verpflichtet, er doch noch imstande ist, die ihm durch das bürgerliche Recht beigelegte Wirkung der Vertragsauflösung auszuüben. Dieselbe Frage erhebt sich, wenn der Vertrag rechtzeitig gekündigt, oder die vereinbarte Vertragsdauer abgelaufen ist. Sie ist zu bejahen. Die Versagung des Abkehrscheins hat an sich mit dem Vertrage nichts zu tun und steht seiner Beendigung

nicht im Wege. Sie hindert den Arbeitnehmer durch das rechtliche Verbot an den neuen Arbeitgeber lediglich tatsächlich, vor Ablauf von zwei Wochen neue Arbeit anzunehmen, nicht aber, die alte aufzugeben. Daher treten auch nach der Versagung des Abkehrscheins mit der Beendigung des Vertrages alle Rechtsfolgen ein, die mit ihr verknüpft sind. Insbesondere ist der Arbeitgeber zur Aushändigung der Papiere verpflichtet, die dem ausscheidenden Arbeitnehmer auch sonst zustehen. Bleibt aber der Arbeitnehmer trotz der Beendigung des Vertrages in seiner Beschäftigung, so ist, wenn keine neue ausdrückliche Verabredung stattfindet, anzunehmen, daß der Vertrag stillschweigend verlängert worden ist. Ob diese Verlängerung als zu sämtlichen alten Bedingungen erfolgt anzusehen ist, muß nach Lage des Einzelfalles beurteilt werden.

§ 11.

(Erläuterung 1 bis 3 in Bd. 4, 860.)

4. Schiffer-Junck a. a. O. 58. Es ist nicht notwendig, daß die mindestens 50 Arbeiter oder mindestens 51 Angestellte alle hilfsdienstpflichtig sind. Auch Nicht-Hilfsdienstpflichtige rechnen mit. Bei Kindern beiderlei Geschlechts wird man hierbei bis zum erreichten 13. Lebensjahre herabgehen können, vgl. GewO. § 135, dabei aber wohl unterscheiden müssen, wie sich die Zahl dieser jugendlichen Personen zu der der volljährigen Arbeiter (oder Angestellten) verhält, da letztere allein nach § 11 Abs. 2 Satz 2 die aktive und passive Wahlfähigkeit besitzen. Sind nur Minderjährige vorhanden (wennschon genug, um die Mindestzahl zu erfüllen), wird freilich die Ausschußpflichtigkeit des Betriebes verneint werden müssen, da es dann an wahlfähigen Personen fehlen würde. Im übrigen wird man in vernünftiger Weise abzuwägen haben, in welchem Verhältnis die Zahl der unmündigen Personen zu der der volljährigen steht. So wird man einen Ausschuß nicht für notwendig halten können für einen Betrieb, wo etwa 10 volljährige und 40 minderjährige Arbeiter oder Angestellte beschäftigt sind; wählen könnten ja doch nur die volljährigen Arbeiter. Dagegen wird man bei dem umgekehrten Verhältnisse die Notwendigkeit der Errichtung eines Ausschusses unbedingt bejahen müssen.

5. Schiffer-Junck a. a. O. 62. Der Bestimmung in § 11 Abs. 2 Satz 3: „Das Nähere bestimmt die Landeszentralbehörde" ist eine weittragende Bedeutung zuzumessen, nämlich die, daß die Landeszentralbehörden über alle Fragen zu entscheiden haben, die die Arbeiterausschüsse und die Angestelltenausschüsse im Rahmen des § 11 des HDG. betreffen. Dem widerspricht scheinbar, daß der genannte Satz 3 nicht einen besonderen Absatz für sich bildet; es könnte dadurch der Anschein erweckt werden, als ob die „nähere Bestimmung" durch die Landeszentralbehörden nur im Rahmen des Abs. 2, also nur für die Wahlen zulässig sei. Aber diese Äußerlichkeit ist nicht entscheidend, ganz abgesehen davon, daß Abs. 2 nicht nur von den Wahlen spricht, sondern auch, in Satz 1, von der Errichtung der Ausschüsse. Die allgemeine Zuständigkeit der Landeszentralbehörden, und damit der Behörden der Bundesstaaten überhaupt, folgt daraus, daß in den § 11 ff. des HDG. Bestimmungen sozialpolitischer Natur getroffen worden sind, für die das Hilfsdienstgesetz zwar den Anstoß gegeben hat, für deren Ausführung es aber — etwa von den Schlichtungsstellen in § 13 abgesehen — eigene Organe nicht schafft. Das Hilfsdienstgesetz steht insoweit den sonstigen Reichsgesetzen gleich, die die gesamte Ausführung den Bundesstaaten überlassen. Welche Schritte vom Standpunkte des Reiches getan werden könnten und müßten, wenn die Regierung eines Bundesstaates die § 11 ff. des HDG. grundsätzlich falsch anwenden sollte, mag hier nicht erörtert werden. Zuständig für solche Schritte wäre der Reichskanzler gemäß Artikel 4 und 17 der Reichsverfassung, wonach die von der Gesetzgebung des Reiches ergriffenen Angelegenheiten auch der Beaufsichtigung und Überwachung von seiten des Reiches unterliegen; sicher ist, daß die Entscheidung der einzelnen Fälle und Zweifelsfragen zunächst den Organen der Bundesstaaten überlassen bleiben muß, und daß das Kriegsamt nicht in der Lage ist, von sich aus eine einzelne etwa irrige Entscheidung aufzuheben oder abzuändern. Selbstverständlich wäre aber das Kriegsamt berechtigt, Vorstellung zu erheben und nötigenfalls die Vermittlung des Reichskanzlers anzurufen.

Hiernach beschränkt sich das Hilfsdienstgesetz allenthalben

1. auf die Angabe der Erfordernisse für die Ausschußpflichtigkeit; diese sind:
   a) der Betrieb muß objektiv ein Hilfsdienstbetrieb sein,
   b) Geltung des Titels VII der GewO.,
   c) eine Mindestzahl der in dem Betriebe beschäftigten Arbeiter oder Angestellten;
2. auf die Bestimmungen über das aktive und passive Wahlrecht und die Anordnung der Verhältniswahl.

6. Schiffer-Junck a. a. O. 63. Der Ansicht über die weitgehende Zuständigkeit der Landeszentralregierungen [zu 5] ist der Fünfzehnerausschuß des Reichstages in seiner Sitzung vom 23. 4. 17. entgegengetreten. Danach sollen die Landeszentralbehörden nur berufen sein, das „Nähere" über die Wahlen zu bestimmen, nicht aber über die innere Organisation der gemäß dem HDG. errichteten Ausschüsse. Insbesondere nahm man Anstoß an der — für andere Landeszentralbehörden vorbildlichen — Bestimmung im Preußischen Erlasse v. 22. 1. 1917 § 5, wonach der Betriebsunternehmer oder sein Vertreter den Ausschuß berufen und leiten solle; dadurch würde der Ausschuß von vornherein gelähmt, vgl. insbes. HDG. § 12 Abs. 1 Satz 2. Infolgedessen hat der Reichstagsausschuß den Reichskanzler ersucht, darauf hinzuwirken, daß jene Bestimmung wieder beseitigt und die Organisation der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse vom Bundesrat nach § 19 Abs. 1 des HDG. einheitlich geregelt werde.

7. Hoffmann a. a. O. 40. Polizeilicher Zwang gegen den Unternehmer, der den Ausschuß nicht errichtet, kann nicht angewendet werden, da es sich hier nicht um eine Aufgabe der Polizei handelt. Für Preußen fehlen jedenfalls die Voraussetzungen, die nach Teil II Titel 7 § 10 des Allgemeinen Landrechts die Grundlage für die Tätigkeit der Polizei im öffentlichen Interesse bilden. Auch eine Strafbestimmung ist nicht vorgesehen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als den säumigen Arbeitgeber durch Versagung von Rohstoffen oder Aufträgen willfährig zu machen. Verweigern die Arbeiter die Wahl oder verweigern die Gewählten die Annahme der Wahl, so kann ein Arbeiterausschuß nicht gebildet werden. Die Ernennung von Mitgliedern des Ausschusses durch eine Behörde oder den Arbeitgeber ist nicht zulässig. Auch darf eine Zuwahl nicht stattfinden.

8. Hoffmann a. a. O. 41. Wenn hier vorgeschrieben ist, daß die Bildung der Angestelltenausschüsse nach „denselben Grundsätzen" erfolgen soll, so folgt daraus, daß solche Ausschüsse nur für Betriebe gebildet werden, für die Titel VII der GewO. gilt. Da das Handelsgewerbe auch unter Titel VII der GewO. fällt, so müssen auch für Banken Ausschüsse errichtet werden.

9. Preuß. Verfügung vom 19. Mai 1917. (HMBl. 172.)

In dem gemäß § 19 Abs. 1 des Hilfsdienstgesetzes gewählten Reichstagsausschuß ist lebhaft der Wunsch geäußert worden, es möchten in den Betrieben der Gemeinden, wie Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken, soweit in ihnen mehr als fünfzig nach dem Versicherungsgesetze für Angestellte versicherungspflichtige Angestellte beschäftigt werden, in möglichst weitem Umfang Angestelltenausschüsse gemäß § 11 Abs. 3 des Hilfsdienstgesetzes errichtet werden, und zwar auch in den nicht gewerblichen Betrieben.

Nach Lage der geltenden Rechts kann ein Zwang in dieser Hinsicht nicht ausgeübt werden. Die angeführte Bestimmung schreibt die Errichtung von Angestelltenausschüssen nur für solche Betriebe vor, die einmal für den vaterländischen Hilfsdienst tätig sind und die ferner dem Titel VII der Gewerbeordnung unterstehen. Die erste Voraussetzung wird bei den hier fraglichen Gemeindebetrieben ohne weiteres und ausnahmslos für gegeben zu erachten sein. Die Anwendbarkeit der Vorschriften im Titel VII der Gewerbeordnung setzt regelmäßig voraus, daß das Unternehmen seiner Art nach unter die Gewerbeordnung fällt und daß es gewerbsmäßig betrieben wird. Für die Frage, inwieweit die zuletzt bezeichnete Voraussetzung zutrifft, wird bei den Gemeindebetrieben, streng genommen, zu unterscheiden sein, ob mit dem Betriebe vorwiegend kommunalfiskalische oder vorwiegend gemeinnützige Zwecke verfolgt werden. In Wirklichkeit wird sich aber eine solche

Unterscheidung zumeist kaum durchführen lassen, vielmehr werden regelmäßig beide Zwecke so miteinander verbunden sein, daß sich nicht wohl entscheiden läßt, welcher der überwiegende ist. Jedenfalls würde es in den beteiligten Kreisen schwerlich verstanden werden, wenn von dieser zwar — theoretisch richtigen, aber praktisch nicht in die Erscheinung tretenden — Unterscheidung abhängig gemacht würde, ob ein Angestelltenausschuß gemäß § 11 Abs. 3 des Hilfsdienstgesetzes errichtet werden muß oder nicht.

Wir ersuchen daher, den Kommunalverbänden nahe zu legen, dem Wunsche des Reichstagsausschusses zu entsprechen.

10. Kriegsamt (AmtlMitt. 17 Nr. 13 S. 1). Für den Bereich der Heeresverwaltung ist auf Grund des § 11 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst bestimmt worden:

1. Die auf Grund des Erlasses vom 5. 1. 08 Nr. 520, 11. 07 B 2 vor Inkrafttreten des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst errichteten Arbeiterausschüsse bleiben bestehen. Bei ihnen sind alsbald Ergänzungswahlen für ein Drittel durch das Los zu bestimmende Mitglieder nach der Verhältniswahl vorzunehmen. Die Satzungen dieser Ausschüsse erhalten für die Dauer der Gültigkeit des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst folgende Zusätze und Änderungen:
   a) „Dem Arbeiterausschuß liegt ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft der Behörde und zwischen der Arbeiterschaft und der Behörde zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seiner Wohlfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Leiters der Behörde zu bringen und sich darüber zu äußern. Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Arbeiterausschusses muß eine Sitzung anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden." — Ziff. 23 der Satzungen für Arbeiterausschüsse ändert sich entsprechend dem letzten Satze. —
   „Kommt bei der Behörde bei Streitigkeiten über die Lohn- oder sonstigen Arbeitsbedingungen eine Einigung zwischen der Behörde und dem Arbeiter-Ausschusse nicht zustande, so kann von jedem Teile der im Gesetze betreffend den vaterländischen Hilfsdienst bezeichnete Schlichtungs-Ausschuß als Schlichtungsstelle angerufen werden, der gemäß § 13 des genannten Gesetzes zu verfahren hat."
   b) Wahlberechtigt und wählbar ist jeder volljährige Arbeiter des Betriebes ohne Unterschied des Geschlechts, sofern er die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.
   c) Die Wahl findet auf Grund der Verhältniswahl statt.
   d) Die Amtszeit rechnet vom 1. 4. 1917.
2. Die Neubildung von Arbeiterausschüssen regelt sich nach § 11 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst, wobei die Wahlordnung für die Wahlen zum Angestelltenausschuß sinngemäß Anwendung zu finden hat.
3. Bei allen Betrieben, die mehr als 50 nach dem Versicherungsgesetze für Angestellte versicherungspflichtige Angestellte beschäftigen, sind Angestelltenausschüsse für die versicherungspflichtigen Angestellten zu errichten. Für die Feststellung der Zahl 50 kommen alle versicherungspflichtigen Angestellten ohne Unterschied des Geschlechts in Frage, das Wahlrecht haben nur die Volljährigen.

Bei über 50 bis 250 Angestellten besteht der Ausschuß aus fünf Mitgliedern, für je 50 weitere Angestellte steigt die Zahl der Ausschußmitglieder um je ein Mitglied und beträgt bei 500 Angestellten 10, bei mehr als 500 Angestellten mindestens 10 Mitglieder. Für jedes Mitglied sind zwei Ersatzleute zu wählen.

Für die Wahl ist eine besondere Wahlordnung, desgleichen sind für den Angestellten-Ausschuß, besondere Satzungen aufgestellt.

4. Die Zugehörigkeit einer in den Betrieben der Heeresverwaltung beschäftigten Person zum Arbeiter- oder Angestelltenausschuß ist davon abhängig, ob die

betr. Person der Angestellten-Versicherungspflicht unterliegt oder nicht — § 11 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

11. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 12 S. 5. Ein aus Arbeiterinnen gebildeter Arbeiterausschuß hatte sich nach § 13 des Hilfsdienstgesetzes an den Schlichtungsausschuß als Schlichtungsstelle gewendet, war aber von dem Schlichtungsausschusse abgewiesen worden, und zwar mit der Begründung, daß Arbeiterinnen dem Hilfsdienstgesetze nicht unterständen. Letzteres ist zweifellos richtig, rechtfertigt aber die Abweisung nicht. Denn die Bestimmungen der §§ 11 bis 13 des Gesetzes beschränken sich nicht auf Hilfsdienstpflichtige. Vielmehr handeln sie, wie schon aus dem Wortlaut des Gesetzes hervorgeht, von „für den vaterländischen Hilfsdienst tätigen Betrieben". Ein Betrieb kann aber auch dann kriegswichtig sein, wenn in ihm auch Personen, die nicht hilfsdienstpflichtig sind, oder sogar nur solche arbeiten. In derartigen Betrieben müssen nach dem Willen des Gesetzes ständige Arbeiterausschüsse bestehen, wenn der betreffende Betrieb in der Regel mindestens 50 Arbeiter beschäftigt. Hierbei werden auch die Nicht-Hilfsdienstpflichtigen mitgezählt, namentlich also auch Frauen und Jugendliche. Für die Wahl der Mitglieder der Ausschüsse schreibt allerdings § 11 Abs. 2 vor, daß nur volljährige Arbeiter aktiv und passiv wahlberechtigt sind. Aber auch bei der Wahlberechtigung kommt es nicht auf die Hilfsdienstpflichtigkeit an, und deshalb sind volljährige Frauen aktiv und passiv wahlberechtigt. Dementsprechend ist in der Wahlordnung, die der preußische Minister für Handel und Gewerbe aufgestellt hat, ausdrücklich ausgesprochen, daß wahlberechtigt und wählbar sind: die volljährigen Arbeiter . . . ohne Unterschied des Geschlechtes, soweit sie die deutsche Reichsangehörigkeit besitzen. Davon, daß die betreffenden Arbeiter hilfsdienstpflichtig sein müssen, ist in der Wahlordnung durchaus richtig nichts gesagt. Hiernach ist kein Zweifel, daß auch solche Arbeiterausschüsse den Schlichtungsausschuß als Schlichtungsstelle anrufen können, denen Arbeiterinnen angehören oder die aus Arbeiterinnen bestehen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird dies hiermit mitgeteilt. Für die Angestelltenausschüsse gilt übrigens sinngemäß das gleiche.

§ 12.

Hoffmann a. a. O. 43. Im allgemeinen und in erster Linie wird unter der Arbeiterschaft die Gesamtheit der Arbeiter eines Betriebes zu verstehen sein. Daneben kommt aber auch die Gesamtheit einer einzelnen Gruppe von Arbeitern, z. B. von Nietern in Kesselfabriken, in Betracht. Mit den Anträgen, Wünschen und Beschwerden, die sich auf einen mit einem einzelnen Arbeiter geschlossenen Arbeitsvertrag beziehen, hat sich der Arbeiterausschuß nicht zu befassen. Im übrigen ist von Fall zu Fall zu beurteilen, ob es sich um Anträge usw. der „Arbeiterschaft" handelt. Ebenso Schiffer-Jund a. a. O. 67.

§ 13.

1. Kriegsamt 12. 2. 17, AmtlMitt. 17 Nr. 8 S. 2. Nach § 13 HDG. können die Schlichtungsausschüsse bei Lohnstreitigkeiten als Schlichtungsstelle angerufen werden, falls nicht beide Teile ein Gewerbegericht, ein Berggewerbegericht, ein Einigungsamt einer Innung oder ein Kaufmannsgericht als Einigungsamt anrufen. Neben diesen im Gesetz benannten Gerichten, die auf gesetzlicher Grundlage beruhen, gibt es jedoch in verschiedenen Gewerben noch andere Schlichtungsstellen, die auf freier Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und -nehmern beruhen, wie die Lohnkommissionen, Einigungsämter und Tarifschiedsgerichte usw. Diese freien Schlichtungsstellen haben sich bisher bei der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durchaus bewährt. Auch nach Erlaß des Hilfsdienstgesetzes ist ihre Tätigkeit erwünscht und muß in jeder Beziehung gefördert werden, um so mehr, als die Tätigkeit der durch das Hilfsdienstgesetz eingerichteten Schlichtungsausschüsse im Rahmen des § 13 des Hilfsdienstgesetzes häufig nur dann einsetzen wird, wenn die im Gesetz bezeichneten Gerichte oder die freien Schlichtungsstellen nicht angerufen werden oder eine Einigung nicht erzielen.

Für eine Entscheidung über Erteilung von Ablehrscheinen sind lediglich die Schlich-

tungsausschüsse des § 9 zuständig. (Nähere Mitteilungen über die freien Schlichtungsstellen und ihre Bedeutung in AmtlMitt. Nr. 9 S. 7.)

2. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 14 S. 2. Es sind Zweifel entstanden, ob sich § 13 des Gesetzes auf die auch in Hilfsdienstbetrieben tätigen Angestellten bezieht. Diese Frage ist unbedingt zu bejahen. Bekanntlich behandelt § 13 die Fälle von Streitigkeiten über Lohn- und sonstige Arbeitsbedingungen, über die sich die Parteien des Arbeitsvertrages nicht einigen können, und ordnet zunächst an, daß in den Betrieben, wo ein Arbeiterausschuß nach § 11 des Gesetzes errichtet worden ist, der Schlichtungsausschuß als Schlichtungsstelle angerufen werden kann. Und zwar von jedem Teile, also sowohl von dem Arbeitgeber wie von dem Arbeiterausschusse. Dagegen ist im Abs. 2 des § 13 der Fall behandelt, daß ein ständiger Arbeiterausschuß nicht errichtet worden ist. Letzteres ist z. B. dann möglich, wenn nicht die in § 11 festgesetzte Mindestzahl von 50 Arbeitern in dem betreffenden Betriebe regelmäßig beschäftigt ist. Alsdann kann die Anrufung des Schlichtungsausschusses als Schlichtungsstelle durch die Arbeiterschaft erfolgen. Was unter „Arbeiterschaft" zu verstehen sei, sagt das Gesetz nicht. Gemeint ist der Gegensatz zwischen einem immerhin erheblichen Teile der Gesamtheit der Arbeiter auf der einen und einzelnen Arbeitern auf der anderen Seite. Die richtige Grenze zu finden, muß der Praxis überlassen bleiben. Zur Erfüllung des die §§ 11 bis 13 des Gesetzes beherrschenden sozialpolitischen Gedankens sollte im Zweifel davon ausgegangen werden, daß die Schlichtungsstelle angerufen werden kann. Der Zweck des Gesetzes würde vereitelt, wenn hier etwa formale Schwierigkeiten bereitet würden. Es mag deshalb bemerkt werden, daß unter „Arbeiterschaft" auch eine Gruppe von Arbeitern verstanden werden muß, die innerhalb des betreffenden Betriebes durch die besondere Art ihrer Tätigkeit miteinander verbunden sind. Es genügt alsdann, wenn ein erheblicher Teil einer solchen Gruppe die Anrufung wünscht. Auch darauf sei besonders hingewiesen, daß der Weg zur Schlichtungsstelle nicht etwa nur hilfsdienstpflichtigen Personen eröffnet ist. Es genügt nach den Bestimmungen der §§ 11 bis 13 über die Arbeiterausschüsse, daß der betreffende Betrieb seinem Gegenstande nach ein Hilfsdienstbetrieb ist; bei der Berechnung der Mindestzahl werden Nicht-Hilfsdienstpflichtige mitgezählt und auch die aktive und passive Wahlberechtigung zu den Ausschüssen setzt nur Volljährigkeit, nicht aber Hilfsdienstpflichtigkeit voraus. Es können also namentlich auch Frauen und solche Männer mitgezählt und gewählt werden, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Im übrigen ist auf die Erlasse der Landeszentralbehörden über die Arbeiterausschüsse und über die Wahlen dazu zu verweisen.

Alles dies gilt aber auch für die Angestellten. In § 11 Abs. 3 ist gesagt, daß die Angestelltenausschüsse „nach denselben Grundsätzen und mit den gleichen Befugnissen" zu errichten sind. Voraussetzung ist wie bei den Arbeiterausschüssen, daß es sich um Betriebe handelt, die für den vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, daß für diese Betriebe Titel VII GewO. gilt und daß in ihnen mehr als 50 versicherungspflichtige Angestellte beschäftigt sind. Daß das Gesetz bei den Angestellten als Mindestzahl 51, bei den Arbeitern nur 50 verlangt, ist ein reiner Zufall, hinter dem nichts weiter steckt. Im einzelnen ist über die Angestelltenausschüsse schon einmal in Nr. 5 des „Kriegsamt" gesprochen worden. Heute soll nur — weil eben Zweifel laut geworden sind — hervorgehoben werden, daß sich auch die weiteren Bestimmungen der §§ 12 und 13 zweifellos auch auf die Angestelltenausschüsse beziehen. Sie sind darin allerdings nicht nochmals ausdrücklich erwähnt; nur in § 13 Abs. 2 ist einmal § 11 Abs. 3 in Bezug genommen. Das erklärt sich vielleicht daraus, daß die Angestelltenausschüsse erst später vom Reichstage in das Gesetz hineingebracht worden sind. An anderen Stellen des Gesetzes ist ebenfalls nur vom „Arbeiter" die Rede, während sicher alle Arbeitnehmer, einschließlich der Angestellten gemeint sind, z. B. in § 18 Nr. 2. Auch in § 8 soll mit „Arbeitslohn" keineswegs nur die Dienstentschädigung des Arbeiters im engeren Sinn bezeichnet sein. Korrekt ist die Fassung von § 13 Abs. 3, wo ganz allgemein von „Arbeitnehmern" die Rede ist.

Es besteht danach gar kein Zweifel, daß die Angestelltenausschüsse dieselben wichtigen sozialpolitischen Aufgaben haben, die in § 12 dem Arbeiterausschusse übertragen sind.

Es ist ferner kein Zweifel, daß der Angestelltenausschuß die Schlichtungsstelle anrufen kann, und daß, wo kein ständiger Angestelltenausschuß errichtet ist, dieses Recht der „Angestelltenschaft" zusteht. Es lag schlechterdings nicht im Sinne des Gesetzgebers, die Angestelltenausschüsse geringer zu bedenken als die Arbeiterausschüsse. Ebenso wie für die Arbeiterschaft kann auch für die „Angestelltenschaft" eines Betriebes das Bedürfnis nach kollektiver Regelung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen gegeben sein, und hierfür einen Weg zu eröffnen, hat der Gesetzgeber in den §§ 11 bis 13 eben nicht nur für Arbeiter, sondern auch für Angestellte beabsichtigt. Denn die Hilfsdienstpflicht trifft alle Deutschen, und die sozialpolitischen Fortschritte des Gesetzes müssen deshalb auch allen Deutschen zugute kommen. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo der Wille des Reichsgesetzgebers erfüllt sein wird und in allen Betrieben, für die die reichsgesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse auch wirklich ins Leben gerufen sein werden.

3. Schiffer-Junck a. a. O. 68. In der Praxis ist die Frage aufgeworfen worden, ob der Arbeiterausschuß befugt sei, mit einem Beistand oder Vertreter („Mundanwalt") zu erscheinen. Hierzu ist zu sagen, daß zwar in § 22 der Verfahrensanweisung den Beteiligten das Recht gegeben ist, sich eines Beistandes und gegebenenfalls auch eines Vertreters zu bedienen. Allein diese Bestimmung ist auf die Fälle, in denen der Schlichtungsausschuß als Schlichtungsstelle tätig wird, nicht anwendbar. Ein Anspruch auf Zulassung eines Beistandes oder Vertreters besteht also nicht. Andererseits ist es aber auch dem Vorsitzenden der Schlichtungsstelle sicherlich nicht verwehrt, eine solche Persönlichkeit zuzulassen. Ob dies geschehen soll, dürfte von Fall zu Fall und rein nach Zweckmäßigkeits- und Billigkeitsrücksichten zu entscheiden sein. Auf der einen Seite ist es richtig, daß die Einrichtung eines Arbeiterausschusses (oder Angestelltenausschusses), der aus gewählten Vertrauensleuten der Arbeitnehmerschaft eines Betriebes besteht, auch darin ihre Bedeutung findet, daß Streitigkeiten sozusagen als häusliche Angelegenheit gerade dieses Betriebes behandelt werden können. Andererseits könnte es aber im einzelnen Falle hart sein, den — vielleicht zufällig wenig redegewandten Ausschußmitgliedern — zu versagen, sich eines Beistandes, z. B. des Arbeitersekretärs, zu bedienen, der mehr wie sie das etwa wichtige statistische oder sonstige Material beherrscht. Seine Zulassung kann unter Umständen sogar die Schlichtung fördern, ebenso, wie natürlich auch die gegenteilige Befürchtung begründet sein kann.

§ 16.

1. Schiffer-Junck a. a. O. 72. Für die gewerblichen Arbeiter, die der Landwirtschaft überwiesen wurden, ergibt sich folgender Rechtszustand:

a) Wenn sie freie landwirtschaftliche Arbeiter bleiben, so gilt für sie, da die Landwirtschaft als Urproduktion nicht unter die Gewerbeordnung fällt, das Recht des BGB. über den Dienstvertrag, insbesondere also nicht Titel VII der GewO.; wohl aber das preuß. Gesetz v. 24. 4. 1854, soweit sie, ohne Gesinde zu sein, in eines der in diesem Gesetz geordneten Arbeitsverhältnisse treten.

b) Wenn sie Beschäftigung in einem gewerblichen Nebenbetriebe ihres landwirtschaftlichen Arbeitgebers übernehmen, hängt ihre Rechtsstellung davon ab, ob es sich um einen landwirtschaftlichen Nebenbetrieb handelt, d. h. ob in ihm landwirtschaftliche Produkte verarbeitet werden, deren Verarbeitung in der Landwirtschaft üblich ist. Alsdann unterliegen sie dem unter a) angegebenen Rechte. Übersteigt dagegen der Nebenbetrieb die üblichen Grenzen der Landwirtschaft, so bleibt für die darin beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen die Gewerbeordnung, insbesondere Titel VII, gültig.

c) Wenn sie sich zufolge ausdrücklicher Vereinbarung mit dem ländlichen Arbeitgeber als „Gesinde" verdungen haben, gilt für sie die einschlagende landesgesetzliche Gesindeordnung als vertraglich vereinbart.

2. Hahn a. a. O. 182. Dienstverletzungen im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 24. April 1854 sind bei diesen Hilfsdienstpflichtigen straffrei, für sie gilt auch die Koalitionsfreiheit des § 152 GewO., nicht das Koalitionsverbot des § 3 des Gesetzes von 1854. Das Gesetz von 1854 gilt aber für die gewerblichen Arbeiter, die nicht zur Landwirtschaft überwiesen sind, sondern die sich freiwillig gemeldet oder besonders aufgefordert binnen zwei Wochen eine Stelle gefunden haben. Das Gesetz von 1854 gilt des weiteren für die landwirtschaftlichen — gelernten — Arbeiter, die sich freiwillig zum Hilfsdienst in der Landwirtschaft gemeldet oder dazu überwiesen worden sind. Also zweierlei Recht unter Umständen für die Arbeiter eines landwirtschaftlichen Arbeitgebers.

§ 17.

Hoffmann a. a. O. 49. Für Unternehmer, die die Besichtigung des Betriebes verweigern, fehlt es an einer Strafbestimmung. Das Kriegsamt wird sich zur Erzwingung seiner Befugnis der Vermittlung der Ortspolizeibehörde zu bedienen haben, die in Preußen auf Grund der §§ 127 ff. des Landesverwaltungsgesetzes die Arbeitgeber durch polizeiliche Verfügungen zur Erfüllung ihrer Verpflichtung anhalten kann.

§ 18.

I. Allgemeines.

1. Schiffer-Junck a. a. O. 73. Bei § 18 des HDG. kann nicht zweifelhaft sein, daß im zweiten Halbsatze der Nr. 1 („beharrlich") und im zweiten Halbsatze der Nr. 3 („wissentlich") Vorsatz erfordert wird. Für alle anderen Tatbestände ist anzunehmen, daß auch Fahrlässigkeit zur Strafbarkeit genügt. Denn die Nichtbefolgung der Überweisung (Nr. 1), des Verbots einen Arbeiter dem § 9 Abs. 1 zuwider in Beschäftigung zu nehmen (Nr. 2) und der Auskunftspflicht des § 17 (Nr. 3) ist auch dann geeignet, den vaterländischen Zweck des Gesetzes zu vereiteln, wenn sie nur auf einem Mangel an Sorgfalt und Respekt gegenüber den gegebenen Vorschriften beruhte. Das Gesetz wäre undurchführbar, wenn schuldhafte Unkenntnis von Tatsachen oder schuldhafter Irrtum über solche oder schuldhaftes Säumen in der Erfüllung der vom Gesetze selbst oder den Organen des Hilfsdienstes gegebenen Vorschriften und Weisungen von der Strafe befreite. Der „Überwiesene" muß alles daran setzen, um der Überweisung pünktlich zu folgen; der Arbeitgeber, der einen Hilfsdienstpflichtigen in Beschäftigung nimmt, hat sich peinlich genau zu vergewissern, ob der Hilfsdienstpflichtige einen Ablehrschein hat oder haben muß, und der Auskunftspflichtige hat die von ihm erforderte Auskunft mit aller Sorgfalt zu erteilen. Daß dies der Wille des Gesetzgebers ist, geht vor allem daraus hervor, daß er den Richter ermächtigt, mit der Strafe bis zu 3 Mark oder einen Tag Haft herabzugehen, eine Milde, die gegenüber vorsätzlicher Zuwiderhandlung gegen ein in der Zeit vaterländischer Not erlassenes Strafgesetz schlechthin unverständlich wäre.

2. Kriegsamt 21. 4. 1917, AmtlMitt. 17 Nr. 14 S. 1. Wie aus Anlaß eines Einzelfalles bekannt geworden ist, scheinen Zweifel darüber zu bestehen, wie sich die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes gebildeten Ausschüsse zu verhalten haben, wenn Verstöße gegen eine Strafbestimmung des Hilfsdienstgesetzes oder der zu seiner Ausführung ergangenen Bundesratsverordnungen zu ihrer Kenntnis kommen. Es wird daher darauf hingewiesen, daß für die Bestrafung solcher Vergehen ausschließlich die ordentlichen Gerichte zuständig sind, soweit es sich nicht um Ordnungsstrafen handelt, deren Verhängung durch gesetzliche Vorschrift ausdrücklich den Vorsitzenden der Ausschüsse übertragen ist.

Die Vorsitzenden haben nach Lage des einzelnen Falles zu entscheiden, ob Anzeige an die zuständige Staatsanwaltschaft zu weiterer Veranlassung zu erstatten ist.

II. Zu Nr. 1.

1. Schiffer-Junck a. a. O. 74. Zu § 18 Nr. 1. Hier bestehen Zweifel über den objektiven Tatbestand. Folgende Auffassungen sind möglich:

I. Die Vorschrift bezieht sich nur auf Hilfsdienstpflichtige, bei denen gemäß § 7 Abs. 3

des Gesetzes die „Überweisung" zu einer bestimmten Beschäftigung (in einem bestimmten Betriebe) stattgefunden hat. Erzwungen werden soll nur:

a) daß der Überwiesene sich an die Arbeitsstelle begibt (1. Halbsatz) und

b) daß er die daselbst ihm zugewiesene Arbeit tatsächlich übernimmt (2. Halbsatz).

II. Die Vorschrift bezieht sich zwar nur auf „überwiesene" Hilfsdienstpflichtige im Sinne von I, bedroht aber nicht nur diejenigen Überwiesenen, die sich nicht an der Arbeitsstelle einfinden und dort die ihnen zugewiesene Arbeit tatsächlich übernehmen (wie zu Ia und b), sondern darüber hinausgehend auf diejenigen Überwiesenen, die die bereits übernommene Arbeit später wieder niederlegen und dabei beharren.

III. Die Vorschrift des zweiten Halbsatzes bezieht sich auch auf solche Hilfsdienstpflichtigen, die auf die in § 7 Abs. 2 des Gesetzes bezeichnete besondere schriftliche Aufforderung hin in einen Betrieb eingetreten sind, der nach § 2 des Gesetzes Bedeutung hat.

IV. Die Vorschrift des zweiten Halbsatzes bezieht sich auch auf solche Hilfsdienstpflichtigen, deren Eintritt auf die im § 7 Abs. 2 bezeichnete allgemeine Aufforderung zur freiwilligen Meldung hin erfolgt ist.

V. Die Vorschrift des zweiten Halbsatzes bezieht sich auf jeden Hilfsdienstpflichtigen, der in einem der in § 2 des Gesetzes bezeichneten Betriebe tätig ist, gleichviel, ob er in das Arbeitsverhältnis vor oder nach dem Inkrafttreten des Gesetzes — freiwillig, aufgefordert oder überwiesen — eingetreten ist und wirkt so lange, als er auf Grund seines laufenden Dienstvertrages zur Arbeit verpflichtet ist.

VI. Die Vorschrift des zweiten Halbsatzes bezieht sich auf alle Hilfsdienstpflichtigen, die in den bezeichneten Betrieben arbeiten, auch wenn das Vertragsverhältnis durch Kündigung aufgelöst ist; durch § 9 ist eine öffentlich-rechtliche Pflicht zur Arbeitsleistung geschaffen worden, die erst dann erlischt, wenn der Abkehrschein erteilt worden ist, sei es unmittelbar durch den Arbeitgeber direkt, sei es auf Beschwerde durch den Schlichtungsausschuß.

An dieser Stelle wird die Ansicht vertreten, daß die Strafvorschrift nur im Sinne der unter I dargelegten Beschränkung verstanden werden kann. Daß sich der erste Halbsatz bloß auf den Fall der „Überweisung" bezieht, ergibt sich aus der Verweisung auf § 7 Abs. 3. Wirkliche Zweifel können überhaupt nur über die Bedeutung des zweiten Halbsatzes bestehen. In dieser Hinsicht ist für eine weitere Auslegung geltend gemacht worden, daß die Auslegung nicht dazu führen dürfe, daß der zweite Halbsatz überflüssig wäre. Nun treffe aber schon der erste Halbsatz — richtig aufgefaßt — nicht nur den Arbeiter, der die zugewiesene Arbeitsstelle nicht aufsuche, sondern auch denjenigen, der sich zwar dorthin begebe, aber die Aufnahme der Arbeit verweigere oder die Arbeit sofort wieder aufgebe. In beiden Fällen handle es sich darum, daß eben der Arbeiter der Überweisung nicht nachkomme; wenn der zweite Halbsatz nicht die Bestimmung habe, über den ersten Halbsatz hinauszugehen, so hätte der Gesetzgeber den zweiten Halbsatz nur als Beispiel einer Zuwiderhandlung gegen die Überweisung anfügen und etwa durch den Gebrauch des Wortes „insbesondere" einleiten dürfen. Auch führe die engere Auslegung zu unbefriedigenden Ergebnissen, da danach die Strafvorschrift einem Hilfsdienstpflichtigen gegenüber versage, der der Überweisung nur nachkomme, um alsbald die Arbeit wieder niederzulegen. Schließlich sei nicht ersichtlich, weshalb nur der Überwiesene bestraft werden solle, der die Arbeit in dieser Weise niederlege, und nicht auch bei gleicher Voraussetzung der neben ihm arbeitende Hilfsdienstpflichtige, der vor oder nach Beginn der Hilfsdienstpflicht freiwillig in den Betrieb eingetreten sei; es gebe dann zwei Klassen von Arbeitern, die in dem gleichen Betriebe nebeneinander arbeiten, nämlich solche, die unter die Strafvorschrift des § 18 Nr. 1 fielen und solche, die nicht darunter fielen.

Demgegenüber muß an der engeren Auslegung — oben unter I — festgehalten werden, da die Entstehung des Gesetzes für eine weitere Auslegung keinen Anhalt gibt, vielmehr immer betont worden ist, daß an der Spitze des Gesetzes die Freiwilligkeit stehen, und der Zwang durch Überweisung nur dann eintreten solle, wenn die allgemeine oder besondere Aufforderung zur freiwilligen Übernahme von Hilfsdienst nicht Gehör finde. § 18 Nr. 1

will tatsächlich nur die Überweisung unterstützen. Im übrigen steht das Gesetz, wie mehrfach ausgeführt, auf dem Standpunkte, daß der Arbeitsvertrag des Hilfsdienstpflichtigen und zwar auch desjenigen, der der Überweisung Folge leistet, also sich an die Überweisungsstelle begibt und dort die Arbeit aufnimmt, ein privatrechtlicher Dienstvertrag ist, mit der einzigen öffentlich-rechtlichen Maßgabe, daß die Arbeitsstelle nicht ohne Abkehrschein wieder verlassen werden darf. Nur so viel kann zugegeben werden, daß die Strafe auch dann verwirkt sein müßte, wenn der Überwiesene die Arbeit etwa nur zum Scheine aufnähme, um sie alsbald wieder zu verlassen.

2. Rönnberg, BadRpr. 17 81. Eine ausdrückliche Strafandrohung gegen Hilfsdienstpflichtige, die gemäß § 2 als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten oder gemäß § 7 Abs. 3 sich selbst Arbeit suchen, aber ihrer Arbeit grundlos fernbleiben, ist im Gesetz nicht vorhanden. Aus dem Sinn der Strafbestimmung des § 18 Ziff. 1 ergibt sich aber, daß auch diese Personen strafbar sind. Es wäre nicht nur eine Gesetzeslücke, die dem Gesetzgeber unmöglich entgangen sein kann, sondern auch geradezu ein Fingerzeig zur Umgehung des Gesetzes, wenn ein Hilfsdienstpflichtiger, der sich freiwillig meldet und Arbeit erhält, sie aber vernachlässigt oder überhaupt nicht verrichtet, straffrei und ein anderer, der sich einer Beschäftigung zwangsweise zuteilen läßt und ihr dann fern bleibt, strafbar wäre: in beiden Fällen ist das Endergebnis das gleiche, nämlich bewußte Nichtarbeit. Die Strafbestimmung des § 18 Ziff. 1 kann daher nur so verstanden werden, daß jeder, der die Arbeit verweigert, strafbar ist und daß der zwangsweise Zugewiesene dem freiwillig Arbeitenden völlig gleich steht. Da § 1 die allgemeine Hilfsdienstpflicht ausspricht, kommt auch derjenige, der nicht ausdrücklich zugewiesen wird, dieser Pflicht ebenso unter gesetzlichem Zwang nach wie der Zugewiesene. „Zugewiesen" im Sinne des § 18 Ziff. 1 ist daher auch die freiwillig übernommene Arbeit. So läßt sich der Satz aufstellen: Alle Hilfsdienstpflichtarbeit ist zugewiesene Arbeit, aber es gibt freiwillig zugewiesene Arbeit und zwangsweise zugewiesene Arbeit; soweit die Strafbestimmung des § 18 Ziff. 1 in Frage kommt, sind beide gleich.

3. Herrmann a. a. O. 124. Der Begriff des dringenden ist enger als der des wichtigen Grundes. In der Regel ist unter ersterem nur die Gefährdung von Leben, Gesundheit und Sittlichkeit zu verstehen. Auch grobe Ehrverletzungen können darunter fallen. Um allen Bedenken aus dem Wege zu gehen, wird der Hilfsdienstpflichtige zweckmäßig sofort den Ablehrschein fordern, wenn er einen dringenden Grund zum alsbaldigen Ausscheiden zu haben glaubt. Erhält er ihn, so ist er zur Niederlegung der Arbeit befugt. Andernfalls kann er Beschwerde einlegen und gleichzeitig nach § 4 AV. II eine Entscheidung des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses darüber herbeizuführen, ob ihm eine Fortsetzung des Beschäftigungsverhältnisses zuzumuten ist.

4. Herrmann a. a. O. 74. Eine beharrliche Weigerung nach § 18 Nr. 1 HDG. ist dann anzunehmen, wenn längere Zeit hindurch wiederholte Aufforderungen des Betriebsleiters oder seines Stellvertreters vergeblich geblieben sind.

5. Kriegsamt (Rechtsabtl.) AmtlMitt. 17 Nr. 19 S. 1. Mehrfach sind Klagen folgenden Inhalts geäußert worden:

Bekanntlich beginnt das den Einberufungsausschüssen gemäß § 7 des HGB. übertragene Heranziehungsgeschäft damit, daß die Einberufungsausschüsse den einzelnen Hilfsdienstpflichtigen, welche sie zum Hilfsdienste heranziehen wollen, eine besondere schriftliche Aufforderung zugehen lassen. Der aufgeforderte Hilfsdienstpflichtige besitzt alsdann noch die Freiheit, sich selbst Hilfsdienstarbeit zu suchen. Erst wenn eine Beschäftigung im Hilfsdienste nicht binnen 2 Wochen nach Zustellung der Aufforderung herbeigeführt worden ist, — worüber der Hilfsdienstpflichtige gemäß § 11 der Bundesratsverordnung vom 30. 1. 17 unverzüglich dem Einberufungsausschusse Mitteilung zu machen hat, — setzt der eigentliche Zwang des Gesetzes ein: nunmehr kann der Hilfsdienstpflichtige durch den Einberufungsausschuß zu einer bestimmten Beschäftigung im Hilfsdienste „überwiesen" werden. Leider wird mit der dem Hilfsdienstpflichtigen hiernach eingeräumten Freiheit oft Mißbrauch getrieben. Und zwar in der Weise, daß der Hilfsdienstpflichtige zwar zunächst eine

Beschäftigung im Hilfsdienst annimmt, diese Beschäftigung aber schon nach kurzer Zeit wieder aufgibt.

Das Gesetz gibt aber die Mittel in die Hand, auch solchen bedauerlichen Erscheinungen wirksam zu begegnen.

Zunächst ist kein Zweifel, daß derjenige Hilfsdienstpflichtige, welcher einmal die besondere schriftliche Aufforderung erhalten hat, nicht ein zweites Mal aufgefordert zu werden braucht. Er steht nunmehr dem Einberufungsausschuß zur Verfügung und kann sofort zu einer bestimmten Beschäftigung im Hilfsdienst überwiesen werden. Die Rechtsabteilung hat sich hierüber bereits in Nr. 16 des „Kriegsamt", S. 2, ausgesprochen: die vorherige Aufforderung zum freiwilligen Eintritt in eine kriegswichtige Beschäftigung ist eine Rechtswohltat, die jeder Hilfsdienstpflichtige nur einmal genießt; sie ist verbraucht, wenn er einmal aufgefordert worden ist, und der Zwang des Gesetzes greift nunmehr Platz.

Freilich besteht die Gefahr, daß ein Hilfsdienstpflichtiger, wenn er nun einmal kein Verständnis für derartige vaterländische Pflichten besitzt, wiederum hilfsdienstflüchtig wird, indem er die Stelle, der er überwiesen wird, wiederum verläßt. Es entsteht die Frage, ob er unter solchen Umständen nicht nach § 18 Nr. 1 des HDG. bestraft werden kann. Diese Frage muß unbedingt bejaht werden, wenn aus der Art, wie der überwiesene Hilfsdienstpflichtige die Arbeit übernommen und dann alsbald wieder aufgegeben hat, geschlossen werden kann, daß er der Überweisung nur zum Schein gehorcht, seine Pflicht — gegenüber dem Vaterlande! — nur äußerlich erfüllt und etwa von vornherein die Absicht gehabt hat, die Beschäftigung im Hilfsdienste sobald wie möglich wieder aufzugeben. Noch näher liegt dieser Schluß, wenn etwa der Hilfsdienstpflichtige dieses Spiel der scheinbaren Übernahme und alsbaldigen Wiederaufgabe einer Beschäftigung im Hilfsdienste mehrere Male hintereinander ausübt. Man darf wohl überzeugt sein, daß sowohl die Anklagebehörden als auch die erkennenden Gerichte nicht zögern werden, in solchen Fällen anzunehmen, daß der Tatbestand des § 18 Nr. 1 erfüllt ist, insofern der Hilfsdienstpflichtige der Überweisung zu einer Beschäftigung überhaupt nicht nachkam oder sich beharrlich weigerte, die ihm zugewiesene Arbeit zu verrichten. Die Versuche, ein Strafgesetz zu umgehen, haben erfahrungsgemäß gegenüber der Wachsamkeit unserer Justizbehörden einen schweren Stand. Den Einberufungsausschüssen und sonstigen Organen des Hilfsdienstes kann nur dringend empfohlen werden, solche Fälle zur Anzeige zu bringen, was hoffentlich nach diesen — leider notwendigen — Ausführungen nicht allzu oft wird geschehen müssen.

III. Zu Nr. 2.

1. Herrmann a. a. O. 125. „Arbeiter" ist hier — ebenso wie „Arbeiterausschuß" in § 13 — in weiterem Sinne zu verstehen und umfaßt auch kaufmännische und sonstige Angestellte; ebenso Schiffer-Junck a. a. O. 77.

2. Herrmann a. a. O. 126. Bei dem Vergehen gegen Nr. 2 taucht die Frage auf, ob der Arbeiter, der sich § 9 Abs. 1 zuwider beschäftigen läßt, wegen Teilnahme zu bestrafen ist. Sie ist zu verneinen. Es liegt ein Fall der sog. notwendigen Teilnahme vor. Denn zur Begehung des Vergehens ist das Zusammenwirken zweier Personen erforderlich. Sie bleibt für den Arbeitnehmer straflos, auch wenn sie sich im Einzelfalle als Anstiftung oder Beihilfe darstellt. Denn Nr. 2 des § 18 regelt die strafrechtlichen Folgen des Verstoßes gegen § 9 Abs. 1 erschöpfend und stellt ausdrücklich nur die Annahme in Beschäftigung durch den Arbeitgeber unter Strafe, nicht aber den Eintritt in sie, wie auch § 9 Abs. 1 lediglich dem Arbeitgeber die Einstellung des Hilfsdienstpflichtigen verbietet.

§ 19.

(Zu vgl. Bd. 4, 801).

1. Schiffer-Junck a. a. O. 84. Die Zuständigkeit des einmal gewählten Reichstagsausschusses im Rahmen des § 19 endigt nur mit dem Schlusse der Legislaturperiode. Insbesondere ist er zum Zusammentritt berechtigt, auch wenn der Reichstag innerhalb der Legislaturperiode geschlossen worden ist. Dies ist im Reichstag vom Abg. Spahn ohne

Widerspruch festgestellt worden. Dasselbe ergibt sich durch Schluß aus dem Gegenteile daraus, daß der Ausschuß für den Reichshaushalt nur ermächtigt worden ist, während der Vertagung zusammenzutreten. Endlich ist darauf hinzuweisen, daß eine längere Außerdienststellung des Reichstagsausschusses durch Schließung der Sessionen mit den Zwecken des HDG. nicht vereinbar sein würde.

Hieraus folgt für die persönliche Rechtsstellung der Ausschußmitglieder, daß weder ihre Immunität nach Art. 31 der Reichsverfassung, noch gegebenenfalls die Berechtigung, ihren Amtsgeschäften fern zu bleiben (Art. 21 der Reichsverfassung), durch Sessionsschluß unterbrochen wird.

2. Wittmayer a. a. O. 278. Bei Beantwortung der Frage, ob durch eine Ausführungsverordnung nach § 19 HDG. ein Gesetz geändert werden kann, kommt es auf die Notwendigkeit und Erteilung der Zustimmung des Reichstagsausschusses nicht an. Die Frage könnte nur dann bejaht werden, wenn die Abänderungsbefugnis im HDG. selbst ausgedrückt oder doch angedeutet wäre.

Anhang.

A. Die Stellung der Hilfsdienstpflichtigen zu dem Militärgesetze.

(Zu vgl. Bd. 4, 862.)

1. Hahn a. a. O. 180. Die Hilfsdienstpflichtigen, welche bei dem Heer im Operationsgebiet, Etappengebiet oder bei der Kriegsbesatzung ein Dienst- oder Arbeitsverhältnis eingehen, unterliegen als Heeresgefolge dem Militärstrafrecht, soweit dessen Bestimmungen mit der Sonderstellung des Hilfsdienstpflichtigen als Nichtsoldaten vereinbar ist.

2. Hahn a. a. O. 181. Das MilStGB. gilt nicht für die im vaterländischen Hilfsdienst bei den Ersatztruppenteilen, Lazaretten, Munitionsdepots, Traindepots, Sammelstationen, Intendanturen, Proviantämtern, Proviantdepots, Ersatzmagazinen, Bekleidungsämtern, Garnisonverwaltungen, Militärbauämtern, sonstigen militärischen Behörden und technischen oder wirtschaftlichen militärischen Instituten des Heimatgebietes tätigen Personen. RMilG. 19, 269. Für diese und alle sonstigen Hilfsdienstpflichtigen im Heimatgebiet wie bei nichtmilitärischen Organisationen im Etappengebiet, Operationsgebiet, soweit diese Organisationen nicht selbst zum Heeresgefolge gehören, bleibt es bei den sonstigen Strafvorschriften.

3. Schiffer-Junck a. a. O. 15. Auch diejenigen Hilfsdienstpflichtigen, die in den Operations-, Etappen- oder Okkupationsgebieten verwendet werden, zählen dort nicht ohne weiteres zum Heeresgefolge; es kommt auf die Verwendungsart in jenen Gebieten an. Wer draußen Burschendienste oder sonst militärische Dienste verrichtet, gehört zum Heeresgefolge; denn er ist dem Heere und zwar dem kriegführenden Heere eingegliedert und steht unter militärischem Oberbefehl. Außerhalb des Heeresgefolges dagegen würde stehen, wer draußen in einer nichtmilitärischen Werkstätte Verwendung findet. Grundsatz ist hiernach: Hilfsdienstpflichtige werden nicht schon deswegen den militärischen Gesetzen unterworfen, weil sie ihre Hilfsdienstpflicht erfüllen. Selbst beim Heeresgefolge bleiben sie Zivilpersonen, werden also nicht etwa Personen des Soldatenstandes. Auch die zum Heeresgefolge gehörenden Hilfsdienstpflichtigen können rein militärische Straftaten nicht begehen, wie z. B. Fahnenflucht. Dagegen ist Ungehorsam (vgl. MStGB. § 92 ff.) Hilfsdienstpflichtiger gegen militärische Vorgesetzte (nicht aber gegen Vorgesetzte, die selbst nur hilfsdienstpflichtig, also Zivilpersonen sind) möglich. Ebenso ist disziplinarische Bestrafung wegen Ungehorsams (nach § 1 Nr. 2 der Disziplinar-Strafordnung) zulässig, da Ungehorsam unter Umständen zu den militärischen Vergehen gehört, deren Bestrafung im Disziplinarwege gestattet ist (nach EG. zu MStGB. § 3). Der Disziplinarbestrafung unterliegen übrigens nach § 1 Nr. 1 der Disziplinar-Strafordnung auch „Handlungen gegen die militärische Zucht und Ordnung und gegen die Dienstvorschriften, für welche die Militärgesetze keine Strafbestimmungen enthalten". Dies gilt nach § 2 Nr. 3 (siehe oben, vgl. § 38 der Disziplinar-Strafordnung) auch für Hilfsdienstpflichtige, die zum Heeresgefolge gehören.

B. Einwirkung auf Verträge.

I. Mietverträge.

Baum a. a. O. 59. Die Einberufung zum Hilfsdienst ist für den hilfsdienstpflichtigen kein Grund zur sofortigen Auflösung abgeschlossener Mietsverträge, und zwar auch dann nicht, wenn die Dienstleistung außerhalb seines bisherigen Wohnortes erfolgt und ihn an der Weiterbenutzung seiner Wohnung hindert. Auch das Kündigungsrecht des § 570 BGB. steht dem Hilfsdienstpflichtigen nicht zu. Die Einberufung zum Hilfsdienst ist keine Versetzung, so daß sich daher auch Beamte, die als in ihrer bisherigen Amtsstellung entbehrlich gemäß § 2, § 4 Abs. 1 zum Hilfsdienst einberufen werden, auf § 750 BGB. nicht berufen können.

II. Gesellschaftsverträge.

Baum a. a. O. 60. Bei Gesellschaftsverträgen kann die Einberufung zum Hilfsdienst einen „wichtigen Grund" zur sofortigen Auflösung (§ 723 Abs. 2 BGB.) darstellen. Dies wird insbesondere dann gelten, wenn die Arbeitskraft des einberufenen Gesellschafters für das Unternehmen unentbehrlich und seine Fortsetzung ohne den Einberufenen gar nicht oder nur mit großen Schwierigkeiten möglich ist. — Muß dagegen das Unternehmen infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse ohnehin ohne Rücksicht auf die Einberufung des Gesellschafters stillstehen, so wird man — namentlich bei langfristigen Verträgen mit großen Kapitaleinlagen — die Annahme eines „wichtigen Grundes" ablehnen.

III. Dienstverträge.

(Zu vgl. Bd. 4, 864.)

1. Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 3 S. 5. Nach BGB. § 626 kann das Dienstverhältnis von jedem Teile ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Das gleiche gilt für das Gebiet der Gewerbeordnung und die Handlungsgehilfen. Kündigung ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist bedeutet einseitige Aufhebung des Dienstverhältnisses ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist oder, wie gewöhnlich gesagt wird: (Sofortiger) Rücktritt vom Vertrage.

Über den Fall, daß der Dienstberechtigte (Prinzipal, Arbeitgeber) zur Dienstpflicht herangezogen wird, läßt sich Grundsätzliches kaum sagen. Wird er persönlich zur Dienstpflicht herangezogen und damit seinem Betriebe entfremdet — was in der Regel nur erfolgen wird, wenn sein Betrieb nicht schon als vaterländischer Hilfsdienst nach § 2 des Hilfsdienstgesetzes gilt —, so hängt es ganz von der Lage des Falles ab, ob er deswegen seine Angestellten oder Arbeiter entlassen darf. Die tatsächliche Fortführung seines Betriebes wird in der Regel einen Anhalt dafür geben, daß genügende Vertretung durch einen Sozius, Prokuristen usw. vorhanden ist, und daß deshalb sein persönliches Ausscheiden keinen wichtigen Grund nach § 626 abgibt.

Einer besonderen Betrachtung bedarf der Fall, daß zwar nicht der Inhaber des Betriebes persönlich herangezogen, wohl aber sein Betrieb durch sog. Stillegung oder Einschränkung in einer Weise verkümmert wird, daß dem Inhaber die Aushaltung der Dienstverträge mit allen seinen Angestellten, Arbeitern usw. billigerweise nicht zugemutet werden kann. Dies wird ja nur in seltenen Fällen zutreffen. Namentlich wird es nur selten vorkommen, daß die Verkümmerung so plötzlich und schonungslos eintritt, daß nicht wenigstens kürzere Kündigungsfristen eingehalten werden müßten. Auch könnte in solchen Fällen Rücksicht geübt werden (vgl. § 4 Abs. 2 des Gesetzes). Daß aber Fälle denkbar sind, in denen dem Betriebsinhaber sofortiger Rücktritt von Dienstverträgen zugebilligt werden muß, ist sicher.

Wichtiger dürften die Fälle sein, wo die Hilfsdienstpflicht den Dienstverpflichteten (Handlungs- oder Gewerbegehilfen, Angestellten, Arbeiter) trifft.

Daß die Hilfsdienstpflicht nicht bloß Verhinderung „für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit" im Sinne des § 616 BGB. bedeutet, sollte nicht bezweifelt werden, an-

gesichts der gänzlich unübersehbaren Dauer des Krieges und damit der Hilfsdienstpflicht.

Also ist Heranziehung zur Hilfsdienstpflicht ein wichtiger Grund.

Zunächst für den Dienstverpflichteten selbst.

Jedoch muß dieser Satz eingeschränkt werden. Die Heranziehung erfolgt nach § 7 des Gesetzes

1. durch Aufforderung zur freiwilligen Meldung;
2. bei Bedarf durch schriftliche Aufforderung des einzelnen Hilfsdienstpflichtigen, worauf dieser
   a) entweder selbst vaterländische Arbeit zu suchen und anzutreten hat;
   b) oder, falls er nicht binnen 2 Wochen angetreten ist, überwiesen wird.

Fall 1 genügt nicht. Die bloße Tatsache, daß ein Angestellter oder Arbeiter nach § 1 des Gesetzes hilfsdienstpflichtig ist und Kenntnis von der allgemeinen Aufforderung zur freiwilligen Meldung erhält, berechtigt ihn nicht, ohne Rücksicht auf einen ihn bindenden Dienstvertrag seine Stellung auf Knall und Fall zu verlassen. Auch die Heiligkeit von Verträgen liegt im vaterländischen Interesse. Es ist darum Sache des einzelnen, wenn er seine Kräfte freiwillig darbringen will, seine bestehende Dienstvertragsverbindlichkeit durch Verhandlung mit seinem Dienstherrn gütlich zu lösen. Ausnahmen sind natürlich denkbar: So, wenn die Aufforderung zur Meldung an alle Angehörigen eines bestimmten Berufes ergeht, oder es keinem Zweifel unterliegt, daß gerade dieser Mann unbedingt zum vaterländischen Hilfsdienst sofort gebraucht wird. Allein an dem Grundsatze, daß die allgemeine Aufforderung nicht genügt, wird festgehalten werden müssen, falls nicht verhängnisvolle Rechtsunsicherheit eintreten soll. Dies um so mehr, als ja in vaterländisch wichtigen Fällen die schriftliche Einzelaufforderung kaum ausbleiben wird.

Dagegen muß im Falle 2 grundsätzlich ein wichtiger Grund für den Dienstvertragsverpflichteten angenommen werden, wobei es ja gleichgültig ist, ob der Betreffende von selbst in Arbeit geht oder erst überwiesen wird. Der wichtige Grund ist die Aufforderung, durch die ausgesprochen wird, daß das Vaterland gerade diesen einzelnen braucht. Es gilt hier das gleiche wie bei der Heranziehung zur Wehrpflicht, wo es ja auch einerlei ist, ob sie durch freiwillige Meldung oder erst auf Gestellungsbefehl erfüllt wird.

Aber auch hier ist eine Einschränkung nötig. Nach § 7 Abs. 3 des Hilfsdienstgesetzes muß der freiwillige Antritt eines Hilfsdienstes binnen 2 Wochen erfolgen. Es muß daher angenommen werden, daß dann, wenn der Betreffende nur vierzehntägige Kündigungsfrist hat und die Kündigung sofort möglich ist, er diese Kündigungsfrist beim alten Arbeitgeber aushalten muß. Aber auch, wenn längere Kündigungsfrist besteht und namentlich dann, wenn die Frist zwar nur vierzehntägig ist, die Kündigung aber an einen bestimmten Tag gebunden ist (Anfang, Mitte, Ende eines Monats oder einer Woche), wird man dem Betreffenden zumuten können, wenigstens 14 Tage noch abzudienen. Es liegt nicht im Sinne des Gesetzes, rauh in bestehende Verhältnisse einzugreifen.

Vielleicht hat auch die hier behandelte Rechtsfrage nicht allzu große praktische Bedeutung. Vielfach bestehen so kurze Kündigungsfristen, daß die Auflösung des Vertrages binnen 14 Tagen ohne weiteres möglich ist. In manchen Branchen, z. B. bei den Metallarbeitern, gibt es überhaupt keine Kündigungsfristen. Der Fall der Heranziehung des Mannes mit lebenslänglicher Anstellung wird äußerst selten sein. Immerhin sind Grenzfälle denkbar, die zu Schwierigkeiten führen könnten.

Einzuschalten ist: Wenn der Dienstvertragsverpflichtete sich in einem Betriebe befindet, der schon nach § 2 als vaterländischer Hilfsdienst gilt, besteht überhaupt vom Rechtsstandpunkt aus kein Rücktrittsgrund. Von Ausnahmefällen, wo eine Überweisung an einen anderen Betrieb vaterländisch nötig ist, natürlich abgesehen.

Was nun den Dienstberechtigten anlangt, dem sein Angestellter, Arbeiter usw. durch Eintritt in einen Hilfsdienstbetrieb entzogen wird, so kann ersterer grundsätzlich nicht schlechter gestellt werden. Auch er muß den Vertrag ohne Kündigung auflösen können. Das folgt für die Handlungsgehilfen zwingend aus HGB. § 72, Nr. 3, wo als Rücktrittsgrund schon

die Einziehung zu einer mehr als achtwöchigen militärischen Dienstleistung bezeichnet ist. Die Heranziehung zu der nicht übersehbaren Hilfsdienstpflicht ist ein viel stärkerer Eingriff. Jedoch nötigt gerade § 72 cit. zur Vorsicht. Dort heißt es im Eingange: „Sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen." Man könnte da etwa an den Fall denken, daß ein Betrieb durch die vaterländische Dienstpflicht im Sinne des § 4 des Abs. 2 des Gesetzes so wesentlich eingeschränkt würde, daß es nicht unbillig wäre, dem Prinzipal die Offenhaltung der Stelle bis zur Beendigung des Krieges zuzumuten.

2. Hoffmann a. a. O. 24. Die Heranziehung zum Hilfsdienst ist kein wichtiger Grund im Sinne des § 626 BGB., der §§ 124a, 133b GewO. oder des § 70 HGB., der zur Aufhebung des Arbeitsverhältnisses vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist berechtigte, jedenfalls nicht in den Fällen, in denen die Beschäftigung im Hilfsdienst auf Grund freiwilliger Meldung erfolgt; denn von dem Betreffenden muß erwartet werden, daß er in den Hilfsdienst erst übertritt, nachdem er seine Vertragsverhältnisse auf ordnungsmäßigem Wege gelöst hat. Das gilt sowohl für den Dienstberechtigten, wie für den zur Dienstleistung Verpflichteten. Wird der Hilfsdienstpflichtige durch eine besondere schriftliche Aufforderung veranlaßt, binnen zwei Wochen eine Beschäftigung im Hilfsdienst nachzuweisen, so wird er den Rücktritt vom Vertrage erst in dem Augenblick bewirken können, in dem er die Beschäftigung im Hilfsdienst angetreten hat: bis dahin muß die Innehaltung der bisherigen vertraglichen Verpflichtungen gefordert werden. Daß der Aufgeforderte die Beschäftigung im Hilfsdienst grundsätzlich erst nach zwei Wochen aufnimmt und dadurch nach vierzehntägiger Kündigungsfrist die Kündigungsfrist einhält, kann nicht verlangt werden. Immerhin wird der Aufgeforderte dem anderen Vertragteil von der Aufforderung alsbald Mitteilung zu machen haben. Erfolgt die Beschäftigung eines zur Dienstleistung Verpflichteten im Hilfsdienst auf Grund einer Überweisung (§ 7 Abs. 3), so wird jedesmal ein wichtiger Grund vorliegen. Wird der Dienstberechtigte zum Hilfsdienst eingezogen, so liegt in diesem Falle allerdings dann kein Grund zum Rücktritt vom Vertrage vor, wenn der Betrieb tatsächlich fortgeführt wird.

Befindet sich der zur Dienstleistung Verpflichtete in einem Betrieb, der als vaterländischer Hilfsdienst gilt, so kann ein Rücktrittsrecht nur angenommen werden, wenn er zu einem anderen Hilfsdienst überwiesen wird. Wird ein Betrieb stillgelegt oder so eingeschränkt, daß dem Unternehmer die Innehaltung der bestehenden Dienstverträge nicht zugemutet werden kann, so kann dieser vom Rücktrittsrecht Gebrauch machen. Fälle dieser Art werden aber durch entsprechende Maßnahmen gemildert werden können, so daß jedenfalls die Kündigungsfrist eingehalten werden kann. Übrigens werden solche Dienstverpflichtete in der Regel anderen Betrieben überwiesen werden.

3. Herrmann a. a. O. 76. Wem die besondere schriftliche Aufforderung zugeht, ist zur sofortigen Auflösung eines etwa noch laufenden Beschäftigungsverhältnisses befugt. Denn man kann ihm nicht zumuten, es auf die Überweisung ankommen zu lassen. Die Aufforderung bildet also einen wichtigen Grund im Sinne der §§ 626 BGB., 70 HGB. und 124 GewO. Ihm steht allerdings nach § 31 Abs. 1 Anw. ein Rechtsmittel zu, nämlich die Erhebung der Vorstellung bei dem Ausschuß, der die Aufforderung erlassen hat. Das Recht dazu begründet aber nicht zugleich die Verpflichtung, es geltend zu machen, um so weniger, als auch sein Arbeitgeber die Befugnis hat, im eigenen Namen gegen die Einberufung des bei ihm Beschäftigten Vorstellung zu erheben, von der er auch gegen dessen Willen Gebrauch machen kann. Ihr ist nach § 31 Abs. 2 Anw. stattzugeben und die Aufforderung zurückzunehmen, „wenn die Auflösung des Beschäftigungsverhältnisses einen übermäßigen Schaden bereiten würde, sofern nicht die Bedürfnisse des Hilfsdienstes überwiegen". An eine Frist ist die Vorstellung nicht gebunden. Sie wird aber möglichst bald erfolgen müssen, damit nicht die zwei Wochen verstreichen und unterdessen die Überweisung ausgesprochen wird, nach der für die Vorstellung kein Raum mehr ist. Beweismittel in Gestalt von behördlichen Zeugnissen, eidesstattlichen Versicherungen und dgl. sind ihr im Interesse der Beschleunigung beizufügen.

4. a) Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 4 S. 4. Die Heranziehung zum Hilfsdienst ist nicht als unverschuldetes Unglück i. S. der §§ 63, 72 HGB., § 133c Abs. 2 Satz 1 GewO. anzusehen. Es braucht kaum besonders auseinandergesetzt zu werden, daß die gegenteilige Auffassung geradezu den Geist des Gesetzes verletzen würde. Das Gesetz richtet sich an alle Deutschen und ruft sie zum Dienste beim Vaterlande auf. Die damit verbundenen Opfer wird jeder tragen müssen und gern tragen. Es ist ja auch durch § 8 HDG. dafür gesorgt, daß das Einkommen der Hilfsdienstarbeit angemessen und auskömmlich sein soll; ebenso Baum a. a. O. 63, Hoffmann a. a. O. 25, Schiffer-Jund a. a. O. 40.

b) Baum a. a. O. 63. Nach den im Archiv des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte vorliegenden Urteilen ist die Frage bisher verneint vom Kammergericht, den Oberlandesgerichten Colmar und Dresden, den Landgerichten Berlin I, Bielefeld, Dortmund, Frankenthal, Karlsruhe, Leipzig, den Amtsgerichten Breslau, Chemnitz, Essen, Ludwigshafen, Marburg, Pforzheim, Posen, den Kaufmannsgerichten Frankfurt a/M., Görlitz, Hamburg, Hannover, Leipzig, Liegnitz, Oldenburg, Plauen i. V., Stettin; bejaht vom Landgericht Stettin, den Kaufmannsgerichten Berlin, Braunschweig, Chemnitz, Dresden, Duisburg, Mannheim. Eine Mittelmeinung, wonach für die Frage, ob die Einberufung als unverschuldetes Unglück anzusehen ist, die persönlichen Verhältnisse des Angestellten, insbesondere seine Verpflichtung, für eine Familie zu sorgen, maßgebend ist, wird vertreten in Urteilen der Landgerichte Berlin I, Cöln, Essen, Münster, des Amtsgerichts Dülmen, der Kaufmannsgerichte Berlin, Cöln, Solingen. (Zitate vgl. bei Heidenfeld, „Der Krieg als unverschuldetes Unglück", Arbeitsrecht 1, 194 und Dove, JW. 1915, 682; das Urteil des Kammergerichts, KGBl. 1916, 6.)

5. a) Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 4 S. 4. Welchen Einfluß übt der Austritt eines Hilfsdienstpflichtigen aus seinem bisherigen Dienstverhältnisse und sein Eintritt in einen Hilfsdienstbetrieb auf das Wettbewerbsverbot aus?

Besondere Bestimmungen über das Wettbewerbsverbot finden sich

a) in § 133f Gewerbeordnung für Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker;

b) im Handelsgesetzbuch §§ 74 bis 75c für Handlungsgehilfen;
in § 76 für Handlungslehrlinge: bei ihnen sind Wettbewerbsverbote überhaupt unwirksam.

Die Vorschriften des HGB. für Handlungsgehilfen beruhen auf dem Reichsgesetz vom 10. 6. 14. Eine gleiche Gesetzgebung für Gewerbegehilfen im Anschlusse an § 133f Gewerbeordnung ist beabsichtigt. Es ist anzunehmen, daß sich inzwischen die Rechtsprechung bemühen wird, die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches auf Gewerbegehilfen und sonstige Personen, die weder unter Gewerbeordnung noch unter Handelsgesetzbuch fallen, auszudehnen. Anhalt hierfür gibt Gewerbeordnung § 133f (unbillige Erschwerung des Fortkommens soll ausgeschlossen sein) und BGB. § 343. Nicht ausdehnungsfähig auf andere Personen sind natürlich die Sonderbestimmungen des HGB. über die sog. Karenz-Entschädigung. Bei gewerblichen Arbeitern, für die § 133f der Gewerbeordnung nicht gilt, sind Wettbewerbsverbote nur selten.

Von vornherein ist auch hier zu bemerken, daß es nicht im Staatsinteresse und im besonderen nicht im Interesse der vaterländischen Hilfsdienstpflicht liegt, Verträge, also Wettbewerbsverbote, gering zu achten. Sie müssen möglichst berücksichtigt werden. Auch ist — wie dies schon zu der größeren Frage des Rücktritts von Verträgen bemerkt wurde — nicht anzunehmen, daß die hier behandelte Spezialfrage praktisch sehr bedeutsam werden wird. Zunächst gibt es für Arbeiter Wettbewerbsverbote gewiß nicht allzu häufig. Für Handlungsgehilfen sind sie namentlich durch die Karenzentschädigung sehr eingeschränkt worden und gelten überhaupt nur für Handlungsgehilfen mit einem Diensteinkommen von mehr als 1500 Mark.

Unser Ergebnis ist, daß das Wettbewerbsverbot grundsätzlich nicht dadurch berührt wird, daß der Handlungsgehilfe usw. in Erfüllung der vaterländischen Hilfsdienstpflicht

in einen (anderen) Hilfsdienst eintritt, und daß dadurch das Dienstverhältnis mit seinem alten Dienstherrn beendigt wird.

Das Wettbewerbsverbot gilt immer nur für die Zeit nach Beendigung des Dienstverhältnisses und es ist — wiederum zunächst grundsätzlich — einerlei, ob die Beendigung durch Zeitablauf, Kündigung unter Einhaltung der vereinbarten oder gesetzlichen Kündigungsfrist, oder durch fristlose Kündigung (Rücktritt vom Vertrage) herbeigeführt wird.

Im einzelnen ist zu sagen:

a) Das Wettbewerbsverbot tritt in Kraft, wenn es der Handlungsgehilfe usw. ist, der das Vertragsverhältnis zur Beendigung bringt. Dies ist ja der eigentliche Fall, für den die Wettbewerbsverbote vereinbart werden. Der Fall HGB. § 75 Abs. 1 scheidet für den Kreis des Hilfsdienstgesetzes überhaupt aus.

b) Wenn der Prinzipal das Dienstverhältnis löst, wird der Handlungsgehilfe (auch sonstige Personen, die unter einem Wettbewerbsverbote stehen) frei. Doch macht § 75 Abs. 2 eine Ausnahme für den Fall, daß für die Kündigung ein erheblicher Anlaß in der Person des Gehilfen vorliegt. Das trifft zu, wenn der Handlungsgehilfe in vaterländischen Hilfsdienst tritt; er gibt damit dem Prinzipal einen Grund zum Rücktritt. („Erheblicher Anlaß" ist natürlich nicht = Verschuldung). Der Handlungsgehilfe bleibt also auch in diesem Falle an das Wettbewerbsverbot gebunden.

c) Dagegen wird § 75 Abs. 3 in der Regel nicht zur Anwendung kommen, da die Erfüllung der vaterländischen Dienstpflicht nicht als „vertragswidriges Verhalten" angesehen werden kann. Der Handlungsgehilfe behält also in diesem Falle den Anspruch auf Karenzentschädigung. Es müßte denn der Handlungsgehilfe unnötigerweise, d. h. ohne zur Hilfsdienstpflicht herangezogen zu sein, oder ohne daß etwa ein vaterländischer Notstand vorliegt, aus dem Dienste gehen: dann ist sein Verhalten doch „vertragswidrig".

Wenn der in vaterländischen Hilfsdienst eintretende Handlungsgehilfe usw. an das Wettbewerbsverbot gebunden bleibt, so trifft ihn dies übrigens gar nicht so hart. Denn die Beschränkung seiner persönlichen Freiheit beruht schon auf der Hilfsdienstpflicht, und die im Hilfsdienst verbrachte Zeit wird ihm selbstverständlich auf die Karenzzeit angerechnet.

Hiernach sind nur zwei Fragen zu entscheiden:

1. Wird das Wettbewerbsverbot dadurch verletzt, daß der Handlungsgehilfe usw. einem Betriebe „überwiesen wird", der als Konkurrenzbetrieb anzusehen ist? Diese Frage ist grundsätzlich zu verneinen. Denn der Zwang zum vaterländischen Hilfsdienst macht die Unterlassungspflicht, die der Gegenstand des Wettbewerbsverbotes ist, unmöglich, und diese Unmöglichkeit ist vom Handlungsgehilfen usw. nicht zu vertreten. Er wird also vom Wettbewerbsverbot für die Zeit der „Überweisung" frei. Vgl. BGB. § 275, 323. Dies gilt aber — von möglichen Ausnahmefällen abgesehen — immer nur, wenn der Hilfsdienstpflichtige „überwiesen" wird. Wenn er sich freiwillig einen Hilfsdienstbetrieb aussucht, der unter die Konkurrenzklausel fällt, so tut er dies auf seine eigene Gefahr.

2. Wie ist es mit der Karenzentschädigung zu halten? (Vgl. hierüber HGB. §§ 74, 74c.)

a) Tritt der Handlungsgehilfe in einen Hilfsdienstbetrieb ein, der nicht Konkurrenzbetrieb ist, dann hat er Anspruch auf die Karenzentschädigung. Das Einkommen aus der neuen Stelle ist ihm nach § 74c anzurechnen.

b) Tritt er in einen Konkurrenzbetrieb ein (etwa durch „Überweisung"), so verliert er — nach Verhältnis der Zeit der Dienstpflicht — den Anspruch auf die Karenzentschädigung gemäß BGB. § 323.

b) Hoffmann a. a. O. 26. Das Wettbewerbsverbot (Konkurrenzklausel), das für Handlungsgehilfen und -lehrlinge in den §§ 74 bis 76 HGB. in der Fassung des Gesetzes vom 16. Juni 1910 (RGBl. 209) und für Betriebsbeamte, Werkmeister und Techniker im § 133f GewO. seine gesetzliche Regelung gefunden hat, wird durch Aufnahme einer Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst nicht berührt. Wird aber der Hilfsdienstpflichtige einem Konkurrenzbetriebe auf Grund des § 7 Abs. 3 überwiesen, so wird er während dieser Zeit vom Wettbewerbsverbot frei (vgl. §§ 275, 353 BGB.). Tritt der Handlungsgehilfe in einen Hilfsdienstbetrieb ein, der nicht Konkurrenzbetrieb ist, so hat er An-

spruch auf die Entschädigung (§ 74 Abs. 2 HGB.). Findet aber die Beschäftigung in einem Konkurrenzbetriebe statt, so verliert er nach Verhältnis der Zeit der Dienstpflicht den Anspruch auf die Entschädigung gemäß § 323 BGB.

6. Knipschaar, JW. 17 122ff. Die Ersatzpflicht gegenüber dem Hilfsdienstpflichtigen ist nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 278, 618 BGB. zu beurteilen. (Die Ausführungen des Verfassers zum öffentlichen Versicherungsrecht sind durch die VO. v. 24. 2. 17, RGBl. 171 überholt). Entsprechendes gilt im allgemeinen für die Ersatzpflicht gegenüber Dritten, die bei Ausübung des Hilfsdienstes verletzt werden. Ist der Hilfsdienstpflichtige durch den Ausschuß dem Betriebe überwiesen, so kann, soweit die Auswahl des Angestellten in Betracht kommt, in der Regel der in § 831 BGB. vorgesehene Entlastungsbeweis als erbracht angesehen werden. Im militärischen Sicherheitsdienst stehende Hilfsdienstpflichtige sind i. S. des Gesetzes vom 22. Mai 1910 als Reichsbeamte anzusehen, weil ihnen im Interesse des Reichs die Ausübung einer öffentlichen Gewalt anvertraut ist (zu vgl. RG. 67 S. 117). Danach ist die Haftung des Reiches zu bestimmen.

IV. Freier Arbeitsvertrag.

Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 4 S. 7. In der Tagespresse wird von juristischer Seite die Frage aufgeworfen, ob es richtig sei, die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes abgeschlossenen Anstellungs- und Arbeitsverträge als freie Dienstverträge zu behandeln. Man meint: der Gedanke des freien Dienstvertrages sei „sozial sympathisch", führe aber zu rechtlichen Schwierigkeiten; schließlich werde es doch geboten sein, den Vertrag als unter einem staatlichen Zwange geschlossen rechtlich zu behandeln.

Das Hilfsdienstgesetz schafft eine Menge neuer juristischer Probleme, die vielleicht für lange Zeit Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen sein werden. Wir glauben aber nicht, daß dadurch an der Grundauffassung, daß die Dienstverträge der Hilfsdienstpflichtigen freie Dienstverträge sind, etwas geändert werden wird. Das wäre auch im Interesse des Gesetzes und des großen vaterländischen Gedankens, auf dem es beruht, lebhaft zu bedauern. Das Gesetz will vom Geist der Freiwilligkeit beherrscht sein. Die Freiwilligkeit steht am Anfange, der Zwang am Ende seiner Ausführung. Deshalb bleibt es auch demjenigen Hilfsdienstpflichtigen, der die besondere schriftliche Aufforderung zum Hilfsdienste erhält, zunächst überlassen, sich selbst Arbeit zu suchen. Wenn er dies tut, leistet er dem Gesetze schuldigen Gehorsam, aber ihm bleibt die Wahl des Arbeitsortes und des Arbeitgebers. Daß er in diesem Falle einen freien Dienstvertrag abschließt, unterliegt nicht dem geringsten Bedenken. Aber auch mit denjenigen, die einem bestimmten Betriebe überwiesen werden, steht es nicht anders. Zum Belege hierfür braucht nur auf § 8 des Gesetzes hingedeutet zu werden, wo vom Arbeitslohn — und zwar gerade des Überwiesenen — die Rede ist. Der Arbeitslohn wird zwischen dem Überwiesenen und seinem Arbeitgeber frei vereinbart. Es ist ferner kein Zweifel, daß die gesamten sozialpolitischen Schutzbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes über Arbeiterausschüsse usw. auch denen zugute kommen, die unter dem Zwange des Gesetzes in Arbeit gegangen sind. Wenn sie dem Zwange des Gesetzes gehorcht haben, sind sie eben freie Arbeiter. Wäre dies nicht richtig, dann fehlte es ihnen z. B. auch an der Möglichkeit, die ihnen zukommende Entlohnung oder ihre sonstigen Befugnisse im Rechtswege zu verfolgen und sich dabei auf die Vorschriften des bürgerlichen Rechts (Bürgerliches Gesetzbuch, Handelsgesetzbuch, Gewerbeordnung usw.) zu berufen. Im Grunde wären sie dann schutzlos, und es müßte eigentlich noch ein besonderes öffentliches Recht geschaffen werden, das für sie zu gelten hätte. Mit aller Entschiedenheit muß daran festgehalten werden, daß das Hilfsdienstgesetz, soweit es nicht selbst Bestimmungen enthält, auf den Schultern der sonst bestehenden deutschen Gesetzgebung ruht, insbesondere über den Dienstvertrag. Auf ein Weiteres ist schon hingewiesen worden: nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes bildet es eine Voraussetzung für die Versicherungspflicht und die Versicherungsberechtigung, daß der Arbeiter unter freiem Arbeitsvertrage steht. Deshalb gedenkt man in der Bundesratsverordnung, die die öffentliche Versicherung der Dienstpflichtigen regelt, ausdrücklich auszusprechen, daß die Hilfs-

dienstpflichtigen auch dann der Versicherung unterliegen, wenn die Beschäftigung nicht auf Grund freiwilliger Meldung erfolgt. Also auch hier geht man von einem freien Arbeitsvertrage aus und legt gerade dadurch für die Hilfsdienstpflichtigen die Wohltat der Versicherung fest.

Von diesem Standpunkt aus ergeben sich übrigens auch keine Schwierigkeiten für die der Landwirtschaft überwiesenen gewerblichen Arbeiter. Allerdings unterliegen sie nach § 16 des Hilfsdienstgesetzes nicht den landesgesetzlichen Bestimmungen über das Gesinde. Und zwar auch dann nicht, wenn sie etwa — was übrigens kaum vorkommen wird — wirklich Gesindedienste übernehmen sollten. Aber daraus folgt nun nicht etwa, daß für sie die Bestimmungen der Gewerbeordnung in Wirksamkeit bleiben würden. Sie sind landwirtschaftliche Arbeiter und unterstehen dem für solche geltenden Rechte, also den landesgesetzlichen Bestimmungen und dem Bürgerlichen Gesetzbuche. Alle diese Fragen lösen sich wie von selbst, wenn man an dem Grundsatze des freien Arbeitsvertrages festhält. Man tut dem Gesetze keinen Gefallen, wenn man unnötig Schwierigkeiten hineinträgt.

V. Lehrlingsverträge.

a) Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 5 S. 5. Bei der Rechtsabteilung des Kriegsamtes ist eine Anfrage von seiten eines Berufsverbandes eingegangen: ob Lehrlinge, die einen Lehrvertrag eingegangen und infolgedessen vertraglich gebunden sind, vom Hilfsdienstgesetz berührt werden oder nicht.

In Betracht kommen nur Lehrverträge mit Arbeitgebern, die der GewO. unterstehen. Dort sind die Lehrlingsverhältnisse im Titel VII unter III behandelt — und zwar werden unter A in §§ 126 bis 128 allgemeine Bestimmungen und unter B in §§ 129 bis 132a „Besondere Bestimmungen für Handwerker" getroffen. In letzteren ist für den hier interessierenden Punkt nichts Besonderes enthalten. Es entscheiden sonach die allgemeinen Bestimmungen.

Hiernach kann das Lehrverhältnis während der sog. Probezeit, gewöhnlich vier Wochen, durch einseitigen Rücktritt gelöst werden. Dieser Rücktritt ist vollkommen frei. Er steht beiden Teilen, dem Lehrherrn wie dem Lehrling, zu.

Nach Ablauf der Probezeit dagegen kann das Lehrlingsverhältnis nur aus einem der besonderen Gründe aufgelöst werden, die in § 127b GewO. von Abs. 2 an angegeben sind. Das allgemeine Rücktrittsrecht aus wichtigem Grunde nach BGB. § 626 gilt für Lehrlingsverhältnisse, die der Gesetzgeber offenbar absichtlich schwer lösbar gemacht hat, nicht. Zu den besonderen Gründen des § 127b zählt nun aber der Fall, daß der „Lehrling zur Fortsetzung der Arbeit unfähig ist (wird)". Dieser Grund schlägt bei der Hilfsdienstpflicht — unter den weiter anzugebenden Beschränkungen — prinzipiell ein, wobei aber, wie dies auch bei der Erörterung über den Rücktritt von Dienstverträgen überhaupt gesagt wurde — vorausgesetzt wird, daß der Beruf oder Betrieb des Lehrherrn nicht schon selbst als vaterländischer Hilfsdienst im Sinne von § 2 HDG. gilt. Dann besteht in der Regel kein Grund, das Lehrlingsverhältnis aufzulösen: der Lehrling erfüllt dann eben seine vaterländische Hilfsdienstpflicht bei seinem alten Lehrherrn. Das HDG. darf nicht etwa dazu benutzt werden, um bloß den Meister zu wechseln.

Sonst aber wird der Lehrling durch seine Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst zweifellos unfähig zur Fortsetzung der Arbeit und dies gibt jedem der beiden Teile dem Lehrling und dem Lehrherrn, einen Grund zur Auflösung des Vertrages. Die Hilfsdienstpflicht muß auch in dieser Beziehung der Wehrpflicht gleichgeachtet werden. Daß die Hilfsdienstpflicht angesichts ihrer zunächst unübersehbaren Dauer einen Grund abgibt, der die Arbeit des Lehrlings nicht etwa nur für vorübergehende Zeit hindert, wurde an dieser Stelle schon für den Dienstvertrag im allgemeinen — der Lehrvertrag ist eine Unterart des Dienstvertrages — ausgeführt.

Aber ebenso wie für den Dienstvertrag im allgemeinen, muß auch für den Lehrvertrag gesorgt werden: erst wenn der Lehrling wirklich herangezogen wird, kann der Lehrvertrag aufgelöst werden. Die Heranziehung geschieht bekanntlich nach § 7 Abs. 2 dadurch,

daß der einzelne Hilfsdienstpflichtige durch einen Ausschuß eine besondere schriftliche Aufforderung erhält, worauf er binnen 14 Tagen selbst hilfsdienstpflichtige Arbeit zu suchen oder — nach Ablauf dieser Frist — die Überweisung an einen Hilfsdienstbetrieb zu gewärtigen hat. Ehe solche Heranziehung, die vielleicht auch durch eine an alle Angehörigen eines bestimmten Berufskreises gerichtete öffentliche, also jeden einzelnen betreffende Aufforderung ersetzt werden könnte, die weitere Entwicklung muß abgewartet werden! — ergangen ist, besteht kein Grund, Lehrverträge aufzulösen. Insbesondere genügt dazu nicht schon der Ruf des Gesetzes (oder auch die öffentliche Aufforderung des stellvertretenden Generalkommandos) zur freiwilligen Meldung. Wer sich freiwillig melden will, muß prüfen, ob ihm seine Vertragspflichten dies erlauben. Es liegt, wie wiederholt bemerkt wurde, nicht in der Linie des Gesetzes, mit rauher Hand in bestehende Vertragsverhältnisse einzugreifen. Diejenigen, die dem Vaterlande, unbedingt nötig sind, werden ja sowieso besondere Aufforderung erhalten und dadurch in der Regel das Recht, etwaige Dienstvertragsverpflichtungen zu lösen. Aber selbst für diesen Fall ist beabsichtigt, durch eine Verfahrensvorschrift zu § 7 dafür zu sorgen, daß auch der Dienstberechtigte — im vorliegenden Falle der Lehrherr — bei dem sog. Einberufungsausschuß vorstellig werden und gegebenenfalls um eine Vermittlung nachsuchen kann. Es sind immerhin Fälle denkbar, wo die Heranziehung des einzelnen wegen seiner Bindung an einen Vertrag unverhältnismäßigen Schaden stiften könnte.

Kommt es zur Auflösung des Lehrvertrages, weil der zum Hilfsdienst herangezogene Lehrling die Dienststelle verlassen muß, dann ist es freilich ausgeschlossen, daß der Lehrherr von ihm nach § 127i GewO. eine Entschädigung fordert. Denn der Lehrling handelt nicht vertragswidrig im Sinne des hier einschlagenden § 628 Abs. 2 BGB.

Für Handlungslehrlinge ist alles im Vorstehenden gesagte entsprechend anzuwenden. Über sie trifft das HGB. Bestimmungen in den §§ 76 bis 82. Nach dem HGB. besteht für beide Teile des Dienstvertrages ein Recht zum Rücktritt nicht nur wegen einzelner besonders aufgeführter Gründe, sondern auch allgemein wegen jedes wichtigen Grundes. Dies gilt nach § 77 Abs. 3 auch für Handlungslehrlinge. Die Heranziehung zum Hilfsdienst ist, wie wir sahen, in der Regel ein wichtiger Grund.

b) Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 6 S. 4. Es ist richtig, daß die Bestimmung in § 127e GewO. durch das HDG. keineswegs außer Kraft gesetzt worden ist. Es kann also nach wie vor, entweder von dem gesetzlichen Vertreter des Lehrlings oder von dem volljährigen Lehrling selbst, eine schriftliche Erklärung an den Lehrherrn gerichtet werden, wonach der Lehrling zu einem anderen Gewerbe oder einem anderen Berufe übergehen will; alsdann gilt das Lehrverhältnis nach Ablauf von spätestens 4 Wochen als aufgelöst und der Lehrherr würde an sich verpflichtet sein, den Lehrling zu entlassen. Wenn aber der Betrieb des Lehrherrn ein Hilfsdienstbetrieb im Sinne von § 2 HDG. und der Lehrling selbst hilfsdienstpflichtig ist, so kann der Lehrherr, falls er auf die Weiterarbeit des Lehrlings bei ihm Wert legt, diesem die Erteilung des Ablehrscheins verweigern. Das hat zur Folge, daß der Lehrling trotz Auflösung des Lehrvertrages aus dem Betriebe des Lehrherrn zunächst nicht ausscheiden darf, sondern sich, wenn er auf seinem Ausscheiden bestehen will, an den Schlichtungsausschuß wenden muß. Dieser hat dann zu erwägen, ob ein wichtiger Grund im Sinne des § 9 HDG. für das Ausscheiden des Lehrlings vorliegt. Es kann grundsätzlich nicht in Abrede gestellt werden, daß unter Umständen ein notwendiger Berufswechsel einen wichtigen Grund im Sinne des Hilfsdienstgesetzes darstellen könnte. Aber auf jeden Fall muß der Lehrling die Entscheidung des Schlichtungsausschusses abwarten.

Was die Frage anlangt, ob der Lehrling sein Ausscheiden aus dem Betriebe seines Lehrherrn etwa dazu benutzen könnte, um bei einer anderen Firma in derselben Branche einzutreten, so ist auf die Bestimmung in § 127e Abs. 2 GewO. zu verweisen. Danach darf der Lehrling binnen 9 Monaten nach der Auflösung seines alten Lehrverhältnisses in demselben Gewerbe von einem anderen Arbeitgeber nicht ohne Zustimmung des früheren Lehrherrn beschäftigt werden. Hinter diesem Verbote steht die Strafbestimmung in § 148

Nr. 10 GewO. Hiernach ist es dem Lehrling nicht möglich, ohne weiteres in einen Konkurrenzbetrieb einzutreten, und der Arbeitgeber ist hiergegen schon durch das Gesetz geschützt, in ähnlicher Weise, wie das sonst durch vertragliche Wettbewerbsverbote geschieht. Dies gilt jedoch nur, wenn der Lehrling freiwillig in einen Konkurrenzbetrieb eintritt. Würde er einem Konkurrenzbetriebe überwiesen (vgl. § 7 Abs. 3 HDG.), so müßte er dieser Überweisung Folge leisten, und die Bestimmung in § 127c Abs. 2 GewO. würde gegenüber einem solchen Zwange wohl keine Kraft haben. Natürlich ist es nicht empfehlenswert, daß die Einberufungsausschüsse im Sinne des § 7 HDG. Überweisungen an Konkurrenzbetriebe verfügen. Ein solcher Konflikt des Lehrlings mit seinem früheren Lehrherrn ist besser zu vermeiden. Durch die Verfahrensvorschriften, die das Kriegsamt auf Grund von § 10 HDG. erlassen wird, werden die Einberufungsausschüsse in den Stand gesetzt werden, auf derartige besondere Verhältnisse Rücksicht zu nehmen: sowohl der Hilfsdienstpflichtige, wie sein bisheriger Arbeitgeber — also in diesem Falle der alte Lehrherr — können bei dem Einberufungsausschusse Vorstellungen erheben. Außerdem steht beiden gegen die Überweisung die Beschwerde zu. Es ist also anzunehmen, daß solche Konflikte durch die Praxis ausgeschaltet werden können.

Ob der Lehrling in dem neuen Betriebe als Voll-Arbeiter oder wiederum nur als Lehrling beschäftigt werden soll, ist für Vorstehendes gleichgültig.

c) Hoffmann a. a. O. 25. Nach § 127b Abs. 3 Ziff. 1 GewO. kann das Lehrverhältnis von beiden Teilen nach Ablauf der Probezeit — bei mehr als 17 Jahre alten Lehrlingen spielt die Probezeit wohl keine Rolle mehr — aufgelöst werden, wenn der Lehrling zur Fortsetzung der Arbeit unfähig wird. Dies trifft zu, wenn er auf Grund des § 7 Abs. 3 einer Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst überwiesen wird oder nach besonderer Aufforderung gemäß § 7 Abs. 2 eine solche Tätigkeit übernimmt. Freiwillige Meldung zum Hilfsdienst begründet die Unfähigkeit zur Fortsetzung des Lehrverhältnisses nicht. Wird der Lehrling auf Grund des § 7 Abs. 3 einem Konkurrenzbetriebe überwiesen, so gilt § 127c Abs. 2 GewO. nicht. Immerhin empfiehlt es sich, bei der Überweisung an einen anderen Betrieb auf diese gesetzliche Vorschrift Rücksicht zu nehmen.

d) Schultz, Recht 17 135. Werden die Pflichten zur Ausbildung des Lehrlings wiederholt verletzt, so kann der Lehrling nach § 127b GewO. vorzeitige Lösung des Lehrverhältnisses begehren. In den meisten Fällen, wo nach diesem Paragraphen Anlaß hierzu vorliegt, wird ja auch der Beschwerdeausschuß des § 9 des HDG. das Ausscheiden des Lehrlings billigen und den Abkehrschein erteilen, falls der Lehrherr sich weigern sollte. Es sind aber auch Fälle möglich, die anders liegen. Die Industriebetriebe, die für die Heeresverwaltung arbeiten, haben im Interesse der Erhöhung der Produktivität durchweg das Prinzip weitgehendster Arbeitsteilung. Möglichst große Produktivität ist auch das, was das HDG. bei ihnen erzielen will. Diese wird am meisten gefördert, wenn auch der Lehrling immer wieder dieselbe Teilarbeit macht. Eine derartige Beschäftigung ist aber keine ordnungsmäßige Ausbildung. Im Gegenteil wird z. B. ein Lehrling, der lange Monate hindurch nichts weiter besorgt, als das Abstechen oder Gewindeschneiden bei Granaten, nie ein brauchbarer Schlosser oder Maschinenbauergeselle werden. Selbst wenn er aber auch andere Manipulationen daran macht, so würde doch schon seine Ausbildung erheblich beeinträchtigt sein, wenn er Jahr und Tag nur an Granaten arbeitet und andere Sachen kaum zu sehen bekommt. In solchen Fällen würde also ein Grund zur Lösung des Lehrverhältnisses ohne weiteres gegeben sein (Gewerbearchiv Bd. 12 S. 137). Im Interesse der Heeresverwaltung wird dagegen ein Verbleiben des Lehrlings an seiner bisherigen Arbeitsstelle liegen, in der er vielleicht dem Lehrherrn eine sehr wertvolle Hilfe war. Es wird daher in solchen Fällen der Abkehrschein verweigert werden können, falls der Lehrherr dem Austritt des Lehrlings widerspricht. Andererseits wäre das Lehrverhältnis zu lösen. Demnach bleibt dann der Lehrling bei seinem bisherigen Lehrherrn, aber an die Stelle des Lehrverhältnisses tritt ein gewöhnliches gewerbliches Arbeitsverhältnis. Wird eine bestimmter Lohn zwischen den Parteien nicht vereinbart, so ist der Lohn zu zahlen, der für Hilfsarbeiter üblich ist, die die von dem Lehrling jetzt zu verrichtenden

Arbeiten machen. Wird über Kündigung nichts ausgemacht, so gilt die gesetzliche Kündigungsfrist von zwei Wochen.

Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 13 S. 3. In Nr. 3 des „Kriegsamt" war gesagt worden, daß die Heranziehung des Einzelnen zum Hilfsdienst — nicht schon die allgemeine Aufforderung zur freiwilligen Meldung — in der Regel einen wichtigen Grund zum Rücktritt von Dienstverträgen gebe; nicht nur dem Dienstverpflichteten (Angestellten), sondern auch dem Dienstberechtigten (Dienstherrn, Prinzipal). Von verschiedenen Seiten ist erwidert worden, daß dies bei langfristigen Verträgen zu großen Härten führen könne. Und zwar zu Härten wiederum gegen beide Teile. Gegen den Dienstherrn, insofern sich ein Angestellter unter Berufung auf seine Heranziehung einer ihm lästig gewordenen Vertragsverbindlichkeit entledigen, gegen den Angestellten, insofern er zufolge der Heranziehung eine ihm sehr wertvolle Stellung, vielleicht gar eine Lebensstellung verlieren könnte. Besonders hart sei es namentlich für ältere Angestellte mit Familie, die nach Beendigung der Dienstpflicht ihre Stelle durch einen Jüngeren besetzt und schwer anderweitig Unterkunft finden würden.

Es ist ohne weiteres zugegeben, daß dies bitter sein kann. Allein an der Auffassung des Gesetzes, wie es nun einmal ist und worüber heute auf Nr. 3 des „Kriegsamt" verwiesen werden kann, muß grundsätzlich festgehalten werden. Auch ist zu bemerken, daß das Kriegsamt von sich aus gar nicht in der Lage ist, eine bindende Entscheidung abzugeben, welche Einwirkung die Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst im einzelnen Falle auf den Bestand von Anstellungsverträgen ausübt, etwa in dem Sinne, daß die Einwirkung auf Verträge von nicht unerheblicher Dauer nicht anzuerkennen sei usw. Die Entscheidung ist vielmehr Sache der im Streitfalle angerufenen Gerichte. Was insbesondere langfristige Anstellungsverträge anlangt, so enthält das deutsche Hilfsdienstgesetz nun einmal keine Bestimmung, wonach die auf solchen Verträgen beruhenden Stellen „offenzuhalten" seien, — ein Gedanke, der vielfach angeregt worden ist. Grundsätzlich wird also der Prinzipal auch gegenüber dem langfristig Angestellten, welcher zum vaterländischen Hilfsdienst herangezogen wird, ein Recht zum sofortigen Rücktritt vom Vertrage haben. Gerade hierüber ist in Nr. 3 des „Kriegsamt" im Anschluß an HGB. § 72 Nr. 3 gesagt: Wenn dort schon die Heranziehung zu einer mehr als achtwöchigen militärischen Dienstleistung als Rücktrittsgrund bezeichnet sei, so müsse die Heranziehung zu der zeitlich nicht übersehbaren Hilfsdienstpflicht als ein viel stärkerer Eingriff gelten. Darauf, daß die tatsächliche Dauer der Hilfsdienstpflicht möglicherweise kürzer ist, als die des langfristigen Anstellungsvertrages, kommt es nicht an; entscheidend im Rechtssinne ist die Unübersehbarkeit der Dauer des Hilfsdienstes.

Nun ist aber auch schon an der bezeichneten Stelle im „Kriegsamt" auf die Eingangsworte des § 72 hingewiesen worden: „sofern nicht besondere Umstände eine andere Beurteilung rechtfertigen". Im Anschluß daran wurde gesagt: man könnte da etwa an den Fall denken, daß ein Betrieb durch die vaterländische Hilfsdienstpflicht im Sinne des § 4 Abs. 2 des Gesetzes oder durch die Kriegslage überhaupt so wesentlich eingeschränkt würde, daß es nicht unbillig wäre, dem Prinzipal die Offenhaltung der Stelle bis zur Beendigung des Krieges zuzumuten. Einen gewissen Anhalt könnte z. B. der Umstand geben, daß der Prinzipal die Stelle des herangezogenen Hilfsdienstpflichtigen zunächst nicht wieder besetzt, also tatsächlich offen hält. Und es kann nicht bestritten werden, daß auch noch andere Fälle dieser Art denkbar sind.

Solche Erwägungen sind es, die das Kriegsamt dazu geführt haben, in die Verfahrensanweisung für die Ausschüsse vom 30. 1. 17, und zwar in § 31, eine Bestimmung aufzunehmen, die schon die Einberufungsausschüsse ermächtigt, bei besonderen Verhältnissen Rücksicht zu üben. Danach kann der herangezogene Hilfsdienstpflichtige selbst Vorstellung gegen die Heranziehung erheben, und der Ausschuß ist angewiesen, die Aufforderung — mit der das Heranziehungsverfahren beginnt — wieder zurückzunehmen, wenn die Auflösung des bisherigen Beschäftigungsverhältnisses einen übermäßigen Schaden bereiten würde, sofern nicht die Bedürfnisse des Hilfsdienstgesetzes überwiegen. Damit ist

ein Gedanke zum Ausdruck gebracht, der das ganze Gesetz beherrscht, nun endlich auch die wichtige Bestimmung in § 9 Abs. 3: das Interesse des Einzelnen ist gegen das öffentliche vaterländische Interesse abzuwägen; letzteres überwiegt natürlich im Zweifel.

Nun würde aber der Einberufungsausschuß — und zwar zunächst sein Vorsitzender — auch berechtigt sein, mit dem Prinzipal des herangezogenen Hilfsdienstpflichtigen darüber zu verhandeln und entsprechend auf ihn einzuwirken, ob er nicht den langfristigen Vertrag des Angestellten respektieren und ihm die Stelle bis auf weiteres offen halten wolle. Ein verständiger Vorsitzender wird auf diese Weise gewiß viel erreichen und, falls der Prinzipal wirklich kein billiges Entgegenkommen zeigen sollte, seinerseits wieder auf den Ausschuß einwirken, die Aufforderung dann lieber zurückzunehmen usw.

Deswegen ist zu hoffen, daß bei richtiger Handhabung des Gesetzes auch die Interessen der langfristig Angestellten gewahrt werden können, und es könnte deshalb vielleicht davon abgesehen werden, etwa nach § 19 des Hilfsdienstgesetzes eine Ausführungsbestimmung zu erlassen oder gar eine Gesetzänderung zu versuchen, wonach langfristige Verträge grundsätzlich offen gehalten werden müßten. Die Eigenart des einzelnen Falles kann durch richtige Handhabung des Gesetzes an der Hand des § 31 der Verfahrensanweisung besser berücksichtigt werden als durch eine Gesetzesbestimmung allgemeiner Natur, bei der es doch wieder eine Anzahl ungerechter Grenzfälle geben würde. Doch soll der Frage eines gesetzlichen Eingriffes zugunsten der Angestellten hier nicht vorgegriffen werden. Der Parität halber möchte übrigens darauf hingewiesen werden, daß in der Verfahrensanweisung auch für das Interesse des Prinzipals gesorgt ist, falls es — was doch möglich ist — durch die Heranziehung eines hilfsdienstpflichtigen Angestellten gefährdet werden sollte. In § 30 ist gesagt:

„Gibt ein Hilfsdienstpflichtiger, ohne durch eine besondere Aufforderung des Einberufungsausschusses herangezogen zu sein, seine Beschäftigung unter Nichtachtung entgegenstehender Vertragsbedingungen auf, um in den vaterländischen Hilfsdienst einzutreten, so kann sein bisheriger Arbeitgeber den Vorsitzenden des zuständigen Einberufungsausschusses behufs Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses um seine Vermittlung angehen."

Diese Bestimmung ist, wie ohne weiteres erkennbar, gerade auf langfristige Verträge gut anwendbar und soll deren Aufrechterhaltung auch zugunsten des Prinzipals schützen.

Schließlich können beide, sowohl der Angestellte wie auch der Prinzipal, wenn es zur „Überweisung" des Angestellten kommen sollte, die unnötige Verkümmerung eines langfristigen Vertrages durch das Rechtsmittel der Beschwerde bekämpfen und im Beschwerdeverfahren alles geltend machen, was sich etwa zugunsten der Schonung der Vertragsrechte sagen ließe. Es ist doch wohl zu hoffen, daß auf diese Weise diese außerordentlich wichtige sozialpolitische Frage, die ja auch im Reichstage lebhaft besprochen worden ist, zunächst eine befriedigende Lösung gefunden hat. Am besten ist es natürlich, wenn schon die Beteiligten, nämlich Prinzipale und Angestellte, unter sich und ohne Mitwirkung der Organe des Hilfsdienstgesetzes, solche Fragen friedlich schlichten. Der große vaterländische Gedanke des Hilfsdienstes, der sich hoch über alle Rechtsfragen aus der Anwendung des gegebenen Gesetzes erhebt, wird gewiß auch dazu führen, daß dies in der Regel geschieht.

C. Anrechnung des vaterländischen Hilfsdienstes auf das Dienstalter der Staatsbeamten.

Allgemeine Verfügung des Preuß. Justizministers vom 24. Mai 1917 über die Anrechnung des vaterländischen Hilfsdienstes auf das Dienstalter der Staatsbeamten.
(JMBl. 178.)

Der nachstehend abgedruckte Staatsministerialbeschluß vom 22. März 1917 über Anrechnung des vaterländischen Hilfsdienstes auf das Dienstalter der Beamten wird zur Beachtung mit folgenden Erläuterungen mitgeteilt:

Der Beschluß stellt eine Ergänzung und Abänderung der Grundsätze über die Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Dienstalter der Staatsbeamten vom 17. Juni 1916 dar. Diese unter Beifügung von Erläuterungen durch die Allgemeine Verfügung vom 27. Juni 1916 (JMBl. 147) mitgeteilten Grundsätze finden daher mit den durch die Sachlage gebotenen Abweichungen auch auf den vaterländischen Hilfsdienst Anwendung.

Der Beschluß bezieht sich auch auf eine Tätigkeit, die zwar bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst verrichtet, aber nach den Gesichtspunkten dieses Gesetzes als vaterländischer Hilfsdienst anzusehen ist.

Bei jeder Beurlaubung für den vaterländischen Hilfsdienst ist der Beamte künftig zu veranlassen, sich die vorgeschriebene Bescheinigung der Betriebsleitung alsbald bei Beendigung der Tätigkeit erteilen zu lassen und daraufhin unverzüglich die Feststellung des Hilfsdienstes nach Abs. 3 des Staatsministerialbeschlusses nachzusuchen. Dies ist auch allen Beamten zur Pflicht zu machen, die sich etwa bereits im vaterländischen Hilfsdienste befinden oder befunden haben. Die Feststellung liegt der Provinzialbehörde ob; sie ist zu treffen, sofern eine Anrechnung auf das Dienstalter oder eine Abkürzung des Vorbereitungsdienstes in Frage kommt.

Tritt ein Anwärter in den Dienst, der vor Begründung des Beamtenverhältnisses vaterländischen Hilfsdienst abgeleistet zu haben angibt, und kann er sich darüber nicht durch die Feststellung der zuständigen Stelle ausweisen, so ist die Feststellung unverzüglich durch die Provinzialbehörde nachzuholen.

Die feststellende Behörde hat in jedem einzelnen Falle zu prüfen, ob nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen die Bescheinigung der Betriebsleitung zur Feststellung ausreicht oder nicht.

Reicht die Bescheinigung nicht aus, so hat die feststellende Behörde die erforderlichen Ermittlungen herbeizuführen. Hierbei sind in Zweifelsfällen in erster Linie Bescheinigungen und Auskünfte der nach § 4 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst eingesetzten Stelle einzuholen.

Durch die der Provinzialbehörde erteilte Ermächtigung zur Feststellung wird die Vorschrift im Abs. 2 des Staatsministerialbeschlusses nicht berührt, nach der unter Umständen die ministerielle Entscheidung einzuholen ist. Diese Entscheidung ist vielmehr in allen Fällen des Abs. 2 zu erbitten, wie auch sonstige Zweifelsfragen vorzutragen sind.

→ Gleichlautend Verfügung des Preuß. Handelsministers v. 9. Juli 1917. (HMBl. 202.) ←

Der Staatsministerialbeschluß vom 17. Juni 1916, betreffend die Grundsätze über Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Dienstalter der Staatsbeamten, wird durch folgende Bestimmungen ergänzt und abgeändert:

Dem Kriegsdienste im Sinne der Grundsätze über Anrechnung des Kriegsdienstes auf das Dienstalter der Staatsbeamten ist der vaterländische Hilfsdienst gleichzuachten, der auf Grund einer Überweisung (§ 7 Abs. 3 des Reichsgesetzes vom 5. Dezember 1916, RGBl. 1333) oder auf Grund einer von der vorgesetzten Dienstbehörde ausgesprochenen Beurlaubung abgeleistet ist.

Wie weit ein sonst übernommener vaterländischer Hilfsdienst dem Kriegsdienst gleichzuachten ist, bestimmt der Verwaltungschef im Einvernehmen mit dem Finanzminister oder die von beiden bezeichnete Dienststelle.

Art, Umfang und Dauer des vaterländischen Hilfsdienstes sollen bei dessen Beendigung, insbesondere durch eine Bescheinigung der Betriebsleitung, festgestellt werden.

D. Organisation des Arbeitsnachweiswesens.

1. Erlaß des Kriegsamts v. 10. 6. 17 (AmtlMitt. 17 Nr. 22 S. 9). I. Die Leitung der gesamten Arbeitsvermittlung im Korpsbezirk liegt bei der Kriegsamtstelle,

die sachliche Arbeitsausführung bei der Zentralauskunftsstelle,

II. Die unmittelbare Arbeitsvermittlung leisten die nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweise aller Art.

III. Als neue Instanz treten hinzu die Hilfsdienstmeldestellen. Die Hilfsdienstmeldestellen sind als solche durch Anbringung dieser Bezeichnung an und in ihren Geschäftsräumen überall besonders zu kennzeichnen.

Zu unterscheiden sind:

a) Orte mit mehreren Arbeitsnachweisen. An solchen Orten wird von der Kriegsamtstelle im Einvernehmen mit der Zentralauskunftsstelle der geeignetste nach Anhörung und Übereinkunft aller beteiligten Arbeitsnachweise als Hilfsdienstmeldestelle bezeichnet. Sollte unter den Arbeitsnachweisen keine Einigung zu erzielen sein, so wird durch Verfügung der Kriegsamtstelle der öffentliche Arbeitsnachweis als Hilfsdienstmeldestelle bestimmt. In Großstädten werden mehrere Hilfsdienstmeldestellen notwendig sein (vielleicht in Anlehnung an die Abgrenzung der Ersatzbezirke). Außerdem empfiehlt sich hier, auf die oft zahlreichen gleichartigen Arbeitsnachweise dahin einzuwirken, daß sie sich zur Ersparung unnötiger Anspannung von Kosten und Menschenkräften für die Dauer des Hilfsdienstgesetzes zu einem Facharbeitsnachweis zusammenschließen.

b) Orte mit nur einem Arbeitsnachweis. An solchen Orten wird dieser als Hilfsdienstmeldestelle bezeichnet, es sei denn, daß der betreffende Arbeitsnachweis nicht leistungsfähig ist.

c) An Orten ohne geeigneten Arbeitsnachweis ist dafür Sorge zu tragen, daß bei einer kommunal- oder staatsbehördlichen Stelle eine Einrichtung geschaffen und bekannt gemacht wird, die von allen denen, die ihre Meldungen dort einreichen wollen, diese entgegennimmt, auch bei der Erstattung derselben behilflich ist.

Die Abgrenzung der Wirkungsbereiche der einzelnen Hilfsdienstmeldestellen muß durch die Kriegsamtstellen im Einvernehmen mit der Zentralauskunftsstelle und den beteiligten Arbeitsnachweisen erfolgen, so daß schließlich jeder Arbeitsnachweis und jede Meldeeinrichtung (vgl. c) einer bestimmten Hilfsdienstmeldestelle zugeteilt ist.

IV. Die Arbeitsvermittlung. 1. Arbeitsuchende. a) Jeder Arbeitsuchende wendet sich an den Arbeitsnachweis, der ihm am passendsten erscheint.

b) Wer keine Beziehung oder Neigung zu einem bestimmten Arbeitsnachweis hat, reicht seine Meldung bei einer Hilfsdienstmeldestelle oder Meldeeinrichtung gem. IIIc ein.

Diese Meldungen sind mündlich oder schriftlich einzureichen. Ob die Kriegsamtstellen für schriftliche Meldungen besondere Muster aufstellen oder ausgeben wollen, bleibt ihnen überlassen.

c) Wer sich um militärische Stellen bewirbt, reicht seine Meldung grundsätzlich bei der Hilfsdienstmeldestelle ein.

2. Offene Stellen. Die Meldungen der offenen Stellen erfolgen durch die Arbeitgeber sinngemäß entsprechend der Anbringung der Arbeitsgesuche, also in den Fällen gemäß IV, 1

a) bei dem passenden oder zuständigen Arbeitsnachweis,

b) bei einer Hilfsdienstmeldestelle,

c) für die militärischen Stellen grundsätzlich bei der Hilfsdienstmeldestelle.

Die Arbeitsuchenden und Arbeitgeber sind darauf hinzuweisen, daß sie grundsätzlich nur an einer Stelle melden sollen. Wollen sie ausnahmsweise aus bestimmten Gründen doch gleichzeitig eine weitere Meldung vornehmen, so sind sie anzuhalten, diesen Umstand bei den Meldungen mit anzugeben, damit eine mehrfache Zählung und Vermittlung vermieden wird.

V. Der Verkehr der Arbeitsnachweise untereinander. a) Die Arbeitsnachweise gleichen weitestgehend ihre Arbeitsgesuche und Meldungen der offenen Stellen aus.

b) Überschüssige Meldungen beider Art, die dann noch bleiben, werden an die zuständige Hilfsdienstmeldestelle gegeben. Hiernach sind die durch Erlaß des Kriegsministeriums vom 31. 1. 1916 Nr. 61/1. 16. AZS festgesetzten Meldungen nicht mehr an die öffentlichen Arbeitsnachweise sondern an die Hilfsdienstmeldestellen zu richten.

c) Die Meldeeinrichtungen gemäß III, c geben ihre Meldungen lediglich an die für sie zuständige Hilfsdienstmeldestelle ab.

d) Die Hilfsdienstmeldestellen geben die Meldungen, die sie nicht selbst oder durch Abgabe an die geeigneten Arbeitsnachweise ihres Bereichs vermitteln können, an die zuständige Zentralauskunftsstelle.

e) Die Vermittlungszweigstellen des Kriegsausschusses der technischen Verbände geben ihre überschüssigen Meldungen unmittelbar an die zuständige Zentralauskunftsstelle (für den Obmann der technischen Verbände).

f) Die Arbeitsnachweise (Stellenvermittlungen) für kaufmännische und Büro-Angestellte geben ihre überschüssigen Meldungen unmittelbar an die zuständige Zentralauskunftsstelle.

g) Die Zentralauskunftsstellen geben die Meldungen, die sie nicht ausgleichen können, an das Kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik.

VI. Berufsberatung. Jede Hilfsdienstmeldestelle hat dafür zu sorgen, daß besonders für die Personen, die einen neuen Beruf aufnehmen wollen, eine ausreichende Berufsberatung gewährleistet ist. Die Berufsberatung wird in den meisten Fällen nur mündlich erledigt werden können.

VII. Die Bestimmungen des Erlasses vom 5. 3. 1917 Nr. 95/2. 17. AZS. 2 (vgl. Kriegsamt Nr. 10, S. 14) betreffend Ausbau des weiblichen Arbeitsnachweiswesens bleiben unberührt.

Aus der Begründung.

Zu III. . . . Folgende Gesichtspunkte sind für die unter III getroffenen Anordnungen maßgebend gewesen:

Möglichst an sämtlichen Orten, jedenfalls aber überall dort, wo ein Bedürfnis vorhanden ist, muß die Möglichkeit gegeben sein, daß Hilfsdienstpflichtige ihr Gesuch um Zuweisung einer Stelle im vaterländischen Hilfsdienst persönlich anbringen. Am schwierigsten ist dies an Orten, an denen entweder überhaupt kein Arbeitsnachweis besteht oder nur ein bedeutungsloser und nicht leistungsfähiger Arbeitsnachweis vorhanden ist. Um dieser Schwierigkeit abzuhelfen, ist unter IIIc bestimmt, daß an solchen Orten besondere Meldeeinrichtungen bei den kommunalen oder staatlichen Behörden, also Bürgermeisterei, Schulzen-Amt, Landrats-Amt usw. geschaffen werden. Diese Stellen sollen keine Vermittlungstätigkeit ausüben, sondern lediglich die Meldungen entgegennehmen. Sie sind nur Mittelsorgane und haben nicht die Aufgabe, die bei ihnen eingereichten Meldungen auszugleichen, vielmehr haben sie die Meldungen lediglich ohne weiteres an die für sie zuständige Hilfsdienstmeldestelle abzugeben, die ihrerseits die Vermittlung, sei es durch ihren eigenen Arbeitsnachweis, sei es durch einen anderen Arbeitsnachweis ihres Bereichs, gegebenenfalls durch die Stellenvermittlung für technische, kaufmännische und Büro-Angestellte vornimmt. Je mehr Meldestellen der erwähnten Art vorhanden sind, um so leichter wird die Erfassung der Hilfsdienstpflichtigen sein.

An Orten mit geeigneten Arbeitsnachweisen werden Hilfsdienstmeldestellen gemäß IIIa und b eingerichtet. Diese Hilfsdienstmeldestellen haben, da sie Arbeitsnachweise sind, Arbeitsvermittlungstätigkeit und in Verbindung damit nötigenfalls Berufsberatung auszuüben. Gleichzeitig versehen die Hilfsdienstmeldestellen die Tätigkeit von Ortszentralen für den ihnen zugewiesenen Bereich, indem sie die von den anderen Arbeitsnachweisen ihres Bereichs ihnen übermittelten überschüssigen Meldungen, soweit sie diese selbst nicht mehr vermitteln oder ausgleichen können, an die Zentralauskunftsstellen weitergeben. Es wird empfohlen, diese Hilfsdienstmeldestellen so auszubauen, daß sie späterhin als Ortszentralen bestehen bleiben können. . . .

Die Hervorhebung der Bezeichnung „Hilfsdienstmeldestelle" sowohl in öffentlichen Bekanntmachungen und Aufrufen wie auch durch Anbringung von Schildern an und in ihren Geschäftsräumen erscheint geboten, um einer an manchen Orten gegen die „Arbeitsnachweise" bestehenden Abneigung den Boden zu entziehen.

Zu V. Der Meldeverkehr der Arbeitsnachweise an die weiteren Instanzen litt bisher unter einer Mehrheit von Bestimmungen, die doppelte und dreifache Meldungen nötig machten. Es bestand bisher die Pflicht zu Meldungen gemäß der auf Grund des § 15 des Stellenvermittlergesetzes erlassenen Verordnungen der einzelnen Bundesstaaten, wonach die nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise, ausgenommen diejenigen für kaufmännische, technische und Büro-Angestellte, zweimal wöchentlich an das Kaiserliche Statistische Amt zu melden hatten.

Ferner bestand der Erlaß des Kriegsministeriums vom 31. 1. 1916 Nr. 61/1. 16. AZS. nach dem die nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise mit Ausnahme der kaufmännischen und ähnlichen Nachweise an den von einer Gemeinde, einem weiteren Kommunalverbande oder von einem Bundesstaat errichteten oder unmittelbar unterstützten Arbeitsnachweis zweimal wöchentlich an den Tagen, an denen dem Statistischen Amt Meldung erstattet wird, zu melden hatten.

Für die erste Meldevorschrift ist in den einschlägigen Bestimmungen der meisten Bundesstaaten vorgesehen, daß eine Befreiung von ihr eintreten kann, sofern die Arbeitsnachweise verpflichtet sind, die von ihnen nicht erledigten Arbeitsgesuche und offenen Stellen regelmäßig dem öffentlichen Arbeitsnachweis oder einer sonstigen Sammelstelle mitzuteilen und sofern diese die bei ihr eingehenden Meldungen an das Kaiserliche Statistische Amt weiterzumelden haben. Gemäß der unter V dieses Erlasses getroffenen Verfügung sind sämtliche Meldungen an die Hilfsdienstmeldestellen zu geben; diese müssen die Meldungen an die Zentralauskunftsstellen weitergeben, die sie an das Kaiserliche Statistische Amt zu leiten verpflichtet sind. Somit ist für sämtliche Arbeitsnachweise wohl überall die Möglichkeit der Befreiung von der alten Meldepflicht gegeben, die von ihnen bei der zuständigen Zivilbehörde nachzusuchen ist. . . .

Nachdem nunmehr alle Meldungen eines größeren Bezirks bei den Zentralauskunftsstellen zusammenlaufen und diese daher den weitesten Überblick über den Arbeitsmarkt haben, sind sie jetzt die gegebenen Stellen, um bei Reklamationen zu bescheinigen, ob für die in Frage kommende Arbeit geeigneter, nicht heerespflichtiger Ersatz vorhanden ist.

Aus den Ausführungsbestimmungen.

Zu I. Die Leitung der gesamten Arbeitsvermittlung im Korpsbezirk durch die Kriegsamtstellen und die sachliche Arbeitsausführung durch die Zentralauskunftsstellen machen engstes Zusammenarbeiten dieser beiden Stellen unumgänglich erforderlich. . . .

Den Kriegsamtstellen steht das Recht zu, von den Zentralauskunftsstellen alle Auskünfte zu verlangen, die zur zweckentsprechenden Durchführung der den Kriegsamtstellen auf dem Gebiete des Arbeitsnachweiswesens übertragenen Aufgaben erforderlich erscheinen.

Die gleichen Rechte haben sie gegenüber den Hilfsdienst- und Frauenarbeitsmeldestellen.

Die Zentralauskunftsstellen und die genannten Meldestellen sind verpflichtet, die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und dem Beauftragten der Kriegsamtstelle die Besichtigung der Geschäftsräume jederzeit nach vorheriger Anmeldung zu gestatten.

Zu II. Die nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise sind verpflichtet, auf Ansuchen der Hilfsdienstmeldestellen, Frauenarbeitsmeldestellen oder Zentralauskunftsstellen alle Aufschlüsse zu erteilen, soweit diese verlangt werden, um einen genauen Überblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu erhalten.

Zu V. 1. Jeder nicht gewerbsmäßige Arbeitsnachweis mit Ausnahme derjenigen für kaufmännische, technische und Büro-Angestellte (Ziff. 3) hat solche Arbeitsgesuche und offene Stellen, die er nicht selbst sogleich oder voraussichtlich binnen 48 Stunden erledigen kann, an die zuständige Hilfsdienstmeldestelle zu melden. Diese Meldungen sind zahlenmäßig unter genauer Berufsbezeichnung mittels vom Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, Berlin W 62, Landgrafenstraße 1 kostenlos erhältlicher Postkartenvordrucke zweimal wöchentlich so zeitig zu erstatten, daß diese Postkarten spätestens an jedem Montag und Donnerstag früh bei der Hilfsdienstmeldestelle eintreffen.

2. Jede Hilfsdienstmeldestelle hat alle ihr zugehenden Meldungen, soweit sie diese nicht selbst oder mittels der Arbeitsnachweise ihres Bereichs sogleich oder voraussichtlich binnen 48 Stunden erledigen kann, an die zuständige Zentralauskunftsstelle weiterzumelden, und zwar so zeitig, daß die Meldungen bei der Zentralauskunftsstelle spätestens an jedem Dienstag und Freitag früh eintreffen.

Die Weitermeldung geschieht in der Weise, daß die von den Arbeitsnachweisen eingehenden Postkarten im Original weitergeleitet werden, nachdem darauf die sich aus der Ausgleichstätigkeit der Hilfsdienstmeldestellen etwa ergebenden Abänderungen vorgenommen sind. Soweit die bei der Hilfsdienstmeldestelle unmittelbar gemeldeten Arbeitsgesuche und offenen Stellen bis zur Absendung der Meldekarten und voraussichtlich binnen weiterer 48 Stunden nicht erledigt werden können, ist hierfür ebenfalls ein Vordruck auszufüllen und den übrigen Meldekarten beizufügen.

3. Die nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise (Stellenvermittlungen) für technische, kaufmännische und Büro-Angestellte haben solche Stellengesuche und offene Stellen, die sie nicht selbst sogleich oder voraussichtlich binnen einer Woche erledigen können, an die zuständige Zentralsauskunftsstelle zu melden, und zwar die Vermittlungszweigstellen des Kriegsausschusses der technischen Verbände mit dem Zusatz „Für den Obmann der technischen Verbände". Die Meldungen sind mittels vom Kaiserlichen Statistischen Amt kostenlos erhältlicher Postkartenvordrucke einmal wöchentlich so zeitig zu erstatten, daß die Postkarten spätestens an jedem Freitag früh bei der Zentralauskunftsstelle eintreffen.

4. Die Zentralauskunftsstellen haben die ihnen zugehenden Meldungen, die sie nicht innerhalb 48 Stunden ausgleichen können, an das Kaiserliche Statistische Amt, Berlin W 62, Landgrafenstr. 1, weiterzuleiten, und zwar so zeitig, daß sie beim Statistischen Amt spätestens an jedem Donnerstag und Montag früh eintreffen. Die Weitermeldung geschieht in der Weise, daß die von den Arbeitsnachweisen eingehenden Postkarten im Original weitergesandt werden, nachdem darauf die sich aus der Ausgleichstätigkeit der Zentralauskunftsstellen etwa ergebenden Abänderungen vorgenommen sind.

4. Das Kaiserliche Statistische Amt stellt auf Grund der einlaufenden Meldungen an jedem Eingangstage den Arbeitsmarkt-Anzeiger her und versendet ihn noch an demselben Abend an sämtliche Zentralauskunftsstellen, Kriegsamtstellen und das Kriegs-Arbeits-Amt.

6. Die Kriegsamtstellen unterrichten sich aus dem Arbeitsmarkt-Anzeiger unverzüglich über die Lage des gesamten Arbeitsmarktes und wirken im Verein mit der Zentralauskunftsstelle ihres Bereichs insbesondere dahin, daß etwa fehlende Arbeitskräfte durch überschüssige aus anderen Bereichen ergänzt und überschüssige Kräfte ihres Bereichs nach Bedarfsbereichen abgegeben werden.

Soweit auch durch Ausgleich mit anderen Bereichen eine Deckung des Bedarfs nicht zu erzielen ist, veranlassen sie bei den Einberufungsausschüssen die Überweisung der fehlenden Kräfte auf Grund § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

7. Bei der Ausfüllung der Meldekarten (Postkartenvordrucke) sind die Anleitungen des Kaiserlichen Statistischen Amts zu beachten.

Soweit bei den zu 1, 2, 3 und 4 genannten Stellen an einem Stichtage meldepflichtige Arbeits- bzw. Stellengesuche und offene Stellen nicht vorliegen, ist Fehlanzeige zu erstatten. Auch Postkarten, die lediglich Fehlanzeige enthalten, sind im Original weiterzugeben.

8. Zur Vermeidung von Doppelzählungen und zwecks zuverlässiger Erfassung der jeweiligen Arbeitsmarktlage sind mehrfach gemeldete Arbeits- oder Stellengesuche und offene Stellen nur von dem Arbeitsnachweis weiterzumelden, bei dem sie zuerst eingetragen worden sind.

9. Die Hilfsdienstmeldestellen haben zu prüfen, ob sämtliche Arbeitsnachweise ihres Bereichs jeweils die Meldungen pünktlich erstatten. Die Zentralauskunftsstellen haben die gleiche Prüfungspflicht hinsichtlich der Meldungen der Hilfsdienstmeldestellen und der Arbeitsnachweise (Stellenvermittlungen) für technische, kaufmännische und Büro-Ange-

stellte. Etwaige Säumnisse sind der Kriegsamtstelle zu melden, die die pünktliche Erstattung der Meldungen bei den Arbeitsnachweisen (Stellenvermittlungen) durchzusetzen hat.

Zur Ermöglichung einer genauen Prüfung hat jede Hilfsdienstmeldestelle ein Verzeichnis der zu ihrem Bereich gehörenden Arbeitsnachweise zu führen und dieses jeweils zu ergänzen und auf dem laufenden zu halten. Das gleiche gilt für die Zentralauskunftsstellen hinsichtlich der in ihrem Bereich befindlichen Hilfsdienstmeldestellen und Arbeitsnachweise (Stellenvermittlungen) für technische, kaufmännische und Büro-Angestellte. Die Verzeichnisse sind dem Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, in Abschrift mitzuteilen. Das gleiche gilt hinsichtlich der etwa eintretenden Veränderungen.

10. Die Meldungen der Hilfsdienstmeldestellen müssen auch die Meldungen der ihnen angegliederten Frauenarbeitsmeldestellen umfassen.

Insoweit Frauenarbeitsmeldestellen mit Hilfsdienstmeldestellen nicht unmittelbar verbunden sind, sondern neben diesen bestehen, finden auf sie die für Hilfsdienstmeldestellen getroffenen Bestimmungen überall ohne weiteres entsprechende Anwendung.

2. Reichspostamt v. 1. 5. 17 (Kriegsamt 17 Nr. 26 S. 6). Die Frage, inwieweit die zu Hilfsdienstmeldestellen bestimmten öffentlichen Arbeitsnachweise für ihre Postsendungen in Angelegenheiten der Arbeitsvermittlung für den vaterländischen Hilfsdienst Portofreiheit genießen, regelt sich nach dem Regulativ über die Protofreiheiten. Hiernach steht an sich nur denjenigen Arbeitsnachweisen Portofreiheit zu, die, wie der Städtische Arbeitsnachweis in Offenbach, der Kreisarbeitsnachweis in Dieburg usw., die Eigenschaft von Staats- oder Gemeindebehörden haben. Dagegen genießen die übrigen Arbeitsnachweise, wie z. B. die Arbeitsämter in Darmstadt und in Wiesbaden, keine Portofreiheit.

Voraussetzung für die Gewährung der Portofreiheit ist aber auch bei den behördlichen Arbeitsnachweisen, daß ihre Postsendungen reine Reichsdienstangelegenheiten betreffen. Diese Voraussetzung wird bei dem Schriftwechsel, den die Hilfsdienstmeldestellen mit den Militär- und Zivilbehörden zu führen haben, der Regel nach gegeben sein. Dagegen ist der Schriftwechsel, den die Hilfsdienstmeldestellen mit den Hilfsdienstpflichtigen selbst, die sich um Beschäftigung bewerben, führen, keine reine Reichsdienstangelegenheit, da hier das eigenwirtschaftliche Bedürfnis des Bewerbers stark beteiligt ist. Dieser Schriftwechsel ist daher portopflichtig.

Die beim Mitteldeutschen Arbeitsnachweisverband Frankfurt a/M. als Organ des Kriegsamtes eingerichtete Zentralauskunftsstelle für den Bezirk des XVIII. Armeekorps ist als militärische Dienststelle anzusehen und genießt daher im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften Portofreiheit.

Soweit Portofreiheit besteht, kann der Schriftwechsel, da der vaterländische Hilfsdienst eine militärische Angelegenheit ist, unter „Heeressache" geführt werden.

Hierzu:

(Bek. 1 in Bd. 3, 897.)

2. Bek., betr. Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes.

a) Vom 21. Dezember 1916. (RGBl. 1410.)

Wortlaut in Bd. 3, 898.

§ 6.

Kriegsamt 7. 5. 17, AmtlMitt. 17 Nr. 16 S. 2. Zur Beseitigung von Zweifeln wird der folgende, aus Anlaß eines Einzelfalles erteilte Bescheid zur Kenntnis gebracht:

Die nach § 6 der Bekanntmachung vom 21. Dezember 1916 den Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zustehenden Tagegelder sind für jeden Tag zu zahlen, an dem der Vertreter an einer Sitzung seines Ausschusses teilgenommen hat. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Sitzung am Wohnort des Vertreters stattfindet oder nicht. Im letzteren Falle steht diesem außer den Tagegeldern auch noch der Ersatz der notwendigen Fahrkosten

zu. Ebensowenig kommt es darauf an, ob der Vertreter durch die Zeitversäumnis Schaden erleidet oder nicht.

§ 10.

Preuß. Allgemeine Verfügung vom 8. Mai 1917 über die dem Kriegsamt zu leistende Rechtshilfe. (JMBl. 162.)

Nach § 10 Abs. 1 der Verordnung des Bundesrats vom 21. Dezember 1916, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst (RGBl. 1411) sind die Amtsgerichte verpflichtet, den in Gemäßheit des § 10 der Verordnung vom 30. Januar 1917 und des § 12 Abs. 1 Satz 2 der Anweisung von demselben Tage (RGBl. 85, 87) an sie ergehenden Ersuchen der Zentralstelle beim Kriegsamt und der Ausschüsse oder deren Vorsitzenden um die eidliche oder uneidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zu entsprechen.

Für die Erledigung dieser Ersuchen sind Gerichtsgebühren nicht in Ansatz zu bringen, dagegen sind die entstehenden Zeugen- und Sachverständigengebühren, Tagegelder, Fahrkosten und sonstigen baren Auslagen der ersuchenden Behörde bei Rücksendung des erledigten Ersuchens unter Angabe der Kostenregisternummer mit dem Ersuchen um Erstattung mitzuteilen.

§ 11.

Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 16 S. 2. Die Zentralstelle hat dahin entschieden, daß die Bestimmung in § 11 Satz 1 der VO. vom 21. Dezember 1916, wonach vor Erlaß der Entscheidung nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes der Ausschuß die Gemeindebehörde zu hören hat, eine zwingende Rechtsnorm darstellt, deren Einhaltung von Amts wegen zu prüfen ist und deren Nichtbeachtung einen wesentlichen Mangel des Verfahrens bedeutet und damit dessen Ungültigkeit zur Folge hat.

§ 12.

Kriegsamt 6. 7. 17, AmtlMitt. 17 Nr. 23 S. 3. Gemäß § 12 der Bundesratsverordnung vom 21. Dezember 1916 (RGBl. 1411) wird folgendes bestimmt:

Die Gebühr für das Mahnverfahren in den Fällen des § 5 der Bundesratsverordnung vom 21. Dezember 1916 und der §§ 9 und 11 der Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917 (RGBl. 85) wird auf 0,50 M. festgesetzt.

b) Vom 30. Januar 1917. (RGBl. 85.)

Wortlaut in Bd. 4, 839.

§ 1.

1. Schultz, Recht 17 135. Vom Heeresdienst zurückgestellte oder beurlaubte Personen sind nicht Soldaten. Sie sind also betreffs des Abkehrscheines genau so zu behandeln, wie alle anderen Arbeiter. Namentlich ist es unzulässig bei ihnen, wenn sie mit Zustimmung des Arbeitgebers aufhören, zunächst den Abkehrschein zu verweigern und erst an das Bezirkskommando oder diejenige Stelle der Heeresverwaltung zu berichten, durch welche die Zurückstellung oder Beurlaubung erfolgt ist.

2. Schultz, Recht 17 135. Ausländern gegenüber gilt das Hilfsdienstpflichtgesetz und die Bestimmung des § 9 über die Abkehrscheine nicht. Demnach ist jeder Arbeitgeber bei der Einstellung ausländischer Arbeiter an nichts gebunden, selbst dann nicht, wenn der vorige Arbeitgeber den Arbeiter durch behördliche Vermittlung erhalten hatte und der Arbeiter etwa dort kontraktbrüchig geworden ist. Die Behörde kann nur derartige Ausländer ausweisen. In der Munitionsindustrie sind indessen die bisher bestehenden Bestimmungen über Kriegsscheine, welche sich größtenteils auf distriktsweise auf Veranlassung der Heeresverwaltung getroffene Abreden zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen gründeten, in Kraft geblieben. Nach ihnen können Arbeiter, auch Ausländer,

die in den letzten vier Wochen in einem Betriebe tätig waren, der in der amtlichen Liste der Heereslieferanten verzeichnet steht, von einem anderen Heereslieferanten der Munitionsindustrie nicht ohne Kriegsschein angenommen werden. Der Kriegsschein kann unter denselben Voraussetzungen verweigert werden, wie der Abkehrschein des § 9 des Hilfsdienstpflichtgesetzes.

3. Schultz, Recht 17 135. Die Bek. v. 30. 1. 17 führt den Abkehrschein auch für den Fall ein, daß ein Hilfsdienstpflichtiger in einem Betriebe in Stellung ist, der nicht unter § 2 des Hilfsdienstpflichtgesetzes fällt. Demnach könnten auch hier Schadensersatzansprüche gegen den Arbeitgeber erhoben werden, falls er den Abkehrschein zu Unrecht verweigert und dadurch für den Hilfsdienstpflichtigen ein Schaden entsteht. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche stößt aber in mehrfacher Beziehung auf Schwierigkeiten. Einmal besteht nach § 9 des Hilfsdienstpflichtgesetzes ein Verbot, Hilfsdienstpflichtige in Arbeit zu nehmen, nur dann, wenn sie in den letzten zwei Wochen in einem der in § 2 des Gesetzes erwähnten Betriebe tätig waren. Rechtlich ist also niemand gehindert, sie anzunehmen, wenn sie aus einem anderen Betriebe kommen. Es kann demnach eine Vermutung dafür, daß dem Hilfsdienstpflichtigen ein Schaden entstanden ist, in solchem Falle nicht Platz greifen. Er müßte also erst seinen Schaden nachweisen, d. h. beweisen, daß er bei Bewerbungen um andere Stellungen ausdrücklich wegen Mangel des Abkehrscheines abgewiesen worden ist. Weiter aber kann der Hilfsdienstpflichtige, der bei einem Betriebe tätig war, der nicht unter § 2 des Gesetzes fällt, falls ihm der Abkehrschein verweigert wird, sich von dem Vorsitzenden des Beschwerdeausschusses eine Bescheinigung geben lassen, in der diese Eigenschaft der bisherigen Arbeitsstelle bestätigt wird (§ 2 der Bek. v. 30. 1. 17). Eine solche Bescheinigung kann er sich bereits am nächsten Werktage nach der Entlassung besorgen. Mit derselben ist er jederzeit wieder in der Lage, sich anderweite Arbeit zu verschaffen (§ 3 ebd.). Der Hilfsdienstpflichtige ist hier also in der Lage, fast jeden Schaden abwenden zu können, nur daß er vielleicht stets an demjenigen Tag verhindert ist, sich um anderweite Arbeit zu bemühen, an dem er sich diese Bescheinigung besorgt. Der Arbeitgeber kann mithin, wenn der Hilfsdienstpflichtige mehrere Tage Lohnausfall ersetzt verlangt und sich dabei ergibt, daß er es unterlassen hat, sich sofort eine Bescheinigung im Sinne des § 2 der Bek. v. 30. 1. 17 zu besorgen, sich gegen die einen Tag Lohn übersteigenden Schadensersatzansprüche mit Erfolg auf § 254 BGB. berufen. Im Ergebnis wird also ein Hilfsdienstpflichtiger, der in einem nicht unter § 2 des Hilfsdienstpflichtgesetzes fallenden Betriebe tätig war, wegen verweigerten Abkehrscheines stets nur Schadensersatzansprüche erheben können, wenn er einen Schaden nachweist und auch dann in der Regel nur für einen Tag.

4. Preuß. Verfügung, betr. Hilfsdienst in Reedereibetrieben v. 21. März 1917.

(HMBl, 122.)

Ich übersende hierbei Auszug eines Schreibens des Herrn Reichskanzlers vom 15. d. Mts. und der Anlage mit dem Ersuchen, denjenigen Reedereien des dortigen Bezirkes, die Schiffe in überseeischen Häfen liegen haben, anheimzugeben, eine Entscheidung des Feststellungsausschusses über die Frage einzuholen, ob ihrem Betrieb im Sinne des § 2 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst Bedeutung beizumessen ist. Insoweit entsprechende Entscheidungen zu Ihrer Kenntnis gelangen, sehe ich Ihrem Bericht entgegen. Sie wollen ferner berichten, ob im dortigen Bezirke Schlichtungsausschüsse (§ 9 Abs. 2 des Gesetzes) eingerichtet sind.

Anlage.

Anlage.

Der Reichskanzler.
(Reichsamt des Innern.)
III A. 1453.

Berlin, den 15. März 1917.

Von einem Seemannsamt im Ausland ist die Angabe von Maßnahmen erbeten, durch die der Mannschaftsbestand der deutschen Schiffe sichergestellt werden kann, die durch den Kriegsausbruch in einem neutralen Hafen zurückgehalten werden, und deren Mannschaften auf Grund des § 74 Nr. 3 der Seemannsordnung abgemustert werden müßten.

Der § 77 der Seemannsordnung bietet für eine solche Sicherstellung nur insoweit eine Rechtsgrundlage, als er den Seemann zwingt, eine vorläufige Entscheidung des Seemannsamts einzuholen, wenn er wider Willen des Kapitäns den Dienst verlassen will. Hierbei handelt es sich jedoch lediglich um eine Entscheidung darüber, ob das von dem Seemann behauptete Recht zur Aufgabe des Dienstes nach dem Gesetze besteht. Das Seemannsamt kann daher nur auf Grund gesetzlicher Bestimmungen das Verbleiben des Schiffsmanns im Dienste anordnen. In dieser Beziehung kommt nunmehr in Frage, ob nicht das Gesetz, betreffend den vaterländischen Hilfsdienst, vom 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333), auf die Reedereien als Betriebe im Sinne des § 2 daselbst und damit auf ihre zur Zeit im Ausland beschäftigten nichteinberufenen Seeleute zur Anwendung gebracht werden könnte. Diese Frage ist bereits von dem Kriegsausschuß der Deutschen Reederei in Hamburg angeregt worden. Auf die an das Kriegsamt geleitete Bitte, allgemein die Betriebe der deutschen Seeschiffahrt als im vaterländischen Hilfsdienst befindliche zu erklären, ist dem Kriegs-
Anlage A. ausschuß der Deutschen Reederei der in Abschrift beigefügte Bescheid des Kriegsamts vom 16. Januar 1917 zugegangen.

Nach § 1 Ziff. 1 der inzwischen erlassenen Anweisung über das Verfahren bei den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes gebildeten Ausschüssen vom 30. Januar 1917 (RGBl. 87) ist zuständig im Falle des § 4 Abs. 2 des Gesetzes der Ausschuß (Feststellungsausschuß), in dessen Bezirk der Beruf ausgeübt wird oder die Organisation oder der Betrieb oder Zweigstellen derselben ihren Sitz haben. Hiernach würden also die genannten Ausschüsse an denjenigen Orten, wo die einzelnen Reedereibetriebe ihren Sitz haben, zur Entscheidung über die Frage, ob die Betriebe im Sinne des § 2 des Gesetzes Bedeutung haben usw., berufen sein. Über Beschwerden gegen die Entscheidungen der Ausschüsse würde die Zentralstelle beim Kriegsamt zu entscheiden haben (vgl. § 6 des Gesetzes).

Ob Entscheidungen dieser Art bereits getroffen sind, entzieht sich der diesseitigen Kenntnis. Da es jedoch zweckmäßig erscheint, den Seemannsämtern im Ausland die gewünschte gesetzliche Handhabe zu bieten, darf ersucht werden, zustimmendenfalls den Reedereien die Einholung der in Frage kommenden Entscheidung anheimzugeben. Nach § 27 der Anweisung werden die Feststellungsausschüsse auf Veranlassung des Kriegsamts oder auf schriftlichen Antrag eines Beteiligten tätig. Beteiligt ist, wer an der vom Ausschuß zu treffenden Feststellung ein unmittelbares berechtigtes Interesse hat. Da Mannschaften der Besatzung der zur Zeit im Ausland befindlichen Schiffe während des Krieges sehr selten in die Lage kommen werden, innerhalb des Reichsgebiets sich um anderweite Beschäftigung zu bewerben, wird die Ausstellung eines Ablehrscheins bzw. im Weigerungsfalle das in § 9 des Gesetzes vorgesehene Beschwerdeverfahren kaum in Frage kommen. Sollte dies doch der Fall sein, so wird Vorsorge getroffen werden müssen, daß der nach § 9 Abs. 2 des Gesetzes vorgesehene Ausschuß (Schlichtungsausschuß) angegangen werden kann (vgl. § 1 Ziff. 3 der Anweisung vom 30. Januar 1917). Soweit die in Übersee befindlichen Schiffe und Besatzungen in Frage kommen, würde hierfür der Ausschuß, in dessen Bezirk das Unternehmen liegt, zuständig sein.

Anlage A.

Berlin, den 16. Januar 1917.

An

den Kriegsausschuß der Deutschen Reederei in Hamburg.

Die endgültige Entscheidung darüber, ob ein Betrieb der Seeschiffahrt zu den Betrieben im Sinne des § 2 des Gesetzes zu rechnen ist, wird für jeden einzelnen Fall von dem nach § 4 Abs. 2 des Gesetzes zu errichtenden Ausschuß (auf Beschwerde von der nach § 6 einzurichtenden Zentralstelle) zu treffen sein. Durch den Erlaß einer Ausführungsbestimmung oder einer allgemeinen Anordnung aus § 19 Abs. 1 und 2 des Gesetzes in dieses Bestimmungsrecht einzugreifen, erscheint nicht angängig.

Vorbehaltlich dieser Entscheidungen hält die Rechtsabteilung des Kriegsamts dafür,

daß die Betriebe der Seeschiffahrt im allgemeinen bis auf weiteres aus den in der Eingabe vom 30. Dezember 1916 angeführten Gründen als Hilfsdienstbetriebe im Sinne des § 2 des Gesetzes anzusehen sein dürften, soweit sie nicht übersetzt sind.

Preuß. Ausführungsbestimmungen zu § 7 des Hilfsdienstgesetzes v. 12. März 1917.
(HMBl. 123.)

Als Ortsbehörden im Sinne der Bekanntmachung des Bundesrats, betreffend Bestimmungen zur Ausführung des § 7 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 1. März d. Js. sind die Gemeindeobrigkeiten nach den Städte- und Landgemeindeordnungen anzusehen. In Städten mit Königlicher Polizeiverwaltung treten an die Stelle der Gemeindeobrigkeiten die Polizeipräsidenten (Polizeidirektoren). Sollte es diesen zur Durchführung der ihnen nach der eingangs erwähnten Bekanntmachung obliegenden Aufgaben an dem erforderlichen Personale fehlen, so haben die Städte auf Ersuchen des Polizeipräsidenten (Polizeidirektors) für Bereitstellung geeigneter Hilfskräfte zu sorgen.

§ 22.

Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 14 S. 3. § 22 der Anweisung über das Verfahren usw. vom 30. Januar 1917 bezieht sich nur auf das Verfahren vor den eigentlichen Ausschüssen, also vor den Feststellungs-, Einberufungs- und Schlichtungsausschüssen, greift aber nicht Platz, wenn der Schlichtungsausschuß als Schlichtungsstelle tätig wird. Ein Anspruch auf Zulassung eines Beistandes oder Vertreters besteht hier nicht. Die Zulassung ist aber auch nicht verboten. Die Vorsitzenden der Schlichtungsstelle oder letzten Endes diese selbst, werden also ganz nach Zweckmäßigkeits- und Billigkeitserwägungen zu entscheiden haben, ob sie einen Beistand oder Vertreter zulassen wollen. Es wird oft durchaus nicht im Sinne einer Schlichtung von Streitigkeiten liegen, wenn ein Fremder an den Verhandlungen teilnimmt. Mit der Einrichtung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse wird der Zweck verfolgt, daß Streitigkeiten im Betrieb auch wirklich als häusliche Angelegenheiten dieses Betriebes behandelt werden können, ohne daß ein Dritter hineinzureden hat. Andererseits kann aber auch nicht bestritten werden, daß Fälle denkbar sind, wo es umgekehrt gerade im Interesse der Schlichtung liegt, daß ein Dritter, etwa ein Arbeitersekretär zugezogen wird, der den vielleicht zufällig wenig redegewandten Mitgliedern des Ausschusses zur Seite steht und das etwa nötige statistische oder sonstige Material beherrscht. Die ganze Frage kann nur von Fall zu Fall entschieden werden.

§ 27.

1. Kriegsamt 9. 4. 17, AmtlMitt. 17 Nr. 14 S. 1. „Beteiligt" ist nur, wer an der vom Ausschusse zu treffenden Feststellung ein unmittelbares berechtigtes Interesse hat. Ein solches wird nur dann anzunehmen sein, wenn bestimmte Tatsachen vorgebracht sind — wie z. B. die bereits erfolgte Heranziehung von Angehörigen des Betriebes oder eines ähnlichen Betriebes, die gegenwärtige begründete Besorgnis der Anwendung von Arbeitern oder Angestellten —, aus denen sich ein gegenwärtiges wirtschaftliches Interesse des Antragstellers an der alsbaldigen Entscheidung des Ausschusses ergibt.

Der rein theoretische Wunsch des Unternehmers oder eines Angestellten, über die Kriegswichtigkeit ihres Betriebes Klarheit zu erhalten, reicht nicht aus.

→ Ebenso hat die Zentralstelle entschieden, AmtlMitt. 17 Nr. 16 S. 2. ←

2. Kriegsamt (Rechtsabtl.), AmtlMitt. 17 Nr. 9 S. 7. In der Nummer 7 des „Kriegsamt" ist folgendes gesagt:

„Die Feststellungsausschüsse werden überhaupt nicht sozusagen von Amts wegen tätig, sondern nur dann, wenn sie vom Kriegsamt oder einer Kriegsamtstelle oder von den Einberufungsausschüssen im einzelnen Falle darum ersucht werden, ihr Urteil abzugeben. Also erwarte man von ihnen keine Registrierung, vor allem kein unnützes Schreibwerk."

Wie schon aus dem letzten Satze hervorgeht, waren diese Ausführungen dazu bestimmt, der häufig geäußerten Erwartung entgegenzutreten, daß es etwa Aufgabe der Feststellungsausschüsse sei, von vornherein eine Liste oder ein Register aufzustellen, woraus jeder ohne Mühe ablesen könne, ob sein Betrieb ein Hilfsdienstbetrieb sei oder nicht. Insofern ist es richtig, daß die Feststellungsausschüsse nicht von Amts wegen tätig werden, sondern daß zu der Entscheidung darüber, ob ein Beruf oder eine Organisation oder ein Betrieb im Sinne von § 2 Bedeutung habe, sowie ob und in welchem Umfange er „übersetzt" sei, der Anstoß dadurch gegeben wird, daß der zuständige Feststellungsausschuß vom Kriegsamte oder einem seiner Organe, insbesondere einem Einberufungsausschusse angerufen wird. Die Entscheidung des Feststellungsausschusses — oder der ihm übergeordneten Zentralstelle — ist alsdann bindend für die Einberufungs- und Schlichtungsausschüsse.

Hiermit hat aber nicht ausgesprochen werden sollen, daß es den einzelnen Berufen, Organisationen, Betrieben oder den in ihnen beschäftigten Personen verwehrt sei, auch ihrerseits den für sie zuständigen Feststellungsausschuß anzurufen. In § 27 der Anweisung über das Verfahren ist ausgesprochen, daß die Feststellungsausschüsse auf Veranlassung des Kriegsamts oder auf schriftlichen Antrag eines Beteiligten tätig werden. Beteiligt ist, wer an der vom Ausschuß zu treffenden Feststellung ein unmittelbares berechtigtes Interesse hat.

Das unmittelbare berechtigte Interesse an der Feststellung liegt ohne weiteres dann vor, wenn es sich für einen Arbeitgeber oder Arbeitnehmer darum handelt, ob ein Betrieb usw. Hilfsdienstbetrieb, sowie ob und inwieweit er „übersetzt" ist.

3. Kriegsamt (AmtlMitt. 17 Nr. 11 S. 8). Die Meldung ist nicht etwa eine Vorstufe der Heranziehung in dem Sinne, daß jeder, der sich meldet, nun auch schleunigst zum Hilfsdienst einberufen würde. Für die Einberufung sind vielmehr andere Grundsätze maßgebend als für die Meldepflicht. Nicht jeder, der sich meldet, wird also auch herangezogen; umgekehrt kann derjenige, der von der Meldepflicht befreit ist, gleichwohl zum Hilfsdienst herangezogen werden. Eine Veranlassung zur Anrufung des Feststellungsausschusses wird hiernach in der großen Mehrzahl der Fälle erst dann vorliegen, wenn jemand, sei es in seiner Eigenschaft als Betriebsinhaber oder als Arbeitnehmer, von einer Heranziehungsverfügung des Einberufungsausschusses betroffen wird. Nur in solchen und ähnlichen Fällen wird ein „unmittelbares" berechtigtes Interesse an der zu treffenden Feststellung, welches nach § 27 der Verfahrensanweisung zur Anrufung des Feststellungsausschusses berechtigt, anerkannt werden können; denn der Begriff des unmittelbaren Interesses dürfte nur gegeben sein, wenn eine bestimmte Tatsache vorliegt, die für den einzelnen eine Feststellung notwendig macht. Dies folgt auch schon daraus, daß der Begriff des kriegswichtigen Betriebes ständigem Wechsel unterworfen ist, also die Beurteilung nach Zeit und Ort verschieden ausfallen kann. Es kann aber nicht Aufgabe der Feststellungsausschüsse sein, Entscheidungen zu treffen, die nur theoretischen Wert, aber keine praktische Bedeutung haben. Ihre Tätigkeit muß daher auf das praktische Bedürfnis beschränkt werden, andernfalls würden sie, da ihr Arbeitsgebiet den Bezirk eines ganzen Generalkommandos umfaßt, kaum in der Lage sein, den ihnen zufallenden Aufgaben gerecht zu werden.

c) Vom 1. März 1917. (RGBl. 202.)

Der Bundesrat hat auf Grund des § 19 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333) mit Zustimmung des vom Reichstag gewählten Ausschusses folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Zum Zwecke der Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst haben die Ortsbehörden eine Nachweisung zu liefern, in die alle in der Zeit nach dem 30. Juni 1857 und vor dem 1. Januar 1877 geborenen, nicht mehr landsturmpflichtigen männlichen

Deutschen aufzunehmen sind, soweit sie nicht unter die im § 5 dieser Verordnung vorgesehenen Ausnahmebestimmungen fallen.

Die Nachweisung ist in Form einer Sammlung von Karten, für die das anliegende Muster maßgebend ist, anzulegen und bis zum 31. März 1917 dem zuständigen Einberufungsausschusse (§ 7 Abs. 2 des Gesetzes) zur Verfügung zu stellen. Bestehen für den Bezirk einer Ortsbehörde mehrere Einberufungsausschüsse, so regelt die Kriegsamtsstelle die Zuständigkeit.

§ 2. Die im § 1 Abs. 1 bezeichneten Personen haben sich auf öffentliche Aufforderung der Ortsbehörde zu der in der Aufforderung bestimmten Zeit bei der darin angegebenen Stelle persönlich zu melden und die für die Ausfüllung der Meldekarten (§ 1 Abs. 2) erforderlichen Angaben zu machen.

Die Meldung hat am Wohnort des Meldepflichtigen zu erfolgen.

§ 3. Von der persönlichen Meldung ist befreit, wer sich bis zu dem in der Aufforderung bestimmten Zeitpunkt bei der darin angegebenen Stelle schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Karte meldet. Für diese Karte ist ebenfalls das anliegende Muster maßgebend.

In der Aufforderung ist bekanntzugeben, wo die Meldepflichtigen die Meldekarten erhalten.

§ 4. Genügen die Angaben in der schriftlichen Meldung nicht oder bestehen Bedenken gegen ihre Richtigkeit, so hat der Meldepflichtige sie zu ergänzen oder aufzuklären. Die Ortsbehörde kann ihn zu diesem Zwecke vorladen und sein Erscheinen nach den landesrechtlichen Vorschriften erzwingen.

§ 5. Von der Aufnahme in die Nachweisungen und von der Meldepflicht sind ausgenommen die Personen, die mindestens seit dem 1. März 1917 selbständig oder unselbständig im Hauptberuf tätig sind

1. im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienste,
2. in der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung,
3. als Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker,
4. in der Land- oder Forstwirtschaft,
5. in der See- oder Binnenfischerei,
6. in der See- oder Binnenschiffahrt,
7. im Eisenbahnbetrieb, einschließlich des Betriebs der Klein- und Straßenbahnen,
8. auf Werften,
9. in Berg- oder Hüttenbetrieben,
10. in der Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- oder Waffenfabrikation,
11. in einzelnen kriegswichtigen Betrieben, die von den Kriegsamtstellen für ihre Bezirke bezeichnet werden.

Auf die hiernach für den Bezirk einer Ortsbehörde bestehenden Ausnahmen ist in der öffentlichen Aufforderung hinzuweisen.

§ 6. Gibt ein bisher nach § 5 von der Meldepflicht Befreiter die dort bezeichnete Tätigkeit auf oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle, so hat er sich spätestens am dritten darauf folgenden Werktag bei der von der Ortsbehörde öffentlich bekanntzugebenden Stelle persönlich zu melden und die für die Ausfüllung der Meldekarte (§ 1 Abs. 2) erforderlichen Angaben zu machen. Die Meldung hat am Wohnort, bei dessen Wechsel am neuen Wohnort zu erfolgen. Sie kann auch schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Karte bis zu dem von der Ortsbehörde bestimmten Zeitpunkt geschehen; dabei gilt § 4. Die Ortsbehörde gibt die ausgefüllte Meldekarte an den zuständigen Einberufungsausschuß weiter.

Außerdem hat der Arbeitgeber, wenn ein bisher nach § 5 von der Meldepflicht Befreiter die dort bezeichnete Tätigkeit bei ihm aufgibt, dies spätestens am dritten darauf folgenden Werktag dem zuständigen Einberufungsausschusse mitzuteilen. Bei Beschäftigungen im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienste hat der unmittelbare Vorgesetzte die Mitteilung zu machen.

Die Vorschriften in Abs. 1, 2 beziehen sich nicht auf den Fall, daß ein bei einer Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchenbehörde angestellter oder beschäftigter Beamter zwecks Verwendung an einer anderen Dienststelle derselben Behörde oder im Dienste einer anderen Behörde versetzt oder vorübergehend abgeordnet wird.

§ 7. Gibt ein in die Nachweisung Aufgenommener seine bisherige Tätigkeit auf oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle oder seine Wohnung, so hat er dies spätestens am dritten darauf folgenden Werktag dem zuständigen Einberufungsausschusse mitzuteilen. Dabei ist eine neue Tätigkeit, Beschäftigungsstelle oder Wohnung anzugeben. Über die Meldung des Wohnungswechsels bestimmt das Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg das Kriegsministerium das Nähere.

§ 8. Die Vordrucke für die Meldekarten stellt das Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg das Kriegsministerium den Ortsbehörden zur Verfügung.

Die den Ortsbehörden durch die Aufstellung der Nachweisungen und durch die späteren Meldungen und Mitteilungen (§§ 6, 7) nachweislich entstandenen Kosten trägt das Reich. Sie sind bei dem vom Kriegsamt, in Bayern, Sachsen und Württemberg vom Kriegsministerium zu bezeichnenden Einberufungsausschusse vierteljährlich anzufordern.

§ 9. Die Landeszentralbehörden bestimmen, welche Stellen als Ortsbehörden im Sinne dieser Verordnung gelten.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark wird bestraft, wer bei der Meldung (§§ 2, 3, § 6 Abs. 1) wissentlich unwahre Angaben macht.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer die in §§ 2, 3, 6, 7 vorgeschriebenen Meldungen oder Mitteilungen schuldhaft unterläßt.

§ 11. Die Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung [2. 3.] in Kraft.

Anlage

Meldekarte für Hilfsdienstpflichtige

Staat: ....., **Gemeinde:** .....

Bezirk: .....

1. Familienname: ....., Vorname: .....
2. Wohnung: Gemeinde: ....., ... Straße Nr....
3. Geboren am (Tag, Monat, Jahr): .....
4. Familienstand: ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden. (Zutreffendes unterstreichen.)
5. Zahl der im Haushalt lebenden Kinder unter 15 Jahr: .....
6. Welche Berufstätigkeit üben Sie gegenwärtig aus? .....
7. Stellung im Beruf: selbständig, Betriebsinhaber, Meister, Hausgewerbetreibender, Angestellter, Werkmeister, Geselle, Arbeiter, Heimarbeiter, ...
(Zutreffendes unterstreichen.)
8. Art und Name des Betriebs (Geschäfts usw.): .....
.....
9. Sitz des Betriebs (Geschäfts usw.): Gemeinde: ..... Straße Nr. .....
10. Tag des Eintritts in diesen Betrieb (Geschäft usw.): .....
11. Gelernter Beruf: .....
12. Besondere Fachkenntnisse: .....
13. Besondere Sprachkenntnisse: .....
14. Melden Sie sich hiermit freiwillig zum vaterländischen Hilfsdienst? .....
Würden Sie Arbeit in der Landwirtschaft anderer Arbeit vorziehen? .....
15. Etwaige schwere Gebrechen: .....
16. Besondere Bemerkungen: .....
.....

....., den ..... 1917.

Unterschrift: .....

Zusätze des Kriegsamtes zur Bundesratsverordnung v. 1. März 1917. Vom 9. März 1917.

(AmtlMitt. 17 Nr. 10 S. 5.)

Zu §§ 2 und 8.

In den öffentlichen Aufforderungen der Ortsbehörden müssen folgende Punkte enthalten sein:

1. Nähere Bestimmung der Hilfsdienstpflichtigen (z. B. geordnet nach Jahresklassen oder Anfangsbuchstaben der Namen), welche sich zu melden haben, wo sie sich zu melden haben, an welchem Tage und zu welchen Tagesstunden.

2. Die Meldung kann auch schriftlich erfolgen. Die Meldekarten mit Umschlägen sind erhältlich bei .....

Die Übersendung der ausgefüllten Karten an die Ortsbehörde kann erfolgen durch Vermittlung des Arbeitgebers, der Leiter von Anstalten usw. Dieses Verfahren ist insonderheit bei den Hilfsdienstpflichtigen anzuwenden, die sich zurzeit in Heil-, Pflege-, Besserungs- oder Strafanstalten befinden.

Die Zustellung kann auch durch den einzelnen Hilfsdienstpflichtigen erfolgen, indem er die ausgefüllte Meldekarte bei der Ortsbehörde abgibt oder der Post zur Beförderung an die Ortsbehörde übergibt. Im letzteren Fall werden die Meldekarten der Hilfsdienstpflichtigen portofrei befördert, sofern der Briefumschlag den Vermerk „Heeressache, Hilfsdienstpflichtigen-Meldung" trägt und o f f e n zur Abgabe am Schalter gelangt.

Alle Meldenden erhalten die Bestätigung ihrer Meldung, gleichgültig, ob diese schriftlich oder mündlich erfolgt ist, durch Aushändigung des zu stempelnden Abreißstreifens der Meldekarte.

Hilfsdienstpflichtige mit keinem festen Wohnsitz melden sich am 27. März 1917 bei der Ortsbehörde, in deren Bezirk sie sich an diesem Tage aufhalten.

3. Nicht meldepflichtig sind die Personen, die mindestens seit dem 1. März 1917 selbständig oder unselbständig im Hauptberuf tätig sind

1. im Reichs-, Staats-, Gemeinde- oder Kirchendienste,
2. in der öffentlichen Arbeiter- und Angestelltenversicherung,
3. als Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte oder Apotheker,
4. in der Land- oder Forstwirtschaft,
5. in der See- oder Binnenfischerei,
6. in der See- oder Binnenschiffahrt,
7. im Eisenbahnbetrieb einschl. des Betriebs der Klein- und Straßenbahnen,
8. auf Werften,
9. in Berg- und Hüttenbetrieben,
10. in der Pulver-, Sprengstoff-, Munitions- oder Waffenfabrikation,
11. außerdem (nach Angabe der Kriegsamtstellen) in folgenden kriegswichtigen Betrieben: .....

4. Gibt nach dem 15. März 1917 ein bisher nach Ziff. 3 von der Meldepflicht Befreiter die dort bezeichnete Tätigkeit auf oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle, so hat er sich spätestens am dritten darauffolgenden Werktage bei dem (Magistrat, Gemeindevorstand) in .....
persönlich zu melden und die für die Ausfüllung der Meldekarte erforderlichen Angaben zu machen. Bei einem Wechsel des Wohnorts hat die Meldung bei der Meldestelle des neuen Wohnorts zu erfolgen. Sie kann auch schriftlich unter ordnungsmäßiger Ausfüllung der vorgeschriebenen Karte innerhalb von drei Tagen erfolgen.

Außerdem hat der Arbeitgeber, wenn ein bisher nach Ziff. 3 von der Meldepflicht Befreiter die dort bezeichnete Tätigkeit bei ihm aufgibt, dieses bis zum dritten darauffolgenden Werktag dem zuständigen Einberufungsausschusse mitzuteilen. Der Einberufungsausschuß für ..... befindet sich .....

Gibt ein in die Liste Aufgenommener seine bisherige Tätigkeit auf oder wechselt er seine Beschäftigungsstelle oder seine Wohnung, so hat er dieses spätestens am dritten

darauf folgenden Werktag dem Einberufungsausschuß für X, ... Straße, mitzuteilen. Dabei ist die neue Tätigkeit, Beschäftigungsstelle oder Wohnung anzugeben.

5. Mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark wird bestraft, wer bei der Meldung (§§ 2, 3, 6 Abs. 1) wissentlich unwahre Angaben macht.

Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer die in §§ 2, 3, 6, 7 vorgeschriebenen Meldungen oder Mitteilungen schuldhaft unterläßt.

Zu § 5 Ziff. 11.

Die Kriegsamtstellen können alle die Betriebe usw. von der Aufnahme in die Nachweisungen ausnehmen, welche zurzeit zweifellos und mit allen ihren Arbeitern und Angestellten im Sinne des § 2 des Gesetzes beschäftigt sind. Auf die besondere Wichtigkeit der Presse, der Banken und Sparkassen, der Krankenpflege, der privaten Versicherungsunternehmungen sowie der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, soweit diese für die Kriegswirtschaft von Bedeutung sind, wird hingewiesen.

Zu § 7.

Die geforderten Mitteilungen bei Wohnungswechsel sind grundsätzlich an den für die bisherige Wohnung zuständigen Einberufungsausschuß zu richten. Dieser hat die Meldekarte des Hilfsdienstpflichtigen zu vervollständigen und gegebenenfalls an den Einberufungsausschuß weiterzugeben, der für die neue Wohnung des Hilfsdienstpflichtigen zuständig ist.

§ 5.

1. Kriegsamt (AmtlMitt.) 17 Nr. 12 S. 2. Da Zweifel darüber bestehen könnten, ob unter Kirchendienst auch die Tätigkeit von Angestellten öffentlich anerkannter Religionsgesellschaften fällt, welche zwar Körperschaftsrechte haben, aber nicht unter den Begriff „Kirchen" fallen, wird darauf hingewiesen, daß unter Kirchendienst i. S. des § 5 Ziff. 1 BO. v. 1. 3. 17 der Dienst in jeder von dem betr. Bundesstaat anerkannten Religionsgesellschaft zu verstehen ist.

2. Kriegsamt 12. 3. 17 (Breslauer AK. 17 25). § 5 der Bundesratsverordnung v. 1. März 1917 hat nicht den Zweck, diejenigen Personenkreise nach Möglichkeit einzeln aufzuführen, die im § 2 des Hilfsdienstgesetzes als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gekennzeichnet sind. Es ist nur im Interesse der möglichsten Einschränkung und Beschleunigung des Meldegeschäfts eine Anzahl von Berufen und Betrieben bezeichnet worden, deren Registrierung nicht unbedingt notwendig ist. Die Rechtsanwälte befinden sich darunter nicht.

Sie würden sich also wie alle anderen Hilfsdienstpflichtigen zu melden haben.

Die Kriegsamtsstellen haben nach § 5 Nr. 11 die Befugnis, einzelne kriegswichtige Betriebe — nicht Berufe — ebenfalls von der Meldepflicht zu befreien. Derartige Befreiungen — von der Meldepflicht — haben die Gemeinden in der öffentlichen Aufforderung zur Meldung bekanntzugeben, vgl. § 5 letzter Absatz.

Es ist nicht anzunehmen, daß eine Kriegsamtstelle beabsichtigt, einzelne Anwaltsbüros — nur darum könnte es sich handeln — von der Meldepflicht auszunehmen.

3. DNotV. 17 204. Es ist bezweifelt worden, ob die Notare und besonders die Anwalt-Notare i. S. des § 7 im Staatsdienst tätig sind. Die Notare sicher, denn Staatsbeamtendienst ist immer Staatsdienst, und Staatsdienst hört dadurch nicht auf, es zu sein, daß er von den Parteien bezahlt wird. Aber auch die Anwalt-Notare sind nicht meldepflichtig; ihre Berufe sind beide Hauptberufe und es kann nicht gefragt werden, wieviel an Arbeitsleistung der eine oder der andere fordert.

4. DNotV. 17 294. Kriegsamt der Kriegsamtstelle Frankfurt a/M. Notare sind im Sinne der Nr. 1 des § 5 der Bundesratsverordnung vom 1. März 1917 (RGBl. 202) als im Staatsdienste tätig anzusehen und unterliegen deshalb der Meldepflicht nicht. Dagegen entsteht bei Notaren, die zugleich Rechtsanwälte sind, die Frage, ob das Notariat ihren Hauptberuf bildet. Diese Frage kann selbstverständlich nur von Fall zu Fall entschieden werden. Im Zweifel wird daher ein Notar, der zugleich Rechtsanwalt

ist, gutgetan haben, sich nach den Vorschriften der genannten Bundesratsverordnung zu melden, was bei Anwendung der schriftlichen Meldung (§ 3) ohne nennenswerte Belästigung geschehen konnte. Da die Meldefrist bereits verstrichen ist, haben die im Vorstehenden behandelten Fragen keine aktuelle Bedeutung mehr. Es möge jedoch darauf hingewiesen werden: weder durch die Meldung selbst noch durch die Aufnahme des Bestehens der Meldepflicht wird der Entscheidung darüber vorgegriffen, ob eine Heranziehung zum vaterländischen Hilfsdienst erfolgen soll. Hierüber ist vielmehr gemäß § 4 des Gesetzes zu entscheiden, und zwar für Notare im Hauptberuf gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 und für solche Notare, die zugleich Rechtsanwälte sind und bei denen die Tätigkeit als Rechtsanwalt überwiegt, gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2. Die Rechtsanwaltschaft ist vom Kriegsamt nach Benehmen mit dem Herrn preußischen Justizminister als behördliche Einrichtung anerkannt worden.

5. AmtlMitt. 17 Nr. 16 S. 3. Der Umstand, daß die Bundesratsverordnung vom 1. 3. 1917 zwar die Zahnärzte von der Meldepflicht befreit hat, nicht aber die Zahntechniker (Dentisten), hat in den Kreisen der letzteren Beunruhigung hervorgerufen. Sie glauben aus ihrer Übergehung schließen zu müssen, daß ihr Beruf nicht als kriegswichtig im Sinne des Hilfsdienstgesetzes anerkannt wird, und daß sie allgemein mit der Heranziehung zu einer anderen Betätigung rechnen müßten. Diese Besorgnis ist unbegründet. Die Meldepflicht ist, wie wiederholt ausgesprochen worden ist, mit der Heranziehung zum Hilfsdienst nicht zu verwechseln. Sie ist nur angeordnet worden, weil es unbedingt notwendig war, zunächst einmal eine Übersicht des für den Hilfsdienst zur Verfügung stehenden Materials zu gewinnen. Da die vorhandenen Unterlagen hierzu nicht ausreichten, insofern sich aus ihnen namentlich nicht mit Sicherheit ergab, welche von den polizeilich gemeldeten Personen bereits im Hilfsdienste stehen, so mußten neue Unterlagen durch eine alle wesentlichen Fragen beantwortende eigene Meldung der hilfsdienstpflichtigen Personen geschaffen werden. Wenn dabei gewisse Berufe und Betriebe von der Meldepflicht befreit worden sind, so ist dies nur zur Verminderung des Schreibwerks, zur Vermeidung von Störungen der Arbeit und nur in solchen Fällen geschehen, in denen entweder, wie bei den Behörden, eine Kontrolle bereits vorhanden ist oder in denen über die Kriegswichtigkeit sowie der Regel nach auch darüber kein Zweifel herrschen kann, daß die Zahl der im Berufe oder Betriebe tätigen Personen das Bedürfnis nicht übersteigt. Die Zahntechniker fallen in ihrer Gesamtheit weder unter die eine noch unter die andere Kategorie. Die Meldepflicht mußte deshalb auf sie erstreckt werden. Damit ist jedoch keineswegs zum Ausdruck gebracht, daß ihnen in ihrer Allgemeinheit die Kriegswichtigkeit abgesprochen werden sollte. Es ist im Gegenteil anzuerkennen, daß ihr Stand für die Volksversorgung von unmittelbarer Bedeutung ist, und daß auch die Heranziehung eines Zahntechnikers nur dann in Frage kommen kann, wenn die Zahl der in seinem Bezirke vorhandenen Berufsgenossen das jeweilige Bedürfnis übersteigt. Ob dies der Fall ist, wird von den bei den stellv. Generalkommandos eingerichteten Feststellungsausschüssen von Fall zu Fall zu prüfen sein. Bei dieser Prüfung werden nicht etwa nur Sachverständige aus den Kreisen der Zahnärzte, sondern außer den Gemeinden auch die Organisationen der Zahntechniker sowie die beteiligten Krankenkassen zu hören sein.

Preuß. Verfügung v. 2. März 1917 (HMBl. 90).

Im Anhang zu der Wahlordnung Muster 4[1]) ist im Abs. 3 fälschlich in der ersten Zeile von Liste II der Buchstabe Q statt „A" und in der erslen Zeile von Liste III der Buchstabe I statt „S" gesetzt. Ich ersuche das Muster 4 der Wahlordnung hiernach zu berichtigen.

[1]) Bd. 4 S. 854.

Errichtung von Arbeiterausschüssen und Angestelltenausschüssen.

Neues Muster zur Berechnung des Wahlergebnisses und für die Niederschrift (§ 19 Abs. 1 und 3 der Wahlordnung). (HMBl. 99.)

....., den 1917

Von dem unterzeichneten Wahlleiter (Wahlvorstande) für die Wahl des Arbeiter-[Angestellten-]Ausschusses für (Bezeichnung des Betriebs oder der Betriebsabteilung) wurde heute nach Öffnung des Stimmzettelkastens (durch den Vorsitzenden und den Beisitzer X) auf Grund der aus den Wahlumschlägen entnommenen Stimmzettel folgendes festgestellt:

Es sind insgesamt 240 gültige Stimmzettel abgegeben worden. 20 Stimmzettel wurden für ungültig erklärt. Von den 240 gültigen Stimmen sind 120 auf Liste I, 80 auf Liste II und 40 auf Liste III entfallen. Zu wählen sind 5 Ausschußmitglieder und 10 Ersatzmänner.

Als Bewerber sind benannt auf:

	Liste I.		Liste II		Liste III	
1.	A	**1** (120)[1]	A		S	**4** (40)
2.	B	**3** (60)	R	**2** (80)	g	**12** (20)
3.	C	**5** (40)	S		h	
4.	D	**7** (30)	T	**6** (40)	i	
5.	E	**9** (24)	U	**8** ($26^2/_3$)	k	
6.	F	**10** (20)	V	**11** (20)	l	
7.	G	**13** ($17^1/_7$)	W	**14** (16)	m	
8.	H	**15** (15)	X		n	
9.	J		Y		o	
10.	K		Z		p	
11.	L		a		q	
12.	M		b		r	
13.	N		c		s	
14.	O		d		t	
15.	P		e		u	

Die auf die einzelnen Listen entfallenen Stimmenzahlen werden durch 1, 2, 3, 4, usw. geteilt. ((Die Teilung ist fortzusetzen, bis anzunehmen ist, daß höhere Zahlen, als aus den früheren Reihen für die Stellenverteilung in Betracht kommen, nicht mehr entstehen.))[2] Das Ergebnis zeigt folgende Tafel. In ihr sind die für die Stellenverteilung in Betracht kommenden 15 Höchstzahlen mit kleinen ihre Reihenfolge bezeichnenden Ziffern versehen:

	Liste I		Liste II		Liste III	
1	120	**1**	80	**2**	40	**4**
2	60	**3**	40	**6**	20	**12**
3	40	**5**	$26^2/_3$	**8**	$13^1/_3$	
4	30	**7**	20	**11**	10	
5	24	**9**	16	**14**	8	
6	20	**10**	$13^1/_3$		$6^2/_3$	
7	$17^1/_7$	**13**	$11^3/_7$		$5^5/_7$	
8	15	**15**	10		5	

[1]) In der Zusammenstellung der Vorschlagslisten sollen die neben die Namen der Gewählten gesetzten kleinen Ziffern das Ergebnis der Höchstzahlenberechnung und der Auslosung anschaulicher machen. Die eingeklammerten Ziffern sind die auf die einzelnen Listen entfallenen, für die Stellenbesetzung in Betracht kommenden Höchstzahlen, die davorstehenden, nicht eingeklammerten Ziffern geben die Reihenfolge der Höchstzahlen wieder.

[2]) Die doppelt eingeklammerten Worte sind durchweg nur als Erläuterung des Musters 4 gedacht.

Die Reihenfolge der auf allen Vorschlagslisten vorhandenen Höchstzahlen 40 und 20 ist durch das Los (zu vgl. § 16 Abs. 1 Satz 3 der Wahlordnung) bestimmt worden. Zu diesem Zwecke sind gleiche Zettel mit den Aufschriften I, II, III geschnitten, vermischt und dann verdeckt gezogen worden. Bei Auslosung der Reihenfolge der Höchstzahl 40 wurde zuerst der Zettel mit der Zahl III, dann der mit der Zahl I und schließlich der mit der Zahl II gezogen. Bei Auslosung der Reihenfolge der Höchstzahl 20 wurde zuerst Zettel I, dann Zettel II und zuletzt Zettel III gezogen. ((Die an zweiter oder dritter Stelle ausgeloste Liste fällt mit der auf mehrere Listen entfallenen gleichen Höchstzahl nicht ohne weiteres aus, sondern tritt nur hinter die zuvor ausgeloste Liste. Die später ausgeloste Liste fällt nur dann aus, wenn alle Mitglieder- und Ersatzmännerstellen verteilt sind.))[1])

Der auf den Listen I und II benannte A gilt nach § 17 Satz 2, 3 der Wahlordnung als gewählt auf Grund der Liste I, auf der ihm die größte Höchstzahl zugefallen ist. ((Liste II wird so behandelt, als ob A überhaupt nicht auf ihr gestanden hätte. Die erste Höchstzahl (80) der Liste II entfällt demnach auf den nächsten Bewerber, also auf R.))[1]).

Der auf den Listen II und III benannte S gilt als gewählt auf Grund der Liste III. ((Auf die Listen II und III sind zwar die gleichen noch nicht für die Stellenbesetzung verbrauchten Höchstzahlen 40 entfallen. Ihre Reihenfolge ist aber bereits durch das Los so festgesetzt, daß die Höchstzahl 40 aus Liste III der Höchstzahl 40 aus Liste II vorgeht (§ 16 Abs. 1 Satz 3, § 17 Satz 2 der Wahlordnung). Liste II wird so behandelt, als ob S (ebenso wie A) gar nicht auf dieser Liste gestanden hätte. Die Höchstzahl 40 der Liste II entfällt daher nunmehr auf den nächstfolgenden Bewerber, also auf T.))[1])

Hiernach sind gewählt:

aus Liste	I	3	Ausschußmitglieder, nämlich:	A, B, C,
		5	Ersatzmänner, „	D, F, E, G, H;
„ „	II	1	Ausschußmitglied, „	R,
		4	Ersatzmänner, „	T, U, V, W;
„ „	III	1	Ausschußmitglied, „	S,
		1	Ersatzmann, „	g.

....., den .....

Der Wahlleiter

.....

Der Wahlvorstand

(..... .....)

Vorsitzender Beisitzer.

4. Bek., betr. Ausdehnung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst auf Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie. Vom 4. April 1917. (RGBl. 317.)

[BR.] § 1. Die Vorschriften des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst und die zur Ausführung dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen gelten entsprechend für diejenigen Angehörigen der österreichisch-ungarischen Monarchie, welche beim Inkrafttreten dieser Verordnung im Gebiete des Deutschen Reichs ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben oder ihn später dort nehmen. Dieselben Personen gelten auch für die von den Landeszentralbehörden auf Grund des § 11 Abs. 2 Satz 3 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst erlassenen Bestimmungen als den deutschen Reichsangehörigen gleichgestellt.

[1]) Die doppelt eingeklammerten Worte sind durchweg nur als Erläuterung des Musters 4 gedacht.

§ 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [5. 4.] in Kraft und zugleich mit dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst außer Kraft.

5. Bek. über den Schutz der im vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen. Vom 3. Mai 1917. (RGBl. 392.)

[BR.] § 1. Die Verordnung zum Schutze von Angehörigen immobiler Truppenteile vom 20. Januar 1916 (RGBl. 47) sowie die Verordnung über die Bewilligung von Zahlungsfristen an Kriegsteilnehmer vom 8. Juni 1916 (RGBl. 452) finden entsprechende Anwendung auf die zufolge einer besonderen schriftlichen Aufforderung oder zufolge Überweisung gemäß § 7 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333) im Hilfsdienst verwendeten Personen.

§ 2. Den im § 2 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes, betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen, vom 4. August 1914 (RGBl. 328) bezeichneten Personen stehen die Personen gleich, die sich in Ausübung des vaterländischen Hilfsdienstes im Ausland aufhalten.

§ 3. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung [4. 5.] in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

6. Verordnung über Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten. Vom 24. Februar 1917. (RGBl. 171.)

Der Bundesrat hat auf Grund des § 19 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333) mit Zustimmung des vom Reichstag gewählten Ausschusses und auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (RGBl. 327) folgende Verordnung erlassen:

I. Allgemeine Vorschriften.

§ 1. Wer eine Beschäftigung im Sinne des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333) ausübt, unterliegt, auch wenn er nicht dienstpflichtig nach § 1 dieses Gesetzes ist, den Vorschriften über die reichsgesetzliche Arbeiter- und Angestelltenversicherung soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt. Dies gilt auch dann, wenn die Beschäftigung nicht auf Grund freiwilliger Meldung (§ 7 des genannten Gesetzes) stattfindet. Eine Vergütung ist stets Entgelt im Sinne der Vorschriften über die reichsgesetzliche Arbeiter- und Angestelltenversicherung.

§ 2. Einer Satzungsänderung auf Grund dieser Vorschriften bedarf es für die Versicherungsträger nicht.

II. Krankenversicherung.

§ 3. Setzt die Satzung einer Krankenkasse den Ortslohn als Grundlohn fest, so gilt dies nicht für Personen, die im vaterländischen Hilfsdienst eine nach den Vorschriften der Reichsversicherung landkassenpflichtige Beschäftigung übernehmen, sofern sie in den dem erstmaligen Eintritt in eine landkassenpflichtige Hilfsdiensttätigkeit vorangegangenen zwölf Monaten mindestens sechsundzwanzig Wochen oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen bei einer Krankenkasse mit einem anderen Grundlohn als dem Ortslohn oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse versichert waren.

Soweit diese Personen nicht als Betriebsbeamte, Werkmeister oder andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung beschäftigt werden, gelten sie als Facharbeiter im Sinne des § 181 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, auch wenn sie nicht als solche tätig sind.

Auf diese Beschäftigten sind die Vorschriften der §§ 418 bis 425 der Reichsversicherungsverordnung nicht anwendbar. Bei Anwendung des § 418 Abs. 2 Nr. 3 und des § 419 Abs. 1 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung bleiben sie bei Feststellung der sämt-

lichen in der Landwirtschaft Beschäftigten und der sämtlichen Befreiten des Arbeitgebers außer Betracht.

§ 4. Soweit der Erwerb eines Rechtes nach der Reichsversicherung oder der Satzung einer Krankenkasse davon abhängt, daß eine Wartezeit bei einer Krankenkasse zurückgelegt ist oder eine Versicherung von bestimmter Dauer innerhalb eines gleichfalls bestimmten Zeitraums bestanden hat, darf eine Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst, durch die der Beschäftigte aus der Krankenkasse oder der Versicherung ausscheidet, nicht zu seinem Nachteil angerechnet werden. Dies gilt auch für die Dauer einer Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen, die in die ersten sechs Wochen nach der Beschäftigung fällt.

Die Zeit von mindestens sechs Monaten nach § 199 der Reichsversicherungsordnung steht einer Wartezeit im Sinne des Abs. 1 gleich.

Im übrigen gilt § 2 des Gesetzes, betreffend Erhaltung von Anwartschaften aus der Krankenversicherung, vom 4. August 1914 (RGBl. 334) entsprechend.

§ 5. Vorschriften der Reichsversicherung, nach denen Personen, die gegen Krankheit versichert sind, durch einen Aufenthalt im Ausland Rechtsnachteile erleiden, gelten nicht für Personen, die im Ausland im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigt sind. Der Aufenthalt solcher Personen im Ausland steht insoweit einem Aufenthalt im Inland gleich.

§ 6. Wer wegen einer Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst zu einer andern Krankenkasse übergetreten ist, darf, wenn er aus dieser ausscheidet, das Recht zur Weiterversicherung nach § 313 der Reichsversicherungsordnung wahlweise bei ihr oder seiner früheren Kasse ausüben.

Meldet er sich bei der früheren Kasse, so kann diese ihn ärztlich untersuchen lassen. Für eine Erkrankung, die beim Wiederbeitritt bereits besteht, hat er einen Anspruch nur gegen die andere Kasse, und zwar auf die Leistungen, die sie im Falle der Weiterversicherung bei ihr zu gewähren hätte. Auf ihren oder seinen Antrag erhält der Versicherte diese Leistungen von der früheren Kasse. Geschieht es auf seinen Antrag, so hat die frühere Kasse der andern binnen einer Woche den Eintritt des Versicherungsfalls mitzuteilen. Die andere Kasse hat der früheren ihre Aufwendungen im vollen Umfang zu ersetzen.

§ 7. Den Krankenkassen im Sinne dieser Verordnung stehen knappschaftliche Krankenkassen gleich.

§ 8. Für Mitglieder von Ersatzkassen (§§ 503ff. der Reichsversicherungsordnung), welche dem zur freiwilligen Versicherung oder Weiterversicherung bei einer Krankenkasse nach der Reichsversicherungsordnung berechtigten Personenkreis angehören, gelten die vorstehenden Vorschriften entsprechend.

Bestimmungen in der Satzung einer Ersatzkasse, nach denen ein Mitglied bei Übernahme einer Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst aus der Kasse ausscheiden müßte oder einen sonstigen Rechtsnachteil erleiden würde, dürfen nicht geltend gemacht werden.

Mitglieder von Ersatzkassen, die eine landwirtschaftliche Beschäftigung erst nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst und voraussichtlich nicht über dessen Geltungsdauer hinaus übernehmen, stehen den vorübergehend in der Landwirtschaft beschäftigten gewerblichen Arbeitern im Sinne des § 434 der Reichsversicherungsordnung gleich.

§ 9. Deutsche, die in dem von deutschen Truppen besetzten Ausland von deutschen Arbeitgebern im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigt werden und nicht schon auf Grund der Bekanntmachung vom 14. Dezember 1916 (RGBl. 1383) versichert sind, werden hinsichtlich der Versicherung gegen Krankheit den im § 1 der genannten Bekanntmachung bezeichneten Personen gleichgestellt.

Sie sind versicherungsfrei, wenn ihnen gegen einen Arbeitgeber der im § 169 Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Art für den Fall der Krankheit ein Anspruch gewährleistet ist, der einem der in der genannten Vorschrift bezeichneten Ansprüche mindestens gleichwertig ist. Das Kriegsamt bestimmt, ob der Anspruch gleichwertig ist.

III. Unfallversicherung.

§ 10. Tätigkeiten im vaterländischen Hilfsdienst, die den reichsgesetzlichen Vorschriften über Unfallversicherung um deswillen nicht unterliegen, weil sie im Ausland ausgeführt werden und nicht als unselbständiger Bestandteil (Ausstrahlung) eines inländischen Betriebs anzusehen sind, werden der Unfallversicherung unterstellt.

Dabei gelten folgende Vorschriften:

1. Träger der Versicherung für diese Hilfsdienstleistungen ist das Reich.

2. Der Reichskanzler bestimmt die Ausführungsbehörden (§§ 892, 1033, 1218 der Reichsversicherungsordnung) und erläßt die Ausführungsbestimmungen (§ 895 der Reichsversicherungsordnung). Er kann den Erlaß von Ausführungsbestimmungen anderen Behörden übertragen.

3. Die Unfallentschädigung wird nach einem einheitlichen Jahresarbeitsverdienste berechnet. Dieser beträgt:

a) bei gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeitern . . . . . 1200 Mark,

b) bei gewerblichen Arbeitern und landwirtschaftlichen Facharbeitern 1800 Mark.

Bei Betriebsbeamten ist, vorbehaltlich der Kürzung nach § 563 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, der auf ein volles Jahr zu berechnende, verdiente Entgelt maßgebend. Erreicht der Jahresarbeitsverdienst nicht den unter Nr. 3b angegebenen Betrag, so gilt dieser als Jahresarbeitsverdienst.

4. Sofern nicht das Reich selbst Unternehmer der Arbeiten ist, hat dieser für die Unfallversicherung eine Prämie zu zahlen. Sie beträgt:

a) für einen gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeiter täglich 6 Pf.,

b) für einen gewerblichen Arbeiter oder landwirtschaftlichen Facharbeiter täglich 9 Pf.,

c) für einen Betriebsbeamten entsprechend der Dauer seiner Beschäftigung 1½ vom Hundert des verdienten Entgelts, mindestens aber täglich 9 Pf.

5. Der Unternehmer (Nr. 4) hat für jeden Monat spätestens drei Tage nach dessen Ablauf der Ausführungsbehörde einen Nachweis über die Zahl der Arbeitstage jeder der unter Nr. 4a) und b) bezeichneten Gruppen von Arbeitern und über den von Betriebsbeamten (Nr. 4c) verdienten Entgelt vorzulegen. Für den Fall der Säumnis gilt § 800 der Reichsversicherungsordnung entsprechend.

Die Form für den Nachweis schreibt die Ausführungsbehörde vor.

6. Nach jedem Kalendervierteljahre berechnet die Ausführungsbehörde auf Grund der Nachweise und der unter Nr. 4 angegebenen Sätze die Prämien und stellt die Heberolle auf.

Jedem Unternehmer ist ein Auszug aus der Heberolle mit der Aufforderung zuzustellen, die festgesetzte Prämie zur Vermeidung der Zwangsvollstreckung binnen zwei Wochen einzuzahlen. Der Auszug muß die Angaben enthalten, die den Zahlungspflichtigen instand setzen, die Prämienberechnung zu prüfen.

Für den Einspruch und die Rechtsmittel gelten die §§ 814 bis 817 der Reichsversicherungsordnung entsprechend.

7. Die Ausführungsbehörde bestimmt, wer die Unfälle zu untersuchen hat.

8. Hält der Berechtigte sich im Ausland auf, so ist über die Gewährung, Ablehnung oder Neufeststellung der Unfallentschädigung ohne vorhergehenden Bescheid und Einspruch alsbald Endbescheid zu erteilen (§ 1610 der Reichsversicherungsordnung).

9. Zur Entscheidung über Berufungen und Beschwerden ist das Oberversicherungsamt Groß-Berlin ausschließlich zuständig.

§ 11. Wer im vaterländischen Hilfsdienst in der Land- und Forstwirtschaft eine Beschäftigung übernimmt, nachdem er in den dem erstmaligen Eintritt in eine land- oder forstwirtschaftliche Hilfsdienstätigkeit vorangegangenen zwölf Monaten mindestens sechsundzwanzig Wochen, oder unmittelbar vorher mindestens sechs Wochen gewerblich beschäftigt war, gilt, sofern er nicht als Betriebsbeamter beschäftigt wird, für die Unfallentschädigung als Facharbeiter im Sinne des § 923 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung, auch wenn er nicht als solcher tätig ist.

§ 12. Werden dem Berechtigten Gebührnisse auf Grund des § 35 des Offizierpensionsgesetzes oder der §§ 19ff. des Militärhinterbliebenengesetzes gewährt, so sind sie auf die Unfallrente, die auf dieselbe Zeit entfällt und aus dem gleichen Grunde gewährt wird, anzurechnen. In gleicher Weise sind die Gebührnisse des Verletzten auf die Angehörigenrente (§ 598 der Reichsversicherungsordnung) anzurechnen.

§ 13. Die Übernahme einer Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst sowie der dabei erzielte Lohn dürfen in einem Unfallentschädigungsverfahren bei der Feststellung, ob und in welchem Maße der Verletzte durch den Unfall in seiner Erwerbsfähigkeit geschädigt ist, nicht verwertet werden.

IV. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.

§ 14. Wer eine die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung begründende Beschäftigung vor seinem Eintritt in den vaterländischen Hilfsdienst nicht ausgeübt hat und auch nach dessen Beendigung voraussichtlich nicht ausüben wird, unterliegt wegen einer im vaterländischen Hilfsdienst übernommenen, an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung der Versicherungspflicht nur dann, wenn er binnen zwei Monaten nach der Verkündung dieser Verordnung oder, sofern das Beschäftigungverhältnis später beginnt, nach diesem Zeitpunkt von dem Arbeitgeber die Leistung von Beiträgen verlangt. Geschieht dies, so hat der Arbeitgeber hierüber dem Beschäftigten auf Wunsch eine Bescheinigung auszustellen.

Werden jedoch ohne eine Erklärung im Sinne des Abs. 1 Satz 1 für die Dauer der an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung Beiträge entrichtet, so dürfen die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht deshalb abgelehnt werden, weil die Beiträge zu Unrecht entrichtet seien.

§ 15. Vorbehaltlich des § 14 Abs. 1 begründet eine Beschäftigung im Ausland auch dann, wenn § 1330 der Reichsversicherungsordnung nicht zutrifft, die Versicherung. Zuständig ist die Versicherungsanstalt, deren Bezirk dem Beschäftigungsort am nächsten liegt. Die Lohnklasse bestimmt sich, soweit sie vom Ortslohn abhängt, nach dem Ortslohn am Sitze dieser Versicherungsanstalt (§ 1246 Abs. 2 Nr. 3 der Reichsversicherungsordnung).

§ 16. Die Übernahme einer Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst sowie der dabei erzielte Lohne dürfen im Rentenverfahren bei der Feststellung, ob Erwerbsfähigkeit oder ob Erwerbsunfähigkeit vorliegt, nicht verwertet werden.

V. Angestelltenversicherung.

§ 17. Tätigkeiten im vaterländischen Hilfsdienst, die den reichsgesetzlichen Vorschriften über Angestelltenversicherung um deswillen nicht unterliegen, weil sie im Ausland ausgeführt werden und auch nicht als unselbständiger Bestandteil (Ausstrahlung) eines inländischen Betriebs anzusehen sind, werden der Angestelltenversicherung unterstellt.

§ 18. Wird ein nach den reichsgesetzlichen Vorschriften über Angestelltenversicherung Versicherter im vaterländischen Hilfsdienst in einer Tätigkeit beschäftigt, die nach dem Versicherungsgesetze für Angestellte nicht versichert ist, so werden die Kalendermonate, in denen diese Tätigkeit ausgeübt wird, als Beitragsmonate im Sinne der §§ 15, 49 des Versicherungsgesetzes für Angestellte angerechnet.

VI. Schlußvorschriften.

§ 19. Der Reichskanzler wird ermächtigt, weitere Bestimmungen zur Durchführung der Versicherung zu erlassen. Soweit dies nicht geschieht oder diese Verordnung nichts anderes ergibt, sind die Vorschriften über die reichsgesetzliche Arbeiter- und Angestelltenversicherung sinngemäß anzuwenden.

§ 20. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 6. Dezember 1916 in Kraft.

Begründung. (D. N. X 190.)

Die rechtliche Stellung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten auf dem Gebiete der Arbeiter- und der Angestelltenversicherung ist neuestens durch die Bek.

vom 24. Februar 1916 (RGBl. 171) geregelt worden. Als eine Ausführungsbestimmung zum Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 ist diese Verordnung gemäß dessen § 19 mit Zustimmung des hierfür bestimmten Reichstagsausschusses erlassen, überdies aber zugleich auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914, weil sie über den Rahmen des Hilfsdienstgesetzes hinaus auch männliche Personen im Alter von weniger als 17 und von mehr als 60 Jahren sowie Frauen in ihre Vorschriften einbezieht.

In ihren ersten, für alle Versicherungszweige gemeinsamen Bestimmungen spricht die Verordnung aus, daß die Vorschriften über die reichsgesetzliche Arbeiter- und Angestelltenversicherung auf die im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen auch dann Anwendung finden sollen, wenn die Beschäftigung nach § 7 des Hilfsdienstgesetzes nicht auf Grund freiwilliger Meldung erfolgt, ferner, daß jede den Hilfsdienstpflichtigen gewährte Vergütung als „Entgelt" im Sinne der bezeichneten Vorschriften zu gelten hat (§ 1 der Verordnung). Es geschieht dies, um von vornherein alle Zweifel auszuschließen, die sonst hinsichtlich der Versicherung im Hinblick auf die Rechtsprechung der zuständigen Instanzen über Freiheit und Entgeltlichkeit versicherter Arbeitsverhältnisse entstehen könnten.

Es folgen dann eine Reihe von Sondervorschriften, zunächst für die Krankenversicherung, dann für die Unfall-, die Invaliden- und zuletzt die Angestelltenversicherung.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung trägt die Verordnung namentlich dafür Sorge, daß die Übernahme einer Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst dem Beschäftigten keine Nachteile in seiner versicherungsrechtlichen Stellung zufüge. So wird zunächst angeordnet, daß Personen, die vorher eine gewisse Mindestzeit hindurch mit einem günstigeren Grundlohn, als dem Ortslohn, versichert waren, insbesondere also gewerbliche Arbeiter, auch dann nicht nach dem Ortslohn, sondern mindestens gleich den Facharbeitern (§ 181 Abs. 2 der RVO.) zu versichern sind, wenn sie gewöhnliche landwirtschaftliche Arbeiten und dergleichen verrichten. Auf diese Gruppe von Versicherten sollen auch die für ihre sonstigen Lebensverhältnisse nicht passenden Sondervorschriften der §§ 418 bis 425 RVO. für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter keine Anwendung finden, namentlich nicht die dort zugelassene Befreiung von der Versicherung auf Antrag des Arbeitgebers. Sodann werden durch mehrere Einzelbestimmungen den Hilfsdienstpflichtigen ihre Anwartschaften aus der Krankenversicherung gewahrt. So wird im Anschluß an die für Kriegsteilnehmer getroffenen Vergünstigungen namentlich bestimmt, daß die Zeit einer im Hilfsdienst verbrachten Tätigkeit sowie einer sich etwa daran anschließenden Erwerbslosigkeit bis zu sechs Wochen bei Wartezeiten und anderen für den Erwerb von Rechten aus der Versicherung maßgeblichen Zeitabschnitten zugunsten des Versicherten außer Anrechnung zu bleiben hat. Auch der Umstand soll den Hilfsdienstpflichtigen keinen Rechtsnachteil bringen, daß ihre Tätigkeit sie zeitweise ins Ausland führt. Ihr Aufenthalt dort soll insoweit einem Aufenthalt im Inland gleich gelten. Mußte der Versicherte infolge der Hilfsdienstätigkeit einen Kassenwechsel vornehmen, so wird ihm beim Ausscheiden für das Recht zur freiwilligen Weiterversicherung die Wahl zwischen den beiden beteiligten Kassen freigestellt, da es unter Umständen für ihn vorteilhafter sein kann, für die Dauer Mitglied seiner früheren Kasse zu bleiben. Den gesetzlichen Krankenkassen werden in den angegebenen Beziehungen die knappschaftlichen Krankenkassen gleichgestellt, ebenso die Ersatzkassen, soweit es sich um deren versicherungspflichtige oder versicherungsberechtigte Mitglieder handelt. Wer eine landwirtschaftliche Tätigkeit lediglich infolge seiner Hilfsdienstpflicht übernimmt und es vorzieht, dieserhalb einer Ersatzkasse beizutreten oder bei ihr zu verbleiben, soll damit in gleicher Weise, wie nach § 434 der RVO. die vorübergehend in der Landwirtschaft beschäftigten gewerblichen Arbeiter, seiner Versicherungspflicht genügen können. Soweit es sich um Beschäftigungen im Auslande handelt, unterliegt ein großer Teil derjenigen Tätigkeiten, welche jetzt als solche im vaterländischen Hilfsdienste zu gelten haben, schon seither den Bestimmungen der VO. vom 14. Dezember

1916 (RGBl. 1383). Soweit dies aber nicht der Fall ist, wird solche Auslandstätigkeit nunmehr der genannten Verordnung unterstellt, die Durchführung der Versicherung also auch hier durch Mitheranziehung der militärischen Sanitätspersonen und -einrichtungen gesichert.

Wenn Deutsche im vaterländischen Hilfsdienst im Ausland beschäftigt werden, so sollen sie, wie bereits oben für das Gebiet der Krankenversicherung ausgeführt worden ist, dadurch keinen Nachteil haben. Derselbe Grundsatz ist auch für das Gebiet der Unfallversicherung gerechtfertigt. Einer neuen Vorschrift bedurfte es hier insoweit nicht, als die Tätigkeit im Ausland als Ausstrahlung eines inländischen Betriebs anzusehen ist, weil die Versicherung dann schon ohne weiteres die Tätigkeit im Ausland umfaßt. Eine Vorschrift war deshalb nur für die Fälle erforderlich, in denen die Tätigkeit im Ausland nicht als Ausstrahlung eines inländischen Betriebs anzusehen ist. Dies bestimmt Abs. 1 des § 10.

Im übrigen waren für den einfachen Aufbau der Unfallversicherung solcher in die Versicherung neu einbezogenen Beschäftigung im Ausland einzelne besondere Vorschriften angebracht, die in den Nummern 1 bis 9 des § 10 enthalten sind. — Eben der Einfachheit halber wie auch um der Einheitlichkeit dieser Versicherung willen empfahl es sich, allgemein das Reich als Versicherungsträger hinzustellen, zumal da das Reich jedenfalls in erheblichem Umfange selbst der Unternehmer solcher Tätigkeiten im Auslande sein wird (Nr. 1). Sofern es nicht selbst Unternehmer ist, würde es jedoch nicht gerechtfertigt sein, dem Reiche, wenn es auch nach außen als Versicherungsträger hingestellt wird, sachlich die Last aus den Unfällen, die bei solchen Tätigkeiten sich ereignen, aufzulegen. Vielmehr müssen dann, wenn die Tätigkeiten für Rechnung anderer Unternehmer ausgeübt werden und diesen also zunächst der wirtschaftliche Vorteil der Arbeiten zugute kommt, die Unternehmer grundsätzlich auch die Last aus Unfällen, die sich bei solchen Arbeiten ereignen, tragen, und zwar, da es sich hier um vorübergehende Verhältnisse handelt, nicht durch Umlage der Aufwendungen für die Leistungen der einzelnen Jahre (Umlageverfahren), sondern nach dem Kapitalwerte der Leistungen, die aus den Unfällen erwachsen, durch Zahlung von Prämien. Eine geeignete Anlehnung für die Anwendung dieses Grundsatzes boten die Vorschriften der RVO. über die Versicherung längerer Bauarbeiten (§§ 799ff. a. a. O.). Im einzelnen war jedoch bei dem vorübergehenden Charakter dieser Beschäftigung im Auslande die Sache hier einfacher zu gestalten und namentlich die Höhe der Prämien gleich in der Verordnung selbst zu bestimmen.

Da die Höhe der Prämien wesentlich von der Höhe der Leistungen an die Unfallverletzten und ihre Hinterbliebenen abhängt und diese Leistungen wieder nach der Höhe des anzurechnenden Jahresarbeitsverdienstes sich richten, so war zunächst die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes für die Fälle der durch den Entwurf in die Versicherung einbezogenen Beschäftigung im Auslande zu regeln. In dieser Hinsicht eignen sich die zunächst auf die Beschäftigung im Inlande berechneten Vorschriften der Reichsversicherungsordnung nicht ohne weiteres zur Übernahme. Vielmehr war es angebracht, von den Verhältnissen im einzelnen, unter denen sich solche Beschäftigung im Auslande vollzieht, abzusehen und eine möglichst einheitliche Regelung auf Grund von Durchschnittssätzen des Jahresarbeitsverdienstes zu treffen.

Für die Berechnung der Unfallentschädigung war danach für die verschiedenen Gruppen der im Auslande beschäftigten Versicherten je ein einheitlicher Jahresarbeitsverdienst festzusetzen. Dieser ist unter Berücksichtigung der hier maßgebenden außergewöhnlichen Verhältnisse für gewöhnliche landwirtschaftliche Arbeiter auf 1200 M., für gewerbliche Arbeiter und für landwirtschaftliche Facharbeiter auf 1800 M. festgesetzt worden, während für Betriebsbeamte der auf ein volles Jahr zu berechnende verdiente Entgelt, vorbehaltlich der Kürzung des über 1800 M. hinausgehenden Betrags, mindestens jedoch der Satz von 1800 M. maßgebend sein soll (Nr. 3 des § 10).

Entsprechend waren für die Höhe der von den Unternehmern an das Reich zu

zahlenden Prämien einheitliche Sätze, je nach den verschiedenen Gruppen, festzusetzen. Diese sind bestimmt worden:

1. für einen gewöhnlichen landwirtschaftlichen Arbeiter auf täglich 6 Pf.,
2. für einen gewerblichen Arbeiter oder landwirtschaftlichen Facharbeiter auf täglich . . . . . 9 Pf.,
3. für einen Betriebsbeamten, entsprechend der Dauer seiner Beschäftigung, auf $1^1/_2$ v. H. des verdienten Entgelts, mindestens aber auf täglich . . . . . 9 Pf. (Nr. 4 des § 10).

Die Vorschriften über die Feststellung und Erhebung der Beiträge (Nr. 5 und 6) sind den für die Zweiganstalten der Berufsgenossenschaften geltenden Vorschriften nachgebildet worden. Demgemäß sollen auch für den Einspruch und die Rechtsmittel die gleichen Vorschriften gelten.

Bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse erschien es zweckmäßig, die Bestimmung darüber, wer die Unfälle zu untersuchen hat, der jeweiligen Ausführungsbehörde zu übertragen (Nr. 7).

Das in den §§ 1591 bis 1605 RVO. vorgeschriebene Einspruchsverfahren ist unzweckmäßig, wenn der Berechtigte sich im Ausland aufhält. Es empfahl sich daher, die Vorschrift des § 1610 RVO., die für diesen Fall die alsbaldige Erteilung eines Endbescheids zuläßt, als Mußvorschrift zu übernehmen (Nr. 8).

Bei der Eigenart der Verhältnisse wird die Durchführung der Versicherung dadurch wesentlich erleichtert, wenn die instanzmäßigen Entscheidungen in die Hände eines einzigen Oberversicherungsamts gelegt werden. Das Oberversicherungsamt Groß-Berlin, das seinem Sitze nach hierfür am geeignetsten erscheint, soll daher ausschließlich zuständig sein (Nr. 9).

Während § 10 nur für die im Ausland im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten gilt, finden die folgenden §§ 11 bis 13 auf die im Inlande wie im Auslande derart Beschäftigten Anwendung.

Die Unfallrenten werden nach dem Jahresarbeitsverdienste berechnet. Als solcher gilt grundsätzlich der Entgelt, den der Verletzte während des letzten Jahres im Betriebe bezogen hat (§ 563 RVO.). Dabei wird in der gewerblichen Unfallversicherung im allgemeinen der Individualentgelt des Verletzten zugrunde gelegt, in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung jedoch der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst, d. i. der Jahresarbeitsverdienst, den landwirtschaftliche Arbeiter zur Zeit des Unfalls durch landwirtschaftliche und andere Erwerbstätigkeit am Beschäftigungsorte durchschnittlich erzielen, und der vom Oberversicherungsamt allgemein festgesetzt wird (§§ 564, 936 RVO.). Für Betriebsbeamte und Facharbeiter gilt jedoch auch in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung der Individualentgelt als Jahresarbeitsverdienst.

Wenn Personen, die vorher berufsmäßig gewerblich beschäftigt waren, nunmehr im vaterländischen Hilfsdienst in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt werden, so erscheint es gerechtfertigt, ihnen für die Berechnung ihrer Unfallrente den günstigeren Individualentgelt zugute kommen zu lassen. Dies geschieht, wie bemerkt, schon nach der Reichsversicherungsordnung dann, wenn sie in der Land- und Forstwirtschaft als Betriebsbeamte oder Facharbeiter beschäftigt werden. Für die übrigen Fälle bestimmt es § 11, der sich in bezug auf den Umfang der früheren gewerblichen Beschäftigung an den § 3 der Verordnung anlehnt. Nach der Fassung gilt diese Vorschrift nur für die Berechnung der Unfallentschädigung, also nicht für die Beitragserhebung. Würden solche Arbeiter auch für die Beitragserhebung als Facharbeiter behandelt werden, so wären für sie nach § 1007 RVO. zu den Beiträgen besondere Zuschläge zu erheben. Dies würde zu unverhältnismäßigen Weiterungen führen, indem es für die in landwirtschaftliche Beschäftigung eintretenden Arbeiter vielfach besondere Feststellungen

über Art und Zeit ihrer früheren Beschäftigung erforderlich machen würde, was sich nicht empfiehlt. Im übrigen ist es auch nicht unbillig, die Mehrlast, die aus der Unfallentschädigung für solche Arbeiter als Facharbeiter erwächst, nicht dem einzelnen Unternehmer, der sie beschäftigt, sondern der in der Berufsgenossenschaft zusammengefaßten Gesamtheit der landwirtschaftlichen Unternehmer aufzulegen.

Durch die Vorschrift des § 12 soll vermieden werden, daß für denselben Unfall eine Doppelentschädigung geleistet wird. Auch § 554 RVO. schließt für die Militärpersonen, für welche die militärische Versorgung besteht, die Doppelversorgung bei Unfällen aus. Eine Doppelentschädigung kann bei Personen im vaterländischen Hilfsdienst eintreten, wenn dem Berechtigten Versorgungsgebührnisse auf Grund des § 35 des Offizier-Pensionsgesetzes oder der §§ 19ff. des Militär-Hinterbliebenengesetzes gewährt werden. Die Verordnung steht auf dem Standpunkte, daß durch die Gewährung der Versorgungsgebührnisse die Unfallrente mit abgegolten ist, soweit sie den Betrag dieser Gebührnisse nicht übersteigt. Entsprechend dem Falle von Doppelansprüchen desselben Berechtigten war der besondere Fall zu behandeln, wenn dem Verletzten an Stelle der Krankenbehandlung und der Unfallrente (§ 558 RVO.) Heilanstaltpflege (§ 597 a. a. O.) von dem Versicherungsträger gewährt wird. Dann steht seinen Angehörigen nach § 598 a. a. O. ein Anspruch auf Angehörigenrente zu, während für den Verletzten selbst der Anspruch auf die Gebührnisse aus § 35 des Offizier-Pensionsgesetzes bestehen bleibt. Diese beiden Leistungen nebeneinander sind, wenn sie auch rechtlich verschiedenen Berechtigten zustehen, wirtschaftlich doch als Doppelentschädigung anzusehen, und es werden demgemäß die Gebührnisse aus § 35 a. a. O. auf die Angehörigen-Unfallrente anzurechnen sein, zumal daneben noch die volle Heilanstaltpflege im Krankenhause gewährt wird. — Der Anspruch auf die Krankenbehandlung nach § 558 der Reichsversicherungsordnung sowie auf Sterbegeld nach § 586 Nr. 1 der RVO. wird durch die Vorschrift nicht berührt.

Die Vorschrift des § 13 kommt den Wünschen entgegen, wonach die Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst und der dabei verdiente Lohn dem derart Beschäftigten insofern nicht zum Nachteil gereichen soll, als daraus ein Rückschluß auf ein höheres Maß seiner Erwerbsfähigkeit gezogen und damit eine niedrigere Bemessung seiner Unfallrente begründet werden könnte. Mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen Verhältnisse, unter denen die Arbeiten im vaterländischen Hilfsdienst zu leisten sind, sowie auf den Zweck dieser Arbeiten, der auf die möglichste Anspannung aller noch vorhandenen Arbeitskräfte im Dienste des Vaterlandes gerichtet ist und darum eine volle Arbeitswilligkeit und innere Hingabe aller an die Arbeit erfordert, erschien die vorgeschlagene Vorschrift angängig.

Daß die im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten auch von der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, wenn sonst die Voraussetzungen der Versicherungspflicht nach dem 4. Buche der RVO. gegeben sind, nicht deshalb ausgeschlossen werden können, weil es sich um eine unter Umständen mit Zwang durchzuführende öffentlichrechtliche Arbeitspflicht handle, oder weil die ihnen zufließende Gegenleistung nicht den Begriff des Arbeitsentgelts erfülle, ergibt sich aus dem § 1 der Verordnung.

Besondere Vorschriften erschienen nur nach zwei Richtungen erforderlich, einmal zum Zwecke der Freistellung einzelner Personengruppen von der Versicherung aus Gründen der Billigkeit und sodann zum Zwecke einer allgemeinen Erstreckung der Versicherung auf die Hilfsdienstätigkeit im Auslande.

In ersterer Beziehung kam als ähnlicher Vorgang in Betracht, daß nach der Bekanntmachung über Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges vom 30. September 1916 (RGBl. 1097) Personen, die vor dem gegenwärtigen Kriege eine nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtige Beschäftigung nicht ausgeübt haben und auch nach der Beendigung des Krieges voraussichtlich nicht ausüben werden, der Angestelltenversicherung nur dann unterstehen, wenn sie ihren dahingehenden Willen innerhalb einer bestimmten Frist gegenüber

einer zuständigen Stelle erklären. Diese Vorschrift auf die in vielen Beziehungen anders geartete Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung allgemein zu übertragen, bestand kein Grund. Wohl aber empfahl es sich, in Ansehung des vaterländischen Hilfsdienstes, der eine größere Zahl von Selbständigen oder sonst bisher Versicherungsfreien zur zeitweiligen Übernahme von Lohnarbeit nötigt, auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung eine ähnliche Vorschrift zu treffen. Dabei soll es jedoch, entsprechend dem gegebenen Anlasse, nicht darauf ankommen, ob diese Personen vor dem Kriege nicht versicherungspflichtig waren und voraussichtlich nur für die Dauer des Krieges beschäftigt werden. Vielmehr wird der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst und dessen Geltungsdauer für maßgeblich erklärt. Personen, die eine nach den Vorschriften der RVO. über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung versicherungspflichtige Beschäftigung erst vermöge des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst und voraussichtlich nur für seine Geltungsdauer übernehmen, sollen grundsätzlich versicherungsfrei sein, aber die Möglichkeit haben, sich, falls sie dies wünschen, die Vorteile der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu verschaffen. Die Versicherungsfreiheit greift also nicht Platz, wenn der Beschäftigte bereits während des Krieges oder vor dem Kriege zufolge der Annahme von Lohnarbeit aus eigenem Entschluß in die Versicherungspflicht eingetreten war, und zwar auch dann, wenn es vermöge eines Beschäftigungsverhältnisses geschah, das nunmehr den Begriff des vaterländischen Hilfsdienstes erfüllt oder erfüllen würde. Die Vorschrift befreit vielmehr nur eine kleinere Anzahl von Personen, die trotz der langen Dauer des Krieges durch wirtschaftliche Verhältnisse allein noch nicht zur Lohnarbeit veranlaßt, sondern erst durch Rechtszwang dazu genötigt worden sind; bei ihnen spricht eine gewisse Vermutung dafür, daß sie auch nach beendetem Hilfsdienst nicht in der Versicherungspflicht verbleiben werden. Die hiernach an sich versicherungsfreien Beschäftigten werden indessen der Versicherungspflicht unterstellt, wenn sie binnen einer bestimmten Frist von dem Arbeitgeber die Entrichtung von Beiträgen verlangen. Geschieht dies, so wirkt die Erklärung auf den Zeitpunkt des Beginns des Beschäftigungsverhältnisses zurück. Dieser Zeitpunkt kann immer nur nach dem 5. Dezember 1916 liegen. Ob die Ausnahmevorschrift des § 14 auch dann gilt, wenn zwar früher versicherungspflichtige Arbeit verrichtet worden, aber die damit erworbene Anwartschaft inzwischen wieder erloschen war, kann um so mehr der Auslegung überlassen bleiben, als solche Fälle nur vereinzelt vorkommen dürften.

Den Beschäftigten wird zweckmäßig die Möglichkeit gegeben, sich auch ohne Beteiligung des Arbeitgebers den Vorschriften der RVO. über die Versicherungspflicht zu unterwerfen, da die Versicherten nach § 1439 RVO. die vollen Beiträge an Stelle des Arbeitgebers entrichten können. Dies Ziel wird am einfachsten dadurch erreicht, daß, sofern ohne die vorerwähnte Erklärung Beiträge für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses beigebracht sind, die Beanstandung der Beiträge als ungültig wegen Versicherungsfreiheit nicht gestattet wird.

Im Sinne des Entwurfs soll sich der Beschäftigte beim Eintritt in den Hilfsdienst für dessen ganze Dauer entscheiden, ob er versichert sein will oder nicht. Hat er sich jedoch für letzteres entschieden, so kann er gleichwohl von der durch Abs. 2 gegebenen Möglichkeit des Wiedereintritts in die Versicherung Gebrauch machen.

Erhebliche Schwierigkeiten für das Einzugsverfahren, die von einigen Seiten besorgt werden, sind aus der Vorschrift des § 14 kaum zu erwarten. Der Arbeitgeber muß ohnehin prüfen, ob Neueintretende schon versicherungspflichtig waren; dabei wird sich dann alsbald ergeben, ob sie vorbehaltlos oder nur zur Krankenversicherung anzumelden sind. Ganz überwiegend wird es sich um größere Betriebe handeln, in denen die Versicherungsangelegenheiten planmäßig bearbeitet werden.

Eine Tätigkeit im Ausland ist auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, ebenso wie in der Unfallversicherung, nur dann versicherungspflichtig, wenn sie sich als Teil, Zubehör oder Ausstrahlung eines inländischen Betriebs

darstellt. Dieser Grundsatz ist im § 1330 RVO. besonders anerkannt. Danach sind Personen im Ausland dann versichert, wenn sie dort vorübergehend von einem inländischen Betriebe beschäftigt werden. In entsprechender Anwendung des für die Unfallversicherung Vorgesehenen empfiehlt es sich jedoch, die im Auslande beschäftigten Hilfsdienstpflichtigen auch dann zu versichern, wenn ihre Tätigkeit keine Ausstrahlung eines inländischen Betriebs bildet. Es war daher geboten, die Versicherung auch auf diese Fälle auszudehnen. Die Versicherung geschieht zweckmäßig bei derjenigen Versicherungsanstalt, deren Bezirk dem Beschäftigungsort am nächsten liegt. Das entspricht der Regelung, die in der Bekanntmachung, betreffend Krankenversicherung von Arbeitern im Ausland, vom 14. Dezember 1916 (RGBl. 1383) für die Krankenversicherung vorgesehen ist, sowie einer Vereinbarung, die unter Mitwirkung des Reichsversicherungsamts zwischen den Versicherungsanstalten und dem Königlich Preußischen Kriegsministerium über die Versicherung von Befestigungsarbeitern getroffen worden ist. Soweit die Hilfsdienstpflichtigen nach jener Bekanntmachung der Krankenversicherung unterliegen, bestimmt sich die Höhe der Beiträge nach § 1246 Abs. 2 Nr. 1 RVO.; im übrigen ist, abgesehen von Seeleuten, nach § 1246 Abs. 2 Nr. 3 a. a. O. der dreihundertfache Betrag des Ortslohns maßgebend. Als dieser soll der Ortslohn am Sitze der für die Versicherung zuständigen Versicherungsanstalt gelten.

Nach § 13 der Verordnung darf auf dem Gebiete der Unfallversicherung aus der Übernahme einer Beschäftigung im Hilfsdienst und der Höhe des dabei erzielten Lohnes ein Schluß auf das Maß der Erwerbsfähigkeit nicht gezogen werden. Da die Gründe für diese Bestimmung entsprechend auch für das Gebiet der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gelten, empfahl es sich, hier für das Rentenverfahren eine ähnliche Vorschrift zu treffen. Sie gilt auch hier sowohl für das Festsetzungs- als auch für das Entziehungsverfahren.

Durch § 17 der Verordnung werden Tätigkeiten im vaterländischen Hilfsdienst, die den reichsgesetzlichen Vorschriften über Angestelltenversicherung um deswillen nicht unterliegen, weil sie im Ausland ausgeführt werden und auch nicht als unselbständiger Bestandteil (Ausstrahlung) eines inländischen Betriebs anzusehen sind, der Angestelltenversicherung unterstellt. Die Gründe für diese Maßnahme sind die gleichen, wie sie für die entsprechende Ausdehnung der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung maßgebend waren. Auf solche im Ausland ausgeführten Tätigkeiten finden nicht nur die Vorschriften des Versicherungsgesetzes für Angestellte selbst Anwendung, sondern auch die sonst noch über Angestelltenversicherung erlassenen Verordnungen, namentlich die Verordnung des Bundesrats über Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges vom 30. September 1916 (RGBl. 1097).

Der § 18 der Verordnung verhindert zugunsten der versicherten Angestellten ein Erlöschen der Anwartschaften auf die Leistungen der Angestelltenversicherung (§ 49 des Gesetzes) für den Fall, daß ein Angestellter in seiner neuen Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst nicht mehr nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtig bleiben sollte. Solche Fälle werden voraussichtlich selten vorkommen, weil nach § 8 des Hilfsdienstgesetzes bei der Überweisung zur Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst auf die bisherige Tätigkeit des Hilfsdienstpflichtigen nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden soll.

Literatur.

Baum, Hilfsdienst und Sozialversicherung, SozPr. **16** 234. — Fräßdorf, Das HDG. und die Krankenkassen, Ortskrankenkasse **16** 833. — Fuld, Zivildienstpflicht und Sozialversicherung, Betriebskrankenkasse **16** 284. — Harth-Ostermayer, VO. über die Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten. — Hoffmann, Die Krankenversicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten, Ortskrankenkasse **17** 165 ff. — Jäger, Die Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten und die Ersatzkassen, Ersatzkasse **17** 121 ff. — Klehmet, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung beim vaterländischen Hilfsdienst, MfAV. **17** 312 ff. — Laß, Angestelltenversicherung beim vaterländischen Hilfsdienst, MfAV. **17** 317 ff. — v. Olshausen, Die BRVO. über

die im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten, JW. 17 249 ff. — Rabeling-Müller, Sozialversicherung und vaterländischer Hilfsdienst. — v. Schelhorn, Versicherung des Krankenpflegepersonals der Heeresverwaltung im Kriege, MfAV. 17 453. — Derselbe, Hilfsdienst und Arbeiterversicherung, BlfArmenpflege 17 66 ff., 80 ff., 91 ff., 105 ff., 116 ff. — Derselbe, Unfallversicherung im besetzten Ausland vor und nach der BRVO. über Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten, ArbVersorg. 17 313 ff., 337 ff. — Derselbe, Deutsche Auslands-Krankenversicherung, ArbVersorg. 17 481 505 ff. — Spielhagen, Krankenversicherung beim vaterländischen Hilfsdienst, MfAV. 17 287 ff. — Stier-Somlo, Vaterländischer Hilfsdienst und Sozialversicherung, ZVersWiss. 17 262 ff. — Wuermeling, Unfallversicherung beim vaterländischen Hilfsdienst, MfAV. 17 305 ff.

§ 1.

1. Spielhagen, a. a. O. 292. Nicht der reichsgesetzlichen Versicherung sollen die in § 1 Genannten unterstehen, sondern den darüber erlassenen Vorschriften, welche die Voraussetzungen des Versichertseins oder Nichtversichertseins regeln. Es gelten mithin auch hier die Vorschriften über die Grenzen des Entgelts, bis zu denen eine Versicherung vorgeschrieben oder zugelassen ist, die Vorschriften über Befreiungen von der Versicherungspflicht, über die Altersgrenze und dgl. Personen unter 16 Jahren bleiben daher aus der Invaliditäts- und Angestelltenversicherung ebenso heraus, wie es nach § 1226 RVO. und § 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 1911 der Fall ist. Ebenso bleibt die Vorschrift im § 1 Abs. 3 des letzteren Gesetzes unberührt, wonach beim Eintritt in die Versicherung das Alter von 60 Jahren nicht vollendet sein darf. Unter den Vorschriften über die reichsgesetzliche Arbeiter- und Angestelltenversicherung sind hier wie auch sonst nicht nur die beiden ebengenannten Gesetze, sondern auch alle späteren, zu deren Änderung oder Ergänzung erlassenen und nach Inkrafttreten unserer Verordnung etwa noch zu erlassenden Gesetze, Verordnungen usw. zu verstehen; ebenso Rabeling-Müller a. a. O. 15 ff.

2. Stier-Somlo a. a. O. 267. § 1 VO. sagt nicht, daß jeder im vaterländischen Hilfsdienst Befindliche der Versicherungspflicht unterliegt, sondern nur daß er ihr — natürlich nur wenn die sämtlichen Voraussetzungen der Versicherungspflicht gegeben sind — auch dann unterliegt, wenn die Beschäftigung nicht auf Grund freiwilliger Meldung stattfindet.

3. MfAV. 17 369 (RVA.). Nach § 1 der VO. v. 24. 2. 17 sind alle im Hilfsdienst tätigen Personen, soweit sie in Betrieben oder Tätigkeiten beschäftigt sind, welche nach den Vorschriften des Dritten Buches der RVO. der UV. unterliegen, gegen Unfall versichert, es sei denn, daß sie als Betriebsbeamte einen die Versicherungsgrenze übersteigenden Jahresarbeitsverdienst haben. Die höhere gesellschaftliche oder wirtschaftliche Stellung der Hilfsdienstleistenden steht ihrer Versicherung nicht entgegen. Als im vaterländischen Hilfsdienst tätig gelten nach § 2 des Hilfsdienstgesetzes alle Personen, die in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt sind, soweit ihre Zahl das Bedürfnis nicht übersteigt. Alle diese Personen unterliegen somit, wenn nicht schon unmittelbar nach der RVO., so doch auf Grund der VO. v. 24. 2. 17 der reichsgesetzlichen UV. Dabei macht es nach der ausdrücklichen Vorschrift der VO. keinen Unterschied, ob die Personen nach § 1 des Hilfsdienstgesetzes dienstpflichtig sind oder nicht. Insbesondere gilt dies auch von den Schülern und Schülerinnen höherer Lehranstalten, welche in der Landwirtschaft als freiwillige Erntehelfer tätig sind. In dieser Beziehung trifft der preuß. Ministerialerlaß v. 7. 9. 14 (HMBl. 491), innerhalb des Rahmens der erwähnten VO. nicht mehr zu.

4. Stier-Somlo a. a. O. 268. Auch im Rahmen der VO. wird ein Beschäftigungsverhältnis, d. h. die Übereinstimmung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Arbeitsleistung vorausgesetzt. Versicherungsrechtlich ist es dabei unerheblich, ob etwa die Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung dem HDG. widerspricht (Annahme ohne Abkehrschein — verbotswidriger Austritt). Darauf ob die Übereinstimmung ganz frei oder unter dem Zwange des Gesetzes besteht, kommt es nicht an.

5. Stier-Somlo a. a. O. 273. Keine Versicherungspflicht ohne wirtschaftliche Unselbständigkeit. Z. B. sind Rechtsanwälte, Apotheker, Rentner, die im vaterländischen

Hilfsdienst in Gemeindeverwaltungen, Apotheken, kriegswirtschaftlichen Organisationen zur Ausfüllung von Lücken tätig sind, nicht versicherungspflichtig, wenn sie auf das im Hilfsdienst verdiente Gehalt nicht angewiesen sind.

6. v. Olshausen a. a. O. 249. Voraussetzung für die Anwendbarkeit der Sozialversicherung ist stets, daß es sich um eine an sich in den Versicherungskreis dieser Gesetze fallende Person und Tätigkeit handelt. Es sind daher z. B. gegen Unfall nicht versichert diejenigen Hilfsdienstpflichtigen, die bei den Stäben oder Behörden als Schreiber, Boten oder Stenographen beschäftigt sind, weil kein Betrieb und keine der Versicherung nach dem dritten Buche des RVO. unterliegende Tätigkeit vorliegt.

7. v. Olshausen a. a. O. 250. Die BRVO. erstreckt sich in gewissem Sinne über die eigentlichen Hilfsdienstpflichtigen hinaus, indem ihre Vorschriften auch für männliche Deutsche vor dem vollendeten siebzehnten und nach dem vollendeten sechzigsten Lebensjahr und für weibliche Deutsche gelten, soweit diese Personen eine Beschäftigung ausüben, die bei den zum Hilfsdienst Verpflichteten eine Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst bildet. Man wollte auch diesen Personen, die nach § 1 des Hilfsdienstgesetzes zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges nicht verpflichtet sind, versicherungsrechtlich die gleiche Stellung einräumen wie den hilfsdienstpflichtigen Männern.

8. Stier-Somlo a. o. O. 267. Auch „freier Unterhalt" ist Vergütung.

§ 3.

1. Spielhagen, a. a. O. 17 296. Die Vorschrift des § 3 trifft stets nur diejenigen, welche eine landkassenpflichtige Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst „übernehmen". Wer schon bisher die gleiche oder doch eine gleichversicherte Tätigkeit verrichtet hat, erleidet durch das Hilfsdienstgesetz auch in seiner Versicherung keine Schädigung, bedarf daher keiner besonderen Schutzvorschrift; ebenso Rabeling-Müller a. a. O. 28.

2. Rabeling-Müller a. a. O. 28. Die Versicherungsdauer braucht nur bei dem erstmaligen Eintritt in die landkassenpflichtige Hilfsdiensttätigkeit erfüllt zu sein. Dabei ist namentlich an den Fall gedacht, daß die Hilfsdienstleistende eine landkassenpflichtige Beschäftigung durch Aufnahme einer gewerblichen Tätigkeit im Hilfsdienst unterbricht, demnächst aber wieder in eine landkassenpflichtige Beschäftigung eintritt. In solchen Fällen besteht die Möglichkeit, daß die vorgeschriebene Versicherungsdauer zwar beim ersten, nicht aber beim späteren Eintritt in die landkassenpflichtige Beschäftigung erfüllt war. Damit die Versicherten dann nicht die günstige Stellung verlieren, die ihnen bei der ersten Beschäftigung zukam, soll nach § 3 der erstmalige Eintritt in den Hilfsdienst entscheiden. Die Vorschrift ist aber nicht auf den erwähnten Fall zu beschränken. Sie gilt vielmehr nach ihrem uneingeschränkten Wortlaut für alle Fälle, in denen ein Versicherter wiederholt eine landkassenpflichtige Hilfsdiensttätigkeit übernimmt, beispielsweise also auch dann, wenn er zwischen den einzelnen Beschäftigungszeiten erwerbslos war.

3. Rabeling-Müller a. a. O. 32. Es ist nicht zu verkennen, daß die Vorschrift des § 3 in einzelnen Fällen zu einer ungerechtfertigten Bevorzugung von Versicherten führen kann. Beispielsweise gilt danach ein Lehrling, der 6 Wochen hindurch bei einer Krankenkasse mit einem anderen Grundlohn als dem Ortslohn versichert war, aber infolge einer Überweisung zur landwirtschaftlichen Beschäftigung Mitglied eine Krankenkasse wird, die den Ortslohn als Grundlohn festsetzt, stets als Facharbeiter, und zwar auch dann, wenn er in seiner früheren Stellung unentgeltlich beschäftigt war. Ebenso werden gewöhnliche landwirtschaftliche Arbeiter, die etwa bei einer landwirtschaftlichen Betriebskrankenkasse während der in § 3 Abs. 1 vorgeschriebenen Zeit mit dem wirklichen Arbeitsverdienst versichert waren, stets nach den regelmäßig höheren Grundlöhnen für Facharbeiter entschädigt, wenn sie durch einen Wechsel der Beschäftigung Mitglieder einer Krankenkasse werden, bei welcher als Grundlohn der Ortslohn gilt. Es ist nicht anzunehmen, daß man bei Abfassung der Verordnung diese Fälle übersehen habe. Wenn gleichwohl keine Bestimmungen getroffen worden sind, um sie auszuschließen, so muß angenommen werden, daß diese Ergebnisse gebilligt worden sind. Sie widersprechen auch nicht unbedingt den

Absichten der Verordnung, da diese nur eine Schlechterstellung der Versicherten verhindern will, während es sich in den bezeichneten Fällen um eine Besserstellung handelt. Im übrigen ist zu beachten, daß die Vorschrift des § 3 auf einem Kompromiß beruht und daher auch von den Mängeln eines solchen nicht völlig frei ist. Wesentlich ist nur, daß § 3 eine Schlechterstellung der Versicherten in den hier in Betracht kommenden Fällen verhindern will, und dieser Zweck dürfte in genügendem Maße erreicht werden.

§ 4.

1. Spielhagen a. a. O. 297. § 4 bezieht sich gleichermaßen auch auf diejenigen, die nach Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes ihre alte Tätigkeit unverändert fortsetzen.

2. Rabeling-Müller a. a. O. 36. Versicherte, die infolge einer Beschäftigung im Hilfsdienst vor Zurücklegung der Wartezeit aus der Kasse ausscheiden, können die Wartezeit für die Dauer der Beschäftigung und einer Erwerbslosigkeit bis zu 6 Wochen, die in die ersten 6 Wochen nach der Beschäftigung fällt, unterbrechen. Die Dauer verlängert sich für Versicherte, die Kriegs-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste geleistet haben, nach § 2 Satz 1 des erwähnten Gesetzes, betreffend Erhaltung von Anwartschaften aus der KV. um diese Dienstzeit, in den Fällen der §§ 208, 451 RVO. außerdem um 26 Wochen. Diese Grundsätze gelten entsprechend für die Unterbrechung der Mitgliedschaft nach Zurücklegung der Wartezeit; soweit danach die Unterbrechung die zulässigen Grenzen nicht überschreitet, gilt die Wartezeit beim Wiedereintritt in die Kasse sogleich als erfüllt. Die Hilfsdiensttätigkeit wird jedoch nur insoweit nicht angerechnet, als ihre Berücksichtigung für den Versicherten von Nachteil ist. Soweit ihm die Anrechnung zum Vorteil gereicht, ist die Berücksichtigung natürlich zulässig. Wenn also der Versicherte durch die Hilfsdiensttätigkeit Mitglied einer Kasse mit einer Wartezeit für Leistungen wird, so dient die Tätigkeit selbstverständlich zur Erfüllung der Wartezeit.

Soweit sonst der Erwerb eines Rechtes voraussetzt, daß eine Versicherung von bestimmter Dauer während einer gleichfalls bestimmten Zeit bestanden hat, wird die Dauer einer Beschäftigung im Hilfsdienst, durch die der Versicherte aus der Versicherung überhaupt ausscheidet, sowie die Dauer einer Erwerbslosigkeit bis zu 6 Wochen, die in die ersten 6 Wochen nach der Beschäftigung fällt, gleichfalls nicht angerechnet. In dem in Anm. 3b gegebenen Beispiel bleibt also die zweiwöchige Unterbrechung der Versicherung unter der Voraussetzung, daß während dieser Zeit eine Hilfsdiensttätigkeit stattgefunden hat, außer Betracht, so daß der Versicherte den Anspruch auf die Erwerbslosenunterstützung bei dem Ausscheiden aus der zweiten Kasse nicht verloren hat.

§ 6.

Rabeling-Müller a. a. O. 45. Die Verordnung enthält keine Vorschrift darüber, welche Behörden bei Streit über den Ersatzanspruch zu entscheiden haben. Die §§ 222, 224 Nr. 1 RVO. werden entsprechend anzuwenden sein; vgl. § 19 Satz 2 der Verordnung. Anderer Meinung Hoffmann a. a. O. Sp. 170, der die ordentlichen Gerichte für zuständig hält; vgl. jedoch auch Hoffmann, Die Kriegsgesetze für die KV. 2. Aufl. Anm. 2 zu 6 der Verordnung.

§ 8.

1. v. Schelhorn, ArbVersorg. 17 487. § 8 VO. ist auch auf die im Ausland Beschäftigten anzuwenden.

2. v. Schelhorn, ArbVersorg. 17 487. § 8 Abs. 2 spricht nur davon, daß nicht Bestimmungen gegen den Hilfsdienstpflichtigen geltend gemacht werden dürfen; er selbst wird sich gegebenenfalls beim Ausscheiden aus dem Kassenbezirk auf eine Bestimmung berufen können, wonach in diesem Falle seine Mitgliedschaft endet.

§ 11.

Rabeling-Müller a. a. O. 102. Die Vorschrift des § 11 ist in erster Linie dazu bestimmt, zu verhindern, daß Personen, die im vaterländischen Hilfsdienst eine Beschäfti-

gung in der Landwirtschaft übernehmen, sich dadurch in ihrer bisherigen versicherungsrechtlichen Stellung verschlechtern. Dies würde der Fall sein, wenn der landwirtschaftlich Beschäftigte früher nach den Vorschriften der RVO. über die gewerbliche UV. versichert war. Die Vorschrift geht aber hierüber hinaus, indem sie im Gegensatze zur KV. (vgl. § 3 Abs. 1) nicht verlangt, daß der landwirtschaftlich Beschäftigte früher überhaupt versichert war, sondern nur, daß er „gewerblich beschäftigt" war. Der Vorteil des § 11 kommt danach auch solchen Personen zugute, die während der vorgeschriebenen Zeiträume in einem unversicherten gewerblichen Betriebe — z. B. einem handwerksmäßigen, nicht unter § 537 RVO. fallenden Betriebe — beschäftigt waren.

Als gewerblich Beschäftigte wird man auch landwirtschaftliche Facharbeiter (vgl. § 923 Abs. 3 RVO.) anzusehen haben. Wenn solche Personen gewöhnliche landwirtschaftliche Arbeiten übernehmen, so befinden sie sich, da sie in ihrer früheren Stellung hinsichtlich der Unfallentschädigung den gewerblich Versicherten gleichstanden (§ 931 RVO.), in gleicher Lage wie diese.

Ob zu den gewerblich Beschäftigten auch die Unternehmer gewerblicher Betriebe zu rechnen sind, kann zweifelhaft sein. Nach dem Sprachgebrauche der RVO. ist der Unternehmer in dem Betriebe „tätig", der Arbeiter in ihm „beschäftigt". Die Ausdrucksweise des Hilfsdienstgesetzes entspricht dem aber nicht. Jedenfalls wird man den § 11 der Verordnung nicht so auslegen können. Wenn z. B. ein kleiner Baugewerbetreibender oder ein Schmiedemeister, der bisher gewerblich selbstversichert war, eine Beschäftigung in der Landwirtschaft übernimmt, so würde es unbillig sein, ihn versicherungsrechtlich schlechter zu stellen als einen zur Landwirtschaft übergehenden Bauarbeiter oder Schmiedegesellen. Man wird den § 11 daher auch auf Personen anzuwenden haben, die bisher als gewerbliche Unternehmer tätig waren.

§ 12.

1. Rabeling-Müller a. a. O. 108. Die Unfallrente und die Versorgungsgebührnisse müssen auf dieselbe Zeit entfallen. Versorgungsgebührnisse, die für einen Zeitraum gewährt worden sind, für die ein Anspruch auf Unfallrente noch nicht bestand, können also nicht angerechnet werden, auch wenn die Unfallrente demnächst höher ist als die Versorgungsgebührnisse. Ebenso findet eine Abrechnung des überschießenden Teiles nicht statt, wenn die Versorgungsgebührnisse anfänglich höher, später aber niedriger sind als die Unfallrente. Dagegen können zu Unrecht gezahlte Rentenbeträge wieder eingezogen oder nach den §§ 622, 955, 1117 RVO. aufgerechnet werden.

2. Rabeling-Müller a. a. O. 110. Der Anspruch auf die Versorgungsgebührnisse wird durch den § 12 der Verordnung nicht berührt. Die Versorgungsgebührnisse sind daher auch dann auszuzahlen, wenn dem Verletzten an Stelle der Krankenbehandlung und Unfallrente Heilanstaltpflege gewährt wird (§ 597 RVO.). Die Versorgungsgebührnisse sind jedoch nach § 12 Satz 2 auf die etwa zu gewährende Angehörigenrente (§ 598 RVO.) anzurechnen.

§ 14.

1. Klehmet a. a. O. 315. Über die (in den Vorverhandlungen aufgeworfene) Frage, ob die Voraussetzung des § 14 erfüllt ist, wenn vor der Beschäftigung im Hilfsdienst bereits ein Versicherungsverhältnis begründet, aber die Anwartschaft wieder erloschen war, spricht sich die VO. nicht aus. Legt man die den § 14 einleitenden Worte streng aus, so kommt man zur Verneinung. Indessen mag es dem Sinne der VO. entsprechen, wenn man hier unter Umständen entgegenkommend verfährt, z. B. wenn nur wenige Beitragswochen vor langer Zeit zurückgelegt worden sind und der Beschäftigte nicht eigentlich zur Klasse der versicherungspflichtigen Bevölkerung gehört hat.

2. Rabeling-Müller a. a. O. 118. Es fragt sich, ob § 14 auch dann gilt, wenn jemand längere Zeit vor dem Eintritt in den Hilfsdienst eine versicherungspflichtige, durch Marken gedeckte Beschäftigung ausgeübt hat, aber die Anwartschaft erloschen ist (§ 1280

RVO.). Die Denkschrift überläßt die Beantwortung dieser recht zweifelhaften Frage der Auslegung. Der Wortlaut der Vorschrift dürfte für die Verneinung der Frage sprechen, da ja vor dem Eintritt in den Hilfsdienst eine die JV. begründende Beschäftigung ausgeübt worden ist. Gleichwohl wird die Frage im Gegensatze zu Seelmann, ZBl. d. ReichsV. 17 249ff. zu bejahen sein. Ein Versicherungsverhältnis, aus welchem die Anwartschaft erloschen ist, kommt versicherungsrechtlich überhaupt nicht in Betracht. Ferner treffen die Erwägungen, auf denen § 14 beruht, auch auf den Fall des Erlöschens der Anwartschaft zu. Die in dieser Vorschrift bezeichneten Beschäftigten sind von dem Versicherungszwange deshalb befreit, weil die Tätigkeit im vaterländischen Hilfsdienst voraussichtlich nicht so lange dauern wird, daß sie die für die Invalidenrente erforderliche Wartezeit von 200 Beitragswochen (§ 1278 Nr. 1 RVO.) oder mindestens die hierfür notwendigen 100 Pflichtwochen zurücklegen könnten. Sie würden also durch die Versicherung der Hilfsdienstätigkeit aller Wahrscheinlichkeit nach weder die Rentenberechtigung erlangen noch auch nur eine wesentliche Voraussetzung hierfür erfüllen können. Das gilt entsprechend auch für Personen, bei denen die Anwartschaft erloschen ist, da diese, wenn überhaupt, nur dann wieder auflebt, wenn gleichfalls eine Wartezeit von mindestens 200 Beitragswochen zurückgelegt ist (§ 1283 RVO.). Zudem brauchen sich unter diesen 200 Beitragswochen nicht, wie bei der erstmaligen Wartezeit für die Invalidenrente, 100 Pflichtwochen zu befinden; vgl. RevE. 1293, AN. des RVA. 1906 S. 662. Es liegt daher um so weniger Anlaß vor, Personen, deren Anwartschaft erloschen ist, dem Versicherungszwange zu unterstellen. Wenn sie wünschen, daß die zum Wiederaufleben der Anwartschaft erforderlichen Beiträge, soweit sie auf die Zeit der Hilfsdienstätigkeit entfallen, anteilmäßig von dem Arbeitgeber getragen werden, können sie dies dadurch erreichen, daß sie nach § 14 Abs. 1 der Verordnung die Versicherungspflicht wählen. Es dürfte auch keinen Unterschied machen, ob die Anwartschaft endgültig erloschen ist, d. h. nicht mehr durch nachträgliche Entrichtung von Pflicht- oder freiwilligen Beiträgen in den Grenzen der §§ 1442 bis 1444 RVO. wiederhergestellt werden kann, oder nicht. Es wäre offenbar unzweckmäßig, die Anwendbarkeit des § 14, der eine einfache und klare Rechtslage schaffen will, von der Beantwortung dieser, mitunter sehr zweifelhaften Frage abhängig zu machen. Indessen werden die dargelegten Grundsätze nicht gelten können, wenn das Versicherungsverhältnis nach dem Erlöschen der Anwartschaft durch Pflicht- oder freiwillige Versicherung erneuert und die Anwartschaft vor dem Eintritt in den Hilfsdienst nicht abermals erloschen ist. Denn in den Fällen der ersteren Art gehörten die Versicherten beim Beginn der Hilfsdienstätigkeit regelmäßig zu den berufsmäßigen Lohnarbeitern, während in den übrigen Fällen zu dieser Zeit ein wirksames Versicherungsverhältnis auf Grund früherer Pflichtversicherung bestanden hat, so daß ein Grund für die Anwendung des § 14 nicht vorliegt. Dabei dürfte es ohne Belang sein, ob die Anwartschaft wieder aufgelebt ist oder nicht.

3. Klehmet a. a. O. 315. Beim Einzugsverfahren wird eine Meldepflicht bezüglich der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung im allgemeinen erst begründet sein, wenn der Beschäftigte die Erklärung aus § 14 Abs. 1 Satz 1 abgegeben hat.

4. Klehmet a. a. O. 315. Durch den § 14 Abs. 2 wird ein eigentümliches Rechtsverhältnis geschaffen, bei dem der Beschäftigte ebensowenig gebunden ist wie bei der freiwilligen Versicherung, bei dem aber, wenn Beiträge geleistet sind, dem Versicherungsträger gegenüber dieselbe Wirkung erzeugt wird, wie bei der Versicherungspflicht.

§ 15.

1. Rabeling-Müller a. a. O. 126. Unter Versicherung im Sinne dieser Vorschrift ist nicht nur die Pflicht-, sondern auch die Selbstversicherung zu verstehen. Hiernach kann beispielsweise ein im Hilfsdienst Beschäftigter der in § 1226 Abs. 1 RVO. bezeichneten Art, dessen Jahresarbeitsverdienst mehr als 2000 M., aber weniger als 3000 M. beträgt, und der das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, der Versicherung beitreten. Natürlich

muß es sich stets um eine Tätigkeit handeln, die an sich nach den Vorschriften der RVO. versicherungspflichtig ist oder zur Selbstversicherung berechtigt.

2. Klehmet a. a. O. 316. Der Ausdruck „begründet . . . die Versicherung" rechtfertigt die Auslegung, daß auf Grund einer Auslandsbeschäftigung im Hilfsdienst gegebenenfalls auch die Selbstversicherung zulässig ist (z. B. im Falle des § 1243 Abs. 1 Nr. 1 RVO.).

§ 16.

Herrmann, ArbVersorg. 17 283. Aus dem Wort „Übernahme" i. Verb. mit § 20 VO. folgt, daß § 16 nur auf solche Personen anwendbar ist, die nach dem 5. Dezember 1916 eine Beschäftigung im Hilfsdienst aufnehmen; ebenso Rabeling-Müller a. a. O. 129.

§ 17.

Laß a. a. O. 318. Da die Tätigkeiten durch § 17 der VO. ganz allgemein der Angestelltenversicherung unterstellt worden sind, so ergibt sich daraus, daß nicht nur die Vorschriften des AVG., sondern auch sonstige Gesetze und Verordnungen, welche die Angestelltenversicherung betreffen, für solche Fälle für anwendbar erklärt worden sind. Dies gilt insbesondere auch von der VO. über Versicherungspflicht von Angestellten für Beschäftigungen während des Krieges vom 30. 9. 1916 (RGBl. 1097), durch welche wiederum Ausnahmen von der Versicherungspflicht nach dem AVG. für solche im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigte vorgesehen sind, welche weder vor Eintritt in diesen Dienst eine an sich versicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt haben noch auch nach Beendigung des Dienstes ausüben werden.

§ 18.

Laß a. a. O. 319. Für die anrechnungsfähigen Kalendermonate können natürlich auch Beiträge entrichtet werden. Solche Beiträge gelten als freiwillig geleistete. Dies wird den Angestellten in der Regel auch zu empfehlen sein, denn § 8 des Hilfsdienstgesetzes sieht für vaterländische Hilfsdienstleistungen eine Lohnhöhe vor, aus der sehr wohl die Beiträge bestritten werden können. Die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung (§ 15 AVG.) bleibt unter allen Umständen bestehen. Wird der Hilfsdienstpflichtige während der Hilfsdienstzeit krank und zeitweise berufsunfähig, so wird die Krankheitszeit ebenfalls als Beitragszeit im Sinne der §§ 15, 49 AVG. angerechnet (§ 51 Nr. 3 AVG.).

Hierzu:

a) Bek. über die Bestimmung von Ausführungsbehörden und den Erlaß von Bestimmungen zur Durchführung der Unfallversicherung von Tätigkeiten im vaterländischen Hilfsdienst im Ausland. Vom 2. Juni 1917. (RGBl. 479.)

[RA.] Auf Grund des § 10 Abs. 2 Nr. 2 und des § 19 der Verordnung über Versicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten vom 24. Februar 1917 — RGBl. 171 — bestimme ich mit Wirkung vom 6. Dezember 1916 folgendes:

§ 1. Ausführungsbehörde für die Unfallversicherung von Tätigkeiten im vaterländischen Hilfsdienst im Ausland, die durch Abs. 1 des § 10 a. a. O. der Unfallversicherung unterstellt sind, ist

1. für die nicht einer deutschen Heeresverwaltung, der Reichs-Marineverwaltung der oder Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung unterstehenden Betriebe im Gebiete des Generalgouvernements in Belgien und für die außerhalb des Generalgouvernements gelegenen, zum Geschäftsbereiche des Verwaltungschefs beim Generalgouvernement gehörenden Betriebe

der Verwaltungschef beim Generalgouvernement in Belgien,

2. für die nicht einer deutschen Heeresverwaltung, der Reichs-Marineverwaltung oder der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung unterstehenden Betriebe im Gebiete des Generalgouvernements Warschau

der Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau.

§ 2. 1. Sind Tätigkeiten im vaterländischen Hilfsdienst, für die das Reich Träger der Versicherung ist (§ 10 Abs. 2 Nr. 1 a. a. O.), zu Unrecht bei einer Berufsgenossenschaft versichert, so geht die Versicherung mit dem Tage auf das Reich über, an dem die Ausführungsbehörde (§ 1) oder der Unternehmer der Berufsgenossenschaft oder diese der Ausführungsbehörde die unrichtige Versicherung anzeigt.

2. Bei Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes, der für die Unfallentschädigung von Betriebsbeamten maßgebend ist (§ 10 Abs. 2 Nr. 3 a. a. O.), gelten als die betriebsübliche Zahl der Arbeitstage stets dreihundert Arbeitstage.

3. Gegen Straffestsetzungen der Ausführungsbehörden (§ 1) auf Grund des § 10 Abs. 2 Nr. 5 a. a. O. in Verbindung mit § 800 der Reichsversicherungsordnung ist die Beschwerde an das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) zulässig. Dieses entscheidet endgültig.

4. Die Ausführungsbehörden (§ 1) können, um die von den Unternehmern eingereichten Nachweise (§ 10 Abs. 2 Nr. 5 der bezeichneten Verordnung) zu prüfen, durch Beamte die Geschäftsbücher und Listen einsehen, aus denen die Beschäftigung der Hilfsdienstleistenden und die von den Betriebsbeamten verdienten Bezüge hervorgehen. Die Unternehmer sind verpflichtet, den Beamten die Bücher und Listen an Ort und Stelle zur Einsicht vorzulegen. Die Ausführungsbehörden können sie zur Erfüllung dieser Pflicht durch Geldstrafen bis zu dreihundert Mark anhalten.

Bei Pflichtversäumnis eines Unternehmers gilt § 887 Satz 1 der Reichsversicherungsordnung entsprechend.

Auf Beschwerden entscheidet das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) endgültig.

5. Die nach der Reichsversicherungsordnung den Genossenschaftsvorständen zustehende Befugnis zur Verhängung von Geldstrafen gegen Unternehmer und ihnen Gleichgestellte gilt für die Ausführungsbehörden (§ 1) entsprechend. Auf Beschwerden gegen Straffestsetzungen entscheidet das Oberversicherungsamt (Beschlußkammer) endgültig.

6. Die von den Ausführungsbehörden (§ 1) verhängten Geldstrafen fließen in die Reichskasse.

7. Das Oberversicherungsamt Groß-Berlin ist im Rechtsmittelverfahren auch dann ausschließlich zuständig, wenn es sich nicht um Berufungen oder Beschwerden handelt (§ 10 Abs. 2 Nr. 9 der bezeichneten Verordnung).

8. Im übrigen können — unbeschadet der Befugnis des Reichskanzlers — die Ausführungsbehörden (§ 1) weitere Bestimmungen zur Durchführung der Unfallversicherung (§ 10 Abs. 2 Nr. 2, § 19 der bezeichneten Verordnung) erlassen.

b) Bek. über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten. Vom 4. Juni 1917. (RGBl. 472.)

[RA. § 19 HilfsdienstVersBD. 24. 2. 17]. § 1. In den Fällen des § 15 Satz 1 der Verordnung vom 24. Februar 1917 ist Ursprungsanstalt im Sinne des § 1418 Satz 3 der Reichsversicherungsordnung die nach § 15 Satz 2 der Verordnung zuständige Versicherungsanstalt.

§ 2. Im Beschlußverfahren ist das Versicherungsamt oder Oberversicherungsamt örtlich zuständig, in dessen Bezirk die Versicherungsanstalt ihren Sitz hat.

c) Bek. über Angestelltenversicherung der im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten. Vom 25. Mai 1917. (RGBl. 435.)

[RA. § 19 HilfsdienstVersBD. 24. 2. 17.] § 1. Für Tätigkeiten im vaterländischen Hilfsdienst, die in den von deutschen Truppen besetzten ausländischen Gebieten ausgeführt

werden, bestimmen die Generalgouverneure oder der Generalquartiermeister oder die von ihnen beauftragten Stellen für ihren Geschäftsbereich, wer

1. nach § 2 Abs. 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte den Wert der Sachbezüge festzusetzen,
2. nach § 54 Abs. 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte die Bescheinigungen für Krankheitszeiten auszustellen

hat. Dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte wird mitgeteilt, wem die Erledigung dieser Aufgaben übertragen ist.

§ 2. Als Ausgabestellen für die Aufnahme- und Versicherungskarten (§ 194 des Versicherungsgesetzes für Angestellte) werden für das besetzte Gebiet

1. in Belgien die Ausgabestelle der Angestelltenversicherung in Aachen (Neues Rathaus),
2. in Frankreich die Ausgabestelle der Angestelltenversicherung (I. Polizeirevier) in Metz,
3. in Rußland die Ausgabestelle der Angestelltenversicherung in Posen (Sapiehaplatz 9 I),
4. in Rumänien die Ausgabestelle der Angestelltenversicherung in Berlin (Klosterstraße 65)

bestimmt.

Anträge auf Ausstellung und Erneuerung von Versicherungskarten sind aus den betreffenden besetzten Gebieten an diese Ausgabestellen unmittelbar zu richten. Es steht den Antragstellern in Zweifelsfällen frei, mit dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf (Hohenzollerndamm 193/195) ins Benehmen zu treten.

§ 3. Für die Abführung der Beiträge zur Angestelltenversicherung wird, soweit der übliche Postscheckverkehr (Bekanntmachung des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, betreffend die Beitragsentrichtung für die Angestelltenversicherung vom 24. Mai 1912, Amtliche Nachrichten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 1913 S. 46) nicht möglich ist, folgendes bestimmt:

1. Die Beiträge sind unter der Adresse: Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin-Wilmersdorf, mittels Postanweisung einzuzahlen, und zwar monatlich zum 10. des auf den Beitragsmonat folgenden Monats.
2. Der Postanweisungsabschnitt, welcher der Reichsversicherungsanstalt verbleibt, muß den Arbeitgeber oder die Dienststelle, die den Versicherten beschäftigt, deutlich bezeichnen. Dies gilt auch dann, wenn eine andere Dienststelle die Beiträge abführt.
3. Hat die Reichsversicherungsanstalt die dem Konto des Arbeitgebers erteilte Buchungsnummer mitgeteilt, so ist diese auf dem Postanweisungsabschnitte jedesmal zu vermerken. Bis dahin ist auf dem Abschnitt

bei Sendungen	aus	Belgien	Buchungsbezirk	1,
"	"	"	Frankreich	"	31,
"	"	"	Rußland	"	36,
"	"	"	Rumänien	"	2

anzugeben.

Auf der Rückseite des Postanweisungsabschnitts ist zu vermerken, wie sich der eingezahlte Betrag aus vollen und halben Beiträgen nach den 9 Gehaltsklassen A bis J und aus Beitragszahlungen nach § 177 des Versicherungsgesetzes für Angestellte zusammensetzt, und ob eine Übersicht abgesandt ist oder Änderungen gegen den Vormonat nicht eingetreten sind.

4. Gleichzeitig mit der Abführung der Beiträge ist an das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte eine Übersicht nach dem Muster R. f. A. II Nr. 3 einzusenden. Vordrucke zu dieser Übersicht werden von dem Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte kostenlos zur Verfügung gestellt.

Sind Veränderungen gegen den Vormonat nicht eingetreten, so bedarf es einer neuen Übersicht nicht, es genügt vielmehr ein Vermerk auf dem Postanweisungsabschnitt: „Änderungen gegen den Vormonat ..... 191... nicht eingetreten."

§ 4. Als inländische Behörde im Sinne des § 229 Abs. 2 des Versicherungsgesetzes für Angestellte gilt auch jede Behörde, die vom Deutschen Reich in besetzten Gebieten eingesetzt ist und behördliche Aufgaben einer deutschen Behörde erledigt.

7. Bek. über Wochenhilfe aus Anlaß des vaterländischen Hilfsdienstes. Vom 6. Juli 1917. (RGBl. 591.)

[BR.] § 1. Deutschen Wöchnerinnen, die nicht schon auf Grund der Bekanntmachungen vom 3. Dezember 1914, 28. Januar oder 23. April 1915 (RGBl. 1914 S. 492, 1915 S. 49, 257) Anspruch auf Wochenhilfe aus Mitteln des Reichs haben, wird eine solche während der Geltungsdauer des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 (RGBl. 1333) nach folgenden Vorschriften gewährt.

§ 2. Die Wochenhilfe erhalten die Wöchnerinnen, wenn

1. der Ehemann eine Beschäftigung im Sinne des im § 1 genannten Gesetzes ausübt und im letzten Jahre vor der Niederkunft seiner Ehefrau mindestens sechs Monate hindurch ausgeübt hat,
2. die wirtschaftliche Lage des Ehemanns sich infolge seiner Beschäftigung im Hilfsdienst nachweislich verschlechtert hat und
3. ein Bedürfnis für die Beihilfe besteht.

Dies gilt auch dann, wenn der Ehemann nicht dienstpflichtig nach § 1 des genannten Gesetzes ist. Für die Zeit vor der Niederkunft steht der Beschäftigung im Sinne des Abs. 1 die Leistung von Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichen Diensten für das Reich oder eine ihm verbündete Macht gleich. Ist der Hilfsdienstpflichtige durch besondere schriftliche Aufforderung nach § 7 des Hilfsdienstgesetzes herangezogen worden, so bedarf es nicht des Nachweises einer Beschäftigung im Hilfsdienst vor der Niederkunft (Abs. 1 Nr. 1).

§ 3. Die Wochenhilfe erhalten ferner auch solche Wöchnerinnen, welche selbst im Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch eine Beschäftigung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes ausgeübt haben, wenn bei ihnen die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 Nr. 2, 3, Abs. 2 sinngemäß zutreffen. Auf diese sechs Monate wird die Zeit einer Beschäftigungslosigkeit unmittelbar vor der Niederkunft bis zu vier Wochen angerechnet.

§ 4. Die Wochenhilfe ist auch für das uneheliche Kind eines im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigten zu leisten, wenn die Verpflichtung des Vaters zur Gewährung des Unterhalts an das Kind festgestellt ist und die Voraussetzungen des § 2 sinngemäß zutreffen.

§ 5. Für die Zeit vor dem 1. September 1917 verkürzt sich die in den §§ 2 bis 4 erforderte Beschäftigungszeit um die Zeit, die zwischen dem genannten Tage und demjenigen der Niederkunft liegt.

§ 6. Ob eine Verschlechterung im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 2 stattgefunden hat, ist nach billigem Ermessen unter Berücksichtigung aller Umstände zu beurteilen.

Voraussetzung ist in der Regel, daß infolge des Hilfsdienstgesetzes die Beschäftigungsart oder der Beschäftigungsort gewechselt worden ist.

Voraussetzung ist ferner in der Regel, daß sich infolge des Hilfsdienstgesetzes die Einnahmen des Beschäftigten vermindert oder seine notwendigen Ausgaben stärker als die Einnahmen vermehrt haben. Dabei sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Beschäftigten während seiner Hilfsdiensttätigkeit in der Zeit unmittelbar vor der Niederkunft bis zur Dauer eines Jahres mit denen während einer Zeit von gleicher Dauer unmittelbar vor Beginn jener Tätigkeit zu vergleichen. Lassen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse des Beschäftigten in der Zeit vor der Hilfsdiensttätigkeit nicht feststellen, so können diejenigen zum Vergleiche herangezogen werden, unter denen Personen von gleicher Art,

Ausbildung und Beschäftigung in jener Zeit in derselben Gegend tätig gewesen sind; dies gilt, sofern es für den Anspruch günstiger ist, entsprechend auch dann, wenn der Beschäftigte in der Zeit vor der Hilfsdiensttätigkeit Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste geleistet hat.

§ 7. Daß ein Bedürfnis für die Beihilfe besteht (§ 2 Abs. 1 Nr. 3) ist in der Regel nicht anzunehmen

bei verheirateten Wöchnerinnen, wenn das Jahreseinkommen des Ehepaars den Betrag von zweitausendfünfhundert Mark übersteigt,

bei unverheirateten Wöchnerinnen, wenn ihr Jahreseinkommen eintausendfünfhundert Mark und für jedes schon vorhandene Kind unter fünfzehn Jahren weitere zweihundertfünfzig Mark, zusammen aber zweitausendfünfhundert Mark, übersteigt, im Falle des § 4 außerdem, wenn das Einkommen des im Hilfsdienst beschäftigten unehelichen Vaters zweitausendfünfhundert Mark übersteigt.

Für das Jahreseinkommen ist regelmäßig das Jahr maßgebend, das der Niederkunft vorangegangen ist.

§ 8. Als Wochenhilfe wird gewährt:

1. ein einmaliger Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von fünfundzwanzig Mark,
2. ein Wochengeld von einer und einer halben Mark täglich, einschließlich der Sonn- und Feiertage, für acht Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen.
3. eine Beihilfe bis zum Betrage von zehn Mark für Hebammendienste und ärztliche Behandlung, falls solche bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich werden,
4. für Wöchnerinnen, solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe von einer halben Mark täglich, einschließlich der Sonn- und Feiertage, bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft.

Wird in den Fällen der §§ 2 und 4 eine zur Zeit der Niederkunft unterbrochene Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst innerhalb acht oder zwölf Wochen nach der Niederkunft wieder aufgenommen, so ist das Wochengeld und Stillgeld vom Tage dieser Wiederaufnahme ab noch für den Rest der acht und zwölf Wochen zu zahlen. Dasselbe gilt entsprechend bei Aufnahme einer Beschäftigung im Falle des § 2 Abs. 2 Satz 3.

§ 9. Für die Leistungen der Wochenhilfe gelten die §§ 118, 119, 223 der Reichsversicherungsordnung entsprechend.

§ 10. Gehört die Wöchnerin einer Krankenkasse (Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs-, knappschaftlichen Krankenkasse oder Ersatzkasse an), so ist der Antrag auf Gewährung einer Wochenhilfe bei dieser Kasse zu stellen.

Er ist beim Arbeitgeber der Wöchnerin zu stellen, wenn sie auf Grund des § 418 oder des § 435 der Reichsversicherungsordnung von der Versicherung befreit ist.

Gehört die Wöchnerin zur Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge, so ist der Antrag bei der See-Berufsgenossenschaft in Hamburg zu stellen.

Wenn keine dieser Voraussetzungen zutrifft, aber der Ehemann der Wöchnerin einer Krankenkasse angehört oder auf Grund des § 418 oder des § 435 der Reichsversicherungsordnung von der Versicherung befreit ist oder zur Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge gehört, so ist der Antrag entsprechend bei der Krankenkasse oder dem Arbeitgeber des Ehemanns oder bei der See-Berufsgenossenschaft zu stellen.

§ 11. Der Antrag soll die tatsächlichen Angaben enthalten, aus welchen auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage gemäß § 6 geschlossen werden kann.

§ 12. Krankenkasse, Arbeitgeber und See-Berufsgenossenschaft haben den Antrag unverzüglich an diejenige Kommission des Lieferungsverbandes weiterzureichen, in deren Bezirk der gewöhnliche Aufenthaltsort der Wöchnerin oder, wenn sie sich im Ausland aufhält, ihr letzter gewöhnlicher Aufenthaltsort im Inland liegt. Sie haben sich gleichzeitig darüber zu äußern, ob gegen sie ein Anspruch auf Wochenhilfe für die Wöchnerin besteht.

§ 13. Krankenkasse, Arbeitgeber und See-Berufsgenossenschaft, welche Wochenhilfe zu gewähren haben, können den Antrag auch selbst stellen, falls die Wöchnerin ihrer Aufforderung, ihn zu stellen, nicht binnen zwei Wochen entspricht.

§ 14. In allen anderen als den im § 10 bezeichneten Fällen ist der Antrag unmittelbar bei der Kommission des Lieferungsverbandes zu stellen.

Der Antrag muß außer den im § 11 erforderten Angaben die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß weder die Wöchnerin noch ihr Ehemann einer Krankenkasse (§ 10 Abs. 1) angehören und, wenn sie Dienstbote oder landwirtschaftliche Arbeiter sind, auch, daß sie nicht zu den nach § 418 oder § 435 der Reichsversicherungsordnung Befreiten gehören.

§ 15. Für die Kommission gelten § 6 Abs. 2, § 8 des Gesetzes vom 28. Februar 1888 (RGBl. 59) auch hier; jedoch kann der Vorsitzende allein durch schriftlichen Bescheid Anträge zurückweisen, welche die im § 11 geforderten Angaben nicht enthalten. Diese Anträge können nach entsprechender Ergänzung wiederholt werden.

§ 16. Die Kommission entscheidet endgültig durch schriftlichen Bescheid; bei Ablehnung des Antrags sind die Gründe mitzuteilen.

War der Antrag durch die Krankenkasse einzureichen, so ist der Bescheid ihr abschriftlich mitzuteilen oder durch sie der Wöchnerin auszuhändigen. Das gleiche gilt für Arbeitgeber und die See-Berufsgenossenschaft.

§ 17. Krankenkasse, Arbeitgeber oder See-Berufsgenossenschaft, welche Wochenhilfe leisten müssen, haben sie weiter zu gewähren, auch wenn dem Antrag stattgegeben wird.

Bleiben die Leistungen hinter dem Maße des § 8 zurück, so hat der Verpflichtete (Abs. 1) sie darauf zu erhöhen.

§ 4 der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914 (RGBl. 492) gilt entsprechend, ebenso § 210 der Reichsversicherungsordnung.

Im übrigen wird die Wochenhilfe mit Ablauf jeder Woche durch die Stellen ausgezahlt, welche die Unterstützungen nach dem Gesetze vom 28. Februar 1888 zu zahlen haben.

§ 18. Die Lieferungsverbände haben den Krankenkassen, den Arbeitgebern und der See-Berufsgenossenschaft die Aufwendungen an Wochenhilfe zu erstatten, welche diese für die Zeit nach dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung den danach Berechtigten gemäß § 17 leisten, Wochengeld jedoch nur, soweit es die satzungsmäßige Höhe übersteigt.

Für Sachleistungen gemäß § 17 Abs. 3 ist in jedem Einzelfall als einmaliger Beitrag zu den Kosten der Entbindung (§ 8 Abs. 1 Nr. 1) der Betrag von fünfundzwanzig Mark und als Beihilfe für Hebammendienste und ärztliche Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden (§ 8 Abs. 1 Nr. 3) der Betrag von zehn Mark zu erstatten.

§ 19. Die Gemeindebehörden haben die Kommissionen der Lieferungsverbände auf deren Verlangen bei der für Gewährung des Stillgeldes nötigen Überwachung zu unterstützen.

§ 20. Das Reich erstattet den Lieferungsverbänden vierteljährlich nach näherer Bestimmung des Reichskanzlers alle Aufwendungen für die Leistungen, die sie nach diesen Vorschriften zu machen haben.

§ 21. Diese Vorschriften treten mit dem Tage ihrer Verkündung [9. 7.] in Kraft.

Wöchnerinnen, die vor dem Tage des Inkrafttretens dieser Bekanntmachung entbunden worden sind, erhalten vom genannten Tage ab das Wochengeld auf acht und das Stillgeld auf zwölf Wochen, jedoch in beiden Fällen abzüglich der zwischen dem Tage der Niederkunft und dem des Inkrafttretens liegenden Zeit.

Der Bundesrat behält sich vor, den Zeitpunkt des Außerkrafttretens der vorstehenden Vorschriften zu bestimmen.

Begründung.

(NorddAllgZtg. v. 10. Juli 17 Nr. 188 2. Ausg.)

Der Bundesrat hat am 5. Juli eine Verordnung beschlossen, nach der deutsche Wöchnerinnen während der Geltungsdauer des Hilfsdienstgesetzes aus Reichsmitteln

eine Wochenhilfe erhalten sollen, wenn 1. der Ehemann eine Beschäftigung im Sinne des Hilfsdienstgesetzes ausübt, und im letzten Jahre vor der Niederkunft seiner Ehefrau mindestens sechs Monate hindurch ausgeübt hat, 2. seine wirtschaftliche Lage sich infolge seiner Beschäftigung im Hilfsdienst nachweislich verschlechtert hat und 3. ein Bedürfnis für die Beihilfe besteht.

Bei Hilfsdienstpflichtigen, die durch besondere schriftliche Aufforderung nach § 7 des Hilfsdienstgesetzes herangezogen worden sind, bedarf es nicht des Nachweises einer Beschäftigung im Hilfsdienst vor der Niederkunft. Der Beschäftigung des Ehemanns vor der Niederkunft steht natürlich die Leistung von Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichem Dienst gleich. Ebenso erhalten die Wochenhilfe solche Wöchnerinnen, die selbst im Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch im Hilfsdienst beschäftigt waren. Auf diese sechs Monate wird ihnen die Zeit einer Beschäftigungslosigkeit unmittelbar vor der Niederkunft bis zu vier Wochen angerechnet. Die Wochenhilfe wird endlich auch für ein uneheliches Kind geleistet, wenn in der Person des Vaters die oben für den Ehemann abgegebenen Voraussetzungen zutreffen, und seine Verpflichtung zur Gewährung des Unterhalts festgestellt ist. Für die Anerkennung des „Bedürfnisses" ist eine Einkommenshöchstgrenze festgesetzt, 2500 M. bei dem Vater, 1500 bis 2500 M., je nach der Kinderzahl, bei unverheirateten Wöchnerinnen.

Eine Verschlechterung der Wirtschaftslage wird in der Regel da anzunehmen sein, wo sich infolge der Hilfsdiensttätigkeit die Einnahmen des Beschäftigten verringert oder seine Ausgaben stärker als die Einnahmen vermehrt haben. Voraussetzung wird dabei meistens sein, daß er entweder die Beschäftigungsart oder den Beschäftigungsort gewechselt hat.

Bei der Regelung der Versicherungspflicht für die im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Personen im Februar dieses Jahres waren die meisten Bestimmungen mit übernommen worden, die seit Beginn des Krieges für die Kriegsteilnehmer usw. getroffen worden waren. Wenn dies nicht sofort auch hinsichtlich der aus Reichsmitteln gewährten Wochenhilfe geschah, so lag der Grund darin, daß diese Wochenhilfe nicht von vornherein und keineswegs durchweg als erforderlich angesehen werden mußte.

Hilfsdienst und Kriegsdienst wirken auf die Person dessen, der den einen oder den anderen von ihnen zu leisten hat, durchaus verschieden. Vor allem kommt dabei in Betracht, daß das Hilfsdienstgesetz an der Lage der überwiegenden Mehrzahl derjenigen Personen nicht das mindeste ändert, die nach ihm als im vaterländischen Hilfsdienst beschäftigt zu gelten haben: sie arbeiten, wie z. B. die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung unter den gleichen Bedingungen unverändert weiter. Insoweit liegt zu einer besonderen Leistung aus Reichsmitteln für sie kein Anlaß vor. Aber auch da, wo das Hilfsdienstgesetz tatsächlich eine Einwirkung auf die Beschäftigungsverhältnisse des einzelnen ausübt, bedeutet diese Einwirkung keineswegs immer oder selbst nur überwiegend eine Verschlechterung für den Betroffenen, da hier die Lohnverhältnisse größtenteils recht günstig liegen. Auch hier liegt zu einem unterstützenden Eingreifen aus Reichsmitteln kein Anlaß vor. Ein solches würde zugleich eine unbillige Benachteiligung für alle diejenigen Gruppen der Bevölkerung bedeuten, deren Tätigkeit nicht dem Hilfsdienst zugerechnet wird, die sich aber in gleicher oder oft noch schlechterer wirtschaftlicher Lage befinden, als die Hilfsdiensttätigen. Die Frage der Beibehaltung, Aus- oder Umgestaltung der Kriegswochenhilfe kann allgemein nicht an der Hand des dafür nicht geeigneten Hilfsdienstgesetzes geregelt werden, sondern muß auf breiterer Grundlage geprüft werden, wenn die gesamte Wirtschaftslage nach Kriegsende überblickt werden kann. Hier dagegen konnte es sich nur darum handeln, einen gewissen Ausgleich in denjenigen Fällen zu schaffen, in denen die mit dem Hilfsdienstgesetz unvermeidlich verbundenen Eingriffe zugleich wirtschaftliche Nachteile mit sich bringen. Aus diesem Grunde beschränkt die neue Verordnung die Gewährung der Reichswochenhilfe auf solche Fälle, in denen eine Verschlechterung der Erwerbs- und Einkommensverhältnisse eingetreten und überdies das Bedürfnis nachzuweisen ist. Einheitlich des

Umfanges der Leistungen schließt sich die neue Fürsorge eng an die Bestimmungen der bereits bestehenden Verordnungen an. Die Anträge usw. sind bei Versicherten, je nach Lage der Verhältnisse, an die Krankenkasse, den Arbeitgeber oder die See-Berufsgenossenschaft zu richten, in allen anderen Fällen unmittelbar bei der Kommission der Lieferungsverbände zu stellen, die für die Prüfung der Wirtschaftslage der Beteiligten infolge ihrer gleichartigen Tätigkeit auf dem Gebiet der Mannschaftsunterstützung bereits umfassende Erfahrung besitzen. — Die übrigen Bestimmungen decken sich zum größten Teil mit den für die Wochenhilfe für die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer usw. nach der Bekanntmachung vom 23. April 1915 in Kraft befindlichen.

Hierzu:

a) Bek. des Reichskanzlers über die Erstattung der verauslagten Beträge für Wochenhilfe aus Anlaß des vaterländischen Hilfsdienstes an die Lieferungsverbände. Vom 13. Juli 1917. (ZBl. 238.)

Gemäß § 20 der Bekanntmachung über Wochenhilfe aus Anlaß des vaterländischen Hilfsdienstes vom 6. Juli 1917 (RGBl. 591) wird über die Erstattung der von den Lieferungsverbänden verauslagten Beträge für Wochenhilfe folgendes bestimmt:

§ 1. Die Lieferungsverbände reichen ihre Ansprüche auf Erstattung ihrer Auslagen für Wochenhilfe vierteljährlich denjenigen Stellen ein, welchen die Prüfung der festgestellten Beträge für Ansprüche aus Kriegsleistungen obliegt. Diese Stellen prüfen die Erstattungsansprüche und erteilen alsdann Zahlungsanweisung. Die Belege sind den Lieferungsverbänden zurückzugeben, welche sie bis nach Beendigung der Prüfung durch den Rechnungshof des Deutschen Reichs aufbewahren.

§ 2. Die prüfenden Stellen melden die verauslagten Beträge der Reichshauptkasse zur Erstattung an. Die Anmeldung ist unter Beifügung der Quittungen der Lieferungsverbände über den Empfang der von ihnen gezahlten Beträge für Wochenhilfe beim Reichsamt des Innern einzureichen.

b) Erläuterungen des Reichskanzlers zur BO. v. 6. Juli 1917 (RGBl. 591), **mitgeteilt durch Preuß. Bfg. v. 13. August 1917** (MBl. 225).

Bei Regelung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung für die im v. HD. beschäftigten Personen hat die Bek. v. 24. Februar 1917 (RGBl. 171) diejenigen Sonderbestimmungen zum großen Teil mit übernommen, welche seit Beginn des Krieges durch Gesetz oder BRBO. für die Teilnehmer an Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichen Diensten getroffen worden sind. Wenn dies nicht auch hinsichtlich der aus Reichsmitteln gewährten Wochenhilfe geschehen ist, so lag der Grund dafür nicht darin, daß jene Wohlfahrtsmaßregel hier von vornherein und durchweg als nicht erforderlich oder nicht angebracht erachtet werden mußte. Wohl aber bestehen in den Verhältnissen der Kriegsteilnehmer einerseits und der im HD. Beschäftigten anderseits gerade bei den für diese Frage beachtlichen Umständen sehr wesentliche Unterschiede, die eine selbständige sorgfältige Prüfung forderten. Um die Erledigung der spruchreifen Bestimmungen der Bek. v. 24. Februar 1917 nicht aufzuhalten, mußte deshalb die Entschließung über eine Reichswochenhilfe aus Anlaß des v. HD. einer späteren Beschlußfassung vorbehalten bleiben.

Eine Regelung der Frage ist denn inzwischen auch von verschiedenen Seiten befürwortet worden. Insbesondere hat der Reichstag eine Resolution angenommen, nach der die Reichswochenhilfe auf die Ehefrauen der im v. HD. tätigen Personen, soweit eine Bedürftigkeit im Sinne der BO., betr. Wochenhilfe, vorliegt, erstreckt werden soll. Bei den Beratungen im Haushaltungsausschuß ist regierungsseitig eine wohlwollende Prüfung der Anregung in Aussicht gestellt worden.

Was die bereits erwähnten Unterschiede in den Verhältnissen der Kriegsteilnehmer und der im HD. Beschäftigten betrifft, so nimmt der Kriegsdienst die ganze Persönlichkeit, Zeit und Arbeitskraft dessen in Anspruch, der ihn zu leisten hat. Die Lohnung bei dem Ver-

in Betracht kommenden unteren Dienstgraden stellt sich bei weitem nicht als gleichwertiges Entgelt für die Arbeitsleistung dar. Der Kriegsteilnehmer ist daher überwiegend nicht in der Lage, für seine Familie ausreichend zu sorgen. Dies wird schon durch die Gewährung der Mannschaftsunterstützung anerkannt, die aber nur für das Notwendigste hinreichen soll und kann. Demgegenüber kann der HDLeistende seine volle Arbeitskraft — wenn auch zum Teil auf einem nicht frei gewählten Gebiete — verwerten. Er erhält als Gegenleistung für seine Arbeit den allgemein üblichen Lohn. Er steht sich also in der Regel nicht schlechter als zur Friedenszeit, sondern vielfach — namentlich in der Kriegsindustrie — infolge der großen Lohnsteigerung sogar besser, und zwar auch bei Berücksichtigung der Kriegsteuerung. Da ganze große Gruppen von Berufsarbeiten, so die Landwirtschaft, als Tätigkeit im vaterländischen HD. zu gelten haben, werden zahlreiche Personen jetzt als in letzterem tätig angesehen, ohne daß sich in ihren Verhältnissen das geringste geändert hat. Lassen sich hiernach Billigkeitsgründe für eine allgemeine Berücksichtigung dieser Gruppen nicht geltend machen, so würde damit anderseits eine unbillige Zurücksetzung anderer Bevölkerungskreise geschaffen werden, die ihren ganzen Lebensverhältnissen nach dieser Wohltat nicht minder bedürftig sind. Es sei hier nur an die nicht in der Kriegsindustrie tätigen gewerblichen Arbeiter in der Stadt erinnert, die unter der Lebensmittelknappheit vielfach ärger zu leiden haben als die Arbeiter auf dem Lande, und deren Frauen aus verschiedenen Gründen nach der Niederkunft meist erst später wieder zur Arbeit gehen können als die Landfrauen.

Unter diesen Umständen ist es nicht angezeigt, den HD. in bezug auf die Wochenhilfe der Leistung von Kriegs-, Sanitäts- und ähnlichen Diensten allgemein gleichzustellen. Das HDG. bildet nach dem Gesagten nicht den geeigneten Anlaß, der Frage einer Beibehaltung und Ausdehnung der mit der Kriegswochenhilfe eingeleiteten großen Fürsorgemaßnahme allgemein näherzutreten. Diese Frage wird vielmehr auf breiterer Grundlage dann einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen sein, wenn bei Wiedereintritt des Friedenszustandes die wirtschaftliche Gesamtlage und die durch sie bedingte Leistungsfähigkeit der beteiligten Stellen mit einiger Sicherheit wird übersehen werden können.

Erwächst indessen auch, wie gesagt, der Mehrheit der im HD. tätigen Personen aus dieser Beschäftigung kein wirtschaftlicher Nachteil, so bleibt doch immerhin eine nicht geringe Zahl solcher übrig, bei denen dies nicht zutrifft. Das HDG. bringt ohnehin starke Eingriffe in das persönliche Selbstbestimmungsrecht des einzelnen mit sich; hinzutretende Verschlechterungen der Erwerbs- und Einkommensverhältnisse würden daher besonders hart empfunden werden und lassen die Schaffung eines gewissen Ausgleichs durch eine — auf Fälle solcher Verschlechterungen beschränkte — Wohlfahrtsmaßnahme des Reichs als billig und angezeigt erscheinen. Als solche kommt dann eine Reichswochenhilfe nach dem Muster derjenigen, welche den Neugeborenen der Kriegsteilnehmer zugewendet ist, in erster Reihe in Frage, da sich diese Einrichtung in ihrem bisherigen Wirkungsbereiche nach allseitigem Urteil ausgezeichnet bewährt hat.

Auch der Reichstag hat eine engere Abgrenzung des Teilnehmerkreises für notwendig gehalten, indem er das Erfordernis der Bedürftigkeit aufstellte. Das Vorliegen einer solchen muß neben dem Eintritt einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage unter der Einwirkung des HDG. die Voraussetzung für den Anspruch auf die Reichswochenhilfe bilden.

Hinsichtlich des Umfanges der Leistungen schließt sich die neue Fürsorge eng an die bewährten Bestimmungen der älteren VO. über Wochenhilfe an. Dabei ist das tägliche Wochengeld auch hier, entsprechend der Bek. v. 6. Juni d. J. (RGBl. 477), von einer Mark auf eine und eine halbe Mark erhöht. Was das Verfahren betrifft, so lehnt es sich an dasjenige der Bek. v. 23. April 1915, nicht an dasjenige der Bek. v. 3. Dez. 1914 an, d. h. die Entscheidung über Anträge auf Wochenhilfe ist nicht dem Vorstand der Krankenkasse, sondern der Kommission des Lieferungsverbandes übertragen worden. Allerdings werden die im HD. tätigen Personen, die hier in Betracht kommen, meist Krankenkassenmitglieder sein; für sie wären also infolge dieser Mitgliedschaft die nötigen Beziehungen zu den Krankenkassen gegeben. Allein die Aufgaben, welche hier den Organen der Krankenkassen bei

der Beschlußfassung zufallen würden, sind wesentlich anderer Art, als es in den Fällen der Bek. v. 3. Dez. 1914 der Fall ist. Bei den letzteren liegt jenen Organen nur die Feststellung bestimmter Tatsachen ob, nämlich neben der Teilnahme an Kriegs- usw. Diensten das Vorhandensein eines vorangegangenen Versicherungsverhältnisses von gewisser Dauer, die selbständige Abwägung billiger Ermessensgründe wird dabei den festsetzenden Stellen nicht zugemutet. Anders liegt die Sache hier: Verschlechterung der Wirtschaftslage und Bedürftigkeit, also die Voraussetzungen des Anspruchs nach der vorliegenden Verordnung, sind Begriffe, deren Anwendbarkeit sich nur unter Abwägung aller besonderen Umstände des Einzelfalls feststellen läßt, wobei dem freien Ermessen ein weiter Spielraum bleibt. Zur Bewältigung dieser Aufgabe sind die Kassenvorstände, denen der behördliche Charakter fehlt, der Natur der Sache nach weniger geeignet als die Lieferungsverbände, die zudem für die Prüfung der wirtschaftlichen Lage der Beteiligten infolge ihrer gleichartigen Tätigkeit auf dem Gebiete der Mannschaftsunterstützung und der Wochenhilfe nach der Bek. v. 23. April 1915 umfassende Erfahrungen besitzen. Die Übertragung der Aufgabe an die Kassenvorstände würde überdies notwendig die Einführung eines Instanzenzugs — und zwar wohl desselben, wie nach der Bek. v. 3. Dez. 1914 — mit sich bringen und dadurch eine gegenwärtig besonders unliebsame weitere Geschäftsbelastung der Versicherungsbehörden verursachen. Die Kommissionen der Lieferungsverbände aber bieten nach ihrer Zusammensetzung und nach den Ergebnissen ihrer seitherigen Tätigkeit die erforderliche Gewähr, welche die Einsetzung höherer Instanzen entbehrlich macht. Die wünschenswerte Gleichmäßigkeit der Entscheidungen wird nach den gemachten Erfahrungen durch die in grundsätzlichen Fragen gegebenenfalls ergehenden Anweisungen der Zentralbehörden ausreichend gesichert. Die bewährten Verfahrensvorschriften der Bek. v. 23. April 1915 konnten, zu einem großen Teil wörtlich, übernommen werden.

Zur Erläuterung ist folgendes anzuführen.

Zu §§ 1, 2.

Die neue Fürsorge hat in gleicher Weise wie die Kriegswochenhilfe neben einer Vergünstigung als Ausgleich für Nachteile bei den im vaterländischen Interesse geleisteten Diensten in erster Reihe die Sicherung und Förderung des deutschen Nachwuchses im Auge. Sie beschränkt sich dementsprechend auch auf deutsche Wöchnerinnen. Für eine Ausdehnung auf Nichtdeutsche wegen einer etwa ausgeübten Tätigkeit i. S. des HDG. sprechen auch keine besonderen Gründe der Billigkeit, da es sich um eine ganz freiwillige und außerordentliche Leistung aus Reichsmitteln handelt. Bei der selbständigen Natur dieser Wohlfahrtseinrichtung greift hier auch die Bek., betr. Ausdehnung des HDG. auf Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, v. 4. April 1917 (RGBl. 317) nicht Platz, da es sich nicht um eine Ausführungsbest. zum HDG. handelt. Diejenige Wochenhilfe, welche die etwa selbst im HD. beschäftigten und wegen solcher Beschäftigung für die eigene Person gegen Krankheit versicherten ausländischen Wöchnerinnen auf Grund der §§ 195ff. der RVO. und des § 8 der Bek. v. 3. Dez. 1915 zu beanspruchen haben, bleibt natürlich unberührt.

Drei Gruppen von Wöchnerinnen kommen für die Wochenhilfe in Betracht. Es sind dies zunächst die nicht selbst mittätigen Ehefrauen der im HD. Beschäftigten, die als die weitaus zahlreichste Gruppe im § 2 voranstehen. Im § 3 werden die selbst im v. HD. tätigen Frauen behandelt, während § 4 die Wochenhilfe für die unehelichen Kinder hilfsdienstätiger Männer ordnet.

Der Anspruch nach § 2 setzt zunächst eine Tätigkeit des Ehemannes der Wöchnerin im v. HD. voraus, und zwar muß diese Voraussetzung regelmäßig zur Zeit der Entbindung gegeben sein. Ein gewisses Abweichen von diesem Erfordernis gestattet nur § 8 Abs. 2. Anders wie beim Kriegsdienst, der, einmal begonnen, die ganze Person erfaßt und den Wiederaustritt nach eigenem Belieben ausschließt, liegt hier Anlaß vor zu verhüten, daß jemand seiner Familie auf leichtem Wege die Reichsbeihilfe dadurch beschafft, daß er um ihretwillen erst kurz vor der bevorstehenden Niederkunft der Ehefrau eine Tätigkeit im HD.

übernimmt. Diese Besorgnis besteht da nicht, wo der Eintritt in den HD. nicht freiwillig erfolgt ist, also bei den Personen, die durch besondere schriftliche Aufforderung nach § 7 des HDG. herangezogen worden sind. In allen übrigen Fällen muß aber aus dem angegebenen Grunde, wie in den §§ 195ff. der RVO. eine vorangegangene längere Versicherungsdauer, so hier eine gewisse Dauer der der Niederkunft vorangehenden Beschäftigung im v. HD. gefordert werden. Die Verordnung schreibt dafür, gleichfalls nach dem Vorbild des § 195 der RVO., einen Mindestzeitraum von sechs Monaten vor. Für die Übergangszeit läßt § 5 eine Kürzung zu. Wann die zweite und dritte Voraussetzung des Anspruchs, nämlich die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Ehemanns, des unehelichen Vaters, oder der selbsttätigen Mütter, und das Bedürfnis gegeben sind, wird bei den §§ 6 und 7 näher ausgeführt. Der erste Satz des zweiten Absatzes entspricht einer ähnlich gefaßten Bestimmung im § 1 der Bek. v. 24. Febr. 1917 (RGBl. 171) und erweitert in gleicher Weise wie dort den Kreis der Berechtigten über denjenigen der HDPflichtigen selbst hinaus. Der zweite Satz daselbst schützt diejenigen vor Benachteiligung, welche die für die vorangegangene Zeit erforderte HDTätigkeit nur aus dem Grunde nicht nachzuweisen vermögen, weil sie in dieser Zeit ihrer Pflicht gegen das Vaterland in anderer Weise — durch Leistung von Kriegs- usw. Diensten — genügt haben.

Zu § 3.

Bei den in eigener Person hilfsdienstätigen Wöchnerinnen kann naturgemäß nicht gefordert werden, daß die Beschäftigung im HD. bis zum Augenblicke der Entbindung fortgesetzt wird. Die Einhaltung einer gewissen Schonzeit vor der Niederkunft ist vielmehr aus gesundheitlichen Gründen erwünscht.

Die zu diesem Zwecke getroffene Regelung, wonach die Zeit der Beschäftigungslosigkeit in den vier Wochen unmittelbar vor der Niederkunft auf die sechs Monate anzurechnen ist, bedeutet zwar für die Wöchnerinnen des § 3 eine gewisse Besserstellung gegenüber denen des § 2. Eine solche ist indessen nicht unbillig, da es sich um Frauen handelt, deren Beziehungen zum v. HD. unmittelbar durch die eigene Tätigkeit, nicht nur mittelbar durch diejenige des Ehemannes, begründet sind. Der Begriff der Beschäftigungslosigkeit ist hier milde auszulegen. Zur Anwendbarkeit der Vorschrift genügt, daß die Wöchnerin nicht einer eigentlichen, für den Lebensunterhalt wesentlichen Lohnarbeit nachgegangen ist. Dagegen schließt die Wahrnehmung des eigenen Haushaltes oder auch die gelegentliche Verrichtung entgeltlicher geringfügiger Arbeiten außer dem Hause, wie sie auch hochschwangere Personen regelmäßig noch ohne Schädigung ihres Gesundheitszustandes vorzunehmen pflegen, die Annahme einer „Beschäftigungslosigkeit" nicht aus.

Zu § 4.

Bei der hier behandelten dritten Gruppe, den unehelichen Kindern von im HD. beschäftigten Vätern, muß zunächst der Nachweis der Vaterschaft gefordert werden. Da im HD. eine Unterstützung nach dem Ges. v. 28. Febr. 1888/4. August 1915 nicht in Frage steht, konnte der Anspruch auf die Wochenhilfe nicht, wie es nach § 3 der Bek. v. 23. April 1915 der Fall ist, von deren Gewährung abhängig gemacht werden. Die VO. schließt sich daher in diesem Punkte der Vorschrift im Abschn. III der Bek. v. 1. März 1917 (RGBl. 200) an. Der Nachweis der Vaterschaft ist danach in gleicher Weise zu erbringen, wie es für die Gewährung der Mannschaftsunterstützung gefordert wird. Dabei werden nur die gleichen milden Anforderungen zu stellen sein. Die Voraussetzungen in der Person und in den Verhältnissen des Vaters sind, abgesehen vom Nichtbestehen der Ehe, mit der Mutter des Kindes, die gleichen wie nach § 2. Nur braucht der Vater nicht Deutscher zu sein, da sich die StAngeh. des unehelichen Kindes nach derjenigen der Mutter richtet. Daß es dieses Erfordernisses für die Mutter bedarf, ergibt sich aus § 1. Endlich muß auch hier ein Bedürfnis vorliegen. Wann dies der Fall ist, richtet sich nach § 7.

Zu § 5.

Die neue Fürsorgemaßnahme würde denjenigen Wöchnerinnen nicht zugute kommen, deren Entbindung in die nächsten Monate nach dem Inkrafttreten der VO. fällt, wenn

für sie nicht eine Erleichterung in bezug auf die geforderte Dauer der vorangegangenen Beschäftigung im HD. zugestanden würde. Da es aber erwünscht ist, daß die wohltätigen Wirkungen dieser Wochenhilfe sich tunlichst bald geltend machen, ist für die Übergangszeit, in der die volle Beschäftigungszeit im HD. noch gar nicht nachgewiesen werden kann, eine Kürzung der erforderten Dauer zugelassen. Dabei ist auch darauf Rücksicht genommen worden, daß die Maßnahmen zur Durchführung des HD. zunächst eine gewisse Zeit in Anspruch genommen haben, so daß auch die Übernahme einer Beschäftigung im HD. zum großen Teil erst einige Zeit nach dem Inkrafttreten jenes Ges. selbst erfolgen konnte. In billiger Berücksichtigung dieses Umstandes ist die Übergangszeit bis zum 1. Sept. 1917 hinausgeschoben worden. Bis zum genannten oder einem späteren Tage kann eine sechsmonatige Zeit der Beschäftigung im HD. sehr wohl zurückgelegt sein; es ist also nicht unbillig, wenn von da ab die Erfüllung der vollen Voraussetzung verlangt wird. Um jeden Tag aber, den die Wöchnerin vor dem 1. September entbunden wird, kürzt sich auch die sechsmonatige Beschäftigungsdauer. Bspw. braucht der Ehemann, wenn seine Frau am 1. Juli 1917 entbunden wird, bis dahin nur sechs weniger zwei, also vier Monate Tätigkeit im HD. nachzuweisen. Anderseits empfahl es sich nicht, in der Herabminderung der Voraussetzung noch weiter zu gehen, da der Leistung des Reiches regelmäßig eine immerhin nicht gar zu kurz bemessene Gegenleistung an Arbeit im HD. entsprechen soll. Die besondere Vergünstigung des § 3 für die selbsttätigen Frauen kommt auch hier zur Anwendung. Bei Entbindung am 1. Juli 1917 würde mithin eine Beschäftigung vom 1. März bis 2. Juni genügen, vorausgesetzt, daß in der folgenden Zeit bis zum 1. Juli keine anderweite entgeltliche Beschäftigung stattgefunden hat.

Zu § 6.

Ein sehr großer Teil der Personen, deren Tätigkeit jetzt als eine solche im Sinne des HDG. zu gelten hat, setzt dabei nach wie vor seine frühere Tätigkeit fort, ohne daß der Erlaß des HDG. irgendeinen Einfluß auf die Art und die Bedingungen dieses Beschäftigungsverhältnisses ausgeübt hat. Für alle diese Personen entfällt, wie bereits hervorgehoben worden ist, jeder Anlaß zu der mit dieser Wochenhilfe gegebenen besonderen Leistung des Reichs. Dies gilt auch dann, wenn sich inzwischen die wirtschaftliche Lage für den Betreffenden aus dem einen oder dem anderen Grunde ungünstiger gestaltet haben sollte, vorausgesetzt nur, daß die so eingetretene Verschlechterung nicht auf die Einwirkung des HDG. oder einer auf Grund desselben getroffenen Maßregel zurückzuführen ist. Dagegen ist die Voraussetzung für die Gewährung der Wochenhilfe stets dann gegeben, wenn sich ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der eingetretenen Verschlechterung und einer Einwirkung des HDG. nachweisen läßt. Die Fälle, in denen dies zutrifft, lassen sich nicht erschöpfend aufführen. Zum besseren Verständnis für die Praxis hebt § 6 diejenigen Fälle heraus, die aller Voraussicht nach die Regel bilden werden: es sind dies diejenigen des Übertritts aus einer anderen Beschäftigungsart, so des Übertritts aus einer sonstigen Tätigkeit zur Rüstungsindustrie, aus einer gewerblichen Tätigkeit zu landwirtschaftlichen Bestellungs- oder Erntearbeiten usw., auch des Übertritts aus einer selbständigen zu einer unselbständigen Beschäftigung im Betriebe. Sodann kommt — allein oder in Verbindung mit jenem Wechsel der Arbeitsart — ein Wechsel des Arbeitsortes in Betracht, der namentlich infolge der Notwendigkeit, einen doppelten Haushalt zu führen, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Beschäftigten nachteilig beeinflussen kann. Ein Wechsel bloß des Arbeitgebers oder der sonstigen Arbeitsbedingungen bei dem nämlichen Arbeitgeber wird nur selten eine Folge des HDG. bilden. Noch seltener wird ein Einfluß des HDG. da bemerkbar sein, wo überhaupt kein Wechsel der Verhältnisse eingetreten ist. Immerhin ist es beispielsweise denkbar, daß jemand durch das HDG. gezwungen ist, bei seiner bisherigen — jetzt dem HD. zugerechneten — Beschäftigung zu verbleiben, und daß er deshalb nachweislich eine gebotene Gelegenheit zu lohnenderer Beschäftigung nicht benutzen konnte. Durch die Worte „in der Regel“ läßt die Verordnung die Möglichkeit offen, auch solche Ausnahmefälle zu berücksichtigen.

Die zweite regelmäßige Voraussetzung ist, daß jener Wechsel nachteilig auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Beschäftigten eingewirkt hat. Dieser Nachteil kann sich in verschiedener Gestalt zeigen. Zunächst darin, daß die Einnahmen herabgehen. Dann aber auch darin, daß die notwendigen Ausgaben — namentlich wegen der örtlichen Trennung von der Familie — stärker anwachsen als die Einnahmen. Um eine Verschlechterung feststellen zu können, ist es begrifflich notwendig, einen Vergleich zu ziehen, und zwar soll die Wirtschaftslage des Beschäftigten, wie sie sich während der Verrichtung des HD. vor dem Zeitpunkt der Entbindung gestaltet hat, in Vergleich gesetzt werden zu der wirtschaftlichen Lage vor Beginn der HDTätigkeit. Da die Verhältnisse schwanken können, würde es an sich zweckmäßig sein, stets die Verhältnisse während je eines ganzen Jahres miteinander zu vergleichen. Soweit es sich um die HDZeit handelt, wird dies im Hinblick auf ihre kürzere Dauer zurzeit überhaupt noch nicht und späterhin auch nur bei einem Teile der Fälle möglich sein. Es wird daher die wirklich im HD. verbrachte Zeit bis zur Höchstdauer eines Jahres einzusetzen und zum Vergleich ein gleich großer Zeitraum aus der Zeit vor der HDTätigkeit heranzuziehen sein. Letzteres soll aber nicht in der Weise geschehen, daß, wenn beispielsweise die HDTätigkeit 7 Monate gedauert hat, diese 7 Monate mit den letzten 7 Monaten vor Beginn des HD. verglichen werden. Vielmehr sind die Einkommensverhältnisse während eines ganzen Jahres vor dem HD. zu ermitteln und $^7/_{12}$ davon für den Vergleich zu verwenden. Daß auf diese Weise ein zutreffenderes Ergebnis gewonnen werden kann, zeigt sich ohne weiteres, wenn man z. B. an die Verhältnisse von Saisonarbeitern denkt. Da es häufig schwer sein wird, nachträglich noch die wirtschaftlichen Verhältnisse eines einzelnen Arbeiters in der maßgeblichen früheren Zeit genau festzustellen, so gibt die BO. hier zur Erleichterung für die Kommission des Lieferungsverbandes die Möglichkeit, in geeigneten Fällen die leichter zu ermittelnden Verhältnisse eines gleichartigen Arbeiters zum Vergleich heranzuziehen.

Besondere Rücksicht wird dabei auf die nicht seltenen Fälle genommen, in denen der Beschäftigte vor Übernahme des HD. nicht seiner gewöhnlichen Beschäftigung nachgegangen, sondern im Kriegs-, Sanitäts- usw. Dienste verwendet worden ist. Die Einnahmen der Kriegsteilnehmer in den unteren Dienstgraden pflegen meist geringer zu sein, als diejenigen, welche sie im HD. beziehen. Deshalb würde, wenn man hier die ersteren zum Vergleich benutzen müßte, eine Verschlechterung in der Regel nicht festzustellen sein. Zur Vermeidung von Unbilligkeiten sollen daher hier für die Zeit vor dem HD. die Verhältnisse eines gleichartigen Arbeiters stets dann zum Vergleich verwendet werden, wenn dies für den Anspruch auf Wochenhilfe günstiger ist, d. h., wenn nicht ausnahmsweise der Beschäftigte sich während der Kriegsdienstleistung besser gestanden hat, als der für den Vergleich zu verwendende gleichartige Beschäftigte. Als „gleichartige" Arbeit ist hier die zu verstehen, welche der HDTätige vorher in seiner regelmäßigen Berufsstellung verrichtet haben würde, wenn er nicht militärisch eingezogen worden wäre.

Es liegt auf der Hand, daß bei den hier notwendigen Feststellungen nicht immer nach ziffermäßig genauen Ermittelungen vorgegangen werden kann. Dem vernünftigen und billigen Ermessen des Feststellungsorgans ist daher hier ein weiter Spielraum gelassen, worauf der Eingang des Paragraphen auch hinweist. Freilich muß, wie § 2 ausdrücklich feststellt, die Verschlechterung der Wirtschaftslage „nachweislich" eingetreten sein, und die Führung dieses Nachweises ist in erster Reihe Sache dessen, der den Anspruch auf die Reichswochenhilfe erhebt. Dies schließt aber nicht aus, daß das Feststellungsorgan ihn dabei nach Möglichkeit unterstützt und in geeigneten Fällen ein noch lückenhaft gebliebenes Beweismaterial auch durch Erhebungen von Amts wegen ergänzt.

Zu § 7.

Die hier für die Annahme des Bedürfnisses nach der Wochenhilfe festgesetzte Höchstgrenze des Einkommens entspricht der Zahl nach derjenigen, bis zu welcher die Bek. v. 23. April 1915 das Vorliegen eines Minderbemitteltseins anerkennt. Die Grenze von 2500 M. gilt für Verheiratete, wobei das Einkommen beider Eheleute zusammenzurechnen ist.

Bei der Zubilligung der Wochenhilfe nach § 4 wird von der Annahme ausgegangen, daß der Vater grundsätzlich zum Unterhalte des Kindes beizutragen hat und daß ihm dies durch die Verschlechterung seiner Wirtschaftslage und die Geringfügigkeit seiner Einnahmen erschwert oder unmöglich gemacht wird. Dies bedingt es, daß für die Frage des Bedürfnisses auch die Verhältnisse des Vaters des unehelichen Kindes in gleicher Weise, wie in den Fällen des § 2 diejenigen des Ehemannes, in Betracht zu ziehen sind. Außerdem muß aber das Bedürfnis auch nach den eigenen Verhältnissen der unehelichen Mutter selbst gegeben sein. Dementsprechend hängt hier die Annahme eines Bedürfnisses von der Grenze für das Einkommen sowohl des Vaters als der Mutter ab.

Im übrigen ergibt die Fassung des § 7, daß bei einem Einkommen unter den bezeichneten Grenzen die Beihilfe nicht unter allen Umständen gewährt werden muß. In billigen Gegenden, namentlich auf dem Lande, und bei geringer Kinderzahl kann unter Umständen auch ein Einkommen von weniger als zweitausendfünfhundert und tausendfünfhundert Mark ausreichen, um auch im Entbindungsfall eine außerordentliche Beihilfe entbehrlich zu machen. Auf der anderen Seite geben die Worte „in der Regel" dem Feststellungsorgane die Möglichkeit, bei besonders ungünstig liegenden Umständen umgekehrt die Beihilfe auch beim Vorhandensein eines höheren Einkommens zuzusprechen. Es wird dies aber stets die Ausnahme zu bilden haben und jeweilig einer besonders eingehenden Begründung bedürfen.

In der Regel wird von dem Einkommen desjenigen Jahres auszugehen sein, welches der Niederkunft vorangegangen ist. Wo sich aber im Laufe dieses Jahres die Einkommensverhältnisse der Wöchnerin wesentlich und in einer Weise verschoben haben, die auch in der Zeit nach dem Wochenbette noch Fortdauer verspricht, kann es ausnahmsweise angezeigt sein, das Jahreseinkommen nach dem geänderten Einkommen zu berechnen.

Zu § 8.

Von der strengen versicherungsrechtlichen Regel, daß alle Voraussetzungen des Anspruchs zu dem Augenblicke gegeben sein müssen, wo der Versicherungsfall eintritt, hat bereits § 10 der Bek. v. 28. Januar 1915 und, ihm folgend § 22 Abs. 2 der Bek. v. 23. April 1915 eine Ausnahme zugelassen. Danach verschafft der Eintritt des Vaters des Kindes in den Kriegs- usw. Dienst auch dann, wenn er erst nach der Niederkunft erfolgt, der Wöchnerin noch den Anspruch auf einen Teil der Wochenhilfe, nämlich auf das Wochen- und Stillgeld für den von da ab noch laufenden Rest der Bezugszeit nach der Niederkunft. Hier liegt die Sache insoweit etwas anders als bei der Kriegswochenhilfe, als nach §§ 2 und 4 eine bestimmte Dauer einer vorausgegangenen gleichartigen Tätigkeit zu fordern ist, auf die natürlich auch bei den in Rede stehenden Sonderfällen nicht verzichtet werden kann. In Betracht kommt hierbei also immer nur die Wiederaufnahme, nicht die Neuaufnahme einer Beschäftigung im v. HD. Dagegen liegt es in den Fällen, in denen gemäß § 2 Abs. 2 Satz 3 der HD. erst nach der Niederkunft aufgenommen wird, ebenso wie da, wo solches beim Kriegsdienst stattfindet. Hinsichtlich des Bezuges des Wochen- und Stillgeldes für den Rest der Bezugszeit sind diese Fälle ebenso zu behandeln, wie die ersterwähnten.

Zu §§ 9ff.

Mit § 9 beginnt die schon erwähnte Übernahme von Vorschriften aus der VO. v. 23. April 1915. Diese das Verfahren betreffenden Vorschriften haben sich in der Praxis eingelebt. Es wird daher hier genügen, nur die vorgenommenen Änderungen zu erläutern.

§ 9 deckt sich wörtlich mit dem § 5 a. a. O.

Die ersten drei Absätze des § 10 entsprechen dem § 6 a. a. O. Der neue, vierte Absatz trägt dem Umstand Rechnung, daß hier die Krankenkassen wegen ihrer eigenen Pflicht zu Leistungen der Wochenhilfe stärker beteiligt sind, als in den Fällen der Bek. v. 23. April 1915. Die Mitwirkung der Krankenkassen, Arbeitgeber und See-Berufsgenossenschaft als Übermittler der Anträge muß hier zur Vermeidung von Doppelzahlungen in stärkerem Maße in Anspruch genommen werden, weil hier die Ehemänner der Wöchnerinnen wegen

der Beschäftigung im HD. überwiegend selbst der Krankenversicherung unterstehen und deshalb die Wöchnerin vielfach einen satzungsmäßigen Anspruch auf Wochenhilfe als Familienhilfe haben wird.

Es muß nach Möglichkeit vermieden werden, daß die ohnehin stark in Anspruch genommenen Lieferungsverbände mit sachlich von vornherin unbegründeten Anträgen überhäuft werden. Nach den bei anderen Anlässen gemachten Wahrnehmungen wird der Anspruch sehr häufig auf Grund der bloßen Tatsache erhoben werden, daß eine Beschäftigung im HD. stattfindet, während die sonstigen Voraussetzungen unbeachtet bleiben. Letzteres dürfte vor allem hinsichtlich der erforderten Verschlechterung der Wirtschaftslage der Fall sein. Wird von vornherein eine nähere Begründung dieses Umstandes als wesentlicher Bestandteil der Eingabe gefordert, so sind die Antragsteller genötigt, sich über den fraglichen Punkt klar zu werden. Manche unbegründeten Anträge werden infolgedessen unterbleiben, die trotzdem eingehenden können ohne weiteres abgewiesen werden (vgl. § 15). Aber auch sachlich berechtigte Anträge werden alsbald in vollständigerer Form gestellt werden, so daß zeitraubende Rückfragen vermieden werden können. Hieraus rechtfertigt sich die Vorschrift des § 11.

Der § 12 entspricht dem § 7 der älteren Bek. Er trägt dem Umstand Rechnung, daß die Wöchnerin sich in manchen Fällen im Ausland aufhalten wird, wo kein für die Erledigung des Antrags zuständiger Lieferungsverband besteht.

§ 13. entspricht dem älteren § 8, ebenso § 14 dem § 9 mit der wegen der möglichen Kassenmitgliedschaft des Ehemannes sich ergebenden Ergänzung. Im § 15 bezieht sich das Recht des Vorsitzenden zur alleinigen Entscheidung nur auf den Fall des § 11; die im § 10 der Bek. v. 23. April 1915 dem Vorsitzenden zugewiesenen Fälle kommen hier nicht vor. § 16 stimmt mit § 11 der alten Bek. überein, nur wird der Bescheid des Vorsitzenden nicht erwähnt, der hier ja nicht endgiltig, sondern nur „angebrachtermaßen" entscheidet. § 17 deckt die alten §§ 12 und 13, der letzte Satz des § 13 ist in seinem ersten Teile als hier nicht praktisch weggelassen. §§ 18, 19 entsprechen wörtlich den §§ 14, 15 a. a. O. Die §§ 16 bis 19 der alten Bek. kommen hier nicht in Frage, da im Hinblick auf die erforderliche Beschäftigungszeit vor der Entbindung eine auch nur teilweise Rückwirkung auf Entbindungsfälle ausgeschlossen ist, bei denen die Bezugszeit am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung bereits abgelaufen sein würde. § 20 der älteren VO. regelt eine hier nicht zur Erörterung stehende Frage. § 20 der VO. deckt sich mit § 21 der Bek. v. 23. April 1915, § 21 mit derjenigen des § 22 a. a. O. Die Bezugnahme auf § 10 der Bek. v. 28. Januar 1915 erübrigt sich im Hinblick auf § 8 Abs. 2. Die VO. ist mit dem Tage ihrer Verkündung im RGBl., d. h. dem 9. Juli d. J., in Kraft getreten.

Wortverzeichnis zu Band 1 bis 5.

(Die halbfetten Ziffern bedeuten den Band, die gewöhnlichen die Seite.)

A.

Abänderung des Zahlungsfristbeschlusses durch das Vollstreckungsgericht **1** 256.
Abdeckereien, Verarbeitung von Schlachtabfällen **4** 481.
Abdeckereifette **4** 520, 717.
Abernten des Brotgetreides **4** 106, 122.
Abfallfette, Bewirtschaftung **4** 373.
Abfälle der Buchweizenmüllerei **4** 475.
— von Fischen **4** 47.
— der Müllerei **1** 732, **4** 38, 466, 473.
— von Schuhwaren **5** 235.
— von Seesäugetieren **4** 47.
— der Stärkefabrikation und der Gärungsgewerbe **1** 732, **4** 38, 467, 473.
— tierische **4** 468, 474.
Abfertigung von unverarbeitetem Branntwein **4** 198.
Abfindung für Ausschlagung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses, Kriegssteuer **3** 310.
Abfindungsbrennereien **4** 197, 200.
Abführung von Geld usw. ins Ausland **1** 870, 874, 887, 894, 903.
Abgabe von Arzneimitteln **5** 259.
— von Eiern **4** 396.
— von Kartoffeln **4** 157, 164.
— von Kerzen **4** 716.
— von Mehl und Backwaren **4** 110, 111, 126.
— von Seife **4** 721.
— von Soda **4** 540.
— von Stroh **4** 493.
— von Süßstoff **4** 291.
— von Tabak **4** 558.
— von Zucker **4** 678.
— zur Deckung der Unkosten der Druckpapier-Kriegsstelle **4** 632.
Abgabebescheinigung **5** 219, 223, 232.
Abgaben, Erlaß **2** 232.
Abgabepflichtige Güter **5** 384.
Abgaberückvergütung nach dem BeförderungsStG. **5** 386.
Abgeordnete, Schutzhaft **5** 565.
Abholen von Speiseresten und Küchenabfällen **4** 490.
Abkehrschein **3** 812, **4** 839, 859, **5** 589ff., 628.
Abkeltern der Rückstände bei der Weintresterverarbeitung **4** 487.
Abkommandierung, Einfluß auf das Kriegsteilnehmerverhältnis **1** 82.
Abkürzung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung **2** 312, **3** 593.
Ablauf des 31. Juli 1914, Zahlungsfrist **1** 203.
Ablehnung, Anerkenntnisurteil im Falle der A. der Fristbewilligung **1** 237.
— Einstellung im Falle der A. des Zahlungsfristantrags durch das Prozeßgericht **1** 248f.
— der Vertragserfüllung während der Geschäftsaufsicht **5** 80ff.
— Anwaltsgebühr für den Antrag auf A. der Zahlungsfrist **1** 261.
— Beseitigung einer Verzugsfolge im Falle der A. einer Zahlungsfrist **1** 285, **3** 55.
— Beseitigung einer Verzugsfolge durch das Vollstreckungsgericht trotz A. des Prozeß- oder Amtsgerichts **1** 234f., 276, **3** 57.
— der Eröffnung des Hauptverfahrens wegen entschuldbaren Irrtums **4** 730.
Ablieferung, beschleunigte von Gerste und Hafer **2** 459.
Abnahmepflicht der Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte nach den Futterm.-VO. **4** 449, 458.
— des Kommunalverbandes **4** 105 (Gerste), 431 (Hafer), 155 (Kartoffeln), 448 (zuckerh. Futterm.).
— des Kriegsausschusses für Kaffee, Tee usw. **4** 45, 46, 302, 303, 305.
— des Kriegsausschusses für Öle und Fette **4** 48, 512.
— der Reichsgesellschaft für deutsches Milchkraftfutter **4** 490.
— der Reichsgetreidestelle **4** 106, 232.
— der Reichshülsenfruchtstelle **4** 214, 218, 225.
— der Reichs-Sackstelle **4** 610.
— der Reichsstelle für Gemüse und Obst **4** 236.
— der Reichsstelle für Papierholz **4** 641.
— der Reichszuckerstelle **4** 274.
— der Rohfettschmelzen und Sammelstellen **4** 373.
— der Spiritus-Zentrale **4** 201, 205.
— der Trockenkartoffelverwertungs-Gesellschaft **4** 33.
— der Verbrauchszuckerfabriken **4** 275.
— der ZEG. **4** 55 (Eier), 53 (Fleisch, Fleischwaren), 39 (Futtermittel, Hilfsstoffe, Kunstdünger), 30 (Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Futtermittel), 50 (Käse), 51 (Milch, Milchpulver), 36 (Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen), 678 (Zucker).

Abnahmepflicht der Zigarettenrohtabak-Einkaufsgesellschaft 4 59.
Abnahmestelle für Gemüse und Obst 4 236.
Abrechnungsstelle deutscher Ölmühlen 1 558.
— der Seifen- und Stearinfabrikanten 1 558.
— für Lack- und Farbenfabrikanten 1 558.
— s. auch Kriegsgesellschaften.
Abrechnungsverfahren nach dem BeförderungsStG. 5 384.
Abruf von Druckpapier 4 627.
Abrundung bei der Kriegssteuer 3 311, 440, 5 313.
— nach dem BeförderungsStG. 5 384.
Absatz von Branntwein aus Wein 4 700.
— von Brennesseln 4 564.
— von Buchweizen und Hirse 4 224.
— von Cumaronharz 4 547.
— von Dörrgemüse 4 237, 706.
— von Eiern 4 397.
— von Fischen u. Fischzubereitungen 4 352.
— von Fleischwaren 4 330.
— von Futtermitteln 4 457.
— von Gemüsekonserven 4 237.
— von Grünkern 4 232.
— von Hülsenfrüchten 4 213, 219, 222.
— von Kaffee 4 302.
— von Kakao und Schokolade 4 307.
— von Kalisalzen 4 607
— von Karpfen und Schleien 4 356.
— von Kartoffelerzeugnissen 4 178.
— von Leimleder 4 477.
— von Marmeladen 4 249.
— von Obstkonserven 4 249.
— von Obstwein 4 249.
— von Ölen und Fetten 4 511.
— von Rohfetten 4 374.
— von Rübensaft 4 290.
— von Saatgut v. Buchweizen usw. 4 702.
— von Saatkartoffeln 4 171.
— von Säcken 4 610, 613.
— von Schmierseife 4 534.
— von Seefischen 4 355.
— von Stroh, Häcksel und Heu 4 491.
— von Tee 4 303.
— von Vogelfutter 4 472.
— von Weißkohl 4 238, 240.
— von Zement 4 605.
— von Zichorienwurzeln 4 364.
— von zuckerh. Futtermitteln 4 448.
— von Zuckerrüben 4 274.
Abschlagspreis für Kartoffelerzeugnisse 4 180.
Abschreibungen 2 254, 3 301.
Absonderungsgläubiger 5 90.
Abteufen von Schächten 4 607.
Abtretung der Forderungen an die Kriegskasse aus der Überlassung von Pferden usw. 1 382ff., 3 122.
— A. und Zahlungsverbot 1 896.
— Einwirkung der LohnbschlVO. 2 130.
Abtretungsverbot 2 126, 128.
Abwälzung desWUSt. 4 795, 5 354.
Abwendbarkeit des Konkursverfahrens 1 332, 2 101, 4 748, 5 54.
Abwendung des Konkursverfahrens 1 326ff., 2 97ff., 3 108ff., 900ff., 4 747ff.
Abwesenheitspflegschaft im Falle des § 9 des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 135.
— zur Vertretung eines Kriegsteilnehmers 1 139, 449, 2 31.
Abwicklung von börsenmäßigen Zeitgeschäften 1 456, 3 156, 5 148.
Abzahlungsgeschäfte, Beseitigung der Verzugsfolgen 1 286.
Abzüge nach dem KStG. 3 435ff., 4 788, 5 305.
Ackerbestellung 1 535ff., 2 274ff.
— Sicherung der Ackerbestellung 1 541ff., 2 274.
Ackerbohne, Absatz 4 213, 223.
— Einfuhr 4 38.
— Preis 4 473.
— Saatgut 4 457, 702.
Agenten, Zahlung an inländische 1 395, 2 412, 3 718.
Agiohandel, Verbot des A. mit Reichsgoldmünzen 1 371f., 4 782.
Ägirin 5 207.
Ägypten, Zahlungsverbot 2 416.
Ähren, Preis 4 466.
Akaroidharz s. Gummi accaroides.
Akte, Zulässigkeit der Einstellung für alle A. der Zwangsvollstreckung 1 242ff., 2 68.
Akteneinsicht im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 339, 2 105, 3 902, 5 94.
Aktien s. Seeschiffahrtsgesellschaften.
— Erleichterung der Einzahlung auf sie 5 294.
Aktiengesellschaft, Unterbrechung des Verfahrens 1 40ff.
— bei der Anstaltszwangsverwaltung 1 431.
— Kriegsgewinnsteuer 2 238, 3 312.
Akzeptkredit 1 525.
Albanien, Wareneinführung aus A. 4 25.
albanischer Tabak 4 559.
Algiertabak 4 559.
Alkohol, Herstellung 4 189ff.
Alkoholfreie Getränke, Herstellung 4 198.
Alpaka, Kettenhandel 4 772.
Altarkerzen 4 716.
Altenteiler, Versorgung mit Brotgetreide 1 591, 4 103, 119.
— mit Buchweizen und Hirse 4 224, 225, 228.
— mit Eiern 4 393.
— mit Fleisch 4 334.
— mit Grünkern 4 232, 233.
— mit Hülsenfrüchten 4 213, 214.
Altkupfer, Höchstpreis 4 572.
Altlederläger der RWeltSt. 5 236.
Altnickel, Höchstpreis 4 573.
Altona und Umgebung, Milchpreise 4 365.
Altschuldner, Rechtsstellung 3 76.
Aluminium, Höchstpreis 1 782, 2 298, 4 573.
— Erzeugnisse aus A., Höchstpreis 1 784, 2 298.
— s. Prägung.
Ameiseneier, Absatz 4 472.
Amendierungsrecht des Reichstages 2 145.

Ammoniak, schwefelsaures, Höchstpreis 1 781, 2 298, 4 17, 39.
Ammoniaksoda, Preis 4 539.
— Wucher 5 165.
Ammoniak-Superphosphat mit Kali 4 16, 39.
Amtsdauer der Mitglieder von Handwerkskammern 2 533.
Amtsgericht, Verfahren vor dem A. bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 231ff., 2 66, 3 41, 62, 86ff.
— bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 290ff., 2 76, 3 57, 63.
— s. auch Ablehnung, Mahnverfahren.
— als Mieteinigungsamt 5 133.
Amts wegen, von, Prüfung der Kriegsteilnehmereigenschaft v. A. 1 93ff., 2 23.
— Berücksichtigung des Vollstreckungsverbots während der Geschäftsaufsicht 1 348, 2 113, 3 115.
Analyse von Futtermitteln 4 455, 470, 476
— von Knochenfetten usw. 4 521.
Anbau von Zuckerrüben 4 447.
Anbauverträge 2 287.
Änderung der Höchstpreise nach der Straftat 1 760, 2 172, 3 171, 5 156.
— der Kostengesetze 3 777ff., 4 826, 5 556.
Anerkennung, sofortige, Kostenfolge 5 84.
Anerkenntnis der Forderung bei Zahlungsfristen 1 218, 2 72, 3 87, 5 34.
— s. auch die nächsten beiden Worte.
Anerkenntnisforderung aus der Überlassung von Pferden usw. an die Kriegskasse 1 383.
Anerkenntnisschein über Forderungen aus der Überlassung von Pferden usw. gegen die Kriegskasse 1 384.
Anerkenntnisurteil in dem Verfahren vor dem Amtsgericht bei Zahlungsfristen 1 236f., 2 66.
— Anfechtung wegen der Zahlungsfrist 3 63, 91.
— bei Beseitigung einer Verzugsfolge 1 291, 3 63.
— Gebühren im Falle der Erledigung des Rechtsstreites durch A. 1 273, 2 72, 3 52.
Anfangspunkt der Zahlungsfrist 1 219.
Anfechtbarer Erwerb eines Kriegsteilnehmers, Zwangsvollstreckung 2 29.
Anfechtbarkeit und Geschäftsaufsicht 1 358, 2 120.
Anfechtung gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16, 5 9.
— der Entscheidungen im Falle der Unterbrechung des Verfahrens 1 100, 2 24.
— der Entscheidung über den Aussetzungsantrag 1 151, 2 48.
— des Urteils über die Zahlungsfrist 1 225ff.
— des Einstellungsbeschlusses des Vollstreckungsgerichts 1 256f., 2 69.
— des Urteils über die Beseitigung einer Verzugsfolge 1 290.
— der Entscheidung im Fall des § 3 der Bekanntmachung vom 18. August 1914/20. Mai 1915 1 295.
Anfechtung der Todeserklärung 3 130.
— des Zwangsvergleichs 5 119.
Anfechtungsfrist, Ruhen während der Geschäftsaufsicht 5 125, s. Anfechtung.
Anfechtungsklage, Zahlungsfrist 2 62.
Anfechtungsrecht nicht bevorrechtigter Gläubiger während der Geschäftsaufsicht 1 346, 2 112, 3 909, 5 73.
Anfertigung von Kleidungs- und Wäschestücken, Stoffverbrauch 5 254.
Anforderung des Mehlbedarfs 4 108.
Anfuhr von Weintrestern 4 488.
Angehörige der bewaffneten Macht, Todeserklärung 3 129, 136.
— feindlicher Staaten, Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung 4 806.
Angehörige der Wirtschaft, Versorgung mit Brotgetreide 1 591, 4 118, 132.
— mit Buchweizen und Hirse 4 225, 228.
— mit Eiern 4 393.
— mit Fleisch 4 334.
— mit Grünkern 4 233.
— mit Hülsenfrüchten 4 214, 217.
— mit Kartoffeln 4 157.
— mit Kohlrüben 4 184.
— mit Milch 4 379.
Angestelltenausschuß nach dem HDG. 4 844ff., 5 600, 638.
Angestelltenversicherung 1 811ff., 828, 2 305ff., 3 575ff., 591ff., 4 807, 5 445.
— der Hilfsdienstpflichtigen 5 643, 656. 3 4, 5 4.
— Hilfsdienst der Beamten 5 633.
— Anrechnung militärischer Dienstleistungen in der A. 1 829.
— während des Krieges 2 309.
— Abkürzung der Wartezeit 2 312, 3 593.
Angestellter als Kriegsteilnehmer 1 66.
Anhängigkeit des Rechtsstreits, Unterbrechung des Verfahrens 1 31ff., 2 8, 3 4, 5 4.
— vor den ordentlichen Gerichten bei Zahlungsfristen 1 188ff., 2 59, 3 46, bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 278, 3 55.
Anhörung von Verwandten und anderen Personen vor Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 142.
— des Gläubigers bei Zahlungsfristen 1 124, 252f., 2 65, 69.
Ankauf des Haferbedarfs 4 438.
Anlegungskosten, Rang bei der Zwangsversteigerung 1 435.
Anlieger-Beiträge s. Straßenanliegerbeiträge.
Anmeldepflicht s. Anmeldung.
Anmeldung ausländischer Zahlungsmittel und Kredite und von Forderungen gegen das Ausland 4 784.
— des Kartoffelbedarfs 4 155, 163.
— des Sädebedarfs 4 611.
— des Zuckerbedarfs 4 267.
— feindlichen Vermögens 2 424ff., 3 727ff., 5 515, 526.
— von Gemüse und Obst 4 236.
— von Vermögen Landesflüchtiger 3 729

Anmeldung von Auslandsforderungen 3 1025, 5 534.
— von Wertpapieren 3 281.
— zur Warenumsatzsteuer 3 467, 498, 512.
— nach dem KohlenStG. 5 389, 403ff.
Anmeldungsbuch 5 386.
Anordnung vorläufiger Sicherungsmaßregeln im Falle des Konkurses 1 122.
— vorläufige im Zahlungsfristverfahren 3 58, 63.
— im Verzugsfolgenbeseitigungsverfahren 3 63.
— im Verfahren betr. Einstellung der Zwangsversteigerung 3 96, 5 41.
— Erlaß einer einstweiligen A. des Vollstreckungsgerichts 1 295.
— der Geschäftsaufsicht 1 335, 2 102, 3 110, 900, 5 95.
— der pol. Zwangsverwaltung 1 882, 5 511.
Anrechnung der Militärdienstzeit 2 308, 3 588, 5 442.
— von Kriegsjahren 2 531, 3 809, 4 838, 5 563.
— der Schutzhaft 5 568.
— des Hilfsdienstes auf das Dienstalter der Staatsbeamten 5 621.
Ansässiger Handel, Berücksichtigung 4 107, 122, 133.
Anspruch, Unterbrechung des Verfahrens 1 31.
— nicht vermögensrechtlicher 1 140.
— Geltendmachung während der Kriegszeit 1 171ff., 2 56, 3 43ff., 4 740ff., 5 20ff.
— aus § 626 HGB. 1 205.
— wegen Beschädigung der Mietsache 1 206.
— aus einer Hypothek 3 73, 5 28.
— Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen A. 1 381, 2 126ff., 3 122.
Ansiedlung von Kriegsinvaliden 2 323.
Anstalt, kommunale, als Einigungsamt 1 416.
— gemeinnützige, als Einigungsamt 1 416.
Anstalts-Bedienstete s. Bedienstete.
Anstalts-Zwangsverwaltung 1 424, 413f., 2 154.
Ansteckende Krankheit, Zusatzseifenkarte 4 531.
Anstreichen mit Ölfarben 4 524.
Antimon, Höchstpreis 1 782, 4 573.
Antrag auf Konkurseröffnung, Unzulässigkeit der Stellung durch den Gläubiger 1 122, 2 29.
— auf Bestellung eines Vertreters, Antragsberechtigter 1 141, 2 33, 3 17, 4 736, 5 10, Inhalt 1 141f., 3 17, 4 736.
berechtigter 1 141, 2 33, Inhalt 1 141f., 3 17, 4 736.
— Können Kriegsteilnehmer den A. auf Zahlungsfrist stellen? 1 193, 3 60.
— des Schuldners auf Fristbewilligung 1 216f., 2 64, 3 62.
— Gilt für den A. auf Zahlungsfrist der Grundsatz der Mündlichkeit und der Anwaltszwang? 1 216f.
— Zurücknahme 2 65.
— des Gläubigers auf Erlaß des Anerkenntnisurteils 1 236.
— Würdigung des A. auf Einstellung durch das Vollstreckungsgericht 1 253f.
— Anwaltsgebühr für den Zahlungsfrist-A. 1 261.
— auf Bewilligung einer Zahlungsfrist nach der HypVO. 5 31.
— auf Versagung des Zuschlags 3 97, 5 43, 47.
— auf Anordnung der Geschäftsaufsicht; wer hat ein Recht zum A.? 1 333, 2 102, 5 55.
— auf Zwangsvergleich 5 101, 106, 114.
Antragsgrundlagen für das Geschäftsaufsichtsverfahren 1 334.
Antragsrecht in der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 3 585.
— nach dem Kriegsschädengesetz 3 686, 5 492, 507.
Anwalt s. Anwaltsgebühr u. Anwaltszwang.
Anwaltsgebühr für den Zahlungsfrist-Antrag 1 261, 3 64.
— für den Streit über die Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 261ff., 3 64.
— im Falle des amtsgerichtlichen Verfahrens 1 268.
— unterliegt nicht der Ermäßigung nach § 6 der Zahlungsfristverordnung 1 274.
— für Beschluß im Mietfortsetzungsstreit 2 131.
Anwaltskammer, Beschlußfähigkeit des Vorstandes 3 778.
Anwaltszwang bei der Aussetzung des Verfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 106.
— Gilt er für den Zahlungsfristantrag? 1 216ff.
— Gilt er für den Einstellungsantrag? 1 252.
— bei der Beseitigung von Verzugsfolgen 1 288.
Anwartschaften aus der Krankenversicherung 1 814, 2 306, 3 576, 581, 5 438, 441.
— aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung 2 306, 5 442.
Anweisung s. Zahlungsmittel.
Anzeige an die Militärbehörde 2 31, 3 16, 4 736.
Anzeigepflicht, bei der Vorratserhebung 4 67, 73, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 305, 307, 692, 694.
— nach der BranntweinVO. 4 188, 202, 205.
— nach der BucheckernVO. 4 516.
— nach den BuchweizenVO. 4 225, 703.
— nach der CumaronharzVO. 4 544, 723.
— nach der DruckfarbenVO. 4 727.
— nach den DruckpapierVO. 4 622 627, 631, 633.
— nach den EinfuhrVO. 4 32 (Butter), 55 (Eier), 62 (frische Fische), 39 (Futtermittel, Hilfsstoffe, Kunstdünger), 30 (Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Futtermit-

tel), 44 (Kaffee), 42 (Kakao), 41 (Kartoffeln), 32 (Kartoffelerzeugnisse), 50 (Käse), 34 (Margarine), 57 (Milch, Milchpulver), 61 (Obst, Gemüse), 47 (Öle und Fette), 36 (Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen), 49 (Schmalz), 45 (Tee), 52 (Vieh, Fleisch, Fleischwaren), 60 (Walnüsse, Haselnüsse), 58 (Zigarettenrohtabak), 678 (Zucker).
Anzeigepflicht nach den FleischVO. 4 329, 330, 334.
— nach der FuttermVO. 4 448, 450, 458, 464.
— nach der GersteVO. 4 405.
— nach der GrünkernVO. 4 232.
— nach der GummisaugerVO. 4 562.
— nach der HaferVO. 4 431.
— nach den HarzVO. 4 544, 723
— nach der HülsenfruchtVO. 4 213, 224.
— nach der KaffeeVO. 4 301.
— nach den KnochenVO. 4 520, 522, 719.
— nach der KohlrübenVO. 4 184.
— nach der LeimVO. 4 551.
— nach der LeimlederVO. 4 476.
— nach der MineralölVO. 4 715
— nach der ÖlVO. 4 511, 512.
— nach der ÖlfruchtVO. 4 505.
— nach der PapierholzVO. 4 642.
— nach der PetroleumVO. 4 599.
— nach der SackVO. 4 609.
— nach der SchaltierVO. 4 690.
— nach der SchwefelVO. 4 591.
— nach den TabakVO. 4 559.
— nach der TeeVO. 4 303.
— nach der TrockeneinrichtVO. 4 671.
— nach der WeintresterVO. 4 486.
— nach der WertpapierVO. 5 291.
— nach der ZementVO. 4 605.
— nach der Zichorienw.VO. 4 304.
— nach der ZuckerVO. 4 266, 268.
Äpfel, Einfuhr 4 25.
— Herstellung von Obstkonserven und Obstwein 4 249.
— Höchstpreise 4 260.
— Keltern 4 250.
— Verarbeitung 4 249.
— Verträge über den Erwerb 4 249.
— Zollerleichterung 2 276.
Apotheken, Abendschluß 4 602.
— Abgabe von Arzneimitteln 5 260.
— Abgabe von Kampfer 4 720.
— Vertrieb von Gummisaugern 4 562.
— Verwendung von Branntwein 4 198,
— von Lein- und Olivenöl 4 527.
Apotheker, Versorgung mit A. 1 830.
— Hilfsdienst 5 633.
Arbeiter s. Beschäftigungsbeschränkung, Unterstützung.
Arbeiterausschuß 3 813, 4 844ff., 860, 5 600, 638.
Arbeiterpersonenverkehr 5 359.
Arbeiterschutz 1 797, 2 299, 3 567ff., 4 797, 5 431ff.
Arbeiterversicherung 1 811ff., 2 305ff., 3 575ff., 4 801ff., 5 437ff.
— Hilfsdienst der Beamten 5 633.
Arbeitgeberhilfen, Anrechnung auf die FamU. 5 476, 477.
Arbeitserzeugnisse deutscher Gefangener in der Schweiz 4 687.
Arbeitskolonne, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 90.
Arbeitskräfte, Beschaffung und Verteilung 1 796ff., 2 299ff., 3 567ff., 4 797ff., 5 431ff.
Arbeitsleistung, FamU. Angehöriger zur A. entl. Heerespfl. 5 479.
Arbeitslohn, Anspruch auf ihn 2 46.
Arbeitslosigkeit, Linderung 1 801, 2 302, 3 571, 5 435.
Arbeitsnachweis 1 797, 3 571, 5 623.
Arbeitsochsen, Haferzulage 4 440ff.
Arbeitspferde, Haferzulage 4 441.
Arbeitsverträge der Hilfsdienstpflichtigen 5 617.
Arbeitszeit, Einschränkung 2 304, 3 572.
— Beschränkung der A. der Bäckereien 4 146, 148.
Armenpflege, Verhältnis zur Kriegsfürsorge 2 364.
Armenrecht bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 227.
Armenrechtsgesuch, Aussetzung des Verfahrens 1 24f., 2 5, 5 4.
Armenzeugnis 2 466, 519.
Armierung einer Festung, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 91ff., 2 23, 51, 54, 3 8.
Armierungsbataillon, Kriegsteilnehmerverhältnis 2 19.
Arrak 4 206.
— Wucher 5 165.
Arrest, Unterbrechung des Verfahrens 1 25ff., 2 6, 3 3.
— im Falle des § 1 der Verordnung vom 14. Januar 1915 1 140.
— bei Zahlungsfristen 1 186, 242, 2 59.
— und Gegenmoratorium 1 309, 318, 3 105.
— beschränkte Zulässigkeit von A. während der Geschäftsaufsicht 1 340, 2 107, 112, 3 110, 114, 5 69, 70.
— und Zahlungsverbot 1 897.
— Verbot bei Beschlagnahme 4 103, 287, 362, 405, 431, 554, 642.
— in das vom Treuhänder verwaltete Vermögen 5 515.
Arresthypothek, Anwendung der HypVO. 3 74.
Art der Zustellung der Klage 1 37ff., 2 8.
Arznei, Verwendung von Kampfer 4 720.
— Verwendung von Süßstoff 4 291, 292.
— Verwendung von Zucker 4 267.
— Wucher 5 165.
Arzneimittel, Ausfuhrverbot 1 920.
— Ankündigung 5 260.
— Handel 5 259.
Arzneimittelfabriken, Verwendung von Branntwein 4 198.
Arzneimittelstoffe, Beschränkung des Verkehrs 4 527.
Ärzte als Kriegsteilnehmer 1 83, Versorgung mit A. 1 830.

Ärzte, Anweisung zur Verabfolgung von Kresolseifenlösung und Kampferöl 4 527, von Kampfer 4 720.
— Benutzung von Motorbooten 4 528.
— Hilfsdienst 5 633.
— Verabfolgung von Branntwein usw. 4 198, 699.
— Zusatzseifenkarte 4 531.
Ärztliche Behandlung als Leistung der Wochenhilfe 1 850, 2 348, 3 625.
Ärztliche Instrumente und Geräte, Ausfuhrverbot 1 920.
Äthyläther s. Eingangszoll.
Aufbereitung von Kohle 5 387, 399.
Aufbewahrungspflicht nach der ApfelVO. 4 260.
— nach der BranntweinVO. 4 201.
— nach der BrotgetrVO. 4 106, 108.
— nach der BucheckernVO. 4 516.
— nach der BuchweizenVO. 4 225.
— nach der CumaronharzVO. 4 547.
— nach den EinfVO. 4 32 (Butter), 4 55 (Eier), 4 30 (Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Futtermittel), 4 33 (Kartoffelerzeugnisse), 4 34 (Margarine), 4 57 (kondens. Milch, Milchpulver), 4 36 (Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen), 4 49 (Schmalz), 4 53 (Vieh, Fleisch, Fleischwaren) 4 678 (Zucker).
— nach den FleischVO. 4 33.
— nach der GersteVO. 4 467.
— nach der GrünkernVO. 4 233.
— nach der HaferVO. 4 433.
— nach der HülsenfruchtVO. 4 214, 221.
— nach der KaffeeVO. 4 362.
— nach der KartoffelVO. 4 164, 167.
— nach der KnochenVO. 4 518, 717.
— nach der KohlrübenVO. 4 185.
— nach der KriegsbedarfsVO. 5 546.
— nach der ÖlVO. 4 512.
— nach der ÖlfruchtVO. 4 505.
— nach der PetroleumVO. 4 599.
— nach der SackVO. 4 610.
— nach der StrohVO. 4 492.
— nach der TeeVO. 4 303.
— nach der Wein-BranntweinVO. 4 701.
— nach der WeintresterVO. 4 485, 487.
— nach der ZichorienwVO. 4 304.
— nach der ZuckerhFuttermVO. 4 448.
Aufbringung des Zuckers 4 274.
— des Schlachtviehs 4 328.
— der Speisefette 4 301.
Aufenthalt, Aufgabe, Bedeutung für die Kriegssteuer 3 312, 444, 5 319.
Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes 3 809, 4 837, 838, 5 563, 564.
Aufenthaltswechsel, FamU. 5 477.
Aufforderung zur Höchstpreisüberschreitung 3 164, 4 143.
— zu Preisangeboten 5 197.
— zum Wucher 3 192, 5 186.
Aufgebotsfrist 3 129.
Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Todeserklärung 3 129, 143.
Aufhebung der Vollstreckungsmaßregeln 1 223, 2 63, 3 48, 63.
— der Einstellung der Zwangsversteigerung 3 95, 4 755, 5 40.
— der Todeserklärung 3 130, 145.
— des Geschäftsaufsichtsverfahrens 1 366, 2 125, 4 751, 5 120.
— des Zwangsvergleichs 5 120.
Aufkäufer, Einkaufszeit 2 295.
— von Säcken 4 613ff.
Aufklärung des Sachverhalts im Geschäftsaufsichtsverfahren 5 93.
Aufrechnung und Gegenmoratorium 1 308.
— während der Geschäftsaufsicht 1 350, 2 113, 3 115, 5 78ff..
— A. und Zahlungsverbot 1 896, 3 720.
— Einwirkung der LohnbschlVO. 2 130.
Aufrechnungsverbot 2 126, 128.
Aufschnitt, Verabfolgung an fleischlosen Tagen 2 289, 4 315, 316, 337.
Aufschriften auf fettlosen Wasch- und Reinigungsmitteln 4 538.
— mit Lichtreklamen 4 602.
Aufsichtsamt für Privatversicherung 1 870, 881.
Aufsichtsfreies Vermögen 5 69.
Aufsichtsperson bei Anordnung der Geschäftsaufsicht als Kriegsteilnehmer 1 66.
— im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 337ff., 2 104ff., 3 109ff., 900ff., 5 56ff., Anfechtungsrecht 1 358, Amtsbeginn 1 338, 3 110, Auskunftsrecht 1 357, 2 120, 3 900, Auskunftspflicht 2 105, 5 60ff., Auslagen 1 356, 2 118, 3 117, 5 98, Auswahl 1 337, 2 104, 3 109, 903, 5 95ff., Bestallung 5 97, Bestellung 5 95, Entlassung 1 357, 2 118, Geltendmachung des Vollstreckungsverbots durch die A. 1 350, Mehrheit 1 337, 2 104, 5 96, Rechtsstellung 1 352, 3 116, 903, 5 56ff., Überwachungspflicht 1 352, 1 115, 903, 5 56ff., Unterstützungspflicht 1 352, 2 115, 5 56ff., Verantwortlichkeit 5 97, Vergütung 1 356, 2 118, 903, 5 98, Verwendung der Mittel durch die A. 1 361, 2 121, 3 903, 5 66; s. auch Geschäftsführung, Zustimmung.
— bei der Schuldnerzwangsverwaltung 1 428f., 2 151ff.
— für eine ausländische Unternehmung, Rechtsstellung 1 873, 2 405, Aufgaben 1 873, 2 405, Recht auf Gehorsam 1 874, auf Auskunft 1 870, auf Büchereinsicht 1 870, Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen ihrer Handlungen und Unterlassungen 1 940.
Aufsichtsrat der Geschäfts-Abteilung der Reichsgetreidestelle 4 105.
— der Reichskartoffelstelle 4 155.
— der Geschäftsabteilung der Reichsstelle für Speisefette 4 362.
— der Reichsstelle für Druckpapier 4 640.
Aufstrichmittel, zuckerhaltige 4 300.
Ausbacken anderweit hergestellter Kuchenteige und Tortenmassen 4 151.

Ausbesserung von Schuhwaren 4 776, 5 202.
Ausbleiben, amtsgerichtliches Verfahren beim A. einer der beiden Parteien 1 232ff.
Ausdreschen 1 590, 695, 706, 4 102, 103, 106, 107, 122, 131, 214, 226, 405, 431.
Auseinandersetzungsbehörden, gilt das KTSchG. im Verfahren vor ihnen? 2 4.
Ausfertigung landgerichtlicher Urteile 2466.
Ausfuhr von Kartoffeln 4 171.
— von Rüben 4 257, 258.
Ausfuhrverbote 1 919ff., 2 201, 3 197, 201, 268.
Ausgabe von Teilschuldverschreibungen und Vorzugsaktien 5 276.
Ausgleich der Preise für inländische und ausländische Butter 4 371.
— bei der Haferverbrauchsregelung 4 434.
Ausgleichung des Kartoffelbedarfs 4 167.
Aushang von Preisen in Verkaufsräumen des Kleinhandels 1 739, 2 180.
Aushang der BackVO. 4 147.
— der FleischwarenVO. 4 313, 315, 318, 326, 337.
— der KäseVO. 4 389.
— der KuchenVO. 4 151.
— der RohfettVO. 4 373.
— der SüßigkeitenVO. 4 295.
— der Preisberechnung für Ausbesserung von Schuhwaren 4 776.
Auskloppfmehl, Preis 4 466.
Auskunftspflicht bei der Vorratserhebung 4 67.
— der Bäcker 4 147.
— der Konditoren 4 151.
— nach der BranntweinVO. 4 201.
— nach der BrotgetreideVO. 4 106.
— nach der BuchweizenVO. 4 225.
— nach der CumaronharzVO. 4 547.
— nach der DevisenVO. 4 784, 785.
— nach der DruckpapierVO. 4 623, 624, 628, 631, 632, 634, 726.
— nach der EierVO. 4 393.
— nach den FleischVO. 4 315, 318, 321, 330.
— nach der GemüseVO. 4 247, 248.
— nach der GrünkernVO. 4 225.
— nach der HaferVO. 4 435.
— nach der HülsenfruchtVO. 4 214.
— nach den KartoffelVO. 4 164, 172, 173, 179, 181.
— nach der GersteVO. 4 408, 410.
— nach der KäseVO. 4 389.
— nach der KohlrübenVO. 4 175.
— nach dem KohlenStG. 5 389.
— nach der MineralölVO. 4 715.
— nach der ObstVO. 4 250.
— nach der RVerkStBefugnisVO. 5 251.
— nach der ReichsfuttermittelVO. 4 501.
— nach der SackVO. 4 610.
— nach der SchuhhandelsgesellschaftsVO. 5 248.
— nach der SchuhherstgesellschaftsVO. 5 248.
— nach der SchuhsohlenVO. 4 773.
— nach der SüßigkeitenVO. 4 295, 297.
— nach den TabakVO. 4 559.
Auskunftspflicht nach der TreuhänderVO. 5 515.
— nach der ÜbergangswirtschVO. 4 644.
— nach dem WarenumsatzstempelG. 3 468, 485.
— nach der Wein-BranntweinVO. 4 701.
— nach der WertpapierVO. 5 290.
— nach der ZementVO. 4 605.
— nach den ZuckerVO. 4 277, 278.
Auslagenvorschuß 1 152, 2 49, 103, 3 30.
Ausland, Geltendmachung von Ansprüchen durch Personen, die im A. ihren Wohnsitz haben 1 301ff., 937, 2 82ff., 3 102, 5 44.
— Bilanzen von Aktiengesellschaften, die dort Vermögen haben 1 442.
— Fälligkeit im A. ausgestellter Wechsel 1 407, 4 753, 5 131.
— Lieferung dorthin, Warenumsatzstempel 3 466, 481ff.
— Aufenthalt, Bedeutung für die KrankenV. 2 306, 3 576, 578, 1018.
— i. S. der Einfuhr- und DurchfuhrVO. 4 29, 32, 35, 41, 47, 49, 60, 277.
— Zahlungsverkehr 4 783ff., 5 277.
— Veräußerung von Seeschiffahrtsaktien dorthin 3 1017, 5 428.
— Kriegsschäden 2 371, 3 642, 5 491.
— s. VaterlPD.
Ausländer 1 279.
— Darf einem A. eine Zahlungsfrist bewilligt werden? 1 189ff., 2 59, 3 81.
— Geschäftsaufsicht über A. 1 330.
— Anwendung der Patenterleichterungsvorschriften auf A. 1 464, 2 196, 3 259.
— KrankenV. 3 582, 4 801, 5 440.
Ausländische(r, s) Backware 4 148.
— Branntwein 4 202, 205.
— Brennessseln 4 564.
— Bucheckern 4 517.
— Butter 4 340, 354, 371ff.
— Fett 4 340, 346.
— Futtermittel 4 450, 459.
— Geldsorten 2 233.
— Gerichte, Kostenentscheidungen 2 533.
— Gesellschaft, Kriegsgewinnsteuer 2 256, 3 302, 314, 446, 5 324.
— Grund- und Betriebsvermögen, Kriegssteuer 3 310, 437, 5 307.
— Grundstücke 5 310.
— Gummisauger 4 562.
— Hafer 4 435.
— Harz und Harzprodukte 4 544.
— Kartoffeln 4 175.
— Knochen, Rinderfüße, Hornschläuche 4 519, 717.
— Leimleder 4 479.
— Mehl und Brotgetreide 4 110, 127, 134.
— Noten 2 233.
— Öle und Fette 4 514.
— Ölfrüchte 4 506.
— Recht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 192f.
— Säcke 4 610.
— Schlachtvieh 4 313, 319.
— Schweine 4 346.
— Schweinefleisch 4 340, 346

Ausländische(r, s) Speck 4 346.
— Stroh 4 493.
— Tabak 4 554.
— Unternehmung, s. Überwachung, Vertreter, Aufsichtsperson.
— Urteile, Vollstreckung ausl. Urt. und Gegenmoratorium 1 319.
— Ware, Warenumsatzst. 3 481, 508.
— Weintreiber 4 485, 488.
— Wertpapiere 5 290, Stempelpflicht 3 1016, 5 290, Stempelbefreiung für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte 5 290.
— Wurstwaren 4 346.
— Zahlungsmittel 2 233, 3 271, 4 782ff.
— Zucker 4 277, 678.
— Zwiebeln 4 256.
Auslandsforderungen, Anmeldung 3 1025, 5 534.
— im Zwangsvergleich 5 102.
Auslandsguthaben 5 281.
Auslandsverkehr, Frachturkundenstempel 3 528.
Auslandware, Höchstpreis 5 149.
Auslandswechsel, Was ist unter einem im A. ausgestellten Wechsel zu verstehen? 1 412.
Auslegungsgrundsätze zum Warenumsatzstempel G. 3 503.
Auslesekosten, Zuschlag zum Kaufpreis 2 169.
Ausmahlen von Brotgetreide 1 581, 595, 616, 2 283, 4 102, 109, 125, 133, 138.
Ausnahmen vom Gegenmoratorium 1 321, 2 96.
Ausnutzung der Kriegsnot 3 187, 4 765.
Ausprägung von Fünfpfennigstücken aus Eisen 2 200, 3 267.
— von Zehnpfennigstücken aus Eisen 2 201, 3 265, 267.
— s. Prägung.
Ausputzgerste 4 410, 460, 464, 471.
Ausschank von Branntwein 1 859, 362, 4 811.
Ausscheiden aus der Genossenschaft 1 464.
Ausschließung des Verfalles eines Pfandes 1 285f.
Ausschluß der Öffentlichkeit für Patente 4 778, 5 265.
Ausschlußfrist gegen einen Kriegsteilnehmer 1 132ff., 3 15, 5 9.
— und EntlastungsVO. 5 555.
Ausschlußurteil 3 130.
Ausschuß des Kommunalverbandes zur Durchführung der Brotverkehrsregelung 1 584, 4 111, 134.
— für Konfektionsnotarbeit 1 801, 2 302 3 571.
— zur Feststellung von Kriegsschäden 3 645.
— nach dem G. über den Vaterl. Hilfsdienst 3 811, 898, 4 841, 5 575.
— zur Festsetzung der Übernahmepreise für eingeführte Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelfabrikation 4 4, 33.
— zur Festsetzung der Übernahmepreise für eingeführte Futtermittel, Hilfsstoffe und Kunstdünger 4 4.
— zur Festsetzung der Übernahmepreise für Rohfette 4 4.
— zur Entscheidung von Streitigkeiten bei der Einfuhr von Kartoffeln 4 4, von Getreide, Hülsenfrüchten, Mehl, Futtermitteln 4 30, von Butter 4 32, von Futtermitteln, Hilfsstoffen, Kunstdünger 4 40, von Kartoffeln 4 42, von Kakao 4 43, von Schmalz 4 49, von Eiern 4 55, von kondens. Milch und Milchpulver 4 57, von Zigarettenrohtabak 4 59.
— ständiger nach der CumaronharzVO. 4 547.
— der Kriegswirtschaftsstelle für Druckpapier 4 628.
Außenarbeit s. Gefangene.
Außenbeleuchtung, Einschränkung 4 603.
Außerhebungstellung der Kriegssteuer 3 447, 5 325.
Außerkraftsetzung des Vollstreckungsverbots 1 118f.
— von Betriebsvorschriften 1 808, 5 436.
Außerkrafttreten der Bundesratsverordnungen 2 146.
Außerkurssetzung der Zweimarkstücke 5 274.
Außerordentliche Kriegsgerichte 2 523, 3 776.
— Entlastung 3 777.
Außerverfolgungsetzung wegen entschuldbaren Irrtums 4 730.
Aussetzung des Verfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 105ff., 2 25ff., 51 3 10, 34, 5 7, 16.
— desgl. gegen einen Kriegsflüchtling 4 751.
— des Konkursverfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 123ff., 2 29ff.
— Unanwendbarkeit des § 2 der Verordnung vom 14. Januar 1915 auf frühere A. 1 151.
— Wiederaufhebung 2 25, 3 10, 36.
— des Aufgebotsverfahrens 3 130, 144.
Aussetzungsantrag, Stellung des A. durch den nach § 1 VO. v. 14. Januar 1915 bestellten Vertreter 1 150, 2 33, 3 17.
— als Geltendmachung i. S. des Gegenmoratoriums? 5 47.
— Entscheidung über den A. und ihre Anfechtung 1 151, 2 48, 3 28.
Aussicht auf Behebung des Grundes der Geschäftsaufsicht oder auf Vergleich 5 54.
Aussonderungsgläubiger 5 89.
Ausstattung, Kriegssteuer 3 437, 5 309.
Ausstellung von Bezugsscheinen 5 201.
Aussteuer (Bekleidungsstücke) 3 242, 5 225.
Auswärtige Banken, Anwendung des Zahlungsverbots auf a. B. mit inländischen Niederlassungen 1 909, 5 521.
Ausweiskarte über die Erlaubnis zum Eierhandel 4 392.
— desgl. zum Sackhandel 4 615.
Auszahlung 3 272, 4 783.
Auszahlungen, ausländische 2 233.
Auszüge von Früchten, Herstellung 4 198.

Automobilkorps, Kaiserliches, Mitglieder als Kriegsteilnehmer 1 82.
— Bayerisches, Mitglieder als Kriegsteilnehmer 1 91.

B.

Bäckerei, Verabfolgung von Sahne 4 381.
Backpulver 4 150.
Backsteinkäse, Preis 4 387.
Backwaren, Abgabe 4 110, 111, 126.
— Bereitung 1 625, 2 284, 4 145ff., 697.
— Gewicht 4 110.
— Größe 4 110.
— Preis 4 110.
— Zusammensetzung 4 110.
Badeanstalten, Webwarenbedarf 5 201.
Badeartikel 3 239.
Bäder, Lieferung, Warenumsatzst. 3 503.
Badewäsche 5 233.
Bäffchen 5 205.
Baggergut, Beförderung 5 360.
Bahnhofskommandant als Kriegsteilnehmer 1 89.
Bananenkakao, Bestandsaufnahme 4 306.
Bandagen 3 239, 5 205.
Bänder 3 238, 5 204.
Bankgesetz, Änderung 1 477.
Banknoten 1 470.
— keine Waren 3 466.
— s. Zahlungsmittel.
Barbiere, Seifenverbrauch 4 532.
Bares Geld, Schadenfeststellung 5 494.
Bargebot bei der Zwangsversteigerung, Zahlung 5 295.
Bargeldloser Zahlungsverkehr 3 292ff.
Basmatabak, italienischer 4 559.
Batist 5 206.
Baudarlehn aus dem Wohnungsfürsorgefonds 1 527.
Bauernpflaumen, Höchstpreise 4 258.
Bauholz, belgisches 4 25.
— französisches 4 25.
— russisches 2 276, 4 24.
Baumwolle, Kettenhandel 4 772.
Baumkuchen 4 151.
Baumwoll-Abrechnungsstelle 1 559.
Baumwollene Stoffe 5 205, 206.
Baumwollgarn-Abrechnungsstelle 1 559.
Baumwollöl, Preis 4 511, 512.
Baumwollsaatkuchen, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 474.
Baumwollsäcke, Übernahmepreis 4 613.
Baumwollsamen, Verwertung 4 506.
— Preis 4 507.
Baumwollsamenöl, Verwertung 4 511.
— Preis 4 512.
Bauschäden, Feststellung 3 693, 5 494, 496.
Baustoffe, Beförderung 5 360.
Bayerisches Kriegszustandsgesetz, Zulässigkeit von Strafbefehlen 2 521.
Beamte, Geschäftsaufsicht über B. 1 330.
— vermißte 3 149.
Bedarf, täglicher s. Gegenstände.
Bedarfsanteil s. Zucker 4 266, 272, 676.
— s. Tabak 4 557.
Bedeutung der Aussetzung des Verfahrens 1 123ff.
— der gerichtlichen Zahlungsfrist 1 179ff., 2 59.
— der Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 239.
— der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 426f., 2 149.
Bedienstete einer Anstalt bei der Anstalts-Zwangsverwaltung 1 431f.
Bedingte Fristbewilligung 3 58, 59, 62, 84ff., 5 33.
Bedrohte Gebiete i. S. des Kriegsschädengesetzes 3 691, 5 495.
Bedrucken von Webwaren 5 201.
Beendigung der Instanz 4 826, 5 556, 557.
Bedingter Vorsatz 2 169, 281, 284.
Beeren, s. Branntwein.
Beerenwein, Zuckerverwendung 4 268.
— Süßstoffverwendung 4 291, 292.
Beförderung eigener Waren in eigenen Schiffen 3 528.
Beförderungskosten sind in den Höchstpreis eingeschlossen 4 142, 183, 215, 227, 233, 257, 300, 344, 373, 411, 445, 479, 486, 549, 591, 604, 703.
Beförderungspreis 5 360, 383.
Befreiung s. Hypothekenpfandbrief und Reichsstempelabgabe.
— von der Kriegssteuerrücklagepflicht 3 302.
— nach dem Warenumsatzstempelgesetz 3 466, 481ff., 486ff.
Befreundeter Staat 3 129, 136.
Befriedigung, Anwendung des § 2 der Zahlungsfristverordnung in den Fällen der B. ohne gerichtliches Verfahren 1 234.
— von Ansprüchen 5 63.
Befugnisse der RBellSt. 5 251.
Beginn, Ist der B. des 31. Juli 1914 für die Anwendung der Zahlungsfristverordnung maßgebend? 1 203.
— Zulässigkeit der Einstellung schon vor B. der Zwangsvollstreckung? 1 244ff.
— Zulässigkeit vor B. der Vollstreckung 1 294.
— der Zahlungsfrist 3 86, 5 34.
— der Geschäftsaufsicht 3 110, 4 751.
Beglaubigung s. Handzeichen, Unterschrift, Offizierstellvertreter.
Begnadigung s. Gnadenerweis.
Begrenzung der Zahl der zuziehenden Fleischer 4 324.
Begriff der offenbaren Unbilligkeit 1 149f., 2 38, 3 20, 4 737, 5 11.
— der besonderen Kosten 1 151ff., 2 59.
— der Geldforderung 1 193f.
— der Entstehung der Forderung 1 197ff., 2 60.
Begründung des Einstellungsbeschlusses 1 256.
Behältnis s. Kennzeichnung.
Behandlung, pflegliche.
A. nach den EinfuhrVO.
4 32 (Butter), 55 (Eier), 63 (frische Fische), 39 (Futtermittel, Hilfsstoffe, Kunst-

dünger), 62 (Gemüse und Obst), 30 (Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Futtermittel), 45 (Kaffee), 43 (Kakao), 42 (Kartoffeln), 33 (Kartoffelerzeugnisse), 50 (Käse), 57 (Milch, Milchpulver), 48 (Öle und Fette), 36 (Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen), 49 (Schmalz), 46 (Tee), 53 (Vieh, Fleisch, Fleischwaren), 60 (Walnüsse, Haselnüsse), 59 (Zigarettenrohtabak).
B. nach anderen Vorschriften.
Branntwein 4 201, 205, 701.
Brotgetreide und Mehl 4 108.
Buchecker 4 516.
Buchweizen und Hirse 4 225.
Cumaronharz 4 547.
Fleischwaren 4 331.
Gegenstände des Kriegsbedarfs 5 546.
Gemüse und Obst 4 236, 238, 259, 260.
Gerste 4 408.
Grünkern 4 233.
Gummisauger 4 562.
Hafer 4 433.
Harz 4 723.
Hülsenfrüchte 4 214.
Kaffee 4 302.
Kartoffeln 4 170.
Kohlrüben 4 185.
Leimleder 4 477.
Mineralöle 4 715.
Öle und Fette 4 512.
Ölfrüchte 4 505.
Petroleum 4 599.
Säde 4 610.
Schal- und Krustentiere 4 691.
Stroh 4 492.
Tee 4 303.
Weintrester und Traubenkerne 4 485.
Zichorienwurzeln 4 304.
Zuckerhaltige Futtermittel 4 448.
Behörden, vaterl. Hilfsdienst 3 811, 5 573.
— Benutzung von Motorbooten 4 528.
Behördliche Einrichtungen, vaterl. Hilfsdienst 3 811, 5 572.
Beihilfe zum Höchstpreisvergehen 2 166, 3 163.
Beilagen der Zeitungen und Zeitschriften 4 622.
Beinfabriken, Versorgung mit Knochen 4 719.
Beirat der Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe 4 624ff.
— der Reichsbranntweinstelle 4 200, 204.
— der Reichsfleischstelle 3 319.
— der Reichsfuttermittelstelle 4 499.
— der Reichsbekleidungsstelle 3 939, 5 203.
— der Reichskartoffelstelle 4 155.
— des Reichskommissars für die Übergangswirtschaft 4 644.
— der Reichs-Sackstelle 4 609.
— der Reichsstelle für Gemüse und Obst 4 236.
— der Reichsstelle für Speisefette 4 362.
— für Volksernährung 4 1.
Beiseiteschaffen von Brotgetreide 1 592, 2 281, 4 104, 120.
— von Gerste 1 697.
— von Hafer 1 707, 2 292.
— von Gegenständen des Kriegsbedarfs 1 924, 2 458.
— als Höchstpreisvergehen 3 165.
Beiträge zu Unkosten der Kriegsgesellschaften für Gemüse und Obst 4 237, 250.
— nach der DruckfarbenVO. 4 727, 729.
Beitragserstattung nach dem AngestVG. 3 593.
Beitragsrückstände einer Berufsgenossenschaft, Zahlungsfrist 1 241.
Beitragsverjährung (RVO.) 3 1020, 5 442.
Bekanntgabe der unter Staatsaufsicht stehenden Firmen 2 405.
Bekanntmachung der Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 338, 2 105.
Beklagter, Zahlungsfrist 1 189ff., 2 59.
— Kostenschuldner 1 258f.
Bekleidungsamt, Kriegsteilnehmereigenschaft der Mitglieder? 1 90. 2 18, 5 7.
Bekleidungs-Beschaffungsamt 1 922.
Beköstigung, Vereinfachung 4 336.
Belagerungszustand, Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung 3 809, 1026, 4 837, 838, 5 563.
Belagerungszustandsgesetz, Zulässigkeit von Strafbefehlen 2 521.
Belegexemplare 4 627.
Belegfrüchte s. Obstkonserven.
Belehrung zu Kriegswohlfahrtszwecken 2 340, 4 808, 5 461.
Beleihung landschaftlicher usw. Fonds 3 564.
— von Hypotheken 1 519ff.
Beleuchtungskörper, Wucher 5 165.
Beleuchtungsmittel 4 592, 602ff.
Belgien, Zustellung 1 38.
— Prioritätsfristverlängerung 2 197.
— Beglaubigungen und Legalisationen 2 53.
— Wechsel auf B. 2 234.
— Anwendung der DevisenO. 4 786.
— s. Gegenseitigkeit.
Belgische Geldsorten und Noten 2 234, 4 786.
Belgisches Bau- und Nutzholz 4 25.
— Obst, Anwendung der Vertragszollsätze 1 555.
Bengalen-Tabak 4 559.
Benzin, Höchstpreis 4 552.
— Nichtanwendbarkeit der MineralölVO. 4 716.
— Wucher 5 165.
Benzol 4 728.
Beratungsstelle für Kriegsteilnehmer 2 333.
— der Metallfreigabestelle 4 571.
Bereitung von Backwaren 4 145ff., 697.
— von Kuchen 4 150.
Bergbau treibende Vereinigung, Kriegsgewinnsteuer 2 238ff., 249, 3 312.
— Beförderung i. B. 5 560.
Bergbetrieb, Hilfsdienst 5 633.
Berggewerkschaft, Kriegsgewinnsteuer 2 238ff., 3 312.

Berichtigungsverfahren nach § 319 ZPO., Unterbrechung 1 24.
Berlin, Maßnahmen der Stadt B. zur Regelung der Brot- und Mehlversorgung 1 608ff., 2 282.
— und Umgebung, Milchpreise 4 385.
— **-Mitte**, Zuständigkeit der für BM. zuständigen Gerichte 4 201.
Berliner Kriegsbeleihungskasse für nachstellige Hypotheken 1 521.
Berliner Schmierölgesellschaft 1 558.
Berufen auf die Abdingung des Kündigungsrechts 2 134.
Berufsabzeichen der Krankenpflege 2 369.
Berufsausbildung der Kriegsinvaliden 2 323, 328, 3 604.
Berufsfahrten mit Motorbooten 4 528.
Berufsgenossenschaft s. Beitragsrückstände.
Berufstrachten, der Krankenpflege 2 369.
Berufung gegen die Bewilligung oder Ablehnung einer Zahlungsfrist 1 225ff.
— gegen die Entscheidung über die Beseitigung einer Verzugsfolge 1 290.
— Einschränkung 2 465, 508, 3 759.
Berufungsentscheidung im Falle der Bewilligung oder Ablehnung einer Zahlungsfrist 1 227f.
Besatzfische, Handel 4 358.
Besatzstickereien 3 238, 5 204.
Besatzung einer armierten Festung 1 91ff., 2 23, 51, 3 8.
Beschädigung einer Mietsache s. Anspruch.
— von Gegenständen des Kriegsbedarfs 1 924, 2 458.
Beschaffung der Arbeitskräfte 1 796ff., 2 299ff., 3 567ff., 4 797ff., 5 431ff.
— der Rohstoffe usw. 1 531ff 2 265ff., 3 565, 4 7ff., 671, 5 429.
Beschäftigung, Anspruch auf B. durch die Spiritus-Zentrale 4 203.
Beschäftigungsbeschränkungen, Ausnahmen 1 808, 5 436.
Bescheidene Lebensführung des Schuldners, Verbindlichkeiten, die dazu erforderlich sind 1 360, 2 121, 3 119, 900, 5 64.
Beschlagnahme von Brotgetreide und Mehl 1 572ff., 4 102, 115, 131.
— von Gegenständen des Kriegsbedarfs 1 923, 2 457, 3 733, 5 543, 545.
— von Gerste 1 695, 4 405.
— von Hafer 1 705, 4 431.
— von Hülsenfrüchten 4 218.
— von Kohlrüben 4 183, 186.
— von Papierholz usw. 4 642.
— von Silber und Silberwaren 5 275.
— von Speisefett 4 362.
— von Tabak 4 554.
— von Web- usw. Waren 5 251.
— durch die RVerkSt. 5 256.
— nach der SchuhhandelsgesellschaftsVO. 5 248.
— nach der SchuhherstgesellschaftsVO. 5 241.
Beschleunigung des Verkaufs von Strick- usw. Waren 2 535.
Beschwerde
gegen die Entscheidung über die Bestellung eines Vertreters 1 145f., 154, 2 34, 3 18, 5 10.
gegen das Urteil auf Bewilligung oder Ablehnung einer Zahlungsfrist 1 225f., 3 63, 89.
gegen die Entscheidung des Vollstreckungsgerichts 1 256f., sofortige Beschwerde 1 256f., 2 69, 3 63,
im Falle des § 5 des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 118, sofortige B. 1 118.
im Falle der Versagung des Zuschlags 1 131,
im Falle der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 428.
— weitere, Einlegung im Felde 5 18.
Beschwerde, Einschränkung 2 465, 509, 3 760.
Beschwerdeausschuß bei der Zuckerverteilungsstelle für das deutsche Süßigkeitengewerbe 4 4, 296.
Beschwerdeverfahren, Unterbrechung 1 23.
Beschwerung von Seidenwaren 4 565.
Beseitigung der Verzugsfolgen 1 275ff., 274ff., 354ff., 58ff., 60, 63ff., 92, 536ff.
— vertragsmäßiger Beschränkung des Mietkündigungsrechts 2 132.
Besetzte Gebiete, Einfuhr aus ihnen 4 26, 56.
— sind Ausland i. S. der EinfVO. 4 564 (Brennesseln), 517 (Bucheckern), 38 (Futtermittel, Hilfsstoffe, Kunstdünger), 544 (Harz), 479 (Leimleder), 610 (Säde), 60 (Walnüsse, Haselnüsse), 277 (Zucker).
— sind nicht Ausland i. S. der EinfVO. 4 32 (Butter), 29 (Getreide, Hülsenfrucht, Mehl, Futtermittel), 436 (Hafer), 35 (Margarine), 41 (Kartoffeln), 47 (Öle und Fette), 19 (Schmalz), 493 (Stroh).
— Leistung von Hilfsdienst 5 571, 585.
— Nachnahme- und Frachtverkehr 3 279.
— Zahlungen dorthin 4 820.
— i. S. des KriegsschädenG. 3 691, 5 495.
— s. Handzeichen, Legalisation, Unterschrift, Urkunde.
Besetzung der Gewerbegerichte usw. 5 146.
Besichtigungsrecht der Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen 4 32 (Butter), 225 (Buchweizen und Hirse), 55, 394 (Eier), 39 (Futtermittel, Hilfsstoffe, Kunstdünger), 409 (Gerste), 30 (Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Futtermittel), 233 (Grünkern), 435 (Hafer), 214 (Hülsenfrüchte), 45 (Kaffee), 43 (Kakao), 33 (Kartoffelerzeugnisse), 50, 389 (Käse), 57 (Milch, Milchpulver), 48 (Öle und Fette), 36 (Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen), 49 (Schmalz), 295 (Süßigkeiten), 374 (Rohfette), 46 (Tee), 53, 315, 318 (Vieh, Fleisch, Fleischwaren), 61 (Walnüsse, Haselnüsse), 59 (Zigarettenrohtabak).
Besitzsteuergesetz, Wortlaut 3 955ff.
— Änderung 3 317.
Bestandsaufnahme von Heu und Stroh 2 534.

Bestandsaufnahme von Kaffee, Tee, Kakao 4 305.
— von Lebensmitteln 4 80.
— von Schokolade 4 306.
— von Silber und Silberwaren 5 275.
— von Web- usw. u. Schuhwaren 5 251.
Bestandslisten 5 226ff.
Bestätigung von Schecks durch die Reichsbank 3 285ff., 5 292.
— des Zwangsvergleichs 3 906, 5 112.
Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 136ff., 2 31ff.
— des Schuldners zum Zwangsverwalter 1 427ff., 2 149.
— eines Anstaltsbediensteten zum Zwangsverwalter 1 431f., 2 154.
— des Gläubigers zum Zwangsverwalter 1 432f., 2 155.
— einer Hypothek 3 74, 5 30.
— von Druckpapier 4 627.
Besteuerung der Kriegsgewinne 2 238.
— s. auch Kriegssteuer, Warenumsatzstempel.
— nicht vollbeladener Schiffe 3 527.
Bestimmung des Anfangspunkts und der Dauer der Zahlungsfrist 1 219, 2 65. S. im übrigen Bewilligung und Zahlungsfrist.
Bete, rote 4 257.
Beteiligung an einer GmbH. 3 312, 442, 1027, 5 318.
Betriebsauflagevergütungen 1 636, 651, 2 285, 4 189ff.
Betriebskosten 3 185ff., 5 173ff.
Betriebsstoffe, Beförderung 5 360.
Betriebsverwaltungen, Maßnahmen öffentlicher B. 1 932, 2 460, 3 743, 5 548.
Betriebsvorschriften, Außerkraftsetzung 1 805, 5 436.
Betrug, Verhältnis zum Wucher 3 190.
Bettüberdecken 3 239.
Bettwäsche, Bestandsliste 5 228.
Beurkundung im Felde 5 18.
— von Sterbefällen und Geburten 4 837, 5 562.
Beurlaubtenstand, Angehörige des B. als Kriegsteilnehmer 1 83.
Beurlaubung, FamU. 5 476.
Bevollmächtigter, Höchstpreisüberschreitung 3 161, 4 761.
Bevorrechtigte Forderungen im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 362, 2 122, 3 120, 5 73, 87ff., 92.
Bewegliche Sachen, Miete 2 132.
Beweisaufnahme im Geschäftsaufsichtsverfahren 2 106.
Beweislast im Mietfortsetzungsstreit 2 138.
Beweissicherung trotz Gegenmoratorium 1 308, 2 85.
Beweissicherungsverfahren, Unterbrechung 1 22f., 2 5, 3 3, 5 3.
Bewertungsgrundsätze 3 692, 5 495.
Bewilligung einer gerichtlichen Zahlungsfrist
durch das Prozeßgericht 1 172ff., 2 57ff., 3 45ff., 58ff., 4 742, 5 22ff., Bedeutung der B. 1 179ff., Verzicht auf die B. 1 230, 3 46, Kosten der B. 1 258ff., 2 70ff., 3 52ff., 58.
durch das Amtsgericht 1 231ff., 2 66, Kosten der B. 1 268, 2 70ff., 3 52,
bei Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden 1 296ff., 2 77, 3 62ff.
an Kriegsteilnehmer 3 60ff.
Bewirtschaftung des Brotgetreides 4 106ff., 122ff., 132ff.
— der Gerste 4 404ff.
— des Hafers 4 430ff.
— der Hülsenfrüchte 4 217.
— der Kohlrüben 4 185, 186.
— der Milch 4 379.
— der Speisefette 4 362ff.
Bewußtsein der Rechtswidrigkeit 2 171, 281, 3 168, 189, 5 183.
Bezahlung der Lieferung 3 466, 476, 506.
Bezeichnung, irreführende 3 223, 5 198.
— der Rohfette 4 375.
Bezirksfuttermittelstellen 4 502.
Bezugnahme auf Schriftsätze und Protokollfeststellungen statt Tatbestand 2 465, 516ff., 3 762.
Bezugsmarken für Spiritus 4 208.
Bezugsschein für Dörrgemüse 4 706.
— für freihändigen Ankauf von Buchweizen 4 229, 231, von Grünkern 4 233.
— für Gerste 4 422ff.
— für Grumpen 4 559.
— auf Lebensmittel statt Fleischkarte 4 333.
— für Magermilch 4 380.
— für Ölkuchen 4 508.
— für Seife 4 721.
— für Süßstoff 4 291ff.
— für Zucker 4 266ff., 273ff., 677.
— für Web- usw. Waren 3 236, 237ff., 933, 4 772, 5 200ff.
— gegen Abgabebescheinigung 3 240, 936.
— für Strümpfe, Leibwäsche und Unterkleidung 3 244.
— an Betriebsleitungen 3 244.
— für Militärpersonen und Kriegsgefangene 3 244.
— Ausfertigung in dringenden Fällen 3 245.
— für deutsche Schiffe und Flößer 3 246.
— Porto für Versendung 3 937.
— Vermittlung 3 944.
Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, GmbH. 1 582, 717, 725, 732, 2 293, 4 4, 39, 109, 448, 457, 465, 491, 499, 702.
Bienen s. Verbrauchszucker.
Bienenfütterung mit Zucker 4 266, 271.
Bienenwachs 4 715.
Bienenzucht 3 208.
Bier, Wucher 3 176, 5 165.
— Verwendung von Süßstoff bei der Bereitung 4 292, 293.
Bierbrauereien s. Malz.
— Einschränkung der Malzverwendung 4 428.
— Malz- und Gerstenkontingente 4 399.
Bierhefe 4 429ff., 458.

Bierſendung an Truppen, ſteuerliche Behandlung 3 559.
Biertreber, Trocknung 2 293.
— Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473, 475.
Bilanzen von Aktiengeſellſchaften 1 442.
Bilanzgewinne 2 239.
Bilder für Wohlfahrtszwecke 5 464.
Bildung von Genoſſenſchaften ſ. Bodenverbeſſerung.
Bindemittel, zementähnliche 4 605.
Binnenfiſcher, Hilfsdienſt.
Binnenſchiffe, Veräußerung 3 751.
Binnenſchiffer, Verſorgung mit Brot und Mehl 1 607.
— Hilfsdienſt 5 633.
Birkenſamen, Abſatz 4 472.
Birma-Tabak 4 559.
Birnen, Einfuhr 4 25.
— Herſtellung von Obſtwein 4 249.
— Keltern 4 250.
— Preiſe 4 254.
— Verarbeitung 4 249, 708.
— Verträge über Erwerb v. B. 4 249.
— Zollerleichterung 2 276.
Bleichen von Webwaren 5 201.
Bleichmaſſen 4 718.
Bleie, Preiſe 4 355.
Bleifarben und andere Bleiprodukte, Einrichtung und Betrieb von Anlagen zur Herſtellung von B. 1 810.
Bleiwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskaſſen 1 498.
Blut, Verarbeitung 4 317.
Blutmehl 4 17, 39, 469, 474, 475.
Bodenkohlrabi ſ. Kohlrüben.
Bodenſee, Verkehr 5 359.
Bodenverbeſſerung 1 535 f., 536 ff., 2 274 ff., 4 11.
Bohnen ſ. Hülſenfrüchte.
— holländiſche 4 241.
Bohnenkaffee ſ. Kaffee.
Bohnenkaffeemiſchungen ſ. Kaffee.
Bohnenmehl, Verwendung bei der Brotbereitung 4 146.
Bohnenöl, Verwertung 4 511.
— Preis 4 512.
Bolus (Waſchmittel), Verkauf 4 538.
Bonbons als Süßigkeiten 4 295.
Bornaer Zwiebeln 4 256.
Börſenhandel, zugelaſſene Wertpapiere 3 465.
Börſenmäßige Zeitgeſchäfte in Waren, Abwicklung 1 456, 3 145, 5 148.
Borſten, Verarbeitung 4 482.
Bosniſcher Tabak 4 559.
Böswilliger Schuldner bei Bewilligung einer Zahlungsfriſt 1 206.
Bote der Militärverwaltung, Kriegsteilnehmer 1 90.
Bottichhefe ſ. Bierhefe.
Bouillonwürfel, Verkauf an fleiſchloſen Tagen 4 317.
Bowlen, Verwendung von Süßſtoff 4 291, 292.
— Verwendung von Zucker 4 268, 676.
Brachſen, Preiſe 4 355.
Brandentſchädigung 1 867.
Branntwein, Ausſchank und Verkauf 1 859, 2 362, 3 629, 4 811.
— aus Beeren 4 192, 206.
— aus Beeren- und Birnenwein 4 708.
— Benutzung von Verbrauchszucker zur Herſtellung 2 289.
— Beſtände 4 201.
— aus Buchweizen und Hirſe 4 232.
— Erzeugung 1 636, 2 286, 4 261.
— Freigabe zur Verſteuerung 1 656, 2 286, 535, 4 197.
— Herſtellung und Verwertung 2 289, 4 187 ff.
— aus Moſt 4 206.
— aus Obſt 4 206, 251.
— aus Steinobſt 4 192.
— aus Treſtern 4 486, 487.
— unverarbeiteter 4 198.
— Verkehr 1 643, 2 285 ff., 4 260.
— Vorratserhebung 4 77.
— aus Wein 4 206, 700.
— aus Weinhefe 4 206.
— aus Wurzeln 4 206.
— aus Zuckerrüben 4 274.
— ſ. auch Brennerei, Obſtbranntwein, Trinkbranntwein.
Branntweinreinigungsanſtalt 4 203.
Braſilien ſ. Gegenſeitigkeit.
Braten, kalter, Abgabe an fleiſchloſen Tagen 4 316.
Bratpfannen, Wucher 5 165.
Brauereien, Gerſtenkontingente 4 423.
Brauerpech, ausländiſches 4 544.
— Wucher 5 165.
Braunkohl ſ. Grünkohl.
Braunkohlen, Schiedsgerichtsverfahren 3 174.
Braunkohlenbergbau ſ. Betriebsgeſellſchaften.
— ſ. Kohle.
Braunſteuer, Nichterhebung von dem Süßſtoff 4 293.
Brauzucker 4 677.
Brennen der Treſter 4 487.
Brennereibetrieb ſ. Branntweinverkehr.
Brennereien, Geſamtkontingente 4 424.
— gewerbliche 4 188.
— Herſtellung von Eſſig 4 182.
— von eſſigſauren Salzen 4 192.
— von Hefe 4 191.
— von Kunſtleder 4 192.
— von Kunſtſeide 4 192.
— von Teerfarbſtoffen 4 192.
— von Zellhorn 4 192.
— landwirtſchaftliche 4 188.
— Verarbeitung von Buchweizen 4 191, 211.
— von Gerſte 4 191, 211.
— von Getreide 4 196.
— von Hafer 4 191, 211.
— von Kartoffeln 1 636 ff., 2 285, 4 188.
— von Mais 4 199.
— von Melaſſe 4 191, 211.
— von Roggen 4 191, 211.

Brennereien, Verarbeitung von Rohzucker 4 191.
— von Rüben 4 188, 211.
— von Rübensäften 4 188, 211.
— von Topinamburs 4 188, 211.
— von Weizen 4 191, 211.
— von Zuckerrüben 4 188.
Brennesseln, Absatz 4 564.
Brennesselblätter, Preis 4 469.
Brennstoffe 4 592ff., 602ff.,
Brennzwecke, Verwendung von Öl und Fett 2 294, 4 523.
Bretter, Wucher 5 165.
Briefmarkensammlungen, KSt. 3 440, 5 311,
Briefumschläge, Wucher 5 165.
Briefverkehr 5 359.
Briefzensur 5 564.
Brie-Käse, Preis 4 387.
Brief, Beglaubigung und Legalisation 3 42.
Britische Unternehmungen, Zwangsverwaltung 1 886.
— Liquidation 3 711, 4 817, 5 512.
Brokate, bezugsscheinfrei 5 205.
Bronze, alte, Höchstpreis 1 782, 4 573.
Brot s. K-Brot und Verfüttern.
Brotaufstrich s. Fettersatzstoffe.
Brotaustauschkarte 4 134.
Brotbelag an fleischlosen Tagen 4 315, 316.
Brotbereitung, ohne Milch 4 381.
Brotbücher 1 583, 4 134.
Brotgetreide, Aberntung 4 106, 122.
— Abnahme durch die Reichsgetreidestelle 4 106.
— Anzeigepflicht des Kommunalverb. 1 539.
— Aufbewahrung 1 573, 581, 4 106, 122.
— Ausdreschen 4 106, 122.
— Ausmahlen 1 581, 595, 616, 2 283, 4 109, 138.
— Entfernung aus dem Bezirke des Kommunalverbandes 1 573, 578.
— Beschlagnahme 1 572, 4 102.
— Bewirtschaftung 1 577, 2 593, 4 106.
— Höchstpreise 4 141ff.
— Lieferung an die Reichsgetreidestelle 4 106.
— Selbstwirtschaft des Kommunalverb. 1 579.
— Übernahmepreis für überlassene Vorräte 1 580, 594.
— Überschuß 1 578.
— Verfütterung 1 589, 620, 2 283, 4 139.
— Verkehr mit B. 1 592, 2 278, 283, 4 100ff., 672, 696ff.
— Verkehr m. B. zu Saatzwecken 4 135.
— Vorratserhebung 4 73, 692.
— Verbrauchsregelung 1 583, 595, 4 110.
Brotkarte, Ausgabe 1 583, 2 280, 4 110, 134.
— Aushändigung an abziehende Dienstboten 2 282.
— Rechtsnatur 1 596ff.
— s. auch Reichsreisebrotmarke.
Brotlaibe, Fetten 4 145, 147.
Brotstreckung 4 697, 698.
Brückenschutz, Kriegsteilnehmerverhältnis 2 19.
Brühwürste 4 337.
Bruteier, Verkehr 4 710.
Buchecker, ausländische 4 506.
— Bewirtschaftung 2 294, 4 515ff.
— Preise 4 507.
Bücher, keine Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— Aufbewahrungspflicht nach dem WarenumsatzStG. 3 468.
Büchereinsicht nach der DruckfarbenVO. 4 729.
— Wucher 5 165.
— nach den DruckpapierVO. 4 623, 632.
— nach der ÜbergangswirtschVO. 4 644.
— nach der VorratserhebVO. v. 14. 1. 17 4 692.
— nach der PreisprüfstVO. 5 189.
Buchführungspflicht nach der DruckfarbenVO. 4 727f.
— nach den FleischVO. 4 319.
— nach der KakaoVO. 4 307.
— der Saatguthändler 4 162, 702.
— nach der SüßigkeitenVO. 4 297.
— nach den ZuckerVO. 4 267, 268, 678.
Bücherrevisor, Zuziehung durch die Aufsichtsperson im Geschäftsaufsichtsverfahren 2 116.
Buchweizen, Bewirtschaftung 4 224ff.
— Einfuhr 4 29.
— Höchstpreis 2 298.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Saatgut 4 702.
— s. Brennerei.
Buchweizenmüllerei, Abfälle 4 466, 475.
Bulgarien s. Gegenseitigkeit.
Bulgarischer Tabak 4 559.
Bund deutscher Barbier- usw. Innungen, Vermittlung von Rasier- und Kopfwaschseife 4 532.
Bundesrat, Ermächtigung des B. zu wirtschaftlichen Maßnahmen 1 403, 2 143, 3 124, 5 130.
— Entscheidung bei Meinungsstreit zwischen Direktorium und Kuratorium der VerwaltAbtl. der Reichsgetreidestelle 4 105.
— Entscheidung bei Meinungsstreit zwischen Vorstand und Beirat der Reichsfleischstelle 4 320.
Bundesratsverordnungen, Rechtsnatur 2 143.
Bundesstaat, keine Anzeigepflicht bei der Vorratserhebung 4 73, 75, 76, 78, 81, 302, 303, 304, 306, 307, 330, 511, 599, 609, 622, 628, 633, 693, 694.
— keine Branntweinlieferungspflicht 4 201.
— Motorboote in ihrem Dienst 4 528.
Bürge, Wirkung der Unterbrechung des Verfahrens gegen den Hauptschuldner für den B. 1 103f., 2 24.
— Wirkung einer dem Hauptschuldner bewilligten Zahlungsfrist für den B. 1 224f., 2 79, 3 48.
— Wirkung der Beseitigung der Verzugsfolgen für den B. 1 289f.

Bürge, Wirkung der Geschäftsaufsicht gegen den Hauptschuldner 2 114, 3 116, 5 77.
— Rechtsstellung nach der HypBO. 3 78.
Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, Unterbrechung des Verfahrens 1 20ff., 2 3.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186ff., 2 59, 3 73, 5 3, 27.
Bürgerlich-rechtliche Forderung, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 241.
Bürgschaft und Geschäftsaufsicht 1 351, 2 114, 3 116, 5 77.
— Darlehen von Gemeinden oder Sparkassen gegen B. 1 520.
— Übernahme von B. durch den Reichsfiskus 1 258.
Büstenformer 5 207.
Büstenhalter 5 207.
Butter, Abgabe an fleischlosen Tagen 4 315.
— ausländische 4 372.
— Einfuhr 2 277, 4 31.
— Höchstpreis 2 291, 298, 4 370ff.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— als Speisefett 4 361.
— Überlassung 2 291.
— Verabfolgung zu warmen Speisen 4 337.
— Verkauf ausländischer 4 340.
— Verkehrsregelung 3 377.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 151.
— Verwendung zur Süßigkeitenbereitung 2 287, 4 295.
— Verwendung zu technischen Zwecken 2 294, 4 525.
Buttererſatz 4 377.
Butterkarte 2 291.
Buttermilch s. Milch.
Butterschmalz, Abgabe an fleischlosen Tagen 2 289, 4 315.
— als Speisefett 4 361.
— Verwendung zu technischen Zwecken 2 294, 4 525.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 151.
— Verwendung zur Süßigkeitenbereitung 2 287, 4 295.
Butterverteilungs-Beirat 4 4.

C.

Café, Abendschluß 4 602.
— Beleuchtung 4 602.
— Lichtreklame 4 602.
— Warenumsatzstempel 3 478.
Camembert-Käse, Preis 4 387.
Canevas 3 238, 5 205.
Carnaubawachs, Verkehr 4 722.
Champagner, Wucher 5 160.
Chemische Fabrik von Heyden, AG. in Radebeul-Dresden, Berechtigung zur Herstellung von Süßstoff 4 290.
Chinesischer Tabak 4 559.
Chinesisches Wachs, Verkehr 4 722.
Chlorzinn, Verwendung zur Beschwerung von Seidenwaren 4 565.
Christbaumsachen aus Zucker 4 269.
Christbaumsachen als Süßigkeiten 4 295.
compound lard, Preis 4 513.
Creme, Herstellung 4 151.
Cumaronharz 4 547ff.

D.

Dalmatinischer Tabak 4 559.
Damenbinden 3 239, 5 205.
Damenoberkleidung, fertige 3 240.
Dammwild, Einfuhr 4 54.
— Preise 4 349ff.
Dampfkraft, Lieferung, Preiszuschlag 5 391.
Dampfmedizinaltran, Preis 4 513.
Dänemark, Verbürgung patenter Gegenseitigkeit 1 464; s. Prioritätsfrist.
— Währung 4 783.
Dänische Wertpapiere 5 291.
Danzig, im Stadtkreise D. zahlbare Domizilwechsel 1 402.
Darlehen für zurückkehrende Kriegsteilnehmer 2 331.
Darlehnskassen 1 487ff., Einrichtung, Geschäftsgang 1 487.
— Beleihungsgrundsätze 1 488.
— Zinssatz 1 491.
— Darlehen an öffentliche Verbände 1 491.
— Beleihung von Pfandbriefen, Erleichterungen 1 492.
— Übersicht über die bestehenden D. 1 493.
— Beleihungsbedingungen, allgemeine 1 497, bei Beleihung von Waren 1 500, von Wertpapieren 1 509, landschaftlicher und ritterschaftlicher Fonds 3 564, Haftung für die Verwahrung der Unterpfänder 1 498.
— s. auch Ware, Wertpapiere, Staatsschuldbuch, Zinsfuß.
— Rechtsnatur 1 510.
Darlehnskassengesetz 1 480ff.
Darlehnskassenschein 1 494ff., Rechtsnatur 1 495.
— Einrechnung in die Bardeckung der Notenbanken 1 495.
— Gesamtbetrag der Darlehnskassenscheine 1 496.
— Einlösung beschädigter oder unbrauchbar gewordener, Vernichtung nicht mehr umlaufsfähiger, Behandlung nachgemachter oder verfälschter D. 1 497.
— Nennbetrag 1 511.
Därme 4 332.
Darmschleimereien, Fettgewinn 4 520.
Darren, Erhebung 4 671.
Dauer der Zahlungsfrist 1 219.
Dauerhandlung 2 173, 3 172.
Dauermilch s. Milch.
Dauersahne s. Sahne.
Dauerware 4 332.
Dauerwurst 4 330.
— aus Pferdefleisch 4 338.
Daunendecken 5 205.
Degras, Herstellung 4 526.
Delikateßkäse, Preis 4 387.
Denkmünzen 5 276.

Deputanten, Versorgung mit Brot 4 103, 119.
— Buchweizen und Hirse 4 224, 225, 228.
— Eiern 4 393.
— Fleisch 4 334.
— Grünkern 4 232, 233.
— Hülsenfrüchten 4 213, 214, 217.
— Kartoffeln 4 157.
— Stroh 4 492.
Desinfektionsmittel, Wucher 5 165.
Deutsche Benzolvereinigung 4 549.
Deutsche Kriegsteilnehmer, Sonderrecht 1 1ff., 2 1ff., 3 1ff., 4 735ff., 5 1ff.
Deutsche Rohhaut-AG. 1 559.
Deutsche Seeversicherungsgesellschaft 1 558.
Deutsche Tabakhandelsgesellschaft in Bremen (Auslandsgesellschaft) 4 554.
— in Mannheim (Inlandgesellschaft) 4 554.
Deutsche Zentrale für Kriegslieferungen von Tabakserzeugnissen in Minden 4 557.
Deutscher Brauerbund EV. 1 692, 2 291.
Deutscher Tabak 4 559.
Devisen s. Zahlungsmittel.
Devisen-Differenzgeschäfte 3 276.
Devisenkurs s. Kurs.
Devisenordnungen 2 233ff., 3 271ff., 4 782ff., 5 277ff.
Devisenstellen 4 783.
Dextrin, Herstellung aus Kartoffeln 1 658, 4 179.
Diätetische Nährmittel, Kennzeichnung 3 220.
— Kettenhandel 3 217.
Dielen, Wucher 5 165.
Dienstag, fleischloser Tag 4 315.
Dienstboten, Wochenhilfe für D. 1 856.
Dienstgut, Beförderung 5 382.
Dienstkleidung, Beschaffung 5 201.
Dienstleistung, militärische, Anrechnung in der Arbeiterversicherung 1 813, 2 309, 3 588, in der Angestelltenversicherung 1 829.
Dienstverträge, Einwirkung der Geschäftsaufsicht 5 83.
— HDPflichtiger 5 583, 611ff.
Dinglicher Rang öffentlicher Lasten 1 434f., 2 157, 5 136.
Dinkel s. Brotgetreide.
Dinkelstroh, Einfuhr 4 41.
— Vorratserhebung 4 77.
Diplomat als Kriegsteilnehmer 1 82.
Direktorium der VerwaltAbtl. der Reichsgetreidestelle 4 105ff.
Direktivbehörde 3 509, 4 204.
Diskontierung von Anerkenntnisscheinen 1 383.
Diskontkredit 1 525.
Diskontsatz der Reichsbank 1 527.
Disziplinarverfahren, Gnadenerlasse 3 798, 5 559.
Dividivi, Einfuhr 4 26.
Dohnenstieg, Ausübung 4 360.
Donnerstag, fettloser Tag 4 315.
Doppelbesteuerung 3 447.
Dörrgemüse, Absatz 4 237, 706.
Dörrgemüse, Begriff 4 238.
Dörrobst s. Obstkonserven.
Dorschmehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 408, 474.
Dosenlichte 4 716.
Dotschen s. Kohlrüben.
Dotter, Verwendung 4 504.
Dotteröl, Preis 4 512.
— Verwendung 4 511.
Dragees als Süßigkeiten 4 295.
Drell, Verwendung 5 201.
Dreschzwang 1 620.
Dritter, Klage auf Zahlung an einen D. und das Gegenmoratorium 1 304.
Drogen, Handel 5 260.
Drucker, Auskunftspflicht 4 622.
— Papierbezug 4 625, 630.
Druckfarben, Bewirtschaftung 4 727ff.
— Herstellung 2 235, 4 526.
Druckschriften, Herstellung 4 621.
— periodische, Anzeige von Lebens- und Futtermitteln 3 210.
— für Wohlfahrtszwecke 5 464.
Druckwerke, Beschaffung von Papier 4 631.
Duldungsanspruch bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 197.
Düngemittel, Einfuhr 2 277, 4 10ff., 39.
— Höchstpreise 2 275, 3 173.
— künstliche 4 13ff.
Düngemittelsäcke 4 21.
Dunst s. Mehl.
Dunstobst s. Obstkonserven.
— Verwendung von Süßstoff 4 291, 292.
— Verwendung von Zucker 4 267.
Durchfuhr, Regelung 4 27ff., 671, 687.
— entbehrlicher Gegenstände 3 278.
— von Eiern 4 56.
— von Fischen 4 37.
— von flüssiger Raffinade 4 300.
— von Futtermitteln 4 31.
— von Getreide 4 31.
— von Hülsenfrüchten 4 31.
— von Kaffee 4 45.
— von Kakao 4 44.
— von Kartoffelerzeugnissen 4 34.
— von Käse 4 52.
— von Kunsthonig, Zuckersirup 4 300.
— von Marmeladen 4 690.
— von Mehl 4 31.
— von Milch, kondensierter 4 58.
— von Milchpulver 4 58.
— von Rubeln 5 289.
— von Salzheringen 4 37.
— von Tabak u. Tabakerzeugnissen 4 559.
— von Tee 4 47.
— von Zubereitungen von Fischen 4 37.
— von Zucker 4 277, 678.
Durchfuhrverbote 1 917, 919, 2 201, 450.
Durchschnittsbrand der Brennereien 1 636, 638 643, 652, 2 286, 4 189, 210.
Durchschnittsgewinn 2 239, 3 301, 313, 451, 5 321.

E.

Edamer Käse, Preis 4 387.
Edelmetall, Kriegssteuer 3 311, 439, 5 311.

Edelstein, Kriegssteuer 3 311, 439, 5 311.
Ehefrau, Räumungsanspruch 1 68ff.
— Zwangsvollstreckung gegen die Ehefrau eines Kriegsteilnehmers 1 119, 2 28.
— im Falle des § 9 KTSchG. 1 135.
— Familienunterstützung für die geschiedene E. 1 865.
— s. Witwe.
Ehegatten, Geschäftsaufsicht 1 330.
— Stimmrecht im Zwangsvergleich 5 105.
Ehemann als Kriegsteilnehmer 1 67ff., 2 15, 3 6.
Eheverfahren, Unterbrechung 1 30.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
Eicheln, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 469, 475.
Eichung eiserner Gewichte 4 581.
Eid des Schuldners im Vergleichsverfahren 5 110.
Eier, Begriff i. S. der KuchenVO. 4 153.
— — i. S. der EierVO. 4 394.
— Durchfuhr 4 56.
— Einfuhr 4 54.
— Verbrauch 4 392.
— Verkehrsregelung 4 392.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 151.
— Verwendung zu technischen Zwecken 4 391.
Eierkarte 4 393, 396.
Eierkonserven, Begriff i. S. der KuchenVO. 4 153.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 150.
— Verwendung zu technischen Zwecken 4 391.
Eigener Grundbesitz, i. S. d. KapitalabfG. 5 450.
Eigentumsvorbehalt, Warenumsatzst. 3 477.
Einberufungsausschuß nach dem HDG. 3 812, 898, 4 841, 5 577.
Einfuhr, Regelung 4 27ff., 671, 687ff.
— entbehrlicher Gegenstände 2 533, 3 278, 5 285.
— von Branntwein 4 202, 205.
— von Butter 2 277, 4 31.
— von Eiern 4 54.
— von Fetten 4 47.
— von Fischrogen 4 35.
— von Fleisch und Fleischwaren 4 53.
— von frischen Fischen 4 62, 670.
— von Futtermitteln 2 277, 4 29, 38.
— von Geflügel 4 54.
— von Gemüse 4 61.
— von Getreide 2 277, 4 29.
— von Haselnüssen 4 60.
— von Hilfsstoffen 2 277, 4 38.
— von Hülsenfrüchten 2 277, 4 29.
— von Kaffee 4 44.
— von Kakao 4 42.
— von Kakaopulver 4 43.
— von gepulverten Kakaoschalen 4 298.
— von zahmen Kaninchen 4 54.
— von Kartoffeln 4 41.
— von Kartoffelerzeugnissen 4 32
— von Käse 4 50, 670.
— von Klippfischen 4 35.
— von Kohlen 5 388, 389.
Einfuhr von Kunstdünger 2 277, 4 38.
— von Kunsthonig, Zuckersirup, flüssiger 4 300.
— von Margarine 4 34.
— von Mehl 4 29.
— von Milch, kondensierter 4 56, 690.
— von Milchpulver 4 56, 590.
— von Obst 4 61.
— von Ölen 4 47.
— von Raffinade 4 300.
— von Säcken 4 610.
— von Salzfischen 4 35.
— von Salzheringen 2 277, 4 35.
— von Schal- und Krustentieren 4 690.
— von Schokoladenmasse 4 43.
— von Schweineschmalz 4 49.
— von seidenen Erzeugnissen 4 565.
— von Seifen 4 47.
— von Tee 4 45.
— von Rubeln 5 289.
— von Vieh 4 52.
— von Walnüssen 4 60.
— von Web- usw. und Schuhwaren 5 283.
— von Wild 4 54.
— von Wildgeflügel 4 54.
— von Zigarettenrohtabak 4 58.
— von Zubereitungen von Fischen 4 37.
— von Zucker 4 277, 678.
Einfuhrerleichterungen, vorübergehende 1 543ff., 2 276, 4 24, 671, 687.
— für Äpfel, Birnen und Quitten 2 276.
— für Bau- und Nutzholz 2 276.
— für Fleisch 1 548.
— für frisches Fett 1 549.
— für Gerbstoffe 2 276.
— für Jutesäcke 1 553.
— für Krabben 1 276.
Einfuhrverbote 1 917, 920, 533.
Einfetten, Ölverwendung 4 523.
Eingangszoll für rohen und gereinigten Branntwein in Fässern oder Kesselwagen 1 676.
— für Äthyläther (Schwefeläther) 1 676.
— für Essigäther 1 676.
Eingebrachtes Gut der Frau eines Kriegsteilnehmers, Zwangsvollstreckung 1 119.
Eingedickte Milch 2 288.
Eingehung von Verbindlichkeiten 5 63, gegenüber dem Ausland 4 784.
Eingeweide, als Fleisch 4 332.
Einheitsbrot 1 596, 4 127.
Einhufer, Haferzuweisung 4 432ff., 440ff., 447.
Einigungsamt 1 414ff., 2 147, 3 127, 5 132.
— gutachtliche Anhörung vor der Entscheidung nach der HypVO. 3 64, 101.
Einkaufsbewilligungen für Web- usw. u. Schuhwaren 5 283.
Einkaufsbuch der Schneider, Schneiderinnen und Wandergewerbetreibenden 3 241, 937.
Einkommensteuer und Sonderrücklage 3 305, 4 787, 5 301.
— und Warenumsatzsteuer 3 485.
— Veranlagung nach dem Ges. v. 30. Dez. 1916, 3 1027, 5 420ff.

Einkorn s. Brotgetreide.
Einlagern von Kartoffeln 4 164.
Einlieferungsschein 3 527.
Einmieten von Kartoffeln 4 164.
Einnahmebuch 5 386.
Einpfennigstücke s. Prägung.
Einrechnung in die Tarife 5 384.
Einrede, Geltendmachung durch E. i. S. des Gegenmoratoriums 1 308, 2 85.
— **der Vorausklage** bei Unterbrechung des Verfahrens gegen den Hauptschuldner 1 103f., 2 24.
— bei einer dem Hauptschuldner bewilligten Zahlungsfrist 1 224f.
— im Falle der Geschäftsaufsicht über den Hauptschuldner 2 114.
Einsätze 3 239.
Einsäuern von Kartoffeln 4 170.
Einschränkung der Pfändbarkeit von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen 1 381, 2 126ff., 3 122.
— der Arbeitszeit 2 304, 3 572.
— der Kostenerstattung 2 465, 502ff., 3 758.
— des Mündlichkeitsgrundsatzes 2 465, 510ff., 3 761.
— der Rechtsmittel 2 465, 508ff., 3 759ff.
— der Zahlungsverbote 1 903, 2 416.
— der Trinkbranntweinerzeugung 4 196ff.
— des Fleisch- und Fettverbrauchs 4 315.
— der Herstellung von Fleischkonserven und Wurstwaren 4 317.
Einsegnungs- usw. Kleider 3 243, 5 225.
Einsicht der Kriegsrolle des Patentamts 4 778.
Einspruch. Ist der E. zum Zwecke der Erlangung einer Zahlungsfrist zulässig? 1 229f.
Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 238ff., 2 67, 3 50, 5 39, allgemeine Bedeutung 1 239, durch das Vollstreckungsgericht 1 239f., 2 67, Zulässigkeit der E. 1 240ff., 2 68, 3 51, 4 755, insbesondere Zulässigkeit der E. schon vor Beginn der Zwangsvollstreckung 1 244ff., 3 51, Zulässigkeit einer einstweiligen E. 1 252, 3 51, 63, der Einstellungsbeschluß 1 254ff., 2 69, die Anfechtung dieses Beschlusses 1 256f., 2 69, 3 63.
— Zulässigkeit wiederholter E. nach der HypZwVO. 2 80, 3 63.
— des Vergleichsverfahrens 5 114.
— des Strafverfahrens wegen entschuldbaren Irrtums 4 729.
Einstellungsantrag 1 252ff., 2 69.
Einstweilige Verfügung, Unterbrechung des Verfahrens 1 25ff., 2 6, 3 3.
— im Falle des § 1 der Verordnung vom 14. Januar 1915 1 140.
— bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186, 242, 2 57.
— Kosten 1 270, 272.
— e. V. und Gegenmoratorium 1 309, 318, 3 105.
— in das vom Treuhänder verwaltete Vermögen 5 515.
Einstweilige Verfügung während der Geschäftsaufsicht 1 344, 2 108, 3 111, 5 71.
Eintragung in öffentliche Bücher und Register, findet eine solche E. der Geschäftsaufsicht statt? 1 339, 2 105.
Eintrittskarten keine Waren 3 503.
— für Wohlfahrtsveranstaltungen 5 464.
Einwirkung von Höchstpreisen auf laufende Verträge 2 173, 3 173, 5 157, auf neue Verträge 2 162, 5 149.
— der Familienunterstützung auf den Unterstützungswohnsitz 2 368, 3 639.
Einzelperson, Kriegssteuer 3 310, 433ff.
Einziehung als Nebenstrafe.
— Äpfel 4 260.
— Branntwein 4 203, 206, 210, 702.
— Brotgetreide und Mehl 4 111, 693.
— Buchweizen und Hirse 4 227.
— Cumaronharz 4 548.
— Druckfarbe 4 729.
— Eier 4 54, 56.
— Fische 4 353, 641.
— Fleisch 4 324, 334.
— Futtermittel, Hilfsstoffe, Kunstdünger 4 38, 40.
— Zuckerh. Futtermittel 4 451.
— andere Futtermittel 4 460.
— Gemüse u. Obst 4 62.
— Gerste und Hafer 4 693.
— Gold, Goldwaren 4 782.
— Gummisauger 4 562.
— Hafernährmittel 4 447.
— Harz 4 575, 724.
— Hülsenfrüchte 4 216, 693.
— Kaffee 4 45, 305.
— Kakao 4 305.
— Kakaoschalen 4 298.
— Kartoffeln 4 41, 42, 164, 168, 170, 171, 695.
— Käse 4 51.
— Knochen 4 718.
— Kohlrüben 4 186.
— Kunsthonig 4 301.
— Lebensmittel 4 82.
— Leim 4 551.
— Leimleder 4 479.
— Malzerzeugnisse 4 400.
— kondens. Milch, Milchpulver 4 56, 57.
— Mineralöle 4 717.
— Motorboote 4 529.
— Öle und Fette 4 47, 48.
— Pferdefleisch 4 338.
— Rubel 5 290.
— Rüben 4 257.
— Säcke 4 612.
— Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen 4 35, 37.
— Schal- und Krustentiere 4 691.
— Schmalz 4 49.
— Schokolade 4 307.
— Schuhsohlen usw. 4 775.
— Schuhwaren usw. 5 241, 249, 251.
— Schwefel 4 592.
— Seefische 4 354.
— Seemuscheln 4 360.
— Seidenwaren 4 566.

Einziehung, Silber und Silberwaren 5 275, 276.
— Speisefette 4 366.
— Stickstoff 4 687.
— Tabak 4 556.
— Tee 4 46, 305.
— Textilien 4 773.
— Vieh und Fleisch 4 52, 54.
— Walnüsse, Haselnüsse 4 60, 61.
— Wasch- und Reinigungsmittel 4 539.
— Web- usw. Waren 5 251.
— Weintrester 4 487.
— Weißkohl 4 239.
— Zigarrenrohtabak 4 58, 60.
— Zucker 4 268, 278.
— Zwetschen 4 259.
— Zwiebeln 4 256.
— Verfahren 4 130.
— von Forderungen ausländischer Währung 4 783, 784.
— von Wuchergut 5 186.
Eisen s. Ausprägung.
Eisenbahn i. S. des BeförderungsStG. 5 382.
Eisenbahnbetrieb, Hilfsdienst 5 633.
Eisenbahnverwaltung, FamU. der dorthin komm. Mannschaften 5 478.
Eisen-Portlandzement 4 605.
Eiserne Gewichte 4 581 ff.
Eisenbahnmaterial, Ausfuhrverbot 1 920.
Eisenbahn-Sammelladungsverkehr der Spediteure 3 533.
Eisenbahnverkehr 1 924, 3 528.
Eiweiß, Begriff i. S. der KuchenVO. 4 153.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 151.
Elbinger Käse, Preis 4 387.
Elbzollgericht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189.
Elektrische Straßenbahn, Betriebseinschränkung 4 603.
Elektrischer Strom, Warenumsatzstempel 3 466, 477, 503.
— Lieferung, Preiszuschlag 5 391.
Elsaß-Lothringen, keine Anzeigepflicht bei der Vorratserhebung 4 73, 75, 76, 78, 81, 302, 303, 304, 306, 307, 330, 511, 599, 609, 622, 628, 633, 693, 694.
— keine Branntweinlieferungspflicht 4 201, 202.
— Beschaffung von Papierholz in EL. 4 726.
— Wechsel- und Scheckfristen in EL. 1 402, 2 142, 3 125, 1027.
Elterliche Gewalt, Wirkung der e. G. auf die Geschäftsaufsicht 1 343.
— Wirkung der Geschäftsaufsicht auf die e. G. 1 343, 4 749.
Emer s. Brotgetreide.
Emmenthaler Käse, Preis 3 387.
Empfangsbekenntnis, Warenumsatzstempel 3 468.
England, Zahlungsverbot gegen E. 1 887 ff., 2 411, 3 716 ff., 5 517.
— englische Versicherungsgesellschaften 1 909, 2 417.
England, in E. abgestempelte Wertpapiere 1 529, 2 232.
Entbindungsanstalten, Verwendung von Branntwein 4 198.
— Gummisauger 4 562.
Entbindungskosten, Beitrag zu den E. 1 834, 841, 856, 2 347 ff., 3 625.
Enteignung
A. nach den EinfuhrVO.
— von Branntwein 4 205.
— von Kartoffeln 4 42.
— von Kartoffelerzeugnissen 4 33.
— von Zigarettenrohtabak 4 59.
B. nach anderen VO.
— von Äpfeln 4 260.
— von Arzneimitteln 5 260.
— von Branntwein 4 201, 701.
— von Brotgetreide und Mehl 1 593, 4 108, 111, 123.
— von Bucheckern 4 516.
— von Buchweizen und Hirse 4 226.
— von Druckpapier 4 628, 633.
— von Fleischwaren 4 331.
— von zuckerh. Futtermitteln 4 449.
— von Gegenständen des täglichen Bedarfs 2 182 ff.
— von Gegenständen des Kriegsbedarfs 2 454, 5 544.
— von Gerste 4 406, 407.
— von Gerstengraupen 4 413.
— von Grünkern 4 233.
— von Hafer 1 708, 715, 4 432, 433.
— von Hülsenfrüchten 4 214.
— von Kaffee 4 301.
— von Kartoffeln 4 175, 176, 177.
— von Kohlrüben 4 184, 186.
— von Kraftfuttermitteln 4 459.
— von Kunsthonig 4 300.
— von Leimleder 4 478.
— von Mineralölen 4 716.
— von Ölen u. Fetten 4 513.
— von Ölfrüchten 4 505.
— von Papierholz 4 726.
— von Rüben 4 257.
— von Säcken 4 610, 611.
— von Silber oder Silberwaren 5 275.
— von Schuhwaren 5 241, 248.
— von Speisefetten 4 363, 366.
— von Stroh 4 492.
— von Tee 4 303.
— von Vieh 4 321, 329.
— von Web- usw. Waren 5 251.
— von Weintrestern und Traubenkernen 4 486.
— von Weißkohl 4 239.
— von Zichorienwurzeln 4 305.
— von ausländischen Wertpapieren 5 290.
— von Zucker 4 277.
— von Zuckerrüben 4 274.
— von Zwetschen 4 259.
— von Zwiebeln 4 256.
— durch die RVerkSt. 5 256.
— Warenlieferung auf Grund einer E., Warenumsatzst. 3 486.
Enteignungsverfahren, vereinfachtes, zur

Beschaffung von Arbeitsgelegenheit 1 803ff., 2 302, 3 572, 5 436.
Enten, Einfuhr 4 54.
— Wucher 5 165.
Enteneier s. Eier.
Entfernen beschlagnahmter Vorräte 4 104, 106, 408.
Entfetten von Leimleder 4 478.
Entlassung, vorübergehende, eines Kriegsteilnehmers 1 82, 2 18.
Entlastung der Gerichte 2 462ff., 3 755ff., 4 823ff., 5 552ff.
Entmündigungsverfahren, Unterbrechung 1 30, 2 6.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
Entrahmung der Milch 4 363, 380.
Entrichtung der Kriegssteuer 3 316, 461, 5 328.
Entschädigung für Verhaftung oder Aufenthaltsbeschränkung auf Grund des Kriegszustandes usw. 4 838, 5 568.
Entschuldbarer Irrtum 4 729.
Entstehung der Forderung vor dem 31. Juli 1914, Zahlungsfrist 1 197ff., 2 60, 64, 3 46ff., 60, 5 24.
Entziehung des Rechts zur Selbstversorgung 4 111, 134.
— des Versteuerungsrechts 4 197.
Entzuckerung von Melasse 4 274.
Erbanfall, Kriegssteuer 3 310, 435, 5 305.
Erben des Mieters, Kündigungsrecht 2 131ff., 136.
Erbenmehrheit und Zahlungsverbot 1 894.
— s. auch Miterben.
Erbieten zu einem Vertrage 2 167.
— zur Höchstpreisüberschreitung 3 163, 4 143.
— zum Wucher 3 192, 5 186.
Erbsen s. Hülsenfrüchte.
Erbsenkleie, Absatz 4 213.
— Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Erbsenkonserven, Höchstpreis 4 241.
Erbsenmehl, Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Erbsenschalen, Absatz 4 213.
— Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Erdmandeln, Preis 4 507.
— Verwertung 4 506.
Erdnüsse, Preis 4 507.
— Verwertung 4 506.
Erdnußkleie, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 466, 473.
Erdnußkuchen, Preis 4 474.
Erdnußöl, Preis 4 512.
— Verwertung 4 511.
Erdnußschalen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 466, 473.
Erdölpech, Verwendung von E. 1 743.
Erdschellack s. Gummi accaroides.
Erdwachs 4 714.
Erfinderrecht eines Kriegsteilnehmers, Vollstreckung 1 112.
Erfrischungsräume, Abgabe von Fleisch nur gegen Fleischkarte 4 333.
Erfrischungsräume, Beköstigung an fleisch- oder fettlosen Tagen 4 315, 336.
— Eierverbrauch 4 392, 396.
— Verabfolgung von Sahne 4 381.
„Ergangen", Begr. i. S. des § 31 Entlast.-VO. 2 520.
Ergänzung des Urteils 1 223.
Erhaltung beschlagnahmter Vorräte 4 103, 104, 117, 120, 184.
Erhebung der Klage gegen einen Kriegsteilnehmer 1 31ff., 2 8, 3 4.
— der Kriegssteuer 3 458ff.
— der Warenumsatzsteuer 3 469, 490ff., 509, 512.
Erhöhung des Zuckeranteils 4 296.
Erinnerung vor sofortiger Beschwerde 1 253, 2 69.
— Bedarf es ihrer zur Beseitigung der Überpfändung? 2 129, 3 122.
Erkenntnisverfahren, Unterbrechung 1 21f., 2 4.
Erklärungspflicht der Kriegsgesellschaften und Kriegsstellen.
4 202, 205 (Branntwein), 32 (Butter), 55 (Eier), 63 (Fische), 39, 448, 458 (Futtermittel), 62, 237 (Gemüse), 562 (Gummisauger), 545, 723 (Harz), 45, 302 (Kaffee) 42 (Kartoffeln), 33 (Kartoffelerzeugnisse), 50 (Käse), 521, 719 (Knochen), 477 (Leimleder), 57 (Milch, Milchpulver), 715 (Mineralöle), 62, 249 (Obst), 48, 512 (Öle und Fette), 599, 600 (Petroleum), 610 (Säcke), 36 (Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen), 691 (Schal- und Krustentiere), 49 (Schmalz), 591 (Schwefel), 492 (Stroh), 46, 303 (Tee), 53 (Vieh, Fleisch, Fleischwaren), 61 (Walnüsse, Haselnüsse), 304 (Zichorienwurzeln), 59 (Zigarettenrohtabak), 678 (Zucker).
Erlaß von Vergütungen und Abgaben 2 232.
Erlaubnis zum Ankauf von Hafer 4 434.
— zum Eierhandel 4 392, 395.
— zur Erteilung von Fachunterricht 5 147.
— zum Handel mit Arzneimitteln 5 259.
— zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln 3 208ff.
— zum Handel mit Saatkartoffeln 4 162.
— zum Handel mit Sämereien 3 217, 4 767.
— zu Kriegswohlfahrtsunternehmungen 4 808, 5 461.
Erlaubnisschein für die Verarbeitung von Buchecker 4 516.
Erledigung des Rechtsstreits durch Vergleich oder Anerkenntnisurteil, Kosten 1 271ff., 2 71ff., 3 52ff., 5 26.
Erleichterung der Feststellung des Kriegsteilnehmerverhältnisses 1 99.
Erleichterungen für Brennereien 4 188ff., 210.
Erlensamen, Absatz 4 472.
Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen 1 393, 2 141, 3 124, 5 130.

Ermäßigung der Gerichtsgebühren 1 273ff., 2 73, 3 54, 56, 4 743.
— nicht der Anwaltskosten und der nicht in Gebühren bestehenden Gerichtskosten 1 274, 2 73, 3 54.
— nicht der Stempelabgaben 1 275.
— bezieht sich die E. auf Pauschsätze? 1 274f., 2 73, 3 54.
Ermittlung der Kriegsschäden 2 380ff., 3 640ff.
Ermittlungspflicht des Gerichts im Mietfortsetzungsstreit 2 138.
Erneuerungsscheine 5 290.
Ernte, Vorverkauf 1 737, 2 294, 4 99ff.
Erntefläche nerhebung 1 937, 4 68.
Erntehilfe 3 591.
Ernteschätzungen 4 71.
Erntevorschätzungen 4 69.
— Nachprüfung 4 70.
Eröffnung des Geschäftsaufsichtsverfahrens 3 902.
— des Konkurses 1 120ff., 2 29, 3 13.
— der Militär- und Marinetestamente 1 162.
Eröffnungsantrag, Konkurs 1 120, 2 29.
Ersatzanspruch 3 692, 5 415.
Ersatzbataillon, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 86ff., 2 18, 3 35.
Ersatzgummierung 5 205.
Ersatzkassen, KrankenV. 3 579, 5 437.
Ersatz-Maschinengewehrkompagnie, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 89.
Ersatzmittel für Butter, Käse, Schmalz 4 377.
— für Kaffee, Tee, Kakao 4 301.
Ersatzregiment, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 88, 5 6.
Ersatzsohlen-Gesellschaft mbH. 4 775.
Ersatzstücke, Verpfändung von E., s. Waren.
Ersatzware, Wucherpreis 3 189.
Ersatzzustellung der Klage gegen einen Kriegsteilnehmer 1 37f., 2 8, 37.
Erscheinen vor dem Einigungsamt 1 415, 416f., 422.
Erscheinungsweise der Zeitungen, Änderung 4 627.
Ersetzung der Zustimmung im Geschäftsaufsichtsverfahren? 5 62.
Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln 4 602.
Ersteher, Sicherungshypothek gegen ihn, Anwendbarkeit der HypVO. 3 75.
Erster zulässiger Kündigungstermin 2 135.
Erstprodukt 1 676.
Erwerb von Säcken durch Aufkäufer 4 613.
Erwerbstätigkeit der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, ihre Förderung 2 334ff.
Erzeuger s. Produzenten.
Erzeugerpreise für Gemüse u. Obst 4 254.
Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation, Absatz 4 177ff.
— der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation, Begriff 4 178.
— Einfuhr 4 32.
— Verfüttern 4 168ff.
Erzeugung von Zement 4 605.
Essenzenfabriken, Verwendung von Branntwein 4 198.
Essig, Herstellung 4 192.
— Süßstoffverwendung 4 291, 292.
— Zuckerverwendung 4 268, 677.
Essigäther s. Eingangszoll.
Etappenkommandant als Kriegsteilnehmer 1 89.
Euter gelten nicht als Fleisch 4 332.
Extrablätter 4 624.
Extraktionsknochenfett, Preis 4 513.
Extraktionsverfahren, Fettgewinnung 4 520.

F.

Fachunterricht, Erlaubnis zur Erteilung 5 147.
Fäden, Preisbeschränkung 4 771.
Fahnen 5 205.
Fahnenflucht, Wochenhilfe für die Ehefrau 5 468.
Fahrausweis, Abstempelung 5 362.
Fährbetrieb mit Motorbooten 4 528.
Fahrkarten keine Waren 3 503.
Fahrlässigkeit. Genügt sie zur Bestrafung nach dem Höchstpreisgesetz? 2 169ff., 3 167ff., nach der BrotVO. 2 281, 284.
Fahrzeug, Abtretung und Pfändung der Forderungen an die Kriegskasse aus der Überlassung von F. 1 382ff.
— Zahlung der Vergütung für die Überlassung von F. 1 385f.
— Ausfuhrverbot 1 920.
Fälligkeit, Hypothekenstundung vor F.? 3 87.
— im Ausland ausgestellter Wechsel 1 407ff., 4 753, 5 131.
Familie des Schuldners, Lebenshaltung bei der Geschäftsaufsicht 5 64.
Familien, Unterstützung von F. in den Dienst eingetretener Mannschaften 1 861f., 2 363ff., 3 629ff., 1020, 4 812, 5 472ff.
Familienfideikommiß, Erwerb von Kriegsanleihen 3 561.
— Veräußerung ausländischer Wertpapiere 5 291.
— Kriegssteuer 3 310, 312, 444, 5 319.
Familiengesellschaft, Kriegssteuer 3 443, 4 790, 5 318.
Fang von Krammetsvögeln 4 360f.
Farben, Herstellung ohne Eier 4 391.
— Herstellung ohne Milch 4 381.
— Herstellung ohne Öl und Fett 4 524ff.
Färben von Stoffen 5 201.
Farin, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
Fasanen, Einfuhr 4 54.
— Preise 4 350ff.
Faßbohnen s. Gemüsekonserven.
— Höchstpreis 4 706.
Faustkäse, Preis 4 388.
Fassung der Urteilsformel bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 221ff., 3 85.
Federn, Verarbeitung 4 482.

Federvieh, Verfüttern von Kartoffeln 4 168, 170.
Federwild 4 26.
Feigenkakao, Preiskontrolle 4 311.
Feind, die gegen den F. verwendeten Teile der Land- oder Seemacht 1 89ff., 2 19ff., 51, 54, 3 7, 5 6.
Feindliche Staatsangehörige s. Verträge, gewerbliche Schutzrechte.
Feindlicher Staat i. S. der Anmeldungs-VO. 2 438.
Feindliches Vermögen, Anmeldung und Sperre 2 424ff., 3 727ff.
— Treuhänder 5 514.
Feinseife 4 531ff.
Feinsoda 4 539.
Feldhühner, Einfuhr 4 54.
Feldpostsendungen, Portovergünstigung 3 556.
Feldpostverkehr 1 934.
Feldproviantamtsinspektor-Stellvertreter als Kriegsteilnehmer 1 88.
Fensterbehänge 5 205.
Ferkel, Wucher 5 165.
Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel 2 192ff., 3 192ff., 5 187.
Fernsprechgerät, Ausfuhrverbot 1 920.
Fertigharz 4 543.
Fesen s. Brotgetreide.
Festsetzung des Mindestsatzes der Ausmahlung 4 105.
— des Bedarfsanteils der Kommunalverbände 4 105.
— des zu verschrotenden oder zur Verfütterung freizugebenden nicht mahlfähigen Brotgetreides insbes. Hinterkorns 4 105.
— von Grundpreisen für verdorbene Speisefette 4 379.
— von Grundpreisen für Butter 4 370.
— der Verbrauchshöchstmenge von Fleisch und Fleischwaren 3 335.
— der Höchstpreise 1 755, 2 162, 3 158, 4 760, 5 150.
— der Kriegsabgaben 3 459.
— des tägl. Mehlverbrauchs auf den Kopf der Zivilbevölkerung 4 105.
— der dem Selbstversorger zur Verwendung zu überlassenden Mehlmenge 4 105.
— der abzuliefernden Mengen von Mehl und Brotgetreide 4 105.
— von Pachtpreisen für Kleingärten 4 11.
— des Papierbezuges 4 625, 633.
— der Rücklage der Reichsgetr.Stelle 4 105.
Feststellung des Kriegsteilnehmerverhältnisses 1 99, 2 23.
— der Unzulässigkeit der Versteigerung 1 114, 2 28.
— von Kriegsschäden 3 640ff., 1020, 5 492.
Feststellungsausschuß nach dem HDG. 3 811, 898, 4 841, 5 574, 631.
Feststellungsbehörden 3 685.
Feststellungsklage bei Beseitigung der Verzugsfolgen 1 280.
— positive, unterfällt sie dem Gegenmoratorium? 1 307.
Feststellungsklage, negative, unterfällt sie dem Gegenmoratorium? 1 306, 2 85, 5 46.
Festung, Besatzung 1 91ff., 2 23, 51, 54, 3 8.
Fett, ausländisches 4 340.
— Begriff 4 315, 151.
— Bewirtschaftung 2 291, 503ff., 714ff.
— Einfuhr 4 47.
— Verwendung zur Bereitung von Creme 4 151, von Kuchen 150, von Süßigkeiten und Schokolade 2 287, 4 295.
— Verwendung zu technischen Zwecken 4 523ff.
— s. Rohfette.
Fettbrocken s. Rohfette.
Fettgrieben, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 469, 474.
Fetthaltige Stoffe 4 717.
— Waschmittel 4 530.
— Zubereitungen 4 378.
Fetten von Brotlaiben 4 145, 147.
Fettersatzstoffe, Lieferungsvertrag 2 173.
— Kennzeichnung 3 220.
— zum Brotaufstrich 4 260.
Fettlose Tage 2 289, 4 315.
— Wasch- und Reinigungsmittel 4 558ff.
Fettsäuren, Einfuhr 4 48.
Fettstelle Groß-Berlin 4 369.
Fettstreußel 4 151.
Fettverbrauch, Einschränkung 4 315, 337.
Fettwaren, Verkauf durch die Gemeinden 1 682, 4 312.
Feuer, vor dem F. beschäftigte Arbeiter, Zusatzseifenkarten 4 532.
Feuerlöschdienst, Motorboote 4 528.
Feuerversicherung, Gefahrerhöhung 2 309.
Fichtenharz 4 543.
Fichtensamen, Absatz 4 472.
Filzschuhe, bezugsscheinpflichtig 5 201.
Finanzgesetze 1 468ff., 2 199ff., 3 263ff., 4 779ff., 5 269ff.
Firnis, Anzeigepflicht 4 727.
— Einfuhr 4 47, 48.
— Herstellung 4 526.
Firnisersatz, Anzeigepflicht 4 727.
Fischdüngemehl, Einfuhr 4 39.
Fische, Einfuhr und Durchfuhr 4 37, 62, 671.
— Bewirtschaftung 4 311.
— Höchstpreis 2 298.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Zubereitungen, Einfuhr und Durchfuhr 4 37.
Fischerei 3 208.
Fischereierzeugnisse, Beförderung 5 359.
Fischfett, Preis 4 513.
Fischfuttermehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474.
Fischindustrie 1 557.
Fischmarinaden, Süßstoffverwendung 4 291.
— Zuckerverwendung 4 269, 677.
Fischöl, Preis 4 513.
Fischölsäure, Preis 4 513.
Fischpreise 4 354ff.
Fischrogen, Einfuhr 4 35.

Fischrogen, Durchfuhr 4 37.
Fischversorgung 4 352ff.
Flachs, Kettenhandel 4 772.
Flachs-Abrechnungsstelle 1 559.
Flaschenspiritus 4 208.
Flechsen 4 481.
Fleck, nicht Fleisch 4 332.
Fleisch, Sicherung der Volksernährung mit F. 1 687, 2 289.
— Begriff 2 289, 290, 4 315, 317, 321, 322.
— Bewirtschaftung 4 311.
— Einfuhr 4 52.
Fleischbelag 4 316.
Fleischbrühe, Verabfolgung an fleischlosen Tagen 4 317.
Fleischbrühewürfel, Kennzeichnung 3 220.
Fleischdüngemehl, Einfuhr 4 39.
Fleischextrakt, Kennzeichnung 3 220.
Fleischfuttermehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474, 475.
Fleischgerichte, Beschränkung der Zahl 4 337.
Fleischknochenmehl, Einfuhr 4 39.
Fleischkarte 4 324, 333, 335.
Fleischkonserven, Herstellungsbeschränkung 2 289, 4 317.
Fleischkonservenfabriken, Knochenverwertung 4 52, 719.
Fleischkuchen, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 408, 474.
Fleischlose Tage 2 289, 4 315ff., 337.
Fleischmarke 4 333.
Fleischpreise 4 340ff., 709.
Fleischverbrauch, Einschränkung 4 315.
— Regelung 4 332.
Fleischversorgung 4 320ff.
Fleischwaren, Begriff 2 289, 4 315, 321, 330, 332.
— Einfuhr 4 52.
— Verkauf durch die Gemeinden 1 682, 4 312.
— Verkehr 4 330.
Flüchtlingsfamilien, Unterstützung 4 812.
Flozmaul nicht Fleisch 4 332.
Flugzeuge 1 936.
Flüssiges Harz 4 544.
Fohlen, Einfuhr 3 742.
— Wucher 5 166.
Folgen der nicht rechtzeitigen Zahlung einer Geldforderung, Beseitigung durch den Richter 1 275ff., 2 74, 3 54, 4 743.
Fondants als Süßigkeiten 4 295.
Fordern des Wucherpreises 3 189, 4 765, 5 181.
Forderung, nur privatrechtliche, bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 94.
— Übergehen einer F. in eine Geldforderung bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 195ff.
— Entstehung einer F. vor dem 31. Juli 1914 bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 197ff., 2 60, 3 46ff., 60.
— gekündigte F. 1 205.
— Pfändung einer F., Zahlungsfrist 1 243, im Falle des § 5 des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 111.
Forderung, Zahlungsfrist für die persönliche F. bei einer Hypothek 3 62, 74, bei einer Grundschuld 3 77.
— Abtretung und Pfändung der F. an die Kriegskasse aus der Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren 1 382ff., 3 122.
— des Höchstpreises 2 167, 3 189.
Forderungen sind nicht Waren 3 466, 477, 503.
— Bestimmungen der DevisenO. 4 783ff.
Forderungsausgleich gegenüber dem feindlichen Ausland 1 912, 2 417ff., 3 727, 5 522.
Forsteigentümer, Verpflichtung zur Lieferung von Papierholz 4 726.
Forsten, Gewinnung von Futtermitteln 4 497.
Forstwirtschaft s. Landwirtschaft.
Fortbildungsschule mit Fachunterricht 5 147.
Fortdauer der Geschäftsaufsicht 5 114.
Fortführung des Geschäfts, Verbindlichkeiten, die dazu erforderlich sind 1 360, 5 63.
— des Kriegsteilnehmers 2 42, 3 31, 5 12.
Fortführung des Unternehmens durch den politischen Zwangsverwalter 2 408.
Frachtbetrag 3 528.
Frachturkunden 3 528.
Frachturkundenstempel 3 520ff.
Frachtverkehr mit dem Ausland 3 279.
— mit den besetzten Gebieten 3 279.
— mit Luxemburg 3 279.
— mit Österreich-Ungarn 3 279.
— im See- und Binnenschiffahrtsverkehr 3 279.
Frachtvertrag s. Kauffahrteischiff.
Frack 3 239.
Frankreich, Zahlungsverbot gegen F. 1 904.
— Verlängerung der Prioritätsfristen 1 937; s. auch Gegenseitigkeit.
— Beglaubigungen und Legalisationen 2 53, 3 42.
Französisch-Marokko, Zahlungsverbot 2 416.
Französische Unternehmungen, Zwangsverwaltung 1 880, 2 406ff., 3 706, 5 511; s. auch Grundstücke.
— Liquidation 5 513.
Französisches Bau- und Nutzholz 4 25.
Frauen, Bestandsliste für Ober- und Unterkleidung 5 228.
— Stoffverbrauch bei Anfertigung von Kleidern und Wäsche 5 254.
— sind nicht hilfsdienstpflichtig 5 571.
Freibezirk, Überführung von Branntwein 4 204.
Freier Beruf, Feststellung von Kriegsschäden 3 695.
Freiexemplare 4 627.
Freigabe von Branntwein zur Versteuerung 4 197.
Freihafen, Überführung von Branntwein 4 204.
Freihändige Veräußerung 2 280.

Freiheitsstrafen, Einfluß der Sommerzeit auf die Berechnung 4 602.
Freiliste 3 238, 5 204.
Freitag, fleischloser Tag 4 315.
Freisprechung wegen entschuldbaren Irrtums 4 730.
Freiwillige Gerichtsbarkeit, Unterbrechung des Verfahrens 1 21, 2 3.
— und Gegenmoratorium 1 316, 2 89, 3 106.
— in Heer und Marine 1 155, 2 52, 3 39, 4 739, 5 18.
Freiwillige Krankenpflege, Familienunterstützung des Unterpersonals 1 862.
— Invalidenversicherung 5 443.
Freiwillige Rückstellung 2 239, 251.
Freiwilliger als Kriegsteilnehmer 1 83.
Friedenspreis 3 186, 4 765, 5 180.
Frist s. Ausschlußfrist, Zahlungsfrist und Verjährungsfrist.
Fristbewilligung s. Zahlungsfrist.
Fristen nach Wechselrecht 1 392, 2 141, 3 125, 1027, 5 130.
Friseure, Seifenverbrauch 4 532.
Fremdenheim, Einschränkung des Eierverbrauchs 4 392, 396, des Fleisch- und Fettverbrauchs 4 316, 333.
Frischwurst, Herstellung 4 318.
Früchte, kandierte 4 267, 677.
Fruchtkonserven, Durchfuhr 4 690.
— Wucher 5 165.
Fruchtsaft, Verwendung von Süßstoff 4 291, 292.
— s. Obstkonserven.
Fruchtsirup, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
— Verwendung von Zucker und Süßstoff 4 267, 291, 292, 677.
— s. Obstkonserven.
Frühjahrsbestellung 4 432, 5 558.
Frühkartoffel, Wucher 5 165.
Frühkäufe von Tabak 4 554.
Frühstückskäse, Preis 4 387.
Fuhrlohn, Zuschlag zum Kaufpreis 2 169.
Furage 1 928.
— Wucher 5 164.
Fünfpfennigstück, s. Ausprägung, Prägung.
Fürsorge für Kriegsinvaliden 2 314ff., 3 316ff., 5 447ff.
Fürsorgeerziehung, Kosten 5 478.
Fusion s. Verschmelzung.
Füße nicht Fleisch 4 332.
Fußlappen 5 205.
Fußlinge 3 238, 5 204.
Fußlinge, baumwollene 3 238.
Fußmehl, Preis 4 466.
Futterkalk, Preis 4 470, 474.
Futterkartoffeln, Höchstpreis 1 774ff., 2 298.
Futtermittel, Anzeigepflicht 1 726.
— Ausfuhrverbot 1 919.
— ausländische 1 728.
— Beschaffung und Verwertung 1 531ff., 2 265ff., 293, 3 565, 4 7ff., 83, 671, 672, 696, 5 429.
— Einfuhr 2 277, 4 29, 38.
Futtermittel, Handel 3 208, 5 191.
— Sicherstellung 1 716.
— Übernahmepreis 1 727.
— Versicherung 1 718.
— Verwahrung 1 718, 727.
— zuckerhaltige F. 1 716, 725, 2 293, 4 447ff.
Futtermittelstellen 4 501.
Futterpflanzenheu, Vorratserhebung 4 77.
Futterrüben, Absatz 4 457.
— Einfuhr 4 39.
— Preis 4 470.
Futterrübensamen, Preis 4 466.
Futterrübenschnitzel, Preis 4 470.
Futterzulagen 4 434.

G.

Gänse, Einfuhr 4 54.
— Wucher 5 165.
Gänseeier s. Eier.
Gardinen 3 239, 5 205.
Garne, Preisbeschränkung 4 771.
Garneelen, Einfuhr 4 41.
— s. Salz.
Garneelenmehl, Einfuhr 4 41.
Garneelenschrot, Einfuhr 4 41.
Garnisondienst, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 87.
Garnisonort, Gerichtsstand 1 18.
Gartenbau, Erzeugnisse 3 208.
Gartenstadt Staaken-Spandau 1 527.
Gartentabak, ungarischer 4 559.
Gas, Warenumsatzstempel 3 466, 477, 503.
— Lieferung, Preiszuschlag 5 391.
Gaskoks 5 412.
Gasöl s. Mineralöl.
Gasolin, Preis 4 552.
— Nichtanwendbarkeit der MineralölVO. 4 716.
Gasthöfe erhalten keine Bezugsscheine für Tisch- und Bettwäsche 5 202.
Gastwirtschaften, Abendschluß 4 602.
— Beköstigung an fleisch- oder fettlosen Tagen 4 315.
— Beleuchtung 4 602.
— Beschränkung des Fleischverbrauchs 4 333, 336.
— Eierverbrauch 4 392, 396.
— Fettgewinnung 4 520.
— Lichtreklame 4 602.
— erhalten keine Bezugsscheine für Tisch- und Bettwäsche 5 202.
— Verabfolgung von Sahne 4 381.
— Verwendung von Wäsche 5 257.
— Zuweisung von Fleisch 4 326.
Gebot bei der Zwangsversteigerung 1 130ff. S. im übrigen Mindestgebot.
Gebrauchsmittel, Beschaffung 1 531ff., 2 265ff., 3 565, 4 7ff., 671.
— Verwertung 4 83ff., 671, 696, 5 429.
Gebrauchsmuster, Ausschluß der Öffentlichkeit 4 778, 5 265.
— s. Patent.
Gebrauchte Säcke, Übernahmepreis 4 612.

Gebühr für den Zuckerbezugsschein 4 273, 297.
— s. Anwaltsgebühr, Ermäßigung und Gerichtsgebühr.
Gebühren in Patentsachen, Stundung und Erlaß 1 463, 5 268.
Gebührenfreiheit der Ausfertigung von Bezugsscheinen 5 203.
Gebührenordnung f. Rechtsanw., Änderung 3 777, 4 826, 5 556.
— f. Gerichtsvollz., Änderung 3 777, 4 826, 5 556.
Geburtsfälle Deutscher im Ausland, Beurkundung 4 836.
Geburtshilfliche Zwecke, Verabfolgung von Kresolseifenlösung 4 527.
Geburtsregister 4 837, 5 562.
Gedenkstücke, eiserne s. Reichsbank.
Gefahr für die Reichssicherheit 5 564f.
Gefangene, Beschäftigung mit Außenarbeit 1 800, 5 435.
— s. Arbeitserzeugnisse.
— s. Kriegsgefangene.
— s. Zivilgefangene.
Gefangenschaft, Fam.U. eingew. Fam. in deutscher od. öst. Gef. befindl. Männer deutscher Abstammung 5 482.
Geflügel, Einfuhr 4 54.
— gilt als Fleisch 4 337.
— Verabfolgung an fleischlosen Tagen 4 315.
— Verfütterung von Knochen 4 717.
Geflügelhalter, Eierbezug vom G. 4 396.
Geflügelzucht, Erzeugnisse 3 208.
Gegenmoratorium 1 299, 2 82ff., 3 103ff, 5 44ff.
Gegenseitige Verträge in der Geschäftsaufsicht 5 80ff., 88; s. Vertrag.
Gegenseitigkeit im Verhältnis zu Österreich-Ungarn 1 167ff., 2 54.
— auf dem Gebiete des Patentrechts mit Dänemark, Italien, Norwegen, der Schweiz, Spanien, den Vereinigten Staaten, Belgien, Österreich-Ungarn, Portugal, Frankreich, Schweden, Brasilien, Griechenland 1 464, mit Luxemburg 2 196, mit Bulgarien 5 264.
Gegenstand des Rechtsstreits bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 279ff., 293f., 2 75, 3 55.
— der Glaubhaftmachung bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 212.
— des unbeweglichen Vermögens, Versagung des Zuschlags 1 386f., 2 139.
Gegenstände des Kriegsbedarfs 2 192, 3 177, 5 166.
— **des täglichen Bedarfs** 2 182ff., 192, 3 176, 4 763, 5 159ff., 165; s. auch Enteignung, Zurückhaltung, Fernhaltung.
Gegner des Kriegsteilnehmers, Kostenerstattung 1 153.
Gehaltsanspruch, Einschränkung der Pfändbarkeit 1 381, 2 126, 3 122.
Geheimer Justizrat, Unterbrechung des Verfahrens? 2 7.
Geheimhaltungspflicht, Verhältnis zur Anmeldepflicht 2 441.
Gehilfen, Anstellung von G. nach Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 165 s. Gewerbegehilfe.
Gehirn, kein Fleisch 4 332.
Geisel, Anwendung des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 92, 2 23, 54.
— Österreichisch-Ungarische G. 1 170.
Gekröse, kein Fleisch 4 332.
Gelände, städtisches, Bereitstellung zur Kleingartenbestellung 4 12.
Gelantine, Herstellung 4 719.
Geldforderung, Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 109, 2 26.
— vor dem 31. Juli 1914 entstandene G., Zahlungsfrist 1 193ff., 2 60, 3 46ff., 5 24.
— bei Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 240f., 2 68.
— nicht rechtzeitige Zahlung einer G. 1 275ff., 2 74ff., 3 54, 4 743, 755.
Geldgeber s. Wechsel.
Geldsorten 3 272, 4 783.
— sind nicht Waren 3 466, 503.
Geldwechselgeschäfte, Warenumsatzst. 3 477.
Geldwechslergeschäft 2 234, 4 785.
Gelee s. Obstkonserven.
Gelees früchte, Zuckerverwendung 4 269, 677.
Geltendmachung von Ansprüchen während der Kriegszeit 1 171ff., 2 56ff., 3 43ff., 4 740ff., 5 20ff.
— Begriff i. S. des Gegenmoratoriums 1 306, 2 85ff., 3 105, 5 46ff.
Geltungsgebiet der Verordnung über die Versagung des Zuschlags 1 388.
Gemeinde, Gewährung von Kredit 1 520ff.
— Übernahme der Brotverkehrsregelung 1 584.
— Errichtung v. Preisprüfungsstellen 3 194.
— Kriegswohlfahrtspflege 3 600, 5 446.
— Versorgungsregelung 3 196ff.
— Warenumsatzst. 3 466, 486, 508.
— Übertragung der Verbrauchsregelung auf sie nach der BrotgetrVO. 4 111.
— Übertragung der Kartoffelversorgung auf sie 4 156, 163 166.
— Übertragung der Kohlrübenversorgung auf sie 4 185.
— Übertragung der Regelung des Zuckerverbrauchs 4 277.
— Verkauf von Fleisch- und Fettwaren 4 312.
— Regelung des Verkehrs mit Pferdefleisch 4 338.
— Regelung des Verkehrs mit Speisefetten 4 364.
— Regelung des Verkehrs mit Eiern 4 393.
Gemeindebeamte, Hilfsdienst 5 633.
Gemeindebehörde, Einigungsamt 1 414, 416.
Gemeindegericht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189.
Gemeindeverband, Warenumsatzst. 3 466, 487, 508.

Gemeindevorstand, Mitwirkung bei der Errichtung von Einigungsämtern 1 416, 418.
— Festsetzung von Höchstpreisen 2 163.
Gemeinnützige Anstalt als Einigungsamt 1 416.
— Benutzung von Motorbooten 4 528.
Gemeinschaftliche Miete 2 131.
Gemeinschuldner, Konkurseröffnung, wenn der G. Kriegsteilnehmer ist 1 120ff., 2 29, 3 11.
Gemenge von Brotgetreide mit Hülsenfrüchten 4 466, 475.
— von Buchweizen mit wildem Buchweizen 4 228.
— von Gerste mit Hülsenfrüchten 4 466, 475.
— von Hafer mit Hülsenfrüchten 4 702.
— Hülsenfrüchte im G. 4 213, 223, 466, 473, 702.
Gemüse, Bewirtschaftung 4 235ff., 706.
— Einfuhr 4 61.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Preise 2 298, 536, 4 254ff.
— Verarbeitung 4 235ff.
Gemüsebau 2 287.
Gemüsekonserven, Begriff 4 238.
— Herstellung 4 237.
Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft GmbH. 4 237, 706.
Gendarm als Kriegsteilnehmer 1 87.
Generalbevollmächtigter bei Aussetzung des Verfahrens 1 105.
Genossenschaften, Revision der eingetragenen 1 453. S. auch Bodenverbesserung, Vertretung, Ausscheiden, Konkursverfahren.
— Geschäftsaufsicht 2 98ff., 116.
— Kriegsgewinnsteuer 3 313.
— Saatguthandel 4 702.
Genossenschaftsbrennereien, landw. 4 199.
Genußmittel, Herstellung 2 289.
— irreführende Bezeichnung 3 223, 5 198.
— Kettenhandel 3 217.
— Preise 3 176.
— Zuckerverwendung 4 267.
Gepäckverkehr 5 382.
Gepulverte Kakaoschalen 4 298.
Geradehalter 5 207.
Gerbholz, Einfuhr 4 26.
Gerbrinden, Einfuhr 4 26.
Gerbstoffe, Einfuhrerleichterung 2 276.
Gerichte, ordentliche, Unterbrechung des Verfahrens 1 30ff., 2 6ff., 3 4ff.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 188, 2 59, 3 45.
— Beseitigung von Verzugsfolgen 1 278, 2 75, 3 54.
— Entlastung 2 462ff., 3 784ff., 4 823ff., 5 552ff.
Gerichtsgebühr, Ermäßigung 1 273ff., 2 73, 3 54, 64, 4 743, 755.
— für den Beschluß im Mietfortsetzungsstreit 2 131.
Gerichtskosten s. Gerichtsgebühren — keine Kriegseinstellung der Einziehung 2 26.
Gerichtskostengesetz, Änderung 3 777, 4 826, 5 556.
Gerichtsschreiber, Kostenberechnung bei der Zwangsverwaltung 1 433.
— Anweisung zur EntlastungsVO. 2 466ff.
— Wahrnehmung der Geschäfte durch Frauen 3 1026, 4 825.
Gerichtsstand des Garnisonortes 1 18. S. im übrigen Gericht.
Gerichtsvollzieher, Verwertung von Web- usw. und Schuhwaren 5 231.
Geringfügige Sachen, Verfahren 2 465, 500ff., 3 758.
Gerste, Ablieferung, beschleunigte 2 459.
— Anzeigepflicht bei G. 1 696, 700.
— ausländische G. 1 703.
— Beschlagnahme 1 695.
— Einfuhr 4 29.
— Entfernung aus dem Bezirk des Kommunalverbandes 1 696, 699.
— Erhaltung der Vorräte 1 695.
— Höchstpreis 1 765, 2 297, 4 446.
— Regelung des Verkehrs mit G. 1 695, 2 291, 4 398ff., 404ff.
— Übernahmepreis für überlassene Vorräte 1 698.
— Verbrauchsregelung 1 698.
— Verschroten 1 292.
— Vorratserhebung 4 692.
— s. Wintergerste, Brennerei.
Gerstenbezugsschein 4 406, 423ff.
Gerstengraupen, Herstellung 4 405.
— Höchstpreise 4 412.
Gerstengrütze, Herstellung 4 405.
— Höchstpreise 4 412.
Gerstenkaffeefabriken 4 423.
Gerstenkleie 2 277, 4 416, 467, 473.
Gerstenkontingent der Bierbrauereien 4 398, 408.
Gerstenmalz, Zollerlaß 1 552, 2 291.
Gerstenmehl, Herstellung 4 405.
— Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Gerstenschrot, Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Gerstenstroh, Einfuhr 4 41.
— Vorratserhebung 4 77.
Gerstenvorräte, Sicherstellung 1 683, 2 291.
Gesamteigentümer bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 427.
Gesamtgläubiger, Verjährung 1 132.
Gesamtgläubigerschaft und Gegenmoratorium 1 304, 2 84.
Gesamtschuldner, Verjährung 1 132.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 223, 3 81.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 254.
Geschäft, Einschränkung oder Aufgabe auf Anordnung der Aufsichtsperson im Geschäftsaufsichtsverfahren 2 116.
— des Kriegsteilnehmers, Fortführung 242, 3 21, 5 12.
— Schließung 4 111, 134.
Geschäftsabteilung der Reichs-Sackstelle 4 609.
— der Reichsgetreidestelle 4 106.
— der Reichskartoffelstelle 4 155.

Geschäftsabteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst 4 236.
— der Reichsstelle für Speisefette 4 362.
Geschäftsanteil bei einer G. m. b. H., Vollstreckung 1 112.
Geschäftsanweisung der Darlehnskassen 1 512ff.
Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens 1 326ff., 2 97ff., 3 103ff., 900ff., 4 747ff., 5 50ff.
— Verhältnis zu einer Zahlungsfrist 1 208.
— Verhältnis zur Beseitigung von Verzugsfolgen 1 285.
— zum Gegenmoratorium 5 47.
Geschäftsbücher, Einsicht 5 60.
Geschäftsführer, Kriegssteuer 3 444, 4 791, 5 319.
Geschäftsführung, Übertragung der G. auf einen anderen im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 353, 2 117, 5 59.
— Übernahme durch die Aufsichtsperson 1 355, 2 118, 5 57.
— Unterstützung und Überwachung 5 56ff.
Geschäftsgewinn 2 239, 252, 255, 3 297, 313, 446, 4 787, 5 298, 320
Geschäftshäuser, Lichtreklame 4 602.
Geschirr, Abtretung und Pfändung der Forderungen an die Kriegskasse 1 382ff. 3 122.
— Zahlung der Vergütung für die Überlassung an die Militärbehörde 1 385ff.
Geschmacksmuster 2 447.
Gesellenausschuß der Handwerkskammer, Amtsdauer ihrer Mitglieder und Ersatzmänner 2 533.
Gesellschaft des bürgerlichen Rechts, Unterbrechung des Verfahrens 1 46ff., 2 12, 3 21.
— Konkurseröffnung 1 121f., 2 29.
— Geschäftsaufsicht 5 53.
— Warenumsatzsteuer 3 483.
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Unterbrechung des Verfahrens 1 40ff., 2 10ff. S. im übrigen Reichsstempelabgabe.
— Kriegssteuer 2 238ff., 3 313, 442, 4 789.
— Ladung zur Gesellschaftsversammlung 1 447, 5 148. S. auch Vertretung, Ausscheiden, Konkursverfahren.
Gesellschaften, Geschäftsaufsicht 1 330, 2 98, 4 748.
— Kriegssteuerpflicht 3 312, 446ff., 5 319ff.
Gesellschafter s. Gesellschaft, Kommanditgesellschaft und offene Handelsgesellschaft.
Gesellschaftsräume, Abendschluß 4 602.
Gesellschaftsverträge der Hilfsdienstpflichtigen 5 611.
Gesinde, landw., Versorgung mit Brot 1 591, 4 103 Buchweizen und Hirse 4 225, 228, Eiern 4 393, Fleischware 4 334, Grünkern 4 233, Hülsenfrüchten 4 214, 217.
Gestehungskosten 3 181ff., 5 173ff.
Gesteine, phosphorhaltige 4 583.
Getragene Kleidungs-, Wäschestücke und Schuhwaren 3 944ff., 5 235ff.
Getreide, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 490.
— Verträge auf Lieferung von G., Einwirkung der Beschlagnahme 1 589.
— Einfuhr 4 29.
— Vorratserhebung 4 692.
— s. Brotgetreide, Brennerei.
Getreideabfälle 4 466.
Getreidebrennerei 2 285.
Getreidetreber, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473, 475.
Getreidevorräte, statistische Aufnahme der G. 1 561, 2 277, 4 73.
Gewerbeaufsichtsbeamte, Jahresberichte 1 811, 2 303.
Gewerbebetrieb i. S. des WarenumsatzstempelG. 3 467, 482, 4 794.
Gewerbegehilfe, Höchstpreisüberschreitung 2 165, 3 161, 5 151.
Gewerbegericht, Unterbrechung des Verfahrens 1 31, 3 9.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 188, 3 50.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 240, 3 51.
— Kostenermäßigung 1 270.
— Beseitigung von Verzugsfolgen 1 278, 2 74.
— Besetzung 5 146.
Gewerbetreibender, selbständiger, Höchstpreisüberschreitung 2 165, 3 161, 4 761.
— Zuständigkeit in Abkehrscheinsachen 5 595f.
Gewerbliche Schutzrechte feindlicher Staatsangehöriger 1 941, 2 445 3 730, 4 819, 5 540.
— Reichskommissar für gewerbliche Schutzrechte 1 943.
Gewerblicher Betrieb, Süßigkeitenherstellung 4 294.
— Verwendung von Vollmilch u. Sahne 4 381.
— Zuckerverwendung 4 267.
— Feststellung von Kriegsschäden 3 695, 5 494, 505ff.
Gewerblicher Fachunterricht 5 147.
Gewerblicher Mittelstand, Kredithilfe 1 526.
Gewerblicher Rechtsschutz, Ansprüche aus dem Gebiete des g. R. und das Gegenmoratorium 1 305.
Gewerbliches Eigentum 1 461ff., 2 196ff., 3 258, 4 756, 5 263; s. auch Gebühren, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, ausländische Patente.
Gewichte, eiserne 4 584.
Gewichtsabzüge bei Abnahme von Ölsaaten 4 508.
Gewinnanteilscheine 5 290.
Gewinnvortrag 2 254.
Gewürz, Kettenhandel 5 195.
Gewürzstoff, Verarbeitung zu Schokolade 4 295.
Ginstersamen, Absatz 4 472.

Glaserkitt, Herstellung 4 527.
— Wucher 5 165.
Glaubhaftmachung des Kriegsteilnehmerverhältnisses 1 110ff.
— im Falle der Zahlungsfrist 1 212ff., 3 48, 58, 62.
Gläubiger, Unzulässigkeit der Konkurseröffnung auf Antrag eines G. 1 112, 2 29, 3 49.
— im Falle der Zahlungsfrist 1 2 2f., 2 65.
— Anhörung des G. 1 214, 2 65.
— amtsgerichtliches Verfahren 1 232ff.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 252ff.
— Beseitigung von Verzugsfolgen, Versäumnisurteil gegen den G. 1 291f
— Maßnahmen zugunsten des G. 1 382ff., 2 139ff., 3 122ff., 4 751ff., 5 128ff.
— Bestellung zum Zwangsverwalter 1 432f.
— Kein Recht zum Antrag auf Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 333, 2 102.
Gläubigerausschuß, Mitglieder als Kriegsteilnehmer 1 123.
Gläubigerbeirat 3 903, 5 95, 100.
Gläubigerschutz 1 382ff., 2 139ff.
Gläubigerversammlung 5 93.
Gläubigerverzeichnis 5 94.
Gleichartige Gegenstände 5 311.
Gleichbehandlung der Gläubiger 5 103.
Glühstrümpfe, Wucher 5 165.
Glukose, Herstellung aus Kartoffeln 1 658, 4 179.
Gnadenerweise aus Anlaß des Kriegs 3 781ff., 4 826ff., 5 557ff.
Gobelin 3 239. 5 205.
Gold, Aus- und Durchfuhrverbot 2 201.
— Lieferung, Warenumsatzstempel 3 466.
Goldankaufsstelle, Warenumsatzst. 3 487.
Goldbestand der Reichsbank 1 368f.
Goldklausel, Unverbindlichkeit 1 368ff.
Goldmünzen s. Agiohandel.
Goldpreise 4 781ff., 5 273.
Goldrubel 5 290.
Goldwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskasse 1 498.
— Ausfuhrverbot 2 268.
Gondakäse, Preis 4 387.
Graupen 1 583, 4 110.
Graupenfutter, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Graupenmühlen 4 408, 423.
Grenzgebiete, Sondervorschriften für Fristen 1 402, 2 142, 3 125, 5 130.
Grenzüberschreitender Verkehr 5 382.
Griechenland s. Gegenseitigkeit.
Griechischer Tabak 4 559.
Grieß, Herstellung 4 109, 125.
— Verbrauch 1 583, 4 110.
Grogextrakte, Zuckerverwendung 4 268, 677.
Großeisenindustrie, Betrieb der Anlage 1 809, 2 302, 3 572.
Großhandel mit Kartoffeln 4 177.
— mit Seefischen 4 359.
— mit Wild 4 349.
Großhandelspreise für Margarine und Speisefette 4 372.
— für Käse 4 388.
Grumpen, Verbrauch 4 558ff.
— Preis 4 561.
Grundbuch, keine Eintragung der Fristbewilligung 3 63, desgl. der Geschäftsaufsicht 1 339, 2 105, 4 750, desgl. der politischen Zwangsverwaltung 1 884, 2 406, 3 706, 5 511.
— Wiederherstellung 2 526ff.
Grundbuchblatt, Wiederherstellung 2 526ff.
Grundkredit 1 518f., 2 202ff., 3 271.
Grundpreise 2 265ff., 3 565, 4 7ff., 5 429.
— für Butter 4 370.
— für Speisefette 4 365.
— für verdorbene Speisefette 4 379.
Grundschuld s. Hypothek.
Grundstücke, ausländische, KSt. 5 310.
— Verfügungen über G. und Geschäftsaufsicht 1 359, 5 63.
— Zwangsversteigerung, Versagung des Zuschlags 1 386ff., 2 139.
— Zwangsverwaltung 1 423ff., 2 148.
— Zwangsverwaltung von G. französischer Unternehmungen 1 880.
— sind nicht Waren 3 466, 477, 503.
— nicht landw. genutzte, Futtergewinnung 4 497.
Grundstückseigentümer als persönliche Schuldner der Hypothek 3 76.
Grundstückslasten, dinglicher Rang 1 434f. 5 136.
Grundstücksverwaltungskasse in Hamburg 1 521.
Grundstückswert s. Wert.
Grüner Roggen und Weizen, Verfüttern 1 624, 4 140.
Grünfutter, Absatz 4 457.
Grünkern, Bewirtschaftung 4 232ff.
— Herstellung 4 103, 119.
Grünkohl 4 238.
Grünmalz 4 426.
Grützwurst 4 679.
Guano 4 17, 39.
Gummi 4 562ff.
Gummi accaroides 4 722.
Gummiarabikum 4 722.
Gummiersatz 5 207.
Gummimäntel 3 239, 5 205.
Gummimastix 4 722.
Gummisauger 4 562ff.
Gummischuhe, bezugsscheinpflichtig 5 201.
Gummitraganth 4 722.
Gummiunterlagen 3 239, 5 205.
Gürtel aus Gummiband 3 238, 5 204.
Gutachten des Einigungsamts 1 415, 417f., 423.
Gutachterkommission für Schuhwarenpreise 4 777.
Gütergemeinschaft s. Güterstand.
— fortgesetzte, keine Geschäftsaufsicht über das Gesamtgut 1 342.
Güterstand, Wechselwirkung von Geschäftsaufsicht und G. 1 341, 5 70.
Gütertrennung s. Gütergemeinschaft.

Güteverfahren 2 500, 3 758.
Güterverkehr, Besteuerung 5 359, 382.
Guthaben 3 272.
— im Ausland 2 233.
— in Belgien 2 234.
Gutsbezirk, Errichtung von Preisprüfungsstellen 3 194.

H.

Haarpflege- oder Haarfärbemittel, Süßstoffverwendung 4 292.
— Zuckerverwendung 4 268, 677.
Häcksel 2 283.
— Absatz 4 457, 491ff.
— Einfuhr 4 38.
— Höchstpreis 2 293.
Häckselmelasse, Preis 4 452, 456.
Hafer, Ablieferung, beschleunigte 2 459.
— ausländischer 1 711, 4 435.
— Beschlagnahme 1 705, 4 431.
— Einfuhr 2 277, 4 441, 447.
— Höchstpreis 1 768, 2 297, 4 412, 714.
— Verbrauchsregelung 1 709, 2 292, 4 430ff., 682, 710.
— Verfüttern 1 706, 4 441, 447.
— Vorratserhebung 4 73, 692.
— s. Brennerei.
Haferbedarf der Heeresverwaltung 1 927, 5 546.
—, Ankauf 4 438.
Hafer-Einkaufsgesellschaft mbH. 4 4.
Haferflocken, Preis 4 446.
Haferfuttermehl, Preis 4 466, 475.
Hafergrütze, Preis 4 446.
Haferkakao, Bestandsaufnahme 4 306.
Haferkleie, Preis 4 466, 473, 475.
Hafermehl, Preis 4 446.
— Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Hafernährmittel, Preis 4 446.
Haferpreis, Erhöhung 1 770.
Haferspelzen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 466, 473.
Haferstroh, Einfuhr 4 41.
— Vorratserhebung 4 77.
Haferüberschüsse 4 438.
Haferzulage 4 441, 714.
Haftbefehl s. Verhaftung.
Haftung des Vorsitzenden bei Bestellung eines Vertreters 1 145.
— der Mitglieder des Vorstandes usw. nach dem RücklagenG. 2 240ff., 257, 3 306.
Hainbuchensamen, Absatz 4 472.
Halberzeugnisse 2 289.
— Gemüse u. Obst 4 238, 250.
— Gold 4 781.
— Wucher 5 161.
Halbmonatsrate (Famll.) mehrfache Auszahlung 5 476.
— Abhängigkeit von Bedürftigkeit? 5 476.
Halbzeug, Zollfreiheit 1 939.
Halm, Beschlagnahme 4 102, 405, 431.
Halskrausen 5 205.
Haltbarmachen von Eiern 4 393.
Halter von Einhufern 4 432.
Handel, Berücksichtigung des im Kommunalverband ansässigen H. bei Beschaffung der Brotgetreidemengen 1 578.
— mit in England abgestempelten Wertpapieren 1 529, 2 232.
— mit ausländischen Zahlungsmitteln 2 232ff., 3 271ff., 4 782ff.
— mit Sämereien 3 217, 4 767.
— ansässiger 4 107, 122, 133.
— mit Mehl 4 139.
— mit Saatgut von Buchweizen usw. 4 702.
— mit Saatkartoffeln 4 168, 170.
— mit Säcken 4 611, 615.
— Zuschläge zum Höchstpreis nach der BrotgetrVO. 4 143, 144.
— s. Fernhaltung.
Handelsbeziehungen zum Britischen Reiche 1 437.
Handelsgeschäfte 1 456, 2 161, 3 154, 4 760, 5 148.
Handelsgesellschaft deutscher Apotheker 4 562.
Handelsgesellschaften s. Kommanditgesellschaft und offene Handelsgesellschaft.
— Vertretung und Ausscheiden s. Konkursverfahren.
Handelspolitik 1 437.
Handelsregistereintragungen, Veröffentlichung 1 445.
Handelssachen 1 437, 2 159, 3 151, 4 756, 5 142.
Handelsstand 1 439, 2 160, 3 154, 5 146.
Handelsverträge, Wirkung des Außerkrafttretens 1 437.
Handgeld 3 625.
Händler, Höchstpreise 2 163, 164.
Handlungsbevollmächtigter, Aussetzung des Verfahrens 1 105.
Handlungsfreiheit des Schuldners unter Geschäftsaufsicht 5 61.
Handschuhe 2 338, 5 205, 204, 206.
Handwerkskammer, Amtsdauer ihrer Mitglieder? Ersatzmänner 2 533.
Handzeichen, Beglaubigung in den besetzten Gebieten 2 53.
Hanf, Kettenhandel 4 772.
— Verwertung 4 504.
Hanfkuchen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Hanföl, Preis 4 512.
— Verwertung 4 511, 526.
Härteparagraph des KStG. 3 317, 461.
Hartkäse, Preis 4 387.
Hartpech s. Mineralölerzeugnis.
Härtungszwecke, Verwendung von Öl und Fett 4 523.
Harz, Bewirtschaftung 4 543ff., 722ff.
Harz-Abrechnungsstelle 1 558.
Harzer Käse, Preis 4 388.
Harzersatz, Bewirtschaftung 4 543ff.
Harzleim, Bewirtschaftung 4 544.
Harzprodukte, Bewirtschaftung 4 544.
Harzseife, Bewirtschaftung 4 544.
Haselhühner, Einfuhr 4 54.
Haselnüsse, Einfuhr 4 40.
Hasen, Einfuhr 4 54.

Hasen, Preise 4 349ff.
Hasenleim, Herstellung 4 550.
Hauben 3 238, 5 204.
Hauptbeschluß bei Beseitigung einer Verzugsfolge in der Vollstreckungsinstanz 1 295, 2 77.
Hauptforderung und Nebenforderung, Zahlungsfrist 1 205, 3 47.
Hauptintervention, Unterbrechung des Verfahrens 1 120.
Hauptmarktorte, Bestimmung 1 760.
Hauptsache, Anwaltsgebühren 1 261ff.
Hauptschuldner s. Bürge.
Hauptverteilungsausschuß des Schuhhandels 5 247.
Haus, Anstrich 4 524.
Hausbäckerei 2 284.
Hausbesitzer, Kredithilfe 1 418ff., 2 202ff.
Hausbrandkohlen 5 387, 412.
Häuseranstrich, Verwendung von Öl und Fett 2 294.
Hausflur, Beleuchtung 4 603.
Haushalt, Verbrauch, Warenumsatzst. 3 477, 503.
Haushaltung, Verbrauch von Fleisch und Fett 4 316.
Hausratsschäden, Feststellung 3 694, 5 494, 501.
Hausschlachtungen 4 320, 333, 680.
Haustrunk aus Trestern 4 485ff.
Hauswäsche, Bestandsliste 5 228.
Hauszwetschen, Höchstpreis 4 260.
Häute, Verarbeitung 4 482.
Hautpflegemittel, Zuckerverwendung 4 268, 677.
Hebammen, Verabfolgung von Branntwein an sie 4 198, 699.
— desgl. von Kresolseifenlösung 4 527.
— Zusatzseifenkarte 4 531.
Hebammendienste 1 834, 842, 850, 2 348ff., 3 625.
Hecht, Preis 3 355.
Heberich, Verwertung 4 504.
Heberichkuchen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Heberichöl, Preis 4 512.
— Verwertung 4 511.
Heeresfähigkeit, Wiederverleihung 4 826, 5 557.
Heeresversorgung 1 919ff., 2 449, 3 732, 4 821, 5 542.
Heeresverwaltung, Maßnahmen 1 802, 2 449, 3 732.
— Motorboote 4 539.
Hefe, Einfuhr 4 38.
— Bewirtschaftung 4 398ff.
— Herstellung 4 191.
— (als Viehfutter) Preis 4 467, 473.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 150.
— Wucher 5 165.
Hefebrennereien 1 644.
Heideaufwuchs 4 497.
Heidekraut 4 475.
Heideländerei, Bodenverbesserung 1 535ff., 2 274ff.
Heidenutzung 4 497.
Heilanstalten, Webwarenverbrauch der Insassen 5 201.
Heilmittel, Herstellung 2 289.
Heilzwecke, Branntweinverwendung 4 198.
Heimat, Rückkehr in die H. 2 307, 3 577.
Heizung, Lieferung, Preiszuschlag 5 391.
Heranziehung zum vaterl. Hilfsdienst 3 812, 5 577.
Herbstfeldbestellung, Haferzulage 4 441.
Herbstrüben 4 257, 258.
Heringe s. Salzheringe.
Heringsmehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474.
Herrenoberkleidung, fertige 3 240.
Herstellerpreis für Käse 4 388.
— für Obstmus 4 260.
— für Sauerkraut 4 254.
Herstellung von Degras, Lacken, Firnissen und Farben 4 526.
— von Druckfarben 4 526.
— von fettlosen Wasch- und Reinigungsmitteln 4 539.
— von Fischwurst 4 318.
— von Fleischkonserven und Wurstwaren 4 317.
— von Kitt 4 527.
— von kosmetischen Mitteln 4 527.
— von Leder 4 525.
— von Schokolade 4 298.
— von Süßigkeiten 4 295.
— von Verbrauchszucker 4 275.
Herstellungsgesellschaften in der Schuhindustrie 5 239.
Herz ist nicht Fleisch 4 332.
Herzegowinischer Tabak 4 559.
Heu, Absatz 4 457, 491ff.
— Bedarf der Heeresverwaltung 2 536. 3 737ff.
— Bestandsaufnahme 2 534, 4 77.
— Einfuhr 4 41.
— Höchstpreis 2 298.
Hilfsaufnahmen, statistische 4 66ff., 671, 692.
Hilfsdienst s. vaterländischer H.
Hilfsdienstpflichtige 3 811, 4 857.
— Versorgung mit Web- usw. Waren 5 233, 252ff.
Hilfskriegsschiffe 5 548.
Hilfsrichter am Reichsmilitärgericht 5 556.
Hilfsstellen von Darlehnskassen, Übersicht über die bestehenden H. 1 493.
Hilfsstoffe 1 732, 2 277, 4 38, 457, 470, 474.
Hinterbliebene eines Kriegsteilnehmers, Kündigungsrecht 1 420, 2 131ff., 4 751.
Hinterbliebenenversicherung 1 827, 2 308, 3 385, 5 442.
— der Hilfsdienstpflichtigen 5 643, 656.
Hinterkorn, Verfütterung 4 105, 106, 122.
Hinterlegung bei der Reichsbank 1 886, 2 414, 3 722.
— nach der TreuhänderVO. 5 515.
Hinterziehung der Beförderungsabgaben 5 364.
— der Kohlensteuer 5 387, 389ff.
Hirse, Bewirtschaftung 4 224ff.

Hirse, Einfuhr 4 38.
— Höchstpreis 2 298.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Saatgut 4 702.
Hirseschalen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 466, 473.
Hochofenzement 4 605.
Höchstbetragshypothek, Anwendung der HypBO. 3 74, 5 29.
Höchstmaße bei Bewilligung und Abgabe von Stoffen 5 229.
Höchstpreise 1531 ff., 746 ff., 2 161 ff., 265 ff., 3 155 ff., 565, 4 760 ff., 5 148 ff., 429.
— Bedeutung für das Schuldrecht 1 753, 2 161, 3 157, 4 760, 5 149.
— Bedeutung für die Zwangsvollstreckung 1 753.
— Begriff 1 753, 2 161, 3 156 f.
— behördliche Eigentumsübertragung nach dem Höchstpreisgesetz 1 754.
— Einwirkung auf laufende Verträge 1 753, 2 161, 3 157, 173, 5 157, auf neue Verträge 1 753, 2 161, 3 158, 5 149.
— Festsetzung der Höchstpreise 1 755, 2 162, 3 158, 4 760, durch die Militärbehörde 1 756, 2 162, 3 158.
— Handelszuschlag 4 143.
— Strafbestimmungen 2 164 ff., 3 160 ff., 4 761 ff., 5 150 ff.
— Überschreitung 2 164, 3 161 ff., 4 143, 761 ff., 5 151.
— und Wucherpreis 3 188, 5 157, 181.
— Voraussetzung der Wirksamkeit 2 163 ff., 3 158 ff.
— zeitliche Begrenzung 3 159.
— s. Beförderungskosten.
Höchstpreise für Aluminium 1 782, 2 298.
— für Ammoniak 1 782, 2 298.
— für Antimon 1 782.
— für Äpfel 4 260.
— für Benzin 4 552.
— für Bronze 1 782.
— für Brotgetreide 4 141 ff.
— für Buchweizen 2 298, 4 231.
— für Butter 2 298.
— für Dörrgemüse 4 247.
— für Düngemittel 2 275.
— für fettlose Wasch- und Reinigungsmittel 4 539.
— für Fische 2 298, 4 354.
— für Futterkartoffeln 1 778, 2 298.
— für Futtermittel 4 479.
— für Gemüse 2 298, 4 254.
— für Gerste 1 765, 2 297, 4 411, 412, 446.
— für Gerstengraupen 4 412.
— für Gold 4 781.
— für Grünkern 4 233.
— für Gemüsekonserven 4 241, 243, 244.
— für Hafer 1 768, 2 297, 4 412, 444, 446, 714.
— für Hafernährmittel 4 446.
— für Hülsenfrüchte 4 215, 223.
— für Heu 2 298.
— für Hirse 2 298, 4 231.
— für Kalisalze 4 725.
Höchstpreise für Kartoffeln 4 174, 176 ff.
— für Kartoffelerzeugnisse 4 181 ff.
— für Käse 2 298, 4 386.
— für Kleie 1 771, 2 297.
— für Knochen, Rinderfüße, Hornschläuche 4 519, 718.
— für Kupfer 1 782, 2 298.
— für Kupfervitriol 1 786, 4 574.
— für Marmelade 4 252, 261.
— für Metalle 4 572 ff.
— für Messing 1 782, 2 298.
— für Milch 2 290, 4 380, 385.
— für Nickel 1 782, 2 298.
— für Obst 2 298, 4 254.
— für Obstmus 2 298.
— für Petroleum 1 787, 2 298, 4 597.
— für Pferdefleisch 4 338.
— für Roggen 1 765, 2 297.
— für Rotguß 1 782.
— für Rüben 4 257, 258.
— für Sauerkraut 4 246.
— für Schlachtschweine 2 298, 4 340 ff.
— für Schwefel usw. 4 584.
— für Seife 4 532.
— für Silber 5 275.
— für Soda 4 539.
— für Speisefette 4 365.
— für Speisekartoffeln 1 774, 2 298.
— für Stroh, Häcksel, Heu 4 494.
— für Weintrester 4 486.
— für Weißkohl 4 238.
— für Weizen 1 765, 2 297.
— für Weizengrieß 4 145.
— für Wild 2 298.
— für Wolle 1 786, 4 564.
— für Wollwaren 1 786, 4 564.
— für Zinn 1 782.
— für Zucker 4 273, 279 ff.
— für Zündwaren 4 603.
— für Zwetschen 4 258.
— für Zwiebeln 4 255.
Hofverwaltung, Personal, Kriegsteilnehmerverhältnis 2 23.
Höhe s. Anwaltsgebühren und Gerichtsgebühren.
— des Anspruchs, Bedeutung für die Frage nach der offenbaren Unbilligkeit 2 47.
Höhere Gewalt 2 142, 3 125.
Hohenzollern, fürstl. Familie, Motorbootbenutzung 4 529.
Holländer Käse, Preis 4 387.
Holländische Bohnen 4 241.
Holzabfuhrpferde, Haferzulage 4 714.
Holzöl, Verwertung 4 511, 526.
— Preis 4 512.
Holzschuhe 5 205.
Holzvertrieb-Aktiengesellschaft 1 559.
Homo, Preis 4 467, 473.
Homini, Preis 4 467, 473.
Honig, Herstellerpreis 4 260.
— Wucher 5 165.
Honig, türkischer, Zuckerverwendung 4 268.
Honigfabriken, Anwendung der Backw.- und KuchenVO. 4 148, 151.
Honigsirup, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.

Hopfentreber, Preis 4 467.
Hörner, Verarbeitung 4 482.
Hornmehl 4 17.
Hornschläuche, Verwertung 4 518ff., 717ff.
Hosenträger 3 238, 5 204.
Hotel, Warenumsatzst. 3 478.
Hufe, Verarbeitung 4 482.
Hüftenformer 5 207.
Hühner, Einfuhr 4 54.
— gegen Fleischkarte 4 332.
Hülsenfrüchte, Abnahme 4 218.
— Absatz 2 287, 4 213.
— Beschlagnahme 4 218.
— Bewirtschaftung 4 212ff.
— Einfuhr 2 277, 4 29, 38.
— als Futter 4 465, 475.
— Handelsmonopol 2 287.
— Lieferung 4 218.
— Saatgut 4 702.
— Verfütterung 4 213.
— Vorratserhebung 4 692.
Hummern als Fische 4 353.
Hunde, Verfüttern von Knochen 4 717.
Hüte 3 238, 5 204.
Hüttenbetrieb, Hilfsdienst 5 633.
Hypothek, Bewilligung von Zahlungsfristen 1 296ff., 2 77, 3 62ff., 4 743ff., 5 27ff.
— Anspruch aus einer H. 3 73ff., 4 744., 5 28.
— Anspruch auf Löschung einer H. als Gegenstand eines Zahlungsfristverfahrens 1 197.
— Beleihung von H. 1 519ff., keine Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
Hypothekenbank, Anstalts-Zwangsverwaltung 1 431.
— Beleihung von Hypotheken 1 521.
Hypothekeneinigungsamt 1 414ff., 422.
Hypothekengläubiger, Einfluß der BrotgetreideVO. auf ihre Rechte 2 280.
Hypothekenpfandbrief, Stempelbefreiung 1 518ff.

J.

Jabots 5 205.
Jagd 3 208.
Jäger als Selbstversorger 4 333.
Japankampfer 4 720.
Japanwachs 4 722.
Java-Tabak 4 559.
Ilipenüsse, Verwertung 4 506.
— Preis 4 507.
Ilipefettsäure, Preis 4 513.
Ilipeöl, Preis 4 513.
— Verwertung 4 511.
Imker, Zuckerverbrauch 4 266, 271.
Immobile Kriegsteilnehmer, Mietkündigungsrecht der Erben 2 133.
Immobile Truppenteile 2 57, 3 32, 4 738, 5 16.
— Gleichstellung der Hilfsdienstpflichtigen 5 640.
Immobiliarkreditkommission 2 202ff.
Immunität der Abg. und Schutzhaft 5 565.
Importgeschäft, Warenumsatzst. 3 481.
Importen, Wucher 5 160.
Imprägnierungen, poröse 5 207.
Inhaberschuldverschreibung, Stempelbefreiung 1 524.
Inhalt des Antrags auf Bestellung eines Vertreters 1 141f.
— des Urteils bei Zahlungsfristen 1 218ff., bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 288f., der Berufungsentscheidung bei Zahlungsfristen 1 227f.
— des Einstellungsbeschlusses des Vollstreckungsgerichts 1 254f., 2 69, des Beschwerdegerichts 1 257.
Inland, Begr. i. S. der AnmeldungsVO. 2 439.
Inländische Niederlassung, Sonderstellung im Gebiete der Zahlungsverbote 1 902, im Gebiete des Gegenmoratoriums 1 322, 2 96, 3 107.
Inletts 5 205.
Innenfette s. Rohfette 4 373.
Innere Teile der Schlachttiere, Verarbeitung 4 317.
— nicht Fleisch 3 337.
Innungskrankenkasse, behördl. Einrichtung i. S. d. HDG. 5 572.
Innungsschiedsgerichte, Besetzung 5 146.
Instanz s. Beendigung.
Internationaler Verkehr 5 383.
Interventionsklage und Gegenmoratorium 1 313, 2 86. S. auch Widerspruchsklage. Aussetzung 2 47, 3 26.
Invalidenversicherung 1 827, 2 308, 3 585, 4 802, 5 440, 441ff.
— der Hilfsdienstpflichtigen 5 643, 656.
Invertzucker, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
Irrenanstalten, Webwarenverbrauch der Insassen 5 201.
Johannisbrot, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 472.
Irrtum. Entschuldigt er die Höchstpreisüberschreitung? 2 171ff., 3 168ff., 5 156, die Überschreitung der BrotVO.? 2 281.
— entschuldbarer 4 729.
Italien, Anmeldung und Sperre von Vermögen 3 729.
— gewerbliche Schutzrechte 4 819, 5 541.
— Verbürgung patentrechtlicher Gegenseitigkeit 1 464.
— Zahlungsverbot 3 726, 5 520.
— Zwangsverwaltung 3 710.
Italienischer Basmatabak 4 559.
Jugendorganisationen, Uniformen 5 202.
Juristische Personen, Unterbrechung des Verfahrens 1 40ff., 2 10ff., 3 4, 5 4.
— Aussetzung des Verfahrens 3 36.
— Antrag auf Fristbewilligung 3 81.
— Untersagung des Handelsbetriebes 3 193.
— Anstalts-Zwangsverwaltung 1 431, 2 153.
— Gegenmoratorium 1 303, 5 45.
— Geschäftsaufsicht 1 330, 2 98, 116.
Justizbeamte, Todeserklärung 3 149.
— Eintritt in einen Hilfsdienstausschuß 5 575.

Jute 4 559.
— Kettenhandel 4 772.
Jute-Abrechnungsstelle 1 559.
Juteersatz 4 559.
Jutesäcke, Übernahmepreis 4 612.

K.

KA-Seife 4 531.
KA-Seifenpulver 4 531.
K-Brot 1 626, 4 146.
KK-Brot 1 626, 4 146.
Kadavermehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474, 475.
Kadaververwertungsanstalten 4 717.
Kaffee 2 289.
— Bestandsaufnahme 4 305ff.
— Bewirtschaftung 4 301ff.
— Durchfuhr 4 45.
— Einfuhr 4 44.
Kaffeeersatzmittel 3 220, 4 301.
— Wucher 5 165.
Kaffee-Essenz 4 311.
Kaffeemischungen 3 220.
Kakao, Bestandsaufnahme 4 305.
— Bewirtschaftung 2 289, 4 301ff.
— Durchfuhr 4 44.
— Einfuhr 4 42.
Kakaobutter, Durchfuhr 4 44.
— Einfuhr 4 42.
— Verarbeitung zu Schokolade 4 295.
Kakao-Ersatz 3 220, 4 301.
Kakaofett, Durchfuhr 4 44.
Kakaofett s. Schokolade.
Kakaomasse, Durchfuhr 4 44.
— Einfuhr 4 42.
— Verarbeitung zu Schokolade 4 295.
Kakaopreßkuchen, Durchfuhr 4 44.
— Einfuhr 4 42.
Kakaopulver, Durchfuhr 4 44.
— Einfuhr 4 43.
— Kennzeichnung 3 320.
— Preis 4 466, 475.
Kakaoschalen, Durchfuhr 4 44.
— Einfuhr 4 41.
— Preis 4 466, 475.
— Unbrauchbarmachung 4 299.
— Verkehr 4 298ff.
Kakaoschrot, Durchfuhr 4 44.
— Einfuhr 4 42.
Kälber, Schlachten von K. 1 681, 4 333.
Kalbfleisch s. Fleisch.
Kalbinnen, Schlachtverbot 2 288, 4 313.
Kalbsleberwurst, Wucher 5 165.
Kali, Absatz 4 607.
— Ammoniak-, Superphosphat, Natrium-Ammoniumsulfat-Superphosphat.
— Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
Kalisalze, Preise 4 725.
Kaliseife 4 531.
Kalk, Absatz 4 457.
Kalkstickstoff 4 17, 39.
Kalter Braten 4 316.
Kalzinierte Soda, Höchstpreis 4 539.
KammwollAG. 1 558.
Kamelhaar, Kettenhandel 4 772.
Kampfer, natürlicher, künstlicher 4 720.
Kampferöl 4 527.
Kanalisationskosten, Rang bei der Zwangsversteigerung 1 435.
Kanariensamen, Einfuhr 4 38.
Kandierte Früchte 4 250, 267.
Kaninchen, Einfuhr 4 54.
— Preise 4 349ff.
Kantine, Fleisch- u. Fettverbrauch 4 316.
Kaolin 4 538.
Kapitalabfindung 3 609, 5 450ff.
Kapitalauszahlung aus einer Versicherung, Kriegssteuer 3 310, 435, 5 305.
Kapitalbeteiligung, Änderung hinsichtlich der K., Bedeutung für die Zulässigkeit der Zwangsverwaltung 1 882.
Kapitalschulden, Bewilligung der Zahlungsfrist 3 83.
— Ablehnung der Zahlungsfrist 3 62.
— mehrfache Fristbewilligung 3 63.
Kapitalversicherung, Kriegssteuer 3 955.
Kapitulant als Kriegsteilnehmer 1 83.
— Wochenhilfe für das uneheliche Kind 5 471.
Karamelzucker 4 677.
Karotten, Herstellung von Dörrgemüse 4 237.
— Preise 4 257.
Karpfen, Absatz 4 356.
— Preise 3 355.
Kartelle, Wucher 5 169, 185, 186.
Kartoffelerzeugnisse, Verwertung 4 153ff., 697.
Kartoffeln, Abgabe von K. 2 534, 4 157.
— Bereitstellung der K. und K.-Erzeugnisse für die Volksernährung 1 636, 2 285.
— Brotstreckung 4 697.
— Einfuhr 4 441.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Lohnverarbeitung in kleineren Brennereien 1 652, 2 285.
— Regelung des Verkehrs mit K. 1 659, 2 285.
— Verarbeitung in den Brennereien 1 651, 2 285.
— Verfüttern 4 168ff., 698.
— Verwertung 4 153ff.
— s. Brennerei, Speisekartoffeln.
Kartoffelbrocken, Vorratserhebung 4 75.
Kartoffelflocken 1 657.
— Höchstpreis 1 779.
Kartoffelflockengrieß, Vorratserhebung 4 75.
Kartoffelgehalt des Brots 1 626, 4 146.
Kartoffelkrümel, Vorratserhebung 4 75.
Kartoffelmehl, Verbot der Verwendung von K. zur Herstellung von Seife 1 633.
Kartoffelpreise 4 174ff.
Kartoffelpülpe, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473, 475.
— Trocknung 2 293, 4 458.
Kartoffelscheiben, Vorratserhebung 4 75.
Kartoffelschlempe, Preis 4 467, 475.
Kartoffelschnitzel 1 657.
— Höchstpreis 1 779.

Kartoffelschnitzel, Vorratserhebung 4 75.
Kartoffelschnitzelmehl, Vorratserhebung 4 75.
Kartoffelschnitzelschrot, Vorratserhebung 4 75.
Kartoffelspiritusbrennereien 4 423, 424.
Kartoffelstärke 1 658.
— Höchstpreis 1 779.
— Verfüttern 4 172, 173, 698.
— Vorratserhebung 4 75.
Kartoffelstärkemehl, Verfüttern 4 172, 173, 698.
— Vorratserhebung 4 75.
Kartoffelstärkefabrikation, Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der K. 1 657, 2 286, 534, 4 177ff.
— Durchfuhr 4 34.
— Einfuhr 4 32.
— Verbot des Vorverkaufs 1 738.
— Verfüttern 4 168, 169, 172, 173.
— Vorratserhebung 4 75.
Kartoffeltrocknerei, Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der K. 1 657, 2 286, 534, 4 177ff.
— Absatz 4 177ff.
— Durchfuhr 4 34.
— Einfuhr 4 32.
— Verbot des Vorverkaufs 1 738.
— Verfüttern 4 168, 169, 172, 173.
— Vorratserhebung 4 75.
Kartoffelversorgung GmbH. 4 4.
Kartoffelvorräte, Erhebung 4 75.
Kartoffelwalzmehl 1 657.
— Höchstpreis 1 779.
— Vorratserhebung 4 75.
Käse, Bewirtschaftung 4 361ff.
— Durchfuhr 4 52.
— Einfuhr 4 50, 671.
— Höchstpreis 2 298.
— Kennzeichnung 3 220.
— Lieferungsvertrag 2 178.
— Preise 4 386ff.
— Verkehrsregelung 4 377, 386ff.
Käseersatz 4 377.
Kasein, Herstellung ohne Milch 4 381.
Kasino, Fleisch- u. Fettverbrauch 4 316.
Kaschmir, Kettenhandel 4 772.
Kassatorische Klausel, bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 220ff.
— bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 287.
Kastanien, Preis 4 469.
Kaufen, unbefugtes, beschlagnahmter Vorräte 4 104.
Käufer, Höchstpreisüberschreitung 2 164, 3 161, 4 761, 5 151.
— Wucher 3 189, 5 182.
Kauffahrteischiffe, Veräußerung 2 460, 3 750.
— Beförderung von Gütern 3 752.
— Miet- und Frachtverträge 5 549.
Kaufmännische Betriebe, Feststellung der Kriegsschäden 3 695, 5 494, 505ff.
Kaufmännischer Fachunterricht 5 147.
Kaufmannsgericht, Unterbrechung des Verfahrens 1 31, 3 9.
Kaufmannsgericht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 188, 3 50.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 240, 3 51.
— Kostenermäßigung 1 270.
— Beseitigung der Verzugsfolgen 1 278, 291.
— Besetzung 5 146.
— Zuständigkeit, Abkehrscheinsachen 5 595f.
Kautabak, 4 556.
— Süßstoffverwendung 4 293.
— Zuckerverwendung 4 266, 677.
Kautschuk-Abrechnungsstelle 1 559.
Kaviar, Wucher 5 165.
Kefyr s. Milch.
Keks 2 282, 284.
— Kennzeichnung 3 220.
Keksfabriken 4 126, 134, 148, 151.
Keltern von Äpfeln und Birnen 4 250.
Kennzeichnung von Waren 3 218ff., 5 198.
— der Eiersendungen 4 393.
Kentucky-Preßtabak 4 558, 559.
Kernhefe s. Bierhefe.
Kerzen 4 714.
Kerzenersatzmittel 4 714.
Kesselkupfer, Höchstpreis 4 572.
Kettenhandel 3 208ff., 215ff., 5 191ff.
— in Textilien usw. 4 772, 5 234.
Kiebitzeier, Gegenstand des Wochenmarktverkehrs 2 295.
Kiefernharz, Verwertung 4 543.
Kieselgur 4 538.
Kinder, Bestandslisten für Kleidung 5 228.
— Zwangsvollstreckung gegen K. von Kriegsteilnehmern 1 119, 2 28.
— Vollmilchversorgungsberechtigt 4 380.
— Zusatzseifenkarte 4 532.
Kinderfleischkarte 4 333, 336.
Kinderleibchen, gestrickte 5 207.
Kindermehl 1 583, 4 110.
Kindersaugflaschen 4 562.
Kindesvermögen, Zwangsvollstreckung 1 119, 2 28.
Kipsleimleder 4 478.
Kirchenbeamte, Hilfsdienst 5 633, 636.
Kirchenkollekten zu Wohlfahrtszwecken 5 461.
Kitt, Herstellung 4 527.
Klage gegen einen Kriegsteilnehmer, Erhebung 1 31ff., 2 8, 3 4.
— gegen einen Kriegsteilnehmer, Zustellung 1 37ff., 2 8, 3 37.
— gegen Immobile 3 34.
— Einwirkung der Unterbrechung des Widerklageverfahrens auf das Verfahren zur K. 1 317, 2 91.
— Einwirkung der Unterbrechung des Klageverfahrens auf das Verfahren zur Widerklage 2 93.
— Zulässigkeit neuer Klage nach Anordnung der Geschäftsaufsicht? 1 344, 2 109, 3 112, 5 72.
Klageabweisung als Folge des Gegenmoratoriums 1 316, 2 91.
Kläger. Ist § 2 KTSchG. auch auf den Kriegsteilnehmer als K. anzuwenden? 1 39f.

Kläger bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189, 2 59.
— Glaubhaftmachung des Nachteils für den K. bei der Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 212ff.
— Kostenschuldner bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 259.
Klärschlammfette 4 520.
Klauenöl, Verwertung 4 511.
— Preis 4 513.
Klauenverarbeitung 4 482.
Klärmassen 4 718.
Klausel s. kassatorische Klausel.
Kleiderstoffe 3 239.
Kleidungsstücke, Anfertigung, Stoffverbrauch 5 254.
— getragene 3 914, 5 235.
— Kettenhandel 5 165.
— Wucher 5 161.
Kleie, Abgabe durch die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte 1 582, 4 109.
— an die Kommunalverbände 1 582, 4 146.
— durch die Kommunalverbände 1 583.
— Begriff 1 595.
— Beschlagnahme 4 102.
— Bewirtschaftung 4 109.
— Höchstpreis 1 771ff., 2 297.
— Rückgabe an den Kommunalverband oder Selbstversorger 1 582, 4 109.
— Vermischen mit anderen Gegenständen 1 773.
— Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Kleinbahnen, Beförderungssteuer 5 382.
— Betriebsbeschränkung 4 603.
— Hilfsdienst 5 631.
Kleinbrennereien 4 203, 204, 210
Kleingärten, Pachtpreise 4 11.
Kleingartenbestellung 4 12.
Kleinhandel, Begriff, 1 753, 2 161.
— s. auch Aushang.
— Höchstpreise 2 163.
— mit Lebens- u. Futtermitteln 3 208.
— mit Web-, Wirk- u. Strickwaren 3 235, 5 200.
— mit Buchweizen u. Hirse 4 232.
— mit Fischen 4 354.
— mit Gemüse 4 254, 255, 256.
— mit Gemüsekonserven 4 241.
— mit Gerstengraupen 4 313.
— mit Hafernährmitteln 4 446.
— mit Kaffee, Tee, Ersatzmitteln 4 310.
— mit Kartoffeln 4 175, 177.
— mit Käse 4 358.
— mit Kerzen 4 715.
— mit Kunsthonig 4 300.
— mit Obst, Obstmus 4 261.
— mit Speisefett 4 365.
— mit Stroh und Häcksel 4 494.
— mit Tabak 4 558.
— mit Wild 4 349.
— mit Zucker 4 273, 276, 286, 676.
— mit Zündwaren 4 604.
Kleinhandelspreise für Käse 4 358.
— Margarine u. Speisefett 4 372.
Kleeheu, Vorratserhebung 4 77.
Kleeheumehl, Preis 4 470.
Kleehülsen, Preis 4 470.
Klippfische, Durchfuhr 4 37.
— Einfuhr 4 35.
Knaben, Bestandsliste für Ober- und Unterkleidung 5 227.
Knochen nicht Fleisch 4 332.
— Verwertung 4 490, 518ff., 717ff.
Knochenerzeugnisse, Verwertung 4 707.
Knochenfett, Verwertung 4 511, 717.
Knochenleim, Herstellung 4 550.
Knochenmehl 4 18.
Köche, Berufskleidung 5 200.
Kochwürste 4 337.
Kognak, Wucher 5 165.
Kohlen, Beförderung 5 360, 365.
Kohlenbau, Zwangssyndikat 1 945, 2 296.
Kohlenbegleitscheine, 5 414.
Kohlenbewegung, hiermit beschäftigte Arbeiter, Zusatzseifenkarte 4 532.
Kohlensteuergesetz 5 387.
Kohlensyndikat 5 416.
Kohlrüben, Absatz 4 238.
— Höchstpreise 4 257, 258.
— Verwertung 4 183ff.
Kokosbutter, Preis 4 513.
Kokosfett, Preis 4 513.
Kokoskuchen, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 474.
Kokosmehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474.
Kokosnüsse, Preis 4 507.
— Verwertung 4 506.
Kokosöl, Preis 4 523.
— Verwertung 4 511.
Kokosölsäure, Preis 4 513.
Kokosschrot, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474.
Koks s. Kohle.
Kolonialwaren 2 289, 4 301.
Kolophonium 4 543.
Kommanditgesellschaft, Unterbrechung des Verfahrens bei Kriegsteilnahme sämtlicher Gesellschafter 1 46ff., 2 12, bei Kriegsteilnahme einiger Gesellschafter 1 48ff., 2 13, bei Auflösung der Gesellschaft 1 61f.
Kommanditgesellschaft a. A., Kriegsgewinnsteuer 2 238ff., 3 312.
Kommissionär, Höchstpreisüberschreitung 2 105.
— Tätigkeit im Devisenhandel 2 233, 4 783.
— Bestellung durch die Reichsgetreidestelle 4 133.
Kommunal-Schuldverschreibungen, Stempelfreiheit 5 428.
Kommunalverband, Anforderung des Mehlbedarfs 4 108.
— Aufbewahrung der Kartoffeln 4 164, 171.
— Auskunftspflicht gegenüber der Reichsgetreidestelle 4 106.
— Ausstellung von Saatkarten 4 135ff.
— Begriff i. S. der BrotgetrVO. 4 131.
— Begriff i. S. der KartoffelVO. 4 166, 171.

Kommunalverband, Beschlagnahme für ihn 4 102, 183, 405.
— Einigungsamt 1 414ff.
— Entziehung von Ländereien 1 540ff., 2 274.
— Errichtung von Preisprüfungsstellen 3 194.
— Genehmigung der Kartoffelausfuhr 4 171.
— Lieferungspflicht 4 106.
— Mitwirkung bei der Vorratserhebung 4 73, 80, 693, 694.
— Mitwirkung bei der Bewirtschaftung des Brotgetreides 4 106ff., 122ff.
— Mitwirkung bei der Kartoffelbeschaffung 4 155, 166.
— Mitwirkung bei der Versorgung mit Kartoffeln 4 156, 163.
— Mitwirkung bei der Kohlrübenversorgung 4 185.
— Regelung des Süßstoffbezugs und -verbrauchs 4 292.
— Selbstwirtschaft 1 579ff., 2 279, 4 107, 109, 125.
— Überwachung des Seifenverkehrs 4 721.
— Verbrauchsregelung nach der BrotgetrVO. 4 110ff.
— Verpflichtung zur Sicherstellung u. Abgabe der Kartoffeln 4 164.
— Versorgungsregelung 3 197ff.
Kommunikantenkleidung 5 225.
Kompott, Süßstoffverwendung 4 291, 292.
Kompottfrüchte s. Obstkonserven.
— Zuckerung 4 267.
Kondensierte Milch, Einfuhr 4 56, 690.
— Wucher 5 165.
Konditorei i. S. der BrotgetrVO. 4 126, 134.
— Eierverbrauch 4 392, 396.
— Verabfolgung von Sahne 4 381.
— s. Backware.
Konfektionsnotarbeit s. Ausschuß.
Konfirmandenkleidung 5 225.
Kongreßstoffe 3 238, 5 205.
Konkurs, Eröffnung des K. über das Vermögen eines Kriegsteilnehmers 1 120ff., 2 29ff., 3 13ff., eines österreich-ungarischen Kriegsteilnehmers 1 170, 2 55.
— Aussetzung des K. 1 123ff., 170, 2 30.
Konkurseröffnung 1 120ff., 2 29, 3 13.
— Unzulässigkeit nach Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 339, 2 106, 3 110, 5 69.
Konkursverfahren, Einfluß des Gegenmoratoriums auf das K. 1 314, 319, 2 87.
— Einfluß des Zahlungsverbots auf das K. 1 897.
— Verpflichtung zum Antrag auf Eröffnung des K. über Handelsgesellschaften, Gesellschaften m. b. G. und Genossenschaften 1 441. S. im übrigen Konkurs, Geschäftsaufsicht.
Konkursverwalter, Kriegsteilnehmer 1 65f., 123.
— Zwangsvollstreckung gegen den Gemeinschuldner 1 110, 2 27.
Konkursverwalter, Prozeß gegen den Gemeinschuldner, mehrere K. 1 135.
— Zahlungsfrist 1 193.
— Verwertung von Web- usw. u. Schuhwaren 5 232.
Konserven, Absatz 4 213.
— Einfuhr 4 31.
— Kennzeichnung 3 219ff.
— s. Gemüsekonserven, Obstkonserven, Fleischkonserven.
Konservenfabriken, Fettgewinnung 4 520.
Konsulargericht, Unterbrechung des Verfahrens 1 31.
Konsulargerichtsbarkeit, Gegenmoratorium 3 106.
Konsumentenvereinigungen fallen unter die Back- und KuchenVO. 4 147, 151.
Konsumverein, Fleisch- und Fettverbrauch 4 316.
Kontingent der Brennereien 4 189, 210.
— s. Malz-, Gerstenkontingent.
Kontrollstelle für freigegebenes Leder 2 276, 4 567.
Konventionen s. Lieferungsbedingungen.
Kopal 4 722.
Kopf ohne Fleischkarte 4 337.
Kopfausschlächtereien 4 520, 719.
Kopfwaschseife 4 532.
Kopra, Preis 4 507.
— Verwertung 4 506.
Kordeln 3 238, 5 204.
Kornbranntwein, Anmeldung der Bestände 4 78.
— Herstellung 4 211.
Kornbrennereien s. Brennereien.
Körnerfrucht 1 731.
Körnerfutter, Preis 4 465ff., 472ff.
Korsette 3 239, 240, 5 205, 206.
Kosmetische Mittel, Herstellung 4 198.
— Öl- und Fettverwendung 4 527.
— Zuckerverwendung 4 267, 677.
Kosten, Begriff der besonderen K. bei Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 151ff., 2 29, 3 29, 5 15, Entscheidung 1 152f., 2 50, 3 31, Erstattung der K. durch den Kriegsteilnehmer 1 153, 2 50, 3 31.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist für die K. des Rechtsstreits 1 259f., bei Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden 1 297. S. auch die folgenden Worte, sowie Anwaltsgebühren und Gerichtsgebühren, GebührenO.
— des Geschäftsaufsichts- und Vergleichsverfahrens 5 122.
Kostenentscheidung bei Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 152f., 2 49.
— bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 258ff., 268, 2 70ff., 3 52ff., 58, 64, 102, 5 26.
— bei Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 268f., 2 70ff., 3 52ff., 64, 102.
— Einwirkung der Geschäftsaufsicht auf die K. 1 344, 2 110, 3 113, 5 83ff.

Kostenentscheidungen ausländischer Gerichte 2 533.
Kostenerstattung, Einschränkung 2 465, 502ff., 3 758.
Kostenerstattungsanspruch, Geltendmachung des K. und Gegenmoratorium 1 308, 2 85.
Kostenfestsetzung bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 260f.
Kostenfestsetzungsverfahren, Unterbrechung 1 30.
Kostengesetze Änderung 3 777, 4 826, 5 556.
Kostenschuldner bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 285f., 2 268.
— bei Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 269.
Kottonöl, Verwertung 4 511.
Krabben 1 558, 2 276, 4 25, 41, 353.
Kraftfahrzeuge, Zulassung von K. zum Verkehr auf öffentlichen Wegen und Plätzen 1 740, 4 563.
— Ausfuhrverbot 1 919.
— s. im übrigen Fahrzeug.
Kraftfuttermittel 1 731, 2 293, 4 456ff.
— Anzeigepflicht 1 733.
— ausländische 1 735.
— Einfuhr 4 38.
— Preis 4 472ff.
— Ueberlassungspflicht 1 733.
— Uebernahmepreis 1 734.
Kraftmehl 1 583, 4 110.
Kraftwagenführer als Kriegsteilnehmer 1 81.
Kragen 3 239.
Krammetsvögel 4 311, 360.
Kranke, Fleischzulagen 4 236.
— vollmilchversorgungsberechtigt 4 380.
Kranke Soldaten mit Heimatsurlaub, Kriegsteilnehmerverhältnis 2 17.
Krankenanstalten, Versorgung mit Verbandstoffen 3 238, mit Webwaren 5 201.
— Verwendung von Branntwein 4 198.
Krankenbeförderung mit Motorbooten 4 528.
Krankenhäuser, Fleischversorgung 4 333.
— Zusatzseifenkarte 4 531.
Krankenkassen, Sicherung der Leistungsfähigkeit der K. 1 819ff., 2 307, 3 577, 4 801.
— Erstattungsanspruch gegen das Reich 1 852.
Krankenpflege, Berufstrachten und Berufsabzeichen 2 369.
— vaterl. Hilfsdienst 3 811.
Krankenpfleger als Kriegsteilnehmer 1 81, 2 17, 133, 5 6.
— Zusatzseifenkarte 4 531.
Krankenpflegerin als Kriegsteilnehmer 1 81, 2 18, 133.
Krankenversicherung, Erhaltung von Anwartschaften aus der K. 1 814, 2 306, 3 576, 581, 5 438, 441.
— Wiedereintritt in die K. 1 817, 3 576 577.
— hausgewerbliche K. 1 823, 2 307, 3 578.
— bei Ersatzkassen 3 579, 5 437.
Krankenversicherung von Ausländern 3 582, 4 801.
— von Arbeitern im Ausland 3 1018, 4 801, 803, 5 438.
— von Angehörigen feindlicher Staaten 4 802.
— der Hilfsdienstpflichtigen 5 640.
Krankheit, Wäschebedarf 5 225.
Krauskohl s. Grünkohl
Kräuterkäse 4 389.
Kravatten 5 205.
Krebse, als Fische 4 353.
Kreditbeschaffung 1 518ff., 2 202, 3 271, 4 783.
Kreditbrief, Stempelbefreiung 1 524.
Kredithilfe 1 519ff., 2 202ff.
Kreditorganisation 1 519ff.
Krepp 5 206.
Kreppon 5 206.
Kresolseifenlösung 4 527.
Krieg, Zusammenhang zwischen K. und Zahlungsschwierigkeit bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 209ff., 2 62, 3 47, bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 283. S. auch die folgenden Worte.
Krieger, entlassene, Versorgung mit bürgerlicher Kleidung 5 258.
Kriegerfrau, Wochenhilfe 1 846, 2 346, 3 623, 5 467.
— FamU. 5 475.
Kriegsabgabe, außerordentliche 3 310, 313.
Kriegsamt 3 811, 4 4, 685, 687.
Kriegsanleihe, Entrichtung der Kriegssteuer 3 316, 461, 5 328.
— Erwerb für Stiftungen usw. 3 561, 5 428.
— Erwerb steht nicht unter der DevisenO. 4 786.
— Stempelfreiheit 4 795.
Kriegsausschuß nach dem Hilfsdienstgesetz 3 897.
— **für Kaffee, Tee** und deren Ersatzmittel, GmbH. 4 4, 44, 45, 301ff.
— **für Ersatzbutter** GmbH. 4 4, 476, 485, 520ff., 718.
— **für pflanzliche und tierische Öle und Fette** 1 558, 2 294, 4 47, 60, 367, 373, 504ff., 717, 723.
Kriegsbedarf, Sicherstellung 1 923, 2 450, 3 733, 4 822, 5 543.
— Beschlagnahme von Gegenständen des K. 1 923, 2 457, 3 733.
— Verwahrung von Gegenständen des K. 1 924, 2 458.
— s. Gegenstände.
Kriegsbedarfsartikel, Ausfuhrverbot 1 920.
Kriegsbekleidungsamt, Mitglieder als Kriegsteilnehmer 1 92, 2 18.
Kriegsberichterstatter als Kriegsteilnehmer 1 82, 2 133.
Kriegsbeschädigte, Überweisung zum Hilfsdienst 5 576.
Kriegsbesoldung, Kennzeichen der Mobilmachung 1 84, 85, 2 20.
Kriegsbeute s. Zentralstelle.
Kriegschemikalien AG. 1 559, 4 291, 584ff.

Kriegs-Einkaufs- und Verkaufs-Gesellschaft 1 559.
Kriegselterngeld 5 483.
Kriegsereignis, besonderes 3 129, 141, 4 753.
Kriegsernährungsamt, Errichtung 4 2.
— Zuständigkeit 4 3.
— Uebernahme der Geschäfte der Reichsprüfungsstelle 3 198.
Kriegsflüchtlinge, Schutz 4 754, 5 128.
Kriegsgebiet 5 128.
Kriegsgefangene, Anwendung des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 92, 3 23, 54.
— Österreichisch-Ungarische 1 170.
— Gefahrerhöhung durch Beschäftigung von K. 2 309.
— sind als Landarbeiter nicht Selbstversorger 4 118.
— Unterschriftsbeglaubigung 5 18.
— Fürsorge 5 486ff.
Kriegsgefangenenlager, Bewachung von K. als Kriegsteilnehmerverhältnis 1 88, 89, 2 19ff., 133.
Kriegsgerichte, Entlastung 5 556.
Kriegsgeschäftsjahr 2 239, 251, 3 297, 313, 5 320, 345.
Kriegsgesellschaften 1 558, 5 276, 4 14.
Kriegsgesellschaft für Sauerkraut 4 237ff.
— **für Dörrgemüse** 4 237ff., 706.
— **für Obstkonserven u. Marmeladen** 4 249f.
— **für Weinobst-Einkauf und -Verteilung** 4 249ff.
— **für Teichfischverwertung** 4 356.
Kriegs-Getreide-GmbH. 1 586.
Kriegsgewinn, Besteuerung 2 238.
Kriegshilfsausschuß 2 380.
— eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen 2 388.
Kriegshilfskommission für Ostpreußen 2 378ff.
Kriegsindustrie, vaterl. Hilfsdienst 3 811.
Kriegsinvaliden, Fürsorge 2 314ff., 3 601, 5 447.
Kriegsjahr, Anrechnung 2 531, 532, 3 809, 4 838, 5 563.
Kriegskakao-Gesellschaft mbH. 4 4, 43.
Kriegskartoffelgesellschaft-Ost 2 286, 4 4.
Kriegskasse, Abtretung und Pfändung der Forderungen an die K. aus der Ueberlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren 1 382ff., 3 122.
Kriegskontrollgesetz 3 560.
Kriegskreditbank für Groß-Berlin 1 525.
Kriegsleder AG. 1 559, 4 526, 570.
Kriegsmaßnahmen zur Sicherung der Volksernährung 4 1.
Kriegsmetall A.-G. 1 559.
Kriegsnot, Ausnutzung 3 187.
Kriegs-Phosphat-Gesellschaft mbH. 4 724.
Kriegs-Rohstoffabteilung des Kriegsministeriums 1 922.
Kriegsrolle des Patentamts 4 778.
Kriegs-Rübengesellschaft 4 290.
Kriegsschäden im Ausland 2 371ff., 3 640ff.
— im Inland 2 378ff., 3 644ff., 4 813.
Kriegsschädenersatz 2 299, 371ff., 3 640ff., 5 491ff.
Kriegsschmieröl-Gesellschaft mbH. 4 715.
Kriegsseefischerei der Nordsee 4 353.
Kriegssteuer 3 310ff., 4 787ff.
— Veranlagung und Erhebung 3 315, 458, 4 787.
— Entrichtung 3 316, 461, 5 328.
— Sicherung 5 345.
— Strafbestimmungen 3 317, 461, 5 331.
Kriegssteuergesetze 2 238ff., 3 295ff., 4 787ff., 5 298ff.
Kriegs-Stroh- und Torfgesellschaft mbH. 4 4.
Kriegsteilnehmer, Sonderrecht der deutschen K. 1 1ff., 2 1ff., 3 1ff., 4 735ff., 5 1ff., der österreichisch-ungarischen K. 1 166ff., 2 54ff., 5 19.
— als Kläger 1 39f.
— Mitglieder juristischer Personen als K. 1 40ff., 2 10ff., 40ff., 3 4, 21, 5 4.
— Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft, einer Kommanditgesellschaft und einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechtes als K. 1 46ff., 2 10ff.
— Streitgenossen als K. 1 61ff., 2 14, 3 5.
— Nebenintervenient als K. 1 63ff., 2 15, 3 5, 5 5.
— Streitverkündeter als K. 1 65, 2 15, 3 5.
— Konkursverwalter und ähnliche kraft Amtes Handelnde als K. 1 65f., 3 6.
— Angestellte als K. 1 66.
— Vertragspartei als K. 1 66.
— Ehemann als K. 1 67ff., 2 15, 3 6, Räumungsklage 1 68ff.
— Zeugen als K. 1 78ff., 2 15, 3 6, 5 5.
— die mobilen Teile der Land- oder Seemacht als K. 1 82ff., 2, 18, 3 7, 5 6.
— die gegen den Feind verwendeten Teile der Land- oder Seemacht als K. 1 89ff., 2 19ff., 3 7, 5 6.
— die Besatzung einer Festung als K. 1 91f., 2 23, 3 8.
— Kriegsgefangene als K. 1 92, 2 23.
— Geisel als K. 1 92, 3 23.
— Nachweis des Kriegsteilnehmerverhältnisses 1 93ff., 2 23, 3 8.
— Vertreter eines K. 1 105f., 134f., 140f., 2 24, 31ff., 3 15ff., 5 9ff.
— Zwangsvollstreckung gegen K. 1 108ff., 2 26, 3 11, 34, 5 8, gegen Ehefrau und Kinder von K. 1 119, 2 28.
— Konkurs gegen K. 1 120ff., 2 29, 3 13.
— Aufgebotsverfahren gegen K. 1 3.
— Versäumnisurteil gegen K. 1 128f.
— Verteilungsverfahren gegen K. 1 129ff.
— Zwangsversteigerung gegen K. 4 130ff.
— Zwangsverwaltung gegen K. 4 130ff.
— Verjährung gegen K. 4 132, 3 14.
— Fristen gegen K. 1 132ff., 3 15.
— Unterhaltsklagen gegen K. 2 33, 3 25.
— Vaterschaftsklagen gegen K. 2 33, 3 25.
— Wiedereinsetzung in den vorigen Stand 2 53.
— Zahlungsfristen für K. 1 193, 2 59, 3 60ff., 81.

Kriegsteilnehmer, Beseitigung von Verzugsfolgen zugunsten von K. 1 279.
— Geschäftsaufsicht über K. 1 330.
— Begriff i. S. der MietkündigungsVO. 2 133.
— immobile 2 57, 3 32ff., 60.
— berufsunfähige, Angestelltenversicherung 3 592, 595.
— Fürsorge für Zurückkehrende 2 331ff.
— Gnadenerweise 3 785, 4 831.
— Legitimation unehelicher Kinder 4 837, 5 562.
— Gleichstellung der HDPflichtigen 5 640.
Kriegsteilnehmerverhältnis, Nachweis bei Unterbrechung des Verfahrens 1 93ff., 2 23, 3 8.
— Glaubhaftmachung bei der Zwangsvollstreckung 1 110f.
Kriegsverschollene, Todeserklärung 3 129ff., 4 752ff., 5 136ff.
Kriegswechsel, staatliche und kommunale, Stempelfreiheit 3 559.
Kriegswirtschaft 3 565.
— Versorgung der dort tätigen bürgerlichen Personen mit Web- usw. und Schuhwaren 5 252.
Kriegswirtschaftl. Organisation, vaterl. Hilfsdienst 3 811.
KriegswirtschaftsAG. 1 558.
Kriegswirtschaftsämter 4 685.
Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe 4 622ff., 631ff., 728.
Kriegswirtschaftsstellen 4 685.
Kriegswohlfahrtspflege 4 830, 2 299, 3 598, 4 808, 5 431ff., 446ff.
— Verwendung von Reichsmitteln 4 832, 2 313.
— Regelung 2 240ff., 4 808., 5 456ff.
KriegswollbedarfAG. 1 558.
Kriegswucheramt 3 224ff.
Kriegszeit, Geltendmachung von Ansprüchen 1 171ff., 2 56, 3 43ff., 4 740ff., 5 20ff.
Kriegszustand, Aufhören des K. 1 135.
— Verhaftung und Aufenthaltsbeschränkung 3 809, 1026, 4 837, 838, 5 563.
— Gesetz über den K. 3 810.
Kristallisierte Zuckersorten, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
Kristallsoda, Höchstpreis 4 539.
Kristallzucker, raffinierter, Preis 4 285.
Krustentiere, Einfuhr 4 690.
Kuchen, Begriff 4 265, 2 284, 4 146.
— Bereitung von K. 1 596, 2 285.
Kuchenabfälle, Verwertung 4 489.
Kuchenbackmehl, Wucher 5 165.
Kuchenteig, Begriff 4 152.
Küchenwäsche, Bestandsliste 5 228.
Kühe, Schlachtverbot 2 289.
Kühlungszwecke, Verwendung von Ölen und Fetten 4 523.
Kündigung gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16, 39.
— Beseitigung von Verzugsfolgen im Falle der K. 1 280, 3 55.
Kündigungserklärung 2 135.
Kündigungsrecht der Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern 2 131ff., 4 751.
Kunstbaumwolle, Kettenhandel 4 772.
Kunstdünger, Einfuhr 4 38.
Kunstgegenstand, Kriegssteuer 3 311, 439.
Kunsthonig, Herstellung 4 294ff., 299ff.
— Kennzeichnung 3 220.
— Preisregelung 4 260.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
Kunstleder, Herstellung 4 192.
Künstliche Düngemittel 4 13ff.
Kunstseide, Herstellung 4 192.
— Kettenhandel 4 772.
Kunstspeisefett ist Fett i. S. der SüßigkeitenVO. 2 287, der FleischVO. 5 289.
— Verwendung zu technischen Zwecken 2 294, 4 525.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 151.
— gilt nicht als fetthaltige Zubereitung 4 378.
Kunstwolle, Kettenhandel 4 772.
Kupfer, Höchstpreis 1 782, 2 298, 4 572.
— Erzeugnisse aus K., Höchstpreis 1 785. 298.
Kupferabfälle, Höchstpreis 4 572.
Kupferasche, Höchstpreis 4 572.
Kupfermatte, Höchstpreis 4 572.
Kupferspäne, Höchstpreis 4 572.
Kupfervitriol, Höchstpreis 1 785, 4 574.
Kupferwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskasse 1 498.
Kuratorium der VerwaltAbtl. der Reichsgetreidestelle 4 105.
Kurs der Devisen 2 126, 233, 4 784.
— Festsetzung 3 465.
Kurzfristige Wechsel auf das Ausland 2 233.
Küstenschutztruppe, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 89, 91, 2 17.
Kutscher als Kriegsteilnehmer 1 81.

L.

Laboratorien, Verwendung von Branntwein 4 198.
Lacke, Einfuhr 4 48.
— Herstellung 4 526.
Lackiederfabrikation 4 526.
Ladelieferschein für die Versendung von Weißkohl 4 240.
Laden, Beleuchtung 4 602.
— Lichtreklame 4 602.
Ladung des Gläubigers im amtsgerichtlichen Verfahren 1 232.
— zur Gesellschaftsversammlung einer GmbH. 1 441, 5 148.
Lage, wirtschaftliche, Rechtfertigung der Zahlungsfrist 1 206ff., 3 58, 62, 79.
Lagerbücher, Anordnung der Führung 4 68.
— der Seifenhändler 4 721.
— der Schuhwarenhändler 5 218.
Lagergeld, s. Vergütung.
Lagerräume, Inanspruchnahme durch den KomVerb. 4 111, 134, 156, 164, 185.
Lammleimleder, Preis 4 478.

Lampenschirme 3 238, 5 204.
Landbestellung 4 11.
Länderei s. Bodenverbesserung.
Landesamt für Futtermittel 2 294, 4 501.
Landeseierstelle 4 395.
Landesfettstellen 4 369, 682.
Landesfleischamt, 4 322.
Landesfleischstellen 4 321.
Landesflüchtige, Anmeldung und Sperre von Vermögen 3 729.
— Vermögensliquidation 5 514.
Landesfuttermittelstellen 4 448.
Landesgetreideamt 4 135.
Landesherren und ihre Familien, Motorboote 4 529.
Landeskartoffelstellen 4 164.
Landesverteidigung s. Reichsstempelabgabe.
Landesverteilungsstelle für Eier 4 392.
— für Speisefett 4 364.
Landeszuckeramt 4 708.
Landgericht s. Mahnverfahren.
Landkarten, Wucher 5 165.
Landkesselreiniger, Zusatzseifenkarte 4 532.
Landkrankenkasse, behördl. Einrichtung i. S. d. HDG. 5 572.
Landmacht, mobile Teile, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 82ff., 2 18, 51, 3 7.
— die gegen den Feind verwendeten Teile der L. 1 89ff., 2 19, 51, 54, 3 7, 5 6.
Landrat, Festsetzung von Höchstpreisen 2 163, 164.
Landschaftliche Fonds, Beleihung 3 564.
Landsturm, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 83.
Landsturmersatzbataillon, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 87, 2 18.
Landwirtschaft, Wochenhilfe für in der L. Beschäftigte 1 837, 856.
— Erzeugnisse 3 208.
Land- und Forstwirtschaft, vaterl. Hilfsdienst 3 811, 5 573, 605, 633.
Land- und forstwirtschaftliche Schäden, Feststellung 3 695, 5 494, 501ff.
Landwirtschaftliche Brennerei 2 286.
Landwirtschaftliche Betriebsstelle für Kriegswirtschaft 4 3.
Landwirtschaftlicher Betrieb, Verwendung von Brotgetreide 1 591.
— Zuckerverbrauch 4 267.
Lärchenharz, Verwertung 4 543.
Lärchensamen, Absatz 4 472.
Lasten, öffentliche, dinglicher Rang 1 434ff., 2 157, 5 136.
Lateinischer Münzbund 3 273, 4 783.
Läuferschoner 5 206.
Läuferstoffe 3 239, 5 204.
Lazarettzug, Personal als Kriegsteilnehmer 2 18.
Lebendgewicht, Begriff 4 348.
— Berechnung 4 346.
Lebensmittel, Bestandsaufnahme 4 80ff.
— Handel 3 208, 214, 217, 5 191.
Lebensmittelläden, Abendschluß 4 602.
Lebensvermutung 3 129, 143.
Lebensversicherung, Auslegung des Vertrages 2 309.
Lebensversicherung, keine Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— Kriegssteuer 3 955.
— s. Versicherungsprämie.
Lebensversicherungsvertrag, Beseitigung von Verzugsfolgen 1 499.
Leber ist nicht Fleisch 4 332.
Lebkuchenfabriken, Anwendung der Backw.- und KuchenVO. 4 148, 151.
Leblancsoda, Höchstpreis 4 539.
Leder 2 294.
— Herstellung 4 525.
— s. Kontrollstelle.
— Verkehr 4 569ff.
Lederersatzstoffe, Verkehr 4 793.
Lederleim 4 550.
Ledermehl 4 17.
Leeranzeige 2 277.
Leere Säcke 4 615.
Legalisation s. Urkunden.
Legitimation unehelicher Kinder von Kriegsteilnehmern 4 837, 5 562.
Lehn, Erwerb von Kriegsanleihen 3 561.
— Veräußerung ausländischer Wertpapiere 5 291.
— Inhaber, Kriegssteuer 3 312, 444, 5 319.
Lehnanfall, Kriegssteuer 3 310.
Lehrmittel, Wucher 5 165.
Lehrlingsverträge der Hilfsdienstpflichtigen 5 617.
Lehm 4 538.
Leichtkupfer, Höchstpreis 4 572.
Leim, Herstellung 4 719.
— Verkehr 4 550.
Leimbrühe 4 719.
Leimgallerte, Preis 4 468.
Leimleder 2 535.
— Begriff 4 480.
— Verkehr 4 476ff.
Lein, Verwertung 4 504.
Leindotterkuchen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Leinengarn-Abrechnungsstelle 1 559.
Leinkuchen, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 473.
Leinmehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474.
Leinöl 2 535, 4 511, 512, 526, 527.
Leinschrot, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474.
Leistung, künftige, Beseitigung von Verzugsfolgen 1 285.
Leistungsfähigkeit s. Krankenkasse.
Leitungswasser, Warenumsatzstempel 3 466, 477, 503.
Lichtblender 5 204.
Lichtreklame, Verbot 4 602.
Lichtspielhäuser, Abendschluß 4 602.
— Beleuchtung 4 602.
— Lichtreklame 4 602.
Liebesgabe, Abgabenfreiheit 3 559.
Lieferung, Begriff 3 503, 4 793, 5 349.
— Anmeldung 3 468.
Lieferungs- und Zahlungsbedingungen 1 456.

Lieferungspflicht.
A. nach der EinfuhrBO.
Branntwein 4 205.
Butter 4 31.
Dünger 4 39.
Eier 4 54.
Fischrogen 4 36.
frische Fische 4 63.
Futtermittel, Hilfsstoffe, Kunstdünger 4 39.
Gemüse und Obst 4 61.
Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Futtermittel 4 29.
Harz 4 723.
Kaffee 4 45.
Kakao 4 43.
Kartoffeln 4 42.
Kartoffelerzeugnisse 4 32.
Käse 4 50.
Margarine 4 34.
kondensierte Milch u. Milchpulver 4 56.
Öle u. Fette 4 47.
Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen 4 36.
Schal- und Krustentiere 4 690.
Schmalz 4 49.
Tee 4 46.
Vieh, Fleisch, Fleischwaren 4 53.
Walnüsse, Haselnüsse 4 60.
Zigarettenrohtabak 4 58.
B. nach anderen BO.
Branntwein 4 201, 701.
Brennesseln 4 564.
Brotgetreide 4 106.
Buchweizen 4 225.
Cumaronharz 4 547.
Druckpapier 4 628, 633.
Fettbrocken 4 373.
Fleischwaren 4 330.
zuckerh. Futtermittel 4 448, 450.
andere Futtermittel 4 459.
Gerste 4 407, 420.
Grünkern 4 232.
Gummisauger 4 562.
Hafer 4 433.
Harz 4 544.
Hülsenfrüchte 4 213, 218.
Kaffee 4 302.
Kartoffelerzeugnisse 4 179.
Knochen, Rinderfüße, Hornschläuche 4 518, 717.
Leimleder 4 477.
Melasse 4 455.
Mineralöle 4 715.
Montanwachs 4 550.
Ölfrüchte 4 504, 506.
Papierholzerzeugnisse 4 463.
Petroleum 4 599.
Säcke 4 610.
Schwefel 4 590.
Schwefelsäure usw. 4 584.
Speisefette 4 362.
Stroh, Häcksel, Heu 4 490, 492.
Süßstoff 4 291.
Tabak 4 558.

Lieferungspflicht (B.).
Tee 4 303.
Weintrester u. Traubenkerne 4 485.
Weißkohl 4 239.
Zichorienwurzel 4 304.
Zucker 4 274.
Lieferungsverträge, Einwirkung der Kriegsgesetze 4 117, 400, 584, 605, 625, 633, 635, 638, 725, 726.
Likör 4 192, 291, 292, 677.
— Wucher 5 166.
— s. Obstbrennerei.
Limburger Käse, Preis 4 387.
Limonade, Süßstoffverwendung 4 291.
— Zuckerverwendung 4 267, 677.
Linsen s. Hülsenfrüchte.
Liquidation britischer Unternehmungen 3 711, 4 817, 5 512.
— des Vermögens Landesflüchtiger 5 514.
Liste der Düngemittel 4 16.
— der Futtermittel 4 38.
Littauer Stechzwiebeln, rote 4 256.
Litzen 3 238, 5 204.
Lohnanspruch, Einschränkung der Pfändbarkeit 1 381, 2 126, 3 122.
Lombardgeschäft, keine Warenlieferung 3 478.
Longwy, Beglaubigung und Legalisation 3 42.
Lorbeerblätter, Wucher 5 166.
Löschung s. Hypothek, Strafregister.
Loszschein 5 592.
Lostrennung der Rohfette 4 373ff.
Lotterielos, keine Ware 3 477, 503.
Lublin, Gouvernement, gewerbliche Schutzrechte 4 819.
Luftschiffergerät, Ausfuhrverbot 1 920.
Luftschiffpersonal, Kriegsteilnehmerverhältnis 1 82.
Lumpen 3 954, 5 237.
— Kettenhandel 4 773.
Lunge ist nicht Fleisch 4 332.
Lupinen, Absatz 4 457.
— Einfuhr 4 38.
— Preis 4 465, 473.
— Saatgut 4 702, 705.
Luxemburg s. Gegenseitigkeit.
— Nachnahme und Frachtverkehr 3 279.
— nicht Zollausland 3 482.
— als Kriegsgebiet 2 531.
— Anwendung der DevisenO. 4 786.
Luxusgegenstände, Kriegssteuer 5 311.
— Wucher 5 160, 163.
Luxusgemüse 4 242.
Luxusschuhe 3 942.

M.

Mädchen, Bestandsliste für Ober- und Unterkleidung 5 228.
Madras 5 205.
Magermilch s. Milch.
Mahlfähiges Brotgetreide 1 623, 2 283.
Mahlkarten 4 134, 225, 405, 432.
Mahllohn 2 582, 4 109.
Mahlpflicht 1 581.

Mahlzwang 4 109.
Mahnung gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16.
Mahnverfahren, Unterbrechung 1 30, 2 6.
— bei Festsetzung einer Zahlungsfrist 1 173, 186, 187f., 2 63.
— und Gegenmoratorium 1 309 318.
— während der Geschäftsaufsicht 1 345, 5 72.
Mahnverfahren vor den Amtsgerichten 2 264ff. 492ff., 3 756ff, 5 554.
— Gebühren und Pauschsätze des Rechtsanwalts 2 464, 465, 497ff.
— Geeignetheit des Anspruchs 2 464.
— Klage, Behandlung als Gesuch um Erlaß eines Zahlungsbefehls 2 464.
— Kostenberechnung 2 464, 493.
— Terminsanberaumung 2 464, 494, 3 757.
— Urkunden- und Wechselzahlungsbefehl 2 464, 495, 3 758.
— Vollmacht 2 493.
— Zahlungsbefehl, Inhalt 2 464, Zustellung 2 464.
— Widerspruch 2 494, 3 756.
— Zuständigkeit 2 493.
Mahnverfahren vor den Landgerichten, Anhörung des Klägers 2 462, 479.
— im M. verfolgbarer Anspruch 2 462.
— Anwaltszwang, Durchbrechung? 2 476.
— Berichtigung des Zahlungsbefehls 2 481.
— Einspruch gegen den Vollstreckungsbefehl 2 487.
— Fälligkeit des Anspruchs 2 472.
— Frist für den Erlaß des Zahlungsbefehls 2 462.
— Gerichtskosten 2 463, 489.
— Hinweis auf den Anwaltszwang 2 462, 481.
— Inhalt des Zahlungsbefehls 2 462.
— Kostenberechnung 2 462, 475, 478.
— Ladung nach Widerspruch 2 463, 484.
— Rechtsanwaltsgebühren und -auslagen 2 463, 490.
— Rechtshängigkeit 2 482.
— Terminsbestimmung 2 462.
Unanfechtbarkeit der Entscheidung des Vorsitzenden 2 463.
— Urkunden- und Wechselprozeß 2 463.
— Verbindung mehrerer Ansprüche 2 474.
— Verbindung mehrerer Klagen 2 474.
— Vollstreckungsbefehl, Voraussetzungen 2 463, 485, Inhalt 2 463, 485/6, Anwaltszwang für den Antrag? 2 485, Vollmacht, Vorlegungspflicht? 2 485, Sicherheitsleistung 2 486 Zustellung 2 463 486, weitere vollstreckbare Ausfertigung 2 486.
— Vorsitzender, Prüfung und Entscheidung 2 462, 475, 477.
— Widerspruch 2 462, teilweiser 2 462, 484, Form 2 462, 483, Rechtzeitigkeit 2 462, 483, Zurücknahme und Verzicht 2 484, Folgen 2 463, 484.
— Widerspruchsfrist 2 462, ihre Verlängerung und Abkürzung 2 480.
— Zahlungsbefehl, Erlaß, Nichterlaß 2 462, 472ff.
Mahnverfahren vor den Landgerichten, Zustellung im Ausland, hindert ihre Notwendigkeit den Erlaß des Zahlungsbefehls? 2 473.
— Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung, hindert ihre Notwendigkeit den Erlaß des Zahlungsbefehls? 2 473.
— Zustellung des Zahlungsbefehls 2 462. 481.
Mainzer Käse, Preis 4 388.
Mais, Einfuhr 2 277, 4 29.
— Preis 4 472.
Maisabfälle, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Maiskeimkuchen, Einfuhr 4 39.
Maiskolben, Einfuhr 4 41.
Maiskuchen, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468.
Maismehl, Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Maisöl, Preis 4 512.
— Verwertung 4 511.
Maisschlempe, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 473.
Maitrank, Süßstoffverwendung 4 291.
— Zuckerverwendung 4 268, 677.
Maiwein, Zuckerverwendung 4 268, 677.
Maizena, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Makler, Höchstpreisüberschreitung 2 165.
Makronen 4 150.
Malz, Begriff 4 400.
— Bewirtschaftung 4 398ff.
— Wucher 5 166.
Malzextraktfabriken 4 423.
Malzhandel 4 399.
Malzkaffeefabriken 4 423.
Malzkeime, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Malzkontingente der Bierbrauereien 2 291, 4 399.
Malzpolierabfälle, Preis 4 467.
Malzstaub, Preis 4 467.
Malzverwendung, Einschränkung der M. in den Bierbrauereien 1 683, 2 291, 4 428, ihr Einfluß auf die Bierlieferungsverträge 1 689.
Mandeln, überzuckerte 4 269, 677.
— Verarbeitung zu Schokolade 4 295.
Manjokmehl 4 146.
Männer, Bestandsliste für Ober- und Unterkleidung 5 227.
— Stoffverbrauch bei Anfertigung von Kleidung und Wäsche 5 254.
Manschetten 3 239.
Margarine, Bewirtschaftung 4 361.
— Einfuhr 4 34.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 151.
— Preis 4 372.
— Verwendung zur Schokoladenbereitung 4 215.
— gilt nicht als fetthaltige Zubereitung 4 378.
— Verwendung zu technischen Zwecken 4 525.
Marine-Notteſtamente 1 160.

Marinetestament, das ordentliche M. 1 158, 2 52, 3 40.
Marineverwaltung, Motorboote 4 528.
Marketender als Kriegsteilnehmer 1 81, 2 18.
Marken für Wohlfahrtszwecke 5 464.
Marktlage 3 177ff., 4 763, 5 167.
Marktpreis 3 177ff., 4 763ff., 5 167ff.
Markwährung 3 272.
Marmelade, Absatz 4 249.
— Durchfuhr 4 490.
— Kennzeichnung 3 220.
— Preise 4 252, 260, 261.
— Verwendung zur Branntweinherstellung 4 251.
— Zuckerverwendung 4 268.
— Verkehr 3 207.
— s. Obstkonserven.
Marokko, Zahlungsverbot 2 416.
Marzipansachen als Süßigkeiten 4 295.
Maryland-Tabak 4 559.
Maschinenfett, Wucher 5 166.
Maschinenleimleder 4 478.
Maschinen-Schreibpapier, Wucher 5 166.
Maßnahmen zugunsten des Gläubigers 1 382ff., 2 139ff., 3 122ff., 5 128ff.
— zugunsten des Schuldners 1 172ff., 2 57ff., 3 45ff., 4 742ff., 5 22ff.
— zugunsten des Gläubigers und des Schuldners 1 392ff., 2 141ff., 3 124ff., 4 752, 5 130ff.
— wirtschaftliche, Ermächtigung des Bundesrats 1 392ff., 2 141ff., 3 124ff., 5 130ff.
— zur Preisregelung und zur Wucherbekämpfung 1 747, 2 161, 3 155, 4 760, 5 148.
Mästen von Schweinen 4 328, 333.
Matratzen 3 239, 5 205.
Mauern, Anstrich 4 524.
Maurafettsäure, Preis 4 513.
Mauraöl, Preis 4 513.
— Verwertung 4 511.
Mayonnäse, Wucher 5 166.
Medizinaltran, Preis 4 513.
Mehl, Abgabe 4 110, 111.
— Beschlagnahme 4 102.
— Bewirtschaftung 4 106.
— Einfuhr 4 29.
— Handel 4 139.
— aus Ölkuchen, Einfuhr 4 39, Preis 4 468, 474.
— Verbot der Verwendung zur Seifenherstellung 1 633, 635.
— Verfüttern 1 589, 620, 2 283, 4 139.
— Verbrauchsregelung 1 572, 581, 2 278, 4 110.
— Verkehr mit M. 4 100ff., 125ff.
— Vorratserhebung 4 73, 692.
— s. Streumehl.
Mehlverteilungsstellen der Kommunalverbände 1 583, 4 110.
Mehrgewinn 2 239, 255, 3 313, 446, 5 319, 345.
Mehrheiten im Zwangsvergleich 5 104.
Melasse, Absatz 4 448.
Melasse, Entzuckerung 4 274.
— Einfuhr 4 39.
— Preis 4 276, 279.
— Verarbeitung 1 716, 2 293, 4 191, 447.
Melassebassin 4 450.
Melassebrennereien 1 643, 645.
Melassefutter 4 447.
Melassekesselwagen 4 450.
Melassemischanstalten 4 450.
Melasseschnitzel 4 447.
Meldepflicht der Hilfsdienstpflichtigen 5 633.
Mells, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
Mengkorn 2 283.
— s. Hafer.
Mergel 4 538.
Messing, Höchstpreis 1 782 4 573.
— Erzeugnisse aus M., Höchstpreis 1 785, 2 298.
Messingabfälle, Höchstpreis 4 573.
Messingwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskasse 1 498.
Meßuhrbrennereien 4 200.
Metageschäfte 4 274.
Metalle 4 570ff.
Metallfreigabestelle 2 276, 4 570.
Metallische Produkte, Preisbeschränkungen 4 574.
Metz, Beglaubigung und Legalisation im Gouvernement 3 42.
Metzgereien, Fettgewinnung 4 520.
Mexiko, Prioritätsfristverlängerung 4 778.
Mietbücherei, Warenumsatzst. 3 377.
Miete, Einwirkung der Geschäftsaufsicht 5 82.
— Entscheidung über Fortsetzung 5 132.
— Kündigungsrecht der Witwe und der Erben des infolge seiner Teilnahme am Kriege gestorbenen Mieters 2 131ff.
— Wirksamkeit der Kündigung 5 132.
Mieteinigungsamt 1 414ff., 5 132ff.
Mieter, Schutz 5 132.
Mietgebühr für Kesselwagen 4 552, 597.
Mietsache, Anspruch wegen Beschädigung, Bewilligung einer Zahlungsfrist? 1 206.
Mietvertrag bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 429; s. Kauffahrt ischiff.
— der Hilfsdienstpflichtigen 5 611.
Mietzahlung nach dem feindlichen Ausland 2 416.
Mietzins, Aussetzung der Klage 2 47, 3 24, 34.
Milch, Begriff 4 379.
— Bewirtschaftung 4 361ff., 379ff.
— Höchstpreis 2 290, 4 385.
— Lieferungsvertrag 1 173.
— Verwendungsbeschränkung 2 290.
— Verwendung zur Herstellung von Süßigkeiten 2 287, 288, 4 294.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 151.
— s. Speisefett.
Milch, kondensierte, Durchfuhr 4 58
— Einfuhr 4 56, 690.
Milcherzeugnisse, Durchfuhr 4 58.

Milcherzeugnisse, Einfuhr 4 56.
Milchpulver, Durchfuhr 4 58.
— Einfuhr 4 56, 690.
Militärausrüstungsgegenstände 3 239, 5 205.
Militärbedarf an Hafer 4 439.
Militärbehörde, Anzeige an sie 2 31, 3 16, 4 736.
— Festsetzung von Höchstpreisen 1 755, 2 162.
— Rechtshilfe 2 15, 5 5.
Militärdienstzeit, Anrechnung 2 308, 3 809, 5 442.
Militärgerichte, Entlassung 5 556.
Militärgutsendungen 5 385.
Militärperson s. Kriegsteilnehmer.
— Beurkundung der Sterbefälle 2 530, 3 808.
— Fleischkarte 4 325.
Militärpersonenverkehr 5 359.
Militäruniformen 3 239, 5 205.
Militärwohnsitz 1 163.
Minderbemittelte 5 469.
Mindestgebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen 1 372ff.
Mineralien, phosphorhaltige 4 581.
Mineralöl 4 714.
Mineralölerzeugnisse 4 714.
Mineralrohöl, Ausfuhrverbot 1 919.
Mischdünger, organischer 4 18.
Mischfrucht 4 73, 432.
Mischfutter 2 283, 4 457, 459.
Mischleim 4 550.
Mischung von Kunstdünger 4 21.
Mischungen von Kaffee 4 301.
— von Kakao 4 306.
— von Tee 4 302.
Mitbesitz, Verpfändung durch Einräumung des M. s. Waren.
Mitbürgen, Unterbrechung des Verfahrens 1 62.
Miteigentümer bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 424.
Miterben als Kriegsteilnehmer 1 61.
Mitteilung, Verbot von M. über Preise von Wertpapieren usw. 1 378ff., 380, 1 126, 3 121, 5 128.
Mittel der Glaubhaftmachung bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 212.
— Verwendung im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 361, 2 124, 3 900, 5 66.
Mittelbare Zahlungen ins Ausland 1 894, 2 412, 3 719.
Mitteleuropäische Zeit bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 203.
Mittelstand, gewerblicher, Kredithilfe 1 526.
Möbeleinrichtung, Wucher 5 166.
Möbelleihe, Warenumsatzst. 3 477.
Möbelstoffe 3 239, 5 205.
Möbeltransport, Wucher 5 164.
Mobile Teile der Land- oder Seemacht 1 82ff., 2 18, 51, 54, 3 7, 5 6.
Mobilmachung 1 83ff.
Mobilmachungsplan 1 83.
Mohair, Kettenhandel 4 772.
Mohn, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 150.
— Verwertung 4 504.
Mohnkuchen, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 473.
Mohnöl, Verwertung 4 511, 526.
— Preis 4 512.
Möhren, Höchstpreise 4 257.
Mohrrüben, Verarbeitung 4 237.
Molkerei, Butterüberlassungspflicht 2 291.
— Beschlagnahme der Speisefette 4 362.
Montag, fettfreier Tag 4 315.
Montanwachs 4 550, 715.
Montenegro, Wareneinführung aus M. 425.
Montenegrinischer Tabak 4 559.
Moorländerei s. Bodenverbesserung.
Moostorf 4 457, 470.
Moquettestoff 5 205.
Moratorium, Unterschied von der Zahlungsfrist 1 179.
Most s. Branntwein, Obstwein.
Mostrich, Süßstoffverwendung 4 291, 292.
— Zuckerverwendung 4 268, 677.
Motorboote 2 294, 4 528.
Motorbootkorps, freiwilliges 1 158.
Mowrasaat 4 506, 507.
Mühlen, Mahlzwang 4 109.
— Verarbeitung von Buchweizen 4 225
Mull 5 205, 206.
Multern 2 281, 4 109, 125.
Mummebrauereien 4 408, 423.
Mündlichkeit im Falle der Unterbrechung des Verfahrens 1 99.
— für den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 216ff.
— für den Antrag auf Beseitigung einer Verzugsfolge 1 287f.
Mündlichkeitsgrundsatz, Einschränkung 2 465, 510ff., 3 761.
Mundpflegemittel, Süßstoffverwendung 4 292.
— Zuckerverwendung 4 268, 677.
Mundtücher 5 227.
Munitionsfabrik, Hilfsdienst 5 633.
Münsterkäse 4 387.
Munition, Ausfuhrverbot 1 920.
Münzgesetz, Änderung 1 475.
Muschelschrot, Einfuhr 4 41.
Musikalien, Papier zur Drucklegung 4 631.
— Wucher 5 166.
Muskelfleisch 4 332.
Muskelstreifen 4 481.
Muster s. Probe.
Mütter, stillende, Milchgenuß 2 290.
Mützen 3 238, 5 204.
Myrobalanen, Einfuhr 4 26.

N.

Nacherhebung des Warenumsatzst. 3 494, 516.
Nacherzeugnis des Rohzuckers 4 274, 447.
Nachprüfung der Ernteverschätzungen 4 70.
Nagelpflegemittel, Süßstoffverwendung 4 292.
— Zuckerverwendung 4 268, 677.

Nachnahmeverkehr mit dem Ausland 3 279.
— im See- und Binnenschiffahrtsverkehr 3 279.
— mit Österreich-Ungarn 3 279.
— mit Luxemburg 3 279.
— mit den besetzten Gebieten 2 279.
Nachlaß, Geschäftsaufsicht über einen N. 1 330, 2 100, 104, 113, 3 908, 5 123.
Nachlaßkonkurs, Geschäftsaufsicht zur Abwendung des N. 1 331.
Nachlaßmasse, politische Zwangsverwaltung 2 410.
Nachlaßpfleger bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 193.
Nachlaßsicherung, vorläufige, im Felde 1 160.
Nachlaßverwalter bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 193.
— Unterbrechung des Verfahrens 1 66.
Nachprodukte der Zuckerfabrikation 1 716.
Nachstellige Hypotheken, Beleihung 1 521.
Nachweis des Kriegsteilnehmerverhältnisses 1 93ff., 2 23, 3 8
Nähmaschinen, Wucher 5 166.
Nährkakao, Bestandsaufnahme 4 306.
Nahrungsmittel, Beschaffung und Verwertung 1 531ff., 2 265ff., 3 565, 4 7ff., 83ff., 671, 696, 5 429.
— Herstellung 2 289, 294.
— irreführende Bezeichnung 3 223, 5 198.
— Zuckerverwendung 4 267.
Namensliste 3 513.
Natrium-Ammoniumsulfat-Superphosphat 4 17.
— mit Kali 4 16.
Natur, Warenübergabe in N. 3 466, 480 4 793.
Naturallohn und Warenumsatzst. 3 477, 503.
Naturalberechtigte s. Deputanten.
Nebenforderung, Hauptforderung und N. 1 205, 3 47, 62ff., 83.
Nebenintervenient als Kriegsteilnehmer 1 63ff., 2 15, 3 5, 5 5.
— Antrag auf Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 141.
Nebenintervention und Gegenmoratorium 1 307.
Nebenleistung, bei und für Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 297, 3 83, 5 33.
Nebensache 3 505.
Nesselfaser-Verwertungsgesellschaft 4 564.
Neubegründung, Berechnung des durchschnittlichen Geschäftsgewinns 2 256.
Neugläubiger 5 87.
Neuschateller Käse, Preis 4 387.
Nichterfüllung des Zwangsvergleichs 5 119.
Nichtgewerbetreibende, Geschäftsaufsicht 1 330, 2 98.
Nichtigkeit der Entscheidungen im Falle der Unterbrechung des Verfahrens? 1 100, 2 24, 3 9.
Nichtigkeitsklage, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
Nichtrechtsfähige Vereine, Geschäftsaufsicht über sie 1 330, 2 98.
Nichtreichsangehörige, Veräußerung von Kauffahrteischiffen an sie 2 460, 3 750.
Nichtsteuerbares Vermögen, Erlös, Kriegssteuer 3 310.
Nichtzahlung einer Geldforderung, Beseitigung von Verzugsfolgen 1 276ff., 2 75, 3 54.
Nickel, Höchstpreis 1 782, 4 573.
— Erzeugnisse aus N., Höchstpreis 1 786, 2 298.
Nickelabfälle, Höchstpreis 4 573.
Nickellegierung, Höchstpreis 4 573.
Nickelspäne, Höchstpreis 4 573.
Niederlande, Käseeinfuhr 4 671; siehe Prioritätsfristen.
Niederlassungen, Ansprüche aus inländischen N. von Auslandbewohnern und das Gegenmoratorium 1 322, 2 96, 3 107.
— inländische und die Zahlungsverbote 2 414, 3 723.
Niederschlagung von Untersuchungen 3 787ff.
— von Strafverfahren 3 792ff., 4 831, 5 559ff.
Nigerkuchen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Nigeröl 4 511, 513.
Norwegen, Währung 4 783.
— s. Gegenseitigkeit, Prioritätsfrist.
Notare, Hilfsdienstpflicht 5 636.
Noten 3 271.
Notfristzeugnis, Erteilung trotz Unterbrechung des Verfahrens 2 24.
Notmarktlage 3 177ff., 4 763ff., 5 167ff.
Notschlachtungen 4 313, 320, 321, 328, 334.
Notwendige Streitgenossenschaft, Unterbrechung des Verfahrens 1 61f., 2 14, 3 5.
Nußkerne, überzuckerte 4 269, 000.
— Verarbeitung zu Schokolade 4 295.
Nußöl 4 512.
Nutzholz, Einfuhrerleichterung 2 276.
— belgisches 4 25.
— französisches 4 25.
— russisches 4 24.
Nyassa-Tabak, ostafrikanischer 4 559.

O.

Oberausschuß zur Feststellung von Kriegsschäden 3 645.
Oberbefehlshaber Ost, Beglaubigung und Legalisation im Befehlsbereich 3 42.
Obergäriges Bier 4 292.
Oberlandesgericht, Geltung der EntlastVO.? 2 465, 516.
Obermilitärbefehlshaber nach dem Kriegszustandsgesetz 3 1026.
Objektive Steuerpflicht nach dem KStG. 3 434, 441.
Obst 4 254.
— Bewirtschaftung 4 235ff., 706.
— Einfuhr 4 61.
— Höchstpreis 2 298, 536, 4 254.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Verarbeitung 4 249.

Obstbau, Erzeugnisse 3 208.
Obstbranntwein, Absatz 4 249.
— Begriff 4 250.
— Herstellung 4 249.
Obstbrennereien 1 645.
Obstkonserven, Absatz 4 249.
— Begriff 4 250.
— Herstellung 4 249.
Obstkraut s. Obstkonserven.
Obstmark s. Obstkonserven.
Obstmus, Höchstpreis 2 298, 4 260.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Kennzeichnung 3 220.
Obsttrester, Branntweinherstellung 4 251.
— Einfuhr 4 41.
— Preis 4 469.
Obstwein, Absatz 4 249.
— Begriff 4 250.
— Herstellung 4 249.
— Süßstoffverwendung 4 291, 292.
— Zuckerverwendung 4 268.
Offenbare Unbilligkeit 2 38, 3 20, 35, 4 737, 5 11, 16.
Offenbarungseid nach der neuen Geschäftsaufsichts VO. 3 906, 5 110.
Offenbarungseidverfahren, Unterbrechung 1 242f., 2 68, 3 12, 34.
Offene Handelsgesellschaft, Unterbrechung des Verfahrens, bei Kriegsteilnahme sämtlicher Gesellschafter 1 46ff., 2 12ff., bei Kriegsteilnahme einiger Gesellschafter 1 48ff., 2 13, 3 21, bei Auflösung der Gesellschaft 1 60f., bei Kriegsteilnahme österreichisch-ungarischer Kriegsteilnehmer 1 170.
— Geschäftsaufsicht über eine o. H. 1 347, 2 113, 5 73.
Offene Verkaufsstellen, Abendschluß 4 602.
Öffentliche Bücher s. Eintragung.
Öffentliche Lasten, Rang 1 434, 2 157, 5 136.
— keine Zahlungsfrist 3 77.
Öffentliche Rechte des Schuldners, Einwirkung der Geschäftsaufsicht auf öff. R. 1 361, 2 121, 5 64.
Öffentlichkeit, Ausschluß für Patente und Gebrauchsmuster 4 778, 5 265.
— keine Ö. im Geschäftsaufs.-Verfahren 5 94.
Offizier, Kriegsteilnehmer 1 82ff.
— à la suite 1 87.
Offizierstellvertreter, Beglaubigungsrecht 2 52, 3 40.
Öl, Verwendung 1 743, 2 294.
— ist Fett i. S. der FleischVO. 2 289.
— tierisches und pflanzliches, Verwendung zur Herstellung von Süßigkeiten und Schokolade 2 287.
— Bewirtschaftung 4 503, 714.
— Einfuhr 4 47.
— Verarbeitung auf fette Öle 4 24.
— Verwendung zu technischen Zwecken 4 523.
— Kettenhandel 5 195.
— s. Fett.
Olein, Preis 4 513.
— Verwertung 4 511.
Oleomargarin, Preis 4 513.
Oleum, Bewirtschaftung 4 584.
Ölfrüchte, Verwertung 4 504ff., 714ff.
— Vorverkauf 1 738, 2 294.
Ölgoudron s. Mineralölerzeugnis.
Olivenöl, Preis 4 512.
— Verwertung 4 511, 527.
Ölkuchen 1 732, 4 38, 467, 473.
Ölmehle 1 732, 4 39, 468, 474.
Ölrettig, Verwertung 4 506.
Ölrettigsamen 4 511.
Ölsäure, Einfuhr 4 48.
— Preis 4 512.
Ölzeug 5 207.
Ordentliche Gerichte, Begriff 2 6, 3 4ff.
Ordnungsstrafe, Verhängung durch das Einigungsamt 1 415, 417.
Ordnungsstrafverfahren, Unterbrechung 1 24, 2 5.
— Einwirkung der Zwangsverwaltung auf die handelsrechtlichen O. 1 885.
Ordnungsstrafen gegen Zuckerfabriken und Melassemischanstalten 4 450.
Organisatorische Maßnahmen 4 1ff.
Orientalischer Tabak 4 59, 554.
Ort, maßgebender nach dem HöchstpreisG. 3 163, 4 762, 5 151.
Ortsangabe, Entbehrlichkeit bei Beurkundung im Felde 5 18.
Ortskrankenkasse ist behördl. Einrichtung i. S. d. HDG. 5 572.
Ortslöhne, Festsetzung der O. 1 813, 3 575.
Ortspolizeibehörde, kein Recht zur Festsetzung von Höchstpreisen 2 163.
Ostafrikanischer Tabak 4 559.
Österreich, Prioritätsfristverlängerung 2 197.
Österreich-Ungarn, Sonderrecht der Kriegsteilnehmer 1 1ff., 2 1ff., 54, 5 19.
— Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die in Öst.-U. ihren Wohnsitz haben 1 321, 2 96.
— Verlängerung der Wechselfristen in Öst.-U. 1 401.
— immobile Österreicher 3 33, 5 19.
— s. Gegenseitigkeit, Prioritätsfristen.
— Nachnahme und Frachtverkehr 3 279.
— Hilfsdienst 5 639.
Ostersachen aus Zucker 4 269.
— als Süßigkeiten 4 295.
Ostpreußen, Wechsel- und Scheckfristen 1 402, 2 142.
— s. auch Brandentschädigung.
— Feststellung von Kriegsschäden 5 492.
— Kriegshilfskommission 2 378ff.
— Preisprüfungsstelle 2 202.
— Umlegungsverfahren 2 389ff., 3 701.
— Wiederaufbau 2 299, 389.
Ostpreußische Flüchtlingsfamilien, FamU. 5 483.
Ostpreußische Landgesellschaft 1 559.
Ozokerit s. Erdwachs.

P.

Pacht, Kündigung 2 132, 4 751.
— Einwirkung der Geschäftsaufsicht 5 82.
Pachtpreise für Kleingärten 4 11.

Packung s. Kennzeichnung.
Paketverkehr 5 359.
Palmkerne, Verwertung 4 506.
Palmkernkuchen, Einfuhr 4 38.
Palmkernmehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474.
Palmkernöl 4 511, 513.
Palmkernölsäure 4 513.
Palmkernschrot, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474.
Palmöl 4 511, 513.
Papiergarn 5 200, 234, 258.
Papiergeld ist nicht Ware 3 466, 503.
— s. Zahlungsmittel.
Papierholz, Beschaffung 4 640, 727.
Papiermacher-Kriegsausschuß 4 642.
Paraffin s. Mineralölerzeugnis.
Paraguay-Tabak 4 559.
Parfümeriefabriken, Verwendung von Branntwein 4 198.
Pariser Union 1 466, 3 261.
— Verhältnis zum Gegenmoratorium 1305.
Partei, im Sinne des § 2 des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes 1 39ff., 2 10ff., 3 4, 5 4, Ehemann als P. 1 67ff., 2 15, 3 6, Zeugen sind nicht P. 1 78ff., 2 15, 3 6.
— im Falle der Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189ff., 2 59, im Falle des Ausbleibens einer P. 1 235.
— im Falle der Beseitigung von Verzugsfolgen 1 279ff.
Paßersatz 3 745.
Paßpflicht, Regelung 1 932, 3 743ff.
Patentamt, Vereinfachung 5 266.
— Gebühren 5 268.
Patente, Verwertung im nichtfeindlichen Ausland 3 259.
— ausländische 1 903.
— Ausschluß der Öffentlichkeit 4 718. 5 265.
Patenterteilungsverfahren, Unanwendbarkeit des KTSchG. 3 3.
Patentrecht, Erleichterungen auf dem Gebiete des P., Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrecht 1 461, 3 258, 260, 5 263. S. auch gewerbliche Schutzrechte.
Pauschsatz, bezieht sich die Kostenermäßigung auf P.? 1 274f., 2 73, 3 54.
Pausleinwand, bezugsscheinpflichtig 5 200.
Peluschken, Absatz 4 213, 223, 457.
— Einfuhr 4 38.
— Preis 4 475.
— Saatgut 4 702.
Pelz, mit P. gefütterte, Kleidungsstücke 3 239, 5 205.
Pelzgarnituren, imitierte 3 231.
Pension, Warenumsatzst. 3 478.
Pensionate, Fleisch- u. Fettverbrauch 4 316.
— erhalten keinen Bezugsschein für Tisch- und Bettwäsche 5 202.
Perlen, Kriegssteuer 3 311, 5 311.
Person des Vertreters eines Kriegsteilnehmers 1 145, 2 34.
— s. im übrigen juristische Personen
Personalkredit 1 525ff.
Personenverkehr, Besteuerung 5 359.
Persönliche Berechtigung zur Mietkündigung 2 135.
Persönliche Forderung der Grundschuld, Zahlungsfrist, Bewilligung 2 79, 3 77.
— der Hypothek, Zahlungsfristbewilligung 2 78, 3 74ff., 5 29.
Petroleum, Begriff 4 598.
— Höchstpreise 1 787, 2 298, 4 597ff.
— Nichtanwendbarkeit der MineralölVO. 4 716.
— Verteilung der Bestände 1 787, 2 298, 4 597ff.
Petroleumzentrale 4 599.
Petrolkoks s. Mineralölerzeugnis 4 714.
Pfand, Ausschließung des Verfalles eines Pf. 1 285ff.
Pfändbarkeit, Einschränkung der Pf. von Lohn-, Gehalts- und ähnlichen Ansprüchen 1 381, 2 126, 3 122.
— des Kriegsschadenersatzanspruchs 2 375, 3 641, 4 813.
Pfändung der Malzkontingente 4 401.
Pfandbriefe der ritterschaftlichen Kreditanstalten, Stempelbefreiung 3 1015, 5 428.
— der öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten 5 428.
Pfandrecht, Einfluß einer Zahlungsfrist auf das Pf. 1 186.
Pfandschein 1 497.
Pfändung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 111f.
— von Forderungen, Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 243.
— der Forderungen an die Kriegskasse aus der Ueberlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren 2 382ff., 3 122.
— des Ruhegeldes der Privatangestellten 5 128.
Pfändungsankündigung, Wirkung der Pf. im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 365, 2 124, 5 92.
Pfändungspfandrechte, Einwirkung der LohnbeschlVO. 2 129.
Pfeffer, Wucher 5 166.
Pfefferkuchenfabriken, Anwendung der Backw.- und KuchenVO. 4 148, 151.
Pfeifentabak 5 166.
Pferd, Pfändung der Forderungen aus der Überlassung von Pf. 1 382ff., 3 122.
— Zahlung der Vergütung aus der Überlassung von Pf. 1 385f.
— Haferzulage 2 292.
Pferde, Füttern mit Kartoffeln 4 172.
— Wucher 5 166.
Pferdefleisch, Preise 4 338, 709, 709.
— Verarbeitung zu Dauerwurst 4 338.
Pferdemöhren, Absatz 4 457.
Pflanzenöle, Preis 4 513.
Pflanzentalg, Preis 4 513.
Pflasterkosten, Rang bei der Zwangsversteigerung 1 435.
Pflaumen, Herstellung von Obstkonserven 4 249
Pflaumenmus, Herstellung 4 251.
Pflegeanstalten, Versorgung der Insassen mit Webwaren 5 201.

Pflegekinder, elternlose, Famll. 5 484.
Pflichtexemplare 4 627.
Phosphor, Verkehr 4 570ff., 583ff.
Phosphorhaltige Mineralien und Gesteine 4 583, 724.
Phosphorsäure, wasserlösliche 4 21.
Photographien, Warenumsatzst. 3 503.
Plätze, öffentliche, Beleuchtung 4 603.
Plötzen, Preise 4 355.
Plüsch 5 205.
Polen, Zustellung 2 9.
Polizei, Überwachung der Ausmahlung von Brotgetreide 1 617.
— der Beachtung der Backwarenverordnung 1 627, 4 147.
— der Branntweinbrennereien 4 701.
— der Eierhandlungen 4 394.
— des Fleischverbrauchs 4 315, 318.
— der Befolgung der Gerstenverordnung 1 700, 4 409.
— der Haferbetriebe 4 435.
— der Käsefabriken und Käsehandlungen 4 389.
— der Konditoreien 4 151.
— der Schlächtereien 4 374.
— der Schuhfabriken und Schuhgeschäfte 4 773.
— der Befolgung der Seifenverordnung 1 634.
— der Süßigkeitenherstellung 4 295.
— der Befolgung des Verfütterungsverbots
— s. Besichtigungsrecht, Überwachung. 1 621, 4 173.
Polsterer als Kleinhändler 5 200.
Polsterwaren 3 239, 5 204.
Portieren 5 205.
Portlandzement 4 605.
Portugal, Anmeldung und Sperre von Vermögen 3 728.
— Auflösung von Verträgen 5 534.
— Zahlungsverbot 3 705.
— Zwangsverwaltung 3 709.
— gewerbliche Schutzrechte 3 730.
— s. Gegenseitigkeit.
Posamentierwaren 3 238, 5 204.
Positionslaternen, Speisung mit Petroleum 4 599.
Postgebühren s. Reichsabgabe.
Postkarten für Wohlfahrtszwecke 5 464.
Postnachnahmeverkehr mit dem Ausland 3 279, 4 786.
Postordnung, Bekanntmachungen betreffend Änderungen der P. 1 404, 2 146, 3 126, 557, 4 752, 5 130.
Postverkehr, Nichtanwendbarkeit der Devisenvorschriften 2 234, 4 786.
Postverwaltung, Maßnahmen der P. 1 801.
— Famll. der dorthin komm. Mannschaften 5 478.
— Motorboot 4 529.
Poudrette 4 17.
Prägung von Einpfennigstücken aus Aluminium 3 267.
— von Fünfpfennigstücken aus Aluminium 5 273.
— von Zehnpfennigstücken aus Zink 5 273.
Pralinen, als Süßigkeiten 4 295.
— Zuckerverwendung 4 269, 677.
Prämie des Versicherers 1 17, 2 61.
Preisangebote für Arzneimittel 5 260.
Preisbeschränkungen, Ausbesserung von Schuhwaren 4 776.
— metallische Produkte 4 574.
— Spinnstoffe und Garne, Fäden 4 671.
— Web-, Wirk- und Strickwaren 3 227ff., 4 771.
Preise von Wertpapieren, s. Mitteilung.
— anderer Händler 3 188.
— Buchdeckern 4 516.
— Cumaronharz 4 448.
— Druckpapier 4 637, 725ff.
— Düngemittel 4 16.
— Futtermittel 4 456ff.
— Gemüse und Obst 4 254ff.
— Kalisalze 4 725.
— Kartoffeln 4 174.
— Knochen 4 520.
— Kunsthonig 4 299.
— Ölfrüchte, Öle und Fette 4 507ff.
— Saatgut von Buchweizen usw. 4 703, 705.
— für Schlachtschweine und Schweinefleisch 4 340ff.
— Speisefette 4 365.
— Süßwasserfische 4 355.
— Stroh und Häcksel 4 495, 496.
— Tabak 4 559.
— Teichfische 4 357.
— Weintrester 4 486.
— Zucker 4 263ff., 275, 280ff., 676.
— s. Höchstpreise.
Preisermittlung 2 297.
Preiskartelle 2 191, 3 191, 5 185.
Preisprüfungsstellen 2 297, 3 194, 5 188.
Preisregelung 2 161, 3 155, 4 83ff., 672ff., 696ff., 5 148ff.
Preissteigerung, übermäßige 2 182ff., 3 175ff., 4 762ff., 5 158ff.
Preisstelle für metallische Produkte 4 575ff., 782, 5 275.
Premier jus, Preis 4 513.
Pressen des Strohs 4 492.
Preßhefefabriken 4 423.
Preßkohle s. Kohle.
Preußische Zentralgenossenschaftskasse, Kredithilfe 1 526f.
Prioritätsfristenverlängerung 1 766, 2 196.
— in Belgien 2 197.
— in Dänemark 2 197, 3 262, 954, 5 267.
— in Frankreich 1 937.
— in den Niederlanden 5 264.
— in Norwegen 3 261.
— in Mexiko 4 778.
— in Österreich 2 197.
— in der Schweiz 2 197.
— in Spanien 3 261.
— in den Vereinigten Staaten von Amerika 5 264.
Privatangestellte, Pfändung des Ruhegeldes 5 128.
Private Schwefelwirtschaft 4 584.
Privater Fachunterricht 5 147.

Privatklageverfahren, Kostenerstattung 2 465, 505.
— Vergleich 3 54.
Privatversicherung 1 830, 2 309, 3 598.
Probe, Futtermittel 4 454, 471, 476.
— Melasse 4 455.
— Öle und Fette 4 515.
Probesendungspflicht, Buchweizen und Hirse 4 225.
— Fleisch 4 315, 318.
— Fleischware 4 331.
— Futtermittel 4 39, 458, 477.
— Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Futtermittel 4 30.
— Grünkern 4 233.
— Harz 4 544, 723.
— Kaffee 4 302.
— Kartoffeln 4 42.
— Kartoffelerzeugnisse 4 33.
— Knochen 4 521.
— Kunstdünger 4 39.
— Mineralöle 4 715.
— Petroleum 4 599.
— Säcke 4 610.
— Süßigkeiten 4 295.
— Tee 4 303.
— Zichorienwurzeln 4 304.
Produzenten, Höchstpreise 2 163, 164.
Prokurist, Aussetzung des Verfahrens 1 105.
— Kriegssteuer 3 444, 4 791, 5 319.
Prolongationswechsel s. Verlängerungswechsel.
Prospekte, Beilegung 4 624.
Protestfrist s. Wechsel.
Proviantamt, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 90.
Provinzialfleischstellen 4 322.
Provinzialfuttermittelstellen 4 502.
Provinziallkartoffelstellen 4 164.
Prozeß s. Rechtsstreit.
Prozeßbevollmächtigter, Zustellung an ihn 2 8.
Prozeßfähigkeit des Schuldners und Geschäftsaufsicht 1 359.
Prozeßführung durch die Schuldner während der Geschäftsaufsicht 3 120.
Prozeßgericht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 178ff., 2 59ff., 3 48, 62.
— Beseitigung von Verzugsfolgen 1 278ff., 2 75, 3 55ff., 63.
Prozeßkosten, Vorschriften der GeschäftsaufsichtsVO. 5 83ff.
Prozeßverfahren im Falle der Entscheidung über den Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 216ff., 2 63, Verhältnis zu dem amtsgerichtlichen Verfahren 1 173, 237f.
— im Falle der Beseitigung einer Verzugsfolge 1 287ff., 295, 2 77.
Prozeßvergleich, Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 241.
— Kostenermäßigung 1 271ff., 2 71, 3 52.
Prüfung der Rechtsgültigkeit der Bundesratsverordnungen 2 145.
Prüfungsstelle des Patentamts 5 266.
Pulver, Ausfuhrverbot 1 920.
Pulverfabrik, Hilfsdienst 5 633.
Pumpernickel 2 284.
Punschextrakte, Süßstoffverwendung 4 291, 292.
— Zuckerverwendung 4 268, 677.
Puppen der Seidenraupe, Absatz 4 472.
Puten, Einfuhr 4 54.
Putzmacher als Kleinhändler 5 200.
Putzzwecke, Verbot der Fett- und Ölverwendung 4 532.

D.

Quark, Preis 4 388.
Quarkkäse, Preis 4 388.
Quitten, Einfuhr 4 25.
— Zollerleichterung 2 276.
Quittungssteuer 3 468, 486.

R.

Rabattsparmarken, keine Waren 3 503.
Raben, Einfuhr 4 38.
Radfahrer als Kriegsteilnehmer 1 81.
Raffinade, flüssige, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
— Preis 4 285.
— Einfuhr 4 300.
— Durchfuhr 4 300.
Rang öffentlicher Lasten bei der Zwangsversteigerung 1 434f., 2 157.
Rangoon-Tabak 4 559.
Rahm, Lieferung 4 363.
Raps, Verwertung 4 504.
Rapskuchen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Rapsmehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468.
Rapsöl 4 511, 512.
Rasierseife 4 531ff.
Räucherwaren s. Fleischwaren.
Rauchtabak 4 556.
Räumung des Grundstücks durch den Schuldner bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 430.
Räumungsanspruch gegen einen Kriegsteilnehmer und dessen Frau 1 68ff., 2 47, 3 24.
Ravison, Verwertung 4 504.
Ravisonkuchen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Ravisonöl 4 511.
Reallast, Anwendbarkeit der HypVO. 3 73, 5 28.
Rebhühner, Einfuhr 4 54.
Rechtsanwalt als Vertreter eines Kriegsteilnehmers 1 145.
— s. auch Anwaltszwang, Geheimhaltungspflicht.
— Hilfsdienstpflicht 5 573, 575, 636.
— Zustellung an ihn 2 8, 3 37.
— Stellvertretung 3 778.
Rechtsanwalts-GebührenO., Änderung 3 777, 4 826, 5 556.
Rechtsauskunftsstelle als Einigungsamt 1 416.

Rechtsfolge des Zwangsvergleichs 5 115; s. Verzugsfolge.
Rechtshängigkeit der Klage gegen einen Kriegsteilnehmer 1 31ff., 2 8.
— Zulässigkeit der Einstellung während der R. des Rechtsstreits 1 173, 247f.
— Einwirkung auf den Fristantrag 3 63, 87.
— Einwirkung auf die Beseitigung der Verzugsfolgen 3 63.
Rechtshilfe im Felde 1 78ff., 159, 2 15ff., 3 6, 5 5.
— gegenüber dem Kriegsamt 5 628.
— gegenüber dem Kriegshilfsausschuß 2 389.
— der Militärbehörde 2 15, 5 5.
— den Preisprüfungsstellen 3 195.
— gegenüber der Reichsentschädigungskommission 2 378.
— gegenüber dem Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf 2 453.
— gegenüber dem Schuhwaren-Schiedsgericht 5 294.
Rechtsmittel in Kriegssteuersachen 3 316. 460.
— s. Berufung, Beschwerde, Einspruch und Revision.
Rechtsnachfolger, Wirkung des Gegenmoratoriums gegen R. 1 323, 3 108.
— der Zahlungsverbote für und gegen R. 1 900, 2 414, 3 721, 5 519.
Rechtsnatur des Vertretungsverhältnisses nach der Verordnung vom 14. Januar 1915 1 146ff., 2 36, 3 18, 4 736.
— des Gegenmoratoriums 1 320, 2 94, 3 107, 5 48.
— des Zwangsvergleichs 5 101.
Rechtsschutz der deutschen Kriegsteilnehmer 1 1ff., 2 1ff., 3 1ff., 4 735ff.
— der österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer 1 160ff., 2 54.
Rechtsstellung des Vertreters eines Kriegsteilnehmers 1 146ff., 2 36, 3 18, 4 737.
Rechtsstreit gegen einen Kriegsteilnehmer 1 20ff., 140ff., 2 3, 5 3.
— über die Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186ff.
— Zulässigkeit der Einstellung während der Rechtshängigkeit d. R. 1 173, 247f.
— Bewilligung einer Zahlungsfrist für die Kosten d. R. 1 259f.
— Erledigung des R. durch Vergleich oder Anerkenntnisurteil, Kostenermäßigung 1 271ff., 2 71, 3 52, 64.
— über die Beseitigung einer Verzugsfolge 1 278ff., 293ff., 2 75, 3 55.
Rechtsstreitigkeit s. Rechtsstreit.
Rechtsverhältnis nach ausländischem Recht bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 192f.
Rechtsverwirkung, Beseitigung bei künftiger Leistung 1 285.
Rechtsweg für Ansprüche aus dem Beförderungssteuergesetz 5 361, 363.
Rechtswidrigkeit s. Bewußtsein.
Reedereibetrieb, Hilfsdienst 5 629.
Reformkorsett 5 207.
Regenhaut 5 207.
Regulus, Höchstpreis 4 572.
Rehe, Einfuhr 4 54.
— Preise 4 349ff.
Reich, Lieferung, Warenumsatzstempel 3 466, 508.
— Erstattung von Vorschüssen und Vorentschädigung bei Kriegsschäden 3 646.
— Motorboote des R. 4 528.
— keine Anzeigepflicht bei der Vorratserhebung 4 73, 75, 76, 78, 81, 302, 303, 304, 306, 307, 330, 511, 599, 609, 622, 628, 633, 693, 694.
— keine Branntweinlieferungspflicht 4 201, 202.
— Überlassung ausländischer Wertpapiere 5 290.
Reichsabgabe im Post- und Telegraphenverkehr 3 550ff., 5 359.
Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge 2 316.
Reichsausschuß zur Feststellung von Kriegsschäden 3 645.
Reichsbank s. Diskontsatz, Goldbestand und Hinterlegung.
— Kriegsabgaben 2 260, 5 301.
— Schutz eiserner Gedenkstücke 3 268.
— Bestätigung von Schecks 3 285ff., 5 292.
— Mitwirkung beim Devisenverkehr 4 783.
— Einwilligung zur Eingehung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland 4 784.
Reichsbeamte, Hilfsdienst 5 633.
Reichsbekleidungsstelle 3 234ff., 933ff., 5 251ff.
Reichsbodenkasse 1 420.
Reichsbranntweinstelle 4 4, 200ff., 203ff.
Reichsentschädigungskommission 2 371, 3 640, 5 491, 536.
— Erweiterung des Aufgabenkreises 3 642.
Reichsfiskus, Übernahme von Bürgschaften 1 528.
Reichsfleischkarte 4 335.
Reichsfleischstelle 4 319ff.
Reichsfuttermittelstelle 1 582, 698, 709, 2 293, 4 4, 400, 408, 464, 499ff., 711.
Reichsgebiet, Feststellung von Kriegsschäden 3 644ff., 5 492ff.
Reichsgericht, Anwendung des Gegenmoratoriums 3 106.
Reichsgerstengesellschaft mbH. 4 4, 399.
Reichsgetreidestelle 1 575, 2 277, 4 3, 104ff., 121ff., 132, 234.
Reichsgoldmünzen, Verbot des Agiohandels mit R. 1 171f.
Reichshülsenfruchtstelle 4 217ff., 238, 465, 702.
Reichskartoffelstelle 2 286, 4 4, 41, 155, 172.
Reichskassenscheine 1 470.
— Reichsbanknoten zu 10 Mark 1 472.
Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung 2 534, 4 688, 5 287.
— für Fischversorgung 4 352, 709.
— für gewerbliche Schutzrechte 1 943.
— für Stickstoffwirtschaft 4 687.

Reichskommissar für die Übergangswirtschaft 4 644ff., 5 549.
— zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilgefangene im Feindesland 5 536.
Reichsmilitärgericht, Hilfsrichter 5 556.
Reichsmünzen, Verarbeitung 5 274.
Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise 2 297, 3 198, 4 3.
Reichsreisebrotmarke 4 127ff.
Reichs-Sackstelle 4 609.
Reichsschiedsgericht für Kriegsbedarf 2 451, 3 736, 5 545.
— **für Kriegswirtschaft** 4 716, 5 251, 257.
Reichsschuldenordnung, Ergänzung 1 478.
Reichsstelle für Druckpapier 4 635ff.
— für Gemüse und Obst 4 4, 61, 235ff., 707, 708.
— für Kartoffelversorgung 1 659.
— für Papierholz 4 640, 726.
— für Speisefette 4 4, 361.
— für Teichfischversorgung 4 4, 395.
Reichsstempelabgabe, für ausländische Wertpapiere 3 1016, Befreiung für die Kreditgesellschaften 1 522, 523.
— für Rohstoffgesellschaften 1 523.
— für Kreditbriefe 1 524.
— für Hypothekenpfandbriefe 1 518ff.
— ritterschaftl. u. öffentlichrechtl. Kreditanstalten 3 1015, 5 428.
— für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte 5 290.
Reichstag, Vetorecht 1 393, 403, 2 141, 143, 3 126.
— Ermächtigung s. Bundesrat.
Reichsversicherungsamt, Unterbrechung d. Verf. gegen KE. 5 3.
Reichsversicherungsbehörden, Gegenmoratorium 5 48.
Reichsverteilungsstelle 1 599.
— **für Nährmittel und Eier** 4 4.
Reichszuckerausgleichsstelle 4 676.
Reichszuckerstelle 4 4, 266, 271, 273, 291, 674.
Reingewinn 3 183, 4 764, 5 174ff.
Reinigungsabfälle der Mühlen aus Getreide 4 466.
Reinigungsmittel, fettlose 4 538.
— Wucher 5 166.
Reinraumgehalt von Schiffen 3 527.
Reis 4 212.
Reisekollektionen 5 254.
Reisekosten der Hilfsdienstpflichtigen 5 578.
Reisfuttermehl, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Reisklete, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 466, 473.
Reismehl, Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Reisspelzen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 466, 473.
Reisedecken 3 239.
Reizwerg, Kettenhandel 4 772.
Reklamebeilagen 4 624.
Rekrut als Kriegsteilnehmer 1 83.
Rekrutendepot, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 87, 89, 2 18.
Religiöse Handlungen, Backware, die bei ihnen verwendet wird 1 629.
Remontezucht 1 929, 3 741.
Renntiere, Einfuhr 4 54.
Rentengüter, gilt das KTSchG. im Rentengutsbildungsverfahren? 2 4.
Rentenpsychose 2 326.
Rentenversicherung, Kriegssteuer 3 955.
Restaurant, Warenumsatzstempel 3 478.
— s. Gastwirtschaft.
Reste 3 239.
Restitutionsklage, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
Rettungszwecke, Motorboote 4 528.
Revision im Falle der Entscheidung über eine Zahlungsfrist 1 288f.
Revisionsgericht, Geltung der Entlastungs-VO.? 2 465, 516.
Rhabarber, Verarbeitung zu Marmelade 4 253.
Rheinprovinz, Kriegshilfskasse 2 333.
Rheinschiffahrtsgericht, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189.
Richtlinien für die Erteilung von Bezugsscheinen 5 222.
Riemenfreigabestelle 4 570.
Rinder, Schlachtverbot 2 289, 4 313, 314.
Rinderfett ist Fett i. S. der FleischVO. 2 289.
Rindfleisch s. Fleisch.
Rinderfüße, Verwertung 4 518ff., 707.
Rindleimleder 4 477.
Rindsköpfe, Verarbeitung 4 478.
Rindspaltleimleder 4 477.
Rindvieh, Einfuhr 4 52.
— s. Vieh.
— Hausschlachtung 3 333.
— Weide 4 497.
Ritterschaftliche Fonds, Beleihung 3 564.
Ritterschaftliche Kreditanstalten, Befreiung von der Reichsstempelabgabe 3 1015, 5 428.
Rizinusmehl, Preis 4 468, 475.
Rizinusöl 4 511, 512.
Rizinussamen 4 502, 506.
Roggen, Höchstpreis 1 761ff., 2 297.
— s. auch Verfüttern und Brotgetreide.
— Einfuhr 2 277, 4 29.
Roggenauszugsmehl, Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Roggenbrot, Begriff 1 625, 4 145.
Roggenklete, Einfuhr 2 277.
Roggenmehl, Umfang der Ausmahlung des Roggens 1 616.
— Einfuhr 2 277.
Roggenschlempe, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Roggenstroh, Einfuhr 4 41.
— Vorratserhebung 4 77.
Rohbaumwolle, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
Rohfett, Begriff 4 372.
— als Fleisch 4 332.
— Verwertung 4 372ff.
Rohhaar-Abrechnungsstelle 1 559

Rohharz 4 543.
Rohkaffee, Verwendung 4 301ff.
Rohkakao s. Kakao.
Rohmelasse, Preis 4 452.
Rohöl, mineralisches s. Mineralöl.
Rohphosphat 4 18.
Rohstoffe, Beschaffung und Verwertung 1 531ff., 2 265ff., 3 565, 4 7ff., 83ff., 671ff., 696ff., 5 429.
— zur Herstellung des Kriegsbedarfs Ausfuhrverbot 1 920.
— Wucher 5 166.
Rohstoffgesellschaft, Befreiung von der Reichsstempelabgabe 1 523.
Rohtabak 4 554, 724.
Rohzucker, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— Ablassung von R. zur Branntweinbrennerei unter Ermäßigung der Zuckersteuer 1 646, 2 287.
— Verwendung von R. s. Zucker.
— Verkauf 2 289.
— s. Brennerei.
— Preise 4 263, 280ff., 288.
— Verarbeitung 4 274.
Rohzuckerpreis 2 288.
Rollgeld, Wucher 5 164.
Rollgerste s. Gerstengraupen.
Romadurkäse, Preis 4 387.
Roquefortkäse, Preis 4 389.
Roßkastanie, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 469, 475.
Roßleimleder 4 478.
Rösten des Kaffees 4 302.
Rotangen, Preise 4 355.
Rote Bete 4 257.
Rote Littauer Stechzwiebel 4 256.
Rotes Kreuz, Freiwillige des RK. als Kriegsteilnehmer 2 18.
Rotguß, Höchstpreis 1 782, 4 573.
Rotkohl, Herstellung von Dörrgemüse 4 237.
Rotwild, Einfuhr 4 54.
— Preise 4 349ff.
Rubel, Ein- und Durchfuhr 5 289.
Rüben, Verarbeitung von R. in Brennereien 1 659.
— zur Brotstreckung 4 698.
— Höchstpreise 4 257.
— s. Brennereien.
Rübenkraut s. Rübensaft.
Rübenkreude s. Rübensaft.
Rübenpreis 2 288.
Rübensaft, Verarbeitung von R. in Brennereien 1 659.
— 4 290.
Rübensirup, Preise 4 260.
Rübenschnitzel, Absatz 4 447.
Rüböl 4 511, 512.
Rübsen, Verwertung 4 504.
Rübsenkuchen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Rübsenmehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468.
Rückforderungsverfahren nach § 717 ZPO. und Gegenmoratorium 2 94.
Rückgabe einer Sicherheit, Unterbrechung des Verfahrens 1 24.
— und Gegenmoratorium 2 85.
Rückgewährsanspruch des Anfechtungsklägers, Zahlungsfrist 2 62.
— nach Ausübung des Rücktrittsrechts, Zahlungsfrist 3 47.
Rücklagen für Wohlfahrtszwecke 2 239, 251, 3 296.
Rücklieferung von Ölkuchen 4 508.
Rückstandöl s. Mineralöl.
Rückstände der Brennereien 4 191.
— der Tresterverarbeitung 4 487.
Rücktritt von einem Vertrage gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16.
Ruhegeld der Privatangestellten, Pfändungsverbot 5 128.
Ruhen der Anfechtungsfrist 5 125.
Rum 4 206.
— Wucher 5 166.
Rumänien, Anmeldung und Sperre von Vermögen 3 728.
— Vertragszollsätze 4 687.
— Zahlungsverbot 3 726.
— Zwangsverwaltung 3 710.
Rumänischer Tabak 4 559.
Runkelrüben 4 257, 258.
Runkelrübensamen, Preis 4 466.
Rüschen 5 205.
Russische Unternehmungen, Zwangsverwaltung 1 887.
Russischer Kriegsdienst, Fam. eingew. Fam. i. r. K. stehender Männer deutscher Abstammung 5 482.
Russischer Tabak 4 559.
Russisches Bau- und Nutzholz, Anwendung der Vertragszollsätze 4 24.
Rußland, Zahlungsverbot gegen R. 1 907.
— Erlöschen der Wirkung von Patenten, die Angehörigen Rußlands zustehen 1 942.
— dort erzeugtes Bau- und Nutzholz 2 276.
— Wechsel auf R. 2 234.
— Anmeldung und Sperre von Vermögen 3 728.
— Zollgüter 3 730.
— Stundungsvorschriften des Zahlungsverbots 4 819.

S.

Saatgetreide 2 283, 4 103, 119, 135, 142.
Saatgut 1 574, 4 104, 119, 132 (Brotgetreide), 4 515 (Buchecker), 4 213, 224, 226, 229, 702, 702, 705 (Buchweizen, Hirse, Hülsenfrüchte, Wicken, Lupinen), 4 457, 462, 464, 465 (Futtermittel), 1 696, 699, 4 406, 708 (Gerste), 1 707, 4 432, 708 (Hafer), 4 504 (Ölfrüchte).
Saathafer 2 292.
Saatkartoffeln 2 286, 298, 4 162, 168, 170.
Saatstelle 4 466.
Sachgattung 3 691, 5 494.
Sachkredit 1 518ff., 2 202.
Sachverständige, eidliche Vernehmung durch den Kriegshilfsausschuß 2 388.

Säcke 4 608ff.
— s. Düngemittelsäcke.
Sackgroßhändler 4 615.
Sackhändler 4 615.
Sackleihgebühr 4 30, 42, 142, 215, 221, 227, 233, 255, 411, 445, 471, 493, 675, 703.
Safran, Wucher 5 166.
Sägespäne, Wucher 5 166.
Sagomehl, Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Sahne, Begriff 4 379.
— Bewirtschaftung 2 290, 4 379.
— Verabfolgung 4 381.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 151.
— Verwendung zur Herstellung von Süßigkeiten u. Schokolade 2 287, 4 294, 381.
Sahnenpulver, Herstellung 4 381.
Salatkartoffeln 2 298.
Salatöl, Wucher 5 166.
Salatölersatz, Wucher 5 166.
Salben, wollfetthaltige 4 527.
Salz, vorübergehende Abgabenfreiheit 1 557.
— abgabenfreie Verwendung zum Einsalzen von Garneelen (Krabben) 1 558.
Salzfische, Durchfuhr 4 37.
— Einfuhr 4 35.
Salzheringe, Durchfuhr 4 37.
— Einfuhr 2 277, 4 35.
Samen, Absatz 4 472.
Samenbohnen, Wucher 5 166.
Sämereien, Absatz 4 472.
— Handel 3 217, 4 767, 5 198.
Sammeln von Bucheckern 4 517.
Sammlung zu Kriegswohlfahrtszwecken 2 340ff., 4 808, 5 461.
Sammlungen, Kriegssteuer 3 311, 440, 5 311.
Sandblätter 4 559.
Sanitätskolonne, Führer, Kriegsteilnehmer 1 88.
Sargansstattung 5 225.
Sauen, Schlachtverbot 2 289, 4 313.
Sauerkraut, Absatz 4 237.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Preise 4 246, 255.
Säuglingsbekleidung 3 239, 242, 5 225, 228.
Säuglingsheime, Gummisauger 4 562.
Schächte, Abteufen 4 607.
Schadensersatzanspruch gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16.
—, Beseitigung durch den Richter 1 286.
Schädigungsrecht des politischen Zwangsverwalters 2 408.
Schafe, Einfuhr 4 52.
— s. Vieh.
Schaffett ist Fett i. S. der FleischVO. 2 289.
Schaffleisch s. Fleisch.
Schafkäse 4 389.
Schaflämmer, Schlachtverbot 4 314.
Schafleimleder 4 478.
Schälen des Buchweizens 4 225.
— der Hülsenfrüchte 4 214.
Schaltiere, Einfuhr 4 690.
Schankwirtschaften, Abendschluß 4 602.
— Beleuchtung 4 602.
— Eierverbrauch 4 392, 396.
— Fleisch- und Fettverbrauch 4 315, 333ff., 336.
— Lichtreklame 4 402.
— Verabfolgung von Sahne 4 381.
Schatzanweisung der Kriegsanleihen, Erwerb 4 786.
Schätzungsverfahren 3 493.
Schaufenster, Beleuchtung 4 602.
Schaumwein, Zuckergehalt 4 268, 677.
— Süßstoffgehalt 4 291, 292.
Schaumzuckerwaren 4 269.
Schaustellungen, Abendschluß 4 602.
Scheck, Bestätigung durch die Reichsbank 3 285ff., 5 292.
— ist keine Ware 3 466, 503.
— keine Feststellung des Verlusts nach dem KriegsschädenG. 3 645.
— s. Wechsel.
Schecks auf das Ausland 2 223, 4 783, 5 290.
Scheckstempelmarke 3 465, 487ff.
Scheckvordruck 3 465, 487ff.
Schellack 4 722.
Schenkung, Kriegssteuer 3 310, 436ff. 5 309.
Scheuertücher 5 205.
Scheuerzwecke, Verbot der Verwendung von Ölen und Fetten 4 532.
Schiebutter, Verwertung 4 511.
Schiefettsäure, Preis 4 513.
Schienüsse, Preis 4 507.
— Verwertung 4 506.
Schiedsanalyse 4 455.
Schiedsgerichte, Unterbrechung des Verfahrens 1 30f., 2 6, 3 4.
— Bewilligung von Zahlungsfristen 1 188f.
— Beseitigung von Verzugsfolgen 1 278.
— Geltung des Gegenmoratoriums für Sch. 1 316, 2 90.
— Geltung der VO. zum Schutz Angeh. immobiler Truppenteile 3 33.
— zur Entscheidung über Streitigkeiten zwischen der Reichsgetreidestelle und einem Kommunalverband 1 581.
— zur Entscheidung über Streitigkeiten zwischen der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung und einem Kommunalverband 1 701, 3 736.
— zur Festsetzung des Übernahmepreises für Gegenstände des Kriegsbedarfs 1923.
— zur Entscheidung von Streitigkeiten über inländische Butter 4 4.
— nach der DörrgemüseVek. 4 707.
— nach der FleischVO. 3 321.
— nach der FuttermVO. 4 449, 453, 459, 462.
— nach der GemüseVO. 4 237.
— nach der GersteVO. 4 410.
— nach dem KohlenStG. 5 410.
— nach der ObstVO. 4 249.
— nach der PapierholzVO. 4 641.
— nach der PhosphorVO. 4 583.
— nach der SackVO. 4 618.

Schiedsgerichte nach der SchuhwAusbesserungsVO. 4 777.
— nach der TabakVO. 4 556.
— für Tarifänderungen 5 361.
— für Web-, Wirk- und Strickwaren 3 227ff., Richtlinien für sie 3 230ff.
— für Schuhwaren 3 249ff., 5 235, 242, 243, 249.
Schiedsgerichte für Höchstpreiswirkungen 2 173ff., 3 173ff., 5 157.
— Ablehnung 2 180, 5 157.
— Besetzung 2 174, 176.
— Bestellung 2 174, 176.
— Entscheidung 2 176.
— Verfahren 2 175ff.
— Wiederaufnahmeverfahren 2 178.
Schiedsrichter, Wegfall durch Kriegsteilnahme 2 7.
Schiedssprüche, Vollstreckung der Sch. und Gegenmoratorium 1 319.
Schieferkohle 5 401.
Schieöl, Preis 4 513.
— Verwertung 4 511.
Schifferbrotkarte 1 607.
Schiffsbesatzung 1 836, 842, 854.
Schiffshypothek, Zahlungsfristbewilligung 2 79.
— Unanwendbarkeit der HypVO. 3 73.
Schiffskesselreiniger, Zusatzseifenkarte 4 532.
Schiffsregister 5 548.
Schiffsverkehr 3 527, 750ff., 5 548ff.
Schilf, Einfuhr 4 41.
Schilfhäcksel, Einfuhr 4 41.
Schilfmehl, Einfuhr 4 41.
Schinkensalzereien, Knochensammlung 4 520, 719.
Schirme, Schirmhüllen 3 238, 5 204.
Schlachtabfälle, Begriff 4 483.
— Verwertung 4 481.
Schlächtereien, Fleischzuteilung 4 333.
Schlachthöfe, Fettgewinnung 4 520.
Schlachtscheine 4 323.
Schlachtschweine, Höchstpreis 2 298, 4 340ff.
Schlachtungen, Gestattung 4 320.
— Verteilung 4 323.
Schlachtverbot 2 289, 4 313ff.
Schlachtvieh, Aufbringung 4 328.
— vorübergehende Erleichterung der Untersuchungen 1 550.
Schlachtviehhöfe und -märkte, Füttern der Tiere auf S. 1 736.
Schlackenzement 4 605.
Schlafdecken 3 239.
Schlagsahne, Herstellung 4 381.
— Verwendungsbeschränkung 2 290.
Schlämmkreide 4 470, 474.
Schlangenhaut 5 207.
Schleie, Absatz 4 356.
Schleier 3 238, 5 204.
Schlempe 4 458, 467.
Schlichtungsausschuß nach dem HDG. 3 813, 898, 4 841, 5 594, 603.
Schließung des Betriebes 1 702, 4 278, 295, 316, 318, 365, 374, 389, 394, 410, 773.
Schließung des Geschäfts 1 585, 598, 2 291, 4 111, 134.
Schluß der Geschäfte usw. am Abend 4 602.
— der Versteigerung, keine Einstellung der BV. nach Schl. 3 98.
Schlüsselgewalt während des Krieges 1 68.
Schmalz, Einfuhr 4 49.
— Verkehrsregelung 4 372.
Schmalzersatz 4 377.
Schmierfette 4 523.
Schmieröl s. Mineralöl.
Schmierseife 4 531.
Schmierzwecke, Verwendung von Öl und Fett 2 294, 4 523.
Schmuckgegenstand, Kriegssteuer 3 311.
Schneehühner, Einfuhr 4 54.
Schnepfen, Einfuhr 4 54.
Schnittmuster 5 254.
Schnitzel, Absatz 4 447.
— Preis 4 454.
Schnupftabak 4 556.
Schnüre 3 238, 5 204.
Schnürsenkel 3 238, 5 204.
Schöffengericht, Erweiterung der Zuständigkeit 2 521ff.
Schokolade, Begriff 4 294.
— Durchfuhr 4 44.
— Einfuhr 4 43.
— Herstellung 4 294, 381.
— Kennzeichnung 3 220.
— Zuckerverwendung 4 268.
Schokoladenmasse, Bestandsaufnahme 4 306.
— Durchfuhr 4 44.
— Einfuhr 4 43.
Schokoladenpulver, Kennzeichnung 3 220.
Schornsteinfeger, Zusatzseifenkarte 4 532.
Schreiber der Militärverwaltung, Kriegsteilnehmer 1 90.
Schreibmaschinenpapier, Wucher 5 166.
Schreibpapier, Wucher 5 166.
Schriftliche Mitteilung der Entscheidung 2 465, 512.
Schriftsätze, Berücksichtigung neuer 2 513, 3 762.
— s. Bezugnahme.
Schriftstück, Herausgabe, Aussetzung der Klage 2 47.
Schroten von Brotgetreide 1 621.
Schuhhandelsgesellschaften 5 246.
Schuhindustrie, Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften 5 239.
Schuhsohlen, Verkehr 4 773.
Schuhwaren, Ausbesserung 4 776.
— Preisbeschränkungen 3 249ff., 4 776ff., 5 234.
— Lieferungsverträge 3 249.
— Verbot beschleunigten Verkaufs 3 250.
— s. Arbeitszeit.
— Regelung des Verkehrs 3 938ff., 5 200.
— bezugsscheinpflichtige 3 938.
— bezugsscheinfreie 3 938.
— getragene 3 944ff., 5 235.
— Bestandsliste 5 228.
— Verkauf nicht versteigerbarer 5 231.
Schuhwarenhändler, Lagerbuch 5 218.

Schuhwerk, untaugliches 3 253ff.
Schuldbuchforderungen (Kriegsanleihe) 4 786.
Schuldner, Maßnahmen zugunsten des S. 1 172ff., 2 57ff., 3 45ff., 4 742, 5 22ff.
— bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 214f., Antrag des S. auf Fristbewilligung 1 216ff.
— Ausbleiben des Schuldners im amtsgerichtlichen Verfahren 1 235.
— Beschränkung des Sch. durch die Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 357, 2 120, 3 111, 5 61ff.
— Antrag auf Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 333, 2 102, 5 55.
— persönlicher Sch. der Hypothek 3 76.
Schuldner-Zwangsverwaltung, allgemeine Bedeutung 1 426f., 2 149.
— Voraussetzung der Bestellung des Schuldners zum Zwangsverwalter 1 427f.
— Wirkungen der S.-Z. 1 428f., 2 152.
Schuldtitel, Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 241f.
Schuldverschreibungen (Kriegsanleihe) 4 786.
Schülerpersonenverkehr 5 359.
Schutzgebiete sind nicht Ausland im Sinne des Gegenmoratoriums 1 303.
— gelten die deutschen Sch. als Ausland im Sinne der Vorschriften über Auslandswechsel? 1 413.
— Bilanzen von Aktiengesellschaften, die Vermögen dort haben 1 442.
Schutzgebietsgericht, Unterbrechung des Verfahrens 1 31.
Schutzhaft 3 809ff., 4 563ff.
Schutzrechte s. gewerbliche Schutzrechte.
Schwangere Frauen, vollmilchbezugsberechtigt 4 380.
Schwangerschaftsbeschwerden 1 834, 842, 2 347.
Schwarzkupfer, Höchstpreis 4 572.
Schwarzwild, Einfuhr 4 54.
Schweden, Währung 4 783.
— s. Gegenseitigkeit.
Schwedische Wertpapiere 5 291.
Schwefel, Bewirtschaftung 4 584ff.
Schwefeläther s. Eingangszoll.
Schwefelhaltige Erzeugnisse s. Schwefel.
Schwefelhaltige Rohstoffe s. Schwefel.
Schwefelkies s. Schwefel.
Schwefelsäure s. Schwefel.
Schwefelsaures Ammoniak 4 17, 39, 586.
Schwefelwirtschaft 2 295.
Schweine, Einfuhr 4 52.
— Füttern mit Kartoffeln 4 168, 170, 173.
— Hausschlachtung 4 333.
— Mästung 4 328, 333.
— Schlachtverbot 1 681.
— Weide 4 497.
— Zwischenzählung 1 569, 2 277.
Schweineaufzucht 2 291.
Schweinefett ist Fett i. S. der FleischVO. 2 289.
Schweinefleisch, ausländisches 4 340.
— Preise 4 340ff., 680.
Schweinefleisch, Verabfolgung 4 315.
— s. Fleisch.
Schweinepfoten sind nicht Fleisch 4 332.
Schweineschmalz, Verwendung zu technischen Zwecken 2 294.
Schweißblätter 5 205.
Schweiz, Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die dort ihren Wohnsitz haben 1 937.
— s. Gegenseitigkeit.
— Prioritätsfristverlängerung 2 197.
— Durchfuhr dort hergestellter kondens. Milch und Milchpulver 4 58.
Schweizer Käse, Preis 4 387.
— Zollerleichterung für Einfuhr der Auslandserzeugnisse der dort untergebrachten deutschen Gefangenen 4 687.
Schweizerische Wertpapiere 5 291.
Schwerarbeiter, Kartoffelversorgung 4 168ff.
— Zusatzbrotkarte 1 615.
Schwerbenzin 4 598.
Schwimmgerste 4 410, 460, 464.
Schwurgericht 2 524.
Seeberufsgenossenschaft 1 836, 842.
Seefische, Absatz 4 353.
Seefischerei, Hilfsdienst 5 633.
Seemacht, mobile Teile 1 82f., 2 18, 51, 3 7, 5 6.
— die gegen den Feind verwendeten Teile der S. 1 89ff., 2 19, 51, 54, 3 7, 5 6.
Seemuscheln, Verwendung 4 311.
— Überwachung des Verkehrs 4 359, 709.
Seemuschelkonserven 4 359.
Seerecht, Verjährungsfristen 2 141, 3 123.
Seeschiffahrtsgesellschaften, Verbot der Veräußerung ihrer Aktien ins Ausland 3 1017, 5 428.
Seeschifferei, Hilfsdienst 5 633.
Seesterne, Einfuhr 4 41.
Seesternmehl, Einfuhr 4 41.
Seesternschrot, Einfuhr 4 41.
Seeverkehr 3 527.
Sehnen 4 481.
Seide, Seidenwaren 4 564ff., 5 204.
— Kettenhandel 4 772.
Seife, Bewirtschaftung 4 530ff., 721ff.
— Einfuhr 4 47.
— Kennzeichnung 3 221.
— Kettenhandel 5 195.
— s. Kartoffelmehl und Mehl.
Seifenausweis 4 721.
Seifenerde 4 538.
Seifenersatz 4 530ff.
Seifenherstellung 2 289, 294.
Seifenkarte 4 531, 533, 721.
Seifenpulver 4 530ff.
Seifenspiritus, Herstellung 4 527.
Sellerwaren, Preisbeschränkungen 3 234.
Seitenumfang der Zeitungsbeilagen 4 624.
Selbsteintritt des Kommissionärs 2 233, 4 783.
Selbstversorger nach der ProtgetrVO. 1 574, 2 279, 4 73, 103, 110, 127, 134.
— nach der EierVO. 4 393.
— nach der FleischVO. 4 327, 333.

Selbstversorger nach der KartoffelVO. 4 173.
— nach der MilchVO. 4 379.
Selbstwirtschaft der Kommunalverbände 1 579, 2 279, 4 107, 109, 125.
Senf, Süßstoffverwendung 4 291, 292.
— Zuckerverwendung 4 268, 677.
— Verwertung 4 504.
Serbien, Wareneinführung aus S. 4 25.
Serbischer Tabak 4 559.
Sesamkuchen, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 473.
Sesamöl, Preis 4 512.
— Verwertung 4 511.
— Wucher 5 166.
Sesamsamen, Preis 4 507.
— Verwertung 4 506.
Sicherheit s. Rückgabe und Sicherheitsleistung.
— des Anspruchs, Bedeutung für die Frage nach der offenbaren Unbilligkeit 2 47.
Sicherheitsarrest, persönlicher, keine Unterbrechung des Verfahrens 1 105.
Sicherheitsleistung bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 213f.
— Forderung des Gläubigers auf S. keine Geldforderung 1 197.
— bei Beseitigung von Verzugsfolgen 1 268, 269.
— mit Wertpapieren 1 376ff.
— im Vergleichsverfahren 5 109.
Sicherstellung des Kartoffelbedarfs 4 164ff.
— von Kriegsbedarf 1 923, 2 450, 536, 3 733, 4 822, 5 543.
— von Ansprüchen 5 63.
Sicherung der Ackerbestellung 1 541ff., 2 274ff.
— der Kriegssteuer 5 345.
Sicherungshypothek, Anwendbarkeit der HypVO. 3 74, 5 30.
Sicherungsmaßregel, vorläufige, im Konkursverfahren 1 122.
Sicherungsübereignung, keine geeignete Grundlage für einen Kredit bei der Darlehnskasse 1 498.
Sichtvermerk 3 743ff.
— für Seeschiffer 3 747.
Silber, Verkehr 5 274.
Silberpreise 5 275.
Silberwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskasse 1 498.
— Verkehr 5 274.
Sitzungsprotokoll s. Bezugnahme.
Skandinavischer Münzverein 3 273.
Socken 5 204.
Soda, Höchstpreis 4 539.
— Kennzeichnung 3 221.
Sodapulver 4 539.
Sofakissen 5 205.
Sohlenleder, Verkehr 4 773.
Sohlenbewehrungen, Verkehr 4 773.
Sohlenschoner, Wucher 5 166.
Sojabohnen, Absatz 4 213, 457.
— Einfuhr 4 38.
— Preis 4 465, 473, 507.
— Verwertung 4 506.
Sojabohnenmehl, Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Sojabohnenkuchen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 473.
Sojabohnenöl, Preis 4 512.
— Verwertung 4 511.
Sojamehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 474.
Sojaschrot, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 474.
Solaröl s. Mineralöl.
Sommergerste 4 406, 710.
Sommermantel, Bezugsschein 5 224, 233.
Sommerzeit 4 601, 724.
Sondergerichte, Geltung des Gegenmoratoriums für S. 1 316, 3 106.
Sonderrecht der deutschen Kriegsteilnehmer 1 1ff., 2 1ff., 3 1ff., 4 735ff., 5 1ff.
— der österreichisch-ungarischen Kriegsteilnehmer 1 166ff., 2 54, 5 19.
Sonderrücklage 2 239ff., 249, 250, 3 295ff., 302ff., 4 787, 5 299, 345.
Sonnabend ohne Schweinefleisch 4 315.
Sonnenblumen, Preis 4 507.
— Verwertung 4 504.
Sonnenblumenkuchen, Einfuhr 4 38.
— Preis 4 467, 473.
Sonnenblumenöl, Preis 4 512.
— Verwertung 4 511.
Spanien s. Gegenseitigkeit, Prioritätsfristen.
Spargelkonserven s. Gemüsekonserven.
Sparkasse, Gewährung von Kredit 1 519ff.
— keine Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— bei der Anstaltszwangsverwaltung 1 431.
Speck von Fischen, Einfuhr 4 47.
— als Fleischwaren 4 330.
— von Rindvieh, Einfuhr 4 52.
— von Schafen, Einfuhr 4 52.
— von Schweinen, Einfuhr 4 52.
— von Seesäugetieren, Einfuhr 4 47.
— Verbrauch 4 313ff.
— Verwendung zu technischen Zwecken 4 525.
Speckstein 4 538.
Speiseanstalten, Fleisch- u. Fettverbrauch 4 316.
Speisefett, Bewirtschaftung 4 361ff.
— Preise 4 372.
— Verwertung 4 379.
Speisekartoffeln, Höchstpreis 1 774ff., 2 298.
— Versorgungsregelung 2 286, 4 157.
Speisemöhren 4 257.
Speisenfolge, Beschränkung 4 337.
Speiseöl s. Speisefett.
— Wucher 5 166.
Speisereste, Verwertung 4 489.
Speisetalg s. Speisefett.
Speisewirtschaften, Abendschluß 4 602.
— Beleuchtung 4 602.
— Eierverbrauch 4 392, 396.
— Fleisch- und Fettverbrauch 4 313, 333, 336.
— Lichtreklame 4 602.
— Verabfolgung von Sahne 4 381.

Spelz s. Brotgetreide.
Spelzschalen 4 466.
Sperre feindlichen Vermögens 2 224ff., 3 727ff., 5 526.
— von Vermögen Landesflüchtiger 3 729.
Spezialgroßhändler (mit Säcken) 4 615.
Spezialvollkornmehl, Verbrauch 4 110, 126.
Spielwaren 3 239, 5 205.
Spinnereien, Arbeitszeit 2 304.
Spinnpapier s. Spinnstoff.
Spinnstoff, Kettenhandel 4 772.
— Preisbeschränkung 4 771.
Spirituosen, Kettenhandel 5 195.
Spiritus, Anzeigepflicht 4 728.
— Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— s. auch Branntwein.
Spiritus-Zentrale 4 200ff.
Spitzen 3 238, 5 204.
Spitzenstoffe 3 239.
Spitzkäse 4 388.
Sportuniformen 5 202.
Sprengstoffabrik, Hilfsdienst 5 633.
Sprengstoffe, Ausfuhrverbot 1 920.
Spreu 4 466.
Spülwasserfette 4 520, 717.
Staaken-Spandau, Gartenstadt 1 527.
Staat, Lieferung, Warenumsatzstempel 3 466, 508.
Staatsanwalt, Aufgaben nach der Straf-GEntVO. 2 521ff.
— Mitwirkung bei der Todeserklärung 3 130, 145, 5 139ff.
Staatsbeamte, Hilfsdienst 5 633.
Staatsbetrieb, WUStempel 5 353.
Staatsdarlehn zum Wiederaufbau im Kriege zerstörter Gebäude, Sicherstellung 3 701.
Staatskommissar für Kriegswohlfahrtspflege 5 461.
Staatsschuldbuch, Eintragung des Pfandrechts der Darlehnskasse in das St. 1 508.
Städtisches Gelände, Bereitstellung zur Kleingartenbestellung 4 12.
Stadtschnellbahnen 5 560.
Stammgut, Inhaber, Kriegssteuer 3 312, 444, 5 319.
Stammgüter, Erwerb von Kriegsanleihe 3 561.
— Veräußerung ausländischer Wertpapiere 5 291.
Stammgutanfall, Kriegssteuer 3 310.
Stampfmehl, Einfuhr 4 39.
Stammrolle der Hilfsdienstpflichtigen 5 632ff.
Standesherrliche Hausgüter, Erwerb von Kriegsanleihe 3 561.
— Veräußerung ausländischer Wertpapiere 5 291.
Standesregister, Wiederherstellung 2 526, 3 804, 5 561.
Stangenkäse, Preis 4 388.
Stärke, lösliche 4 179.
Stärkesirup, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
Stärke-Sirup-Zentrale für das deutsche Nahrungsmittelgewerbe 4 4.
Stärkezucker, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
Statistische Aufnahme der Getreidevorräte 1 561, 2 277.
Statistische Hilfsaufnahmen 4 66ff., 671, 692.
Staubtücher 5 205.
Stearin 4 511, 513.
Stechzwiebeln, rote Littauer 4 256.
Steckrüben s. Kohlrüben.
Steffensches Brühverfahren 4 454.
Steinkohlen, Schiedsgerichtsverfahren 3 174.
— s. Kohle.
Steinkohlenbergbau s. Vertriebsgesellschaften.
Steinkohlenteer, Ausfuhrverbot 1 920.
Steinobst s. Branntwein.
Stellung der Aufsichtsperson bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 428f., 2 152.
— s. auch Rechtsstellung.
Stempelabgabe, keine Ermäßigung 1 275.
Stempelbefreiung s. Reichsstempelabgabe.
Stempelfreiheit der Kriegsbeglaubigung 1 165, 3 40.
— der Vergleiche und Schiedssprüche im Höchstpreis-Schiedsgerichtsverfahren 3 174.
— des Erwerbs von Kriegsanleihe 4 795.
Stempelmarken 3 495, 531ff.
Steppdecken 3 239, 5 205.
Sterbefälle von Militärpersonen, Beurkundung 2 530, 3 808.
— von Deutschen im Auslande 4 836.
Steuer s. Kriegssteuer, Warenumsatzstempel, Frachturkundenstempel, Tabakabgabe, Reichsabgabe.
Steuerbehörde, Auskunftspflicht 1 843.
Steuerbescheid 3 316, 459.
Steuererklärung für die Kriegssteuer 3 316, 498.
Steuerrolle 3 491, 513.
Steuertarif 3 441, 455, 4 788, 5 315, 323.
Stickereistoffe 3 239, 5 206.
Stickstoffgehalt, nur nach St. gehandelte Düngemittel 4 17.
Stickstoffwirtschaft 4 687.
Stiftung bei der Anstalts-Zwangsverwaltung 1 431.
— Erwerb von Kriegsanleihe 3 561.
Stille Reserven 2 253, 533, 3 300.
Stillende Frauen, vollmilchbezugsberechtigt 4 380.
Stillgeld 1 834, 842, 850, 2 348ff.
Stimmrecht, Einwirkung der Verpfändung einer Aktie zugunsten der Darlehnskasse auf das St. 1 509.
— im Zwangsvergleich 5 105.
Stoffabfälle, Kettenhandel 4 773.
— A.-G. zur Verwertung von St. 1 559.
Stoffe, Natur- oder Kunstseide, halbseidene 3 238, 5 204.
Stoffhöchstmaße 5 229.

Stoffverbrauch bei Anfertigung von Kleidungs- und Wäschestücken 5 254.
Stoppelrüben 4 257, 258.
Strafaufschub 3 787, 4 830, 5 558.
Strafbefehl, Zulassung bei Vergehen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen 1 744, 2 296, 521ff., 3 775, 5 555.
Strafbestimmungen des Höchstpreisgesetzes 2 164ff., 3 160ff., 4 761ff., 5 150ff.
— des HDG. 5 606ff.
— des KohlenStG. 5 389.
— des Kriegssteuergesetzes 3 317, 461, 5 331.
— der WucherVO. 2 187, 3 176, 4 763, 5 158, 186.
Strafgefangene, Beurlaubung zur Frühjahrsbestellung 5 558.
— Hilfsdienst 5 583.
— s. Gefangene.
Strafgerichte, Entlastung 2 462ff., 3 775, 4 825, 5 555.
Strafrechtsirrtum 4 729ff.
Strafregister, Löschung von Strafvermerken 3 782, 4 833, 5 560.
Strafunterbrechung 4 830.
Strafurlaub 5 558.
Strafverfolgung wegen Zuwiderhandlung gegen Vorschriften über Sicherstellung der Volksernährung 1 744, 2 296.
Strafvollstreckung, Unterbrechung und Wiederaufnahme 3 784ff., 5 557.
Straßenanliegerbeitrag, Rang bei der Zwangsversteigerung 1 435.
Straßenbahn, Betriebsbeschränkung 4 603.
— Beförderung 5 362, 382.
— Hilfsdienst 5 633.
Straßenbauinspektion, Kriegsteilnehmerverhältnis 2 19.
Straßenbeleuchtung 4 603.
Streitfälle, Entscheidung im Aufsichtsverfahren 5 100.
Streitgenosse, Unterbrechung des Verfahrens 1 61ff., 2 14, 3 5.
Streitgenossenschaft und Gegenmoratorium 1 318, 2 94.
Streitigkeiten in den nachstehenden Wirtschaftsgebieten.
Äpfel 4 260.
Arzneimittel 5 260.
Branntwein 4 201, 206,
Brotgetreide 1 574, 581, 585, 4 30, 104, 108, 111, 124, 132.
Buchecken 4 517.
Buchweizen, Hirse 4 226.
Butter 4 32.
Dörrgemüse 4 707.
Druckpapier 4 628, 633, 635, 638, 726.
Eier 4 55.
Fische 4 63.
Fleisch 4 53, 321, 331.
Futtermittel 1 719, 728, 734, 2 293, 4 40, 450.
Gemüse 4 62, 237, 238.
Gerste 1 697, 698, 699, 701, 4 406, 408, 410.
Grünkern 4 233.
Gummisauger 4 562.
Hafer 1 707, 709, 711, 4 432, 433, 435, 440.
Hülsenfrüchte 4 214.
Kaffee 4 45, 302.
Kakao 4 43.
Kartoffel 4 42, 155, 156, 164, 173.
Kartoffelerzeugnisse 4 33.
Käse 4 50.
Kohlen 4 593, 5 410.
Kohlrüben 4 184ff.
Kunsthonig 4 300.
Leimleder 4 478.
Malz 1 693.
Margarine 4 35.
Milch 4 57.
Mineralöle 4 716.
Obst 4 62, 249.
Öle und Fette 4 48, 513.
Papierholz 4 643.
Petroleum 4 600.
Phosphor 4 583.
Rüben 4 257.
Säcke 4 610, 615, 618.
Salzheringe 4 36.
Schal- und Krustentiere 4 691.
Schmalz 4 49.
Schuhwaren 5 242, 249.
Speisefette 4 362, 364.
Stroh 4 493.
Süßigkeiten 2 298.
Tabak 4 456.
Tee 4 46, 304.
Vieh 4 53.
Walnüsse und Haselnüsse 4 61.
Web- usw. Waren 5 251.
Weintrester und Traubenkerne 4 486.
Weißkohl 4 239.
Zichorienwurzeln 4 305.
Zigarettenrohtabak 4 59.
Zucker 4 264, 274, 286, 678.
Zwetschen 4 259.
Zwiebeln 4 256.
Streitverkündeter, Unterbrechung des Verfahrens 1 65, 2 15, 3 5.
Streitverkündung und Gegenmoratorium 1 307.
Streitwertfestsetzung, Unterbrechung des Verfahrens 1 30.
— zum Zwecke der Berechnung der Anwaltsgebühr 1 265, 266ff.
— im Verzugsbeseitigungsverfahren 2 77.
Streumehl, zulässiges 4 147.
Streumittel, Ausfuhrverbot 1 919.
— Wucher 5 166.
Streunutzung 4 497.
Strickwaren, Verbot beschleunigten Verkaufs 2 535.
— Preisbeschränkungen 3 227ff.
— Verkehrsregelung 3 234ff., 928ff., 5 200.
— Verkauf nicht versteigerbarer 5 231.
Stroh, Absatz 4 457, 491ff.
— Beschlagnahme 4 102, 405, 431.
— Einfuhr 4 41.

Stroh, Enteignung 2 293.
— Heeresbedarf 3 738.
— Höchstpreis 2 293.
— Vorkaufsrecht 2 293.
— Vorratserhebung 2 534, 4 77.
Strohmehl 4 470.
Strumpfbänder 3 238, 5 204.
Strümpfe 3 238, 5 205, 204.
Stunden, Vorverlegung 4 661, 724.
Stundung durch die Zahlungsverbote 1 898, 2 413, 3 720, 5 519.
— Berücksichtigung von Amts wegen? 1 899.
— Geltendmachung in der Zwangsvollstreckung 1 900.
— Wirkung gegenüber dem Treuhänder 5 515.
— s. im übrigen Zahlungsfrist.
Stundungsmöglichkeit, erweiterte, für Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden 1 296ff.
Stundungsvorschriften der Zahlungsverbote 4 817ff., 5 521.
Stundungswirkung der Zahlungsfrist 3 58, 59, 63.
Subjektive Steuerpflicht nach dem KStG. 3 433ff., 446.
Südfrüchte, Einfuhr 4 61.
Sühneversuch 2 465, 500ff., 3 758.
Superphosphate 4 16ff., 39.
— reine 4 16.
— Mischung mit schwefelsaurem Ammoniak 4 16.
— Mischung mit Natrium-Ammoniumsulfat 4 16.
Suppenwürfel, Verabfolgung an fleischlosen Tagen 4 317.
— Kennzeichnung 3 220.
Süßigkeiten, Begriff 4 295.
— Herstellung 4 294ff., 381.
— Zuckerverwendung 4 268.
Süßstoff, Herstellung 4 290.
— Verwendung 4 290.
Süßwasserfische, Preise 4 355.
Syndikat schweizerischer Bandfabrikanten in Basel 4 566.
— der Schuhindustrie 5 239ff.

T.

Tabak, Bewirtschaftung 4 555ff.
— Durchfuhr 4 559.
— Einfuhr 3 278.
— Kettenhandel 5 195.
— Verzehrungsgegenstand 3 279.
— Wucher 5 166.
— s. Zigarettenrohtabak.
Tabakabfälle 4 554.
Tabakabgabe, Erhöhung 3 537.
Tabakblätter 4 554.
Tabakerzeugnisse 4 559.
Tabakfabrikate s. Zentralstelle.
Tabakgewerbe s. Unterstützung.
Tabakrippen 4 554.
Tabakstengel 4 554.
Tafeläpfel 4 260.
Tafeln für Waren, Verpfändung von Sachen durch Aufstellung von T. 1 500.
Tagesfleischkarte 4 325.
Täglicher Bedarf 3 176ff., 4 763, 5 159, 165.
Talg 4 511.
Talgfettsäure 4 513.
Talkum 4 538.
Tankwagen, Petroleum 4 598.
Tannenharz 4 543.
Tantieme, Einfluß der Sonderrücklage auf die Berechnung 2 253, 3 298ff., 4 787.
Tapioka, Verarbeitung in den Brennereien 1 653.
Tapiokamehl, Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Tapisseriewaren 3 238, 5 204, 206.
Tarif s. Reichsstempelabgabe.
Tarifänderungen im Eisenbahnbetrieb 5 361.
Taschen 3 238, 5 204.
Taschentücher 5 205.
Tatbestand, Bezugnahme auf Schriftsätze 2 465, 516ff., 3 762, Berichtigung 2 465, 518.
Tauben, Ein- und Ausfuhrverbot 1 920, 4 54.
Tauschgeschäfte, Warenumsatzstempel 3 466.
Tauschmüllerei 2 281, 4 118.
Technische Zwecke, Verwendung von Öl und Fett 4 523, 720.
Tee, Bestandsaufnahme 4 305.
— Bewirtschaftung 4 301ff.
— Durchfuhr 4 47.
— Einfuhr 4 45.
— Wucher 5 166.
Teeersatzmittel, Kennzeichnung 3 220.
Teerfarbstoffe s. Brennerei.
Teichfische, Preise 4 357.
Teigwaren, Verbrauch 1 583, 4 110.
Teilnahme am Kriege 2 133ff., 3 129, 136.
Teilschuldverschreibungen, Ausgabe 5 276.
Teilungsversteigerung, Zulässigkeit gegen einen Kriegsteilnehmer? 1 115, 2 28.
Teilzahlungen, Warenumsatzstempel 3 468, 477, 484, 493.
Telegraphengebühren s. Reichsabgabe.
Telegraphengerät, Ausfuhrverbot 1 920.
Telegraphenordnung, Änderung 3 558.
Telegraphenverwaltung, Maßnahmen der T. 1 801.
Teltower Rüben 4 257.
Teppiche 3 239, 5 204.
Terminsanberaumung, Ablehnung mit Rücksicht auf das Gegenmoratorium? 1 320, 2 94.
Terpentin 4 728.
Terpentinersatz 4 728.
Terpentinölersatz 4 552, 598.
Testamentsvollstrecker als Kriegsteilnehmer 1 66, 3 6.
— Zwangsvollstreckung in den Nachlaß 1 109ff.
— Antrag auf Bewilligung einer Zahlungsfrist 3 81.

Testbenzin 4 552.
Teuerungszulagen 5 441.
Textilersatzstoffe, Kettenhandel 4 772, 5 234.
Textilien, Kettenhandel 4 772, 5 234.
Theater, Beleuchtung 4 602.
— Lichtreklame 4 602.
— Schluß 4 602.
Theaterbillett, keine Ware 3 477.
Thomasphosphatmehl 4 18, 39.
Tiefbauschäden, Feststellung 5 494.
Tierärzte, Abgabe von Arzneimitteln 5 260.
— Anweisung zur Verabfolgung gewisser Arzneimittel nicht ausreichend 4 537.
— Hilfsdienst 5 633.
— Motorbootbenutzung 4 528.
— Zusatzseifenkarte 4 531.
— Verabfolgung von Branntwein an sie 4 198, 699.
Tiere und tierische Erzeugnisse, Ausfuhrverbot 1 919, 2 450.
Tierhalter, Verbrauch von Kohlrüben 4 184.
Tierische Abfälle, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474.
Tierische Produkte, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468, 474.
Tierkörper, Verwertung 4 481.
Tierkörpermehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 474, 475.
Tilsiter Käse, Preis 4 387.
Tischwäsche 5 227.
Tischzeug 3 239, 5 257.
Tochtergesellschaft 3 314, 455, 5 323.
Tod eines Kriegsteilnehmers, Kündigung des Mietvertrags durch die Hinterbliebenen 1 420, 2 131ff.
— des Heerespflichtigen, Einwirkung auf die Famil. 5 477.
Todeserklärung, Kriegsverschollener 3 129ff., 4 752ff., 5 136ff.
— Verfahren 3 129, 143ff., 5 137.
— Antragsrecht 43 143, 5 137.
— Nachweis der Voraussetzungen 3 130, 145, 148, 149.
— Aussetzung des Verfahrens 3 130, 144.
— Urteil 3 129.
— dessen Anfechtung 3 130.
— dessen Aufhebung 3 130, 145.
— von Justizbeamten 3 149.
Toluol 4 727.
Tomaten, Einfuhr 4 61.
Tombakabfälle, Höchstpreis 4 573.
Tonpulver 4 538.
Tonwaschmittel 4 538.
Topinamburs s. Brennerei.
Torfmull, Absatz 4 457.
— Einfuhr 4 39.
— Preis 4 470, 474, 476.
Torfsoden, Absatz 4 457.
— Preis 4 470.
Torfstreu, Absatz 4 457.
— Einfuhr 4 39.
— Preis 4 470, 474, 476.
Tortenmasse, Begriff 4 152.
Tran 4 511, 513, 520, 718.
Transäure 4 513.
Traubenkerne, Verwertung 4 485ff.
Trauerkleidung 5 225.
Trebern, Trocknen 4 458.
Treibriemen, Wucher 5 166.
Treppenbeleuchtung 4 603.
Treuhänder für das feindliche Vermögen 5 514.
Trinkbranntwein, Erzeugung 4 196ff., 698.
— Zuckerverwendung 4 268.
Trinkbranntweinerzeugung, Einschränkung 1 653, 2 286.
Trinkzwang 5 190.
Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft m. b. H. 1 558, 2 657ff., 4 4, 32, 163ff., 179ff.
Trockenmilch, ausländische 2 288.
Trockensahne, ausländische 2 288.
Trockenschnitzel, Preis 4 452, 456.
Trocknen von Schnitzeln 4 448.
— von anderen Futtermitteln 4 458, 471.
— von Traubenkernen 4 487.
Trockner, Begriff 4 179.
Trocknung des Getreides 2 280.
— von Kartoffelpülpe und Biertrebern 2 293.
Trocknungseinrichtungen, Erhebung 4 671ff.
Trommelmehl, Einfuhr 4 39.
Tuberkulose, Zusatzseifenkarte 4 531.
Tülle 3 238, 5 204, 206.
Türkischer Honig 4 269.
— **Tabak** 4 559.

U.

Überbrand der Brennereien 1 637, 652, 4 192.
Überbringung ausländischer Zahlungsmittel 4 784.
Übergang einer Forderung in eine Geldforderung, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 195ff.
Übergangswirtschaft 4 644ff.
Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren an die Militärbehörde 1 382ff., 385f., 3 122.
Überläufer, keine Todeserklärung 4 754.
Übermäßige Preissteigerung 2 182, 3 175, 4 762, 5 158.
Übernahmepreis.
A. Für Auslandsware.
Branntwein 4 205.
Butter 4 32.
Eier 4 55.
frische Fische 4 653.
Futtermittel, Hilfsstoffe, Kunstdünger 4 40.
Gemüse und Obst 4 62.
Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte, Futtermittel 4 30.
Kaffee 4 45.
Kakao 4 43.
Kartoffeln 4 42.
Kartoffelerzeugnisse 4 33.

Übernahmepreis. (A.)
Käse 4 50.
Margarine 4 35.
Milch, Milchpulver 4 57.
Öle und Fette 4 48.
Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen 4 36.
Schal- und Krustentiere 4 691.
Schmalz 4 49.
Tee 4 46.
Vieh, Fleisch, Fleischwaren 4 53.
Walnüsse, Haselnüsse 4 61.
Zigarettenrohtabak 4 59.

B. Für Inlandsware.
Äpfel 4 260.
Ausputzgerste 4 471.
Branntwein 4 201, 701.
Brennesseln 4 564.
Brotgetreide und Mehl 4 108, 123.
Buchweizen und Hirse 4 226.
Cumaronharz 4 549.
Druckpapier 3 628.
Fleisch 4 321, 331.
Futtermittel 4 449, 458.
Gegenstände des Kriegsbedarfs 5 545.
Gerste 4 407.
Grünkern 4 233.
Gummisauger 4 562.
Hafer 4 433.
Harz 4 545, 723.
Hülsenfrüchte 4 214, 220.
Kaffee 4 302.
Kohlrüben 4 184.
Kunsthonig 4 300.
Leimleder 4 478.
Öle und Fette 4 513.
Ölfrüchte 4 505.
Papierholz 4 641.
Rohfette 4 373.
Rüben 4 257.
Säde 4 610, 612, 616.
Schuhwaren 5 251, 257.
Schwefel 4 591.
Speisefett 4 363.
Speisereste und Küchenabfälle 4 490.
Stroh 4 492.
Tee 4 303.
Web- usw. Waren 5 251, 257.
Weintrester und Traubenkerne 4 486.
Zichorienwurzeln 4 305.
Zuckerrüben 4 274.
Zwetschen 4 259.
Zwiebeln 4 259.
Überpfändung s. Erinnerung.
Überschreitung des Höchstpreises 2 164, 167, 3 161, 163, 4 143, 5 151.
Überschuldung, Geschäftsaufsicht bei Ü. 1 331, 2 100, 3 900, 5 53.
Überschuß von Brotgetreide 4 107.
Überschußverbände 1 709, 4 163, 434.
Übertragung beweglicher Sachen, Warenumsatzstempel 3 466, 503.
— in Natur 3 466, 504, 506, 4 793.
— durch Konnossement, Ladeschein oder Lagerschein 3 466.
Übertragung der Fleischkarte 4 444.
— der Malzkontingente 4 399, 401, 402.
— von Devisen auf die Reichsbank 4 784, 5 282.
— der Zuckerbedarfsanteile 4 675.
Überwachung ausländischer Unternehmungen 1 869ff., 2 404ff., 3 706, 5 514, Gegenstand 1 871, 2 404ff., Anordnung 1 872, Nachprüfung der Anordnung. S. auch Aufsichtsperson und Vertreter.
— der Abgabe von Fleisch gegen Fleischkarte 4 326.
— der Fleischer 4 324.
— der Gastwirtschaften 4 334.
— der Selbstversorger 4 110, 127, 134,
— des Verkehrs mit ausländischem Brotgetreide und Auslandsmehl 4 110, 127.
— Polizei, Besichtigungsrecht.
Überwachungsstelle für Seemuscheln 4 359, 409.
Überwachungsausschuß der Schuhindustrie 5 240.
Überweisung einer Forderung eines Kriegsteilnehmers 1 112.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 243.
— ins Ausland 1 870, 894.
— zur Beschäftigung nach dem Hilfsdienstgesetz 3 812, 4 857, 5 576.
Überzugsmasse s. Schokoladenmasse.
Uhren, öffentliche, Vorstellen 4 725.
Umlage nach der SchwefelwirtschVO. 4 584ff.
— nach der PapierholzVO. 4 641.
Umlegung in Ostpreußen 2 389ff., 3 701.
— Ausführung des Verteilungsplans 2 399.
— Baugenehmigung 2 401.
— Bebauungsfähigkeit 2 394.
— Bebauungsplan 2 395.
— Beteiligte 2 402.
— Dienstbarkeiten 2 399.
— Erbbaurecht 2 399.
— Eigenbesitzer 2 402.
— Einleitungsverfügung 2 392.
— Einstellung des Verfahrens 2 407.
— Einwendungen gegen die Umlegung 2 390.
— Einwendungen gegen den Verteilungsplan 2 398.
— Enteignungsgesetz, Anwendbarkeit 2 400.
— Erbbauberechtigte 2 402.
— Erlöschen der Eigentumsrechte 2 399.
— Ersuchen an das Grundbuchamt 2 400, 402.
— Festsetzung des Verteilungsplans 2 398.
— Fristen 2 402.
— Geldentschädigung 2 393.
— Grundbucheintragungen 2 406.
— Grunddienstbarkeiten (alte und neue) 2 395.
— Grundschuldgläubiger 2 402.
— Hypothekengläubiger 2 402.
— Karte zum Verteilungsplan 2 397.
— Kosten des Verfahrens 2 401, 402.
— Kriegsteilnehmer 2 402.
— Landzuweisung 2 393.

Umlegung in Ostpreußen, Mietverhältnisse 2 399.
— Nachtragsverteilung 2 400.
— Nießbraucher 2 402.
— Offenlegung des Verteilungsplans 2 398.
— öffentliche Bekanntmachung der Überweisungserklärung 2 399.
— Pachtverhältnisse 2 399.
— Reallasten 3 399.
— Rechtsweg gegen den Verteilungsplan 2 398.
— Rentenschuldgläubiger 2 402.
— Straßen und Plätze 2 395.
— Tag der Umlegung 2 399.
— Überweisungserklärung 2 399.
— Umlegungsbeitrag 2 397.
— umlegungsfähige Aufwendungen 2 396.
— Umlegungsgebiet 2 390.
— Umlegungsgrundsätze 2 392ff.
— Umlegungskommission 2 392.
— Umlegungsvermerk 2 392.
— Vereinbarung 2 391.
— Vergütungen 2 394, 396.
— Verhandlung über den Verteilungsplan 2 397.
— Verteilungsplan 2 397.
— Verteilung der öffentlichen Lasten 2 402.
— Vertreter für Kriegsteilnehmer 2 402.
— Vertreter und Verwalter für die Eigentümer 2 396.
— Voraussetzung 2 389.
— Vorbereitungsverfahren 2 389.
— Vorkaufsrecht 2 399.
— vorläufige Zugänge 2 395, 399.
— Wiederkaufsrecht 2 399.
— zu leistende Zahlungen 2 401.
— Zurücknahme des Antrages 2 391.
— Zuschüsse 2 393, 396.
— Zustellungen 2 401.
Umsatz 3 477.
Umtauschgeschäfte, WUStempel 5 348.
Umwandlung (Novation) 2 123.
Unanfechtbarkeit der Entscheidungen im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 367, 2 125, 3 121, 5 94.
Unbilligkeit, offenbare 1 142ff., 139ff., 2 34, 39ff., 3 20, 35, 4 737, 5 11, 16.
Unbrauchbarmachung von gepulverten Kakaoschalen 4 299.
Uneheliche Kinder, Wochenhilfe 1 841, 2 359, 3 628, 5 470, 471.
359, 3 628.
— Familienunterstützung 1 863ff., 2 363, 3 630.
— Armenzeugnisse für sie 2 466, 519.
— von Kriegsteilnehmern, Legitimation 4 837, 5 562.
Unentgeltliche Verfügungen 5 62.
Unfallversicherung 1 825, 826, 2 308, 3 583ff., 4 802, 5 440, 441ff.
— der Hilfsdienstpflichtigen 5 642.
Ungarischer Gartentabak 4 559.
— Landtabak 4 558.
Ungarn s. Österreich-Ungarn.
Uniformbesatz 3 239, 5 205.
Uniformen, getragene 3 949, 5 207.
Uniformsammellager 5 208.
Universität, Anstalts-Zwangsverwaltung 1 431.
Unkenntnis der Geschäftsaufsicht 5 85.
Unlautere Machenschaften 2 191, 3 191, 5 184.
Unmöglichkeit der Erfüllung einer Goldklausel 1 370.
Unpfändbarkeit der Familienunterstützung 2 364.
Unterbilanz der Friedensjahre 3 452.
Unterbrechung des Verfahrens, Voraussetzungen 1 20ff., 2 3, 3 3, 5 3.
— Wirkungen 1 99ff., 2 24, 3 9ff.
— Verzicht auf die U. 1 104ff., 5 7.
— als Folge des Gegenmoratoriums 1 317.
Unterhaltsklage gegen Kriegsteilnehmer 2 33, 47, 3 25, 5 14.
Unterhaltung zu Kriegswohlfahrtszwecken 2 340, 4 808, 5 461.
Unternehmer, Rechtsstellung bei der politischen Zwangsverwaltung 1 885, 2 401, 3 707.
— landw., Anzeigepflicht bei der Vorratserhebung 4 73.
— als Selbstversorger 4 103, 118.
Untersagung des Handelsbetriebs 2 192ff.
— des Handels mit Säcken 4 611.
Unterschrift, Kriegsbeglaubigung 1 164, 2 52, 3 40, 4 739.
— Stempelfreiheit 1 165, 3 40.
Unterschrift, Beglaubigung, in den besetzten Gebieten 2 53, 3 41ff., Kriegsgefangener 5 18.
Unterstützung s. Familien, Leistungen z. U. von Deutschen und die Zahlungsverbote 1 897.
— geschädigter Arbeiter im Tabakgewerbe 3 546ff.
— des selbstwirtschaftenden KomVerb. 4 107.
Unterstützungswohnsitz, Einwirkung der Kriegsfürsorge 2 368.
Untersuchungsgebühr für frisches Fett 1 549.
Untersuchungsgefangene, Hilfsdienst 5 583.
Unverbindlichkeit gewisser Zahlungsvereinbarungen 1 368ff.
Unverhältnismäßiger Nachteil der Fortsetzung des Mietverhältnisses 2 131.
Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung
— Erklärung bei der Fristbewilligung 3 63.
— gegen einen Kriegsteilnehmer 1 108ff., 2 26.
— der Konkurseröffnung gegen einen Kriegsteilnehmer auf Antrag eines Gläubigers 1 122, 2 29.
— der Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer beim Vorhandensein eines anderen Vertreters 1 144, 2 34.
Unzuverlässige Personen s. Fernhalten.
Urheberrechte sind nicht Waren 3 466, 477.
Urkunden, vollstreckbare, Zahlungsfrist 1 241.
— Legalisation in den besetzten Gebieten 2 53, 3 41ff.

Urkunden, ohne Ortsangabe 5 18.
Urkundenprozeß, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
— Beseitigung einer Verzugsfolge 1 278.
Urkundenzahlungsbefehl 2 464, 495, 3 758.
Urteil über die Bewilligung einer Zahlungsfrist 2 218ff., 3 48, Ergänzung des U. 1 223, Wirkung des U. 1 223ff., 3 48, Rechtsmittel gegen das U. 1 225ff., 3 63, U. im amtsgerichtlichen Verfahren 1 232ff.
— über die Beseitigung einer Verzugsfolge 1 288ff., 3 56, 63, Wirkung des U. 1 289f., Anfechtung des U. 1 290, Vollstreckung des U. 1 290, U. im amtsgerichtlichen Verfahren 1 290ff.
— Vorschriften der EntlastungsVO. 2 465, 516ff., 3 762ff.
Urteilsformel bei Entscheidung über eine Zahlungsfrist 1 221ff., 3 85.
— bei Beseitigung einer Verzugsfolge 1 288f., 3 93.

V.

Valuta 3 273.
Vaterländischer Hilfsdienst 3 811ff., 4 839ff., 5 570ff.
Abkehrschein 3 812, 4 839, 859, 5 589ff.
Angestellten-Ausschuß 4 844ff., 5 600ff.
Anrechnung auf das Beamtendienstalter 5 621.
Arbeiter-Ausschuß 3 813, 4 844ff., 860, 5 600ff.
Arbeitsvertrag, Einfluß des Hilfsdienstes 4 864.
Aufforderung zur freiwilligen Meldung (allgemeine) 3 812.
Ausführungsbestimmungen 3 814, 4 861.
Auskunft über die Hilfsdienstpflichtigkeit 4 839.
Ausland, HD. im A. 5 571.
Ausschuß zur Entscheidung über die Hilfsdienstpflichtigkeit und das Bedürfnis der Beschäftigung (§ 4 Abs. 2, Feststellungsausschuß) 3 811, 898, 4 841, 5 574, 631.
— zur Entscheidung über die Absendung der schriftlichen Aufforderung, sich zum Hilfsdienst zu melden (§ 7 Abs. 2, Einberufungsausschuß) 3 812, 898, 4 841, 5 577.
— zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Verweigerung des Abkehrscheins (§ 9 Abs. 2, Schlichtungsausschuß) 3 813, 898, 4 841, 5 594, 603, 631.
Bedürfnisfrage 3 811.
Beschäftigung im Hilfsdienst 3 811.
Beschwerde gegen die Versagung des Abkehrscheins 3 813.
— gegen die Überweisung zum Hilfsdienst 3 812.
Dienstverträge 5 583, 611ff.
Einberufungsausschuß s. Ausschuß.
Feststellungsausschuß s. Ausschuß.
freie Arbeitsverträge 5 616.
Gesellschaftsverträge 5 611.
Heranziehung zum Hilfsdienst 3 812, 4 857, 5 577.
Hilfsdienstpflichtige 3 811, 4 857, 5 572ff., 629.
Lehrlingsverträge 5 617.
Leitung des Hilfsdienstes 3 811.
Mietverträge 5 611.
Militärische Stellung der HDPflichtigen 5 610.
Schlichtungsausschuß s. Ausschuß.
Schriftliche Aufforderung, sich zum Hilfsdienst zu melden 3 812, 4 840.
Schutz der Hilfsdienstpflichtigen 5 640.
Stammrolle 5 632.
Strafaufschub und Strafunterbrechung zwecks Verwendung im Hilfsdienst 4 830.
Strafbestimmungen 5 606ff.
Übergangsbestimmungen für die Ausschüsse 3 897.
Überweisung zur Beschäftigung 3 812, 4 858, 5 576,
Vereins- und Versammlungsrecht der Hilfsdienstpflichtigen 3 814.
Verfahren der Ausschüsse 4 841.
Versicherung (öffentliche) der Hilfsdienstpflichtigen 4 864, 5 640ff.
Wahlordnung für die Wahl der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse 4 841.
Wahlrecht der Hilfsdienstpflichtigen 4 841.
Wettbewerbsverbot 4 865.
Wochenhilfe 5 658.
Vaterschaftsklage gegen Kriegsteilnehmer 2 33, 47, 3 25, 4 14.
Velvet 3 239.
Veränderung, Verbot bei Beschlagnahme 4 103, 116, 183, 362, 405, 431, 642.
Veranlagung der Kriegssteuer 3 458.
Verarbeitung von Buchedern 4 516.
— von Gemüse 4 237.
— von Gerste 4 409.
— von Harz 4 545.
— von Kartoffeln 4 210.
— von Leimleder 4 479.
— von Melasse 4 450.
— von Milch 4 363.
— von Obst 4 249.
— von Öle und Fette 4 511.
— auf fette Öle 4 26.
— von Reichsmünzen 5 274.
— von Speiseresten u. Küchenabfällen 4 490.
— von Stoffen 5 201.
— von Tierkörpern u. Schlachtabfällen 4 481.
— von Traubenkernen 4 486.
— von Wein 4 760.
— von Zucker 4 273.
— von Nachprodukten der Zuckerfabrikation 4 447.
Veräußerung von Kauffahrteischiffen 2 460 3 750.
— von Seeschiffahrtsaktien 3 1017, 5 428.
— leerer Säcke 4 615.

Veräußerungsverbot bei der politischen Zwangsverwaltung 2 406, 3 705, 5 511.
Verband deutscher Brennereihefe-Trocknungsanstalten GmbH. 4 429.
Verband deutscher Keksfabrikanten 4 296.
Verband deutscher Zuckerraffinerien 4 675.
Verbandmittel, Ausfuhrverbot 1 920.
Verbandstoffe 3 239, 5 205.
Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland, Eingehung nur mit Einwilligung der Reichsbank 4 784.
Verbot des Aglohandels mit Reichsgoldmünzen 1 371.
— von Mitteilungen über Preise von Wertpapieren usw. 1 378ff., 380, 380f., 3 121.
— des Handels mit in England abgestempelten Wertpapieren 1 529, 2 232.
Verbrauchervereinigungen fallen unter die Backw.- und KuchenVO. 4 149, 151, dsgl. unter die FleischVO. 4 318, 337.
Verbrauchsabgabe der Brennereien 4 190ff., 210.
Verbrauchshöchstmenge von Fleisch und Fleischwaren, Festsetzung 4 335.
Verbrauchsregelung für Brotgetreide und Mehl 1 593, 2 278ff., 4 110ff., 126.
— für Eier 4 273ff.
— für Fleisch 4 324.
— für Gerste 1 698, 2 291, 4 408.
— für Hafer 1 709, 2 292, 4 434.
— für Kohlrüben 4 185, 186.
— für Säde 4 611.
— für Speisefette 4 362.
— für Zucker 4 273ff., 676.
Verbrauchszucker, Bekanntmachung über V. 1 678, 2 287.
— Verfütterung an Bienen 2 289.
— Verwendung zur Herstellung von Branntwein 2 289.
— Verarbeitung zu Futtermitteln 2 289.
— Verwendung zu technischen Zwecken 2 289.
— Anzeige der Bestände 4 46.
— Verkehr 4 266ff.
— s. auch Zucker.
Verbrennen der Knochen usw. 4 518, 717.
Verbündeter Staat 3 129, 136.
Verdorbene Speisefette, Preis 4 379.
— Konserven, Würste usw. 4 718.
Veredelung 3 476, 5 201.
Verein deutscher Zündholzfabrikanten 4 605.
Vereine, Geschäftsaufsicht 2 98, 5 53.
— Unterbrechung des Verfahrens 2 15.
— Bezugsscheine für die Mitglieder 5 203.
Vereinfachung der Beköstigung 4 336.
Vereinigte Staaten von Amerika, Wegfall der Patent- usw. Erleichterungen 5 263.
— Zahlungsverbot 5 520.
s. Gegenseitigkeit, Prioritätsfristen.
Vereinigung der Kohlengesellschaften 4 593.
— **deutscher Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten** 4 296.
Vereinslazarettzug, Personal als Kriegsteilnehmer 2 18.
Vereinsräume, Eierverbrauch 4 392, 396.
— Fleisch gegen Fleischkarte 3 333, 336.
— Lichtreklame und Beleuchtung 4 602.
— Verabfolgung von Fleisch und Fett an fleisch- u. fettlosen Tagen 4 315.
Vereins- und Versammlungsrecht der Hilfsdienstpflichtigen 3 814.
Verfahren betreffend Rückgabe einer Sicherheit, Unterbrechung 1 24.
— amtsgerichtliches V. s. Amtsgericht.
— vor dem Prozeßgericht, s. Prozeßgericht und Prozeßverfahren.
— s. auch Unterbrechung.
Verfahrenslage, Bedeutung für die Frage der offenbaren Unbilligkeit 2 43, 3 22, 36, 5 13.
Verfall eines Pfandes, Beseitigung 1 285f.
Verfallklausel, Beseitigung 1 279ff.
Verfügen des Vollstreckungsbefehls 2 64.
Verfügung s. einstweilige V.
— Verbot bei Beschlagnahme 4 103, 116, 183, 405, 418, 431, 554, 557, 642.
— über Zahlungsmittel usw. ausländischer Währung 4 783, 784.
Verfüttern, Begriff 4 140.
— von Bucheckern 4 517.
— von Brotgetreide, Mehl und Brot 1 589, 620, 2 283.
— von Buchweizen und Hirse 4 225.
— von Gerste 4 419.
— von grünem Roggen und Weizen 1 583, 4 140.
— von Hafer 1 706, 4 432, 440, 447.
— von Hülsenfrüchten 4 213, 219.
— von Hinterkorn 104, 106, 122,
— von Kartoffeln 4 168ff., 698ff.
— von Knochen 4 717.
— von Kohlrüben 4 184.
— von Vollmilch 4 381.
— von Weißkohl 4 239.
— von Zichorienwurzeln 4 304.
— von Zucker 2 289.
— von Zuckerrüben 4 274, 279.
Vergällen der Kartoffeln 4 170.
Vergällungspflicht der Brennereien 1 637, 4 190ff.
Vergären von Tabak 4 560.
Vergeltungsmaßregeln 1 868ff., 2 403ff., 3 704ff., 4 814ff., 5 508ff.
Vergleich, Erledigung des Rechtsstreits durch V., Kostenermäßigung 1 271ff., 2 71, 3 52, 64.
— vor dem Einigungsamt, keine Vollstreckbarkeit 1 422.
— im Privatklageverfahren 3 54.
— s. Zwangsvergleich.
Vergleichsgläubiger 5 102.
Vergnügungsstätten, Lichtreklame und Beleuchtung 4 602.
Vergoldete Gegenstände 4 782.
Vergraben der Knochen usw. 4 518, 717.
Vergütung für die Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren an die Militärbehörde 1 385f., 3 122.
— bei der Schuldner-Zwangsverwaltung

1 431, 2 154, bei der Anstalts-Zwangsverwaltung 1 432.
Vergütung für Aufbewahrung übereigneter oder zu übereignender Vorräte 4 108, 109, 214, 220, 226, 233, 408, 433, 449, 471, 474, 505, 515, 549.
— für Lagerräume 4 111, 156, 164, 185.
— für Kraftfuttermittel 4 472ff.
— für Ölfrüchte 4 507.
Vergütungen, Erlaß 2 232.
Verhaftung auf Grund des Kriegszustandes 3 809, 4 837, 838, 5 563, 566ff.
Verhalten des Kriegsteilnehmers, Bedeutung für die Beurteilung der offenbaren Unbilligkeit 2 43, 3 23, 4 13.
Verhältnis des Kriegsteilnehmerschutzgesetzes zu der Zivilprozeßordnung 1 18, 2 1.
— zwischen Vertreter und Kriegsteilnehmer 1 148, 2 36, 3 18.
— des amtsgerichtlichen Verfahrens zu einem gleichzeitigen Prozeßverfahren 1 237f., 2 69.
Verhandlungsgebühr des Anwalts, s. Anwaltsgebühr.
Verheimlichen 2 168.
— von beschlagnahmtem Brotgetreide 2281.
Verjährung für und gegen einen Kriegsteilnehmer 1 32, 3 14.
— wird die V. durch das Gegenmoratorium gehemmt? 1 321, 2 95, 5 49.
— Einwirkung der Geschäftsaufsicht auf die V. 1 350, 5 78.
— Unterbrechung in Strafsachen 3 787.
— rückständiger Beträge nach der RVO. 3 1020, 5 442.
— des Anspruchs auf die Kohlensteuer 5 388.
Verjährungsfristen, Verlängerung 1 390ff., 2 140ff., 3 123, 5 128f.
Verkauf beschlagnahmter Vorräte 4 104.
— von Druckpapier 4 627.
— von Fleisch- und Fettwaren 4 312.
— von Kaffee 4 309.
Verkaufsstelle, offene, Abendschluß 4 602.
Verkehr mit Arzneimitteln 4 527.
— mit Branntwein 4 200ff.
— mit Brotgetreide und Mehl 4 100.
— mit Brotgetreide und Wintergerste zu Saatzwecken 4 135ff.
— mit Butter, Käse, Schmalz 4 377.
— mit ausländischer Butter 4 372.
— mit Cumaronharz 4 547.
— mit Eiern 4 392.
— mit Fleischwaren 4 330.
— mit Hafer u. Sommergerste zu Saatzwecken 4 710.
— mit Harz 4 543.
— mit Kakao und Schokolade 4 306.
— mit Kakaoschalen 4 298.
— mit Kampfer 4 720.
— mit Kraftfahrzeugen 4 563.
— mit Leim 4 550.
— mit Milch 4 379.
— mit Motorbooten 4 528.
— mit Ölfrüchten, Ölen u. Fetten 4 504ff.
— mit Petroleum 4 598.
Verkehr mit Phosphor 4 583.
— mit Saatkartoffeln 4 168.
— mit Schlachtvieh 4 320.
— mit Schuhsohlen usw. 4 773.
— mit Schwefel 4 590.
— mit Stroh, Häcksel, Heu 4 491ff.
— mit Süßstoff 4 290ff.
— mit Verbrauchszucker 4 266ff.
— mit Zündwaren 4 603.
Verkehrsbeschränkungen 1 932, 2 460, 3 743, 5 548.
Verkündung, Ersatz durch schriftliche Mitteilung 2 465, 512.
— der Entscheidung im Vergleichsverfahren 5 114.
Verladepflicht, Branntwein 4 205, 701.
— Brennesseln 4 564.
— Buchweizen u. Hirse 4 225, 228.
— Butter 4 32.
— Cumaronharz 4 547.
— Eier 4 55.
— Fleischwaren 4 330.
— frische Fische 4 63.
— Futtermittel 4 39, 458.
— Gemüse und Obst 4 42.
— Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Futtermittel 4 30.
— Grünkern 4 232.
— Harz 4 545, 723.
— Hülsenfrüchte 4 213, 217.
— Kaffee 4 45, 302.
— Kakao 4 43.
— Kartoffel 4 42.
— Kartoffelerzeugnisse 4 33.
— Käse 4 50.
— Knochen usw. 4 521.
— Kunstdünger 4 39.
— Leimleder 4 477.
— Milch, Milchpulver 4 57.
— Mineralöle 4 715.
— Öle und Fette 4 48, 512.
— Petroleum 4 599.
— Säcke 4 610.
— Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen 4 36.
— Schal- und Krustentiere 4 691.
— Schmalz 4 49.
— Schnitzel und Melasse 4 289.
— Stroh 4 492, 994.
— Tee 4 46, 303.
— Vieh, Fleisch, Fleischware 4 53.
— Wal- und Haselnüsse 4 61.
— Weintrester und Traubenkerne 4 485.
— Zichorienwurzeln 4 304.
— Zigarettenrohtabak 4 59.
— Zuckerrüben 4 274, 678.
Verlängerung einer Zahlungsfrist 1 223. S. auch Verlängerungsfristen u. Prioritätsfristen.
Verlängerungswechsel, Zahlungsfrist 1 203, 2 61, 3 47.
— Hingabe als Eingehung einer Verbindlichkeit? 5 63.
Verleger, Auskunftspflicht nach der DruckpapierVO. 4 622.
— Papierbezug 4 625, 630, 631.

Verleger, Aufbewahrungspflicht 5 261.
Verlustvortrag 3 452.
Vermengen von Kartoffeln 4 170.
Vermehrung des Grund- oder Stammkapitals 3 313.
Vermehrungsverträge 2 287.
Vermißt 4 129, 136, 4 754.
Vermittler, Wucher 3 189, 5 182.
— im Sachhandel 4 613.
Vermittlung von Bezugsscheinen 3 944.
Vermittlungsstellen 4 112, 135 (Brotgetr.-VO.), 4 163ff. (KartoffelVO.), 4 402 (GerstVO.).
Vermögen, Zwangsvollstreckung in das V. eines Kriegsteilnehmers 1 109ff., 2 27, 2 11.
— Verwalter fremden V., Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 193.
— unbewegliches V., Versagung des Zuschlags 1 386f., 2 139.
— nicht verändertes, Kriegssteuer 3 311, 441, 4 788, 5 315.
Vermögensrechtliche Ansprüche, Vertretung von Kriegsteilnehmern 1 148f., 2 33.
— im Sinne des Gegenmoratoriums 1 304, 2 85.
— im Sinne der GeschäftsaufsichtsVO. 5 65.
Vermögensverzeichnis 5 95.
Vermögenszuwachs 3 310, 441, 5 315.
Vernichten der Knochen usw. 4 518, 717.
Verordnungen des Bundesrats, Rechtsnatur 2 143.
Verpackung der Rohfette 4 375.
Verpfändungsverbot 2 126, 128.
Verpflegungsmittel, Ausfuhrverbot 1 919.
Verpflichtung zur Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 144.
— zur Zahlung s. Zahlungspflicht.
Versagung des Zuschlags im Falle der Beteiligung eines Kriegsteilnehmers 1 131ff.
— bei Nichterreichung eines bestimmten Meistgebots 1 386ff., 2 139, 3 64, 96ff., 4 747, 5 41ff.
— Antragsrecht 3 97.
— Entscheidung über den Antrag 3 99, 5 43.
— Anfechtung der Entscheidung 3 100.
— der Feststellung von Kriegsschäden 3 646.
Versandkollektionen 5 254.
Versäumnisurteil im amtsgerichtlichen Verfahren 1 291f.
— kein V. auf eine durch das Gegenmoratorium verbotene Klage 1 320, 2 95.
Versäumnisverfahren im amtsgerichtlichen Verfahren 1 232ff.
— unzulässig im Mietfortsetzungsstreit 2 138.
Verschleierung der Höchstpreisüberschreitung 2 168, 3 166.
Verschmelzung, Berechnung des durchschnittlichen Geschäftsgewinns 2 255, 452.
Verschollenheit des Mieters 1 133.
Verschollenheitsfrist 3 129, 139, 4 754.
Verschroten von Brotgetreide 2 284.
— von Gerste 2 292.
Verschwiegenheitspflicht der Sachverständigen 4 147, 151, 315, 318, 389, 410, 773.
— der Beauftragten der Reichszuckerstelle 4 277, 291.
— der Beauftragten der Reichsstelle für Speisefett 4 364.
— der Beauftragten der Reichsvertretungsstelle für Eier 4 394.
— der Mitglieder des Beirats der Kriegswirtschaftsstelle f. d. deutsche Zeitungsgewerbe 4 624, 729.
— des Reichskommissars für die Übergangswirtschaft und seine Mitarbeiter 4 644.
— der mit der Entgegennahme und Bearbeitung der Anmeldungen nach der DevisenO. befaßten Personen 4 784.
— der Mitglieder der Zentralstelle und der Ausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz 3 899.
Versendung ausländischer Zahlungsmittel 4 784.
— von Eiern 4 393.
— von Futtermitteln 4 471.
— von Käse 4 389.
— der Rohfette 4 375.
Versicherung, Kriegssteuer 3 310, 346, 5 305.
Versicherungspflicht, Branntwein 4 205, 201, 701.
— Futtermittel, Hilfsstoffe, Kunstdünger 4 49, 448, 450.
— Getreide, Mehl, Hülsenfrüchte, Futtermittel 1 581, 4 30.
— Gummisauger 4 562.
— Harz 4 723.
— Kakao 4 43.
— Kartoffel 4 42.
— Kartoffelerzeugnisse 4 33.
— Mineralöle 4 715.
— Salzheringe, Salzfische, Klippfische, Fischrogen 4 36.
— Schal- und Krustentiere 4 691.
— Stroh 4 492.
— Zuckerrüben 4 678.
Versicherungsgesellschaften, feindliche 1 909, 2 417.
— Geschäftsaufsicht 2 99.
Versicherungsprämie, Zahlungsfrist 2 61.
Versicherungsunternehmungen, Überwachung ausländischer V. 1 870, Zwangsverwaltung 1 881.
Versorgung mit Druckpapier 4 621.
— mit Kartoffeln 4 156ff.
Versorgungsregelung 2 297, 3 196, 4 1.
Versteigerung des beweglichen Vermögens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 112ff., 2 28, 3 11.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 255.
— des unbeweglichen Vermögens s. Zwangsversteigerung.
— von Web- usw. und Schuhwaren 5 231, 232.
Versteuerung von Branntwein 4 197ff.
Vertagung des Vergleichstermins 5 111.

Vertagungsantrag 1 118.
Verteidiger in Schutzhaftsachen 5 567.
Verteilung der Arbeitskräfte 1 796ff., 2 299ff., 3 567ff., 4 797ff., 5 431ff.
— der Hafterüberschüsse 4 438.
— der Gemeinde-Anteile am WUStempel 5 353.
— der Gerstenvorräte 1 706.
— der Kartoffeln 4 170.
— der Knochen 4 518.
— der Öle und Fette 4 513.
— der Petroleumbestände 4 597ff.
— der Schlachtungen 4 323.
Verteilungsausschüsse der Schuhsyndikate 5 245.
Verteilungsstelle für Gemüse- und Obstkonservendosen aus verzinntem Blech 1 559.
— **für Rohzucker** 4 4, 674.
Verteilungsverfahren gegen einen Kriegsteilnehmer 1 116f., 129ff.
— im Falle der Einstellung der Zwangsverwaltung 1 243f.
— Einfluß des Gegenmoratoriums auf das V. 1 313.
Vertrag, Wirkung der Zahlungsfrist auf einen gegenseitigen V. 1 185f.
Verträge mit feindlichen Staatsangehörigen 3 1023ff., 5 526.
— über Saatkartoffeln 4 162, 168.
— der Hilfsdienstpflichtigen 5 611ff.
Vertragspartei, Unterbrechung des Verfahrens 1 66.
Vertragsstrafe, Beseitigung durch den Richter 1 286.
Vertragszollsätze, Anwendung der V. 1554, 4 24, 687.
Vertreter eines Kriegsteilnehmers, Aussetzung des Verfahrens 1 105f., 2 24, 3 15.
— Bestellung eines V. für einen Kriegsteilnehmer 1 140ff., 2 31ff., 3 15ff., 4 736, Rechtsstellung des V. 1 146ff., 2 36ff., 3 18ff., 4 736, Stellung des Aussetzungsantrags durch den V. 1 150, 3 17, 28, Kosten des V. 1 151ff., 2 29ff., 3 29ff.
— Bestellung eines V. zur Entgegennahme der Ladung, zur Gesellschafterversammlung einer G. m. b. H. 1 447ff., Voraussetzungen 1 450, Zuständigkeit 1 450, Antragsrecht 1 451, Inhalt des Antrages 1 451, Prüfung des Antrages 1 452, Auswahl des Vertreters 1 452, Aufhebung der Vertretung 1 453, Rechtsmittel 1 453, Wirksamkeit irrtümlicher Bestellung 1 453.
— Bestellung eines V. für Angestellte oder Leiter eines überwachten ausländischen Unternehmens 1 875ff., Voraussetzungen 1 877, Zuständigkeit und Verfahren 1 877, Vergütung und Auslagen 1 878, Recht auf Auskunft 1 941, Rechtsmittel 1 879, Eintragung 1 879, Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen Handlungen oder Unterlassungen des Vertreters 1 940.
Vertreter eines Genossen in der Generalversammlung einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft 1 454.
— anderer Staaten, Motorbootverkehr 4 529.
Vertrieb von Fleisch 4 324.
— von Gegenständen zu Kriegswohlfahrtszwecken 2 340, 4 808, 5 461.
Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau 1 945, 2 296, 4 592.
— der Schuhindustrie 5 239.
Vervielfältigungen, Warenumsatzstempel 3 503.
Verwahrung der Militär- und Marinetestamente 1 160.
Verwalter von Vermögensmassen, Befugnis zur Veräußerung ausländischer Wertpapiere 5 290.
Verwalter fremden Vermögens, Zahlungsfrist 1 193. S. im übrigen Zwangsverwalter.
Verwaltung des Warenumsatzstempels 3 508, 512.
Verwaltungsabteilung der Reichsgetreidestelle 4 104.
— der Reichskartoffelstelle 4 155.
— der Reichsstelle für Gemüse und Obst 4 235ff.
— der Reichsstelle für Speisefette 4 361.
— der Reichs-Sackstelle 4 609.
Verwaltungsbehörde, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 189.
— Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 240.
— Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 108f., 2 26.
Verwaltungsbeschwerde 3 485.
Verwaltungsgericht s. Verwaltungsbehörde.
Verwaltungsgerichtliches Verfahren, keine Anwendung des KTSchG. 2 4.
Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft 2 295, 4 564.
Verwaltungszwangsverfahren, Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 108f.
Verwandte eines Kriegsteilnehmers, Anhörung vor Bestellung eines Vertreters 1 142.
— Familienunterstützung für entfernte V. 1 865.
Verweisung an ein anderes Landgericht 2 466, 518.
Verwendung gegen den Feind, Kriegsteilnahmeverhältnis 1 89ff., 2 19, 51, 54, 3 7, 5 6.
— weiblicher Hilfskräfte im Gerichtsschreiberdienst 3 1026, 4 825.
— von Eiern und Eierkonserven zu technischen Zwecken 4 391.
— desgl. von Ölen und Fetten 4 523.
— von Süßstoff zur Bierbereitung 4 293.
— der vorhandenen Mittel im Geschäftsaufsichtsverfahren 5 66.
Verwerfung des Vergleichsvorschlags 5 112.

Verwertung der Rohstoffe usw. 1 531ff., 2 278ff., 3 565, 4 83ff., 672ff., 696ff., 5 429.
— Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 112ff.
— von Speiseresten und Küchenabfällen 4 489.
Verwertungsverband deutscher Spiritusfabrikanten 4 201.
Verwirkungsabrede, Rechtsfolgen 3 63, 92.
Verzeichnis der Urteile 2 465, 518.
Verzicht auf die Unterbrechung des Verfahrens 1 104f., 5 7.
— auf die Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 230, 3 82, 4 745, 5 32.
— auf die Erweiterung des Mietkündigungsrechts 2 134.
— auf die Hypothek 3 77.
Verzugsfolgen, Beseitigung durch den Richter 1 275ff., 2 74ff., 3 54ff., 58, 60, 63ff., 4 743, 755, 5 36.
— Aufhebung der V. durch das Zahlungsverbot 1 899.
Verzugszinsen, Einwirkung der Zahlungsfrist auf die V. 1 181, 183, 186.
Vieh, Begriff 4 321.
— Einfuhr 4 52.
— Wucher 5 166.
Viehfutter 1 551.
Viehhandelsverband 3 202.
Viehseuchengesetz, Änderung der Ausführungsvorschriften zum V. 1 929.
Viehzählung 1 569, 2 277, 4 78ff., 695.
Virginia-Tabak 4 558, 559.
Vogelbeeren, Absatz 4 472.
Vogelfutter, Absatz 4 472.
Volksernährung, Sicherung der V. 1 535ff., 2 278ff., 4 1ff.
— Beirat 4 1.
Volksversorgung, vaterländischer Hilfsdienst 3 811.
Volkszählung 4 5.
Vollmilch, s. Milch.
— Bezugsberechtigung 4 380.
— Verfüttern 4 381.
Vollstreckbare s. Urkunden.
Vollstreckbarer Anspruch, Stundung 3 88, 5 35.
Vollstreckbarkeit s. Vergleich.
Vollstreckung s. Zwangsvollstreckung.
— von Kostenentscheidungen ausländischer Gerichte 2 533.
Vollstreckungsbefehl, Verfügen 2 64.
— s. Mahnverfahren vor den Landgerichten.
Vollstreckungsgericht, Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 216, 238ff., 2 69.
Vollstreckungsklage und Gegenmoratorium 2 87.
Vollstreckungsklausel, ist die Erteilung der V. während der Geschäftsaufsicht zulässig? 1 345, 2 12, 5 72.
Vollstreckungsmaßregel, Aufhebung der inzwischen vorgenommenen V. 1 223, 2 63, 3 48, 63.
Vollstreckungsverbot, Außerkraftsetzung des V. 1 118f.
Vollstreckungsverfahren, Zulässigkeit der Einstellung in allen V. 1 240, 2 68.
Vollzugsgrundsätze zur ZwangsverwVek. 2 155.
Vorausklage s. Einrede.
Voraussetzungen der Unterbrechung des Verfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 20ff., 2 3ff., 3 3, 5 3.
— der Unzulässigkeit der Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 108ff., 2 29.
— der Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 140ff., 2 31ff., 3 16ff.
— der Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186ff., 2 59, 3 46ff.
— des amtsgerichtlichen Verfahrens 1 231ff., 2 66.
— der Einstellung durch das Vollstreckungsgericht 1 239ff., 2 68.
— der Beseitigung einer Verzugsfolge 1 278ff., 293ff.
— der Bestellung des Schuldners zum Zwangsverwalter 1 427f., 2 149.
— der Anordnung der Geschäftsaufsicht 1 330ff., 2 89ff., 3 108.
Vorbehaltsgut der Frau eines Kriegsteilnehmers, Zwangsvollstreckung 1 119.
Vorbereitende Maßnahmen zur Besteuerung der Kriegsgewinne 2 238ff., 3 295ff., 4 787ff.
Vorentschädigung für Kriegsschäden 2 380ff., 5 492.
Vorhänge 3 239, 5 205.
Vorlegeplatten, Anrichten 4 337.
Vorleistungspflicht, Beseitigung von Verzugsfolgen 1 286.
Vormerkung, Anwendbarkeit der HypBO.? 3 73, 74, 5 29.
— Bedeutung für die Geschäftsaufsicht 5 65, 71.
Vormundamt und Geschäftsaufsicht 1 361, 4 749.
Vormünder als Vertreter eines Kriegsteilnehmers 1 135.
Vorratserhebungen 1 559ff., 2 277, 534. 4 66ff., 671, 692, 694, 727.
Vorsatz 1 169, 2 169, 3 167.
Vorschlagsrecht einer Anstalt bei der Anstalts-Zwangsverwaltung 1 432.
Vorschußpflicht 2 97.
Vorsitzender des Prozeßgerichts, Bestellung eines Vertreters für einen Kriegsteilnehmer 1 142ff., 2 34, 5 10.
Vorstecker 3 239.
Vorverkauf der Ernte des Jahres 1915 und von Zucker 1 737, 2 294, 4 99ff.
— von Ölfrüchten 1 738, 2 294.
— von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknereien und Kartoffelstärkefabrikation 1 738.
Vorverlegung der Stunden 4 601, 724.
Vorzugsaktien, Ausgabe 5 276.

W.

Wachstuch 3 239.
Waffelfabriken, Anwendung der Backw.- und KuchenVO. 4 148.

Waffen, Ausfuhrverbot 1 920.
Waffenfabrik, Hilfsdienst 5 633.
Wahlen nach dem Gewerbegerichtsgesetz und dem Gesetze, betreffend Kaufmannsgerichte 1 441, 2 160, 3 154.
— nach der Reichsversicherungsordnung 1 811ff., 2 305, 3 575, 4 801.
Während des Krieges vermißt 3 129, 136f.
Währung 3 273, 4 783.
Waldschnepfen, Einfuhr 4 54.
Walfischmehl, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 468.
Walkfett 4 511, 513.
Walnüsse, Einfuhr 4 60.
Waltranöl 4 513.
Wandbehänge 5 205.
Wandbespannstoffe 3 239.
Wandergewerbe 3 209.
— s. auch Einkaufsbuch.
Wander-Vorführungen zu Wohlfahrtszwecken 5 461.
Wandlung gegenüber einem Kriegsteilnehmer 1 16.
Waren, Beleihung durch die Darlehnskasse 1 498ff.
— die bei der Einfuhr zollfrei sind 1 544ff.
— s. Kennzeichnung.
— Einführung aus den besetzten Gebieten 4 26.
Wareneinfuhr-Gesellschaft 1 558.
Warenlager, Feststellung von Kriegsschäden 3 696.
Warenumsätze 3 466.
Warenumsatzstempel 3 465ff., 4 792, 5 348.
— und Höchstpreise 3 164.
Warenzeichen 2 448.
Warenzeichenrecht s. Patentrecht.
Warschau, Beglaubigung und Legalisation im Generalgouvernement 3 42.
— gewerbliche Schutzrechte daselbst 4 819.
Wartezeit, Ruhen der W. 1 816, 3 576, 5 441.
— Abkürzung 2 312, 3 593.
Waschanstalten, Seifenverbrauch 4 532.
Wäsche, Verwendung in Gastwirtschaften 5 257.
Waschen der Traubenkerne 4 487.
Wäschestickereien 3 238, 5 204, 206.
Wäschestücke, getragene 3 944, 5 235.
— Anfertigung, Stoffverbrauch 5 254.
Wäscheverleihgeschäfte 3 944.
Waschmittel, Kennzeichnung 3 221.
— fetthaltige 4 530, 721.
— fettlose 4 538.
— Wucher 5 166.
Waschvolle 5 206.
Wasser, Lieferung, Preiszuschlag 5 391.
Wasserkessel, Wucher 5 166.
Wasserknochenfette 4 513.
Wasserrüben 4 257.
Wasserschnepfen, Einfuhr 4 54.
Webereien, Arbeitszeit 2 304.
Webwaren, Verbot beschleunigten Verkaufs 2 535.
— Preisbeschränkungen 3 227ff., 4 771.
Webwaren, Verkehrsregelung 3 234ff., 3 928ff., 4 771, 5 200.
— Verkauf nicht versteigerbarer W. 5 231.
Wechsel, Aufhebung der für W.fristen angeordneten Verlängerung 1 401, 2 142.
— s. Fristen.
— keine Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499; s. auch Ausland.
— des Geldgebers, Zahlungsfristbewilligung 2 80.
— s. kurzfristige Wechsel.
— sind nicht Waren 3 466, 503.
— keine Feststellung des Verlusts nach dem Kriegsschädengesetz 3 645.
— in der Versteuerungsart beim Warenumsatzstempel 3 467, 468ff., 944.
— auf das Ausland 5 290.
Wechselansprüche und das Gegenmoratorium 1 304.
— und die Zahlungsverbote 1 895.
Wechselforderung, Zahlungsfrist 1 203ff., 2 60ff., 3 47.
Wechselklage, Aussetzung 2 48.
Wechselprozeß, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 186.
— Beseitigung einer Verzugsfolge 1 278.
Wechselrecht, Verlängerung der Fristen des W. 1 392ff., 2 141, 3 125, 5 129ff.
Wechselzahlungsbefehl 2 464, 495, 3 758.
Wechselzinsen 1 401, 413.
Wegerich, Absatz 4 472.
Weibliche Hilfskräfte im Gerichtsschreiberdienst 3 1026, 4 825.
Weichpech s. Mineralölerzeugnis.
Weidennutzung 4 497.
Wein, Einfuhr 4 26.
— Verarbeitung zu Branntwein 4 700.
— Zuckerung 4 27.
— Zuckerungsfrist 2 276.
— Wucher 5 166.
— s. Branntwein, Obstwein.
Weingesetz, vorübergehende Änderung des W. 1 555, 2 276.
Weinhefe s. Branntwein.
Weinstein, Herstellung 4 487.
Weintrauben 4 26, 61, 250.
Weintrester, Verbrauch 4 485ff.
Weißkohl, Absatz 4 238.
— Herstellung von Sauerkraut oder Dörrgemüse 4 237.
Weißzucker, Erzeugung 4 275.
Weiterverkauf von Butter 4 370.
— von Kartoffeln 4 176.
— von Speisefetten 4 379.
Weißwurm, Absatz 4 472.
Weizen, Begriff i. S. der Ausmahlverordnung 1 617.
— Einfuhr 2 277, 4 29.
— Höchstpreis für W. 1 761ff., 2 297. S. auch Verfüttern, Brotgetreide, Brennerei.
Weizenauszugsmehl, Verwendung zur Brotbereitung 4 146.
Weizenbrot, Begriff 1 625, 4 145.
Weizenkleie, Einfuhr 1 277.
Weizenmehl, Einfuhr 2 277.

Weizenmehl, Umfang der Ausmahlung des Weizens 1 616.
Weizenschrot 1 633, 2 284, 4 149.
Weizenstroh, Einfuhr 4 41.
— Vorratserhebung 4 77.
Werbeexemplare 4 627.
Werbung von Mitgliedern für Kriegswohlfahrtszwecke 4 808, 5 461.
Werften, Hilfsdienst 5 633.
Werkstatt, militärische 1 91.
Werkvertrag, Warenumsatzstempel 3 466, 478ff., 504, 4 793.
Wermutwein, Zuckergehalt 4 268, 677.
Wert des Grundstücks, Ansprüche innerhalb der ersten zwei Drittel des W., Versagung des Zuschlags 1 388f.; innerhalb der ersten drei Viertel, Versagung des Zuschlags 3 64, 96, 4 747.
— der Kohle 5 388, 402ff.
Wertansatz der Grundstücke für die Kriegssteuer 3 440, 5 311.
Wertfestsetzung, Berechnung der Anwaltsgebühren 1 265ff.
— Versagung des Zuschlags 1 388, 2 139, 3 96, 4 747, 5 41.
Wertpapiere, Sicherheitsleistung 1 376ff.
— Verbot von Mitteilungen über Preise von W. 1 378ff., 380, 380f., 2 126, 3 121, 5 128.
— Beleihung durch die Darlehnskasse 1 503.
— in England abgestempelte 1 529, 2 232.
— Anmeldung 3 281ff.
— s. auch Staatsschuldbuch.
— Festsetzung von Kursen 3 465.
— sind nicht Waren 3 466, 503.
— Feststellung des Verlusts nach dem KriegsschädenG. 3 645, 5 494.
— Stempelpflicht ausländischer 3 1016.
— ausländische 5 290.
— Stempelbefreiung für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte 5 290.
— s. dänische, schwedische, schweizerische W.
Wertprüfungsstellen 5 417.
Wertzeichen, amtliche, sind nicht Waren 3 466, 503.
Westpreußen, Wechsel- und Scheckfristen 1 402, 2 142.
Wettbewerbsklausel 1 439.
Wettbewerbsverbot und Hilfsdienst 4 865.
Wetzsteine, Wucher 5 166.
Wichtiger Grund i. S. des § 9 HDG. 5 597.
Wickelgamaschen 3 239, 5 205.
Wicken, Absatz 4 457.
— Einfuhr 4 38.
— Preis 4 465, 473.
— Saatgut 4 702, 705.
Widerklage, ist sie durch das Gegenmoratorium verboten? 1 307, 3 105.
— Unterbrechung des Verfahrens auf die WKl. als Folge des Gegenmoratoriums 1 317, 2 93. S. auch Klage.
Widerspruch des Vermieters gegen die Mietkündigung 2 131, 137.
Widerspruchsklage im Falle der Beteiligung eines Kriegsteilnehmers 1 119f.
Wiederaufnahmeverfahren, Anwendbarkeit des Gegenmoratoriums auf das W. 1 314.
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, Gewährung an Kriegsteilnehmer 2 53, 3 42.
— in Patentsachen 1 463, 2 196, 3 258.
Wiedereintritt in die Krankenversicherung 1 817, 3 576, 577.
Wiederherstellung der Standesregister, Grundbücher und Grundbuchblätter 2 526ff., 3 803ff., 4 835, 5 61.
Wiederkehrende Grundstückslasten 5 136. 826, 5 557.
Wiederverleihung der Heeresfähigkeit 4 826, 5 557.
Wiener Verfahren 4 192.
Wild, Einfuhr 4 54.
— Höchstpreis 2 298, 4 348ff.
— Lieferungsvertrag 2 173.
— Verwendung 4 311ff.
Wildaufbruch, kein Fleisch 4 332.
Wildbret, zubereitetes, als Fleisch 4 332.
Wilde Enten, Einfuhr 4 54.
Wilde Kaninchen, Einfuhr 4 54.
— Preise 4 349ff.
Wildfleisch, Verabfolgung 4 315.
Wildgeflügel, Einfuhr 4 54.
Wildköpfe, kein Fleisch 4 332.
Wildschweine, Preise 4 349ff.
Wintergerste zu Saatzwecken 4 135ff., 406.
Wintermantel, Bezugsschein 5 224, 233.
Winzergenossenschaften, Erzeugung von Haustrunk 4 487.
Wirtereien, Arbeitszeit 2 304.
Wirtmehl, zulässiges 4 147.
Wirkungen der Unterbrechung eines Verfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 99, 2 24, 3 9.
— einer unzulässigen Versteigerung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 114, 118.
— der Aussetzung des Konkursverfahrens gegen einen Kriegsteilnehmer 1 123ff.
— der Zahlungsfrist 1 179ff., 2 59, 3 46.
— des Urteils auf Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 223ff.
— des Urteils auf Beseitigung einer Verzugsfolge 1 289f.
— der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 428ff., 2 152.
— des Gegenmoratoriums 1 321, 2 95.
Wirkwaren, Verbot beschleunigten Verkaufs 2 535.
— Preisbeschränkungen 3 227ff., 4 771.
— Verkehrsregelung 3 234ff., 928ff., 4 771, 5 200.
— Verkauf nicht versteigerbarer 5 231.
Wirsingkohl, Herstellung von Dörrgemüse 4 237.
Wirtschaftliche Schädigungen, Begriff i. S. des ErmächtigG. 2 143ff., 3 124ff.
Wirtschaftliche Stärkung i. S. des KapitalabfindungsG. 5 451.
Witwe des Mieters, Kündigungsrecht 2 131ff., 136.
Wochengeld 1 834, 841, 2 347ff., 3 625.
— für uneheliche Kinder 1 841, 853, 3 628.

Wochenhilfe während des Krieges 1 817ff., 824, 833ff., 2 346ff., 3 622ff., 4 811, 5 467ff.
— aus Anlaß des vaterländischen Hilfsdienstes 5 658ff.
Wochenmarktverkehr 1 738, 2 294, 3 258.
Wöchnerin, Wäscheversorgung 3 242, 5 225.
Wöchnerinnenheim, Gummisauger 4 562.
Wohngebäude, Flur- und Treppenbeleuchtung 4 603.
Wohnsitz s. Ausland.
— **doppelter**, Geltung des Gegenmoratoriums bei doppeltem W. 1 302.
— Aufgabe, Bedeutung für die Kriegssteuer 3 312, 444, 5 319.
Wohnungsfürsorgefonds des Reichsamts des Innern 1 524.
Wolle, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 499.
— Höchstpreis 1 786, 4 564, 682.
— des Schlachtviehs, Verarbeitung 4 482.
— Kettenhandel 4 772.
Wollfett 4 511, 513, 520, 527, 718.
Wollmehl 4 17.
Wollöl 4 511, 513.
Wollwaren, Höchstpreis 1 786.
Wruken s. Kohlrüben.
Wucher s. Preissteigerung.
— Bekämpfung 3 155, 5 148.
Wucherpreis 2 187ff., 3 176ff., 4 763, 5 159.
Würste, Verabfolgung 4 315.
— als Fleischwaren 4 321, 332.
Wurstfabriken, Knochensammlung 4 520, 719.
Wurstkonservenfabriken, Knochensammlung 4 719.
Wurstwaren, Herstellung 2 289, 4 317, 346.
Wurzeln s. Branntwein.
Würzeverfahren 4 192.

X.

Xylol, Anzeigepflicht 4 728.

Z.

Zahlung, Folgen einer nicht rechtzeitigen Z. 1 275ff., 2 74ff., 3 54ff., 58, 60, 63, 92, 4 473, 755.
— einer Vergütung, s. Vergütung.
— Anmeldung 3 467.
— des Warenumsatzstempels 3 467.
Zahlungsanweisung als Verfügung über die Forderung 4 784.
Zahlungsbefehl s. Mahnverfahren.
Zahlungsfrist, gerichtliche, allgemeine Bedeutung 1 179ff., 2 57ff., 3 46ff., 4 742ff., 5 22ff.
— Voraussetzungen der Bewilligung 1 186ff., 2 59ff., 3 46ff., insbesondere einer vor dem 31. Juli 1914 entstandenen Geldforderung 1 193ff., 2 60ff., 3 46, 5 22.
— für Kriegsflüchtlinge 4 755.
— Prozeßverfahren 1 216ff., 2 63, 3 48, Urteil 1 218ff., 2 63, Rechtsmittel 1 225ff., 3 63.
Zahlungsfrist, Verzicht auf die Bewilligung 1 230, 3 82, 5 32.
— Amtsgerichtliches Verfahren 1 231ff., 2 65, 3 49.
— Kosten 1 258ff., 268, 2 70ff., 3 52, 58, 102, Anwaltsgebühren 1 261ff., Kostenermäßigung 1 271ff., 2 71, 3 52.
— für Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden 1 296ff., 2 77, 3 62ff., 5 32.
— für Kriegsteilnehmer 3 60ff.
— Beginn 3 63, 86, 5 34.
— Verhältnis der Z. zu der Beseitigung von Verzugsfolgen 1 284f., 3 55.
— für Hilfsdienstpflichtige 5 640.
Zahlungsmittel, ausländische 2 233, 3 271, 4 782ff.
Zahlungspflicht, Ausspruch bei der Fristbewilligung 3 63.
Zahlungsschwierigkeit, Zusammenhang zwischen Z. und Krieg bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 209ff., 2 62, 3 47, 79.
— bei Beseitigung einer Verzugsfolge 1 285.
Zahlungs Statt, Hingabe an Z. und Zahlungsverbot 1 896.
Zahlungsunfähigkeit, ursächlicher Zusammenhang mit dem Kriege bei der Geschäftsaufsicht 1 332, 2 101, 5 53.
Zahlungsverbot gegen England 1 887, 2 411, 3 717, 5 517.
— gegen Frankreich 1 904.
— gegen Italien 3 726, 5 520.
— gegen Portugal 3 725.
— gegen Rumänien 3 726.
— gegen Rußland 1 907, 3 725.
— gegen die Vereinigten Staaten von Amerika 5 520.
— Verbotsgebiete 1 893, 904, 907.
— Territoriale Bedeutung 1 893, 3 717.
— Begriff der Zahlungsleistung 1 895, 2 413, 3 720.
— Wirkung des Verstoßes gegen ein Z. 1 897.
— Stundungsvorschriften 4 817ff.
Zahlungsvereinbarungen, Unverbindlichkeit gewisser Z. 1 368ff.
Zahlungsverkehr mit dem Auslande 4 783ff., 5 277.
Zahnärzte, Anweisung zur Verabfolgung von natürlichem Kampfer ausreichend 4 720.
— Anweisung zur Verabfolgung anderer Arzneimittel nicht ausreichend 4 527.
— Zusatzseifenkarte 4 531.
— Verabfolgung von Branntwein an sie 4 198, 699.
— Hilfsdienst 5 633.
Zahntechniker, Zusatzseifenkarte 4 531.
— Hilfsdienst 5 637.
Zäune, Anstrich 4 524.
Zechenkoks 5 412.
Zehnpfennigstück s. Ausprägung, Prägung.
Zeitgeschäfte, börsenmäßige 1 456, 3 154, 5 148.

Zeitliche Beschränkung des Gegenmoratoriums 2 90.
Zeitpunkt des Inkrafttretens des Schutzes österreichisch-ungarischer Kriegsteilnehmer 1 169ff.
Zeitpunkt des Todes bei der Todeserklärung 3 129, 141, 144, 4 753, 5 137.
Zeitschriften, Versorgung mit Druckpapier 4 621.
Zeitungen, Versorgung mit Druckpapier 4 621, 625.
Zeitungsabonnement, Ware 3 478, 503.
Zeitungsanzeigen 2 296, 3 224, 5 200.
Zeitungsbeilage, Zahl u. Umfang 4 624.
Zeitungsdruckpapier 4 640, 726.
Zeitungsinserat, keine Ware 3 478, 503.
Zellhorn s. Brennerei.
Zement, Absatz und Erzeugung 4 605, 725.
— Begriff 4 605.
Zementkupfer, Höchstpreis 4 572.
Zentral-Einkaufsgesellschaft mbH. (ZEG.) 1 558, 665, 678, 728, 735, 2 277, 291, 294, 4 29, 31, 32, 34, 35, 39, 49, 50, 52, 54, 56, 62, 76, 291, 340, 368, 369, 450, 459, 678.
Zentral-Genossenschaftskasse, preußische, Gewährung von Kriegskredit 1 526f.
Zentralnachweisebureau 1 163.
Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung 1 696, 699, 700, 701, 703, 709, 2 450, 4 3, 434, 499.
Zentralstelle für Kriegsbeute 1 930.
Zentralstelle für Kriegslieferungen von Tabakfabrikaten 1 922.
Zentralstelle für Petroleumverteilung 4 599.
Zentralstelle für das Trocknungswesen 4 672.
Zentralverwahrungsstelle 1 161ff.
Zeresin s. Erdwachs.
Zerstörung von Gegenständen des Kriegsbedarfs 1 924, 2 458.
Zeuge, Ordnungsstrafverfahren, Unterbrechung 1 24, 2 5.
— als Kriegsteilnehmer 1 78ff., 2 15ff., 3 6, 5 5.
— eidliche Vernehmung durch den Kriegshilfsausschuß 2 388.
Zichorienwurzeln, Bewirtschaftung 4 304ff.
Ziegenböcke, Füttern mit Hafer 4 441.
Ziegenfleisch s. Fleisch 4 337.
Ziegenmutterlämmer, Schlachtverbot 4314.
Ziehschein 5 592.
Zigarren 4 556.
— Wucher 5 166.
Zigaretten 4 556.
Zigarettenrohtabak, Durchfuhr 4 60.
— Einfuhr 4 58.
Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft mbH. 4 58, 556.
Zigarettensteuerpflichtige Erzeugnisse, Kriegsaufschlag 3 539.
Zink s. Prägung.
Zinkblende 4 586.
Zinkwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 498.
Zinn, Höchstpreis 1 782.
Zinnwaren, Höhe der Beleihung durch die Darlehnskassen 1 498.
Zinsanspruch bei Hypotheken und Grundschulden, Zahlungsfrist 1 294, 3 62ff., 90.
— s. auch Verzugszinsen.
Zinsen der Auslandswechsel 1 413.
— kein Anspruch auf Z. während der Stundung durch die Zahlungsverbote 1 899.
Zinsenlauf bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 179.
Zinsfuß für Darlehen der Darlehnskassen 1 150.
Zinsrückstand in der Zwangsversteigerung 1 133ff.
Zinsscheine 5 290.
Zirbelnüsse, Absatz 4 472.
Zivilarzt als Kriegsteilnehmer 1 81.
Zivilbeamter als Kriegsteilnehmer 1 83.
— Kriegsversorgung 1 860.
Zivilbedarf an Hafer 4 438.
Zivilgefangenschaft, FamU. 5 481.
Zivilgerichte, Entlastung 2 462ff., 3 755ff., 4 825, 5 554.
Zivilhandwerker als Kriegsteilnehmer 1 81.
Zivilprozeßordnung, Verhältnis zum Kriegsteilnehmerschutzgesetz 1 18, 2 1.
— Aussetzung des Verfahrens gegen immobile Kriegsteilnehmer nach der ZPO. 2 52.
Zivilverwaltung, Präsidenten, Recht zur Beglaubigung und Legalisation 2 53.
Zollager 4 204.
Zollausschlußgebiet 4 204.
Zollerleichterung, vorübergehende, für Viehfutter 1 551.
— Erdbeeren und Fruchtsäfte 1 554.
— frische Küstengewächse 1 555.
— verschiedene Gegenstände 4 25, 687.
Zollerlaß für Gerstenmalz 1 552.
Zollfreie und zollpflichtige Waren, Umsatzstempel 3 466, 482, 489, 507.
Zollgüter, Behandlung feindlicher Z. 1 915, 3 730.
Zubereitungen von Fisch, Absatz 4 352.
— Einfuhr 4 37.
— aus Kakaomasse und Zucker sind Schokolade 4 294.
— fetthaltige 4 378.
Zuchtbullen, Haferzulage 2 292.
— Füttern mit Vollmilch 4 381.
— mit Hafer 4 433, 440ff.
Zuchtkühe, Füttern mit Hafer 4 441.
Zuchtviehbetriebe 4 329.
Zuchtviehherde, Enteignung 4 321, 329.
Zucker, Regelung des Verkehrs mit Z. 1 672, 2 287, 4 263ff., 674ff., 708.
— Menge des zum steuerpflichtigen Inlandsverbrauch abzulassenden Z. 1 677.
— Vorverkauf 1 737.
— Verwendung zur Herstellung von Süßigkeiten 2 287, von Schokolade 2 535.
— Begriff i. S. der KuchenVO. 4 153.
— Verwendung zur Herstellung von Kuchen 4 150.

Zucker s. Verbrauchszucker, Rohzucker, Weißzucker.
Zuckerablauf, Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
Zuckeranteil 4 296.
Zuckerfabriken, Preise 4 279ff.
— Herstellung von Melassemischfutter 4 450.
— Rücklieferung von Schnitzeln 4 448.
Zuckerbezugsschein 2 288, 4 677.
Zuckerfabrikation, Verarbeitung von Nachprodukten 1 716, 4 447.
Zuckerfärbemittel 4 677.
Zuckerhandel, Maßnahmen auf dem Gebiete des Z. 1 688, 2 287.
Zuckerindustrie, Maßnahmen auf dem Gebiete der Z. 1 668, 2 287.
Zuckerkarten 4 273, 276.
Zuckerhaltige Futterstoffe 4 39, 447ff.
— Preise 4 464, 456.
Zuckerrüben 1 729, 4 263, 274, 288, 447.
Zuckerrübenköpfe, Preis 4 469.
Zuckerrübensamen, Preis 4 466.
Zuckerrübenschnitzel, Einfuhr 4 39.
Zuckerrübenschwänze, Preis 4 469.
Zuckerrunkeln 4 257, 258.
Zuckerschnitzel, Einfuhr 4 39.
— Preis 4 456.
Zuckersirup, Einfuhr und Durchfuhr 4 300.
— Verwendung zur Kuchenbereitung 4 153.
Zuckerung von Wein 4 27.
Zuckerverteilungsstelle 2 288.
Zuckervorräte, Erhebung 4 76.
Zuckerwaren als Süßigkeiten 4 295.
Zuckerzuteilungsstelle für das deutsche Süßigkeitsgewerbe 4 4, 268, 296.
Zugkühe, Füttern mit Kartoffeln 4 172.
— Haferzulage 4 441.
Zulässigkeit der Klageerhebung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 31ff., 2 8, 3 4, 34.
— der Ersatzzustellung 1 37f., 2 8, 3 37.
— der Versteigerung (Verwertung) gegen einen Kriegsteilnehmer 1 112ff.
— der Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 206ff., 2 59ff., 3 47, 5 24.
— der Berufung gegen ein Urteil über die Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 226f.
— der Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 240ff., 2 68, vor Beginn der Zwangsvollstreckung 1 244ff.
— einer einstweiligen Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 252.
— der Beseitigung von Verzugsfolgen 1 280ff., 2 76, im amtsgerichtlichen Verfahren 1 290f., im Vollstreckungsverfahren 1 294f.
Zulassung zum Devisenhandel 3 275.
— die damit verbundenen Verpflichtungen 3 276.
— von Motorbooten 4 528.
— eiserner Gewichte zur Eichung 4 581.
— der Sachvermittler 4 613.
— der Sachhändler 4 615.
Zündwaren, Verkehr 4 603.
Zunge, ohne Fleischkarte 4 337.
Züricher Industriegesellschaft 4 566.
Zurückbehaltungsrecht, Einfluß einer Zahlungsfrist auf das Z. 1 185.
— und Gegenmoratorium 1 308.
— während der Geschäftsaufsicht 1 350.
Zurückhaltung von Gegenständen des täglichen Bedarfs 2 190, 3 167, 190, 4 766, 5 156, 184, 188.
Zurücknahme des als Widerspruch geltenden Fristantrages 2 65.
Zusammenhang s. Zahlungsschwierigkeit.
— zwischen Tod und Kriegsteilnehmer 2 133ff.
— des Vermißtwerdens mit dem Kriege 3 137.
Zusammenlegung von Schuhgesellschaften 5 239.
Zusatzbrotkarte 1 165.
Zusatzmittel, Kettenhandel 5 195.
Zusatzseifenkarte 4 531.
Zuschlag s. Versagung.
— zum Höchstpreis nach der BrotgetrVO. 4 143, 144.
— zu Futtermittelpreisen 4 472.
— zur Kriegssteuer 5 333.
— zum Lieferungspreis nach dem KohlensteuerG. 5 391.
Zuschlagsbeschluß, Unzulässigkeit des Z. gegen einen Kriegsteilnehmer 1 116ff.
— s. im übrigen Versagung.
Zuschußverbände 1 710.
Zuständigkeit des Gerichts bei Bestellung eines Vertreters 2 34.
— bei Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 188ff.
— bei Einstellung der Zwangsvollstreckung 1 239f., 2 67.
— bei Beseitigung einer Verzugsfolge 1 278, 293.
— Bestimmungen der EntlastungsVO. 2 466, 518, 3 763, 4 825, 5 554.
Zustellung der Klage gegen einen Kriegsteilnehmer 1 37ff., 2 8, 3 37, 4 739.
— öffentliche 2 9.
— in Polen 2 9.
— an Prozeßbevollmächtigte 2 8.
— an Rechtsanwälte 2 8, 3 37, 5 17.
— des Beschlusses auf Einstellung der Zwangsversteigerung 3 64.
— im Geschäftsaufsichtsverfahren 6 93.
— im Vergleichsverfahren 5 114.
Zustimmung der Aufsichtsperson bei der Schuldner-Zwangsverwaltung 1 429.
— zum Vergleichsvorschlag 5 110.
Zustimmungsbedürftige Rechtshandlungen im Geschäftsaufsichtsverfahren 1 359, 2 120, 3 119, 5 62.
Zutat 3 505.
Zuteilung von Fleisch 4 326, 333.
Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften über wirtschaftliche Maßnahmen 4 729.
Zwangshypothek gegen einen Kriegsteilnehmer 1 114f.
— Anwendung der HypVO. 3 74.
Zwangssyndikat im Kohlenbau 1 945, 2 296.
— in der Schuhindustrie 5 239.
Zwangsverbände der Fleischer 4 330.

Zwangsvergleich, Anfechtung 5 119.
— Antrag 5 101.
— Aufhebung 5 120.
— Bestätigung 5 112.
— Bestrittene usw. Forderungen 5 107.
— Beteiligte Gläubiger 5 102.
— Eid des Schuldners 5 110.
— Einstellung des Verfahrens 5 114.
— Gleichbehandlung der Gläubiger 5 103.
— Mehrheiten 5 104.
— Nichterfüllung 5 119.
— Rechtsfolgen 5 115.
— Rechtsmittel 5 114.
— Rechtsnatur 5 100.
— Sicherheitsleistung 5 109.
— Stimmrecht der Ehegatten 5 105.
— Stimmrechts-Erörterung 5 107.
— unter 20 v. H. 5 113.
— Vergleichstermin 5 107.
— Vergleichsvorschlag 5 105.
— Verkündung der Entscheidung 5 114.
— Vertagung 5 111.
— Verwerfung 5 112.
— Zustellung der Entscheidung 5 114.
— Zustimmung zum Vorschlag 5 110.
— Zwangsvollstreckung 5 118.
Zwangsversteigerung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 114ff., 2 28, 3 11ff.
— Zinsrückstände in der Zw. 1 133f.
— Einstellung der Zw. 1 243, 3 63ff., 93ff., 4 746, 5 38ff.
— Versagung des Zuschlags bei der Zw. 1 130ff., 386ff., 2 139, 3 64, 96, 4 747.
— s. Bargebot.
Zwangsverwalter, 1. im Vollstreckungsverfahren: Antrag auf Beseitigung einer Verzugsfolge 1 279.
— als Kriegsteilnehmer 1 66.
— im Falle des Konkurses gegen einen Kriegsteilnehmer 1 110.
— Schuldner als Zw. 1 426ff., 2 149, 3 127.
— Anstalt als Zw. 1 431ff., 2 154.
— Gläubiger als Zw. 4 432f., 2 155.
— Geschäftsführung 5 135.
— s. auch Zwangsverwaltung.
2. feindlicher Unternehmungen:
— Rechtsstellung 1 885, 2 406, 3 707. 5 511.
— Aufgaben 1 884, 2 406, 6 707.
— Aufgaben 1 884, 2 406, 3 707, 5 511,
— Recht auf Auskunft 1 941.
— Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen wegen Handlungen oder Unterlassungen des Zwangsverwalters 1 940.
Zwangsverwaltung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 114f.
— Einstellung der Zw. 1 243f.
— durch den Schuldner 1 426ff., 3 127ff.
— durch eine Anstalt 1 431f., 4 752.
— durch den Gläubiger 1 432f.
— britischer Unternehmungen 1 886.
— französischer Unternehmungen 1 880ff., 2 406ff., 3 706, 5 511.
— russischer Unternehmungen 1 887.
Zwangsverwaltung von Grundstücken s. das.
— s. auch Zwangsverwalter.
Zwangsvollstreckung gegen einen Kriegsteilnehmer 1 108ff., 2 26ff., 3 10ff., 34, 4 736, 5 8.
— gegen Frau und Kinder eines Kriegsteilnehmers 1 119, 2 28.
— gegen Kriegsflüchtlinge 4 752.
— Beteiligung eines Kriegsteilnehmers als Berechtigter bei der Zw. 1 130ff.
— Einstellung der Zw. 1 239ff., 2 66ff., 3 51, 63, Kosten 1 268f.
— wird für unzulässig erklärt 3 63.
— Beseitigung von Verzugsfolgen in der Zw. 1 293ff.
— ist die ZV. trotz des Gegenmoratoriums zulässig? 1 310, 2 85.
— Z. und die Zahlungsverbote 1 900.
— während der Geschäftsaufsicht 1 340, 2 107, 112, 3 110, 114, 5 69, 71, 72ff.
— ist die Unzulässigkeit der ZV. von Amts wegen zu berücksichtigen? 1 348, 2 113, 5 75.
— in das vom Treuhänder verwaltete Vermögen 5 515.
— ist die Unzulässigkeit der Z. im Urteil auszusprechen? 1 348, 2 113, 5 74.
— Geltendmachung des Vollstreckungsverbots durch den Schuldner 1 349, 2 113, 5 76.
— Geltendmachung des Vollstreckungsverbots durch die Aufsichtsperson 1 350, 5 77.
— durch die bevorrechtigten Gläubiger 1 350, 5 77.
— Einwirkung der Beschlagnahme auf d. Z. 1 588, 695, 706.
— Verbot bei Beschlagnahme 4 103, 116, 183, 362, 405, 431, 554, 642.
— in Gegenständen des Kriegsbedarfs 1 924.
— s. im übrigen Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung.
— aus dem Zwangsvergleich 5 118.
Zwangsvollstreckungsgegenklage und das Gegenmoratorium 1 313, 2 186.
Zweimarkstücke, Außerkurssetzung 5 274.
Zweigniederlassungen, unselbständige, Bedeutung des Gegenmoratoriums 1 303.
Zwetschen, Herstellung von Obstkonserven 4 249.
— Höchstpreise 4 258.
Zwieback, Herstellung 1 629, 4 148, 151, 152.
— Kennzeichnung 3 220.
— Preise 4 254, 255.
Zwiebeln, Einfuhr 4 61.
— Lieferungsvertrag 2 173.
Zwischenbescheid, Bewilligung einer Zahlungsfrist 1 220.
Zwischenerzeugnisse, Wucher 5 161.
Zwischenfrachturkunden 3 527.
Zwischenhandel, Warenumsatzstempel 3 479.
— Kettenhandel 5 193.
Zwischenscheine, Stempelfreiheit 5 428.

Verlag von Franz Vahlen in Berlin W 9

Jahrbuch des Deutschen Rechtes.

Begründet von Dr. Hugo Neumann.

Herausgegeben von

Dr. Franz Schlegelberger, Kammergerichtsrat. und **Dr. Theodor von Olshausen,** Regierungsrat.

15. Jahrgang. Bericht über das Jahr 1916.

1917. Geh. 37 M. Geb. 44 M.

Die während des Krieges erschienenen Bände dieses allgemein anerkannten Werkes sind für Gesetzgebung und Rechtspflege von ganz besonderer Bedeutung. Sie lassen mit voller Deutlichkeit erkennen, inwieweit unser im Frieden geschaffenes Recht auch in den Stürmen des Weltkrieges Maß und Richtung geben konnte und in welcher Hinsicht nicht bewährte Normen oder überholte Auffassungen der Nachprüfung und Umgestaltung bedürfen.

Heizungsbeschränkungen und Mietrecht.

Die grundlegenden Verordnungen des Bundesrats nebst den wichtigsten Ausführungsbestimmungen.

Mit einer Einleitung versehen

von

Ernst Dronke,

Geh. Ober-Regierungsrat und vortr. Rat im Reichs-Justizamt.

1917. Geh. 1 M.

Die Reichsgetreidegesetzgebung

für die Ernte 1917.

Auf Veranlassung der Reichsgetreidestelle

bearbeitet von

Dr. Arthur Oppenheimer,

Rechtsanwalt beim Landgericht in Düsseldorf, Geschäftsführer der Reichsgetreidestelle, Geschäftsabteilung.

1917. Kart. 2 M.

Die Bundesratsverordnung

über die

Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkurses.

Vom 14. Dezember 1916.

Erläutert von

Erich Zweigert,

Landrichter, Hilfsarbeiter im Reichsjustizamt.

1917. Geb. 3 M.

G. Pätz'sche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.